Antragsbuch Bundesparteitag 2012.2

der Piratenpartei

24.-25. November 2012 in Bochum



Antragsportal
http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal

Inhaltsverzeichnis

1 Gruppenübersicht

ALG-II/Hartz-IV

Allgemeine Werte und Menschenbild

Überwachung

Arbeit und Soziales

Asyl

Außenpolitik

Bürgerbeteiligung

Bauen und Verkehr

BGE

Bildung und Forschung

Datenschutz

Demokratie

Drogen

Familie und Gesellschaft

Familien- und Geschlechterpolitik

Freiheit und Grundrechte

Friedenspolitik

Gesundheit

Gleichberechtigung und Chancengleichheit

Haushalt

Innen- und Rechtspolitik

Integrations- und Migrationspolitik

Internationale Beziehungen

Internet und Netzpolitik

Keine der Gruppen

Korruptionsbekämpfung

Landwirtschaft

Liquid Democracy

Medienkompetenz

Medienpolitik

Netzausbau

Parteiinternes

Pazifismus und Militär

Pflege

Programmdebatte

Psyche

Satzungsabschnitt A - §1

Satzungsabschnitt A - §10

Satzungsabschnitt A - §11

Satzungsabschnitt A - §9

Satzungsabschnitt A - neuer §

Satzungsabschnitt B - §10

Satzungsabschnitt B - §15

Satzungsabschnitt B - §16

Satzungsabschnitt B - §22

Satzungsabschnitt B - §24

Staat und Religion

Steuern

Tierschutz

Transparenz

Umwelt und Verbraucherschutz

Urheberrecht

Verwaltung

Wahlrecht

Wirtschaft und Finanzen

Wissenschaft

2 Positionspapiere

P001 - Gemeinnütziges Geldsystem und gerechte Tauschmittel

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Langlume für die AG Wirtschaftspolitik

Zusammenfassung

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines gemeinnützigen Geldsystems ein, das die Ziele des “Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ aus unserem Parteiprogramm überhaupt erst möglich macht.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text als Positionspapier zu beschließen:

[2] Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines gemeinnützigen Geldsystems ein, das die Ziele des “Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ aus unserem Parteiprogramm überhaupt erst möglich macht.

[3] Es soll:

[4] Den Menschen dienen und einen gerechten Austausch von Waren und Dienstleistungen unter den Marktteilnehmern einer freien Wirtschaft ermöglichen ohne einen leistungslosen Umverteilungsmechanismus zu beinhalten.

[5] Wir wissen, dass ein neues Geldsystem die Paradigmen des Kapitalismus wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen.

[6] Wir nehmen viele engagierte Menschen wahr, die sich seit Jahren in- und außerhalb von Parteien für ein gemeinnütziges Geldsystem einsetzen. Wir wollen dieses Engagement auf die politische Bühne des Bundestages bringen und mit den dortigen Möglichkeiten eine breite und vor allem fundierte Diskussion in der Gesellschaft unterstützen.

[7] Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Geldsystem-Modelle sein soll. Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

[8] Zeitgleich werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen, dass noch vor Ende der Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für Regional- und Komplementärwährungen verbessert werden. Sie sollen den Bürgern ermöglichen, sowohl die in der Enquete-Kommission vorgestellten als auch andere Geldsystem-Entwürfe als

Modell direkt kennen zu lernen. Um dabei über eine Vielfalt an Konzepten gleichzeitig entscheiden zu können, sollen Volksabstimmungen auch mit Präferenzwahlverfahren durchgeführt werden können.

[9] Bis zur Einführung eines gemeinnützigen Geldsystems setzen sich die PIRATEN bundesweit für alle gerechten Komplementär-, Parallelwährungs- und Tauschmittel-Systeme ein.

Begründung

[10] https://news.piratenpartei.de/showthread.php?tid=110974

[11] https://news.piratenpartei.de/showthread.php?tid=134991

P002 - Afghanistan - Nachhaltige Entwicklung statt Militärpräsenz

Positionspapier - Friedenspolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Markus Hoffmann für die AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Statt des Militäreinsatzes soll durch sinnvolle Entwicklungshilfe die Grundversorgung der einfachen Bevölkerung Afghanistans mit Trinkwasser und im eigenen Land produzierten Lebensmitteln, sowie Bildung für alle Menschen sichergestellt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag der AG Friedenspolitik als Positionspapier entweder komplett oder in der gekennzeichneten Kurzvariante beschließen:

Kurzvariante:

[2] Wir Piraten können eine Fortführung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan nicht befürworten und setzen uns für einen baldmöglichsten und kompletten Abzug ein. Statt des Militäreinsatzes sollen durch sinnvolle, an Projekte gebundene, Entwicklungshilfe die Grundversorgung der Bevölkerung Afghanistans mit Trinkwasser und im eigenen Land produzierten Lebensmitteln, sowie Bildung für alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, sicher gestellt werden.

Ausführliche Variante mit zusätzlich folgendem Text:

[3] Außerdem sollen Projekte gefördert werden, die bei der zukünftigen Ausbeutung vorhandener Bodenschätze einen maximalen Nutzen für Afghanistan ermöglichen. Ferner sollen Infrastrukturprojekte unterstützt werden, die die Personen- und Gütertransporte in der Region, die Energieversorgung und die Kommunikation verbessern. Projekte dieser Art haben in der nahen Vergangenheit bereits unter Federführung der geografischen Nachbarn Afghanistans begonnen und sollten im Interesse der Wiedereinbindung Afghanistans in die internationale Völkerfamilie unterstützt werden. (1)(2)(3)

[4] Im Vergleich zu 2001 ist die Opium-Produktion in Afghanistan auf ein Vielfaches gestiegen (4). Die Piratenpartei lehnt die Belieferung internationaler mafiöser bzw. krimineller Strukturen mit illegalen Opiaten ab. Programme zum Anreiz des Anbaus von legalen exportwirksamen Landwirtschaftsprodukten sollten ebenso gefördert werden, wie die Stärkung lokaler agrarischer Märkte.

[5] Laut Berichten von Human Rights Watch, UNICEF und anderen hat sich die Lage in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte - vielfach als Kriegsbegründung verwandt - auch nach Einsatz der NATO nicht entscheidend verbessert (5)(6).

[6] UNICEF beklagt den Missbrauch von Jungen bis zum Alter der Pubertät in Afghanistan. Diese werden zu Tänzern ausgebildet und sexuell missbraucht. Die westlichen Bündnismächte haben bisher keine wesentlichen Schritte unternommen, um dieses Verbrechen zu unterbinden (7).

[7] Wir setzen uns dafür ein, dieses Verhalten durch eine intensive Aufklärungskampagne zu beseitigen, bei der selbstverständlich auch der Missbrauch von Mädchen und Frauen thematisiert werden muss. Um diese Kampagne möglichst wirksam zu gestalten, ist sie mit allen gesellschaftlichen Kräften des Landes vorzubesprechen, wozu insbesondere auch die geistige Führung eingeladen werden soll.

[8] Der NATO-Militäreinsatz hat letztlich nicht zur Zerschlagung und Vernichtung der Taliban geführt, sondern sie lediglich aus der primären Regierungsmacht entfernt, ohne ihre militärische Macht und ihren Einfluss gerade auf die Bevölkerung in den infrastrukturell weniger erschlossenen Gebieten im beabsichtigten Maß brechen zu können - er muß daher auch im Hinblick auf die große Zahl nicht erreichter humanitärer Ziele als gescheitert betrachtet werden.

[9] In Folge dessen plädieren wir als Piratenpartei dafür, an Stelle des militärischen Engagements ein ausgeweitetes, internationales Förderungsprogramm treten zu lassen, welches Wohlstand und Fortschritt in der gesamten afghanischen Bevölkerung befördert und langfristig zur Entstehung eines funktionierenden Gemeinwesens in Afghanistan führt.

[10] Als Grundlage für einen Rückzug aus Afghanistan schlagen wir einen einseitigen Waffenstillstand der NATO, zunächst für die Dauer von mindestens sechs Monaten vor. Unser Ziel ist die Erreichung eines landesweiten Waffenstillstandes und die Versöhnung von afghanischen Regierungstruppen und Taliban. Sollte dies nicht zu realisieren sein, kann eine Ablösung der NATO-Einheiten durch die International Security Assistance Force (ISAF) mit einem robusten UNO-Mandat, bestehend aus Einheiten der islamischen und Blockfreien Staaten, erwogen werden. NATO-Militärbasen und -Stützpunkte sollen aufgelöst und die diesbezüglichen Verträge gelöst werden.

[11] Lokale Demokratie- und Friedensaktivisten und deren eigene Ideen und Vorstellungen zur Realisierung eines nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklungsplans sollen unterstützt werden. Außerdem sollte Deutschland Vermittlung und Mediation anbieten und dabei auf die Erfahrung der Versöhnung mit den Nachbarländern nach dem 2. Weltkrieg zurückgreifen.

[12] (1): http://rohstoffblogger.blogspot.de/2011/09/afghanistan-der-run-auf-die-rohstoffe.html

[13] (2): http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,700503,00.html

[14] (3): http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/ML15Df02.html

[15] (4): http://www.unodc.org/documents/wdr/WDR_2010/Executive_summary.pdf

[16] (5): http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,824129,00.html

[17] (6): http://www.hrw.org/de/features/afghanistan-sittenverbrechen

[18] (7): http://www.welt.de/politik/ausland/article9189064/Baccha-Baazi-Afghanistans-Kinderprostituierte.html

P003 - Anerkennung und Aufarbeitung der historischen Verantwortung durch den Völkermord an den Herero und Nama

Positionspapier - Internationale Beziehungen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX, Carridwen, databu, Fabio Reinhardt, greemin, nqeifj, Oliver Höfinghoff, twigmac

Zusammenfassung

Der Antrag fordert die Anerkennung und Aufarbeitung des Völkermords an den Herero und Nama durch die Bundesrepublik Deutschland.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Programmpunkt als Positionspapier aufzunehmen:

[2] **Anerkennung und Aufarbeitung der historischen Verantwortung durch den Völkermord an den Herero und Nama**

[3] Die Piratenpartei Deutschland bekennt sich zu der historischen Verantwortung, die aus dem Völkermord an den Herero und Nama durch die deutsche Kolonialmacht in Deutsch-Südwestafrika zwischen 1904 und 1908 erwächst. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Verantwortung am Genozid und an der Ermordung von bis zu 85.000 Herero und etwa 10.000 Nama sowie Menschen weiterer Völker wie San und Damara in unbekannter Anzahl durch eine formelle Entschuldigung anerkennt und übernimmt. Weiterhin setzen wir uns für eine ernstzunehmende Aufarbeitung und Aufklärung über diesen Völkermord, insbesondere an Schulen und in Schulbüchern ein. Den deutschen Teil der geleisteten Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia sehen wir nicht als Ersatz für Reparationszahlungen und unterstützen stattdessen eine ernsthafte namibisch-deutsche Verhandlung und einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu dieser Frage.

Begründung

Vorbemerkung

[4] Dieser Antrag ist unsere Konsequenz der keinzelfall-Konferenz vom 18./19. August 2012 in Berlin, die sich mit dem Themenkomplex Diskriminerung befasste. In den Workshops über Rassismus, Normen, Macht, Privilegien und Weißsein, formulierte insbesondere Natasha Kelly die Kritik, dass der Völkermord an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie "Deutsch-Südwestafrika" durch das Deutsche Reich bis heute nicht aufgearbeitet ist.

[5] **Am 9. Dezember 1948 verabschiedete die UN-Generalversammlung die "Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords" (*Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*, *CPPCG*). Damit erklärten die Vereinten Nationen Völkermord offiziell zum Straftatbestand im Völkerrecht und erkannten den Aufstand der Herero und Nama als Völkermord durch die deutsche Kolonialmacht an. Die Konvention trat am 12. Januar 1951 in Kraft und die Bundesrepublik Deutschland ihr am 9. August 1954 bei.**

[6] **“Im Oktober 2006 hatte der NUDO-Vorsitzende und zugleich Herero-Paramount-Chief Kuaima Riruako in der namibischen Nationalversammlung einen Antrag gestellt, wonach die deutsche Regierung aufgerufen wird, den Herero-Krieg von 1904-08 als Völkermord anzuerkennen und Reparationen zu zahlen. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt, er wurde offenbar im Jahr 2007 an die Bundesregierung übermittelt. Seither gibt es von den Regierungen hüben wie drüben keine öffentliche Stellungnahme zu diesem Thema.“** (Quelle)

[7] **Die Bundesregierung hat am 21.08.2012 erklärt, dass dies “nicht nach den heute geltenden Regeln des humanitären Völkerrechts bewertet und daher auch nicht als Völkermord eingestuft werden“ kann.**

Begründung

[8] Das Bewusstsein und die Aufarbeitung des Völkermords ist in Deutschland kaum vorhanden, obwohl die Generalversammlung der Vereinten Nationen diesen 1948 als solchen in der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes anerkannt hat. Eine materielle und moralische Entschuldigung wird insbesondere auch von Hinterbliebenen in Namibia bzw. deren Nachfahren immer wieder gefordert.

[9] Es ist nicht einzusehen, dass Deutschland als Rechtsnachfolger der Kolonialmacht “Deutsches Reich“ hier nicht die Verantwortung übernimmt. Die Bundesregierung argumentiert dabei, dass die durch Deutschland geleistete Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia Reparationszahlungen aufwiegen, die durch eine offizielle Anerkennung fällig würden. Dabei wird jedoch unterschlagen, dass Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit fast immer an Bedingungen geknüpft sind, die von den Geberländern festgelegt werden. Oft wird so bspw. sichergestellt, dass aus solchen Projekten folgende Aufträge an deutsche Firmen vergeben werden. Das Empfängerland hat hier also keineswegs die freie Wahl und Verfügung über die Mittel, die es bei Reparationszahlungen hätte.

[10] Es sollte dabei auch nicht vergessen werden, dass Deutschland für diesen Genozid seine ersten Konzentrationslager gebaut hat, mit Sterblichkeitsraten von 30-50%. Auch werden in deutschen Instituten noch immer ca. 3.000 menschliche Schädel von Opfern des Genozids verwahrt, die damals nach Deutschland überführt und für “Rassenforschung“ benutzt wurden. Siehe zusätzlich die Vorbemerkung.

Links

- Migrationsrat Berlin & Brandenburg: Antrag zur Anerkennung des deutschen Genozids in Namibia im Bundestag mehrheitlich abgelehnt
- AG Friedensforschung: Debatte um ungesühnten Völkermord im früheren Deutsch-Südwestafrika wird mit großer Verspätung aufgenommen
- Antrag auf “ Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika“ der Partei die Linke im Bundestag aus dem Jahr 2007 (PDF)
- Kolonialverbrechen in Deutsch-Südwestafrika: “Jeder Herero wird erschossen“
- Wikipedia-Artikel zu dem Aufstand der Herero und Nama
- 100 Jahre Völkermord an Herero und Nama
- Der Kolonialkrieg gegen die Herero aus heutiger Sicht – Anmerkungen zu Quellenlage und Aufarbeitung
- Der verleugnete Völkermord
- Deutschlands erster Völkermord: “Das Röcheln der Sterbenden verhallte in der erhabenen Stille“
- BBC-Doumentation “Namibia - Genocide and the second Reich“ (englisch)

P004 - Managergehaelter

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jozef “Ommi“ Omelka

Zusammenfassung

Festlegung der Bezuege der Manager

Antragstext

[1] Der Parteitag moege beschliessen, dass die oberste Leitung der Firmen, die durch Staatsgelder (Steuergelder) mitfinanziert werden die Hoehe der Bezuege des Staatssekretaers nicht uebersteigen duerfen.

Begründung

[2] Gehalter und Bonus der Manager, die nicht durch den Steuerzahler (sondern nur durch den Kunden) gezahlt/mitfinanziert werden, beduerfen keine Regelung. Gehaelter und Bonus der Manager, die Steuergelder (Subvenzionen, Foerdermittel usw) in Anspruch nehmen, sollen folgend angepasst werden.: Wenn ein Manager (Firma) Staatsgelder in Anspruch nimmt, ist er vom Geld her, “de facto“, ein “Staatsangestelter“. Das heisst, dass er nicht hoeher entloht werden darf als der Bundespresident. Er sollte auch weniger Gehalt haben als der, fuer ihn zustaendige Bundesminister. Er und die Firma, die er leitet, ist nur ein Teil des Resorts des Bundesministeriums. Also es liegt auf der Hand, dass er hoechstens als Staatsekretaer (Besoldungsgruppe B11) entlohnt werden darf. Steuergelder sind nicht dazu da, den Managern Millionenbonus zu zahlen. (Dies waere an Sittenwidrigkeit pruefen zu lassen.)

P005 - Es wird beantragt, das vorhandene Positionspapier “Versammlungsrecht“ aufgrund eines Mangels in der Formulierung zu korrigieren.

Positionspapier - Innen- und Rechtspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Spearmind

Zusammenfassung

Korrektur eines verunglückten Positionspapiers

Antragstext

[1] Es wird beantragt, das vorhandene Positionspapier “Versammlungsrecht“ aufgrund eines Mangels in der Formulierung zu korrigieren.

[2] vorher: Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit zurückgenommen werden und auf alle in Deutschland lebenden Personen ausgedehnt wird.

[3] nachher: Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Einschränkungen der Versammlungsfreiheit zurückgenommen werden und Art. 8 Grundgesetz auf alle in Deutschland lebenden Personen ausgedehnt wird.

Begründung

[4] Die Formulierung des Positionspapiers ist missglückt und leider wurde das so beschlossen.

[5] https://wiki.piratenpartei.de/Versammlungsfreiheit

P006 - Gesetz zur Sozialen Teilhabe unterstützen und umsetzen

Positionspapier - Gleichberechtigung und Chancengleichheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Upohl32

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland unterstützt den Entwurf zum „Gesetz zur Sozialen Teilhabe und zur Änderung des SGB IX und anderer Gesetze“

Antragstext

[1] **Der Bundesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:**
Die Piratenpartei Deutschland unterstützt den Entwurf zum „Gesetz zur Sozialen Teilhabe und zur Änderung des SGB IX und anderer Gesetze“ und wird ihn nach ihrer Wahl in den 18. Deutschen Bundestag - wenn möglich - umsetzen.

Begründung

[2] Das Gesetz zur Sozialen Teilhabe ist ein Vorschlag des Forums behinderter Juristinnen und Juristen zur Reform der Eingliederungshilfe nach § 54ff. SGB XII und zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen(UN-BRK)http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRPD_behindertenrechtskonvention/crpd_de.pdf, insbesondere von Art. 19 „Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft“.

[3] *Das Problem: Lücken im Sozialrecht*

[4] Die bisherigen Regelungen stehen im SGB IX als „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ und teilweise im SGB XII als „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ mit der dazu gehörenden Eingliederungshilfe-Verordnung. Im Gegensatz zu den anderen Leistungen sind die „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ aber nur unzureichend im SGB IX geregelt, d.h. sie stehen **nicht gleichberechtigt** neben den **unterhaltssichernden Leistungen, den Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben.**

[5] Erschwerend kommt hinzu, dass Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft anders als die Leistungen der medizinischen Rehabilitation oder zur Teilhabe am Arbeitsleben nur unter Anrechnung von Einkommen und Vermögen erbracht werden mit der Folge, dass Menschen mit Behinderung allein aufgrund des Umstandes der Behinderung auf ein Leben auf Sozialhilfeniveau verwiesen werden.

[6] *Die Folgen: Menschenrechtsverletzungen im Bereich Teilhabe – 4 Beispiele*

[7] **Personen mit hohem Assistenzbedarf** (über die Pflegestufe III hinaus) werden zwangsweise darauf verwiesen, in stationären Wohnheimen zu leben, da dies angeblich kostengünstiger sei. Jungen Menschen mit Behinderung droht damit zudem eine Unterbringung in einer Alteneinrichtung.

[8] Die seit langem geforderte Elternassistenz ist bislang noch nicht ausdrücklich geregelt, so dass die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit den zuständigen Kostenträgern sehr langwierig und belastend sind. **Eltern mit Behinderungen** haben Angst davor, Hilfen zur Erziehung zu beantragen, da sie fürchten, dass man ihnen dann ihr Kind wegnimmt. Denn Hilfe zur Erziehung würde bedeuten, dass sie mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert seien, was am Thema vorbei geht.

[9] Nach wie vor gehen viele **Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben** an den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen, für die sie eigentlich geschaffen wurden, vorbei, da eine starke Orientierung an den Interessen von Leistungsanbietern zu erkennen ist. Dies zeigt sich besonders darin, dass ein erheblicher Teil dieser Leistungen für Werkstätten für Menschen mit Behinderung aufgebracht werden, anstatt sich verstärkt um eine Eingliederung von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bemühen.

[10] Mit der Umsetzung dieses Gesetzentwurfs sollen behinderte Menschen auch verbindlich Zugang zu Dienstleistungen und Einrichtungen erhalten, die für die Allgemeinheit bestimmt sind und die auch ihre Anforderungen und Bedürfnisse zu berücksichtigen haben (physische, informationelle, kommunikative und einstellungsbezogene **Barrierefreiheit**).

[11] *Die Lösung: Ein Artikelgesetz zur Sozialen Teilhabe*

[12] Das Forum hat mit seinem Vorschlag ein sogenanntes Artikelgesetz erarbeitet und es lohnt sich, das Original zu lesen, denn es beinhaltet ganz unterschiedliche Aspekte der Teilhabe und deren Umsetzung (wie die Entlastung der Kommunen), die hier nur angerissen werden konnten: http://www.isl-ev.de/attachments/article/654/Gesetz%20zur%20Sozialen%20Teilhabe%20-%20Entwurf%20FbJJ-2a.pdf

P007 - Positionspapier zum haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag

Positionspapier - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SokoThomas

Zusammenfassung

Die Piratenpartei sieht in der 2013 einzuführenden Haushaltspauschale keine Lösung für die bisher durch die GEZ eingezogene gerätebezogene Rundfunkgebühr.

Antragstext

[1] Ich beantrage, dass die Piratenpartei Deutschland folgendes Positionspapier veröffentlicht:

[2] **Die Piratenpartei Deutschland sieht in der 2013 einzuführenden Haushaltspauschale keine Lösung für die bisher durch die GEZ eingezogene gerätebezogene Rundfunkgebühr.**

Wir begründen unsere Position mit folgenden Feststellungen:

[3] **Das Gesetz widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, wonach Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln ist.**

[4] Den Rundfunkbeitrag soll jeder Haushalt zahlen – egal ob er ob überhaupt Fernsehgeräte, Radios, internetfähige Computer und Handys besitzt oder nicht, egal ob man blind, schwerhörig oder taub ist, so sollen die bislang von den Rundfunkgebühren befreiten Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen ab 2013 auch rundfunkbeitragspflichtig werden. Bislang brauchten aber beispielsweise Studenten, die lediglich einen Internetanschluss aber keinen Fernseher hatten, nur eine reduzierte Gebühr zahlen. Durch die einzuführende Haushaltspauschale soll ab 2013 Ungleiches gleich behandelt – ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

[5] Genauso ist eine Gebührenerhebung auf Zweitwohnsitze, Geschäftsbetriebe sowie außerhalb des Haushalts benutzte Computer oder Mobilfunkgeräte verfassungsrechtlich bedenklich, da eine derartige Besteuerung eine illegitime Doppelbelastung zusätzlich zur Haushaltspauschale bedeuten würde.

[6] **Auch verletze die gesetzliche geregelte Vorgehensweise das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.**

[7] Die Meldeämter der Gemeinden sollen künftig automatisch Daten an die Landesmedienanstalten übermitteln. Dadurch wird ein zweites zentrales Melderegister geschaffen. Wir lehnen diese Vorgehensweise auf schärfste ab. Anstatt eines Bürokratieabbaus bedeutet die neue gesetzliche Regelung ein Mehr an Ermittlungen und Verwaltung. Anstatt das Bürokratiemonster GEZ mit 1.100 Beschäftigten abzuschaffen, soll es für die neuen Ermittlungen personell aufgestockt werden. So soll die künftige Behörde u.a. ermitteln, wer sich Wohnungen gekauft hat, wer dort gemeldet ist, wer Einliegerwohnungen vermietet. Zu Beginn darf die Behörde zwar keine Adressdaten von Händlern ankaufen, es ist aber jetzt schon gesetzlich geregelt, dass auch das in einigen Jahren möglich werden soll.

[8] **Der geplante Rundfunkbeitrag ist unsozial.**

[9] Für 2,4 Millionen Gebührenzahler, die bislang lediglich Radio oder PC nutzten, bedeutet es eine Verdreifachung der Gebühr auf monatlich 17,98 €. Für Geringverdiener sind 215,76 Euro im Jahr möglicherweise schon mehr,

als sie sich überhaupt für Medien leisten können - sie werden die Verlierer dieses neuen Rundfunkbeitrages sein. Dadurch dass die Wirtschaft zusätzlich belastet wird, obwohl bereits jeder Haushalt rundfunkbeitragspflichtig ist und da man davon ausgehen kann, dass die Wirtschaft diese Mehrkosten an den Konsumenten weiterreichen wird, werden wir einerseits direkt über die Haushaltsabgabe und dann noch ein zweites Mal indirekt über verteuerte Produkte belastet – im statistischen Mittel wird jeder Bundesbürger ab 2013 mit 110 EUR pro Jahr belastet.

[10] Auch hat die Piratenpartei kompetenzrechtlich große Bedenken gegenüber einer pauschalen Erhebung, da sie einer Steuer gleichkommt. Zur Erklärung: Im Unterschied zu einer Gebühr ist eine Steuer an keine Gegenleistung geknüpft. Das ist bei der neuen Haushaltspauschale der Fall. Jeder muss diese zahlen, egal ob er ein Gerät besitzt oder nicht. Deshalb ist die Haushaltspauschale eine Steuer. Jedoch haben Länder nicht das Recht dazu, eine Steuer zu beschließen.

Handlungsziele

[11] Deswegen fordert die Piratenpartei Deutschland, dass es bei einer sicherlich notwendigen Reform nicht nur um eine Vereinfachung der Gebührenerhebung gehen darf, die in der geplanten Form sogar ein Mehr an Verwaltung erzeugt sowie eine verdeckte Gebührenanhebung darstellt. Vielmehr sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland grundlegend reformiert werden.

[12] 1) Als erstes muss geklärt werden, wie der "Grundversorgungsauftrag" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Einbeziehung der veränderten politischen, technischen und kulturellen Rahmenbedingungen überhaupt aussieht und ob es überhaupt noch eine Berechtigung für eine Grundversorgung gibt; letztendlich welchen Umfang eine Grundversorgung haben soll. Es müssen klare und nachvollziehbare Regeln und Grenzen aufgestellt werden, die den Umfang einer möglichen Grundversorgung eindeutig definieren und begrenzen. Erst dann steht das Problem deren Finanzierung zur Tagesordnung.

[13] 2) Alle diese Prozesse müssen transparent und demokratisch erfolgen. Es darf nicht sein, dass Ministerpräsidenten zusammen mit Interessenverbänden Gesetze, Verordnungen und Verträge im Alleingang beschließen.

[14] 3) Auch sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch einen von der breiten Bevölkerung gewählten Rundfunkrat verwaltet werden. So liegt der Anteil der Staatsvertreter bei einigen Anstalten bei 50 %; dies wird zu Recht als beherrschender Einfluss kritisiert. Es sei darauf hingewiesen, dass das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass ein beherrschender Einfluss von Staatsvertretern in diesen Gremien verfassungswidrig ist.

[15] 4) Außerdem fordert die Piratenpartei Deutschlands, dass neben den beiden Kirchen auch konfessionsfreie Religionsgemeinschaften in den Rundfunkräten vertreten sein sollten. Denn diese mittlerweile größte weltanschauliche Gruppierung in Deutschland ist bislang in keinen der Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Sender vertreten.

Begründung

[16] Im Positionspapier selbst enthalten.

P008 - Hilfe zur Selbsthilfe für Spielsüchtige (pathologisches Spielverhalten) durch eine „Allgemeine-Selbstperrung“.

Positionspapier - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Drachentoeter

Zusammenfassung

Hiermit beantrage ich die Einführung einer „Allgemeinen Selbstsperrung“ bezüglich Etablissements der Glücks- und Geldspielautomatenbranche. Das heißt, jede/r Bürger/in soll das Recht und die Mittel haben, sich selbst sperren zu lassen.

Antragstext

[1] Hiermit beantrage ich die Einführung einer „Allgemeinen Selbstsperrung“ bezüglich Etablissements der Glücks- und Geldspielautomatenbranche. Das heißt, jede/r Bürger/in soll das Recht und die Mittel haben, sich selbst sperren zu lassen, wenn er/sie dies möchte, zum Beispiel wenn er/sie merkt, dass sein/ihr Spielverhalten problematische oder existenzbedrohliche Ausmaße annimmt. (Hilfe zur Selbsthilfe). Dies beinhaltet staatliche Kasinos inkl. Automatensäle, gewerbliche Spielhallen, Gaststätten und Tankstellen sowie auch „Pommes- oder Dönerbuden“ etc., sofern sich ein Geldspielautomat darin befindet. Wer einen Kunden trotz Selbstsperrung spielen lässt, muss die Verluste erstatten; dies ist bereits Praxis in staatlichen Kasinos und soll auch auf oben gennante Einrichtungen in Zukunft gelten.

Begründung

[2] Begründung „Bis zu 400.000 Menschen sind glücksspielabhängig. Glücksspielsucht ist die teuerste aller Süchte, verläuft oft schwer und hat die höchste Selbstmordrate, sagen Experten.“ Quelle: Welt Online vom 14.01.2009, Autor Nina C. Zimmermann. Axel Springer AG.

[3] Spielsucht lässt sich nicht mit Tabak-, Alkohol- oder Drogensucht vergleichen. Die Spielsüchtigen sind nicht substanzgebunden sondern verhaltensgebunden. Professor Dr. Becker von der Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim: „Wir können da nicht einfach das, was bei Tabak und Alkohol läuft, auf Glücksspielsucht übertragen. Das ist ein Verhalten, das ist kein Stoff, von dem man abhängig ist. Hier geht es um ein bestimmtes Verhalten.“ Quelle: Protokoll vom 14. Landtag von Baden-Württemberg, Finanzausschuss, 51. Sitzung, Dienstag, 13. Oktober 2009, 10:00 Uhr, Stuttgart, Haus des Landtags, Plenarsaal. Seite 52

[4] Gemäß SGB I §1 Abs. 1 muss der Staat für die Möglichkeit der “Hilfe zur Selbsthilfe” sorgen: (1) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen. (2) Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll auch dazu beitragen, daß die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

[5] Die Umsetzung des Prinzips der „Hilfe zur Selbsthilfe“ (siehe SGB I §1 Abs. 1) ist bei den staatlichen Spielkasinos erfolgt, die jedem Spieler die Möglichkeit geben, sich selbst sperren zu lassen. Diese Sperre gilt dann bundesweit. Darüberhinaus ist eine Sperre durch Dritte auch möglich; der betroffene Spieler hat dann 14 Tage Zeit diese Sperrung wieder rückgängig zu machen.

[6] Diese „Selbstsperrung“ in den staatlichen Kasinos ist allerdings nahezu wirkungslos, da unter anderem über 8.000 gewerbliche Spielhallen in Deutschalnd an diesem sinnvollen Selbst-Sperr-System nicht beteiligt sind und somit dem SGB I §1 Abs. 1 nicht nachkommen. Die Möglichkeit der „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird also durch die Nichtberücksichtigung des SGB I §1 Abs. 1 seitens gewerbliche Spielhallen, Gaststätten und Tankstellen sowie auch „Pommes- oder Dönerbuden“ etc., sofern sich ein Geldspielautomat darin befindet, unterbunden.

[7] Dadurch findet lediglich eine Verlagerung des Spielortes statt. Genau dieser Umstand ist um so kritischer zu sehen, da die Spielsuchtgefahr durch gewerbliche Spielhallen größer ist als bei den staatlichen Spielkasinos und somit das „Spielsuchtverhalten“ verschärft wird. “Das höchste Suchtpotenzial haben nach Einschätzung des Fachberband Glücksspielsucht Spielautomaten.(...) Bei rund 80 Prozent der Klienten, die Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen aufsuchen oder sich in Fachkliniken behandeln lassen, sind Spielautomaten der Grund, gefolgt von Kasinospielen oder Sportwetten. Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der leichten Verfügbarkeit und Griffnähe eines Spielangebots, heißt es dazu von der Deutschen Hauptstelle (DHS) für Suchtfragen in Hamm “ Quelle: Welt Online vom 14.01.2009, Autor Nina C. Zimmermann. Axel Springer AG.

[8] Durch die häufige Verfügbarkeit von Geldspielautomanten in Gaststätten etc. kommen viele der späteren Süchtigen überhaupt das erste Mal in Berührung damit . Professor Dr. Becker von der Forschungsstelle Glücksspiel der Universität Hohenheim meint dazu: „..zu Gaststätten ist vielleicht zu sagen, dass viele Spielerkarrieren in Gaststätten beginnen. Wenn man sich mit pathologischen Spielern unterhält – das haben wir in letzter Zeit öfter getan –, dann haben sie in Gaststätten mit 14, 15, 16 Jahren angefangen. Das heißt, dieser Bereich ist relativ kritisch zu sehen, insbesondere auch deshalb, weil dort Zugangskontrollen sehr viel schwerer möglich sind... “ Quelle: Protokoll vom 14. Landtag von Baden-Württemberg, Finanzausschuss, 51. Sitzung, Dienstag, 13. Oktober 2009, 10:00 Uhr, Stuttgart, Haus des Landtags, Plenarsaal, Seite 52.

[9] Nicht zu vernachlässigen ist die Tatsache, dass sich die in dem Antrag geforderte Gesetzesänderung unter anderem positiv auf den Jugendschutz auswirken würde, des weiteren zur Reduzierung der Beschaffungskriminalität und zur Entlastung der Krankenkassen führen würde. Ebenso kann man davon ausgehen, dass sich die Selbstmordrate Spielsüchtiger deutlich minimieren würde, da die Suchtphasen und die damit verbundene „Abwärtsspirale“ in der Gesellschaft evtl. schon früh durch eine Selbstsperrung unterbrochen werden kann. Die meisten Spielsüchtigen suchen einen Weg aus der Sucht, nur sind sie mittlerweile in ihrer heimatlichen Umgebung von 50-100 gewerbliche Spielhallen umgeben, weshalb es schwer für sie ist, zurecht zu kommen ohne rückfällig zu werden. Der Leidensweg eines Spielsüchtigen ist enorm. Neben dem Verlust der sozialen Kontakte leiden oft auch der Beruf und die Familie unter dem Suchtverhalten. Die soziale Isolation und der finanzielle Ruin bzw. hohe Verschuldung verursachen Schuldgefühle, Selbstverachtung und Suizidgedanken.

[10] Umsetzung

[11] Die wirksamste Art Spielsüchtigen zu helfen ist, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst sperren zu lassen. Dies sollten sie zu Jederzeit und ohne große Formalitäten (niedrigschwellig) tun können. Hierzu ist es erforderlich, dass jeder Anbieter von Geldspielautomaten mit einem Zentralen Rechnersystem gekoppelt ist, in dem alle gesperrten Spieler erfasst sind. Es muß eine Personalausweis-Kontrolle durchgeführt werden, anhand derer festgestellt wird ob der Spieler sich bereits hat sperren lassen. Eine Ausweispflicht beim Betreten einer Spielhalle ist ohnehin erforderlich, da erst hierdurch die Volljährigkeit des Spielers nachgewiesen werden kann. In Gaststätten, „Döner- und Pommesbuden“, Tankstellen etc. müssen die Betreiber zu ihrer eigenen Sicherheit selbst für eine angemessene Kontrollvorrichtung sorgen. Tut das ein Betreiber nicht, muß ihm die Lizenz entzogen werden. Es ist wichtig, dass Gaststätten, Tankstellen, „Döner- und Pommesbuden etc.“ zu dieser Regelung verpflichtet werden, da einige Spielhallenbetreiber dazu übergehen eine Gaststätte in drei bis fünf „Pommesbuden“ umzuwandeln und somit „geschickt“ eine gesonderte Konzession bzw. Lizenzbestimmung umgehen. Einrichtungen, die tatsächlich aus technischen oder finanziellen Gründen keine Kontrolle gewährleisten können, dürfen zum Schutz des Einzelnen und dem Allgemeinwohl keine Geldspielautomaten betreiben.

[12] Widerstand

[13] Ziel der Spielautomatenindustrie bzw. des Spielautomatenbetreibers ist es, möglichst viel Gewinn zu erzielen. In der Natur der Sache eines Spielsüchtigen liegt es nun mal sein Geld zu verspielen, da er/sie unter anderem an Kontrollverlust leiden. Spätestens ab der 2. Suchtphase* wird der/die Spielsüchtige zum besten Kunden solcher Einrichtungen. Denn ein Spielsüchtiger verspielt nicht nur sein eigenes Geld, er verspielt in der Regel auch seinen Gewinn. Laut dem Fachverband Glücksspielsucht, wird der Umsatz an Geldspielautomaten durch Spielsüchtige auf 56 % geschätzt (je nach Spiel gibt es große Unterschiede). Daher werden sich Spielhallenbetreiber massiv wehren ein Selbst-Sperrungssystem von Spielern einzuführen. Hierfür werden Gründe wie etwa „Datenschutz der Kunden" oder „zu hohe Kosten" vorgeschoben.

[14] Fazit

[15] Spielsucht ist eine anerkannte Krankheit in Deutschland und jeder Spieler soll die Möglichkeit haben sich für alle Glücksspielautomaten und Geldspielgeräte selbst sperren zu lassen. Die Aufgabe des Staates ist es seine Bürger zu schützen. Wenn der Staat dazu nicht in der Lage ist, sollte er dem Bürger die Möglichkeit geben sich selbst zu helfen. Allerdings nicht erst durch Fremdhilfe wie zum Beispiel einer 6 – 15 Wöchigen Therapie, im Rahmen einer vollstationären Behandlung, die in der Regel erst dann in Anspruch genommen wird, wenn bereits soziale Netze (Famile und Freunde) zertsört sind und die beruflich Karriere ruiniert ist. Das schärfste Schwert um eine Sucht zu bekämpfen ist der Entzug; eine Selbstsperrung würde dazu einen großen Beitrag leisten.

[16] http://www.verspiel-nicht-dein-leben.de/de/spielsucht/sucht-phasen/index.html

P009 - Verbindliches Fahrsicherheitstraining

Positionspapier - Bauen und Verkehr LQFB LQFB 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VerkehrspiratHamm

Zusammenfassung

Unfallvermeidung durch Fortbildung statt Strafe ,um bewußt Fahrfehler zu vermeiden.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen, die PIRATEN fordern ein verbindliches Fahrsicherheitstraining als Bedingung für die Beendigung der Probezeit bei Fahranfängern. Solche Trainings verbessern die Handhabung eines geführten Fahrzeugs in Extremsituationen und bei verschiedenen Witterungen, sensibilisieren für Gefahren und fördern so eine sichere und vorausschauende Fahrweise.

Begründung

[2] In Österreich hat dieses verpflichtende Training sich deutlich auf die Unfallstatistik ausgewirkt und ein drittel weniger Unfälle sowie drei Viertel weniger tödliche Unfälle bei Personen bis 24 Jahren zur Folge gehabt. Die wichtigste Unfallursache wird in ganz Deutschland nicht kontrolliert. Zur "nicht an die Verkehrsverhältnisse angepassten Geschwindigkeit" gibt es keinerlei Kontrollen. Nur erlaubte Höchstgeschwindigkeiten werden kontrolliert. Der Polizei und den Komunen fehlt ein Konzept, die Antwort liegt nicht in der Kontrolle sondern in der besseren Ausbildung des Verkehrsteilnehmers. Wir müssen Wissen vermitteln das die Ursachen für Unfälle abschafft damit Sie erst garnicht passieren und nicht nur die Gründe des Wirkungsgrades eines potenziellen Unfalles überwachen und sanktionieren.

[3] Trotz Kontrollen der Höchstgeschwindigkeit ist die Zahl der Verkehrstoten 2011 um 9,4 Prozent auf 3991 gestiegen. Letztlich beeinflusst der Mensch durch sein Verhalten in hohem Maße, ob es zu einem Unfall kommt oder nicht. Fast jeder Verkehrsunfall ist ein Unikat, in den allermeisten Fällen menschliches Fehlverhalten bei unterschiedlichsten Randbedingungen. Die Führerscheinausbildung befähigt den Fahrschüler dazu sein Fahrzeug unter Kenntnis der geltenden Verkehrsregeln zu führen und sein Können muss er aber alleine während der Probezeit festigen. Dannach wird bei Verkehrsunauffälligen Menschen angenommen dass das Fahrzeug beherscht wird was definitiv nicht der Fall ist. Das Abfangen von witterungsbedingtem ausbrechen des Fahrzeugs sowie das Abschätzen des zum stehen kommen seines Fahrzeugs bei einer Vollbremsung wird in der Fahrausbildung im öffentlichen Strassenverkehr nicht vermittelt und führt dadurch ,oft bei Witterungsumschwüngen,zu vermeidbaren Unfällen die oft mit Todesfolge enden. Die Kosten für ein Sicherheitstraining liegen im Bereich von 80 bis 120 Euro. Demgegenüber steht ein hoher Sicherheitsgewinn, viel Spaß und ein höheres Risikobewusstsein sowie eine Vorrausschauendere Fahrweise. Es ist quasi eine Fortbildung, und Bildung zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme ist eine hochgradig piratige Sache. Das einzig unpiratige wäre die Verpflichtung zu dieser Fortbildung, aber das ist es mir hier angesichts der genannten Gründe wert. In Österreich wo es das bereits gibt wurden 3 Pflichtfahrstunden gestrichen und davon das Abschließende Fahrsicherheitstraining finanziert. Wer früher als nach dem Ende seiner Probezeit ein solches Fahrsicherheitstraining absolviert kann damit sein Probezeit bis zu einem Jahr verkürzen. Da Fahranfänger die größte Unfallgruppe darstellen und Unfälle

drastisch zunehmen bei einem Witterungsumschwung möchte ich mit diesem Antrag den Anfang zur Reduzierung der größten Unfallgruppe starten. Wir können also die Unfallzahlen senken und so Menschenleben retten und eine Grundlage des Vertrauens bei der Verkehrspolitik gegenüber dem mobilen Menschen schaffen.

P010 - Gegen ein generelles Tempolimit

Positionspapier - Bauen und Verkehr LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VerkehrspiratHamm

Zusammenfassung

Autobahnen sind unsere sichersten Strassen,daher ist es unangemessen dort wo am wenigsten passiert generelle Tempolimits zu fordern.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen die PIRATEN lehnen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab, da dies unserem freiheitlichen Anspruch widerspricht. Wo es nötig ist, etwa wegen Gefahrenstellen oder zum Lärmschutz, gibt es Geschwindigkeitsbeschränkungen. Weitere Limitierungen lassen sich nicht vermitteln. Stattdessen fordern die PIRATEN flexible Tempolimits, die an die jeweilige Verkehrssituation angepasst sind. Bei hohem Verkehrsaufkommen lässt sich durch passend gesetzte Geschwindigkeitsbeschränkungen der Verkehr im Fluss halten, während die Limits bei freier Strecke aufgehoben werden können.

Begründung

[2] Für solche allgemeine Geschwindigkeitsbeschränkungen besteht weder aus Verkehrssicherheits- noch aus Umweltgründen ein Anlass. Die Autobahnen sind nach wie vor unsere sichersten Straßen. Unverantwortliches Schnellfahren lässt sich mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung nicht verhindern. Unfälle bei höherem Tempo sind meist auf Übermüdung, Alkoholeinfluss oder rücksichtsloses Verhalten des Fahrers zurückzuführen. Nicht hohe, über der Richtgeschwindigkeit liegende Geschwindigkeiten sind Ursache für die meisten Unfälle, sondern vielmehr die im Einzelfall nicht situationsangepasste Geschwindigkeit. Die Ablehnung eines generellen Tempolimits lässt sich direkt aus unseren Grundwerten ableiten. Zudem positionieren wir uns zu einem Thema, das im Wahlkampf eine wichtige Rolle spielt. Außerdem stellen wir klar, dass wir keine Bevormundung der Autofahrer anstreben und eher die wahren Ursachen der Unfälle bekämpfen wollen.

[3] Ein paar Punkte die immer wieder beantwortet werden müssen:

[4] CO2-Ersparnis nur 0,3% laut Umweltbundesamt wird durch SUVs und hoher Drehzahl wieder ausgeglichen siehe USA. Kein Effekt beim Lärmschutz da Lärmschutz auch mit lokalen Tempolimits erreicht wird wo es nötig ist. Keine Erhöhung der Straßenkapazität, da Autobahnen bei denen das nötig ist bereits lokal begrenzt sind. Kein Effekt bei der Sicherheit ,weil Deutschland besser in Punkto Sicherheit auf Autobahnen ohne generellem Tempolimit abschneidet als Länder mit einem generellen Tempolimit und der Verkehr die Beachtung des Fahrers bekommt und nicht die Tachonadel.

[5] Sinnlose populistische Bevormundungen ,verbunden mit einem unnötige Abbau von Freiheiten und die Aberkennung des Selbstbestimmten fortbewegens eines kompletten mündigen Volkes lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.

P011 - Landwirtschaft für Landwirte und Verbraucher

Positionspapier - Landwirtschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Ansprechpartner:Birgitt Piepgras

Zusammenfassung

Grundsätzliche Position zur Agrarpolitik

Antragstext

[1] Die Stärkung der Landwirtschaft erfordert in erster Linie ein Zusammenwirken aller Beteiligten.

[2] Neben den Landwirten und deren Verbänden gehören dazu auch der Lebensmittelhandel, Qualitätssiegel, Naturschutz- und Tierschutzverbände, aber auch die Vertreter der Politik und die Verbraucher. Netzwerke müssen transparent ausgebaut und gepflegt werden. Ein Beispiel dafür sind Erzeugergemeinschaften und regionale Handelszentren, wie die CSA-Bewegung (Community Supported Agriculture) und deren französisches Pendant AMAP (Verbrauchervereinigung für die Beibehaltung der bäuerlichen Landwirtschaft).

[3] Das Ziel ist eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.

[4] Landwirtschaftliche Betriebe stehen bisher unter dem Preisdruck der Lebensmittelkonzerne sowie der verarbeitenden Industrie, gefördert von der Politik, die ausschließlich auf Wachstum abzielt, dabei aber weder Nachhaltigkeit noch Verbraucherwille berücksichtigt.

[5] Wir wollen langfristig Agrarsubventionen abbauen. Bis dahin sollen sie vorrangig an Betriebe vergeben werden, die eine nachhaltige und flächengebundene Landwirtschaft praktizieren. Die Zahlung von Agrarsubventionen an Reiseunternehmen, Fluggesellschaften, Energiekonzerne und andere der Landwirtschaft ferne Unternehmen ist umgehend zu beenden.

[6] Verbraucher sollen durch gezielte Aktionen und Informationen angehalten werden, ihr Essverhalten umzustellen und Lebensmittel bewusster und kritischer einzukaufen. Dies beginnt bereits in der Schule durch gezielte Ernährungslehre. Schon den Kindern muss vermittelt werden, mehr Wert auf die Herkunft und den ideellen Wert der Lebensmittel zu legen.

[7] Wir setzen uns für höhere Qualitäts- und Tierschutzanforderungen ein, die auch auf Importwaren angewandt werden müssen, um einheimische Qualitätsprodukte vor importierter Billigware zu schützen.

[8] Zu welchen Bedingungen, mit welchen Möglichkeiten und wie genau die europäische Agrarpolitik im Land umgesetzt werden soll, ist von allen Beteiligten gemeinsam auszuhandeln.

P012 - Umgang mit rechtspopulistischen, rassistischen und antisemitischen Parteien und Organisationen

Positionspapier - Allgemeine Werte und Menschenbild LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Carridwen, Harryliebs

Zusammenfassung

Abgrenzung gegenüber Vereinen, Organisationen und Parteien, die menschenverachtendes und diskriminierendes Gedankengut verbreiten. Unter den genannten Umständen ein Ausschluss als Bündnispartner etc.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:

[2] 1. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, wählen zu gehen. Eine hohe Wahlbeteiligung erschwert die Erfolge für rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien.

[3] 2. Wir wenden uns dagegen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Positionen, Parteien und Organisationen ein Podium zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhö?he geben.

[4] 3. Wir treten gemeinsam aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft ein. Zudem unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen rassistische und antisemitische Stimmungsmache engagieren.

[5] 4. Deutschland ist ein von Einwanderung geprägtes Land. Wir wenden uns gegen rassistische und antisemitische Zuschreibungen und das Austragen gesellschaftlicher Problemlagen auf dem Rücken von Minderheiten. Wir setzen uns für die Suche nach gemeinsamen Lösungsansätzen mit den Menschen vor Ort ein.

[6] 5. Im Wahlkampf werden wir gemeinsam Rassismus, Rechtspopulismus und Antisemitismus die Rote Karte zeigen und gegen die diskriminierenden Positionen rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien und Organisationen Stellung beziehen.

[7] 6. Wir wenden uns an Schulen: Weder auf Veranstaltungen in Schulen noch auf den Schulhöfen darf für die menschenverachtende und rassistische Propaganda der NPD oder von Rechtspopulisten wie den PRO Parteien und anderen Organisationen/Parteien Platz sein – es gilt, dieser in jeder Form entschieden entgegenzutreten.

[8] 7. Rechtsradikalen und rechtspopulistischen Veranstaltungsoffensiven und Versuchen, sich in öffentlich?rechtlichen Räumen als wählbare oder gar demokratische Parteien zu inszenieren, gilt es mit allen Möglichkeiten des demokratischen und friedlichen Protestes zu begegnen. Zur Not sollen diese mit juristischen Mitteln verhindert werden.

[9] 8. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer oder antisemitischer Diskriminierung.

Begründung

[10] Vorwort

[11] In dem folgenden Antrag wird der Begriff "rechtsradikal" verwendet, um dem Begriff des "Rechtsextremismus" auszuweichen. Das reicht natürlich nicht, da es keine gute Abgrenzung zur schwierigen Extremismustheorie darstellt. Wir sind uns der Schwierigkeiten dieser Begrifflichkeit bewusst. Viele Institutionen und Forscher*innen benutzen den Begriff "Rechtsextrem(istisch)" vor einem totalitarismustheoretischen Hintergrund. Totalitarismustheoretische Vorstellungen beschreiben unsere Gesellschaft als Gebilde, in dessen Mitte der demokratische Kern liegt. Dieser Kern umfasst die Mehrheit der Bürger*innen sowie den überwiegenden Anteil der politischen und kulturellen Landschaft. An den Rändern der demokratischen Mitte befinden sich dieser Vorstellung zufolge extremistische Auswüchse - der Rechtsextremismus auf der einen und der Linksextremismus auf der anderen Seite. Diese beiden Pole werden als außerhalb der demokratischen Gesellschaft stehende Phänomene beschrieben, die die Demokratie bekämpfen und sich gegenseitig näher stehen als der gesellschaftlichen Mitte - Hufeisentheorie. Abgeleitet daraus wird eine Gleichsetzung von Links und Rechts sowie das Bild der wahrhaften Demokratie, die ihre Werte und Normen gegen äußere Feind*innen zu verteidigen habe. Die komplette Problematik dieser Sichtweise darzulegen führt an dieser Stelle zu weit. Zwei Dinge aber möchten wir hier mit aller Deutlichkeit sagen. Erstens: Jede ernst zu nehmende inhaltlich-analytische Beschäftigung mit den Ursachen und Ausprägungen "rechtsextremer" Einstellungen macht deutlich, wie wenig sich bürgerliche, demokratische Mitte der Gesellschaft und "Rechtsextremismus" voneinander trennen lassen. Sie macht ebenso deutlich, wie weit ausgrenzendes, diskriminierendes Denken in der Mitte der Gesellschaft hinreicht. Zweitens: Totalitarismustheoretische Vorstellungen sind nicht nur analytisch falsch. Sie tragen auch dazu bei, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Von solcherart Begriffsverständnissen distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich. Folgen möchten wir hinsichtlich der Begriffsbestimmung und -verendung dem Politikwissenschaftler Richard Stöss. Stöss definiert "Rechtsextremismus" als komplexes Einstellungsmuster mit vielfältigen Dimensionen. Merkmale des Rechtsextremismus sind demnach: Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Pro-Nazismus, Befürwortung einer Rechtsdiktatur, Demokratiefeindschaft, Sexismus und Wohlstands-Chauvinismus. Je mehr dieser Dimensionen von einer Person unterstützt werden, desto klarer kann von einem festen bis geschlossenen rechtsextremen Weltbild ausgegangen werden. Folgt man dem Ansatz von Richard Stöss und anderen, ist der Begriff "Rechtsextremismus" zutreffend und angemessen, weil er mehr fasst als die Naziszene. Der verwendete Begriff "rechtsradikal" soll keine Verharmlosung darstellen, sondern dient dazu, nicht weiter "extrem(istisch)" im Sprachgebrauch zu verwenden.

[12] Info

[13] Angelehnt an der Berliner Konsens (pdf) http://goo.gl/gOIQL

[14] Erklärung, warum kein einziges Mal "rechtsextrem" im Text vorkommt: Ablehnung des Extremismusbegriffs - https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2681.html

[15] Das Vorwort ist bei Ver.di geklaut.

P013 - Piratenpartei gegen Sexismus

Positionspapier - Allgemeine Werte und Menschenbild LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christophe Chan Hin (incredibul), Lotte Steenbrink (Lotterleben), Lena Rohrbach (Arte_Povera), Julia Schramm (laprintemps), Laura Dornheim (Schwarzblond)

Zusammenfassung

Sexismus hat keinen Platz in der Piratenpartei

Antragstext

[1] Der Parteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschliessen:

[2] Sexismus ist, wie jegliche Diskriminierung von einzelnen Menschen oder Menschengruppen, mit den Grundwerten der Piratenpartei unvereinbar. Hierfür ist es unerheblich, ob er Frauen, Männern, Intersexuellen, Transsexuellen, Hetero-, Homo- oder Bisexuellen oder Menschen, die nicht in diese Geschlechterkonzepte passen, entgegen gebracht wird.

[3] Unter Sexismus verstehen wir wertendes Verhalten gegenüber einer Person auf Basis ihrer Geschlechtsidentität oder weil sie nicht dem heteronormativen Geschlechterbild anhängt, aber auch die ungefragte Zuschreibung von Verhaltensmustern aufgrund des Geschlechts oder eines Rollenbildes.

[4] Sexistische Äußerungen und Verhaltensweisen haben in der Piratenpartei keinen Platz.

[5] In der Piratenpartei sollen sich alle interessierten und engagierten Menschen willkommen und respektiert fühlen. Es ist unser aller Aufgabe, dafür Sorge zu tragen!

Begründung

[6] In der Hoffnung, dass uns eine klare Abgrenzung gegen Sexismus in Zukunft hilft, ein angenehmeres Klima in der Partei zu schaffen.

P014 - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten

Positionspapier - Sicherheitspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kowalski

Zusammenfassung

Mit Berufung auf die von der EU festgelegten Grundsätze ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verlangt die Piratenpartei die Anwendung dieser Grundsätze auch auf den Apparat der GASP selbst und wird sich dafür einsetzen. Diese Grundsätze lauten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, universeller Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Menschenwürde, Gleichheitsgrundsatz, Solidarität, den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den folgenden Text als Positionspapier zu beschließen:

Positionspapier: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten

[2] **1. Beseitigung des Demokratie- und Transparenzdefizits**

[3] Mit Berufung auf die von der EU festgelegten Grundsätze ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verlangt die Piratenpartei die Anwendung dieser Grundsätze auch auf den Apparat der GASP selbst und wird sich dafür einsetzen. Hierbei wird sie sich insbesondere um die folgenden Problempunkte zum Abbau des Demokratie- und Transparenzdefizits in der GASP bemühen:

- Die Beschlüsse zur GASP sind vom Europäischen Parlament (EP) zu fällen und ihre Umsetzung auch von ihm zu kontrollieren;
- das EP soll das alleinige Vorschlagsrecht zur Wahl des Hohen Vertreters haben und diesen mit einfacher Mehrheit wählen und auch abberufen können;
- das EP beschließt die politischen Richtlinien für den Hohen Vertreter;
- der Hohe Vertreter berichtet dem Auswärtigen Ausschuß des EP regelmäßig über seine Tätigkeit;
- die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des EP sind so weit als irgend möglich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen (streamen).

Begründung

[4] Seit dem Vertrag von Lissabon 2009 ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die zweite Säule der EU neben der gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Dabei wurden die Grundsätze definiert, nach denen die Europäische Union sich in ihrer Außenpolitik zu richten hat: „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die

universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts" ((Art. 24 Abs. 1 EUV). In der EU selbst ist jedoch nicht das EU-Parlament das Macht- und Entscheidungszentrum für die GASP. Es hat nur eine beratende Funktion. Die Entscheidungen obliegen dem Rat und der Kommission. Weitergehende Infos zu diesem Positionspapier sind auf der GASP-Diskussionsseite im Wiki der AG Außen- und Sicherheitspoltik zu finden.: http://wiki.piratenpartei.de/Diskussion:AG_Au%C3%9Fenpolitik/AP-Leitseite-GASP

P015 - Integration der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union vorantreiben

Positionspapier - Sicherheitspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kowalski

Zusammenfassung

Die zukünftig durch das Europäische Parlament bestimmte GASP ist vorrangig gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten und entsprechend vertraglich auszugestalten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag 2012.2 möge folgendes Positionspapier beschließen:

Positionspapier: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten

[2] **2. Integration der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union vorantreiben**
Die zukünftig durch das Europäische Parlament bestimmte GASP ist vorrangig gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten und entsprechend vertraglich auszugestalten.

[3] Entsprechend Art. 24 Abs. 1 EUV ist sie innerhalb wie außerhalb der EU nach ihren Grundsätzen “Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts“ auszurichten.

[4] Mit Blick auf dieses Ziel sind die eigenständigen Möglichkeiten der EU für die GASP bereits jetzt auszubauen.

[5] Die GASP wirkt auf eine Reform der UN hin mit dem Ziel, dass die EU (wie auch andere Staatenbündnisse) als eigenständiges UN-Mitglied aufgenommen werden kann.

[6] Über eventuelle Auslandseinsätze im Rahmen der demokratisierten GASP soll ausschließlich das Europäische Parlament bestimmen.

Begründung

[7] Die Piratenpartei tritt für ein gemeinsames Europa ein. Dieses Ziel kann ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht erreicht werden. Gerade jetzt, wo die GASP wegen der unterschiedlichen Interessen und Maßstäbe der EU-Mitgliedsstaaten auf dem Spiel steht, sollte die Piratenpartei an ihrem Ziel festhalten.

P017 - Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten

Positionspapier - Sicherheitspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kowalski

Zusammenfassung

Die Piratenpartei spricht sich für eine intensivierte Kooperation der nationalen europäischen Streitkräfte aus mit dem Ziel, sie in eine europäische Armee zu überführen (EU-Mitgliedsstaaten)langfristig, aber kontinuierlich.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag 2012.2 möge folgendes Positionspapier beschließen:

Positionspapier: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitk der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten

[2] **3. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union demokratisieren und transparent gestalten**
Die Piratenpartei spricht sich für eine intensivierte Kooperation der nationalen Streitkräfte der EU-Staaten aus mit dem Ziel, sie langfristig und kontinuierlich in eine europäische Armee zu überführen.

[3] Dies setzt voraus, dass die EU für die GSVP eine überarbeitete Strategie entwickelt, eigene EU-Kapazitäten und Beschaffungsstrukturen schafft und im Innern arbeitsteilig wirkt ("Pooling & Sharing). Es wird angestrebt, dass die EU-Staaten ihre Sicherheits- und Verteidigungsbudgets auf die GSVP umschichten und ihre Militärstrukturen vereinigen. Die nationalen Streitkräfte sind entsprechend sukzessive zurück zu bauen. Hierzu sind verbindliche Verträge zwischen den Staaten abzuschließen und unbedingt einzuhalten. Alleingänge einzelner EU-Staaten bei der GSVP und bei internationalen Einsätzen lehnen wir ab.

[4] Für die Streitkräfte im Rahmen der GSVP streben wir ein zivil-militärisches Oberkommando auf EU-Ebene an, das dem Europäischen Parlament unterstellt wird. Desweiteren soll eine interparlamentarische Kommission aus EU- und Nationalparlamentarien gebildet werden, die das EU-Parlament beraten und den Nationalen Parlamenten berichten soll.

[5] Desweiteren ist auf juristischer Ebene zu prüfen, wie GASP und GSVP in den Kompetenzbereich des Europäischen Gerichtshofs einbezogen werden können.

[6] Wir verweisen auf den Vorrang der in der GSVP bereits vorgesehenen zivilen Mittel zur Konfliktprävention und Krisenbewältigung. Langfristig streben wir an, dass eventuell dennoch erforderliche militärische Einsätze ausschließlich durch die Streitkräfte der EU nach Beschluss des Europäischen Parlaments erfolgen. Dabei sprechen wir uns nur für militärische Kriseneinsätze zur Erhaltung des Friedens und/oder zur Beendigung eines Krieges oder schwerer Menschenrechtsverletzungen, wie Völkermord, aus. Ein solcher Einsatz setzt jedoch ein UN-Mandat voraus.

[7] Einsätze einer europäischen Armee im Inneren ohne ein solches UN-Mandat lehnen wir ab.

Begründung

[8] Die tiefe Staatsschuldenkrise der EU-Staaten, insbesondere der EURO-Zone, hat erhebliche Auswirkungen auf die GSVP. Einzelne EU-Staaten, auch die größeren, sind allein kaum noch handlungsfähig, um sowohl die Sicherheit des Territoriums der EU zu gewährleisten als auch zu krisenbewältigenden Einsätzen. Das bereits auch im Rahmen der Nato beschlossene Konzept "Smart Defense" (Arbeitsteilung und Spezialisierung der nationalen Streitkräfte) krankt an unterschiedlichen Interessen der beteiligten Staaten.

[9] Wir betrachten Europa nicht als reine Wirtschaftsunion und die GSVP nicht als rein wirtschaftliches Instrument zur Kosteneinsparung. Die europäischen Werte, insbesondere Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, kann Europa nur gemeinsam als ernst zu nehmende, unabhängige Stimme in der internationalen Gemeinschaft vertreten. Es ist bereits absehbar, dass ein uneiniges Europa in die politische Bedeutungslosigkeit versinken wird.

[10] Unabhängig vom Selbstverständnis der Piratenpartei als demokratische Bürgerbewegung verlangen nicht nur die bereits fest geschriebenen Grundsätze der GASP, sondern auch die Akzeptanz einer zukünftigen europäischen Armee zwingend eine Demokratisierung der Strukturen von GASP und GSVP und ihre Unterstellung unter die Oberhoheit des Europäischen Parlaments. Bislang muss nach dem EUV der Vertreter das Europäische Parlament zur GASP/GSVP lediglich anhören und „seine Auffassungen berücksichtigen". Das EP hat aber keine weiteren eigenen Kompetenzen zur GSVP.

[11] Ebenso liegt die GSVP, wie auch die GASP insgesamt, außerhalb der Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofs, eine juristische Prüfung auf dieser Ebene fehlt bisher.

[12] Mitbestimmen kann das EP lediglich über zivile Einsätze im Rahmen der GSVP, da diese aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

Bemerkungen

[13] Dieser Antrag ist im Zusammenhang zu sehen mit den Anträgen P014 und P015 und setzt diese (Demokratisierung und Integration von GASP/GSVP) voraus. Er wurde mit mehreren Piraten abgestimmt, zuletzt auf der Antragskonferenz in Aachen.

P019 - Familienpolitik zur Geburtensteigerung - Demographischer Wandel

Positionspapier - Familien- und Geschlechterpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Fams1010

Zusammenfassung

Die Geburtenrate in der Bundesrepublik ist vergleichsweise niedrig. Es sollte ein Umfeld geschaffen werden das die Anreize zur Familiengründung fördert.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei möge beschließen, im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 und nach ihrer Wahl in den Bundestag, die Belange der Familienpolitik in seiner gesamten Bandbreite bestmöglichst zu unterstützen, zu fördern und auszubauen.

[2] Maßnahmen zur Geburtensteigerung können u.a. sein:

[3] - Erhöhung des Elterngeldes

[4] - Verlängerung der Elterngeldbezugszeit

[5] - Verlängerung der Partnermonate

[6] - Gesetzlich verankerte Schutzmodelle nach der Elternzeit

[7] - Stärkere Entlastung von Familien

[8] - Stärkere gesellschaftliche Würdigung von Erziehungsleistungen

[9] - Stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten für den Rentenanspruch

[10] - Flexible Betreuungsmodelle und -zeiten

[11] - Maßnahmen für problemlose Rückkehr nach der Kinderbetreuung in den Beruf

[12] - Maßnahmen zur stärkeren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

[13] - Förderung von Heimarbeitsplätzen

[14] - Förderung von Teilzeitmodellen

[15] - Förderung von familienfreundlichen Betrieben und Arbeitsplätzen

[16] - Familenfreundliche Gegebenheiten im Alltag

[17] - Schaffung eines kinderfreundlichen Umfelds

[18] - Schaffung einer kinderfreundlichen gesellschaftlichen Grundhaltung

Begründung

[19] Neben der gesellschaftlichen Verpflichtung Familien mit Kindern an sich zu fördern gibt es auch klare Kostengesichtspunkte die hierfür sprechen. Der demographische Wandel sprich die tedenzielle Bevölkerungsentwicklung in der Altersstruktur geht in den Prognosen für dieses Land ganz klar in Richtung Überalterung. D.h. bei fehlender Gegensteuerung fehlen dem Sozialsystem auf mittelfristige Zeit Beitragszahler die die Rentenzahlungen auszreichend speisen könnten. Die günstigste Alternative diesem gegenzusteuern würde am Anfang der Kette ansetzen und Geburtensteigerungen unterstützen.

P020 - Piratenpartei gegen Linksextremismus

Positionspapier - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Alexander Gehrke

Zusammenfassung

Politische Abgrenzung gegenüber linksextremen Parteien und Organisationen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland ist eine politische Partei auf der rechtlichen Grundlage des Artikels 21 des 'Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland' sowie des § 2 des 'Gesetzes über die politischen Parteien'. Als solche ist sie an die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gebunden. Dies beinhaltet eine Politik auf Grundlage der Akzeptanz sowie der aktiven, politischen Verteidigung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

[3] Politischen Positionen von linksextremen Parteien und Organisationen, deren Ziel die Überwindung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist, tritt die Piratenpartei Deutschland mit allen demokratisch und juristisch legitimen Mitteln entgegen. Insbesondere - wenn auch nicht ausschließlich - positioniert sich die Piratenpartei Deutschland aktiv gegen folgende politisch-wirtschaftliche Konzepte und deren Zielsetzungen:

[4] 1. Kommunismus.

[5] 2. Sozialismus.

[6] 3. Zentralstaatliche Planwirtschaft.

[7] 4. Sonstige kollektivistische und freiheitsfeindliche Utopien.

[8] Eine politische Zusammenarbeit mit Vertretern derartiger Positionen lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.

Begründung

[9] Neben der wichtigen und notwendigen politischen Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parteien und Organisationen, sollten wir uns auch gegen linksextreme Parteien und Organisationen abgrenzen!

[10] Piratenpartei Deutschland, nicht links, nicht rechts, sondern die politische Mitte, die aktiv die bürgerlichen Freiheiten verteidigt!

P021 - Das Bedingungslose Grundeinkommen und die Möglichkeit der Armutsbekämpfung

Positionspapier - BGE

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ArminGl

Zusammenfassung

Das Bedingungslose Grundeinkommen kann mit Instrumenten der Armutsbekämpfung wie Förderung von Selbsthilfegruppen, Genossenschaften, Einführung von örtlich begrenztem Regio-Geld, Einführung von sogenannten Mikro-Krediten usw. verknüpft werden.

Antragstext

[1] Das Bedingungslose Grundeinkommen kann, - wenn es existenzsichernd sein soll - wenn es gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll - wenn es ohne Gegenleistung gewährt wird - wenn ein Rechtsanspruch besteht mit konkreten Projekten zur Bekämpfung von gesellschaftlicher Armut verknüpft werden: - Förderung des sogenannten "Fair-Trade" Handels - Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen - Förderung der ökologisch-orientierten Landwirtschaft sowíe einer ökologisch-orientierten Lebensweise - Einführung von örtlich begrenzten Regio-Geldwährungen (auch mit dem Euro als Leitwährung verknüpft) - Förderung von Genossenschaften - Einführung und Förderung von sogenannten "Mikro-Krediten" - Förderung von Selbsthilfeverhilfevereinen - Förderung von Tauschringen e. V.

Begründung

[2] Das Bedingungslose Grundeinkommen kann, je nach Ausgestaltung, helfen, gesellschaftliche Armut zu vermindern. Ursachen von Armut, auch verdeckt, gibt es viele: - saisonale bzw. konjunkturelle Arbeitslosigkeit - Währungsspekulationen auf den internationalen Märkten - Prozess der Globalisierung und das Vordringen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik - Turbulenzen innerhalb der internationalen und nationalen Börsen - Landraub und ökologische Zerstörungen - Knappheit von ökologischen Ressourcen bspw. Bodenschätze, Energiereservoirs usw. Die Lösung des Problems kann sein, vgl.: den Begriff des "Gemeinwohlunternehmers" von Ulrich Beck und die Gedanken des Begründers der sogenannten Freiwirtschaftslehre, Silvio Gsell, wieder mehr lokale Initiativen und regionale, autarke Wirtschaftskreisläufe zu fördern.

P022 - Afghanistan: wider die schleichende Verlängerung des Militäreinsatzes

Positionspapier - Außenpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Otla

Zusammenfassung

Aus aktuellem Anlass: Statement der Piratenpartei gegen den in ausgesprochen intransparenter Planung befindlichen Verbleib größerer deutscher Truppenkontingente über den geplanten Abzugstermin Ende 2014 hinaus.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular als Positionspapier beschließen:

[2] **Modul 1:**

[3] Die Piratenpartei besteht darauf, an dem für Ende 2014 vom Nato-Gipfel beschlossenen Truppenabzug aus Afghanistan festzuhalten und lehnt eine schleichende Umgehung dieses Beschlusses ab.

[4] Sie fordert die umgehende Offenlegung der Planungen für einen Verbleib deutscher Soldaten in Afghanistan über Ende 2014 hinaus, um eine breite öffentliche Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen.

[5] Sie betrachtet die Förderung und Stärkung der regionalen Zivilgesellschaften in unmittelbarem Dialog mit und nach dem Willen der jeweiligen afghanischen Bürger als den erfolgversprechendsten Ansatz zum Aufbau eines inneren Friedens in Afghanistan, der die Voraussetzung für ein freies und selbstbestimmtes Staatswesen ist. Wir fordern deshalb, den Großteil der verfügbaren Mittel dafür einzusetzen.

[6] Vor der Planung und Durchführung von überregionalen infrastrukturellen Aufbauprojekten ist die Meinung der lokalen Zivilgesellschaften in den betroffenen Regionen einzuholen; diese ist vorrangig zu beachten.

[7] **Modul 2:**

[8] Eventueller militärischer Schutz ist nur auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Bevölkerung zu leisten.

Begründung

[9] An der hierzu kritisch eingestellten deutschen Öffentlichkeit vorbei wird bereits der Einsatz insbesondere auch deutscher Truppen in Afghanistan nach 2014 geplant. Auch die Stärke dieser Truppen wird verschleiert; hieß es zunächst, ca. 1.000 Soldaten würden bleiben, so lässt die von de Maiziére Mitte Oktober gemachte Angabe "deutlich unter 4.000" annehmen, dass diese Zahl erheblich höher sein wird als 1.000, so dass höchstens von einem Teilabzug der deutschen Truppen bis 2014 gesprochen werden kann.

[10] Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass das bereits in Vietnam gescheiterte Konzept sich in Afghanistan wiederholen wird. Wie seinerzeit die Vietnamisierung des kriegerischen Konflikts zwischen Vietcong und Vietminh, ist längst von der Afghanisierung des Konflikts mit den Taliban die Rede. In Vietnam scheiterte das Bemühen, eine politisch genehme Regierung trotz des sinnlos gewordenen Krieges durch die Ausbildung und Begleitung südvietnamesischer Kampftruppen an der Macht zu halten, zwei Jahre nach offiziellem Truppenabzug

mit der Flucht der verbliebenen amerikanischen Truppen aus Vietnam nach Eroberung Südvietnams durch die Vietcong. Da die Strategie der Taliban der der Vietcong gleicht (z.B. Verstärkung der Angriffe in der Abzugsphase), ist auch das gleiche Ergebnis zu erwarten. Dies bedeutet nicht nur eine Verlängerung des Krieges in Afghanistan, sondern auch eine außerordentliche Gefährdung unserer deutschen Soldaten.

[11] Die BürgerInnen Afghanistans haben bereits Jahrzehnte von Kriegen gegen in- und ausländische Truppen, Milizen und Guerillaeinheiten überlebt. Ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den Verhältnissen in Afghanistan kann mit dem von niemandem sonst verglichen werden. Abgesehen davon, dass die Piraten generell für Bürgerrechte und demokratische Selbstbestimmung eintreten, gibt es also auch objektive Gründe dafür, die Entscheidungen über die bestmöglichen Wege, Afghanistan bei allen bestehenden Schwierigkeiten wieder aufzubauen, eben diesen BürgerInnen zu überlassen. Das setzt voraus, sie zu bestärken, sich ihrer politischen Kraft bewusst zu werden und diese auch gezielt einzusetzen.

[12] Dabei ist die Stärkung der lokalen Zivilgesellschaften (kommunale Selbstverwaltungen) keine ungewöhnliche Maßnahme; auch in Syrien sieht die UNO dies als einzige Möglichkeit, einen zukünftigen Staat Syrien mit demokratischem Potential zu fördern.

[13] Anmerkung:

[14] Auf die Links im Pad wird verwiesen. Weitere Infos und Belege können selbstverständlich erbracht werden. Aufgrund neuerer Informationen wurde der Antrag dem Pad gegenüber aktualisiert. Er wurde mit mehreren Piraten abgestimmt, zuletzt der Antragskonferenz in Aachen.

P023 - Reform des Urheberrechts - Stärkung der Interessen von Urhebern und Allgemeinheit

Positionspapier - Urheberrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann, Christian Hufgard

Zusammenfassung

Das beschlossene Papier aus Offenbach, in aktualisierter Form, welches zukünftig als Positionspapier dienen soll, da es hoffentlich durch meine Wahlprogrammanträge aus dem bestehenden Wahlprogramm abgelöst wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen das folgende Detailpapier zum Urheberrecht als Positionspapier zu beschließen.

Urheberrechtsgesetz der Piratenpartei

[2] - Änderungen und Begründungen -

[3] Im Folgenden stellen wir eine Übersicht über die Änderungen und ihre Begründungen zu unserem Gesetzesentwurf zum Urheberrecht dar.

Einleitung

[4] Ziel unseres Entwurfes ist es, das Urheberrecht an die Anforderungen aller Akteure im Zeitalter des Internets und der Digitalisierung angemessen anzupassen. Dabei gehen wir davon aus, dass das grundsätzliche Konzept des Urheberrechts nicht komplett verworfen werden muss, sondern lediglich vernünftig und zeitgemäß reformiert werden muss, so dass es dem veränderten Umgang mit Medien gerecht wird.

[5] Bei der Behandlung dieses Themas ist es wichtig, sich nicht durch Abneigungen gegen bestimmte Verwertungsgesellschaften, Labels oder Verlage, die Praxis von Buy-out-Verträgen oder bestimmte Bevormundungen der Verbraucher treiben zu lassen. Dies verleitet lediglich zu Schnellschüssen oder übereilten Forderungen, die der Komplexität des Themas nicht genügend Rechnung tragen oder den Interessen der beteiligten Akteure nicht gerecht werden.

[6] Wichtig ist es sich dabei bewusst zu machen, dass die wenigsten Kreativen, die auf das Urheberrecht angewiesen sind, von ihren Wertschöpfungen leben können. Daher sollte keineswegs der Schluss gezogen werden, nur durch die Verwertung beispielsweise ausschließlich über Werbung ohne jeden Endkundenvertrieb ließe sich für alle Urheber ein ausreichendes Einkommen generieren. Eine Statistik über die in der Künstlersozialkasse versicherten Kreativen kann dabei einen Ausschnitt der Realität näherbringen (etwa 175.000 Versicherte mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von ca. 14.100€).

[7] Eine Reform sollte weiterhin berücksichtigen, dass niemandem bestimmte Geschäftsmodelle oder Verwertungsmethoden aufgezwungen werden sollten. Die Aufgabe der Politik ist es jedoch auch nicht sich funktionierende Geschäftsmodelle zu überlegen. Sie sollte lediglich angemessene Rahmenbedingungen dafür schaffen.

[8] Das Vergütungsmodell einer Kulturflatrate lehnen wir ab. Bei ihrer Diskussion konnten wir bisher kein System finden, das aus sich selbst heraus funktioniert oder eine akzeptable, einfache und faire Verteilung zulässt. Schwachpunkte sind oft die Erfordernisse von Kontrollmechanismen, Kontrollstrukturen, Auswertungssysteme für das Nutzerverhalten oder die aktive Einbindung der Nutzer. Wir möchten stattdessen die Möglichkeiten alternative Einnahmemodelle stärker präsent machen, fördern und etablieren. Hierzu zählen wir insbesondere die Chancen der Selbstvermarktung sowie die Möglichkeiten, welche Micropayment-Systeme und Crowdfounding-Plattformen bieten.

[9] Zusammengefasst soll unsere Reform folgende Merkmale beinhalten:

- Stärkung der Erwerber und der Nutzer von Werken
- Stärkung der Urheber gegenüber Rechteinhabern und Rechtewahrnehmern
- Freistellung der Bildung und Forschung von unnötigen Abgaben, bürokratischen Verfahren und überflüssigen Restriktionen
- Streichung von Schutzbestimmungen und Regelungen, die eine Wissens- und Informationsgesellschaft behindern und die Weiterentwicklung von Werken und die Nutzung von Wissen unverhältnismäßig einschränken
- Reduzierung der Schutzfristen auf ein sinnvolles Maß, mit dem alle, die sich nicht der Digitalisierung und der modernen Welt verschließen, ausreichend gut auskommen können

[10] Zuletzt sei noch erwähnt, dass einer Liberalisierung und Modernisierung des Urheberrechts mehrere internationale Abkommen und EU-Richtlinien entgegenstehen. Wenn notwenig gilt es diese vorher aufzukündigen, um den Weg für ein modernes, unkompliziertes und möglichst freizügiges Urheberrecht zu ermöglichen.

[11] Wir möchten somit einen Entwurf für ein modernes Urheberrecht vorstellen, welches die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, ihnen jeweils notwendige und wichtige Freiheiten einräumt und auch ausreichend die potentielle Machbarkeit einer Reform berücksichtigt.

Vorbemerkungen

[12] Diese Übersicht orientiert sich im Wesentlichen am derzeitigen Gesetzestext bzw. dem konkreten Entwurf für ein neues Gesetz und enthält daher auch juristische Ausdrücke. Die Nummerierung der Paragraphen hinter einer Änderung bezieht sich auf unsere Neufassung, ist jedoch meist deckungsgleich mit der aktuellen Fassung des UrhG.

Problem bei der Kürzung von Schutzfristen - eine mögliche "Entrechtung"

[13] Nach aktueller Rechtslage gilt, dass sich aus dem Urheberrecht vermögenssähnliche Verhältnisse ergeben, wodurch man sich einen Blick darauf, was diese bedeuten könnten, nicht komplett verschließen darf. Den Begriff des "geistigen Eigentums" lehnen wir jedoch in Bezug auf eine solche Erörterung strikt als unsachlich ab.

[14] Bei einer Verkürzung der Schutzfristen wird man dennoch dazu gezwungen sein, sich mit dem Thema einer möglichen "Entrechtung" befassen zu müssen.

[15] I - Verkürzungen des Urheberrechts bis zum Tod

[16] Das Urheberrecht definiert den "Urheber in seinen geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk und in der Nutzung des Werkes" zu schützen. Diese Grundlage lässt es somit zu, eine Begründung zu formulieren, welche die Reduzierung der Schutzfristen bis zum Tode rechtfertigt. Eine Grenze über den Tod hinaus zu finden, lässt sich an keiner konkreten Begebenheit festmachen, da sich für den Urheber selber nichts mehr nach seinem Ableben ändert. Hier sollte man dennoch auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hinweisen, dass die Schutzfrist bis 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers durchaus billigt und mit Artikel 1 des Grundgesetzes begründet. Eine rechtmäßige Verkürzung lässt sich also letztlich erst dann erörtern, wenn eine Reform des Urheberrechts stattfindet.

[17] II - Vergütungen für den Urheber

[18] In der Begründung zum Urheberrecht wird bestimmt, dass das Urheberpersönlichkeitsrecht und die Vermögensrechte eine untrennbare Einheit bilden. Weicht man diese Grundlage dahingehend auf, dass dies zwar prinzipiell auch so sein mag, Ausnahmen aber nicht ausgeschlossen sind, sind Begrenzungen möglich, die keine unverhältnismäßigen Einschnitte in die Vermögensrechte des Urhebers bedeuten. So sind auch jetzt schon diverse Ausnahmen möglich und im Urheberrecht verankert - leider äußerst schwach ausgeprägt und stark restriktiv formuliert.

[19] Es gibt jedenfalls Bereiche, welche die Gesellschaft und ihre Entwicklung insgesamt betreffen. An eben diesen Stellen ist ein Ansatz zur Reform somit auch dann gegeben, wenn in diesem Zusammenhang eine Eigentumsanlehnung im Rechtssystem nach Artikel 14 des Grundgestzes bestehen sollte. Die Vermögensrechte eines Urhebers können in solchen Fällen demnach zum Wohle der Gesamtgesellschaft hinter den persönlichen Ansprüchen des Urhebers treten.

Bildung und Wissenschaft

[20] Bildung und Wissenschaft sind viel zu wichtig, um sie unnötig vielen Restriktionen zu unterwerfen. Sie sind Motor für Wissen, Wirtschaft, Innovation und Kreativität und unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft und der souveränen Teilhabe ihrer Mitglieder an dieser.

[21] Bildung und Wissenschaft lassen sich daher als Güter bezeichnen, bei denen das Interesse der Allgemeinheit deutlich über den Interessen von Einzelpersonen steht. Gerade hier ist es deshalb möglich, einen Anspruch der Allgemeinheit gegenüber dem Recht von Einzelpersonen geltend zu machen und somit auch Folgevergütungen und Ansprüche der Urheber, neben der regulären Anschaffung von Werken durch die entsprechenden Einrichtungen, streichen zu können.

Weitere Kürzungen von Schutzfristen

[22] Um weitergehende Kürzungen von Schutzfristen bei bestimmten Werksarten zu ermöglichen, sollten diese so gewählt oder formuliert werden, dass sie prinzipiell keine zu existenziellen Einschnitte für die Urheber in ihren Vermögensrechte bedeuten.

Lösen von Werksarten aus dem Urheberrecht

[23] Die Lösung ganzer Werksarten aus dem Urheberrecht lässt sich wohl nur mit einem Anspruch der Allgemeinheit gegenüber einem Urheber oder einem unverhältnismäßigen Einschnitt in der Orientierung und Ausrichtung der Gesellschaft als Ganzes rechtfertigen. Ausgehend davon, dass wir in einer Informations- und Wissensgesellschaft leben, sollen die zu schützenden Werke daher so gewählt werden, dass sie diese Gesellschaftsform nicht behindern und ihr angemessen sind.

Leistungsschutzrechte

[24] Die Verkürzung oder Streichung von Leistungsschutzrechten wird sich häufig einfacher gestalten lassen. Diese werden zwar ähnlich wie Werke behandelt, schützen jedoch nur eine Leistung statt eines konkreten Werkes und erfüllen somit nicht den Grundsatz der persönlichen und geistigen Beziehungen, denen das Urheberrecht zu Grunde liegt. Nicht umsonst werden sie im Gesetz nur als “verwandte Schutzrechte“ aufgeführt.

Weitere Möglichkeiten

[25] Neben der Möglichkeit oder Pflicht, bei Verkürzungen und Streichungen von urheberrechtlichen Befugnissen eine Entschädigung durch den Staat für diese rechtliche Schlechterstellung (“Entrechtung“) aufzubringen, be-

steht die leichteste und leider langwierigste Möglichkeit darin, alle Rechte und Fristen einfach auslaufen zu lassen.

[26] Um eine staatliche Entschädigung bei der Verkürzung von Schutzfristen, dem Aufheben bestimmter Leistungsschutzrechte oder dem Lösen bestimmter Werksarten aus dem Urheberrecht wird man wohl meist nicht herum kommen.

Die Änderungen

[27] 01 - Streichung des Schutzes von Bauwerken. (§2 Absatz 1)

[28] Bauwerke lassen sich nicht wie andere Werke verwerten. Das Urheberrecht bietet für Architekten lediglich Eingriffsmöglichkeiten, wenn später Veränderungen an einem Bauwerk durchgeführt werden sollen. Dies führt immer wieder zu absurden Problemen, wenn etwa eine Klimaanlage nachträglich auf einem Gebäudedach montiert oder selbst Brandschutzverordnungen an der Gebäudesubstanz durchgesetzt werden sollen und der Architekt dafür seine Zustimmung verweigert, da er dies als Entstellung seines Werkes empfindet. Diese Probleme haben ihre Ursache zwar zu großen Teilen auch aus den konkreten Verträgen mit Architekten, was aber auch zeigt, dass solche Vereinbarungen ohnehin getroffen werden und die automatisierten Schutzmechanismen des Urheberrechts hier nicht zwingend gebraucht werden.

[29] 02 - Streichung des Schutzes von Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art. (§2 Absatz 1)

[30] Im Sinne einer Wissens- und Informationsgesellschaft sollten diese Werke vom Schutz des Urheberrechts ausgenommen werden. Gerade mit Blick auf Kartenmaterial oder Tabellen ist ihr Schutz als sehr fraglich oder gar schädlich anzunehmen, wenn Informationen, die eigentlich die Allgemeinheit betreffen, monopolisiert werden können. Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen und Tabellen, die mit einigen Sätzen angereichert werden, sind ohnehin als Schriftwerk geschützt. Durch eine Streichung würden Verfasser also keinesfalls ihren Handlungsspielraum verlieren. Eine Streichung ermöglicht es aber Informationen, deren Freiheit einen Vorteil für die Allgemeinheit bedeutet auch frei vorzuhalten. Sie verhindert zudem die Monopolisierung von Daten, wenn diese etwa per Tabellen, Skizzen oder auf ähnlich subtile Art aufbereitet oder zusammengetragen werden.

[31] 03 - Klarstellung, dass nur geringfügige Bearbeitungen von Werken nicht selbst schutzfähig sind. (§3)

[32] Unwesentliche oder geringfügige Bearbeitungen sollten generell nicht schutzfähig sein. Dies schützt die Urheber, die auf die Verwertung ihrer Werke angewiesen sind und sollte deutlich so klargestellt werden.

[33] 04 - Streichung des Schutzes von Sammelwerken und Datenbankwerken. (§4)

[34] Inwiefern ein möglicher Schöpfungsanspruch bei der Anordnung bzw. Struktur einer Datenbank oder eines Sammelwerkes zu tragen kommt, ist unklar. Dieser Schutz bezieht sich nur auf die Struktur der Datenbank bzw. die Anordnung und Auswahl ihrer Elemente, jedoch nicht auf ihren Inhalt. Dieser kann auch gemeinfrei sein. Ein solcher Schutz ermöglicht jedoch die Monopolisierung bestimmter Datensätze, verhindert also das Aufbauen auf ihren Inhalten und stellt für wissenschaftliches Arbeiten ein Innovationshemmnis dar. Er verhindert außerdem die Schaffung ähnlicher oder weiterer Sammelwerke oder Datenbanken. Auch bei einer zufällig auftretenden größeren Übereinstimmung mit einer bereits existierenden Sammlung oder Datenbank kann ein urheberrechtlicher Verstoß vorliegen.

[35] Informationen und Daten sollten nach Möglichkeit frei verfügbar sein. Gerade im Hinblick darauf, dass diese auch gemeinfrei sein können, sollte die Schaffung eines monopolartigen Schutzes durch Strukturieren und Zusammenführen dieser nicht möglich sein.

[36] 05 - Kennzeichnung amtlich verfasster Leitsätze. (§5 Absatz 1)

[37] Um die Bedeutung offiziell verfasster amtlicher Leitsätze hervorzuheben und sie von anderen juristischen Beiträgen zu einer Fallentscheidung abzugrenzen, sollten diese immer deutlich gekennzeichnet werden.

[38] 06 - Gemeinfreiheit für alle amtlichen Werken. (§5 Absatz 2)

[39] Ämter werden von der Allgemeinheit finanziert und arbeiten für die Allgemeinheit, wodurch die von ihnen geschaffenen Werke ebenfalls der Allgemeinheit gehören sollten. Die Gemeinfreiheit sollte somit auf alle amt-

lichen Werke ausgeweitet werden und selbst für unveröffentlichte und behördeninterne Werke gelten, wenn an diesen ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Auf diese Weise soll ausgeschlossen werden, dass das Urheberrecht zur Verschleierung behördeninterner Fehler oder Absprachen missbraucht werden kann. Auch um einen transparenten Staat und transparente Behörden zu fördern, sollten amtliche Werke der Allgemeinheit gehören.

[40] 07 - Veröffentlichung von Normwerken im amtlichen Wege. (§5 Absatz 3)

[41] DIN-Normen, auf deren Einhaltung der Staat ganz oder in Teilen wert legt oder die er für verbindlich erklärt, sollten für jeden auf amtlichem Wege jederzeit frei und vollständig einsehbar sein.

[42] 08 - Aufhebung der Unterscheidung zwischen veröffentlichten und erschienenen Werken. (§6)

[43] Um das Urheberrecht eindeutiger und verständlicher zu formulieren, sollte keine Unterscheidung mehr zwischen veröffentlichten und erschienenen Werken gemacht werden. Ein Buch etwa gilt erst dann als erschienen, wenn etwa 50 Kopien physisch in Umlauf gebracht worden sind. Bestimme Paragraphen beziehen sich auf veröffentlichte, andere auf erschienene Werke, wodurch sich teilweise auch eine andere Rechtslage ergibt. Gerade im Hinblick auf Veröffentlichungen, die nur online erfolgen, ist diese Unterscheidung nicht mehr zeitgemäß und verkompliziert das Urheberrecht unnötig. Ein Werk, das es etwa nur als E-Book gibt, kann aktuell im Grunde nie "erscheinen".

[44] 09 - Klarstellung, dass es Ausnahmen geben kann, bei denen der Urheber keine Vergütung erhält. (§11)

[45] Dieser Entwurf sieht vor, dass Urheber, beispielsweise im Bereich der Bildung, nicht für jede Nutzung ihrer Werke vergütet werden müssen. Daher soll an diesem Punkt eine Aufweichung erfolgen, die Urhebern zwar prinzipiell zuspricht, dass sie für die Nutzung ihrer Werke vergütet werden, jedoch Ausnahmen hiervon nicht ausgeschlossen sind.

[46] 10 - Ausweitung des Erschöpfungsgrundsatzes für den privaten Gebrauch. (§17 Absatz 2 und 4)

[47] Der Erschöpfungsgrundsatz beim Verkauf von Werken sollte nicht auf die Staaten der EU oder EWG beschränkt sein, sondern weltweit gelten. Auch wenn jemand außerhalb dieser Grenzen beispielsweise ein Buch für den privaten Gebrauch erwirbt, sollte er es hierzulande legal weiterverkaufen dürfen.

[48] Auch der Weiterverkauf von Werken, die in „unkörperlicher Form" erworben wurden, sollte möglich sein. Gemeint sind hier etwa E-Books. Es ist nicht akzeptabel, dass physische Werke ohne weiteres weiterverkauft werden können, dies aber bei digitalen Gütern generell ausgeschlossen sein soll. Der ehrliche Nutzer erwirbt in beiden Fällen das selbe Produkt - lediglich in einer anderen Form.

[49] 11 - Befreiung von Wohngemeinschaften von der Vergütung für Kabelweitersendungen. (§20b Absatz 3)

[50] Die Weiterleitung von Rundfunkprogrammen durch Wohngemeinschaftsanlagen sollte von einer Vergütung ausgenommen werden, unabhängig von der Größe der Wohnanlagen. Aktuell werden Wohnanlagen ab 75 Teilnehmern wie Sendeunternehmen behandelt, wodurch diese eine Vergütung für die Weitersendung an die einzelnen Wohneinheiten entrichten müssen.

[51] 12 - Bearbeitung und Remix von geschützten Werken zu nicht gewerblichen Zwecken. (§23)

[52] Bearbeitung, Umgestaltung und Weiterentwicklung von geschützten Werken sollte zu nicht gewerblichen Zwecken jederzeit erlaubt sein. Dies sollte für alle Werksarten gelten, sofern mit der Veröffentlichung kein finanzielles Interesse verfolgt wird.

[53] 13 - Ausweitung der freien Benutzung von Werken. (§24)

[54] Wer ein eigenes Werk in freier Benutzung erschafft, sollte dies auch auf Basis anderer Werke der Musik tun dürfen. Freie Benutzung meint in diesem Kontext lediglich die Nutzung eines Werkes als Inspirationsquelle, um ein neues, anderes und eigenständiges Werk zu schaffen. Dabei sollte nicht ausgeschlossen werden, dass auch eine bereits existente Tonfolge als Inspirationsquelle verwendet werden kann.

[55] 14 - Änderung der Vererbung des Urheberrechts auf 10 Jahre nach dem Tod für Familienangehörige. (§28)

[56] Viele Urheber können oft nur knapp von ihrem Erwerb leben. Oft ergeben sich erst nach Jahren oder Jahrzehnten Erfolge oder ihre Arbeit lohnt sich erst dadurch, dass viele verschiedene Werke regelmäßig einen kleinen Betrag einbringen. Für Lebenspartner von Urhebern bedeutet dieser Umstand oft eine große Bereitschaft zur Aufopferung und Unterstützung.

[57] Um dies zu honorieren, sollte es dem Urheber freistehen, per Testament bestimmen zu können, ob sein Lebenspartner (oder ehemalige Lebenspartner oder Bezugspersonen, die ihn in seiner Schöpfungszeit unterstützt haben) nach seinem Tod an seinem Urheberrecht zu begünstigen ist. Der Urheber sollte sein Urheberrecht natürlich ebenfalls seinen Kindern vererben können.

[58] Leider ist meist gerade mit dem Todeszeitpunkt des Urhebers ein größerer Erlös für seine Werke zu erwarten. Der Aufschub von 10 Jahren sollte demnach mehr als ausreichend sein und würde nur Familienangehörige oder direkt testamentarisch Bedachte begünstigen.

[59] 15 - Beschränkung der Vergabe ausschließlicher Nutzungsrechte auf maximal 20 Jahre. (§31 Absatz 3)

[60] Bei der Vergabe von Nutzungsrechten kommt es oft vor, dass sich Labels oder Verlage mit Buy-out-Verträgen sämtliche Nutzungsrechte an einem Werk lebenslang bzw. 70 Jahre über den Tod des Urhebers hinaus übertragen lassen und dem Urheber auf diese Weise fast sämtliche Rechte an seinem Werk nehmen. Um dieser Handhabung vorzubeugen, sollten ausschließliche Nutzungsrechte für maximal 20 Jahre vergeben werden können. Besteht anschließend der Bedarf einer weiteren Nutzung, können diese erneut eingeholt oder verhandelt werden. Der Urheber verliert aber so nicht automatisch sämtliche Nutzungsrechte an seinem Werk.

[61] 16 - Beschränkung der Vergabe von Nutzungsrechten auf bekannte Nutzungsarten. (§31 Absatz 4)

[62] Sollte irgendwann eine gänzlich neue Möglichkeit für die Nutzung eines Werkes entstehen, sollte es auch dann erst möglich sein, sich diese Nutzungsart von einem Urheber einräumen zu lassen. Alles andere stellt eine Bevormundung des Urhebers dar.

[63] 17 - Stärkung des Urhebers bei Weitergabe seiner Nutzungsrechte an Dritte. (§34 und §35)

[64] Prinzipiell können Nutzungsrechte nur mit Zustimmung des Urhebers weiter an Dritte übertragen werden. Die Zustimmung muss nicht erfolgen, wenn es anständig bzw. redlich wäre, der Übertragung ohnehin zuzustimmen. Auch haftet der Erwerber eines Unternehmens, das die Rechte eines Urhebers besitzt, gegenüber dem Urheber. Dies gilt auch für die Erfüllung von Verträgen gegenüber dem Urheber. Das Gesetz sieht es jedoch vor, dass vertraglich etwas Abweichendes vereinbart werden kann.

[65] Dies sollte derart geändert werden, dass eine Umgehung vertraglich nicht mehr möglich ist. Die Möglichkeit der Umgehung hebelt dieses Recht aus und dürfte in der Praxis von Buy-out-Verträgen die Regel sein.

[66] Paragraph 35 ermöglicht eine Weitergabe der Nutzungsrechte "zur Wahrnehmung der Belange des Urhebers". Im Sinne der Kontrolle des Urhebers über seine Rechte, sollte auch dies auf Fälle geändert werden, in denen es anständig bzw. redlich wäre. Im Zweifelsfall kann einfach zu viel unter der „Wahrnehmung der Interessen des Urhebers" verstanden werden oder es ist reine Auslegungssache.

[67] 18 - Veröffentlichung von Vergütungsregeln, die durch Schlichtungsstellen getroffen werden. (§36 Absatz 5)

[68] Im Sinne der Transparenz sind Entscheidungen bei gemeinsam getroffenen Vergütungsregeln durch Urheberverbände und Verwerterverbände oder Schlichtungen durch eine entsprechende Stelle öffentlich zu machen. Das schafft die Möglichkeit zu Vergleichen in einer Branche und dient zur Offenlegung von Übervorteilungen und Bevormundungen der Urheber.

[69] 19 - Zweitverwertungsrechts für Urheber bei Beiträgen zu Sammlungen. (§38 Absatz 1 und 3)

[70] Verlegern von Sammlungen sollte im Zweifelsfall vom Gesetz her nur ein einfaches Nutzungsrecht an einem Werk zugesprochen werden. Zudem sollte die Sperrfrist für eine Zweitverwertung durch den Urheber auf ein halbes Jahr reduziert werden und vertraglich nicht mehr umgangen werden können. Somit wird vor allem im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen dem Urheber ein umfangreiches Zweitverwertungsrecht an seiner Publikation eingeräumt.

[71] Auch beim Überlassen eines Beitrages an eine Zeitung sollte den Verlegern im Zweifelsfall nur ein einfaches Nutzungsrecht eingeräumt werden. Zudem sollte das Recht der Weiterverwertung durch den Urheber auch hier vertraglich nicht mehr umgangen werden können, da das sonst der Normalfall sein dürfte und diese Regelung an sich gegenstandslos wäre.

[72] 20 - Wissenschaftliche Publikationen (§38a)

[73] Forschung und Wissenschaft werden jährlich mit mehreren Milliarden Euro durch die öffentliche Hand gefördert und unterstützt. Deren Ergebnisse sollten somit im Anschluss auch der Öffentlichkeit in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dies fördert die Verbreitung von Wissen und ermöglicht dessen konsequente Weiterentwicklung. Um wissenschaftlichen Verlagen ihre Arbeit weiter zu ermöglichen, sollte eine mögliche Sperrfrist hier ebenfalls maximal ein halbes Jahr betragen.

[74] 21 - Stärkung des Rückrufrechts von Nutzungsrechten bei Nichtausübung. (§41)

[75] Aktuell kann ein Urheber ausschließliche Nutzungsrechte zurückrufen, wenn diese gar nicht oder unzureichend ausgeübt werden. Dieses Recht kann 2 Jahre nach Vergabe der Nutzungsrechte angewendet werden, muss dem Inhaber der Rechte mit einer angemessenen Frist angekündigt werden, kann jedoch vertraglich für 5 Jahre ausgeschlossen werden. Der Urheber hat zudem den Rechteinhaber zu entschädigen, wenn dies angemessen ist.

[76] Lässt sich jemand ausschließliche Nutzungsrechte an einem Werk einräumen, sollte er diese auch nutzen. Zwei Jahre Sperrfrist sind deutlich zu lang und sollten auf ein Jahr verkürzt werden. Ist dem Urheber vorher bekannt, dass die Ausübung länger dauern wird, entscheidet er sich bei der Einräumung seiner Rechte bewusst dafür. Außerdem sollte die Umgehung des Rückrufrechts für bis zu 5 Jahre entfallen, da dies wohl sonst dem Regelfall entspricht und dem Sinn dieses Rechts entgegensteht. Auch ist es bei einem Rückruf nicht gerechtfertigt, dass der Urheber den Rechteinhaber dafür entschädigen soll. Ein Rückruf ist meistens dann wirksam, wenn die Rechte einfach nicht genutzt werden - und wo keine Rechte genutzt werden, wird normalerweise auch nicht investiert.

[77] 22 - Streichung des Rückrufrechts wegen gewandelter Überzeugung. (§42)

[78] Da im Fall dieses Rückrufs der Urheber den Inhaber der Nutzungsrechte entschädigen muss, können sich dies nur Urheber mit finanzieller Rücklage erlauben. Auch die Privilegierung des alten Inhabers der Nutzungsrechte bei einer erneuten Verwertung ist nicht angebracht, wenn man sich zuvor von ihm aufgrund gewandelter Überzeugung getrennt hat. Aus Sicht des Rechteinhabers ergeben sich aber auch Probleme, wenn man die Entschädigung streichen würde. Investiert dieser Geld in eine Produktion und zieht der Urheber kurz vor Fertigstellung sein Nutzungsrecht wegen gewandelter Überzeugung zurück, geht ihm seine Investition verloren. Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass „gewandelte Überzeugung“ auf viele erdenkliche Arten begründbar ist. Aufgrund dieser generellen Unstimmigkeiten sollte diese Regelung ganz entfallen.

[79] 23 - Fotografie von Originalen und deren Verbreitung im Internet durch den Besitzer. (§44 Absatz 2)

[80] Besitzer von Originalen eines Werkes der bildenden Künste, etwa einer Statue oder eines Gemäldes, sollten dieses im Zweifel auch legal fotografieren und im Internet präsentieren dürfen. Vom Gesetz her sollte diese eigentlich selbstverständliche Handlung erlaubt sein. Die gewerbliche Weiterverwertung bleibt aber weiterhin mit dem Urheber abzusprechen bzw. vertraglich zu regeln.

[81] 24 - Vervielfältigung von Werken im Internet zu ihrer Auffindung. (§44a Absatz 2)

[82] Suchmaschinen im Internet sollte es natürlich legal erlaubt sein, Vervielfältigungen zum Suchen und Finden eines Werkes oder einer Quelle herstellen zu dürfen, sofern das nicht ausdrücklich vom Urheber ausgeschlossen wird.

[83] 25 - Stärkung von Behinderten bei der Aufbereitung oder Verbreitung von Werken. (§45a Absatz 2)

[84] Der Urheber sollte auf seine Vergütung bei der Vervielfältigung, Verbreitung und Aufbereitung seiner Werke für Behinderte verzichten können. Des Weiteren sollte die Aufbereitung von Werken für Behinderte im Sinne ihrer Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben generell leichter möglich sein.

[85] 26 - Ausweitung der Nutzung von Teilen einer Sammlung für den Kirchen-, Schul- und Unterrichtsgebrauch. (§46)

[86] Die erlaubte Vervielfältigung von Teilen einzelner Werke aus Sammlungen zu Unterrichtszwecken sollte auf Hochschulen ausgedehnt werden. Musikstücke sollten ferner nicht restriktiver behandelt werden als andere Werke. Die eigentlichen Sammlungen werden von den Einrichtungen ohnehin im Original erworben. Das Kopieren einzelner Inhalte aus den Sammlungen dient meist nur der flexiblen Nutzung im Unterricht und ist gängige Praxis. Einschnitte hierbei verteuern und bürokratisieren Bildung unnötigerweise.

[87] Die Teilnutzung sollte zudem auch für Musikschulen gelten. Auch hier gilt, dass sowohl die Musikschulen, als auch die Teilnehmer des Musikunterrichts die Werke üblicherweise im Original erwerben. Musikunterricht stellt ebenfalls einen wichtigen Aspekt in der Entwicklung und Bildung von Personen dar, fördert deren kreative Entfaltung und sollte keinen unnötigen Einschränkungen unterworfen werden.

[88] Die Auflage, jede Absicht zur Vervielfältigung dem Urheber oder Rechteinhaber vorher mitzuteilen oder vorher seine Erlaubnis zur Nutzung in einem Intranet in den Einrichtungen einzuholen, sollten ebenfalls entfallen. Bildungsapparate sollten nicht mit überflüssiger Bürokratie belastet werden.

[89] Die Vergütung für den Urheber für die Nutzung der Teilwerke ist zu streichen. Bildung ist viel zu wichtig für eine Gesellschaft, sollte deshalb frei praktiziert werden können und nicht künstlich verknappt oder verteuert werden.

[90] 27 - Schaffung einer Ausnahmeregelung für die Nutzung von Rundfunksendungen im Schul-, Weiterbildungs- und Unterrichtsgebrauch. (§47)

[91] Eine gesonderte Regelung für Schulfunksendungen sollte entfallen und durch eine Ausnahmeregelung für den gesamten Rundfunk ersetzt werden. Sämtliche öffentlichen Bildungseinrichtungen sollten alle Beiträge aus Radio oder Fernsehen für den Unterricht oder die Weiterbildung vergütungsfrei kopieren und nutzen dürfen.

[92] 28 - Verbreitung öffentlich gehaltener Reden im Internet. (§48)

[93] Öffentliche Reden sollten selbstverständlich auch im Internet veröffentlicht werden können, wenn sie auf allen anderen Wegen ohnehin legal weiterverbreitet werden dürfen.

[94] 29 - Verbreitung von Zeitungsartikeln und Rundfunkkommentaren im Internet. Erweiterung um kulturelle Themen. (§49)

[95] Neben Kommentaren, Artikeln und Abbildungen, die sich mit politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Tagesfragen befassen, sollten auch kulturelle Themen ungehindert auszugsweise weiterverwendet werden dürfen. Selbstverständlich sollte die Weiterverwendung auch im Internet erlaubt sein, wenn die Verbreitung über die anderen Medien ohnehin legal erfolgt.

[96] 30 - Ausweitung der Nutzung von Zitaten. (§51 Absatz 1)

[97] Die Aufnahme von Zitaten sollte auch in nicht selbstständige Werke sowie in reine Sammlungen möglich sein.

[98] Im Rahmen zeitgeschichtlicher Forschung oder wenn ein besonderes öffentliches Interesse begründbar ist, sollte auch aus noch nicht veröffentlichten Werken zitiert werden dürfen. Eine solche Regelung könnte etwa bei der Arbeit mit zeithistorischen Dokumenten aus der Stasi-Vergangenheit der DDR Anwendung finden.

[99] 31 - Ausweitung der Ausnahmeregelung für die öffentliche Wiedergabe von Werken. (§52 Absatz 1, 3 und 4)

[100] Die öffentliche Wiedergabe von Werken für die Jugendhilfe, Sozialhilfe, Alten- und Wohlfahrtspflege, Gefangenenbetreuung und für Schulveranstaltungen sollte weniger restriktiv und generell erlaubt sein, solange bei der Nutzung kein gewerbliches Interesse besteht. Dies sollte auch Veranstaltungen von Vorschulen und Kindergärten einschließen sowie generell nicht auf einen abgegrenzten Personenkreis eingeschränkt sein. Ein abgegrenzter Personenkreis kann etwa schon dann nicht mehr gelten, wenn bereits Freunde oder selbst Eltern einer Veranstaltung beiwohnen, wenn diese nicht unmittelbar mit der Veranstaltung in Verbindung stehen. Eine Streichung dieser Vorschrift entlastet die betroffenen Einrichtungen von bürokratischem Aufwand sowie Abgaben, die ihrerseits Bildung und Erziehung unnötig verteuern.

[101] Des Weiteren sollte die öffentliche Wiedergabe oder Vorführung von Werken auch erlaubt sein, wenn sie generell weder unmittelbar noch mittelbar gewerblichen Zwecken dient. Dies umfasst etwa Dinge wie das Fernsehen im theoretisch offen zugänglichem Vorgarten, das Radiohören im Park, das Vorsingen eines Liedes, das Vorspielen von Liedern auf der Gitarre oder derartiges, was derzeit einer Zustimmung des Rechteinhabers bedarf.

[102] 32 - Ausweitung der Ausnahmeregelung für Unterricht, Forschung und Bildungseinrichtungen bei der Veröffentlichung und Verbreitung in einem Intranet. (§52a)

[103] Für Unterricht und Forschung sollten auch größere Teile von Werken und generell alle Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften vergütungsfrei genutzt werden können.

[104] Filme sollten für die Forschung unmittelbar, für Schulen bereits ein Jahr nach Kinostart, auch ohne Einwilligung des Rechteinhabers, für den Unterricht nutzbar sein. Ein Jahr reicht für die Verwertung von Filmen in Kinos mehr als nur aus. Diese Regel sollte zudem auf den ausländischen Kinostart von Filmen ausgeweitet werden, da sonst rein ausländische Filme nie genutzt werden können, wenn sie nicht hierzulande offiziell erschienen sind.

[105] Filme, die nur auf DVD oder per Direktvermarktung vertrieben werden, sollten direkt nach ihrer Veröffentlichung nutzbar sein, da auch hier kein gewerbliches Interesse bei der Bereitstellung der Werke verfolgt wird.

[106] Der Zugriff auf die Werke sollte unentgeltlich möglich sein. Auch eine Informierungspflicht gegenüber dem Rechteinhaber sollte entfallen, um eine unnötige bürokratische Belastung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu verhindern.

[107] 33 - Neuregelung der Wiedergabe von Werken in öffentlichen Einrichtungen. (§52b)

[108] Werke sollten zu Forschungszwecken und für private Studien in Bibliotheken, Museen, Archiven und öffentlichen Hochschulen möglichst einfach zugänglich sein. Dabei sollte eine explizite Beschränkung auf rein “elektronische Leseplätze“ entfallen. Den Einrichtungen sollte die Art der Zugänglichmachung selber überlassen bleiben. Außerdem sollte es nicht verboten sein, mehr elektronische Exemplare zugänglich zu machen, als Exemplare in Papierform existieren. Einer digitalisierten Wissensgesellschaft trägt das nur unzureichend Rechnung, zumal Werke auch in rein elektronischer Form erworben werden können.

[109] Eine nochmalige Vergütung neben der regulären Anschaffung sollte im Sinne eines günstigen Zugangs zu Wissen und Bildung ebenfalls entfallen.

[110] 34 - Stärkung der Privatkopie. (§53 Absatz 1)

[111] Die Anfertigung einer Privatkopie sollte in jedem Fall uneingeschränkt möglich sein. Dabei sollte die Quelle und das Verfahren der Vervielfältigung oder das Medium keine Rolle spielen.

[112] 35 - Vereinfachung der Herstellung von Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch. (§53 Absatz 2)

[113] Die Aufnahme von Werken in öffentliche Archive sollte zur Bewahrung von Wissen und zur Information durch die Öffentlichkeit erleichtert werden. Zur privaten Informationsgewinnung über Tagesfragen sollten selbstverständlich auch Beiträge kopiert werden dürfen, die im Internet veröffentlicht wurden. Zum „sonstigen eigenen Gebrauch“ sollten auch Werke geringen Umfangs (etwa Radio-Jingles) zählen. Die Beschränkung der Vervielfältigung auf bestimmte Verfahren (Fotokopie oder analoge Übertragung) sollte gestrichen werden, um das Verfahren beliebig offen zu lassen und sich von derart archaischen Beschränkungen endgültig zu verabschieden.

[114] 36 - Vereinfachung der Kopie von Teilen eines Werkes zu Bildungs- und Prüfungszwecken für alle öffentlichen Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen. (§53 Absatz 3)

[115] Im Sinne der Bildung sollte auch die unkomplizierte Vervielfältigung von Werken zu Bildungs- und Prüfungszwecken für öffentliche Bildungseinrichtungen aller Art zulässig sein. Eine Einwilligung des Rechteinhabers hierfür sollte selbstverständlich ebenfalls entfallen.

[116] 37 - Streichung der Sonderregeln für Bücher und Musiknoten bei der Vervielfältigung. (§53 Absatz 4)

[117] Die Vervielfältigung von Büchern oder Musiknoten zum privaten oder sonstigen eigenen Gebrauch sollte keinerlei gesonderten Regelung unterstehen. Diese Werksformen sollten im Rahmen dieses Paragraphen genauso behandelt werden wie andere Werke.

[118] **38 - Legalisierung der nicht gewerblichen Verbreitung von rechtmäßig hergestellten Kopien über das Internet (Tauschbörsen). (§53 Absatz 6)**

[119] An einer Legalisierung von Tauschbörsen und eine Entkriminalisierung ihrer Nutzer führt kein Weg vorbei. Es ist empirisch nicht zu beweisen, dass sich Tauschbörsen negativ auf den Verkauf von Werken auswirken. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Wer bereit ist für ein Werk zu zahlen, tut dies auch, unabhängig von seinen Gewohnheiten bezüglich der Nutzung von Tauschbörsen oder anderer Austauschmethoden. Werden theoretische Schäden beziffert, sind diese nie an beweisbare Fakten gebunden. Mögliche Änderungen im Käuferverhalten oder Einschränkungen für ehrliche Erwerber, etwa durch DRM oder Restriktionen, die illegale Kopien wesentlich attraktiver erscheinen lassen, werden stets außen vor gelassen. Zudem wird beharrlich an Geschäftsmodellen aus der Zeit vor dem Internet festgehalten, die Chancen des digitalen Wandels verpasst und konsequent ignoriert. Die Bereitschaft den Wert eines Werkes anzuerkennen, ist keine, welche durch Verbote erreicht werden kann. Sie steht außerdem den tatsächlichen Beobachtungen der Nutzer von Tauschbörsen in den letzten 10 Jahren inhärent gegenüber. Zudem sind es gerade diejenigen, die sich massiv in Tauschbörsen oder Streaming- und Downloadportalen bedienen, die eher bereit sind Geld für Originale auszugeben, häufiger ins Kino und zu Konzerten gehen, die teureren Tickets, DVD-Sammelboxen und Bücher kaufen, usw.

[120] **39 - Erlauben des Fotografierens und Filmens von Konzerten, Vorträgen und Ähnlichem. (§53 Absatz 7)**

[121] Das Fotografieren oder Filmen von Konzerten, Vorträgen und Ähnlichem sollte generell erlaubt sein. Die Aufnahmen sollten zu nicht gewerblichen Zwecken genutzt und im privaten Umfeld legal verbreitet werden dürfen. Hierbei sollte auch die Veröffentlichung über das Internet erlaubt sein. Aufführende oder Veranstalter haben hier ohnehin andere Eingriffsmöglichkeiten - etwa durch das Hausrecht. Das Urheberrecht sollte es aber von sich aus nicht verbieten, private mediale Erinnerungen an eine Veranstaltung herstellen zu dürfen. Diese Aufnahmen mit hochwertigen Produktionen gleichzusetzen und durch sie eine wirtschaftliche Beeinträchtigung zu befürchten, entbehrt die Grundlage.

[122] **40 - Lockerung der Regeln für den Kopienversand durch öffentliche Bibliotheken. (§53a)**

[123] Für die elektronische Übertragung per E-Mail oder andere Verfahren von Beiträgen aus Zeitungen oder Teilen einzelner Werke durch Bibliotheken sollten keine gesonderten Regeln gelten. Die Kommunikation und den Austausch von Daten über das Internet zu benachteiligen kann einer Wissens- und Informationsgesellschaft nicht dienlich sein. Zudem sollte die Pflicht zur Übersendung von Texten als reine grafische Datei im Sinne ihrer Weiterverarbeitung entfallen.

[124] Die Vergütungsansprüche der Urheber für die Vervielfältigung gegenüber Bibliotheken sollten ebenfalls entfallen, da Bibliotheken im öffentlichen Interesse tätig sind und keinerlei gewerbliche Absichten verfolgen. Zudem würde dies auch hier wieder eine unnötige Verteuerung von Bildung, Forschung und Wissen bedeuten.

[125] **41 - Deckelung der Urheberrechtsabgaben auf Speichermedien und Geräte auf maximal 5% des Verkaufspreises. (§54a)**

[126] Die Urheberrechtsabgaben auf Speichermedien und Geräte stellen die Legitimation für die Privatkopie dar. Aufgrund der Streichungen von Urheberrechtsabgaben im Bereich der Bildung und zur allgemeinen Förderungen der Vergütungen von Urhebern sollten diese Abgaben auch beibehalten werden.

[127] Erstrebenswert ist jedoch ein einheitlicher Prozentsatz, der sich direkt am Verkaufspreis misst. Eine Bemessung nach Leistungsfähigkeit, Speicherkapazität und weiteren Eigenschaften, wie sie aktuell erfolgt, ist unnötig kompliziert und muss ständig angepasst werden. Zudem würden die regelmäßigen Verhandlungen der ZPÜ mit den verschiedenen Branchenverbänden überflüssig werden. Die ZPÜ würde hier allenfalls noch als Verteiler auftreten oder könnte ganz wegfallen.

[128] **42 - Streichung der Vergütungspflicht für Betreiber von Kopiergeräten. (§54c)**

[129] Da durch die Anschaffung eines Kopiergerätes bereits eine Geräteabgabe gezahlt worden ist, sollten weitere Abgaben entfallen, unabhängig von der Nutzung des Gerätes. Im Übrigen bezieht sich diese Regelung weitestgehend auf Kopiergeräte in Bildungseinrichtungen.

[130] **43 - Streichung der Hinweispflicht auf die Urheberrechtsabgabe auf Rechnungen für Geräte. (§54d)**

[131]Einen Hinweis auf die Urheberrechtsvergütung auf Rechnungen für Geräte zwingend anbringen zu müssen bedeutet einen überflüssigen bürokratischen Aufwand und kann entfallen.

[132]44 - Archivierungspflicht für öffentlich-rechtliche Sendeunternehmen. (§55 Absatz 2)

[133]Eigenproduktionen von öffentlich-rechtlichen Sendeunternehmen sollten in ein öffentlich zugängliches Archiv überführt werden müssen. Die Beiträge werden durch die Rundfunkgebühren von der Öffentlichkeit finanziert, wodurch die Öffentlichkeit ein uneingeschränktes Recht auf ihre Verfügbarkeit erhalten muss. Der Urheber sollte hierauf hingewiesen werden, wenn er sich an der Produktion eines öffentlich-rechtlichen Senders mit seinem Werk beteiligt.

[134]45 - Erweiterung der Panoramafreiheit. (§59)

[135]Auch für Werke, die sich nur zeitlich begrenzt an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden, sollte die Panoramafreiheit gelten. Im Zweifelsfall kann nicht immer ersichtlich sein, ob ein Werk wirklich dauerhaft oder nur temporär im öffentlichen Raum zugänglich ist.

[136]Zudem sollte das Verbot entfallen, ein öffentliches Werk nicht auf ein Gebäude malen zu dürfen, da hierfür kein ersichtlicher Grund besteht, geschweige denn eine Schädigung des Urhebers entsteht.

[137]46 - Ausweitung der Rechte des Bestellers eines Bildnisses. (§60)

[138]Wer ein Bild, ein Foto oder eine Statue von sich selbst in Auftrag gibt, sollte dieses Werk auch zu nicht gewerblichen Zwecken fotografieren, vervielfältigen, weitergeben und im Internet veröffentlichen dürfen. Wird zudem vor Anfertigung des Bildnisses vertraglich nichts anderes festgelegt, sollte der Besitzer das Werk auf alle erdenklichen Arten nutzen dürfen.

[139]47 - Ausnahme des Verlegers von den Vergütungen des Urhebers. (§63a)

[140]Verleger sollten von den Vergütungsansprüchen des Urhebers komplett ausgenommen werden. Es kann nicht Sinn und Zweck des Urheberrechts sein, Verlegern die Vergütungsansprüche der Urheber zuzusichern.

[141]48 - Verkürzung des Urheberrechts auf höchstens 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers. (§64)

[142]Kein Urheber hat einen Nutzen davon, wenn sein Werk noch viele Jahrzehnte nach seinem Ableben geschützt ist. Besteht der Sinn des Urheberrechts wirklich darin, den „Urheber in seinen geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk und in der Nutzung des Werkes“ zu schützen, sollte das Urheberrecht mit dem Tod des Urhebers erlöschen und sein Werk gemeinfrei werden. Der Aufschub ergibt sich aus der Begründung zur Vererbung.

[143]49 - Anpassung und Verkürzung des Urheberrechts bei Filmen auf 50 Jahre nach Veröffentlichung. (§65)

[144]Bei Filmen und ähnlichen Werken sollte keine Bevorzugung bestimmter Personen beim Schutz durch das Urheberrecht erfolgen. Hier ist es nur schwer möglich, eine sinnvolle Grenze bei den mitarbeitenden Personen zu ziehen. Diese können von Film zu Film stark variieren und sollten untereinander ausgehandelt werden.

[145]Das Urheberrecht selber sollte bei Filmen aus Gründen der Praktikabilität spätestens 50 Jahre nach Veröffentlichung des Filmes entfallen. Filme, die älter sind, lassen sich nicht mehr finanzträchtig verwerten, wodurch dieser Zeitraum mehr als ausreichend für deren Vermarktung sein sollte.

[146]50 - Anpassung und Verkürzung des Urheberrechts bei anonymen und pseudonymen Werken auf höchstens 30 Jahre. (§66 Absatz 1)

[147]Bei anonymen oder pseudonymen Werken sollte das Urheberrecht spätestens 30 Jahre nach Veröffentlichung erlöschen. Sollte ein Urheber wirklich dauerhaft pseudonym oder anonym bleiben, ist es nur schwer feststellbar, wann dieser wirklich verstorben ist. Wird der Urheber in diesen 30 Jahren bekannt, gibt er sich selbst zu erkennen oder ist trotz Pseudonym klar, wer dort veröffentlicht, gelten ohnehin die normalen Fristen des Urheberrechts.

[148]51 - Definition von Computer- und Videospielen als Computerprogramme. (§69a Absatz 6)

[149]Erstrebenswert ist eine Regelung, die sowohl für Computerprogramme, als auch für Computer- und Videospiele gilt. Dies ergibt sich daraus, dass normale Anwendungen meist als „Sprachwerk“, Computer- und Videospiele je nach Quelle, Ansicht oder Auslegung als „Sprachwerk“ oder als „Werke, die ähnlich wie Filmwerke her-

gestellt werden“ gelten können. Beide Werksarten unterliegen jedoch ähnlichen Marktgegebenheiten, gerade hinsichtlich der Dauer ihrer Verwertbarkeit.

[150] 52 - Verkürzung des Urheberrechts für Software auf höchstens 20 Jahre nach Veröffentlichung. (§69a Absatz 7)

[151] Software aller Art sollte höchstens 20 Jahre ab Veröffentlichung schutzfähig sein. Eine längere Frist ist sowohl aus Gründen des ständigen technischen Fortschritts, als auch aufgrund eines effektiven Vermarktungszeitraums von normalerweise nur wenigen Jahren nicht zu rechtfertigen.

[152] 53 - Reform zustimmungsbedürftiger Handlungen bei Software. (§69c Nr. 1)

[153] Die Zustimmung durch den Rechteinhaber sollte immer entfallen, wenn das „Laden, Anzeigen, Ablaufen, Übertragen oder Speichern“ eines Programms eine Vervielfältigung benötigt. Mit dem Erwerb einer Software sollten diese Handlungen selbstverständlich immer erlaubt sein. Tatsächlich sind diese Handlungen für einen „bestimmungsgemäßen“ Gebrauch auch erlaubt, was die Erwähnung an sich ad absurdum führt.

[154] 54 - Ausweitung des Erschöpfungsgrundsatzes für Software für den privaten Gebrauch. (§69 Nr. 3)

[155] Auch für Software sollte der Erschöpfungsgrundsatz für den privaten Gebrauch nicht nur auf Staaten der EU oder EWG beschränkt sein. Ein Weiterverkauf sollte generell erlaubt sein, unabhängig davon, wo das Programm legal erworben wurde.

[156] 55 - Software als normales Eigentum. (§69d und §69e)

[157] Auch Software sollte wie jedes andere Werk oder jede andere Ware als Eigentum des Erwerbers anzusehen sein. Dies sollte auch durch besondere vertragliche Regelungen nicht umgehbar sein. Wer Software erwirbt, sollte sie auch nach seinem Belieben nutzen dürfen. Dazu zählt auch, die Funktionen, Ideen und Grundsätze ermitteln zu dürfen, die hinter dem Programm stehen, sowie die Dekompilierung zur Interoperabilität, Forschung und Migration. Zudem sollte vom Begriff des Lizenznehmers abgerückt werden. Auch das Erstellen einer Sicherungskopie darf nicht untersagt werden können.

[158] 56 - Legitimierung von nicht gewerblichen Erweiterungen für Computer- und Videospiele. (§69h)

[159] Modifikationen, Maps, Skins und ähnliche Erweiterungen sollten für Computer- und Videospiele zu nicht gewerblichen Zwecken immer legal angefertigt und verbreitet werden dürfen, wenn das jeweilige Spiel deren Erstellung technisch irgendwie zulässt, auch wenn dafür keine expliziten Möglichkeiten durch den Hersteller integriert wurden.

[160] 57 - Streichung des Leistungsschutzrechtes für wissenschaftliche Ausgaben. (§70)

[161] Normalerweise besitzen wissenschaftliche Texteditionen eigene Textpassagen sowie Anmerkungen zu den aufgenommenen Texten oder Werken, die sie als Ganzes schützbar machen. Ein Sonderrecht für wissenschaftliche Ausgaben, die diese generell schützt, auch ohne die Erbringung einer eigenständigen Leistung, schränkt lediglich Forschung, Wissenschaft und verfügbares Wissen ein und ist überflüssig.

[162] 58 - Streichung des Leistungsschutzrechtes für nachgelassene Werke. (§71)

[163] Ist ein Werk vor Erlöschen des Urheberrechts nicht veröffentlicht worden, sollte es als gemeinfrei gelten. Jemandem ausschließliche Rechte zuzusprechen, der ein nachgelassenes Werk als erster veröffentlicht, sollte nicht möglich sein. Unveröffentlichte, zeithistorische oder alte Dokumente und Werke werden veröffentlicht, weil an ihnen ein Interesse aus wissenschaftlicher oder kultureller Sicht besteht. Die Veröffentlichung aufgrund rein gewerblicher Absichten oder des Zuspruches ausschließlicher Nutzungsrechte behindert den Umgang mit an sich gemeinfreiem Gut und dessen Weiterentwicklung.

[164] 59 - Streichung des Leistungsschutzrechtes für Lichtbilder. (§72)

[165] Der Zweck des Urheberrechts sollte es sein, den Urheber von Werken mit einer gewissen Schöpfungshöhe zu schützen und nicht jeder unbedeutenden Fotografie ein eigenes Leistungsschutzrecht zuzusprechen. Da jedoch die Schutzanforderungen für urheberrechtlich geschützte Werke sehr niedrig angesetzt werden, gelten fast alle Fotografien als geschützte Lichtbildwerke. Für einfache Lichtbilder verbleiben im Grunde nur technische Aufnahmen, die keine persönliche Prägung aufweisen, wie etwa kartografische Luftaufnahmen oder Passbilder aus Automaten. Dieses Leistungsschutzrecht schützt somit ohnehin nur eine technische Leistung, aber keine

urheberrechtliche Schöpfungsleistung und sollte daher entfallen.

[166] 60 - Beschränkung der Persönlichkeitsrechte ausübender Künstler bis zu ihrem Tod. (§76)

[167] Verstirbt ein ausübender Künstler, sollte er mit dem Tod auch seine Persönlichkeitsrechte hinsichtlich seiner Darbietungen verlieren. Da es hierbei nicht um den Schutz von urheberrechtlichen Werken geht, sollte auch von einer Vererbung abgesehen werden.

[168] 61 - Streichung des Schutzes von Veranstaltern. (§81)

[169] Aufgrund der vertraglichen Regelungen, die Veranstalter mit ausübenden Künstlern treffen und treffen können, sollte ein eigenes Leistungsschutzrecht für sie entfallen, statt ihnen automatisch die Aufnahme und Vermarktung von Bild- und Tonträgern einer jeden Veranstaltung zuzusprechen. Dieses Recht ist eigentlich dem ausübenden Künstler vorbehalten und sollte diesen schützen.

[170] 62 - Kürzung der Verwertungsrechte für Aufnahmen ausübender Künstler auf 30 Jahre. (§82)

[171] Die Verwertungsrechte von Bild- und Tonträgern der Darbietung eines ausübenden Künstlers sollten auf maximal 30 Jahre begrenzt sein und primär für den ausübenden Künstler gelten, nicht den Veranstalter. Die 30 Jahre sollten für die Verwertung der Aufnahme einer Veranstaltung deutlich ausreichen. Der relevante Vermarktungszeitraum, etwa für Theateraufführungen oder Kabarettveranstaltungen, beträgt hier im Regelfall ohnehin nur wenige Jahre.

[172] 63 - Beschränkung des Leistungsschutzrechtes für Tonträgerhersteller. (§85 Absatz 3)

[173] Wird ein Tonträger nicht spätestens 5 Jahre nach Herstellung veröffentlicht, sollte der Schutz für diesen entfallen. Wird ein Tonträger hergestellt, sollte man annehmen, dass dieser auch veröffentlicht werden soll. Oft übertragen Urheber, deren Werke auf diesem Tonträger veröffentlicht werden sollen, ihre Verwertungsrechte ausschließlich an den Hersteller, wodurch Ihnen eine andere Vermarktung nicht möglich ist. Ein größerer Zeitraum kann trotz aller möglichen Verzögerungen und auftretender Probleme nur eine Bevormundung des Urhebers bedeuten.

[174] 64 - Leistungsschutzrecht für Architekten. (§86a)

[175] Als Ausgleich für die Streichung von Bauwerken aus dem Urheberrecht sollte ein auf Architekten zugeschnittenes Leistungsschutzrecht etabliert werden. Dieses sollte das Recht auf Anerkennung der Urheberschaft sowie den Schutz vor Entstellungen des Werkes beinhalten. Letzteres Recht jedoch mit einigen Einschränken, die klarmachen, dass geringfügige oder notwendige Änderungen an der Bausubstanz keinem Eingriff durch den Architekten unterliegen.

[176] 65 - Stärkung des Urhebers bei der Verfilmung seines Werkes. (§88 Absatz 2)

[177] Der Urheber sollte im Zweifelsfall sein Werk bereits nach 5 Jahren wieder anders verfilmen lassen können. 10 Jahre sind eine zu große Zeitspanne. Im Regelfall sollte bereits im ersten Jahr ersichtlich sein, ob sich die Investition in einen Film gelohnt hat, der auf Basis des Werkes eines Urhebers geschaffen wurde. Eine längere Frist bevormundet den Urheber des Werkes lediglich und lässt ihm keine Möglichkeit zur weiteren filmischen Verwertung offen.

[178] 66 - Beschränkung des Leistungsschutzrechtes für Filmhersteller. (§94 Absatz 3)

[179] Wird ein Film nicht spätestens 10 Jahre nach der Herstellung veröffentlicht, sollte das Leistungsschutzrecht für diesen entfallen. Im Weiteren gilt hier eine zu den Tonträgerherstellern analoge Argumentation.

[180] 67 - Streichung des Leistungsschutzrechtes für Laufbilder. (§95)

[181] Der rein technische Schutz einfacher Laufbilder wurde damit begründet, dass es bis vor einigen Jahrzehnten noch mit einem hohen Aufwand und immensen Herstellungskosten verbunden war, überhaupt Filmaufnahmen zu erzeugen. Dies ist heute aber nicht mehr der Fall. Für Filme, die über eine unbedeutende Aufnahme hinausgehen, existiert der Schutz als Filmwerk. Hier ist zudem auf ähnlich niedrige Hürden für ein geschütztes Werk zu verweisen wie bei Lichtbildern. Dadurch lässt sich normalerweise selbst bei reinen Dokumentationen durch Schnitt, Arrangement, Kommentierung, musikalische Unterlegung oder dergleichen ein eigener Schöpfungsanspruch begründen. Die Grundlage für dieses Leistungsschutzrecht ist jedenfalls nicht mehr gegeben, wodurch es entfallen sollte.

[182]68 - Ablehnung von technischen Schutzmaßnahmen. (§95a)

[183]Der Schutz von Werken durch technische Maßnahmen jeder Art sollte komplett abgelehnt werden. Ein Verbot von Verfahren und Software zur Umgehung dieser Maßnahmen ist ebenfalls abzulehnen.

[184]Die einzige Wirkung, die technische Schutzmaßnahmen erzielen, ist die, dass ehrliche Käufer in der Nutzung ihrer legal erworbenen Ware eingeschränkt werden. Die Anfertigung einer Privat- und Sicherungskopie ist meistens nicht möglich oder legal, bestimmte Datenträger lassen sich nicht auf jedem Gerät abspielen, oder digital erworbene Dokumente lassen nur eine begrenzte Anzahl von Kopien zu oder stellen ihre Funktion nach einer gewissen Zeit ein. Hinzu kommen bei Software oft Registrierungspflichten, ein Online-Zwang oder die Bindung an bestimmte Plattformen bei Spielen sowie die zusätzliche Installation von Sicherheitssoftware oder -hardware. Oft ist auch der Weiterverkauf der legal erworbenen Produkte nicht möglich. Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen.

[185]Jeder Form technischer Schutzmaßnahmen stellt stets nur einen Nachteil für den ehrlichen Erwerber dar. Sie verhindert aber in keiner Weise die illegale Verbreitung digitaler Güter.

[186]69 - Streichung von Ansprüchen bei fahrlässigen Handlungen. (§97 Absatz 2)

[187]Ein einfacher fahrlässiger Verstoß gegen das Urheberrecht sollte nicht automatisch zu Ansprüchen auf Unterlassungen oder Schadensersatz führen. Zu tragen kommt dies häufig bei der sogenannten Störerhaftung. Wenn eine technisch unkundige Person etwa ihr WLAN nicht schützt oder man dieser nicht zutrauen muss oder kann, dass sie exakte Kenntnisse darüber zu haben hat, was andere Familienangehörige genau am PC machen, sollte diese nicht für illegale Handlungen anderer haftbar gemacht werden können.

[188]70 - Einfache Verletzungen mit bloßem Hinweis bereinigen. (§97a Absatz 1)

[189]Vor einer Abmahnung sollte bei einer erstmaligen oder geringen Verletzung, bei der keine gewerblichen Absichten erkennbar sind, die Möglichkeit vorgegeben sein, die Verletzung durch einen einfachen Hinweis zu bereinigen.

[190]71 - Beschränkung der Vernichtung von Geräten auf gewerbliche Fälle. (§98 Absatz 1)

[191]Die Vernichtung von Geräten, die zur widerrechtlichen Herstellung von Kopien genutzt worden sind, sollte nur im gewerblichen Fall möglich sein.

[192]72 - Streichung der Haftung eines Unternehmensinhabers. (§99)

[193]Ein Arbeitgeber sollte nicht automatisch für Urheberrechtsverletzungen seiner Mitarbeiter haftbar gemacht werden können, wenn er keine Sorgfaltspflichten verletzt hat.

[194]73 - Entschädigung bei weder fahrlässigen noch vorsätzlichen Verletzungen. (§100)

[195]Da ein Verletzer eigentlich immer vorsätzlich oder fahrlässig handelt, kann diese Regel entfallen.

[196]74 - Streichung der Regelung für Schadensersatzansprüche. (§101b)

[197]Für Schadensersatzansprüche oder Zwangsvollstreckung existieren bereits ausreichende gesetzliche Regelungen.

[198]75 - Streichung der Bekanntmachung des Urteils. (§103)

[199]Dem Gewinner eines Rechtsstreits die Möglichkeit einzuräumen, auf Kosten des Unterlegenen das Urteil öffentlich bekannt zu machen, sollte entfallen. Bei medienwirksamen Verhandlungen wird dies meist im Rahmen der Berichterstattung erfolgen. Ansonsten sollte es dem Gewinner auf eigenem Weg überlassen sein, dies zu versuchen, wenn er einen solchen Bedarf für nötig erachtet. Für diese Möglichkeit aber explizit einen gesetzlichen Anspruch zu schaffen, ist überflüssig.

[200]76 - Streichung der Sonderregelung für unerlaubte gewerbsmäßige Verwertung. (§108a)

[201]Die Höchststrafe, die in § 106 definiert ist (3 Jahre Haft), sollte auch zur Ahndung von gewerblichen Urheberrechtsverletzungen ausreichen und bedarf keiner eigenen Regelung. Bei Klagen gegen Urheberrechtsverstöße geht es in der Regel um Geldforderungen. Verurteilungen mit Gefängnisstrafen sind in Deutschland ohnehin die Ausnahme.

[202]77 - Streichung der Regelung für die Beschlagnahme. (§110)

[203]Explizit noch die Beschlagnahme mit in das Urheberrecht aufzunehmen ist überflüssig, zumal diese an anderer Stelle im Gesetz bereits geregelt ist.

[204]78 - Streichung der Bekanntgabe von Verurteilungen. (§111)

[205]Die Bekanntgabe von Verurteilungen, die aufgrund von Verstößen gegen das Urheberrecht erfolgen, sollte vom Urheberrecht selbst nicht explizit ermöglicht werden. Besteht bei einem konkreten Fall ein besonderes Medieninteresse, erfolgt die Bekanntgabe über die Verurteilung ohnehin über die Berichterstattung. Ansonsten sollten die Persönlichkeitsrechte einer verurteilten Person immer Priorität besitzen.

[206]79 - Gleichstellung ausländischer Staatsangehöriger. (§121 Absatz 1, §125 Absatz 2)

[207]Ausländische Staatsangehörige sollten hierzulande genauso behandelt werden wie deutsche Staatsbürger, wenn sie hier ein Werk veröffentlichen. Dies sollte auch für ausübende Künstler gelten, die ihre Darbietung hierzulande erbringen.

[208]80 - Gleichstellung ausländischer Tonträgerhersteller, Sendeunternehmen und Filmhersteller. (§126, §127 und §128)

[209]Auch hier sollte es einheitliche Regelungen ohne besondere Vorgaben oder Ausnahmen geben, die für alle ausländischen Staatsangehörigen oder Unternehmen gleichermaßen gelten. Eigene Fristen oder Regelungen über spezielle Staatsverträge sind überflüssig, wenn ein Gesetz einfach für alle gleichermaßen gilt, die es betrifft.

[210]81 - Schaffung einheitlicher Übergangsbestimmungen. (§129)

[211]Sinnvollerweise sollten alle Übergangsregeln (aktuell 21 Paragraphen) zu einer Regel vereint werden. So kann der Übergang von altem zu neuem Recht wesentlich handhabbarer gestaltet werden. Den bisherigen Rechteinhabern sollte die Möglichkeit geben werden, sich auf die neuen Fristen einzustellen. Mit Ablauf des Folgejahres nach Inkrafttreten sollten alle Fristen so gelten, wie neu geregelt. So bleiben maximal knapp 2 Jahre Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen. Da durch diese Neuregelungen viele Rechteinhaber oder -nachfolger ihre Rechte verlieren können, muss der Staat im Zweifelsfall eine angemessene Summe zur Ablösung aufbringen.

[212]82 - Abschaffung des Registers für anonyme und pseudonyme Werke. (§138)

[213]Da das Register für anonyme und pseudonyme Werke quasi nicht genutzt wird (Ende 2001 circa 650 registrierte Werke), die Eintragung von nicht veröffentlichten oder nicht schutzfähigen Werken nicht möglich ist sowie aus dem Register nicht herzuleiten ist, wann ein Urheber verstorben ist, sollte es aufgrund seiner Irrelevanz sowie der allgemeinen Problematik mit anonymen, pseudonymen oder verwaisten Werken abgeschafft werden.

[214]83 - Sonstige Optimierungen.

[215]Umformulierungen oder Kürzungen einzelner Paragraphen oder Austausch einzelner eher weniger gebräuchlicher Worte, um das Gesetz im Ganzen verständlicher und lesbarer zu gestalten.

Begründung

[216]Der "PA149" des vorletzten Bundesparteitages vom Dezember 2011, stellt seit seiner Annahme die inhaltliche Ausrichtung der Piratenpartei zum Thema Urheberrecht dar. Angenommen wurde er jedoch, um die inhaltliche Grundlage für ein Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl zu bieten. Entsprechende Anträge zum Wahlprogramm finden sich ebenfalls im LQFB, welche den PA149 aus dem Wahlprogramm ablösen sollen.

[217]Dementsprechend möchten wir nun eine überarbeitete Fassung des "PA149" als Positionspapier einbringen und zur Verabschiedung vorschlagen.

P024 - Förderung einer positiv-vorwärtsgewandten bzw. durch Verschlankung fördernde Politik und Gesetzgebung. Ablehnung einer Verbotspolitik.

Positionspapier - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Piraten-Axel

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland soll sich in die Politik und Gesetzgebung im Rahmen einer positiv-vorwärtsgewandten bzw. durch Verschlankung fördernd einbringen. Gesetze und Initiativen mit VERBOTS-charakter sollen nachrangig sein.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland soll sich in die Politik und Gesetzgebung im Rahmen einer positiv-vorwärtsgewandten Politik und Gesetzgebung bzw. durch Verschlankung fördernd einbringen. Gesetze und Initiativen mit VERBOTScharakter sollen nachrangig sein. Stattdessen sollen sämtliche Vorhaben im positiven Sinne formuliert und im übertragenen Sinne als FÖRDERUNG formuliert und angegangen werden. Bestehende oder geplante VERBOTE sollen auf nachprüfbaren Fakten beruhen und die Wirksamkeit vorab und nach festen Zeitspannen geprüft werden.

Begründung

[2] Eie Politik und Gesetzgebung, die vorrangig durch VERBOTE versucht zu steuern und zu beeinflussen ist aus mehreren Gründen nachteilig: - das Rechts- und Gesetzessystem wird immer komplexer, undurchchaubarer und für Bürger und Juristen nicht mehr verständlich - je detaillierter VERBOTE ausformuliert werden, desto mehr Ausweichmöglichkeiten oder Lücken gibt es - der Aufwand der Aufrechterhaltung eines hochkomplexen politischen und juristischen Regelwerkes steigen

[3] Daher ist eine Verbotspolitik nicht zielführend.

P025 - Abbau der Bundeswehr

Positionspapier - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sebastian Dicke

Zusammenfassung

Die Piratenpartei möchte die Bundeswehr langfristig auflösen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgendes Positionspapier beschließen:

[2] Die Piratenpartei versteht sich als Partei des Friedens und lehnt Kriege daher grundsätzlich ab. Aus diesem Grund streben wir langfristig einen Austritt aus sämtlichen internationalen militärischen Bündnissen an. Langfristig soll die Bundeswehr aufgelöst werden, da sie in einem friedlichen Europa nicht mehr benötigt wird. Investitionen in Wehrtechnik sollten deswegen vermieden werden.

Begründung

[3] In Kriegen werden viele unschuldige Menschen getötet, das muss nicht sein. Deutschland sollte zum friedlichen Musterland werden, dem andere Länder nachfolgen.

[4] In der Zeit bis zur Auflösung der Bundeswehr sind Friedenseinsätze in geringer Zahl akzeptabel.

[5] Die Bundeswehr verursacht derzeit Kosten von jährlich etwa € 31,68 Mrd. Diese können langfristig, nach Wegfall sämtlicher Pensionsansprüche, gespart werden. Bereits in der Zeit des Abbaus ergeben sich schrittweise Einsparungen.

P026 - Positionspapier Syrien und Naher Osten

Positionspapier - Außenpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pereos, Enno Lenze

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine nachhaltige Friedenslösung in Syrien und im Nahen Osten ein.

Antragstext

[1] Antragstitel Piratenpartei für Dialog im Syrien-Konflikt und eine nachhaltige Lösung der Probleme des Nahen Ostens

[2] Der Parteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

[3] 1. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine umfassende Friedenslösung im Nahen Osten ein. Besorgt sieht die Piratenpartei die Entwicklung in Syrien und der Region, die durch den Aufstand gegenüber dem dortigen Machthaber Baschar al-Assad entstanden ist.

[4] 2. Daher fordert die Piratenpartei eine internationale Konferenz aller Staaten im Nahen Osten und aller in Syrien beteiligten Gruppen unter dem Vorsitz des UN-Generalsekräters Ban Ki-moon. Die UN soll damit wieder ihrer Aufgabe nachkommen, Nationen zusammenzubringen. Die Beobachtereinsätze der UN-Truppen ohne ausreichenden Schutz der Beobachter in vergangener Zeit genügen nicht. An dieser Konferenz sollten Vertreter des Iran und der Arabischen Liga, der Türkei, Israels, Saudi-Arabiens, der Palästinensischen Autonomiebehörde, Kurdistan-Iraks, Iraks, Bahrains, Vertreter der Regierung und der Opposition des Libanon und vor allem Vertreter der syrischen Regierung und der syrischen Opposition teilnehmen. Zusätzlich sollten Vertreter der USA, der EU, Russlands und Chinas als die größten Rüstungsexporteure der Welt und einflussreichste Mitglieder der UN teilnehmen. Diese Konferenz soll Lösungen ausarbeiten, die das friedliche Zusammenleben in einer von einem Flächenbrand bedrohten Region ermöglichen und das Ende des Bürgerkieges herbeiführen, der immer zu Lasten der Zivilbevölkerung geht. Lösungen für Syrien und die Region kann es nur dann geben, wenn alle Beteiligten miteinander reden, anstatt sich im UN-Sicherheitsrat gegenseitig zu blockieren oder die Krise zu verschärfen. Ziel einer solchen Konferenz muss ein dauerhafter Frieden in Syrien und ein gemeinsames friedliches Gestalten einer sich im Umbruch befindenden Region sein. Auch ein erster direkter Dialog der iranischen und israelischen Regierungen wäre zu begrüßen.

[5] 3. Die Piratenpartei unterstützt im Besonderen Initativen im Nahen Osten, die sich der Völker-, Kultur- und religiösen Verständigung verpflichtet sehen, wie etwa "Israel Loves Iran".(1) Ebenso begrüßt die Piratenpartei, wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten im Nahen Osten intensiviert wird. Verschiedene Staaten brauchen durch ein hohes Bevölkerungswachstum wirtschaftliche Hilfe, um ihren jungen Bürgern eine soziale und wirtschaftliche Perspektive zu bieten. Jedoch dürfen die privaten Interessen einzelner Politiker nicht Grund für dieses Handeln sein.

Begründung

[6] Der Konflikt in Syrien, der durch den Aufstand gegenüber Assad im Zuge der sog. “Arabellion“ entstanden ist, weitet sich mitlerweile zu einem überregionalen Konflikt in der krisengeschüttelten Region aus. Die Lage in Syrien selbst mit über 30 000 Toten(2) und Hundertausenden Flüchtlingen(3) ist dramatisch und wird immer mehr zu einem Stellvertreter- und Religionskrieg zwischen verschiedenen Gruppen, Staaten und Interessen. Auch wird der Konflikt immer brutaler; beiden Seiten werden Kriegsverbrechen vorgeworfen.(4) Gleichzeitig nehmen die Spannungen zwischen der Türkei und der syrischen Regierung zu, was zwischen beiden Staaten zu kriegerischen Handlungen führte und führt.(5) Auch das syrische Nachbarland Libanon ist immer mehr zerissen; auch hier scheint die Lage zwischen Anhängern und Gegnern der syrischen Regierung zu eskalieren und das Land wieder an den Rand eines Bürgerkrieges zu geraten.(6) Währendessen nehmen in der gesamten arabischen Welt die Spannungen zwischen Sunniten, Schiiten und Christen zu, was sich z.B. im instabilen Irak zeigt.(7) Ebenso ist die Lage im Golfstaat Bahrain kritisch, wo der König die Sicherheitskräfte seit 2011 hart gegen die Massenproteste vorgehen lässt und von Saudi-Arabien unterstützt wird.(8) Auch der Konflikt zwischen der Türkei und den Kurden in der Osttürkei hat einen neuen Höhepunkt erreicht.(9) Ebenso sorgen die permanenten Spannungen zwischen dem Iran und Israel für eine weitere Destabilisierung der Lage der gesamten Region.(10) In Anbetracht all dieser vielfältigen Konflikte kann nur eine große internationale Konferenz unter Leitung der UN eine Lösung der immer größer werdenden Probleme erreichen. Nachhaltigen Frieden schafft man nur, wenn sich verfeindete Staaten, Gruppen und Vertreter, die sich bisher wechselseitig kritisch beinflusst haben, auf Augenhöhe begegnen und zu einem Konsens kommen, der die Interessen aller auf diplomatischem Weg regelt. In die richtige Richtung gehen derzeit die Entwicklungen in Kurdistan-Irak. Die Region ist zunehmend politisch autonom, verfügt über eigenes Militär und eigene Polizei. Die wirtschaftlichen Details der Abspaltung vom Irak werden derzeit ohne Waffen verhandelt und sind somit ein Vorbild für den Umgang miteinander in der Region.

[7] Quellen: 1: http://www.israellovesiran.com 2: http://www.dradio.de/nachrichten/201210160000/5 3: http://www.dw.de/fl%C3%BCchtlingskrise-an-der-grenze/a-16314151 4: http://www.tagesschau.de/ausland/syrien-armee-rebellen-un-kriegsverbrechen100.html 5: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/kommentar/1899030/ 6: http://www.sueddeutsche.de/politik/gewalt-in-libanon-alter-hass-kehrt-zurueck-1.1502318 7: http://www.n-tv.de/ticker/Vier-Tote-bei-Bombenanschlaegen-in-Bagdad-article7526276.html 8: http://www.nzz.ch/aktuell/international/eskalation-in-bahrain-1.17699506 9: http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pkk-der-kurdische-krieg-der-tuerkei-11886351.html 10: http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/israel-iran-angriff

P027 - Sprachregelung ALG II

Positionspapier - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stefan Kertzscher für den Stammtisch Hohenlohe

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Begriff „Hartz 4“ nicht mehr im Zusammenhang mit der Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige nach SGB II zu gebrauchen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier zu beschließen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Sinne der Begriffsklarheit dafür ein, den Begriff „Hartz 4“ nicht mehr im Zusammenhang mit der Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) zu gebrauchen. Ausschließlich der Begriff „Arbeitslosengeld II“ oder kurz “ALG II“ / “ALG 2“ soll künftig in Zusammenhang mit der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige verwendet werden.

Begründung

[3] Der Begriff „Hartz 4“ bezeichnet richtigerweise das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003, welches maßgeblich von der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, unter der Leistung von Peter Hartz, auf den Weg gebracht wurde. Dieses Gesetz regelt zahlreiche Änderungen im Sozialrecht und anderen Gesetzen. Das Arbeitslosengeld II wird dort unter anderem explizit in den §§ 19 ff. geregelt. Der Begriff „Hartz 4“ kann daher weder synonym noch analog für die Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige verwendet werden. Zudem ruft “Hartz 4“ zunehmend eine negative Konnotation hervor.

P028 - Für ein generelles Tempolimit, Wegfall des Rechtsfahrgebots

Positionspapier - Bauen und Verkehr

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kemal

Zusammenfassung

Für ein generelles Tempolimit, Wegfall des Rechtsfahrgebots

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

[2] Auf Bundesautobahnen soll ein generelles Tempolimit von 130 km/h eingeführt werden. Zugleich soll das Rechtsfahrgebot entfallen, so dass alle Kfz grundsätzlich alle verfügbaren Spuren, auch zum Überholen, benutzen können. Neue/geänderte Verkehrsschilder sind für diese Änderung nicht notwendig.

Begründung

[3] Diese Maßnahmen sollen zum einen die Verkehrssicherheit erhöhen (Anzahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten senken, Unfallprävention), zum anderen soll der Verkehr –analog bspw. durch Ersetzung von Ampelanlagen durch Kreisverkehre– durch den Wegfall des Rechtsfahrgebots besser im Fluss gehalten werden. In vielen anderen Ländern gibt es auch kein Rechtsfahrgebot, diese Regelung ist seit Langem in Deutschland auch nicht mehr praxistauglich. Umweltaspekte, wie CO^2 Ausstoß und Lärmemission, spielen selbstverständlich auch eine wichtige Rolle, und werden durch diese Maßnahmen positiv beeinflusst.

P029 - Wegfall von Verkehrszeichen 720 “Grünpfeil“, stattdessen implizite Regelung

Positionspapier - Bauen und Verkehr

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kemal

Zusammenfassung

Wegfall von Verkehrszeichen 720 “Grünpfeil“, stattdessen implizite Regelung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

[2] Das Verkehrszeichen 720 “Grünpfeil“ soll wegfallen, stattdessen soll an allen Kreuzungen implizit die aktuelle “Grünpfeil“-Regelung gelten. An Kreuzungen, die ein besonderes Gefahrenpotenzial aufweisen, soll ein anderes, neu zu definierendes Verkehrszeichen das Rechtsabbiegen explizit verbieten.

Begründung

[3] Das Verkehrszeichen 720 “Grünpfeil“ müsste eigentlich viel stärker genutzt werden, um den Verkehrsfluss zu erhöhen. Daher ist es sinnvoller, das Verhalten bei diesem Verkehrszeichen zu Regel zur erheben, und nur an besonders gefährlichen Kreuzungen das Rechtsabbiegen explizit zu verbieten. Dies ist kein Experiment, in anderen Ländern gibt es diese Regelung bereits, und es funktioniert.

P030 - Positionspapier zu Afghanistan

Positionspapier - Internationale Beziehungen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Altstadtpirat

Zusammenfassung

Ergebnis der Teilnahme der Piraten am Internationalen Afghanistan Friedenskongress - umgesetzt als Positionspapier.

Antragstext

[1] 1. Die Piraten erkennen das uneingeschränkte Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung der Islamischen Republik Afghanistan an. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu unterlassen.

[2] 2. Die Piraten fordern den Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan, dies beinhaltet einen vollständigen und unverzüglichen Abzug der deutscher Soldaten. Die Bundeswehr kann afghanische Sicherheitskräfte in Deutschland ausbilden, wie dies auch mit Soldaten anderer Nationen erfolgt. Es besteht keine Notwendigkeit der Präsenz der Bundeswehr vor Ort.

[3] 3. Die Piraten setzen sich für eine solidarische, transparente, nachhaltige und faire Entwicklungszusammenarbeit ein.

[4] 4. Die Piraten setzen sich für eine Förderung der Zivilgesellschaft ein.

[5] 5. Die Piraten unterstützen den Friedensplan von Naquibullah Shorish und den afghanischen Hohen Friedensrat, als mögliche Wegweiser zum Frieden in Afghanistan.

Begründung

[6] Dieses Positionspapier wurde auf Basis der Ergebnisse des Internationalen Afghanistan Friedenskongresses (13.-14. Oktober 2012 Landesmuseum Bonn) erarbeitet. Informiert Euch selbst: Dokumentation und Videoeindrücke

[7] Es gibt noch zwei konkurrierende Positionspapiere (P002,P022) zu Afghanistan. Leider hatten wir nicht mehr die Zeit sie zu bündeln, da sie sich inhaltlich doch etwas unterscheiden.

[8] Eine multiperspektivische und differenzierte Betrachtung der Probleme & Ursachen würde die Antragsbegründung sprengen. Daher beschränke ich mich auf die Begründung der einzelnen Punkte.

[9] **Zu Punkt 1 Souveränität und Selbstbestimmung:**

[10] Aufgrund der geostrategischen Position leidet Afghanistan, inbesondere seit dem Einmarsch der Briten 1832 (vgl. "The Great Game" & "Heartland-Theorie"), unter der Durchsetzung machtpolitischer Interessen und ständigen Interventionen anderer Staaten. Durch eine Vielzahl von konkurrierenden Akteuren ist dieser Zustand im 21. Jahrhundert noch komplizierter und damit eine Friedenslösung umso schwieriger. Externe Mächte instrumentalisieren Bevölkerungsgruppen und Ethnien für Ihre Interessen und bereiten damit den Boden des andauernden Machtkampfes/Bürgerkrieg. Diese Einmischung ist eines der Grundprobleme.

[11] Beispiele der Interessen:

- Pakistan: Paschtunische Stammesgebiete als strategischer Rückzugsraum/Hinterland bei einem möglichen Konflikt mit Indien
- China: Zugang zu den umfangreichen Rohstoffen (Kupfererzmine Anyak). Es sind geschätzte 1Billion $ und damit das 18-fache der ursprünglich angenommenen Menge an Eisen, Kupfer, Gas, Kohle, Edelstein, Öl, Gold, Lithium in Afghanistan vorhanden.
- Russland, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgistan: Abwehr radikaler Tendenzen, Angst vor Destabilisierung, Gefährdung durch Drogen aus Afghanistan
- Iran: Unterstützung der schiitischen Minderheiten (Hazara, Teile der Paschtunen) und der Tadschiken
- Türkei: Unterstützung der Usbeken und Tadschiken, um eigenen Einfluss in der Region auszubauen
- Golf-Staaten: Verbreitung des Salafismus und damit Ausdehnung des eigenen Einflusses
- Indien: Aufbau einer zweiten Front im Kriegsfall mit Pakistan mit Hilfe der Tadschiken
- USA: Zugang zu den Rohstoffen, Pipelinebau, Geostrategische vorteilhaft gelegene Militärbasen neben China, Iran und Pakistan und in der Südflanke Russlands (vgl. Brzezinski-Strategie)
- Andere (NATO) Staaten: Betonung der weltpolitischen Relevanz durch Teilnahme an der Koalition der Willigen

[12] Selbstbestimmung ist ein zentrales Element des Selbstverständnisses der Piraten. Dies gilt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für Gruppen oder Gesellschaften. Nur ein selbstentwickelter gesellschaftlicher Konsens kann die Wunden der Kriege langfristig heilen. Solange aber Kriegsherren als Sicherheitsdienstleister angeheuert werden und mit der Förderung von lokalen Milizen das Machtgleichgewicht verändert wird, stärkt man die Falschen. Mit der Loja Dschirga hatte man die Chance, hat diese aber leichtfertig verspielt und mit der Regierung Karzai ein korruptes Klientelsystem installiert. Dieser Zustand hat sich in den letzten Jahren noch verschlimmert und nicht gebessert. Die logische Konsequenz ist, aus der Geschichte zu lernen und endlich den Afghanen die Möglichkeit zu geben ihre Zukunft wirklich selbst zu bestimmen. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger würde sich die Einmischung anderer Nationen in eigene innere Angelegenheiten ebenso verbitten.

[13] Zu Punkt 2 Abzug fremder Streitkräfte:

[14] Die Präsenz der NATO ist eines der Haupthindernisse für Verhandlungen aller Teile der afghanischen Gesellschaft miteinander. Der ISAF-Einsatz hat sich schleichend, aber absehbar vom Stabilisierungs- zum Kriegseinsatz gewandelt. Der Einsatz von Panzerhaubitzen und Schützenpanzern Typ Marder sowie die Schützengräben des OP NORTH bei Kunduz führen uns dies vor Augen. Der Gefährdung von unbeteiligten Zivilisten durch Kampfhandlungen würde ausgeschlossen werden. Die Bundeswehr hat die Erfahrung, Lehreinrichtungen und Truppenübungsplätze, um Soldaten anderer Nationen hier in Deutschland umfassend ausbilden zu können. Dies ist bereits mit jemenitischen, albanischen, georgischen und mongolischen Soldaten geschehen. Die durch das Ende des Militäreinsatzes freigewordenen Mittel könnten der Entwicklungszusammenarbeit und dem Aufbau einer afghanischen Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Es wäre eine Win-Win Situation für Afghanistan und Deutschland.

[15] Zu Punkt 3 Entwicklung:

[16] Die Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik hat dazu schon einen Programmantrag entwickelt. Die dort aufgeführten Vorschläge sind anzuwenden und können den Problemen wie Verschwendung, Korruption und Vetternwirtschaft entgegengesetzt werden. Die Bundesregierung setzt auf das Konzept der “Vernetzten Sicherheit“ in Afghanistan und liefert damit die Entwicklungszusammenarbeit der Gefahr aus als Kriegspartei gesehen zu werden. Die bisherige Entwicklungspolitik konnte mangels finanzieller Ausstattung die Vielzahl von Erwartungen nicht erfüllen. Zum Thema Entwicklung wurden auf dem Internationalen Afghanistan Friedenskongress folgende Schlußfolgerungen gezogen:

- Ein umfassender lang angelegter Versöhnungsprozess nach 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg.
- Eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen auf allen Ebenen und ein System der Absicherung der Frauen- und Menschenrechte.
- Ein umfassendes Bildungs- und Ausbildungssystem für jede und jeden.
- Ein dezentrales Gesundheitssystem, zu dem alle Zugang haben.
- Die umfassende Förderung einer nachhaltigen, dezentralen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die in der Lage ist, das Land selbst zu versorgen und den BäuerInnen ein Leben in Sicherheit und „kleinem" Wohlstand ermöglicht.
- Eine ökonomische Entwicklung entsprechend der Kultur, der Umwelt und den Bedürfnissen des Landes.

[17] Zu Punkt 4 Aufbau einer Zivilgesellschaft:

[18] Statt Sicherheitsdienstleistungen auf Warlords auszulagern und diese zu finanzieren sowie Problemdistrikte mit nur kurzfristig wirksamen "Quick-Impact Projects" zu überhäufen, sollte der Aufbau einer Zivilgesellschaft stärker gefördert werden, da dieser innerstaatliche, afghanische Kräfte freisetzt die diesem Land den notwendigen Entwicklungsschub geben. Die afghanische Zivilgesellschaft ist aktiv und facettenreich. Sportvereine, Jugendclubs, Gedichtwettbewerbe, Bildungseinrichtungen oder Frauentreffpunkte leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der von Konflikten zerissenen Gesellschaft. Wer "Good governance" predigt, sollte auch mit gutem Beispiel vorangehen. Der Widerspruch zwischen Anspruch und realem Handeln führt momentan zur Desillusionierung, Vertrauensverlust und entzieht damit die Grundlage für weitere Zusammenarbeit. Elementar für das Gelingen eines Projektes ist, dass die Auswahl und Durchführung von der Förderung nach einem überprüfbaren Kriterienkatalog von Afghanen für Afghanen vorgenommen wird.

[19] Zu Punkt 5 Wege zum Frieden:

[20] Ausführliche Informationen zum Friedensplan findet Ihr hier: Link

[21] Naquibullah Shorish, Stammesführer der paschtunischen Kharoti, hat auf dem Internationalen Afghanistan Friedenskongress seinen Plan vorgestellt. Alle gesellschaftlichen Gruppen in Afghanistan haben diesem zugestimmt, selbst die kriegführenden Gruppen sind mit 95% des Inhaltes einverstanden. Zusammen mit dem afghanischen Hohen Friedensrat könnte ein Konsens für ein wirklich tragender afghanischer Lösungsansatz entstehen.

[22] Details des Plans:

[23] Der Shorish-Plan geht in seiner Analyse davon aus, dass sich der Afghanistankrieg in einer Sackgasse des militärischen Patts befindet. Der Plan sieht mehrere Phasen vor:

- Vertrauensbildende Maßnahmen. Dazu zählen die Anerkennung der UNO-Charta und der UNO-Menschenrechtscharta als Grundlage für die innen- und außenpolitische Zukunft Afghanistans ebenso wie die Bereitschaft zu einem sofortigen und allseitigen Waffenstillstand.
- Ene zweite „Petersberg-Konferenz" unter Vorsitz der UNO, die eine Weichenstellung für eine Übergangsregierung und einen Zeitplan für einen Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan festlegt. An dieser Konferenz sollen Angehörige der Konfliktparteien, wie z.B. Vertreter der NATO, Mitglieder der Kabuler Regierung und Vertreter des bewaffneten Widerstands sowie einflussreiche afghanische Stammesführer teilnehmen.
- Weitere Gespräche und Verhandlungen auf unterschiedlichen Ebenen, innerafghanisch, international und zwischen ISAF und Aufständischen.

[24] Für die innerafghanischen Gespräche wird eine Jirga gebildet, der in der ersten Phase ausschließlich Stammesführer angehören, die alle Nationalitäten und zumindest die wichtigsten Stämme Afghanistans vertreten. Diese Jirga erarbeitet zuerst die Modalitäten aus für die innerafghanischen Gespräche und Verhandlungen und zieht danach Vertreter der unterschiedlichen Konfliktparteien hinzu.

[25] Auf der internationalen Ebene wird eine internationale Konferenz Afghanistans und seiner Nachbarstaaten (Pakistan, Iran, Usbekistan, Tadschikistan u.a.) unter der Obhut der UN vorbereitet. Zwischen ISAF und Aufständischen geht es darum, den Weg für eine dauerhafte Beendigung des Krieges, eine international akzeptierte Friedenslösung und den Abzug der internationalen Truppen freizumachen.

- Bildung einer Übergangsregierung für zwei Jahre. Diese soll den Entwurf einer neuen Verfassung ausarbeiten, die durch die traditionelle Loya Jirga beraten und beschlossen wird, Neuwahlen vorbereiten und den Drogenanbau bekämpfen.
- Aufbau neuer Sicherheitsorgane aus den bisherigen nationalen Sicherheitskräften und den Widerstandskämpfern.

[26] Erster Schritt muss die Entwaffnung aller illegal bewaffneten Gruppen und Milizen sowie der privaten Sicherheitsfirmen sein. Zum Aufbau neuer Sicherheitsorgane wird eine Koordinierungszentrale aus den bisherigen nationalen Sicherheitskräften und den Widerstandskämpfern geschaffen.

P031 - Haltung zur Kernfusion

Positionspapier - Energie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TheBug|TheBug

Zusammenfassung

Kernfusion ist Grundlagenforschung. Eine mögliche Nutzung ist davon abhängig machen wie die Rahmenbedingungen sein werden, wenn ein einsetzbarer Prozess entwickelt ist.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text inklusive der Begründung als Positionspapier anzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland betrachtet Kernfusion als ein interessantes Forschungsthema, jedoch nicht als eine in absehbarer Zeit zu berücksichtigende Option zur Energieversorgung. Wie andere Forschungsgebiete sollte die Kernfusionsforschung angemessene Mittel und Möglichkeiten erhalten. Ob und für welche Anwendungen Kernfusion eine Option zur Energieversorgung oder anderes sein kann, wird zu beurteilen sein sobald ein prinzipiell einsatzfähiger Prozess entwickelt wurde.

Begründung

[3] Kernfusion ist bisher nicht als einsatzfähige Technologie verfügbar. Wann dies der Fall sein wird ist nicht absehbar. Es werden bei der Forschung momentan einige unterschiedliche Ansätze verfolgt. Bei den meisten ist zu erwarten, dass in einem Kraftwerksbetrieb radioaktiver Abfall in signifikanter Menge anfallen würden. Dies kann aber erst dann beurteilt werden, wenn einer dieser Prozesse so weit entwickelt wurde, dass ein tatsächlicher Einsatz denkbar wird. Da Forschungsergebnisse nicht vorhersagbar sind und auch anderweitig wertvolle Erkenntnisse aus den Kernfusionsprojekten gewonnen werden können, ist deren Fortsetzung und auch die weitere Beteiligung an internationalen Projekten ausdrücklich zu befürworten.

P032 - Palästina

Positionspapier - Friedenspolitik LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Friedenspolitik eingereicht durch HaraldB

Zusammenfassung

Anerkennung Palästinas als Staat und UNO-Vollmitglied

Antragstext

[1] Die AG Friedenspolitik beantragt für den BPT2012.2 folgendes Positionspapier:

[2] In der Tradition der UN-Resolutionen 181 und 242 setzen wir uns für eine Zweistaatenlösung Israel und Palästina ein. Nachdem Israel bereits anerkanntes Mitglied der UNO ist, setzen wir uns für eine Anerkennung Palästinas als Mitglied ein.

Begründung

[3] Der Antrag wurde in der AG Friedenspolitik erarbeitet und in der LQFB Initiative

[4] https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3747.html

[5] diskutiert. Der aktuelle Text wurde bewusst knapp und prägnant gehalten.

[6] Weitere Informationen zu den genannten UN-Resolutionen bei Wikipedia: Resolution 181 von 1947 Resolution 242 von 1967

P033 - Iran

Positionspapier - Friedenspolitik LQFB WIKI

Ja ☐	Vielleicht ☐	Angenommen ☐	Abgelehnt ☐
Nein ☐	Enthaltung ☐	Mit Änderungen ☐	Zurückgezogen ☐

Antragsteller

AG Friedenspolitik eingereicht durch HaraldB

Zusammenfassung

Erklärung der Piratenpartei über die Position Deutschlands zum Iran

Antragstext

[1] Die AG Friedenspolitik beantragt für den BPT2012.2 folgendes Positionspapier:

Erklärung der Piratenpartei über die Position Deutschlands zum Iran:

[2] Die Piratenpartei fordert in Anlehnung an den Text der "Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW):

[3] *Eine Welt ohne Atomwaffen ist in unseren Augen eine Notwendigkeit, wenn menschliches Leben auf der Erde eine Zukunft haben soll. Jede zusätzliche Macht, die sich Atomwaffen aneignet, so wie es jetzt dem Iran vorgeworfen wird, macht unsere krisengeschüttelte Welt noch instabiler. Eine Atomwaffengefahr mit Krieg ausmerzen zu wollen ist aber keine Option, Menschen und Menschenrechte werden ihm zum Opfer fallen. Die Folgen eines militärischen Vorgehens gegen den Iran werden unkontrollierbar über die Region hinaus wirken. Eine solche Aktion ist kontraproduktiv – sie liefert dem Iran den besten Grund, atomar zu rüsten.*

[4] *Die Piratenpartei fordert die Bundesregierung auf, darauf hin zu wirken, dass Europa zur Vermeidung weiterer Eskalation, umfangreiche diplomatische Offensiven mit dem Iran startet. Dazu gehören einerseits die Einbindung der USA, Russlands und Chinas sowie der Arabischen Liga, wie andererseits die Durchsetzung einer solchen Strategie in der EU selbst.*

[5] *Diese Initiative muss von der forcierten Unterstützung der Verhandlungen für einen massenvernichtungswaffenfreien Nahen und Mittleren Osten getragen werden, die alle Atomwaffen in der Region, inklusive der Israels, mit einbeziehen. Ein kommendes System der umfassenden grenzüberschreitenden Kooperation und Zusammenarbeit der Staaten der Großregion muss den Staaten und Menschen jene Sicherheit vermitteln, die jetzt offensichtlich fehlt.*

[6] ***Über die Forderungen der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges hinausgehend***, bitten wir sie dringend, auf alle Waffenlieferungen, insbesondere Panzer oder U-Boote, die zum Abschuss von Atomwaffen umgebaut werden können, sowie Lieferungen von Know-How und Lizenzen zur Herstellung von Kriegswaffen in **alle Länder der Krisenregion** zu unterbinden.

Begründung

[7] Links:

[8] http://archive-de.com/page/158823/2012-07-19/http://www.ippnw.de/print/aktiv-werden/kampagnen/kein-krieg-gegen-iran.html

[9] http://blog.zeit.de/ladurnerulrich/2012/05/09/der-iran-und-die-frage-nach-der-politischen-vernunft/

[10] http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/atomprogramm-iran

[11] http://www.shanghaidaily.com/nsp/World/2012/04/07/Iran%2Battack%2Bcould%2Blead%2Bto%2Bwar/

[12] http://zfacts.com/metaPage/lib/zFacts_2005_03_15_Joint_Nuclear_Operations.pdf

[13] http://jomenschenfreund.blogspot.de/2012/05/steht-der-3-weltkrieg-bevor-teil-05.html

[14] http://jomenschenfreund.blogspot.de/2012/03/ist-die-irankrise-eine-krise-der-medien.html

[15] Dieser Antrag wurde in der AG Friedenspolitik erarbeitet. Eine längere Version wurde in LQFB mit 2/3-Mehrheit positiv abgestimmt:

[16] https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3209.html

P034 - Positionspapier zur Förderung von Crowdfunding

Positionspapier - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndiPopp

Zusammenfassung

Eine Idee für eine Subvention moderner Geschäftsmodelle

Antragstext

[1] Die Urheberrechtsdebatte krankt besonders an der Frage nach der wirtschaftlichen Verwertung von kreativen Werken. Hierbei hält sich hartnäckig die unbelegte Behauptung, dass eine vollständig freie Privatkopie (z.B. per Filesharing) dazu führt, dass mit kreativer Arbeit kein Geld mehr zu verdienen sei. Aber auch wenn die bisherigen Erkenntnisse dagegen sprechen, dass die zentrale Piratenforderung nach einer Freigabe der nichtkommerziellen Vervielfältigung negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche Auskommen der Urheber hat, ist die Förderung neuer Geschäftsmodelle trotzdem erstrebenswert. Sie kann nicht nur mehr Sachlichkeit in die Debatte ums Urheberrecht bringen, sondern auch direkt den Urhebern und Nutzern kreativer Werke neue Möglichkeiten erschließen.

[2] Als eines der Erfolg versprechendsten neuen Geschäftsmodelle sieht die Piratenpartei das Crowdfunding. Es ermöglicht nicht nur eine von der Kopierbarkeit völlig unbeeinflussbare Möglichkeit für Finanzierung von kreativer Arbeit, es bringt auch Urheber und Nutzer zusammen. Dies ermöglicht besonders für Nischenkultur völlig neue Möglichkeiten.

[3] Aus diesem Grund setzt sich die Piratenpartei für eine Subvention von Crowdfunding ein. Das Ziel ist, dass auf mittelfristige Sicht ein Markt für Crowdfunding entsteht, der von allein funktioniert. Zu diesem Zweck sollen über das Modell des sogenannten »Crowdbonus« Zuschüsse auf über Crowdfunding erwirtschaftete Summen direkt an die Urheber bezahlt werden. Je mehr ein Urheber selbst erwirtschaftet, umso mehr bekommt er an Zuschüssen.

[4] Diese Zuschüsse sollen zum einen individuell beschränkt sein, damit nicht nur große bereits erfolgreiche Künstler davon profitieren, sondern auch kleine. Zum anderen soll auch die Gesamtfördersumme beschränkt sein, damit der Aufwand für den Steuerzahler kalkulierbar bleibt. Bei Überschreiten der Gesamtsumme sollen die Einzelförderungen proportional angepasst werden. Schließlich soll die Förderungsmaßnahme zeitlich befristet sein und die Gesamtfördersumme über die Zeit hinweg abnehmen, so dass eine langsame Ablösung des geförderten Marktes durch einen eigenständigen geschieht.

Begründung

[5] Die Begründung steht im wesentlichen im Text. Bitte zur Vertiefung auch den ausführlichen Artikel beachten!

P035 - Positionspapier zu Dublin-II

Positionspapier - Asyl

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Die Piratenpartei steht dem Regelwerk Dublin-II kritisch gegenüber.

Antragstext

[1] Der BPT möge als Positionspapier beschließen:

[2] Die Piratenpartei steht dem Regelwerk Dublin-II kritisch gegenüber. Insbesondere das Verteilungssystem von Asylbewerbern, das Konzept der “sicheren Drittstaaten“ und die Arbeitsweise der Grenzsicherungsagentur “Frontex“ sind zu überdenken und durch Regelungen zu ersetzen, welche Flüchtlinge als Menschen behandeln und ihnen Schutz zusichern.

Begründung

[3] Das Dublin-II Abkommen regelt unter anderem, dass Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Drittstaaten nicht “weiterflüchten“ können. Wenn also der typische Krisenflüchtling aus Afrika nach Südafrika gelangt und von dort mit dem Flugzeug nach Deutschland fliegt, wird er an Südafrika zurückverwiesen, weil dies ein sicherer Drittstaat ist.

[4] Wenn jemand über die Außengrenzen in die EU einreist, so kann er nicht weiter in zentraler gelegenen Staaten der EU flüchten, da jedes Land an der EU-Peripherie als sicherer Drittstaat klassifiziert ist. Im weiteren werden Asylbewerber dann nach einem Schlüssel auf die Länder der EU verteilt.

[5] So werden die wirtschaftlich schwächeren Länder der EU, allesamt an der Peripherie gelegen, mit der Außensicherung belastet. In letzter Zeit sind insbesondere Griechenland und Italien für ihren menschenrechtlich fragwürdigen Umgang mit Flüchtlingen kritisiert worden.(1)

[6] Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarates meint, dass Dublin-II die Rechte von Flüchtlingen missacht, da nicht in allen EU-Staaten ein angemessenes Asylverfahren und Schutz für Flüchtlinge sichergestellt sei. (2)

[7] Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in einem Urteil auf das Problem hingewiesen. Das Gericht verurteilte Belgien zu einer Geldstrafe, weil das Land einen Asylbewerber trotz der Menschenrechtssituation für Flüchtlinge nach Griechenland zurückgeführt hatte. (3)

[8] Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenze) ist eine Gemeinschaftsagentur der EU. Der Europäische Flüchtlingsrat hat Zweifel an der Einhaltung von Menschenrechten durch Frontex geäußert. Insbesondere sei das Recht auf Schutz, das Flüchtlinge durch die Flüchtlingskonvention von 1951 haben, nicht gesichert. (4)

[9] (1) http://euobserver.com/justice/25910

[10] (2) http://commissioner.cws.coe.int/tiki-view_blog_post.php?postId=80

[11] (3) http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng-press/pages/search.aspx#“display“:“1“ ,“dmdocnumber“:“879929“

[12] (4) http://www.ecre.org/component/content/article/57-policy-papers/96-ecre-a-brc-joint-response-to-house-of-lords-inquiry-on-frontex.html

P037 - Leitlinien für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland

Positionspapier - BGE PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

für die Sozialpiraten: Michael Ebner, Heike Wegner, Olaf Wegner, Thomas Küppers, Fizz, Robert Conin

Zusammenfassung

Die Vorstellungen für die Einführung eines Grundeinkommens werden konkretisiert, ohne sich auf ein bestimmtes Modell festzulegen. (Verschiedene Modelle könnten dann diesem Positionspapier als Anhänge hinzugefügt werden.)

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:*

[2] Die Piratenpartei Deutschland möchte im Bundestag eine Enquete-Kommission einrichten, die mögliche Wege zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüft. Über die Einführung soll ein Volksentscheid stattfinden.

[3] Mit den nachfolgenden Leitlinien möchten wir in Dialog mit der Bevölkerung treten, um für die Idee eines Grundeinkommens zu werben, aber auch unsere Vorstellungen mit denen der Mehrheit abzugleichen.

[4] 1. Ein Grundeinkommen ist seriös zu finanzieren. Wir PIRATEN starten mit vorsichtigen Annahmen und einem geringen Grundeinkommen - sollte die Entwicklung dann günstiger verlaufen als die Annahmen, ist die Erhöhung des Grundeinkommens schnell beschlossen. Die Einführung eines Grundeinkommens darf jedoch nicht zur Schlechterstellung von wirtschaftlich Schwachen führen.

[5] 2. Wir halten das derzeitige ALG II - System für nicht sinnvoll reformierbar und wollen es baldmöglichst durch ein Grundeinkommenssystem ersetzen. Von daher ist das Grundeinkommen zumindest zunächst primär über die Einkommenssteuer zu finanzieren. Über eine stärkere Finanzierung mittels Umsatzsteuer ("Mehrwertsteuer") kann nachgedacht werden, sobald innerhalb des europäischen Binnenmarktes die Bereitschaft zu einer deutlichen Erhöhung der Umsatzsteuer besteht.

[6] 3. Die Einführung eines Grundeinkommens wird das Steuer- und Sozialsystem erheblich verändern und somit in mehreren Schritten erfolgen müssen. Dies können viele kleine Schritte sein, es können jedoch auch einige größere Schritte vorgenommen werden.

[7] 4. Ein Grundeinkommen wird zusätzlich zu Erwerbseinkommen und Renten- oder Pensionsbezug gezahlt. Es wird jedoch nicht anders zu finanzieren sein, als dass diese Einkommen dann stärker besteuert werden. Eine Kombination aus Grundeinkommen und Rentenbezug wird das Problem der Altersarmut wirksam bekämpfen.

[8] 5. Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell.

[9] 6. Mittelfristig muss das Grundeinkommen den "vier Kriterien" (ohne Bedingungen, existenzsichernd, individuell berechnet, ohne Bedürftigkeitsprüfung) genügen. In der Phase der Einführung sind Modelle denkbar, die diesen Kriterien nur teilweise genügen.

[10] 7. Wir wollen vorerst die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung als paritätisch finanzierte Sozialversicherung fortführen. Die Krankenkassen sollen auf ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen umgestellt werden, damit alle Einkommmen unabhängig von Einkommensart und Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen werden. Dabei muss eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Es darf keine "Behandlung nach Kassenlage" erfolgen.

[11] 8. In Kombination mit einem Grundeinkommen könnte die Einkommenssteuer mittels einer sogenannten Flat Tax (die wir ohne eine solche Kombination strikt ablehnen) erhoben werden. Durch diese Kombination entsteht faktisch eine progressive Belastung höherer Einkommen, ohne dass diese Progression in den Einzelkomponenten enthalten ist. Dies ermöglicht ein besonders einfaches Steuersystem mit geringem Verwaltungsaufwand. Auf ähnliche Ergebnisse würde man mittels einer sogenannten negativen Einkommenssteuer kommen. Wir bevorzugen jedoch die Kombination aus Grundeinkommen und Flat Tax als dem Modell mit dem deutlich geringeren Verwaltungsaufwand.

Begründung

[12] Wir stecken derzeit in der Problematik, bezüglich des Grundeinkommens keine fertige Lösung anbieten zu können und auch nicht zu wollen: Das Grundeinkommen soll zusammen mit der Bevölkerung entwickelt werden, die bei der Einführung das "letzte Wort" haben soll. Bei der Diskussion mit den Wählern ist jedoch die Formel "Enquete-Kommission und Volksentscheid" jedoch deutlich zu unkonkret. Aus dieser Problematik soll dieses Positionspapier heraushelfen. Es soll keine fertige Lösung präsentieren, sondern ein paar Ideen skizzieren, in welche Richtung es gehen könnte, mit der ausdrücklichen Aufforderung an die Bevölkerung, mit uns in den Dialog zu treten und diese Ideen zu diskutieren.

[13] Um einem unproduktiven Modellstreit so weit wie möglich aus dem Weg zu gehen, sollen Modelle in den Hintergrund treten und nur als Ideensammlung betrachtet werden. Konkrete Modelle werden dem Positionspapier deshalb nur als Anhang hinzugefügt. Dadurch lassen wir den eventuell in den Bundestag gewählten Piraten sowohl bei ihrer einzelnen Gewissensentscheidung als auch bei ihrem Handeln als Fraktion alle Freiheiten, andere, in ihren Augen bessere oder als Kompromiss halt notwendige Vorschläge zu unterstützen.

[14] Dennoch sind für manchen Wähler konkrete Umsetzungsvorschläge wichtig. Wir könnten daher unsere Ideen in einem oder mehreren Anhängen konkretisieren, um damit eine Bandbreite möglicher Lösungen aufzuzeigen. Voraussetzung sollte jedoch ein gewisser Ausarbeitungsstand inklusive belastbarer Finanzierungsvorschläge sein. Solche Anlagen eröffnen uns die Möglichkeit, an Infoständen mit einem Notebook zu stehen, und für jede uns genannte Einkommenssituation das derzeitige Haushaltseinkommen mit dem Haushaltseinkommen nach einer solchen Reform zu vergleichen.

[15] Zur Seriosität

[16] Mit dem ersten Punkt stellen wir klar, dass es "Wolkenkuckucksheim" mit uns nicht geben wird und wir auch kein Schlaraffenland versprechen. Das Grundeinkommen ist für uns kein Marketing-Gag für den Wahlkampf, sondern wir wollen es tatsächlich umsetzen. Von daher gehen wir an das Grundeinkommen nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht heran.

[17] In diesem Zusammenhang heben wir hervor, dass die Einführung eines Grundeinkommens - bei aller kaufmännischen Vorsicht - nicht zur Schlechterstellung von wirtschaftlich Schwachen führen darf.

[18] Einkommenssteuer für den ersten Schritt

[19] Wir stellen klar, dass wir das ALG II-System insgesamt für nicht reformierbar halten. Daher müssen Teile des Steuer- und Sozialsystems komplett neu konzipiert werden.

[20] Wenn wir unter anderem ALG II durch das Grundeinkommen ersetzen wollen, muss die Finanzierung kurzfristig umsetzbar sein. Daher scheiden für diesen ersten größeren Schritt primär mehrwertsteuerfinanzierte Modelle aus. In einem gemeinsamen Binnenmarkt kann man nicht im nationalen Alleingang ein Vielfaches der Mehrwertsteuersätze der Nachbarländer erheben.

[21] Die Idee eines überwiegend oder komplett über die Mehrwertsteuer finanzierten Grundeinkommens soll jedoch nicht auf Dauer ausgeschlossen werden.

[22] Schritte

[23] Es gibt sowohl die Idee, das Grundeinkommen über viele kleine Schritte (Sockeleinkommen) einzuführen, als auch die Idee einer großen Systemumstellung mit anschließender Erhöhung in kleineren Schritten. Beide Wege haben ihre Berechtigung. Vor dem Hintergrund, dass letztlich der Wähler entscheidet, sollten wir uns nicht abschließend auf ein bestimmtes Modell festlegen und uns weiterhin offen der Diskussion stellen

[24] Additives Grundeinkommen

[25] Ein Grundeinkommen wird zwar Sozialleistungen wie ALG II, Kindergeld, und ähnliche Leistungen ersetzen, soll aber grundsätzlich additiv zum normalen Einkommen und zur Rente hinzukommen.

[26] Das additive (zusätzliche) Grundeinkommen bekommt jeder unabhängig von seiner Einkommenssituation. Ein substitutives Grundeinkommen wird bis zu 100 % mit dem Einkommen verrechnet.. Ein substitutives (ersetzendes) Grundeinkommen wäre zwar zunächst einfacher zu finanzieren, würde jedoch den Sinn einer Erwerbsarbeit in Frage stellen. Im Bereich der Renten wäre es dazu mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.

[27] Dass die Kombination aus Grundeinkommen und Altersrente das Problem der Altersarmut weitgehend löst, soll hier noch mal ausdrücklich erwähnt werden - wenn wir mit dem BGE eine überzeugende Lösungen für das Problem der Altersarmut haben, dann sollten wir damit auch Wahlkampf machen.

[28] Grundeinkommen für Kinder und Jugendliche

[29] Schon jetzt werden für Kinder und Jugendliche im Steuer- und Sozialrecht niedrigere Existenzminima angesetzt als für Erwachsene. Die jetzige Berechnung der Bedarfe halten wir in hohem Maße für fragwürdig, sehen aber auch keinen Bedarf in exakt gleicher Höhe. Von daher wollen wir altersabhängige Sätze zulassen, fordern aber auch eine deutliche Besserstellung der Familien.

[30] Die vier Kriterien

[31] Die vier Kriterien (ohne Bedingungen, existenzsichernd, individuell berechnet, ohne Bedürftigkeitsprüfung), die auch in unserem Wahlprogrammbeschluss stehen, werden an dieser Stelle noch mal ausdrücklich als mittelfristiges Ziel bestätigt. Daneben soll klargestellt werden, dass der erste Schritt nicht gleich schon alle diese Kriterien erfüllen muss. Dies soll die Möglichkeit eröffnen, sich hinter Modelle stellen zu können, die nicht hemmungslos schöngerechnet sind.

[32] Sozialversicherungen

[33] Überall dort, wo die Leistung nicht von den Beiträgen abhängt - also Kranken- und Pflegeversicherung - soll komplett auf steuerfinanziert umgestellt werden, so dass sich alle Einkommen in voller Höhe an der Finanzierung beteiligen.

[34] Steuermodelle

[35] Der letzte Absatz skizziert die beiden Möglichkeiten, das Grundeinkommen erst einmal in Kombination mit einer Flat Tax (einheitlicher Steuersatz für alle Einkommen) einzuführen, oder durch die negative Einkommenssteuer.

[36] Beide Möglichkeiten führen zu gleichen finanziellen Ergebnissen für den Einzelnen. Für die Flat+GE-Lösung spricht der deutlich geringere Verwaltungsaufwand. Bei der negativen Einkommenssteuer müssen alle Einwohner oder zumindest alle Haushalte steuerlich erfasst werden. Bei der Kombination aus Flat und Grundeinkommen werden nur noch die Unternehmen veranlagt. Es wird jedoch auch hier wieder der Ansatz verfolgt, sich beide Möglichkeiten und auch ganz andere Steuermodelle offen zu halten.

P038 - Einführung Solidarische Krankenversicherung (SKV 2.0)

Positionspapier - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Brax59

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung einer solidarischen Krankenversicherung (SKV) ein, zur Verbesserung der Qualität und deren Finanzierung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen und an der entsprechenden Stelle einfügen.

[2] Jeder Mensch der in Deutschland lebt ist eigenständiges Mitglied der solidarischen Krankenversicherung.

[3] Zur Berechnung des Versicherungsbeitrags, werden Alle erzielten Einkünfte des Versicherten in voller Höhe herangezogen, der Versicherungsbeitrag wird hieraus anteilig berechnet. Für abhängig Beschäftige teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber den Beitrag. Praxisgebühren, Zusatzbeiträge und Zuzahlungen sollen abgeschafft werden.

[4] Zur Sicherstellung der Qualität in der solidarischen Krankenversicherung, wird ein Beirat eingerichtet, in dem alle Patientenvertreter genauso wie Vertreter der Krankenkassen und Ärzte ein Stimmrecht haben. Dieser Beirat soll dafür sorgen, dass der Leistungskatalog an den aktuellen Stand der medizinischen Entwicklung angepasst wird.

[5] Die Versicherten sollen stärker in die Entscheidungsfindung zu Ihrer gesundheitlichen Situation einbezogen werden.

[6] Zur Gewährleistung des Datenschutzes, werden alle Zahlungen über eine unabhängige Clearingstelle abgewickelt

[7] Zur Klärung von Unstimmigkeiten ist eine unabhängige Schlichtungsstelle einzurichten, bei Erfolglosigkeit der Schlichtung, kann der Rechtsweg über die Sozialgerichtsbarkeit eingeschlagen werden.

Begründung

[8] Anlass für das Positionspaier zur SKV, ist die Diskussion im AK Wirtschaft und Finanzen NRW, über die Zwangsversicherung für Selbstständige. Das Positionspapier wurde in Zusammenarbeit mit AK Wirtschaft und Finanzen NRW und mit R. Rath, von Projektgruppe Bürgerversicherung der Sozialpiraten entwickelt.

[9] Die SKV hat zum Ziel die Leistungen und Qualität der Krankenversicherung zu erhöhen und die Einnahmeseite zu verbessern.

[10] Die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze hat zur Folge, dass der jetzt gewährte Rabatt für höhere Einkommen entfällt, weil dann alle Versicherten den gleichen Prozentsatz zahlen. Die Ausdehnung der Anrechnung auf alle Einkünfte hat zur Folge, dass auch Produktivitätssteigerungen die nicht an die Lohnempfänger ausgezahlt werden, bei der Berechnung der Versicherungsbeiträge berücksichtigt werden.

[11] Die Einrichtung des Beirates, mit Stimmrecht für die Patienten oder deren Vertreter sollen dafür sorgen das alle Beteiligten am Krankenversicherungssystem mit entscheiden können. Bisher haben Patienten bzw. deren Patientenverteter nur Anhörungsrecht.

[12] **Finanzierung überschlägig** Die Finanzierbarkeit der SKV hat durch die Verbesserung der Einnahmeseite eine Senkung der Beiträge zur Folge, auf Basis der Daten von 2011 werden im alten System 1.075 Mrd. € zur Berechnung herangezogen, in der SKV sind es 1.726,9 Mrd. €, bei den erfolgten Ausgaben von 179,6 Mrd. €, plus den Aufwendungen für die Zuzahlungen von rund 5,25 Mrd., Euro, wäre ein Beitragssatz von ca. 11% möglich, eine entsprechende detailierte Kalkulation sollte durch Versicherungsmathematiker erfolgen.

[13] Berechnungsdetails inkl. Zuzahlungen: https://dl.dropbox.com/u/86976133/AK_WF/SKV/SKV%20Finanzierbarkeit%20v0.

[14] **Quellen:**

- http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/Statistiken/GKV/Kennzahlen_Daten/Kennzahlen_und_Faustf 2012_120704.pdf
- https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/InlandsproduktInland
- http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start &p_aid=41753162

[15] Hinweise zu den Daten von Destatis:

- Die Zahlen für die Inlandsproduktberechnung sind um die Ausländischen Ein-/Auszahlungen bereinigt.
- Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden über die Ausschüttung an die Anteilseigner und/oder Besitzer, bei diesen zu Einkünften, welche auf die SKV anrechenbar sind

P039 - Israel/ Palästina

Positionspapier - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Position der Piratenpartei Deutschland zu Israel und Palästina

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschliessen:

[2] Die PIRATEN erkennen das Existenzrecht Israels an und befürworten mit Nachdruck die Schaffung eines palästinensischen Staates.

[3] Die PIRATEN treten für eine werturteilsfreie Politik gegenüber beiden Seiten ein und streben eine gerechte und friedliche Lösung des Konflikts unter Einbeziehung der Nachbarstaaten an, um eine umfassende Lösung der in der UN-Resolution 242 dargestellten Konflikte abschließend zu erzielen.

[4] Die PIRATEN plädieren daher für ein Ende jeglicher Gewaltanwendung und eine Wiederaufnahme von Verhandlungen, sowie für die gegenseitige Anerkennung aller Konfliktparteien als Verhandlungspartner.

[5] Die PIRATEN setzen sich für eine Vermittlerrolle der EU in diesem Konflikt ein, wenn dies von den Konfliktparteien gewünscht wird. Als wesentlicher Bestandteil der Bemühungen sollte, wo erforderlich, Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und der Wirtschaft durch die EU geleistet werden.

[6] Die PIRATEN setzen sich dafür ein, Programme und Foren zur Völkerverständigung zu etablieren. In diesem Sinne sollen gemeinsame Projekte im Rahmen von Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft besonders unterstützt werden.

Begründung

[7] 1.) Wir treten für eine Mehr-Staaten-Lösung ein. Das Existensrecht Israels ist nicht infrage zu stellen, jedoch betrachten wir auch die Forderung der Palestinänser als legitim an und halten den Aufbau eines selbstständigen und unabhängigen palestinensischen Staates für unabdingbar. Dessen Anerkennung ist dabei ein wichtiges Ziel. Wir sind uns einig darin, dass diese Anerkennung weder am Anfang, noch am Ende dieses Staatswerdungsprozesses erfolgen kann, sondern zu einem absehbaren Punkt im Laufe des Prozesses. Wann dieser Punkt der Anerkennung stattfindet obliegt jedem einzelnen Staat der Staatengemeinschaft. Damit kann gleichzeitig von außen ein sanfter aber stetiger Handlungsdruck auf die Konfliktparteien ausgeübt werden.

[8] 2.) Wir möchten als Piraten darauf hinwirken, dass in diesem Konflikt nicht einseitig Partei ergriffen wird, da andernfalls nicht glaubhaft vermittelt werden kann, wie ein gerechter Ausgleich zwischen den Konfliktparteien geschaffen werden kann. Wir sind der Meinung das nur Verhandlungen auf Augenhöhe hierfür der einzig gangbare Weg sind. Dabei stellen wir fest, dass die in Folge des Sechstagekrieges (1967) erfolgte Resolution 242 zwar die richtgen Ziele vorgibt, jedoch durch die Vermengung von mehreren Konflikten (Sinai, Golan und Westjordanland), einer Konfliktlösung eher entgegen wirkt. Wir plädieren deswegen für einen pragmatischen

und flexibelen Ansatz, der sich zwar an der Resolution orientiert, sich jedoch ausschliesslich auf den Konflikt zwischen Israel und den Palestinensern konzentriert. Mit Bedauern stellen wir fest, dass die Siedlungspolitik Israels Fakten geschaffen hat, die nicht ohne weiteres revidierbar sind. Deshalb muss die letztendliche Grenzziehung den Konfliktparteien überlassen werden. Wir betonen jedoch mit Nachdruck das diese ausgeglichen sein muss.

[9] 3.) Wir vertreten die Meinung, dass ohne das Beenden gegenseitiger Angriffe und einer gegenseitige Anerkennung der Konfliktparteien als Verhandlungspartner jegliche Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind. Dieser erste Schritt ist für ein gutes Ergebnis unabdingbar.

[10] 4.) Als transnationale Bewegung befürworten die Piraten eine Vermittlerrolle der Europäischen Union (EU), so sie von den Konfliktparteien gewünscht ist. Das ist von Vorteil, da die EU eben keine einzelnen nationalstaatlichen Interessen vertritt, sondern aus sich heraus schon einen Kompromiss zwischen diesen darstellt. Gleichzeitig verfügt die EU vielfällitge Möglichkeiten die Konfliktparteien sowohl technisch als auch wirtschaftlich zu unterstüzen.

[11] 5.) Aus unsrer eigenen europäischen Geschichte haben wir schmerzhaft erfahren müssen, dass ein nachhaltiger Frieden nicht allein durch die Abwesenheit von Krieg zustande kommt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wechselseitige Kontakte auf ziviler Ebene sich als gute Plattform geeignet sind um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und so auf eine Aussöhnung unterstüzent einwirken zu können. Deshalb befürworten wir Projekte, welche zu vielschichten Verflechtungen führen, die Integrität der Region stärken und so zur Basis einer friedlich nachbarschaftlichen Beziehung beitragen.

Historie

[12] Diese ist eine offizielles Positionspapier der AG Außen- und Sicherheitspolitik. Dieses Positionspapier fußt auf einem großen Rahmen zum Nahost-Konflikt, der bereits 2009 verfasst wurde. Dieses ursprüngliche Papier wurde in den letzten Jahren immer wieder in der AG Außen- und Sicherheitspolitik aufgegriffen und federführend bearbeitet bzw. weiterentwickelt.

[13] Diskussionen

[14] Diskussion Nahost Konflikt 2009 http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=132&t=8851

[15] Diskussion Nahost Konflikt 2010/2011 https://aussenpolitik.piratenpad.de/13

[16] Das Zustandekommen des vorliegenden Papiers kann auf folgenden Protokollen chronologisch nachvollzogen werden: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/Protokoll/AG_Aussen_2012.01.25 http://wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/Protokoll/AG_Aussen_2012.02.08

[17] Nach Ende des LQFB Meinungsbildes wurde das Word "zwei" durch "Mehr" ersetzt, da wir keine Zielvorgaben im Prozzess vorgeben können. https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3788.html

Was ist der Zweck dieses Positionspapiers

[18] Die Piratenpartei wird sich auch angesichts des nahenden Bundestagswahlkampfes mit vielen außenpolitischen Fragen beschäftigen und dazu Stellung nehmen müssen. Ziel des vorliegenden Positionspapiers ist es, diversen Parteiorganen und Amtsträgern eine Äußerungen im Bezug auf den Nahostkonflikt auf der Basis eines Parteibeschlusses anzubeiten. Ein erster Schritt ist dieses Positionspapier. Wird es in einer Abstimmung verabschiedet, soll sie auch dem Bundesparteitag vorgelegt werden.

[19] Das Positionspapier hat ausdrücklich nicht das Ziel den Nahostkonflikt zu lösen, oder gar den Verhandlungspartnern eine bestimmte Lösung anzubieten oder aufzudrängen. Diesen Anspruch können wir gar nicht erheben, da dazu eine genauere Analyse und konkretere Maßnahmen als eine bloße Meinungsäußerung benötigt werden. Damit wir überhaupt zu diesem Punkt gelangen können, brauchen wir allerdings eine Grundlage, die uns einen Ausgangspunkt vorgibt. Dementsprechend ist ein Auslassen von konkreteren Formulierungen bewusst gewählt. Es ist keinesfalls damit gleichzusetzen, dass es keine Ambition darüber hinaus gibt und nicht noch

mehr zu diesem Thema gesagt werden könnte.

[20] Wichtig ist jedoch, dass wir sowohl nach außen als auch nach innen grundsätzlich aufzeigen können, wo wir stehen. Dabei kommen wir aber auch nicht um die Nennung von Selbstverständlichkeiten herum.

[21] LQFB Ergebnis: Ja: 253 (65%) · Enthaltung: 197 · Nein: 134 (35%) · Angenommen

P040 - Unabhängiges Finanzkontrollsystem

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ralf-Peter Lachmann

Zusammenfassung

Die Piratenpartei sollte ein unabhängiges Finanzkontrollsystem sämtlicher Einnhamen und Ausgaben einrichten. Die Höhe der Einnahmen bestimmen in der Regel die Ausgaben. Dies sollte bei der Piratenpartei auch so sein.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei sollte ein unabhängiges Finanzkontrollsystem sämtlicher Einnhamen und Ausgaben einrichten. Die Höhe der Einnahmen bestimmen in der Regel die Ausgaben. Dies sollte bei der Piratenpartei auch so sein. Planung der Festen- und Fix Kosten. Ausschreibungen nach genau definierten Kriterien. Pflichtenheft für Aufträge über 100€? Auftragskontrolle. Für dies Aufgaben sollte ab Kreisverband entsprechende Stellen geschaffen werden. Diese sollen von Piraten oder externe Personen besetze werden.

Begründung

[2] Kontrolliert ein einzelner dies und entscheidet über Ein- und Ausgabe ist die Sachlage einfach. Sind sehr viele verschiedene Personen an den Prozessen beteiligt, wird ein gut durchdachtes Kontrollsystem notwendig. Einnahmen sind meist fest und in der Regel nicht ohne weiteres schnell zu verändern. Ausgaben werden jedoch von vielfältigen Einflüssen bestimmt. Deshalb ist es in der Wirtschaft und privat üblich, genaue Vorstellungen und Instrumente über Art und Höhe zu entwickeln, Risikofaktoren und auch eventuelle Schwankungen bei den Einnahmen, zu berücksichtigen.

[3] Beispiel: Bundesrechnungshof, Bund für Steuerzahler und andere...

[4] Wichtige wäre auch eine Entscheidungsgewalt, es wird nicht reichen, Fehler nur zu benennen ohne dass dadurch Verantwortlichkeiten unberührt bleiben.

P041 - Gründliche Reform des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes (Thema GEMA)

Positionspapier - Urheberrecht LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Derselbe Text wie PA569, falls der Text zu ausführlich für das Wahlprogramm erscheint.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text als Positionspapier mit dem Titel "Reform der GEMA und anderer Verwertungsgesellschaften durch das Urheberwahrnehmungsgesetz" zu verabschieden.

[2] 1. **Einleitung**

[3] Neben dem Urheberrecht muss auch das Gesetz zur Wahrnehmung der Rechte der Urheber durch die Verwertungsgesellschaften reformiert werden. Unser Reformentwurf reguliert diese erheblich strenger, damit diese nicht nur den Anforderungen an moderne Formen kreativen Schaffens entsprechen, sondern auch die über Jahrzehnte gewachsenen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen gestoppt werden.

[4] 2. **Einnahmen und Transparenz**

[5] Die Verteilung der Einnahmen muss transparent gestaltet und stärker reglementiert werden. Genaue Einzelerfassung der Werksnutzung wird favorisiert. Alternativ sollen die Verwertungsgesellschaften klare, faire und nachvollziehbare Standardverträge für alle Einsatzzwecke bereitstellen. Der Abschluss von Sonderverträgen mit einzelnen Kulturnutzern ist zu untersagen, da er Willkür in der Tarifgestaltung je nach persönlichem Kontakt zu den zuständigen Mitarbeitern der Verwertungsgesellschaft fördert. Insgesamt erhält die Tarifgestaltung der Verwertungsgesellschaften einen Rahmen, weswegen absurd überhöhte Forderungen an die Kulturnutzer nicht mehr gestellt werden können.

[6] 3. **Abschaffung der Monopolstellung**

[7] Die Piraten treten entschieden gegen die überkommene Vermutungen über die Rechteinhaberschaft ein. Vor allem die sogenannte GEMA-Vermutung sorgt für Rechtsunsicherheit und ungerechtfertige Zahlungsaufforderungen. Mit ihr findet eine Beweislastumkehr statt, da ein Nutzer von Inhalten nachweisen muss, dass die Verwertungsgesellschaft keine Rechte vertritt. Wenn eine Verwertungsgesellschaft behauptet, sie würde Rechte vertreten, ist es an ihr dieses nachzuweisen. Hierzu wird ein freier Zugang zur Datenbank der geschützten Werke gefordert, weswegen die Zuständigkeit einer Verwertungsgesellschaft auf elektronischem Wege manuell oder automatisiert überprüft werden kann.

[8] 4. **Vertretungsfreiheit**

[9] Urheber sollen grundsätzlich für jedes Werk einzeln entscheiden können, ob sie dieses einer Verwertungsgesellschaft übertragen. Sie können in mehreren solchen Gesellschaften vertreten sein, sowie Werke verwertungsfrei direkt vermarkten oder verschenken.

[10] 5. **Mehr Effizienz**

[11] Insgesamt müssen Verwertungsgesellschaften effizienter operieren. Nach Piratenansicht dürfen sie höchstens 10% ihrer Einnahmen für die Verwaltung beanspruchen. Der interne Gehaltsunterschied zwischen Mitarbeitern soll das zehnfache nicht übersteigen. Schließlich handelt es sich nicht um Unternehmen am freien Markt sondern um Verwaltungsapparate.

[12] 6. **Freie Konkurrenz**

[13] Die Entstehung neuer Verwertungsgesellschaften wird unterstützt, unter anderem dadurch, dass sie auch liquiddemokratisch statt repräsentativ geführt werden dürfen.

[14] 7. **Keine positive Diskriminierung**

[15] Nach Auffassung der Piraten ist es nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, darüber zu entscheiden, welche Art von kulturellen oder künstlerischen Leistungen von Bedeutung sind. Positive Diskriminierung kulturell bedeutender Werke wird ebenfalls abgeschafft, stattdessen werden bestehende Fördertöpfe unterstützt.

[16] 8. **Lockerung bei Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen**

[17] Es ist nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für die Inhaber der von ihr wahrgenommenen Rechte oder Ansprüche einzurichten. Eine solche Auslagerung staatlicher Aufgaben lehnen die Piraten ab. Sofern eine über staatliche Mittel hinausgehende Vorsorge gewünscht ist, soll diese unabhängig geregelt werden. Den Mitgliedern einer Verwertungsgesellschaft steht es weiterhin frei, einen entsprechenden wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu unterhalten; lediglich der Zwang hierzu entfällt.

Begründung

[18] Derselbe Text wie PA569, falls der Text zu ausführlich für das Wahlprogramm erscheint.

[19] Eine gründliche Reform der Verwertungsgesellschaften muss am Urheberrechtswahrnehmungsgesetz festgemacht werden. Die GEMA tritt zwar mit ihren Exzessen besonders hervor, aber im Grunde sind alle Anforderungen auch auf die anderen Verwertungsgesellschaften zu übertragen, damit man nicht wenige Jahre später das gleiche nochmal durch den Bundestag tragen muss. Somit ist es falsch dieses Gesetz mit Samthandschuhen anzufassen. Die Kernpunkte des Gegenantrages von DanielSan habe ich allerdings übernommen.

[20] Es fand eine Liquid-Feedback-Befragung zum konkreten Gesetzesentwurf einer Reform des Urheberwahrnehmungsgesetzes statt, welcher fälschlicherweise als Programmantrag eingereicht wurde. Daniel Neumann hat diesen daher mit +213 Delegationen formell abgelehnt. Mit dieser angepassten Formulierung des Antrags ist der formellen Kritik Rechnung getragen (siehe auch Pad und Konversation in Twitter zwischen @vonlynX und @danielsan). Hätte DanielSan dem Text zugestimmt, wäre das Resultat der LQFB-Umfrage auf 392 zu 11 Stimmen gekommen, also 97% Zustimmung.

P042 - Leitlinien zur Abschaffung des Kammerzwangs und umfassenden Reform des Kammerwesens in Deutschland

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Oliver Scharfenberg

Zusammenfassung

Ein Programm zur Reform des Kammerwesens in Deutschland - Für moderne und demokratische Kammern ohne Zwang

Antragstext

[1] Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge beschließen, den unten folgenden Antragstext als Positionspapier zu beschließen.

[2] Ich bitte darum nach Absätzen abzustimmen. Sollte ein Absatz keine Zustimmung finden ist dieser aus dem Antrag zu entfernen. Auch dürfen Teile des Antrags in anderen Anträgen verwendet werden.

[3] Leitlinien zur Abschaffung des Kammerzwangs und umfassenden Reform des Kammerwesens in Deutschland

[4] Die Piraten sprechen sich für eine Abschaffung der Kammerpflicht in den Industrie- und Handelskammern (IHKs) und Handwerkskammern (HWKs) aus. Um die Kammern auf die Abschaffung des Kammerzwangs vorzubereiten ist zunächst eine umfassende Modernisierung des Kammerwesens in Deutschland anzustreben.

[5] Immer mehr Länder in Europa entscheiden sich für eine Abschaffung des Kammerzwangs. Zuletzt ging Spanien diesen Weg. Organisationen wie z.B. der Internationale Währungsfonds (IWF) empfehlen zudem eine Abschaffung des Kammerzwangs in Deutschland.

[6] Mehrere Millionen Gewerbetreibende und Unternehmen sind Pflichtmitglieder in einer Industrie- und Handelskammer (IHK) oder Handwerkskammer (HWK) in Deutschland. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen kritisieren, dass sie gezwungen sind, eine Kammer zu finanzieren, die nicht oder kaum in ihrem Interesse handelt und deren Nutzen sie nicht erkennen können.

[7] Auf einigen Gebieten treten die IHKs und HWKs in Konkurrenz zu den eigenen Mitgliedern. Diese Mitglieder müssen dann ihren Wettbewerber nämlich die IHK, finanzieren. Dabei belasten die IHK Beiträge in Relation zum jeweiligen Gewerbeertrag – Kleinst- und Kleinbetriebe ungleich stärker als Großkonzerne. Den Kammern ist jeglicher Wettbewerb mit den eigenen Mitgliedern zu untersagen. Das Beitragssystem ist bis zur Abschaffung des Kammerzwangs zu reformieren, damit Klein- und Kleinstunternehmer (unabhängig von deren Rechtsform) stärker entlastet werden.

[8] In den Präsidien der Kammern befinden sich vorwiegend Großunternehmen und die Kammern orientieren sich sehr stark am Bedarf von Großunternehmen. Entgegen z.B. dem IHK-Gesetz, das eine „abwägende und ausgleichende“ Vertretung von Gesamtinteressen der Kammermitglieder verlangt, werden von den Kammern häufig einseitige Interessen vertreten. Hier muss eine stärkere Einbeziehung der Zwangsmitglieder durch Instrumente mit Liquid Feedback erfolgen.

[9] Die Kernaufgabe § 1 IHKG zur Wahrung des Leitbildes des ehrbaren Kaufmanns wird gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen. Die Kammern verweigern zudem eine Offenlegung ihrer Geschäftszahlen inkl.

der Gehälter ihrer Führungskräfte. In anderen Körperschaften öffentlichen Rechts ist die Veröffentlichung heute Alltag. Die IHKs und Handwerkskammern sollen in Zukunft detailliert und transparent ihre Einnahmen, Ausgaben, Beteiligungen, usw. veröffentlichen es soll zudem eine neutrale Prüfung durch den Rechnungshof stattfinden. Eine IHK interne Prüfung ohne umfassende Kontrolle durch die IHK Vollversammlungen und den Rechnungshof lehnen die Piraten ab.

[10] Die Kammern sollen zu umfassender und strikter politischer Neutralität verpflichtet werden, da jede Stellungnahme zu politischen Themen die Interessen bestimmter Kammermitglieder verletzen kann. Diese haben bis zur Abschaffung des Kammerzwangs nach der bisherigen Regelung keine Austrittsmöglichkeit.

[11] Bei den Kammern soll eine qualifizierte Mitbestimmung eingeführt werden. Die Kammer sollen in regelmäßigen Befragungen die Interessen der Mitglieder erheben. Auch eine Art von Liquid Feedback soll die Beteiligung aller Kammermitglieder ermöglichen.

[12] In den Handwerkskammer wird auf Wahlen zur Vollversammlung in der Regel verzichtet. Stattdessen wird eine so genannte Friedenswahl durchgeführt. Unternehmen müssen eine Chance der Mitbestimmung in Ihrer Kammer haben. Die Festsetzung einer Liste von Dritten entspricht nicht demokratischen Grundsätzen. Die Piraten lehnen deshalb undemokratische Friedenswahlen ab und fordern die Durchführung von regulären Wahlen zu den Vollversammlungen auch in den Handwerkskammern.

[13] Die Piraten sprechen sich zudem für eine Fusion von IHKs und HWKs zu einer gemeinsamen Wirtschaftskammer aus. Durch eine Fusion werden Doppelmitgliedschaften vermieden und Synergieeffekte genutzt.

[14] Im Zuge der Modernisierung des Kammerwesens sollen die Kammer sich auf Ihren gesetzlichen Auftrag beschränken und Ihre Leistungen an die Wünsche der Mitglieder anpassen. Nur so können Kammern auch langfristig ohne Kammerzwang bestehen und den Bereich Berufsausbildung auch zukünftig betreuen.

Begründung

[15] Die Wahlbeteiligung bei Kammerwahlen liegt auf sehr niedrigem Niveau. In Berlin lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2012 bei ca. 4,5%. Ein Großteil der Unternehmer nimmt nicht an der Wahl teil oder kann nicht teilnehmen weil die IHK den Unternehmern keine Unterlagen schicken kann. Der Protest in der Unternehmerschaft wird immer lauter. Hier soll ein Weg aus der Zwangsmitgliedschaft aufgezeigt werden. Kurz gesagt die Mitglieder befragen, die Leistungen anpassen und teilweise abbauen dann den Kammerzwang aufheben. Zur Information noch die folgende Info, alle Unternehmer sind Zwangsmitglied ohne eine Möglichkeit des Austritts.

P043 - Beschneidungsdebatte: einheitliche Regelung statt religiös motivierter Ausnahmen

Positionspapier - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TurBor

Zusammenfassung

Die Entscheidung über die Zulässigkeit von medizinischen Eingriffen an Kleinkindern soll auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Folgen geschehen, nicht auf Basis von ideologischer oder religiöser Motivation.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier verabschieden:*

[2] Die Piratenpartei spricht sich gegen die Schaffung gesetzlicher Ausnahmen zugunsten religiös motivierter Beschneidungen aus. Dies würde das Recht auf freie Religionsausübung über das Kindeswohl und die körperliche Unversehrtheit stellen, was wir nicht akzeptabel finden. Zugleich ruft die Piratenpartei dazu auf, die Diskussion auf sachlicher, medizinisch und wissenschaftlich fundierter Ebene zu führen und chirurgische Eingriffe an Kleinkindern nach deren medizinischen Folgen und nicht nach deren Begründung (beispielsweise als religiöses Ritual) zu beurteilen. Dabei muss vom Einzelfall ausgehend begründet werden, ob ein Eingriff medizinisch vorteilhaft (z.B. Impfung), medizinisch unbedenklich oder medizinisch nicht akzeptabel (z.B. weibliche Beschneidung) ist. Medizinisch aus Sicht des Kindes vorteilhafte und unbedenkliche Eingriffe sollen dabei einheitlich nach Ermessen der Eltern erlaubt, nicht akzeptable Eingriffe einheitlich verboten werden.

Begründung

[3] Ein säkularer Staat darf Körperverletzungen nicht aufgrund von religiösen oder sonstigen ideologisch motivierten Begründungen erlauben oder untersagen. Eine “Lex Beschneidung“, wie von den im Bundestag vertretenen Parteien ins Gespräch gebracht, wäre ein fatales Signal, da hierbei die Religionsfreiheit der Eltern über die körperlichen Unversehrtheit der Kinder und deren Wohl gestellt würde. Es würde schwierig, sich, nachdem ein solches Gesetz einmal verabschiedet wäre, von anderen Praktiken, wie etwa der weiblichen Beschneidung, aber auch von Körperstrafen in der Erziehung ausreichend zu distanzieren. Gleichzeitig darf die Beschneidung nicht alleine deshalb abgelehnt werden, weil sie (in manchen Fällen) religiös motiviert ist. Es gibt durchaus Untersuchungen, die der Beschneidung Unbedenklichkeit attestieren oder positive gesundheitliche Effekte ausfindig machen.

[4] Das Positionspapier zielt darauf ab, die Debatte weg vom Thema Religion, hin zu einer rein medizinischen Abwägung zu bewegen (mir ist durchaus bewusst dass diese Betrachtung bereits eine Abwägung zu Ungunsten von Religionen darstellt). Ich hege dabei die Vermutung, dass eine unter entsprechenden Bedingungen durchgeführte Beschneidung dabei durchaus im legalen Bereich bleiben könnte, während gleichzeitig eine klare Absage an andere, gefährlichere religiöse Praktiken erteilt wird und der Stellenwert der Religionsfreiheit im Vergleich zu anderen Grundwerten nicht überhöht wird.

[5] Der Antrag sollte gemeinsam mit **PA631 und PA633 behandelt werden.**

P044 - Klarstellung des Begriffes “faschistisch“

Positionspapier - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wigbold

Zusammenfassung

Klarstellung des Begriffes “faschistisch“

Antragstext

[1] Bezugnehmend auf §1 Abs.1 der Satzung beantrage ich hiermit für die PIRATEN folgende Klarstellung des Begriffes “faschistisch“ sowie Indikatoren für faschistische Bestrebungen in einem politischen/staatsbildenenden Kontext festzustellen:

Begriffsklarstellung “faschistisch“

[2] “Faschistisch“ sind Bünde, die sich über Einzelne hinwegsetzen, Einzelne für ihren Bund auf Basis ihrer Macht vereinnahmen sowie als Bund Macht über andere ausüben. Der Zusammenhalt des Bundes ist geprägt von einer totalitären Ethik. Der Anspruch des Machterhalts fordert die Erhaltung des Bundes mit jedem Mittel.

Indikatoren für faschistische Bestrebungen, politischer Kontext:

[3] Folgende Indizien können vermehrt zutreffend auf faschistische Bestrebungen hinweisen.

- Totalitätsanspruch (totalitäre Auffassung vom Primat der Politik)
- Führung durch Eliten bzw. Führer
- Militarisierung von Politik
- kulturstiftende Ideologie - auf Mythen basierend mit Riten und Symbolen vermittelt (politische Religion)
- korporative, hierarchische Organisation der Wirtschaft
- Funktionshierarchisches Gesellschaftsmodell
- Vorstellung einer “neuen Ordnung“, welche die parlamentarische Demokratie zerstört
- antiideologischem Ideologie mit pragmatischem Charakter - Ideologie gegen materialistische, liberale, marxistische und konservative Weltanschauungen
- Assimilation der bürgerlichen Gesellschaft und Organisationen (Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Kräfte)
- Völkischer Nationalismus
- ausgeprägtes Denken in sich ausschließenden Kategorien

- Aufhebung der Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem
- absolute Unterordnung des Bürgers unter den Staat
- Überwachung, Kontrolle und Unterdrückung von Dissens und Opposition
- fortwährenden Revolution: andauernde Agitation der gesamten Gesellschaft (Massenmobilisierung)
- politisches System, das auf der Symbiose von Partei und Staat beruht
- Technokratie / Expertokratie
- Bestimmung *sozialer* Nutzbarkeit von Menschen
- imperialistische Expansion zur Schaffung einer neuen (Welt-)Ordnung

Begründung

[4] Um Faschismen begegnen zu können, ist eine klare Aussage zu finden, was "faschistisch" ist. Gleichermaßen sind Indikatoren für Faschismus zu benennen.

[5] Um nicht blind für moderne Faschismen zu werden. ist "faschistisch" in soweit zu differenzieren, daß Nationalsozialismus eine Ausprägung von Faschismus ist: Ein Bund, der den Nationalsozialismus aus einer totalitären Ethik begründet, sich selbst als Staat bzw. Nation bestimmt und politisch Jedermann für sich je nach Nützlichkeit vereinnahmt, entrechtet, vernichtet.

[6] Eine phänomenologische Geschichtsschreibung des "Faschismus" und daraus entwickelte Faschismustheorien sind für eine unmittelbare kritische Reflektion des eigenen politischen Handelns zu umfangreich und zu komplex. Die wissenschaftliche Theorie ist auch eine akademische und keine verantwortende Interpretation von "Faschismus" und ermöglicht so nur schwer die unmittelbare Selbstkritik.

[7] Eine Zeitreise mittels zeitgenössischer Literatur bietet eine Sichtweise auf den "Faschismus" der Betroffenen. - So wurde schon früh angemerkt, dass die Begriffsherkunft nichts über inhaltliche Ziele aussage. So schrieb Fritz Schotthöfer bereits 1924 in *"Il Fascio. Sinn und Wirklichkeit des italienischen Fascismus". Frankfurter Societäts-Druckerei, Frankfurt am Main 1924, S. 64*:

[8] "*Der Faschismus hat einen Namen, der an sich nichts sagt über den Geist und die Ziele der Bewegung. Ein Fascio ist ein Verein, ein Bund, Fascisten sind Bündler, und Fascismus wäre etwa Bündlertum.*"

[9] Schotthöfers Darstellung von "Faschismus" läßt dessen Initialisierung als faschistische Bestrebung erkennen. Obige Klarstellung im Sinne totalitärer Bünde ermöglicht innerparteiliche Selbstkritik sowie eine Selbstreflektion der Mitglieder im Bezug auf "faschistische Bestrebungen" und den Konflikt mit der Parteisatzung.

[10] Phänomentologisch beobachtete Indizien können zudem eine Orientierung im Bezug auf Politik geben. Folgende Personen schafften die inhaltlichen Quellen für die obigen Indikatoren faschistischer Bestrebungen: Fritz Schotthöfer, Emilio Gentile, Hannah Arendt, George Orwell

[11] Dieser Antrag soll den Begriff "faschistisch" klarstellen und so eine selbstkritische Reflektion der PIRATEN und ihrer Mitglieder im Bezug auf die angestrebte Politik sowie die Parteiorganisation ermöglichen.

P045 - Bio-Kraftstoff aus Meeresalgen fördern

Positionspapier - Wissenschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

tunefish

Zusammenfassung

Algen-Sprit fördern statt nur Elektromobilitätskonzepte

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge dies als Positionspapier annehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert die Förderung der Entwicklung und Markteinführung des alternativen Kraftstoffkonzepts auf der Basis von Meeresalgen.

Begründung

[3] Bio-Ethanolkraftstoff (E100), auf Basis von Meeresalgen ist eine sinnvolle und umweltverträgliche Alternative, da Elektromobilitätskonzepte für den Individualverkehr nur eine kurzfristige Brückentechnologie darstellen und auf Dauer keine Lösung für ein massentaugliches Individualmobilitätskonzept sein kann, weil die dazu benötigten Rohstoffe nur begrenzt verfügbar und nicht regenerativ sind. Die Bundesregierung fördert die Automobilindustrie mit großen Summen Steuergeld bei der Entwicklung und Erforschung von Elektromobilitätskonzepten für den Individualverkehr. Für den Gütertransport stellt dies bisher keine Lösung dar. Die benötigten Rohstoffe (Industriemetalle/"seltene Erden" wie z.B. Lithium für die Speichertechnologie) sind nur sehr begrenzt und vermutlich und zumindest derzeit nicht annähernd in ausreichendem Maße auf diesem Planeten verfügbar. Ferner weisen Elektromobile eine katastrophale Öko-Gesamtbilanz auf. Die bereits sehr weit entwickelte und bereits erfolgreich markteingeführte (siehe z.B. Südamerika)Technologie Kraftstoff aus schnell wachsenden und leicht zu züchtenden Meeresalgen herzustellen stellt auch im Vergleich zu herkömmlichen, aus Erdöl gewonnenem Kraftstoff, eine regenerative, massentaugliche und höchst umweltverträgliche Lösung für den Individual- und Güterverkehr dar. Selbst die vorhandenen Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren können mit nur kleinen Modifikationen mit dem zu Bio-Ethanol vergorenem "Algen-Sprit" kostengünstig betrieben werden ohne dass für die Herstellung Agrarfläche für die Lebensmittelproduktion verloren geht. Der Bio-Kraftstoff aus Algen ist nahezu CO^2-neutral (die Algen sind ein effizienter CO^2-Speicher d.h. sie binden bereits in der Atmosphäre vorhandenes CO^2 statt wie bei der Verwendung fossiler Brennstoffe bereits gebundenes CO^2 freizusetzen) und weil die bereits existierenden Kraftfahrzeuge damit betrieben werden können und nicht durch Elektromobile ersetzt werden müssen hat das Gesamtkonzept eine noch bessere Öko-Gesamtbilanz.

[4] In Kurzform für den Laien: Elektroautos sind keine massentaugliche Lösung und eine noch größere Umweltsauerei - Bio-Sprit aus schnell nachwachsenden Algen verträgt jedes normale Auto, ist nahezu unendlich verfügbar, billiger und statt die Umwelt noch mehr zu verpesten trägt es noch zu noch saubereren Luft bei. In anderen Ländern fahren die Menschen bereits entspannt damit durch die Gegend. Da sollte man endlich mal etwas Geld in Forschung und Entwicklung investieren statt nur sinnlos Unmengen an Geld in Elektroautos zu stecken, was am Ende einfach nichts bringt weil nur ein ganz kleiner Teil der Menschen mal damit fahren kann, weil einfach nicht genug Material für die Akkus auf dieser Erde vorhanden ist.

P046 - Freie Gewissensentscheidung von Mandatsträgern der Piratenpartei

Positionspapier - Programmdebatte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Boris Turovskiy

Zusammenfassung

Der Antrag stellt klar, dass Abgeordnete der Piratenpartei keinem Fraktionszwang irgendeiner Art unterliegen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Vorgabe für alle zukünftigen Mandatsträger und Kandidaten der Piratenpartei, als Selbstverpflichtung, sowie als Erklärung gegenüber dem Wähler beschließen:*

[2] Die Piratenpartei schätzt die Gewissensfreiheit als sehr hohes Gut ein, auch und besonders von Mandatsträgern, wie sie im Grundgesetz (Art. 38(1)) verankert ist. Deshalb sieht die Piratenpartei keinen Mandatsträger dazu verpflichtet, sich in seinem Abstimmverhalten und seinen Äußerungen als gewählter Volksvertreter an Weisungen irgendwelcher Art zu halten. Dazu zählen unter Anderem:

- Mehrheitsentscheidungen in der jeweiligen Fraktion;
- Entscheidungen von Organen der Piratenpartei, beispielsweise des Vorstands einer Gliederung oder des Parteitags bzw. Mitgliederversammlung einer Gliederung;
- die in den Wahl- und Grundsatzprogrammen niedergeschriebenen politischen Positionen der Piratenpartei.

[3] Zugleich ist die Piratenpartei an einer ehrlichen und offenen Politik interessiert. Jeder, der seine Kandidatur bei der Wahl einer Volksvertretung aufstellt ist deswegen angehalten, von sich aus mögliche Konfliktpunkte mit den bestehenden Programmtexten und Beschlüssen der jeweiligen Gliederung anzusprechen, um den wählenden Piraten eine qualifizierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Ebenso sollten Abstimmungsverhalten oder Äußerungen, die nicht den programmatischen Beschlüssen der Piratenpartei entsprechen, im Einzelfall transparent begründet werden.

Begründung

[4] Viele scheinen hinter dem Dogmatismus der Parteiprogramme und der Basisdemokratie nicht mehr den Wert der Meinungsvielfalt erkennen zu können. Dieser Antrag soll Klarheit darüber schaffen, was wir von jeglichen Ideen des “imperativen Mandats“ gegenüber gewählten Piraten halten. Eine ausführliche Begründung findet sich hier.

P047 - Positionspapier Datenschutz

Positionspapier - Datenschutz LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7 LQFB 8 LQFB 9 LQFB 10 LQFB 11 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

HeptaSean

Zusammenfassung

Der moderne Datenschutz soll dem aktuellen Stand der Technik Rechnung tragen.

Antragstext

[1] Modul 01: Für einen modernen Datenschutz
Die Piratenpartei sieht den dringenden Bedarf, den Datenschutz zu modernisieren. Immer wieder tauchen durch neu eingeführte Technologien Regelungslücken und Unklarheiten auf, die durch auf spezielle Fälle zugeschnittene Gesetzesänderungen, vertragliche Vereinbarungen mit Anbietern oder Gerichtsurteile geklärt werden müssen, wobei teilweise veraltete juristische Konzepte auf die Situation des 21. Jahrhunderts übertragen werden. Die Frage, in welche Richtung diese Modernisierung gehen soll, sorgt für mitunter heftige Diskussionen. Im Folgenden sollen sowohl Grundlagen für eine solche Modernisierung als auch einige konkrete Detail-Fragen geklärt werden.

[2] Modul 02: Bildung zur informationellen Selbstbestimmung
Um selbstbestimmte Entscheidungen über die Preisgabe persönlicher Informationen zu ermöglichen, ist vor allem Bildung und Weiterbildung in diesem Bereich notwendig. Hierbei muss die Fähigkeit im Fokus stehen, zwischen unterschiedlichen Arten von Daten und unterschiedlichem Vertrauen zu Empfängern und Verwaltern von Daten zu unterscheiden. Der bei jedem auch nur teilweisem Veröffentlichen von Informationen mögliche Kontrollverlust über die weitere Verbreitung muss ebenfalls thematisiert, diskutiert und verstanden werden.

[3] Modul 03: Kein Zwang zur Preisgabe von Daten
Entscheidungen über die Weitergabe persönlicher Informationen müssen selbstbestimmt getroffen werden können. Es darf also keinen auch nur impliziten Zwang geben, mehr als die unbedingt und objektiv notwendigen persönlichen Daten preiszugeben, um bestimmte Angebote überhaupt nutzen zu können. Leider wird die hierzu bestehende Rechtslage heute oftmals nicht eingehalten. Durch die chronische Unterbesetzung, Unterfinanzierung und fehlende Unabhängigkeit von Datenschutzbehörden, besteht an vielen Stellen ein Kontroll- und Vollzugsdefizit.

[4] Modul 04: Freiwillige Angebote ermöglichen
Andererseits dürfen Angebote aber auch nicht komplett verboten oder durch nicht erfüllbare Anforderungen faktisch unmöglich gemacht werden, bloß weil sie persönliche Daten optional nutzen. Grund für die persönliche Entscheidung, bestimmte Daten einem Anbieter freiwillig zur Verfügung zu stellen oder diese gar zu veröffentlichen, kann beispielsweise der Nutzen von personalisierten Inhalten, Suchergebnissen, Empfehlungen und auch personalisierter Werbung, aber auch der Wunsch sein, eventuelle gesellschaftliche oder berufliche Nachteile in Kauf zu nehmen, um langfristig eine gesellschaftliche Akzeptanz für eine Meinung oder eine Persönlichkeits-Facette zu schaffen. Die PIRATEN wollen die informationelle Selbstbestimmung daher fördern und allen Menschen eine informierte Entscheidung über die Preisgabe und Verwendung ihrer Daten ermöglichen.

[5] Modul 05: Datenhöflichkeit

Ein großer Anteil der praktischen Datenschutz-Probleme ist auf die leichtfertige Weitergabe von Daten durch Bekannte, Freunde oder sonstige Kontakte zurückzuführen. In diesem Bereich ist die juristische Durchsetzung schwierig, langwierig und in vielen Fällen auch einfach nicht angemessen. Um diesem Problem gerecht zu werden, muss viel mehr eine „Datenhöflichkeit“ als gesellschaftliche Norm etabliert werden, bei der Wünsche bezüglich des Umgangs mit persönlichen Informationen auch im privaten Bereich respektiert werden und, falls diese nicht bekannt sind, im Einzelfall eine Erlaubnis eingeholt wird. Dies soll nicht nur aus rechtlichen Erwägungen und einer Furcht vor einer (mehr oder weniger wahrscheinlichen) Strafe geschehen, sondern eben auch aufgrund von Regeln zum Umgang miteinander, die gesellschaftlicher Konsens sind. Dies muss einerseits durch die Bildungsangebote in diesem Bereich nahe gebracht, andererseits durch passende Kommunikations- und Einstellungsmöglichkeiten in den entsprechenden Systemen auf einfache und benutzerfreundliche Weise ermöglicht werden.

[6] Modul 06: Bedürfnisse privater und nicht-kommerzieller Angebote

Datenschutzbestimmungen müssen so gestaltet sein, dass auch private und nicht-kommerzielle Angebote diese ohne größeren finanziellen oder organisatorischen Aufwand einhalten können. Dies soll unter anderem dadurch realisiert werden, dass eine Modernisierung der Gesetzgebung auf der Grundlage der tatsächlich vorkommenden Prozesse entworfen wird, sodass diese direkt unter Vermeidung nicht notwendiger juristischer Interpretationen in konkreten Systemen umgesetzt werden kann. Außerdem kann der Aufwand für die Dokumentation der korrekten Umsetzung durch den Einsatz zertifizierter Software minimiert werden. Hierbei ist die Entwicklung und Zertifizierung von Freier Open-Source-Software besonders zu fördern.

[7] Modul 07: Datenverarbeitung durch staatliche Stellen

Bei der Erhebung von Daten durch staatliche Stellen sind strengere Maßstäbe anzulegen, da sich der Bürger ihr zumeist nicht durch Wechsel des Anbieters oder Verzicht auf ein Angebot entziehen kann. Hier muss strikt auf Datensparsamkeit geachtet werden. Während die Datenweitergabe zwischen Behörden ohne Wissen und Einwilligung des Bürgers zu vermeiden ist, sind für notwendige Erhebungen Verfahren zu entwickeln, mit denen der Bürger den Austausch von so wenig Daten wie unbedingt nötig autorisieren kann. Es darf nicht sein, dass Behörden die Vorlage von kompletten Bescheiden anderer Behörden verlangen, wenn nur ein Bruchteil der enthaltenen persönlichen Informationen benötigt werden.

[8] Modul 08: Anonymisierungs-Dienste

Die Möglichkeit, Anonymisierungs-Dienste und offene Netzzugänge für Internet-Verbindungen zu nutzen und anzubieten, ist zu erhalten und zu fördern. Sie sind wichtige Angebote, die die nicht überwachte Meinungsbildung und -äußerung im Internet auch technisch weitgehend sicherstellen. Die Notwendigkeit einer solchen Möglichkeit überwiegt in diesem Fall das öffentliche Interesse an möglicher Strafverfolgung. Insbesondere sind die Betreiber solcher Infrastruktur von der Haftung für durch ihre Nutzer begangene Straftaten freizustellen und sie dürfen auch nicht zur Bereithaltung von Verbindungsdaten ihrer Nutzer verpflichtet werden. Dies gilt auch für privat betriebene Netzzugänge. Forschungsprojekte auf dem Gebiet von Anonymisierungsdiensten wollen wir stärker fördern. Wir PIRATEN verstehen das Recht auf Anonymität und Pseudonymität als Menschenrecht.

[9] Modul 09: Einführung von IPv6

Die bevorstehende Einführung des Internet-Protokolls IPv6 birgt deutliche Datenschutz-Risiken. Die hohe Zahl an verfügbaren Adressen könnte dafür sorgen, dass Internet-Provider dazu übergehen, den vorderen von ihnen vergebenen Teil der IPv6-Adresse (das Präfix) fest einem Kunden zuzuordnen. Verbindungen vom Anschluss dieses Kunden wären in diesem Fall dauerhaft diesem zuzuordnen – auch durch Dritte, die beispielsweise bei einer Bestellung in einem Online-Shop oder einer ähnlichen Gelegenheit persönliche Daten des Kunden erfahren. Damit droht ein weiterer Baustein auf dem Weg zum „gläsernen Internetnutzer“ Realität zu werden. Wichtige Freiheitsrechte wie das Recht auf Anonymität, die Meinungsfreiheit und die Informationsfreiheit könnten in Gefahr geraten. Internet-Provider müssen notfalls gesetzlich gezwungen werden, auf Wunsch auch den regelmäßigen Wechsel oder idealerweise sowohl ein statisches als auch ein dynamisches wechselndes IPv6-Präfix anzubieten. Uns ist dabei bewusst, dass eine dynamische IP-Adresse keine vollständige Anonymität sicherstellen kann. Sie ist aber ein wichtiger Baustein, um nicht durch den Benutzer nachvollziehbare personalisierte Datensammlungen zu erschweren.

[10] Modul 10: Pseudonyme, ladungsfähige Anschriften
Ein großes datenschutzrelevantes Problem ist, dass Privatpersonen für viele Online-Geschäfte gezwungen sind, ihre Meldeadresse (und damit in den meisten Fällen ihren genauen Wohnort) als ladungsfähige Anschrift anzugeben. Um dieses Problem zu minimieren, soll die Möglichkeit geschaffen werden, bestimmte Rechtsgeschäfte auch unter Pseudonym und mit einem Konto bei einem entsprechenden Dienstleister als ladungsfähiger Anschrift zu tätigen. Dieser kann nur durch Gerichtsbeschluss gezwungen werden, die Zuordnung zu einer natürlichen Person dem Gericht bzw. eventuellen Prozessgegnern offenzulegen. Eine solche Dienstleistung kann entweder vom Staat direkt oder auch von staatlich kontrollierten Unternehmen angeboten werden, die sie beispielsweise in Kombination mit Post- und Paketlagerung oder mit einem pseudonymen Guthaben-Konto anbieten können.

[11] Modul 11: Anonyme Bezahlverfahren
Anonyme Bezahlverfahren im Internet – wie beispielsweise Paysafecard und Ukash – müssen legal bleiben. Ein Verbot anonymer Bezahlung im Netz wäre rechtlich und ökonomisch falsch. Außerdem ist auch in diesem Bereich die Forschung und Entwicklung sicherer, anonymer Verfahren zu fördern. Die Möglichkeit, nicht überwachter Zahlungsvorgänge ist nicht nur im Internet von Bedeutung. Das faktische Verbot anonymer Bareinzahlungen ist daher wieder aufzuheben.

Begründung

[12] Die wiederkehrenden heftigen Diskussionen um unser Verständnis von Datenschutz, ausgelöst vor allem durch Äußerungen aus dem Umfeld der „datenschutzkritischen Spackeria“, machen eine detaillierte grundsätzliche Positionierung in diesem Bereich sinnvoll. Hierbei versucht dieses Positionspapier Argumentationslinien von beiden Seiten der Diskussion produktiv aufzunehmen.

[13] Das Positionspapier stellt somit eine teilweise Konkretisierung des Punktes „Privatsphäre und Datenschutz“ des Grundsatzprogramms dar: http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Privatsph.C3.A4re_und_Datenschutz

[14] Es wird in einzelnen Modulen eingebracht, um eine getrennte Vorstellung, Diskussion und Abstimmung zu ermöglichen.

[15] Für die Diskussion zu allen Modulen dieses Antrags bitte das Piratenpad nutzen: http://piratenpad.de/Positionspapier-Datenschutz

[16] Eine frühere Version dieses Positionspapiers wurde bereits vom Landesparteitag 2011.3 Rheinland-Pfalz beschlossen: http://rlp.piratenpartei.de/index.php/unsere-themen/hintergruende/396-fuer-einen-modernen-datenschutz

P048 - Volksabstimmungen sind ein unveräusserliches Menschenrecht

Positionspapier - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hermann Klie

Zusammenfassung

Die BRD hat trotz der Erwähnung von Volksabstimmungen im Grundgesetz auf Bundesebene kein Ausführungsgesetz erlassen, bzw. bestehende Bestimmungen für ungültig erklärt. Volksabstimmungen sind aber ein Menschenrecht und die Piraten stehen dafür ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschliessen: Wir sehen die Möglichkeit zur Durchführung von Volksabstimmungen als unveräusserliches Menschenrecht an und fordern dieses Recht unter allen Umständen ein.

Begründung

[2] Eine Volksabstimmung ist der direkte lebendige Ausdruck des Willens einer Gemeinschaft. Sei es nun eine Kommune, ein Bundesland, die Bundesrepublik, oder eine andere Gemeinschaft. Jeder Mensch hat als Mitglied von Gemeinschaften das Recht seinen Willen auszudrücken und mit zu entscheiden welchen Weg die Gemeinschaft geht. Aber niemand und auch kein Gesetz kann das natürliche Recht eines jeden Menschen auf solche Abstimmungen einschränken oder unterbinden. Auch nicht die Gemeinschaft selbst. Unser Staat beruft sich darauf das Volksabstimmungen nicht vorgesehen oder nicht geregelt seien. Diese Einschränkung stammt aber aus der Vergangenheit. Die meisten Menschen die daran mitgewirkt haben Leben bereits nicht mehr. Die Toten haben keine Gewalt über die Lebenden, jede Generation, jeder Mensch hat das Recht auf Volksabstimmungen. Der Staat hat keine Existenz oder Leben außerhalb der Gemeinschaft der Menschen die ihn gerade bilden. Darum ist kein Gesetz in der Lage Volksabstimmungen zu verbieten oder einzuschränken. Jede andere Regelung fällt hinter den Stand der Aufklärung vor 250 Jahren zurück und ist nicht demokratisch legitimiert.

P049 - Teilhabe an der Wirtschaft

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MCS

Zusammenfassung

Den Aspekt der Teilhabe auch auf das Wirtschaftsleben uebertragen

Antragstext

[1] Genauso wie eine lebendige Demokratie von der Teilhabe der Menschen lebt, so lebt eine lebendige und den Menschen zugewandte Wirtschaft von Ideen, Innovationen und Neuerungen, die von Menschen durch aktives wirtschaftliches Handeln in den Wirtschaftsprozess in Form von Produkten, Dienstleistungen oder Verfahren gebracht werden. Eine Wirtschaft nach unserer Vorstellung ist demnach kein abgeschotteter Prozess, sondern wird von Menschen für Menschen gestaltet. Um dies zu gewährleisten, muss der Bürger jedoch die Möglichkeit haben, aktiv am Wirtschaftsleben teilzunehmen. Dazu ist einerseits Wissen und eine umfassende Bildung nötig, andererseits Ressourcen und der Zugang zu Kapital. Wir Piraten sehen es als die Aufgabe staatlichen Handelns an, den Menschen diese Möglichkeiten bereitzustellen, um sie in die Lage zu versetzen als aktiv Handelnder am Wirtschaftsprozess teilzunehmen.

Begründung

[2] Mir ist aufgefallen, zum Beispiel bei der Durchsicht vieler Anträge zum Thema Wirtschaft für das Grundsatzprogramm des Bundes, dass die Piraten oft dazu tendieren von außen auf "die Wirtschaft" zu schauen, der man passiv gegenübersteht und von der man etwas "erwartet". Das ist meiner Meinung nach keine geeignete Herangehensweise. Ziel sollte es eher sein, den Begriff der Teilhabe nicht nur auf Gesellschaft, Kultur und Demokratie sondern auch auf die Wirtschaft zu beziehen. Weiter gedacht kann in diesem Sinne auch ein bedingungsloses Grundeinkommen als Ressource betrachtet werden, die es dem Menschen ermöglicht aktiv in der Wirtschaft zu handeln, nicht nur als Konsument sondern auch als jemand der zum Beispiel Investitionen in eigene Ideen tätigt.

P050 - ccc

Positionspapier - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

W.Schmidt

Zusammenfassung

ccccc

Antragstext

[1] cccccccccc

Begründung

[2] ccccc

P051 - Abgas-Messrichtlinien für Diesel-Blend (LKW-Diesel-GAS) Fahrzeuge

Positionspapier - Umwelt und Verbraucherschutz WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tstephan

Zusammenfassung

Abgas-Messrichtlinien für Diesel-Blend (LKW-Diesel-GAS) Fahrzeuge

Antragstext

[1] Der BPT möge die Einführung von Abgas-Messrichtlinien für die Umrüstung von Diesel-Fahrezugen auf das Diesel-Blend verfahren beschliessen.

Begründung

[2] Begründung: Die Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf Autogas ist z.Zt. nicht möglich. Derzeit kann nur mit extremem Aufwand ein Messergebnis für ein Dieselfahrzeug über 3,5t erzeugt werden. Üblicherweise wird bei einem solchen Fahrezeug der Motor ausgebaut, um auf einem Prüfstand das Messergebnis zu erzeugen. Nach Umrüstung auf Flüssiggas muss am Fahrezeug nachgewiesen werden, dass sich die Abgaswerte nicht negativ durch die Umrüstung verändert haben. Die dabei aus dem Benzinbereich angewendeten Messverfahren mit Testbenzinen und Testgasen können nicht angewendet werden, weil es sich um ein Dieselfahrezeug handelt. Bei der Einführung der Messverfahren hat der Gesetzgeber versäumt entsprechende Richtlinien für dieselbetriebene Fahrzeuge festzulegen. Die Umrüstung von Dieselfahrzeugen auf das sogenannte Diesel-Blend verfahren ist sinnvoll, weil sich bis zu 40% CO2 Emission pro Fahrezug einsparen lässt. Nach dem Kyoto Abkommen soll bis 2020 20% des Schwerlastverkehrs auf Bio-Kraftstoffe umgestellt werden um den CO2-Austoss zu verringern.

P052 - Gleiche Förderung von Erdgas- und Autogastechnologieen

Positionspapier - Umwelt und Verbraucherschutz WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tstephan

Zusammenfassung

Gleiche Förderung von Erdgas- und Autogastechnologieen

Antragstext

[1] Gleiche Förderung von Erdgas- und Autogastechnologieen

Begründung

[2] Der Gesetzgeber hat 2010 beschlossen Erd- und Autogas durch Minderung der Mineralölsteuer zu subventionieren, um den Absatz von gasbetriebenen Fahrezeugen im automobilen Bereich zu erhöhen. Diese Förderung läuft 2018 aus. Bisherige Anträge auf Weiterführung der Förderung betreffen ausschliesslich Erdgas. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Autogas diese Förderung nicht zu Teil wird. Der Verbraucher hat durch steigenden Absatz von Autogasanlagen gezeigt, dass Autogas eine bereits etablierte und erfolgreiche Lösung darstellt. Umwelttechnisch sind beide Kraftstoffe vergleichbar, wenn man alle Schadstoffausstösse vergleicht. Autogas hat zwar einen höheren CO2 Ausstoss (2,5%). Erdgas dagegen hat einen höheren Ausstoss von Methan. Der Well-to-Weel Studie des Prof. Dr. Heinze HTW Saarland ist zu entnehmen, dass die CO2 Belastung durch Edgas höher, als bei Autogas. Da Erdgas zum Vertanken in PKWs hoch verdichtet werden muss (220 bar) entsteht hier ein erheblicher Energiebedarf der zu einer negativeren CO2 Bilanz für Erdgas führt. Autogas kann ohne weiteren energetischen Aufwand getankt werden.

P053 - Die Piratenpartei fordert die ersatzlose Streichung der diskriminierenden Hundesteuer

Positionspapier - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Raimund Rothlübbers (neutral eingereicht durch Tstephan)

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die ersatzlose Streichung der diskriminierenden Hundesteuer

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschliessen. Die Piratenpartei fordert die ersatzlose Streichung der diskriminierenden Hundesteuer

Begründung

[2] Deutschland und Österreich, gehören zu den wenigen Ländern, in denen Hundebesitzer, über den Weg der Hundesteuer, zur Kasse gebeten werden. Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, Schweden und Dänemark haben die Hundesteuer längst abgeschafft. Die Hundesteuer ist sozial ungerecht und belastet einseitig die Hundehalter: Alle anderen Tierarten, z.B. Katzen, Pferde oder Reptilien, dürften steuerfrei gehalten werden. "Nach unserer Auffassung bedeutet die Höhe der Hundesteuer, die durchschnittlich während der Lebensdauer eines Tieres 1.000 - 1.500 Euro beträgt und weiter steigt, daß vor allem Niedrigverdiener, Familien mit Kindern und ältere Menschen in der Möglichkeit spürbar beeinträchtigt werden, einen Hund zu halten. Noch massiver ist der Eingriff bei "Listenhunden" oder - wegen der Progression der Steuer - bei Einrichtungen mit vielen Hunden wie privater Tierhilfe oder Bauernhöfen. Damit ist das Recht des Menschen, sein Leben mit dem Sozialpartner Hund (wie in Art.20a Grundgesetz definiert) zu verbringen, betroffen. Die Hundesteuer als Steuer für Tierliebe ist unethisch." (Zitat aus Klage gegen Hundesteuer vor dem EGMR) Auch widerspricht die in vielen Kommunen gängige Praxis, Hundezüchtern Rabatt einzuräumen, der angeblichen Absicht, mit der Hundesteuer, die Zahl der Hunde zu begrenzen! In Wirklichkeit geht es nur um die erzielbaren Einnahmen. Darum sind wir für die ersatzlose Streichung der Hundesteuer.

P054 - Positionspapier zur Haushaltspolitik

Positionspapier - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Schorn, Arne Pfeilsticker

Zusammenfassung

Das Positionspapier erläutert die Ziele der Haushaltspolitik der Piraten im Hinblick auf die Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen einer Gesellschaft, die Verteilung des volkswirtschaftlichen Einkommens und die Stabilisierung der Wirtschaft.

Antragstext

[1] Der Haushalt muss als ein zentrales wirtschaftspolitisches Instrument den Anforderungen an eine freiheitliche, gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung genügen. Daher müssen sich Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auch in den korrespondierenden haushaltspolitischen Zielen widerspiegeln:

- Die optimale Verwendung der zur Verfügung stehenden Ressourcen (Allokationsziel) bedeutet, dass die freiheitliche individuelle Entfaltung des Menschen nur dann eingeschränkt werden darf, wenn damit ein positiver gesellschaftlicher Wohlfahrtseffekt verbunden ist.
- Die Verteilung des volkwirtschaftlichen Einkommens entsprechend der gesellschaftlichen Präferenzen (Distributionsziel) stellt die Gerechtigkeit im Sinne der Bürger her.
- Die Stabilisierung von Beschäftigung, Geldwert und Leistungsbilanz (Stabilitätsziel) gewährleistet eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die nicht nur in Quartalsberichten denkt.

[2] Auf diesem Leitbild aufbauend formuliert die Piratenpartei im Folgenden ihre grundsätzlichen Positionen zur Haushaltspolitik anhand der Ziele Allokation, Distribution und Stabilität.

[3] 1.) Zum Allokationsziel: Ziel einer Haushaltspolitik muss nach Ansicht der Piratenpartei sein, Haushaltsmittel derart zu generieren und zu verwenden, dass ein möglichst hoher gesellschaftlicher Nutzen erzielt wird. Vor diesem Hintergrund sind die staatliche Mittelbeschaffung – in Form von Steuererhebung oder Schuldenaufnahme – und die Mittelverwendung in Form staatlicher Ausgabenprogramme zu beurteilen. Werden Bürgern und Unternehmen Mittel entzogen – sei es heute oder infolge der Aufnahme von Schulden später, muss der Nutzen durch die damit finanzierten staatlichen Ausgaben nachhaltig höher sein, als wenn Bürger und Unternehmen selbst über die Verwendung entscheiden. Um die Vorteilhaftigkeit eines staatlichen Eingriffs in die Allokation einschätzen zu können und darüber hinaus die Effizienz der Entscheidungsfindung zu erhöhen, bedarf es jedoch

- besserer Kosten-Nutzen Analysen als bisher oder – wenn der Nutzen nicht quantifizierbar ist – zumindest aussagekräftiger Kosten-Wirksamkeits-Analysen,
- einer Stärkung der Methodenkompetenz zur Anfertigung von Gesetzesfolgenabschätzungen,
- einer möglichst weitgehenden Transparenz und Verständlichkeit von Analysen,
- einer niederschwelligen öffentlichen Zugänglichkeit der Ergebnisse aus einer Folgenabschätzung für die Meinungsbildung sowie zur Kontrolle durch den Souverän und

- der Ausweitung der Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung über die Verwendung von Haushaltsmitteln.

[4] 2.) Zum Distributionsziel: In einer idealen Welt hätten alle Bürger auch ohne staatlichen Eingriff ein allgemein akzeptiertes Einkommen. Die Piratenpartei erkennt jedoch, dass dieser Zustand derzeit nicht erreicht wird und daher für eine stabile Demokratie ein Mindestmaß an Umverteilung von Einkommen notwendig ist. Die Aufgabe der Haushaltspolitik ist aber nicht, dieses Maß festzulegen, sondern vielmehr eine Verteilung vorzunehmen, die dem gesellschaftlich präferierten Maß am ehesten entspricht. Um dies zu erreichen, verfolgt die Piratenpartei

- eine Stärkung der Partizipation aller Bevölkerungsschichten zur Auffindung gesellschaftlicher Präferenzen über das optimale Maß der Umverteilung,
- die vermehrte Durchführung wissenschaftlich fundierter Evaluationen zu den Verteilungseffekten bestehender und zukünftiger Instrumente sowie damit verbunden
- die konsequente Streichung nicht zielführender oder allenfalls suboptimaler Instrumente.

[5] 3.) Zum Stabilitätsziel: Die Piratenpartei sieht die Notwendigkeit, nachhaltig Ungleichgewichte zu verhindern und übermäßigen Schwankungen mittels staatlicher Eingriffe entgegenzuwirken. Die Gefahren für das Wirtschaftssystem, die von langfristig strukturellen Ungleichgewichten ausgehen, sind in den vergangenen Jahren für jeden deutlich und erfahrbar geworden. Aber auch kurz- und mittelfristige Schwankungen können zu gesellschaftlichen Verlusten sowohl im Hinblick auf die Verwendung der Ressourcen als auch die Verteilung des EInkommens führen. So bedeutet insbesondere die Freisetzung von Arbeitskräften infolge eines exogenen Schocks zum einen eine Verschwendung von Ressourcen. Zum anderen besteht selbst bei einer mittelfristigen Rückkehr zu einem Gleichgewicht ohne staatliche Eingriffe die Gefahr einer inakzeptablen Verarmung weiter Gesellschaftsteile. Daher fordert die Piratenpartei

- zur Begegnung schädlicher kurz- und mittelfristiger Schwankungen Regierung und Parlament eine ausreichende Budgetflexibilität zu geben,
- gleichzeitig jedoch die Politik im Hinblick auf die langfristigen Haushaltskennzahlen einer strengen Regelbindung zu unterwerfen, um in einem konjunkturellen Aufschwung entsprechende Rücklagen zu bilden oder die im Abschwung entstandenen Defizite wieder auszugleichen.

Begründung

[6] Das Positionspapier ergänzt den Antrag zum Grundsatzprogramm Wirtschaft, Finanzen und Soziales (PA444). Anhand des Positionspapiers soll zunächst einmal die Richtung der haushaltspolitischen Grundsätze diskutiert werden, die dann zu einem späteren Zeitpunkt zur Aufnahme in das Grundsatzprogramm formuliert werden können.

[7] Zur Ergänzung finden sich nachstehend Überlegungen des Instituts für Weltwirtschaft zu einer “atmenden Fiskalregel“:

- http://www.ifw-kiel.de/medien/fokus/2012/ifw-fokus-121
- http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/politikberatung/kiel-policy-brief/kiel_policy_brief_33

P055 - DSL und LTE Anbietern ist zu untersagen, in ihren Angeboten, aber besonders in den Verträgen, Klauseln wie: “bis zu“ zu verwenden

Positionspapier - Internet und Netzpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tstephan, Raimund Rothlübbers

Zusammenfassung

DSL und LTE Anbietern ist zu untersagen, in ihren Angeboten, aber besonders in den Verträgen, Klauseln wie: “bis zu“ zu verwenden

Antragstext

[1] DSL und LTE Anbietern ist zu untersagen, in ihren Angeboten, aber besonders in den Verträgen, Klauseln wie: “bis zu“ zu verwenden

Begründung

[2] Bei den Netzbetreibern handelt es sich um Monopolisten ohne Konkurrenz. Auch sind sie in der Lage, ihre mögliche Leistung sehr genau, auf jeden einzelnen Kunden zu berechnen. (Speedtest). Begründung: In anderen Bereichen wird der Verbraucher vor irreführenden Angaben geschützt. Bei Flüssigkeiten gibt es eine Preisangabenverordnung, die dem Verbraucher transparent anzeigt, wieviel er für sein Geld erhält. Onlinehändler müssen sich an unzählige Regelungen halten, um sicher vor Abmahnungen zu sein. Lediglich DSL Anbieter sprechen regelmässig von “bis zu“ Angaben. Von vielen Anbietern werden als “kleinstes Angebot“ bis zu 6000kBits angeboten. Lieferbar sind aber sehr oft nur ca. 2000kBits. Es ist nicht einzusehen, daß der Kunde, nur weil zu wenig ins Netz investiert wurde, für 30% Leistung, 100% zahlen muss.

3 Programmanträge

PA001 - Transparenzpaket: Lobbyismus, Antikorruption und Sponsoring

Wahlprogramm - Transparenz LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Dieser Antrag formuliert für das Wahlprogramm einen Forderungskatalog für die Bereiche Lobbyismus, Antikorruption und Sponsoring. Die Forderungen beinhalten u.a. die Einführung eines Lobbyregisters und Karenzzeiten für Spitzenpolitiker.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern politische Transparenz und Antikorruption einzufügen:

[2] **Einflussnahme auf politische Entscheidungen offenlegen**

[3] Die Piratenpartei Deutschland fordert die Offenlegung der Einflussnahme von Interessensverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen, um den demokratischen Prozess zu schützen und die Grundlagen von Entscheidungen transparent zu machen.

[4] Um die Unabhängigkeit von Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern gegenüber illegitimer Einflussnahme zu stärken, strebt die Piratenpartei die Umsetzung der folgenden Maßnahmen in den Bereichen Transparenz politischer Prozesse, Parteienfinanzierung, Nebentätigkeiten von Abgeordneten und Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung an:

[5] **1. Einrichtung eines Lobbyregisters für den Deutschen Bundestag**

[6] Die Piratenpartei Deutschland erkennt die Konsultation von Interessenvertretern – z.B. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Umweltschutz-, Bürgerrechts- und Unternehmensverbänden – als integralen Bestandteil des politischen Willensbildungsprozesses der Gesellschaft an – solange dieser Austausch hinreichend offen und transparent ist. Die überproportionale Einflussnahme einzelner Gruppen durch die Verlagerung der politischen Willensbildung in informelle Beziehungsnetzwerke außerhalb des formalen Gesetzgebungsprozesses, lehnen wir ab.

[7] Die Piratenpartei fordert ein Lobbyregister für den Bundestag, in das sich Interessenvertreter und Interessenvertretungen verpflichtend eintragen müssen, um einen Hausausweis zu erhalten und die Möglichkeit zu bekommen, bei Gesetzesvorhaben durch den Deutschen Bundestag angehört zu werden.

[8] Ein solches Register soll zunächst in der Anlage 2 zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Registrierung von Verbänden und deren Vertretern) verankert werden und die existierende „Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ ersetzen. Es muss Aussagekraft hinsichtlich Budget, Tätigkeitsbereich, Anzahl und Namen der tätigen Personen und – bei freiberuflichen Interessenvertretern, Lobbyagenturen, Anwaltskanzleien und Denkfabriken – Mandanten und Auftraggeber enthalten. Alle Angaben müssen regelmäßig aktualisiert und falsche oder überholte Daten unverzüglich berichtigt werden.

[9] Der Präsident des Bundestages soll bis auf weiteres das Register führen und als Kontrollinstanz sicherstellen, dass die Angaben wahrheitsgemäß sind und die Einträge regelmäßig aktualisiert werden. Er muss externen Beschwerden von natürlichen und juristischen Personen über Verstöße konsequent nachgehen, bei Verdachtsfällen eigenständig Untersuchungen einleiten und jährlich einen Bericht veröffentlichen, der die Untersuchungsergebnisse abgeschlossener Verfahren enthält. Beschwerdeführer und -gegner sollen eine Überprüfung der Entscheidung beantragen können.

[10] Verstöße gegen Anzeigevorschriften und Fristen müssen mit Bußgeldern und weiteren Sanktionsmöglichkeiten geahndet werden – bis hin zur Erfassung auf einer schwarzen Liste bei besonderer Schwere des Fehlverhaltens.

[11] Aus Transparenzgründen soll ein solches Register auf der Internetseite des Bundestages veröffentlicht werden. Es muss maschinenlesbar gestaltet sein, um im Sinne von OpenData die Verknüpfung mit Abgeordneten- und Abstimmungsdaten zu ermöglichen und um Sortier- und Durchsuchbarkeit sicherzustellen.

[12] Es soll geprüft werden, ob die Führung und Kontrolle des Registers mittelfristig an eine unabhängige öffentliche Institution, z.B. den Bundesrechnungshof oder den den Bundesbeauftragen für Datenschutz und Informationsfreiheit übertragen sowie die weitere Ausgestaltung durch ein eigenes Bundesgesetz geregelt werden kann.

[13] 2. Erweiterung und Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung

[14] Die Piratenpartei Deutschland fordert klare und umfassende Regelungen zum wirksamen Vorgehen gegen Abgeordnetenbestechung, um die Rechtslage an den globalen Mindeststandard der von Deutschland bereits 2003 unterzeichneten, aber mangels Umsetzung in deutsches Recht immer noch nicht ratifizierten UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) anzupassen und Deutschlands internationale Schlusslichtrolle bei der Korruptionsstrafbarkeit von Abgeordneten zu beenden.

[15] Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung soll dem für die Bestechung von Amtsträgern (§ 334 StGB) angenähert werden. § 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) muss dahingehend überarbeitet werden, dass nicht nur der direkte Stimmenkauf und -verkauf berücksichtigt wird, sondern auch die Vorteilsannahme und –gewährung in anderen Fällen der Mandatswahrnehmung oder meinungsbildender Funktionsausübung im parlamentarischen System. Die Neufassung muss auch immaterielle Versprechen erfassen und der Straftatsbestand auf die Vorteilsannahme oder –Gewährung Dritter sowie Vorteile, die nach der Handlung bzw. dem Unterlassen gewährt oder angenommen werden, ausgeweitet werden.

[16] Die Annahme von Spenden durch einzelne Abgeordnete muss durch eine Änderung des § 44a, Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) untersagt werden.

[17] Eine Bagatellregelung („Schnittchenklausel“) für die Bewirtung bei parlamentarischen Abenden und anderen Veranstaltungen sowie Ausnahmeregelungen für Zuwendungen im Rahmen von normalem parlamentarischen Verhalten („parlamentarische Gepflogenheiten“) sollen sicherstellen, dass die Abgeordneten nicht in der freien Ausübung ihres Mandats eingeschränkt werden. Sowohl die Schnittchenklausel als auch die parlamentarischen Gepflogenheiten sollen in einer Anlage zur Geschäftsordnung des Bundestages verankert und durch den Bundestagspräsidenten in einer Ausführungsbestimmung festlegt werden.

[18] 3. Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln von Abgeordneten

[19] Die Piratenpartei Deutschland erkennt die Rolle von Nebentätigkeiten für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Zeit des Abgeordnetenmandats an – insbesondere für Freiberufler und persönlich haftendende Geschäfts-

führer von kleinen Kapitalgesellschaften. Allerdings wird Wählern derzeit die Abwägung, ob und inwieweit sich Abgeordnete auf Grund ihrer Nebeneinkünfte in einem Interessenkonflikt befinden, durch intransparente Regelungen und Schlupflöcher erschwert bis unmöglich gemacht.

[20] Die Piratenpartei fordert eindeutige Aussagen zur Höhe der Nebeneinkünfte von Abgeordneten des deutschen Bundestages sowie die Identifizierung möglicher Interessenkonflikte und Abhängigkeiten – dies ist nach dem aktuellen Stand des Abgeordnetengesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages derzeit nicht möglich.

[21] Wir stellen fest, dass sich gerade der Bereich 'Funktionen' in Unternehmen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen zu einem massiven Problem ausgeweitet hat. Unternehmen und Lobbyverbände kaufen sich insbesondere mit Beiratsmandaten bei Abgeordneten ein. Diese sind in der Regel durch hohe Aufwandentschädigungen und Sitzungsgelder erheblich attraktiver als entgeltliche Nebentätigkeiten – bei gleichzeitig geringerem zeitlichen Aufwand.

[22] Wir fordern daher eine Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln in der Anlage 1 zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages) sowie im zehnten Abschnitt des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz). Dazu gehören die Verpflichtung, auch einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte unter EUR 1000,- angeben zu müssen, sowie die Beendung der Verschleierung der tatsächlichen Einkünfte der Bundestagsabgeordneten über Stufenangaben. Stattdessen müssen die Abgeordneten verpflichtet werden, den tatsächlichen wirtschaftlichen Gewinn aus einer Tätigkeit auf den Cent genau anzugeben. Rechtsanwälte sollen, mit Rücksicht auf den Schutz ihrer Mandanten, zumindest angeben müssen, aus welcher Branche ihre Auftraggeber kommen. Eine Veröffentlichung der Identität von Mandaten soll mit Einwilligung möglich sein.

[23] Da die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bundestagsabgeordneten steht, soll die maximale Anzahl der Funktionen in Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten oder sonstiger Gremien durch eine entsprechende Änderung der Verhaltensregeln und des Abgeordnetengesetzes begrenzt werden, damit die Abgeordneten ihrer primären Tätigkeit gewissenhaft nachkommen können.

[24] Verstöße gegen Verhaltensregeln und Anzeigepflichten müssen u.a. durch höhere Ordnungsgelder als bisher geahndet werden.

[25] Nebeneinkünfte, Aufwandsentschädigungen und geldwerte Vorteile sowie Auftraggeber müssen unmittelbar nach Erhalt maschinenlesbar über den Bundestagspräsidenten veröffentlicht werden, um die Daten mit dem Lobbyregister und dem Abstimmungsverhalten in Plenum und Ausschüssen verknüpfen zu können.

[26] 4. Eindämmung des politischen Sponsorings

[27] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die intransparente Finanzierung von politischen Veranstaltungen durch Sponsorengelder ab. Verbände und Unternehmen versuchen über Sponsorenengagements auf Parteitagen sowie Sommerfesten von Regierungsbehörden die vergleichsweise strengeren Auflagen für Parteispenden zu umgehen und sich über die Anmietung von Standflächen Zugang zu Entscheidungs- und Mandatsträgern zu verschaffen.

[28] Die Piratenpartei fordert die Ergänzung des Parteiengesetzes um eine Anzeigepflicht für politisches Sponsoring, um die Praxis der indirekten Unternehmenszuwendungen an Parteien, Bundes- und Landesregierungen zu beenden und, um direkte Zurechenbarkeit zwischen Sponsoring und politischem Handeln herzustellen. Sponsorengelder müssen in Zukunft in den Rechenschaftsberichten der Parteien unter Angabe der Höhe namentlich aufgeführt werden, damit ihre Herkunft nicht wie bisher als Veranstaltungseinnahmen verschleiert werden kann.

[29] Um die Alimentierung der politischen Einflussbemühungen von Unternehmen über Steuermittel zu beenden, müssen Sponsoring und direkte Spenden von Unternehmen zukünftig gleichbehandelt und die steuerliche Absetzbarkeit von Sponsoringaufwendungen durch juristische Personen abgeschafft werden.

[30] Veranstaltungen der Bundesregierung, der Landesvertretungen der Bundesländer, sowie des Deutschen Staatsoberhauptes sollen anstatt über Sponsorengelder aus Haushaltsmitteln finanziert werden, damit der Anreiz für die Haushaltsausschüsse der Parlamente steigt, die Sinnhaftigkeit von opulenten Sommerfesten genauer als bisher zu prüfen.

[31] 5. Einführung von Karenzzeiten für Spitzenpolitiker

[32] Die Piratenpartei Deutschland lehnt es ab, dass ausgeschiedene Spitzenpolitiker im Bereich ihrer ehemaligen Zuständigkeiten kurzfristig Tätigkeiten der politischen Interessenvertretung für Unternehmen und Verbände übernehmen.

[33] Damit Mandatsträgern und Regierungsbeamten weniger Anreiz haben, ihr politisches Handeln von den Interessen möglicher zukünftiger Arbeitgeber abhängig zu machen, fordert die Piratenpartei die Einführung von Sperrfristen (sogenannten „Karenzzeiten“) für Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre, Staatsminister und leitende Regierungsbeamte, sofern dem kein höherrangiges Recht entgegensteht.

[34] Sperrfristen müssen für die Politikfelder gelten, für die Entscheidungsträger in ihrer bisherigen politischen Funktion zuständig waren, und bei denen es Zusammenhänge zwischen den im Amt getroffenen Entscheidungen und der nach dem Ausscheiden beabsichtigten Tätigkeit geben könnte.

[35] Die Sperrfrist muss für Amts- und Mandatsträger in Bund und Ländern grundsätzlich mindestens ein Jahr betragen und durch eine unabhängige Stelle ausgesprochen, geprüft und überwacht werden. Die Karenzzeit soll in Fällen besonders schwerer Interessenskonflikte auf bis zu drei Jahre ausweitet werden können. Darüber hinaus soll eine dreijährige Anzeigepflicht eingeführt werden, die sich an §42a Beamtenrechtsrahmengesetz und §69a Bundesbeamtengesetz orientiert.

[36] Zu diesem Zweck soll die Stelle eines unabhängigen Bundesbeauftragten für Ethik und Antikorruption geschaffen werden, der der Dienstaufsicht des BMI und der Rechtsaufsicht der Bundesregierung untersteht, jedoch keiner Fachaufsicht unterliegt. Dieser muss Verstöße gegen Anzeigevorschriften und Karenzzeiten mit öffentlichen Rügen und Bußgeldern ahnden und von einem ebenfalls einzurichtenden, aus Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Zivilgesellschaft und Wirtschaft paritätisch besetzten, Bundesethikrat beraten werden, der die angezeigten, geplanten Tätigkeiten beurteilt und gegenüber dem Bundesbeauftragten öffentliche Empfehlungen ausspricht.

Begründung

[37] Die Piratenpartei Deutschland fordert im Grundsatzprogramm unter dem Punkt „Transparenz des Staatswesens“ den Schutz des demokratischen Prozesses vor der Ausbildung von Machtstrukturen, die wenige Personen oder Organisationen bevorzugen und hat es sich zum Ziel gesetzt, die Grundlagen politischer Entscheidungen transparent zu machen.

[38] Der vorliegende Antrag leitet aus diesen programmatischen Eckpunkten für das Programm zur kommenden Bundestagswahl konkrete Forderungen für die Reformierung des politischen Betriebes auf Bundesebene ab und skizziert diese hinreichend datailliert und allgemein verständlich.

[39] Die hier im *“Transparenzpaket Lobbyismus, Antikorruption und Sponsoring“* formulierten Forderungen stellen eine Weiterentwicklung und Ergänzung der Anträge PA160 (Transparenz von Lobbyismus und politischer Interessenvertretung) und PA161 (Ablehnung von entgeltlichen Tätigkeiten neben Mandaten in Vollzeitparlamenten) vom BPT 2011.2 in Offenbach dar, die dort leider aus Zeitgründen nicht mehr behandelt wurden.

[40] Einige weitere Punkte wurden aus dem Positionspapier zum §108e, dem Positionspapier zu Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Politik sowie dem erfolgreichen Berliner Antrag ’Keine Promotionsstände auf Landesmitgliederversammlungen’ übernommen.

[41] Die konkrete Ausgestaltung des Registers orientiert sich in einigen Punkten an der Initiative „Transparenz bei Lobbyarbeit – Ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Berlin“ aus dem Berliner Landesliquid, auch mit Ausblick auf die Übergabe an eine unabhängige Stelle.

[42] Die vorgeschlagenen Regeln zur Karenzzeit von Spitzenpolitikern weichen leicht von den in 2010 in WP087 formulierten Forderungen ab, um diese praxisnaher und weniger bürokratisch zu gestalten.

Der vorliegende Antrag wird flankiert durch den Satzungsänderungsantrag SÄA001 “Kein Sponsoring und keine Werbestände auf Bundesparteitagen der PIRATEN“, der die hier formulierten Maßstäbe auf die Piratenpartei und damit uns selbst anwendet.

PA002 - Wirtschaftspolitische Grundsätze der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme, Thomas Puttkamer, Dennis Pargmann, Martin Haase

Zusammenfassung

Ein Vorschlag für ein wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm der PIRATEN, konsequent aus der Perspektive der Piratenpartei gedacht und am Leitbild gesellschaftliche Teilhabe und Plattformneutralität orientiert.

Antragstext

[1] *Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland nach Kapitel 2, Mehr Demokratie wagen, folgendes als Kapitel 3, Wirtschaftspolitik, einzufügen:*

[2] **Wirtschaftspolitik**

[3] Die Piratenpartei Deutschland strebt die Verbindung von Wettbewerbswirtschaft und sozialem Ausgleich an. Der Wirtschaftspolitik der Piratenpartei liegt ein Menschenbild zu Grunde, das den Menschen als Wesen begreift, welches nicht nur seinen ökonomischen Nutzen zu maximieren sucht, sondern auch danach strebt, selbstbestimmt zu leben und sich gemäß seines kreativen Potentials zu entfalten.

[4] Die Wirtschaftsordnung muss jedem Menschen das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe garantieren, diskriminierungsfreien Zugang zur Infrastruktur gewährleisten und eine freie und selbstbestimmte Entfaltung von Lebens- und Erwerbsentwürfen ermöglichen.

[5] Die Politik der Piratenpartei hat einen wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen zum Ziel, der einen Ausgleich zwischen den klassischen volkswirtschaftlichen Zielen, Wachstum, Stabilität, hohem Beschäftigungsstand und Außenwirtschaftsgleichgewicht, sowie den gesellschaftspolitischen Zielen der Partei herstellt. Für die Piratenpartei misst sich wirtschaftlicher Erfolg nicht nur an ökonomischen Parametern des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, z.B. der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes oder dem Beschäftigungsstand, sondern vor allem auch an gesellschaftlichen Größen wie Verteilungsgerechtigkeit, ökologischen Nachhaltigkeitszielen und dem schonenden Umgang mit Ressourcen, sowie Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung.

[6] **1. Den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen aktiv gestalten**

[7] Die Piratenpartei Deutschland fordert einen wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen, der Machtkonzentrationen und Monopolstellungen, sowie die sich daraus ergebenen sozialen und ökonomischen negativen Effekte verhindert, die wohlstandmehrende Funktionsfähigkeit der Wettbewerbswirtschaft fördert und transparente Preisbildung sicherstellt. Auf Märkten mit natürlichen Monopolen, sowie bei für die Daseinsvorsorge notwendig erachteten Gütern und Leistungen, sollen unabhängige staatliche Regulierungsbehörden für Transparenz und ein wirtschaftlich begründbares Angebot sorgen.

[8] Die Piratenpartei setzt sich für eine Eigentumsordnung ein, die Individualeigentum schützt, aber auch Zwischenformen von Individual- und Kollektiveigentum oder eigentumsähnliche Nutzungsrechte berücksichtigt. Eingriffsrechte des Staates, wie z.B. das aus der Sozialpflichtigkeit des Eigentums abgeleitete Recht auf Besteuerung, sollen sicherstellen, dass der Gebrauch des Eigentums auch dem gesellschaftlichen Gemeinwohl zugute kommt. Insbesondere im Bereich Immaterialgüter lehnt die Piratenpartei die künstliche Verknappung

von gemeinsam nutzbaren Gütern ab, da diese dem freien Fluss von Ideen, Informationen und Innovationen in der modernen Wissensgesellschaft entgegensteht.

[9] Die Piratenpartei bekennt sich zum Grundsatz der Vertragsfreiheit. Die Vertragsfreiheit soll insoweit beschränkt werden, um den Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, beim Vorliegen von ungleichen Verhandlungspositionen den schwächeren Vertragspartner zu schützen – insbesondere im Bereich Miet- und Arbeitsrecht – und, um Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Geschlecht zu verhindern. Anschluss- und Benutzungszwänge lehnt die Piratenpartei ab, solange es sich nicht um Güter der Daseinsvorsorge, infrastrukturellen Teilhabe oder der öffentlich-rechtlichen Versorgung handelt. Zur Sicherstellung demokratischer Kontrolle und einer effektiven Korruptionsbekämpfung müssen bei Vertragsabschlüssen sowohl für staatliche Stellen als auch für die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betrauten privatwirtschaftlichen Unternehmen besondere Haftungs-, Transparenz- und Veröffentlichungspflichten gelten.

[10] 2. Mit strukturpolitischen Weichenstellungen flexibel auf Veränderungen reagieren

[11] Globalisierung und Digitalisierung stellen den Industrie- und Hochtechnologiestandort Deutschland vor enorme Herausforderungen. Um den Transformationsprozess von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erfolgreich zu meistern, fordert die Piratenpartei Deutschland eine grundlegende Überprüfung der bisherigen sektoralen und regionalen strukturpolitischen Maßnahmen, um die Chancen des wirtschaftlichen Veränderungsprozesses zu nutzen und die negativen Seiten des Strukturwandels abzuschwächen, als auch sozial verträglich zu gestalten.

[12] Neben klassischen Maßnahmen der Investitionsförderung zur Ansiedlung von Industrie in Fördergebieten, sollen in der regionalen Strukturpolitik auch neue und bisher undenkbare Wege der dezentralen Produktion, ortsunabhängigen Arbeit und des freien Austausches von Wissen berücksichtigt werden.

[13] Im Bereich der sektoralen, also auf bestimmte Wirtschaftszweige ausgerichteten Strukturpolitik müssen Subventionen und Steuervergünstigungen grundsätzlich überprüft und beim Erreichen des Förderzwecks konsequent zurückgefahren werden. Die bisherige Erhaltungspolitik soll zugunsten einer Förderpolitik weiterentwickelt werden, die den Strukturwandel nicht zugunsten der Erhaltung des Status Quo verzögert, sondern aktiv gestaltet.

[14] Da wirtschaftlicher Erfolg in der Informationsgesellschaft zunehmend von Wissen und Informationen, sowie deren Erschließung abhängig ist, fordert die Piratenpartei eine Strukturpolitik, die nicht nur zukunftsträchtige Technologieunternehmen fördert, sondern den Bildungsbereich als integralen Lösungsbestandteil begreift und auch entsprechend finanziell ausstattet.

[15] 3. Durch prozesspolitische Eingriffe das Marktgeschehen korrigieren und ergänzen

[16] Die Piratenpartei Deutschland fordert dort, wo Wettbewerbswirtschaft versagt und angestrebte Gleichgewichte zwischen volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielen bedroht sind, ein aktives Eingreifen staatlicher Stellen in die Wirtschaft. Dies soll das Marktgeschehen ergänzen und korrigieren.

[17] So soll der Staat aus Sicht der Piratenpartei aktiv in die Marktprozesse eingreifen, um im Rahmen konjunkturpolitischer Maßnahmen wie Konjunkturprogramme den Wirtschaftskreislauf zu stabilisieren, die Nutzung von natürlichen Ressourcen so zu bepreisen, dass eine Ausbeutung auf Kosten der Allgemeinheit verhindert wird und über eine ausgewogene Geld- und Preispolitik die Verbraucher und Sparer geschützt werden.

[18] Eine besondere Rolle kommt aus Sicht der Piratenpartei der Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik zu. Es ist abzusehen, dass der Strukturwandel, hin zu einer global vernetzten Wissensgesellschaft, tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebens- und Erwerbswelt haben wird. Die Auflösung traditioneller Beschäftigungsverhältnisse und die Herausbildung neuer hybrider Formen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit erfordern eine grundlegende Reform des Sozialstaates, um die Bevölkerung vor ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen zu schützen. Daher muss es nach den Vorstellungen der Piratenpartei Aufgabe des Staates sein, jedem Menschen, bedingungslos und unabhängig seiner sozialen Herkunft, ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe und Teilnahme am Wirtschaftsleben zu ermöglichen.

Begründung

[19] Der Piratenpartei fehlen aktuell grundlegende Positionen zu der von uns angestrebten Wirtschaftspolitik. Dadurch stehen viele Positionspapiere und programmatische Initiativen der letzten Monate nicht in einem größeren Zusammenhang.

[20] Diese Initiative ist ein Vorschlag, den weissen Fleck zu schliessen und die Wirtschaftspolitik von der neoliberalen bzw. etatistischen Ideologie der traditionellen Parteien abzugrenzen.

[21] Den Autoren ist es wichtig, **Wirtschaftspolitik konsequent aus der Perspektive der Piratenpartei** zu denken — ausgehend vom Konzept der Plattformneutralität:

- **Wir halten es nicht für zielführend, die wirtschaftspolitischen Programme der anderen Parteien auf die Piratenpartei anzuwenden**, sondern haben uns darauf konzentriert, aus den Kernforderungen der Partei grundsätzliche wirtschaftspolitische Leitlinien abzuleiten.
- **Wir verzichten bewusst auf unbestimmte und teilweise negativ besetzte Schlagworte** wie z.B. „soziale Marktwirtschaft" und nennen stattdessen die konkreten Prinzipien an denen sich nach unserer Sicht die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei orientieren sollte. Auch den Begriff "Plattformneutralität" nennen wir mittlerweile nicht mehr direkt im Antragstext (vgl. Absatz zwei der Präambel).
- **Der hier formulierte Vorschlag orientiert sich eng an der in Politik und Volkwirtschaftslehre allgemein akzeptierten Begriffsdefinition** (Begriffstrias: Ordnungspolitik, Strukturpolitik, Prozesspolitik) und konzentriert sich auf wirtschaftspolitische Grundsätze im engeren Sinne.

[22] Wir möchten darauf hinweisen, dass es bei unserem Entwurf möglich bleibt und auch ausdrücklich gewünscht ist, auf der Grundlage der im Antrag formulierten Eckpunkte **in den Bundes-AGs und Landesarbeitsgruppen ergänzende Grundsatzprogramm-Module für die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Themenfelder zu erarbeiten** (z.B. Arbeits- und Sozialpolitik, europäischer Wirtschaftsraum/Euro, Energiepolitik, Steuern- und Fiskalpolitik, Bildung), ohne die Ausgestaltung dieser Bereiche schon weitestgehend vorzugeben oder bereits im Grundsatzprogramm vorhandenes unnötigerweise zu duplizieren.

Unsere Beweggründe haben wir außerdem in einem Artikel auf dem Blog der Sozialpiraten näher erläutert: "Plattformneutralität: Gesellschaftliche Teilhabe als Kern der Wirtschaftspolitik der Piratenpartei"

PA003 - Direkte Demokratie

Grundsatzprogramm - Demokratie LQFB LQFB 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Einführung bzw. Verbesserung direktdemokratischer Instrumente in Deutschland und Europa

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland wie folgt ergänzen:

[2] Im Abschnitt „Mehr Demokratie wagen“ wird nach dem Unterabschnitt „Mehr Demokratie beim Wählen“ der folgende Unterabschnitt eingefügt:

[3] Direkte Demokratie

[4] Wir Piraten setzen uns dafür ein, die Regeln für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Kommunen sowie Volksbegehren und Volksentscheide in den Bundesländern zugunsten der Bürger zu verbessern. Denn vor allem eingeschränkte Themenkataloge, hohe Unterschriftenquoren, fehlende Eintragungsmöglichkeiten, kurze Sammelfristen sowie oft unüberwindbare Abstimmungsklauseln erschweren in vielen Gemeinden und Bundesländern die Nutzung der direkten Demokratie erheblich.

[5] Darüber hinaus fordern wir Piraten die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Außerdem unterstützen wir die Ergänzung der Europäischen Bürgerinitiative durch unionsweite Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Bereich der EU-Legislative.

[6] Wir befürworten Abstimmungen über noch nicht ausgefertigte und in Kraft getretene Parlamentsbeschlüsse (fakultatives Referendum) sowie solche zwecks Bestätigung wichtiger EU-Reformen und Verfassungsänderungen (obligatorisches Referendum).

Begründung

[7] Das Grundsatzprogramm bekennt sich momentan nur sehr oberflächlich zur Förderung „direkter demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten“. Während das Wahlrecht einen eigenen Unterabschnitt erhalten hat, fehlen Einzelheiten zum Abstimmungsrecht bislang komplett. Der vorgeschlagene Abschnitt „Direkte Demokratie“ soll dieses Manko beheben. Er berücksichtigt dabei Formulierungen, die bereits im Programm zur Bundestagswahl 2009 standen.

[8] Der Antrag geht von dem Problem aus, dass die Umsetzung des Abstimmungsrechts in den Kommunen und Bundesländern von zahlreichen Erschwernissen und Lücken geprägt ist. Auf Bundes- und EU-Ebene gibt es für die Bürger noch überhaupt keine Abstimmungsverfahren.

[9] Die Piraten legen mit diesem Programmzusatz ein klares Bekenntnis zum Recht des Souveräns ab, über wichtige Sachfragen nicht seine Stellvertreter entscheiden zu lassen, sondern selbst Verantwortung zu übernehmen.

PA004 - Energiepolitische Grundsätze

Grundsatzprogramm - Energie LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Der vorliegende Antrag formuliert energiepolitischen Grundätze aus der spezifischen Perspektive der Piratenpartei – mit den Eckpunkten Dezentralisierung, Netzneutralität, Bürgerbeteiligung, Atomausstieg und Nachhaltigkeit/Erneuerbare Energien.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Parteiprogramm den Unterpunkt 13.4 zu entfernen und nach dem Punkt 13 „Umwelt" wie folgt als eigenen Punkt „Energiepolitik" einzufügen:

[2] Aktuelle Fassung:

[3] Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative und regenerative Energiequellen. Regenerative Energieträger sollen dabei nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen. Außerdem wollen wir eine transparente dezentralisierte Erzeugerstruktur. Nur so kann eine Partizipation jedes Bürgers erreicht und Monopolstellungen verhindert werden.

[4] Neue Fassung:

[5] Energiepolitische Grundsätze

[6] Ziel der Energiepolitik der Piratenpartei Deutschland ist die Bereitstellung einer dauerhaft sicheren und preisgünstigen Energieversorgung, um den Lebensstandard und die Lebensqualität auch für nachfolgende Generationen zu erhalten und zu verbessern. Die Energiegewinnung aus Atomkraft und fossilen Brennstoffen soll schnellstmöglich vollständig durch ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig erzeugte, erneuerbare Energien ersetzt werden.

[7] Die Energiewirtschaft soll so organisiert werden, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst dezentral, diversifiziert und transparent erfolgen und auch die Preisgestaltung transparent und öffentlich nachvollziehbar vorgenommen wird. Dies wird durch heterogene Strukturen und fairen Wettbewerb sowie unter Aufsicht unabhängiger, staatlicher Stellen erreicht.

[8] Unsere Politik wird gewährleisten, dass durch Bürgerbeteiligung und Transparenz in Planungs- und Genehmigungsverfahren die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Aus- und Umbau der Netzinfrastruktur steigt und dass Konflikte bereits im Vorfeld durch Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure gelöst werden.

[9] 1. Dezentralisierung, Netzausbau und Netzneutralität

[10] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Bildung von Infrastrukturmonopolen ab und tritt für ein dezentrales Energienetz auf der Basis von lokalen Energieverbundsystemen ein. Kleinteilige, energieautonome Strukturen schaffen mehr Sicherheit als große, zentrale Einheiten und senken Betriebs- und Ausfallrisiken. Nur durch den Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur zu einem leistungsfähigen und engmaschigen Netz, in dem sich

Nachbarregionen gegenseitig ergänzen und damit stabilisieren, können Monopolstellungen verhindert und der freie Zugang und Wettbewerb ermöglicht werden.

[11] Die lokalen Energienetze sind nach Möglichkeit zu rekommunalisieren. Verträge mit Netzbetreibern sind zeitlich zu befristen und öffentlich zu machen, um den Wettbewerb zwischen den Marktteilnehmern sowie Transparenz gegenüber den Verbrauchern zu fördern. Unter dem Primat der Netzneutralität soll sichergestellt werden, dass alle Erzeuger und Verbraucher unter den gleichen Bedingungen Zugang zur Energienetzinfrastruktur erhalten. Die Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur und ihre Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Wettbewerb, Markttransparenz und Netzneutralität sollen gestärkt werden.

[12] 2. Stärkung der Bürgerbeteiligungsverfahren bei Infrastrukturprojekten

[13] Die Piratenpartei Deutschland strebt die einvernehmliche Lösung des gesellschaftlichen Konfliktes um den Ausbau der Energieinfrastruktur an – durch umfassende zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten über grundlegende energiepolitische Entscheidungen sowie in der Planungs- und Genehmigungsphase von Projekten. Diese erhöhen die Akzeptanz von Entscheidungen und tragen dazu bei, dass Probleme nicht erst in der Endphase von Projekten sichtbar werden, wenn diese unvermittelt in die Lebenswelt der Betroffenen eindringen.

[14] In den Planungs- und Genehmigungsverfahren großer Infrastrukturprojekte sollen zu diesem Zweck Instrumente zur initiativen Konsultation, Mitwirkung und Mitentscheidung durch die betroffenen Bürger vorgesehen werden. Mit Hinblick auf die Komplexität und die langen Planungszeiträume dieser Projekte sollen staatliche Stellen und private Investoren gesetzlich dazu verpflichtet werden, die Projektinformationen auf OpenData-Basis transparent aufzubereiten, um Informationsasymmetrien, die der effektiven zivilgesellschaftlichen Beteiligung im Wege stehen, von Anfang an zu beseitigen.

[15] 3. Nachhaltigkeit und Umstellung auf erneuerbare Energien

[16] Die Piratenpartei Deutschland tritt für eine nachhaltige Gestaltung der Energieerzeugung und -verteilung ein und strebt langfristig die Umstellung auf einhundert Prozent erneuerbare Energien an. Wir wollen erreichen, dass in Deutschland bis 2030 in allen Bereichen, der privaten Wirtschaft, in den privaten Haushalten und im öffentlichen Sektor, mehr als die Hälfte des Primärenergiebedarfs durch erneuerbare Quellen gedeckt wird. Langfristig soll dieser Anteil sukzessive erhöht werden und im Stromsektor bis spätestens 2035 einhundert Prozent betragen. Die Wärme- und Treibstoffsektoren sollen schnellstmöglich folgen.

[17] Für eine Übergangsphase sind fossile Energieträger wie Erdgas in hocheffizienten Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung (KWK) geeignet, die Stromerzeugung zu ergänzen. Die energetische Nutzung fossiler Ressourcen, insbesondere die Verstromung von Braun- und Steinkohle, ist im Sinne einer schnellen Entwicklung in Richtung der Vollversorgung durch erneuerbare Energien schrittweise zu reduzieren. Die Piratenpartei Deutschland lehnt den Neubau von Kohlekraftwerken und die Anwendung der CCS-Technologie zur Abscheidung und Endlagerung von CO2 im Untergrund ab.

[18] Die Piratenpartei Deutschland begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Deutschen Bundestages, die Laufzeit aller deutschen Kernkraftwerke bis 2022 stufenweise und abschließend zu beenden. Nach Möglichkeit soll der Ausstieg schneller erfolgen, da die enormen externen Kosten und Risiken, insbesondere bei Betrieb der Anlagen sowie bei Transport, Endlagerung und Wiederaufbereitung von Brennstäben, aus Sicht von Umwelt und Gesellschaft nicht zu verantworten sind. Die offene Frage der Zwischen- und Endlagerung muss gelöst werden, wobei die Betreiber von Atomkraftwerken, welche jahrzehntelang finanziell von der Kernenergie profitiert haben, im erheblichen Maße an den immensen Folgekosten für Rückbau der Anlagen sowie Entsorgung der radioaktiven Abfälle beteiligt werden sollen.

[19] Die Umstellung von fossilen Energieträgern und Atomkraft auf erneuerbare Energien soll sowohl umweltschonend als auch gesellschaftlich verträglich erfolgen. Gerade bei den erneuerbaren Energien dürfen wirtschaftliche Aspekte nicht über Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit stehen:

- Wir lehnen es ab, dass Energiepflanzen zu Lasten von Nahrungsmitteln angebaut werden oder deren Anbau mit einem Verlust an Biodiversität einhergeht. Energie aus Biomasse soll in erster Linie in lokalen Kreisläufen aus Rest- und Abfallstoffen erzeugt werden.

- Im Bereich Photovoltaik sollen geschlossene Stoffkreisläufe etabliert werden, um dort, wo Umweltgifte, wie z.B. Schwermetalle im Produktionsprozess nicht ersetzbar sind, deren Austreten in die Umwelt zu verhindern und, um die Rückgewinnung wertvoller Rohstoffe sicherzustellen.
- Die Auswirkungen von Fundamenten und Seekabeln auf die empfindlichen Ökosysteme in Nord- und Ostsee sollen bereits bei der Genehmigung und Planung von Offshore-Windparks berücksichtigt werden. Erhebliche Eingriffe in Ökosysteme und Landschaft sind bei der Nutzung von Wasserkraft zu vermeiden. Geologische Risiken sind vor der Planung von Geothermieprojekten sorgfältig zu untersuchen. Die Hydrofracking-Methode zur Erschließung unkonventioneller Erdgas- und Ölvorkommen lehnen wir ab.

[20] 4. Energetische Speicherung und Kombination von Strom- und Erdgasnetz

[21] Die Piratenpartei Deutschland tritt neben dem Ausbau der erneuerbaren Energiequellen und der Anpassung der Netzstruktur für eine ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie ein. Damit das Potential der erneuerbaren Energien weitgehend ausgeschöpft und die daraus gewonnene Energie länderübergreifend genutzt werden kann, sollen in Unterlastzeiten anfallende Überschüsse gespeichert werden, um Nachfragespitzen auszugleichen.

[22] Die Entwicklung einer vielgliedrigen Speicherstruktur soll durch Forschungsförderung und durch die Umsetzung staatlicher Maßnahmen intensiv unterstützt und beschleunigt werden. Insbesondere die Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in synthetisch hergestelltes Wasserstoff- und Methangas (EE-Gas) und dessen Einspeisung in das bereits vorhandene Erdgasnetz mit unterirdischen Erdgasspeichern, ermöglicht langfristige Versorgungssicherheit und universelle Verwendung der Energie bei gleichzeitiger Entlastung der elektrischen Netzinfrastruktur.

[23] 5. Fördermaßnahmen und Einspeisevergütung erneuerbarer Energien

[24] Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll durch Förderprogramme vorangetrieben werden. Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile sollen ökologisch und ökonomisch sinnvoll, sozial ausgewogen, ressourcenschonend sowie unmittelbar für den vorgesehenen Zweck wirksam sein. Förderprogramme sollen langfristig angelegt sein und Planungssicherheit bieten, aber auch nach dem Erreichen des Förderzwecks konsequent zurückgefahren werden.

[25] Grundsätzlich hat die steuerfinanzierte Förderung von Grundlagenforschung und Entwicklungsprojekten gegenüber der reinen Bezuschussung von Investitionsausgaben Vorrang. Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen sollen der Öffentlichkeit allgemein zugänglich gemacht werden. Wir lehnen verdeckte Subventionsprogramme für die Automobilindustrie ab.

[26] Die Piratenpartei Deutschland befürwortet ausdrücklich die Beibehaltung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG). Das EEG hat über das Instrument des umlagefinanzierten Einspeisetarifes zu einer Demokratisierung der Stromerzeugung geführt und bleibt in diesem Sinne auch weiterhin das zentrale Förderinstrument für erneuerbare Energien aus kleinen und mittleren Anlagen. Allerdings gilt es die erneuerbaren Energien schneller an den Markt heranzuführen, um die Steigerung der Energiepreise – auch aus sozialen Gründen – zu dämpfen. Zu diesem Zweck sind gerade für Großanlagen auch andere Förderinstrumente wie z.B. Ausschreibungen einzusetzen. Spezielle Fördermaßnahmen für kommunale und genossenschaftliche Projekte sollen verhindern, dass sich auch im Bereich der erneuerbaren Energien oligopolartige Strukturen herausbilden.

[27] Einen besonderen Schwerpunkt der Förderung sehen wir in der Verbesserung der Energieeffizienz und Verbrauchsvermeidung sowie der kaskadenartigen Nutzung der verfügbaren Energie. Wichtig sind dabei die Förderung von dezentralen Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme, die Förderung von Wärmedämmungsmaßnahmen sowie kostenlose Angebote zur Energieberatung. Bisher werden die verfügbaren Potentiale für Energieeffizienz und sparsamen Energieeinsatz gerade von privaten Verbrauchern nur in geringem Maße ausgeschöpft.

Begründung

[28] Gespräche und Diskussionen vor, auf und nach den Bundesparteitagen in Offenbach und Neumünster haben gezeigt, dass für eine erfolgreiche programmatische Verankerung der energiepolitischen Vorstellungen ein Antrag notwendig ist, in dem sich die Mehrheit der Partei wiedererkennen kann und der auch in energiepolitischen Fragen die spezifische Perspektive der Piratenpartei mit den Eckpunkten Dezentralisierung, Netzneutralität, Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit betont – ohne, im Hinblick auf andere Parteien, beliebig zu werden.

[29] Daher basiert dieser Programmänderungsantrag der Berliner Landesarbeitsgruppe (Squad) Wirtschaft und Umwelt auf dem im Squad entwickelten energiepolitischen Kompromissvorschlag PA158 zum BPT2011.2, der bereits im Bundesliquid mit 77 Prozent (333 ja-Stimmen) angenommen wurde, jedoch aus Zeitgründen nicht mehr auf dem Bundesparteitag in Offenbach behandelt werden konnte. Gegenüber PA158 wurde der Text im Laufe des vergangenen Jahres kollaborativ verbessert, in einigen Punkten weiter verdichtet und ergänzt, sowie in Hinblick auf die erneuerbaren Energien begrifflich geschärft.

- Die letzte Version des Textes wurde von dem vergangenen Bundesparteitag in Neumünster im Approval-Voting unter die Top-20 Programmanträge gewählt (Link) und im Bundesliquid erneut mit 77 Prozent angenommen (465 ja-Stimmen, Link), wobei der Antrag sich deutlich gegen eine Alternativini durchsetzte.

- Eine Version wurde bereits Anfang Januar 2012 im Berliner Landesliquid mit 94 Prozent angenommen (106 ja-Stimmen, Link) und auf der letzten Landesmitgliederversammlung als Positionspapier verabschiedet.

[30] Gerade auf dem wichtigen Feld der Energiepolitik ist aus unserer Sicht eine Kampfabstimmung zwischen Maximalforderungen nicht sinnvoll, daher haben wir die hier vorgelegten energiepolitischen Grundsätze aus den Kernforderungen der Piratenpartei abgeleitet und die aus unserer Sicht wichtigsten weiteren Aspekte berücksichtigt, wie z.B. beschleunigter Atomausstieg, Bürgerbeteiligung, soziale Komponente, Verbot von Fracking und CCS sowie das Verhältnis zum EEG.

- Vor diesem Hintergrund (und mit Hinblick auf die Bundestagswahl) sprechen wir uns für die Verwendung des allgemein in Bevölkerung, Wirtschaft und politischem Diskurs verwendeten Begriffes „erneuerbare Energien“ aus, da wir der Meinung sind, dass gute Politik immer auch verständlich sein muss, um gegenüber der Bevölkerung vermittelbar zu sein. Wortneuschöpfungen aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm, wie z.B. „generative“ Energien (und die Verklärung dieser Neuschöpfung zum Dogma), lehnen wir ab – auch, da der Streit um Begrifflichkeiten die Gefahr beinhaltet, von der Auseinandersetzung mit Inhalten abzulenken.

  Dieser Grundsatzprogrammantrag wird flankiert vom Wahlprogrammantrag PA005 “Politische Weichenstellungen für die erfolgreiche Energiewende vornehmen“. Dieser leitet aus den hier formulierten energiepolitischen Grundsätzen konkrete Positionen und Forderungen für das PIRATEN-Programm zur Bundestagswahl 2013 ab.

PA005 - Politische Weichenstellungen für die erfolgreiche Energiewende vornehmen

Wahlprogramm - Energie LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Dieser Antrag leitet aus den in der Berliner Landesarbeitgruppe Wirtschaft und Umwelt entwickelten energiepolitischen Grundsätzen (PA004) Positionen und Forderungen für das PIRATEN-Programm zur Bundestagswahl 2013 ab.

Antragstext

[1] *Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 folgendes zum Thema Energiepolitik einzufügen:*

[2] **Politische Weichenstellungen für die erfolgreiche Energiewende vornehmen**

[3] Die Piratenpartei Deutschland verfolgt eine Energiepolitik, welche die entscheidenden Weichenstellungen für den Erfolg der Energiewende vornimmt. Dazu gehören als wesentliche Elemente die Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung, die Stärkung der Bürgerbeteiligunsverfahren bei Netzausbau und Großprojekten, eine Beschleunigung des Atomausstieges sowie die Umstellung der Energiewirtschaft auf 100 Prozent Stromverbrauch aus erneuerbare Energien bis 2035, um die Treibhausgasemissionen zu senken, den durch den Menschen verursachten Klimawandel abzuschwächen und von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden.

[4] Freier Zugang zu den Energienetzen ist aus Sicht der Piratenpartei Deutschland ein wesentlicher Kern der gesellschaftlichen Teilhabe. Strom und Wärme sind für die Daseinsvorsorge unverzichtbare Güter. Der Übergang aus dem Zeitalter der fossilen Energieträger in die Energiewirtschaft der Zukunft muss daher sozial verträglich erfolgen. Unabhängige Stellen, allen voran eine gestärkte Bundesnetzagentur, sollen für eine transparente Preisbildung an den Energiemärkten sorgen und Spekulationen und Manipulationen schnell und spürbar sanktionieren.

[5] Damit sich Deutschland möglichst schnell und sozial verträglich von den Altlasten des Fossil- und Atomzeitalters befreien und den Energieverbrauch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen decken kann, strebt die Piratenpartei insbesondere die Umsetzung der folgenden Maßnahmen an:

[6] **1. Konsequenter Umbau des Stromnetzes**

[7] Die Piratenpartei Deutschland fordert eine zügige Weiterentwicklung des Stromnetzes – von einer störanfälligen, zentralisierten Struktur zu einem engmaschigen Netz von lokalen Energieverbundsystemen, das durch leistungsfähige Punkt-zu-Punkt Verbindungen ergänzt und entlastet wird.

[8] Rückgrat dieser Entwicklung ist aus Sicht der Piratenpartei die Rekommunalisierung und Neuausrichtung der Mittelspannungs-Energienetze sowie eine Modernisierung des überregionalen Hochspannungsnetzes. Um die Engpässe des bestehenden Übertragungsnetzes zu überwinden, fordert die Piratenpartei einen konsequenten Austausch der alten Überlandleitungen durch wesentlich leistungsfähigere Hochtemperaturkabel und die

umfassende Ausrüstung sowohl bestehender, als auch neuzubauender Trassen mit Freileitungsmonitoring-Technologien. Bei notwendigen Neubauprojekten sollen die betroffenen Bürger und Gemeinden von Anfang an bei der Projektplanung beteiligt werden, um den Ausbau zu beschleunigen und die Akzeptanz von Infrastrukturmaßnahmen zu steigern.

[9] Daneben soll das in Hochspannungs-Drehstromtechnik (DFÜ) betriebene Übertragungsnetz durch Stromautobahnen in Hochspannungs-Gleichstromtechnik (HGÜ) entlastet werden, damit z.B. der Windstrom von der Nord- und Ostsee sowie aus den ostdeutschen Flächenländern schnell und effektiv zu den Verbrauchszentren nach Westen und Süden transportiert werden kann. Die Hochspannungs-Gleichstromtechnik ist nicht nur eine Alternative zum Transport von Energie über lange Strecken, sondern durch die Möglichkeit der punktuellen Verstärkung des Wechselstromnetzes auch ein weiteres Puzzleteil auf dem Weg zu lokalen, engmaschigen Netzen. Deshalb fordert die Piratenpartei nicht nur HGÜ-Energietransportstrecken zwischen den großen überregionalen Erzeugungs- und Verbrauchszentren, sondern auch den Aufbau und Einsatz der Hochspannungs-Gleichstromtechnik für die Errichtung sogenannter „Overlay“-Netze, mit dem Ziel der Verstärkung und Stabilisierung technisch veralteter oder gering dimensionierter Netze.

[10] Um lokale Energieproduktion und -Verbrauch zu fördern, sollen die Netzentgelte grundlegend reformiert und in Zukunft nach der Entfernung zwischen Verbraucher und Einspeisendem berechnet werden. Die 2011 von der Bundesregierung eingeführte Befreiung der Großverbraucher von den Netzentgelten muss ersatzlos gestrichen und die Erlöse für den Netzausbau verwendet werden – z.B. über Bürgschaften und Technologieprogramme für kommunale und genossenschaftliche Träger. Damit wird sichergestellt, dass diejenigen, die auch in Zukunft von einer sicheren Energieversorgung am meisten profitieren, ihren Beitrag zur Finanzierung leisten.

[11] 2. Erneuerbare Energien zielgerichtet fördern

[12] Die Piratenpartei Deutschland fordert einen Paradigmenwechsel bei der Förderung erneuerbarer Energien und eine Rückkehr zum ursprünglichen Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – der Demokratisierung der Energieerzeugung. In Zukunft sollen vor allem kleinere Anlagen von der Förderung durch Einspeisevergütung profitieren. Die Piratenpartei strebt ein Förderregime an, das Planungssicherheit für Betreiber und Investoren herstellt. Anstatt in immer kürzeren Abständen an den Förderparametern zu drehen und damit ganze Branchen zu gefährden, muss sich die Förderpolitik an mittel- und langfristigen Entwicklungspfaden im Rahmen eines konzertierten Energiewende-Gesamtplans orientieren. Für Großprojekte sollen vermehrt alternative Fördermodelle wie z.B. Ausschreibungen für Standorte oder bestimmte Strommengen eingesetzt werden.

[13] Die Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage lehnen wir ab, da sie zu Wettbewerbsverzerrungen führt, Anreize zur Effizienzsteigerung dämpft und die Kosten der Energiewende einseitig auf Privatverbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen abwälzt.

[14] Die Förderung erneuerbarer Energien darf sich nicht nur auf die Offshore-Windkraft konzentrieren. Umlageprogramme zugunsten der großen Energieversorger, die Ausbau und Netzanschluss von Offshore-Parks einseitig auf dem Rücken der Verbraucher finanzieren, lehnt die Piratenpartei ab. Dazu soll über die KfW ein neues Förder- und Kreditprogramm aufgesetzt werden, dass es u.a. Besitzern von selbstgenutzten Immobilien sowie Hausgemeinschaften von Wohnungseigentümern ermöglichen soll, über die Installation von Anlagen zum Energie-Selbstversorger zu werden oder den eigenen Bedarf zumindest zum Teil zu decken. Die Förderung soll außerdem gewährleisten, dass in jeder Region die lokalen Erzeugungsformen eingesetzt werden, die das vorhandene Potential optimal ausschöpfen – z.B. Biomasse aus Reststoff- und Abfallkreisläufen im ländlichen Raum, Photovoltaik-Freiflächenanlagen und Windturbinen in der Fläche, Photovoltaik-Dachinstallationen sowie vertikale Kleinwindanlagen in urbanen Zentren.

[15] Energie aus Biomasse soll in erster Linie aus lokalen Abfallkreisläufen gewonnen werden – nicht aus Energiepflanzen, die in Konkurrenz mit der Lebensmittelproduktion stehen. Aus dem gleichen Grund lehnt die Piratenpartei Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ab, die für Nahrungs- und Futtermittelproduktion genutzt werden.

[16] 3. Politik und Behörden auf kommunaler und regionaler Ebene in die Verantwortung nehmen

[17] Die Piratenpartei Deutschland erkennt an, dass der Kommunalebene beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle zukommt. Da der Auf- und Ausbau einer dezentralen Energieversorgung auf der

Basis erneuerbaren Energien von regionalen Akteuren und Interessensgruppen abhängt, fordert die Piratenpartei, dass die Kommunen die entscheidenden Akteure zusammen bringen, z.B. Energieversorger, Unternehmen, Landwirte, Wohnungsbaugesellschaften, Vereine, Bürger und Planungsbehörden. Diese müssen darüber hinaus von Politik und Fördergremien auf Landes- und Bundesebene darin unterstützt werden, gemeinsam kommunale Energieprojekte zu entwickeln.

[18] Die Piratenpartei Deutschland fordert eine Reformierung des Baugesetzbuches, damit Städte und Gemeinden gegenüber den höheren Verwaltungsbehörden mehr Spielraum für den Ausbau von erneuerbaren Energien erlangen – bei der Bauleitplanung sowie der Aufstellung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne. Dabei muss mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt stehen. Bei der Planung von Zuweisungsgebieten für regenerative Anlagen müssen potenzielle Standorte im Hinblick auf Mensch und Umwelt sowie auf weitere schützenswerte Kriterien individuell geprüft werden. Flächennutzungspläne sollen überprüft und, bei neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen oder technischen Entwicklungen, gegebenenfalls geändert werden, um eine nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Energien zu gewährleisten.

[19] 4. Verstromung fossiler Energieträger beenden

[20] Die Piratenpartei Deutschland strebt die schnellstmögliche Beendigung der Verstromung fossiler Energieträger an. Im Angesicht der katastrophalen Folgen des durch den Menschen verursachten Klimawandels ist die weitere Emittierung von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen nicht zu verantworten. Fossile Energieträger müssen entsprechend ihrem CO2-Fussabdruck stufenweise aus dem Energiemix entfernt werden. Aufgrund des global steigendem Verbrauches der immer knapper werdenden fossilen Energieträger sowie der der daraus resultierenden Steigerung der Rohstoffpreise, ist die Abhängigkeit Deutschlands von nicht erneuerbaren Energien möglichst schnell zu reduzieren. Die Piratenpartei lehnt daher den Bau neuer Kohlkraftwerke und die Erschließung neuer Tagebauprojekte ebenso ab, wie den Versuch, mittels Kohlendioxidabscheidung und –Verpressung (CCS) fossilen Energieträgern den Anstrich der Nachhaltigkeit geben zu wollen. Pläne der EU, die Höhe staatlicher Beihilfen für den Bau von neuen Gas-und-Dampf (GUD) Kombikraftwerken an den Einsatz von CCS zu knüpfen, sind für uns inakzeptabel.

[21] Für eine Übergangszeit setzt die Piratenpartei auf hocheffiziente GUD-Gaskraftwerke als Brückentechnologie, da diese problemlos auch mit einem Gemisch aus Erdgas und EE-Gas bzw. mit bis zu zehn Prozent zugemischtem Wasserstoff betrieben werden können. Damit neue Gaskraftwerke auch bei sinkenden Betriebsstunden wirtschaftlich zu betreiben sind, müssen sie in erster Linie in der Nähe der urbanen Verbrauchszentren gebaut werden, um den Vorteil der Kraft-Wärme Kopplung sowie die Speichermöglichkeiten des Wärmenetzes voll ausnutzen zu können. Bestehende Anlagen sollen nach Möglichkeit modernisiert werden.

[22] Auch wenn Erdgas gerade auf dem Wärmemarkt der privaten Haushalte auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird, lehnt die Piratenpartei die Erschließung unkonventioneller Vorkommen mittels der Hydrofracking-Methode ab.

[23] 5. Atomausstieg beschleunigen, mit existierendem Atommüll sicher umgehen

[24] Die Piratenpartei Deutschland begrüßt die Entscheidung des Deutschen Bundestages, endgültig aus der Nutzung der Atomenergie, wie sie im 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes beschrieben ist, auszusteigen. Allerdings soll der Ausstieg und der Entzug der Betriebsgenehmigungen schnellstmöglich, und damit bereits vor 2022 erfolgen, da aus unserer Sicht die Risiken und volkswirtschaftlichen Kosten der Atomenergie untragbar sind. AKW-Neubauten oder Laufzeitverlängerungen lehnt die Piratenpartei kategorisch ab.

[25] Die Piratenpartei beobachtet die Atomprogramme in unseren europäischen Nachbarländern, wie z.B. Polen, Tschechien und Frankreich, mit Sorge und lehnt den Import von Atomstrom aus dem Ausland ab. Die Stilllegung der deutschen Atomkraftwerke darf nicht über das Ausland umgangen werden.

[26] Für die Kosten der Beseitigung des bestehenden Atommülls, der atomaren Altlasten in der Asse und in Morsleben sowie des notwendigen Rückbaus der AKWs und anderer kerntechnischer Anlagen, darf nicht die öffentliche Hand aufkommen. Stattdessen müssen die Energiekonzerne von staatlicher Seite zur Finanzierung herangezogen werden – schliesslich haben sie jahrzentelang finanziell von der hochsubventionierten Atomenergie profitiert und die tatsächlichen Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet.

[27] Die Suche nach geeigneten Standorten für die Lagerung radioaktiver Abfälle muss bundesweit, ergebnisoffen und transparent erfolgen. Die Piratenpartei lehnt den Export radioaktiver Abfälle ins Ausland mit dem Verweis auf das Verursacherprinzip ab. Die Erkundung des Salzstockes in Gorleben muss unverzüglich aufgegeben und die radioaktiven Abfälle in der Asse schnellstmöglich unter den technischen Möglichkeiten geborgen werden – auch wenn dies Jahrzehnte dauern sollte. Die skandalösen Vorgänge um Gorleben, Schacht Konrad und die Asse sind von unabhängiger Stelle lückenlos aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

[28] 6. Vielgliedrige Energiespeicherung fördern

[29] Die Frage der Speicherung des Stromes aus erneuerbaren Quellen ist aus Sicht der Piratenpartei Deutschland eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eine Kombination aus leistungsfähigen Kurz- und Langzeitspeichern ist notwendig, um Leistungsschwankungen auszugleichen und die Abregelung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien in Zeiten eines Angebotsüberschusses auf ein Minimum zu reduzieren.

[30] Während die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen bereits seit Jahrzehnten im großen Maßstab die technologische Lernkurve durchläuft, steht die Forschung und Entwicklung innovativer Speichersysteme erst am Anfang. Die Piratenpartei fordert daher ein umfassendes Förder- und Forschungsprogramm, dass neben der Grundlagenforschung auch die Errichtung und den Betrieb von Pilotanlagen umfasst.

[31] Insbesondere für die Erzeugung von EE-Gas (synthetischem Wasserstoff und, aus der Reaktion mit CO2, Methan) aus Solar- und Windstrom (Power-to-Gas) muss ein Fördermechanismus eingerichtet werden, um Anreize zu setzen, bei der Neuerrichtung von hochmodernen GUD-Gaskraftwerken auf zusätzliche Biomasseanlagen zu verzichten. Hierzu soll EE-Gas mit Biogas gleichgestellt werden, damit synthetisches Erdgas sinnvoll produziert und vermarktet werden kann. Anstatt Biomasse zu verfeuern, soll dazu übergegangen werden, dem konventionellen Erdgas zukünftig EE-Gas beizumischen. Um auch auf der Verbraucherseite verstärkt Anreize zu schaffen, soll der Anlagenbetreiber für die Menge CO2, die durch die Verfeuerung des EE-Gases entsteht, von der Verpflichtung befreit werden, CO2-Emmissionsrechte erwerben zu müssen.

[32] Dem bestehenden Wärmenetz fällt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Speicherung zu. Über entsprechende Rahmengesetzgebung muss dafür gesorgt werden, dass eine hohe Temperaturbandbreite zwischen Wärmeproduzent- und Abnehmer vereinbart wird, damit die Wärmenetze in den urbanen Zentren stärker als Energiespeicher eingesetzt werden können.

[33] 7. Potenzial für Energieeinsparung und Effizienzsteigerung nutzen

[34] Die Piratenpartei Deutschland fordert, dass die Programme von KfW und Energieagenturen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung grundlegend auf den Prüfstein gestellt werden. Die Maßnahmen müssen stärker auf die Bedürfnisse der Verbraucher ausgerichtet werden, aber auch besser mit finanziellen Mitteln ausgestattet und verstetigt werden.

[35] Die Programme zur energetischen Sanierung müssen stärker auf die individuelle Maximierung der Einsparpotentiale abzielen und die Energieberatungsangebote ausgeweitet werden.

[36] Die Piratenpartei Deutschland fordert eine Reform des Mietrechtes, um die energiesparende Sanierung von Gebäuden für Vermieter und Mieter gleichermaßen zu erleichtern. Damit Sanierungskosten nicht auf die Mieter abgewälzt werden, dürfen Mieterhöhungen aufgrund energetischer Sanierungen nur so hoch ausfallen, wie sie durch Einsparungen beim Energieverbrauch nachweislich zur finanziellen Entlastung führen. Vermieter sollen im Gegenzug vor Mietminderung im Fall von energetischen Sanierungsarbeiten geschützt werden.

[37] Die Potentiale für Energieeinsparung bei Verbrauchern sollen stärker erschlossen werden. Zu diesem Ziel soll die Politik bei elektrischen Geräten Effizienzkriterien und -Ziele vorgeben. Auf der Verbraucherseite muss es mehr Anreiz- und Förderprogramme für den Austausch von Energiefressern geben – gerade für Haushalte mit niedrigen Einkommen, da diese von dem Austauschen alter Geräte überproportional profitieren.

[38] Unternehmen sollen gemeinsam mit unabhängigen Experten und Branchenorganisationen Energieeinspar- und Nutzungskonzepte entwickeln, um den Verbrauch zu senken und Energie, insbesondere Wärme, stärker als bisher kaskadenartig zu nutzen.

Begründung

[39] Dieser Antrag leitet aus dem in der Berliner Landesarbeitgruppe Wirtschaft und Umwelt entwickelten Grundsatzprogrammantrag PA004 “Energiepolitische Grundsätze“ Positionen und Forderungen für das PIRATEN-Programm zur Bundestagswahl 2013 ab.

[40] Während der Grundsatzprgrammantrag in erster Linie der Definition von grundsätzlichen energiepolitischen Positionen (und damit der innerparteilichen Selbstvergewisserung) dienen soll und entsprechend allgemein bleibt, übersetzt der vorliegende Antrag diese Positionen in konkrete Forderungen – mit dem Ziel der leichten Vermittlung unserer Politikvorstellung gegenüber der Bevölkerung.

[41] Aus diesem Grund ist der Text möglichst verständlich aber dennoch hinreichend spezifisch gehalten und verzichtet dort, wo es möglich ist, auf Fachbegriffe und Wortneuschöpfungen.

[42] Aufgrund des modularen Aufbaus kann der vorliegende Antrag bis zur Bundestagswahl leicht um weitere Unterpunkte erweitert werden – z.B. zu Emmissionshandel, Energiesteuer(-n), Klimaziele, Bergrecht, etc.

> Der Bereich Klimaschutz wird in diesem Antrag ausgespart, da mit Initiative i4323 (“Klimawandel/Klimaschutz“) von Hanns-Jörg Rohwedder (Danebod) und René Heinig (Lordsnow) bereits ein Wahlprogrammodul zu diesem Unterthema existiert, welches den hier vorliegenden Text entsprechend ergänzen kann.

PA006 - Privatsphäre wahren, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung stärken

Wahlprogramm - Datenschutz LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme und Niels Lohmann

Zusammenfassung

Positionen und Forderungen der PIRATEN zum Kernthema Datenschutz - u.a. Stärkung der informationellen Selbstbestimmung, Umgang mit Meldedaten/Datenhandel, Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung, Privacy-by-Design/by-Default.

Antragstext

[1] *Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Datenschutz einzufügen:*

[2] **Privatsphäre wahren, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung stärken**

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen starken Datenschutz und das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung ein. Dies umfasst nicht nur die sparsame Erhebung, zweckgebundene Verarbeitung und Nutzung sowie die eingeschränkte Weitergabe von personenbezogenen Daten, sondern ebenso die Stärkung der Rechte des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung personenbezogener Daten zu bestimmen. Im Sinne des Prinzips der Informationssicherheit muss die Vertraulichkeit bei Übertragung und Zugriff sowie die Integrität der gespeicherten Daten gewährleistet sein.

[4] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die verdachtsunabhänge Durchleuchtung der Bürger und den gläsernen Kunden ab. Im digitalen Zeitalter liegen immer mehr personenbezogene informationen in elektronischer Form vor, werden automatisiert verarbeitet und verknüpft oder weitergegeben – auch über Ländergrenzen hinweg und zwischen den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereichen. Ohne Wissen der Betroffenen kann die wachsende Datenflut automatisiert zu Persönlichkeitsprofilen zusammengefügt und im schlimmsten Fall gegen sie verwendet werden – z.B. durch das so genannte Kreditscoring oder die Erstellung von Surf- und Bewegungsprofilen.

[5] Damit auch in der Informationsgesellschaft die Privatsphäre gewahrt bleibt, strebt die Piratenpartei Deutschland die Umsetzung der folgenden Maßnahmen an:

[6] **1. Informationelle Selbstbestimmung stärken, Medienkompetenz fördern**

[7] Damit die effektive Anwendbarkeit des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 2 I, 1 I GG auch in Zukunft sichergestellt ist, fordert die Piratenpartei ein Datenschutzrecht, welches das im internationalen Vergleich hohe deutsche Schutzniveau nicht nur erhält, sondern ausbaut – auch nach der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes.

[8] Der Gesetzgeber muss den Einzelnen in die Lage versetzen, sich den Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Informationsverknüpfungen im Internet bewusst zu werden und selbstbestimmt zu entscheiden, welche Daten er frei gibt – z.B. in sozialen Netzwerkdiensten oder über Treue- bzw. Bonusprogramme. Der Bürger muss sich darauf verlassen können, dass Behörden und Unternehmen in der dem Grundrecht gebührenden Art und Weise,

transparent und nachvollziebar mit den personenbezogenen Daten umgehen und, dass Verstöße und mangelnde Sorgfalt entsprechend sanktioniert werden.

[9] Der Einzelne muss einen durchsetzbaren und unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der eigenen personenbezogenen Daten haben und über ungewollte Datenabflüsse aus Unternehmen und Behörden unverzüglich und lückenlos informiert werden. Um das bestehende Auskunftsrecht zu einer Mitteilungspflicht weiterzuentwickeln, fordert die Piratenpartei die Einführung des Datenbriefes und die Verankerung desselben in den Bundesdatenschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Firmen, Behörden und Institutionen, die personenbezogene Daten verarbeiten, übermitteln oder speichern, sollen dazu verpflichtet werden, die betroffenen Personen jährlich mit einem Datenbrief über die Art, den Zweck und, im Fall von Behörden und mit staatlichen Aufgaben beliehenen Institutionen, die rechtliche Grundlage der Speicherung zu informieren. Die Weitergabe von Daten an Dritte soll kommuniziert und begründet werden.

[10] Um im Sinne der informationellen Selbstbestimmung eine echte Wahlfreiheit bei der Nutzung des Internets zu garantieren, müssen alle Produkte und Dienstleistungen, die für die Verarbeitung personenbezogener Daten vorgesehen oder geeignet sind, datenschutzfreundlich voreingestellt sein (Privacy-by-Default). Datenschutz soll darüber hinaus von Anfang an in die die Entwicklung neuer Kommunikations- und Informationstechniken eingebaut werden (Privacy-by-Design).

[11] 2. Datenschutzbehörden stärken

[12] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Stärkung der Selbstständigkeit und der Kontroll- bzw. Sanktionsbefugnisse der Bundes- und Landesbeauftragten für Datenschutz sowie des Bundesamtes für Informationssicherheit ein, um gegenüber staatlichen und nicht-öffentlichen Stellen die Durchsetzbarkeit der Individuellen Datenschutzrechte zu verbessern, Missbrauch von personenbezogenen Daten zu verhindern und Schutzmaßnahmen vor Verlust oder Manipulationen sicherzustellen.

[13] Zu diesem Ziel soll die völlige Unabhängigkeit der Kontrollstellen entsprechend der EU-Datenschutzrichtlinie und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) sichergestellt werden. Die Kontrollbehörden müssen entsprechend ihren Aufgaben ausgestattet werden, damit sie ihre Aufsichts- und Kontrollfunktion auch ausüben können.

[14] Für Unternehmen sowie öffentlichen Stellen fordert die Piratenpartei darüber hinaus rechtlich anerkannte freiwillige Datenschutz- und Datensicherheitsprüfungen (Audits) sowie Zertifizierungen durch die unabhängigen Behörden.

[15] 3. Verantwortungsvollen Umgang mit Meldedaten sicherstellen, Datenhandel eindämmen

[16] Die Piratenpartei fordert ein Melderecht, das der besonderen Sorgfaltspflicht des Staates gegenüber den zwangsweiese erhobenen Daten gerecht wird. Persönlichkeitsrechte müssen über den privatwirtschaftlichen Interessen von Unternehmen stehen.

[17] Die Meldegesetze sollen daher konsequent dahingehend überarbeitet werden, dass Meldedaten nicht ohne aktive Einwilligung der Bürger an der Erhebungsquelle (Opt-in) an Dritte weitergegeben werden – dazu gehören z.B. Unternehmen, Adresshändler, Verbände oder Parteien. Eine automatisierte Abfrage lehnen wir ab. Dies gilt neben Meldergisterauskünften auch für die Korrektur von Bestandsdaten.

[18] Die Verwendung personenbezogener Daten für Adresshandel, Werbezwecke oder Markt- bzw. Meinungsforschung darf nur mit Einwilligung der Betroffenen möglich sein. Daher fordert die Piratenpartei die ersatzlose Abschaffung des sogenannten Listenprivilegs, der zentralen Ausnahmeregelung im deutschen Datenschutzrecht für den Adresshandel. Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) muss entsprechend angepasst und um einem zwingenden Einwilligungsvorbehalt ergänzt werden.

[19] Die Weitergabe von Meldedaten an den Beitragsservice der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muss beendet und die im 15. Runkfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) enthaltene Klausel zur Durchleuchtung der „individuellen Lebenssachverhalte“ der Bürger ersatzlos gestrichen werden.

[20] 4. Verdachtsunabhängige Datenspeicherung verhindern

[21] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Vorratsdatenspeicherung (VDS) von Telekommunikations-Verbindungsdaten grundsätzlich ab. Zweck und Mittel dieser Überwachungsmaßnahme stehen aus Sicht der

PIRATEN nicht in einem ausgewogenen Verhältnis. Die anlaßlose Speicherung ist ein weiterer Schritt in Richtung schrankenloser Telekommunikationsüberwachung und stellt die Bevölkerung unter Generalverdacht.

[22] Das Bundesverfassungsgericht hat die deutschen Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung bereits im März 2010 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Auch wenn das Urteil einer möglichen Neuregelung enge Grenzen setzt, lässt sich aus Sicht der Piratenpartei keine Ausgestaltung der zu Grunde liegenden EU-Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie umschreiben, die eine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und der Europäischen Grundrechtecharta sicherstellen würde. Auch eine Einführung durch die Hintertür lehnen wir ab.

[23] Die Piratenpartei tritt daher dafür ein, die Pläne zur Vorratsdatenspeicherung abschliessend aufzugeben, die EU VDS-Richtlinie ersatzlos abzuschaffen und, im Sinne des Schutzes der Privatsphäre der Bürger, bis dahin möglicherweise anfallende Strafzahlungen seitens der EU-Kommission in Kauf zu nehmen. Das vor der Einführung der Vorratsdatenspeicherung bestehende Recht, die unverzügliche Löschung von Abrechnungsdaten zu verlangen, muss wieder eingeführt werden. Das Briefgeheimnis muss zum Schutz elektronischer Kommunikation zu einem allgemeinen Kommunikationsgeheimnis erweitert werden. Das Recht auf anonyme Bezahlung im Internet und auf anonyme Kommunikation muss verteidigt werden.

[24] Auch andere Formen der verdachtsunabhängigen Datenerfassung, wie z.B. die Hotelmeldepflicht oder das Nachfolgeprojekt des elektronischen Entgeltnachweis-Verfahrens ELENA, OMS (Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung), beurteilt die Piratenpartei kritisch.

[25] Die Piratenpartei lehnt die anlasslose Erfassung, Speicherung und den Abgleich biometrischer Daten aufgrund des hohen Missbrauchspotentials ab. Grundsätzlich soll die Erhebung biometrischer Merkmale freiwillig erfolgen und durch unabhängige Stellen kontrolliert und bewertet werden. Der Aufbau zentraler Biometriedatenbanken für polizeiliche Zwecke oder die Versicherungswirtschaft muss unterbleiben. Ausweis- und Passdokumente müssen auch ohne biometrische Merkmale gültig sein – auch im Ausland.

Begründung

[26] Datenschutz ist eines der Kernthemen der Piratenpartei Deutschland. Wir benötigen für die Bundestagswahl eine grundsätzliche Positionierung zu diesem Themenfeld, welche insbesondere § 7 (2) des Grundsatzprogramms der Piratenpartei in entsprechende Abschnitte für das Wahlprogramm übersetzt.

PA007 - Vorhang zu! Keine Haltung und Vorführung von Zirkustieren

Wahlprogramm - Tierschutz LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Vorschlag für einen Wahlprogrammpunkt zum Thema Zirkustiere, mit der Forderung Zirkustierhaltung konsequent zu untersagen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Tierschutz einzufügen:

[2] **Zirkustiere**

[3] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die Haltung, Dressur und Zurschaustellung von Tieren im Zirkus grundsätzlich ab. Aus Sicht der PIRATEN liegt kein vernünftiger Grund vor, der eine Einschränkung des Interesses der zur Schau gestellten Tiere an ihrer Unversehrtheit und ihrem Wohlbefinden rechtfertigt.

[4] Gerade in den oftmals als kleine Familienbetriebe von Ort zu Ort ziehenden Wanderzirkussen ist eine artgerechte Haltung im Sinne der spezifischen Bedürfnisse der Tiere nicht möglich. Die aus der Haltung in engen Käfigen und Gehegen, dem fortlaufenden Stress durch die permanente Verbringung von Ort zu Ort, der Dressur sowie der mehrmals täglichen Vorführung resultierenden Gesundheitsprobleme und Verhaltensstörungen sind mit dem Staatsziel Tierschutz im Sinne des § 20a GG nicht vereinbar.

[5] Wir fordern daher ein konsequentes und generelles Verbot der Zirkustierhaltung und eine entsprechende Anpassung des Tierschutzgesetzes (TierSchG) und der Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen (Leitlinie Zirkustiere), sowie eine Stärkung der Kontroll- und Eingriffsrechte der lokalen Ordnungs- und Veterinärbehörden.

Begründung

[6] Die Vorführung von Dressurtieren in humoristischen Darbietungen oder Exotentableaus ist mittlerweile ebenso unzeitgemäß wie die früher im Zirkus betriebene Zurschaustellung von nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechenden Menschen oder Menschen aus exotischen Ländern.

[7] Die Bundesländer haben sich im Bundesrat bereits mehrfach für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus ausgesprochen. Allerdings stellen sich die Bundesregierung und die Regierungsfraktionen im Bundestag bisher quer.

[8] Ein Antrag über ein Wildtierverbot im Zirkus wurde auf dem Landesparteitag NRW 2012.2 mit breiter Mehrheit angenommen (WP104) und die Ausweitung des Verbotes auf alle Zirkustiere diskutiert.

[9] Einem Verbot der Tierhaltung im Zirkus stehen aus Sicht des Antragstellers weder wirtschaftliche Gründe oder die Berufsfreiheit, noch der Zirkusbetrieb als schützenswertes Kulturgut entgegen:

- Der erfolgreiche Betrieb eines Zirkusbetriebes ist nicht an die Dressur und Zurschaustellung von Tieren gebunden – dies zeigt nicht nur die rückläufige Bedeutung der Tiernummern im Zirkusprogramm, sondern insbesondere der Erfolg von Zirkussen, die ganz auf Tiere verzichten.
- Das Grundrecht auf Berufsfreiheit wird nicht schrankenlos gewährt und das Staatsziel Tierschutz rechtfertigt eine Einschränkung.
- Die skandinavischen Länder haben gegenüber Deutschland wesentlich strengere Auflagen für die Haltung von Tieren im Zirkus und die Haltung bestimmter Tierarten ist dort bereits teilweise oder ganz verboten.

PA008 - Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichts durch neutralen Ethik- und Weltanschauungsunterricht

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bernd Vowinkel (Bvo) für die AG Humanistischer Laizismus

Zusammenfassung

Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichts durch neutralen Ethik- und Weltanschauungsunterrich an allen Schulen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Anschluss an den bereits vorhandenen Text des Grundsatzprogramms im Bereich Bildung:

[2] Die Bildungsinhalte haben auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen zu basieren und müssen von einem möglichst neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Dies beinhaltet vor allem eine sachliche Darstellung, die Ausgewogenheit der Standpunkte und eine kritische Quellenbewertung.

[3] folgenden Text anfügen:

[4] Aus diesen Gründen setzt sich die Piratenpartei das langfristige Ziel, den konfessionellen Religionsunterricht bundesweit, an allen Schulen, durch einen neutralen Ethik- und Weltanschauungsunterricht zu ersetzen. In diesem wissenschaftsbasierten Unterricht sollen auch die wichtigsten Weltreligionen und deren geschichtlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen behandelt werden.

Begründung

[5] Beim Bundesparteitag 2011.2 wurde mit großer Zustimmung ein Antrag zur Trennung von Staat und Religion in das Grundsatzprogramm aufgenommen. Es gilt nun, diese Grundposition auch im Bereich Bildung zu präzisieren und durchzusetzen.

[6] Religionsinhalte basieren in der Regel nicht auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen und sie sind auch nicht neutral. Insofern widerspricht der konfessionelle Religionsunterricht dem oben angegebenen Passus im Bereich Bildung des Grundsatzprogramms.

[7] Die Trennung von Kindern in Gruppen verschiedener Religionszugehörigkeit führt schon in einem frühen Alter zur Abgrenzung und Ausgrenzung. Ein allgemeiner Weltanschauungs- und Ethikunterricht ist dagegen in der Lage, das gegenseitige Verständnis zu fördern und damit die Integration von Zuwanderern zu erleichtern.

PA009 - Einführung bundesweiter Volksentscheide

Wahlprogramm - Demokratie LQFB LQFB 2 LQFB 3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay), Charlie Rutz (Piratefriend), Tim Weber

Zusammenfassung

Die Forderung nach Einführung bundesweiter Volksentscheide soll in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden. Sie basiert auf einem Gesetzentwurf von Mehr Demokratie e.V. (http://www.mehr-demokratie.de/gesetzentwurf.html).

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge die folgenden Eckpunkte zur Einführung bundesweiter Volksentscheide in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 befürworten. Diese sind weitgehend auch im entsprechenden Gesetzentwurf von Mehr Demokratie e.V. enthalten (http://www.mehr-demokratie.de/gesetzentwurf.html).

[2] Einführung eines dreistufigen Verfahrens bei Initiativen aus dem Volk

[3] 1. Volksinitiative:

[4] • 100.000 Stimmberechtigte unterschreiben in freier Sammlung für einen Gesetzentwurf oder eine Vorlage zu einem anderen Gegenstand der politischen Willensbildung (z.B. Handlungsaufforderung an die Bundesregierung).

[5] • Vertreter der Volksinitiative haben das Recht auf Anhörung im Bundestag, im Bundesrat und in deren Ausschüssen.

[6] • Lehnt der Bundestag die Volksinitiative ab, kann ein Volksbegehren eingeleitet werden.

[7] 2. Volksbegehren:

[8] • Halten die Bundesregierung oder 1/3 der Mitglieder des Bundestages das Volksbegehren für grundgesetzwidrig, können sie das Bundesverfassungsgericht anrufen.

[9] • Ein Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn es innerhalb von sechs Monaten mindestens eine Million, bei Grundgesetzänderungen mindestens zwei Millionen Stimmberechtigte unterzeichnet haben. Die Eintragung kann auf dem Amt und in freier Sammlung erfolgen.

[10] • Schutzwirkung (nicht bei Gesetzentwürfen): Ab 100.000 Unterschriften darf bis zum Abschluss des Verfahrens eine dem Volksbegehren entgegenstehende Entscheidung der Bundesorgane nicht mehr getroffen oder vollzogen werden (außer es bestanden vorher rechtliche Verpflichtungen hierzu).

[11] 3. Volksabstimmung:

[12] • Der Bundestag kann (ggf. mit Zustimmung des Bundesrates) eine eigene Vorlage beim Volksentscheid zur Abstimmung stellen.

[13] • Jeder Stimmberechtigte bekommt im Vorfeld eine Abstimmungsbroschüre mit den Stellungnahmen der Vertreter des Volksbegehrens sowie denen des Bundestages und Bundesrates.

[14] • Es entscheidet wie bei Wahlen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

[15] • Gesetze, die der Zustimmung der Länder bedürfen, kommen zustande, wenn zusätzlich die Zahl der Bundesratsstimmen jener Länder, in denen eine zustimmende Mehrheit im Volksentscheid erreicht wurde, der im Bundesrat erforderlichen Mehrheit entspricht (bei Grundgesetzänderungen: 2/3-Mehrheit).

[16] Fakultatives Referendum

[17] Hat ein Volksbegehren ein parlamentarisch zustande gekommenes, aber noch nicht gegengezeichnetes und vom Bundespräsidenten ausgefertigtes Gesetz zum Gegenstand, so ist es zustande gekommen, wenn es 500.000 Stimmberechtigte innerhalb von drei Monaten unterschreiben. Ein solches Gesetz kann nur vorbehaltlich einer Annahme in dem so beantragten Volksentscheid in Kraft treten.

[18] Obligatorisches Referendum

[19] Die Übertragung von Hoheitsrechten (auf die EU oder andere zwischenstaatliche Einrichtungen) sowie Grundgesetzänderungen bedürfen der Zustimmung durch einen Volksentscheid.

[20] Spendentransparenz

[21] Analog zum Parteiengesetz sollen Spenden oberhalb einer Bagatellgrenze, die zu Gunsten einer Initiative erfolgen, zeitnah offengelegt werden.

[22] Information

[23] Eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit über die Inhalte von Volksbegehren und Volksentscheiden ist zu gewährleisten. Vor dem Volksentscheid erhält jeder Stimmberechtigte eine Informationsbroschüre, in der die Initiative, der Bundestag und der Bundesrat ihre Auffassungen erläutern. Zur Förderung der öffentlichen Diskussion und zur Informierung der Öffentlichkeit im Vorfeld eines Volksentscheids erhält die Initiative eine staatliche Kostenerstattung.

Begründung

[24] Es ist längst Zeit, das Versprechen des Artikels 20 des Grundgesetzes auch auf Bundesebene zu erfüllen, wonach die Bürger die Staatsgewalt nicht nur in Wahlen, sondern auch in Abstimmungen ausüben. Die direkte Demokratie kann die Politik erheblich bereichern und die Politikverdrossenheit eindämmen. Der Verein Mehr Demokratie hat über viele Jahre hinweg einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der angemessene Hürden und praktisch bewährte Verfahrensregeln beinhaltet. Grundsätzlich sollen die Bürger das Recht erhalten, neue eigene Vorlagen in einem dreistufigen Verfahren bis zur Volksabstimmung zu bringen (Recht auf Gesetzesinitiative).

[25] Darüber hinaus soll es die Möglichkeit geben, Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, noch zu stoppen, bevor sie in Kraft treten (Fakultatives Referendum). Schließlich sollen Volksabstimmungen bei der Abgabe von Hoheitsrechten und bei Grundgesetzänderungen automatisch vorgesehen sein (Obligatorisches Referendum). Diese drei Varianten, zu einer Volksabstimmung zu kommen, werden in der Schweiz seit vielen Jahren mit großem Erfolg angewandt. Die beschriebenen Unterschriftenzahlen, Fristen und Eintragungsmöglichkeiten orientieren sich an bewährten Hürden im In- und Ausland. Sie reduzieren die Anzahl zu behandelnder Vorlagen auf ein Maß, das eine angemessene öffentliche Diskussion erlaubt.

[26] In diesem Sinne ist auch das Recht auf Anhörung der Initiative im Parlament zu sehen. Die Schutzwirkung soll verhindern, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor eine Volksabstimmung stattfinden kann. Die Möglichkeit, sich online per elektronischer Unterschrift einzutragen, ist inbegriffen. Dabei gilt anders als in der Schweiz, die kein Verfassungsgericht kennt, ein Recht auf präventive Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht: Es kann noch vor Durchführung eines Volksbegehrens richterlich festgestellt werden, ob eine Vorlage mit dem Grundgesetz in Einklang steht. Nur bei positivem Ergebnis kann das Verfahren weiter beschritten werden. Als Mehrheitserfordernis soll wie bei Wahlen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden. Diese Regelung gibt es auch bereits in mehreren Bundesländern.

[27] Um den bei Verfassungsfragen nötigen größeren Konsens auszudrücken, sollen für Initiativen zur Änderung des Grundgesetzes zum einen beim Volksbegehren doppelt so viele Unterschriften erforderlich sein als bei einfachen Gesetzen. Zum anderen muss eine Zweidrittelmehrheit der Bundesländer (gemessen an den jeweiligen Bundesratsstimmen) beim Volksentscheid erreicht werden. Um eine größere Auswahl zu ermöglichen, kann

das Parlament eine konkurrierende Vorlage mit zur Abstimmung stellen. Alle Stimmberechtigten sollen eine ausgewogene Information über die Abstimmungsvorlagen erhalten. Eine Vorschrift zur Spendentransparenz soll die Öffentlichkeit über Akteure informieren, die bestimmte Initiativen unterstützen.

PA010 - Globales Handeln

Grundsatzprogramm - Internationale Beziehungen LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Markus Hoffmann für die http://wiki.piratenpartei.de/AG Friedenspolitik und Alfred Horn

Zusammenfassung

Leitmotiv ist das Engagement für Menschenrechte und eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir treten weltweit für die Förderung der Zivilgesellschaft und die Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgender Antrag im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle eingefügt wird.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in 8 Modulen (gekennzeichnet jeweils durch arabische Ziffern in Klammern) unter der Überschrift „Globales Handeln“ zur Abstimmung gestellt werden:

Globales Handeln

[3] (0) Leitmotiv des globalen Handelns derPiratenpartei istdas Engagement für Menschenrechte und eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.Wir treten weltweit für die Förderung der Zivilgesellschaft und die Lösung von Konflikten mit friedlichen Mitteln ein.

[4] (1) National wieinternational sind wir für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung undunterstützen alle, die mehr Demokratie wagen - Staaten, Völker undeinzelne Menschen. Als Teil einer transnationalen Bewegung streben wireinen gerechten, weltweiten Interessen-Ausgleich an.

[5] (2) Wir fördern eine freiwillige Einbindung aller Völker und Menschen ineine globale Gemeinschaft gemäß der UN-Menschenrechtskonvention. Dies erfordert die Reform und Demokratisierung internationaler undtransnationaler Organisationen und die Unterstützung vongleichberechtigter Teilhabe jedes Individuums.

[6] (3) Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig. Jeder Mensch hat überall und jederzeit Anspruchauf Achtung seiner international anerkannten Menschenrechte -einschließlich seiner materiellen Grundbedürfnisse.

[7] (4) Viele wirtschaftspolitische Absprachen dienen nicht der Fairness, sondern sichern einmal erworbene Vorteile ab. Dies geschieht vielfach zum Nachteil ökonomisch schlechter gestellter Menschen weltweit. Deshalb setzen wir uns international für die autonome Entwicklung von Partnern auf Augenhöhe und für eine faire internationale Handelsordnung ein.

[8] (5) International ist Transparenz in Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat grundsätzlich das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, außer solchen, die höherwertige Rechte verletzen, wie etwa Persönlichkeitsrechte und Datenschutz. In diesen Fällen müssen gesonderte Lösungen gefunden werden.

[9] (6) Die Teilhabe am digitalen Leben in der werdenden transnationalen Gesellschaft ist ein zentrales Gut. Piraten sind für freien internationalen Wissensaustausch; diesem dürfen z.B. Urheberrecht, Sortenschutz und Patentrechte nicht entgegenstehen. Einerseits muss die Verfügbarkeitdes Wissens für die Menschheit, andererseits eine angemesseneBelohnung der Arbeit der Erfinder, Künstler und Publizisten gewährleistet sein. Traditionelle agri-kulturelle und medizinische Verfahren und Produkte indigener Völker dürfen keinesfalls von kommerziellen Unternehmen patentiertund exklusiv vertrieben werden.

[10] (7) Wir Piratensetzen uns für zivile Konfliktlösungen ein und wollen die Friedens-und Konfliktforschung stärker fördern. Wir unterstützen das Konzept vonunbewaffneter, ziviler Krisenprävention.

Begründung

[11] Eine Positionierung auf dem Feld der internationalen Politik wird nicht nur von Wählern, Medien und anderen Parteien zunehmend erwartet. Auch für uns Piraten selbst ist eine programmatische Richtung in diesem Bereich wichtig, damit wir uns frühzeitig eine Basis für den kommenden Bundestagswahlkampf schaffen können. Die genannten Punkte sind kurz und gleichzeitig vielfältig und sollen auch als Grundlage für ein ausführlicheres Wahlprogramm dienen.

[12] Der Inhalt des Antrags umfasst die allgemeinen Menschenrechte ebenso wie eine gerechtere Handelsordnung, Bürgerbeteiligung sowie Transparenz bei Verhandlungen, einen freien internationalen Wissensaustausch und eine zivile Krisenprävention.

[13] Weitere Argumente für den Antrag werden je nach Kapazität gelegentlich im Pad eingefügt.

Anmerkungen:

[14] Die Grundsätze basieren auf einem Text der AG Außenpolitik, der bei mehreren Sitzungen ab dem 16. Mai 2012 erarbeitet und bei einer Gruppensitzung während der Potsdamer Konferenz nochmals überarbeitet wurde. Die daraus entstandenen 6 Punkte wurden bei einem Treffen der AG Friedenspolitik um einen 7. Punkt erweitert und teilweise umformuliert; in dem Bemühen, breit konsensfähige Formulierungen zu finden und zugleich eine-über klassische Aussenpolitik hinausweisende - Perspektiveder Piraten deutlich zu machen.

[15] Bei den beiden letzten Mumble-Sitzungen der AG Außenpolitik stand der Text in der jeweils aktuell überarbeiteten Version ebenfalls auf der Tagesordnung. Am 13. 8., einem bei einer Sitzung der AG Außenpolitik vereinbarten Termin, gab es eine Sitzung mit Mitgliedern der AGs Entwicklungspolitik, Außenpolitik und Friedenspolitik. Das Konsens-Ergebnis dieser Sitzung (zu sehen im Protokoll) wurde von der UG Verteidigung der AG Außenpolitik, von der AG Entwicklungspolitik und der AG Friedenspolitik weiter bei AG-Sitzungen besprochen.

[16] Auf Anregung der AG Entwicklungspolitik wurde der letzte Satz bei Punkt 6 eingebracht. Leichte sprachliche Änderungen entstanden teilweise in direkter Absprache von den Beauftragten der AGs Friedenspolitik und Entwicklungspolitik (Alfred Horn und Markus Hoffmann).

[17] Die Idee der Präambel kam von der AG Entwicklungspolitik und wurde leicht verändert von allen Unterzeichnern übernommen.

[18] Bei der Sitzung der AG Entwicklungspolitik am 29. 8. 2012 wurde der Titel "Globales Handeln" beschlossen und die Initiative mit dem vorliegenden Text abgesegnet. In den mumble Sitzungen am 18. und 24. 10. hat sich die Mehrheit der AG Entwicklungspolitik dazu entschlossen, diesmal nur Anträge zur Entwicklungszusammenarbeit im Namen der AG Entwickungspolitik einzubringen. Damit ist der Text dieser Initiative von der AG Friedenspolitik offiziell abgesegnet und unterstützt.

[19] Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte

PA011 - Streichung des Blasphemieparagraphen

Wahlprogramm - Staat und Religion LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bvo für die AG Humanistischer Laizismus

Zusammenfassung

Streichung des §166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen)

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm, Bereich Staat und Religion, aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die ersatzlose Streichung des §166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen).

Begründung

[3] Mit Paragraph §166 StGB werden die Religionen unter einen besonderen Schutz gestellt. Er schränkt das Menschenrecht der Meinungs- und Pressefreiheit in Bezug auf Aussagen über Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen ein. In der Praxis kann das Gesetz zu einer Einschränkung künstlerischer Arbeit führen. In anderen Ländern wird Blasphemie zum Teil schwer bestraft bis hin zur Todesstrafe (z.B. Iran, Saudi-Arabien, Pakistan, Afghanistan). Unser Land sollte da mit gutem Beispiel vorangehen und das Verbot der Blasphemie abschaffen.

[4] Die Religionsfreiheit nach §4 GG bliebe bei einer Streichung des Paragraphen völlig unberührt.

[5] Auszug aus Wikipedia zum Thema: Nach § 48 der Stellungnahme aus dem Jahr 2011 des Menschenrechtskomitees der Vereinten Nationen, dem Gremium aus achtzehn unabhängigen Experten, die damit beauftragt wurden, Beschwerden hinsichtlich des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte zu bewerten, „sind Verbote von Darstellungen mangelnden Respekts vor einer Religion oder anderen Glaubenssystemen, einschließlich Blasphemiegesetzen, mit dem Vertrag inkompatibel, außer in den bestimmten Umständen, wie sie in Art. 20, Absatz 2 des Vertrags vorausgesehen sind.“ Der Art. 20 Abs. 2 ruft Staaten dazu auf, Folgendes zu verbieten: „Die Verfechtung nationalen, rassistischen oder religiösen Hasses, welche zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anstiftet.“ Der Kommentar verlangt mit Bedacht, dass keine Restriktion die Garantien des Abkommens auf Gleichberechtigung vor dem Gesetz (Art. 26) und der Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion (Art. 18) verletzen darf. Gesetze, die Blasphemie einschränken, sind als solche somit mit den allgemeinen Menschenrechtsstandards inkompatibel.

[6] Gegen dieses Menschenrecht wird jedoch in vielen Staaten verstoßen. So gilt Gotteslästerung in vielen Religionen als schweres religiöses Vergehen, wenn es die eigene Religion betrifft.

PA012 - Streichung von Gottesbezügen in den Verfassungen des Bundes und der Länder

Wahlprogramm - Staat und Religion LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bvo für die AG Humanistischer Laizismus

Zusammenfassung

Streichung von Gottesbezügen in den Verfassungen des Bundes und der Länder

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm, Bereich Staat und Religion, aufzunehmen:

[2] Um die staatliche Neutralität gegenüber Gläubigen verschiedener Religionen und Nichtgläubigen herzustellen, fordert die Piratenpartei die Streichung jeglicher Gottesbezüge in den Verfassungen des Bundes und der Bundesländer.

Begründung

[3] Beim Bundesparteitag 2011.2 in Offenbach wurde die Trennung von Staat und Religion in das Grundsatzprogramm der Partei aufgenommen. Eine aus der Trennung resultierende Neutralität des Staates fordert zwingend den Verzicht auf einen religiösen Verweis als Rechtsquelle einer Verfassung. Ein Gottesbezug stellt letztlich die Menschenrechte als Basis der Verfassung an zweite Stelle hinter die Religion. Weiterhin beinhaltet jeder Gottesbezug eine Diskriminierung der stetig wachsenden Minderheit der Nichtgläubigen (derzeit etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung).

[4] Das häufig vorgebrachte Argument, dass unsere Grundwerte auf dem Christentum basieren, ist völlig falsch. Werte wie z.B. Gleichheit, Freiheit (Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Kunst), Demokratie, Rechtsstaat, Aufhebung der Sklaverei, Frauenemanzipation, Folterverbot und Tierrechte sind gegen den erbitterten Widerstand der christlichen Kirchen und kirchennaher Kreise durchgesetzt worden. Sie sind dagegen vielmehr Ergebnis der Aufklärung und der französischen Revolution. Psychologische Untersuchungen haben gezeigt, dass Gläubige auch nicht mehr Nächstenliebe als Nichtgläubige entwickeln.

[5] Beispiele von Gottesbezügen in deutschen Verfassungen

[6] Bundesrepublik Deutschland: Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat sich das Deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben.

[7] Bayern: Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, ... gibt sich das Bayerische Volk ... nachstehende ... Verfassung.

[8] NRW: In Verantwortung vor Gott und den Menschen, verbunden mit allen Deutschen, erfüllt von dem Willen, die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu

dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen, haben sich die Männer und Frauen des Landes Nordrhein-Westfalen diese Verfassung gegeben:

[9] Baden-Württemberg: Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, dem Frieden zu dienen, …

PA013 - Entfernung von religiösen Symbolen

Wahlprogramm - Staat und Religion

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bvo

Zusammenfassung

Entfernung von religiösen Symbolen aus öffentlichen Einrichtungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei fordert die Entfernung von religiösen Symbolen aus staatlichen und überwiegend staatlich finanzierten, öffentlichen Einrichtungen.

Begründung

[3] Beim BPT 2011.2 wurde die Trennung von Staat und Religion in das Grundsatzprogramm der Partei aufgenommen. Die Zurschaustellung von religiösen Symbolen in öffentlichen staatlichen Einrichtungen verstößt gegen diesen Grundsatz. Daneben stellt die öffentliche Präsentation des Kreuzes der Christen eine Verhöhnung der mehr als 100 Millionen Toten (siehe Karlheinz Deschner „Die Kriminalgeschichte des Christentums“) dar, die im Zeichen des Kreuzes ermordet wurden.

PA014 - Schutz vor Verkehrs- und Industrielärmemissionen

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Suckow und Jan Hemme

Zusammenfassung

Vorschläge für Wahlprogrammpunkte zum Thema Lärmschutz (Programmbereich Umweltpolitik)

Antragstext

[1] *Es wird beantragt gegebenenfalls modular darüber abzustimmen, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 (an geeigneter Stelle im Themenfeld Umwelt) folgendes zum Thema Lärmemissionen einzufügen:*

[2] Modul 1

[3] **Schutz vor Verkehrs- und Industrielärmemissionen**

[4] Die Piratenpartei Deutschland erkennt Lärm als eine der größten Umweltbelastungen und als ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko an. Das Recht der Bevölkerung auf Schutz vor Lärm ist Teil des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit. Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz vor Verkehrs- und Industrielärm unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Aktiver Schutz (Vermeidung von Lärm an der Quelle) ist dem passivem Schutz (am Wirkungsort) vorzuziehen.

[5] Das Bauplanungsrecht soll so verändert werden, dass von unabhängigen Gutachtern erstellte Lärmprognosen verpflichtender Teil des Genehmigungsverfahrens von Industrie- und Verkehrsinfrastrukturprojekten werden. Lärmemissionen sind in ihrer Wirkung unter Berücksichtigung aller Gesundheitskosten gesamtheitlich zu betrachten und wirtschaftliche Chancen den gesundheitlichen Risiken gegenüberzustellen.

[6] **1. Industrie- und Verkehrslärm durch Kartierung auf OpenData-Basis erfassen**

[7] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Kartierung von Straßen-, Bahn-, Flug- und Industrielärmemissionen ein – unter Nutzung aller verfügbarer Daten, unabhängig von Mindestbelastungs-Grenzwerten. Die on- und offline Darstellung der Emissionsbelastung muss bundesweit einheitlich erfolgen. Lärmquellen sind entsprechend zu kennzeichnen. Alle vorhandenen Daten sollen nach dem OpenData-Prinzip transparent und maschinenlesbar im Internet veröffentlicht werden, um eine dynamische, idealerweise webbasierte Darstellung der Einzel- und Gesamtbelastungen zu ermöglichen. Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, ihre individuelle Belastungen schnell und unkompliziert zu erfahren .Lärmemissionsberechnungen sollen auf Antrag Betroffener durch Messungen validiert werden.

[8] Die Piraten unterstützen die Einführung eines Lärmlabels. Mit Hilfe eines solchen Zertifizierungsinstrumentes, das interdisziplinär-wissenschaftlich erarbeitet werden muss, sollen Lärmquellen aller Art einfach und bürgerfreundlich gekennzeichnet werden können.

[9] **2. Belastungen durch den Flugverkehr minimieren**

[10] Die Piratenpartei Deutschland fordert, dass Belastungen durch den Betrieb von Flughäfen und Fluglandeplätzen so gering wie möglich gehalten werden. Ihr Betrieb verursacht erhebliche, weit über den Flughafenbereich hinausgehende, Lärm- und Feinstaubemissionen und stellt, bei allen Vorteilen für Wirtschaftsentwicklung und

Mobilität, eine erhebliche Belastung für die Gesundheit der im Umfeld lebenden Menschen sowie der Umwelt dar.

[11] Betriebskonzepte sollen so optimiert werden, das die Anzahl der betroffenen Anwohner so klein wie möglich ausfällt. Die aktuell gängige Praxis von Politik, Planungsbehörden und Flughafenbetreibern, die Belastungen durch Fluglärm breit zu streuen, um den Anspruch auf Schutzmaßnahmen so gering wie möglich zu halten, muss beendet werden.

[12] Die Bedingungen für den zivilen Flugbetrieb gelten für den militärischen Flugbetrieb entsprechend.

[13] 3. Belastungen durch den Schienenverkehr senken

[14] Die Piratenpartei Deutschland fordert ein bundesweites Programm zum "Schutz vor Schienenlärm", um eine deutliche Absenkung der Lärmpegel zu erreichen. Ziel dieses Programms soll die Verringerung der Lärmbelastung durch flächendeckende Modernisierung der Schienen- und Wagensysteme sein. Bis zur Umsetzung sind auf nicht modernisierten Strecken Fahrgeschwindigkeiten und Tonnage in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr zu reduzieren. Es soll ein Stichtag definiert werden, ab dem veraltete Wagentechnik nicht mehr eingesetzt werden darf.

[15] Die Piratenpartei setzt sich für die sofortige Abschaffung des sogenannten Schienenbonus ein – durch den der relevante Beurteilungspegel beim Schienenverkehr fünf Dezibel niedriger angesetzt wird als beim Straßenverkehr.

[16] 4. Belastungen durch den Autoverkehr vermeiden

[17] Die Piratenpartei Deutschland misst dem Schutz vor Straßenlärm eine besondere Bedeutung zu, da Lärmemissionen durch den Straßenverkehr nahezu flächendeckend vorhanden sind.

[18] Die Piratenpartei fordert, dass bei Neubau, Umbau, Sanierung oder Nutzungsänderung von Straßen ein Recht auf Schutz vor Straßenlärm entsteht. Das Recht auf Schallschutz soll auch dann entstehen, wenn die durchschnittliche Lärmemission um drei Dezibel steigt.

[19] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, Lärmemissionen durch Straßenlärm vorrangig durch aktiven Schallschutz zu vermindern – durch Instrumente wie intelligente Leitsysteme, Entwicklung, Förderung und Einsatz geräuscharmer Fahrzeuge und Fahrbahnbeläge, zeitliche Beschränkung von Geschwindigkeiten, Park/Ride Systeme und Ortsumfahrungen.

[20] Zum Schutz vor nächtlichem Straßenlärm sollen im Bereich geschlossener Ortschaften und besiedelter Gebiete in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten insbesondere für Lastkraftwagen abgesenkt werden.

[21] '**Modul 2, Ergänzung Nachtflugverbot:**

[22] Modul 2a:

[23] Nachtflugverbot ist aktiver Schallschutz. Daher fordert die Piratenpartei Deutschland ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr für Flughäfen in besiedelten Gebieten.

[24] Modul 2b:

[25] Nachtflugverbot ist aktiver Schallschutz. Daher fordert die Piratenpartei Deutschland ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr für Flughäfen in stark besiedelten Gebieten.

[26] Modul 2c:

[27] Nachtflugverbot ist aktiver Schallschutz. Daher fordert die Piratenpartei Deutschland eine bundeseinheitliche Regelung zum Nachtflugverbot.

Begründung

[28] Bei der Bewertung der Belastung durch Lärm soll die gesamtgesellschaftliche Belastung elementarer Bestandteil werden. Dazu zählen z.B. Beeinträchtigungen im Bereich Gesundheit, Bildung, Lebensqualität und Werterhalt.

[29] Emissionsschutz ist, gerade in dicht besiedelten Gebieten ein zunehmend wichtiger Teil der Umwelt-, Gesundheits- und Verkehrspolitik. Schutz vor Verkehrslärm spielt eine immer wichtigere Rolle in der Bevölkerung – dies haben in den letzten Jahren nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um große Infrastruktur-Projekte gezeigt. Als Beispiele seien hier die Flughäfen Berlin-Brandenburg, München und Frankfurt, die Autobahn A100 in Berlin oder die Diskussion um Stuttgart21 und den Zustand der Bahnverbindung Berlin-Frankfurt/Oder genannt.

[30] Die Piratenpartei benötigt zur Bundestagswahl Antworten auf die drängensten Fragen aus diesem Bereich. Daher werden in diesem Wahlprogrammantrag die wichtigsten Probleme kurz angerissen und konkrete Forderungen und Lösungsansätze skizziert.

[31] Es ist notwendig abzuwägen, wieviel unserer Gesellschaft Mobilität wert ist.

PA015 - Sterbehilfe

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bvo für die AG Humanistischer Laizismus

Zusammenfassung

Eine pragmatische Regelung soll den assistierten Suizid und die aktive Sterbehilfe straffrei stellen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text für das Wahlprogramm im Bereich Gesundheitspolitik modular beschliessen:

[2] Präambel:

[3] Die Piratenpartei fordert eine pragmatische, rationale Regelung der Sterbehilfe. Ethische Grundlage einer solchen Regelung muss das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen sein.

[4] Modul 1: assistierter Suizid

[5] Die Entscheidung über einen ärztlich assistierten Suizid soll dem Interesse und dem Willen der Betroffenen entsprechen, sofern sie unabhängig beraten wurden und ihre Wünsche rational artikulieren können. Die Verordnung entsprechender Wirkstoffe von Ärzten soll straffrei sein. Dabei muss sichergestellt sein, dass sie nicht an Dritte weitergegeben werden oder missbräuchlich genutzt werden können.

[6] Modul 2: aktive Sterbehilfe

[7] Ist ein Patient physisch oder psychisch nicht mehr in der Lage, die entscheidende Handlung zu einem assistierten Suizid vorzunehmen, so soll ihm auf seine ausdrückliche Anweisung hin (ggf. gemäß Verfügung), ein entsprechendes Mittel straffrei verabreicht werden können.

Begründung

[8] Die derzeitige gesetzliche Regelung in Deutschland stellt einen assistierten Suizid straffrei. In der Praxis kommt der aber kaum zur Anwendung, weil sich Ärzte strafbar machen, wenn sie entsprechende Mittel verordnen (Verstoss gegen das Arzneimittelgesetz). Als Ausweg für viele Betroffene (etwa 1000 pro Jahr) bleibt meist nur ein grausamer Suizid, wie z.B. sich vor einen ICE zu werfen.

[9] Aktive Sterbehilfe ist in Deutschland strafbar. Die passive Sterbehilfe (das Einstellen lebensverlängernder Massnahmen) kommt in diesem Antrag nicht zur Sprache, weil sie in Deutschland straffrei gestellt ist.

[10] Es ist selbstverständlich, dass Patienten, die an schweren psychischen oder körperlichen Krankheiten leiden, alle erdenkliche Hilfe gewährt werden muß. Wenn aber offensichtlich ist, dass das Leid nicht dauerhaft vermindert werden kann, sollte Sterbehilfe erlaubt sein, unter der Voraussetzung (wie im Antrag formuliert), dass der Patient seinen diesbezüglichen Willen klar zum Ausdruck gebracht hat. Patienten, die nicht mehr leben möchten, grundsätzlich die Urteilskraft abzusprechen, ist eine überhebliche und letztlich menschenverachtende Einstellung.

[11] Dass die Praxis einer erweiterten Sterbehilfe, so wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht zu erheblichen Problemen führt, zeigen die Beispiele der Niederlande und der Schweiz. Dort gibt es klare gesetzliche Regelungen. Sie führen mittlerweile zu einem Sterbetourismus aus Deutschland in diese Länder.

[12] Bereits die Existenz einer sinnvollen gesetzlichen Regelung der Sterbehilfe kann die Lebensqualität steigern, weil viele Menschen dadurch keinen Horror mehr vor einem unerträglichem Leid am Ende ihres Lebens haben müssen.

PA016 - Das Solidarische Grundeinkommen (SGE), plus Wohnkostenpauschale (WKP) und Bürgerversicherung (BV)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Johannes Israel

Zusammenfassung

Antrag: Der Bundesparteitag möge diskutieren und beschließen in das Wahlprogramm zur Wahl des Bundestages 2013 das hier konkret vorgestellte Positionspapier Solidarisches Grundeinkommen an geeigneter Stelle aufzunehmen.

Antragstext

[1] Dieses Modell ist keine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland, sondern ein Vorschlag zur Diskussion der Autoren: Frank Mai-Pirat BE, Johannes Israel-Pirat BE, Kaspar Heinrich P., Karl-Heinz Müller Prämissen/Begründung

[2] Das Leben, die Gesundheit und die Würde jedes Menschen steht an erster Stelle!

[3] Spätestens seit dem Offenbacher Bundesparteitag 2011/2 ist das „Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)“ Programm der Piratenpartei Deutschland. Mit dem vorliegenden Modellentwurf wollen wir einen gangbaren Weg aufzeigen, der folgende Ziele erfüllt:

[4] Ein existenzsicherndes Grundeinkommen mit individuellem Rechtsanspruch, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Gegenleistung oder Arbeitspflicht und ohne Anrechnung von eigenem Einkommen

[5] Beseitigung der Mängel in den jetzigen Steuer- und Sozialsystemen Finden einer gesunde Balance zwischen Arbeitsanreize erhalten und dennoch keinen faktischen Arbeitszwang einführen Einfaches und gerechtes Steuersystem, welches keinerlei Einkommensart bevorzugt Ausschluss von Armut, speziell Kinderarmut und im Alter Leistungsfähiges Gesundheitswesen Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle und mehr Teilzeitarbeit

[6] Direkt einführbares System ohne Umstürze unter Berücksichtigung bisher erworbener Ansprüche, bspw. aus RV und ALV Wir sehen die Piratenpartei als eine sozialliberale Bürgerrechtspartei, deren Ziel es sein muss, jedem die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu ermöglichen. Ein Grundeinkommen vereinfacht gesellschaftliches Engagement, Berufswahl gemäß Neigung und fördert Kultur, Gleichberechtigung und gerechtere Verteilung der Arbeit durch zu erwartende höhere Nutzung von Teilzeitbeschäftigung. Zudem festigt ein für alle Bürger garantiertes Grundeinkommen die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte:

[7] Die Würde des Menschen (Artikel 1.1) Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2.1) Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2.1) Die Chancengleichheit für Kinder (Artikel 6.5) Das Recht auf freie Berufswahl (Artikel 12.1) und Schutz vor Arbeitszwang (Artikel 12.2 und 12.3).

[8] Für die Piraten sind die Grundrechte (Artikel 1-19) unantastbar. Ein Staat der seine soziale Pflicht (Artikel 20.1) ernst nimmt, muss die Wahrung dieser Grundrechte gewährleisten. Bruttokosten für das solidarische Grundeinkommen, die Wohnkostenpauschale und die Bürgerversicherung (SGE-ZIEL)

[9] Soli. Grundeinkommen: 68,25 Mio. Personen 520 € Personen/Monat 425,9 Mrd.€/ Jahr

[10] SGE für Personen bis 17 Jahre: 13,97 Mio. Personen 520 € PersonenMonat 87,2 Mrd.€/ Jahr

[11] Wohnkostenpauschale: 40,18 Mio. Wohnungen 360 € Wohnung/Monat 173,6 Mrd.€/ Jahr

[12] Bürgerversicherung: Steuerfinanzierter Anteil 100% 217,1 Mrd.€/ Jahr

[13] Bruttogesamtkosten bei SGE – Ziel 903,6 Mrd.€/ Jahr Bruttokosten für das solidarische Grundeinkommen, die Wohnkostenpauschale und die Bürgerversicherung (SGE-Start)

[14] Soli. Grundeinkommen:

[15] 68,25 Mio. Personen 500 € Personen/Monat 409,5 Mrd. €/ Jahr

[16] SGE für Personen bis 17 Jahre: 13,97 Mio. Personen 500 € Personen/Monat 83,8 Mrd. €/Jahr

[17] Wohnkostenpauschale: 40,18 Mio. Wohnungen 300 € Wohnung/Monat 144,6 Mrd.€/Jahr

[18] Bürgerversicherung (1: Steuerfinanzierter Anteil 50% 108,5 Mrd. €/Jahr

[19] Bruttogesamtkosten bei SGE – Start (2 746,5 Mrd. €/Jahr Daten 2008

[20] (1 Die Bürgerversicherung wird in einem Übergangszeitraum, teilweise noch mit Beiträgen der Versicherten finanziert (rund 108,5 Mrd.€). (2 Da nicht alle Reformen sofort umgesetzt werden können, wird zunächst von einem SGE in Höhe von mindestens 500 € und einer WKP in Höhe 300 € ausgegangen. Finanzierung des solidarischen Grundeinkommen, der Wohnkostenpauschale und der Bürgerversicherung

[21] Im reformierten Steuersystem beträgt der Steuersatz auf alle privaten Einkommen 50%.

[22] In den Berechnungen wird zunächst ein Steuersatz von 48% angenommen, da nicht alle steuerlichen Freibeträge bzw. Abschreibungsmöglichkeiten sofort abgeschafft werden können.

[23] Der Steuersatz auf die Gewinne der Unternehmen beträgt 35%, sofern diese im Unternehmen in Deutschland reinvestiert werden. Wird der Gewinn für private Zwecke entnommen oder ins Ausland verlagert, beträgt der Steuersatz ebenfalls 50%.

[24] Der geringere Steuersatz auf Unternehmensgewinne hat mehrere Gründe:

[25] der Internationale Steuerwettbewerb. Es ist einfach unrealistisch in Deutschland als einziges Land in Europa einen Steuersatz von 50% auf Unternehmensgewinne zu erheben. Der Steuersatz beträgt in Deutschland zurzeit unter 30%. Der veranschlagte Steuersatz von 35% liegt im Bereich des Jahres 2007. Ein wesentlich höherer Steuersatz lässt sich wohl nur EU- weit umsetzen. werden nur die Gewinne, die im Unternehmen verbleiben bzw. wieder reinvestiert werden, mit 35% besteuert. Für entnommene Gewinne, die ja dann zu privaten Einkommen werden, sind ebenfalls 50% Steuern zu zahlen. verbleibt mehr Geld in den Unternehmen, sind diese eher in der Lage ihre Fremdkapitalquote zu senken (Schulden abzubauen) und so unabhängiger von den Banken zu werden. werden die Arbeitgeberbeiträge dem Arbeitnehmerbruttoeinkommen zugerechnet und so dem Zugriff der Unternehmen entzogen (über 200 Mrd. €). sollen alle Subventionen, von denen hauptsächlich die Unternehmen profitieren, abgeschafft werden, dadurch reduzieren sich ohnehin die Gewinne der Unternehmen.

[26] Finanzbedarf für SGE, WKP und Bürgerversicherung (50%) 746,3 Mrd.€

[27] Finanzbedarf für weitere öffentliche Ausgaben (Steuereinnahmen in Höhe von 561,2 Mrd. €, minus Kürzungen in Höhe von 197 Mrd.€) 364,2 Mrd. €

[28] Finanzbedarf zur Vermeidung von Neuverschuldung 26 Mrd. €

[29] Finanzbedarf GESAMT 1.136,5 Mrd. €

[30] Einkommenssteuereinnahmen 845,4 Mrd. €

[31] Indirekte Steuern * 286,5 Mrd. € Steuereinnahmen GESAMT 1.131,9 Mrd. € Differenz Steuereinnahmen – Finanzbedarf -4,6 Mrd. € Zusätzliche Steuereinnahmen 20,0 Mrd.€

[32] GESAMT(Restbetrag) 15,4 Mrd. €

[33] Das Volkseinkommen betrug im Jahr 2008 rund 1.842 Mrd. €, davon: Unternehmensgewinne 172,3 Mrd. € Steuersatz 35% 60,3 Mrd. €

[34] Vermögenseinkommen 446,6 Mrd. € Steuersatz 48% 214,3 Mrd. €

[35] Arbeitnehmerentgelte 1.223,4 Mrd. € davon: Bruttolöhne und -gehälter 994,5 Mrd. € Steuersatz 48% 477,4 Mrd. €

[36] Sozialbeiträge der Arbeitgeber 228,8 Mrd. €

[37] Gesamt: 752,0 Mrd. € Quelle: STATISTISCHES JAHRBUCH 2011 für die Bundesrepublik Deutschland 24.17 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte - Seite 648

[38] „Die sogenannten "Arbeitgeber-Beiträge" zur Sozialversicherung, die in Wahrheit nichts anderes sind als sozialkostenverschleiernde Lohnbestandteile bzw. vorenthaltener Lohn und daher auch wie Lohn behandelt, d.h. ausbezahlt werden sollten werden abgeschafft (und zwar steuerfrei, damit der Lohn- oder Gehaltsempfänger damit seine Versicherungsbeiträge ohne Einbuße bezahlen kann)." Quelle: Friedrich Naumann Stiftung http://www.la.fnst-freiheit.org/uploads/896/0409__Grundsaetze_Raichle_Inhalt.pdf Seite 38

[39] Die Arbeitgeber-Beiträge, die an die Sozialversicherungsträger abgeführt werden, sind als ein Bestandteil des Arbeitnehmerentgelts anzusehen.

[40] Es ist daher ehrlicher und transparenter diese Sozialversicherungsbeiträge in das Bruttoeinkommen der Lohn- oder Gehaltsempfänger zu überführen, indem das Bruttoeinkommen um den sogenannten Arbeitgeberanteil erhöht wird. Negative Einkommensteuer mit 50% Flattax auf alle Einkommen Zur Finanzierung und mit den Effekten der Steuergerechtigkeit und –Einfachheit wollen wir einen einheitlichen und höheren Einkommensteuersatz in Höhe von 50% auf alle Arbeits-, Kapital-, Renten- und Subventionseinkommen einführen bei Wegfall möglichst vieler Steuervergünstigungen. Die Zukunft der Sozialversicherungen Die Rentenversicherung

[41] Nach der Einführung des SGE werden die gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte, Alterssicherung der Politiker, Berufsständische Altersversorgungen. Künstlersozialkasse, usw. in eine Zusatz-Rentenversorgung (ZRV) für alle Bürgerinnen und Bürger nach dem Schweizer AHV-Modell überführt. Die ZRV ist eine Pflichtversicherung. Die Beitragshöhe beträgt 3-6% des Bruttogesamteinkommens. Die ZRV wird ab dem 65. Lebensjahr steuerfrei ausgezahlt. Bei mindestens 40 Beitragsjahren beträgt der volle ZRV-Anspruch mindestens 300 € (Mindestrente) und höchstens 600 EUR (Höchstrente). Alle bis zum Zeitpunkt der Umstellung erworbenen Altersversorgungsansprüche (Rentenanwartschaften, Pensionsansprüche, usw.) bleiben erhalten. Die Bürgerversicherung

[42] Das Gesundheitswesen ist genauso wie das Bildungssystem, die Innere Sicherheit usw. der öffentlichen Daseinsvorsorge zuzuordnen und muss auch so wie die anderen Bereiche über das Steuersystem finanziert werden. Ziele einer steuerfinanzierten Bürgerversicherung:

[43] Jeder Bürger erhält im Krankheitsfall unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen die notwendige Gesundheitsversorgung Diese Versorgung erfolgt unter Achtung der menschlichen Würde und des Selbstbestimmungsrechts des Kranken in bestmöglicher Qualität das Gesundheitssystem arbeitet so effizient und kostengünstig wie möglich die Bevölkerung ist mit der Gesundheitsversorgung zufrieden das Personal im Gesundheitssektor hat gute Arbeitsbedingungen.

[44] Mehr zu unseren Plänen bei der Bürgerversicherung gibt es auf unserer Homepage zu lesen. Die Arbeitslosenversicherung

[45] Die Gesetzliche Arbeitslosenversicherung wollen wir abschaffen. Im Übergangszeitraum von bis zu 4 Jahren werden nur noch die Arbeitslosengeldansprüche aus der gesetzlichen ALV ausgezahlt, die über dem SGE liegen. Daher können in diesem Bereich rund 24 Mrd. € eingespart werden. Diese Einsparungen können allerdings nicht zur Finanzierung des SGE verwendet werden, da sie bereits an anderer Stelle (SV-Beiträge AN) verrechnet wurden. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung in Höhe von ca. 10 Mrd. € müssen für die ersten vier Jahre noch über das Steuersystem finanziert werden. Sonderbedarfe

[46] Für Bedarfe, die über die Existenzsicherung hinausgehen, bzw. vom SGE nicht abgedeckt sind, sind die Kommunalen Sozialeinrichtungen zuständig. http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbi/1.html Wohngeld

[47] Für Gegenden, in denen die WKP plus Wohnkostenanteil für die ortsübliche Miete einer Region nicht ausreicht, wird es weiterhin die Möglichkeit geben, Wohngeld zu beantragen. Hierbei ist die Bedürftigkeit wie bisher nachzuweisen. Hierfür sind bis zu 1 Mrd. Euro eingeplant. Nicht jeder kommt mit dem SGE plus WKP aus – bei besonderer Bedürftigkeit, etwa Erwerbsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit können hier gemäß SGB IV

Sonderbedarfe beantragt werden. Gesetzlicher Mindestlohn

[48] Derzeit haben Arbeitgeber, die nur Dumpinglöhne zahlen, einen Wettbewerbsvorteil, die Arbeitnehmer dennoch das Nachsehen. Damit das SGE nicht als Mittel für prekäre Lohnzahlungen und Arbeitsbedingungen missbraucht werden kann, wird ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Alle bestehenden Rahmentarifverträge sind dort mit einzubeziehen. Das gilt auch für Teilzeitbeschäftigte und Befristete Arbeitsverträge. Sonstige Förderungen der gesellschaftlichen Teilhabe Die Piratenpartei fordert in zahlreichen Landes- und Bundesprogrammen und Positionspapieren überdies folgende sonstigen Förderungen der gesellschaftlichen Teilhabe:

[49] Kostenfreier, fahrscheinloser ÖPNV Freie, kostenlose Bildung und Studium Ausbau der Freifunknetze und öffentliches WLAN flächendeckend

[50] Verbunden mit unserem SGE ermöglicht das Zusammenspiel dieser Maßnahmen eine sichere Existenz, freie Mobilität, Zugang zu Bildung und Wissen sowie gesellschaftlicher Teilhabe." Lebenshaltungskostenindex

[51] Der Lebenshaltungskostenindex oder Verbraucherpreisindex misst die Veränderung des Geldwertes anhand der Preise der für die Lebenshaltung wichtigen Güter und Dienstleistungen (Lebenshaltungskosten). Ausgangspunkt ist der so genannte Warenkorb, der eine große Anzahl (z.Zt. 780) von Gütern und Dienstleistungen des typischen Verbrauchs enthält. Die Höhe eines Sozialen Grundeinkommen (SGW) ist Jährlich anzupassen. Umsetzung des Konzeptes

[52] Das Konzept bringt für die allermeisten Menschen erhebliche Verbesserungen und kann relativ kurzfristig umgesetzt werden, weil es zunächst auf den bestehenden Systemen aufbaut. Außerdem kann das Konzept immer weiterentwickelt werden, wenn sich herausstellt, dass das eine oder andere falsch oder noch nicht umsetzbar ist, kann das Konzept korrigiert, verändert und flexibel auf die Gegebenheiten angepasst werden. Viele Bestandteile des Konzeptes sind bereits Gegenstand politscher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Forderungen, wie z. B.: Einfache und gerechte Steuersysteme; Mehrwertsteuerreform; Reform der Sozialversicherungssysteme; Einführung einer Bürgerversicherung; Umstellung des Rentenversicherungssystems nach dem Schweizer AHV-Modell; Grundsicherung im Alter; Grundsicherung für Kinder; Schaffung eines echten Familienlastenausgleichs; Flexiblere Arbeitszeitmodelle, mehr Zeit für Kinder oder Pflegebedürftige, Mehr Netto vom Brutto; Subventionsabbau; Weniger Bürokratie; Abschaffung von Hartz IV; usw. Teilweise gibt es bereits ausgearbeitete Gesetzestexte die, mit Änderungen (1) und Ergänzungen, für das Konzept verwendet werden können, wie z. B. der Reformentwurf zur Erneuerung des Steuerrechts von Prof. Paul Kirchhof. Der Vorschlag von Kirchhof sieht und anderem vor, die über 30.000 Steuerparagraphen auf nur noch 146 zu reduzieren und alle 534 Abschreibungsmöglichkeiten wegfallen zu lassen, wodurch das Steuerrecht wesentlich einfacher und unbürokratischer werden dürfte. Quelle: http://docs.dpaq.de/16-kirchhof_bstgb_sonderdruck.pdf

[53] Datum der letzten Änderung

[54] 22.9.2012

[55] Dieser Antrag ist wegen seiner Komplexität hier nur als eine Kurzversion erstellt. Weitere Angaben unter: http://www.sge.iivs.de

[56] Bisherige Diskussionen im Forum der Sozialpiraten: http://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/05/15/solidarisches-grundeinkommen-sge/

[57] https://lqfb.piratenpartei.de/lf/issue/show/2594.html Kategorien: Bundesparteitag 2012.2/Antragsfabrikat | Bundesparteitag 2012.2

Begründung

[58] Ein existenzsicherndes Grundeinkommen mit individuellem Rechtsanspruch, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Gegenleistung oder Arbeitspflicht und ohne Anrechnung von eigenem Einkommen

[59] Beseitigung der Mängel in den jetzigen Steuer- und Sozialsystemen Finden einer gesunde Balance zwischen Arbeitsanreize erhalten und dennoch keinen faktischen Arbeitszwang einführen Einfaches und gerechtes Steuersystem, welches keinerlei Einkommensart bevorzugt Ausschluss von Armut, speziell Kinderarmut und im

Alter Leistungsfähiges Gesundheitswesen Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle und mehr Teilzeitarbeit

[60] Direkt einführbares System ohne Umstürze unter Berücksichtigung bisher erworbener Ansprüche, bspw. aus RV und ALV Wir sehen die Piratenpartei als eine sozialliberale Bürgerrechtspartei, deren Ziel es sein muss, jedem die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu ermöglichen. Ein Grundeinkommen vereinfacht gesellschaftliches Engagement, Berufswahl gemäß Neigung und fördert Kultur, Gleichberechtigung und gerechtere Verteilung der Arbeit durch zu erwartende höhere Nutzung von Teilzeitbeschäftigung. Zudem festigt ein für alle Bürger garantiertes Grundeinkommen die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte:

[61] Die Würde des Menschen (Artikel 1.1) Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2.1) Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2.1) Die Chancengleichheit für Kinder (Artikel 6.5) Das Recht auf freie Berufswahl (Artikel 12.1) und Schutz vor Arbeitszwang (Artikel 12.2 und 12.3).

[62] Für die Piraten sind die Grundrechte (Artikel 1-19) unantastbar. Ein Staat der seine soziale Pflicht (Artikel 20.1) ernst nimmt, muss die Wahrung dieser Grundrechte gewährleisten. Bruttokosten für das solidarische Grundeinkommen, die Wohnkostenpauschale und die Bürgerversicherung (SGE-ZIEL)

[63] Soli. Grundeinkommen: 68,25 Mio. Personen 520 € Personen/Monat 425,9 Mrd.€/ Jahr

[64] SGE für Personen bis 17 Jahre: 13,97 Mio. Personen 520 € PersonenMonat 87,2 Mrd.€/ Jahr

[65] Wohnkostenpauschale: 40,18 Mio. Wohnungen 360 € Wohnung/Monat 173,6 Mrd.€/ Jahr

[66] Bürgerversicherung: Steuerfinanzierter Anteil 100% 217,1 Mrd.€/ Jahr

[67] Bruttogesamtkosten bei SGE – Ziel 903,6 Mrd.€/ Jahr Bruttokosten für das solidarische Grundeinkommen, die Wohnkostenpauschale und die Bürgerversicherung (SGE-Start)

[68] Soli. Grundeinkommen:

[69] 68,25 Mio. Personen 500 € Personen/Monat 409,5 Mrd. €/ Jahr

[70] SGE für Personen bis 17 Jahre: 13,97 Mio. Personen 500 € Personen/Monat 83,8 Mrd. €/Jahr

[71] Wohnkostenpauschale: 40,18 Mio. Wohnungen 300 € Wohnung/Monat 144,6 Mrd.€/Jahr

[72] Bürgerversicherung (1: Steuerfinanzierter Anteil 50% 108,5 Mrd. €/Jahr

[73] Bruttogesamtkosten bei SGE – Start (2 746,5 Mrd. €/Jahr Daten 2008

[74] (1 Die Bürgerversicherung wird in einem Übergangszeitraum, teilweise noch mit Beiträgen der Versicherten finanziert (rund 108,5 Mrd.€). (2 Da nicht alle Reformen sofort umgesetzt werden können, wird zunächst von einem SGE in Höhe von mindestens 500 € und einer WKP in Höhe 300 € ausgegangen. Finanzierung des solidarischen Grundeinkommen, der Wohnkostenpauschale und der Bürgerversicherung

[75] Im reformierten Steuersystem beträgt der Steuersatz auf alle privaten Einkommen 50%.

[76] In den Berechnungen wird zunächst ein Steuersatz von 48% angenommen, da nicht alle steuerlichen Freibeträge bzw. Abschreibungsmöglichkeiten sofort abgeschafft werden können.

[77] Der Steuersatz auf die Gewinne der Unternehmen beträgt 35%, sofern diese im Unternehmen in Deutschland reinvestiert werden. Wird der Gewinn für private Zwecke entnommen oder ins Ausland verlagert, beträgt der Steuersatz ebenfalls 50%.

[78] Der geringere Steuersatz auf Unternehmensgewinne hat mehrere Gründe:

[79] der Internationale Steuerwettbewerb. Es ist einfach unrealistisch in Deutschland als einziges Land in Europa einen Steuersatz von 50% auf Unternehmensgewinne zu erheben. Der Steuersatz beträgt in Deutschland zurzeit unter 30%. Der veranschlagte Steuersatz von 35% liegt im Bereich des Jahres 2007. Ein wesentlich höherer Steuersatz lässt sich wohl nur EU- weit umsetzen. werden nur die Gewinne, die im Unternehmen verbleiben bzw. wieder reinvestiert werden, mit 35% besteuert. Für entnommene Gewinne, die ja dann zu privaten Einkommen werden, sind ebenfalls 50% Steuern zu zahlen. verbleibt mehr Geld in den Unternehmen, sind diese eher in der Lage ihre Fremdkapitalquote zu senken (Schulden abzubauen) und so unabhängiger von den Banken zu werden. werden die Arbeitgeberbeiträge dem Arbeitnehmerbruttoeinkommen zugerechnet und so dem

Zugriff der Unternehmen entzogen (über 200 Mrd. €). sollen alle Subventionen, von denen hauptsächlich die Unternehmen profitieren, abgeschafft werden, dadurch reduzieren sich ohnehin die Gewinne der Unternehmen.

[80] Finanzbedarf für SGE, WKP und Bürgerversicherung (50%) 746,3 Mrd.€

[81] Finanzbedarf für weitere öffentliche Ausgaben (Steuereinnahmen in Höhe von 561,2 Mrd. €, minus Kürzungen in Höhe von 197 Mrd.€) 364,2 Mrd. €

[82] Finanzbedarf zur Vermeidung von Neuverschuldung 26 Mrd. €

[83] Finanzbedarf GESAMT 1.136,5 Mrd. €

[84] Einkommenssteuereinnahmen 845,4 Mrd. €

[85] Indirekte Steuern * 286,5 Mrd. € Steuereinnahmen GESAMT 1.131,9 Mrd. € Differenz Steuereinnahmen – Finanzbedarf -4,6 Mrd. € Zusätzliche Steuereinnahmen 20,0 Mrd.€

[86] GESAMT(Restbetrag) 15,4 Mrd. €

[87] Das Volkseinkommen betrug im Jahr 2008 rund 1.842 Mrd. €, davon: Unternehmensgewinne 172,3 Mrd. € Steuersatz 35% 60,3 Mrd. €

[88] Vermögenseinkommen 446,6 Mrd. € Steuersatz 48% 214,3 Mrd. €

[89] Arbeitnehmerentgelte 1.223,4 Mrd. € davon: Bruttolöhne und -gehälter 994,5 Mrd. € Steuersatz 48% 477,4 Mrd. €

[90] Sozialbeiträge der Arbeitgeber 228,8 Mrd. €

[91] Gesamt: 752,0 Mrd. € Quelle: STATISTISCHES JAHRBUCH 2011 für die Bundesrepublik Deutschland 24.17 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte - Seite 648

[92] „Die sogenannten "Arbeitgeber-Beiträge“ zur Sozialversicherung, die in Wahrheit nichts anderes sind als sozialkostenverschleiernde Lohnbestandteile bzw. vorenthaltener Lohn und daher auch wie Lohn behandelt, d.h. ausbezahlt werden sollten werden abgeschafft (und zwar steuerfrei, damit der Lohn- oder Gehaltsempfänger damit seine Versicherungsbeiträge ohne Einbuße bezahlen kann).“ Quelle: Friedrich Naumann Stiftung http://www.la.fnst-freiheit.org/uploads/896/0409__Grundsaetze_Raichle_Inhalt.pdf Seite 38

[93] Die Arbeitgeber-Beiträge, die an die Sozialversicherungsträger abgeführt werden, sind als ein Bestandteil des Arbeitnehmerentgelts anzusehen.

[94] Es ist daher ehrlicher und transparenter diese Sozialversicherungsbeiträge in das Bruttoeinkommen der Lohn- oder Gehaltsempfänger zu überführen, indem das Bruttoeinkommen um den sogenannten Arbeitgeberanteil erhöht wird. Negative Einkommensteuer mit 50% Flattax auf alle Einkommen Zur Finanzierung und mit den Effekten der Steuergerechtigkeit und –Einfachheit wollen wir einen einheitlichen und höheren Einkommensteuersatz in Höhe von 50% auf alle Arbeits-, Kapital-, Renten- und Subventionseinkommen einführen bei Wegfall möglichst vieler Steuervergünstigungen. Die Zukunft der Sozialversicherungen Die Rentenversicherung

[95] Nach der Einführung des SGE werden die gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte, Alterssicherung der Politiker, Berufsständische Altersversorgungen. Künstlersozialkasse, usw. in eine Zusatz-Rentenversorgung (ZRV) für alle Bürgerinnen und Bürger nach dem Schweizer AHV-Modell überführt. Die ZRV ist eine Pflichtversicherung. Die Beitragshöhe beträgt 3-6% des Bruttogesamteinkommens. Die ZRV wird ab dem 65. Lebensjahr steuerfrei ausgezahlt. Bei mindestens 40 Beitragsjahren beträgt der volle ZRV-Anspruch mindestens 300 € (Mindestrente) und höchstens 600 EUR (Höchstrente). Alle bis zum Zeitpunkt der Umstellung erworbenen Altersversorgungsansprüche (Rentenanwartschaften, Pensionsansprüche, usw.) bleiben erhalten. Die Bürgerversicherung

[96] Das Gesundheitswesen ist genauso wie das Bildungssystem, die Innere Sicherheit usw. der öffentlichen Daseinsvorsorge zuzuordnen und muss auch so wie die anderen Bereiche über das Steuersystem finanziert werden. Ziele einer steuerfinanzierten Bürgerversicherung:

[97] Jeder Bürger erhält im Krankheitsfall unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen die notwendige Gesundheitsversorgung Diese Versorgung erfolgt unter Achtung der menschlichen Würde und des Selbstbestimmungsrechts des Kranken in bestmöglicher Qualität das Gesundheitssystem arbeitet so effizient und kostengün-

stig wie möglich die Bevölkerung ist mit der Gesundheitsversorgung zufrieden das Personal im Gesundheitssektor hat gute Arbeitsbedingungen.

[98] Mehr zu unseren Plänen bei der Bürgerversicherung gibt es auf unserer Homepage zu lesen. Die Arbeitslosenversicherung

[99] Die Gesetzliche Arbeitslosenversicherung wollen wir abschaffen. Im Übergangszeitraum von bis zu 4 Jahren werden nur noch die Arbeitslosengeldansprüche aus der gesetzlichen ALV ausgezahlt, die über dem SGE liegen. Daher können in diesem Bereich rund 24 Mrd. € eingespart werden. Diese Einsparungen können allerdings nicht zur Finanzierung des SGE verwendet werden, da sie bereits an anderer Stelle (SV-Beiträge AN) verrechnet wurden. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung in Höhe von ca. 10 Mrd. € müssen für die ersten vier Jahre noch über das Steuersystem finanziert werden. Sonderbedarfe

[100] Für Bedarfe, die über die Existenzsicherung hinausgehen, bzw. vom SGE nicht abgedeckt sind, sind die Kommunalen Sozialeinrichtungen zuständig. http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbi/1.html Wohngeld

[101] Für Gegenden, in denen die WKP plus Wohnkostenanteil für die ortsübliche Miete einer Region nicht ausreicht, wird es weiterhin die Möglichkeit geben, Wohngeld zu beantragen. Hierbei ist die Bedürftigkeit wie bisher nachzuweisen. Hierfür sind bis zu 1 Mrd. Euro eingeplant. Nicht jeder kommt mit dem SGE plus WKP aus – bei besonderer Bedürftigkeit, etwa Erwerbsunfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit können hier gemäß SGB IV Sonderbedarfe beantragt werden. Gesetzlicher Mindestlohn

[102] Derzeit haben Arbeitgeber, die nur Dumpinglöhne zahlen, einen Wettbewerbsvorteil, die Arbeitnehmer dennoch das Nachsehen. Damit das SGE nicht als Mittel für prekäre Lohnzahlungen und Arbeitsbedingungen missbraucht werden kann, wird ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt. Alle bestehenden Rahmentarifverträge sind dort mit einzubeziehen. Das gilt auch für Teilzeitbeschäftigte und Befristete Arbeitsverträge. Sonstige Förderungen der gesellschaftlichen Teilhabe Die Piratenpartei fordert in zahlreichen Landes- und Bundesprogrammen und Positionspapieren überdies folgende sonstigen Förderungen der gesellschaftlichen Teilhabe:

[103] Kostenfreier, fahrscheinloser ÖPNV Freie, kostenlose Bildung und Studium Ausbau der Freifunknetze und öffentliches WLAN flächendeckend

[104] Verbunden mit unserem SGE ermöglicht das Zusammenspiel dieser Maßnahmen eine sichere Existenz, freie Mobilität, Zugang zu Bildung und Wissen sowie gesellschaftlicher Teilhabe." Lebenshaltungskostenindex

[105] Der Lebenshaltungskostenindex oder Verbraucherpreisindex misst die Veränderung des Geldwertes anhand der Preise der für die Lebenshaltung wichtigen Güter und Dienstleistungen (Lebenshaltungskosten). Ausgangspunkt ist der so genannte Warenkorb, der eine große Anzahl (z.Zt. 780) von Gütern und Dienstleistungen des typischen Verbrauchs enthält. Die Höhe eines Sozialen Grundeinkommen (SGW) ist Jährlich anzupassen. Umsetzung des Konzeptes

[106] Das Konzept bringt für die allermeisten Menschen erhebliche Verbesserungen und kann relativ kurzfristig umgesetzt werden, weil es zunächst auf den bestehenden Systemen aufbaut. Außerdem kann das Konzept immer weiterentwickelt werden, wenn sich herausstellt, dass das eine oder andere falsch oder noch nicht umsetzbar ist, kann das Konzept korrigiert, verändert und flexibel auf die Gegebenheiten angepasst werden. Viele Bestandteile des Konzeptes sind bereits Gegenstand politscher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Forderungen, wie z. B.: Einfache und gerechte Steuersysteme; Mehrwertsteuerreform; Reform der Sozialversicherungssysteme; Einführung einer Bürgerversicherung; Umstellung des Rentenversicherungssystems nach dem Schweizer AHV-Modell; Grundsicherung im Alter; Grundsicherung für Kinder; Schaffung eines echten Familienlastenausgleichs; Flexiblere Arbeitszeitmodelle, mehr Zeit für Kinder oder Pflegebedürftige, Mehr Netto vom Brutto; Subventionsabbau; Weniger Bürokratie; Abschaffung von Hartz IV; usw. Teilweise gibt es bereits ausgearbeitete Gesetzestexte die, mit Änderungen (1) und Ergänzungen, für das Konzept verwendet werden können, wie z. B. der Reformentwurf zur Erneuerung des Steuerrechts von Prof. Paul Kirchhof. Der Vorschlag von Kirchhof sieht und anderem vor, die über 30.000 Steuerparagraphen auf nur noch 146 zu reduzieren und alle 534 Abschreibungsmöglichkeiten wegfallen zu lassen, wodurch das Steuerrecht wesentlich einfacher und unbürokratischer werden dürfte. Quelle: http://docs.dpaq.de/16-kirchhof_bstgb_sonderdruck.pdf

[107] Datum der letzten Änderung

[108] 22.9.2012

[109] Dieser Antrag ist wegen seiner Komplexität hier nur als eine Kurzversion erstellt. Weitere Angaben unter: http://www.sge.iivs.de

[110] Bisherige Diskussionen im Forum der Sozialpiraten: http://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/05/15/solidarisches-grundeinkommen-sge/

[111] https://lqfb.piratenpartei.de/lf/issue/show/2594.html Kategorien: Bundesparteitag 2012.2/Antragsfabrikat | Bundesparteitag 2012.2

PA017 - Verlängerung des Verkehrsjahres bei Versicherungskennzeichen

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lars Reineke

Zusammenfassung

Die Verkehrsjahre bei Versicherungskennzeichen sollen sich um eine Woche überschneiden, damit Versicherungskennzeichen (z.B. bei Motorrollern) nicht "über Nacht" gewechselt werden müssen.

Antragstext

[1] In das Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl soll eine Verlängerung des Verkehrsjahres bei Versicherungskennzeichen aufgenommen werden.

[2] Dazu soll §26 der "Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung - FZV)" geändert werden

[3] von

[4] «Verkehrsjahr ist jeweils der Zeitraum vom 1. März eines Jahres bis zum Ablauf des Monats Februar des nächsten Jahres.»

[5] nach

[6] «Verkehrsjahr ist jeweils der Zeitraum vom 1. März eines Jahres bis zum Ablauf des 7. des Monats März des nächsten Jahres.»

Begründung

[7] Das Verkehrsjahr endet zur Zeit am letzten Tag des Monats Februar um 23:59 Uhr und beginnt um 0:00 Uhr am 1. März.

[8] Das hat zur Folge, dass beispielsweise bei Mofas und Motorrollern das Kennzeichen des laufenden Jahres nach der voraussichtlich letzten Fahrt am 28. (bzw. 29.) Februar abgeschraubt werden, das neue Kennzeichen angeschraubt werden und das Fahrzeug bis 0:00 Uhr stehenbleiben muss, da die Verordnung keinen Ermessensspielraum vorgesehen hat.

[9] Dies auf den ersten Blick marginal erscheinende Problem ist jedoch z.B. für Arbeitnehmer im Nachtdienst außerordentlich lästig, weil sie, wenn sie nicht ein Bußgeld riskieren wollen, morgens nach Beendigung ihres Dienstes erst noch zu Schraubendreher und anderem Werkzeug greifen müssen, um ihr Kennzeichen umzubauen.

[10] Durch die Verlängerung des Verkehrsjahres würden für den Zeitraum von 1 Woche beide Kennzeichen gültig, die Polizei könnte also weiterhin problemlos darauf achten, ob ein Kennzeichen noch die Farbe des vergangenen Jahres oder bereits die aktuelle Farbgebung aufweist (ein bei HU-Plaketten bereits geübtes Verfahren).

[11] Die Verlängerung des Versicherungsschutzes um ca. 2 % könnten die Versicherer entweder auf die Prämie aufschlagen (z.Zt. ca. +1 Euro für die Versicherung eines 50er-Rollers pro Jahr) oder wieder gutschreiben, wenn ein fristgerechter Abschluss eines neuen Vertrages für das nächste Jahr erfolgt. Das allerdings müsste nicht der Gesetzgeber, sondern könnte der Markt regeln.

PA018 - Globales Handeln / Außenpolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Otla

Zusammenfassung

Ziel Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie und Teilhabe weltweit; Verrechtlichung der internationalen Beziehungen; Primat des Bürgerwillens auch im Ausland; Bedeutung des Internets für den internationalen Dialog, Transparenz und Entwicklung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Grundsatzprogramm als neuen Abschnitt "Globales Handeln" oder "Außenpolitik" an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Alle Menschen sind dem Wesen nach gleich. So unterschiedlich ihre Kulturen, Zivilisationen, Bräuche und Religionen auch sein mögen, sie werden von Menschen getragen, die gleich an Würde und Rechten sind. Wie im Inland, so orientieren sich auch unsere globalen Ziele an den gleichen universalen Menschen- und Bürgerrechten.

[3] Auch international sehen wir Demokratie und Meinungsfreiheit ebenso als unverzichtbaren Teil der Menschenrechte an, wie das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe. Wir erklären uns solidarisch mit allen Bürgerrechtsbewegungen, die diese Rechte einklagen und setzen uns national wie international dafür ein, die Voraussetzungen zu schaffen, dass jeder seine materielle Existenz sichern und fortentwickeln kann.

[4] Unsere Ziele können nicht allein nationalstaatlich verwirklicht werden. Darum streben wir an, möglichst alle Staaten und alle Bürger demokratisch einzubinden und internationale und supranationale Organisationen, wie UNO und EU, zu demokratisieren und aufzuwerten.

[5] Wir stehen ein für eine friedliche und kooperative Politik auf der Basis verlässlicher Grundlagen. Wir setzen uns daher für eine verstärkte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, die Achtung des Völkerrechts als geltendes Recht und die allseitige Anerkennung der internationalen Gerichtshöfe ein.

[6] Dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen entspricht die Souveränität der Staaten. Wir achten diese Souveränität und werden uns in allen internationalen Gremien für gleiche Rechte und gleiches Gehör aller Staaten einsetzen.

[7] Der Souverän eines Staates ist sein Staatsvolk. Entscheidungen, die die Belange der Bürger eines Staates betreffen, dürfen nicht gegen ihren Willen gefällt werden. Das Internet ist das Forum geworden, in dem sich Bürgerwillen weltweit artikuliert, in dem Bürger miteinander in Staaten und Kontinente überschreitenden Dialog treten. Wir dringen darauf, dass ihre Stimmen wesentliche Beachtung und Gehör in der internationalen Politik finden und lehnen mit Entschiedenheit alle Technologien ab, die es ermöglichen, diesen freien Dialog zu überwachen, zu zensieren oder gar zum Schweigen zu bringen.

[8] Transparenz von Entscheidungen und den ihnen zugrunde liegenden Sachfragen ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Im nationalen wie internationalen Rahmen fordern wir die Pflicht zur Offenlegung

solcher Sachfragen und Entscheidungen und die Schaffung von Strukturen, die es jedem Bürger ermöglichen, sich in diese Fragen einzubringen.

[9] Bildung wird damit zur Grundbedingung demokratischer Gesellschaften. Neben der Sicherung der Existenz setzen wir uns daher für die Entwicklung kostenloser, gemeinnütziger Bildungsprogramme und für erschwinglichen Internetzugang selbst in abgelegenen Regionen der Welt ein, um jedem die Möglichkeit zu geben, sich die gewünschte Bildung frei und selbständig anzueigenen, sich in die politischen Fragen einzubringen und einander trotz unterschiedlicher Werte und Kulturen kennen und achten zu lernen.

Begründung

[10] Konsensfähige allgemeine Richtlinien für das außenpolitische Handeln, entwickelt aus Anträgen verschiedener AG's und Einzelpersonen, abgestimmt mit dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei. Für weitere Bearbeitung, Kritik, Diskussion, aber auch Quellen wird auf das Pad verwiesen.

PA020 - Zufällige Reihenfolge der Parteien und Kandidaten auf Wahlstimmzetteln

Wahlprogramm - Wahlrecht LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX

Zusammenfassung

Eine zufällige Reihenfolge der Parteien und Kandidaten auf Wahlstimmzetteln soll den sog. Primäreffekt verhindern, der bis zu 5% mehr Stimmen erzeugen kann für Erstpositionen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Punkt in das Wahlprogramm unter dem Punkt "Wahlrecht" aufzunehmen:

[2] **Zufällige Reihenfolge der Parteien und Kandidaten auf Wahlstimmzetteln**

[3] Die PIRATEN setzen sich für eine Änderung der Wahlgesetze auf allen Ebenen ein, um eine zufällige Positionierung der Parteien und Kandidaten auf jeweils allen Stimmzetteln zu gewährleisten. Die Reihenfolge soll dabei nicht mehr durch die Anzahl der Stimmen bei der letzten Wahl festgelegt sein, sondern zufällig ausgelost werden. Dies soll den sogenannten "Primacy-Effect" bzw. Primäreffekt (frühere Informationen haben einen stärkeren Effekt, als spätere) verhindern, welcher der Partei zugute kommt, die bei der letzten Wahl die meisten Stimmen bekommen hat. Der Unterschied zwischen der oberen und einer unteren Position erbrachte laut einigen Studien im Schnitt zwischen 2 bis 5 Prozent mehr Wählerstimmen. Eine schrittweise Einführung beginnend auf kommunaler Ebene soll weitere Erfahrungswerte für eine landes- und bundesweite Umsetzung liefern.

Begründung

[4] Signifikante Effekte der Namensreihenfolge tauchten in 43 % der Test auf. 89 % dieser Effekte waren Primäreffekte, wobei Kandidat_innen an oberster Stelle bevorzugt wurden. Im Durchschnitt stiegen die Stimmanteile um 2,33 % im Vergleich zu einer Platzierung ganz hinten (siehe Miller & Krosnick, 1998, S. 315).

[5] "Bei Wahlen, in deren Vorfeld wenig Informationen zur Verfügung stehen oder Informationsaufnahme mit hohen Anstrengungen oder Kosten verbunden ist, hat der primacy Effekt einen hoch signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung, selbst wenn doch vorhandene cues wie Geschlecht der Kandidaten oder der Amtsinhabervorteil mit in die Betrachtung einbezogen werden. So konnte Brockington (2003: 15) zeigen, dass bei general elections, die von primary elections unterschieden werden, '(...) on average, a candidate would suffer a vote share loss of 5.2 percent at the precinct level for each place down on the ballot his or her name was found.' (...) Wie bereits weiter oben angedeutet und wie im Vorfeld der Untersuchung unterstellt, könnte das Auftreten oder die Berücksichtigung der Stimmzettelpositionierung bei der Wahlentscheidung abnehmen, je mehr Informationen und je mehr Wissen im Vorfeld einer Entscheidung erlangt wird und für die Entscheidung herangezogen werden kann" (Jungwirth, 2007, S. 53).

[6] Wir streben an, dass Machtstrukturen sich nicht verfestigen bzw. reproduzieren. Daher ist eine zufällige Reihenfolge der Parteien auf einem Stimmzettel anzustreben.

[7] Quellen:

- Miller & Krosnick (1998): The Impact of Candidate Name Order on Election Outcomes, Public Opinion Quarterly, Vol. 62, No. 3, pp. 291-330. http://comm.stanford.edu/faculty/krosnick/docs/1998/1998%20impact%20of%20candidate%20name%20order%20or
- Jungwirth (2007): Politisches Wissen - Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Erfassung und gesellschaftliche Bedeutung. http://books.google.de/books?id=cWrUEPisWOUC&lpg=PA53&ots=ikhsT59MAz&dq=primacy%20effect%20wahl
- http://de.wikipedia.org/wiki/Prim%C3%A4reffekt
- http://www.sueddeutsche.de/wissen/wahlen-und-psychologie-bizarre-waehlerentscheidungen-1.48456-4

PA021 - Streichung der Absätze 3 und 4 des §130 STGB (Straftaten unter dem Nazi-Regime)...

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Carsten Schulz alias Piratenpower....

Zusammenfassung

Die Leugnung oder Verharmlosung von Straftaten, die unter dem Nazi-Regime in Deutschland begangen worden sind, sollten nicht mit strafrechtlichen, sondern mit aufklärerischen Methoden und Argumenten bekämpft werden...

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschliessen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen: Die Piratenpartei fordert im Sinne von Meinungsfreiheit und Liberalität die ersatzlose Streichung der Absätze 3 und 4 des §130 STGB (Straftaten unter dem Nazi-Regime)......

Begründung

[2] Die strafrechtliche Verfolgung einer bestimmten politischen Meinung oder historischen Sichtweise - so wissenschaftlich falsch und abstrus sie auch sein mag - entspricht einem Gesinnungsstrafrecht, das keinen Platz in einem liberalen Strafrecht und demokratischen Staat haben sollte. Sie widerspricht dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit, daß explizit darauf beruht, daß völlig unsinnige und faktisch falsche Meinungen geäussert werden dürfen. Dieses Recht auf freie Meinungsäusserung beruht auf der Überzeugung, daß sich in einer offenen Diskussion und in einer demokratischen Gesellschaft die richtigen Argumente und damit die Vernunft durchsetzen wird. Nur so kann gesellschaftlicher Fortschritt und Aufklärung stattfinden. Wird allerdings von Staats wegen vorgeschrieben, was die richtige Meinung zu sein hat, findet keine Diskussion und damit kein gesellschaftlicher Fortschritt und keine Aufklärung mehr statt. Menschen, die von der vorgeschriebenen Meinung nicht überzeugt sind, vernetzen sich untereinander und können von gegenteiligen Argumenten nicht mehr erreicht werden. So verselbstständigen sich dann irrationale Überzeugungen und Ideologien. Freiheit ist halt auch immer die Freiheit der Andersdenkenden, egal, was diejenigen für einen Unsinn erzählen. Daher sollte so etwas wie die Leugnung des Holocausts an den Juden nicht mit strafrechtlichen, sondern mit aufklärerischen Methoden und Argumenten bekämpft werden. Nur so kann man die weitere Verbreitung von solch absurden Behauptungen wirksam verhindern. Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert und nicht die Gesetzgebung oder Rechtsprechung....

[3] Bitte schaut Euch auch meinen anderen Antrag PAO29 und den ähnlich lautenden Antag PAO33 von Spearmind an. Dort findet Ihr weitere Argumente. Und bittet geht auch auf die Diskussionsseite von diesem und den anderen Anträgen und äussert Eure Meinung. Es gibt auf dieser Welt nämlich nichts, aber auch rein gar nichts, was nicht diskutiert werden dürfte. Reine Lehren existieren halt nur in Religionen, aber manchmal hat man den Eindruck, daß die permanent selbstquälerische Beschäftigung mit der Nazi- Vergangenheit in diesem Land eine Art von Ersatz-Religion darstellt. Da gibt es halt die Reine Lehre und wenn man dagegen verstößt und

Dinge in Frage stellt, wird man halt als Ketzer verschrien und der Inquisition ausgeliefert. Mit tatsächlicher Selbst-Reflektion hat das alles nichts zu tun...

[4] Ferner sei darauf hingeiesen, daß die Gesetzgebung in Deutschland der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beziehungseise ihrer Interpretation durch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen widerspricht:

[5] http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrc/docs/gc34.pdf

[6] Man achte hier insbesondere auf Absatz 49 und den Bezug zu dem Holocaustleugner Robert Faurisson, der schon mehrmals in Frankreicht wegen Leugnen des Holocausts verurteilt worden ist. Das wird hier ausdrücklich als unvereinabr mit §19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dargestellt. Diese Erklärung ist natürlich auch von Deutschland unterschrieben worden und somit rechtlich auch für die deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung verbindlich...

PA022 - Ergänzung des § 3 der Schwerbehindertenausweisverordnung (Taubblindheit/Hörsehbehinderung)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX

Zusammenfassung

Einführung des Merkzeichens “Tbl“ für taubblinde bzw. hörsehbehinderte Menschen in die Schwerbehindertenausweisverordnung und Recht auf Assistenz

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt unter dem Punkt “Integration und Inklusion“ in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Ergänzung des § 3 der Schwerbehindertenausweisverordnung

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, im Rahmen des Sozialgesetzbuchs Neuntes Buch (SGB IX) in die Schwerbehindertenausweisverordnung (SchwbAwV) § 3 das Merkzeichen “Tbl“ für taubblinde bzw. hörsehbehinderte Menschen aufzunehmen und im SGB IX Teil 1 Kapitel 7 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft das Recht auf umfassende “Assistenz“ für taubblinde bzw. hörsehbehinderte Menschen festschreiben.

Begründung

[4] Im März 2009 hat die Bundesregierung als 50. Land die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Das ist rechtsverbindliche Grundlage für die Rechte behinderter Menschen. Sie schafft konkreten Handlungsbedarf. Taubblindheit ist keine Behinderung die sich aus der Addition von Blindheit und Gehörlosigkeit ergibt, sondern tritt schon ein, wenn der eine Fernsinn nicht durch den anderen Fernsinn kompensiert werden kann (z. B. bei Gehörlosigkeit und Sehbehinderung oder Blindheit und Hörbehinderung). Das heißt, dass nur ein geringer Teil der Taubblinden bisher durch die Kombination der Merkzeichen “Gl“ für gehörlos und “Bl“ für blind erfasst werden.

[5] Sehfähigkeit und Hörvermögen sind die Basis für das Gelingen von Kommunikation. Wenn diese beiden zentralen kommunikativen Fähigkeiten fehlen, sind die Auswirkungen nicht annähernd dadurch gekennzeichnet, dass im Schwerbehindertenausweis die Merkzeichen Bl und Gl nebeneinander enthalten sind. Die meisten Dinge können ohne spezifische Hilfen und / oder Assistenz nicht wahrgenommen werden. Bei Behinderung eines Hauptsinnes und Hinzukommen der Behinderung des zweiten Hauptsinnes sind im Vorfeld bis zum Erreichen der vollständigen Beeinträchtigung präventive Maßnahmen erforderlich, um rechtzeitig Kommunikationstechniken und den Umgang mit Hilfsmitteln erlernen zu können und damit Isolation schon im Vorfeld zu vermeiden. Aus diesem Grunde sollten Leistungen zur Teilhabe nach §55 SGB IX ausdrücklich auch für von Taubblindheit bedrohte Menschen zur Verfügung stehen.

[6] Die außergewöhnliche Schwere der Beeinträchtigung von taubblinden Menschen besteht in dem umfassenden Ausgeschlossensein vom Leben, sofern eine geeignete Assistenz fehlt. Deshalb ist das Merkzeichen

Tbl im Schwerbehindertenausweis unverzichtbar. (s. Resolution zu den Belangen taubblinder Menschen vom 20.05.2009, Taubblindendienst e.V. und BAT).

[7] 14.000 Unterschriften wurden am 29.3.2012 in Verbindung mit einem Fachgespräch zum Thema Taubblindheit und Assistenz im Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits überreicht.

[8] Hier findet ihr ein Gutachten, welches Forderungen von Betroffenen und Verbänden für eine verbesserte Teilhabe taubblinder Menschen an der Gesellschaft enthält. Die Verbände, die dahinter stehen, sind:

- Gemeinsamer Fachausschuss hörsehbehindert/taubblind (GFTB) bestehend aus:
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (DBSV)
- Arbeitsgemeinschaft der Dienste und Einrichtungen für taubblinde Menschen (AGTB)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Taubblinder e. V. (BAT)
- Taubblindendienst e. V.
- Pro Retina Deutschland e. V.
- Deutsches Katholisches Blindenwerk e. V. (DKBW)
- Verband der Katholischen Gehörlosen Deutschlands e. V.
- Taubblindenassistentenverband e. V. (TBA-Verband)
- Verband für Blinden- und Sehbehindertenpädagogik (VBS)

Hinweis

[9] Der Antragstext inkl. der Begründung sind nahezu vollständig von der momentan laufenden ePetition übernommen worden (Link 1, Link 2).

- § 3 Schwerbehindertenausweisverordnung
- SGB IX Teil 1 Kapitel 7 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Weitere Informationen zu Taubblindheit

- Fehlversorgung: Taubblinde in Deutschland brauchen mehr Assistenten
- Zusammenfassung zu Taubblinden

PA023 - Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen (kurz)

Wahlprogramm - Familien- und Geschlechterpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX

Zusammenfassung

Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen nach Forderungen des UN-Ausschusses gegen Folter (CAT) und des Vereins Intersexuelle Menschen e.V.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt in das Wahlprogramm 2013 aufzunehmen:

Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen ein. Dabei unterstützt sie Forderungen des UN-Ausschusses gegen Folter (CAT)[1] und des Vereins Intersexuelle Menschen e.V.[2] nach Rechtsschutzmöglichkeiten und Entschädigungen Betroffener.

[3] Die PIRATEN unterstützen dabei die folgenden Forderungen des Vereins Intersexuelle Menschen e.V. uneingeschränkt:

[4] Zwischengeschlechtliche, also mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geborene Menschen, die man als Intersexuelle, Hermaphroditen oder Zwitter bezeichnet, werden in unserer Gesellschaft, die nur "Männer" und "Frauen" anerkennt, juristisch, politisch und sozial unsichtbar gemacht. Als "abnormal" klassifiziert, werden ihre gesunden Körper zum medizinischen Notfall erklärt: Ohne ihre Einwilligung werden sie in der Regel im Kindesalter an ihren uneindeutigen Genitalien operiert, um diese zu "vereinheitlichen", wobei in Kauf genommen wird, dass ihr sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Zudem werden sie systematisch kastriert, das heißt es werden ihnen die gesunden, Hormone produzierenden inneren Geschlechtsorgane entfernt, was eine lebenslange Substitution mit körperfremden Hormonen zur Folge hat, die oft zu gravierenden gesundheitlichen Problemen führt. Die meisten Opfer dieser Praxis tragen massive psychische und physische Schäden davon, unter denen sie ein Leben lang leiden. Medizinische Studien belegen dies (Hamburger Intersex-Studie 2007).

[5] Menschen mit einer Besonderheit der geschlechtlichen Entwicklung sind ein Teil unserer Gesellschaft und haben als gleichberechtigte Bürger ein Recht auf freie Entfaltung und Entwicklung. Die an ihnen begangenen medizinisch nicht notwendigen, traumatisierenden Zwangsbehandlungen stellen einen erheblichen Verstoß gegen ihr Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde dar. Um künftige Opfer dieser menschenrechtswidrigen Praxis zu verhindern und die bestehenden Opfer soweit als möglich zu entschädigen und zu rehabilitieren, stellt der Verein Intersexuelle Menschen e.V. folgende Forderungen auf:

Keine nicht lebens- oder gesundheitsnotwendigen Eingriffe ohne informierte Einwilligung der betroffenen Menschen:

- Chirurgische und/oder medikamentöse/hormonelle Eingriffe sind zu unterlassen, so lange ihnen keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.
- Kosmetische Eingriffe dürfen nur mit ausdrücklicher informierter Einwilligung der betroffenen Menschen unter vollständiger zu dokumentierender schriftlicher Aufklärung erfolgen.
- Die Eltern sind vollumfänglich und wahrheitsgetreu aufzuklären; analog gilt für die betroffenen Menschen selbst eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre Besonderheit.
- Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von Eingriffen sowie bei deren Unterlassung vollumfänglich schriftlich aufzuklären. Dies gilt insbesondere bei Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden medikamentösen Hormonersatztherapien.
- Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert bei Entlassung eine vollständige Kopie der Patientenakte auszuhändigen.

[6] [1] United Nations (2011): Consideration of reports submitted by States parties under article 19 of the Convention. Concluding observations of the Committee against Torture. http://www2.ohchr.org/english/bodies/cat/docs/co/CAT.C.DEU.CO.5_en.pdf (englisch), http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CAT/cat_state_report_germany_5_2009_cobs_2011_de.pdf (deutsch, nicht-amtliche Übersetzung)

[7] [2] Intersexuelle Menschen e.V.: Forderungen. http://www.intersexuelle-menschen.net/IMEVzusatz/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=3&Itemid=4

Begründung

[8] Anlässlich der Beschneidungsdebatte, sollten wir uns auch gleichzeitig für die Rechte intersexueller Kinder und gegen gschlechtsangleichende Operationen aus “Normierungsgründen“ stellen. Das körperliche Recht auf Unversehrheit ist dabei höher zu bewerten, als den Schutz vor Stigmatisierung. Es gibt viele Fälle in denen die Operation zur Traumatisierung der Menschen geführt hat und nicht zuletzt zu grundlegenden Infragestellung der eigenen Identität (insbesondere geschlechtlich und sexuell).

[9] Unter dem unten aufgeführten Blog Zwischengeschlecht.info findet ihr viele Beiträge aus Aktivist_innensicht zu dem Thema von Zwangsoperationen, medizinische Stigmatisierung, Vereinnahmung von Intersexuellen in dnr LGBT(I)-Bewegungen etc.

Links, Quellen, Lektüre (nicht Teil des Antrages)

- Forderungen Intersexuelle Menschen e.V.
- Schattenberichte
- Zwischengeschlecht.info (Blog verschiedener Aktivist_innen, teilweise sehr emotionale Stellungnahmen)
- Berlin: Schmerzensgeldprozess um Ohrlochstechen an Dreijähriger - Richter erwägt Strafverfahren - “Intersex“-Genitalverstümmelungen in der “Charité“ gehen ungehindert weiter
- blog.zwischengeschlecht.info/post/2011/06/30/Zwitter-Genitalverstuemmelungen-Diskriminierung-oder-Verbrechen Zwitter-Genitalverstümmelungen: Diskriminierung oder Verbrechen?
- Intersexuelle Menschen sichtbar machen und schützen

PA024 - Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen (alle Forderungen)

Wahlprogramm - Familien- und Geschlechterpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX

Zusammenfassung

Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen nach Forderungen des UN-Ausschusses gegen Folter (CAT) und des Vereins Intersexuelle Menschen e.V.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Abschnitt in das Wahlprogramm 2013 aufzunehmen:

Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung für intersexuelle Menschen ein. Dabei unterstützt sie vollständig die Forderungen des UN-Ausschusses gegen Folter (CAT)[1] und des Vereins Intersexuelle Menschen e.V.[2] nach Rechtsschutzmöglichkeiten und Entschädigungen Betroffener.

[3] Die PIRATEN unterstützen dabei die folgenden Forderungen des Vereins Intersexuelle Menschen e.V. uneingeschränkt:

[4] Zwischengeschlechtliche, also mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geborene Menschen, die man als Intersexuelle, Hermaphroditen oder Zwitter bezeichnet, werden in unserer Gesellschaft, die nur "Männer" und "Frauen" anerkennt, juristisch, politisch und sozial unsichtbar gemacht. Als "abnormal" klassifiziert, werden ihre gesunden Körper zum medizinischen Notfall erklärt: Ohne ihre Einwilligung werden sie in der Regel im Kindesalter an ihren uneindeutigen Genitalien operiert, um diese zu "vereinheitlichen", wobei in Kauf genommen wird, dass ihr sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Zudem werden sie systematisch kastriert, das heißt es werden ihnen die gesunden, Hormone produzierenden inneren Geschlechtsorgane entfernt, was eine lebenslange Substitution mit körperfremden Hormonen zur Folge hat, die oft zu gravierenden gesundheitlichen Problemen führt. Die meisten Opfer dieser Praxis tragen massive psychische und physische Schäden davon, unter denen sie ein Leben lang leiden. Medizinische Studien belegen dies (Hamburger Intersex-Studie 2007).

[5] Menschen mit einer Besonderheit der geschlechtlichen Entwicklung sind ein Teil unserer Gesellschaft und haben als gleichberechtigte Bürger ein Recht auf freie Entfaltung und Entwicklung. Die an ihnen begangenen medizinisch nicht notwendigen, traumatisierenden Zwangsbehandlungen stellen einen erheblichen Verstoß gegen ihr Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde dar. Um künftige Opfer dieser menschenrechtswidrigen Praxis zu verhindern und die bestehenden Opfer soweit als möglich zu entschädigen und zu rehabilitieren, stellt der Verein Intersexuelle Menschen e.V. folgende Forderungen auf:

1) Keine nicht lebens- oder gesundheitsnotwendigen Eingriffe ohne informierte Einwilligung der betroffenen Menschen:

- Chirurgische und/oder medikamentöse/hormonelle Eingriffe sind zu unterlassen, so lange ihnen keine lebensbedrohliche Indikation zugrunde liegt.
- Kosmetische Eingriffe dürfen nur mit ausdrücklicher informierter Einwilligung der betroffenen Menschen unter vollständiger zu dokumentierender schriftlicher Aufklärung erfolgen.
- Die Eltern sind vollumfänglich und wahrheitsgetreu aufzuklären; analog gilt für die betroffenen Menschen selbst eine stufenweise, altersgerechte Aufklärung über ihre Besonderheit.
- Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen über alle gegenwärtigen und zukünftigen Risiken von Eingriffen sowie bei deren Unterlassung vollumfänglich schriftlich aufzuklären. Dies gilt insbesondere bei Entfernung hormonproduzierender Organe und daraus resultierenden medikamentösen Hormonersatztherapien.
- Die behandelnden Mediziner haben den betroffenen Menschen bzw. deren Eltern unaufgefordert bei Entlassung eine vollständige Kopie der Patientenakte auszuhändigen.

2) Schaffung verbindlicher “Standards of care“ unter Einbezug der betroffenen Menschen und ihrer Organisationen:

- Bildung von spezialisierten Kompetenzzentren zur Behandlung intersexueller Menschen.
- Ausbildung von auf Intersexualität spezialisierten Fachkräften.
- Bildung von Beratungsteams für Eltern bei Fällen von Intersexualität, bestehend aus Medizinern, Psychologen und betroffenen Menschen sowie betroffenen Eltern (“Peer Support“).
- Bildung von Beratungsteams für betroffene Menschen, bestehend aus Medizinern, Psychologen und betroffenen Menschen (“Peer Support“), welche diese von klein auf kontinuierlich unterstützen.
- Flächendeckende Einrichtung von Beratungsstellen für betroffene Menschen und Angehörige, die paritätisch mit nicht betroffenen Spezialisten und betroffenen Menschen besetzt sein müssen.
- Besondere finanzielle und strukturelle Förderung geeigneter Selbsthilfegruppen.
- Einsetzen geeigneter betroffener Menschen als Beobachter von Studien zur Intersexualität.
- Umfassende Evaluierung von Wirkungen und Machbarkeit der verschiedenen nach Kastration notwendigen lebenslangen Hormonersatztherapien nach den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der betroffenen Menschen (Testosteron, Östrogen oder beides), sowie unter Berücksichtigung des Lebensalters (ggf. Eintrag der Indikation in die Zulassung des jeweiligen Medikamentes).

3) Aufnahme von Intersexualität in die Lehrpläne der Schulen und Berufsausbildungen:

- Das Thema “Geschlechtsdifferenzierung und Varianten“ wird an allen Schulen Bestandteil der Lehrpläne in Biologie, Sexualkunde und in den sozialen Fächern.
- In der Ausbildung sämtlicher medizinischer und sozialer Berufe, z.B. von ÄrztInnen, Hebammen, Krankenschwestern, PflegerInnen, PsychologInnen, LehrerInnen, KindergärtnerInnen, SozialarbeiterInnen etc., wird Intersexualität verpflichtender Bestandteil des Lehrplans.

4) Entschädigung und Rehabilitation geschädigter Betroffener:

- Einrichtung eines Hilfs- und Entschädigungsfonds für Betroffene. Der Fonds soll alimentiert werden durch a) den Staat als politisch Verantwortlicher für die Fehlbehandlungen und b) die für die Fehlbehandlungen konkret verantwortlichen ärztlichen Standesorganisationen, zum Beispiel der Endokrinologen, Urologen, Gynäkologen, Kinderchirurgen.
- Generelle Aufstockung der Rentenbeträge aller Betroffenen, die Opfer der Medizin geworden sind, auf das durchschnittliche mittlere Rentenniveau mit der Begründung, dass Intersexuellen durch Traumatisierung und gesundheitsschädigende Hormonbehandlung Zeit für ihr berufliches Fortkommen genommen wird.
- Rentenrechtliche Regelung für intersexuelle Menschen allgemein und spezielle Regelung für von geschlechtszuweisenden Zwangsmaßnahmen Betroffene.
- Einrichtung eines Rehabilitationsplanes und eines entsprechenden Zentrums zur Wiederherstellung der körperlichen Gesundheit soweit als möglich.
- Befreiung von Zuschlägen bei Krankenversicherungsbeiträgen und jeglichen Zuzahlungen.
- Erstellung einer Tabelle zur Feststellung des durch die Behandlung/Nichtbehandlung/Falschbehandlung verursachten Grades der Behinderung.
- Eröffnung und Förderung eines besonderen Zugangs betroffener Menschen zu Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zum Zwecke des Ausgleichs der durch die Gesellschaft erlittenen Suppressionen der sozialen und beruflichen Kompetenz (REHA).
- Rechtsanspruch auf Feststellung der erlittenen Schäden durch ein unabhängiges, noch zu definierendes Gremium, falls frühere Behandlungs-/Befundsberichte nicht mehr zu beschaffen sind.

5) Einarbeitung des Begriffes “Intersexualität“ in geltendes Recht:

- Bei Neugeborenen mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen erfolgt beim Standesamt ein lediglich provisorischer Geschlechtseintrag (analog zum Preussischen Landrecht, unter gleichzeitigem Verbot medizinischer Behandlungen ohne eingewilligte Zustimmung der betroffenen Menschen wie unter 1) beschrieben). Geschlechtsneutrale Vornamen sind zulässig.
- Betroffene Menschen haben die Möglichkeit, ab Erreichen der Einwilligungsfähigkeit per Willenserklärung eine Änderung des eingetragenen Geschlechts und/oder Vornamens zu erwirken. Falls von der betroffenen Person gewünscht, sind nunmehr auch kosmetische Eingriffe mit informierter Einwilligung der betroffenen Menschen zulässig.
- Für den Geschlechtseintrag wird als dritte Option “zwischengeschlechtlich/intersexuell/zwittrig“ eingeführt.
- In die Definitionsfindung, bei welchen Diagnosen dieses Verfahren zutrifft, sind die betroffenen Menschen und ihre Organisationen angemessen mit einzubeziehen.
- Die Verjährungsfristen bei nicht eingewilligten Eingriffen werden aufgehoben, da durch die vielfach dokumentierte vorsätzliche Zurückhaltung der Krankenunterlagen und Verheimlichung der Diagnosen die üblichen Verjährungsfristen in der Regel verpasst werden. (Hinfällig bei Einrichtung eines Fondsmodells wie unter 1) beschrieben, an welchem Ärztevereinigungen sich beteiligen.)
- Umfassender Schutz für intersexuelles Leben, auch des ungeborenen Lebens. Intersexualität allein darf kein Abtreibungsgrund sein.

[6] [1] United Nations (2011): Consideration of reports submitted by States parties under article 19 of the Convention. Concluding observations of the Committee

against Torture. http://www2.ohchr.org/english/bodies/cat/docs/co/CAT.C.DEU.CO.5_en.pdf (englisch), http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CAT/cat_state_report_germany_5_2009_cobs_2011_de.pdf (deutsch, nicht-amtliche Übersetzung)

[7] [2] Intersexuelle Menschen e.V.: Forderungen. http://www.intersexuelle-menschen.net/IMEVzusatz/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=3&Itemid=4

Begründung

[8] Anlässlich der Beschneidungsdebatte, sollten wir uns auch gleichzeitig für die Rechte intersexueller Kinder und gegen gschlechtsangleichende Operationen aus "Normierungsgründen" stellen. Das körperliche Recht auf Unversehrheit ist dabei höher zu bewerten, als den Schutz vor Stigmatisierung. Es gibt viele Fälle in denen die Operation zur Traumatisierung der Menschen geführt hat und nicht zuletzt zu grundlegenden Infragestellung der eigenen Identität (insbesondere geschlechtlich und sexuell).

[9] Unter dem unten aufgeführten Blog Zwischengeschlecht.info findet ihr viele Beiträge aus Aktivist_innensicht zu dem Thema von Zwangsoperationen, medizinische Stigmatisierung, Vereinnahmung von Intersexuellen in der LGBT(I)-Bewegungen etc.

Links, Quellen, Lektüre (nicht Teil des Antrages)

- Forderungen Intersexuelle Menschen e.V.
- Schattenberichte
- Zwischengeschlecht.info (Blog verschiedener Aktivist_innen, teilweise sehr emotionale Stellungnahmen)
- Berlin: Schmerzensgeldprozess um Ohrlochstechen an Dreijähriger - Richter erwägt Strafverfahren - "Intersex"-Genitalverstümmelungen in der "Charité" gehen ungehindert weiter
- blog.zwischengeschlecht.info/post/2011/06/30/Zwitter-Genitalverstuemmelungen-Diskriminierung-oder-Verbrechen Zwitter-Genitalverstümmelungen: Diskriminierung oder Verbrechen?
- Intersexuelle Menschen sichtbar machen und schützen

PA025 - Einführung eines Health Impact Funds

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

alios

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung eines Health Impact Fund (HIF) in Deutschland ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland beschließt ihr Wahlprogramm an geeigneter Stelle und in geeigneter Form um das Folgende zu ergänzen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung eines Health Impact Fund (HIF) in Deutschland ein.

[3] Funktionsweise

[4] Der HIF ist ein staatlich finanzierter Fond/Topf, der jährlich mit Geld ausgestattet wird (z.B. ∼ *0.03% des Bruttonationaleinkommens* also für Deutschland ∼*760 Mio.€/Jahr*).

[5] Er wird parallel, zum aktuellen Systems eingeführt.

[6] Die Pharmaforschung kann sich mit neuen Medikamenten um die Aufnahme in den Fonds bewerben. Der HIF bestimmt jährlich den "Health Impact" aller registrierten Produkte z.B. anhand der Metrik des Qualitätskorrigiertes Lebensjahres Jedes Jahr wird der Fond an die Pharmafirmen, anteilig am Gesamt-"Health Impact" aller registrierten Produkte ausgeschüttet.

[7] Mit der Aufnahme eines Medikaments in den Fond gibt der Rechteinhaber sämtliche Ansprüche auf Lizenzgebühren o.Ä. ab. Er erhält also für das entsprechende Medikament nur noch Erträge aus den jährlichen Ausschüttungen des Fonds.

[8] Registrierte Produkte haben eine Laufzeit von *10 Jahren* im Fonds. Nach *10 Jahren* sind die Medikamente vollständig "frei" (Generikum) und können lizenzfrei von jedem produziert werden.

[9] Die Produktion wird nicht zwingend durch die entsprechenden Pharmafirmen selbst durchgeführt, sondern die Produktion wird durch den Fonds ausgeschrieben. Zuschlag bekommt der Hersteller, der das kostengünstigste Angebot für die Produktion abgibt.

[10] adressierte Probleme
enn man folgende Kriterien für ein funktionierendes Pharama System annimmt, so muss festgestellt werden, dass das aktuelle System alle drei nur sehr unzureichend erfüllt. Ein HIF würde eine zweite Säule darstellen, die Anreize schafft diese Kriterien zu erfüllen:

- Patienten sollten global und unabhängig vom Einkommen Zugang zu den verfügbaren Medikamenten haben.
- Da die Einnahmequellen im aktuellen System auf den Schutz von Patenten beruht, haben die marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen gar kein Interesse, dass Medikamente global zu den geringsten

Kosten produziert werden Forschung und Entwicklung sollte in Entwicklung neuer Medikamente fließen, die global gesehen den größten Impact auf die Gesundheit der Menschen haben.

- Im Moment gehen die Mittel in die Erforschung der Medikamente mit denen sich die größten Gewinnaussichten (und nicht in die mit dem größten Health Impact). Dies ist der globalen ungleichverteilung der Einkommen geschuldet. Dies drückt sich im 10/90 Verhältnis aus: 10% der Weltbevölerung haben 90% des Einkommens - darum werden etwa 90% der verfügbaren Mittel in die Erforschung von Medikamenten im Fokus von 10% der Bevölkerung gemacht.
- Die Medikamente sollten so kostengünstig wie möglich angeboten werden

[11] Das aktuelle System ist extrem ineffizient. Unsummen der verfügbaren Mittel werden nicht in die Forschung selber, sondern in Lobbyismus (zum Erhalt und Ausbau der Leistungsschutzrechten), in Werbung und Rechtsstreits gesteckt.

Begründung

[12] Anmerkung / FAQ zu Anregungen

[13] *Der Begriff Health Impact Fund*

[14] Es gab 1-2 Anregungen im Liquid Feedback die anmerkten, dass der Begriff, da auf Englisch, nicht besonders griffig ist und daher ein besserer Name her soll. Leider machen sie keinen Vorschlag und ich habe auch leider auch keinen. Da das Thema aber im Moment noch von einer sehr kleinen Gruppe weltweit diskutiert wird und sämtliche Quellen diesen Namen wählen, würde ich es zum jetztigen Zeitpunkt eher für verwirrend halten davon abzuweichen - Health Impact Fund ist zumindest googlebar ;)

[15] Health Impact: wörtlich übersetzt Gesundheitliche Auswirkungen

[16] *Anregung zu Tierversuchen*

[17] Im Liquid Feedback gab es die Anregung, das Verbot von Tierversuchen in die Kritierien des HIF festzuschreiben. Die Idee auch andere Probleme mit dem HIF zu adressieren ist durchaus interessant. Ich möchte aber zunächst mit dieser Initiative die “Grundidee“ diskutieren und werde die Anregung hier nicht mit aufnehmen.

[18] *Trennung Forschung und Produktion*

[19] Die Pharmaforschung kann sich mit Medikamentenrezepten bewerben. Gleichzeitig wird nicht vorgeschrieben, dass Pharmafirmen, die Medikamente selbst herstellen müssen. Die meisten Pharmafirmen haben eigene Forschungsabteilungen. Die obigen Vorschläge implizieren eine Forderung nach Trennung von Forschung und Produktion. Ist diese Trennung gewollt? Wurde sie bedacht und nur nicht herausgestellt? Wenn diese Trennung gewollt ist, würde es dann nicht die Konsequenz erfordern die Trennung gesetzlich zu fixieren? Die Trennung ist für Medikamente im Fonds implizit. Dies soll dazu führen, dass sie dort produziert werden, wo sie am günstigsten produziert werden können. Natürlich steht es auch den einbringenden Pharamfirmen selbst frei an der Ausschreibung der Produktion teilzunehmen.

[20] Finanzierung?

- Welche Finanzierungsvorschläge/-konzepte gibt es für diesen Fond?
  - Muss noch erarbeitet werden. Grundsätzlich aus Steuermitteln.
- Wenn die Pharmakonzerne quasi alle Verwertungsrechte verliert, wir der Fonds nicht genutzt werden.
  - Wenn dies der Fall ist, werde ich mich alle 10 Jahre mit einem neuen Kreutertee bewerben. Da dieser dann immer das Produkt mit dem höchsten Health Impact ist (als einziges im Fonds) werde ich ein reicher Mensch...

[21] Sonstiges / Links

[22] Ist bereits beim Landesparteitag NRW als Positionspapier angenommen worden: http://www.piratenpartei-nrw.de/44192/2012-04-23/positionspapier-health-impact-funds/

[23] TED Talk zum Thema: http://www.youtube.com/watch?v=rTMqGbTNkNg

[24] Wikipedia: http://en.wikipedia.org/wiki/Health_Impact_Fund

[25] Der HiF an der Yale University: http://www.yale.edu/macmillan/igh/

PA026 - Weiterdenken beim Konsum von Lebensmitteln

Wahlprogramm - Ernährung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Baeni

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für einen bewussten und nachhaltigen Konsum ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an Stelle Ernährung aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine bewussten und nachhaltigen Ernährung, auch im Bezug auf tierische Lebensmittel ein. Durch den täglichen Konsum hat jeder Mensch eine hohe Verantwortung, im Bezug auf die Produktion und Herkunft von Lebensmitteln. Lebensmittel sollen unter gerechten und ökologisch nachhaltigen Bedingungen produziert werden. Daher unterstützt die Piratenpartei Aktionen und Initiativen, welche einen bewussteren und nachhaltigeren Konsum zum Ziel haben.

Begründung

[3] hohe Fleischproduktion verknappt Nahrungsmittel

[4] Für eine gesunde Ernährung ist es notwendig täglich Protein zu konsumieren. Täglich als erwachsener Mensch $\sim$ 0,8 g pro Kilo Körpergewicht. Unabhängig davon, wie viel pflanzlich oder tierisch erzeugt wurde. Für die Herstellung von 1kg tierischem Protein sind jedoch z.B. bei Schweinen ungefähr 2,7 kg pflanzliches Protein nötig. Also wozu ausschließlich den Umweg über das Tier gehen, wenn es durch Mischung effiektiver möglich ist? Der derzeitge Konsum von Fleisch liegt deutlich über der empfohlenen Tagesmenge für eine gesunde Ernährung. Wir konsumieren bereits deutlich mehr Fleisch als wir auf unserem Bundesgebiet herstellen könnten. Deshalb importieren wir in großen Mengen Futtermittel aus Schwellen- und Entwicklungsländern, die eigtl. selbst Nahrungsmittel und geeignete Anbauflächen mit hohem Ertrag benötigen. Die indigenen Völker (in Südamerika) werden zunehmend enteignet, um Regenwaldflächen zu roden und vorrangig Soja-Monokulturen für den Export anzubauen, außerdem leiden sie unter den in Massen ausgebrachten Pestiziden der Farmer-Flugzeug.

[5] Auswirkungen auf die Umwelt

[6] Die Massentierhaltung in Deutschland verunreinigt zunehmend das Grundwasser, die Werte von auf dem Feld ausgebrachter Gülle sind zu hoch. In Afrika werden Gewächshäuser gebaut, in denen für den europäischen Markt Gemüse gezüchtet wird. Durch das Klima in der Region sind zwei Ernten jährlich möglich, die Gewächshäuser können also effektiv genutzt werden. Jedoch versäumen es die Unternehmen, entsprechend das Grundwasser auszugleichen, welches zur Bewässerung genutzt wird. Alarmierende Zahlen von sinkendem Grundwasser sind die Folge. Die Landwirtschaft emittiert etwa 14 % der weltweit anthropogen verursachten Treibhausgasemissionen. In Deutschland beläuft sich dieser Anteil auf knapp 7 % – ohne die Berücksichtigung importierter Futtermittel, der Produktion von Betriebsmitteln und Landnutzungsänderungen wie Waldrodung

und die Entwässerung von Moorböden. Die Gesamtemissionen für die menschliche Ernährung in Deutschland umfassen inklusive Verarbeitung, Transport und Distribution etwa 16 bis 22 %. Treibhausgasbilanzierung von Lebensmitteln (VTI, eine Einrichtung des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) weitere links

PA027 - piratige Politik

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Oibelos

Zusammenfassung

Wie sieht piratige Politik aus? Was für eine Gesellschaft wünschen wir Piraten uns? Was verstehen wir unter "Freiheit"? Warum ist sie uns wichtig? Wie wollen wir Freiheit erreichen?

Antragstext

Antrag

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm nach der Präambel einzufügen:

piratige Politik

[2] Wir Piraten sind soziale Humanisten. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich als solidarische Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen begreift.

[3] Vielfalt ist in einer Gesellschaft ein Ausdruck kulturellen Reichtums. Die Individualität ihrer Mitglieder ist es, die einer Gemeinschaft ihre Vielfalt und ihren kulturellen Reichtum verleiht.

[4] Indem sich hier verschiedene Ideen vermischen und gegenseitig befruchten, entstehen neue Ideen, entsteht neues Wissen.

[5] Die Freiheit eines jeden Menschen ist, als Teil seiner Menschenwürde, sein naturgegebenes Recht.

[6] Die Gemeinschaft hat aber auch großes Interesse daran, dass sich jedes Ihrer Mitglieder frei entfalten und an der Gemeinschaft teilhaben kann. Denn so kann jedes Mitglied den größtmöglichen Nutzen für die Gemeinschaft bringen.

Voraussetzungen für eine Gemeinschaft freier und gleicher Menschen

[7] **Abwesenheit von Zwängen**
Die Freiheit des Einzelnen darf erst dort enden, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Da diese Grenzen fließend sind, ist ein hohes Maß an gegenseitigem Verständnis, Wohlwollen, Toleranz und Rücksichtnahme in einer Gesellschaft notwendig.

[8] **Teilhabe an der Gestaltung**
Jedes Mitglied der Gemeinschaft muss die gleichen, umfangreichen Möglichkeiten haben, die Gemeinschaft mitzugestalten. Dies kann auch beitragen zu mehr Gerechtigkeit und weniger Konflikten in der Gemeinschaft.

[9] **Plattformneutralität**
Infrastrukturen, technische wie gesellschaftliche, müssen für alle gleichermaßen nutzbar sein. Die Hürden für

ihre Nutzung müssen niedrig sein, ihre Funktion muss offen zugänglich und allgemeinverständlich dokumentiert sein.

[10] Freiräume
Eine Gemeinschaft muss Freiräume schaffen und erhalten: Räume, die nicht für einen festen Zweck vergeben sind, sondern in denen Neues erfunden und ausprobiert werden kann.

[11] Formbarkeit
Es ist notwendig, dass die Strukturen der Gemeinschaft nicht erstarren, sondern formbar bleiben. Nur so können die Mitglieder die Gemeinschaft mit gestalten, nur so kann sich die Gemeinschaft weiterentwickeln.

[12] Gleiche Rechte und Pflichten
Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Ungleichbehandlung ist nur dann zulässig, wenn ihr Zweck der Ausgleich bereits vorhandener Ungleichheit ist.

[13] Bildung
Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht, sie ist wichtig für die individuelle Freiheit. Bildung lässt jeden seine Möglichkeiten erkennen, gibt ihm die Fähigkeiten, sie zu nutzen, und verbessert das Wissen, um die Folgen seiner Handlungen abschätzen zu können.

[14] Solidarität
Die Gemeinschaft soll die individuelle Entfaltung ihrer Mitglieder unterstützen. Dabei geht es um praktische Hilfe beim Nutzen von Freiheit, ideelle Hilfe (zum Beispiel durch das Vorbild des Nutzens von Freiheit) und um Hilfe, wenn man durch die Nutzung seiner Freiheit in Not geraten ist.

[15] Verteidigung
Mitglieder einer Gemeinschaft müssen ihre Rechte gegen andere oder auch die Gemeinschaft in angemessener Weise verteidigen dürfen und können. Die Gemeinschaft muss jedem Mitglied helfen, seine Rechte zu schützen, auch gegen die Gemeinschaft selbst.

[16] Kommunikationsfreiheit
Menschen müssen frei miteinander kommunizieren können. Sie müssen frei sein in der Äußerung ihrer Meinungen und darin, andere Meinungen aufzunehmen. Kommunikationsfreiheit ist auch nur dann gegeben, wenn man nicht nur frei in der Äußerung ist, sondern auch die Chance hat, gehört zu werden. Freie Kommunikation kann auch zu mehr Verständnis füreinander führen.

[17] Informationsfreiheit und Transparenz
Informationen müssen für jeden frei zugänglich sein. So kann sich jeder über seine Möglichkeiten zur Nutzung seiner Freiheit inklusive der Teilhabe an der Gemeinschaft informieren. Ausgenommen hiervon sind personenbezogene Daten.

[18] informationelle Selbstbestimmung
Wissen über Menschen kann Macht über diese Menschen bedeuten. Das Gefühl, überwacht zu werden, kann zu Verlust von Freiheit führen. Aus diesen Gründen ist jedem Mitglied der Gemeinschaft das größtmögliche Maß an Kontrolle über seine personenbezogenen Daten zu ermöglichen. Die wichtigste Maßnahme hierbei ist, ohne Zustimmung nur so viele personenbezogene Daten zu erfassen, wie unbedingt notwendig. Es steht aber auch jedem Menschen frei, seine eigenen personenbezogenen Daten zu veröffentlichen.

[19] Nachhaltigkeit
Nachhaltigkeit ist notwendig, um Lebensgrundlagen und Handlungsfreiheit für zukünftige Generationen zu erhalten. Dazu müssen die ökologischen, sozialen und ökonomischen Systeme im Gleichgewicht bleiben. Das heißt, es darf nicht mehr entnommen werden, als hinzu kommt. Das gilt für Natur und Umwelt, für Sozialsysteme und auch für die Wirtschaft.

[20] inhärent sichere Systeme
Technische und gesellschaftliche Systeme müssen stets so gestaltet werden, dass sie schon aufgrund ihrer Architektur für den Einzelnen Sicherheit durch Freiheit bieten und dies nicht z.B. davon abhängt, wer an der Macht ist und die Systeme bedient.

[21] Freiheit erhalten
Es ist zu vermeiden, dass Situationen entstehen, in denen es keine erstrebenswerten Handlungsoptionen mehr gibt. Damit sind Situationen gemeint wie Krieg, extreme Umweltzerstörung, Schaffung einer Gesellschaft mit unzureichender Bildung oder destruktivem Ausmaß an sozialer Ungleichheit.

[22] Offenheit nach innen
Die Mitglieder der Gemeinschaft müssen einander offen und mit Vertrauen begegnen. Nur so ist ein Austausch von Wissen und Ideen möglich.

[23] Offenheit nach außen
Die Gemeinschaft und jedes ihrer Mitglieder muss es Außenstehenden einfach machen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Eine Gemeinschaft darf sich nicht zu stark nach außen abgrenzen. Eine Gemeinschaft muss Impulse von außen aufnehmen. Kommunikationsfreiheit und Informationsfreiheit dürfen nicht durch die Grenze der Gemeinschaft beschränkt werden. Gemeinschaft muss immer auch global gedacht werden als Gemeinschaft aller Menschen.

[24] Widersprüche
Eine vielfältige Gemeinschaft freier Menschen ist voller unterschiedlicher Meinungen und Widersprüche. Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Denn was heute noch falsch ist, kann morgen, unter veränderten Umständen, richtig sein. Was heute noch Minderheitenmeinung ist, kann morgen die Mehrheit hinter sich haben.

[25] Macht und Verantwortung: Netzwerk statt Hierarchie
Jedes Mitglied einer Gemeinschaft trägt Verantwortung für sich selbst, die anderen Mitglieder der Gemeinschaft und die Gemeinschaft als ganzes.

[26] Aus großer Macht entsteht auch große Verantwortung. Wir Piraten wollen extreme Machtkonzentrationen aber verhindern. Wir wollen Macht und Verantwortung auf mehr Schultern verteilen. Um so notwendiger ist es dann, dass sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Möglich wird dies durch große Transparenz, offene Informationen, freie Kommunikation, ein möglichst hohes Bildungsniveau und klare, durchschaubare Strukturen.

[27] Entscheidungen, die von vielen in Übereinstimmung getroffen wurden, haben eine größere Legitimation, als Entscheidungen die nur von wenigen getroffen wurden.

[28] Grundsätzlich sollten die Menschen, die die Folgen zu tragen haben, wenn eine Entscheidung getroffen oder nicht getroffen wird, bei der Entscheidungsfindung ausschlaggebenden Einfluss haben.

digitale, globale Gesellschaft

[29] Die digitale Revolution und das Internet hat unsere Gesellschaft global werden lassen. Die Gemeinschaft der Menschen ist dabei enger zusammengerückt, lässt aber gleichzeitig jedem einzelnen Individuum mehr Freiheit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und Möglichkeiten zur Mitwirkung bei der Gestaltung der Gemeinschaft. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Gegenteiligen Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

endgültige Wahrheiten

[30] Wir Piraten gehen davon aus, dass es endgültige Wahrheiten nicht gibt. Deshalb lehnen wir es ab, dass sich Politik allein daran orientiert, ob sie zu einer Religion oder Ideologie passt. Politik muss sich stattdessen an ihrer Zweckerfüllung orientieren.

[31] Lösungen müssen immer wieder kritisch hinterfragt und bei Bedarf angepasst werden.

[32] Fehler zu machen, ist nicht falsch. Sie nicht zuzugeben und nicht zu korrigieren, ist falsch.

Staat und Gesetz

[33] Wir Piraten verstehen den Staat als organisatorische Infrastruktur einer Gemeinschaft oder eines Teils einer Gemeinschaft.

[34] Seine Aufgabe muss es sein, die Freiheit jedes einzelnen in der Gemeinschaft, aber auch den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu schützen.

[35] Dazu gibt sich die Gemeinschaft freier und gleicher Menschen in Form des Staates allgemeingültige Gesetze. Sie bilden einen klaren Rahmen, auf den sich jeder Mensch ohne Unterschied verlassen können muss.

[36] Diese Gesetze dürfen nicht allein danach ausgerichtet sein, dass sie zu einer Ideologie, Religion oder Tradition passen, sondern danach, dass sie ihren Zweck erfüllen.

[37] Bei territorialen Staaten soll jeder Mensch, der auf Dauer im Territorium eines Staates lebt, Bürger dieses Staates sein können.

materielle Ungleichheit

[38] Die Größe des Besitzes eines Menschen bestimmt mit, wie stark er an der Gesellschaft teilhaben kann. Ein großer Besitz verleiht Macht, besitzlose Menschen sind großer Macht ausgeliefert.

[39] Gesellschaftssysteme, die die materielle Gleichstellung aller Menschen erzwingen wollen, führen zu Unfreiheit, da Vielfalt negiert wird und große Machtkonzentration notwendig ist, um Gleichheit unter Zwang durchzusetzen.

[40] Wir Piraten sehen, dass zu große materielle Ungleichheit zu Problemen führt. Wir wollen zum Teil bewährte, pragmatische, zum Teil neue Wege zur Lösung dieses Problems gehen. Dabei wollen wir Armut bekämpfen, nicht Reichtum.

[41] Auch wir sehen in der sozialen Marktwirtschaft mit ihren Rahmenbedingungen für zum Teil selbstbestimmten Ausgleich sozialer Ungleichheiten ein bewährtes und geeignetes System, verschließen uns aber nicht neuen Ideen.

[42] Darüber hinaus wollen wir die Chancen der digitalen, urbanen, globalen Gesellschaft stärker nutzen. Wir Piraten wollen Teilhabe unabhängiger machen von materiellen Möglichkeiten. Wir Piraten wollen, dass von Besitz weniger Macht ausgeht und wenig Besitz nicht machtlos macht.

Begründung

[43] Unser Parteiprogramm ist nicht in einem Guss entstanden, sondern vom "Schwarm" formuliert worden. Ist es deshalb ein zusammenhangloses, widersprüchliches Sammelsurium? Haben wir keine in sich schlüssige Programmatik? Oder gibt es gemeinsame Nenner aller Programmpunkte?

[44] „Freiheit" ist ein zentraler Begriff bei vielen Programmpunkten der Piraten.

- Was verstehen wir unter „Freiheit"?
- Welche Arten von Freiheit gibt es?
- Wozu ist Freiheit gut?
- Wie können wir Freiheit maximieren?

[45] **Die Freiheit des einen endet da, wo die Freiheit des anderen beginnt** (geht zurück auf John Stuart Mill: „On Liberty" (1859)). Das bedeutet, in Gesellschaft mit anderen Menschen gibt es zwangsläufig Konflikte.

- **Wie könnten die Piraten das Spannungsfeld Freiheit und Gemeinschaft auflösen?**
- **Sind die Ziele Freiheit und Solidarität zwangsläufig Widersprüche, die nur über Kompromisse im Einzelfall gelöst werden können oder gibt es Prinzipien, mit denen sich beides in Einklang bringen**

lässt?

- **Können wir als Piraten Lösungsprinzipien aus unserer Erfahrung in der Piratenpartei und aus unseren Erfahrungen mit dem Leben in einer digitalen, globalen, vernetzten Gesellschaft ableiten?**

[46] Viele unserer Programmpunkte und vieles in unserer Parteistruktur basiert bereits auf den Prinzipien, die versucht wurden für diesen Antrag in allgemeingültiger Form herauszudestillieren.

[47] Dieser Antrag soll also nicht etwas neues festlegen, sondern die eigentlich schon vorhandenen Prinzipien so kurz und allgemeingültig wie möglich darstellen und erklären.

[48] Dieser Text wurde bereits zweimal (in unterschiedlicher Version) in Liquid Feedback eingebracht unter:

[49] https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2721.html

[50] und

[51] https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4216.html

[52] Weitere Begründungen, Quellen, Versionshistorie, Informationen zu umgesetzten Anregungen etc. sind in der alten Initiative zu finden: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2721.html

[53] Ein Landesverband hat diesen Text schon in sein Grundsatzprogramm aufgenommen: im Programm / im Protokoll des LPT

PA028 - Präambel des Grundsatzprogramms ergänzen: Eindeutige Positionierung der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Etienne

Zusammenfassung

Die Präambel des Grundsatzprogramms wird um vier Sätze ergänzt, die die Grundlage der Ziele der Piratenpartei definieren und eine Abgrenzung gegenüber totalitären, faschistischen und diktatorischen sowie diskriminierenden Bestrebungen manifestieren.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland in der Präambel (nach dem vierten Absatz) folgende Absätze einzufügen:

[2] Das vorliegende Programm der Piratenpartei formuliert die Ziele der Piratenpartei.

[3] Diese Ziele basieren auf den Werten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der Rechtsstaatlichkeit und einer freiheitlich geprägten Gesellschaftsordnung, die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Das schließt die Ablehnung totalitärer, diktatorischer und faschistischer Bestrebungen jedweder Art sowie die Distanzierung gegenüber Rassismus, Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus ein.

[4] Niemand ist aufgrund von Staatsangehörigkeit, Stand, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religionszugehörigkeit, Glaubensausrichtung, Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung, physischer oder psychischer Beeinträchtigung sowie von Tatsachen, die nicht selbst beeinflusst werden können, von unserer Gesellschaft auszugrenzen.

Begründung

[5] Im Umfeld der Diskussionen im Zusammenhang mit extremistischen Äußerungen durch Mitglieder der Piratenpartei wurde im Frühjahr 2012 auf der Hauptmailingliste in einem kurzen Thread darüber diskutiert, ob ein Bekenntnis der Piratenpartei wie im obigen Antrag für die Präambel formuliert, nicht neben der Satzung und einem - auf dem BPT 2011.2 beschlossenen - Programmpunkt (14.3) des Parteiprogramms auch an prominenter Stelle im Programm stehen sollte.

[6] Da im oben formulierten Text Teile aus dem Programmpunkt 14.3 enthalten sind, könnte man auf die Idee kommen, im Programm diesen Punkt herauszunehmen. Das hielte ich aber für grundfalsch. In der Präambel wird die Grundlage für das Programm gelegt. Das Programm selbst muss aber selbstverständlich den Programmpunkt als Ziel der Politik der Piratenpartei an der entsprechenden Stelle enthalten.

[7] Als Ergebnis der Diskussion auf der Antragskonferenz Berlin-Brandenburg habe ich gegenüber der erfolgreichen LiquidFeedback-Initiative im zweiten Satz folgende Änderung vorgenommen:

[8] “auf dem Grundgesetz“ ersetzt durch “auf den Werten des Grundgesetzes“

PA029 - Ersatzlose Streichung von §86a STGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen)....

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Carsten Schulz alias Piratenpower....

Zusammenfassung

Das Verwenden von Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen sollte legalisiert werden, da das unter das Recht auf freie Meinungsäusserung fällt und um diesen Symbolen ihre fast schon mythologische Wirkung zu nehmen...

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschliessen, folgenden Text in das Wahlprogramm für die BTW 2013 aufzunehmen: Die Piratenpartei fordert im Sinne von Meinungsfreiheit und Liberalität die ersatzlose Streichung des Paragrafen 86a STGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen)....

Begründung

[2] Das Verwenden von bestimmten Kennzeichen und Symbolen fällt unter das Recht auf freie Meinungsäusserung, unabhängig davon, ob es sich dabei um religiöse, politische oder spirituelle Symbole handelt. Jeder Mensch sollte das Recht haben, seine Meinung auch durch spezielle Symbole oder Kennzeichen auszudrücken, auch wenn es sich dabei um Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen handeln sollte. Symbole selbst haben nämlich überhaupt keine Macht oder Kraft, sondern nur die, die man ihnen gibt oder zugesteht. Dadurch, daß man bestimmte Symbole oder Grussformen wie die Swastika oder den Hitlergruss kriminalisiert, gibt man diesen Symbolen erst eine bestimmte, völlig ungerechtfertigte Ausstrahlung, die sie überhaupt nicht verdienen. Sie werden dadurch zum Mythos, zu etwas Unheimlichen und Verbotenem, das eine fast schon magische Kraft ausübt und irrationale Ängste schürt. Dadurch ensteht ihre Attraktivität, gerade für junge und ungebildete Menschen.

[3] Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen, indem man diese Symbole,Parolen, Kennzeichen und Grussformen legalisiert, was einem die Möglichkeit gibt, sie in den Alltag einzubinden und sich zum Beispiel über sie lustig zu machen. Das passiert unter anderem in den USA und Grossbritannien und ist ungemein effektiv, um diesen Symbolen ihre künstliche und aufgebauschte Wirkung zu nehmen. Letztendlich sind diese Symbole sowieso keine originär nationalsozialistischen Symbole, sondern wurden von den Nazis nur zu ihren Zwecken missbraucht. Die Swastika ist zum Beispiel ein Jahrtausende altes, vedisches also indisches Glückszeichen. Man sollte sich im Deutschland des 21ten Jahrhunderts wirklich nicht von diesem halbgebildeten, fahnenflüchtigen, kriminellen, österreichischen Landstreicher Adolf Hitler und seiner Clique vorschreiben lassen, welche Symbole, Kennzeichen oder Grussformen man benutzen darf oder nicht. Dadurch gibt man diesen Leuten mehr als 60 Jahre nach ihrem Ableben immer noch zuviel Macht. Deutsche sollten sich endlich von ihrer Geschichte und vor allem von Adolf Hitler und seiner kriminellen Gang emanzipieren. Dazu würde eine Abschaffung von

§86a des STGB entscheidend beitragen, da es sich bei diesem Gesetz ausschliesslich um ein Sondergesetz gegen Nazi-Symbole handelt. Die Verwendung von allen möglichen anderen, dubiosen Symbolen wie Hammer und Sichel und ähnlichem sind nämlich weitestgehend erlaubt.......

PA030 - Freie, rechtskräftige digitale Signaturen und E-Mail-Verschlüsselung für alle

Grundsatzprogramm - Datenschutz LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Johann Duscher (JonnyDee), David Göhler (DavidGoehler)

Zusammenfassung

Die Piratenpartei richtet ein staatlich finanziertes Trustcenter ein, das jedem Bürger unabhängig vom Einkommen erlaubt, Dokumente und E-Mails für eine abhörsichere Korrespondenz zu verschlüsseln und rechtskräftig digital zu signieren.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, ein staatlich finanziertes Trustcenter einzurichten, das jedem Bürger unabhängig vom Einkommen die Möglichkeit gibt, Dokumente und E-Mails für eine abhörsichere Korrespondenz zu verschlüsseln und rechtskräftig digital zu signieren.

[3] Die dafür notwendigen Zertifikate sollen deshalb für Privatpersonen (nicht juristische Personen) kostenlos zu erwerben und zu verwenden sein und dazu dienen, jedermann abhörsichere Kommunikation und rechtssichere Geschäfte bzw. Vertragsabschlüsse über das Internet zu ermöglichen.

[4] Die Erstellung der Zertifikate hat so zu erfolgen, dass der Staat technisch nicht in der Lage ist, mit diesen Zertifikaten verschlüsselte Inhalte zu entschlüsseln (d.h. er darf keine Kenntnis der geheimen Schlüssel besitzen).

Begründung

[5] Wir betrachten den Zugang zur Technologie für abhörsichere Kommunikation und digitale qualifizierte Signaturen als Grundbedürfnis in der heutigen digitalen Informationsgesellschaft. Datenschutz und Privatsphäre sind heute wichtiger denn je. Entsprechend muss diese Technologie allen Bürgern zur Verfügung stehen – und zwar unabhängig vom Einkommen! Obwohl es die passende Technik schon länger gibt, ist es faktisch auch heute nicht möglich, im Internet rechtssicher zu unterschreiben, Verträge zu schließen oder signierte E-Mails zu verschicken. De facto muss dass immer noch per Fax (was sehr unsicher ist) und Brief geschehen. **Die elektronische Unterschrift mit Hilfe von Signaturen und Zertifikaten fristet ein Mauerblümchen-Dasein.** Die Ursachen sind einfach: Für Privatleute ist es kompliziert und vor allem teuer, die dafür notwendigen Zertifikate zu bekommen. Man kann nicht mal eben wo hingehen und das in fünf Minuten erledigen. Deshalb macht es kaum jemand. Die Folge ist, dass es für Unternehmen und staatliche Stellen unattraktiv ist, die Technik dafür aufzubauen. Es gibt daher nur wenige Möglichkeiten, sich per Signatur zu identifizieren. Und Möglichkeiten für verschlüsselte E-Mail Kommunikation sind noch sehr viel seltener, da dafür Sender UND Empfänger ein Zertifikat haben müssen. Das macht es für normale Bürger uninteressant, sich ein teures Zertifikat zu leisten. Je verbreiteter aber der Einsatz von Zertifikaten wäre, desto größer wäre der Nutzen. **Ein echtes Henne-Ei-Problem.** Drei Hürden müssen übersprungen werden, um eine breite Akzeptanz zu erreichen:

- Die Identifikation der Person (dass sie beweist, dass sie die Person ist, die sie vorgibt zu sein) muss vereinfacht werden.
- Die Kosten für ein Zertifikat müssen runter auf 0 Euro (für ein persönliches Zertifikat).
- Die Handhabung mit dem Zertifikat muss einfach sein.

[6] Die Zutaten für eine Lösung gibt es schon: **Melde-Amt und z.B. ePerso!** Wer sich beim Melde-Amt einen neuen Personalausweis mit Signatur-Funktion bestellt/holt, muss sich ausweisen. Die Identifikation der Person für ein Zertifikat kann das Melde-Amt also gleich miterledigen. Der zusätzliche Aufwand dafür ist gleich Null. Für die Zertifikatserstellung sollte der Staat ein entsprechendes Trustcenter aufbauen. Ein über diese Infrastruktur erstelltes Zertifikat könnte dann auf dem Personalausweis gespeichert werden. Die Ausstellung des Zertifikats und die Speicherung auf dem ePerso muss für den Bürger kostenlos sein. **(Wichtig zu wissen ist, dass ein vollständiges Zertifikat einen privaten Schlüssel enthält, der jedoch vom Zertifikatinhaber selbst und nicht vom Trustcenter erstellt wird. Das Trustcenter, ob nun staatlich oder nicht, kennt diesen also NICHT und hat deshalb aus technischen Gründen KEINE Möglichkeit verschlüsselte Daten zu entschlüsseln bzw. sogar digitale Signaturen zu fälschen.)** Das Trustcenter bekommt lediglich den öffentlichen Schlüssel zu Gesicht und unterschreibt diesen selbst digital um zu bestätigen, dass dieser tatsächlich zur Person gehört. Damit kann jeder, der den neuen Perso hat, Online (mit RFID-Leser am PC) und vor Ort bei Unternehmen mit dem Perso unterschreiben und rechtssicher Verträge schließen und beenden. Das ist von der Handhabung her super einfach und sicher (genug). Wenn man den ePerso nicht dafür verwenden möchte, dann kann man das Zertifikat natürlich auch in ein E-Mail Programm importieren und so verwenden, wie man dies bisher auch schon mit kommerziellen Zertifikaten machen kann. Ein staatliches Trustcenter wird außerdem ein hohes Vertrauen genießen, weil es mindestens wie ein kommerzielles Trustcenter die vorgeschriebenen Sicherheitskriterien erfüllen und nachweisen können muss. Entsprechend werden die Root-Zertifikate des Trustcenters dann leichter Eingang bei gängigen Browsern finden (im Gegensatz zu cacert.org, dessen Root-Zertifikate auch nach vielen Jahren noch bei allen wichtigen Browsern fehlen). Um bestehende Trustcenter wirtschaftlich nicht in Konkurrenz zu einem staatlichen Trustcenter zu bringen, sollte das staatliche Trustcenter ausschließlich Zertifikate für Privatpersonen ausstellen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf bestehende Trustcenter sollten damit minimal sein, da es ja auch bisher kaum Privatleute gibt, die sich kostenpflichtige Zertifikate und die damit verbundenen laufenden Kosten leisten wollen oder können. Wenn der Staat die Aufgabe des Trustcenters an ein großes bestehendes Trustcenter delegiert (und dafür zahlt), ist die Umsetzung sogar relativ schnell und einfach möglich.

[7] Vorteile

Die Vorteile für Bürger und Staat sind dabei klar:

- Viele Angelegenheiten können elektronisch schnell und automatisch abgewickelt werden.
- Das spart Personal und Kosten. Wahrscheinlich würde man durch die Einführung eines Trustcenters für Bürger letztendlich sogar viel Geld sparen.
- Der E-Mail-Verkehr könnte so sehr viel sicherer gemacht werden, da man die E-Mails so verschlüsseln kann, dass nur der Empfänger in der Lage ist, den Inhalt der E-Mail zu lesen. Ohne Verschlüsselung sind E-Mails nichts als digitale "Postkarten", die jeder mit etwas technischem Know-how lesen kann. Und da E-Mails durch Datenverarbeitung massenweise verarbeitet werden können ist eine E-Mail sogar noch öffentlicher, als dies bei Postkarten der Fall ist, denn die müssen im Gegensatz zur elektronischen Post von Menschen gelesen werden.
- Es ist praktisch immer möglich nachzuweisen, dass man für einen bestimmten Inhalt verantwortlich ist.
- Das nachträgliche Fälschen von digital signierten Inhalten (z.B. E-Mails) ist nicht möglich.
- Man kann ohne Probleme rechtssicher Verträge in digitaler Form abschließen und auch wieder kündigen (z.B. einen DSL-Vertrag).
- Die Kommunikation mit Behörden ist so auch ohne eine "DE-Mail" auf sichere Weise möglich.
- Die dadurch mögliche Einsparung von Papier trägt erheblich zum Umweltschutz bei.

[8] Umsetzung

Die Piratenpartei erarbeitet in Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die sich dafür einsetzen, einen Gesetzesvorschlag, der die Schaffung des Trustcenters beschreibt, und deren Aufgaben definiert. Weiterhin ist gesetzlich zu regeln, dass jeder Bürger einen Rechtsanspruch auf Erteilung eines Zertifikats und Speicherung auf seinem ePerso oder eines anderen Schlüsselcontainers (z.B. einer Smart-Card) bekommt, und dass der Staat für die Erteilung des Zertifikats nur den öffentlichen, NICHT jedoch den privaten Schlüssel benötigt. Ebenfalls gesetzlich zu regeln ist, dass der Staat, statt das Trustcenter selbst aufzubauen, diese Aufgaben auch an ein Unternehmen delegieren kann, das die notwendigen Sicherheitsstandards erfüllt und sie nachweisen kann. Die Piraten sollten nach Aufnahme dieses Antrags in das Parteiprogramm damit öffentlich im Wahlkampf werben, insbesondere mit griffigen Fallbeispielen, die jedem einleuchten und klarmachen, dass es unglaublich ist, dass wir das noch nicht haben und wie nützlich so ein Zertifikat sein kann (nie mehr Formulare ausfüllen, einfach nur den ePerso vor den Leser halten und mit einer geheimen PIN bestätigen: bei Ärzten, Versicherungen, Behörden).

[9] Weitere Informationen

- Eine gute Zusammenfassung, welche Vorteile das digitale Unterschreiben mit dem ePerso hat, und wie es funktioniert ist auch **hier** zu finden.
- Auf Wikipedia kann man **hier** genauer nachlesen, wie das auf dem ePerso gespeicherte Unterschriftszertifikat mit einer geheimen PIN abgesichert wird.
- Und **hier** ist die FAQ eines Trustcenters zu finden. Es beantwortet sicherlich einige Fragen, die man Grundsätzlich so zu diesem Thema hat.

PA031 - Anonymes Geld für das Internet

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christoph Puppe

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Datenschutz, Transparenz und Teilhabe auch bei Zahlungsvorgängen über das Internet beachtet werden. Daher sollte die Entwicklung eines Anonymen Zahlungssystems gefördert werden.

Antragstext

[1] Auf dem BPT 12.2 soll beschlossen werden, dass in das Wahlprogramm der Piratenpartei aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Datenschutz, Transparenz und Teilhabe auch bei Zahlungsvorgängen über das Internet beachtet werden. Wir sehen als eine Möglichkeit, dass die Bundesbank beauftragt wird, ein e-Geld zu entwickeln und als Teil der M0 in Umlauf zu bringen, dass wie Bargeld für das Internet genutzt werden kann und die folgenden Kriterien erfüllt.

[3] **Kriterien**

[4] Die Anforderungen an eine elektronische Währung, die wie Bargeld im Internet funktioniert:

- Zahlungen zwischen Privatpersonen möglich
- Anonyme Zahlungen
- Für jeden Bürger zugänglich, also keine Bonitäts-Klausel oder Altersbeschränkungen
- wenn möglich auch Offline-Zahlungen (zumindest kurzfristig, bis der Empfänger wieder online ist)
- Auch bei der Geldmengenbetrachtung wie Bargeld gehandhabt.
- Keine Schattenkonten auf denen alle Zahlungsvorgänge Überwacht werden
- Realisierbar auf Smartphones, sonstigen Computern und spezialisierten Terminals

Begründung

[5] Geld ist notwendiges Übel, es fließt damit wir in einer komplexen Welt leben können, immer wenn nicht getauscht wird, fließt es im Hintergrund mit. Daher ist die Überwachung der Geldströme für Firmen und Staaten so interessant, der Gläserne Bürger ist ohne Kontrolle der Geldströme nicht vollständig. Auch die Profile der Kunden sind ohne die Geld-Transaktionen nur halb so spannend, siehe den Erfolg von Payback und ähnlichen Systemen.

[6] Wenn wir in der Zukunft unsere Privatsphäre erhalten wollen, brauchen wir Anonyme Zahlungssysteme.

[7] Auch brauchen wir in einer immer stärker vernetzten Welt, Zahlungssysteme die für *jedem/e* Person offen sind und niemanden ausgrenzen!

[8] Die ini wurde Angenommen mit: Ja: 383 (61%) · Enthaltung: 85 · Nein: 240 (39%)

[9] Grundlage

[10] Geld und Geldmarkt ist eine hoheitliche Aufgabe, die im Auftrag der Regierung durch die nominell unabhängige Bundesbank wahrgenommen wird. Buch- und Bargeld von der Bundesbank im Verbund mit den anderen Bundesbanken der Länder der Eurozone gesteuert. die Europäischen Zentral Bank (EZB) ist so der oberste Währungshüter.

[11] Derzeit wird nur Buchgeld und Bargeld von der EZB ausgegeben. Es fehlt eine Währung für das Internet, den Bargeld ist ausgeschlossen und mit Buchgeld können nur Überweisungen vorgenommen werden. Daher hat sich ein großer Markt an Anbietern für die Vermittlung von Zahlungen entwickelt. Alle diese Anbieter basieren auf dem Grundsatz, dass der Benutzer einen Account anlegt und bei einer Zahlung dem Empfänger seine Account-ID übergibt und vom Systemanbieter nach Autorisierung des Betrages gefragt wird. Beispiele solcher Zahlungssysteme sind alle Kreditkarten und Firmen wie NetDebit, Paypal, mPass und viele weitere. Bei Zahlungsvorgängen mit diesen Systemen erfolgt eine Protokollierung aller Beteiligten, des Betrages und der Uhrzeit.

[12] Auch ist die Teilnahme an diesen Zahlungssystemen in der Regel nur Personen mit ausreichender Bonität möglich. Positive Ausnahmen sind Debit-Karten, auf denen ein Betrag eingezahlt wird, der dann ausgegeben werden kann.

[13] Eine weitere Einschränkung ist, dass zur Nutzung der meisten dieser Systeme die Geschäftsfähigkeit des Nutzers Voraussetzung ist. Er muss also volljährig sein.

[14] Problem

[15] Die anfallenden Daten sind gut geeignet, Personenprofile zu erstellen und sie können und werden auch als Beweismittel genutzt. Eine Anonymität beim Bezahlen, wie sie Bargeld bietet, ist also nicht gegeben. Dies gilt für alle Zahlungssysteme, deren Prinzip die Übermittlung einer Account-ID ist.

[16] Neben der Überwachung, werden Personengruppen anhand von Merkmalen wie Alter, Fester Wohnsitz und Bonität ausgegrenzt.

[17] Derzeit sind diese Nachteile noch ausgeglichen, da fast jederzeit Bargeld genutzt werden kann. So wie derzeit die Vernetzung der Welt voran schreitet, wird auch elektronisches Zahlen immer wichtiger und elektronische Zahlungen werden innerhalb der nächsten 5-10 Jahre bei den meisten Zahlungsvorgängen Bargeld abgelöst haben. Dann spätestens ist die Überwachung, Nachvollziehbarkeit und damit Kontrolle der Bürger und auch Unternehmen durch die Protokollierung der Zahlungsvorgänge so umfassend, dass es keine Freiräume mehr gibt.

[18] Lösung

[19] Ziel ist es im Internet ein Zahlungssystem zu haben, das möglichst Nahe an den Eigenschaften von Bargeld ist. Es sollte möglich sein damit kleine und mittlere (bis ca. 400 €) Zahlungen vorzunehmen. Und jede Form von Dienstleistung und Waren zu erwerben, zu mieten oder sonst wie zu entlohnen oder zu Spenden.

[20] Technische Realisierbarkeit

[21] In der Vergangenheit wurden e-Geld Ansätze entwickelt, die bereits teilweise oder vollständig die Anforderungen erfüllen.

[22] Derzeit entwickelt Kanada ein System, dass dem angestrebten Ideal schon sehr nahe kommt:

[23] http://developer.mintchipchallenge.com/devguide/differentiators.html

[24] Bei Elektronischen Münzen ist besonders das Problem des doppelten Ausgebens zu lösen. Wenn also eine e-Münze mehr als einmal für einen Bezahlvorgang genutzt wird, muss dies erkennbar sein. eCash löst dies mit einer zentralen Datenbank aller Münzen (die Münzen selbst sind anonym) und BitCoin mit einem ewigen Logfile.

[25] BitCoin erfüllt nicht alle 7 Kriterien, denn es versagt an zwei Stellen:

[26] das ewige Logfile, in dem alle Zahlungsvorgänge einsehbar sind, skaliert nicht und ist nicht ausreichend anonym.

[27] Bei eCash müssen die Münzen nach dem annehmen sofort gegen die Datenbank validiert werden, um sicher zu stellen, dass sie nicht bereits ausgegeben wurden. Der Empfänger ist dabei erkennbar, der Zahlende nicht. Anonymität des Zahlungsvorganges ist also schon fast geschafft. Wenn noch ein Vermittler für das Einreichen genutzt wird, kann auch der Empfänger der Münzen sich vor der zentralen Datenbank verstecken. ECash hat bewiesen: Es ist möglich ein e-Geld mit diesen Anforderungen zu entwickeln und zu realisieren.

[28] Wie die technische Realisierung erfolgt, ist für den Antrag unerheblich. Was ein mal geschafft wurde, kann wieder geschafft werden. Es fehlt derzeit nur die Motivation das Thema anzugehen.

[29] Patente

[30] Viele Ansätze sind aktuell von Patenten geschützt. Die EZB müsste also diese Patente erwerben, um sicher zu stellen, dass es in der Zukunft nicht zu Patentverletzungen oder Klagen gegen dieses e-Geld kommen kann.

[31] Zu den Anregungen

[32] 7167

[33] Nach Hinweis:

[34] Zu 1. Der beschrieben Angriff per Falschgeld ist sicherlich ein spannender Aspekt. Sollte Falschgeld möglich sein, wäre auch das möglich. Eher unwahrscheinlich, da Falschgeld mit Krypto-Gesichertem eGeld schwieriger ist als mit Bargeld. Wenn es allerdings einen Bruch des gesamten Systems gibt, ist das ein erhebliches Risiko.

[35] Zu 2. Wo das Geld her kommt ist aktuell sehr intransparent. Bargeld (0,8 B€) kommt aus einer der Druckereien und Giralgeld (ca. 33 B€) aus jeder Geschäftsbank. eGeld als Bargeld für das Internet macht da exakt keinen Unterschied. Das Militär hat damit jetzt erst mal wenig zu tun.

[36] Exkurs zum Systembruch

[37] Das Risiko das Falschgeld möglich ist, also das zu erschaffende System komplett gehackt wird ist wie bei jeder technischen Lösung jederzeit gegeben. Wer gegen diese Ini stimmt, weil dieses Risiko da ist, kann ich verstehen.

[38] Aktuell ist diese Welt von Krypto abhängig, wenn eines der derzeit verwendeten Verfahren komplett und überraschend gebrochen werden sollte, sind die Folgen nicht auszudenken. Alle VPNs, und SSH-Logins offen und es bricht Chaos aus. Elektronisches Geld wäre ein weiterer Faktor in dieser Risikolandschaft, allerdings einer, der jederzeit auch abschaltbar ist. Wenn das System offensichtlich in grßen Mengen Falschgeld zulässt, kann man die Akzeptanzstellen abschalten und die Guthaben eines nach dem anderen in Giralgeld zurücktauschen. Eine Riesen Katastrophe, für die dann alternative Prozesse da sein müssen.

[39] Warum ich bereit bin dieses Risiko in kauf zu nehmen, statt auf die ID-Basierten Zahlungssysteme wie Kreditkarten und andere zu setzen ist einfach: Mir ist ein Leben in Freiheit und Anonymität beim Bezahlen das Risiko wert. Ich will nicht aus Angst vor potentiellen Risiken, mein Leben den Datenkraken offen legen. Mag sein, dass der Überwachungsstaat sicherer ist, dann lebe ich halt mit der Unsicherheit und bin dafür nicht beobachtet.

PA032 - Änderung Grundsatzprogramm: Digitale Gesellschaft weltweit - Entwicklungszusammenarbeit

Grundsatzprogramm - Entwicklungspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Entwicklungspolitik, vertreten durch Meinhard

Zusammenfassung

Umformulierung des bestehenden “Teil der deutschen Entwicklungshilfe“ zu “Teil der Entwicklungszusammenarbeit“

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm Abschnitt 6.4 Digitale Gesellschaft weltweit wie folgt zu ändern:

[2] Digitale Gesellschaft weltweit

[3] Die freie Kommunikation über digitale Netzwerke ermöglicht unserer Gesellschaft die klassischen Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu stärken. Sie schafft informierte Bürger und stärkt den demokratischen Diskurs, während neue Wirtschaftsbereiche entstehen und zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen. Anstrengungen zur Etablierung freier Kommunikationsnetzwerke sind daher auch in anderen Ländern zu begrüßen und zu unterstützen. Sie ermöglichen weltweit demokratischere Regierungsformen, informiertere und tolerantere Gesellschaften und damit stabilere Strukturen. Der Aufbau freier Kommunikationsnetzwerke muss - wo immer sinnvoll - zu einem Teil der **Entwicklungszusammenarbeit** werden.

Begründung

[4] Aktuelle Fassung

[5] Der Aufbau freier Kommunikationsnetzwerke muss – wo immer sinnvoll –zu einem Teil der *deutschen Entwicklungshilfe* werden.

- Wegfall deutsch: Die Piraten sehen sich als internationale Bewegung und unterstützen daher auch multinationale Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit.
- „Entwicklungshilfe“ klingt aus unserer Sicht paternalistisch. Die AG Entwicklungspolitik nutzt stattdessen generell den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit / EZ“

PA033 - Leugnung von Völkermord soll straffrei bleiben

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Spearmind

Zusammenfassung

Bei der Leugnung des Holocaust handelt es sich um eine falsche Tatsachenbehauptung, auch bekannt als Lüge. Es ist falsch, in einer gefestigten Demokratie eine Lüge zu bestrafen, möge sie noch so abstoßend sein.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm für den Bereich Innenpolitik an geeigneter Stelle neu einzufügen.

[2] Sei die öffentlich geäußerte Leugnung eines Völkermords auch falsch, verquert und unverständlich, so sollte sie doch immer straffrei bleiben. Eine geschichtliche Wahrheit bedarf keines gesetzlichen Schutzes; eine falsche Tatsachenbehauptung keiner rechtliche Restriktion.

Begründung

[3] Piraten setzen sich gegen Rassismus, Faschismus und Gewalt ein. Kein Fußbreit den Nazis! Das Bekenntnis von Neumünster war richtig und wichtig.

[4] Piraten empfinden die Verantwortung der Deutschen für ein nationalsozialistisches Regime und den Holocaust, auch wenn sie persönlich keine Schuld tragen. Forderungen von Einzelnen einen "Schlussstrich unter die Geschichte zu ziehen" können wir nicht nachvollziehen.

[5] Offensichtlich prägten über Jahrzehnte gerade ehemalige Mitglieder der NSDAP zahlreich die Politik in Regierungen von Bund und Ländern. Die Aufarbeitung der Implementierung in der Nachkriegsgeschichte fand nur unzureichend statt, die Folgen sind bis heute spürbar. Mit dem Wegfall der 1994 eingeführten Strafbarkeit der grösst-denkbaren Lüge kann man rassistische Propaganda schlüssiger entzaubern.

[6] Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Wolfgang Hoffmann-Riem würde die Holocaust-Leugnung "nicht unter Strafe stellen".

[7] Der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, ist "kein Anhänger der Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung".

[8] Das Verbot eines bestimmten Geschichtsbildes sei "einer freien Gesellschaft nicht würdig", sagte Eberhard Jäckel, einer der Initiatoren des Holocaust-Mahnmals in Berlin.

[9] Nach einem Entscheid des spanischen Verfassungsgerichts ist die Leugnung des Holocaust seit 2007 dort nicht mehr strafbar, da sie unter unter die Meinungsfreiheit fiele. Die Niederlande wollen eine Völkermord-Leugnung nicht bestrafen (2012). In Frankreich kippte der Verfassungsrat (2012) ein Gesetz, daß die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellte, weil dieses gegen das Gebot der Meinungsfreiheit verstoße.

[10] "(Claudia) Roth gibt zu, dass ein strafrechtliches Verbot kein effektiver Weg ist faschistische Ideologien zu beseitigen: "Man kann Gedanken nicht verbieten. Stattdessen muss man sie auf demokratische Weise konfrontieren."" Debatte zur Meinungsfreiheit - Projekt der University of Oxford

[11] "Das Bundesverfassungsgericht hat 1994 erklärt, dass die in Deutschland grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit für die Holocaustleugnung nicht gelten kann: weil das eine erwiesen unwahre Tatsache sei. Dass sich damit auch die französische Entscheidung, in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit, rechtfertigen lässt, zeigt, wie sehr das deutsche Holocaustleugnungsverbot eine vergleichbare Einschränkung der Meinungsfreiheit darstellt." Tagesspiegel 25.01.2012

[12] Die Jüdische Allgemeine gibt zu bedenken: "Unklar aber bleibt – sowohl verfassungsrechtlich als auch im Hinblick auf die Grundwerte einer freiheitlichen Demokratie –, ob man tatsächlich einzelne Meinungen oder bestimmte Äußerungen unter Strafe stellen sollte. Die Meinungsfreiheit steht nicht ohne Grund weit oben auf der Liste der Grundrechte."

[13] Henryk M. Broder: "Ich werde mich dafür einsetzen, dass Holocaustleugnung als Straftatbestand aufgehoben wird. Das Gesetz war gut gemeint, hat sich aber als kontraproduktiv erwiesen, indem es Idioten dazu verhilft, sich als Märtyrer im Kampf um die historische Wahrheit zu inszenieren."

[14] "Think Again: Are Holocaust denial statutes worth it? They are, in fact, likely to be counterproductive. Worse, they could add credibility to the claims of the deniers." J. Rosenblum, Jerusalem Post 12.10.2010

[15] "Holocaust deniers have the right to their opinion, just like any one else does. They have the right to publicly declare their opinions, to publish them, and promote them. In response, the rest of us have the right, even the duty, to disagree with them, and to take them to task for shoddy history, or religious/racist prejudice. If their denials bleed over into hate speech, then we can prosecute them. But no matter how offensive or objectionable we may find it, until they indulge in hate speech, their right to freedom of expression must be protected, just as you and I would expect our own rights to freedom of expression to be protected." Pamela K. Taylor, Washington Post 06.02.2009

[16] "Those rules were put in place with the best of intentions.... But liberal democracy cannot tolerate such bans on free expression indefinitely. The Holocaust and the Armenian genocide are historical facts. The editorial board has no doubt that they occurred and has often said that they were monstrous crimes that the world should not forget. But we do not believe that banning speech is the most effective way to get that message across. Dictatorships often rely on censorship, making it illegal to express unpopular or unacceptable points of view. But democracies like France, Germany and the United States should have robust freedom of speech laws that include protections even for outrageous, hurtful and ahistorical opinions." LA Times 10.03.2012

[17] "Man kann sich also durchaus überlegen, ob es nicht richtig wäre, braunes Allerweltsgeschwafel künftig straflos zu lassen. Dann würde die Stupidität alter und neuer Nazis nicht mehr dadurch geadelt, dass staatliche Gerichte sich ernsthaft damit befassen müssen; dann hätten die einschlägigen Angeklagten und ihre einschlägigen Verteidiger nicht mehr die staatliche Bühne für ihre immer gleiche braune Leier; ihre Solidaritätsadressen mit dem NS-Regime könnten sie dann bei ihresgleichen abliefern statt im Gerichtssaal - und sie hätten nicht mehr die Chance, sich auch noch als Märtyrer der Meinungsfreiheit zu gerieren." Süddeutsche 15.02.2007

PA034 - Gewaltenteilung präziser formulieren

Grundsatzprogramm - Demokratie WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Otla

Zusammenfassung

Horizontale und vertikale Gewaltenteilung aufnehmen, schleichende Vereinigung von Exekutive und Legislative auflösen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Grundsatzprogramm den ersten Absatz im Abschnitt "Gewaltenteilung und Freiheit"

[2] *Eine möglichst große und sinnvolle Gewaltenteilung im Staat erachten wir Piraten als absolut notwendig. Gerade die Unabhängigkeit der Judikative, vor allem des Bundesverfassungsgerichtes, gilt es zu stärken und zu fördern, da es sich mehrfach als Schützer der Grundrechte der Einzelnen vor Legislative und Exekutive erwiesen hat.*

[3] wie folgt zu ersetzen:

[4] **Gewaltenteilung im Staat, horizontal wie vertikal,** erachten wir Piraten als absolut notwendig. **Die schleichende Vereinigung von Exekutive und Legislative zu einer einzigen Gewalt ist aufzulösen.** Die Unabhängigkeit der Judikative, vor allem des Bundesverfassungsgerichtes, gilt es zu stärken und zu fördern, da es sich mehrfach als Schützer der Grundrechte der Einzelnen vor Legislative und Exekutive erwiesen hat.

Begründung

[5] 1. "Möglichst groß und sinnvoll" zählt zu den Gummi-Formulierungen, die letztlich jede Einschränkung des verlangten Grundprinzips ermöglichen.

[6] 2. Zur klassischen horizontalen Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative) ist längst die vertikale hinzu gekommen, die Gewaltenteilung zwischen Kommunen, Regionen/Ländern (Föderalismus), Nationalstaat und supranationalen Organisationen (EU, UNO). Die vertikale Gewaltenteilung sichert das Selbstbestimmungsrecht der Bürger in den regionalen Einheiten, vermeidet innerstaatliche Konflikte, die zwangsläufig entstehen, wenn eine Lebensweise und Kultur über den ganzen Nationalstaat / das ganze Staatenbündnis gelegt werden sollen und entspricht unserer Verfassung, die, was die vertikale Gewaltenteilung betrifft, im übrigen in der UNO bereits als vorbildlich angesehen wird. In einigen Beschlüssen der Piratenpartei wird die vertikale Gewaltenteilung im Grunde bereits vorausgesetzt, so z.B. im Europa-Appell.

[7] 3. Der folgende Abschnitt im Grundsatzprogramm "Mehr Demokratie beim Wählen" erfährt seinen Sinn dadurch, dass durch "Fraktionsdisziplin und Parteiendruck" eine Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive tatsächlich nicht mehr besteht. Die Regierungskoalition bestimmt über Kanzler und Regierung nicht nur die Richtlinien der Politik, sondern macht de facto auch die Gesetze, die die Parteienkoalition im Parlament dann mehr oder minder abzunicken hat. Die Parlamentsausschüsse werden zu Unterorganen der Regierung, das

Parlament zum Verwaltungsapparat degradiert. Hierzu das Stichwort, wonach die Parteien den Staat gekapert haben. Das Ergebnis zeigt sich in Parteienverdrossenheit, da die Bürger letztlich nur noch die Wahl haben, welchen Verwaltungsapparat sie bevorzugen, wobei sich die Staatsverwaltungen kaum noch voneinander unterscheiden. Es ist davon auszugehen, dass der so entstandene gegenwärtige Zustand des Staates nicht im Sinne der Piratenpartei ist.

PA035 - Bekenntnis zum Grundgesetz

Grundsatzprogramm - Freiheit und Grundrechte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

https://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Marlies_Thuelig und Andrea Akhigbe

Zusammenfassung

Die Piratenpartei steht zum Grundgesetzt der BRD, bekräftigt Grund-und Menschenrechte und die Freiheit die durch das Grundgesetz garantiert werden.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der geltenden Fassung als Basis aller demokratischen Entscheidungen und Gesetze.

[2] Die Piratenpartei Deutschland bekräftigt dabei ausdrücklich das Grundgesetz, die Grund- und Menschenrechte und die Rechtsstaatsprinzipien für Deutschland als Demokratie, als Sozialstaat und als Republik.

[3] Die Piratenpartei Deutschland will die grundlegende Freiheit, die durch das Grundgesetz garantiert wird, bewahren.Dies geschieht durch konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Parteien in den Parlamenten und Regierungen unter Beachtung auch anderer nicht in den Parlamenten oder den Regierungen vertretener gesellschaftlicher Kräfte, sofern sich diese auf die Verfassung berufen.

Begründung

[4] Der Antrag soll als Bekenntnis der Piratenpartei zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland behandelt und beschlossen werden, um diese Position so als Parteimeinung zu beschließen.

PA036 - EU-weite Abschaffung der Zeitumstellung

Wahlprogramm - Europa LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ulrics, Galaxy07 für die http://wiki.piratenpartei.de/AG Zeitfeststellung

Zusammenfassung

Die Piraten setzen sich für Abschaffung der Zeitumstellung ein.

Antragstext

[1] Der Parteitag möge beschließen, in die Wahlprogramme für die kommende Bundestagswahl und die Europawahl 2014 an geeigneter Stelle den folgenden Abschnitt aufzunehmen:

[2] Die Piraten wollen die Zeitumstellung in der Europäischen Union abschaffen.

[3] Die Zeitumstellung hat keine Vorteile, sondern bringt lediglich Nachteile sowie mittleren bis hohen gesundheitlichen und logistischen Umstellungsaufwand mit sich.

[4] Die derzeitige EU-Richtlinie zur Regelung der Sommerzeit beruht lediglich auf dem Wunsch nach einer einheitlichen Regelung innerhalb der gesamten Europäischen Union. Angesichts der Nachteile der Zeitumstellung ist es jedoch folgerichtig, die Zeitumstellung einheitlich in der gesamten Europäischen Union abzuschaffen.

[5] Das einzige Argument, welches für die Beibehaltung der Umstellung vorgebracht wird, ist der Umstand, dass einige im Sommer gern eine Stunde mehr Sonnenlicht am Abend genießen wollen, die durch die Zeitumstellung entsteht. Dieses Argument ist allerdings ein Trugschluss - die persönlichen Vorlieben bei der Nutzung des Tageslichts sollten nicht durch eine zwangsweise Verschiebung der Zeitskala erreicht werden.

[6] Die Normalzeit (bisher auch Winterzeit genannt) soll das gesamte Jahr über gelten.

Begründung

[7] Im Folgenden gehen wir genauer auf die Argumente für die Abschaffung der Zeitumstellung ein und geben Hintergrundinformationen dazu.

Gesetzliche Regelung

[8] Die Zeitumstellung ist seit 1996 in der Europäischen Union einheitlich geregelt. Die gesetzliche Grundlage dazu ist derzeit die EU-Richtlinie 2000/84/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Januar 2001 zur Regelung der Sommerzeit (HTML, PDF). Dazu gibt es den Bericht der EU-Komission KOM(2007) 739 vom 23.11.2007 (HTML, PDF).

Umstellung des Biorhythmus’

[9] Die Anpassung an den neuen Tagesrhythmus dauert mehrere Tage bis einige Wochen. Sie ist dadurch potentiell gesundheitsschädlich, verursacht gehäuft Unfälle und verringert während der Umstellungszeitraums die

persönliche und berufliche Produktivität.

Energie

[10] Die Zeitumstellung ist ein Relikt, welches in seiner heutigen Form als Nachwirkung der Ölkrise in den 70er Jahren entstanden ist.

[11] Die durch die Zeitumstellung beabsichtigte Energie-Einsparung gibt es nicht. Das bestätigen sowohl mehrere unabhängige Untersuchungen als auch die EU-Kommission, die Bundesregierung und das Umweltbundesamt.

[12] Die Einsparung an Strom für Beleuchtung wird sogar durch den Mehrverbrauch an Heizenergie durch die Vorverlegung der Hauptheizzeit überkompensiert. Der zunehmende Einsatz von Energiesparlampen wird diesen Effekt in Zukunft weiter verstärken.

Wirtschaftliche Kosten

[13] Auch die technische Anpassung ist je nach Bereich umfangreich. Bei Betrieben mit Nachtbereitschaft müssen gesonderte Schichtpläne ausgearbeitet werden, um die Einhaltung von arbeitszeit-rechtlichen Bestimmungen sicherzustellen. Im Eisenbahnwesen und Logistikbereich sorgt die Zeitumstellung für vermeidbare Kosten und Reisezeitverlängerungen für Fahrten während der Umstellung.

Zeitskala

[14] Durch die Zeitumstellung greift der Staat zweimal pro Jahr in den natürlichen Lauf der Zeit willkürlich ein. Die Hin- und Herverschiebung der Zeitskala ist unsinnig. Stattdessen muss die Gesellschaft bei Bedarf saisonale Arbeits- und Öffnungszeiten (weiter-)entwickeln. Wir sind davon überzeugt, dass diese Aufgabe von der Gesellschaft ohne staatliche Bevormundung bewältigt werden kann.

Zeitumstellung weltweit

[15] Die meisten Länder der Welt haben die Zeitumstellung nie eingeführt oder haben sie bereits wieder abgeschafft. Eine Auflistung und Übersichtskarte ist unter http://de.wikipedia.org/wiki/Sommerzeit#Liste_aller_Staaten_mit_Sommerzeit zu finden.

[16] Derzeit ist die Zeitumstellung vor allem nur noch auf Nordamerika und Europa beschränkt.

Normalzeit

[17] Die Frage der ganzjährigen Einführung der Normalzeit vs. der Sommerzeit wurde im LQFB der Piratenpartei Deutschland diskutiert und abgestimmt: `https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1727.html`, `https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1728.html`. Dabei entfielen 79% Zustimmung auf die ganzjährige Einführung der Normalzeit und 62% Zustimmung auf die ganzjährige Einführung der Sommerzeit.

Bisherige Anträge

[18] Ein Antrag zur Abschaffung der Zeitumstellung wurde bereits zum BPT 2011.2 eingereicht. Er befand sich in der Top42, wurde aber auf Grund der Gestaltung der Tagesordnung nicht behandelt.

PA037 - Tierschutz (AG Tierrecht)

Wahlprogramm - Tierschutz

LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LordSnow, flexi

Zusammenfassung

pragmatische Verbesserungen im Tierschutz, von denen die meisten in der aktuellen Diskussion zur Novellierung des Tierschutzgesetzes stehen und die zentralen Forderungen von vielen Tierschutzverbänden darstellen

Antragstext

[1] Es wird beantragt, die folgenden Punkte an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufzunehmen. Falls der Gesamtantrag abgelehnt wird, sollen die Kapitel als Einzelanträge abgestimmt werden.

Tierschutz

Verbandsklagerecht

[2] Wir befürworten die Einführung eines bundesweiten Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzorganisationen. Tiere können als Lebewesen nicht selbst für ihre Rechte eintreten, daher sind sie auf eine Vertretung in Form von Verbänden angewiesen. Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, ist bisher in mehreren Bundesländern keine entsprechende Gesetzgebung existent.

Tierschutz in der Nutztierhaltung

[3] Wir setzen uns für die gesetzliche Festschreibung höherer Mindeststandards in der Nutztierhaltung ein.

[4] Der Platz in Ställen muss ausreichend sein und ein artgerechtes Verhalten der Tiere ermöglichen, so dass die Tiere weitestgehend ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachkommen können. Die Haltungsform muss zuträgliche natürliche Sozialkontakte, beispielsweise zwischen Artgenossen, ermöglichen und ausreichend Ruhemöglichkeiten bieten. Dauerlärm, der die Psyche der Tiere beeinträchtigt, ist zu vermeiden. Den Tieren muss ausreichend Zugang zu frischer Luft und Tageslicht ermöglicht werden.

[5] Die Haltungsform von Nutztieren muss - sofern Arbeits- und Tierschutzrichtlinien dem nicht entgegenstehen - so gestaltet sein, dass keine Amputationen von Körperteilen notwendig werden. Maßnahmen wie Schnäbel kürzen oder Schwänze abschneiden, die bei zu enger Haltung eingesetzt werden, sind zu verbieten.

[6] Die Tötung von Großtieren wie Rindern und Schweinen, sowie gravierende Eingriffe, wie etwa die Kastration von Ferkeln, dürfen nur unter Betäubung erfolgen. Transportzeiten von Großtieren vom Hof bis zum Schlachthof dürfen sechs Stunden nicht übersteigen. Wirtschaftsweisen, die dazu führen, dass ein Großteil der Tiere - zum Beispiel auf Grund des Geschlechts - sofort getötet und als Müll entsorgt werden, sind umzustellen. Brandzeichen, zum Beispiel Schenkelbrand bei Pferden, sind konsequent zu verbieten.

Tierversuche

[7] Tierversuche sollen, insbesondere wenn tierversuchsfreie alternative Verfahren vorhanden sind, für pharmazeutische Stofftests und andere qualvolle Experimente nicht mehr verpflichtend sein. Um einen Rückgang von Tierversuchen zugunsten von Forschungen an alternativen Methoden bewirken zu können, ist es notwendig, Subventionen für Tierversuche zu streichen und sie auf tierversuchsfreie Forschungsmethoden zu verlagern. Gibt es wissenschaftlich erprobte Alternativmethoden für bestimmte Testverfahren, dürfen dafür keine Tierversuche eingesetzt werden. Außerdem soll eine möglichst lückenlose, globale Veröffentlichung aller Ergebnisse erfolgen, um wiederholende Versuche zu vermeiden.

[8] Genehmigungen für Tierversuche sind abhängig vom "Schweregrad" unterschiedlich zu genehmigen. Versuche, die großes Leid über lang anhaltenden Zeitraum verursachen, sollen erheblich schwieriger zu genehmigen sein als Versuche, die kein oder nur sehr kurzfristig Leid verursachen. Genehmigungsverfahren sollen transparent und nachvollziehbar sein. Im nichtmedizinischen Bereich, wie zum Beispiel für Kosmetik- und Körperpflegeprodukte, lehnen wir Tierversuche ab. Dies gilt auch für Versuche bezüglich einzelner Bestandteile der Produkte.

[9] Zur Prüfung der Einhaltung gesetzlicher Regelungen sind unabhängige unangekündigte Kontrollen der Versuchslabore durchzuführen.

Sachkundenachweis

[10] Häufig bringen unüberlegte Spontankäufe von Haustieren, insbesondere in der Weihnachtszeit, ehrenamtliche Mitarbeiter in Tierheimen und Auffangstationen an ihre zeitlichen und finanziellen Grenzen. Ein nicht geringer Teil der abgegebenen oder auch illegal abgestellten Tiere hat starke Verhaltensauffälligkeiten und ist nur schwer oder auch gar nicht weitervermittelbar. Zur Vermeidung von unüberlegten Anschaffungen soll deshalb eine Voraussetzung für den Kauf von höheren Säugetieren, wie Hunden, Katzen und Meerschweinchen in einer Tierhandlung oder bei einem Züchter die Vorlage eines Sachkundenachweises sein. Der Sachkundenachweis soll preiswert bei Tierärzten oder auch Tierheimen über einen einfachen Multiple Choice Test erwerbbar sein und nur in Papierform, ohne eine elektronische Speicherung, ausgestellt werden. Inhalt sollen grundlegende Kenntnisse zum tiergerechten Umgang, den Bedürfnissen eines solchen Tieres und anfallende Kosten der Haltung sein.

Begründung

Begründung

Verbandsklagerecht

[11] Die Durchführung des Tierschutzgesetzes obliegt den jeweiligen Landesbehörden. Da diese zumeist personell nicht hinreichend ausgestattet sind und nicht notwendigerweise tätig werden, stellt das Verbandsklagerecht eine wichtige Ergänzung dar, um Verstöße gegen das Tierschutzgesetz verfolgen zu können.

Tierschutz in der Nutztierhaltung

[12] Ist-Zustand:

- Nutztierhaltung - geregelt durch:
  - zweiten Abschnitt (§§ 2, 2a und 3) des Tierschutzgesetzes (TierSchG)
  - Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV)

- Beispiel Schweinezucht
  - Abschnitt 5 §§21-30 TierSchNutzV
  - Schweinehaltungshygieneverordnung
  - Tageslichteinfall: §22(4) TierSchNutzV - mindestens 3 Prozent der Stallgrundfläche - & ersatzweise künstliches Licht §26(2) TierSchNutzV
  - Luftqualität: §26(3).1 TierSchNutzV - Werte für NH3 (20cm3)- / H2S (5cm3)- / CO2 (3000cm3) -Gehalt sollen nicht dauerhaft überschritten werden
  - Lärm: §26(3).2 TierSchNutzV - Geräuschpegel von 85 db(A) soll nicht dauerhaft überschritten werden
  - Ausgestaltung der Ställe: Beschäftigungsmaterial §26(1).1 TierSchNutzV
  - Platz: §29(2) TierSchNutzV - 30-50 kg = 0,5m3; 50-110kg = 0,75m3; über 110kg = 1m3
  - Sozialkontakte: Sichtkontakt zu anderen Schweinen §22(2).1 TierSchNutzV
- Bewegungsfreiheit
  - Schweine in Kastenständen mit Fütterungsautomatik
  - Geflügelmastställe
  - Melkkarussell für Rinder
  - Anbindehaltung für Milchvieh vermutlich noch bis 2020 erlaubt - Wechsel zu Laufstall
- betäubungslose Ferkelkastration
  - Informationen
  - wird eventuell mit Novellierung des TierSchG ab 2017 verboten
- Brandzeichen
  - bisher Ausnahme bei Pferden §5(3).7 TierSchG
  - Belastung für die Tiere
  - Novellierung des TierSchG soll Schenkelbrand konsequent verbieten, wenn sich in der Regierungsfraktion der Widerstand nicht durchsetzt
- Ausnahme bei der Betäubung vor dem Töten von Großtieren
  - Probleme bei betäubungslosem Schächten
  - eine Abwägung der Staatsziele Religionsfreiheit und Tierschutz muss statt finden, eine elektrische Betäubung vor dem Halsschnitt könnte hier einen Kompromiss darstellen: Artikel bei Hagali
- Amputationen von Körperteilen (Kupieren) die bei zu enger Haltung "notwendig" sind, um gegenseitige Verletzungen der Tiere, z.B. durch Kannibalismus zu verringern (bisher erlaubt durch Regelungen in §§5-6 TierSchG):
  - Schweine
  - Geflügel
  - Rinder
- Transportzeiten

  - EU-Richtlinie 1/2005
  - Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV)
    - innerstaatliche Transporte bis zu 8h §10(1) TierSchTrV
    - erlaubt Transportzeiten von 12h und länger: §7(3) TierSchTrV
  - erlaubte Transportzeit in der Schweiz von 6h: Art.15 Tierschutzgesetz
- Sexen
  - Die Zuwachsleistung von Hähnchen aus Hühnerrassen, die für die Eierproduktion gezüchtet werden, liegt etwas unter der Zuwachsleistung von Hähnchen aus Geflügelmastzüchtungen, diese werden deshalb aussortiert (Sexen) und getötet, obwohl laut §17(1) TierSchG kein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund getötet werden darf.

Tierversuche

[13] Die Aussagekraft von aktuellen Tierversuchen, die sich nicht mehr wie früher mit grundlegenden Fragen zum physischen Aufbau und Wirkungsweisen befassen, wird inzwischen von vielen Ärzten und Wissenschaftlern angezweifelt. Es wurden bereits viele alternative Verfahren entwickelt, welche eingesetzt werden können, jedoch bisher von der Pharmaindustrie nicht ausreichend berücksichtigt werden. Viele gute Punkte sind bereits in der Überarbeitung der EU Richtlinie 86/609/EWG: http://europa.eu/legislation_summaries/environment/nature_and_biodiversity/l28104_de.htm enthalten, diese muss noch in deutsches Recht (Tierschutzgesetz, Verwaltungsverordnungen/ -Instanzen) eingearbeitet werden und sollte dabei nicht aufgeweicht werden.

Referenzen

- http://wiki.piratenpartei.de/AG_Umwelt/FAQs#Tierversuche
- http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/infomaterial/woran_soll_man_testen.pdf
- http://www.aerzte-gegen-tierversuche-shop.de/epages/61901037.sf
- U.S. Food and Drug Administration Report: Innovation or Stagnation - Challenge and Opportunity on the Critical Path to New Medical Products, March 2004, p.8; www.fda.gov/oc/initiatives/criticalpath/whitepaper.pdf
- U.S. General Accounting Office. FDA Drug Review: Postapproval Risks 1976-1985. Publication GAO/PEMD-90-15, Washington, D.C., 1990
- Technology Review, Juli 2004, S. 45-48
- McIvor E; Seidle T: Within REACH – Intelligent Testing Strategies for the Future EU Chemicals Regulation. Vier Pfoten (Hrsg.), Sept. 2006.

Dokumentationen

- Botox - Mäuse (Tierschutzbund) http://www.tierschutzbund.de/botox.html
- 3Sat Reportage zu Tierversuchen für REACH und Alternative Verfahren: Teil1 http://www.youtube.com/watch?v=NHVUND2TZ94 (youtube 8:03min), Teil2 http://www.youtube.com/watch?v=_aiRinf5U8A (youtube 4:53min)
- 3Sat Reportage zu Problemen von Tierversuchen und warum bereits vorhandene Alternativen nicht eingesetzt werden: Unattraktive Alternative (youtube 7:30)

- 3Sat Reportage zu den Problemen von Tierversuchen: Nano: Wie sinnvoll sind Tierversuche wirklich? http://www.youtube.com/watch?v=3BXKzaybVb4 (youtube 5:30)
- BUAV TV: Cambridge University http://www.youtube.com/watch?v=Sgkgwfahfiw
- Save The Shamrock Monkeys Campaign http://www.youtube.com/watch?v=KrWcAlmZYtM

Sachkundenachweis

[14] Für Hunde gibt es, jeweils abhängig vom Landeshundegesetz, bereits einen Sachkundenachweis: http://de.wikipedia.org/wiki/Sachkundenachweis_%28Hunde%29

PA038 - Fördern von Selbständigkeit - Für Wachstum durch Kreativität und für ein eigenverantwortliches Leben und Arbeiten

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Andreas1964 / AG Selbständige

Zusammenfassung

Selbständigkeit und der Wechsel zwischen Erwerbsformen nehmen zu. Der Antrag formuliert Stoßrichtungen, wie die Piraten Menschen unterstützen können, die für sich den Weg in die Selbständigkeit wählen. Damit diese eine faire Chance bekommen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, den folgenden Text an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm einzufügen.*

[2] Selbständiges Unternehmertum ist eine wichtige Voraussetzung für eine kreative und eigenverantwortlich handelnde Gesellschaft. Wir sehen auch in kleinen, noch nicht etablierten Unternehmen Treiber von Innovation und qualitativem Wachstum im Dienst des Menschen und der Natur. Deshalb wollen wir Menschen unterstützen, die für sich den Weg in die Selbständigkeit wählen.

[3] Dazu werden wir

- überzogene bürokratische Hürden für Selbständige abbauen.
- ein durchgängiges Sozialsystem entwickeln, das Menschen den Wechsel zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen erleichtert.
- fixe, gewinnunabhängige Beiträge zu Versicherungen und Berufsverbänden ablehnen, die die Existenz von Selbständigen gefährden.
- steuerliche Regelungen so anpassen, dass die Liquidität von Gründern in den ersten Jahren der Selbständigkeit geschont und ihnen eine faire Chance zum Erfolg gegeben wird.
- dafür eintreten, dass auch Selbständige ihre Arbeitsleistung nicht mehr zu unwürdiger Bezahlung anbieten müssen.

Begründung

[4] Etablierte Wirtschaftspolitik orientiert sich stark an den Interessen gutsituierter Unternehmerstände. Piratische Wirtschaftspolitik sollte dagegen die Selbständigen / Freiberufler vertreten, die in der etablierten Parteienlandschaft bisher keine Lobby haben. Insbesondere also Gründer, Solo-Unternehmer und kleine Betriebe. Gerade die Anzahl der Solo-Unternehmer ist in den letzten Jahren überproportional angestiegen. Immer mehr Menschen wechseln im Verlauf ihres Arbeitslebens zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen, sind zeitweise selbständig und dann wieder angestellt tätig. Von der freiberuflichen Technologieexpertin bis zum Pflegedienstleister – Selbständige gestalten die durchgreifenden Veränderungsprozesse in unserer Gesellschaft und

ihre Tätigkeitsfelder sind gleichzeitig Produkt dieser Veränderungen. Mehr Selbständigkeit löst Ängste aus: Vor einem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, z.B. bei niedrig bezahlten Werkvertraglern als Regaleinräumer und Paketausfahrer. Vor einer Erosion der heutigen Sozialsysteme, z.B. wenn Selbständige die gesetzliche Rentenversicherung verlassen. Diese Ängste können den Reflex auslösen, Selbständigkeit mit bürokratischen Auflagen zu begrenzen und hart zu reglementieren, z.B. durch das Konstrukt der "Scheinselbständigkeit". Die Piratenpartei sollte diesem Reflex nicht folgen sondern dafür eintreten, dass Selbständige ihre Kreativität unter fairen Bedingungen entfalten können – zum Nutzen aller.

[5] Details siehe Pad der AG Selbständige

PA039 - Transparenz im Verteidigungsausschuss

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Untergruppe Verteidigungspolitik

Zusammenfassung

Alle Sitzungen des Verteidigungsausschusses, hier eingeschlossen sind auch die Sitzungen eines Untersuchungsauschusses, sind öffentlich.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Alle Sitzungen des Verteidigungsausschusses, hier eingeschlossen sind auch die Sitzungen eines Untersuchungsauschusses, sind öffentlich.

[3] Davon ausgenommen ist die nicht-öffentliche Genehmigung der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses. Dabei wird festgelegt, welche Themenkomplexe öffentlich verhandelt werden sollen beziehungsweise welche einer Einstufung unterliegen. Während der Sitzung werden personenbezogene Daten nur anonymisiert und pseudonymisiert verarbeitet. Die Aufschlüsselung der anonymisierten Daten wird in den geheimen Teil verlagert. Dies gilt nur für natürliche Personen. Um einen Tagesordnungs-Punkt in den nichtöffentlichen Teil zu überweisen ist eine 2/3 Mehrheit des Verteidigungsauschusses erforderlich.

Begründung

[4] Die Piratenpartei steht für Transparenz und Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung im Bereich der Verteidigungspolitik.

[5] Nun ergeben sich folgende Probleme beim Verteidigungsausschuss:

- personenbezogene Daten dürfen nicht öffentlich behandelt werden (vgl. Datenschutz).
- Daten, die der Geheimhaltung unterliegen, dürfen nicht öffentlich behandelt werden. Die Einstufung der Daten nimmt der Herausgeber vor, welche auch nur von ihm geändert werden kann.
- Daten, die von anderen Ländern erhalten wurden und dort nicht öffentlich sind, dürfen in Deutschland ebenfalls nicht veröffentlicht werden.

[6] Die Anonymisierung/Pseudonomysierung erfolgt nur bei natürlichen Personen, da die Rechtsprechung zu § 3 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) auch auf juristische Personen (Firmen) ausgeweitet wurde. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Firmen sollen zur Vorbeugung von Korruption explizit transparent sein.

[7] (vgl. dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Personenbezogene_Daten “Das deutsche Bundesrecht definiert in § 3 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) personenbezogene Daten als „Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person“. Die entsprechenden landesgesetzlichen Definitionen haben den gleichen oder einen ähnlichen Wortlaut. Der in Deutschland geltende

Grundsatz, dass nur die Daten natürlicher Personen unter die gesetzliche Definition fallen, wird v. a. durch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung durchaus infrage gestellt und sogar aufgeweicht, indem zunehmend auch auf Unternehmen die Regelungen der Datenschutzgesetze angewendet werden. So entschied das Verwaltungsgericht Wiesbaden, dass datenschutzrechtliche Vorgaben „auch auf juristische Personen, soweit ein grundrechtlich verbürgtes Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 14 GG gegeben ist, entsprechend“ anzuwenden sind. Am 27. Februar 2009 bestätigte das Verwaltungsgericht Wiesbaden seine Rechtsprechung. Allerdings hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden keine unmittelbare Relevanz für die gesamte Bundesrepublik.“)

[8] Eine transparente Verteidigungspolitik erhöht das Vertrauen der Nachbarstaaten und ermöglicht somit eine Konfliktprävention.

[9] Dieser Antrag wurde von der Untergruppe Verteidigungspolitik erarbeitet.

PA040 - Mitbestimmung über bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Untergruppe Verteidigungspolitik

Zusammenfassung

Ermöglichung von Volksabstimmungen über bewaffenete Auslandseinsätze der Bundeswehr

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Verfahren zur Genehmigung von bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr sind um einen Volksentscheid zu ergänzen. Nach Mandatserteilung durch den Bundestag steht es 1% der wahlberechtigten Bevölkerung innerhalb einer gesetzlich festzulegenden Frist offen, per Unterschriftenliste eine Volksabstimmung zu initiieren. Wenn die Mehrheit der an der Wahl teilnehmenden Bürger gegen einen noch laufenden Einsatz stimmt, ist dieser zu beenden. Die erforderliche "Wahlbeteiligung" soll für eine verbindliche Entscheidung mindestens 50% erreichen.

Begründung

[3] Die Piraten stehen für eine Politik die von Bürgern ausgeht, insbesondere bei solch wichtigen Entscheidungen wie über bewaffnete Einsätze der Bundeswehr. Im Sinne der Demokratie wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Politik hat den Auftrag den Sinn und Zweck, von Auslandseinsätzen, der Bevölkerung transparent zu vermitteln. Angestrebt wird eine intensivere Kommunikation sowie Informationsaustausch zwischen Politik und Bürger. Den Bürgern wird die Möglichkeit eröffnet werden über das Bundestagsmandat laufender sowie geplanter Einsätze mitzubestimmen und gehört zu werden (Veto). Eine Frist soll zeitliche Nähe zur Mandatserteilung erzeugen. Durch eine solche Regelung wird auch gewährleistet, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung den Einsatz befürwortet, wodurch die Soldaten sich auch auf ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung stützen können, sofern die Abstimmung positiv ausgeht.

[4] In Zukunft sollen nur Missionen gestartet werden, die einen klaren Auftrag an die Truppe mit erreichbaren Zielen haben.

[5] Ein negatives Beispiel ist der ISAF Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

[6] Dieser Antrag wurde von der Untergruppe Verteidigungspolitik erarbeitet.

PA041 - Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption im Verteidigungsausschuss

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Untergruppe Verteidigungspolitik

Zusammenfassung

Karenzzeit für Abgeordnete im Verteidigungsausschuss zur Verhinderung von Korruption

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Mitglieder des Verteidigungsausschusses dürfen für fünf Jahre nach der Beendigung ihrer Mitgliedschaft keine Tätigkeit bei Unternehmen aufnehmen, die Rüstungsverträge mit der Bundesregierung während ihrer Amtszeit abgeschlossen haben.

Begründung

[3] Eine Karenzzeit für Mitglieder des Verteidigungsausschusses begründet sich aus der Notwendigkeit zur Verhinderung von Lobbyismus und Korruption.

[4] Die Verwaltung des Bundestages führt eine Liste von Unternehmen, mit denen in einer Legislaturperiode Rüstungsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen wurden.

[5] Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses haben die Pflicht jedwede Tätigkeit bei einer dieser Firmen anzuzeigen und diese unverzüglich zu beenden. Verstöße werden als Straftatbestände geahndet. (vgl. Initiative 108e)

[6] Durch diese Maßnahmen soll eine Verquickung von Parlamentariern und Rüstungs-/Sicherheitsindustrie erschwert werden.

[7] Die Beeinflussung von politischen Entscheidungen durch spätere Vergütung mittels Beratervertrag soll ausgeschlossen werden.

[8] Dieser Antrag wurde von der Untergruppe Verteidigungspolitik erarbeitet.

PA042 - Transparenz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Untergruppe Verteidigungspolitik

Zusammenfassung

Offenlegung von Verträgen für die Bundeswehr

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Alle mit nationalen und internationalen Firmen abgeschlossenen Beschaffungs-/Dienstleistungsverträge für die Bundeswehr sind offenzulegen. Dies gilt im gleichen Maße für das Ausschreibungsverfahren. Technische Details der Ausschreibung von Rüstungsgütern werden von der Offenlegung ausgeschlossen.

Begründung

[3] Ein Entscheider wird dadurch davon abgehalten werden, Dinge zu unterschreiben, die in keiner Relation zu ihrem Nutzen stehen und sich auf die Streitkräfte nachteilig auswirken.

[4] Ein Offenlegung der Verträge ermöglicht:

- Kostenkontrolle
- Effektivität
- Kontrolle wie Entscheidungen zustande kommen und ob diese auch im Sinne der Betroffnen und des Staates getroffen werden
- Erschwerung von Korruption

[5] Die Sicherheit von Menschen steht an erster Stelle. Um niemanden zu gefährden sind technische Details, wie zum Beispiel Waffensysteme, Technologie, Software, von der Offenlegung ausgeschlossen. Dadurch kann der eigentliche Vertragsinhalt hinsichtlich den kaufmännischen Bedingungen problemlos veröffentlicht werden, ohne Risiken für die Truppe entstehen zu lassen. Es ist ausreichend, wenn eine grundsätzliche Beschreibung des Waffensystems veröffentlicht wird. Hier kann bereits Sinn und Unsinn einer Beschaffung erkannt werden.

[6] Dieser Antrag wurde von der Untergruppe Verteidigungspolitik erarbeitet.

PA043 - Gegen medizinisch nicht indizierte Beschneidung von Minderjährigen

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hilmar Kolbe für die AG Humanistischer Laizismus

Zusammenfassung

Für ein Verbot jeder medizinisch nicht indizierten Beschneidung von Minderjährigen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Gesundheitspolitik in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die medizinisch nicht indizierte Beschneidung von Minderjährigen ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte, die UN-Kinderrechtskonvention und gegen Art.1 und Art.2 des Grundgesetzes. Das Erziehungsrecht der Eltern kann unter keinen Umständen eine medizinisch nicht indizierte Beschneidung rechtfertigen. Aus diesen Gründen setzt sich die Piratenpartei für ein Verbot jeder medizinisch nicht indizierten Beschneidung von Minderjährigen ein.

Begründung

[3] Wir, die AG Humanistischer Laizismus, konzentrieren uns mit dieser Initiative auf das, was wir für den Kern der aktuell in der Öffentlichkeit laufenden Debatte halten: die Abwägung verschiedener Grundrechte.

[4] Art. 1 I Grundgesetz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Art. 2 II Grundgesetz: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden. Art. 4 I Grundgesetz: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. § 1627 BGB Ausübung der elterlichen Sorge: Die Eltern haben die elterliche Sorge in eigener Verantwortung und in gegenseitigem Einvernehmen zum Wohl des Kindes auszuüben. Bei Meinungsverschiedenheiten müssen sie versuchen, sich zu einigen.

[5] Ganz besonders möchten wir darauf hinweisen, dass die Beschneidung von Minderjährigen eine Verletzung der von Deutschland 1991 ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention darstellt. §24 Abs. 3 der UN-Kinderrechtskonvention: „Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um überlieferte Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, abzuschaffen.“

PA044 - Gleichstellung von Angestellten und Beamten bei Nettoeinkommen und Altersversorgung

Wahlprogramm - Gleichberechtigung und Chancengleichheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Dahlendorf

Zusammenfassung

Angestellte und Beamte sollen das gleiche Nettoeinkommen sowie Rente/Pension erhalten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die Gleichstellung von Tarifbeschäftigten/Angestellten und Beamten bei Nettoeinkommen und Altersversorgung herzustellen.

Begründung

[3] Im Vergleich zu den Beamten ist bei den Tarifbeschäftigten trotz identischer Qualifikation und Ausbildung ein steigender Nettolohnnachteil festzustellen. So erhalten tarifbeschäftigte Lehrer/innen derzeit über 500 Euro im Monat weniger, was eine ungerechtfertigte Lohndiskriminierung darstellt. Die Rente ist rund 30% geringer als die vergleichbare Pension. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Betrieb ist daher auch im Öffentlichen Dienst umzusetzen.

[4] In der Landesverfassung des Landes NRW (Artikel 24 Abs.) steht: “Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn.“

[5] **Quellen:**

[6] http://www.schall-nrw.de/

[7] Gleiche Arbeit, ungleicher Lohn - Beamte kontra Angestellte https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/bildung/beitrag_3.html

[8] Pension schlägt Rente http://www.presseportal.de/pm/6561/2317034/-45-min-pension-schlaegt-rente-die-schieflage-bei-der-altersversorgung-und-ihre-folgen http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/videos/minuten607.html

[9] Dass Handlungsbedarf besteht, ist auch im Koaliationsvertrag NRWSPD – Bündnis 90/Die Grünen NRW festgestellt worden. Der Koalitionsvertrag kann hier als pdf heruntergeladen werden. https://www.dropbox.com/s/wlocij3894z8vhp/Koalitionsvertrag_2012-2017.pdf So heißt es in den Zeilen 8527 - 8534 unter der Überschrift “Dienstrechtsreform“:

[10] “Die demografische Entwicklung, die zunehmende Belastung des Landeshaushaltes durch nichtbeeinflussbare Ausgabenblöcke und die fortwährende Ungleichbehandlung von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten

stellen auch veränderte Anforderungen an das Dienstrecht. Die Landesverwaltung muss als Arbeitgeberin attraktiv und finanzierbar bleiben. Deshalb werden wir das Dienstrecht ausgabenneutral optimieren.

PA045 - Vorschlag zur Verkürzung der Wohlverhaltensperiode bei der Verbraucherinsolvenz (Privatinsolvenz)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sabine Meyer-Carillon & Armin Meyer

Zusammenfassung

Vorschlag zur Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von 6 auf 3 Jahre bei der Verbraucherinsolvenz(Privatinsolvenz)

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern Arbeit und Soziales einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von 6 auf 3 Jahre ohne jegliche Einschränkungen ein.

Begründung

[3] Die Privatinsolvenz in ein vereinfachtes Verfahren zur Abwicklung der Zahlungsunfähigkeit einer natürlichen Person (=Privatperson). Dieses Verfahren soll den Gläubigern einer zahlungsunfähigen Privatperson gleichmäßige forderungsanteilige Befriedigung bringen. 1

[4] **Gesetzliche Grundlagen:**

[5] Insolvenzordnung (InsO) Bundesgesetz 2

[6] **Gründe für die Verbraucherinsolvenz:**

[7] Viele Bürger können aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidung oder auch durch Falschberatung 3 , Sucht etc. eingegangene Verbindlichkeiten (z.B. Raten für Haus, Eigentumswohnung, Auto etc.) nicht mehr aufbringen. Es ist deshalb besser, in Privatinsolvenz zu gehen, um monatlich das abzubezahlen, was über der Pfändungsgrenze von derzeit 1.029.99 € 4 (siehe aktuelle Pfändungsliste seit 01.07.2011) liegt, als ständig den Gerichtsvollzieher vor der Tür stehen zu haben.

[8] **Sachstand:**

[9] In Deutschland wurde 1999 die Konkursordnung durch das Insolvenzrecht abgelöst. Seitdem ist in der Insolvenzordnung (InsO) das Insolvenzverfahren für Verbraucher geregelt.

[10] Falls nach Abschluss des Insolvenzverfahren noch Verbindlichkeiten bestehen, so kann der Schuldner davon befreit werden (Restschuldbefreiung).

[11] Diese Möglichkeit besteht in Deutschland seit dem Inkrafttreten der Insolvenzordnung (InsO) am 1. Januar 1999.

[12] Die Restschuldbefreiung erfolgt gegebenenfalls sechs Jahre nach dem gerichtlichen Beschluss über die Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens.

[13] Allerdings muss man sich in der Wohlverhaltensphase dann auch “wohl verhalten“ haben, wozu es eine Regelung gibt InsO .

[14] Diese gesetzliche Neuregelung war eine Reaktion auf die zunehmende Überschuldung von wirtschaftlich nicht selbstständigen Menschen.

[15] Entwicklung 1999-2012 / Statistik:

[16] Die Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren hat sich vom Beginn 1999 bis zum Jahre 2003 etwa verzehnfacht (2003 waren es rund 33.600 Verfahren in Deutschland). Grund hierfür ist nicht nur die wachsende Verschuldung, sondern vor allem die Möglichkeit der Restschuldbefreiung, die es nach dem früheren Recht nicht gab.

[17] Zu einem sprunghaften Anstieg kam es besonders dadurch, dass seit der Novellierung der Insolvenzordnung (InsO) 2001 eine Stundung der Verfahrenskosten möglich ist und auch völlig mittellose Schuldner ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen können.

[18] Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2011 insgesamt 103.289 Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet. Die durchschnittlichen Schulden je Fall lagen in den Jahren 2006 bis 2008 bei etwa 60.000 Euro; mittlerweile liegt diese Summe bei ca. 25.000 Euro (Stand: 21. Oktober 2011).

[19] Dauer des Verfahrens mit Wohlverhaltensphase:

[20] 6 Jahre nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens

[21] Verfahrensdauer in anderen EU-Mitgliedsstaaten:

[22] England: 18 Monate; Restschuldbefreiung tritt automatisch 12 Monate nach Eröffnung ein

[23] Frankreich: Der Schuldner ist nach Abschluss des ca. 1-jährigen Insolvenzverfahrens schuldenfrei.

[24] Belgien: 3 Jahre

[25] Spanien: 16 Monate

[26] Niederlande: 3 Jahre

[27] Verfahrensregelung durch die EU:

[28] Die Harmonisierung des Insolvenzrechts in der EU blieb bisher aus.5 Vorschläge der Regierung/anderer Parteien: Die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat am 07.04.2011 auf dem 8. Deutschen Insolvenzrechtstag dem Fachpublikum 6 einen Gesetzesentwurf zu den geplanten Änderungen vorgestellt, in dem u.a. im Bereich der Privatinsolvenz (z.B. Verkürzung der Wohlverhaltensperiode auf 3 Jahre, sofern mindestens 25 % der Verbindlichkeiten getilgt werden), vorgelegt.7

[29] 1 http://de.wikipedia.org/wiki/Privatinsolvenz

[30] 2 Text der InsO: http://www.gesetze-im-internet.de/inso/index.html

[31] 3 Vgl. hierzu Gerichtsverfahren zu Schrott-Immobilien

[32] 4 http://www.sozialleistungen.info/fin/schulden/pfaendungstabelle.html

[33] 5 Creditreform Wirtschaftsforschung: Insolvenzen in Europa Jahr 2011/12, pdf-Datei bei: http://www.euractiv.de/unternehmen-und-arbeit/artikel/privatpleiten-und-insolvenztourismus-in-europa-005953 , S. 8ff.

[34] 6 ? Rede der Bundesjustizministerin vom 7. April 2011 zu den geplanten Änderungen des Insolvenzrechts (Quelle: BMJ)

[35] 7 Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte

PA046 - Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Grundsatzprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass gegen die Wirtschsftskriminalität international wie auch national vorgegangen wird. Es ist eine Super-Task-Force "Bund" aufzubauen, welche direkt dem Bundeskriminalamt (BKA) zugeordnet ist.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass gegen die Wirtschsftskriminalität international wie auch national vorgegangen wird.

[3] Die Wirtschaftskriminalität ist unter die Begriffe Insolvenzverschleppung, Insolvenzbetrug, Betrug, Untreue, Korruption, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, und auch die Nötigung zum gesundheitsschädlichem Arbeiten zusammen zu fassen. Die Industriespionage und Geldwäsche zählt ebenfalls dazu. Es ist eine Super-Task-Force "Bund" aufzubauen, welche direkt dem Bundeskriminalamt (BKA) zugeordnet ist. Zudem wird diese Einheit transparent von einem Kontrollausschuss des Bundestages überwacht.

[4] Die aufzubauende Super-Task-Force "Bund" unterteilt sich in verschiedene Fachbereiche:

[5] 1. Super-Task-Force "Wirtschaftskriminalität" : Diese Einheit ist für die klassische Wirtschaftskriminalität zuständig. Das ist Insolvenzverschleppung, Insolvenzbetrug, Bilanzbetrug, Untreue, Industriespionage, und Geldwäsche. Die Verfolgung der Wirtschaftsverbrechen erfolgt national und international.

[6] 2. Super-Task-Force "Steuerhinterziehung" : Diese Einheit ist speziel für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zuständig. Steuerhinterzieher-CDs sind weiterhin zu kaufen, und zur strafrechtlichen Verfolgung der Steuerhinterzieher als Beweismittel grundsätzlich zuzulassen. Die Verfolgung der Steuerhinterziehung erfolgt national und international.

[7] 3. Super-Task-Force "Schwarzarbeit" Die Bekämpfung von Schwarzarbeit in Unternehmen ist mittlerweile zwingend. Der derzeit agierende und völlig überforderte Zoll wird von diesen Aufgaben vollständig entlastet. Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung ist zu überarbeiten, denn die Befugnisse reichen hier derzeit nicht aus, um Täter wegen Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt dingfest zu machen. Insbesondere in der Beweismittelsicherung sind hier weitgehende Befugnisse dieser Super-Task-Force gesetzlich zu gestatten. Hausdurchsuchungen zur Sicherung von Beweisen müssen zu jeder Tageszeit erlaubt sein, sofern ein Gerichtsbeschluss - im Einzelfall - vorliegt.

[8] 4. Super-Task-Force "Korruption" : Diese Einheit zur Bekämpfung der Korruption ist mehr als überfällig. Es wird das Ansehen Deutschlands durch die ausgeuferte Korruption geschädigt. Der finanzielle Schaden ist als hoch anzusehen.

[9] 5. Super-Task-Force “Kampf gegen gesundheitsschädliches Arbeiten“ : Diese Fachabteilung ist eine spezielle Abteilung, die der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) untersteht. Die Übermüdung am Arbeitsplatz (LKW-Fahrer, Busfahrer, Piloten, Krankenpflegepersonal, OP-Personal) sollte ein Arbeitsfeld darstellen. Das Arbeitsschutzgesetz muss hier klar verschärft werden und auch harte Sanktionen vorsehen, sodass weniger Überstunden seitens der Arbeitgeber angeordnet werden können. Das Einstellen von Arbeitskräften zu Gunsten der Volksgesundheit ist unabdingbar geworden. Entsprechend sind Änderungen in Vorschriften wegen Sittenwidrigkeit anzustreben, weil die Anzahl der Überstunden strikt begrenzt werden muss. Nur so lassen sich die Vorschriften im Arbeitsschutzgesetz, z. B. die Beurteilung der Arbeitsbedingungen , wirklich sinnvoll umsetzen. Dazu gehören Änderungen der Bußgeldvorschriften und Strafvorschriften, um entsprechende verschärfende Sanktionen durchzusetzen. Dazu gehören auch weitreichende Befugnisse, wie Hausdurchsuchungen auf der Basis eines gerichtlichen Beschlusses.

[10] Diese Super-Task-Force “Bund” und die Unterabteilungen haben weitreichende Befugnisse, bis hin zu gerichtlich zugelassenen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, auch im Ausland, wobei ein Gerichtsbeschluss hierzu - vorher - vorzuliegen hat. Diese Einheit wird transparent von einem Kontrollausschuss des Bundestages überwacht. Zu dieser Super-Task-Force “Bund“ gehören Whistleblower, welche zusätzlich zur Verfolgung von international/national operierenden Wirtschaftsverbrechern eingesetzt werden. Das (noch zu erlassene) Whistleblower-Gesetz regelt den Einsatz dieser, und schützt sie auf der gesetzlichen Basis. Entsprechendes Personal ist auszubilden. Es bietet sich die Möglichkeit Beamte die als “Überhangpersonal” bundesweit z.T. im Einsatz sind, hier eine wirklich sinnvolle Arbeit zu geben.

Begründung

[11] Deutschland versinkt in der Wirtschaftskriminalität. Der Schaden geht in mehrere hundert Milliarden Euro pro Jahr (hier kann wirklich nur geschätzt werden) Die Wirtschaftskriminalität ist unter die Begriffe Insolvenzverschleppung, Insolvenzbetrug, Betrug, Untreue, Korruption, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit, und auch die Nötigung zum gesundheitsschädlichen Arbeiten zusammen zu fassen. Die Industriespionage und Geldwäsche sind ebenfalls ein Bestandteil hierzu.

[12] Eine wirkliche Verbrechensbekämpfung findet nicht statt. Die Aufklärungsquote liegt bei ca. 10 %, zu Verurteilungen kommt es aber bei nicht einmal mal in 1 % der Fälle. Es fehlt an qualifiziertem Personal und Ausstattung und Koordination fast völlig. Der Schaden für das Allgemeinwohl ist gar nicht bezifferbar, weil wegen der geringen Aufklärungsquote verlässliche Zahlen gänzlich fehlen.

[13] Siehe auch die Studie der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. http://s342307857.online.de/download/Studie_Wirtschaftskriminalitaet_2011_Ausschnitt.pdf

[14] Weitere Informationen bietet Business Crime Control e. V. (BCC e. V.) an. Dieser Verein stellt sich diesem Problem schon seit 1991. Hier die Links: http://www.wirtschaftsverbrechen.de/5/Herzlich_Willkommen.html oder http://www.businesscrime.de/

[15] Deswegen ist eine Super-Task-Force “Bund“ zu bilden, die Unterabteilungen hat, und die mit Personal und Material hinreichend ausgestattet wird. Wegen der internationalen Verflechtungen der Wirtschaftsverbrecher muss diese Einheit (Einheiten) auch ausreichende gesetzlich bestimmte Befugnisse haben, um international operieren zu dürfen.

[16] Die Super-Task-Force “Bund“ unterteilt sich in verschiedene Fachbereiche mit entsprechenden ausgebildeten Experten zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, da eine Abteilung völlig überlastet ist. Der derzeitig Zusatand ist ohnehin nicht mehr haltbar, weil eine völlige Überlastung des Personals derzeit der Dauerzustand ist.

[17] Die Super-Task-Force “Wirtschaftskriminalität” ist zu bilden, da dieser Bereich sehr umfangreich ist, und unter den heute herrschenden Umständen die Bekämpfung der Verbrechen so nicht mehr ausreichend funktioniert.

[18] Die Super-Task-Force “Steuerhinterziehung“ ist zu bilden, weil auch hier, wie in der Wirtschaftskriminalität allgemein, die Fälle international/national verflochten sind. Steuerhinterziehung schadet dem Allgemeinwohl.

[19] Die Super-Task-Force “Schwarzarbeit“ ist zu bilden. Der derzeitig zuständige Zoll ist hoffnungslos mit der Arbeit überfordert. Schwarzarbeit in den Unternehmen schädigen die Sozialversicherungen und mindern die Steuereinnahmen.

[20] Korruption (Bestechung und Vorteilsannahme) sollen der deutschen Wirtschaft in Jahr 2012 einen Schaden von rund 250 Milliarden Euro zufügen. Kaum irgendwo ist es so einfach, ungestraft Politiker zu bestechen wie in Deutschland. Vermutlich wird das auch erst mal so bleiben. Deutschlands Gesetze gegen Bestechung von Politikern seien lasch, klagen Konzernmanager, ein härteres Vorgehen gegen Korruption dringend nötig. Sie sehen ihre Glaubwürdigkeit im Ausland durch die mangelhafte Gesetzeslage in Deutschland gefährdet. Auch Politiker pflichten den Wirtschaftsleuten bei: “Die internationale Wirtschaft spürt täglich, wie lächerlich die deutsche Politik die Unternehmen im Ausland aussehen lässt. ...“ Siehe auch DIE WELT: http://www.welt.de/wirtschaft/article13924503/Korruption-kostet-Deutschland-250-Milliarden-Euro.html Hier muss zwingend gehandelt werden, auch weil das Allgemeinwohl beachtlichen Schaden nimmt.

[21] Um die Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz einzudämmen, muss der Stress am Arbeitsplatz abgebaut werden. Dazu gehört der Abbau von Überstunden und dafür das Einstellen von Arbeitskräften. Deswegen ist die Super-Task-Force “Kampf gegen gesundheitsschädliches Arbeiten“ zwingend einzuführen. Eine wirkliche Überwachung der Unternehmen findet derzeit überhaupt nicht statt. Auch hier schädigen die Unternehmen die Sozialversicherungen, indem sie die Belegschaft kaputt arbeiten läßt (z.B. Burn-Out).

[22] Ich bitte um Unterstützung, vielen Dank, VollePullePiratNRW

PA047 - Streichung aller Steuerabschreibungsmodelle, Steuerabschreibungsvergünstigungen, Subventionen, und damit in Zusammenhang stehende Gesetze und Verordnungen

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Antragstext

[1] Es wird beantragt hiesigen Antrag ggf. modular zu behandeln, da es zur hiesigen Thematik noch andere Anträge gibt, wie z. B. PA018 vom 26.10.2011,

[2] Es wird beantragt im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen:

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Steuergerechtigkeit herbei geführt wird, was langfristig und gravierend eine positive Veränderung darstellen wird. Im Bundestag und Bundesrat sowie in den zuständigen Ausschüssen wird transparent über den Weg und Zeitrahmen entschieden, wie die steuerrechtliche Veränderung abzuwickeln ist, welche die Streichung aller Steuerabschreibungsmodelle, aller Steuerabschreibungsvergünstigungen, aller Subventionen, und damit in Zusammenhang stehende Gesetze und Verordnungen, langfristig umfassen wird. Dazu gehört auch die Festlegung der Höhe des Steuersatzes bei Unternehmen, bei der freiberuflichen Tätigkeit, und bei den steuerpflichtigen Lohneinkommen (Einkommensteuergesetz), die völlig neu zu ordnen sind.

[4] Die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge sind zu verbieten, und sie sind daher aus dem Aktiengesetz und ggf. aus anderen Gesetzen zu streichen. Desgleichen gilt für die - sofortige - Aufhebung des so genannten Nichtanwendungserlasses des Bundesfinanzministeriums, der die Praxis der Finanzverwaltung, ihr missliebige Rechtsprechung des höchsten deutschen Finanzgerichts, der Bundesfinanzhof (BFH), aushebelt.

[5] Erhalten bleibt die Förderung von Projekten, welche über die Schiene der Wissenschaft, der Forschung, und Bildung (Ausbildung) laufen.

[6] Es ist die Mehrwertsteuer und/oder Umsatzsteuer abzuschaffen, wenn sie die Dinge des täglichen Lebensbedarfs betreffen, wie z. B. Brot, Gemüse, ggf. Teesorten, Babynahrung und Babykleidung und die dazu gehörigen Hygieneartikel, so wie die Dinge z. B. für Schwerbehinderte, Pflegebedürftige, oder andere Hilfsmittel für diese Personenkreise, sowie Kinderbücher auch Kinderhörbücher … Ebenfalls sind die Mieten - insbesondere der Sozialmietraum - nicht zu besteuern. Diese Maßnahmen wirken der Inflation entgegen und wirken sich bei den niedrigen Einkommen günstig auf die Einkommenssituation aus.

Begründung

[7] Das nicht mehr überschaubare Geflecht der steuerrechtlichen Selbstbedienung ist Mitursache für die Weiterverschuldung, die wie bekannt bei derzeit ca. 2.100.000.000.000 Euro liegt. In den letzten ca. 30 Jahren ist

an diesem rein mathematisch theoretischen Steuermodell-Gesetzes- und Verordnungswirrwarr nichts Nennenswertes und nichts Zentrales verändert worden. Eine Neuordnung ist längst überfällig.

[8] Die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge sind ferner - nach Möglichkeit sofort - zu verbieten und aus dem Aktiengesetz und ggf. aus anderen Gesetzen zu streichen, weil sie den ursprünglichen Sinn der Steuervereinfachung fast völlig verloren haben, und eher dem Missbrauch förderlich sind, und die Gewinne verschwinden ohne jegliche Transparenz im Ausland. Zudem mindern diese Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge die Gewerbesteuern, die dann wieder als Steuerausfälle bei den Städten und Gemeinden auffallen. Zudem führt das Verbot der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge zur Verhinderung von Scheinselbstständigkeiten zum Zwecke der Steuerhinterziehung.

[9] Die Neuordnung spart nicht nur Geld sondern auch jede Menge Bürokratie und damit noch mehr Geld, - auch langfristig, da weinger Personal und Sachleistungen in der Verwaltung benötigt werden - .

[10] Von dieser umfangreichen Neuregelung des Finanzwesens ist auch die Zeitarbeit/Leiharbeit betroffen, die nur zum Ausgleich von Auftragsspitzen und kurzfristigen Personalmangen (z. B. Urlaubs- und Krankheitsvertretung) die Berechtigung haben darf.

[11] Die Folge: Es sind die Steuern zu zahlen. Die Höhe des Steuersatzes bei Unternehmen, bei der freiberuflichen Tätigkeit, und bei den steuerpflichtigen Lohneinkommen (Einkommensteuergesetz) ist völlig neu zu ordnen.

[12] Und zudem : Deutschland lebt über seine Verhältnisse.

[13] Der Staat gibt ständig mehr aus, als er über Steuern einnimmt. ... die drastischen Worte, die dazu der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof findet:

[14] Schlicht "unanständig" nennt er, dass wir heute über unsere Verhältnisse leben - zu Lasten unserer Kinder. Wir befinden uns in der Illegalität, weil die Staatsverschuldung mit 83 Prozent des Bruttoinlandsproduktes deutlich über den zulässigen 60 Prozent liegt. ... ... Deutschland muss wieder legal werden, indem es nicht nur keine neuen Kredite aufnimmt, sondern auch Staatsschulden abbaut. Das geht nur mit Sparen: Immer wenn die Staatsschuld um ein Prozent steigt, sollen alle Staatsleistungen um ein Prozent gekürzt werden, von den Subventionen bis zur Sozialhilfe. Nehmen die Staatseinnahmen zu, so will er dies ausschließlich zur Schuldentilgung verwenden. Gewährt der Staat Finanzhilfen, erwartet der 69-Jährige eine Gegenleistung. Dann müsste ihm beispielsweise die Commerzbank zinslose Kredite gewähren. ... ... Kirchhof will nicht nur den Solidaritätszuschlag und die Erbschaftsteuer ausschließlich für die Schuldentilgung nutzen. Er fordert auch eine Finanztransaktionssteuer und hält dafür bis zu ein Prozent für "nicht übermäßig". Das könne so viel Geld bringen wie die Lohnsteuer - also einen dreistelligen Milliardenbetrag -, und er sieht auch nicht die Gefahr, dass Geschäfte ins Ausland abwandern. Getoppt wird dies von einer einmaligen Vermögensabgabe von zwölf Prozent auf Vermögen von mehr als einer Million Euro, verteilt auf zwölf Jahre, die 100 Milliarden Euro bringen soll. ... http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/politik_artikel,-Ex-Verfassungsrichter-kritisiert-unzulaessig-hohe-Verschuldung-_arid,184786.html

[15] Auf scharfe Kritik stößt der Nichtanwendungserlass im Steuerrecht des Bundesministerium für Finanzen. http://www.giessen-friedberg.ihk.de/Geschaeftsbereiche/Recht_und_Steuern/Steuern/Anlagen/Nichtanwendungserlasse_im

[16] Die hochrangigen Unterzeichner aus der Wirtschaft kritisierten schon in einen Brief aus dem Jahr 2009 die seit langem nicht nur von Wirtschaft und Bürgern, sondern auch vom Bundesfinanzhof (BFH) und in der Wissenschaft nicht hinnehmbare Praxis. Konkret geht es dabei um die Praxis der Finanzverwaltung, ihr missliebige Rechtsprechung des höchsten deutschen Finanzgerichts, des BFH, durch sog. Nichtanwendungserlasse „auszuhebeln".

[17] Eine derartige Praxis hat nichts mit Steuergerechtigkeit zu tun, und gehört sofort abgeschafft. Zudem verursacht dieser Erlass jede Menge Bürokratie in den Finanzbehörden und auf den zuständigen Finanzgerichten, weil die Betroffenen genötigt sind, ggf. gegen Steuerungerechtigkeiten anzugehen.

[18] Das Bundesfinanzministerium sieht das anders. Und verweist auf den Rechtstaat. Siehe hier: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Glossareintraege/N/005_Nichtanwendungserlass.html

[19] Siehe hier: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/070709_Bundesfinanzhof.

[20] Siehe hier: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steu_1205_2009_1.html

[21] Diese Argumentationen sind dann nicht mehr haltbar, wenn Steuergerechtigkeit verwirklicht werden soll.

[22] Die Mieten - insbesondere der Sozialmietraum - sind nicht zu besteuern. Diese Maßnahmen wirken der Inflation entgegen und wirken sich bei den niedrigen Einkommen günstig auf die Einkommenssituation aus. Zudem ist diese flankierende Maßnahme hilfreich, um die Sozialausgaben möglichst niedrig zu halten, Desgleichen gilt bei der Abschaffung der Mehrwertsteuer und/oder Umsatzsteuer, wenn diese Steuern die Dinge des täglichen Lebensbedarf betreffen, wie z. B. Brot, Gemüse, ggf. Teesorten, Babynahrung und Babykleidung und die dazu gehörigen Hygieneartikel, so wie die Dinge z. B. für Schwerbehinderte, Pflegebedürftige, oder andere Hilfsmittel für diese Personenkreise, sowie Kinderbücher auch Kinderhörbücher . . .

[23] Ich bitte um Unterstützung zu diesem Antrag.

[24] Vielen Dank, VollePullePiratNRW

PA048 - Grundsatzprogramm Inklusion

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild | LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Inklusion, Ansprechpartner: Stefan Kottas, Thomas Küppers

Zusammenfassung

Der soziale Inklusionsgedanke ausgedehnt auf alle gesellschaftlichen Gruppen, die ganz oder teilweise am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind oder diskriminiert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen, den folgenden Antrag an geeigneter Stelle des Grundsatzprogramms einzufügen:

Inklusion

[2] Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein zentrales Ziel der PIRATEN.

[3] Die PIRATEN setzen sich für eine Gesellschaft ein, die frei ist von Barrieren jeglicher Art. Eine Gesellschaft, in der sich Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Nationalität sowie körperlichen, psychischen, geistigen und sonstigen Unterschieden, frei von Diskriminierung und Stigmatisierung mit den gleichen Chancen entfalten können. Unsere Grundrechte sind die obersten Gesetze unserer Gesellschaft und dürfen nicht ausgehebelt werden, weder durch Gesetze noch durch gesellschaftliche Gepflogenheiten.

[4] Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine umfassende Inklusion jedes Mitgliedes unserer Gesellschaft sind zu schaffen. Die persönliche Entfaltung jedes Menschen muss unabhängig von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Voraussetzungen möglich sein.

[5] Nur eine auf Inklusion zielende Politik verwirklicht das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Jede Art von Ausgrenzung ist Unfreiheit. Andersartigkeit ist als Individualität zu sehen, und eine Bereicherung unserer gesellschaftlichen Vielfalt und damit unseres gesamtgesellschaftlichen Potentials.

[6] Die gesellschaftliche Inklusion ist hierbei als generelles und dauerhaftes Angebot an jeden zu verstehen.

[7] **Abkehr von der Integration hin zur Inklusion**

[8] Dies bedeutet, dass Individualität gewollt ist, und mögliche Hilfestellungen zur Entfaltung des eigenen Potentials angeboten werden. Eine Integration gegen den freien Willen der Betroffenen ist keine Inklusion, sie ist als Zwangsvereinheitlichung abzulehnen.

[9] Nicht natürlich gewachsene Gruppenstrukturen und künstliche Abgrenzungen müssen aufgelöst werden. Vielfalt und die Einbindung unterschiedlichster Sichtweisen und Erfahrungen sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Freiwillige Gruppenbildungen entsprechen der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit.

[10] Inklusion muss in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit werden. Dies ist ein dauerhafter Prozess, der jetzt begonnen werden muss.

[11] Ausblick

[12] Inklusion als Selbstverständnis wird über die Grenzen ausstrahlen. Globale Inklusion bedeutet Raum zu schaffen für Menschen jeglicher Herkunft mit dem Ziel, ihre gesellschaftlichen Eigenheiten und Mentalitäten, Sprache und nationalen Identitäten zu bewahren und zu pflegen. Statt Vereinheitlichung und Equalisierung unserer kulturellen Vielfalt soll eine weltoffene Gesellschaft befürwortet werden.

Begründung

[13] Die PIRATEN wollen eine Gesellschaft in der Vielfalt als Normalität gilt und Unterschiedlichkeit als Stärke.

[14] Ein besonderer Schwerpunkt des Inklusionsgedankens der PIRATEN liegt in der freien Entfaltung der Persönlichkeit und Chancengleichheit trotz Unterschieden gemäß Art. 1-4 GG.

[15] Inklusion bedeutet für die PIRATEN, dass politische, soziale, wirtschaftliche und alle anderen gesellschaftlichen Systeme und Prozesse so gestaltet werden, dass möglichst alle Menschen ungeachtet ihrer Eigenschaften und vielleicht entgegengebrachter Vor-Urteile in möglichst großem Umfang teilhaben können. Systeme sind für Menschen da, nicht Menschen für Systeme.

[16] Für die PIRATEN ist der Mensch und sein Leben ein Wert für sich, was sich auch in den Bestrebungen zu einem Bedingungslosen Grundeinkommen zeigt, eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Inklusion von Menschen. Das Recht auf Existenz ist ein Naturrecht.

[17] Es gibt eine schier unendliche Anzahl von Arten für einen Menschen, anders zu sein und nicht einer Norm zu entsprechen. Ziel ist es, diese Norm zu hinterfragen und so mehr Vielfalt und Unterschiedlichkeit anzuerkennen und davon zu partizipieren..

[18] Einige Eigenschaften und Zuschreibungen, wie Behinderungen (körperliche, geistige und psychische), Herkunft, finanzielle Ausstattung, Bildungsniveau, Erkrankungen, Glaube oder moralische Werte führen besonders dazu, dass Menschen nicht oder nur schwerlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Auch Menschen mit Vorstrafen sollen, wenn sie ihre Strafe verbüsst haben, nicht ausgeschlossen werden. Diesen Menschen soll Unterstützung und Hilfe angeboten werden, dass sie mit gleichen Chancen teilhaben können.

[19] Die PIRATEN tragen Sorge, dass eingrenzende Eigenschaften und Zuschreibungen nicht zu einem Ausgrenzungsprozess führen, sondern als Teil der Normalität anerkannt werden. Im Bedarfsfall soll besonderer Aufwand betrieben werden, um eine selbstständige, selbstbestimmte und unabhängige Teilhabe anzustreben. Unterschiede und Vielfalt dürfen nicht zur Benachteiligung in den Teilhabemöglichkeiten führen.

[20] Kategorien schaffen Schubladen, und Schubladendenken führt zu Vorurteilen und weiter zu Ausgrenzung. Der Inklusionsgedanke soll darauf hinweisen, Vorurteile zu hinterfragen und sich offen zu halten für neue Impulse und Perspektiven. Den äußeren Rahmen für Inklusion gibt das Grundgesetz vor. Unser Verständnis von Inklusion umfasst anderem? auch freie Berufswahl und Freizügigkeit (Art. 11 und 12 GG). Menschen dürfen nicht in Strukturen oder Gruppen gezwungen werden, sich aber durchaus freiwillig zusammenschließen (Versammlungsfreiheit Art. 8 GG und Vereinigungsfreiheit Art.9 GG).

[21] Da Globalisierung immer mehr an Bedeutung gewinnt - denn nur gemeinsam sind wir stark - sollte der Gedanke der Inklusion als weltweites Gut verankert werden. Die kulturellen und sprachlichen Eigenheiten jedes Menschens jeglicher Nationalität sollen gepflegt und gefördert werden. Vielfalt macht unser Leben bunt.

[22] Autoren: Stefan Kottas, Thomas Küppers, Ulrike Mös, Friedhelm Tropberger, Tobias Schwarz, Kai Gödde, lawdance, nordpirat, Felix S., Irmgard Schrammen, Davide Grade und andere.

[23] Änderung gegenüber der im LQFB abgestimmten Version:

[24] Der Satz "Die PIRATEN setzen sich für eine Gesellschaft ein, die keine Barrieren und Hürden errichtet oder zulässt." wurde durch die AG Inklusion in "Die PIRATEN setzen sich für eine Gesellschaft ein, die frei ist von Barrieren jeglicher Art." geändert.

PA049 - Menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei außerhalb Deutschlands produzierten Waren

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen | LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ylva Meier

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert menschenwürdige Arbeitsbedignungen für alle Beschäftigten, die Waren produzieren, die in Deutschland angeboten und verkauft werden.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich für menschenwürdige und faire Arbeitsverhältnisse bei allen Produkten ein, die in Deutschland vertrieben und konsumiert werden. Das gilt auch für Produkte, deren Herstellung im Ausland erfolgt. Verbindliche Richtlinien mit Mindestanforderungen an die Produktionsverhältnisse, Entlohnung mindestens gemäß Lohnniveau des jeweiligen Landes und die Arbeitsumstände sowie deren regelmäßige Kontrolle sollen gewährleisten, dass die Produktion aller Güter in würdigen und gerecht entlohnten Arbeitsverhältnissen erfolgt.

Begründung

[2] Viele Produkte, die von den Verbrauchern hier regelmäßig konsumiert werden, wie Agrarerzeugnisse, Kleidungsstücke, Elektronikartikel und vieles mehr werden in Drittweltländern unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Kinderarbeit, Entlohnung unterhalb der Grenzen des örtlichen Existenzminimums und gesundheitsgefährdende Produktionsstätten sind in vielen Fällen an der Tagesordnung. Die Piratenpartei Deutschland fordert deshalb die Festlegung menschenwürdiger, verbindlicher Richtlinien für die Produktion von Gütern, die innerhalb Deutschlands vertrieben werden und die Kontrolle der Einhaltung dieser Vorschriften. „Fair Trade“ ist als freiwilliges Gütesiegel ein Schritt in die richtige Richtung, wir befürworten diesen Ansatz der Produktion zu fairen Arbeitsbedingungen, setzen uns darüber hinaus aber für verbindliche Richtlinien ein, die Einfluss auf die Produktion weltweit haben. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse haben negativen Einfluss auf die Vermögensverteilung weltweit. Die Piratenpartei setzt sich für einen fairen Umgang miteinander ein, über Ländergrenzen hinweg. Für Arbeitsverhältnisse in Deutschland sind unsere Forderungen bereits eindeutig: wir fordern die Einführung eines Mindestlohnes und natürlich ordentliche Arbeitsbedingungen zur Gewährleistung der Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe. Gleiche Bedingungen, eine angemessene Entlohnung, die Sicherstellung, dass keine Kinder als Arbeitskräfte eingestellt werden und gepflegte Produktionsstätten stehen auch den Menschen zu, die Waren für uns in anderen Ländern produzieren.

PA050 - Abschaffung / Kündigung Euratom-Vertrag

Wahlprogramm - Energie LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Gerwert

Zusammenfassung

Bis heute setzt die durch die Nationalstaaten getragene Euratom auf die Atomkraft. Eine Ausrichtung die unter Würdigung der heutigen Energiepolitik nicht tragbar ist. Daher sollte die Euratom in Ihrer jetzigen Form abgeschafft / aufgelöst werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle folgenden Programmpunkt einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine sofortige Revision des Euratomvertrages ein. Ziel der Piratenpartei ist es dabei auf ein Ende des Euratom Vertrages hinzuarbeiten. An dessen Stelle soll die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) treten.

Begründung

[3] Die weltweite Nutzung von Kernenergie nimmt ab. Zurzeit beträgt der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Stromerzeugung etwa 13 % und der Anteil an der Gesamt-Energie-produktion liegt sogar unter 5 %. In Folge von Fukushima überlegen immer mehr Staaten den Ausstieg aus der Atomenergie. Dennoch ist die Hauptaufgabe des EURATOM-Vertrags die Förderung der Atomenergie, wie Artikel 1 zeigt: „Aufgabe der Atomgemeinschaft ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Nuklearindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in die Mitgliedsstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.“

[4] Der Euratomvertrag hat seit 1957 Bestand und ist seither nicht wesentlich modifiziert worden. Euratom ist eine eigenständige Institution die neben der Europäischen Union existiert und nach wie vor in besonderem Maße die Förderung der Atomenergie vorantreibt und dies im Rahmen Ihrer sog. Rahmenprogramme umsetzt. Für die Durchführung des siebten Rahmenprogramms im Zeitraum 2007-2011 standen nach Angaben der EU-Kommission Mittel in Höhe von insgesamt 3092 Mio. EUR zur Verfügung. Diese teilten sich auf in 2159 Mio. EUR für Fusionsforschung, 394 Mio. EUR für Kernspaltung und Strahlenschutz sowie 539 Mio. EUR für Maßnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle im Nuklearbereich.

[5] Bis heute setzt dieses durch die Nationalstaaten getragene Konstrukt auf die Atomkraft. Eine Ausrichtung die unter Würdigung der heutigen Energiepolitik nicht tragbar ist. Daher sollte die Euratom in Ihrer jetzigen Form abgeschafft / aufgelöst werden. An Ihrer Stelle soll eine bereits auch von anderen Institutionen diskutierte ERENE (Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien) treten die sich für eine moderne, grenzüberschreitende moderne Energiepolitik in Europa unter Ägide der EU und deren Institutionen, einsetzt.

[6] Eine Kündigung des Euratomvertrages kann nur durch die Nationalstaaten erfolgen, Deutschland sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

[7] Argumente und Gründe für eine Auflösung des EURATOM-Vertrages:

- Die unkritische Förderung der Atomenergie ist nicht mehr zeitgemäß, daher ist nicht nur die ‚Zwangsmitgliedschaft' sondern der gesamte Vertrag mit der Förderabsicht aufzulösen.
- Es besteht unter den EU-Mitgliedsstaaten keine pronukleare Mehrheit; in der EU betreiben nur 14 der 27 Mitgliedstaaten Atomkraftwerke, davon haben zwei Länder (Belgien und Deutschland)den Atomausstieg bereits beschlossen.
- Sinkende Nachfrage nach Neubauten von AKWs innerhalb der EU führte dazu, dass die Kreditfazilität von EURATOM auch für die Errichtung von Atomkraftwerken in Nicht-Mitgliedsstaaten der EU geöffnet wurde.
- Die EU Kommission nutzte den EURATOM-Vertrag als Rechtsgrundlage für neue Richtlinien im Bereich nukleare Sicherheit, Endlagerung von Atommüll mit den damit verbundenen demokratischen Defiziten, wie etwa der fehlenden Mitentscheidungsmöglichkeit des Europäischen Parlaments.
- Die Förderung einer bestimmten Energieform durch einen eigenen Gründungsvertrag ist nur historisch zu verstehen und heute nicht mehr zeitgemäß. Der Vertrag entstand aus dem Glauben an diese ‚neue' Form der Energiegewinnung und dem Willen die Entwicklung von Atombomben zu verhindern. Die Gefahren und Probleme, wie z. B. die heute immer noch nicht gelöste Frage der Endlagerung, waren nicht bekannt.

[8] EURATOM ist undemokratisch

- Das Europäische Parlament hat kein Mitentscheidungsrecht, sondern wird nur konsultiert.
- Viele Dokumente, etwa Stellungnahmen der EU-Kommission nach Art. 41 EAGV zur Sicherheit von Investitionsabsichten im Nuklearbereich sind nicht öffentlich bzw. nur teilweise nach langwierigen Prozeduren zugänglich. Überhaupt nicht veröffentlicht werden Dokumente, die vom Betreiber im Zuge von Investitionsabsichten an die EU- Kommission übermittelt werden.
- Das Europäische Parlament hat auch beim EURATOM Rahmenforschungsprogramm und bei der Vergabe von EURATOM-Krediten kein Mitentscheidungsrecht.
- EURATOM sieht sich nicht an die Umsetzung der Aarhus-Konvention gebunden: d.h. die Gewährleistung des Zugangs zu Informationen, das Recht auf Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

[9] Quellen / Infos

- Zu Euratom: https:de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Atomgemeinschaft
- Zu ERENE: http:www.erene.org/

PA051 - Sozialversicherungsbeiträge bei der Auszahlung einer betrieblichen Altersvorsorge (Direktversicherung)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB PAD PAD 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Formwandler

Zusammenfassung

Die nachträglich eingeführte volle Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Direktversicherungen aus betrieblicher Altersvorsorge (das betrifft vor 2004 abgeschlossene Altverträge) soll wieder geändert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen.

[2] Der Gesetzgeber hat im Jahre 2004 beschlossen 1 , dass auf die Kapitalauszahlung einer betrieblichen Altersvorsorge in Form einer kapitalgebundenen **Direktversicherung** 2 der **volle Sozialversicherungsbeitrag** der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung durch den Versicherten zu entrichten ist 3 . Diese Beitragspflicht wurde damit auf **Einmalleistungen** aus einer Kapitallebensversicherung ausgeweitet 4 und zwar auch auf alle Verträge, die vor 2004 abgeschlossen wurden (sog. Altverträge). Die gesetzlichen Krankenkassen verschicken seitdem Zahlungsaufforderungen an ihre Mitglieder, wobei die Beiträge auf 10 Jahre gestreckt werden und monatlich fällig werden 5 .

[3] Beispiel: Bei einer einmaligen Auszahlung von **100.000€** aus einer Direktversicherung und dem aktuellen Beitragssatz von 15,5% (Krankenversicherung) und 2,2% (Pflegeversicherung) ergibt sich ein Beitrag von **17.700€**. Die Betroffenen müssen daher 10 Jahre lang **147,50€** pro Monat Beiträge an die Krankenkasse entrichten (10 Jahre = 120 Monate).

[4] Die Piratenpartei nimmt dazu wie folgt Stellung:

- Die PIRATEN sehen durch die **rückwirkende Beitragspflicht** für Altverträge den Vertrauens- und Bestandsschutz für die Verträge missachtet, die vor der Gesetzesänderung abgeschlossen wurden.
- Die PIRATEN kritisieren, dass die betroffenen Bürger auch den **Arbeitgeberanteil** der Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Denn der Arbeitgeber hat keine Sozialversicherungsbeiträge für die Beiträge während der Ansparphase bezahlt.
- Daher soll die Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für **Altverträge** (abgeschlossen vor 2004) wieder geändert werden, wobei vier Möglichkeiten gesellschaftlich und rechtlich zu diskutieren wären:

[5] A) Die Beitragspflicht für Altverträge wird wieder **komplett aufgehoben**.

[6] B) Alternativ soll die Beitragspflicht erheblich reduziert werden, vorzugsweise durch Begrenzung auf den **halben** Versicherungssatz des Arbeitnehmers und/oder durch die Anhebung der **Beitragsdauer** von 10 Jahren auf

die in Versicherungskreisen übliche statistische Lebenserwartung, mit entsprechend verringerter monatlicher Belastung.

[7] C) Die gesamte Kapitalauszahlung ist einmalig unter Beachtung einer noch zu definierenden **Beitragsbemessungsgrenze** sozialversicherungspflichtig, wobei die Belastung deutlich unterhalb der derzeitigen Beiträge bleiben muss.

[8] D) Auszahlungen aus **vor dem Stichtag 01.01.2004** eingezahlten Beiträgen werden für Altverträge wieder **sozialversicherungsfrei** gestellt. Auszahlungen aus **nach dem Stichtag** eingezahlten Beiträgen bleiben **sozialversicherungspflichtig**.

- **Laufende Beitragszahlungen** in die Sozialversicherungen von betroffenen Bürgern mit Altverträgen sollen gestoppt und an die neuen Regelungen angepasst werden.
- Die PIRATEN setzen sich generell für die Einführung einer **Informationspflicht** gegenüber den Versicherten vor dem Vertragsabschluss einer betrieblichen Altersvorsorge ein. Staat und Versicherungsunternehmen sollen über die Beitragszahlungen im Alter transparent und umfassend informieren.
- Insgesamt sollte eine **Neuregelung** der betrieblichen Altersvorsorge erfolgen mit klaren und transparenten Regeln. Die derzeitige Regelung, dass Verträge steuerlich gefördert werden, im Alter jedoch die Sozialversicherungspflicht voll greift, macht die betriebliche Altersvorsorge oft zu einem Verlustgeschäft, fördert stattdessen die private Versicherungswirtschaft und begünstigt vor allem die Arbeitgeber. Außerdem verringern sich durch die betriebliche Altersvorsorge die Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung, was das Solidarsystem zusätzlich schwächt (geringeres sozialversicherungspflichtiges Bruttogehalt).

[9] **Quellen**:

- 1 GKV-Modernisierungsgesetz (GMG)
- 2 Direktversicherung bei Wikipedia
- 3 § 248 Satz 1 SGB V i.d.F. von Artikel 1 Nr. 148 GMG
- 4 § 229 Absatz 1 Satz 3 SGB V i.d.F. von Artikel 1 Nr. 143 GMG
- 5 Durchführung des GKV-Modernisierungsgesetzes - Krankenversicherungsbeiträge aus Versorgungsbezügen

Begründung

- Die Beitragspflicht wird **rückwirkend auch für Altverträge** angewandt, selbst Verträge aus den 70er und 80er Jahren sind betroffen. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses war den Versicherten nicht bewusst, dass fast 20% ihrer Auszahlung später an die Krankenkasse geht 6 . Diese rückwirkende Anwendung wird vor allem von den Sozialversicherungsträgern interpretiert, weil anscheinend nichts anderes festgelegt ist.
- Wichtige **rechtsstaatliche Prinzipien** werden verletzt: Bestandsschutz, Vertragstreue, Gerechtigkeit, Vertrauen.
- Der **volle Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag** von derzeit ca. 17,7% ist zu entrichten, vorher war es bei Rentenzahlungen nur der halbe Satz 3 . Dieser Beitrag wird zudem jährlich an die aktuellen Sätze angepasst, so dass die tatsächliche Höhe der Beiträge selbst bei Auszahlung der Versicherung nicht bekannt ist (wird also tendenziell eher steigen).
- Die Beitragszahlungen wurden auf **einmalige Kapitalleistungen** erweitert (also nicht nur auf Renten) 4 . Daher wurden klassische Direktversicherungen erfasst, bei denen eine Einmalzahlung zu Vertragsbeginn fest vereinbart wurde.

- Die Bemessung der Auszahldauer auf **10 Jahre** entspricht nicht der sonst bei Versicherungen üblichen Betrachtung der **statistischen Lebenserwartung**. Diese ist viel größer und daher wären die monatlich zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge entsprechend geringer.
- Die Beiträge sind zu entrichten auf die **gesamte Kapital- oder Rentenauszahlung**, also nicht nur auf die Einzahlungen oder Erträge.
- Die Beiträge sind auch zu entrichten, wenn **allein der Arbeitnehmer** in die Versicherung eingezahlt hat (durch Entgeltumwandlung). Der Arbeitnehmer zahlt also in etwa auch den halben Beitragssatz, den sonst der Arbeitgeber hätte zahlen müssen.
- Die Beiträge sind nur bei **gesetzlich Versicherten** fällig. **Privat Versicherte** zahlen nichts, sparen also beim Beispiel oben 17.700€ gegenüber dem gesetzlich Versicherten. Begründung des Gesetzgebers: Bei privat Versicherten seien die Beiträge nicht an das Einkommen gekoppelt.
- Die kumulierten staatlichen bzw. steuerlichen Zuschüsse (Pauschalsteuer 20% bei Altverträgen) während der Einzahlphase werden später fast 1:1 an die Krankenkassen abgeführt. Die Rendite ist viel geringer, als den Versicherten zuvor weis gemacht wurde. Die betriebliche Altersvorsorge ist also eigentlich **gesellschaftlich unsinnig**. Die private Versicherungswirtschaft und die Arbeitgeber profitieren am meisten. Außerdem verringern sich durch betriebliche Altersvorsorge die Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung, was das Solidarsystem schwächt (geringeres sozialversicherungspflichtiges Bruttogehalt) 7 .
- Hohe **Abfindungen** bei der Auflösung von Arbeitsverträgen sind meist überhaupt nicht sozialversicherungspflichtig 8 . Warum soll also ein Arbeitnehmer, der durch Gehaltsumwandlung 20-30 Jahre in eine Direktversicherung eingezahlt hat, so viel schlechter gestellt sein als jemand, der eine ähnlich hohe Summe vom Arbeitgeber ausgezahlt bekommt, wenn dieser betriebsbedingt das Unternehmen verlässt?
- Die betroffenen Bürger wissen oftmals nichts von "ihrem Glück" und werden durch Zahlungsaufforderungen **überrascht** 6 ,9 ,10 ,11 ,12 .
- Die Gesetzesänderung wurde 2004 ohne große politische bzw. gesellschaftliche Diskussion durch die **Hintertür** eingeführt.
- Die Politik kümmert sich nicht um die Belange der Betroffenen, wiegelt ab. Kläger und Insider berichten von Klüngeleien. Die öffentlich-rechtlichen Medien werden mundtot gemacht. Richter werden abgesetzt. Das alles findet fast komplett unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt.

[10] Historie und Persönlicher Hintergrund:

[11] Das im Antrag beschriebene Problem betrifft einige Millionen Bürger, die im Laufe der letzten Jahrzehnte eine **betriebliche Altersversorgung** abgeschlossen haben, hier bezogen auf die Variante einer Direktversicherung als Kapitallebensversicherung. Durch Gesetzesänderungen entstanden im Jahr 2004 rückwirkend erhebliche finanzielle Nachteile für die betroffenen Bürger. Viele Bezieher von Einmalzahlungen aus einer Direktversicherung wehren sich seit Jahren durch Petitionen und Klagen bis vor das BVerfG, bis jetzt jedoch ohne viel Erfolg. Die Betroffenen fühlen die sich haufenweise von der Politik im Stich gelassen.

[12] Die Piratenpartei hätte nun die Möglichkeit, diesem Missstand entgegenzuwirken, und sei es nur, Druck auf den Gesetzgeber auszuüben, um **Transparenz, Verhältnismäßigkeit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit** wieder herzustellen.

[13] Als Kunde einer Direktversicherung hat der Antragsteller im Laufe der letzten Jahre viel über das Thema gelesen und in seinem **Blog** darüber berichtet 9 ,10 ,13 . Besonders durch die **Rückmeldungen** zu den Blogbeiträgen wurde erkannt, dass sich viele Betroffene vom Staat betrogen fühlen, und das zu Recht. Kürzlich nahm jemand aus Berlin Kontakt zum Antragsteller auf, der seit Jahren gegen das neue Gesetz kämpft, selbst geklagt hat und anderen bei Klagen hilft. Dieser Bürger hat auch schon vor einigen Monaten mit der Piratenpartei Kontakt aufgenommen (AG 60+, LV Bayern). Durch das Blog ist er erneut auf die Piratenpartei aufmerksam geworden. Es gibt noch weitere Blogs und Informationsquellen, aus denen man den Unmut und die Ungerechtigkeit ablesen kann, hier sei vor allem auch auf 6 ,11 ,12 und 14a -14f und verwiesen.

[14] Erste Reaktionen im Netz zu dieser Initiative finden sich unter 15 und 17 . Mittlerweile haben Betroffene einen Arbeitskreis "GMG-geschädigte DV-Versicherte" gegründet, der Protest organisiert und aktiv Politiker anspricht 16 .

[15] Weitere Quellen:

- 6 Frontal21: Direktversicherungen - Verluste für Versicherte vom 14.06.2011 oder hier.
- 7 Die Förderung der privaten Altersvorsorge war schon immer eine von politischer Korruption bewirkte Fehlentscheidung. Jetzt alle Mittel auf gesetzliche Rente konzentrieren. - NachDenkSeiten
- 8 Abfindungen sind sozialversicherungsfrei: Wikipedia, finanztip.de
- 9 Voller Krankenversicherungsbeitrag bei Auszahlung von Direktversicherungen
- 10 Neues Urteil zu Krankenversicherungsbeiträgen bei Direktversicherungen
- 11 Krankenkassenbeitrag Direktversicherung
- 12 10t €uro weniger – auf Treu und Glauben, ihre Bundesregierung (Direktversicherung)
- 13 VDI nachrichten: Vorfahrt für die betriebliche Altersvorsorge
- 14 altersdiskriminierung.de - Allgemeine Infos zur Problematik ("Direktversicherung" in Suchmaske eingeben)
  - 14a Direktversicherung: Petent schreibt an Lammert (2), 19.04.2012
  - 14b Direktversicherung: Petent schreibt an Lammert (1), 02.03.2012
  - 14c Direktversicherung: Neue Petition eingereicht, 22.12.2011
  - 14d Direktversicherung: Rechtsstaat adieu ?, 20.09.2011
  - 14e Direktversicherung: Juristische Spurensuche, 19.09.2011
  - 14f Direktversicherung: Licht am Ende des Tunnels, 26.08.2011
- 15 Direktversicherung: Schafft's die Piratenpartei NRW? - Infos zu meiner Initiative und zu den Piraten beim "Büro gegen Altersdiskriminierung"
- 16 Offener Brief an Frau Merkel zur Direktversicherungsproblematik
- 17 Antrag bei den Piraten zu Direktversicherung mit Kommentaren betroffener Bürger

[16] Anregungen:

- Ausweitung der Beitragspflicht auf Versicherte von privaten Krankenversicherungen.

[17] Diesen ursprünglich in LQFB enthaltenen Passus habe ich gestrichen

PA052 - Wirtschaftsförderung: Markteinführung der Brennstoffzelle

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Wirtschaftsförderung: Markteinführung der Brennstoffzelle, in der dezentralen Energiegewinnung, in der Elektromobilität, in Gebäuden, im ÖPNV, als Energiespeicher

Antragstext

[1] Es wird beantragt zur nächsten Bundestagswahl im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen :

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Gewinnung von Strom und Wärme durch Brennstoffzellen in Gebäuden in der Zukunft ein Standbein zur dezentralen Energieversorgung in Deutschland sein wird. Die Technologie der Brennstoffzelle ist dem gesamten Verbrauchermarkt schnellst möglich zur Verfügung zu stellen. Die Weichen zur Energiegewinnung über die Brennstoffzelle sind zu stellen, eine langfristig angelegte politische Unterstützung der Förderung zur Einführung in den Energiemarkt und in den Markt der Elektromobilität muss garantiert sein.

[3] Die transparente Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), der Bundesnetzagentur, den Energieversorgern - hier insbesondere die kommunalen Energieversorger - , und den Städten und Gemeinden, sollte von Anfang an angestrebt werden und dauerhaft zu einer Zusammenarbeit führen. Hierbei ist die Planung und die Bereitstellung der Infrastruktur z. B. für H-Tankstellen zusehen, die Bevölkerung ist in transparenter art und weise mit einzubeziehen.

[4] Mit Sonnenkollektoren und Windenergie und sonstiger alternativer Energiegewinnung wird Strom erzeugt, mit dem über die Elektrolyse H und O2 gewonnen werden kann. Die Elektrolyse kann zudem mit billigem Nachtstrom oder anderwertigem billigen Strom betrieben werden (nur kein AKW-Strom).

[5] Zur Technologie der Brennstoffzelle gehört die Infrastruktur der Elektrolyse. Diese Infrastruktur ist derzeit im Industriesektor vorhanden, und ist für den gesamten Verbrauchermarkt zu öffnen und weiter zu entwickeln. Das über all entstehende CO2 wird hier bei dieser Technologie als Rohstoff einer chemischen Reaktion mit H und O2 zu geführt, so entsteht das übliche Methangas. Dieses heute überall übliche Gas kann in Tanks zwischen gespeichert werden oder es steht über das Gasnetz direkt zur Verfügung.

[6] Die wirtschaftliche Förderung der Technologie der Brennstoffzelle und der Aufbau der gesamten Infrastruktur, wie die Gewinnung der so genannten alternativen „grünen“ Energie zur Elektrolyse, das H-Tankstellennetz, die Belieferung der Brennstoffzellen in Gebäuden mit H, der Aufbau der Speicherkapazitäten in den Gebäuden und/oder über das Gasnetz, fördert den Mittelstand, und es entstehen Arbeitsplätze für die Zukunft.

Begründung

[7] Deutschland hat die Technologie der Brennstoffzelle in der politischen Arbeit vernachlässigt und ist in diesem Sektor rückständig. Zukunftsträchtige und langfristig angelegte Arbeitsplätze, die über den Mittelstand hätten

längst entstehen können, sind nicht geschaffen worden. Deutschland kann sich als Technologieland und als exportabhängiges Land so eine Rückständigkeit nicht erlauben.

[8] Die Technologie der Brennstoffzelle ist ein Sektor der sehr zum Export geeignet ist, und deswegen ist schnellst möglichst die Einführung der Brennstoffzelle in Gebäuden und in Bussen des ÖPNV und im Kfz-Bereich zu fördern, und zur Marktreife zu bringen, und in das Energienetz zu integrieren, und dem gesamten Verbrauchermarkt zur Verfügung zu stellen.

[9] Die Elektrolyse kann auch mit billigem und ggf. überschüssigem Nachtstrom betrieben werden. Auch zu Zeiten der Energieüberkapazitäten bietet sich die Umwandlung zu Methangas an, - die Windenergie muss dann nicht abgeschaltet werden - . Diese Methode wirkt somit als dezentraler Energiespeicher, wobei die Energiewirtschaft in der Zukunft auf die Speichertechnologie angewiesen ist, und somit ist die gesamte Infrastruktur um die Technologie der Brennstoffzelle auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen. Zudem wird so zum Teil der Ausbau des Energienetzes verringert, weil die weitflächige dezentrale Speicherung der Energie und deren Produktion genau da zur Verfügung steht, wo die Energie gemäß des örtlichen Verbrauchsverhalten zur Verfügung stehen muss. Ganz nebenbei wird so langfristig der Import von Gas und Rohöl gemindert.

[10] Im Rahmen der in Deutschland ausgerufenen Energiewende beginnt die zentrale Großerzeugung ihre Vormachtstellung zu verlieren, während kleine, dezentrale Lösungen immer wichtiger werden. Dabei gewinnt auch die Mikro-Kraft-Wärme-Kopplung (Mikro-KWK) an Bedeutung. Vor allem stromgeführte, hocheffiziente Anlagen auf Brennstoffzellenbasis können als dezentrales, virtuelles Kraftwerk einen Beitrag zur Energiewende leisten und sind deshalb insbesondere für Stadtwerke und Energiedienstleister interessant. Mikro-KWK-Anlagen können einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten, insbesondere solche mit einem hohen elektrischen Wirkungsgrad. Anlagen, die mit Erdgas bzw. Bio-Erdgas betrieben werden, erzielen einen hohen elektrischen Wirkungsgrad von bis zu 60 %, bei einem Gesamtwirkungsgrad von bis zu 85 %. Elektrische Wirkungsgrade in dieser Höhe werden sonst nur von modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerken erreicht. Das Brennstoffzellen-Mikro-KWK eignet sich besonders für Kunden mit hohem Strom- und geringem Wärmebedarf, also z. B. für moderne Bürogebäude, kleine Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Auch in herkömmlichen Ein- und Mehrfamilienhäusern bietet die Anlage ein Anwendungsgebiet, dabei deckt sie den gesamten Strombedarf und stellt zudem ausreichend Wärme für die Warmwasserversorgung bereit.

[11] Es wird weltweit an Konzept- und Serienfahrzeugen mit Brennstoffzellen (Fuel Cell Vehicles, FCV) gearbeitet. Der Einsatz von Brennstoffzellen im Kraftfahrzeugbereich hat insbesondere aufgrund der großen Reichweitenvorteile ein hohes Potenzial auf dem Markt für E-Mobilität. Die Frage nach den Kosten einer zukünftigen Wasserstoffbereitstellung zwecks Nutzung für Brennstoffzellenanwendungen – insbesondere im zukünftigen Straßenverkehr wird diskutiert, - es müssen Taten folgen, damit die Infrastruktur zügig ausgebaut werden kann, und so dem Verbrauchermarkt zur Verfügung steht - .

[12] Die Problematik der H-Tanks ist längst gelöst, auch die Sicherheit dieser Tanks ist schon immer besser gewesen als Benzintanks, weil die H-Tanks in der Industrie vorrangig die Anwendung hatten.

[13] Der deutsche Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer setzt auf das Wasserstoffauto und Carsharing. Mit kostenlosen Angeboten will er die Menschen zum Umsteigen bewegen ... http://www.uni-due.de/~hk0378/publikationen/2011/20110623_Wirtschaftsblatt.at.pdf

[14] Infos zu den H-Tanks hier: http://www.mpg.de/1326157/wasserstoff?print=yes

[15] und hier: http://www.energieportal24.de/fachberichte_artikel_92.htm

[16] Infos zur Brennstoffzelle in Gebäuden und der Elektromobilität siehe auch hier: http://www.cfcl.com.au/Assets/Files/20120613_Obernitz_ET.pdf

[17] und hier http://brennstoffzelle-nrw.de/uploads/tx_pseventmanagement/__Sonderbeilage_ET6_11-Hoehlein-Grube.pdf

[18] Infos zu Brennstoffzelle im Kfz hier: http://www.green-motors.de/auto/mercedes-b-klasse-f-cell

[19] Ich bitte um Unterstützung und Zustimmung, vielen Dank,

[20] VollePullePiratNRW

PA053 - Freiheit zu Reisen und freie Wahl des Aufenthalts

Grundsatzprogramm - Freiheit und Grundrechte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jbenno

Zusammenfassung

Jeder Mensch sollte frei sein, zu reisen und sich zeitweise oder dauerhaft einen Ort zu suchen, an dem er verweilen kann.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Jeder Mensch sollte frei sein, zu reisen und sich zeitweise oder dauerhaft einen Ort zu suchen, an dem er verweilen kann. Wir vertreten eine Politik die diese Freiheit grundsätzlich anerkennt und fördert und nur in Ausnahmen einschränkt.

[3] Menschen, die sich in Deutschland aufhalten, müssen die Möglichkeit haben, für ihren Unterhalt zu sorgen und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und sich frei zu bewegen.

[4] Menschen auf der Flucht müssen unterstützt werden. Ihre Menschenrechte und ihre Würde zu schützen, ist das wichtigste Ziel unserer Asylpolitik.

Begründung

[5] Reisefreiheit und die freie Wahl des Aufenthaltes folgen unmittelbar aus den grundsätzlichen Werten der Piratenpartei.

[6] Entsprechend wurde die Initaitive in Liquid Feedback mit 90% Zustimmung angenommen.

PA054 - Regeln bei Berufspraktika insbesondere für Langzeitpraktikanten

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Klaus Benndorf

Zusammenfassung

Praktika sind eine Chance für Arbeitssuchende. Andererseits werden Praktikanten häufig ausgenutzt. Es wird eine Neuregelung für Praktikumsverträge gefordert um Missstände zu verhindern und die Chancen auf einen festen Arbeitsplatz zu erhöhen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei sieht Berufspraktika als eine sinnvolle und notwendige Ergänzung der Berufsausbildung an. Sie vermitteln Praxisbezug und erleichtern den Eintritt ins Berufsleben. Auf der anderen Seite erkennt sie viele Probleme, die eine Neuregelung für die Beschäftigung von Praktikanten notwendig machen.

[3] Die Piratenpartei wird Modelle entwickeln, um Anreize für zusätzliche Praktikumsstellen zu schaffen und um Praktikanten in ein reguläres Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Wegen des häufigen Missbrauchs durch die Arbeitgeber, setzt sich die Piratenpartei dafür ein, diesen Missbrauch durch entsprechende Regelungen so weit als möglich zu unterbinden. Sie fordert eine Einschränkung der gängigen Praxis, Praktikanten für einen längeren Zeitraum unentgeltlich oder gegen eine minimale Aufwandsentschädigung zu beschäftigen. Nach Ablauf von drei Monaten muss der Praktikant rechtlich dem festen Mitarbeiter gleichgestellt werden und es ist ein angemessenes Praktikantengehalt zu zahlen. Ist dies nicht möglich, ist das Praktikum auf drei Monate zu begrenzen. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, diese Regelungen auch auf solche Berufsausbildungen auszuweiten, die den Nachweis bestimmter Pflichtzeiten oder -Leistungen erfordern und wo ähnliche Missstände beobachtet werden.

Begründung

[4] Seit längerer Zeit ist zu beobachten, dass viele Berufsanfänger, entweder auf eigenes Betreiben oder auf Anraten der Jobbörsen und potentieller Arbeitgeber, sich für ein Berufspraktikum entscheiden, weil sie sich hierdurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhoffen oder um Lücken im Lebenslauf zu vermeiden. Dies ist in Maßen zu befürworten. Allerdings wird diese Situation von vielen Arbeitgebern ausgenutzt. Praktikanten werden wie reguläre Arbeitskräfte eingesetzt wobei oftmals kein oder nur ein minimaler Lohn gezahlt wird. Es gibt Hinweise, dass Dauerpraktika genutzt werden um feste Arbeitsplätze abzubauen oder aber die Arbeitskosten von der Allgemeinheit bezahlen zu lassen. Im Rahmen der Antragsvorbereitung gab es folgende Information: "Das Jobcenter Bonn weist neuerdings seine Kunden massiv darauf hin, dem potenziellen Arbeitgeber ein Praktikum anzubieten, also erstmal umsonst zu arbeiten. Die Dauer soll bis zu 6 Wochen betragen, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 3 Monate. D.h. in dieser Zeit wird weiter ALG II bezahlt und der Arbeitgeber hat eine

Gratisarbeitskraft. Es geht dabei nicht um ein berufsqualifizierendes Praktikum, sondern um jede Art von Tätigkeit, also auch Helfertätigkeiten“. Ein weiterer Hinweis lautete: “...... Gastronomiebetriebe fast ausschließlich mit meist ausländischen Praktikanten betrieben werden“.

[5] Die Folgen des Praktikanteneinsatzes und der Billiglöne sind vielfältig. Zum einen werden Vollzeitarbeitsplätze abgebaut oder umgangen, zum anderen wird Druck auf die Löhne und Gehälter der regulären Mitarbeiter ausgeübt. Schließlich schlagen sich die niedrigen Lohnkosten auch in den Angeboten nieder und benachteiligen den Mitbewerb, der dann seinerseits zu entsprechenden Sparmaßnahmen greifen muss.

[6] Mindestens genauso wichtig wie die Eindämmung der Missstände ist der positive Ansatz, Praktika zu fördern und daraus feste Arbeitsplätze abzuleiten. Dies bietet vor allem für jene eine Chance, die zwar fachlich hochqualifiziert sind, sich aber selbst schlecht verkaufen können. Denkbar wäre z.B., dass Arbeitgeber dann, und nur dann Vergünstigungen erhalten, wenn Praktikumsplätze von vorneherein auf eine spätere Übernahme ausgelegt sind und es auch zu dieser kommt. Damit könnten Aktionen wie die der Jobbörsen das negative Resultat, nämlich Löhne und Arbeitsplätze kaputt zu machen, verlieren und tatsächlich das erreichen, für das sie gedacht sind.

[7] Der Antrag erweitert die Forderungen auch auf andere Berufsausbildungen mit ähnlichen Problemen. Überall dort wo Menschen aufgrund irgendwelcher Ausbildungsordnungen gezwungen werden, bestimmte Leistungen nachzuweisen, besteht die Gefahr, dass Arbeitgeber diese Notsituation ausnutzen. Im Rahmen der Antragsvorbereitung wurde daher auch folgendes angemerkt: “Bitte auch nicht Fälle, wie z.B. Jungjuristen übersehen. Die müssen nämlich eine bestimmte Anzahl bearbeiteter Fälle nachweisen, z.B. um Fachanwalt zu werden. Was schon mal dazu führen kann, dass ein Junganwalt für 10 bis 15 EUR / Stunde vollwertige juristische Tätigkeiten in einer Anwaltskanzlei leistet, nur um seine Anzahl an Fällen zusammen zu bekommen.“

[8] Da der Antragsteller selbst Praktikanten beschäftigt, kennt er viele der Probleme aus eigener Erfahrung. Dies geht so weit, dass viele Praktikanten noch nicht einmal auf den Gedanken kommen über eine angemessene Aufwandsentschädigung zu sprechen und regelrecht erschrocken sind, wenn man diese anbietet. Spricht man dann später einmal darüber, was die Gründe dafür waren, so hört man immer wieder heraus, dass doch ein Praktikum ohne oder mit wenig Geld aber bei regulärer Arbeit ganz normal ist und dass man sich mit dem potentiellen Arbeitgeber gut stellen sollte. Solange diese Hab-Acht-Einstellung bei den Praktikanten herrscht, ist die Politik gefordert das Thema zu regeln.

[9] Im Antrag wird die konkrete Zahl von 3 Monaten genannt. Eigentlich war hier daran gedacht eine allgemeine Formulierung zu verwenden. Auf der anderen Seite ist mit Blick auf die Formulierung im Wahlprogramm eine konkrete Zahl vorzuziehen.

PA055 - Recht auf Asyl (Artikel 16a GG)

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jbenno

Zusammenfassung

Art 16a GG durch den Art 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ersetzen

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter einzufügen:

[2] Die Piratenpartei wird sich dafür einsetzen, die Fraktionen des Deutschen Bundestages zu überzeugen, den Art 16a GG durch den Art 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zu ersetzen - in folgendem Wortlaut:

[3] 1. Jeder hat das Recht, in Deutschland vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

[4] 2. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Begründung

[5] Im sogenannte Asylkompromis von 1992 wurde mit den Stimmen der CDU und der SPD Artikel 16a (das Recht auf politisches Asyl) so weit abgeschwächt, dass man von einer de-facto Abschaffung sprechen kann. Die Mindestforderung der Piraten muss es sein, das Grundgesetz wieder in seiner unrsprünglichen Wirksamkeit herzustellen.

[6] Das deutsche Asylrecht war allerdings von Anfang an deutlich schwächer, als es die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verlangt hätte - die auch Deutschland unterzeichnet hat. Sinnvoll wäre also, die Formulierung dieser weltweit anerkannten Regelung ins Grundgesetz aufzunehmen. Menschen auf der Flucht müssen unterstützt werden. Ihre Menschenrechte und ihre Würde zu schützen, ist das wichtigste Ziel unserer Asylpolitik - das leitet sich aus Artikel 1 GG ab.

[7] Die entsprechende Initiative in Liquid Feedback erhielt 90% Zustimmung.

PA056 - Menschenrechte bei der Sicherung der Außengrenzen wahren

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jbenno

Zusammenfassung

Die Menschenrechte müssen auch bei der Sicherung der Außengrenzen gewahrt und verteidigt werden.

Antragstext

[1] Die Menschenrechte müssen auch bei der Sicherung der Außengrenzen gewahrt und verteidigt werden. Die Piratenpartei Deutschland fordert daher:

- Frontex - die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen - abschaffen
- Stärkung der staatsbürgerlichen Verankerung der Bundespolizei
- Rechtsbeistand an den Grenzen
- Parlamentarische Kontrolle der Grenzsicherung

Begründung

[2] Die "Festung Europa" ist ein Programm, mit dem Menschen auf militärische Weise an der Einreise nach Europa gehindert werden. Zum Teil werden die Einreisewilligen schon in Nord-Afrika abgefangen und jahrelang in Lagern interniert, häufig ohne Kontrolle und sogar unter offener Missachtung der Menschenrechte. Tausende von Menschen ertrinken beim Versuch, mit Schiffen über das Mittelmeer Europa zu erreichen http://www.amnesty.de/journal/2009/april/mit-verschraenkten-armen. Dieses Sytem der Grenzsicherung ist unmenschlich und muss abgeschafft werden.

[3] An den Grenzen herrscht ein Klima von Einschüchterung und Willkür. Die Bundespolizei muss viel stärker als bisher einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Bei Schwierigkeiten an den Grenzen ist es wichtig, kurzfristig Rechtsbeistand bekommen zu können.

- http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/tunesien-fluechtlinge-frontex-grenzen
- http://www.amnesty.de/presse/2009/9/29/fluechtlingsrechte-den-koalitionsvertrag
- http://www.icmc.net/article/unhcr-urges-eu-and-frontex-ensure-access-asylum-procedures-amid-sharp-drop-arrivals-mediterr http://www.freitag.de/autoren/the-guardian/kein-nullsummenspiel
- http://de.wikipedia.org/wiki/Frontex

[4] Die Initiative in Liquid Feedback erzielte 87% Zustimmung.

PA057 - Unserer Botschaften und Konsulate als Unterstützer der Reisefreiheit

Wahlprogramm - Außenpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jbenno

Zusammenfassung

Die Aufgabe der Konsulate sollte sein, Menschen bei der Einreise nach Deutschland und ebenso Deutsche beim Einladen von ausländischen Gästen zu unterstützen und den Austausch zu erleichtern.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Unsere diplomatischen Vertretungen sind die Anlaufstellen für Menschen im Ausland. Sie repräsentieren den Staat und seine Werte und sollten ein gutes Bild unserer Demokratie und unserer offenen Gesellschaft widerspiegeln.

[3] Die Aufgabe der Konsulate sollte sein, Menschen bei der Einreise nach Deutschland und ebenso Deutsche beim Einladen von ausländischen Gästen zu unterstützen und den Austausch zu erleichtern.

[4] Die Piratenpartei Deutschland fordert:

- Verbesserung des Dienstleistungscharakters der Konsularbehörden (Unterstützung bei Einreise und Zusammenarbeit statt bürokratische Behinderung)
- Einrichtung eines Dienstweges und von Obleuten bei Einsprüchen/Beschwerden gegen abgelehnte Einreiseanträge - Dokumentation der Antragsverfahren und Controlling der Bearbeitungseffizienz
- Förderung von interkulturellen Projekten in Politik und Kultur im Netz
- Interkulturelle Kommunikation über das Netz in Schulen fördern, als zeitgemäße Form der "Brieffreundschaft"

Begründung

[5] Menschen, die von Außerhalb der EU bzw. der "westlichen" Welt nach Deutschland einreisen wollen, sind regelmäßig unwürdiger Behandlung und Willkür unserer diplomatischen Vertretungen ausgesetzt. Die Erteilung von Visa erfolgt oft schleppend und oft wird das Visum ohne Angabe von Gründen verwehrt, selbst wenn es sich um eine wiederholte Einreise handelt oder eine Einladung durch deutsche Bürger vorliegt.

[6] Die Auslandsvertretungen sollten sich viel stärker als Dienstleister eines flüssigen Reiseverkehrs verstehen und ein möglichst positives, freiheitliches Bild von Deutschland nach außen präsentieren.

[7] Ebenso ist es wichtig, die "altmodischen" Formen der Außendarstellung von Deutschland zeitgemäß weiterzuentwickeln, d.h. über Projekte im Netz.

[8] Die entsprechende Initiative in Liquid Feedback erzielte 95% Zustimmung.

PA058 - Verpflichtung zur Kennzeichnung sämtlicher Inhaltsstoffe , Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe in Lebensmitteln

Wahlprogramm - Ernährung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Transparenz im Lebensmittelbereich stärken

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piraten möge an entsprechender Stelle im Wahlprogramm folgenden Text einfügen:

[2] Wir fordern die vollständige Anzeige und Kennzeichnung sämtlicher hinzugefügter Inhaltsstoffe, benutzter Zusatzstoffe und verwendeter Verarbeitungshilfsstoffe in Lebensmitteln. Diese müßen sowohl auf der Verpackung als auch im Internet frei einsehbar sein.

Begründung

[3] Begründung: Derzeit muss die Lebensmittelindustrie nicht alle Inhaltsstoffe und andere verwendete Mittel von Lebensmittel deklarieren. Entweder werden die Stoffe gar nicht erwähnt oder werden mit einem Sammelbegriff (z.B. Aromen) unscharf gekennzeichnet. Ziel dieses Antrag ist es, daß die Lebensmittelindustrie alle Zutaten auf der Verpackung nennt, die dem Lebensmittel zugeführt wurden. Die Liste muss vollständig und verständlich sein. E-Nummern sollten um die umgangssprachliche Bezeichnung ergänzt werden.

[4] Der Antrag hat folgende Zielsetzung:

[5] 1. Transparente Informationen für den Verbraucher

[6] 2. Motivation der Industrie zur Reduzierung der Inhaltsstoffe (Inhaltsstofflisten, die länger als manche Beipackzettel zu Medikamenten sind, schaffen kein Vertrauen)

[7] 3. Allergiker können sich besser schützen

[8] Zur Erklärung von Zusatzstoffen und Verarbeitungshilfsstoffen: http://www.lebensmittelklarheit.de/cps/rde/xchg/lebensmitte

PA059 - Verbot von Aufsichtsratsmitgliedschaften für Mandatsträger

Grundsatzprogramm - Wahlrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Beeinflussungs- und entscheidungsfreie Abgeordnete

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piraten möge an entsprechender Stelle im Grundsatzprogramm folgenden Text einfügen:

[2] Wir fordern ein Verbot von Aufsichtsratsmitgliedschaften in Wirtschaftsunternehmen für politische Mandatsträger während ihrer Amtszeit.

Begründung

[3] Als Mandatsträger /Abgeordneter ist man während der Amtszeit Mitglied der Legislative. Somit ist man Vertreter des gesamten Volkes. Tätigkeiten in Aufsichtsräten verletzen die Neutralitätspflicht gegenüber dem Souverän und würden es einzelnen Interessengruppen erlauben, überproportionalen Einfluss auf die Gesetzgebung auszuüben.

PA060 - Einführung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Es ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn einzuführen. Die Höhe des Mindestlohn ist nachvollziehbar über statistische Erhebungen und Ergebnisse zum Lebensunterhalt amtlich zu ermitteln, und ist damit keinesfalls willkürlich oder pauschal.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, hiesigen Antrag modular zu behandeln, da es mehrer Anträge zum Mindestlohn gibt, wie z. B. PA105 vom 11.10.2012 im hiesigen Antragsportal (und auch ältere Anträge GP085, PA117, PA282, PA305, PA333, P007, P036, P097, P099, (usw.))

[2] Es wird beantragt zur nächsten Bundestagswahl im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen :

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn eingeführt wird. Zur Einführung ist der Mindestlohn bei mind. 10 Euro/Std. - im ersten Jahr - anzusetzen und ist jedes Jahr zum 01.01. neu zu berechnen. Das Aufstocken der Löhne über HartzIV ist aus dem SGB zu streichen. Die Höhe des Mindestlohn ist nachvollziehbar über statistische Erhebungen und Ergebnisse zum Lebensunterhalt amtlich zu ermitteln, und ist damit keinesfalls willkürlich oder pauschal. Der Mindestlohn kann nicht in allen Bundesländern gleich sein kann, weil die Lebenshaltungskosten differieren, ja selbst von Stadt zu Dorf im gleichen Bundesland gibt es unterschiede, die so ggf. erfasst werden, ebenso wird der Inflationsausgleich mit erfasst. Was in den Warenkorb reingehört, um die Höhe des Mindestlohns pro Kopf statistisch zu ermitteln, muss mit den Sozialverbänden in transparenter Form beschlossen werden. Eine parlamentarische Kommission berät transparent den Inhalt dieses Warenkorbs und empfiehlt dem Bundestag bzw. dem Bundesrat den Beschluss anzunehmen. Den Warenkorb durch Beamte festlegen zu lassen wie beim HartzIV-Gesetz, ist ein Irrweg. Der Mindestlohn ist über die statistischen Erhebungen mindestens 1x im Jahr zum 01.01 jeden Jahres neu zu berechnen und damit an die neuen Begebenheiten der Lebenserhaltungskosten anzugleichen. Das hätte für den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn im 2. Jahr und in folgenden Jahren das Ergebnis, dass es in den einzelnen Bundesländern zu Absenkungen oder Anhebungen kommen kann, oder eben nahezu gleich bleibt. Wenn Arbeitgeber tatsächlich unter dem Mindestlohn Arbeitskräfte beschäftigen wollen, und dies auch so offerieren, dann muss das im Umkehrschluss die Bedeutung haben, dass der angebotene Lohn unter dem Mindestlohn als sittenwidrig zu werten ist. Die Vorschriften sind entsprechend verschärfend zu ändern, mit dem Verweis, dass bei der Verweigerung derartiger sittenwidriger Beschäftigungsverhältnisse keine sozialrechtlichen Sanktionen für den Arbeitnehmer/in zulässig sind.

Begründung

[4] Der gesetzlich garantierte Mindestlohn in der Fläche und für alle Branchen ist unverzichtbar, da das Lohndumping offensichtlich kein Ende findet. Die Tarifparteien waren nicht in der Lage, das Lohndumping zu stoppen.

Der volkswirtschaftliche Schaden ist groß und die Steuereinnahmen wurden zum Teil durch das Aufstocken wieder aufgezerrt, weil das Aufstocken der Löhne über HartzIV gesetzlich ermöglicht wurde. Zudem fand eine Fortentwicklung der Löhne oder ein Ausgleich an die inflationäre Preissituation - gerade im Bereich der Dinge des täglichen Bedarfs - , nicht flächendeckend statt. Es ist zudem mit Steuermehreinnahmen zu rechnen.

[5] Es ist zu bedenken, dass das HartzIV-Aufstocken zu Zeiten einer besseren bundesweiten Beschäftigungssituation Sinn machte. Diese Zeiten haben sich völlig gewandelt. Stetig steigende Beschäftigungszahlen im Bereich 400-Euro-Jobs (zukünftig 450-Euro-Jobs) und zunehmende und stetig steigende Beschäftigungszahlen im unteren Lohnniveau belegen diese Situation. Wegen der Wirtschaftskrise ist mit weiteren steigenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland zu rechnen und die 5%-Linie als Arbeitslosenquote rückt immer weiter in die Ferne. Insofern ist das Aufstocken gemäss HartzIV-Gesetz längst überholt und ist als arbeitsmarktpolitische Regelung aus dem Gesetzeswerk zu entfernen, weil diese Regelung die Steuereinnahmen weiter aufzerren würde ohne das es einen positiven Beschäftigungseffekt in Richtung 5%-Arbeitslosenquote geben wird.

[6] Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, ich bitte um Zustimmung, VollePullePiratNRW

PA061 - Keine negative Einkommensteuer für das BGE einführen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Die negative Einkommensteuer ist für das bGE als Bemessungsgrenze ungeeignet.

Antragstext

[1] Es wird beantragt zur nächsten Bundestagswahl, betreffend des Parteiprogramms oder des Grundsatzprogramms oder des Wahlprogramms der Piratenpartei Deutschland hiesigen Antrag gegebenenfalls modular zu beschließen, da zumindest ein konkurrierender Antrag bereits hier im Antragsportal mit der Antragsnummer PA016 in diesem Zusammenhang besteht.

[2] Es wird beantragt, dass folgender Text im Antrag PA016 gestrichen wird: "Die Arbeitgeber-Beiträge, die an die Sozialversicherungsträger abgeführt werden, sind als ein Bestandteil des Arbeitnehmerentgelts anzusehen. Es ist daher ehrlicher und transparenter diese Sozialversicherungsbeiträge in das Bruttoeinkommen der Lohn- oder Gehaltsempfänger zu überführen, indem das Bruttoeinkommen um den sogenannten Arbeitgeberanteil erhöht wird. Negative Einkommensteuer mit 50% Flattax auf alle Einkommen."

[3] Es wird beantragt, das folgender Text an dieser Stelle eingefügt wird: "Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist als Festlegung einer finanziellen Grenzbasis für die Einführung des BGE (etc.) einzusetzen. Die Höhe des Mindestlohns ist nachvollziehbar über statistische Erhebungen und Ergebnisse zum Lebensunterhalt amtlich zu ermitteln, und ist damit keinesfalls willkürlich oder pauschal." Zudem wird beantragt, hiesigen Antrag gegebenenfalls modular zu beschließen, da ein Antrag PA060 zur Einführung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns besteht.

[4] Es wird beantragt den Antrag PA371 abzulehnen, da dieser Antrag sich mit hiesigen Antrag widerspricht.

Begründung

[5] Die negative Einkommenssteuer ist für das bGE als Bemessungsgrenze ungeeignet, dennoch wird in hiesigen Anträgen auf diese art der Steuer im Zusammenhang mit dem bGE immer wieder hingewiesen.

[6] Im Antrag PA016 wird ohnehin auf den Mindestlohn hingewiesen, sodass dieser als Festlegung einer finanziellen Grenzbasis für die Einführung des BGE (etc.) schon von daher als sinnvoll und einfach erscheint, wobei die steuerrechtliche Bemessungsgrenze bei der negativen Einkommenssteuer grundsätzlich als kompliziert zu sehen ist. Für den Mindestlohn als Festlegung einer finanziellen Grenzbasis spricht auch, weil im Bundestag eine Mehrheit für diesen Mindestlohn ist, also es jetzt schon als sicher gilt, dass der Mindestlohn eingeführt wird. Insofern macht es überhaupt keinen Sinn die negative Einkommenssteuer als rechtlich komplizierten Umsetzungsschritt für das bGE einführen.

[7] Im Fall des Antrags PA016 wird behauptet, dass Sozialversicherungsbeiträge als Arbeitnehmerentgelder anzusehen seien. Richtig ist, das Sozialversicherungsbeiträge als Versicherungsbeiträge rechtlich und steuerrechtlich anerkannt sind, und dass Versicherungsbeiträge steuerrechtlich anrechenbar sein können. Richtig ist auch,

dass der Staat Steuern einnehmen muss, um seinen sozialpolitischen Gesamtaufgaben nachzukommen, und in diesen Zusammenhang gehört auch die mit Verfassungsrang ausgestattete Prüfung der Notwenigkeit, der Verhältnismäßigkeit, und der Erfordernis, der steuerlichen Einnahmen und Ausgaben. Unzulässig ist es im Zusammenhang mit der Einführung des bGE, der negativen Einkommenssteuer - pauschal oder gar willkürlich - einen Betrag zuzuordnen, um diesen Betrag zu nutzen, so dass dieser steuerliche Betrag "zur Umleitung" von hohen Einkommen und damit - direkt - zum Gebrauch des bGE und dessen Verteilung bereit steht, - so dass die mit Verfassungsrang ausgestattete Prüfung der Notwenigkeit, der Verhältnismäßigkeit, und der Erfordernis des steuerlichen Betrages von vorne rein entfällt - . Insofern verbietet sich auch hier die negative Einkommenssteuer einzusetzen, denn diese eignet sich nur zur steuerlichen Berechnung und Verrechnung und hat darüber hinaus überhaupt keinen grundgesetzlichen und damit keinen verfassungsrechtlichen Charakter. Die negative Einkommenssteuer wäre eine reine verwaltungsrechtliche und steuerrechtliche Vorschrift, die aber mit einem mit Verfassungsrang ausgestatteten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn rechtlich überhaupt nicht vergleichbar ist. Auch deswegen ist dem Mindestlohn als Festlegung einer finanziellen Grenzbasis hier Vorrang zu gestatten.

[8] Wie allgemein bekannt, führen Steuerabgaben und Steuerverrechnungen nicht selten zu Steuerungerechtigkeiten und Rechtstreitigkeiten, weil diese Steuergesetze rein verwaltungsrechtlichen Rang haben und keinen verfassungsrechtlichen Rang haben und die Finanzbehörden hier eigenverantwortlich im rechtlichen Sinne entscheiden. Wie bekannt, ist bei Finanzstreitigkeiten der Bundesfinanzhof (BFH) zuständig und so gut wie gar nicht das Bundesverfassungsgericht. Da das deutsche Steuersystem nur so von Fällen der Steuerungerechtigkeit durchzogen ist, verbietet sich die Einführung der negative Einkommenssteuer zum bGE auch schon an dieser Stelle, - vielmehr noch, es türmen sich hier ggf. Klagen im Bereich der Besteuerung oder in Sachen bGE auf - . Demnach ist erst das deutsche Steuersystem völlig zu entflechten, bevor wieder eine neue Steuer neue Steuerungerechtigkeiten verursacht. Zudem kommt noch bei der Einführung der negativen Einkommenssteuer zum bGE, dass bei Rechtstreitigkeiten um das bGE erst die Fälle dem BFH zugeleitet werden müssen, der BFH muss entscheiden, ob die Fälle an andere zuständige Gerichte weiterzuleiten sind oder - in ganz wenigen Einzelfällen - , dann eben nicht, - und von Abbau der Bürokratie kann dann überhaupt nicht gesprochen werden - .

[9] Die negative Einkommensteuer macht rein steuerrechtlich einen Sinn, wenn Deutschlands Bevölkerung schrumpft und wenn es nur Wachstum und immer eine Vollbeschäftigung gibt. Das war früher irgend wann mal so, - heute ist alles anders - . Demanch ist negative Einkommensteuer als Umsetzungsschritt für das BGE auch aus diesem Grund ungeeignet.

[10] Es gibt fortwährend Zuwanderung und jetzt werden auch noch qualifizierten Fachkräften die Einwanderung erleichtert, da kann die Bevölkerung nicht schrumpfen. Die Arbeitslosenzahlen müssten demnach auf Vollbeschäftigung verharren, aber davon ist überhaupt nicht auszugehen, - schon jetzt kommen die geschönten Arbeitslosenzahlen nicht sonderlich unter 5 % - . Und der Staat profitiere durch die negative Einkommensteuer auch dadurch, dass die Arbeitslosenzahl sinken würde. Das ist aber nicht immer der Fall, denn mittelfristig wird wieder mit steigenden Arbeitslosenzahlen gerechnet, und dann bringt die negative Einkommessteuer nichts, weil die negative Einkommenssteuer nur dann was bringt, wenn die Leute Arbeit haben und auch darin verbleiben dürfen. Diese Situation besteht in Deutschland wegen der zahlreichen befristeten Arbeitsverträge nicht. Hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland hänge auch damit zusammen, dass gering entlohnte Tätigkeiten wirtschaftlich erschwert worden sei, und in solchen Fällen wirke die negative Einkommenssteuer auch. Das stimmt überhaupt nicht, da in der Vergangenheit der Billig-Lohn-Sektor massiv expandiert ist, und darauf beruhen auch die niedrigen Arbeitslosenzahlen.

[11] Unternehmen brauchen sich im Lohn nicht unterbieten, wo schon heute überall die Billig-Löhnerei normal ist. Für den einzelnen Mitarbeiter bedeutet dies kein hohes Maß angefühlter Gerechtigkeit, da es viel zu viele HartzIV-Aufstocker gibt, die sehr wohl mehr Kostgänger des Staates sind und ungeliebter Almosenempfänger, und diese Menschen haben keinen Anteil an der Würde, die in jeder sinnvollen Arbeit steckt.

[12] Pro Infos zur negative Einkommensteuer - zu optimalen Bedingungen - hier:

[13] http://institut-fuer-sozialstrategie.de/drupal/sites/default/files/upload/dokumente/IfS_Standpunkt_negative_Einkommenssteu

[14] Infos auch hier:

[15] http://de.wikipedia.org/wiki/Negative_Einkommensteuer

[16] Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn stellt die optimale Möglichkeit zur Festlegung einer finanziellen Grenzbasis für die Einführung des bGE dar. Auch schon deswegen, weil der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn darf von Seiten des Gesetzgebers nicht willkürlich festgelegt werden darf.

[17] Würde der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn zuerst als zur Festlegung einer finanziellen Grenzbasis für die Einführung des bGE zu Grunde gelegt, und dann erst das bGE eingeführt, wo der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn als Bezugsgrenze gesetzlich definiert ist, würden sich viele steuerrechtlichen Probleme und andere rechtlichen Probleme erst gar nicht ergeben.

[18] Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, ich bitte dem Antrag zuzustimmen, VollePullePiratNRW

PA062 - Außenpolitik (Wahlprogrammvorschlag 2013)

Wahlprogramm - Außenpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LordSnow, Jenny Louise Becker

Zusammenfassung

integrative Zusammenfassung von LQFB-Initiativen

Antragstext

[1] Es wird beantragt folgende Programmpunkte in das Wahlprogramm unter der Überschrift Außenpolitik aufzunehmen. Sollte der Antrag als Ganzes nicht die die notwendige Mehrheit erreichen, sollen die Kapitel (Präambel, Friedensmissionen, Überwachungstechnologien, Cyberwar, Rüstungskontrolle, Transparenz und Korruptionsbekämpfung, internationale Abkommen) einzeln abgestimmt werden:

Außenpolitik

Präambel

[2] Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Welt vor einem immensen Ausmaß an Gewalt, insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten. Die Reduzierung und Überwindung dieser Gewalt erfordern zunehmend eine Entfaltung vielfältiger Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Eine friedenspolitische Wertorientierung der Außen- und Verteidigungspolitik, wie auch der Entwicklungspolitik bis hin zur Innenpolitik ist verloren gegangen; stattdessen steht die Idee der "vernetzten Sicherheit" als Synonym für diesen Prozess. Piraten fordern daher, das Primat des Zivilen als Leitmotiv deutscher Friedenspolitik wieder ernst zu nehmen und in Politik und Gesellschaft konkret umzusetzen. Nicht-Regierungsorganisationen sollten sich vermehrt engagieren können und die Fähigkeit in der Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktbearbeitung insgesamt gestärkt werden. Dafür benennen wir ausdrücklich die Eckpfeiler, an denen Politik und Praxis im Sinne einer Friedenslogik bemessen werden müssen:

- die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse
- die Menschenrechte
- die Reduktion von Gewalt
- die Förderung dauerhafter Gerechtigkeit
- die Förderung emanzipatorischer Entwicklungsprozesse
- das Primat ziviler Konfliktbearbeitung

[3] Wir sind auch Teil der europäischen Zivilgesellschaft, deshalb sind die Möglichkeiten von Europa aus Frieden zu gestalten, weiterzuentwickeln. Die Frage der Öffnung der Grenzen Europas für Flüchtlinge ist ein Gradmesser für das "Friedensprojekt Europa".

Friedensmissionen

[4] Wir wollen für die deutsche Beteiligung der Bundeswehr an sogenannten "Friedensmissionen" eine öffentlich einsehbare Prüfung auf Völkerrechtsverträglichkeit, die zur Ablehnung des beantragten Einsatzes führen kann. Ausgangspunkt muss zunächst eine sorgfältige Darstellung der Sach- und Rechtslage im Antrag der Bundesregierung sein, mit dem sie vom Bundestag die Freigabe eines solchen Einsatzes erreichen will. Wir fordern außerdem die Einrichtung eines speziellen Gremiums des Bundestags, in dem die einschlägigen Sachverhalts- und Rechtsfragen geprüft werden, bevor über die Teilnahme der Bundeswehr an "Friedensmissionen" entschieden wird. Das spezielle Gremium muss nach Art einer Enquete-Kommission nicht nach politischen Mehrheiten, sondern nach Fachkompetenz – vor allem juristischer und politikwissenschaftlicher Kompetenz, insbesondere aus den Friedensforschungsinstituten – besetzt werden. Bei Abschluss dieser Prüfung mit positivem Ergebnis soll in zweiter Instanz ein Volksentscheid durchgeführt werden, insofern dies möglich ist.

Überwachungstechnologien

[5] Technologien zur Überwachung, Blockade und Zensur der Telekommunikation dienen heute der Vorbereitung und der Unterstützung von Kriegen und bewaffneten Konflikten, sowie der Unterdrückung in repressiven Regimen und Diktaturen. Das ein Export entsprechender Infrastruktur (in Hardware, Software und Ausbildung) aus Deutschland nicht beschränkt ist, ist nicht hinnehmbar. Die Piratenpartei fordert, dass Technologien, die geeignet sind, die Telekommunikation zu überwachen oder zu zensieren, den selben Exportbeschränkungen wie die übrigen Rüstungsgütern unterliegen.

Cyberwar

[6] Offene und verdeckte Aktionen von staatlichen, privaten und öffentlichen Organisationen, die den Cyberspace als Konfliktdomäne nutzen und die Zivilbevölkerung gefährden, lehnen wir dezidiert ab. Schadsoftware, die in der Lage ist Menschenleben durch Angriffe auf gesellschaftliche Versorgungsnetzwerke (Stichwort: KRITIS) zu gefährden, betrachten wir als inakzeptables Sicherheitsrisiko und fordern ein Bekenntnis von Regierungen, im speziellen der dt. Regierung, zu friedenserhaltenden Maßnahmen, gemäß den internationalen Konventionen zur Verbesserung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens durch Technik auf der Welt. Die Piratenpartei Deutschland fordert alle Regierungen dieser Erde auf die globalen Informations- und Kommunikationsnetze gemeinsam zu schützen und als ein hohes gemeinschaftliches Gut aller Menschen anzuerkennen.

Rüstungskontrolle

Präambel

[7] Die Piraten Deutschland fordern Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt zu ergänzen: ?"Artikel 26 Abs. 2 S. 1 GG: Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. S. 2 Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz."

Massnahmen zur Rüstungsexportkontrolle

[8] 1) Wir fordern langfristig, nach einer angemessenen Übergangsfrist, als wirtschaftspolitisches Ziel ein direktes und indirektes Exportverbot von militärischen Rüstungsgütern in Länder außerhalb der EU und die Unterstützung der Konversion von Rüstungsproduktion in zivile Produktion.

[9] 2) Die Piratenpartei fordert außerdem die umgehende Schaffung von Transparenz bei der Genehmigung des Exportes von Rüstungsgütern. Die derzeitige Gesetzeslage reicht nicht aus, die Bundesregierung zu zwingen, ihrer

bereits vorgesehenen gesetzlichen Verpflichtung zur Berichterstattung und Transparenz zeitnah, d.h. innerhalb von 3 Monaten nach Abschluss eines Jahres, und umfassend nachzukommen. Außerdem fordert die Piratenpartei eine entsprechende Verschärfung der Gesetze und eine vollständige und vorbehaltlose Einbeziehung aller politischen Parteien des Bundestages in die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates.

[10] 3) Die Piratenpartei fordert außerdem,

- keine Staatsbürgschaften für Rüstungsexportgeschäfte zu gewähren.
- dass deutsche Firmen keine Lizenzen mehr in Krisen- und Kriegsgebiete vergeben dürfen, auch nicht an Regierungen, die die Menschenrechte, die in der UNO- Menschenrechtskommission eindeutig festgelegt sind, grob missachten.
- dass deutsche Firmen kein spezielles Fachwissen zum Bau von Waffen an diese Staaten weitergeben dürfen. (Technologietransfer)
- dass der Weiterverkauf der aus Deutschland exportierten Waffen an Drittländer wesentlich genauer kontrolliert wird.

[11] Insbesondere verurteilt die Piratenpartei die Versuche der Deutschen Bundesregierung, eine EU-Verschärfung für Dual-Use-Exporte zu verhindern.

[12] 4) Die Piratenpartei unterstützt das Vorhaben der Vereinten Nationen, einen weltweiten Waffenhandelskontrollvertrag (ATT, Arms Trade Treaty) zu verabschieden. Die Piratenpartei fordert alle UN-Mitgliedsländer auf, sich für eine transparente Exportpolitik, ein Kontrollgremium sowie eine Menschenrechtsklausel einzusetzen.

[13] 5) Die Piratenpartei setzt sich für ein Rüstungskonversionsprogramm ein. Dieses soll Rüstungsbetrieben die Umstellung auf intelligente zivile Produkte ermöglichen. Die Finanzierung soll zumindest teilweise durch eine Abgabe der Rüstungsbetriebe unterstützt werden. Außerdem sollen sich Konversionsbetriebe auf Produktentwicklungen konzentrieren, die für Entwicklungs- und Schwellenländer als Technologie-Unterstützung genutzt werden können. Deutschland muss eine führende Rolle in der Förderung und Forderung von Abrüstung spielen.?

Atomwaffenabrüstung- und Nichtverbreitung

[14] 1) Der Artikel VI NVV (Atomwaffensperrvertrag) trat 1970 mit dem Ziel in Kraft, Anreize für Nicht-Atom-Mächte zu schaffen, auf die Entwicklung von Kernwaffen zu verzichten. Es ist deutlich geworden, dass dieses Ziel verfehlt wurde. Mit Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea hat sich die Zahl der Atommächte seit 1970 fast verdoppelt.

[15] 2) Zwar wurden Abrüstungsziele im Atomwaffensperrvertrag nicht präzise formuliert. Art. VI Atomwaffensperrvertrag gibt den Atomwaffenstaaten aber auf, in redlicher Absicht (“good faith“) Verhandlungen mit dem Ziel der vollständigen Abrüstung zu führen. Das hat das berühmte Atomwaffengutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag (IGH) vom 8. Juli 1996 einstimmig entschieden. Aber statt abzurüsten, wurde weiter modernisiert. Wenn die Atomwaffenstaaten sich nicht an den eigenen Vertrag halten und sogar wegen eines Verstoßes verurteilt werden, ist es unmöglich, andere Staaten zu verurteilen, wenn sie sich nicht an den Vertrag halten, oder aus dem Vertrag ausscheiden. Noch deutlicher wird die Problematik, wenn man berücksichtigt, dass lediglich China und Indien als einzige Atommächte verbindlich erklärt haben, Atomwaffen, die vom ICJ als illegitime Massenvernichtungswaffen angesehen werden, nicht als erste in einem Krieg einzusetzen.

[16] 3) Die Piratenpartei unterstützt die Vereinbarung einer ausgewogenen, deeskalierenden Nuklearwaffenkonvention, die einerseits eine Abrüstung von Atomwaffenbesitzern fordert und andererseits die Weiterverbreitung verhindert. Um eine ausreichende Kontrolle für die verbindlichen Reglungen zu gewährleisten, müssen alle Staaten uneingeschränkt kontrollierbar sein. Dies beinhaltet unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen ebenso wie unbehinderte freie Inspektions- und Ermittlungsrechte

[17] 4) Obgleich ein Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrags eine Weitergabe des notwendigen Know-How zur Entwicklung von Kernwaffen verbietet, praktiziert die NATO eine „nukleare Teilhabe“ von Nichtatomwaf-

fenstaaten wie Deutschland. Die Piratenpartei ist für einen umgehenden vollständigen Abzug des von den USA in Deutschland stationierten nuklearen Waffenbestands.

[18] 5) Die Piratenpartei möchte mehr Anreize schaffen, um Staaten zukünftig von der Entwicklung von Atomwaffen abzuhalten. Dies wäre zum Beispiel durch Gewährung von Sicherheitsgarantien und Förderung in Form von Technologien zu regenerativen Energien denkbar.

Uran-Munition

[19] Obwohl die Auswirkungen von Uran-Munition, auch bekannt als "Depleted Uranium" (DU), unter der Bezeichnung "Golfkriegssyndrom" mittlerweile gut dokumentiert wurden, und die langfristigen Auswirkungen auf die Umweltvergiftung der Schlachtfelder höchst wahrscheinlich ist, ist es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch zu keinem Verbot dieser Kriegswaffen gekommen. Die Piratenpartei fordert deshalb ein internationales Abkommen, welches die Herstellung, Verteilung, Lagerung und den Einsatz von Uranmunition in Kriegs- sowie Friedenszeiten ächtet. Des weiteren fordern wir, dass Deutschland seinen Einfluss auf die EU Staaten ausübt, ihre Bestände an DU komplett und unwiderruflich aufzulösen.

Abrüstung konventioneller Streitkräfte

[20] 1) Die Piratenpartei wendet sich gegen die Entwicklung, die Produktion und den Vertrieb von Streubomben, auch solchen modernen Systemen, oder Teilen davon, die in der EU und von Tochterfirmen in Deutschland produziert werden, wie z.B. das OGRE -Munitionssystem. Sie stellen eine furchtbare und jahrelange Bedrohung von Zivilisten dar. Verniedlichende Bezeichnungen wie "Intelligente Munition" können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um geächtete Munition handelt, wie die Cluster Munition Coalition, eine internationale Menschenrechtsorganisation, deutlich macht.

[21] 2) Zu dieser Art von geächteten Rüstungsgütern gehören auch Anti-Personen-Minen sowie biologische und chemische Waffen. Die uneingeschränkte Ächtung von Streumunition und ein Verbot von Kleinwaffenexporten sind weitere Ziele der Piratenpartei. Die Finanzierung von geächteteter Munition muss nach Meinung der Piratenpartei ebenso unterbunden werden wie die Produktion selbst. Fonds, die solche Munitionsproduktion finanzieren, dürfen auf keinen Fall durch staatliche Investoren gestützt werden. Gesetzesübertreter trifft die echte Durchgriffshaftung für angerichtete Schäden.

[22] 3) Ganz besonders wendet sich die Piratenpartei gegen jegliche Überlegungen und Versuche, chemische, bakteriologische oder andere Kampfmittel zu entwickeln, die sich gegen einen bestimmten Genotypus richten.

[23] 4) Den Einsatz von Kampfdrohnen durch Geheimdienste, aber auch ordentlichen Streitkräften zur Tötung von Menschen auf eigenem Territorium, oder auf dem Gebiet fremder souveräner Staaten, wie bereits durch die CIA mehrfach durchgeführt, lehnt die Piratenpartei ab. Er ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen, dem Grundrecht auf Leben, und internationalem Recht nicht vereinbar. Die Piratenpartei setzt sich außerdem für eine generelle Ächtung von Kampfdrohnen ein, da sie, wie zahlreiche Fälle ausreichend beweisen, nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheiden.

Abrüstungsvereinbarungen

[24] Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), dessen Ziel eine Reduzierung der Waffenarsenale und der Streitkräfte ist, ist fast zum Stillstand gekommen. Um ihn wiederzubeleben, setzt sich die Piratenpartei dafür ein, den KSE-Anpassungsvertrag von 1999 umgehend zu ratifizieren. Außerdem muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass alle anderen NATO-Staaten dies ebenso tun. Darüber hinaus müssen Initiativen für einen neuen Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa („KSE III") entwickelt werden, der neue, niedrigere Höchstgrenzen für Waffensysteme und Soldaten und ihre schnelle und drastische Reduzierung festlegt.

Transparenz und Korruptionsbekämpfung

Umsetzung von Vorgaben

[25] Die für Deutschland wichtigsten internationalen rechtlichen Vorgaben und zusätzlichen Empfehlungen (“soft laws“) für den Kampf gegen die Korruption kommen aus den UN, der OECD und dem Europarat. Im Rahmen der G8-Verhandlungen hat sich Deutschland zur Umsetzung und Anwendung der internationalen Vorgaben bekannt.

[26] Es mangelt jedoch noch immer an der Umsetzung der in der Vergangenheit ausgesprochenen Bekenntnisse. Wir fordern daher:

- Die Ratifizierung der UN-Konvention, wofür zunächst insbesondere die Regelung der Abgeordnetenbestechung im StGB angepasst werden muss;
- Die konsequente Anwendung der in Umsetzung der OECD-Konvention in das deutsche Gesetz übernommenen Strafbarkeit der Bestechung ausländischer Amtsträger durch Verwaltung, Justiz und Wirtschaft;
- Die konsequente Anwendung des 2002 auf Auslandstatbestände ausgedehnten Verbots der „Bestechung im geschäftlichen Verkehr“;
- Die Einführung von Transparenzvorschriften im Rahmen der Exportkreditversicherung;
- Die konsequente Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen durch die Nationale Kontaktstelle;
- Die Ratifizierung der Strafrechtsübereinkommen über Korruption des Europarats.

Entwicklungszusammenarbeit

[27] Korruption wird allgemein als eines der wichtigsten Entwicklungshemmnisse angesehen. Korruptionsprävention in der Entwicklungszusammenarbeit stellt die beteiligten Akteure vor besondere Herausforderungen, da hier Institutionen und Personen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Entwicklungsländern betroffen sind. Nach Auffassung der Piratenpartei Deutschland tragen die deutschen staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungsinstitutionen eine Mitverantwortung dafür, dass Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in den Empfängerländern verantwortungsvoll und unter hohen ethischen Gesichtspunkten eingesetzt werden.

[28] Gültige Standards und Instrumente für Korruptionsprävention in Entwicklungsländern zu entwickeln und umzusetzen ist oft nicht leicht, da dort in der Regel andere sozio-kulturelle Strukturen gelten. Auch eine „Bevormundung“ der Partnerinstitutionen durch die Vorgabe von Werten und Verfahren muss vermieden werden. Wir fordern deshalb:

- Priorisierung der Themen Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung als Querschnittsaufgaben bei allen Institutionen und Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit
- Formulierung und Umsetzung von „Codes of Conduct“ für Mitarbeiter von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit
- Veröffentlichung von Projektvereinbarungen und Transparenz der Mittelverwendung bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten (publish what you fund)
- Klare Regelungen für die Sanktionierung von Fehlverhalten und Schutz von Hinweisgebern

internationale Abkommen

SWIFT

[29] Die Piratenpartei ist gegen die Weitergabe vertraulicher Bankdaten (SWIFT-Abkommen) an US-amerikanische und europäische Behörden, da dies einen übermäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger darstellt, für den es keinerlei Notwendigkeit gibt.

Verträge zu Immaterialgüterrechten

[30] Internationale Verträge, wie z.B. das TRIPS-Abkommen oder die Berner Übereinkunft, welche einer Anpassung des Urheberrechts und Copyrights an die Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnologien im Wege stehen, sollen grundlegend reformiert oder auch aufgekündigt werden.

[31] Weiterhin lehnen wir eine Kontrolle von Medien und Geräten an Grenzübergängen zum Zwecke der Feststellung von Urheberrechts- bzw. Copyrightverletzungen grundsätzlich ab, da dies einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger darstellt. Verfahren die zum Ziel haben wegen Verstößen gegen entsprechende Gesetze den Internetzugang der betroffenen Personen einzuschränken, sind ebenfalls nicht hinnehmbar, da der Internetzugang eine wesentliche Komponente der heutigen Lebensführung, insbesondere auch der Auslebung der Meinungsfreiheit, darstellt.

Begründung

Präambel

- i2633: Friedenslogik statt Sicherheitslogik https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2633.html

Friedensmissionen

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2323.html (Jenny Louise Becker)

Cyberwar

- i3411: Die Piratenpartei positioniert sich gegen jede Form von Cyberwar und Cybercrime https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3411.html

Rüstungsgüter Rüstungsexporte

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2162.html (Michael Büker, Trias)
- i3523: Rüstungskontrolle https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3523.html
- Dies ist eine Klarstellung der Intentionen der Väter des Grundgesetzes. Die Regelung bedeutet kein absolutes Exportverbot, sondern die Regelung von Ausnahmen im Kriegswaffenkontrollgesetz (s. Aktion Aufschrei)
- Deutschland gehört zu den größten Waffenexporteuren der Welt. Wichtige Abnehmer liegen in Spannungsgebieten, in denen interne oder externe Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen werden. Damit verstößt die Bundesregierung gegen die von ihr selbst formulierten „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ und gegen den „Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union“

- Die Piratenpartei setzt sich für die Aufnahme eines Rüstungsexportverbots in den Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein? (siehe frühere LQFB Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2648.html)

Überwachungstechnologien

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2079.html (bildungskatastrophe)

nukleare Abrüstung und Kontrolle

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2327.html (Jenny Louise Becker, Dieter Deiseroth)
- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2158.html (Michael Büker)
- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/2329.html (Jenny Louise Becker, Dieter Deiseroth)

Verbot von Uran-Munition

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/209.html (DudeMinds, nil)

Transparenz und Korruptionsbekämpfung

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/767.html (occcu)
- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/763.html (occcu)

internationale Abkommen

- SWIFT siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/455.html (Toni)
- Immaterialgüterrechte: LordSnow mal aus der Hüfte geschossen

PA063 - Europapolitik (Europa2.0 + Add-ons)

Wahlprogramm - Europa LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LordSnow

Zusammenfassung

Der Antrag dient dazu Europa2.0 mit einigen weiteren Punkten zu wichtigen Fragen der Fortentwicklung der Europäischen Union zu ergänzen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt folgende Programmpunkte in das Wahlprogramm unter der Überschrift Europapolitik aufzunehmen. Sollte der Antrag als Ganzes nicht die notwendige Mehrheit erreichen, sollen die Kapitel ("Einleitung nach Hauptüberschrift", Europa als Informationsgesellschaft, Grundrechte und Rechtsstaat, Europäische Solidarität und soziale Sicherheit, Grundrechtliche Garantien in der Informationsgesellschaft, Aufnahmekriterien, innereuropäischer Handel, gemeinsame Verteidigungs- und Friedenspolitik) einzeln abgestimmt werden:

Europäische Union

[2] Wir Piraten sind uns der Bedeutung der europäischen Einigung für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit auf diesem Kontinent bewusst und bekennen uns zur Gemeinschaft der Völker in Europa. Wir lehnen es jedoch ab, zu Lasten der Mitgliedsstaaten weiter Kompetenzen nach Europa zu übertragen, solange die demokratischen und rechtsstaatlichen Probleme der Europäischen Union nicht gelöst sind. Nicht ein zuviel, sondern ein zuwenig an demokratischer Teilhabe charakterisiert die Krise des Politischen der in die Jahre gekommenen westlichen Demokratien. Die Möglichkeiten kleinteiliger, technokratischer Integration sind endgültig erschöpft. Die wirtschaftliche und politische Krise Europas wird alleine mit einem weiterem Vertrag und noch einem Krisengipfel nicht mehr gelöst werden können. Europa benötigt eine Neuerfindung seiner selbst - und diese kann nicht von oben herab verordnet werden. Wenn ein neu strukturiertes Europa von den europäischen Bürgern akzeptiert und unterstützt werden soll, dann bedarf es einer echten Verfassung, in deren Ausarbeitung seine Bürger von Anfang an einbezogen werden. Ein Scheitern wie mit dem Vertrag über eine Verfassung für Europa können wir uns heute nicht mehr leisten.

Europa als Informationsgesellschaft

[3] Mit einer Strukturreform allein aber ist es nicht getan. Eine Europäische Verfassung muss zugleich den Grundstein für eine gemeinsame ökonomische und kulturelle Zukunft legen; sie muss auch der jungen Generation, von der das Wohl und Wehe des europäischen Projekts letztlich abhängt, eine erstrebenswerte Perspektive bieten. Daher werben wir für eine Europäische Verfassung, die sich an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts orientiert und auf der Europa als eine freiheitliche, demokratische und solidarische Informationsgesellschaft neu aufgebaut werden kann. Demokratie, Rechtsstaat und Solidarität müssen in die europäische Struktur eingewoben werden, wenn Europa eine Zukunft haben soll. Ein neu verfasstes Europa darf aber kein Zentralstaat werden, sondern muss die Vielfalt der Völker und Regionen in Europa achten und bewahren. Deshalb muss die

europäische Struktur dem Grundsatz der Subsidiarität folgen und eine abschließende Definition europäischer Kompetenzen aufweisen. Als elementarer Teil parlamentarischer Souveränität ist der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) im Rahmen einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Hoheit des Parlamentes zu unterstellen.

Grundrechte und Rechtsstaat

[4] Die Einführung der Europäischen Grundrechte-Charta hat den Schutz grundlegender Rechte der Menschen in Europa gestärkt. Der Wert von Grundrechten steht und fällt jedoch mit der Möglichkeit, diese gegen den Staat effektiv vor Gericht durchsetzen zu können. Leider zeigt die Erfahrung, dass es den Bürgern an brauchbaren rechtsstaatlichen Möglichkeiten fehlt, sich gegen grundrechtsverletzende Rechtsakte der Europäischen Union effektiv zu wehr zu setzen. Daher ist ein dem Europäischen Gerichtshof übergeordneter Europäischer Verfassungsgerichtshof zu schaffen, vor dem jeder Bürger seine Grundrechte gegen europäische Rechtsakte und sonstiges staatliches Handeln mittels einer europäischen Verfassungsklage verteidigen kann.

Europäische Solidarität und soziale Sicherheit

[5] Sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe
Weiterhin geht mit einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftspolitik die Verpflichtung einher, die sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in Europa zu sichern, wenn die sozialen Errungenschaften erhalten bleiben sollen.

[6] Altschuldentilgungsfonds
Die Staatsschuldenkrise der Mitgliedsstaaten ist nicht unerheblich eine Folge der globalen Bankenkrise. Außerdem haben einzelne Mitgliedsstaaten von der Verschuldung anderer Mitgliedsstaaten unmittelbar wirtschaftlich profitiert. Daher plädieren wir um der Gerechtigkeit und des innereuropäischen Friedens willen für eine einmalige, teilweise Vergemeinschaftung der Schuldenlast in Gemeinschaftsanleihen eines neu verfassten Europas.

Grundrechtliche Garantien in der Informationsgesellschaft

[7] Für eine Informationsgesellschaft ist ein möglichst hoher Bildungsstand der Bürger und die Sicherung der Grundlagen einer freien und ungehinderten Kommunikation existentiell.

[8] Freier Zugang zu Bildung
Freie, gebildete und mündige Menschen tragen mit ihren Entscheidungen zur Produktivität, Weiterentwicklung und Verbesserung einer Gesellschaft bei. Je demokratischer eine Gemeinschaft organisiert ist, desto gewichtiger werden ihre Entscheidungen. Um die Konsequenzen von Entscheidungen zu verstehen, braucht der Mensch nicht nur freien Zugang zu Information, sondern muss den Umgang mit ihnen beherrschen. Das betrifft die Suche, die Bewertung und die Einordnung von Wissen. Die Fähigkeit dazu muss jedem Menschen ab Kindesalter bedingungslos gegeben werden. Staatliche Bildung muss kritisches Denken, Bewusstsein für demokratische Rechte und Verantwortung sowie Respekt gegenüber den Rechten und der Freiheit anderer Menschen anstreben. Der freie Zugang zu Bildung ist grundrechtlich zu garantieren

[9] Freiheit der Kommunikation
Der Keim einer Informationsgesellschaft ist die Freiheit, ungehindert zu kommunizieren. Dies beinhaltet die Freiheit, Informationen zu publizieren und öffentliche Informationen abzurufen, sowie den Schutz der hierzu notwendigen Informationsmittler vor einer Inanspruchnahme für den Inhalt der von ihnen gemittelten Informationen. Um die Gleichberechtigung in der Informationsgesellschaft zu sichern, muss zudem der Grundsatz der Neutralität beim Transport von Informationen verfassungsrechtlich geschützt werden.

[10] Schutz des Vertrauens in Informationstechnische Systeme
Das Vorhalten und Verarbeiten von Daten erfasst in einer Informationsgesellschaft weite Teile des Sozial-, Privat- und Intimlebens der Menschen. Mit der zunehmenden Verbreitung von Informationstechnischen Systemen in allen Lebensbereichen geht daher ein gesteigertes Vertrauen in die Vertraulichkeit und Integrität

derselben und ihrer Kommunikation untereinander einher. Dieses Vertrauen bedarf eines besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes vor einer Verletzung durch den Staat oder durch Dritte.

[11] Immaterialgüter und Allgemeinheit
Die breite Verfügbarkeit von Wissen und Kultur ist Grundlage der Prosperität einer Informationsgesellschaft. Der Monopolisierung derselben sind deshalb zum Wohle der Allgemeinheit Grenzen zu setzen. Geistige Werke, die wegen des technischen Fortschrittes unbegrenzt verfügbar gemacht werden können, dürfen nicht mit der Natur nach knappem, materiellem Eigentum gleichgesetzt werden. Daher bedarf es einer verfassungsrechtlichen Absicherung, dass der Staat Monopolrechte an Immaterialgütern nur einräumen darf, soweit dies der Allgemeinheit dient. Außerdem müssen sie zeitlich begrenzt sein und und dürfen rückwirkend weder inhaltlich noch zeitlich erweitert werden.

[12] Transparenz staatlichen Handelns
Demokratische Teilhabe erfordert die Möglichkeit, sich ein Bild von staatlichem Handeln machen zu können. Daher ist, wenn dem keine überwiegenden Belange entgegenstehen, das staatliche Handeln aller Staatsgewalten ohne besonderen Antrag und ohne Erhebung von Gebühren transparent zu machen.

Aufnahmekriterien

[13] Für eine Aufnahme in die Europäische Union sind die EU-Standards (Kopenhagener Kriterien) insbesondere in Bezug auf demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Religionsfreiheit als Voraussetzung zu erfüllen. Eine Mitgliedschaftsperspektive in der EU kann ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Entwicklung eines Landes und zur Stabilisierung der Region darstellen. Bei einer Beitrittsverhandlung sollen Staaten, wie die Türkei, nicht auf Grund von ethnischen und kulturellen Unterschieden ausgeschlossen werden. Geografische Einteilungen, wie etwa die Kontinentalgrenzen, sollen ebenfalls kein grundlegendes Hindernis darstellen. Vielmehr soll die Union langfristig über Europa hinaus kontinuierlich weiterentwickelt und ihr Name entsprechend angepasst werden.

innereuropäischer Handel

[14] Für Reisende ist das Europa ohne Grenzen bereits seit Eintreten des Schengen-Abkommens eine Realität und niemand stellt heute noch den Nutzen dieses Abkommens in Frage. Gleichzeitig findet man im “vereinten Europa“ immer wieder künstliche Grenzen, die rein virtueller Natur sind. Sei es der Pay-TV-Sender, der nur in bestimmten Ländern zu empfangen ist und dann auch noch mit jeweils unterschiedlichen Kanälen, Kinofilme, die an unterschiedlichen Startterminen herauskommen, oder Internetgeschäfte, die nur in bestimmte Staaten liefern. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass künstliche Einschränkungen im innereuropäischen Handel abgebaut werden und Händler sowie Service-Anbieter dabei unterstützt werden, ihr Angebot auf die gesamte Europäische Union auszudehnen.

gemeinsame Verteidigungs- und Friedenspolitik

[15] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine entnationalisierte Verteidigungspolitik der europäischen Union ein. Die nationalen Streitkräfte sind in eine gemeinsame europäische Verteidigungsarmee einzubinden, die nach notwendigen Reformen zur Demokratisierung der EU der Kontrolle eines Gremiums des europäischen Parlaments unterstellt werden kann. Eine Einbindung weiterer Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, wird angestrebt, da eine gemeinsame Verteidigungspolitik die Stabilität der gesamten Region fördert. Es soll jedoch keine große Verteidigungsstreitmacht aufgebaut, sondern das Militär innerhalb Europas zunehmend verkleinert werden. Langfristig soll das Militär langsam abgebaut und an dessen Stelle eine EU-weite Organisation von Friedensfachkräften eingerichtet werden. Vorrangig gilt es Strukturen, die zu Gewalt führen, vor Ort mit zivilen Mitteln abzubauen.

Begründung

Europa2.0 (crackpille)

- https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3744.html
- Sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3746.html
- Altschuldentilgungsfonds: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3745.html

Europäische Union Vision

- siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/556.html (@hanscarlos, Hoelder1in)

innereuropäischer Handel

[16] siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1084.html (Stephan Urbach)

Aufnahmekriterien

[17] siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1950.html (Travelbug)

gemeinsame Verteidigungspolitik

[18] siehe Initiative: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1496.html (Oliver Höfinghoff)

PA064 - Wirtschaftsförderung: Markteinführung der katalytischen drucklosen Verölung (KDV-Technologie)

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Im Hinblick auf die ständig steigenden Rohölpreise werden alternative Recyclingverfahren für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Das KDV-Verfahren eröffnet die Chance, die Abhängigkeit in Deutschland von fossilen Kraftstoffen zu reduzieren.

Antragstext

[1] Es wird beantragt an geeigneter Stelle folgenden Text in das Wahlprogramm zur künftigen Bundestagswahl einzufügen :

[2] Die Piratenpartei Deutschland wirkt darauf hin, dass die katalytische drucklose Verölung (KDV-Technologie) in Deutschland eingeführt und unterstützt wird. Diese Technologie bietet die einzigartige Möglichkeit, die zukünftige Erschließung neuer Energiequellen mit aktivem Umweltschutz zu kombinieren. Beim KDV-Verfahren können nahezu alle organischen Wert- und Reststoffe wie Biomasse, Müll, Kunststoff, etc. zu hochwertigem synthetischem Diesel umgewandelt werden.

Begründung

[3] Die KDV Technologie oder thermokatalytische Niedertemperaturkonvertierung (NTK) ist ein technisches Depolymerisationsverfahren. Künstliche oder natürliche Polymere und langkettige Kohlenwasserstoffe werden unter Zusatz eines zeolithischen Katalysators bei Temperaturen von weniger als 400 °C ohne Überdruck in kurzkettigere aliphatische Kohlenwasserstoffe, vergleichbar mit synthetischem Leichtöl (Dieselöl), umgewandelt.

[4] Im Hinblick auf die ständig steigenden Rohölpreise werden alternative Recyclingverfahren für die Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Das KDV-Verfahren eröffnet die Chance, die Abhängigkeit in Deutschland von fossilen Kraftstoffen in sozialverantwortlicher Weise zu reduzieren. Bereits bei einem Erdölpreis von $ 50.- pro Barrel Rohöl produziert die KDV-Anlage hochwertigen Dieselkraftstoff mit Gewinn. Die KDV-Technologie arbeitet daher ohne Subventionen und Fördermittel wirtschaftlich.

[5] Anstatt wie bisher, Abfälle durch Zuführung von Energie (Hitze und Brennstoff) zu verbrennen, CO2-Ausstoß zu produzieren und mittels aufwendiger technologischer Maßnahmen die durch die Verbrennung entstehenden Giftstoffe wie Dioxine und Furane zu binden, ermöglicht das KDV-Verfahren die nahezu vollständige Verwertung der Ausgangsprodukte zu einem hochwertigen und problemlos lagerfähigen Energieträger, nämlich Dieseltreibstoff. Das mit dem KDV-Verfahren hergestellte Endprodukt hat eine ausgezeichnete Qualität und kann (im Gegensatz zu anderen Produkten) uneingeschränkt als Fahrzeugtreibstoff verwendet werden.

[6] Die Energie-Effizienz der KDV-Anlage übertrifft die Energie-Effizienz aller anderen Verfahren zur Herstellung von Kraftstoffen aus Biomasse um den Faktor 1,9 bis 6,4.

[7] Und weil diese Verfahren gewinnbringend in den Markt eingeführt werden kann, hat die Entwicklung von Verfahren mit geringster Energieeffizienz mit einem Maximum an Subventionen und vielfältiger Unterstützung aus Politik und der Energie-Lobby dann endlich auch an dieser Stelle ein Ende.

[8] Zudem wird mit der Förderung der KDV-Technologie der Mittelstand gestärkt, der wiederum so zukunftsträchtige und langfristige Arbeitsplatze in Deutschland schaffen wird.

[9] Nebenbei handelt es sich im hiesigen Fall um ein deutsches Patent, was über die politische Förderung gestützt werden wird, sodass hier eine "Patentabwanderung in das Ausland" nicht die Folge ist. In der Vergangenheit hat es solche "Patentabwanderung in das Ausland" aus Gründen der wirtschaftlichen Schieflage der betroffenen - meist mittelständische - Unternehmen öfter gegeben, sehr zum Schaden der deutschen Wirtschaft, - weil die Politik keine Hilfe bei der Markteinführung solcher vielversprechender StartUp-Unternehmen leistete - . Hier wird die Piratenpartei Deuschland besser Akzente setzen.

[10] Infos hier:

[11] http://www.forans.info/files/FORANS-Flyer_KDV-Technologie_A-3-dt.pdf

[12] http://www.youtube.com/watch?v=Hc-8dvvXWME&feature=related

[13] Ich bitte um Unterstützung für diesen Antrag,

[14] vielen Dank, VollePullePiratNRW

PA065 - Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Fams1010

Zusammenfassung

Der öffentliche Personennahverkehr soll in seiner gesamten Bandbreite stetig ausgebaut und angebotstechnisch in allen Belangen erweitert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Der öffentliche Personennahverkehr soll in seiner gesamten Bandbreite in allen Belangen stetig unterstützt und somit verbessert und ausgebaut werden. Sowohl was die Vertaktung als auch die Verbesserung bestehender Strecken respektive die Erschließung neuer Verbindungen angeht.

Begründung

[3] Die volle Unterstützung und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs trägt u.a. folgende Vorteile in sich:

[4] - Schafft soziale Gerechtigkeit für diejenigen die Mangels Alternativen voll auf dessen Nutzung angewiesen sind.

[5] - Eine bessere Vertaktung und Erschließung auch im ländlichen Raum stärkt diesen Raum, indem Abwanderung usw. verhindert wird (Jugendliche die aufgrund Ihrer Minderjährigkeit noch keinen Führerschein besitzen, Unterstützung von Berufspendlern etc.).

[6] - Mobilitätseingeschränkte Personen (Senioren, Rollstuhlfahrer etc.) erhalten verbesserte Mobilitätsangebote.

[7] - Umweltaspekte

[8] Ein Mindestgrundangebot soll sich desweiteren zeitlich über einen Linienbetrieb erstrecken der den Anforderungen von Berufspendlern gerecht wird.

PA066 - Steuerpflicht nach Staatsangehörigkeit

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bahnpirat

Zusammenfassung

Steuerpflichten sind auf im Ausland lebende deutsche Staatsbürger ausweiten insofern diese von den aktuellen Regelungen der jeweiligen Steuerpflichten nicht betroffen sind.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm als neuen Punkt aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass alle deutschen Staatsbürger, unabhängig von ihrem Wohnsitz oder ihrem gewöhnlichen Aufenthalt, in Deutschland steuerpflichtig sind. Doppelbesteuerung sollen durch Anrechnung vergleichbarer im Ausland entrichteter Steuern oder wahlweise durch Freibeträge ausgeschlossen werden.

Begründung

[3] Aktuell gilt: Wer in Deutschland Steuern sparen will, zieht wo anders hin.

[4] Aus Gründen der Solidarität sollten auch die Mitbürger einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, welche in eine "Steueroase" verzogen sind. Nahezu alle der im Ausland lebenden Deutschen hat von gemeinschaftlich finanzierten Ressourcen Deutschlands profitiert. Sei dies deutsche Erziehung/Bildung, Infrastruktur oder sogar Wirtschaftssubventionen. Dem Entsprechend sollten sie auch zur weiteren Finanzierung genau dieser Leistungen durch Steuererhebung herangezogen werden, selbst, bzw. gerade wenn sie diese nicht mehr benötigen.

[5] Es geht mir hierbei nicht darum, den Auswanderer, der sich mit seiner Geschäftsidee und auch nur mit Mühe und Not über Wasser halten kann eins reinzuwürgen. Dafür können ggf. Freibeträge als Lösung geschaffen werden. Als Vergleich dient hier das amerikanische Modell. ZITAT:

[6] "Amerikaner können entweder einen ... Freibetrag für im Ausland erwirtschaftetes und versteuertes Einkommen nutzen – momentan liegt dieser immerhin bei knapp 100.000 Dollar im Jahr. Oder sie lassen sich die im Ausland gezahlten Steuern in voller Höhe von den zu Hause anfallenden Abgaben abziehen." — ZEIT ONLINE - 25.07.2012 - 14:25 Uhr - http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-07/steuerpflicht/komplettansicht

[7] Zielgruppe sind vielmehr jene, welche ein Vermögen angehäuft und sich dann "abgesetzt" haben bzw. jene welche im Ausland leben und unverhältnismäßig viel verdienen.

PA067 - Veröffentlichungspflicht für ALLE ALG II-Leistungskataloge mit ALLEN Leistungen

Grundsatzprogramm - ALG-II/Hartz-IV

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Veit Wagner

Zusammenfassung

In den meisten Regionen unseres Landes sind die jeweils geltenden "Leistungs-Kataloge" für ALG II- (HARTZ IV) Empfänger nicht bekannt!, weil diese bisher nicht veröffentlicht wurden!

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen, dass die jeweils geltenden ALG II-Leistungskataloge den Interessenten frei und unbeschwert zugänglich gemacht werden müssen.

Begründung

[2] Den meisten von ALG II Betroffenen ist ein "Leistungskatalog" nicht bekannt. Deshalb wurden seit der Einführung, seit 01.01.2005, folgerichtig auch längst nicht ALLE grundsichernden Leistungen beantragt! So können z.B. (Fest-) Brennstoffe für die GESAMTE Heizperiode als "Brennstoffbeihilfe" bestellt werden!, so brauchen die Betroffenen nicht jede Woche Ihre Brennstoffe selbst nach Hause tragen. Oder, wer jobbedingt einen PKW haben musste, hat sich diesen in eigener Regie besorgt, statt sich einen PKW, im Wert bis zu 2.500,- EUR, über die ALG II-Hilfemöglichkeiten schenken zu lassen.

PA068 - Mehr Demokratie bei der Bundestagswahl

Wahlprogramm - Wahlrecht PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pab

Zusammenfassung

Ausgestaltung der Bundestagswahl als personalisierte Verhältniswahl mit offenen Listen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Wahlrecht an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Mehr Demokratie bei der Bundestagswahl

[3] Um Fraktions- und Parteiendruck auf Abgeordnete zu verringern und Mauscheleien bei der Vergabe "sicherer Listenplätze" entgegenzuwirken, wollen wir den Einfluss der Wähler auf die personelle Zusammensetzung des Bundestags stärken. Zu diesem Zweck wollen wir die starre Listenwahl mit der Zweitstimme ersetzen durch mehrere Stimmen, die der Wähler nach Belieben auf die Kandidaten verschiedener Listen verteilen (Panaschieren), auf einzelne Kandidaten vereinen (Kumulieren) oder - wie bisher - an eine Landesliste in ihrer Gesamtheit vergeben (Listenwahl) kann.

Begründung

[4] Siehe die Erläuterungen zur Wahlrechts-Initiative - Mehr Demokratie beim Wählen und das Diskussionspapier von Mehr Demokratie e.V..

PA069 - Anstand bei der Politikfinanzierung sichern

Wahlprogramm - Demokratie PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pab

Zusammenfassung

Wirksame Kontrolle der Finanzierung von Abgeordneten, Parteien, Fraktionen und parteinahen Stiftungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Demokratie an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] **Anstand bei der Politikfinanzierung sichern**

[3] Wo Abgeordnete den Anschein erwecken, ihr persönliches Interesse über das Wohl der Bürger zu stellen, gefährden sie die Akzeptanz und damit die Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie. Bei der Festsetzung der Staatsleistungen an Abgeordnete, Parteien, Fraktionen und parteinahe Stiftungen entscheiden die Volksvertreter gleichsam in eigener Sache, so dass besonders wirksame Kontrollmechanismen erforderlich sind. Wir wollen, dass Änderungen der Entschädigung von Abgeordneten sowie der Finanzierung der Parteien, Fraktionen und parteinahen Stiftungen frühestens eine Woche nach Veröffentlichung der entsprechenden Vorlage im Parlament beschlossen werden dürfen und frühestens in der darauf folgenden Legislaturperiode in Kraft treten. Die Zahlung verfassungswidriger Funktionszulagen an Parlamentarische Geschäftsführer, Fraktionsvizen, Arbeitskreisvorsitzende und andere wollen wir unterbinden. Wir treten für die Einrichtung einer unabhängigen ständigen Sachverständigenkommission beim Bundespräsidenten zur Politikfinanzierung ein.

Begründung

[4] Der Antrag ergänzt das Transparenzpaket (PA001) bezüglich der Finanzierung von Abgeordneten, Parteien, Fraktionen und parteinahen Stiftungen.

[5] Die Höhe der Entschädigung von Abgeordneten sowie der Finanzierung der Parteien, Fraktionen und parteinahen Stiftungen legen die Abgeordneten quasi in eigener Sache fest, so dass zur Verhinderung unangemessener Selbstbedienung besonders wirksame Kontrollmechanismen nötig sind. Satz 6 greift dazu erstens einen Vorschlag der Parteienfinanzierungskommission des damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker auf, das Gesetzgebungsverfahren zu entschleunigen und dadurch den Aufbau öffentlichen Gegendrucks zu ermöglichen. Zweitens wird der Vorschlag aufgegriffen, dass Änderungen stets erst in der nächsten Legislaturperiode in Kraft treten sollen, damit die Abgeordneten nicht mehr (notwendig) persönlich davon profitieren; so steht es auch in der US-amerikanischen Verfassung.

[6] Zu verfassungswidrigen Funktionszulagen der Abgeordneten siehe das Dossier von Report Mainz und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.07.2000.

[7] Eine unabhängige ständige Sachverständigenkommission beim Bundespräsidenten zur Politikfinanzierung ist erforderlich, weil die Abgeordneten auf diesen Gebieten in eigener Sache entscheiden und besonderer Kontrol-

le bedürfen. Ein besonderes Gremium dieser Art ist schon von der Parteienfinanzierungskommission des damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker gefordert worden und hat sich im Fall des Anti-Korruptionsgremiums des Europarats GRECO bewährt.

PA070 - Schutz der Freiheit und Privatsphäre im Internet

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pab

Zusammenfassung

Eindämmung der "Störerhaftung" gegenüber privaten Rechteinhabern, Stärkung von Datenschutz und Anonymität im Internet entsprechend Forderungen der Netzgemeinde, Datenschutzverbände und Bürgerrechtsorganisationen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Internet und Netzpolitik an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Schutz der Freiheit und Privatsphäre im Internet

[3] Der unzureichende Datenschutz im Internet führt immer wieder zu Datenverlust, Datendiebstahl und Datenmissbrauch. Gleichzeitig gefährden Überwachungs-, Filter-, Sperr- und Löschmaßnahmen, die Internet-Diensteanbieter im Interesse privater Rechteinhaber einsetzen, den freien Meinungs- und Informationsaustausch im Internet. Um Abhilfe zu schaffen, wollen wir die "Störerhaftung" von Internetanbietern deutlich eindämmen. Anbieter von Internetzugängen (z.B. WLAN-Anbieter) und von Internet-Speicherdiensten sollen künftig nicht mehr verpflichtet sein, Rechtsverletzungen anderer Personen nach Art einer Privatpolizei präventiv zu verhüten. Auch eine Überwachung der Internetnutzung durch Internet-Zugangsanbieter zur Versendung von Warnhinweisen oder Sperrungen des Internetzugangs ("Three Strikes") lehnen wir ab. Rechteinhaber sollen die Löschung angeblich rechtswidriger nutzergenerierter Inhalte künftig nur mit richterlichem Beschluss verlangen können. Zur Stärkung des Datenschutzes und der Datensicherheit im Internet soll das Fernmeldegeheimnis um ein "Telemediennutzungsgeheimnis" für Internet-Diensteanbieter ergänzt werden. Die Internetnutzung soll vor staatlichen Einblicken ebenso gut geschützt werden wie Telefone vor Abhören geschützt sind. Wir fordern außerdem, dass die Erstellung von Nutzerprofilen nur mit Einwilligung des Nutzers zugelassen werden darf, dass die Speicherfristen jedes Internetanbieters veröffentlicht werden und dass Nutzer besser vor unangemessenen, seitenlangen Datenverarbeitungs-Einwilligungsklauseln geschützt werden.

Begründung

[4] Das geltende Internetrecht bedarf einer grundlegenden Überarbeitung, denn es verhindert das rechtssichere Angebot freier Internetzugänge (WLANs) und führt zu einer beständigen Lawine von Internet-Datenskandalen. Der Antrag orientiert sich an einem Forderungspapier von Datenschutzverbänden, Bürgerrechtsorganisationen und Verbraucherzentrale (aktualisierte Fassung 2012).

PA071 - Internationale Verhandlungen demokratisieren

Wahlprogramm - Demokratie PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pab

Zusammenfassung

Demokratische Kontrolle der Bundesregierung bei Verhandlungen und Beschlüssen auf europäischer und internationaler Ebene

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Demokratie an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Internationale Verhandlungen demokratisieren

[3] Um die schleichende Verlagerung der Gesetzgebung in nichtöffentliche Regierungsverhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene zu beenden, treten wir dafür ein, dass Deutschland Beschlüssen und Verträgen auf europäischer und internationaler Ebene, welche Gegenstände der Gesetzgebung betreffen oder zu ihrer Durchführung eines Gesetzes bedürfen, künftig nur nach vorheriger Genehmigung der Vertreter des Volkes im Bundestag zustimmen darf. Der Bundestag oder sein zuständiger Ausschuss sollen künftig zu jedem solcher Vorhaben eine Stellungnahme abgeben. An die Stellungnahme des Parlaments soll der Vertreter des Bundes bei den Verhandlungen und bei der Abstimmung gebunden sein.

Begründung

[4] Internationale Abkommen (z.B. Zugriff der USA auf deutsche Fingerabdruck- und DNA-Datenbanken) werden immer häufiger von Regierungsvertretern im Geheimen ausgehandelt. Das Parlament muss dem fertigen und unterschriebenen Abkommen dann in der Regel zustimmen (ratifizieren), um dem Ansehen und der Verlässlichkeit des Landes keinen Schaden zuzufügen. Um die demokratischen Mitwirkungsrechte des Parlaments abzusichern, müssen diese schon vor Unterzeichnung greifen. In ausländischen Staaten ist dies teilweise bereits so geregelt (z.B. Niederlande). Auch auf EU-Ebene bedarf die Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss von Verträgen mit Drittländern oder internationalen Organisationen einer Ermächtigung des Ministerrats, der auch Verhandlungsrichtlinien festlegt. Im Rahmen dieses Mandats führt die Kommission die Verhandlungen (Art. 218 AEUV). Dieser Kontrollmechanismus soll in ähnlicher Weise auf das Verhältnis von Bundestag und Bundesregierung übertragen werden. Er soll für Vertragsverhandlungen der Bundesregierung und für ihr Abstimmungsverhalten im EU-Ministerrat gelten.

PA072 - Elektrokraftstoff statt Biokraftstoff fördern - Umsetzung der EU Richtlinie

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jörg Dürre

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die vollständige Umsetzung der Europäischen Richtlinie 2009/28/EG zur Verwendung ökologischer Energie im Verkehr. Der Unterpunkt zu Ökostrom im Verkehr (Artikel 3 (4) c) ist in deutsche Gesetzgebung umzusetzen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die konsequente Verwendung ökologischer Energie im Verkehr - statt der bisherigen “Biokraftstoffquote“. Insbesondere Ökostrom im Verkehr muss als Teil der Ökoenergie im Verkehr (als Teil der Quote) mit gezählt werden. Große Mengen von teilweise problematischer Biomasse können durch effiziente Stromnutzung eingespart werden, gleichzeitig werden so elektrische Bahnen und Elektromobilität gefördert.

Begründung

[3] Begründung einfach:

[4] Die Piratenpartei forderte eine einfache Möglichkeit zur Erfüllung der Ökoenergiequote auch durch die direkte Nutzung von Ökostrom als Antriebsenergie im Verkehr. Die als Strom (“Elektrokraftstoff“) eingesetzte Energiemenge kann dazu in eingesparte Biokraftstoffmengen (z.B. Biodiesel oder E10) umgerechnet werden. Diese durch Stromnutzung anrechenbaren Energiemengen können dann zur Erfüllung der Quote zwischen den Marktteilnehmern wie auch bisher gehandelt werden. Ein funktionierender Markt für sämtliche Ökoenergie im Verkehr erhöht den Wettbewerb und findet die für den Verbraucher finanziell und ökologisch günstigste Lösung und ist dabei nicht nur auf Biokraftstoffe beschränkt.

[5] Der Antrag liegt der EU Kommission sinngemäß als Beschwerde durch die Piratenpartei Hamburg vor.

[6] Ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wird derzeit geprüft.

[7] Detaillierte Begründung im Liquid Feedback

PA073 - Für eine glaubwürdige Prostitutionspolitik

Wahlprogramm - Gleichberechtigung und Chancengleichheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SokoThomas

Zusammenfassung

Obwohl Sexarbeit in Deutschland mittlerweile offiziell legal ist, werden in Deutschland Sexarbeiter und ihre Kunden durch eine rechtliche und außerrechtliche Sonderstellung/-behandlung (Sperrbezirksverordnungen, Sittenpolizei) stigmatisiert.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] **Für eine glaubwürdige Prostitutionspolitik**

[3] Wir Piraten verstehen unter Sexarbeit (Prostitution, Pornografie, Escorting etc.) den freiwilligen Vollzug romantischer, erotischer oder sexueller Handlungen gegen Entgelt.

[4] Wir sind der Meinung, dass ein solcher freiwilliger und selbstbestimmter Akt menschenwürdiger gegenseitiger Wertschätzung nicht amoralisch oder sittenwidrig, sondern vielmehr Menschenrecht ist.

[5] Wir setzen uns dafür ein, dass eine Entscheidung zur Ausübung von Sexarbeit im Sinne des Rechts auf freie Berufswahl (§ 12 GG) und eines Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung jedem mündigen Bürger selbst überlassen bleibt.

[6] Eine diskriminierende Behandlung durch Politik und Verwaltung, die die gesamte Berufsgruppe unter den Generalverdacht der Kriminalität und Amoralität stellen, lehnen wir entschieden ab.

[7] Wir treten dafür ein, dass kriminelle Handlungen wie sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Verschleppung und Menschenhandel weiterhin streng verfolgt werden müssen, jedoch gehen wir davon aus, dass diese kriminellen Handlungen auch unabhängig von einvernehmlicher Sexarbeit existieren und nicht zwangsläufig damit verbunden werden dürfen.

[8] Die Piratenpartei Deutschland arbeitet deswegen darauf hin, in den Gesetzestexten eine saubere Trennung zwischen einvernehmlicher Sexarbeit und sexueller Ausbeutung unter freiheitsberaubenden Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Begründung

[9] Obwohl einvernehmliche Sexarbeit, wie sie im Antragstext beschrieben wurde, in Deutschland mittlerweile völlig legal ist, werden trotzdem weiterhin Sexarbeiter und ihre Kunden durch eine rechtliche und/oder außerrechtliche Sonderstellung/-behandlung (Sperrbezirksverordnungen, Sittenpolizei) stigmatisiert.

[10] Die bisherige gesetzlichen Regelungen trennen nicht ausreichend zwischen einer legalen einvernehmlichen Sexarbeit einerseits und sexueller Ausbeutung unter freiheitsberaubenden Arbeitsbedingungen andererseits, wodurch Prostitution in Deutschland einen semi-legalen Status hat und Sexarbeiter höchstgradig durch eine Rechtsunsicherheit leiden.

[11] Für eine legale Sexarbeit sprechen u.a. folgende Argumente:

[12] Schutz der Grund- und Freiheitsrechte:

[13] 1) Freie Berufswahl in einem freien Staat (Art.12 Abs.1 GG)

[14] 2) Selbstbestimmung über den eigenen Körper.

[15] 3) Sexuelle Selbstbestimmung. Prostitution ist eine der verschiedenen Formen, Sexualität erleben zu können.

[16] Desweiteren ist PaySex ist eine der wenigen Möglichkeiten für Behinderte und Heim- bewohner, Sexualität erleben zu können (siehe die Dokumentation über Sexualbegleitung für Menschen mit Behinderung: http://disgenderbility.wordpress.com/die-heide-ruft)

[17] Im Falle weiterer Verbote und Stigmatisierungen (z.B. einer Konzessionspflicht oder einer unverhältnismäßig hohen Kontrolldichte der Finanz-, Zoll- und Ordnungsbehörden) sind illegale Angebote wahrscheinlich. Im Gegensatz zu legalen Angeboten könnten hier Hilfsangebote in den Bereichen Gesundheit und Hygiene viel weniger greifen. Es wäre somit weitaus schwieriger, ein seriöses Arbeitsumfeld zu fördern, in dem Sexarbeiter sauber, gewaltfrei und fair arbeiten können.

PA074 - Anpassung des Abgeordnetengesetzes an die Anforderungen der UN-Konvention gegen Korruption

Wahlprogramm - Korruptionsbekämpfung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SokoThomas

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland tritt dafür ein, das Abgeordnetengesetz an die Anforderungen der UN-Konvention gegen Korruption, anzupassen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] **Anpassung des Abgeordnetengesetzes an die Anforderungen der UN-Konvention gegen Korruption**

[3] Die Piratenpartei Deutschland tritt dafür ein, das Abgeordnetengesetz (Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages) an die Anforderungen der UN-Konvention gegen Korruption, anzupassen.

[4] Dazu gehört:

[5] 1. die Mandatspflichten eines Abgeordneten zu definieren

[6] 2. den Begriff der ungerechtfertigten Vorteils zu definieren sowie

[7] 3. die Annahme von Spenden durch Abgeordnete zu untersagen

[8] Spenden sollten nur von Parteien bzw. Wählergemeinschaften angenommen werden dürfen. Für parteilose und fraktionslose Abgeordnete könnte gegebenenfalls eine Sonderregelung geschaffen werden.

Begründung

[9] Unser Abgeordnetengesetz bedarf mindestens an diesen drei hier genannten Stellen einer Nivellierung an die Anforderungen der UN-Konvention gegen Korruption - unabhängig der noch ausstehenden Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland.

[10] Die UN-Konvention gegen Korruption ist seit Dezember 2005 in Kraft und wurde von 140 Nationen, darunter auch Deutschland, unterzeichnet, jedoch steht die Ratifizierung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland noch aus.

[11] 1. Die UN-Konvention stellt Abgeordneten Amtsträgern mit Amtspflichten gleich. Das Grundgesetz bestimmt jedoch, dass Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind, und nur ihrem Gewissen unterworfen sind (Art. 38 GG). Gleichwohl gibt es innerhalb dieses Bereiches Aufgaben, die von Abgeordneten üblicherweise ständig wahrgenommen werden, die das Bild des Abgeordneten prägen und deren Erfüllung geeignet ist, Rechtsfolgen zu bewirken. Dazu gehören beispielsweise Abstimmungen im Plenum der Volksvertretung, in den Ausschüssen und in Arbeitsgruppen sowie in den Fraktionen. Die Mandatspflichten eines Abgeordneten sollten daher gesetzlich näher definiert werden.

[12] 2. Um der Vielgestaltigkeit der Abgeordnetentätigkeit gerecht zu werden, sollte insbesondere für die Frage, was als ungerechtfertigter Vorteil anzusehen ist, definiert werden.

[13] 3. Für Spenden an Abgeordnete gelten zwar bestimmte Anzeigepflichten, jedoch sollte ein Abgeordneter grundsätzlich durch seine Diät finanziell unabhängig gestellt sein und keiner Spenden bedürfen. Es ist sogar umgekehrt: die meisten Abgeordneten spenden selbst an ihre Partei.

[14] Die Frage ist daher, was mit Spenden an Abgeordnete bezweckt werden soll, offensichtlich besteht hier die Möglichkeit einer Abgeordnetenbestechung, zumindest die des ungerechtfertigten Vorteiles.

[15] Die meisten Fraktionen sehen keine Notwendigkeit die Regelung zur Abgeordnetenbestechung zu verschärfen, die Piratenpartei sollte jedoch hier ganz klar eine Änderung des Abgeordnetengesetzes fordern.

[16] Link zum Abgeordnetengesetzes: http://www.gesetze-im-internet.de/abgg/index.html

PA075 - Gemeinsames Sorgerecht - keine Diskriminierung von nichtehelichen Kindern

Wahlprogramm - Familien- und Geschlechterpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SokoThomas

Zusammenfassung

Im Zuge der Gleichberechtigung und der Annahme, dass Kinder die Liebe und Fürsorge beider Eltern benötigen, setzen sich die Piraten dafür ein, dass Kindern unabhängig vom Familienstand ihrer Eltern das Sorgerecht beider Elternteile zusteht.

Antragstext

[1] Gemeinsames Sorgerecht - keine Diskriminierung von nichtehelichen Kindern

[2] Allen Eltern, unabhängig ob verheiratet oder nicht, steht gemäß Art. 6 unseres Grundgesetzes die elterliche Sorge für ihr Kind zu.

[3] Jedoch steht der so genannte Sorgerechtsparagraph §1626a Absatz 1 Nr. 1 BGB dazu im verfassungsrechtlichen Widerspruch. Dieser sieht ein gemeinsames Sorgerecht nur für den Fall vor, wenn beide Elternteile verheiratet sind. Nichtverheiratete Eltern müssen sich diesbezüglich einig sein und eine Sorgeerklärung abgeben, ansonsten verbleibt die elterliche Sorge bei der Mutter.

[4] Dieses stellt eine Diskriminierung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern sowie eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen dar.

[5] Daher bedarf es einer Neuregelung des entsprechenden Paragraphen.

[6] Die Piratenpartei Deutschland steht für die Gleichbehandlung von nicht-ehelichen wie ehelichen Kindern sowie für ein allgemeines gemeinsames Sorgerecht beider Elternteile ab Geburt eines Kindes ein.

[7] Nichtverheirateten Vätern sollte grundsätzlich mit der rechtlichen Anerkennung ihrer Vaterschaft die Inhaberschaft der elterlichen Sorge von Amts wegen beurkundet werden, explizit ausgenommen davon sollten Kinder sein, bei denen die Schwangerschaft nachweislich durch eine Straftat entstanden ist, in diesem Fall sollte weiterhin eine gemeinsame Sorgerechtserklärung oder ein Beschluss vom Familiengericht bindend sein.

Begründung

[8] Der Sorgerechtsparagraphen §1626a Absatz 1 Nr. 1 BGB ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit, da es inzwischen immer mehr Eltern gibt, die Lebenspartnerschaften als Ehen führen. Die Tendenz ist weiter steigend.

[9] Weit über 90 Prozent der Eltern, welche in einer Lebenspartnerschaft leben, befürworten das gemeinsame Sorgerecht ab Geburt. Über 2/3 der Eltern in Lebenspartnerschaft entscheiden sich jetzt für das gemeinsame Sorgerecht. Jedoch ist vielen Eltern die Rechtslage nicht bekannt. Sie wissen daher nicht, dass in Lebenspartnerschaft das gemeinsame Sorgerecht erst beantragt werden muss.

[10] Das Nichtehelichengesetz von 1970 stellt eine Diskriminierung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern dar.

[11] Die Piratenpartei steht für Gleichbehandlung in ihren Grundsätzen. Warum soll ein unverheirateter Vater nicht mit einem verheirateten Vater gleichgestellt werden?

[12] Auch geht bei um die Allgemeinregel, dass beide Elternteile grundsätzlich gleich behandelt werden müssen und ein gemeinsames Sorgerecht haben. Die AUSNAHME, wenn z.B. ein Teil der Eltern eine Gefahr für das Kindeswohl darstellt, kann unabhängig davon jederzeit mittels Gang zum Familiengericht bestritten werden.

[13] Das gemeinsame Sorgerecht ab Geburt würde nicht nur Verwaltungsaufwand und Kosten reduzieren, sondern auch die Elternverantwortung bereits vor der Geburt für beide Elternteile klarstellen.

[14] Der Landesverband Saarland hat das Gemeinsame Sorgerecht im Programm. Die Landesverbände Thüringen und Brandenburg haben jeweils ein Positionspapier zum gemeinsamen Sorgerecht ab Geburt.

PA076 - Abstimmungsmodus des Bundesparteitag optimieren

Grundsatzprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Spencer

Zusammenfassung

Bei Satzungsänderungen sollten 2/3 der akkreditierten Stimmberechtigten dem auch zustimmen, nicht nur 2/3 derer, die sich beteiligen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt § 12 Abs. 1 Satz 1 wie folgt abzuändern:

[2] Änderungen der Bundessatzung können nur von einem Bundesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit der akkreditierten Stimmberechtigten beschlossen werden.

Begründung

[3] Spätestens seit dem Beschluss des Meldegesetzes im Bundestag ist vermutlich den meisten klar, das die Anwesenheit UND Zustimmung der stimmberechtigten Mitglieder eines Gremiums essentiell wichtig für die Akzeptanz ihrer Entscheidung.

[4] Ein ähnliches Akzeptanzproblem haben wir parteiintern bei der relativ geringen Beteiligung der angemeldeten Nutzer von LQFB :-(

[5] Im Moment ist es am BPT möglich, wenn beispielsweise 1000 Piraten akkreditiert sind, das bei Abwesenheit von 150 Piraten (z.B. während der Mittagszeit, bei gleichzeitiger Pressekonferenz und einem kleine Tumult im Foyer, etc.) und der Enthaltung von 100 Piraten eine Zustimmung von 501 Piraten genügt um eine Satzungsänderung zu bewirken - das wären lediglich 50,x %

[6] Eine aktive oder passive Enthaltung (Abwesenheit von Abstimmungsberechtigten) sollte berücksichtigt werden. Bei einer akkreditierten Zahl von beispielsweise 1000 Piraten bedarf es dann einer Zustimmung von 667 Piraten, unabhängig von der Anzahl der abgegebenen Stimmen.

[7] Diese Satzungsänderung könnte bewirken, das es im Interesse aller ist das alle verfügbaren Stimmen gezählt werden - was im Hinblick auf dezentralisierte Parteitage oder mehrere Versammlungsräume nicht von Schaden sein kann.

[8] Noch etwas: Sollte der BPT einmal spät in den Abend des letzten Tages hinein tagen wäre es möglich sicherzustellen, das nicht der verbleibende "Harte Kern" der nicht abreisen muss "irgend etwas krudes" ad-hoc beschließt.

[9] Dadurch, das nur ein kleiner Prozentsatz der Piraten zum Parteitag kommt, wäre es sehr sehr wichtig das zumindest bei Satzungsänderungen 2/3 der akkreditierten Stimmberechtigten dem auch zustimmen und nicht, wie oben aufgezeigt, theoretisch 50,x % genügen

PA077 - AUSWEG AUS DER SCHULDENKRISE - RETTUNG DES EURO - NEUE LÖSUNG

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Schulym Apelojg

Zusammenfassung

Sichern der Altschulden durch das Schuldnerland mit EZB-Garantie zu niedrigen Zinsen / Sanktionierung der Neuverschuldung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm der Piratenpartei aufzunehmen.

[2] Präambel:

[3] Wir lehnen ESM, Eurobonds und Monetarisierung von Staatsschulden durch EZB ab. Wir bieten folgende Alternative:

[4] 1. Umwandlung aller Altschulden der Eurostaaten in niedrigverzinste EZB-garantierte Schuldtitel. Damit werden die Altschulden zu erträglichen Konditionen für die Schuldenstaaten sicher verlängerbar. Die EZB bietet allen Inhabern von €-Schuldtiteln der Eurostaaten an, diese gegen neue, von der EZB garantierte Papiere zu tauschen. Diese lauten auf den gleichen Schuldner mit wesentlich niedrigeren Zinsen. Die EZB-Garantie ist ausschließlich auf den Altschuldenbestand und seiner Refinanzierung beschränkt.

[5] 2. Diese umgewandelten Altschulden haben Vorrang vor allen Neuschulden. Nur noch bisherige Altverschuldung und deren Verlängerung darf garantiert werden. Im Insolvenzfall bleiben die gesicherten Altschulden erhalten und werden priviligiert bedient. Entsprechende Sicherheiten sind völkerrechtlich auszuhandeln (zwischen EZB und den betroffenen Staaten).

[6] 3. Einschränkung der Rediskont- und Pensionsfähigkeit staatlicher Schuldtitel: Ab sofort sind nur noch EZB-garantierte Staatspapiere aus dem Altschuldenbestand und seiner Refinanzierung als Sicherheit bei der Zentralbank hinterlegungsfähig. Papiere, die der Neuverschuldung dienen, werden ab sofort von der EZB nicht mehr als Sicherheit akzeptiert.

[7] 4. Änderung der Basel-III-Regularien:

[8] Verpflichtung zur Eigenkapitalunterlegung entfällt ausschließlich bei EZB-garantierten Staatsanleihen und deren Verlängerung aus dem Altschuldenbestand. Alle anderen Schuldtitel sind gemäß aktuellem Risiko mit Eigenkapital zu unterlegen.

[9] 5. Schutz der EZB vor Druck und politischem Missbrauch:

[10] Der Maastricht-Vertrag und die EZB-Statuten sind so zu ändern, dass eine Modifizierung und Zuwiderhandlung zu den Punkten 1 bis 4 nur einstimmig und nur nach einer Genehmigung aller Parlamente der Euro- Staaten möglich ist. Auch die Satzung des EuGH muss geändert werden. Klageberechtigt soll jede Fraktion des europäischen Parlaments und auch jede Fraktion der Parlamente der Mitgliedsländer sein. Der Klageweg unterhalb

der Regierungsebene soll damit in einer Weise offenstehen, dass keine Regierung durch Absprache mit anderen Regierungen gegen den Willen der Parlamente und Völker die Punkte nach 1-4 ändern können.

Begründung

[11] Begründung:

[12] Kontra ESM und kontra Monetarisierung (nach Modell Draghi) und kontra Eurobonds:

[13] Wir wollen keine solventen Staaten benachteiligen. Die Haftung für von Insolvenz bedrohten Staaten kann die Bürgenstaaten ebenfalls in eine Belastungssituation bringen, die sie soweit überfordert, dass die Haftung effektiv unglaubwürdig erscheint oder sogar die Solvenz dieser Bürgenstaaten beeinträchtigt. Solche Haftungsmechanismen wie ESM oder EFSF müssen in letzter Konsequenz wirkungslos bleiben oder sogar zum Systemkollaps führen.

[14] Kontra ESM: Durch den ESM wird der Finanzspekulation Tür und Tor geöffnet, so dass eine extreme Inflation folgen wird. Die Gläubigerstaaten haften unbegrenzt, der Klageweg ist nicht offen, ESM-Unterlagen sind geheim und Kontrolle durch die Staaten ist unmöglich. Die Altschulden bleiben ungesichert. Das Risiko wird vergesellschaftet ohne dass die Finanzmärkte mit niedrigen Zinsen für eine sichere Anlage bezahlen müssen. Alles in allem ist der ESM ein Ermächtigungsgesetz für juristisch immune, nicht demokratisch legitimierte Ausschussmitglieder. Eine derartige Machtfülle ist grundsätzlich abzulehnen.

[15] Kontra Monetarisierung (Modell Draghi): Der unbeschränkte Anleiheankauf bedeutet eine monetarisierte Staatsfinanzierung die mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine unkontrollierbare Inflation ausartet. Dies zeigen Erfahrungen aus der Geschichte (in Kriegen zur Rüstungsfinanzierung, Hyperinflation von 1923, 1948 Reichsmark in D-Mark).

[16] Kontra Eurobonds: Vergemeinschaftung von Schulden selbstständiger Staaten mit eigener Fiskalpolitik. Kein Reformdruck für die Schuldenstaaten und immer weitere Finanzierung der verschuldeten Staaten zulasten der solventen Staaten sind die Folgen. Das Fehlen einer Schuldenbremse fördert sogar noch die Verschuldung und damit die Geldschöpfung und birgt die Gefahr des Zusammenbruchs des Euroraums.

[17] Bei all diesen Modellen sind die Kleinvermögen und Altersvorsorgen die Opfer!

[18] ZIELE: Wir wollen eine Alternative darstellen, die folgende Fragen beantwortet: Erstens: Wie können die bisher angehäuften Schulden der Euro-Staaten (Altschuldenbestand) günstig, dauerhaft, sicher und ohne Inflation refinanziert werden? Zweitens: Wie kann eine weitere unkontrollierte Zunahme der Staatsverschuldung (Neuverschuldung) mit einfachen schnellen Mitteln und ohne Umgehungsmöglichkeiten durch die Politik verhindert werden? Drittens: Wie kann die TARGET2-Problematik gelöst werden? Viertens: Wie kann eine mögliche Lösung für diese drei Fragen vor Aufweichungen aus dem politischen Raum geschützt werden? (nachhaltige Stabilität!)

[19] Wir als Piraten bieten eine durchdachte und nachvollziehbare Antwort auf diese vier Fragen. Diese ist nur bei der EZB und ihren – noch zu ändernden – Statuten zu suchen; sie ist die einzige europäische Institution, die unbeschränkt Euro-Liquidität schaffen und somit jeden Euro-Staat mit unbeschränkter "Feuerkraft" unterstützen kann.

[20] Eine Lösung muss daher die folgenden fünf Elemente beinhalten:

[21] 1. EZB-Garantie auf die bestehende Staatsverschuldung. Damit werden die Altschulden zu erträglichen Konditionen für die Schuldenstaaten sicher revolvierbar (verlängerbar). Die EZB bietet allen Inhabern von €-Schuldtiteln der Eurostaaten an, diese gegen neue, von der EZB garantierten Papiere zu tauschen. Diese garantierten Papiere haben den gleichen Schuldner mit wesentlich niedrigere Zinsen (auf oder gar unter dem deutschem Zinsniveau!) und eine möglich verlängerte Laufzeit: Die EZB-Garantie ist ausschließlich auf den Altschuldenbestand und seiner Refinanzierung beschränkt.

[22] 2. Vorrang der EZB-garantierten Schuldtitel vor Neuverschuldung: Die Schuldnerstaaten erhalten die EZB-Garantie nur, wenn sie sich öffentlich und rechtlich verbindlich verpflichten, im Falle einer Insolvenz ihren Altschuldenbestand vor der Neuverschuldung zu bedienen (analog Hypotheken 1. und 2. Ranges). Dafür haf-

ten die Staaten mit ihrem Eigentum, entsprechende Sicherheiten sind auszuhandeln (zwischen EZB und jew. Staat). 3. Einschränkung der Rediskont- und Pensionsfähigkeit staatlicher Schuldtitel: Ab sofort sind nur noch EZB-garantierte Staatspapiere aus dem Altschuldenbestand und seiner Refinanzierung als Sicherheit bei der Zentralbank hinterlegungsfähig. Papiere, die der Neuverschuldung dienen, werden ab sofort von der EZB nicht mehr als Sicherheit akzeptiert. NUR NOCH diese EZB garantierten Papiere sind mündelsicher (also absolut sicher).

[23] 4. Änderung der Basel-III-Regularien: Verpflichtung zur Eigenkapitalunterlegung entfällt ausschließlich bei EZB-garantierten Staatsanleihen und deren Revolvierung aus dem Altschuldenbestand. Alle anderen Schuldtitel sind gemäß aktuellem Risiko mit Eigenkapital zu unterlegen (NOTITZ FÜR EXPERTEN: Cluster nach Spreads).

[24] 5. Schutz der EZB vor Druck und politischem Missbrauch:

[25] Der Maastricht-Vertrag und die EZB-Statuten sind so zu ändern, dass eine Modifizierung und Zuwiderhandlung zu den Punkten 1 bis 4 nur einstimmig und nur nach einer Genehmigung aller Parlamente der Euro- Staaten möglich ist. Auch die Satzung des EuGH muss geändert werden. Klageberechtigt soll jede Fraktion der europäischen Parlaments und auch jede Fraktion der Parlamente der Mitgliedsländer sein. Der subgouvernementale (unterhalb der Regierungsebene) Klageweg soll damit in einer Weise offenstehen, dass auch eine einstimmige Entscheidung auf gouvernementaler Ebene die Regelung nach Punkten 1 - 4 nicht aushebeln kann. (Änderungen dieser Prinzipien sollten durch Volksabstimmungen ebenfalls verhindert werden können. Diese sollten sinnvoll durchführbar sein.) Die Realisierung dieser fünf Punkte wird die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten beenden, und dem gesamten Euroraum eine neue Stabilitätskultur samt marktgesteuerter Schuldenbremse bescheren, denn: - Die bedrängten Peripherie-Staaten werden durch die EZB-Garantie eine sehr starke Aufwertung der Bonität ihres Altschuldenbestandes auf AAA-Niveau erfahren. - Die Frage nach der Refinanzierung italienischer oder gar griechischer Anleihen stellt sich bei EZB-garantierten Papieren überhaupt nicht mehr! - Bei einem Zinssatz von etwa 2% p.a. ist sogar Griechenland in der Lage, die Zinsen für seine gesamten Schulden auch ohne einen Schuldenschnitt aufzubringen! - Eine neue Schulden-Bremse entsteht von selbst: Neuverschuldung wird zunehmend schwieriger, für Problemstaaten wie Griechenland und Italien wegen der exorbitanten Zinsen fast unmöglich. - Rettungsschirme mit einer nach oben offenen Risikoskala werden ebenfalls überflüssig. - Anleihen-Käufe der EZB – die inflationäre Gefahren bergen – können eingestellt werden. - Schuldenschnitte sind nicht mehr nötig. Der Konsolidierungs- und Reformdruck auf die Schuldnerstaaten wird aufrecht erhalten. - Eine erzwungene Rekapitalisierung der Banken kann folglich entfallen. - Einer europäischen Wirtschaftsregierung – ein beliebtes, wenn auch unsinniges Vorhaben – wird der Boden endgültig entzogen. - Ein Domino-Effekt ist auch bei nun unwahrscheinlicher Insolvenz eines Euro-Staates nicht mehr möglich. - Bisher gefährdete Euro-Staaten müssen weder Eingriffe in ihre Haushaltspolitik noch in ihre Souveränität erdulden. Ich glaube, diese nachvollziehbaren Gedanken müssen breit diskutiert werden, und wenn das Ergebnis immer noch überzeugend bleibt, dann müssen sie mit Macht politisch umgesetzt werden.

PA078 - Regulierung des Bankensystems und der Finanzmärkte

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hilmar

Zusammenfassung

In insgesamt neun getrennt abstimmbaren Modulen werden politische Forderungen erhoben, die u.a. eine Bankentrennung, die Beschränkung des Eigenhandels von Banken sowie die Regulierung von Schattenbanken und des Derivatehandels betreffen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] **Modul 1: Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking**

[3] Die klassischen Geschäftsbankaufgaben des Einlagen- und Kreditgeschäfts sind von den Handelsgeschäften des Investmentbankings nach dem Holding-Modell der OECD zu trennen. Danach werden die jeweiligen Geschäftsbereiche als rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Tochterunternehmen mit Banklizenz in einer Holding-Gesellschaft fortgeführt. Innerhalb der Holding gilt ein Beteiligungs- und Finanzierungsverbot der Geschäftsbank-Einheiten an den Eigenhandelsinstituten.

[4] **Modul 2: Zusätzliche Regulierungsbeschränkungen für den Eigenhandel von Banken**

[5] Solange die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking noch nicht umgesetzt ist (z.B. wegen einer ggf. erforderlichen Harmonisierung in mehreren EURO-Staaten), dürfen Banken, die Eigenhandel betreiben, für die Finanzierung dieser Handelsgeschäfte keine Kundeneinlagen heranziehen. Weiterhin muss eine Finanzierung durch Zentralbankgeld ausgeschlossen werden. Geschäftsbanken dürfen sich an Finanzinstituten, die Eigenhandel betreiben, weder beteiligen noch diese refinanzieren. Eigenhandelsgeschäfte sind mit mind. 25% Eigenkapital zu hinterlegen.

[6] **Modul 3: Regulierung von Schattenbanken**

[7] Für Schattenbanken müssen die gleichen Regulierungen gelten wie für Kreditinstitute. Dies betrifft insbesondere Eigenkapitalvorschriften, Liquiditätsvorschriften, das Risikomanagement bei Kreditvergabe sowie Sicherungssysteme für Einlagen. Gemäß der Trennung von Geschäftsbank- und Investmentbank-Aktivitäten ist die Kreditvergabe oder die Beteiligung von Kreditinstituten an Schattenbanken, die Eigenhandel betreiben, untersagt.

[8] **Modul 4: Beteiligung von Aktionären und Gläubigern bei einer Banken-Restrukturierung**

[9] Bei einer Restrukturierung oder Abwicklung von Banken sollen zunächst die Eigentümer der Bank haften. Danach müssen auch die Gläubiger der Bank an den Verlusten beteiligt werden. Dies kann u.a. dadurch erfolgen, dass die Gläubiger neues Eigenkapital durch Schuldumwandlung bereitstellen (z.B. Tausch von Gläubiger-Forderungen in Unternehmens-Anteile).

[10] **Modul 5: Begrenzung der Spekulation auf Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe**

[11] Warentermingeschäfte auf Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe ohne konkreten Bezug zu realwirtschaftlichen Warentransaktionen werden verboten. Darüber hinaus wird Finanzinstitutionen der physische Rohstofferwerb genauso untersagt wie die Emission und der Handel mit Index- und Investmentfonds, die Rohstoffpreise oder Rohstoffpreisindices für Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel abbilden.

[12] Modul 6: Regulierung des OTC-Handels mit Derivaten

[13] Der Handel mit Derivaten soll ausschließlich über Börsen erfolgen. OTC-Geschäfte müssen in Handelsregistern erfasst und die Risiken aus den Geschäften mit Sicherheiten hinterlegt werden.

[14] Modul 7: Ausweitung des Verbots von spekulativen Geschäften mit Kreditderivaten

[15] Der in der EU inzwischen verbotene ungedeckte Kauf von Kreditderivaten auf Staaten ist auszuweiten auf Kreditderivate auf Banken, Unternehmen, etc.

[16] Modul 8: Einführung einer Finanztransaktionssteuer

[17] Die Piratenpartei setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage ein. Daher sind gegenüber dem derzeitigen Vorschlag der Europäischen Kommission in die Besteuerung auch Devisentransaktionen sowie ausländische Tochtergesellschaften europäischer Banken mit einzubeziehen. Um gleichzeitig Finanzierungs- wie auch Lenkungseffekte zu erzielen, halten wir Steuersätze von 0,1 % für den Handel mit Aktien und Anleihen und 0,01 % für den Handel mit Derivaten für angemessen.

[18] Modul 9: Regulierung variabler bzw. erfolgsabhängiger Vergütung im Bankensektor

[19] Die variable Vergütung darf das Festgehalt nicht übersteigen und muss durch einen mehrjährigen Bonus-Malus Pool aus tatsächlich realisierten Gewinnen gespeist werden. Um nicht Anreize für Gewinne aus besonders hohen Risiken zu setzen, müssen die Boni umso geringer ausfallen, je höher die Risiken der eingegangenen Geschäfte sind. Außerdem ist die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern und Abfindungen als Unternehmensausgaben zu beschränken und Vergütungssysteme, die darauf ausgelegt sind, die Besteuerung systematisch zu umgehen (z.B. durch Offshore-Konten), müssen verboten werden.

Begründung

[20] Die durch die Finanzkrise sichtbar gewordenen Regulierungsdefizite bzgl. der Finanzmärkte im Allgemeinen und der Banken in Speziellen ist in den letzten Jahren kaum voran gekommen. Die Piratenpartei, der in der breiten Öffentlichkeit noch wenig Kompetenz im Bereich „Wirtschaft und Finanzen“ zugebilligt wird, braucht für die Umsetzung ihrer finanzpolitischen Vorstellungen daher politische Partner, die in diesem Punkt gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen.

[21] Das weitgehendste Regulierungskonzept kommt derzeit von der SPD und enthält viele Punkte, die auch in den zuständigen AGs der Piraten in ähnlicher Form diskutiert und mehrheitlich befürwortet wurden. Die vorgeschlagenen Module sind in den angestrebten Zielen und den dafür erforderlichen Mitteln weitgehend deckungsgleich mit einer Reihe von Punkten aus dem SPD-Konzept. Dadurch positionieren wir uns bzgl. der so wichtigen Finanzmarkt/ Banken-Regulierung in einer Form, die die politische Umsetzung unserer Ziele ermöglicht.

[22] Die Piraten stehen für eine Politik des konstruktiven Miteinanders - auch mit politischen Wettbewerbern - statt einer ausschließlichen Profilierung durch Abgrenzung. Wir sollten in diesem wichtigen Politikfeld ein klares Signal setzen, dass wir die SPD – falls diese nach der Bundestagswahl Seniorpartner einer neuen Regierungskoalition wird – in einer Reihe von Punkten ihres Konzepts zur Regulierung der Banken und Finanzmärkte unterstützen werden.

[23] Erläuterungen zu Modul 1: Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking

[24] Die Holding selbst darf keine eigenen Geschäfte durchführen. Handelstätigkeiten der Bank auf eigene Rechnung (= Eigenhandel) sind nur noch in einer eigenständigen Investmentgesellschaft möglich. Innerhalb einer Holding werden Kapitaltransfer, Haftungsübernahmen und Kreditvergabe zwischen den Tochterunternehmen unter aufsichtsrechtliche Überwachung gestellt und können eingeschränkt werden, um im Krisenfall ein Überspringen von Verlusten zu begrenzen.

- Konkurrierender Antrag: PA 243

[25] Erläuterungen zu Modul 2: Zusätzliche Regulierungsbeschränkungen für den Eigenhandel von Banken

[26] Als Eigenhandel gelten alle Handelsbuchgeschäfte, die zur kurzfristigen Gewinnerzielung auf eigene Rechnung getätigt werden. Durch das Verbot der Beteiligung an oder Finanzierung von Banken mit Eigenhandel durch andere Kreditinstitute sollen Dominoeffekte vermieden werden.

- Ggf. ergänzender Antrag: PA 097

[27] Erläuterungen zu Modul 3: Regulierung von Schattenbanken

[28] Unter dem Begriff Schattenbanken werden aufgrund ihrer bankähnlichen Geschäftstätigkeit zusammengefasst: Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds, Investmentfonds wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds oder Finanzierungsgesellschaften. Global verwalteten diese Schattenbanken 2010 etwa ein Viertel der globalen Vermögenswerte. Die bestehende Regulierung von Schattenbanken deckt die Risiken, die diese für das Finanzsystem darstellen, nicht ab.

[29] Erläuterungen zu Modul 4: Beteiligung von Aktionären und Gläubigern bei einer Banken-Restrukturierung

[30] Für die Beteiligung von Bankgläubigern (z.B. Inhaber von Bankanleihen) muss es klare Regelungen geben. Erst nach der vorrangigen Haftung von Eigentümern und Gläubigern sollen etwaige Bankenrettungs-Fonds die für die Restrukturierung noch erforderlichen Kosten übernehmen und insb. die Einlagen privater Sparer schützen (soweit dies nicht durch vorhandene Systeme der Einlagensicherung sicher gestellt ist).

- Konkurrierender Antrag: PA 262

- Ggf. ergänzender Antrag zum Grundsatzprogramm: PA 358

[31] Erläuterungen zu Modul 5: Begrenzung der Spekulation auf Nahrungsmittel und Agrarrohstoffe

[32] Auf den Rohstoffmärkten hat das Engagement von Banken und anderen Finanzmarktakteuren inzwischen zu einer gefährlichen Entkoppelung der Rohstoffmärkte von der Realwirtschaft geführt. Über börsengehandelte Indexfonds wird auch Privatpersonen ermöglicht, sich daran zu beteiligen.

- Konkurrierendere Anträge: PA 092, PA 427

[33] Erläuterungen zu Modul 6: Regulierung des OTC-Handels mit Derivaten

[34] Derivate sind - vereinfacht gesagt - Spekulationen auf zukünftige Preisentwicklungen. Das Volumen des Derivate-Handels (Ende 2011 mehr als 500 Billionen Euro) übersteigt inzwischen das globale Wirtschaftsprodukt etwa um das Zehnfache. Diese Geschäfte werden zu einem erheblichen Teil nicht über Börsen abgewickelt, sondern als sogenannte Over-the-Counter (OTC)-Geschäfte außerhalb regulierter Märkte und ohne dass Aufsichtsbehörden über Art und Umfang der Geschäfte informiert werden. Ein großer Teil dieser OTC-Geschäfte sind nicht mit Sicherheiten hinterlegt. Der Ausfall eines einzelnen Marktteilnehmers kann daher zu einer Kettenreaktion führen.

- Ggf. ergänzende Anträge (betr. Hochfrequenzhandel): PA 155, PA 428

[35] Erläuterungen zu Modul 7: Ausweitung des Verbots von spekulativen Geschäften mit Kreditderivaten

[36] Beim ungedeckten oder „nackten" Kauf eines Kreditderivates wird eine Versicherung gegen den Ausfall eines Kredites gekauft, ohne dass man im Besitz der Kreditforderung ist. Durch solche spekulativen, ungedeckten Handelsaktivitäten können insbesondere in Krisenzeiten die Kurse einzelner Wertpapiere übermäßig unter Druck gesetzt werden.

[37] Erläuterungen zu Modul 8: Einführung einer Finanztransaktionssteuer

[38] Im Vordergrund steht die Schaffung zusätzlicher finanzieller Handlungsspielräume für den Staat. Ein Lenkungseffekt wird für den Hochfrequenzhandel mit Derivaten angestrebt.

- Konkurrierende Anträge: PA 154 und PA 252

[39] Erläuterungen zu Modul 9: Regulierung variabler bzw. erfolgsabhängiger Vergütung im Bankensektor

[40] Die erfolgsabhängige Vergütung, die für Handelsbereich-Mitarbeiter oft ein Vielfaches des festen Grundgehalts beträgt, hat den Fokus dieser Bankbeschäftigten zunehmend auf kurzfristige Gewinne verschoben. Dieses Anreiz-System verführt dazu, langfristige Risiken zugunsten kurzfristiger Gewinne systematisch auszublenden. Auch als Folge davon wuchsen die Vergütungen im Finanzsektor weit über diejenigen in der Realwirtschaft hinaus, so dass sich inzwischen mit der Vermehrung von Geld weitaus mehr verdienen lässt als mit der Vermehrung von Produktivvermögen. Hierdurch werden für unsere Gesellschaft höchst ungesunde Anreize gesetzt.

PA079 - Änderung Grundsatzprogramm: Urheberrecht Punkt 3.2 "Freies Kopieren und freie Nutzung"

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Knattertom

Zusammenfassung

Antrag auf Streichung des eingehenden Satzes und Ergänzung des zweiten um die im ersten Satz enthaltenen relevanten Inhalte.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag 2012 der Piratenpartei möge beschließen, den ersten Satz in Abschnitt 3.2 zum Urheberrecht zu streichen und im zweiten Satz ergänzend folgende Formulierung einzufügen:

[2] bisherige Formulierung: Da sich die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch nicht sinnvoll einschränken lässt und die flächendeckende Durchsetzbarkeit von Verboten im privaten Lebensbereich als gescheitert betrachtet werden muss, sollten die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und die Interessen der meisten Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert.

[3] Vorschlag für die Zukunft: Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet und die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken endlich erkannt und genutzt werden sollten, da sie die Interessen der meisten Urheber, entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen, nicht negativ tangiert.

Begründung

[4] Die bisherige Formulierung klingt sehr, als begründetet sich unser Standpunkt mit der Nichtdurchführbarkeit der bisherigen Politik. Sicher kann man die Nichtdurchführbarkeit in einer Diskussion zum Thema als letztes Argument ins Feld führen, aber m. E. ist dieses Argument im Grundsatzprogramm fehl am Platz.

PA080 - Stärkung der ambulanten Pflege - Poolkonzept - (in Verbindung mit Primary Nursing -siehe PA090)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Büdelneiher

Zusammenfassung

Aufbau von lokalen Pflegepools, in denen alle am Pflegeprozess Beteiligten ortsnah zu den zu Pflegenden leben und tätig werden.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei möge in ihrem Wahlprogramm folgendes beschließen und an geeigneter Stelle einfügen:

[2] Antrag:

[3] Die Piratenpartei setzt sich für Aufbau von lokalen Pflegepools, in denen alle am Pflegeprozess Beteiligten ortsnah zu den zu Pflegenden leben und tätig werden, ein und fördert das vom Gesetzgeber in SGB XI § 43 Abs. 1 gewollte Prinzip “ambulant vor stationär“.

Begründung

[4] Begründung: Die rasante Zunahme von Pflegebedürftigen, die steile Kostenkurve und die zunehmende Unzufriedenheit der Betroffenen und Angehörigen mit der jetzigen Situation beschäftigt seit über 10 Jahren die öffentliche Dis- kussion und findet keine Ruhe. Es wir mittels “Reförmchen“ gebastelt, doch gelöst wird dieses gigantische Problem nicht wirklich, wie z.B. die notwendige Neudefinition von Pflegebedürftigkeit der Menschen mit Demenz, um ihnen ein würdiges Dasein in gesicherten Verhältnissen zu ermöglichen.

[5] Über 20 Milliarden Euro werden jährlich von den Pflegekassen ausgegeben. Hinzu kommen etwa nochmal soviel von den Betroffenen, Angehörigen und wo das Geld fehlt von den Sozialämtern. Hier sind insbesondere die hohen Heimkosten zu nennen. Die Pflege kann nicht bedürfnisgerecht durchgeführt werden. · Die Hauptursache liegt im System “Satt und Sauber“ · Der Minutentakt im Pflegealltag entbehrt aller Würde der Pflegebedürftigen als auch der Pflegekräfte · die Unterbringung in Heimen löst bei den meisten eine existenzielle Krise aus die gefühlte und tatsächliche “Entmündigung“ . Sie führt in den meisten Fällen zur völligen Resignation,Selbstaufgabe, Hospitalisation und endet häufig mit dem vorzeitigen Tod. · Das Leben im Heim raubt den Betroffenen den notwendigen Schutzraum der eigenen vier Wände. “Home ist my Castle“.

[6] 2. Die Errichtung selbständiger, eigenverantwortlicher Pflegepools sind klein, ortsnah, rechtlich eigenständig unter dem Primat der Altenpflege. Sie betreuen, pflegen und beraten. Die Evaluierung erfolgt regelmäßig mit allen am Pflegeprozess Beteiligten und erhöhen somit die Qualtiät der Pflege und verbessert die Zufriedenheit sowohl der Betroffenen als auch der

[7] · Angehörigen · Pfleger · Ärzte · Therapeuten · Nachbarn · u.v. Andere

[8] Kommunen sind gehalten den Aufbau solcher Pflegepools mit allen Mitteln () zu unterstützen. Die Fort- und Weiterbildung bzw. –Qualifizierung wird durch die Kommunen kommuniziert, gefördert, organisiert und si-

chergestellt. Die Teilnahme an solchen Schulungen sollten möglichst kostenneutral, auf jeden Fall jedoch ortsnah möglich sein. Ziel: · Betroffene erhalten ihre finanzielle Unabhängigkeit zurück. · Selbstbestimmung ältere Menschen wird gestärkt · Angehörige verfügen wieder selbst über ihr Vermögen und verteilen dies nicht die Heimbetreiber · Heimkosten entfallen (diese übersteigen i.d.R. die Einkünfte Betroffenen) · Wegfall der Zuschüsse durch die Sozialämter (Kommune wird entlastet) · Das Pflegegeld kann nun komplett dafür verwendet werden wofür es eigentlich geplant war, die adäquate Durchführung der Pflege. · Einbindung des Wohnumfeldes in die Pflege Gesamtgesellschaftlicher Auftrag-

[9] Die Finanzierung ist beitragsneutral; bestenfalls ist mit einer Verminderung des Pflegebeitrags um 0,x%-Punkte zu rechnen.

[10] Hier die Probleme detaillierter, aber nicht erschöpfend, um sich in die Welt der Pflege ein wenig hineinzudenken.

[11] 1. Aus der Sicht der Betroffenen

[12] · Selbstbestimmung ist eingeschränkt durch direkte u. indirekte Bevormundung · Fremde Menschen dringen ins Leben ein · der notwendige Schutzraum der eigenen Wohnung fehlt · Hilflosigkeit und Desorientierung wird durch die Heimunterbringung verstärkt und nimmt zu · die Enge des oft zugewiesenen Zimmers wird als erdrückend empfunden · Selbstbewusstsein wird zunehmend vermindert · bisher gelebter Rhythmus muss sich der Ordnung des Heimes anpassen obwohl ein älter gewordener Mensch sich viel schwieriger umstellen kann · Verlust vieler persönlicher Gegenstände durch zu kleine Zimmer · Speisepläne sind täglich Gegenstand von Unmutsäußerungen und Kritik · Pflegedefizite werden nach den Vorgaben durchgeführt – Minutentakt-, dabei benötigen älter gewordene und Menschen mit einem Handicap mehr Zeit für viele Verrichtungen – Selbstpflegekompetenz wird dadurch vermindert · uvm.

[13] 2. Aus der Sicht der Pflegenden:

[14] · beständig neue fremde Menschen, die zu pflegen sind · Minutentakt der Pflege schafft kaum ein Vertrauensverhältnis · hoher Arbeitsaufwand durch das anlegen und führen neuer Dokumentationen · hoher Organisierungsgrad kollidiert mit den Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Pflege · Schichtarbeit – bis zu drei Schichten – macht krankheitsanfälliger · Steigende Anzahl von Mitarbeiter in der Pflege erleiden psychische Erkrankung · Soziale Kontakte zerbrechen oder werden empfindlich gestört · Schlechte Bezahlung erhöhen die Fluktuation der Mitarbeiter · Tatsächliche Einarbeitung erfolgt selten bis nie · uvm.

[15] 3. Aus der Sicht der Angehörigen: · sinnvolle Besuchszeiten richten sich an die Organisationsordnung und nicht an den eigenen Zeitrahmen · zunehmende Entfremdung zum zu Pflegenden wg. Heimunterbringung · Zuzahlung wg. Heimunterbringung wirken zerstörerisch auf den Familienzusammenhalt · Einsichtnahme in die Pflegedokumentation wird durch Ermangelung von Vollmachten erschwert · Teilnahme an der Pflege seines Angehörigen gemäß eigener Ressourcen, vor allem zeitlich, i.d.R. nicht mehr möglich · Familientreffen müssen i.d.R. vorher angekündigt und organisiert werden, spontanes Leben wird erheblich oder sogar ganz von der Organisationsstruktur eingeschränkt · uvm.

[16] Auch aus der Sicht der Ärzte und Therapeuten ließe sich eine ganze Reihe von Punkten nennen. Mit einem kurzen Satz lässt sich alles nochmals zusammenfassen: **“My home is my Castle“**. in Verbindung mit PA090

PA081 - Demographischer Wandel - Aufbau einer flächendeckenden stationären Alterspflegeversorgung auf Bundesebene

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich als zusätzliches Angebot in der stationären Altenpflege und Hospiz ein. Ein zusätzliches Angebot als stationäre Altenpflege auf Bundesebene wird ergänzend eingeführt.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm oder Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich als zusätzliches Angebot in der stationären Altenpflege und Hospiz ein. Hintergrund ist hierbei, dass in Deutschland das demographische Problem die Altenpflege und die zuständigen staatlichen Absicherungssysteme zukünftig völlig überfordern werden. Deshalb wird als zusätzliches Angebot die stationären Altenpflege auf Bundesebene eingeführt, die auch über Abteilungen des Hospiz verfügen werden, - und zwar neben der bestehenden häuslichen Altenpflege und neben den bereits bestehenden Seniorenheimen - . Vorrangig soll selbstverständlich weiter die häusliche Krankenpflege bestehen bleiben, schon deswegen, weil die Senioren viel lieber in ihrer gewohnten Umgebung bleiben möchten. Leider ist das nicht immer möglich, und manche Senioren sind halt derart pflegebedürftig, sodass ein Umzug im letzten Lebensabschnitt dennoch notwendig wird.

[3] Zuständig und federführend ist das Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Angebote der stationären Altenpflege auf Bundesebene. Dem Bundesministerium untersteht eine Abteilung , dich sich aus Vertreterinnen/er des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) , und Vertreterinnen/er der Rentenversicherung, der Krankenkassen, und der Pflegeversicherung (später die Bürgerversicherung), und Vertreterinnen/ern der Einrichtungen, zusammen setzt. An diese Abteilung können die Gemeinden und Städte ihre Anträge auf Bedarf stellen, wobei diese Abteilung die Anträge transparent prüfen, - und nach Bedarfsprüfung und bei Bedarf - die Anträge genehmigen und an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) weiterleiten wird, mit der Bitte, die Einrichtung fertig zu stellen. Diese Abteilungen sind auch für organisatorische Aufgaben zuständig, z. B. Anfragen an die zuständige Stelle weiter zu leiten, z. B. bei Fragen zur Instandhaltung an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, für Fragen wegen des Pflegepersonals z. B. die Krankenkasse, oder z. B. zu Fragen der Pflegematerialien an die Pflegeversicherung.

[4] Für die Finanzierung zur Erstellung der Bauvorhaben ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zuständig. In der Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wird das BMVBS die entsprechenden Immobilien und die dazugehörige Infrastruktur errichten. Die Bauvorhaben sind in transparenter Form mit den Gemeinden und Städten zu planen, und (ggf.) über transparente Bauausschreibungsverfahren schlüsselfertig zu bauen und fertig zu stellen.

[5] Die BImA wird dann die errichteten Immobilien übernehmen und für die komplette Betreuung und auch für die Instandhaltung und für die komplette Finanzierung zuständig sein (Facility Management). Die Einrichtungen werden wie Unternehmen geführt, und verfügen über eine eigne Unternehmensstruktur (z.B. Satzung, Vorstand, Verwaltungsrat etc.).

[6] Es kann sein, dass Seniorinnen und Senioren sich frühzeitig dafür entscheinden, im Alter in eine geeignete Einrichtung umzuziehen, um dort den Lebesabend geniessen zu können. Seniorinnen und Senioren bekommen daher die Möglichkeit mittels Antrag über die BImA eine geeignete und freistehende Wohnung (z. B. betreutes Wohnen) zu mieten oder zu kaufen. Die BImA prüft transparent diesen Antrag und genehmigt diesen. Selbstverständlich können Seniorinnen und Senioren, welche per Sozialgesetzgebung (später bGE) die Miete zahlen müssen, ebenfalls per Antrag auf eine geeigete Mietwohnung (z.B. betreutes Wohnen) stellen.

[7] Dazu wird für die BImA auch die Aufgabe kommen, dafür Sorge zu tragen, dass die Einrichtungen an die Infrastruktur der Städte bzw. Gemeinden angebunden sind. Das kann einerseits so sein, dass die Immobilie gleich in Stadtkernnähe oder gar im Stadtkern errichtet wird, weil die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hier ein Grundstück oder eine Immobilie zur Verfügung hatte, oder die Anbindung an die Infrastruktur wird mittels ÖPNV hergestellt, wobei auch ein Bürgerbus in Frage kommt. Durch transparente Ausschreibungen kann auch ein Personentransportunternehmen beauftragt werden, um diese Anbindung an die Infrastruktur zu gewährleisten.

[8] Für die Finanzierung des Pflegepersonals und des gesamten pflegerischen Unterhalts, wie z. B. pflegerisches Material, sind die Rentenversicherung, die Pflegeversicherung, und die Krankenkassen zuständig (später anteilig die Bürgerversicherung). Diese Sozialversicherungsträger zahlen über einen (noch fest zu setzenden) gesetzlichen Anteil die Kosten.

[9] Sind die Einrichtungen schlüsselfertig erbaut und damit für den Betrieb geeignet, wird die gesamte Organisation auf eine Arbeitsgruppe übergeben. Diese Abteilung untersteht dem Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . Diese Abteilung setzt sich zusammen aus Vertreterinnen/er des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der BImA, und Vertreterinnen/er der Rentenversicherung, der Krankenkassen, und der Pflegeversicherung (später die Bürgerversicherung), und Vertreterinnen/ern der Einrichtungen.

[10] Für die Umsetzung dieser Aufgaben können Beamte als Überhangspersonal, weitergebildet oder ausgebildet werden, und sie stehen somit für diesen Aufgabenbereich zur Verfügung.

Begründung

[11] Die Städte und Gemeinden haben keine Kapazitäten mehr, um den durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Mangel in der Altenpflege in der Zukunft zu begegnen. Auch die Bundesländer haben keinen finanziellen Spielraum mehr, um diese ernorme finanzielle Belastung tragen zu können. Es wird so sein, dass in Deutschland das demographische Problem die Altenpflege und die zuständigen staatlichen Absicherungssysteme zukünftig völlig überfordern werden. Das wird nicht nur in den größeren Städten zu sein, sondern es ist - insbesondere in ländlichen Gebieten - zu erwarten, dass zukünftig allein lebende Seniorinnen/en derart pflegebedürftig sein werden, sodass ein Umzug im letzten Lebensabschnitt dennoch notwendig wird. Wie bekannt, setzte bereits eine "Landflucht" der jungen Generation ein, welche in den größeren Städten eine Arbeitsstelle, oder einen Ausbildungsplatz, oder einen Studiumsplatz, suchten und weg zogen. Diese jungen Menschen werden zur Pflege der alten Menschen in den ländlichen Gebieten nicht in dem Masse zurück kehren, wie dies erforderlich wäre, um dort zukünftig die häusliche Altenpflege zu garantieren.

[12] Insofern kann die Aufgabe einer flächendeckenden stationären Alterspflegeversorgung auf Bundesebene - bis auf Weiteres - nur Bundesaufgabe sein.

[13] Der Bund verfügt über die ernorme Anzahl ungenutzter Immobilien, welche über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) für dieses Vorhaben zur Verfügung gestellt werden können. Zudem verfügt die BImA über ein Facility Management.

[14] Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das BImA sind in der Lage, Einrichtungen schnell und kostengünstig zu erstellen, weil einerseits die Immobilien und Grundstücke schon vorhanden sind, und andererseits das Personal für die Planung vorhanden ist, sodass (ggf.) über transparente Ausschreibungen Bauunternehmen mit der Ausführung beauftragt werden können. Städte und Gemeinden können - flächendeckend in Deutschland - eine derartige Aufgabe aus finanziellen Gründen überhaupt nicht mehr leisten, und das wird auch auf absehbare Zeit so bleiben, desgleichen gilt auf Landesebene.

[15] Auch die Kosten für Pflegepersonal, Pflegematerial, Instandhaltungskosten und Unterhaltskosten der Immobilien, können Bundesländer und Städte und Gemeinden - auf absehbare Zeit - nicht zusätzlich schultern.

[16] Infos über die die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) : http://www.bundesimmobilien.de/5065/unternehmen

[17] Ich bitte dem Antrag zuzustimmen, vielen Dank, VollePullePiratNRW

PA082 - Subventionen in der Landwirtschaft

Wahlprogramm - Landwirtschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ansprechpartner Birgitt Piepgras, http://wiki.piratenpartei.de/AG Landwirtschaft

Zusammenfassung

Wir wollen langfristig Agrarsubventionen abbauen

Antragstext

Antrag

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen, den folgenden Antrag an geeigneter Stelle des Wahlprogramms einzufügen

Agrarsubventionen

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich auf EU- und Bundesebene dafür ein, das künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden. Dazu bedarf es einer laufenden Neubewertung dieser Leistungen im Hinblick auf ihren Nutzen für die Gesellschaft.

[3] Langfristiges Ziel ist ein Abbau der Agrarsubventionen. Um die landwirtschaftlichen Betriebe vor den Folgen des Wegfalls der Subventionen zu schützen, sollen diese in der Übergangsphase degressiv ausgerichtet und ab einer zu bestimmenden einzelbetrieblichen Auszahlungshöhe gekappt werden. Alle Bezieher von öffentlichen Subventionen, also auch die von EU Agrarsubventionen, sollen ab einer zu definierenden Bagatellgrenze transparent veröffentlicht werden.

Begründung

[4] Agrarsubventionen sollten in der Vergangenheit zunächst die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. In der weiteren Entwicklung führte dies dazu, das die Produktion von den Marktpreisen abgekoppelt wurde.

[5] In der Folge wurden Agrarsubventionen dazu eingesetzt, landwirtschaftliche Produkte auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu halten. Dies führte dazu, dass die Preise für landwirtschaftliche Produkte auch international stark nachgaben, so dass letztendlich eine Abhängigkeit der Landwirte von Agrarsubventionen zustande kam. Dies kann und soll nicht das Ziel von Subventionen sein. Die Zahlung von Agrarsubventionen an Gewerbebetriebe ist einzustellen sowie gemessen an der Betriebsgröße zu deckeln.

[6] Stattdessen sollen Subventionen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige ökologische oder wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können. Subventionen für den Export außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) lehnen wir ab.

PA083 - Steuergerechtigkeit und Wirtschaftskriminalität

Wahlprogramm - Steuern LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Wied

Zusammenfassung

Durch ein internationales Netzwerk von Steuer- und Regulierungsoasen wird Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Korruption maßgeblich begünstigt. Der gesamte, modulare Antrag beinhaltet sechs Maßnahmen, die dieses Problem mindern.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle einfügen.

[2] **Modul 1: Präambel**

[3] **Internationale Steuergerechtigkeit und Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität**

[4] Die Piratenpartei setzt sich ein für mehr Transparenz im internationalen Wirtschaftssystem und gegen ein System aus Steueroasen, Schattenfinanzplätzen und anonymen Scheinfirmen sowie gegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Wirtschaftskriminalität. Damit stellt sie sich gegen unfairen Wettbewerb und eine Lastenverschiebung auf Kosten des Mittelstands, der Arbeitnehmenden und der Entwicklungsländer. Sie stärkt stattdessen die Möglichkeit demokratischer Gestaltungs- und Reaktionsmöglichkeiten auf die derzeitige Krise der Finanzmärkte und der öffentlichen Finanzen. Dazu unterstützt die Piratenpartei nationale und internationale Bemühungen mit den Zielen:

[5] **Modul 2: Country-by-Country Reporting**

- Unternehmen zu verpflichten, gesellschaftlich relevante Kennzahlen wie Beschäftigtenzahl, Umsatz und Gewinn für jedes Land, in dem das Unternehmen aktiv ist, getrennt auszuweisen (Country-by-Country Reporting).

[6] **Modul 3: Automatischer Informationsaustausch**

- Mittels eines automatischen Informationsaustauschs zwischen Steuerbehörden weltweit die Umgehung von Steuern durch grenzüberschreitende Transaktionen zu erschweren. Dies umfasst die Ausweitung der EU-Zinsrichtlinie auf juristische Personen und alle Arten von Kapitalgewinn anstatt kurzfristiger und kontraproduktiver bilateraler Abkommen wie dem zur Zeit zwischen Deutschland und der Schweiz verhandelten.

[7] **Modul 4: Registrierung von wirtschaftlich Begünstigten**

- In jedem Staat für jedes Rechtskonstrukt belegbare substantielle wirtschaftliche Aktivität, eine klare Zuordnung von wirtschaftlich Begünstigten und eine Mindestbesteuerung sicherzustellen. Der Umfang der Berichtspflichten soll sich nach der Größe der Rechtskonstrukte richten und der dazu nötige bürokratische Aufwand soll minimiert werden.

[8] **Modul 5: Stärkung der Strafverfolgung und Steuerbehörden**

- Die Kapazitäten zur Aufklärung von Wirtschaftskriminalität in den Strafverfolgungs- und Steuerbehörden zu verstärken.

[9] Modul 6: Meldepflicht und Anti-Missbrauchsklausel

- Bekannte Steuervermeidungsmodelle (z.B. über Derivate oder doppelte Nichtbesteuerung von Auslandsinvestitionen in Gold) besser zu verfolgen und dazu die Wirkung von Meldepflichten und der allgemeinen Missbrauchs-Klausel zu untersuchen und zu nutzen.

[10] Modul 7: Einheitliche Besteuerung von multinationalen Unternehmen

- Internationale Steuerabkommen für multinationale Unternehmen zu beschließen, durch die das Steueraufkommen der jeweiligen Firma entsprechend der wirtschaftlichen Aktivität (Anzahl der Angestellten, Umsatz, investiertes Kapital etc.) und nicht ausschließlich nach dem bilanziell ausgewiesenen Gewinn auf die betroffenen Länder verteilt wird (Einheitliche Körperschaftssteuer).

Begründung

[11] Ausführliche Begründung

[12] Eine ausführliche Begründung mit vielen Erklärungen, Quellenangaben und weiterführenden Informationen findet sich unter:

[13] http://www.wider-die-windmuehlen.de/2012/08/to-all-the-killers-and-the-hundred-dollar-billers/

[14] Kurze Begründung

[15] Dieser modulare Antrag schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor (beginnend mit der am wenigsten kontroversen), um das Problem der internationalen Steuer- und Regulierungsoasen anzugehen. Die Palette an Problemen, die von den Maßnahmen gelindert würden, ist groß. Der Kürze wegen möchte ich die zugrundeliegenden Wirkmechanismen an einem Beispiel aufzeigen (für weiterführende Informationen und Quellenangaben bitte ich euch, die ausführliche Begründung zu lesen): Derzeit können große Unternehmen ihre Gewinne, und damit ihre Steuerpflicht, auf dem Papier in Steueroasen verschieben. So kann bspw. ein US-amerikanisches Unternehmen, das Produkte in Deutschland verkauft, den Gewinn auf den Bahamas versteuern. Dazu wird die Finanzierungssparte des Unternehmens auf dem Papier in die Bahamas ausgelagert. Diese stellt nun teure Kredite und Beratungsleistungen in Rechnung. Dadurch kann das Unternehmen weder in Deutschland noch in den USA, dafür aber bei der Finanzierungssparte auf den Bahamas einen Gewinn ausweisen und diesen dort niedrig versteuern. Entsprechende Modelle sind entweder legal oder schwer aufzudecken, da sich die betroffenen Kleinstländer meist zu weitgehender Verschwiegenheit verpflichtet haben. So erfährt man bspw. von „Stiftungen“ in diesen Ländern weder etwas über deren Vermögen noch Eigentümer oder Stiftungszweck. Lediglich der Treuhänder (ein spezialisierter Anwalt, der Dutzende dieser Stiftungen leitet) wird genannt; er darf jedoch keine weiteren Auskünfte geben. So entstehen Stiftungen, deren einziger Zweck die Rückzahlung des verzinsten Vermögens nach einer gewissen Zeitspanne ist. An diesen Problemen orientieren sich die Lösungsvorschläge. So führt die am wenigsten weit gehende Maßnahme des Country-by-Country Reporting (a) dazu, dass Unternehmen in ihrer Bilanz ausweisen müssten, welcher Teil des Unternehmensgewinns bspw. auf den Bahamas anfällt. Dies erzeugt erstmal nur Transparenz über die angewendeten Bilanzierungstricks und eröffnet Raum für z.B. zivilgesellschaftliches Engagement. Der am weitesten gehende Vorschlag (f) hingegen spricht sich dafür aus, internationale Steuerabkommen voranzutreiben, die auf eine Besteuerung auf Grundlage der „realen Firmenverhältnisse“ (anstelle des beliebig verschiebbaren Gewinns) abzielen. Als Indikator für die „realen Firmenverhältnisse“ könnte ein Mix aus Beschäftigtenzahl, Umsatz und investiertem Kapital dienen, so dass ein Unternehmen dort die meisten Steuern zahlen muss, wo es einen großen Umsatz erzielt, viele Menschen beschäftigt und Kapital investiert. Ikea würde beispielsweise seine Steuern nicht mehr auf den Bahamas zahlen, sondern dort wo es seine Möbel verkauft, Mitarbeiter beschäftigt und investiert.

[16] Der Antrag passt deshalb gut in das Wirtschaftsprogramm der Piratenpartei, weil er auf dem Wege der Transparenz das Ziel verfolgt, die Steuergerechtigkeit zu erhöhen, die Krisenanfälligkeit des internationalen Finanzsystems zu reduzieren und Wirtschaftskriminalität sowie Korruption zu erschweren.

[17] Disclaimer: Dieser Antrag wurde in Zusammenarbeit mit Christoph Trautvetter verfasst, einem guten Freund und Nicht-Pirat.

PA084 - Stärkung der Landwirtschaft

Grundsatzprogramm - Landwirtschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Ansprechpartner:Birgitt Piepgras

Zusammenfassung

breite Netzwerke zur Stärkung der Landwirtschaft aufbauen, den Verbraucherwillen berücksichtigen, die Anbau- und Haltungsbedingungen verbessern

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland um das Kapitel Landwirtschaft zu erweitern.

Stärkung der Landwirtschaft

[2] Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.

[3] Das erfordert in erster Linie ein Zusammenwirken aller Beteiligten. Neben den Landwirten und deren Verbänden gehören dazu auch der Lebensmittelhandel, Qualitätssiegel, Naturschutz- und Tierschutzverbände, aber auch die Vertreter der Politik und die Verbraucher. Wir wollen entsprechende Netzwerke transparent aufbauen und pflegen, in denen die Bedingungen, Möglichkeiten und deren Umsetzung gemeinsam ausgehandelt werden.

Verbraucherwille

[4] Wir wollen erreichen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht wie bisher unter dem Preisdruck der Lebensmittelkonzerne und der verarbeitenden Industrie stehen. Wir wollen keine Landwirtschaftspolitik, die ausschließlich auf Wachstum abzielt, dabei aber weder die Nachhaltigkeit noch den Verbraucherwillen berücksichtigt.

Netzwerk gentechnikfreier Regionen

[5] In der Charta von Florenz bekennen sich Regionen verschiedener europäischer Staaten dazu, gentechnisch veränderte Pflanzen nicht für den Anbau im Freiland zuzulassen und für die Landwirtschaft insgesamt abzulehnen.

[6] Wir wollen, dass Deutschland der Charta von Florenz beitritt und gentechnikfreie Region wird. Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt durch gentechnisch veränderte Organismen sind – einmal im Freiland ausgebracht – irreversibel und unvermeidbar.

[7] Es ist erwiesen, dass die Erträge durch konventionelle Zuchtverfahren stärker gesteigert werden konnten als durch die Gentechnik, dies bestätigt auch regelmäßig der Weltagrarbericht. Niemand müsste hungern, wenn Ressourcen, Wissen und die Möglichkeiten Lebensmittel zu erzeugen, gerecht verteilt würde.

Industrielle Tierproduktion

[8] Die Piratenpartei Deutschland lehnt eine industrielle Massentierhaltung ab, weil diese die Lebensqualität in den ländlichen Räumen beeinträchtigt, mit unakzeptablen Standards in der Nutztierhaltung einhergeht, sowie die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft gefährdet.

[9] Die Piratenpartei setzt sich für eine artgerechte Haltungsform aller Nutztiere ein.

[10] In dem Bereich der Federviehhaltung wollen wir die gleichen Ziele/Standards wie in der Legehennenhaltung erreichen.

[11] Die Haltung von Paarhufern ist über den Schlüssel der Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Region anzupassen.

[12] Bereits bestehenden Gesetzte und Verordnungen müssen konsequent angewendet und deren Einhaltung strenger als bislang kontrolliert werden.

Begründung

[13] Im Grundsatzprogramm ist bereits eines unserer Kernthemen, keine Patente auf Leben, verankert. Der gesamte Bereich Landwirtschaft fehlt jedoch völlig. Wir wollen mit diesem Antrag die Landwirtschaft im Grundsatzprogramm verankern, um aktiv an der Umsetzung der EU-Agrarpolitik mitarbeiten zu können.

PA085 - Landwirtschaft ohne grüne Gentechnik

Wahlprogramm - Landwirtschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Ansprechpartner:Birgitt Piepgras

Zusammenfassung

Ablehnung der grünen Gentechnik in der landwirtschaftlichen Produktion

Antragstext

[1] Antrag zur Aufnahme ins Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013 (bitte an geeigneter Stelle einfügen).

Landwirtschaft ohne grüne Gentechnik - für den Beitritt Deutschlands zur Charta von Florenz

[2] In der Charta von Florenz bekennen sich Regionen verschiedener europäischer Staaten dazu, gentechnisch veränderte Pflanzen nicht für den Anbau im Freiland zuzulassen und für die Landwirtschaft insgesamt abzulehnen.

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Deutschland der Charta von Florenz beitritt und gentechnikfreie Region wird.

[4] Naturressourcen gehören allen Menschen. Patente auf Pflanzen, Tiere und Produktionsmethoden blockieren die Entwicklung der Landwirtschaft, die Zugänglichkeit des Wissens und den allgemeinen Fortschritt der Menschheit zugunsten von Einzelinteressen.

[5] Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt durch gentechnisch veränderte Organismen sind – einmal im Freiland ausgebracht – irreversibel und unvermeidbar. Pflanzenbau ohne gentechnisch veränderte Organismen lässt sich nicht vor gentechnisch modifizierten Kulturen schützen, was diejenigen Landwirte beeinträchtigt, welche auf den Anbau gentechnisch veränderter Kulturen verzichten.

[6] Setzt ein Bauer gentechnisch verändertes Saatgut ein und es entsteht ein Schaden z.B. durch Auskreuzung in ein benachbartes Feld, muss er dafür haften, nicht etwa der Hersteller. Eine unabhängige Produktion von Lebensmitteln droht unmöglich zu werden.

[7] Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen lehnen wir auf Grund ihrer Unbeherrschbarkeit ab. Stattdessen setzen wir uns für die Erhaltung, Pflege und Weiterentwicklung traditioneller Sorten und deren Sammlung in öffentlichen und staatlichen Saatgutbanken ein. Darüber hinaus fordern wir auch den Schutz, die Erhaltung und Weiterentwicklung alter Nutztierrassen und wenden uns gegen die genetische Verarmung durch Hochleistungszucht.

Begründung

[8] Der Antrag bezieht sich ausschließlich auf so genannte "Grüne Gentechnik", also die zu Produktionszwecken durchgeführte Kultur von genetisch veränderten Pflanzen im Freiland. Er bezieht sich ausdrücklich nicht auf

die Forschung an genetisch veränderten Organismen etwa in der Medizin (rote Gentechnik).

[9] Genetisch veränderte Pflanzen dürfen nicht ins Freiland gelangen, da sie auch das Erbmaterial anderer Pflanzen zwangsläufig verändern würden. Einmal in die Umwelt entlassen, ist der Prozess nicht mehr umkehrbar.

[10] Pflanzen werden artübergreifend genetisch verändert, vor allem, damit sie resistent gegen Herbizide werden. Der Anbau genetisch veränderten Pflanzen gefährdet nicht nur die biologische Vielfalt, er führt auch zu einem vermehrten Herbizideinsatz, durch den sogenannte Superunkräuter entstehen, welche die heimische Flora verdrängen.

[11] Es wird immer wieder behauptet, Gentechnik würde als einzige Lösung das Problem des hohen Nahrungsbedarfs einer wachsenden Weltbevölkerung lösen. Es ist erwiesen, dass die Erträge durch konventionelle Zuchtverfahren stärker gesteigert werden konnten als durch die Gentechnik. Ebenso bestätigt der Weltagrarbericht (Synthesebericht, IAASTD 2009), dass die Ernährung der Weltbevölkerung auch mittels nachhaltiger Landwirtschaft ohne "grüne Gentechnik" möglich ist. Niemand müsste hungern, wenn Ressourcen, Wissen und die Möglichkeiten Lebensmittel zu erzeugen, gerecht verteilt würde.

PA086 - keine industrielle Tierproduktion

Wahlprogramm - Landwirtschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Ansprechpartner:Birgitt Piepgras

Zusammenfassung

Wir lehnen eine industrielle Tierproduktion ab und wollen die Bedingungen für Nutztiere deutlich verbessern.

Antragstext

[1] Antrag zur Aufnahme ins Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013 (bitte an geeigneter Stelle einfügen).

keine industrielle Tierproduktion

[2] Die Piratenpartei Deutschland lehnt eine industrielle Massentierhaltung ab, weil diese die Lebensqualität in den ländlichen Räumen beeinträchtigt, mit unakzeptablen Standards in der Nutztierhaltung einhergeht, sowie die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft gefährdet.

[3] Die Piratenpartei setzt sich für eine artgerechte Haltungsform aller Nutztiere ein.

[4] In dem Bereich der Federviehhaltung wollen wir die gleichen Ziele/Standards wie in der Legehennenhaltung erreichen. Wir halten das derzeitige Platzangebot für ein Masthähnchen/Pute am Mastende für zu klein. Der Platzbedarf ist mit entsprechenden Fachleuten deutlich zu optimieren.

[5] Die Haltung von Paarhufern ist über den Schlüssel der Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Region anzupassen. Nur so ist sichergestellt, dass eine ökologisch sinnvolle und nachhaltige Tierhaltung gewährleistet ist, da sowohl die Erzeugung von Futter als auch die umweltschonende Verwertung der Exkremente im Einklang mit der verfügbaren Fläche stehen.

[6] Bereits bestehenden Gesetzte und Verordnungen müssen konsequent angewendet und deren Einhaltung strenger als bislang kontrolliert werden.

Begründung

[7] Der Handel hält durchgängig prallgefüllte Regale und Kühltruhen vor. Ein erschreckend hoher Anteil der Nahrungsmittel wird aber nicht verbraucht, sondern als Müll entsorgt. Wissenschaftler und ein wachsender Anteil der deutschen Bevölkerung sind sich mittlerweile darin einig, dass dieser Trend und anhaltendes Preisdumping für Fleischprodukte nur möglich ist, so lange die Fleischindustrie auf Kosten der Tiere, der Arbeitsbedingungen der Landwirte und der Umwelt produziert.

[8] Die daraus resultierende industrielle Tierproduktion ist nur möglich, wenn präventiv Antibiotika (und andere Medikamente) eingesetzt werden. Immer häufiger werden in Tierbeständen resistenter Erreger nachgewiesen. Sie stellen nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dar, auch die Gesundheit der Tiere wird akut gefährdet.

[9] Ein Hähnchen z.B. wird heute in 36 Tagen erzeugt, vom Küken bis zu einem Schlachtgewicht von 1.700 Gramm. Das ist nur möglich durch eine reine Ausrichtung an industriellen Prozessen, die sich nahezu beliebig skalieren lassen, sind nicht im Sinne einer artgerechten Tierhaltung.

PA087 - Beseitigung der kalten Progression

Wahlprogramm - Steuern

LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Wied

Zusammenfassung

Kalte Progression ist ein Bug im deutschen Einkommenssteuersystem. Dieser Antrag umfasst ein simples Bugfix. Positive Konsequenzen der Umsetzung: transparenteres Steuersystem und geringere Belastung von Bezieher_Innen geringer und mittlerer Einkommen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle im Bereich Wirtschafts- bzw. Steuerpolitik aufzunehmen:

[2] **Beseitigung der kalten Progression**

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die sogenannte "kalte Progression" im deutschen Einkommenssteuersystem beseitigt wird. Unter kalter Progression versteht man den unerwünschten Effekt, dass Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Grenzsteuersatz führen. Praktisch werden damit über die Inflation jährlich verdeckte Steuererhöhungen in Milliardenhöhe vollzogen, für welche die deutsche Politik keine Rechenschaft ablegen muss. Dies trug dazu bei, dass die Ausdifferenzierung des deutschen Einkommenssteuersystems verloren ging und Mittelschichtshaushalte heute einen Grenzsteuersatz zahlen, der dem von Industriemagnaten und Bankiers nahekommt.

[4] Die Beseitigung der kalten Progression bei der Einkommenssteuer soll über eine jährliche Anpassung aller Tarifeckwerte und der pauschalen Abzugs- und Freibeträge erreicht werden. Diese werden dabei durch einen geeigneten Index um die Inflation des Vorjahres angepasst. Geeignet ist ein Inflationsindex, wenn er öffentlich einsehbar ist und seine Berechnung nachvollziehbar erfolgt. Er sollte insbesondere die Inflationsbelastung der BezieherInnen von geringen und mittleren Einkommen realistisch abbilden, da diese von kalter Progression besonders stark betroffen sind.

[5] Die Piratenpartei ist sich der Tatsache bewusst, dass in einem ersten Schritt Steuereinnahmen in jährlicher Höhe von ca. drei Milliarden Euro wegfallen, wenn die verdeckten Steuererhöhungen durch die kalte Progression beseitigt werden. Dies würde aufgrund der knappen Haushaltslage in einem zweiten Schritt explizite Steuererhöhungen nach sich ziehen, die dann jedoch transparent und unter Vollzug einer öffentlichen Debatte erfolgten. Die Politik hätte sich dann für Steuererhöhungen, die heute noch verdeckt erfolgen, zu rechtfertigen. Die einseitige Belastung der Mittelschicht würde damit unwahrscheinlich.

Begründung

[6] Im Folgenden wird erklärt,

- wie kalte Progression funktioniert,
- warum sie zu beseitigen ist,

- wie sie zu beseitigen ist,
- warum sie bisher nicht beseitigt wurde und
- warum ihre Beseitigung ein piratiges Anliegen ist.

[7] Was ist kalte Progression?

[8] Das Phänomen möchte ich anhand eines vereinfachten Fallbeispiels erklären, welches die Problematik auf das Wesentliche reduziert.

[9] Angenommen wir haben ein Steuersystem, in dem für jährliche Einkommen bis 20.000 Euro 20% Einkommenssteuer fällig werden und für jeden Euro der über 20.000 Euro hinaus verdient wird, 40% an Steuern abgeführt werden.

[10] Jemand der 20.000 Euro im Jahr verdient, muss darauf also 20% d.h. 4000 Euro an Steuern bezahlen. Jemand der 40.000 Euro im Jahr verdient, zahlt auf 20.000 Euro 20% (also 4000 Euro) und auf die darüber hinausgehenden 20.000 Euro 40% (also 8000 Euro). Insgesamt zahlt die Person also 12000 Euro Steuern.

[11] Soweit so gut. Was passiert nun, wenn es zu Inflation kommt? Zur Verdeutlichung nehmen wir eine 100%ige Inflation an. In der Realität tritt eher eine 2%ige Inflation auf.. das Problem stellt sich allerdings in der gleichen Weise.

[12] Bei 100%iger Inflation verdoppelt sich sowohl das Gehalt der Person, ebenso wie alle anderen Preise. Was passiert?

[13] Die Person kann sich genauso viel leisten wie bisher. Sie bekommt doppelt soviel Gehalt, muss aber auch für alle Dinge das doppelte bezahlen. Wenn sie sich also bisher für 16.000 Euro einen Roflcopter kaufen konnte, ist ihr das nach Inflation immer noch möglich; allerdings für 32000 Euro.

[14] Das Problem entsteht nun aufgrund der zuvor erklärten Steuerprogression.

[15] Hat die Person also bisher 20.000 Euro im Jahr verdient und 4000 Euro Steuern gezahlt, so verdient sie nun 40.000 Euro und muss demensprechend (s. oben) 12000 Euro an Steuern bezahlen. Sie hat nach Steuern also noch 28.000 Euro zur Verfügung. Vor Auftreten der Inflation hatte sie nach Steuern noch 16.000 Euro zur Verfügung. Angenommen sie hat sich bisher für diese 16.000 Euro einen Roflcopter kaufen können, so kostet dieser Roflcopter nach der Preisverdopplung nun 32.000 Euro. Durch die kalte Progression hat die Person nach Steuern aber nur noch 28.000 Euro zur Verfügung und kann sich den Roflcopter nun nicht mehr leisten. Die Differenz von 4000 Euro (Gegenwert vor Inflation: 2000 Euro) streicht der Staat ein.

[16] Warum ist kalte Progression zu beseitigen?

[17] Das Phänomen der kalten Progression ist ein Bug im deutschen Steuersystem. Die Intention eines progressiven Steuersystems ist es, stärkere Schultern stärkere Lasten tragen zu lassen. Nicht intendiert ist jedoch, dass sich die Belastung im Zeitablauf einseitig verschiebt. Genau das passiert aber durch das Zusammenwirken von Inflation und Steuerprogression. Dies ist ein trivialer Sachverhalt, der in den Wirtschaftswissenschaften schon seit langem bekannt ist, in der deutschen Politik bislang jedoch weitestgehend ignoriert wurde. Studien haben gezeigt, dass durch die kalte Progression jährlich ca. 3 Mrd Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen generiert werden. Diese faktischen Steuererhöhung erfolgen verdeckt, weil für sie keine Beschlüsse des Bundestages nötig sind, sondern sie über die kalte Progression erzeugt werden. Man könnte auch sagen, dass die deutschen Steuerzahler*innen im Jahr um 3 Mrd Euro betrogen werden. Denn kein*e Politiker*in muss sich für eine Steuererhöhung rechtfertigen; dennoch erfolgt sie.. eben versteckt.

[18] Wie kann kalte Progression beseitigt werden?

[19] Dies kann behoben werden, indem man die Steuerstufen mit einem Inflationsindex multipliziert. Bei einer 100%igen Inflation würde sich ein Inflationsindex von 1 auf 2 verdoppeln. Die Steuerstufe, die bei 20.000 Euro liegt wird mit dem Index also mit 2 multipliziert und liegt nach der Inflation folglich bei 40.000 Euro. Die Person aus dem Beispiel würde ihre 40.000 Euro Gehalt nun also nur mit 20% versteuern und hätte nach Steuern 32.000 Euro übrig. Sie könnte sich den Roflcopter also gerade wieder leisten. Eine Steuererhöhung per Inflation findet nicht statt, kalte Progression wird verhindert.

[20] In der Realität haben wir nun nicht eine Steuerstufe, sondern dutzende. Auch beträgt die Inflation eher 2%. Das Problem der kalten Progression tritt in der Realität allerdings in der gleichen Weise auf, lediglich in geringerem Ausmaß. Jährlich führt das wie gesagt dennoch zu ca. 3 Mrd Euro an steuerlicher Mehrbelastung. Am meisten leidet darunter die Mittelschicht, da diese bei Inflation sukzessive in höhere Steuertarife rutscht. Spitzenverdiener*innen zahlen vor und nach Inflation den Spitzensteuersatz und werden relativ gesehen wesentlich weniger stark belastet.

[21] Warum wurde die kalte Progression bisher nicht beseitigt?

[22] Das hat ausschließlich politische Gründe, technisch wäre es kein Problem. So findet bereits in 34 OECD-Ländern (darunter 11 EU-Ländern, der Schweiz und den USA) eine komplette oder teilweise automatische Anpassung des Steuertarifs statt. Steuererhöhungen sind jedoch unpopulär und somit sind verdeckte Steuererhöhungen eine willkommene Gelegenheit für die Politik sich einerseits um die Rechtfertigung der faktischen Steuererhöhungen zu drücken und sich andererseits alle paar Jahre für Steuersenkungen feiern zu lassen, die de facto aber nur einen Teil der bisher verdeckt erfolgten Steuererhöhungen zurücknehmen.

[23] Warum ist die Beseitigung von kalter Progression piratig?

[24] Die bisherige Praxis widerspricht zutiefst den Vorstellungen von einer transparenten Steuerpolitik in der sich die Politik für Steuererhöhungen vor den Bürger*innen rechtfertigen muss. Bei Annahme des Antrags und Implementierung des Vorschlags würden die Steuererhöhungen zwar trotzdem durchgeführt werden müssen, da auf die 3 Mrd. Euro nicht verzichtet werden kann. Jedoch müsste das dann auf transparente Art erfolgen und von einer öffentlichen Diskussion begleitet werden. Die Piratenpartei kann somit durch Annahme des Antrags dazu beitragen, dass die Besteuerung transparenter wird und sich die Politik für die deutsche Steuerrealität stärker verantworten muss.

PA088 - natürliche Ressourcen

Wahlprogramm - Landwirtschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Ansprechpartner:Birgitt Piepgras

Zusammenfassung

Wir lehnen die Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln und deren Schutz durch Patente grundsätzlich ab.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Bundestagswahlprogramm an geeigneter Stelle folgendes aufzunehmen:

natürliche Ressourcen

[2] Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft, die langfristig die natürlichen Ressourcen schont.

[3] Saatgut, ob gentechnisch oder konventionell resistent gegen Pflanzenschutzmittel gezüchtet, kann durch Auskreuzung in bestehende Ökosysteme eine besondere Gefährdung der Umwelt darstellen.

[4] Resistent gezüchtete Pflanzen funktionieren in der Landwirtschaft nur durch den gleichzeitigen Einsatz von speziell darauf abgestimmten Pflanzenschutzmitteln. Hierdurch wird die Landwirtschaft gezwungen, spezifische Mittel bestimmter Hersteller zum Einsatz zu bringen. Dieser Produktionszwang führt die Landwirtschaft in die direkte Abhängigkeit von den Rechteinhabern an Saatgut und Pflanzenschutzmitteln.

[5] Eine Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln und deren Schutz durch Patente lehnen wir grundsätzlich ab.

PA089 - Mehr Chancengleichheit im Bildungssystem

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tin-Te Bettina Günter, Arte Povera Lena Rohrbach

Zusammenfassung

Chancengleichheit ist in der BRD zwar in aller Munde, trotzdem ist der Anteil der Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten, die ein Studium beginnen, konstant niedrig. Es geht darum, von den Lippenbekenntnissen wegzukommen und Mechanismen der sozialen Selektion aufzuzeigen und anzugehen. In diesem Antrag werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen genannt, die sich in erfolgreichen PISA-Ländern und auch in Deutschland in Reformschulen und Pilotprojekten bewährt haben.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, folgenden Text an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl aufzunehmen.

Mehr Chancengleichheit im Bildungssystem

[2] Im europäischen Vergleich fällt Deutschland durch Bildungsbenachteiligung und eine besonders hohe soziale Selektion im Bildungssystem auf. Diese werden durch “harte“ organisatorische Mechanismen und “weiche“ kulturelle Mechanismen verursacht. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für mehr Chancengleichheit ein: Die soziale Herkunft darf nicht mehr über den Bildungserfolg entscheiden.

Abschied von einem einseitigen Verständnis vermittelnswerter Bildung

[3] Bildungsinhalte sollen sich nicht mehr einseitig an der Norm eines bildungsbürgerlichen Kanons orientieren, sondern andere Perspektiven und ein interessegeleitetes Lernen zulassen. Den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen der Lernenden soll mit Achtung begegnet werden. Schulen sollten einen Bildungsbegriff vertreten, der junge Menschen nicht benachteiligt, weil ihr Elternhaus sie nicht mit bildungsbürgerlichem Vorwissen, Codes und Spielregeln ausgestattet hat. Lehrkräfte müssen in Aus- und Weiterbildung dafür sensibilisiert werden, wie sich Selektionsmechanismen auswirken.

Langes gemeinsames Lernen

[4] Um mehr Chancengleichheit zu erreichen, treten wir für ein langes gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund ein. Je früher eine Selektion in verschiedene Schultypen stattfindet, desto stärker hängt das Ergebnis davon ab, mit welchen finanziellen Mitteln, welchem Bildungskapital, welchen Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien für Bildungswege die Kinder von ihrem Elternhaus ausgestattet wurden. Daher unterstützen wir Schulformen mit heterogener Schülerschaft, die sich um Binnendifferenzierung

und möglichst langes gemeinsames Lernen bemühen. Die Piratenpartei Deutschland fordert für diese Schulformen eine angemessene Ausstattung, Experimentierklauseln und die Möglichkeit eigene Oberstufen aufzubauen, damit sie sich als attraktive Schulen behaupten können.

Binnendifferenzierung und individuelles Coaching

[5] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass kein Kind Schule lediglich als Ort des Scheiterns oder der Unterforderung erlebt und unterstützt daher individuelle Lernwege. Das erfordert eine Abkehr vom Frontalunterricht und von detailliert festgelegten Lehrplänen. Lehrpläne werden zu Eckpunkten, Frontalunterricht zu einer Lehrmethode unter vielen.

[6] Ein Instrument für den Lernerfolg sehen wir im individuellen Coaching. Förderung hat nichts mit Defiziten zu tun. Jeder Schüler profitiert von individueller Förderung. Vor allem ist gezieltes Coaching aber wesentlich billiger, als Kinder eine Klassenstufe wiederholen zu lassen.

Mehrsprachigkeit als Chance begreifen und fördern

[7] Eine zweisprachige Sozialisation wird in Deutschland nur geschätzt, wenn es sich um eine populäre Sprache wie Englisch, Französisch oder Chinesisch handelt. Bei vielen Jugendlichen mit beispielsweise türkischem oder arabischem Migrationshintergrund werden dagegen eventuelle Defizite beim Erwerb der deutschen Sprache hervorgehoben. Darin sehen wir eine Diskriminierung.

[8] Studien aus erfolgreichen PISA-Ländern wie Kanada und Finnland belegen: Es erhöht die Bereitschaft, die Zweitsprache zu erwerben, wenn die Muttersprache einbezogen wird. Bilingualität soll bedeuten, in beiden Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Dafür müssen die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus erfolgreichen bilingualem Unterricht für alle Schulen verfügbar gemacht werden, die Kinder mit Deutsch als Zweitsprache unterrichten.

[9] Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Gezielte muttersprachliche Förderung ist auch für mehrsprachige Kinder in einigen Stunden pro Woche möglich.

[10] Die Anforderungen und Bewertungskriterien für Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht den Muttersprachler als Maßstab nehmen, sondern müssen dem individuellen Startpunkt Rechnung tragen, um Fortschritte im Spracherwerb wirklich zu würdigen.

Rechtschreibung als Werkzeug, nicht als Dogma betrachten

[11] Über den rigiden Umgang mit der Rechtschreibung findet in der Schule nach wie vor soziale Selektion statt, die sich vor allem gegen Lernende mit Rechtschreibschwächen und mit Migrationshintergrund richtet. Wir möchten einen Diskussionsprozess in Gang setzen, Rechtschreibung als Werkzeug, nicht als Dogma zu betrachten und den realen Gegebenheiten der Erwachsenenwelt anzupassen. Die Zero-Fehlertoleranz-Regel gehört auf den Prüfstand.

Begründung

[12] Chancengleichheit ist in der BRD zwar in aller Munde, trotzdem ist der Anteil der Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten, die ein Studium beginnen, konstant niedrig. Es geht also darum, von den Lippenbekenntnissen wegzukommen und Mechanismen der sozialen Selektion aufzuzeigen und anzugehen. Dabei kann es nicht darum gehen, Kindern nichtdeutscher Herkunft und aus bildungsfernen Elternhäusern dem vorherrschenden Bildungsbegriffen anzupassen, sondern persönliche Potenziale, Lernwege und –Inhalte zu erschließen und wertzuschätzen.

[13] In diesem Antrag werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen genannt, die sich in erfolgreichen PISA-Ländern und auch in Deutschland in Reformschulen und Pilotprojekten bewährt haben. Es gilt, sie in das erstarrte deutschen Bildungssystem zu überführen und den Schulen die Möglichkeit zu geben neue Wege zu beschreiten, die nicht an Bürokratie und engen Rahmenplänen scheitern sollen. Dazu sind Schulversuche, Experimentierklauseln und eine wissenschaftliche Begleitung notwendig.

[14] Die Umsetzung einiger dieser Überlegungen kostet Geld. Doch liegt Deutschland weit hinter den von der OECD geforderten Investitionen in die Bildung zurück. Es geht also nicht um unverschämte Forderungen, sondern um einen enormen Nachholbedarf, um das Niveau anderer Industriestaaten zu erreichen. Weiterhin spart ein Teil der Vorschläge sogar Geld, berücksichtigt man die Kosten, wenn Klassenstufen wiederholt werden müssen, geschweige denn die gesellschaftlichen Kosten, wenn Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen.

[15] Ein auf Berlin bezogenes, ähnliches Positionspapier wurde auf den LMV Berlin 12.2 mit großer Mehrheit verabschiedet: http://wiki.piratenpartei.de/BE:Antragskommission/LMV_2012.2/Antragsportal/Programmantrag_-_057

PA090 - Neuregelung der Pflege

Wahlprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Takecare22

Zusammenfassung

Pflege stärken, Kosten senken

(text=)Die Pflege ist die zentrale soziale und wirtschaftliche Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Sie muss gestärkt und in ihrer Unabhängigkeit gefördert werden. Der demographische Wandel und seine Folgen für die Versorgung der Pflegebedürftigen müssen erkannt und neu gesteuert werden, damit Qualität gesteigert und Kosten gesenkt werden.

Deshalb möge der Bundesparteitag folgende Punkte beschliessen und in das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland übernehmen.

Die Piratenpartei Deutschland fordert zur Qualitätssicherung der Pflege:

1. Die Finanzierung der Pflege durch ein solidarisches, steuerfinanziertes Modell.

2. Die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs durch die zuständige Fachpflege , unabhängig von Politik, Krankenkasse und MDK, bei gleichzeitiger Abschaffung aller Pflegestufen.

3. Die Einführung verbindlicher und transparenter Personalbemessungsinstrumente für alle Bereiche des Gesundheitswesens in Deutschland.

4. Die Einrichtung einer generalisierten, öffentlich-rechtlich finanzierten Pflegeausbildung in Modulen gemäss der Vorgaben des Deutschen Bildungsrates für Pflegeberufe

5.Die Niederlassungsfreiheit für den Heilberuf der selbständigen Fachpflegeperson (Primary Nurse/ Gemeindeschwester) mit Vertragszulassung bei der Kranken und Pflegekasse. , damit eine flächendeckende, kommunal organisierte Versorgung auf medizinisch-pflegerischem Gebiet gesichert werden kann. Diese Pflegepraxis ist der Ort des Patientencoachings und der Patientenanwaltschaft gegenüber anderen Erbringern gesundheitlicher Leistungen

6. Die Erweiterung der Verantwortungsbereiche der Fachpflege, über Verordnungen für Pflegehilfsmittel, Verbandmaterial, Salben etc. damit selbstständige Heilkunde von der Pflegefachperson sinnvoll ausgeübt werden kann. Dies soll mit dem schon bestehenden Modell des § 63 SGB V umgesetzt zeitnah umgesetzt werden.

7. die bundeseinheitliche Anerkennung der ex. Altenpflege auch zur Pflegedienstleitung im ambulanten Bereich.

8. Die Einführung einer bundeseinheitlichen berufsständischen Ordnung für die Pflegeberufe.

9. Die Einführung präventiver Pflegebedarfshausbesuche nach skandinavischem Modell zur gegebenenfalls frühzeitigen Erhebung des Pflegebedarfs.

10. Das Whistleblowing als Instrument der Qualitätssicherung rechtlich verankert und absichert wird.

Antragstext

Begründung

[1] Die Piratenpartei versteht sich als die Partei der Gesundheitsprävention. Nicht Kranksein soll sich für die Leistungserbringer im Gesundheitswesen primär lohnen, sondern die Vermeidung von Krankheit soll angemessen gefördert und honoriert werden. Darum muss die Fachpflege, als hauptsächlicher Träger der Präventionsarbeit in ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber Ärzteschaft und Krankenhaus und Heimbetreibern gestärkt werden. dazu dienen die oben aufgeführten Forderungen.

[2] Pflege muss an ihren angestammten Platz in der Mitte des Gesundheitswesens zurückkehren. Von dort wurde sie zunehmend in den letzten Jahrzehnten verdrängt, damit andere Interessengruppen sich , von Fachpflege ungestört, den Hauptteil am riesigen Geldkuchen des Gesundheitswesens haben herausschneiden können.

[3] Die Re-implementierung der Pflege in die Mitte des Gesundheitswesens und die Stärkung ihrer Kompetenzen bedeutet einen Paradigmenwechsel für die deutsche Gesundheitspolitik. Nichts weniger als die Umschichtung üppig vorhandener Mittel weg von Pharmariesen und Krankenhaus und Heimkonzernen, hin zur Pflege. Hierdurch könnten ,nach gesundheitswissenschaftlichen Erhebungen, zig Milliarden an sinnlos verpulverten Behandlungsleistungen und Doppelbehandlungen eingespart werden.

[4] Im Gegensatz zu anderen Parteien, die dem zunehmenden Pflegenotstand und Fachkräfemangel mit noch mehr Entfachlichung (Pflege kann doch jeder!) begegnen wollen, setzt piratische Gesundheitspolitik auf gesteigerte Qualität durch erhöhte Pflegefachkompetenz. (wie im Rest von Europa üblich). Nur qualitätsbezogene und eben nicht billig entfachlichte Pflege kann den komplexen, individuellen Pflegeprozess steuern, um damit sowohl Lebensqualität für alle an der Pflege Beteiligten zu sichern, als auch erheblich Kosten zu sparen.

[5] Die Pflegeprozesssteuerung erhebt die tatsächlichen und latenten Probleme und Ressourcen im täglichen Kontakt mit den Betroffenen (auch Angehörige). Dies mit ausreichend Zeit und Sachverstand. Sie stärkt und fördert die Selbstbestimmung des Patienten durch Beratung, Aufklärung, Erklärung und Empathie. Sie ist dem Ethikcodex des “ international council of nursing“ verpflichtet.

[6] Das Modell der Primary Nurse steht Pate für dieses Konzept. Aber im Gegensatz zum angelsächsischen Modell des public health als managed care, ist das Modell der Bezugspflege im evidenzbasierten Pflegeprozess besser geeignet die individuellen Bedürfnisse aller Betroffenen zu erkennen und in Punkto Gesundheit (Erhaltung) und Wohlbefinden angemessen und zielführend zu arbeiten.

[7] Euer Takecare, Hermann Merting Gesundheitssquad Berlin

PA091 - Grundsatzprogramm Wirtschaftspolitik

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Laura Dornheim]], Alexander Bock, André Presse, Nicolas Weinhold

Zusammenfassung

Dieser Programmantrag deckt alle wichtigen wirtschaftspolitischen Themenfelder ab, und stellt die grundsätzlichen Positionen der Piratenpartei dazu kurz und prägnant dar.

Antragstext

[1] Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland Der Bundesparteitag möge - gegebenenfalls modular - beschließen, folgenden Text als Programmteil "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.

[2] *Modul 1 - Präambel*

Wirtschaftspolitik

[3] Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei basiert auf einem humanistischen Menschenbild und ist bestimmt von Freiheit, Transparenz und gerechter Teilhabe. Auf diesem Fundament stehen unsere Konzepte für eine freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung, deren Ziel die selbstbestimmte Entfaltung und das Wohlergehen aller Menschen ist.

[4] Weltweite Vernetzung und Digitalisierung machen ganz neue Formen der Produktion, der Arbeit und des Austausches möglich. Diese neuen Formen des Wirtschaftens bieten enormes Potential, erfordern aber auch eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung. Hier bietet sich die Chance, einen zentralen Bereich der Gesellschaft politisch neu zu gestalten.

[5] Dabei ist für Piraten Wirtschaftspolitik nicht gleich Wachstumspolitik. Die über den Markt verkauften Güter und Dienstleistungen sind nur ein sehr unvollständiges und zuweilen irreführendes Maß für den Wohlstand und für die Lebensqualität in einer Gesellschaft. An diesen Steuerungsgrößen allein darf sich Wirtschaftspolitik nicht ausrichten, sie muss sich stattdessen den individuellen Lebensentwürfen der Menschen öffnen, unabhängig davon, wie stark diese ins Wirtschaftsgeschehen eingebunden sind. Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei soll den Rahmen zur Verwirklichung dieser Lebensentwürfe in einer globalisierten Wirtschaft schaffen.

[6] *Modul 2a - Wirtschaft und Staat*

[7] *(Es gibt zwei alternative Module, die sich einzig im ersten Abschnitt unterscheiden, in 2a: "Echte soziale Marktwirtschaft", in 2b: "Ein freies, transparentes und gerechtes Wirtschaftssystem")*

Wirtschaft und Staat

Echte soziale Marktwirtschaft

[8] Das wirtschaftspolitische Grundverständnis der Piratenpartei gründet auf den ursprünglichen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

[9] Wir sehen freie, dezentral organisierte Märkte als derzeit beste Möglichkeit für die Wirtschaft an, sich zu entfalten. Allerdings sehen wir auch die Notwendigkeit staatlichen Handelns: Es ist die Aufgabe des Staates einen Ordnungsrahmen zu schaffen, in denen Märkte der Weiterentwicklung der Gesellschaft und dem Wohl der Menschen dienen.

[10] Eine Wirtschaftsordnung, bei der ein Teil der Gesellschaft trotz gesamtgesellschaftlichen Wohlstands in Armut lebt, ist keine soziale Marktwirtschaft. Deswegen sehen wir es als Aufgabe der Piratenpartei, die soziale Marktwirtschaft wiederherzustellen.

Staatliche Regulierung

[11] Als Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger hat der Staat nicht nur das Recht sondern in besonderen Situationen auch die Pflicht, regulierend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, sofern dies im Sinne des Allgemeinwohls ist. Die Entwicklungen der letzten Jahre, gerade an den Finanzmärkten, haben deutlich gezeigt, dass auch unsere freie Wirtschaft eher “mehr Staat“ und damit mehr Demokratie als einen weiteren Abbau gesetzlicher Rahmenbedingungen benötigt. Fairer Wettbewerb, gerade auch für Selbstständige und kleine Unternehmen muss gewährleistet sein.

[12] Der Abbau von Monopolen, Oligopolen und Kartellen und eine Öffnung der Märkte sind erklärtes politisches Ziel der Piratenpartei.

Öffentliche Daseinsvorsorge

[13] Der Staat muss über geeignete Rahmenbedingungen einen ausreichenden Zugang zu existentieller Infrastruktur ermöglichen. Im Sinne der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst dies für uns nicht nur Lebensnotwendiges wie Trinkwasser und medizinische Versorgung, sondern auch den Zugang zu Informationen, Bildung und sozialen Kontakten. Wo eine privatwirtschaftliche Bereitstellung solcher Leistungen nicht zu gewährleisten ist, muss diese durch alternative Anbieter bereitgestellt werden: Neben öffentlichen Anbietern setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass Nutzer eigenverantwortlich Netzwerke zur Versorgung mit Informationen, Gütern und Dienstleistungen, besonders in der Form von Commons, betreiben können.

Subventionen und Investitionen

[14] Die bisherige Subventionspolitik in Deutschland und der EU ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar und auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll zu begründen. Wir werden uns dafür einsetzen, fragwürdige Subventionen zu kürzen und sicherzustellen, dass die Vergabe von Subventionen transparent und unabhängig von Lobbyorganisationen vonstatten geht. Subventionen müssen mit klaren Ziel- und Zeitvorgaben verknüpft sein, die eine Evaluation ermöglichen. Insbesondere sollten Subventionen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen und dürfen nicht zu Lasten Dritter gehen. Notwendiger Strukturwandel darf durch Subventionen nicht verhindert werden, da sonst die damit einhergehenden Probleme langfristig verschärft werden.

[15] Gleiches gilt für öffentliche Investitionen. Hier werden wir nicht nur für eine faire und transparente Vergabe sorgen, sondern auch sicherstellen, dass soziale und nachhaltige Ausgaben wie Investitionen in Bildung und Forschung gestärkt werden.

Staatsverschuldung

[16] Strukturelle Staatsverschuldung wird häufig als Problem für die nachkommenden Generationen betrachtet, ist jedoch darüber hinaus vor allem ein aktuelles Problem: Durch ein unzeitgemäßes und kompliziertes Steuersystem fließen dem Staat heute nicht die Mittel zu, die wir zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben benötigen. Wir wollen die so entstandene strukturelle Verschuldung abbauen, uns als Gesellschaft dabei aber keine unflexiblen Regeln auferlegen, die den Handlungsspielraum des Staates zu sehr einschränken würden und wirtschaftliche Krisen unnötig verschärfen.

Europäische Wirtschaft

[17] Der europäische Binnenmarkt repräsentiert mit seinen vier Freiheiten (Kapital-, Personen-, Waren- und Dienstleistungsfreizügigkeit) eine Errungenschaft der europäischen Integration und bildet das wirtschaftliche Rückgrat für die weitere Einigung des Kontinents. Dabei ist der europäische Markt ein einzigartiges Vorbild für die Entwicklung globaler Märkte, diese Position wollen wir ausbauen und stärken. Der gemeinsame europäische Markt ist aber noch lange nicht vollendet, unter anderem im Bereich virtueller Transaktionen, wie zum Beispiel immateriellen Gütern, oder der Regulierung von Finanzmarktteilnehmern, etwa alternativen Investmentfonds. Wir werden uns dafür einsetzen, verbliebenen Barrieren abzubauen und mehr Transparenz zu schaffen. Die Piratenpartei bekennt sich klar zu Europa. Daraus ergibt sich, dass wir auch bereit sind, wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortung an europäische Institutionen zu übertragen, sofern diese, möglichst unmittelbar, durch die europäische Bevölkerung demokratisch legitimiert sind.

[18] *Modul 2b - Wirtschaft und Staat*

[19] *(Es gibt zwei alternative Module, die sich einzig im ersten Abschnitt unterscheiden, in 2a: “Echte soziale Marktwirtschaft“, in 2b: “Ein freies, transparentes und gerechtes Wirtschaftssystem“)*

Wirtschaft und Staat

Ein freies, transparentes und gerechtes Wirtschaftssystem

[20] Wir sehen freie, dezentral organisierte Märkte als derzeit beste Möglichkeit für die Wirtschaft an, sich zu entfalten. Allerdings sehen wir auch die Notwendigkeit staatlichen Handelns: Es ist die Aufgabe des Staates einen Ordnungsrahmen zu schaffen, in denen Märkte der Weiterentwicklung der Gesellschaft und dem Wohl der Menschen dienen. Eine Wirtschaftsordnung, bei der ein Teil der Gesellschaft trotz gesamtgesellschaftlichen Wohlstands in Armut lebt, ist weder sozial noch gerecht. Wir sehen es daher als Aufgabe der Piratenpartei, Wirtschaftspolitk wieder am Allgemeinwohl auszurichten.

Staatliche Regulierung

[21] Als Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger hat der Staat nicht nur das Recht sondern in besonderen Situationen auch die Pflicht, regulierend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, sofern dies im Sinne des Allgemeinwohls ist. Die Entwicklungen der letzten Jahre, gerade an den Finanzmärkten, haben deutlich gezeigt, dass auch unsere freie Wirtschaft eher “mehr Staat“ und damit mehr Demokratie als einen weiteren Abbau gesetzlicher Rahmenbedingungen benötigt. Fairer Wettbewerb, gerade auch für Selbstständige und kleine Unternehmen muss gewährleistet sein.

[22] Der Abbau von Monopolen, Oligopolen und Kartellen und eine Öffnung der Märkte sind erklärtes politisches Ziel der Piratenpartei.

Öffentliche Daseinsvorsorge

[23] Der Staat muss über geeignete Rahmenbedingungen einen ausreichenden Zugang zu existentieller Infrastruktur ermöglichen. Im Sinne der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst dies für uns nicht nur Lebensnotwendiges wie Trinkwasser und medizinische Versorgung, sondern auch den Zugang zu Informationen, Bildung und sozialen Kontakten. Wo eine privatwirtschaftliche Bereitstellung solcher Leistungen nicht zu gewährleisten ist, muss diese durch alternative Anbieter bereitgestellt werden: Neben öffentlichen Anbietern setzen wir uns insbesondere dafür ein, dass Nutzer eigenverantwortlich Netzwerke zur Versorgung mit Informationen, Gütern und Dienstleistungen, besonders in der Form von Commons, betreiben können.

Subventionen und Investitionen

[24] Die bisherige Subventionspolitik in Deutschland und der EU ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbar und auch aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll zu begründen. Wir werden uns dafür einsetzen, fragwürdige Subventionen zu kürzen und sicherzustellen, dass die Vergabe von Subventionen transparent und unabhängig von Lobbyorganisationen vonstatten geht. Subventionen müssen mit klaren Ziel- und Zeitvorgaben verknüpft sein, die eine Evaluation ermöglichen. Insbesondere sollten Subventionen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen und dürfen nicht zu Lasten Dritter gehen. Notwendiger Strukturwandel darf durch Subventionen nicht verhindert werden, da sonst die damit einhergehenden Probleme langfristig verschärft werden.

[25] Gleiches gilt für öffentliche Investitionen. Hier werden wir nicht nur für eine faire und transparente Vergabe sorgen, sondern auch sicherstellen, dass soziale und nachhaltige Ausgaben wie Investitionen in Bildung und Forschung gestärkt werden.

Staatsverschuldung

[26] Strukturelle Staatsverschuldung wird häufig als Problem für die nachkommenden Generationen betrachtet, ist jedoch darüber hinaus vor allem ein aktuelles Problem: Durch ein unzeitgemäßes und kompliziertes Steuersystem fließen dem Staat heute nicht die Mittel zu, die wir zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben benötigen. Wir wollen die so entstandene strukturelle Verschuldung abbauen, uns als Gesellschaft dabei aber keine unflexiblen Regeln auferlegen, die den Handlungsspielraum des Staates zu sehr einschränken würden und wirtschaftliche Krisen unnötig verschärfen.

Europäische Wirtschaft

[27] Der europäische Binnenmarkt repräsentiert mit seinen vier Freiheiten (Kapital-, Personen-, Waren- und Dienstleistungsfreizügigkeit) eine Errungenschaft der europäischen Integration und bildet das wirtschaftliche Rückgrat für die weitere Einigung des Kontinents. Dabei ist der europäische Markt ein einzigartiges Vorbild für die Entwicklung globaler Märkte, diese Position wollen wir ausbauen und stärken. Der gemeinsame europäische Markt ist aber noch lange nicht vollendet, unter anderem im Bereich virtueller Transaktionen, wie zum Beispiel immateriellen Gütern, oder der Regulierung von Finanzmarktteilnehmern, etwa alternativen Investmentfonds. Wir werden uns dafür einsetzen, verbliebenen Barrieren abzubauen und mehr Transparenz zu schaffen. Die Piratenpartei bekennt sich klar zu Europa. Daraus ergibt sich, dass wir auch bereit sind, wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortung an europäische Institutionen zu übertragen, sofern diese, möglichst unmittelbar, durch die europäische Bevölkerung demokratisch legitimiert sind.

[28] *Modul 3 - Ökologie*

Ökologie

[29] Die Piratenpartei setzt sich für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Dazu gehört auch, dass die wirtschaftliche Nutzung von natürlichen Ressourcen so bepreist ist, dass eine Ausbeutung auf Kosten der Allgemeinheit nicht möglich ist.

[30] In der Umstellung auf regenerative Energiequellen und in der Dezentralisierung der Erzeuger- und Verteilungsstrukturen sehen wir großes Potential für die deutsche Wirtschaft, gerade für kleine, innovative Unternehmen. Wir werden dazu beitragen, dass dieses Potential genutzt wird und dadurch bundesweit Innovationen und Arbeitsplätze entstehen.

[31] *Modul 4 - Verbraucherschutz*

Verbraucherschutz

[32] Damit eine freie Marktwirtschaft auch sozial ist, müssen die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber der Macht der Anbieter gestärkt werden. Dies kann jedoch nicht durch weitere Bevormundung des Einzelnen und wenig sinnvolle Warnungen geschehen. Die Piratenpartei will stattdessen Produzenten und Dienstleister dazu verpflichten, umfassende und verständliche Informationen bezüglich ihrer Produkte und deren Herstellung öffentlich bereitzustellen. Die Möglichkeiten, die neue Medien hier bieten, sollten nicht nur für Werbung sondern auch solche Informationen genutzt werden. Nur informierte Konsumierende können frei entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben und damit direkten Einfluss auf die Anbieter ausüben.

[33] *Modul 5 - Arbeitsmarkt*

Arbeitsmarkt

Arbeit und Mensch

[34] Arbeit ist für uns nicht nur eine handelbare Ware, sondern immer auch die persönliche Leistung eines Menschen. Es ist daher ein Gebot der Menschenwürde, dass jeder Mensch frei entscheiden kann, welchen Beruf er ausüben will und welche Arbeit er annehmen will, aber auch, dass diese Leistung entsprechend gewürdigt wird.

[35] Die technologische Entwicklung ermöglicht es, dass nicht mehr jede monotone, wenig sinnstiftende oder sogar gefährliche Aufgabe von Menschenhand erledigt werden muss. Wir sehen dies als großen Fortschritt, den wir begrüßen und weiter vorantreiben wollen. Daher betrachten wir das Streben nach absoluter Vollbeschäftigung als weder zeitgemäß noch sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen.

Mindestlohn als Brückentechnologie

[36] Es gehört zu den Aufgaben des Staates sicherzustellen, dass auch im freien Markt die Menschenwürde respektiert wird. Wer voll berufstätig ist, darf nicht unter der Armutsgrenze leben und auf staatliche Zusatzleistungen angewiesen sein. Zudem verzerren Dumpinglöhne die Wettbewerbsbedingungen innerhalb und zwischen freien Märkten.

[37] Um allen Menschen eine würdige Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, werden wir uns daher für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Mittelfristig wollen wir jedoch mit dem “Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ ein umfassenderes System zur allgemeinen, bedingungslosen Existenzsicherung etablieren.

Betriebliche Mitbestimmung

[38] Die Piratenpartei tritt für die stärkere Demokratisierung der Wirtschaft ein. Dieser Prozess findet aber nicht nur auf der Ebene von Staat und Markt statt, sondern auch innerhalb einzelner Unternehmen. Das Arbeitsumfeld ist ein wesentlicher Teil des Lebensumfeldes, auf das Menschen einen angemessenen Gestaltungsanspruch haben, der letztendlich auch den Unternehmen zugute kommt. Wir werden daher die existierenden Mitbestimmungsrechte für Angestellte verteidigen und wo nötig weiter ausbauen. Die Beteiligung der Mitarbeiterbasis an der Unternehmensführung begünstigt sozialere und nachhaltigere Entscheidungsfindung sowie unternehmerische Innovationen.

[39] *Modul 6 - Steuern*

Steuern

[40] Steuern stellen die wichtigste Einnahmequelle des Staates dar und dienen dazu, alle Einrichtungen zu finanzieren, die wir uns als Gesellschaft leisten wollen. Wir glauben, dass alle Bürgerinnen und Bürger prinzipiell bereit sind, ihren Teil zur Finanzierung des Staats beizutragen, gemäß dem Prinzip des Grundgesetzes "Eigentum verpflichtet". Voraussetzung dafür ist ein verständliches, transparentes und vor allem gerechtes Steuersystem und ein nachvollziehbarer demokratischer Prozess bei der Verwendung von Steuergeldern.

[41] Wir wollen die Umsatzsteuer als Haupteinnahmequelle des Staates beibehalten und das bestehende Steuermodell, gerade bei Ertrag- und Erbschaftsteuern, vereinfachen und so gestalten, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland nicht weiter zunimmt. Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher werden wir abschaffen, denn sie tragen maßgeblich dazu bei, dass die progressive Einkommensbesteuerung zu Lasten der Einkommensschwachen aufgeweicht wird.

[42] *Modul 7 - Globalisierung*

Globalisierung

[43] Die zunehmende weltweite Vernetzung sehen wir grundsätzlich als positive und bereichernde Entwicklung. Das Internet mit seinen fast unbegrenzten Möglichkeiten wird dabei ein immer bedeutenderer Wirtschaftsfaktor, der weit über nationale Politik hinausgeht. Der weltweite Ausbau eines freien Internets ist daher nicht nur ein ideelles, sondern auch ein wirtschaftspolitisches Ziel der Piratenpartei.

[44] Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Globalisierung dem Gemeinwohl aller Menschen dient. Konkret heißt das, dass wir uns dafür einsetzen werden, die Rechte der Menschen in weniger stark industrialisierten Ländern am Weltmarkt zu stärken, und dass wir in zunehmend vernetzten Märkten für den Angleich und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Konsumenten eintreten werden.

[45] *Modul 1337* tl;dr: Progressiv, mit Internet. Und sozial!

Begründung

[46] Begründung

[47] (nicht Teil des Antrags) Unser Grundsatzprogramm enthält derzeit keinen Abschnitt zur Wirtschaftspolitik. Eigentlich sollte das als Begründung reichen.

[48] Natürlich gibt es aber auch Gründe, weshalb dieser Antrag besser ist, als andere Alternativen, die wichtigsten drei sind:

[49] Inhalt: Piratig, fundiert und umfassend

[50] In diesem wirtschaftspolitischem Grundsatzprogramm sind die elementaren Werte der Piraten und bisher beschlossene Konzepte (Teilhabe, Transparenz, Netzwerkprinzip, fahrscheinloser ÖPNV, Existenzsicherung, ...)

berücksichtigt sowie volks- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse (Schuldenproblematik, Bepreisung von Ressourcen...)Zudem werden alle wesentlichen Bereiche der Wirtschaftspolitik kurz angesprochen.

[51] Flughöhe: Grundsätzliches statt alle Details

[52] Das Grundsatzprogramm ist für das grundsätzliche da. Genau wie bei anderen Feldern ist es wichtig, dass wir uns auf Grundwerte einigen und diese im Programm kommunizieren. Konkrete Änderungs- und Lösungsvorschläge wirtschaftspolitischer Natur gehören ins Wahlprogramm bzw. die Landesprogramme. Das Grundsatzprogamm ist im Idealfall die Basis, aus der sich konkrete Ansätze ableiten lassen, mindestens aber definiert es die Grundhaltung der Partei zu wirtschaftspolitischen Themen.

[53] Umfang: Kurz und knapp

[54] Der Wirtschaftsteil in unserem Grundsatzprogramm sollte kein seitenlanges prosaisches Werk sein, sondern vom Umfang her im Verhältnis mit anderen Themen stehen und in ähnlichem Stil verfasst sein.

PA092 - Grundnahrungsmittel sind keine Spekulationsobjekte

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz Josef Schmitt (fjthephysiker), Dennis Pargmann (palpatin80) Laura Dornheim (schwarzblond)

Zusammenfassung

Verbot von Spekuliationen mit Grundnahrungsmitteln, als Spekulation gilt jede Art von Handel, die nicht der Produktion, verbrauchsbestimmten Verteilung oder der Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln dient.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge im inhaltlich noch zu entwickelnden Programmschwerpunkt “Wirtschaftspolitik“ den Unterpunkt “Finanzmarktspekulationen“ mit folgendem Inhalt aufnehmen:

Keine Finanzspekulationen mit Grundnahrungsmitteln

[2] Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, Weizen und andere Getreide und Ölsaaten sind die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen. Oft genug entscheidet die Verfügbarkeit und ein bezahlbarer Preis dieser Rohstoffe über Menschenleben.

[3] Es ist nicht vertretbar, dass die Preise für Grundnahrungsmittel durch Spekulationen an Rohstoffbörsen nach oben getrieben werden.

[4] Die Piratenpartei wird sich daher dafür einsetzen, dass Grundnahrungsmittel nicht mehr als Spekulationsobjekte gehandelt werden dürfen.

Zur Definition von Spekulation

[5] Verboten werden sollen Geschäfte mit Nahrungsmitteln, sofern sie nicht der Produktion, der verbrauchsbestimmten Verteilung oder der Bereitstellung dienen. Der Handel mit Future-Kontrakten, Termin-Geschäften und anderen Derivaten, die Nahrungsmittel als Basiswert ausweisen, muss vollständig unterbunden werden. Sämtliche Warentermingeschäfte sollten über eine kontrollierte Börse laufen und meldepflichtig sein. Eine entsprechende Regulierung des Marktes durch internationale Abkommen ist anzustreben.

[6] Es wäre wünschenswert, die Maßnahmen zur Verhinderung der Spekulation mit Grundnahrungsmitteln auch auf Rohstoffe auszudehnen.

Begründung

[7] Sollen die bestehende Hungerkatastrophe und gefährliche Marktschwankungen nicht weiter verschärft werden, muss insbesondere die Spekulation mit Nahrungsmitteln unterbunden werden.

[8] Erstmalig in der Geschichte der Menschheit wurde die Marke von 1 Mrd. hungerleidenden Menschen auf der Welt überschritten. Anfang des Jahrhunderts hatte die WHO das Ziel, die Zahl hungerleidender Menschen von 800 Mio. auf 400 Mio. zu halbieren (bis 2015), dieses Ziel ist in Ferne gerückt.

[9] Die Zahl mangelernährter Menschen hat sich durch steigende Marktpreise und Missernten in jüngster Zeit zunehmend erhöht. Durch Spekulationsgeschäfte wird ein signifikanter globaler Preisdruck erzeugt. Ausreichende Ernährung ist jedoch ein lebensnotwendiges Gut jedes Menschen, das grund- und menschenrechtlich weltweit gesichert sein muss. Es genießt Priorität gegenüber jeder Form des gewinnbringenden Kapitalerwerbs. Spekulationsmechanismen, die tendenziell den Marktpreis von Lebensmitteln manipulieren, sind daher unbedingt einzudämmen. Hierbei geht es nicht um potenziellen Gewinn von landwirtschaftlichen betrieben sondern um die Möglichkeit für die Bevölkerung, mit geringem Einkommen das notwendige täglich Brot erwerben zu können.

[10] Die Wirkungen der eingedämmten Spekulation sind anhand der Praxis zu evaluieren. Ziel ist eine möglichst effiziente Verteilung und Bereitstellung von Lebensmitteln. Laufende Anpassung der Maßnahmen an das Wirtschaftsgeschehen ist obligatorisch.

PA093 - Präambel zum Wirtschaftsprogramm der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz-Josef Schmitt, Cornelia Otto für das Squad Finanzen, Haushalt, Steuern

Zusammenfassung

Präambel für ein Wirtschaftsprogramm mit Schwerpunkt sozialer Ausgleich, sichere Existenz, gesellschaftliche Teilhabe, Transparenz, Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit, Menschenwürde und Freiheit

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text als Präambel eines Programmteils “Wirtschaftspolitik“ in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen:

Präambel

[2] Die Piratenpartei setzt sich mit ihrem Wirtschaftsprogramm dafür ein, dass sich wirtschaftliches Handeln an den Bedürfnissen des Bürgers orientiert und dabei Ressourcen und Umwelt geschont werden.

[3] Im Vordergrund unserer Wirtschaftspolitik steht der Mensch und das Ziel, jedem das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass der tägliche Bedarf aller Menschen gedeckt ist und Lebens- und Berufsentwürfe auch vor dem Hintergrund der Unwahrscheinlichkeit von Vollbeschäftigung frei entwickelt werden können. Auf einer sicheren existenziellen Grundlage kann jeder Mensch sein ihm innewohnendes Potenzial voll entfalten. Menschenwürde, Freiheit sowie das Wohlergehen des Individuums und der Gesellschaft bilden den höchsten Wert, an dem sich jedes Handeln – auch das der Wirtschaft – zu orientieren hat. Dabei gilt es, einen sozial gerechten Ausgleich zwischen allen in der Gesellschaft lebenden Menschen zu erreichen.

[4] Die Piraten sprechen sich für Transparenz und Bürgerbeteiligung aus. Dies gilt auch für die Wirtschaft. Insbesondere bei Projekten, die in den Lebensraum der Bürger eingreifen, ist es unabdingbar, Betroffene frühzeitig, offen und vollumfänglich zu informieren, sowie in Planungs- und Realisierungsprozesse einzubinden. Ein gesunder Wirtschaftsstandort muss von der Zustimmung der in ihm lebenden Bevölkerung getragen werden.

[5] Globalisierung, Ressourcenknappheit, Umweltschäden und Klimawandel stellen unsere Gesellschaft zudem vor Herausforderungen, die zunehmend der friedlichen Zusammenarbeit der Menschheit auch über nationale Grenzen hinweg bedürfen.

Begründung

[6] Die Piraten brauchen ein Wirtschaftsprogramm. In der Präambel wird die Stoßrichtung für ein solches Programm vorgegeben. Dabei möchten wir uns für die Stärkung des sozialen Ausgleichs aussprechen.

[7] Grundlagen einer echten Demokratie sind nicht Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Wachstum, sondern politische und gesellschaftliche Teilhabe, freie Selbst- und Mitbestimmung des Individuums, sowie Chancengleich-

heit und Gleichheit vor dem Gesetz. Die ursprüngliche Idee von Demokratie hatte den Menschen und seine zentralen Bedürfnissen im Sinn.

[8] Der freie, unregulierte Markt bedeutet für alle, die nicht die Macht und das Geld haben, um Einfluss zu nehmen, letztendlich den Verlust der Freiheit auf Mit- und Selbstbestimmung. Sie werden vor Ergebnisse intransparenter Entscheidungen gestellt, die von nicht demokratisch legitimierten Interessensgruppen und nur indirekt legitimierten Repräsentanten hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurden.

[9] Die Forderungen nach mehr Transparenz, Mitbestimmung, nach Chancengleichheit, Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Verantwortung und freier persönlicher wie gesellschaftlicher Selbstbestimmung muss sich auch auf die Wirtschaftspolitik erstrecken.

PA094 - Transparenz der Vergabe öffentlicher Aufträge

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz-Josef Schmitt, Cornelia Otto, Squad FHS

Zusammenfassung

Ziel ist es, im Rahmen eines Wirtschaftsprogramms den Grundsatz zu formulieren, dass die Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen, insbesondere bei Beteiligung der öffentlichen Hand, transparent ausgestaltet werden muss.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text als Modul im Programmteil "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Transparenz der Vergabe öffentlicher Aufträge

[2] Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand müssen transparent sein. Der Staat, die Politik und die ausführenden Organe sind Verwalter der Steuermittel des Bürgers.

[3] Eine Einsichtnahme in Verträge der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Piratenpartei ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Die Verwendung der Haushaltsgelder muss für jeden nachvollziehbar und überprüfbar sein.

[4] Die Ausschreibungskriterien sind zusätzlich so zu veröffentlichen (z.B. im Internet), dass der Bürger den Entscheidungsprozess begleiten kann. Eine Veröffentlichung der abgegeben Angebote nach Eröffnung der Angebotsphase wäre wünschenswert.

[5] Die öffentliche Auftragsvergabe und durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen sind in einer zentralen Datenbank zu speichern und auf einem Online-Portal zu veröffentlichen.

Begründung

[6] Die Initiative entspricht dem zu 96 % positiv abgestimmten Meinungsbild https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3926.html

[7] Sie bietet eine formulierte Grundlage für gesetzliche Initiativen, die Transparenz fördern wie zum Beispiel das Berliner oder das Hamburger Transparenzgesetz.

[8] Wirtschaftliche Entscheidungen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Dies gilt insbesondere für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Rechtsgeschäfte der öffentlichen Hand sind als alle Aufträge (einzelne oder sich wiederholende) zu verstehen, die aus der öffentlichen Hand an private Unternehmen vergeben werden.

PA095 - Transparenz bei der privaten Altersvorsorge

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz-Josef Schmitt, Cornelia Otto, GBW, piezzo

Zusammenfassung

Die Kostenstruktur und die wirklich erreichte Rente privater Rentenversicherungen wird trotz bestehender gesetzlicher Regelungen oft in Beratungsgesprächen verschwiegen oder in langen Vertragswerken versteckt. Die Piraten sprechen sich hier für mehr Transparenz aus.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland innerhalb des Bereichs "Wirtschaftspolitik" den Unterpunkt "Transparenz bei der privaten Altersvorsorge" mit folgendem Inhalt aufnehmen:

Transparenz bei der privaten Altersvorsorge

[2] Die Piratenpartei setzt sich für klar nachvollziehbare Kostenstrukturen bei den privaten Rentenversicherungen ein: Die effektiv anfallenden Kosten und Gebühren einer privaten Rentenversicherung sind als Summe aller Einzelposten in der Gesamtlaufzeit, welche von den Versicherten an nichtstaatliche Versicherungsunternehmen zu zahlen sind, direkt neben der zu erwartenden Ablaufleistung (Auszahlungssumme) im Versicherungsangebot sowie in der Versicherungspolice auszuweisen. Der Versicherungsberater hat auf die Gebühren im Gespräch explizit hinzuweisen. Der spekulative Charakter der ausgewiesenen potenziellen Ablaufleistung ist klar darzustellen. Im Beratungsgespräch sowie in den Angebots- und Vertragsunterlagen muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass möglicherweise die garantierten Werte nicht signifikant überschritten werden.

Begründung

[3] Im Januar 2009 wurde das Beratungsgesetz für private Rentenversicherungen reformiert. Dies legt fest, dass Berater ihre Kunden über die Gebühren der abzuschließenden Rente aufklären müssen. Über die sogenannte „Beweislastumkehr" wurde sichergestellt, dass die Unternehmen eine korrekte Beratung nachweisen müssen und nicht der Kunde.

[4] Leider haben die Versicherungsunternehmen dies jedoch nicht zum Anlass genommen, auf sämtliche Gebühren für den Kunden klar nachvollziehbar hinzuweisen.

[5] Man sollte erwarten, dass bereits das Angebot für eine Rentenversicherung so ausgestaltet ist, dass die Gebühren, die während der Laufzeit anfallen, deutlich ersichtlich ausgewiesen sind. Derart, dass beim Durchlesen der entscheidenden Positionen, nämlich der zu erwartenden Ablaufleistung, des Monatsbeitrags und der Laufzeit des Vertrags auch diese Gebühren gleichwertig zu erkennen sind.

[6] Dies ist jedoch nicht der Fall, obgleich dies die Intention des Gesetzgebers bei der Reform des Beratungsgesetzes 2009 war. Vielmehr werden Kosten und Gebühren kompliziert in langen verschachtelten Dokumenten

versteckt und in eine Serie von Einzelpositionen aufgeschlüsselt, so dass der Eindruck entsteht, dass diese Intention des Gesetzgebers aktiv umgangen werden soll. Dennoch haben damit die Versicherer die hinreichende Möglichkeit, im Falle einer Kundenklage nachzuweisen, dass die Beratung gemäß Beratungsgesetz erfolgte.

[7] Der Kunde schließt einen Vertrag ab, dessen gesamte Kostenstruktur ihm nicht wirklich bekannt ist. Für einen Außenstehenden entsteht der Eindruck, dass zu Gunsten der Abschlussquote der Kunde getäuscht werden soll. In der derzeitigen Diskussion um die Einführung einer Versicherungspflicht für Selbstständige, der Zuschussrente und einer Ausweitung der Riesterrente soll die Säule der privaten Altersvorsorge noch weiter gestärkt werden. Wenn überhaupt, dann kann dem nur zugestimmt werden, wenn die Kunden überhaupt wissen, welche Kosten sie erwarten und welche Rente am Schluss wirklich herauskommt.

[8] In Beratungsgesprächen wird derzeit definitiv nicht ausreichend darauf hingewiesen, dass möglicherweise nur eine geringe garantierte Rente zu erwarten ist, sondern mögliche, viel höhere Werte dominieren die Beratung. Als Beispiel sei aus einem Dokument eines Angebots des Deutschen Rings zitiert. Dieses wurde für einen 31-jährigen Mann formuliert, mit einem Monatsbeitrag von 162,17 Euro (typischer Wert für 2100 Euro im Jahr inklusive 154 Euro Staatszulage) und läuft über 36 Jahre und ist im Vergleich zu anderen Anbietern noch vergleichsweise transparent ausgestaltet ! So liegen Dokumente anderer Versicherer vor, in denen die Gebühren insgesamt gar nicht ausgewiesen sind oder noch höhere potenzielle Ablaufleistungen in Aussicht gestellt werden.

[9] Auf der ersten Seite heißt es:

[10] - ZITAT ANFANG -

[11] Ihre versicherten Leistungen RingRiesterAktiv top3

[12] Zum geplanten Rentenzahlungsbeginn mit... 67 Jahren ein garantiertes zur Verrentung zur Verfügung stehendes Kapital von 70.057,44 EUR daraus ergibt sich eine lebenslange monatliche Altersrente von 262,37 EUR Die nachfolgenden Berechnungen berücksichtigen, dass die Eigenbeiträge und die staatlichen Zulagen - wie dargestellt -dem Vertrag bis zum geplanten Rentenzahlungsbeginn zufließen. Fließt dem Vertrag eine geringere Zulage zu, so wird den Berechnungen ein entsprechend erhöhter Eigenbeitrag (Zuzahlung) unterstellt. Bei Annahme unterschiedlicher jährlicher Wertentwicklungen der Fonds und mit den derzeitigen Überschussanteilsätzen ergeben sich folgende unverbindliche Gesamtleistungen

[13] Zur Verrentung zur Verfügung stehendes Kapital *)

[14] 2 % 97.420,00 EUR 4 % 143.040,00 EUR 6 % 217.910,00 EUR 8 % 339.730,00 EUR

[15] Anfängliche Zuwachsrente *) 2 % 460,00 EUR 4 % 675,00 EUR 6 % 1.029,00 EUR 8 % 1.604,00 EUR

[16]) Die dargestellten möglichen Leistungsentwicklungen in der Zukunft basieren auf der Annahme gleichbleibender Wertentwicklungen sowie den für 2009 erklärten Überschussanteilsätzen. Die Berechnung der monatlichen Altersrenten erfolgte nach den heutigen Rechnungsgrundlagen. Alle Angaben dienen ausschließlich Illustrationszwecken und können nicht garantiert werden. - ZITAT ENDE -

[17] Über die Gebühren findet sich auf Seite 16 (von 69 Seiten) mitten in einem komplizierten Fließtext:

[18] - ZITAT ANFANG -

[19] Die über die Beitragszahlungsdauer aufsummierte Gesamtinvestition (Beitragssumme ohne Zulagen/Zuzahlungen) beträgt 70.057,44 EUR. Für diesen Vertrag haben wir einmalige Abschlusskosten in Höhe von 2.802,30 EUR einkalkuliert. Die einmaligen Abschlusskosten werden gleichmäßig über die ersten fünf Jahre verteilt. Sie dienen u. a. zur Finanzierung des Beratungsaufwandes, der Leistungen für die Risikoprüfung und der Vertragsausfertigung. Die übrigen Kosten betragen jährlich 262,32 EUR. Während des Rentenbezugs der Altersrente sind jährliche Kosten in Höhe von 1,50 EUR je 100 EUR Jahresrente einkalkuliert.

[20] - ZITAT ENDE -

[21] Die gesamten Gebühren, die mit diesem Vertrag anfallen betragen jedoch - und dies ist unserer Ansicht nach nicht deutlich ersichtlich:

[22] 2.802,30 Euro einmalige Abschlusskosten, die bereits in den ersten 5 Jahren anfallen, also jedes Jahr 560,46 Euro. Zuzüglich 9.443,52 Euro an Verwaltungskosten, die mit jährlich 262,32 Euro zu Buche schlagen Und noch mal im Falle der Garantierente von 262,37 Euro, das sind 3147,84 Euro im Jahr einen Betrag von 47,22 Euro im Jahr vom 67. Lebensjahr an bis an das Lebensende.

[23] Selbst ohne diese unbestimmte Summe nach dem 67. Lebensjahr werden von den eingezahlten Beiträgen

[24] 12.245,82 Euro Gebühren

[25] abgezogen. Ein Betrag, der den wenigsten Versicherungsnehmern klar ist. Dieser Wert sollte genau so am Anfang des Dokuments auftauchen.

PA096 - Wirtschaft, Wissenschaft und Lehre

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz-Josef Schmitt, Cornelia Otto, Squad FHS

Zusammenfassung

Ziel ist es, sich für die Stärkung der staatlichen Finanzierung von Universitäten und Forschungseinrichtungen auszusprechen, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern. Vorschlag als Modulbestandteil “Wirtschaft und Bildung“

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text als Modul im Programmteil “Wirtschaftspolitik“ in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Wirtschaft, Wissenschaft und Lehre

[2] Die Piratenpartei betrachtet eine stark verzahnte Forschung und Lehre als wirtschaftliches Gut und erheblichen Standortfaktor. Dabei darf die Freiheit von Forschung und Lehre nicht eingeschränkt werden. Wissenschaftliche Einrichtungen dürfen nicht bei ihren grundständigen Aufgaben in Forschung und Lehre von Drittmitteln abhängig gemacht werden.

[3] Deutschland verfügt über eine Vielzahl von wissenschaftlichen Einrichtungen. Es gibt zahlreiche Universitäten, staatliche und private Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit ihren Wissenschafts- und Forschungsangeboten, sowie einem breiten Spektrum unternehmensnaher Forschung und Entwicklung. Ihre Erhaltung und Förderung garantieren einen Spitzenplatz in der internationalen Innovationslandschaft. Aufgrund dieser Bedeutung ist eine hinreichende Finanzierung der Ausbildungskapazitäten zu gewährleisten.

Begründung

[4] Die Initiative entspricht dem zu 73 % positiv abgestimmten Meinungsbild https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3925.html Der Vorschlag richtet sich an dieser Stelle an das Grundsatzprogramm, da diese Position im Grundsatzprogramm noch nicht enthalten ist, jedoch als elementarer Baustein bewertet wird. Für das Wahlprogramm lassen sich entsprechende Formulierungen ableiten.

[5] Entscheidender Punkt an dieser Stelle sind zunehmende Abhängigkeitsverhältnisse von Wirtschaft und Wissenschaft, die der Freiheit von Forschung und Lehre widersprechen könnten. Nur eine Unabhängigkeit grundständiger Forschung und Lehre von Drittmitteln kann dies gewährleisten.

PA097 - Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken im Euro-Raum

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Franz-Josef Schmitt für das Squad Finanzen, Haushalt, Steuern

Zusammenfassung

Es werden mindestens 10 % Eigenkapitalquote für Banken gefordert

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland innerhalb des Bereichs "Wirtschaftspolitik" einen Unterpunkt zur "Erhöhung der Eigenkapitalquote europäischer Banken" an geeigneter Stelle aufnehmen:

Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken im Euro-Raum

[2] Die Piraten sprechen sich dafür aus, durch gesetzliche Regulierungen darauf hinzuwirken, dass die Eigenkapitalquote (Eigenkapital (Tier-1 + Tier 2), im Verhältnis zur Bilanzsumme) der Banken im Euro-Raum für alle Banken auf mindestens 10 % festgesetzt werden soll.

Begründung

[3] Die Eigenkapitalquote ist eine kritische Kennzahl zur Quantifizierung des Risikos für eine Bankenpleite (Eigenkapitalquote = Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital). Gerade im Euro-Raum haben jedoch viele Banken eine viel zu geringe Eigenkapitalquote. Die Banken mit höchster Bonität weisen Eigenkapitalquoten um die 10 % aus. Andere Banken, wie die Commerzbank, liegen gerade einmal bei 3,5 % oder sogar geringer. Eine Übersicht über die Eigenkapitalquoten von 29 systemrelevanten Banken findet sich hier:

[4] http://www.ftd.de/politik/:systemrelevante-institute-diese-banken-brauchen-mehr-eigenkapital/60125292.html

[5] Überraschenderweise liegt nur eine einzige Bank aus dieser Liste mit ihrer Eigenkapitalquote über 10 %. Durch die Möglichkeit der Banken, sich über den ESM ausfinanzieren zu lassen, geht die parlamentarische Kontrolle über das Bankensystem verloren. Eine Eigenkapitalquote von 10% wäre hinreichend, dass eine Bank auf solider Basis steht und damit auch Krisenzeiten überlebt.

[6] Als Eigenkapital werden, wie in den Regularien von Basel III angestrebt, vornehmlich Eigenmittel gemäß TIER 1 + TIER 2 verstanden: Dies ist das Kernkapital zuzüglich Ergänzungskapital gemäß § 10, §10a und §10 KWG. Das Kernkapital gemäß §10a KWG hat mindestens 50 % der Eigenmittel zu betragen. (vgl. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Eigenmittel_(Kreditinstitut)#Kernkapital)

[7] Eine höhere Eigenkapitalquote bedeutet unter Umständen, dass sich Kredite verteuern könnten, jedoch sind diese Kosten bei weitem niedriger als die Kosten eines erneuten Bankenzusammenbruchs. Des weiteren müssen die Banken genauer darüber nachdenken, an wen Kredite in welcher Höhe vergeben werden. Dies bremst das freie Geldgeschäft moderat aus und wirkt einem erneuten Bankenkollaps nachhaltig vor. Schliesslich war

gerade die ungezügelte Kreditvergabe Grund für die Immobilienkrise in 2008, die die Bankenkrise nach sich gezogen hat.

[8] Nach Basel III müssen die Banken bis 2019 eine Kernkapitalquote von 7 % aufweisen (mit Risikoerhaltungspuffer). Es gibt jedoch sogenannte Risikoaufschläge von bis zu 2,5 %. Für diese "Risikobanken" sieht das Reformpaket also eine Kernkapitalquote von 9,5 % vor. (Stufenweise bis 2019)

[9] (siehe u.a. http:www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:eigenkapitalanforderungen-zwei-deutsche-banken-weltweit-systemrelevant/60125219.html und auch http:de.wikipedia.org/wiki/Basel_III und http://de.wikipedia.org/wiki/Kernkapitalquote)

[10] Angesichts der Dynamik im Kapitalmarkt ist eine grundsätzliche einheitliche Eigenkapitalquote am oberen Ende der Basel III Kernkapitalquote für alle Banken einheitlich einzuführen. Dies wäre auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen anzustreben. Während die Kernkapitalquote nur das Verhältnis von Eigenmitteln zu ungedeckten Aktiva angibt (Eigenkapital zu Krediten) ist die Eigenkapitalquote das konkretere Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Laut Bafin gelten Banken ab 9 % Eigenkapitalquote als "gesund". Angesichts der Finanzmarktquerelen und Wettbewerbern, die diese 10 % erfüllen haben wir uns auf diesen Wert als sinnvollen benchmark geeinigt.

[11] Die Initiative wurde erarbeitet im Squad Finanzen, Haushalt und Steuern

PA098 - Grundsatzantrag zu Europa

Grundsatzprogramm - Europa LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Europa, Ansprechpartner: Gilles Bordelais

Zusammenfassung

Grundsatzpositionierung der Piratenpartei zu Europa

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Wir Piraten sind uns der Bedeutung der europäischen Einigung für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit auf diesem Kontinent bewusst. Wir erkennen an, dass diese Errungenschaften weder selbstverständlich noch garantiert sind, sondern eines ständigen aktiven Einsatzes und Ausgestaltung durch die Menschen in Europa bedürfen.

[3] Als Teil einer transnationalen politischen Bewegung, deren Kommunikationsraum keine staatlichen Grenzen kennt, sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung, den Bestand der europäischen Idee sicherzustellen. Ziel ist es, sie unter Einbeziehung der historisch gewachsenen kulturellen Unterschiede innerhalb Europas fortzuentwickeln. Dabei sehen wir unsere europäischen Nachbarn als Mitglieder einer Familie. Europapolitik ist keine Außenpolitik.

[4] Unser Ziel ist es, ein durch eine gemeinsame Verfassung konstituiertes rechtsstaatliches, demokratisches und soziales Europa zu gestalten. In einem Europa der Bürger und Regionen steht der Mensch mit seinem Handeln im Mittelpunkt. Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung am politischen Prozess auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen transparent, einfach wahrzunehmen, barriere- und kostenfrei gestaltet werden, um die Demokratie und mit ihr die europäische Einigung zu stärken.

Begründung

[5] Dieser Antrag soll der Grundstein unseres Programms zu Europa werden. Er basiert in weiten Teilen auf dem auf dem BPT 2011.12 in Offenbach angenommenen Positionspapier Q065: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Europa/Programm Ebenfalls eingeflossen sind Eindrücke aus der II. Potsdamer Konferenz im Juli 2012 und Beiträge aus der Europa- und Wirtschaftskonferenz (EuWiKon) im September 2012. Kernpunkte sind der Mensch und seine aktive Rolle bei der Gestaltung Europas, die klare Positionierung der Piratenpartei als Befürworterin der europäischen Einigung sowie die zentrale Forderung, die nächste Integrationsstufe der Europäischen Union müsse demokratisch legitimiert sein, also mit den Bürgern und nicht an ihnen vorbei erfolgen.

[6] Europapolitik ist keine Außenpolitik: Außenpolitik sind die Beziehungen zwischen der EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten und Länder außerhalb der Union. Innerhalb der Unionsgrenze ist das Europapolitik.

[7] Bürgerbeteiligung schließt sowohl die passive als auch die aktive Einbeziehung der Bürger ein. Es reicht nicht, die Bürger zu informieren, oder ihnen Mitspracherechte einzuräumen. Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte sollen her.

[8] Dieser Antrag ist im Rahmen der Arbeit der AG Europa entstanden und wurde innerhalb der AG ohne Gegenstimme angenommen. Er wurde auf der EuWiKon ebenfalls behandelt. Der Wortlaut hat sich im Vergleich zur LiquidFeedback-Initiative in den letzten Wochen weiterentwickelt.

PA099 - Streichung der Meerschweinchen-Klausel

Wahlprogramm - Tierschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

CTG

Zusammenfassung

Änderungsantrag zu PA037

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den Abschnitt

[2] “Sachkundenachweis

[3] Voraussetzung für die Anschaffung eines Haustieres soll der Nachweis über grundlegende Kenntnisse zu sachgerechtem Umgang, den Bedürfnissen eines solchen Tieres und anfallenden Kosten der Haltung sein. Die Nachweisprüfung kann von zertifizierten Fachleuten an entsprechenden Stellen vorgenommen werden.“

[4] aus dem Wahlprogramm zu streichen.

Begründung

[5] Dies ist ein Programmänderungsantrag für den Fall, dass der Antrag PA037 als Gesamtantrag angenommen werden sollte oder ein gleichlautender Antrag unter einer anderen Antragsnummer eingereicht wird.

[6] Mit dem obigen Abschnitt werden die Anforderungen an Besitzer von Kleintieren überspannt. Auch so überlegt sich jeder Tierfreund bei der Anschaffung genau, welche Haltungsanforderungen zu beachten sind.

[7] Der kritisierte Abschnitt würde zertifizitierten Fachleuten eine Einnahmequelle zu Lasten der Tierfreunde verschaffen.

PA100 - Bekenntnis zum solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Bekenntnis zum solidarischen und verteilungsgerechten Sozialstaat, denn soziale Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bildet das Fundament unserer Gesellschaft.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter einem neu zu schaffenden Programmabschnitt “Arbeit und Soziales“ aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei bekennt sich zu einem solidarischen, verteilungsgerechten Sozialstaat und zur sozialen Marktwirtschaft. Unregulierte, globale Marktprozesse können zu sozialer Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft führen. Hier muss der Staat durch politsche Maßnahmen einen regulierenden Ordnungsrahmen schaffen, um entstehende ökonomische Ungleichverteilungen abzufedern. Soziale Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bildet das Fundament unserer Gesellschaft.

Begründung

[3] Eine sichere Existenz und die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger ist nicht nur eine zentrale Forderung der Piratenpartei, sondern auch mit dem Sozialstaatsprinzip unerväänderbar im Grundgesetz der BRD festgeschrieben. (Artikel 20 Absatz 1, Artikel 28 Absatz 1)

PA101 - Stärkung der Gesetzlichen Rentenvesicherung statt Förderung privater Rentenversicherungen

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Die Existenzsicherung im Alter muss hoheitliche Aufgabe des Staates sein. Eine Verlagerung auf private Unternehmen bedeutet eine Teilprivatisierung der Altersvorsorge und widerspricht dem Sozialstaatsprinzip.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter einem neu zu schaffenden Programmabschnitt "Arbeit und Soziales" aufzunehmen:

[2] Stärkung der Gesetzlichen Rentenvesicherung statt Förderung privater Rentenversicherungen

[3] Die Existenzsicherung im Alter muss hoheitliche Aufgabe des Staates sein. Eine Verlagerung auf private Unternehmen bedeutet eine Teilprivatisierung der Altersvorsorge und widerspricht dem Sozialstaatsprinzip. Das Solidarsystem festigt den Zusammenhalt der Gesellschaft auch über Generationen hinweg. Die Piratenpartei will die Gesetzliche Rente stärken und durch eine soziale und nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik ergänzen.

Begründung

[4] Die Existenzsicherung, auch im Alter, ist mit dem Sozialstaatsprinzip gesetztlich festgeschrieben.

[5] Es gibt eine Reihe an Maßnahmen, die man zur Stärkung der Umlagenfinanzierten Rente ergreifen kann, ohne auf Private Rentenversicherungen oder eine Zuschussrente zurückgreifen zu müssen. Die Gesetzliche Rente ist zu einem großen Teil von diesen volkswirtschaftlichen Entwicklungen abhängig. Daher sollte eine vernünftige Arbeits- und Sozialpolitik gefördert werden.

[6] Der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse ist von den 1990er Jahren bis zum Jahre 2007 von 20% auf 37 % aller Beschäftigten gestiegen. Die Armutsrisikoquote für Alleinerziehende liegt bei 41% und bilden damit die zweitgrößte Riskiogruppe neben der Gruppe der Erwerbslosen. Noch immer liegt beispielsweise die Frauenerwerbsquote mit 66,8 % deutlich unter der Erwerbsquote der Männer (80,4%). Zwar ist die Zahl der berufstätigen Frauen in Deutschland seit 1991 um fast 10% gestiegen, das Arbeitsvolumen insgesamt jedoch hat nicht zugenommen. Das ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass viele Frauen sich nur in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen befinden oder Teilzeit arbeiten.

[7] Mit Stand Dez. 2011 waren 28,787 Mio. Beschäftigte sozialversicherungspflichtig. Würden allein diese dem Anraten der Bundesregierung folgen und 4% ihres Bruttolohns freiwillig zusätzlich sparen, diesen Betrag allerdings nicht in eine Private Vorsorge sondern in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und würde der Staat diese freiwilligen Zahlungen in Höhe der für die Riester-Rente garantierten Zulagen fördern, hätten

wir unter heutigen Bedingungen eine ausgeglichene Rentenkasse und der Staat würde sich über 50 Mrd. Euro Zuschüsse sparen.

[8] Dazu kommt, dass durch die Finanzkrise und die niedrigen Zinsen der Notenbanken die sicher angelegte, private Riester-Rente weniger Rendite abwirft, als zu Beginn der Rentenreform erwartet. Der Garantiezins wurde 2012 von 2,25 % auf gerade mal 1,75% gesenkt.

[9] Es ist also bemerkenswert, dass der Aufwand zur Organisation der dritten Säule (private Altersvorsorge) gerade dem entsprechenden Defizit in der gesetzlichen Rentenkasse entspricht. Durch die Schaffung der Riesterrente als "freiwillige" Zusatzversorgung (mit drohender Muss-Funktion) wurden quasi die dringend benötigten Beiträge der gesetzlichen Kassen an private Unternehmen ausgelagert.

[10] Der einzig erkennbare Unterschied zu einer Erhöhung der gesetzlichen Rentenbeiträge ist in diesem Fall, dass diese Privatunternehmen viele Milliarden Euro jährlich an Gebühren kassieren. Geld das dem System dann unwiderruflich fehlt bzw. implizit zur Stabilisierung der Bilanzen von Banken und Versicherungen ausgegeben wird. Die Riesterrente ist eine der gigantischsten versteckten staatlichen Subventionen des Finanzsektors. Und dies wohlgemerkt in einer Zeit, in der staatliche Subventionen an Privatunternehmen per EU-Gesetz verboten sind.

[11] Da es sich um einen Antrag zum Grundsatzprogramm handelt, haben wir auf konkrete Ausgestaltungen verzichtet und uns statt dessen auf grundsätzliche Kernaussagen beschränkt. Tatsächliche Maßnahmen zur Erweiterung/Stärkung der Rente müssen in einem politisch-demokratischen Rahmen ausgearbeitet werden. Ein paar Ideen was wir unter sozialer und nachhaltiger Wirtschafts- und Sozialpolitik verstehen gibt es allerdings hier in dem Schnellantrag http://lfpp.de/t2605

[12] Mehr Infos dazu gibt es auch hier: http://blog.mocobo.de/?p=171

PA102 - Modul Arbeit und Soziales - Einführung: Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Globalisierung und der damit verbundene Zuwachs atypischer Beschäftigungsverhältnisse erfordern einen verantwortungsvollen Umgang mit flexibler Erwerbsarbeit im Rahmen einer nachhaltigen Sozialpolitik.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter einem neu zu schaffenden Programmabschnitt "Arbeit und Soziales" aufzunehmen:

[2] Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe

[3] Der Zuwachs atypischer Beschäftigungsverhältnisse erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit flexibler Erwerbsarbeit im Rahmen einer nachhaltigen Sozialpolitik. Ziel der Piratenpartei ist es, der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse entgegen zu wirken, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und sowohl existenzsichernde Arbeitsbedingungen als auch individuelle Lebensbedingungen zu fördern.

Begründung

[4] Die Finanzkrise hat weltweit die Regierungen zu unkonventionellen wirtschaftlichen Maßnahmen getrieben, in deren Zuge prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Zeitarbeit, Leiharbeit oder Arbeit auf Honorarbasis zugenommen haben. Ungerecht an dieser Art an Beschäftigung ist insbesondere die schwache Position der Arbeitnehmer im Bereich Kündigungsschutz (z.B. Zeitarbeit) oder sozialer Absicherung (Arbeit auf Honorarbasis). Gleichzeitig schwächen prekäre Beschäftigungsverhältnisse das gesamte Sozialsystem, insbesondere die finanzielle Absicherung im Alter.

PA103 - Elternfreundliche Unternehmen und Betriebe

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Kinder sind unsere Zukunft — sie bilden die Grundlage für stabile Sozialsysteme auch über Generationen hinweg. Die Piratenpartei setzt sich für flexible, elternfreundliche Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter einem neu zu schaffenden Programmabschnitt “Arbeit und Soziales“ aufzunehmen:

[2] Elternfreundliche Unternehmen und Betriebe

[3] Kinder sind unsere Zukunft — sie bilden die Grundlage für stabile Sozialsysteme auch über Generationen hinweg. Die Piratenpartei setzt sich daher für flexible, elternfreundliche Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben ein. Kindererziehung und Erwerbstätigkeit müssen für beide Elternteile auch abseits klassischer Familienmodelle miteinander vereinbart werden können.

Begründung

[4] Alleinerziehende zur zweitgrößten Armutsriskiogruppe (!) neben der Gruppe der Erwerbslosen. Eine kinderfreindliche Wirtschaft ist sowohl unsozial als auch kurzsichtig. Mit der Förderung kinderfreundlicher Unternehmen und Betriebe wird die Situation beider Elternteilen verbessert, die sich dadurch an Erwerbstätigkeit und Kindererziehung in gleichem Maße beteiligen können.

PA104 - Stärkung der Binnenwirtschaft durch an Produktivität und Preissteigerung orientierte Reallohnzuwächse

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Stärkung der Binnenwirtschaft durch an Produktivität und Preissteigerung orientierte Reallohnzuwächse

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter einem neu zu schaffenden Programmabschnitt “Arbeit und Soziales“ aufzunehmen:

[2] **Stärkung der Binnenwirtschaft durch an Produktivität und Preissteigerung orientierte Reallohnzuwächse**

[3] Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung hat sich verstärkt den Faktoren Produktivitätszuwachs und Inflationsrate zu orientieren. Ziel der Piratenpartei ist es, die Kaufkraft und damit den private Konsum über die angestrebten Lohnerhöhungen zu steigern um die inländische Nachfrage zu stärken. Eine starke Binnenwirtschaft kann zudem dazu beitragen, Exportabhängigkeit und destabilisierende Außenhandelsüberschüsse zu verringern.

Begründung

[4] Deutschland ist unter die führenden Exportnationen der Welt aufgerückt. Führende Wirtschaftsexperten bewerten den im Zuge dessen fallenden Anteil der Binnenachfrage jedoch als wirtschaftliche Schwäche. Sowohl steigende Produktivität als auch Preissteigerungen sollten mindestens entsprechende Lohnzuwächse nach sich ziehen und so eine gerechte Umverteilung des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitnehmer nach sich ziehen.

[5] Produktivitätssteigerungen sind zu einem erheblichen Anteil auf motivierte und engagierte Mitarbeiter zurückzuführen. Gleichzeitig sind die Reallöhne in Deutschland faktisch zwischen 2003 und 2009 nicht gestiegen (das heißt die inflationsbereinigten Löhne stagnieren, http://de.wikipedia.org/wiki/Reallohn). Neben der gefühlten Ungerechtigkeit, die durch die Arbeitnehmer empfunden wird ist diese Tendenz auch aus Sicht der Unternehmer als kritisch zu bewerten. Die dadurch sinkende Kaufkraft der Bevölkerung wird gemeinhin als Risikofaktor eingestuft, der im Falle eines Exportrückgangs zu einem starken Wirtschaftsabschwung führt.

[6] Eine verbesserte Kaufkraft kurbelt nicht nur den privaten Konsum an, sondern sorgt auch für einen Abbau von Außenhandelsüberschüssen und die Kompensation von Außenhandelsverlusten.

PA105 - Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cornelia Otto, Franz-Josef Schmitt

Zusammenfassung

Mindestlohn als eigener Abschnitt im Wahlprogramm

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm den Satz "Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein." (http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsportal/PA284) durch folgenden Abschnitt zu ersetzen:

[2] **Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn**

[3] Arbeit muss Erwerbstätigen ein existenzsicherndes Einkommen bieten. Solange ein Bedingungsloses Grundeinkommen noch nicht umgesetzt ist, ist dies vor allem über gesetzliche Regulierungen und Tarifverträge möglich. Daher setzt sich die Piratenpartei für faire und sichere Arbeitsbedingungen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland und ganz Europa ein.

Begründung

[4] Klare Stellungsnahme für einen bundes-/europaweiten Mindestlohn.

PA106 - Rechtliche Gleichstellung der Versorgung der Beamten mit Angestellten/Arbeiterinnen/er und Selbstständigen (Bürgerversicherung)

Grundsatzprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

VollePullePiratNRW

Zusammenfassung

Die Überversorgung der Beamten droht in den Kosten völlig auszuufern. Die Unterschiede in der Versorgung der Beamten und Angestellten/Arbeiterinnen/er und Selbstständigen sind auf ein Versorgungsniveau bringen, - sodass alle vor dem Gesetz gleich sind - .

Antragstext

[1] Es wird beantragt zur nächsten Bundestagswahl, betreffend des Parteiprogramms oder des Grundsatzprogramms oder des Wahlprogramms der Piratenpartei Deutschland hiesigen Antrag gegebenenfalls modular zu beschließen, da zumindest ein konkurrierender Antrag bereits hier im Antragsportal mit der Antragsnummer PA016 in diesem Zusammenhang besteht.

[2] Es wird beantragt den folgenden Text der Antragsnummer PA016 zu streichen: "Nach der Einführung des SGE werden die gesetzlichen Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte, Alterssicherung der Politiker, Berufsständische Altersversorgungen. Künstlersozialkasse, usw. in eine Zusatz-Rentenversorgung (ZRV) für alle Bürgerinnen und Bürger nach dem Schweizer Modell überführt. Die ZRV ist eine Pflichtversicherung. Die Beitragshöhe beträgt 3-6% des Bruttogesamteinkommens. Die ZRV wird ab dem 65. Lebensjahr steuerfrei ausgezahlt. Bei mindestens 40 Beitragsjahren beträgt der volle ZRV-Anspruch mindestens 300 € (Mindestrente) und höchstens 600 EUR (Höchstrente). Alle bis zum Zeitpunkt der Umstellung erworbenen Altersversorgungsansprüche (Rentenanwartschaften, Pensionsansprüche, usw.) bleiben erhalten. Die Bürgerversicherung "

[3] Es wird beantragt den folgenden Text des hiesigen Antrags an geeigneter Stelle einzufügen: "Nach der Einführung des SGE werden die gesetzlichen Versicherungen, wie Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte, Alterssicherung der Politiker, Berufsständische Altersversorgungen. Künstlersozialkasse, usw. ist die Bügerversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger überführt. Die Bürgerversicherung ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Beitragshöhe beträgt 3-6% des Bruttogesamteinkommens. Aus der Bürgerversicherung wird ab dem 65. Lebensjahr steuerfrei die Rente ausgezahlt. Bei mindestens 40 Beitragsjahren beträgt der volle Rentenanspruch mindestens 300 € (Mindestrente) und höchstens 600 EUR (Höchstrente). Alle bis zum Zeitpunkt der Umstellung erworbenen Altersversorgungsansprüche (Rentenanwartschaften, Pensionsansprüche, usw.) bleiben erhalten. In die Bürgerversicherung werden zusätzlich die Krankenversicherung und die Pflegeversichersicherung integriert. Diese Bürgerversicherung lehnt sich an das Schweizer AHV-Modell an. Eine geeignete Rentenformel zur Anpassung an den Mindestlebensstandart als Lebenserhaltungskosten ist einzuführen."

Begründung

[4] Die Überversorgung der Beamten droht in den Kosten völlig auszuufern. Deshalb sind Maßnahmen für die Zukunft zu ergreifen, damit die Überversorgung der Beamten ausgeschlossen werden kann.

[5] Der Bund der Steuerzahler hat in Berlin die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, die er beim Forschungszentrum Generationenverträge in Auftrag gegeben hat. In dieser Studie werden erstmals sämtliche Ausgabenkategorien der Beamtenversorgung des Bundes und aller Bundesländer berechnet und bis 2050 projiziert. Die Studie weist nach, dass die Ausgaben für Pensionen, Beihilfen und Hinterbliebenenversorgung die öffentlichen Haushalte in Zukunft immer stärker belasten werden. Sämtliche schwebenden Versorgungsverpflichtungen werden in diesem Szenario bis 2050 mit 1,36 Billionen Euro beziffert. http://www.steuerzahler.de/Bund-der-Steuerzahler-veroeffentlicht-neue-Studie-zur-Beamtenversorgung/40633c49042i1p1520/index.html Zur Studie ... http://www.fiwi1.uni-freiburg.de/publikationen/296.pdf

[6] Allerdings gibt es rechtliche Schranken, um die Überversorgung der Beamten zu reduzieren. http://portal.versorgungskammer.de/portal/pls/portal/!PORTAL.wwpob_page.show?_docname=4052141.PDF

[7] Und zu diesen Schranken auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Urteil vom 27.09.2005 (2 BvR 1387/02) : http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20050927_2bvr138702.html

[8] Und weil auch das Bundesverfassungsgericht eine pauschale Abänderung der Versorgung der Beamten ablehnt, und so Detailkorrekturen nicht möglich sind, ist das Beamtenversorgungsgesetz völlig neu zu überarbeiten. Hier der Gesetzestext : http://www.gesetze-im-internet.de/beamtvg/index.html

[9] Damit diese Überarbeitung überhaupt rechtlich gelingen kann, müssen - große Teile der Beamtenversorgung - in die Bürgerversicherung mit eingebunden werden. Nur so lassen sich die Unterschiede in der Versorgung der Beamten und Angestellten/Arbeiterinnen/er auf ein Versorgungsniveau bringen, - sodass alle vor dem Gesetz gleich sind - . Die Versorgung der Beamten ist dabei auf das Versorgungsniveau der Angestellten/Arbeiterinnen/er abzusenken, weil so auf Dauer die Kosten einzusparen sind.

[10] Die Kostenersparnis ist auf Dauer unerlässlich, die Staatsschulden sind abzubauen. Der Abbau der Überversorgung der Beamten ist ein Bereich, wie dies von statten gehen kann.

[11] In die Bürgerversicherung gehören demnach Rentenversicherung, Beamtenversorgung, Alterssicherung der Landwirte, Alterssicherung der Politiker, Berufsständische Altersversorgungen. Künstlersozialkasse, sowie auch die Pflegeversicherung, und die Krankenkasse (alle Krankenkassen werden in die Bürgerversicherung als ein Ganzes integriert).

[12] Und weil sich Beamte privat kranken versichern müssen, bleibt nichts anderes übrig, als die Krankenkasse und die Pflegeversicherung mit in die Bürgerversicherung aufzunehmen.

[13] Im Übrigen wird so noch mehr Bürokratie eingespart. Es gibt im Bundestag mehrheitliche Überlegungen, genau diesen Weg zu gehen.

[14] Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, ich bitte dem Antrag zuzustimmen, mit freundlichen Grüßen

[15] VollePullePiratNRW

PA107 - Die Piratenpartei positioniert sich gegen jede Form von Cyberwar und Cybercrime

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

zeroskillor, alios, Jenny

Zusammenfassung

Die Piratenpartei positioniert sich gegen jede Form von Cyberwar und Cybercrime

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland beschließt, den folgenden Text an geeigneter Stelle und in geeigneter Form in das Bundestagswahlprogramm 2013 der Piratenpartei aufzunehmen:

[2] Offene und verdeckte Aktionen von staatlichen, privaten und öffentlichen Organisationen, die den Cyberspace als Konfliktdomäne nutzen und die Zivilbevölkerung gefährden, lehnen wir dezidiert ab. Schadsoftware, die in der Lage ist Menschenleben durch Angriffe auf gesellschaftliche Versorgungsnetzwerke (Stichwort: KRITIS) zu gefährden, betrachten wir als inakzeptables Sicherheitsrisiko und fordern ein Bekenntnis von Regierungen, im speziellen der dt. Regierung, zu friedenserhaltenden Maßnahmen, gemäß den internationalen Konventionen zur Verbesserung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens durch Technik auf der Welt. Die Piratenpartei Deutschland fordert alle Regierungen dieser Erde auf die globalen Informations- und Kommunikationsnetze gemeinsam zu schützen und als ein hohes gemeinschaftliches Gut aller Menschen anzuerkennen.

Begründung

[3] Durch die zunehmende Aufrüstung im Cyberspace scheint Cyberwar eine wachsende Gefahr für die Sicherheit in den internationalen Beziehungen darzustellen. Aufgrund der Probleme der Attribution sind Regierungen und andere Autoritäten sowie Internet-Kriminelle mehr als beim Einsatz von Waffen in den klassischen Kriegsdomänen in der Lage, geheime Angriffe auf Staaten und andere Akteure durchzuführen. Völkerrechtliche und andere in Rede stehende rechtliche Regelungen hierzu sind erst in der Entwicklung. Da über 150 Länder dieser Erde sowohl defensive als auch offensive Kapazitäten aufbauen, ist davon auszugehen, dass zukünftige Konflikte stärker durch die technolgische Komponente geprägt werden. Die Piratenpartei sollte sich mit Druck für eine Regulierung und Abrüstung in diesem Bereich einsetzen Dieser Diskurs muss transparent und offen geführt werden.

[4] **Quellen**

[5] KRITIS Definition des BSI

[6] Dr. Dr. Saalbach Cyberwar Grundlagen-Methoden-Beispiele Version 4.0 vom 25.03.2012

[7] Cyberwar-Probleme für die Internationale Politik von Florian Grunert

[8] Cyberwar - das Internet als Kriegsschauplatz

[9] Weiterführende Informationen zum Thema

[10] Zu den Cyber-* Begriffen

[11] Die Differenzierung der Begriffe (mit der Präfix cyber* wie Cyberwar, Cybercrime, Cyberspionage, Cyberterrorismus, Cyberaktivismus, Cybersabotage) im cyberspace ist durch den teilweise gemeinsamen Raum noch sehr unscharf. Ohne eine gewisse Begriffsklärung können keine bi -bzw. mulitlateralen Gespräche geführt werden, um den Cyberspace, zu dem auch das Internet gehört, vor solchen Problemen zu bewahren. Alle Beteiligten Gruppen und Individuen müssen versuchen zu kooperieren, damit der immense Nutzen der Vernetzung nicht durch einzelne Gruppen gefährdet wird. Die Piratenpartei sollte sich auch der anderen Begriffe mit dem Präfix Cyber annehmen und grundlegende Defintionen erarbeiten, da dies einen starken Impuls auf die Debatte in der Internationalen Politik haben kann.

PA108 - Das Bedingungslose Grundeinkommen und seine Integration in das bundesdeutsche Sozialsystem

Wahlprogramm - BGE

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ArminGl

Zusammenfassung

Das BGE kann mit Hilfe einer einer Rentenversicherung nach Schweizer Vorbild in das bundesdeutsche Sozialsystem integriert werden. Das bundesdeutsche Sozialsystem wird hauptsächlich auf eine steuerorientierte Finanzierung umgestellt.

Antragstext

[1] Das Bedingungslose Grundeinkommen - als Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben - als finanziell abgesicherte Existenzgrundlage - ohne Zwang zur Gegenleistung - ohne sozialrechtlich abgeleitete Bedürftigkeitsprüfung - mit Rechtsanspruch kann folgendermaßen finanziert und in das bundesdeutsche Sozialsystem integriert werden: Finanzierung durch - eine "Sozialdividende" in Gestalt einer Quellensteuer - einen erhöhten Mehrwertsteuersatz Quelle: - Berechnungen nach Michael Opielka und Wolfgang Strengmann-Kuhn - Berechnungen nach Götz Werner und Andre Presse - Berechnungen nach Johannes Ponader und Michael Ebner - Presseveröffentlichung nach Thomas Küppers Ziele: - Sicherung der Teilhabegerechtigkeit - Vereinfachung des Sozialsystems durch Abschaffung von Leistungen der Grundsicherung usw. - Förderung der Menschenrechte Das Bedingungslose Grundeinkommen kann komibiniert werden mit - einer Grundrente oder auch Minimalrente nach Schweizer Vorbild Finanziert durch - eine Lohnsummenabgabe vonseiten des Arbeitgebers - eine ertragsabhängige Einkommenssteuer wird nicht erhoben Quelle: Dieter Althaus/Bernhard Binkert in ihrer Publikation "Solidarisches Bürgergeld" als Buchform und im Internet Diese Grundrente kann kombiniert werden mit - einer sogenannten Maximalrente nach Schweizer Vorbild - die Rente wird mit ihrem sogenannten Ertragsanteil versteuert Finanziert durch - die Einkünfte, die die alle Bürger zur Verfügung haben bspw.: - Lohn, Einkommen - Mieteinnahmen, Zinserträge - im Rahmen des sogenannten Umlageverfahren Quelle: Antrag der AG "Senioren" innerhalb der Piratenpartei für den Landespartei in Amberg im Oktober 2012 - Internetrecherchen - Michael Opielka in seiner Publikation "Sozialpolitik" - Berechnungen von Michael Opielka und Wolfang Strengmann-Kuhn Ziele: - alle Bürger im Bundesgebiet beteiligen sich mit ihren Einkünften an der Finanzierung der Rentenkasse - für jeden Bürger wird ein individuelles Rentenkonto geführt - das Verfahren zur Berechnung der Rente wird vereinfacht - die Höhe der Maximalrente wird nach oben hin gesetzlich fixiert - die Höhe der Rente richtet sich nach der Höhe der eingezahlten Beiträge und deren Einzahlungsdauer - versicherungsfremde Leistungen werden aus dem System weitestgehend eleminiert Dieses Rentenmodell kann kombiniert werden mit - einer steuerfinanzierten Gesundheitsabgabe - dem Abschluss von privatfinanzierten Zusatzversicherungen Quellen: Aussagen von Johannes Ponader und Michael Ebner im Internet Aussagen und Anmerkungen der sogenannten "Rürupp-" und "Herzog-" Kommissionen zwecks Finanzierung des Gesundheitswesens Aussagen von Bernd Rürupp und Eberhard Wille zwecks Finanzierung des Gesundheitswesen Aussagen von Heinz Lampert und Albrecht Bossert zwecks Finanzierung der Leistungen nach dem 2.Sozialgesetzbuch in ihrer Publikation "Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland" Ziele: - Entkoppelung des Gesundheitssystems vom lohnzentrierten "Normalarbeitsverhältnis"

- Stärkung des Wettbewerbs innerhalb des Gesundheitswesens - Stärkung der individuellen Gesundheitsvorsorge durch den Abschluss von privaten Zusatzversicherungen und der Möglichkeit, Abrechnungsmodi individuell zu gestalten - Einsparung von Kosten innerhalb des Gesundheitswesen Innerhalb des Rentenmodells einer “Bürgerversicherung“ nach Schweizer Vorbild kann - die Betragsbemessungsgrenze erhöht werden - zu prüfen ist, ob es volkswirtschaftlich sinnvoll und verfassungsrechtlich möglich ist, die Beitragsbemessungsgrenze komplett abzuschaffen Quellen: - Internetrecherchen - Aussagen von Michael Opielka und Wolfgang Strengmann-Kuhn zu ihren Berechnung der Finanzierung des BGE´s und der “Bürgerversicherung“ - Antragsformulierung der AG “Senioren“ innrhalb der Piraten und die Anmerkungen von Parteimitgliedern innerhalb des “Liquid-Feedbacks“ Ziele: - Verbreiterung der finanziellen Basis des momentanen Rentensystems - bessere Umverteilung von oben nach unten Die Einführung eines gesetzlich fixierten Mindestlohn kann sinnvoll sein - um das derzeitige “Lohndumping“ auf den verschiedenen Arbeitsmärkten zu beenden - um prekäre Arbeitsverhältnisse und “Schein-“Selbständigkeiten zu vermeiden Quellen: Dieter Althaus und Bernhard Binkert in ihrer Publikation “Solidarisches Bürgergeld“ Ulrich Beck in seiner Publikation “Schöne neue Arbeitswelt“ - Internetrecherchen - Befragung von Experten Wenn das BGE mit den Elementen der neuzuschaffenden “Bürgerversicherung“ kombiniert wird kann es sinnvoll sein: 1. Das Renteneintrittsalter zu flexibilisieren bzw. ganz abzuschaffen 2. Als Renteneintrittsalter einen Richtwert bspw. Bezug der Altersrente mit 65 Jahren festzusetzen und dem Einzelnen zu überlassen, wann er in Rente gehen will und 3 dem Einzelnen zu überlassen,ob und wieviel er hinzuverdienen will (also Abschaffung der momentan gültigen Hinzuverdienstgrenze) 4. dem Einzelnen zu überlassen, zu welchen Konditionen er arbeiten will oder eben auch nicht. Begründung: 1. Die derzeitigen Regelungen bezüglich finanzieller Hinzuverdienstgrenze sind politisch willkürlich gesetzt 2. Die derzeitigen Regelungen bezüglich finanzieller Hinzuverdienstgrenzen sind sehr strikt formuliert und führen dazu, dass der Betroffene vonseiten der Sozialverwaltung zu sehr gegängelt und in seinen Persönlichkeitenrechten eingeschränkt wird. 3. Es fördert die Teilhabegerechtigkeit, wenn der Einzelne auf Augenhöhe seine Entlohnung mit dem Arbeit- bzw. Auftraggeber selbst aushandeln darf. Nachdem das BGE die Eigenverantwortung des Einzelnen stärken soll, muss es volkswirtschaftlich und sozialpolitisch sinnvoll sein, die private Altersvorsorge zu auszubauen: - Förderung des individuellen Sparens - Förderung des Bausparens - Förderung von Lebens- und Rentenversicherung - Förderung der “Direktversicherung“ - Förderung des Investmentsparens - Förderung des Aktiensparens - Förderung von betrieblichen Pensionszusagen, abgesichert durch einen Pensionssicherungsverein - Förderung des Investivlohnes, also der Möglichkeit, dass sich Arbeitnehmer am Produktivvermögen des Unternehmens beteiligen können Quellen: Heinz Lampert und Albrecht Bossert in ihrer Publikation “Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland“ Heinz Lampert und Jörg Althammer in ihrer Publikation “Lehrbuch der Sozialpolitik“ Widersprüchlich: der Antragstext der AG Senioren innerhalb der Piratenpartei vorgelegt am Landespartei in Amberg im Oktober 2012 Ziele: - ähnlich wie die Ziele des BGE´s - Verhinderung von Armut im Alter - kostenmäßige Entlastung speziell der derzeitigen “Grundsicherung“

Begründung

[2] Generell ist die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens und seine Verknüpfung mit der neu zu schaffenden “Bürgerversicherung“ wichtig, weil es notwendig ist - individuelle Teilhabe zu ermöglichen - die Menschenrechte zu fördern - die Folgen der “Brasilianisierung“ der verschiedenen Arbeitsmärkte zu lindern - ökologische Zerstörung zu verhindern bzw. zu vermindern, also “nachhaltig“ zu wirtschaften - Projekte des Gemeinwohls zu fördern bspw. Einführung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, Förderung von Genossenschaften, Förderung von Selbsthilfegruppen, Förderung von Tauschringen, Förderung von regionalen Geldkreisläufen - die herkömmliche Erwerbsarbeit mit Projekten der sogenannten “Bürgerarbeit“ zu ergänzen (vgl. die Aussagen von Ulrich Beck) Quelle: Ulrich Beck in seiner Publikation “Schöne neue Arbeitswelt“

PA109 - Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal - Antrag 5

Wahlprogramm - Psyche LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PirateJoker für die AG Psyche

Zusammenfassung

Forderung nach besserer Qualität in der psychiatrischen Diagnostik, Unterstützung des Konzeptes des Persönlichen Budget, nach freiem Zugang zu den eigenen Patientenunterlagen und weniger bürokratische Hürden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge im Teilprogrammbereich ***"Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal" diesen Antrag als fünften Programmpunkt dieses Teilbereiches beschließen:***
Rechte der psychiatrischen Patienten

[2] **Persönliches Budget**

[3] Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Anspruch auf Teilhabeleistungen einen Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget. Die PIRATEN unterstützen dieses Konzept als Teilschritt zur Verwirklichung der Inklusion von Menschen mit gesundheitlichen Erkrankungen bzw. Störungen und wirken an seiner stetigen realitätsgerechten Verbesserung mit. Antragsstellungen sollen unabhängig vom Leistungsträger einfach und unbürokratisch ermöglicht werden. Des weiteren fordern die PIRATEN, dass Menschen mit Anspruch auf Teilhabeleistungen umfassend über diese Rechtsansprüche und das Beantragungsverfahren informiert werden.

[4] **Qualität in der Diagnostik**

[5] Die PIRATEN fordern eine Reform der Richtlinien, die eine sorgfältigere psychiatrische Diagnostik sicherstellen. Psychiatrische Diagnosen müssen ausreichend begründet und gesichert sein, bevor sie gestellt werden dürfen. Die Diagnosen sind mit dem Patienten zu besprechen. Die wissenschaftlichen Fachverbände und Betroffenenverbände sollen gemeinsam eine Reform der Richtlinien erarbeiten, die die notwendige Gewissenhaftigkeit bei der Diagnosestellung sicherstellen, aber auch den Anforderungen des klinischen Alltags gerecht werden. Zusätzlich soll ermöglicht werden, nicht oder nicht mehr zutreffende Diagnosen auf Antrag des Betroffenen löschen zu lassen. Dafür erforderliche Richtlinienänderungen sollen von den wissenschaftlichen Fachverbänden und Betroffenenverbänden gemeinsam erarbeitet werden.

[6] **Freier Zugang zu Patientenakten**

[7] Jeder Patient hat das Recht, seine Patientenakte in vollem Umfang zu lesen. Die PIRATEN fordern für alle Patienten den freien, uneingeschränkten Zugang zu ihren Patientenakten. Die Einsichtnahme soll unbürokratisch, kostenfrei, zeitnah und in therapeutischer Umgebung (Begleit-Pflicht) ermöglicht werden.

[8] **Weniger bürokratische Hürden für Patienten**

[9] Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass Patienten, die sich in psychiatrischer Behandlung befinden oder sich in eine solche begeben wollen, ab dem Zeitpunkt der Feststellung der Behandlungsbedürftigkeit den Anspruch darauf erhalten, von einem Sozialarbeiter oder -pädagogen Unterstützung zu bekommen, wenn sich abzeichnet, dass der Patient mittel- bis langfristig nicht in der Lage sein wird, eigenständig seinen Alltag zu bewältigen.

Diese Unterstützung soll dem Patienten alltagspraktische Hilfestellung bieten, ohne dass dafür ein Betreuungsverfahren eingeleitet werden muss.

Begründung

[10] Zu **Persönliches Budget**

[11] Das Persönliche Budget ermöglicht Menschen mit einem Anspruch auf Teilhabeleistungen (Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung), anstatt einer traditionellen Sachleistung oder Dienstleistung Geld oder in Ausnahmefällen Gutscheine zu erhalten. Sie können so theoretisch selbst entscheiden, wann welcher Dienst und welche Person die Unterstützung erbringen soll und diese als „Kunde“ unmittelbar selbst bezahlen. Quelle: Persönliche Budget Angebote wie Ergotherapie, Musiktherapie, Tanztherapie und Sport und Gespräche werden in den Tageskliniken und Tagesstätten angeboten. Das Persönliches Budget ist seit 2008 eine neue Form der Finanzierung. Menschen mit Behinderung erhalten Geld, um Hilfe- und Assistenzleistungen einzukaufen. Quelle: Sozialpsychiatrie Den Menschen mit psychischen Störungen und niedrigen Einkommen Therapieangebote, wie eben Ergotherapie oder Musiktherapie zu ermöglichen, durch das Persönliche Budget, trägt dazu bei, die Lebensqualität und den Therapieerfolg zu stärken bzw. zu befördern. Das Persönliche Budget ist quasi eine Mehrbedarfsleistung über den normalen Bedarf hinaus, anders als bei einem Menschen ohne Mehrbedarf. Bestehende Instrumente des Sozialsystems zu bejahen und konstruktiv an seiner Weiterentwicklung und Verbesserung mitzuwirken, sollte Ziel der Piratenpartei sein, wenn solche Instrumente hilfreich sind und effektiven Nutzen aufzeigen. Das Persönliche Budget als kleiner Teil des Konzeptes der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung sollte hier bejaht und seine realitätsgerechte Weiterentwicklung gefordert werden.

[12] Zu **Qualität in der Diagnostik**

[13] Aktuell werden psychiatrische Diagnosen noch zu oft gestellt, ohne dass sich der Arzt ausführlich mit dem Patienten und seinen Beschwerden befasst hätte. Das führt auch dementsprechend zu Fehldiagnosen oder zu einer voreiligen Pathologisierung, was zum einen eine unpassende Behandlung nach sich ziehen, zum anderen allein durch die Etikettierung für den Patienten belastend sein kann. Eine Diagnose kann für den Betroffenen und für die Behandelnden hilfreich sein, dafür muss sie aber auf einer gründlichen Exploration der gesamten Symptomatik beruhen. Aktuell herrscht noch verbreitet die Annahme, dass alle psychischen Störungen chronisch und unheilbar wären. Das trifft aber bei vielen Störungen gar nicht zu. Deshalb ist es auch von großer Bedeutung, dass nach Diagnosestellung auch regelmäßig kontrolliert wird, ob diese Diagnose immer noch auf den Patienten zutrifft.

[14] Zu **Freier Zugang zu Patientenakten**

[15] Das Recht auf Einsicht in die Patientendokumentation als eine besondere Form der Auskunftserteilung beruht nicht nur auf Datenschutzrecht bzw. dem “Recht auf Selbstbestimmung und der personalen Würde des Patienten“ (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG; BVerfG NJW 1999, 1777 = ArztR 1999, 52 = MedR 1999, 180), sondern besteht auch als Nebenrecht aus dem Behandlungsvertrag und zivilrechtlich zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen (§ 810 BGB). Eine weitere Grundlage dieses Recht findet sich in den ärztlichen Berufsordnungen (§ 10 Abs. 2 MBO-Ä). Im Rahmen eines Arztprozesses kommt noch ein prozessuales Einsichtsrecht des Patienten hinzu (§ 422 ZPO). Die Akteneinsicht ist ein Holrecht für den Patienten. Die Art und Weise der Einsichtsgewährung (Ort, Zeitpunkt, Umstände) liegt ebenso wie die Auskunftserteilung im Ermessen des Arztes. Einschränkungen des Einsichtsrechtes können sich aus speziellen Gesetzen ergeben. Therapeutische Gründe können einer Einsicht grds. nicht entgegenstehen. Auch dem psychisch Kranken steht ohne ein besonderes Interesse geltend machen zu müssen das Recht auf Akteneinsicht zu (BVerfG NJW 1999, 1777). Es gibt hier aber außerhalb des strengen Anwendungsbereiches der Datenschutzgesetze spezifische Ausnahmen. Hinsichtlich Unterlagen aus psychiatrischer Behandlung kommt der ärztlichen Entscheidung, ob eine Aushändigung an den Patienten medizinisch verantwortbar ist, besonderes Gewicht zu. Allerdings darf der Arzt die Einsicht nicht pauschal unter Hinweis auf ärztliche Bedenken verweigern. Er hat vielmehr die entgegen stehenden therapeutischen Gründe im Einzelfall nach Art und Richtung näher zu kennzeichnen, ohne dabei ins Detail gehen zu müssen. Es muss eine Abwägung zwischen dem aus dem Persönlichkeitsrecht abgeleiteten Anspruch des Patienten auf Wissen über Diagnose und Behandlung einerseits und medizinisch begründeten Patienten-

schutzinteressen andererseits erfolgen. Solche Schutzinteressen sind insbesondere gegeben, wenn infolge der Einsicht in die gesamte Akte eine Selbstgefährdung des Patienten droht. Darüber hinaus sind Interessen Dritter zu berücksichtigen, die in die Behandlung einbezogen worden sind. Der Arzt kann auch eigene Interessen an der Erhaltung der therapeutischen Handlungsfähigkeit oder des Eigenschutzes berücksichtigen. Bei noch nicht abgeschlossener Behandlung kann eine Verweigerung eher begründet werden als bei Befund-, Prognose- und Planungsdaten vor einer Behandlung und als in den Fällen einer u.U. seit Jahren abgeschlossenen bzw. abgebrochenen Behandlung. Wegen des “objektiven Charakters“ von Arztbriefen, Befunden und Epikrisen können diese auch im Bereich der Psychiatrie nicht vom Einsichtsrecht ausgeschlossen werden. Bestehen die medizinischen Verweigerungsgründe bei Anwesenheit des behandelnden oder eines anderen Arztes bei der Akteneinsicht nicht, so muss vor der Verweigerung von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. In jedem Fall, auch bei psychiatrischen Unterlagen, muss bei der Einblicksverweigerung ein Informationsparadox verhindert werden. Da das Einsichtsrecht auch ein Kontrollrecht ist, muss ausgeschlossen werden, dass der kontrollierte Arzt den Umfang seiner Kontrolle selbst bestimmen kann. Dies führt dazu, dass in jedem Fall eine unabhängige Instanz oder ein Arzt oder eine Person des Vertrauens durch Einsicht in relevante Arztakten eine Kontrolle durchführen darf.

[16] Zu **Weniger bürokratische Hürden für Patienten**

[17] Menschen mit psychischen Störungen können teilweise durch ihre Symptomatik in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sein. So kann es für sie schwer sein, für viele Handlungen den notwendigen Antrieb oder die Konzentration aufzubringen, oder mit Menschen Kontakt aufzunehmen. Andererseits kommt gerade auf diese Menschen, sofern sie eine Therapie machen wollen, eine Reihe an Aufgaben zu - Termine bei Ärzten und Psychotherapeuten ausmachen, mit Krankenkassen und evtl. Kliniken kommunizieren. Aktuell können Betroffene, die von der Situation überfordert sind und den genannten Pflichten nicht nachkommen können, Hilfe entweder nur von Angehörigen erhalten oder wenn sie sich einen gesetzlichen Betreuer geben lassen. Im Falle einer Betreuung kommt es allerdings de facto zu einer Entmündigung des Klienten, was von den meisten nicht erwünscht ist. Im stationären Bereich, sowohl bei somatischen als auch bei psychiatrischen Patienten, ist es in Deutschland inzwischen üblich, dass Sozialarbeiter angestellt sind, die sich um die Reha-Beantragung, sozial- und arbeitsrechtliche Fragestellungen und den Übergang des Patienten in die ambulante Behandlung kümmern. Mit diesem Antrag wird gefordert, dass es für diese Aufgaben auch im ambulanten Bereich Stellen gibt. Konkrete Aufgabenbereiche, in denen sie ihren Klienten helfen würden, wären die Kontaktaufnahme zu Therapieangeboten, die Planung von Terminen, die Kommunikation mit der Krankenkasse und das Einleiten sozialjuristischer Prozesse zum Erhalt der Wohnung und des Arbeitsplatzes.

[18] Auf dem BPT in Bochum wird dieser Antrag voraussichtlich durch Xenia Wagner und Friedhelm Tropberger vorgestellt.

PA110 - Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal - Antrag 1

Wahlprogramm - Psyche LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PirateJoker für die AG Psyche

Zusammenfassung

Präambel. Einleitende Worte für ein neuen Programmbereich im Wahlprogramm 2013. Bekenntnis zur gemeindenahen psychiatrischen Versorgung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge mit dieser Präambel einen Teilprogrammbereich im Bundestagswahlprogramm 2013 zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung der Menschen in Deutschland mit dem Titel ***"Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal" eröffnen und diesen Antrag als ersten Programmpunkt dieses Teilbereiches beschließen:***
Präambel

[2] Das Ziel der politischen Arbeit der PIRATEN ist eine größtmögliche Inklusion aller Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, beziehen wir die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in unser Programm mit ein. Die Gesundheitspolitik hat die Ziele medizinische und psychosoziale Hilfe zu gewährleisten, eine Behandlung zu garantieren, wo diese nötig ist, und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine ideologiefreie psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die PIRATEN setzen sich für eine umfassende gesundheitliche Aufklärung als nächsten Schritt einer sozialen Inklusion von Menschen mit psychischen Störungen ein. Die PIRATEN fordern darüber hinaus den zielgerichteten und zeitnahen Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen.

Begründung

[3] Die Einbeziehung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung der Menschen in Deutschland in das Programm der PIRATEN muss erfolgen, wenn wir als Bürgerrechtspartei die politische Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Inklusion aller Menschen aufstellen. Überall dort wo Ausgrenzung und Stigmatisierung stattfindet, werden Bürgerrechte angegriffen und verletzt, allein dies begründet schon die Einbeziehung dieses Teils der Gesundheitspolitik in unser Programm. Wir fordern gesellschaftliche Teilhabe für alle, so ist auch die Teilhabe und die Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen längst Bestandteil unseres Programms und wird durch die nachfolgenden Anträge ausformuliert.

[4] Auf dem BPT in Bochum wird dieser Antrag voraussichtlich durch Xenia Wagner und Friedhelm Tropberger vorgestellt.

PA111 - Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal - Antrag 2

Wahlprogramm - Psyche LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PirateJoker für die AG Psyche

Zusammenfassung

Forderung nach gesundheitlicher Aufklärung und einem Internetangebot vom Gesundheitsministerium sowie Vermittlung von psychiatrischen Kenntnissen und über Krisenintervention von Polizei, Sanitäter etc.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge im Teilprogrammbereich ***"Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal" diesen Antrag als zweiten Programmpunkt dieses Teilbereiches beschließen:***
Gesundheitliche Aufklärung

[2] In den Fokus der Aufklärung sollen vor allem jene Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen betroffen sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Zusätzlich sollen auch die möglichen Behandlungs- und komplementären Hilfsangebote und Einrichtungen in die Aufklärung einbezogen werden, um die Akzeptanz solcher in der Bevölkerung zu stärken und auch die Nutzung der Möglichkeiten gleich ob stationär, teilstationär oder ambulant mit weniger persönlichen Bedenken und Vorbehalten zu ermöglichen. Letztlich steht auch die Aufklärung der Betroffenen selbst im Blickpunkt der PIRATEN, vor allem über ihre rechtlichen Ansprüche sowie Hilfsangebote. Die PIRATEN sehen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) als geeignete Stelle zur Koordinierung und Organisation der umfassenden Aufklärung. Die PIRATEN sehen aber auch hier vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Pflicht, aber auch die privaten Sendeanstalten, Print- und Onlinemedien, ihren gesellschaftlichen Beitrag für eine wirksame gesundheitliche Aufklärung zu leisten. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Vermittlung der Botschaft liegen, dass Menschen mit psychischen Störungen ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind.

[3] **Internetangebot des Bundesministerium für Gesundheit**

[4] Die PIRATEN fordern im Zuge der Aufklärung über psychische Störungen die Bereitstellung eines Internetangebotes vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit folgendem Inhalt:

- Datenbank aller praktizierenden Psychiater, Ärztlicher und Psychologischer Psychotherapeuten, Psychologen sowie aller psychiatrischen Fachkrankenhäuser mit:
  - Adressen
  - Wartezeiten/Anzahl freier Sprechstunden/Anzahl freier Plätze
  - Fachgebiet
  - Spezialgebiet
- Vorstellung und Erklärungen von Therapieangeboten
- Anträge zum Download und Antragserklärungen.

[5] An dieses Internetangebot soll eine Telefonhotline angeschlossen sein, die zu den Inhalten ebenfalls Auskunft geben kann. Die inhaltliche Ausgestaltung soll koordinierend vom BMG mit fachlicher Kompetenz erfolgen.

[6] Kenntnisse über psychiatrische Symptome und Krisenintervention in der Ausbildung verankern

[7] Die PIRATEN fordern, dass Ärzte in allen Fachbereichen, in denen sie mit Betroffenen mit psychiatrischen Diagnosen konfrontiert sind, vor allem aber in der Notfallmedizin, ausführliche und fortlaufende psychiatrische Weiterbildungen erhalten. Besonders wichtig ist auch eine fundierte Ausbildung und Training von Fähigkeiten in Krisenintervention und Deeskalation von Ärzten, Polizei und Rettungsdienstpersonal. Diesen Inhalten muss bereits frühzeitig, also noch während des Studiums oder der Ausbildung, mehr Bedeutung beigemessen werden.

[8] Pflegepersonal in der Psychiatrie

[9] Die PIRATEN fordern eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels auf psychiatrischen Stationen. Desweiteren soll das Pflegepersonal auf psychiatrischen Stationen durch umfangreichere und praxisbezogene Weiterbildungsmaßnahmen besser im Umgang mit Patienten mit psychischen Störungen geschult werden.

Begründung

[10] Zur **Gesundheitlichen Aufklärung**

[11] Die Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit psychiatrischen Diagnosen beruht oft auf einer mangelnden Informationslage zu diesen Störungsbildern in der Bevölkerung. Außerdem dient eine weitergehende medizinische Aufklärung über psychische Störungen dazu, dass Menschen die selber betroffen sind, in die Lage versetzt werden sich eigenständig weiter zu informieren und sich an richtiger Stelle Hilfe zu suchen.

[12] Zum **Internetangebot des Bundesministerium für Gesundheit**

[13] Datenbank Fachmediziner und Fachkrankenhäuser

[14] Ein solches Internetangebot als zentrale Anlaufstelle hilft Menschen mit psychischen Störungen und solchen, die gerade erst eine solche Diagnose erhalten haben, sich selbstständig Hilfe zu suchen. Eine zentrale Datenbank mit den Fachmedizinern erleichtert das Finden des personlichen Therapeuten bzw. Psychiaters in der Nähe des Wohnortes. Gleichzeitig erspart die Angabe der Wartezeiten bzw. der freien Sprechstunden, das langwierige Suchen nach verfügbaren Fachmedizinern. Gleiches gilt auch für die Datenbank der Fachkrankhäuser.

[15] Vorstellung und Erklärung von Therapieangeboten

[16] Die Vorstellung und Erklärung von Therapieangeboten hat den Vorteil, dass Menschen, die sich auf Grund einer psychischen Störung behandeln lassen wollen, sich im Vorhinein über Ablauf, Dauer, Inhalt und sonstige wichtige Therapiebestandteile informieren können und sich selbst auf eine Therapie besser vorbereiten können. Zusätzlich wird dadurch auch das Spektrum an möglichen Therapien visualisiert, was eine freie Wahl der Therapie besser ermöglicht und auch die Patientenrechte durch Aufklärung stärkt.

[17] Anträge zum Download und Antragserklärungen

[18] Eine solche Möglichkeit sich Anträge zu Hause auszudrucken ohne zig Ämter bzw. deren Internetseiten aufsuchen zu müssen, ermöglicht den betroffenen Menschen sich stärker auf ihre Behandlung zu konzentrieren.

[19] Aufklärungsinhalte über psychische Störungen

[20] Im Zuge der geforderten Aufklärung über psychische Störungen ist die Nutzung des Internetangebotes ein erstes Mittel der Wahl. Aufklärung aber muss auf vielen Wegen geschehen, weshalb die Aufklärung über ein solches Internetangebot hinausgehen muss.

[21] Informationen zu und Aufklärung über rechtliche Ansprüche

[22] Viele Menschen mit psychischen Störungen sind primär mit ihrer Lebenssituation beschäftigt und wissen oft nicht über ihre rechtlichen Ansprüche bescheid. Informationen zu und Aufklärung über diese rechtlichen Ansprüche wird ihnen helfen, diese rechtlichen Ansprüche auch wahrzunehmen. Nicht zuletzt sind mit diesen Ansprüchen Mehrbedarfsleistungen und andere Hilfen verbunden, die dazu beitragen sollen, die Lebensqualität zu erhöhen und die gesundheitlichen Einschränkungen eben durch solche Hilfen abzumildern.

[23] Telefonhotline

[24] Ein solches Internetangebot sollte natürlich auch mit einer Hotline gekoppelt sein, einerseits um Barrierefreiheit zu erreichen und andererseits Nachfragen zu ermöglichen, die kompetent beantwortet werden können. Das Bundesministerium für Gesundheit soll über seinen Etat dieses Internetangebot technisch und finanziell zur Verfügung stellen sowie die Ausgestaltung koordinieren. Die inhaltliche Ausgestaltung muss natürlich mit fachlicher Kompetenz erfolgen, weshalb hier auch auf Erfahrungen von Fachverbänden zurückgegriffen werden kann als auch von dort Unterstützung zu erhalten. Es kommt hierbei darauf an, dass es umgesetzt wird. Für die Umsetzung soll das BMG verantwortlich sein, das es an geeignete Betreiber delegieren kann, die es wiederum frei von Einwirkungen seitens kommerzieller Gruppen umsetzen und betreiben sollen.

[25] Zu **Kenntnisse über psychiatrische Symptome und Krisenintervention in der Ausbildung verankern**

[26] Einerseits sind Kenntnisse zu psychischen Symptomen besonders für Ärzte im Notdient essentiell, da sie oft die initiale Einschätzung einer Fremd- oder Selbstgefährdung vornehmen müssen. Andererseits lässt sich durch mehr Wissen zu psychischen Störungen auch die Stigmatisierung und Diskriminierung von Patienten vermeiden, die eine psychiatrische Diagnose haben oder psychiatrische Symptomatik aufweisen, wenn sie sich wegen körperlichen Beschwerden vorstellen. Definition Krisenintervention In der psychologischen beziehungsweise psychotherapeutischen Beratungsarbeit bedeutet Krisenintervention – im Gegensatz zur langfristig angelegten Therapie – zunächst allgemein die ambulante oder klinische Betreuung und Beratung von Menschen, die durch plötzliche, massive Veränderungen ihrer Lebensbedingungen, beispielsweise durch den Tod eines nahen Angehörigen, durch Gewalterfahrungen, ein Naturereignis, einen Unfall oder durch eine Erkrankung, akut psychisch gefährdet sind. Sie sollen durch die professionelle Hilfe dazu befähigt werden, die Situation zu bewältigen. In vielen Städten existieren Betreuungsangebote bei spezialisierten Kriseninterventionsdiensten.

[27] Zu **Pflegepersonal in der Psychiatrie**

[28] Das Pflegepersonal in der Psychiatrie trägt in erheblichem Maße zum Erfolg von Therapien bei. Sie sind meist anders als Ärzte im stetigen Kontakt mit den Patienten und oftmals vertrautere Ansprechpartner. Dies ist für das Pflegepersonal eine hohe Verantwortung, was bei Personalmangel die Qualität der Behandlung beeinträchtigt. Die Aufgaben in der Psychiatrie, vor allem aber in der Akut- und Notfallpsychiatrie, umfassen die Suizidprävention, Vermeidung von Fremdgefährdung und der menschlichen Zuwendung für Patienten in akuten Krisen. Hinzukommt, dass bei der enormen Bandbreite an Diagnosen und unterschiedlichster Symptome im Alltag nur unzureichend ein angemessener individueller Umgang mit den jeweiligen Symptomatiken erfolgt und im Endeffekt den Erfolg einer stationären langfristigen oder kurzfristigen Therapie stark verringern kann und nicht nur die Patienten, sondern auch das Pflegepersonal oft belastet. Auch durch den Personalmangel kommt es durch Zeitdruck und Arbeitsaufwand häufiger zu Fehlverhalten, das durch Personalaufstockung vermieden werden könnte. Die Erhöhung des Personalschlüssels dient letztlich nicht nur den Patienten und deren Therapie, sondern den Pflegekräften selbst.

[29] Auf dem BPT in Bochum wird dieser Antrag voraussichtlich durch Xenia Wagner und Friedhelm Tropberger vorgestellt.

PA112 - Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal - Antrag 3

Wahlprogramm - Psyche LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PirateJoker für die AG Psyche

Zusammenfassung

Forderung nach mehr psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern, psychiatrischen Institutsambulanzen, Ausbau der sozial, komplementären Versorgung und einer Bundesweiten Notrufnummer.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge im Teilprogrammbereich ***"Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal" diesen Antrag als dritten Programmpunkt dieses Teilbereiches beschließen:***
Mehr psychiatrische Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern

[2] Die PIRATEN setzen sich dafür ein, den Ausbau von psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern mit dem Ziel weiter fortzusetzen, dass alle Kreise und kreisfreien Städte im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie mit psychiatrischen Abteilungen mit angeschlossenen Tageskliniken und psychiatrischen Institutsambulanzen versorgt werden. In Planungsregionen sollen durch Bettenabbau in allgemeinen Krankenhäusern frei werdende Bettenkapazitäten für die Errichtung von psychiatrischen Abteilungen mit entsprechend qualifiziertem Personal verwendet werden. Dabei muss perspektivisch gewährleistet sein, dass diese zunächst kleinen Einheiten durch Bettenaufstockung und psychiatriegerechte bauliche Verbesserungen in überschaubarer Frist eine regionale, gemeindeorientierte Pflichtversorgung übernehmen können. Mittelfristiges Ziel ist das System der Fachkrankenhäuser durch ein flächendeckendes System von psychiatrischen Fachabteilungen an Allgemeinkrankenhäusern zu ersetzen ist (Beispiel Saarland).

[3] Mehr Psychiatrische Institutsambulanzen

[4] Die PIRATEN unterstützen das Konzept der multiprofessionellen Psychiatrischen Institutsambulanzen als Teil der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung und setzen sich für den weiteren flächendeckenden Ausbau in der Bundesrepublik Deutschland ein. Psychiatrische Institutsambulanzen werden an den Psychiatrischen Abteilungen in den Allgemeinkrankenhäusern errichtet. Die PIRATEN sprechen sich dabei für die Ansiedlung von Psychiatrischen Abteilungen mit Psychiatrischen Institutsambulanzen in zentraler leicht erreichbarer Lage der Kreise und kreisfreien Städte ein, bei flächenweiten Kreisen sollen zusätzliche Außenstellen der Psychiatrischen Institutsambulanzen errichtet werden. Allgemeinkrankenhäuser, die für den Aufbau der Psychiatrischen Abteilung zunächst mit psychiatrischen Stationen beginnen, sollen bereits mit diesen Stationen auch Psychiatrische Institutsambulanz in Betrieb nehmen.

[5] Bausteine der komplementären Versorgung

[6] Die PIRATEN fordern, dass in allen Gebietskörperschaften die Strukturen der sozialen, komplementären Versorgung für Menschen mit psychischen Störungen bedarfsdeckend aufgebaut bzw. (bei Trägerschaft von gemeinnützigen Vereinen) durch entsprechende Fördermittel erhalten werden. Diese komplementäre Versorgung ist das Kernstück der sozialen Inklusion; dazu gehört vor allem die Unterstützung in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Freizeit.

- Wohnen: Die meisten psychotischen Störungen treten erstmalig in der Jugend und im frühen Erwachsenenalter auf. Für diesen Personenkreis habe sich betreute Wohngemeinschaften ebenso bewährt wie zur „Wiederbeheimatung“, zur Rückführung von Langzeitpatienten, die in sog. „Heime“ verschoben und dort ausgegrenzt wurden. Solche Wohngemeinschaften, oft unter Betreuung von Sozialarbeitern, sind bedarfsdeckend einzurichten.

- Arbeit: Die Arbeitssituation der Betroffenen ist häufig fatal; entweder bleibt ihnen der 1. Arbeitsmarkt aufgrund der Stigmatisierung verschlossen, oder sie sind tatsächlich den Anforderungen nicht gewachsen. In Regionen, in denen langjährig sozialpsychiatrisch gearbeitet wurde, entstand eine Palette von Arbeitsmöglichkeiten im 3. Arbeitsmarkt, von einfachen Zuverdienstfirmen bis zu komplett autonomen Firmen, die weiter geführt werden müssen.

- Freizeit: Die Freizeit sinnvoll mit anderen zu gestalten, ist für Menschen mit psychischen Störungen ebenfalls nicht so einfach wie für andere. Diverse Clubs, in denen sich alle (auch Normale!) treffen können, Patientencafés inmitten der Städte etc. sind daher unverzichtbare Bausteine einer komplementären sozialpsychiatrischen Versorgung.

- Tagesstätten: Im Gegensatz zu Tageskliniken findet in Tagesstätten keine medizinische Versorgung statt, sondern Therapeuten aller Ausbildungstypen (z. b. Ergo-, Kunst- und Musiktherapeuten etc.) gestalten zusammen mit Pflegern, Sozialarbeitern und engagierten Bürgern den Alltag der Betroffenen. Tagesstätten haben sich zudem als besonders nützlich erwiesen, wenn Demenzkranke ältere Menschen von ihren berufstätigen Kindern versorgt werden, und müssen daher flächendeckend angeboten werden.

[7] **Bundesweite Notrufnummer**

[8] Die Piraten setzen sich dafür ein, dass in allen Notrufleitstellen psychiatrisch geschultes Personal eingesetzt wird. Dieses soll eine kurzfristige Krisenintervention in psychischen Krisen ermöglichen, ähnlich wie dies bereits in Israel gehandhabt wird. Für psychische Notfälle soll es eine leicht zu merkende kostenfreie Rufnummer geben, die Anrufer mit der Leitstelle verbindet. Desweiteren soll psychiatrische Notfallhilfe per E-Mail und SMS ganztags erreichbar sein.

Begründung

[9] Zu **Mehr psychiatrische Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern**

[10] Betroffene sollen stets die Möglichkeit haben, auch im Rahmen einer stationären Therapie in räumlicher Nähe zu ihrem sozialen Umfeld zu bleiben. Ortsnahe stationäre Behandlungsangebote sind unabdingbar für eine erfolgreiche kurzfristige Krisenintervention, vor allem wenn eine stationäre Aufnahme angezeigt, aber nur von kurzer Dauer notwendig wird. Zugleich ermöglicht es Betroffenen in der Nähe ihres sozialen Umfeldes zu bleiben, was ebenso die Behandlungsqualität fördert und die Wiedereingliederung in den Alltag erleichtert. Psychiatrische Fachkrankenhäuser werden durch psychiatrische Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern strukturell entlastet und ebenso in ihrer Behandlungsqualität gefördert, da sie verstärkt langfristige Therapiekonzepte anbieten können. Da psychiatrische Fachkrankenhäuser in ihren Kapazitäten oft ausgelastet sind, führt das zu sehr langen Wartezeiten für Aufnahmen oder aber zu Überbelegung von Stationen im Fall von akuten Aufnahmen, sodass Patienten teilweise auf dem Gang untergebracht werden müssen. Eine Auslagerung von Therapieplätzen auf Stationen in allgemeinen Krankenhäusern wirkt solchen Misständen entgegen. Desweiteren ist es von Vorteil, wenn Menschen mit psychischen Erkrankungen vermehrt in denselben Einrichtungen behandelt werden, wie Patienten mit körperlichen Erkrankungen, da dies dazu beiträgt, das Stigma, das psychischen ErkrankungenKrankheiten und davon Betroffenen anhaftet, abzubauen. Denn gerade große spezialisierte psychiatrische Fachkrankenhäuser tragen dazu bei, bei der Bevölkerung ein negatives Bild von der Psychiatrie und den Patienten dieser Institutionen zu erzeugen, da es so wirkt, als wären die Patienten dort “weggesperrt“. Zudem profitieren auch die restlichen Stationen von allgemeinen Krankenhäusern von einer psychiatrischen Abteilung, da sie dadurch viel einfacher und schneller auf Konsiliarleistungen der Psychiater zurückgreifen können. Auch bei den psychiatrischen Patienten können so körperliche Beschwerden durch die räumliche Nähe zu Stationen und Ambulanzen anderer Fachbereiche viel leichter abgeklärt werden. Der Welt-

gesundheitsbericht der WHO von 2001 stellt deutlich Vorteile der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung dar und fordert Staaten dazu auf, den Schwerpunkt von großen Fachkliniken hin zu wohnortnahen Angeboten zu verlagern.

[11] Zu **Mehr Psychiatrische Institutsambulanzen**

[12] Unter einer Institutsambulanz versteht man ein multiprofessionelles ambulantes Behandlungsangebot psychiatrischer Fachkrankenhäuser und psychiatrischer Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern, welche gemäß § 118 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung ermächtigt sind. Es handelt sich um ambulante Krankenhausleistungen. Auch Universitätskliniken und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie können dieses Angebot machen. Seit dem Jahr 2000 werden nicht nur psychiatrische Fachkliniken, sondern auch psychiatrische Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern ermächtigt. Die Vergütung erfolgt außerhalb der vertragsärztlichen Gesamtvergütung direkt durch die Kassen. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Versorgungsschwerpunkte sind die Behandlung schwer und chronisch Kranker im Rahmen der Nachsorge, aber auch Notfallpsychiatrie. Ziel ist die Vermeidung oder Verkürzung stationärer Behandlung, aber auch die Sicherstellung einer Behandlung für Patienten, die von den Angeboten niedergelassener Ärzte nicht oder nicht ausreichend erreicht werden. Das Versorgungskonzept stellt praktisch eine integrierte Versorgungsform dar, ist aber nicht auf bestimmte Diagnosen festgelegt oder beschränkt. Quelle:Wikipedia PIA sollen Betroffenen ortsnahe ambulante Behandlungsmöglichkeiten bieten, wenn stationäre oder teilstationäre Aufnahmen medizinisch nicht notwendig sind, aber sonstige ambulante psychotherapeutische Behandlungsangebote nicht ausreichen. Desweiteren sollen PIA eine Vermittlerfunktion erfüllen, indem sie als erste Anlaufstelle dienen können, in dem sie Betroffenen bei Bedarf an stationäre, teilstationäre oder zusätzliche ambulante (Selbsthilfegruppen, Sozialarbeiter usw.) Angebote weiterverweisen, Angebote für Angehörige organisieren und die Nachsorge nach einem stationären Aufenthalt übernehmen. Eine (teil-)stationäre Therapie (z.B. Tagesklinik) ist von vielen Betroffenen nicht erwünscht und auch bei weitem nicht in allen Fällen notwendig. Das ambulante Therapieangebot von niedergelassenen Psychotherapeuten und Psychiatern beschränkt sich meistens jedoch auf Einzelpsychotherapie mit wöchentlichen Terminen. Manche Betroffene profitieren aber, vor allem in der Initialphase der Therapie, viel stärker von häufigeren Terminen und auch zusätzlichen Therapieangeboten, wie Gruppen- und Ergotherapie. Niedergelassene Therapeuten haben nicht die Kapazitäten, dies anzubieten. Zudem ermöglichen PIA auch eine bessere Vernetzung des stationären und des ambulanten Bereichs, was sowohl den Betroffenen als auch den Behandelnden zugute kommt.

[13] Zu **Bausteine der komplementären Versorgung**

[14] Die soziale Inklusion von Menschen mit psychischen Störungen stellt sich nur her, wenn in den einzelnen Gemeinden auch die entsprechenden Strukturen vorliegen. Nicht nur die Institutionen der traditionellen Psychiatrie standen und stehen dem oft entgegen.

- Im Zuge einer „Enthospitalisierung“ in den frühen 80er Jahren wurden Langzeitpatienten aus den Kliniken in entfernt liegende „Heime“ verbracht, in denen sie genauso ausgegrenzt waren wie zuvor auf den Langzeitstationen der Psychiatrie. In normalen Wohnungen inmitten ihrer Heimatstädte leben zu können, ist für die Betroffenen eine grundlegende Voraussetzung der sozialen Inklusion.

- Werkstätten für Behinderte (WfBs) sind nahezu immer auf körperlich oder geistig Behinderte ausgerichtet oder schließen gelegentlich psychisch Behinderte bereits in ihren Statuten aus. Das hat im Umfeld von sozialpsychiatrisch orientierten Kliniken oft dazu geführt, das Zuverdienstfirmen entstanden, in denen die Betroffenen je nach Arbeitsfähigkeit und individuellem Bedarf arbeiten konnten – von wenigen Stunden bis zur Vollzeit. Dadurch wurde nicht nur ihre finanzielle Situation verbessert, sondern ebenso ihr Selbstwertgefühl und ihre Tagesstrukturierung.

- Freizeitangebote und Begegnungsstätten verhindern auf mehrfache Weise die soziale Ausgrenzung. Neben den Effekten für die Betroffenen (Freizeitgestaltung bis hin zu gemeinsamen Ausflügen und Urlauben, Austausch mit anderen Betroffenen etc.) sorgen sie auch durch die „Normalität“ der Begegnungen mit „Normalen“ auch für eine Senkung der Hemmschwelle von Nicht-Betroffenen.

- Die größten Entdeckungen in der Psychiatrie des 20. Jahrhunderts waren zu Beginn der 50er Jahre die Entwicklung von Neuroleptika (1953 Megaphen®) und in den 80er Jahren die (sensationelle) Ent-

deckung, dass Menschen mit psychischen Störungen auch Angehörige haben. So ist die Familie nach wie vor die größte Versorgungsinstitution zur Betreuung demenzkranker Menschen. Zu ihrer Entlastung haben sich vor allem die Tagesstätten für ältere Menschen hervorragend bewährt.

[15] Zu **Bundesweite Notrufnummer**

[16] Menschen in psychischen Krisen brauchen unverzüglich, unbürokratisch und professionell Hilfe. Diese Soforthilfe steht daher rund um die Uhr als Not- und Krisendienst zur Verfügung. Diese Krisen sind große seelische Belastungen und bedeuten immer eine schwere, ausweglos erscheinende Zuspitzung im Erleben der Betroffenen. Eine akute seelische Notsituation kann auch bei familiären Konflikten, bei gewalttätigem Verhalten, extrem belastenden Erlebnissen sowie plötzlichem Partnerverlust entstehen. Die Betroffenen erleben dabei oft Gefühle tiefer Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, verbunden mit Anspannungen, Ängsten und dem Gefühl starker Bedrohung. In dieser Situation fällt es oft besonders schwer, professionelle Hilfe anzunehmen. Auch in Israel gibt es bereits mit diesem Konzept gute Erfahrungen. Wie auch folgende Studie belegt:Psychiatry. 2007 Spring;70(1):12-8.Emotional first aid for a suicide crisis: comparison between Telephonic hotline and internet.Gilat I, Shahar G.Israeli Association for Emotional First Aid (ERAN), Risk/Resilience Laboratory of Ben-Gurion University of the Negev, Beer-Sheva, Israel. gilati@netvision.net.il

[17] Auf dem BPT in Bochum wird dieser Antrag voraussichtlich durch Xenia Wagner und Friedhelm Tropberger vorgestellt.

PA113 - Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal - Antrag 4

Wahlprogramm - Psyche LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PirateJoker für die AG Psyche

Zusammenfassung

Forderung nach einer inkludierenden Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge im Teilprogrammbereich ***"Psychiatrie 3.0: Verrückt ist auch normal" diesen Antrag als vierten Programmpunkt dieses Teilbereiches beschließen:***
Inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen

[2] **Sonderregelung Arbeitszeiten**

[3] Die PIRATEN fordern eine umfassende Novellierung und Ausarbeitung der Regelungen im bisherigen Behindertenrecht, die den Menschen mit chronischen somatischen und chronischen psychischen Störungen, die auf Grund ihrer Störungen in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind, die Wahlmöglichkeit zu eröffnen, ein ihren Einschränkungen gerecht werdendes Arbeitszeitmodell auszuwählen.[2] Es muss hierzu unter strengster Beachtung des Datenschutzes und Nutzung der Aufsichtsbehörden gewährleistet werden, dass die Annahme eines Arbeitszeitmodells diskriminierungsfrei und erfolgreich ermöglicht wird.

[4] **Sonderregelung Urlaubszeiten**

[5] Die PIRATEN fordern eine Reform der gesetzlichen Regelungen, um Menschen mit chronischen psychischen Störungen, entsprechend ihres störungsbedingten Erholungsbedarf, mehr Urlaubstage zu gewähren.

[6] **Freistellungsoption von Mehrarbeit für Menschen mit psychischen Störungen**

[7] Die PIRATEN fordern eine Freistellungsoption bei Mehrarbeit für Menschen mit chronischen psychischen Störungen, ähnlich der Regelung in §124 SGB IX, (Fassung Art. 13 Abs. 26 G v. 12.4.2012 I 579), für Menschen mit Schwerbehinderung.

[8] Zu den Sonderregelungen von Arbeits- und Urlaubszeiten sollen die Verbände der Arbeitgeber, der medizinischen Wissenschaften und der Betroffenen gemeinsam die Arbeitszeitmodelle und die Vorschläge für zusätzliche Urlaubstage im Rahmen einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag erarbeiten und vorstellen, damit der Deutsche Bundestag darüber beschließen kann. Die PIRATEN setzen sich im Deutschen Bundestag dafür ein, dass die Vorschläge der Enquete-Kommission zur Abstimmung gestellt werden.

Begründung

[9] Eine psychische Störung, genau wie eine körperliche Erkrankung bedeutet bei weitem nicht, dass der oder die Betroffene nicht in der Lage ist, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und die Arbeit genauso gewissenhaft und effizient zu erledigen, wie andere Mitarbeiter. Allerdings brauchen manche Menschen wegen psychiatrischer Symptomatik längere oder häufigere Pausen, als sie vom Bundesurlaubsgesetz gewährleistet werden. Getreu der Prinzipien der Inklusion sollte darauf auch diskriminierungsfrei Rücksicht genommen werden. Damit die

Modelle auch den Anforderungen des Arbeitsalltags und den Bedürfnissen der Menschen mit psychischer Störungen gerecht werden, ist es wichtig, dass sie auch von den Menschen erarbeitet werden, die davon direkt betroffen sind. Deshalb ist uns die Erarbeitung in einer Enquete-Kommission wichtig.

[10] Auf dem BPT in Bochum wird dieser Antrag voraussichtlich durch Xenia Wagner und Friedhelm Tropberger vorgestellt.

PA114 - Reform der Erbschaftsteuer

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Konrad Erzberger

Zusammenfassung

Stärkere Belastung der großen Vermögen; Entlastung kleinerer Vermögen

Antragstext

[1] Die Piratenpartei nimmt an geeigneter Stelle in ihr Wahlprogramm auf:

[2] Zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit von Arm und Reich, setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass die Erbschaftsteuer für große Vermögen maßvoll angehoben und für kleinere Vermögen etwas verringert wird. Der Freibetrag wird auf 500.000 Euro erhöht, die bewährten Ausnahmen für Eigenheime und Familienbetriebe bleiben unangetastet.

[3] (§ 19 des Erbschaftsteuergesetzes wird in seinem ersten Absatz wie folgt neu gefasst:

[4] Altregelung: Wert des steuerpflichtigen Erwerbs (§ 10) bis einschließlich … Euro Prozentsatz in der Steuerklasse I II III

[5] 75 000 7 15 30 300 000 11 20 30 600 000 15 25 30 6 000 000 19 30 30 13 000 000 23 35 50 26 000 000 27 40 50 über 26 000 000 30 43 50

[6] Neuregelung: Wert des steuerpflichtigen Erwerbs (§ 10) ab … Euro Prozentsatz in der Steuerklasse I II III

[7] 500 000 20 30 40 5 000 000 30 40 50 15 000 000 40 50 60

Begründung

[8] Liebe Piraten,

[9] vordergründig handelt der Antrag von Steuersätzen. Es geht jedoch weniger um die Steuersätze der Erbschaftsteuer, als die Frage, ob und wie Vermögen in unserer Gesellschaft gerecht verteilt ist und wird.

[10] Einerseits sollte sich der Staat hüten, in den Grundbestand der Existenzsicherung und den intimen Bereich der Familienordnung einzudringen. Andererseits zählt durchaus zu den Aufgaben des Staates, für das Wohl seiner Bevölkerung und einen stabilen sozialen Frieden, sprich für eine gerechte Vermögensverteilung und Chancenangleichung zu sorgen und geeignete Abwehrmaßnahmen zu treffen, falls der soziale Frieden gefährdet ist. Der Staat darf nicht zulassen, dass die Gesellschaft in Arm und Reich zerfällt, ihn treffen Schutzpflichten.

[11] Mein Eindruck ist: Unser Land wird - wie so oft in Zeiten allgemein-friedlichen Fortschritts - zunehmend feudal. Schleichend bilden sich privatwirtschaftliche Oligopole und es kommt zu Kapitalkonzentrationen in den Händen weniger. Die Schere von Arm und Reich geht immer weiter auseinander und die jüngste Wirtschaftskrise hat diesen Trend nicht gebremst, sondern vielmehr beschleunigt. Dieser Prozess geht über Jahrzehnte und hat bereits begonnen und wird sich zuspitzen, wenn wir nichts unternehmen.

[12] Die Deutschen horten 9 Billionen Euro Privatvermögen. Laut eines ARD-Berichts (Link s.u.) gehört davon die Hälfte nur einer Minderheit von 1 % der Bevölkerung; laut der Bundeszentrale für politische Bildung gehört 10 % der Bevölkerung über 60 % des Privatvermögens (Link s.u.). 2010 kam eine Studie des DIW zu dem Ergebnis, dass zwischen 2000 zu 2009 die unteren Gehälter sanken, während die mittleren und oberen Gehälter stiegen (Link s.u.). Eine weitere Studie der Vermögensverwaltung Merrill Lynch und der Beratungsgesellschaft Capgemini belegte 2010, dass die Zahl der Millionäre weltweit stark und stetig zunimmt (Tagessschau.de, Link s.u.).

[13] Wir wissen aus der Forschung, dass das subjektive Glück nur in den Mittel- und Niedriglohnsektoren positiv mit dem jährlich verfügbaren Einkommen steigt und dass ab einem bestimmten Einkommen das von Bürgern empfundene Glück _nicht_ mehr signifikant steigt. Wir wissen, dass die Aufstiegschancen junger Menschen von den Einkommensverhältnissen der Eltern abhängen. Und wir wissen, dass Länder mit gleicherer Vermögensverteilung glücklichere Bürger haben, als solche Länder, in denen ungleichere Vermögensverhältnisse vorherrschen.

[14] Im Ausgangspunkt sollte jeder bekommen, was ihr oder ihm gebührt, was man sich “verdient“ hat. Wir gehen von einer “meritokratischen“ Gesellschaft aus, einer Gesellschaft also, bei der Leistung belohnt wird. Ich frage euch: Was ist daran “verdient“, wenn jemand Millionen erbt?

[15] Klar, jetzt kann man einwenden: Der Erblasser hat das Geld schon zu Lebzeiten versteuert und außerdem selbst erarbeitet und er sollte es doch in der Familie konservieren dürfen. Ja, richtig, das ist nicht von der Hand zu weisen. Dennoch ist hier eine Abwägung zu treffen zwischen den berechtigten Interessen von Individuen (hier: Erblasser und Erben) und den Interessen der Gesellschaft als solche. Insofern ist zu bemerken, dass das Interesse auf Seiten reicher Erblasser vermutlich stabil geblieben ist, während das gesellschaftliche Bedürfnis nach Gleichheit in den letzten Jahren stark wuchs (siehe oben). Daher plädiere ich für eine Reform der Erbschaftssteuer.

[16] Zuletzt rechtfertigen auch verfassungsrechtliche Erwägungen eine Reform der Erbschaftssteuer zulasten großer und zugunsten kleiner Vermögen. Art 14 Abs. 1 Satz 2 GG gestaltet die in Art. 14 Abs. 1 Satz 1 gewährte Eigentumfreiheit sowie die Institutsgarantie des Erbrechts als grundsätzlich einschränkbar aus. Art. 14 Abs. 2 GG ordnet die Gemeinschaftsbindung allen Eigentums an. Auch die vom BVerfG 1995 (NJW 1995, 2624) gesetzten Leitlinien werden mit der vorgeschlagenen Reform eingehalten: “Die Ausgestaltung und Bemessung der Erbschaftsteuer muß (1) den grundlegenden Gehalt der Erbrechtsgarantie wahren, zu dem die Testierfreiheit und das Prinzip des Verwandtenerbrechts gehören; (2) sie darf Sinn und Funktion des Erbrechts als Rechtseinrichtung und Individualgrundrecht nicht zunichte oder wertlos machen.“. Es wird auch nach der hierin vorgeschlagenen Reform die Möglichkeit zur Erbschaft bis gleich oder größer 40 % und eine Privilegierung naher Angehöriger geben. Also ist der grundlegende Gehalt der Institutsgarantie unangetastet. Auch Sinn und Zweck einer Erbschaft entfallen mit der Reform nicht. Weiterhin können Erblasser unbeschränkt Vermögen vererben. Insbesondere bleiben die Ausnahmeregelungen für Familienheime bestehen. Für geringere Vermögen wird das Erbrecht sogar ausgeweitet, weil der Steueranspruch laut Vorschlag verringert wird. Die Staatsquote wird daher nicht unbedingt steigen.

[17] LG Konrad

[18] Links:

[19] § 19 ErbStG - Steuersätze - http://www.gesetze-im-internet.de/erbstg_1974/__19.html

[20] Art. 14 GG - http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_14.html

[21] Vermögensverteilung (Grafik BPB) - http://www.bpb.de/wissen/U4CJQA,0,0,Verm%F6gensverteilung.html

[22] Deutsche Welle - Kluft zwischen Arm und Reich wächst (DIW-Studie) - http://www.dw.de/dw/article/0,,5686427,00.html

[23] Die Story im Ersten: Die Welt auf Pump (ARD Mediathek) - http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?docun

[24] Studie zur weltweiten Einkommensverteilung: Mehr Reiche als vor der Finanzkrise - http://www.tagesschau.de/wirtschaft/millionaere100.html

[25] Georg Schramm - Ästhetik der Vermögensverteilung - http://youtu.be/sOgQbx9Ry9s

[26] (p.s.: Zwischenzeitlich wurde mehrfach vorgeschlagen, die Steuerstufen durch eine flexible Formel zu ersetzen. Vgl. etwa http://wiki.piratenpartei.de/Diskussion:LiquidFeedback/Themendiskussion/2068#Formel_finden. Dagegen bestehen meines Erachtens keine Einwände, da jedenfalls für mich das Ziel wichtiger ist als das konkrete (Berechnungs-)Mittel.)

PA115 - Entsorgung langlebigen, hochradioaktiven Abfalls aus bestrahlten Brennelementen in Deutschland

Wahlprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Klute

Zusammenfassung

Die Piratenpartei möge eine oder mehrere der drei möglichen Verfahren zum Umgang mit Atommüll aus Brennelementen favorisieren:

- Direkte Endlagerung
- Wiederaufarbeitung
- Abbau durch Transmutation

[27] Forschung und Entwicklung bleiben unbenommen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an der Stelle »Energiepolitik« aufzunehmen und um ein oder mehrere Module des modularen Teils zu ergänzen:

[2] Auch nach Abschalten der deutschen Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren bleibt eine nicht zu umgehende Aufgabe die Entsorgung des derzeit schon bestehenden langlebigen, hochradioaktiven Abfalls aus bestrahlten Brennelementen. Dieser Aufgabe stellt sich die Piratenpartei Deutschland.

Modularer Teil

[3] **Modul A: Klassische Endlagerung**

[4] Die Piratenpartei Deutschland favorisiert die Endlagerung radioaktiven Abfalls in tiefen geologischen Schichten, wie sie in der aktuellen Gesetzgebung verankert ist. Sie ist der Auffassung, dass die sichere Lagerung der Abfälle über einen Zeitraum von über 300.000 Jahren je nach Standort prinzipiell möglich ist. Die Piratenpartei spricht sich für die Förderung von Forschung und Entwicklung aus, die die Sicherheit von Endlagerstätten über diesen Zeitraum gewährleisten.

[5] **Modul B: Klassische Wiederaufarbeitung**

[6] Die Piratenpartei Deutschland favorisiert die klassische Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen zu neuen Brennelemente und sieht darin einen effizienten Weg zur Verringerung der radioaktiven Abfallmenge aus Brennelementen. Die Wiederaufarbeitung ist ein bekanntes und ausführlich erforschtes Verfahren. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich für eine Anpassung des Atomgesetzes aus, sodass die Wiederaufarbeitung von radioaktiven Abfällen wieder stattfinden kann. Die Piratenpartei spricht sich für die Förderung von Forschung und Entwicklung aus, die die Wiederaufarbeitungsprozesse verbessern und ihre Auswirkungen auf die Umwelt minimieren. Die Piratenpartei spricht sich weiter für die Förderung von Forschung und Entwicklung zugunsten von Verfahren aus, die neben dem Recycling von Plutonium auch das der übrigen Transurane ermöglichen.

[7] Modul C: Transmutation

[8] Die Piratenpartei Deutschland favorisiert die Umwandlung (Transmutation) langlebiger radioaktiver Nuklide in kurzlebigere. Dabei wird die radioaktive Lebensdauer des bereits angesammelten langlebigen, hochaktiven Abfalles so stark verringert, dass seine Radiotoxizität bereits nach etwa 300 Jahren die von in der Natur vorkommendem Uranerz unterschreitet. Außerdem werden bei der Transmutation große Mengen Energie gewonnen. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich für eine Änderung des Atomgesetzes aus, um den Bau entsprechender Anlagen grundsätzlich zu ermöglichen. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich für die Förderung von Forschung und Entwicklung von Verfahren und Materialien aus, die Bau und Betrieb von Transmutationsanlagen zugutekommen.

Begründung

[9] Das Problem radioaktiven Abfalls – auch Atommüll genannt – besteht bereits. Auch wenn Deutschland die noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke nach und nach abschaltet, können wir die Augen nicht vor dieser Tatsache verschließen. Aktuell wird nur die Möglichkeit der Endlagerung betrachtet. Doch warum? Gibt es Alternativen? Die Piraten sollten sich dazu positionieren, ob sie ebenfalls für eine uneingeschränkte Endlagerung radioaktiver Abfälle stehen oder ob sie zumindest die wärmeentwickelnden, hochaktiven Abfälle reduzieren und recyclen wollen. Bei Letzteren handelt es sich um abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken. Der macht zwar vom Volumen her nur 10 Prozent des gesamten Atommülls aus, jedoch 98 Prozent seiner Radiotoxizität.

[10] Dieser Antrag enthält die drei prinzipiell möglichen Verfahren zur Entsorgung abgebrannter Brennelemente als Module und fordert den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland auf, einen oder mehrere davon zu beschließen. Solch ein Beschluss legt die Piratenpartei nicht für alle Zeiten auf diese eine beschlossene Variante fest, sondern ist eine Favorisierung dieser Variante nach dem aktuellen Erkenntnisstand. Forschung und Entwicklung in Richtung der übrigen Varianten bleiben selbstverständlich unbenommen.

- **Endlagerung**: Entsorgung des gesamten radioaktiven Abfalls in tiefen geologischen Schichten
- **Wiederaufarbeitung**: Recycling eines Teils des langlebigen radioaktiven Abfalls und dadurch Reduzierung der Abfallmenge
- **Transmutation**: Zerstörung des gesamten langlebigen radioaktiven Abfalls unter Energiegewinnung

[11] Die Piratenpartei sollte sich diese drei Möglichkeiten näher anschauen und sich für diejenige aussprechen, die – zumindest nach derzeitigem Erkenntnisstand – ein Höchstmaß an Sicherheit und Nutzen bietet.

[12] Entscheidet sich die Piratenpartei für keine dieser Möglichkeiten, spricht sie sich damit gegen eine Änderung des heute geltenden Atomrechts aus, welches für radioaktive Abfälle die Endlagerung bestimmt. Keine Entscheidung bedeutet also implizit eine Entscheidung für Modul A.

[13] Modul A: Klassische Endlagerung

[14] Momentan wird in Deutschland die Endlagerung radioaktiver Abfälle angestrebt. Der Begriff Endlagerung beschreibt eine unbefristete und sichere Beseitung von radioaktiven Abfällen in tiefen geologischen Formationen, ohne dass eine spätere Rückholbarkeit beabsichtig ist 1 .

[15] Seit 2005 ist die Entsorgung bestrahlter Brennelemente durch direkte Endlagerung genehmigungsfähig. Dabei werden die vollständigen Brennelemente zwischengelagert. In dieser Zeit zerfallen die kurzlebigen Radionuklide, und die zerfallsbedingte Wärmeentwicklung wird reduziert2 . Anschließend werden die Brennelemente in zweischalige Pollux-Behältern verpackt und in das Endlager eingebracht.

[16] Bislang existiert noch kein betriebsbereites Endlager für hochgradig wärmeentwickelnde Abfälle wie abgebrannte Brennelemente. Daher ist es wichtig, ergebnisoffen weiter nach einem solchen zu suchen.

[17] *Literatur*

[18] 1 Lexikon Kernenergie, Karlsruher Institut für Technologie, Stand Sept. 2012 http://www.kit.edu/mediathek/print_forschung/Lexikon_Kernenergie_201209.pdf

[19] 2 Kernenergie Basiswissen, 2007 http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/service/018basiswissen2007.pdf

[20] Modul B: Klassische Wiederaufarbeitung

[21] Die Wiederaufarbeitung wurde in Deutschland viele Jahre genutzt, um abgebrannte Brennelemente zumindest teilweise weiterverwenden zu können. Ihr Ziel ist nicht nur die Rückgewinnung von Radioisotopen und Kernbrennstoffen (inkl. Plutonium), sondern auch die Verringerung der radioaktiven Abfallmenge. Bei der Wiederaufarbeitung wird der Brennstoff mittels physikalisch-chemischer Trennverfahren gelöst und gereinigt. Nach weiterer Reinigung können Uranoxid (UO2) und Plutoniumoxid (PuO2) zu Mischoxid-Brennelementen (MOX-Brennelemente) weiterverarbeitet werden. Diese Brennelemente können wieder in herkömmlichen Kernkraftwerken eingesetzt werden. Bei der klassischen Wiederaufarbeitung fallen große Mengen Brennelementschrott, kontaminierte Lösemittel, Spaltprodukte und langlebige Transurane an. Es bleiben also mittel- und hochaktive Abfälle, die konditioniert und eingelagert werden müssen 1,2 . Im Jahr 2002 wurde die Gesetzeslage angepasst, sodass die Abgabe bestrahlter Brennelemente aus Kernkraftwerken an Wiederaufarbeitungsanlagen ab dem 1.7.2005 verboten waren. Die Entsorgung wurde auf die direkte Endlagerung beschränkt3 . Dies bezieht sich auch auf Wiederaufarbeitungsanlagen außerhalb Deutschlands. In Deutschland selbst gibt es zur Zeit keine Wiederaufarbeitungsanlage, daher müsste für eine Umsetzung dieses Moduls neu gebaut werden, was im Atomgesetz (§ 7) ausgeschlossen ist 4 . Auch für eine Wiederaufarbeitung von Brennelementen im Ausland wäre eine Gesetzesänderung nötig.

[22] Falls dieses Modul vor den beiden anderen präferiert wird, sollte besonderer Wert auch auf die Entwicklung von Verfahren gelegt werden, die neben Plutonium auch die weiteren Transurane vom übrigen Abfall abtrennen. Transurane machen zwar vom Volumen her nicht viel aus, sie sind aber besonders langlebig und sorgen dafür, dass der gesamte Abfall über Jahrhunderttausende sicher gelagert werden muss. Ließen sich die Transurane separieren, würde dies die sehr lange Lagerdauer auf ein erheblich kleineres Volumen beschränken. Der übrige Abfalls wäre bereits nach einigen hundert Jahren abgeklungen.

[23] *Literatur*

[24] 1 Lexikon Kernenergie, Karlsruher Institut für Technologie, Stand Sept. 2012 http://www.kit.edu/mediathek/print_forschung/Lexikon_Kernenergie_201209.pdf

[25] 2 Kernenergie Basiswissen, 2007 http://www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/service/018basiswissen2007.pdf S.68ff

[26] 3 Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, 22.04.2002 http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*%5B

[27] 4 Atomgesetz http://www.gesetze-im-internet.de/atg/index.html#BJNR008140959BJNE001511310_id=%27bgbl102s1351.p

[28] Modul C: Transmutation

[29] Hierbei handelt es sich um ein kerntechnisches Verfahren, welches die radioaktive Lebensdauer von Reaktorabfällen sehr stark verringert. Grund dafür, dass verbrauchte Brennelemente viele Jahrhunderttausende lang gefährliche Strahlung aussenden, sind die sogenannten Transurane, die beim Betrieb herkömmlicher Kernkraftwerke in den Brennelementen entstehen. Bei der Transmutation werden diese Transurane durch Bestrahlung mit schnellen Neutronen zerstört. Die Strahlung des verbleibenden Materials klingt innerhalb weniger Jahrhunderte auf harmlose Werte ab.

[30] Als Quelle für schnelle Neutronen kommen in Frage:

- **Schnelle Spaltungsreaktoren**
- **Beschleunigergetriebene subkritische Anordnungen** (»Energy Amplifier« nach den Konzepten Carlo Rubbias)
- Zukünftig auch **Fusionsreaktoren** (u.a. Tokamak, Stellarator oder Polywellfusor)

[31] Besonders vielversprechend erscheint das Konzept des Integral Fast Reactors (IFR) 1 , das von 1983 bis 1993 in den USA entwickelt wurde. Im Gegensatz zum Fusionsreaktor wurde diese Technologie fast komplett fertigent-

wickelt und praktisch erprobt, bis man 1993 aus politischen Gründen das Projekt einstellte. Die Transmutation im IFR beruht auf Uran-238, das im herkömmlichen Leichtwasserreaktor nur zu einem geringen Anteil nutzbar ist. Im IFR stellt es die primäre Energiequelle dar. Da es selbst nicht gut spaltbar ist, werden Transurane – Plutonium und noch schwerere Nuklide – als Katalysator genutzt. Je nach Reaktorgeometrie steigt (Brütermodus) oder sinkt (Brennermodus) die Menge der vorhandenen Transurane im Lauf der Zeit.

[32] Die Abscheidung der Spaltprodukte und das Recycling der Brennelemente erfolgt in einer direkt an den Reaktor angeschlossenen elektrochemische Anlage, dem sogenannten Pyroprozessor 2 . Der Pyroprozessor trennt die Transurane ab und schickt sie zurück in den Reaktor, bis sie, sofern die Maschine im Brennermodus arbeitet, komplett aufgebraucht sind. Als Abfallprodukt bleiben nur Spaltprodukte übrig, eingeschmolzen in hochinerte Sodalith- und Stahlblöcke. Diese Spaltprodukte sind nach wenigen Jahrhunderten schwächer radioaktiv als natürliches Uranerz. Es ist daher kein geologisches Endlager für Jahrhunderttausende oder gar Jahrmillionen mehr nötig. Es genügt ein sogenanntes säkulares Endlager für relativ kurze historische Zeitspannen, z. B. eine moderne Pyramide aus Granitblöcken.

[33] Reaktor und Pyroprozessor bilden eine integrierte Einheit. Transporte von Nuklearmaterial von und zu separaten Wiederaufarbeitungsanlagen sind daher überflüssig. Die verschiedenen Transurane bleiben zudem stets miteinander und mit einigen Seltenen Erden vermengt, so dass eine Nutzung als Kernwaffenmaterial ohne aufwendige physikalisch-chemische Weiterbearbeitung nicht möglich ist (Proliferationsschutz).

[34] Im IFR kommen anders als in anderen Reaktortypen – auch anders als in sonstigen Schnellen Brütern – Brennelemente aus Metall statt aus Metalloxid zum Einsatz. Die damit verbundenen physikalischen Eigenschaften schützen Reaktor, Anlage und Umwelt vor Schaden, falls es zu einem Ausfall der Kühlung kommen sollte. Das wurde bereits praktisch erprobt 14 .

[35] Alle Komponenten dieser Technologie wurden im Rahmen des amerikanischen IFR-Projektes im Experiment erfolgreich getestet und für praktisch umsetzbar befunden 3 .

[36] Zur Zeit prüft Großbritannien ein Angebot von GE Hitachi, solche Reaktoren zur Entsorgung des britischen Plutoniums zu bauen 4 . Auch Südkorea zeigt starkes Interesse an der Technik 5 .

[37] In Deutschland wäre eine Änderung des Atomgesetzes erforderlich, insofern mit den IFR auch kommerziell Elektrizität erzeugt werden soll.

[38] Prinzipiell kann jede Quelle schneller Neutronen zur Spaltung von Transuranen eingesetzt werden. Flüssigsalzreaktoren sind eine andere interessante Option 6 , oder auch, wie oben erwähnt, beschleunigergetriebene Systeme 7 oder zukünftige Fusionsreaktoren 8 .

[39] Die IFR-Technik ist jedoch besonders weit entwickelt. Der IFR-Prototyp EBR-II erzeugte insgesamt 30 Jahre lang Elektrizität (1963 bis 1993) 9 . Der Grund, aus dem sie noch nicht weltweit eingesetzt wird, ist rein politischer Natur: Die Clinton-Regierung stoppte das Projekt aus Furcht, sonst Wählerstimmen zu verlieren, da die demokratische Partei in den Vereinigten Staaten ihre Stammwählerschaft unter anderem bei Kernkraftgegnern verortete.

[40] In Deutschland ist die IFR-Technik nicht sehr bekannt, da in den Medien kaum darüber berichtet wird 10 . Im englischsprachigen Raum dagegen wird intensiv darüber diskutiert. Viele Umweltschützer machen sich dafür stark 11, 12, 13, da auf diese Weise die langlebige Komponente der Reaktorabfälle eliminiert wird. Darüberhinaus kann sehr viel Energie klimaneutral und ohne weiteren Uranabbau erzeugt werden. Ein IFR erzeugt aus einer Tonne Atommüll rund 1 Gigawattjahr Elektrizität – die vorhandenen Vorräte an bestrahlten Brennelementen und abgereichertem Uran könnten den Weltstrombedarf 500 Jahre lang decken.

[41] *Literatur*

[42] 1 Science Council - the Integral Fast Reactor http://www.thesciencecouncil.com/energy-the-fast-reactors-promise.html

[43] 2 Idaho National Laboratory - Developments of Spent Nuclear Fuel Pyroprocessing Technology at Idaho National Laboratory http://www.inl.gov/technicalpublications/Documents/5411188.pdf

[44] 3 Newclear Power - Auszug aus dem Buch “Prescription for the Planet“ von Tom Blees http://www.filegarden.com/tomblees/Misc/Chapter5.pdf

[45] 4 Mark Lynas: World's first nuclear waste burning PRISM reactor moves a step closer in the UK http://www.marklynas.org/2012/07/worlds-first-nuclear-waste-burning-prism-reactor-moves-a-step-closer-in-the-uk/

[46] 5 Seong Won Park: Why South Korea needs pyroprocessing http://www.thebulletin.org/web-edition/op-eds/why-south-korea-needs-pyroprocessing

[47] 6 Forsberg et al. (2007): Thermal- and Fast-Spectrum Molten Salt Reactors for Actinide Burning and Fuel Production http://nuclear.inl.gov/deliverables/docs/msr_deliverable_doe-global_07_paper.pdf

[48] 7 Rubbia et al. (1997): A realistic Plutonium elimination scheme with Energy Amplifiers and Thorium-Plutonium Fuel http://www.springerlink.com/content/h7uu2n24x289xw52/

[49] 8 UT scientists patent technology to cope with heat buildup in nuclear fusion http://www.statesman.com/news/local/ut-scientists-patent-technology-to-cope-with-heat-2456831.html

[50] 9 John Sackett: Operating and Test Experience for the Experimental Breeder Reactor II (EBR-II) http://www.thesciencecouncil.com/dr-john-sackett/171-operating-and-test-experience-for-the-experimental-breeder-reactor-ii-ebr-ii.html

[51] 10 Eine der wenigen Ausnahmen - Bericht in der FAZ: Klimaforscher Barry Brook: Deutschland muss Atomkraftwerke bauen http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/klimaforscher-barry-brook-deutschland-muss-atomkraftwerke-bauen-1611965.html

[52] 11 George Monbiot: Nuclear vs. Nuclear vs. Nuclear http://www.monbiot.com/2012/02/02/nuclear-vs-nuclear-vs-nuclear/

[53] 12 Barry Brook: Brave New Climate http://www.bravenewclimate.com

[54] 13 Mark Lynas: A letter to David Cameron http://www.marklynas.org/2012/03/a-letter-to-david-cameron/

[55] 14 U.S. Department of Energy: Passively safe reactors rely on nature to keep them cool http://www.eurekalert.org/features/doe/2002-02/dnl-psr060302.php

[56] Weitere Dokumentation:

[57] Buch: Tom Blees: *"Prescription for the Planet"* Tom Blees beschreibt die IFR-Technologie und entwickelt ein umfassendes Zukunftsszenario zur postfossilen Energieversorgung, die darauf - und einigen anderen Technologien - aufbaut. http://www.thesciencecouncil.com/pdfs/P4TP4U.pdf (Komplettes Buch zum freien Download)

[58] *Progress in Nuclear Energy - IFR-Sonderausgabe* (frei via Universitäts-Internetzugang) http://www.sciencedirect.com/science/journal/01491970/31/1

[59] Eine detaillierte Darstellung der Physik, Technik und Historik des IFR-Projektes findet sich in dem Buch *"Plentiful Energy"* von Yoon Il Chang und Charles Till: http://bravenewclimate.com/2012/01/05/plentiful-energy-ifr-book/

PA116 - Konkrete Reformvorschläge für das Patentwesen

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndiPopp & b.pwned

Zusammenfassung

Stichpunkte:

- Patentierbarkeit nicht ausweiten
- Patentlaufzeiten überprüfen
- Optional: Gerichtskosten vom Streitwert entkoppeln
- Patentmissbrauch bekämpfen
- Demokratisierung der Patentvergabe
- Langfriste Aufgabe von Patenten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den nachfolgenden Text an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm für Bundestagswahl 2013 einzufügen. Dabei ist das Modul "Gerichtskosten bei Patentstreitigkeiten vom Streitwert entkoppeln" separat abstimmbar.

Patentrecht

Grundlegendes

[2] Patente sind Teil des gewerblichen Rechtsschutzes. Ihr Sinn besteht darin, dass Erfinder durch ein zeitlich begrenztes Monopol dazu ermutigt werden, ihre Erfindungen in einer Patentschrift zu veröffentlichen. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung, sind sie nicht geeignet als Innovationsanreiz zu dienen. Gerade aktuell werden Patente eher als »Waffen« genutzt um Konkurrenz aus dem Markt zu drängen, was Fortschritt deutlich hemmt. Einige Unternehmen – sogenannte »Patenttrolle« – haben sich gar darauf spezialisiert Unternehmen mit innovativen Produkten mithilfe von Patenten und überteuerten Rechtsstreiten regelrecht zu erpressen. Die Piratenpartei setzt sich für eine Reform des aktuellen Patentrechts zugunsten von mehr Innovation und Freiheit ein.

Patentierbare Erfindungen

[3] Neben klassischen technischen Erfindungen, gibt es Bestrebungen durch neue Gesetze oder Auslegung vorhandener Gesetze neue Arten von patentierbaren Erfindungen zu erschließen. Darunter befinden sich drei problematische Patentgegenstände, deren Auswirkungen in einem starken Missverhältnis zum Ziel der Offenlegung der Erfindung stehen.

[4] Zum einen seien hier Patente auf Leben genannt. Besonders die Gentechnik brachte hier eine Vielzahl von Patenten auf Verfahren zur Ermittlung und Erstellung von Gensequenzen hervor, was effektiv einer Patentierung von Gensequenzen entspricht. Solche Gensequenzen sind aber eine Entdeckung und keine Erfindung, wie etwa ein Naturgesetz. Ihr Schutz wirft die Innovation zu weit zurück. Aus diesem Grund muss das Patentrecht so gestaltet sein, dass auch über die Umwege der Patentierung von technischen Verfahren keine Gensequenzen patentierbar sind.

[5] Aus den USA stammt der Trend der Patentierung von Geschäftsmodellen. Im Gegensatz zur Patentierung von technischen Erfindungen, die einen Wettbewerbsvorteil darstellen, führt die Patentierung von Geschäftsmodellen zur Monopolisierung ganzer Märkte. Das Patentrecht muss eine Patentierung von Geschäftsmodellen explizit ausschließen.

[6] Zuletzt sind in den letzten Jahren politische Forderungen nach Patenten auf »computer-implementierte Erfindungen«, sogenannte Softwarepatente, aufgetaucht. Diese in einigen Ländern praktizierte Patentierung von einzelnen Aspekten von Computerprogrammen führt unweigerlich zum Sterben kleiner und mittlerer Softwareunternehmen, da Software besonders darauf angewiesen ist bestimmte für den Nutzer leicht einprägsame und quasi-standardisierte Elemente zu nutzen. Software ist durch das Urheberrecht bereits ausreichend geschützt, ein Schutz durch Patente ist aus diesem Grund überhaupt nicht notwendig.

Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Patentrechts

[7] Patentlaufzeiten

[8] Während die Produktlebenszyklen sich in der Vergangenheit immer weiter verkürzt haben, sind die Patentlaufzeiten unverändert geblieben. Wir fordern im Laufe der Patentreform belastbare Erhebungen der Produktlebenszyklen der unterschiedlichen Branchen und die Verkürzung der Patentlaufzeiten im entsprechenden Maße.

[9] <Optionales Modul Anfang>

[10] Gerichtskosten bei Patentstreitigkeiten vom Streitwert entkoppeln

[11] Die Streitwerte bei Patentverletzungsverfahren können schnell enorme Summen annehmen. Dies treibt die Gerichtskosten in die Höhe, was nicht zuletzt dem Geschäftsmodell vieler Patenttrolle entgegen kommt. Diese benutzen das Kostenrisiko als Druckmittel um eine außergerichtliche Einigung ohne Überprüfung des Patents zu erreichen. Für diese Einigungen werden von den beklagten Firmen zwar nur Bruchteile des Streitwerts bezahlt, welche aber aufgrund der Höhe des Streitwerts immer noch entsprechend umfangreich sind.

[12] Patente stellen als gesetzlich garantierte Monopole große Anforderungen an die staatlichen Organe. Wenn der Gesetzgeber ein Patent garantiert, dann sind Gerichte im besonderen Maße dazu verpflichtet diese zu überprüfen. Aus diesem Grund fordert die Piratenpartei Deutschland, dass die Gerichtskosten bei Patentstreitigkeiten ausschließlich auf die tatsächlich entstandenen Kosten beschränkt sein müssen um die gerichtliche Überprüfung von Patenten ohne großes finanzielles Risiko zu ermöglichen.

[13] </Optionales Modul Ende>

[14] Nutzungsbindung von Patenten

[15] Die PIRATEN fordern, dass ein erteiltes Patent nur dann gegen ein auf dem Markt befindliches Produkt durchsetzbar sein soll, wenn der Patentinhaber oder ein Lizenznehmer ein Bemühen um eine der Erfindung angemessenen wirtschaftliche Nutzung glaubhaft machen kann. Dies soll zum einen der Praxis der Patenttrolle begegnen, die ausschließlich Patente horten ohne ein Interesse an der Fertigung entsprechender Produkte zu haben.

[16] Zum anderen erleichtert es das Problem von Preisen für Patentlizenzen. Als Monopolist hat der Patentinhaber derzeit große Freiheiten bei der Preisgestaltung für Patentlizenzen, besonders wenn er das Patent nicht selbst wirtschaftlich verwertet. Durch die Nutzungsbindung ergibt sich ein spieltheoretischer Zustand, der einem nicht-monopolistischen Markt zumindest ähnelt.

[17] Bekämpfung von wettbewerbswidrigem Patentmissbrauch

[18] Neben ihrem legitimen Nutzen werden Patente auch auf grob wettbewerbswidrige Weise zum Zwecke der Marktbeherrschung durch wenige große Unternehmen eingesetzt. In der Praxis räumen sich diese die Nutzung ihrer jeweiligen Patente häufig durch sogenannte »Kreuzlizenzierung« gegenseitig ein, während besonders kleinen Unternehmen der Zugang zur Patentnutzung und damit zum Markt verwehrt wird.

[19] In den Fällen in denen große Teile des Marktes ein Patent nutzen, es aber einen kleinen Teil verwehrt wird, soll das Kartellamt die Möglichkeit haben, den Sachverhalt zu prüfen. Im Falle von marktbeherrschendem Missbrauchs des Patents soll die Möglichkeit bestehen, das Patent vorzeitig auslaufen zu lassen.

[20] Mittelfristige Demokratisierung des Patentvergabeprozesses

[21] Die Bewertung ob ein beantragtes Patent erteilt werden soll, fällt häufig sogar Fachleuten schwer. Dieses Problem kann dadurch abgemildert werden, dass nicht nur einzelne Fachleute sondern die gesamte »Gemeinde« über die Vergabe von Patenten entscheidet.

[22] Mittelfristig soll deshalb jeder, der die entsprechenden überprüfbaren fachlichen Voraussetzungen hat, am Patentvergabeprozess mitentscheiden können. Dies fördert nicht nur die Transparenz der Patentvergabe, sondern wirkt auch der Vergabe von Trivialpatenten entgegen, deren Veröffentlichung keinen nennenswerten Nutzen, aber Probleme für die Volkswirtschaft bringen kann. Langfristige Aufgabe des Patentsystems zugunsten des wettbewerbsgetriebenen Fortschritts

[23] Die positiven Aspekte der Veröffentlichung von Erfindungen durch Patente sind durchaus erfreulich, aber es stellt sich die Frage ob sie die Innovationsbremsung durch die zeitlichen Monopole rechtfertigen. Eine Wettbewerbssituation wirkt sich dagegen deutlich positiver auf die Innovation aus, da alle Unternehmen sich kontinuierlich verbessern müssen um ihre Marktposition zu erhalten bzw. auszubauen. Ein »Ausruhen« auf Patenten ist dann nicht mehr möglich.

[24] Aus diesem Grund ist das Ziel der PIRATEN, das Patentwesen langfristig durch andere Mechanismen zur Offenlegung von Erfindungen zu ersetzen, die ohne gesetzliche Monopole auskommen. Die Entwicklung solcher Modelle soll durch die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union aktiv voran getrieben werden.

PA118 - Rentenmodell für das 21.Jahrhundert - Neugestaltung des Rentensystems

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales | LQFB LQFB 2 PAD PAD 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Inge Schmidt-Barthel für AK Rente und Mauri Fischbein und Manfred Plechaty für AG60+

Zusammenfassung

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschliessen und als Programmteil "Rentenpolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.

Modul 1:

[2] **Präambel**

[3] Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden,dass die Einnahmebasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Modul 2:

[4] **Grundsätzliche Vorgehensweise zur Grundrente**

[5] Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständische Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt.

[6] Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

[7] Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

[8] Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente.

[9] Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten.

[10] Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen. Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden!

Modul 3:

[11] Wir sind für eine obligatorische, gesetzlich insolvenzgeschützte Betriebsrente.

Modul 4:

[12] Wir sind für die Bereitstellung von zusätzlichen, gesetzlich abgesicherten Möglichkeiten, durch die alle in Deutschland lebenden Menschen freiwillig für eine Zusatzrente ansparen können.

Modul 5:

[13] Die Mitbestimmung aller Versicherten am Rentensystem wird durch direkte Wahlen der Verwaltungsorgane gewährleistet. Eine Satzung kann nur durch die Versichertengemeinschaft mehrheitlich erlassen werden. In dieser Satzung werden Organe bestimmt, die in voller Transparenz für die Versichertengemeinschaft handeln und durch die Versichertengemeinschaft kontrolliert werden. Die Versichertengemeinschaft bestimmt auch eigenverantwortlich, wie die Beiträge verwendet werden. Es kann das Umlageverfahren weiterentwickelt werden, es kann eine Kapitaldeckung oder eine Mischung aus beiden Systemen eingeführt werden.

Modul 6:

[14] Die Steuerfreiheit der Rentenauszahlungen muss gewährleistet sein!

Begründung

[15] Allgemeines:

[16] Dieser Antrag wird beantragt von Inge Schmidt-Barthel für den AK Altersarmut und Rentenpolitik NRW und Mauri Fischbein und Manfred Plechaty für die Arbeitsgemeinschaft 60+ LV Bayern.

[17] Dieser Programmantrag basiert auf den LQFB Anträgen i4218 und i4448 und dem Positionspapier P 80 beschlossen auf dem Landesparteitag 2012.1 in Straubing und dem Positionspapier Rentenmodell für das 21. Jahrhundert-diskriminierungsfreie Variante auf dem Landesparteitag 2012.2 in Maxhütte-Haidhof. Die Piraten der AG 60+ aus Bayern und des AK Altersarmut und Rentenpolitik aus NRW haben aus ursprünglich konkurrierenden Anträgen einen gemeinsamen modularen Antrag erarbeitet. Somit kann nun der Bundesparteitag die Richtung der Rentenpolitik bestimmen. Gemeinsam wollen wir in Zukunft an der Rentenpolitik der Piraten weiter arbeiten.

[18] zu Modul 1 und 2:

[19] Das Scheitern der derzeitigen Rentenpolitik hat folgende Gründe:

- beitragsfremde Leistungen, die nicht ausgeglichen werden
- die finanzielle Basis ist nicht ausgeglichen (nur abhängig beschäftigte Arbeitnehmer zahlen ein, keine Beamten und Selbständigen, Kapitaleinkünfte sind nicht berücksichtigt)
- die Beitragsbemessungsgrenze (geringere Beteiligung der Besserverdienenden)
- Willkürliche Ausgliederung (Urteil BVG: 1BvL 10/00 vom 27.02.2007) der Arbeitnehmerrente aus dem Grundgesetz (Gleichheitsgrundsatz und Eigentumsschutz sind ausgehebelt)

- Demographische Veränderungen (immer weniger Einzahler, Bevölkerungsverschiebungen in der EU)

[20] Flankiert von einer ungerechten Verteilung zwischen Rentnern, ehemals Selbstständigen und Pensionären, führt dies zu gravierender Altersarmut und einem damit einhergehenden Generationenkonflikt.

[21] Unser Lösungsansatz der Grundrente bietet den Älteren aber auch den nachfolgenden Generationen einen würdevollen Lebensabend mit der zusätzlichen Möglichkeit privat einen steuerfreien weiteren Kapitalstock aufzubauen, einschließlich der stärkeren Beteiligung der Arbeitgeber.

[22] Bei Einführung eines BGE, kann dieses System schnell und effektiv auf die neue Situation angepasst werden.

[23] Dieser modulare Antrag soll als Grundlage dienen um ihn dann weiter entwickeln zu können. So ist auch angedacht, ein Finanzierungs- und Beitragsmodell zu erarbeiten, nachdem der Antrag in das Programm aufgenommen wurde. Dazu muss zunächst geklärt werden, wieviel Geld der zukünftigen Rentenkasse zur Verfügung stehen wird.

[24] Eine Umstellung des Rentensystems muss sozialverträglich und mit möglichst wenigen Belastungen für den Staat vonstattengehen. Der genaue Weg muss noch erarbeitet werden.

[25] Man kann zunächst damit anfangen, die Einnahmebasis zu erweitern, z.B. durch Rentenabgaben auf Kapitalerträge oder der Aufhebung der Bemessungsgrenze.

[26] Obwohl die jährliche Berechnung dieser Bemessungsgrenze eine recht aufwändige Formel ist (siehe §68 SGB 6), ist diese in ihrer niedrigen Höhe relativ willkürlich gewählt.

[27] Es gibt keinen Grund, warum geringer verdienende Menschen immer direkt oder indirekt zahlen müssen, Besserverdienende aber ab einem gewissen Einkommen nicht mehr.

[28] Dass die Rentenauszahlungen dann nach oben begrenzt werden, hat damit zu tun, dass diejenigen, die weniger (oder im schlimmsten Fall nie) in die Rentenkasse einzahlen konnten, aber Anspruch auf Mindestrente erhalten sollen (siehe auch Art. 1. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte).

[29] Es gilt hier also das Prinzip:"Der Stärkere unterstützt den Schwächeren" (Art. 20 Abs. 1 GG). Denn wer in Altersarmut lebt, lebt nicht in Würde. Um das finanzieren zu können, muss die Rente nach oben gedeckelt werden. Wo diese Grenze genau liegen wird, muss später genau und gerecht errechnet werden.

[30] zu Modul 2

[31] Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständige Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt.

[32] Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge (ausgenommen Altersvorsorge) werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet

[33] Unser Ziel ist die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

[34] Da lt. derzeitigem Verfassungsgerichtsurteil die Mehreinzahler auch mehr ausgezahlt bekommen müssen, muss dort geprüft werden, ob ein min./max. Betrag bei der Auszahlung verfassungsgemäß ist oder eine Beitragsbemessungsgrenze festgelegt sein muss. Diese sollte dann aber wesentlich höher als heute (5.600€) sein, oder komplett aufgehoben werden.

[35] Aus der Gesamteinzahlung folgt die Finanzierung einer Grundrente mit Mindest- und Höchstauszahlung wie heute in der Schweiz (zur Zeit - Untergrenze 13.920 Schweizer Franken - Obergrenze 27.840 Schweizer Franken p.a.) für alle Rentenbezieher.

[36] Die untere Grenze soll in ihrer Höhe der Deckung aller notwendiger Ausgaben für einen würdevollen Lebensabend (Def. nach §1 GG) genügen.

[37] Die Grundrente errechnet sich periodisch neu mit Veränderungen der Lebenshaltungskosten (Miete, Nahrung, Kleidung, Kultur, medizinische Versorgung ...).

[38] Die Einzahlungen müssen die Ausgaben für die Grundrente decken.

[39] Es werden im Prinzip nur begrenzte Reserven für einen Zeitraum, z. B. x Jahr, gebildet um bei wirtschaftlichen Schwankungen flexibel zu sein.

[40] Eine Teilfinanzierung orientiert sich bei Einführung des BGE an deren Festlegungen, wobei das BGE in der Höhe dem Existenzminimums entspricht und lt. Festlegung im derzeitigen Programm nur die Grundversorgung darstellt, während die Grundrente einen würdevollen Lebensabend gewährleisten soll, also höher liegen wird (Finanzierung siehe oben).

[41] Zu Modul 3

[42] Alle Betriebe werden verpflichtet, einen Anteil des Arbeitslohnes in Rücklagen für Firmenrenten anzulegen. Diese müssen ausgelagert werden (Insolvenzschutz). Anpassungen zum Ausgleich von Kaufkraftschwankungen erfolgen periodisch durch eine Beitragsanpassung. Die Zusatzversorgung ist steuerfrei.

[43] Zu Modul 4

[44] Jeder Einwohner kann eine Zusatzversorgung zur Erhöhung der Basisversorgung aufbauen. Dieser Kapitalstock darf nur für die Rente verwendet werden und darf nicht steuerlich belastet werden. Die Höhe der Zusatzversorgung ist nach oben offen und kommt dem Einzahler ohne Abzüge zugute. Die Auszahlung muss mit Sicherheiten hinterlegt und staatlich garantiert sein. Ein Staatsfonds mit günstigen Gebühren nach schwedischem oder britischem Modell wird alternativ zu Bank- und Versicherungssparplänen angestrebt.

PA119 - Neue Deutsche Mark parallel zum Euro

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Langlume

Zusammenfassung

Parallelwährungen ersparen den Euro Austritt

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm sowie im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle folgenden Programmpunkt einzufügen: (Hilfsweise soll der Antrag als Positionspapier abgestimmt werden)

[2] Der Piratenpartei Deutschland ist bewusst, dass sich der Euro als gemeinsame Währung, dem Einfluss deutscher Politik vollständig entzogen hat. Piraten fordern daher die Bundesbank auf, die neue Deutsche Mark als zusätzliches gesetzliches Zahlungsmittel parallel zum Euro zu emitieren. Jedem Bürger Deutschlands sollen nDM 1.000,- als Kopfgeld baldigst zur Verfügung gestellt werden. Die Giralgeldschöpfung der nDM durch Bilanzverlängerung obliegt zukünftig ausschließlich öffentlich rechtlichen Kreditinstituten. Private Banken unterliegen einer Mindestreservepflicht von 100%.

Begründung

[3] Der Euro ist in gegenwärtiger Form nicht zu retten, daher sollte bereits heute damit begonnen werden eine Alternative aufzubauen um die katastrophalen Folgen abzumildern, eventuell sogar ganz vermeiden zu können... Weitergehend siehe bitte in der Antragsfabrik.

PA120 - Bestellerprinzip in die Mietwohnungsvermittlung integrieren (Maklerprovisionen)

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lamse

Zusammenfassung

Der, der den Makler beauftragt, soll auch die Maklerprovisionen bezahlen (Bestellerprinzip)

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert eine Änderung des Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung betr. Kostenübernahme für die Beauftragung eines Maklers durch den Leistungsbesteller (Vermieter), so dass der Besteller einer Leistung auch die daraus entstehenden Kosten zu tragen hat und eine vertragliche Abwälzung der Kosten auf den Wohnungssuchenden unwirksam ist.

Begründung

[3] Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Maklercourtage im Falle einer Vermittlung einer Mietwohnung sind in § 652 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie im Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung (WoVermRG) festgeschrieben. Auf vielen regionalen Mietwohnungsmärkten großer Städte in Deutschland ist die Vermittlung von Mietwohnungen über Wohnungsmakler üblich. Die direkte Vermittlung über die Hausverwaltung oder die Eigentümer findet auf vielen regionalen Mietwohnungsmärkten kaum noch statt. Das Gros der Aufträge für die Wohnungsmakler wird von den Eigentümern oder Hausverwaltungen bestellt. Die Wohnungssuchenden selbst beauftragen selten einen Makler. Besonders im Fall der Hausverwaltungen ist eine Vermietung der Wohnung auf dem Wohnungsmarkt über Makler nur bedingt notwendig. Auf angespannten Wohnungsmärkten, auf denen geringer Leerstand und minimale Neubautätigkeit im Mietwohnungssektor zu hohen Mieten führt, wie beispielsweise in einigen Gemeinden des Rhein-Main-Gebiets oder im Großraum München/Hamburg/Berlin und Stuttgart, kommt die Maklercourtage als weiterer Preissteigerungsfaktor hinzu. Angesichts flexibilisierter Arbeitsverhältnisse und verkürzter Mietverhältnisse bedeutet dies im Fall häufiger Umzüge eine erhebliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Maklercourtage. Die freie Mietpreisfindung bei Neu- bzw. Wiedervermietung kann bei entsprechender Marktlage zu einem Anstieg der Maklerprovisionen führen, ohne dass der Makler einen nennenswerten Mehraufwand hätte oder verbesserten Service anbieten würde. Denn die Maklerprovision ist nicht an einen Leistungsaufwand des Maklers, sondern an den Wert der Monatsmiete für die betreffende Wohnung gebunden. Die Kosten für Maklerprovisionen bei der Vermittlung von Mietwohnungen an Mietwohnungssuchende belaufen sich nach § 3 Absatz 2 Satz 1 WoVermRG auf zwei Monatsnettokaltmieten plus Umsatzsteuer. Im Falle einer vertraglichen Vereinbarung, durch die der Wohnungssuchende verpflichtet wird, die vom Vermieter geschuldete Maklerprovision zu zahlen, darf diese gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 WoVermRG die in Satz 1 festgeschriebene Höhe von zwei Monatsnettokaltmieten zuzüglich der Umsatzsteuer ebenso nicht übersteigen. Die vertragliche Abwälzung der Maklerprovision auf

den Wohnungssuchenden ist in vielen Ballungsräumen zur Regel geworden. Das bedeutet, dass die bzw. der Wohnungssuchende, obwohl sie bzw. er nicht den Makler mit der Wohnungssuche beauftragt hat, am Ende die Provision trägt. Den Hauptnutzen durch die Beauftragung eines Maklers hat der Vermieter, da der Makler für ihn Tätigkeiten wie das Inserieren der zu vermietenden Wohnung, Besichtigungen dieser, Bonitätsprüfung der möglichen Vertragspartner und Ähnliches vornimmt und auf diese Weise zu einer schnelleren Wieder- vermietung verhilft. Dies stellt eine Externalisierung betriebswirtschaftlicher Kosten zu Ungunsten Dritter, konkret der Mietwohnungsinteressenten, dar. Für Mietwohnungsinteressenten, die aus beruflichen Gründen häufiger umziehen müssen, stellt dies oft eine wirtschaftlich durchaus spürbare Hürde und extreme Belastung, die nicht selten in eine Verschuldung führt.

PA121 - Ausstieg aus der Stromerzeugung durch herkömmliche Kernkraftwerke

Grundsatzprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Klute

Zusammenfassung

Ausstieg aus fossilen Energien und herkömmlicher Kernkraft. Einstieg in nachhaltige, umweltschonende, dezentrale, bezahlbare, versorgungssichere Energien. Erneuerbare Energien + Transmutation zum Atommüllabbau. Netzinfrastruktur in öffentlicher Hand.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Grundsatzprogramm an der Stelle »Energiepolitik« aufzunehmen:

[2] **Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit**

[3] Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die zu einseitig Gewinnorientierung in den Vordergrund stellen. Die verfügbaren Ressourcen sind jedoch endlich und deren Verbrauch ist terminiert. Dies erfordert eine kurzfristige und vollständige Umstellung der Energiewirtschaft auf langfristig verfügbare Energiequellen unter folgenden Prämissen:

- nachhaltig,
- umweltschonend,
- dezentral dort, wo dies sinnvoll und praktikabel ist,
- transparent,
- volkswirtschaftlich sinnvoll,
- sozial und gesellschaftlich verträglich

[4] Wesentlich sind dabei auch Energieeinsparung und Effizienzgewinne bei Erzeugung, Verteilung und Verbrauch.

[5] Ein wichtiger Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Wir setzen dabei auf kleinteilige Strukturen, da diese mehr Sicherheit schaffen als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Die Energiewirtschaft wollen wir zudem so organisieren, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent erfolgen. Auch die Preisgestaltung wird öffentlich nachvollziehbar vorgenommen. Heterogene Strukturen und fairer Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht werden dieses Ziel gewährleisten. Unabdingbar ist dabei eine stärkere Bürgerbeteiligung bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren.

[6] Der Schwerpunkt auf Dezentralisierung schließt volkswirtschaftlich sinnvolle Großprojekte – beispielsweise grenzüberschreitende Verbünde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen sowie internationale Forschungs-

und Entwicklungsprojekte – grundsätzlich mit ein, sofern diese vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und an realen Bedarfszahlen ermittelt werden. Infrastruktur, Kraftwerke und Netzausbauten zum reinen Zweck der Gewinnmaximierung und Bildung von Infrastrukturmonopolen lehnen wir ab.

[7] Von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung hängt unser aller Zukunft wesentlich ab. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich daher für einen mit allen Beteiligten abzustimmenden nationalen Energieplan zur Erreichung der oben genannten Ziele ein.

[8] Energiegewinnung aus langfristig verfügbaren Ressourcen

[9] Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig gesicherte Energieversorgung. Daher werden wir die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und herkömmlicher, leichtwasserbasierter Kernkraft so schnell wie möglich durch nachhaltig verfügbare und umweltschonende Ressourcen ersetzen. Dazu gehört auch der adäquate Ausbau von Verteilungsnetzen und Energiespeichern. Dies wird ökologisch und ökonomisch durch wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse und wahrscheinliche Szenarios begründet, wobei sich die Planung an der messtechnischen Erfassung des Verbrauchs orientieren wird. In Frage kommen erneuerbare, also praktisch unbegrenzt verfügbare Ressourcen wie Wind, Sonne und Wasser, aber auch Gezeiten und Geothermie, in begrenztem Umfang Biomasse sowie im Zuge der Erforschung und Entwicklung entsprechender Technologien eventuell auch neue Methoden der Kernenergienutzung (z. B. Fusion), die durch Erschließung unkonventioneller Ressourcen Energieversorgung für fast unbegrenzte Zeit ermöglichen. Wir wollen erreichen, dass innerhalb einer Generation der gesamte Energiebedarf in Deutschland aus solchen Quellen gedeckt werden kann.

[10] Wir wissen, dass auch die Umstellung auf erneuerbare Energien Risiken birgt. Dies gilt unter anderem für die exzessive Nutzung von Wasserkraft und Geothermie sowie für die Gewinnung von Biomasse aus Energiepflanzen in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Deswegen setzen wir auf umweltverträgliche Verfahren, welche die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen und Naturgebieten minimieren. Beispiele dafür sind die integrierte Methanisierung und Kompostierung sowie die Gasgewinnung aus biogenen Abfällen oder auch die Erzeugung von Synthesegas durch Plasmarecycling von Abfällen aller Art.

[11] Bis der Bedarf durch langfristig nutzbare Energiequellen voll gedeckt werden kann, werden für eine begrenzte Zeit auch Leichtwasser-Kernenergie und fossile Energieträger genutzt werden. Um auch dabei die Risiken für die Umwelt gering zu halten, lehnen wir Fracking-Verfahren zur Erdgasförderung sowie die CCS-Methode zur Kohlendioxid-Verpressung ab. Nicht zuletzt, da solche Technologien den Energiebedarf weiter erhöhen, die Macht der Oligopole festigen und die Energiewende verzögern.

[12] Energiespeicherung, Netzausbau und Netzneutralität

[13] Im Sinne der nachhaltigen Versorgungssicherheit und zur Vermeidung einer Konzentration auf wenige Anbieter wollen wir die Hoheit über Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie deren Regulierung wieder in die öffentliche Hand übertragen. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt.

[14] Der Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen bedingt eine Anpassung der Netztopologie und zugleich eine ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie. Der gleichberechtigte Netzzugang einer Vielzahl von Erzeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme. Angebotene und abgenommene Energiemengen werden unter Wahrung des Datenschutzes auf kommunaler Ebene messtechnisch erfasst und optimal aufeinander abgestimmt. Generell soll stärker als bisher der Verbrauch der Energieerzeugung folgen und weniger die Energieerzeugung dem Verbrauch. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern sowie eine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung aktiv voran treiben.

[15] Vor diesem Hintergrund treten wir für eine unter Partizipation der betroffenen Bürger genossenschaftlich organisierte, dezentrale und diversifizierte Energieerzeugung in kleinteiligen Kraftwerksverbünden und dementsprechend für kurze Netzwege ein. Dieses Ziel wird durch kommunale Energiekonzepte erreicht, die auf einheitlichen Standards basieren.

[16] Zur Sicherstellung des gerechten Netzzugangs aller Marktteilnehmer ist außerdem eine neutrale, rekommunalisierte Netzinfrastukur erforderlich. So lassen sich für regionale Netze auf Stadt- und Landkreisebene im Jahresmittel ausgeglichene Energiebilanzen erzielen. Dazu kommt, dass kleinere, autarke Netze und dezentra-

le Anbieter die Versorgungssicherheit deutlich erhöhen und die Gefahr von Blackouts verringern. Außerdem wird so der Aufbau einer dezentralen Energiespeicherinfrastruktur neben großen, zentralen Lösungen gefördert. Dadurch werden Monopolstrukturen eingeschränkt und die Investitionen für den Ausbau von Fernleitungsnetzen reduziert. Dies bietet auch insofern ökologische Vorteile, als Seekabel und Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsstrecken (HGÜ) erhebliche Auswirkungen auf Ökosysteme und Landschaft haben können. Die bundesweite Koordination dieser Maßnahmen soll Aufgabe einer in ihren Kompetenzen gestärkten Bundesnetzagentur sein.

[17] Die Konzentration auf rein dezentrale Strukturen erfordert den Ausgleich typischer Fluktuationen in Wind- und Solarenergie sowie das Abfangen von Bedarfs- bzw. Angebotsspitzen. Wir werden daher die lokalen Netze mit Nachbarnetzen und diese wiederum mit größeren regionalen und internationalen Einheiten koppeln und durch jeweils in die Region passende Energiespeicher puffern. Durch diesen Regionenverbund kann der aufwändige und Großanlagen bevorzugende Energietransport über große Entfernungen, etwa von Offshore-Windparks mit HGÜ-Trassen, auf wenige Punkt-zu-Punkt-Verbindungen reduziert werden.

[18] Neben gängigen Speichermethoden sollen auch neue Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehört insbesondere die Erzeugung von Methangas durch Windenergie. Überschüssiger Strom kann so in Methan umgewandelt und in die bereits bestehende Speicher- und Verteilungsinfrastruktur für Gas umgeleitet werden.

[19] In diesem Szenario nutzen alle Regionen Deutschlands ihre Potenziale für erneuerbare Energien weitgehend aus. Es findet bei Bedarf ein deutschlandweiter Stromaustausch statt, so dass nur zu einem geringen Anteil Strom aus Nachbarstaaten importiert oder in diese exportiert werden muss.

[20] Insgesamt ist dieses Konzept kurzfristig umsetzbar. Es bringt zudem sowohl ökologische als auch regional- und volkswirtschaftliche Vorteile. Die Piratenpartei tritt daher für eine entsprechende Anpassung des Energieleitungsausbaugesetzes im Rahmen des nationalen Energieplans ein.

[21] Ausstieg aus der Stromerzeugung durch herkömmliche Kernkraftwerke

[22] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Stromerzeugung durch Kernspaltung in herkömmlichen Reaktoren zu beenden. Anlagen für medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen. Wir begründen dies mit den Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Betrieb, Wiederaufbereitung und insbesondere Endlagerung sowie mit der außerordentlichen Ineffizienz von Leichtwasserreaktoren, die nur 0,7 Prozent der Ressource Uran nutzen. Dazu kommt die Gefährdung durch potenzielle Katastrophen und Anschläge. Wir wollen daher die bestehenden Kernkraftwerke Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen abschalten. Laufzeitverlängerungen und Neubauten herkömmlicher Kernkraftwerke werden ausgeschlossen.

[23] Wir bleiben offen für zukünftige Entwicklungen auf dem Gebiet der Kerntechnik. Neue Technologien machen eine Neubewertung der Risiken erforderlich. Insbesondere setzen wir uns für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Transmutation ein. Sie könnte einen Weg eröffnen, die radioaktive Lebensdauer des bereits vorhandenen Reaktorabfalls (bestrahlte Brennelemente) sehr stark zu verringern. Dies würde einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Endlagerproblematik leisten.

[24] Ferner unterstützen wir die Erforschung der kontrollierten Kernfusion.

[25] Förderprogramme

[26] Den Umstieg auf langfristig verfügbare Energiequellen wollen wir weiterhin durch Förderprogramme unterstützen. Damit verbundene Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile werden in jedem Fall auf ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvollen Einsatz hin überprüft. Soziale Ausgewogenheit sowie Wirksamkeit unmittelbar für den vorgesehenen Zweck und die Schonung von Ressourcen sind weitere Bedingungen. Wichtige Förderschwerpunkte sind dabei dezentrale Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung und der Fernwärme, Wärmedämmungsmaßnahmen, Verbesserung der Energieeffizienz sowie Verbrauchsvermeidung. Als flankierende Maßnahme werden kostenlose Angebote zur Energieberatung geschaffen.

[27] Wir halten es für sinnvoll, Förderprogramme langfristig anzulegen und Planungssicherheit zu bieten. Andererseits sehen wir die Notwendigkeit, diese Programme nach Erreichung des Förderzwecks auch konsequent zurückzufahren. Speziell für die Photovoltaik ist eine angemessene Reduzierung der umlagefinanzierten Ein-

speisevergütung für Solarparks mit hohem Landschaftsverbrauch angebracht.

[28] Grundsätzlich hat die steuerfinanzierte Förderung von Grundlagenforschung und Entwicklungsprojekten gegenüber der reinen Bezuschussung von Investitionsausgaben Vorrang.

[29] Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen sind der Öffentlichkeit verpflichtend allgemein zugänglich zu machen.

[30] An der Umstellung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform auf erneuerbare Energien führt kein Weg vorbei. Mit den hier genannten Maßnahmen wird es gelingen, diese Herausforderung zu meistern.

Begründung

[31] Dieser Antrag beruht auf dem Programmantrag 055, der für den BPT 2012.1 eingereicht wurde und auf einem Positionspapier der AG Energiepolitik aufbaut. Er wurde von der AG Nuklearia erweitert: Das Hauptziel, die Energierzeugung Deutschlands vollständig auf postfossile Quellen umzustellen, bleibt ohne Wenn und Aber erhalten. Zusätzlich wurde jedoch das Problem der bereits angesammelten Reaktorabfälle (hier bezogen auf bestrahlte Brennelemente) aus Leichtwasserreaktoren berücksichtigt. Diese bringen aufgrund ihrer noch sehr lange (ca. 300.000 Jahre) anhaltenden Strahlung ein Entsorgungsproblem mit sich, das in irgendeiner Weise von der Gesellschaft gelöst werden muss. Auch das Abschalten aller Leichtwasserreaktoren bis 2022 führt nicht zum Verschwinden dieser Abfälle, es werden nur danach keine neuen erzeugt.

[32] Die Suche nach einem Endlager für quasi unendliche Zeit ist eine Möglichkeit. Die AG Nuklearia setzt sich jedoch für Erforschung und Entwicklung von Technologien ein, die die Endlagerung über geologische Zeiträume unnötig machen: Transmutation der langlebigen Abfallkomponenten (Transurane) durch Neutronenbestrahlung. Hierfür sind Schnelle Reaktoren, zum Beispiel der in den USA entwickelte Integral Fast Reactor, oder aber auch beschleunigergetriebene subkritische Anordnungen oder zukünftige Fusionsreaktoren geeignet. Wenn es gelingt, mit einer dieser Technologien die Zeitdauer, die das Material sicher eingelagert werden muss, um den Faktor 1000 zu verringern, wäre ein sehr entscheidender Schritt zur Lösung des Problems der nuklearen Abfälle getan. Zusätzlich kann durch Zerstörung der Transurane viel klimaneutrale Energie erzeugt werden - zur Untermauerung der Erneurbaren und Abdeckung der Grundlast. Solcherart wäre diese Option in doppelter Weise von großem Nutzen für die Gesellschaft.

PA122 - Verhinderung jeglicher staatlicher Überwachung der Privatsphäre durch das Grundgesetz

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LV Bayern vertreten durch ZombB

Zusammenfassung

Abschaffung des großen Lauschangriffs sowie Abschaffung der Eingriffe in das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis durch eine Grundgesetzänderung

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen den folgenden Vorstoß zur Abschaffung des großen Lauschangriffs sowie der Eingriffe in das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis in das Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl aufzunehmen:*

[2] **Die Piratenpartei setzt sich für die bedingungslose Bewahrung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger gegenüber staatlicher Überwachung in jedweder Form ein.**

[3] **Um dies zu erreichen strebt die Piratenpartei die Abschaffung des großen Lauschangriffs sowie die Abschaffung der Eingriffe in das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis durch eine Grundgesetzänderung an.**

[4] **Zur Abschaffung des großen Lauschangriffs sollen dazu konkret die Absätze 3 bis 6 des Art. 13 Grundgesetzt (GG) wieder entfernt werden.**

[5] **Zur Abschaffung der Eingriffe in das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis soll dazu konkret der Absatz 2 des Art. 10 Grundgesetz (GG) entfernt werden.**

[6] **Die Erfahrungen z.B. mit dem "Staatstrojaner" haben gezeigt, dass der Staat einen verantwortungsvollen Umgang mit Eingriffen in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleisten kann und dass weiterhin kein Konzept für eine wirksame Kontrolle existiert.**

Begründung

[7] Die o.g. Absätze der Art. 10 und 13 des GG stellen im Wesentlichen nachträgliche Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des GG von 1949 dar, die die im Grundgesetz verankerten Bürgerrechte einschränken, um die Überwachung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

[8] Mit der Umsetzung dieses Antrages durch eine Grundgesetzänderung wird das Grundgesetz in Bezug auf Art. 13 in seine ursprüngliche Fassung von 1949 zurückgesetzt und in Bezug auf Art. 10 gegenüber seiner ursprünglichen Fassung, den Schutz der Privatsphäre betreffend, noch verschärft, so dass im Ergebnis eine Überwachung der Privatsphäre überhaupt gar nicht mehr möglich ist.

[9] Das Beispiel des "Staatstrojaners" hat uns allen deutlich gemacht, dass das Einzige, was uns noch vor dem Überwachungsstaat schützt die Inkompetenz der Überwacher ist, die nur noch von ihrer Ignoranz gegenüber

den gesetzlichen Grenzen der Überwachung übertroffen wird. Wenn man denen den kleinen Finger gibt, nehmen sie sich gleich die ganze Hand. Als Partei der Bürgerrechte sollten wir dem entschieden Einhalt gebieten und uns mit konkreten Vorschlägen klar dagegen positionieren. Als Taktik möchte ich vorschlagen, durch eine Maximalforderung den Überwachungsmöglichkeiten des Staates bereits im Grundgesetz jeden Boden zu entziehen.

[10] Die aktuelle Situation des grundsätzlichen Gestattens von staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre "unter strengen Auflagen", die dann in weiteren undurchsichtigen Gesetzen und Verordnungen geregelt werden und in der Praxis nachweislich nicht so umgesetzt werden (können), wie man uns das im politischen Diskurs um die Grundgesetzänderungen verkauft hat, sollten wir gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Erkenntnisse um den "Staatstrojaner" entschieden ablehnen.

[11] Im Folgenden soll auf einzelne Überwachungsmaßnahmen genauer eingegangen werden, die durch die hier angestrebte Grundgesetzänderung abgeschafft werden:

[12] Akustische und optische Wohnraumüberwachung (großer Lauschangriff):
Der durch die Ergänzung der Absätze 3 bis 6 im Art. 13 GG (Verabschiedet im Bundestag 16.01.1998) ermöglichte große Lauschangriff stellt eine bis heute auch unter Experten und insb. Juristen äußerst umstrittene Maßnahme dar. Einerseits ist diese Maßnahme der schwerste Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger und für Ermittlingsbehörden mit einem extrem hohen Aufwand verbunden. Andererseits weist sie jedoch eine geringe Erfolgsquote auf. So können nach einer Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums nur etwa 30% der angeordneten Maßnahmen als erfolgreich oder bedingt erfolgreich eingestuft werden.(Quelle 1, S.327) Weiterhin ist die im Gesetz (§101, Abs. 4, Satz 4 StPO) festgeschriebene Benachrichtigung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger unzureichend umgesetzt: Nach einer Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums wurden in 36% der Fälle die Betroffenen nicht benachrichtigt.(Quelle 1, S.266)

[13] Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und damit Verbunden auch die Quellen TKÜ (Staatstrojaner):
Die TKÜ stellt einen Eingriff in das Fernmeldegeheimnis dar, die durch Absatz 2 Art. 10 GG bzw. dessen Ergänzung (verabschiedet im Bundestag 30.05.1968) ermöglicht wird. Ein wesentlicher Kritikpunkt an der Telekommunikationsüberwachung ist der inflationäre Gebrauch dieser Maßnahme, der aus der mangelhaften Kontrolle durch die Ermittlungsrichter resultiert. So werden TKÜ Maßnahmen aus Gründen der Bequemlichkeit von den Ermittlungsbehörden gewissermaßen automatisch aufgrund des Vorliegens einer Katalogstraftat nach §100a Absatz 2 StPO angefordert, wobei eine Prüfung der weiteren Voraussetzungen des $100a StPO (Schwere der Tat nach Absatz 1 Satz 2, Aussichtslosigkeit der Erforschung des Sachverhalts nach Absatz 1 Satz 3, Komplizenschaft nach Absatz 3, Eindringen in den Kernbereich privater Lebensgestaltung nach Absatz 4) in der Regel nicht erfolgt. Laut einer Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums sind nur etwa 23,5% der Beschlüsse von TKÜ Maßnahmen substantiell begründet. "Regelmäßig werden polizeiliche Anregungen auf eine TKÜ durch die Staatsanwaltschaft und in der Folge durch den Ermittlungsrichter übernommen. Die Begründungstätigkeit erfolgt ausweislich der Akten und nach Selbsteinschätzung befragter Kriminalbeamter nahezu ausschließlich durch die Polizei. Häufig verbleibt sodann von einem umfassenden polizeilichen Ermittlungsvermerk und einem bereits wesentlich knapperen staatsanwaltschaftlichen Antrag ein weiter verkürzter Beschluss."(Quelle 2, S.447) So kann konstatiert werden, dass der Richtervorbehalt in der Praxis nicht gelebt wird, da es für einen Richter wesentlich aufwändiger ist eine angeregte TKÜ Maßnahme als unbegründet zurückzuweisen, als die Begründung der Ermittlungsbehörde zu übernehmen und der Forderung stattzugeben. Auch hier ist die im Gesetz (§101, Abs. 4, Satz 6 StPO) festgeschriebene Benachrichtigung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger unzureichend umgesetzt: Nach einer Untersuchung im Auftrag des Bundesjustizministeriums erfolgte in zwei Dritteln der überwachten Anschlüsse gar keine Benachrichtigung. Weiterhin kann aufgrund der Streubreite der Maßnahmen eine Vielzahl unbeteiligter Personen betroffen sein, was für sich alleine schon problematisch ist. Weiter sind diese dann auch alle zu benachrichtigen. Jedoch erfolgt in der Praxis entgegen den gesetzlichen Vorgaben lediglich eine Benachrichtigung der Beschuldigten und ggf. der Anschlussinhaber, nicht jedoch aller Beteiligten, die mit dem Beschuldigten einen Telekommunikationskontakt hatten.(Quelle 2, S.450f)

[14] Zusammenfassung:
Die oben dargestellten Kritikpunkte der einzelnen Maßnahmen zeigen deutlich, dass der Staat einen verant-

wortungsvollen Umgang mit Eingriffen in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleisten kann. Eine wirksame Kontrolle der staatlichen Abhörmaßnahmen ist nicht erkennbar, weder ex ante durch den Ermittlungsrichter (Richtervorbehalt), noch ex post durch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf Basis der gesetzlich vorgeschriebenen Benachrichtigung. In der unzureichenden Umsetzung der Benachrichtigung der Betroffenen muss ein grunsätzliches Problem gesehen werden. In Unkenntnis der Eingriffe in unsere Privatsphäre können wir uns so kein eigenes Bild von der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen machen und somit auch als Bürgerinnen und Bürger keine wirksame Kontrolle ausüben.

[15] Quellen

(1) Meyer-Wieck, Hannes: Rechtswirklichkeit und Effizienz der akustischen Wohnraumüberwachung http://www.forum.mpg.de/archiv/veranstaltung13/hintergrund/gutachten_lauschangriff.pdf (2) Albrecht, H.-J., Dorsch, C. & Krüpe, C.: Rechtswirklichkeit und Effizienz der Überwachung der Telekommunikation http://www.mpicc.de/shared/data/pdf/k115.pdf

[16] Abstimmung

- Der Antrag wurde als Programmantrag auf Liquid Feedback abgestimmt.
- Der bayerische Landesparteitag 2012.1 hat am 24.03.2012 in Straubing beschlossen diesen Antrag auf dem Bundesparteitag zu unterstützen.
- Mitglieder der AG Datenschutz haben am 16.10.2012 in der Mumblesitzung ein einstimmig positives Meinungsbild über diesen Antrag gefasst (siehe TOP 4).

PA123 - Eine Zukunft ohne Atomwaffen / Massenvernichtungswaffen

Wahlprogramm - Pazifismus und Militär

LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bastian Haas

Zusammenfassung

Der Antrag verfolgt den Abzug der aktuell noch in Deutschland und anderswo stationierten US-Atomwaffen, darüberhinaus die weltweite atomare Abrüstung, und schließlich ein weltweites Verbot von ABC-Massenvernichtungswaffen

Antragstext

[1] *Es wird beantragt, dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl die folgenden Passagen an geeigneter Stelle hinzuzufügen. Im Fall einer Annahme des Moduls 1 soll über die übrigen Module separat abgestimmt werden.*

[2] **Modul 1**

[3] **Eine Zukunft ohne Atomwaffen**

[4] Auch über zwei Jahrzehnte nach dem Kalten Krieg sind in Deutschland und anderen Ländern Europas immer noch US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen schnellstmöglichen Abzug dieser Waffenbestände ein.

[5] **Modul 2**

[6] Überdies fordern wir alle Besitzerländer von Atomwaffen auf, ihre Arsenale abzuschaffen und einen neuen Vertrag zur globalen Abrüstung entsprechend Artikel VI des von ihnen unterzeichneten Atomwaffensperrvertrags vom 5. März 1970 herbeizuführen. Die bei der Überprüfungskonferenz in New York im Jahr 2000 beschlossenen “Dreizehn Schritte“ zur vollständigen atomaren Abrüstung sind mit verbindlichen Terminen zu versehen.

[7] **Modul 3**

[8] Die Staatengemeinschaft wird angehalten, zur Umsetzung der Abrüstung die Nuklearwaffenkonvention zu ratifizieren.

[9] **Modul 4**

[10] *Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl den Abschnitt “Eine Zukunft ohne Atomwaffen“ in “Eine Zukunft ohne Massenvernichtungswaffen“ umzuformulieren und diesem die folgende Passage hinzuzufügen.*

[11] Die Piratenpartei Deutschland erklärt ein weltweites Verbot sämtlicher atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen zu ihrem langfristigen rüstungspolitischen Ziel.

Begründung

[12] Eine an humanistischen Werten orientierte Gesellschaft braucht solche Waffen nicht.

[13] Hintergrundinformationen:

- Am 5. März 1970 ist ein Atomwaffensperrvertrag in Kraft getreten, dem mittlerweile mehr als 190 Staaten beigetreten sind. Im Artikel VI dieses Verrtags wurde beschlossen, langfristig die vollständige Abrüstung von Atomwaffen herbeizuführen. Der Vertrag ist online abrufbar in der englischen Originalfassung oder in einer deutschen Version.
- Der Vertrag sieht eine Überprüfungskonferenz vor, die alle fünf Jahre tagt (zuletzt im Jahr 2010). Bei der Konferenz im Jahr 2000 wurde bereits auf Druck der Nicht-Atommächte ein Papier mit dreizehn Schritten beschlossen, das Maßnahmen zur Erreichung des o.g. Ziels der vollständigen atomaren Abrüstung beinhaltet. Bislang konnten sich die Unterzeichnerstaaten allerdings nicht auf verbindliche Termine für deren Umsetzung einigen. Link zu diesem “Dreizehn Schritten“.

[14] Modul 3 entstand aus einer LQFB-Anregung, die leider wegen der vorzeitigen Einfrierung nicht mehr im abzustimmenden Text berücksichtigt werden konnte. Um diese Anregung nicht völlig untergehen zu lassen, habe ich sie in diesen Antrag als eigenes Modul eingebaut.

PA124 - Wahlprogrammantrag 1: Reform des Urheberrechts

Wahlprogramm - Urheberrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann, Christian Hufgard, AndiPopp

Zusammenfassung

Antrag an das Wahlprogramm zur BTW 2013 basierend auf meinen in Offenbach beschlossenem PA149 und weiterer Ergänzungen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den bisherigen Wortlaut im Wahlprogrammpunkt "Urheberrecht" durch folgenden Text zu ersetzen:

[2] X.1 Einleitung

[3] Das Urheberrecht stellt ein Interessensausgleichsrecht zwischen Urhebern, Nutzer, der Allgemeinheit und Rechteinhabern dar. Dieser Ausgleich findet derzeit jedoch vor allem zugunsten der Rechteinhaber statt.

[4] Unsere Reform wird diese Schieflage beheben und vor allem Sorge tragen, dass sich das Urheberrecht dem digitalen Wandel nicht mehr verschließt, Missverständnisse und Missstände ausräumt und das Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteverwertern und der Allgemeinheit zugunsten der Kulturschaffenden und Verbraucher wiederherstellt.

[5] X.2 Allgemeines

[6] Für die von uns angestrebte Reform müssen die im Urheberrecht verankerten Rechte der Allgemeinheit, die sogenannten Urheberrechtsschranken, deutlich ausgeweitet werden. Ferner muss die Geltungsdauer des Urheberrechts herabgesenkt werden. Die derzeitige Dauer von 70 Jahren bis nach dem Tod des Urhebers führt den Sinn des Urheberrechts, nämlich den Urheber an sich zu schützen, ad absurdum, weil kein Urheber persönlich etwas davon hat, wenn sein Werk bis weit nach seinem Tod geschützt ist.

[7] Nach der Vorstellung der Piraten wird die Dauer des Urheberrechts höchstens bis 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers gelten. Für bestimmte Werkarten fordern wir aus Praktikabilitätsgründen Fristen ab der Veröffentlichung. So wird für Filme das Urheberrecht maximal 50 Jahre nach Veröffentlichung gelten - für Software maximal 20 Jahre nach Veröffentlichung.

[8] X.3 Stärkung von Nutzern

[9] Im Interesse der Allgemeinheit an einem möglichst freien Zugang zu Bildung und Kultur wird die Urheberrechtsreform der Piraten folgende Kern-Merkmale beinhalten: Das Recht auf Privatkopie und die Erstellung von Remixes und Mashups wird erleichtert werden, Kopierschutzmaßnahmen werden komplett untersagt und die Nutzung von Tauschbörsen vollständig legalisiert. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine möglichst freie Verbreitung und ein freier Umgang mit Kultur zu deren Verbreitung beitragen und sich positiv auf die Entwicklung des Kulturgütermarktes auswirken.

[10] Die ehrlichen Erwerber von Werken sehen sich regelmäßig einer Kriminalisierung und verschiedensten Einschränkungen ausgesetzt. Eine Privatkopie herzustellen ist oft nicht möglich, das Remixen/Mashen steckt voller Unsicherheiten und der Weiterverkauf als Gebrauchtware ist nicht möglich. Unser Bestreben ist es, die Rechte

der fairen Erwerber von Werken wieder zu stärken. Kein Nutzer sollte sich nach dem legalem Erwerb eines Werkes Gedanken über das Urheberrecht machen müssen.

[11] X.4 Stärkung von Urhebern

[12] Neben den zuvor genannten Zugeständnissen an die Nutzer müssen die Rechte der Urheber gegenüber den Rechteinhabern und Rechteverwertern deutlich gestärkt werden. Wir Piraten werden Urhebern unter anderem Zweitverwertungsrechte einräumen, Rechte bei Nichtausübung schneller zurückfallen lassen und verhindern, dass unbekannte Nutzungsarten pauschal eingeräumt werden können. Ferner werden wir die Vergabe ausschließlicher Nutzungsrechte auf maximal 20 Jahre beschränken und diese Rechte anschließend zurück an die Urheber fallen lassen. Zudem werden wir ausschließen, dass sich Verleger zusätzlich Anteile an den Vergütungen der Urheber sichern können.

[13] Für die eigentlichen Urheber von Werken steckt unser aktuelles Urheberrecht voller vieler kleiner Bevormundungen, vertraglicher Umgehungsmöglichkeiten usw. zugunsten der Rechteerwerbern. Bei einer Reform werden wir hier somit ebenfalls ansetzen und den Urhebern selbst wieder mehr Rechte und Kontrolle über ihre eigenen Werke ermöglichen.

[14] X.5 Freie Bildung und Forschung

[15] Im Bildungskontext muss die Mediennutzung für alle Bildungseinrichtungen frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können. Bildung ist ein viel zu wichtiges Gut, um es unnötig vielen Einschränkungen zu unterwerfen. Bildung ist Motor für Wissen, Wirtschaft, Innovation und Kreativität und unentbehrlich für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft sowie der souveränen Teilhabe ihrer Mitglieder an dieser.

[16] Zusätzlich muss die Position öffentlicher Bibliotheken gestärkt werden sowie die Digitalisierung und Archivierung von Werken und deren Zugriff ausgeweitet und erleichtert werden. So soll etwa die Absurdität entfallen, dass nur so viele digitalisierte Kopien eines Werkes verliehen werden dürfen, wie physische Exemplare vorhanden sind.

[17] Der Bundesparteitag möge beschließen den bisherigen Wortlaut im Wahlprogrammpunkt “Urheberrecht“ durch folgenden Text zu ersetzen:

[18] Auch für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen werden wir eine möglichst freie Mediennutzung ermöglichen. Forschung sollte ebenso wie Bildung möglichst wenig Beschränkungen unterliegen - sei es die naturwissenschaftliche Forschung oder Forschung im Rahmen der Zeitgeschichte.

[19] X.6 Forschung und Wissenschaft

[20] Forschung und Wissenschaft werden jährlich mit mehreren Milliarden Euro durch die öffentliche Hand gefördert und unterstützt. Deren Ergebnisse müssen somit im Anschluss auch der Öffentlichkeit in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dies fördert die Verbreitung von Wissen und ermöglicht dessen konsequente Weiterentwicklung. Um wissenschaftlichen Verlagen ihre Arbeit weiter zu ermöglichen, könnte eine mögliche Sperrfrist hier höchstens ein halbes Jahr betragen.

Begründung

[21] Inhaltlich basierend auf dem angenommenem Antrag PA149 des vorletzten Bundesparteitages haben wir dieses Wahlprogramm entwickelt, welches umfangreiche und faire Modernisierungen im Bereich des Urheberrechts ermöglicht, die Rechte von Nutzern und Urhebern deutlich stärkt und sich an die mediale Welt des Internets anpasst. Unser Fokus liegt dabei auf der fairen Behandlung von Urhebern und Nutzern sowie möglichst weiten Freiheiten für Bildung, Forschung und Wissenschaft.

PA125 - Wahlprogrammantrag 2: Förderung alternativer Vertriebsmodelle

Wahlprogramm - Urheberrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann

Zusammenfassung

Ergänzender Antrag zum Wahlprogrammantrag 1 bezüglich des Urhebrrecht, zur Erweiterung um die Förderung alternativer Vertriebsmodelle

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, vorausgesetzt der Annahme des Antrages "Wahlprogrammantrag 1: Reform des Urheberrechts", den Abschnitt "Urheberrecht" im Wahlprogramm durch folgenden Text zu ergänzen:

[2] X.7 Förderung alternativer Vertriebsmodelle

[3] Die Piratenpartei setzt sich nachdrücklich dafür ein alternative Bezahlmodelle und Finanzierungsmodelle für Urheber und Künstler zu fördern und in der öffentlichen Wahrnehmung zu verbreiten. Unser Fokus liegt dabei sowohl auf den Möglichkeiten der Selbstvermarktung, als auch auf der Finanzierung durch Micropaymentsysteme oder Crowdfoundingmodelle.

[4] Durch eine möglichst große Verbreitung und Akzeptanz dieser neuen Möglichkeiten möchten wir ein selbstbestimmtes und faires Bezahlmodell durch die Nutzer ermöglichen und etablieren. Diese selbstbestimmte Teilhabe am Kulturmarkt kann nach Meinung der Piraten ihrerseits wieder neue Wege der finanziellen Vergütung für Werke generell ermöglichen und viele aktuell existente Probleme des Urheberrechts minimieren.

Begründung

[5] Bevor wir "radikalere" Positionen, wie die Abschaffung des Urheberrechts oder alternative generelle Bezahlmodelle, wie eine Kulturflatrate oder eine Kulturwertmark wirklich sinnvoll diskutieren können, müssen wir in der Gesellschaft die Akzeptanz für das eigenständige Verteilen von Geldern etablieren und durchsetzen. Sollten wir dies erreichen wäre ein wirklich wichtiger erster Schritt in Richtung eines freien und selbstbestimmten Kulturmarktes getan.

PA126 - Optionaler Wahlprogrammantrag 1: Gemeinfreiheit aller amtlichen Werke

Wahlprogramm - Urheberrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann, Flexi

Zusammenfassung

Erweiterung des Programms “Urheberrecht“ im Wahlprogramm durch einen Punkt, der explizit die Gemeinfreiheit amtlicher Werke aufgreift.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, vorausgesetzt der Annahme des Antrages “Wahlprogrammantrag 1: Reform des Urheberrechts“, den Abschnitt “Urheberrecht“ im Wahlprogramm durch folgenden Text zu ergänzen:

[2] X.X Gemeinfreiheit aller amtlichen Werke. Um einen transparenten Staat und transparente Behörden sowie die Nachvollziehbarkeit von behördlichen Abläufen zu fördern und zu verbessern, müssen alle amtlichen und von Ämtern in Auftrag gegebene Werke in Zukunft für die Bevölkerung ohne Einschränkungen nutzbar sein und sollen vom Urheberrecht generell ausgenommen werden.

[3] Nach unserem Willen soll dies auch für unveröffentlichte und behördeninterne Werke gelten, wenn wegen einer aktuellen politischen Situation ein besonderes öffentliches Interesse an diesen besteht. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass das Urheberrecht bei behördeninterner Fehlern vorgeschoben werden kann, um missbilligte Dokumente zurückhalten zu können.

Begründung

[4] Bereits jetzt ist ein Teil der amtlichen Werke vom Urheberrecht ausgenommen - beispielsweise Gesetzestexte. Es spricht kein vernünftiges Argument dagegen, warum dies nicht pauschal einfach für alle amtlichen Werke gelten soll. Diese werden von Behörden geschaffen, die von der Allgemeinheit finanziert werden und für die Allgemeinheit arbeiten.

PA127 - Die Piratenpartei und ihre Mitglieder treten 2013 nicht zur Bundestagswahl an

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

CHitchens

Zusammenfassung

Die Piraten haben die Mechanismen der parlamentarischen Demokratie unterschätzt. In den Parlamenten werden wir von politischen Zwängen, Machtspielen, Hinterzimmerabsprachen, Taktierereien, wirtschaftlichen Absprachen geentert.

Antragstext

[1] Ich beantrage, dass die Piratenpartei und ihre Mitgleider 2013 nicht zur Bundestagswahl antreten.

Begründung

[2] Durch den möglichen Einzug in den Bundestag verliert die Piratenpartei ihr Alleinstellungsmerkmal. Diese bestand in den Aktivitäten solcher Gruppen wie Anonymous, Lulzsec, Guttenplag etc. Fern der Macht konnten die Piraten durch ihre Forderungen und deren Verbreitung im Netz die Politik aufschrecken und vor sich her treiben. Durch den Einzug in den Bundestag werden politische Zwänge die Piraten auf den selben Weg der Anpassung schicken, den auch schon die Grünen genommen haben. Schon jetzt ist zu beobachten, dass einige Piraten vorallem auf die Erringung von Mandaten aus sind und dafür sogar kurzfristig die Partei Wecheln (Domscheidt-Berg). Die Korrumpierung durch Macht wird die Piraten genauso ereilen, wie jeder andere Politiker davon befallen wurde. Dadurch wird der außerparlamentarische Schwarm ausgebremst. Die Partei wird genauso verbürgerliche, wie jede andere Partei auch.

PA128 - Grundsatzprogramm zur Wirtschaftspolitik

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Chris

Zusammenfassung

Soziale Marktwirtschaft ergänzt um piratische Überzeugungen

Antragstext

[1] Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge gegebenenfalls modular beschließen, folgenden Text als Programmteil "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.

Wirtschaftspolitik

[2] **Basismodul:**

[3] Die Piratenpartei Deutschland ist bestrebt die Zufriedenheit sowie den Wohlstand der Bürger zu mehren. Dies gilt insbesondere für die Mehrheit der Bevölkerung, wie auch für jene, deren Erwerbskraft allein ihnen nur ein unzureichendes Maß an materiellem Wohlstand ermöglicht.

[4] Um den Wohlstand zu mehren, vertraut die Piratenpartei Deutschland der Marktwirtschaft, deren Preise sich frei durch Angebot und Nachfrage bilden. Die Piratenpartei Deutschland favorisiert grundsätzlich Einkommen aus dem Marktprozess gegenüber Einkommen aus Umverteilungsmaßnahmen, jedoch wird sie anhand letzterer dafür Sorge tragen, dass jeder angemessen an dem Gesellschaftsleben teilhaben kann.

[5] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einfache, transparente und nachvollziehbare Regeln ein, um jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt sein Leben und seine wirtschaftliche Tätigkeit zu gestalten.

[6] :**Zusatzmodul 1:** :Für die Piratenpartei Deutschland ist dieser Grundsatz wichtiger als die Einzelfallgerechtigkeit.

[7] **Fortsetzung Basismodul:**

[8] Um die Rahmenbedingungen verständlicher und planbarer zu gestalten, setzt sich die Piratenpartei für die Stetigkeit des Preisniveaus ein. Diese soll durch die Unabhängigkeit der Währungspolitik, durch die Gewährleistung des freien Marktzutritts und die Vermeidung zu starker Machtstrukturen garantiert werden. Um diese zu gewährleisten, lehnt sie Mengenbeschränkungen sowie Zugangshürden ab und unterstützt die freie Berufswahl.

[9] Um eine freie Marktwirtschaft zu garantieren, steht die Piratenpartei Deutschland für das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Vertragsfreiheit.

[10] :**Zusatzmodul 2:** :Zugleich setzt sich die Piratenpartei Deutschland der Transparenz und Übersichtlichkeit wegen für allgemein gültige Vertragsinhalte ein, die dann Gültigkeit erlangen, wenn die Vertragsparteien nichts anderes explizit untereinander vereinbaren.

[11] **Fortsetzung Basismodul:**

[12] Die Piratenpartei Deutschland sieht die Grenzen der Vertragsfreiheit dort, wo sie zur Monopolisierung von Märkten oder zur Verschleierung des Handelns genutzt wird.

[13] Die Piratenpartei Deutschland fordert, dass jeder Marktteilnehmer dafür sorge trägt, dass den Schäden, die er verursachen kann, auch ein entsprechendes Haftungsvolumen gegenüber gestellt wird, das mögliche Schäden ausgleichen kann.

[14] :**Zusatzmodul 3:** :Dies fordert die Piratenpartei Deutschland auch explizit für den Finanzmarkt. Dieser möge nur Geschäfte tätigen dürfen, die mit einem Garantievolumen für den Haftungsfall unterlegt sind, das den größtmöglichen Schaden, der aus dem zugrunde liegenden Geschäft resultieren könnte, ausgleichen kann.

[15] Fortsetzung Basismodul:

[16] Entsprechend setzt sich die Piratenpartei Deutschland dafür ein, Nachteile, die das Handeln einzelner auf andere oder die Allgemeinheit hat, durch Abgaben zugunsten der Allgemeinheit oder der konkret Benachteiligten zu kompensieren. Die Umwelt sowie die Gesamtheit der nachfolgenden Generationen seien hier ausdrücklich als Teil der Allgemeinheit verstanden.

[17] :**Zusatzmodul 4:** :Die Piratenpartei Deutschland setzt sich aber auch dafür ein, die persönlichen Vorteile, die ein einzelner aus den Bemühungen der Gesellschaft erlangt, durch Abgaben zugunsten der Gesellschaft abzuschöpfen.

[18] Fortsetzung Basismodul:

[19] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass jeder in Würde und unabhängig von äußeren Zwängen sein Leben gestalten kann. Sie setzt sich jedem Versuch entgegen, die Verhandlungsposition der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft zu schwächen.

[20] :**Zusatzmodul 5:** :Die Piratenpartei Deutschland schätzt jene Unternehmungen, die durch Innovation oder unternehmerisches Engagement einen Beitrag zur Steigerung des Allgemeinwohls leisten. Sie erwägt diesen Unternehmungen Forderungen, die die Gesellschaft gegenüber diesen Unternehmungen hat, zu stunden, damit diese ihren Beitrag zur Steigerung des Allgemeinwohls noch weiter auszubauen können.

[21] :**Zusatzmodul 6:** :Die Piratenpartei Deutschland ist überzeugt, dass der politische Prozess nicht geeignet ist, die zukunftsträchtigen Wachstumsfelder zu identifizieren. Vielmehr setzt die Piratenpartei Deutschland auf einen Ideenwettbewerb der Zukunftskonzepte, deren überzeugensten Visionen zur Basis und zum Leitbild der Forschungs- und Gründungsförderung werden sollen.

[22] :**Zusatzmodul 7:** :Die Piratenpartei Deutschland steht Einkommen, die ein gewisses Vielfaches des Durchschnittseinkommens übertreffen, kritisch gegenüber und sieht diese als Anlass die Funktion des Marktes an diesen Stellen zu überprüfen, wenn sie nicht durch Innovation begründet sind

Begründung

[23] Dies ist mein Beitrag dazu, Euren Textbausteinkasten möglichst gut anzureichern, damit Ihr aus den verschiedenen Anträgen zum Grundsatzprogramm Wirtschaftspoltik ein möglichst gut den Piraten entsprechendes Programm zusammen stellen könnt.

[24] Der Antragstext beinhaltet formale Anforderungen an den Ordnungsrahmen und einige normative Elemente, von denen ich das Gefühl habe, dass sie die Stimmung unter den Piraten halbswegs wieder gibt.

[25] Wenn für Euch Neoliberalismus vor allem ein Schimpfwort ist, so möchte ich Euch darauf hinweisen, dass dieser Textbaukasten für Euch Teufelszeug sein könnte.

[26] Darüber hinaus möchte ich Euch darauf hinweisen, dass ich kein Pirat bin und mir die Freiheit nehme, Euch trotzdem mit Vorschlägen und Meinungen zu behelligen. Folglich werde ich persönlich diesen Antrag nicht vortragen und auch nicht wählen.

[27] Und wie gesagt, lade ich Euch ein, diesen Antrag zu kopieren, zu verändern, zu Eurem eigenen zu machen oder auch zu verwerfen. Ich würde mich einfach freuen, wenn die Piraten gerade beim Thema Wirtschaftspolitik es schaffen würden, sich auf einen Nenner zu einigen.

[28] Im Pad werde ich auch noch ein paar ausgewählte Textstellen kommentieren: http://piratenpad.de/p/wipo2012-2

PA129 - Recht auf ein Girokonto

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wolframcgn

Zusammenfassung

Jeder sollte ein Recht auf ein Girokonto haben.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle nachfolgenden Antrag aufzunehmen:

[2] Ohne Girokonto ist eine Teilnahme am normalen (Arbeits-) Leben kaum noch möglich. Obwohl fast allen Banken Selbstverpflichtungserklärungen abgegeben haben und in manchen Bundesländern sogar ein Kontrahierungszwang bei den Sparkassen besteht, sollte es ein Recht auf ein Girokonto (ggf. auf Guthabenbasis) geben.

Begründung

[3] Trotz Ombudsmann und bereits genannter Erklärungen gibt es immer noch nicht wenige Geldinstitute, die eine Kontoeröffnung auf Guthabenbasis (Und damit auch eine Umwandlung in ein P-Konto) verhindern.

[4] Seit Jahren sagt die Finanzwirtschaft, dass Freiwilligkeit ausreiche - ein Gesetz wäre aber sinnvoll, da es häufig genug vorkommt, dass Kontoeröffnungen im ersten Schritt (ohne Ombudsmann) verweigert werden (angebliche Mißverständnisse, Unkenntnis der Selbstverpflichtung/des Kontrahierungszwanges,...). Es schadet auch niemandem + beseitigt Unklarheiten. (Übernommen aus meiner Petition, die seit dem 30.10.2010 in der parlamentarischen Prüfung ist. https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=13223)

[5] Durch das neu geschaffene "P-Konto" (Pfändungsschutz-Konto) bleibt das o.g. Grundproblem leider weiterhin bestehen: Es gibt immer noch Banken, die sich weigern ein Girokonto zu eröffnen. Dabei besteht für diese kein Risiko, da bei jeder Eröffnung eine Prüfung von Auskunfteien erfolgt und die Bank so ggf. ein Konto auf Guthabenbasis eröffnen kann und auch zugleich sieht, ob der potentielle Kunde bereits ein Girokonto besitzt.

[6] Durch dieses Recht auf ein Girokonto dürfte der Verwaltungsaufwand und die Betrugsfälle bei der Scheckauszahlung von Sozialleistungen erheblich sinken. Vielleicht führt durch das Recht auf Girokonto und eine damit einhergehende Abschaffung der Scheckauszahlung von Sozialleistungen (Weil dann überflüssig) sogar bei einer Kostensenkung bei den auszahlenden Behörden.

[7] Es darf keine Zusatzgebühr o.ä. für dieses Girokonto erhoben werden: Die Kontoführungsgebühren dürfen nicht teurer als die des Basispreismodells für Privatgirokonten sein.

PA130 - Wahlprogrammantrag 3: Weitere Informationen

Wahlprogramm - Urheberrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann

Zusammenfassung

Im Falle der Annahme meines Positionspapieres und meines Wahlprogramms zu behandeln, mit dem Hinweis auf weitere Informationen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, vorausgesetzt der Annahme des Antrages "Wahlprogrammantrag 1: Reform des Urheberrechts" sowie des Positionspapieres "Reform des Urheberrechts - Stärkung der Interessen von Urhebern und Allgemeinheit", den Abschnitt "Urheberrecht" im Wahlprogramm durch folgenden Text zu ergänzen:

[2] X.8 Detailierte Informationen

[3] Die detailierten Forderungen und Vorstellungen der Piratenpartei bezüglich eines modernen Urheberrechts finden Sie in unserem entsprechenden Positionspapier.

Begründung

[4] Bei der Annahme unserer Anträge zur Überarbeitung des PA149 sowie zum Wahlprogramm zum Urheberrecht soll das Wahlprgramm um diesen Abschnitt erweitert werden. Die differenzierte und detaillierte Vorstellung unseres Urheberrechtskonzeptes ist für ein Wahlprogramm einfach zu lang. Daher sollte der Hinweis auf das enstsprechende Positionspapier für alle Interessierten mit in das Wahlprogramm aufgenommen werden.

PA131 - Positionierung zum Euro

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Gerwert

Zusammenfassung

Wie stehen die Piraten zum Euro als Währung, es geht um eine Positionierung für die anstehenden Wahlen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen bzw. Modul 2 nur wenn Modul 1 nicht über das Quorum kommt.

[2] Modul 1: Klares Ja zum Euro

[3] Antragstext zu Modul 1:

[4] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle folgenden Programmpunkt einzufügen:

[5] Die Piratenpartei Deutschland steht zum Euro als identitätsstiftende gemeinsame Währung und Grundlage eines gemeinschaftlichen, europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems.

[6] Modul 2: Klares Nein zum Euro

[7] Antragstext zu Modul 2:

[8] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle folgenden Programmpunkt einzufügen:

[9] Die Piratenpartei Deutschland lehnt den Euro als identitätsstiftende gemeinsame Währung und Grundlage eines gemeinschaftlichen europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems ab.

Begründung

[10] Begründung zu Modul 1:

[11] Als Politiker haben wir die Verantwortung den Menschen eine Orientierung, eine klare Richtung vorzugeben, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Bei allen Überlegungen und Infragestellungen die unsere Partei auszeichen, und sehr zu schätzen sind, sollten wir zu bestimmten Themen eine klare Positionierung vornehmen. Mit dem Piratenapell pro Europa konnten wir eine erste europapolitische Basisausrichtung vornehmen. Nun sollten wir mit einem klaren Ja zur gemeinsamen Währung (Euro) ebenfalls klar Stellung beziehen, auch wenn wir wissen, dass Verbesserungen notwendig sind. Gleichzeitig können wir die permanente Infragestellung damit beenden. Es geht hier also im eine grundlegende Positionierung, aus der dann weitere Handlungsschritte durch die Piraten abzuleiten sind!

[12] Uns muss klar sein, dass die Abschaffung des Euro nur ein Rumschustern an den Symptomen und nicht an der Ursache für wirtschaftliche Ungleichgewichte darstellt. Ein Wegfall des Euro würde die Situation in Deutschland als Exportnation nachhaltig verschlechtern ohne Gewissheit zu haben, dass es in den anderen europäischen Ländern zu psoitiven Effekten kommt. Das Spiel der Währungsspekulanten könnte auf nationale Währungen wieder aufgenommen werden. Mit Blick auf die globalen Aussichten und der Bedeutung der Weltwährungen

US-Dollar, Yen und Renminbi erscheint die Aufgabe einer adäquaten Weltwährung wie es der Euro ist zu Gunsten einer nationalen Währung in diesem Kontext nicht erstrebenswert.

[13] Für die deutsche Wirtschaft wären die Folgen sehr gewaltig. Zum einen würde der Export schwer belastet. Eine schlagartige Verteuerung der D-Mark würde deutsche Waren im Ausland deutlich verteuern.

[14] Zum anderen hätten Banken und Versicherer, die zum Beispiel Wertpapiere in Euro-Ländern halten, die großen Wechselkursverluste zu bewältigen mit unbekannten Auswirkungen auf die deutschen Sparer und Versicherungsnehmer.

[15] Begründung zu Modul 2:

[16] Eine gemeinsame Währung funktioniert in Wirtschaftsräumen, die annähernd gleiche Wirtschaftsleistung haben. Dies ist in Europa nicht der Fall. Die Konsequenz ist, dass der Euro für starke Nationen zu schwach (Wettbewerbsvorteil) und für wirtschaftsschwache Länder zu stark (Wettbewerbsnachteil) ist. Daher schadet der EURO mehr als er nutzt.

[17] Anstatt die nationalen Währungen gegeneinander abzuwerten, findet im Euro eine "innere Abwertung" statt. Das bedeutet, die Löhne und Renten werden in den wirtschaftsschwachen Staaten" massiv gekürzt. Dies führt zu sozialen Verwerfungen, die bereits in Griechenland, Spanien und Portugal sichtbar sind (Massenarbeitslosigkeit, Verarmung).

[18] Daher lehnen wir den Euro als Gemeinschaftswährung ab und fordern die Rückkehr zu den Wechselkursmechanismus II (WKM II)http://de.wikipedia.org/wiki/Wechselkursmechanismus_II , um den wirtschaftsschwachen Ländern wieder eine Perspektive zu geben, wettbewerbsfähig zu werden. Bei diesem Mechanismus hat ein Land die Möglichkeit, wieder innerhalb einer Bandbreite extern abzuwerten.

[19] Mit dem WKM II haben wir dann ein "Druckventil", das unterschiedliche Wirtschaftsleistungen abpuffert, solange bis Europa auch in der Wirtschaftsleistung zusammen wächst. Erst wenn dieses wirtschaftliche Gleichgewicht geschaffen ist, macht eine gemeinsame Währung wieder Sinn und ist dann auch anzustreben.

PA133 - Lieferungen militärischer Waffen ins Ausland durch eine fälschungssichere Kennzeichnung transparent machen

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

motorradblogger TheBug

Zusammenfassung

Was bei Waffen für den Privatmarkt bereits lange gängige Praxis ist, muss auch bei Waffen gelten, die für das Militär und den Export produziert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm als Punkt "Änderungen am Kriegswaffenkontrollgesetz" aufzunehmen:

[2] **Änderungen am Kriegswaffenkontrollgesetz**

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich gemäß des UN-Instruments zum Markieren und Nachverfolgen von Handfeuerwaffen (sog. Small Arms) für eine fälschungssichere Kennzeichnung der in Deutschland zu militärischen Zwecken produzierten Handfeuerwaffen ein. Durch eine fälschungssichere Kennzeichnung können über Drittländer erfolgte illegale Waffenexporte in Krisengebiete transparent nachvollzogen und die verantwortlichen Hersteller/Exporteure belangt werden. Für Drittländer, die erwiesenermaßen Waffen in Krisengebiete liefern, kann zudem ein Exportverbot verhängt werden.

[4] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich zur Umsetzung dieses Ziels für eine schnelle Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes ein.

Begründung

[5] **Erläuterungen zum Antrag**

[6] tl;dr: Kleine, praxisnahe Änderung mit großer Wirkung für die deutschen Exporteure von militärischen Handfeuerwaffen.

[7] Im Juni 2005 wurde unter aktiver deutscher Beteiligung das politisch verbindliche UN-Instrument zum Markieren und Nachverfolgen von Handfeuerwaffen (sog. Small Arms) angenommen. Darin verpflichten sich die Staaten, die von ihnen produzierten, importierten oder exportierten Waffen nach international einheitlichen Regeln fälschungssicher zu markieren. Dies wurde von der Bundesregierung für Waffen im privaten Markt (Sport/Jagd/Sammeln) im Waffengesetz entsprechend umgesetzt. Die Umsetzung des UN-Instruments erfolgte jedoch nicht im Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG), so dass alle für militärische Zwecke produzierte Handfeuerwaffen noch immer nicht fälschungssicher gekennzeichnet werden müssen.

[8] In der Praxis werden bei Waffen, wie zum Beispiel dem verbreiteten Sturmgewehr G36 des Hersteller Heckler & Koch, die Seriennummern mittels Lasergravur aufgebracht. Diese Gravuren sind mit einfachen Mitteln entfernbar und die Identifikationsnummern der Waffen können leicht manipuliert werden. So ist es möglich,

dass über Drittländer deutsche Kriegswaffen mit gefälschten Seriennummern in Krisengebiete verkauft werden, obwohl für die Krisengebiete ein Exportverbot besteht. Das Exportverbot wird so ohne Möglichkeit dies nachträglich zu beweisen umgangen. Nur wenn die Waffennummern fälschungssicher sind, kann die nötige Transparenz hergestellt werden, um diese Vorgänge seitens deutscher Waffenexporteure sichtbar zu machen.

[9] Deswegen sollen in Zukunft auch die Hersteller von militärisch genutzen Handfeuerwaffen durch eine Änderung des KrWaffKontrG zur fälschungssicheren Kennzeichnung (einschlagen einer eindeutigen Seriennummer an allen relevanten Teilen der Waffen) verpflichtet werden.

[10] Glossar

[11] *Handfeuerwaffe*

[12] "... ist die Bezeichnung für eine von einer einzelnen Person tragbare und ohne weitere Personen sowie zusätzliche Hilfsmittel, wie z. B. Lafetten, einsetzbare Feuerwaffe mit einem allgemein unter 20 mm liegenden Kaliber." (Quelle: Wikipedia)

[13] Beispiele für Handfeuerwaffen: Glock 17 (halbautomatische Pistole), H&K G36 (vollautomatisches Sturmgewehr), H&K MP5 (vollautomatische Maschinenpistole), aber auch Raketenwerfer, Handgranaten und Landminen.

[14] *Fälschungssichere Kennzeichnung*

[15] Eine Waffe fälschungssicher zu kennzeichnen ist sehr einfach und wird im Bereich der Sport- und Jagdwaffen schon lange praktiziert: Das Einschlagen der Seriennummer auf allen relevanten Bauteilen der Waffe (Lauf, Verschluss, Systemhülse), anstatt einer Lasergravur.

[16] Durch das Einschlagen wird das Metall kaltverformt, so dass auch nach dem wegfeilen/-fräsen der Seriennummer die Nummer erhalten bleibt und durch Röntgentechnik noch sichtbar ist, da die Prägung tief ins Metall wirkt.

[17] Diese Methode ist einfach wie kostengünstig und bei Waffen für den privaten Markt schon lange üblich.

[18] Berichte zum Thema

- http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste_vom_19_07/gewehre_fuer_diktatoren.html
- Blogbeitrag des Antragstellers: http://thegeek.de/wer-waffengesetze-verscharfen-will-der-sollte-sich-am-kriegswaffenkontrollgesetz-auslassen/

PA134 - Verbesserung der europäischen Institutionen

Wahlprogramm - Europa LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Europa, Thomas Gerwert, Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Wir fordern eine Verbesserung der politischen Institutionen der EU, insbesondere des Europaparlaments. Die Europäische Bürgerinitiative soll gestärkt und der Integrationsprozess mit dem Ziel einer demokratisch entwickelten Verfassung vorangetrieben werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge das Programm zur Bundestagswahl 2013 im Politikfeld / Themenfeld Europa um den nachfolgenden Antragstext ergänzen:

[2] Wir Piraten setzen uns für folgende Verbesserungen der europäischen Institutionen ein:

[3] Zur stärkeren Einbindung der Bevölkerung sollen die technischen wie bürokratischen Hürden einer Europäischen Bürgerinitiative wirksam gesenkt werden. Jede erfolgreiche Initiative wird zu einer Gesetzesinitiative.

[4] Das Europäische Parlament soll ein vollständiges Initiativrecht bekommen und insgesamt gestärkt werden. Die legislativen Rechte liegen primär beim Parlament.

[5] Die Europäische Union soll weiter darauf hinarbeiten, die Integration zu vertiefen. Dabei soll das Ziel einer demokratisch entwickelten Verfassung, die von den europäischen Bürgern beschlossen werden muss, mit Nachdruck verfolgt werden

[6] Dies sehen wir als einen ersten Schritt auf dem Weg zu der in unserem Grundsatzprogramm formulierten Vision für das Europa der Zukunft.

Begründung

[7] Seit dem 1 April 2012 können 1 Million Bürger mit Hilfe der europäischen Bürgerinitiative (EBI) die Kommission auffordern in einem Feld ihrer Kompetenz zu handeln. Allerdings ist diese Aufforderung nicht bindend - echte Mitentscheidung gibt es nicht! Die EBI kennt in ihrer aktuellen Fassung einige Probleme, die eine echte Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene verhindern. So kann eine EBI nur ein Thema behandeln, das explizit in der Kompetenz der EU-Kommission liegt. Zum Beispiel kann über eine EBI kein europaweiter Atomausstieg von den Bürgern erreicht werden. Die Entscheidung der Annahme der EBI liegt ausschliesslich bei der Kommission, die die Grenzen sehr eng auslegt und somit die EBI sehr einschränkt. Ein weiteres Problem liegt in der technischen Umsetzung; besonders die Software zum online-Unterschreiben einer Initiative, die von der Kommission bereit gestellt wird, ist sehr umständlich zu installieren und schwierig zu handhaben. Aus den Erfahrungen der ersten Initiativen sind EBIs allgemein ein teures Unterfangen; neben den Sicherheitsanforderungen für Transport, Lagerung (Offline-Sammlung) und IT-Infrastruktur (Online-Sammlung) fallen Serverkosten der Webseite, Installation und Unterhalt der Software, Marketing, Übersetzungen und einiges mehr an. Dies widerspricht dem Geist einer Gesetzesinitiative, die von jedem Bürger auf den Weg gebracht werden kann. Für uns Piraten sind diese Rahmenbedingungen untragbar, daher treten wir für einen Abbau dieser Hürden ein.

[8] Derzeit hat nur die EU-Kommission das Recht, Gesetzesinitiativen einzubringen, über die das Europäische Parlament und der Rat abstimmen und entscheiden (Art. 294 AEUV). Die Kommission hat dieses Recht als einziges Organ der Union (Art. 17 Abs. 2 EUV). Das Initiativrecht ist eine der wichtigsten Befugnisse, die dem EU-Parlament auf dem Weg zu einem vollwertigen Parlament fehlen. Wie nötig dies ist, zeigt die Causa McCreevy. Der scheidende Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy hatte sich trotz wiederholter Aufforderung des Parlaments geweigert, Reformvorschläge für eine EU-Finanzaufsicht vorzulegen. Erst unter dem Eindruck der Finanzkrise und nach massivem Druck der 27 EU-Staaten legte er ein Gesetzespaket vor. Als Piraten ist es unser Selbstverständnis, die demokratischen Rechte der Volksvertretungen einzufordern und zu stärken.

[9] Die Politik der europäischen Einigung ist für den Kontinent und für die Zukunft Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Auch in Zukunft muss das Einigungswerk fortgesetzt werden, um neben Frieden und Stabilität den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu sichern. Vor dem Hintergrund des Prozesses der Globalisierung erhält die europäische Integration zusätzliches Gewicht. Der europäische Einigungsprozess, insbesondere die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, steht für die Einsicht, dass eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht von den internationalen Märkten abhängig sein will, übergreifender Entscheidungs- und Koordinationsinstanzen bedarf. Die Institutionen und Instrumente, wie sie innerhalb der Europäischen Union entstanden sind und fortentwickelt werden müssen, eröffnen Möglichkeiten, um eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter auszubauen. Der nächste Schritt muss eine europäische Verfassung sein, die eben diese Möglichkeiten auslotet. Wir setzen uns für eine Verfassung ein, die von den Bürgern nicht nur entschieden, sondern mitgestaltet wird. Dazu wird ein separater Antrag eingereicht. Das Ziel ist eine weitere Integration Europas unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.

[10] Dieser Antrag ist im Rahmen der Arbeit der AG Europa entstanden und wurde innerhalb der AG ohne Gegenstimme angenommen. Er wurde auf der EuWiKon ebenfalls behandelt.

PA135 - Aufgabenkritik verbessern und Konnexitätsprinzip sicherstellen

Wahlprogramm - Haushalt LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Impyer

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzip und neue Wege in der Aufgabenkritik.

Antragstext

[1] Ich beantrage im Wahlprogramm an Stelle Haushaltspolitik folgender Punkt eingefügt wird:

[2] Die Piratenpartei fordert die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzip und neue Wege in der Aufgabenkritik.

[3] Aufgabenübertragung von Bundesebene an die Ländesebene dürfen nicht zu unausgeglichenen Mehrausgaben führen, besonders im Hinblick auf die Schuldenbremse dürfen den Ländern keine zusätzlichen Ausgaben überantwortet werden, ohne einen ausreichenden Finanzausgleich von der Bundesebene.

[4] Mit neuen Wegen kann die Aufgabenkritik, welche auf der Basis der gesetzlichen Vorgaben und strategischen Zielsetzung basiert, verbessert werden. Deswegen setzt sich die Piratenpratei für die Erprobung neuer Ansätze, wie z. B. der Spieltheorie ein.

Begründung

[5] Wesentlich ist auch eine ständige Aufgabenkritik im Hinblick auf das „Ob“ und das „Wie“ der Aufgabenerfüllung. Damit verbinden sich folgende Anforderungen: Es muss zum einen sichergestellt werden, dass das Konnexitätsprinzip streng eingehalten wird und Aufgabenübertragung des Bundes an die Länder nicht zu Mehrbelastungen der Ausgaben führen. Letzteres tritt immer dann ein, wenn pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben bzw. Auftragsangelegenheiten übertragen und / oder die Standards für deren Erfüllung angehoben werden. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass der Bund im Hinblick auf die Schuldenbremse den Ländern keine zusätzlichen Ausgaben überantworten, ohne einen ausreichenden Finanzausgleich bereitstellt.

PA136 - Europäischer Verfassungskonvent

Wahlprogramm - Europa LQFB LQFB 2 LQFB 3 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Europa, Thomas Gerwert, Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Einberufung eines Verfassungskonvents unter Einbezug der Bürger.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge das Programm zur Bundestagswahl 2013 im Themengebiet / Politikfeld Europa um folgenden Programmtext erweitern:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert die Einberufung eines Verfassungskonvents der Europäischen Union.

[3] Der Prozess der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung muss transparent sein und die europäischen Bürger umfassend beteiligen.

[4] Ziel des Verfassungskonvents ist es, das politische System der EU und ihre Beziehung zu den Mitgliedstaaten und Regionen neu zu strukturieren und auf eine demokratische Basis zu stellen.

[5] Die Mitglieder des Konvents sollen demokratisch gewählt werden und den Pluralismus der Unionsbürger repräsentieren.

[6] Über den erarbeiteten Verfassungsentwurf stimmen die Bürger unionsweit und zeitgleich ab.

Begründung

[7] Die Europäische Union steckt in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Die strukturellen Schwachstellen, nicht nur in Fragen der Gemeinschaftswährung, sind offenkundig. Bereits vor Beginn der Finanzkrise gab es reichlich Anlass, das Demokratiedefizit der EU (u. a. das fehlende Recht des EU-Parlamentes ein Gesetz einzubringen, weitere Beispiele siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratiedefizit_der_Europ%C3%A4ischen_Union), und die Intransparenz der europäischen Institutionen zu kritisieren. Die Union muss daher auf eine neue politische und rechtliche Grundlage in Form einer europäischen Verfassung gestellt werden. Sie muss mit den Bürgern und nicht über ihre Köpfe hinweg geschaffen werden. Die elitären, abgeschotteten Beratungsrunden, die den ersten (gescheiterten) Verfassungskonvent 2002/2003 prägten, dürfen nicht wiederholt werden. Nur so wird ein gemeinsames Europa die breite Zustimmung der Bürger finden und dauerhaft Bestand haben.

[8] In diesem Zusammenhang sind geeignete Verfahren der Bürgerbeteiligung abzuhalten wie z.B. die Durchführung von Planungszellen Definition: http://de.wikipedia.org/wiki/Planungszelle und die Erstellung von Bürgergutachten, Bürgerversammlungen in den Mitgliedstaaten oder transnationale Internetforen. Transparenz bedeutet, dass alle Konventssitzungen öffentlich sein müssen und live übertragen werden. Sämtliche Protokolle müssen für alle in allen Amtssprachen der EU jederzeit zugänglich sein, insbesondere via Internet und ohne bürokratische oder finanzielle Hemmnisse.

[9] Die Wahl der Konventsmitglieder soll durch die Bürger in einer geordneten Wahl erfolgen. Zum Konvent anlässlich der Erarbeitung der später gescheiterten EU-Verfassung 2002/2003 entsandte der Bundestag einen einzigen Vertreter, eine Repräsentation der politischen Vielfalt war so von Vornherein nicht möglich. Darüber hinaus fassten am Ende wenige Personen um den Präsidenten des Konvents die Ergebnisse zusammen und eine Abstimmung durch alle Unionsbürger gab es auch nicht. Weder Verfahren noch Inhalt entsprachen also demokratischen Ansprüchen, wie sie die Bürger von einer Verfassungsgebung einfordern dürfen.

[10] Das Referendum soll gleichzeitig in allen Mitgliedstaaten stattfinden, möglichst am selben Tag. Auf jeden Fall ist das Ergebnis am selben Tag auszuzählen, um nicht durch Bekanntgabe von Teilergebnissen ein taktisches Abstimmverhalten in anderen Ländern zu fördern. Es darf nicht noch einmal vorkommen, dass Volksabstimmungen - wie beim Entwurf für eine Europäische Verfassung geschehen - in Abständen von mehreren Monaten in den einzelnen Ländern durchgeführt werden.

[11] Keinem Mitgliedstaat kann dabei eine Verfassung gegen seinen erklärten Willen aufgezwungen werden.

[12] Dieser Antrag ist im Rahmen der Arbeit der AG Europa entstanden und wurde innerhalb der AG ohne Gegenstimme angenommen. Er wurde auf der EuWiKon ebenfalls behandelt.

PA137 - Einführung des doppischen Haushalts? und Rechnungswesens auch auf allen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland

Wahlprogramm - Haushalt

LQFB LQFB 2 WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Impyer

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für ein modernes und homogenes Rechnungswesens in staatlichen Bereichen ein.

Antragstext

[1] Ich beantrage im Wahlprogramm an Stelle Haushaltspolitik folgender Punkt eingefügt wird:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für ein modernes und homogenes Rechnungswesens in staatlichen Bereichen ein

[3] und unterstützt den Ansatz für die Einführung des doppischen Haushalts? und Rechnungswesens auf allen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland. Mit Hilfe des doppischen Haushalts? und Rechnungswesens wird erreicht:

[4] *Mehr Transparenz über Beteiligungen und Kosten des Landes *Der Abbau der schwächen der Kameralistik *Stärkung der Generationengerechtigkeit *Erkennbarkeit von Überschuldung *bessere Nachvollziehbarkeit des Mittelverbrauch

Begründung

[5] Wesentliche Schwächen der Kameralistik (seit mehr als 20 Jahren thematisiert)

[6] *Keine Informationen über die Kosten (tatsächlicher Ressourcenverbrauch) *Keine Informationen über die Leistungen *Keine Informationen über das Vermögen und die tatsächlichen Schulden *Keine Gesamtsicht d. Gebietskörperschaft /Konsolidierung *Haushaltsausgleich ist formal immer gewährleistet (Einnahmen aus Krediten)

[7] **Kosten**

[8] Hamburg: Das Projekt zur Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens wurde 2003 begonnen, die Eröffnungsbilanz der FHH 2006 vorgelegt. Die reinen Arbeiten an der Konzernbilanz begannen mit ersten konzeptionellen Vorarbeiten im Jahr 2005, dauerten also etwa 3,5 Jahre. Insgesamt hat das Projekt 4,6 Mio. Euro gekostet.

[9] **Transparenz über Beteiligungen und Kosten**

[10] Nur über die Doppik kann auch auf Landesebene eine Gesamtschau über die wirtschaftliche Betätigung einer Gebietskörperschaft und ihrer Beteiligungen erstellt und die politische Steuerungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte spürbar verbessert werden. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Gelder ist Transparenz über Verschuldung und Vermögensverzehr unverzichtbar. Ziele der Doppik sind vor allem die Gewährleistung der Generationengerechtigkeit durch Abbildung des Ressourcenverbrauchs und die Integration spezifischer Regeln

im Zuge der Haushaltsausgleichsregelungen, eine erhöhte Transparenz für den Bürger, eine effizientere und effektivere öffentliche Leistungserstellung sowie eine verbesserte Steuerung.

[11] Kamerale Haushaltsführung ist Intransparent und Schulden werden versteckt in Schattenhaushalten

[12] Der öffentliche Haushalt heutiger kameraler Prägung spiegelt nur einen Teil der Finanz- und Vermögenslage wider, da viele Vermögensgegenstände und Schulden in öffentlichen Unternehmen, Anstalten, Stiftungen und anderen Einheiten ausgelagert sind. (Eine Auflistung von Schulden kann zur Insolvenz von Gebietsverbänden führen, da diese ihre Schulden nicht mehr verstecken können. Zum Beispiel: NRW und Beamtenpensionen)

[13] vereinfachung von Bewertung ist nötig

[14] Eine öffentliche Gebietskörperschaft ist keine Schraubenfabrik. Es gibt keine Standardlösungen. Bei der Erstbewertung in Hamburg stellten sich z.B. die Fragen, wem der Elbtunnel gehört oder mit welchem Wert Seen, Parks oder das Rathaus anzusetzen waren. Um sich nicht zu verzetteln, ist es überdies sinnvoll, Wertgrenzen und Vereinfachungsverfahren festzulegen.

[15] Vorbild: Hamburg

[16] Mit einem positiven Ergebnis von 798 Mio. Euro tritt Hamburg den Beweis an, dass auch staatliche Gebietskörperschaften mit einer kaufmännischen Bilanzierung schwarze Zahlen schreiben können. Natürlich weicht das kaufmännische Jahresergebnis vom kameralen Ergebnis ab. Die Gründe liegen vor allem in der Berücksichtigung des Wertverzehrs beim Anlagevermögen (Abschreibungen) und von Rückstellungen für Pensionen. Abschreibungen, Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen kennt das kamerale Haushaltswesen nicht, sie sind jedoch von besonderem politischen Interesse, weil ohne sie eine realistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nicht möglich ist.

PA138 - Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz novellieren (Modulantrag)

Wahlprogramm - Steuern LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Impyer

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für eine Novellierung des Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz ein, um die Voraussetzungen für seine Anwendung zu ändern.

Antragstext

[1] Ich beantrage im Wahlprogramm an Stelle Steuerpolitik folgender Punkt eingefügt wird. Ich beantrage diesen Antrag entsprechend der gekennzeichnenten Module modular abzustimmen.

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine Novellierung des Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz ein, um die Voraussetzungen für seine Anwendung zu ändern:

[3] Die Novellierung des Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz auf die tatsächliche Einhaltung des Artikels 26 (Informationsaustausch auf Ersuchen) des Musterabkommens der OECD zu verpflichten, wenn nicht eingehalten gilt die Jurisdiktionen als nichtkooperatives Gebiet nach dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz.

Modul A:

[4] Überweisungen in und Zahlungen aus Jurisdiktionen, die nach dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz als nichtkooperative Gebiete eingestuft wurden, werden mit einer Steuer belegt werden, die ausreichend hoch ist, Transaktionen in diese Gebiete unattraktiv werden zu lassen.

Modul B:

[5] Die Piratenpartei setzt sich für die Überführung der Erhebungshoheit für Umsatzsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in die Bundessteuerverwaltung ein, welche die Effizienz der Steuerverwaltung insgesamt erhöht.

Modul C:

[6] Einführung einer Spezialabteilung der Finanzverwaltung, welche technisch und personell besonders gut ausgestattete ist. Durch die Einführung kann die Finanzverwaltung komplexen Steuergestaltungsmöglichkeiten auf Augenhöhe begegnen.

Modul D:

[7] Das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) wird dahingehend geändert, dass deutschen Banken, die Filialen in nichtkooperativen Gebieten nach Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz betreiben, die Geschäftserlaubnis entzogen werden kann.

[8] Zweigniederlassungen und Töchtern von Banken aus Drittstaaten, die unter das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz fallen, ist die Zulassung nicht zu erteilen bzw. zu entziehen.

Modul E:

[9] Die Piratenpartei setzt sich für die Berechnung der Steuerlücke und die Veröffentlichung ein.

[10] Hierbei handelt es sich um den Anteil von Steuern, die entrichtet werden müssten, aber auf Grund von Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Steuerflucht, Defiziten in der Steuerverwaltung oder weiteren Umständen nicht gezahlt werden.

Modul F:

[11] Die Priatenpartei setzt sich für die Einführung, für den Bereich der Steuerhinterziehung, einer Dunkelfeldforschung ein.

Modul G:

[12] Die Piratenpartei fordert vom Finanzamt werden vorausgefüllte Steuererklärungen für den Bürger und Bürgerin bereitgestellt.

Modul H:

[13] Die Piratenpartei tritt Steuerhinterziehung deutlich entgegen. Wir befürworten, dass die bisherige Straffreiheit bei einer Selbstanzeige in § 371 AO ersatzlos gestrichen wird. Es werden neue Regelungen gefordert, welche eine Strafmaßreduktion beinhalten können, aber keine Straffreiheit.

Modul I:

[14] Lediglich bei der als Ordnungswidrigkeit eingestuften leichtfertigen Steuerverkürzung ist die Nichtfestsetzung einer Geldbuße nach § 378 Abs. 3 AO gerechtfertigt.

Begründung

[15] Die Einhaltung des Artikels 26 (Informationsaustausch auf Ersuchen) ist extrem wichtig um Steuerflucht effektiv zu bekämpfen.

Modul A:

[16] Zusatzbesteuerung von nichtkooperativen Gebieten nach Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5013.html?tempstore=xxblpmnyy5v7nt3tr66z8rdxx2

Modul B:

[17] Bundessteuerverwaltung https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5014.html?tempstore=18lrh5fsz1x2rfwq8cj48hn8yb

Modul C:

[18] Sonderabteilung mit guter Ausstattung und Personal https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5015.html?tempstore=tcnk7zbz4wn5hfjvfy8y525hhd

Modul D:

[19] Änderungem am Gesetz über das Kreditwesen https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5016.html?tempstore=j5twxjpzmwjspycmh93n16zp9d

Modul E:

[20] Berechnung der Steuerlücke und Veröffentlichung https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5017.html?tempstore=y91x1p4y9fkt23q3mq9czkdsft

Modul F:

[21] Einführung der Dunkelfeldforschung für den Bereich der Steuerhinterziehung https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5018.html?tempstore=z8q6wbsr28457cyxbxr283rhsn

Modul G:

[22] Vorausgefüllte Steuererklärung bereitstellen https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5019.html?tempstore=92rj7klppmy161txd2ddjxhmkd

Modul H:

[23] Verschärfung der Kriterien für die Möglichkeit der strafbefreiende Selbstanzeige https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5020.html?tempstore=nnbn6t4fzr9w5zmhyddkfv9n3f

Modul I:

[24] Selbstanzeige mit Zuschlägen belastet https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/5021.html?tempstore=826ptqs1ly4lc7cb71zmy6rly6

PA139 - Sicherheit in Freiheit

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Patrick Breyer, Katharina Nocun (Katta), Udovetter, Validom, Alder

Zusammenfassung

Leitantrag für eine freiheitsfreundliche Innen- und Bürgerrechtspolitik

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Datenschutz/innere Sicherheit einzufügen:*

[2] **Sicherheit in Freiheit**

[3] Bewahrung und Ausbau unserer Bürger- und Freiheitsrechte in Zeiten des internationalen Terrorismus sind für uns zentrale politische Herausforderungen. Die steigende Zahl von Überwachungsgesetzen und Überwachungsmaßnahmen, der mangelnde Bestand solcher Gesetze vor der Verfassung, die teils für rechtswidrig erklärten Maßnahmen gegen politischen Protest und die wiederkehrenden Skandale bei deutschen Geheimdiensten belegen gravierenden Handlungsbedarf.

[4] **Nationale Kriminalpräventionsstrategie**

[5] Um schon den Ursachen von Kriminalität entgegenzuwirken, wollen wir den Schwerpunkt unserer Sicherheitspolitik auf die Förderung von Kriminalpräventionsmaßnahmen und -projekten legen, deren Wirksamkeit - anders als bei Überwachungsmaßnahmen - wissenschaftlich erwiesen ist (z.B. Präventionsprojekte mit Jugendlichen aus sozial gefährdeten Familien). Besonders wichtig ist uns dies bei Kindern und Jugendlichen. Wir wollen dazu eine nationale Präventionsstrategie entwickeln und die bisher zersplitterten Ministerialzuständigkeiten für Kriminalprävention auf das Bundesinnenministerium vereinen.

[6] **Sicherheitsbewusstsein stärken**

[7] Die gefühlte Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für unser persönliches Wohlbefinden. Forschungsergebnisse zeigen aber, dass das hohe Maß an Sicherheit in Deutschland verbreitet unbekannt ist und dass das Kriminalitätsrisiko teilweise weit überschätzt wird. Wir wollen ein Programm zur Stärkung des Sicherheitsbewusstseins und zur sachlichen Information über Kriminalität in Deutschland auflegen, um verzerrten Einschätzungen und Darstellungen der Sicherheitslage entgegen zu wirken.

[8] **Systematische Evaluierung bestehender Überwachungsbefugnisse und -programme**

[9] Vor Kriminalität zu schützen ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Sie kann nach unserer Überzeugung nur durch eine intelligente, rationale und evidenzbasierte Sicherheitspolitik auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse erfüllt werden. Um kluge Sicherheitsmaßnahmen fördern und schädliche Maßnahmen beenden zu können, wollen wir, dass eine dem Bundestag unterstellte Deutsche Grundrechteagentur alle bestehenden Befugnisse und Programme der Sicherheitsbehörden systematisch und nach wissenschaftlichen Kriterien auf ihre Wirksamkeit, Kosten, schädlichen Nebenwirkungen, auf Alternativen und auf ihre Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten untersucht (systematische Evaluierung). Auf dieser Grundlage können wir sodann Grundrechtseingriffe aufheben, wo dies ohne Einbußen an Sicherheit – also ohne Einfluss auf die Kriminalitätsrate –

möglich ist oder wo sich der Eingriff als unverhältnismäßig erweist. Wir wollen auch auf Maßnahmen verzichten, deren Effizienz so gering ist, dass die dadurch gebundenen Mittel an anderer Stelle mehr zu unserer Sicherheit beitragen können.

[10] Privatsphäre rechtstreuer Bürger achten

[11] Zur Bewahrung unseres historischen Erbes an Freiheitsrechten und zur Sicherung der Effektivität der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung treten wir dafür ein, dass eine staatliche Informationssammlung, Kontrolle und Überwachung künftig nur noch gezielt bei Personen erfolgt, die der Begehung oder Vorbereitung einer Straftat konkret verdächtig sind. Zum Schutz unserer offenen Gesellschaft und im Interesse einer effizienten Sicherheitspolitik wollen wir auf anlasslose, massenhafte, automatisierte Datenerhebungen, Datenabgleichungen und Datenspeicherungen verzichten. In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist eine derart breite Erfassung beliebiger unschuldiger Personen nicht hinnehmbar und schädlich.

[12] Freiheitspaket verabschieden

[13] Unnötige und exzessive Überwachungsgesetze der letzten Jahre wollen wir mit einem „Freiheitspaket“ wieder aufheben, darunter

- die Übertragung exekutiver Polizeibefugnisse einschließlich Online-Durchsuchung auf das Bundeskriminalamt,
- gemeinsame Dateien von Polizeien und Geheimdiensten,
- die flächendeckende Erhebung biometrischer Daten sowie deren Speicherung in RFID-Ausweisdokumenten,
- die lebenslängliche Steuer-Identifikationsnummer,
- das elektronische Bankkontenverzeichnis,
- die verpflichtende elektronische Gesundheitskarte,
- die Überwachung von Wohnungen, von Ärzten, Rechtsanwälten, Geistlichen, Abgeordneten und anderen Vertrauenspersonen,
- den Identifizierungszwang für Handy- und Internetnutzer,
- das Verbot anonymen elektronischen Bargeldes (Zahlungskarten) über 100 Euro sowie
- die Auslieferung von Personendaten an die USA und andere Staaten ohne wirksamen Grundrechtsschutz

[14] Neue Überwachungspläne stoppen

[15] Um den fortschreitenden Abbau der Bürgerrechte seit 2001 zu stoppen, fordern wir ein Moratorium für weitere Grundrechtseingriffe im Namen der Kriminalitätsbekämpfung, solange nicht die systematische Überprüfung der bestehenden Befugnisse abgeschlossen ist. Insbesondere lehnen wir ab

- eine flächendeckende Protokollierung aller unserer Telefon- oder Internetverbindungen (Vorratsdatenspeicherung) gleich für welche Dauer,
- eine Vorratsspeicherung von Flug-, Schiff- und sonstigen Passagierdaten,
- eine systematische Überwachung des Zahlungsverkehrs oder sonstige Massendatenanalyse (Stockholmer Programm der EU),
- den Einsatz von Überwachungsdrohnen sowie
- den Einsatz von Rasterfahndungs-Software in Online-Netzwerken

[16] Grundrechts-TÜV für neue Sicherheitsmaßnahmen

[17] Wir wollen, dass das Bundesinnenministerium künftig jeden Vorschlag für neue Sicherheitsmaßnahmen noch im Entwurfsstadium von der zu schaffenden Grundrechteagentur auf seine Vereinbarkeit mit unseren Grundrechten, auf seine Wirksamkeit, seine Kosten, seine schädlichen Nebenwirkungen und auf Alternativen begutachten

lässt. Nur durch einen solchen „Gesetzes-TÜV“ kann dem fortschreitenden Abbau unserer Grundrechte und dem Fehleinsatz von Sicherheitsressourcen wirksam entgegen gewirkt werden.

[18] Grundrechtskonformität der Gesetzgebung stärken

[19] In den letzten Jahren musste das Bundesverfassungsgericht immer häufiger Gesetze aufheben, die unsere Grund- und Freiheitsrechte verletzten.

[20] Zur Verhinderung verfassungswidriger Gesetze wollen wir einem Drittel des Deutschen Bundestages oder zwei Fraktionen das Recht geben, ein Rechtsgutachten des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungskonformität eines Gesetzesvorhabens einzuholen. Der Bundespräsident soll darüber hinaus das Recht erhalten, bei verfassungsrechtlichen Zweifeln vor der Ausfertigung eines Gesetzes das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Nach dem Vorbild anderer Verbandsklagerechte wollen wir Bürgerrechtsorganisationen die Möglichkeit eröffnen, stellvertretend für die Allgemeinheit vor den Fachgerichten und dem Bundesverfassungsgericht gegen Grundrechtsverletzungen zu klagen. Damit Grundrechtsverstöße nicht wie bisher sanktionslos bleiben, wollen wir dem Bundesverfassungsgericht das Recht geben, den von einem verfassungswidrigen Gesetz in ihren Grundrechten verletzten Bürgerinnen und Bürgern (nicht nur den Beschwerdeführer/innen) eine angemessene Entschädigung zuzusprechen.

[21] Sicherheitsforschung demokratisieren

[22] Die Sicherheitsforschung aus Steuergeldern wollen wir demokratisieren und an den Bedürfnissen und Rechten der Bürgerinnen und Bürger ausrichten. In beratenden Gremien sollen künftig neben Verwaltungs- und Industrievertretern in gleicher Zahl auch Volksvertreter sämtlicher Fraktionen, Kriminologen, Opferverbände und Nichtregierungsorganisationen zum Schutz der Freiheitsrechte und Privatsphäre vertreten sein. Eine Entscheidung über die Ausschreibung eines Projekts soll erst getroffen werden, wenn eine öffentliche Untersuchung über die Auswirkungen des jeweiligen Forschungsziels auf unsere Grundrechte (impact assessment) vorliegt.

[23] Die Entwicklung von Technologien zur verstärkten Überwachung, Erfassung und Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern lehnen wir ab. Stattdessen muss die Sicherheitsforschung auf sämtliche Optionen zur Kriminal- und Unglücksverhütung erstreckt werden und eine unabhängige Untersuchung von Wirksamkeit, Kosten, schädlichen Nebenwirkungen und Alternativen zu den einzelnen Vorschlägen zum Gegenstand haben.

Begründung

[24] *Die Formulierung orientiert sich am Wahlprogramm zur letzten Bundestagswahl und an den Forderungen des Bündnisses “Freiheit statt Angst“.*

PA140 - Gesundheitspolitik

Grundsatzprogramm - Gesundheit LQFB LQFB 2 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Birgit Schmidmeier, Reinhard Schaffert, Norman von Sternberg, Wolf-Dietrich Trenner für die http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik und http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheit

Zusammenfassung

Die Piraten stellen den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Gesundheitspolitik. Die umfassende Gesundheitsversorgung orientiert sich am Patientennutzen. Alle Bürger beteiligen sich nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung.

Antragstext

[1] **Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an die Stelle vor der Drogenpolitik aufzunehmen:**

Gesundheitspolitik

[2] **Die PIRATEN stehen für eine zukunftsfähige und solidarische Gesundheitspolitik mit folgenden Zielen:**

- **Bei den PIRATEN steht der Mensch im Mittelpunkt des Gesundheitssystems.**
- **Die PIRATEN streben eine am Patientennutzen orientierte Gesundheitsversorgung an.**
- **Mit den PIRATEN wird das Gesundheitswesen über solidarische Beiträge finanziert und effizient organisiert.**

1. Bei den PIRATEN steht der Mensch im Mittelpunkt des Gesundheitssystems.

[3] Mit den PIRATEN steht im Gesundheitswesen das Wohl der Menschen im Vordergrund und nicht die Gewinnmaximierung.

[4] **Gesundheitliche Bildung und Gesundheitskultur**

[5] Die PIRATEN streben für alle Altersstufen und in allen Lebensbereichen die Förderung und Erhaltung von Gesundheit durch eine umfassende Gesundheitsbildung und freien Zugang zu neutralen Informationen an. Dazu zählt insbesondere die Einbeziehung der Gesundheitslehre in den Schulunterricht. Dabei wird ein Basiswissen über die Entstehung von Gesundheit, häuslicher Gesundheitsversorgung, Erster Hilfe, die Möglichkeiten eines eigenverantwortlichen, gesundheitsfördernden Verhaltens und die Grundzüge des Gesundheitssystems vermittelt. Es wird eine gesellschaftliche Diskussion angestoßen um eine Gesundheitskultur zu entwickeln, welche den respektvollen und menschenwürdigen Umgang mit Altern, Krankheit und Sterben fördert.

[6] **Prävention**

[7] Prävention zur Vermeidung von Erkrankungen ist eine zentrale Aufgabe des Gesundheitswesens. Dabei umfasst Prävention neben der Früherkennung von Krankheiten auch die Analyse und Veränderung von krankheitsfördernden Bedingungen in Umwelt, Gesellschaft und Beruf.

[8] Inklusion von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen

[9] Die PIRATEN betrachten krankheits- oder störungsbedingte Einschränkungen, chronische Erkrankungen oder Störungen sowie Behinderungen als Bestandteile des menschlichen Lebens und setzen sich deshalb für die Einbeziehung Betroffener am gesellschaftlichen Leben im Sinne der Inklusion ein.

2. Die PIRATEN streben eine am Patientennutzen orientierte Gesundheitsversorgung an.

[10] Die Beschwerden der Patienten schnell und wirksam zu erkennen, zu heilen, ihre Leiden zu lindern und sie bei Bedarf zu pflegen, ist Aufgabe der Gesundheitsversorgung. Mit dem Patienten im Mittelpunkt werden der menschliche Kontakt und die Zuwendung zum Patienten sowie seine Bedürfnisse aufgewertet. Der Verbesserung der wertschätzenden Kommunikation zwischen allen Beteiligten kommt eine besonders hohe Bedeutung zu. Es sind geeignete Infrastrukturen und Anreize zu schaffen, um das Gesundheitssystem am Behandlungsergebnis und am Patientennutzen auszurichten.

[11] Der selbstbestimmte Patient

[12] Der Mensch ist im Gesundheitssystem so weit wie möglich selbstbestimmt. Seine Würde und Autonomie sind zu respektieren. Im Rahmen seiner Möglichkeiten entscheidet er über die Form, Intensität und Reichweite der Behandlung. Die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Entscheidung ist die Transparenz des Leistungsangebotes und der Ergebnisqualität der Leistungserbringer. Die Kooperation zwischen Leistungserbringer und Patient wird gefördert. Die PIRATEN unterstützen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Patientenaufklärung und der Einbeziehung des Patienten in Behandlungsentscheidungen und -abläufe zum Ziel haben. Darüber hinaus werden die PIRATEN auch nach der Einführung des Patientenrechtegesetzes den kontinuierlichen Ausbau der unabhängigen Patientenberatung voranbringen.

[13] Wirtschaftlichkeit

[14] Maßnahmen, die geeignet sind, die Versorgungsqualität zu erhöhen und in der Gesamtheit die Kosten zu reduzieren, werden von den PIRATEN unterstützt. Hierzu zählt beispielsweise die berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit zwischen allen im Gesundheitswesen Beteiligten. Eine nachhaltige Gesundheitspolitik zielt jedoch ausdrücklich nicht nur auf Kostensenkung. Vielmehr erreicht man tatsächliche Wirtschaftlichkeit häufig eher, wenn man mehr Geld für Qualität und Betreuung ausgibt, die sich dann durch niedrigere Folgekosten bezahlt macht.

[15] Freie Wahl

[16] Jeder Mensch hat die freie Wahl bei qualifizierten Leistungserbringern, nachweislich wirksamen Behandlungsmethoden und anerkannten Arzneimitteln. Die Versorgungsangebote sind von Seiten der Patienten ohne Beachtung von Sektorengrenzen frei wählbar. Die Leistungserbringer entscheiden, in welcher Form sie ihren Beruf ausüben - ob in niedergelassener Praxis, in gemeinschaftlicher Berufsausübung, innerhalb eines Medizinischen Versorgungszentrums oder als angestellter Arzt einer Institution. Ziel der Behandlung ist eine hohe Ergebnisqualität.

[17] Kommunale Anbieter

[18] In unterversorgten Gebieten erhalten Kommunen das Recht, hausärztliche Vertragsarztsitze zu übernehmen und dort Ärzte anzustellen. Zudem sollen mobile Arztpraxen Einzug in die Regelversorgung finden können.

[19] Palliative Versorgung

[20] Bei Patienten, bei denen am Lebensende oder bei schweren chronischen Erkrankungen keine Heilung mehr möglich ist, soll durch eine palliative Versorgung das Leiden gemindert werden. Ein qualifiziertes verbreitetes Angebot an pflegerischer und medizinischer Palliativbetreuung erleichtert Patienten den Weg am Lebensende und hilft Angehörigen bei deren Begleitung und Betreuung. Der Ausbau solcher Angebote ist weiter zu fördern.

[21] Fachkräftemangel

[22] Die Arbeitsbedingungen und Ausbildungskapazitäten im Gesundheitswesen sind so zu gestalten, dass dem Fachkräftemangel entgegengewirkt wird.

3. Mit den PIRATEN wird das Gesundheitswesen über solidarische Beiträge finanziert und effizient organisiert.

[23] Finanzierung

[24] Alle Bürger beteiligen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens. Die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit wird berücksichtigt. Privilegien der Privaten Krankenversicherungsunternehmen sind im Interesse einer einkommens- und vermögensunabhängigen Gesundheitsversorgung abzuschaffen.

[25] Leistungskatalog

[26] Abwägungen zwischen den Interessen von Patienten auf Versorgung und denen der Allgemeinheit auf Beschränkung der Finanzierung auf wirksame, notwendige und wirtschaftliche Leistungen sind erforderlich. An Entscheidungen über den Leistungskatalog sind neben den Vertretungen der Selbstverwaltung auch weitere Vertretungen der wirtschaftlichen Interessen der Leistungserbringer und Kostenträger sowie Patientenorganisationen gleichberechtigt zu beteiligen. Die Versorgung mit medizinisch notwendigen Leistungen erfolgt unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Patienten und der Form der Versicherung. Längere Wartezeiten abhängig von der Versicherungsart sind nicht akzeptabel. Die qualitativen und quantitativen Unterschiede der Versorgung dieser Gruppen sind unabhängig zu erheben und öffentlich darzustellen.

[27] Informations- und Kommunikationstechnologie

[28] Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass die Bürger über alle sie betreffenden personenbezogenen Daten Kenntnis und Kontrolle erlangen können, die im Zusammenhang mit Erkrankungen und Behandlungen gespeichert werden. Um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens zu erleichtern, setzen sich die PIRATEN für eine schnellere Etablierung offener Standards zur elektronischen Kommunikation ein. Der Datenschutz ist auf höchstem Niveau sicher zu stellen. Die Einnahmen und Ausgaben des Gesundheitssystems sind zeitnah, übersichtlich und nachvollziehbar darzustellen. Die Darstellung ist so vorzunehmen, dass der Anteil für unmittelbar dem Patienten zu Gute kommende oder an ihm erbrachte Leistungen transparent ist. Die Organisation des Gesundheitswesens erfolgt in allen Bereichen transparent, effizient und möglichst papierlos.

[29] Ein transparentes und faires Abrechnungssystem

[30] Gleiche Leistungen bei vergleichbarer Qualität werden grundsätzlich unabhängig von Art und Struktur des Leistungserbringers gleich und angemessen bezahlt. Bei Pauschalierungen des Abrechnungssystems ist zu berücksichtigen, dass Behandlungen von Patienten mit besonderem Aufwand angemessen berücksichtigt werden. Die PIRATEN befürworten eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Abrechnung von Leistungen im Gesundheitssystem. Wenn unterschiedliche Beträge für gleiche Leistungen bezahlt werden sollen, ist das zu rechtfertigen. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass die Vergütung der Leistungserbringer im Gesundheitswesen angemessen, transparent und planbar ist.

[31] Qualität

[32] Alle Abläufe im Gesundheitswesen werden hinsichtlich der medizinischen Qualität und der Wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte durch unabhängige Institutionen wissenschaftlich begleitet. Die daraus abzuleitenden Maßnahmen sind umzusetzen, falls Verbesserungsbedarf festgestellt wird. Damit wird gewährleistet, dass die für die Gesundheitsversorgung vereinnahmten Gelder zuverlässig und sinnvoll zur Bedarfsdeckung aller Patienten verwendet werden.

Begründung

[33] Allgemein:

[34] Dies ist der gemeinsame Antrag der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik und der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheit.

[35] Die Piraten vertreten das Menschenbild eines freien und selbstbestimmten Bürgers. Daher muss auch im Gesundheitswesen der Mensch im Mittelpunkt stehen. An dem Menschen und seinen Bedürfnissen im Hinblick auf seine Gesundheit haben sich die Ziele und Aufgaben des Gesundheitssystems auszurichten. Demgegenüber wird bisher die Gesundheitspolitik über die Ressourcen definiert. Im Mittelpunkt der politischen Gesundheitsdiskussion stehen die Einnahmen (Themen wie Krankenkassen, Beiträge, Arbeitgeberanteil, Gesundheitsfonds, Bürgerversicherung, Steuerfinanzierung) und die Verteilung der Ausgaben (Bezahlung der niedergelassene Ärzte, Medikamente, Krankenhäuser...). Die Gesetzgebung im Bereich des Gesundheitssystems regelt bis auf wenige Ausnahmen in erster Linie Fragen der Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, Begrenzung der Ausgaben und die Verteilung der Ausgaben unter den Leistungserbringern. Die Piraten lösen sich bewusst von dieser Diskussion sowie den festgefahrenen Positionen der Beteiligten und entwickeln stattdessen die Vorstellung eines Gesundheitssystems, das sich zuerst über seine grundlegenden Ziele und Aufgaben definiert.

[36] Zu 1.: Der Mensch im Mittelpunkt und Gesundheitsbildung

[37] Die Vermittlung gesundheitsrelevanter Themen soll präventives und gesundheitsförderndes Verhalten stärken. Weiterhin kann die Fähigkeiten im Umgang mit Krankheit, Alter und Tod unterstützt werden. Beispielsweise soll durch Vermittlung von Grundwissen die Fähigkeit zur Beurteilung der Behandlungsbedürftigkeit oder der Dringlichkeit bei einfachen Erkrankungen oder Beschwerden gefördert werden. Dies stärkt die Gesundheitskompetenz des Einzelnen und entwickelt damit die Voraussetzung für aufgeklärte, selbstbewusste und damit selbstbestimmte Patienten. Zusätzlich ist ein Rückgang der Inanspruchnahme bei leichten, prinzipiell selbst zu behandelnden Krankheiten und Verletzungen zu erwarten. Die Piraten stärken die Rolle der Prävention innerhalb des Gesundheitssystems. Die Vorbeugung von Krankheiten ist die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Prävention ist für uns mehr als die Früherkennung von Krankheiten (Vorsorgeuntersuchungen) und die finanzielle Unterstützung als gesundheitsfördernd angesehener Verhaltensweisen (wie z.B. Fitnesskurse). Im beruflichen Umfeld beschäftigten sich die Berufsgenossenschaften zum Teil mit Verhältnisprävention, allerdings eher auf technischer Ebene (Arbeitsschutz). Die Piraten wollen den Auftrag des Gesundheitswesens auf eine umfassende Verhältnisprävention erweitern. Dazu gehört auch, bereits in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen Gesundheits- und Krankheitsfaktoren stärker als bisher als Teil des Bildungsauftrages zu verstehen.

[38] Zu 2. Gesundheitsversorgung orientiert sich am Patientennutzen

[39] Die Versorgungsstrukturen sind derzeit unflexibel und extrem reguliert. Starre Sektorengrenzen verhindern beispielsweise eine am Patienten orientierte kontinuierliche Behandlung aus einer Hand, selbst dort, wo dies deutlich effizienter und medizinisch sinnvoller wäre, als die derzeitige Verschiebung der Patienten zwischen den Sektoren. Die Regulierungen dienen dabei meist in erster Linie dem Schutz von Partikularinteressen der Anbieter und weniger der Kostendämpfung oder gar dem Interesse des Patienten. Dort wo Sektorengrenzen aufgehoben werden, ist dies auf Einzelfälle beschränkt und mit erhöhtem bürokratischem Aufwand verbunden.

[40] Zu 3. Solidarische Finanzierung und Organisation Für die Piraten steht an erster Stelle die Frage, wie viel unserer Gesellschaft die Gesundheit wert ist. Diese Frage muss zu allererst gesellschaftlich diskutiert werden. Erst dann können konkrete Formen der Finanzierung entwickelt werden. Gleichzeitig gibt es grundsätzliche Ziele zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Diese Frage steht über allen weiteren Fragen und Einzelheiten der Finanzierung. Ein gesamtgesellschaftlicher Konsens oder zumindest die Darstellung der Positionen in der Gesellschaft erscheint den Piraten erforderlich. Jeder ist potentiell von Krankheit betroffen und auf das Gesundheitssystem angewiesen. Deshalb sollte sich auch grundsätzlich jeder an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Die Piraten halten die Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit aus sozialen Gründen für erforderlich und auch für gerecht. Dennoch lässt diese Formulierung Spielraum für die Fantasie, in einem gesellschaftlichen und politischen Dialog neue Formen der Finanzierung anstatt der derzeitigen festgefahrenen Positionen zu finden.

PA141 - Gesetzesentwürfe ausreichend lange an interessierte Bürger geben

Wahlprogramm - Verwaltung LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gthoele, Jörg_Dürre

Zusammenfassung

Jeder sollte Gesetzentwürfe lange genug lesen können um Stellungnahmen abgeben zu können.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 unter dem (bei Bedarf zu erstellenden) Titel "Demokratie durch Transparenz und Beteiligung - Transparenz des Staatswesens" den folgenden Text einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Referentenentwürfe von neuen und aktualisierten Gesetzen und Verordnungen auch weiterhin betroffenen Verbänden zur Anhörung übersandt werden. Den Verbänden - sowie weiteren interessierten Bürgern - ist pro 500 alphanumerischen Zeichen einer konsolidierten Lesefassung des vollständigen zu ändernden Gesetzes / der zu verändernden Verordnung etc. eine Stellungnahmefrist von einem Werktag einzuräumen, aber mindestens 14 Tage. Die konsolidierte Lesefassung ist spätestens zu Beginn der Anhörungsfrist öffentlich zur Einsicht freizugeben, unter Anderem im Internet. Die Unterschiede zum vorherigen Text sollen für den Leser einfach zu erkennen sein und sind zu markieren.

[3] Dieses Vorhaben ist nach 2 Jahren daraufhin zu prüfen, ob die Fristen sachgerecht sind oder verändert werden sollten. Die Ergebnisse der Prüfung sind entsprechend auf diese Regelung anzuwenden.

Begründung

[4] Hier als schlechtes Beispiel von mehreren:

[5] Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am Donnerstag, 19. Mai 2011 seinen Referentenentwurf für das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 an betroffene Verbände zur Anhörung versandt. Die Stellungnahmefrist lief bis Montag, den 23. Mai 2011.

[6] Donnerstag wird das 179 Seiten lange Gesetz an die Verbände versandt. Bis Montag soll man alles gelesen, verstanden, auf Auswirkungen analysiert und Stellungnahmen geschrieben haben? Das waren insgesamt 4 Tage, darunter ein Wochenende und ein Freitag. Mal ehrlich: Das geht ja mal überhaupt nicht. Das ist nicht das, was ich unter Beteiligung an Gesetzgebung verstehe. Völlig bescheuert.

[7] Na ja - dann muß die Stellungnahmefrist eben gesetzlich geregelt werden. Schade dass das wirklich sein muß.

[8] Man sollte immer mal prüfen, ob der mit dieser Regelung gewünschte Erfolg eingetreten ist, daher eine Validierungs- und Anpassungsklausel.

[9] Lustigerweise wird dieser Wunsch auch vom Bund der Industrie geteilt - obwohl Piratenpolitik sonst ja nicht unbedingt industriefreundlich ist...

[10] Im LiquidFeedback Hamburg: https://lqpp.de/hh/initiative/show/472.html Status: 14 zu 0 zu 1 angenommen

PA142 - Sinn wirtschaftlicher Tätigkeit

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Sinn wirtschaftlicher Tätigkeit

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Wir Piraten vertreten den Standpunkt, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl dient, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten. Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtwidrig und nichtig.

Begründung

[4] Da heutzutage demokratische Institutionen und Prinzipien immer weiter ausser Kraft gesetzt werden, macht es Sinn, sich explizit zu diesen zu bekennen und für das Gemeinwohl zu positionieren.

PA143 - Sinn von Kapitalbildung

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Sinn von Kapitalbildung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Wir Piraten vertreten den Standpunkt, dass Kapitalbildung nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zur Entfaltung der Volkswirtschaft. Das Geld- und Kreditwesen dient der Werteschaffung und der Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner

Begründung

[4] Da heutzutage demokratische Institutionen und Prinzipien immer weiter ausser Kraft gesetzt werden, macht es Sinn, sich explizit hierzu zu bekennen und für das Gemeinwohl zu positionieren.

PA144 - Preiskalkulation inklusive Regenerationskosten

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Preiskalkulation inklusive Regenerationskosten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Wir Piraten setzen uns dafür ein, dass weltweit Güter- und Dienstleistungspreise unter Einbeziehung ihrer tatsächlichen Risiken und Kosten in Bezug auf Ressourcenverbrauch, Umweltzerstörung, Menschenrechte und Haftung, transparent und ohne Quersubventionierung jeglicher Art kalkuliert und öffentlich gemacht werden.

Begründung

[4] Einheimische Produzenten müssen mit ausländischen Produzenten / Importeuren konkurrieren, die Regenerationskosten und Auswirkungen aus Ressourcenverschwendung, Umweltschädigung und Arbeiter-Ausbeutung nicht selbst tragen, sondern über Umwege und zeitverzögert auf die Gesellschaft abwälzen. Eine Preiskalkulation inklusive Regenerationskosten würde für das Ende des ausländischen Geschäftsmodells sorgen, und die Binnennachfrage im Interesse des Gemeinwohls und der heimischen Produzenten anregen, sowie neue Arbeitsplätze schaffen.

PA145 - Definition des Wachstumsbegriffs

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Definition des Wachstumsbegriffs

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei Deutschland unterscheidet den allgemein sprachgebräuchlichen Wachstumsbegriff in:

[4] - Exponentielles, lineares Wachstum

[5] - Organisches, natürliches Wachstum

[6] und bringt damit zum Ausdruck, dass organisches Wachstum als Alternative zum vorherrschenden exponentiellen Wachstumsbegriff verstanden wird, und damit gesellschaftliche und am Gemeinwohl orientierte Werte Vorrang vor rein ökonomischen monetären Interessen haben.

Begründung

[7] „Wer glaubt, dass unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich ist, ist entweder ein Irrer oder ein Ökonom“ sagte einst der Wirtschaftswissenschafter Kenneth Boulding

[8] - Exponentielles Wachstum muss früher oder später immer zum Kollaps des Systems führen. - Ein dauerhaftes exponentielles oder lineares Wirtschaftswachstum, von z.B. 3%, ist langfristig praktisch nicht möglich, was bereits der “Club of Rome“ seit 1972 propagiert.

[9] - Organisches, natürliches Wachstum: Unter qualitativem Wachstum versteht man die Erhöhung des Sozialprodukts, die gleichzeitig mit der Mehrung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes entsteht. Man nennt dieses Wirtschaftswachstum auch umweltfreundlich, weil es versucht das Wachstum nicht durch Belastung der Umwelt zu erreichen. Mit der verstärkten Nutzung erneuerbarer Ressourcen soll eine Wohlstandsverteilung mit geringerer Belastung der Umwelt und geringerem Verbrauch begrenzter Rohstoffe ermöglicht werden. Solch ein qualitatives Wirtschaftswachstum folgt damit dem Prinzip der Nachhaltigkeit

PA146 - Neudefinition des Renditebegriffs

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Neudefinition des Renditebegriffs

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei Deutschland unterscheidet den allgemein sprachgebräuchlichen Renditebegriff künftig in Kapitalrendite und Gesellschaftsrendite, und bringt damit zum Ausdruck dass gesellschaftliche und am Gemeinwohl orientierte Werte, Vorrang vor rein ökonomischen monetären Interessen haben.

Begründung

[4] Keine Begründung notwendig, da selbsterklärend

PA147 - Systemrelevanz von Kindern & Familien

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Systemrelevanz von Kindern & Familien

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Wir Piraten verstehen die demographische Entwicklung in Deutschland als Auftrag, Kinder und Familien als systemrelvant einzustufen und deren Belange im Sinne des Gemeinwohls auf allen Ebenen mit oberster nationaler Priorität zu fördern.

Begründung

[4] Die deutsche Bevölkerung könnte gemäß dem statistischen Bundesamt von derzeit aktuellen 82 Mio. Mitbürgern auf 65 Mio. im Jahre 2060 zurückgehen. Das liegt an der niedrigen Geburtenrate von 1.39 Kinder pro Frau. Jeder 3te Bürger ist voraussichtlich in 2060 über 65 Jahre alt ! In modernen Gesellschaften mit geringer Säuglings- und Kindersterblichkeit geht man davon aus, dass rechnerisch etwa 2,1 Kinder pro Frau geboren werden müssen, um die Bevölkerung ohne Wanderung langfristig auf einem konstanten Niveau zu halten.

PA148 - Zulassung von Komplementärwährungen

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Zulassung von Komplementärwährungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piraten sprechen sich grundsätzlich für die Zulassung von Komplementärwährungen aus, um gesellschaftliche Probleme im Interesse des Gemeinwohls kooperativ und nachhaltig zu lösen.

Begründung

[4] Ein geldfreies Tauschsystem / Komplementärwährung beruht auf dem Abkommen zwischen Gruppen von Menschen und/oder Unternehmen, eine neue Währung als Tauschmittel zu akzeptieren. Sie ist die Vereinbarung innerhalb einer Gemeinschaft, etwas zusätzlich neben dem offiziellen Geld als Tauschmittel zu akzeptieren. Komplementärwährungen sind deshalb ideale Werkzeuge um Probleme zu lösen, für die offzielle Währungssysteme nicht vorgesehen und geeignet sind.

[5] Landeswährungen sind zudem so ausgelegt, dass sie die Konkurrenz zwischen den Nutzern fördern und nicht die Kooperation, wie es bei der Bewältigung gesellschaftlicher Augaben notwendig ist. Bei einer Komplementärwährung handelt es sich somit um eine gemeinschaftsfördernde Währung, von denen es derzeit über 1700 weltweit in unterschiedlichen Ausprägungen gibt.

[6] Eine Komplementärwährung stellt zudem keine neue Form der Sozialhilfe dar, bei der über Steuern Geld von den Reichen auf die Armen verteilt wird, sondern schafft durch seine Freiwilligkeit neuen Reichtum für alle und finanziert sich, einmal angefangen, völlig aus eigenen Mitteln. In diesem Sinn können Komplementärwährungen auch dazu beitragen, die lokale Wirtschaft eigenständiger zu machen und ein bescheidenes, aber gesundes Gegengewicht, zur unaufhaltsamen Globalisierung der Wirtschaft herzustellen.

PA149 - Entwicklung eines Komplementärwährungs-Betriebssystems

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Entwicklung eines Komplementärwährungs-Betriebssystems

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piraten sprechen sich grundsätzlich für die Entwicklung eines Komplementärwährungs- Betriebssystems, in Form einer technischen Infrastruktur, mittels diesem gesellschaftliche Probleme geldfrei gelöst werden können, aus.

Begründung

[4] Wir können nicht einfach zusehen wie der Sinn für Gemeinschaften vernichtet wird, nur weil wir nicht wissen, welchen Einfluss Währungen bei der Gestaltung unserer Beziehungen haben können.

[5] Ein geldfreies Tauschsystem / Komplementärwährung beruht auf dem Abkommen zwischen Gruppen von Menschen und/oder Unternehmen, eine neue Währung als Tauschmittel zu akzeptieren. Sie ist die Vereinbarung innerhalb einer Gemeinschaft, etwas zusätzlich neben dem offiziellen Geld als Tauschmittel zu akzeptieren. Komplementärwährungen sind deshalb ideale Werkzeuge um Probleme zu lösen, für die offzielle Währungssysteme nicht vorgesehen und geeignet sind.

[6] Landeswährungen sind zudem so ausgelegt, dass sie die Konkurrenz zwischen den Nutzern fördern und nicht die Kooperation, wie es bei der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben notwendig ist. Bei einer Komplementärwährung handelt es sich somit um eine gemeinschaftsfördernde Währung, von denen es derzeit über 1700 weltweit in unterschiedlichen Ausprägungen gibt.

[7] Eine Komplementärwährung stellt zudem keine neue Form der Sozialhilfe dar, bei der über Steuern Geld von den Reichen auf die Armen verteilt wird, sondern schafft durch seine Freiwilligkeit neuen Reichtum für alle und finanziert sich, einmal angefangen, völlig aus eigenen Mitteln. In diesem Sinn können Komplementärwährungen auch dazu beitragen, die lokale Wirtschaft eigenständiger zu machen und ein bescheidenes, aber gesundes Gegengewicht, zur unaufhaltsamen Globalisierung der Wirtschaft herzustellen.

PA150 - Einführung einer Bildungswährung 2.0

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Einführung einer Bildungswährung 2.0

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei unterstützt die Einführung einer Bildungswährung 2.0 auf Basis einer geldfreien Komplementärwährung um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für sozial schwache Kinder nachhaltig und im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen.

Begründung

[4] Die Grundlagen für Bildung finden überwiegend durch das soziale Miteinander, ausserhalb der Schule, statt. Dieses soziale Miteinander ist durch die Auflösung familiärer Strukturen, zum Schaden der Gesellschaft, massiv gefährdet, weshalb es gilt diese schnellstmöglich wieder zu beleben bzw. nachbarschaftliche Strukturen neu zu aktivieren.

[5] Soziale Kälte und Gleichgültigkeit gegenüber der wichtigsten Ressource des Landes sind nicht hinnehmbar und müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Lehrer müssen von unnötigem Balast befreit und in Ihrer täglichen Arbeit unterstützt werden. Kinder müssen wertgeschätzt und mit Leistungsanreiz- und Belohnungssystemen motiviert werden, dass Beste aus Ihren Talenten zu machen, sodass sich ein selbstmultiplizierender positiver Sog entfacht.

[6] Jedes Kind, das eine Stunde gesund und gutgenährt, ausreichend gekleidet und frohen Mutes zur Schule gehen kann, schöpft reale Werte für die Gesellschaft, und erhöht damit den volkswirtschaftlichen Multiplikator für die Zukunft des Landes nachhaltig !

[7] Eine Bildungswährung ermöglicht es, soziale Betreuungsnetze nachbarschaftlicher Verantwortung geldfrei mittels Sach- und Dienstleistungen von jederman, wie Stadtteilmutter/Oma, Stadtteil-vater/Opa, Nachhilfe-Coach, Mathematik-Coach, Sport-Coach, Hol- und Bring-Coach, Vereins-Coach, Kultur-Coach, Freizeit-Coach, Musik-Coach, Koch-Nachbar, Schul-Koch, Betreuungs-Coach, Tagesmutter, Pflege-eltern, Noteltern, Hebammen, Kinderärzte, Paten und Mentoren auf einfachste Weise zu initieren und zu organisieren, und damit im Interesse des Gemeinwohls für nachhaltige reale soziale Bindungen und Sicherheit zu sorgen.

[8] Sicherheit gibt es nur in der entanonymisierten Gemeinschaft und im gegenseitigen angstfreien Vertrauen; Vertrauen ist die neue Währung. Vertrauen ist Risiko für den, der den Anfang macht, und für den, der es verspielt. Jedes Kind wird, über die begrenzten gesetzlichen Möglichkeiten hinaus, durch die Bildungswährung mit dem Nötigsten wie Aufmerksamkeit, Zeit, Zuwendung, Kleidung, Ernährung, Gesundheit, Zahnmedizin, Spielzeug, Schulbedarf, Musikkurse, Bücher, Mitgliedsbeiträge etc. ausreichend durch die Gemeinschaft und die direkte Nachbarschaft versorgt um somit optimale Bildungsvoraussetzungen überhaupt erst zu schaffen.

[9] Bildungspunkte "eMark" (EducationMark) können auf vielfältigste Art und Weise erworben und dem persönlichen Bildungskonto (Meine-Perspektive.de) bis zum 18ten Lebensjahr gutgeschrieben und für zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote reinvestiert, oder für das spätere Auslandspraktikum oder Studium angespart werden.

[10] Bildung wird mit Bildung belohnt; eine Art "Zinseszins-Effekt" mit maximaler Hebelwirkung und sozialer Rendite für die Nachhaltigkeit und Qualität einer modernen Gesellschaft.

[11] Ob ein Schüler in seinem Lieblingsfach selbst Nachhilfe anbietet, sich als Sportcoach für gleichaltrige Bewegungsmuffel einsetzt, oder jeden Tag über die virtuelle Anwesenheitsliste des Lehrers Punkte für Teilnahme und soziales Verhalten sammelt, bringt ihn seinen selbst gesetzten Zielen und Wünschen näher und regt ihn über Anreiz- und Belohnungssysteme weiter an, seine Talente zu erproben und dadurch die Eigenmotivation zu steigern.

[12] Mitglieder der Gesellschaft, die sich für Bildungsgerechtigkeit einbringen wollen, können eMark erwirtschaften, indem sie sich als z.B: Stadtteilmutter/Oma, Stadtteilvater/Opa, Nachhilfe-Coach, Mathematik-Coach, Sport-Coach, Hol- und Bring-Coach, Vereins-Coach, Kultur-Coach, Freizeit-Coach, Musik-Coach, Koch-Nachbar, Schul-Koch, Betreuungs-Coach, Tagesmutter, Pflegeeltern, Noteltern, Hebammen, Kinderärzte, Paten und Mentoren freiwillig engagieren, und wiederum mit nachbarschaftlichen geldfreien Hilfsangeboten, zum eigenen Nutzen, verrechnen können.

[13] Dabei gilt, je geopgraphisch näher sich die Beteiligten untereinander helfen und je mehr persönliche Zeit investiert wird, also der persönliche Kontakt vorort gelebt wird, desto höher fallen Anreize und Belohnung in Form von eMark aus, sodass der Engagierte seine soziale Reputation / Socialrating nachhaltig aufbauen kann.

[14] Das könnte in der Praxis bedeuten, dass die rüstige Rentnerin mal auf das Kind der alleinerziehenden Mutter aufpasst, oder das Mittagessen für das Nachbarskind kocht, damit selbst eMark erwirbt, die sie wiederum mangels Mobilität für Einkaufshilfsdienste einsetzen kann. Unzählige SINNergieeffekte lassen sich somit im Sinne einer Mehrgenerationengesellschaft initieren und effektiv organisieren.

PA151 - Gründung einer "Bank für Bildung"

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Gründung einer "Bank für Bildung"

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei setzt sich für die Gründung einer "Bank für Bildung" ein, die im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit die Interessen sozial schwacher Kinder zum Wohle des Landes nachhaltig sicherstellt und damit unter Erzielung einer höchstmöglichen gesellschaftlichen Rendite in die wichtigste Ressource des Landes investiert.

Begründung

[4] Trotz zahlreicher Jugendhilfsprogramme sind derzeit über 2,5 Millionen in Deutschland lebende Kinder von Armut betroffen und müssen ohne ausreichende Kleidung, Ernährung und medizinische Versorgung zur Schule gehen, was im Sinne von optimalen Bildungsvoraussetzungen nicht weiter hingenommen werden kann. Zudem sterben in Deutschland pro Woche 3 Kinder durch Gewalteinwirkung oder Vernachlässigung. Die materielle Armut von Kindern hat sich zudem, laut dem dritten Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 alle 10 Jahre verdoppelt. Bei den sozial benachteiligten Kindern ist zu beobachten, dass sie sich ungesünder ernähren, sich weniger bewegen, immer häufiger in isolierten Wohnvierteln unter sich bleiben, keine guten Schulen besuchen, nur mangelhafte Ausbildungsmöglichkeiten und keine ausreichend soziale Unterstützung haben. Es entwickeln sich "Armutskarrieren" und die fehlenden Bildungschancen führen dazu, dass wichtige Potenziale der Kinder und Jugendlichen verloren gehen. Das hat mittelfristig gravierende Folgen auf die volkswirtschaftliche Leistung. Jedes 3. Kind wies im Jahr 2004 bei seiner Einschulung therapiebedürftige Entwicklungsstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten auf. Jedes 4. Schulkind hat die Schule ohne "Beherrschung des Mindestmaßes an Kulturtechnik" verlassen, die selbst Hilfsarbeiten erfordern. Die Tendenz ist stark steigend. Deutschland hat wegen seiner "Familienverarmung und Bildungsverarmung" in den Industrienationen eine negative Spitzenstellung.

[5] - 20% der 15 jährigen können kaum lesen, rechnen und schreiben

[6] - 40% weniger Hochqualifizierte bis 2035

[7] - 10% mehr Arbeitssuchende ohne Berufsabschluss bis 2035

[8] - 257 000 Realschüler bleiben nach Abschluss ohne Ausbildungsplatz

[9] - 2 800 Mrd. weniger Bruttoinlandsprodukt durch schlechte Bildung innerhalb einer Generation

[10] Wenn es also tatsächlich um die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit Europas/Deutschlands geht, muss man massiv in die wichtigste Ressource des eigenen Landes, also Kinder und Bildung investieren, und diese Aufgabe zur nationalen obersten Priorität und Systemrelvanz erklären.

[11] Was würden wir wohl einem Gärtner entgegnen, der seine Pflanzen mangelhaft behandelt, sich gleichzeitig aber über die schlechte Qualität beschwert ? Sind die Pflanzen daran schuld, wenn er sich im Frühjahr nicht ausreichend von seinem Garten ernähren kann ? Müssen, sinnbildlich gesprochen, die Pflanzen beim Gärtner einen Antrag auf Zuteilung guter Erde, ausreichend Wasser und Sonnenlicht stellen, damit sie sich so entwickeln können, wie dass der Gärtner im ureigensten Interesse erwartet ?

[12] Jedes Kind, das eine Stunde gesund und gutgenährt, ausreichend gekleidet und frohen Mutes zur Schule gehen kann, schafft reale Werte für die Gesellschaft, und erhöht damit den volkswirtschaftlichen Multiplikator für die Zukunft des Landes nachhaltig !

PA152 - Gründung einer staatlichen Bildungslotterie

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Gründung einer staatlichen Bildungslotterie

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei setzt sich für die Gründung einer staatlichen Bildungslotterie ein, die im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit die Interessen sozial schwacher Kinder zum Wohle des Landes nachhaltig sicherstellt und damit unter Erzielung einer höchstmöglichen gesellschaftlichen Rendite in die wichtigste Ressource des Landes investiert.

Begründung

[4] Trotz zahlreicher Jugendhilfsprogramme sind derzeit über 2,5 Millionen in Deutschland lebende Kinder von Armut betroffen und müssen ohne ausreichende Kleidung, Ernährung und medizinische Versorgung zur Schule gehen, was im Sinne von optimalen Bildungsvoraussetzungen nicht weiter hingenommen werden kann. Zudem sterben in Deutschland pro Woche 3 Kinder durch Gewalteinwirkung oder Vernachlässigung. Die materielle Armut von Kindern hat sich zudem, laut dem dritten Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 alle 10 Jahre verdoppelt. Bei den sozial benachteiligten Kindern ist zu beobachten, dass sie sich ungesünder ernähren, sich weniger bewegen, immer häufiger in isolierten Wohnvierteln unter sich bleiben, keine guten Schulen besuchen, nur mangelhafte Ausbildungsmöglichkeiten und keine ausreichend soziale Unterstützung haben. Es entwickeln sich "Armutskarrieren" und die fehlenden Bildungschancen führen dazu, dass wichtige Potenziale der Kinder und Jugendlichen verloren gehen. Das hat mittelfristig gravierende Folgen auf die volkswirtschaftliche Leistung. Jedes 3. Kind wies im Jahr 2004 bei seiner Einschulung therapiebedürftige Entwicklungsstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten auf. Jedes 4. Schulkind hat die Schule ohne "Beherrschung des Mindestmaßes an Kulturtechnik" verlassen, die selbst Hilfsarbeiten erfordern. Die Tendenz ist stark steigend. Deutschland hat wegen seiner "Familienverarmung und Bildungsverarmung" in den Industrienationen eine negative Spitzenstellung.

[5] - 20% der 15 jährigen können kaum lesen, rechnen und schreiben

[6] - 40% weniger Hochqualifizierte bis 2035

[7] - 10% mehr Arbeitssuchende ohne Berufsabschluss bis 2035

[8] - 257 000 Realschüler bleiben nach Abschluss ohne Ausbildungsplatz

[9] - 2 800 Mrd. weniger Bruttoinlandsprodukt durch schlechte Bildung innerhalb einer Generation

[10] Wenn es also tatsächlich um die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit Europas/Deutschlands geht, muss man massiv in die wichtigste Ressource des eigenen Landes, also Kinder und Bildung investieren, und diese Aufgabe zur nationalen obersten Priorität und Systemrelvanz erklären.

[11] Was würden wir wohl einem Gärtner entgegnen, der seine Pflanzen mangelhaft behandelt, sich gleichzeitig aber über die schlechte Qualität beschwert ? Sind die Pflanzen daran schuld, wenn er sich im Frühjahr nicht ausreichend von seinem Garten ernähren kann ? Müssen, sinnbildlich gesprochen, die Pflanzen beim Gärtner einen Antrag auf Zuteilung guter Erde, ausreichend Wasser und Sonnenlicht stellen, damit sie sich so entwickeln können, wie dass der Gärtner im ureigensten Interesse erwartet ?

[12] Jedes Kind, das eine Stunde gesund und gutgenährt, ausreichend gekleidet und frohen Mutes zur Schule gehen kann, schafft reale Werte für die Gesellschaft, und erhöht damit den volkswirtschaftlichen Multiplikator für die Zukunft des Landes nachhaltig !

PA153 - Einführung einer freiwilligen Bildungsabgabe

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Einführung einer freiwilligen Bildungsabgabe

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Der Piratenpartei setzt sich für die Einführung einer freiwilligen Bildungsabgabe ein, die im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit die Interessen sozial schwacher Kinder zum Wohle des Landes nachhaltig sicherstellt und damit unter Erzielung einer höchstmöglichen gesellschaftlichen Rendite in die wichtigste Ressource des Landes investiert.

Begründung

[4] Mit einer freiwilligen Bildungsabgabe würde ein Instrument geschaffen, mittels diesem von z.B. vermögenden Bürgern und Unternehmen gezielt in die Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sozial schwacher Kinder investiert werden könnte, anstatt wie heute, ein solches Vorgehen zu blockieren, weil die Spender Ihre Mittel nicht im System verpfuffen sehen wollen und nur bereit sind für nachhaltige gesellschaftsfördernde Aufgaben ihr Geld zu geben. Mitbürger die aufgrund Ihrer finanziellen Situation nicht auf das Kindergeld angewiesen sind, könnten dieses für optimale Bildungsvoraussetzungen sozial schwacher Kinder spenden.

PA154 - Einführung einer Gesamtfinanzmarkt-Transaktionssteuer von 0,1 %

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Einführung einer Gesamtfinanzmarkt-Transaktionssteuer von 0,1 %

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Der Piratenpartei setzt sich für die Einführung einer internationalen Gesamtfinanzmarkt- Transaktionssteuer in Höhe von 0,1% ein.

Begründung

[4] Die aktuelle Finanzkrise basiert im wesentlichen darauf, dass die sogenannten Finanzmärkte unreguliert und ausserhalb der gesetzlich überwachten Bilanzen, Schattenbanksysteme mit einem ungedeckten Volumen grösser € 500 Billionen betreiben, und damit, die durch Güter und Dienstleistungen gedeckten Volks- und Realwirtschaften mit einem realen Weltbruttoinlandsprodukt in Höhe € 50 Billionen um ein Vielfaches massiv unter Druck setzen und somit soziale Beziehungen ausschließlich nach ökonomischen und monetären Kriterien, gegen das Gemeinwohlinteresse, zu dominieren versuchen.

[5] Während andere Parteien lediglich eine wenig bewirkende Finanzmarkt-Transaktionssteuer innerhalb der gesetzlich vorgeschrieben Bilanzen fordern, setzt die Piratenpartei mit Ihrer Forderung nach einer Gesamtfinanzmarkt-Transaktionssteuer in Höhe 01,% inbesondere auch für "Geschäfte" ausserhalb der gesetzlich vorgeschrieben Bilanzen den Finger direkt in die Wunde des Problems und erzeugt damit den Stillstand dieser Schattenbanksysteme mit sofortiger Wirkung und zum Wohle Aller.

PA155 - Verbot von Software-Robots basiertem Hochfrequenzhandel

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav

Zusammenfassung

Verbot von Software-Robots basiertem Hochfrequenzhandel

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei setzt sich für ein sofortiges internationales Verbot von Software-Robots basiertem Hochfrequenzhandel ein.

Begründung

[4] Die aktuelle Finanzkrise basiert im wesentlichen darauf, dass die sogenannten Finanzmärkte unreguliert und ausserhalb der gesetzlich überwachten Bilanzen, Schattenbanksysteme mit ungedeckten Volumen grösser € 500 Billionen betreiben, und damit die durch Güter und Dienstleistungen gedeckten Volks- und Realwirtschaften mit einem realen Weltbruttoinlandsprodukt in Höhe € 50 Billionen um ein Vielfaches massiv unter Druck setzen und somit soziale Beziehungen ausschließlich nach ökonomischen und monetären Kriterien, gegen das Gemeinwohlinteresse, zu dominieren versuchen.

[5] Um solche Volumina überhaupt bewegen zu können sind regelmäßige Investitionen in modernste technische Infrastruktur wie Untersee-Highspeedkabel zwischen London und NewYork notwendig, die es ermöglichen pro Millisekunde Zeitersparnis $100 Millionen Hedgefondsprofit zu erzielen.

[6] Menschen werden durch Software-Robots ersetzt, die in der Lage sind mit 800.000 Updates pro Sekunde ! "Gewinne" aus der xten Nachkommastelle globaler Preis- und Zinsdifferenzen zu "erwirtschaften".

[7] Über 70% aller weltweiten Transaktionen finden im Hochfrequenzhandel statt, sodass die besten Hedge-Fonds-Manager bereits im Krisenjahr 2009 zusammen unfassbare 25,3 Milliarden US-Dollar "verdienen" konnten, ohne jemals einen Finger gerührt, geschweige denn einen realen volkswirtschaftlichen Wert geschaffen zu haben.

[8] Die Nummer 1 der Hedge-Fonds-Manager David Tepper, verdiente in 2009 das 300.000-fache eines US-Mindestlohnes, sprich 4.Milliarden US$ (4.000.000.000). Das sind bei einer 40Stunden-Woche US$ 2.083.333 pro Stunde ! Das Hochrechnen der Provisionsbasis und die in Relationssetzung zum Weltbruttoinlandsprodukt der Realwirtschaft möchte jeder selbst einmal versuchen, sofern sein Taschenrechner soviele Stellen verarbeiten kann.

[9] Während andere Parteien sich bisher für kein Verbot des Hochfrequenzhandels aussprechen, setzt die Piratenpartei mit Ihrer Forderung nach einem solchen, den Finger direkt in die Wunde des Problems und erzeugt damit den Stillstand dieser Systeme zum Wohle Aller.

PA156 - Müll wird zu Allgemeingut

Grundsatzprogramm - Ernährung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG-Gemeinwohlökonomie / Marco Zerjav, Raphael Fellmer

Zusammenfassung

Müll wir zu Allgemeingut

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antragstext in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen. Ergänzend zu diesem Antrag wird hiermit ein Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Meinungsbild gestellt, um festzustellen, ob dieser Antrag als Programmantrag oder als Positionspapier angenommen werden kann.

[2] Antragstext:

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass alle Güter die der endgültigen Entsorgung zugeführt werden, der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Um Verschwendung von Rohstoffen und Essbarem zu minimieren, sollen ferner alle Produzenten und Händler verpflichtet werden, öffentlich Rechenschaft über ihre entsorgten Güter zu leisten. Dadurch bekommen die Konsumenten mehr Überblick über das ökologische Engagement der Betriebe, sodass diese wiederum motiviert werden, nichts brauch- und essbares wegzuwerfen. Alle Händler und Produzenten sollen die beschriebenen Waren, als auch noch genießbare Lebensmittel anbieten und bei der Verteilung an Vereine und Privatpersonen kooperieren. Privathaushalte sollen durch eine Wertstofftonne und einem Lebensmittelbörse angeregt werden, alles Essbare und noch nutzbares zu recyclen bzw. weiterzugeben.

Begründung

[4] Die Zeit von Verschwendung und Überfluss muss ein Ende haben. Weltweit stirbt alle drei Sekunden ein Mensch an Hunger und über eine Milliarde Menschen leiden an Unterernährung. Jedes Jahr sterben an Hunger mehr als 20 Mio. Menschen, die meisten davon Kinder. Gleichzeitig werden in Europa mehr als 50% aller Lebensmittel nicht gegessen, an Biogasanlagen verkauft oder verkommen schlicht auf den Feldern. Allein in Deutschland werden so über 20 Mio. Tonnen Lebensmittel, wovon 30% noch ungeöffnet sind, verschwendet. In der Bundesrepublik könnten so täglich über 40 Mio. Menschen zusätzlich ausreichend ernährt werden. Mehr als € 25 Mrd. an Lebensmitteln werden so jährlich verschwendet, pro Bundesbürger sind das im Schnitt rund 100kg Nahrung. Obwohl genug Nahrung für über 14 Mrd. Menschen vorhanden ist, leidet dennoch jeder sechste Mensch an Hunger. Es ist es vollkommen unverständlich, dass es in Deutschland legal ist Lebensmittel, die noch genießbar sind wegzuschmeißen, es aber illegal ist diese zu retten (Containern, Mülltauchen). Der Markt reguliert sich in einem an Profit orientierten System eben nicht selbstständig. Ethische, soziale Umweltrichtlinien müssen deswegen erstellt und eingehalten werden.

[5] Angesichts der wachsenden Dringlichkeit, die Umweltzerstörung einzudämmen und Klimawandel, Artensterben und Verschmutzung der Erde zu stoppen, muss alles getan werden, um die Verschwendung sowohl von

Lebensmitteln als auch aller anderen Waren und Produkten zu unterbinden. Es gilt heutzutage nicht nur oberflächlich oder auf dem Papier die Umwelt zu schützen, sondern es muss ein zentraler Anspruch aller Beteiligter dieses Systems sein, denn wir alle hängen vom Funktionieren des komplexen Ökosystems des Planeten ab. Wir können es uns nicht mehr leisten Rohstoffe jedweder Art zu vergeuden.

[6] Durch Importe von Obst, Gemüse, Getreide, Kaffee und aller anderen Rohstoffe aus dem EU-Ausland, raubt die Gesellschaft Deutschlands indirekt Wasser aus Regionen, in denen akuter Wassermangel herrscht. Besonders die Landwirtschaft ist für den weltweiten Wasserverbrauch verantwortlich, so tragen Nahrungsmittel und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse mit 86% den höchsten Anteil am weltweiten Wasserfußabdruck. In der Erzeugung eines jeden Produktes wird Wasser verbraucht - das so genannte virtuelles Wasser. Die Herstellung eines jeden Produktes benötigt neben kostbaren Wasser auch wertvolle Energie und Ressourcen. In der Regel sind dies Erdöl, Gas, Kohle und Atomenergie, alles nicht erneuerbare Rohstoffe, die oft Millionen Jahre gebraucht haben um zu entstehen. Die so genannte "Graue Energie", spiegelt genau den Ressourcenverbrauch wieder und lässt so ganzheitlicher verstehen wie viel ein Produkt oder eine Dienstleistung an Energie für Herstellung,Transport und zur Entsorgung erfordert.

[7] Beispiele:

[8] Graue Energie für ausgewählte Produkte:

[9] Aludose: $\sim$ 2 kWh

[10] Notebook: $\sim$ 1 000 kWh

[11] Neuwagen: $\sim$ 35 000 kWh

[12] Zum Vergleich, ein vier Personenhaushalt verbraucht im Schnitt 5 kWh pro Tag.

[13] Virtuelles Wasser für ausgewählte Lebensmittel :

[14] 1kg Rindfleisch: 15 500 Liter

[15] 1kg Käse: 7000 Liter

[16] 1kg Soja: 2800 Liter

[17] 1kg Kartoffeln: 250 Liter

[18] 1kg Baumwolle: 15 000 Liter

[19] 1kg Röstkaffee: 21 000 Liter

[20] 1kg Kakaobohnen: 27 000 Liter

[21] Zum Vergleich, der Durchschnittsdeutsche verbraucht jeden Tag 120 Liter an Wasser zum waschen, Toilettenspülung, kochen etc., aber über 5500 Liter an virtuellem Wasser täglich, wobei dabei mehr als die Hälfte aus nicht EU Ländern kommen.

[22] Die perverse Verschwendung von Rohstoffen spiegelt den Zeitgeist wieder, alles muss immer neu, hipp und modisch sein, reparieren geht oft nicht oder ist teurer als ein neues Produkt zu kaufen. Die geplante bzw. wahrgenommene Obsoleszenz von Waren ist heute weit verbreitet und trotzdem ist das Thema vielen BundesbürgerInnen nicht bewusst. Allein an Textilien werden jedes Jahr in Deutschland mehr als 1 Million Tonnen weggeschmissen, dass sind mehr als 1600 Millionen Kleiderstücke, wovon nur 2% in Kleiderkammern landen. Aber auch Millionen Tonnen von Möbeln, Elektrogeräten, Büchern und anderer Werstoffe werden Jahr für Jahr weggeschmissen und somit wertvolle Ressourcen vernichtet.

PA157 - Kernwaffenabrüstung_UNO - Durchsetzung der Pflichten der Nuklearwaffenstaaten aus Art. VI NVV (Nuklear Nichtweiterverbreitungsvertrag)

Wahlprogramm - Friedenspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

bridgR i.A. AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Ergänzung Positionspapier http://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM Unser Antrag wurde von der AG Friedenspolitik in Zusammenarbeit mit der IALANA e.V. (International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms)diskutiert und entwickelt.

Antragstext

[1] Der BundesParteiTag möge folgendes Positionspapier beschließen:

- Die Nuklearmächte müssen ihren vertraglichen Verpflichtungen aus dem NVV nachkommen. Die Modernisierung statt Abrüstung des Nuklearwaffenarsenals unter großem Aufwand, und das immer stärkere Einbeziehen von „Mini-Nukes“ und anderen Kernwaffen in Kriegsszenarien und Drohkulissen der NATO, stehen im Widerspruch zum Geist und Wort des NVV.

Begründung

- Der Antrag unterstützt, unterstreicht und erweitert die Anträge PA299 (Transparenz Kernwaffen), PA500 (Verzicht Ersteinsatz), PA495 (Abzug US-Kernwaffen aus Europa), PA494 (Abzug Kernwaffen aus Deutschland), PA492 (Kernwaffenfreie Welt).
- Die modular gestellten Anträge sind Detaillierungen des Programmantrags 206 https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA206

[2] Artikel VI NVV (englisch NPT) verlangt von allen Vertragsstaaten, namentlich gerade von den Atomwaffenstaaten, „in redlicher Absicht“ Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen - Zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft - Zur nuklearen Abrüstung - Über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger wirksamer internationaler Kontrolle.

[3] Nach dem klaren Wortlaut der Vorschrift können die Vertragsstaaten hinsichtlich dieser ihnen aufgegebenen Verhandlungen über deren Art, deren Modalitäten und deren Dauer streiten. Dagegen dürfen sie das in Art. VI NVV normierte Verhandlungsziel als solches nicht in Frage stellen und nicht ignorieren, wollen sie nicht vertragsbrüchig werden: „In redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen … zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und VOLLSTÄNDIGEN Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“.

[4] Neue Untersuchung die zu dem Ergebnis kommen, dass USA aufrüstet siehe http://www.bits.de/public/researchreport/rr12-1-1.htm. Ähnliche Aufrüstungsbestrebungen werden inzwischen

auch aus Russland gemeldet (http://blog.heritage.org/2012/10/10/despite-arms-reduction-treaty-russia-is-increasing-its-nuclear-capability/). Untersuchungen hinsichtlich der Aufrüstung in China sind im Gange.

[5] Das grundsätzliche Ablehnen von Verhandlungen über einen vollständigen Verzicht auf Nuklearwaffen und erst recht das grundsätzliche weitere Beharren auf der Option des Einsatzes oder gar des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen stellt die verbindliche völkerrechtliche Verpflichtung aus Art. VI NPT in Abrede und ist völkerrechtswidrig.

[6] Die NATO-Staaten und die anderen Atomwaffenstaaten, die bislang prinzipiell Verhandlungen über eine Abschaffung der Atomwaffen und einen Verzicht auf deren Einsatz ablehnen, müssen den Verpflichtungen aus Art. VI NPT / NVV endlich Rechnung tragen, ansonsten der Vertrag von immer mehr Staaten als einseitig und nicht mehr tragfähig angesehen werden wird.

[7] http://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag

PA158 - Kernwaffenabrüstung_DUO - Beseitigung des so genannten Kriegsvorbehaltes

Wahlprogramm - Friedenspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

bridgR i.A. AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Ergänzung Positionspapier http://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM Unser Antrag wurde von der AG Friedenspolitik in Zusammenarbeit mit der IALANA e.V. (International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms)diskutiert und entwickelt.

Antragstext

[1] Der BundesParteiTag möge folgendes Positionspapier beschließen:

- Der sog. Kriegsvorbehalt, demnach der NichtVerbreitungsVertrag (NVV) »nicht mehr maßgebend« sein soll, wenn die »Entscheidung Krieg zu führen« von der NATO getroffen wird, ist völkerrechtswidrig. Die Piratenpartei fordert, dass der NVV unter allen Umständen und auch im Kriegsfalle gültig sein muss.

Begründung

- Der Antrag unterstützt, unterstreicht und erweitert die Anträge PA299 (Transparenz Kernwaffen), PA500 (Verzicht Ersteinsatz), PA495 (Abzug US-Kernwaffen aus Europa), PA494 (Abzug Kernwaffen aus Deutschland), PA492 (Kernwaffenfreie Welt).
- Die modular gestellten Anträge sind Detaillierungen des Programmantrags 206 https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA206

[2] Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des NVV im US-Senat hatte der damalige US-Außenminister Rusk am 10. Juli 1968 erklärt: „Der NPT gemeint ist NVV „behandelt nicht Regelungen über die Dislozierung von Kernwaffen auf alliiertem Hoheitsgebiet, da diese keine Weitergabe von Kernwaffen oder Verfügungsgewalt darüber einschließen, sofern und so lange nicht eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird, in welchem Zeitpunkt der Vertrag nicht mehr maßgebend wäre.“ (abgedruckt u.a. in der Denkschrift der Bundesregierung zum NPT in Bundestagsdrucksache 7/1994, S. 17)

[3] Eine solche Einschränkung stellt eine Hintertür dar, die nicht zeitgemäß ist, und sowohl der Nichtverbreitung, als auch der Nichtanwendung von Kernwaffen widersprechen.

PA159 - Kernwaffenabrüstung_TRES - Beginn der Verhandlungen über Kernwaffenkonvention

Wahlprogramm - Friedenspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

bridgR i.A. AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Ergänzung Positionspapier http://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM Unser Antrag wurde von der AG Friedenspolitik in Zusammenarbeit mit der IALANA e.V. (International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms)diskutiert und entwickelt.

Antragstext

[1] Der BundesParteiTag möge folgendes Positionspapier beschließen:

- Die Piratenpartei fordert die Bundesregierung auf, aktiv darauf hinzuwirken, dass die in Artikel VI Nicht-VerbreitungsVertrag (NVV) geforderten Verhandlungen über nukleare Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle spätestens bis Ende 2014 aufgenommen wird.

Begründung

- Der Antrag unterstützt, unterstreicht und erweitert die Anträge PA299 (Transparenz Kernwaffen), PA500 (Verzicht Ersteinsatz), PA495 (Abzug US-Kernwaffen aus Europa), PA494 (Abzug Kernwaffen aus Deutschland), PA492 (Kernwaffenfreie Welt).
- Die modular gestellten Anträge sind Detaillierungen des Programmantrags 206 https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA206

[2] Nachdem B- und C-Waffen bereits durch eine Konvention abgedeckt wurde wird es nach vielen Jahrzehnten der Stagnation endlich Zeit, neue Impulse zur Erfüllung der Forderungen des Vertrages zu geben. Immer nur von Nicht-Nuklear-Staaten zu fordern den Vertrag einzuhalten, aber selbst keine ernsthaften Anstrengungen zu unternehmen, eine Nuklearwaffenkonvention zu diskutieren, verursacht eine Erosion der Glaubwürdigkeit. Als neue Kraft der Politik kann es nicht unsere Aufgabe sein, ausschließlich "realistische" und "erreichbare" Ziele im Sinne der Realpolitiker dieses Landes zu definieren. Wir tun gut daran, darüber hinaus zu gehen.

[3] ***Hinweis***
ieser Antrag ist die logische Fortsetzung der Anträge PA492 (Kernwaffenfreie Welt) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA492, Antrag PA502 (Kernwaffenfreie Zonen) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA502 sowie von PA502 (Unterstützung des CTBT und FM(C)T-Vertrages) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA501 wobei die beiden letzteren aber eher als Wahlprogramm denn als Grundsatzprogrammpunkt gesehen werden können.

[4] Weiter führende Informationen: http://ialana.de/files/pdf/pressemitteilungen/10-04-23/Ahrweiler_Erklaerung_IALANA.pdf

PA160 - Kernwaffenabrüstung_QUATTUOR - Reform der IAEO - der Internationalen Atomenergiebehörde

Wahlprogramm - Friedenspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

bridgR i.A. AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Ergänzung Positionspapier http://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM Unser Antrag wurde von der AG Friedenspolitik in Zusammenarbeit mit der IALANA e.V. (International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms)diskutiert und entwickelt.

Antragstext

[1] Der BundesParteiTag möge folgendes Positionspapier beschließen:

- Die Internationale Atomenergiebehörde soll reformiert und in einen zivilen und einen Abrüstungsteil getrennt werden. Der zivile Teil soll Aufgaben z.B. hinsichtlich der Diskussion der ungelösten Abfallfrage erhalten und Folgen von Nuklearenergieunfällen sammeln, auswerten und zur Verfügung stellen. Die gesundheitlichen Risiken von nuklearer Energieerzeugung aber müssen von unabhängigen Fach-Organisationen bewertet werden. Außerdem ist es notwendig, dass der Abrüstungsteil der Organisation alle beigetretenen Staaten bei der Prüfung ihrer Atomanlagen gleich behandelt.

Begründung

[2] Die modular gestellten Anträge sind Detaillierungen des Programmantrags 206 https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA206

- Dieser Antrag steht im Wettbewerb zum Antrag PA496 (http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/A der lediglich eine bessere Finanzausstattung der IAEO und eine erweiterte Kontrolle des Kernbrennstoffkreislaufs verlangt, nicht aber eine wirkliche Reform.

[3] Die IAEO muss aber dringend reformiert werden. Die Rolle der IAEO z.B. während der Katastrophen in Tschernobyl und in Fukushima war beschämend. Ebenso zweifelhaft ist die Rolle der Behörde bei der Behandlung des ungeklärten Abfallproblems. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür einzutreten, dass der Teil der Förderung der zivilen Atomkraft in eine separate Organisation ausgelagert wird. Diese muss eine eigene Finanzierung und ein eigenes Profil erhalten, durch das deutlich wird, dass es sich um eine Lobbyorganisation der Hersteller von Strom aus Kernspaltung handelt. Z.B. muss muss sichergestellt sein, dass diese Organisation keine Veröffentlichungen über gesundheitliche Risiken und Folgen der „Atomstrom"-Herstellung behindert.

[4] Der in der IAEO verbleibende Abrüstungsteil wiederum muss Kontrollen nach dem Prinzip der Gleichheit aller Staaten ausüben. Um dies sicher zu stellen, muss die Führung der Organisation z.B. durch die Vollversammlung der UNO gewählt werden, und die Kontrolle aller Staaten, auch der Nuklearmächte, in gleicher Weise stattfinden.

[5] Seit Jahrzehnten kämpfen Organisationen wie die Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW), das Netzwerk von Ingenieuren und Wissenschaftlern für globale Verantwortung (INES), das Internationale Friedensbüro (IPB) und die Juristenvereinigung IALANA gegen „geschönte, Fakten oft widersprechenden Berichte“ (Der österreichische Wissenschaftler Peter Weish). Dadurch wird in unverantwortlicher Weise die Verbreitung von Atomenergie gefördert.

[6] ***Folgende Reformen der IAEO, die seit langer Zeit von der Zivilgesellschaft gefordert werden, bedürfen dringend einer politischen Stimme und öffentlichen Diskussion:***
Ein Vertrag zwischen der IAEO und der Weltgesundheitsorganisation WHO hat ernsthafte und grundlegende Forschungen über die gesundheitlichen Folgen von radiaktiver Strahlung aus Kernkraft verhindert. Daher muss dieser Vertrag schnellstmöglich beendet werden.

- Das Recht jeden Staates, Kernkraftwerke ohne Rücksicht auf Nachbarländer zu bauen, muss von den Statuen der IAEO entfernt und durch eine Konsenslösung zwischen betroffenen Staaten ersetzt werden.

- Die Förderung von Kernernergie als Ziel der IAEO muss aus den Statuten der IAEO entfernt werden. Statt dessen müssen die Mittel zur eingesetzt werden, um existierende Kernkraftwerke besser zu kontrollieren und zu überwachen.

- Die Zusammensetzung der Mitglieder der Organisation muss geändert werden. Kritiker und Organisationen von solchen Gruppen, die sich als Opfer radioaktiver Strahlung ansehen, müssen eine Stimme innerhalb der IAEO erhalten. Kernenergie hat grundlegende gesellschaftliche Auswirkungen, niemand kann sich den Folgen entziehen, und sie muss daher auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz aufbauen. Die Gesellschaft muss sich klar sein über die Folgen und Risiken.

- Wie in den USA bereits realisiert, wo man erkannte, dass die Doppelrolle als Propagandist und Kontrolleur von Kernerngie nicht vereinbar ist, und wo die Förderung von Kernenergie vom Department of energy (DOE) einerseits und die Kontrolle von der Nuclear Regulatory Commission (NRC) andererseits wahrgenommen wird, muss auch innerhalb der IAEO kurzfristig eine Trennung vorgenommen werden.

- Die drei großen Zwischenfälle in Three Mile Island, Chernobyl und Fukushima haben klar gemacht, dass nationale Notfallszenarien nicht in der Lage sind, Kernenergieunfälle solcher Ausmaße angemessen behandeln zu können. Da es nur eine Frage der Zeit ist, bis der nächste schwere Zwischenfall stattfinden wird, muss innerhalb der IAEO eine Organisation eingerichtet werden, die sich mit der Behandlung solcher Unfälle wissenschaftlich und grundsätzlich auseinandersetzt, mit dem Ziel die Folgen für die Zivilbevölkerung so gering wie möglich zu halten.

- Es existiert immer noch keine verlässliche Datenbasis über den Grad der Belastung aus Strahlungen, die durch Kernwaffenversuche, Kernenergieunfälle und Anwendung von Kernenergie weltweit auf die Menschen eingewirkt hat. Es muss eine Aufgabe der IAEO sein, eine solche Datenbasis zu erstellen und regelmäßig zu ergänzen, um diese Daten interessierten Kreisen zur Verfügung stellen zu können.

- Die zukünftige Kontrollbehörde im Rahmen der IAEO muss außerdem die Möglichkeit für Kernenergieexperten zur Verfügung stellen, dass sich Whistleblower aus dem Bereich der Kernwaffen oder Kernenergie auch mit Anliegen die nicht “Betrug oder Korruption“ betreffen, sondern den ureigenen Bereich von Geheimnissen der Kernenergie betreffen, anonym und sicher an die Behörde wenden können. Im Zweifel muss die Behörde dafür Sorge tragen, dass solche Personen vor Verfolgung, Entführung oder vor Anschlägen angemessen geschützt werden.

[7] Weitere Informationen zur IAEO: http://ialana.de/aktuell/neue-veroeffentlichungen/459-ddeiseroth-the-importance-of-whistleblowing-in-the-iaea-safeguards-system http://ialana.de/files/pdf/ver%C3%B6ffentlichungen/TheRole
02-1.pdf

PA161 - Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit

Wahlprogramm - Wahlrecht LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Silura

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für ein allgemeines, aktives und passives, deutsches Wahlrecht ein, welches von der Aufenthaltsdauer in Deutschland abhängig ist und nicht mehr nur von der Staatsangehörigkeit der einzelnen Person.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Ergänzung des Bundes-Wahlprogramms beschließen, und geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für ein allgemeines, aktives und passives, deutsches Wahlrecht ein, welches von der Aufenthaltsdauer in Deutschland abhängig ist und nicht mehr nur von der Staatsangehörigkeit der einzelnen Person. Dies umfasst insbesondere: Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und Volksabstimmungen. So soll auch Menschen, die ohne deutsche Staatsangehörigkeit dauerhaft in Deutschland leben, die vollumfängliche Teilhabe an demokratischen Prozessen in diesem Staat ermöglicht werden.

Begründung

[3] Zur Zeit ist das Wahlrecht von der Staatsangehörigkeit abhängig. Deutsche Staatsbürger haben ab 18 Jahren das allgemeine Wahlrecht. EU-Ausländer und deutsche Staatsbürger ab 16, haben das Kommunalwahlrecht. Diese Regelung hindert Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, welche ihr Leben in Deutschland führen, an elementaren Teilen der demokratischen Teilhabe und Mitbestimmung in diesem Land.

[4] Alle Menschen, die dauerhaft in diesem Land leben, sollten, besonders wenn es um die Entscheidung über die Regierung geht, an der Entscheidungsfindung aktiv teilnehmen können. Wir, als Piraten, leben schon innerparteilich vor, dass die demokratische Mitbestimmung jeder Person das System belebt. Daher sollten wir uns auch für mehr Demokratie für alle auf staatlicher Ebene einsetzen.

[5] Die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit ist nicht für alle ohne deutsche Staatsangehörigkeit eine Option, da dies für die meisten (Ausnahme EU-Bürger) aufgrund des aktuellen deutschen Rechts die Aufgabe ihrer anderen Staatsangehörigkeit einher geht. Abgesehen von der Identitätsabgabe (die Staatsangehörigkeit eines andern Landes, häufig des Herkunftslandes, ist für viele Menschen mit Migrationshintergrund auch identitätsstiftend), kann die Abgabe der Staatsangehörigkeit eine finanzielle Belastung sein oder auch die Einreise in das Herkunftsland erschweren oder unmöglich machen.

[6] Demokratische Partizipationsmöglichkeiten können einen großen Beitrag zur Integration leisten, da sie eine Identifikation mit dem Land fördern können.

[7] Dieser Antrag ist bewusst allgemein gehalten, um die grundsätzliche Idee nicht an speziellen Fragen scheitern zu lassen. Ich möchte mit diesem Antrag nicht nur, z.B. die 10-Jahre-Fraktion oder die 3-Monate-Fraktion ansprechen, sondern ersteinmal klären, ob wir, als Piraten, das Konzept grundsätzlich unterstützen.

[8] Betroffene Wahlen wären insbesondere Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und Volksabstimmungen, aber auch Alle die es sonst gibt, und die von einer solchen Regelung berührt würden.

[9] Diskussion und Besprechung bitte auf: https://wiki.piratenpartei.de/LiquidFeedback/Themendiskussion/2688

PA162 - Transparenzpaket: Lobbyismus, Antikorruption und Sponsoring

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Seipenbusch

Zusammenfassung

wie PA001 ohne Karenzzeit (Punkt 5)

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern politische Transparenz und Antikorruption einzufügen:

[2] Einflussnahme auf politische Entscheidungen offenlegen

[3] Die Piratenpartei Deutschland fordert die Offenlegung der Einflussnahme von Interessensverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen, um den demokratischen Prozess zu schützen und die Grundlagen von Entscheidungen transparent zu machen.

[4] Um die Unabhängigkeit von Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern gegenüber illegitimer Einflussnahme zu stärken, strebt die Piratenpartei die Umsetzung der folgenden Maßnahmen in den Bereichen Transparenz politischer Prozesse, Parteienfinanzierung, Nebentätigkeiten von Abgeordneten und Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung an:

[5] 1. Einrichtung eines Lobbyregisters für den Deutschen Bundestag

[6] Die Piratenpartei Deutschland erkennt die Konsultation von Interessenvertretern – z.B. Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Umweltschutz-, Bürgerrechts- und Unternehmensverbänden – als integralen Bestandteil des politischen Willensbildungsprozesses der Gesellschaft an – solange dieser Austausch hinreichend offen und transparent ist. Die überproportionale Einflussnahme einzelner Gruppen durch die Verlagerung der politischen Willensbildung in informelle Beziehungsnetzwerke außerhalb des formalen Gesetzgebungsprozesses, lehnen wir ab.

[7] Die Piratenpartei fordert ein Lobbyregister für den Bundestag, in das sich Interessenvertreter und Interessenvertretungen verpflichtend eintragen müssen, um einen Hausausweis zu erhalten und die Möglichkeit zu bekommen, bei Gesetzesvorhaben durch den Deutschen Bundestag angehört zu werden.

[8] Ein solches Register soll zunächst in der Anlage 2 zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Registrierung von Verbänden und deren Vertretern) verankert werden und die existierende „Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern“ ersetzen. Es muss Aussagekraft hinsichtlich Budget, Tätigkeitsbereich, Anzahl und Namen der tätigen Personen und – bei freiberuflichen Interessenvertretern, Lobbyagenturen, Anwaltskanzleien und Denkfabriken – Mandanten und Auftraggeber enthalten. Alle Angaben müssen regelmäßig aktualisiert und falsche oder überholte Daten unverzüglich berichtigt werden.

[9] Der Präsident des Bundestages soll bis auf weiteres das Register führen und als Kontrollinstanz sicherstellen, dass die Angaben wahrheitsgemäß sind und die Einträge regelmäßig aktualisiert werden. Er muss externen Beschwerden von natürlichen und juristischen Personen über Verstöße konsequent nachgehen, bei Verdachtsfällen

eigenständig Untersuchungen einleiten und jährlich einen Bericht veröffentlichen, der die Untersuchungsergebnisse abgeschlossener Verfahren enthält. Beschwerdeführer und -gegner sollen eine Überprüfung der Entscheidung beantragen können.

[10] Verstöße gegen Anzeigevorschriften und Fristen müssen mit Bußgeldern und weiteren Sanktionsmöglichkeiten geahndet werden – bis hin zur Erfassung auf einer schwarzen Liste bei besonderer Schwere des Fehlverhaltens.

[11] Aus Transparenzgründen soll ein solches Register auf der Internetseite des Bundestages veröffentlicht werden. Es muss maschinenlesbar gestaltet sein, um im Sinne von OpenData die Verknüpfung mit Abgeordneten- und Abstimmungsdaten zu ermöglichen und um Sortier- und Durchsuchbarkeit sicherzustellen.

[12] Es soll geprüft werden, ob die Führung und Kontrolle des Registers mittelfristig an eine unabhängige öffentliche Institution, z.B. den Bundesrechnungshof oder den den Bundesbeauftragen für Datenschutz und Informationsfreiheit übertragen sowie die weitere Ausgestaltung durch ein eigenes Bundesgesetz geregelt werden kann.

[13] 2. Erweiterung und Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung

[14] Die Piratenpartei Deutschland fordert klare und umfassende Regelungen zum wirksamen Vorgehen gegen Abgeordnetenbestechung, um die Rechtslage an den globalen Mindeststandard der von Deutschland bereits 2003 unterzeichneten, aber mangels Umsetzung in deutsches Recht immer noch nicht ratifizierten UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) anzupassen und Deutschlands internationale Schlusslichtrolle bei der Korruptionsstrafbarkeit von Abgeordneten zu beenden.

[15] Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung soll dem für die Bestechung von Amtsträgern (§ 334 StGB) angenähert werden. § 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) muss dahingehend überarbeitet werden, dass nicht nur der direkte Stimmenkauf und -verkauf berücksichtigt wird, sondern auch die Vorteilsannahme und –gewährung in anderen Fällen der Mandatswahrnehmung oder meinungsbildender Funktionsausübung im parlamentarischen System. Die Neufassung muss auch immaterielle Versprechen erfassen und der Straftatsbestand auf die Vorteilsannahme oder –Gewährung Dritter sowie Vorteile, die nach der Handlung bzw. dem Unterlassen gewährt oder angenommen werden, ausgeweitet werden.

[16] Die Annahme von Spenden durch einzelne Abgeordnete muss durch eine Änderung des § 44a, Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz) untersagt werden.

[17] Eine Bagatellregelung („Schnittchenklausel“) für die Bewirtung bei parlamentarischen Abenden und anderen Veranstaltungen sowie Ausnahmeregelungen für Zuwendungen im Rahmen von normalem parlamentarischen Verhalten („parlamentarische Gepflogenheiten“) sollen sicherstellen, dass die Abgeordneten nicht in der freien Ausübung ihres Mandats eingeschränkt werden. Sowohl die Schnittchenklausel als auch die parlamentarischen Gepflogenheiten sollen in einer Anlage zur Geschäftsordnung des Bundestages verankert und durch den Bundestagspräsidenten in einer Ausführungsbestimmung festlegt werden.

[18] 3. Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln von Abgeordneten

[19] Die Piratenpartei Deutschland erkennt die Rolle von Nebentätigkeiten für den beruflichen Wiedereinstieg nach der Zeit des Abgeordnetenmandats an – insbesondere für Freiberufler und persönlich haftendende Geschäftsführer von kleinen Kapitalgesellschaften. Allerdings wird Wählern derzeit die Abwägung, ob und inwieweit sich Abgeordnete auf Grund ihrer Nebeneinkünfte in einem Interessenkonflikt befinden, durch intransparente Regelungen und Schlupflöcher erschwert bis unmöglich gemacht.

[20] Die Piratenpartei fordert eindeutige Aussagen zur Höhe der Nebeneinkünfte von Abgeordneten des deutschen Bundestages sowie die Identifizierung möglicher Interessenkonflikte und Abhängigkeiten – dies ist nach dem aktuellen Stand des Abgeordnetengesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages derzeit nicht möglich.

[21] Wir stellen fest, dass sich gerade der Bereich 'Funktionen' in Unternehmen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen zu einem massiven Problem ausgeweitet hat. Unternehmen und Lobbyverbände kaufen sich insbesondere mit Beiratsmandaten bei Abgeordneten ein. Diese sind in der Regel durch hohe Aufwandentschädigungen und Sitzungsgelder erheblich attraktiver als entgeltliche Nebentätigkeiten – bei gleichzeitig geringerem zeitlichen Aufwand.

[22] Wir fordern daher eine Verschärfung der Transparenz- und Nebeneinkunftsregeln in der Anlage 1 zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages) sowie im zehnten Abschnitt des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz). Dazu gehören die Verpflichtung, auch einmalige oder regelmäßige monatliche Einkünfte unter EUR 1000,- angeben zu müssen, sowie die Beendung der Verschleierung der tatsächlichen Einkünfte der Bundestagsabgeordneten über Stufenangaben. Stattdessen müssen die Abgeordneten verpflichtet werden, den tatsächlichen wirtschaftlichen Gewinn aus einer Tätigkeit auf den Cent genau anzugeben. Rechtsanwälte sollen, mit Rücksicht auf den Schutz ihrer Mandanten, zumindest angeben müssen, aus welcher Branche ihre Auftraggeber kommen. Eine Veröffentlichung der Identität von Mandaten soll mit Einwilligung möglich sein.

[23] Da die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit der Bundestagsabgeordneten steht, soll die maximale Anzahl der Funktionen in Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten oder sonstiger Gremien durch eine entsprechende Änderung der Verhaltensregeln und des Abgeordnetengesetzes begrenzt werden, damit die Abgeordneten ihrer primären Tätigkeit gewissenhaft nachkommen können.

[24] Verstöße gegen Verhaltensregeln und Anzeigepflichten müssen u.a. durch höhere Ordnungsgelder als bisher geahndet werden.

[25] Nebeneinkünfte, Aufwandsentschädigungen und geldwerte Vorteile sowie Auftraggeber müssen unmittelbar nach Erhalt maschinenlesbar über den Bundestagspräsidenten veröffentlicht werden, um die Daten mit dem Lobbyregister und dem Abstimmungsverhalten in Plenum und Ausschüssen verknüpfen zu können.

[26] 4. Eindämmung des politischen Sponsorings

[27] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die intransparente Finanzierung von politischen Veranstaltungen durch Sponsorengelder ab. Verbände und Unternehmen versuchen über Sponsorenengagements auf Parteitagen sowie Sommerfesten von Regierungsbehörden die vergleichsweise strengeren Auflagen für Parteispenden zu umgehen und sich über die Anmietung von Standflächen Zugang zu Entscheidungs- und Mandatsträgern zu verschaffen.

[28] Die Piratenpartei fordert die Ergänzung des Parteiengesetzes um eine Anzeigepflicht für politisches Sponsoring, um die Praxis der indirekten Unternehmenszuwendungen an Parteien, Bundes- und Landesregierungen zu beenden und, um direkte Zurechenbarkeit zwischen Sponsoring und politischem Handeln herzustellen. Sponsorengelder müssen in Zukunft in den Rechenschaftsberichten der Parteien unter Angabe der Höhe namentlich aufgeführt werden, damit ihre Herkunft nicht wie bisher als Veranstaltungseinnahmen verschleiert werden kann.

[29] Um die Alimentierung der politischen Einflussbemühungen von Unternehmen über Steuermittel zu beenden, müssen Sponsoring und direkte Spenden von Unternehmen zukünftig gleichbehandelt und die steuerliche Absetzbarkeit von Sponsoringaufwendungen durch juristische Personen abgeschafft werden.

[30] Veranstaltungen der Bundesregierung, der Landesvertretungen der Bundesländer, sowie des Deutschen Staatsoberhauptes sollen anstatt über Sponsorengelder aus Haushaltsmitteln finanziert werden, damit der Anreiz für die Haushaltsausschüsse der Parlamente steigt, die Sinnhaftigkeit von opulenten Sommerfesten genauer als bisher zu prüfen.

Begründung

[31] Die Piratenpartei Deutschland fordert im Grundsatzprogramm unter dem Punkt „Transparenz des Staatswesens“ den Schutz des demokratischen Prozesses vor der Ausbildung von Machtstrukturen, die wenige Personen oder Organisationen bevorzugen und hat es sich zum Ziel gesetzt, die Grundlagen politischer Entscheidungen transparent zu machen.

[32] Der vorliegende Antrag leitet aus diesen programmatischen Eckpunkten für das Programm zur kommenden Bundestagswahl konkrete Forderungen für die Reformierung des politischen Betriebes auf Bundesebene ab und skizziert diese hinreichend datailliert und allgemein verständlich.

[33] Die hier im “Transparenzpaket Lobbyismus, Antikorruption und Sponsoring“ formulierten Forderungen stellen eine Weiterentwicklung und Ergänzung der Anträge PA160 (Transparenz von Lobbyismus und politischer

Interessenvertretung) und PA161 (Ablehnung von entgeltlichen Tätigkeiten neben Mandaten in Vollzeitparlamenten) vom BPT 2011.2 in Offenbach dar, die dort leider aus Zeitgründen nicht mehr behandelt wurden.

[34] Einige weitere Punkte wurden aus dem Positionspapier zum §108e, dem Positionspapier zu Transparenz und Korruptionsbekämpfung in der Politik sowie dem erfolgreichen Berliner Antrag 'Keine Promotionsstände auf Landesmitgliederversammlungen' übernommen.

[35] Die konkrete Ausgestaltung des Registers orientiert sich in einigen Punkten an der Initiative „Transparenz bei Lobbyarbeit – Ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Berlin“ aus dem Berliner Landesliquid, auch mit Ausblick auf die Übergabe an eine unabhängige Stelle.

PA163 - Förderung einer positiv-vorwärtsgewandten bzw. durch Verschlankung fördernde Politik und Gesetzgebung. Ablehnung einer Verbotspolitik.

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Piraten-Axel

Zusammenfassung

Förderung einer positiv-vorwärtsgewandten bzw. durch Verschlankung fördernde Politik und Gesetzgebung. Ablehnung einer Verbotspolitik.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Absatz zu ergänzen: Die Piratenpartei Deutschland bringt sich in die Politik und Gesetzgebung im Rahmen einer positiv-vorwärtsgewandten Politik und Gesetzgebung bzw. durch Verschlankung fördernd ein. Gesetze und Initiativen mit VERBOTScharakter sind nachrangig. Sämtliche Vorhaben werden im positiven Sinne und als FÖRDERUNG formuliert und angegangen. Bestehende oder geplante VERBOTE müssen auf nachprüfbaren Fakten beruhen. Die Wirksamkeit wird vorab und nach festen Zeitspannen geprüft.

Begründung

[2] Eie Politik und Gesetzgebung, die vorrangig durch VERBOTE versucht zu steuern und zu beeinflussen ist aus mehreren Gründen nachteilig: - das Rechts- und Gesetzessystem wird immer komplexer, undurchchaubarer und für Bürger und Juristen nicht mehr verständlich - je detaillierter VERBOTE ausformuliert werden, desto mehr Ausweichmöglichkeiten oder Lücken gibt es - der Aufwand der Aufrechterhaltung eines hochkomplexen politischen und juristischen Regelwerkes steigen

[3] Daher ist eine Verbotspolitik nicht zielführend.

PA164 - Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 für den AK Bildung NRW

Zusammenfassung

Präambel zum Wahlprogramm 2013 - Bereich Bildung

Antragstext

[1] Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung.

[2] Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft bedeutend, um unabhängig von sozialer Herkunft jedem Menschen ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe und Verantwortung zu ermöglichen. Das Hauptanliegen institutioneller Bildung ist die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

[3] Der Bildungsprozess eines Menschen beginnt mit seiner Geburt. Die frühe Kindheit ist die lernintensivste Zeit, sie ist das Fundament der Bildung. Die sensible und verantwortungsvolle Begleitung der Bildungsprozesse ist wesentlich für die Entwicklung von Fertigkeiten, die Entfaltung von Talenten und Fähigkeiten, Persönlichkeitsbildung, Sozialverantwortung und Selbstbestimmtheit. Das Bildungswesen muss den Menschen als Subjekt begreifen, das sich aktiv bildet, nicht als Objekt, das gebildet werden muss. Die Belange des Lernenden und die Erhaltung und Förderung seiner Eigenmotivation müssen im Vordergrund stehen.

[4] Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Begründung

[5] Die Präambel im Bundestagswahlprogramm 2009 enthielt Teile des im Antrag aufgeführten Texts.Diese sollen übernommen werden. Im aktuell gültigen Grundsatzprogramm wie im Bundestagswahlprogramm 2009 fehlen Bezüge auf die Bedeutung der Elementarbildung und auf die Bedeutung des Rollenverständnisses Lehrender/Lernender. Diese sind nun enthalten.

PA165 - Abbau des Bildungsförderalismus

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 für AK Bildung NRW

Zusammenfassung

bundeseinheitliche Bildungsziele definieren

Antragstext

[1] Unterschiedliche Bildungspolitik der Bundesländer steht einer einheitlichen Zielsetzung von Bildung entgegen. Bildungschancen und -möglichkeiten müssen bundesweit gleich sein. Unterschiede in Art und Anerkennung der Abschlüsse zwischen den einzelnen Bundesländern müssen abgebaut werden. Gesetzgebung und Richtlinienkompetenz für das Bildungswesen müssen von den Bundesländern auf den Bund übergehen.

[2] Gegebenenfalls notwendige Grundgesetz- und Verfassungsänderungen sind anzustreben.

Begründung

[3] Das föderale Bildungssystem Deutschlands ist nach Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr zeitgemäß und seine Begründung nicht mehr vermittelbar.

[4] Es wurde nach dem 2. Weltkrieg unter dem frischen Eindruck der Folgen ideologischer Kinder- und Jugend-Erziehung eingeführt, um zentralisitische Indoktrination zu vermeiden. Die damaligen Vorbehalte der Alliierten sind zwischenzeitlich ausgeräumt, die Bundesrepublik Deutschland ist souverän.

[5] Die Nachteile der Lehrenden wie der Lernenden im föderalen Bildungssystem wie beispielsweise Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen, Mobilitätserschwernis etc. überwiegen die Vorteile wie beispielsweise Wettbewerbsgewinne und wechselseitige Befruchtung.

PA167 - Antikorruptionspolitik

Wahlprogramm - Korruptionsbekämpfung LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Auch in Deutschland besteht Handlungsbedarf für eine bessere Korruptionsprävention und -repression. Wir begrüßen die Arbeit und Vorschläge von 'Transparency Deutschland e. V.', unter anderem die aus dem Nationalen Integritätsbericht Deutschland 2012.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Modul Antikorruptionspolitik (umfasst Module 1 bis 84)

[3] Modul Allgemein (umfasst Module 1 bis 5)

[4] Wir sehen auch in Deutschland einen Handlungsbedarf für eine bessere Korruptionsprävention und -repression. Wir begrüßen die Arbeit und Vorschläge von 'Transparency Deutschland e. V.', wir werden verschiedene Regelungslücken bei der praktischen Umsetzung geltender Rechtsnormen schließen und dafür sorgen, dass Deutschland seinen internationalen Antikorruptionsverpflichtungen vollständig nachkommt. Unter anderem aus dem Nationalen Integritätsbericht Deutschland 2012 ergeben sich für uns folgende Forderungen:

[5] Modul 1

[6] Korruptionsprävention ist von Führungspersonen in allen Bereichen der Gesellschaft als Führungsaufgabe anzusehen.

[7] Modul 2

[8] Die bereits 2003 unterzeichnete UN-Konvention gegen Korruption ist endlich zu ratifizieren.

[9] Modul 3

[10] Das Strafrechtsübereinkommen über Korruption und das Zivilrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates sind zu ratifizieren.

[11] Modul 4

[12] Das Zusatzprotokoll des Strafrechtsübereinkommens über Korruption ist zu ratifizieren.

[13] Modul 5

[14] Der Straftatbestand der Bestechung im Geschäftsverkehr ist entsprechend den Anforderungen des EU-Rahmenbeschlusses zur Bekämpfung von Bestechung im privaten Sektor anzupassen.

[15] Modul Legislative (umfasst Module 6 bis 11)

[16] Modul 6

[17] Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) ist zu verschärfen und den internationalen Vorgaben anzupassen.

[18] Modul 7

[19] Im Kontext der Abgeordnetenbestechung ist die Annahme von Spenden durch einzelne Abgeordnete zu verbieten.

[20] Modul 8

[21] Die Nebentätigkeiten von Abgeordneten sind ab einer Bagatellgrenze auf den Betrag genau zu veröffentlichen und nicht wie bisher in drei Stufen.

[22] Modul 9

[23] Sofern Abgeordnete als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte „Lobbying-Mandate" übernehmen, darf die anwaltliche Schweigepflicht im Hinblick auf die Offenlegung von Nebeneinkünften nicht gelten.

[24] Modul 10

[25] Es ist ein obligatorisches Lobbyistenregister mit finanzieller Offenlegung beim Bundestag einzurichten. Bei Eintrag in das Lobbyistenregister ist ein Verhaltenskodex zu akzeptieren.

[26] Modul 11

[27] Die Veröffentlichung von Ausschussvorlagen ist gesetzlich zu verankern. Die Nicht-Veröffentlichung von Ausschussvorlagen ist besonders zu begründen.

[28] Modul Exekutive (umfasst Module 12 bis 18)

[29] Modul 12

[30] Die Beteiligung von Interessenverbänden, Unternehmen und sonstigen privaten Akteuren bei der Vorbereitung von Gesetzen ist kenntlich zu machen („legislativer Fußabdruck").

[31] Modul 13

[32] Die 2007 vom Bundesrechnungshof veröffentlichten „Eckpunkte für den wirtschaftlichen Einsatz externer Berater" sind konsequent anzuwenden, um auszuschließen, dass solche externen Beraterinnen und Berater mit Kernaufgaben der Verwaltung beauftragt werden.

[33] Modul 14

[34] Die Berichte über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung sind zu veröffentlichten,um gegenüber der Öffentlichkeit zu versichern, dass externe, in die Ministerien „abgeordnete" Personen nicht an der Erstellung von Rechtsnormen und Entwürfen mitarbeiten, welche die Interessen ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber tangieren.

[35] Modul 15

[36] Bei politisch kontroversen Themen ist ein versteckter Einfluss von Interessen zu minimieren, zum Beispiel durch die Einholung mehrerer Gutachten.

[37] Modul 16

[38] Die Zusammensetzung aller regierungsberatenden Gremien ist zentral zu veröffentlichen.

[39] Modul 17

[40] Für ehemalige Ministerinnen und Minister sowie Parlamentarische Staatssekretärinnen und -sekretäre ist eine Karenzzeit von drei Jahren zu schaffen, wenn ein Zusammenhang zwischen der bisher ausgeübten Tätigkeit und der nach dem Ausscheiden aus dem Dienst beabsichtigten Tätigkeit besteht.

[41] Modul 18

[42] Die von Ministerien veröffentlichten Informationen und Daten sind maschinenlesbar anzubieten, um die Verarbeitung und Visualisierung zu erleichtern.

[43] Modul Judikative (umfasst Module 19 bis 21)

[44] Modul 19

[45] Der Überlastung von Gerichten ist durch die Aufstockung der personellen und finanziellen Kapazitäten Abhilfe zu schaffen.

[46] Modul 20

[47] Der Häufung von „Deals“ (Verständigung im Strafverfahren) ist entgegenzuwirken.

[48] Modul 21

[49] Es ist eine Statistik über die gemeinnützigen Einrichtungen zu veröffentlichen, an die Geldbeträge im Rahmen einer Auflage für die Einstellung des Verfahrens (§ 153a StPO) oder einer Bewährungsauflage (§ 56b StGB) gezahlt wurden.

[50] Modul Öffentliche Verwaltung (umfasst Module 22 bis 37)

[51] Modul 22

[52] In der öffentlichen Verwaltung ist eine flächendeckende Analyse der korruptionsgefährdeten Stellen durchzuführen; das Ergebnis ist zu veröffentlichen.

[53] Modul 23

[54] Fortbildungsmaßnahmen zur Antikorruption sind in der öffentlichen Verwaltung umfassend und regelmäßig durchzuführen.

[55] Modul 24

[56] Die Karenzzeitregelungen im öffentlichen Dienst für den Wechsel in Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes, bei denen Interessenkonflikte auftreten könnten, sind konsequent anzuwenden.

[57] Modul 25

[58] Die von den Innenministerien der Länder erstellten Berichte zur Korruptionsprävention im Rahmen des IMK-Konzepts sind nach einem einheitlichen Format zu gestalten, um die Vergleichbarkeit der Maßnahmen zu fördern.

[59] Modul 26

[60] Der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern in der öffentlichen Verwaltung ist durch die Einrichtung von Hinweisgebersystemen zu ergänzen.

[61] Modul 27

[62] Der im Beamtenrecht verankerte Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern ist auf Tarifbeschäftigte auszuweiten.

[63] Modul 28

[64] Es ist anzustreben, dass Verwaltungseinrichtungen die breite Öffentlichkeit stärker über Gefahren der Korruption und Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen informieren.

[65] Modul 29

[66] In- und ausländische Firmen, die wegen Bestechung verurteilt worden sind oder gegen die bei einer Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand oder während der Auftragsdurchführung der hinreichende Verdacht der Bestechung oder anderer Formen der Korruption entstanden ist, sind für eine angemessene Zeit in einem flächendeckenden Zentralregister zu führen.

[67] Modul 30

[68] Bei der Vergabe der öffentlichen Hand ist zu den alten Schwellenwerten zurückzukehren.

[69] Modul 31

[70] Der Rechtsschutz im Unterschwellenbereich der Auftragsvergabe ist zu stärken.

[71] Modul 32

[72] Die Rahmendaten aller Vergaben der öffentlichen Verwaltung sind an einem Ort vollständig zu veröffentlichen, darunter auch Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer und Auftragssumme.

[73] Modul 33

[74] Bei Großbauprojekten wird der öffentlichen Verwaltung empfohlen, Integritätspakte anzuwenden.

[75] Modul 34

[76] Informationsfreiheitsgesetze für den Zugang zu Dokumenten der öffentlichen Verwaltung sind in allen Bundesländern einzuführen.

[77] Modul 35

[78] Die bestehenden Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern sind in Anlehnung an das Berliner Informationsfreiheitsgesetz dahingehend zu novellieren, dass Ausnahmetatbestände (insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) gegen das Interesse der Öffentlichkeit abzuwägen sind.

[79] Modul 36

[80] Die Anwendung der Informationsfreiheitsgesetze durch Bürgerinnen und Bürger ist zu fördern, indem Hürden, die die Antragstellung erschweren, wie z.B. hohe Gebühren und lange Bearbeitungszeiten, abgebaut werden.

[81] Modul 37

[82] Die Regelungen der öffentlichen Verwaltung sind auch auf Körperschaften des öffentlichen Rechts anzuwenden.

[83] Modul Strafverfolgung (umfasst Module 38 bis 44)

[84] Modul 38

[85] Der Überlastung von Strafverfolgungsbehörden ist ebenso wie in der Justiz durch die Aufstockung der personellen und finanziellen Kapazitäten Abhilfe zu schaffen.

[86] Modul 39

[87] Detaillierte Statistiken zu Einstellungen und Verständigungen in Wirtschafts- und Korruptionsstrafverfahren sind zu veröffentlichen.

[88] Modul 40

[89] Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Korruptions- und Wirtschaftskriminalität sind in allen Bundesländern einzurichten.

[90] Modul 41

[91] Die Weisungsunabhängigkeit der Staatsanwaltschaften von den Justizministerien ist sicherzustellen.

[92] Modul 42

[93] In der beruflichen Aus- und Fortbildung für Polizei und Staatsanwaltschaften ist stärker auf Themen der Korruptionsbekämpfung einzugehen.

[94] Modul 43

[95] Die verschiedenen Statistiken über die strafrechtliche Verfolgung von Korruption sind in einem gesamthaften Bericht zusammenzuführen.

[96] Modul 44

[97] Die Verjährungsfristen bei „Korruptionsdelikten“ sind zu verlängern.

[98] Modul Wahlsystem (umfasst Module 45 bis 48)

[99] Modul 45

[100] Im Hinblick auf das Wahlsystem sind die Vorschläge der OSZE für eine verbesserte Regelung der Wahlzulassung umzusetzen, so dass unter anderem eine juristische Prüfung von Entscheidungen vor dem Wahltag möglich wird.

[101] Modul 46

[102] Die Veröffentlichung eines ausführlichen und umfassenden Bundestagswahlberichts ist anzustreben, um die bisherigen Einzeldokumente und –veröffentlichungen zusammenzuführen.

[103] Modul 47

[104] Die Veröffentlichung der Wahlkampffinanzierung ist insbesondere für die Wahlkreisebene transparenter zu gestalten; dies gilt vor allem für die Handhabung von Wahlkreisspenden, direkten Spenden und geldwerten Zuwendungen an einzelne Personen.

[105] Modul 48

[106] Die Regelungen zur Vergabe von Sendezeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind zu veröffentlichen.

[107] Modul Rechnungshöfe (umfasst Module 49 bis 51)

[108] Modul 49

[109] Die Kooperation der Rechnungshöfe von Bund und Ländern mit den jeweiligen Parlamenten, einschließlich der Kontrolle der Haushaltsführung durch die Parlamente, sind durch verstärkte Eigenkontrollen (Peer Review) zu ergänzen.

[110] Modul 50

[111] Die Möglichkeit, GmbHs und AGs in öffentlichem Besitz oder mit öffentlicher Beteiligung einer Prüfung durch die Rechnungshöfe zu unterziehen, ist grundsätzlich zu eröffnen.

[112] Modul 51

[113] Die Veröffentlichung eines größeren Anteils der Prüfungsmitteilungen und Berichte der Rechnungshöfe ist wünschenswert.

[114] Modul Politische Parteien (umfasst Module 52 bis 62)

[115] Modul 52

[116] Spenden an politische Parteien auf allen Ebenen sind noch transparenter, detaillierter und schneller zu veröffentlichen.

[117] Modul 53

[118] Spenden sind ab 2.000 Euro/Jahr (bislang 10.000 Euro/Jahr) zu veröffentlichen.

[119] Modul 54

[120] Parteispenden und Sponsoring sind auf maximal 50.000 Euro pro Jahr und Konzern, Unternehmen, Verband bzw. Person zu begrenzen, um allen Debatten über den unlauteren Einfluss von Großspenden die Grundlage zu entziehen.

[121] Modul 55

[122] Für Parteisponsoring sind klare Veröffentlichungspflichten einzuführen, so dass es den gleichen Regelungen wie Parteispenden unterliegt, einschließlich einer Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Sponsoring als Betriebsausgaben.

[123] Modul 56

[124] Für die Überprüfung der Parteienfinanzierung ist ein unabhängiges Kontrollgremium einzurichten.

[125] Modul 57

[126] Die staatliche Politikfinanzierung ist regelmäßig in einem umfassenden „Politikfinanzierungsbericht“ transparent zu machen, so dass auch über die Zuwendungen an die Bundestagsfraktionen und die Globalzuschüsse an die parteinahen Stiftungen Auskunft gegeben wird.

[127] Modul 58

[128] Die Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte der Parteien hat binnen sechs Monaten auf der Homepage des Bundestages zu erfolgen.

[129] Modul 59

[130] Im Falle von schwerwiegenden Verstößen gegen das Parteiengesetz ist der Verlust des passiven Wahlrechts für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als Sanktion vorzusehen.

[131] Modul 60

[132] Die Strukturen und Prozesse der Parteiapparate sind unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsprävention und der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zu überprüfen und zeitgemäßen Compliancemanagementsystemen anzupassen.

[133] Modul 61

[134] Regelungen und Verfahren sind zu verbessern, um das Problem der Ämterpatronage durch politische Parteien in der Praxis einzudämmen.

[135] Modul 62

[136] Die politischen Parteien werden aufgefordert, sich stärker und eindeutiger gegen Korruption in Politik und Gesellschaft zu engagieren.

[137] Modul Medien (umfasst Module 63 bis 66)

[138] Modul 63

[139] Die Integrität von Journalistinnen und Journalisten ist durch Verhaltenskodizes zu schützen, die unter anderem Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten vorsehen.

[140] Modul 64

[141] Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in einem jährlichen Bericht detailliert und öffentlich über die Verwendung der Gebühreneinnahmen Auskunft zu geben.

[142] Modul 65

[143] Dem investigativen Journalismus ist der nötige Entfaltungsspielraum zu gewähren.

[144] Modul 66

[145] Die Strukturen und Prozesse der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind unter dem Gesichtspunkt der Korruptionsprävention und der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften zu überprüfen und zeitgemäßen Compliancemanagementsystemen anzupassen.

[146] Modul Zivilgesellschaft (umfasst Module 67 bis 70)

[147] Modul 67

[148] Die flächendeckende Einführung und Anwendung freiwilliger Verhaltensstandards und Prüfverfahren für Transparenz, Rechenschaft und Integrität (einschließlich der Vermeidung von Interessenkonflikten) in Organisationen der Zivilgesellschaft (einschließlich Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Freizeit- und Sportverbänden) sind sicherzustellen.

[149] Modul 68

[150] Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft wird weiter empfohlen, das Thema Antikorruption stärker in ihrer inhaltlichen Arbeit (z.B. im Bereich Umwelt, Klima, Menschenrechte) zu berücksichtigen.

[151] Modul 69

[152] In den Bundesländern sind einheitliche Sammlungsgesetze (wieder) einzuführen, um den Schutz von Spenderinnen und Spendern zu stärken.

[153] Modul 70

[154] Finanzämtern ist die Möglichkeit einzuräumen, über den Gemeinnützigkeitsstatus von Organisationen Auskunft zu geben.

[155] Modul Wirtschaft (umfasst Module 71 bis 82)

[156] Modul 71

[157] Corporate Governance und Compliancemanagementsysteme zur Korruptionsprävention sind sowohl in Großunternehmen als auch kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und öffentlichen Unternehmen einzuführen.

[158] Modul 72

[159] Der Gesetzgeber hat Mindeststandards für den Aufbau von Compliancemanagementsystemen vorzugeben, die allen Rechtsformen der Wirtschaft angepasst sind.

[160] Modul 73

[161] Die Straftatbestände der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr sind durch die Einführung des „Geschäftsherrenmodells" zu verschärfen, so dass auch die Interessen des „Geschäftsherrn" an der korrekten Erfüllung der Pflichten der Angestellten geschützt sind.

[162] Modul 74

[163] Bestechung durch deutsche Unternehmen ist härter zu bestrafen, zum Beispiel durch Einführung eines Unternehmensstrafrechts oder die Anhebung des Bußgeldrahmens im Ordnungswidrigkeitengesetz.

[164] Modul 75

[165] Schmiergeldzahlungen (facilitation payments) auch an ausländische Amtsträgerinnen und Amtsträger sind zu verbieten.

[166] Modul 76

[167] Der gesetzliche Hinweisgeberschutz im privaten Sektor ist zu stärken. Somit würde eine zentrale Voraussetzung zur Ratifizierung des Zivilrechtsübereinkommens über Korruption des Europarates geschaffen.

[168] Modul 77

[169] Unternehmen sind aufgefordert, Hinweisgebersysteme einzurichten, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, qualifiziert über wahrgenommene Missstände zu berichten, ohne dass ihnen hieraus ein Nachteil erwächst.

[170] Modul 78

[171] Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind entsprechend dem aktuellen internationalen Übereinkommen konsequent umzusetzen.

[172] Modul 79

[173] Die Unabhängigkeit der für die Durchsetzung und Transparenz der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zuständigen Kontaktstelle ist durch entsprechende institutionelle Verankerungund parlamentarische Kontrolle der Umsetzungsaktivitäten sicherzustellen.

[174] Modul 80

[175] Maßnahmen zur Korruptionsprävention sind in der Berichterstattung, insbesondere der Nachhaltigkeitsberichterstattung, von Unternehmen darzustellen.

[176] Modul 81

[177] Von Unternehmen und den von ihnen beauftragten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfern und Steuerberaterinnen und Steuerberatern ist eine stärkere Mitverantwortung für einen korruptionsfreien Wettbewerb einzufordern.

[178] Modul 82

[179] Mitglieder von gesellschaftsrechtlichen Gremien öffentlicher Unternehmen sind in Anlehnung an die Regelungen des Aktienrechts von der Verschwiegenheitspflicht gegenüber der sie entsendenden Körperschaft zu entbinden.

[180] Modul Antikorruptionsbildung (umfasst Module 83 bis 84)

[181] Modul 83

[182] Antikorruption ist in der Fort- und Ausbildung in allen Bereichen zu stärken. Auch Schulen sollten frühzeitig einen Beitrag zur politischen Bildung in Sachen Antikorruption leisten und Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisieren. Universitäten und Hochschulen sind angehalten, das Thema Antikorruption fachübergreifend in ihre Studiengänge zu integrieren.

[183] Modul 84

[184] Deutschland ist aufgefordert, dem Abkommen zur Förderung der Bildung im Bereich Antikorruption (Agreement for the Establishment of IACA as an International Organization) beizutreten.

PA168 - kommunales Ausländerwahlrecht

Wahlprogramm - Wahlrecht LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Diskriminierungsfreie Teilhabe in der eigenen Kommune ermöglichen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Modul kommunales Ausländerwahlrecht (umfasst Module Forderung und Begründung)

[3] Modul Forderung

[4] Wir engagieren uns für ein kommunales Wahlrecht für alle ausländischen Staatsbürger und staatenlose Menschen, die das erforderliche Wahlalter erreicht haben und die sich seit mindestens drei Monaten rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

[5] Modul Begründung

[6] Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiges Instrument für politische Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichberechtigung. Zum Zusammenleben auf gleicher Augenhöhe gehört, dass auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht erhalten. Unionsbürger dürfen bei Kommunalwahlen wählen, wenn sie seit drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind. Drittstaatsangehörigen ist das Wahlrecht jedoch verwehrt, auch wenn sie seit vierzig Jahren in Deutschland wohnen. Im Gegensatz zu Landtags- und Bundestagswahlen, wo das Wahlrecht durch die Staatsangehörigkeit erlangt wird, ist die Zugehörigkeit zu einer Kommune, mit damit einhergehenden Pflichten, davon unabhängig. Diesen Grundgedanken greift auch Art. 28 GG auf, der explizit ein kommunales Wahlrecht für EU-Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit vorsieht.

[7] Jeder Mensch hat das Recht, da wo sich sein Lebensmittelpunkt befindet, die städtische Politik mitzubestimmen. Wer das Gefühl hat, dass die eigene Meinung zählt, ist bereits integriert. Die bestehenden Hürden, die dem durch das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht entgegenstehen, werden wir aufheben. Das kommunale Wahlrecht ist allen Menschen zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, aktiv an der Gestaltung ihres direkten Umfelds teilzuhaben.

[8] Deutschland ist reich an Menschen mit vielen verschiedenen kulturellen Hintergründen. Menschen, die ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihr Engagement einer Gemeinde zur Verfügung stellen wollen. Dies kann in vielerlei Weise geschehen: Durch Teilnahme an und Initation von Bürgerbegehren und -befragungen und natürlich auch durch Wahlen, durch die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts. Dieses Reichtum berauben wir uns momentan noch selbst und vergeben zudem die Chance einen wichtigen Baustein zur Inklusionsdebatte zu integrieren. Der Ausschluss dieses Personenkreises vom Wahlrecht stellt eine Diskriminierung bei der Ausübung der politischen Rechte dar. Mehr Demokratie e.V. meint: “Demokratie im Gespräch mit anderen Menschen zu erleben, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt”. Dass dies möglich ist, zeigt ein Blick nach Europa und

nach Deutschland: Dänemark, Schweden, Finnland, Irland und Niederlande haben bereits aktives und passives Kommunalwahlrecht für alle Ausländer.

[9] Die Bedenken bisheriger Kritiker meinen – und sie berufen sich dabei auf eine Urteil des BVerfG von 1992 – “das Volk, von dem laut Grundgesetz die Macht ausgehe, seien lediglich deutsche Staatsbürger. Wir gehen jedoch davon aus, und dies mit vielen anderen Gutachtern, dass mit der Einführung der Unionsbürgerschaft, der Rechtsfortentwicklung im supranationalen, europäischen und auch deutschen Kontext sowie mit den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen das BVG seine Interpretation von 1992 revidieren und sich den neuen gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen anpassen wird.

[10] Nur wer Mitwirkungsrechte und den Zugang zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe hat, kann auch Teil des Gemeinwesens werden und sich heimisch fühlen. Die mangelnde Möglichkeit der politischen Partizipation eines immer größer werdenden Bevölkerungsteils stellt auf die Dauer ein ernst zu nehmendes Demokratiedefizit dar. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Wachstum der politisch nicht repräsentierten Bevölkerung zu rechnen. In Gemeinden mit hohem Ausländeranteil entstehen so „demokratiefreie“ Zonen. Ausländerbeiräte oder Beauftragte können nicht alleine den aktiven demokratischen Prozess ersetzen.

PA169 - Amnestie für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Amnestie für Menschen, welche sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik befinden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] •Die Piratenpartei Deutschlands tritt für eine Amnestie für Menschen, welche sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik befinden, ein.

[3] •Die Amnestie umfasst, neben einem Straferlass für den Aufenthalt ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik, auch eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis für alle Amnestierten.

[4] •Ziel dieser Amnestie ist, den Papierlosen, d.h. Menschen, die wegen ihrem ungeregelten Aufenthaltsstatus rechtlos sind, ihre Würde zurückzugeben, der Marginalisierung eines Teils der Gesellschaft entgegenzutreten und den Solidaritätsgedanken zu fördern.

[5] Die genauen gesetzlichen Regelungen für eine Amnestie (Dauer des Aufenthaltes, um in den Genuss der Amnestie zu kommen; Umgang mit durch kriminelle Handlungen straffällig gewordenen Menschen, die in den Genuss einer Amnestie kommen könnten, usw.) sollen durch eine Expertenkommission erarbeitet werden.

Begründung

[6] Begründung (nicht Teil des Antrags)

[7] Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Papierlosen bleibt im Dunklen und die Schätzungen schwanken. Die deutsche Bischofskonferenz zum Beispiel geht von 400.000 aus, andere, wie der DGB, gehen von 1,5 Mio. aus. 1

[8] Betroffen sind auch Migranten bzw. Migrantinnen, die zwar als Arbeitskräfte z.B. im Haushalt, im Gastgewerbe oder in der Altenpflege sehr geschätzt sind, aber aus den verschiedensten Gründen keine gültige Aufenthaltsbewilligung (mehr) haben. Gemeinsam ist ihnen die Rechts- und Perspektivlosigkeit. Alle sind der Ausbeutung durch Schwarzarbeit ausgesetzt.

[9] Ab welchem Zeitpunkt könnten illegal hier lebende Menschen, die sonst keine Straftat begehen, das Recht auf eine Lebensperspektive in der Bundesrepublik Deutschland verdienen? Anders ausgedrückt: Warum gehen wir anscheinend von der rechtlichen Grundannahme aus, dass es im Bereich des unerlaubten Aufenthalts keine Möglichkeit einer „Verjährung“ des ursprünglichen Vergehens gibt? Warum können Menschen, die eine Steuerhinterziehung begangen haben, die (Gewalt-) verbrechen begangen haben, aus juristischen Gründen auf die „Verjährung“ dieser Taten setzen? Bei papierlosen Migranten sieht es genau andersherum aus: Je länger

sie hier unentdeckt leben, desto schwerwiegender wird die Straftat (so zumindest die überwiegende juristische Beurteilungstendenz). 2

[10] Dies widerspricht aber der tatsächlichen Lebensweise, der zunehmenden Etablierung der Migranten in der Bundesrepublik, die den Hang zur Gesetzeskonformität mit der Zeit verstärkt. 3

[11] Es sei denn, die Menschen driften durch materielle Verelendung in die (Klein-)Kriminalität ab. Vor diesem Verlust einer "gesetzeskonformen" Perspektive haben aber sehr viele Betroffene große Angst. 4

[12] Frankreich, Polen und die USA (periodisch) haben solche Amnestien durchgeführt, wobei sich dadurch die Kriminalität reduziert hat und die Steuereinnahmen gestiegen sind. 5 Am wichtigsten jedoch: Viele Menschen hatten wieder Chancen sich ein gutes Leben aufzubauen.

[13] Quellen (Nicht Teil des Antrags)

[14] 1 Behördliche Schätzungen (Bundesministerium des Inneren, Bundesministerium für Arbeit) sowie eines Wohlfahrtsverbandes (Deutsche Caritas) aus der ersten Hälfte der 90er Jahre nennen eine halbe Million, der Europarat nannte 1996 gar die Zahl von einer Million. Schätzungen in der Presse gehen noch darüber hinaus. siehe auch Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland (Berlin 2000) 198.

[15] 2 Im Ausländergesetz findet sich der Straftatbestand des illegalen Aufenthalts (§§ 92, 92a, 92b), der mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr geahndet werden kann. „Illegaler Aufenthalt", d.h., die Einreise und Aufenthalt ohne Visum oder ein anderweitiges gültiges Erlaubnisdokument der zuständigen Ausländerbehörde wird also strafrechtlich verfolgt. Zu Illegalisierten können Personen werden aus der Gruppe legal Eingereister mit befristetem Aufenthaltsrecht wie ausländische StudentInnen, TouristInnen oder SaisonarbeiterInnen, wenn sie länger in Deutschland verweilen als es die Befristung zulässt.

[16] 2A "Dass Sie uns nicht vergessen ..." Menschen in der Illegalität in München. Eine empirische Studie im Auftrag der Landeshauptstadt München. München, 2003, s. 113 bis 116

[17] 3 "Dass Sie uns nicht vergessen ..." Menschen in der Illegalität in München. Eine empirische Studie im Auftrag der Landeshauptstadt München. München, 2003, s. 25

[18] 4 Vgl. Uihlein, H.: Menschen in der Illegalität – ein vernachlässigtes Problem. In: IZA, 1-2002, S. 39–45.

[19] 5 "Dass Sie uns nicht vergessen ..." Menschen in der Illegalität in München. Eine empirische Studie im Auftrag der Landeshauptstadt München. München, 2003, s. 113 bis 116

PA170 - Abschaffung der Visa-Warndatei

Wahlprogramm - Überwachung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Die Visa Warndatei ist aus Datenschutzsicht nicht akzeptabel, weil unverhältnismäßig in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Visa Antragstellern und Einladern in Deutschland eingegriffen wird.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein die, Visa-Warndatei wieder abzuschaffen. Durch sie wird unverhältnismäßig in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Visaantragstellern und Einladern in Deutschland eingegriffen.

Begründung

[3] Die Visa Warndatei 1 ist aus Datenschutzsicht nicht akzeptabel, weil unverhältnismäßig in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Visaantragstellern und Einladern in Deutschland eingegriffen wird.

[4] Nicht nur auffällige Visaantragsteller, sondern sämtliche Einlader in Deutschland sollen gespeichert werden: Wirtschaftsunternehmen, Sport- und Musikvereine, Verbände für den Jugendaustausch, kulturelle und humanitäre

[5] Organisationen sowie Personen, die für diese Stellen tätig sind. Wer Ausländer von außerhalb Europas nach Deutschland privat einlädt, wird ebenfalls erfasst. Betroffen sind insbesondere eingewanderte und binationale Familien.

[6] “Es handelt sich bei der VWD um eine Datei mit äußerst sensiblen Daten mit Angaben über personelle internationale Kontakte. Derart sensible Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bedürfen einer Rechtfertigung im überwiegenden Allgemeininteresse sowie besonderer organisatorischer und verfahrensrechtlicher Vorkehrungen (BVerfG NJW 1984, 419). In Ermangelung einer überprüfbaren empirischen Begründung der Erforderlichkeit und Wirkung bestehen starke Zweifel an der Zweck- und Verhältnismäßigkeit der geplanten VWD. Soweit Informationen verfügbar sind, sprechen die dafür, dass die Einladungstätigkeit nach § 68 AufenthG weitgehend rechtskonform erfolgt. Zweifellos gibt es Missbrauchsfälle; diese sind aber Einzelfälle, erfolgen zumeist in organisierter Form und lassen sich mit einem verdachtsbezogenen Datenaustausch aufklären.“2

[7] Die Daten werde zentral gespeichert, eine wirkliche Kontrolle der Speicherung ist nicht vorgesehen.

[8] Absolut inakzeptabel ist, dass auch Sicherheitsbehörden, also Polizei und Strafverfolger und sogar die Geheimdienste, Zugriff auf diese Daten erhalten sollen. 3

[9] Was als Warndatei gegen Visamissbrauch eingefürt wurde, ist nichts anderes als eine gigantische Vorratsdatenspeicherung all der Menschen und Organisationen, die mit Menschen außerhalb von Europa Austausch pflegen wollen.

[10] Mit der Datei profiliert sich die BRD als Kontroll- und Abschottungsstaat.

[11] Die Visadatei ist eine Gefahr für all diejenigen, die den wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Austausch mit anderen Ländern anstreben.

[12] Menschenhändler und Terroristen arbeiten mit gefälschten Identitäten und Strohmännern, denen mit der geplanten Datei nicht begegnet werden kann.3

[13] Quellen

[14] 1 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/066/1706643.pdf

[15] 2 Siehe die Stellungnahme des Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a04/Anhoerungen/Anhoerung14/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme_0
3 http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a04/Anhoerungen/Anhoerung14/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme_

PA171 - Gleichbehandlung aller Studenten im Bezug auf die Ausübung einer studentischen Nebentätigkeit

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Seit 2005 dürfen internationale Studierende, die nicht aus der EU oder dem EWR kommen, 90 volle oder 180 halbe Tage im Jahr arbeiten. Internationale Studierende, die nicht aus der EU kommen, dürfen sich nicht selbstständig machen oder freiberuflich arbeit

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein die Bedingungen für eine studentische Nebentätigkeit anzupassen und bestehende Unterschiede zwischen Nicht-EU Ausländern, EU-Ausländern der "alten" EU-Länder (inklusive Deutschland) und EU-Ausländern der "neuen" EU-Länder abzubauen. Die Gleichbehandlung für alle Studenten jeder beliebigen Nationalität wird angestrebt.

Begründung

[3] Begründung (Nicht Teil des Antrags)

[4] Das Bestehen dieser Restriktionen gegenüber Ausländern aus einem Nicht-EU Land ist diskriminierend und selektiv. Ausländer aus dem EU-Ausland und Deutsche genießen die selben Regelungen und sind faktisch gleichgestellt was eine studentische Nebentätigkeit angeht. 1

[5] Hintergrund (Nicht Teil des Antrags)

[6] Seit 2005 dürfen internationale Studierende, die nicht aus der EU oder dem EWR kommen, 90 volle oder 180 halbe Tage im Jahr arbeiten. Dafür brauchen sie keine Zustimmung der Agentur für Arbeit, der deutschen Zentralbehörde. Allerdings dürfen internationale Studierende, die nicht aus der EU kommen, sich nicht selbstständig machen oder freiberuflich arbeiten!

[7] Wenn sie mehr als 90 volle oder 180 halbe Tage arbeiten wollen, brauchen sie die Zustimmung der Agentur für Arbeit und der Ausländerbehörde. Ob sie diese Zustimmung erhalten, hängt von der Arbeitsmarktlage am jeweiligen Studienort ab. In Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit werden sie wenig Chancen haben, mehr als 90 Tage arbeiten zu können. Eine Ausnahme ist allerdings die Arbeit als wissenschaftliche oder studentische Hilfskraft: Solange das Studium nicht gefährdet ist, kann diese zeitlich unbegrenzt ausgeübt werden. Die Ausländerbehörde muss aber trotzdem informiert werden, wenn Nicht-EU Ausländer als wissenschaftliche oder studentische Hilfskraft arbeiten wollen! 2

[8] Quellen

[9] 1 : http://portal.mytum.de/studium/bewerbung/incomings/arbeiten/document_view? 2 : http://www.internationale-studierende.de/fragen_zur_vorbereitung/finanzierung/jobben/#c245

PA172 - Keine prekären Arbeitsverhältnisse für Deutschlehrer der Integrationskurse

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse für Deutschlehrer der Integrationskurse

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Deutschlehrer der Integrationskurse eine angemessene Entlohnung erhalten.

Begründung

[3] In den staatlich geförderten Integrationskursen leisten Deutschlehrer/innen einen Großteil der Integrationsarbeit. Sie haben selber aber kaum/keine soziale Absicherung, sind im Krankheitsfall ohne Einkommen und im Alter ohne ausreichende Rente. Sie arbeiten als freiberufliche Honorarkräfte zu Honoraren, die weder ihre vom Staat geforderte hohe Qualifikation noch ihre wichtige und nicht einfache Arbeit würdigen - und auch keine soziale Absicherung ermöglichen.

[4] Die meisten Lehrkräfte arbeiten als Scheinselbstständige. Sie sind in die Organisation der Bildungsträgers eingegliedert und arbeiten nach Anweisungen. Sie verrichten also Tätigkeiten, die im Sinne des $7 SGB IV als ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis angesehen werden müssten, werden aber auf Honorarbasis als Selbstständige bezahlt. Tatsächlich unterscheidet sich ihre Arbeit nicht von der Arbeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen.

[5] Wir strebefür die Lehrkräfte eine Angleichung an die Verhältnisse der Lehrkräfte, die in öffentlichen Gymnasien arbeiten, an: eine Bezahlung nach demselben Tarif, der für Lehrkräfte der Sekundarstufe 2 gilt. Die Bezahlung hat durch eine staatliche Behörde, und nicht durch den Bildungsträger zu erfolgen. Der Arbeitsvertrag soll mit der staatlichen Behörde, nicht mit dem Bildungsträger geschlossen werden. Tariflich ausgehandete Vereinbarungen, die für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen gelten, sollten für die Lehrkräfte in Integrationskursen übernommen werden. Integrationskurse könnten entsprechend auch in den Räumlichkeiten der öffentlichen Schulen durchgeführt werden.

PA173 - Multiple Staatsbürgerschaft

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für multiple Staatsbürgerschaften

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei fordert die Einführung einer gesetzlichen Grundlage zur Gewährung von multiplen Staatsbürgerschaften.

Begründung

[3] Heute ist es schon ohne Probleme möglich, eine multiple Staatsangehörigkeit zu besitzen. Allerdings bezieht sich dies in der Regel nur auf einen ausgewählten Kreis von Menschen.

[4] Hierbei handelt es sich in der Regel um Menschen, die in der BRD geboren sind und nach dem Abstammungsprinzip die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Ihnen wird eine multiple Staatsangehörigkeit, ohne jegliche Einschränkung, schon heute gewährt.1

[5] Die Zweite Gruppe von Menschen, denen ohne Probleme eine multiple Staatsangehörigkeit gewährt wird, sind Spätaussiedler, die die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 7 StAG erworben haben. Sie dürfen, ohne Probleme, ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten.2

[6] Die dritte Gruppe von Menschen umfasst all jene, die Bürger von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind. Auch sie müssen ihre ausländische Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Sie können auf Dauer eine doppelte Staatsbürgerschaft behalten, wenn ihr Heimatland bei der Einbürgerung von Deutschen ebenso verfährt, also wenn auch Deutsche in diesem Land zusätzlich zur ausländischen Staatsangehörigkeit die deutsche Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Dies gilt auch für Bürger der Schweiz.3

[7] Sonderregelungen gelten ebenso für Staaten wie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland und Israel. Sie erhalten in der Regel umstandslos Beibeihaltungsgenehmigungen (BBG) nach § 25 Abs. 2 StAG.4

[8] Quelle (Nicht Teil des Antrags) 1 http://www.einbuergerungstest.biz/einbuergerung-allgemein/abstammungsprinzip

[9] 2 Bundestagsdrucksache Drucksache 14/9815 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/098/1409815.pdf

[10] 3 http://www.bva.bund.de/cln_228/nn_2157550/DE/Aufgaben/Abt__III/Staatsangehoerigkeit/Aktuelles/Meldungen/StAG__

[11] 4 http://www.bva.bund.de/cln_228/nn_2157550/DE/Aufgaben/Abt__III/Staatsangehoerigkeit/Einbuergerung/Beibehaltung/b node.html?__nnn=true

PA174 - NEU-Bewertung der Blutspende-Ausschlusskriterien durch Bundesärztekammer

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Triztan

Zusammenfassung

Die Ausschlusskriterien zur Blutspende sollen entsprechend dem heutigen medizinisch-wissenschaftlichen Kenntnisstand neu bewertet und angepasst werden, um die Versorgung mit hochwertigen Blutprodukten zu verbessern.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Richtlinien zur Gewinnung von Blutprodukten überarbeitet werden und die Ausschlusskriterien entsprechend dem heutigem Kenntnisstand bewertet und angepasst werden. Die hierfür zuständige Bundesärztekammer und die zuständige Bundesoberbehörde, das Paul-Ehrlich Institut, werden deshalb aufgefordert zu prüfen, welche Ausschlusskriterien gelockert werden können, ohne dabei das Risiko für die Spendenempfänger zu erhöhen.

[3] Die Qualität von Blutprodukten muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von Personen mit einem nachgewiesenen Risikoprofil. Die Ausschlusskriterien müssen praktikabel (d.h. einfach) bleiben und dürfen nicht diskriminierend sein.

Begründung

[4] Die folgende Begründung ist sinngemäß der entsprechenden LQFB-Initiative entnommen (dort sind auch die Quellen angegeben):

[5] Eine differenziertere Ausschluss-Regelung zur Blutspende hat das Potential

- die Menge von Blutspenden bei gleicher Qualität zu erhöhen
- Verständnis und Akzeptanz der Ausschluss-Regeln zu erhöhen (z.B. unter Männern die Sex mit Männern haben (MSM))
- die Anzahl der Blutspenden unter falschen Angaben verringern
- und somit sogar positiv auf die Qualität der Blutspenden auswirken

[6] **Erläuterung anhand eines Beispiels**

[7] In Deutschland dürfen schwule und bisexuelle Männer seit den 80er Jahren grundsätzlich kein Blut spenden. Diese Regelung wurde eingeführt, da im Rahmen der weltweiten AIDS-Epidemie auch viele Blutkonserven mit HIV kontaminiert waren und schwule, sowie bisexuelle Männer als besondere Risikogruppe ausgemacht wurden.

[8] Die Regelung war damals sinnvoll, um die Qualität der Blutprodukte zu gewährleisten.

[9] 2010 wurden die Regelungen zum Blutspende-Ausschluss durch eine Richtlinienanpassung zuletzt angepasst, um insbesondere den diskriminierenden Anschein der Formulierungwn zum Ausschluss von der Blutspende zu entkräften. Seitdem sind statt "Homo- und bisexuellen Männern" nun "Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben" (MSM) dauerhaft von der Blutspende ausgeschlossen. In den Erläuterungen der Bundesärztekammer wurde darauf hingewiesen, dass eine inhaltliche Überarbeitung der Richtlinien angebracht erscheint und zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen sei. (9,10)

[10] Ziel dieses Antrags ist es, die Bundesärztekammer daran zu erinnern, diese Neu-Bewertung und Überarbeitung umzusetzen.

[11] Es folgen einige Pro- und Contra-Argumente bezüglich einer Lockerung des Ausschlusses für MSM, um die Komplexität dieses Themas darzustellen und zu begründen, dass weiterhin eine Expertenkommission erforderlich ist, um diese zu bewerten und abzuwägen.

[12] PRO-Argumente bzgl. Lockerung des Ausschlusses von MSM

[13] Grundsätzlich geht nur eine Gefahr von MSM mit nicht entdeckter HIV-Infektion aus, da eine HIV-Infektion als solche schon ein Ausschlussgrund ist.

[14] In der Zwischenzeit liegen verbesserte Testverfahren für Blutkonserven vor, so dass das Zeitfenster in dem eine HIV-Infektion unentdeckt bleibt auf wenige Tage verkleinert wurde. Für Blutprodukte wird grundsätzlich das sicherste HIV-Testverfahren eingesetzt. (3,4)

[15] Schwule und bisexuelle Männer haben nach wie vor ein erhöhtes Risiko an AIDS zu erkranken, jedoch ist dieses Risiko sehr abhängig von individuellen Verhaltensweisen. Viele schwule und bisexuelle Männer leben in einer festen Partnerschaft, haben wenig wechselnde Sexualkontakte und/oder praktizieren grundsätzlich nur geschützten Sex. Für diese Männer besteht kaum ein erhöhtes Risiko an AIDS zu erkranken, trotzdem sind sie von der Blutspende ausgenommen. Die Risiken können heute zudem präziser bestimmt werden.

[16] Nach wie vor ist der Bedarf an Blutkonserven in Deutschland hoch, bzw. im Begriff weiter zu steigen (durch immer anspruchsvollere Therapieformen und Intensivmedizin (5), sowie eine Überalterung der Gesellschaft). Unter vielen spendebereiten MSM ist deshalb das Unverständnis groß, dass sie auch bei geringem individuellem AIDS-Risiko (bzw. Risikoverhalten) kategorisch von der Blutspende ausgeschlossen sind.

[17] Einige andere Länder haben hier bereits flexiblere Regeln eingeführt:

- In England, Australien, Schweden und Japan dürfen MSM Blut spenden, wenn sie in den letzten 12 Monaten keinen Geschlechtsverkehr hatten. In Südafrika bereits nach 6 Monaten. England hat dies erst kürzlich (November 2011) zugelassen. (2)

[18] Da durch den Ausschluss von MSM fast alle homo- und bisexuellen Männer ausgeschlossen werden (bis auf die, die noch nie Sex hatten), stellt sich auch die Frage, ob hier weiterhin und unnötigerweise eine Diskriminierung einer Minderheit vorliegt.

[19] CONTRA-Argumente bzgl. Lockerung des Ausschlusses von MSM

[20] Blutspenden ist kein Recht, auf das man Anspruch hätte, sondern es soll anderen Menschen helfen und ggf. das Leben retten. Hierbei verschiedene statistische Merkmale heranzuziehen hat nichts mit Diskriminierung zu tun, sofern sie sich auf das Verhalten und nicht die Identität eine Menschen beziehen, da es bei der Blutspende nicht um das Wohlergehen der potentiellen Spender sondern um das Wohlergehen der Empfänger geht.

- Neben AIDS müssen auch andere, durch Blut übertragbare, schwere Krankheiten wie Hepatitis berücksichtigt werden, die unter MSM häufiger auftreten
- Zwar werden heute Blutspenden mit sensibelsten Testverfahren auf Infektionen untersucht, aber die diagnostische Fensterphase bleibt ein Problem.
- Es ist somit aus medizinisch/technischen Gründen nötig andere Merkmale zur Risiko-Minimierung der Empfänger heranzuziehen.

- Eine differenzierte Unterscheidung des individuellen Risikoverhaltens von MSM ist kompliziert und betrifft möglicherweise Details die als intim empfunden werden und nicht wahrheitsgemäß angegeben werden

[21] Es ist auch denkbar, dass sich in Zukunft einmal ein neuer Krankheitserreger bildet und wie HIV zunächst unentdeckt stark unter MSM ausbreitet. Diese Gefahr ist aufgrund besseren Verständnis der Krankheitserreger verringert, kann aber nicht ausgeschlossen werden. (9)

[22] Ohne Zweifel werden bestimmte Personen aufgrund des Heranziehens dieser statistischen Merkmale von einer Blutspende ausgeschlossen, obwohl ihr Blut geeignet wäre. Aus rein medizinischen Gründen gibt es hierzu keine Alternative, denn letztendlich geht es beim Blutspenden nicht um das Wohlergehen des Spenders, sondern um das Wohlergehen des Empfängers. Blutspenden ist kein "Recht" auf das man Anspruch hätte, sondern muss nach medizinischen Gesichtspunkten erfolgen.

[23] Eine allgemeine Selbsteinschätzung wie beim anonymen Spenderselbstausschluss ohne Angabe detailierter Gründe löst dieses Problem nicht unbedingt, da es fraglich ist, ob (rein statistisch betrachtet) die Spender ihr Risiko korrekt einschätzen können.

[24] FAZIT

[25] Die Piratenpartei sollte sich hierzu nicht ohne entsprechende Verweise auf Expertenwissen positionieren.

[26] Die Blutspende-Zulassung von Männern, die Sex mit Männern haben, muss sich an aktuellen Statistiken orientieren und gut abgewogen werden. Im Vordergrund steht das Recht des Blutspende-Empfängers (Qualität vor Quantität). Im Interesse des Blutspende-Empfängers müssen daher weiterhin statistische nachgewiesene Risiko-Profile betrachtet werden. Nur bei gleichbleibender Qualität der Blutspenden kann deren Quantität maximiert werden. Es sind einfache und leicht verständliche Ausschlusskriterien zu definieren, die dies ermöglichen.

[27] Eine Abwägung dieser Punkte kann nur durch die Bundesärztekammer erfolgen, die seit dem Transfusionsgesetz von 1998 für die Blutspende-Richtlinien zuständig ist. Die Piratenpartei kann die Bundesärztekammer jedoch darauf hinweisen, dass die Ausschlusskriterien nicht optimal erscheinen und eine Neubewertung erforderlich ist.

PA175 - Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland

Wahlprogramm - BGE

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

für die Sozialpiraten: Michael Ebner, Heike Wegner, Olaf Wegner, Thomas Küppers, Fizz, Robert Conin

Zusammenfassung

Leitlinien für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen: Im Wahlprogramm der Piratenpartei soll im Punkt BGE zwischen den Absätzen "Zeitgleich werden wir uns im Bundestag dafür einsetzen" und "Bis zur Einführung" soll der folgende Text eingefügt werden:*

[2] Ein Grundeinkommen ist seriös zu finanzieren. Wir PIRATEN bevorzugen einen Start mit vorsichtigen Annahmen und einem geringen Grundeinkommen - sollte die Entwicklung dann günstiger verlaufen als die Annahmen, ist die Erhöhung des Grundeinkommens schnell beschlossen. Die Einführung eines Grundeinkommens darf jedoch nicht zur Schlechterstellung von wirtschaftlich Schwachen führen.

[3] Die Einführung eines Grundeinkommens wird das Steuer- und Sozialsystem erheblich verändern und somit in mehreren Schritten erfolgen müssen. Dies können viele kleine Schritte sein, es können jedoch auch einige größere Schritte vorgenommen werden. Mittelfristig muss das Grundeinkommen den "vier Kriterien" (ohne Bedingungen, existenzsichernd, individuell berechnet, ohne Bedürftigkeitsprüfung) genügen. In der Phase der Einführung sind Modelle denkbar, die diesen Kriterien nur teilweise genügen.

[4] Ein Grundeinkommen wird zusätzlich zu Erwerbseinkommen und Renten- oder Pensionsbezug gezahlt. Es wird jedoch nicht anders zu finanzieren sein, als dass diese Einkommen stärker besteuert werden. Eine Kombination aus Grundeinkommen und Rentenbezug wird das Problem der Altersarmut wirksam bekämpfen. Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen, insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell.

Begründung

[5] Grundsätzlich bevorzugen wir die folgende Staffelung unserer programmatischen Aussagen:

- Im Grundsatzprogramm wird das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe festgeschrieben.
- Das Wahlprogramm fordert die Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag und die Volksabstimmung.
- In einem Positionspapier (siehe Antrag xxx) konkretisieren wir unsere Vorstellungen bezüglich eines Grundeinkommens.
- In Anhängen zum Positionspapier legen wir Modelle mit konkreten Zahlen vor.

[6] Eine solche Staffelung würde den wahlkämpfenden Verbänden die Freiheit lassen, das Grundeinkommen je nach regionaler Zustimmung zu diesem Thema stärker oder weniger stark im Wahlkampf hervorzuheben. Insbesondere positionieren wir uns damit maximal zurückhaltend zu einzelnen Modellen und halten somit den Modellstreit weitgehend aus der Partei. Nun hören wir Stimmen aus der Partei, die sich eine stärkere Konkretisierung unserer Positionen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen im Wahlprogramm wünschen. Damit nicht mangels fristgerecht eingereichter Alternativen dann Anträge beschlossen werden, die wir für weniger geeignet halten, stellen wir zur Fristwahrung diesen Antrag.

PA176 - Unverzügliche Bearbeitung von Asylanträgen

Wahlprogramm - Asyl WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Asylanträge unverzüglich bearbeiten.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Asylanträge unverzüglich und regelmäßig innerhalb eines Monats beschieden werden. Dies soll in den Durchführungsbestimmungen zur Antragsbearbeitung verankert werden und einklagbar sein.

Begründung

[3] Momentan gibt es keine Regelung zur Bearbeitung der Anträge. Die Bescheidung dauert häufig viel länger als notwendig. Auch bei einfachsten Anträgen bei denen alle Unterlagen vorhanden sind.

PA177 - Grundrecht auf Internetzugang

Grundsatzprogramm - Internet und Netzpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sebastian Dicke

Zusammenfassung

Es soll ein Grundrecht auf jederzeitigen, mobilen und/oder stationären, Internetzugang geben.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Grundsatzprogramm im Abschnitt "Teilhabe am digitalen Leben" oder an anderer geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Heute ist das Internet das zentrale Informations- und Kommunikationsmedium. Ohne Internetanschluss sind Menschen schnell isoliert und von Kommunikation und Information zu einem wesentlichen Teil abgeschnitten. Deshalb muss sichergestellt sein, dass jeder jederzeit zuhause und unterwegs auf das Internet zugreifen kann.

Begründung

[3] Ein Internetzugang zählt mittlerweile zu den Dingen, die ein Mensch benötigt, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das Problem ist, dass es immer wieder von Seiten der Wirtschaft und des Staats Versuche oder Überlegungen gibt, den Zugriff auf dieses Medium zu regulieren. Besonders gravierend ist der immer wieder getätigte Vorschlag, eine Three-Strikes-Regel für Urheberrechtsverleztungen einzuführen. Das ist alles vollkommen inakzeptabel und muss unterbunden werden. Dazu ein Grundrecht das Mittel der Wahl.

[4] Die Forderung, dass "jederzeit" ein Breitbandinternetzugang zur Verfügung stehen muss, richtet sich gegen die Praxis von Mobilfunkanbietern, die Bandbreite ihrer Internetzugänge nach Ausnutzung eines bestimmten Volumens auf Geschwindigkeiten um die 64 kBit/s zu reduzieren.

[5] Definition von Breitband-Internetzugang: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Them

PA178 - Freiwillige Orientierungskurse

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Orientierungskurse sollen nicht mehr zwingenden zum Bestehen der Integrationskurse erforderlich sein

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass die Orientierungskurse, welche Teil der Integrationskurse für Zuwanderer sind, nicht mehr zwingend zum Bestehen der Integrationskurse erforderlich sind.

Begründung

[3] Der Orientierungskurs (dessen Fragen unter 0 begutachtet werden können) soll eigentlich dazu dienen Zuwanderer mit der Politik, der Geschichte und dem Sozialsystems Deutschlands vertraut zu machen.

[4] Schaut man sich die Fragen jedoch an oder macht man den online verfügbaren Test 1 , so fällt auf, dass die Fragen einen recht hohen Anspruch haben. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, wenn man bedenkt, dass Zuwanderer in der Lage sein sollen diesen Test zu bestehen, nachdem sie im Regelfall lediglich 600 Stunden Sprachunterricht und 60 Stunden gezielte Vorbereitung auf den Orientierungskurs erhalten haben. 2

[5] Der Integrationskurs besteht im wesentlichen aus zwei Teilen: Zum einen aus einem Sprachkurs, der zum Erlangen der Sprachniveau-Stufe B1 3 führt und dem Orientierungskurs. Letzterer ist zwingender Bestandteil des Integrationskurses und der gesamte Kurs gilt als nicht bestanden, wenn nicht auch der Orientierungskurs bestanden wurde. Im Bewusstsein dieser Tatsache gehen viele Besucher der Integrationskurse dazu über die Antworten der Fragen einfach nur auswendig zu lernen, ohne wirklich den Sinn dahinter zu verstehen.

[6] Anzumerken ist, dass dieser Antrag nicht die Abschaffung der Orientierungskurse fordert. Er fordert lediglich, dass diese für die Besucher der Kurse freiwillig sind.

[7] Quellen

[8] 0 : http://i-punkt-projekt.de/downloads/orientierungskurs-lernkarten.pdf

[9] 1 : http://oet.bamf.de/pls/oetut/f?p=524:1:2495039210494657:::::

[10] 2 : http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html

[11] 3 : http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsamer_Europ%C3%A4ischer_Referenzrahmen

PA179 - Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Wir setzen uns für eine generelle Aussetzung von Abschiebungen und Abschiebehaft ein. Abschiebung ist ein staatliches Zwangsmittel, welches oft nur mit Hilfe von Maßnahmen durchgeführt werden kann, die mit den Grundrechten und Menschenrechten in Konflikt stehen und somit eines freiheitlichen Rechtsstaates unwürdig sind. Die Konsequenzen einer Abschiebung führen für den betroffenen Menschen fast immer zu einer aussichtslosen Situation und oft auch zu Gefahr für Leib und Leben. Generell halten wir das Asyl- und Ausländerrecht Deutschlands für überarbeitungsbedürftig, da es die Menschenrechte nicht effizient schützt. Hierzu gehört auch die Gestaltung einer humanen Einwanderungspolitik.

Begründung

[3] Dieser Text wurde adaptiert aus dem Wahlprogramm 2012 der Piraten NRW, siehe http://www.piratenpartei-nrw.de/politik/inneres-und-justiz/auslander-asyl-und-fluchtlingswesen/

[4] Natürlich benötigt es für die endgültige Abschaffung der Abschiebung eines Gesamtkonzeptes bzw. einer Totalreform der gesetzlichen Grundlagen der Einwanderungspolitik. Das braucht Zeit und die Entwicklung eines flüchtlingspolitischen Gesamtkonzeptes. Aber die Abschiebung ist JETZT ein Problem, weil Abschiebungen von "geduldeten" und illegalisierten Menschen so sehr gefürchtet werden, dass sie in ständiger Angst leben oder sogar im Untergrund leben - mit den bekannten Folgen wie Schwarzarbeit, keine medizinische Versorgung, faktische Rechtlosigkeit. Daher ist hier bewusst von der Aussetzung von Abschiebung und Abschiebehaft die Rede.

[5] Flüchtlinge und illegalisierte Menschen fürchten die zwangsweise Rückkehr in ihre "Heimat" oft so sehr, dass sie keine anderen Ausweg sehen als den Selbstmord, wenn die Abschiebung bevorsteht. Im Februar 2012 kam es zum Suizid eines iranischen Flüchtlings in Bayern. Kurz darauf begann der von Flüchtlingen selbst organisierte Flüchtlingsstreik und dann der Protestmarsch der Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin. Im Laufe des Jahres kam es immer wieder zu weiteren Suizid-Versuchen. Welche Furcht muss ein Mensch haben, dass er den Tod der Abschiebung vorzieht?

[6] Die einzige Möglichkeit, den Menschen diese Furcht zu nehmen und so zu helfen ist, die Abschiebung - bzw. die Praxis der Abschiebung - sofort abzuschaffen oder auszusetzen.

[7] Die Abschiebung MUSS jetzt weg, das ist ein Gebot der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit.

PA180 - Abschaffung der verpflichtenden Sprachkurse im Ausland für Ehepartner aus dem Nicht-EU Ausland

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Seit August 2007 muss jeder Zuwanderer, der aus einem Nicht-EU Land stammt und mit einem Deutschen verheiratet ist, einen Sprachnachweis vor der Einreise nach Deutschland erbringen. Diese Praxis ist abzuschaffen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein die Absolvierung eines Deutschkurses im Ausland als Bedingung für die Genehmigung zur Einreise nach Deutschland für Ehepartner aus dem Nicht-EU Ausland abzuschaffen.

Begründung

Hintergrund (Nicht Teil des Antrags)

[3] Seit August 2007 muss jeder Zuwanderer, der aus einem Nicht-EU Land stammt und mit einem Deutschen verheiratet ist, einen Sprachnachweis vor der Einreise nach Deutschland erbringen. Weitere Information zu dieser Praxis finden sich unter 0 . Die Stellungnahme der Bundesregierung ist unter 9 zu finden. Wer sich selbst ein Bild der Verzweiflung vieler Betroffener machen möchte, sei auf 10 (und insbesondere auf die Kommentare zu diesem Eintrag) verwiesen.

Begründung der Ablehnung solcher Kurse (Nicht Teil des Antrags)

[4] Die verpflichtenden Deutschkurse für ausländische Ehepartner (aus einem Nicht-EU Staat) vor der Einreise nach Deutschland sind reine Gängelei und dienen in der Praxis leider in keinster Weise dazu die Integration ausländischer Mitbürger zu fördern, sondern bereiten im Gegenteil eher noch weitere Unannehmlichkeiten für beide Ehepartner. Die wichtigsten Argumente gegen solche Sprachkurse sind:

- Sie sind nicht zielführend, da eine Sprache am besten im Land selbst gelernt wird. Welchen Sinn sollte es haben die Deutsche Sprache in einem Land zu lernen, das eventuell fernab der EU liegt, wenn dort niemand sonst in der Lage ist Deutsch zu reden und somit keinerlei Möglichkeiten zum Üben der Sprache gegeben sind?

- Sie nehmen keinerlei Rücksicht auf die momentane Lage der antragstellenden Person. In vielen Fällen muss ein, im Ausland lebender, Ehepartner zur Bestreitung des Lebensunterhalts arbeiten gehen. Die Kurse finden in den meisten Fällen bereits früh morgens statt und können sich über einen Großteil des Tages erstrecken. In vielen Fällen werden ebenfalls überhaupt erst keine Abendkurse angeboten. Auch die psychische Situation des Antragstellers wird einfach ignoriert: Eventuell vorhandene Prüfungsangst, Leistungsminderung in Stresssituationen, Legasthenie, Lernstörungen, etc... spielen keine Rolle bei der Erteilung des Zertifikats.

- Sie verzögern die Familienzusammenführung unnötigerweise um mehrere Monate. Um nach Deutschland als Ehepartner einreisen zu dürfen muss ein Zertifikat vorliegen, welches sprachliche Kenntnisse mindestens auf dem Niveau A1 belegt. 1 Um dieses zu Erlangen muss zunächst ein Goethe-Institut 2 (oder ein anderes, von der jeweiligen deutschen Botschaft anerkanntes, Sprachinstitut) aufgesucht werden. Dort müssen die erforderlichen Kenntnisse zunächst in mehreren Wochen (oft auch Monaten) erlangt werden und danach eine Prüfung geschrieben werden, die nur zu festgelegten Terminen überhaupt möglich ist.

- Sie bringen zusätzliche Mehrkosten für die Ehepartner mit sich. In vielen Ländern existiert lediglich nur ein Goethe-Institut, welches oft in der jeweiligen Hauptstadt bzw. der größten Stadt des Landes zu finden ist. Stammt die Person, die einen solchen Sprachkurs ablegen muss, aus einer anderen Gegend dieses Landes, so muss sie sich zunächst einmal um eine Wohnung in der Nähe dieses Institutes bemühen. Ebenso fallen natürlich auch noch weitere Nebenkosten für Wasser, Strom, Nahrungsmittel, Transport, etc. an. Auch die Kurse selbst müssen natürlich bezahlt werden. Die Kosten hierfür liegen in den meisten Fällen bei rund 200 Euro pro Versuch, was in vielen Entwicklungsländern ein beträchtlich hoher Betrag ist.

- Sie sind viel zu schwer, was in vielen Ländern zu sehr niedrigen Bestehensquoten führt. 3 Dadurch drängt sich der Verdacht auf, dass diese Sprachkurse von der Bundesregierung lediglich dazu genutzt werden die Anzahl der erteilten Visa stärker zu regulieren, indem einfach weniger A1-Zertifikate ausgestellt werden.

- Sie sind verfassungswidrig (Zur Begründung siehe 4 und 5). Leider wurde eine entsprechende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht jedoch im März 2011 abgelehnt. 6

- Sie sind diskriminierend, da diese Kurse nur von Zuwanderern aus Staaten außerhalb der EU verlangt werden. 7

- Sie sind redundant, da es in Deutschland bereits verpflichtende Integrationskurse für Ausländer gibt. 8

- Sie nehmen keinerlei Rücksicht auf die lokalen Gegebenheiten in dem jeweiligen Land. Lernen mit Medien (z.B. aus dem Internet geladene Übungsdateien, interaktive Webseiten, etc.) in Entwicklungsländern ist sehr viel schwieriger, weil es nur wenige schnelle Internetzugänge gibt (die sich nicht jeder leisten kann) und wenn diese doch vorhanden sind, dann vor allem in den großen Städten.

- Sie fördern Monopole. Die Goethe-Institute sind in den meisten Fällen die einzigen Institute, von denen ein Abschluss anerkannt wird. Dadurch wird eine Machtposition dieser Institute untermauert, die anfällig für Willkür ist. Wer kontrolliert z.B., dass nicht Teilnehmer absichtlich durchfallen gelassen werden, weil es Geld bringt, wenn sie den Kurs wiederholen müssen?

Quellen

[5] 0: http://www.goethe.de/lrn/prj/egn/deindex.htm

[6] 1: http:de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsamer_Europ%C3%A4ischer_Referenzrahmen

[7] 2: http:www.goethe.de/

[8] 3: http:www.migazin.de/2010/03/26/bundesregierung-macht-prufungsteilnehmer-fur-hohe-durchfallquoten-verantwortlich/

[9] 4: http:www.jurblog.de/2007/03/29/der-nachweis-von-sprachkenntnissen-bei-ehegattennachzug/

[10] 5: http:www.jurblog.de/2007/10/24/klage-vor-dem-bundesverfassungsgericht-gegen-deutsch-nachweis-bei-ehegattennachzug-angekuendigt/

[11] 6: http:www.migazin.de/2011/04/06/bundesverfassungsgericht-bverf-sprachnachweis-beim-ehegattennachzug-verfassungskonform/

[12] 7: http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-auslaenderrecht-europa-und-eu/1059-sprachanforderungen-visum-ehegatten-eu-buerger.html

[13] 8: http://de.wikipedia.org/wiki/Integrationskurs

[14] 9: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/das-zuwanderungsrecht.html?nn=437032#doc12547

[15] 10: http://www.jurblog.de/2007/03/29/der-nachweis-von-sprachkenntnissen-bei-ehegattennachzug/

PA181 - Freier Zugang zu Sprachkursen höherer Stufen für Migranten

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Realisierung des Anspruchs auf vollständige sprachliche Integration.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle Folgendes einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Migranten einen Anspruch auf vollständige sprachliche Integration haben. Migranten muss es auf Wunsch ermöglicht werden, mit Kostenübernahme die deutsche Sprache bis zu demjenigen Niveau zu erlernen, das für das persönliche Berufsziel erforderlich ist. Die Kostenübernahme der Jobcenter für Empfänger von ALG-II muss sich auch auf die weiterführenden Sprachkurse der Niveaus B2 bis C2 erstrecken.

Begründung

[3] Aktuell besteht eine Kostenübernahme fuer Sprachkurse für ALG-II Empfänger nur bis zum Niveau B1. Das Niveau B1 reicht aber nur für einfache Arbeiten und gering qualifizierte Arbeit. Für ein eventuelles Hochschulstudium ist das Niveau B1 bei weitem nicht ausreichend.

[4] Sprachliche Barrieren dürfen Menschen nicht daran hindern sich zu verwirklichen und sich frei zu entfalten. Außerdem ist es in Anbetracht des gegenwärtigen Fachkräftemangels sinnvoll vorhandenes Potenzial der Bevölkerung zu nutzen um diesem Fachkräftemangel entgegenzutreten.

[5] Wer die Sprache spricht, kann sich weit besser einbringen und partizipieren. Migranten haben oft nicht die Mittel. Wird ihnen diese Starthilfe gegeben, können sie in Deutschland sinnvoll leben. Davon profitiert auch die Gesellschaft als Ganzes.

PA182 - Recht statt Pflicht auf Arbeit in die Sozialgesetzgebung und Verfassung

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Meier

Zusammenfassung

Arbeit als alleiniges Mittel den Lebensunterhalt zu bestreiten und Altersarmut zu verhindern muss allen arbeitsfähigen Menschen gemäß ihrer Willenserklärung möglich sein. Deshalb keine (Mitwirkungs-)pflicht zur Arbeit sondern ein (Grund-)Recht auf Arbeit

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] In dem Rahmen der Sozialgesetzgebung - und gegebenenfalls darüber hinaus in der Verfassung - ist die Sicherung des Lebensunterhalts durch Arbeit als „Pflicht“ (wie derzeit in verschiedenen Sozialgesetzen als “Mitwirkungspflicht“ niedergeschrieben) durch das „Recht auf Arbeit“ zu ersetzen bzw. anzustreben. Die Piratenpartei fordert in dem Rahmen der individuellen gesellschaftlichen Teilhabe das Recht auf Arbeit als sozial-politisches Instrumentarium gegen Altersdiskriminierung (in Bewerberprozessen) und gegen Altersarmut.

Begründung

[3] Das Recht auf Arbeit ist bereits heute in einigen Verfassungen der Länder niedergeschrieben, ist jedoch aufgrund der „sehr begrenzten Kompetenzen und Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen“ nahezu wirkungslos. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Arbeit in den Ländern mit der entsprechenden Verfassung.

[4] Dieser Aspekt ist neben einem Mindestlohn (ist für den Bundesparteitag 2012 von einer anderen Person beantragt) und einem neuen Transfermodell (BGE – GGE – SGE mit Wohnungskostenpauschale) als ein Bestandteil/ Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe zu betrachten.

PA183 - Reform Bundestagswahlrecht

Wahlprogramm - Wahlrecht LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Eine grundlegende Reform des Bundestagswahlrechts, mit der nicht nur das vom Bundesverfassungsgericht angeprangerte negative Stimmgewicht vermieden werden soll, sondern den Bürgern endlich mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung gegeben wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Modul Reform Bundestagswahlrecht (umfasst Module Forderung und Details)

[3] Modul Forderung

[4] Wir engagieren uns für eine grundlegende Reform des Bundestagswahlrechts, mit der nicht nur das vom Bundesverfassungsgericht angeprangerte negative Stimmgewicht vermieden werden soll, sondern den Bürgern endlich mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Bundestags gegeben wird. Wir wollen den Bürgerwillen durch Mehrmandatswahlkreise gerechter umsetzen, den Einfluss des Bürgers auf die Personalauswahl durch Vorzugsstimmen erhöhen, jeder individuellen Wahlentscheidung ihre Gültigkeit durch Alternativstimmen garantieren und die Legitimation der Wahlergebnisse durch verbesserte Möglichkeiten der Wahlprüfung sichern.

[5] Modul Details

[6] Wir schlagen vor, dass zukünftig in jedem Wahlkreis drei bis fünf Abgeordnete direkt gewählt werden. In solchen Mehrmandatswahlkreisen könnte jede Partei mehrere Kandidaten aufstellen. Um die Zahl der Wahlkreisabgeordneten gleich zu halten, muss dann die Zahl der Wahlkreise entsprechend verringert werden. Während bei Einerwahlkreisen die stärkste Partei bei den direkt gewählten Abgeordneten dominiert und es daher zu Überhangmandaten kommen kann, entspricht bei Mehrmandatswahlkreisen die Parteizugehörigkeit der direkt gewählten Abgeordneten stärker dem tatsächlichen Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament. Statt einer Mehrheitswahl im Wahlkreis handelt es sich um eine „kleine Verhältniswahl“. Überhangmandate sind dadurch praktisch ausgeschlossen. In einem Einmandatswahlkreis werden in aller Regel nur Kandidaten der beiden großen Parteien gewählt. Kleine Parteien schaffen nur in seltenen Ausnahmefällen ein Direktmandat. Bei einem Wahlkreis mit fünf Abgeordneten reichen aber bereits rund acht bis 14 Prozent der Stimmen, um ein Mandat zu erlangen. Damit haben auch kleinere Parteien Chancen und sind motiviert, sich im Wahlkreis zu engagieren. Die geltende Grundmandatsklausel müsste dann angepasst oder ganz abgeschafft werden.

[7] Den Wählern sollte auch bei der Listenstimme (Zweitstimme) die Möglichkeit gegeben werden, Personen eine Vorzugsstimme zu geben. Schon im Jahre 1976 wurde dies von der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ des Bundestags empfohlen, deren Vorschläge aber leider nie umgesetzt wurden: Eine Personalisierung des Wahlrechts bringe „eine echte Balancierung der Position der politischen Parteien bei der Kandidatenauswahl, ohne ihnen das Recht der Aufstellung der Kandidatenlisten zu beschneiden; diese Balancierung verhilft dazu,

Wählereinfluss und Parteienmacht bei der Bestimmung der personellen Zusammensetzung der Volksrepräsentation in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen und die Wechselbeziehungen zwischen den politischen Parteien und ihrer Wählerbasis zu verstärken ...". Die Wähler die Möglichkeit bekämen, einen Kandidaten auf der Liste der Partei, die sie wählen, anzukreuzen. Hierzu müssten alle Kandidaten der Landesliste im jeweiligen Bundesland auf dem Stimmzettel erscheinen. Für die Mandatszuteilung wäre dann nicht mehr die Reihenfolge der Kandidaten entsprechend der Listenaufstellung entscheidend, sondern die Anzahl der Personenstimmen, die die Kandidaten erhalten haben.

[8] Die Fünf-Prozent-Hürde den Grundsatz der Wahlgerechtigkeit ein und hat den Nachteil, die Wähler von der Wahl einer neuen Partei abzuhalten, da sie davon ausgehen müssen, dass ihre Stimme häufig „verschenkt" ist. In der Tat entfallen meist fünf bis zehn Prozent der Stimmen auf Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, so dass das Votum dieser Wähler keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments hat. Das kann verhindert werden, indem dem Wähler die Möglichkeit einer Alternativstimme eingeräumt wird für den Fall, dass seine eigentlich gewollte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Es könnte zum Beispiel ein zusätzliches Feld geben, in dem die Wähler eine weitere Partei ankreuzen. Dieses Kreuz gilt dann nur, wenn die zunächst gewählte Partei unter fünf Prozent bleibt. Die Wähler könnten aber auch die Möglichkeit bekommen, statt eines Kreuzes eine Zahl neben den Parteinamen zu schreiben. Sie könnten dann ihre erste Präferenz mit „1" kennzeichnen, die zweitliebste Partei mit „2" und so weiter. Wenn ihre erste Präferenz an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, würde die Stimme für die zweite Präferenz gelten, scheitert auch die, für die mit „3" gekennzeichnete Partei und so weiter.

[9] Auch in Sachen Wahlprüfung haben die jüngsten Wahlen dringenden Reformbedarf erkennen lassen. Dies betrifft zum einen Streitigkeiten im Wahlzulassungsverfahren vor der Wahl. Hier muss die Möglichkeit geschaffen werden, gegen die Entscheidungen der Wahlausschüsse noch vor der Wahl gerichtlichen Rechtsschutz zu erlangen. Bei der nachträglichen Wahlprüfung darf nicht weiter das Parlament, dessen Wahl angefochten wird, in einem langwierigen Verfahren selbst über die eingegangenen Einsprüche entscheiden können, bevor ein unabhängiges Gericht angerufen werden kann. Wenn – wie nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2009 – ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Mehrheitsverhältnisse im Parlament bestehen, dann muss ein effektives Wahlprüfungsverfahren eine gerichtliche Entscheidung noch vor Konstituierung des neu gewählten Parlaments und Bildung einer neuen Regierung gewährleisten. Es bietet sich an, die Entscheidung über Wahlzulassungsbeschwerden vor der Wahl sowie über nach der Wahl erhobene Einsprüche in erster Instanz einem Senat des Bundesverwaltungsgerichts zu übertragen. Gegen dort zurückgewiesene Einsprüche sollte wie bisher die Beschwerdemöglichkeit beim Bundesverfassungsgericht offen stehen.

PA184 - EU-Bürgerentscheid

Wahlprogramm - Demokratie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Einführung eines Bürgerentscheids auf europäischer Ebene.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Wir wollen, dass der EU-Bürgerentscheid eingeführt wird. Bürger erarbeiten einen Vorschlag zu Verordnungen, Richtlinien oder Veränderungen der EU-Verträge und bei 400.000 Unterschriften wird der Gesetzentwurf im Rat und im EU-Parlament debattiert, die Initiative darf dann ein Rederecht ausüben. Wird die Bürgerinitiative abgelehnt, kann ein Bürgerbegehren eingeleitet werden. Für dessen Erfolg müssen in sechs Monaten drei Million Unterschriften zusammenkommen. Bei Erfolg des Bürgerbegehrens können EU-Institutionen einen Konkurrenzvorschlag mit zur Abstimmung vorlegen. Hier entscheidet - wie bei Wahlen - die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Jeder Haushalt bekommt im Vorfeld eine Abstimmungsbroschüre mit wichtigen Informationen und allen Pro- und Kontra-Argumenten.

Begründung

[3] http://www.mehr-demokratie.de/vorschlag-direkte-demokratie-eu.html

PA185 - Für eine solidarische und transparente Entwicklungszusammenarbeit

Wahlprogramm - Entwicklungspolitik LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Entwicklungspolitik, vertreten durch Meinhard, Alfred, Anna, Rilo Kiley, HeinoJWD, Roland Roescheisen, Sascha, Otla Pinnow und Altstadtpirat

Zusammenfassung

Entwicklungszusammenarbeit muss ein eigenständiges politisches Feld bleiben. Solidarische, transparente und wirksame EZ ist Voraussetzung, um globalen Herausforderungen adäquat begegnen zu können.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

Präambel

[2] Die Piratenpartei schließt solidarische Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ausdrücklich in ihr politisches Programm für verantwortungsvolles globales Handeln ein und orientiert sich dabei an der UN-Menschenrechtskonvention. Vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist es, allen Menschen ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen. Wir wollen die Menschen in den Partnerländern darin unterstützen, eigenständige sozio-ökonomische Strukturen auszubilden und die Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu stillen. Wir sehen die weltweit immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen arm und reich mit großer Besorgnis. Der Aufbau einer gerechten Zivilgesellschaft in den Partnerländern wird angestrebt. Es dürfen nur Maßnahmen finanziert werden, die neutralen oder positiven Einfluss auf die globale Umwelt haben, kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden und den Rechten und Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen zuträglich sind. Transparenz bei Planung, Durchführung und Evaluierung betrachten wir als notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit. Ausbau und vereinfachter Zugang zu internationalen Kommunikationsnetzen gewinnen in dieser Perspektive eine zentrale Bedeutung.

Mindestziele einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit

[3] Die Piratenpartei sieht in den folgenden Mindestzielen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche solidarische Entwicklungszusammenarbeit:

[4] a. Stärkung der Zivilgesellschaften im globalen Süden – wie sie sich in Kooperativen, kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), Gewerkschaften, Berufsverbänden, lokalen Initiativen und Menschenrechtsorganisationen manifestieren.

[5] b. Stärkung der Rechte und Handlungsmöglichkeiten von Frauen.

[6] c. Konzentration auf Grundbedürfnisse: Wasser, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Wohnraum.

[7] d. Einfacher, grenzenloser und barrierefreier Zugang zu Informationen und politischer Teilhabe für alle.

[8] e. Priorität für umweltschonende, die Energiewende fördernde Maßnahmen. f. Transparente und öffentliche Kontrolle von Planung, Umsetzung und Mittelverwendung bei allen Maßnahmen der öffentlich finanzierten Entwicklungszusammenarbeit.

Förderung der Zivilgesellschaft in Partnerregionen ist unser strategisches Ziel

[9] Umfassende Finanztransfers an Staaten und ihre Regierungen haben sich – wie weltweite Erfahrung fast durchgehend zeigt – oft als reine Verschwendung erwiesen. Deshalb sollten Regierungen in Partnerregionen nur dann – begrenzte – Mittel für den Ausbau der Basisversorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, wenn sie sich auch eindeutig den Prinzipien der „Guten Regierungsführung“ verpflichtet haben. Dabei sollen grundlegende öffentliche Basisleistungen durchaus in öffentlicher Trägerschaft bleiben, wie insbesondere die Versorgung mit Wasser, Energie, Wohnraum und Bildung. Mit der Beschränkung der Finanztransfers soll aber vermieden werden, dass sich innerhalb des Staatsapparats – und auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung – korrupte oder diktatorische Strukturen herausbilden, die auch noch durch Entwicklungszusammenarbeit mit finanziert werden.

[10] Jede Förderung von Rüstungsexporten oder Militärhilfe lehnen wir strikt ab. Mittel der Entwicklungszusammenarbeit dürfen niemals militärische Güter oder Leistungen umfassen, auch nicht für die sogenannte „innere Sicherheit“. Wenn überhaupt eine solche Förderung ins Auge gefasst wird (z.B. die aktuelle Ausbildung der Polizei in Afghanistan), dann muss dies als Leistung aus den Etats der Länder / des Innenministeriums deklariert, durch Parlamente genehmigt und zeitnah kontrolliert werden.

Dezentrale Strukturen und Zusammenarbeit in der Vielfalt erhöhen soziale Akzeptanz und Wirksamkeit

[11] Großorganisationen, wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die für Deutschland oder die EU Leistungen in der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren und durchführen, müssen reformiert werden, damit sie den Zielen einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich gerecht werden können. Dazu gehören eine deutlich bessere öffentliche Kontrolle bei der Bestellung von Leitungspersonal ebenso, wie massiv erhöhte Transparenz bei Planung, Umsetzung und Abrechnung von öffentlichen Geldern. Derselbe Maßstab ist auch an die Organisationen der Vereinten Nationen (VN) und ihrem Umfeld anzulegen.

[12] Auch in der Entwicklungszusammenarbeit ist Größe allein noch kein Nachweis für Effizienz und schon gar keine Garantie für verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Bessere Ergebnisse bei deutlich geringeren Kosten, nachhaltigere Wirkung und ernstgemeinte Hilfe zur Selbsthilfe können vielmehr die vielfältigen kleinen und mittleren Nicht-Regierungs-Organisationen und öffentliche wie private Stiftungen leisten.

[13] Diese sollten – natürlich nur, wenn auch sie sich den für die Großorganisationen geforderten Transparenzkriterien unterwerfen – aus unserer Sicht mehr Verantwortung als Träger einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit übernehmen. Dazu muss ihre Leistungsfähigkeit durch eine institutionelle Basisförderung gesichert und Anreize zu multi-sektoraler und grenzüberschreitender Kooperation geschaffen werden. Vor allem aber können und sollen diese aus der europäischen Zivilgesellschaft entstandenen Organisationen ihrerseits Treibriemen für die Förderung der zivilen Transformation und friedlichen Kooperation in den Partnerregionen sein. Schon historisch sind sie dafür geprägt – und besser als alle vergleichbaren Institutionen geeignet. So können sie mit viel höherer Akzeptanz und Glaubwürdigkeit arbeiten – sowohl in den Heimat, als auch in den Partnerländern – und die Ziele einer innovativen Entwicklungszusammenarbeit in breitem Konsens verwirklichen.

Not- und Entwicklungshilfe sind zwei Seiten derselben Medaille

[14] Die Trennung von Katastrophenhilfe und Entwicklungszusammenarbeit, die sich in Deutschland auch mit der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Auswärtigen Amt (AA) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) manifestiert, ist zu überwinden – **und als gemeinsame Aufgabe der „Nord-Süd Kooperation" im BMZ zu bündeln.** Sie muss von vornherein als erster Schritt einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit geplant und umgesetzt werden. Hilfeleistungen bei Katastrophen sind sofort zu koppeln mit nachhaltigen Gegenmaßnahmen, damit Nothilfe auch langfristige Abhilfe bewirken kann. Derzeit verschlingt die sogenannte „Nothilfe" gewaltige Mittel, die dann für eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit fehlen. Diese soll den Menschen in Partnerregionen dazu verhelfen, mittelfristig nicht mehr auf Unterstützung angewiesen zu sein. Das kann nur über den Aufbau und die gezielte Förderung autonomer zivilgesellschaftlicher Strukturen gelingen, die durchaus mit staatlichen Strukturen zusammenarbeiten können und sollen. Zugleich wollen wir sie soweit stärken, dass sie sich jeglicher Gängelei und Zensur widersetzen und als international anerkannte Partner agieren können.

Zentrale Entwicklungshemmnisse wie Korruption und Intransparenz müssen überwunden werden

[15] Die deutschen und europäischen Träger der Entwicklungszusammenarbeit tragen Mitverantwortung dafür, dass öffentliche und private Mittel nur ethisch vertretbar und korrekt eingesetzt werden. Notwendige Korruptionsprävention kann durchaus die sozio-kulturelle Eigendynamik in Partnerregionen berücksichtigen und Bevormundung vermeiden, aber doch international gültigen Standards zum Durchbruch verhelfen. Wir fordern deshalb:

[16] a. Korruptionsprävention und -bekämpfung sind als Querschnittsaufgaben aller Institutionen und Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit zu behandeln.

[17] b. Verhaltensregeln – Codes of Conduct – für alle MitarbeiterInnen von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind zu präzisieren und konsequent anzuwenden.

[18] c. Projektvereinbarungen müssen veröffentlicht werden. Die Mittelverwendung in Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit ist vollständig aufzuschlüsseln.

[19] d. Strikte Sanktionierung von Fehlverhalten.

[20] e. Schutz von Hinweisgebern.

Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des BSP bis 2017

[21] Die Vereinten Nationen haben schon 1970 0,7 % des Bruttosozialprodukts als Minimalziel für die Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit der Industriestaaten festgelegt. 2005 haben sich die EU Länder inklusive der Bundesrepublik Deutschland geeinigt, diese Quote bis 2015 zu erreichen. Dieses Versprechen muss in der kommenden Legislaturperiode endlich eingelöst werden. Wir fordern deshalb eine jährliche Erhöhung des relevanten Etats, so dass bis 2017 die Zielmarke von 0,7% erreicht ist.

Begründung

[22] Die Piratenbewegung war von Anfang an international und basisdemokratisch ausgerichtet. Eine solidarische und transparente Entwicklungszusammenarbeit ist daher unabdingbar mit den Kernideen der Piratenbewegung verbunden.

[23] Seit den 60er Jahren ist das für die Entwicklungszusammenarbeit zuständige Ministerium – BMZ – ein eigenständiges Bundesministerium. Damit ist die Entwicklungszusammenarbeit ein bedeutendes Ressort innerhalb der Bundesregierung, auf das sich viele Prinzipen der PIRATEN wunderbar anwenden lassen.

[24] Die Entwicklungszusammenarbeit ist seit den 70 Jahren in einer Krise, weil sie den eigenen Anspruch einen Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse der Menschen in den Industrieländern und im globalen Süden nicht erreicht hat. Um die Entwicklungszusammenarbeit eines Tages überflüssig werden zu lassen, ist eine konsequente Basisorientierung – solidarische Entwicklungszusammenarbeit von unten – sowie Transparenz und nachvollziehbare Wirksamkeit erforderlich.

[25] Dabei spielen die Stärkung kleiner NROs, von Klein- und Mittelbetrieben in den Partnerregionen, sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft vor Ort eine genauso zentrale Rolle, wie die Einhaltung der Prinzipien von Guter Regierungsführung und Effizienz. Die AG Entwicklungspolitik hat mit diesem Antrag ein organisches Gesamtkonzept für die Entwicklungspolitik der Piratenpartei entwickelt.

[26] Zur Präambel:

[27] Die offiziellen programmatischen Aussagen der Piratenpartei zur Entwicklungszusammenarbeit beschränkten sich bislang auf die Forderung nach Transparenz und die Aufzählung der Millenniumsziele. Das ist zu wenig und sagt vor allem gar nichts darüber aus, wie diese hehren Ziele denn eigentlich erreicht werden sollen, und welche strukturellen und politischen Veränderungen dafür nötig wären. Die entwicklungspolitische Arbeit der Piratenpartei orientiert sich an der UN-Menschenrechtskonvention. Wir beziehen uns dabei ausdrücklich auch auf den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem wir einen unabdingbaren Bezugspunkt für jegliches entwicklungspolitisches Engagement sehen.

[28] In einer Zeit globaler Krisen und Herausforderungen – von Arabischem Frühling und Krieg in Afghanistan über Nahrungsmittelknappheit und Klimawandel bis hin zur Zerstörung von Lebensräumen und Kulturen indigener Völker – darf Entwicklungspolitik nicht mehr als Spielwiese von Dilettanten oder Anhängsel klassischer Außenpolitik behandelt werden. Vielmehr ist eine solidarische Nord-Süd Politik gefordert, zu deren Formulierung und Umsetzung die deutsche Piratenpartei und die internationale Bewegung der Piraten einen selbstbewussten Beitrag leisten will und kann. Deshalb beantragen die AG Entwicklungspolitik und viele individuelle Erstunterzeichner, die genannten Grundaussagen an geeigneter Stelle in das Programm der Piratenpartei Deutschlands einzufügen.

[29] Zu den Mindestzielen einer solidarischen Entwicklungszusammenarbeit:

[30] Nur eine pluralistische und aktive Zivilgesellschaft ermöglicht es den Partnerländern auf lange Sicht die eigene Demokratisierung, eine nachhaltige Entwicklung und die Partizipation der Bevölkerung zu gewährleisten.

[31] In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Forderung nach einer transparenten Kontrolle der staatlich finanzierten Entwicklungszusammenarbeit noch mehr Gewicht: Es muss sichergestellt werden, wie und zu welchen Zweck öffentliche Gelder verwendet werden. Ungewollte Einflussnahme und Interessendurchsetzung im Namen der Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

[32] Zur Erreichung der genannten Ziele sehen wir es als unabdingbar an, uns für die Stärkung der Rechte und Handlungsmöglichkeiten von Frauen einzusetzen. In vielen Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit sind Frauen noch immer besonders von Diskrimierung und Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe betroffen. Nicht nur, dass es meist noch eines großen Schrittes in Sachen Gleichberechtigung bedarf, sondern auch als Trägerinnen von gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen gebührt Frauen eine besondere Rolle. Besonders Frauen fungieren als Akteurinnen und Multiplikatorinnen von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit. Somit kann durch die Stärkung ihrer Rechte auch insgesamt eine gerechte und entwicklungsfreundliche Gesellschaft entstehen. Die Unterstützung von Frauen in Partnerregionen sehen wir als eine Brückentechnologie an. Um dem piratigen Ziel einer globalen Postgender-Gesellschaft näher zu kommen, gehören Geschlechterkategorien und an Geschlechtskonstruktionen gekoppelte Machtverhältnisse aufgelöst.

[33] Zu Dezentralen Strukturen und Zusammenarbeit in der Vielfalt erhöhen soziale Akzeptanz und Wirksamkeit

[34] Bei aller grundsätzlichen Wertschätzung für die Ziele der Vereinten Nationen kann nicht weiter hingenommen werden, dass in einigen Partnerregionen eine Vielzahl von Koordinations- und Durchführungsorganisationen der VN einen grotesken Aufwand für überbezahltes internationales Personal, aufwendige Logistik und kafkaes-

ke Verwaltung betreiben - finanziert aus öffentlichen Mitteln. Wir erkennen auch bei den Vereinten Nationen das Recht zur Selbstorganisation an. Gleichzeitig hat gerade in der Entwicklungszusammenarbeit die Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit der Maßnahmen drastische Auswirkungen auf Millionen Menschen vor Ort. Daraus leiten wir eine Verpflichtung ab, Misstände aufzuzeigen und Reformen anzumahnen.

[35] So gut wie alle Geber unterscheiden zwischen einer "institutionellen Basisförderung" für erfahrene und verlässliche Organisationen und einer reinen „Projektförderung", die zeitlich begrenzt (meist ein bis drei Jahre) und inhaltlich abgegrenzt ist. Als Richtlinie gilt, dass Aktivitäten und Anschaffungen, die nicht ausschließlich für das Projekt benötigt werden, auch nicht mitfinanziert werden. Ebenso ist weit verbreitet, dass die (gleichwohl notwendigen) Kosten der Projektentwicklung und Antragsstellung, für Fachpersonal und vorbereitende Reisen nicht in einen Antrag auf Fördermittel einfliessen dürfen. Personal in Kernbereichen von NROs für Geschäftsführung, Buchhaltung, Fundraising und Projektplanung, aber auch laufende Kosten für Büro, Telefon und Internet sind ebenfalls davon ausgeschlossen. Solche Kosten werden nur bei der extrem seltenen institutionellen Förderung übernommen. Diese muss im Sinne der Nachhaltigkeit ausgebaut werden, damit insbesondere kleinere NGOs und Solidaritätsgruppen nicht gezwungen sind, Projektbudgets künstlich aufzublähen, um notwendiges Personal mitfinanzieren zu können (z.B. indem sie statt einer halben eine ganze Buchhaltungsstelle ins Projekt schreiben). So würde auch die Effizienz gegen Projektende verbessert, wo derzeit sehr viel Energie zum Gewinnen von Folgeprojekten verbrannt wird.

[36] Zu Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des BSP bis 2017

[37] Bei der Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit stellt sich die Frage nach der Finanzierung nur indirekt, denn die internationalen Verpflichtungen Deutschlands müssen in jedem Falle erfüllt werden. Gleichzeitig sehen wir aufgrund der Verzögerungen in den letzten Jahren das Erreichen der Ziele bis 2015 als schwierig an und haben uns daher für das voraussichtliche Ende der kommenden Legislaturperiode 2017 entschieden.

[38] Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland zeigen, dass diese internationale Vereinbarung auch in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen eingehalten werden muss – und eingehalten werden kann.

PA186 - Abschaffung Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Emanuel Schach, Udo Vetter, Thumay Karbalai Assad

Zusammenfassung

Abschaffung Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge (als Positionspapier und zur Aufnahme in künftige Wahlprogramme) beschließen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Abschaffung des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz ein. Deren Aufgabenbereiche der Spionageabwehr sind dem Bundenachrichtendienst zuzuweisen, im übrigen können und sollen die Aufgaben vom Bundeskriminalamtes sowie den bereits existierenden Staatsschutzabteilungen der jeweiligen Landespolizei übernommen werden.

Begründung

[3] Die Verfassungschutzbehörden des Bundes und der Länder unterliegen keiner hinreichenden Kontrolle. Das Parlamentarische Kontrollgremium auf Bundesebene und die vergleichbaren Einrichtungen der Länderparlamente sind weder personell noch organisatorisch in der Lage, eine effektive Kontrolle des Verfassungsschutzes zu gewährleisten. Ansonsten unterliegt die Arbeit dieser Behörden keinerlei wirksamer Überwachung, insbesondere nicht durch die Justiz. Dies führt zu weitgehender Intransparanz und begünstigt die Gefahr, dass sich Verfassungsschutzämter nicht an die gesetzlichen Vorgaben gebunden fühlen und ihre - ohnehin schon extrem weitreichenden - Kompetenzen überschreiten. Die Skandale der Vergangenheit, wovon der Fall NSU nur der letzte in der Reihe ist, belegen, wie schädlich die fehlende Kontrolle über den Verfassungsschutz für den Rechtsstaat ist. Die Kernaufgaben des Verfassungsschutzes erfordern weder Intransparenz noch fehlende justizielle Kontrolle. Vielmehr sind diese Aufgaben tatsächlich schon heute weitgehend deckungsgleich mit jenen, welche etwa die Staatsschutzabteilungen der Polizeibehörden erfüllen. Es gibt grundsätzlich keine Notwendigkeit, die Arbeit im Deliktsbereich politische Straftaten geheimdienstlich auszugestalten. Das gilt sowohl für den präventiven wie den repressiven Bereich. Im Gegenteil gibt es im Rechtsstaat die Notwendigkeit, gerade die Verhütung und Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität auch juristisch überprüfen zu können. Wohl kaum eine staatliche Tätigkeit ist so anfällig für Fehlbewertungen und Machtmissbrauch wie die des bisherigen Verfassungsschutzes. Es ist auch nicht ersichtlich, wieso etwa die bisherige Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes dadurch behindert würde, dass diese der gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Die Notwendigkeit geheimdienstlicher Organisation kann allenfalls bei der Spionageabwehr gesehen werden. Diese Tätigkeit könnte anderen Geheimdiensten übertragen werden, etwa dem Bundesnachrichtendienst. So bleibt auch die - rechtsstaatlich erforderliche - Trennung zwischen Geheim- und Polizeidiensten erhalten.

PA187 - TRANSPARENZ IN DER GESETZGEBUNG

Wahlprogramm - Transparenz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Strafbewehrtes Lobbyistenregister und legislativer Fußabdruck schafft das Gläserne Parlament und damit weniger Interessenverflechtung und mehr Gerechtigkeit

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland fordert mehr Transparenz für den Bürger beim Zustandekommen von Gesetzen im deutschen Bundestag.

[2] Dazu ist eigens ein Gesetz zur Transparenz im Gesetzgebungsverfahren (GesetzgebTPG) zu schaffen das folgende Regelungen enthält:

[3] 1.) Einführung eines „Lobbyisten-Registers:

[4] a) Lobbyarbeit bzw. Lobbying ist der Versuch der Einflussnahme und der Informationsbeschaffung, des Informationsaustausches sowie die strategische Ausrichtung einer Tätigkeit in Zusammenhang mit Entscheidungen von Politik und Verwaltung.

[5] b)Dieses Register listet alle Personen, Unternehmen, Verbände, Nichtregierungsorganistionen, Agenturen, Anwaltskanzleien etc. auf, die Lobbyarbeit betreiben. Hierbei sind die Aufgaben der Organisationen, Auftraggebern und Aufgabengebiete und der finanzielle und zeitliche Aufwand in Zusammenhang mit der Lobbyarbeit anzugeben. Ferner sind alle Daten zu Sitz, Adresse, Kommunikationsverbindungen, Internetadresse, Vertretungsberechtigten, Handelsregister, Steuernummer sowie Anzahl und Namen der Personen anzugeben, die mit dem Lobbying betraut sind. Soweit Lobbyisten zugleich für andere Unternehmen, Vereinigungen, Verbände oder sonst wie Interessierte handeln, ist die Interessenvertretung und die finanzielle Ausstattung in diesem Zusammenhang offenzulegen. Sollte es sich um eine Institution handeln, deren Haupttätigkeit in der Einflussnahme auf politische Entscheidungen besteht, sind zugleich Angaben zur mitgliedschaftlichen Struktur, zum Gesamtbudget und zu den Hauptfinanzierungsquellen dieser Institution zu machen. Alle Daten sind in Zeitabständen von sechs Monaten zu aktualisieren. Eine Bagatellregelung soll zeitlich und finanziell nicht ins Gewicht fallende Lobbyarbeit von der Registrierungspflicht ausnehmen, kann jedoch auf freiwilliger Basis registriert werden. Damit soll auch weiterhin unbürokratisch und ohne besonderen Verwaltungsaufwand sich jeder Bürger, kleinere Unternehmer oder Organisation politisch zu Wort melden dürfen.

[6] c) Wahrheitswidrige Angaben, unlautere Versuche zur Einflussnahme oder Informationsbeschaffung sind den Lobbyisten untersagt. Hierzu ist ein Katalog von Verhaltensregeln zu schaffen, die auch im Gesetz aufzunehmen sind.

[7] d) Das Lobbyistenregister wird beim Präsidenten des deutschen Bundestages geführt und ist im Internet öffentlich zu machen bzw. steht jedermann zur Einsichtnahme offen.

[8] e) Ohne Registrierung im Lobbyistenregister ist es den Lobbyisten untersagt, Ministerien des Bundes, nachgeordnete Bundesbehörden und deren Personal zu kontaktieren, wenn dadurch Lobbying betrieben werden soll.

Das gleiche gilt für Beteiligungen an Anhörungen und ähnlichen Veranstaltungen, die der deutsche Bundestag, seine Organe oder Hilfsorgane (z.B. Ausschüsse) oder Ministerien veranstalten. In der Geschäftsordnung des Bundestages ist vorzusehen, dass Hausausweise nur für registrierte Lobbyisten erteilt werden dürfen, wenn diese in dieser Eigenschaft Zugang wünschen.

[9] 2. Legislativer Fußabdruck:

[10] a) Vorlagen der Exekutive, die mittelbar oder unmittelbar durch Lobbying beeinflusst worden sind (Gesetzesentwürfe, Unterrichtungen u.ä.) sind hinsichtlich deren Beteiligung zu dokumentieren (sog. legislativer Fußabdruck) und für das weitere Gesetzgebungsverfahren transparent zu machen. Ferner sind alle externen Berater und Beteiligte sowie deren Beiträge öffentlich zu machen, deren sich die Exekutive bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen bedient hatte oder deren Stellungnahme sie eingeholt hat. Dies gilt auch schon für Referentenentwürfe, die unverzüglich zu veröffentlichen sind, sobald sie den ministeriellen Vorgesetzten vorgelegt werden. Als externer Beteiligter gelten auch Beschäftigte auf Probe des Ministeriums oder ehemalige Mitarbeiter, die über eine Wiedereinstellungsgarantie des bisherigen Arbeitgebers verfügen oder die nur beurlaubt sind. Es ist verboten, sich externer Personen bei der Erstellung von Gesetzesvorlagen in maßgebender Funktion zu bedienen, wenn diese von Stellen entsendet werden, deren konkrete Geschäftsinteressen von dem beabsichtigten Gesetz betroffen sind. Ferner dürfen externe Personen keine leitenden Funktionen innerhalb eines Ministeriums übertragen werden. Sollten Ministerien aus besonderen Gründen sich entschließen, Aufträge an externe Berater zur Erstellung eines Gesetzesentwurfes geben zu müssen, hat dies nur auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung zu geschehen.

[11] b) Alle Gutachten, Stellungnahmen und die Inhalte von Anhörungen, Protokolle etc. in der weiteren parlamentarischen Arbeit sind öffentlich zu machen und im Internet abrufbar zu hinterlegen.

[12] 3. Sanktionen Verstöße gegen die Pflichten nach diesem Gesetz sind in leichteren Fällen als Ordnungswidrigkeiten und in schweren Fällen als Straftat zu ahnden. Bußgeldbescheide sind von den ordentlichen Gerichten auf Grund eines Einspruches zu überprüfen. Zugleich ist bei Verstößen auch die Streichung aus dem Lobbyistenregister auf Zeit, in schweren Fällen auch auf Dauer vorzusehen. Zuständig für eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit ist der Präsident des Bundestages. Im Falle einer Straftat ist die Staatsanwaltschaft am Sitz des Deutschen Bundestages zuständig. Der Verwaltungsrechtsweg ist gegen Entscheidungen des Bundestagspräsidenten in Zusammenhang mit der Führung des Lobbyistenregisters offen. Ein parlamentarischer Kontrollausschuss, dem mindestens je ein Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien angehören müssen, überwacht die Tätigkeit des Präsidenten und erstattet jährlich Bericht, wobei auch eine abweichende Stellungnahme eines Ausschussmitgliedes zu veröffentlichen ist. Die Mitglieder des Kontrollausschuss erhalten umfassende Akteneinsicht zu allen Vorgängen.

Begründung

[13] Transparenz ist ein hohes Gut, das viele Missstände beim Zustandekommen von Gesetzen zu vermeiden helfen kann. Neben Informationsfreiheit und der Begründung von Informationspflichten im allgemeinen Verwaltungshandeln, das es gesondert noch über das bisherige IFG hinaus zu normieren gilt, bedarf auch die Arbeit der Lobbyisten, der Ministerien und Organe der Legislative einer besonderen gesetzlichen Regelung. Denn die Selbstreinigungskräfte der Demokratie in dem über 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland reichten und reichen nicht aus, die Krake der Interessenverflechtungen in ihrer gesamten Dimension transparent zu machen. Im Gesundheitswesen, Steuerrecht, Bankenwesen, Staatsfinanzen und vielen anderen gesellschaftlich relevanten Gebieten kommen durchgreifende Reformen wegen dem Dschungel der Interessenverflechtungen einfach nicht voran. Das Handeln der teilweise übermächtigen Lobbyisten muss offengelegt werden, damit Bürger, Presse und Medien frühzeitig sich ein Bild von dem Handeln des Gesetzgebers und der damit einbezogenen Personen und Organen machen können und ggf. eine breite öffentliche Meinung sich auch gegen Auswüchse bilden kann, die den beeinflussten abstimmenden Parlamentsabgeordneten , Fraktionen und Regierung die Grenzen ihrer Macht aufzeigen und zugleich zwingen, die Belange der Bürger ausgewogener zu berücksichtigen.

[14] Ausdrücklich nicht behandelt in diesem Antrag wird die Frage, inwieweit ein Nebenbeschäftigungsverbot für Parlamentsabgeordnete und ministerielle Personen bei Lobbyisten gesetzlich normiert werden soll und/oder eine Karenzzeit nach Ablauf der Amtstätigkeit eine Anstellung unmittelbar nach Ausscheiden aus der Funktion bei einem Lobbyisten verbietet. Dies wäre in einem gesonderten Antrag zu diskutieren und ggf. in Varianten abzustimmen, da es hierüber bei den Piraten sicherlich divergierende Auffassung geben wird. Daher beschränkt sich der Antrag auf das, was nach Piratenverständnis auf breiten Konsens stoßen sollte.

PA188 - umweltpolitische Ziele (Wahlprogramm 2013)

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7 LQFB 8 LQFB 9 LQFB 10 LQFB 11 LQFB 12 LQFB 13 LQFB 14 LQFB 15 LQFB 16

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LordSnow, Johannes Nix, Flexi,Bernd(TH), http://wiki.piratenpartei.de/AG Umwelt, Hartmut Ernst, Fredo, Atlas, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Landwirtschaft, Birgitt Piepgras, Senfberg, Detmar, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Bauen_und_Verkehr, TheBug, Jihan, Tverrbjelke und weitere

Zusammenfassung

Das Projekt Schulterschluss vereinigt Anträge zu umweltpolitischen Zielen aller beteiligten Arbeitsgemeinschaften. Die AGs haben im Rahmen von wöchentlichen mumble-Sitzungen die Texte miteinander koordiniert, um zum Beispiel Überschneidungen zu vermeiden. Die beteiligten AGs sind die: AG Nachhaltigkeit, AG Umwelt, AG Energiepolitik, die AntiAtomPiraten, AG Landwirtschaft, AG Bauen und Verkehr und AG Tierrecht.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, die folgenden Punkte ins Bundestagswahlprogramm unter dem Kapitel Umwelt- und Verbraucherschutz aufzunehmen. Falls der Gesamtantrag nicht die notwendige Mehrheit erreicht, sollen die Kapitel (Hauptüberschriften) als Einzelanträge abgestimmt werden.

[2] Die Kapitel "Versorgungssicherheit mit Erdöl" (aus PA199) und "Sachkundenachweis" (aus PA037) sollen nach der Abstimmung über den Gesamtantrag als ergänzende Module abgestimmt und bei Annahme an geeigneter Stelle eingefügt werden.

Nachhaltigkeit

[3] Die Piratenpartei setzt sich mit ihrer Politik für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung ein. Darunter verstehen wir einen verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen immaterieller oder materieller Art.

Energieversorgung

Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit

[4] Wir Piraten möchten die Energiewirtschaft zu einem langfristigen, umweltschonenden, dezentralen und transparenten System umbauen.

[5] Ziel der Energiepolitik der Piraten ist es, preisgünstige und umweltfreundliche Energie bereitzustellen, um in Zukunft einen hohen Lebensstandard und hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Wichtige Parameter sind dabei Effizienz und Suffizienz, also der Verzicht auf unnötigen Verbrauch, sowie die soziale und gesellschaftliche Verträglichkeit.

[6] Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig gesicherte Energieversorgung. Daher werden wir die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Atomkraft so schnell wie möglich durch nachhaltig verfügbare und umweltschonende Ressourcen ersetzen. Dazu gehört auch der adäquate Ausbau von Verteilungsnetzen und Energiespeichern.

[7] Die Piratenpartei Deutschland steht für die Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative Energiequellen wie Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie heimisch erzeugte regenerative Energiequellen wie Biomasse. Regenerative Energieträger sollen dabei nur nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Zielen wie der Ernährung oder Ressourcenschonung stehen. Eine dezentrale Erzeugung wird dabei angestrebt, denn diese ermöglicht eine regionale Eigenversorgung sowie übergreifende Verbundlösungen und Synergieeffekte.

[8] Der Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen erfordert eine Anpassung der Netztopologie und zugleich eine ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie. Der gleichberechtigte Netzzugang einer Vielzahl von Erzeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme. Angebotene und abgenommene Energiemengen werden unter Wahrung des Datenschutzes auf kommunaler Ebene messtechnisch erfasst und optimal aufeinander abgestimmt. Generell soll stärker als bisher der Verbrauch der Energieerzeugung folgen und weniger die Energieerzeugung dem Verbrauch. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern sowie eine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung aktiv vorantreiben. Fracking zur Gewinnung von unkonventionellen Erdgas lehnen wir ab.

[9] Um Schwankungen bei der Verfügbarkeit auszugleichen und Erzeugungsspitzen zu nutzen, benötigen wir vielfältige Energiespeicher in großem Umfang. Diese Speicher sind eines der wichtigsten Elemente einer zukunftsfähigen Energieinfrastruktur. Thermische, chemische, Druck- und Potentialspeicher benötigen große Volumina. Geothermische Speicherung von Wärme, chemische Speicherung von Strom in unterirdischen Reservoirs und neuartige Wasserkraft-Speicherkraftwerke auch im Flachland, aber auch kleine Speicher direkt bei den Endkunden sind Möglichkeiten, deren Erforschung, Entwicklung und Markteinführung intensiv unterstützt werden muss.

Atomausstieg: Ende der Energiegewinnung durch Kernkraftwerke

[10] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Energiegewinnung durch Kernspaltung zu beenden. Dies ist in drei Jahren möglich.

[11] Die Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Betrieb, Wiederaufbereitung und Emissionen sind zu hoch, die Entsorgung des Atommülls ist ungeklärt. Dazu kommt die Gefährdung durch Unfälle, potenzielle Katastrophen und Anschläge. Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Form der Energiegewinnung. Alle damit verbundenen Kosten sollen nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.

[12] Wir wollen die bestehenden Kernkraftwerke Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen abschalten. Verfahren und Anwendungen, die weiteren Atommüll produzieren, sollen möglichst vermieden werden solange es keine nachhaltige Lösung zum Umgang mit radioaktiven Abfällen gibt.

[13] Laufzeitverlängerungen und Neubauten von Kernkraftwerken werden ausgeschlossen. Die Förderung von AKW-Projekten im Ausland – auch durch staatliche Bürgschaften – lehnen wir ab.

[14] Alle stillgelegten Kernkraftwerke verlieren unmittelbar die Betriebserlaubnis für die Reaktoren. Eine erneute Kehrtwende zur Atomkraft soll damit unterbunden werden. Anlagen für rein medizinische und wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen.

[15] Alle kerntechnischen Anlagen sollen mit einer vollumfänglichen Haftpflichtversicherung versehen werden. Die Entsorgung der Anlagen und der produzierten Abfälle ist durch Rücklagen auf Treuhandkonten sicher zu stellen. Die Höhe dieser Rücklagen sind durch unabhängige Experten zu bestimmen.

Atommüll

[16] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine verantwortliche Lösung zum Umgang mit Atommüll ein. Wir lehnen eine weitere Erkundung des Salzstockes in Gorleben ab und setzen uns für eine bundesweite Suche nach tatsächlich geeigneten Lagerstätten ein. Die Piratenpartei Deutschland will, dass nuklearer Müll grundsätzlich nur so gelagert wird, dass bei Bedarf eine Rückholung erfolgen kann. Dies betrifft auch leicht- und mittelradioaktiven Müll. Die Lagerung muß stets überwacht werden.

[17] Die Kosten zur Entsorgung der anfallenden Abfälle haben die Verursacher zu tragen. Wer radioaktive Produkte herstellt oder in den Verkehr bringt, muss einen Entsorgungsnachweis führen und die Kosten dafür übernehmen.

Klimawandel

[18] Die durch menschliche Aktivitäten bedingten Klimaveränderungen erfordern konsequente Maßnahmen auf allen Handlungsebenen, um auch nachfolgenden Generationen würdige Lebensbedingungen zu ermöglichen. An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen messen lassen.

[19] Hierfür sind wir bereit, neue Wege zu gehen und setzen uns für eine konsequente Klimaschutzgesetzgebung ein, die vorbildhaft eine weitestgehend klimaneutrale Verwaltung ermöglicht und kommunale Klimakonzepte unterstützt. Weiterhin sollen wirksame Lenkungsmaßnahmen wie Energiesteuern eingesetzt werden, um konsequent Emissionen zu verringern. Den bisher sehr wirkungslosen Zertifikatehandel sehen wir kritisch.

Einführung eines Umweltgesetzbuches und Abschaffung des Bergrechts

[20] Fast 50 Jahre nach dem Erlass der ersten Umweltgesetze ist es an der Zeit, diese übersichtlich und transparent zusammenzufassen. Die Piratenpartei setzt sich für die Etablierung eines Bundesumweltgesetzbuches ein, in dem die relevanten Gesetze und Verordnungen analog zu den Sozialgesetzbüchern zusammengestellt werden.

[21] Die Piratenpartei fordert die Abschaffung des Bergrechts. Das heute geltende Bergrecht steht in einer Tradition intransparenter, undemokratischer, obrigkeitsstaatlicher und autoritärer Gesetzgebungen, die bei Vorhaben wie Fracking, Braunkohletagebau und CCS (Carbon Capture & Storage) Grundrechte aushebeln und die ausstehende Neufassung der Umweltgesetzgebung verhindern. Die nötigen das Bergrecht ersetzenden Neuregelungen sollen in das zu schaffende Bundesumweltgesetzbuch aufgenommen werden.

Wasserwirtschaft

Trinkwasser

[22] Wasser ist ein kommunales Gut und muss jedem Bürger zur Verfügung stehen. Wir stehen für die Rekommunalisierung der Wasserversorgung ein, da sie als Infrastruktur der Grundversorgung dient. Wir streben eine hohe Trinkwasserqualität an und wollen diese auch durch die Reduzierung von Schadstoffeintrag erreichen. Die Trinkwasserverordnung soll an aktuelle Erkenntnisse über Wasserinhaltsstoffe regelmässig angepasst werden. Die Eigenwasserversorgung privater Haushalte soll grundsätzlich erlaubt sein. Sofern eine private Hauswasserversorgung möglich ist, lehnen wir einen Anschlusszwang an das kommunale Trinkwassernetz ab. Die Qualitätsprüfung ist eigenverantwortlich zu leisten.

Abwasser

[23] Abwasser ist ein Wertstoff und wir streben einen ressourcenschonenden Umgang mit den wertvollen Inhaltsstoffen an. Wir treten für die Abschaffung des Anschlusszwanges für häusliche Abwässer an das Abwassernetz

ein, wenn die Einhaltung der Ablaufparameter nach der EU-Rahmenrichtlinie eigenverantwortlich sichergestellt wird. Industrielle und die von Krankenhäusern stammende Abwässer sind geeignet vorzubehandeln. Vermischung mit häuslichen Abwässern ist zu vermeiden.

Gewässerschutz

[24] Die Wasserressourcen sind von Beeinträchtigungen freizuhalten. In allen Bereichen müssen Eingriffe in den Boden auf ihre Verträglichkeit mit dem Gewässerschutz hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Bauen und Verkehr

[25] Die Art, wie wir leben, wohnen und uns fortbewegen, hat sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stark gewandelt und wird sich weiter entwickeln. Fortschreitende Urbanisierung, der demografische Wandel und die Veränderungen unseres Klimas tragen dazu bei.

[26] Die aktive Gestaltung neuer Lebensräume und neuer Mobilität muss nicht nur uns, sondern auch den kommenden Generationen Lebensqualität und Wohlstand sichern.

Bauen und Wohnen

[27] Wir setzen uns für eine sozial ausgewogene Verteilung von Wohnungsbeständen in Stadtgebieten sowie für den Erhalt und die Entwicklung von Siedlungsstrukturen ein. Diese sollen eine ausgewogene Mischung aus Wohnbebauung, gewerblicher Nutzung und Einrichtungen zur Freizeitgestaltung bieten, um Wege zu verkürzen und soziales Leben in verschiedenen Formen zu fördern.

[28] Wir fordern Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und setzen uns für die Umsetzung von Standards zur Förderung dieser bei Um- oder Neubau gewerblich genutzter Immobilien ein.

[29] Wir wünschen uns familienfreundliche Städte und Gemeinden und setzen uns für die Förderung entsprechender Projekte ein.

[30] Fördermittel für Wohnungsbau und Sanierungen sind ein wirksames Instrument zur Steuerung des Wohnungsbaus. Sie sollen aber an Kriterien hinsichtlich Umweltfreundlichkeit und Barrierefreiheit gekoppelt werden.

[31] Wir sind für flächendeckende qualifizierte Mietspiegel, um unverhältnismäßige Mietpreisentwicklungen zu dämpfen. Wir fördern Maßnahmen zur Unterstützung privater Bauherren während der Planungs- und Bauphase.

Verkehr und Infrastruktur

[32] Wir sprechen uns gegen die Privatisierung von Verkehrsinfrastrukturen aus. Nur so können gleiche Zugangsbedingungen für alle Nutzer gewährleistet werden. Und nur so kann sichergestellt werden, dass Einnahmen aus Nutzungsentgelten in den Erhalt und gegebenenfalls in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Die Unterhaltung und der Neubau von Verkehrswegen muss nach vielfältigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Maßstäben erfolgen. Bauvorhaben müssen auch auf zukünftige Entwicklungen im gesamten Verkehrssystem hin geprüft werden.

[33] Das bestehende Angebot des ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Weiterhin müssen die Zugangshürden wie hohe Entgelte, komplizierte Entgeltstrukturen und Fahrzeuge mit physischen Barrieren massiv gesenkt werden, um die Nutzung des ÖPNV, auch außerhalb von Ballungsgebieten, attraktiver zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen Modelle für Fahrscheinlosen ÖPNV in Pilotprojekten getestet werden und unterstützen die Entwicklung alternativer Mobilitätskonzepte.

[34] Wir setzen uns für die Förderung verbrauchsarmer Mobilität ein. Ein kurzfristiger Ansatz zu umweltfreundlicherem Verkehr kann nur eine konsequente Verbrauchsreduzierung sein. Das Ersetzen von Erdöl durch Bio-Kraftstoffe ist keine Lösung. Wir befürworten die Nutzung alternativer Antriebskonzepte und Methoden zur

Energiebereitstellung ebenso wie die Weiterentwicklung etablierter Technologien hin zu weniger Verbrauch. Ebenso unterstützen wir die Erforschung und Anwendung ergänzender Ansätze wie den Einsatz moderner Telematik-Systeme oder die Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte.

[35] Gütertransport gehört auf die Schiene oder das Wasser, soweit dieser dort möglich ist. Energieaufwändige Transporte auf der Straße oder in der Luft sollen reduziert werden.

[36] Wir setzen uns für die Förderung von verkehrs- und strukturpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens ein.

Stadt- und Regionalplanung

[37] Wir setzen uns für eine breite Mitgestaltung- und Mitwirkungsmöglichkeit bei der Stadt - und Regionalplanung durch die Bürger ein. Es muss sichergestellt sein, dass eine Beteiligung an geplanten Projekten frühzeitig und umfassend möglich ist. Die städtebauliche Entwicklung von Bauflächen sollte flächen- und umweltschonend erfolgen.

[38] Raumordnungsverfahren und die Planung von Infrastrukturen dürfen nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten scheitern. Lösungsorientierte Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind daher ebenso zu initiieren und zu intensivieren wie die innereuropäische Zusammenarbeit.

Landwirtschaft

Stärkung der Landwirtschaft

[39] Wir wollen eine leistungsfähige, regional angepasste Landwirtschaft, an der auch Kleinbetriebe gleichberechtigt teilnehmen können und die unter den Voraussetzungen von nachhaltigem Wirtschaften und ökologischem Verbraucherbewusstsein wettbewerbsfähig ist.

[40] Das erfordert, dass Landwirte und deren Verbände zusammen mit dem Lebensmittelhandel, Qualitätssiegeln, Naturschutz- und Tierschutzverbänden, aber auch die Vertreter der Politik und die Verbraucher vernetzt und transparent die Bedingungen, Möglichkeiten und deren Umsetzung gemeinsam aushandeln.

Verbraucherwille

[41] Wir wollen erreichen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe nicht wie bisher unter dem Preisdruck der Lebensmittelkonzerne und der verarbeitenden Industrie stehen. Wir wollen keine Landwirtschaftspolitik, die ausschließlich auf Wachstum abzielt, dabei aber weder die Nachhaltigkeit noch den Verbraucherwillen berücksichtigt.

Industrielle Tierproduktion

[42] Wir lehnen eine industrielle Massentierhaltung ab. Sie beeinträchtigt unser aller Lebensqualität besonders in den ländlichen Räumen, geht in der Regel mit unakzeptablen Standards in der Nutztierhaltung einher und gefährdet die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft.

[43] Wir setzen uns für eine artgerechte Haltungsform aller Nutztiere ein.

[44] Die Standards der Legehennenhaltung wollen wir für die gesamte Geflügelhaltung erreichen. Wir halten die derzeitige Stallfläche für Masthähnchen und Puten am Mastende für zu klein. Der Platzbedarf ist mit entsprechenden Fachleuten zu überprüfen und gegebenenfalls konsequent nachzubessern.

[45] Die Haltung von Paarhufern ist über den Schlüssel der Großvieheinheiten (GVE) pro Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Region anzupassen. Nur so ist sichergestellt, dass eine ökologisch sinnvolle und

nachhaltige Tierhaltung gewährleistet ist, da sowohl die Erzeugung von Futter als auch die umweltschonende Verwertung der Exkremente im Einklang mit der verfügbaren Fläche stehen und die Nährstoffkreisläufe geschlossen werden.

[46] Bereits bestehende Gesetze und Verordnungen müssen konsequent angewendet und deren Einhaltung strenger als bislang kontrolliert werden.

Natürliche Ressourcen

[47] Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft, die langfristig die natürlichen Ressourcen schont.

[48] Saatgut, ob gentechnisch oder konventionell resistent gegen Pflanzenschutzmittel gezüchtet, kann durch Auskreuzung in bestehende Ökosysteme eine besondere Gefährdung der Umwelt darstellen. Resistent gezüchtete Pflanzen funktionieren in der Landwirtschaft nur durch den gleichzeitigen Einsatz von speziell darauf abgestimmten Pflanzenschutzmitteln. Hierdurch wird die Landwirtschaft gezwungen, spezifische Mittel bestimmter Hersteller zum Einsatz zu bringen. Dieser Produktionszwang führt die Landwirtschaft in die direkte Abhängigkeit von den Rechteinhabern an Saatgut und Pflanzenschutzmitteln.

[49] Eine Kombination von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln und deren Schutz durch Patente lehnen wir grundsätzlich ab.

Agrarsubventionen

[50] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich auf EU- und Bundesebene dafür ein, dass künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden.

[51] Dazu bedarf es einer laufenden Neubewertung dieser Leistungen im Hinblick auf ihren Nutzen für die Gesellschaft.

[52] Langfristiges Ziel ist ein Abbau der Agrarsubventionen. Um die landwirtschaftlichen Betriebe vor den Folgen des plötzlichen Wegfalls der Subventionen zu schützen, sollen diese in der Übergangsphase degressiv ausgerichtet und ab einer zu bestimmenden einzelbetrieblichen Auszahlungshöhe gekappt werden.

Tierschutz

Verbandsklagerecht

[53] Wir befürworten die Einführung eines bundesweiten Verbandsklagerechtes für anerkannte Tierschutzorganisationen. Tiere können als Lebewesen nicht selbst für ihre Rechte eintreten, daher sind sie auf eine Vertretung in Form von Verbänden angewiesen. Obwohl Tier- und Umweltschutz nach Art. 20a GG denselben Verfassungsrang haben, ist bisher in mehreren Bundesländern keine entsprechende Gesetzgebung existent.

Tierschutz in der Nutztierhaltung

[54] Wir setzen uns für die gesetzliche Festschreibung höherer Mindeststandards in der Nutztierhaltung ein.

[55] Der Platz in Ställen muss ausreichend sein und ein artgerechtes Verhalten der Tiere ermöglichen, so dass die Tiere weitestgehend ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachkommen können. Die Haltungsform muss zuträgliche natürliche Sozialkontakte, beispielsweise zwischen Artgenossen, ermöglichen und ausreichend Ruhemöglichkeiten bieten. Dauerlärm, der die Psyche der Tiere beeinträchtigt, ist zu vermeiden. Den Tieren muss ausreichend Zugang zu frischer Luft und Tageslicht ermöglicht werden.

[56] Die Haltungsform von Nutztieren muss - sofern Arbeits- und Tierschutzrichtlinien dem nicht entgegenstehen - so gestaltet sein, dass keine Amputationen von Körperteilen notwendig werden. Maßnahmen wie Schnäbel kürzen oder Schwänze abschneiden, die bei zu enger Haltung eingesetzt werden, sind zu verbieten.

[57] Die Tötung von Großtieren wie Rindern und Schweinen, sowie gravierende Eingriffe, wie etwa die Kastration von Ferkeln, dürfen nur unter Betäubung erfolgen. Transportzeiten von Großtieren vom Hof bis zum Schlachthof dürfen sechs Stunden nicht übersteigen. Wirtschaftsweisen, die dazu führen, dass ein Großteil der Tiere - zum Beispiel auf Grund des Geschlechts - sofort getötet und als Müll entsorgt werden, sind umzustellen. Brandzeichen, zum Beispiel Schenkelbrand bei Pferden, sind konsequent zu verbieten.

Tierversuche

[58] Tierversuche sollen, insbesondere wenn tierversuchsfreie alternative Verfahren vorhanden sind, für pharmazeutische Stofftests und andere qualvolle Experimente nicht mehr verpflichtend sein. Um einen Rückgang von Tierversuchen zugunsten von Forschungen an alternativen Methoden bewirken zu können, ist es notwendig, Subventionen für Tierversuche zu streichen und sie auf tierversuchsfreie Forschungsmethoden zu verlagern. Gibt es wissenschaftlich erprobte Alternativmethoden für bestimmte Testverfahren, dürfen dafür keine Tierversuche eingesetzt werden. Außerdem soll eine möglichst lückenlose, globale Veröffentlichung aller Ergebnisse erfolgen, um wiederholende Versuche zu vermeiden.

[59] Genehmigungen für Tierversuche sind abhängig vom "Schweregrad" unterschiedlich zu genehmigen. Versuche, die großes Leid über lang anhaltenden Zeitraum verursachen, sollen erheblich schwieriger zu genehmigen sein als Versuche, die kein oder nur sehr kurzfristig Leid verursachen. Genehmigungsverfahren sollen transparent und nachvollziehbar sein. Im nichtmedizinischen Bereich, wie zum Beispiel für Kosmetik- und Körperpflegeprodukte, lehnen wir Tierversuche ab. Dies gilt auch für Versuche bezüglich einzelner Bestandteile der Produkte.

[60] Zur Prüfung der Einhaltung gesetzlicher Regelungen sind unabhängige unangekündigte Kontrollen der Versuchslabore durchzuführen.

Verbraucherschutz

[61] Im Verhältnis zwischen Hersteller, Vertreiber und Verbraucher ist letzterer in der Regel unterlegen. Dieses Ungleichgewicht sinnvoll auszugleichen ist Anliegen der Piratenpartei und Aufgabe des Verbraucherschutzes, wie wir ihn uns vorstellen. Unser Ziel ist es, den berechtigten Interessen der Verbraucher als Konsument von Waren und Nutzer von Dienstleistungen sowie in Bezug auf Datenschutz, Urheberrecht und Transparenz mehr Geltung zu verschaffen.

[62] Wir werden uns für eine Vereinfachung und verbesserte Nachvollziehbarkeit der vielfältigen juristisch zulässigen Möglichkeiten, irreführenden Begrifflichkeiten und Formulierungen in der Werbung und Vertragstexten einsetzen. Insbesondere müssen gesundheits- und umweltrelevante Produktinhalte klar erkennbar sein. Bei Finanzprodukten sind die Risiken im gleichen Umfang wie die Chancen darzustellen.

[63] Die Publikation von medizinischen Studien muss unabhängig von ihrem Ergebnis erfolgen. Alle entsprechenden Studien sind vor ihrer Durchführung zu registrieren. Bei Heilverfahren ist anzugeben, auf welcher theoretischen Grundlage sie beruhen. Die Kosten medizinischer und zahnmedizinischer Versorgung müssen für den Patienten nachvollziehbar und auch verständlich sein.

[64] Missstände wie der Handel mit personenbezogenen Daten durch staatliche Stellen sind abzustellen und die wirtschaftliche Nutzung und Verknüpfung privater Daten durch Firmen wie Facebook und Google nur nach ausdrücklicher Zustimmung zulässig (Opt-In). Wir wollen die Aufklärung über die damit verbundenen Risiken stärken.

[65] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, das Verbandsklagerecht für staatlich anerkannte Stellen auf den Bereich des Verbraucherschutzes zu erweitern, um eine Rechtsfrage verbindlich für alle betroffenen Verbraucher zu klären.

Begründung

Begründungen

Klimawandel

Fakten zum Klimawandel

- IPCC
    - IPPC 4 Diagramm-Übersicht
    - Climate Change 2007: Working Group I: The Physical Science Basis
- NASA-Daten zur Temperaturveränderung - Diagramme
- RSS Sateliten Daten, Troposphären und Stratosphären Temperatur
- Rohdaten Temperatur - metoffice
- Erdsystemforschung: diverse Jahresberichte Max-Planck-Institut für Meterologie
- Eisschmelze
    - Polkappen schmelzen (NASA)
    - Grönland: Eisschmelze (NASA)
    - Die letzten Südsee-Gletscher schmelzen (Spiegel Artikel)
    - Uno warnt vor umfassenden Gletscherschwund (Spiegel, 08.12.2010)
- Meeresspiegel steigt (NASA)
- CO2 Ausstoß:
    - IPCC paper IV
    - Mauna Loa Observatory, Hawaii
    - weltweiter CO2-Ausstoß (iwr.de)

Klimaschutzprogramme und –maßnahmen in Deutschland

- Seiten Umweltbundesamt

Gesetzgebungsverfahren Klimaschutzgesetz in NRW

- Landtag NRW
- Rede Danebod Landtag

Emissionsrechtehandel

- wikipedia - Emissionsrechtehandel
- wikipedia - EU-Emissionshandel

Preiseentwicklung für Emissions-Zertifikate

- Übersicht
- boerse.de
- Sendung Deutschlandfunk

CO2-Steuer

- wikipedia - Carbon Tax
- CO2-Steuer Info
- Australien
- Schweiz
- Österreich
- OECD
- BMWI
- Dänemark
  - Übersetzung: die CO2-Abgabe, in Dänemark per Gesetz über Kohlendioxidabgabe für gewisse Energieprodukte u.a. Elektrizität, Erdgas und Dieselöl 1993 eingeführte Abgabe. Die Abgabe gilt für den Energieverbrauch von Haushalten und Wirtschaft. Die Gesetzgebung, die von der EU-Kommission anerkannt ist, enthält weitgehende Rücksichten auf die Wirtschaft. Das gilt besonders für gewisse Betriebe mit einem großen Energieverbrauch, indem die betreffenden Betriebe Zuschüsse zur Deckung ihrer CO2-Abgaben bekommen können. Der Zweck dieser Zuschussordnung ist teils, Energieeffektivisierung zu fördern, teils zu sichern, dass diese Betriebe nicht von Abgaben in einem solchen Grad belastet werden, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit merklich geschwächt wird. In Beziehung zur EU hat besonders Dänemark daran gearbeitet, die Verhandlungen über die Einrichtung eines gemeinsamen CO2-Abgabenregimes zu fördern. Die Forderung nach Einstimmigkeit innerhalb steuer- und abgabenpolitischer Sachgebiete sind jedoch eine entscheidende institutionelle Barriere gegen die Einführung einer europäischen CO2-Abgabe.
  - Das aktuelle Gesetz. Auch wer kein Dänisch kann, sieht, dass es recht lang und komplex ist.

Importsteuer

- Klimaschutz droht zu scheitern: Forscher fordern CO2-Steuer

Steuer vs Zertifikate

- Artikel in der Zeit

Tierschutz

Verbandsklagerecht

[66] Die Durchführung des Tierschutzgesetzes obliegt den jeweiligen Landesbehörden. Da diese zumeist personell nicht hinreichend ausgestattet sind und nicht notwendigerweise tätig werden, stellt das Verbandsklagerecht eine wichtige Ergänzung dar, um Verstöße gegen das Tierschutzgesetz verfolgen zu können.

Tierschutz in der Nutztierhaltung

[67] Ist-Zustand:

- Nutztierhaltung - geregelt durch:
  - zweiten Abschnitt (§§ 2, 2a und 3) des Tierschutzgesetzes (TierSchG)
  - Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV)
- Beispiel Schweinezucht
  - Abschnitt 5 §§21-30 TierSchNutzV
  - Schweinehaltungshygieneverordnung
  - Tageslichteinfall: §22(4) TierSchNutzV - mindestens 3 Prozent der Stallgrundfläche - & ersatzweise künstliches Licht §26(2) TierSchNutzV
  - Luftqualität: §26(3).1 TierSchNutzV - Werte für NH3 (20cm3)- / H2S (5cm3)- / CO2 (3000cm3) - Gehalt sollen nicht dauerhaft überschritten werden
  - Lärm: §26(3).2 TierSchNutzV - Geräuschpegel von 85 db(A) soll nicht dauerhaft überschritten werden
  - Ausgestaltung der Ställe: Beschäftigungsmaterial §26(1).1 TierSchNutzV
  - Platz: §29(2) TierSchNutzV - 30-50 kg = 0,5m3; 50-110kg = 0,75m3; über 110kg = 1m3
  - Sozialkontakte: Sichtkontakt zu anderen Schweinen §22(2).1 TierSchNutzV
- Bewegungsfreiheit
  - Schweine in Kastenständen mit Fütterungsautomatik
  - Geflügelmastställe
  - Melkkarussell für Rinder
  - Anbindehaltung für Milchvieh vermutlich noch bis 2020 erlaubt - Wechsel zu Laufstall
- betäubungslose Ferkelkastration
  - Informationen
  - wird eventuell mit Novellierung des TierSchG ab 2017 verboten
- Brandzeichen
  - bisher Ausnahme bei Pferden §5(3).7 TierSchG
  - Belastung für die Tiere
  - Novellierung des TierSchG soll Schenkelbrand konsequent verbieten, wenn sich in der Regierungsfraktion der Widerstand nicht durchsetzt
- Ausnahme bei der Betäubung vor dem Töten von Großtieren
  - Probleme bei betäubungslosem Schächten
  - eine Abwägung der Staatsziele Religionsfreiheit und Tierschutz muss statt finden, eine elektrische Betäubung vor dem Halsschnitt könnte hier einen Kompromiss darstellen: Artikel bei Hagali
- Amputationen von Körperteilen (Kupieren) die bei zu enger Haltung “notwendig“ sind, um gegenseitige Verletzungen der Tiere, z.B. durch Kannibalismus zu verringern (bisher erlaubt durch Regelungen in §§5-6 TierSchG):

    - Schweine
    - Geflügel
    - Rinder
- Transportzeiten
    - EU-Richtlinie 1/2005
    - Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV)
        - innerstaatliche Transporte bis zu 8h §10(1) TierSchTrV
        - erlaubt Transportzeiten von 12h und länger: §7(3) TierSchTrV
    - erlaubte Transportzeit in der Schweiz von 6h: Art.15 Tierschutzgesetz
- Sexen
    - Die Zuwachsleistung von Hähnchen aus Hühnerrassen, die für die Eierproduktion gezüchtet werden, liegt etwas unter der Zuwachsleistung von Hähnchen aus Geflügelmastzüchtungen, diese werden deshalb aussortiert (Sexen) und getötet, obwohl laut §17(1) TierSchG kein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund getötet werden darf.

Tierversuche

[68] Die Aussagekraft von aktuellen Tierversuchen, die sich nicht mehr wie früher mit grundlegenden Fragen zum physischen Aufbau und Wirkungsweisen befassen, wird inzwischen von vielen Ärzten und Wissenschaftlern angezweifelt. Es wurden bereits viele alternative Verfahren entwickelt, welche eingesetzt werden können, jedoch bisher von der Pharmaindustrie nicht ausreichend berücksichtigt werden. Viele gute Punkte sind bereits in der Überarbeitung der EU Richtlinie 86/609/EWG: http://europa.eu/legislation_summaries/environment/nature_and_biodiversity/l28104_de.htm enthalten, diese muss noch in deutsches Recht (Tierschutzgesetz, Verwaltungsverordnungen/ -Instanzen) eingearbeitet werden und sollte dabei nicht aufgeweicht werden.

[69] Referenzen

- http://wiki.piratenpartei.de/AG_Umwelt/FAQs#Tierversuche
- http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/infomaterial/woran_soll_man_testen.pdf
- http://www.aerzte-gegen-tierversuche-shop.de/epages/61901037.sf
- U.S. Food and Drug Administration Report: Innovation or Stagnation - Challenge and Opportunity on the Critical Path to New Medical Products, March 2004, p.8; www.fda.gov/oc/initiatives/criticalpath/whitepaper.pdf
- U.S. General Accounting Office. FDA Drug Review: Postapproval Risks 1976-1985. Publication GAO/PEMD-90-15, Washington, D.C., 1990
- Technology Review, Juli 2004, S. 45-48
- McIvor E; Seidle T: Within REACH – Intelligent Testing Strategies for the Future EU Chemicals Regulation. Vier Pfoten (Hrsg.), Sept. 2006.

[70] Dokumentationen

- Botox - Mäuse (Tierschutzbund) http://www.tierschutzbund.de/botox.html

- 3Sat Reportage zu Tierversuchen für REACH und Alternative Verfahren: Teil1 http://www.youtube.com/watch?v=NHVUND2TZ94 (youtube 8:03min), Teil2 http://www.youtube.com/watch?v=_aiRinf5U8A (youtube 4:53min)
- 3Sat Reportage zu Problemen von Tierversuchen und warum bereits vorhandene Alternativen nicht eingesetzt werden: Unattraktive Alternative (youtube 7:30)
- 3Sat Reportage zu den Problemen von Tierversuchen: Nano: Wie sinnvoll sind Tierversuche wirklich? http://www.youtube.com/watch?v=3BXKzaybVb4 (youtube 5:30)
- BUAV TV: Cambridge University http://www.youtube.com/watch?v=Sgkgwfahfiw
- Save The Shamrock Monkeys Campaign http://www.youtube.com/watch?v=KrWcAlmZYtM

PA189 - Demokratie in der EU stärken: Legislative

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Stärkung des Bürgereinflusses auf die Gesetzgebung der Europäischen Union

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge folgende Eckpunkte zur Stärkung des Bürgereinflusses auf die Legislative der Europäischen Union befürworten und die nachstehenden Passagen in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] 1.) Initiativ- und Beschlussrecht

[3] Initiativrecht: Initiativen zu europäischen Rechtsakten erfolgen aus der Mitte des Europäischen Parlaments. Außerdem erhalten dieses Recht der Europäische Rat, der Ministerrat sowie die EU-Kommission. Darüber hinaus kann eine Initiative mittels einer Europäischen Bürgerinitiative an das Europa-Parlament gerichtet werden.

[4] Beschlussrecht: Europäische Rechtsakte werden durch das Europa-Parlament beschlossen oder durch Europäische Bürgerentscheide.

[5] 2.) Neustrukturierung des Europa-Parlaments in zwei Kammern

[6] Das Europa-Parlament (EP) setzt sich künftig aus zwei Kammern zusammen. Die erste Kammer besteht aus direkt von den Bürgern bei den Europa-Wahlen gewählten Abgeordneten. Dabei soll das Prinzip der Gleichheit der Stimmen konsequent Beachtung finden (Abschaffung der “degressiven Proportionalität“). Darüber hinaus soll das Wahlrecht zum EP dem einer personalisierten Verhältniswahl entsprechen und den Bürgern ermöglichen nicht nur für Parteien, sondern auch für einzelne Kandidaten zu stimmen.

[7] Die Mitglieder der zweiten Kammer (Staatenkammer) werden von den nationalen Parlamenten aus den Reihen ihrer Abgeordneten gewählt. Diese sollen sich je nach Thema der pro Sitzung zu beratenden oder zu beschließenden Gesetze aus fachlich besonders eingearbeiteten Abgeordneten zusammensetzen (ähnlich dem bisherigen Prinzip wechselnder Zusammensetzungen des Ministerrats, in dem abhängig vom Themengebiet die jeweils zuständigen Minister der Mitgliedstaaten zusammentreffen). In föderal strukturierten Ländern wie Deutschland erhält das nationale Parlament das Recht, auch Abgeordnete regionaler Parlamente in die Staatenkammer zu wählen. Das bisherige Stimmrecht des EU-Ministerrates geht an diese zweite Kammer des EP über.

[8] 3.) Direktdemokratische Verfahren:

[9] Dreistufiges Gesetzgebungsverfahren: Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) wird so umgestaltet, dass die Unionsbürger ein vollwertiges Recht auf Gesetzesinitiative besitzen. Es ist zu gewährleisten, dass sie für die Bürger in der Praxis leicht anwendbar ist und ohne Gebührenerhebung durch staatliche bzw. EU-Stellen auskommt. Die EBI wird darüber hinaus um Europäische Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ergänzt, damit die Unionsbürger unmittelbar europäische Gesetze beschließen dürfen.

[10] Fakultatives Referendum: Ein vom Europa-Parlament beschlossener Rechtsakt wird nicht rechtswirksam, wenn innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. 100 Tage) durch eine Unterschriftensammlung ein EU-weiter Bürgerentscheid über diesen Rechtsakt verlangt und er dann in der Abstimmung abgelehnt wird.

[11] Obligatorisches Referendum: Eine unionsweite Abstimmung wird automatisch (d.h. ohne vorherige Unterschriftensammlung) angesetzt. Die betreffende Vorlage tritt nur nach einer Annahme in einer solchen Abstimmung in Kraft. Dies soll der Fall sein bei allen Änderungen der EU-Verträge bzw. einer EU-Verfassung und wenn die EU Hoheitsrechte an internationale Organisationen abgibt.

[12] 4.) Virtuelle Bürgerkammer:

[13] Um Europäische Bürgerinitiativen vor, während und nach ihrer Durchführung umfassend in der gesamteuropäischen Öffentlichkeit erörtern zu können, wird eine an das Europa-Parlament angeschlossene virtuelle „Europäische Bürgerkammer“ eingerichtet. Jeder Einwohner der Europäischen Union ist berechtigt, an ihr teilzunehmen. Unter Zuhilfenahme der beim EP beschäftigten Sprachübersetzer sollen Angehörige von EU-Einrichtungen ebenso wie Wissenschaftler und Interessengruppen ihre Standpunkte vorstellen.

[14] Die Bürgerkammer dient auch der kritischen Reflexion von Initiativen, die nicht mittels einer EBI eingebracht werden, sondern von EU-Organen stammen. Die Bürgerkammer soll die Möglichkeit bieten Vorlagen zu diskutieren, Meinungsbilder zu erheben sowie offizielle Unterschriftensammlungen im Rahmen Europäischer Bürgerinitiativen und Fakultativer Referenden durchzuführen.

Begründung

[15] Zu 1.) Die Kommission verliert ihr alleiniges Initiativrecht für europäische Rechtsakte. Das direkt von den Bürgern gewählte Europa-Parlament (EP) erhält endlich das Recht, selbst Initiativen zu Rechtsakten zu ergreifen (LQFB-Meinungsbild: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3683.html). Eine ablehnende Haltung der Kommission oder des Ministerrates zu bestimmten Initiativen hat keinerlei Einfluss auf die Gesetzgebung. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) stellt keine Aufforderung mehr an die Kommission dar, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen - sie ist bereits eine. Der Ministerrat überträgt sein Beschlussrecht an die neue zweite Kammer des Parlaments (siehe Punkt 2). Es findet nach Verabschiedung eines Rechtsaktes durch das EP oder durch Bürgerentscheid keine weitere Beschlussfassung in den Parlamenten der Mitgliedstaaten statt.

[16] Zu 2.) Die Anzahl der den einzelnen Mitgliedstaaten im bisherigen EP zustehenden Sitze folgt dem Grundsatz der “degressiven Proportionalität“. Diese bewirkt, dass für die Wahl eines Abgeordneten aus bevölkerungsarmen Mitgliedstaaten weitaus weniger Bürger stimmen müssen als in bevölkerungsreichen Ländern. Die Bürger Maltas oder Luxemburgs sind also gewissermaßen überrepräsentiert und besitzen über ihre Abgeordneten mehr Einfluss im Parlament als die Bürger Italiens, Frankreichs oder Deutschlands. Dadurch wird der Grundsatz der Stimmengleichheit verletzt, weshalb eine Reform die Bevölkerungsstärken in der ersten Kammer des Parlaments möglichst exakt widerspiegeln soll (LQFB-Meinungsbild: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3682.html). Ein größeres Gewicht, als es ihnen nach der Bevölkerungszahl eigentlich zusteht, besitzen die “kleinen“ Mitgliedstaaten schließlich bisher im Ministerrat und nach dessen Beschlussrechtsübertragung in der zweiten Kammer des EP. Außerdem sollen die Bürger nicht die Kandidatenauswahl der Parteien übernehmen müssen, sondern durch eine Vorzugsstimme, Panaschieren und Kumulieren oder andere Formen des personalisierten Wahlrechts Einfluss darauf nehmen können, welche konkreten Personen sie im EP repräsentieren. Deren unterschiedliche Ansichten und Prioritäten können die Gesetzgebung schließlich ganz erheblich beinflussen. (Bezug: Art. 223 AEUV)

[17] Die zweite Kammer, die Staatenkammer, setzt sich aus Vertretern der Legislative aus den einzelnen Mitgliedstaaten zusammen. Diese können auch aus regionalen Parlamenten stammen, was den Subsidiaritätsgedanken fördert. Da die Vertreter eines Mitgliedstaates in der Staatenkammer immer per Mehrheitsbeschluss des nationalen Parlaments gewählt werden müssen, wird es sich stets um solche Abgeordnete handeln, die den jeweils auf nationaler Ebene amtierenden Regierungsparteien angehören bzw. um Parteifreunde aus den Regionalparlamenten. Dadurch ist die Verantwortlichkeit für das Abstimmverhalten im EP klar erkennbar.

[18] Die Staatenkammer dient der Wahrnehmung länder- und regionenspezifischer Interessen. Dass bisher Vertreter der nationalen Regierungen im Ministerrat ein Gesetzgebungsrecht hatten, stellt nicht nur einen Verstoß gegen das Prinzip der Gewaltenteilung dar. Die demokratische Legitimation ist bei Abgeordneten ungleich größer als bei Regierungsangehörigen, denn sie werden zum einen direkt von den Bürgern gewählt, zum anderen erhalten sie ihr Mandat genau für den Zweck gesetzgeberisch tätig zu sein. Die Dominanz der Exekutive in der EU wird so durch einen erstarkten Parlamentarismus abgelöst.

[19] Die Anbindung der Staatenkammer an die Parlamente in den Mitgliedstaaten ist sehr eng, und zwar von Beginn einer Gesetzesinitiative an. Das Mitentscheidungsrecht, wahrgenommen über deren Vertreter in der Staatenkammer, steigert ihren europapolitischen Einfluss im Vergleich z.B. zum bisherigen Beratungsrecht und zur Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge erheblich. Die Rolle der nationalen Parlamente beschränkt sich nicht mehr im Wesentlichen auf die Umsetzung bereits beschlossener EU-Richtlinien.

[20] In der Praxis würden Abgeordnete, die in den jeweiligen Fachausschüssen der nationalen (und regionalen) Parlamente arbeiten, anlässlich der EP-Ausschusssitzungen und Plenarsitzungen nach Brüssel bzw. Straßburg reisen. Dort geben sie auf Grundlage vorheriger Beratung mit den anderen Abgeordneten ihres nationalen (oder regionalen) Parlaments ihre Stimme ab. Ansonsten koordinieren sie sich vom Heimatland aus mit den anderen zuständigen Abgeordneten der Mitgliedstaaten. Ihr Hauptarbeitsplatz befindet sich also weiterhin in den nationalen (und regionalen) Parlamenten.

[21] Zu 3.) Diese drei Formen der direkten Demokratie entsprechen den altbewährten Regelungen in der Schweiz. Bei der EBI haben sich bereits Schwachstellen in Form von Bürokratie und Kosten gezeigt (z.B. bei der Zertifizierung von Online-Unterschriftensammelsystemen), weshalb ein Hürdenabbau angezeigt ist.

[22] Zu 4.) Diese Bürgerkammer orientiert sich am Forum und am Liquid Feedback der Piratenpartei. Sie geht aber insofern darüber hinaus, als sie die Diskussion über konkrete Entwürfe für Rechtsakte durch Beiträge von EU-Institutionen (EP, Kommission, Rat, Europäischer Rechnungshof etc.), aus der Wissenschaft und von Gruppierungen mit einschlägiger Expertise bereichert. Über Textforen ebenso wie durch Mumble- oder Skype-Sitzungen können Bürger aller Mitgliedstaaten untereinander sowie mit EU-Mandats- und Amtsträgern kommunizieren. Dabei wird punktuell auf Dolmetscher und Übersetzer des EP zurückgegriffen. Durch diese Förderung einer europäischen Öffentlichkeit soll die Kluft zwischen Bürgern und EU verkleinert und die Nähe zur Europa-Politik vergrößert werden. Die erwähnten Unterschriftensammlungen für EBIs und Referenden können per elektronischer Signatur direkt über die Internetseite der Bürgerkammer erfolgen, darüber hinaus durch Download von Unterschriftsbögen, die handschriftlich ausgefüllt werden. (LQFB-Meinungsbild: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3744.html)

PA190 - Demokratie in der EU stärken: Exekutive

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber der EU-Kommission bzw. der nationalen Parlamente gegenüber den Regierungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge folgende Eckpunkte zur Reform der Europäischen Kommission befürworten und die nachstehenden Passagen in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Vorschlagsrecht für den Präsidenten der Kommission und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik:

[3] Bei einer Wahl durch das Europa-Parlament sollen der Kommissionspräsident und der Hohe Vertreter von einer neu zu bildenden zweiten Kammer (Staatenkammer) vorgeschlagen und anschließend von der aus den Europa-Wahlen hervorgegangenen ersten Kammer bestätigt werden.

[4] Bei einer Direktwahl des Präsidenten soll jede Fraktion aus der ersten Kammer ein Vorschlagsrecht erhalten; außerdem sollen Kandidaten antreten dürfen, für die entsprechend den Bedingungen eines Europäischen Bürgerbegehrens genügend Unterschriften vorliegen.

[5] Vorschlagsrecht für Kommissare:

[6] Die Parlamente der Mitgliedstaaten sollen Kandidaten für Kommissare vorschlagen. Jeder Kommissar müsste dem EU-Parlament vor seiner Ernennung Rede und Antwort stehen.

[7] Wahl- und Abwahlrecht:

[8] Das Parlament soll das Recht bekommen, einzelne EU-Kommissare sowie den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik mit absoluter Mehrheit wählen und abwählen zu dürfen. Unter bestimmten Voraussetzungen soll das EP auch das vorzeitige Ende der Amtszeit des Kommissionspräsidenten beschließen können (Bei einer Direktwahl: Neuwahl nach entsprechendem EP-Beschluss mit qualifizierter Mehrheit. Bei einer Wahl (mit absoluter Mehrheit) durch das Europa-Parlament: konstruktives Misstrauensvotum mit wiederum absoluter Mehrheit der Abgeordneten).

Begründung

[9] Die Vorschläge im Antragstext zielen auf eine Stärkung des Einflusses der Parlamentsabgeordneten und der Bürger auf die Exekutive.

[10] Der Antrag schlägt bewusst keine Direktwahl des Kommissionspräsidenten vor. Denn dieses Thema ist bei den Piraten sehr umstritten. Ein Meinungsbild im Liquid Feedback ging nur deshalb positiv aus, weil ein einziger Abstimmender dank zahlreicher delegierter Stimmen dafür votierte. Demgegenüber

spricht der danach (und damit den letzten Stand wiedergebende) ebenfalls im LQFB mit weitaus mehr Stimmen angenommene Antrag “Europa 2.0“ davon, dass entweder eine Direktwahl oder eine Wahl durch das Europäische Parlament stattfinden soll. https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3687.html https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3744.html

[11] Gegen eine Direktwahl spricht unter anderem, dass dadurch das Bemühen, die Legislative zu stärken und damit den Bürgereinfluss auf die tatsächlich betriebene Sachpolitik auszuweiten, konterkariert wird. Man würde die Exekutive stärken und viel Macht in die Hand eines einzigen Menschen legen, der dann der Gegenspieler eines Kollektivorgans, des Parlaments, wäre. Außerdem steht zu befürchten, dass der Kontakt zwischen einem einzigen Präsidenten und den Bürgern noch schwieriger zu pflegen ist als der zwischen 750 Europaabgeordneten und ihren Wählern. Sprachbarrieren und die bisher fehlende europäische Öffentlichkeit tragen ihren Teil dazu bei, dass die Wahlbeteiligung an einer Direktwahl des Präsidenten - und damit die demokratische Legitimation - noch niedriger ausfallen dürfte als bei den EP-Wahlen.

[12] Bislang werden Kommissare von den nationalen Regierungen vorgeschlagen und vom Ministerrat nominiert, der Kommissionspräsident und der Hohe Vertreter werden vom Europäischen Rat nominiert - also in allen Fällen von der Exekutive. Eine Abwahl einzelner Kommissare durch das EP ist momentan nicht möglich. Eine Abwahl des Präsidenten der Kommission (zusammen mit der gesamten Kommission, Art. 234 AEUV) erfordert bisher eine Zweidrittelmehrheit im EP. Die im Antrag genannten Regelungen erleichtern die Kontrolle durch das Parlament, die Angehörigen der Kommission können gezielter zur Verantwortung gezogen und ersetzt werden.

PA191 - Demokratie in der EU stärken: Judikative

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Stärkung des Europäischen Parlaments und regionaler Parlamente in Bezug auf Gerichte der Europäischen Union, Einführung individueller Grundrechtsklagen auf EU-Ebene

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge folgende Eckpunkte zur Reform der Judikative der Europäischen Union befürworten und die nachstehenden Passagen in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Klageberechtigte beim EuGH: Regionale Parlamente sollen in Zukunft klageberechtigt sein.

[3] Wahl und Amtsdauer der EuGH-Richter:

[4] Ein von einem Mitgliedsland zu entsendender Richter soll mit qualifizierter Mehrheit vom Europa-Parlament gewählt werden. Dem vorausgehen soll ein einvernehmlicher Personalvorschlag eines Ausschusses, der sich zu gleichen Teilen aus hohen ehemaligen Richtern sowie ehemaligen Parlamentariern zusammensetzt. Eine zweite Amtsperiode soll nicht mehr möglich sein. Dafür soll es eine 8-jährige Amtszeit geben (statt wie bisher eine 6-jährige).

[5] Individueller Grundrechtsschutz:

[6] Sobald für die Europäische Union eine Verfassung mitsamt einem Grundrechtskatalog gilt, soll jeder Bürger diese Grundrechte gegen europäische Rechtsakte und sonstiges staatliches Handeln mittels einer europäischen Verfassungsklage vor einem Europäischen Verfassungsgerichtshof einklagen können.

Begründung

[7] Der Antrag zielt darauf, einzelnen Bürgern und Regionen mehr Rechte einzuräumen, ihre Interessen auf EU-Ebene vor Gericht wahrzunehmen. Darüber hinaus werden die Rechte des Europa-Parlaments gegenüber dem EuGH zu Lasten der nationalen Regierungen gestärkt.

[8] Die Ausweitung des Kreises der Klageberechtigten beim EuGH soll den Einfluss der Regionen auf die EU-Politik stärken. Dabei muss nicht unbedingt jedes einzelne Regionalparlament in jedem Fall ein Klagerecht besitzen. Es ist auch denkbar, dass z.B. in föderalen Staaten nur eine Mehrheit der Regionalparlamente beim EuGH Klage erheben dürfte, um nicht zu viele Gerichtsverfahren zu provozieren. In Deutschland wäre also eine Mehrheit im Bundesrat erforderlich. Alternativ könnte ein bestimmtes Quorum der im Ausschuss der Regionen vertretenen Regionen verlangt werden, wobei deren Regionalparlamente einer Klage zustimmen müssten.

[9] Die Richterwahl entspräche hinsichtlich der einmaligen Wahl der Regelung beim Bundesverfassungsgericht. So bleiben die Entscheidungen der Richter unbeeinflusst von den Erfordernissen eines "Wahlkampfes" für eine zweite Amtsperiode, ihre Unabhängigkeit wird dadurch gestärkt. Die jüngste Diskussion der Wahl der

Bundesverfassungsrichter zum Anlass nehmend, plädiere ich für eine Wahl durch das gesamte Parlament. Bislang werden EuGH-Richter von der “Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EU“ ernannt. Der Wahl durch das EP sollte jedoch eine Empfehlung durch den erwähnten gemischten Ausschuss vorausgehen, der eher politische und eher fachlich-juristische Aspekte bei der Kandidatenauswahl gleichermaßen berücksichtigen kann. Der neue Ausschuss ersetzt das lediglich 7-köpfige Expertengremium, das bislang gemäß Art. 255 AEUV zur Eignung von Bewerbern Stellung nimmt.

[10] Zum Klagerecht für individuelle Personen, vor einem noch zu bildenden EU-Verfassungsgerichtshof Grundrechte geltend machen zu können, siehe das LQFB-Meinungsbild: https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3744.html

PA192 - Transparenz von Nebeneinkünften und Nebentätigkeiten bei Amtsträgern und Abgeordnete

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Unentgeltliche und entgeltliche Nebentätigkeiten von Amtsträgern und Abgeordneten sollen offengelegt werden. Damit werden Interessenverflechtungen transparent und erfassen Verwaltung, Justiz und Parlament.

Antragstext

[1] Der BPT2012.2 möge als Bestandteil des Wahlprogrammes folgendes beschließen, hilfsweise als Positionspapier:

[2] Offenlegung der Einkünfte, Aufwandsentschädigungen, unentgeltlichen Zuwendungen in Justiz, Verwaltung und Parlament:

[3] Richter, Staatsanwälte, Beamte in gehobenen Positionen, aber auch alle politischen Amtsträger, wie Minister und Staatssekretäre, etc. sowie alle Mandatsträger des Bundestages haben ihre Einkünfte, Nebeneinkünfte, Aufwandsentschädigungen, unentgeltlich empfangene Leistungen und eigene unentgeltliche Tätigkeiten für Dritte Personen, die mit Ihrem Amt in sachlichen Zusammenhang stehen, sowie etwaige sonstige Teilnahmen an Veranstaltungen, zu denen sie wegen Ihres Amtes außerhalb des regulären Geschäftsbetriebes eingeladen werden, offenzulegen, einschließlich des Grundes. Soweit dem begründete überwiegende Belange Dritter entgegenstehen (z.B. gesetzliche Geheimhaltungspflicht bei zur Verschwiegenheit verpflichteten bzw. berechtigten Berufen i.S.d. §203 Abs 1, Nr. 3 StGB), ist dies als Ausnahmetatbestand zu berücksichtigen. In diesem Falle sind jedoch die Mandate anonymisiert nach Umsatz, Branche und jährlichen Gesamteinkünften pro Mandant aufzuschlüsseln. Dies alles sind Dienstpflichten, die in den jeweiligen Bundesgesetzen zu verankern sind. Die Dienstaufsichtsorgane haben dies auch zu kontrollieren, im Falle der Bundestagsabgeordneten erfolgt die Kontrolle durch den Bundestagspräsidenten oder von diesen eingesetzten Beauftragten, die jedoch den Schutzzweck des §203 Abs. 1, Nr. 3 StGB zu beachten haben.

[4] Die Offenlegung hat für jedermann sichtbar -auch im Internet- zu erfolgen.

[5] Zur Durchsetzung sollen Verletzungen dieser Pflichten auch sanktionsbehaftet sein:

[6] Bei Amtsträgern sollen derartige Pflichtverletzungen dem Disziplinarrecht unterliegen. Die einschlägigen Gesetze für die Amtsträger sind entsprechend zu ändern.

[7] Bei Abgeordneten sind im Falle eines Verstoßes Kürzungen der Diäten bis zur Höhe des Doppelten des erlangten Vorteiles, bei unentgeltlichen Tätigkeiten in Höhe eines zu schätzenden Wertes der Leistung, maximal jedoch nur bis zu 50% der Diäten ?-ggf. auch mit Rückwirkung- vorzunehmen. Die Sanktion hat der Präsident des Bundestages mittels vollstreckbaren Verwaltungsaktes nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung der Schwere der Pflichtverletzung auszusprechen. Das Abgeordnetengesetz ist entsprechend zu ändern.

Begründung

[8] Der Lobbyismus ist ein legitimes Mittel der Einflussnahme auf die Gesellschaft und die politische Willensbildung. Aber das Volk hat den Anspruch auf Transparenz und muss die Interessenverflechtungen erkennen dürfen. Die bisherigen fragmentarischen gesetzlichen Regelungen sind rechtspolitisch unbefriedigend. Bei den Gerichten gibt es Spezialzuständigkeiten, z.B. für Medizinrecht, Bankenrecht, Berufsrecht usw?. Die Interessenverbände veranstalten Seminare, laden Richter oder auch leitende Staatsanwälte und andere Würdenträger zu Veranstaltungen ein, vergeben honorierte Gutachteraufträge, Schiedsämter, Treuhandschaften und was noch alles sonst so möglich ist. Oder der Leiter eines Bundesamtes wird von einem Großkonzern zu einem Referat eingeladen. Man wohnt in schönem Hotel, bekommt zwar kein Honorar, aber man bekommt alles bezahlt, isst gut, wird hofiert, sieht eine andere hübsche Gegend usw?. Das alles korrumpiert den Menschen. Wenn das alles transparent ist und vieles in der Gesellschaft besteht auch aus Scheinheiligkeit, wird es schwieriger mit dieser schleichenden Beeinflussung. Nicht umsonst hatte sogar ein Vorsitzender Richter eines Fachsenates des BGH (um juristischen Angriffen vorzubeugen, mache ich da erst mal keine näheren Angaben), dem der Ruf nachhing, zu sehr die Interessen der Branche zu vertreten, mal eine Rechtsbeugungsanzeige gefangen, die natürlich ohne Erfolg war.

[9] Die hier formulierten Leitsätze erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und sollen nur den Grundgedanken wiedergeben. Es wäre sodann in der konkreten Ausgestaltung noch näher juristisch auszugestalten. Sofort werden natürlich die betreffenden Amtsträger aufschreien, sagen, sie seien in ihrer amtlichen Arbeit behindert, es entstünde Schaden für die Allgemeinheit und zudem seien sie unzulässig in ihrer Privatsphäre beeinträchtigt. Das persönliche Interesse des Amtsträgers hat jedoch hinter dem Interesse der Allgemeinheit an Transparenz zurückzustehen, wenn es um die Tätigkeit geht, die in untrennbaren sachlichen Zusammenhang mit der Funktion des Amtsträgers steht. Transparenz schafft auch Vertrauen in die Integrität des Amtsträgers, was auch schützenwürdiges Rechtsgut ist. Dies ist m.E. eine zulässige rechtspolitische Erwägung und sollte einer verfassungsrechtlichen Güterabwägung stand halten. Und die Beeinträchtigung der Amtstätigkeit sehe ich nicht ernsthaft. Es werden ohnehin meist nur die Amtsträger in gehobenen Positionen betroffen sein.

[10] Speziell zum „Gläsernen Abgeordneten“ der hiermit gefordert wird:

[11] Für die Bürgerinnen und Bürger muss klar sein, welche Interessen hinter Gesetzesinitiativen stecken und wer, wie und wann auf den Gesetzgebungsprozess Einfluss genommen hat. Nur wenn bekannt ist, von wem Abgeordnete bezahlt werden und für welche Arbeitgeber sie arbeiten, können sich Bürger ein eigenes Bild über deren Unabhängigkeit oder ggf. Abhängigkeit machen.

[12] Betreffend die gewählten Abgeordnete sind auf folgende Ausführungen des Bundesverfassungsgerichtes zu Bundestagsabgeordnete hinzuweisen:

[13] „Mit der Freiheit des Mandats (Art. 38 Abs. 1 GG) sind nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten verbunden, deren Reichweite durch das Gebot, die Repräsentations- und Funktionsfähigkeit des Parlaments zu wahren, bestimmt und begrenzt wird. Zu den Pflichten eines Abgeordneten gehört es, dass er in einer Weise und einem Umfang an den parlamentarischen Aufgaben teilnimmt, die deren Erfüllung gewährleistet. Dabei verlangt die parlamentarische Demokratie einer höchst komplizierten Wirtschafts- und Industriegesellschaft vom Abgeordneten mehr als nur eine ehrenamtliche Nebentätigkeit. Vielmehr fordert sie den ganzen Menschen, der allenfalls unter günstigen Umständen neben seiner Abgeordnetentätigkeit noch versuchen kann, seinem Beruf nachzugehen. Nur der Umstand, dass die Abgeordneten bei pflichtgemäßer Wahrnehmung ihres Mandats auch zeitlich in einem Umfang in Anspruch genommen sind, der es in der Regel unmöglich macht, daneben den Lebensunterhalt anderweitig zu bestreiten, rechtfertigt den Anspruch, dass ihnen ein voller Lebensunterhalt aus Steuermitteln, die die Bürger aufbringen, finanziert wird.“

[14] Mit anderen Worten: Nur eine transparente Politik ist eine glaubwürdige Politik. Das Volk hat ein Recht zu wissen, von wem sich Politiker bezahlen und somit beeinflussen lassen.

PA193 - Zuständigkeiten in der EU klar abgrenzen - Regionen stärken

Wahlprogramm - Europa LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Kuhlemann (Jay Kay)

Zusammenfassung

Klare Kompetenzabgrenzung der einzelnen politischen Ebenen, Stärkung der Regionen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge folgende Neuausrichtung des Verhältnisses der EU zu den Mitgliedstaaten und Regionen befürworten und die nachstehenden Passagen in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Klare Abgrenzung der Kompetenzen:

[3] Die Zuständigkeiten der EU, der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen sollen neu verteilt und klar abgegrenzt werden. Sie sollen in einem „Kompetenzkatalog“ aufgeführt und definiert werden. Der Grundsatz der Subsidiarität dient bei der Zuweisung der Zuständigkeiten als wichtige Richtlinie. Die EU soll insbesondere keine Möglichkeiten mehr haben, ihre Kompetenzen selbstständig auszuweiten und so zur Zentralisierung beizutragen. Die Gesamtheit der Mitgliedstaaten bzw. nach Inkrafttreten einer europäischen Verfassung der Verfassungsgesetzgeber ist frei, über den Antrag eines Mitgliedstaates auf Rückübertragung eines Zuständigkeitsbereiches zu entscheiden.

[4] Regionale Selbstbestimmung:

[5] Politik in Reichweite der Bürger ist demokratischer als eine Machtausübung, die von Bürgerferne geprägt ist. Die regionale und kommunale Selbstbestimmung sollte daher ein Teil der politischen Prinzipien der Europäischen Union sein. Politische Zuständigkeiten sind grundsätzlich auf der niedrigstmöglichen Ebene anzusiedeln. Im Streitfall sollte die jeweils höhere politische Ebene initiativ werden und notfalls vor Gericht begründen müssen, warum ein bestimmtes Thema in ihre Zuständigkeit fallen sollte.

Begründung

[6] Die Gesetzgebung der EU darf nicht mehr z.B. vom bisherigen Recht der Kommission zur „Fortentwicklung der Verträge“ oder der “Binnenmarktgeneralklausel“ geprägt sein. Dadurch hat sie Initiativen zu Themen ergriffen, die besser auf niedrigerer politischer Ebene angesiedelt werden sollten (z.B. die Vorratsdatenspeicherung). Zu empfehlen ist ein Positivkatalog für die EU. Alle nicht darin enthaltenen Bereiche wären durch die Mitgliedstaaten und ggf. die Regionen wahrzunehmen. Die Möglichkeit einer vertieften Zusammenarbeit mehrerer Mitgliedstaaten bleibt hiervon unbenommen. Zum Wesen des Subsidiaritätsprinzips in der EU siehe: http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_1.2.2.pdf

[7] In diesem Sinne sollte sich die EU auch zur Eigenständigkeit der Regionen und Kommunen bekennen und sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten stärken (z.B. durch ein Klagerecht beim EuGH, einer Aufwertung des Ausschusses der Regionen etc.).

[8] Wenn ein Mitgliedstaat eine Zuständigkeitsübertragung an die EU im Sinne der Subsidiarität für sich alleine oder für andere Länder zurückerhalten möchte, sollte dies bei Vorhandensein der erforderlichen Mehrheiten grundsätzlich möglich sein. Dies soll eine politische Realisierungsperspektive für den Fall sein, dass in einem Mitgliedstaat ein demokratisch zustande gekommener Wille im Widerspruch zum EU-Recht steht.

[9] Nicht die Mitgliedstaaten und Regionen sollen aktiv werden und begründen müssen, warum sie angesichts des Subsidiaritätsprinzips bei einem bestimmten Thema zuständig sind - sondern die EU. Hierin liegt gewissermaßen eine Umkehr der Antrags- und Begründungserfordernisse, wie sie bisher bei Subsidiaritätsrügen gelten.

PA194 - Transparenz im Haushalt

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Allumfassende Transparenz von der Haushaltsplanerstellung bis zur Rechnungsprüfung schafft mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung knapper Resourcen der öffentlichen Hand. Und damit mehr Bürgerbeteiligung!

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland möge folgendes als Bestandteil ihres Wahlprogrammes, hilfsweise als Positionspapier beschließen:

[2] Die Piratenpartei fordert auf Bundes- Landes- und Kommunalebene die Einführung eines allumfassenden transparenten Haushaltswesens mittels moderner Informations- und Kommunikationsmittel, insbesondere durch Web 2.0-Technologien (Open Budget 2.0). Ziel ist es dabei mit einer noch weiteren Öffnung als bisher dem Bürger mehr Teilhabe zu ermöglichen. Als Fernziel ist die direkte Mitbestimmung des Bürgers anzustreben. Hierzu sind zunächst folgende Voraussetzungen zu schaffen:

[3] - Sämtliche haushaltsrelevanten Tatsachen sind in einem offenen maschinenlesbaren Datensystem unverzüglich in jeder Phase von der Planerstellung bis zur Rechnungsprüfung öffentlich zu machen und müssen im Internet nach Sachgebieten übersichtlich gegliedert jedermann zugänglich sein (Open Data). Jedermann soll somit die Möglichkeit erhalten, sämtliche Daten elektronisch weiterzuverarbeiten und automatisiert auszuwerten. Vergangene Haushalte sind vergleichbar neben den aktuellen Haushalt zu stellen.

[4] - Die Erarbeitung und Diskussion von Haushaltsplänen hat von Beginn an öffentlich zu erfolgen. Jedermann soll die Möglichkeit erhalten, sich zu Einsparungen und Mittelverwendungen einzubringen.

[5] - Beschlüsse von Haushaltsgesetzen und Haushaltssatzungen sind nach Abschluss der Debatte im Internet bekannt zu machen, insbesondere auch das Abstimmverhalten. Die Voraussetzungen für die Visualisierung des Abstimmverhaltens sind zu schaffen.

[6] - Rechenschaftsberichte und Haushaltsabschlüsse sind unverzüglich nach der Veröffentlichung, aber vor Abschluss der Rechnungsprüfung für jedermann frei zugänglich zu machen, insbesondere im Internet elektronisch zu publizieren.

[7] - Moderne Haushaltsbewirtschaftungssysteme sind je nach technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten anzustreben, sodass jederzeit aktuelle Berichte und Analysen zur Bewirtschaftung erstellt werden können, die in einer verständlichen Aufbereitung nicht mehr nur für interne Zwecke, sondern auch der Politik und der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden können.

[8] Das Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (HrHG) ist entsprechend zu ändern.

[9] Modulantrag als Ergänzung zu obigem Antrag (nur für den Fall der Antragsannahme):

[10] Obiger Programm- bzw. Positionstext ist um folgendes vor dem letzten Satz zu ergänzen:

[11] "- Über die Rechenschaftsberichte hinaus ist die gesamte Rechnungslegung mit den verbuchten Belegen über das Internet frei zugänglich zu machen. Diese Öffentlichkeit unterstützt die Rechnungsprüfungsämter und jedermann hat dann die Möglichkeit, Berichte und Nachweise durchzusehen und auf Unregelmäßigkeiten hinzuweisen."

Begründung

[12] Grundgesetz und die einfachen Gesetze geben die derzeit gültigen Haushaltgrundsätze samt etlichen Transparenz- und Öffentlichkeitspflichten vor: Z.B. die Budgetöffentlichkeit (Art 104a ff GG) sowie die Haushaltsprinzipien der Vollständigkeit, der Klarheit und der Öffentlichkeit sowie die öffentliche Haushaltsdebatte. Gleichwohl geht dies nicht soweit, wie mit den hier beantragten Leitlinien skizziert. Wir beklagen derzeit die Undurchschaubarkeit öffentlicher Haushalte, sowohl was die Planerstellung, die Durchführung als auch die Prüfbarkeit anbelangt.

[13] Der hier verfolgte Antrag rundet das politische Konzept der Piraten ab. Transparenzgesetz in Anlehnung an das Hamburger Modell (Gläserne Verwaltung), die Leitlinien zur Transparenz in der Gesetzgebung mit Lobbyistenregister und Legislativen Fußabdruck nebst der Forderung nach der Offenlegung jeglicher Nebentätigkeiten von Amts- und Mandatsträgern sowie die hier geforderten Leitlinien ermöglichen erst die Teilhabe des Bürgers an der öffentlichen Verwaltung und dem verantwortlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Es dient somit auch der Kontrolle der Exekutive, die letztlich auch nur der Dienstleister des Bürgerschaft ist. Flankierend wird die Verantwortlichkeit der Verwaltung im sorgsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln durch die mit gesondertem Antrag verfolgte Reform des Strafrechtes (Tatbestand der Verwaltungsuntreue) gestärkt.

[14] Damit ist der neue politische Weg, den die Piraten verfolgen, vorgezeichnet: Nur mehr Informationen und Teilhabemöglichkeiten geben dem Bürger die Möglichkeit sich mehr zu beteiligen. Das Wissensniveau steigt und eine fruchtbarere Wechselwirkung tritt mit zunehmenden Zeitablauf ein, der sodann auch das Bett bereitet, dass künftig mehr in direkter demokratischer Beteiligung des Bürgers Entscheidungen getroffen werden können. Damit einhergehend entsteht eine größere Akzeptanz staatlichen Handeln und weniger Politik- und Staatsverdrossenheit, was für eine funktionierende Demokratie unverzichtbar ist.

PA195 - Verschwendung von Steuermitteln bestrafen

Wahlprogramm - Haushalt

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Schaffung eines Straftatbestandes einer Verwaltungsuntreue als Äquivalent zu den Straftatbeständen der Steuerhinterziehung. Das Grundübel der Verschwendung von öffentlichen Mitteln kann damit wirksam bekämpft werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Bestandteil des Wahlprogrammes, hilfsweise als Positionspapier, folgendes beschließen:

[2] Die Piraten fordern den vorsätzlichen und leichtfertig sachwidrigen Umgang mit den Haushaltsmitteln unter Strafe zu stellen. Maßgebende Kriterien für eine Strafbarkeit hierbei sollen sein, dass der zuständige Entscheidungsträger

[3] - gegen einschlägige Haushaltsvorschriften, die der Sicherung des Entscheidungsmonopols der für die Aufstellung des Haushaltsplanes zuständigen Stelle oder der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der öffentlichen Haushaltsführung dienen(siehe z.B. §§ 22,23,26,27, 28 Abs. 2 und 29 HGrG (Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder)), verstößt,

[4] - oder ein auffälliges Missverhältnis zwischen der getätigten Ausgabe und dem mit dem Haushaltsansatz verfolgten Nutzen oder zu der Leistungsfähigkeit des Verwaltungsstelle besteht.

[5] Straftäter kann jeder Amtsträger oder eine für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person sein, aber auch ein Mitglied kommunaler oder vergleichbarer Vertretungsorgane, die mit haushaltswirksamen Entscheidungen befasst ist.

[6] Darüber hinaus sollte auch die vorsätzliche Manipulation von vorbereitenden Kalkulationen zu Haushaltsentscheidungen sanktioniert werden, wenn Mitarbeiter der Verwaltung oder von dieser zu diesem Zwecke beauftragten Personen solche anfertigen.

[7] Eine Strafbarkeit sollte jedoch entfallen, wenn die verpflichtete Person zuvor sich eine Bestätigung der geplanten Maßnahme durch die zur Rechnungsprüfung berufene Stelle eingeholt hatte.

[8] Nicht vorsätzliche, aber leichtfertige Verstöße sollen nicht als Straftat, sondern nur als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden. Ebenso ordnungswidrig handelt, wer entgegen § 30 HGrG oder den entsprechenden Vorschriften des kommunalen Haushaltsrechtes keine öffentliche Ausschreibung vornimmt.

[9] Das Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder ist dahingehend zu ergänzen, dass die zur Rechnungsprüfung berufene Stelle verpflichtet wird, die zur Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfolgung zuständige Stelle von einem Anfangsverdacht zu unterrichten ist.

[10] Modul 1:

[11] Für den Fall der Ablehnung wird der Antrag im obigen Wortlaut gestellt, jedoch mit der Maßgabe, dass folgender Halbsatz entfällt:

[12] „- oder ein auffälliges Missverhältnis zwischen der getätigten Ausgabe und dem mit dem Haushaltsansatz verfolgten Nutzen oder zu der Leistungsfähigkeit des Verwaltungsstelle besteht.“

[13] Modul 2:

[14] Für den Fall der Ablehnung wird der Antrag im obigen Wortlaut gestellt, jedoch mit der Maßgabe, dass folgender Satz entfällt:

[15] „Straftäter kann jeder Amtsträger oder eine für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person sein, aber auch ein Mitglied kommunaler oder vergleichbarer Vertretungsorgane, die mit haushaltswirksamen Entscheidungen befasst ist.“

[16] Statt dessen wird der Satz wie folgt ersetzt:

[17] „Straftäter kann jeder Amtsträger oder eine für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtete Person sein, die mit haushaltswirksamen Entscheidungen befasst ist.“

[18] Modul 3:

[19] Die Änderungen gem. Modul 1 und 2 gelten gleichzeitig.

Begründung

[20] Dieser Programmantrag greift auf jüngste in Auftrag gegebene rechtswissenschaftliche Untersuchungen des Bundes der Steuerzahler zurück. (Siehe auch

[21] http://www.steuerzahler.de/Verschwendung-von-Steuergeld-bestrafen/4462b1700/index.html

[22] http://www.steuerzahler.de/files/41470/Haushaltsuntreue_Internet.pdf)

[23] Auch das Bundeswahlprogramm der Piraten von 2009 hatte allgemein die Bestrafung der Verschwendung von Haushaltsmitteln gefordert, ohne dies jedoch näher zu spezifizieren.

[24] Wir haben in unserer Rechtsordnung ein gravierendes Ungleichgewicht bei der Bestrafung von Steuersündern einerseits und Entscheidungsträgern der öffentlichen Verwaltung andererseits, die zu Lasten der Allgemeinheit öffentliche Mittel verschwenden. Beides kann nur in einem Gesamtzusammenhang betrachtet werden:

[25] Zum einen stellen wir auf der Einnahmeseite der öffentlichen Hand eine zunehmende Verschärfung in der strafrechtlichen Verfolgung von Steuerstraftätern (Bürgern) in den letzten Jahrzehnten fest. Dies manifestierte sich z.B. in einer veränderten Rechtsprechung, die die Sanktionen verschärfte, als auch in Bemühungen der Verwaltung, Steuerstraftäter zu überführen (siehe z.B. den fragwürdigen Ankauf von Daten-CD’s aus Lichtenstein und der Schweiz). Damit wird zwar die Einnahmeseite der öffentlichen Hand geschützt und es wird immer riskanter für den Steuerbürger, sich seiner Steuerpflicht zu entziehen. Das Reglement der Abgabenordnung sieht hierzu die speziellen Straftatbestände auch zu Recht vor.

[26] Dies steht aber im krassen Gegensatz zu dem Umstand, dass auf der Ausgabenseite der öffentlichen Hand keine entsprechenden Straftatbestände für Entscheidungsträger der öffentlichen Hand bestehen. Die herkömmlichen Straftatbestände der Untreue (§266 StGB) oder Unterschlagung (§246 StGB) greifen oftmals nicht. Denn die Rechtsprechung hat oftmals die Verschwendungssachverhalte nur sehr restriktiv den vorgenannten Straftatbeständen unterworfen, sodass sich in der Regel die Entscheidungsträger auch meist keine Sorgen über eine Sanktionierung machen müssen, wenn sie als Treuhänder staatlichen Vermögens massiv versagen. Die Berichte der Rechnungshöfe als auch das jährliche Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes führen zu keinen nachhaltigen Konsequenzen für die handelnden Personen.

[27] Diese strafrechtliche Ungleichbehandlung von Bürgern und öffentlichen Entscheidungsträgern ist unhaltbar, systemwidrig und daher zu beseitigen.

[28] Auch Manipulationen, um Entscheidungsgremien zu einer Bewilligung von öffentlichen Ausgaben oder kostenintensive Projekte zu bewegen, werden in der Regel auch nicht von dem Straftatbestand des Betruges (§ 263

StBG) erfasst. In dieser Hinsicht fanden aber im Rahmen der oben erwähnten rechtswissenschaftlichen Untersuchungen keine Überlegungen statt. Gleichwohl besteht hier ein Sanktionsbedürfnis, denn oftmals werden Entscheidungsträger über die tatsächlichen Kosten eines geplanten Vorhaben im Unklaren gelassen, was sodann zu den nicht selten extremen Kostensteigerungen bei öffentlichen Vorhaben führte. Wenn dies vorsätzlich geschieht, muss dies ebenso als strafwürdig angesehen werden.

[29] Die hier vorgeschlagene Forderung nach gesetzlichen Veränderungen schafft spiegelbildlich den notwendigen Ausgleich durch eine gleichmäßige Strafandrohung sowohl für den Steuerbürgern als auch den öffentlich-rechtlich Verantwortlichen. So wie die leichtfertige (keine vorsätzliche!) Steuerverkürzung nur eine Ordnungswidrigkeit ist, soll nun auch die leichtfertige Verschwendung von öffentlichen Mittel nur nach dem Ordnungswidrigkeitsrecht sanktioniert werden. Die vorsätzliche Steuerhinterziehung als auch die vorsätzliche Verschwendung öffentlicher Mittel sollen gleichwertig als Straftat geahndet werden. Dies gebietet die Gleichbehandlung. Dieses Sanktionssystem sollte aber auch ausreichend sein, um künftig jeden Verantwortlichen der öffentlichen Hand zu einem sorgfältigeren Umgang mit den ihm anvertrauten Mitteln zu bewegen. Nicht umsonst hat es bislang die in den Parlamenten stark vertretene Berufsgruppe von Beamten und öffentlich Bediensteten geschafft, entsprechende Gesetzesinitiativen zu verhindern. Umso mehr sollte dieses Anliegen nun von den Piraten verfolgt werden.

[30] Um dem Einwand zu begegnen, die Verantwortlichen würden mit der ständigen Drohung von Sanktionen gegen die Interessen der Verwaltung in ihrer Arbeit unzumutbar behindert, da nun Entscheidungsprozesse zu Lasten der Allgemeinheit verschleppt würden, ist es erforderlich, dem Verantwortlichen die Möglichkeit zu geben, sich durch Rückvergewisserung bei der zuständigen Rechnungsprüfungsstelle abzusichern.

[31] Mit der gleichzeitig gesetzlich zu schaffenden Anzeigepflicht der zuständigen Rechnungsprüfern soll zugleich auch die Verfolgung von Straftätern gefördert werden. Unterbleibt dies, wäre dies eine Strafvereitelung im Amt gem. § 158 a StGB.

PA196 - Transparenzgesetz für Deutschland

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Entsprechend dem in diesem Jahr für das Land Hamburg verabschiedeten Transparenzgesetz soll das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes komplet ersetzt werden (Hamburger Modell). Dies schafft eine "Gläserne Verwaltung".

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Bestandteil des Wahlprogrammes, hilfsweise als Positionspapier beschließen:

[2] Das derzeitige Informationsfreiheitsgesetz des Bundes wird durch ein Transparenzgesetz entsprechend dem Hamburger Modell (siehe HambTG vom 19. Juni 2012, http://www.luewu.de/gvbl/2012/29.pdf)ersetzt.

[3] Damit soll mit Hilfe eines Zentralen Informationsregisters das Prinzip umgekehrt werden, dass der Bürger erst einen Antrag mit Gebührenfolgen stellen muss. Dies ist aus der Sicht des Bürgers unnötig mühselig und teuer. Damit wird zugleich dem Gedanken an OPEN DATA Rechnung getragen. Offene Daten sind sämtliche Datenbestände, die im Interesse der Allgemeinheit der Gesellschaft ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden können.

[4] Dieses von den PIRATEN geforderte Transparenzgesetz definiert, was an Datenmaterial im zentralen Informationsregister zu veröffentlichen ist und gibt im Übrigen dem Bürger einen klaren Informations- und Auskunftsanspruch. Hierbei ist durch eine Ausweitung des Behördenbegriffs der Informationsanspruch auch gegen Unternehmen des Privatrechtes zu begründen, wenn öffentliche Körperschaften mitbestimmend hieran beteiligt sind und/oder diese Unternehmen öffentliche Aufgaben oder eine vom Staat verliehene Monopolstellung wahrnehmen. Es wird nicht nur ein INFORMATIONANSPRUCH begründet, sondern zusätzlich auch eine antragsunabhängige INFORMATIONSPFLICHT. Mit den eng umrissenen Ausnahmetatbeständen im Falle höherwertig zu beurteilenden öffentlichen Interessen und Belange Dritter (Angelegenheiten des Petitionsauschusses, der Kontroll- und Untersuchungsausschüsse des Landtages, Organe der Rechtspflege, des Rechnungshofes, Verfassungsschutzes und der Steuerbehörden, Fragen der Landesverteidigung und internationaler Beziehungen, Gefährdung von Straf- ,Ordnungs- und Disziplinarverfahren, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen) werden die informations- und auskunftspflichtige Stellen gehindert, mit pauschalen Behauptungen das Informationsbegehren und die Informationspflicht zu umgehen. Zudem sind staatliche Stellen gehalten, das Informationsinteresse in jeder Phase ihres Handelns rechtzeitig zu berücksichtigen, z.B. dass Verträge mit staatlichen Stellen vorab zu veröffentlichen sind und Vertragspartner mit Abschluss des Vertrages auch in die Veröffentlichung einzuwilligen haben. Sogenannte Privat- und Betriebsgeheimnisse sind von Anfang an gesondert kenntlich zu machen und zu begründen.

[5] Neben dem Verwaltungsrechtsweg haben die Bürger auch das Recht den Datenschutzbeauftragten, der auch die Einhaltung dieses Gesetzes zusätzlich zu überwachen hat, anzurufen.

[6] Mit diesem Gesetz wird

[7] -Korruption erschwert

[8] -Steuerverschwendung vorgebeugt

[9] -der Verwaltungsablauf vereinfacht

[10] -dem Bürger und den Volksvertretern mehr Mitbestimmung ermöglicht

[11] -die Pressefreiheit durch bessere Recherchemöglichkeiten gestärkt

[12] -das Vertrauen in Politik und Verwaltung gestärkt!

[13] und damit die DEMOKRATIE durch mehr Transparenz und Vertrauen erheblich gestärkt!

Begründung

[14] Die Intransparenz staatlicher Strukturen in Deutschland erschwert es den Bürgern, sich zu beteiligen oder die Politik zu überprüfen. Dabei ist für effektive politische Teilhabe dringend ein zeitgemäß gestalteter Zugang zu Fakten notwendig.

[15] Die derzeitige Praxis der Ablehnung von Auskunftsansprüchen unter dem Vorwand von Geschäfts- oder Amtsgeheimnissen sowie die Verschleppung und Verhinderung solcher Ansprüche durch langsame Bearbeitung, hohe Gebühren und Auslageerstattungen halten wir für bürgerfeindlich. Wir fordern daher eine Deckelung der Gebühren und Auslagen sowie Fristen für die Auskunftserfüllung ein, verbunden mit Sanktionen bei Nichterfüllung. Schon beim Anlegen neuer Akten muss die Verwaltung deren mögliche Veröffentlichung mit berücksichtigen.

[16] Das gegen den Widerstand der CDU/CSU und FDP verabschiedete Informationsfreiheitsgesetz des Bundes von 2005 ist unzureichend, hat sich doch in der Praxis herausgestellt, dass mehr als doppelt so viele Auskunftsersuchen abgelehnt als bewilligt wurden. Zudem legen die Verwaltungen die Ausnahmetatbestände zum angeblichen Schutz von übergeordneten öffentlichen Interessen und dritter Personen zu weit aus.

[17] Mit dem Hamburger Model wird eine Gläserne Verwaltung geschaffen und damit der Weg für mehr Bürgerbeteiligung geschaffen.

PA197 - Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbaenden

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sabine baer

Zusammenfassung

Von der Abschaffung des Kammerzwangs sollen neben den Angehoerigen der Aerztekammern auch die Angehoerigen der anderen Heilberufe ausgenommen werde.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, den Abschnitt ueber die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbaenden im Grundsatzprogramm wie folgt zu ändern:

[2] Im Titel des Programmabschnittes ueber die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbaenden sowie in dessen Text wird das Wort "Aerztekammern" jeweils durch die Worte "Kammern nach den Heilberufsgestzen der Laender" ersetzt

Begründung

[3] Nach dem bisherigen Text soll nur die Zwangsmitgliedschaft in den Aerztekammern bestehen bleiben, die anderen Heilberufe sollen vom Kammerzwang befreit werden. Welche das sind, wird in Landesgesetzen bestimmt, die ueberwiegend, aber nicht vollstaendig deckungsgleich sind. Fuer alle danach eingerichteten Heilberufskammern (siehe http://www.kammerrecht.de/kammergesetze/berufskammern.html#Heilberufskammern) gelten im Prinzip die gleichen Vorschriften. Es handelt sich um Koerperschaften des oeffentlichen Rechts, die insbesondere die Aufgabe haben, die Berufspflichten der Kammerangehoerigen zu ueberwachen. Insoweit besteht kein Unterschied zwischen den Aerztekammern und den anderen Heilberufskammern. Da alle Heilberufe dem Volkswohl verpflichtet sind, sollten sie auch gleichermassen kammerpflichtig bleiben.

[4] Eine Anfrage an den Antragsteller zur vorigen Aenderung (der Ausnahme der Aerztekammern) wurde leider nicht beantwortet, eine kurze Diskussion in pirates.de.region.he.misc hat gezeigt, dass das Wissen ueber die Aufgaben der Heilberufskammer nicht allzuweit geht. Ich stelle daher den im Alleingang.

PA198 - Die Piratenpartei fordert die Bestimmungen zur Kanaldichtigkeitsprüfung auf Bundesebene zu regeln.

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tstephan (XtraTobi), Siggi, DerfairePirat, Raimund, kleinD

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die Bestimmungen zur Kanaldichtigkeitsprüfung auf Bundesebene zu regeln.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgender Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei fordert die Bestimmungen zur Kanaldichtigkeitsprüfung auf Bundesebene zu regeln. Eine Dichtigkeitsprüfung soll nur verdachtsabhängig durchgeführt werden.

Begründung

[3] Begründung: Das ehrenwerte Vorhaben das Grundwasser und damit die Umwelt zu schonen wird dadurch ad Absurdum geführt, dass pauschal jeder Hausanschluss geprüft werden soll. Neubauten werden hier genauso behandelt wie 50 Jahre alte Häuser. Ebenso ist es für keinen Anwohner nachvollziehbar, warum sein Kanal auf Dichtigkeit ohne besonderen Anlass geprüft werden soll, wenn wenige Meter weiter, Bauern mehrmals im Jahr Gülle auf einem Acker verteilen. Kanäle müssen im laufenden Betrieb nicht dicht sein nach den Vorgaben der DIN! Denn nirgendwo in Deutschland besteht ein allgemeiner Zusammenhang zwischen der Schadenrate privater Abwasserleitungen und einer Grundwasserbelastung. Das zeigen auch die Messungen im Rahmen des Pilotprojektes in Köln-Höhenhaus 2004/2005. Die behaupteten Umweltschäden durch undichte private Abwasserrohre sind im Allgemeinen nicht belegbar. Um Missverständnisse zu vermeiden: Dort, wo tatsächlich Probleme bestehen, wo nachweislich eine Grundwassergefährdung naheliegt oder eine Fremdwasserproblematik besteht, müssen die Quellen identifiziert und muss gehandelt werden. Das darf aber nicht verdachtsunabhängig und flächendeckend geschehen. Eine Dichtigkeitsprüfung kann Schäden am Kanal verursachen und ist schon deshalb nicht pauschal anzusetzen. Es gibt keine andere Maßnahme im Land mit einem derart krassen Missverhältnis zwischen zu erwartendem Nutzen und den horrenden Kosten. Da die Abwasserwirtschaft eine kommunale Pflichtaufgabe ist, mussen aufgrund eines Bundesgesetzes die Länder im Wege einer Durchführungsverordnung verbindliche Regelungen zu Art und Umfang der Dichtigkeitsprüfung geregelt werden. Ebenso ist der Zeitpunkt der Durchführung der Prüfung und der Zeitraum der Schadensbeseitigung verbindlich festzulegen. Die Städte und Gemeinden müssen einheitliche Vorgaben zur Gleichbehandlung aller privaten und gewerblichen Grunstücksbesitzer haben. Es kann nicht sein, daß, je nach Kommunaler Satzung, der Grundstücksbesitzer mal bis zur Strassenmitte, (Einleitungsstelle Hauptkanal) mal nur bis zur Grundstücksgrenze zuständig ist. Die Dichtigkeitsprüfung betrifft auch Mieter, da die Kosten umlagefähig ist. Der Vermieter ist brechtigt die Kosten der Prüfung auf den jeweiligen Mieter umzulegen, nicht jedoch der evtl. Ausbesserung des Kanals. Anmerkungen: In Deutschland ist durch ein Bundesgesetz vorgeschrieben, dass Abwasserkanäle dicht sein müssen.

PA199 - Risikovorsorge gegen Peak Oil (Rückgang der Ölförderung): Fossile Energieträger aufgeben, bevor sie sich verknappen

Wahlprogramm - Energie LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Johannes Nix, Gunnar Kaestle (AG Energiepolitik), LordSnow (AG Umwelt), SuddenGrey, Tverrbjelke, Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Wir wollen gegen einen sich anbahnenden Rückgang der weltweiten Ölproduktion Vorsorge treffen, indem wir riskante Abhängigkeiten von fossiler Energie gezielt und so schnell wie möglich vermindern.

Antragstext

Risikovorsorge gegen Peak Oil (Rückgang der Ölförderung): Fossile Energieträger aufgeben, bevor sie sich verknappen

[1] Kurze Version in einfacher Sprache

[2] Der Bundesparteitag möge folgendende Kapitel in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen. Sollte der Gesamtantrag nicht die notwendige Mehrheit erreichen sollen das Einleitungskapitel (Energiepolitik in Zeiten sich verknappender Ressourcen) und die nachfolgenden Module einzeln abgestimmt werden.

Versorgungssicherheit mit Erdöl

Energiepolitik in Zeiten sich verknappender Ressourcen

[3] Ein Rückgang der globalen Ölförderung aufgrund schrumpfender Reserven und unzureichender Neufunde ist absehbar und kann nach Meinung vieler Experten schon kurzfristig innerhalb weniger Jahre nach Erreichen eines Maximums(Peak Oil) erfolgen. In diesem Fall muss aufgrund stark steigender und volatiler Preise und einer schnell wachsenden Ressourcenlücke mit erheblichen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen gerechnet werden.

[4] Wir sehen diese mögliche deutliche Verknappung von Erdöl als ernsthaftes ökonomisches, ökologisches und sicherheitspolitisches Risiko an und fordern angemessene energiepolitische Maßnahmen hierzu.

[5] **< Anfang Teilmodul A “Strategien gegen Peak Oil“ >**

Strategien gegen Peak Oil

Verantwortung der Politik

[6] Die alarmierenden Unterschiede in den Prognosen der Internationalen Energieagentur der OECD (IEA), der Association for the Study of Peak Oil and Gas (ASPO) und die der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, welche die Bundesregierung für ihre Planungen zugrunde legt, sind aktiv zu untersuchen und aufzuklären. Wir fordern, dass die zukünftige Energiepolitik die unterschiedlichen Szenarien und ihre Risiken angemessen gewichtet. Die Umsetzung einer zukunftsfähigen Energieversorgung muss die Gefahr von erheblichen Verknappungen bei der Ölversorgung, auf die ASPO und IEA eindringlich hinweisen, berücksichtigen und frühzeitig sinnvolle Vorsorgemaßnahmen treffen.

[7] Auch wenn der Zeitpunkt eines Förderrückgangs erst Jahre später mit Sicherheit bekannt sein wird, ist Handeln jetzt geboten, da nachträglich aufgrund zu langer Investitions- und Nutzungszyklen nicht mehr rechtzeitig und angemessen reagiert werden kann.

Mut zur Begegnung mit der Realität

[8] Wir wollen eine Gesellschaft mit selbstverantwortlichen, mündigen Bürgern. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information über die Faktenlage. Bürgern und Unternehmen müssen die lang- und mittelfristigen Aussichten in Bezug auf die Szenarien klar und nachvollziehbar erklärt werden. Nur so können wir eine kollektive Selbstverantwortung wahrnehmen. Für eine tragfähige Antwort auf Peak Oil ist neben einer Erörterung der Lage eine breite Diskussion der möglichen Alternativen notwendig. Aktivitäten von Institutionen und industriellen Verbänden, wie der britischen "Industry Taskforce on Peak Oil and Energy Security", welche die Situation auf die Tagesordnung bringen, sollen ausdrücklich gefördert werden und sind mit einer umfassendenen Informationspflicht der Ölförderer zu unterstützen.

[9] Einzuleitende Strategien sind mit den weiteren Zielen der Energiewende zu verzahnen. Eine stark beschleunigte Umstellung auf für uns unerschöpfliche Energieträger muss die Abhängigkeit vom Erdöl insbesondere in den Bereichen Transport und Verkehr, Gebäudeheizung, Landwirtschaft sowie chemischen Grundstoffe, wie Polyethylenterephthalat (PET) vermindern.

[10] Da viele komplexe Faktoren zu berücksichtigen sind, brauchen wir zur Gestaltung von Maßnahmen einen vernetzten, dezentralen Prozess, um die besten Antworten auf diese Herausforderung für unsere Gesellschaft zu finden.

[11] Die konkreten Maßnahmen müssen Erdöl sowie mittelfristig auch damit ersetzbare Energieträger wie Kohle und Erdgas einsparen und die Abhängigkeit vom Erdöl reduzieren. Die heute schon erheblich gestiegenen Energiepreise ermöglichen es, viele sinnvolle vorsorgende Punkte kostenneutral umzusetzen. Für eine wirkungsvolle Risikominderung halten wir eine möglichst schnelle Umstellung für essentiell.

[12] Besondere Priorität haben deshalb die Sicherstellung eines bezahlbaren Personennahverkehrs sowie planerische Unterstützung kurzer Wege und Förderung nichtfossiler Mobilität, genauso wie die Umstellung des Gütertransports und die Senkung der Energiekosten von Wohnungen durch eine effektive und faire Förderung von Wärmedämmungen und modernen Heizungen auch in Mietwohnungen. Weiterhin wollen wir eine Stärkung der Möglichkeiten von Verbrauchern, ihren Lebensstil stark steigenden Energiekosten anpassen zu können, insbesondere durch eine verbesserte Transparenz von Heizkosten und einer Aufstocken der Grundsicherung.

[13] Die Nutzung von Biomasse darf nicht zu einer weltweiten Verknappung von Lebensmitteln durch steigende Weltmarktpreise, der Zerstörung von Urwäldern und der Vertreibung von indigenen Völkern beitragen. Eine Umwidmung von Nahrungspflanzen zur Gewinnung von Treibstoff ("Biosprit") oder industriellen Grundstoffen wie z.B. Verpackungsmaterial aus Mais ("Bioplastik") lehnen wir ab.

[14] Eine öffentliche Subventionierung von durch Peak Oil unwirtschaftlich werdenden Industriezweigen oder Konsumgütern, die keine langfristigen Zukunftsperspektiven erschließen, lehnen wir ab. Wir wollen deshalb die Einstellung von Subventionen und Steuererleichterungen für den motorisierten Individualverkehr, der Güter-

produktion und dem Verbrauch fossiler Energieträger.

[15] < Ende Teilmodul A “Strategien gegen Peak Oil“ >

[16] < Anfang Teilmodul B “Ölausstiegsumlage zur beschleunigten Umstellung des Transportsektors“ >

Ölausstiegsumlage zur beschleunigten Umstellung des Transportsektors und der Gebäudeheizung

[17] Zur Finanzierung einer schnellen Umstellung schlagen wir eine zweckgebundene “Ölausstiegsumlage“ auf alle Erdölprodukte wie Dieselöl, Heizöl und Benzin vor. Die erzielten Mittel sollen nach dem “Feebate-Prinzip“ gezielt verwendet werden, um die rasche Einführung nachhaltiger Energieträger und Techniken im Transportsektor und bei der Gebäudeheizung in sozial gerechter Weise zu fördern. Die Höhe dieses Steueranteils soll in den nächsten zehn Jahren substanziell steigen. Sie soll auf diese Weise einen Teil der zu erwartenden Preissteigerungen planbar vorwegnehmen und so die schädliche Wirkung schockartiger Preissteigerungen dämpfen, bedrohliche Leistungsbilanzdefizite verhindern und Investitionssicherheit für Alternativen schaffen. Ziel ist eine Verminderung des Treibstoffverbrauchs im Transportsektor um 30% innerhalb von zehn Jahren. Die Umstellung von Fahrzeugen auf Erdgas soll bis zur Marktreife nichtfossiler Alternativen gefördert werden, um den Fahrzeugbestand zu diversifizieren. Bei der Gebäudeheizung ist eine schnellstmögliche vollständige Umstellung unser Ziel.

[18] < Ende Teilmodul B “Ölausstiegsumlage zur beschleunigten Umstellung des Transportsektors“ >

[19] < Anfang Teilmodul C “Anreize zu effizienter Energienutzung“ >

Energiesteuer als Motor eines strukturellen Wandels

[20] Der Rückgang fossiler Energieressourcen erfordert einen veränderten Umgang mit Energie. Aufgrund absehbarer Substitionseffekte (beispielsweise Ersatz von Öl durch Strom, Gas aus Fracking, Abbau von Ölsanden oder Verflüssigung von Kohle) und der absehbaren Verknappung weiterer Energieträger (insbesondere Kohle) erzwingt Peak Oil nachdrückliche Einsparungen und Nutzung von Effizienzpotenzialen in allen Bereichen.

[21] Als eine weitere, langfristig wirkende steuerliche Maßnahme befürworten wir deswegen die umfassende Neugestaltung der Energiesteuer. Die Besteuerung fossiler Energieträger soll die Abgaben auf unterdurchschnittliche Einkommen schrittweise ersetzen und den nicht progressiven Anteil der Steuer- und Abgabenbelastung von Einkommen reduzieren.

[22] Diese Umschichtung muss dabei insbesondere für Einwohner mit geringem Einkommen sozial ausgleichend gestaltet werden. Die soziale Grundsicherung ist so anzupassen, dass allen eine angemessene Teilhabe auch an der Nutzung energetischer Ressourcen möglich ist.

[23] Jede Einsparung von Energie soll eine Steigerung des persönlichen Nettoeinkommens ermöglichen. Insgesamt sollen wirksame Anreize zu effizienter Energienutzung geschaffen werden. Ziel dieser Umgestaltung ist, selbstbestimmt, innovativ und technikneutral Strategien zur Einsparung von Energie zu entwickeln, ohne Gefahr zu laufen, Einzelinteressen zu subventionieren oder technologisches Mikromanagement zu betreiben.

[24] < Ende Teilmodul C “Anreize zu effizienter Energienutzung“ >

Begründung

Begründung, Anmerkungen und Nachweise

[25] (nicht mehr Teil des Antragstextes)

- Als Diskussionsgrundlage siehe: Häufige Fragen und Argumentationen zu Peak Oil

- Zu ausführlichen Quellenangaben und Belegen im Antragstext selbst siehe Liquid Feedback (Bund) Initiative 4115: Risikovorsorge gegen Peak Oil (Rückgang der Ölförderung).
- Siehe auch zugrunde gelegtes Positionspapier mit ausführlicherer Begründung

Situation und Risiken

[26] Seit etwa 2005 stagniert, trotz steigender Nachfrage in Schwellenländern und stark steigender Preise, die globale Förderung von konventionellem Erdöl. In der Nordseeregion ging seit 1999 die Förderrate, ähnlich wie in vielen weiteren Regionen, um 30 % zurück. Die Kosten der Ölexploration steigen gleichzeitig massiv (22). Umfangreiche Investitionen zur Ausweitung der Förderkapazitäten in Saudi-Arabien wurden wegen zu hoher Kosten gestrichen (23). Gleichzeitig beobachtet man eine Verlagerung von Raffineriekapazitäten aus den OECD-Staaten nach Asien und Aktienrückkäufe von Ölunternehmen. Währenddessen bleibt trotz massiver geldpolitischer Stimuli wirtschaftliches Wachstum in den OECD Staaten weitgehend aus. All dies sind deutliche Zeichen für eine Systemkrise - die Indizien häufen sich, dass die Menschheit hier hart an energetische Grenzen des Wachstums stößt.

Experteneinschätzungen

[27] Angesichts begrenzter Erdölvorräte, gegenüber dem steigendem weltweitem Verbrauch stark zurückgehender Neufunde (29) und fehlender Transparenz bezüglich verbleibender Ressourcen sehen viele Experten einen Rückgang der Ölförderung zunehmend als ernstzunehmendes wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Risiko an (30) (1) (2) (3) (4) (6) (9). Dieser kann je nach Prognose innerhalb weniger Jahre eintreten - ein Risiko, vor dem auch die Internationale Energieagentur ausdrücklich warnt (3) (2). Eine unvorbereitete Verknappung von Öl würde lebenswichtige Bereiche wie Personen- und Gütertransport, Landwirtschaft, Gebäudeheizung sowie ganze Industriezweige betreffen und volkswirtschaftlich destabilisierend wirken (3) (4) (5) (10) (19). Dies stellt die bisherige Prämisse beständigen wirtschaftlichen Wachstums in Frage. Neben katastrophal hohen Energiepreisen und hierdurch verursachten Insolvenzen sowie einer Verursachung erheblicher Leistungsbilanzdefizite erscheint selbst ein daraus folgender Zusammenbruch von Strukturen des Geld- und Finanzwesens und wirtschaftlichen Kreisläufen denkbar. (24) (25) (26)

[28] Zu den ökonomischen Risiken kommen außenpolitische Risiken, da die Versorgung mit Primärenergie aufgrund schnell sinkender Ölförderung in der Nordseeregion immer stärker von Ländern wie Saudi-Arabien, Russland und Venezuela abhängt (27). Eine unvorbereitete Verknappung der Ölförderung leistet auch einer wachsenden Kriegsgefahr - insbesondere im Nahen Osten - Vorschub (4).

Bewertung der bisherigen Energiepolitik

[29] Die bisher bestehenden Pläne zu einer Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien weisen in die richtige Richtung, reichen jedoch bei weitem nicht aus. Zum einen produzieren die meisten erneuerbaren Energieträger Strom, während Erdöl den weit überwiegenden Teil der im Personen- und Gütertransport sowie der Landwirtschaft verwendeten Treibstoffe liefert. Bei einer Verknappung des Erdöls besteht daher die Gefahr schwerwiegender Versorgungskrisen und dauerhafter ökonomischer Rezession (3) (26). Dieser gefährlich hohe Treibstoffanteil muss umgehend reduziert werden. Zum andern sehen gängige Pläne eine weitgehende Umstellung der Energieversorgung bis 2050 vor, während durch Peak Oil bei einem sehr ungünstigem Verlauf bereits innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 50% der Erdölversorgung - und damit rund 17 % der für Deutschland verfügbaren Primärenergie (28) - wegfallen könnten. Eine Energie- und Wirtschaftskrise würde dann Handlungsspielräume inakzeptabel beschränken.

[30] Berücksichtigt werden muss auch, dass zahlreiche Überbrückungstechniken wie Gewinnung von Treibstoff aus Ölsanden, Kohleverflüssigung oder Fracking aufgrund ihrer Endlichkeit, der limitierten Produktionsraten und der ökologisch zum Teil verheerenden Folgewirkungen nur sehr begrenzt Zeit gewinnen würden. Ein umfassendes Ausweichen auf Biokraftstoffe, sogenanntes "unkonventionelles Erdöl" und ineffiziente Coal-to-Liquid

Techniken ist weder mit der Zielsetzung einer Verminderung der CO2-Emissionen in erträglichen Grenzen noch einer Eindämmung steigender Lebensmittelpreise zu vereinbaren und erscheint wegen der stark absinkenden Effektivität (EROEI) der fossilen Energiegewinnung auch ökonomisch nicht langfristig tragfähig.

Der Faktor Zeit und verfügbare Alternativen

[31] Weil für eine Umstellung der Energieversorgung vermutlich nicht mehr viel Zeit bleibt (3), wollen wir uns nicht auf Techniken verlassen, die real noch nicht existieren oder nicht sicher umsetzbar sind, sondern bestehende Alternativen nutzen und weiter entwickeln. Hinzu kommt, dass bekannte Überbrückungstechniken und alternative Ressourcen nur sehr begrenzt Zeit gewinnen würden (30). Einen einfachen technischen Fix der Energiegewinnung gibt es nicht (31). Daher sind Effizienzmaßnahmen und notfalls Einsparungen zugunsten besonders wichtiger Aktivitäten ein wesentlicher Teil jeder Lösungsstrategie. Langfristig sind umfassende strukturelle Veränderungen nicht vermeidbar, die intelligent, kollektiv und wo nötig solidarisch gemeistert werden sollten.

Kosten

[32] Die Kosten einer Überreaktion aufgrund von “Falschem Alarm“ oder verfrühten Maßnahmen muss im Rahmen einer Risikoanalyse in Beziehung gesetzt werden zu den wesentlich höheren Kosten (3) einer verspäteten Reaktion. Auch bei der Bewertung der Förderung von erneuerbaren Energieträgern sind die Folgekosten einer unvorbereiteten dauerhaften Verknappung des Erdöls und steigender Preise für alle Energieträger den vergleichsweise geringen Kosten einer verstärkten Förderung gegenüber zu stellen.

Energiesteuer

[33] Da eine Reduktion des Energiekonsums unumgänglich ist, ist es vordringlich, die Effizienz nachdrücklich zu erhöhen und gleichzeitig Rebound-Effekte (also das Aufzehren von Effizienzgewinnen durch Mehrverbrauch) zu verhindern. Dies läßt sich durch eine Energiesteuer erreichen.

[34] Die Energiesteuer ist wichtig, um Substitionseffekte abzufedern: Ein Ersatz von Öl durch Gas ist nicht dauerhaft möglich. Der Beitrag von Fracking wäre bei hohen Umweltkostem marginal. Kohleverflüssigung würde das CO2 Problem signifikant verschärfen. Die Verminderung von CO2 Emissionen zur Dämpfung des Antrophogenen Treibhauseffekts ist ein hoch erwünschter Zusatzeffekt - gemeinsames Kernproblem ist, dass die Nutzung fossiler Energieträger im bisherigen Umfang nicht mehr tragfähig ist.

[35] Die Umstellung der Einnahmenseite soll sinnvoll zu kombinieren sein mit dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens, welche von der Piratenpartei als Alternative zum heutigen System von Transferleistungen vorgeschlagen werden.

[36] Gegen die Energiesteuer wird gelegentlich argumentiert, dass sie eine Verbrauchssteuer darstellt, die nicht zur Finanzierung der Öffentlichen Hand verwendet werden dürfe - es sei also entweder **nur** eine Verbrauchssteuer mit Lenkungswirkung oder **nur** eine Steuer zur Staatsfinanzierung zulässig. Dieser Einwand übersieht, dass auch die Besteuerung von bzw. Abgabenerhebung auf Arbeit und Einkommen eine sozialpolitisch fragwürdige Lenkungswirkung hat, indem Arbeit gegenüber Energie verteuert wird. Besteuerung von Arbeit stellt nur aus der Sicht von Arbeitnehmern eine Einkommenssteuer dar, aus der Sicht von Unternehmen ist dies eine “Verbrauchssteuer“ auf den Produktionsfaktor Arbeit, die zu Einsparung von Arbeit motiviert und im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit signifikante Kosten für die Allgemeinheit verursacht. Demgegenüber bedeutet der häufig hoch subventionierte Verbrauch von endlichen Energieressourcen einen Schaden für die Allgemeinheit.

[37] *Siehe auch die weitergehende Begründung in Liquid Feedback (Bund), Initiative 2381: Energiesteuer als Motor strukturellen Wandels (Modul)*

Grundrechte verteidigen in Krisenzeiten

[38] Aufgrund der ökonomischen Auswirkungen kann aus einer Ölpreiskrise schnell eine gesellschaftliche Krise werden. Dies birgt Gefahren für die Demokratie, denn akute Krisen werden häufig in kleinen Führungszirkeln behandelt, welche nicht ausreichend demokratisch legitimiert sind. Gerade in Krisensituationen bestehen wir darauf, Bürgerrechte zu wahren und einen demokratischen Prozeß herzustellen, damit nicht Machtungleichgewichte und soziale Ungleichheiten in der Folge von Umbrüchen verstärkt werden.

Weiterführende Links und Literatur zum Thema

- Peak Oil? Einführung der ASPO, Association for the Study of Peak Oil and Gas, 2012
- James Murray, David King: Oil's tipping point has passed, Nature, Volume 481, Seiten 433–435 (26. Januar 2012)“ (online)
- “Peeking at Peak Oil“, Kjell Aleklett und Uppsala Global Energy Systems Group, Springer New York, London 2012, ISBN 978-1461434238
- The next oil shock?, New Zealand Parliament, Parlamentary Support Research papers, Oktober 2010
- “The alternative Energy Matrix“ aus dem Blog des Physikers Tom Murphy, der energetische Alternativen kritisch begutachtet
- Jürgen Grahl, Reiner Kümmel: Produktionsfaktor Energie - Der stille Riese, Energie & Zukunft, Ausgabe 1, Aachen, 2006, S. 4 - 23.

Anmerkungen und Einzelnachweise

[39] (1) Dietmar Reiche: Peak Oil – geht uns der Kraftstoff aus?, Deutschlandfunk, 2008-06-27, Dietmar Reiche, Deutschlandfunk 27. Juni 2008

[40] (2) Norbert Rost: Internationale Energieagentur warnt vor Ölkrise ab 2015, Artikel auf peakoil.com, 2011-11-09

[41] (3) Robert Hirsch, Roger Bezdek, Robert Wendling: Peaking of World Oil Production: Impacts, Mitigation & Risk Management, Studie im Auftrag des Department of Energy, Washington D.C., 2005

[42] (4) Dezernat Zukunftsanalyse: Peak Oil - Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Studie des Zentrums für Transformation der Bundeswehr, Berlin, November 2010

[43] (5) IWF: World Economic Outlook - April 2011, International Monetary Fund, Washington D.C., 2011, Kapitel 3, Seite 89-124

[44] (6) ASPO: PEAK OIL?, Association for the Study of Peak Oil and Gas, Ottobrunn, 2012

[45] (7) Harald Andruleit, Hans Georg Babies, Jürgen Meßner, Sönke Rehder, Michael Schauer, Sandro Schmidt: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2011, Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover, November 2011

[46] (8) BGR optimistisch: Peak Oil erst 2036?, Norbert Rost, peakoil.com, 7. Februar 2012

[47] (9) Pierre René Bauquis et al: Mobilizing society in the face of peak oil, Aufruf von ASPO und ehemaligen Vertretern der Ölindustrie an die französischen Präsidentschaftskandidaten, Tribune parue dans le Monde.fr le 22 mars 201,

[48] (10) Josef Auer: German Mechanical Engineering Steeling Economy for the Post-Oil Era, Deutsche Bank Research, Frankfurt am Main, 2008

[49] (11) Sinnvoll erscheinende konkrete Maßnahmen sind zum Beispiel forcierte Anstrengungen bei der Wärmedämmung, der Aufbau von saisonalen Wärmespeichern und Nahwärmenetzen, ein nachdrücklicher Ausbau des bereits heute streckenweise stark ausgelasteten ÖPNV, die Verwendung von emissionsarmen elektrischen Trol-

leybussen als Brückentechnologie, die Einrichtung von Transport- und Lieferdiensten für Haushalte ohne Auto sowie der Ausbau des elektrifizierten Güterverkehrs.

[50] (12) Bei der Gebäudeheizung von Altbauten gibt es ein riesiges Einsparpotenzial an fossiler Energie: 40 % des Primärenergieverbrauchs entfällt auf Gebäudeheizung, und bis zu 90 % davon lassen sich einsparen. Wärmedämmung ist bereits gesetzlich vorgeschrieben, wird aber im Fall von Mietshäusern durch ungelöste Interessenkonflikte verschleppt. Siehe Altbauten dürfen weiter einheizen. Die Energieeinsparverordnung EnEV 2012 tut Immobiliengesellschaften einen Gefallen, Matthias Brake, telepolis 18. April 2012

[51] (13) Nicht nur Benzin, Gas und Kohle können teurer werden, sondern auch Strom, da Strom zum Heizen mit Wärmepumpen oder Heizlüftern benutzt werden kann. Regenerativ erzeugter Strom kann und wird also Heizöl im Rahmen des wirtschaftlich Vorteilhaften substituieren. Steigt der Ölpreis stark, wird das zu Strompreissteigerungen führen, da Öl bisher eine weit größere Energiemenge stellt.

[52] (14) Jürgen Grahl, Reiner Kümmel: Produktionsfaktor Energie - Der stille Riese, Energie & Zukunft, Ausgabe 1, Aachen, 2006, S. 4 - 23.

[53] (15) Importe und Exporte energieintensiver Güter und Rohstoffe können analog zur Umsatzsteuer durch Importbesteuerung und Rückerstattungen steuerlich gleichgestellt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

[54] (16) Eine Kombination oder Kopplung einer Energiesteuer mit der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, kann im Rahmen dieses Antrags nicht erschöpfend behandelt werden.

[55] (17) Eine mögliche Konkretisierung einer Energiesteuer mit einer Modellrechnung, welche sich die hier abgestimmte Position jedoch nicht zu eigen macht, ist auf der Webseite Umsteuern mit Energiesteuern dargestellt.

[56] (18) Götz Werner: Einkommen für alle, 5. Auflage, Bastei Verlag, Köln, 2008

[57] (20) Beispiele wären die Initiativen des VDMA (Verein Deutscher Maschinen- und Anlagenbau) oder die britische Industry Taskforce on Peak Oil and Energy Security (ITPOES) (http://europe.theoildrum.com/node/6201).

[58] (21) Beispielsweise Einkaufszentren, die nur per PKW günstig zu erreichen sind.

[59] (22) Oil exploration costs rocket as risks rise, Christopher Johnson, Reuters London, 11. Februar 2010

[60] (23) Saudi Arabia - Headed for a downfall?, Gail Tverberg for ASPO-US, Energy Bulletin, 5. Dezember 2011

[61] (24) James Murray, David King: Oil's tipping point has passed, Nature, Volume 481, Seiten 433–435 (26. Januar 2012), Online: http://www.aspo-australia.org.au/References/Bruce/MurrayKing2012.pdf

[62] (25) Oil and the Trade Deficit. Rising Energy Expenditures and U.S. Energy Security, US Diplomatic Council on Energy Security, Mai 2012, online: http://www.secureenergy.org/sites/default/files/DCES-Oil-and-the-Trade-Deficit.pdf

[63] (26) Gail E. Tverberg, Oil supply limits and the continuing finncial crisis, Energy (37) 2012, Seiten 27-34) (temporarily online)

[64] (27) Die Ölförderung Großbritanniens ist beispielsweise seit ihrem Höhepunkt im Jahr 1999 um rund 30% gesunken. Peak Oil: Großbritanniens Ölförderung in 2011 um fast ein Sechstel gesunken, Norbert Rost, telepolis, 17. April 2012

[65] (28) Energieträger nach Anteilen Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen 2011, nach: Umweltbundesamt, Dessau, 2011

[66] (29) Neufunde an konventionellem Erdöl halten mit dem Verbrauch bei weitem nicht Schritt. Während die Ölfunde von etwa 55 Gb/a im Jahr 1966 auf etwa 6Gb/a im Jahr 2012 gesunken sind, stieg der weltweite Verbrauch im selben Zeitraum von rund 10Gb/a auf etwa 22Gb/a an. Grafik: The growing Gap, Wikipedia, 13. Janiuar 2011, Quelle: ASPO

[67] (30) "Peeking at Peak Oil", Kjell Aleklett und Uppsala Global Energy Systems Group, Springer New York, London 2012, ISBN 978-1461434238

[68] (31) Der Physiker Tom Murphy, der alternative Energieträger umfassend untersucht hat, warnt nachdrücklich vor der Vorstellung, dass es für den umfassenden Ersatz der fossilen Energieträger eine einfache technische

Lösung gäbe: The Alternative Energy Matrix, Tom Murphy, Blog “Do The Math“, 7. Februar 2012

Anlage: Anträge und Initiativen mit ähnlicher Thematik

[69] Anträge und Initiativen mit ähnlicher Thematik

[70] *Siehe auch:*

- i3863: Abschaffung der Stromsteuerermäßigung für energieintensive Unternehmen
- i4250: energetische Gebäudesanierung beschleunigen
- i4277: Ausgestaltung der Energiesteuer (modular verwendbar)
- i4473: Einführung einer Import-Steuer auf Energie und CO2
- i4759: umweltpolitische Ziele (Wahlprogramm 2013)
- i1949: Elektrokraftstoff statt Biokraftstoff fördern - Umsetzung der EU Richtlinie
- i2104: Gefahr durch Gasbohrungen - Fracking!
- i4138: Steuerermäßigung für Erdgas/Autogas als Kraftstoff verlängern

PA200 - Mitbestimmung über die Verwendung der Steuergelder

Wahlprogramm - Bürgerbeteiligung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Addy1979

Zusammenfassung

Wahlprogramm. Piratige Steuerpolitik. Jeder Bürger (Steuerzahler) soll die Möglichkeit haben dierkt zu mitbestimmen für was ein Teil seiner bezahlten Steuer verwendet werden soll. Ersatzregelung der Kirchensteuer.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl und Wahlprogramm zur kommenden Europawahl im Bereich Steuern und Finanzen einzufügen:

[2] 1. Mitbestimmung über die Verwendung der Steuergelder

[3] Wir Piraten setzen uns für mehr Transparenz und Mitbestimmung ein. Deshalb soll jeder Bürger (Steuerzahler) die Möglichkeit haben über den Verwendungszweck seiner zur zahlender Steuer (zumindest über ein Teil) direkt selbst zu bestimmen. Dazu soll im Steuersystem die sogenannte 1% Regelung eingeführt werden. Jeder Bürger teilt dem Finanzamt mit (Über entsprechenden Antrag) für welchen Verwendungszweck 1 Prozent seiner entrichteter Steuer verwendet werden soll. Das Finanzamt überweist dann fortlaufend den entsprechenden Betrag an den im Antrag genannten Verein. Das Geld soll ausschließich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden - Also in Deutschland eingetragene Vereine (eV).

[4] Um Lobbyismus zu verhindern soll die Summe auf ein Maximalbetrag je Verein begrenzt werden. Außerdem sollen Unternehmen und die Mehrwersteuer von dieser Regelung ausgeschlossen sein. Also je Bürger nur 1 Prozent seiner persönlicher Steuer.

[5] Nach Möglichkeit, bzw bis zur bestimmter Summe soll die Möglichkeit bestehen das Geld anonym zu überweisen.

[6] 2. Sollte der Antrag wie im 1. angenommen werden, wird weiter beatragt: Übernahme dieser Regelung für den Kirchensteuererastz:

[7] Da die Piratenpartei für die Trennung von Staat und Kirche steht und weiter für die Abschaffung der Kirchensteuer ist, soll diese Regelung später dann die Kirchensteuer ersetzen, indem dann als Verwendungszweck die entsprechende Kirche als eV bestimmt wird.

[8] 3. Sollte der Antrag wie im 1. angenommen werden, wird weiter beatragt:

[9] Statt 1 Prozent eine höheren Ateil der Steuer zu verwenden a)2 Prozent b)3 Prozent c)5 Prozent d)10 Prozent

[10] 4. Sollte der Antrag wie im 1. nicht angenommen werden, wird beatragt:

[11] Der Bürger soll die Möglichkeit bekommen über die Verwendung seiner zur Zahlender Steuer im Bundes-/Landes-/Kommunalhaushalt mit zu bestimmen. Und zwar in Höhe von 1 Prozent seiner entrichteter Steuer.

[12] 5. Sollte der Antrag wie im 1. nicht angenommen werden, jedoch wie im 4. angenommen, wird beatragt:

[13] Die Höhe wie im 4. zu erhöhen auf a) 2 Prozent b) 3 Prozent c) 5 Prozent d) 10 Prozent

Begründung

[14] Diese Regelung soll unsere piratige Politik unterstreichen. Und zwar auch in diesem Bereich Steuern und Finanzen. Der Bürger bekommt hier die Möglichkeit mit zu bestimmen. Steuern ist eigentlich ein Begriff der negativ bei den Bürgern ankommt. Aber Steuern müssen halt bazahlt werden, damit ein Staat überhaupt existieren kann und für Sozialleistungen sorgen kann. Durch diese Regelung soll ein positiver Effekt erzeugt werden, sich mit den Steuern zu beschäftigen.

[15] Außerdem können auch diejenigen ein Verein oder Organisation finanziel unterstützen, die z.B. wenig Geld verdiennen und dennoch Steuern zahlen müssen und kein Geld für Spenden ausgeben können. Heute sind viele Vereine oder Organisationen auf wenige wohlhabende Sponsoren angewiesen. Diese spenden dann zwar hohe Summen und lassen sich dann in den Medien feiern. Jedoch sind diese Summen für sie dann nur noch “penats“ und lassen sich sehr gut von der Steuer absetzten.

[16] Durch diese Art von Spenden kann auch der kleine geringverdienende Bürger und Spender dem reichen Spender gegenüber stehen und behaupten, er Spendet genausoviel von seinen Einkünften, wie der Reiche.

[17] Man spart dabei auch etwas Bürokratie ein. Da wir noch einen progressiven Einkommessteuersatz haben, kann diese Art von Spende nicht von der Steuer abgesetzt werden und braucht nicht mehr bei der Steuererklärung angegeben werden.

[18] Diese Regelung ist keine Neuerfindung, sondern wird schon in einigen Ländern änlich praktiziert. Für diesen Antrag habe ich mir das Steuersystem unseres Nachbarlandes Polen abgeschaut. Dort heißt es: “1%-Regelung“. Zwar hatten in Polen 2009 nur 30 Prozent der Steurzahler dieses praktiziert. Es sind jedoch insgesammt ca 100 Mio. Eur an Spenden zusammen gekommen. Desewegen auch der Antrag, diesen für Wahlprogramm für Europawahl aufzunehmem.

PA201 - Secure Boot

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sebastian Dicke

Zusammenfassung

Secure Boot schränkt die Nutzungsmöglichkeiten von Computern ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm in den Bereich Verbraucherschutz aufzunehmen:

[2] Secure Boot ist ein System, dass für die Sicherheit von Computern, also Rechenmaschinen, sorgen soll. Dabei wird verhindert, dass ein Computer mit Software und/oder Hardware gestartet werden kann, die der Hersteller nicht vorgesehen hat. Das Problem dabei ist, dass der Nutzer es normalerweise nicht abschalten kann. So können Hersteller beispielsweise den Einsatz von freier Software oder Konkurrenzprodukten verhindern. Dies sehen wir als verbraucherfeindliches Verhalten von Herstellern an, dass unterbunden werden muss. Zu diesem Zweck streben wir ein gesetzliches Verbot an.

Begründung

[3] Der Käufer ist der Eigentümer seines Gerätes. Der Hersteller darf dem Käufer nicht vorschreiben, welche Software oder welches Betriebssystem er auf seinem eigenen Rechner nutzen kann.

[4] Seit einigen Jahren kommen vermehrt Computer in den Handel, auf denen nur noch vom Hersteller genehmigte Software und Betriebssysteme genutzt werden können. Dies geschieht von den Käufern weitgehend unbemerkt durch technische Beschränkungen. Nun will auch Microsoft diese Restriktionen mit "Secure Boot" in der Windows-Welt hoffähig machen 1 . Als offizielle Begründung dient die Abwehr von Schadsoftware. Als Schadsoftware gilt dabei aber alles, was nicht den Segen von Microsoft trägt. Das Nachsehen haben freie Betriebssysteme wie etwa Linux.

[5] Hinweis: Mit Computer sind in diesem Antrag alle Rechenmaschinen gemeint, vom Taschenrechner über Handys bis hin zu Notebooks und Desktopcomputer.

[6] 1 http://heise.de/-1413109

PA202 - Friedenspolitik im Inneren

Grundsatzprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Namens und im Auftrag der AG Friedenspolitik eingereicht durch Udo Fischer / Ufi2000

Zusammenfassung

Deutschlands Verpflichtung zur Friedenspolitik

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen und in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufnehmen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

[3] 01. Deutschlands Verpflichtung zur Friedenspolitik

[4] Deutschland steht in einer besonderen Verpflichtung aus seinem Grundgesetz, Frieden zu fördern und zu erhalten. Diesen Geist wollen wir erneuern und bestärken.

[5] 02. Deeskalation und Kooperation

[6] Die Piratenpartei fordert, dass Deutschland sich für eine bewusste Deeskalationspolitik weltweit einsetzt. Wir stehen dafür, dass Krieg kein Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Insbesondere darf Krieg nicht als legitimes Mittel angesehen werden, um wirtschaftliche oder politische Interessen durchzusetzen oder politischen Druck auszuüben. Stattdessen ist Interessenausgleich durch Kooperation zu suchen.

[7] 03. Friedenspolitik im Inneren

[8] Friedenspolitik beginnt im Inneren. Wir wollen eine auf friedliches Zusammenleben fokussierte Politik, beispielsweise durch Deeskalation bei Demonstrationen, durch Integration von Konfliktgruppen und aktiver Jugendarbeit. Information über und Förderung von zivilen Friedensorganisationen sowie die Kontrolle von Geheimdiensten müssen vorrangige Ziele sein. Eine angemessene Verteidigungspolitik, die keine wirtschaftlichen Interessen im Ausland verteidigt, muss den Bürgern ehrlich vermittelt werden.

Begründung

[9] selbsterklärend und mündlich Fünf Anträge (PA202, PA203, PA204, PA205, PA206) beinhalten insgesamt 11 Rahmenpunkte, die die AG Friedenspolitik im Laufe des letzten Jahres erarbeitet hat. Sie gliedern sich in folgende Gruppen:

- Deutschlands Verpflichtungen, Deeskalation und Innenpolitik
- EU, NATO
- UNO und Völkerrecht
- Menschenrechte und militärische Interventionen

- Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik

[10] Insgesamt wurden diese 11 Punkte aus einem weitaus größeren Papier aufkonzentriert. Dieses Papier stellt eine Diskussionsgrundlage für die weitere Ausgestaltung der Punkte dar, soweit sie vom BPT angenommen werden. Der Langtext ist auf unserer Wiki-Seite seit Monaten verfügbar. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Friedenspolitik/Positionspapier

[11] Die Anträge:

- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA157
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA158
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA159
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA160

[12] Sind eine Detaillierung der Anträge zum Grundsatzprogramm PA206 (Rüstungskontrolle) und betreffen Forderungen nach Kernwaffenabrüstung. Die Anträge ergänzen gleichzeitig die Anträge des CIBFFM (https://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM) Gehen in den Forderungen darüber hinaus.

PA203 - Friedenspolitik in der EU und NATO

Grundsatzprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Namens und im Auftrag der AG Friedenspolitik eingereicht durch Udo Fischer/ Ufi2000

Zusammenfassung

EU, NATO

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen und in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufnehmen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

[3] 04. EU

[4] Die EU muss als Kern für die Stärkung und Entwicklung von regionalen Sicherheitspartnerschaften und Abrüstungsbemühungen genutzt werden. Einsätze von deutschen Soldaten im Rahmen der EU dürfen nicht ausgeweitet und nur unter in Deutschland gültigen Gesetzen durchgeführt werden.

[5] 05. NATO

[6] Die Piratenpartei akzeptiert die Teilnahme an NATO-Einsätzen nur bei vertraglich notwendigen Bündnisfällen oder bei Legitimation durch UNO-Resolution. Die Piratenpartei tritt dafür ein, dass die NATO als Militärbündnis durch regionale oder kontinentale Organisationen für Sicherheit und Zusammenarbeit einerseits und die UNO andererseits ersetzt wird. Bis zum Erreichen dieses Ziels darf es nicht zu einer Ausweitung der NATO-Aufgaben und -Einsätze unter Beteiligung Deutschlands kommen. Vorschriften der NATO, die in nationale Verteidigungshaushalte einwirken, lehnen wir ab.

Begründung

[7] selbst erklärend, erfolgt mündlich Fünf Anträge (PA202, PA203, PA204, PA205, PA206) beinhalten insgesamt 11 Rahmenpunkte, die die AG Friedenspolitik im Laufe des letzten Jahres erarbeitet hat. Sie gliedern sich in folgende Gruppen:

- Deutschlands Verpflichtungen, Deeskalation und Innenpolitik
- EU, NATO
- UNO und Völkerrecht
- Menschenrechte und militärische Interventionen
- Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik

[8] Insgesamt wurden diese 11 Punkte aus einem weitaus größeren Papier aufkonzentriert. Dieses Papier stellt eine Diskussionsgrundlage für die weitere Ausgestaltung der Punkte dar, soweit sie vom BPT angenommen werden. Der Langtext ist auf unserer Wiki-Seite seit Monaten verfügbar. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Friedenspolitik/Positionspapier

[9] Die Anträge:

- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA157
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA158
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA159
- http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA160

[10] Sind eine Detaillierung der Anträge zum Grundsatzprogramm PA206 (Rüstungskontrolle) und betreffen Forderungen nach Kernwaffenabrüstung. Die Anträge ergänzen gleichzeitig die Anträge des CIBFFM (https://wiki.piratenpartei.de/01-CIBFFM) Gehen in den Forderungen darüber hinaus.

PA204 - Friedenspolitik, UNO und Völkerrecht

Grundsatzprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Namens und im Auftrag der AG Friedenspolitik eingereicht durch Udo Fischer / Ufi2000

Zusammenfassung

UNO, Völkerrecht, Selbstbestimmung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen und in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufnehmen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

[3] 06. UNO und Völkerrecht

[4] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die UNO reformiert wird, z.B. beginnend durch die Einsetzung der "Uniting Peace Resolution 377" (Übernahme von Entscheidungsbefugnissen durch die Vollversammlung im Fall eines Vetos) in die UN-Charta. So wie die UNO als einzige globale Organisation zur Anwendung von Gewalt bei Konflikten anerkannt werden muss, soll Deutschland dafür eintreten, dass alle Staaten auch die bestehenden internationalen Gerichte anerkennen.

[5] 07. Selbstbestimmungsrecht

[6] Auch wenn die Piratenpartei sich für die Ideale von Demokratie und Menschenrechte international einsetzt, erkennen wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Menschen in einem Staat an, die Gesellschaftsform frei zu wählen. Gleichzeitig setzt sich die Piratenpartei für den Schutz und die Rechte von Minderheiten in allen Staaten ein. Europas positive Beispiele (z.B. Sorben, Dänen in Deutschland, Deutsche in Belgien) für Minderheitenschutz können weltweit zur Sicherung des Friedens beworben werden.

Begründung

[7] selbst erklärend, Erläuterung mündlich Fünf Anträge (PA202, PA203, PA204, PA205, PA206) beinhalten insgesamt 11 Rahmenpunkte, die die AG Friedenspolitik im Laufe des letzten Jahres erarbeitet hat. Sie gliedern sich in folgende Gruppen:

- Deutschlands Verpflichtungen, Deeskalation und Innenpolitik
- EU, NATO
- UNO und Völkerrecht
- Menschenrechte und militärische Interventionen
- Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik

[8] Insgesamt wurden diese 11 Punkte aus einem weitaus größeren Papier aufkonzentriert. Dieses Papier stellt eine Diskussionsgrundlage für die weitere Ausgestaltung der Punkte dar, soweit sie vom BPT angenommen werden. Der Langtext ist auf unserer Wiki-Seite seit Monaten verfügbar. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Friedenspolitik/Positionspapier

[9] ***Hinweis***
Der Antrag PA485 (Stärkung der UNO) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA485 steht in Konkurrenz zu diesem Antrag. Er hat die gleiche Zielrichtung, stellt aber in keiner Weise das Vetorecht in Frage, welches das größte Problem bei der Reform der UNO darstellt. Außerdem wird ein wichtiges Problem der Glaubwürdigkeit nicht benannt, die Tatsache, dass verbündete Staaten Organe der UNO, wie den Internationalen Strafgerichtshof für Menschenrechte (ICC /IStGH) nicht anerkennen, wenn eigene Staatsbürger betroffen sind, diesem sogar mit militärischem Eingriff drohen. Noch sind wir keine Regierungspartei und sollten den Mut haben, solche Dinge zu benennen und dazu Stellung zu nehmen.

PA205 - Friedenspolitik, Menschenrechte, militärische Intervention

Grundsatzprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Namens und im Auftrag der AG Friedenspolitik eingereicht durch Udo Fischer / Ufi2000

Zusammenfassung

Menschenrechte, militärische Interventionen, Krisengebiete

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen und in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufnehmen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

[3] 08. Menschenrechte und militärische Interventionen

[4] Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig. Jeder Mensch hat überall und jederzeit Anspruch auf Achtung seiner international anerkannten Menschenrechte - einschließlich seiner materiellen Grundbedürfnisse.

[5] Die Piratenpartei legt Wert darauf, dass der Begriff „Menschenrechte“ ausschließlich und vollumfänglich in der Definition der “Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 sowie folgenden Erweiterungen durch die UNO Generalversammlung verstanden wird. Ebenso erkennen wir den Begriff „R2P“ (Responsibility to Protect) für militärische Interventionen zum Schutz von Menschenrechten ausschließlich nach der Definition der UNO aus 2005 an. Militärische Interventionen mit deutscher Beteiligung lehnen wir grundsätzlich ab. Wir können sie uns nur in begründeten Ausnahmefällen, nach einem UNO-Beschluss, nach Beurteilung durch ein unabhängig von politischen Mehrheiten zusammen gesetztes Expertengremium - nach Art einer Enquete-Kommission - und zusätzlich nach einem Beschluss des Bundestages mit 2/3-Mehrheit vorstellen.

[6] 09. Friedenspolitik in Krisengebieten

[7] Wir Piraten setzen uns für zivile Konfliktlösungen ein und wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärker fördern. Wir unterstützen das Konzept von unbewaffneter, ziviler Krisenprävention.

[8] Prävention von Krisen muss durch entsprechende ideelle und finanzielle Unterstützung Priorität in der Politik Deutschlands erhalten. Durch frühzeitige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften sind Eskalationen zu verhindern.

Begründung

[9] selbst erklärend, Erklärung erfolgt mündlich

- Der Text in geschweiften Klammern ergänzt den Antrag <Globales Handeln> (http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA010). Soweit dieser positiv verabschiedet wird, kann dieser Text in diesem Antrag entfallen.

[10] Fünf Anträge (PA202, PA203, PA204, PA205, PA206) beinhalten insgesamt 11 Rahmenpunkte, die die AG Friedenspolitik im Laufe des letzten Jahres erarbeitet hat. Sie gliedern sich in folgende Gruppen:

- Deutschlands Verpflichtungen, Deeskalation und Innenpolitik
- EU, NATO
- UNO und Völkerrecht
- Menschenrechte und militärische Interventionen
- Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik

[11] Insgesamt wurden diese 11 Punkte aus einem weitaus größeren Papier aufkonzentriert. Dieses Papier stellt eine Diskussionsgrundlage für die weitere Ausgestaltung der Punkte dar, soweit sie vom BPT angenommen werden. Der Langtext ist auf unserer Wiki-Seite seit Monaten verfügbar. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Friedenspolitik/Positionspapier

[12] ***Hinweis***
Der Antrag steht in Konkurrenz zu Antrag PA040 (Volksabstimmung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA040 Nach langen Diskussionen haben wir uns für ein möglichst unpolitisches Beratergremium entschieden, das in öffentlicher Anhörung vor der Abstimmung im Parlament eine Stimme hat. (Aus noch nicht beantragtem Positionspapier: *"Bedingung für eine solche Mission ist eine Anforderung der UNO. Die Anfrage muss dann in einem noch zu schaffenden Gremium geprüft und genehmigt werden. Dieses Gremium soll nach Art einer Enquete-Kommission, nicht nach politischen Mehrheiten besetzt werden. Darin vertreten sein müssen auch Experten aus der Friedensforschung und der internationalen Strafgerichtsbarkeit."*) Gründe: Schnellere Reaktionsmöglichkeit, Verringerung der Gefahr der Manipulation der Öffentlichen Meinung durch einseitige Medienberichterstattung, kein Freistellen der Abgeordneten von der Verantwortung durch Volksentscheid.

- Der Antrag steht in Konkurrenz zu Antrag PA484 (Kategorische Ablehnung ethnischer Säuberungen) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA484. Der konkurrierende Antrag könnte einen Automatismus erzeugen, in dem weder das Votum eines deutschen unpolitischen Fachgremiums, noch eine Abstimmung des Parlaments gefordert wird.
- Der Antrag stimmt zu großen Teilen mit dem Antrag PA062 (Außenpolitik - Teil Friedensmissionen) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA062 überein. Wir hatten uns jedoch entschlossen den Text kürzer und in modularer Form vorzuschlagen und den Ausdruck "Friedensmissionen" zu vermeiden, da es sich tatsächlich um Kriegseinsätze geht.

PA206 - Friedenspolitik, Rüstungskontrolle, Wirtschaftspolitik, Transparenz

Grundsatzprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Namens und im Auftrag der AG Friedenspolitik eingereicht durch Udo Fischer/ Ufi2000

Zusammenfassung

Rüstungskontrolle, Wirtschaft

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen und in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufnehmen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

[3] 10. Rüstungskontrolle

[4] Das Ziel der Piratenpartei ist, den Gedanken der Rüstungskontrolle der Verfasser des deutschen Grundgesetzes wieder in den Vordergrund der Politik zu rücken. Die Piratenpartei fordert gesetzlich Maßnahmen zur umgehenden Schaffung von Transparenz bei der Genehmigung des Exportes von Rüstungsgütern. Wir fordern langfristig schnellstmöglich ein direktes und indirektes Exportverbot von militärischen Rüstungsgütern in Länder außerhalb der EU und als wirtschaftspolitisches Ziel die Unterstützung der Konversion von Rüstungsproduktion in zivile Produktion. Umstrittene Rüstungsgüter wie z.B. Anti-Personen-Minen, Uran-Munition, biologische und chemische Waffen, Kampfdrohnen usw. müssen geächtet werden, einschließlich deren Finanzierung. Konventionelle und nukleare Abrüstung gehören wieder ganz oben auf die Agenda deutscher Sicherheitspolitik.

[5] Die Piratenpartei unterstützt das Vorhaben der Vereinten Nationen, einen weltweiten Waffenhandelskontrollvertrag (ATT, Arms Trade Treaty) zu verabschieden. Die Piratenpartei fordert darüber hinaus die eindeutige und fälschungssichere Markierung und Serialisierung aller Kriegswaffen, sowie aller wichtigen Teile von Rüstungsgütern, wie bereits für private Waffen verbindlich vorgeschrieben.

[6] 11. Wirtschaftspolitik

[7] Viele wirtschaftspolitische Absprachen dienen nicht der Fairness sondern sichern einmal erworbene Vorteile ab. Dies geschieht vielfach zum Nachteil der Verbraucher in Deutschland und Europa sowie der einfachen Menschen in wirtschaftlich schwächeren Volkswirtschaften. Deshalb werden wir uns weltweit für die autonome Entwicklung von Partnern auf Augenhöhe und für eine faire internationale Handelsordnung einsetzen.

[8] Wir fordern eine Neudefinition der Ziele von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zugunsten ärmerer Länder.

[9] International ist Transparenz in Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat grundsätzlich das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, außer solchen, die höherwertige Rechte verletzen. In diesen Fällen müssen gesonderte Lösungen gefunden werden.

[10] Wir sind gegen jede Form der Korruption. Aus diesem Grund verlangen wir die konsequente Beachtung internationaler Anti-Korruptionsvereinbarungen und die Durchsetzung der entsprechenden Gesetze des Straf- und

Zivilrechts in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Korruption geschädigte Parteien erleichterte Möglichkeiten der Durchsetzung ihrer Schadensersatzforderungen erhalten.

Begründung

[11] selbst erklärend, Begründung erfolgt mündlich

- Der Text in geschweiften Klammern ergänzt den Antrag <Globales Handeln> (http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA010). Soweit dieser positiv verabschiedet wird, kann der Text in diesem Antrag entfallen.

[12] Fünf Anträge (PA202, PA203, PA204, PA205, PA206) beinhalten insgesamt 11 Rahmenpunkte, die die AG Friedenspolitik im Laufe des letzten Jahres erarbeitet hat. Sie gliedern sich in folgende Gruppen:

- Deutschlands Verpflichtungen, Deeskalation und Innenpolitik
- EU, NATO
- UNO und Völkerrecht
- Menschenrechte und militärische Interventionen
- Rüstungskontrolle und Wirtschaftspolitik

[13] Insgesamt wurden diese 11 Punkte aus einem weitaus größeren Papier aufkonzentriert. Dieses Papier stellt eine Diskussionsgrundlage für die weitere Ausgestaltung der Punkte dar, soweit sie vom BPT angenommen werden. Der Langtext ist auf unserer Wiki-Seite seit Monaten verfügbar. http://wiki.piratenpartei.de/AG_Friedenspolitik/Positionspapier

[14] ***Hinweis***
Die Anträge PA042 (Transparenz Beschaffung Rüstungsgüter) und PA041 (Lobbyismus in Rüstung) waren in ähnlicher Form als Unterpunkte für o.g. Antrag gedacht aber auf zukünftige BPTs verschoben. PA042 und PA041 sind logische Ergänzung.

- Der Antrag PA062 (Außenpolitik Teil Rüstungskontrolle) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/ stimmt zu großen Teilen mit unserem Antrag überein. Jedoch hatten wir uns entschlossen die Texte zu kürzen und allgemeiner zu formulieren und im Rahmen der kommenden Diskussion später weiter zu spezifizieren. Gleiches gilt für die im Antrag PA062 genannten Teile Uran-Munition und Abrüstung konventioneller Streitkräfte. Da unser o.g. Antrag aus längeren Passagen extrahiert wurde, die sich im Antrag PA062 wieder finden, kann unser Antrag als Überbegriff und Rahmen für die Detaildarstellung des PA062 angesehen werden und der Antrag PA062 widerspricht unserem Antrag nicht.
- Der Antrag PA469 (Kriegswaffenkontrollgesetz demokratisieren) wäre eine Detaillierung unseres Antrages. http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA469 Stammt aber nicht von uns.
- Der Antrag PA514 (Verstaatlichung Rüstungsindustrie)http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Ar steht in Konkurrenz zu diesem Antrag.

PA207 - Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg

Wahlprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Stemke / AntiAtomPiraten

Zusammenfassung

Dieser Antrag bildet ein ganzheitliches Konzept zur Energiewende ab, mit den Eckpunkten

- Nachhaltige Energieversorgung
- Energiespeicherung
- Netzausbau
- Netzneutralität
- Atomausstieg
- Energieeffizienz
- Förderprogramme

Antragstext

[1] Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 soll wie folgt konkretisiert werden. Der Antrag präzisiert die entsprechenden Passagen des Antrags der AG-Schulterschluss. Bei Annahme werden diese durch die Formulierungen dieses Antrags ersetzt.:

Energiewende

Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit

[2] Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die zu einseitig Gewinnorientierung in den Vordergrund stellen. Die verfügbaren Ressourcen sind jedoch endlich und deren Verbrauch ist terminiert. Dies erfordert eine kurzfristige und vollständige Umstellung der Energiewirtschaft auf langfristig verfügbare Energiequellen unter folgenden Prämissen:

- nachhaltig,
- umweltschonend,
- zuverlässig
- dezentral, wo möglich und sinnvoll,
- transparent,

- volkswirtschaftlich sinnvoll,
- sozial und gesellschaftlich verträglich
- bezahlbar.

[3] Wesentliche Faktoren sind auch die Reduzierung des Verbrauchs durch die Steigerung der Effizienz bei Erzeugung, Verteilung und Verbrauch.

[4] Ein wichtiger Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Wir setzen auf kleinteilige Strukturen, da diese mehr Sicherheit schaffen als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Wir wollen die Energiewirtschaft so organisieren, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent erfolgen.

[5] Auch die Preisgestaltung wird öffentlich nachvollziehbar vorgenommen. Heterogene Strukturen und fairer Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht werden dieses Ziel gewährleisten. Unabdingbar ist dabei eine stärkere Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren.

[6] Der Schwerpunkt auf Dezentralisierung schließt volkswirtschaftlich sinnvolle Großprojekte, beispielsweise grenzüberschreitende Verbünde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen sowie internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte, grundsätzlich mit ein, sofern diese vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und an realen Bedarfszahlen ermittelt werden.

[7] Unser aller Zukunft hängt wesentlich von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung ab. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich daher für einen mit allen Beteiligten abzustimmenden nationalen Energieplan zum Erreichen der oben genannten Ziele ein.

Nachhaltige Energieversorgung

[8] Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig gesicherte Energieversorgung. Wir wollen die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Kernkraft so schnell wie möglich durch nachhaltige, umweltschonende Verfahren ersetzen. Dazu gehört auch der adäquate Ausbau von Verteilungsnetzen und Energiespeichern. In Frage kommen praktisch unbegrenzt verfügbare Ressourcen wie Wind, Sonne und Wasser, aber auch Gezeiten und Geothermie, in begrenztem Umfang Biomasse. Wir wollen erreichen, dass innerhalb einer Generation der gesamte Energiebedarf in Deutschland aus solchen Quellen gedeckt werden kann. Der Strombedarf der heutigen Größenordnung soll bis zum Jahr 2030 aus diesen Quellen gedeckt werden.

[9] Wir setzen dabei auf umweltverträgliche Verfahren, welche die Inanspruchnahme von Naturgebieten und landwirtschaftlich genutzter Flächen minimieren. Energie aus Biomasse soll in erster Linie in lokalen Kreisläufen aus Rest- und Abfallstoffen erzeugt werden. Damit wollen wir Probleme minimieren, die duch die exzessive Nutzung von Energieträgern wie Wasserkraft, Geothermie und Biomasse verursacht werden können.

[10] Fracking-Verfahren zur Erdgasförderung sowie die CCS-Methode zur Kohlendioxid-Verpressung lehnen wir ab. Nicht zuletzt, da solche Technologien den Energiebedarf weiter erhöhen, die Macht der Oligopole festigen, die Energiewende verzögern und erhebliche Umweltrisiken mit sich bringen. Bei der Fertigung von Energieanlagen sollen geschlossene Stoffkreisläufe etabliert werden. Dort, wo Umweltgifte nicht ersetzbar sind, wie z.B. Schwermetalle im Produktionsprozess, wollen wir deren Austreten in die Umwelt verhindern und die Rückgewinnung wertvoller Rohstoffe sicherstellen.

Energiespeicherung, Netzausbau und Netzneutralität

[11] Um die nachhaltige Versorgung zu sichern und die Konzentration auf wenige Anbieter zu vermeiden, soll die Hoheit über lokale Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie deren Regulierung wieder in die öffentliche Hand übertragen werden. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt.

[12] Der Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen bedingt das Anpassen der Netztopologie und zugleich eine ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie. Der Netzzugang einer Vielzahl von Er-

zeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme. Generell soll stärker als bisher der Verbrauch der Energieerzeugung folgen und weniger die Energieerzeugung dem Verbrauch. Hier setzen wir vor allem auf Verfahren, die ohne Erhebung von Daten auskommen, sondern zum Beispiel die Belastung des Netzes autonom erkennen und entsprechend Verbraucher oder Energieerzeuger steuern. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern.

[13] Ein Netzausbau zur Umsetzung der Energiewende ist nur in geringen Maßen notwendig. Schon heute sind ausreichend Trassen vorhanden. Die Stromleitungen vieler wichtiger Trassen müssen derzeit aus Altersgründen erneuert werden. Durch neue Leitungstechnologie kann dabei die Kapazität der Trassen verdoppelt werden, ohne dass signifikant Mehrkosten entstehen oder neue Trassen notwendig werden. Trassen, die gebaut werden, um neue Kohlekraftwerke anzuschließen oder die notwendig werden, weil ein Kernkraftwerk nicht abgeschaltet wird, sind von den Betreibern dieser Kohle-/Kernkraftwerke zu zahlen.

[14] Zur Energieerzeugung bevorzugen wir genossenschaftlich organisierte, dezentrale und diversifizierte, kleinteilige Kraftwerksverbünde. Diese benötigen nur entsprechend kleine Netztopologien und sind robust gegen Ausfälle. Die betroffenen Bürger sollen an diesen partizipieren können. Dieses Ziel wird durch kommunale Energiekonzepte erreicht, die auf einheitlichen Standards basieren.

[15] Zur Sicherstellung des gerechten Netzzugangs aller Marktteilnehmer ist eine neutrale, rekommunalisierte Netzinfrastukur erforderlich. So lassen sich für regionale Netze auf Stadt- und Landkreisebene im Jahresmittel ausgeglichene Energiebilanzen erzielen. Kleinere, autarke Netze und dezentrale Anbieter erhöhen die Versorgungssicherheit deutlich und verringern die Gefahr von großen Stromausfällen. Außerdem wird so der Aufbau einer dezentralen Energiespeicherinfrastruktur neben großen, zentralen Lösungen gefördert. Die bundesweite Koordination dieser Maßnahmen soll Aufgabe einer in ihren Kompetenzen gestärkten Bundesnetzagentur sein.

[16] Die Konzentration auf rein dezentrale Strukturen erfordert den Ausgleich typischer Fluktuationen in Wind- und Solarenergie sowie das Abfangen von Bedarfs- bzw. Angebotsspitzen. Wir wollen daher die lokalen Netze mit Nachbarnetzen und diese wiederum mit größeren regionalen und internationalen Einheiten koppeln und durch jeweils in die Region passende Energiespeicher puffern. Durch diesen Regionenverbund kann der aufwändige und Großanlagen bevorzugende Energietransport über große Entfernungen, etwa von Offshore-Windparks mit HGÜ-Trassen, auf wenige Punkt-zu-Punkt-Verbindungen reduziert werden.

[17] Neben gängigen Speichermethoden sollen auch neue Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehört auch die Verwendung des Gasnetzes als Energiespeicher. Überschüssiger Strom kann in Gas umgewandelt werden und auch das Gas aus Biogasanlagen soll bevorzugt in die bereits bestehende Speicher- und Verteilungsinfrastruktur für Gas eingeleitet werden. Bei Bedarf können damit effiziente Gaskraftwerke und Blockheizkraftwerke Lastspitzen sowie Wind- und Sonnenflauten kompensieren. Auch Druckluftspeicherkraftwerke könnten sehr schnell und effizient zum Abdecken von Lastspitzen eingesetzt werden.

[18] In diesem Szenario nutzen alle Regionen Deutschlands ihre Potenziale im Rahmen der Energiewende weitgehend aus. Es findet bei Bedarf ein deutschlandweiter Stromaustausch statt, so dass nur zu einem geringen Anteil Strom aus Nachbarstaaten importiert werden muss.

[19] Insgesamt ist dieses Konzept kurzfristig umsetzbar. Es bringt zudem sowohl ökologische als auch regional- und volkswirtschaftliche Vorteile. Die Piratenpartei tritt daher für eine entsprechende Anpassung des Energieleitungsausbaugesetzes im Rahmen des nationalen Energieplans ein. Wir unterstützen auch die Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), allerdings mit einer stärkeren Fokussierung auf die Förderung kommunaler Vorhaben. Zudem sollen die Lasten des EEG auf alle Verbraucher gleichmäßig verteilt werden. Die Subvention energieintensiver Verbraucher lehnen wir ab.

Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung

[20] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Energiegewinnung durch Kernspaltung zu beenden. Dies ist innerhalb von drei Jahren möglich.

[21] Die Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Betrieb, Wiederaufbereitung und Emissionen sind zu hoch, die Entsorgung des Atommülls ist ungeklärt. Dazu kommt die Gefährdung durch Unfälle, potenzielle Katastrophen und Anschläge. Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Form der Energiegewinnung. Alle damit verbundenen Kosten sollen nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.

[22] Wir wollen die bestehenden Kernkraftwerke Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen abschalten. Verfahren und Anwendungen, die weiteren Atommüll produzieren, sollen möglichst vermieden werden solange es keine nachhaltige Lösung zum Umgang mit radioaktiven Abfällen gibt.

[23] Laufzeitverlängerungen und Neubauten von Kernkraftwerken werden ausgeschlossen. Die Förderung von AKW-Projekten im Ausland – auch durch staatliche Bürgschaften – lehnen wir ab.

[24] Alle stillgelegten Kernkraftwerke verlieren unmittelbar die Betriebserlaubnis für die Reaktoren. Eine erneute Kehrtwende zur Atomkraft soll damit unterbunden werden. Anlagen für rein medizinische und rein wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen.

[25] Alle kerntechnischen Anlagen sollen mit einer vollwertigen Haftpflichtversicherung versehen werden. Die Entsorgung der Anlagen und der produzierten Abfälle ist durch Rücklagen auf Treuhandkonten sicher zu stellen. Die Höhe dieser Rücklagen sind durch unabhängige Experten zu bestimmen. Auch die Förderung von Kernenergie-Projekten im Ausland, zum Beispiel durch Bürgschaften, lehnen wir ab.

Energieeffizienz

[26] Zur Steigerung der Energieeffizienz von Produkten setzen wir auf ein Top-Runner-Programm: Die Effizienz der effizientesten unter den Produkten im Markt wird jeweils zum Standard für die Branche erhoben, der zu einem gewissen Zeitpunkt in der Zukunft erreicht werden muss, z.B. in 5 Jahren. Dadurch wird eine schnelle, marktgetriebene Effizienzsteigerung erreicht.

Förderprogramme

[27] Den Umstieg auf erneuerbare Energieträger wollen wir weiterhin durch Förderprogramme unterstützen. Damit verbundene Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile müssen regelmäßig auf ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvollen Einsatz hin überprüft werden. Soziale Ausgewogenheit sowie Wirksamkeit unmittelbar für den vorgesehenen Zweck und die Schonung von Ressourcen sind weitere Bedingungen. Als flankierende Maßnahme werden kostenlose Angebote zur Energieberatung geschaffen.

[28] Wir halten es für sinnvoll, Förderprogramme langfristig anzulegen und Planungssicherheit zu bieten. Andererseits sehen wir die Notwendigkeit, diese Programme nach Erreichung des Förderzwecks auch konsequent zurückzufahren. Spezielle Fördermaßnahmen für kommunale und genossenschaftliche Projekte sollen verhindern, dass sich monopolartige Strukturen herausbilden. Die Förderung von Photovoltaik wollen wir auf die Installation auf bereits versiegelten Flächen und auf Dächern begrenzen. Speichertechnologien und entsprechende Speicherkraftwerke müssen mehr in den Fokus rücken.

[29] Bis zum Vollzug der Energiewende wollen wir die Grundlagenforschung im Energiesektor auf die Verbesserung der nachweislich funktionierenden Technologien konzentrieren. Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

[30] An der Umstellung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform führt kein Weg vorbei. Mit den hier genannten Maßnahmen wird es gelingen, diese Herausforderung zu meistern.

Begründung

[31] Der Antrag ergänzt bzw. erweitert den Gemeinschaftsantrag “umweltpolitische Ziele (Wahlprogramm 2013)“ des Projekts AG Schulterschluss.

[32] Dieser Antrag beruht auf dem Programmantrag 055, der von der AG Energiepolitik und AG Umwelt gemeinsam für den BPT 2012.1 eingereicht wurde sowie in Auszügen aus dem Vorschlag von Jan Hemme. Er wurde in einigen Punkten weiter ergänzt und angepasst, sowie die Formulierung überarbeitet.

[33] Der hier eingereichte Vorschlag konzentriert sich zunächst darauf, die Energiewende voran zu bringen und Kernkraftwerke sicher still zu legen. Mögliche Zukunftstechnologien kann man diskutieren, nachdem die Energiewende geschafft ist, da diese Zukunftstechnologien während der Anstrengungen zum erreichen der Energiewende nicht einsatzfähig sein werden, sondern ohnehin erst später zur Verfügung stehen könnten.

[34] Zu diesem Antrag gibt es weitere Anträge:

- **Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll** (Wahlprogramm) (Ergänzung dieses Antrags)
- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Grundsatzprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung / Atommüll** (Grundsatzprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung** (Wahlprogramm) (Alternative zu diesem Antrag, die sich auf den Atomausstieg konzentriert)

PA208 - Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Stemke / AntiAtomPiraten

Zusammenfassung

Dieser Antrag formuliert einen notwendigen Neustart zur Atommüllfrage und zum Umgang mit radioaktivem Material:

- Gorleben ablehnen
- Asse schnellstmöglich räumen
- Atommüll vermeiden
- Entsorgungsnachweis
- Emissionsschutz

Antragstext

Antrag

[1] Der folgende Text soll an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden, bzw. ein eventuell vorhandenes Wahlprogramm (AG-Schulterschluss) soll wie folgt konkretisiert werden:

Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll

[2] Auch nach Abschalten der deutschen Kernkraftwerke bleibt eine nicht zu umgehende Aufgabe: Die Entsorgung des derzeit schon bestehenden radioaktiven Abfalls. Dieser Aufgabe stellt sich die Piratenpartei Deutschland.

[3] Die Piratenpartei Deutschland hält das Konzept der Endlagerung für gescheitert. Gorleben als Endlager lehnen wir ab.

[4] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich aufgrund der ungelösten Frage zum Umgang mit radioaktiven Abfällen dafür ein, dass diese zunächst überwacht und sicher verbracht gelagert werden. Alle Lagerstätten müssen bei Bedarf schnell geräumt werden können. Die Kosten haben die Betreiber oder deren Rechtsnachfolger oder Muttergesellschaften zu tragen, wann immer dies durchsetzbar ist.

[5] Oberste Priorität wird den maroden Lagerstätten des Atommülls in der Asse und in Morsleben eingeräumt.

[6] Der Atommüll aus der Schachtanlage Asse II muss schnellstmöglich und ohne weitere Verzögerungen geborgen werden.

[7] Der Schwerpunkt in der Energiepolitik soll auf das Vermeiden von weiteren großen Volumen Atommülls und die Umsetzung der Energiewende gesetzt werden. Im zweiten Schritt muss dann eine nachhaltige Lösung zum Umgang mit dem Atommüll gefunden werden.

[8] Wer radioaktive Produkte herstellt oder in den Verkehr bringt, muss einen Entsorgungsnachweis führen und die Kosten für die Entsorgung übernehmen. Die klassische Wiederaufbereitung von Brennelementen sowie andere Technologien, die eine solche Wiederaufbereitung und die damit verbundenen Emissionen notwendig machen, lehnen wir ab.

[9] Der Emissionsschutz soll weiter untersucht und Auswirkungen neu bewertet werden. Die Emissionen kerntechnischer Anlagen dürfen nicht über den Grenzwerten für Emissionen aus Anlagen liegen, die unter Atomrecht betrieben werden. Anlagen zur Konditionierung von Atommüll sowie großtechnische Nuklearanlagen in der Nähe von anderen Unternehmen, Wohngebieten oder Schulen lehnen wir ab.

[10] Aufgrund der Problematik der Materie sollten Technologien, die auf Nukleartechnik basieren, mit Bedacht und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Besonders berücksichtigt werden müssen die Sicherheit der Bevölkerung und die Entsorgung des Materials. Wo immer es sinnvolle Alternativen gibt, sollten diese geprüft und bevorzugt angewendet werden. Dazu wollen wir Anreize durch die Berücksichtigung der zu erwartenden Entsorgungskosten schaffen.

Begründung

[11] Der Antrag ergänzt bzw. erweitert den Gemeinschaftsantrag “umweltpolitische Ziele (Wahlprogramm 2013)“ des Projekts AG Schulterschluss.

[12] Ergänzend zu diesem Antrag gibt es Anträge:

- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Wahlprogramm) (Ergänzend zu diesem Antrag)
- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Grundsatzprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung / Atommüll** (Grundsatzprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung** (Wahlprogramm)

[13] Derzeit gibt es keine sicher absehbar nachhaltige Lösung für das Atommüllproblem. Der erste, notwendige Schritt ist, dies einzugestehen, anstatt blind irgendeine Lösung zu preisen.

[14] Wir müssen zunächst den vorhandenen Müll sichern und sicher lagern, bis eine nachhaltige Lösung gefunden ist. Wichtig ist dabei, dass wir uns hier zunächst um die Lager mit Wassereinbruch kümmern.

[15] Wir müssen die klare Position zu Gorleben aus unserem Positionspapier kommunizieren. Der Salzstock ist ungeeignet (Gaseinschlüsse, kein Deckgebirge, ...), die Auswahl beruht auf politischem Kalkül.

[16] Die Wiederaufbereitung von Atommüll verursacht erhebliche Emissionen radioaktiver Stoffe in Gewässer und Luft, die bei der Wiederaufbereitung nicht zurückgehalten werden können. Daher sind diese Technologien abzulehnen, bis diese Probleme gelöst sind.

[17] Radioaktive Emissionen führen zum vermehrten Tod von Föten, insbesondere von Mädchen in den ersten Schwangerschaftswochen in einem Umkreis von bis zu 35km um kerntechnische Anlagen. Diese Ergebnisse sind gesichert und statistisch signifikant. Durch die bisherigen Modelle zum Strahlenschutz lassen sich diese Effekte nicht erklären. Das ist ein deutlicher Hinweise darauf, dass hier wesentliche Vorgänge und Auswirkungen noch nicht verstanden sind. Dieser Effekt trat in Europa auch nach Tschernobyl auf. Es wurden in Europa 800.000 Kinder weniger geboren, als statistisch zu erwarten waren.

[18] Durch den Atomausstieg wird die Verarbeitung von Atommüll aus den stillzulegenden Kraftwerken zum lukrativen Geschäft. Dazu ist derzeit der Ausbau einer großen Anlage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten und einem Schulzentrum in Braunschweig geplant. Eine Bürgerinitiative hat in dem Wohngebiet ermittelt, dass von 1980 bis 2012 etwa 21% weniger Mädchen geboren wurden, als statistisch zu erwarten sind. Solche

Anlagen kann man nur durch eine Anpassung der Gesetze auf Bundesebene verhindern, bzw. weg bekommen.

Warum Kernkraftwerke der Generation IV / "Transmutationsanlagen mit Energiegewinnung" keine Lösung sind

[19] Die möglichen Reaktortypen, die hier im Gespräch sind, haben alle erhebliche Probleme in der Konstruktion und bei den zu verwendenden Materialien, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Haltbarkeit (Natrium, Korrosion, Materialermüdung, ..). Derzeit ist eine Lösung dieser Probleme nicht realistisch absehbar.

[20] Die Idee, vorhandenen Atommüll mit solchen Anlagen zu verwerten hinkt. Dies ginge allenfalls mit Teilen wiederaufbereiteten hochradioaktiven Abfalls aus den Brennelementen.

[21] Um vorhandenen Atommüll in diesen Anlagen zu verarbeiten muss dieser wiederaufbereitet werden, was zu erheblichen Emissionen führt. Auch wird beim Betrieb eine ständige Wiederaufbereitung benötigt. Wird dieser Müll als Brennstoff eingesetzt, bleiben immer noch erhebliche Anteile langlebiger hochradioaktiver Anteile übrig.

[22] Jeder Betrieb einer kerntechnischen Anlage produziert mindestens leicht- und mittelradioaktiven Atommüll. Das sind zum Beispiel Gebrauchs- und Verbrauchsstoffe, wie Schutzkleidung, Wischmobs, Staub, etc., sowie defekte Geräte und Teile. Diese machen 90% des Volumens an Atommüll aus. Das sind diese Stoffe, die uns derzeit in der Asse und in Morsleben große Sorgen machen. Bei neuen Reaktorkonzepten würden diese Materialien vermutlich deutlich stärker belastet sein, da diese Reaktoren sehr harte Neutronenstrahlung verwenden. Auch dieses Entsorgungsproblem muss gelöst sein, bevor wir den Müll vermehren.

Links

- Übersicht über die AKW-Typen und einen Teil derer Probleme, AntiAtomPiraten

[23] http://www.anti-atom-piraten.de/2012/09/neue-atomreaktoren-die-erfolgsaussichten/

- Einblick in Politik und technische Probleme beim natriumgekühlten Brutreaktor Kalkar, Spiegel, 1988

[24] http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13529438.html

- Verlorene Mädchen um Kernkraftwerke, Telepolis, 2010

[25] http://www.heise.de/tp/artikel/33/33715/1.html

- Verlorene Kinder um die Asse, HelmholtzZentrum München, 2011

[26] http://www.helmholtz-muenchen.de/ibb/homepage/hagen.scherb/GeburtenNachGeschlechtInRemlingen.pdf

PA209 - Atompolitik

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Stemke / AntiAtomPiraten

Zusammenfassung

Der Antrag formuliert Eckpunkte zu

- Atomausstieg
- Vollwertige Haftpflichtversicherung für alle Atomanlagen
- Endlagerfrage
- Gorleben ablehnen
- Asse zügig räumen
- Müll vermeiden
- Entsorgungsnachweis
- Emissionsschutz

Antragstext

Antrag

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen das Wahlprogramm zur BTW 2013 mit dem nachfolgenden Text zu ergänzen:

Atompolitik

Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Energiegewinnung durch Kernspaltung zu beenden. Dies ist innerhalb von drei Jahren möglich.

[3] Die Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Betrieb, Wiederaufbereitung und Emissionen sind zu hoch, die Entsorgung des Atommülls ist ungeklärt. Dazu kommt die Gefährdung durch Unfälle, potenzielle Katastrophen und Anschläge. Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Form der Energiegewinnung. Alle damit verbundenen Kosten sollen nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.

[4] Wir wollen die bestehenden Kernkraftwerke Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen abschalten. Verfahren und Anwendungen, die weiteren Atommüll produzieren, sollen möglichst vermieden werden solange es keine nachhaltige Lösung zum Umgang mit radioaktiven Abfällen gibt.

[5] Laufzeitverlängerungen und Neubauten von Kernkraftwerken werden ausgeschlossen. Die Förderung von AKW-Projekten im Ausland – auch durch staatliche Bürgschaften – lehnen wir ab.

[6] Alle stillgelegten Kernkraftwerke verlieren unmittelbar die Betriebserlaubnis für die Reaktoren. Eine erneute Kehrtwende zur Atomkraft soll damit unterbunden werden. Anlagen für rein medizinische und rein wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen.

Haftung

[7] Alle kerntechnischen Anlagen sollen mit einer vollwertigen Haftpflichtversicherung versehen werden. Die Entsorgung der Anlagen und der produzierten Abfälle ist durch Rücklagen auf Treuhandkonten sicher zu stellen. Die Höhe dieser Rücklagen sind durch unabhängige Experten zu bestimmen.

Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll

[8] Die Piratenpartei Deutschland hält das Konzept der Endlagerung für gescheitert. Gorleben als Endlager lehnen wir ab.

[9] Wir setzen uns dafür ein, dass radioaktive Abfälle zunächst überwacht und sicher verbracht gelagert werden. Alle Atommüll-Lagerstätten müssen bei Bedarf schnell geräumt werden können. Die Kosten haben die Betreiber oder deren Rechtsnachfolger oder Muttergesellschaften zu tragen, wann immer dies durchsetzbar ist.

[10] Oberste Priorität wird maroden Lagerstätten des Atommülls eingeräumt, damit diese schnellstmöglich geräumt werden.

[11] Der Schwerpunkt in der Atompolitik soll auf das Vermeiden von weiteren großen Volumen Atommülls und die Umsetzung der Energiewende gesetzt werden. Im zweiten Schritt muss eine nachhaltige Lösung zum Umgang mit dem Atommüll gefunden werden.

[12] Wer radioaktive Produkte herstellt oder in den Verkehr bringt, muss einen Entsorgungsnachweis führen und die Kosten für die Entsorgung übernehmen. Die klassische Wiederaufbereitung von Brennelementen sowie andere Technologien, die eine solche Wiederaufbereitung und die damit verbundenen Emissionen notwendig machen, lehnen wir ab.

[13] Der Emissionsschutz soll weiter untersucht und Auswirkungen neu bewertet werden. Die Emissionen kerntechnischer Anlagen dürfen nicht über den Grenzwerten für Emissionen aus Anlagen liegen, die unter Atomrecht betrieben werden. Anlagen zur Konditionierung von Atommüll sowie großtechnische Nuklearanlagen in der Nähe von anderen Unternehmen, Wohngebieten oder Schulen lehnen wir ab.

[14] Aufgrund der Problematik der Materie sollten Technologien, die auf Nukleartechnik basieren, mit Bedacht und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Besonders berücksichtigt werden müssen die Sicherheit der Bevölkerung und die Entsorgung des Materials. Wo immer es sinnvolle Alternativen gibt, sollten diese geprüft und bevorzugt angewendet werden. Dazu wollen wir Anreize durch die Berücksichtigung der zu erwartenden Entsorgungskosten schaffen.

Begründung

[15] Ergänzend zu diesem Antrag gibt es Anträge:

- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Grundsatzprogramm) (ergänzend zu diesem Antrag)
- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Wahlprogramm) (Ergänzend zu diesem Antrag)
- **Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll** (Wahlprogramm)

- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung** (Wahlprogramm)

[16] Der Antrag ergänzt bzw. erweitert den Gemeinschaftsantrag “umweltpolitische Ziele (Wahlprogramm 2013)“ des Projekts AG Schulterschluss.

[17] Der Atomausstieg ist Programm und Position der Piraten seit 2008. Das sollten wir beibehalten. Dieser Antrag macht die Verantwortung der Piraten in der Atompolitik deutlich. Eine Positionierung ist wichtig, denn auf der Politischen Bühne ist das Thema nicht gegessen und hochrangige Politiker prüfen bereits, wie sehr man inzwischen wieder am Atomausstieg rütteln kann.

[18] Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Energiequelle. Die Risiken der Kernenergie sind schwer abschätzbar, kein Kernkraftwerk ist vollständig über eine Haftpflichtversicherung abgesichert /die derzeitige Deckungssumme durch Haftpflichtversicherung beträgt 25 Mio.€ (? 25 PKW), das deckt etwa 0,0003% eines zu erwartenden maximalen Schadens von 10 Brd.€).

[19] Das Risiko trägt der Staat und damit die Bürger. Das Problem mit dem Atommüll ist weiterhin ungelöst. Das Produzieren weiteren Atommülls ist unverantwortlich. Auch Kernkraftwerke der nächsten Generation vererben ein wachsendes Müllproblem, Risiken und Materialprobleme sind ungeklärt.

[20] Derzeit gibt es keine sicher absehbar nachhaltige Lösung für das Atommüllproblem. Der erste, notwendige Schritt ist, dies einzugestehen, anstatt blind irgendeine Lösung zu preisen.

[21] Wir müssen zunächst den vorhandenen Müll sichern und sicher lagern, bis eine nachhaltige Lösung gefunden ist. Wichtig ist dabei, dass wir uns hier zunächst um die Lager mit Wassereinbruch kümmern.

[22] Wir müssen die klare Position zu Gorleben aus unserem Positionspapier kommunizieren. Der Salzstock ist ungeeignet (Gaseinschlüsse, kein Deckgebirge, ...), die Auswahl beruht auf politischem Kalkül.

[23] Die Wiederaufbereitung von Atommüll verursacht erhebliche Emissionen radioaktiver Stoffe in Gewässer und Luft, die bei der Wiederaufbereitung nicht zurückgehalten werden können. Daher sind diese Technologien abzulehnen, bis diese Probleme gelöst sind.

[24] Radioaktive Emissionen führen neben erhöhten Krebsraten auch zum vermehrten Tod von Föten, insbesondere von Mädchen in den ersten Schwangerschaftswochen in einem Umkreis von bis zu 35km um kerntechnische Anlagen. Diese Ergebnisse sind gesichert und statistisch signifikant. Durch die bisherigen Modelle zum Strahlenschutz lassen sich diese Effekte nicht erklären. Das ist ein deutlicher Hinweise darauf, dass hier wesentliche Vorgänge und Auswirkungen noch nicht verstanden sind. Dieser Effekt trat in Europa auch nach Tschernobyl auf. Es wurden in Europa 800.000 Kinder weniger geboren, als statistisch zu erwarten waren.

[25] Durch den Atomausstieg wird die Verarbeitung von Atommüll aus den stillzulegenden Kraftwerken zum lukrativen Geschäft. Dazu ist derzeit der Ausbau einer großen Anlage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten und einem Schulzentrum in Braunschweig geplant. Eine Bürgerinitiative hat in dem Wohngebiet ermittelt, dass von 1980 bis 2012 etwa 21% weniger Mädchen geboren wurden, als statistisch zu erwarten sind. Solche Anlagen kann man nur durch eine Anpassung der Gesetze auf Bundesebene verhindern, bzw. weg bekommen.

Warum Kernkraftwerke der Generation IV / “Transmutationsanlagen mit Energiegewinnung“ keine Lösung sind

[26] Die möglichen Reaktortypen, die hier im Gespräch sind, haben alle erhebliche Probleme in der Konstruktion und bei den zu verwendenden Materialien, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Haltbarkeit (Natrium, Korrosion, Materialermüdung, ..). Derzeit ist eine Lösung dieser Probleme nicht realistisch absehbar.

[27] Die Idee, vorhandenen Atommüll mit solchen Anlagen zu verwerten hinkt. Dies ginge allenfalls mit Teilen wiederaufbereiteten hochradioaktiven Abfalls aus den Brennelementen.

[28] Um vorhandenen Atommüll in diesen Anlagen zu verarbeiten muss dieser wiederaufbereitet werden, was zu erheblichen Emissionen führt. Auch wird beim Betrieb eine ständige Wiederaufbereitung benötigt. Wird dieser Müll als Brennstoff eingesetzt, bleiben immer noch erhebliche Anteile langlebiger hochradioaktiver Anteile übrig.

[29] Jeder Betrieb einer kerntechnischen Anlage produziert mindestens leicht- und mittelradioaktiven Atommüll. Das sind zum Beispiel Gebrauchs- und Verbrauchsstoffe, wie Schutzkleidung, Wischmobs, Staub, etc., sowie defekte Geräte und Teile. Diese machen 90% des Volumens an Atommüll aus. Das sind diese Stoffe, die uns derzeit in der Asse und in Morsleben große Sorgen machen. Bei neuen Reaktorkonzepten würden diese Materialien vermutlich deutlich stärker belastet sein, da diese Reaktoren sehr harte Neutronenstrahlung verwenden. Auch dieses Entsorgungsproblem muss gelöst sein, bevor wir den Müll vermehren.

Links

- Übersicht über die AKW-Typen und einen Teil derer Probleme, AntiAtomPiraten

[30] http://www.anti-atom-piraten.de/2012/09/neue-atomreaktoren-die-erfolgsaussichten/

- Einblick in Politik und technische Probleme beim natriumgekühlten Brutreaktor Kalkar, Spiegel, 1988

[31] http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13529438.html

- Verlorene Mädchen um Kernkraftwerke, Telepolis, 2010

[32] http://www.heise.de/tp/artikel/33/33715/1.html

- Verlorene Kinder um die Asse, HelmholtzZentrum München, 2011

[33] http://www.helmholtz-muenchen.de/ibb/homepage/hagen.scherb/GeburtenNachGeschlechtInRemlingen.pdf

PA210 - Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg

Grundsatzprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Stemke / AntiAtomPiraten

Zusammenfassung

Dieser Antrag bildet ein ganzheitliches Konzept zur Energiewende ab, mit den Eckpunkten

- Nachhaltige Energieversorgung
- Energiespeicherung
- Netzausbau
- Netzneutralität
- Atomausstieg
- Energieeffizienz
- Förderprogramme

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den nachfolgenden Text in das Grundsatzprogramm einzufügen und damit das bisherige Grundsatzprogramm "Energiepolitik" ersetzen.

Text bisher

Energiepolitik

[2] Wir wollen eine langfristig sichere und umweltschonende Energie-Infrastruktur. Dies bedeutet eine Umstellung von endlichen Energieträgern auf generative und regenerative Energiequellen. Regenerative Energieträger sollen dabei nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit genutzt werden und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen stehen. Außerdem wollen wir eine transparente dezentralisierte Erzeugerstruktur. Nur so kann eine Partizipation jedes Bürgers erreicht und Monopolstellungen verhindert werden.

Text neu

Energiewende

Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit

[3] Die aktuelle energiepolitische Ausrichtung ist geprägt von Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen, die zu einseitig Gewinnorientierung in den Vordergrund stellen. Die verfügbaren Ressourcen sind jedoch endlich und deren Verbrauch ist terminiert. Dies erfordert eine kurzfristige und vollständige Umstellung der Energiewirtschaft auf langfristig verfügbare Energiequellen unter folgenden Prämissen:

- nachhaltig,
- umweltschonend,
- zuverlässig
- dezentral, wo möglich und sinnvoll,
- transparent,
- volkswirtschaftlich sinnvoll,
- sozial und gesellschaftlich verträglich
- bezahlbar.

[4] Wesentliche Faktoren sind auch die Reduzierung des Verbrauchs durch die Steigerung der Effizienz bei Erzeugung, Verteilung und Verbrauch.

[5] Ein wichtiger Aspekt der Versorgungssicherheit ist die Dezentralisierung der Energiegewinnung und -verteilung. Wir setzen auf kleinteilige Strukturen, da diese mehr Sicherheit schaffen als große, zentralisierte Einheiten. Zugleich sind die Betriebs- und Ausfallrisiken geringer. Wir wollen die Energiewirtschaft so organisieren, dass Beschaffung, Erzeugung und Verteilung möglichst diversifiziert und transparent erfolgen.

[6] Auch die Preisgestaltung wird öffentlich nachvollziehbar vorgenommen. Heterogene Strukturen und fairer Wettbewerb nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter staatlicher Aufsicht werden dieses Ziel gewährleisten. Unabdingbar ist dabei eine stärkere Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren.

[7] Der Schwerpunkt auf Dezentralisierung schließt volkswirtschaftlich sinnvolle Großprojekte, beispielsweise grenzüberschreitende Verbünde von Windkraftanlagen und Verteilungsnetzen sowie internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekte, grundsätzlich mit ein, sofern diese vor allem auf Kooperation und Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und an realen Bedarfszahlen ermittelt werden.

[8] Unser aller Zukunft hängt wesentlich von der dauerhaften Verfügbarkeit einer bezahlbaren Energieversorgung ab. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich daher für einen mit allen Beteiligten abzustimmenden nationalen Energieplan zum Erreichen der oben genannten Ziele ein.

Nachhaltige Energieversorgung

[9] Die Piratenpartei Deutschland steht für eine langfristig gesicherte Energieversorgung. Wir wollen die Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen und Kernkraft so schnell wie möglich durch nachhaltige, umweltschonende Verfahren ersetzen. Dazu gehört auch der adäquate Ausbau von Verteilungsnetzen und Energiespeichern. In Frage kommen praktisch unbegrenzt verfügbare Ressourcen wie Wind, Sonne und Wasser, aber auch Gezeiten und Geothermie, in begrenztem Umfang Biomasse. Wir wollen erreichen, dass innerhalb einer Generation der gesamte Energiebedarf in Deutschland aus solchen Quellen gedeckt werden kann. Der Strombedarf der heutigen Größenordnung soll bis zum Jahr 2030 aus diesen Quellen gedeckt werden.

[10] Wir setzen dabei auf umweltverträgliche Verfahren, welche die Inanspruchnahme von Naturgebieten und landwirtschaftlich genutzter Flächen minimieren. Energie aus Biomasse soll in erster Linie in lokalen Kreisläufen aus Rest- und Abfallstoffen erzeugt werden. Damit wollen wir Probleme minimieren, die duch die exzessive Nutzung von Energieträgern wie Wasserkraft, Geothermie und Biomasse verursacht werden können.

[11] Fracking-Verfahren zur Erdgasförderung sowie die CCS-Methode zur Kohlendioxid-Verpressung lehnen wir ab. Nicht zuletzt, da solche Technologien den Energiebedarf weiter erhöhen, die Macht der Oligopole festigen, die Energiewende verzögern und erhebliche Umweltrisiken mit sich bringen. Bei der Fertigung von Energieanlagen sollen geschlossene Stoffkreisläufe etabliert werden. Dort, wo Umweltgifte nicht ersetzbar sind, wie z.B. Schwermetalle im Produktionsprozess, wollen wir deren Austreten in die Umwelt verhindern und die Rückgewinnung wertvoller Rohstoffe sicherstellen.

Energiespeicherung, Netzausbau und Netzneutralität

[12] Um die nachhaltige Versorgung zu sichern und die Konzentration auf wenige Anbieter zu vermeiden, soll die Hoheit über lokale Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie deren Regulierung wieder in die öffentliche Hand übertragen werden. Unsere Politik wird gewährleisten, dass die Netzinfrastruktur den Systemwandel in der Energiewirtschaft unterstützt.

[13] Der Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen bedingt das Anpassen der Netztopologie und zugleich eine ökonomisch und energetisch effiziente Speicherung von Energie. Der Netzzugang einer Vielzahl von Erzeugern mit großen regionalen Unterschieden in Erzeugungskapazität und zeitlicher Verteilung erfordert den verstärkten Einsatz intelligenter Managementsysteme. Generell soll stärker als bisher der Verbrauch der Energieerzeugung folgen und weniger die Energieerzeugung dem Verbrauch. Hier setzen wir vor allem auf Verfahren, die ohne Erhebung von Daten auskommen, sondern zum Beispiel die Belastung des Netzes autonom erkennen und entsprechend Verbraucher oder Energieerzeuger steuern. Zusätzlich werden wir Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern.

[14] Ein Netzausbau zur Umsetzung der Energiewende ist nur in geringen Maßen notwendig. Schon heute sind ausreichend Trassen vorhanden. Die Stromleitungen vieler wichtiger Trassen müssen derzeit aus Altersgründen erneuert werden. Durch neue Leitungstechnologie kann dabei die Kapazität der Trassen verdoppelt werden, ohne dass signifikant Mehrkosten entstehen oder neue Trassen notwendig werden. Trassen, die gebaut werden, um neue Kohlekraftwerke anzuschließen oder die notwendig werden, weil ein Kernkraftwerk nicht abgeschaltet wird, sind von den Betreibern dieser Kohle-/Kernkraftwerke zu zahlen.

[15] Zur Energieerzeugung bevorzugen wir genossenschaftlich organisierte, dezentrale und diversifizierte, kleinteilige Kraftwerksverbünde. Diese benötigen nur entsprechend kleine Netztopologien und sind robust gegen Ausfälle. Die betroffenen Bürger sollen an diesen partizipieren können. Dieses Ziel wird durch kommunale Energiekonzepte erreicht, die auf einheitlichen Standards basieren.

[16] Zur Sicherstellung des gerechten Netzzugangs aller Marktteilnehmer ist eine neutrale, rekommunalisierte Netzinfrastukur erforderlich. So lassen sich für regionale Netze auf Stadt- und Landkreisebene im Jahresmittel ausgeglichene Energiebilanzen erzielen. Kleinere, autarke Netze und dezentrale Anbieter erhöhen die Versorgungssicherheit deutlich und verringern die Gefahr von großen Stromausfällen. Außerdem wird so der Aufbau einer dezentralen Energiespeicherinfrastruktur neben großen, zentralen Lösungen gefördert. Die bundesweite Koordination dieser Maßnahmen soll Aufgabe einer in ihren Kompetenzen gestärkten Bundesnetzagentur sein.

[17] Die Konzentration auf rein dezentrale Strukturen erfordert den Ausgleich typischer Fluktuationen in Wind- und Solarenergie sowie das Abfangen von Bedarfs- bzw. Angebotsspitzen. Wir wollen daher die lokalen Netze mit Nachbarnetzen und diese wiederum mit größeren regionalen und internationalen Einheiten koppeln und durch jeweils in die Region passende Energiespeicher puffern. Durch diesen Regionenverbund kann der aufwändige und Großanlagen bevorzugende Energietransport über große Entfernungen, etwa von Offshore-Windparks mit HGÜ-Trassen, auf wenige Punkt-zu-Punkt-Verbindungen reduziert werden.

[18] Neben gängigen Speichermethoden sollen auch neue Möglichkeiten genutzt werden. Dazu gehört auch die Verwendung des Gasnetzes als Energiespeicher. Überschüssiger Strom kann in Gas umgewandelt werden und auch

das Gas aus Biogasanlagen soll bevorzugt in die bereits bestehende Speicher- und Verteilungsinfrastruktur für Gas eingeleitet werden. Bei Bedarf können damit effiziente Gaskraftwerke und Blockheizkraftwerke Lastspitzen sowie Wind- und Sonnenflauten kompensieren. Auch Druckluftspeicherkraftwerke könnten sehr schnell und effizient zum Abdecken von Lastspitzen eingesetzt werden.

[19] In diesem Szenario nutzen alle Regionen Deutschlands ihre Potenziale im Rahmen der Energiewende weitgehend aus. Es findet bei Bedarf ein deutschlandweiter Stromaustausch statt, so dass nur zu einem geringen Anteil Strom aus Nachbarstaaten importiert werden muss.

[20] Insgesamt ist dieses Konzept kurzfristig umsetzbar. Es bringt zudem sowohl ökologische als auch regional- und volkswirtschaftliche Vorteile. Die Piratenpartei tritt daher für eine entsprechende Anpassung des Energieleitungsausbaugesetzes im Rahmen des nationalen Energieplans ein. Wir unterstützen auch die Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), allerdings mit einer stärkeren Fokussierung auf die Förderung kommunaler Vorhaben. Zudem sollen die Lasten des EEG auf alle Verbraucher gleichmäßig verteilt werden. Die Subvention energieintensiver Verbraucher lehnen wir ab.

Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung

[21] Die Piratenpartei Deutschland spricht sich gegen die Energieversorgung durch Kernspaltung aus. Stillgelegten Kernkraftwerke sollen unmittelbar unbrauchbar gemacht werden und ihre Betriebserlaubnis zur Energiegewinnung verlieren. Laufzeitverlängerungen und Neubauten von Kernkraftwerken werden ausgeschlossen. Anlagen für rein medizinische und rein wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen.

[22] Alle kerntechnischen Anlagen sollen mit einer vollwertigen Haftpflichtversicherung versehen werden. Die Entsorgung der Anlagen und der produzierten Abfälle ist durch Rücklagen auf Treuhandkonten sicher zu stellen. Die Höhe dieser Rücklagen sind durch unabhängige Experten zu bestimmen. Auch die Förderung von Kernenergie-Projekten im Ausland, zum Beispiel durch Bürgschaften, lehnen wir ab.

Energieeffizienz

[23] Zur Steigerung der Energieeffizienz von Produkten setzen wir auf ein Top-Runner-Programm: Die Effizienz der effizientesten unter den Produkten im Markt wird jeweils zum Standard für die Branche erhoben, der zu einem gewissen Zeitpunkt in der Zukunft erreicht werden muss, z.B. in 5 Jahren. Dadurch wird eine schnelle, marktgetriebene Effizienzsteigerung erreicht.

Förderprogramme

[24] Den Umstieg auf erneuerbare Energieträger wollen wir weiterhin durch Förderprogramme unterstützen. Damit verbundene Zuschüsse, Einspeisevergütungen, Prämien und Steuervorteile müssen regelmäßig auf ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvollen Einsatz hin überprüft werden. Soziale Ausgewogenheit sowie Wirksamkeit unmittelbar für den vorgesehenen Zweck und die Schonung von Ressourcen sind weitere Bedingungen. Als flankierende Maßnahme werden kostenlose Angebote zur Energieberatung geschaffen.

[25] Wir halten es für sinnvoll, Förderprogramme langfristig anzulegen und Planungssicherheit zu bieten. Andererseits sehen wir die Notwendigkeit, diese Programme nach Erreichung des Förderzwecks auch konsequent zurückzufahren. Spezielle Fördermaßnahmen für kommunale und genossenschaftliche Projekte sollen verhindern, dass sich monopolartige Strukturen herausbilden. Die Förderung von Photovoltaik wollen wir auf die Installation auf bereits versiegelten Flächen und auf Dächern begrenzen. Speichertechnologien und entsprechende Speicherkraftwerke müssen mehr in den Fokus rücken.

[26] Bis zum Vollzug der Energiewende wollen wir die Grundlagenforschung im Energiesektor auf die Verbesserung der nachweislich funktionierenden Technologien konzentrieren. Ergebnisse aus staatlich finanzierten Programmen sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

[27] An der Umstellung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform führt kein Weg vorbei. Mit den hier genannten Maßnahmen wird es gelingen, diese Herausforderung zu meistern.

Begründung

[28] Dieser Antrag beruht auf dem Programmantrag 055, der von der AG Energiepolitik und AG Umwelt gemeinsam für den BPT 2012.1 eingereicht wurde sowie in Auszügen aus dem Vorschlag von Jan Hemme. Er wurde in einigen Punkten weiter ergänzt und angepasst, sowie die Formulierung überarbeitet.

[29] Der hier eingereichte Vorschlag konzentriert sich zunächst darauf, die Energiewende voran zu bringen und Kernkraftwerke sicher still zu legen. Mögliche Zukunftstechnologien kann man diskutieren, nachdem die Energiewende geschafft ist, da diese Zukunftstechnologien während der Anstrengungen zum erreichen der Energiewende nicht einsatzfähig sein werden, sondern ohnehin erst später zur Verfügung stehen könnten.

[30] Zu diesem Antrag gibt es weitere Anträge:

- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Wahlprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung** (Wahlprogramm)
- **Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll** (Wahlprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung / Atommüll** (Grundsatzprogramm) (als Alternative oder Ergänzung zu diesem Antrag)

PA211 - Atompolitik

Grundsatzprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Stemke / AntiAtomPiraten

Zusammenfassung

Dieser Antrag formuliert Eckpunkte zu

- Atomausstieg
- Vollwertige Haftpflichtversicherung für alle Atomanlagen
- Endlagerfrage
- Müll vermeiden
- Entsorgungsnachweis
- Emissionsschutz

Antragstext

Antrag

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den nachfolgenden Text in das Grundsatzprogramm einzufügen:

Atompolitik

Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Energiegewinnung durch Kernspaltung zu beenden. Dies ist in drei Jahren möglich.

[3] Die Risiken bei Uranbergbau, Transport, Anreicherung, Betrieb, Wiederaufbereitung und Emissionen sind zu hoch, die Entsorgung des Atommülls ist ungeklärt. Dazu kommt die Gefährdung durch Unfälle, potenzielle Katastrophen und Anschläge. Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Form der Energiegewinnung. Alle damit verbundenen Kosten sollen nach dem Verursacherprinzip umgelegt werden.

[4] Wir wollen die bestehenden Kernkraftwerke Hand in Hand mit dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen abschalten. Verfahren und Anwendungen, die weiteren Atommüll produzieren, sollen möglichst vermieden werden solange es keine nachhaltige Lösung zum Umgang mit radioaktiven Abfällen gibt.

[5] Laufzeitverlängerungen und Neubauten von Kernkraftwerken werden ausgeschlossen. Die Förderung von AKW-Projekten im Ausland – auch durch staatliche Bürgschaften – lehnen wir ab.

[6] Alle stillgelegten Kernkraftwerke verlieren unmittelbar die Betriebserlaubnis für die Reaktoren. Eine erneute Kehrtwende zur Atomkraft soll damit unterbunden werden. Anlagen für rein medizinische und rein wissenschaftliche Anwendungen sind davon ausgenommen.

Haftung

[7] Alle kerntechnischen Anlagen sollen mit einer vollwertigen Haftpflichtversicherung versehen werden. Die Entsorgung der Anlagen und der produzierten Abfälle ist durch Rücklagen auf Treuhandkonten sicher zu stellen. Die Höhe dieser Rücklagen sind durch unabhängige Experten zu bestimmen.

Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll

[8] Die Piratenpartei Deutschland hält das Konzept der Endlagerung für gescheitert.

[9] Wir setzen uns dafür ein, dass radioaktive Abfälle zunächst überwacht und sicher verbracht gelagert werden. Alle Atommüll-Lagerstätten müssen bei Bedarf schnell geräumt werden können. Die Kosten haben die Betreiber oder deren Rechtsnachfolger oder Muttergesellschaften zu tragen, wann immer dies durchsetzbar ist.

[10] Oberste Priorität wird maroden Lagerstätten des Atommülls eingeräumt, damit diese schnellstmöglich geräumt werden.

[11] Der Schwerpunkt in der Atompolitik soll auf das Vermeiden von weiteren großen Volumen Atommülls und die Umsetzung der Energiewende gesetzt werden. Im zweiten Schritt muss eine nachhaltige Lösung zum Umgang mit dem Atommüll gefunden werden.

[12] Wer radioaktive Produkte herstellt oder in den Verkehr bringt, muss einen Entsorgungsnachweis führen und die Kosten für die Entsorgung übernehmen. Die klassische Wiederaufbereitung von Brennelementen sowie andere Technologien, die eine solche Wiederaufbereitung und die damit verbundenen Emissionen notwendig machen, lehnen wir ab.

[13] Der Emissionsschutz soll weiter untersucht und Auswirkungen neu bewertet werden. Die Emissionen kerntechnischer Anlagen dürfen nicht über den Grenzwerten für Emissionen aus Anlagen liegen, die unter Atomrecht betrieben werden. Anlagen zur Konditionierung von Atommüll sowie großtechnische Nuklearanlagen in der Nähe von anderen Unternehmen, Wohngebieten oder Schulen lehnen wir ab.

[14] Aufgrund der Problematik der Materie sollten Technologien, die auf Nukleartechnik basieren, mit Bedacht und verantwortungsvoll eingesetzt werden. Besonders berücksichtigt werden müssen die Sicherheit der Bevölkerung und die Entsorgung des Materials. Wo immer es sinnvolle Alternativen gibt, sollten diese geprüft und bevorzugt angewendet werden. Dazu wollen wir Anreize durch die Berücksichtigung der zu erwartenden Entsorgungskosten schaffen.

Begründung

[15] Ergänzend zu diesem Antrag gibt es Anträge:

- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Grundsatzprogramm) (ergänzend zu diesem Antrag)
- **Energiewende - Für eine zukunftssichere Energiewirtschaft / Atomausstieg** (Wahlprogramm) (Ergänzend zu diesem Antrag)
- **Verantwortungsvoller Umgang mit radioaktivem Material und Atommüll** (Wahlprogramm)
- **Ausstieg aus der Stromerzeugung durch Kernspaltung** (Wahlprogramm)

[16] Wir schleppen die Forderung nach dem Atomausstieg seit 2008 in den Wahlprogrammen und Positionspapieren mit. Es wird Zeit, sie im Grundsatzprogramm zu verankern und deutlich Stellung zu beziehen, nicht nur mit

Blick auf die Diskussion um die Nuklearia und deren verklärender Werbung für neue Kernkraftwerke. Auch auf der Politischen Bühne ist das Thema nicht gegessen und hochrangige Politiker prüfen bereits, wie sehr man inzwischen wieder am Atomausstieg rütteln kann.

[17] Kernenergie ist volkswirtschaftlich die teuerste Energiequelle. Die Risiken der Kernenergie sind schwer abschätzbar, kein Kernkraftwerk ist vollständig über eine Haftpflichtversicherung abgesichert (Die derzeitige Deckungssumme durch Haftpflichtversicherung beträgt 25 Mio.€ (? 25 PKW), das deckt etwa 0,0003% eines zu erwartenden maximalen Schadens von 10 Brd.€).

[18] Das Risiko trägt der Staat und damit die Bürger. Das Problem mit dem Atommüll ist weiterhin ungelöst. Das Produzieren weiteren Atommülls ist unverantwortlich. Auch Kernkraftwerke der nächsten Generation vererben ein wachsendes Müllproblem, Risiken und Materialprobleme sind ungeklärt.

[19] Derzeit gibt es keine sicher absehbar nachhaltige Lösung für das Atommüllproblem. Der erste, notwendige Schritt ist, dies einzugestehen, anstatt blind irgendeine Lösung zu preisen.

[20] Wir müssen zunächst den vorhandenen Müll sichern und sicher lagern, bis eine nachhaltige Lösung gefunden ist. Wichtig ist dabei, dass wir uns hier zunächst um die Lager mit Wassereinbruch kümmern.

[21] Wir müssen die klare Position zu Gorleben aus unserem Positionspapier kommunizieren. Der Salzstock ist ungeeignet (Gaseinschlüsse, kein Deckgebirge, ...), die Auswahl beruht auf politischem Kalkül.

[22] Die Wiederaufbereitung von Atommüll verursacht erhebliche Emissionen radioaktiver Stoffe in Gewässer und Luft, die bei der Wiederaufbereitung nicht zurückgehalten werden können. Daher sind diese Technologien abzulehnen, bis diese Probleme gelöst sind.

[23] Radioaktive Emissionen führen zum vermehrten Tod von Föten, insbesondere von Mädchen in den ersten Schwangerschaftswochen in einem Umkreis von bis zu 35km um kerntechnische Anlagen. Diese Ergebnisse sind gesichert und statistisch signifikant. Durch die bisherigen Modelle zum Strahlenschutz lassen sich diese Effekte nicht erklären. Das ist ein deutlicher Hinweise darauf, dass hier wesentliche Vorgänge und Auswirkungen noch nicht verstanden sind. Dieser Effekt trat in Europa auch nach Tschernobyl auf. Es wurden in Europa 800.000 Kinder weniger geboren, als statistisch zu erwarten waren. Auch um die Atommülllager Gorleben und bei der Asse treten diese Effekte auf. So fehlen in Remlingen bis zu 26% an Neugeborenen.

[24] Durch den Atomausstieg wird die Verarbeitung von Atommüll aus den stillzulegenden Kraftwerken zum lukrativen Geschäft. Dazu ist derzeit der Ausbau einer großen Anlage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten und einem Schulzentrum in Braunschweig geplant. Eine Bürgerinitiative hat in dem Wohngebiet ermittelt, dass von 1980 bis 2012 etwa 21% weniger Mädchen geboren wurden, als statistisch zu erwarten sind. Solche Anlagen kann man nur durch eine Anpassung der Gesetze auf Bundesebene verhindern, bzw. weg bekommen.

Warum Kernkraftwerke der Generation IV / "Transmutationsanlagen mit Energiegewinnung" keine Lösung sind

[25] Die möglichen Reaktortypen, die hier im Gespräch sind, haben alle erhebliche Probleme in der Konstruktion und bei den zu verwendenden Materialien, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Haltbarkeit (Natrium, Korrosion, Materialermüdung, ..). Derzeit ist eine Lösung dieser Probleme nicht realistisch absehbar.

[26] Die Idee, vorhandenen Atommüll mit solchen Anlagen zu verwerten hinkt. Dies ginge allenfalls mit Teilen wiederaufbereiteten hochradioaktiven Abfalls aus den Brennelementen.

[27] Um vorhandenen Atommüll in diesen Anlagen zu verarbeiten muss dieser wiederaufbereitet werden, was zu erheblichen Emissionen führt. Auch wird beim Betrieb eine ständige Wiederaufbereitung benötigt. Wird dieser Müll als Brennstoff eingesetzt, bleiben immer noch erhebliche Anteile langlebiger hochradioaktiver Anteile übrig.

[28] Jeder Betrieb einer kerntechnischen Anlage produziert mindestens leicht- und mittelradioaktiven Atommüll. Das sind zum Beispiel Gebrauchs- und Verbrauchsstoffe, wie Schutzkleidung, Wischmobs, Staub, etc., sowie defekte Geräte und Teile. Diese machen 90% des Volumens an Atommüll aus. Das sind diese Stoffe, die uns derzeit in der Asse und in Morsleben große Sorgen machen. Bei neuen Reaktorkonzepten würden diese Mate-

rialien vermutlich deutlich stärker belastet sein, da diese Reaktoren sehr harte Neutronenstrahlung verwenden. Auch dieses Entsorgungsproblem muss gelöst sein, bevor wir den Müll vermehren.

Links

- Übersicht über die AKW-Typen und einen Teil derer Probleme, AntiAtomPiraten

[29] http://www.anti-atom-piraten.de/2012/09/neue-atomreaktoren-die-erfolgsaussichten/

- Einblick in Politik und technische Probleme beim natriumgekühlten Brutreaktor Kalkar, Spiegel, 1988

[30] http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13529438.html

- Verlorene Mädchen um Kernkraftwerke, Telepolis, 2010

[31] http://www.heise.de/tp/artikel/33/33715/1.html

- Verlorene Kinder um die Asse, HelmholtzZentrum München, 2011

[32] http://www.helmholtz-muenchen.de/ibb/homepage/hagen.scherb/GeburtenNachGeschlechtInRemlingen.pdf

PA212 - E-Zigarette

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Evidenzbasierte Haltung zum gesetzlichen Umgang mit der E-Zigarette

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

E-Zigarette

[2] Viele Menschen in Deutschland benutzen heute die E-Zigarette als Genussmittel. Diese besteht aus einem elektronisch betriebenen Verdampfer und einem Behältnis, das mit der zu verdampfenden Flüssigkeit, dem sogenannten Liquid, gefüllt ist. Die Liquids bestehen aus einer Trägersubstanz (z.B. Propylenglykol) und Aromen und können zusätzlich Nikotin enthalten. Bei der Verdampfung des Liquids in der E-Zigarette entstehen weder Rauch noch nach derzeitigem Wissenstand andere, für Dritte schädliche Emissionen.

[3] Die Piratenpartei fordert:

- Es müssen Qualitätsstandards als Grundlage für Produktion, Vertrieb und Handel der Liquids geschaffen werden (Ausweispflicht für Inhaltsstoffe, kindersichere Behältnisse, Angabe der Nikotinkonzentration, Zulassungsregeln für Produzenten usw.).
- Eine Höchstkonzentration für Nikotin in den Liquids soll, idealerweise europaweit, festgelegt werden.
- Regelungen und Einschränkungen sollen nur zum Zwecke des Jugend- und Verbraucherschutzes getroffen werden. Abgabe und Handhabung von Liquids sollen erst ab dem vollendeten 18. Lebensjahr gestattet werden.
- Die Einbeziehung der E-Zigarette ins »Nichtraucherschutzgesetz« ist abzulehnen. Insbesondere ist kein Grund erkennbar, die Benutzung von E-Zigaretten auf Raucherbereiche zu beschränken.

Begründung

[4] Die E-Zigarette ist ein neuartiges Produkt für einen alternativen schadstoffminimierten Nikotinkonsum, welches den Rauchvorgang simuliert, und daher kontrovers diskutiert wird. Aufgrund der Neuartigkeit bestehen keine bundes- oder EU-einheitlichen Regelungen bzgl. Herstellung, Import, Handel und Konsum. Die Piratenpartei sollte bei der zu erwartenden Ausgestaltung von Regelungen zur E-Zigarette maßgeblich Einfluß nehmen, um jeglicher willkürlichen Bevormundungs- und unfundierten Verbotspolitik entgegen zu wirken.

[5] Hinweis: Die Ablehnung der Einbeziehung der e-Zigarette ins Nichtraucherschutzgesetz und die damit verbundene Beschränkung des Dampfens auf Raucherräume geht konkret auf die aktuelle Verordnungslage in Hessen bzw. die vorgeschlagene Gesetzeslage in Nordrhein-Westfalen zurück. Vergleiche dazu den Gesetzesentwurf NRW (Seite 13) und die Sicht des Sozialministeriums Hessen.

[6] Zur grundlegenden Information zur E-Zigarette siehe den sehr ausgewogenen und ausführlichen Wikipedia-Artikel zur E-Zigarette und die dort verlinkte Literatur.

PA213 - Prävention

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Position zur Drogen-Prävention auf allen Ebenen

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Prävention

[2] Das Selbstverständnis der Piratenpartei berücksichtigt die Freiheit des Einzelnen, sein Recht auf Selbstbestimmung bei möglichst geringer staatlicher Einflussnahme.

[3] Um eine selbstverantwortliche und sozialverträgliche Genusskultur sowie einen achtsamen Umgang mit Drogen (dazu zählen wir auch Tabak und Alkohol) langfristig zu etablieren, braucht es gut informierte, selbstbewußte und unabhängige Bürger.

[4] Unsere Idee einer verantwortungsvollen Drogenpolitik hat das Ziel, zu einem selbstbestimmten Umgang, zu Abstinenz oder zu maßvollem Konsum zu befähigen. In diesem Sinne verstehen wir Prävention als Aufklärung über Drogenkonsum und alle vorbeugenden sowie schadensmindernden Maßnahmen bezogen auf die Folgen des Konsums. Sie muss alle Altersgruppen und alle aktuellen und potentiellen Drogennutzer erreichen.

[5] Zur Umsetzung bedarf es einer kompetenten, frühestmöglichen Auseinandersetzung mit kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Aspekten von Drogen, aber auch Aufklärung, um Wirkungen, mögliche Gefahren und Folgen besser einschätzen zu können. Dazu gehört auch die Befähigung mit den unterschiedlichen, gebräuchlichen Drogen umzugehen. Die frühe Förderung sozialer Kompetenzen und der lebenspraktischen Fertigkeiten sowie selbstwert- und persönlichkeitsstärkende Maßnahmen sind grundlegend.

[6] Um langfristig Vorurteilen und Stigmatisierung entgegenzuwirken, bedarf es einer umfassenden Aufklärung in der Gesellschaft über Drogen, ihren Gebrauch und ihre Konsumenten.

[7] Präventionsprogramme sind für die jeweiligen Adressaten entsprechend ihrer Bedürfnisse und Fähigkeiten zu formulieren und umzusetzen. Zum Beispiel ist der Einsatz von Streetworkern und Peergroup-Scouts (verantwortungsvolle, aufgeklärte, gleichaltrige Ansprechpartner) bundesweit, mit besonderem Blick auch auf bisher unterversorgte Kleinstädte und ländliche Gebiete auszubauen.

[8] Im Sinne einer Schadensverhütung und -minderung sollte es ein umfassendes, dem Bedarf entsprechendes Angebot an Konsumräumen geben. Ebenso ist Drugchecking eine überaus wichtige Maßnahme Drogen zu überprüfen und über mögliche Gefahren oder Verunreinigungen zu informieren. Konsumbegleitende Programme sowie Maßnahmen bei problematischem Konsum müssen ausgeweitet und Therapien - auch Rehabiliationen

- frühestmöglich und nicht erst bei bestehender Abhängigkeit und bereits eingetretenen Folgeerkrankungen angeboten werden.

[9] Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter und andere, die mit jungen Menschen, Drogenkonsumenten und dem davon betroffenen sozialen Umfeld umgehen, sollen umfassend über Drogen, Drogengebrauch und ihre Folgen aufgeklärt werden. Dazu gehört auch, dass von den entsprechenden Stellen, z.B. Schulen, Bürgerämter, Sozialdienststellen, die erforderlichen Informationen bereit gehalten werden. Für die Erfordernisse einer effektiven und zeitgemäßen Prävention braucht es eine Anpassung der aktuellen Gesetzgebung. Die Programme müssen unabhängig und wissenschaftlich begleitet werden.

[10] Prävention richtet sich nicht nur an das Verhalten des Individuums, sondern auch an das gesamte Umfeld. Wir fordern ein ausnahmsloses Werbe- und Sponsoringverbot für suchtgefährdende Stoffe. In der Gastronomie soll eine Vielzahl alkoholfreier Getränke angeboten werden, die günstiger sind, als das billigste alkoholische Getränk.

[11] Drogen sollen nur in ausgewiesenen Fachgeschäften unter laufender Qualitätskontrolle und von Fachpersonal angeboten werden. Der Schwarzmarkt darf auch preislich keine Alternative sein.

Begründung

[12] Eine glaubwürdige Prävention ist der Schlüssel zu einem selbstverantwortlichen Umgang mit dem Thema und damit zur Umsetzung des drogen- und suchtpolitischen Programms der PIRATEN. Viele der geforderten Maßnahmen lassen sich direkt umsetzen. Daher gehört eine ausführliche Positionierung zur Prävention auch ins Wahlprogramm zur Bundestagswahl.

PA214 - Abschaffung der Bundeswehr

Grundsatzprogramm - Sicherheitspolitik LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann

Zusammenfassung

Deutschland lebt sicherer ohne Bundeswehr und Rüstungsexporte. Die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und das Verbot von der Herstellung von Rüstungsgütern ist ein Friedenssingnal an die Welt.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl den Passus:

[2] Abschaffung der Bundeswehr und Umwandlung/Abwicklung in das THW sowie Verbot von Handel und Herstellung von Rüstungsgütern, einzufügen.

Begründung

[3] Deutschland ist nur von friedlichen Nachbarn umgeben und hat in der Geschichte sehr negative Erfahrung mit dem Militär gemacht. Es wird endlich an der Zeit, eine Friedensdividende an jede Bürgerin und jeden Bürger auszubezahlen!

[4] Die Welt ist in den letzten Jahren friedlicher geworden, durch die Überwindung von Militär-Diktaturen verschiedenster Prägung. Die Abschaffung der Bundeswehr wird somit ein wichtiges Singnal an alle Völker der Welt sein: Man kann vom Frieden profitieren! Die Vision einer Welt, wo alle 7 Milliarden Weltbürger in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben, ist möglich!

[5] Zudem soll jegliche Rüstungsproduktion in Deutschland ganz eingestellt und verboten werden!

[6] Es kann nicht weiter geduldet werden, das deutsche Waffen in aller Welt zum Einsatz kommen und Menschen töten. Die Politik soll im Auftrag der Bürger und nicht für die Wirtschaftslobbys regieren. Die Haltung der Bundeskanzlerin Merkel als Rüstungslobbyistin wiederspricht dem deutschen Grundgesetz, das Rüstungsexporte verbietet. Auszug aus Spiegel-online 23.10.12: "Merkel rechtfertigt Rüstungsexporte als Friedensmittel" http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-verteidigt-ruestungsexporte-als-mittel-zur-friedenssicherung-a-862778.html

PA215 - Präventionsunterricht an Schulen

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Gesonderte Sicht auf besondere Anforderungen an Drogenprävention in Schulen

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Präventionsunterricht an Schulen

[2] Die Maßnahmen zur Drogenprävention an Schulen sind unzulänglich. Auch der Wissensstand des lehrenden Personals erweist sich oft als sehr gering. Einzelne Pilotprojekte haben gezeigt, wie wichtig und nachhaltig eine gute Prävention bereits im Grundschulalter ist. Jedweder Erstgebrauch, ob bei legalen oder illegalen Substanzen, nahm in den teilnehmenden Gruppen gegenüber den Vergleichsgruppen deutlich ab. Die erzielten Erkenntnisse und Erfolge tragen die Kinder wie selbstverständlich in die weiterführenden Schulen und ihren Freundeskreis. So wird für eine Multiplikation gesorgt, die Unterricht alleine kaum leisten kann.

[3] Die Piratenpartei regt an, auf der Basis solcher Beispiele 1 mit Vorbildcharakter ein bundesweit flächendeckendes Informations- und Aufklärungskonzept zu entwickeln. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf einheitliches und sachliches Lehrmaterial sowie eine vorbereitende Schulung des Lehrpersonals gelegt werden. So wird an Bildungseinrichtungen ein kompetenter Unterricht ermöglicht. Auch externe Fachreferenten sollen Teil dieses Konzepts werden, um besonders in der Sekundarstufe das Wissen bei Lehrern und Schülern zu vertiefen. Grundgedanke und Ziel ist es Vorurteile gegen Wissen auszutauschen.

Begründung

[4] 1 : http://www.klasse2000.de/ , http://www.eigenstaendig-werden.de/ , http://www.halt-projekt.de/

PA216 - Diamorphin-Programme

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Haltung zur Verbesserungen bei Substitutionsprogrammen für Schwerstabhängige

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Diamorphin-Programme

[2] Zur Behandlung bei Heroinabhängigkeit werden zur Zeit vorrangig Substitutionstherapien angeboten. Die hierzu eingesetzten Ersatzstoffe haben nur eine geringe psychoaktive Wirkung. Daher werden viele Betroffene gar nicht erreicht. Selbst Menschen, die sich in Therapie befinden, weisen oft einen problematischen Beikonsum auf. Dieser birgt hohe Risiken und kann Grund für Abbruch der Therapie oder Ausschluss des Klienten sein.

[3] Bei einer Behandlung mit Diamorphin hingegen bleiben mehr Klienten im Programm. Ihr Gesundheitszustand verbessert sich, der Konsum von Strassenheroin und Beschaffungsdelikte gehen zurück, und viele finden Arbeit und Wohnung. Die Kosten-/Nutzen-Betrachtung des Diamorphin-Programms fällt gegenüber Methadon-Programmen positiv aus.

[4] Auf Basis dieser Ergebnisse muss kontrolliert verabreichtes Diamorphin als Medikament im Rahmen einer wirksamen Therapie betrachtet und als weiterer niedrigschwelliger Baustein in der Behandlung Suchtkranker etabliert werden.

[5] Die PIRATEN fordern:

- Die derzeit hohen Zugangshürden zu Diamorphin-Programmen müssen abgebaut werden. Mehr Konsumenten, auch solche mit weniger schädlichen Konsummustern, müssen Zugang erhalten.
- Nicht nur Ärzte, sondern auch das medizinische Personal, Therapeuten und Mitarbeiter der sozialen Dienste, die mit diamorphinbehandelten Klienten arbeiten, müssen zur fachbezogenen Weiterbildung verpflichtet werden.
- Neben Injektion müssen auch Inhalation und orale Einnahme in Tablettenform zugelassen werden.
- Es müssen mehr Einrichtungen geschaffen werden, die Diamorphinbehandlungen durchführen. Die aktuellen Vorgaben für die Einrichtungen müssen überarbeitet werden.
- Eine intensive psychosoziale Betreuung und bei Bedarf ein Therapieangebot für die Klienten muss sichergestellt werden.

Begründung

[6] Nicht die Droge lässt Süchtige verelenden oder kriminell werden, sondern die seit 30 Jahren praktizierte Drogenpolitik. Es ist Zeit neue Wege zu gehen.

[7] Die Behandlung chronisch opiatabhängiger Menschen mit Diamorphin (Heroin) kann Leben retten.

[8] In 2010 gab es ca. 150.000 statistisch erfasste opiatabhängige Menschen in Deutschland. Die Dunkelziffer ist nicht bekannt. 77.400 Klienten befanden sich in Substitution, 11.740 in einer Suchtrehabilitationsbehandlung. Daraus folgt, dass ca. 60.000 Heroinabhängige nicht behandelt wurden. Wissenschaftler gehen davon aus, dass mindestens 20% dieser unbehandelten Opiatabhängigen mit dem Behandlungsangebot Diamorphinbehandlung erreicht werden könnten und von ihr profitieren würden. Dazu kommen aus der Gruppe der Substituierten ca. 45 % mit massivem Beikonsum verschiedener Substanzen, d.h. ca. 35.000 Heroinabhängige.

[9] Das sind zusammen ca. 47.000 Menschen, denen eine medizinische Behandlung wie sie durch das Grundgesetz in Artikel 2 Abs. 2 gefordert werden kann ("Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.") vorenthalten wird.

[10] Gesundheitliche und soziale Verelendung, Beschaffungskriminalität und Beschaffungsprostitution werden, auch gegenüber der herkömmlichen Substitution, deutlich reduziert. Dies ist bis heute in vielen Studien im In- und Ausland wissenschaftlich fundiert nachgewiesen.

[11] Trotz dieser positiven Ergebnisse und der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage hat eine Etablierung der diamorphingestützten Behandlung in der Regelversorgung Suchtkranker bisher in Deutschland nicht stattgefunden. Im Gegenteil, durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) sind die Zulassungsbedingungen zur Behandlung mit Diamorphin noch verschärft worden.

[12] Quellen zur Begründung:

[13] Jellinek, Ch.; Westermann, B.; Bellmann, G.U.; (2000): -Beigebrauch- Offene Grenzen der Substitution, 52 - 53 http://www.suchthilfe.de/themen/katamnesedaten_2009_drogen_110810.pdf, Abbildung 4 Gaßmann, R.; Kepp von Dustri, J.; (2012): Deutsche Haupstelle für Suchtfragen e.V. (Hg.) Jahrbuch Sucht 2012. Lengerich: PABST, 119 http://www.dbdd.de/images/2011_Pressekonferenz/reitox_report_2011_dt.pdf, 130

[14] http://www.dbdd.de/images/2011_Pressekonferenz/reitox_report_2011_dt.pdf, 129

[15] http://www.heroinstudie.de/Gesundheitsoekonomie_Kurzf_abg.pdf

[16] http://www.g-ba.de/downloads/40-268-1297/2010-03-18_RMvV-Diamorphin_AB.pdf

PA217 - Antrag auf ein europäisches Jugend-Kennenlern Programm!

Wahlprogramm - Europa LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann

Zusammenfassung

Ein europäisches Jugend-Kennenlern Programm, soll mithelfen nationale Egoismen zu überwinden und Vorurteilen abzubauen. Dazu soll Europaweit jeder Jugendliche zum Abschluss des Grund- Real- Abitur- Schulabschluss Europa bereisen.

Antragstext

[1] Der BPT möge in "Bildung" folgendes Positionspapier beschließen:

[2] Jeder Schüler der EU hat das Recht, nach Schulabschluss individual für 4 Monate kostenfrei alle EU-Länder zu bereisen. Die Finanziellen Mittel für Taschengeld und Fahrtkosten wird aus den Aufwendungen für Erziehung und Bildung gestellt. Alle Schulen sind verpflichtet, Ausländische Schüler auf der „Schulwalz" kostenfreie Übernachtung und Kost anzubieten. Dazu sollen jüngere Schüler auf freiwillige Basis zur Betreuung herangezogen werden, die den europäischen Freunden alles Sehenswerte der Umgebung zeigen und dafür vom Schulunterricht befreit werden. Jeder Walzschüler kann Bahn, Bus kostenfrei benutzen und erhält ein Fahrtenbuch, wo alle Aufenthalte, Musenbesuche, ec. eingetragen werden. Dieses Fahrtenbuch wird bei Bewerbungen genauso berücksichtigt wie das Zeugnis und kann zu begehrten Studien, Ausbildungsplätzen verhelfen!

Begründung

[3] Der europäische Einigungsprozess muss endlich vorangetrieben werden und dies geht am besten durch Reisen, denn dies bildet mehr und baut Vorurteile am besten ab! Nationale Egoismen haben Europa bereits zweimal im letzten Jahrhundert an den Rand des Abgrunds gebracht und die Balkankriege der neunziger Jahre haben leider gezeigt, dass dies immer wieder möglich ist. Egoismen kosten wesentlich mehr, als sich eine kleine Minderheit davon als Vorteil verspricht. Das wir alle Bewohner einer Kugel sind, die sich nur durch verschiedene Kulturen, Sprachen, Sitten voneinander unterscheiden, wird am besten durch individuelles Reisen vermittelt. Die Kosten für dieses Reiseprogramm sind nur ein kleiner Bruchteil was nationale Egoismen kosten. Das Schulende wird dann für alle Schüler ein Fest von echter Freiheit und der Suche nach sich selbst: Welche Ausbildung- Studienplatz ist wirklich der Beste? Dies verringert Ausbildungs- und Studienabbrecher und gibt den jungen Bürgern mehr Selbstsicherheit und Weltblick! In Zukunft sollte man diese Schülerwalz auf 12 Monate verlängern und global gestalten!

[4] Die Schüler sollten auch die für alle kostenfreien Campingplätze in dem von den 20 Punkte UNO Programm von Nagano geforderten Nationalparks benutzen: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726242,00.html

PA218 - Tabak als Droge - Aufklärung und Prävention

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Drogenpolitische Sicht auf Tabakkonsum

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Tabak als Droge - Aufklärung und Prävention

[2] Tabak in seinen verschiedenen Formen gehört zu den gesundheitsschädlichsten Genussmitteln. Zudem wird beim Konsum die psychoaktive und suchterzeugende Substanz Nikotin aufgenommen. Daher finden die Grundzüge piratiger Drogenpolitik auch hier Anwendung.

[3] Information und Aufklärung haben einen hohen Stellenwert. Sie müssen in den allgemeinen Unterricht für Drogenaufklärung und Suchtprävention integriert werden, um den Tabak aus der Wahrnehmung als "Alltagsdroge" herauszuführen und sein Gefahrenpotential deutlich zu machen. Damit wird die Grundlage für eine verantwortungsvolle Selbstbestimmung im Umgang mit Tabak gelegt.

[4] Die heutigen Ausnahmeregelungen bezüglich öffentlicher Tabakwerbung sind unvereinbar mit diesen Zielen. Daher streben die PIRATEN ein allgemeines Werbeverbot für Tabak an.

[5] Die PIRATEN fordern die Umwandlung der Tabaksteuer in eine zweckgebundene Abgabe. Diese Abgabe ist für Aufklärung, Suchtprävention und suchtbezogene Forschung, Entzugs- und Entwöhnungsbehandlungen und als Beitrag zu den Folgekosten im Gesundheitsbereich zu verwenden.

PA219 - Werbeverbot für alle Drogen

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Drogen-Werbeverbot

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Werbeverbot für alle Drogen

[2] Bewerbung von berauschenden Substanzen mit Suchtpotential ist unvereinbar mit effektivem Jugendschutz und Suchtprävention. Daher fordern die PIRATEN ein ausnahmsloses Werbeverbot für Produkte, die solche Substanzen enthalten.

PA220 - Cannabis als Medikament

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Gesonderte Betrachtung von Cannabis aus medizinischer Sicht

Antragstext

[1] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis als Medikament

[2] Cannabis als Medikament soll anderen verkehrsfähigen Medikamenten gleichgestellt werden. Der Zugang für den Patienten ist genauso hürdenfrei zu gestalten wie zu anderen verschreibungspflichtigen Medikamenten. Patienten sollen Anspruch auf Betreuung durch einen Arzt haben, dem die Auswahl der Darreichungsform zu überlassen ist. Die Kosten für Cannabis als Medikament sind von den Krankenkassen zu tragen.

[3] Apotheker, Ärzte und behandelndes Personal sind ausreichend für den Umgang mit medizinischen Cannabis auszubilden und Vorurteile über Cannabis durch eine geeignete Aufklärungskampagne abzubauen.

[4] Verschreibt ein Arzt einem Patienten die Anwendung eines Cannabis-Arzneimittels, so muss der Besitz der in der ärztlichen Empfehlung angegebenen Menge grundsätzlich duldbar sein. Insbesondere darf bei Vorlage einer geeigneten ärztlichen Bescheinigung weder ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, noch eine zusätzliche Ausnahmegenehmigung des Bundesinstitut für Arzneimittelforschung (BfArM) erforderlich sein.

PA221 - Cannabis (Präambel)

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 1 des fünfteiligen Cannabisprogramms - Modularer Antrag zu Cannabis als Genussmittel

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Präambel (Cannabis-Modul 1)

[3] In Deutschland konsumieren 4 Millionen Menschen zumindest gelegentlich Cannabis als Genussmittel. Cannabis ist damit in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

[4] Die größten Gefahren für die Gesellschaft im Umfeld von Cannabis liegen im Schwarzmarkt. Da es keinen Verbraucherschutz gibt, werden dem Cannabis ungehindert gefährliche Streckmittel beigemischt, durch schlechte Lagerung ist es oft von Schimmelpilz befallen. Im kriminellen Milieu werden immer auch noch andere Drogen angeboten.

[5] Alle bisherigen Versuche, den Schwarzmarkt einzudämmen, führten zu immer weiteren Einschränkungen der Grundrechte: Tausende Abhörmaßnahmen werden gegen vermeintliche Drogendealer angeordnet, daraus erwachsen aber regelmäßig auch Verfahren gegen einfache Konsumenten. Durch lange aufbewahrte so genannte "taktische Hinweise" der Polizei entsteht faktisch eine zentrale "Kifferdatei", die zum Teil nur auf Vermutungen basiert. Die Einstufung von z.B. Bahnhöfen und Parks als "gefährliche Orte" ermöglicht verdachtsunabhängige Personenkontrollen.

[6] Da die Rechtsprechung undurchsichtig ist, werden Besitzer von Kleinstmengen ersatzweise von den Führerscheinbehörden schikaniert.

[7] Selbst Patienten mit lebenseinschränkenden Krankheiten, denen Cannabis als Medikament nachweislich hilft, werden Opfer der Strafverfolgung.

[8] Daher fordern die Piraten die Einführung eines legalen Marktes für Cannabis. Nur ein legaler Markt kann den Schwarzmarkt austrocknen und die Umgebung schaffen, in der ein effektiver Jugend- und Verbraucherschutz greifen kann.

PA222 - Cannabis - duldbarer Besitz (Alternative 1)

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 2 des fünftteiligen Cannabisprogramms

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Duldbarer Besitz (Cannabis-Modul 2a)

[3] Die PIRATEN fordern als Sofortmaßnahme einen bundeseinheitlich geregelten Richtwert für den duldbaren Besitz von Cannabis zum Eigenkonsum für Volljährige, um die Kriminalisierung der Konsumenten zu beenden und die Behörden zu entlasten.

Begründung

[4] "Duldbarer Besitz" ist ein feststehender juristischer Begriff und bedeutet, daß in diesem Falle die Behörden keine weiteren Maßnahmen ergreifen dürfen. Mit dieser Forderung werden Behörden entlastet, Konsumenten entkriminalisiert und Rechtssicherheit geschaffen. Aktuell ist eine uneinheitliche "einstellungsgeeignete Menge" definiert. Dadurch wird eine Vielzahl völlig unnötiger Verfahren eröffnet, die dann regelmäßig eingestellt werden.

[5] Anmerkung: Für dieses Modul bieten wir zwei Alternativen an (Modul 2a und 2b)

PA223 - Cannabis - duldbarer Besitz (Alternative 2)

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 2 des fünftleiligen Cannabisprogramms

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Duldbarer Besitz (Cannabis-Modul 2b)

[3] Die PIRATEN fordern als Sofortmaßnahme einen bundeseinheitlich geregelten Richtwert für den duldbaren Besitz von Cannabis zum Eigenkonsum für Volljährige, um die Kriminalisierung der Konsumenten zu beenden und die Behörden zu entlasten. Ist dies nicht durchsetzbar, treten die PIRATEN für eine bundeseinheitliche "einstellungsgeeignete Menge" in angemessener Höhe ein.

Begründung

[4] "Duldbarer Besitz" ist ein feststehender juristischer Begriff und bedeutet, daß in diesem Falle die Behörden keine weiteren Maßnahmen ergreifen dürfen. Mit dieser Forderung werden Behörden entlastet, Konsumenten entkriminalisiert und Rechtssicherheit geschaffen. Aktuell ist eine uneinheitliche "einstellungsgeeignete Menge" definiert. Dadurch wird eine Vielzahl völlig unnötiger Verfahren eröffnet, die dann regelmäßig eingestellt werden.

[5] Anmerkung: Für dieses Modul bieten wir zwei Alternativen an (Modul 2a und 2b)

PA224 - Cannabis - Anbau und Handel

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 3 des fünfteiligen Cannabisprogramms

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Anbau und Handel (Cannabis-Modul 3)

[3] Die PIRATEN fordern die Regulierung eines legalen Cannabismarktes. Aufgaben einer zu schaffenden Behörde sind:

- Festlegen von Mindeststandards für Qualität und Reinheit und regelmäßige Kontrollen.
- Überwachung der Herstellung und des Vertriebsweges.
- Preisgestaltung und Erhebung von Abgaben für Cannabis in Deutschland. Der Anbau kleiner Mengen Cannabis, ausschließlich für den Eigenbedarf, soll von der Regulierung ausgenommen sein.

Begründung

[4] Die gegenwärtigen Herstellungs- und Vertriebsstrukturen befinden sich in der Hand des organisierten Verbrechens. Nur eine wehrhafte Institution kann sicherstellen, dass diese Strukturen nachhaltig aufgelöst werden und stattdessen legale Strukturen entstehen können.

PA225 - Cannabis - Führerschein

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 4 des fünfteiligen Cannabisprogramms

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Führerschein (Cannabis-Modul 4)

[3] Das Führen von Kraftfahrzeugen unter dem Einfluss von Rauschmitteln kann nicht geduldet werden. Die bisherigen Testmethoden auf Cannabis-Einfluss basieren jedoch auf dem Nachweis von THC-Abbauprodukten, deren Konzentration keine Aussage über eine aktuelle Fahruntüchtigkeit zulässt.

[4] Für Verkehrskontrollen müssen wissenschaftlich abgesicherte THC-Grenzwerte festgelegt werden, die eine akute Fahruntüchtigkeit nachprüfbar definieren. Liegt keine nachweisbare Fahruntüchtigkeit vor, dann darf ein Entzug der Fahrerlaubnis und/oder eine MPU wegen Cannabis-Konsum grundsätzlich nicht angeordnet werden.

[5] Insbesondere darf ein Verlust der Fahrerlaubnis nicht länger willkürlich als Ersatz für gesetzlich nicht gegebene Bestrafungsmöglichkeiten benutzt werden.

Begründung

[6] Die Forderung nach Wegfall willkürlicher Handhabe beim Führerscheinentzug erscheint zunächst unnötig. Es sind jedoch Fälle bekannt, wo allein aufgrund der Mitführung einstellungsgeeigneter Mengen, Cannabis-Besitz des Beifahres oder unbewiesener Behauptungen die Fahrerlaubnis entzogen wurde.

PA226 - Cannabis - Werbeverbot

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG_Drogenpolitik, Ansprechpartner: Andreas Rohde (@Andi_nRw), Fabian Hoff (@Spiff), (@Moonopool)

Zusammenfassung

Modul 5 des fünfteiligen Cannabisprogramms

Antragstext

[1] *Die Programmanträge PA221 - PA226 sind Module einer Cannabis-Gesamtposition. Da jeder davon über einen eigenen LQFB-Link verfügt und sich darunter auch eine Position in zwei Alternativen befindet wurden diese Module aus Formgründen jeweils einzeln eingestellt. Alle beim Bundesparteitag positiv abgestimmten Module dieser Gesamtposition können dann im Wahlprogramm in gleicher Reihenfolge zusammengefasst werden.*

[2] *Der Parteitag möge beschließen, dass im Abschnitt "Drogen- und Suchtpolitik" des Wahlprogramms des Bundesverbandes für die BTW 2013 der folgende Abschnitt eingefügt wird:*

Cannabis - Werbeverbot (Cannabis-Modul 5)

[3] Bewerbung von und Sponsoring für Cannabisprodukte, die zum Genuss oder zum Berauschen bestimmt sind, ist unvereinbar mit effektivem Jugendschutz und Suchtprävention. Daher fordern die PIRATEN ein umfassendes Werbeverbot für Cannabis.

[4] Nutzhanf und Nutzhanfprodukte sollen von dieser Regelung ausgenommen sein.

PA227 - Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Beratungs- und Prozesskostenhilfe

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei lehnt den derzeitig vorliegenden Gesetzentwurf zur Neureglung der Beratungs- und Prozesskostenhilfe ab.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehme:*

[2] Die Piratenpartei lehnt den derzeitig vorliegenden Gesetzentwurf zur Neureglung der Beratungs- und Prozesskostenhilfe ab, da er die Voraussetzung zur Unterstützung erheblich verschlechtert und fordert stattdessen, das bestehende Gesetz zu überarbeiten

Begründung

[3] In diesem Gesetzentwurf sind zahlreiche und weitgehende Verschlechterungen für alle betroffenen Personen, denen aufgrund Ihrer finanziellen Situation der Zugang zum Rechtssystem nur schwer oder sogar gar nicht möglich ist, enthalten. Selbst der Zugang zur Beratungshilfe soll übergebühr erschwert werden. Insbesondere listet die Bundesrechtsanwaltskammer gemeinsam mit dem Deutschen Anwaltsverein in ihrer Veröffentlichung vom Juni 2012 Nr. 34 (Nr. 55 2012) alle Verschlechterungen auf. Selbst die im Gesetzentwurf angesprochene “Alternativloskeit“ lässt auf Desinteresse, Ideenlosigkeit und Vorsatz der Bundesregierung schließen. Aus diesem Grunde ist dieser Gesetzentwurf abzulehnen.

PA228 - Expertenkommission Mindestlohn

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Eine paritätisch besetzte Expertenkommission soll Empfehlungen zur Erhöhung des Mindestlohns ausgeben.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Programm für die Bundestagswahl 2013 um den nachfolgenden Programmtext zum Mindestlohn zu erweitern:*

[2] Nach niederländischem Vorbild soll eine paritätisch besetzte Expertenkommission einberufen werden, die halbjährig Empfehlungen zur Erhöhung des Mindestlohns ausarbeitet. Diese Empfehlung wird an den Gesetzgeber weitergeleitet, damit der Mindestlohn zeitnah erhöht wird.

Begründung

[3] Die paritätische Besetzung soll den Interessensausgleich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgewogen gerecht werden. Dieses System wird in den Niederlanden seit 1968 erfolgreich eingesetzt.

[4] Link: http://www.fafo.no/pub/rapp/20244/20244.pdf

PA229 - Mindestlohn von 10,20 €

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Forderung nach einem Mindestlohn von 10,20 Euro

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Programm für die Bundestagswahl 2013 um den nachfolgenden Programmtext zum Mindestlohn zu erweitern:*

[2] In 20 der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn gesetzlich geregelt.

[3] Die Einführung eines gesetzlichen branchenunabhängigen flächendeckenden geregelten Mindestlohns soll die gesellschaftliche Teihabe und sichere Existenz des einzelnen Bürgers garantieren, ohne die Tarifautonomie zu konterkarieren.

[4] Die Piratenpartei Deutschland fordert einen branchenunabhängig gesetzlich geregelten bundeseinheitlichen Mindestlohn von 10,20 Euro.

Begründung

[5] Die Höhe des Mindestlohns entspricht der Empfehlung des Altenparlaments des Bundeslandes Schleswig-Holstein und dem Mindestlohn in Frankreich. Die gesetzliche Regelung ist wichtig, um die wirtschaftliche Existenz der Bürger zu gewährleisten. Jeder Arbeitnehmer muss von dem Verdienst ohne existentielle Not leben können. Der Mindestlohn ist ein erster Schritt in diese Richtung.

PA230 - Bekämpfung der sogenannten Scheinselbständigkeit

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Piratenpartei setzt sich dafür ein, das Beschäftigte nicht als Subunternehmer ohne Sozialabgabepflicht beschäftigt werden.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Programm für die Bundestagswahl 2013 um den nachfolgenden Programmtext zu erweitern.*

[2] Die Piratenpartei unterstützt und fördert ausdrücklich das freie Unternehmertum, setzt sich jedoch dafür ein, dass abhängig Beschäftigte nicht als Subunternehmer ohne Sozialabgabepflicht beschäftigt werden. Es muss verhindert werden, dass dadurch "Schlupflöcher" für die Umgehung der Zahlung eines Mindest- oder Tariflohnes geschaffen werden

Begründung

[3] Häufig werden abhängig Beschäftigte als Subunternehmer eingesetzt, um einen branchenbezogenen Mindestlohn oder tariflich vereinbarte Vergütung zu umgehen, sowie das unternehmerische Risiko auszulagern.

[4] Ein aktuelles Beispiel ist die derzeit florierende Paketbranche, in der die Betroffenen pro Paket entlohnt werden.

[5] Link: http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.fernsehen-hermes-sozial-reden-und-hart-ausbeuten.b7411842-e311-4b3c-b63b-d1639c494c72.html http://www.welt.de/wirtschaft/article106399050/Im-Reich-der-Paket-Sklaven-geht-es-ruppig-zu.html

PA231 - Haushalts- und Schuldenpolitik 2014-2018

Wahlprogramm - Haushalt | WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lür Waldmann (Stadtschloss) für die AG Haushalt

Zusammenfassung

Für die kommende Wahlperiode soll als Minimalziel die Einhaltung der Maastrichtverträge gefordert werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Piraten im Bundestag machen Haushaltspolitik transparent und führen Bürgerbeteiligung ein. Piratische Haushaltspolitik ist solide und nachhaltig. Die Staatsverschuldung ist an sich weder gut noch schlecht. Es kommt darauf an, mit welchen Zielen, für welche Maßnahmen und in welchem Umfang Schulden gemacht worden sind, und wie der Tilgungsplan aussieht. Der Gesamtschuldenstand von Bund Ländern und Gemeinden liegt (mit mehr als 80%) aktuell deutlich über 60% des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen (BIP). Piraten im Bundestag verlangen Vertragserfüllung. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den Verträgen von Maastricht verpflichtet, die Höhe ihres jährlichen Haushaltsdefizits auf 3 % ihres Bruttoinlandsprodukts und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60 % ihres BIP zu begrenzen. Um diese Verpflichtung aus einem wirksam geschlossenen internationalen Abkommen zu erfüllen ist es im ersten Schritt zunächst erforderlich, die Nettokreditaufnahme zu beenden und im zweiten Schritt tatsächlich Schulden zu tilgen. Piraten im Bundestag fordern, den Kurs der bisherigen Schuldenpolitik zu ändern. Zusatzschuldenstopp statt Schuldenbremse, also sofortiges Ende der Nettokreditaufnahme.

[3] Eine ausreichende Senkung der Schuldenquote allein durch Wirtschaftswachstum ist nicht zu erreichen. Wer das propagiert, will nur fehlenden Sparwillen verdecken. Ein wichtiger Ansatzpunkt für Kürzungen sind vor allem die bereits vom vielen Institutionen als fragwürdig angezweifelten Subventionen und andere fehlgeleitete Ausgaben.

Begründung

[4] Das Thema Haushaltspolitik gehört ins Wahlprogramm. Es gibt verschiedene Möglichkeiten mit der sog. Schuldenkrise umzugehen. Da bei der aktuellen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft auch eine Schuldenlast von 3 Billionen € zu niedrigen Zinsen zu verkraften wäre, könnte man mit den Schulden so weitermachen wie bisher, solange bis die Blase platzt. Das Ausreizen der Grenze erscheint jedoch nicht ratsam. Eine vorschnelle Tilgung der Schulden zu Lasten einer geordneten Finanzierung der notwendigen Staatsaufgaben ist ebenfalls nicht akzeptabel. Der Antrag verfolgt daher das Minimalziel der Einhaltung bestehender Verträge, und gibt den Piraten die Gelegenheit, die von den Regierungen geschlossenen Verträge insgesamt auf den öffentlichen Prüfstand zu stellen.

PA232 - Position der Piratenpartei Deutschland zu Schusswaffen

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian Nissen

Zusammenfassung

Ablehnung von Schusswaffen im Privatbesitz

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl aufzunehmen:

[2] „Wir sprechen uns gegen die Einordnung von Waffen, die für militärische und polizeiliche Zwecke entwickelt wurden, als Sportgeräte aus. Waffen mit großer Feuerrate und Munition mit großer Tödlichkeit und großer Mannstoppwirkung gehören nicht in private Hand. Solche Waffen sollen damit nur noch für Menschen erwerbbar sein, die sie aus beruflichen oder jagdlichen Gründen brauchen. Eine unabhängige Kommission mit kriminologischer Fachkompetenz soll festlegen, für welche Waffen das zutrifft.“

Begründung

[3] Sportschützen dürfen gerne auf Pappscheiben schießen, dafür braucht man aber weder große Kaliber noch halbautomatische Waffen. Erfurt und Winnenden haben gezeigt, dass es unverantwortlich ist, Waffen, die speziell für Polizei- oder Kriegsgebrauch entwickelt wurden, in private Hände zu geben. Die olympischen Schießwettbewerbe werden fast ausnahmslos mit Kleinkaliberwaffen geschossen, für andere Sportarten können Alternativen mit Farbkugeln oder gar virtuellen Schießständen entwickelt werden. Dass Privatbürger für den Sport annähernd beliebig viele Waffen, teilweise auch umgebaute Kriegswaffen, und dazu unbegrenzt viele Schuss Munition zu Hause lagern können, ist in der Risikoabwägung nicht nachvollziehbar.

PA233 - Anonymisierung des Nationalen Waffenregisters

Wahlprogramm - Datenschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

HotBird, Sebastian Möcker, piraten-axel

Zusammenfassung

Die Bundesrepublik Deutschland richtet, gemäß §43a Waffengesetz, ein über die Erfordernisse der EU weit hinausgehendes Waffenregister ein. Es werden zentral alle Waffen nebst Klarnamen und Anschrift, die dem Lagerungsort entspricht, erfasst.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen das Wahlprogramm an geeigneter Stelle (Datenschutz) um folgendes zu erweitern.

[2] Die Piratenpartei setzt sich für den verantwortungsvollen Umgang mit Daten ein. Besonders brisante Daten sollen vor Missbrauch geschützt werden. Die Verkehrsdaten sämtlicher in Umlauf befindlicher Waffen, nebst den Anschriften der Eigentümer, zentral in einer Datei zu erfassen stellt ein nicht akzeptables Risiko dar. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für eine dezentrale Erfassung der vollständigen Daten, wie seitens der EU zur Umsetzung angewiesen, ein. Ein den Erfordernissen der Sicherheit gerecht werdendes, anonymisiertes, Nationales Waffenregister soll errichtet werden und im Bedarfsfall den Zugriff der Behörden auf vollständige, dezentrale, Datensätze regeln.

Begründung

[3] Das mittels §43a Waffengesetz zur Umsetzung angewiesene Nationale Waffenregister erfasst alle innerhalb des Geltungsbereiches in Umlauf befindlichen Waffen, nebst der Klarnamen und Anschriften ihrer Eigentümer. Mit der Übererfüllung der Richtlinie 91/477/EWG entsteht eine Katalogdatei, deren Gefahrenmoment bei Abhandenkommen nicht unterschätzt werden darf. Werden diese Daten zentral und nicht anonymisiert erfasst, ist bei Abhandenkommen dieser Datei jedem, der illegal eine Waffe erlangen möchte, eine sehr wertvolle Information über Art und Lagerungsort aller in Privatbesitz befindlichen Waffen zu Verfügung gestellt. Eine derartige Konzentration und Erhöhung des Risikomomentes ist für den betroffenen Personenkreis unzumut- und mit den Vorstellungen des Datenschutzes der Piratenpartei unvereinbar. Der Datensammelwut soll deshalb mittels Anonymisierung Einhalt geboten werden. Um die im Bedarfsfall zeitnahe Ermittlung der notwendigen Daten zu ermöglichen, soll die bisherige, dezentrale Erfassung und Speicherung beibehalten und nur solche Daten an das Nationale Waffenregister übermittelt werden, die zur Identifikation einer Waffe und der weitere Informationen speichernden Behörde notwendig sind, beispielsweise fixe Codierung der Waffenbehörde nebst Speicherung der Seriennummer. Auskunftsverfahren bei den lokalen Behörden sollen sich an der bisherigen, erfolgreichen und sicheren Auskunftspraxis orientieren.

PA234 - Geschlechterunabhängige Bezahlung

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Forderung nach gleicher, geschlechterunabhängige Bezahlung

Antragstext

[1] *Die Bundesparteitag möge beschliessen an geeigneter Stelle das Grundsatzprogramm um den nachfolgenden Programmtext zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert die gleiche Bezahlung unabhängig vom Geschlecht.

Begründung

[3] -

PA235 - Ost-West Gefälle

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abbauen

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen an geeigneter Stelle das Grundsatzprogramm um den nachfolgenden Programmtext zu erweitern und modular beschließen:*

[2] Modul 1:Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abgebaut werden.

[3] Modul 2:Hier soll der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion einnehmen.

Begründung

[4] -

PA236 - Das Sockeleinkommen - Modular zum Bedingungslosem Grundeinkommen

Wahlprogramm - BGE PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die Einführung eines bedingungslosen Sockeleinkommens als Zwischenschritt zu einem bedingungslosem Grundeinkommen und schlägt zwei Steuern zur Finanzierung vor.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen und an geeigneter Stelle des Wahlprogramms aufnehmen:*

[2] Modul 0: Präambel

[3] Die Piratenpartei fordert die Einführung eines bedingungslosen Sockeleinkommens als Zwischenschritt zu einem bedingungslosem Grundeinkommen. Das Sockeleinkommen soll einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse liefern, indem es insbesondere Familien und einkommensschwache Menschen besserstellt.

[4] Durch das Sockeleinkommen verursachte Änderungen an bestehenden Sozialleistungen dürfen die finanzielle Situation der Betroffenen nicht verschlechtern, sondern müssen sie im Sinn unseres Antrags verbessern.

[5] Das Sockeleinkommen soll sich aus einem oder mehreren, unabhängigen Finanzierungsbausteinen zusammensetzen und sich letztendlich zu einem bedingungslosen Grundeinkommen entwickeln. Zudem wird bereits durch die Einführung des Sockeleinkommens eine neue, schlanke Verwaltungsstruktur für das Bedingungslose Grundeinkommen geschaffen.

[6] Modul 1: Sockeleinkommen aus Vereinheitlichung der Umsatzsteuersätze

[7] Die Piratenpartei fordert die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von aktuell 7% auf 19% mit dem Ziel, einen einheitlichen Regelsteuersatz zu schaffen und die sogenannte Mehrwertsteuer zu vereinfachen.

[8] Durch die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen als Sockeleinkommen ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sozial, da das Sockeleinkommen die Kostenerhöhung durch den höheren Umsatzsteuersatz für Familien und einkommenschwache Menschen nicht nur ausgleicht, sondern sogar zu einem kleinen Teil übersteigt.

[9] Das Sockeleinkommen ist kein zu versteuerndes Einkommen und wird nicht auf bestehende Sozialleistungen angerechnet.

[10] Modul 2: Sockeleinkommen durch Finanztransaktionssteuer

[11] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen erfolgt in Form eines Sockeleinkommens.

[12] Dieses Sockeleinkommen ist kein zu versteuerndes Einkommen und wird nicht auf bestehende Sozialleistungen angerechnet.

Begründung

[13] Begründung Modul 0: Präambel

[14] Die Präambel beschreibt das Sockeleinkommen ohne Gegenfinanzierung. Die Finanzierungsvorschläge werden in den folgenden Modulen beschrieben.

[15] Mit einem Sockeleinkommen werden die Strukturen geschaffen, die auch für ein großes BGE gebraucht werden. Durch die Einführung eines Sockeleinkommens werden Erfahrungen gewonnen, die wichtig für die Einführung eines Bedingungslosem Grundeinkommen sind. Des Weiteren wird die Idee des Bedingungslosem Grundeinkommen den Menschen näher gebracht.

[16] Der Verwaltungsaufwand des Sockeleinkommens ist sehr gering: Bei Geburt geben die Eltern ihre Kontonummer bei der zuständigen Behörde an. Dorthin wird das Sockeleinkommen überwiesen. Bei Volljährigkeit und anderen Anlässen kann die Kontonummer geändert werden und das Sockeleinkommen wird auf das neue Konto gutgeschrieben. Mit dem Tod wird das Konto abgemeldet und das Sockeleinkommen nicht mehr ausgezahlt.

[17] Begründung Modul 1: Sockeleinkommen aus Vereinheitlichung der Umsatzsteuersätze

[18] Über den ermäßigten Umsatzsteuersatz Sinn und Zweck der Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes (fachlich: Umsatzsteuer) war es, “bestimmte Güter des lebensnotwendigen Bedarfs“ zu verbilligen, um die Sicherung des Existenzminimums zu erleichtern. Es wurden Ermäßigungen aus kultur-, agrar- und verkehrspolitischen Motiven geschaffen. Im Laufe der Jahre ist die Liste der ermäßigten Umsätze länger, komplizierter und teilweise auch widersprüchlicher geworden.

[19] Unnötige Steuerbürokratie Der Bundesrechnungshof hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von Prüfungen des ermäßigten Steuersatzes durchgeführt und festgestellt, dass die Umsatzsteuerermäßigungen * schwierig von regelbesteuerten Umsätzen abzugrenzen sind; * einen hohen Personaleinsatz erfordern, um eine gesetzeskonforme Besteuerung sicherzustellen; * die Finanzverwaltung vor Probleme stellen und angemessene Kontrollen nur mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand zu leisten wären; * teilweise sachlich nicht mehr begründet sind; * zu Mitnahmeeffekten und missbräuchlichen Gestaltungen genutzt werden; * teilweise nicht mit dem Gemeinschaftsrecht in Einklang stehen; * im Ergebnis oftmals zu einer versteckten Subventionierung einzelner Branchen und damit zu Wettbewerbsverzerrungen führen;

[20] Zudem werden durch die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze Konsumenten in ihren Kaufentscheidungen beeinflusst, da sie versucht sein könnten, ihre Steuerlast durch Verhaltensänderungen zu verringern (fachlich: “wohlfahrtsmindernde Zusatzlast der Besteuerung“).

[21] Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze bedeuten Lobbyismus Die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessengruppen hat zu teils absurden Vergünstigungen geführt. Als bekannteste Kuriosität seien beispielsweise die Babywindeln genannt, auf die 19% Umsatzsteuer erhoben werden, wohingegen der Erwerb von Tiernahrung lediglich mit 7% besteuert wird. Selbst Kulturgüter werden unterschiedlich bewertet: Bücher werden 7% besteuert, wohingegen Hörbücher zu den Tonträgern zählen und somit für den sehbehinderten Menschen 19% fällig werden. Nicht einmal alle Kartoffelsorten werden gleich besteuert! Die letzte bekannteste Änderung erfolgte zugunsten des Gaststättengewerbes zum 1. Januar 2010. Seitdem werden die Übernachtungen in Hotels nur noch mit 7% statt mit 19% besteuert.

[22] Solch eine durch Lobbyismus geprägte Politik lehnen die PIRATEN ab!

[23] Fazit: Im Sinne der Vereinfachung der Steuergesetzgebung möchte die Piratenpartei die nicht mehr zeitgemäße und nicht zielführende gesetzliche Regelung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes abschaffen.

[24] Aus den steuerlichen Mehreinnahmen wird ein Sockeleinkommen generiert, das jedem in gleichem Maße zufließt und die Mehrausgaben durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Familien und Menschen mit geringen Einkommen nicht nur ausgleicht, sondern diese Menschen sogar besser stellt als heute.

[25] Links: Artikel auf dem Sozialpiraten-Blog: http://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/08/30/thomas-kuppers-das-sockeleinkommen-ein-vorschlag-fur-das-wahlprogramm/ Erläuterung zur Vereinheitlichung der Umsatzsteuersätze von Michael Schorn https://haushalt.piratenpad.de/Erlaeuterung-USt-Satz-Vereinheitlichung Gutachten des Bundesfinanzministeri-

ums: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2010/09/20100923-PM33-Gutachten.pdf?__blob=publicationFile&v=3 Veröffentlichung von Stefan Bach: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.373446.de/11-24-3.pdf Kritik an den unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen: http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer#Kritik_an_verschieden_hohen_Steuers.C3.A4tzen_.28 Gutachten des Bundesfinanzministeriums zur Umsatzsteuer: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemit

[26] Begründung Modul 2: Sockeleinkommen durch Finanztransaktionssteuer

[27] Die aus den Medien bekannte Finanztransaktionssteuer (FTT) ist eine Steuer auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen. Durch Besteuerung des Hochfrequenzhandels sollen die Finanzmärkte reguliert und stabilisiert werden.

[28] Eine Studie über das Für und Wieder einer Finanztransaktionssteuer wurde vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung erstellt. Mögliche Szenarien zur Einführung sind dort enthalten, ebenso wie Schätzungen der zu Erwartenden Steuereinnahmen.

[29] Eine der Finanztransaktionssteuer ähnliche Steuer gibt es bereits in Form der Stamp tax “Stempelsteuer“ an der Londoner Börse. Des Weiteren gab es bis 1991 die Artverwandte Börsenumsatzsteuer in Deutschland.

[30] Die EU Kommission schlägt vor, die Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung des EU Haushaltes heranzuziehen, um die Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten zu senken.

[31] Link: http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=WP_2009_352$.PDF http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-799_de.htm?locale=de

PA237 - Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für AK Arbeit und Soziales NRW & Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piraten spricht sich für die Rückkehr zum ursprünglichen Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft aus.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text modular beschließen und an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen.*

[2] Modul 1:

[3] Die Bundesrepublik Deutschland wurde im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft gegründet. In unserem Grundgesetz ist festgelegt, dass „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Artikel 14, Abs. 2).

[4] Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, die Soziale Marktwirtschaft als ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, wirtschaftliche Leistung und freie Initiative, die dem gemeinsamen sozialen Fortschritt dient, zu fördern.

[5] Hierbei wird jedoch zurzeit der soziale Fortschritt durch die technischen Veränderungen eingeholt, was in Teilen zu einer hohen Erwerbslosigkeit und einer immer größeren Kluft zwischen Arm und Reich führt.

[6] Die Piraten haben erkannt, dass dadurch immer stärker wachsende Personengruppen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen werden. Einen Weg zurück zur klassischen Produktionsgesellschaft wird es in Deutschland nach Einschätzung der Piratenpartei nicht mehr geben. Die Zukunft gehört der Wissens- und Kulturgesellschaft.

[7] Um die Teilhabe an dieser Gesellschaft zu gewährleisten, ist es nach Meinung der Piraten notwendig, eine allgemeine Grundsicherung einzuführen, entsprechend dem Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“.

[8] Die grundlegenden Weichen dafür werden auf Bundesebene gestellt. Daher fordern wir kurzfristig umsetzbare Veränderungen, um den wachsenden und ungerechtfertigten Druck von den Betroffenen zu nehmen.

[9] Modul 2:

[10] Durch die aktuelle verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetzgebung ist das Recht auf individuelle Hilfe in sozialen Notlagen praktisch abgeschafft worden.

[11] Mit Sanktionen wird wirtschaftlicher Druck auf Hilfeempfänger ausgeübt, der Existenzängste schürt und Hilfeempfänger in prekäre Arbeitsverhältnisse nötigt, ohne dass sie dafür angemessen entlohnt werden.

[12] Modul 3:

[13] *Der Bundesparteitag möge beschließen, dass das Wort “Soziale Marktwirtschaft“ aus den Modulen 1 & 2 durch ein geeigneteres Wort ersetzt werden darf.*

Begründung

[14] Aus dem NRW Wahlprogramm: http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm_2012#Zur.C3.BCck_zur_Sozialen_M

[15] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass das Wort "Soziale Marktwirtschaft" durch ein geeigneteres Wort ersetzt werden darf, da ein Grundsatzantrag zum Wirtschaftsprogramm ein neues Wort prägen könnte.

PA238 - Aussetzung Ein-Euro-Jobs

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für AK Arbeit & Soziales NRW & Sozialpiraten

Zusammenfassung

Wir setzen uns dafür ein, die „Ein-Euro-Jobs“ auszusetzen und stattdessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:*

[2] Wir setzen uns dafür ein, die „Ein-Euro-Jobs“ (Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, AGH-MAE) auszusetzen und stattdessen die Einführung von wirklich qualifizierenden Maßnahmen zu fördern, die zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt führen.

[3] Eine Arbeit, die zusätzlich zur normal durchgeführten Arbeit sein muss, wie es § 16d SGB II vorschreibt, wird in keinem Fall in eine Arbeitsstelle des ersten Arbeitsmarktes münden. Dies würde voraussetzen, dass die zusätzliche Arbeit die Notwendigkeit einer Betriebserweiterung bedingt hätte.

[4] Einem Antrag auf Förderung einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung muss nicht entsprochen werden. Es liegt allein im Ermessen des Sachbearbeiters, eine diesbezügliche Eingliederungsvereinbarung zu verlangen oder nicht anzubieten. Damit ist der Hilfebedürftige der Willkür eines einzelnen Mitarbeiters ausgesetzt. Diese Praxis widerspricht dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz.

[5] Bei den Eingliederungsvereinbarungen werden die Grundlagen des Vertragsrechts sowohl nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VvVfG) als auch nach dem BGB eindeutig nicht eingehalten. Der Hilfebedürftige hat weder auf die Dauer der Maßnahme, noch auf die Höhe der Mehraufwandsentschädigung oder auf weitere Daten der Eingliederungsvereinbarung den für Verträge vorgeschriebenen Einfluss. Da es zu dem bei der Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung zu keinem höheren Einkommen kommt, wird hierbei erwartet, dass eine Arbeit ohne die nötige Steigerung des Selbstwertgefühls und des Lebensstandards durchgeführt wird. Abgesehen davon, dass eine solche Arbeit, wie bereits im Volksmund zu hören ist, eher als Strafarbeit und Sanktionsmaßnahme verstanden werden kann, wird der Sinn von Arbeit im Allgemeinen auch mit einem negativen Stigma belegt. Arbeit wird damit nicht mehr zu einem erstrebenswerten Ziel.

[6] Die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung widersprechen damit in sich ihrem eigentlichen, vom Gesetz vorgesehenen Zweck und sind zugunsten echter Förderungsmaßnahmen umgehend einzustellen.

Begründung

[7] Leicht überarbeitet aus dem NRW Wahlprogramm: http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm_2012#Aussetzung_Ein-Euro-Jobs

PA239 - Stärkung der Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für AK Arbeit & Soziales NRW & Sozialpiraten

Zusammenfassung

Nach Auffassung der PIRATEN ist schnellstmöglich ein Finanztopf ähnlich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen einzurichten.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:*

[2] Der Bürokratieapparat der Jobcenter im Land fordert von den Hilfebedürftigen, einen wahren Wald aus Formularen zu bewältigen. Es wird eine Vielzahl an Nachweisen verlangt und der Hilfesuchende muss dies alles allein und in kürzester Zeit verstehen und erbringen. Oftmals wird ihm eine Eingliederungsvereinbarung nach § 15 SGB 2 vorgelegt, die er dann ohne die Möglichkeit einer fachlichen Prüfung unterschreiben soll, ohne dass sie darin über ihre Rechte aufgeklärt werden. Somit befindet sich der Hilfsbedürftige nicht in einer angemessenen, gleichberechtigten Verhandlungsposition, wie die Grundsätze des Vertragsrechts es fordern.

[3] Nach Auffassung der PIRATEN ist daher schnellstmöglich ein Finanztopf ähnlich der Unterstützung von Verbraucherschutzorganisationen einzurichten, um die lokalen Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen für Beratungsgespräche zu stärken. Als Voraussetzung für die Förderung muss Hilfsempfängern die Möglichkeit gegeben werden, etwaige Verträge vor Unterschrift dort prüfen zu lassen, sowie schriftlich über ihre Rechte aufgeklärt worden zu sein.. Vereine und Hilfsgruppen, die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung anbieten oder durchführen, sind explizit von der Nutzung dieser Töpfe ausgenommen.

Begründung

[4] Leicht verändert aus dem NRW Wahlprogramm: http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm_2012#St.C3.A4rkung_der_Arbeitslosen-Selbsthilfegruppen_mit_Landesmitteln

PA240 - Rezeptfreie Abgabe der 'Pille danach'

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Noujoum

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland fordert den rezeptfreien Verkauf der "Pille danach" mit dem Wirkstoff Levonorgestrel.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm in den Absatz "Gesundheit" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert den rezeptfreien Verkauf der "Pille danach" mit dem Wirkstoff Levonorgestrel.

[3] Die "Pille danach" ist ein Notfallpräparat zur hormonellen Empfängnisverhütung, bei dem die zeitnahe Einnahme für die Wirksamkeit entscheidend ist. Durch die Einnahme können ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden, zudem ist es relativ gut verträglich, auch eine vorhergehende ärztliche Untersuchung nicht notwendig. Daher stellt die Rezeptpflicht dieses Medikaments für Frauen einen absolut unangemessenen Eingriff in das Recht auf Selbstbestimmung dar.

[4] Wir wollen uns für eine rezeptfreie Abgabe der "Pille danach" einsetzen, entsprechend den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und wie in den meisten anderen europäischen Ländern praktiziert.

Begründung

Erklärung: Wie die "Pille danach" funktioniert

[5] Die "Pille danach" ist die umgangssprachliche Bezeichnung für ein hormonell wirksames Präparat zur postkoitalen Empfängnisverhütung, das nach einem Geschlechtsverkehr ohne Schwangerschaftsverhütung (oder nach Versagen der Verhütungsmethode) eine ungewollte Schwangerschaft verhindern kann, indem der Eisprung verhindert wird. Die "Pille danach" darf nicht mit der "Abtreibungspille" verwechselt werden.

[6] Die Wirksamkeit des Wirkstoffes Levonorgestrel ist abhängig vom Zeitpunkt der Einnahme, die so früh wie möglich aber bis spätestens 72 Stunden (3 Tage) nach dem Geschlechtsverkehr erfolgen muss. Eine mögliche Schwangerschaft wird umso sicherer verhindert, je früher die Einnahme erfolgt. Eine Untersuchung durch einen Arzt/eine Ärztin ist vor der Einnahme nicht notwendig, bei einer möglicherweise bereits bestehenden Schwangerschaft wird der Fötus durch die Einnahme des Medikaments nicht gefährdet.

[7] Mehr Informationen über die Wirkungsweise findet Ihr z.B. bei Wikipedia oder hier oder hier.

Warum eine rezeptfreie Abgabe sinnvoll ist

[8] Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt aufgrund der relativ guten Verträglichkeit von Levonorgestrel und weil eine ärztliche Untersuchung vor der Einnahme nicht nötig ist, und es wichtig ist, dass das Medikament so bald wie möglich nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen wird, die "Pille danach" rezeptfrei zugänglich zu machen, weil so ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche vermieden werden können.

[9] Hinzu kommt, dass die Praxis, dass die betroffene Frau zum Frauenarzt/der Frauenärztin muss und dort zunächst ausführlich Rede und Antwort stehen muss, bevor sie das Rezept bekommt, von vielen Frauen als peinlich und demütigend empfunden wird und gerade sehr junge Frauen aus Angst vor diesem Prozedere den Gang zu ihrem Arzt/ihrer Ärztin vermeiden wollen, was die Gefahr einer ungewollten Schwangerschaft erhöht, da das Medikament so bald wie möglich nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden muss.

[10] Da das Medikament so bald wie möglich eingenommen werden muss, ergeben sich auch Schwierigkeiten, wenn man es nachts, am Wochenende oder im Urlaub benötigt, und sich ein Gang zu einem Frauenarzt/einer Frauenärztin als logistisch sehr schwierig erweist. Wäre die "Pille danach" rezeptfrei erhältlich, könnte man sie wesentlich leichter auch in solchen Situationen z.B. in 24-Stunden-Apotheken oder Bereitschaftsapotheken erhalten. Wird die "Pille danach" zu spät eingenommen und kommt es doch zu einer ungewollten Schwangerschaft, wird in der Folge oft ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt, welcher den Körper und die Psyche der betroffenen Frau wesentlich stärker belastet als die Einnahme der "Pille danach".

[11] Da sich die Piratenpartei für die Rechte und die Freiheit der Bürger*innen einsetzt, ist es konsequent, auch in diesem Bereich das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu fördern.

Hintergrundinformationen

[12] Für alle, die noch mehr über das Thema wissen wollen:

Praxis in anderen Staaten

[13] In 28 europäischen Ländern ist Levonorgestrel zur postkoitalen Empfängnisverhütung ohne Rezept erhältlich. In Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Island, Lettland, Litauen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Türkei, den Niederlanden, Norwegen, Frankreich und Luxemburg ist Levonorgestrel zur postkoitalen Empfängnisverhütung in Apotheken rezeptfrei erhältlich. In Großbritannien und Frankreich werden diese Präparate in Schulen bei Bedarf an Schülerinnen abgegeben. In den USA ist die "Pille danach" mit dem Wirkstoff Levonorgestrel seit April 2009 für Frauen ab 17 Jahren rezeptfrei abzugeben. Für jüngere Frauen ist sie verschreibungspflichtig.

Österreich: Ein interessantes Beispiel

[14] In Österreich ist die "Pille danach" seit Dezember 2009 rezeptfrei erhältlich. (Dazu ein -> Link und noch ein anderer -> Link.) Zwei Jahre später gibt es die ersten Rückblicke und Resümees, welche Auswirkungen dieser Schritt hatte und Untersuchungen zeigen, dass die Befürchtungen der Gegner nicht eingetreten sind.

Bisherige Versuche, die "Pille danach" in Deutschland aus der Rezeptpflicht zu befreien

[15] Die "Pille danach" war und ist in Deutschland verschreibungspflichtig. Obwohl sich der zuständige Ausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) 2004 und 2009 dafür ausgesprochen hat, die "Pille danach" auf der Basis des Hormons Levonorgestrel aus der Rezeptpflicht zu entlassen, wurde die

Abgaberegelung nicht geändert. Maßgeblich gegen eine rezeptfreie Abgabe haben sich die Verbände der niedergelassenen Frauenärzte eingesetzt. Praxisärzte verdienen in der Regel ca. 50% ihrer Einnahmen mit Patientinnen, die nur für ein Pillenrezept die Praxis aufsuchen. Um die Rezeptpflicht aufzuheben, müsste eine entsprechende Vorlage des Bundesministeriums für Gesundheit durch den Bundesrat verabschiedet werden. In den Jahren 2004 und 2005 wurde das Bundesministerium für Gesundheit in dieser Frage nicht aktiv. In der großen Koalition (2005-2009) war diese Änderung nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages. Auf einem Treffen aller Landesministerien in Saarlouis-Wallerfangen im März 2012 ist zuletzt ein Antrag beraten worden, um bei positivem Bescheid seinen Weg Richtung Bundestag zu machen. Der Antrag ist jedoch gescheitert. Pro familia startete im Mai 2012 die Kampagne "Pannenhilfe nach 6" mit dem Ziel, die 'Pille danach' rezeptfrei zu machen. Andere Frauenverbände unterstützen dies.

Die Gegenargumente

[16] Die Rezeptfreiheit der "Pille danach" wird von manchen Ärzten abgelehnt, welche der Meinung sind, dass eine Beratung vor der Einnahme des Medikaments unverzichtbar sei, die vor einem Medikamentenmissbrauch warnen, und die befürchten, Patientinnen zu verlieren und dadurch finanzielle Einbußen zu erleiden ("Frauenarztlobby"), Kirchenvertretern, welche die "Pille danach" (fälschlicherweise) als "Abtreibungspille" bezeichnen, und Konservativen, welche eine Verrohung der Sitten und eine Zunahme von unsicherem Sexualverhalten befürchten.

[17] In der Liquid-Ini wird sehr ausführlich auf weitere Gegenargumente eingegangen.

Links

[18] Alle für diesen Antrag verwendeten Links auf einen Blick:

- http://de.wikipedia.org/wiki/Pille_danach
- http://www.ratgeber-pille.net/Pille-danach.html
- http://www.gesundheit.gv.at/Portal.Node/ghp/public/content/Pille_danach.html
- http://www.profamilia.de/pro-familia/kampagne-pille-danach.html
- http://www.profamilia.de/?id=2804
- http://www.n-tv.de/wissen/Pille-danach-rezeptfrei-article550952.html
- http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/pille-danach-frauenaerzte-verhindern-freigabe-der-rezeptpflicht-a-824585.html
- http://www.taz.de/!88378
- http://diestandard.at/1259281165293/Verhuetung-Pille-danach-wird-ohne-Rezept-erhaeltlich-sein
- http://derstandard.at/1339638198133/Pro–Kontra-Hausapotheke-ohne-Pille-danach

[19] Mediale Berichterstattung über den Antrag: Zeit Online: "Die Pille zu spät danach", Apotheke Adhoc: "Politikerinnen für rezeptfreie „Pille danach""

PA241 - Klimaschutz

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

LordSnow danebod JohannesX

Zusammenfassung

Die Piratenpartei erkennt den anthropogenen (vom Menschen verursachten) Klimawandel als Fakt an und versucht entsprechend zu einem wirksamen Klimasschutz beizutragen.

Antragstext

[1] Folgender Text soll an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufgenommen werden. Sollte er als Ganzes nicht die erforderliche Mehrheit erreichen, sollen die einzelnen Kapitel modulweise abgestimmt werden.

Klimawandel

[2] Der anthropogene Klimawandel ist ein gut belegter Fakt. Die durch den Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen insbesondere in der fossilen Energiewirtschaft sorgten bislang für eine globale Erwärmung der Bodentemperatur von 0,8 Grad. Modellrechnungen gehen von einer Erhöhung der Globaltemperatur von 1,5 bis 4,8 Grad bis zum Ende des 21. Jahrhunderts aus, sollten keine Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels ergriffen werden. Es gibt keine wissenschaftlich belegbare Grenze, bis zu der der Klimawandel als harmlos zu betrachten ist. In den Klimaschutzverhandlungen wird ein Wert von 2 Grad als tolerierbarer Grenzwert betrachtet. Um diesen einzuhalten, bedarf es bis zum Jahre 2050 einer globalen Emissionsminderung an Treibhausgasen auf 50% des Wertes von 1990. Die Industrienationen müssen dabei eine 80%-tige Reduktion erreichen. Eine Reaktion muss schnell erfolgen. Ist bis 2015 keine Abnahme der Treibhausgasemissionen erfolgt, kann das 2 Grad-Ziel nur noch durch unrealistisch hohe jährliche Reduktionsraten erreicht werden. Die Piratenpartei Deutschland unterstützt deshalb den Klimaschutz, sowohl auf nationaler, wie auch auf internationaler Ebene, um eine weitere negative Entwicklung zu verhindern und um schädliche Effekte so gut es geht abzuschwächen.

Implementierung einer Rahmengesetzgebung zum Klimaschutz

[3] Trotz des 1997 unterzeichneten Kyoto-Protokolls wurden nur unzureichend Maßnahmen umgesetzt. Das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) ist als ein positiver Schritt in die richtige Richtung zu sehen. Die Rahmengesetzgebung in Deutschland beschränkt sich jedoch bisher nahezu ausschließlich auf den Bereich der Energieerzeugung. Eine wirkungsvolle Klimapolitik muss jedoch wesentlich weitreichendere Impulse setzen. Aus diesem Grund soll ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht werden, welches:

- klimarelevante Treibhausgase definiert
- konkrete Reduktionsziele als Mindestanforderung festlegt
- die Gründung eines Klimarats zum Monitoring der Zielerfüllung initiiert

- eine weitestgehend klimaneutrale Verwaltung bei Bund, Ländern und Gemeinden mit Vorbildfunktion schafft
- die Entwicklung kommunaler Klimakonzepte unterstützt

Emissions-Steuer statt undurchsichter Zertifikatehandel

[4] Der bisherige Zertifikatehandel scheitert an einem hohen Zertifikateüberschuss und dem dadurch sinkenden Preis. Insgesamt scheint es nicht möglich, einen transparenten und wirkungsvollen Zertifikatehandel zu realisieren, zumal die Menge der Zertifikate sich derzeit daran orientieren, wie viele Zertifikate aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Wachstum) benötigt werden, vielmehr müssten sie sich jedoch für einen effektiven Klimaschutz daran orientieren, wie viele Emissionen für unsere Umweltziele tragbar sind. Eine Alternative bieten Emissionssteuern mit Lenkungswirkung in festgelegten Bereichen, wie z.B. Energieerzeugung, Straßenverkehr, Landwirtschaft und der Import von Waren aus Ländern, die sich nicht an Klimaabkommen binden oder die Ziele nicht einhalten. Vorteil einer Steuer gegenüber Zertifikaten ist der Schutz vor Preisverfall für den Ausstoß von kritischen Emissionen.

Begründung

[5] „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...” (Grundgesetz, Artikel 20a)

Quellen

Fakten zum Klimawandel

- IPCC
  - IPPC 4 Diagramm-Übersicht
  - Climate Change 2007: Working Group I: The Physical Science Basis
- NASA-Daten zur Temperaturveränderung - Diagramme
- RSS Sateliten Daten, Troposphären und Stratosphären Temperatur
- Rohdaten Temperatur - metoffice
- Erdsystemforschung: diverse Jahresberichte Max-Planck-Institut für Meterologie
- Eisschmelze
  - Polkappen schmelzen (NASA)
  - Grönland: Eisschmelze (NASA)
  - Die letzten Südsee-Gletscher schmelzen (Spiegel Artikel)
  - Uno warnt vor umfassenden Gletscherschwund (Spiegel, 08.12.2010)
- Meeresspiegel steigt (NASA)
- CO2 Ausstoß:
  - IPCC paper IV
  - Mauna Loa Observatory, Hawaii
  - weltweiter CO2-Ausstoß (iwr.de)

Klimaschutzprogramme und –maßnahmen in Deutschland

- Seiten Umweltbundesamt

Gesetzgebungsverfahren Klimaschutzgesetz in NRW

- Landtag NRW
- Rede Danebod Landtag

Emissionsrechtehandel

- wikipedia - Emissionsrechtehandel
- wikipedia - EU-Emissionshandel

Preiseentwicklung für Emissions-Zertifikate

- Übersicht
- boerse.de
- Sendung Deutschlandfunk

CO2-Steuer

- wikipedia - Carbon Tax
- CO2-Steuer Info
- Australien
- Schweiz
- Österreich
- OECD
- BMWI
- Dänemark
  - Übersetzung: die CO2-Abgabe, in Dänemark per Gesetz über Kohlendioxidabgabe für gewisse Energieprodukte u.a. Elektrizität, Erdgas und Dieselöl 1993 eingeführte Abgabe. Die Abgabe gilt für den Energieverbrauch von Haushalten und Wirtschaft. Die Gesetzgebung, die von der EU-Kommission anerkannt ist, enthält weitgehende Rücksichten auf die Wirtschaft. Das gilt besonders für gewisse Betriebe mit einem großen Energieverbrauch, indem die betreffenden Betriebe Zuschüsse zur Deckung ihrer CO2-Abgaben bekommen können. Der Zweck dieser Zuschussordnung ist teils, Energieffektivisierung zu fördern, teils zu sichern, dass diese Betriebe nicht von Abgaben in einem solchen Grad belastet werden, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit merklich geschwächt wird. In Beziehung zur EU hat besonders Dänemark daran gearbeitet, die Verhandlungen über die Einrichtung eines gemeinsamen CO2-Abgabenregimes zu fördern. Die Forderung nach Einstimmigkeit innerhalb steuer- und abgabenpolitischer Sachgebiete sind jedoch eine entscheidende institutionelle Barriere gegen die Einführung einer europäischen CO2-Abgabe.
  - Das aktuelle Gesetz. Auch wer kein Dänisch kann, sieht, dass es recht lang und komplex ist.

Importsteuer

- Klimaschutz droht zu scheitern: Forscher fordern CO2-Steuer

Steuer vs Zertifikate

- Artikel in der Zeit

PA242 - Änderung Artikel 3 GG

Wahlprogramm - Gleichberechtigung und Chancengleichheit WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lara Th

Zusammenfassung

Erweiterung Artikel 3 GG um "sexuelle und geschlechtliche Identität"

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] "Die Grundrechte von queeren Menschen werden in Deutschland bislang hauptsächlich aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 1 GG) abgeleitet. Dieses wird allerdings durch die verfassungsmäßige Ordnung einerseits und das "Sittengesetz" andererseits beschränkt. Eine Grundgesetzerweiterung wäre ein wirksamer Sperrriegel gegen "ein Comeback des Sittengesetzes als Grundrechtsschranke" Deswegen setzt sich die Piratenpartei Deutschland für die Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes um den Zusatz "sexuelle und geschlechtliche Identität" ein. Der erweiterte Art. 3 GG soll künftig heißen:

[3] (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

[4] (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

[5] (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Begründung

[6] Der bisherige Text des Artikel 3 lautet:

[7] "(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

[8] (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

[9] (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

[10] Unsere Verfassung muss endlich auch queeren Menschen, also jenen, die nicht "hetero" sind, gleiche Rechte garantieren. Wir wollen eine Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle und geschlechtliche Identität".

[11] Die Piraten fordern eine "weltweite Anerkennung und Schutz selbstbestimmter geschlechtlicher oder sexueller Identität bzw. Orientierung... Verfolgung aufgrund der geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung ist Unrecht. ...

[12] In vielen Ländern der Welt werden Menschen wegen ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung diskriminiert oder kriminalisiert, wenn sie von der dort jeweils gültigen Norm abweicht. Eine solche Diskriminierung oder Kriminalisierung lehnen wir ab.“ 1

[13] Die Ergänzung des Artikels 3 um die “sexuelle und geschlechtliche Identität“ stellt einen logischen und konsequenten Schritt in Richtung Gleichbehandlung queeren Lebens in Deutschland dar.

[14] “Die Grundrechte von queeren Menschen werden in Deutschland bislang hauptsächlich aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 1 GG) abgeleitet. Dieses wird allerdings durch die verfassungsmäßige Ordnung einerseits und das “Sittengesetz“ andererseits beschränkt.

[15] Eine Grundgesetzerweiterung wäre ein wirksamer Sperrriegel gegen “ein Comeback des Sittengesetzes als Grundrechtsschranke“.

[16] Zwar schlummert das Sittengesetz derzeit inaktiv und unbeachtet in Artikel 2. Aber es könnte jederzeit reaktiviert werden, etwa wenn neue religiöse oder fundamentalistische Strömungen erstarken. “2

[17] Ist Stand:

[18] “Der EGVertrag und der von Deutschland ratifizierte Entwurf für eine Europäische Verfassung enthalten bereits ein Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung. Auch vier Bundesländer – Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen – haben entsprechende Bestimmungen in ihren Landesverfassungen.

[19] Warum soll dies im deutschen Grundgesetz nicht möglich sein?

[20] Die Väter und Mütter unserer Verfassung haben den Gleichheitsartikel unter dem Eindruck der Schreckensherrschaft des nationalsozialistischen Unrechtsregimes geschrieben. Der Gleichbehandlungskatalog ist die Antwort auf die nationalsozialistische Selektions- und Verfolgungspolitik. Er ist geprägt von der Erkenntnis, dass die Menschlichkeit insgesamt gefährdet ist und Barbarei droht, wenn auch nur einer Gruppe von Menschen Grund- und Menschenrechte streitig gemacht werden, die allen anderen gewährt werden.

[21] Das Grundgesetz ist aber auch den Moralanschauungen und Vorurteilen seiner Entstehungszeit verhaftet.

[22] So blieben Behinderte 1949 noch aus dem Gleichheitsartikel ausgespart, wurden aber im Rahmen der Verfassungsreform 1994 endlich berücksichtigt.

[23] Auch Homosexuelle wurden im Grundgesetz noch nicht berücksichtigt – ihre Lebensweise galt 1949 als sittenwidrig, im Falle der männlichen Homosexualität sogar als strafwürdig.

[24] Es muss klar gestellt werden:

[25] Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt werden.

[26] Zwar hatte sich 1993 die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mit 27 zu 22 Stimmen bei drei Enthaltungen für eine solche Erweiterung des Gleichheitsartikels ausgesprochen. Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde allerdings durch den Widerstand von CDU/CSU und die Enthaltung der FDP verfehlt. Vor der Abstimmung im Bundestag argumentierte ein Redner der CDU/CSU damit, dass man dann auch „beispielsweise Linkshänder und Brillenträger“ aufnehmen müsste. Überdies sehe er „keinen Mangel an Möglichkeiten, sich sexuell auszuleben“.

[27] Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

[28] „In Deutschland sollen sich die Menschen ohne Diskriminierung begegnen. Die Bundesregierung wendet sich daher gegen jede Form von Diskriminierung und wirbt für Toleranz“, schrieb Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Christopher Street Day 2006. Dieses Leitbild sollte endlich auch in unserer Verfassung zum Ausdruck kommen.

[29] Warum ist der Begriff der “sexuellen und geschlechtliche Identität“ gewählt worden?

[30] Die vorgeschlagene Grundgesetzergänzung wählt auch den Rechtsbegriff der sexuellen Identität. Diesen Begriff hat der Bundesgesetzgeber bereits 2001 im Betriebsverfassungsgesetz und 2006 im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeführt, um damit der Diskriminierung von homosexuellen Männern und Frauen ebenso wie der Diskriminierung bisexueller, transsexueller oder zwischengeschlechtlicher Menschen entgegenzutreten (Begründung zum AGG, siehe BT-Drs 16/1780 S. 31). Diese Linie wollen wir fortsetzen und den gleichen

Diskriminierungsschutz auch im Grundgesetz verankern.

[31] Im Verfassungsrecht und im einfachen Recht der Bundesländer, die spezielle Bestimmungen gegen diese Formen der Diskriminierung beschlossen haben, wird ebenfalls überwiegend der Begriff der sexuellen Identität verwendet, in einigen Fällen aber auch der Begriff der sexuellen Orientierung.

[32] Der im Europäischen Recht in den deutschen Ausfertigungen verwendete Begriff der „sexuellen Ausrichtung", etwa in Art. 13 EGV oder in Artikel 21 Abs. 1 EU-Charta ist eine Eindeutschung des in ausländischen Rechtsordnungen geläufigen Begriffs „sexual orientation".

[33] Alle drei Begriffe – sexuelle Identität, sexuelle Orientierung und sexuelle Ausrichtung – sind nach überwiegender Auffassung von ihrem rechtlichen Gehalt beim Diskriminierungsschutz deckungsgleich. Orientierung ist von der Begrifflichkeit her aber stärker auf eine andere Person gerichtet, während Identität auf das Individuum bezogen ist. Deswegen wurde der Ausdruck "sexuelle und geschlechtliche Identität" gewählt. Dies verdeutlicht daher besser als der Begriff der sexuellen Orientierung/ Identität, dass auch transsexuelle und intersexuelle Menschen vom Diskriminierungsverbot umfasst sind. Der Bezug auf das Individuum, der in der Begrifflichkeit Identität zum Ausdruck kommt, entspricht auch der deutschen Grundrechtstradition. "2

[34] (Es existiert bereits ein Beschluss des BuVos, der Initiative "Artikel Drei" beizutreten. Beschlusstitel: ANTRAG: Unterstützung der Kampagne 3+ 2012-04-19 http://vorstand.piratenpartei.de/beschlusse)

[35] 1 http://www.piratenpartei.de/politik/selbstbestimmtes-leben/geschlechter-und-familienpolitik/ 2 http://www.artikeldrei.de/

PA243 - Bankentrennung

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Alan Winkleman, Thomas Gerwert

Zusammenfassung

Die Piratenpartei wird sich im Bundestag dafür einsetzen, auf europäischer Ebene Geschäftsbanken von Investmentbanken zu trennen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland möge das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 beim Themenfeld “Wirtschaft und Finanzen“ um folgenden Programmpunkt ergänzen:

[2] Die Piratenpartei wird sich im Bundestag dafür einsetzen, auf europäischer Ebene Geschäftsbanken von Investmentbanken zu trennen. Kreuzbeteiligungen jeder Art sind zu verbieten. Eine Geschäftsbank, die versucht diese Trennung zu umgehen, wird sanktioniert bis hin zum Verlust ihrer Lizenz als Geschäftsbank und muß in letzter Konsequenz entweder in eine Investmentbank umgewandelt oder abgewickelt werden.

Begründung

[3] Als Konsequenz des finanziellen Zusammenbruchs 1929 wurde in den USA 1933 ein Bankenreform durchgestzt, die unter den Namen der 2 Senatoren, die es durchbrachten bekannt ist – ’Glass-Steagall’. Ziel war es das normale kommerzielle Bankwesen von Geschäften mit Wertpapieren und Effekten (Investment) zu trennen. 1989 wurde Glass-Steagall abgeschafft und die verheerende Entwicklung von ungehemmter Spekulation wurde eingeleitet - mit katastrophalen Konsequenzen, die 2007/8 einen vorläufigen Höhepunkt erreichten.

[4] Niedrige Zinsen senken Kosten und ermutigen Investitionen. Aber nur prinzipiell. Die Investment Abteilungen der Banken erzielen viel höhere Gewinne als die Teile der Bank, die traditionelle Aktivitäten (Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Spareinlagen usw.) nachgehen. So werden Resourcen ’Investment’-Aktivitäten zugeteilt. Die extrem niedrigen Zinsen laden zu Spekulation ein. Grob simplifiziert: Banken setzen Spareinlagen und billige Kredite der Zentralbanken für Wettgeschäfte ein, anstatt Kredite an realen Unternehmen und Personen zu vergeben.

[5] Geschätsbanken sind unerlässlich für das Funtioneren einer Wirtschaft. Deren Grösse ist kein Problem. ’Too big to fail’, also Systemrelevanz, bezieht sich nicht auf die Grösse einer Bank, sondern auf deren Aktivitäten. Zur Zeit spekulieren die ’Investment’-Abteilungen der Banken in hoch komplizierte Wettgeschäfte, die diese nicht mal mehr richtig kontrollieren können. Kauf- und Kaufsentscheidungen werden zunehmend (zu 40% in Deutschland, zu 70% in den USA) von Algorithmen gesteuert, die in Bruchteilen von Sekunden Marktgeschehen analysieren und zuvorkommen. Traditionell dürfen Banken etwa das 12-fache ihrer Einlagen als Kredite weitergeben. Heute werden die Verplichtungen aus Krediten ganz schnell weiterverkauft und ’verschwinden’, so daß die gleiche Summe wieder als Kredit zur Verfügung steht. So kommen Banken an das 50-fache von den Spareinlagen. Über bestimmte Hebelungsderivate gesteuert, kann man das nochmal mal hundert hochhieven.

5.000 zu eins. Aus €1 Million werden 5 Milliarden – und Bankiers wagen von 'Wirtschaft' zu reden? Das ist hochriskante Zockerei – ungerecht, pervers.

[6] Wenn Banken auf ihre traditionellen Kernaktivitäten begrenzt wären, kämen sie mit einer Kernkapitalquote von 8% aus. Alle politische Parteien beklagen sich über eine Kreditklemme – wie schwierig es sei für kleinere Unternehmen und für Personen an Kredite zu kommen. Durch die Bankentrennung würden Geschäftsbanken keine hoch-riskante Geschäfte eingehen dürfen, also stünde der realen Wirtschaft viele mehr Geld für Investitionen aller Art zur Verfügung – gut für Arbeitsplätze und Wachstum. Die reale Wirtschaft würde aufblühen.

[7] Investmentbanken – abgeschnitten von den Spareinlagen und kostenloses Geld von Zentralbanken – könnten ihre wichtige Geschäfte nachgehen. Sie wären aber viel kleiner und viel weniger profitabel – die Boni würden von alleine schrumpfen. Wenn sie wie früher nur als Partnerschaften geführt wären, haften die Partner mit ihrem Privatvermögen. Wenn sie sich verzocken sollten, gehen sie eben pleite – 'too big to fail' wären sie nicht. Aktuelle Quellen / Befürworter

[8] zu den Befürwörtern der Bankentrennung, die sich im Frühjahr/Sommer 2012 dahingehend geäußert haben, gehören :

[9] Mervyn King, - Governor of the Bank of England http://www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/speeches/2009/s

[10] http://www.thisismoney.co.uk/money/markets/article-2206862/Ministers-caved-bank-lobbying-says-BoE-governor-Sir-Mervyn-King.html

[11] Prof. Dr. Max Otte http://www.youtube.com/watch?v=1Li1vVJqAk4&feature=youtu.be (Ab Min. 48,10)

[12] Sandy Weill - 1998-2006 Vorsitzender u. CEO von Citigroup, der persönlich an der Abschaffung von Glass-Steagall maßgeblich beteiligt war.

[13] http://www.cnbc.com/id/48315170

[14] http://www.forbes.com/sites/stevedenning/2012/07/25/rethinking-capitalism-sandy-weill-says-bring-back-glass-steagall/

[15] Paul Volcker – ehemaliger Vorsitzender der Federal Reserve Bank http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/9581381/Paul-Volcker-to-appear-before-banking-standards-inquiry.html

[16] http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/9561624/Paul-Volcker-ring-fencing-banks-is-not-enough.html Neil Barofsky – Inspector General TARP (U.S. Rettungsfonds) http://www.financialsense.com/contributors/ron-hera/neil-barofsky-too-big-to-fail-financial-crisis

[17] http://www.cnbc.com/id/48328948/Neil_Barofsky_Breaking_Up_Big_Banks_Necessary

[18] Nikolaus von Bomhard Chef des weltgrössten Rückversicherungskonzerns Munich Re. http://www.ftd.de/unternehmen/versicherungen/:nikolaus-von-bomhard-munich-re-chef-verlangt-zerschlagung-von-grossbanken/70064291.html Gegner der Bankentrennung sind Peer Steinbrück,Timothy Geithner, alle Banken, die deutsche Regierung. Peer Steinbrücks scharfe Worte über die Banken lenken nur davon ab, daß seine Idee die Deuteche Bank zu teilen, aber unter einem Holding bestehen zu lassen, ist völlig inakzeptabel.(s. die Begründung von Paul Volcker.) Im Notfall ist das gar keine Trennung, sondern nur eine optische Täuschung. Kein Wunder, daß am Tag nach Steinbrücks Statement, Herr Josef Ackermann Steinbrücks Vorstellung befürwortete.

[19] Eine exemplarische Darstellung, wie eine solche Bankentrennung durchgeführt werden könnte, findet sich im Wiki Durchführungsanregung Bankentrennung

PA244 - Echte Wahlfreiheit für Familien

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Astrid Geisler (@AstridGeisler), Andreas Pittrich (@rhotep), Lena Rohrbach (@arte_povera), Christophe Chan Hin (@incredibul), Sophie (@SofitaLunes)

Zusammenfassung

Dieser modulare Antrag formuliert Leitgedanken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, konkretisiert Forderungen zu Kinderbetreuung, Teilzeitarbeit, Elterngeld und plädiert für die Abschaffung des Ehegattensplittings

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Modul 1 Präambel

[3] Wahlfreiheit und umfassende soziale Teilhabe gehören zu den politischen Leitmotiven der Piratenpartei. Auf das Familien- und Berufsleben übertragen bedeutet das: Alle Menschen sollten wählen können, welche Balance aus Arbeits- und Familienzeit für sie zu welchem Zeitpunkt die richtige ist - egal, ob das Ergebnis den tradierten Rollenmodellen entspricht oder nicht. Dies ist bisher allerdings oft nur theoretisch möglich. Menschen, die für ihre Familie da sein und deshalb eine Weile beruflich aussetzen oder phasenweise ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, stehen oft vor kaum überwindbaren Hürden. Es fehlen hochwertige, bezahlbare Ganztagsangebote für die Kinderbetreuung. Auch flexible, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sind in Deutschland längst noch keine Selbstverständlichkeit.

[4] Menschen mit Kindern brauchen die Gewissheit, dass sich Arbeitswelt und Familienleben vereinbaren lassen. Sie müssen sicher sein, dass ihnen der Weg zurück in den Beruf offen steht.

[5] Die Piratenpartei steht für eine Familienpolitik, die allen Menschen eine selbstbestimmte Teilhabe am Berufs- und Familienleben ermöglicht. Echte Wahlfreiheit besteht erst, wenn längere berufliche Auszeiten oder Teilzeitarbeit gesellschaftliche Normalität sind – unabhängig vom Geschlecht. Die Piratenpartei setzt sich deshalb dafür ein, die einseitige Bevorzugung tradierter Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle zu überwinden. Stattdessen verdienen gerade auch jene Familien politische Unterstützung, die mit ihrem Vorbild dazu beitragen, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe zur Normalität werden.

[6] Modul 2 Kinderbetreuung und Arbeitszeitverkürzung

[7] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Menschen mit Kindern müssen sicher sein, dass sie ihre Arbeitszeit ebenso selbstverständlich reduzieren wie wieder aufstocken können.

[8] Um die freie Wahl eines Lebensentwurfs zu ermöglichen, sind ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Die Piratenpartei setzt sich für einen Rechtsanspruch auf eine bezahlbare, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt ein. Für Kinder ab drei Jahren sollten Kitaplätze kostenlos zur Verfügung stehen.

[9] Kürzere Arbeitszeiten erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft wesentlich und ermöglichen eine andere Work-Life-Balance. Dafür müssen hinreichend viele Arbeitsplätze eine Teilzeitarbeit oder eine "kurze Vollzeit" von 30 bis 35 Stunden pro Woche ermöglichen – auch in Branchen mit hohem Lohnniveau, in Führungspositionen und bei Ausbildungsplätzen. Der öffentliche Sektor und die Politik sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Verkürzte Arbeitszeit darf nicht mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten bestraft werden. Die Beschäftigten sollen bei der Ausgestaltung von Teilzeitarbeit und "kurzer Vollzeit" möglichst viele Mitspracherechte haben.

[10] Während viele Berufstätige gerne kürzer arbeiten würden, um mehr Zeit für ihre Familie zu haben, werden andere unfreiwillig auf Teilzeitstellen festgehalten. Die Piratenpartei setzt sich daher für den gesetzlichen Anspruch ein, von einer Teilzeitstelle wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Sie macht sich für einen Wandel der Arbeitswelt stark: Weg von einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit, hin zu kreativen Lösungen wie der zeitlichen und inhaltlichen Aufteilung von Arbeitsplätzen, flexiblen Vertretungslösungen und Arbeits- und Erreichbarkeitsregelungen, die keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz verlangen. Andere europäische Länder gehen bereits erfolgreich diesen Weg. Nicht zuletzt muss das innovative Potenzial der Digitalen Revolution auch für familienfreundlichere Arbeitsmodelle ausgeschöpft werden.

[11] Modul 3 Elterngeld

[12] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen und eine gleichberechtigte Aufgabenteilung bei der Kinderbetreuung zu fördern. Denn für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Nur etwa jeder vierte Vater nimmt bisher das Elterngeld überhaupt in Anspruch. In vielen Unternehmen ist der "aktive Vater" noch nicht angekommen. Männer haben es zum Teil schwer, eine längere berufliche Auszeit durchzusetzen. Die zwei "Partnermonate" im aktuellen Elterngeldgesetz haben daran nochnicht genug geändert. Bis zur Entscheidung über die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens setzt sich die Piratenpartei daher für eine Weiterentwicklung des Elterngelds ein.

[13] Hierzu wollen wir die Idee der "Partnermonate" von bisher acht Wochen auf vier Monate ausbauen und den Kreis der Bezugsberechtigten erweitern.

[14] Wir setzen uns dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll das Zusammenleben mit dem Kind in einer gemeinsamen Wohnung keine notwendige Bedingung mehr für den Elterngeldanspruch sein.

[15] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[16] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

[17] Modul 4 Ehegattensplitting

[18] Das Ehegattensplitting ist vollständig abzuschaffen.Es bevorzugt konservative Rollenmodelle und benachteiligt Familien mit vielen Kindern. Die Steuermehreinnahmen sollen auf andere Weise Einzelpersonen oder Lebensgemeinschaften zu gute kommen, die Kinder oder schwache Menschen versorgen. Sie könnten auch die eventuellen Mehrkosten einer flexibleren Elterngeldregelung auffangen.

Begründung

[19] Die nachfolgende Begründung bezieht sich allgemein auf sämtliche Module dieses Programmantrags.

[20] Alle Menschen mit Kindern sollten ihren Lebensentwurf frei wählen können - egal, ob dieser den tradierten Rollenmodellen entspricht oder nicht. Dies ist bisher allerdings meist nur theoretisch möglich. Viele Eltern unterliegen Zwängen und Einschränkungen in ihrer Entscheidung, wie sie ihr Familienleben parallel zum Beruf

gestalten wollen. In der Regel wird vor allem von Frauen erwartet, sich um die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu kümmern und dafür beruflich zurückzustecken. Nach der Auszeit ist es für viele von ihnen schwierig, an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Möchten stattdessen Männer diese Aufgaben übernehmen und zugunsten der Familie beruflich aussetzen, stoßen sie häufig auf wenig Verständnis für diese Entscheidung.

[21] Kinderbetreuung

[22] Fast überall in Deutschland fehlt es an qualitativ hochwertigen, zeitlich flexiblen und bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten. Die Kitas tun sich oft schwer, ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden, denn die Betreuungsschlüssel sind zu hoch. Erzieherinnen und Erzieher werden schlecht bezahlt, obwohl sie eine verantwortungsvolle Aufgabe mit hoher Arbeitsbelastung erfüllen. Wenn ein Ganztagsplatz in einer privaten Kita bis zu 1000 Euro im Monat kostet, ist das für die meisten Familien keine Option. Wo noch kein Anspruch auf einen kostenfreien Kitaplatz besteht, müssen die Gebühren deshalb zumindest sozial so gestaffelt sein, dass auch Geringverdiener sich eine Kinderbetreuung leisten können. Die Kitas müssen zudem einigermaßen gut erreichbar sein. Übermäßig lange Anfahrtswege sind weder den Eltern noch den Kindern zumutbar.

[23] In den allermeisten Fällen ist Kinderbetreuung in Deutschland nach wie vor die Sache der Mütter. Laut Statistischem Bundesamt haben nur 25,3 Prozent der Väter für ihre im Jahr 2010 geborenen Kinder das Elterngeld in Anspruch genommen. 76 Prozent der Väter nehmen nach wie vor nur die so genannten Partnermonate für maximal zwei Monate in Anspruch. Nur sechs Prozent der Väter nahm die Leistung für ein Jahr in Anspruch. Von den Familien, in denen beide Partner einen Elterngeldantrag stellten, haben 65 Prozent das Elterngeld für einen kurzen Zeitraum zeitgleich bezogen – und zwar für durchschnittlich zwei Monate.

[24] Diese Zahlen zeigen: Es ist in Deutschland längst noch nicht normal, dass sich auch Männer an der Kinderbetreuung beteiligen. Dies hat nicht unbedingt etwas mit fehlendem Willen zu tun, sondern vielfältige strukturelle Gründe. In vielen Unternehmen stehen Männer nach wie vor als Pioniere da, wenn sie nach der Geburt ihres Kindes mehr als die zwei "Partnermonate" aussetzen wollen. Dies gilt ganz besonders für Führungskräfte. Aber auch gesellschaftlich fehlt es an Akzeptanz für Fulltime-Väter.

[25] Die aktuelle Elterngeldregelung benachteiligt Menschen mit geringen oder keinem Erwerbseinkommen - und begünstigt damit auch, dass Mütter (spätestens beim zweiten Kind) die Elternzeit hauptsächlich alleine bestreiten. Denn ökonomisch rational ist: zu Hause bleibt, wer weniger verdient. Nicht zufällig haben gerade Frauen Schwierigkeiten, nach der Elternzeit ins Berufsleben zurückzukehren.

[26] Elterngeld

[27] Wer echte Wahlfreiheit erreichen will, muss Hindernisse abbauen, auf die Eltern jeden Geschlechts bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stoßen. Darüberhinaus sind aber gerade beim Elterngeld auch staatliche Anreize sinnvoll, um eine Einbindung von Männern in die Familienarbeit zu fördern und sukzessive zu normalisieren.

[28] Die Statistik belegt den Einfluss der "Partnermonate"-Regelung beim Elterngeld: Bevor 2007 das Elterngeld eingeführt wurde, waren weniger als 5 Prozent der Antragsteller männlich, seit der Einführung des Elterngelds im Jahr 2007 stieg ihr Anteil von zunächst 7,5 Prozent auf aktuell rund 25 Prozent an. Gleichzeitig belegen Umfragen, dass sich eigentlich noch deutlich mehr Väter gerne mehr Zeit für ihre Kinder nehmen würden. Ein Ausbau der aktuell geltenden "Partnermonate"-Regelung würde eine solche stärkere Einbindung der Väter in die Familienarbeit unterstützen.

[29] Zudem sind die aktuellen Elterngeldregeln zu unflexibel und werden der Vielfalt der Lebensformen von Eltern und Kindern kaum gerecht. Daher sollte der Elterngeldanspruch nicht länger an eine gemeinsame Wohnung mit dem Kind gekoppelt sein. In anderen Ländern wie zum Beispiel in Island ist dies bereits der Fall, dort ist das Sorgerecht das entscheidende Kriterium, unabhängig von einer gemeinsamen Wohnung.

[30] Wer während der Elternzeit den Kontakt zum Berufsleben hält, steigt nach der Auszeit leichter wieder ein. Nach der aktuellen gesetzlichen Regelung wird jedoch jeder Zuverdienst auf das Elterngeld angerechnet, selbst ein 400-Euro-Job. Es gibt auch für Selbständige keine Freibeträge. Das bedeutet: Von einem Zuverdienst bleibt kaum etwas übrig. Wenn von diesem Geld auch noch eine Kinderbetreuung finanziert werden muss, lohnt sich der Zuverdienst oft überhaupt nicht mehr.

[31] Ehegattensplitting

[32] Das Ehegattensplitting bevorzugt auf nicht mehr zeitgemäße Weise die Ehe gegenüber anderen Lebensgemeinschaften. Es begüngstigt Ehepaare, auch wenn sie keine Kinder haben, und subventioniert das Ein-Verdiener-Familienmodell mit dem Vater als Alleinverdiener in dem der Vater der Alleinverdiener ist. Ist die Mutter anstelle des Vaters die Hauptverdienerin, so entgehen der Familie in der Zeit, in der die Mutter beim neugeborenen Kind bleibt und nicht arbeitet, unter Umständen erhebliche Steuerersparnisse. Diese können durch das Kindergeld kaum kompensiert werden. Ein-Verdiener-Familien mit Vätern als Hauptverdiener profitieren hingegen in vollem Umfang von der Steuerersparnis. Zwei ansonsten gleiche junge Familien, in der einmal die Mutter und einmal der Vater der Hauptverdiener ist, sind also durch das Steuerrecht sehr unterschiedlich gestellt. Hinzu kommt, dass das Ehegattensplitting die Arbeitsanreize für Frauen, die Zweitverdienerinnen sind, erheblich senkt. Das Ehegattensplitting schafft also Anreize, Familien in die klassische Rollenverteilung zu drängen, während Eltern, die sich Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen, im Vergleich dazu benachteiligt sind.

[33] Links zu Hintergrundinformationen

- Aktuelles Elterngeldgesetz:

[34] http://www.gesetze-im-internet.de/beeg/index.html

- Statistisches Bundesamt über Elterngeldbezug

[35] https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/Elterngeld/pm_elterngeld_PDF.pdf;jsessionid=72

- Vergleichsstudie zu Elterngeldmodellen in Deutschland und Island, die auch auf Voraussetzungen wie Sorgerecht, gemeinsame Wohnung usw. eingeht:

[36] http://www.buerobass.ch/pdf/2010/EKFF_2010_Elternzeit_technischer_Schlussbericht.pdf

- Zuverdienst zum Elterngeld:

[37] http://www.eltern.de/beruf-und-geld/job/nebenjob.html

- Rechenbeispiele zum Ehegattensplitting:

[38] http://de.wikipedia.org/wiki/Ehegattensplitting#Beispiel

- Erfahrungsbericht über die absurden Facetten des Ehegattensplittings:

[39] http://www.zeit.de/2012/06/Staat-gegen-Liebe

- ** Forschungsreihe Band 6: Männer in Bewegung

[40] http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=121150.html

PA245 - Verkehrspolitik

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Maha (Martin Haase), Michael Hartung

Zusammenfassung

Der Antrag besteht aus einer Präambel (Modul 0) und den Modulen:

- Modul 1: Umlagefinanzierter öffentlicher Personenverkehr und „Sharing"
- Modul 2: Shared Space, Vorrang für Schwächere
- Modul 3: Intelligente Verkehrsbeeinflussung durch Wechselverkehrszeichen und Telemetrie

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen unter der Rubrik „Verkehrspolitik" an das Wahlprogramm anfügen (ohne die Modulangaben in eckigen Klammern):

[2] **Präambel Modul 0, Rahmenmodul**

[3] Die Piratenpartei steht für eine nachhaltige Verkehrspolitik, die innovative Ansätze fördert und zu einer Entlastung der Straßen führen soll. Dabei kommt besonders der Förderung einer vernetzten Logistik unter Berücksichtigung aller Transportmöglichkeiten eine wichtige Rolle zu.

[4] **= Personenverkehr**
= Die Vorschläge der Piratenpartei für den Personenverkehr lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Vorrang für den öffentlichen Personenverkehr,
- Vorrang für Verkehrskonzepte, die auf „Sharing" beruhen,
- Vorrang für Schwächere.

[5] **= Aufklärung statt Strafe im Straßenverkehr**
= Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, im Straßenverkehr statt auf die Bestrafung falschen Verhaltens auf Aufklärung und Information zu setzen, damit den Verkehrsteilnehmern richtige Verhaltensweisen nahegebracht werden. Mögliche Informationsträger sind Plakate, TV- und Radiowerbung, Hinweise auf Webseiten, in Lokalen und Restaurants, Schilder und Werbemedien an Straßen und Plätzen und vieles mehr. Vor allem sollen damit stark verkehrsgefährdende Verhaltensweisen bekämpft werden wie zum Beispiel: Missachten von Rotlicht durch PKW und Fahrradfahrer, Fahren ohne Licht, Einfahren auf schon blockierte Kreuzungen, Parken/Halten auf Radspuren, Radfahren auf Gehwegen, Missachten des Rechtsfahrgebots vor allem auf Autobahnen usw.

[6] **Modul 1 Umlagefinanzierter öffentlicher Personenverkehr und „Sharing"**

[7] Die Piratenpartei ist davon überzeugt, dass ein umlagefinanzierter und somit fahrscheinfreier öffentlicher Personenverkehr nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für die Wirtschaft langfristig einen Gewinn darstellt. Diese Maßnahme ermöglicht mehrere Ziele zugleich zu erreichen: Die Städte als zusammenhängender Lebensraum werden aufgewertet, da in Ballungsräumen eine stärkere Nachfrage zu einem attraktiveren Angebot führen wird. Ebenfalls steigert der umlagefinanzierte öffentliche Personenverkehr die Anziehungskraft der

Städte auf auswärtige Besucher. Davon profitieren Staat und Wirtschaft gleichermaßen. In ländlichen Gebieten wird eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs dazu führen, dass vormals schwach frequentierte Strecken wieder sinnvoll bedient werden können. Auch die einkommensschwachen Verkehrsteilnehmer werden durch diese Maßnahme finanziell deutlich entlastet. Außerdem entfallen Kosten für Fahrkartenverkauf und -kontrolle. Freiwerdende Mitarbeiter der Fahrkartenkontrolle werden überwiegend zur Verbesserung des Services eingesetzt. Wie das Vorbild der belgischen Stadt Hasselt zeigt, sind solche Projekte in der Praxis realisierbar.

[8] = Pilotprojekte
= Die Piratenpartei fordert eine Analyse der Machbarkeit von umlagefinanzierten Personenverkehrskonzepten. Wir setzen uns dafür ein, zunächst ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen, die wissenschaftlich begleitet werden sollen. Gut geeignet sind hierzu kleinere oder mittelgroße Städte, deren ÖPNV-Systeme aufgrund ihrer Insellage nicht mit anderen Großstädten vernetzt sind. Im Erfolgsfall soll der Modellversuch schrittweise bundesweit ausgedehnt werden. Der umlagefinanzierte öffentliche Personenverkehr mit hohen qualitativen und quantitativen Standards wird auf Dauer die Mobilität eines jeden Bürgers erhöhen und in Zukunft einen hohen Stellenwert in der Schaffung eines umweltfreundlichen sowie ressourcenschonenden Verkehrsangebotes einnehmen.

[9] = Sharing
= Neben der Förderung des öffentlichen Personenverkehrs werden auch private Mitfahrangebote zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs gefördert. Dazu sollen Bus- und Taxispuren ausgebaut und auch für PKWs mit mindestens drei Insassen geöffnet werden und weitere solche Car-Pool-Spuren eingerichtet werden.

[10] Modul2 Shared Space, Vorrang für Schwächere

[11] Dort wo es möglich ist (also außerhalb von Magistralen), sollen Verkehrszeichen im Sinne von Shared Space abgebaut werden. Auch die rechts-vor-links-Vorfahrtsregelung wird abgeschafft; an kleinen Kreuzungen gleichberechtigter Straßen müssen gleichzeitig ankommende Verkehrsteilnehmer in gegenseitiger Rücksichtnahme die Vorfahrt aushandeln. Da immer mehr Verkehrsteilnehmer mit Navigationsgeräten unterwegs sind, können auch Richtungsschilder auf grobe Richtungshinweise (auch Himmelsrichtungen) reduziert werden, die geeignet sind, besonders solchen Verkehrsteilnehmern zu helfen, die ohne Navigationsgerät unterwegs sind. Ampelanlagen sollen durch Kreisverkehre ersetzt werden oder dort, wo es möglich ist, ersatzlos entfallen. Vorhandene Ampelanlagen müssen so ausgelegt werden, dass Fußgänger nicht auf der Straßenmitte warten müssen und Radfahrer eine „grüne Welle“ bekommen („demokratische Ampelschaltung“). Zu Zeiten, zu denen ihr Betrieb nicht sinnvoll ist, sind sie auszuschalten.

[12] = Vorrang für Schwächere
= Der Autoverkehr wird nicht länger einseitig bevorzugt. Die Benutzung von Verkehrsbereichen für schwächere Verkehrteilnehmer durch stärkere Verkehrsteilnehmer muss effektiv unterbunden werden (Parken von Autos auf Rad- und Gehwegen bzw. deren Benutzung durch Autos, Benutzung von Gehwegen durch erwachsene Radfahrer usw.). In Städten sind zusammenhängende Netze von Radspuren flächendeckend auszubauen, sie sollen die Radfahrer nicht vor den Autofahrern verstecken und sich gut sichtbar auf der Straße befinden. Die Benutzung von Fahrradspuren und Fahrradwegen ist freiwillig. Auch Fußgängerzonen, Spiel- und Fahrradstraßen sollen verstärkt angelegt werden. Außerhalb von Ortschaften sollen Rad- und Fußwege möglichst ungestört vom Autoverkehr angelegt werden. Brücken, die bisher dem Auto- oder Schienenverkehr vorbehalten sind, sollen immer auch durch einen gesonderten Fuß- und Radweg überquerbar sein. Die Benutzung von Verkehrswegen jeder Art muss barrierefrei möglich sein. Dazu gehört auch, dass Zufahrten auf Brücken für Fahrräder und Rollstühle befahrbar gestaltet (und z.T. überhaupt mal geschaffen) werden. Umwege sind insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmer zu vermeiden.

[13] Modul 3 Intelligente Verkehrsbeeinflussung durch Wechselverkehrszeichen und Telemetrie flächendeckend einführen

[14] Zunächst auf allen Autobahnen, später dann auch auf allen Bundesstraßen werden Verkehrsbeeinflussungsanlagen bzw. Wechselverkehrszeichen eingeführt, die je nach Verkehrslage, Sicht- und Straßenverhältnissen sowie Wetterlage variable Geschwindigkeitsbegrenzungen, Überholverbote, Spurführungen usw. anzeigen. Die Steuerung der Wechselverkehrszeichen erfolgt computergestützt und soll auch die Wünsche der Verkehrsteilnehmer

über Kollaborationsschnittstellen einbeziehen. Wenn die Wechselverkehrszeichen ausfallen, gilt eine statische Geschwindigkeitsbegrenzung von 110 km/h, sofern nicht anders durch Verkehrsschilder ausgewiesen. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung kann durch Wechselverkehrszeichen jedoch bei günstigen Verhältnissen in der Regel erhöht oder sogar ganz aufgehoben werden. Wo eine intelligente Verkehrsbeeinflussung nicht möglich oder nötig ist oder wenn sie ausfällt, soll verstärkt auf die Eigenverantwortung der Verkehrsteilnehmer gesetzt werden und statische Regelungen („Schilderwald“) soweit möglich reduziert werden. Das muss natürlich einhergehen, mit einer stärkeren Ahndung unverantwortlichen Verhaltens.

[15] = Finanzierung
= Da insbesondere der Verkehr auf der Straße von der intelligenten Verkehrsbeeinflussung profitiert, müssen die Kosten für die flächendeckende Einführung auch von diesen Verkehrsteilnehmern bezahlt werden.

[16] = Telemetrie und Rückkanal
= Im Rahmen der hier geforderten Infrastruktur-Maßnahmen soll ein Telemetrie-System aufgebaut werden, über das Fahrzeuge verkehrsrelevante Daten an das Verkehrsleitsystem übermitteln können bzw. über das das Verkehrsleitsystem Daten an die Fahrzeuge übermitteln kann. Die Übermittelung von Daten aus dem eigenen Fahrzeug soll datensparsam erfolgen und ist auf jeden Fall freiwillig. Bei der technischen Spezifikation des Telemetrie-Systems ist darauf zu achten, dass: bereits vohandene Standards und Technologien aus dem Automotiv-Bereich berücksichtigt werden, der Datenschutz sichergestellt wird, sämtliche Dokumente und Standards dieses Systems frei und kostenlos verfügbar sind, das System keinerlei patentrechtlich geschützten Technologien und Verfahren für eine Implementation impliziert.

[17] = Transparente Verkehrsbeeinflussung
= Auf einer Plattform im Internet wird öffentlich gemacht, welche Einstellungen im Verkehrsleitsystem vorgenommen wurden und warum. Die Plattform soll auch dazu dienen, aktuelle und geplante Baustellen bekannt zu machen und öffentlich zu koordinieren. Über eine entsprechende Schnittstelle sind die Informationen auch für den Rückkanal an das Auto bzw. das Navigationssystem nutzbar.

Begründung

[18] Begründung Präambel Modul 0, Rahmenmodul
Dieser Antrag leitet die weiteren verkehrspolitischen Anträge ein und soll die Prinzipien der Anträge kurz einführen. Zum Abschnitt „Aufklärung statt Strafe“: Richtiges solidarisches Verhalten kann nicht herbeigestraft werden, wohl aber durch Aufklärung gefördert werden. Beispielsweise würden an Ampelanlagen viel weniger PKW bei Gelb noch beschleunigen, wenn Schilder auf dieses sehr gefährliche Verhalten hinweisen.

[19] Begründung „Umlagefinanzierter öffentlicher Personenverkehr und Sharing“ Modul 1
Die Bezeichnung umlagefinanziert ist genauer als fahrscheinlos. Gemeint ist eine Finanzierung vor allem durch (kommunale) Abgaben (inkl. City Tax), bei überregionalen Angeboten auch eine Finanzierung durch Steuern.

[20] Der umlagefinanzierte ÖPNV ist auch eine Maßnahme im Sinne des in LQFB verabschiedeten Positionspapiers zu PeakOil von JohannesX.

[21] Begründung „Shared Space, Vorrang für Schwächere“ Modul 2
siehe Wikipedia: Shared Space

[22] tl;dr

- erhöhte Verkehrssicherheit
- weniger Schilderwald
- Einsparungen

[23] Begründung „Intelligente Verkehrsbeeinflussung durch Wechselverkehrszeichen und Telemetrie flächendeckend einführen“ Modul 3
Die Vorteile einer variablen Verkehrsbeeinflussung liegen auf der Hand (Quellen s.u.). Die mythische „freie Fahrt“ auf deutschen Autobahnen kann auf diese Weise ermöglicht werden, aber eben nur da, wo das auch ohne zu große Risiken möglich ist. Da insbesondere die Straßenverkehrsteilnehmer profitieren (kürzere Fahrzeiten,

geringerer Benzinverbrauch, weniger Staus und Stress, mehr Spaß), sind für sie die Mehraufwendungen für Maut und Steuern wahrscheinlich vergleichsweise unerheblich. Womöglich werden sie alleine finanziell mehr profitieren, als sie zahlen müssen. Der gesellschaftliche Nutzen ist enorm (Umweltschutz, weniger Unfälle und Verkehrstote, niedrigere Transportpreise, weniger stressbedingte Erkrankungen).

[24] Die Ergänzung zur Transparenz steht im Einklang mit dem Open-Data-Prinzip, das von den Piraten vertreten wird.

PA246 - Bundeseinheitlicher Stichtag Einschulung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 für den AK Bildung NRW

Zusammenfassung

Einschulung in die Grundschule zum gleichen Stichtag

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich für gleiche Bildungschancen aller Kinder ein. Im Rahmen des Verantwortungswechsel im Bereich der Bildung ist es erforderlich, dass Einschulungsalter bundeseinheitlich auf einen Stichtag zu setzen. Die Piratenpartei will ein Alter von 6 Jahren bei der Einschulung einführen, Stichtag ist hier der 30.06.

Begründung

[2] Der Übergang in die Schule ist einer der markanten Einschnitte für Kinder und Eltern. Lange Zeit war das Einschulungsalter bundeseinheitlich geregelt. Erst in den 70ern wurde dies geändert. In jüngster Zeit wurde in einigen Ländern das Einschulungsalter verringert. Dies hatte zur Folge, dass Kinder häufiger zurückgestellt wurden und letztendlich 85 % der Kinder im Alter von 6 Jahren eingeschult wurden. Insgesamt führt dies zu einer Verunsicherung bei den Eltern. Zur Zeit liegen die Stichtage zwischen dem 30.06. und dem 31.12.. Kinder in der Grundschule können bei der Einschulung in Niedersachsen somit 6 Jahre und 11 Monate alt sein (frühe Frist) oder aber in Berlin 5 Jahre und 7 Monate (späte Frist). Nicht selten geht die frühe Einschulung später mit der Wiederholung einer Klasse einher, da jüngere Kinder oftmals hinter den erwarteten Leistungen zurückbleiben. Erwartungen, die sich natürlich an den Leistungen der älteren Kinder orientieren, mit denen aber gerade die Jüngsten in der Klasse nicht mithalten können

[3] Quelle: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung – Bildungsbericht Barbara Berthold, Einschulungsregelung und flexible Eingangsstufe, 2008 Die Feststellung der Schulfähigkeit wird zeitnah zum Anmeldungstermin zur Grundschule von Erziehern und Lehrern der kooperierenden Kitas/Vorschulen und Grundschulen und den Eltern vorgenommen. Horstschräer, Julia & Muehler, Grit (2010). „School Entrance Recommendation: A Question of Age or Development? „

PA247 - Wirtschaftspolitische Grundsätze

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

KV Leipzig vertreten durch Frank & Frei, Nicolas Schulmann, Matthias Jung, Maxi Kraft und Frank Eheleben

Zusammenfassung

Marktwirtschaftliche Orientierung, aber sozial, partizipativ, transparent und nachhaltig

Antragstext

[1] Der BPT möge beschließen, dass folgender Text an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm aufgenommen wird oder hilfsweise als Positionspapier beschlossen wird:

[2] Wir Piraten treten für eine marktwirtschaftliche Orientierung ein. Sie muss jedoch sozial, partizipativ, transparent und nachhaltig sein.

[3] Sozial ist sie nur, wenn sie Armut, Ausbeutung und unfreiwillige Arbeitslosigkeit verhindert und bei Marktversagen eingreift.

[4] Partizipation ermöglicht jedem eine Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben sowie die Freiräume für persönliche Entwicklung und Entfaltung.

[5] Transparent bedeutet, dass wesentliche Informationen zugänglich sind und staatliche Regulierungen möglichst einfach und verständlich sind.

[6] Nachhaltig gilt sowohl im ökologischen, als auch im ökonomischen Sinne.

[7] Marktwirtschaftlich bedeutet Freiheit, eine dezentrale, von fairem Wettbewerb geprägte Wirtschaft sowie privates Unternehmertum, freie Preisbildung und Privateigentum, dessen Gebrauch zugleich dem Allgemeinwohl dienen soll.

[8] Diese Grundordnung ermöglicht alternative Wirtschaftskonzepte, wie z.B. demokratisch geführte, kooperative oder gemeinnützige Unternehmen und Initiativen.

[9] Wir Piraten vertreten ein humanistisches Menschenbild und sind uns deshalb bewusst, dass wirtschaftliches Handeln zumeist dem eigenen Interesse dient. Daher ist die wirtschaftliche Grundordnung so zu gestalten, dass auch eigennütziges Wirtschaften gleichzeitig das Gemeinwohl fördert.

[10] Nur so können Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle erreicht werden.

[11] In der "real existierenden sozialen Marktwirtschaft" sehen wir diese Grundsätze nicht ausreichend erfüllt. Daher gilt es, den Begriff der sozialen Marktwirtschaft in diesem Sinne zu erweitern.

Begründung

[12] Bislang gibt es keine Stellungnahme der Piraten auf Bundesebene für diese Selbstverständlichkeiten, die eigentlich nicht begründet werden müssen. Dieser Antrag soll nicht konkurrierend, sondern ergänzend zu anderen Anträgen bzgl. wirtschaftspolitischer Grundsätze sein.

PA248 - Trennung von Staat und Religion

Wahlprogramm - Staat und Religion

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast und Norbert Hense

Zusammenfassung

In vielen staatlichen Bereichen ist eine Säkularisierung notwendig.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Trennung von Staat und Kirche", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

Trennung von Staat und Kirche

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine moderne, pluralistische und freie Gesellschaft ein. In einer solchen Gesellschaft muss sich der Staat weltanschaulich neutral verhalten. Dabei verstehen wir unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit der Wahl des persönlichen Glaubens und das Recht auf freie Ausübung der eigenen Religion, sondern auch die Freiheit vor religiöser Bevormundung und das Recht, frei von einem Glauben zu leben. Im Interesse der pluralistischen Gesellschaft ist Aufgabe des Staates, diese Religionsfreiheit zu garantieren.

Gesetze und öffentlicher Raum müssen neutral bleiben

[3] Im Grundgesetz der Bundesrepublik, in den Landesverfassungen sowie sämtlichen weiteren Gesetzen und Verordnungen haben alle Gottesbezüge zu unterbleiben. Zur Wahrung der weltanschaulichen Neutralität sind religiöse Symbole aus staatlichen Gebäuden zu entfernen. Auch sind staatliche Gebäude und Einrichtungen bei Neuerrichtung nicht "einzusegnen". Die grundsätzliche Eidesformel ist neutral zu fassen. Der Eidablegende kann dem Eid eine persönlich gewählte religöse Bekräftigung anhängen.

Neutrales öffentliches Bildungswesen

[4] Der Religionsunterricht nach Art. 7 GG ist Bekenntnisunterricht. Wir wollen stattdessen, dass alle Schülerinnen und Schüler zum Kennenlernen der verschiedenen Kulturen und Religionen sowie zur Einübung der Toleranz unabhängig von ihrer Herkunft und Religionszugehörigkeit einen Unterricht als Pflichtfach über die ethischen Grundlagen des Zusammenlebens, über die Inhalte der großen Religionen und über die weltanschaulichen Grundlagen unserer Kultur, über Menschenwürde und Menschenrechte erhalten. Bis zu einer entsprechenden Änderung der Verfassungen und Gesetze muss parallel zum konfessionellen Religions- und weltanschaulichen Unterricht auf allen Schulstufen ein gleichwertiger, neutraler Religionskunde- und Ethikunterricht im Sinne eines Wahlpflichtfaches eingerichtet werden. Religiöse Erziehungsziele für staatliche Bildungseinrichtungen und Schulen sind in den Landesgesetzen zu streichen. Schulgebete, Schulgottesdienste und dergleichen in staatlichen Schulen haben während des regulären Unterrichtes zu unterbleiben.

Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen

[5] Der Grundgesetzauftrag, die auf auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften abzulösen (Art 140 GG i.V.m. Art. 138 Weimarer Reichsverfassung), ist bisher nicht erfüllt. Zur Umsetzung ist ein entsprechendes Gesetz über die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirche ist zu schaffen. Die direkte und indirekte Finanzierung einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa die Bezahlung der Klerikergehälter und der Theologieausbildung, ist zu beenden. Darunter fallen auch versteckte Leistungen wie z.B. der Kommunen für kirchliche Baulasten, kirchliches Personal oder Dienst- und Materialleistungen an kirchliche Einrichtungen. Die bisher notwendige staatliche Erfassung der Religionszugehörigkeit wird dadurch nicht mehr notwendig und ist daher aus Gründen der Datensparsamkeit zu beenden. Für die staatliche Bezuschussung von gemeinnützigen Projekten oder Organisationen der einzelnen Glaubensgemeinschaften müssen die gleichen Grundlagen gelten wie für andere Träger. Alle über allgemeine Gemeinnützigkeitsbestimmungen hinausgehenden Steuerprivilegien von Glaubensgemeinschaften sind abzuschaffen.

Gleichbehandlung der Kirchen mit anderen Organisationen

[6] Der Sonderstatus einzelner Glaubensgemeinschaften als Körperschaft öffentlichen Rechts ist zu beenden, die Glaubensgemeinschaften sind nach dem allgemeinen Vereinsrecht zu behandeln. Bis diese Umstrukturierung vollzogen ist, soll die Austrittserklärung gebührenfrei und formlos als einseitige Willenserklärung gegenüber dem Standesamt, dem Amtsgericht oder der Religionsgemeinschaft möglich sein. Da keine Staatskirche existiert, sind Religionsgemeinschaften in staatlichen wie auch internationalen Gremien konsequent als NGO einzustufen.

Staatliche Forschung und Lehre ohne religiösen Einfluss

[7] Wissenschaft und Forschung müssen ergebnisoffen und frei von religiösen und weltanschaulichen (also auch politischen) Prägungen sein. Die theologischen Fakultäten an staatlichen Hochschulen sind durch religionswissenschaftliche Institute zu ersetzen. Alle kirchlichen Vorbehaltsrechte z.B. bei der Besetzung bestimmter Lehrstühle entfallen. Konkordatslehrstühle sind in ordentliche Lehrstühle umzuwandeln.

Gleiches Arbeits- und Mitbestimmungsrecht

[8] Über die für alle Tendenzbetriebe geltenden Besonderheiten hinaus dürfen die Rechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht beschnitten werden. Die Sonderregelungen für religiöse oder weltanschauliche Einrichtungen nach § 118 Abs. 2 Betriebsverfassungsgesetz und § 9 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz sind zu beenden. Den Beschäftigten der Kirchen und ihrer Organisationen, vor allem Diakonie und Caritas, sind Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit und Tariffreiheit zuzubilligen. Die Religionszugehörigkeit oder das religiöse Verhalten dürfen jenseits eines engen, in herausragender Weise religiös oder weltanschaulich geprägten Kernbereiches von Beschäftigungsverhältnissen kein Einstellungs- oder Entlassungsgrund sein.

Keine öffentliche Militärseelsorge

[9] Die staatliche Organisierung und Finanzierung der Militärseelsorge ist zu beenden. Der bisher von den Militärpfarrern gegebene, aber für alle Wehrdienstleistenden verbindliche „Lebenskundliche Unterricht" ist in einen neutralen, von einem dafür geeigneten pädagogischen Lehrkraft erteilten Ethikunterricht umzugestalten. Öffentlich finanzierte Soldatenwallfahrten und ähnliche Unternehmungen sind nicht statthaft. Geistliche und Theologiestudenten sind – solange die Wehrpflicht besteht – allen übrigen Wehrpflichtigen gleichzustellen und zum Militär- oder Zivildienst heranzuziehen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist kein Kirchenfunk

[10] Die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sind so umzugestalten, dass dort keine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft übermäßigen Einfluss erhält. Solange dort Vertreter/innen der Religionsgemeinschaften sitzen, müssen auch Vertretungen der nicht-religiösen Weltanschauungsgemeinschaften berufen werden. Die Gewährung von Sendezeiten für sogenannte Verkündigungssendungen ist zu beenden. Die Finanzierung von durch kirchliche Medienkonzerne erstelltem Sendematerial ist zu beenden. Öffentlich-rechtliche Kirchenredaktionen wirken in der Regel als verlängerter Arm der kirchlichen Medienarbeit. Die Kirchenredaktionen sind daher aufzulösen und durch Redaktionen zu ersetzen, die sich des gesellschaftlich-kulturellen Themenbereichs von Religionen und Weltanschauungen in journalistisch geeigneter Art und Weise, in ausgewogenem Anteil und mit der gebührenden kritischen Distanz annehmen.

Abschaffung stiller Feiertage

[11] Wir streben die Abschaffung stiller Feiertage an, da an diesen Tagen Menschen durch religiöse Bevormundung in ihrer freien Entfaltung behindert werden. Die Landesfeiertagsgesetze sollen dahingehend geändert werden.

Abschaffung religiöser Feiertage

[12] Wir möchten die religiösen Feiertage als gesetzliche Feiertage streichen. Den Arbeitnehmern soll als Ausgleich ein höherer gesetzlicher Mindesturlaub zugestanden werden. Dies ermöglicht es Anhängern anderer als der christlichen Religionsgemeinschaften den Feiertagen ihres jeweiligen Glaubens nachzugehen.

Begründung

[13] Konkretere Forderungen als Ergänzung zum Grundsatzprogramm

PA249 - Antrag für Rechte von Fußballfans

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian Nissen

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien im Umgang von Behörden, DFB und Vereinen mit Fußballfans, sowie einen Dialog auf Augenhöhe zwischen diesen Gruppen ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl aufzunehmen. Es wird beantragt den Antrag modular abzustimmen. Hinweise auf Fußnoten u.Ä. sind kein eigentlicher Teil des Antrags und können durch redaktionellen Bearbeitung entfernt werden.

Piraten für Fanrechte (Modul 1 - Einleitung)

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Wahrung der Rechte von Fans und für einen sachlichen Dialog auf Augenhöhe zwischen allen Interessensgruppen beim Fußball und anderen Sportarten ein.

Datei "Gewalttäter Sport" (Modul 2)

[3] Die Datei "Gewalttäter Sport" ist eine von der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze geführte Datei, in Informationen zu Personen gesammelt werden, deren Personalien im Rahmen von Sportveranstaltungen, meistens beim Fußball, erfasst wurden.

[4] Eine Eintragung kann sowohl außerhalb des Stadions, während der An- und Abreise, als auch auf dem Stadiongelände geschehen. Die Gründe für einen Eintrag sind vielfältig. Häufig reicht es aus, bei einer Kontrolle in der Nähe der falschen Personen gestanden zu haben. (eine Auflistung der Gründe findet sich in (1)) Dabei ist es unerheblich, was dem Betroffenen vorgeworfen wird, oder ob auf diesen Vorwurf ein Ermittlungsverfahren / eine Verurteilung folgt. Die Unschuldsvermutung, wie sonst im Rechtsstaat üblich, gilt hier nicht. Über Eintragungen werden die Betroffenen nicht informiert, die Konsequenzen sind jedoch weitgehend. So werden die Daten nach einer Eintragung von der ZIS an den DFB weitergereicht, der häufig direkt ein Stadionverbot gegen den betroffenen Fan ausspricht. Außerdem kommt es im Vorfeld von Länderspielen zu Hausbesuchen der Polizei, unter Umständen werden hier auch zu Reisebeschränkungen oder Meldeauflagen verhängt.

[5] Die Piratenpartei ist der Ansicht, dass dieses Vorgehen erheblich gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt und fordert, dass

- Eintragungen in die Datei "Gewalttäter Sport" erst nach einer rechtskräftigen Verurteilung des Betroffenen erfolgen dürfen

- alle bisherigen Eintragungen, bei denen kein solches Urteil vorliegt unverzüglich gelöscht werden
- die Betroffenen schriftlich, unter Angabe aller gespeicherten Daten, über eine Eintragung informiert werden
- die in der Datei gespeicherten Daten dürfen nicht mehr ohne Weiteres an nicht staatliche Stellen (z.B. DFB) weitergegeben werden

Stadionverbote (Modul 3)

[6] Bei der Handhabung von Stadionverboten sehen wir ebenfalls erheblichen Änderungsbedarf. Derzeit werden, insbesondere von dem DFB, Stadionverbote häufig auf Verdacht ausgesprochen, ohne dass die Betroffenen eine Chance bekommen sich zu der Sache zu äußern. Gerade Fälle in denen Fußballfans Zivilcourage gegen Rechtsextreme zeigen und dafür mehrjährige bundesweite Stadionverbote erhalten, geben zu denken.(2)(3) Diese hat nicht selten große persönliche Folgen, gerade für jene Betroffene, die im Stadion einen ihrer Lebensmittelpunkte haben.

[7] Wir fordern daher, dass die bisherige Praxis bei der Vergabe von Stadionverboten dahin gehend angepasst wird, dass Betroffene die Möglichkeit erhalten sich zu der Sache zu äußern (Anhörungsrecht) und die Möglichkeit erhalten anstatt eines Stadionverbots z.B. soziale Arbeit zu leisten, wenn es sich um ein Minderschweres vergehen handelt. Um eine faire Behandlung der Fans sicher zu stellen, fordern wir ebenso, dass zukünftig nur noch der Heim-Verein des Fans über das Verhängen einer Strafe entscheidet. Diese verfügen in der Regel über einen besseren Einblick in ihre Fanszene als auswärtige Vereine / der DFB und können eher abschätzen, ob es sich bei einem Vergehen um einen einmaligen Vorfall handelt, oder Wiederholungsgefahr besteht.

Pyrotechnik (Modul 4)

[8] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Einsatz von Pyrotechnik in Stadien zu legalisieren.

[9] Pyrotechnik ist für viele Fans ein wichtiger Bestandteil der Fankultur und eine der wichtigsten Möglichkeiten ihren Emotionen Ausdruck zu verleihen. Die bisherigen Versuche den Einsatz von Pyrotechnik zu unterbinden sind gescheitert und haben nur zu einer immer stärker werdenden Überwachung und Gängelung der Fans geführt. Derzeit wird Pyrotechnik heimlich ins Stadion geschafft und dort verdeckt, im Schutz der Masse, gezündet. Hierdurch entsteht ein nicht geringes Verletzungsrisiko, welches bei einem kontrollierten / legalem Einsatz nicht vorhanden wäre. Dort wo Pyrotechnik bereits heute legal eingesetzt werden kann, ist auch für die Sicherheit der Fans gesorgt.(4)

[10] Wir fordern daher, dass der DFB den 2011 begonnenen Dialog zur Legalisierung von Pyrotechnik wieder aufnimmt (weitere Infos unter (5)) und die Politik parallel die rechtlichen Voraussetzungen dafür schafft, dies zu ermöglichen.

Begründung

[11] Dieser Antrag greift unter anderem die Ergebnisse des Tag der politischen Arbeit in Köln und der ersten beiden Fanhearings der Piratenfraktion im Landtag NRW auf.

Anmerkung zur Pyrotechnik

[12] Im LQFB wurde auf die Gefahren von Pyrotechnik hingewiesen und das eine pauschale Forderung nach Legalisierung eher fragwürdig sei.

[13] Daraufhin wurde der Text leicht angepasst, um klar zu machen, dass es nicht darum geht, dass jeder zünden darf, wie er grad will, sondern dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Pyrotechnik verantwortungsvoll eingesetzt werden kann, ohne andere zu gefährden.

[14] Es gibt z.B. den Vorschlag einen eigenen Bereich einzurichten, in dem gezündet werden darf. Zu diesem hätten nur bestimmte, entsprechend geschulte, Personen Zugang. Außerdem sollen nur geeignete Materialien, also z.B. GS geprüftes Bühnenfeuerwerk, das keinen gesundheitsschädlichen Rauch produziert, verwendet werden. Böller oder billige Ost-Importe haben absolut nichts im Stadion zu suchen, was auch unter den Fanvertretern mit denen wir gesprochen haben Konsens ist.

Fußnoten

[15] (1) Liste der Eintragungsgründe in die Datei "Gewalttäter Sport": http://de.wikipedia.org/wiki/Zentrale_Informationsstelle_Sporteinsätze#Eintragungen

[16] (2) TAZ.de: Pauschal abgestraft: http://www.taz.de/!97184/

[17] (3) TAZ.de: Stadionverbot per Fingerzeig: http://www.taz.de/!46256/

[18] (4) Artikel über Wacker Innsbruck, wo Pyrotechnik geduldet wird http://www.rp-online.de/sport/fussball/bundesliga/verhandlungen-stocken-oesterreich-vorbild-1.2209385

[19] (5) Initiative Pyrotechnik Legalisieren - Emotionen Respektieren: http://www.pyrotechnik-legalisieren.de/blog/

Weitere Presselinks

[20] Spiegel.de: Interne Pyrotechnik-Protokolle - DFB verbrennt sich die Finger: http://www.spiegel.de/sport/fussball/interne-pyrotechnik-protokolle-dfb-verbrennt-sich-die-finger-a-7966 html

[21] 11Freunde.de: Ex-DFB-Sicherheitschef Helmut Spahn über Gewalt im Fußball - Da reden Personen, die keine Ahnung haben: http://www.11freunde.de/interview/ex-dfb-sicherheitschef-helmut-spahn-ueber-gewalt-im-fussball

PA250 - Bedingungsloses Grundeinkommen nach Prof. G. W. Werner und Susanne Wiest sowie Steuervereinfachung

Grundsatzprogramm - BGE LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7 LQFB 8 LQFB 9 LQFB 10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Das BGE von Piratenpartei und die Petition von Susanne Wiest sind identisch. Um am Ball zu bleiben, sollte das BGE-Modell nach Götz Werner ins Programm aufgenommen werden. Nur damit ist der Wähler wirklich zu überzeugen. PP = richtiges Konzept.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „Recht auf sicheres Einkommen und gesellschaftliche Beteiligung“ nachfolgendes einzufügen:

[2] 1. Jeder deutsche Staatsbürger erhält pro Monat 1500 Euro, wobei einzige Bedingung seine Existenz ist! Zudem erhalten dies auch alle in Deutschland lebenden Ausländer mit mindestens fünfjähriger Aufenthaltsgenehmigung!

[3] 2.) Steuervereinfachung und ökologisch-soziale Ausrichtung mit gestaffelten Verbrauchssteuern nach gesund - schädlich für Umwelt und Mensch.

[4] Es ist genug für ALLE da! Nach dem Fanal der Selbstverbrennung von Marius S. am 13.10.12 ist nichts mehr, wie es vorher war, genau wie 1976 mit dem Tod des Pfarrers Oskar Brüsewitz! Das BGE Modell von Herrn Werner sieht wie die skandinavischen Länder keine ausschließliche Konsumbesteuerung vor. Dies ist Mobbing gegen Herrn Werner! Die seit 2009 eingeführte Spekulationssteuer, alle Kapitalertragssteuern, Erbschaft- und Unternehmenssteuern bleiben bestehen! Es gibt keine Möglichkeit einer Steuerbefreiung oder -Rückerstattung. Dafür gibt es das BGE! Die Steuer wird an der Quelle einbehalten! Die Wirtschaft hat endlich dem Menschen zu dienen!

Begründung

[5] 1.a)Die Steuervereinfachung führt zu einem gerechten Steuersystem und einer Umverteilung von Oben nach Unten, weil die steuerlichen Gestaltungsspielräume für Reiche wegfallen.

[6] b) Alles, was gesund ist für Umwelt und Mensch, wird völlig steuerfrei! Je nach Schädlichkeit werden gestaffelte Verbrauchssteuern zu einer ökologisch sozialen Marktwirtschaft führt.

[7] c.)Schluss damit, den Mensch wirtschaftlichen Interessen zu opfern! Von einem BGE in Höhe von 1500 Euro hat jemand der nur gesunde Artikel kauft und damit die Umwelt schont nach heutigen Wert - 1800 Euro, aber wer mit dem Auto die 300m zum Bäcker fährt und weiterhin nur ungesunde Artikel erwirbt, den bleiben Kaufkraftmäßig von den 1500 nur 700 Euro und der muss - darf bitteschön weiterarbeiten!

[8] 2.a) Die Kriterien, was gesund oder schädlich ist, werden von Wissenschaftlern nach neuesten Erkenntnissen festgelegt. Als Einführungsbasis dienen die bereits heute gestaffelten Verbrauchssteuern: Artikel mit ermäßigtem Steuersatz von 7% werden steuerfrei, die Höchststeuer für Tabak, Mineralölprodukte und Alkohol und alle Luxusartikel werden dementsprechend angehoben! Als Richtlinie, was Luxus ist, dient der Vorschlag von 1951 der CDU. Leider wurde damals mit der Staatsverschuldung begonnen: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-29194002.html (außer Obst)

[9] b) Das BGE führt zu einer Entkoppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit. Heute werden Arbeitslose und besonders H4 Empfänger in der Bevölkerung stigmatisiert, verlieren den Freundeskreis, werden ausgegrenzt! Das BGE erhalten alle, es ist kein Almosen, sondern ein Anspruch einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers auf einen Anteil an: Land, Ressourcen und am technischen Fortschritt, als Erbrecht!

[10] c) Durch das BGE kann jeder sehr leicht eine Eigentumswohnung, oder ein Haus erwerben! Eine Familie mit 2 Kindern erhält monatlich 6000 Euro, spart man dies und arbeitet weiter wie bisher, erspart die Familie 72.000 Euro im Jahr! Dadurch hat Deutschland schon sehr bald nicht mehr nur eine Eigenheimquote von 43%, sondern wie Norwegen und Spanien von 86%! Schon nach zwei Jahren kann man sich für 144.000 ein Haus auf dem Land leisten! Dadurch entsteht ein Überangebot an Mietwohnungen, das zu niedrigeren Mieten in den Ballungsgebieten führt! Zudem werden heute kleine Wohnungen durch H4 unverhältnismäßig verteuert.

[11] d) Harz4 ist total ungerecht und der H4 Regelsatz wird vielen einfach vorenthalten, die nicht bereit sind Gängelungen und Sanktionen zu akzeptieren! Die bettelnden Obdachlosen in den Fußgängerzonen werden immer mehr, obwohl jeden Bürger eine Bleibe zusteht, verwehren die Ämter eine warme Wohnung:

[12] „In Deutschland unterscheidet das Polizei- und Ordnungsrecht zwischen „freiwilliger“ und „unfreiwilliger“ Obdachlosigkeit. Ein „freiwillig Obdachloser“ (veralterte Bezeichnung: Nichtsesshafter) hat als Person, die ohne feste Unterkunft von Ort zu Ort zieht, keinen Anspruch auf Unterbringung seitens der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden. Erst wenn er sich dauerhaft um eine Unterkunft bemüht, gilt er bei der staatlichen Exekutive als „unfreiwillig Obdachloser“ http://de.wikipedia.org/wiki/Obdachlosigkeit

[13] Mit BGE wären diese Missstände endlich Vergangenheit, „freiwillig ofw“, Tagessatz erbetteln. Wie menschenverachtend die Bürokratie ist, zeigte am 13. 10. 12 die Selbstverbrennung eines 32 jährigen vor dem Bundestag. Nur im Modell von Herrn Werner wird der Regelsatz und das Wohngeld zusammengelegt, dadurch hat es keine Obdachlosen mehr! „ H4 ist Strafvollzug mit Freigang“ Prof. G. W. Werner hat Recht! Zudem fällt dadurch der Behördenaufwand für die Bedürftigkeitsprüfung weg. Die Ausgaben der heutigen Überwachungsbürokratie übersteigt den Missbrauch um ein vielfaches!

[14] e) Durch die BGE-Einführung werden nur etwa 20% mit Arbeiten aufhören, eine Auszeit nehmen um sich Jugendträume zu verwirklichen. Dadurch hat es Arbeitnehmer-Mangel und die Arbeitgeber müssen sich durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen wieder um AN bemühen. Nun arbeitet niemand mehr zum Niedrig-/Mindestlohn, sondern nur noch zum Höchstlohn! Für einfache Arbeiten lohnt dadurch die Anschaffung von Robotern, dies führt zum Durchbruch neuer Erfindungen, neue Innovationen werden die meisten Arbeitnehmer wegrationalisieren. Immer mehr Menschen gewöhnen sich an das Leben in der neuen Freizeitgesellschaft.

[15] f) Wenn jeder Bürger das BGE erhält, Behörden und Subventionen abgebaut werden, dann erhöht sich die Steuerehrlichkeit! Heute zahlen Reiche dank steuerlicher Gestaltungsspielräume so gut wie keine Steuern. Nur den Lohnempfänger wird dies sofort vom Lohn abgezogen.

[16] Alles weitere bei Fragen und Antworten: http://www.unternimm-die-zukunft.de/de/z...antworten/

[17] g.) Die Hauptfrage kommt am BGE nicht vorbei: Von was sollen die Menschen leben, wenn bald 20% aller Arbeitnehmer ausreichen, alle hochwertigen Güter und Dienstleistungen zu erbringen? Wie sich alles verändern wird, zeigt diese Überlegung: In 10 Jahren sind nur noch Robotergesteuerte PKWs zugelassen, die man überall und jederzeit ordern kann. Man gibt nur das Fahrziel ein und da sucht sich das Auto selbstständig den nächsten Nutzer, keine Parkplatzsuche, zugeparkten Städte mehr. Der Besitz eines Autos wird dann... http://www.spiegel.de/auto/fahrkultur/0,1518,724238,00.html

[18] h.)Was heute fehlt, sind positive Zukunftsvisionen und Visionäre. Es bräuchte mehr wie Susanne Wiest und Herr Werner sowie Ray Kurzweil: „ 2029, so die erstaunlich genaue Voraussage, werden Computer und menschliches

Hirn nicht mehr zu unterscheiden sein. Nanoroboter von der Größe einer Blutzelle werden allen Krankheiten ein Ende machen. Die Grenzen des Lebens werden fallen.“ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/zukunftsforscher-ray-kurzweil-unsterblichkeit-fuer-alle-11113916.html

[19] Die Piratenpartei sollte diese Zukunftsvisionen bekannt machen, der Angst ums Geld, Arbeitsplatz, Altersarmut etwas positives entgegensetzen.

[20] 3.a) Finanzierung: Es mag kühn klingen, aber: Finanziert ist das bedingungslose Grundeinkommen schon.

[21] Denn wir produzieren genügend Güter und Dienstleistungen. Von ihnen leben wir, nicht vom Geld. Geld ist ein rechtliches Äquivalent zu den käuflichen Gütern und Dienstleistungen. Es ist kein Wert an sich. Geld ist nicht Gold. Mit den Gütern und Dienstleitungen entsteht das Geld, mit dem sie gekauft werden können. Dafür ist das Geld da. Es gibt so viel Geld, wie es käufliche Werte gibt. Sonst könnte man sie nicht kaufen. http://www.unternimm-die-zukunft.de/de/z...z-gefasst/

[22] b) Es stellt sich eher die Frage: Wie soll das heutige bestehende System weiterfinanziert werden? Wie das Paradox-um lösen: Immer mehr Wirtschaftswachstum, immer höhere Produktivität durch Automation, bei gleichzeitigen Reallohnverlusten und steigender Arbeitslosigkeit? Dem Über-Angebot steht schon heute viel zu wenig Nachfrage, Kaufkraft gegenüber. Die regulierende Hand die für Balance zwischen Angebot und Nachfrage sorgt wird das BGE sein! Es hat schon heute genug für alle, es fehlt nur der Schlüssel für die gerechte Verteilung, das BGE ist der Schlüssel!

[23] c) Es hat eine wunder schöne Parallele zur BGE Einführung: 1990 warnte der damalige SPD Kanzlerkandidat Lafontaine vor den angeblich sehr hohen Kosten der Einheit, die genau wie heute das BGE unfinanzierbar sei! Nun hat man errechnet, dass die Einheit zwar etliches an Wiederaufbau und Sozialleistungen gekostet hat, aber die Deutschen Wirtschaft das Dreifache dieser Kosten durch höhere Nachfrage erwirtschaftet hat! Die Einheit war also auch ein wirtschaftlicher Erfolg – es hat viele Studien und Doktorarbeiten, zu diesem Thema

[24] d) Im Jahr 1889 wurde durch Bismark die umlagefinanzierte Rentenversicherung eingeführt. Jedem Rentner über 70 stand dies zu, bedingungslos und darum war dies ein Renten BGE! Diese zusätzliche Kaufkraft und Nachfrage hat die damalige ewige Wirtschaftskrise seit dem Gründerkrach von 1873 endlich überwunden. Die Grundsicherungsgegner hatten auch damals von den Folgen gewarnt und eine finanzielle Katastrophe befürchtet, stattdessen stieg Deutschland zur Weltwirtschaftsmacht auf!

[25] e) In Finnland beträgt der MwSt.-Anteil bei deutschen Edel-Limousinen 100%! Aber die PKWs bekommt man bis zu 25% niedriger als zum deutschen Listenpreis. Viele Deutsche nutzen das aus und bekommen in Finnland einen BMW so billiger! Dagegen hat die Schweiz die niedrigsten Steuersätze, aber dennoch ist die Marken Jeans global in der Schweiz am teuersten! Darum lässt sich nur Vermuten, dass die Preise sich wie in Finnland entwickeln, aber nicht hundertprozentig genau vorhersagen. „Wirtschaft ist zu einen hohen Prozentanteil Psychologie“ Andre Kostolani.

[26] f.) Heute zahlt der Otto-Normalbürger bis zu 5% bei Finanztransaktionen ins Ausland, der Spekulant NULL. Mit der Ungleichbehandlung muss endlich Schluss sein, Alle sollen maximal 1% an Finanztransaktionsgebühren einschließlich aller Steuern pro Transaktion bezahlen. Auch der Anleger und Spekulant soll endlich nicht mehr bevorteilt werden. Für den Otto-Normalbürger wird es billiger, für den Spekulanten, der mit seinem Tun Wirtschaftskrisen auslöst und Preise selbst für Lebensmittel hochhebelt endlich teurer.

[27] “Spekulation gibt es im Nahrungsmittelbereich seit Tausenden von Jahren. Was ist schlimm, wenn ein Bauer sich gegen Missernten versichert oder ein Bäcker seinen Mehlnachschub sicherstellt? Nichts. Aber darum geht es auch nicht. Die Rohstoffspekulation von heute dient nicht diesem Zweck. Wenn wie jetzt in den USA ein Teil der Maisernte verdorrt, dann springen die Spekulanten auf diesen Zug auf und verstärken die Preisexplosion. Die Rohstoffmärkte sind «finanzialisiert» worden. Dabei verdienen Spekulanten Milliarden, während umgekehrt Millionen Menschen verhungern.

[28] Wie könnte man diese Spekulation verhindern? Indem alle Nicht-Produzenten und Nicht-Verbraucher von den Rohstoffbörsen ausgeschlossen würden, wenn also im übertragenen Sinn nur noch der Bauer und der Bäcker via Börse miteinander handeln würden. “ http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Jetzt-kann-ich-sagen-wer-die-Halunken–sind/story/11541543

[29] f) Um das BGE von 1500 Euro sofort umzusetzen, erfolgt die Finanzierung: f.1.) Über gestaffelte Verbrauchssteuern nach gesund - schädlich für Umwelt und Mensch! f.2.) Über Finanztransaktions-Gebühren von 1% für ALLE und nicht darüber wie heute für den Otto-Normalbürger f.3.) Über Dividenden, Miet- und Zinsabschlagsteuer, heutige Spekulationsteuer, Unternehmenssteuern! f.4.) Über Einsparungen bei Behörden, Subventionen, Abschreibungen ec. f.5.) Mehreinahmen durch Wegfall aller Steuervergünstigungen, Mogeleinen

[30] g) Wer als Kranker, Behinderter einen Mehrbedarf hat, erhält diesen unbürokratisch!

[31] h) Entgegen vieler Falschmeldungen, Herr Werner hat durch das BGE keine eigenen finanziellen Vorteile, denn Er hat sein Milliardenvermögen einer Stiftung vermacht: "dm-Drogerie-Gründer stiftet seine Anteile und nennt Hartz IV offenen Vollzug Die sieben Kinder von Drogeriemarkt-Gründer Götz Werner werden nicht Eigner des Konzerns nachdem Werner gestorben ist. Er hat alle seine Anteile an eine Stiftung verschenkt. Das Unternehmen hatte im letztem Geschäftsjahr einen Umsatz von 3,75 Milliarden Euro.

[32] Seine Kinder hätten das Recht auf einen guten Start gehabt, so Götz Werner, "aber nicht darauf, dass Eltern für den lebenslangen Wohlstand ihrer Nachkommen sorgen." Er halte es wie die alten US-Pioniere und sagte: "Reich zu werden ist in Amerika keine Schande, reich zu sterben aber schon."

[33] Zugleich kritisierte er die Hartz IV-Regelungen. Er verglich Hartz IV mit einem offenen Strafvollzug. Er ist der Meinung, dass die Empfänger ihre Menschenrechte verlieren. Außerdem würden die Regelungen mehrfach gegen das Grundgesetz verstoßen. Er ist für ein Grundeinkommen für alle: "1.000 Euro für jeden, das macht die Menschen frei." http://www.shortnews.de/id/844754/dm-Drogerie-Grunder-stiftet-seine-Anteile-und-nennt-Hartz-IV-offenen-Vollzug?offset=51

[34] 4.) Piratenpartei: Gebts den Armen nehmts den Reichen: Wer profitiert am meisten vom BGE in Höhe von 1500 Euro: Der Rentner mit 750 Euro Rente erhält nun 2250 Euro, das dreifache! Der Spitzenverdienter, der 10.000 Euro im Monat verdient, hat dann 11.500 Euro, gerade mal 15% mehr. Wer nur gesunde Artikel konsumiert, zahlt Null Steuern - wie heute nur der Millionär! Der Millionär muss dagegen für Luxusartikel tiefer in die Tasche greifen!

[35] 5.) Ausblick in die Zukunft: Schon heute wären 50% aller AN überflüssig, würde man die technische Entwicklung nicht behindert-verhindern! Das festhalten an der 300 Jahre alten Arbeitsideologie/Vollzeitarbeit für alle, ist im Zeitalter der Infogesellschaft und Robotik absolut antiquiert! Der heutige Niedriglohnsektor ist eine gigantische Konjunkturbremse!

[36] Arbeit wird zum Hobby, die Zukunft für alle viel besser und phantastischer als sich das die kühnsten Optimisten vorzustellen vermögen! Jeder kann tun und lassen was er will, darf aber mit seinen Tun weder der Natur noch Menschen schaden!

[37] Das BGE wird jährlich an die wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst! Da durch das BGE die Nachfragekrise überwunden wird, die wirtschaftliche Abwärts- in eine Aufwärtsspirale gewendet wird, steigt der Betrag stetig. Über Jahre wird er auf 2000 - 3000 - 5000 - 10.000 - 20.000 Euro/Globo angehoben, bis Geld und Geldbesitz sinnlos werden! Die Ressourcenbasierende Wirtschaft das monetäre geldbasierende System ablöst. Wer etwas braucht, nimmt es sich und gibt es zurück, wenn man es nicht mehr braucht - die Ideen des "Venus Projekt" von F. Fresco werden Realität!

[38] Das BGE Modell nach Herrn Werner ist das bekannteste und durch die Steuervereinfachung das einfachste und beste von allen Modellen! Auswirkungen des BGE für alle Bürgerinnen und Bürger:

[39] 1.) Die sich immer weiter spreizende Schere zwischen arm und reich wird wieder zur Mitte zugeführt.

[40] 2.) Lösung des Problems des demographischen Wandels, Sicherheit der Renten trotz immer mehr Rentner und immer weniger Beitragszahler: dies führt nicht mehr in die Altersarmut.

[41] 3,) Mehr Technik führt zu mehr Wohlstand für alle! Robotik und Automatisierung, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, Ende der menschlichen Erwerbsarbeit stellen kein Problem dar, sondern sind besonders positiv. Durch das BGE kann jeder ein selbstbestimmtes wirklich freies Leben führen. Das BGE ermöglicht umfassenden Bürokratieabbau, die Möglichkeiten der Kontrolle und Überwachung entfallen. Darum ist das BGE Modell nach Herrn Werner das beste Modell für die Piratenpartei!

PA251 - Abschaffung von Subventionen und Steuervereinfachung

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB LQFB 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Von Subventionen profitieren nur die Reichen! Es hat direkte, indirekte und verstekte Subventionen in jährlich dreistelliger Milliardenhöhe. Die Abschaffung und Steuervereinfachung führen zu mehr Gerechtigkeit für Alle!

Antragstext

[1] Es wird auf den BPT beantragt zur kommenden Bundestagswahl den Passus hinzuzufügen:

[2] Alle wirtschaftlichen Subventionen im neuen Bundeshaushalt sollen abgeschafft werden. Diese sind total ineffizient und müssen endlich durch gestaffelte Verbrauchssteuern, nach gesund schädlich für Umwelt und Mensch abgelöst werden. Die Wirtschaft hat dem Mensch zu dienen!

Begründung

[3] Direkte, indirekte und versteckte Subventionen, machen im Bundeshaushalt bereits 1 Billion Euro jährlich aus, was selbst Bundesfinanzminister Schäuble als verbesserungswürdig angemahnt hat: „ Dieses Land gibt einschließlich der Sozialversicherungen etwa eine Billion Euro Sozialleistungen im Jahr aus. Das sind im Durchschnitt 12.500 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Da muss man schon die Frage stellen, ob wir die Effizienz unserer Sozialleistungen nicht verbessern können.“ http://wolfgang-schaeuble.de/index.php?id=37&textid=1370&page=1

[4] Dass die Subventionen vor allem dem Reichen zugute kommen und überholte Altindustrien künstlich am Leben erhalten, wird am Steinkohlebergbau, den Atomkraftwerksbetrieben und den ausufernden Agrarsubventionen überdeutlich. In den letzten Jahren hat man die Subvention immer weiter erhöht. Dagegen wurde bei vielen Armen ALG2ern, das Existenzminimum auf NULL sanktioniert.

[5] Kürzen auf NULL, bei denen die nichts haben, aber Milliarden in den Rachen schütten die eh schon zu viel haben, genau dafür steht die heutige subventionierte Marktwirtschaft. Diese muss endlich in eine ökologisch soziale Marktwirtschaft umgewandelt werden!

[6] Auch bei den Steuern zahlen die Reichen fast nichts, die Arbeitnehmer fast alles: http://www.stern.de/wirtschaft/geld/abgaben-wer-zahlt-eigentlich-noch-steuern-613358.html

[7] Statt Subventionen, sollen zukünftig Verbrauchssteuern, gestaffelte nach gesund/schädlich für Umwelt und Mensch die Schere zwischen Arm und Reich wieder schleißen und für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit sorgen!

[8] Dabei soll alles was gesund ist für Mensch und Umwelt ganz von jeder Steuer ausgenommen werden, dagegen je ungesunder desto höher die Steuer = mit Steuern endlich steuern. Dadurch wird erneuerbare Energie billiger, dagegen Kohle- und besonders Atomstrom verteuert! Diese Umstellung führt in kürzester Zeit zu billigen Strom in Überfluss, da Großabnehmer nun den gleichen Preis bezahlen wie der Otto-Normalbürger.

[9] Subventionen haben mit zu den Paradox-um geführt: Obwohl sich das deutsche BIP in den letzten 40 Jahren von 0,5 Billionen US$ auf heute über 3 Billionen versieben facht hat, sollen wir alle sparen, Lohnzurückhaltung üben, erst mit 67 in Rente gehen und den Gürtel enger schnallen.

PA252 - Finanztransaktionssteuern und klare “Spielregeln“ für den Hochfrequenzhandel

Wahlprogramm - Transparenz LQFB LQFB 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Der Otto-Normalbüger wird überall zur Kasse gebeten, dagegen agieren Spekulanten kostenfrei obwohl deren Handeln die Priese hochhebelt, selbst für Lebensmittel! Darum braucht es dringent Finanztransaktionssteuern.

Antragstext

[1] Es wird beantragt zur kommenden Bundestagswahl den Passus hinzuzufügen:

[2] Die Wirtschaft braucht faire und klare Spielregeln, an die sich alle zu halten haben! Darum muss der Hochfrequenzhandel an den Börsen weltweit transparent werden und die globale Spekulation durch Spekulationsgebühren und Finanztransaktionssteuern reguliert werden.

[3] Heute zahlt der Otto-Normalbürger bis zu 5% bei Finanztransaktionen ins Ausland, der Spekulant NULL. Mit der Ungleichbehandlung muss endlich Schluss sein, Alle sollen maximal 1% an Finanztransaktionsgebühren einschließlich aller Steuern pro Transaktion bezahlen. Der Spekulant soll endlich nicht mehr bevorteilt werden. Für den Otto-Normalbürger wird es billiger, für den Spekulanten, der mit seinem Tun Wirtschaftskrisen auslöst und Preise selbst für Lebensmittel hochhebelt endlich teurer.

Begründung

[4] Beim Hochfrequenzhandel geht es um den superschnellen Gewinn in einer unkontrollierten wirtschaftlichen Grauzone. An internationalen Börsenplätzen macht der Hochfrequenzhandel bereits 70% aller Transaktionen aus, in Deutschland auch bereits die Hälfte. Kauf und Verkauf von Aktien, Derivaten erfolgt in 250 bis 300 Mikrosekunden = eine viertel Sekunde.

[5] Es wird hauptsächlich Arbitrage betrieben, unterschiede an den einzelnen Börsen werden so ausgeglichen, so die Betreiber, aber in Wirklichkeit werden Kurse manipuliert, indem man hohen Verkaufsdruck, oder Kaufinteresse vortäuscht. „Somit werden Übertreibungen am Markt und Krisenentwicklungen verschärft“, erklärt Elke König, Präsidentin der Finanzaufsicht Bafin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)

[6] Es gibt bisher keinerlei gesetzliche Regeln und Kontrollen für diesen Hochfrequenzhandel! Elke König fordert wie bei schnellen Autos, für die sich die Hersteller auf eine Tempo-Beschränkung von 250km/h verständigt haben, sofort eine Regulierung für den superschnellen Handel. Fast alle Finanzexperten sehen im unkontrollierten Hochfrequenzhandel eine Gefahr für die Finanzstabilität.

[7] Die Börse Stuttgart hat bereits Obergrenzen für die Eingabe von Orders (Kauf und Verkauf von Wertpapieren) eingezogen. Marktteilnehmer die diese überschreiten werden im Extremfall bereits vom Handel ausgeschlossen. An der Frankfurter Börse müssen Hochfrequenzhändler, die pro Tag eine bestimmte Obergrenze von Wertpapieraufträgen einstellen, seit März 2012 höhere Gebühren zahlen. Mit diesen Beschränkungen will man einen

„Flash Chash" wie 2010 an der Wall Street verhindern. Damals stürzte der Dow Jones innerhalb von Minuten ohne äußeren Anlass um 1000 Punkte ab. Hochfrequenzhändler hatten einfach die Börse mit Verkaufsaufträgen überflutet.

[8] Hochfrequenzhändler manipulieren die Preise Nachteil von Kleinanlegern, Pensionskassen, Lebensversicherungen und Investmentfonds, sowie zum Nachteil aller, etwa wenn sich Nahrungsmittel global für alle verteuern. Hochfrequenzhändler geben sehr oft Kaufaufträge ab, kaufen dann aber doch nicht! Damit werde aus Eigeninteresse der Preis nach oben getrieben, um die Aktie, Option, Rohstoff, dann doch zu verkaufen, statt zu kaufen.

[9] Wie kann man dies in Zukunft unterbinden?

[10] Es ist ein Gesetz von Wolfgang Schäuble in Vorbereitung, das der Hochfrequenzhandel künftig von der Bafin beaufsichtigt werden soll und die Organisation so auszurichten, das die Rechner den Markt nicht mehr manipulieren können, etwa durch Kaufaufträge die dann wieder storniert werden. Dies soll zukünftig Strafbahr sein, ebenso plant Schäuble Finanztransaktionssteuern in Höhe von 0,01%!

[11] Aber zunächst sollen die Verbände der Kreditwirtschaft Stellung nehmen, dann muss der Bundestag diesen Entwurf beraten. Sowas muss natürlich nicht nur national, sondern global eingeführt werden! Der EU Finanzdienstleistungsrichtlinie MiFiD zufolge sind EU-weite Regeln für den Hochfrequenzhandel erst 2015 vorgesehen!!!

[12] Es ist für alle Akteure gut, dass jetzt Rechtssicherheit im Umgang mit Hochfrequenzhandel geschaffen werden soll, heißt es bei der Deutschen Börse Christoph Boschman, Geschäftsführer der Börse Stuttgart, spricht von einem sehr nützlichen Vorstoß, gerade aus Sicht der Privatanlegerbörse.

[13] Die Piratenpartei als Internetpartei sollte die treibende und führende Kraft werden, die faire Spielregeln für alle einfordert und der Hochfrequenzhandel muss sofort transparenter gestaltet werden, dies nicht nur national, sondern EU-weit… global. http://de.wikipedia.org/wiki/Tobin-Steuer

[14] Die Gebühren müssen erhöht werden, warum soll der Otto-Normalbürger Transaktionsgebühren von bis zu 5% bei Geldüberweisung ins Ausland bezahlen, der Hochfrequenzhänder aber, der Preise bewusst zum Schaden der Allgemeinheit manipuliert, darf das völlig kostenfrei!

[15] Die Piratenpartei fordert Finanztransaktionssteuern von 1% für ALLE! Gleiche Sätze für Anleger, Privatkunde und Spekulant. Nur so lassen sich Manipulationen und Spekulationen wie die gegenwärtige Soros-Spekulation gegen den Euro und hohe Lebensmittelpreise für die Armen verhindern.

[16] "Spekulation gibt es im Nahrungsmittelbereich seit Tausenden von Jahren. Was ist schlimm, wenn ein Bauer sich gegen Missernten versichert oder ein Bäcker seinen Mehlnachschub sicherstellt? Nichts. Aber darum geht es auch nicht. Die Rohstoffspekulation von heute dient nicht diesem Zweck. Wenn wie jetzt in den USA ein Teil der Maisernte verdorrt, dann springen die Spekulanten auf diesen Zug auf und verstärken die Preisexplosion. Die Rohstoffmärkte sind «finanzialisiert» worden. Dabei verdienen Spekulanten Milliarden, während umgekehrt Millionen Menschen verhungern.

[17] Wie könnte man diese Spekulation verhindern? Indem alle Nicht-Produzenten und Nicht-Verbraucher von den Rohstoffbörsen ausgeschlossen würden, wenn also im übertragenen Sinn nur noch der Bauer und der Bäcker via Börse miteinander handeln würden. " http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Jetzt-kann-ich-sagen-wer-die-Halunken–sind/story/11541543

PA253 - Sockeleinkommen aus Einkommensteuer

Wahlprogramm - Steuern LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hetti Stoll, Jo Wilkes, Thomas Küppers, Malte-Carsten Seidler , Christoph Trotha, Felix Spiecker, Jürgen Kirschsieper, Nordpirat

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert eine Reform der Einkommensteuer durch ein allgemein verständliches Steuersystem ohne Ausnahmen und für alle Einkommensarten. Es beinhaltet die Einführung eines Sockeleinkommens und die Steuerfinanzierung der Krankenversicherung.

Antragstext

[1] **Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an geeigneter Stelle des Wahlprogramms aufnehmen. Hinweis: Dieser Antrag steht nicht in Konkurenz zu Antrag http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA236:**

[2] Sockeleinkommen aus Einkommensteuer

[3] Die Piratenpartei fordert eine Reform der Einkommensteuer durch ein allgemein verständliches Steuersystem, das ohne Ausnahmen auskommt und für alle Einkommensarten gilt.

[4] Diese große Reform umfasst:

- Sockeleinkommen statt “Aufstocken“
- Personenbezogener Grundfreibetrag für alle statt unzeitgemäßem Ehegattensplitting
- Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von der Steuer abziehen statt absetzen
- Einheitliches Verfahren statt Sonderregelungen - Abschaffung diverser Ausnahmeregelungen

[5] Erst durch die Kombination der vier Reformbestandteile gelingt die Gestaltung eines ausgeglicheneren Steuersystems bei gleichzeitiger Einführung eines Sockeleinkommens.

[6] Statt Einkommensklassen und -stufen soll nur noch *eine* Steuerformel für alle Einkommen gelten.

[7] Die Steuerformel: 800px Die Formel als Text: Steuer = (max(zvE-Grundfreibetrag,0) / (zvE+f*Existenzminimum)) * GA * zvE - KVB

[8] zvE: zu versteuerndes Einkommen

[9] f: Skalierungsfaktor, erlaubt die Anpassung der Steuerkurve (Vorschlag 0,3-0,8)

[10] Existenzminimum: als eine Faktor gegen die kalte Progression

[11] GA: Grenzabgabe, deckelt die Abgabenlast (Vorschlag: 55-60%)

[12] KVB: Summe der abziehbaren Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge

[13] Das “max“ in der Textform steht für Maximum; “max(zvE-Grundfreibetrag,0)“ bedeutet, dass hier das zu versteuernde Einkommen abzüglich des Grundfreibetrags steht, aber das Resultat nicht niedriger als 0 wird (also nicht negativ wird).

[14] Durch die Einführung der neuen Einkommensteuerformel lassen sich Mehreinnahmen erzielen, die an die Bürger als Sockeleinkommen zurückfließen. Dadurch erreichen wir eine bessere Umverteilung von oben nach unten. Verschiedene Sozialleistungen wie das Kindergeld werden durch das Sockeleinkommen ersetzt. Ergänzend bleiben Sozialleistungen aber weiter bestehen, sodass sichergestellt ist, dass Bedürftige keinesfalls schlechter gestellt sind als heute.

[15] Ein Familienfreibetrag ersetzt das heutige Ehegattensplitting und ist personenanzahlabhängig, also für Kinder und Erwachsene in gleicher Höhe. Dieser Freibetrag orientiert sich am Existenzminimum und schließt die Lücke zum Sockeleinkommen. Die Freibeträge sind innerhalb der Familie übertragbar.

[16] Das Sockeleinkommen wird durch Steuerfreibeträge bis zum Existenzminimum aller im Haushalt lebenden Personen ergänzt. Es wird allen Menschen bedingungslos und in gleicher Höhe ausgezahlt. Dadurch werden Familien und einkommensschwache Haushalte gestärkt.

[17] Die Kranken- und Pflegeversicherung soll teilweise in die Steuerfinanzierung überführt werden. Dazu werden die Arbeitnehmerbeiträge von der Steuerlast voll abgezogen und nicht mehr wie heute nur vom zu versteuernden Einkommen. In der Konsequenz kann dadurch für Geringverdienende eine negative Steuerlast entstehen, die auszuzahlen ist. Beiträge zur private Krankenversicherungen werden nur Anteilig wie die Beiträge zur Gesetzlichen KV angerechnet; alles darüber hinausgehende wird wie eine private Zusatzversicherung behandelt.

[18] Die Steuerformel stellt sicher, dass Geringverdiener besser gestellt sind, als heute 400-Euro-Jobs, diese sollen daher entfallen.

Begründung

[19] Unser Steuer- und Abgabensystem hat sich immer mehr zu einem Flickwerk gewandelt. Für empfundene Ungerechtigkeiten im System wurden immer mehr Ausnahmeregelungen geschaffen, die zwar in den konkreten Fällen zu einer Verbesserung der Situation geführt haben, aber dafür an anderen Stellen zu erheblichen Problemen führen. Das gilt auch für die Einkommensteuer, um deren Reform es in diesem Antrag geht.

[20] Ein großes Problem ist der Übergang von Hartz IV zu einem regulären Beschäftigungsverhältnis. Hier wirkt sich insbesondere die Kürzung der Leistungen um 80 % des Zuverdienstes motivationshemmend aus, und fördert damit strukturell antisoziales Verhalten. Eine Reduzierung der Kürzung, also statt 80% nur 70% oder weniger, würde unsere Verwaltung nicht mehr bewältigen, da dies gleichzeitig bedeuten würde, dass noch viel mehr Menschen ein Recht auf ergänzende Sozialleistungen hätten.

[21] ⇒ Wir befürworten daher ein Einkommenssteuersystem, das jedem Bürger die Teilhabe in der Gesellschaft angemessen ermöglicht, ohne dass berufstätige Menschen auf zusätzliche Leistungen angewiesen sind, ein System, das auf übermäßige Kontrolle der einzelnen Menschen verzichtet. Die aufgezeigten Probleme wollen wir über einen Vertrauensvorschuss, ein bedingungsloses Sockeleinkommen, lösen, das im Idealfall zumindest das wohngeldunabhängige Existenzminimum abdeckt. Ergänzende und auch betreuende Sozialleistungen sollten nur noch Menschen mit besonderen Bedürfnissen(Kranke, Erwerbsunfähige, Betreuende oder Menschen, die aus anderen Gründen nicht am Erwerbsleben teilnehmen können)benötigen.

[22] Durch das Ehegattensplitting werden überproportional hohe Einkommen begünstigt, die es gerade nicht nötig haben. Alleinerziehende werden hingegen strukturell benachteiligt.

[23] ⇒ Wir befürworten daher ein Einkommenssteuersystem, das konkrete Familiensituationen durch Freibeträge für alle Familienmitglieder berücksichtigt. Dazu wollen wir einen personenzahlabhängigen Freibetrag einführen, der das Splitting ablöst.

[24] Die bestehende Beitragsbemessungsgrenze für die Kranken- und Pflegeversicherung bewirkt, dass sich gerade diejenigen dem solidarischen Finanzierungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung entziehen können, die es sich leisten könnten, einen Solidarbeitrag zu leisten.

[25] ⇒ Wir befürworten daher ein Einkommensteuersystem, in dem diese Versicherungen auf Steuerfinanzierung umgestellt sind, da dadurch gewährleistet wird, dass sich alle Einkommen, unabhängig von Art und Höhe gleichermaßen an der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung beteiligen. Höhere Leistungsan-

sprüche aus den privaten Krankenversicherungen sollen von der Steuerfinanzierung ausgenommen werden. Die entsprechenden Beitragsanteile sind in diesen Fällen aus dem zu versteuernden Einkommen zu begleichen.

[26] Erhebliche Probleme entstehen auch aus Sonderregelungen. Bspw. ist heute der Übergang von einem 400-Euro-Job zu einem regulären Beschäftigungsverhältnis schwierig, da hier zwei getrennte Steuersysteme und auch ein getrenntes Abgabensystem wirken. Bei der Krankenversicherung gibt es eine kaum bekannte Sonderregelung für Einkommen unter 800 Euro.

[27] ⇒ Wir befürworten daher ein Einkommenssteuersystem, in dem die Sonderregelungen weitestgehend abgeschafft sind und alle Einkommensarten gleichbehandelt werden. Geringverdiener sind durch die neue Steuerformel ebenso gut gestellt wie heute die 400-Euro-Jobs, ohne dass es dafür einer Ausnahmeregelung bedarf. Also:

- Sockeleinkommen statt Aufstocken
- Personenbezogener Grundfreibetrag statt Ehegattensplitting
- Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge von der Steuer abziehen statt absetzen
- Einheitliches Verfahren statt Sonderregelungen

[28] Alle vier Reformen gemeinsam werden mit nur einer einfachen neuen Steuerformel und dem Streichen diverser Ausnahmen verwirklicht. Lediglich die steuerliche Berücksichtigung der Beiträge zur privaten Krankenversicherung bedarf noch einer detaillierten Ausarbeitung oder alternativ dazu entsprechender Umgestaltungsforderungen an die Tarifgestaltung der privaten Krankenversicherer. Durch das Einarbeiten des Existenzminimums in die neue Steuerformel ist gleichzeitig ein Faktor gegen die "kalte" Progression integriert, so dass sich die Steuerformel automatisch mit der Neufestlegung des Existenzminimums an eine veränderte Kaufkraft anpasst.

[29] Warum wollen wir diese vier Reformen in einem Schritt? Diese Reformen haben so viele Wechselwirkungen untereinander, dass die solide Gegenfinanzierung andernfalls in Kauf nehmen müsste, a) dass bestimmte Einkommensgruppen im mittleren Einkommensbereich relativ zu heute deutlich schlechter gestellt wären, oder b) dass wieder neue Sonder- und Ausnahmeregelungen zum Abfedern ergänzt werden müssten, die wir gerade nicht wollen.

[30] Erst alle vier Änderungen gleichzeitig bewirken eine deutlich gleichmäßiger verteilte Abgabenlast im Vergleich zu heute. Es sind keine Ausnahmeregelungen mehr notwendig und die Verwaltung wird entlastet. Ausdrücklich gewollt ist eine Höherbelastung von Besserverdienenden, was vor allem durch die Umstellung der Krankenversicherung auf Steuerfinanzierung erreicht wird. Letztendlich führt die Umstellung zu einer Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und bezieht alle Einkommen in die solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein.

[31] Aus den genannten Reformschritten lässt sich ein Sockeleinkommen generieren, das hoch genug ist, um im ersten Schritt das Kindergeld zu ersetzen. Kinder werden deutlich besser gestellt als heute, da das Sockeleinkommen nicht, wie das heutige Kindergeld, mit dem Vorteil durch den Freibetrag verrechnet wird, sondern diesen ergänzt.

PA254 - Verbindliche Berufsorientierungskonzepte an allgemeinbildenden Schulen

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Heinicke,Dr. Michael Berndt

Zusammenfassung

Ziel ist die Steigerung der Ausbildungsfähigkeit und der Berufswahlkompetenz von Schülern. Seit einigen Jahren beklagen sich Wirtschaftsunternehmen über eine zunehmende fehlende Ausbildungsfähigkeit von Schülern. Bedingt durch abnehmende Schülerzahlen können zudem nicht mehr sämtliche Ausbildungsplätze besetzt werden. Daher sind die Unternehmen auch vermehrt an einer intensiven Zusammenarbeit mit Schulen interessiert.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland fordert, dass an allgemeinbildenden Schulen inklusive der Gymnasien bereits ab Klasse sieben die Schüler aller Schulformen intensiver und regelmäßiger mit der Berufswelt in Kontakt gebracht werden und eine konsequente Betreuung im Prozess der Berufsorientierung sichergestellt ist. Die Schulen sollen über die bisherigen Ansätze von Berufspraktika hinaus kontinuierlich mit Betrieben aller Art organisatorisch und inhaltlich zusammenarbeiten, um den Schülern eine qualifizierte Berufswahl zu erleichtern und die Schulausbildung stärker an den Ansprüchen des Berufslebens auszurichten. Ein wichtiger Baustein ist hier die Erstellung fächerübergreifender Konzepte zur Berufsorientierung. Die strukturierte Heranführung der Jugendlichen an die Berufswelt sollte dabei zusammen mit einer Beratungsfachkraft an der Schule geplant und durchgeführt werden. Der Koordinierung der einzelnen Schritte in diesem Prozess muss deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dabei können entweder bestehende Konzepte der Arbeitsagentur ausgeweitet oder auch neue Konzepte wie z.B. der Einsatz eines “Berufseinstiegscoach“ ähnlich einem Modell in Niedersachsen (Landkreis Aurich) umgesetzt werden. Das konkrete Berufsorientierungskonzept der Schulen muss frei zugänglich zur Verfügung stehen. So können Eltern bei der Schulauswahl erkennen, welche Bausteine die Schüler im Rahmen der Berufsorientierung erwerben. Jugendliche zu befähigen, eine gute individuelle Berufswahl zu treffen, ist eine Aufgabe, die nur durch die Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gelingen kann. Eine systematische Berufsorientierung sollte somit in enger Kooperation mit Unternehmen erfolgen und sich zudem an der altersgemäßen persönlichen Entwicklung der Schüler orientieren. Sie muss dann beginnen, wenn Schüler anfangen, sich erste Gedanken über die Berufswelt und mögliche eigene berufliche Ziele zu machen und ist dabei in ihren einzelnen Stufen und Zielen den Schülern immer begleitend zu erläutern.

Begründung

[2] Ziel ist die Steigerung der Ausbildungsfähigkeit und der Berufswahlkompetenz von Schülern. Seit einigen Jahren beklagen sich Wirtschafts- und Handwerksbetriebe über eine zunehmende fehlende Ausbildungsfähigkeit von Schülern. Bedingt durch abnehmende Schülerzahlen können zudem nicht mehr sämtliche Ausbildungsplätze besetzt werden. Daher sind die Unternehmen auch vermehrt an einer intensiven Zusammenarbeit mit

Schulen interessiert. Insbesondere mittelständische Unternehmen sehen sich dazu immer stärker auch in einer sozialen Verpflichtung.

[3] Der Einsatz einer speziellen Beratungsfachkraft, die sich um die Koordination der Berufsorientierung kümmert, würde zudem die Lehrkräfte entlasten, welche diese Aufgaben aktuell im Rahmen Ihres normalen Curriculum nebenbei erfüllen müssen. „Momentan gelingt es der Hälfte der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss den Schulabschluss zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen, z.B. im Übergangssystem. Das ist ein Erfolg und diese Maßnahmen sind sinnvoll und notwendig. Eine dauerhafte Lösung kann das aber nicht sein: Die in der Schule erfahrene Demotivation und Frustration von Jugendlichen gilt es zu vermeiden ebenso wie den unnötigen Verlust an wertvoller Lebenszeit.“ KLEMM, Klaus: Studie „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss“, 2010 http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32343_32344_2.pdf

[4] Unterrichtsbegleitende Betriebsführungen im 2. Halbjahr der 7. Klasse geben erste Eindrücke in die Berufswelt und können dazu beitragen, das Interesse am Unterricht zu steigern. In der 8. Klasse sollten dann individuell verschiedene interessante Berufsfelder (z.B. über Praxistage an Berufsbildenden Schulen) identifiziert werden, die nach weiterer Analyse ihrer Ausbildungswege und Berufsbilder zu einer Entscheidung für ein Betriebspraktikum (in aller Regel über einen längeren Zeitraum) in einem ausbildenden Betrieb führen. Eine solche systematische individuell angepasste Berufsorientierung verringert das Risiko einer Fehlentscheidung für einen Praktikumsplatz und damit auch das Risiko einer schlechten Ausbildungsplatzwahl deutlich. Siehe auch: von Walcke-Schuldt, Julia (Wirtschaftslehrerin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Institut für Ökonomische Bildung, Universität Oldenburg) „Sachanalyse: Schulische Berufsorientierung“ http://134.106.35.33/fileadmin/user_upload/Berufsorientierung/Konzepte_und_curriculare_Vorgaben/Sachanalyse_Berufso

[5] Eine systematische Berufsorientierung koordiniert und begleitet von einer vor Ort angesetzten zusätzlichen Beratungsfachkraft führt zu einer größeren Motivation der Schüler, sich mit den eigenen beruflichen Wünschen und Zielen auseinandersetzen. Dies steigert die Lernmotivation und verringert somit ganz erheblich das Risiko des schulischen Scheiterns. Damit können zum einen in den Unternehmen mehr Ausbildungsplätze besetzt werden und es werden zum anderen soziale Folgekosten in einem erheblichen Umfang eingespart. KLEMM, Klaus: Studie „Jugendliche ohne Hauptschulabschluss“, 2010 http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32343_32344_2.pdf

PA255 - Regierungsbeteiligung der Piratenpartei

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Dr. Michael Berndt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei ist grundsätzlich zur Übernahme der Regierungsverantwortung innerhalb einer Regierungskoalition bereit. Der Abschluss eines Koalitionsvertrages mit sogenannten Kompromisslösungen ist weder erforderlich noch möglich.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei ist grundsätzlich zur Übernahme der Regierungsverantwortung innerhalb einer Regierungskoalition bereit.

[2] Sie ist für Wähler und Koalitionsparteien ein höchst zuverlässiger Partner, da sich Parlamentsabgeordnete und Regierungsmitglieder grundsätzlich an Parteibeschlüsse und den daraus resultierenden Wahlkampfaussagen gebunden fühlen.

[3] Der Abschluss eines Koalitionsvertrages mit sogenannten Kompromisslösungen ist weder erforderlich noch möglich. Sollte ein Gesetzesentwurf anderer Regierungsparteien inhaltlich nicht mit Parteigrundsätzen oder Programmbeschlüssen vereinbar sein, ist die logische Konsequenz, dass Abgeordnete der Piratenpartei, auch wenn diese in der Regierungsverantwortung steht, diesem die Zustimmung verweigern.

Begründung

[4] Die politische Arbeit der Piratenpartei Niedersachsen und ihr Abstimmungsverhaltens im Parlament ist unabhängig davon, ob sie sich in der Opposition und in Regierungsverantwortung befindet. Daher ist auch eine Regierungsbeteiligung unter den oben definierten Rahmenbedingungen möglich.

PA256 - Suchtpolitik

Wahlprogramm - Drogen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Dr. Michael Berndt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland fordert eine verstärkte Aufklärungs- und Präventionsarbeit für die Abhängigkeit von Alkohol, Nikotin, Medikamenten und Rauschgiften sowie die Spiel- und Mediensucht. Suchtabhängigkeiten sind ein gesellschaftliches Problem in allen Altersgruppen. Die Aufklärungs- und Präventionsarbeit muss auch auf alle Altersgruppen ausgerichtet sein, sie wird in der gesellschaftlichen Wahrnehmung bisher zu sehr als Problem junger Menschen eingegrenzt.Die Piratenpartei Deutschland steht dabei für eine repressionsfreie Suchtpolitik.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland fordert eine verstärkte Aufklärungs- und Präventionsarbeit für die Abhängigkeit von Alkohol, Nikotin, Medikamenten und Rauschgiften sowie die Spiel- und Mediensucht. Sie darf nicht auf Kinder und Jugendliche beschränkt bleiben, sondern muss auf alle Altersgruppen der Gesellschaft ausgerichtet sein. Jeder Bürger ist in der Verpflichtung, verantwortungsvoll und kontrolliert mit allen Suchtmitteln umzugehen und muss sich auch seiner Vorbildwirkung für Kinder und Jugendliche bewusst sein. Ein wirksamer Jugendschutz ist den PIRATEN sehr wichtig und kann nicht nur durch Reglementierung und Verbote erreicht werden. Es braucht neue Wege in der Aufklärung, zusammen mit Schulen, Eltern und den Jugendlichen selbst. „Eine moderne Suchtpolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Sie muss vom Einzelnen mit seinen spezifischen Erfahrungen und Problemen ausgehen, um passgenau geeignete Maßnahmen anbieten zu können. Dies gilt besonders bei der Prävention, um den gesundheitsschädlichen Konsum von Drogen und Suchtmitteln durch Information vorzubeugen. Die Menschen müssen gezielt passend zu ihrem jeweiligen Umfeld und ihrer Lebenssituation angesprochen werden, um sie erreichen und ihnen geeignete Angebote machen zu können. Ziel der Prävention ist es, Abhängigkeiten vorzubeugen und den problematischen gesundheitsgefährdenden Konsum von Suchtmitteln zu verringern.“(1)

[2] Die Piratenpartei Deutschland steht dabei für eine repressionsfreie Suchtpolitik. Die Bevormundung der Bürger verstößt gegen die Grundüberzeugungen der Piratenpartei. Wir lehnen die sachlich unbegründete Unterscheidung nach legalen und illegalen Drogen ab und fordern die objektive Bewertung aller psychoaktiven Substanzen.

[3] Notwendige Regelungen im Rahmen einer neuen Suchtpolitik bedürfen der Einbeziehung aller Bürger in die Gestaltung ideologiefreier und realitätsorientierter Konzepte. Gesetze, Verordnungen und Abgaberegelungen dürfen nur zum Schutz vor tatsächlichen Gefahren erlassen werden. Wir sehen im Recht zu einem verantwortungsvollen und selbstbestimmten Umgang mit Rausch- und Genussmitteln ein wesentliches Element der persönlichen Freiheit. Ein einfacher und unzensierter Zugriff auf alle notwendigen Informationen ist zu gewährleisten. Die PIRATEN befürworten die Zulassung bislang illegaler Drogen zur Behandlung von Abhängigkeiten. Welche Substanzen verwendet werden, ist Sache des behandelnden Arztes und des aufgeklärten Patienten. Es muss umfassend über die Gefahren aufgeklärt werden. Der Patient darf in der freien Wahl der Behandlung aber nicht eingeschränkt werden.

Begründung

[4] Suchtabhängigkeiten sind ein gesellschaftliches Problem in allen Altersgruppen. Die Aufklärungs- und Präventionsarbeit muss auch auf alle Altersgruppen ausgerichtet sein, sie wird in der gesellschaftlichen Wahrnehmung bisher zu sehr als Problem junger Menschen eingegrenzt.

[5] Zahlen für Deutschland:

[6] 986 Tote durch Drogenkonsum in 2011 (2)

[7] 3991 Verkehrstote in 2011 (4)

[8] ca. 74.000 Tote durch Alkohol pro Jahr (3)

[9] 100.000 bis 120.000 Tote durch Nikotin pro Jahr (5)

[10] Abhängig von harten Drogen: ca. 300.000 (12)

[11] Internetsüchtige: ca. 560.000 (7)

[12] Spielsüchtige: ca. 600.000 (6)

[13] Alkoholabhängig: mehr als 1.300.000 (9)

[14] Medikamentenabhängige: mehr als 1.500.000 (8)

[15] Nikotinabhängige: mehr als 12.000.000 (10), (11)

[16] Quellen: (1) „Drogen- und Suchtbericht 2012“, http://www.drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Presse/Downloads/12-05-22_DrogensuchtBericht_2012.pdf

[17] (2) „Deutsche spielen sich krank“, http://www.zeit.de/gesellschaft/2012-05/drogen-bericht

[18] (3) http://www.welt.de/welt_print/wissen/article8194870/74-000-Alkoholtote-pro-Jahr-in-Deutschland.html

[19] (4) http://blogs.taz.de/drogerie/2012/02/26/verkehrstote-alkohol-und-drogen/

[20] (5) Gesundheitsberichterstattung des Bundes, http://www.gbe-bund.de/gbe10/abrechnung.prc_abr_test_logon?p_uid=gastg&

[21] (6) http://www.spielotheka.de/die-spielsucht-in-zahlen/

[22] (7) http://www.facelinking.com/2012/02/computersucht/

[23] (8) http://www.tagesschau.de/inland/medikamentenmissbrauch100.html

[24] (9) http://drogenbeauftragte.de/drogen-und-sucht/alkohol.html

[25] (10) http://www.onmeda.de/krankheiten/nikotinsucht.html

[26] (11) http://www.apotheken.de/gesundheit-heute-news/article/nikotinabhaengigkeit/

[27] (12) http://webrational.net/medikamentenmisbrauch-und-medikamentenabhangigkeit-in-deutschland/

[28] „Jeder vierte Deutsche hat ein Suchtproblem“, http://www.zeit.de/gesellschaft/2011-05/drogen-bericht-bundesregierung

[29] „Weniger rauchen, kiffen, trinken - die deutsche Jugend lebt gesünder“, http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2186716/Weniger-rauchen-kiffen-trinken-die-deutsche-Jugend-lebt-gesuender.html

PA257 - Flächendeckende Einführung des Präventionsprojektes „HaLT – Hart am LimiT“

Wahlprogramm - Drogen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Dr. Michael Berndt

Zusammenfassung

„Das HaLT-Projekt hilft einen Teil der gesellschaftlichen Kosten zu vermeiden, indem eine Suchtgefährdung bei Jugendlichen früh erkannt und der Einstieg in eine Suchtkarriere verhindert wird, (wiederholte) stationäre Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit Alkoholvergiftung vermieden werden und durch kommunale Prävention alkoholbedingten Verletzungen und Schäden durch Verkehrsunfälle, Gewalt und Kriminalität entgegengewirkt wird.“ (1)

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland fordert die flächendeckende Einführung des Präventionsprojektes „HaLT – Hart am LimiT“. Die Grundidee dieses Projektes ist, in einem kommunalen Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure über das Suchthilfesystem hinaus dem Rauschtrinken bei Kindern und Jugendlichen Einhalt zu gebieten. Gleichzeitig sollen Jugendliche mit riskantem Alkoholkonsum frühzeitig Hilfe erhalten. Das Projekt wird mittlerweile in 15 Bundesländern umgesetzt, ist aber noch nicht flächendeckend eingeführt. Die Einsparungen an langfristig suchtbedingten Folgekosten decken die Kosten für den flächendeckenden Aufbau von HaLT-Standorten ab.

Begründung

[2] “Als überzeugende Strategie gegen das bundesweit zunehmende Rauschtrinken wurde der Ansatz vom Bundesministerium für Gesundheit aufgegriffen und von 2004 bis 2006 im Rahmen eines Bundesmodellprogramms an zwölf Standorten in neun Bundesländern gefördert und erprobt...Die volkswirtschaftlichen Kosten von Alkoholmissbrauch und Suchtkarrieren sind immens: Allein die direkten Kosten durch alkoholbedingte Krankheiten summieren sich in Deutschland auf 8,4 Mrd. € pro Jahr. Hinzu kommen indirekte Kosten wie Arbeitsunfähigkeit, Frühberentung und Tod in Höhe von jährlich rund 16 Mrd. €... Nach Schätzung des Robert-Koch-Instituts kostet eine Alkoholikerkarriere die Gesellschaft rund 500.000 € (1).

[3] „Die Idee für kommunale Alkoholpräventionsstrategie „HaLT – Hart am LimiT“ entstand 2002 in Lörrach. Auslöser war die steigende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die aufgrund einer Alkoholvergiftung stationär im örtlichen Krankenhaus behandelt werden mussten. Kernidee von HaLT ist, durch ein kommunales Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure über das Suchthilfesystem hinaus dem Rauschtrinken bei Kindern und Jugendlichen Einhalt zu gebieten. Als überzeugende Strategie gegen das bundesweit zunehmende Rauschtrinken wurde der Ansatz vom Bundesministerium für Gesundheit aufgegriffen und von 2004 bis 2006 im Rahmen eines Bundesmodellprogramms an zwölf Standorten in neun Bundesländern gefördert und erprobt. Seit Ende der Modellprogramm-Förderung im Jahr 2006 hat sich die Zahl der Standorte fast verzehnfacht: 2009 nahm das hundertste HaLT-Projekt die Arbeit auf. HaLT wird mittlerweile in 15 Bundesländern umgesetzt“ (1).

[4] Wie die Studie „Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2011“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aufzeigt (Seite 21), haben in einem Zeitraum von 30 Tagen 15,2% der 12-17-jährigen Jugendlichen mindestens einmal und 3,7% viermal oder öfter ein Rauschtrinken praktiziert. Bei den 18-25-Jährigen sind es sogar 39,8% und 12,9%! „Nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Anzahl der Jugendlichen, die aufgrund von einer Alkoholvergiftung (2010) in eine Klinik eingewiesen wurden, weiter ansteigend. In der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen nahm die Zahl der stationären Klinikaufenthalte zu, bei den 10- bis 14-Jährigen ist die hingegen leicht sinkend. Insgesamt wurden 26428 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 19 Jahren in Deutschland aufgrund einer akuten Alkoholvergiftung in eine Klinik eingewiesen. Nach statistischen Auswertungen kommen damit auf 100.000 Kindern und Jugendliche, etwa 319 Akut-Fälle von Alkoholvergiftungen. Der Gesamtzahl der Behandlungsfälle stieg damit um 2,6 Prozent.“ (7).

[5] „Auswertungen und Evaluationsstudien zu HaLT haben ergeben, dass bei etwa einem Drittel der Kinder und Jugendlichen, die aufgrund von riskantem Alkoholkonsum in ein HaLT-Angebot vermittelt werden, die Gefahr der Chronifizierung des riskanten Alkoholkonsums besteht. Bei wiederum jedem zehnten dieser Jugendlichen ist der Einstieg in eine Suchtkarriere unmittelbar zu befürchten.“ (1)

[6] „Das HaLT-Projekt hilft einen Teil der gesellschaftlichen Kosten zu vermeiden, indem eine Suchtgefährdung bei Jugendlichen früh erkannt und der Einstieg in eine Suchtkarriere verhindert wird, (wiederholte) stationäre Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit Alkoholvergiftung vermieden werden und durch kommunale Prävention alkoholbedingten Verletzungen und Schäden durch Verkehrsunfälle, Gewalt und Kriminalität entgegengewirkt wird.“ (1)

[7] Finanzierung

[8] „Berechnungen zur Wirkung von HaLT haben ergeben, dass bei einer bundesweiten und flächendeckenden Einführung von HaLT langfristig suchtbedingte Folgekosten in Höhe von über 160 Mio. € pro Jahr vermieden werden könnten. Diese realistischen Einsparungen würden den Aufbau von HaLT-Standorten in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt finanziell rechtfertigen. Die Gesamtkosten für einen HaLT-Standort liegen in der Startphase je nach Größe von Kommune und Netzwerk ungefähr zwischen 50.000 € und maximal 90.000 € in den ersten beiden Jahren. Nach einer Etablierung des Netzwerks kann von einer Halbierung der jährlichen Kosten ausgegangen werden (1).

[9] Quellen

[10] (1) Bundesministerium für Gesundheit: Info kompakt – Präventionsarbeit „HaLT – Hart am LimiT“; http://www.halt-projekt.de/images/stories/pdf/halt-info%20kompakt_web.pdf

[11] (2) Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen: http://www.jugendschutz-niedersachsen.de/wordpress/wp-content/uploads/2010/10/Henze-HaLT-2011.pdf

[12] (3) http://www.halt-projekt.de/index.php?option=com_content&view=article&id=103:broschuere-zum-halt-projekt–info-kompakt-2010

[13] (4) HaLT-Projekt in Hannover: http://www.hannover-zeitung.net/regionales/172330-drittgroesstes-netzwerk-zur-alkoholpraevention-in-deutschland

[14] (5) „Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2011“, Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung; http://www.bzga.de/forschung/studien-untersuchungen/studien/suchtpraevention/?sub=69

[15] (6) „Drogen- und Suchtbericht 2011“ der Drogenbeauftragten der Bundesregierung; http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Service/Publikationen/Drogen_und_Suchtbericht_2011_110517_Drogen

[16] (7) http://www.heilpraxisnet.de/naturheilpraxis/alkoholmissbrauch-unter-jugendlichen-gestiegen-6098.php

PA258 - Erhalt und Förderung der Moore in Deutschland

Wahlprogramm - Landwirtschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Dr. Michael Berndt, Annette Berndt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland unterstützt ausdrücklich alle Vorhaben, die den Schutz-Status der Moore in verbessern. Durch mehr Forschung und breit angelegte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit soll zudem die Bedeutung der Moore und die Verantwortung dafür in Deutschland einen höheren Stellenwert einnehmen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland unterstützt ausdrücklich alle Vorhaben, die den Schutz-Status der Moore verbessern. Dazu zählen neben dem Erhalt der natürlichen Nieder- und Hochmoore auch Maßnahmen, die nachweislich zur Wiederherstellung von Mooren geeignet sind. Neben ihrer Bedeutung für den Erhalt einer Biotoptypen- und Artenvielfalt sind sie als Hochwasserpuffer und CO2-Speicher in Hinblick auf den Klimawandel von herausragender Bedeutung. Durch mehr Forschung und breit angelegte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit soll zudem die Bedeutung der Moore und die Verantwortung dafür in Deutschland einen höheren Stellenwert einnehmen.

Begründung

[2] Hoch- und Niedermoore sind sehr spezielle, einzigartige Lebensräume für Arten, die an die extremen Lebensbedingungen angepasst sind und nur hier vorkommen. Sie müssen daher in ihrer Gesamtheit unter besonderen Schutz gestellt bleiben. Dies gilt insbesondere für die Restbestände der natürlichen Moore. Alle Eingriffe, die geeignet sind, die Dynamik dieser Moore zu verändern und damit eine Degeneration einleiten, z.B. Entwässerungsmaßnahmen und Nährstoffeinträge, sind zu unterbinden 1 .

[3] Moore sind große CO2-Speicher und besitzen eine Klima-Relevanz hinsichtlich ihrer Funktion als aktive CO2-Senken. Sie emittieren zwar auch Treibhaus-Gase wie Lachgas (N2O) und Methan (CH4), die klimaschädigender sind als CO2. Die jeweiligen Mengen der Gase variieren u.a. in Abhängigkeit vom Wasserstand. Einer Bilanzierung der Gase kann nur standortspezifisch und nicht pauschal erfolgen. Die größte CO2-Speichervermögen und geringste Emission von Methan und Lachgas sind bei intakten, wachsenden Mooren gegeben1 .

[4] Moore sind in erster Linie durch die Entwässerung gefährdet, mit der die Zersetzung von Torfmoosen und anderem organischen Material im Moor beginnt und damit auch eine CO2-Freisetzung. Durch die Nutzung von Moorland für die Land- und Forstwirtschaft wird der „CO2-Speicher Moor“ zusätzlich geöffnet und angegriffen, der aber zur Verlangsamung des Klimawandels dringend geschlossen und erhalten bleiben muss. Zusätzlich wird Torf auch direkt abgebaut und zur Verwendung im gewerblichen oder privaten Gartenbau zu Pflanzsubstraten aufgearbeitet. Bei dieser Nutzung erfolgt eine vollständige Zersetzung und damit die Freisetzung der gesamten CO2-Menge, die bisher organisch gebundenen war. Hier sind dringend Alternativen gefragt, in England ist die Verwendung von Torf als Pflanzsubstrat bereits weitgehend verboten 2 .

[5] Der Klimawandel wird schon jetzt mit einer Zunahme von Wetterextremen beschrieben. Da natürliche Moore eine enorme Wasserspeicherkapazität aufweisen, sind sie zudem ein natürlicher Hochwasserschutz 3 .

[6] Quellen:

[7] 1 http://www.vti.bund.de/fileadmin/dam_uploads/Institute/AK/PDFs/Tagung/Moorschutz/Vortraege/Ullrich.pdf

[8] 2 http://www.bund-niedersachsen.de/fileadmin/bundgruppen/bcmslvniedersachsen/Themen_Moor/Moorschutz_gleich_Klim

[9] 3 http://www.bund-niedersachsen.de/themen/moorschutz/

PA259 - Lebensmittelgutscheine anprangern

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV LQFB LQFB 2 LQFB 3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Lebensmittelgutscheine verbindet jeder mit Krieg! Aber diese werden heute zur Disziplinierung als Sanktion gegen ALG2er eingesetzt. Die PP muss das anprangern und abschaffen!

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „Harz4 Sanktionen überwinden“ nachfolgendes einzufügen:

[2] Dem Grundgesetz Geltung verschaffen durch piratischen Umtausch der Lebensmittelgutscheine aller betroffenen ALG2er und Anprangern dieser menschenverachtenden Sanktionspraxis! Wir sind keine Wuschelweichlobbypartei, sondern die Piratenpartei und müssen im Wahlkampf zur BTW13 den politischen Gegner mit aller Härte, wegen Menschen- und Grundgesetzwidrigen “Krieg gegen Mittelose“ angreifen, besonders nachdem sich Marius S. am 13.10.12 vor dem Bundestag selbst angezündet hat. Er und viel andere Todesopfer sind nicht mehr hinnehmbar. Harz4 muss endlich in ein BGE nach Prof. G. W. Werner umgewandelt werden.

Begründung

[3] Die BILD Zeitung macht wieder Stimmung gegen Mittellose, damit Deutschland als Niedriglohnland mit disziplinierten Arbeitern um Unternehmen werben kann? Damit die Lobbys sich mit Niedriglohnarbeit bereichern können? Aus niederem Beweggründen wird der Tod von Menschen billigend in kauf genommen: http://mantovan9.wordpress.com/2012/10/21/nachruf-marius-32-jahre-alt-ist-tot/

[4] VerBILDungs-Schlagzeile vom 13.9. 12:“ UNFASSBAR: Hier kippt eine Harz-VI-Empfängerin Wasserflaschen aus, die sie für ihre Essens-Bonds bekommen hat. Vom Pfand will sie sich Alkohol und Zigaretten kaufen! ... Dieses Foto empört jeden Steuerzahler! . . . schüttet den Inhalt der Flaschen in den Rinnstein. Mit den leeren Flaschen kehrt sie in den Supermarkt zurück um sich das Pfand 28,25 Euro in bar abzuholen. Mit dem Geld will Sie sich Alkohol und Tabak kaufen. Doch der Filialleiter schickt sie samt Flaschen weg und erteilt ihr Hausverbot. Werner Rous vom Düsseldorfer Jobcenter (auf deutsch - Arbeitsamt): Was die Frau getan hat, ist ein Missbrauch unserer Hilfsleistungen und stellt ein zutiefst unsoziales Verhalten dar.“ ???

[5] Es soll wirklich jeden einzelnen Steuerzahler empören, wenn jemand statt Geld für ALG2 nur Einkaufsgutscheine erhält, 49,72 für 4 Tagessätze, die man in einem einzigen Einkauf aufbrauchen muss. Dies ist zutiefst Asozial und Diskriminierend! Dabei gibt es kein Rück-Geld, kauft man weniger, so verfällt der Restbetrag!

[6] Wer kauft denn als Alleinstehender mit einem Mal so viel ein, womöglich auch noch schnell verderbliche Ware? Meist geht man als H4-er sogar zu einer Tafel, wo es billiger ist, Ware, die kurz vor dem Verderb ist, zu kaufen und so mit den geringen Regelsatz über den Monat zu kommen. Gerade den ärmsten den ofw-lern wird aber der Einkauf in den Tafelläden durch Überbürokratie verwehrt! Das ALG2 ist kein Almosen, sondern eine Subvention, diese steht jedem nach dem deutschen Grundgesetz zu!

[7] Hausverbot für Diebe, aber nicht für jemand der gekaufte Artikel wegwirft, denn die Handelsketten werfen selber Unmengen an guten Lebensmittel in die Abfalltonne, die noch mit Ketten und Schlössern vor Abfalldiebstahl gesichert werden. Das wegwerfen von Gütern ist in Deutschland kein Straftatbestand, nur das „retten“ von Lebensmitteln aus den Müll = echt Asozial!Der Filialeiter hat falsch gehandelt und sollte wegen Diskriminierung von Mittelloser vor Gericht!

[8] Zudem wird in der VerBILDungszeitung berichtet: Kerstin S. 43 Jahre ist ofw/lebt einfach nur auf der Straße! Obwohl laut deutschen Grundgesetz jedem eine Wohnung zusteht! Dass die Ämter Kerstin S. eine Wohnung verwehren, ist der VerBILDung keinen Gedanken wert. Vielmehr stört sich diese HASS-Zeitung an der Tatsache, dass diese arme Frau sich nicht Lebensmittel im Wert von 49,72 gekauft hat = wie als ofw transportieren, wo lagern, ohne dass was verdirbt? So stelle man sich als deutscher Otto-Normalverbraucher mal vor: Ihr seid zu Fuß zum Camping und sollt nun Lebensmittel für fast 50 Euro einkaufen transportieren und irgendwo im Freien lagern! Behörden-Irrsinn!

[9] Zudem sieht der ALG2 Satz auch noch anderes als nur Lebensmittelkauf vor, etwa Transport/Bahn/Busfahrscheine, die ohne Rück-Geld einfach nicht mehr drin sind = das Amt zwingt durch diese Lebensmittelgutscheine zum Schwarzfahren.

[10] Gute Idee ist dieser Kauf von Pfandflaschen, denn dadurch erhält die Frau von den 49,72 Euro immerhin noch 28,25 Euro = 62% des Wert des Freigeld/Zwangskaufgutscheins, (der nur einen Monat gültig ist), danach verfällt dieser Lebensmittelgutschein, wo neben allen persönlichen Daten auch die Nummer des Personalausweises vermerkt ist = dem Missbrauch durch dritte ist somit Tür und Tor geöffnet!!!

[11] Normalerweise verkaufen ofw-ler und alle ALG2er die vom Amt sanktioniert wurden, diese Gutscheine beim Dealer mit 50% Abschlag. Da hätte die Frau nur 24,86 Euro erhalten!!!

[12] Es ist auch möglich, dass alle, die solche nicht Grundgesetz- konformen Lebensmittelgutscheine erhalten, beim Einkauf jemanden fragen, ob man diese 48,72 Euro bei einen Wochenendeinkauf, der über diesen Betrag liegt, an der Kasse bezahlt und den ofw-ler dann diese 48,72 Euro in echten Euro-Scheinen und Münzen ausbezahlt! Dabei macht niemand einen Verlust und man übt zivilen Ungehorsam gegen die ALG2 Sanktionen, durch die unsere mittellosen Mitbürger sinnlos schikaniert werden!(Zwang zur Aufnahme jeder Arbeit, egal zu welchen Lohn!)

[13] Achtung, bei dem Einkauf darf kein Tabak und Alkohol dabei sein! Durch diese Gutscheine werden alle sanktionierten ALG2er mit der Einschränkung: Kein Kauf von Alkohol und Tabak, gebrandmarkt, selbst wenn man ewiger Antialkoholiker und Nichtraucher ist!

[14] Ich bin absolut sicher: 100% aller Piraten sind gegen diese Grundgesetz -widrigen Sanktionen und Lebensmittelgutscheine, denn statt den Regelsatz von 334 Euro monatlich auf das Konto, (abzüglich Wohnkosten) zahlt das Amt nur noch 104 Euro in Form von Lebensmittelgutscheinen bei Sanktionen, die man unter anderem erhält, wenn man nicht bereit ist - angebotene Niedrig/Mindestlohnarbeit anzunehmen.

[15] Die Kürzung des Existenzminimums widerspricht dem Grundgesetz: - Artikel1(Menschenwürde) , - Aktikel2 (freie Entfaltung), - Artikel12 (freie Berufswahl und Verbot von Zwangsarbeit)!

[16] Darum muss sich die einzige soziale Partei in Deutschland unsere Piratenpartei gegen diese Lebensmittelgutscheine aussprechen und ein JA zum Grundgesetz abgeben, indem die Piratenpartei alle Mitglieder und Sympathisanten aufruft – diese Lebensmittelgutscheine von ALG2ern selber beim Einkauf an den Kassen 1:1 in richtiges Euro Geld umzutauschen! ALG2 Bezieher sollen aufgefordert werden, mit den Scheinen bei den Stammtischen der Piratenpartei vorbeischauen und bekommen da Urzeit und Lebensmittelgeschäft aufgezeigt, wo Piraten bereit sind diese Scheine beim eigenen Einkauf umzutauschen!

[17] Der ALG2 Bezieher kann mit diesen Geld dann machen und kaufen was er will = GG konform! Bitte fragt eure Urgroßeltern, nach dem 2. Weltkrieg herrschte echter Hunger, viele Menschen verhungerten, aber das wichtigste war Tabak, selbst in russischen Kriegsgefangenenlagern bei absoluter Unterernährung haben deutsche Kriegsgefangene das wenige Brot gegen Rauchkraut/Tabak eingetauscht. Heute, wo es alles im Überfluss vorhanden ist, ist es eine Unverschämtheit, Menschen zu diskriminieren und Tabak/Alkohol vorzuenthalten!

[18] Natürlich wäre es das Allerbeste, wenn ALG2er diese Lebensmittelgutscheine gleich an der Kasse eintauschen könnten! Ich denke da an die dm-Läden! Piraten kaufen da ein und sagen an der Kasse: Dieser Einkauf ist für Lebensmittelgutscheine von ALG2ern, die Verkäuferinnen sollen allen ALG2ern diesen Schein ohne Kaufzwang einfach 1:1 auszahlen!

[19] Die Deutschen sind sozialer als man glaubt und unglaublich viele haben von der Angst-und Panikmache und Sündenbock Abstemplung, der HASS-VerBILDungs-Zeitung die Nase voll. Vor 1945 wurde gegen die Juden und Asoziale (Hitler war damit nicht gemeint) gewettert, heute gegen Moslems und ALG2er, damit soll und muss endlich Schluss sein! Strafen wir diese Hass Zeitung Lügen und setzen wir uns als einzige Partei für die Armen und Benachteiligten ein!

[20] Weg mit den Sanktionen = tauschen wir diese Gutscheine den Betroffenen eins zu eins um, damit gewinnen wir Aufmerksamkeit und super viele Wählerstimmen! Bitte! Jemand von uns mit genügen Zeit und vor Ort, soll sich mit der dm-Drogeriemarktkette in Verbindung setzen und diese Idee unterbreiten, ebenso mit dem Gründer von dm, Herrn Prof. G.W. Werner!

[21] Es hat alles im Überfluss – aber wir sollen den Gürtel enger schnallen, Lohnverzicht üben und sparen, sparen, Rente erst mit 67… dies ist alles LÜGE! Das BIP hat sich seit den siebziger Jahren versiebenfacht = das ALG2 gehört endlich durch das BGE nach Götz Werner verbessert!

[22] Warum nur die Piratenpartei eine soziale Partei ist und nicht andere die sich das auf die ahne geschrieben haben ist hier begründet: “In der DDR wurde der Umgang mit „Asozialität“ bzw. „krimineller asozialer Lebensweise“ 1968 in § 249 des Strafgesetzbuchs geregelt.6 Als Begründung wurde angegeben, dass Asozialität eine Quelle der Kriminalität wäre. Nichtarbeit wurde als “Parasitentum“ und “permanente Entwendung von Volksvermögen“ eingestuft.“ http://de.wikipedia.org/wiki/Obdachlosendiskriminierung

PA260 - Forschung und Wissenschaft fördern mit Milliarden wie heute die Banken

Wahlprogramm - Wissenschaft

LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Heute arbeiten Akademiker im Niedriglohnbereich statt in gutbezahlter Anstellung in Forschung und Wissenschaft zum Nutzen der Menschheit. Geld ist genug da!

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus „Fördern der Wissenschaft“ nachfolgendes einzufügen: Wissenschaft und Forschung mit Milliarden fördern wie heute die Banken. Damit entstehen neue interessante und gutbezahlte Arbeitsplätze zum Nutzen der Menschheit.

Begründung

[2] Erinnert sich noch jemand an den April 2000? Da platzte angeblich die Internetblase, und es ging mehr Anlegerkapital verloren, als bei der Immobilienkrise 2008 und der jetzigen “Euro“ Krise. Es war kein staatliches Geld was vernichtet wurde, sondern privates Risikokapital! Ohne Geld/Kapital keine Umsetzung neuer Ideen.

[3] Schuld an der dot-com Baisse 2000/03 war einfach die Nachfragekrise wie bei allen anderen zyklischen Wirtschaftskrisen. Aber profitiert von der Krise haben vor allen die Altindustrien, die durch neue Technologien um ihre Existenz bangten. Denn wer kauft noch Erdöl, wenn alle Welt mit superbilligem Wasserstoff umher düst? Wer kauft noch Atomstrom, wenn Erneuerbare Energien superbillig zu haben sein werden?

[4] Nach dem Computer- und Internetzeitalter folgt nun das Zeitalter der Robotik. Roboter werden bald alles besser können und den Großteil der Arbeit übernehmen. http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/us-drohnen-gesetz-angst-vor-dem-ueberwachungsstaat-a-862364.html Um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, muss die Politik endlich auf unser Zeitalter der Robotik gebracht werden - durch BGE und Steuervereinfachung.

[5] Man benennt die Jahre von 2000 bis jetzt als das „verlorene Jahrzehnt“. Das ist traurig, vor allem für junge Menschen, denen die Zukunft beraubt und das Einkommen gekürzt wurde. Sie müssen statt an gut bezahlten Arbeitsplätzen als Praktikanten, Zeitarbeiter oder Niedriglöhner zu einem Bruchteil des Lohns der achtziger Jahre arbeiten.

[6] Es gab schon einmal eine ähnliche Entwicklung: Um 1900 gab es einen Zukunfts-Boom. Damals wurden elektrische Bahnen gebaut, die bis zu 210km/h fuhren. Elektro-Autos waren schneller als Benziner, die Automatisierung brachte Massenwohlstand, und ein BGE hätte zu vernünftigen Arbeitszeiten und zur Verteilung der Reichtümer geführt.

[7] Hätte man 1914 die Erfindungen nicht dazu benutzt, Maschinenkriege gegeneinander zu führen. Die Erfindungen setzten sich erst viele Jahrzehnte später durch - das erste verlorene Jahrhundert. Lassen wir dem letzten verlorenen Jahrhundert nicht ein zweites folgen!

[8] Was heute fehlt, ist nicht das Geld. Davon hat es unendlich viel. Was wirklich fehlt, das sind positive Zukunftsvisionen und Visionäre. Es bräuchte mehr wie Susanne Wiest und Herr Werner sowie Ray Kurzweil: „ 2029, so die erstaunlich genaue Voraussage, werden Computer und menschliches Hirn nicht mehr zu unterscheiden sein. Nanoroboter von der Größe einer Blutzelle werden allen Krankheiten ein Ende machen. Die Grenzen des Lebens werden fallen.“ http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/zukunftsforscher-ray-kurzweil-unsterblichkeit-fuer-alle-11113916.html

[9] Armut entsteht durch den verlangsamten Fortschritt der Technologie! Die gängige Praxis der künstlichen Verknappung von Ressourcen aus Gründen der Profitmaximierung (z. B. festgesetzte Ölfördermenge) ist nicht vereinbar, mit der Idee von einer verantwortungsvollen, nachhaltigen Wirtschaft.“ http://de.wikipedia.org/wiki/Jacque_Fresco

[10] Wir haben heute alles im totalen Überfluss! Wasserstoff ist der Kraftstoff der Zukunft, gewonnen aus Erneuerbaren Energien, dient Wasserstoff nicht nur als Speicher, sondern wird die Dino-Erdölwirtschaft ablösen! Vergesst doch bitte diese Mär von der Diffusion. Moderne Innenbeschichtungen von Stahltanks oder die direkte Kunststoffkonstruktion sind auch für Wasserstoff diffusionsdicht. http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,824459,00.html

[11] Wir erhalten von der Sonne Energie im Überfluss. Allein mit dem Wind der Nordsee kann man ganz Europa mit Energie versorgen. Wir hocken auf einer Feuerkugel, von der 99% heißer als 1000C° Grad ist. Wieso haben wir dann auf einer Energiekugel ein Energieproblem? Leider schützen Lobbyisten die Kohle- und AKW-Betreiber vor lästiger Konkurrenz, indem sie Erneuerbare Energien, besonders Geothermie und Wasserstoff als Kraftstoffe verhindern wollen.

[12] Schweden will bis 2020 alle Häuser nur mit Geothermie beheizen. In Holland will man damit Radwege im Winter eisfrei machen: http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/niederlaender-wollen-radwege-mit-geothermie-beheizen-a-862937.html

[13] Mit erneuerbarer Energie (EE) billigen Strom um die 4 bis 8 Cent pro kW/h für ALLE! Heute erhalten die Großabnehmer Strom zu diesem Preis. Der Kleine muss wie immer sehen, wo er bleibt, und zahlt für die Großen mit!

[14] Mit billiger Energie im Überfluss kann man alles herstellen, selbst Lebensmittel für 15 Milliarden Menschen im Überfluss!

[15] Der heute bekannteste Zukunftsvisionär Raymond Kurzweil sieht das so: “Es gibt zum Beispiel schon Probedesigns, die zeigen, dass wir Solarplatten und nanotechnisch hergestellte Batterien entwickeln könnten, die Sonnenlicht so effizient umwandeln, dass unser ganzer Energiebedarf dadurch gedeckt werden könnte.

[16] Die Nanotechnologie wird uns auch in die Lage versetzen, jedes physische Produkt fast ohne Kostenaufwand aus sehr günstigen Rohmaterialien und Informationen herzustellen“ http://www.wie.org/de/j18/kurzweil.asp?page=3

[17] Goethe als Dichter und Denker kennt jeder, aber Goethe war auch Forscher und Zukunftsvisionär und selbst unserer Zeit noch weit voraus. Die Welt mit BGE beschrieb er so:

[18] “Werden wir einst in fernen Tagen, mal gesellig mal allein, frei durch schöne Flure wandeln, nach belieben ruhn und handeln und in sorgenfreiem leben nie entbehren, stets erstreben.“ Faust II Hoffnung

[19] Unglaublich, Goethe ging einfach in heimlicher Flucht am 3. September 1786 nach Italien, obwohl sein Chef, der Herzog von Weimar ihm das nicht genehmigt hatte. (Wer traut sich so etwas heute noch?) Als Aussteiger malte er Bilder und wäre wohl Maler geworden, hätte ihm der Herzog von Weimar nicht ein BGE 1786 für volle zwei Jahre gewährt, und was ist aus Goethe gerade durch das BGE geworden!

[20] Was könnte jeder alles machen, wenn für das Einkommen gesorgt wäre und es überall gute Arbeitsplätze in Wissenschaft und Forschung hätte?

PA261 - Einigung Europas durch EU-Wirtschaftsregierung und EU/Euro-Erweiterung voranbringen!

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Nationale Egoismen müssen endlich überwunden werden. Die Einigung Europas bringt allen Vorteile, die Türkei muss endlich in die EU aufgenommen werden. Zusammen sind wir stärker!

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen:

[2] Die europäisch/globale Piratenpartei ist für eine EU-Wirtschaftsregierung und baldige Vereinigte Staaten von Europa. Dies bringt Vorteile für alle und überwindet nationale Egoismen. Die Türkei und die Balkanstaaten sollten baldigst EU Mitglied werden.

Begründung

[3] Vor 300 Jahren existierten auf deutschen Boden mehr Staaten wie heute auf der Erde, über 200! Jeder Staat hatte eigene Währungen, Zölle, Grenzen und dies zum Schaden aller deutschen Bürger!

[4] Genauso wie man Deutschland geeint hat, muss Europa, die Welt vereint werden. Nur wenn wir gemeinsam an einen Strang ziehen, können wir alle Probleme lösen und diesen Planet in ein Paradies für alle 7 Milliarden Weltbürger verwandeln.

[5] Nationale Egoismen und nationale Despoten haben immer wieder Kriege, Armut und Abhängigkeit zum Nachteil aller zur Folge!

[6] Es hat genug für alle! Armut überwinden, bedeutet alle daraus resultierenden Probleme überwinden, indem man sich zusammentut. Der einzelne schafft es nicht, alle zusammen schaffen es sehr leicht, dass jeder Weltbürger in Frieden, Freiheit und Wohlstand lebt!

[7] Vergleicht man diesen Plant mit einem Flugzeug das abstürzt, wer kommt dabei alles um, die Passagiere in der III. Klasse, genauso wie die in der II. und I. Klasse. Darum ist es endlich an der Zeit, das sich Europa und bald die ganze Welt vereint!

[8] Im Einundzwanzigsten Jahrhundert muss man sich endlich von den verfaulten Ideologien des neunzehnten lösen, egal ob links, oder rechts, diese Ideologien waren Teil des Problems und gehören endlich auf den Müll der Geschichte. Technologie löst alle Probleme, hier wird gut erklärt was steckt hinter den Schlagworten Nano steckt: http://www.nanotruck.de/

[9] Der heute bekannteste Zukunftsvisionär Raymond Kurzweil sieht die gemeinsame Zukunft so: “Es gibt zum Beispiel schon Probedesigns, die zeigen, dass wir Solarplatten und nanotechnisch hergestellte Batterien entwickeln könnten, die Sonnenlicht so effizient umwandeln, dass unser ganzer Energiebedarf dadurch gedeckt werden könnte.

[10] Die Nanotechnologie wird uns auch in die Lage versetzen, jedes physische Produkt fast ohne Kostenaufwand aus sehr günstigen Rohmaterialien und Informationen herzustellen. Und Nanoroboter werden überall in unserem Körper, unserem Gehirn und in unserer Umwelt sein–sie werden die Arbeit für uns tun, unsere Umwelt transformieren, die Verschmutzung früherer Jahrzehnte beseitigen und dafür sorgen, dass sich unsere Intelligenz weit ausdehnt. Während wir so mit unserer Technologie verschmelzen, werden wir Milliarden oder Trilliarden von solchen "Nanobots" in unserem Blutkreislauf haben, die dafür sorgen, dass wir gesund bleiben. " http://www.wie.org/de/j18/kurzweil.asp?page=3

PA262 - Schuldenschnitt als Alternative zum ESM

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Giebel für Projektgruppe ESM

Zusammenfassung

Wir fordern frühezeitige Schuldenschnitte von Staatsschulden in der Europäischen Währungsunion und die Beteiligung der Bankengläubiger bei einer Bankenrettung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgender Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl aufgenommen wird.

[2] Die Finanzierung von Staatsschulden über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit Hilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) lehnt die Piratenpartei Deutschland ab. Um die Schuldenkrise in Europa wirksam zu lösen, fordern die Piraten daher:

[3] Die frühzeitige Durchführung einmaliger Schuldenschnitte von Staatsschulden in den Ländern der Europäischen Währungsunion.

[4] Um den sich daraus ergebenden Konsequenzen Rechnung zu tragen, fordern wir:

[5] 1. Eine Erhöhung des Eigenkapitals insolvenzbedrohter Banken durch umfassende Beteiligung der Bankengläubiger (Anteilseigner/Inhaber, Aktionäre, Bankanleihenbesitzer). Scheidet eine Insolvenz auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen aus, so ist die Verstaatlichung der betroffenen Bank zu prüfen.

[6] 2. Eine Abfederung sozialer Einschnitte durch den Schutz von Kleinanlegern bzw.und privaten Renten und Lebensversicherungen ist bis zu einem Höchstbetrag zu gewährleisten.

Begründung

[7] Die gegenwärtige Politik, das Schuldenproblem der Staaten durch den ESM auf die lange Bank zu schieben, lehnen wir ab. Wir setzen dieser Politik den Schuldenschnitt als Alternative entgegen. Ziel ist es, die unsozialen Effekte der Kürzungsprogramme, die mit dem ESM verbunden sind, zu beenden. In Ländern, denen bereits Kürzungsmaßnahmen auferlegt wurden, zeigt sich klar, dass Massenarbeitslosigkeit und Armut die Folgen sind. Griechenland, Spanien und Portugal sind hier exemplarisch zu erwähnen.

[8] Der anzustrebende Schuldenschnitt muss so umfangreich sein, dass die Staaten wieder einen wirklichen Handlungsspielraum haben eine Haulshalts- und Sozialpolitik zum Wohle ihrer Bürger zu betreiben. Denn es ist ein wesentlicher Vorteil eines Schuldenschnitts, dass der Staat schlagartig weniger Zinszahlungen für seine “Restschulden“ aufbringen muss und somit von einer großen Last befreit wird. Des Weiteren erzeugt ein Schuldenschnitt einen positiven psychologischen Effekt. Durch die wirkliche Lösung der Überschuldung wird die Investitionsbereitschaft durch die positive Perspektive bei Wirtschaft und privaten Haushalte erhöht.

[9] Ein Schuldenschnitt betrifft immer die Staatsschulden, die sich als Staatsanleihen in der Hand von Banken, Versicherungen und in privater Hand befinden.

[10] Bei Banken soll, falls notwendig, eine konsequente Beteiligung der Banken-Gläubiger stattfinden. Das bedeutet, die Abschreibung der Staatsanleihen werden zuerst die Eigner bzw. Aktionäre belasten. Dies wird zurzeit vom ESM verhindert, Eigner und Aktionäre sind aktuell die Profiteure der „Rettungsmaßnahmen“. Nur ein Schuldenschnitt kann sicherstellen, dass die Gläubiger das Risiko, das sie mit dem Kauf der Wertpapiere eingegangen sind, auch tatsächlich tragen. So wird die derzeitige Verlagerung von Risiken von Gläubigern auf die Öffentliche Hand vermieden.

[11] Sollte diese Beteiligung nicht reichen, um die Bank zu retten, werden Besitzer von Bankanleihen genötigt werden, zur Rettung der Bank ihre Bankanleihen in Anteile an der Bank zu tauschen. Auch diese Gruppe wurde bisher nicht zur Stützung von Banken herangezogen, profitiert aber von der Rettung der Banken. Wenn diese Beteiligung der Besitzer und der Bankengläubiger nicht ausreicht, um die Bank vor einer Insolvenz zu bewahren und so die “Kundeneinlagen“ der Bevölkerung in Gefahr geraten, muss der Staat in letzter Konsequenz die Bank verstaatlichen.

[12] Der Schuldenschnitt trifft aber auch direkt die institutionellen Anleger wie Lebensversicherungen, private Rentenversicherungen und betriebliche Altersvorsorger. Diese Sparanstalten der Bürger sind gesetzlich verpflichtet, in Staatsanleihen anzulegen und sind somit von einem Schuldenschnitt ebenfalls betroffen. Hier streben wir, bis zu einem Höchstbetrag, einen Schutz von Kleinanlegern bzw. privater Renten und Lebensversicherungen an. Bürger die große Summen, über dem Höchstbetrag, in Sparanstalten investiert haben, werden somit auch an der Entschuldung des Staates beteiligt.

[13] Der Schuldenschnitt stellt ein Instrument dar, die dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen innerhalb der Eurozone schnellstmöglich zu beenden. Damit ist dieser Antrag als erster Schritt aus der Krise zu bewerten. Weitere Schritte zur Lösung der zu Grunde liegenden Probleme müssen getan werden.

[14] Langfristig muss ein Mechanismus geschaffen werden, der Regierungen dazu bringt, sich mehr als bisher um eine solide Haushaltspolitik zu bemühen und der den Weg in die Überschuldung vermeidet. Der hier vorgestellte Antrag entspringt damit der pro-europäischen Haltung der Piratenpartei. Wir sehen in einem Schuldenschnitt die Chancen in Europa wieder solidarischer zu werden und soziale Gerechtigkeit sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wieder herzustellen.

[15] Antragsteller: Projektgruppe ESM

[16] Unterstützer:

- Patrik
- CU_Mayer
- Piratos
- Berthold ’Stimmbürger’ Weber
- Robert Arnold
- Lilly
- matthias
- Dietrich Singh
- Frank Giebel
- Stephan Schwarz
- flow
- Reinhard Schmitz
- marreg
- Serapath

- Cotillo
- http://wiki.piratenpartei.de/AG Geldordnung und Finanzpolitik

PA263 - Sondermülldeponien

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Behr (DerBär)

Zusammenfassung

Sanieren durch Rückbau statt Abkapseln durch Abdichten

Antragstext

[1] Für alle oberirdischen Sondermülldeponien soll eine komplette Sanierung durch Rückbau erfolgen, damit auch in Zukunft keine Gefahr des Eindringens von Giftstoffen in Grundwasser und Atmosphäre besteht. Eine bloße Abkapselung durch Abdichtung und Abdeckung, bei der die Risiken und Kosten nachfolgenden Generationen übertragen werden, lehnen wir ab. Dazu fordern wir komplette Transparenz und Information über die eingelagerten Stoffe, so auch die Veröffentlichung aller Meßergebnisse. Falls keine Informationen vorliegen, müssen durch unabhängige Gutachter entsprechende Untersuchungen und Messungen durchgeführt werden. Im Anschluss daran sollen Sanierungsprojekte ausgearbeitet werden, um die Abtragung und Sanierung der Deponien durch Rückbau der Deponie in Phasen durchzuführen. Die Verursacher der Altlasten sollen soweit möglich bei der Durchführung und Finanzierung der Sanierung in die Pflicht genommen werden.

Begründung

[2] Im LQFB bekam diese Ini 82% Zustimmung. Weiterführende Links: http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie http://de.wikipedia.org/wiki/Abfall#Abfallbehandlung_und_Deponierung http://de.wikipedia.org/wiki/Deponie Beispiel einer Sanierung durch Abtragung: http://de.wikipedia.org/wiki/Sondermülldeponie_Kölliken

PA264 - Deckelung Dispozinsen (modularer Antrag)

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein in Zusammenarbeit mit dem AK Wirtschhaft und Finanzen NRW

Zusammenfassung

Die maximale Höhe der Dispo- bzw. Überziehungszinsen, die Kreditinstitute bei Kontoüberziehung im Rahmen des gewährten Limits veranschlagen, wird gedeckelt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an der Stelle Wirtschaft und Finsanzen aufzunehmen und den Antrag modular zu beschließen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Deckelung der so genannten Dispozinsen bzw. Überziehungszinsen von Bankkonten in Höhe von

[3] Modul a) 5%, Modul b) 6%, Modul c) 7%, Modul d) 8%, Modul e) 9%, Modul f) 10%, Modul g) max. +5% über dem Leitzinssatz

[4] ein, um finanzielle Abhängigkeiten der Menschen von Banken zu verringern, insbesondere derer, die in finanzielle Not geraten sind und auf deren Kosten extrem überhöhte Zinsen im zweistelligen Bereich seitens der Kreditinstitute verlangt werden.

Begründung

[5] Banken erheben heute für Überziehungen innerhalb eines Dispo-Limits überrhöht teure Zinsen. Dispo-Limits stellen eine Art „Einkaufsreserve“ dar. Es ist unverhältnismäßig, Menschen, die in finanzielle Schieflage geraten sind, mit überhöhten Zinsen zu bestrafen. Verhehrend ist dies vor allem, da es Menschen erschwert bis unmöglich macht, sich aus der Abhängigkeitsspirale durch die erhöhte Zinsbelastung zu befreien. Der überhöhte und vielleicht sogar als Wucher zu bezeichnende Zins behindert die gesellschaftliche Teilhabe der betroffenen Bürgerinnen und Bürger massiv.

PA265 - Hypothekenverbot oder alternativ geeignete Maßnahme zur Sicherung vor künstlichem Wertverlust durch Zwangsversteigerung

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein in Zusammenarbeit mit dem AK Wirtschaft und Finanzen NRW

Zusammenfassung

Die gängige Praxis der Zwangsversteigerung benachteiligt Immobilienbesitzer massiv, da durch den Begriff der Zwangsversteigerung in der Regel ein künstlicher Wertverlust geschaffen wird. Dieser Umstand soll verhindert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Umsetzung eines Hypothekenverbotes - insbesondere bei Privatimmobilien - oder eines alternativ geeigneten Mittels ein, welches folgenden Zweck verfolgt:

[3] Die Maßnahme soll ungerechte und fortwährende Abhängigkeit von privaten Immobilienbesitzern gegenüber Darlehensgebern beseitigen, indem sie regelt, dass Darlehensgebern im Zuge eines dauerhaften Zahlungsausfalls durch private Immobilienbesitzer die Immobilie übertragen wird, gleichzeitig der private Immobilienbesitzer von seiner Schuld gegenüber dem Darlehensgeber freigestellt wird. Das Gesetz findet konsequenter Weise Anwendung bei einer Finanzierung in Höhe von maximal bis zu 100% des Immobilienwertes.

Begründung

[4] Die Maßnahme bietet Schutz vor ungebührlicher Bereicherung von Finanzierungsinstituten an Privatpersonen. Sie schützt vor Armut und verhindert keinen Reichtum bei Privatpersonen. Finanzierungsinstitute lassen den Wert einer Immobilie vor Bau bzw. Erwerb offiziell ermitteln und in der so genannten Grundschuld sichern. Bei einem Zahlungsausfall des Schuldners wird die Immobilie an das Finanzierungsinstitut übertragen und der Schuldner schuldfrei gestellt. Der zuvor ermittelte Wert sowie die bis zum Zahlungsausfall getätigten Ratenzahlungen (Tilgung + Zinsen) gehen somit dem Finanzierungsinstitut zu, der Schuldner entgeht im Idealfall der Privatinsolvenz. Dadurch wird dem Schuldner die weitere gesellschaftliche Teilhabe ohne Einschränkung ermöglicht. Außerdem ist diese Maßnahme in Zeiten häufiger Jobwechsel mit zwischenzeitiger Arbeitslosigkeit ein Pol der Sicherheit und macht den Traum vom Eigenheim für Menschen, insbesondere Familien, auch in Zeiten unsteter Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt möglich.

[5] Die heutige Praxis ist indes zu bemängeln: Finanzierungsinstitute kassieren bis zum Zahlungsausfall neben der Tilgung nicht nur hohe Zinsen, sondern erhalten zusätzlich die Immobilie, die allein durch das Prädikat Zwangsversteigerung in der Regel an vorher garantiertem Wert verliert. In der potentiell folgenden Privatinsolvenz muss die durch den künstlich kreierten Wertverlust geschaffene Lücke jahrelang (aktuell bis zu 6 Jahre) an das Finanzierungsinstitut abbezahlt werden. Dabei sind es unter anderem Finanzierungsinstitute bzw. deren

Kooperationsunternehmen, die „ihre“ Immobilien über die Zwangsversteigerung erwerben und ohne Partizipation des Schuldners danach zu marktüblichen Preisen weiter verwerten können. Dieser Praxis soll hiermit Einhalt geboten und die Sicherheit der Menschen erhöht werden.

PA266 - 50€ für Hartz IV-/Transferleistungsempfänger - bedingungslos!

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein

Zusammenfassung

Maßnahme dient als Brückentechnologie zum BGE und bis dahin unabhängig davon!

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert bedingungslos die pauschale Erhöhung der Hartz-IV/ALG II-Transferleistungen sowie die pauschale Erhöhung so genannter Aufstockungen für Transferleistungsempfänger in Höhe von 50€ monatlich für jeden betroffenen Leistungsempfänger.

Begründung

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe und ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Zur gesellschaftlichen Teilhabe ist ein Mindesteinkommen unabdingbar. „50€ mehr im Monat" ist ein erster menschenwürdiger Schritt, Bürgerinnen und Bürger, die soziale Transferleistungen erhalten, an diesem System besser partizipieren lassen. Ein bedingungsloses Hartz-IV entspricht dem Grundgedanken eines BGE, auch wenn der Begriff Hartz-IV in Zukunft abzulehnen ist.

[4] Die zu erwartenden Kosten in Höhe von etwa 6 Mrd. € sind gesetzlich geregelt wahlweise durch die stetig weiter steigenden Steuereinnahmen der BRD oder über solidarische Umverteilung von Krankenkassenüberschüssen (zuletzt knapp 22 Mrd. €) und seichten Steuererhöhungen für Bestverdiener sowie Kapitalgesellschaften gegen zu finanzieren. Gerade in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland so hoch wie nie zuvor waren, wird es Zeit, den sozialen Frieden durch eine bedingungslose und akzeptierte Umverteilung wieder herzustellen.

[5] Außerdem muss sich Arbeit wieder lohnen. Löhne werden im Zuge dieser Regelung steigen, der Binnenkonsum gestärkt, die Abhängigkeit von der Exportwirtschaft leicht verringert. In den zu erwartenden Kosten von 6 Mrd. € findet eine leichte Erhöhung der Erwerbslosenzahl bereits Berücksichtigung. Die 50 € mehr kommen Einkommensschichten zu Gute, die ihr Einkommen zu nahezu 100% in den Konsum stecken. Von einem gesamtpositiven Effekt für die (Binnen-)Wirtschaft ist auszugehen.

PA267 - Volksentscheid bei Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf supranationale Ebene

Wahlprogramm - Bürgerbeteiligung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein

Zusammenfassung

Politisch geeignete Maßnahmen zur Bildung eines Super-Staates (Vereinigte Staaten von Europa) sollen demokratisch legitimiert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert bei allen politischen Maßnahmen, die in ihrer Natur die Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf supranationale Ebenen herbeiführen, die Bürger Deutschlands direkt über eine Einführung solcher Maßnahmen mit einfacher Mehrheit abstimmen und entscheiden zu lassen. Die Teilnahme an der Wahl soll freiwillig erfolgen, ein Mindestquorum ist nicht vorgesehen.

Begründung

[3] Die Piraten sehen den Bürger und die Möglichkeit der politischen Teilhabe im Mittelpunkt ihres Politikbildes. Die aktuelle Schuldenkrise und die derzeit diesbezüglich oftmals im Hinterzimmer getroffenen politischen Maßnahmen schaffen Fakten an den Bürgern der EU vorbei. Die Forderung nach einer europäischen Transferunion und einer zentralen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsregierung greift soweit in die nationale Identität der Bürger ein, dass sie selbst das Recht haben sollen, über diesen gewichtigen Schritt entscheiden zu dürfen. Eine zentrale Wirtschaftsregierung beschneidet die Souveränität der demokratisch gewählten Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und stellt de facto die “Vereinigten Staaten von Europa“ her, ohne die Zustimmung der Bürger explizit hierfür eingeholt zu haben. Zu bemerken sei hier, dass es definitiv nicht um die Ablehnung der “Vereinigten Staaten von Europa“ geht, sondern um die demokratische Legitimierung eines solchen Super-Staates.

PA268 - Finanzierung eines gemeinnützigen Einkommens (Transfermodell) als Bestandteil einer neuen Sozialarchitektur

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Meier

Zusammenfassung

Die Realisierung eines Grundeinkommens – gleich welcher Art – beansprucht eine Gegenfinanzierung. Die Piratenpartei setzt sich daher verstärkt für konzeptionelle Betrachtungen ein. Im Gegenzug ist jeder Bürger und jede Bürgerin begünstigter als sie es ohne Grundeinkommen wäre.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] **Für den Aufbau eines neuen Transfermodells - des sog. Grundeinkommens – Optionen zur Finanzierung zu beschließen, so u. a. die Erhöhung der Konsumsteuer (Mehrwertsteuer) und die Einführung einer Steuerpauschale auf Roboter in der Produktion.**

[3] Über die Charakterisierung eines Grundeinkommens – sprich Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), Gemeinnütziges Grundeinkommen (GGE) oder Soziales Grundeinkommen mit Wohnungskostenpauschale (SGE) – wird zu einem späteren Zeitpunkt (abgetrennt) beraten und beschlossen.

Begründung

[4] Eine starre Gesellschaft, die gibt es nicht. Gesellschaft ist fortwährend dynamisch. Konzeptionelle Überlegungen sind unvermeidlich, um gesellschaftliche Teilhabe individuell den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

[5] Die Kritiker eines Grundeinkommens führen landauf landab als Gegenargument die schwere Finanzierbarkeit ins rhetorisch-mediale Feld. Dabei bemühen sie sich nicht einmal eine Differenzierung oder gar eine Analysierung der bezeichneten Grundeinkommens-Modelle gewissenhaft zu erforschen. Die Piratenpartei setzt in ihren Bestrebungen zur Einführung eines Grundeinkommens Impulse der optionalen Finanzierbarkeit.

PA269 - Einfluss von Interessenvertretern auf Gesetzestexte einer demokratischen Kontrolle unterwerfen

Wahlprogramm - Transparenz LQFB LQFB 2 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Melanie Kalkowski für AK WiFi NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag wurde im AK Wirtschaft und Finanzen NRW erarbeitet und formuliert für das Wahlprogramm eine Forderung zum Bereich Lobbyismus.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern politische Transparenz und Lobbyismus einzufügen:

[2] Lobbyisten und Wirtschaftsunternehmen dürfen keine Gesetze schreiben. Nur unter der Voraussetzung, dass der Einsatz von Interessenvertretern in Ministerien lückenlos, vollständig und auch rückwirkend für alle Bürger einsehbar dokumentiert und öffentlich zugänglich gemacht wird, dürfen diese zu Rate gezogen werden. Ist externes Fachwissen erforderlich, um einen Gesetzestext zu erarbeiten, so ist es auf dem Wege eines transparenten und gleichberechtigten Verfahrens einzuholen, das einer breiten Bürgerbeteiligung und nicht der Durchsetzung von Einzelinteressen dient.

Begründung

[3] Bundes- und Landesregierungen unterhalten einen großen Apparat mit Beamten und leistungsfähigen Ministerien. Es ist nicht einzusehen, dass diese Vielzahl an Fachleuten beim Erstellen von Textvorlagen für Gesetzgebungsverfahren auf die Scharen von externen Mitarbeitern angewiesen sein soll, die sich heute an der Gesetzgebung beteiligen. Zwar wurde durch die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung vom 17. Juli 2008“1 die direkte Mitwirkung an Gesetzestexten durch Wirtschaftsunternehmen und Lobbyisten im Bund eingeschränkt. Trotzdem ist es nach wie vor erforderlich, die Einflussnahme professioneller Lobbyisten auf Gesetzgebungsverfahren unter eine strenge öffentliche Kontrolle zu stellen und teilweise Verbote zu verhängen. Insbesondere die Vergabe von Beratungsaufträgen an Dritte zum Zweck der Formulierung von Gesetzestexten muss generell verboten werden. 1 http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_17072008_O4013300111.htm

PA270 - Demokratische Teilhabe bei budgetrelevanten Investitionen

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB LQFB 2 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Melanie Kalkowski für AK WiFi NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag wurde im AK Wirtschaft und Finanzen NRW erarbeitet und formuliert die Forderung nach mehr demokratischer Teilhabe.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern Wirtschaft und Finanzen einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für Bürgerentscheide ein. Vor allem bei Investitionen, welche die Kommunen mit einem erheblichen finanziellem Risiko belasten oder diese maßgeblich beeinflussen in Bezug auf ihre ökologischen und infrastrukturellen Ressourcen. Diese Einflussnahme bedarf nach Meinung der Piratenpartei einer direkten Legitimation durch die betroffenen Bürger.

Begründung

[3] Bürgerentscheide müssen in Form einer Gegenüberstellung alternativer Konzepte klar, fair und verständlich formuliert sein. Es dürfen keine Suggestivfragen gestellt werden. Zudem sind im Planfeststellungsverfahren Elemente der direkten Demokratie einzuführen. Wenn Einwohner budgetrelevanten Investitionen zustimmen müssen, ist der zuständigen Regierung ein Anreiz gegeben, die Investitionskosten für Projekte unter dieser Grenze zu halten. Außerdem steigert das Verfahren die Transparenz. Die Betroffenen werden fordern, bei gegebener Qualität die geringsten Kosten zu verursachen. In einzelnen Kantonen der Schweiz ist das Verfahren erfolgreich erprobt. Es hat dort zu erheblichen Einsparungen im Haushalt geführt. Die Bürger bereits im Planfeststellungsverfahren direkt einzubinden beugt einer späteren Eskalation gegensätzlicher Interessen bei der Umsetzung von Investitionsprojekten vor.

PA271 - Offenlegung der Ausgaben für Bundesvorhaben und der dazugehörigen Verträge

Wahlprogramm - Transparenz LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Melanie Kalkowski für AK WiFi NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag wurde im AK Wirtschaft und Finanzen NRW erarbeitet und formuliert für das Wahlprogramm eine weitere Forderung zum Bereich Transparenz

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und an geeigneter Stelle zu den Themenfeldern Transparenz und Wirtschaft und Finanzen in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Modul 1: Die Bürger sollen Vergabeverfahren und Vertragsgrundlagen sowie die Verwendung der Bundesgelder nachvollziehen können. Der Staat, die Politik und die ausführenden Organe sind Verwalter der Steuermittel und nicht deren Eigentümer. Daher ist eine Einsichtnahme in Verträge des Staates aus Sicht der PIRATEN ein grundsätzliches Recht des Bürgers. Alle Bundesministerien sollen dazu verpflichtet werden, Auftragsvergaben sowie durch Steuermittel geförderte Projekte und Organisationen in einer zentralen Datenbank zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden Unterlagen können dann auf einem Online-Portal für alle Bürger einsehbar gemacht werden. So hat die Öffentlichkeit zu jedem Zeitpunkt Zugriff auf diese Informationen, wodurch Transparenz in allen Arbeitsprozessen herrscht.

[3] Modul 2: Transparenz bei der öffentlichen Verschuldung: Die Piratenpartei fordert eine angemessene Transparenz und Veröffentlichungspflicht im Bereich der Verschuldung der öffentlichen Hand. Dazu sollen die Gläubigerstrukturen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in geeigneter Weise öffentlich gemacht werden.

Begründung

[4] Auch dieser Antrag wurde bereits ähnlich vom AK Wirtschaft und Finanzen für das Wahlprogramm NRW geschrieben und verabschiedet http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Wahlprogramm_2012#Gesetzestexte_d.C3.BCrfen_nicht_von_Lobbyisten_und_Wirtschaftsunternehmen_ges. Auf der EuWiKon im Rahmen des Vortrages “Lobbyismus in der Wirtschaftspolitik“ http://dl.dropbox.com/u/91623683/120928%20Programm%20EuWiKon%20printA.pdf wurde der Antrag ebenfalls vorgestellt.

[5] Im Zuge der Finanzkrise ist offensichtlich geworden, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand eine nicht zu unterschätzende Abhängigkeit von privaten Gläubigern mit sich bringt. Ein bekanntes Beispiel ist der Einfluss, den die Bonitätseinschätzung privater Rating-Agenturen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten sowie auf die Höhe der jeweiligen Zinsausgaben hat.

[6] Hinweis: ein weiteres zusätzliches Modul zu diesem Antrag wird von einem Mitglied des AK separat eingereicht!

PA272 - PG ALGII 004: Neuformulierung der Gesetzestexte nach dem Günstigkeitsprinzip

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die gesetzlichen Vorschriften des SGB II und SGB XII müssen nach dem sogenannten "Günstigkeitsprinzip" (d.h. eine Entscheidung muss grundsätzlich zugunsten des Betroffenen getroffen werden) für die leistungsberechtigten Personen klar und konkret formulier

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Die gesetzlichen Vorschriften des SGB II und SGB XII müssen nach dem sogenannten "Günstigkeitsprinzip" (d.h. eine Entscheidung muss grundsätzlich zugunsten des Betroffenen getroffen werden) für die leistungsberechtigten Personen klar und konkret formuliert werden.

Begründung

[3] Das Günstigkeitsprinzip führt zu einer deutlichen Entlastung des Leistungs- und Vermittlungspersonals und zu einer Verringerung der Fehlerquote bei den Entscheidungen zugunsten der leistungsberechtigten Personen. Ebenso wird die Sozialgerichtsbarkeit erheblich entlastet. Die Änderung wird folgerichtig auch zu enormen Kostenersparnissen innerhalb der Verwaltung und den Sozialgerichten führen.

[4] Beim ALG II wurde in Bezug auf Wohnungswechsel vergessen eine Regelung und einen Haushaltsposten für Renovierung und Umzugskosten zu berücksichtigen. Zieht also ein ALG II Empfänger mit Zustimmung des JC in eine unrenovierte Wohnung, ist er bzgl. der Renovierungskosten auf die Kreativität seines Sachbearbeiters angewiesen. Das Gesetz muss um die entsprechenden Regelungen ergänzt werden.

PA273 - Keine Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von individuellen Besonderheiten und Zuschreibungen, vor allem im Kontext von Bewerbungsauslesen

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Meier

Zusammenfassung

Jeder Mensch ist in Bewerbungsverfahren gleichwertig zu behandeln, unabhängig seiner nationalen und sozialen Herkunft, des Aussehens und des Alters.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] Jeder Bewerber und jede Bewerberin um eine berufliche Stellung auf dem Arbeitsmarkt hat die gleiche Wertigkeit, unabhängig seiner nationalen und sozialen Herkunft, des Aussehens und des Alters.

[3] **Die Personalverantwortlichen in den einzelnen Unternehmen sind zu verpflichten einem Bewerber bzw. einer Bewerberin um eine berufliche Tätigkeit den Hinderungsgrund einer Einstellung schriftlich (in der Bewerbungsabsage) zu offenbaren. Das kommt einem bereits bestehenden Eu-Gesetz sehr entgegen.**

Begründung

[4] Bildung, das ist ein lebenslanger Prozess in einer Wissens- und Informationsgesellschaft, wie der unseren. Bildung ist der Zugang zum Arbeitsmarkt, ist existenziell notwendig und befähigt Altersvorsorge zu betreiben. Es darf nicht sein, dass ein Arbeitnehmer mit einer mehr oder weniger beeindruckenden Qualifikation in Bewerberauslesen nicht wegen derselbigen abgelehnt wird sondern wegen einer der zuvor beschriebenen individuellen Besonderheit. Dazu ein Beispiel: Eine Person qualifiziert sich in seinen mittleren Lebensjahren und wird hernach von den Personalbüros als Bewerber nur aufgrund seines Alters ignoriert und nicht aufgrund der Qualifikation. Allerdings wird dieser Umstand aufgrund des entsprechenden Eu-Gesetzes natürlich verschwiegen.

PA274 - Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuer-Satzes - Einberufung einer ständigen Kommission

Wahlprogramm - Steuern LQFB LQFB 2 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Melanie Kalkowski für AK WiFi NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag wurde im AK Wirtschaft und Finanzen NRW weiter bearbeitet und formuliert für das Wahlprogramm eine konkrete Forderung zum Bereich ermäßigter Umsatzstezer-Satz.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zu den Themenfeldern Steuerpolitik und Lobbyismus einzufügen:

[2] Das Umsatzsteuergesetz (“Mehrwertsteuer“) sieht neben dem Regelsteuersatz von 19 Prozent einen ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent vor. Die Piratenpartei fordert ein transparenteres Verfahren der Festlegung und somit Neubewertung des Warenkataloges, der ermäßigt besteuert wird. Die unterschiedliche Besteuerung muss sich am Bedarf der Menschen an lebenswichtigen Waren des täglichen Gebrauchs orientieren und nicht an Lobby-Interessen. Wir möchten am ermäßigten Steuersatz festhalten und fordern deshalb eine ständige Kommission zur Reform des ermäßigten Umsatzsteuersatzes, die den Warenkatalog regelmäßig prüfen soll.

Begründung

[3] Der ermäßigte Umsatzsteuer-Satz wurde aus sozialpolitischen Gründen eingeführt: Lebenswichtige Waren des täglichen Gebrauchs sollten ermäßigt besteuert werden (§ 12 Abs. 2 UStG). Die PIRATEN begrüßen diesen Ansatz zur Steuergerechtigkeit. Doch im Laufe der Jahre ist der begünstigte Warenkatalog durch die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessengruppen immer unübersichtlicher und widersprüchlicher geworden. Er enthält heute absurde, nicht vermittelbare Vergünstigungen: So werden Babywindeln mit den vollen 19 Prozent besteuert, Tiernahrung dagegen mit dem ermäßigten Satz. Selbst Kulturgüter werden unterschiedlich bewertet: Für Bücher gilt die Ermäßigung, für Hörbücher nicht, da sie zu den Tonträgern als vormaligen Luxusgütern zählen. Sehbehinderte müssen daher bis heute den vollen Steuersatz zahlen. Nicht einmal alle Kartoffelsorten werden einheitlich besteuert! Die letzte bekannte Änderung nahm die schwarz-gelbe Koalition bei ihrem Regierungsantritt zum 1. Januar 2010 zugunsten des Gaststättengewerbes vor. Seither fallen Übernachtungen in Hotels unter den ermäßigten Steuersatz. Solch eine durch Lobbyismus geprägte Politik lehnen die PIRATEN ab! Die Piraten prangern insbesondere an, dass die jetzige Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Mehrwertsteuer auf Eis gelegt hat - wohl eigens um zu vermeiden, die Begünstigung der Hotelbranche („Möwenpicksteuer“) wieder rückgängig machen zu müssen. Um eine transparente, gerechte und von Lobbyinteressen freie Überprüfung des ermäßigten Steuersatzes zu gewährleisten, möchten wir in regelmäßigen Zeitabständen eine unabhängige Kommission aus Experten und Bürgern einberufen, die den Warenkatalog fortlaufend evaluiert.

PA275 - Sofortige Einstellung der Suche nach einem “Atomaren Endlager“

Wahlprogramm - Energie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Salgert

Zusammenfassung

Die seit Jahrzehnten geführte Suche nach einem “Atomaren Endlager“ ist zu beenden. Stattdessen sollten dauerhafte Lagerstätten mit Zugangsmöglichkeit eingerichtet werden, um nachfolgenden Generationen eine technologische Lösung zu ermöglichen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 folgendes zum Thema Energiepolitik einzufügen:

[2] **Sofortige Einstellung der Suche nach einem “Atomaren Endlager“**

[3] Die Piratenpartei Deutschland lehnt eine irreversible geologische Verbringung von Atommüll kategorisch ab und fordert die sofortige Einstellung der Eruierung eines endgültigen Standortes für hochradioaktive Abfälle.

[4] Alternativ schlägt die Piratenpartei Deutschland die Einrichtung von “dauerhaften Lagerstätten mit Zugangsmöglichkeit“ vor, um nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zu geben, das hausgemachte Problem des Atommülls technologisch zu lösen und zugleich die Erinnerung der vorhandenen Problematik im öffentlichen Bewusstsein zu halten.

[5] Die Piratenpartei Deutschland fordert zudem bei einem Stopp der Suche nach einer geeigneten Endlagerstätte die Umwidmung der hierfür vorgesehenen Mittel in einen Sonderfonds, der die Forschung an technologischen Lösungen für die Unschädlichmachung von hochradioaktiven Spaltprodukten ermöglicht.

[6] Die in der Bundesrepublik Deutschland verantwortlichen Energiekonzerne sind entsprechend dem Verursacherprinzip an den Kosten zu beteiligen.

Begründung

[7] Seit Jahrzehnten wird der Öffentlichkeit durch den Begriff “Endlager“ eingeredet, dass es eine Lösung für die Lagerung der in den vergangenen Jahrzehnten angefallenen, hochkontaminierten Abfälle der Kernreaktoren geben kann. Wir sind jedoch der festen Überzeug, dass es wissenschaftlich keine evidenten Lösungen gibt, die sich über Tausende, Hunderttausende oder sogar Millionen von Jahren erstrecken. Die Politik sollte deshalb der Öffentlichkeit fairerweise sagen, dass eine solche endgültige Bewertung nicht möglich ist.

[8] Unsere Konklusion sollte deshalb sein, dass eiene dauerhafte Versiegelung getreu dem Motto “aus den Augen - aus dem Sinn“ die schlechtmöglichste Variante darstellt. Der Bevölkerung wird dadurch suggeriert, das Problem sei lösbar. Wir Piraten sollten dem eindringlich widersprechen.

[9] Die deutsche Öffentlichkeit sollte sich stattdessen lieber der vorhandenen Bedrohung stellen, um das Gefahrenpotential einer derart fehlgeleiteten Technologie aktiv im Lösungsraum zukünftiger Generationen zu verankern.

PA276 - Die steuerliche Gleichstellung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit.

Wahlprogramm - Steuern LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

* Berthold 'Stimmbürger' Weber

Zusammenfassung

Die Kapitaleinkünfte sollen, als regulärer Teil des Einkommens, dem gleichen Einkommenssteuersatz unterliegen wie die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen folgenden Text an entsprechender Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert:

[3] Die steuerliche Gleichstellung von Einkünften aus Kapitalvermögen und Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Die Kapitaleinkünfte sollen, als regulärer Teil des Einkommens, dem gleichen Einkommenssteuersatz unterliegen wie die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit.

[4] Hierbei soll es einen Freibetrag geben, der über dem aktuellen (801€) liegt, damit es auch Menschen mit kleineren Einkommen ermöglicht wird, Rücklagen zu bilden, um überhaupt erst Kapitaleinkommen zu erzielen.

Begründung

[5] Begründung

[6] Damit ist die steuerliche Gleichstellung beider Einkommensarten gewährleistet.

[7] Umsetzung (ist nicht Teil des Antragstextes)

[8] § 32d Gesonderter Steuertarif für Einkünfte aus Kapitalvermögen, soll daher inhaltlich wie folgt überarbeitet werden:

[9] Die heutige Kapitalertragssteuer/Quellensteuer von 25% wird in eine reine Quellensteuer umgewandelt, welche in der Höhe pauschal dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von derzeit 45% entspricht.

[10] Liegt der persönliche Einkommenssteuersatz unter den 45%, bekommt der Steuerzahler die zu viel gezahlten Steuern mit der Einkommenssteuererklärung wie bisher zurück."Verrechnungssteuer", ähnlich wie die Schweizer Kapitalertragssteuer.

[11] Hinweis

[12] Die Lebensversicherungen und Riesterverträge der Bürger sind hiervon nicht betroffen, da diese als Rentenbezüge, wie bisher auch, separat zu versteuern sind.

[13] Um klein- und mittelständische Unternehmen zukünftig zu stärken, ist auch eine evtl. Doppelbesteuerung zu vermeiden.

[14] Quellen

[15] http://dejure.org/gesetze/EStG/20.html http://dejure.org/gesetze/EStG/32d.html http://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalertragsteuer#Kapitalertragssteuer_in_der_Schweiz http://de.wikipedia.org/wiki/Kapitalertragsteuer http://de.wikipedia.org/wiki/Richtlinie_2003/48/EG_im_Bereich_der_Best http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensteuer_%28Deutschland%29

PA277 - Digitale Netzwerke ins Grundgesetz

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

* Berthold 'Stimmbürger' Weber

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Erweiterung des GG Artikel 5.1 um die zwei Worte „digitale Netzwerke“ ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen folgenden Text an entsprechender Stelle im Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Erweiterung des GG Artikel 5.1 um die zwei Worte „digitale Netzwerke“ ein.

[3] Neu:

[4] Artikel 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk, Film und digitale Netzwerke werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Begründung

[5] Der derzeitige Text lautet:

[6] Artikel 5 (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

[7] und schliesst somit eine grundgesetzliche Absicherung der digitalen Netzwerke nicht mit ein, ergo im Einzelfall aus.

[8] Die „digitalen Netzwerke“ entsprechen aber dem heutigen Stand der Informationstechnik und ihre Absicherung gegen Zensur jeglicher Art werden von den Piraten explizit eingefordert.

[9] Die Erweiterung um diese zwei Wörter: digitale Netzwerke ist insoweit revolutionär, da das Ergebnis ist, dass alle Forderungen der Piratenpartei Deutschland in Sachen "Freiheit“ im Internet, den digitale Netzte und der digitale Kommunikation dadurch erreicht werden!

[10] Wird diese kleine GG-Erweiterung umgesetzt, wird automatisch die Freiheit der Berichterstattung und Meinungsäusserung auf bzw. unter Zuhilfenahme von digitalen Netzen grundgesetzlich gewährleistet. Ein Meilenstein!

PA278 - Frühkindliche Bildung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Manfred Schramm

Zusammenfassung

Bessere, sozial gerechtere und familienfreundlichere Kindertagesstätten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 im Bereich Bildung aufzunehmen:

[2] Die Aufgabe frühkindlicher Bildung ist es, alle Kinder - trotz bestehender Unterschiede - in den persönlichen Kompetenzen so zu fördern, dass sie unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft sowie ungeachtet möglicher körperlich oder seelisch bedingter Nachteile oder Entwicklungsverzögerungen mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich deshalb für die folgenden Forderungen ein:

[4] Beitragsfreie und auf Wunsch ganztägige Betreuung in wohnortnahen (oder wahlweise arbeitsplatznahen) Kindertagesstätten mit kind- und elterngerechten Öffnungszeiten für Kinder ab dem ersten Geburtstag. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Der Besuch von und die Verpflegung in Kindertagesstätten sind beitragsfrei. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleichzustellen. Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten nicht bereitstellen können, werden von Bund und Land finanziell unterstützt. Bundes- und Landesmittel sind entsprechend aufzustocken. Die Eltern müssen bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes über die Vorteile eines Kita-Besuchs von geeigneter Stelle informiert werden.

[5] Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden, nicht zulässig.

[6] Die sprachliche und motorische Entwicklung aller Kinder im Alter von vier Jahren wird durch entsprechend geschultes Personal erhoben. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprachlich-motorische Förderung, um Defizite auszugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden.

[7] Die Personalschlüssel der Kitas dürfen nicht allein an Gruppengrößen und Anzahl der betreuten Kinder orientiert werden. Es müssen weitere Faktoren wie Förderbedarfe, erziehungsferne Verwaltungs- und Hausarbeiten sowie Fehlzeiten des Personals stärkere Berücksichtigung finden.

[8] Schließungszeiten von bis zu vierzig Tagen pro Kindergartenjahr sind von Eltern nicht zu überbrücken und dürfen nicht länger zulässig sein. Die Betreuungslücke zwischen dem Ende eines Kindergartenjahres und dem Beginn der Schule muss geschlossen werden. Die Vernetzung von Kindertagesstätten auf lokaler Ebene mit dem Ziel der Überbrückung dieser Schließungszeiten und Milderung der Folgen soll gesetzlich verankert werden.

[9] Die Ausbildung des pädagogischen Personals soll zukünftig vermehrt in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert werden. Die Bezahlung des pädagogischen Personals muss verantwortungsgerecht erfolgen. Die Verbesserung der Ausstattung der Kindertagesstätten und die gesellschaftliche Aufwertung des Erzieherberufes wird angestrebt.

Begründung

[10] Die Versorgungslage in der frühkindlichen Bildung ist in Deutschland quantitativ unterschiedlich gut, qualitativ ist sie bundesweit verbesserungswürdig. Die oben aufgeführten Antragspunkte sind die wesentlichen Forderungen der Mehrheit der Eltern von Kleinkindern sowie von Soziologen und Bildungsexperten. Eine grundsätzliche Position unserer Piratenpartei ist die Forderung von freiem Zugang zu Bildung. Eine weitere grundsätzliche Position ist die kategorische Ablehnung von Gebühren für Bildung. Dieser Antrag gehört trotz der jeweiligen Landeshoheiten über die relevante Gesetzgebung in das Bundestagswahlprogramm, da er ausschliesslich bundesweit gültige und anwendungsfähige Positionen beinhaltet. Die im Antrag aufgeführten Forderungen haben unter Berücksichtigung der drohenden U3-Versorgungslücke und dem Rechtsanspruch der Eltern auf einen U3-Betreuungsplatz besondere Bedeutung. Die politische Diskussion wird im Jahr 2013 stark von diesem Thema dominiert sein.

[11] Erläuterungen zum Kontext benutzter Begriffe: Inklusion: Deutschland hat in 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Ziel dieser Konvention ist, Menschen mit Behinderung die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen zu garantieren. Die Umsetzung dieser Konvention wird dazu führen, dass Kita-Gruppen mit behinderten und nicht-behinderten Kindern der Normalfall werden. Dies muss sich in einem verbesserten Betreuungsschlüssel wiederfinden. Integration: Schon heute werden in integrativen Kitas Kinder mit besonderem Förderbedarf in gemeinsamen Gruppen mit Kindern ohne Förderbedarf betreut. (Logopädie, Motopädie) Der Antrag formuliert höhere Ansprüche an diese Kitas (Elternbeteiligung). Dies muss sich in einem verbesserten Betreuungsschlüssel wiederfinden. Betreuungsschlüssel: Verhältnis Anzahl Kinder zu Anzahl Betreuer.

PA279 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte - Modul 1: Präambel

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight, R2Dine (AG Antimobbinggesetz)

Zusammenfassung

Die Präambel definiert den Tenor des Antragspakets. Fußend auf dem Menschenbild der Piratenpartei wünschen wir uns eine Arbeitswelt des Miteinanders, die auch durch gesetzliche Maßnahmen erreicht werden soll.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle (oder durch einen gesonderten Programmpunkt "Piraten und Arbeitnehmerrechte") zu ergänzen:

[2] Modul 1: Präambel

[3] Die Piratenpartei Deutschland sieht Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, als emanzipierten Teil des Wirtschaftslebens. In einer freiheitlichen Gesellschaft, in der die Wirtschaft nach unserem Verständnis dem Gemeinwohl aller Menschen dient, genießt der einzelne Bürger sowohl im Privat- als auch im Arbeitsleben unumstößliche Rechte, zu denen wir als humanistische Partei stehen. Arbeitnehmerrechte sind Grundlagen für ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Erwerbstätigen und ihren Vorgesetzten. Wir möchten eine Kultur des gleichberechtigten Umgangs zwischen den Parteien fördern und der Bildung von autoritären Strukturen in der Arbeitswelt, z.B. dort, wo es keine Mitarbeitervertretung gibt, entgegen wirken.

[4] Dazu wollen wir grundlegende Arbeitnehmerrechte stärken. Das Gleiche gilt für die Rechte von Beamten. Wir wollen Erwerbstätige allgemein besser vor Willkür schützen.

[5] Die Piratenpartei wünscht sich ein Klima des Miteinander in Betrieben und anderen Arbeitsstätten, in dem in einer motivierenden und leistungsförderlichen Atmosphäre jeder Beteiligte seinen Produktivbeitrag leisten kann.

Begründung

[6] Dieser Antrag ergänzt den Antrag "Wirtschaftspolitische Grundsätze der Piratenpartei" um eine mögliche arbeitsrechtliche Komponente. Im Zuge der schleichenden Rechtlosstellung von Arbeitnehmern durch Leiharbeit, Mobbing am Arbeitsplatz u.a. sollten wir Piraten auch hier ein Zeichen setzen. Sowohl die Wirtschaft im allgemeinen als auch der Arbeitsprozess im Speziellen dient nicht allein zur entlohnten Erwirtschaftung eines Profits. Unser Bekenntnis zu Teilhabe und Mitbestimmung sollte sich daher auch hier niederschlagen.

[7] Der Antrag und seine Module werden noch durch wahlprogrammatische Antragsmodule ergänzt.

PA280 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte - Modul 2a: Mitbestimmung

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight

Zusammenfassung

Dies ist eine Forderung nach mehr Mitbestimmung auch in der Arbeitswelt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[2] Modul 2a: Mitbestimmung Teil I

[3] Die Piratenpartei bekennt sich zur Mitbestimmung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Dazu gehört auch das Arbeitsleben. Demokratie umfasst nach unserem Verständnis auch die Partizipation an Entscheidungsprozessen im Arbeitsumfeld.

Begründung

[4] Mitbestimmung und basisdemokratische Strukturen sind zentrale Anliegen der Piratenpartei.

PA281 - Maßnahmen gegen die Altersarmut

Wahlprogramm - Senioren LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Ebner

Zusammenfassung

Ein Grundeinkommen bekämpft wirksam Altersarmut

Antragstext

[1] Der folgende Text ist an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung entwickeln sich zunehmend in eine Richtung, die für viele Rentner nicht mehr existenzsichernd ist - immer mehr Rentner sind von Altersarmut betroffen. Da diese Menschen während ihres Erwerbslebens in die gesetzliche Rentenversicherung gezwungen wurde und derzeit meist nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirschaften, entsteht hier eine besondere Verpflichtung der Gemeinschaft.

[3] Für die Lösung dieses drängenden Problems bevorzugen wir ein Grundeinkommen, das allen ausgezahlt wird. Da sich auch viele andere Einwohner in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen befinden, halten wir eine Lösung für sachgerecht, die allen zugute kommt und nicht nur den Rentnern. Die Leistungen der gesetzlichen Altersversicherung würden zusätzlich zu einem bedingungslosen Grundeinkommen ausgezahlt (wenn auch stärker besteuert als derzeit), so dass insbesondere Rentner mit kleinen Renten deutlich besser gestellt werden als heute.

[4] Sollte sich für ein Grundeinkommen keine Mehrheit finden, so sind andere Wege zur Bekämpfung der Altersarmut zu gehen. Denkbar wäre eine stärkere Finanzierung aus Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen, entweder über eine stärkere Besteuerung und eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung oder über eine direkte Beitragspflicht nach Schweizer Vorbild.

Begründung

[5] Dieser Text ist bewusst knapp und "knackig" gehalten. Würde der Rentenproblematik überproportional viel Raum eingeräumt, so könnte der Eindruck entstehen, wir wollten eine Bevölkerungsgruppe zu Lasten aller anderen bevorzugen.

[6] Der erste Absatz reisst die Problematik kurz an und verdeutlicht, warum hier eine besondere Verpflichtung des Staates besteht. Der zweite Absatz stellt unsere Wunschlösung in Form eines BGE dar und führt aus, warum wir aus Gründen der Gleichbehandlung diese Lösung bevorzugen. Daneben wird noch klargestellt, dass wir nicht die Rente gegen ein BGE eintauschen wollen (so ein Vorhaben würde ohnehin nicht Karlsruhe nicht überstehen), sondern dass es die Rente dann - wenn auch stärker besteuert - oben drauf gibt. Schon das Konzept "Sozialstaat 3.0" (http://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/06/08/als-vorschlag-zur-diskussion-sozialstaat-3-0-version-1-2/) würde zu einer solchen Verbesserung der Lage gerade der "kleinen Rentner" führen, dass man das auf absehbare Zeit so lassen könnte.

[7] Da es sich bei der Altersarmut um ein drängendes Problem handelt, und - wie eingangs dargelegt - der Staat hier auch eine besondere Verpflichtung hat, soll auch noch eine Ersatzlösung kurz angerissen werden. Hier werden die Steuer- und die Beitragslösung quasi gleichwertig nebeneinander gestellt. Die Steuerlösung wäre systematisch sauberer (als Versicherung Rente als Funktion der Beiträge, Umverteilung dann über die Steuer) und in der Verwaltung einfacher, die Beitragslösung kommt in der politischen Diskussion häufiger vor.

PA282 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte - Modul 2b: Mitbestimmung

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight

Zusammenfassung

Der Antrag bekennt sich zur Rolle der Persönalräte und fordert mehr basisdemokratische Elemente im öffentlichen Dienst.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[2] Modul 2b: Mitbestimmung Teil II

[3] Wir möchten die Personalräte stärken und darüber hinaus im öffentlichen Dienst basisdemokratische Beteiligungsformen etablieren, da Ämter und Behörden dem Bürger dienen. Nicht der politische Vorgesetzte, sondern der Bürger ist nach unserem ideelen Verständnis der eigentliche Dienstherr und der ausführende Beamte nur sein Vertreter, und zwar in gleicher Weise, wie auch der Wähler von einem Abgeordneten vertreten werden sollte.

[4] Die Piratenpartei möchte den parteipolitischen Einfluss in der öffentlichen Verwaltung zurückdrängen und mehr Mitsprache für alle erreichen.

Begründung

[5] Zur Demokratisierung der Arbeitswelt gehört ein Bekenntnis zu Personalräten unabdingbar dazu.

[6] Darüber hinaus ist unser Verständnis der Verwaltung, dass sie wie auch die Wirtschaft dem Volke dient und nicht umgekehrt.

[7] Der parteipolitische Einfluss bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst ist unbestritten; dieser fördert u.a. die Ausbildung parteipolitischer Seilschaften, die Korruption, z.B. Stellenkorruption oder abgesprochenes Mobbing gegen Bürger und Untergebene fördern und eine neue Regierung in ihrer Arbeit behindern können.

[8] Deshalb soll auch die Demokratisierung des öffentlichen Diensts vorangetrieben werden. Dieser ist bisher "von oben" organisiert.

[9] Der Grundsatzantrag lässt überdies ausgestaltende Wahlprogrammanträge wie z.B. zur Richterwahl zu.

PA283 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte - Modul 3: Maßnahmen gegen Mobbing

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Justizpolitik durch Colorofthenight

Zusammenfassung

Der Antrag erklärt den Mobbingbegriff und verdeutlicht, warum wir, passend zum programmatischen Kurs in der Wirtschaftspolitik und auch der Präambel dieses Antrags, Mobbinghandlungen verurteilen und die Möglichkeit gesetzlicher Maßnahmen fordern sollen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[2] Modul 3: Maßnahmen gegen Mobbing

[3] Die Piratenpartei setzt sich für einen umfassenden Schutz vor Mobbing am Arbeitsplatz ein. Typische Mobbinghandlungen sind: Bewusstes Überlasten mit Arbeit, demütigende Kritik vor den Kollegen, Hochspielen von kleinen Fehlern, "Schneiden" durch die Kollegen, ständige "Mitarbeiter-Gespräche" mit dem Ziel der Einschüchterung, mehrfache unberechtigte oder konstruierte Abmahnungen, wiederholte unangemessene Kündigungsversuche, Druck auf Betriebs-und Personalräte. Wir meinen, dass ein latenter, auch unterschwelliger Angriff auf den Einzelnen bei der Arbeit eine schwer wiegende Verletzung seiner Rechte darstellt und das Opfer mit weit reichenden psychischen Folgen in seiner Lebensführung beeinträchtigt und daher nicht hingenommen werden kann. Mobbing ist Auswuchs einer Konkurrenzgesellschaft, in der Interessen persönlicher und politischer Natur rücksichtslos durchgesetzt werden. Daher unterstützen wir gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Mobbing auf nationaler und europäischer Ebene.

Begründung

[4] Der in der Umgangssprache sehr ungenaue Mobbingbegriff umfasst eine Fülle von Handlungen eines oder mehrerer Mobber gegen Einzelpersonen, die erst in ihrer Gesamtheit das Mobbing an sich ausmachen. In der öffentlichen Wahrnehmung von Mobbing hat sich vor allem das häufig mit Gewalt verbundene Mobbing in der Schule eingeprägt. Subtiler, komplexer und nicht an einzelnen Ereignissen festzumachen ist aber das Mobbing am Arbeitsplatz.

[5] Typische Mobbinghandlungen sind: Bewusstes Überlasten mit Arbeit, demütigende Kritik vor den Kollegen, Hochspielen von kleinen Fehlern, "Schneiden" durch die Kollegen, ständige "Mitarbeiter-Gespräche" mit dem Ziel der Einschüchterung, mehrfache unberechtigte oder konstruierte Abmahnungen, wiederholte unangemessene Kündigungsversuche.

[6] Es hinterlässt mittel- und langfristig schwere psychische Schäden. Die Gesellschaft ist auch deswegen noch nicht ausreichend für diese Thematik sensibilisiert, weil die Gesamtheit der Situation nur vom Mobbingopfer

selbst erfahren wird und Kollegen häufig nur Einzelbeobachtungen machen können. Rückschlüsse auf die Gesamtsituation sind nur mit der nötigen Erfahrung auf diesem Gebiet möglich. Diese erlangt man entweder durch die entsprechende psychologische Schulung oder durch eigene Mobbingerfahrung. 2 Millionen Arbeitnehmer sind jährlich 1 , insgesamt knapp 10% der Erwerbstätigen bisher von Mobbing 2,3 betroffen. Etwa 20% aller Selbstmorde werden auf Mobbing zurückgeführt 1 .

[7] Es kommt auch immer mehr zu Mobbingfällen an Schulkindern, vor allem mit Migrationshintergrund, durch Teile des Lehrpersonals und der Direktion, wie verschiedene Mobbingexperten beobachten. Umgekehrt bedeutet dies, dass die überwiegende Zahl erwerbstätiger Menschen über lange Zeit von Mobbing verschont bleibt und daher den Begriff nur als vages Schlagwort kennt.

[8] Wir denken aber, dass die Sensibilisierung für Mobbing Teil eines neuen Geists in der Arbeitswelt sein sollte, der nach unseren Vorstellungen geprägt vom Menschenbild der Piratenpartei in die Wirtschaft und in jeden einzelnen Betrieb einziehen soll. Dazu müssen wir auch, um die Freiheit und die Rechte des Einzelnen zu schützen Mobbing als von oben gelenktes Steuerungsinstrument unterbinden.

[9] Bekannt geworden sind eine Reihe von Fällen in der die Unabhängigkeit der Justiz durch Mobbing gegen nonkonforme Richter und Staatsanwälte gefährdet wurde. In der Zumwinkel-Affaire sprechen Mitarbeiter der zuständigen Staatsanwaltschaft von einem "System des Mobbings", um die gebotenen Ermittlungen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung zu unterdrücken 4 (vgl. hierzu und anderen Fällen 5,6).

[10] Es muss von einer hohen Dunkelziffer sowohl in Betrieben als auch in Behörden ausgegangen werden, denn nur die wenigsten Mobbingopfer gehen in die Öffentlichkeit oder suchen Unterstützung in der Politik durch offene Briefe, Petitionen oder solidarichen Rückhalt. Der Piratenpartei kommt dabei eine große Bedeutung zu, denn die etablierten Parteien haben sich bereits vielerorts in Seilschaften verstrickt, von denen Mobbing und Korruption ausgeht, und sind daher mangels Einigkeit leider unfähig, entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen, wenn einige ihrer Parteigänger von den informellen Netzwerken der Informationsunterdrückung und der Verfolgung Einzelner profitieren.

[11] Betriebs- oder Personalräte werden in den meisten Fällen so fehlinformiert, eingeschüchtert oder mit Vorteilen bedacht, dass ein Einschreiten ihrerseits bei Verstößen von Formvorschriften bei Kündigungen oder vorzeitigen Zurruhesetzungen verhindert wird. Das Mobbingopfer wird damit über einen langen Zeitraum hinweg so ausgegrenzt, dass es keinerlei Verbündete mehr finden kann. Es steht förmlich im Regen. Depressionen sind die erste Folge, die meinst der Anfang vom bitteren Ende sind.

[12] Dies erzeugt einen über lange Zeit anhaltenden Zustand der berechtigten Angst seinen Arbeitsplatz zu verlieren und macht Mobbingopfer hilf- und willenlos und das Ende beginnt seinen Lauf zu nehmen. Die Opfer werden unter diesem Druck in der Regel krank, und bekommen dies auch noch angelastet. Sie werden deswegen nach längeren Krankheitszeiten gekündigt oder vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

[13] Viele Mobbingopfer werden in ihrer so erlangten Einsamkeit zum Alkohol- oder/und Medikamentenmissbrauch getrieben, was wiederum zu physischen Krankheiten führt und/oder in viel zu vielen Fällen sogar zum Suizid. Die weit reichenden gesellschaftlichen Folgen unterstreichen die Notwendigkeit eines gesetzlichen Opferschutzes.

[14] Quellen:

[15] 1 DER SPIEGEL Nr. 16 vom 16.04.2012, S. 56 ff. "Kollege Feind".

[16] 2 Studie des IFAK Instituts zu Mobbing http://kdm13.wordpress.com/der-eugh-starkt-arbeitnehmerrechte-eugh-urteil-c-30306/studie-des-ifak-instituts-zu-mobbing/

[17] 3 Meschkutat, Bärbel; Stackelbeck, Martina; Langenhoff, Georg: Der Mobbing-Report; 2002. ISBN: 3-89701-822-5

[18] 4 Staatsanwältin im Krieg. Financial Times Deutschland, 14.12.2008. http://www.ftd.de/karriere/management/:agenda-staatsanwaeltin-im-krieg/451510.html?page=2

[19] 5 Jürgen Roth, Ermitteln verboten!, Rowohlt, 2. Auflage 2007

[20] 6 ders., Der Deutschland-Clan: Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz, 2006

[21] 7 Keine Ermittlungen gegen bayerischen Innenminister wegen Bayerntrojaners, heise.de vom 16.11.2011, http://www.heise.de/newsticker/meldung/Keine-Ermittlungen-gegen-bayerischen-Innenminister-wegen-Bayerntrojaners-1379835.html

[22] 8 http://www.internet-law.de/2011/11/staatsanwaltschaft-will-wegen-des-bayerntrojaners-nicht-ermitteln.html

[23] AG Justizpolitik (abgestimmt 12.10.2012 - https://juko.piratenpad.de/2012-10-12 Auswertung: 9 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltung)

[24] TG Antimobbinggesetz (abgestimmt 12.10.2012): http://wiki.piratenpartei.de/AG_Justizpolitik/TG/Anti-Mobbing-Gesetz

[25] Antragsbegründung siehe Pad http://piratenpad.de/MOY2rQKl9a

PA284 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte - Modul 4: Gleichberechtigung

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight, Wika und Thomas Küppers (Sozialpiraten)

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert die Gleichstellung aller Arbeitnehmer, nicht nur nach Geschlecht und Wohnort im Osten oder Westen, sondern auch die Gleichberechtigung von festangestellten Arbeitnehmern und Zeitarbeitern.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Grundsatzprogramm um den nachfolgenden Programmtext zu erweitern:

[2] Modul 4: Gleichberechtigung aller Erwerbstätigen

[3] Die Piratenpartei fordert die Gleichstellung von Leiharbeitern mit anderen Erwerbstätigen. Es darf zu keiner Mehrklassengesellschaft kommen.

[4] Das Gleiche gilt für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hinsichtlich Chancen, Entwicklungs- und Verdienstmöglichkeiten. Es gilt Hürden abzubauen und neue Wege aufzuzeigen.

[5] Die Piraten halten Vertretungsrechte und soziale Sicherung für einen berechtigten Anspruch der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Begründung

[6] Dieser Antrag, entstanden in der Antragskonferenz der AG Sozialpiraten im Mumble NRW am 14.10.12, abgestimmt im Mumble der AG Sozialpiraten am 18.10.12, unterstreicht den grundsatzprogrammatischen Tenor der Forderungen sowohl der Sozialpiraten als auch dieser Antragsgruppe.

[7] Wir halten nichts von der Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte und der Aufhebung der Gleichstellung von Arbeitnehmern, um diese dann besser gegeneinander ausspielen zu können.

[8] Aus diesem Grund sollte die Piratenpartei auch hier eine klare grundsatzprogrammatische Aussage treffen.

PA285 - Streichung von §5 Absatz 2 ArbStättV

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Encbladexp

Zusammenfassung

Streichung von §5 Absatz 2 ArbStättV für einheitlichen Arbeitnehmerschutz in Unternehmen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland möge in das Bundestagswahlprogramm 2013 an geeigneter oder zu schaffender Stelle einfügen: *Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Streichung des §5 Absatz 2 ArbStättV (Arbeitsstättenverordnung) ein. Mitarbeiter müssen unabhängig von ihrem Arbeitsplatz das Recht auf körperliche Unversehrtheit und damit eine rauchfreie Umgebung in Anspruch nehmen können. Eine Unterteilung von Arbeitnehmern in 2 verschiedene Gruppen mit unterschiedlichem Anspruch lehnen wir im Hinblick auf die Gleichberechtigung ab.'*

Begründung

[2] Betroffener Teil der ArbStättV (Arbeitsstättenverordnung): *(2) In Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr hat der Arbeitgeber Schutzmaßnahmen nach Absatz 1 nur insoweit zu treffen, als die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung es zulassen.*

[3] Auch Mitarbeiter welche in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr arbeiten sollen die gleichen Rechte wie Ihre Kollegen aus anderen Beschäftigungen erhalten.

[4] Durch die vorliegende Formulierung der Verordnung "nur insoweit zu treffen, als die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung es zulassen" - werden Rechte von Beschäftigten, wie z.B. das auf körperliche Unversehrtheit, per Gesetz dem Publikum und einer nicht näher spezifizierten "Natur des Betriebes" oder "Art der Beschäftigung" untergeordnet. Sofern "Natur des Betriebes" oder "Art der Beschäftigung" den Verzicht auf Schutzmaßnahmen erfordern könnte der Betreiber der Arbeitsstätte dies im Zuge einer Interessenabwägung ggf. durchsetzen. Dies hat wohl auch nichts mit Publikumsverkehr zu tun. In der vorliegenden, nach unserer Auffassung zu streichenden Formulierung von Absatz (2) sehen wir nur Grund und Anlass für Verwirrung.

[5] Durch diese Änderung der Verordnung wird erreicht, dass bundesweit z.B. auch Gastronomiebetriebe wirksame Maßnahmen ergreifen müssen. Ein Rauchverbot im freien wird hierdurch nicht erzwungen, da an der frischen Luft bereits eine natürliche Belüftung ausreichenden Schutz der Arbeitnehmer bietet. Raucherbereiche in der Gastronomie müssen durch entsprechende Lüftungsanlagen eine mit er Außenluft vergleichbare Qualität aufweisen ("Das Arbeitsrecht im BGB" hat hierzu einige Auslegungen).

[6] Vom Arbeitgeber eingerichtete Raucherräume werden durch diese Änderung nicht verboten, da diese gemäß §2 ArbStättV keine Arbeitsplätze / Arbeitsstätten sind und diese nur kurzfristig aufgesucht werden. Raucherbereiche in der Gastronomie zählen als Arbeitsplatz, Raucherräume in z.B. einem Industriebetrieb jedoch nicht.

[7] Weiterführende Informationen:

- Aktuelle Fassung
- “Das Arbeitsrecht im BGB“ ISBN 3110161087, Urheberrechtlich Geschützes Werk
- Zustimmung im LQFB: 85% Ja, 15% Nein

PA286 - Reform des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes

Wahlprogramm - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann, Christian Hufgard

Zusammenfassung

Allgemeine Änderungen am Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, welche eine Kernproblematiken behandeln, die alle Verwertungsgesellschaften betreffen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den Wahlprogrammpunkt "Urheberrecht" durch folgenden Text als eigenständigen Abschnitt zu ergänzen:

[2] Reform des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes

[3] X.1 Einleitung Neben dem Urheberrecht muss auch das Gesetz zur Wahrnehmung der Rechte der Urheber durch die Verwertungsgesellschaften reformiert werden, um den Anforderungen an moderne Formen kreativen Schaffens angepasst zu werden.

[4] Bei den notwendingen Änderungen wird sich die Piratenpartei auf ein Minimum beschränken, um die Autonomie der Verwertungsgesellschaften in Belangen ihrer internen Organisation weitestgehend nicht zu beeinträchtigen. Sowohl ihre Aufgabe als auch ihre Notwendigkeit erkennen wir prinzipiell an. Dennoch müssen in einigen entscheidenden Bereichen dringend Änderungen erfolgen.

[5] X.2 Neustrukturierung der Verteilung der Einnahmen Die derzeitige Gesetzgebung sieht vor, dass "kulturell bedeutende Werke und Leistungen zu fördern sind". Nach Auffassung der Piraten ist es nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, darüber zu entscheiden, welche Art von kulturellen oder künstlerischen Leistungen von Bedeutung sind. Die Einnahmen einer Verwertungsgesellschaft müssen so an die Urheber und Rechteinhaber verteilt werden, wie sie erwirtschaftet wurden. Daher treten wir für die Abschaffung des oben angeführten Grundsatzes ein.

[6] X.3 Lockerung bei Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen Es ist nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für die Inhaber der von ihr wahrgenommenen Rechte oder Ansprüche einzurichten. Eine solche Auslagerung staatlicher Aufgaben lehnen die Piraten ab. Sofern eine über staatliche Mittel hinausgehende Vorsorge gewünscht ist, soll diese unabhängig geregelt werden. Den Mitgliedern einer Verwertungsgesellschaft steht es weiterhin frei, einen entsprechenden wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu unterhalten; lediglich der Zwang hierzu entfällt.

[7] X.4 Abschaffung der Vermutung über Sachbefugnisse Die Piraten treten entschieden gegen die überkommene Vermutungen über die Rechteinhaberschaft ein. Vor allem die sogenannte GEMA-Vermutung sorgt für Rechtsunsicherheit und ungerechtfertige Zahlungsaufforderungen. Mit ihr findet eine Beweislastumkehr statt, da ein Nutzer von Inhalten nachweisen muss, dass die Verwertungsgesellschaft keine Rechte vertritt. Wenn eine Verwertungsgesellschaft behauptet, sie würde Rechte vertreten, ist es an ihr dieses nachzuweisen. Ebenfalls muss es Urhebern möglich sein, einzelne Werke von der kollektiven Wahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften auszunehmen.

Begründung

[8] Antragsbegründung Die Einleitung beschreibt bereits im Wesentlichen, die Absicht dieses Antrags. Ein Punkt, der bewusst in weiten Teilen ausgeklammert wurde, ist die Autonomie der Verwertungsgesellschaften. Es gibt Bestrebungen, hier massiv einzugreifen und den VGs generell vorzuschreiben, wie sie ihre Arbeit zu strukturieren haben. Dies ist nicht Teil dieses Antrages. Die in X4 angedachte Änderung, dass Urheber einzelner Werke aus der Wahrnehung einer Verwertungsgesellschaft ausnehmen können trägt jedoch dem Wunsch nach Hilfe durch die Politik Rechnung.

[9] Zudem gilt es zu bedenken, dass das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz gleichermaßen für alle Verweltungsgesellschaften gilt und sollte nicht mit dem Ziel geändert werden, die Handlungsweisen einer einzelnen VG in Frage zu stellen.

PA287 - Wiederherstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit angeschlagener EU-Staaten durch Parallelwährungen mit teilflexiblen Wechselkursen

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein

Zusammenfassung

Parallelwährungen mit teilflexiblen Wechselkursen sollen schockfrei angeschlagenen EU-Staaten zu neuer Wettbewerbsfähigkeit verhelfen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert, dass sich die Bundesrepublik in ihrer Europapolitik für die Schaffung von Parallelwährungen für angeschlagene EU-Staaten einsetzt. Diese zusätzlichen nationalen Währungen sollen teilflexibel gestaltet sein, d.h. bei Einführung beispielsweise um maximal +/-5% zum Euro schwanken. Die Schwankungsgröße um den Euro als Referenz wird an die Entwicklung der zurückgewonnenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit individuell angepasst.

Begründung

[3] Die aktuelle Situation insbesondere in den südeuropäischen Staaten ist dramatisch. Die betroffenen Staaten (aktuell vor allem PIIGS-Staaten) können aufgrund struktureller Defizite und geringer Innovationskraft keine ausreichende internationale Wettbewerbsfähigkeit herstellen, so dass sie nicht aus eigener Kraft aus der Verschuldungsmisere herauskommen können. Einzige Möglichkeiten neben einer Transferunion in der jetzigen Währungsunion wären hohe Innovationskraft oder ein weiteres Absinken der Lohnstückkosten. Letzteres hat in der Regel für die Privathaushalte negative Folgen, ersteres ist aufgrund massiver (infra-)struktureller Defizite nicht zu verwirklichen.

[4] Teilflexible Wechselkurse ermöglichen eine seichte und langsame Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, ohne betroffene Volkswirtschaften einem Abwertungsschock auszusetzen. Die Anreize für Kapitalflucht sind vergleichsweise gering und werden unabhängig davon auch mit oder ohne Parallelwährungen nie ganz zu vermeiden sein. Die Garantie einer geringen und nicht voll flexiblen Abwertung bietet aber einen Anreiz, auf umständliche Auslagerung des Kapitals zu verzichten. Außerdem führt die Abwertung dazu, dass im betroffenen Land hergestellte Dienstleistungen und Güter relativ gesehen preiswerter aus dem Ausland erworben werden können. Mehr Kapital als zuvor fließt in das betroffene Land.

[5] Ein Beispiel: Griechenland führt die Drachme ein und wertet diese um maximal 5% zum Euro ab. Zahlen EU-Bürger, die nicht in Griechenland leben, nun einen Griechenland-Urlaub mit der Drachme, profitieren sie durch

den Wechselkursvorteil und können den Urlaub so günstiger buchen als ohne Vorhandensein einer Parallelwährung. Urlaube werden also für alle Nicht-Griechen relativ betrachtet günstiger und stärker nachgefragt werden. Griechenland profitiert so von Kapitalzufluss.

[6] So kann ein hoch verschuldeter Staat mittelfristig seine internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen, ohne auf finanziellen Zuschuss und good will anderer Staaten angewiesen zu sein. Dadurch wird Freiheit gefördert und Abhängigkeit vermieden, ohne dass ein betroffener Staat aus der Währungsunion austreten muss.

PA288 - Vielfalt und Pluralität in der Bildung fördern

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bettina Günter | Tin-Te

Zusammenfassung

Die Bildung leidet seit Jahren an der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit und Standardisierung, dem alle anderen Bildungsziele untergeordnet sind. Vergleichbarkeit wird zwar suggeriert, ist aber nicht wirklich herzustellen. Standardisierung und Vereinheitlichung auf Bundesebene ist außerdem zurzeit nur auf Kosten von Vielfalt und individuellen Lernwegen zu haben.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, den folgenden Text im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle einzufügen.

[2] Der Bildungsprozess leidet seit Jahren an der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit und Standardisierung, dem alle anderen Bildungsziele untergeordnet sind. Ein Beispiel ist der Bologna-Prozess. Hier hat die Umwandlung des Studiums unter der Vorgabe der internationalen Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu einem immensen Qualitätseinbruch geführt, ohne die Vergleichbarkeit letztendlich umzusetzen. Auch das Zentralabitur sagt wenig über die Studierfähigkeit des Einzelnen aus. Noten werden nach unterschiedlichsten Kriterien vergeben und suggerieren lediglich Vergleichbarkeit.

[3] Wir Piraten stehen daher dem Ruf nach Standardisierung der Bildung und der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit kritisch gegenüber. Wir sehen durchaus, dass Vielfalt die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen und Fähigkeiten erschwert. Standardisierung ist aber unter den derzeitigen politischen Bedingungen nur auf Kosten von Vielfalt und individuellen Lernwegen zu haben. Daher nehmen wir ein Weniger an Vergleichbarkeit in Kauf.

[4] Auch eine bundesweite Vereinheitlichung der Bildung lehnen wir ab. Die Bildungseinrichtungen brauchen mehr und nicht weniger Gestaltungsfreiräume. Zur Durchsetzung neuer Lehrformen gehört u.a. ein kurzer Draht zu den politischen Entscheidungsträgern. Eine Verlagerung der Bildungspolitik auf die Bundesebene würde den Einfluss von Lehrenden, Lernenden und Eltern noch weiter zurückdrängen und ein einheitliches Mittelmaß fördern. Reformpädagogische Ansätze würden noch weiter in die Nische der Privatschulen abgedrängt, anstatt im öffentlichen Bildungssystem Boden zu gewinnen.

PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Dieses Modul spricht sich für die flächendeckende Bereitstellung von Infrastruktur und Betreuung für sich bildende und bereits vorhandene Jugendparlamente aus.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Die PIRATEN sehen große Potentiale in den bereits vorhandenen kommunalen Jugendparlamenten. Sie können helfen, bereits bei Jugendlichen ein Verständnis von Demokratie zu fördern.

[3] Daher fordern die PIRATEN eine flächendeckende Bereitstellung von Infrastruktur und Betreuung für Jugendparlamente, welche die Interessen der Kinder und Jugendlichen repräsentieren und über bestehende Probleme und aktuelle politische Themen beraten.

Begründung

[4] Es existieren bereits einige Jugendparlamente auf kommunaler Ebene, gerade in größeren Städten entwickeln sich diese sehr erfreulich, es gibt jedoch auch Negativbeispiele: In manchen Kommunen existieren Jugendparlamente aus dem Grunde, dass der Versuch, sie zu errichten, einmal scheiterte, nicht.

[5] Jugendparlamente bieten Jugendlichen die Möglichkeit, sich für ihre Belange einzusetzen. Diese Form der Bürgerbeteiligung muss gestärkt werden, um diese Gruppe von Menschen nicht von der politischen Mitbestimmung auszuschließen.

[6] Dieser Antrag gefolgt von den Teilen 2-7 erweitern das Jugendparlaments-Programm auf ein demokratisches System, in dem Schüler und Jugendliche aktiv mitgestalten können.

PA290 - Soziales Europa

Wahlprogramm - Europa PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland fordert die Umsetzung der sozialen Komponenten aus dem Lissabon-Vertrag und die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an beliebiger Stelle aufzunehmen:* Die soziale Lage der Menschen in der Europäischen Union, gerade in Südeuropa, gibt Anlass zur Sorge. Der ‚Wert' der Europäischen Integration wird in weiten Kreisen der EU-Bürger eher skeptisch beurteilt.

[2] Der Zusammenhalt, welcher auf dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beruht, ist in Gefahr. Niederlassungs-, Arbeitnehmer- und Wirtschaftsfreiheit werden auf Dauer nicht ausreichen, die Menschen für Europa zu begeistern.

[3] Wenn die Menschen dagegen etwas von Europa erhalten, dann wird auch die Akzeptanz für Europa steigen.

[4] Die Sicherung der Existenz ist ein Menschenrecht und kann nicht länderspezifisch bewertet werden. Daher ist es die Aufgabe aller europäischen Länder dafür Sorge zu tragen, dass jeder Bürger in der EU eine menschenwürdige Grundsicherung und Krankenversorgung erhält.

[5] Die Piratenpartei Deutschland fordert daher die Umsetzung der sozialen Komponenten aus dem Lissabon-Vertrag und die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta.

Begründung

[6] Laut Kapitel IV der Charta hat „... der Bürger ... der seinen Wohnsitz und Aufenthalt in der Union hat ... einen Anspruch auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung nach dem Gemeinschaftsrecht ... ". Darin eingeschlossen sind auch die Rechte und Ansprüche aus der Sozialcharta des Europarates von 1961. Diese sind gemäß den Beschlüssen des Rats von Köln (1999) ungeschriebener Bestandteil der Sozialbestimmungen der Grundwerte-Charta geworden.

[7] Diese Vorgaben sind seit dem Lissaboner Vertrag (2007) zwar in zahlreichen, EU-Gesetzen (Verordnungen, Richtlinien, Maßnahmen und Empfehlungen) aufgegriffen worden und haben dann in den Sozial-Gesetzen der Mitglied-Staaten ihren Niederschlag gefunden, sind aber nicht bei den Bürgern angekommen.

[8] Wir sind jedoch weit von einer einheitlichen Sozial-Landschaft in Europa entfernt.

[9] Insbesondere die sozialen Verwerfungen in Griechenland, Spanien, Portugal etc. mit den gravierenden sozialen Notlagen der Menschen dort machen deutlich, dass der Soziale Bereich gesamteuropäisch betrachtet, völlig unzureichend geregelt worden ist. Das nicht zuletzt deswegen, weil die sozialen Belange eines der Gebiete sind, gegen deren Harmonisierung viele EU-Mitgliedstaaten hinhaltenden Widerstand leisten.

[10] Diesem gegenzusteuern muss eine der Kern-Aufgaben der Piraten werden.

[11] In bester piratischer Manier müssen wir dazu mittels unermüdlicher Aufklärung (Transparenz) und unter Beteiligung der EU-Bevölkerungen diese dafür gewinnen, für ihre Sozialen Belange einzustehen und zu kämpfen.

[12] Wenn uns das gelingt, kann und wird der Sozialpolitik eines der Gebiete werden, die die Bürger wieder näher an die Union heranführen.

[13] Nur wer etwas versteht, wird sich dafür interessieren und wer Interesse hat wird sich für eine Sache engagieren und dafür begeistern.

[14] Dies bestmöglich zu fördern zu unterstützen, dazu sind alle Piraten und Piratenparteien in der Gemeinschaft aufgerufen und gefordert.

[15] Das Augenmerk auf die Verwirklichung der sozialen Rechte ist darüber hinaus auf die Bürger im östlichen Teil unseres Kontinentes zu richten, die (noch) nicht der Gemeinschaft angehören. Auch in diesen Gebieten sind piratische Parteien gegründet und aufgebaut worden, und auch sie werden vor Ort mit schwerwiegenden sozialen Problemen konfrontiert.

[16] Organisatorisches Bindeglied kann und muß insoweit die PPEU sein.

[17] Links:

[18] http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm http://conventions.coe.int/treaty/ger/treaties/html/035.htm

PA291 - Jugendparlamente - Teil 2 (Wahlverfahren)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert die demokratische Wahl der Jugendparlamente in Schulen, damit keine potenziellen Wähler von der Wahl ausgeschlossen werden, weil sie nicht zum Wahllokal kommen, etc. Nebenbei soll es ein Lehrangebot geben!

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Mitglieder der Jugendparlamente sollen demokratisch in den Schulen, an jährlichen Aktionstagen, gewählt werden können. Hierzu wird für einen bestimmten Zeitraum der Unterricht unterbrochen und die Wahlen finden in Aulen, Mensen oder anderen geeigneten Lokalitäten statt.

[3] Während der Wahlen wird vom Lehrpersonal individuelle Hilfe für die Schüler angeboten, welche während der Wahl die Möglichkeit erhalten sollen, Hausarbeiten sowie von den Lehrkräften erteilte Aufgaben zu lösen.

[4] Die Wahlen müssen den Standards einer allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl entsprechen.

Begründung

[5] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[6] Jeder Schüler muss regelmäßig, sofern er nicht krank ist, die Schule besuchen. Daher ist dies unserer Meinung nach der optimale Ort, um Wahlen durchzuführen. Die Schüler sollen die Möglichkeit haben, zu wählen, jedoch nicht dazu gezwungen werden, somit wird es ein individuelles Lehrangebot während der Wahl geben, an dem all diejenigen, die bereits gewählt haben oder nicht wählen wollen, teilnehmen können.

PA292 - Jugendparlamente - Teil 3 (Schüler als Wahlhelfer)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert den Einsatz von Schülern als Wahlhelfer für die Jugendparlamentswahl. Die Vorbereitung erfolgt außerhalb der Unterrichtszeit.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Als Wahlhelfer sollen Schüler auf freiwilliger Basis eingesetzt werden, welche in frühzeitigen Workshops - z.B. in Form von Nachmittags-AGs - auf die Aufgabe vorbereitet werden. Zudem werden sie während des Wahlvorgangs durch Angestellte oder Lehrkräfte betreut, sodass aufkommende Fragen beantwortet werden können.

[3] Die Kontrolle des aktiven Wahlrechts beschränkt sich auf bloße Namenslisten, sodass keine sensiblen Daten an die Mitschüler gelangen. Diese Listen werden klassenweise zur Verfügung gestellt, sodass eine schnelle Durchsuchbarkeit gewährleistet wird.

Begründung

[4] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[5] Durch die Schulung zum Wahlhelfer können Schüler bereits frühzeitig ihr Demokratieverständnis stärken, sie bekommen Einblicke in die Abläufe einer Wahl, können dadurch die Prozesse bei Parlamentswahlen am eigenen Leib erfahren und gewinnen somit vielleicht sogar weitergehendes Interesse an der Politik. Sollte sich dieses System nicht etablieren, können jedoch auch Dritte als Wahlhelfer einbezogen werden.

[6] Die Verwendung von Listen, die nur Namen enthält, schützt die Wähler und dient der Sicherstellung des Datenschutzes.

PA293 - Vermittlung von Gebärdensprache an deutschen Schulen

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cochi

Zusammenfassung

Angebot von Gebärdensprachkursen an Schulen, um die Kommunikation mit und die Integration von Gehörlosen zu verbessern.

Antragstext

[1] Ich beantrage, dass im Wahlprogramm folgender Abschnitt unter dem Punkt "Bildung und Forschung" an geeigneter Stelle eingefügt wird:

[2] Vermittlung von Gebärdensprache an deutschen Schulen

[3] Für das Gelingen der Inklusion müssen Menschen auch miteinander kommunizieren können. Während z.B. in den USA und in Skandinavien die Vermittlung der Gebärdensprache an Regelschulen nicht unüblich ist, ist dies in Deutschland leider eine absolute Ausnahme. Um die Verständigung mit Gehörlosen in der Gesellschaft zu verbessern, setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass an deutschen Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) wenigstens als freiwillige Arbeitsgruppe, besser jedoch als reguläres Wahlpflichtfach angeboten werden.

[4] Um die leider noch existierenden Lücken in Lehrplänen der deutschen Schwerhörigen- und Gehörlosenschulen zu schließen, soll an diesen die deutsche Gebärdensprache zudem endlich als Pflichtfach eingeführt werden.

Begründung

[5] In Deutschland leben mehr als 80.000 Gehörlose, von denen die Mehrheit die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als Muttersprache und somit als bevorzugte Kommunikationsform hat. Der DGS kommt damit eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung einer Teilhabe von Gehörlosen an gesellschaftlichen Prozessen zu.

[6] Im alltäglichen Leben sind Gehörlose auf Dolmetscher, Fähigkeiten wie Lippenlesen oder andere Hilfsmittel angewiesen, um sich verständlich zu machen. Neben der Forderung auf die Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als zusätzliche Amtssprache (separater Antrag) ist für eine umfassende Inklusion die Vermittlung von Kenntnissen in DGS schon im normalen Schulalltag ein wichtiger Baustein.

[7] Wenn schon in anderen Ländern, allem voran im bei Bildungsfragen so häufig zitierten Skandinavien, die lokalen Gebärdensprachen im Schulalltag nicht ungewöhnlich sind, sollten wir als Piraten solche Konzepte auch in Deutschland fordern und fördern.

[8] Entgegen weit verbreiteter Vorstellungen besitzt Gebärdensprache nicht die gleiche Grammatik wie "normales" Deutsch, sondern ist an dieser Stelle eine vollwertige Sprache und erfordert damit eigenständige Kurse. Die wortweise Übersetzung aus dem Deutschen bezeichnet man hingegen als "lautsprachbegleitendes Gebärden" (LBG) 1 .

[9] Ein möglichst umfassender Unterricht in den erwähnten Arbeitsgruppen bzw. Kursen sollte neben der Geschichte der Gehörlosen in Deutschland und der Entwicklung der deutschen Gebärdensprache auch Elemente der Gehörlosenkultur vermitteln.

[10] *Hinweis*: Der Antrag wurde mit der AG Barrierefreiheit, dem hessischen AK Bildung und anderen im Bereich der Inklusion tätigen Piraten abgestimmt.

[11] 1 http://www.sign-lang.uni-hamburg.de/info/infos/signmaterials/text1.html

PA294 - Jugendparlamente - Teil 4 (Jugendthemen müssen in die Jugendparlamente)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert die Überweisung aller die Jugend und junge Menschen betreffender Anträge in Parlamenten zur Beratung an die zugehörigen Jugendparlamente.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Anträge, welche durch die zugehörigen Parlamente beraten werden und offenkundig die Rechte von Jugendlichen und Kindern betreffen, müssen zur Beratung in das Jugendparlament eingebracht werden. Dieses kann über den Antrag abstimmen und dem Parlament das Ergebnis der Abstimmung mitteilen.

[3] Die PIRATEN bedauern, dass solche Abstimmungen keine direkten Auswirkungen auf den parlamentarischen Prozess haben werden, allerdings wünschen wir uns, dass die Parlamentarier auf die Entscheidung der Jugendlichen Rücksicht nehmen, sie als Empfehlung ansehen, und die Abstimmungen und Stellungnahmen in ihre Meinungsbildung einbeziehen.

Begründung

[4] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[5] Die Jugendparlamente vertreten in der jeweiligen Gliederung die Interessen der jungen Leute und sollten daher die Möglichkeit haben, als Experten Anträge des zugehörigen Parlaments zu beraten.

[6] Da jedoch immer noch die Mandatsträger über die Umsetzung dieser Anträge bestimmen dürfen, bleibt zu hoffen, dass diese das zugehörige Jugendparlament ernst nehmen.

PA295 - Jugendparlamente - Teil 5 (Antragsrecht)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Zur besseren Interessenvertretung sollten die Jugendparlamente ein Antragsrecht auf entsprechender Ebene haben.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Elementar für die Funktionalität und Attraktivität solcher Jugendparlamente ist in den Augen der PIRATEN ein Antragsrecht im zugehörigen Parlament.

[3] Ist den Parlamentariern die Formulierung der Anträge zu ungenau, so sollten diese an das Jugendparlament mit der Erklärung der Mängel zurückgeschickt werden, damit der Text überarbeitet werden kann und nicht auf Grund von Lappalien abgelehnt wird.

Begründung

[4] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[5] Mit einem Antragsrecht würde die Einflussnahme in die Politik erheblich gestärkt und die Jugendlichen könnten aktiv am demokratischen Prozess teilhaben.

[6] Ist ein Antrag nicht befriedigend ausformuliert, so sollte das Parlament ihn unter keinen Umständen wegen des bloßen Formulierungsmangels ablehnen. Viel mehr sollte der Antrag unter diesen Umständen zurückgesandt werden, mit der Begründung, warum der Antrag ungenügend ist.

PA296 - Jugendparlamente - Teil 6 (Wahlsystem und Kandidatenvorstellung)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Da es für Schüler schwer möglich sein sollte, Wahlkampf zu betreiben, fordert dieser Antrag die Wahl über Listen, die jede Gruppe von Menschen aufstellen darf, sowie die Bereitstellung einer Vorstellungsplattform im Internet.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Als Wahlrecht empfehlen die PIRATEN die Wahl über Listen, welche im Voraus von Jugendinitiativen, -organisationen sowie einzelnen Schülern aufgestellt werden können.

[3] Kandidaten für die Jugendparlamente sollen die Möglichkeit bekommen, sich und ihre Positionen auf einer für diese Zwecke zu errichtenden Homepage vorzustellen. Die Informationen sollen über Video sowie Textform bereitgestellt werden können.

Begründung

[4] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[5] Eine Einzelaufstellung aller Kandidaten führt unserer Meinung nach zu einer Flut an Informationen, welche ein Schüler nicht verarbeiten müssen sollte. Außerdem wäre dies nur sinnvoll, wenn die meisten Kandidaten auch außerhalb der eigenen Schule bekannt wären. Daher empfiehlt sich der Zusammenschluss zu Listen, welche jede Ansammlung von Schülern aufstellen kann, sei es eine Organisation oder nicht.

[6] Zur Vorstellung der Interessen sollte das Internet genutzt werden, um die Kosten gering zu halten und den Zugang allen zu ermöglichen.

PA297 - Jugendparlamente - Teil 7 (Form der Kommunikation)

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jonas Voelcker für den AK Jugend NRW

Zusammenfassung

Der Antrag sieht auf kommunaler Ebene vermehrte Reallife-Treffen vor, während auf Landes- und Bundesebene eher online getagt würde.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm unter der Kategorie Jugendpolitik aufzunehmen:*

[2] Während die Landes- und Bundesjugendparlamente überwiegend im Internet tagen werden, soll für Stadt- und Kreisjugendparlamente ein regelmäßiges Vor-Ort-Treffen anberaumt werden, welches mindestens einmal im Quartal stattfinden soll.

Begründung

[3] *Dies ist ein Aufbauantrag für den Antrag PA289 - Jugendparlamente - Teil 1 (Grundforderung)*

[4] Für die meisten Schüler ist es unmöglich, neben den Schulaufgaben noch quer durch das Land zu reisen. Auf kommunaler Ebene gibt es jedoch kurze Wege und man hat die realistische Chance, seinen Jugendparlamentarier persönlich anzusprechen. Außerdem sind in der kommunalpolitischen Arbeit Vor-Ort-Termine möglich.

[5] Trotzdem muss es auch auf Landes- und Bundesebene Reallife-Treffen geben, weil via Audio nur etwa 30% der menschlichen Kommunikation stattfinden, bei Textform sind es nur ca. 7%.

PA298 - Freier Zugang zu Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Schmalhans

Zusammenfassung

Freier Zugang zu Forschungsergebnissen soll durch die Förderung des "Open-Access" Publikationsmodells gefördert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für den allgemeinen und freien Zugang zu allen aus Steuermitteln finanzierten Forschungsergebnissen ein (Open Access) 97% Zustimmung (327 Stimmen). Zur Förderung von Veröffentlichungen wissenschaftlicher Ergebnisse nach dem Open-Access-Modell soll als Infrastrukturmaßnahme einer allgemeinen, nicht themenbeschränkten Open-Access-Zeitschrift nach dem Vorbild von PLOS One eine Anschubfinanzierung aus Bundesmitteln gewährt werden 4606, 92% (293). Weiterhin soll ein Open Access-Fonds aus Bundesmitteln gebildet werden, der die von Forschern zu entrichtenden Publikationskosten in Open Access-Zeitschriften bis zu einem bestimmten Betrag übernimmt. Ziel dieses Fonds ist, Open Access-Veröffentlichungen aus der Nutzenabwägung innerhalb des Budgets von Forschern herauszunehmen 4610, 92% (314). Die Piratenpartei setzt sich für eine Stärkung der Eigenarchivierungsrechte von Autoren (z.B. auf Homepages der Autoren) ein. Diese stellen neben Zeitschriften für die Bevölkerung eine weitere kostenfreie Zugangsmöglichkeit zu Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung dar 4613, 97%, 316.

[3] NB: Text in eckigen Klammern ist nicht Teil des Antrags, sondern verweist auf die entsprechende Liquid Feedback Initiative mit relativen und absoluten Zustimmungszahlen. Der Text wurde im Vergleich zu den LiquidFeedback-Initiativen redaktionell angepasst

Begründung

[4] Forschung, die vom Steuerzahler finanziert wurde, sollte dem Steuerzahler ohne weitere Kosten zugänglich sein. Zur Zeit finanziert der Steuerzahler den Autor einer Studie und die Gutachter einer Studie, die beide typischerweise an Unis arbeiten. Der Steuerzahler kann aber zB eine mit öffentlichen Geldern geförderte Krebsstudie nicht einsehen, ohne die "Rechte" an dem Artikel zu erwerben. Das Journal for Clinical Oncology verlangt zB 20EUR für einen 9-seitigen Artikel (http://jco.ascopubs.org/). Open Access Zeitschriften wie das Journal of Oncology sind dahingegen für den Leser kostenfrei zugänglich (http://www.hindawi.com/journals/jo/) Dieser Antrag benennt konkrete Punkte, wie Open-Access-Veröffentlichungen strukturell gefördert werden können.

PA299 - Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Queeraten, Carridwen, Rick.HH, NX, Netnrd, acid23, Ute Hauth, Enigma

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die gleichberechtigte Anerkennung von Beziehungsmodellen jenseits der Verbindung zwischen Mann und Frau und damit für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft, ein.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Familie und Gesellschaft einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die gleichberechtigte Anerkennung von Beziehungsmodellen jenseits der Verbindung zwischen Mann und Frau und damit für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft,ein.

[3] Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen. Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft, auch von mehr als zwei Personen, müssen erarbeitet und verwirklicht werden.

[4] Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist – angelehnt an das französische PACS-Modell – als ziviler Solidarpakt zu gestalten. Dieser zivile Pakt soll eine flexiblere Übertragung von Rechten ermöglichen und vereinfachte und kostengünstigere Auflösungsverfahren sowie die Verlagerung des Vertragsschlusses von der staatlichen auf eine notarielle Ebene erlauben.

[5] Die Piratenpartei setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir erkennen in diesem Zusammenhang das Recht auf Ehe und Lebenspartnerschaft für alle Menschen, die freiwillig zusammenleben möchten, an.

[6] Diese sind unabhängig von der selbst definierten sexuellen Identität und der geschlechtlichen oder mengenmäßigen Zusammensetzung des Paares zu gewährleisten. Die PIRATEN lehnen jegliche gesellschaftliche und ökonomische Privilegierung einer bestimmten Form des Zusammenlebens ab.

Begründung

[7] „Piraten bekennen sich zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ermöglichen. Eine bloß historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.” 1

[8] „Noch immer ist Familienpolitik auf die vorgegebene monogame, heterosexuelle Ehe ausgerichtet (“Vater-Mutter-Kind“). Dies wird der Vielfalt von Lebensformen nicht gerecht. Die strukturelle und finanzielle Bevorzugung der monogamen, heterosexuellen Ehe kann nicht begründet werden, sie ist bloß historisch erwachsen.

[9] Familienpolitik sollte stattdessen alle Formen des Zusammenlebens gleichberechtigt anerkennen. Eine Unterstützung von Lebensgemeinschaften, die Kinder, alte Menschen oder sonstwie Schwächere pflegen, ist wichtig. Dies kann jedoch unabhängig davon geschehen, welches Geschlecht diese Menschen haben, ob sie verheiratet sind, wie viele es sind usw.

[10] Auch ohne Kinder sind Solidargemeinschaften prinzipiell zu begrüßen. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Staates, Vorgaben zu machen, wer diese für einander übernehmen darf.“ 2

[11] Die Initiative tritt ein für eine Lebensweisepolitik, die sich jenseits wie auch immer gearteter Ehevorstellungen bewegt, denn die Realität lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, intersexuellen und sonstigen, auch Heterosexuellen, Lebens war schon immer Vielfältiger, als dass sie sich in das Korsett des Instituts Ehe Pressen ließe.

[12] Eine Lebensweisepolitik will hin zu einer Politik analog des Solidaritätspakts, den “Pact Civile de Solidarité“ (PACS). Diesen können alle Erwachsenen, die miteinander leben und füreinander einstehen wollen, miteinander abschließen und dies unabhängig davon, ob sie homo oder hetero sind, ob Geschwister, Liebespaare oder beste Freunde oder Freundinnen fürs Leben. Der Pakt gewährleistet weitgehende Gleichstellung im Adoptionsrecht, in Bereichen des Steuer- und Beamtenrechts sowie des Erb- und Arbeitsrechts. 3

[13] Eine Lebensweisepolitik geht aber weit über den PACS hienaus.

[14] Im Heteronormativen Leben wird das Innen und Außen dadurch bestimmt, was als “normal“ gilt. Normierung ist notwendig, um ein gesellschaftliches System zu stabilisieren, und funktioniert, indem ein Bereich außerhalb des Mainstream als Unnormal markiert und Entsprechend abgewertet wird.

[15] Ein Muster, das in allen rassistischen, sexistischen und homophoben Strukturen gut funktioniert: „Normal-Sein“ ist nur denkbar in Abgrenzung zum „Nicht-Normalen“. Wenn die „Normalen“ zur Definition ihrer „Normalität“ keinen Gegenpart finden, wird „Normalität“ beliebig und so obsolet, inexistent.

[16] „Normal-Sein“ ist immer ein Akt der Ausgrenzung. Mit der Auseinandersetzung um Ehe und Lebensweisenpolitik werden die Grenzen neu gezogen. Bei der Frage nach der „Ehe“ bezieht sich „Normal/anormal“ sich nun nicht mehr auf homo- bzw. heterosexuell, sondern vielmehr auf verheiratet/unverheiratet.

[17] Queer wird die lang versperrte Tür zur herkömmlichen Ehe geöffnet, sie haben dadurch die Möglichkeit, “normal“ zu werden. Verweigern sie dennoch den Schritt in die “normal“, bleiben sie draußen und “unnormal“.

[18] Die sogenannte „sexuelle Präferenz“ gilt vielen noch als unabänderliches Persönlichkeitsmerkmal, d.h. wer Queer ist, kann “nichts dafür“ und darf auf Toleranz hoffen. Diese Toleranz wird wohl allerdings ihre Grenze dort finden, wo Menschen ausdrücklich den Ehe-Weg in die “Normalität“ ablehnen.

[19] Eine Öffnung der Ehe in ihrer jetzigen Form wäre für die meisten lesbischen und schwulen Paare keine Lösung. So werden finanzielle Abhängigkeiten durch das Institut der Ehe oftmals erst in Beziehungen hinein getragen.

[20] Für Menschen – egal ob Queer, lesbisch, schwul oder hetero – die in wechselnden Partnerschaften oder anderen Weisen mit Menschen zusammenleben, bringt eine Eheöffnung ohnehin keine sozialen Rechte.

[21] Von daher ist es notwendig, die Privilegien der Ehe (z.B. im Eherecht) 4 endlich abzuschaffen und soziale Rechte auf alle Lebensweisen auszuweiten. Das wäre eine Gleichstellung, die den längst gelebten gesellschaftlichen Realitäten entgegen käme.

[22] Der Schutz privater Beziehungen muss ermöglicht werden, ohne dass daran Unterhaltsverpflichtungen- und -ansprüche geknüpft werden. darum tritt die Initiative für die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen ein.

[23] Quellen

[24] 1 http:wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freie_Selbstbestimmung_von_geschlechtlicher_und_sexueller_Identit.C3.A4t_

[25] 2 Initiative i296: Familienpolitik modernisieren - Vielfalt von Lebensformen anerkennen https:lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/296.html

[26] 3 http:de.wikipedia.org/wiki/Ziviler_Solidarit%C3%A4tspakt

[27] 4 http:www.divorzio.utile.ch/sites/divorzio.utile.ch/files/06_Geiser.pdf

PA300 - Transparenz bei Gerichtsverfahren

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ChristophZwickler

Zusammenfassung

Der Antrag zielt darauf, durch eine Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes Verfahren im Internet darzustellen. Datenschutzrechte bleiben gewahrt. Der bestehende Grundsatz der Öffentlichkeit eines Gerichtsverfahrens wird auf das Internet erweitert.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, eine Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in sein Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen. Dadurch soll größere Transparenz von Gerichtsverfahren und Verwaltungshandeln sowie ein erweiterter Verbraucherschutz hergestellt werden. § 169 GVG lautet heute: "Die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündung der Urteile und Beschlüsse ist öffentlich. Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen sowie Ton- und Filmaufnahmen zum Zwecke der öffentlichen Vorführung oder Veröffentlichung ihres Inhalts sind unzulässig." Dieser Öffentlichkeitsgrundsatz soll ergänzt werden. Zu diesem Zweck sollen § 169 GVG folgende Absätze angefügt werden:

[2] "(2) Sind in einem Verfahren Behörden beteiligt, so wird auch der gesamte schriftliche Vortrag einschließlich der Anlagen via Internet auf der Seite des jeweiligen Gerichtes barrierefrei offengelegt.

[3] (3) Beteiligte, die nicht Behörden sind, können der Offenlegung nach Absatz 2 widersprechen, wenn im übrigen nur Behörden beteiligt sind. Sind mehrere Nichtbehörden beteiligt, so können sie nur gemeinsam widersprechen. Sie können aber in jedem Fall insbesondere verlangen, anonym zu bleiben. Auch im übrigen ist der Schutz der Privatsphäre von Nichtbehörden zu wahren. Darunter fallen auch namentliche Benennungen von Behördenmitarbeitern, soweit diese keine Leitungsfunktionen innehaben. Die Offenlegungspflicht ist dadurch beschränkt, dass sie sich nicht auf Äußerungen erstreckt, deren Veröffentlichung eine Straftat darstellen könnte, es sei denn, diese Äußerung ist Gegenstand des Gerichtsverfahrens.

[4] (4) Behörden sind Einrichtungen, die mit öffentlich-rechtlichen Kompetenzen versehen sind, etwa Staatsanwaltschaften. Nichtbehörden gelten als Behörden im Sinne des Absatzes 2, wenn Behörden an ihnen zu mindestens der Hälfte beteiligt sind. Nichtbehörden gelten auch dann als Behörden im Sinne des Absatzes 2, wenn sie um ein Massenpublikum werben, inhaltlich gleiche Allgemeine Geschäftsbedingungen verwenden und ein Rechtsstreit über diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen verhandelt wird. Können sie den Nachweis führen, diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen seltener als einhundert Mal pro Jahr zu verwenden, gelten sie nicht als Behörden.

[5] (5) Urteile und Beschlüsse werden ausnahmslos in anonymisierter Form dargestellt, wenn ein Beteiligter, der keine Behörde ist, dies verlangt oder gegen die Entscheidung kein Rechtsmittel gegeben ist oder dies der Rechtsfortbildung dient.

[6] (6) Die §§ 170 und 172 Nr. 1-3 gelten sinngemäß.

[7] (7) Der Anspruch auf Offenlegung verjährt nicht. Er ist vererblich. Abreden über einen Verzicht darauf sind unwirksam."

[8] § 170 Absatz 1 Satz 2 GVG betrifft Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Er lautet derzeit: “Das Gericht kann die Öffentlichkeit zulassen, jedoch nicht gegen den Willen eines Beteiligten.” Dieser Satz soll nach dem Willen des Bundesparteitages wie folgt geändert werden: “Die Öffentlichkeit ist zuzulassen, wenn alle Beteiligten dies verlangen.”

Begründung

[9] Den Grundsatz der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung gab es bereits im alten Rom. Später erfolgten Verhandlungen oft hinter verschlossenen Türen. Nach der Französischen Revolution wurde der Öffentlichkeitsgrundsatz Bestandteil des westlichen Wertesystems, was sich auch in § 6 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) spiegelt. Gerichte urteilen “im Namen des Volkes”.

[10] Dieser Grundsatz wurde im Laufe der Zeit immer weiter aufgeweicht, da Gerichtsverfahren mehr und mehr schriftlich vollzogen werden. Oft gibt es heute überhaupt keine mündlichen Verhandlungen mehr, die eine Öffentlichkeit herstellen. Andererseits wird es auch in Justizbehörden oft zur Regel, laufende Vorgänge elektronisch vorzuhalten. Eingehende Schriftstücke werden daher gescannt. Auf die Möglichkeit elektronischen Verkehrs weist etwa die Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in § 55a hin. Aus beiden Umständen ergibt sich, dass es naheliegt, den Öffentlichkeitsgrundsatz nun zumindest auch in elektronischer Form zu gewährleisten. Dabei ist die Fokussierung auf die Beteiligung der Verwaltung in Gerichtsverfahren ein Beitrag zur Transparenz öffentlichen Handelns. Die insoweit auch maßgebliche VwGO verweist in § 55 auf das GVG.

[11] Im vorgeschlagenen Absatz 2 zu § 169 GVG findet sich der Grundsatz. Eine Veröffentlichung wie dargestellt auf privaten Internetseiten müsste schon heute rechtlich zulässig sein. Dies geht aus den Grundsätzen der Mündlichkeit einer Verhandlung bei gleichzeitiger Öffentlichkeit hervor. Aus dem Mündlichkeitsprinzip ergibt sich, dass auch ein bereits erfolgter schriftlicher Sachvortrag in der mündlichen Verhandlung nochmals als vorgetragen fingiert wird. Geheimverhandlungen sind dem deutschen Recht grundsätzlich fremd. Somit ist der gesamte Vortrag öffentlich. Auch § 45 Urheberrechtsgesetz (UrhG) erkennt dies an, indem dort eine Ausnahme zum Urheberrechtsschutz verzeichnet ist: Vor Gericht dürfen geschützte Werke vorgetragen und in Folge auch verbreitet werden. Da private Internetseiten häufig nur schlecht strukturiert sind und systematisch im Zusammenhang regelmäßig nicht gefunden werden können, liegt es nahe, dies den Gerichten aufzugeben, bei denen die Verfahren erfolgen. Mit der Beschränkung auf die Beteiligung von Behörden wird der Privatsphäre des Bürgers Rechnung getragen. Behörden haben keine Privatsphäre. In eigener Kompetenz veröffentlichen heute bereits zahlreiche Gerichte Entscheidungen, wobei persönliche Daten unkenntlich gemacht werden. Dies dient der Transparenz und der Rechtsfortbildung. Allerdings erfolgt die Auswahl durch die Gerichte, die die Freiheit haben, mögliche “unangenehme” Entscheidungen nicht darzustellen. Aus diesen Veröffentlichungen geht auch mitunter nicht klar hervor, was konkret im Prozess vorgetragen wurde, es findet sich allein eine (selektive) Zusammenfassung durch das Gericht selbst. Diesem Umstand trägt Absatz 2 Rechnung, indem grundsätzlich vorgesehen ist, den gesamten Sachvortrag offenzulegen. Dazu gehören auch die sogenannten Anlagen, aus denen sich etwa im Verwaltungsgerichtsverfahren der zugrunde liegende Verwaltungsvorgang erst ganz sicher ergibt. Dieser muss im öffentlichen Interesse erfolgen, die Behörden werden grundsätzlich durch Steuern finanziert. Daher sollte auch die Möglichkeit bestehen, diesen Verwaltungsvorgang der Öffentlichkeit zu zeigen. Verwaltungshandeln ist nicht privates, sondern öffentliches Handeln.

[12] Mit Absatz 3 wird vorgeschlagen, dass es grundsätzlich dem betroffenen Bürger obliegt, eine Veröffentlichung im Internet zu verhindern bzw. zu erreichen. Damit wird der Privatsphäre Rechnung getragen. Der Bürger soll über die Offenlegung des Vorganges, der ihn betrifft, grundsätzlich selbst entscheiden können. Diese angebotene Transparenz ist in manchen Fällen zugleich das letzte Mittel des Bürgers, um sich gegen (seltene) Fälle behördlichen Versagens zu wenden. Gerichtsverfahren dauern oft recht lange und führen auch nicht automatisch zu Sanktionen gegen Behörden. Ist ein Verfahren überdies noch intransparent, so gibt es für besonders eigenwillige Behörden noch nicht einmal einen Grund, selbst bei gerichtlichem Unterliegen am eigenen Verhalten etwas zu ändern. Erfolgt ein Vorgang dagegen unter den Augen der Öffentlichkeit, kann eher auf eine Änderung gesetzt werden. Um den Grundsatz der möglichen Ablehnung bzw. Herstellung der Öffentlichkeit durch den Bürger wirksam zu gewährleisten, ist es ausreichend, wenn nur ein beteiligter Bürger eine Offenlegung fordert. Andernfalls könnte das Prinzip dadurch unterlaufen werden, dass etwa ein weiterer (“Alibi”-)Bürger

beigeladen (vgl. § 65 VwGO) oder ein Streit verkündet wird (vgl. §§ 72 ff Zivilprozessordnung). Mit dem Verzicht auf die namentliche Benennung von weisungsgebundenen Behördenmitarbeitern wird dem Umstand Rechnung getragen, dass diese oft nur auf Anweisung handeln, weswegen sie im Zweifel selbst möglicherweise anders gehandelt hätten. Um hier in der Öffentlichkeit Missverständnissen von vornherein zu begegnen, soll eine namentliche Benennung unterbleiben. Schließlich wird durch den letzten Satz eine missbräuchliche Verwendung des Öffentlichkeitsgrundsatzes verhindert. Ein Schriftstück etwa, in dem ein Behördenmitarbeiter in einem Verwaltungsverfahren beleidigt wird, soll so nicht veröffentlicht werden. Ist dagegen eine Aussage selbst Gegenstand eines Prozesses, etwa in einem Strafverfahren wegen Beleidigung, gilt diese Einschränkung nicht.

[13] Absatz 4 regelt, dass zum einen auch solche privatrechtlich organisierten Einrichtungen als Behörden im Sinne dieses Gesetzes anzusehen sind, die von Behörden getragen werden. Dies ist etwa bei städtischen Versorgungsbetrieben der Fall, die in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft gekleidet werden, wobei die Stadt über die Aktien Eigentümer des Betriebes ist. Auch hier gilt der verwaltungsrechtliche Grundsatz: "Keine Flucht in Privatrecht." Daneben sind auch Verwender von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) als Behörden im Sinne dieses Gesetzes anzusehen, sofern sie am Massengeschäft teilnehmen und inhaltsgleiche AGB verwenden, um deren Auslegung es vor Gericht geht. Darunter fallen etwa regelmäßig Verträge, die im Internet geschlossen werden. Auch hier besteht ein besonderes Transparenzinteresse. Wortgleiche AGB sind nicht erforderlich, weil dann durch entsprechend geringfügig geänderte AGB die Vorschrift unterlaufen werden könnte. Für kleine Unternehmen, etwa Handwerker vor Ort, die Wartungsverträge anbieten und oft anwaltlich nicht beraten werden, sollen die Veröffentlichungsregeln nicht gelten.

[14] In Absatz 5 wird die gegenwärtige Praxis der Gerichte aufgenommen, Entscheidungen ohne den jeweils vorangegangenen Sachvortrag unter Anonymisierung der beteiligten Nichtbehörden zu veröffentlichen. Dies soll jeder Beteiligte, der nicht Behörde ist, verlangen dürfen. Eine solche Veröffentlichungspflicht soll es auch dann geben, wenn gegen die Entscheidung kein Rechtsmittel eingelegt werden kann. Im übrigen soll es bei der Möglichkeit bleiben, dass Gerichte Entscheidungen aus eigenem Antrieb veröffentlichen dürfen.

[15] Absatz 6 regelt die Ausnahmen, wie sie sich aus den §§ 170 und 172 GVG ergeben. In diesen Normen sind berechtigte Interessen aufgeführt, die einer Veröffentlichung widersprechen. § 172 Nr. 4 betrifft allein die psychologische Situation bei einer mündlichen Aussage vor Gericht. Für eine schriftliche Dokumentation ist diese Regelung unbeachtlich.

[16] In Absatz 7 ist mehr oder minder geregelt, dass es kaum ein Mittel gibt, sich von der Möglichkeit der Veröffentlichung irgendwie "freizukaufen".

[17] Der Nutzen dieser Ergänzung des § 169 GVG dürfte die Kosten weit übersteigen. Kosten fallen an für das Einstellen ins Internet sowie für das Unkenntlichmachen der Identität der beteiligten Privatpersonen in den Schriftstücken. Der Nutzen läge neben der grundsätzlichen Transparenz sowie der Erleichterung der medialen Berichterstattung einerseits darin, bereits durch diese Möglichkeit einer Veröffentlichung insbesondere die wenigen unzureichend handelnden Behörden und manche AGB-Verwender zur Disziplin aufrufen zu können. Dadurch wiederum ist auch eine geringere Inanspruchnahme der Gerichte zu erwarten, und sei es durch die vermehrte Bereitschaft, gerichtliche Vergleiche zu schließen. Andererseits könnte wirksam häufig unberechtigtem Misstrauen in Verwaltung und Justiz begegnet werden. Es ergäbe sich durch diese Möglichkeit der Darstellung fehlerhaften Verwaltungshandelns für die wohl ganz überwiegende Mehrheit der Behörden zumindest ein Hinweis darauf, selbst richtig zu handeln.

[18] Der Antrag selbst ist überwiegend in Gesetzesform dargestellt. Damit wird genau die Forderung beschrieben, die das Wahlprogramm nach dem Willen des Bundesparteitages erheben möge: Gesetze sind die Formen, in denen Wahlprogramme im Idealfall münden. Eine Parteiforderung ist um so transparenter, je mehr sie diese endgültige Form annimmt. Durch die gewählte Darstellungsart soll zugleich dokumentiert werden, dass die mit dem Antrag geforderte Transparenz kein Luftschloss ist, sondern ganz konkret umsetzbar bereits als Gesetz beschrieben werden kann. Damit geht auch der Versuch einher, die außerhalb der Piratenpartei häufig geäußerten Vorbehalte zu entkräften, diese verfolge mehr die Utopien als das tatsächlich Machbare. Doch selbst Utopien werden um so realer, je eher sie in der Lage sind, sich im Hier und Jetzt zu verankern.

PA301 - Schloss-Freiheit

Wahlprogramm - Transparenz LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ernst Wolf

Zusammenfassung

Die Entscheidung des Bundestags zum "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" muss geprüft und ggf. revidiert werden

Antragstext

[1] *Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 (an geeigneter Stelle in den Themenfeldern Umwelt, Kultur und Finanzen) folgendes zum Thema „Bauten der öffentlichen Hand" einzufügen:*
Im Sommer 2002 wurde das Bauvorhaben "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" vom Deutschen Bundestag beschlossen. Die Planungen zur Umsetzung der parlamentarischen Entscheidung sind inzwischen vorbereitet. Der Baubeginn ist für das kommende Jahr 2013 vorgesehen, das Bauvorhaben muss aber nach heutigem Kenntnisstand dringend in Frage gestellt werden.

[2] Aufgrund des geplanten Baubeginns in 2013 schließt sich in den nächsten Monaten das Zeitfenster, die Entscheidung des Bundestags von 2002 zu prüfen und ggf. zu revidieren. Daher soll so schnell wie möglich ein Moratorium für alle Planungen und Vergaben ausgesprochen werden.

Begründung

[3] Am prominenten Beispiel des Vorhabens „Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" zeigt sich in exemplarischer Form Bevormundung, Intransparenz, Unwirtschaftlichkeit und Irrationalität staatlichen Handelns.

[4] Die stark beschädigte Schlossruine wurde im Jahr 1950 aus ideologischen Gründen gesprengt und restlos beseitigt. Ab 1974 wurde auf der Fläche ein zeitgemäßer Repräsentationsbau, der „Palast der der DDR" für etwa 500 Millionen Mark (oder mehr) errichtet, der nach der Wende 1989 wiederum aus ideologischen und wirtschaftlichen Gründen vollständig abgetragen wurde.

[5] Da der Abriss ohne Beschluss des Eigentümers, der Bundesrepublik, in Gang gesetzt worden war, versuchte der Bundestag im Jahr 2002 mit der Entscheidung zum „Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" nachträglich eine Begründung zu finden, um die Zerstörung der DDR-Baugeschichte an diesem Ort zu rechtfertigen.

[6] Nach zehn Jahren Vorbereitung sind im Jahr 2012 die Bauausführungen für den U-Bahn-Bau unter dem geplanten Neubau beauftragt worden. Im Verlauf der nächsten Monaten sollen die Bauleistungen vergeben werden, danach wird jede Änderung des Vorhabens sehr kostenintensiv.

[7] Zum Zeitpunkt der Entscheidung im Bundestag war davon auszugehen, dass der "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" durch freiwillige Spenden finanziert wird. Nach heutigem Kenntnisstand hat im Wesentlichen die Allgemeinheit die Kosten zu tragen, direkt durch die Finanzierungszusagen vom Bund und vom Land Berlin oder indirekt durch Steuerausfälle in Höhe der absetzbaren Spenden. Die geschätzten und als Kostenrahmen gesetzten **Baukosten in Höhe von 590 Millionen EUR** sollen verteilt werden wie folgt:

[8] Anteil Bundeshaushalt **478 Mio. EUR**

[9] Finanzierungsbeteiligung des Landes Berlin **32 Mio. EUR**

[10] Private Spenden für historische Fassade **80 Mio. EUR**

[11] Die Durchführung des Vorhaben verstößt gegen mehrere Forderungen aus dem Parteiprogramm der Piraten und gegen allgemeine Forderungen an den Staat als Bauherrn:

[12] 1. Verstoß gegen Gebote der Wirtschaftlichkeit

[13] 2. Verstoß gegen Gebote der Transparenz

[14] 3. Verstoß gegen die Verpflichtung zur schonenden Verwendung endlicher Ressourcen

[15] 4. Verstoß gegen die Förderung der kulturellen Vielfalt

[16] zu 1. Verstoß gegen Gebote der Wirtschaftlichkeit

[17] Das Vorhaben "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" muss überprüft werden, weil es gegen das Gebot der sparsamen Mittelverwendung verstößt, an das die öffentlichen Haushalte gebunden sind. Nach Angabe des BBR (Bundsamt für Bauwesen und Raumforschung) entsteht ein Neubau mit einer Nutzfläche von 41.000 qm für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke, für dessen Bau Mittel in Höhe von 590 Millionen Euro bereit zu stellen sind.

[18] Kostenvergleich

[19] Die geschätzten und als Kostenrahmen gesetzten Baukosten in Höhe von 14.390,- EUR je qm Nutzfläche (NF) liegen weit über den veröffentlichten Richtwerten von Gebäuden vergleichbarer Nutzung:

[20] Gebäude für wissenschaftliche Lehre und Forschung

[21] Baukonstruktion und technische Anlagen 2.070,- EUR bis 3.750,- EUR je qm NF

[22] Gebäude für kulturelle und musische Zwecke

[23] Baukonstruktion und technische Anlagen 2.040,- EUR bis 3.410,- EUR je qm NF

[24] Theaterbauten

[25] Baukonstruktion und technische Anlagen 2.910,- EUR bis 5.920,- EUR je qm NF

[26] (alle Kostenangaben gem. BKI Baukostenindex 2012)

[27] Für Außenanlagen und Baunebenkosten sind die oben genannten Summen etwa um weitere 20 bis 30% zu erhöhen. In den Kostenangaben für das Berliner Schloss ist die Nachbildung der historischen Fassade mit einem Kostenanteil von 80 Millionen EUR angegeben. In den Baukosten sind weiterhin über 70 Millionen EUR für die Ersteinrichtung und den Umzug der Museen enthalten. Aber auch nach Abzug dieser Summen ergibt sich ein Wert von etwa 10.000,- EUR je qm NF, der weit über vergleichbaren Gebäuden liegt.

[28] Inflationsbedingte Erhöhungen der Baukosten ab März 2007 sind bereits vorab bewilligt. Zukünftige Kostensteigerungen gemäß Baupreisindex sind also nicht mehr durch den Haushaltsausschuss des Bundestages kontrollierbar.

[29] Nutzwert vs. Repräsentationswert

[30] Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eines öffentlichen Bauvorhabens ist zu prüfen, ob der zu ermittelnde Nutzwert die Investition für einen Neubau rechtfertigt. Als Nutzungen werden angegeben (BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung):

[31] Stiftung Preußischer Kulturbesitz/Staatliche Museen zu Berlin 22.500 qm

[32] Zentral- und Landesbibliothek 4.000 qm

[33] Ausstellung Humboldt-Universität Berlin 1.000 qm

[34] Zentraler Veranstaltungsbereich "Agora" 13.500 qm

[35] Geeignete Flächen für die benannten Nutzungen sind an anderen Standorten in Berlin ausreichend vorhanden. Für die Zentral- und Landesbibliothek Berlin plant die Berliner Landesregierung derzeit einen Neubau auf dem Tempelhofer Feld.

[36] Für ein Bauwerk ohne Nutzung, z.B. für ein Denkmal, ist nicht der Nutzwert, sondern der sog. Repräsentationswert Grund für die Aufwendungen zu Errichtung und Unterhalt. Für das Vorhaben "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" ist zu erwarten, dass der Repräsentationswert den Nutzwert deutlich übersteigt. In einer Zeit, in der den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik und ihrer Nachbarstaaten erhebliche Risiken und Lasten aufgebürdet werden, die starke Verwerfungen in den Volkswirtschaften Europas nach sich ziehen, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser repräsentativen Rekonstruktion in aller Schärfe neu.

[37] Es ist allgemein bekannt, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand, aber auch die Verpflichtungen aus Kreditbürgschaften, ein Ausmaß erreicht haben, das im Jahr 2002 nicht vorherzusehen war.

[38] Weiterhin ist bekannt, dass die Sammlung von Spenden bisher weit hinter den Zielen zurückgeblieben ist.

[39] zu 2. Verstoß gegen Gebote der Transparenz

[40] Das Vorhaben "Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" muss überprüft werden, weil es gegen die Forderung nach Transparenz des staatlichen Handelns verstößt.

[41] Die Initiative zum Wiederaufbau ging von einer Privatperson und von einem engagierten Verein aus, der seit dem Jahr 2004 Spenden für das Projekt sammelt, inzwischen knapp 1.500 Mitglieder zählt und nach eigenen Angaben bis zum Sommer 2012 zwanzig Millionen Euro als Spenden eingenommen hat. Das durch den Verein aufgebrachte Spendenvolumen hat zweckgebunden der Rekonstruktion des Schlosses zur Verfügung zu stehen. Das Berliner Schloss wird aber nicht aus überkommenen Resten rekonstruiert, auch wenn der Wortlaut des Bundestagsbeschlusses dies vermuten lässt. Geplant wird ein Neubau nach den heutigen Regeln der Technik.

[42] Die von Mitgliedern des Bundestages geäußerte Behauptung, dass der „Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses" ein wichtiges nationales Vorhaben ist, wurde bisher nicht durch eine repräsentative Befragung der Wählerschaft bestätigt.

[43] Die vom Bund gegründete gemeinnützige Stiftung Berliner Schloss - Humboldtforum ist Bauherrin der Baumaßnahme: Sie bündelt die Interessen der Nutzer als koordinierender Partner und wirbt um Spenden für die Wiedererrichtung der historischen Fassaden und für den Bau des Gesamtprojektes (lt. BBR).

[44] Diese vom Bund getragene Stiftung ist bisher nicht verpflichtet, die Transparenz des Spendenaufkommens zu gewährleisten. Es ist zu fordern, dass sowohl die Höhe wie auch Herkunft und Verwendung aller Spenden öffentlich einzusehen sind. Die Stiftung als Bauherrin muss jederzeit darlegen können, warum und in welcher Höhe Spendenmittel, Kredite, Steuermittel und/oder Fördermittel eingesetzt werden sollen.

[45] Im Übrigen ist bekannt und dokumentiert, dass die bisherigen Auftragsvergaben bereits mehrfach durch juristisch angreifbare Konstruktionen verteidigt wurden.

[46] zu 3. Verstoß gegen die Verpflichtung zur schonenden Verwendung endlicher Ressourcen

[47] Bei der Entscheidung des Bundestags im Jahr 2002 wurden die Baukosten, aber auch die Folgekosten nicht erörtert. Bis heute wurden die Gesamtkosten nicht hinreichend erfasst.

[48] Errichtung, Betrieb, Modernisierung und Rückbau des geplanten Vorhabens sind einer vollumfänglichen und gewissenhaften Lebenszyklusbetrachtung zu unterziehen, um die Lasten für die nachfolgenden Generationen vorausschauend zu bewerten.

[49] zu 4. Verstoß gegen die Förderung der kulturellen Vielfalt

[50] Errichtung und Betrieb der zentralen Einrichtung des geplanten „Humboldtforums" in der Mitte Berlins konterkarieren alle Bemühungen um Förderung der kulturellen Vielfalt auf Bundes- wie auf Landesebene. Das Selbstverständnis der Bundesrepublik lebt mit der Erkenntnis, dass eine föderalistische Organisationsstruktur mehr Gerechtigkeit, Partizipation und Demokratie gewährleistet als zentralistische Strukturen. Die großen Herausforderungen der Zukunft liegen in der Aufgabe, den erkennbaren existentiellen Bedrohungen der vielfältigen menschlichen Existenz mit angemessenen technischen und wirtschaftlichen Optionen entgegenzutreten. Dafür ist die Unterstützung einer Vielzahl von kulturellen Institutionen notwendig, in der Bundesrepublik, in Europa

wie auch im außereuropäischen Raum.

PA302 - Kostenfreier ÖPNV

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Der kostenfreie ÖPNV ist sozial, ökologisch und im Endeffekt sogar billiger, als alles was die heutige Infrastruktur der Gesellschaft kostet.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „ Verkehr“ nachfolgendes einzufügen: Die Piratenpartei als sozial, ökologische Zukunftspartei befürwortet die sofortige Einführung des kostenfreie ÖPNV in ganz Deutschland und Europa!

Begründung

[2] Der ÖPNV wurde in den letzten Jahren durch endlose und unbegründete Erhöhungen verteuert. Die Bahn und die lokalen VVBs machen auf Kosten der meist ärmeren Benutzer Milliardengewinnen. Der Gewinn fließt zum Teil in den Straßenbau, wodurch ÖPNV-Benutzer den umweltbelastenden LKW-Autoverkehr indirekt mit subventionieren.

[3] Viele versuchen durch schwarzfahren diese hohen Gebühren einzusparen. Wird man nur drei mal dabei erwischt und kann die 40 Euro Strafe nicht sofort begleichen sind 3 Monate Haft ohne Bewährung die Regel. Dies betrifft alle die im Niedriglohn arbeiten und am Monatsende, kein Auskommen mit den Einkommen haben. Oder vom Arbeitsamt sanktioniert sind und nur Lebensmittelgutscheine erhalten, ohne Rück-Geld für ÖPNV Benutzung! Die Stadt Bremen hat sogar Angebote das wer schon mehrmals wegen schwarzfahren inhaftiert war, eine extrem billige Monatskarte angeboten bekommt. Weil dies der Stadt billiger kommt, als die teure Unterbringung im Knast!

[4] In Städten wo man versuchsweise einen kostenfreien ÖPNV angeboten hat, ist man nur zu positiven Ergebnissen gekommen. In Tübingen: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-85065918.html Ambekanntesten ist die belgischen Stadt Hasselt: http://de.wikipedia.org/wiki/Personennahverkehr_in_Hasselt

[5] Auch im Ausland ist das bereits die Regel, so in Ungarn und Japan, dass Rentner kostenfrei den ÖPNV benutzen. In Estland: http://www.focus.de/reisen/urlaubstipps/kein-cent-fuer-bus-und-bahn-freie-fahrt-in-tallinn_aid_727786.html In Thailand ist die dritte Klasse Lokalbahn ebenfalls kostenfrei für alle Thais. Zum kostenfreien ÖPNV gehört natürlich auch der Ausbau des Radwegenetzes und warum nicht das Beispiel Holland nachmachen. Selbst da hat es nur Kostenvorteile die Radwege zu beheizen:http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/niederlaender-wollen-radwege-mit-geothermie-beheizen-a-862937.html

[6] In Nürnberg fährt zudem bereits die Straßenbahn Fahrerfrei. Automatische Roboterverkehrsmittel machen den Transport billiger, somit kann man neben den Fahrer auch gleich das Kontroll-Personal entlassen, wenn der

ÖPNV kostenfrei wird! Als Beispiel die schon seit Jahren kostenfreie und fahrerfreie Bahn am Frankfurter Flughafen.

[7] Durch die Einführung des BGE wir Geld warscheinlich im Jahr 2045 gglobal abgeschafft- Denn durch das BGE wird die Nachfragekrise überwunden, die wirtschaftliche Abwärts- in eine Aufwärtsspirale gewendet wird, steigt der Betrag stetig. Über Jahre wird er auf 2000 - 3000 - 5000 - 10.000 - 20.000 Euro/Globo angehoben, bis Geld und Geldbesitz sinnlos werden! Die Ressourcenbasierende Wirtschaft das monetäre geldbasierende System ablöst. Wer etwas braucht, nimmt es sich und gibt es zurück, wenn man es nicht mehr braucht.

[8] Der kostenfreie ÖPNV ist der erste Schritt in diese Richtung!

PA303 - Kostenfreies Internet für alle!

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Abmahnungen, Kontrolle und Überwachung werden immer ausgefeilter. Mit kostenfreiem Internet ist das nicht mehr möglich, jeder hat damit freien Zugang auf alle frei verfügbaren Daten und Infos, ohne Angst.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „Internet und Netzpolitik“ nachfolgendes einzufügen: Kostenfreier Internetzugang für jede und jeden. Die Freiheit im Internet wird dadurch wiederhergestellt. Dazu Abschaffung der automatische erhobenen TV/GEZ Gebühr.

Begründung

[2] Kostenfreies Internet soll Bürgerecht wie das Recht auf kostenfreie Sicherheit/Polizei werden. Dadurch wird Kontrolle, Überwachung und die Abmahnungen erschwert, bzw. unmöglich gemacht. Jeder Bürger erhält damit das Recht auf freien Zugang zu allen verfügbaren Daten. Dies wird zum Nutzen aller, da dadurch wirklich jedem alles Wissen zur Verfügung steht, jeder dies weiterentwickeln kann.

[3] Der kostenlose Internetzugang führt zu mehr Sicherheit, da damit wirklich jeder Bürger die Möglichkeit hat, sich über seine Rechte zu informieren. Selbst Behördenwillkür kann man öffentlich machen.

[4] In Thailand und Malaysia hat es bereits seit Jahren kostenfreien Internetzugang für alle. (Ich nutze dies beim Schreiben dieses Antrags.) Warum sollte diese Freiheit dem Bürger in Deutschland verwehrt bleiben. Das Breitbandkabel Internet ist in Deutschland nur über Jahresverträge zu erhalten, mit genauen Personen und Wohnortangaben, was Überwachung und Abmahnung erleichtert. Drahtloses Internet ist kostenpflichtig und wird mit aufrufen von Links und Videos automatisch verlangsamt. So etwas darf man sich als freier Bürger nicht bieten lassen!

[5] Zudem soll in Deutschland jeder automatisch TV Gebühr bezahlen, egal ob man überhaupt ein Gerät hat. oder nicht. Das entspricht Willkürsystemen und hat nichts mit Demokratie = Wahlmöglichkeit zu tun. Darum sollte das kostenlose Internet auch den kostenfreien Zugang auf Information beinhalten. automatische die TV/GEZ Gebühr bei jeden zu erheben der in Wohnhaft ist, muss abgeschafft werden.

[6] Durch Einführung des BGE wird die Nachfragekrise überwunden, die wirtschaftliche Abwärts- in eine Aufwärtsspirale gewendet wird, steigt der Betrag stetig. Über Jahre wird er auf 2000 - 3000 - 5000 - 10.000 - 20.000 Euro/Globo angehoben, bis Geld und Geldbesitz sinnlos werden! Die Ressourcenbasierende Wirtschaft das monetäre geldbasierende System ablöst. Wer etwas braucht, nimmt es sich und gibt es zurück, wenn man es nicht mehr braucht.

[7] Das kostenfreie Internet/TV ist ein Schritt in diese Richtung. Wir werden es alle noch erleben, wie bald der Euro durch den Globo abgelöst und Geld ab 2045 abgeschafft wird.

[8] "Ein Zukunftsszenario, das sich die Studienteilnehmer explizit wünschen, ist ein kostenfreies und flächendeckendes Internetangebot in Deutschland." http://www.internetworld.de/Nachrichten/Medien/Zahlen-Studien/OMD-Studie-Blick-in-die-mediale-Zukunft-Kostenloses-Internet-und-Plakate-mit-Gesichtserkennung-69854.html

PA304 - Wirtschaftspolitik der Piraten: Freiheit, Teilhabe, Demokratie.

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TheCitizen

Zusammenfassung

Modular aufgebauter Programmantrag für ein Piraten-Wirtschaftsprogramm. 13 kurze Absätze; jeder ein unabhängiger Punkt. Jegliche Kombination kann als eigenständiges Programm oder als Ergänzung zu anderen Wirtschaftsprogramm-Anträgen dienen.

Antragstext

[1] *Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge beschließen, den unten folgenden Antragstext in den Programmteil "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen. Ich beantrage, diesen Antrag modular abzustimmen. Jeder der 13 Absätze inklusive seiner Überschrift enspricht einem Modul. Jegliche Kombination von Modulen kann zusätzlich zu anderen Anträgen im Bereich "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm aufgenommen werden (und dann als Zusatz an geeigneter Stelle hinzugefügt werden). Falls keine anderen Anträge im Bereich "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm aufgenommen werden, kann jegliche Kombination von Modulen als eigenständiger Bereich "Wirtschaftspolitik" dienen.*

Schutz der Menschenrechte

[2] Würde, Menschenrechte, Bürgerrechte und Privatsphäre jedes Menschen müssen (neben gegenüber Eingriffen von Staat, Mehrheiten, anderen Menschen) auch gegenüber Eingriffen von wirtschaftlichen Einheiten, Unternehmen und Märkten geschützt werden.

Wirtschaftliche Teilhabe und bedingungsloses Grundeinkommen

[3] Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht. Aus diesem Recht folgt unter anderem ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auch eine Teilhabe am Wirtschaftsleben muss gesichert werden.

Selbstbestimmtheit

[4] Jeder Mensch bestimmt selbst, wie und ob er seine Zeit und seinen Raum wirtschaftlich, kreativ, innovativ, familiär, sozial, ehrenamtlich, politisch, zur freien Entfaltung, zur Glückssuche, für nichts dergenannten, verwenden will.

Solidarität und Steuerpflicht

[5] Jeder Mensch und jede wirtschaftliche Einheit hat die Pflicht, von allen wirtschaftlichen Gewinnen und Transaktionen Steuern zu leisten, die von der Demokratie erhoben werden — nach den Grundsätzen von Gleichheit, Einfachheit der Regeln, Transparenz und Gerechtigkeit — und die von der Demokratie für ihre definierten Ziele und Institutionen verwendet werden.

Erhalt der Demokratie

[6] Alle demokratischen Institutionen, inkl. Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen, Soziales, Infrastruktur, Institutionen der Gewaltenteilung sind Errungenschaften, die nicht abgebaut werden dürfen, sondern weiter verbessert werden müssen. Der Erhalt dieser Institutionen und damit der Demokratie hat Priorität über Interessen der Wirtschaft.

Primat der Demokratie über Abhängigkeit von Finanzsektor und Wirtschaft

[7] Die Demokratie darf sich nicht durch finanzielle Abhängigkeit von Krediten dem Finanzsektor oder der Wirtschaft unterordnen. Auch darf das Wirtschaftssystem nicht so gestaltet werden, dass Wirtschaftseinheiten eine Machtposition der Systemrelevanz erlangen ("too big to fail"), und ihre Verluste und ihre Externalitäten vom Staat übernommen werden müssen.

Primat der Demokratie über Privatisierung und Lobbyismus

[8] In der Demokratie gilt: Ein Mensch, eine Stimme. Jeder Mensch ist gleich an Rechten. In der Wirtschaft entscheidet dagegen die Größe des Vermögens/Einkommens bzw. die Anzahl der Anteile. Daher dürfen demokratische Institutionen nicht privatisiert werden. Lobbyismus entspricht einer weichen Teilprivatisierung, da Teile des demokratischen Entscheidungsprozesses in die Wirtschaft ausgelagert werden, und dabei dann nicht Stimmen, sondern Finanzen entscheiden.

Emanzipation von Herrschaft

[9] Machtanhäufungen jeder Art in Monopolen, Oligopolen, Kartellen, elitären Strukturen und Gruppierungen müssen gestoppt werden. Dazu sind Gesetze, Regulierungen und Eingriffe notwendig.

Emanzipation von Arbeit

[10] Abschaffung von: Arbeit als abhängige Beschäftigung (vergleiche "Prekariat"), Arbeit als Staatsziel, Vollbeschäftigung als Staatsziel, Arbeit als für Menschen gefährliche Beschäftigung.

Transparenz

[11] Abbau von Wissensvorsprüngen: Mehr Transparenz bei mächtigen wirtschaftlichen Einheiten. Mehr Datenschutz bei Menschen, Verbrauchern.

Demokratie und Partizipation

[12] Mehr demokratische Mitbestimmung für alle Menschen in mächtigen wirtschaftlichen Einheiten.

Gleicher und freier Zugang zur Wirtschaft

[13] Alle Gesetze und Regelungen des Wirtschaftssystems sowie des Steuersystems müssen einfach und allgemein verständlich sowie auf maximale Transparenz ausgelegt sein. Alle Märkte und alle Handelstransaktionen mit großem Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft müssen allgemein zugänglich und — um eine allgemeine Kontrolle zu gewährleisten — transparent sein. Dies gilt auch für Derivatenhandel und Over-the-counter-Handel.

International

[14] Intensive internationale friedliche Zusammenarbeit ohne Grenzen, um die Ziele unserer Wirtschaftspolitik möglichst weltweit umzusetzen. Bei internationaler Wirtschaftspolitik sind allein die Menschenrechte höchstes und entscheidendes Gut.

Begründung

[15] Kurzzusammenfassung: **Freiheit, Teilhabe, Demokratie.** (Und Teilhabe = Partizipation, Transparenz, Solidarität.)

[16] Dieser Antrag besteht aus 13 kurzen Absätzen. Jeder dieser Absätze stellt einen eigenständigen Punkt dar, um folgenden Zielen näherzukommen:

- Das Primat von Menschenrechten und Demokratie über Wirtschaftsinteressen herstellen.
- Erhaltung von Freiheit, Solidarität und Möglichkeiten wirtschaftlicher Entfaltung.
- Übertragung unserer Prinzipien Transparenz, Mitbestimmung, Teilhabe in die Wirtschaft (zunächst für mächtige/gesellschaftlich einflußreiche Wirtschaftseinheiten und -vorgänge).

[17] Außerdem grenzen uns die Punkte von anderen Parteien ab. Ganz besonders die Punkte “Emanzipation von Arbeit“ und “Gleicher und freier Zugang zur Wirtschaft“ sind wohl Alleinstellungsmerkmale.

[18] Basiert auf / Weiterentwicklung des Postings “Für ein linksliberales und visionäres Piraten-Wirtschaftsprogramm.“ (auch verfügbar in english).

[19] Der Antrag ist voll modular aufgebaut und kann mit allen anderen Wirtschaftsanträgen beliebig kombiniert werden (und jede Kombination von Modulen kann auch eigenständig genutzt werden). Absicht ist, dass wir für den Fall, dass hier Ideen enthalten sind, die uns Piraten essentiell wichtig erscheinen, wir diese auf jeden Fall am Bundesparteitag im Programm verankern können.

PA305 - Keine Herdprämie

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank & Frei

Zusammenfassung

Gegen die Einführung des Betreuungsgeldes (Herdprämie)

Antragstext

[1] Der BPT möge beschließen, in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle, hilfsweise als Positionspapier folgenden Text aufzunehmen:

[2] Wir Piraten sind gegen das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr nicht in eine Kindertageseinrichtung bringen.

[3] Wir Piraten respektieren und schätzen die Leistung von Eltern, die diese Betreuungsleistung selbst übernehmen möchten. Sie ist wichtig für die Kinder, Eltern und die Gesellschaft. Jedoch soll es hierfür keine Bezahlung geben.

[4] Ausnahme: Eltern, die trotz Bedarfsanmeldung keinen Platz in einer Kindertageseinrichtung in zumutbarer Entfernung bekommen, sollen das Betreuungsgeld erhalten.

Begründung

[5] Beim letzten BPT hat ein Meinungsbild zu dieser Frage eine überwältigende Zustimmung ergeben.

[6] Eltern, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr nicht in die Krippe bringen wollen, erhalten nach aktueller Planung der schwarz-gelben Bundesregierung ab Mitte 2013 zunächst 100 Euro, ab 2014 sogar 150 Euro pro Kind und Monat. (gemäß §16 (5) SGB VIII)

[7] Die Befürworter begründen dies damit, dass die von den Familien geleistete Arbeit zur Versorgung und Erziehung der Kinder anerkannt und bezahlt werden soll.

[8] Außerdem spare der Fiskus viel Geld wenn die Kindertageseinrichtung nicht in Anspruch genommen wird.

[9] Gerade letzteres ist absurd: Wer nicht in die Oper oder ins Schwimmbad geht, bekommt schließlich auch keinen Ausgleich dafür. Grundsätzlich gilt: Wer öffentliche Angebote nicht in Anspruch nimmt, bekommt dafür kein Geld. Warum also bei den Kindertageseinrichtungen?

[10] Das entscheidende Gegenargument ist aber folgendes: Gerade bildungsferne Schichten, für die 150 Euro oft besonders viel Geld sind, werden ermutigt ihre Kinder zu Hause zu lassen. Deren Kinder haben jedoch einen besonderen Bedarf an einer Kindertageseinrichtung, da sie zu Hause oft nicht adäquat gefördert werden. So kann Bildungsarmut vererbt werden, zumal gerade in der Frühphase eine geistige Stimulation besonders wichtig ist.

[11] Außerdem: Diese Maßnahme kostet nach Angaben der Regierung rund 1 bis 2 Mrd. Euro jährlich. Üblicherweise werden solche Kosten im Vorfeld schöngerechnet, so dass von höheren Kosten auszugehen ist. Es gibt

viele Alternativen, wie dieses Geld zu verwenden ist – und sei z.B. für mehr und bessere Kinderkrippen bzw. Bildung.

PA306 - Krise im Euro-Raum: Bewertung der EZB-Politik

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Kritische Sichtweise auf die derzeitige Geldpolitik der EZB

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piraten möge an entsprechender Stelle im Wahlprogramm folgenden Text einfügen:

[2] Wir sind besorgt:

[3] • über die überbordende Aufblähung der EZB-Bilanz

[4] • der Rolle der EZB als finanzpolitischer Akteur in der Krise, die nicht auf einem demokratisches Mandat fußt.

[5] • des vermehrten Ankaufs von Wertpapieren mit zweifelhafter Bonität. Dies stellt eine dauerhafte Gefahr für die EZB-Bilanz, der Geldwertstabilität, dem europäischen Steuerzahler und der Reputation der europäischen Geldpolitik dar.

[6] Deshalb fordern wir:

[7] • Überlassen Sie die Krisen- und Finanzpolitik den verantwortlichen Akteuren

[8] • Kehren Sie wieder zu einer Geldpolitik zurück, die sich an der Preisstabilität orientiert

[9] • Unterstützen Sie die gewählten Politiker Europas, in ihren Bemühungen, die Krise zu meistern

Begründung

[10] Die Bilanzen der Notenbanken der Welt sind infolge der Krise stark angestiegen

[11] Siehe: http://www.querschuesse.de/ezb-bilanzsumme-im-eurosystem-bei-3029159-billionen-euro/

[12] Was zur kurzfristigen Krisenlösung gedacht war, entwickelt sich immer mehr zum Dauerzustand

[13] Die EZB hat einen klar abgegrenzten Auftrag. Dieser ist die Geldpolitik im Euroraum, mit dem Ziel der Wahrung der Preisstabilität. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Zentralbank Zwar soll die Wirtschaftspolitik der Euro-Staaten unterstützen werden, aber ein finanzpolitisches Mandat hat die Notenbank nicht. Dies ist Aufgabe von gewählten Politikern im Zusammenspiel mit den gesellschaftlichen Akteuren.

[14] Die Bilanz der EZB ist unter anderem dazu gedacht, Gewinnzahlungen an die Nationalen Haushalte abzuführen. Diese fließen in die Haushaltsplanungen ein. Fehlt dieses Geld, müssen die Eurostaaten mehr Geld aufnehmen oder Ausgaben kürzen.

[15] Bei einem extrem hohen Abschreibungsbedarf, kann die EZB zwar nicht Pleite gehen, aber sie müsste durch Buchungstricks oder Liquiditätszahlungen der Eurostaaten diesen enormen Verlust ausgleichen. Da die Geldpolitik vom Vertrauen der Zentralbank abhängig ist, wäre der dauerhafte Schaden immens.

PA307 - Krise im Euro-Raum: Keine Schuldenunion ohne Souveränitätsverzicht

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Unter welchen Konditionen wäre eine Schuldenunion in Europa vorstellbar

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piraten möge an entsprechender Stelle im Wahlprogramm folgenden Text einfügen:

[2] Wir, die Piraten, fordern die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa unter dem Dach eines Europäischen Bundesstaats.

[3] Eine andere Konstellation, die in eine Schuldenunion europäischer Staaten mündet, lehnen wir ab.

Begründung

[4] Dieser Antrag ist eine Kompromißformel für Europabefürworter und Europagegner in der Partei. Ob man aus dem Antrag eine Vergemeinschaftung der Schulden oder eine Ablehnung von „Eurobonds" sieht, hängt davon ab, wie realistisch man die Errichtung eines europäischen Bundesstaat ansieht.

[5] Es wird hier die Frage von Souveränität der Nationalstaaten mit dem Element der Solidarität verknüpft.

[6] Eine vergemeinschaftete Schuldenunion in dem derzeitigen politischen Umfeld ist de facto auch ein (Teil-)Souveränitätsverzicht der Euro/EU Staaten. Allerdings würde die Haftung der EU-Staaten vergemeinschaftet, aber die Haushaltshoheit verbleibt auf der Nationalstaatsebene. Somit würden die Länder mit einer höheren Schuldenaufnahme indirekt in die (Haushalts-)souveränität der sparsameren Länder eingreifen.

[7] So eine Konstruktion gefährdet nicht nur den Euro sondern auch den Frieden in Europa.

[8] Deshalb ist eine vertragliche Vergemeinschaftung von Schulden in der EU aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre keine praktikable Option.

[9] Nur ein europäischer Bundesstaat hat die ausreichende Macht, auf die Haushalte einzelner europäischer Staaten einzuwirken. Die Piratenpartei sollte sich dafür einsetzen, dass erst

[10] Schritt 1: Vergemeinschaftung der Finanzhoheit der Einzelstaaten und dann

[11] Schritt 2: Vergemeinschaftung der Schulden erfolgt.

PA308 - Ein neues Bundeswahlrecht

Wahlprogramm - Wahlrecht PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Xander Dorn und die Projektgruppe Bundeswahlgesetz

Zusammenfassung

Forderungen für ein neues Bundeswahlrecht. Modular: Offene Listen, Kumulieren&Panaschieren, kein Negatives Stimmgewicht, keine Überhangmandate, Wahlrecht ab Geburt, Sperrklausel auf 2.5% halbieren, mehr mobile Wahlvorstände statt Briefwahl, ...

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Kapitel "Demokratie" des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2013 das nachstehend aufgeführte neue Unterkapitel hinzuzufügen. Besteht das Kapitel "Demokratie" noch nicht im Wahlprogramm, so soll dieses mit Annahme dieses Antrags neu erstellt werden. Jeder Absatz stellt ein eigenes Modul dar und soll einzeln abgestimmt werden, sofern keine Abstimmung über den gesamten Antrag von der Versammlung gewünscht ist.

[2] - - -

Ein neues Bundeswahlrecht

[3] Das Wahlrecht ist das zentrale Element einer jeden repräsentativen Demokratie. Es ist daher erklärtes Ziel der Piratenpartei ein neues Gesetz zu verabschieden, das den Einwohnerinnen und Einwohnern Deutschlands eine größere Mitbestimmung auf die personelle Zusammensetzung und somit auf die Entscheidungen des Bundestages ermöglicht. Das zukünftige Wahlsystem soll auf Offenen Listen basieren, in denen die Wählerinnen und Wähler einzelnen Kandidierenden bis zu fünf Stimmen zuweisen können (Kumulieren) bei zehn Stimmen insgesamt. Auch die Wahl von Kandidaten und Kandidatinnen verschiedener Wahlvorschlagsträger soll erlaubt werden (Panaschieren).

[4] Eine gebietliche Einteilung der Bundesrepublik einzig zum Zweck der Durchführung von Wahlen kann leicht dazu führen, dass diese Wahlgebiete so geschnitten werden wie es einer einzelnen Partei zum Erreichen einer überproportionalen Anzahl an Direktmandaten dienlich ist. Auf Wahlkreise wird somit zukünftig verzichtet. Durch Offene Listen wird zudem bereits eine stärkere Personalisierung für die Wahlberechtigten erreichbar als es mit dem Zwei-Stimmen-System je möglich war. Außerdem kann es dadurch zu keiner Verzerrung des Wählerwillens durch Überhangmandate kommen und auch das Paradoxon des Negativen Stimmgewichts kann nicht mehr auftreten.

[5] Gesetze betreffen auch die Möglichkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und eines selbstbestimmten Lebens von Kindern und Jugendlichen. Dennoch besteht das Wahlrecht zum Bundestag erst ab 18 Jahren. Altersgrenzen täuschen vor, dass mit der Überschreitung eines Datums ein Bürger mündig werde und erst ab diesem Zeitpunkt an der politischen Mitbestimmung teilnehmen darf. Jede Altersgrenze unterliegt dabei jedoch einer willkürlichen Festlegung und schließt somit kategorisch eine Bevölkerungsgruppe aus, über und für welche jedoch wichtige politische Entscheidungen gefällt werden. Es darf einzig in der freien Entscheidung

jedes und jeder Einzelnen liegen, ob von der Möglichkeit der Stimmabgabe Gebrauch gemacht wird. Die Piratenpartei setzt sich daher für die Abschaffung einer Altersgrenze zur Wahlberechtigung ein und fordert das Wahlrecht ab Geburt.

[6] Um eine größtmögliche Auswahl für die Stimmberechtigten zu fördern, wird die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel durch die Anzahl der in den jeweiligen Listen aufgeführten Wahlbewerber bestimmt. Es sind Kreis-, Landes- und Bundeslisten erlaubt, auf denen bis zu 80 Personen benannt werden dürfen. Mehrere Wahlvorschlagsträger dürfen dabei auch als Listenverbund antreten, wodurch die gegenüber der bislang bestehenden Fünf-Prozent-Hürde halbierten Sperrklausel zum Einzug in den Bundestag für deren gemeinsames Ergebnis zählt.

[7] Mobile Wahlvorstände, die bereits eingesetzt werden um in kleineren Pflegeeinrichtungen, die über keine eigene Wahlurne verfügen, die Wahlteilnahme zu ermöglichen, sollen zukünftig auch einzeln im eigenen Zuhause gepflegte Personen mit einbeziehen. Für Personen, die sich nachweislich am Wahltag nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten soll ermöglicht werden, unter kontrollierten Bedingungen vor dem eigentlichen Wahltermin an ausgewiesenen Orten zu wählen. Die manipulationsanfällige Briefwahl soll abgeschafft und durch die genannten Maßnahmen ersetzt werden.

[8] Teilnahmehürden werden gesenkt. Jeder Wahlvorschlagsträger, der bei der vorangegangenen Bundestagswahl ein Ergebnis von mindestens 0.5% der Stimmen erhalten hat, ist von der Sammlung von Unterstützerunterschriften befreit. Ein Ergebnis von wenigstens 1% der Stimmen bei einer Landtagswahl befreit von der Verpflichtung zum Unterschriftensammeln für Landes- und Kreislisten im entsprechenden Bundesland. Wahlberechtigte dürfen zukünftig für mehrere Wahlvorschläge Unterstützung leisten und die Anzahl vorzuweisender Unterschriften wird gegenüber der gegenwärtigen Regelung halbiert. Auf den Unterstützerformularen dürfen Straße und Hausnummer nicht mehr erfasst werden, eine meldebehördliche Identifizierung ist auch mit Namen und Geburtsdatum möglich. Dies folgt dem Prinzip der Datensparsamkeit.

[9] Die Regelung zum Wahlrecht für im Ausland lebende Deutsche wird ebenfalls reformiert. Die bisherige Regelung sieht vor, dass das Wahlrecht nur besitzt, wer wenigstens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik gelebt hat. Dies führt zu einer nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren Ungleichheit. Es ist daher vorgesehen, das Wahlrecht nur denjenigen Personen deutscher Staatsangehörigkeit zu entziehen, die seit mehr als vier Jahren keinen Wohnsitz in der Bundesrepublik besitzen. Sie erhalten das Wahlrecht bei Rückzug sofort wieder.

Begründung

[10] Bereits am 03. Juli 2008 wurde das Negative Stimmgewicht vom Bundesverfassungsgericht als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erkannt. Auch die mit der Koalitionsmehrheit der Unionsparteien und der FDP beschlossene geänderte Fassung des Bundeswahlgesetzes löste dieses Paradoxon des deutschen Bundeswahlrechts nicht. Das entsprechende Urteil folgte am 25. Juli 2012. Der hier vorgebrachte Antrag mit einem Wahlsystem ohne Direktmandate und mit Offenen Listen auf denen die Wahlberechtigten einzelnen Kandidaten und Kandidatinnen mehrere Stimmen zuweisen können (Kumulieren) und Stimmen auf mehreren Listen verteilen können (Panaschieren) löst nachhaltig sowohl das Problem des Negativen Stimmgewichts als auch der ebenfalls vom Bundesverfassungsgericht bemängelten Verzerrung der Gleichheit der Wahl durch Überhangmandate.

[11] http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/cs20080703_2bvc000107.html
http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html

[12] Durch Offene Listen ist zudem eine größere Auswahl für die Wahlberechtigten und durch Kumulieren und Panaschieren zugleich ein größeres Maß der Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages gegeben. Ohne die Erststimme entfällt auch die Problematik des Gerrymanderings.

[13] Altersgrenzen für das Wahlalter sind stets eine willkürliche Festlegung. Es wird von oben herab bestimmt, ab welchem Alter ein Mensch als gebildet und psychisch weit genug entwickelt betrachtet zu werden hat. Seit vor 140 Jahren jeder männliche, mindestens 25 Jahre alte, unbescholtene und ehelich geborene Bürger des damals noch jungen deutschen Kaiserreichs wählen durfte gab es stets nur eine Richtung bei der Veränderung der

Beschränkungen zum Wahlrecht: Eine Ausweitung. All diesen Veränderungen bis hin zur gegenwärtig gültigen Absenkung auf das Wahlrecht ab 18 Jahren ist ebenfalls gemein, dass jeweils eine niedrigere, aber wiederum willkürlich gewählte Altersgrenze festgelegt wurde.

[14] Wahlen sind dabei jedoch der zentrale Stützpfeiler jeder repräsentativen Demokratie. Das Wahlrecht darf kein mit der Gnade der Obrigkeit erteiltes Privileg einer ausgewählten Gruppe sein. Jedem Menschen soll selbst zugestanden werden, ab welchem Alter sie oder er an einer Wahl teilnehmen möchte. Daher wird hier das konsequente Ziel einer Abschaffung des Wahlalters gefordert.

[15] Auch dazu: https://wiki.junge-piraten.de/wiki/Bundesmitgliederversammlung_2012.Q1/Antr%C3%A4ge#Antrag:_Positions

[16] Wahlbriefe sind leicht manipulierbar. Dieses Risiko wäre vielleicht vernachlässigbar, wenn nur ein geringer Anteil der Wahlberechtigten ihre Stimme auf diesem Wege abgeben. Das Verhalten hat sich jedoch geändert. Bei der Bundestagswahl 2009 stammten bereits 21.4% der Stimmen aus der Briefwahl. Daher wird in diesem Antrag der Ausbau der bereits vorhandenen mobilen Wahlvorstände als Alternative gefordert und die Briefwahl abgeschafft.

[17] http://rupp.de/briefwahl_einspruch/ http://www.wahlrecht.de/lexikon/briefwahl.html

[18] Mit Unterschriftensammlungen werden große Mengen personenbezogener Daten erhoben. Die Piratenpartei hat sich jedoch dem Datenschutz verpflichtet und so fordert dieser Antrag auch eine Absenkung der Unterschriftenhürden die zur Teilnahme an Bundestagswahlen für noch nicht in Parlamenten vertretene Parteien vorzuweisen sind. Die Zahl der Unterschriften wird halbiert und es genügt zukünftig ein Ergebnis von 0.5% bei einer Bundestagswahl um für die darauffolgende Wahl keine Unterschriften sammeln zu müssen oder 1% bei einer Landtagswahl um von den Unterschriften für die entsprechende Landesliste befreit zu sein. Zur Datensparsamkeit sollen auch die Adressen der Unterstützer nicht mehr erfasst werden dürfen.

[19] Auch die bisherige Regelung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche ist vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Eine Neuregelung ist daher notwendig. Dieser Antrag sieht vor, dass das Wahlrecht noch vier Jahre nach Verlassen der BRD besteht. Somit sind nur Personen betroffen, die dauerhaft, d.h. in der Regel für mehr als eine Legislaturperiode des Bundestages, auswandern, nicht jedoch etwa Studierende, die eine Auslandssemester ablegen oder andere nur zeitweise im Ausland lebende Personen.

PA309 - Krise im Euro-Raum: Verbleib Griechenlands im Euro

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Griechenland hat derzeit keine finanzpolitische Souveränität. Das Land benötigt eine Perspektive. Essentiell ist eine Prüfung, ob Griechenland im Euro eine Zukunft hat.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piraten möge an entsprechender Stelle im Wahlprogramm folgenden Text einfügen:

[2] Wir erklären uns solidarisch mit der Bevölkerung in Griechenland und ihrer derzeitigen Lage. Wir missbilligen sämtliche Maßnahmen, die der griechischen Bevölkerung derzeit zugemutet werden.

[3] Auch sind wir nicht einverstanden, dass Maßnahmen derzeit mit dem Etikett „Hilfe für Griechenland“ ausgewiesen werden, obwohl der Nutzen dieser Aktionen anderen Akteuren zugute kommt. Des Weiteren ist es uns unverständlich, wie Akteure in den Europäischen Staaten über Transferzahlungen abstimmen können, ohne mit allen Fakten und Daten vertraut zu sein.

[4] Deshalb fordern wir von den verantwortlichen Akteuren des Krisenmanagements: Stoppen Sie alle Maßnahmen, die die griechische Bevölkerung in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz bedroht. Ergreifen Sie nur Maßnahmen, die tatsächlich der griechischen Bevölkerung zugute kommt. Legen Sie alle Daten/Fakten/Zeitpläne zur Krisenbewältigung offen und informieren Sie die Bevölkerung Europas umfassend.

[5] Unserer Meinung nach, sollte Ziel aller Maßnahmen sein, die finanzpolitische Souveränität der griechischen Bevölkerung in absehbarer Zeit wieder zurück zu gewinnen. Aus diesem Grund ist unerlässlich, dass objektiv, realistisch und politisch unabhängig geprüft wird, ob dies mit einem Verbleib Griechenlands im Euro verbunden sein kann.

[6] Bei einem positiven Befund erwarten wir, und damit der europäische Steuerzahler, die vollständige, lückenlose und transparente Offenlegung von Zeitplänen und Zahlungsströmen, die zur Beilegung der Krise notwendig sind.

[7] Sollte ein Verbleib Griechenlands im Euroraum abschlägig beschieden sein, stehen wir an der Seite Griechenlands und sind bereit den Transformationsprozeß mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen.

Begründung

[8] Es handelt sich hier um ein Zentralthema des kommenden Bundestagswahlkampf. Deshalb wäre die Äußerung “Dazu haben wir noch keine Meinung“ eine Belastung für die Wahlkämpfer vor Ort!

[9] Vergleichbar mit der Euro-Einführung in Griechenland war die Einführung der D-Mark in den Neuen Bundesländern 1990. Teilweise wurden ganze Industrien abgewickelt. Das Leistungsbilanzdefizit ist mittlerweile so hoch, dass Griechenland nicht mehr seine Zinszahlungen ohne die anderen EU-Staaten ausreichend bedienen kann. (Die Griechen müssten derzeit ohne Hilfe zweistellige %! Zinsen bezahlen)

[10] Derzeit ist Griechenland kein souveräner Staat. Ziel aller Rettungsbemühungen sollte es sein, dass das Land dieses schnellstmöglich diese zurück erhält.

[11] Die Rettungspakete, die für das Land verabschiedet wurde, hatten nicht das Ziel das Griechenland auf die Beine kommt, sondern zum Zeitgewinn für Geldvermögensinhaber und Großbanken. Mittlerweile haben diese erfolgreich sich von ihren Bilanzrisiken getrennt.

[12] Europäische Spitzenpolitiker haben in dieser Zeit auch kein positives Bild abgegeben. Verträge, Zusagen und andere Willensäußerungen im EU-Raum hatten nur kurzfristigen Bestand. Keine Äußerung bezüglich des Krisenmanagements kann von den Wählern noch als Glaubhaft bezeichnet werden. Hysterie (Wenn der Euro scheitert-scheitert Europa), leere Worthülsen (europäische Solidarität) wurden missbraucht um die Bürger in Europas zu verängstigen.

[13] Ziel war es, die Bürger bei der Stange zu halten um jede Maßnahme, jede Bürgschaft zu rechtfertigen. Weder wurde der griechischen Bevölkerung geholfen noch wurde eine dauerhafte Struktur zur Überwindung der Krise geschaffen. Demokratische Prinzipien wurden außer Kraft gesetzt (ESM)

[14] Wir als Piratenpartei sollten die Missbilligung mit dem Krisenmanagement zum Ausdruck bringen.

[15] Zu einer Wahl der Griechen, ob sie im Euro verbleiben wollen: Die letzte nationale Wahl in Griechenland konnte mit einem Ultimatum verglichen werden. Deshalb wäre so eine Wahl nichts anderes, als die derzeitigen Auflagen der Kreditgeber zu legitimieren. Von diesem Schritt sollte aus diesem Grund abgesehen werden!

PA310 - Abschaffung der Altersgrenze zur Beziehung von BAföG

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volta

Zusammenfassung

BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag 2012.2 in Bochum möge beschließen, folgenden Antrag in das Wahlprogramm 2013 aufzunehmen:

Abschaffung der Altersgrenze zur Beziehung von BAföG

[2] Die Piratenpartei steht für einen freien Zugang zur Bildung. Durch §10 (3) des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) wird Menschen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben bzw. das 35. bei einem Master-Studiengang, nur in schweren Ausnahmefällen BAföG gewährt. Diese Altersgrenze hindert viele Menschen am Studieren und ist altersdiskriminierend. Die Piratenpartei setzt sich somit für eine Streichung des §10 (3) des Bundesausbildungsförderungsgesetzes ein.

Begründung

[3] Begründung (nicht mehr Teil des Antrags):

[4] 1. Während meiner Studienzeit lernte ich viele Menschen kennen, die noch mit 30+ studiert haben. Ein BAföG stand ihnen nicht mehr zu, und insofern sie keine Rücklagen oder familiäre Förderung hatten, waren viele von ihnen gezwungen neben dem Studium zu jobben. Durch das Bachelor- und Master-System lernte ich den Klausurendruck und das hohe Lernpensum kennen, was ich mit einem zusätzlichen Job nicht hätte stemmen können. Hinzu kommt noch, dass einem 30+ - Studenten auch kein Hartz IV oder andere Leistungen nach dem SGB (mehr) zustehen, sobald diese studieren. Man sitzt also quasi auf dem Trockenen und muss neben dem Studium arbeiten, was in vielen Studiengängen (s.o.) schwer möglich ist, wenn man sein Studium vernünftig absolvieren will.

[5] 2. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Alter Zugang zu Bildung erhalten. Nicht alle Menschen können zur gleichen Zeit oder in der gleichen Geschwindigkeit lernen. Wir wollen eine Gesellschaft, die lebenslanges Lernen fördert. Auch die Bindung an die Erst-Ausbildung, die Pflicht zum Nachweis von Leistungen und die Begrenzung der Förderdauer sollten abgeschafft werden.

[6] 3. Laut Artikel 1 des AGG darf nicht aufgrund des Alters diskriminiert werden - genausowenig, wie aufgrund des Geschlechtsdiskriminiert werden darf: “Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“

PA311 - Achtung der Menschenrechte und aller Religionen global, Tibet als Staat anerkennen.

Wahlprogramm - Staat und Religion LQFB LQFB 2 LQFB 3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Die Besetzung Tibets durch China, entspricht der Besetzung Polens durch Deutschland 39, ebenso die Ausrottung der Kultur/Religion. Militärdiktatur jeder Art muss abgelehnt, den Opfern geholfen werden.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen: Die globale Piratenpartei ist für Toleranz, Achtung der Menschenrechte des Glauben/Religion und verurteilt Gewalt! Die chinesische Militärdiktatur hat sich einen unabhängigen Staat Tibet einverleibt und begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit! Die Piratenpartei ist für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und somit für die Unabhängigkeit von Tibet. Sowie für Demokratie, freie und faire Wahlen in China, um endlich die Diktatur zu überwinden.

Begründung

[2] Bevor die Chinesen 1950 Tibet erobert haben, lebten die Menschen quasi ohne hierarchische Strukturen, recht frei - es gab keine Hungersnöte keine wirkliche Armut, jeder hatte die freie Wahl, so zu leben wie man will! Das Land Bhutan ist gut mit Tibet zu vergleichen und zum Glück schützten das Land die Berge vor dem Landhunger der Chinesen. Ein freies Tibet sähe so aus: "40,9 Prozent sind schon glücklich In einem Königreich im Himalaya gilt nicht das Wirtschaftswachstum als Maß der Dinge, sondern die Zufriedenheit seiner Einwohner." http://www.zeit.de/2011/49/Kapitalismuskritik-Bhutan

[3] Tibetischer Buddhismus: http://de.wikipedia.org/wiki/Buddhismus_in_Tibet

[4] Nicht nur in Peking 89 wurde auf Zivilisten geschossen, hier kamen zehntausende Zivilisten im Granatenhagel der chinesischen Besatzer um: http://de.wikipedia.org/wiki/Tibetaufstand_1959

[5] Bis heute hat es in Tibet immer wieder Aufstände und Kriegsrecht, aus Verzweiflung haben sich in den letzten Monaten 50 Menschen mit Benzin übergossen und selbst angezündet.

[6] Auf das Thema Tibet bin ich über die Grünenpolitikerin Petra Kelly gekommen. Sie hatte selbst ein tibetisches Flüchtlingskind in Indien als Patenkind! Hatte 8 Jahre 3 Patenkindern und 2 älteren Menschen in Indien.

[7] Die Situation der Menschenrechte in China ist laut AI eine der übelsten weltweit: Folter bis zum Tod, Arbeitslager, Hinrichtungen mit ausweiden der Opfer, willkürliche Verhaftungen, Arbeitslager bei kleinsten Vergehen. http://faluninfo.at/nachricht/archiv/2012/06/artikel/china-falun-gong-verfolgung-forderte-im-mai-weitere-sieben-todesopfer/

[8] Sogar der Bundestag hat dies angeprangert: „Am 10. Mai 2007 beschloss der Deutsche Bundestag die "Verurteilung des Systems der Laogai-Lager in China" mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linken." http://www.igfm.de/Menschenrechte-in-der-VR-China.485.0.html

[9] Wer die kleinen bunten Handys herstellt, dürfte auch jeden klar sein, keine Roboter, sondern Kinderhände fertigen diese kleinen Teile an. Wer dies kauft, dem soll bewusst sein wer diese herstellt und welche Despoten davon profitieren.

PA312 - Projekt Klasse 0 , Vorschule

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 für den AK Bildung NRW

Zusammenfassung

Einführung einer Vorschule

Antragstext

[1] Die Piratenpartei steht für einen konkreten Bildungsauftrag an Kindertagesstätten und die Finanzierung und Lehrplanerstellung entsprechend der Regelung für Schulen. Im letzten vorschulischen Kindergartenjahr bzw. im Vorschuljahr muss in enger Kooperation von Kindertagesstätte und Grundschule intensiv die Förderung der Schulfähigkeit des Kindes betrieben werden. Dieses Jahr ist verpflichtend für Kinder, die am 31.07. das 5 Lebensjahr vollenden. Dieses Jahr kann neben der Kindertagesstätte auch an Schulen durchgeführt werden. Nach dem gemeinsamen Jahr sollen die Kinder eingeschult werden. Die Feststellung der Schulfähigkeit wird zeitnah zum Anmeldungstermin zur Grundschule von Erziehern und Lehrern der kooperierenden Kitas/Vorschulen und Grundschulen und den Eltern vorgenommen. Die Eltern haben die Möglichkeit, die Kinder auch in die 2. Klasse einschulen zu lassen, aber auch die Klasse 0 wiederholen zu lassen.

Begründung

[2] Auch in der frühkindlichen Bildung gibt es Unterschiede zwischen den Bundesländern. In einigen Ländern gibt es Grundschulförderklassen, in anderen Ländern eine Eingangsphase mit bis zu 3 Schuljahren und in Hamburg gibt es noch eine Vorschule, wie es sie in den 70ern auch in Hessen und NRW gab. Das Lernalter unterscheidet sich vom Lebensalter um bis zu 4 Jahre. Das unterschiedliche Lerntempo erfordert ein Modell, welches möglichst durchlässig ist. Die oben genannten Zeitvorgaben sollen nur eine grobe Richtung vorgeben. Leider ist es bisher so, dass zwischen 20 und 30% der Kinder erst bei der Einschulung das Licht der Gesellschaft erblicken, also vorher nie in einer Kindertagesstätte gewesen sind. Aus unserer Sicht ist dies heutzutage nicht mehr zu vertreten. Schon heute gibt es in vielen internationalen Ländern einen Vorschulbereich – elementary school. Die Klasse 0 ist auch der erste Schritt hin zu einem fachlich guten Bildungsprogramm für den frühkindlichen Bereich, auch für die Zeit vor dem 5. Lebensjahr. Dies ist erforderlich, um gemeinsame Bildungsziele zu erreichen.

PA313 - Politisch verantwortliche Parteien für Euro-Staatsschuldenkrise im Wahlprogramm deutlich benennen

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kowalski

Zusammenfassung

Im Wahlprogramm und den Wahlkampfpublikationen (online und offline) der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013 wird ausdrücklich auf die Verantwortung der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien und ihrer Schwesterparteien in den Euro-Ländern für die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone hingewiesen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag 2012.2 der Piratenpartei Deutschland beschließt nachfolgende Punkte an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Im Wahlprogramm und den Wahlkampfpublikationen (online und offline) der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2013 wird ausdrücklich auf die Verantwortung der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien und ihrer Schwesterparteien in den Euro-Ländern für die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone hingewiesen. Dabei wird auf die jahrzehntelange Zustimmung dieser Parteien zu Haushalten mit jährlicher Neuverschuldung hingewiesen und die Verantwortung für die Staatsschuldenstände (In Bund, Bundesländern, anderen Euro-Ländern etc.). Weiterhin wird im Wahlprogramm darauf hingewiesen, dass diese Parteien die politische Verantwortung für die ökonomischen Wettbewerbsprobleme in der überstürzt gebildeten Euro-Zone haben. Ferner wird im Wahlprogramm an die politische Verantwortung dieser Parteien für die Zustimmung zur Aufnahme von viel zu hoch verschuldeten Staaten in die Eurozone erinnert. Auf die politische Verantwortung dieser Parteien für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Italien und Griechenland für ihre verfehlte EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik wird ebenfalls hingewiesen.

Begründung

[3] Zunehmend gerät öffentlich in den Hintergrund bzw. wird ignoriert oder abgelenkt wer eigentlich die politische Verantwortung für die katastrophale Situation der meisten öffentlichen Haushalte in den Euro-Ländern trägt. Es wird auch kaum öffentlich kommuniziert, dass die Risiken des ESM, die Gefahren für die Geldwertstabilität des Euro, die negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Euro-Länder, zunehmende Armut und die angehäuften Schuldenberge durch die derzeit im Bundestag und Bundesrat vertretenen Parteien und ihre Schwesterparteien in den anderen Euro-Staaten zu verantworten sind. Deshalb sollte im Wahlkampf die Bevölkerung darauf deutlich durch uns hingewiesen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich zu Recht Sorgen um ihre Ersparnisse, ihre Altersvorsorge, haben Angst vor Inflation und den Bestand der sozialen Sicherungssysteme. Die anderen politischen Parteien stehlen sich klammheimlich aus der Verantwortung. Sie zeichnen ein Bild wonach ausschließlich Banken und/oder Griechenland an der Euro-Misere Schuld seien. Dabei haben alle Euro-Staaten zu hohe Staatsschuldenberge angehäuft. Nicht die Banken oder das griechische Volk haben den Schuldenhaushalten zugestimmt, sondern Abgeordnete von politischen Parteien in Parlamenten. Ebenso haben Regierungen und Parlamente die Euro-Zone mit sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften

ohne verbindliche Anpassungsprozesse für die Wirtschafts- und Sozialpolitik gebildet. Der Aufnahme Griechenlands, Italiens und Spaniens in die Euro-Zone haben ebenso Regierungen und Parlamente zugestimmt. Die Kriterien und deren Kontrolle für die EZB und die Aufnahme von überschuldeten Staaten in die Euro-Zone sind ebenfalls durch diese beschlossen worden.

PA314 - Berufliche Chancen Alleinerziehender erhöhen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Alleinerziehende unterliegen mit dem größten Armutsrisiko. Ihre Chancen am Arbeitsmarkt müssen verbessert werden. Der öffentliche Dienst bietet die besten Möglichkeiten zur Umsetzung.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Arbeit und Soziales einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass bei der Besetzung von Stellen in bundeseigenen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben allein erziehende Elternteile mit Kindern unterhalb der Schulpflicht bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Der Anspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung ist besonders zu berücksichtigen. Weitere organisatorische Ansätze zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf sind zu fördern.

[3] Die bereits existierenden Förderprogramme zur Einstellung Alleinerziehender lehnen wir ab. Sie stellen lediglich einen Mitnahmeeffekt dar. Nur weil es einen Zuschuss zu den Lohnkosten gibt, wird niemand einen geringer Qualifizierten einstellen, als es die jeweilige zu besetzende Stelle verlangt. Dem gegenüber sind Maßnahmen im organisatorischen Bereich zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und -situation einzelfallbezogen zu fördern.

Begründung

[4] Noch immer herrscht ein großer Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Zwar darf niemand aufgrund der Tatsache, dass er oder sie allein erziehend ist, im Bewerbungsverfahren abgelehnt werden. Dennoch ist es vielfach so, dass Arbeitnehmer in Partnerschaft oder ohne Kinder bei gleicher Qualifikation denen vorgezogen werden, die allein erziehend sind. Zwar muss niemand in einem Bewerbungsverfahren diese Situation benennen. Der ehrliche Arbeitnehmer wird dies jedoch nicht verschweigen. Denn dass die Auswirkungen dieses Umstands innerhalb der Probezeit zum Tragen kommen, ist ohnehin wahrscheinlich. (1) Diesem Mangel zu begegnen ist Ziel dieses Antrags. Er soll mit seiner Fokussierung auf öffentliche Betriebe und Dienste den Weg zur Umsetzung in der Privatwirtschaft ebnen.

[5] Natürlich wird es schwer werden, dieses Recht in der Praxis – insbesondere im privaten Bereich – umzusetzen. Genauso, wie es schon jetzt schwer ist. Gerade der öffentliche Bereich kann aber bei entsprechenden Vorschriften ein Vorbild sein. Bei entsprechender Rechtslage wir das gewünschte Ergebnis noch eher erzielt, als bei einer reinen Neutralität, zu der der Arbeitgeber ohnehin schon verpflichtet ist.

[6] Zu fördern im privatwirtschaftlichen Bereich sind demgegenüber Maßnahmen und Organisationsformen, die flexible Arbeitszeiten und Bewältigung von Arbeit ermöglichen und somit die Folgen der Situation eines allein erziehenden Arbeitnehmers für den Arbeitgeber minimieren helfen. (2)

[7] Dieser Antrag findet sich auf Niedersachsen bezogen bei den dortigen Programmanträgen.

[8] (1) http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/fileadmin/user_upload/lbff/pdf_Entwicklungspartnerschafts_Alleinerziehe
, S. 15

[9] (2) http://www.zfbt.de/netzwerk-w/dokumente/oberberg-studie-beschaeftigung-alleinerziehend.pdf Weitergehende Informationen: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/fb421-dynamik-alleinerziehend.pdf;jsessionid=2A33AA856F5CA7EA7E1A585452600EDD?__blob=publicationFile

PA315 - Recht auf Einkommen für Menschen mit Behinderung

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sabine Daniels, Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Die finanziellen Beanachteiligungen von Menschen mit Handycap gegenüber solchen ohne in der Sozialgesetzgebung sind zu eliminieren.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Behindertenpolitik einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und damit die persönliche Assistenz nicht mehr unter die Sozialhilfe fällt. Der skandalöse Zustand, dass behinderte Menschen kein Vermögen besitzen dürfen und kein Recht auf Einkommen über 1.400 € haben, muss auf der Stelle im Sinne der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung verändert werden.

Begründung

[3] Persönliche Assistenz hat das Ziel, die Partizipation – gleichberechtigte Teilhabe – von Menschen mit Behinderungen auf Basis von Selbstbestimmung zu ermöglichen und damit ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen. Die Hinwendung zu dieser Unterstützungsform erfolgte vor dem Hintergrund einer Abwendung von herkömmlichen Versorgungsformen, die als entmündigend, fremdbestimmend und bevormundend erlebt wurden bzw. werden. Persönliche Assistenz ist daher auch ein wichtiger Faktor in der Ermöglichung von gemeindenahen Wohnformen, die überholte Modelle, wie zB institutionelle Betreuung, aber auch Versorgung zu Hause vor allem durch Familienangehörige mittelfristig ersetzen müssen.

[4] Assistenz muss für alle Menschen mit Behinderungen, die diese beanspruchen möchten, möglich gemacht werden, insbesondere auch für: • Menschen mit Lernschwierigkeiten • Menschen mit psycho-sozialen Einschränkungen • Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. und Mensche die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind

[5] Die Mittelvergabe zur persönlichen Assistenz erfolgt der Zeit noch über den Sozialhilfeträger.Dieses hat jedoch zur Folge das MmB (Menschen mit Behinderungen) an Hand ihres Einkommens beurteilt werden.Dieses verstößt jedoch nach Ansicht der Piraten gegen das Gleichheitsprinzip.Persönliche Assistenz muss für jeden Menschen mit Behinderung,unabhängig von seiner finanziellen Situation, erreichbar sein.Die Trennung der Mittelvergabe durch den Sozialhilfeträger ermöglicht allen den Zugang.

[6] Der Antrag wird voraussichtlich von Sabine Daniels vorgestellt.

PA316 - BAföG-Novellierung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

BAföG-Novellierung

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Bildung einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, das Bundesausbildungsförderungsgesetz im SGB wie folgt zu novellieren:

[3] - Die Freibeträge für alle Unterhaltspflichtigen sind das jeweils vom Statistischen Bundesamt ermittelte nationale Durchschnittseinkommen

[4] - BAföG wird nicht mehr als Darlehen gewährt, sondern als Stipendium

[5] - Alle noch bestehenden BAföG-Schulden werden unwiderruflich erlassen

Begründung

[6] Letztendlich folgt dieser Antrag der generellen Forderung nach kostenloser Bildung und steht auch für die Landtagswahl in Niedersachsen zur Abstimmung. Gegebenenfalls ist eine modulare Abstimmung zulässig.

PA317 - Wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm der Piraten (Freiheit - Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit - Teilhabe - Transparenz)

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lohrke

Zusammenfassung

Die zu erneuernde Soziale Marktwirtschaft wird um das bedingungslose Grundeinkommen erweitert. Globalisierung und Internet erfordern strukturelle Veränderungen auf Basis von Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Teilhabe und Transparenz.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den nachfolgenden Antragstext im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland unter der Überschrift “Wirtschaft und Finanzen“ aufzunehmen.

[2] **Soziale Marktwirtschaft– mit Herz und Verstand für Freiheit und Menschlichkeit** Wir Piraten bekennen uns zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne des Ordoliberalismus, der den Staatsinterventionismus wie auch einen Laisser-faire-Kapitalismus gleichermaßen ablehnt. Dabei ist stets das übergeordnete Prinzip der Menschenwürde zu achten. Ein Ethik-Vakuum darf es im Markt nicht geben. Individuelle Moral und ordnungspolitscher Rahmen müssen sich stets entsprechen. Eine Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin der Einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für all diejenigen, die von ihr zertrampelt und versklavt werden. Die Piraten setzen über den Primat einer bürgernahen Politik auf einen starken Ordnungsrahmen mit dem Ziel einer möglichst vollständigen Konkurrenz und einer hohen Markttransparenz. Dabei soll grundsätzlich gelten: So wenig Ordnung und Regulierung wie möglich, aber immer soviel wie nötig. Dabei spielt das Haftungsprinzip, dass also die wirtschaftlich Handelnden die volle Verantwortung für ihr Handeln bis hin zum Marktaustritt übernehmen, eine wesentliche Rolle. Systemrelevante Zustände (too-big-to-fail) sind unter keinen Umständen zu tolerieren.

[3] Wir Piraten treten für den freien Marktzugang und offene Märkte, freien Außenhandel, Privateigentum an Produktionsmitteln und Vertragsfreiheit ein, weil sie den Menschen die Freiheit über ihre eigenen moralischen Entscheidungen überlassen und damit dem Einzelnen sein wirtschaftliches Handeln moralisch stets selbst zu bedenken und verantworten geben. Über die Steigerung des Lebensstandards eröffnet er so auch die Möglichkeit mildtätige, altruistische und liebevoller Motive umzusetzen. Die Aufrechterhaltung des Marktes gewährleisten wir über die konsequente Anwendung von durchgreifenden Kartell- und Wettbewerbsgesetzen. Monopol- und Kartellbildungen, der daraus resultierende Marktmissbrauch und Maßnahmen zu Gunsten großer wirtschaftlicher Einheiten lehnen wir ab.

[4] Besonderen Wert legen wir auf ein funktionierendes Preissystem. Nur wenn sich Preise frei bilden können und Angebot und Nachfrage uneingeschränkt wiederspiegeln, werden diese ihrer wichtigen Signal- und Lenkungsfunktion z.B. als Knappheitsindikatoren, also wonach es sich zu suchen lohnt, gerecht. Das Intervenieren des Staates über Subventionen, staatliche Zwangsmonopole, allgemeine Preisstopps, Einfuhrverbote und ähnliches sind damit grundsätzlich nicht vereinbar und bei strikter Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch nicht nötig. Über eine angemessene, verhältnismäßige und behutsame Internalisierung externer Effekte, also von so-

zialen Kosten oder Nutzen, die nicht ausreichend im Markt berücksichtigt werden (wie z.B. die Umwelt), soll die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft ihre nutzenstiftende Wirkung erzielen können.

[5] Wir treten für eine hohe Konstanz und Verlässlichkeit von Wirtschaftspolitik ein. Kurzatmigen wirtschaftspolitischen Interventionismus, der gewaltige finanzielle Ressourcen verzehrt und doch Unzufriedenheit schürt, weil er zu wenig auf die Tatkraft und Eigenverantwortlichkeit des Individuums setzt, lehnen wir ab. Diese Konstanz soll Vertrauen in die bestehenden wirtschaftspolitischen Verhältnisse schaffen und damit einen langfristigen und verlässlichen Planungshorizont für die im Wettbewerb stehenden Marktteilnehmer garantieren. Deshalb wollen wir das Wirtschaftsministerium über die Stärkung der Zuständigkeiten für die Volkswirtschaft als Ganzes, insbesondere auch was internationale Themen angeht, stärken. Das ordnungspolitische Denken braucht wieder seiner enorm wichtigen Rolle angemessene, klare Zuständigkeit mit der entsprechenden organisatorischen Durchsetzungskraft.

[6] Wir Piraten bekennen uns ausdrücklich zu einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, auch zu generationsverträglichem Wirtschaften. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir die Nutzung eines regenerierbaren Systems in der Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann. Regenerierbare lebende Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie Bestände natürlich nachwachsen. Unter Generationsverträglichkeit verstehen wir, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse in selbigem Maße befriedigen zu können. Wir streben den Übergang zu einem mehr qualitativen Wachstum an (Stichwort: Bruttonationalglück).

[7] Die Globalisierung rückt die Weltwirtschaft im Sinne einer globalen Identität immer stärker in den Vordergrund. Mit der zunehmenden Globalisierung treten weltweit Menschen unterschiedlichster Herkunft, Lebensentwürfe und Kulturen in einen globalen Wettbewerb, der Institutionen aller Art bis hin zur Existenzberechtigung hinterfragt. Wir begrüßen diese Globalisierung, welche dem Streben der Menschheit nach Verbesserung der eigenen Lage durch Austausch und Ausdehnung der Spezialisierung entspringt, als Grundlage für weltweiten Wohlstand und die Chance ärmerer Länder aufzuholen ausdrücklich. Wir sind deshalb für einen im Sinne des Ordoliberalismus analog der Sozialen Marktwirtschaft definierten diskriminierungsfreien Sozialen Welthandel bzw. eine Soziale Weltwirtschaft und geben der Globalisierung so ein menschliches Antlitz. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat gezeigt, dass wir einen weltweiten Ordnungsrahmen brauchen, da die Globalisierung nicht an den Grenzen von Nationen oder Staatenverbänden halt macht. Für einen solchen Ordnungsrahmen wollen wir uns in Absprache mit den anderen Nationen mit großem Nachdruck einsetzen. Wir bekennen uns im Sinne der weltweiten Nachhaltigkeit explizit zur Verantwortung für die Folgen unseres eigenen wirtschaftlichen Handelns in anderen Teilen der Welt.

[8] **Bedingungsloses Grundeinkommen – garantierte Menschenwürde und gesellschaftliche Teilhabe** Die Piraten sind sich bewusst, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht zwingend die tatsächliche Leistung eines Individuums widerspiegelt. Die Geschichte aber auch für die Gesellschaft wertvolle und sinnstiftende, aber unterbezahlte Tätigkeiten und Berufe zeigen, dass herausragende Leistungen (zu Lebzeiten) nicht immer der wirtschaftliche Erfolg zukam, der ihm bei objektiver Betrachtung wirtschaftlich beizumessen war. Auch anerkennen wir ausdrücklich, dass manche Individuen für den Wirtschaftsprozess nur bedingt oder nicht geeignet sind. Dies drückt sich u.a. auch in (Dauer-) Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen aus, die den klassischen Sozialstaat wie wir ihn alle kennen grundsätzlich in Frage stellt.

[9] Ferner sind wir der Überzeugung, dass der Mensch aufgrund der zunehmenden Komplexität seiner Umwelt ein Recht auf „Langsamkeit“ und „Ruhe“ hat, um das Problem der „informationellen Hyperventilation“ und der hyperaktiven, aber nur begrenzt produktiven Geschäftstätigkeit bzw. Geschäftigkeit im Sinne eines informierten Nichtwissens und geschäftlichen Nichtstuns zu entschärfen. Wir schaffen so einen Schutz- und Rückzugsraum, der die Angst vor den Folgen von Krisen im Leben eines jeden Menschen nimmt und damit Menschenwürde erstmals strukturell garantiert. Wir Piraten sind deshalb der Meinung, dass Sozialpolitik vollkommen neu gedacht werden muss.

[10] Wir Piraten setzen uns nicht zuletzt deshalb für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (z.B. in Form einer negativen Einkommensteuer) ein, das die Ziele des “Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ erfüllt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen

individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. Dabei wollen wir die Übergänge zu einem Erwerbstätigeneinkommen fließend gestalten, so dass jederzeit der Anreiz besteht, eine Arbeit aufzunehmen. Es gilt: Freiheit statt Angst. Der Wert eines Menschen ist nicht an seinem Beitrag zur Wertschöpfung zu bemessen. Damit wollen wir eine (angst-) freie und selbstbestimmte Entfaltung von Lebens- und Erwerbsentwürfen ermöglichen.

[11] Wir wissen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats, wie wir ihn kennen, wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen. Wir sind der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Sozialstaatlichkeit, Solidarität und Konsensorientierung Rechnung trägt, sie deshalb perfekt ergänzt bzw. stärkt und damit langfristig effizient und stabilisierend auf die Gesellschaft wirkt.

[12] Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nehmen wir einen Systemwechsel hin zu einer ganzheitlichen Erneuerung der sozialen Sicherung vor. Wir verbessern so die sozialen Rahmenbedingungen vom Grunde auf und bilden die Säule einer neuen sozial gerechteren, freiheitlich selbstbestimmten und angstfreieren Ordnung. Die dafür notwendige Gegenfinanzierung soll u.a. durch den ganzen oder teilweisen Wegfalls der Ausgaben für die Agentur für Arbeit (Hartz IV, Arbeitslosengeld), der Sozialhilfe, des Wohngelds, des Erziehungs- und Elterngelds, des Kindergelds, des Bafögs, der Rentenversicherung und diverser weiterer dann überflüssiger Zuschüsse und Subventionen und der damit eingesparten Bürokratie, die zusätzliche Freiheitsgrade eröffnen wird, erfolgen. Da das Grundeinkommen verschiedene Bereiche abdeckt ist bei der Finanzierung darauf zu achten, dass die Kommunen nur den ihnen zuzurechnenden Anteil tragen. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen unterm Strich entlastet werden.

[13] Wir können uns vorstellen, dass eine darüber hinausgehende (Altersab-) Sicherung über zeitlich befristete aber zur Verwaltung durch den Bürger berechtigte Sperrkonten (z.B. bei der Deutschen Rentenversicherung) eingerichtet werden, auf die in einer zu definierenden Notlage teilweise zugegriffen werden darf.

[14] Individuelle Schaffenskraft mit Bürokratieschutz - digitalem Wandel Rechnung tragen Indem die Soziale Marktwirtschaft das Individuum in den Mittelpunkt stellt, eröffnet sie jedem Menschen durch eigene Anstrengungen die Bildung von geistigem und materiellem Eigentum als Ergebnis der individuellen Schaffenskraft. Eigentum ist somit ein notwendiger Faktor zur Verwirklichung der individuellen Freiheit. Dabei ist es nie Selbstzweck, sondern immer auch im Sinne der grundgesetzlich garantierten Sozialbindung des Eigentums, dem Gemeinwohl verpflichtet. Ziel des Wirtschaftens ist die Schaffung von Wohlstand, der wie wir meinen, über die rein materielle Ebene hinausgeht. Die Piraten setzen sich deshalb für einen verstärkt qualitativ definierten Wohlstandsbegriff ein.

[15] Der Strukturwandel hin zu einer Wissensgesellschaft wird über die Auflösung traditioneller Beschäftigungsverhältnisse und die Herausbildung neuer hybrider Formen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebens- und Erwerbswelt haben. Wir Piraten wollen dieser Veränderung dadurch Rechnung tragen, dass wir die staatlichen Systeme und Regelungen unbürokratisch diesen neuen Beschäftigungsformen anpassen.

[16] Wir setzen uns für ein freizügigeres Urheberrecht ein, das dem digitalen Wandel Rechnung trägt und das in Schieflage geratene Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteverwertern und der Allgemeinheit im Umgang mit geistigen Werten wiederherstellt. Daher wollen wir das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von geistigen Werken nicht nur legalisieren, sondern ausdrücklich fördern, um die Verfügbarkeit von Informationen, Wissen und Kultur zu verbessern, und lehnen Kopierschutzmaßnahmen wie DRM Systeme strikt ab. Auch die heutige Dauer der Schutzfristen bis 70 Jahre nach dem Tod des letzten beteiligten Urhebers sehen wir als zu lang an. Wir setzen uns für eine vernünftige, marktgerechte Entlohnung der Rechteinhaber ein.

[17] Eine bürokratisch überzogene Handlungsorientierung, welche die Vorschrift über den Menschen stellt und ihn weitgehend als Objekt behandelt, lehnen wir als gegen diese individuelle Schaffenskraft gerichtete Herrschaftsmacht ab. Wir setzen uns deshalb für den Abbau von Bürokratie ein. Dabei soll gelten: Im Zweifel weniger Bürokratie. Dabei treten wir für eine Beweislastumkehr zuungunsten bürokratischer Vorgänge ein.

[18] Versuch und Irrtum - schöpferische Zerstörung und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren Eine Soziale Marktwirtschaft steht und fällt mit dem Wettbewerb. Über seine Funktion eines Entdeckungsverfahrens bringt sie Wissen in vielfältiger Gestalt hervor. Gleichzeitig nimmt der Wettbewerb über die Fähigkeit des Aufzeigens, welche Planungen falsch sind bzw. welche Produkte nicht (mehr) nachgefragt werden, eine Korrektivaufgabe im Wirtschaftsprozess wahr. Indem er permanent Machtpositionen bedroht und Alternativen ermöglicht, ist der Wettbewerb ein geniales basisdemokratisches Entmachtungsinstrument in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

[19] Wir anerkennen, dass Wettbewerb in einer globalisierten Welt zu Veränderungen von Verhalten und Gewohnheiten führen und ohne Wettbewerb eine nicht gewünschte Erstarrung eintreten kann. Wir akzeptieren ferner der durch den Wettbewerb ausgelösten Prozess der schöpferischen Zerstörung, welcher über Innovationen wie z.B. die erfolgreiche Durchsetzung der Neukombination von Produktionsfaktoren oder -Produktionsverfahren Grundlage jeder ökonomischen Entwicklung ist und damit alte Strukturen verdrängen kann. Einen künstlichen Erhalt überkommener Strukturen mittels Subventionen lehnen wir ab. Wettbewerb findet dort seine Begrenzung, wo die Menschenwürde verletzt wird.

[20] Die Piraten bekennen sich im Wirtschaftsbereich insbesondere auch zu der heuristischen Methode der Lösung von Problemen mittels Versuch und Irrtum, bei der so lange zulässige Lösungsmöglichkeiten probiert werden, bis die gewünschte Lösung gefunden wird. Dabei nehmen wir bewusst die Möglichkeit von Fehlschlägen in Kauf. Wir setzen uns für fehlertolerante Systeme und Organisationsformen ein.

[21] Stabile Geldpolitik - Schutz von Ersparnissen und vor Altersarmut Die Piraten treten für die absolute Unabhängigkeit der Notenbanken wie EZB bzw. Deutsche Bundesbank ein. Vorrangiges Ziel der Geldpolitik ist die Gewährleistung der Preisniveaustabilität, die Verwaltung der Währungsreserven und die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland, um somit zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme beizutragen. Wir lehnen jegliche direkte und indirekte Einflussnahmen seitens staatlicher Vertreter sowie konjunkturbedingte Maßnahmen ab. Jegliche Form der direkten oder indirekten monetären Staatsfinanzierung, die sich auch in dem direkten oder indirekten Kauf von Staatsanleihen auf Primär- oder Sekundärmärkten widerspiegelt sowie die Gewährung von Krediten an die öffentliche Hand lehnen wir ab. Deshalb verurteilen wir die derzeitig Notenbankpolitik der EZB Staatsanleihen aufzukaufen und fordern die sofortige Einstellung. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass unsere Forderungen in den Statuten der EZB unmissverständlich niedergelegt werden.

[22] Damit wirkt die Geldpolitik über die Finanzmärkte stabilisierend und verstetigend auf die Realmärkte ein. Der Gefahr überschüssiger Liquidität, die zu Blasenbildung führen kann, wird so ein Riegel vorgeschoben. Da der relative Anteil des Konsums gemessen am verfügbaren Einkommen bei niedrigen Einkommen und Transfereinkommen besonders hoch ist, kommt die Preisniveaustabilität insbesondere Geringeinkommensbeziehern zugute. Zusammen mit dem Realvermögenschutz von Ersparnissen wird so einem weiteren Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum vorgebeugt. Eine an der Preisniveaustabilität orientierte Geldpolitik ist eine notwendige Voraussetzung als Schutz vor Altersarmut.

[23] Da das derzeitige Geld und Bankensystem sich als doch als recht anfällig erwiesen hat, wollen wir Alternativen wie u.a. den in den 30-iger Jahren entwickelten Chicago Plan bzw. das Vollgeld prüfen. Die Banken halten in einem solchen System keine prozentualen Mindestreserven bei der Notenbank mit der Möglichkeit beliebiger Kreditschöpfung mehr, sondern sind über eine 100% Reserve direkt von der Notenbank abhängig. Dies erleichtert die Steuerung der Geldmenge. Wobei auch in diesem System eine disziplinierte, an der Preisniveaustabilität orientierte Geldmengenpolitik durch die Notenbank Voraussetzung für Finanzstabilität ist.

[24] Steuergerechtigkeit erhöht ein Volk -neutrale Besteuerung und sparsame Verwendung Das auf dem Reinvermögenszugangsprinzip basierende Steuersystem, soll für jedermann einfach durchzuführen und verständlich sein, transparent und gerecht, unter Kosten-Nutzen Erwägungen sinnvoll sein und ist zur strikten Neutralität gegenüber den verschiedenen Einkommensquellen bzw. der Arten des Wirtschaftens verpflichtet. Dabei ist auf die steuerliche Gleichbehandlung der Produktionsfaktoren wie Kapital und Arbeit zu achten. Die Besteuerung soll sich auf die Verteilung bzw. Nutzung des Ressourceneinsatz neutral verhalten. Auch soll es grundsätzlich keine Ausnahmen geben. Bagatellsteuern sollten aus Kosten-Nutzen-Gründen abgeschafft werden. Da auch Kindern das bedingungslose Grundeinkommen zusteht, ist das Kinderexistenzminimum und eine Besserstellung von

Familien mit Kindern per Piraten-System gewährleistet.

[25] Bei der Besteuerung wollen wir die Debatte, die zuweilen Züge einer Neiddebatte trägt, versachlichen. Wir wollen uns der Problematik stellen, ob es wirklich sinnvoll sein kann erfolgreich Wirtschaftende prozentual und relativ stärker zu belasten, was möglicherweise einen negativen Leistungsanreiz setzt oder ob über die prozentual gleiche Besteuerung der Gerechtigkeit Rechnung getragen wird. Unabhängig davon muss der Staat so gestellt wird, dass er seinen „Kern"-aufgaben nachkommen kann.

[26] Wir wollen der Philanthropie über die Möglichkeit spezieller Organisationsformen oder Möglichkeiten (Stiftungen, Spenden) den Weg ebnen. Ferner wollen wir das Bewusstsein für Wohltätigkeit und die damit verbundene soziale Anerkennung verstärken.

[27] Über eine effiziente Verwendung der Steuern durch staatliche Stellen wollen wir die Kluft zwischen Staat und Bürger verringern. Wie wollen wieder ein Bewusstsein schaffen, dass wir über die Zahlung unserer Steuern zum verbesserten Gemeinwohl aller beitragen. Das Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und dem Bürger bedarf einer generellen Revision. Bei der notwenigen Umverteilung behalten wir auch mögliche negative ökonomische und soziale Konsequenzen, die im Extremfall bis zur Entmündigung des Einzelnen gehen können, im Auge.

[28] Aus dem personalen und zeitlichen Auseinanderfallen von Vorteilen, Kosten und Entscheidungskompetenz, das für staatliches Handeln typisch und nicht selten für Staatsversagen ursächlich ist, ist unsere Haltung gegenüber staatlichem Handeln stets von einer gesunden Portion Skepsis geprägt. Der bevormundende Staat nimmt dem Menschen Raum und Verantwortung und züchtet eine Mitnahmementalität. Er tötet die Mitmenschlichkeit wirkt dadurch extrem unsozial. Wer also den Menschen in seiner Freiheit bejaht, muss die Soziale Marktwirtschaft bejahen.

[29] Wir sind von der grundsätzlichen Vorstellung geprägt, dass bessere Lösungen freiwillig übernommen werden, während schlechtere Lösungen zwangsweise harmonisiert werden müssen. Wir sind der Ansicht, dass der Staat in der Rationalität seiner Entscheidungsprozesse dem Markt keineswegs überlegen ist, sondern wegen des vorhandenen Informationseffizienzproblems (Fähigkeit, unüberschaubar viele Informationen zu verarbeiten, zu vergleichen und zu bewerten) sogar eher unterlegen ist. Auch deshalb, weil das Haftungsprinzip im staatlichen Bereich, aufgrund des Auseinanderfallens von Entscheidungskompetenz und Verantwortung von Regierungen und politisch Handelnden, häufig außer Kraft gesetzt ist. Da wir auch staatliche Stellen ein Recht auf Irrtum zugestehen, wollen wir Möglichkeiten schaffen, fehlerhafte Entscheidungen und Regelungen unbürokratisch zurückzunehmen.

[30] Der Aufbau eines föderalen Staates und das Selbstverwaltungsrecht erfordern, dass jede Gebietskörperschaft die Kosten der ihr zugewiesenen Aufgaben mit eigenen Einnahmen decken kann. Die Mischfinanzierung öffentlicher Ausgaben sollte im Interesse einer besseren Zuweisung klar erkennbarer Verantwortlichkeiten und zügig fallender Entscheidungen reduziert werden. Wir respektieren dieses Prinzip und wollen deshalb mehr Autonomie/Flexibilität und damit auch Planungssicherheit für Länder und Gemeinden und mehr Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse ihrer regionalen Wirtschaftsstruktur geben. Dabei ist das Zurückdrängen sogenannter Gemeinschaftsaufgaben notwendig. Dies muss dann allerdings mit der Dezentralisierung von Ertragshoheit und Heberecht einhergehen. Damit wollen wir bei Steuerrechtsänderungen auch einer politischen motivierten Lähmung zwischen Bundestag und Bundesrat die Grundlage entziehen und mehr Transparenz im Steuersystem erreichen. Wir wollen den Finanzausgleich vereinfachen und leistungsgerechter gestalten. Die vollkommen aus dem Ruder gelaufenen und intransparenten Finanzbürokratie sagen wir unter der Gesichtspunkt der Vereinfachung der deutschen Finanzverfassung den Kampf an.

[31] Grundlage für das politische Handeln der Piraten, sei es bei der Bildung von Gesetzen oder der Besteuerung, ist ein grundsätzliches Vertrauen in das rechtschaffende Handeln der Mitbürger. Von Generalverdacht getriebenes Handeln lehnen wir als freiheitsbeschränkend strikt ab. Wir bevorzugen die intelligente Setzung von positiven Anreizen.

[32] Bildungsbarrieren abbauen - herkunftsfreies Humankapital bilden Voraussetzung für Wohlstand und Innovation ist ein Bildung in Form von Humankapital. Wir Piraten setzen uns für ein durchlässiges, qualitativ hochwertiges Bildungssystem und verstärkte Grundlagenforschung ein. Der Zugang zur Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern im Sinne der Chancengleichheit gewährleistet werden. Jedes Kind muss

den Abschluss bekommen der seinen Fähigkeiten, Begabungen und Talenten entspricht. Der Teufelskreis der Vererbung von Bildungsarmut muss durch die Strukturierung des Bildungssystems, spezielle Förderung von benachteiligten aber auch begabten Kindern, durchbrochen werden. Die Herkunft darf nicht darüber bestimmen, welche Bildung einem Menschen zukommt.

[33] Energiepolitik- wenden ja, aber mit Sorgfalt und Verstand Wir Piraten anerkennen, dass Energiepolitik langfristig angelegt ist und sehen die Versorgungssicherheit im Vordergrund. Weil dieses Politikfeld wie kaum ein anderes mit Ideologie überfrachtet ist, wollen wir Piraten die Sachargumentation wieder in den Mittelpunkt rücken. Wir setzen insbesondere auch bei der Energieauswahl auf den Markt. Dabei treten wir jedoch mit Nachdruck dafür ein, dass jeder Energieart die von ihr verursachten Kosten vollständig zugewiesen werden, damit der Markt dann auch das effizienteste Verfahren zutage fördert.

[34] Generationengerechtigkeit - Begrenzung und Rückführung der Verschuldung Wir Piraten bekennen uns zu einer sparsamen Haushaltsführung und Schuldenabbau sowie einer Begrenzung staatlicher Defizite und Schulden die allesamt der von uns politisch umzusetzenden Generationengerechtigkeit dienen. Wir stehen für den Subventionsabbau in Deutschland. Dabei werden wir von dem Gedanken getragen, dass Kinder nicht unter den Fehler ihrer Eltern leiden sollen.

[35] Die in Deutschland seit 1969 ansteigende Verschulden der öffentlichen Haushalte, die Schuldenkrise in Europa wie auch die weltweite Verschuldung zeigen, dass ganze Staaten und Kontinente über ihre Verhältnisse gelebt haben und weiter leben. Da die Zinslast und die Rückzahlung der Schulden den Handlungsspielraum künftiger Generationen einschränken, ist eine weitere Verschuldung aus Gründen der Generationengerechtigkeit abzulehnen. Wir Piraten bekennen uns zu dem Ziel keine weiteren Schulden zu machen und die Schulden zurückzuführen. Unserer Meinung nach besitzt die Staatsquote ein sehr hohes Einsparpotential, das aber einer sehr sorgfältigen Rückführung bedarf. Da der Staat an seine Grenzen stößt, müssen Kernaufgaben definiert und diese möglicherweise in Teilen wie auch die Eigenverantwortung der Bürger verstärkt werden.

[36] Ausgaben und Einnahmen sollen sich grundsätzlich das Gleichgewicht halten. Für größere Investitionen sind Rücklagen zu bilden.

[37] Die Piraten sind für die Abschaffung des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ da sich die Ziele des sog. magischen Vierecks von Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessen stetigem Wirtschaftswachstum zum Teil gegensätzlich verhalten bzw. ausschließen und dieses Gesetz Ausgangspunkt für die derzeitige Verschuldung darstellt. Wir Piraten lehnen eine keynesianische Fiskalpolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft grundsätzlich ab. Die weltweite Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt, dass die in schlechten Zeiten aufgenommenen staatliche Schulden auch in guten Zeiten, selbst bei hohen Steuerüberschüssen, nicht zurückgeführt werden bzw. Rücklagen für schlechte Zeiten nicht gebildet werden. Wir stellen Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum als übergeordnete Ziele der Wirtschaftspolitik damit in Frage. Dies ergibt sich als Konsequenz aus der Umsetzung unserer Grundwerte individuelle Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe und Nachhaltigkeit.

[38] Wir Piraten setzen uns für ein Insolvenzrecht für alle staatlichen Stellen, wie auch Kommunen, ein.

[39] Markteintritt und Marktaustritt wiederherstellen - Meisterzwang abschaffen und Systemrelevanz verhindern Die Piraten treten für den freien Zugang zu Märkten, die Gewerbefreiheit und das Grundrecht auf freie Berufsausübung ein. In diesem Zusammenhang lehnen wir Marktzugangsbeschränkungen genauso ab, wie Marktaustrittsbeschränkungen. Obwohl wir das Handwerk schätzen und seinen Leistungsstandard und seine Leistungsfähigkeit erhalten wollen, lehnen wir den Meisterzwang als unzulässige Inländerdiskriminierung, insbesondere auch vor dem Hintergrund des europäischen Marktes grundsätzlich ab. Dort wo Schutz vor Gefahren für Gesundheit oder Leben von Dritten unerlässlich ist, können Ausnahmen von diesem Prinzip gemacht werden.

[40] Die Piraten setzen sich für die individuelle Vertragsfreiheit, insbesondere auch im Lohnbereich, ein. Dies verträgt sich nicht mit der Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen. Mindestlöhne werden aufgrund der Existenz des bedingungslosen Grundeinkommens und der negativen Auswirkungen auf die Märkte grundsätzlich abgelehnt. Niedrige Löhne sind ein Anzeichen für niedrige Produktivität und deuten damit tendenziell auf eine verkrustete, innovationsfeindliche Wirtschaftsstruktur hin. Wir wollen insbesondere bürokratische Hemm-

nisse beseitigen und über die Beseitigung von Marktzugangsschranken für Innovationen sorgen, so dass sich über die Abschöpfung von Innovationsgewinnen und der Nachfrage nach qualifiziertem Personal nachfragebedingt automatisch höhere Löhne ergeben.

[41] Da Arbeitnehmer einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren eines Unternehmens leisten, sollen diese über eine Form der Gewinnbeteiligung und im umgekehrten Fall der Verlustbeteiligung anteilig partizipieren.

[42] Entscheidung und Haftung gehören zwingend zusammen. Individuelle Fehlentscheidungen dürfen nicht der Allgemeinheit angelastet werden. Für den unternehmerischen Misserfolg sieht eine Soziale Marktwirtschaft für „alle" Wirtschaftssubjekte den Marktaustritt vor. Dem gegenüber steht im Erfolgsfall die Privatisierung von Gewinnen. Aus diesem Grunde lehnen wir Piraten systemrelevante Zustände und Strukturen und die damit einhergehende Sozialisierung von Verlusten strikt ab. Wir werden uns für die Schaffung von Gesetze einsetzen, die eine Zerschlagung von systemrelevanten Strukturen ermöglichen.

[43] Um in Schieflage gekommene Handelnde vor Gläubigergruppen zu schützen, ist ein Insolvenzrecht zu erarbeiten, bei dem die Fortführung des Unternehmens im Vordergrund steht und der absolute und qualitativ gleiche Schutz vor allen Gläubigergruppen inklusive den staatlichen Behörden wie auch Finanzämter, Vorrang erhält. Eine Vorrangstellung einzelner Gläubigergruppen oder der staatlichen Stellen lehnen wir in diesem Fall strikt ab. Die Insolvenz in der heutigen Form soll ihren Schrecken verlieren.

[44] Nachhaltiges Finanzsystem - Stabilisierung und strukturelle Weiterentwicklung Grundbedingung für das Funktionieren von realen Märkten ist ein stabiles und funktionsfähiges Finanzsystem. Über den Geldmarkt, die Kredit- und Kapitalmärkte sowie den Devisenmarkt bringen die Finanzmärkte Kapitalanleger und Kapitalgeber direkt oder indirekt über Finanzintermediäre zusammen. Ein Anbieter hat auf dem Finanzmarkt die Möglichkeit, sein Geld bzw. Vermögen gewinnbringend anzulegen. Der Nachfrager ermöglicht sich durch den Handel am Finanzmarkt die Finanzierung von Investitionen.

[45] Diesen Kernfunktion der Allokation werden die Finanzmärkte aufgrund struktureller und systematischer Mängel, Machtungleichgewichte und einer unzureichenden und verfehlten Regulierung nicht mehr ausreichend gerecht. Während die derzeitige Regulierungs- und Gesetzeslage kleinere Einheiten mit einer Überregulierung überzieht, die wir Piraten auf den Prüfstand und abstellen wollen, werden die großen Finanzinstitutionen, die diese Finanzkrise maßgeblich mitverursacht haben, deutlich zu wenig reguliert. Dies zeigt sich darin, dass das too-big-to-fail Problem bzw. die Systemrelevanz von Banken weiter existiert und einer strukturellen Antwort harrt. Der immer hektischeren Kurzatmigkeit der Finanzmärkte wollen wir den von Marktethik durchdrungenen zweiten Blick der Interpretation von Daten und Fakten gegenüberstellen. Diesbezüglich bekennen wir uns grundsätzlich zur Fundamentalanalyse, welche sich an den realen Daten tatsächlicher wirtschaftender Einheiten orientiert. Unethische Verhaltensweisen müssen konsequent verfolgt und ob ihrer negativen Folgen für die Menschheit auf das Schärfste bestraft werden.

[46] Wir Piraten streben eine weitestgehend strukturelle Neuordnung des gesamten Finanzsystems und Bankwesens an. Dabei sehen wir insbesondere die revolutionäre und prozessverändernde Kraft des Internets mit seiner Ausfallsicherheit und Möglichkeiten als große Chance und ein Vorbild für die strukturelle Neubildung an. Über das Prinzip „getrennt marschieren (segeln), vereint schlagen" und über die stärkere Verlagerung der Entscheidungen auf die Ebene des Einzelnen die damit einhergehende Verlagerung von Kreditentscheidungen auf die individuelle Ebene eröffnet das Internet Raum für völlig neue Finanzstrukturen und Methoden wie es z.B. erste Anfänge des Crowdfunding bzw. der Schwarmfinanzierung oder auch des Microlending zeigen. Mögliche aufsichtsrechtliche Hürden wollen wir dort verantwortungsbewusst beiseite schaffen. Damit wollen wir zugleich die Macht von Banken, Hedgefonds und Versicherungen systematisch und strukturell zurückführen.

[47] Da das derzeitige Kreditwesengesetz wie eine Markteintrittsschranke für innovative Unternehmen wirkt, beabsichtigen wir Piraten das KWG komplett zu überarbeiten und diesbezüglich neuzufassen. Ziel soll es sein, insbesondere kleineren innovativen Einheiten eine Chance zu geben. Wir wollen dabei den fairen Wettbewerb im Finanzwesen von unten deutlich verstärkten. Dabei soll auch die begrenzte Öffnung von Bankgeschäften für Nichtbanken geprüft werden. Ferner wollen wir über strukturelle Veränderungen bei Konten den Kunden wieder in den Mittelpunkt stellen. So soll geprüft werden, ob die Ansiedlung von Konten und Wertpapierdepots bei einer neutralen Stelle und einer lediglich durch den Kunden zugenommenen inhaltlichen Zuschlüsselung

zum jeweiligen Finanzinstitut über den erleichterten Wechsel der Wettbewerb zwischen den Banken und die Kundenorientierung nicht deutlich gesteigert werden kann. Zudem würde damit im Abwicklungsfall die Einlagensicherung und auch die Abwicklung selbst erheblich erleichtert. Als prozesstechnisches Beispiel dafür könnte analog der Kassenverein dienen. Wir wollen ferner darauf hinwirken, dass Überweisungen aufgrund der vorhandenen technischen Möglichkeiten innerhalb von Minuten bzw. Sekunden ausgeführt werden. Der Hochfrequenzhandel zeigt, dass Banken dazu rein technisch in der Lage wären. Auch in solchen Prozessbeschleunigungen sehen wir positive Wirkungen in anderen Bereichen.

[48] Wir bekennen uns ferner zur Einführung eines Trennbankensystems. Einlagen und Kreditversorgung sind organisatorisch strikt und vollkommen vom Investmentbanking zu trennen. Das Investmentbanking soll einen keinen Zugang zu Notenbankgeld erhalten. Damit vermeiden wir u.a. auch interne Interessenskonflikten und der daraus möglicherweise resultierende Insiderhandel (Stichwort: chinese wall). Über diese Trennung verbessern wir zudem die Kreditversorgung zugunsten des Mittelstands, da Kreditmargen nun nicht mehr mit den zum Teil immensen Margen im Investmentbanking konkurrieren müssen.

[49] Ein holdingbasiertes Trennbankensystem „Light“, bei der über die einheitliche Nutzung von zentralen Dienstleistungen eine Trennung faktisch nicht gegeben und im Ernstfall nur schwer möglich ist, lehnen wir ab.

[50] Ferner wollen wir alle Verursacher der Finanzkrise über nicht an die Bankkunden weiterzugebende Abgaben an der Finanzierung der Beseitigung der von ihr verursachten Schäden beteiligen.

[51] Wir setzen uns ebenfalls für die Umsetzung und Einhaltung der goldenen Bankregeln ein. Die goldene Bankregel besagt, dass die Höhe und Fälligkeit der von einem Kreditinstitut gewährten Kredite den dem Kreditinstitut zur Verfügung gestellten Einlagen entsprechen müssen. Dies bedeutet, dass kurzfristige Einlagen nur kurzfristig ausgeliehen werden dürfen, während langfristige Einlagen kurz-, mittel- und langfristig ausgeliehen werden können (Fristentransformation). Das abschreckende Beispiel der Hypo Real Estate zeigt, was passieren kann, wenn die Fristentransformation außer Kraft gesetzt wird.

[52] Wir Piraten stehen für Transparenz und wollen deshalb den Over-the-counter Handel so weit wie möglich zu Gunsten des transparenten Börsenhandels zurückdrängen. Dies gilt insbesondere für Zertifikate, Derivate und Verbriefungen.

[53] Wir Piraten stehen Absicherungsgeschäften nicht grundsätzlich negativ gegenüber, soweit sie ein reales Gegengeschäft zum Gegenstand haben. Die sog. Kaskadierung, d.h. die Aufsetzung von Derivaten auf Derivate, das mit einer Entfernung vom realen Ursprungsgeschäft einhergeht und die Risikoeinschätzung erschwert bzw. unmöglich macht, lehnen wir grundsätzlich ab.

[54] Wir sind dafür, dass alle anlegenden Finanzinstitute (z.B. Banken, Hedgefonds, Investmentfonds, Trust usw.) eine weitestgehend einheitliche Eigenkapitalunterlegung vornehmen müssen. Dem in der Finanzkrise maßlosen sog. Leverageing (Fremdkapitalaufnahme zum Zweck der Substitution von Eigenkapital) ist zu begrenzen.

[55] Wir wollen den High Frequency Handel über die Vorgabe zeitlicher Mindestzeitverarbeitungsschritte entschärfen. Dabei gehen wir davon aus, dass der Grenznutzen der Informationsverarbeitung negativ werden kann.

[56] Wir Piraten treten, vor dem Hintergrund der historische niedrigen Zinsentwicklung, die mit historisch hohen Dispozinsen einhergehen, den Wucherparagraphen im BGB zu konkretisieren.

[57] Wir setzen uns für das Verbot von Provisionen auf Finanzprodukte ein. Jedes Produkte soll wie jedes andere Produkt auch einen Preis haben. Dabei sehen wir die Beratungsleistung ebenfalls als eigenständiges Produkt. In jedem Fall aber sind Kosten für den Anleger gänzlich und umfassend offenzulegen.

[58] Die Finanzkrise hat uns gezeigt, dass Unternehmen und (verbriefte) Finanzprodukte, teilweise bis kurz vor ihrer Insolvenz (z.B. Lehmann Brothers; mortgage securities; Colleteralized Debt Obligations) unverständlicherweise erstklassige Ratings (sog. Triple A) erhielten, was auf erhebliche Mängel schließen lässt. Wir Piraten wollen deshalb den Automatismus zwischen Risikoeinschätzung durch sog. Ratingagenturen brechen und zwingender Verwendung und damit die Macht der Ratingagenturen. Das gilt auch hinsichtlich des Ratings von „kleinen“ Kreditnehmern. Wir wollen die Risikoeinschätzung wieder stärker dezentralisieren. Die entsprechenden Regelungen bei den Aufsichtsbehörden sind diesbezüglich zu hinterfragen.

[59] Wir wollen auf die Börsen einwirken, dass die infrastrukturgleiche Kursversorgung im Sinne einer Nichtdiskriminierung direkt und für jedermann angeboten wird und nicht nur über sog. Vendoren und Subvendoren vor sich geht.

[60] Verbraucherschutz - größtmögliche Transparenz und Vergleichbarkeit Die Piraten sehen den Schutz des Verbrauchers insbesondere durch die größtmögliche Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit gewährleistet. Das bedeutet konkret, dass der Verbraucher alle Informationen über die Zusammensetzung eines Produkts oder einer Dienstleistung in einer übersichtlichen und verständlichen Weise erhält. Der mündige Bürger soll damit in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, welches Produkt bzw. welche Dienstleistung er wählt und gut für ihn ist. Transparenz verhindert Verbote. Verschleierungen sind in keinster Weise zu dulden und entsprechend zu bestrafen.

[61] Nach unseren Vorstellungen setzt ein ausreichender Verbraucherschutz auch eine entsprechend umfassende Produkthaftung voraus.

[62] Produktivität von Wirtschaftsethik - Wirtschaftsstrafgesetze verschärfen und Wirtschaftsbetrug ahnden Die Piraten setzen sich für strengere Wirtschaftsstrafgesetze bei betrugs- und betrugsähnlichen Delikten in der Wirtschaft, insbesondere auch im Finanzsektor ein. Je höher der Freiheitsgrad des Einzelnen bei Entscheidungen ist, desto härter muss denjenigen die Sanktion treffen, der sich an ihr vergeht. Ein erster struktureller Schritt ist die Staatsanwaltschaften – wie es auch die Leitlinien des deutschen Richterbunds fordern - unabhängig aufzustellen und sie von jeglicher politischer Einflussnahme zu befreien. Das Amt des Staatsanwaltes und des Leiters der Staatsanwaltschaften ist mit dem Status des politischen Beamten unvereinbar.

[63] Netzinfrastruktur – diskriminierungsfreie Teilhabe und Versorgungssicherheit Die Piraten setzen sich für den diskriminierungsfreien Zugang und damit auch zu Netzen ein. Eine Möglichkeit wäre es sämtliche Netze von der wirtschaftlichen Vermarktung zu trennen und in eigenen Netzgesellschaften (z.B. Stromnetze; Schienennetze Telefonnetze; Zahlungsverkehrsnetze), die möglicherweise genossenschaftlich organisiert werden, einzubringen. Damit wäre gewährleistet, dass die infrastrukturelle Versorgung insbesondere auch der ländlichen Räume nicht wegen wirtschaftlicher Gesichtspunkten vernachlässigt wird und das Prinzip des diskriminierungsfreien Zugangs zur Infrastruktur gewährleistet ist. PPP- und BOT-Projekten stehen wir sehr kritisch bis ablehnend gegenüber.

[64] Handelsfreiheit – Privatisierung des Handelsregisters, gegen Zwangsmitgliedschaften Die Piraten sind ferner für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerksverbänden oder ähnlichen Verbänden. Diese vertragen sich nicht mit freiem Unternehmertum. Wir setzen auch hier auf Freiwilligkeit. Über die strukturell basisdemokratische Ausrichtung der Piratenpartei ist gewährleistet, dass die verschiedenen Interessen, insbesondere auch der wirtschaftlichen Einheiten, vor allem auch ursprünglich und ungefiltert, ihren Weg in den demokratischen Willensbildungsprozess finden.

[65] Die Piraten setzen sich ferner für ein privates Handelsregister und die Abschaffung der Rechtspfleger, zumindest in diesem Bereich, ein. Die immer noch viel zu lange dauernde Eintragung ins Handelsregister, der im Vergleich mit anderen Ländern für deutsche Unternehmen ein Wettbewerbsnachteil darstellt, könnte z.B. über Notare direkt und unmittelbar erfolgen und bei Fehlverhalten mit einer entsprechenden Strafandrohung bzw. Haftung einhergehen. Aufgrund des besonderen Stands der Notare wäre eine Mindestmaß an Qualität und Validität sowie der erforderliche Verkehrs- und Vertrauensschutz sichergestellt.

[66] Europa der Bürger - für den Euro und No-Bail-Out, gegen Sozialisierung von Schulden Die Piraten bekennen sich zu Europa als einem großen und erfolgreichen Projekt der Völkerverständigung und des Friedens. Wir streben eine Verfassung für Europa an, die mit größtmöglicher Beteiligung der Bevölkerungen ausgearbeitet und anschließend in freien Wahlen vom deutschen Volk und den anderen Völkern angenommen und bestätigt wird. Wir wollen den Euro als gemeinsame Währung erhalten. Dabei halten wir fest, dass der Euro als besondere Form der Währungskooperation nur so gut ist, wie der Wille der beteiligten Länder sich wirtschaftspolitisch diszipliniert zu verhalten. Eine inflationäre Geldpolitik passt ebenso wenig ins Bild wie eine defizitäre Haushaltspolitik. Zentrales Anliegen muss es sein, eine am Wachstumspotential der einzelnen Volkswirtschaften ausgerichtete Geldpolitik und eine Politik der ausgeglichenen Staatshaushalte zu erreichen.

[67] Die Piraten sind grundsätzlich bereit wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortung an europäische Institutionen zu übertragen. Dabei ist die unmittelbar demokratische Legitimierung ebenso Voraussetzung wie ein funktionierender Haftungszusammenhang, der sich auch durch die Durchsetzungsfähigkeit von Sanktionen auszeichnet. Wir stehen in Europa für die Prinzipien von Subsidiarität, Gegenseitigkeit, Nichtdiskriminierung, Verursachungsgerechtigkeit und Meistbegünstigung ein. Wir wollen insbesondere darauf achten, dass Vorteilsmaximierung durch Kostenexternalisierung zu Lasten von anonymen Steuerzahlern vermieden wird. Ferner wollen wir bei möglichst vielen Organisationen bzw. Bünden bei Unzufriedenheit die Möglichkeit des individuellen Austritts bereithalten und ermöglichen. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sind damit schwer zu vereinbaren.

[68] Die gegenwärtige Euro-Rettungspolitik lehnen die Piraten wegen der mangelnden Ursachenbeseitigung als wenig zielgerichtet und wenig nachhaltig ab. Wir beklagen, dass insbesondere im Finanzbereich das Haftungsprinzip nicht mehr gewährleistet ist. Dass inzwischen sogar Bankenverbände vor durch staatliche Alimentierung und der Geldmarktflutung weiter künstlich am Leben gehaltenen Zombie-Banken warnen, radikale Aufräumarbeiten im europäischen Finanzsektor und die Abwicklung von Kreditinstituten mit nicht tragfähigen Geschäftsmodellen fordern, zeigt das unmittelbarer Handlungsbedarf auf diesem Gebiet besteht. Wir Piraten werden dem Marktaustrittsprinzip und den Haftungsprinzip auch im Finanzsektor auf europäischer Ebene wieder zu seiner Geltung verhelfen.

[69] Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EZB den Kauf von Staatsanleihen sofort einstellt und das Verbot der direkten oder indirekten monetären Staatsfinanzierung durch den direkten oder indirekten Aufkauf von Staatsanleihen am Primär- bzw. Sekundärmarkt in den Statuten explizit verankert wird. Wir verurteilen die demokratisch nicht legitimierte Vergemeinschaftung von Schulden über den bereits erfolgten Aufkauf von Staatsanleihen. Wir ziehen eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof in Betracht. Wir setzen uns ferner für die Rückführung der Target II Salden in der Bilanz der Deutschen Bundesbank ein.

[70] Wir Piraten bekennen uns auch auf europäischer Ebenen zum Haftungsprinzip und damit zum No-Bail-Out, der wesentliche Grundlage des deutschen Euro-Beitritts war und laut Art. 125 AEU Vertrag weiterhin geltendes Recht darstellt. Wir streben ein föderales und dezentrales Europa an. Eine Vergemeinschaftung von europäischen Schulden lehnen wir als nicht verursachungsgerecht und Verstoß gegen das Haftungsprinzip ab. Sollte es Durchgriffsrechte in die Haushalte der einzelnen Länder geben, stellt sich die Frage erneut.

[71] Den ESM lehnen wir in seiner jetzigen Form und Verfasstheit ab. Wir sind der Meinung, dass die europäische Schuldenkrise strukturell bedingt ist und deshalb durch die Bereitstellung von noch so viel Kapital nicht zu lösen ist. Wir halten nichts davon staatlicherseits unter Verwendung von Steuergeldern mit Spekulanten in einen Wettstreit zu treten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Strukturreformen und die Abschaffung des ESM ein. Stattdessen wollen wir sofort die strukturellen Probleme im Finanzsektor und auf staatlicher Ebene (Rückführung von Verschuldung) angehen bzw. unterstützen. Wir sind gegen die vorgesehen Immunität der Mitarbeiter des ESM, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es Bestrebungen gibt, den ESM auf die direkte Rekapitalisierung von Banken auszuweiten. Die Rettung von Euro, Mitgliedstaaten und Banken darf nicht dazu führen, dass wirtschaftliches Handeln in der EU teilweise außerhalb des Rechts gestellt wird, weil Handlungen im Finanzsektor nicht durch Staatsanwaltschaften und Gerichte straf- und zivilrechtlich überprüft werden können.

[72] Wir wollen auf europäischer Ebene ein Insolvenzrecht für Staaten und staatliche Institutionen (bis hinab zur Kommune) erarbeiten. Da die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute anlässlich der Veröffentlichung des Herbstgutachten 2012 der Meinung waren, dass Griechenland nicht mehr zu retten sei, wollen wir eine Staatsinsolvenz und den Austritts Griechenlands aus dem Euro einschließlich Währungsreform mit einer Rückkehroption in den Euro und flankierenden Hilfen zur Aufbau einer Wirtschaftsinfrastruktur prüfen. Wir Piraten sind der Meinung, dass das griechische Volk das Recht auf einen Neuanfang hat und die Hin- und Herzahlung zwischen den Finanzinstitutionen bzw. den Mitgliedern der Troika weder Griechenland noch der griechischen Bevölkerung hilft bzw. helfen wird. Wir Piraten sind weiterhin der Ansicht, dass die hauptsächlichen Profiteure der momentanen Vorgehensweise vor allem die genannten Finanzinstitutionen sind. Der von uns zu prüfenden Maßnahme kann eine Befragung des griechischen Volkes vorausgehen.

[73] Neuordnung der Förderlandschaft – Fördertourismus vermeiden, Recht auf „Macken“ und Förderung von „Spinnern“ Die Piraten treten für eine Neustrukturierung der gesamten Förderlandschaft angefangen von der EU bis hin zu den Ländern und der staatseigenen KfW ein. Schwerpunkt der Förderung muss die zielgerichtete Förderung von Infrastruktur, Humankapital und Innovationen sein. Einen Förderungswettbewerb bzw. Förderungstourismus zwischen den Regionen Europas lehnen wir aus Gründen mangelnden Nachhaltigkeit ab.

[74] Wir Piraten wissen aus der geschichtlichen Erfahrung heraus, dass Innovationen nur allzu oft von der Mitwelt belächelt und Innovatoren zu oft als Spinner belächelt und abqualifiziert wurden (Es gibt doch genug Pferde als Reaktion eines Industriellen auf Gottlieb Daimlers Erfindung eines „Reitwagens“; Annahme der Zeitgenossen, dass Geschwindigkeit von Eisenbahnen Tiere und Menschen an der Strecke schwindsüchtig mache). Diese zu Lebzeiten diskreditierten Spinner haben aber Produkte entwickelt und Verfahren entdeckt, von denen wir zum Teil noch heute weltweit profitieren. Aus der begründeten Vermutung heraus, dass diejenigen, die für die Vergabe von Fördermitteln verantwortlich sind, möglicherweise nicht in der Lage sind Innovation zu erkennen, sind wir bestrebt die Vergabepraxis von Risikokapital für die Gründung neuer Unternehmen auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen und in der Organisation des Finanzmarkts dafür sorgen, dass Strukturen entstehen können, die eine Finanzierung von zunächst abstrus erscheinenden Ideen ermöglicht. Dabei können Werte wie jahrelange Beharrlichkeit und Ausdauer in der Sache wichtiger sein, als vorschriftsmäßig, möglicherweise durch Dritte erstellte - oberflächlich betrachtet - vorbildliche Businesspläne. Flexibilität und Wohlwollen sollen anstelle von rein bürokratischem Vorgehen treten.

[75] Wir fordern eine grundlegende Überprüfung der bisherigen sektoralen und regionalen strukturpolitischen Maßnahmen, um die Chancen des Veränderungsprozesses zu nutzen. In diesem Bereich der sektoralen Sturkturpolitik müssen Subventionen und Steuervergünstigungen überprüft und zurückgefahren werden. Wir begrüßen den Strukturwandel, sorgen über flexible Systeme für einen gleitenden Übergang und ziehen diesen so verantwortungsbewusst und im Sinne der Generationengerechtigkeit der bisherigen rückwärtsgewandten Strukturerhaltungspolitik vor.

[76] Nachhaltige Agrarwirtschaft - Tradition mit Zukunft und Respekt vor der Natur Wir wollen eine leistungsfähige, regional operierende und verbrauchernahe Landwirtschaft, die unter den von uns definierten Kriterien der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit wettbewerbsfähig ist. Insofern wollen wir den Sonderweg auf dem sich die Agrarpolitik seit Jahrzehnten bewegt beenden. Das Verhältnis von Landwirtschaft und Natur soll durchweg von Respekt und Nachhaltigkeit geprägt sein.

[77] Wir Piraten setzen uns für eine artgerechte Haltungsform aller Nutztiere ein.

[78] Wir wollen höhere Qualitäts- und Tierschutzanforderungen, die auch auf Importwaren angewandt werden müssen, um einheimische Qualitätsprodukte vor importierter Billigware zu schützen. Diese wollen wir insbesondere auch über eine höhere Transparenz erreichen, in dem wir den Verbraucher über die Umstände, die der Produktion des landwirtschaftlichen Produkts zugrunde liegen, auf der Verpackung umfassend (möglicherweise auch mit Bildern) informieren.

[79] Vollständigkeit und Transparenz – tatsächliche Verhältnisse und verständliche Produkte Wir Piraten sind davon überzeugt, dass Transparenz zu einer gerechteren Welt und auch einem gerechteren Wirtschaften führt.

[80] Transparenz verträgt sich nicht mit Beschlüssen, die in Hinterzimmern getroffen werden und an denen die, die davon betroffen sind, vorbeigehen.

[81] Wir wollen dafür sorgen, dass Wirtschaftsprüfungsberichte für Jahresabschlüsse börsennotierter Gesellschaften weitestgehend offengelegt werden. Als Mindestforderung sollen die Passagen veröffentlicht werden, bei denen die Wirtschaftsprüfer eine vom Unternehmen abweichende oder kritische Meinung vertreten. Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts und des Testats allein halten wir für unzureichend. Dies gilt auch für die Erkenntnisse von sonstigen Aufsichtsbehörden, wo die Gefahr besteht, dass Ergebnisse aus politischen Gründen zurückgehalten werden. In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass ein jeder Gesellschafter in einer Gesellschaft die Informationen erhält, die er zur Bewertung und Einordnung des Unternehmens als Gesellschafter benötigt.

[82] Wir wollen die Umstellung aller öffentlichen Haushalte von der Kameralistik auf die Doppik. Ziel muss es sein, dass insbesondere alle Pensionslasten für die Zukunft als auch Garantien, Bürgschaften und sonstigen

Verpflichtungen transparent gemacht werden und damit in den täglichen Entscheidungsprozess miteinfließen und berücksichtigt werden können.

[83] Was die Gehälter und Tantiemen von Vorständen börsennotierter Gesellschaften betrifft, wollen wir die Verträge der Hauptversammlung und damit den eigentlichen Gesellschaftern und nicht nur dem Aufsichtsratsgremium zur Abstimmung vorlegen.

[84] Die Piraten werden dafür sorgen, dass die Rechnungslegungsnormen, insbesondere auch im Banken- und Versicherungswesen, hinsichtlich Vollständigkeit angepasst werden und Risiken für jedermann ersichtlich werden. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft zu vermitteln. Der Jahresabschluss muss „alle" Risiken einer Gesellschaft oder eines Konzern erfassen und offenlegen.

[85] Wir wenden uns gegen jegliche Ausgliederung von Gesellschaften, Produkten, Garantien oder sonstiger Rechtsverhältnisse in Zweckgesellschaften wie z.B. den Structured Investment Vehicels (SIV) oder anderen Organisationsformen, deren einziges oder wesentliches Ziel die Verschleierung von Risiken ist oder aber diesem Tatbestand im Ergebnis gleichkommt. Wir lehnen Verbriefungen, bei denen das Ursprungsrisiko nicht mehr erkennbar ist, ab.

[86] Als Grundsatz gilt, dass nur verständliche oder verständlich gemachte Risiken oder Produkte dem Anleger/Verbraucher eine richtige Entscheidung treffen lassen und so ggf. von Vorteil sein können. Transparenz geht also immer auch mit Verstehen einher.

[87] Wir Piraten wenden uns insbesondere auch gegen bewusste der Menschheit dienliche von Unternehmen aus rein Wettbewerbsgründen zurückhaltende Produkte und Ideen (Blogging Patents).

[88] Gesundheitsvorsorge - Planwirtschaft bekämpfen Wir wollen die planwirtschaftliche Gesundheitsversorgung auf eine marktwirtschaftliche Grundlage stellen, die bestehenden Strukturen hinterfragen und Vorsorge in den Vordergrund stellen. Dabei steht die Versorgung des Patienten an oberster Stelle. Am Gesundheitssystem sieht man exemplarisch was geschieht, wenn man den Preismechanismus außer Kraft setzt und Angebot und Nachfrage nicht mehr zusammen gebracht werden können. Weil die Nachfrage größer als das Angebot werden Nachfrager also Patienten rationiert. Den kranken Zustand dass einerseits die Patienten nicht die Leistung erhalten, die sie benötigen bzw. über Wartezeiten rationiert werden und auf der anderen Seite die Ärzte bis zur Abrechnung gar nicht wissen, welches Entgelt sie erhalten und/oder ob sie umsonst arbeiten bzw. teils Leistungen nicht abrechnen können oder nur mit unangemessenem bürokratischen Aufwand, wollen wir ein Ende bereiten.

[89] Wir wollen prüfen, ob spieltheoretische Ansätze wie die der soeben mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichneten Volkswirte im Bereich ganz bestimmter Märkte Möglichkeiten bieten, diese besondere Verteilungsproblematik zu lösen.

[90] Wir Piraten wollen insbesondere den Missstand abstellen, dass von der Natur wegen körperlicher Einschränkungen benachteiligte Personen (z.B. Syndrome und auch andere Handycaps) für ihre Rechte und selbstverständlichen Ansprüche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpfen müssen. Wir halten es mit der Menschenwürde für nicht vereinbar, dass dieser Personenkreis z.B. für einen Schwerbehindertenausweis oder benötigte Hilfsmittel seine Schwerbehinderung wieder und wieder nachweisen muss. Die Rolle des medizinischen Dienstes wollen wir insbesondere in diesem Zusammenhang kritisch durchleuchten und hinterfragen.

[91] Ladenschluss in freier Entscheidung Wir Piraten sehen in der Selbstbestimmung der Ladeninhaber, wann sie ihre Läden öffnen wollen, einen konsequenten richtigen Schritt in Richtung Freiheit und Eigenverantwortung. Dabei stellen wir in Frage, ob der Staat die religiös motivierte Sonntagsruhe festschreiben muss. Wir wollen die Trennung zwischen Staat und Religion weiterführen.

Begründung

[92] Die Wirtschaft nimmt als Gesamtheit aller Aktivitäten und Institutionen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, angefangen von der notwendigen Existenzsicherung bis hin zu Schaffung und Sicherung von Wohlstand für Alle, einen wesentlichen Teil in unser aller Leben ein. Im Zentrum wirtschaftlichen Handelns steht das

Individuum in seiner Einzigartigkeit und Eigenverantwortlichkeit mit seiner verfassungsrechtlich geschützten Menschenwürde. Aufgabe von Piratenpolitik muss es sein, diese Menschenwürde, insbesondere auch unter einem aufgrund der Globalisierung erwünschten zunehmenden Wettbewerb jederzeit zu gewährleisten und gegen kollektivistische Freiheitseinschränkungen zu verteidigen. Dazu muss die aufgrund von dilettantischen und sachfremden Eingriffen real nur mehr beschränkt ihren Dienst verrichtende Soziale Marktwirtschaft entrümpelt und erneuert sowie um das bedingungslose Grundeinkommen erweitert werden. Auch müssen die wirtschaftlichen Strukturen auf die prozessverändernden Herausforderungen der Globalisierung und des Internets angepasst werden.

[93] Wie aus diesen Worten und dem Antragstext ersichtlich wird, verlangt die Komplexität der Materie, dass dieser Grundsatzprogrammpunkt „Wirtschaft und Finanzen“ in sich widerspruchsfrei und aus einem Guss ist. Das ist auch der Grund, dass ich mich trotz der vorliegenden teils guten Anträge für einen eigenen, unverfälschten und in sich schlüssigen Antrag entschieden habe. Dass die Organisationsstruktur der Piraten mit ihrer basisdemokratische Teilhabe ein solches “unverfälschte“ Vorgehen ermöglicht ist im Parteienspektrum einzigartig, zielführend und wird nach meiner Überzeugung zu besseren Lösungen führen.

[94] Mir ist es äußerst wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Soziale Marktwirtschaft als hochkomplexes Gebilde gesamtheitlich betrachtet werden und Änderungen sehr sorgfältig abgewogen werden müssen, da sonst ihre gesamte Funktionsfähigkeit darunter leidet. Da Begrifflichkeiten häufig unterschiedlich definiert und verstanden werden, wurde das Programm bewusst etwas ausführlicher und konkreter gehalten. Wir Piraten sollten nicht - wie die anderen Parteien - den Fehler machen, die Aussagen so weit zu abstrahieren, dass jeder beinahe alles herauslesen kann. Wir Piraten unterscheiden uns von den restlichen Parteien, dass wir nicht beliebig, sondern konkret sind bzw. werden und vor allem vom Leser des Programms bzw. Wähler im Sinne einer besseren Kunden-/Wählerorientierung eingeschätzt werden können. Dies gilt es deutlich zu machen.

[95] Ich gehe davon aus, dass Wirtschaft, Finanzen und Euro die heißen Themen des Bundeswahlkampfs sein werden, mit denen wir aufgrund des Versagens der anderen Parteien auf diesem wichtigen Gebiet deutlich punkten können und auch werden. Dieser Antrag will piratische Inhalte und Konzepte mit den Wünschen und Sorgen der Bürger verbinden. Dieser Antrag erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll ein erster Grundstock/Aufschlag darstellen, auf dem man dann nach und nach aufbauen kann. Ich bitte Euch für meinen Antrag zu stimmen.

PA318 - Einführung des fakultativen Widerspruchsverfahrens

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Freie Wahl des Widerspruchsverfahrens stärkt den Antragstelle

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Inneres und Recht einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für ein so genanntes fakultatives Widerspruchsverfahren ein, welches unseren Bürgern die Möglichkeit einräumt, gegen sie beeinträchtigende Entscheidungen unserer Behörden wahlweise entweder Widerspruch einzulegen oder gleich vor dem Verwaltungsgericht zu klagen.

Begründung

[3] Es bietet es sich an, dem Bürger wegen der fehlenden Normverwerfungskompetenz der Widerspruchsausschüsse und in denjenigen Fällen, in denen er an einer schnellen gerichtlichen Entscheidung interessiert ist, alternativ die Möglichkeit einzuräumen, gleich vor dem Verwaltungsgericht zu klagen (fakultatives Widerspruchsverfahren). Siehe hierzu die Stellungnahme der Vereinigung der Verwaltungsrichter in Rheinland-Pfalz vom 28.11.2008: http://www.vvr-rp.de/Download%20Ordner/VVR_zu_Widerspruchsverfahren_%283%29.pdf

[4] Dieser Antrag orientiert sich an einer entsprechenden Forderung aus Niedersachsen, die dort zur Beschlussfassung steht.

PA319 - Angemessene Entschädigung zu Unrecht Inhaftierter

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Haftentschädigung muss an den realen Einkommensmöglichkeiten orientiert sein und eine echte Entschädigungskomponente beinhalten.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Inneres und Recht einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die bundesweit gültige Regelung der Entschädigung zu Unrecht Inhaftierter ohne Abzüge von mindestens 250 Euro pro Tag an. Die momentan gültigen Sätze, die sich bspw. in Niedersachsen bei 25 Euro pro Tag bewegen, sind eines Rechtsstaats nicht würdig.

Begründung

[3] Dieser Antrag ist dem Wahlprogramm Schleswig-Holstein angelehnt und steht auf der Antragsliste für das Wahlprogramm Niedersachsen. Die Höhe der Entschädigung stelle ich gerne zur Diskussion. Ich möchte kurz darstellen, wie ich darauf gekommen bin. Wir fordern bis zum heutigen Tage einen Mindestlohn von € 8,50 pro Stunde. Gemäß den üblichen Abrechnungssätzen wären das bei einem 24-Stunden-Einsatz – denn schließlich ist der zu Unrecht Inhaftierte den ganzen Tag eingesperrt – schon allein über € 330,- Und da sind grundlegend erhöhte Werte für Sonn- und Feiertage noch gar nicht eingerechnet. Eigentlich sind also noch € 250,- viel zu wenig, wären aber ein erster Schritt. Nebenbei würden vielleicht auch weniger Fehlurteile gefällt, in dem sich die Gerichte mehr Mühe gäben, diese zu vermeiden. Dass eine Notwendigkeit besteht sieht man durch http://blog.justizkacke.de/?p=1162

PA320 - Veröffentlichung von Reden und Vorträgen gegen Entgelt

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Nicht5 nur Nebeneinkünfte, auch deren Inhalte können transparent gemacht werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Transparenz einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Niedersachsen setzt sich für die Veröffentlichungspflicht von Reden und Vorträgen gegen Entgelt sämtlicher Mandatsträger in deutschen Parlamenten unter freier Lizenz ein.

[3] Dadurch ist die Tatsache überprüfbar, ob eine Rede mehrfach gehalten wurde, was den Verdacht der Anforderung eines Gefälligkeitsauftritts vermuten lässt. Auch kann man anhand der Texte nachprüfen, ob und inwieweit diese mit den Wahlversprechen der jeweiligen Parteien konform gehen.

Begründung

[4] Die aktuelle Diskussion um Nebeneinkünfte hat zu der Frage geführt, inwieweit die durch gegen Entgelt gehaltenen Reden und Vorträge einem tatsächlichen Informationsbedürfnis der Auftraggeber Folge leisten oder ob sie lediglich die versteckte Form der Bestechung sein könnten. Diese Frage könnte somit geklärt werden.

[5] Dieser Antrag steht parallel auf der Antragsliste zur Landtagswahl in Niedersachsen.

PA321 - Verbandsklagerecht für Verbraucherschutz- und Datenschutzorganisationen

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Verbandsklagerecht stärkt Verbraucherinteressen

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Umwelt und Verbraucherschutz einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Niedersachsen fordert ein Verbandsklagerecht für Verbraucherschutz- und Datenschutzorganisationen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Verbandsklagerecht für anerkannte Stellen auf den Bereich des Verbraucherschutzes und des Datenschutzes erweitert wird. Das Klagerecht soll eine Musterfeststellungsklage durch Verbraucherverbände und Datenschutzorganisationen ermöglichen, um eine Rechtsfrage verbindlich für alle betroffenen Verbraucher und Bürger zu klären. Dies würde die Aufdeckung von Missständen und die Durchsetzung von Verbraucher- und Bürgerrechten deutlich erleichtern.

Begründung

[3] Es ist wichtig, dass Vereine und Verbände in der Lage sind die rechtlichen Interesse von Bürgern und Verbrauchern durchzusetzen. In vielen Fällen ist der Schaden für den einzelnen entweder zu gering um zu klagen (auch wenn womöglich Millionen Menschen betroffen sind), oder aber die Betroffenen wollen sich nicht auf einen womöglich mehrjährigen Rechtsstreit mit großen Unternehmen einlassen, da dies auch mit einem finanziellen Risiko behaftet ist. In diesen Fällen sollten Verbände und Vereine in der Lage sein im Rahmen einer Verbandsklage aktiv zu werden um die Interessen, die derzeit regelmäßig unter den Tisch fallen, vor Gericht zu vertreten.

[4] Dieser Antrag hat bereits im Wahlprogramm für die Landtagswahl in Niedersachsen seinen Niederschlag gefunden.

PA322 - Gerechte Neuordnung des Glücksspielmarktes

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Einheitliche rechtliche Grundlage bei der Regulierung des Glücksspielmarktes schafft Rechtssicherheit bei allen Beteiligten.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Inneres und Recht einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine umfassende Neuordnung des Glücksspielmarktes ein. Ziel muss eine bundeseinheitliche Regelung sein, die sowohl den Anforderungen des europäischen Wettbewerbsrechts als auch dem Internetzeitalter gerecht wird. Eine Neuordnung muss die Interessen aller Beteiligten miteinander verbinden: die der öffentlichen Hand an Steuereinnamen, die der Anbieter, Spieler und betroffener Dritter (Sportvereine) an einer planungssicheren Rechtslage und die der Bevölkerung an effektiver Suchtprävention. Gerade hier besteht im aktuellen Entwurf noch Nachholbedarf, so müssen beim Aufbau der geplanten Sperrdatei für Glücksspielsüchtige Datenschutzbelange berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind Netzsperren bei der Neuregelung auszuschließen.

[3] Grundlage einer Neufassung des Glückspielrechts könnte das im September 2011 verabschiedete Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins bilden, das im Gegensatz zum aktuellen Entwurf der übrigen 15 Länder von der EU-Kommission ohne Einschränkungen akzeptiert wurde.

Begründung

[4] Trotz jahrelanger Verhandlungen haben es die Landesregierungen nicht geschafft, den zum Jahresende 2011 ausgelaufenen – nach Urteil des Europäischen Gerichtshofes wettbewerbswidrigen – Glücksspielstaatsvertrag auf eine Art und Weise zu ändern, die sowohl dem Internetzeitalter als auch den europäischen Wettbewerbsgesetzen entspricht. Auch zum aktuellen – bereits mehrfach nachgebesserten – Entwurf äußerte die EU-Kommission erneut "Bedenken". Dennoch und trotz der absehbaren Klagewelle planen die Landesregierungen, den Ratifizierungsprozess voranzutreiben. Auch Schleswig-Holstein, das seit November letzten Jahres über ein eigenes, liberaleres Glücksspielgesetz verfügt, will seit dem Regierungswechsel im Mai nun doch dem GlüStV beitreten. Damit würde die bestehende Rechtsunsicherheit für Wettanbieter, Spieler und auch Dritte (wie etwa Sportvereine, die nicht wissen, mit wem sie Sponsorenverträge abschließen dürfen) auf Jahre hinaus fortgeschrieben. Obwohl die noch im vorigen Entwurf vorgesehenen Netzsperren in der aktuellen Fassung nicht mehr enthalten sind (der Entwurf war unter anderem von den Piraten geleakt worden und man fürchtete wohl wachsenden Widerstand), bleibt die Frage offen, wie das vorgesehene Verbot von Onlineangeboten wie Internetpoker denn alternativ durchgesetzt werden soll – mithin bleibt der Verdacht, dass letztlich doch Netzsperren installiert werden sollen, möglicherweise auf Verordnungsebene.

[5] Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass ein staatliches Glücksspielmonopol kein zeitgemäßes Instrument zur Spielsuchtprävention (mehr) ist. Der gegenwärtige Entwurf versucht abermals, durch Verbote im Internet das veraltete staatliche Lotto und Toto-Monopol zu verteidigen. Demgegenüber stehen zwischen 2 und 5 Millionen Deutsche, die regelmäßig im Internet Glücksspielangebote wahrnehmen – für die Mehrheit ist dies ein Hobby, für eine wachsende Zahl aber auch als Beruf oder Nebenerwerb. Eine Neuordnung muss die Interessen aller Beteiligten miteinander verbinden: Die der öffentlichen Hand an Steuereinnamen, der Anbieter und Spieler an einer (planungs)sicheren Rechtslage und der Bevölkerung an Suchtprävention.

[6] Bei durchaus möglicher Kritik im Detail bildet der Regelungskern des Glücksspielgesetzes von Schleswig-Holstein eine geeignete Grundlage für eine bundeseinheitliche Regelung. (1)

[7] Dieser Antrag hat bereits im Wahlprogramm für die Landtagswahl in Niedersachsen seinen Niederschlag gefunden.

[8] (1) http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1785.pdf

PA323 - Käfigeierkennzeichnung erweitern

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Transparenz in der Lebensmittelproduktion durch Herkunftsbezeichnung von Eiern in verarbeiteten Lebensmitteln

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Verbraucherschutz einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht von Hühnereiern hinsichtlich ihrer Produktionsweise von verarbeiteten Eiern in Lebensmitteln ein. Dies soll sowohl zur bundesweiten Pflicht werden, sowie über einen entsprechenden Antrag europaweit.

[3] Noch immer stammt der Großteil der von der Industrie verarbeiteten Eier aus Käfighaltung. Selbst Eier aus konventionellen Legebatterien können nach wie vor auf den deutschen Markt gelangen. Denn obwohl diese Käfige seit 1. Januar 2012 in der gesamten EU verboten sein sollten, haben zahlreiche Mitgliedsstaaten das Verbot bisher nicht umgesetzt. Schätzungsweise wird noch immer mehr als ein Viertel aller Hühner in der EU in solchen Batterien gehalten. Nach geltendem Recht wurden die Eier dieser Tiere illegal produziert und dürfen nicht mehr verkauft werden. Allerdings: Als Zutat für verarbeitete Lebensmittel dürfen sie weiterhin legal verwendet werden. In welchen Produkten diese Eier landen, erkennen Verbraucher nicht. (1)

Begründung

[4] Trotz des EU-weiten Verbots von Käfighaltung seit diesem Jahr werden noch immer Hühner in Käfigen gehalten, wenn auch mittlerweile in so genannten “Kleingruppen“. Der Unterschied zur konventionellen Käfighaltung ist jedoch nicht sehr groß: Statt knapp einem DIN-A-4-Blatt pro Tier haben sie nun eine Fläche von eineinhalb DIN-A-4-Blättern zur Verfügung. (2)

[5] Ziel ist somit die umfassende Information der Verbraucher über die Produktionsweise der verarbeiteten Eier in den Produkten des täglichen Nahrungsmittelbedarfs. Nicht jeder hat immer und überall die entsprechenden Listen aus dem Internet zur Hand, die ohnehin nie einen Anspruch auf Vollständigkeit besitzen können (3)

[6] (1) http://foodwatch.de/kampagnen__themen/kaefigeier/index_ger.html

[7] (2) http://www.mdr.de/fakt/kleingruppenhaltung100.html

[8] (3) http://www.tierschutzbund.de/produkte_ohne_kaefigei_liste.html

[9] Dieser Antrag wurde auch für das Programm zur Landtagswahl in Niedersachsen 2013 eingereicht.

PA324 - Konsequente Offenlegung von Verstößen gegen Verbraucherschutz- und Lebensmittelrecht

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Die Bekanntmachung von Verstößen gegen das Lebensmittelrecht führt eher zur Reaktion des Betroffenen, als eine reine Strafe.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Verbraucherschutz einzufügen:

[2] Gammelfleisch, Antibiotikamissbrauch, Fehlende oder falsche Deklarationen, dioxin-verschmutzte Futtermittel ... die Liste der Verstöße der Lebensmittelindustrie gegen den Verbraucherschutz ist lang. Es ist aber davon auszugehen, dass bei der derzeitigen Rechtslage Konsumenten und Konsumentinnen nur von einem Bruchteil der tatsächlichen Verstöße Kenntnis erlangen. Die werden nämlich durch Datenschutzbestimmungen wirksam davor geschützt, öffentlich für ihre Verstöße gerade stehen zu müssen. Da Verstöße gegen Lebensmittelrecht in erster Linie als Ordnungswidrigkeiten eingeordnet sind, werden die Schutzrechte der betreffenden Hersteller regelmäßig höher eingestuft als das Recht des Bürgers auf entsprechende Information.

[3] Die Piratenpartei setzt sich für die konsequente herstellerbezogene Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht ein, infolge derer die Konsumenten potentiell Gefahren für die Gesundheit ausgesetzt sind oder waren (einschließlich der Kontamination mit Allergenen), oder die geeignet sind oder waren, den Verbraucher über wertbestimmende Inhaltsstoffe oder Herstellungsprozesse zu täuschen. Informationen über die Vertrauenswürdigkeit von Herstellern sind grundlegend für eine informierte Kauf- und Konsumentscheidung - werden derartige Informationen den Verbrauchern und Verbraucherinnen vorenthalten, so beschränkt man sie in ihrem Grundrecht auf eine informierte Entscheidung.

[4] Die Piratenpartei ist überzeugt, dass durch entsprechende öffentliche Information die Wahrscheinlichkeit von Verstößen gegen Verbraucherschutzrecht durch Lebensmittelhersteller deutlich sinken wird.

Begründung

[5] Die Begründung ergibt sich aus dem Antragstext. Dieser wurde so für das Wahlprogramm Niedersachsen angenommen.

PA325 - Einführung einer Steuer auf Angebotsflächen im Handel

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Thomas Ganskow

Zusammenfassung

Stopp der Konzentration im Handel stärkt den Wettbewerb

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle im Bereich Steuerpolitik einzufügen:

[2] Die Piratenpartei sieht den Rückgang inhabergeführter mittelständischer Handelsunternehmen mit Sorge. Immer stärker beherrschen Filialen nationaler oder multinationaler Handelsketten das innerstädtische Bild der Einkaufsstraßen. Dies führt langfristig zu einer Angebotskonzentration, die dem Wettbewerb abträglich ist.

[3] Um dem entgegen zu wirken setzen wir uns für die Einführung einer bundesweiten Steuer auf die Angebotsfläche ein, die ab einer noch zu bestimmenden kumulierten Fläche zum Tragen kommt. Deren Höhe und Ausgestaltung ist noch festzulegen. Sie kann sich an einem erhöhten Grundsteuersatz orientieren, der wiederum den Gemeinden zu Gute käme.

Begründung

[4] Zwar spricht sich die Piratenpartei generell gegen die Erhebung nicht nachvollziehbarer Steuern aus. Haben diese jedoch eine Lenkungsfunktion, sind sie nachvollziehbar. Und kommen sie zudem noch dem besteuerten Bereich – in diesem Fall dem Handel im Allgemeinen und der Angebotsvielfalt im Speziellen – zugute, ist gegen eine Erhebung nichts einzuwenden. So können Wettbewerbsnachteile kleinerer Ketten oder Einzelunternehmen durch erhöhte Beschaffungspreise verringert werden. Gleichzeitig kann dieses Geld als Fördermittel zur Attraktivitätssteigerung von Innenstädten fließen bzw. für eine Stärkung der Handelsinfrastruktur im ländlichen Raum eingesetzt werden. Weiterhin hätte eine derartige Abgabe eine Lenkungswirkungsfunktion, da der Flächenverbrauch von großen Ketten oder Einkaufszentren begrenzt werden könnte Mit einer Weitergabe der Steuer an den Verbraucher ist nicht zwangsläufig zu rechnen. Da sich die besteuerten Unternehmen oftmals in einem Wettbewerb untereinander oder mit dem Handel im Internet befinden, sind die Spielräume für Preiserhöhungen aufgrund der Steuer minimal.

[5] Dieser Antrag ist Bestandteil des Antragsportals zur Wahl in Niedersachsen 2013.

PA326 - Eine menschenwürdige Wirtschaftspolitik

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Pallaske, Jürgen Nowak, Heiko Swieykowski-Trzaska

Zusammenfassung

Ein Antrag zum Grundsatzprogramm, der die Grundlagen wirtschaftspolitischen Handelns auf piratischer Basis umreißt und aufbauend ermöglicht einzelne, konkretere wirtschaftspolitische Programmforderungen für ein Wahlprogramm daraus abzuleiten.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Menschenbild: Für eine menschenwürdige Wirtschaftspolitik

[2] In unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung steht nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns der Unternehmungen und der wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen der Politik, sondern die anonymen Märkte, die „sensibel“ reagieren, wenn die Erwartungen der Spekulanten nicht erfüllt werden, die diese Märkte mit ihren spekulativen Verhaltensstrategien beeinflussen. Es muss jedoch das Primat der Politik vor der Wirtschaft gelten.

[3] Der Mensch ist nicht - wie die ideologisch neoliberale Wirtschaftswissenschaft axiomatisch postuliert - ein Homo oeconomicus, der nur individualistisch nach dem Grundsatz der Nutzen-Kosten-Analyse entscheidet und handelt. Dieses philosophisch-anthropologisch völlig falsche Menschenbild ist zu ersetzen durch den Homo socialis, d.h. durch den „sozialen Menschen“, der im Spannungsfeld seiner individuellen Interessen und seinem Eingebunden Sein in die Gemeinschaft bzw. in die Gesellschaft lebt und handelt. Es geht um eine menschenwürdige Wirtschaftsordnung.

[4] Eine demokratische Gesellschaft braucht nicht nur einen transparenten Staat, sondern auch eine transparente Wirtschaft, in der die Regeln bekannt sind und die marktwirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmungen und die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen für alle Bürger nachvollziehbar offengelegt werden, z.B. Offenlegung der Produktions- und Vertriebswege, Herkunft der Rohstoffe und Waren, um wirtschaftlichen Missbrauch zu verhindern. Die folgende drei Sektoren sind miteinander zu verbinden: Eine wettbewerbsfähige und sozial-kooperative Marktwirtschaft, eine effiziente infrastrukturelle Daseinsvorsorge und eine soziale oder Gemeinwohl-Ökonomie.

Kooperative Marktwirtschaft

[5] Der Markt(fundamentalismus) regelt nichts automatisch, sondern die kapitalistische Marktwirtschaft braucht einen gesellschaftspolitischen Rahmen. Dazu gehören insbesondere:

[6] Erstens eine Ordnungspolitik, die keine Monopole und Oligopole wie in der Energiewirtschaft zulässt, sondern einen fairen Wettbewerb nach transparenten Regeln ermöglicht,

[7] zweitens eine Sozialpolitik, die allen Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als eine notwendige Grundlage garantiert, um eine gesellschaftliche Teilhabe Aller zu ermöglichen, und

[8] drittens die Schaffung und Unterstützung von Netzwerken auf lokaler bis globaler Ebene zur Kooperation von Menschen und Unternehmungen, um produktive und soziale Synergieeffekte zu fördern.

Infrastrukturelle Daseinsvorsorge

[9] Die für alle Bürger wichtigen „Lebensmittel" wie Wasser, Energie, Verkehrsnetze (Bahn, ÖPNV), Bildung (Schule, Hochschulen, Kitas) gehören nicht in private Profithände, sondern sie sind volkswirtschaftlich durch die Gesellschaft, z.B. durch die Rekommunalisierung solcher Monopole demokratisch zu kontrollieren und, unter der Prämisse der Erhaltung natürlicher Ressourcen, betriebswirtschaftlich effizient zu managen.

und Sozialpolitik

[10] Der Begriff „Soziale Ökonomie" als Sammelbegriff für lokale, Solidar- und Gemeinwohlökonomie bedeutet der „dritte Weg" zwischen kapitalistischer Profitlogik und öffentlicher Staatswirtschaft. Soziale Ökonomie ist die Selbstorganisation von Bürgern in Form von selbstverwalteten Betrieben, Genossenschaften, gemeinnützigen Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden und Sozialversicherungssystemen. Eine Gemeinwohlökonomie leistet einen Beitrag für alle Bürger zur Versorgung mit Waren und Diensten, die die beiden anderen Sektoren nicht abdecken, und sie bietet alternative Lösungen im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit und regionaler Wirtschaftskreisläufe an. Daseinsvorsorge und Gemeinwohlökonomie sind ein Garant für eine an sozialer Gerechtigkeit orientierte Sozialpolitik.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

[11] Die deutsche Exportwirtschaft profitiert in der globalisierten Weltwirtschaft im großen Umfang erfolgreich vom gemeinsamen Markt der Europäischen Union. Das garantiert hohe Gewinne und relative stabile Einkommen der Abhängig Beschäftigten. Daher ist es zwingend erforderlich, dass sich Deutschland an der Tilgung der Schulden zur Bewältigung der sog. EURO-Krise beteiligt und dass die Europäische Zentralbank das Recht erhält, den notleidenden Ländern billige Kredite zu gewähren, damit sie nicht von den hohen Zinsen der anonymen globalen Finanzmärkte abhängig bleiben.

Begründung

[12] Die folgende Begründung erläutert die Zielrichtung des Antrages für ein Grundsatzprogramm und zeigt den Handlungsrahmen für sich daraus ableitende mögliche Punkte eines Wahlprogrammes auf.

Leitbild Transparenz, Bürgerbeteiligung und Grundrechte

[13] Die Schlüsselworte des politischen Profils der Piratenpartei sind - als Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Altparteien - die einzufordernde Transparenz, die umzusetzende aktive Teilhabe der Bürger und die Achtung der Grundrechte des Einzelnen. An diesen Maßstäben hat sich die Piratenpartei auch in ihrer wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Programmatik zu orientieren, d.h. in allen Fragen ist nach Lösungen zu suchen, inwieweit die Vorschläge das Leitbild der Piraten in Bezug auf Transparenz, Bürgerbeteiligung und Achtung der Grundrechte ermöglichen und fördern. Die globalisierte und europäisch vernetzte Welt stellt uns vor neue große Herausforderungen, so dass sich die Bereiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik heutzutage nicht mehr trennen lassen, sondern sie sind in ihren in wechselseitigen Abhängigkeiten gemeinsam im europäischen und globalen Kontext zu analysieren and als Programmpunkte zu betrachten.

[14] Denkanstöße für einen politischen Handlungsrahmen des Wahlprogrammes zur Bundestagswahl 2013 basierend auf den vorgestellten Grundsatzmodulen

[15] Die nachstehenden Vorschläge gehören nicht zum Antrag, sondern sie sollen als Denkanstöße für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 den politischen Handlungsrahmen aufzeigen, der sich auf der Grundlage des hier vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Grundsatzprogrammes ermöglichen lassen würde.

[16] Wir freuen uns auf Kritik, Anregungen und gemeinsame Diskussionen, um die Piratenpartei zum Erfolg zu führen.

[17] • Menschenwürdiger Mindestlohn als Brücke zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens.

[18] • Beteiligung der Banken und Spekulanten an den Kosten der von Ihnen verursachten Schuldenkrise.

[19] • Trennung in Kredit- und Investmentbanken.

[20] • Schaffung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministeriums, um gleiche Regeln für alle 27 EU-Länder zu haben.

[21] • Einführung von Eurobonds bei gleichzeitiger gemeinsamer koordinierter Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union.

[22] • Begrenzung der Höhe der Boni-Zahlungen an Manager und Vorstandsmitglieder bei gleichzeitiger Einführung von Malus-Zahlungen bei schlechtem Wirtschaften.

[23] • Eine Steuerreform, die zu mehr Einnahmen bei größerer Verteilungsgerechtigkeit in einem transparenten Steuersystem führt, z.B. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

[24] • Offenlegung aller Wirtschafts- und Finanzabkommen Deutschlands, auch wenn sie bisher geheim sind.

[25] • Rekommunalisierung privatwirtschaftlicher Unternehmen der Wasser- und Energieversorgung.

[26] • Flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, um Beruf, Familie, Freundeskreise und soziales Engagement besser miteinander zu vereinbaren.

PA327 - LA 001: Für mehr Gerechtigkeit in der Leiharbeit

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Neue Einleitung/Präambel zum Thema "Leiharbeit". Diese ersetzt die den alten Text und erklärt die Sachlage besser. Keine inhaltliche Änderung.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, die bestehenden Formulierungen zur Leiharbeit im bestehenden Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 durch folgenden Text zu ersetzen:*
Bestehender Text des Wahlprogramms: Leiharbeit stellt für die Wirtschaft ein sinnvolles und notwendiges Instrument dar, um Auftragsspitzen zu bewältigen. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Instrument von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht wird, den Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhne zu umgehen.

[2] Präambel: Für mehr Gerechtigkeit in der Leiharbeit

[3] Die Piratenpartei Deutschland ist sich bewusst, dass Leiharbeit für die Wirtschaft sinnvoll und notwendig ist, um Auftragsspitzen oder zeitweilige Personalausfälle zu kompensieren.

[4] In den vergangenen Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Leiharbeit von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht wird, den Kündigungsschutz und Tariflöhne zu umgehen.

[5] Die arbeitsrechtlichen Bedingungen dürfen die branchenüblichen oder tarifvertraglichen Regelungen nicht unterschreiten, da es sich um "besondere Arbeitsverhältnisse" handelt. Von den Arbeitnehmern werden besondere Talente, hohe Flexibilität und die Akzeptanz eines höheren Arbeitslosigkeitsrisikos gefordert.

[6] Nicht nur durch ein niedriges Arbeitsentgelt, auch durch oft unterbrochene Arbeitszeiten fallen bei Leiharbeitnehmern niedrige und lückenhafte Beiträge zur Rentenversicherung an. Durch den geringen Entgeltbezug und die Unkalkulierbarkeit des Arbeitslebens sind Leiharbeiter nicht in der Lage, sich mit einer privaten Rente zu versorgen.

Begründung

[7] Leiharbeitsverhältnisse sind zur Bedienung von Produktionsspitzen der Wirtschaft ein geeignetes Mittel, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu erhalten bzw. zu stärken. Sie sind Bestandteil eines Konzepts zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft sowie eventuell der Förderung individueller Lebenskonzepte.

[8] Zeitarbeitsverhältnisse erfordern ein besonders hohes Maß an Qualifikation und Flexibilität der Arbeitnehmer und dürfen nicht zum Zwecke des Lohndumpings mißbraucht werden. und Sie bedürfen daher eines besonderen Schutzes, spezieller Qualitätssicherung und -standards, Regulierung im Sinne zeitlicher Begrenzung und einer

den besonderen Erfordernissen angepassten Entlohnung. Die arbeitsrechtlichen Bedingungen haben auf Niveau der geltenden branchenüblichen Tarifverträge geregelt zu werden.

[9] Daher fordert die Piratenpartei, dass Leiharbeitsverhältnisse regulären Beschäftigungsverhältnissen sowohl in wirtschaftlicher Sicht als auch in Bezug von Sachleistungen wie Berufskleidung mindestens gleichgesetzt werden.

PA328 - Antrag LA 002: Entprekarisierung der Leiharbeit

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland tritt für eine Entprekarisierung der Zeitarbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zum Zwecke der Wirtschaftsstandortsicherung und Förderung individueller Lebens- und Arbeitsmodelle ein.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge das Wahlprogramm um folgenden Punkt zur Leiharbeit ergänzen:*

[2] Die Piratenpartei Deutschland tritt für eine Entprekarisierung der Zeitarbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zum Zwecke der Wirtschaftsstandortsicherung und Förderung individueller Lebens- und Arbeitsmodelle ein.

[3] Um dies zu realisieren setzt die Piratenpartei Deutschland auf folgende Modulanträge:

Begründung

[4] -

PA329 - Verbot von Saatgutpatenten

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Hellweg

Zusammenfassung

Verbot von Patenten auf Saatgut im Besonderen und Leben im Allgemeinen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle (4.3) aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei strebt ein Verbot von Patenten auf Saatgut im Besonderen und Leben im Allgemeinen an.

Begründung

[3] Saatgut-Patente auf Nahrungmittel und Heilpflanzen haben Folgen: Abhängigkeit der Produzenten von nicht mehr fortpflanzungsfähigem Saatgut, das nur in Kombination mit den passenden Herbiziden Ertragserfolg hat. Verdrängung der originären Vegetation, Wegfall von Anbau-Alternativen. Rechtsfolgen und drohende Prozesse bei Anbau von zufällig entstandenen Kreuzungen. Monopolisierung der Agrarwirtschaft ganzer Länder zugunsten ausländischer Investoren. Auch wir machen uns damit abhängig von einem auf Finanzkalkül basierenden System: die Verringerung der Anbau-Vielfalt ermöglicht Spekulation und Preiskontrolle des Marktes. Die Kontrolle setzt sich fort bis in das Angebot unserer Supermärkte. Auch die wissenschaftliche Entwicklung und Forschung in der Nahrungs- und Heimittelproduktion wird durch die Zielvorgabe des maximalen finanziellen Profits und der Monopolisierung gesteuert und eingeschränkt. Die geschilderten Folgen sind mit dem Risiko der negativen Entwicklung von Leben im Allgemeinen verbunden.

[4] Weiterführende Links:

[5] http://www.testbiotech.de/taxonomy/term/124 http://www.no-patents-on-seeds.org/images/documents/report_future_of_seec
http://www.testbiotech.de/node/183

PA330 - Antrag LA 003: Festlegung einer maximalen Überlassungsdauer

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Leichte Überarbeitung und Konkretisierung des bisherigen Punktes zum Thema Leiharbeit.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, die bestehenden Formulierungen zur Leiharbeit im bestehenden Wahlprogramm durch folgenden Text zu ersetzen:*

[2] Bestehender Text des Wahlprogramms: In einzelnen Unternehmen stellen die Leiharbeitskräfte mittlerweile selbst betriebsintern eine Art Konkurrenz und Druckmittel gegen die Stammbelegschaft dar. Oftmals kosten die Leiharbeiter die Arbeitgeber sogar noch weniger als Mitarbeiter der Stammbelegschaft, da die Entleiher die Leiharbeiter zu Niedrig(st)-Löhnen beschäftigen. Dies führt langfristig in die Niedriglohnspirale.

[3] Leiharbeit sollte aus diesem Grund – wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war – begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

[4] In einzelnen Unternehmen stellen die Leiharbeitskräfte mittlerweile betriebsintern Konkurrenz dar und sind zugleich Druckmittel gegen die Stammbelegschaft. Oftmals verursachen die Leiharbeiter bei den Arbeitgebern sogar noch weniger Kosten als Mitarbeiter der Stammbelegschaft, da die Entleiher die Leiharbeiter zu Niedrig(st)-Löhnen beschäftigen. Dies führt langfristig in die Niedriglohnspirale.

[5] Leiharbeit soll aus diesem Grund - wie dies in der Vergangenheit auch schon der Fall war - wieder begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal zulässige Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer einfordern. Die Piratenpartei wird sich für eine Ausweitung und Verbesserung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) einsetzen.

Begründung

[6] -

PA331 - Haltung der Piratenpartei zum Nichtraucherschutz

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

DonAlexandro für die AG Nichtraucherschutz, LennStar

Zusammenfassung

Wirksamer Nichtraucherschutz, der ein gesellschaftliches Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern anstrebt und niemanden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließt oder unverhältnismäßig in der persönlichen Entfaltung beschneidet.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter oder zu schaffender Stelle aufzunehmen:*

[2] Die Piratenpartei steht für Transparenz, Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe. Sie tritt für die Wahrung von Bürgerrechten ebenso ein, wie auch für den Schutz des Individuums vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen. In diesem Sinne setzt sie sich daher sowohl für einen wirksamen Nichtraucherschutz als auch für die Achtung der Persönlichkeitsrechte von Rauchern ein. PIRATEN streben ein gesellschaftliches Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern an, das niemanden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausschließt oder unverhältnismäßig in der persönlichen Entfaltung beschneidet.

[3] Zur Realisierung eines wirksamen Nichtraucherschutzes fordern wir:

[4] 1. In allen geschlossenen Räumen öffentlicher Gebäude mit Publikumsverkehr, in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie bei allen öffentlichen Veranstaltungen, die in geschlossenen Räumen stattfinden, gelten im Interesse des Schutzes von Nichtrauchern grundsätzlich Rauchverbote.

[5] 2. Die Träger der in 1. genannten Räumlichkeiten können Raucherräume einrichten, wenn diese wirksam abgetrennt und belüftet sind.

[6] 3. a) Die Betreiber von Gaststätten können separate, von den Nichtraucherbereichen wirksam abgetrennte und belüftete Raucherräume einrichten. Die Nichtraucherbereiche und das WC müssen ohne das Durchqueren von Raucherbereichen vom Haupteingang aus einfach erreichbar sein.

[7] b) Die Einrichtung von reinen Rauchergaststätten ist statthaft, wenn die Fläche des Gästebereichs im Inneren einer Einraumgaststätte nicht mehr als 75qm beträgt.

[8] c) Raucherbereiche und Rauchergaststätten müssen von außen deutlich erkennbar gekennzeichnet werden.

Begründung

[9] Die Inhalation von Tabakrauch ist nach Stand der Wissenschaft gesundheitsschädigend, auch wenn das genaue Ausmaß der gesundheitlichen Gefährdung durch Passivrauch noch nicht abschließend geklärt ist. Viele Menschen fühlen sich zudem durch Tabakrauch stark beeinträchtigt. Diese Situation erfordert gesetzliche Regelungen zum Schutz der Nichtraucher, ohne dass diese unverhältnismäßig in das Persönlichkeitsrecht der Raucher eingreifen.

[10] Eine Politik, die einseitig auf Verbote setzt, bewirkt erfahrungsgemäß größere Probleme als die, die sie zu beseitigen verspricht. Rauchverbote können lediglich einen Rahmen vorgeben und führen nur dann zu einem gesellschaftlichen Konsens, wenn sie von Rauchern wie Nichtrauchern aus Überzeugung getragen werden. An die Stelle eines fortdauernden gesellschaftlichen Zwistes muss eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Rücksichtnahme treten.

[11] Ergänzende Anmerkung:

[12] Aspekte des Arbeits- und Jugendschutzes sind nicht Bestandteil des Nichtraucherschutzes, sondern werden in den jeweiligen Gesetzen geregelt.

[13] Materialien und Bewertungen für die zugrundeliegenden Sachfragen haben wir hier zusammengestellt:

[14] Die Gefährlichkeit von Passivrauch: http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/4/4d/AG_Nichtraucherschutz_Chemie_des_Tab

[15] Die Chemie des Tabakrauchs: http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/9/93/AG_Nichtraucherschutz_Studien_zur_Gef%C3%

PA332 - Antrag LA 004: Übergang von Leiharbeit in festes Arbeitsverhältnis

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Das Leiharbeitsverhältnis soll nach spätestens sechs Monaten in ein festes Arbeitsverhältnis münden.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit zu erweitern:*

[2] Das Leiharbeitsverhältnis soll nach spätestens sechs Monaten in ein festes Arbeitsverhältnis münden, es sei denn der Arbeitnehmer wünscht weiter in Leiharbeit beschäftigt zu bleiben. Die Probezeit soll im Falle der Übernahme des Leiharbeitnehmers durch den Entleiherbetrieb entfallen.

Begründung

[3] -

PA333 - Verbot von Saatgutpatenten

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Hellweg

Zusammenfassung

Die Piratenpartei lehnt die Erteilung von Patenten auf Saatgut für den Geltungsbereich deutschen Rechts ab.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei lehnt die Erteilung von Patenten auf Saatgut für den Geltungsbereich deutschen Rechts ab.

[3] Sie wird sich auch auf europäischer Ebene und bei der Umsetzung europäischer Normen in nationales Recht dafür einsetzen, sowohl die Patentierung von Saatgut als auch den Einsatz patentierter Saatgüter dauerhaft auf das Minimum bei gleichzeitig nachgewiesener Risikofreiheit einzuschränken. Der rechtliche Rahmen für das Erheben von Patenten auf Saatgut ist genau und nachvollziehbar festzulegen.

[4] Die Piratenpartei befürwortet Massnahmen zur Erforschung und Reparatur bereits durch patentierte Saatgüter direkt oder indirekt geschädigter Betriebe, Anbauflächen und Genome in der Landwirtschaft. Sie setzt sich für eine Politik ein, die den Schutz natürlich gezüchteter neuer und alter Pflanzenarten und ihre allgemeine Verfügbarkeit zum Wohl aller Menschen stärkt.

[5] Die Piratenpartei wird durch ihre Arbeit im Bundestag, sowohl durch Mitarbeit in Ausschüssen als auch durch parlamentarische Mittel wie etwa sogenannte Kleine Anfragen, auf Transparenz bei der Entscheidungsfindung betreffend Saatgutpatente hinwirken, und die Ergebnisse ihrer Arbeit den davon betroffenen Bauern und Verbrauchern zugänglich machen. Die Piratenpartei wird die Lobbyarbeit der Inhaber von Saatgutpatenten für die Betroffenen transparent machen und die öffentliche Diskussion zu diesen Themen vorantreiben. Dies bedeutet auch eine genauere Beobachtung der Arbeit des Bundessortenamtes, das de facto Zulassungen für neue und alte Saatgüter (genverändert oder nicht) erteilen oder versagen kann.

Begründung

[6] Unabhängig von den ungelösten ethischen Fragen zur Patentierung von Leben können im Bereich der Patentierung speziell von Saatgut folgende Entwicklungen beobachtet werden:

[7] Geschichtlich nachweisbar sind Patente auf genetisch veränderte Organismen 1983 - der erste Patententrag stammt von Monsanto und betrifft eine genetisch veränderte Petunie.

[8] Es gibt einen Widerspruch zwischen absolutem Besitzanspruch der Patentinhaber auf das veränderte Saatgut und den biologischen Abläufen, die zur natürlichen Durchmischung der veränderten Pflanzen mit dem genpool der Umgebung führen.

[9] Die Überordnung der aus dem Patent abgeleiteten Eigentumsrechte über die Bedürfnisse der Bauern, die das Saatgut nutzen, steht im Widerspruch zur Ableitung des für die Patenterlangung genutzten Materials aus den

natürlichen Ressourcen, die von Bauern weltweit seit Beginn des Ackerbaus genutzt werden. Dieses Genom ist Teil der menschlichen Geschichte und der Geschichte des Lebens auf der Erde.

[10] Der Einsatz spezialisierter Sekundärprodukte (Dünger und Herbizide), der im Zusammenhang mit patentiertem Saatgut auftritt, bringt für Anwender und Konsumenten bislang nicht übersehbare Risiken mit sich. Eine saubere Abwägung von Nutzen und Schaden fehlt bislang.

[11] Spezielle Arten von Saatgut bedingen spezielle Arten von wirtschaftlicher Überwältigung der Abnehmer. Beispiele:

[12] Terminatorsamen - das Saatgut erbringt Feldfrüchte, die selber keine fruchtbaren Samen mehr hergeben

[13] Herbizidresistente Pflanzen - das Saatgut erbringt Feldfrüchte, die nur unter Einsatz von zusätzlichen Chemikalien Erträge erbringen

[14] das Saatgut erzeugt Pflanzen, die einheimische Kulturen dauerhaft von den Anbauflächen verdrängen, und so alternative Einkommensquellen verschliessen.

[15] Die Patentierung vorgenannter Techniken auf dem Weg der Patentierung des Saatguts verschliesst den Weg zur Weiterentwicklung von Feldfrüchten auf natürlichem Weg, etwa durch Zuchtwahl oder Kreuzung.

[16] Unter wirtschaftlichem Druck werden patentierte Saatgüter ausgebracht, deren Verträglichkeit mit dem umgebenden Ökosystem und Genom nur auf kurze Sicht erprobt wurde. Die unkontrollierte Durchmischung von patentiertem und nicht patentiertem Genom führt für die Bauern zu Rechtsunsicherheit beim Einsatz des "eigenen" Saatguts.

[17] Es gibt Anhaltspunkte für einen Gebrauch des Patentrechts durch die Rechteinhaber zur Steuerung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung im Umfeld der Nahrungsmittelproduktion. Auf den patentierten Saatgütern aufbauende Produktlinien können von den Erzeugern und anderen wissenschaftlichen Teilnehmern nicht rechtlich abgesichert entwickelt werden.

[18] Am Finanzmarkt wird Spekulation auf Unternehmenswerte wegen gehaltener Patentzahlen beobachtet. Dies führt zu einer inflationären, vom tatsächlichen Wert der Erkenntnisse / Erfindung abgekoppelten Patentierung von Genomen der Saatgüter. Es entstehen grosse, für Forschung und Erzeuger abgeschottete Bereiche, in denen kein Fortschritt bei der Entwicklung von angepassten Pflanzenarten mehr stattfindet.

[19] Preisdiktate unter Berufung auf das Patentrecht machen die wirtschaftliche Situation der Bauern zusätzlich unsicher.

[20] Abschneiden alternativer wissenschaftlicher Entwicklungspfade - das Erforschen neuer Methoden und Pflanzenarten, auch abseits der patentierten Entwicklungslinien, wird in eine rechtliche Grauzone verdrängt, da auch das Vorkommen patentierter Gensequenzen alleine in neuen Züchtungen eine Verletzung von Saatgutpatenten darstellen kann.

[21] Verringerung der Artenvielfalt bei Feldfrüchten - der Einsatz zahlreicher Pflanzen mit identischem, patentiertem Genom in einer Region steht im Widerspruch zu der natürlichen Fluktuation des Genpools bei Feldfrüchten und verringert die Chance, dass andere vorhandene Arten auf unterschiedliche Weise mit den Feldfrüchten wechselwirken. Die Entstehung von Monokulturen wird begünstigt, wobei die Monokulturen viel strenger "mono" sind als beim klassischen Anbau.

[22] Es ist eine Machtverschiebung auch im politischen Bereich zu Gunsten der Patentinhaber zu befürchten. Die politische Erpressbarkeit ganzer Staaten oder Regionen über die Versorgung / Nichtversorgung mit patentiertem Saatgut steht in Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

[23] Saatgutpatente bedingen eine Verrechtlichung des globalen Genoms und überführen das natürlche Erbe des Planeten in privates Eigentum. Das Naturerbe wird ins Rechtliche hineingezogen und in ein Instrument gesellschaftlicher Machtausübung transformiert.

[24] Weiterführende Links:

[25] http://www.testbiotech.de/taxonomy/term/124 http://www.no-patents-on-seeds.org/images/documents/report_future_of_seed
http://www.testbiotech.de/node/183

PA334 - LA 005: Gleichstellung von Leiharbeitspersonal mit der Stammbelegschaft

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert,dass Leiharbeiter in allen Belangen der Stammbelegschaft gleichgestellt werden müssen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei fordert,dass Leiharbeiter in allen Belangen der Stammbelegschaft gleichgestellt werden müssen.

[3] Dies impliziert auch, dass der Betriebsrat des Entleiherbetriebes in den Angelegenheiten des Betriebes auch für die Leiharbeiter zuständig sein muss, soweit es nicht solche Angelegenheiten sind, die ausschließlich den Entleiherbetrieb betreffen.

[4] Die Pflichten des Betriebsrates müssen in diesen Fällen vollumfänglich auch für die Leiharbeitnehmer gelten.

Begründung

[5] -

PA335 - Eine Strukturreform des deutschen Bildungswesens

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Hellweg

Zusammenfassung

Das Deutsche Bildungssystem muss strukturell, nicht inhaltlich, vereinheitlicht werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufnehmen:

[2] Das Deutsche Bildungssystem muss strukturell, nicht inhaltlich, vereinheitlicht werden. In allen 16 Bundesländern muss ein einheitlicher, für alle verbindlicher, Rahmen geschaffen werden, der auf natürliche Weise mit den jeweils besten Inhalten gefüllt werden kann.

[3] Ziel muss jedoch unbedingt sein, daß allen Schülern, egal welcher Herkunft und egal welchem sozialen umfeld sie entspringen, die gleichen Abschlußmöglichkeiten angeboten werden müssen, und zwar auf allen Ebenen. D.h. alle Abschlüsse, ob Haupt- oder Realschule Fachabitur oder Allgemeinabitur, müssen einen Wert haben und Türen öffnen für eine weiterführende berufliche oder akademische Ausbildung mit dem Ziel selbstbestimmter Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gedeihen unserer Gesellschaft. Dies muss für ganz Deutschland gelten, will heißen, das es keine Rolle spielen darf, in welchem Bundesland ein Abschluss erreicht wurde. Weiterhin muss dieses Vorhaben in ein europäisches Qualifikations- Netzwerk münden, welches bei Grenzübertritt keine Nachprüfungen oder sonstige Zusatzquallifikationen erfordert , außer selbstverständlich entsprechende Sprachkenntnisse.

Begründung

[4] Wir hier in Deutschland sind einem Bildungswirrwarr -und ich vermeide hier ganz bewusst das Wort System- unterworfen, welches in großen Teilen nicht zu begreifen ist. Schulen, ja ganze Schulzweige verkommen zu reinen Verwahranstalten, in denen den Schülern nur eine Vorbereitung auf Leben ohne Perspektiven zuteil wird. Nur das Gymnasium eröffnet in Ansätzen noch die Chance auf wirklich freie Berufswahl und auf ein einigermassen selbstbestimmtes Leben. Aber selbst das Gymnasium wird in den Bundesländern als Schulform immer verwaschener wahrnehmbar. Abschluß nach 12 oder 13 Jahren im Gymnasium oder auf der Gesamtschule, um nur zwei Bespiele zu nennen. Das Ganze gipfelt dann darin, das man mit einem Abschluss aus Hessen in Bayern nicht studieren kann. Oder nur unter erschwerten Bedingungen. Dies wiederum führt zu einem regelrechten Schultourismus, in dem Schüler, die zufälligerweise an Ländergrenzen wohnen, über diese Grenzen in ein anderes Bundesland auf die Schule geschickt werden, so das die vermeintlich schlechtere Schule auf der anderen Seite "stirbt" oder im besten Fall zu einer Schule zweiter Klasse verkommt. Es sei hier noch einmal explizit erwähnt, das eine gleiche Struktur nicht bedeutet, das jedes Kind in in jeder Schule zum gleichen Zeitpunkt das gleiche Buch gelesen haben muß - gleiche Inhalte lassen sich auf sehr verschiedene Weise vermitteln. Wichtig ist, das am Ende eines Ausbildungsabschnitts ein vergleichbarer Wissensstand zugrunde liegen muss welcher

die optimalen Wahlmöglichkeiten zur weiterführenden Ausbildung bietet. Kein Schüler darf auf Grund der gebotenen Grundlagen bevorzugt oder benachteiligt werden. Grundlage für die Beurteilung eines Schülers darf nur die von ihm oder ihr erbrachte Leistung sein.

PA336 - LA 006: Diskriminierung von Leiharbeitnehmern bei betrieblichen Zusatzleistungen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass betriebliche Zusatzleistungen, wie z.B. subventioniertes Mittagessen oder auch andere freiwillige Leistungen gleichermassen für alle Beschäftigten verfügbar sind.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit zu erweitern:*

[2] Gleiche Behandlung für gleiche Leistung!

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass betriebliche Zusatzleistungen, wie z.B. subventioniertes Mittagessen oder auch andere freiwillige Leistungen im Sinne der grundgesetzlich geschützten unternehmerischen Freiheit bleiben, aber gleichermassen für alle Beschäftigten verfügbar sind.

[4] Wir regen daher eine stärkere Zusammenarbeit aller Beteiligten an und fordern sie auf, dieser Diskriminierung beispielweise mit Betriebsvereinbarungen entgegen zu wirken.

Begründung

[5] Die Diskriminierung von Leiharbeitnehmern muss beendet werden. Auch wenn die Wirtschaft bestreitet, dass es eine Solche gibt, zeigt die Realität, dass hier ein Problem weggeredet wird. So sollen z.B. gleichwertige Sozialräume vorhanden oder die Betriebskantine zu gleichen Bedingungen nutzbar sein.

PA337 - LA 007: Haftung von Verleihbetrieben

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Zeitarbeitsunternehmen bei Nichtzahlung von Fahrtkosten / Zuschlägen an die Arbeitnehmer haften.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Zeitarbeitsunternehmen bei Nichtzahlung von Fahrtkosten / Zuschlägen an die Arbeitnehmer haften und bei wiederholtem Verstoß progressiv ansteigend sanktioniert werden, bis hin zum Entzug der Gewerbeerlaubnis.

Begründung

[3] -

PA338 - Internationale Grundsätze der Wirtschaftspolitik

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian

Zusammenfassung

Handelsbeschränkung

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland folgendes in das Kapitel Wirtschaftspolitik, einzufügen:

[2] 1.Alle Importe sind daraufhin zu prüfen, ob sie regionale Produkte behindern oder dem Nachhaltigkeitsgedanken zuwiderhandeln; und wenn ja mit entsprechenden Strafzöllen zu belegen oder ganz zu verhindern.

[3] 2.Alle Exporte sind auf ihren Sinn für die Allgemeinheit, Störung des Gleichgewichtes im Empfängerland und moralische Implikationen (z.B. Waffen) zu prüfen und gegebenenfalls zu beschränken.

[4] 3.Jede Art von profitorientierter Spekulation mit Lebensmitteln ist zu unterbinden.

Begründung

[5] Das Grundsatzprogramm muss klare Aussagen zu internationalen Handelsbeziehungen enthalten.

[6] Internationale Wirtschaftspolitik hat den Interessen der Menschen, und nicht denen multinationaler Konzerne, Billiganbietern und Umweltverschmutzern zu dienen.

PA339 - LA 008: Entkopplung der Leih-/Zeitarbeit vom ALG-II-Sektor

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Um keine Arbeitnehmer zweiter Klasse entstehen zu lassen, fordern die Piraten, dass in Eingliederungsvereinbarungen keine Aufforderung mehr festgeschrieben werden, Bewerbungen bei Zeitarbeitsunternehmen / Personaldienstleistern vorzunehmen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen an, geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit / Arbeitnehmerüberlassung zu erweitern:*

[2] Um keine Arbeitnehmer zweiter Klasse entstehen zu lassen, fordern die Piraten, daß in Eingliederungsvereinbarungen keine Aufforderung mehr festgeschrieben werden, Bewerbungen bei Zeitarbeitsunternehmen / Personaldienstleistern vorzunehmen. Eine mangelnde Eigenbemühung oder Mitwirkung gem. § 138 Arbeitslosigkeit, Absatz 4, Satz, die zu Sanktionen gem. SGB II, Unterabschnitt 5 führen könnte, darf nicht mehr geltend gemacht werden können.

Begründung

[3] Durch die bestehende Praxis werden Tarifbindungen außer Kraft gesetzt und dadurch Arbeitnehmer mit wesentlich geringeren Vergütungsmodellen konfrontiert. Die jahrzehntelangen Errungenschaften von Gewerkschaften, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber Sozialpartner sein sollen, gehören mehr und mehr der Vergangenheit an.

[4] Folglich muss verhindert werden, dass die Zeitarbeit dazu ausgenutzt wird, Menschen im Niedriglohnsektor durch die Leiharbeit zu beschäftigen. Dieses Vorgehen entspricht nicht den gesetzgeberischen Absichten.

[5] Somit ist es unumgänglich, daß Zeit- oder Leiharbeit ausschließlich zur Abdeckung von Auftragsspitzen in der Wirtschaft genutzt werden und die branchen- und tarifüblichen Leistungen erhält.

PA340 - LA 009: Festlegung einer Obergrenze für Leiharbeitnehmer

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Konkretisierung der bestehenden Forderung zur Obergrenze von Leiharbeitnehmer in einem Unternehmen

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, die bestehenden Formulierungen zur Leiharbeit im bestehenden Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 durch folgenden Text zu ersetzen:*

[2] Bestehender Text des Wahlprogramms: Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbelegschaft in Höhe von zehn Prozent einführen.

[3] Die Piratenpartei fordert den Anteil der Leiharbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten auf 10% der gesamten Stammbelegschaft zu begrenzen.

Begründung

[4] Es gibt Unternehmen, die bereits einen enorm hohen Anteil von Leiharbeitern beschäftigen und damit die Beschäftigtenstruktur komplett verändern oder sogar auf den Kopf stellen. Diese Vorgehensweise widerspricht einem sozialen und wirtschaftsorientierten Arbeitsmarkt.

[5] Diese Forderung ist bereits Bestandteil des aktuellem Wahlprogramms.

PA341 - Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Leistungsempfänger

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Graciehopper

Zusammenfassung

Der ÖPNV der Bundesrepublik Deutschland soll Empfängern von staatlichen Transferleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhaltes dienen, entgeltfrei zur Verfügung stehen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Der ÖPNV der Bundesrepublik Deutschland soll Empfängern von staatlichen Transferleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhaltes dienen, entgeltfrei zur Verfügung stehen.

[3] Die Beantragung eines Berechtigungsnachweises zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV soll einfach und die Nutzungsmöglichkeiten anderen Dauerausweisen gleichgestellt sein. Auf eine zusätzliche Ausweispflicht bei Kontrollen, die über die sonst üblichen Anforderungen hinausgeht, ist zu verzichten.

Begründung

[4] Empfänger von staatlichen Transferleistungen haben ein Anrecht auf gesellschaftliche Teilhabe, die wesentlich auch durch Mobilität ermöglicht und gefördert wird: Natur, Kultur und Mitmenschen sind per ÖPNV leichter (oder überhaupt erst) erreichbar. Der monatliche Pauschalbetrag, der zum Beispiel bei ALG 2 derzeit zur Nutzung des ÖPNV ausgewiesen ist und bei derzeit angebotenen ermäßigten Tickets im Schnitt erhoben wird, mindert für die Nutzer einen Regelsatz, der EU-weit im unteren Bereich liegt und aufgrund der wirklichkeitsfremden Kalkulation als Skandal betrachtet werden muss. Ermäßigte Tickets –wo diese Möglichkeit im Moment besteht- werden oft aus diesem Grund gar nicht erst nicht in Anspruch genommen.

[5] Es ist nicht zu rechtfertigen, dass Leistungsempfänger mit eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten und zusätzlichen Auflagen sanktioniert und diskriminiert werden.

- Beispiel ÖPNV Pauschale ALG 2: 19,20 € http://www.datentransfer24.de/Broschuere-Arbeitslosengeld2.html

PA342 - Transparenz bei der öffentlichen Verschuldung

Wahlprogramm - Transparenz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

René Röderstein

Zusammenfassung

Der Antrag ist ein Ergänzungsantrag zu PA271 und formuliert einen konkreten Umsetzungsvorschlag für die in PA271 geforderte Offenlegung der öffentlichen Verschuldung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag ggf. modular beschließen und als Ergänzung zu PA271 in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Modul 1: Die Piraten fordern hierzu eine Auflistung der einzelnen Schuldenpositionen inkl. der Höhe der jeweiligen Verbindlichkeit sowie des vereinbarten Zinssatzes. Eine namentliche Nennung der Gläubiger soll ab einer Meldegrenze von 3% am Anteil der Gesamtverschuldung der jeweiligen Gliederung erfolgen.

[3] Modul 2: Die Namen von Privatpersonen werden aus Gründen des Datenschutzes grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Begründung

[4] Im Zuge der Finanzkrise ist offensichtlich geworden, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand eine nicht zu unterschätzende Abhängigkeit von privaten Gläubigern mit sich bringt. Ein bekanntes Beispiel ist der Einfluss, den die Bonitätseinschätzung privater Rating-Agenturen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten sowie auf die Höhe der jeweiligen Zinsausgaben hat. Die Forderung nach der Offenlegung der öffentlichen Schulden leitet sich aus der Forderung des Parteiprogramms nach Offenlegung der vertraglichen Verpflichtungen des Staates ab.

PA343 - Verpflichtende Kurse zur Selbstverteidigung ab der Klasse 6

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 / Mirjam Sturmann-Püttcher

Zusammenfassung

Um allen Kindern, unabhängig vom sozialem und finanzielem Umfeld die Teilnahme an Selbstverteidigungskursen zu ermöglichen, sollten diese Kurse verpflichtend an jeder Schule in der 6.Klasse durchgeführt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei möge beschließen an geeigneter Stelle folgenden Antrag im Wahlprogramm aufzunehmen.

[2] Die Piratenpartei setzt sich für bundesweit einheitliche Selbstverteidigungskurse im Rahmen des Sportunterrichtes an Schulen ab der 6. Klasse ein. Diese Kurse sollen die Kinder befähigen in Notsituationen angemessen zu handeln und sich selbst zu verteidigen. Der Kurs sollte durch Ausbilder der Polizeischulen in Zusammenarbeit mit den Schulen durchgeführt werden. Konzeptionell im Rahmen der Präventivarbeit gegen Gewalt an Schulen. Die Finanzierung kann aus Landes- oder Bundesmittel im Rahmen der Präventivarbeit bestritten werden.

Begründung

[3] In 2011 stieg die Zahl der Missbrauchsfälle um 4,8 % gegenüber dem Vorjahr auf eine Zahl von über 12.000. Sicherlich können diese Kurse die Zahlen nur geringfügig verändern, jedoch zeigt sich bei den freiwillig durchgeführten Selbstverteidigungskursen an Schulen eine deutliche Verringerung der Übergriffe. Gerade die nicht zur Anzeige gebrachten "Grenzfälle" von Übergriffen sind hoch. Durch ein selbstbewusstes Auftreten können Kinder so geschützt werden.

PA344 - LA 010: Erweiterter Kündigungsschutz von Leiharbeitnehmern

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert, die gesetzlichen Kündigungsfristen der Leiharbeiter den Regelungen der festangestellten Arbeitnehmer des Unternehmens gleichzustellen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen an, geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit / Arbeitnehmerüberlassung zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei fordert, die gesetzlichen Kündigungsfristen der Leiharbeiter den Regelungen der festangestellten Arbeitnehmer des Unternehmens gleichzustellen. Diese Fristen sollen auch in den gängigen branchenüblichen Tarifverträgen zeitnah umgesetzt werden.

Begründung

[3] Die Beteiligung der Gewerkschaften ist gerade wegen der Tarifautonomie wichtig und sinnvoll zugleich. Die Tarifhoheit der Gewerkschaften darf nicht unterlaufen werden. Es soll aber in jedem Fall erreicht werden, die kurzen Kündigungsfristen zum Schutz der Beschäftigten zu verlängern, da in der Praxis häufig im Fall der Erkrankung eines Leiharbeitnehmers das Arbeitsverhältnis mit dem Leiharbeitnehmer durch den Entleiher beendet wird.

PA345 - LA 011: Lohnfestsetzung

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Konkretisierung der bestehenden Forderung im Wahlprogramm: Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen, die bestehenden Formulierungen zur Leiharbeit im bestehenden Wahlprogramm durch folgenden Text zu ersetzen:*
Bestehender Text des Wahlprogramms: Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

[2] Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können. Sie sollen den gleichen Lohn erhalten wie die Mitarbeiter des Betriebes, in welchen sie entliehen werden Für die ihnen abverlangte Flexibilität sollen sie zusätzlich noch einen tariflich zu vereinbarenden oder gesetzlichen Lohnzuschlag erhalten.

Begründung

[3] -

PA346 - LA 012: Mehr Kontrolle bei Zeitarbeitsverhältnissen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Ähnlich wie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sollen die Beschäftigungsverrhältnisse stärker kontrolliert werden.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschliessen an, geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zur Leiharbeit / Arbeitnehmerüberlassung zu erweitern:*

[2] Ähnlich wie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sollen die Beschäftigungsverrhältnisse stärker kontrolliert werden. Für Zeiten der Nichtbeschäftigung, die der Leiharbeitsnehmer nicht zu vertreten hat, müssen Leiharbeitnehmer trotzdem bezahlt werden. Gleiches gilt bei ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit.

Begründung

[3] Die Leiharbeitnehmer müssen in ihren bestehenden (Leih)-Arbeitsverhaltnissen und der damit verbundenen Flexibilität in jedem Falle mindestens auch die gesetzlich vorgesehenen Leistungen erhalten. Dies muss beispielsweise auch im Falle der Erkrankung und damit im Falle der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall gelten.Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften muss stärker kontrolliert werden, um den Leiharbeitnehmern die ihnen zustehenden Rechte zu garantieren.

PA347 - Deutsche Gebärdensprache als Amts- und Gerichtssprache

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Schurig, Johannes Britz, Anatol Stefanowitsch, Julia Probst, Petra Brandt

Zusammenfassung

Deutsche Gebärdensprache als Amts- und Gerichtssprache anerkennen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, in das Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl unter dem Punkt “Integration und Inklusion“ aufzunehmen:

[2] **Deutsche Gebärdensprache als Amts- und Gerichtssprache**

[3] Für die Mehrheit der mehr als 80.000 Gehörlosen in Deutschland ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS) das bevorzugte oder sogar einzige Kommunikationsmittel. Der DGS kommt damit eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung einer Teilhabe von Gehörlosen an gesellschaftlichen Prozessen zu. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich deshalb dafür ein, die Deutsche Gebärdensprache als Amts- und Gerichtssprache anzuerkennnen.

[4] Der Satz „Die Amtssprache/Gerichtssprache ist Deutsch“ ist in allen betreffenden Gesetzen zu ändern in „Die Amtssprachen/Gerichtssprachen sind Deutsch und Deutsche Gebärdensprache.“

Begründung

[5] In Deutschland leben mehr als 80.000 Gehörlose, von denen die Mehrheit die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als Muttersprache und somit als bevorzugte Kommunikationsform hat. Der DGS kommt damit eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung einer Teilhabe von Gehörlosen an gesellschaftlichen Prozessen zu.

[6] Das Behindertengleichstellungsgesetz erkennt die DGS bereits als eigenständige Sprache an (BGG, §6, Abs. 1) und spricht hör- oder sprachbehinderten Menschen das Recht zu, gegenüber staatlichen Institutionen die DGS zu verwenden, „soweit dies zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren erforderlich ist“ (BGG, §9). Das Sozialgesetzbuch nennt als einzige Amtssprache zwar Deutsch, spricht aber hörbehinderten Menschen ebenfalls das Recht zu, „zur Verständigung in der Amtssprache Gebärdensprache zu verwenden.“ Hier wird die DGS damit allerdings nicht als eigenständige Sprache, sondern als Form der Amtssprache Deutsch behandelt.

[7] Mit einer eindeutigen Anerkennung der DGS als zweiter Amts- und Gerichtssprache neben dem Deutschen würden diese Einzel-, bzw. Ausnahmeregelungen hinfällig und Gehörlose wären in ihrer Kommunikation mit staatlichen Institutionen anderen Bürger/innen durchgängig gleichgestellt. Außerdem wäre die Unklarheit bezüglich der Eigenständigkeit der DGS beseitigt.

[8] Eine Anerkennung der DGS als Amtssprache wäre außerdem ein starke Grundlage für weitere von uns geplante Initiativen, z.B. zur verpflichtenden Verwendung der DGS in der Hörgeschädigtenpädagogik und zur verpflichtenden Verdolmetschung von Fernsehsendungen in DGS.

[9] Andere Länder wie Neuseeland (1) und Island (2) haben die Gebärdensprache längst als Amtssprache aufgenommen. Uganda (3) hat zum Beispiel gesetzlich verankert, dass die Gebärdensprache gefördert wird.

- (1) http://de.wikipedia.org/wiki/Neuseel%C3%A4ndische_Geb%C3%A4rdensprache
- (2) http://www.icelandreview.com/icelandreview/deutsch/nachrichten/Geb%C3%A4rdensprache_jetzt_Amtssprache_
- (3) http://www.gehoerlosen-afrikaprojekt.de/web/wiss_gl_uganda.htm

Antragsteller_innen

- Anatol Stefanowitsch
- Johannes Britz
- Julia Probst
- Petra Brandt
- Stephan Schurig
- http://wiki.piratenpartei.de/AG Barrierefreiheit

Weiterführende Links

- http://www.scilogs.de/wblogs/blog/sprachlog/sprachpolitik/2011-06-02/hinweis-petition-zur-deutschen-geb-rdensprache
- http://www.avaaz.org/de/petition/Gebardensprache_als_Amtsprache_bzw_Minderheitssprache_anerkennen/?cPaFJab (ältere Petition)

[10] Gesetze, in denen das Deutsche als Amtssprache festgelegt ist:

- **Bundesverwaltungsverfahrensgesetz**, §23: http://www.gesetze-im-internet.de/vwvfg/__23.html
- Ebenso die **Verwaltungsverfahrensgesetze aller Bundesländer** (keine Verlinkung, sie haben im Prinzip alle einen fast gleichlautenden Paragrafen)
- Das **Sozialgesetzbuch**, Buch 10, §19, Abs. 1: http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_10/__19.html – dort ist DGS übrigens der Amtssprache gleichgestellt:
  - „(1) Die Amtssprache ist deutsch. Hörbehinderte Menschen haben das Recht, zur Verständigung in der Amtssprache Gebärdensprache zu verwenden; Aufwendungen für Dolmetscher sind von der Behörde oder dem für die Sozialleistung zuständigen Leistungsträger zu tragen.“
- Außerdem ist Deutsch als ***Gerichtssprache festgelegt, und zwar im*** Gerichtsverfassungsgesetz **§184: http://www.gesetze-im-internet.de/gvg/__184.html**

[11] Die Gebärdensprache in deutschen Gesetzen:

- http://gehoerlosen-bund.de/dgb/index.php?option=com_content&view=article&id=1544%3Adiegebaerdenspracheind

PA348 - Thema Mindestlohn als eigenen Punkt im Wahlprogramm

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Der Mindestlohn ist ein eigenständiges Thema und soll daher im Wahlprogramm auch gesondert behandelt werden.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, im bestehenden Wahlprogramm die Überschrift "Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn" in "Bedingungsloses Grundeinkommen" zu ändern.*
Es soll die Überschrift "Mindestlohn" eingefügt werden und zwar oberhalb des Satzes: "Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein."

Begründung

[2] Der Mindestlohn ist ein eigenständiges Thema und soll daher im Wahlprogramm auch gesondert behandelt werden.

[3] Link: http://www.piratenpartei.de/politik/gesellschaftliche-teilhabe/arbeit-und-soziales/#BGE

PA349 - Grundsatzantrag Bedingungsloses Grundeinkommen

Grundsatzprogramm - BGE

LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei hält das Bedingungslose Grundeinkommen (bGE) für die erstrebenswerteste Lösung zur Erreichung des Zieles, jedem Menschen das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen. Es sollte im Grundsatzprogramm der Punkt „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe“ wie folgt verändert werden:*

[2] Modul 1:

[3] Der letzte Absatz des Punkte „Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe

[4] *„Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.“*

[5] wird gestrichen und durch folgenden ersetzt:

[6] “Ziel: Einführung des “Bedingungslosen Grundeinkommens“

[7] Die Piratenpartei hält das Bedingungslose Grundeinkommen (bGE) für die erstrebenswerteste Lösung zur Erreichung des Zieles, jedem Menschen das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe zu gewähren.“

[8] Modul 2:

[9] “Ein BGE muss einen individuellen Rechtsanspruch darstellen und ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen jedem Bürger garantiert werden.“

[10] Modul 3:

[11] “Dabei legen wir uns nicht auf ein bestimmtes Modell fest.“

[12] Modul 4:

[13] “Wir sind der Überzeugung, dass der Prozess der Erarbeitung konkreter Schritte hin zu einem BGE nur mit Beteiligung der gesamten Bevölkerung möglich ist und setzen uns entsprechend für einen breiten Diskurs auf politischer Ebene ein.“

[14] Modul 5:

[15] “Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.“

PA350 - PG ALG-II 001: Korrektur des Sozialgesetzbuches

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Solange das Bedingunslose Grundeinkommen (BGE) noch nicht gesetzlich verankert ist, fordert die Piratenpartei eine Änderung der bestehenden SGB-Gesetzgebung

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Solange das von der Partei geforderte und für dringend notwendig gehaltene Bedingunslose Grundeinkommen (BGE) noch nicht gesetzlich verankert und die SGB II - Gesetzgebung in Kraft ist, fordert die Piratenpartei eine radikale Änderung der bestehenden SGB II- Gesetzgebung. Die bisherigen Gesetzesänderungen sind teilweise nicht grundgesetzkonform und reichen vor allem nicht aus, um den verfassungsmässigen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

[3] Die mit der AGENDA 2010 begonnene Korrektur der SGB II Gesetzgebung ist nicht mehr zeitgemäß und letztendlich gescheitert, was auch durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bestätigt wird. Aus Sicht der Partei ist es daher geboten, kurzfristige Reperaturen an dem Gesetz und der Struktur der Behörden vorzunehmen, um die fortwährende Demütigung der Bezieher zu beenden.

Begründung

[4] -

PA351 - PG ALG-II 002: Keine Zeitverträge & bessere Qualifizierung

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei verfolgt das Anliegen, dass die Mitarbeiter der Jobcenter im Regelfall unbefristete Arbeitsverträge erhalten, um permanent gleichmässige Ausbildungs- und Bearbeitungsstandards zu gewährleisten.

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei verfolgt das Anliegen, dass die Mitarbeiter der Jobcenter im Regelfall unbefristete Arbeitsverträge erhalten, um permanent gleichmässige Ausbildungs- und Bearbeitungsstandards zu gewährleisten. Damit werden die Grundlagen geschaffen, dass die Leistungsberechtigten umfassender aufgeklärt, beraten und vermittelt werden können. Befristete Arbeitsverhältnisse müssen, wie in der Privatwirtschaft, die Ausnahme bleiben und dürfen nicht zur Regel werden.

[3] Wir fordern eine regelmässige, qualitativ hochwertige Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter, in den Jobcentern, die fachliche und soziale Kompetenzen vermitteln müssen.

Begründung

[4] Die Argumentation zum Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse in der freien Wirtschaft, um flexibel auf die Wirtschaftslage reagieren zu können, darf für die Behörden im sozialen Bereich nicht gelten. Für den Bund und die Kommunen muss es möglich sein, eine mittel- bis langfristige Personalplanung zu realisieren.

[5] Den neu eingestellten und befristet beschäftigten Mitarbeitern muss unbedingt eine berufliche Perspektive in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis geboten werden, um den Mitarbeitern die notwendige Sicherheit bei deren für die Bedürftigen wichtigen Entscheidungen zu geben. Gleichzeitig wird dadurch der unnötigen Fluktuation der Mitarbeiter ebenso wie der Mehrfachfinanzierung der notwendigen Einführungsschulungen vorgebeugt.

PA352 - PG ALGII 003: Organisation des Jobcenters

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenprtei setzt sich dafür ein, dass die Mitarbeiter im Vermittlungsbereich nur diejenigen Berufsgruppen berät, deren Berufsbilder sie kennen und damit auch über das nötige Fachwissen verfügen.

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Die Piratenprtei setzt sich dafür ein, dass die Mitarbeiter im Vermittlungsbereich nur diejenigen Berufsgruppen berät, deren Berufsbilder sie kennen und damit auch über das nötige Fachwissen verfügen.

[3] Die Zuordnung und Betreuung der Arbeitslosen im Vermittlungsbereich darf nicht zum Beispiel nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des Antragstellers, Stadtteilen, BG-Nummern oder anderen bürokratischen Kriterien erfolgen, sondern muss sich zum einen an der Qualifikation des Antragstellers und zum anderen an den beruflichen und fachlichen Eignungen der Mitarbeiter orientieren. Das heißt, dass das Leistungs- und Vermittlungspersonal auch mit den fachlichen Inhalten und Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppen vertraut sein muß.

[4] Die aktuelle Zuordnung ist weder praktikabel noch sinnvoll und gehört somit abgeschafft.

Begründung

[5] -

PA353 - Flucht aufgrund von geschlechtlicher und sexueller Orientierung ist als Asylgrund ernstzunehmen!

Wahlprogramm - Asyl LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

kevusch, incredibul, Carridwen, Kpeterl

Zusammenfassung

Für die Piratenpartei ist die freie Entfaltung und Auslebung der geschlechtlichen und sexuellen Identität ein unantastbares Menschenrecht. Menschen, die aus Staaten flüchten, die dieses Menschenrecht missachten, müssen uneingeschränkt Schutz erhalten.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, an geeigneter Stelle, folgendes Einzufügen:

[2] In vielen Staaten ist die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität alltäglich, schränkt sie in ihrem täglichen Leben stark ein und zwingt sie zu einem Leben im Verborgenen.

[3] Für die Piratenpartei ist die freie Entfaltung und Auslebung der geschlechtlichen und sexuellen Identität ein unantastbares Menschenrecht, das in einem demokratischen Staat unter besonderen Schutz gestellt werden muss.

[4] Menschen, die in Staaten leben, die dieses Menschenrecht missachten, und deshalb zu einer Flucht aus ihren Herkunftsländern gezwungen werden, müssen diesen uneingeschränkt erhalten. Sobald in einem Staat eine einvernehmliche Sexualität, die in der Bundesrepublik gelebt werden darf, verfolgt wird, ist Flüchtlingen aus diesen Ländern Asyl zu gewähren, ohne, dass der Nachweis einer konkreten Verfolgung zu erbringen ist.

[5] Der politischen Verfolgung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität muss international entgegengewirkt werden. Auf nationaler Ebene ist eine Reform des Asylrechts in diese Richtung dringend und zeitnah notwendig, auch, um international ein Zeichen gegen Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen zu setzen.

Begründung

[6] Zwar ist es bereits ein akzeptierter Asylgrund, wenn aufgrund des "Andersseins" oder der sexuellen Orientierung eine Verfolgung vorhanden ist.

[7] Faktisch ist das jedoch nicht so einfach. Italien geht dort andere Wege und gewährt Asyl, sobald eine gewisse Sexualität in dem Herkunftsland unter Strafe gestellt ist (beispielsweise Homosexualität).

[8] Das muss sich ändern und festgeschrieben werden.

[9] Da das Thema aktuell ist und eine genauere Fortsetzung des Bundesprogramms ist, passt es meiner Meinung nach sehr gut in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013.

[10] Quellen

[11] http:www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylrecht/asylrecht-node.html

[12] http:www.taz.de/!90469/

PA354 - PG ALG II 005: Transparenz bei Informations- und Beratungspflichten

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Jobcenter: Es sollen verbindliche, nachvollziehbare Informations- und Beratungsrichtlinien im Jobcenter geschaffen werden, die dem Leistungsberechtigten zugänglich sein müssen.

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Es sollen verbindliche, nachvollziehbare Informations- und Beratungsrichtlinien für das Jobcenter geschaffen werden, die dem Leistungsberechtigten zugänglich sein müssen. Der Leistungsberechtigte ist schriftlich vollumfänglich und konkret im Vorfeld über seine Rechte und Pflichten aufzuklären.

[3] Alle internen Arbeitsanweisungen sind offen zu legen.

Begründung

[4] Die allgemeinen Broschüren sowie die umständlichen Online- Informationen sind nicht ausreichend und oft nur schwierig bis überhaupt nicht zu finden. Die Grundlagen der Entscheidungen müssen für jeden Betroffenen zugänglich und nachvollziehbar sein.

PA355 - Flüssige Demokratie für Europa

Wahlprogramm - Europa PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Exile

Zusammenfassung

Direktdemokratische Bausteine wie das "Euroliquid" gehören längerfristig in eine europäische Demokratiearchitektur eingebunden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl an geeigneter Stelle folgenden Programmpunkt einzufügen:

[2] Wir als Piratenpartei Deutschlands setzen uns auch im europäischen Rahmen für eine Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie ein. Initiativen die zu einem flüssigeren Demokratieverständniss in Europa führen begrüBen wir. In diesem Zusammenhang halten wir die Erprobung des „Euroliquids" als europäisches LiquidFeedback-Modell für zukunftsweisend.

Begründung

[3] Die repräsentative Demokratie, so wie sie derzeit in Europa gelebt wird, bedarf dringend einer Erneuerung. Am Beispiel der Schweiz kann man die belebende Wirkung einer echten Bürgerbeteiligung für das Demokratieverständniss und die Akzeptanz von Demokratie sehen. Auch Europa muss einen effektiven Weg finden seine Bürger in die politische Meinungsbildung mit einzubeziehen. Die Errungenschaften der „digitalen Revolution" können in diesem Zusammenhang eine existenzielle Rolle einnehmen. Durch weitere Fortführung der Entwicklungsarbeit an netzbasierten Demokratiestrukturen und flüssiger Demokratiekonzepte im europäischen Rahmen wie beim "Euroliquid" vorgeschlagen, können die Piraten wichtige Impulse und Erfahrungen zur Verbesserung der Demokratie in Europa beitragen.(http://wiki.ppeu.net/doku.php?id=euroliquid)

PA356 - PG ALGII 006: Qualifizierungsmassnahmen von ALG II Empfängern

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert, dass Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung und entsprechender Berufserfahrung durch geeignete Weiterbildungen qualifiziert werden.

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei fordert, dass Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung und entsprechender Berufserfahrung durch geeignete Weiterbildungen qualifiziert werden, sofern sie dies wünschen.

[3] Dies soll insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer gelten.

Begründung

[4] Derzeit berücksichtigen die Jobcenter hohe Fachkompetenz nicht.

[5] Fachkompetenz sowie Lebens- und Berufserfahrung dieser Menschen können durch eine Förderung der pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten gezielt im Bereich Bildung und Ausbildung eingesetzt werden.

PA357 - PG ALGII 007: Anwendung des Informationsfreiheitsgesetzes

Wahlprogramm - ALG-II/Hartz-IV PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert das uneingeschränkte Recht auf Akteneinsicht sowie die Pflicht zur Aushändigung der gesamten persönlichen -auch digitalen- Dokumentation nach jedem Termin bei der Arbeitsverwaltung.

Antragstext

[1] *Die Piratenpartei möge beschliessen, an geeigneter Stelle das Wahlprogramm um den nachfolgenden Programmtext zum Thema ALG II zu erweitern:*

[2] Die Piratenpartei fordert das uneingeschränkte Recht auf Akteneinsicht zu jeder Zeit sowie die Pflicht zur Aushändigung der gesamten persönlichen -auch digitalen- Dokumentation (Aufzeichnungen, Profiling etc.) nach jedem Termin bei der Arbeitsverwaltung.

Begründung

[3] Um den Interessen der Leistungsberechtigten gerecht zu werden, muss ihm die Möglichkeit der umfassenden Information gegeben werden, um der Behörde gleichberechtigt, d.h. auf “Augenhöhe“ und gerade nicht in einem Über-/Unterordnungsverhältnis gegenüberzustehen.

PA358 - Bankenpleiten sind durch die Eigentümer und Gläubiger zu tragen

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Squad Finanzen, Haushalt und Steuern

Zusammenfassung

Ziel des Antrags ist es, in Zukunft wieder von Bankenrettungen durch Staaten abzuweichen und die Steuerzahler von diesem Risiko zu befreien. Die Haftung ist den Eigentümern zuzusprechen. Auch die Gläubiger sollen beteiligt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text als Modul im Programmteil "Wirtschaftspolitik" in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Bankenpleiten sind durch die Eigentümer und Gläubiger zu tragen

[2] Schieflagen, Insolvenzen, Abwicklungen von Banken dürfen nicht zu Lasten des Steuerzahlers gehen. Bei der Restrukturierung, Abwicklung bzw. Insolvenz von Banken sollen zunächst die Eigentümer der Bank haften. Danach müssen auch die Gläubiger der Bank an den Verlusten beteiligt werden. Dies kann u.a. dadurch erfolgen, dass die Gläubiger neues Eigenkapital durch Schuldumwandlung bereitstellen (z.B. Tausch von Gläubiger-Forderungen in Unternehmens-Anteile). Um das Risiko bei Landesbanken (deren Eigentümer auch die Bundesländer sind) zu reduzieren bzw. zu minimieren, ist deren Geschäftsfeld eng zu definieren.

Begründung

[3] Für die Piratenpartei gibt es keine Too-big-to-fail-Banken (sogenannte systemrelevante Banken). Banken müssen pleite gehen können. Anteilseigner und Gläubiger (außer Einlagen bis mindestens zur Haftungsgrenze gemäß Einlagensicherungs- und Anlageentschädigungsgesetz EAEG oder ähnliches) haften für die entstehenden Verluste. Die auch in Aktien der Bank oder anderen Anlagen der Bank innewohnenden Risiken müssen dem Anleger wieder bewusst werden.

[4] Der Antrag lehnt stark an an Modul 4 von PA0078 an. Dieser Antrag hier soll in das Grundsatzprogramm übernommen werden. Er spezifiziert zudem noch die Situation der Landesbanken. Dies ist insofern wichtig, dass Liquiditätsengpässe (z.B.WestLB) und Fehlspekulationen (Bankgesellschaft Berlin) auch nicht an landeseigenen Banken vorübergehen. Eine politische Umsetzung dieses Antrags hätte im beabsichtigten Sinne den Skandal um die Bankgesellschaft Berlin verhindert.

PA359 - Leitlinien für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland

Wahlprogramm - BGE PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers für die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Leitlinien für die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag folgenden Text als Positionspapier beschließen*

[2] Die Piratenpartei Deutschland möchte im Bundestag eine Enquete-Kommission einrichten, die mögliche Wege zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüft. Über die Einführung soll ein Volksentscheid stattfinden.

[3] Mit den nachfolgenden Leitlinien möchten wir in Dialog mit der Bevölkerung treten, um für die Idee eines Grundeinkommens zu werben, aber auch unsere Vorstellungen mit denen der Mehrheit abzugleichen.

[4] 1. Ein Grundeinkommen ist seriös zu finanzieren. Wir PIRATEN starten mit vorsichtigen Annahmen und einem geringen Grundeinkommen - sollte die Entwicklung dann günstiger verlaufen als die Annahmen, ist die Erhöhung des Grundeinkommens schnell beschlossen. Die Einführung eines Grundeinkommens darf jedoch nicht zur Schlechterstellung von wirtschaftlich Schwachen führen.

[5] 2. Wir halten das derzeitige ALG II - System für nicht sinnvoll reformierbar und wollen es baldmöglichst durch ein Grundeinkommenssystem ersetzen. Von daher ist das Grundeinkommen zumindest zunächst primär über die Einkommenssteuer zu finanzieren. Über eine stärkere Finanzierung mittels Umsatzsteuer ("Mehrwertsteuer") kann nachgedacht werden, sobald innerhalb des europäischen Binnenmarktes die Bereitschaft zu einer deutlichen Erhöhung der Umsatzsteuer besteht.

[6] 3. Die Einführung eines Grundeinkommens wird das Steuer- und Sozialsystem erheblich verändern und somit in mehreren Schritten erfolgen müssen. Dies können viele kleine Schritte sein, es können jedoch auch einige größere Schritte vorgenommen werden.

[7] 4. Ein Grundeinkommen wird zusätzlich zu Erwerbseinkommen und Renten- oder Pensionsbezug gezahlt. Es wird jedoch nicht anders zu finanzieren sein, als dass diese Einkommen stärker besteuert werden. Eine Kombination aus Grundeinkommen und Rentenbezug wird das Problem der Altersarmut wirksam bekämpfen.

[8] 5. Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell.

[9] 6. Mittelfristig muss das Grundeinkommen den "vier Kriterien" (ohne Bedingungen, existenzsichernd, individuell berechnet, ohne Bedürftigkeitsprüfung) genügen. In der Phase der Einführung sind Modelle denkbar, die diesen Kriterien nur teilweise genügen.

[10] 7. Wir wollen vorerst die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung als paritätisch finanzierte Sozialversicherung fortführen. Die Krankenkassen sollen auf ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen umgestellt werden,

damit alle Einkommmen unabhängig von Einkommensart und Beitragsbemessungsgrenzen herangezogen werden. Dabei muss eine ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens sichergestellt werden. Es darf keine “Behandlung nach Kassenlage“ erfolgen.

[11] 8. In Kombination mit einem Grundeinkommen könnte die Einkommenssteuer mittels einer sogenannten Flat Tax (die wir ohne eine solche Kombination strikt ablehnen) erhoben werden. Durch diese Kombination entsteht faktisch eine progressive Belastung höherer Einkommen, ohne dass diese Progression in den Einzelkomponenten enthalten ist. Dies ermöglicht ein besonders einfaches Steuersystem mit geringem Verwaltungsaufwand. Auf ähnliche Ergebnisse würde man mittels einer sogenannten negativen Einkommenssteuer kommen. Wir bevorzugen jedoch die Kombination aus Grundeinkommen und Flat Tax als dem Modell mit dem deutlich geringeren Verwaltungsaufwand.

Begründung

[12] *Dieses Positionspapier ergänzt PA 175*

Begründung

[13] Wir stecken derzeit in der Problematik, bezüglich des Grundeinkommens keine fertige Lösung anbieten zu können und auch nicht zu wollen: Das Grundeinkommen soll zusammen mit der Bevölkerung entwickelt werden, die bei der Einführung das “letzte Wort“ haben soll. Bei der Diskussion mit den Wählern ist jedoch die Formel “Enquete-Kommission und Volksentscheid“ jedoch deutlich zu unkonkret. Aus dieser Problematik soll dieses Positionspapier heraushelfen. Es soll keine fertige Lösung präsentieren, sondern ein paar Ideen skizzieren, in welche Richtung es gehen könnte, mit der ausdrücklichen Aufforderung an die Bevölkerung, mit uns in den Dialog zu treten und diese Ideen zu diskutieren.

[14] Um einem unproduktiven Modellstreit so weit wie möglich aus dem Weg zu gehen, sollen Modelle in den Hintergrund treten und nur als Ideensammlung betrachtet werden. Konkrete Modelle werden dem Positionspapier deshalb nur als Anhang hinzugefügt. Dadurch lassen wir den eventuell in den Bundestag gewählten Piraten sowohl bei ihrer einzelnen Gewissensentscheidung als auch bei ihrem Handeln als Fraktion alle Freiheiten, andere, in ihren Augen bessere oder als Kompromiss halt notwendige Vorschläge zu unterstützen.

[15] Dennoch sind für manchen Wähler konkrete Umsetzungsvorschläge wichtig. Wir könnten daher unsere Ideen in einem oder mehreren Anhängen konkretisieren, um damit eine Bandbreite möglicher Lösungen aufzuzeigen. Voraussetzung sollte jedoch ein gewisser Ausarbeitungsstand inklusive belastbarer Finanzierungsvorschläge sein. Solche Anlagen eröffnen uns die Möglichkeit, an Infoständen mit einem Notebook zu stehen, und für jede uns genannte Einkommenssituation das derzeitige Haushaltseinkommen mit dem Haushaltseinkommen nach einer solchen Reform zu vergleichen.

Zur Seriosität

[16] Mit dem ersten Punkt stellen wir klar, dass es “Wolkenkuckucksheim“ mit uns nicht geben wird und wir auch kein Schlaraffenland versprechen. Das Grundeinkommen ist für uns kein Marketing-Gag für den Wahlkampf, sondern wir wollen es tatsächlich umsetzen. Von daher gehen wir an das Grundeinkommen nach dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht heran.

[17] In diesem Zusammenhang heben wir hervor, dass die Einführung eines Grundeinkommens - bei aller kaufmännischen Vorsicht - nicht zur Schlechterstellung von wirtschaftlich Schwachen führen darf.

Einkommenssteuer für den ersten Schritt

[18] Wir stellen klar, dass wir das ALG II-System insgesamt für nicht reformierbar halten. Daher müssen Teile des Steuer- und Sozialsystems komplett neu konzipiert werden.

[19] Wenn wir unter anderem ALG II durch das Grundeinkommen ersetzen wollen, muss die Finanzierung kurzfristig umsetzbar sein. Daher scheiden für diesen ersten größeren Schritt primär mehrwertsteuerfinanzierte Modelle aus. In einem gemeinsamen Binnenmarkt kann man nicht im nationalen Alleingang ein Vielfaches der Mehrwertsteuersätze der Nachbarländer erheben.

[20] Die Idee eines überwiegend oder komplett über die Mehrwertsteuer finanzierten Grundeinkommens soll jedoch nicht auf Dauer ausgeschlossen werden.

Schritte

[21] Es gibt sowohl die Idee, das Grundeinkommen über viele kleine Schritte (Sockeleinkommen) einzuführen, als auch die Idee einer großen Systemumstellung mit anschließender Erhöhung in kleineren Schritten. Beide Wege haben ihre Berechtigung. Vor dem Hintergrund, dass letztlich der Wähler entscheidet, sollten wir uns nicht abschließend auf ein bestimmtes Modell festlegen und uns weiterhin offen der Diskussion stellen

Additives Grundeinkommen

[22] Ein Grundeinkommen wird zwar Sozialleistungen wie ALG II, Kindergeld, und ähnliche Leistungen ersetzen, soll aber grundsätzlich additiv zum normalen Einkommen und zur Rente hinzukommen.

[23] Das additive (zusätzliche) Grundeinkommen bekommt jeder unabhängig von seiner Einkommenssituation. Ein substitutives Grundeinkommen wird bis zu 100 % mit dem Einkommen verrechnet.. Ein substitutives (ersetzendes) Grundeinkommen wäre zwar zunächst einfacher zu finanzieren, würde jedoch den Sinn einer Erwerbsarbeit in Frage stellen. Im Bereich der Renten wäre es dazu mit hoher Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.

[24] Dass die Kombination aus Grundeinkommen und Altersrente das Problem der Altersarmut weitgehend löst, soll hier noch mal ausdrücklich erwähnt werden - wenn wir mit dem BGE eine überzeugende Lösungen für das Problem der Altersarmut haben, dann sollten wir damit auch Wahlkampf machen.

Grundeinkommen für Kinder und Jugendliche

[25] Schon jetzt werden für Kinder und Jugendliche im Steuer- und Sozialrecht niedrigere Existenzminima angesetzt als für Erwachsene. Die jetzige Berechnung der Bedarfe halten wir in hohem Maße für fragwürdig, sehen aber auch keinen Bedarf in exakt gleicher Höhe. Von daher wollen wir altersabhängige Sätze zulassen, fordern aber auch eine deutliche Besserstellung der Familien.

Die vier Kriterien

[26] Die vier Kriterien (ohne Bedingungen, existenzsichernd, individuell berechnet, ohne Bedürftigkeitsprüfung), die auch in unserem Wahlprogrammbeschluss stehen, werden an dieser Stelle noch mal ausdrücklich als mittelfristiges Ziel bestätigt. Daneben soll klargestellt werden, dass der erste Schritt nicht gleich schon alle diese Kriterien erfüllen muss. Dies soll die Möglichkeit eröffnen, sich hinter Modelle stellen zu können, die nicht hemmungslos schöngerechnet sind.

Sozialversicherungen

[27] Überall dort, wo die Leistung nicht von den Beiträgen abhängt - also Kranken- und Pflegeversicherung - soll komplett auf steuerfinanziert umgestellt werden, so dass sich alle Einkommen in voller Höhe an der Finanzierung beteiligen.

Steuermodelle

[28] Der letzte Absatz skizziert die beiden Möglichkeiten, das Grundeinkommen erst einmal in Kombination mit einer Flat Tax (einheitlicher Steuersatz für alle Einkommen) einzuführen, oder durch die negative Einkommenssteuer.

[29] Beide Möglichkeiten führen zu gleichen finanziellen Ergebnissen für den Einzelnen. Für die Flat+GE-Lösung spricht der deutlich geringere Verwaltungsaufwand. Bei der negativen Einkommenssteuer müssen alle Einwohner oder zumindest alle Haushalte steuerlich erfasst werden. Bei der Kombination aus Flat und Grundeinkommen werden nur noch die Unternehmen veranlagt. Es wird jedoch auch hier wieder der Ansatz verfolgt, sich beide Möglichkeiten und auch ganz andere Steuermodelle offen zu halten.

PA360 - Interventionskritische Außenpolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Oliver Thomas, Olli-BB

Zusammenfassung

Der Antrag führt die Initiative der AG Außenpolitik - entsprechend der Potsdamer Konferenz vom 7./8. Oktober 2011 - zur Frage, unter welchen Voraussetzungen der Einsatz militärischer Mittel von den Piraten als zulässig erachtet werden könnte, fort.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich grundsätzlich für eine friedliche und kooperative Politik auch in den internationalen Beziehungen ein. Der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele ist stets das schlechteste Mittel, da neben der erheblichen Gefährdung der Zivilbevölkerung die langfristigen Folgen unkalkulierbar sind.

[3] Daher schließen die Piraten - nach den anläßlich ihrer Potsdamer Konferenz entwickelten Maßstäben - militärische Maßnahmen nicht grundsätzlich aus, wobei diese stets unter strengsten Maßstäben, einer klaren Zieldefinition, einer vorherigen zeitlichen Begrenzung und durch eine parlamentarische Kontrolle legitimiert werden müssen.

[4] - Wir sind daher der Auffassung, dass es nicht gerechtfertigt ist, den Einsatz militärischer Gewalt unter allen denkbaren Umständen auszuschließen.

[5] - Wir halten es für gerechtfertigt, sich selbst zu verteidigen, also dann wenn das eigene Land angegriffen wird.

[6] - Wir sind bereit militärisch einzugreifen, falls ein Bündnispartner durch reguläre Streitkräfte angegriffen wird.

[7] - Wir befürworten den Einsatz friedenserhaltender UNO-Truppen. (Blauhelme)

[8] - Dabei soll als Voraussetzung gelten, dass nur die Völkergemeinschaft ein Mandat erteilt, jedoch kein Automatismus zur Beteiligung folgt und jedes nationale Parlament über die Beteiligung des eigenen Landes entscheidet.

[9] - Bei Vorliegen von Völkermord schließen wir den Einsatz militärischer Gewalt nicht aus und halten diesen in engen Grenzen auch für legitim.

[10] - Außer in Fällen der Begehung von Völkermord lehnen wir militärische Interventionen aus sonstigen humanitären Gründen ab.

Begründung

[11] Zur Antragsbegründung verweise ich zunächst auf die Begründung des Antrags im LQFB https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2394.html .

[12] In Ergänzung dazu erscheint gerade in Ansehung der bevorstehenden Bundestagswahl eine klare und eindeutige Positionierung der Piraten zur Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen der Einsatz der Bundeswehr gerechtfertigt sein könnte, dringend geboten.

[13] Dies gilt umso mehr, als bei einem Einzug in den Bundestag MdB der Piraten genötigt sein könnten, über Auslandseinsätze der Bundeswehr (aktuell denkbar: Syrien, Mali) abzustimmen. Für diesen Fall erscheint es mir wünschenswert, wenn den MdB klare Richtlinien der Partei, unter welchen Voraussetzungen eine Zustimmung ggf. denkbar erscheint, zur Verfügung stünden. Diese hätten dann auch zur Folge, dass ein etwaiges Abweichen eines Parlamentariers, etwa aus Gewissensgründen, einen besonderen Rechtfertigungsbedarf zur Folge hätte.

PA361 - Erbschaftsteuer statt Vermögensteuer oder Vermögensabgabe

Grundsatzprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Steuerpolitik, eingereicht durch Frank & Frei

Zusammenfassung

Eine Vermögensteuer ist aus technischen Gründen ungeeignet. Statt dessen ist eine Erbschaftsteuer sinnvoll.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Text für das Grundsatzprogramm beschließen, hilfsweise als Positionspapier.

[2] **Erbschaftsteuer statt Vermögensteuer oder Vermögensabgabe**

[3] Wir Piraten setzen uns für eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ein, um das Steueraufkommen zu erhöhen und eine angemessenere Lastenverteilung zu erreichen.

[4] Hierzu möchten wir diverse Steuerschlupflöcher schließen, die es vor allem Erben von sehr großen Vermögen erlaubt, unangemessen niedrige Steuern zu bezahlen. Erbschaften werden im Durchschnitt mit nur 2% besteuert.

[5] Wir wollen vererbte bzw. verschenkte Unternehmen und Immobilien genau wie andere Vermögensgegenstände besteuern. Dies entspricht auch der Auffassung des Bundesfinanzhofes.

[6] Dabei wollen wir so vorgehen, dass vererbte Unternehmen nicht verkauft werden müssen, um die Erbschaftsteuer aufbringen zu können.

[7] Wir wollen die bestehenden Freibeträge belassen, um eine Belastung kleiner Vermögen zu verhindern.

[8] Eine zusätzliche Substanzbesteuerung über eine Vermögensteuer oder -abgabe lehnen wir ab, da die beabsichtigten Lenkungs- und Finanzierungsziele besser über eine einfache und transparente Erbschaft- und Schenkungsteuer erreicht werden können.

Begründung

[9] Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Daher ist der Ruf nach einer Vermögensteuer verständlich und menschlich.

[10] Leider ist eine Vermögensteuer aus handfesten, technischen Gründen nicht geeignet.

[11] Die Erbschaftsteuer eignet sich wesentlich besser zur Heranziehung großer Vermögen als eine Vermögensteuer. Das hat u.a. folgende Gründe:

[12] **1) Absurde, teure Bürokratie**

[13] Es gibt Studien, die gehen bei der Vermögensteuer von **mehr als einem Drittel Erhebungskosten** aus. Man könnte denken, hinter der Vermögensteuer steht die Lobby der Steuerberater, Gutachter und Steueranwälte.

[14] Da die Erbschaftsteuer ohnehin schon erhoben wird, bedeutet ihre Reform keine zusätzliche Bürokratie. Ein Vermögen wird im Schnitt nach 30 Jahren vererbt. Nichts ist so sicher wie der Tod, irgendwann kriegt der

Fiskus die großen Vermögen. Dann aber richtig und nicht mit jährlichen Kleckerbeträgen.

[15] Da das Bundesverfassungsgericht zurecht die Gleichbehandlung aller Vermögensgegenstände fordert, ist deren laufende Bewertung und Kontrolle notwendig.

[16] So müssen nicht nur Unternehmen und Immobilien bewertet werden - sogar die Kunstsammlung, der Orientteppich und der Oldtimer werden fällig. Dies führt zu einer absurden Bürokratie, Kontrolle und Streit um den konkreten Wert. Wollen wir Steuerprüfer in den Wohnzimmern?

[17] Privatpersonen müssten jährlich eine Art Bilanz erstellen, denn Vermögen besteht aus dem Saldo zwischen Vermögensgegenständen und Schulden. Das gilt nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für viele, die unter der Grenze zur Vermögensteuerpflicht liegen. Schließlich müssen sie das belegen.

[18] Die Vermögensteuer wäre ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Finanzbeamte, Steuerberater, Gutachter, Gegengutachter, Rechtsanwälte und Richter.

[19] 2) Bewertungsproblem

[20] Es gibt keinen objektiven Wert von Vermögensgegenständen. Weder von Kunst, noch von Immobilen und erst recht nicht von Unternehmen. Das zeigt sich regelmäßig in der Differenz zwischen Schätzwert und Verkaufs- oder Versteigerungserlös. Die Bewertung eines Unternehmens ist eine Wissenschaft für sich. Millionen Rechtsstreitereien um die Bewertung sind vorprogrammiert - jedes Jahr.

[21] 3) Die Zahlen

[22] Jährlich werden 250 Mrd. Euro vererbt und verschenkt. Trotzdem lag die Erbschaft- und Schenkungsteuer 2011 nur bei 4,3 Mrd. Euro. Das sind keine 2%. Das liegt nicht an den Steuersätzen, sondern an zahlreichen Schlupflöchern, die zu stopfen sind. Würden darauf im Durchschnitt 10% bis 20 % Steuern anfallen, ergäben sich 25 Mrd. bis 50 Mrd. Euro - und damit deutlich mehr als eine Vermögensteuer bringen könnte.

[23] Die Vermögensteuer hingegen soll nach Angaben ihrer Befürworter 10 Mrd. bis 12 Mrd. Euro bringen, was schön gerechnet ist und wovon wieder ein großer Teil in die Festsetzung und Erhebung dieser Steuer fließen würde. 10 Mrd. sind zwar viel Geld, aber im Vergleich doch wenig: Jährlich gehen über 1.000 Mrd. Euro durch die öffentliche Hand. Allein die Umsatz- und Einkommensteuer bringen jeweils rund 200 Mrd. Euro. Ein einmaliges Wirtschaftswachstum von 1% bringt dauerhaft über 10 Mrd. für die öffentlichen Kassen.

[24] Dabei wird nicht berücksichtigt, dass gerade Reiche Möglichkeiten finden werden, die Vermögensteuer zu umgehen - legal oder illegal.

[25] 4) Wirtschaftsfeindlich

[26] Die Vermögensteuer geht nicht an den Ertrag, sondern an die Substanz. Somit schwächt sie die Eigenkapitalbasis der Unternehmen, und damit deren Wettbewerbsfähigkeit - und kann in der Krise den Dolchstoß setzen.

[27] 5) Außerdem

[28] Fast alle europäischen Länder, sogar Schweden als soziales Musterland, haben die Vermögensteuer abgeschafft - weil sie nicht praktikabel ist.

[29] Die Vermögensteuer würde ohnehin auf Mieten und Preise umgelegt. Somit werden schlussendlich gerade Geringverdiener belastet.

[30] Sie lädt in besonderer Weise zur Hinterziehung ein: Bargeld, Schmuck oder z.B. Auslandsbesitz werden einfach nicht deklariert.

[31] Wir haben genug Steuerarten und sollten diese zuerst angemessen erheben. Neue Steuern führen zu neuem Steuerwiderstand - legal und illegal. Es ist für Reiche viel einfacher zu akzeptieren, dass ihr Vermögen nach dem Tod besteuert wird als zu Lebzeiten und auch noch jährlich.

[32] Sollten auch nur wenige Reiche ins Ausland vertrieben werden, dann fällt auch noch deren Einkommen- und Konsumsteuer weg - also ein vielfaches der Vermögensteuer.

[33] 6) Gerechtigkeit

[34] Geerbtes Vermögen entsteht ohne eigene Leistung und durch das Glück der Geburt. Hier ist es nur gerecht, wenn der Fiskus seinen Anteil bekommt.

[35] Anders bei Vermögen, die nicht geerbt, sondern erarbeitet wurden: Sie wurden ohnehin schon besteuert und man bestraft den Tüchtigen, der etwas riskiert und Arbeitsplätze schafft. Wir brauchen mehr Unternehmer und sollten sie nicht extra bestrafen. Sparen und Eigenvorsorge galt mal als Tugend.

[36] 7) Fazit

[37] Die Ungerechtigkeiten in diesem Land sind Armut, Niedriglöhne, Hartz 4 sowie unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Dagegen helfen keine Vermögensteuer, sondern Mindestlöhne, mehr Arbeitsplätze und das BGE.

[38] Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum.

[39] Es gibt noch viele weitere Gründe. Mehr unter: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Steuerpolitik/Themen/Erbschaftsteuer

PA362 - Demokratie: Einführung von bundesweiten Volksentscheiden

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Die dreistufige Volksgesetzgebung sollen im Grundgesetz verankert werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Einführung von bundesweiten Volksentscheiden", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

Modul 1

[2] In einer modernen Demokratie ist Partizipation ein wichtiger Grundpfeiler. Dabei ist es neben vielen Beteiligungsmaßnahmen auch wichtig, Entscheidungen auf breiter Basis zu treffen. Wahlen reichen dafür nicht aus - die Möglichkeit der direkten Abstimmung ist ebenso wichtig. Die Piratenpartei strebt daher die Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an.

[3] Eine Volksinitiative kommt dann zustande, wenn sie von mindestens 100.000 Wahlberechtigten unterzeichnet wird. Dann muss der Bundestag sich mit dem Gesetzesvorschlag befassen. Der Initiator erhält dabei in der Debatte ein Rederecht.

[4] Falls der Bundestag den Gesetztesvorschlag ablehnt, kann ein Volksbegehren initiiert werden. Das Begehren ist erfolgreich, wenn es innerhalb von sechs Monaten von mindestens einer Million Wahlberechtigten unterstützt wird. Dann kommt es zum Volksentscheid über den Gesetztesvorschlag. Hier kann der Bundestag den Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich einen Alternativvorschlag unterbreiten.

[5] Im Vorfeld der Volksabstimmung soll jedem Haushalt eine Informationsbroschüre zugestellt werden, in der Befürworter und Gegner jeweils ausgeglichen zu Wort kommen.

[6] Beim Volksentscheid entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Quoren soll es hierbei nicht geben.

Modul 1.1 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[7] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 40 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 1.2 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[8] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 1.3 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[9] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 60 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 1.4 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[10] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 70 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 1.5 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[11] Wenn ein Gesetz die Übergabe von Hoheitsrechten an eine supranationale Organisation beinhaltet, ist ein Volksentscheid obligatorisch.

Modul 1.6 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[12] Gegen in vom Parlament beschlossenes, aber noch nicht ausgefertigtes Gesetz kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dieses hat 3 Monate Zeit um Unterstützerunterschriften von 250.000 Wahlberechtigten zu sammeln. Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Solange das Volksbegehren läuft, darf das Gesetz nicht in Kraft treten.

Modul 1.7 (ergänzender Absatz zu Modul 1)

[13] Gegen in vom Parlament beschlossenes, aber noch nicht ausgefertigtes Gesetz kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dieses hat 3 Monate Zeit um Unterstützerunterschriften von 500.000 Wahlberechtigten zu sammeln. Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Solange das Volksbegehren läuft, darf das Gesetz nicht in Kraft treten.

Modul 2

[14] In einer modernen Demokratie ist Partizipation ein wichtiger Grundpfeiler. Dabei ist es neben vielen Beteiligungsmaßnahmen auch wichtig, Entscheidungen auf breiter Basis zu treffen. Wahlen reichen dafür nicht aus - die Möglichkeit der direkten Abstimmung ist ebenso wichtig. Die Piratenpartei strebt daher die Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid an.

[15] Eine Volksinitiative kommt dann zu stand, wenn sie von mindestens einem Promille der Wahlberechtigten unterzeichnet wird. Dann muss der Bundestag sich mit dem Gesetzesvorschlag befassen. Der Initiator erhält dabei in der Debatte ein Rederecht.

[16] Falls der Bundestag den Gesetztesvorschlag ablehnt, kann ein Volksbegehren initiiert werden. Das Begehren ist erfolgreich, wenn es innerhalb von sechs Monaten von mindestens einem halben Prozent der Wahlberechtigten unterstützt wird. Dann kommt es zum Volksentscheid über den Gesetztesvorschlag. Hier kann der Bundestag den Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich einen Alternativvorschlag unterbreiten.

[17] Im Vorfeld der Volksabstimmung soll jedem Haushalt eine Informationsbroschüre zugestellt werden, in der Befürworter und Gegner jeweils ausgeglichen zu Wort kommen.

[18] Beim Volksentscheid entscheided die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Quoren soll es nicht geben.

[19] Stichtag für die Festsetzung der Unterschriftenquoren ist der 1.1. des Jahres, in dem die Volksinitiative eingereicht wird.

Modul 2.1 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[20] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 40 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 2.2 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[21] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 2.3 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[22] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 60 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 2.4 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[23] Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Teilnahmequorum von 70 Prozent der Wahlberechtigten gelten, da diese weitaus tiefgreifender sind. Ein Zustimmungsquorum soll es aber nicht geben.

Modul 2.5 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[24] Wenn ein Gesetz die Übergabe von Hoheitsrechten an eine supranationale Organisation beinhaltet, ist ein Volksentscheid obligatorisch.

Modul 2.6 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[25] Gegen ein vom Parlament beschlossenes, aber noch nicht ausgefertigtes Gesetz kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dieses hat 3 Monate Zeit um Unterstützerunterschriften von einem Viertelprozent der Wahlberechtigten zu sammeln. Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Solange das Volksbegehren läuft, darf das Gesetz nicht in Kraft treten. Der Stichtag für die Festsetzung des Unterschriftenquorums ist der 1.1. des Jahres, in dem das Parlament das Gesetz beschlossen hat.

Modul 2.7 (ergänzender Absatz zu Modul 2)

[26] Gegen ein vom Parlament beschlossenes, aber noch nicht ausgefertigtes Gesetz kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dieses hat 3 Monate Zeit um Unterstützerunterschriften von einem Drittelprozent der Wahlberechtigten zu sammeln. Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Solange das Volksbegehren läuft, darf das Gesetz nicht in Kraft treten. Der Stichtag für die Festsetzung des Unterschriftenquorums ist der 1.1. des Jahres, in dem das Parlament das Gesetz beschlossen hat.

PA363 - Demokratie: Reform des Europawahlrechts

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian ’branleb’ Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Das Wahlrecht zur Wahl des Europäischen Parlaments bedarf einer Verbesserung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt “Reform des Europawahlrechts“, folgenden Text einzufügen:

[2] Das Europaparlament arbeitet sehr oft über Parteigrenzen hinweg. Das liegt schon daran, dass derzeit 155 Parteien in 8 Fraktionen vertreten sind. Leider ist die gefühlte Distanz zur EU, und damit zum Europaparlament, größer als zu den nationalen Parlamenten.

[3] Damit diese Distanz abgebaut werden kann, und gleichzeitig die überparteiliche Zusammenarbeit gestärkt wird, brauchen wir ein anderes Wahlsystem für Europawahlen.

[4] Das von den Kommunalwahlen her bekannte System des Kummulierens und Panaschierens bietet sich hierfür an. Wir schlagen daher ein System vor, bei dem jeder Wähler 96 Stimmen hat. Diese kann er entweder alle einer Liste geben oder, über mehrere Listen verteilt, direkt an einzelne Kandidaten vergeben. Dabei soll eine Kummulation von bis zu vier Stimmen pro Kandidat zulässig sein.

[5] Eine Liste soll daher bis zu 96 Plätze besetzen können. Tut sie das nicht, werden Stimmen für die Liste von oben bis unten auf die einzelen Kandidaten verteilt, bis keine Stimmen mehr über sind oder aber auf jeden vorhandenen Kandidaten auf der Liste die maximale Anzahl an Stimmen kummuliert wurde.

PA364 - Demokratie: Reform des Bundestagswahlrechts

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Das Wahlrecht zur Wahl des Deutschen Bundestages bedarf einer Verbesserung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Reform des Bundestagswahlrechts", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

[2] Das heutige Wahlsystem für den Bundestag ist eine mehrfach an vielen Stellen gekittete Lösung, die über die Jahre hinweg gewachsen ist. Doch die Grundprobleme können dadurch nicht beseitigt werden. Die Überhangmandate sorgen immer wieder für eine Verzerrung des Wählerwillens. Daher schlagen die Piraten eine grundlegende Reform vor.

Modul 1

[3] Ein Wahlsystem aus Mehrmandatswahlkreisen soll das bisherige Wahlrecht ablösen. Dies soll die lokale Verwurzelung der Abgeordneten sowie ihre Unabhängigkeit stärken. Eine Wahlkreisgröße von ca. einer Millonen Einwohner sehen wir als eine gute Größe an. Daher empfehlen sich 80 Wahlkreise, in denen jeweils acht Abgeordnete gewählt werden. Der Bundestag würde von seiner jetzigen Mindestgröße von 598 auf 640 Abgeordneten anwachsen. Da aber keine Überhangmandate mehr entstehen können, halten wir diese Erhöhung der Abgeordnetenzahl für vertretbar.

[4] Die Wahl soll über offene Liste erfolgen, wobei sowohl das Wählen von Kandidaten unterschiedlicher Listen sowie die Vergabe von mehreren Stimmen für einen Kandidaten möglich sein soll. Pro Kandidat sollen maximal drei Stimmen kumuliert werden dürfen.

[5] Wird eine Stimme für eine Liste einer Partei abgegeben, werden die Stimmen von oben nach unten auf der Liste verteilt. Sind noch Stimmen über, wird wieder oben begonnen. Dies wird solange wiederholt, bis keine Stimmen mehr übrig sind oder auf alle Kandidaten der Liste die maximale Anzahl Stimmen kumuliert wurde.

Modul 2

[6] Ein Wahlsystem aus Mehrmandatswahlkreisen und einer Bundesliste soll das bisherige Wahlrecht ablösen. Dies soll die lokale Verwurzelung der Abgeordneten sowie ihre Unabhängigkeit stärken. Eine Wahlkreisgröße von ca. einer Millonen Einwohner sehen wir als eine gute Größe an. Daher empfehlen sich 80 Wahlkreise, in denen jeweils fünf Abgeordnete gewählt werden. 200 weitere Abgeordnete sollen über Bundeslisten der Parteien gewählt werden. Eine Verechnung mit den Wahlkreisstimmen soll nicht stattfinden. Der Bundestag würde von

seiner jetzigen Mindestgröße von 598 auf 600 Abgeordneten anwachsen. Da aber keine Überhangmandate mehr entstehen können, halten wir diese Erhöhung der Abgeordnetenzahl für vertretbar.

[7] Die Wahl soll über offene Liste erfolgen, wobei sowohl das Wählen von Kandidaten unterschiedlicher Listen sowie die Vergabe von mehreren Stimmen für einen Kandidaten möglich sein soll. Pro Kandidat sollen maximal drei Stimmen kumuliert werden dürfen.

[8] Wird eine Stimme für eine Liste einer Partei abgegeben, werden die Stimmen von oben nach unten auf der Liste verteilt. Sind noch Stimmen über, wird wieder oben begonnen. Dies wird solange wiederholt, bis keine Stimmen mehr übrig sind oder auf alle Kandidaten der Liste die maximale Anzahl Stimmen kumuliert wurde.

Modul 2.1

[9] Modul 2 mit folgenden Zahlen: 5 Abgeordnete pro Wahlkreis, 80 Wahlkreise, 200 via Listen, 600 gesamt

Modul 2.2

[10] Modul 2 mit folgenden Zahlen: 4 Abgeordnete pro Wahlkreis, 80 Wahlkreise, 300 via Listen, 620 gesamt

Modul 2.3

[11] Modul 2 mit folgenden Zahlen: 6 Abgeordnete pro Wahlkreis, 60 Wahlkreise, 250 via Listen, 610 gesamt

Modul 3

[12] Ein Wahlsystem aus Bundesliste soll das bisherige Wahlrecht ablösen. Damit trägt das Wahlsystem der Verantwortung und der bundesweiten Vielfalt Rechnung, die nicht allein regional festmachbar ist. Der Bundestag soll in Zukunft auf 600 Abgeordneten bestehen. Da aber keine Überhangmandate mehr entstehen können, halten wir diese minimale Erhöhung der Abgeordnetenzahl für vertretbar. Die Wahl soll über offene Liste erfolgen, wobei sowohl das Wählen von Kandidaten unterschiedlicher Listen sowie die Vergabe von mehreren Stimmen für einen Kandidaten möglich sein soll. Pro Kandidat sollen maximal drei Stimmen kumuliert werden dürfen.

[13] Wird eine Stimme für eine Liste einer Partei abgegeben, werden die Stimmen von oben nach unten auf der Liste verteilt. Sind noch Stimmen über, wird wieder oben begonnen. Dies wird solange wiederholt, bis keine Stimmen mehr übrig sind oder auf alle Kandidaten der Liste die maximale Anzahl Stimmen kumuliert wurde.

PA365 - Demokratie: Direktwahl des Bundespräsidenten

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin soll durch das Volk direkt gewählt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Direktwahl des Bundeskanzlers", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

Modul 1

[2] Wir Piraten möchten uns dafür einsetzen den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen zu lassen. Dabei sollen nicht nur Parteien Kandidaten aufstellen dürfen. Auch Einzelbewerber sollen die Möglichkeit erhalten zu kandidieren. Als faire Hürde für eine Kandidatur sehen wir die Sammlung von 4.000 Unterstützungsunterschriften an. Hier orientieren wir uns an den bisherigen Regelungen für Bundeslisten bei den Europawahlen.

[3] Bei der Wahl soll ein Kandidat, im ersten Wahlgang, die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem soll die einfache Mehrheit ausreichen.

[4] Da der Bundespräsident vom Volk direkt gewählt wird, und somit von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt werden kann, wollen wir die Begrenzung der Amtszeit auf zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden abschaffen. Auch die besondere Altersgrenze wollen wir auflösen. Jeder bei Bundestagswahlen wählbare Bürger soll kandidieren können.

Modul 2

[5] Wir Piraten möchten uns dafür einsetzen den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen zu lassen. Dabei sollen nicht nur Parteien Kandidaten aufstellen dürfen. Auch Einzelbewerber sollen die Möglichkeit erhalten zu kandidieren. Als faire Hürde für eine Kandidatur sehen wir die Sammlung von 4.000 Unterstützungsunterschriften an. Hier orientieren wir uns an den bisherigen Regelungen für Bundeslisten bei den Europawahlen.

[6] Bei der Wahl soll ein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Hat innerhalb von zwei Wahlgängen kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, findet ein dritter Wahlgang statt. In diesem soll die einfache Mehrheit ausreichen.

[7] Da der Bundespräsident vom Volk direkt gewählt wird, und somit von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt werden kann, wollen wir die Begrenzung der Amtszeit auf zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden abschaffen. Auch die besondere Altersgrenze wollen wir auflösen. Jeder bei Bundestagswahlen wählbare Bürger soll kandidieren können.

PA366 - Demokratie: Direktwahl des Bundeskanzlers

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin soll durch das Volk direkt gewählt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Direktwahl des Bundeskanzlers", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

Modul 1

[2] Wie auch den Bundespräsideten wollen die Piraten den Bundeskanzler direkt durch das Volk wählen lassen. Dadurch, dass Bundestagswahlen dann keine Kanzlerwahlen mehr sind, werden die einzelnen Abgeordneten gestärkt, freiere Entscheidungen zu treffen. Die Regierung muss durch die Entkopplung von der Parlamentsmehrheit stärker die Debatte und den Kompromiss suchen. Dadurch sind wechselnde Allianzen über Parteigrenzen notwendig und der sachbezogene Diskurs wird gefördert. Kandidieren können soll jeder zur Bundestagswahl wahlberechtigte. Eine Nominierung durch eine Partei soll nicht notwendig sein. Damit ein Kandidat zugelassen wird, soll er 4.000 Unterstützerunterschriften sammeln. Dabei orientieren wir uns an den geltenden Hürden für Bundeslisten für Europawahlen.

[3] Erreicht ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit, gibt es einen zweiten Wahlgang. In diesem Wahlgang entscheidet die einfache Mehrheit.

Modul 2

[4] Wie auch den Bundespräsideten wollen die Piraten den Bundeskanzler direkt durch das Volk wählen lassen. Dadurch, dass Bundestagswahlen dann keine Kanzlerwahlen mehr sind, werden die einzelnen Abgeordneten gestärkt, freiere Entscheidungen zu treffen. Die Regierung muss durch die Entkopplung von der Parlamentsmehrheit stärker die Debatte und den Kompromiss suchen. Dadurch sind wechselnde Allianzen über Parteigrenzen notwendig und der sachbezogene Diskurs wird gefördert.

[5] Kandidieren können soll jeder zur Bundestagswahl wahlberechtigte. Eine Nominierung durch eine Partei soll nicht notwendig sein. Damit ein Kandidat zugelassen wird, soll er 4.000 Unterstützerunterschriften sammeln. Dabei orientieren wir uns an den geltenden Hürden für Bundeslisten für Europawahlen.

[6] Erreicht ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit, gibt es einen zweiten Wahlgang. In diesem Wahlgang entscheidet die einfache Mehrheit.

[7] Die Amtszeit soll fünf Jahre betragen und damit entkoppelt von der Legislaturperiode des Bundestages sein.

PA367 - Demokratie: Verbesserung des Petitionssystem

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Das Petitionsystems bedarf einer Verbesserung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt "Verbesserung des Petitionssystem", folgenden Text einzufügen:

[2] Eine Petition ist ein einfaches und formloses Mittel, sich aus der Zivilgesellschaft einzubringen. Dieses Mittel der Beteiligung mit geringen Hürden wollen die Piraten stärken. Der Bundestag soll das aktuelle Petitionsportal ausbauen und stärker verankern. Dabei soll sichergestellt sein, dass das Portal die Möglichkeit bietet, sich über laufende Petitionen informieren können, neue Petitionen unterstützen zu können und Petitionen in der parlamentatischen Prüfung einsehen zu können.

[3] Erreicht eine Petition innerhalb von 4 Wochen 50.000 Mitzeichner, soll der Petent ein Anhörungsrecht im Petitionsausschuss gesetzlich garantiert bekommen. Dies bedeutet aber nicht, dass der Petitionsausschuss, und damit die Abgeordneten des Bundestages, nicht auch jeden Petenten einer Petition, die das Quorum nicht erreicht, einladen können, wenn sie die Intention der Petition für interessant oder unterstützenswert erachten. Die Möglichkeit zur Sammlung von Unterstützern soll online wie offline gegeben sein.

PA368 - Demokratie: Gewaltenteilung stärken

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian ’branleb’ Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Mitglieder der Regierung sollen nicht auch Mitglieder des Parlamentes sein dürfen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt “Gewaltenteilung stärken“, folgenden Text einzufügen:

[2] Gewaltenteilung ist in einer Demokratie essentiell. Denn die gegenseitige Kontrolle der Gewalten stellt sicher, dass ein Machtmissbrauch eingeschränkt und verhindert wird. Das Mitglieder der Exekutiven gleichzeitig Abgeordnete sein können, wiederspricht diesem Grundsatz. Die Kontrollfunktion wird eingeschränkt. Zudem können beide Funktionen nicht gleichzeitig gewissenhaft und vollständig ausgeführt werden, da die Doppelbelastung zu viel wäre. Daher setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass eine striktere Trennung von Exekutive und Legislative stattfindet. Abgeordnete sollen nicht gleichzeitig Kanzler, Minister, Staatssekretär, Staatsrat oder ein vergleichbares Amt in der Exekutiven innehaben dürfen.

PA369 - Qualifizierung und Bezahlung von Tagespflegepersonal

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Masch

Zusammenfassung

Bessere und einheitliche Ausbildung / Qualifizierung von Tagespflegepersonal

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Bildung aufzunehmen:

[2] Tagesmütter und Tagesväter sind ein wichtiger Bestandteil des Betreuungsangebotes. Ausbildung, Qualifizierung, Zulassungskriterien und Bezahlung sollen bundeseinheitlich und auskömmlich geregelt werden. Verwalterische Barrieren bei der Zulassung sollen abgebaut werden. Die Ausbildung des Tagespflegepersonals soll sich streng an anerkannten Curricula wie dem DJI-Curriculum "Qualifizierung in der Kindertagespflege" orientieren und ein 3-monatiges Praktikum enthalten. Die Vorkenntnisse ausgebildeter Erzieher sollen bei der Qualifizierung zur Kindertagespflege anerkannt werden. Die Kindertagespflege muß systematisch und sozialräumlich orientiert in die kommunale Bedarfsplanung integriert werden. Kostengleichheit bei den Beiträgen ist herzustellen.

Begründung

[3] In der U3-Betreuung fehlen Stand 09/2012 alleine in NRW 27.000 Plätze.

[4] Die Ausbaulage ist laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ):

[5] 1. Brandenburg, Mecklenburg, Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben ihr landeseigenes Ausbauziel erreicht oder nahezu erreicht. 2. Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen können ihr landeseigenes Ausbauziel erreichen. 3. Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen werden ihr landeseigenes Ausbauziel nur schwerlich erreichen. 4. Bayern und Hamburg lassen sich keiner dieser drei Gruppen zuordnen. Bayern hat keine eigene Betreuungsquote ausgegeben, von Hamburg liegen keine aktuellen Daten zum Ausbaustand vor.

[6] In kurzer Zeit die fehlenden Plätze zu schaffen und den Rechtsanspruch auf einen Platz zu erfüllen ist nach einhelliger Meinung von Verwaltung, Spitzenverbänden und Familienpolitikern vielerorts nicht möglich. Die Versorgung durch Tagesmütter und Tagesväter wird von Politik und Verwaltung als eine gute Möglichkeit betrachtet, die Bedarfsdeckung schneller und einfacher zu erreichen.

[7] Bisher sind weder die Ausbildung noch die Bezahlung des Tagespflegepersonals zufriedenstellend geregelt. Die Ausbildung und Qualifizierung sowie die Bezahlung sind kommunal geregelt und in den Kommunen sehr unterschiedlich, die Bezahlung ist vielfach zu gering.

[8] In vielen Kommunen existieren Ungleichheiten zwischen den Elternbeiträgen für Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, die Anerkennung und Umsetzung der formalrechtlichen Gleichrangigkeit der

Kindertagespflege steht hier noch ganz am Anfang. Kommunalpolitische Akteure haben die Stärken der Kindertagespflege vielfach noch nicht erkannt.

[9] Die Piratenpartei setzt sich für mehr Bildung im frühkindlichen Bereich ein. Das heißt, dass Tagesmütter und Tagesväter nicht nur betreuen und dem Kind soziale Kompetenzen näher bringen sollen, sondern auch kognitive Fähigkeiten und Sachwissen vermitteln sollen. Die bisherige Qualifizierung soll entsprechend erweitert werden.

[10] Dass Erzieher vielerorts trotz ihrer Ausbildung und einschlägigen Kenntnisse diese Qualifizierung vollständig durchlaufen müssen, betrachten wir als unnötig. Bei der Qualifizierung von Erziehern sollen einschlägige Vorkenntnisse anerkannt werden.

[11] Das Thema U3-Betreuung wird wegen des zum 1.8.2013 einsetzenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in 2013 die bundes- und landespolitischen Debatten wesentlich prägen und medial stark transportiert werden.

PA370 - Einschulungsstichtag

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Masch

Zusammenfassung

Bundesweit einheitlicher Einschulungsstichtag

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Bildung aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für gleiche Bildungschancen für alle Kinder ein. Im Rahmen des Verantwortungswechsels im Bereich der Bildung ist es erforderlich, das Einschulungsalter bundeseinheitlich auf einen Stichtag zu setzen. Die Piratenpartei will ein Alter von 6 Jahren bei der Einschulung einführen, Stichtag ist hier der 30.06.

Begründung

[3] Der Übergang in die Schule ist einer der markanten Einschnitte für Kinder und Eltern. Lange Zeit war das Einschulungsalter bundeseinheitlich geregelt. Erst in den 70ern wurde dies geändert. In jüngster Zeit wurde in einigen Ländern das Einschulungsalter verringert. Dies hatte zur Folge, dass Kinder häufiger zurückgestellt wurden und letztendlich 85 % der Kinder im Alter von 6 Jahren eingeschult wurden. Insgesamt führt dies zu einer Verunsicherung bei den Eltern. Zur Zeit liegen die Stichtage zwischen dem 30.06. und dem 31.12.. Kinder in der Grundschule können bei der Einschulung in Niedersachsen somit 6 Jahre und 11 Monate alt sein (frühe Frist) oder aber in Berlin 5 Jahre und 7 Monate (späte Frist). Nicht selten geht die frühe Einschulung später mit der Wiederholung einer Klasse einher, da jüngere Kinder oftmals hinter den erwarteten Leistungen zurückbleiben. Erwartungen, die sich natürlich an den Leistungen der älteren Kinder orientieren, mit denen aber gerade die Jüngsten in der Klasse nicht mithalten können

[4] Die Feststellung der Schulfähigkeit wird zeitnah zum Anmeldungstermin zur Grundschule von Erziehern und Lehrern der kooperierenden Kitas/Vorschulen und Grundschulen und den Eltern vorgenommen.

PA371 - Negative Einkommensteuer als Umsetzungsschritt des BGE einführen

Wahlprogramm - BGE

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

DrHeistermann

Zusammenfassung

Zur Umsetzung des BGE wird die negative Einkommensteuer vorgeschlagen. Die Finanzierung wird auch mitgeliefert. Das Paper ist in Bayern als Positionspapier zum BGE angenommen worden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl die Negative Einkommensteuer“ als konkreten Umsetzungsschritt des BGE einzuführen.

[2] Das Modell der sogenannten “Negativen Einkommensteuer“ geht auf Milton Friedman zurück und wird in wikipedia gut beschrieben: http://de.wikipedia.org/wiki/Negative_Einkommensteuer.

[3] Die negative Einkommensteuer kommt in seiner Grundvariante mit zwei Parametern aus. Der erste ist der Grundfreibetrag (x) und der zweite der Steuersatz (y). Die Idee ist, dass der Grundfreibetrag immer steuerfrei bleibt und alles darüber hinaus zu y versteuert wird. Hat jemand weniger als den Grundfreibetrag zur Verfügung, stockt der Staat mit der Differenz zum Grundfreibetrag multipliziert mit y, auf (daher der Begriff der negativen Einkommensteuer).

[4] Ich beantrage hiermit, dass die Piratenpartei dieses Modell als zukünftiges Steuermodell vorschlägt.

Begründung

[5] Haupteinwände bei gängigen BGE-Modellen sind:

[6] A. Leistungsträger sind nicht motiviert die Empfänger mitzutragen

[7] B. Die Gaben des Staates sind nicht finanzierbar

[8] Beide Einwände lassen sich durch die Negative EkSt in weiten Teilen entkräften, anbei dazu die Argumentation: Wir schauen uns Rechenbeispiele an in Bezug auf Thema A, die Motivation, dazu nehme ich x als 20.000 Euro an und y als 50%.

[9] A1. Jemand hat kein Einkommen. Dann erhält er 20.000 * 0,50 also 10.000 Euro vom Staat geschenkt. Nun erhält dieser die Chance einen Teilzeitjob zu machen, der ihm 10.000 Euro einbringt.

[10] A2. Unser Kandidat würde nun 10.000 Euro verdienen. Da er noch unterhalb des Grundfreibetrags liegt, zahlt er keine Steuern. Für die fehlenden 10.000 Euro zum Grundfreibetrag erhält er einen Zuschuss von 10.000 * 0,50, also nochmal 5.000 Euro vom Staat. Damit kommt er auf 15.000 Euro Einkommen.

[11] A3. Nun macht unser Kandidat “Karriere“ (sagen wir mal er wird Chef der Piratenpartei und die beschließen ein Einkommen für unsere(n) FreundIn) und bekommt ein Einkommen von 20.000 Euro. Die bekäme er vollständig und steuerfrei, aber kein Geld zusätzlich vom Staat.

[12] A4. Nehmen wir einen Normalverdiener mit 50.000 Euro Jahresgehalt. Der bekommt den Freibetrag steuerfrei und zahlt 15.000 Euro Steuern auf sein Gehalt. Der wäre sicher nicht so frustriert, dass er aufhört zu arbeiten, nur weil er dann 10.000 Euro geschenkt bekommt.

[13] A5. Nehmen wir einen Besserverdiener mit 100.000 Euro Jahreseinkommen, dann zahlt der 40.000 Euro Steuern, was sicher auch okay ist. Wenn man den Grundbetrag relativ hoch wählt sehe ich das Motivationsproblem als gelöst an.

[14] Zur Finanzierung (Thema B):

[15] In Deutschland gibt es 2012 ca. 82 Millionen Menschen. Von diesen würden folgende Gruppierungen ohne Leistungsbezug bleiben. Bei diesen Personen werden auch keine Einsparungen vorgenommen.

[16] B1: Bevölkerung Deutschland: 82 Millionen

[17] 28 Millionen sozialversicherungspflichtig arbeitend, exkl.. 1 Million Aufstocker

[18] 15 Millionen Kinder

[19] 3 Millionen Arbeitslose

[20] 46 Millionen ohne Leistungsbezug

[21] B2: Nun zu den 36 Millionen potentiellen Leistungsempfängern der negativen Einkommensteuer. Betrachtet werden jeweils deren Kosten und Einsparpotentiale

[22] B3 Aufstocker (1 Million): Ergebnis 0 Etwa eine Million berufstätige Menschen stocken derzeit ihr Einkommen zum HartzIV-Satz hin auf. Da diese Menschen Geld verdienen, werden sie nur etwa mit einem Teilsatz aufgestockt. Genau diesen Beitrag würde man aber auch wieder einsparen.

[23] B4: Rentner (23 Millionen): Ergebnis (14 Milliarden – 4 Milliarden = 10 Milliarden) Etwa 7 Millionen Rentner bekommen weniger als 10.000 Euro Jahresrente. Im Durchschnitt müssten diese 2.000 Euro im Jahr durch die neg. EkSt hinzubekommen. Einsparen würde man ca. 4 Milliraden Euro an Grundsicherung, die jetzt bereits für Rentner ausgegeben werden.

[24] B5: Hausfrauen (5 Millionen): Ergebnis (50 Milliarden – 19 Milliarden = 31 Milliarden) Die Hausfrauen würden den vollen Satz von 10.000 Euro im Jahr bekommen, das wären dann 50 Milliarden Euro. Wegfallen würde das Ehegattensplitting mit derzeit 19 Milliarden Euro.

[25] B6: HartzIV-Empfänger (4 Millionen): Ergebnis (40 Milliarden – 40 Milliarden = 0 Milliarden) Diese Gruppe bezieht derzeit jährlich ca. 40 Milliarden Euro an Leistungen. Genau so viel würden sie auch durch die neg. EkSt bekommen.

[26] B7: Studenten (2 Millionen): Ergebnis (20 Milliarden – 3 Milliarden = 17 Milliarden) Studenten würden die volle neg. EkSt bekommen, dabei fällt aber das Bafög (3 Milliarden) weg. Daraus errechnet sich ein Zusatzaufwand von 17 Milliarden Euro.

[27] B8: Finanzaufwand: Insgesamt betragen die Steuereinnahmen des deutschen Staates (Bund, Länder und Gemeinden) ca. 600 Milliarden Euro im Jahr. Bei dem hier beschlossenen Modell ergeben sich Zusatzkosten von 58 Milliarden Euro. Resümee: Die Beschaffung dieser Geldmittel ist nicht Teil des Antrags. Vorstellbar wären Anheben des Spitzensteuersatzes, Wegfallen von Bürokratie und Subventionen und auch ein geringerer Satz als die hier geforderten 10.000 Euro im Jahr. Das Modell in seiner Grundform erscheint machbar und sinnvoll.

PA372 - Multidimensionale Nachhaltigkeit erreichen

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

DrHeistermann

Zusammenfassung

Das Dogma des Wachstums in unserer unendlichen Welt soll durch ein Dogma der Nachhaltigkeit ersetzt werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl die Umsetzung der multidimensionalen Nachhaltigkeit? zu beschließen.

[2] Unser westliches kapitalistisches Wirtschaftssystem beruht auf möglichst hohem Wachstum. Dieses Wachstum führt in endlichen Systemen zu zwangsläufigen Krisen.

[3] Ziel dieses Antrags ist, das Dogma des Wachstums durch das Konzept der Nachhaltigkeit abzulösen. Das soll auf verschiedenen Sektoren geschehen: in diesem Antrag werden Umwelt, Energie, Finanzen und Wirtschaft betrachtet. Nachhaltig bedeutet im Folgenden für den jeweiligen Sektor, dass die Vorgehensweise im Prinzip endlos fortgeschrieben werden kann, ohne dass das System kollabiert.

Begründung

[4] Stetiges Wachstum in endlichen Systemen führt zu Unruhen und Zusammenbrüchen und damit zu negativen Folgen für betroffenen Menschen oder Institutionen. Nachhaltiges Wirtschaften hingegen nimmt als Messlatte nicht nur den aktuellen Bedarf, sondern prüft, inwiefern die getroffenen Maßnahmen ins ?Unendliche? fortgeschrieben werden können.

[5] Nachhaltigkeit ist natürlich in der Politik nicht unbekannt, beschränkt sich aber weitestgehend auf die Umweltpolitik (nur so viele Bäume fällen, wie nachwachsen können) bzw. wird als positiv besetzter Modebegriff missbraucht. Die Piratenpartei hingegen strebt Nachhaltigkeit in verschiedenen politischen Bereichen an. Die wesentlichen werden weiter unten erläutert:

[6] Umwelt: Entnommene Ressourcen müssen qualitativ und quantitativ ersetzt werden.

[7] Positives Beispiel: Weihnachtsbäume, die so schnell nachwachsen, wie sie gefällt werden

[8] Negatives Beispiel: Abholzen des Regenwaldes für kurzfristigen Gewinn

[9] Energie: Energie wird derzeit überwiegend aus fossilen Brennstoffen gewonnen, die über Millionen von Jahren von der Natur geschaffen wurden. Diese Art der Energienutzung ist durch regenerative Energien zu ersetzen. Dieses ist in ca. 50 Jahren umzusetzen, sollte aber bereits jetzt beplant werden.

[10] Positives Beispiel: Nutzung von Solar-, Gezeiten-, oder Windenergie anstatt fossiler Brennstoffe

[11] Negatives Beispiel: Erschließen von nur mit hohem technischen Aufwand erreichbarer Ölfelder

[12] Finanzen: Der Geldmenge müssen Sachwerte oder abstrakte Gegenwerte entgegengestellt werden. Geldschöpfung ist in ihrem Ausmaß zu kontrollieren und transparent zu machen. Schulden (auch Staatsschulden) können nur gemacht werden, wenn langfristige Investitionen oder eine nachweisliche Wertschöpfung dagegen steht.

[13] Positives Beispiel: Kreditaufnahme des Staates zur Modernisierung der Schulen.

[14] Negatives Beispiel: Geldschöpfung der EZB zur Umschuldung von kurz- und mittelfristigen Bankkrediten.

[15] Wirtschaft: Die Volkswirtschaft muss daran gemessen werden, dass sie die Umwelt erhält und ihre Bürger so versorgt, dass z.B. Armut im Wesentlichen ausgeschlossen wird.

[16] Positives Beispiel: Absenken der Kinderarmut gegen Null

[17] Negatives Beispiel: Pauschales Wachstum des Bruttosozialprodukes anstreben (kann z. B. passieren über erhöhten Ressourcenverbrauch)

PA373 - Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Masch

Zusammenfassung

Erweiterung des Textblocks “Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“ um Bezüge auf die Bedeutung der Elementarbildung und auf die Bedeutung des Rollenverständnisses Lehrender/Lernender.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den Textblock “Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“ im Bereich Bildung des Grundsatzprogramms durch folgenden Text zu ersetzen:

[2] Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung.

[3] Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft bedeutend, um unabhängig von sozialer Herkunft jedem Menschen ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe und Verantwortung zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

[4] Der Bildungsprozess eines Menschen beginnt mit seiner Geburt. Die frühe Kindheit ist die lernintensivste Zeit, sie ist das Fundament der Bildung. Die sensible und verantwortungsvolle Begleitung der Bildungsprozesse ist wesentlich für die Entwicklung von Fertigkeiten, die Entfaltung von Talenten und Fähigkeiten, Persönlichkeitsbildung, Sozialverantwortung und Selbstbestimmtheit. Das Bildungswesen muss den Menschen als Subjekt begreifen, das sich aktiv bildet, nicht als Objekt, das gebildet werden muss. Die Belange des Lernenden und die Erhaltung und Förderung seiner Eigenmotivation müssen im Vordergrund stehen.

[5] Der freie Zugang zu Information und Bildung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung notwendig, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand auf Dauer gesichert werden können.

[6] Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Begründung

[7] Im aktuell gültigen Grundsatzprogramm fehlen Bezüge auf die Bedeutung der Elementarbildung und auf die Bedeutung des Rollenverständnisses Lehrender/Lernender. Diese sind nun enthalten.

PA374 - Abbau des Bildungsförderalismus

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Masch

Zusammenfassung

bundeseinheitliche Bildungsziele definieren

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, folgenden Text im Grundsatzprogramm im Bereich Bildung an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Unterschiedliche Bildungspolitik der Bundesländer steht einer einheitlichen Zielsetzung von Bildung entgegen. Bildungschancen und -möglichkeiten müssen bundesweit gleich sein. Unterschiede in Art und Anerkennung der Abschlüsse zwischen den einzelnen Bundesländern müssen abgebaut werden. Gesetzgebung und Richtlinienkompetenz für das Bildungswesen müssen von den Bundesländern auf den Bund übergehen.

[3] Gegebenenfalls notwendige Grundgesetz- und Verfassungsänderungen sind anzustreben.

Begründung

[4] Das föderale Bildungssystem Deutschlands ist nach Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr zeitgemäß und seine Begründung nicht mehr vermittelbar.

[5] Es wurde nach dem 2. Weltkrieg unter dem frischen Eindruck der Folgen ideologischer Kinder- und Jugend-Erziehung eingeführt, um zentralisitische Indoktrination zu vermeiden. Die damaligen Vorbehalte der Alliierten sind zwischenzeitlich ausgeräumt, die Bundesrepublik Deutschland ist souverän.

[6] Die Nachteile der Lehrenden wie der Lernenden im föderalen Bildungssystem wie beispielsweise Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen, Mobilitätserschwernis etc. überwiegen die Vorteile wie beispielsweise Wettbewerbsgewinne und wechselseitige Befruchtung.

PA375 - Stärkung der Rechte Prostituierter

Wahlprogramm - Gleichberechtigung und Chancengleichheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Claudia Bogk, Michael Ebner, Heide Hagen, Stephan 'NeoXtrim' Schurig, Benjamin 'crackpille' Siggel

Zusammenfassung

Rechte selbstbestimmter, freier Sexarbeiter sollen gestärkt und alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution sollen auf Eignung, Erfordernis und Anerkennung geprüft werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] **Stärkung der Rechte Prostituierter**

[3] Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt

[4] 1. unter das Recht auf freie Berufswahl sowie 2. unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung.

[5] Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren. Eine Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeitern und ihren Kunden lehnt die Piratenpartei ab.

[6] Selbstbestimmt tätige Sexarbeiter sind keine Opfer. Vielmehr üben sie ihren Beruf eigenverantwortlich auf der Grundlage einer freien Entscheidung aus. Ihre Tätigkeit bedarf besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse und verdient gesellschaftliche Anerkennung.

[7] Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitern sicherzustellen.

[8] Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger Sexarbeiter ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

Begründung

[9] Prostitution ist Teil der menschlichen Geschichte und Kultur. Sie ist für alle Epochen belegt und existiert heute in allen Teilen der Erde - auch dort, wo sie verboten und mit hohen Strafen belegt ist. Falsche und doppelbödige Moralvorstellungen haben weltweit zur Diskriminierung von Sexarbeitern geführt. Gewaltmythen und Vorurteile verhindern die sachliche Debatte und leisten der Viktimisierung von Sexarbeitern Vorschub. Wir sind davon überzeugt, dass die Situation von Sexarbeitern durch politisches Engagement verbessert werden kann: Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, in dem Sexarbeiter selbstbestimmt und frei von Diskriminierung ihrem Beruf nachgehen können, erscheint uns hierfür als der vernünftigste Ansatz: Only rights can stop the wrongs! Weitere Informationen zum Thema (u.a. Daten zu Kriminalitätsstatistiken sowie die Prostitution betreffende Paragraphen in gültigen Gesetzestexten) findet ihr unter folgenden Adressen:

[10] - Lektüre für den Einstieg: https://prostitution.piratenpad.de/info - Daten- und Quellensammlung: https://prostitution.piratenpad.de/quellen - Warum wir nicht über Opfer sprechen: https://prostitution.piratenpad.de/stellungnahme

[11] (Es handelt sich um einen Gegenantrag zu “Für eine glaubwürdige Prostitutionspolitik“.)

Unterstützer aus der Zivilbevölkerung

[12] - Dona Carmen e.V.: http://www.donacarmen.de/ - Greta Brentano amuse tonight: http://www.greta-brentano.de/ - Sexworker Forum (Verein) & sexworker.at (Forum): http://www.sexworker.at

PA376 - Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Norbert Hense und Florian ’branleb’ Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll aufgelöst werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm unter dem Punkt “Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz“, folgenden Text einzufügen:

[2] Das Bundesamtes für Verfassungsschutz hat die Aufgabe der Überwachung von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten. Wir Piraten stellen jedoch fest, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auch Mitglieder des Deutschen Bundestages überwacht. Dies ist ein Skandal, da die Abgeordneten des Deutschen Bundestag nicht nur frei gewählte Parlamentarier sondern auch die Kontrollinstanz des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind. Wenn nun eine Bundesbehöre ihre eigenen “Vorgesetzen“, noch dazu unter Umständen nachrichtendienstlich, kontrolliert, wird das System ad absurdum geführt.

[3] Auch muss man dem Bundesamt für Verfassungsschutz unterstellen, dass es nachrichtendienstliche Mittel gegenüber Abgeordneten angewandt hat und es diese leugnet. Viele Mitglieder des Bundestages der Fraktion Die Linke haben ihre Unterlagen angefordert und stellten fest, dass zahlreiche Stellen geschwärzt wurden. Da das Bundesamt für Verfassungsschutz aber betont die Abgeordneten nur zu beobachten und dafür nur öffentlich einsehbares Material zu verwenden, verstrickt sich die Behörder abermals in Widersprüche. Die Piratenpartei stellt sich die Frage, warum man Reden und Schriften der Parlamentarier, welche öffentlich einsehbar sind, schwärzen sollte.

[4] Auch stellen wir fest, dass Abgeordnete zu ihren Bürgern ein ähnliches Verhältnis wie Ärzte zu Patienten, Anwälte zu Mandaten und Geistliche zu Gläubigen haben können. Dieses Verhältnis wird empflindlich gestört, wenn Bürger sich nicht sicher sein können, ob Gespräche mit ihren Vertretern auch wirklich unter vier Augen bleiben.

[5] Da diese Behörde gleichzeitig in Widersprüche um die Aufklärung von Morden durch Nationalsozialisten verstrickt ist, gibt dies dem Skandal einen zusätzlichen faden Beigeschmack. Dass dabei massenhaft Unterlagen vernichtet wurden und so aktiv eine paralamentarische Aufklärung der Aktivitäten des Geheimdienstes behindert wurde ist nur die Spitze des Eisberges. Da die Verfassungschutzbehörden die Aufgabe haben unsere Verfassung vor den Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu schützen, sollte man annehmen, dass gerade diese Behörde penibel auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze achtet. Dies ist jedoch, wie oben beschrieben, offensichtlich nicht der Fall. Nicht nur das: Zahlreiche Berichte des Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sind grob verfassungswidrig. Eine Studie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg belegt, dass sämtliche Verfassungsschutzberichte zwischen 2005 und 2008 rechtswidrig waren und gegen Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht formuliert hat, verstießen.

[6] Desweiteren sind verfassungsfeindliche Parteien, wie die NPD, durchsetzt mit V-Leuten. Diese V-Leute sind keine Personen die in die rechte Szene eingeschleust werden, sondern überzeugte Nationalsozialisten, welche

für Informationen Geld vom Bundesamt für Verfassungsschutz bekommen. Hier werden also überzeugte Faschisten vom Gemeinwesen finanziert. Deshalb kommt die Piratenpartei zu dem Schluss, dass diese Behörde schnellstmöglich aufgelöst werden muss.

Begründung

[7] Quelle für die Studie der Uni Freiburg: http://www.pr.uni-freiburg.de/pm/2009/pm.2009-12-04.420

[8] Quelle für die Grundsätze des Bundesverfassungsgerichtes: http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050524_1bvr107201.h

PA377 - Erstellung eines konsistenten Wahlprogramms der Piratenpartei für die Bundestagswahl 2013

Wahlprogramm - Programmdebatte

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

DrHeistermann

Zusammenfassung

Aus der Menge der verabschiedeten Papiere ist ein konsistentes Wahlprogramm zu erzeugen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt eine Kommission einzusetzen, die aus der Menge der verabschiedeten Programmanträge ein konsistentes Wahlprogramm macht.

[2] Der Bundesparteitag überträgt die Ausarbeitung eines Wahlprogramms einer Kommission

[3] Zusammensetzung und Verfahrensweise der Kommission: Die Kommission besteht aus 7 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Bundesparteitag in Bochum gewählt. Der Bundesvorstand entsendet ein weiteres gleichberechtigtes Mitglied in die Kommission.

[4] Die Endfassung des Wahlprogramms basiert auf den von den Bundesparteitagen beschlossenen Programmbestandteilen. Die Kommission sortiert die Programmbestandteile in vorgegebene Kategorien (entsprechend denen aus liquid feedback). Zu allen Kategorien werden die Hauptaussagen der vorhandenen Programmanträge derart zusammengefasst, dass sie inhaltlich korrekt wiedergegeben werden, aber keine offensichtlichen Widersprüche enthalten. Auslegungen der Papiere, die den Inhalt ändern/verfälschen sind nicht gestattet.

[5] Ergebnis der Arbeit der Kommission: Die Kommission erarbeitet anhand der oben dargelegten Grundsätze das Wahlprogramm für die BTW 2013. Dem Ergebnis müssen mindestens fünf der Kommissionsteilnehmer zustimmen (Zweidrittelmehrheit). Das Ergebnis der Kommission „Wahlprogramm“ wird in liquid feedback vorgelegt zur Abstimmung. Beim BPT2013.1 wird das Wahlprogramm vorgelegt als eigenes Wahlprogrammpapier – es braucht damit eine Zweidrittelmehrheit

Begründung

[6] Die Piratenpartei Deutschlands erarbeitet zur Bundestagswahl 2013 ein Wahlprogramm. Dieses Programm spiegelt den Status der von Bundesparteitagen verabschiedeten Wahlprogrammanträge wider.

[7] Derzeit liegen nur erste verabschiedete Papiere vor, die in einem rudimentären Wahlprogramm in Piratenwiki einsehbar sind. (http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm)

[8] Ziel ist eine Systematik vorzuschlagen, wie aus dem Rohmaterial der Wahlprogrammpapiere ein Dokument (Wahlprogramm) entsteht.

[9] Bisherige Ansätze:

[10] 1. Der BuVO Sebastian Nerz hat zur Einreichung von Grundsatzpapieren aufgerufen (http://vorstand.piratenpartei.de/2012/08/16/3709/)

[11] 2. Die Piratenpartei pflegt eine Liste aller Bundes- und Landespositionspapiere (http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Antrags%C3%BCbersicht)

[12] 3. Die Piraten haben eine Wikiseite erstellt mit Mehrheitsbeschlüssen bzgl. der Erstellung eines Wahlprogramms (http://wiki.piratenpartei.de/Mehrheitsbeschl%C3%BCsse)

[13] 4. Für den BPT 2012.2 in Bochum wurde eine Antragskommission gebildet (@AnthraxPiraten). Diese koordiniert und verwaltet die Antragsfabrik für den BPT 2012.2.

[14] Kritik an den Ansätzen: zu 1: Solche Papiere wären nicht abgestimmt mit den neu hinzukommenden Papieren und können denen beliebig widersprechen. Das wäre kontraproduktiv.

[15] zu 2: Die Liste enthält 770 Anträge. Diese sind grob nach Themen organisiert. Eine übergeordnete Strategie fehlt. Die Datenbasis ersetzt kein Wahlprogramm

[16] zu 3: Diese Beschlüsse beziehen sich darauf, dass es ein Wahlprogramm geben soll, geben aber keinen Hinweis, wie das geschieht, außer dass es dazu Parteitage geben soll.

[17] zu 4: Die Antragskommission hat kein Mandat, die verabschiedeten Papiere zu einem Wahlprogramm zusammenzufassen.

PA378 - Struktur des Bundestagswahlprogrammes

Wahlprogramm - Keine der Gruppen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sebastian 'Tirsales' Nerz

Zusammenfassung

Für das kommende Bundestagswahlprogramm brauchen wir eine Struktur. Hier ein Vorschlag dafür.

Antragstext

[1] Die Struktur des Wahlprogrammes für die kommende Bundestagswahl wird wie folgt beschlossen. Anträge und Programmpunkte werden in diese Struktur eingebunden. Bindend sind dabei die Abschnitte der ersten Ebene, die Überschriften der zweiten Ebene dienen v.a. der Veranschaulichung, sie sind nicht notwendigerweise abschließend vollständig.

- Freiheit und Grundrechte
    - Überwachung
    - Versammlungsrecht
    - VDS
    - Umbau Geheimdienste
    - Kennzeichnungspflicht Polizei
    - Whistleblower
    - (weitere Themenblöcke)
- Demokratie wagen
    - Wahlrecht
    - Bürgerbeteiligung
    - Transparenz
    - Mitbestimmung
    - Reform Bundestag und Gesetzgebungsverfahren
    - Reparlamentarisierung
    - IFG
    - (weitere Themenblöcke)
- Internet, Netzpolitik und Artverwandtes

  - Netzneutralität
  - Urheberrecht
  - Netzausbau
  - Datenschutz
  - Glücksspielgesetzgebung
  - JMStV
  - Infrastruktur
  - (weitere Themenblöcke)
- Bildung und Forschung
  - Medienkompetenz
  - Forschung und Wissenschaft
  - (vor-)schulische, Berufliche und Akademische Bildung
  - Patente und Markenrecht
  - (weitere Themenblöcke)
- Umwelt und Verbraucherschutz
  - Energie
  - Bauen und Verkehr
  - Landwirtschaft
  - Ernährung
  - Verbraucherschutz
  - Tierschutz
  - (weitere Themenblöcke)
- Kunst & Kultur
  - Medienpolitik
  - (weitere Themenblöcke)
- Arbeit und Soziales
  - ALG-II / Hartz-IV
  - BGE
  - Arbeit
  - Senioren
  - Rente
  - (weitere Themenblöcke)
- Familie und Gesellschaft
  - Familien- und Geschlechterpolitik

- - Migration und Inklusion
- - Asyl
- - Gleichberechtigung und Chancengleichheit
- - (weitere Themenblöcke)
- Gesundheitspolitik
- - Gesundheitssystem
- - Drogen
- - Pflege
- - Psyche
- - (weitere Themenblöcke)
- Europa
- - Europa wagen
- - Vision für Europa
- - Meinung zu Fiskalunion und ESM
- - (weitere Themenblöcke)
- Außenpolitik
- - Internationale Beziehungen
- - Entwicklungspolitik
- - Sicherheitspolitik
- - Friedenspolitik
- - (weitere Themenblöcke)
- Wirtschaft & Finanzen
- - Wirtschaft
- - Haushalt
- - Steuern
- - (weitere Themenblöcke)
- Innen- und Rechtspolitik
- - Verwaltung
- - Katastrophenschutz
- - Justiz
- - Korruptionsbekämpfung
- - (weitere Themenblöcke)

Begründung

[2] Jedes Programm benötigt eine Struktur. Diese bringt eine Zuordnung von Themen, fasst Bereiche zusammen, schafft eine saubere Ordnung und bietet zudem noch eine Vorschau, welche Bereiche vielleicht noch bearbeitet werden müssen.

[3] Die vorgeschlagene Struktur kann die bisher beschlossenen Programme abbilden, genauso die Landesthemen und Liquid Feedback. Die Struktur wurde in LQFB mit 94% Zustimmung angenommen und ist mit Antragskommission und Bundesvorstand besprochen :-)

PA379 - Grundsatzaussage der Piratenpartei zur Forschungsförderung - Antrag für das Wahlprogramm 2013

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Schwarzbart

Zusammenfassung

Piraten stehen für aktive Forschungspolitik, aber auch an gesellschaftlicher Teilhabe aus resultierenden Ergebnissen.

Antragstext

[1] Gemeinsamer Antrag des AK Forschungspolitik NRW, der Forscherpiraten aus Berlin und der AG Forschungs- und Wissenschaftspolitik

[2] Die Zukunft unseres Gemeinwohls und kommender Generationen gründet auf dem vorhandenen Wissen, der Nachhaltigkeit unseres Bildungssystems, der Wirksamkeit unserer hochschulgebundenen und hochschulfreien Forschungseinrichtungen sowie der Innovationsfähigkeit der Bereiche Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. Der Erfolg unseres Gemeinwesens liegt jedoch in der Umsetzung der Erkenntnisse in Methoden, Verfahren und Produkten der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Die Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche Investitionen in diesen Bereichen zu erhalten und auszubauen, ist politisches Ziel der Piratenpartei Deutschlands.

[3] Die staatliche Förderung aller Forschungseinrichtungen und forschenden Wirtschaftsunternehmen dient nach unserer Auffassung zu allererst der Umsetzung demokratisch legitimierter politischer Ziele in allen Bereichen der Bildung, Kultur, Wissenschaft, Grundlagenforschung und Wirtschaft.

[4] Wissenschaftsräte, Expertenkommissionen und sonstige Berater der Bundes- und Landesregierungen und Ministerien, die über Forschungsinhalte und Förderprogramme beraten, sind daher öffentlich und in einem transparenten Verfahren durch die verantwortlichen Parlamentssauschüsse persönlich zu benennen.

[5] Der wirtschaftliche Erfolg eines staatlich geförderten Forschungs- oder Entwicklungsergebnisses ist nach unserer Auffassung angemessen mit dem Steuerzahler zu teilen. Solange das Patentrecht nicht an die Anforderungen der Informationsgesellschaft angepasst ist, betrachten wir ein gewerbliches Schutzrecht als wirtschaftlichen Erfolg, an dem der Staat ein Miteigentumsrecht durch seine Fördermaßnahme erworben hat. Die Piraten fordern eine Teilhaberschaft der Gemeinschaft an einem staatlich geförderten Forschungsergebnis und dessen Veröffentlichung auf einer kostenlosen und frei zugänglichen Plattform (Open Access im Sinne der "Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen" der DFG), zusammen mit allen verwendeten Daten (Open Data, sofern der Veröffentlichung nicht gewichtige und publik gemachte Gründe entgegenstehen), sowie den dabei verwendeten Protokollen und sonstigen Beobachtungen.

Begründung

[6] In den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2009 finden wir eine in sich geschlossene Aussage zur Forschungspolitik auf Bundesebene nicht. Die Notwendigkeit der Forschung

wird unter Bildung, Hochschulpolitik, Wirtschaftspolitik sowie u.a. Energiepolitik behandelt. Aus den Aussagen an den verschiedensten Stellen kann dann der Leser entnehmen, dass sich die Parteien zur Förderung der universitären, außeruniversitären und privatwirtschaftlichen Forschung bekennen. Weiterhin vermissen die Antragssteller in den Aussagen der anderen Parteien ein klares Bekenntnis zur staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung im universitären, außeruniversitärem und privatwirtschaftlichem Bereich, die an demokratisch legitimierte Zielsetzungen geknüpft ist. Man nennt das das Primat der Politik. Drittens ist den wenigsten Bundesbürgern bekannt, wer aus welchem Grund in welchem Wissenschaftsrat, Expertengremium, Beraterstab eines Ministeriums oder einer nachgeordneten Behörde berufen wurde. Es ist nicht auszuschließen, dass bei diesen Berufungen persönliche Beziehungen und Verflechtungen zu einer Mitgliedschaft in Gremien führen. Letztlich ist nicht geregelt, wem die Forschungs- und Entwicklungsergebnisse eines staatlich geförderten Projektes gehören. Die Antragsteller sind der Auffassung, dass staatlich geförderte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse anteilsmäßig auch dem Staat gehören.

[7] Ein Wahlprogramm der Piratenpartei muss daher aus Sicht der Antragssteller zum Thema Forschungsförderung eine klare Aussage an einer Stelle im Wahlprogramm machen.

[8] Die klare Aussage der Piratenpartei zum Thema Forschungspolitik beinhaltet vier Aspekte:

[9] Wir wissen, dass der langjährige Erfolg und die Zukunft unseres Gemeinwohls darin bestehen, dass wir in der Lage sind, Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung in Methoden und Verfahren und Produkte umzusetzen. Diese Fähigkeit durch systematische Forschungsförderung zu erhalten und auszubauen ist unser Ziel. Forschungsförderung bedeutet nach unserer Auffassung jedoch nicht, dass die Geförderten im Wesentlichen bestimmen, was gefördert werden soll. Die Freiheit der Forschung ist eines unserer höchsten Güter, was aber staatlich gefördert werden soll, unterliegt der politischen Willensbildung demokratischer legitimierter Ziele. Um dieses Ziel durchzusetzen ist es erforderlich, dass die Berufung von Wissenschaftsräten, Expertenkommissionen und sonstiger Beraterstellen nicht durch die verantwortlichen Minister, sondern durch die entsprechenden, mit einem Vetorecht ausgestatten Parlamentssauschüsse erfolgt. Fördermittel des Staates in Forschung und Entwicklung sind nach unserer Auffassung Investitionen des Staates, d.h. Investitionen des Steuerzahlers in die Zukunft des Gemeinwesens. Es ist nur gerecht, dass Ergebnisse aus diesen Investitionen auch anteilsmäßig wieder dem Steuerzahler zu Gute kommen, sei es in Form von Miteigentum an gewerblichen Schutzrechten, sei es in Form von Erträgen aus der Vermarktung.

PA380 - Entlastung privater Haushalte aufgrund stetig steigender Energiekosten

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein und Melanie Kalkowski

Zusammenfassung

Geeignete Maßnahme in Form eines Dreistufenmodells zur Entlastung aller Bürger aufgrund stetig steigender Energiekosten

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle Folgendes zu den Themenfeldern Wirtschaft und Finanzen / Energie einzufügen:

[2] Stetig steigende Energiekosten werden zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland führen. Weitere Preissteigerungen für Strom und Gas sind zu erwarten. Die Piratenpartei Deutschland fordert daher eine angemessene Entlastung der privaten Haushalte bei gleichzeitiger Förderung erneuerbarer Energien. Die Entlastung könnte beispielsweise durch folgendes Dreistufenmodell vorgenommen werden:

[3] Stufe 1: Entlastung der Transferleistungsempfänger

[4] Stufe 2: Überprüfung der von der Umlage befreiten Firmen

[5] Stufe 3: Steuerentlastung privater Haushalte. Sie erhalten die Möglichkeit, einen Anteil der durchschnittlichen Verbrauchskosten für Strom von der tariflichen Einkommenssteuer abzusetzen.

Begründung

[6] Die Bundesregierung hat mit der am 1.1.2012 in Kraft getretenen EEG Novelle wesentlich mehr Betriebe als bisher von der Umlagezahlung befreit. In der Folge werden alle übrigen Verbraucher umso stärker mit Unterstützungszahlungen für Großbetriebe über die EEG-Umlage belastet - die Kleinverbraucher müssen also für die Kosten aufkommen, die die zusätzlich befreiten Unternehmen einsparen. Das Ziel der Maßnahme hatte ursprüngliche einmal darin bestanden, die Wettbewerbsfähigkeit der Großindustrie auf internationalen Märkten zu stärken. Einige der jetzt zusätzlich entlasteten Unternehmen agieren jedoch auch auf dem deutschen Markt und erhalten durch die EEG-Novelle einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleineren Unternehmen, die nicht von der EEG-Umlage befreit sind. Das führt zu negativen Verteilungseffekten und einer Verzerrung des Wettbewerbs.

[7] Die steigenden Nebenkosten entwickeln sich zunehmend zu einer “zweiten Miete“. Weltweit sind die Energiekosten fast nirgends so hoch wie in Deutschland. Die großen Energieanbieter nutzen ihre Oligopol-Stellung aus. Die Piratenpartei Deutschland möchte die privaten Haushalte hier entlasten. Gerade Empfänger von Transferleistungen und Familien trifft die “zweite Miete“ besonders schmerzhaft. Deshalb soll sich die Absetzbarkeit an der Anzahl der in einem Haushalt wohnenden Personen sowie am durchschnittlichen Verbrauch orientieren,

den das Bundesamt für Statistik ermittelt hat. Wir wollen bezahlbare Energie für alle Menschen. Mit Blick auf die ökologische Zielsetzung möchten wir zudem die maximal absetzbaren Stromkosten deckeln. Damit wollen wir erreichen, dass die steuerliche Förderung nur den notwendigen Bedarf der Energieversorgung abdeckt, aber keine Luxusgüter wie etwa die Beheizung eines Gartenpools gefördert werden.

[8] Eine mögliche Förderung im Rahmen des §35 EStG hätte ebenfalls zur Folge, dass die Menschen mit einem hohen Steuersatz nicht stärker profitieren als Geringverdiener, anders als bei vielen anderen versteckten Subventionen und Steuererleichterungen. Ein Abzug direkt von der tariflichen Einkommensteuer (ähnlich § 35a EStG) stellt sicher, dass der persönliche Steuersatz bei dieser Variante keine Auswirkungen hat.

[9] Die hierdurch entstehenden Kosten und Mindereinnahmen für den Staat könnten beispielsweise durch eine moderate Erhöhung des steuerpflichtigen Anteils betrieblicher Dividenden (§ 3 Nr. 40 EStG) abgefedert werden.

PA381 - Postnationale Außenpolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MorgenlandfahrtBRB

Zusammenfassung

Piratige Außenpolitik als universale Bürgerechts- und Menschenrechtspolitik. Schaffung einer globalen Gewaltenteilung und rechtsverbindlicher Menschenrechte durch eine globale Verfassung. Gemeinsame Verantwortung für Grundbedürfnisse aller Menschen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Grundsatzprogramm der Piratenpartei an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Modul 1 Präambel

[3] Piraten denken und handeln global. Wir formulieren nicht die Interessen Deutschlands oder Europas, sondern eine Außenpolitik, welche die Bedürfnisse aller Menschen im Blick hat.

[4] Modul 2 Globale Verfassung

[5] Die globale Verfassung der Menschheit ist unser programmatisches Ziel, damit Demokratie kein Stückwerk bleibt. Diese Verfassung muss mindestens folgende Fragen beantworten: Welche Rechte stehen jedem Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort zu? Wie entsteht demokratische Legitimation auf diesem Planeten? Wer führt die Beschlüsse aus? Und wer wacht über diese Ausführung? Wir stehen für rechtsverbindliche Menschen- und Bürgerrechte und eine konstitutionell abgesicherte Gewaltenteilung auf globaler Ebene.

[6] Modul 3 Grundsicherung

[7] Piraten sind fair und denken auch an andere. Jeder Mensch hat Anspruch auf Ernährung, Bildung und eine medizinische Grundversorgung. Im Bewusstsein, dass ein nachhaltiger Frieden nicht ohne ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich zu haben ist, fordern wir ein öffentlich finanziertes world food programm, world education programm und world health programm.

[8] Modul 4 Internetzugang als Menschenrecht

[9] Wir sehen im Internet das zentrale Medium der globalen Meinungsbildung. Der freie Zugang zum Internet ist ein Menschenrecht.

Begründung

[10] Der vorliegende Antrag möchte kurz und knapp verständlich machen wofür piratige Außenpolitik steht.

[11] Die Präambel ist der Erkenntnis geschuldet, dass eine Vielzahl von Problemen und Konflikten auf der Tatsache beruhen, dass eine Seite versucht ihre Interessen auf Kosten der anderen Seite durchzudrücken. Das mit politischen und militärischen Machtmitteln ausgetragene Gerangel um den eigenen Vorteil zementiert lediglich das Recht des Stärkeren. Die Piratenpartei Deutschland als Teil der internationalen Piratenbewegung stellt

klar, dass sie für einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik steht. Aus Sicht des Antragsstellers leisten dies die Anträge P10 und P18 nicht im ausreichenden Maße und werden deshalb als konkurrierende Anträge wahrgenommen.

[12] Unsere außenpolitische Vision ist ein globaler Konsens. Dazu Stellen wir unsere Politik so auf, dass sie grundsätzlich für jeden Menschen zustimmungsfähig sein kann. Inhaltlich beziehen wir uns auf unsere Grundwerte Freiheit, Demokratie und Transparenz. Hier ergeben sich mindestens zwei zentrale Punkte die im Interesse "aller Menschen" liegen.

- Geltung der Menschenrechte für alle Menschen zu jeder Zeit und überall auf der Welt. Gewährung und Durchsetzung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Wahrung dieser Rechte.
- Schaffung einer effektiven demokratischen Kontrolle wichtiger internationaler Organisationen, wie z.B. UNO, WTO und IWF. Es gilt diese Organisationen unter verstärkte demokratische Kontrolle aller Menschen zu zwingen, bzw. sie durch demokratisch legitimierte Organisationen abzulösen.

[13] Menschenrechte sind ein Apell an die Vernunft, der leider immer wieder ungehört verhallt. Dabei sollten sie doch für unsere Freiheit stehen. Selbst in Deutschland werden z.B. das Menschenrecht auf Freizügigkeit (Artikel 13) oder das Recht auf freie Berufswahl (Artikel 23) regelmässig ignoriert, wie sich ein jeder beim Besuch eines "Asylbewerberheims" vergegenwärtigen kann. Schauen wir auf unseren "wichtigsten" Partner in der Welt, die USA, und sehen wieviel die universalen Menschenrechte dort Wert sind: Rassistisch motivierte Todesurteile im Inneren, im Namen amerikanischer Sicherheit getötete Zivilisten rund um den Globus, Bespitzelungen durch den Staat an allen Ecken und Enden, Folter als Mittel der Informationsbeschaffung, unbegrenzte Inhaftierungen ohne Chance auf rechtliches Gehör, usw. Das ist also die Menschenrechtspraxis in den modernen westlichen Demokratien. Ausführungen zu Russland, Saudi-Arabien oder China würden ein noch traurigeres Bild von der Realität zu Tage fördern.

[14] Und wer bei globaler Verfassung gleich an einen Superstaat denkt, dem sei angeraten zunächst Abstand zu unseren entwickelten westlich-demokratischen Standards zunehmen und sich den status quo vor Augen zu führen.

[15] Organisationen wie UNO, WTO und IWF üben massiven Einfluss auf (nationalstaatliche) Politik aus, ohne das sie ausreichend demokratisch legitimiert sind. Sie spiegeln den machtpolitischen status quo in der Welt und vertreten im Kern die Interessen einiger weniger Nationen, welche ihr eigenes Interesse als Interesse aller Menschen verkaufen. Diese internationalen Organisatinen sind wesentlicher Teil der "Weltregierung", auch wenn sie sich selbst nicht so nennen. Nur, dass sie wenig bis gar nicht demokratisch kontrolliert sind und keiner Jurisdiktion unterliegen. Jede auch nur rudimentäre Regelung im Rahmen einer globalen Verfassung wäre ein bedeutender Fortschritt im Sinne von Demokratie und Transparenz.

[16] Aber was bedeuten Menschenrechte in Angesicht von Hunger und Elend? Es bedarf einer gewissen existenziellen Absicherung, um den Nutzen eines humanitären Völkerrechtes schätzen zu lernen. Bei den geforderten Programmen geht es nicht primär darum unser Essen, unsere Lehrer oder unsere Ärtzte in die Welt zu schicken, auch wenn dies im Einzelfall geboten sein mag, sondern die Menschen rund um den Globus zu befähigen diese Leistungen selbst zu erbringen. Der Text ist hier aber bewusst knapp gehalten, da eine konkrete Umsetzungsstrategie eher Teil des Wahlprogramms sein sollte.

[17] Heute existiert mit dem Internet die Basis einer globalen Öffentlichkeit und damit die Basis eines globalen Bewusstseins. Die Piratenbewegung ist ein Ausdruck dieses neuen Bewusstseins. Entsprechend international, oder besser, "postnational" sollte unsere Außenpolitik gestaltet sein. Unsere Grundwerte Freiheit, Demokratie und Transparenz sind der Kompass, der uns den Weg in eine bessere Zukunft weist. Wir müssen nicht Konflikt X oder Y lösen, sondern den Weg zu einem nachhaltigen Frieden und einen globalen sozialen Ausgleich aufzeigen. Piratige Außenpolitik versteht sich in erster Linie als eine der nachhaltigen Entwicklung verpflichtete Menschen- und Bürgerrechtspolitik.

PA382 - Keine Vermögenssteuer

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Die Vermögenssteuer wurde zuletzt durch das Bundesverfassungsreicht für verfassungswidrig erklärt, und zwar vorwiegend wegen der Ungleichbehandlung des Geldvermögens im Verhältnis zu Immobilienwerten.

Antragstext

[1] Es soll beschlossen werden, keine Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Begründung

[2] Die Vermögenssteuer wurde zuletzt durch das Bundesverfassungsreicht für verfassungswidrig erklärt, und zwar vorwiegend wegen der Ungleichbehandlung des Geldvermögens im Verhältnis zu Immobilienwerten. Durch die angespannte Lage im Sozialbereich, durch die stark einseitige Verteilung des Volksvermögens zugunsten einer Minderheit und durch den Wunsch nach erhöhten Steuereinahmen auf Seiten der sog. "Reichen" wurde der Ruf nach einer sog. Reichensteuer (=Wiedereinführung der Vermögenssteuer) mit einem bestimmten Steuersatz immer lauter. Die Vermögenssteuer bedeutet eine Substanzbesteuerung; es werden Werte besteuert, die bereits schon einmal versteuert wurden; eine Vermögenssteuer ist niemals gerecht erfaßbar: Geldvermögen kommt aus Erspartem, was vorher schon duch Einkommenssteuer usw. belastet wurde; hinzu kommt die Steuer auf den Kapitalertrag; Immobilienwerte sind nur schwer objektiv zu fassen und unterliegen dem schwankenden Marktwert; auch andere Werte wie Goldbarren, Schmuck, Antiquitäten, wertvolle Gemälde, Sammlungen etc. sind ebenso schwer auszumachen und sind großenteils zuvor beim Erwerb besteuert worden. Daher sind die erhofften Einnahmen aus einer eventuellen Vermögenssteuer besser über die Einkommenssteuer bei Hochverdienenden abzugreifen.

PA383 - “fälschlicherweise“ korrigieren

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JoWa2211

Zusammenfassung

das “fälschlicherweise“ in der Präambel ist falsch.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text im Grundsatzprogramm an der Stelle “Präambel“ entsprechend zu ändern:

[2] In dem Satz “Die Angst vor internationalem Terrorismus lässt Sicherheit vor Freiheit als wichtigstes Gut erscheinen – und viele in der Verteidigung der Freiheit fälschlicherweise verstummen.“ ist das Wort “fälschlicherweise“ entweder gänzlich zu entfernen oder durch ein passendes Wort zu ersetzen. Passender Ersatz wäre “bedauerlicherweise“, “zum Schaden des Gemeinwesens“, “deswegen“ oder ein durch einen Parteitagsteilnehmer vorgebrachter Vorschlag. Die Wahl des Auswahlverfahrens überlässt der Antragsteller der Versammlungsleitung.

Begründung

[3] “fälschliche“ heißt “irrtümlich, betrügerisch, in betrügerischer Absicht“ (Wahrig, Deutsches Wörterbuch). Dies kann nicht gemeint sein.

PA384 - ZURÜCKGEZOGEN - Formulierungsfehler in der Präambel

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JoWa2211

Zusammenfassung

es muss “förderlich“ heißen, nicht “hinderlich“

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text im Grundsatzprogramm an der Stelle “Präambel“ entsprechend zu ändern:

[2] Im Satz “Gleichzeitig glauben wir, dass diese Themen für Bürger aus dem gesamten traditionellen politischen Spektrum unterstützenswert sind, und dass eine Positionierung in diesem Spektrum uns in unserem gemeinsamen Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur hinderlich sein würde.“ ist das Wort “hinderlich“ durch das Wort “förderlich“ zu ersetzen.

Begründung

[3] Der Satz macht sonst einfach keinen Sinn!

PA385 - Abschaffung der Erbschaftssteuer

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Das derzeit geltende Erbschaftssteuergesetz liegt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor wegen verfassungswidriger Ungleichbehandlung von Betriebsvermögen (steuerfrei Bevorzugung) mit anderen erbschaftssteuerpflichtigen Gegenständen.

Antragstext

[1] Es soll beschlossen werden, die Erbschaftssteuer abzuschaffen.

Begründung

[2] Bei der jetzt geltenden Erbschaftssteuer werden Werte besteuert, die bereits schon einmal versteuert wurden; die Erfassung der Erbschaftssteuer durch die Finanzämter ist aufwendig und kompliziert, insbesondere wegen der Bewertung von Immobilien nachdem Bewertungsgesetz; auch die Erbschaftssteuer ist wie eine Vermögenssteuer niemals gerecht erfaßbar. Immobilienwerte sind nur schwer objektiv zu fassen und unterliegen auch noch dem dem schwankenden Marktwert; ebenso andere Werte wie Goldbarren, Schmuck, Antiquitäten, wertvolle Gemälde, Sammlungen etc. sind für die Finanzbehörden sehr schwer ausfindig zumachen. Die Erbschaftssteuer hat als Ländersteuer ein jährliches Aufkommen von etwas mehr als vier Milliarden Euro. Der Wegfall der Erbschaftssteuer könnte frei werdendes Personal in den Finanzverwaltungen für andere weit bedeutsamere Aufgaben einsetzbar machen, und zwar für mehr Betriebsprüfungen und zum Einsatz bei der Steuerfahndung; die hier gemachten steuerlichen Mehreinahmen würden den Fehlbetrag der nicht mehr existierenden Erbschaftssteuer um ein mehrfaches wettmachen. Die derzeitige Erbschaftssteuer hilft den “Reichen“, diese Steuer zu unterlaufen, z.B. durch Wegzug ins benachbarte Ausland, durch geschicktes Umschichten des Vermögens zu Lebzeiten und durch andere Kunstgriffe. Die wirklich Reichen werden damit so gut wie gar nicht erfasst.

PA386 - “Publikative“ ersetzen

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JoWa2211

Zusammenfassung

“Publikative“ ersetzen durch “Medienlandschaft“

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text im Grundsatzprogramm an der Stelle “Mehr Demokratie wagen“ entsprechend zu ändern:

[2] Im Absatz “Wir Piraten sind überzeugt, dass die Gemeinschaft einzelne Mitbürger nicht bevormunden darf. Damit der Bürger eine wohl überlegte Entscheidung treffen kann, benötigt er eine gute, dezentrale, möglichst unabhängige, vielstimmige und stets wachsame Publikative aus Presse, Blogs und anderen Formen von medialer Öffentlichkeit. Sie ist daher für das einwandfreie Funktionieren der Demokratie unabdingbar. Diese kritische Publikative zu ermöglichen und vor Einschränkungen zu schützen, sehen wir als wichtige Aufgabe des Staates und eines jeden Demokraten an.“ möge das Wort “Publikative“ an beiden Stellen durch das Wort “Medienlandschaft“ ersetzt werden.

Begründung

[3] Das Wort “Publikative“ konnte in keinem Wörterbuch gefunden werden und auch Google bietet keine Definition an und scheint mit den Suchtreffern die Intention des Absatzes nicht zu treffen.

PA387 - Basisdemokratie steht gleichberechtigt neben Liquid Democracy

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jo.Menschenfreund im Auftrag der AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Basisdemokratie ist für die "Mitmachpartei" der Piraten ebenso wichtig wie Liquid Democracy

Antragstext

[1] Wir beantragen, an geeigneter Stelle im Grundsatzprogramm der Piratenpartei folgenden Satz einzufügen:

- Die Piratenpartei Deutschland sieht sich nicht nur dem Prinzip der "Liquid Democracy", also einem variablen System der repräsentativen Demokratie verbunden, sondern ebenso der Idee der Basisdemokratie, bei der jedes Mitglied die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat, die Politik der Partei mit zu bestimmen. Um eine ausgewogene Lösung zu finden, muss die gesellschaftspolitische langfristige Visionen eines mündigen und beteiligten Bürgers im Vordergrund stehen.

Begründung

[2] Bei verschiedenen Diskussionen wurde immer wieder erwähnt, dass der Begriff "Basisdemokratie" nicht in unserem Parteiprogramm vorkommen würde. Weshalb man sich auch nicht darauf berufen könne. Vielmehr wäre die entscheidende innerparteiliche Organisationsform die der "Liquid Democracy". Auf dem Landesparteitag in Bayern wurde darauf hingewiesen, dass Liquid Democracy und Basisdemokratie im Wettbewerb stehen würden. Um sowohl Liquid Democracy als auch Basisdemokratie als Basis der innerparteilichen Arbeit klar zu stellen, ist die Erwähnung von Basisdemokratie im Grundsatzprogramm notwendig.

- Der Antrag steht in Verbindung mit X009 (Aufnahme Begriff Basisdemokratie in Grundsatzprogramm) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/X009
- Der Antrag stellt u.a. auch den programmatischen Rahmen für den Antrag PA003 (Direkte Demokratie) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA003 und andere Anträge mit Zielrichtung Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie dar.

PA388 - “Nutzern“ statt “Nutzerinnen“

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JoWa2211

Zusammenfassung

“Nutzerinnen“ ist durch “Nutzern“ zu ersetzen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text im Grundsatzprogramm an der Stelle “Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur“ entsprechend zu ändern:

[2] Im Satz “Diese sogenannte Freie Software garantiert ihren Nutzerinnen alle wesentlichen Freiheiten, die notwendig sind, um die Kontrolle über ihre technischen Systeme selbst zu übernehmen und diese gegebenenfalls kollektiv und demokratisch weiter zu entwickeln.“ ist das Wort “Nutzerinnen“ durch das Wort “Nutzern“ zu ersetzen.

Begründung

[3] Es handelt sich nicht um das so genannte Binnen-I, da das I dort groß wäre. Somit sind bei “Nutzerinnen“ nur die weiblichen Nutzer gemeint. Dies scheint nicht die Intention des Satzes zu sein.

PA389 - Möglichkeiten zur Reduzierung der Radiotoxizität von hochradioaktivem Abfall

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Müller (clown3k)

Zusammenfassung

Erweiterung der umweltpolitischen Ziele um einen Satz zur Erforschung von Transmutationstechnologien zur möglichen Verringerung der Radiotoxizität von hochradioaktivem Abfall.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Satz ins Bundestagswahlprogramm unter dem Abschnitt Atommüll in dem Kapitel Umwelt- und Verbraucherschutz am Ende des ersten Absatzes einzufügen, falls der Antrag PA188 angenommen wurde:

[2] Da Transmutation eine Möglichkeit bieten könnte, die Radiotoxizität von hochradioaktivem Müll um Größenordnungen zu reduzieren, spricht sich die Piratenpartei Deutschland für eine Förderung entsprechender Forschungsvorhaben aus.

Begründung

[3] Eine rückholbare Lagerung, wie sie in Antrag PA188 befürwortet wird, ist sinnvoll, da nur dann gewährleistet ist, dass zukünftig entwickelte Technologien zur Entschärfung der Atommüllproblematik tatsächlich eingesetzt werden können. Die Umwandlung der langlebigen Nuklide aus hochradioaktivem Abfall in solche mit wesentlich kürzeren Halbwertszeiten (Transmutation 1) könnte eine Möglichkeit bieten, die Zeiträume für eine Endlagerung auf ein technisch besser beherrschbares Maß zu senken. Da die nachhaltigen Entsorgung radioaktiver Abfälle eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft darstellt, sollte Forschung zur Transmutation aktiv gefördert werden, damit entsprechende Technologien möglichst zeitnah zur Verfügung stehen und die Risiken für zukünftige Generationen minimiert werden können.

[4] Literatur:

[5] 1 Lexikon zur Kernenergie, Karlsruher Institut für Technologie http://www.kit.edu/mediathek/print_forschung/Lexikon_Kern

PA390 - Sprachliche Fehler schnell abhandeln

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JoWa2211

Zusammenfassung

Anträge die nur sprachliche Fehler enthalten sollen alle zusammen abgestimmt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge die Anträge PA383, PA384, PA386, PA388 zusammen abstimmen.

Begründung

[2] Die Anträge enthalten nur sprachliche Korrekturen und ändern inhaltlich nichts. Eine Einzelabstimmung ist somit unnötig zeitaufwändig.

PA391 - Vereinfachung der Einkommenssteuer

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Die Einkommensteuer soll vereinfacht werden durch bestimmte Steuerfreibeträge und durch eine Steuerprogression zwischen 20 % und 50 %, die bis zu 10 % durch persönliche Abschreiben gemindert werden kann.

Antragstext

[1] Folgender Beschluss soll gefasst werden:

[2] Die Einkommensteuer soll vereinfacht werden durch bestimmte Steuerfreibeträge und durch eine Steuerprogression zwischen 20 % und 50 %, die bis zu 10 % durch persönliche Abschreiben gemindert werden kann. Es soll ein persönlicher Steuerfreibetrag von 10.000 Euro eingeführt werden; 3000 Euro Steuerfreibetrag für Sonderausgaben und 2000 Euro Freibetrag für Werbungskosten. Das Ehegattensplittung wird abgeschafft; dafür soll ein bestimmter Verheiratetenfreibetrag entstehen (Für Eheleute und eingetragene Partnerschaften), wenn ein Teil keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Zusätzlich soll jeder bis zu 10 % seines Gesamteinkommens zu persönlichen Abschreibungsmöglichkeiten nutzen können wie z.B. Kirchensteuer, außergewöhnliche Belastungen, Behindertenfreibetrag, Altersfreibetrag, Spenden, gemeinnütziges Sponsering von Kunst und Kultur sowie Werbungskosten und Sonderausgaben, die über den o.g. Freibeträgen liegen. Sonderregelungen sollte es geben für Betriebe für investive Maßnahmen. Wo die obere Grenze von 50 % Besteuerung liegen soll, ist durch verschiedene Berechnungsmodelle des Steueraufkommens zu ermitteln. Die Höchstgrenze sollte irgendwo zwischen 250.000 Euro und einer Million Euro Jahreseinkommen liegen. Wegen der Komplexität des Einkommenssteuerrechts sind weitere Details erst im Gesetzgebungsverfahren festzulegen.

PA392 - Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz stärken

Wahlprogramm - Demokratie PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Xpirat

Zusammenfassung

Verringerung der Abhängigkeit der Justiz von der Exekutive, Verbesserung ihrer Kontrolle durch erhöhte Transparenz, Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch Bürger

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Demokratie an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] **Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz stärken**

[3] Wir treten für eine Verringerung der historisch entstandenen Abhängigkeit der Justiz von der Exekutive, eine Verbesserung ihrer Kontrolle durch erhöhte Transparenz und eine Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch Bürger ein. Die Transparenz ist so auszugestalten, dass jeder Bürger die Unabhängigkeit und die Funktionsfähigkeit der Justiz beurteilen kann.

Begründung

[4] In der Folge der Revolution von 1848 führte die Ministerialbürokratie in Deutschland Ideen aus der französischen Revolution ein, z. B. die Unabhängigkeit der Justiz und die Rolle eines Staatsanwalts. Dies geschah aber nur zum Schein, d. h. als Farce, da Staatsanwälte ein „Organ der Staatsregierung“ wurden und Justizminister die Beförderungen von Richtern beeinflussen oder gar entscheiden konnten. Somit diente die Justiz dem Machterhalt der Regierung. Im Wesentlichen ist diese Abhängigkeit der Justiz bis heute erhalten geblieben, d. h. die Justiz steht nicht im Einklang mit der Verfassung bzw. dem Grundgesetz.

[5] Peter Collin schreibt, dass die Staatsanwaltschaft kein “Kind der Revolution“ war, sondern die preußische „Ministerialbürokratie eine Staatsanwaltschaft entwarf, die den Bedürfnissen der Regierung entsprach“, und sich hinter dem “Wächter des Gesetzes“ das “Organ der Staatsregierung“ verbarg (Peter Collin, Die Geburt der Staatsanwaltschaft in Preußen, 2001, S. 37, Collin). Der preußische Justizminister Leonhardt meinte: “Solange ich über die Beförderungen bestimme, bin ich gern bereit, den Richtern ihre sogenannte Unabhängigkeit zu konzedieren“, obwohl der 1879 in Kraft getretene und bis heute unveränderte § 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes lautet: “Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfene Gerichte ausgeübt“ (Müller). An der Abhängigkeit der Justiz hat sich bis heute kaum etwas geändert. Theodor Eschenburg schrieb 1962 in „Staat und Gesellschaft in Deutschland“, Seite 661: “Wer befördert, befiehlt!“ (Oberto). Christine Nordmann, Sprecherin der Neuen Richtervereinigung und Richterin am Verwaltungsgericht Schleswig, meinte: „„... die Politik will ihre eigenen Leute durchbringen, um Eignung und Leistung geht es dann dabei nicht. ... Der Justizminister als Teil der Exekutive steht an der Spitze der Justiz, daher sind die Gewalten nicht klar getrennt, das ist nicht verfassungskonform“ (ZDF). Richter Oestmann schreibt: „Man befördert den, der so

richtet, wie man es für richtig hält.“ (Oestmann). Der ehemalige Staatsanwalt Dr. Maier meint: „... mit dem vorauseilenden Gehorsam umgeht der Staatsanwalt die ... Weisung, er erspart sich Ärger und er empfiehlt sich für Beförderungen, die von den weisungsberechtigten Vorgesetzten ausgesprochen werden.“ (Maier). Baumann betrachtet Schöffen, d. h. ehrenamtliche Richter, die eigentlich als Bürger die Justiz kontrollieren sollen, als Statisten (Baumann).

[6] Die Abhängigkeit der Justiz ist auch beschrieben in: Focus, Süddeutsche, Brief vom Innenminister an Richterin, Frankfurter Anwaltsverein, Einflussnahme durch das Justizministerium.

[7] Viele Richter üben Nebentätigkeiten aus, so dass auch dadurch die richterliche Unabhängigkeit in Frage gestellt ist (Spiegel).

[8] Schließlich gibt es bei Ausbildung von Juristen und in der Rechtswissenschaft Abhängigkeiten, die mit denen in der Justiz vergleichbar sind. Somit ist auch hier eine stärkere Kontrolle durch erhöhte Transparenz und eine Stärkung der demokratischen Mitwirkung durch Bürger erforderlich.

PA393 - Statistische Grundlagen für Waffenrecht

Wahlprogramm - Transparenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TheBug, motorradblogger, kante, piraten-axel

Zusammenfassung

Bessere statistische Erfassung von Straftaten mit Waffen um

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen das Bundestagswahlprogramm an geeigneter Stelle um folgenden Absatz zu ergänzen:

[2] Die Piratenpartei fordert detaillierte Zahlen bezüglich Missbrauchsart, Typ, Herkunft und Status (z.B. frei, legal, illegal) der Tatwerkzeuge bei Straftaten mit Waffen in der Polizeilichen Kriminalstatistik zu erfassen und zu veröffentlichen. Durch die seit 2002 geübte Praxis die Zahlen für Straftaten mit Waffen nur als Summe nach der Straftat und nicht nach Art, Herkunft und Status der Waffe zu erfassen und diese Daten dann auch noch unter Verschluss zu halten, ist keine Beurteilung der Wirksamkeit der vergangenen Änderungen des Waffenrechts möglich.

Begründung

[3] Die detaillierten Zahlen zu Straftaten mit Waffen sind seit 2002 nicht mehr erfasst worden. Selbst diese Information konnte erst durch Nachfrage unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz und Einschaltung des Bundesbeauftragten für das InformationsfreiheitsG erlangt werden:

[4] http://wiki.piratenpartei.de/AG_Waffenrecht/Material#Antwort_des_BKA_auf_Anfrage_zur_Herausgabe_der_statistischen_

[5] In der PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) stehen nur kumulierte Zahlen die alle Straftaten mit unter das Waffenrecht fallenden Schusswaffen nach "gedroht", "geschossen", "Körperverletzung", "Tötung" u.ä. grob zusammen fassen. Es ist daraus nicht ersichtlich ob diese Taten mit frei erwerbbaren, waffenbesitzkartenpflichtigen, Dienstwaffen oder illegalen Waffen begangen wurden und ob ggf. die verwendeten Waffen zuvor den rechtmäßigen, legalen Besitzern entwendet wurden. Die Erfassung von anderen Waffen, wie z.B. Messern, ist noch weniger brauchbar. Somit ist nicht belegbar ob und wenn ja welche weiteren Regelungen sinnvoll wären, oder ob bereits eine Überregulierung vorliegt.

[6] Damit ist keine sachliche Grundlage für eine weiterführende Diskussion über die weitere Entwicklung des Waffenrechts vorhanden. Die letzten Gesetzesänderungen fanden bereits ohne eine sachliche Grundlage statt.

PA394 - Entlastung privater Haushalte aufgrund steigender Stromkosten durch reduzierten Mehrwertsteuersatz

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Martin Skopp

Zusammenfassung

Geeignete Maßnahme in Form eines Zweistufenmodells zur Entlastung aller Bürger aufgrund stetig steigender Stromkosten

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle Folgendes zu den Themenfeldern Wirtschaft und Finanzen / Energie einzufügen:

[2] Stetig steigende Energiekosten werden zu einer unverhältnismäßigen Belastung für die privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland führen. Weitere Preissteigerungen für Strom und Gas sind zu erwarten. Die Piratenpartei Deutschland fordert daher eine angemessene Entlastung der privaten Haushalte bei gleichzeitiger Förderung erneuerbarer Energien. Die Entlastung soll durch folgende zwei Maßnahmen vorgenommen werden:

[3] 1. Überprüfung der Ausnahmen für Firmen von der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

[4] 2. Strom soll nur noch mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz besteuert werden, d.h. mit 7% statt 19%.

Begründung

[5] **Dieser Antrag versteht sich als konkurrierenden Antrag zu PA380, der über die Abzugsfähigkeit von der Lohn-/Einkommenssteuer entlasten möchte.**
(Erster Teil kopiert aus PA380: *Die Bundesregierung hat mit der am 1.1.2012 in Kraft getretenen EEG Novelle wesentlich mehr Betriebe als bisher von der Umlagezahlung befreit. In der Folge werden alle übrigen Verbraucher umso stärker mit Unterstützungszahlungen für Großbetriebe über die EEG-Umlage belastet - die Kleinverbraucher müssen also für die Kosten aufkommen, die die zusätzlich befreiten Unternehmen einsparen. Das Ziel der Maßnahme hatte ursprüngliche einmal darin bestanden, die Wettbewerbsfähigkeit der Großindustrie auf internationalen Märkten zu stärken. Einige der jetzt zusätzlich entlasteten Unternehmen agieren jedoch auch auf dem deutschen Markt und erhalten durch die EEG-Novelle einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber kleineren Unternehmen, die nicht von der EEG-Umlage befreit sind. Das führt zu negativen Verteilungseffekten und einer Verzerrung des Wettbewerbs.*
Die steigenden Nebenkosten entwickeln sich zunehmend zu einer "zweiten Miete". Weltweit sind die Energiekosten fast nirgends so hoch wie in Deutschland. Die großen Energieanbieter nutzen ihre Oligopol-Stellung aus. Die Piratenpartei Deutschland möchte die privaten Haushalte hier entlasten. Gerade Empfänger von Transferleistungen und Familien trifft die "zweite Miete" besonders schmerzhaft. Ende Kopie aus PA380)

[6] **Begründung Zweiter Teil:** Der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz wird hauptsächlich auf Produkte des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel angewendet. Im 21. Jahrhundert ist Strom genauso wie Nahrungsmittel, Bildung etc. inzwischen als Grundbedarf anzusehen und sollte daher auch nur ermäßigt besteuert werden. Die reduzierte

Besteuerung mindert die Stromrechnung für alle privaten Verbraucher (nicht für Unternehmen!) unabhängig von ihrer Lohn-/Einkommensteuer um 10,08% der Bruttostromkosten.

[7] Von PA380 profitieren dagegen nur Bürger mit einem zu versteuerndes Einkommen über dem Einkommensteuer-Grundfreibetrag von EUR 8.004 (§ 52 Abs. 41 Satz 1 EStG, ab 2013 voraussichtlich EUR 8.352). Dies trifft auf viele Rentner, Studenten, Geringverdiener und Transferleistungsempfänger nicht zu. Auch muß der Bürger bei PA380 aktiv tätig werden, d.h. seine Steuererklärung inkl. Stromrechnung einreichen. Der reduzierte MwSt-Satz dagegen wirkt direkt, unmittelbar automatisch und für alle.

[8] Die Regelung ist einfach und unbürokratisch umsetztbar, Aufwand entsteht im wesentlichen nur bei der Rechnungserstellung in den Stromkonzernen.

[9] Anmerkung

[10] Dieser Antrag definiert "Strom" als ermäßigungswürdigen Grundbedarf. Damit steht er in einem Spannungsverhältnis zu PA274 "Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuer-Satzes - Einberufung einer ständigen Kommission".

[11] Die Versammlung möge die Verflechtung der Anträge berücksichtigen.

PA395 - AG Gesundheitspolitik - Evidenzbasierte Medizin

Grundsatzprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Forderung von Wirksamkeitsnachweisen von Therapien und Medikamenten für die Erstattung durch Krankenkassen. Aufklärung der Menschen hinsichtlich der Wirksamkeit von Therapien und Medikamenten durch unabhängige Stellen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der PIRATEN möge diesen Antrag im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland nach dem zu beschließenden Programmbereich **Gesundheitspolitik (PA140)** mit dem Titel **Evidenzbasierte Medizin** beschließen und einfügen oder alternativ zwischen den Programmbereichen **Für die Vielfalt in der Gesellschaft** und **Drogenpolitik** in einem Programmbereich **Gesundheit**:

[2] Die Piratenpartei steht für einen rationalen und wissenschaftlichen Umgang mit allen Problemfeldern der Politik. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass versorgungsrelevante Entscheidungen auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik nach umfangreichen Recherchen in den verfügbaren Quellen des Wissens getroffen werden.

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass nur belastbare Studien zur Beurteilung der Wirkung von Therapien und Medikamenten Grundlage der Entscheidungen über die Erstattung der Kosten durch die Krankenkassen sind. Die Nachweismethoden sind kritisch zu hinterfragen und geeignete Rahmenbedingungen zu fördern, um die Risiken u.a. ökonomisch motivierter Fehlbewertungen zu verringern. Therapien und Medikamente, deren Wirksamkeitsnachweis nicht erbracht wurde, dürfen nur dann zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen erbracht werden, wenn für das zu behandelnde Krankheitsbild keine kurativen (1) Therapien zur Verfügung stehen oder eine wissenschaftliche Bewertung mit höchster Evidenz (2) sich aus ethischen Gründen verbietet. Therapien zur Linderung sind in die zu erstattenden Versorgungsformen einzubeziehen.

[4] Die Piratenpartei setzt sich für die Aufklärung der Menschen hinsichtlich der Therapien und Medikamente ein, für die ein Wirksamkeitsnachweis nicht erbracht wurde. Dabei geht es ihr darum, die Menschen vor vermeidbarem wirtschaftlichen sowie gesundheitlichen Schaden zu schützen. Die Therapiefreiheit bleibt in den erwähnten Grenzen gewährleistet. Bei der Aufklärung sind stärker vorhandene, von Leistungserbringern unabhängige Angebote zu nutzen sowie diese und weitere dahin zu entwickeln, dass deren Arbeit auch vom Einfluss von Kostenträgern unabhängig wird.

[5] Medizinische Lehren, die nachweislich zu vermeidbaren Schmerzen und Leid bei Patienten führen, sind nicht durch die Therapiefreiheit geschützt.

Begründung

Statement zum Antrag

[6] Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik erarbeitet und wird von ihr vertreten.

Begründung

[7] Eine wirtschaftliche Patientenversorgung nach den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin ist durch das Sozialgesetzbuch (SGB V; unter anderem §§ 12, 70) vorgeschrieben. Kranke haben ein Recht auf Behandlung nach dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft unter Berücksichtigung von evidenzbasierten Leitlinien oder nach der jeweils besten, verfügbaren Evidenz.

[8] Die ausdrückliche Beschränkung auf die bestverfügbare Evidenz scheint uns nötig, damit nicht Doppelblindstudien verlangt werden können, wo es keinem Patienten zumutbar ist, zu einer unbehandelten Kontrollgruppe zu gehören. Auch sollen die Anforderung nicht unverhältnismäßig sein, wenn bei Seltenen Erkrankungen weder ein ökonomisches Interesse von Leistungserbringern oder Pharmaindustrie zu Studien führt noch eine genügende Anzahl von Probanden zur Teilnahme erreicht werden kann.

[9] Die Piratenpartei fordert Fachkompetenz als Voraussetzung für das Leistungsgeschehen. Darunter verstehen wir jedoch mehr als die technisch perfekte Anwendung von Apparaten oder Methoden. Ärzte müssen zwar verstärkt angehalten werden Studienergebnisse in der Patientenversorgung zu berücksichtigen, doch Ziel muss es sein, die Bedürfnisse der Patienten und die von ihnen berichtete Ergebnisqualität zu erreichen.

[10] Bei der Abwägung dessen, was vernünftig von Patienten in einem solidarischen Gesundheitssystem gefordert werden kann und von diesem dann zu leisten ist beziehen wir uns auf die “Gesundheitsbedürfnisse“ der OECD: A: Gesund bleiben, B: Gesund werden, C: Mit einer Krankheit oder Behinderung leben und D: Das Lebensende bewältigen; (3)

[11] Hinsichtlich der Ansprüche von Patienten auf Aufklärung beziehen wir uns auf die Gutachten der Sachverständigen: „An die Stelle des ‚benevolenten Paternalismus‘ muß als zeitgemäße Form der Arzt-?Patient-?Beziehung ein ‚Partnerschaftsmodell‘ treten. Darin gibt der Arzt, vermöge seines medizinischen Wissens, den Rahmen vor, innerhalb dessen der Patient mit Hilfe des Arztes seine Entscheidungen trifft.“ Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Jahresgutachten 1992, Ziff. 363 und “Das Leitbild des mündigen, informierten und in seiner Würde und Autonomie respektierten Patienten muss gewahrt werden.“ Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen Band III: „Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit“;2000/2001

[12] Es bleibt ausreichend zu berücksichtigen, dass sich die Interaktion zwischen Ärzten und ihren Patienten nicht erschöpfend durch technische Definitionen beschreiben lässt. Deshalb sei an dieser Stelle auf die Beschreibung der individuellen und krankheitsangepassten Kommunikation verwiesen, wie sie z.B. ausgeführt wird von U. Goldmann-Posch und R.R. Martin: Beziehungsvertrag - Über-Lebensbuch Brustkrebs (Schattauer 2003) Wenn auch die Aufklärung grundsätzlich eine vom Behandler geschuldete Leistung sein und bleiben soll, so haben sich doch zusätzliche Angebote bewährt und sollen ausgebaut werden.

[13] (1) kurativ: wird die Art von Behandlung bezeichnet, die das Ziel verfolgt, die Erkrankung zu heilen bzw. ihr Fortschreiten zu verhindern (2) Evidenz: in diesem Zusammenhang “Nachweis“ oder “Beleg“

Quellen:

[14] (3) Arah et al, A conceptual framework for the OECD Health Care Quality Indicators Project (2006)

PA396 - AG Gesundheitspolitik - Präambel

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Einleitende Worte für einen Wahlprogrammbereich Gesundheit.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge mit diesem Antrag einen neuen Wahlprogrammbereich mit dem Titel **Gesundheit** im Wahlprogramm 2013 eröffnen und diesen Antrag als ersten Wahlprogrammpunkt mit der Überschrift **Präambel** beschließen:

[2] Im Streben nach einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung aller Menschen wollen wir eine eigene Gesundheitspolitik begründen. Im Fokus steht ein Gesundheitssystem, welches den Bedürfnissen der Menschen ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten, ihres Wohnortes, ihrer Lebensweise und -umstände gerecht wird. Dies muss durch einheitliche Ausbildungs-, Behandlungs- und Qualitätsstandards und eine verstärkt bundeseinheitliche Gesetzgebung erreicht werden. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein, die vom Inklusionsgedanken durchdrungen ist.

Begründung

Statement zum Antrag

[3] Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik erarbeitet und wird von ihr vertreten.

[4] Die AG Gesundheitspolitik bietet mit dieser Präambel einleitende Worte für einen Wahlprogrammbereich Gesundheit an. Die Präambel ist so formuliert, dass sie im gemeinsamen Konsens einen Weg aufzeigt, wie wir Piraten uns in der Gesundheitspolitik einbringen wollen. In unserem Fokus soll der Mensch stehen, nicht das Gesundheitssystem. Wichtig hierbei ist vor allem die stärkere Umsetzung des Inklusionsgedankens, der wie in allen Bereichen der Politik auch im Gesundheitswesen zu wenig Beachtung findet. Gesundheitsversorgung bedeutet für uns, dass Menschen, die Behandlung oder Therapie benötigen, diese auch bekommen ungeachtet oben genannter Hindernisse.

PA397 - AG Gesundheitspolitik - Praxisgebühr

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für die Abschaffung der Praxisgebühr bei ambulanter Behandlung in der jetzigen Form ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge diesen Antrag für den zu eröffnenden Wahlprogrammbereich **Gesundheit** des Wahlprogramms 2013 mit der Überschrift **Praxisgebühr** beschließen und einfügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Abschaffung der Praxisgebühr bei ambulanter Behandlung in der jetzigen Form ein.

Begründung

[3] **Statement zum Antrag**
Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik über bestehende LQFB-Initiativen und Landesprogramme recherchiert, dann überarbeitet und wird von ihr vertreten.

[4] **Begründung**
Eine Steuerungswirkung der Zuzahlungen mit dem Ziel, medizinisch nicht zwingend erforderliche Arztbesuche oder Krankenhausaufenthalte zu vermindern, ist über das Jahr der Einführung hinaus nicht belegt. Vielmehr gibt es Untersuchungen, die einen nachteiligen Effekt sehen1 , unter anderem weil die aus Patientensicht finanzielle Hürde insbsondere bei Patienten mit niedrigen Einkommen oder Sozialleistungen zu verspäteten Arztbesuchen führt. Nachweisbare und anhaltende Effekte gibt es zwar hinsichtlich der Inanspruchnahme von Fachärzten mit Überweisung durch den Hausarzt, aber weder ist dadurch die Zahl der Inanspruchnahme als solche anhaltend zurückgegangen noch ist dadurch ein entlastender Kosteneffekt nachgewiesen.

[5] In der jetzigen Form belastet die Zuzahlung Arztpraxen und Krankenhäuser mit einem - im Vergleich zum Betrag - erheblichen Verwaltungsaufwand, durch den Ressourcen in diesen Bereichen der Patientenversorgung entzogen werden.

[6] **Quellen**

- 1:Gesundheitsmonitor 2007 (siehe Seite 133ff)
- 2: Pressemeldung zum Gesundheitsmonitor 2007

PA398 - AG Gesundheitspolitik - Beschneidung: Ein Auslaufmodell im Rechtsstaat

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Inklusionsorientiertes Verbot der Beschneidung nichteinwilligungsfähiger Kinder

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge diesen Antrag für den zu eröffnenden Wahlprogrammbereich **Gesundheit** des Wahlprogramms 2013 mit der Überschrift **Beschneidung: Ein Auslaufmodell im Rechtsstaat** beschließen und einfügen:

[2] Durch die Entscheidung des LG Köln v. 07.05.2012 (Az. 151 Ns 169/11), wurde klargestellt, dass die Beschneidung eines nicht einwilligungsfähigen Kindes den äußeren Tatbestand von § 223 StGB (Körperverletzung) erfüllt bzw. von § 226 StGB (Schwere Körperverletzung) erfüllen kann. Dadurch ist neben der Rechtsunsicherheit eine hoch emotionalisierte politische Debatte entstanden, zu der die PIRATENPARTEI durch eine klare Positionierung öffentlich Stellung bezieht.

[3] **I.** Die PIRATEN begrüßen dieses Urteil, insbesondere die in der Urteilsbegründung zum Ausdruck gebrachte Rechtsposition, die festhält, dass „dem Recht der Eltern auf religiöse Kindererziehung in Abwägung zum Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung kein Vorrang zukomme, so dass mit der Einwilligung in die Beschneidung ein Widerspruch zum Kindeswohl festzustellen sei.“1 Die PIRATEN befürworten es, auf dieser Grundlage durch Gesetzgebung langfristig eine einheitliche rechtliche Regelung zu schaffen, um generelle Rechtssicherheit zu erzielen.

[4] Die PIRATEN schlagen dazu ein Verfahren vor, das sich an die Vorgehensweise bei § 218f. StGB anlehnt, und fordern:

- Wer bei einem Kind unter 14 Jahren eine Beschneidung (Zirkumzision bzw. Kliteropexie)2 durchführt oder durchführen lässt, begeht eine strafbare Handlung. Ausgenommen sind Handlungen, die aufgrund einer medizinischen Indikation durchgeführt werden.
- Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter gegen den Willen des/der Betroffenen handelt oder leichtfertig die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung des/der Betroffenen verursacht.
- Darüber hinaus gehende Genitalverstümmelungen (wie Klitoridektomie, Exzision oder Infibulation) werden nach wie vor als gefährliche Körperverletzung geahndet.

[5] **II.** Die PIRATEN stehen für die Inklusion generell, damit auch für die Inklusion von Menschen mit Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft, die die Beschneidung vorschreibt. Ein sofortiges, generelles Beschneidungsverbot bedeutet jedoch für sehr viele Menschen in unserem Land, darunter 4.300.000 Muslime und 200.000 Juden, einen erheblichen Eingriff in die bislang üblichen Praktiken ihrer Religion. Da die meisten von

ihnen zudem einen Migrationshintergrund haben, besteht die Gefahr ihrer Ausgrenzung und Kriminalisierung, stößt es das Tor auf zu Beschneidungen im Hinterzimmer und Beschneidungstourismus. Ein solches Gesetz in Deutschland zu erlassen, ist darüber hinaus vor dem Hintergrund unserer Geschichte nicht unproblematisch. Aus diesem Grunde befürworten die PIRATEN ein zeitlich begrenztes Moratorium, währenddessen die Beschneidung von Kindern in nicht einwilligungsfähigem Alter als tatbestandslos (in Analogie zu § 218a StGB) definiert wird, wenn folgende Bedingungen analog den Mindestanforderungen des Ethikrates3 erfüllt sind:

- Durch eine Bescheinigung wurde nachgewiesen, dass sich die Erziehungsberechtigten mindestens drei Tage vor dem Eingriff haben umfassend beraten lassen (über kulturelle und rechtliche Aspekte, über Alternativen etc.),
- Beide erziehungsberechtigten Elternteile haben schriftlich ihre Zustimmung erklärt,
- Der Eingriff wurde von einem Arzt fachgerecht, nach vorheriger medizinischer Aufklärung und unter qualifizierter Schmerzbehandlung (Narkose) vorgenommen und
- Ein entwicklungsabhängiges Vetorecht des Betroffenen wurde beachtet.

[6] **III.** Diese Regelungen und ihre Auswirkungen sind nach Ablauf des Moratoriums, das u.a. zu einem breiten Dialog und intensiver Aufklärung der Betroffenen sowie zu einer Evaluierung genutzt wird, neu zu bewerten und eventuell neu zu gestalten.

Begründung

[7] **Statement zu diesem Antrag**
Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik erarbeitet und wird von ihr mehrheitlich vertreten.

[8] **Begründung**
Mit dem Urteil des LG Köln vom 07.12.2012 ist eine Debatte eröffnet worden, die immens hohe Wellen schlägt. Es wäre fatal, wenn der Meinungsstreit innerhalb der PIRATENPARTEI eine Positionierung verhindern würde, zumal dies bereits in der Öffentlichkeit (z.B. im „Spiegel“)4 angeprangert wird. Im Gegensatz dazu könnte uns eine Position, die auf breite Zustimmung in der Öffentlichkeit stößt, enorm voran bringen.

[9] Eine konsensfähige, sachlich begründete, politische durchsetzbare und zugleich praktikable Position zu entwickeln ist jedoch äußerst schwierig. Denn festzuhalten ist:

- Wir haben es hier mit einem Fundamentalkonflikt von Grundrechten zu tun. Das Elternrecht auf Bestimmung von Religionszugehörigkeit auf der einen, die körperliche Unversehrtheit eines Kindes und dessen Selbstbestimmungsrecht auf Religionsfreiheit auf der anderen Seite. Da kommen wir nur schwer raus, da wird es keine Lösung geben, bei der nicht eine oder die andere Seite wutentbrannt reklamiert, dass Grundrechte verletzt worden sind.

[10] und

- Diesem Fundamentalkonflikt von Grundrechten entspricht ein Konflikt zweier Grundsatzpositionen unserer Partei, der Forderung nach einer Trennung von Staat und Religion auf der einen und der allgemeinen Zielsetzung der Inklusion auf der anderen Seite.

[11] „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.“ Wittgenstein. Oder doch?

[12] Immerhin wurde durch die Rechtsprechung des LG Köln eine Vorgabe gemacht. Und eine gleiche Konfliktstruktur mit gleichem Emotionalisierungsgrad gab es schon einmal, nämlich in der Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch. Da hatten wir den fundamentalen Konflikt von Selbstbestimmung der Frau auf der einen und Schutz des ungeborenen Lebens auf der anderen Seite. Und es tobte eine extrem emotionalisierte Debatte zwischen „Mein Bauch gehört mit“ und „Abtreibung ist Mord“. Selbst Gegner der Abtreibung sprachen sich bisweilen für eine Freigabe aus, denn ein Verbot führe nur zu Abtreibungen im Hinterzimmer und zum Abtreibungstourismus.

[13] Dennoch gab es eine Lösung. Natürlich keine optimale, aber immerhin eine, durch ein „paradoxes Gesetz“: § 218 erklärt den Schwangerschaftsabbruch für rechtswidrig und strafbar, § 218a gibt die Bedingungen der Straflosigkeit an. Seit fast 20 Jahren (durch Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Fristenlösung 1993) haben wir eine faktische Fristenlösung: Der Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten ist zwar rechtswidrig, wird aber als „tatbestandslos“ definiert und strafrechtlich nicht verfolgt, wenn

- die Schwangere den Schwangerschaftsabbruch verlangt und nachweist, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff hat beraten lassen,
- der Schwangerschaftsabbruch von einem Arzt vorgenommen wird und
- seit der Empfängnis nicht mehr als 12 Wochen vergangen sind.

[14] Danach ist ein Abbruch nur bei einer medizinischen Indikation legal.

[15] Vorteile: Ein Schwangerschaftsabbruch wird als schwerwiegender und im Grunde rechtswidriger Eingriff definiert, der wohl überlegt sein muss und nicht zur Folklore gehört. Zugleich aber wird er ermöglicht, grenzt niemanden aus.

[16] Daran könnte sich unsere Position als PIRATENPARTEI zur Beschneidung orientieren:

[17] Durch einen § XXX wird die Rechtswidrigkeit und Strafbarkeit der Beschneidungen (Zirkumzision bzw. Kliteropexie) von unter 14jährigen Kindern festgestellt und zugleich ein zeitlich befristetes Moratorium (ähnlich wie in der Bundestags-Petition 260785 gefordert) eröffnet. Währenddessen wird durch einen § XXXa die Tatbestandslosigkeit definiert, wenn beide Eltern an einer Beratung teilgenommen und ihre Zustimmung erteilt haben, das entwicklungsabhängige Vetorecht des Betroffenen beachtet und die Beschneidung von einem Arzt fachgerecht unter qualifizierter Schmerzbehandlung vorgenommen wurde.

[18] Vorteile des Gesetzes

- Der Gesetzgeber erklärt, dass die Beschneidung nicht einwilligungsfähiger Kinder dem Grunde nach nicht erwünscht ist und eine rechtswidrige und strafbare Handlung darstellt.
- Beschneidungen aus medizinischer Indikation (z. B. Phimosen) bleiben straffrei.
- Genitalverstümmelungen wie Klitoridektomie, Exzision oder Infibulation werden von dieser Regelung nicht betroffen und gelten weiter als gefährliche Körperverletzung.

[19] Vorteile des Moratoriums

- Der Gesetzgeber erklärt, dass die Beschneidung nicht einwilligungsfähiger Kinder für eine Übergangszeit von 2-3 Jahren zu keiner Strafverfolgung führen muss.
- Die Beschneidungen finden während des Moratoriums nur unter hygienischen-sterilen Bedingungen statt und werden von einem Arzt, auch unter Kontrolle etwaiger Kontraindikationen (Gerinnungsstörung, floride Entzündung im OP-Gebiet etc.) durchgeführt.
- Durch die Aufnahme des entwicklungsabhängigen Vetorechts ist keine Beschneidung gegen einen rechtsrelevanten Widerspruch des Kindes möglich.
- Eine völlig unreflektierte Durchführung traditioneller Praktiken wird gestoppt.
- Durch eine Pflichtberatung neben der ärztlichen Aufklärung werden zuvor beide (!) Eltern über mögliche persönliche und soziale Auswirkungen und Risiken, Nebenwirkungen, kulturelle Integration oder Desintegration etc. aufgeklärt.
- Die Zugehörigkeit zu einer Religion und die Befürwortung ihrer Praktiken führen nicht zu Ausgrenzung und Kriminalisierung; die Religionsgemeinschaften bekommen Zeit, Alternativen zu entwickeln.
- Es wird weder Beschneidungen im Hinterzimmer noch Beschneidungstourismus geben.

[20] Nebeneffekt

Wir treten in der Öffentlichkeit mit einer über eine bloße Erklärung hinausgehenden, ganz konkreten Rechtsposition zu einem aktuellen Thema auf.

- Anm. 1: http://openjur.de/u/433915.html
- Anm. 2: zur Begrifflichkeit siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Beschneidung_weiblicher_Genitalien
- Anm. 3: zu den Mindestanforderungen des Ethikrates siehe: http://www.ethikrat.org/presse/pressemitteilungen/2012/pressemitteilung-09-2012/
- Anm. 4: "Der Spiegel", 31/2012, S. 34f.
- Anm. 5: zur Petition siehe: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2012/_07/_23/Petition_26078.mitzeichnen.html

PA399 - AG Gesundheitspolitik - Erste-Hilfe-Ausbildung im Schulalter

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Forderung nach Erste-Hilfe-Ausbildung für Kinder im Rahmen der Schulausbildung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge diesen Antrag für den zu eröffnenden Wahlprogrammbereich **Gesundheit** des Wahlprogramms 2013 mit der Überschrift **Erste-Hilfe-Ausbildung im Schulalter** beschließen und einfügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass ein auf Klassenstufen und Alter angepasstes Programm zur Förderung von Ersthelfermaßnahmen in allgemein- und weiterbildenden Schulen ausgearbeitet, eingeführt und regelmäßig durchgeführt wird. Erste Hilfe soll in die Schulprogramme für Schüler ab der 5. Klasse freiwillig und ab der 7. Klasse (1) verpflichtend, zum Beispiel im Rahmen von jährlichen Projekttagen oder anderen regelmäßigen Aktionen an Schulen aufgenommen und angeboten werden. Grundschulkinder sollen an angemessenes Verhalten in Notfallsituationen herangeführt werden.

[3] Darüber hinaus setzt sich die Piratenpartei für die Einrichtung und Förderung von Schulsanitätsdiensten(2) ein, die auf freiwilliger Basis beruhen und das Verantwortungsbewusstsein der Schüler fördern.

Begründung

[4] **Statement zum Antrag**
Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik über bestehende LQFB-Initiativen und Landesprogramme recherchiert, dann überarbeitet und wird von ihr vertreten.

[5] **Begründung**

[6] tl;dr:

[7] Erste Hilfe, Wiederbelebungsmaßnahmen und das richtige Verhalten in Notfallsituationen können den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten. Viele Erwachsene haben aber Angst etwas falsch zu machen, dadurch vergeht die Zeit in der ein Verunfallter die besten Prognosen hat ("Golden Hour"). Eine frühe Einweisung und Ausbildung kann helfen diese Angst abzubauen, die Überlebensrate nach Herz-Kreislaufstillstand vorsichtig geschätzt um 10-20% zu erhöhen und Fehlverhalten in Notfallsituationen zu verringern oder sogar zu verhindern.

[8] Über 80.000 Menschen sterben in Deutschland am plötzlichen Herztod, was statistisch betrachtet alle fünf Minuten einen entspricht. 5000 Menschen sterben jedes Jahr in Deutschland, weil nicht rechtzeitig Erste Hilfe geleistet wird. Nach einem Kreislaufzusammenbruch sinkt pro Minute die Überlebensrate um 10%, der Notarzt oder Rettungsdienst kann gar nicht so schnell vor Ort sein. So ist der plötzliche Herztod eine der häufigsten Todesursachen und eine der größten medizinischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Auch bei Unfällen, Notfällen des Zentralnervensystems und allergischen Reaktionen ist ein zeitnahes und situationsangemessenes Ersthelferverhalten für die körperliche Unversehrtheit des Betroffenen entscheidend,

[9] Die meisten Menschen fühlen sich zu unsicher, um im Notfall "Erste Hilfe" zu leisten. Aber gerade der Ersthelfer kann viel erreichen um die Chancen für einen Patienten in zeitkritischen Situationen zu erhöhen. Das Risiko einer "falschen" ersten Hilfe ist sehr gering . Der größte Fehler ist in den meisten Fällen nichts zu machen, denn hier verstreichen wertvolle Minuten. Dieses Phänomen ist in der Notfallmediin als Goldene Stunde(3) bekannt.

[10] Erste Hilfe ist ab der 7. Klasse problemlos theoretisch erlernbar und praktisch mit Erfolg durchführbar. Ein früherer Start der Ausbildung ab der 5ten Klasse oder in der Grundschule ist zudem anzuraten(1). Durch die Maßnahme könnten bei vorsichtiger Schätzung eine Steigerung der Überlebensrate nach Herz-Kreislaufstillstand von 10-20% erreicht und Folgeschäden bei anderen Notfällen vermieden oder gar verhinert werden.

[11] Kurse und Angebote sollten schon im Grundschulalter angeboten, ab der 5. Klasse für interessierte Schüler als Weiterentwicklung zur Verfügung stehen. Ab der 7. Klasse sollten diese Kurse dann verpflichtend im Unterrichtsprogramm eingebracht werde. Laut Studienlage sind Kinder ab der 7ten Klasse durchgehend körperlich und geistig in der Lage sind, sowohl theoretische Inhalte zum Thema Wiederbelebung zu erlernen als auch praktisch bei einem Erwachsenen die spezifischen Maßnahmen durchzuführen.

[12] Hinweis
Im Original ist dieser Antrag von Daniel Düngel und BrittaS. Er wurde danach von Klaus Klepik für den LPT12.1 des LV Mecklenburg-Vorpommern überarbeitet.

[13] Quellen:

- (1) Bericht über Studie im Ärzteblatt
- (2) Schulsanitätsdienst
- (3) Golden Hour

PA400 - AG Gesundheitspolitik - Einheitliche Rettungsmittel

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Forderungen nach bundesweit einheitlichen Ausstattungsrichtlinien für Rettungsdienstfahrzeuge.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge diesen Antrag für den zu eröffnenden Wahlprogrammbereich **Gesundheit** des Wahlprogramms 2013 mit der Überschrift **Einheitliche Rettungsmittel** beschließen und einfügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Abkehr von landesweit verschiedenen Ausstattungsrichtlinien für Rettungsdienstfahrzeuge (Krankentransportwagen, Rettungswagen, Notarztfahrzeuge) der Kommunen, Hilfsorganisationen (DRK, JUH, ASB, MHD, DLRG) als auch der privatwirtschaftlichen Dienstleister und für die Einführung einer bundesweit einheitlichen standardisierten Ausstattungsrichtlinie ein. Eine regionale Erweiterung soll weiterhin möglich sein. Gleichermaßen soll eine Mindestausstattung an Medikamentengruppen und Wirkstoffen pro Rettungswagen festgelegt werden.

Begründung

[3] **Statement zum Antrag**
Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik über bestehende LQFB-Initiativen und Landesprogramme recherchiert, dann überarbeitet und wird von ihr vertreten.

[4] **Begründung**
tl;dr: Das Ziel ist, einheitliche Mindestausstattungen zu definieren, die erstens eine hohe Qualität der Patientenversorgung garantieren, zweitens das Zusammenwirken unterschiedlicher Rettungsdienste in der Bundesrepublik einfacher gestalten und drittens die Freizügigkeit sowohl von ausgebildeten Rettungskräften als auch von Notärzten verbessert.

[5] Die Träger des Rettungsdienstes in Deutschland sind entweder Landkreise oder Kommunen oder private Unternehmen. Die Ausstattung erfolgt normalerweise anhand der DIN EN 1789, die europaweit verbindliche Rettungsdienstfahrzeuge klassifiziert und deren Ausstattung festlegt. Dies wird aber nicht überall umgesetzt, teilweise unterscheiden sich die Wagen in der technischen wie auch in der notfallmedikamentösen Ausstattung zwischen den Bundesländern oder zwischen Anbietern in einem Bundesland.

[6] Einige Rettungsdienstträger haben sich dazu entschieden keine oder nur sehr wenige Notfallmedikamente auf Rettungswagen vorzuhalten. Dies kann im Rahmen von Sekundärtransporten oder unerwarteten Notfällen ohne Notarztfahrzeug, zu erheblichen Versorgungsmissständen führen. Rettungswagen die im Rahmen von Sanitätsdiensten eingesetzt werden sind in vielen Fällen nicht einheitlich ausgestattet. Auch die Aufrüstung von Rettungsdienstfahrzeugen älterer Generationen, wird mit dem Schlagwort des Bestandschutzes langzeitig ausgesessen.

[7] Im Falle vom Zusammenwirken unterschiedlicher Gruppen im Rahmen von Großeinsätzen (MANV) oder der überörtlichen Hilfe, können ernsthafte Strukturdefizite in der Ausstattung zum Problem für den Patienten werden. So ist die Qualität der Versorgung von Notfallpatienten in vielen Fällen davon abhängig, in welchen Regionen man einen Notfall erleidet. Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist diese Standardisierung sinnvoll, da zunehmend Honorarkräfte als Notärzte eingesetzt werden, die z.T. sogar in anderen Bundesländern leben und arbeiten.

[8] Die Piratenpartei setzt sich deswegen für eine bundesweit verpflichtenden einheitlichen Ausstattung, nach definierten Standards wie zB. der DIN EN 1789, von Rettungsmitteln ein. Dies beinhaltet die einheitliche Beschreibung der Gerätefähigkeiten, die klare Ausstattungsliste von medizinischem Kleinmaterial, als auch einer Wirkstofftabelle von Medikamenten die auf Rettungswagen als Mindestausstattung mit zu führen ist.

[9] **Hinweis**
Im Original ist dieser Antrag von Thomas Weijers für den AK Gesundheit NRW als Antrag WP026 zu finden und danach für den LPT12.1 von Klaus Klepik aus dem LV Mecklenburg-Vorpommern angepasst worden.

PA401 - AG Gesundheitspolitik - Ausgleichsabgabe

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Julitschka für die AG Gesundheitspolitik

Zusammenfassung

Forderung nach einer inklusionsorientierten Reform der Ausgleichsabgabe.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge diesen Antrag für den zu eröffnenden Wahlprogrammbereich **Gesundheit** des Wahlprogramms 2013 mit der Überschrift **Ausgleichsabgabe** beschließen und einfügen:

[2] Die PIRATEN fordern eine inklusionsorientierte Reform der Ausgleichsabgabe.

[3] Die Mittel der Ausgleichsabgabe müssen wirksamer und flexibler zu Erhaltung und Aufbau von Arbeitsplätzen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen genutzt werden. Sie sind auch zu Erhalt und Ausbau von Integrationsfirmen, Trainingsarbeitsplätzen und für die psychosoziale Begleitung am Arbeitsplatz zu verwenden. Schwerpunkt der Verwendung soll auf die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse am Arbeitsplatz gelegt werden. Selbstausbeutung der zu Fördernden ist zu verhindern. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung soll stärker genutzt werden, Arbeitsverhältnisse unter 18 Wochenstunden sind einzubeziehen (§ 73 Abs. 3 SGB IX).

[4] Aus der Ausgleichabgabe müssen Mittel auch zur Fortbildung und Beratung der Arbeitgeber und der Verantwortlichen im Personalwesen genutzt werden. Die Finanzierung der Arbeitsplatzgestaltung muss weiter forciert werden. Die PIRATEN fordern deshalb eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe.

[5] In einem ersten Schritt ist die Senkung der Beschäftigungsquote von 6% auf 5% rückgängig zu machen. Die als Gegenleistung für die Absenkung versprochenen Leistungen wurden in der Wirtschaft nicht erbracht. Grundsätzlich muss die Abgabe so ausgestaltet sein, dass die Finanzierung der benötigten Leistungen sicherstellt wird. Wenn es bei einer nur unbefriedigenden Beschäftigungsquote bleiben sollte sind weitere Erhöhungen der Abgabe vorzusehen. Zusätzlich sollen die Anrechnungsmöglichkeiten (z.B. für Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen) schrittweise abgesenkt werden.

[6] Soweit Mittel der Abgabe für stationäres Wohnen und Werkstätten verwendet wurden ist das abzustellen. Künftig sind zielgerichtet ambulantes Wohnen und Arbeiten zu fördern.

[7] Die bisher von der Agentur für Arbeit unzureichend oder überhaupt nicht wahrgenommenen Sanktionsmöglichkeiten sind darauf zu überprüfen, ob sie von einer anderen Stelle wirksam wahrgenommen werden können.

[8] Auf die Zahl der Arbeitnehmer, die für die Berechnung der Beschäftigungsquote Anrechnung findet, sollen auch im Betrieb beschäftigte Leiharbeitnehmer angerechnet werden. Bei Teilzeitbeschäftigungen ist in Vollzeitäquivalente umzurechnen.

Begründung

[9] Statement zum Antrag
Dieser Antrag wurde von der http://wiki.piratenpartei.de/AG Gesundheitspolitik erarbeitet und wird von ihr vertreten.

[10] Begründung
Private und staatliche Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, sind nach dem Sozialgesetzbuch verpflichtet, auf wenigstens 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Unternehmen, die dieser Pflicht nicht nachkommen, leisten hierfür eine Ausgleichsabgabe. Der Betrag ist jedoch zu niedrig und deckt nicht die notwendigen Ausgaben, um alle Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in der Arbeitswelt zu inkludieren.

[11] Die Verwendung des Begriffes "Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen" ziehen wir hier vor, um Menschen mit psychischen oder chronisch-psychischen Störungen einzubeziehen.

[12] Die Anrechnung von Leiharbeitnehmern auf die Beschäftigtenzahl ist erforderlich um Umgehungsstrategien zu erschweren. Dazu dient ebenfalls die Umrechnung in Vollzeitäquivalente.

[13] Die Förderung der Werkstätten sowie die Anrechnungsmöglichkeiten finden auf Werkstattseite kein ausreichendes Gegenüber in einer adäquaten Bezahlung der dort beschäftigten Arbeitnehmer mit Behinderungen. Bei Abschluss entsprechender Zielvereinbarungen kann die Reduktion der Anrechnung ausgesetzt werden.

[14] "Die Arbeitgeber müssen endlich ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung behinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer nachkommen. Die Systematik und Höhe der Abgabe sind nicht geeignet, eine ausreichende Motivation zu erzeugen. Die freiwilligen Verpflichtungen und Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft haben keine befriedigende Situation geschaffen. Die Schwerbehindertenausgleichsabgabe muss in ihrer Systematik und Höhe überprüft und ggf. angepasst werden, so dass das Ziel der Beschäftigung behinderter Menschen wieder in vollem Umfang gefördert wird." (aus einem undatierten Papier der SPD-Bundestagsfraktion)

PA402 - Strukturelle Umverteilung zu Oligopolen beenden

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TheCitizen

Zusammenfassung

Es gibt eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen vom Großteil der Bevölkerung und vom demokratischem Staat hin zu wenigen Oligopolen. Wir wollen dies stoppen und durch Wirtschafts- und Finanzpolitik strukturelle Vorteile von Oligopolen abbauen.

Antragstext

[1] *Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge beschließen, den unten folgenden Antragstext im Bereich "Wirtschaft und Finanzen" (oder einem vergleichbaren Bereich) in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.*

Strukturelle Umverteilung zu Oligopolen beenden

[2] Es gibt eine strukturelle Umverteilung von Einkommen und Vermögen nach oben. Es wird vom Großteil der Bevölkerung der unteren, mittleren und moderat hohen Einkommens-/Vermögensschichten - und vom demokratischen Staat - weg und hin zu wenigen Oligopolen umverteilt. Dies gefährdet demokratische Grundprinzipien und Institutionen. Wir wollen diese Umverteilung stoppen. Dazu werden wir durch geeignete Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie die Möglichkeiten des Kartellrechts, kurzfristig schnell wirkende Korrekturen ergreifen, und mittelfristig ursächlich die strukturellen Vorteile von Oligopolen reduzieren: ihre besonderen Umgehungsmöglichkeiten bei Risiken, Steuern und Externalitäten; ihre besonderen Subventionen und Steuervorteile; ihre besonderen politischen Einflussmöglichkeiten.

Begründung

[3] Es findet eine Umverteilung nach oben statt - vom Großteil der Menschen und vom demokratischen Staats weg und hin zu wenigen. Davon profitieren diese Oligopole (Banken, große Unternehmen, große Privatvermögen). Zum Beispiel kann diese Umverteilung durch staatliches Übernehmen des Risikos (aber nicht der Gewinne), Gewährung von Steuervorteilen, Steuererleichterungen oder Nichtbesteuerung (wie bei Finanztransaktionen), oder durch direkte Subventionen (wie z.B. bei Übernehmen der Energiekosten für Großverbraucher) geschehen. Oligopole werden somit strukturell bevorzugt. Gleichzeitig wird bei demokratischen Institutionen und Errungenschaften im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen gespart. Dabei entsteht gefährlicher und spürbarer Schaden für die Demokratie. Außerdem werden die Schwächsten der Gesellschaft ungerechtfertigterweise stärker belastet als die Stärksten.

[4] *"Das Abschmelzen der Vermögenswerte der öffentlichen Haushalte sei bereits seit zwei Jahrzehnten zu beobachten. Im Zuge der Rettungsmaßnahmen anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrise sei "eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar"."* Süddeutsche Zeitung

[5] *“Reichtumsbericht: Reiche gewinnen, Staat und Arme verlieren“* Tagesschau

[6] *“Das Auseinanderfallen der Gesellschaft, wie es der Armuts- und Reichtumsbericht widerspiegelt, wird dieses Land zerreißen. Es kann den fundamentalen Konsens zerstören und das parlamentarische System in eine tiefe Krise stürzen.“* Tagesspiegel

[7] *“Reichtum verpflichtet - den armen Gesetzgeber und den reichen Privatmann. Die Ungleichheit “darf ein gewisses Maß nicht überschreiten, sonst geht sie über in Unfreiheit“, sagt der Rechtsdenker und frühere Verfassungsrichter Böckenförde.“* Süddeutsche Zeitung

[8] *“Seit August 2011 profitieren Unternehmen mit hohem Stromverbrauch von einer Sonderregelung. Auf Antrag können sie sich von den Netzentgelten befreien lassen, wenn sie mehr als 7000 Arbeitsstunden und zehn Gigawatt Strom pro Jahr abnehmen. Was die Betriebe sparen, muss an anderer Stelle aufgeschlagen werden. Die Kosten tragen damit in der Regel die Privatkunden und Firmen mit deutlich geringerem Verbrauch.“* Tagesschau

PA403 - Wahlrechtsvorschlag von Mehr Demokratie e.V. ins Wahlprogramm

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndiPopp

Zusammenfassung

Der Wahlrechtsvorschlag von Mehr Demokratie e.V. für das Grundsatzprorgramm bietet den besten Trade-Off zwischen Einfachheit, Wahlmöglichkeiten und Einflussmöglichkeit für den Wähler. Die Piraten sollten dieses Vorschlag unterstützen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den Vorschlagstext von Mehr Demokratie e.V. für ein Bundestagswahlrecht unter der Überschrift "Für ein faires Bundestagswahlrecht" ins Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl aufzunehmen. Dieser lautet wie folgt:

[2] Grundlegende Reform nötig

[3] Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 hat gezeigt, dass im nun entstandenen Fünfparteiensystem auch die Lösung, die Überhangsmandate in einem Bundesland mit den Sitzen anderer Landeslisten zu verrechnen, nicht mehr gewährleisten kann, Überhangmandate vollständig zu vermeiden. Wenn die stärkste Partei bei unter 35 Prozent liegt und trotzdem fast drei Viertel aller Wahlkreise gewinnt, dann funktioniert das herkömmliche Wahlrecht mit hälftigem Anteil an Direktmandaten aus Einmandatswahlkreisen schlicht nicht mehr so, wie es eigentlich sollte. Es ist auch deshalb an der Zeit, eine grundlegende Reform des Bundestagswahlrechts anzugehen, die sich nicht auf die Vermeidung von negativem Stimmgewicht beschränkt.

[4] Dies ist gleichzeitig eine gute Gelegenheit, den Bürgern endlich mehr Einfluss auf die personelle Zusammensetzung des Bundestags zu geben. Abgesehen von den wenigen Wahlkreisen, die umkämpft sind und in denen es auf das Wählervotum ankommt, bestimmen die Parteien allein, wer für sie in den Bundestag einziehen darf. Die Wähler haben auf die Personenauswahl kaum Einfluss. Das ist eine unbefriedigende Situation. Im Folgenden werden mögliche erste Schritte einer Wahlrechtsreform skizziert, die auf den bestehenden Strukturen des Bundestagswahlrechts basiert, aber ein erhebliches Mehr an Demokratie bietet und gleichzeitig den Anforderungen eines Fünfparteiensystems gerecht wird.

[5] Mehrmandatswahlkreise

[6] Die Bundesrepublik ist seit 2002 in 299 Wahlkreise eingeteilt, in denen jeweils ein Abgeordneter direkt gewählt wird. Wir schlagen vor, dass zukünftig in jedem Wahlkreis drei bis fünf Abgeordnete direkt gewählt werden. In solchen Mehrmandatswahlkreisen könnte jede Partei mehrere Kandidaten aufstellen. Um die Zahl der Wahlkreisabgeordneten gleich zu halten, muss dann die Zahl der Wahlkreise entsprechend verringert werden.

[7] Der Vorteil der Mehrmandatswahlkreise

[8] Während bei Einerwahlkreisen die stärkste Partei bei den direkt gewählten Abgeordneten dominiert und es daher zu Überhangmandaten kommen kann, entspricht bei Mehrmandatswahlkreisen die Parteizugehörigkeit der direkt gewählten Abgeordneten stärker dem tatsächlichen Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament. Statt

einer Mehrheitswahl im Wahlkreis handelt es sich um eine „kleine Verhältniswahl“. Überhangmandate sind dadurch praktisch ausgeschlossen. In einem Einmandatswahlkreis werden in aller Regel nur Kandidaten der beiden großen Parteien gewählt. Kleine Parteien schaffen nur in seltenen Ausnahmefällen ein Direktmandat.

[9] Bei einem Wahlkreis mit fünf Abgeordneten reichen aber bereits rund acht bis 14 Prozent der Stimmen, um ein Mandat zu erlangen. Damit haben auch kleinere Parteien Chancen und sind motiviert, sich im Wahlkreis zu engagieren. Die geltende Grundmandatsklausel müsste dann angepasst oder ganz abgeschafft werden.

[10] Vorzugsstimme

[11] Den Wählern sollte auch bei der Listenstimme (Zweitstimme) die Möglichkeit gegeben werden, Personen zu wählen. Schon im Jahre 1976 wurde dies von der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ des Bundestags empfohlen, deren Vorschläge aber leider nie umgesetzt wurden: Eine Personalisierung des Wahlrechts bringe „eine echte Balancierung der Position der politischen Parteien bei der Kandidatenauswahl, ohne ihnen das Recht der Aufstellung der Kandidatenlisten zu beschneiden; diese Balancierung verhilft dazu, Wählereinfluss und Parteienmacht bei der Bestimmung der personellen Zusammensetzung der Volksrepräsentation in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen und die Wechselbeziehungen zwischen den politischen Parteien und ihrer Wählerbasis zu verstärken.

[12] Die Personalisierung würde in Anlehnung an das bayrische Landtagswahlrecht so geschehen, dass die Wähler die Möglichkeit bekämen, einen Kandidaten auf der Liste der Partei, die sie wählen, anzukreuzen. Hierzu müssten alle Kandidaten der Landesliste im jeweiligen Bundesland auf dem Stimmzettel erscheinen. Für die Mandatszuteilung wäre dann nicht mehr die Reihenfolge der Kandidaten entsprechend der Listenaufstellung entscheidend, sondern die Anzahl der Personenstimmen, die die Kandidaten erhalten haben.

[13] Alternativstimme

[14] Die Fünf-Prozent-Hürde kann sinnvoll sein, um einer Aufteilung des Parlaments in zu viele Fraktionen vorzubeugen. Sie schränkt aber den Grundsatz der Wahlgerechtigkeit ein und hat den Nachteil, die Wähler von der Wahl einer neuen Partei abzuhalten, da sie davon ausgehen müssen, dass ihre Stimme häufig „verschenkt“ ist. In der Tat entfallen meist fünf bis zehn Prozent der Stimmen auf Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, so dass das Votum dieser Wähler keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments hat.

[15] Das kann verhindert werden, indem dem Wähler die Möglichkeit einer Alternativstimme eingeräumt wird für den Fall, dass seine eigentlich gewollte Partei an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Es könnte zum Beispiel ein zusätzliches Feld geben, in dem die Wähler eine weitere Partei ankreuzen. Dieses Kreuz gilt dann nur, wenn die zunächst gewählte Partei unter fünf Prozent bleibt. Die Wähler könnten aber auch die Möglichkeit bekommen, statt eines Kreuzes eine Zahl neben den Parteinamen zu schreiben. Sie könnten dann ihre erste Präferenz mit „1“ kennzeichnen, die zweitliebste Partei mit „2“ und so weiter. Wenn ihre erste Präferenz an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert, würde die Stimme für die zweite Präferenz gelten, scheitert auch die, für die mit „3“ gekennzeichnete Partei und so weiter.

[16] Wahlprüfung

[17] Auch in Sachen Wahlprüfung haben die jüngsten Wahlen dringenden Reformbedarf erkennen lassen. Dies betrifft zum einen Streitigkeiten im Wahlzulassungsverfahren vor der Wahl. Hier muss die Möglichkeit geschaffen werden, gegen die Entscheidungen der Wahlausschüsse noch vor der Wahl gerichtlichen Rechtsschutz zu erlangen. Bei der nachträglichen Wahlprüfung darf nicht weiter das Parlament, dessen Wahl angefochten wird, in einem langwierigen Verfahren selbst über die eingegangenen Einsprüche entscheiden können, bevor ein unabhängiges Gericht angerufen werden kann. Wenn – wie nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2009 – ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Mehrheitsverhältnisse im Parlament bestehen, dann muss ein effektives Wahlprüfungsverfahren eine gerichtliche Entscheidung noch vor Konstituierung des neu gewählten Parlaments und Bildung einer neuen Regierung gewährleisten. Es bietet sich an, die Entscheidung über Wahlzulassungsbeschwerden vor der Wahl sowie über nach der Wahl erhobene Einsprüche in erster Instanz einem Senat des Bundesverwaltungsgerichts zu übertragen. Gegen dort zurückgewiesene Einsprüche sollte wie bisher die Beschwerdemöglichkeit beim Bundesverfassungsgericht offen stehen.

Begründung

[18] Das Bundestagswahlrecht ist lange überarbeitungswürdig. Die schwarz-gelbe Koalition hat dabei mit dem Versuch ihre Pfründe der Überhangsmandate zu sichern kläglich versagt das Wahlrecht grundsätzlich zu modernisieren. Der Vorschlag von Mehr Demokratie e.V. ist um längen besser und stellt in meinen Augen eine gute Balance zwischen Einfachheit, Fairness und Mächtigkeit dar.

PA404 - Grundgesetz ändern

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MorgenlandfahrtBRB

Zusammenfassung

Ersetzen des Wort "Deutschen" durch das Wort "Menschen" in Artikel 11 und Artikel 12 GG

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm der Piratenpartei an geeigneter Stelle einfügen:

[2] Die Piratenpartei steht dafür ein, dass das Menschenrecht auf Freizügigkeit und das Recht auf freie Berufswahl für alle Menschen auf deutschem Boden gelten soll. Wir fordern die Artikel 11 und 12 des Grundgesetzes entsprechend zu ändern, sodass es in Zukunft heißt: "Alle Menschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet" und "Alle Menschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen".

Begründung

[3] Lasst uns ernst machen mit den Menschenrechten! Jeder Mensch innerhalb unserer Grenzen hat qua allegemeiner Menschenrechtserklärung das Recht auf Freizügigkeit (Artikel 13) und freie Berufswahl (Artikel 23). Diesen Anspruch national durchzusetzen wäre ein starkes Signal für die internationale Menschen- und Bürgerrechtsbewegung und würde uns in der Sache eine neue Glaubwürdigkeit auf internationalem Parkett verleihen.

PA405 - Verallgemeinerung der freien Listen im Grundsatzprogramm-Abschnitt “Demokratie“

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndiPopp

Zusammenfassung

Dieser Antrag ist einer Ergänzung um den Beschluss des Antrags “Wahlrechtsvorschlag von Mehr Demokratie e.V. ins Wahlprogramm“ grundsatzprogrammkonform zu gestalten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen im Grundsatzprogramm im Abschnitt “Mehr Demokratie beim Wählen folgende“ im Satz

> Zu diesem Zweck ist auch für die Wahlen auf Bundes- und Landesebene die Möglichkeit zu schaffen, Kandidaten verschiedener Parteien zu wählen (Panaschieren) und auch gezielt einzelne Kandidaten durch Kumulieren zu stärken.

den zweiten Halbsatz nach dem Komma durch

> ... durch freie Listenvarianten gezielt einzelne Kandidaten zu stärken.

zu ersetzen. Der komplette Absatz lautet nach der Änderung:

> Wir Piraten setzen uns für mehr Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten in den Parlamenten ein. Um Fraktionsdisziplin und Parteiendruck zu verringern, muss der Einfluss der Wähler auf die personale Zusammensetzung der Parlamente gestärkt werden. Zu diesem Zweck ist auch für die Wahlen auf Bundes- und Landesebene die Möglichkeit zu schaffen, **durch freie Listenvarianten gezielt einzelne Kandidaten zu stärken**. Der Einfluss taktischer Stimmabgabe ist zu verringern, damit kleine und neue Parteien ihr reales Wählerpotential ausschöpfen können.

Begründung

[2] Je nach Wahlsystem gibt es verschiedene Methoden von freien Liste, d.h. Möglichkeiten des Wählers die Reihenfolge der Kandidaten im Wahlvorschlag zu beeinflussen. Alle Varianten haben Vor- und Nachteile und müssen von Fall zu Fall bewertet werden.

[3] Freie Listen sind grundsätzlich zu begrüßen, aber das genaue Instrument sollte in kurzfristigeren Programmen (typischerweise Wahlprogrammen) festgelegt werden, das Grundsatzprogramm sollte allgemeiner gehalten sein. Alles andere schränkt uns nur in unserem eigenen Denken ein.

PA406 - Europa als Informationsgesellschaft

Grundsatzprogramm - Europa LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Crackpille

Zusammenfassung

Grundsatzantrag zu Europa als Informationsgesellschaft

Antragstext

[1] Der Parteitag möge beschließen, den folgenden Text an passender Stelle in das Grundsatzprogramm einzufügen, vorzugsweise im Anschluss an PA098. Sollte der Antrag als Ganzes nicht die die notwendige Mehrheit erreichen, sollen der erste und der zweite Absatz seperat als Module abgestimmt werden.

[2] "Eine gemeinsame europäische Verfassung muss den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden und die Grundlage für die Zukunft Europas als Informationsgesellschaft legen. Unser Ziel ist es, im Rahmen einer europäischen Verfassung die technischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Eckpfeiler einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft verfassungsrechtlich zu garantieren und zu schützen.

[3] Dies sind insbesondere das Recht auf Zugang zum Internet, das Recht auf freie, weltweite und grenzenlose Kommunikation, der Schutz der Vertraulichkeit von Kommunikation, der besondere Schutz von Informationsmittlern vor der Inanspruchnahme für von ihnen gemittelte Informationen, die technische Gleichbehandlung von Kommunikation in digitalen Netzen (Netzneutralität), der freie Zugang zu öffentlichen Informationen sowie die Rückführung von Immaterialgüterrechten auf ein Maß, in welchem sie dem Wohle der Allgemeinheit dienen und nicht zu einem Risiko für die Wirtschaft werden."

Begründung

[4] Der Antrag fügt die Essenz des Antrages "Europa als Informationsgesellschaft / Europa 2.0" in das Grundsatzprogramm ein und ergänzt damit den Antrag PA098, der die Struktur Europas in den Fokus rückt, um eine inhaltliche Vision.

PA407 - Zukunft Europa

Grundsatzprogramm - Europa | LQFB LQFB 2 PAD PAD 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Europa, Ansprechpartner: Gilles Bordelais

Zusammenfassung

Hier stellen wir zwei Modelle für ein Europa der Zukunft. Die Parteibasis soll sagen, wohin es für die Piraten mit Europa langgehen soll.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen und an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm einfügen.

[2] Modul 1: Europa der Regionen

[3] Wir Piraten setzen uns für eine Weiterentwicklung der EU hin zu einem "Europa der Regionen" ein. Darunter verstehen wir eine solidarische europäische Föderation mit starken Regionen, die sich selbstbestimmt zusammenfinden und sich nicht unbedingt an die Grenzen der gegenwärtigen Mitgliedstaaten halten müssen. Die Rechte der Regionen werden in einer demokratisch erarbeiteten europäischen Verfassung festgeschrieben.

[4] Modul 2: Europäische Föderation

[5] Wir Piraten setzen uns für eine Weiterentwicklung der EU hin zu einem europäischen Bundesstaat ein, in welchem die gegenwärtigen Mitgliedstaaten die Rolle von Bundesländern einnehmen. Zu diesem Zwecke befürworten wir die demokratische Erarbeitung einer europäischen Verfassung.

Begründung

[6] Begründung Modul 1:

[7] Unter "Regionen" versteht man die Territorien in den Mitgliedsstaaten der EU, deren Bevölkerung sprachliche, historische, geographische oder kulturelle Gemeinsamkeiten haben. Die Regionen können auch deckungsgleich mit einer bereits bestehenden Verwaltungseinheit sein. In Großbritannien ist Wales eine solche Region, in Italien ist es Südtirol und in Deutschland sind es die Bundesländer oder Teile davon.

[8] Sieht man sich in der politischen Landschaft Europas um, so fällt die Vielfalt der regionalen Bezugspunkte und Identitäten auf. Von Schottland bis Katalonien, von Sizilien bis nach Lappland existiert eine Vielzahl regionaler politischer Organisationen.

[9] Viele Menschen assoziieren den politischen Regionalismus mit dem Begriff der Kleinstaaterei. Doch wir betrachten dies aus einem anderen Blickwinkel. Als Heimat wird nicht der Nationalstaat angesehen, in dem man lebt, sondern die jeweilige Region.

[10] In Bereichen, die die Regionen betreffen, sollen die Kompetenzen bei diesen verbleiben. Damit keine Kleinstaaterei aufkommt, würden Rahmenbedingungen zentral beschlossen werden. Der Weg hin zu den gemeinsamen Zielen würde wiederum lokal gefunden werden, gemäß dem Motto: "Global denken, lokal handeln".

[11] Die Regionen Europas können je nach Bedarf zur Lösung politischer und gesellschaftlicher Aufgaben konstruktiv zusammenarbeiten und bilden so ein politisches Netzwerk, das im Inneren aus seiner Vielfalt an Kulturen und Ideen schöpft. Sie bieten ihren Bürgern Heimat, sprechen aber nach außen mit einer Stimme. Die Europäische Union könnte hierbei die Rahmenbedingungen setzen und als Plattform für den Austausch von Ideen und Lösungsansätzen fungieren.

[12] Ein solch dezentrales und subsidiäres Europa der Regionen wäre also kein Anachronismus, sondern der modernste Staatenbund dieser Erde.

[13] Mit diesem Antrag wollen wir die europäische Idee erneuern.

[14] Anmerkung: Der Weg zu "einer demokratisch erarbeiteten europäischen Verfassung" nach unseren Vorstellungen wird in diesem separaten Antrag beschrieben http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA136

[15] Begründung Model 2:

[16] Eine demokratische europäische Föderation bietet alle Voraussetzungen dafür, dass die Menschen in Europa in Freiheit und Frieden, in solidarischem Miteinander dauerhaft zusammenleben können und in einer globalisierten Welt nach aussen vereint auftreten und wirkungsvoll die Welt mitgestalten können.

[17] Wichtige Vorteile dieser Föderation sind:

[18] 1. Ausgewogene Machtverteilung

[19] Eine europäische Föderation ist geeignet, der Zentralisierung von Macht entgegenzuwirken.

[20] 2. Identität

[21] Mit diesem Modell nehmen wir auch die Menschen mit, denen die Nationalstaaten als politische und identitätsstiftende Gebilde etwas bedeuten. Letztlich legen wir es in die Hände der Europäer, selbst die Zukunft Europas zu bestimmen. Wir setzen uns für eine Verfassung ein, die von den Bürgern nicht nur entschieden, sondern mitgestaltet wird. Dazu wird ein separater Antrag eingereicht http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA136

[22] 3. Bekannte Strukturen

[23] Eine europäische Föderation, die auf den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten aufbaut, bietet für die Bürger den Vorteil gewohnter Institutionen. So bleiben für den Einzelnen die Rechte und Pflichten im neuen Staat zunächst unverändert.

[24] Diese Anträge sind im Rahmen der Arbeit der AG Europa entstanden und wurden innerhalb der AG angenommen. Der Wortlaut hat sich im Vergleich zur den LiquidFeedback-Initiativen in den letzten Wochen weiterentwickelt.

PA408 - Approval Voting für zukünftige Bundestagswahlen

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MorgenlandfahrtBRB

Zusammenfassung

Änderung des Bundeswahlgesetzes, sodass zukünftige Bundestagswahlen nach dem Approval Voting - Verfahren abgehalten werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm der Piratenpartei an geeigneter Stelle einfügen:

[2] Die Piratenpartei strebt eine Änderung des Bundeswahlgesetzes an. Wir fordern, dass zukünftige Bundestagswahlen nach dem Approval Voting - Verfahren (Wahl durch Zustimmung) abgehalten werden, bei dem jeder Wähler die Möglichkeit hat für beliebig viele Kandidaten oder Parteien zu stimmen.

Begründung

[3] Die klassische Parteienbindung ist seit Jahren stark auf dem Rückzug. Viele Wähler identifizieren sich nicht vollumfänglich mit einer Partei, sondern können Ansätzen und/oder Personen mehrerer Parteien etwas abgewinnen. Warum nicht die Möglichkeit schaffen auch mehrere Parteien oder Direktwahlkandidaten zu wählen.

[4] Hört sich vielleicht etwas trollig an, aber eine derartige Wahlrechtsänderung bringt bestimmt Bewegung in die politische Landschaft und uns Piraten würde eine solche Änderung sicher nicht schaden. Sitze verteilen könnte man dann nach D´Hondtschem Höchstzahlverfahren - damit die großen Parteien nicht ganz so traurig sind ;)

PA409 - Open Educational Resources fördern

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Willi67 für Ak Bildung

Zusammenfassung

OER soll langsam Einzug finden bei der Gestaltung von Lernmaterialien.

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Die Piraten fordern die Erstellung offener Lernmaterialien aus staatlichen Mitteln um eine freie Kultur im Umgang mit Lernmaterialien und Medien zu fördern. Wir fordern hierfür Bundesmittel einzusetzen, mindestens den gleichen Betrag in jedem Jahr auszugeben, den Eltern, Schulen und Länder zusammen im jeweiligen Vorjahr für Lernmaterialien ausgegeben haben. Dieser Betrag lag 2011 bei ca. 40 Eur pro Schüler.

Begründung

[3] Die Landschaft der Lernmaterialien wird in Deutschland von wenigen großen Schulbuchverlagen dominiert. Das letzte große Projekt der Verlagslobby war der, zumindest vorerst gescheiterte, Schultrojaner. Ein Kritikpunkt an der bestehenden Situation ist, dass die Kontingente für Kopien aus Schulbüchern und Aufgabenheften streng von Seiten der Schulbuchverlage reguliert sind. Es dürfen, zum Zeitpunkt dieser Antragsstellung, nur bis zu 12 %, jedoch höchstens 20 Seiten, kopiert werden. Auch können Inhalte, die in Büchern und Arbeitsheften auftauchen, nicht digital genutzt werden. Dies wird als "Medienbruch" bezeichnet.

[4] Die Piraten wollen diese Stellung der Schulbuchverlage aufbrechen. Als Lizenz soll hierbei die CC-BY-SA oder eine ähnliche Copyleft-Lizenz gewählt werden. Bei den so erstellten Inhalten, erreichen wir Folgendes: - Auf diese Inhalte gibt es keine Kopierkontingente mehr. Sie können beliebig verändert und verbreitet werden. - Der Wettbewerbsdruck bei den Verlagen wächst. - Das Problem mit dem Medienbruch fällt weg. Die Inhalte dürfen plattformunabhängig verwendet werden: z. B. dürfen gedruckte Bücher eingescannt werden, digitale Werke dürfen ausgedruckt werden. - Eine Kultur des Mitmachens und der ständigen Weiterentwicklung des Wissens entsteht. Lernende und Lehrende können zusammen die Inhalte weiterentwickeln. - Offene Lizenzen für Lehr- und Lernmaterialien stellen die Teihabe für alle sicher.

PA410 - Körperschaftsteuer moderat erhöhen

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein

Zusammenfassung

Die moderate Erhöhung der Körperschaftsteuer verbessert die Einnahmeseite von Bund und Ländern.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an der Stelle Steuern aufzunehmen und den Antrag modular zu beschließen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Erhöhung der Körperschaftsteuer um Modul a) 1%, Modul b) 2%, Modul c) 3%, Modul d) 4%, Modul e) 5%

[3] ein, um die Einnahmeseite von Bund und Ländern zu erhöhen.

Begründung

[4] Die Körperschaftsteuer kommt je zur Hälfte Bund und Ländern zu Gute. Die Verbesserung der Einnahmeseite dient den teils teuren Vorhaben bzw. politischen Forderungen, die wir Piraten stellen.

[5] Die Körperschaftssteuer wurde von der rot-grünen Regierung unter Schröder gesenkt, mit dem Ziel, die Investitionen im Inland zu erhöhen. Dieser Effekt trat aber nicht ein. Stattdessen nutzten die Kapitalunternehmen das mehr vorhandene Geld zum spekulieren.

[6] Die Erhöhung der Körperschaftsteuer leistet außerdme einen Beitrag zur Einhaltung der Kriterien von Schuldenbremse/Fiskalpakt, unabhängig davon, ob diese begrüßt werden oder nicht.

[7] Die Einnahmen aus Körperschaftsteuern lagen 2008 bei etwa 23 Mrd. € (Quelle: http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61874/steuereinnahmen). Eine Erhöhung von 5% entspräche ceteris paribus in etwa 1,65 Mrd. €.

PA411 - Konnexität umsetzen!

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Stein, basierend auf einen NRW-LPT Antrag von Matthias Bock

Zusammenfassung

Die Piraten setzen sich für die Umsetzung des Verursacherprinzips mit dem Ziel ein, die kommunale Finanzsituation zu verbessern.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Umsetzung des Konnexitätsprinzips ein. Wer bestellt, soll zahlen. Der Bund verpflichtet die Kommunen zu zahlreichen Ausgaben insbesondere im Sozialbereich. Gerade finanziell geschwächte Kommunen (z.B. in NRW) leiden unter den vom Bund aufgetragenen Ausgabenzwängen. Die frei disponierbaren Mittel in den kommunalen Haushalten sind dadurch deutlich eingeschränkt. Die Umsetzung der Forderung nach Konnexität erhöht den Anteil der frei disponierbaren Mittel der Kommunen und entlastet diese.

[3] Die Übernahme der Verantwortung durch den Bund führt zu einer Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen, so dass diese ihren Pflichten dementsprechend nachkommen können.

Begründung

[4] Wer bestellt, zahlt. Es wird das Verursacherprinzip gefordert. Die finanzielle Situation der Kommunen wird gestärkt, so dass diese ihren Aufgaben pflichtgemäß nachkommen können.

PA412 - Wiedereinführung einer Vermögenssteuer

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

DSLawFox

Zusammenfassung

Forderung einer Expertenkommission und Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Antragstext

[1] Die Piratenpartei fordert eine Wiedereinführung der Vermögensteuer als “Vermögensteuer 2.0“. Die genaue Ausgestaltung der Vermögenssteuer 2.0 soll durch ein unabhängiges Expertengremium aus Steuerfachleuten, Rechts- und Wirtschaftsexperten im Rahmen eines reformierten Gesamtsteuerkonzepts erfolgen. Diese Arbeitsgruppe (Enquetekommission) soll sich unter anderem an den im Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1995 gerügten Positionen orientieren.

Begründung

[2] Die Erhebung einer Vermögensteuer ist in Artikel 106 des Grundgesetzes ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1995 die damals erhobene Vermögensteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten (z.B. Unternehmensvermögen) ungerechtfertigt günstiger behandelt wurden. Die Bundesregierung ließ die Vermögensteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine verfassungsgemäße Reform in die Wege zu leiten.

[3] Die Piratenpartei will diese überfällige Reform nun konstruktiv anstoßen und begleiten.

[4] Um dem Umverteilungsmechanismus unseres Wirtschaftssystems von unten nach oben unter Aufrechterhaltung der Märkte und (internationalen) Handelsbeziehungen sowie Schutz von Unternehmens- und Unternehmerstrukturen, insbesondere des sog. Mittelstands entgegenzuwirken, sollen Sach- und Geldvermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden.

[5] Nicht nur Eigentum verpflichtet! Aufgrund der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich stehen die Piraten auch für den Satz: „Kapital verpflichtet!“. Durch die einseitige Besteuerung von Einkommen im Vergleich zu Vermögenswerten wird nach Ansicht der Piratenpartei der Faktor Arbeit unnötig hoch und der Faktor Vermögen zu gering belastet.

[6] Selbst die kapitalfreundlichen angelsächsischen Nationen weisen eine höhere Besteuerung von Vermögenswerten auf als Deutschland. Einzelaspekte einer Vermögenssteuer 2.0 werden letztlich erneut auf den Prüfstand durch das Bundesverfassungsgericht kommen, jedoch auch einer Beurteilung durch den Europäischen Gerichtshof unterliegen.

[7] Durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer im Rahmen eines Gesamtsteuerkonzepts sehen wir eine Möglichkeit, den Haushalt in seiner jetzigen Form teilweise zu konsolidieren, ohne dabei an Stellschrauben drehen zu müssen, während ein Großteil der Bürger empfindlich getroffen würde. Die Ertragshoheit der Vermögensteuer liegt allein bei den Ländern; eine gesetzliche Regelung ist jedoch nur auf Bundesebene möglich.

[8] Die Erhöhung der Einnahmeseite kann eine wesentliche und dringende Entlastung der Haushalte der Länder darstellen, da eine weitere Verschuldung der Länder auch unter Berücksichtigung der verfassungsmäßig verankerten Schuldenbremse aus Bundessicht nicht wünschenswert ist. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf jedoch zum Beispiel nicht zulasten eines ohnehin defizitären Bildungssystems und des Gemeinwohls gehen, sondern soll insbesondere diejenigen beteiligen, die durch die starken Steuersenkungen der letzten Jahre am meisten profitiert haben.

[9] Schließlich lagen der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer bei Abschaffung der Vermögensteuer bei 53 % und die Körperschaftssteuer bei 45 % (im Vergleich dazu heute 42 % Einkommensteuer, 15 % Körperschaftssteuer).

[10] Im letzten Jahr der Erhebung (1996) betrugen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer bundesweit umgerechnet ca. 4,5 Mrd. € bei einem geschätzten Verwaltungsaufwand von 150 Mio. € (Quelle: Wikipedia).

[11] Dieser Antrag wurde als Positionspapier auf dem Landesparteitag NRW 2012.2 mit breiter Mehrheit angenommen. Als Urheber gelten Hilmar und Melanie. Der Antrag wurde seinerzeit im AK WiFi NRW ausgiebig diskutiert und von ihm mit getragen.

PA413 - Abschaffung von Sanktionen

Grundsatzprogramm - ALG-II/Hartz-IV

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Netfreak

Zusammenfassung

Aufhebung sämtlicher transferleistungsbezogener Sanktionen, die Sozialbezüge bis zur vollständigen Nichtzahlung eindämmen, und drohen, eine gesellschaftliche Teilhabe der Leistungsempfänger im gravierenden Maße zu beschränken bis unmöglich zu machen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm einzufügen oder als Positionspapier zu formulieren:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, “Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abzuschaffen. Das Sozialgesetzbuch sieht bisher Sanktionen vor, wonach die ohnehin niedrigen Sozialbezüge in Schritten gekürzt werden können, bis hin zur kompletten Streichung.

[3] Wir fordern, alle Sanktionen im Bereich Hartz IV sowie die Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abzuschaffen, weil diese gegen das Grundrecht auf eine Gewährleistung des physischen Existenzminimums und der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben verstoßen.

Begründung

[4] Sanktionen bei der Grundsicherung (Sozialhilfe, ALG II/Hartz4) bedrohen Hilfebedürftige durch Leistungskürzungen bis hin zur Obdachlosigkeit.

[5] Durch o.g. Sanktionen werden bei mittellosen Menschen Existenzängste geschürt.

[6] Ferner nötigen drohende Sanktionen die Sozialleistungsbeziehenden dazu, jeden schlecht bezahlten Job anzunehmen oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Dies hat überdies zur Folge, dass dadurch der Druck auf die Arbeitsbedingungen aller (auch nichtleistungsbeziehender) Beschäftigten erhöht wird, da sie gleichermaßen den persönlichen Job- und Existenzerhalt anstreben.

[7] Sanktionen führen in ihrem Zweck und ihrer Maßsetzung an sich mit sich, dass ALG-II-Empfänger in schwer entfliehbare schikanöse Strukturen eingebunden werden und durch die Leistungsbeschneidungen existenziell, familiär, gesundheitlich und sozial ausgegrenzt zu werden drohen.

[8] Weitere Informationen zu diesem Thema, befinden sich u.a. unter den folgenden URL´s: http://sozialpiraten.piratenpartei.de/faqs/%C2%BBabschaffung-der-sanktionen-bei-hartz-iv%C2%AB/ http://sanktionen-weg.de http://www.buergerinitiative-grundeinkommen.de/brandbrief/ http://jobcenterleaks.de

PA414 - Minimalinvasive Regelung zu Mindestlöhnen (Gesetzliche Mindestlöhne – Präzisierung)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Minimalinvasive Regelung zu Mindestlöhnen (Gesetzliche Mindestlöhne von 8, 10 oder 12 € – Präzisierung)

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text im Wahlprogrammbereich "Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn" zu ändern:

[2] Der letzte Satz:

[3] (ALT) "Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein."

[4] des Programmbeschlusses "Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn" soll durch folgenden Satz ersetzt werden:

[5] (NEU) "Die PIRATEN setzen sich für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von 10 EUR optional: 8 EUR/12 EUR pro Stunde für Menschen ein, die (noch) kein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten. Für Menschen, die grundsätzlich zum Empfang von Grundsicherung/Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes berechtigt sind, soll der Mindestlohn nur als Kriterium der Zumutbarkeit einer Arbeit gelten."

Begründung

[6] Die jetzige Formulierung ist nicht wirklich eindeutig. Befürworten wir Mindestlöhne auch, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt, sind wir dann dagegen oder ist es uns egal? Alexander Spies hat in der Diskussion zu Recht darauf hingewiesen, dass auch nach Einführung eines BGE - je nach Modell - Teile der Bevölkerung vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen geschützt werden müssen (z.B. Leute ohne deutsche Staatsbürgerschaft). Andererseits gibt es keinen sinnvollen Grund, Menschen, die freiwillig für wenig oder kein Geld (Ehrenamt) arbeiten wollen, dieses zu verbieten. Gesetzliche Mindestlöhne haben ihre Tücken, wir sollten mit solchen Forderungen entsprechend vorsichtig sein. Um zu verhindern, dass Menschen zu schlecht bezahlter Arbeit gezwungen werden, dürfte die hier vorgeschlagene Regelung jedenfalls ausreichen. Außerdem glaube ich, dass wir eine konkrete Zahl nennen sollten, auch wenn diese - wie immer in der Mindestlohndiskussion - letztlich willkürlich ist. Weitere Argumente finden sich u.a. hier:

[7] https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1999.html https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1278.html https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1631.html

[8] Übrigens verhindert theoretisch bereits unsere Position zu „Sanktionen bei Hartz IV" (http://www.piratenpartei.de/politik/gesellschaftliche-teilhabe/arbeit-und-soziales/#Sanktionen_bei_HartzIV)

jedwede Art von Zwangsarbeit. Allerdings ist diese zurzeit (leider) mit Sicherheit nicht mehrheitsfähig, wohingegen ein Verbot von erzwungener Arbeit zu Billiglöhnen sicherlich sogar in Teilen der Union Zustimmung bekommen wird. Deswegen ist der Programmpunkt auch zusätzlich zum oben genannten Beschluss sinnvoll. LQFB: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3599.html

PA415 - Bedingungsloses Recht auf die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborener Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörigkeit.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich für eine gerechte und liberale Ausländerpolitik ein, welche die Menschenrechte achtet, die Konformität zum Grundgesetz wahrt und Diskriminierungen von Ausländern auf allen Ebenen abschafft. Hierzu setzt sie sich für ein bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborener Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörgkeit ein.

Begründung

[2] Der Wikipedia-Artikel zur Deutschen Staatsbürgerschaft (de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Staatsangehörigkeit) zeigt, dass die momentane Regelung zu diesem Thema mehr als nur verwirrend und undurchsichtig ist. Es gibt keinen Grund einem, in Deutschland geborenen, Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft vorzuenthalten, selbst wenn eines oder beide Elternteile Ausländer sein sollten. Wer hier geboren wird sollte auch das Recht haben hier aufzuwachsen und zu leben. Einem Menschen den Schutz des deutschen Rechtsstaates zu verwehren und eventuell der Gefahr einer Abschiebung in ein Land, welches er noch nie zuvor gesehen hat, auszusetzen halte ich für verantwortungslos und gefährlich.

PA416 - Feige-Transaktionsabgabe und Europäisches Individuelles Sockeleinkommen (EISE)

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene auf alle unbaren Geldtransaktionen eine Abgabe von 0,1 bis 0,2% erhoben und aus dem Aufkommen allen Bürgern der EU monatlich ein individuelles bedingungsloses Sockeleinkommen ausgezahlt wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Programm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene auf alle unbaren Geldtransaktionen eine Abgabe von 0,1 bis 0,2% erhoben und aus dem Aufkommen allen Bürgern der EU monatlich ein individuelles bedingungsloses Sockeleinkommen ausgezahlt wird. Die Transaktionsabgabe wird jeweils zur Hälfte vom Überweisenden und vom Zahlungsempfänger getragen und automatisch von der ausführenden Bank abgeführt. Sie wird ebenfalls fällig beim Aus- oder Einzahlen von Bargeld. Das Europäische Individuelle Sockeleinkommen (EISE) soll für alle Bürger gleich hoch sein, für Minderjährige wird es an die Erziehungsberechtigen ausgezahlt. Es unterliegt keiner Einkommensbesteuerung. Um Einnahmeschwankungen zu kompensieren kann ein Puffer gebildet werden und der Steuersatz in dem oben beschriebenen Korridor variiert werden. Weder die Abgabe noch das EISE werden von anderen möglichen Transaktionssteuern oder Transferleistungen auf europäischer oder nationaler Ebene tangiert, sie können durch solche Maßnahmen ergänzt und z.B. aus nationalen Mitteln zu einem Existenz und Teilhabe sichernden bedingungslosen Grundeinkommen aufgestockt werden. Sollte es infolge der Transaktionssteuer zu einer massiven Ausweichbewegung in den Bargeldverkehr kommen, könnte die Bereitstellung (d.h. Ausgabe) von Bargeld mit einer zusätzlichen Gebühr belegt werden.

Begründung

[3] Das EISE ist ein Experiment, aber auch eine Reaktion auf die europäische Krise. In der Diskussion der Eliten bzw. der Mainstreammedien haben Maßnahmen bislang keinen Platz, die unmittelbar die finanzielle Situation der europäischen Bevölkerung und den Zusammenhalt des europäischen Wirtschaftsraumes verbessern - ganz im Gegenteil werden mit der Forderung der "Konkurrenzfähigkeit" Volkswirtschaften und Gesellschaften gegeneinander ausgespielt, obwohl die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des einen zwangsläufig den nächsten Staat (und seine Bevölkerung) wieder in Probleme bringen muss. (Echte Konkurrenz von Volkswirtschaften ist sowieso Unsinn, weil wir Staaten genauso wie Bundesländer nicht einfach so pleite gehen lassen können wie Unternehmen, die keiner mehr braucht.) Es muss uns darum gehen, die Schwächsten zu stärken und da das EISE überall gleich hoch ist, profitieren die Menschen in den ärmsten Regionen davon am meisten. Die entscheidende Frage muss nicht sein, ob Griechenland oder Spanien gerettet wird, sondern wie die Bevölkerung in die Lage versetzt wird, sich in Gesellschaft und Wirtschaftsleben sinnvoll und sinnstiftend einzubringen. Das

gilt auch für alle anderen europäischen Länder, in denen Armut und Angst vor der Armut ein - wenngleich nicht immer offenkundiges - Problem darstellen. Europäische Solidarität, gerne in den Sonntagsreden von Politikern nahezu aller Parteien bemüht, kann jedoch nicht Solidarität mit europäischen (und anderen) Banken, Wirtschafts- und Verwaltungseliten bedeuten, sondern nur die mit der Bevölkerung.

[4] Ziele

[5] Das EISE ist eine unmittelbar hochwirksame Maßnahme zur Armutsbekämpfung. Nur bedingungslose (und daher verwaltungsarme) und stigmafreie Direktzahlungen an die gesamte Bevölkerung beheben auch das Problem der verdeckten Armut. Durch die Stärkung der Kaufkraft wird eine korruptionsfreie und marktkompatible Förderung wirtschaftsschwacher Regionen und Länder im Sinne der "Angleichung der Lebensbedingungen" geleistet. Der gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhalt innerhalb der EU, mittlerweile durch Schuldenkrise, Inkompetenz, Selbstbetrug und Korruptheit der Eliten, einschlägigen Populismus und zunehmende Medienhetze stark gefährdet, wird gestärkt.

[6] Vorteile der automatisierten Transaktionsabgabe

[7] Die automatisierte Transaktionsabgabe geht auf die Automated Payment Transaction Tax von Edgar Feige zurück (siehe http://www.brandeins.de/archiv/magazin/-afc796490a/artikel/weniger-bringt-mehr.html, http://www.freitag.de/autoren/wulewuu/die-automatisierte-universelle-transaktionssteuer und http://www.apttax.com). Diese Steuer/Abgabe ist sehr einfach und absolut bürokratiearm. Durch die sehr geringen Steuersätze lohnen sich Umgehungsversuche kaum, sie sind zudem extrem aufwändig. Die Steuer ist sozial ausgewogen, da Vermögende überproportional mehr Transaktionen vornehmen (auch indirekt, indem sie z.B. Fondsanteile besitzen) als weniger Vermögende. Eher spekulative Geschäfte mit vielen Transaktionen werden gegenüber realwirtschaftlichen stärker belastet, insbesondere wird der Hochfrequenzhandel (also sehr schnelle Transaktionen mit sehr geringer Gewinnspanne) völlig unwirtschaftlich. Die APT-Steuer dürfte daher zu einer Stabilisierung der Wirtschaft beitragen und übernimmt insofern auch die Funktion, die von Teilen der Wissenschaft und gesellschaftlichen Bewegungen (wie z.B. Attac) den Transaktionssteuern nach Tobin oder/und Keynes zugeschrieben wird.

[8] Perspektiven

[9] Das EISE ist grundsätzlich ausbaufähig zu einem Existenz und Teilhabe sichernden bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Es kann eine Vorstufe dafür sein oder als Experiment bzw. Pilotprojekt für die weitere Diskussion des BGE dienen. Es kann dazu beitragen, dass administrative und psychologische Voraussetzungen für ein europäisches BGE geschaffen werden. Dennoch ist es unabhängig vom BGE und mündet nicht zwingend in ein solches. Die APT-Abgabe bzw. -Steuer kann unter Umständen später erhöht werden und eine Schlüsselfunktion zur Finanzierung der Staatsausgaben einnehmen. Auch für solche Überlegungen bzw. Pläne können hier Erfahrungen gesammelt werden. Konkrete Berechnungen des Aufkommens aus der Abgabe sind dem Antragsteller nicht möglich (wenn sich aber jemand findet, der das macht, werde ich das Ergebnis hier aufnehmen). Solche Zahlen sind allerdings sowieso nur bedingt aussagekräftig, weil sich die Reaktion der Wirtschaftsakteure nur eingeschränkt vorhersagen lässt. Es geht hier in erster Linie um den Einstieg in ein anderes Modell der Sozialen (Teil-)Sicherung und seiner Finanzierung, und es geht um ein Signal für eine andere Europäische Union - ein Europa der Bürger.

PA417 - Grundsätze piratiger Politik

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Semon

Zusammenfassung

Warum haben unsere Kernthemen am Anfang so viele Menschen dazu bewegt politisch aktiv zu werden? Weil der Gegensatz zwischen behaupteten Zielen und den dazu vorgeschlagenen Gesetzen für jemanden mit gesundem Menschenverstand nicht mehr zu ertragen war!

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm nach der Präambel aufzunehmen:

Grundsätze piratiger Politik

[2] Die Piratenpartei verpflichtet sich einer anderen Form der Politik, als wir sie in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Im Folgenden werden unabhängig von konkreten politischen Zielen einige Grundprinzipien skizziert, denen wir uns verpflichtet fühlen.

Ziele und Maßnahmen

[3] Die Politik der Piratenpartei wird klar zwischen angestrebten *Zielen* und *Maßnahmen* zu Umsetzung dieser Ziele unterscheiden.

[4] Dabei werden die *angestrebten Ziele* so konkret formuliert, das ein Mindestmaß an objektiver Überprüfbarkeit oder Messbarkeit gewährleistet ist. Außerdem wird angestrebt die Ziele klar zu priorisiert, um bei Zielkonflikten (z.B. Arbeitsplätze sichern und die Umwelt retten) Prioritäten setzen zu können. Die Festlegung der Ziele und ihre Priorisierung erfolgt, entsprechend unserer Philosophie innerhalb der Partei, auf rein basisdemokratischem Weg.

[5] Zu den angestrebten Zielen werden *konkrete Maßnahmen* erarbeitet. Da jede Art von staatlichem Handeln mit Kosten und Nebenwirkungen verbunden ist, müssen zu allen Maßnahmen die Kosten und mögliche Nebenwirkungen bewertet werden. Dies erfordert Fachwissen. Für die Entwicklung und Bewertung von Maßnahmen wird eine möglichst große Beteiligung von Experten des jeweiligen Gebiets angestrebt.

Ziele und Kontrolle

[6] Die Piratenpartei verpflichtet sich die messbar formulierten Ziele auch zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Diese Kontrolle soll durch politisch unabhängige Institutionen auf Basis von wissenschaftlicher Methoden erfolgen (Beispiel: PISA). Das Erkennen und Berichtigen von Irrtümern gehört ganz klar zur Politik der Piratenpartei: Erreichen die implementierten Maßnahmen die erreichten Ziele nicht oder nur unvollständig,

sind die Maßnahmen zurückzunehmen oder zu modifizieren - und nicht wie in der Vergangenheit in der Politik dieses Landes üblich, einfach stillschweigend fort zuschreiben.

[7] Die Kontrolle von Maßnahmen umfasst:

- *Wirksamkeit*: In welchem Maß wurden die angestrebten Ziele erreicht?
- *Kostenkontrolle*: Welche Ausgaben sind auf staatlicher Seite und welche Kosten bei Bürgern und Unternehmen entstanden?
- *Kontrolle von Nebenwirkungen*: Welche anderen Auswirkungen der Maßnahmen können festgestellt werden? Sind die vorher postulierten Nebenwirkungen eingetreten oder nicht bedachte Nebenwirkungen festzustellen?
- *Relation*: Stimmen die Ausgaben und Kosten der Maßnahmen mit der Priorität der Ziele überein?
- *Alternativen*: Gibt es alternative Maßnahmen, die effizienter (geringere Kosten) oder effektiver (größere Zielerreichung) wären ?

Begründung

[8] Wir sollten uns wieder mehr auf das besinnen, was Marina Weisband auf der ersten Bundespressekonferenz nach der Berlin-Wahl sagte: „Wir bieten kein Programm, sondern ein Betriebssystem.“ Es kann nicht nur um konkrete Ziele gehen, wir müssen auch die politischen Verfahren selbst ändern!

[9] Der Antrag fasst für mich die Grundhaltung zusammen, die mich 2009 dazu gebracht hat Pirat zu werden und mich mit erstmalig in meinem Leben in der Politik zu engagieren. Es geht um die Diskrepanz zwischen den behaupteten (vorgeschobenen) Zielen und den beschlossenen oder geplanten Gesetzen. Ein paar Beispiele:

- *Ziel:* Kampf gegen Kinderpornographie *Maßnahme:* Zensur des Internets
- *Ziel:* Urheber schützen *Maßnahme:* ACTA & Gesetze die die Verwerter schützen
- *Ziel:* Geburtenrate steigern *Maßnahme:* Elterngeld ?
- *Ziel:* “Suchtgefahren bekämpfen“ *Maßnahme:* Prohibition von Drogen

[10] Bei all diesen Punkten stimmen die behaupteten Ziele in keiner Weise mit der Wirkung überein, die die Gesetzte haben. Oder es gibt gar keine Ziele.

Auswirkungen

[11] Die oben beschriebenen Grundsätze sind kompatibel mit unserem bisherigen Programm. Für mich sind sie ein Destillat dieses Programms. So ist z.B. für mich ein Hauptgrund, die von uns formulierte Drogenpolitik zu unterstützen, dass die bisherige Politik die formulierten Ziele nicht erreicht hat und niemals erreichen wird.

[12] Mit unserem basisdemokratischen Konzept Politik zu gestalten, stehen wir immer mehr vor dem Problem, das die Komplexität der zu beschließenden Anträge steigt. Man kann als Pirat zwar über alles abstimmen, aber kein Mensch kann sich in alle Themen angemessen einarbeiten, um wirklich fundiert zu entscheiden. Wenn wir uns mehr darauf fokussieren würden unsere Ziele klar herauszuarbeiten und weniger über die dafür notwendigen Maßnahmen zu streiten, könnten wir mehr erreichen!

Gegenargumente

[13] Die Idee zu diesem Antrag habe ich bereits einmal auf dem http://wiki.piratenpartei.de/HessenCampus präsentiert. Auf ein paar der Argumente von damals möchte ich hier antworten.

- **Das ist Politik 1.0**: Begriffe wie 'piratig' oder 'Politik 1.0/2.0' sind keine Argumente sondern Marketing (und dafür sind sie gut geeignet). Wir sind mal angetreten uns von den alten Schubladen (rechts/links) zu verabschieden. Deshalb sollten wir uns auch keine neuen Bauen.
- **Man kann nicht alles messen!**: Das ist sicher richtig, aber man kann sehr viel mehr Dinge messen, als man denkt, wenn man denn will. Glück ist nicht messbar? Natürlich richtig. Aber die Zufriedenheit beim Thema X kann man über Umfragen sehr gut erfassen. Dort wo es noch keine oder nur schlechte Messverfahren gibt, sollte man Experten beauftragen, welche zu schaffen oder bestehende zu verbessern. Wenn man aber beabsichtigt Milliarden an Steuergeldern für irgend eine Maßnahme auszugeben und gleichzeitig zugeben muss, das man keine Möglichkeit hat den Erfolg zu messen, dann sollte man das ganze vielleicht besser lassen!
- **Es reicht nicht nur das Geld zu messen**: Ich habe den Antrag seit damals umformuliert, um besser herauszuarbeiten, dass es definitiv nicht nur um die Frage der Kosten geht: In dem Moment, wo man sich die Frage stellt, ob man das die Erreichung eines formulierten Ziels überprüfen könnte, ist man schon dabei bessere Ziele zu formulieren! Wir sollten alles messen, was nur messbar ist. Für mich ist das ein Teil zentraler Aspekt, wenn man für Transparenz in der Politik sorgen will!

Anmerkungen zu anderen Anträge mit ähnlicher Intention

- PA027: piratige Politik Alles richtig, ist aber mehr oder weniger nur eine Zusammenfassung der folgenden Kapitel.
- PA028: Präambel des Grundsatzprogramms ergänzen: Eindeutige Positionierung der Piratenpartei Könnte so auch bei jeder anderen Partei in der Präambel stehen.

Siehe auch

[14] Thesenpapier: Pirat sein oder: Das neue Betriebssystem für die Politik

PA418 - Einsatz und Förderung von OER im Hochschulbereich - Orientierung an UNESCO Richtlinie “Guidelines for OER in Higher Education“

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cae (für den AK Bildung NRW)

Zusammenfassung

Die Piratenpartei unterstützt OER. Hier geht es um die Ausgestaltung dieser Unterstützung im Bereich der Hochschulpolitik.

Antragstext

[1] Die Versammlung möge beschließen, dass die folgende Forderung an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den Einsatz von frei zugänglichen und frei nutzbaren Lehr- und Lernmittel ein. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich für eine Orientierung der deutschen Hochschulpolitik an der UNESCO Richtlinie zu OER in der Hochschulbildung aus (Guidelines for OER in Higher Education, http://unesdoc.unesco.org/images/0021/002136/213605e.pdf).

Begründung

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den Einsatz von frei zugänglichen und frei nutzbaren Bildungsressourcen (OER = Open Educational Resources) ein. Unter OER versteht man freie Lernmaterialien, freie Software und auch freie Lizenzen, aber auch ganze Kursangebote. Einige kennen als Beispiel wahrscheinlich das MIT-OpenCourseWare-Projekt (OCW), bei dem Vorlesungen und Materialien online gestellt werden.

[4] OER-Materialien müssen entwickelt, veröffentlicht und einer Qualitätssicherung unterzogen werden. Die Materialien müssen anerkannt und ihre Nutzung gefördert werden. Die “Guidelines for OER in Higher Education“ geben hierzu Eckpunkte vor, die eine Zusammenarbeit bei OER nicht nur zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen und Bundesländern sondern auch international im akademischen Bereich erleichtern.

[5] Gerade angesichts der international ausgetragenen Copyrightdebatte ist eine gemeinsame Position zu OER (und den damit verbundenen offene Lizenzen) notwendig. In den Guidelines wird z. B. für Regierungen vorgeschlagen: (a) Support the use of OER through their policy-making role in higher education. (Unterstützung von OER durch Richtlinienvorgabe bei Hochschulbildung) (b) Consider adopting open licensing frameworks.(Offene Lizenzen) (c) Consider adopting open standards. (Offene Standards) (d) Contribute to raising awareness of key OER issues. (OER-Anliegen bekannter machen) (e) Promote national ICT/connectivity strategies.(IT/Konnektivität) (f) Support the sustainable development and sharing of quality learning materials. (Nachhaltige Entwicklung und Teilen von hochqualitativem Lernmaterial)

[6] Jeder Mensch hat ein Recht auf unbeschränkten Zugang zu Bildung. Bildungspolitik macht in einer globalisierten Welt nicht an Staatsgrenzen halt. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für Lebenslanges Lernen in einer globalisierten Welt ein.

PA419 - Einleitende Sätze des Wahlprogramms

Wahlprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Ulmer

Zusammenfassung

Die Piratenpartei ist die Partei der individuellen Freiheit.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an den Beginn des Wahlprogramms der Piratenpartei einfügen:*

[2] Die Piratenpartei ist die Partei der individuellen Freiheit.

[3] Das Glück der Menschen kommt aus der Selbstbestimmung über das eigene Leben und nicht aus Pflicht und Opfer.

[4] Die Freiheit wird bedroht durch einen Staat, der immer mehr Lebensbereiche kontrollieren und überwachen will. Die Freiheit wird eingeschränkt durch die zunehmende Drohung mit Armut und Not. Dies ist besonders absurd in einer Wirtschaft, die – und dies gilt auch international – einen nie dagewesenen Reichtum für alle stiften könnte.

[5] Die Piratenpartei streitet für die individuelle Freiheit aller Menschen – im realen Leben wie im Netz – durch starke geschützte Bürgerrechte und durch die Garantie menschenwürdiger Existenzsicherung für alle.

[6] Das nachfolgende Wahlprogramm zeigt dies in den verschiedenen Politikfeldern.

Begründung

[7] Mit wenigen Sätzen ein Leitmotiv der Piratenpartei benennen, dies könnte der selbstbewusste Start des Wahlprogramms sein. Es geht um Freiheitsrechte, es geht darum, jeglichen Freiheitseinschränkungen entgegenzutreten.

[8] Wenn wir das Ziel betonen, die individuelle Freiheit ALLER Menschen zu stärken, dann wird schon zu Beginn unseres Wahlprogramms deutlich, dass soziale Ziele, also die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum, und Freiheitsziele keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören.

[9] Damit profilieren sich die Piraten gegen die politischen Strömungen, die wirtschaftliche Turbulenzen zum Anlass dafür nehmen, soziale Verschlechterungen durchzusetzen.

PA420 - Themen-Konzentration im Grundsatzprogramm aufheben

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Markus Hoffmann

Zusammenfassung

Die Präambel des Grundsatzprogrammes soll dessen zunehmendem Umfang gerecht werden.

Antragstext

[1] Hiermit wird beantragt, dass der letzte Absatz der Präambel des Grundsatzprogrammes wahlweise entweder komplett gestrichen wird (Modul 1) oder statt dessen folgender Text eingefügt wird (Modul 2):

[2] "Dieses Parteiprogramm zeigt, wofür wir Piraten stehen. Die von den Piraten vertretenen Werte Transparenz, Bürgerbeteiligung und Freiheit bei der Erlangung von Wissen lassen sich auch auf Themengebiete anwenden, die hier nicht ausdrücklich genannt werden."

[3] Bisheriger Text (zu streichen):

[4] "Die Piratenpartei will sich auf die im Programm genannten Themen konzentrieren, da wir nur so die Möglichkeit sehen, diese wichtigen Forderungen in Zukunft durchzusetzen. Gleichzeitig glauben wir, dass diese Themen für Bürger aus dem gesamten traditionellen politischen Spektrum unterstützenswert sind, und dass eine Positionierung in diesem Spektrum uns in unserem gemeinsamen Streben nach Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur hinderlich sein würde."

Begründung

[5] Dieser Absatz hat sicherlich Sinn gehabt, als das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland noch dünner war und die Kernthemen der Piratenpartei den allergrößten Teil der Identifikation ausmachten.

[6] Der Parteitag in Bochum wird zu einem thematisch deutlich erweiterten Programm führen und die Themen "Wahrung der Privatsphäre und Freiheit für Wissen und Kultur" werden neben anderen stehen.

[7] Es wird dadurch auch zu Positionierungen kommen, die Einordnungen innerhalb eines traditionellen politischen Spektrums möglicherweise förderlich sind, ob das von uns gewollt wird oder nicht. Wie beispielsweise bei der Abstimmung zum Bedingungslosen Grundeinkommen bereits geschehen, sollten wir bereit sein, Positionen in unterschiedlichen Politik-Bereichen zu benennen und zu bekennen.

PA421 - Wirtschaftsunabhängige Berufsausbildung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sam

Zusammenfassung

Es wird beantragt, eine wirtschaftsunabhängige Berufsausbildung zu ermöglichen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland fordert, Berufsausbildungen unabhängig von der wirtschaftlichen Nachfrage zu ermöglichen.

Begründung

[2] 1. Wer heute die Schule beendet und einen Beruf ergreifen möchte, ist von den angebotenen Stellen in der Wirtschaft abhängig. Oft bekommt man in seinem Wunschberuf keinen Ausbildungsplatz und wird von Behörden dann zu einer weniger attraktiven Ausbildung gedrängt, weil dort gerade eine Stelle frei ist. Welcher Beruf erlernt wird ist somit keine freie Entscheidung, sondern das Resultat von Angebot und Nachfrage.

[3] Häufig versuchen Schulabgänger dann vergeblich im nächsten oder übernächsten Ausbildungsjahr ihren Wunschberuf zu erlernen. Laut einer DGB-Studie suchten zum Ausbildungsbeginn September 2012, noch mehr als 2 Millionen Menschen einen Ausbildungsplatz.

[4] 2. Schon heute ist es kaum mehr möglich einen einzigen Beruf Lebenslang auszuüben. Zunehmende Innovationen und Entwicklungen könnten viele Berufe in kürzester Zeit obsolet machen. Technische Entwicklungen und Effektivität sollten aber nicht gebremst oder behindert werden, nur weil zu viele Arbeitsplätze daran hängen. Nur, welcher Betrieb stellt einen 38 Jährigen als Azubi ein? Und wenn doch, wie viele Schulabgänger hatten sich auf die selbe Stelle beworben?

[5] Es gibt bereits Zahlreiche private Berufsbildungsangebote. Diese verlangen durchschnittlich 20.000€ oder einen Bildungsgutschein der Arbeitsagentur. Der wird jedoch äußerst willkürlich und frühstens nach 4-Jähriger Arbeitslosigkeit gewährt.

[6] Der Staat muss Bildungsmöglichkeiten schaffen die jedem Menschen, Lebenslang den Erwerb eines Berufes ermöglichen.

PA422 - Sofortiger Atomausstieg!

Wahlprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Der Atomausstieg muss bei einem Wahlsieg und möglicher Regierungsbeteiligung in einer Koalition mit den Grünen sofort umgesetzt werden. Niemals wieder Ausstieg vom Ausstieg! Jetzt handeln im Interesse der Bürger und nachfolgender Generationen!

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen:

[2] Die Piratenpartei handelt nicht im Sinn der Lobbys und Kartelle, sondern im Interesse der Bürger und nachfolgender Generationen und beschließt für den Fall eine Regierungsbeteiligung, sich für den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft einzusetzen!

Begründung

[3] Atomstrom ist der mit Abstand teuerste Strom überhaupt: http://www.daserste.de/plusminus/bei...rnnagv9~cm.asp Die Atomkraft ist eine Sackgasse in der Entwicklung der Menschheit. Entwickelt nur zur Vernichtung! Stromgewinnung dient nur als Ausrede, als Alibi, dafür sind Nord-Korea und Iran ein sehr gutes Beispiel. Weltweit muss die Atomtechnik geächtet werden. Für eine friedliche Welt, denn nur mit der Atomkraft, ist die Menschheit in der Lage sich total auszurotten, alles Leben zu vernichten. Eine Atomwaffenfreie Welt, versprach der amerikanische Präsident Obama. Dafür wurde er mit dem Friedens-Nobelpreis geehrt. Die Wiedersacher und kalten Krieger verhinderten bisher einen einseitigen Verzicht und Vernichtung aller Atomwaffen. Die sofortige Abschaltung aller deutschen AKWs ist ein Beitrag zum Weltfrieden!

PA423 - Wahlrecht für ALLE Bürger!

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Alle ohne Wohnadresse, egal ob kurzfristig, länger im Ausland oder Wohnungslos in Deutschland, erhalten keine Wahlunterlagen. Freien Bürger wird so das Wahlrecht verweigert.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „Wahlrecht" nachfolgendes einzufügen:

[2] Jeder deutsche Bürger im wahlberechtigten Alter darf an allen Wahlen in Deutschland teilnehmen. Voraussetzung, um die Wahlunterlagen zu erhalten, muss die Existenz und nicht wie bisher eine feste Wohnadresse sein!

Begründung

[3] Egal, ob Bundestagswahl, Landtagswahl oder Kommunalwahl, jeder Bürgerin und jedem Bürger steht ein lebenslanges Wahlrecht zu! Denn von Gesetzen und Verordnungen, die von Parteien beschlossen werden, ist jeder betroffen. Egal, ob man eine Wohnung hat oder nicht, ob man in einer globalisierten Welt kurz oder langfristig im Ausland zu tun hat, die Gesetze muss jeder einhalten. Keiner kann als Ausrede bei Gesetzesübertretung behaupten, nichts gewusst zu haben, weil er im Ausland ist oder wohnungslos. Aber die heute regierenden Parteien schließen Millionen Wahlberechtigte einfach von der Abstimmung aus. Wahlunterlagen müssen jedem Wahlberechtigten unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden. Genauso wie dies in Frankreich praktiziert wird, müssen Botschaften und Vertretungen im Ausland die Wahlunterlagen einfach bei Vorlage eines gültigen Passdokuments aushändigen. Bei Landtagswahlen und Kommunalwahlen ist der letzte Wohnort im Passdokument für die Wahlberechtigung ausschlaggebend. Zudem muss im Zeitalter des Internets die Möglichkeit geschaffen werden, über das Internet abzustimmen. Erst wenn wirklich jeder volljährige Bürger zur Wahl zugelassen ist, kann man von einer wirklich freien und fairen Wahl ausgehen! (Dank an die Piratenpartei, dass wirklich jeder mitmachen darf, sogar jemand wie ich aus dem Ausland, ohne Wahlrecht!)

PA424 - Positionierung zur “Eurorettungspolitik“

Wahlprogramm - Europa LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lilly-Marie

Zusammenfassung

Wir Piraten möchten den Blickwinkel auf die Euro-Problematk erweitern. Daher sehen wir diesen Antrag als konkurrierend zu PA131 (Positionierung zum Euro).

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:*

[2] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die derzeitige “Eurorettungspolitik“, insbesondere den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die damit verbundene indirekte Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank (EZB), ab. Die PIRATEN setzen sich für eine nachhaltige, sozialverträgliche und demokratisch legitimierte Lösung der Eurokrise ein.

Begründung

[3] Wir kritisieren an der “Eurorettungspolitik“, dass die Menschen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Zum Einen wird das wirtschaftliche Wohl der Menschen in der Eurozone nicht hinreichend berücksichtigt, zum Anderen gibt es keine ausreichende Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme der Bürger auf die Politik.

[4] Die derzeitige “Eurorettungspolitik“ führt zu einer Verschleppung und Verschärfung der Eurokrise. Im Ergebnis führt diese Politik langfristig zu schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in zahlreichen Ländern der Eurozone. Daher lehnen wir diese Politik ab und arbeiten an langfristigen, alternativen Lösungen.

[5] Möglichkeiten hierzu wären:

- kurzfristig: ein umfassender Schuldenschnitt um die Handlungsfähigkeit der Euroländer wiederherzustellen
- Ermöglichung vorübergehender Austrittsmöglichkeiten aus der gemeinsamen Währung (wenn per Volksabstimmung gefordert) oder Zulassung von alternativen Währungen
- langfristig: eine direkte Staatsfinanzierung durch die EZB (unabhängig und demokratisch legitimiert)
- eine konsequente demokratische Umgestaltung europäischer Institutionen
- Massnahmen zur Angleichung der Wirtschaftsleistungen der Euro-Länder oder,
- Schaffung eines Mechanismus zum Ausgleich der unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten (ähnlich Länderfinanzausgleich)

[6] als Konkurrenzantrag zu:

[7] http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA131

PA425 - Wahlfreiheit für Familien statt staatlicher Bevormundung

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Benjamin Siggel (@crackpille), Georg Jähnig (@jorges)

Zusammenfassung

Keine Benachteiligung alternativer Lebensmodelle und Patchwork-Familien, gleiche finanzielle Unterstützung aller Familienmodelle

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einzufügen:

[2] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen und eine freie und selbstbestimmte Aufgabenteilung bei der Kinderbetreuung zu fördern.

[3] Wir gehen davon aus, dass Eltern selbst in der Lage sind, abhängig von den individuellen Lebensumständen, Befähigungen und Interessen die beste Aufgabenteilung bei der Kinderbetreuung für die jeweilige Beziehung herzustellen. Das Elterngeld soll Menschen mit Kindern fördern und nicht dazu dienen, ein bestimmtes familienpolitisches Leitbild durchzusetzen. Daher lehnen wir es ab, den vollen Bezug des Elterngeldes davon abhängig zu machen, wer in einer Partnerschaft das Elterngeld beantragt.

[4] Das Elterngeld darf auch alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht benachteiligen. Deshalb soll das Zusammenleben mit dem Kind in einer gemeinsamen Wohnung keine notwendige Bedingung mehr für den Elterngeldanspruch sein. Stattdessen soll neben der gemeinsamen Wohnung auch das Sorgerecht für ein Kind als Kriterium herangezogen werden. Wer kein Sorgerecht hat, aber mit dem Kind in einer Wohnung lebt und Elterngeld beziehen möchte, benötigt die Einwilligung der Elternteile, die das Sorgerecht haben. So können zum Beispiel auch Partnerinnen und Partner, ohne biologisch Elternteil zu sein, die Kinderbetreuung übernehmen und soziale Eltern sein.

[5] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch jenen Eltern zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[6] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Auszeit zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[7] Dieser Alternativantrag zu i4189, Echte Wahlfreiheit für Familien nimmt den guten Gedanken des Ausbaues des Elterngeldes auf. Indessen entspricht der Antrag nicht seiner eigenen Überschrift von “Wahlfreiheit für Familien“, wenn es diejenigen Familien finanziell abstraft, in denen sich die Eltern nicht beide eine Auszeit vom

Beruf zwecks Erziehung nehmen. Dies lässt völlig außer Acht, dass es eine Vielzahl von Gründen geben kann, weshalb die Aufgabe der Erziehung nicht paritätisch verteilt wird, wie ökonomische Gründe, die besondere Fähigkeit oder Unfähigkeit im Umgang mit Kindern, etc.pp. Nach unserer Auffassung ist es nicht Aufgabe des Staates, ein bestimmtes Familienmodell finanziell zu privilegieren.

[8] Dieser Alternativantrag ist daher identisch mit PA244, stellt aber die Freiheit der Eltern in den Mittelpunkt und verzichtet auf staatliche Bevormundung in Fragen der partnerschaftlichen Aufgabenteilung. Darüber hinaus führt eine solche Aufteilung in alternativen Beziehungskonstellationen zu Abgrenzungsschwierigkeiten und auch absurden Ergebnissen.

PA426 - Billige Energie für alle durch Förderung von EE

Wahlprogramm - Energie LQFB LQFB 2 LQFB 3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann (merapi22)

Zusammenfassung

Um erneuerbare Energie im Überfluss für alle superbillig zur Verfügung zu haben, braucht es Förderung über Verbrauchssteuern nach gesund/schädlich und keine Subventionen. Nur so kann man die Lobbys von Atom und Kohle abschalten.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen:

[2] Es hat natürliche Energie im totalen Überfluss. Diese zu nutzen ist nicht nur Emission- und Klimaneutral, sondern löst das Energieproblem durch billige Energie unter 8Cent pro kW/h und Energie im absoluten Überfluss. Allein durch Verbrauchssteuern nach gesund/schädlich für Umwelt und Mensch, lassen sich die veralteten, überteuerten und umweltbelastenden Energieerzeuger - Atomkraft, Kohlekraft, abschalten.

Begründung

[3] Wir erhalten von der Sonne ein Vieltausendfaches an Energie die wir benötigen. Allein der Wind der Nordsee kann ganz Europa mit Energie versorgen. Wir hocken auf einer Feuerkugel, von der 99% heißer als 1000C° Grad ist. Auf einer Energiekugel haben wir ein Energieproblem? Ein Witz? Ein sehr schlechter Witz der Betreiber von Kohl- und Atomkraftwerken! http://www.scinexx.de/dossier-504-1.html Diese Energiegewinnungsmonopole mit den Lobbyisten in der Politik, verkaufen diesen hochsubventionierten Kohle- und Atomstrom an Günstlinge zum Niedrigpreis, an den Otto-Normalbürger zum Höchstpreis. Allein mit gestaffelten Verbrauchsteuern nach gesund/schädlich für Umwelt und Mensch lassen sich diese Dino-Atomkraftwerke abschalten. Die Atomkraft eine Sackgasse in der Entwicklung der Menschheit. Bereitgestellt nur zur Vernichtung und Strom als Alibi, wie man am Beispiel Nord-Korea und Iran deutlich sieht. Atomstrom der teuerste Strom überhaupt: http://www.daserste.de/plusminus/bei...rnnagv9∼cm.asp Warum wurde die Erforschung der Geothermie so sträflich vernachlässigt? Weil Lobbyisten darin nur eine lästige Konkurrenz sahen und sehen. Gerade Japan hätte seine Energieversorgung wie Island auf Geothermie umstellen können: http://www.morgenpost.de/web-wissen/article1580959/Erdwaerme-birgt-enorme-Chancen-fuer-Japan.html Schweden will bis zum Jahr 2020 100% aller Häuser mit Geothermie beheizen. In Holland plant man gar von Geothermie beheizte Radwege um im Winter „fliegende Holländer“ zu verhinden: http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/niederlaender-wollen-radwege-mit-geothermie-beheizen-a-862937.html Sobald es durch EE genug Strom hat und der Große gleichviel für Energie wie der Kleine bezahlt, wird der Pries absinken, in wenigen Jahren unter 8 Cent pro kW/h. Deutschland hat kaum Rohstoffe, aber dafür den Rohstoff Wissen und wird innerhalb kürzester Zeit mit EE genug Energie zu immer geringer Kosten erzeugen.

PA427 - “Unethische Finanzpekulation“

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tunefish

Zusammenfassung

“Unethische Finanzspekulationen“ auf z.B. Grundnahrungsmittel regulieren oder gar verbieten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen an geeigneter Stelle folgenden Satz in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein „unethische Finanzspekulationen“ auf z.B. Grundnahrungsmittel, Industriemetalle und andere volkswirtschaftlich relevante Güter oder Rohstoffe strengstens zu regulieren, nötigenfalls zu kontrollieren und gegebenenfalls gänzlich zu verbieten.

Begründung

[3] Rein liquiditätsgetriebene Spekulation, bis hin zum „physischen vom Markt nehmen“ solcher Güter, mit der alleinigen Zielsetzung der Profitmaximierung, nutzen nur wenigen und haben darüber hinaus keinerlei volkswirtschaftlichen Nutzen und dienen so mit nicht dem Gemeinwohl. Dies führt schlimmstenfalls zu Hunger, Krankheit, Armut, Arbeitslosigkeit und sozialem Unfrieden; kann sogar zur Radikalisierung der Menschen beitragen und zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen. „Unethische Finanzspekulation“ ist ein weiterer Schritt zur Ausweitung der Plutokratie und widerspricht so mit dem Wunsch der Piraten nach Gerechtigkeit und Teilhabe.

PA428 - Hochfrequenzhandel

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tunefish

Zusammenfassung

Hochfrequenzhandel abschaffen oder zumindest entschleunigen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen an geeigneter Stelle folgenden Satz in das Bundestagswahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein den computergestützten Hochfrequenzhandel abzuschaffen; hilfsweise aber zumindest zu regulieren und zu entschleunigen

Begründung

[3] Das sogenannte HighFrequencyTrading hat keinerlei Bezug mehr zu realwirtschaftlichen Prozessen und birgt mehr Gefahren (z.B. Flashcrashs) als es nutzt. Ein Bezug oder Nutzen zur Realwirtschaft ist kaum bis überhaupt nicht gegeben aber Real- und Volkswirtschaft können durch diese Technologie geschädigt werden.

PA429 - Goldreserven

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tunefish

Zusammenfassung

Großteil der deutschen Goldreserven heimholen und Revisionen und Qualitätsprüfungen von im Ausland gelagerten Goldreserven ermöglichen und auch durchführen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen an geeigneter Stelle folgendende Sätze in das Bundestagswahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland ist für die Heimholung eines Großteils der deutschen Goldreserven. Desweiteren muss auch bei im Ausland gelagerten Goldreserven regelmäßig eine kurzfristige physische Revision und Qualitätsprüfung möglich sein und auch durchgeführt werden.

Begründung

[3] Die deutschen Goldreserven sind Eigentum des deutschen Volkes und als solche haben die Bürger, vertreten durch ihre gewählten Mandatsträger oder Beauftragten und zuständigen Beamten (hier: die Bundesbank und den Bundesrechnungshof) das Recht auf eine Revision und Qualitätsprüfung ihres Eigentums. Mit dem Status Eigentum geht auch die Verfügungsgewalt und das Aufenthaltsbestimmungsrecht einher. Es gibt keinerlei Grund legitimierten Vertretern und Beauftragten den Zugang im Rahmen einer Bilanzierung zu verweigern oder dieses Staats- und Volkseigentum nicht selbst auf eigenem Hoheitsgebiet zu lagern.

PA431 - Verbraucherbildung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AK Bildungspolitik NRW, Masch

Zusammenfassung

Schaffung bundeseinheitlicher und verbindlicher Bildungsrichtlinien für die Felder Ernährung und Gesundheit, Finanzen, Verbraucherrecht, Medien, Nachhaltiger Konsum

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, im Wahlprogramm im Bereich Bildung folgenden Text einzufügen:

[2] Verbraucherbildung

[3] Die Piratenpartei setzt sich nachhaltig für die Förderung von Konsum- und Alltagskompetenzen im schulischen Bereich ein. Junge Menschen haben ein Recht auf eine umfassende Verbraucherbildung, wie es die Vereinten Nationen seit 1999 fordern. Daher setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass bundeseinheitliche und verbindliche Bildungsrichtlinien für die Felder

[4] · Ernährung und Gesundheit · Finanzen · Verbraucherrecht · Medien · Nachhaltiger Konsum

[5] geschaffen werden. Darüber hinaus wird die Piratenpartei sich dafür einsetzen, dass in der Ausbildung von Lehrern die Voraussetzungen geschaffen werden um eine solide Verbraucherkompetenz vermitteln zu können.

[6] Um dies zu erreichen fordert die Piratenpartei:

[7] · Schaffung von Verbindlichen bundeseinheitlichen Bildungsstandards zur Verbraucherbildung, die alle fünf Konsumfelder/-bereiche abdecken · Stärkere Verankerung der Verbraucherbildung in den schulischen Lehrplänen · Dementsprechende Förderung der Verbraucherbildung in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung · Unterstützung der Schulen und der Lehrkräfte, die gesetzten Rahmenbedingungen / bildungspolitischen Vorgaben im Schulalltag umzusetzen · Stärkung der Verbraucherbildungsforschung.

Begründung

[8] Aktuelle Jugendstudien kommen zu dem Ergebnis, dass in den genannten Konsumfeldern einerseits Kompetenzdefizite vorliegen, andererseits aufgrund der hohen Komplexität der sich weltweit rasant entwickelnden Märkte und der Unternehmensstrategien, Verbraucher benachteiligt werden. Aufgrund der fehlenden bzw. unzureichenden Kompetenzen kommt es zu gesamtgesellschaftlichen Folgekosten: Wenn in den privaten Haushalten jährlich Lebensmittel im Wert von 25 Milliarden Euro in den Müll geworfen werden, ist das nicht nur ein Schaden für den einzelnen Haushalt, sondern eine volkswirtschaftliche Verschwendung! In ähnlicher Weise führt mangelnde Kompetenz im Finanzbereich dazu, dass zum Beispiel junge Konsumenten überdurchschnittlich von Überschuldung betroffen sind.

[9] Erfahrungen aus der täglichen Arbeit der Verbraucherzentralen in den Beratungsgesprächen bestätigen diesen Sachverhalt:

[10] · Mangelnde Finanzkompetenzen können zu Ver- und Überschuldung führen besonders dann, wenn undurchsichtige Finanzprodukte angeboten werden. · Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge, wie (internationale) Märkte funktionieren und wie man Fehlfunktionen in Märkten erkennen kann, ist bei den meisten jungen Verbrauchern nur marginal vorhanden. · Das praktische Wissen, sowie Handlungskompetenzen für eine gesunde und ausgewogene Ernährung gehen weiterhin kontinuierlich zurück. · Es mangelt an Kompetenzen im Umgang mit der digitalen Welt, auch weil verlockende Angebote der Anbieter nicht immer durchschaut werden. Aktuelle Jugendstudien kommen zu dem Ergebnis, dass in den genannten Konsumfeldern einerseits Kompetenzdefizite vorliegen, andererseits aufgrund der hohen Komplexität der sich weltweit rasant entwickelnden Märkte und der Unternehmensstrategien, Verbraucher benachteiligt werden. Aufgrund der fehlenden bzw. unzureichenden Kompetenzen kommt es zu gesamtgesellschaftlichen Folgekosten: Wenn in den privaten Haushalten jährlich Lebensmittel im Wert von 25 Milliarden Euro in den Müll geworfen werden, ist das nicht nur ein Schaden für den einzelnen Haushalt, sondern eine volkswirtschaftliche Verschwendung! In ähnlicher Weise führt mangelnde Kompetenz im Finanzbereich dazu, dass zum Beispiel junge Konsumenten überdurchschnittlich von Überschuldung betroffen sind.

[11] Erfahrungen aus der täglichen Arbeit der Verbraucherzentralen in den Beratungsgesprächen bestätigen diesen Sachverhalt:

[12] · Mangelnde Finanzkompetenzen können zu Ver- und Überschuldung führen besonders dann, wenn undurchsichtige Finanzprodukte angeboten werden. · Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge, wie (internationale) Märkte funktionieren und wie man Fehlfunktionen in Märkten erkennen kann, ist bei den meisten jungen Verbrauchern nur marginal vorhanden. · Das praktische Wissen, sowie Handlungskompetenzen für eine gesunde und ausgewogene Ernährung gehen weiterhin kontinuierlich zurück. · Es mangelt an Kompetenzen im Umgang mit der digitalen Welt, auch weil verlockende Angebote der Anbieter nicht immer durchschaut werden. · Konsumentscheidungen mir ihrem Ressourcen- und Energieverbrauch im globalen Zusammenhang mit den daraus resultierenden Konsequenzen wie Klimawandel und Rohstoffverknappung zu sehen, ist eine Zukunftsaufgabe für alle Generationen.

[13] Daraus folgert der Verbraucherzentrale Bundesverband mit seiner Mitgliedsorganisationen, dass Konsum- und Alltagskompetenzen stärker und verlässlich in allen Schultypen vermittelt werden müssen. Es bedarf der Verankerung dieser Bildungsziele in den schulischen Bildungsplänen.

[14] Als Orientierung und Maßstab ist die Entwicklung von bundeseinheitlichen Bildungsstandards notwendig. Denn nur Bildungsstandards ermöglichen Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung im föderalen Bildungssystem.

PA432 - Europäische Föderation und Europa der Regionen

Wahlprogramm - Europa LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Giebel für http://wiki.piratenpartei.de/AG Europa

Zusammenfassung

Die Piraten stellen den Wählern zwei Modelle eines vereinten Europas vor.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und in das Wahlprogramm einfügen:

[2] Als Mitmachpartei möchten die Piraten die Bürgerinnen und Bürger zu einem unvoreingenommenen Dialog darüber einladen, auf welche Art sich die EU weiterentwickeln soll. Die Piraten stellen den Wählern zwei erarbeitete Modelle eines vereinten Europas vor:

[3] 1. Europäische Föderation:

[4] Wir Piraten setzen uns für eine Weiterentwicklung der EU hin zu einem europäischen Bundesstaat ein, in welchem die gegenwärtigen Mitgliedstaaten die Rolle von Bundesländern einnehmen. Zu diesem Zwecke befürworten wir die demokratische Erarbeitung einer europäischen Verfassung.

[5] 2. Europa der Regionen

[6] Wir Piraten setzen uns für eine Weiterentwicklung der EU hin zu einem "Europa der Regionen" ein. Darunter verstehen wir eine solidarische europäische Föderation mit starken Regionen, die sich selbstbestimmt zusammenfinden und sich nicht unbedingt an die Grenzen der gegenwärtigen Mitgliedstaaten halten müssen. Die Rechte der Regionen werden in einer demokratisch erarbeiteten europäischen Verfassung festgeschrieben.

Begründung

[7] Begründung zur Europäischen Föderation:

[8] Eine demokratische europäische Föderation bietet alle Voraussetzungen dafür, dass die Menschen in Europa in Freiheit und Frieden, in solidarischem Miteinander dauerhaft zusammenleben können und in einer globalisierten Welt nach aussen vereint auftreten und wirkungsvoll die Welt mitgestalten können.

[9] Wichtige Vorteile dieser Föderation sind:

[10] 1. Ausgewogene Machtverteilung

[11] Eine europäische Föderation ist geeignet, der Zentralisierung von Macht entgegenzuwirken.

[12] 2. Identität

[13] Mit diesem Modell nehmen wir auch die Menschen mit, denen die Nationalstaaten als politische und identitätsstiftende Gebilde etwas bedeuten. Letztlich legen wir es in die Hände der Europäer, selbst die Zukunft Europas zu bestimmen. Wir setzen uns für eine Verfassung ein, die von den Bürgern nicht nur entschieden, sondern mitgestaltet wird. Dazu wird ein separater Antrag eingereicht `http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA136`

[14] 3. Bekannte Strukturen

[15] Eine europäische Föderation, die auf den gegenwärtigen Mitgliedsstaaten aufbaut, bietet für die Bürger den Vorteil gewohnter Institutionen. So bleiben für den Einzelnen die Rechte und Pflichten im neuen Staat zunächst unverändert.

[16] Begründung zum Europa der Regionen:

[17] Unter "Regionen" versteht man die Territorien in den Mitgliedsstaaten der EU, deren Bevölkerung sprachliche, historische, geographische oder kulturelle Gemeinsamkeiten haben. Die Regionen können auch deckungsgleich mit einer bereits bestehenden Verwaltungseinheit sein. In Großbritannien ist Wales eine solche Region, in Italien ist es Südtirol und in Deutschland sind es die Bundesländer oder Teile davon.

[18] Sieht man sich in der politischen Landschaft Europas um, so fällt die Vielfalt der regionalen Bezugspunkte und Identitäten auf. Von Schottland bis Katalonien, von Sizilien bis nach Lappland existiert eine Vielzahl regionaler politischer Organisationen.

[19] Viele Menschen assoziieren den politischen Regionalismus mit dem Begriff der Kleinstaaterei. Doch wir betrachten dies aus einem anderen Blickwinkel. Als Heimat wird nicht der Nationalstaat angesehen, in dem man lebt, sondern die jeweilige Region.

[20] In Bereichen, die die Regionen betreffen, sollen die Kompetenzen bei diesen verbleiben. Damit keine Kleinstaaterei aufkommt, würden Rahmenbedingungen zentral beschlossen werden. Der Weg hin zu den gemeinsamen Zielen würde wiederum lokal gefunden werden, gemäß dem Motto: "Global denken, lokal handeln".

[21] Die Regionen Europas können je nach Bedarf zur Lösung politischer und gesellschaftlicher Aufgaben konstruktiv zusammenarbeiten und bilden so ein politisches Netzwerk, das im Inneren aus seiner Vielfalt an Kulturen und Ideen schöpft. Sie bieten ihren Bürgern Heimat, sprechen aber nach außen mit einer Stimme. Die Europäische Union könnte hierbei die Rahmenbedingungen setzen und als Plattform für den Austausch von Ideen und Lösungsansätzen fungieren.

[22] Ein solch dezentrales und subsidiäres Europa der Regionen wäre also kein Anachronismus, sondern der modernste Staatenbund dieser Erde.

[23] Mit diesem Antrag wollen wir die europäische Idee erneuern.

PA433 - Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Masch

Zusammenfassung

Bedeutung von Bildung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen den folgenden Text im Bereich Bildung des Bundestagswahlprogramms 2013 als ersten Textblock einzusetzen:

[2] Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft

[3] Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Dies ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft bedeutend, um unabhängig von sozialer Herkunft jedem Menschen ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe und Verantwortung zu ermöglichen. Mit diesem Ziel ist das Hauptanliegen institutioneller Bildung die Unterstützung bei der Entwicklung zur mündigen, kritischen und sozialen Person.

[4] Der Bildungsprozess eines Menschen beginnt mit seiner Geburt. Die frühe Kindheit ist die lernintensivste Zeit, sie ist das Fundament der Bildung. Die sensible und verantwortungsvolle Begleitung der Bildungsprozesse ist wesentlich für die Entwicklung von Fertigkeiten, die Entfaltung von Talenten und Fähigkeiten, Persönlichkeitsbildung, Sozialverantwortung und Selbstbestimmtheit. Das Bildungswesen muss den Menschen als Subjekt begreifen, das sich aktiv bildet, nicht als Objekt, das gebildet werden muss. Die Belange des Lernenden und die Erhaltung und Förderung seiner Eigenmotivation müssen im Vordergrund stehen.

[5] Der freie Zugang zu Information und Bildung ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung notwendig, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft, da nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand auf Dauer gesichert werden können.

[6] Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Begründung

[7] Das Thema Bildung gehört in das Wahlprogramm. Diese allgemeine Beschreibung der Haltung der Piratenpartei kann als Einleitung im Bereich Bildung anderen angenommenen Antragstexten für den Bereich Bildung vorangestellt werden.

PA434 - Einführung eines liberalen Namensrechts

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Elle Nerdinger, Olaf Bettsteller

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für ein liberales Namensrecht ein. Die derzeitige Rechtslage stellt ein Hindernis für das Recht freie Selbstbestimmung dar. Zudem soll das Recht auf Selbstdefinition gestärkt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitagteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine Reform des Namensrechts ein. Das deutsche Namensrecht ist veraltet und schränkt das Grundrecht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung stark ein. Bürger müssen selbst über ihre eigene Bezeichnung, ihren Namen, verfügen können. Die derzeitige Gesetzgebung stimmt nicht mit dem Grundrecht auf Selbstbestimmung überein.

[3] Im Gegensatz zu Deutschland, gibt in den USA, Großbritannien oder Österreich ein entsprechend liberales Namensrecht welches die Namensmündigkeit ihrer Bürger garantiert. Daher fordert die Piratenpartei eine entsprechende Anpassung für Deutschland.

Begründung

[4] Zu den geäußerten (Sicherheits-) Bedenken bei einer Namensänderung existieren in den Ländern mit liberalerem Namensrecht weitreichende Erfahrung. Paradoxerweise hat Deutschland diese auch, da eine Namensänderung bei Eheschließung üblich ist. Eine Namenshistorie wäre entsprechend in den Meldeämtern nachvollziehbar.

[5] Hintergrundinfo zur rechtlichen Lage im Bezug auf die EU: Deutsches und europäisches Namensrecht vertragen sich nicht: http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/europaeisches-recht-deutsches-und-europaeisches-namensrecht-vertragen-sich-nicht-1227483.html

[6] Hintergrundinfo zum Thema Selbstbestimmung, hier in Bezug auf Integration: http://www.welt.de/politik/deutschland/article106277161/Deutsche-Namen-fuer-Auslaender-nicht-erlaubt.html

PA435 - Eintragung von öffentlich geführten Wahlnamen

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Elle Nerdinger, Olaf Bettsteller

Zusammenfassung

Die Einführung der Möglichkeit seinen öffentlich geführten Wahlnahmen (Nickname, Username, selbst gewählter öffentlicher Name, etc.) im Ausweis eintragen zu lassen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Möglichkeit ein, einen dauerhaft geführten Namen, der nicht dem Passnamen entspricht, amtlich eintragen zu lassen. Vorbild ist die Eintragung von Künstler- und Ordensnamen.

[3] Als amtliche Bezeichnung wird "Wahlname" oder "öffentlicher Name" vorgeschlagen. Diese Namen sind derart von Künstlernamen zu unterscheiden, da diese keinen Markencharakter besitzen und damit mehrfach vorkommen können.

Begründung

[4] Gerade im Umfeld des Internets gibt es Menschen die sich mit ihrem frei gewählten Namen "einen Namen gemacht haben" und darüber eine Reputation genießen, dieser jedoch keine Rechtssicherheit genießt wenn keine Eintragung als Künstlernamen vorliegt. Hier gibt es oft Probleme mit der Rechtfertigung der Führung eines solchen Namens: Dauerhaft geführte, netzöffentliche Namen sind keine Pseudonyme, da es sich hierbei nicht um "falsche" Namen handelt. Dieser Form der Namensführung soll nun Rechnung getragen werden.

PA436 - Sozialversicherung erhalten

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pirath - rentenberater-rath@gmx.de

Zusammenfassung

Die Alterung der Gesellschaft und die Veränderungen der Erwerbsbiografien gefährden die Funktionsweise unserer Sozialversicherungssysteme. Hierfür muss die Einnahmenbasis umgestaltet werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Modul 0 Wir Piraten setzen uns dafür ein, die umlagefinanzierte Sozialversicherung zu erhalten.

[3] Modul 1 Die Beitragshöhe in der Sozialversicherung soll ohne Ausnahmen mit der Höhe des Einkommens steigen. Hierfür sollen sowohl die Geringfügigkeitsgrenzen, diverse Mindestbeitragsbemessungsgrundlagen insbesondere für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Gleitzone und die Beitragsbemessungsgrenzen abgeschafft werden.

[4] Modul 2 Jeder soll nach seinem Leistungsvermögen zur Finanzierung der Sozialversicherung beitragen. Deshalb wollen wir einkommensunabhängige Zusatzkosten für die Absicherung des sozialen Mindeststandarts vermeiden.

[5] Modul 3 Wir wollen schrittweise alle Personengruppen in die Sozialversicherung einbeziehen. Geringverdiener sollen von der Einbeziehung profitieren. Bezieher höherer Einkommen sollen sich nicht mehr aus der Solidargemeinschaft entfernen können und einen entsprechend höheren Beitrag zahlen.

[6] Modul 4 Zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sollen alle Einkommensarten herangezogen werden. Im Gegenzug soll der Beitragssatz sinken.

Begründung

[7] Die Sozialversicherung soll nach dem Solidarprinzip funktionieren. Bezieher geringer Einkommen sollen profitieren und Bezieher höherer Einkommen sollen proportional zu ihrem Einkommen zur Finanzierung beitragen. Hiervon würden im Vergleich zum Status Quo vor allem Selbstständige mit geringen Einkünften profitieren, die in der gesetzlichen Krankenversicherung bisher überproportional hohe Beiträge zahlen müssen. Auch Beschäftigte mit geringen Einkünften sollen zukünftig wieder echte Rentenanwartschaften erwerben (inkl. Erwerbsminderungsrentenanspruch).

[8] Privatisierungen der sozialen Sicherung sind nicht sinnvoll. Die Praxisgebühr soll abgeschafft werden. Die Steuersubventionierungen der privaten Altersvorsorge soll aufgehoben werden.

[9] Die Einbeziehung von neuen Beamten in die Sozialversicherung würde zu einer Doppelbelastung der jeweiligen Dienstherren führen, die in geeigneter Weise kompensiert werden sollte. Manche Gebietskörperschaften legen bereits Rücklagen hierfür an.

[10] Die Beitragssatzsenkung würde positive Beschäftigungseffekte mit sich bringen. Viele privat Krankenversicherte hätten eine Alternative zu den stark steigenden Beiträgen.

[11] Das Rentenniveau könnte auf dem aktuellen Niveau stabilisiert werden. Flankierend soll ein Sockeleinkommen zur Bekämpfung aktueller Altersarmut eingeführt werden.

PA437 - Gesetzliche Garantie für den anonymen, sowie autonymen und pseudonymen Zugang zu Netzdiensten

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Elle Nerdinger, Olaf Bettsteller

Zusammenfassung

Gesetzliche Garantie für einen anonymen Netzzugang, sowie eine konkrete Regelung für das Recht auf pseudo- und autonymen Zugang zu sozialen Netzwerken und ähnlichen Diensten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitagteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen: Ein Zwang zur Verwendung von amtlich erfassten Namen ist abzulehnen. Diese Praxis ist bereits nach entsprechender Gesetzgebung in Südkorea gescheitert. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Benutzern von sozialen Netzwerken und ähnlichen Diensten den pseuo- sowie autonymen Zugang gesetzlich zu garantieren. Genauso muss der anonyme Zugang zum Netz unmissverständlich gesetzlich garantiert sein. Die freie Meinungsäußerung und die Selbstdefinition eines Menschen darf nicht aus Gründen etwaiger Sicherheit beschnitten werden.

Begründung

[2] Aus praktischen Gründen ist die Verwendung von selbst gewählten Namen im Netz zu bevorzugen, da amtlich erfasste Namen kein Mittel sind um Individuen im alltäglichen Umgang zu identifizieren. Viele Kombinationen von Name und Vorname sind weit verbreitet und bieten daher kein belastbares Unterscheidungsmerkmal. Erschwerender kommt hinzu, dass die Pflicht zur Angabe eines amtlich erfassten Namens das Recht des Stärkeren zementiert und kein Grarant für gepflegten Umgang und Freundlichkeit im Netz ist. Bisher gibt es ganz konkret ausformuliert nur Richterrecht zur anonymität im Netz: http://www.telemedicus.info/article/2076-OLG-Hamm-zum-Recht-auf-Anonymitaet-im-Netz.html

PA438 - Haftung für unberechtigte Abmahnungen -Ergänzung zur geplanten Neufassung von § 97a UrhG.

Wahlprogramm - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Juribis

Zusammenfassung

Wenn man etwas gegen unseriöse "Massenabmahner" tun will, dann sollte man sie da treffen, wo es am meisten wehtut - also am Geldbeutel. Das geht nur über eine verschuldensunabhängige Haftung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Zusammenhang mit der geplanten Neufassung von § 97a UrhG (Abmahnung) ergänzend den folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] "Wenn sich eine Abmahnung als unberechtigt erweist, sollte der Abgemahnte vom Abmahnenden den Ersatz der durch die Abmahnung entstandenen Aufwendungen, insbesondere seiner Anwaltskosten, verlangen können. Dieser Anspruch sollte unabhängig von einem Verschulden des Abmahnenden entstehen."

Begründung

[3] Gesetzgeberisches Ziele: - Weniger "Abmahnungen ins Blaue hinein". - Das Abmahnen soll in Zukunft kein eigenständiges Geschäftsmodell mehr sein.

[4] Begründung: Diejenigen Rechte-Inhaber und Abmahn-Anwälte, die "das Telefonbuch hoch und runter abmahnen", haben in der Vergangenheit großen volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet und viele Verbraucher in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Wenn man dies für die Zukunft ändern will, sollte man die unseriösen "Massenabmahner" da treffen, wo es am meisten wehtut - also am Geldbeutel. Dann würde sich die Zahl der unberechtigten Abmahnungen automatisch verringern.

[5] Solange die Abgemahnten den Abmahnenden ein Verschulden nachweisen müssen, wird sich nichts ändern. Deshalb sollte der hier vorgeschlagene Kostenerstattungsanspruch (Aufwendungsersatzanspruch) verschuldensunabhängig entstehen. Diejenigen Rechte-Inhaber, die sorgfältig arbeiten und das Abmahnen nicht als eigenständiges Geschäftsmodell betrachten, hätten dadurch nichts zu befürchten.

[6] Die Formulierung wäre einfach. Man könnte ähnlich formulieren wie im jetzigen Absatz 1 des § 97a UrhG, nur eben "spiegelverkehrt". Zum Beispiel: "Soweit die Abmahnung unberechtigt ist, kann der Abgemahnte vom Abmahnenden den Ersatz der aufgrund der Abmahnung erforderlichen Aufwendungen verlangen." (Über die konkrete Formulierung wird man trefflich streiten können.)

PA439 - Lizenzfreies Lehrmaterial fördern

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jürgen Grothof aka Enavigo

Zusammenfassung

Staatlich finanzierte oder geförderte Schulbücher ´sowie wissenschaftliche Publikationen sollen unter freier Lizenz digital veröffentlicht werden müssen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm unter Punkt 10 - Bildung als Punkt 10.xx - Lizenzfreies Lehrmaterial fördern - aufzunehmen und zu beschließen. Ebenso in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle.

[2] Staatlich finanzierte oder geförderte Schulbücher sowie wissenschaftliche Publikationen sollen unter freier Lizenz digital veröffentlicht werden müssen. Außerdem soll die Veröffentlichung von Unterrichtsmaterialien und -entwürfen unter freien Lizenzen und via Internet gefördert werden. Dies vereinfacht den Lehrkräften die Verwendung bestehender und die Erarbeitung neuer Unterrichtsmaterialien. Auf einer staatlich finanzierten Plattform soll den Lehrern und Schülern der leichte Austausch und die gegenseitige Qualitätssicherung, beispielsweise durch eine Begutachtung seitens mehrerer Kollegen (Peer-Review), ermöglicht werden. Bei der Veröffentlichung ist darauf zu achten, dass die Materialien auch digital ohne den Kauf eines Buchs, z.B. auf E-Book-Readern, verwendet werden können. Wir setzen uns dafür ein, die Abhängigkeit von Schulbuchverlagen schrittweise zu beenden. Die Autorenleistungen für die jeweilige Erstellung und Aktualisierung werden hierbei jeweils einmalig durch das Land finanziert, sodass eine jeweilige dauerhafte Vergütung pro Medium entfällt.

Begründung

- Der Grad des schulischen Erfolgs ist stark abhängig vom sozioökonomischen Status des Elternhauses. Damit alle sozialen Schichten ähnliche Voraussetzungen bekommen, wollen wir einen freien und kostenlosen Zugang zu sämtlichen Bildungsmedien gewährleisten.
- Der Einsatz von Materialien unter freier Lizenz könne auch dem Land und den Ausgaben für Sachkosten zugutekommen
- Bundesweite Veröffentlichungen führen zur Nutzung einheitlichen Lehrmaterials
- Viele Lehrer verlassen sich bereits nicht mehr auf Schulbücher, sondern arbeiten mit vielfältigen Kopien. Dieses oft lizenzfreie Material könnte schon jetzt einen Grundstock bilden.
- Passt zu den Grundsätzen der Piratenpartei

PA440 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Bleiberecht

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

eine bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung zu schaffen, die sich an den Realitäten der in Deutschland lebenden Menschen orientiert und in Zukunft den langjährig hier Lebenden eine wirkliche Perspektive eröffnet

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland will eine umfassende Bleiberechtsregelung mit realistischen Erteilungsvoraussetzungen. Das aktive Bemühen von Menschen mit prekärem Aufenthalt muss durch die Behörden anerkannt werden. Außerdem setzen wir uns für die Senkung der Fristen zur Beantragung einer Aufenthaltsgenehmigung ein, um mehr Menschen neue Möglichkeiten zur selbständigen Lebensunterhaltssicherung zu ermöglichen.

Begründung

[3] In den letzten Jahren wurden von Bund und Ländern mehrere Bleiberechtsregelungen beschlossen - aber mit begrenztem Erfolg: Noch immer leben 75.000 Menschen seit sechs Jahren oder länger ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland - das sind 75.000 Menschen, die seit Jahren gezwungen sind, ein Leben auf Abruf zu führen.Viele Menschen leben in Deutschland ohne aufenthaltsrechtliche Perspektive und können weder vor noch zurück. Eine Rückkehr in ihr Herkunftsland ist für die allermeisten von Ihnen undenkbar und in Deutschland sind sie nur befristet geduldet. Immer wieder droht ihnen die Abschiebung. Sie alle können ihre Zukunft nicht gestalten, weil sie in Deutschland keine sichere Lebensperspektive haben. Diese Menschen werden die BRD nicht aufgrund von Schikanen der Ausländerbehörden verlassen.

[4] Ich bin von EvsPirate gebeten worden, diesen Antrag in Bochum zu stellen. Der Antrag wurde auf Grundlage der Forderungen von ProAsyl gestellt, die sich für eine umfassende Bleiberechtsregelung einsetzen, die folgende Punkte umfasst.

- Fortlaufende Regelung ohne festen Stichtag.
- Realistische Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung.
- Verzicht auf restriktive Ausschlussgründe.
- Keine Familientrennung.

PA441 - Ablehnung von Hydraulic Fracturing (Fracking)

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Arno Schröder und Nicole Staubus

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für ein Fracking freies Deutschland und Europa ein.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland lehnt Hydraulic Fracturing, auch Fracking genannt, als Gasfördermethode ab. Durch diese Methode werden Boden und Grundwasser großen Risiken für uns und die zukünftigen Generationen ausgesetzt. Das Einbringen zahlreicher, zum Teil hochtoxischer Stoffe mit unkontrollierter Ausbreitung ist abzulehnen. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Fracking im Bund und der EU ein.

Begründung

[2] Der obenstehende Antrag wurde auf dem LPT NRW 2011.2 in Soest am 19.11.2011 mit weit über 90 % Zustimmung und auf dem LPT Hessen 2012.1 in Gernsheim einstimmig angenommen.

[3] Es geht uns um ein komplettes Verbot des Frackings in Deutschland. Die Gefahren lassen sich nicht abschätzen, unser Trinkwasser und die Oberflächen können nachhaltig verseucht werden. Gefrackte Ressourcen sind nach heutigem Stand danach unbrauchbar, Man muss diese Methode verbieten und wir wollen dazu ein Positionspapier erarbeiten. In Frankreich wurde Fracking vor kurzem komplett verboten, auch in einigen Bundesstaaten der USA gibt es inzwischen ein Verbot nach den haarsträubenden Erfahrungen dort.

[4] In einem anderen Schritt wollen wir Positionen zum Bergrecht ausarbeiten. Dort wird keine Rücksicht auf die Umweltgesetzgebung genommen, Wasserrecht spielt keine Rolle, Bürgerbeteiligung und Transparenz sind ausgeschlossen. Es besteht dringender Änderungsbedarf.

[5] Diese Initiative wurde spontan gestartet und muss weiter strukturiert werden.

[6] Was ist Fracking? Fracking ist eine unkonventionelle Fördermethode, um schwer zugängliche Quellen anzuzapfen. Beim Fracking wird unter sehr hohem Druck (>1000 bar) eine Flüssigkeit in den Boden gepresst. Dadurch werden künstliche Risse erzeugt oder vorhandene Haarrisse vergrößert, um die Durchlässigkeit des Bodens für Gas oder Flüssigkeiten zu vergrößern und so den gewünschten Energieträger freizusetzen. Es wird ein Gemisch aus Wasser und Sand eingesetzt. Die Sandkörner sollen die Haarrisse offen halten. Gleichzeitig werden diverse Chemikalien beigemischt, die zunächst dazu führen, dass Sand und Wasser sich nicht trennen, sondern in einer geleeartigen Masse eine Emulsion bilden. Nachdem die erwünschten Risse im Untergrund entstanden sind, muss das Gemenge wieder verflüssigt werden, damit das Gas gefördert werden kann. Auch werden Biozide beigemischt, die im Untergund vorhandene oder von der Oberfläche eingebrachte methan-zersetzende Bakterien abtöten, sowie Algen, die zu Schleimteppichen und Verstopfungen führen können.

[7] Warum Fracking? Erdgas muss nicht immer in großen Hohlräumen vorliegen, sondern kann auch in Form von Einschlüssen im Gestein, in Poren oder Haarrissen vorkommen. Fracking wird verwendet, um solche Erdgasvorkommen, die in Böden mit geringer Durchlässigkeit für Gas (Permeabilität) vorliegen, zu erschließen.

[8] Welche Risiken gibt es? Das größte Risiko ist sicherlich die Verseuchung des Grundwassers und der Umgebung des Bohrlochs an der Erdoberfläche. Weil sich die künstliche Rissbildung beim Fracking weder kontrollieren noch steuern läßt, können Risse prinzipbedingt auch an unerwünschten Stellen entstehen. Die Rissbildung ermöglicht, dass sowohl Gas wie auch Bohrflüssigkeit (Fracfluid) an die Oberfläche gelangen - gewünscht ist dies jedoch nur für das Gas und auch nur an der Förderstelle. An allen anderen Stellen kann es zur Kontamination mit Gas oder Fracfluid führen - insbesondere zur Verseuchung des Grundwassers. Aus den USA sind Fälle öffentlich geworden, wo das Trinkwasser so sehr mit Gas kontaminiert ist, dass es zum Verzehr nicht mehr geeignet ist und sogar "brennbar" wurde 03 <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/03>. Nur ein Teil der Firmen gibt Informationen zu den verwendeten Chemikalien heraus - die Zusammensetzungen ändern sich ständig, es wird viel herumexperimentiert. Es besteht auch der Verdacht, dass giftige Abfälle auf diese Weise als "wertvolle Hilfsmittel" umdeklariert und eingesetzt werden, um eine teure Entsorgung zu vermeiden. Ein signifikanter Teil der Frackflüssigkeit bleibt im Boden zurück. Wer in Bergbaugebieten lebt, kennt die Bergbauschäden, die natürlich auch entstehen können, wenn man Gestein zerstört. Schwarmbeben sind aufgetreten. Bei mindestens einem Fracking befanden sich in der Nähe alte unbekannte, nicht kartierte oder vergessene Bohrungen. Nachdem bereits eine große Menge Frackflüssigkeit eingebracht war, schoss diese einige hundert Meter entfernt aus einer der alten Bohrungen wieder an der Oberfläche heraus - eine eindrucksvolle Fontäne, die eine Woche lang sprudelte und die Umgebung mit Frackflüssigkeit und den aus dem Untergrund gelösten Salzen vergiftete. Generell löst die Frackflüssigkeit auch unerwünschte Stoffe aus dem Untergrund: Salze, aber auch radioaktives Material, das ähnlich wie beim Bohrschlamm aus der Erdölförderung ein "vergessenes" bzw. verschwiegenes, verdrängtes, ignoriertes Problem ist. In der Umgebung von Hamm soll gefrackt werden. Dort enthält der Untergrund große Mengen radioaktives Thorium und dessen ebenfalls radioaktive Zerfallsprodukte, die unvermeidlich an die Oberfläche gelangen werden. In NRW sollen Kohleflöze gefrackt werden. Die sind dann für die Nachwelt unbrauchbar. Kohle ist eine wertvolle Ressource, die eventuell später einmal gefördert werden könnte - und zwar nicht, wie bisher, zum Verbrennen, sondern zu anderen Zwecken.

[9] Wer will daran verdienen? Diverse Firmen wollen in großen Teilen Deutschlands fracken. Bohrlizenzen wurden teilweise schon vergeben, ohne dass die Öffentlichkeit informiert wurde. Eins sollte man auf jeden Fall bedenken, wenn es um fossile Energie geht: Sicherheit kostet und die Konzerne bzw. Subunternehmer sparen da sehr gerne. Der Unfall im Golf von Mexiko zeigte, wie sehr die Konzerne willens sind, das Risiko zu übergehen um Profit auf Kosten der Gesellschaft zu erwirtschaften. Einigen ist vielleicht auch die Exxon Valdez 08 <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/08> in Erinnerung geblieben. Im Gegensatz zu ihren Versprechungen haben sie keineswegs vor, als Gesamtgesellschaften zu haften. Es werden bereits jetzt für die Probebohrungen Tochtergesellschaften gegründet, GmbHs, die im Falle von Problemen haften und das wegen des geringen Eigenkapitals nur sehr beschränkt - "Gesellschaften mit beschränkter Haftung". Und das nur für Probebohrungen.

[10] Wie beurteilen andere Länder das Fracking? In den USA wird Fracking intensiv angewandt und die Schäden für Mensch und Natur wurden bereits offensichtlich. Dort scheint der Energiehunger größer zu sein, als die Bedenken. Einzelne Bundesstaaten haben es jedoch bereits auf ihren Gebieten verboten, ebenso wie Frankreich. Wenn man bedenkt, wie Frankreich das Risiko von Atomkraft einschätzt, könnte daraus der Schluss gezogen werden, dass die Franzosen Fracking für gefährlicher als Atomkraft halten!

[11] Links: - http://de.wikipedia.org/wiki/Fracking

[12] - http://www.gegen-gasbohren.de/nachrichten-informationen-und-filme/artikeluebersicht/

[13] - http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,711107,00.html

[14] - http://www.unkonventionelle-gasfoerderung.de/

[15] - http://www.derwesten.de/politik/nrw-will-riesige-erdgasfelder-anzapfen-id3899416.html

[16] - http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,725697,00.html

[17] - https://wiki.piratenpartei.de/NRW:Arbeitskreis/Umwelt_und_Energie/Fracking

[18] - http://www.xtranews.de/2011/07/01/fankreich-verbietet-fracking/

[19] - http://blogs.scientificamerican.com/observations/2011/06/30/france-becomes-first-country-to-ban-extraction-of-natural-gas-by-fracking/

[20] - http://www.greenpeace-energy.de/windgas.html

[21] - Programmantrag der Piratenpartei <https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2104.html>

[22] - Positionspapier zur Ablehnung von Fracking <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Landesparteitage/Landesparteitag_2012-1/Antr%C3%A4ge#SA- 02:_Positionspapier_zur_Ablehnung_von_Fracking>

[23] - Fracking freies Hessen - Bürgerinitiative <http://fracking.jimdo.com/>

[24] - Fracking freies Hessen - Forum <http://www.frackingfreieshessen.de/>

[25] - Initiativen - Gegen Gasbohren <http://www.gegen-gasbohren.de/initiativen/bi-fracking-freies-hessen/>

[26] - hr-online - Angst vor “Fracking“ in Nordhessen <http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?rubrik=36086&key=standard_document_45097108>

[27] - Das Erste Information Wissen-Kultur W-wie-Wissen >Giftige Gasgewinnung: “Fracking“< <http://www.daserste.de/information/wissen-kultur/w-wie-wissen/sendung/2012/fracking-100.html>

[28] - BUND Stoppt Fracking in Hessen und anderswo! <http://www.bund-hessen.de/themen_und_projekte/klima_und_energie/erdgas_fracking/>

[29] - Angst vor Fracking in Nordhessen - hr Fernsehen <http://www.youtube.com/watch?v=wvAH0CeOZts>

[30] - SPD-Antrag an die Regionalversammlung Nordhessen <http://volkerberkhout.de/wp-content/uploads/2012/08/Antrag_SPD_Fraktion_Fracking_08_2012.pdf>

[31] - Bündnis 90 Die Grünen MdB Nicole Maisch <http://nicolemaisch.de/wasser/fracking.html>

[32] - Nordhessenrunde: Nein zum Fracking HNA <http://www.hna.de/nachrichten/kreis-kassel/wolfhagen/nordhessenrunde-nein-fracking-2490392.html>

[33] - Fracking-Projekt im Kreis Kassel: Widerstände gegen Erdgassuche HNA <http://www.hna.de/nachrichten/kreis-kassel/kaufungen/widerstaende-gegen-erdgassuche-2355170.html>

[34] - Eklat im Parlament: CDU wollte nicht über Fracking diskutieren HNA <http://www.hna.de/nachrichten/kreis-kassel/lohfelden/streit-erdgassuche-2370580.html>

[35] - Bürger fürchten um ihr Trinkwasser Frankfurter Rundschau <http://www.fr-online.de/rhein-main/gas-suche-buerger-fuerchten-um-ihr-trinkwasser,1472796,14998846.html>

[36] - Gegen Fracking im Landkreis Kassel <https://www.openpetition.de/petition/online/gegen-fracking-im-landkreis-kassel>

[37] - Großes Interesse an Infos zum “Fracking“ in Nordhessen RP Kassel <http://www.rp-kassel.hessen.de/irj/RPKS_Internet?rid=HMdI_15%2FRPKS_Internet%2Fnav%2Feda%2Feda505fe-78c2-9011-1010-43765bee5c94%2C43d50cde-fbbd-e731-f012-f312b417c0cf%2C%2C%2C11111111-2222-3333-4444-100000005004%26_ic_uCon_zentral%3D43d50cde-fbbd-e731-f012-f312b417c0cf%26overview%3Dtrue.htm&uid=eda505fe-78c2-9011-1010-43765bee5c94>

[38] - Fracking - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Landtagsanhörung wird am 5.Oktober in Kassel stattfinden <http://www.gruene-hessen.de/landtag/pressemitteilungen/fracking-spd-und-bue/>

[39] - Fracking: Nordhessische Landtagsabeordnete dagegen! SPD Wolfhagen <http://www.spd-wolfhagen.de/aktuelles/item/283-fracking-nordhessische-landtagsabeordnete-dagegen>

[40] - Die HNA Kassel schrumpft den Demonstrationsaufruf gegen Fracking zur Randnotiz Kassel Zeitung <http://kassel-zeitung.de/cms1/index.php?%2Farchives%2F12648-Nordhessen-von-unkonventioneller-Erdgasfoerderung-Fracking-bedroht%21.html>

[41] - Fracking - Umstrittene Gas-Suche in Nordhessen hr Fernsehen <http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?key=standard_document_45575277&jmpage=1&type=v&rubrik=75477&

[42] - Fracking - Umstrittene Gas-Suche in Nordhessen ARD Mediathek <http://www.ardmediathek.de/hr-fernsehen/alles-wissen/fracking-umstrittene-gas-suche-in-nordhessen?documentId=11310036>

[43] - BUND Umweltrisiko unkonventionelle Erdgasförderung <http://www.bund-waldeck-frankenberg.de/themen_und_projekte/fracking/>

[44] - HNA Vorerst kein Ja für Gassuche in Nordhessen <http://www.hna.de/nachrichten/hessen/vorerst-kein-gassuche-nordhessen-2529291.html>

PA442 - Gesetzliche Vermutung für die 100-Euro-Deckelung der Abmahngebühren -Ergänzung zur geplanten Neufassung von § 97a UrhG (Abmahnung)

Wahlprogramm - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Juribis

Zusammenfassung

Durch eine gesetzliche Vermutung der 100-Euro-Deckelung der Abmahngebühren könnte man die Abgemahnten besser vor Überrumpelung und vor den daraus folgenden, viel zu hohen Zahlungen schützen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Zusammenhang mit der geplanten Neufassung von § 97a UrhG (Abmahnung) ergänzend den folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] "Es sollte eine gesetzliche Vermutung für den "einfach gelagerten Fall" (also die 100-Euro-Deckelung der Abmahngebühren) in § 97a UrhG aufgenommen werden. Der Abmahnende sollte diese Vermutung direkt in der Abmahnung widerlegen müssen. Eine nachträglich Begründung sollte ausgeschlossen sein."

Begründung

[3] Gesetzgeberisches Zeil: Schutz der Abgemahnten vor Überrumpelung und vor den daraus folgenden Verpflichtungen zur Zahlung einer um ein Vielfaches überhöhten Gebühr.

[4] Begründung: Im Moment wird die 100-Euro-Deckelung in vielen Abmahnungen schlicht verschwiegen und die Gebühren einfach aus dem jeweiligen Streitwert berechnet. So kommt es, dass sich viele Abgemahnte aus Unwissenheit und aus Angst vor einem gerichtlichen Verfahren zur Zahlung einer um ein Vielfaches überhöhten Gebühr verpflichten. Durch eine gesetzliche Vermutung wären die Abmahner gezwungen, direkt in der Abmahnung zu begründen, warum ihrer Meinung nach kein einfach gelagerter Fall vorliegt. Dadurch wären die Abgemahnten besser vor Überrumpelung geschützt.

[5] Wichtig ist auch, dass die Begründung nicht nachgeholt oder nachträglich erweitert werden kann. Wenn in der Abmahnung keine nachvollziehbare Begründung enthalten ist, könnte der Abgemahnte sicher sein, dass die Abmahngebühren auf 100 Euro beschränkt bleiben.

[6] Formulierungsvorschlag für eine entsprechende Ergänzung in § 97a UrhG: "Es ist stets von einem einfach gelagerten Fall auszugehen, wenn nicht in der Abmahnung eine allgemein verständliche Begründung dafür enthalten ist, dass es sich nicht um einen einfach gelagerten Fall handle. Die Begründung kann nicht nachgeholt und nicht nachträglich erweitert werden." (Auch hier wird man trefflich über die konkrete Formulierung streiten können.)

PA443 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Ausländerbehörde

Wahlprogramm - Asyl

LQFB LQFB 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Kompetente Sachbearbeiter und Betreuung in den Ausländerbehörden mit mehr Beratung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den Ausbau der sozialen, fachlichen und sprachlichen Kompetenzen der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden ein. Die Ausländerbehörden sollen nicht nur restriktiv agieren, sondern die Menschen fördern und ihnen Teilhabe ermöglichen.

Begründung

[3] Die Ausländerbehörde (ABH) ist als „Service-Behörde“ dem Staat, aber auch den Kunden verpflichtet. Untersuchungen lassen aber genau das bezweifeln. Die Wahrnehmung ist eher die einer Ordnungsbehörde, die als ihr Handlungsziel die Migrationskontrolle, bzw. -verhinderung sieht.

[4] Der Antrag wurde auf Grundlage der Untersuchung des Migrationsrats Berlin-Brandenburg Institutioneller Rassismuserstellt, in folgende Probleme erkannt wurden:

- fehlende Sprachkompetenz bei den Sachbearbeitern und fehlende Verfügbarkeit von Dolmetschern
- zu wenig Klientenorientierung bei den Sachbearbeitern
- wenig interkulturelle Kompetenz der Sachbearbeiter
- Respektlosigkeit und Unterstellungen gegenüber den Klienten
- Verdeckte Diskriminierung bestimmter Klientengruppen, Andersbehandlung, Generalverdächtigungen
- für Klienten keine Möglichkeit sich über Rassismus, ethnische Diskriminierung, keine Dokumentation von Vorfällen, keine Sanktionen gegen auffällige Sachbearbeiter
- Gebührensystem für AsylbewerberInnen und Menschen mit Duldung
- Keine Unterstützung für Sprach- und Integrationskurzen durch die ABH
- Stigmatisierung von Klienten bei der Wahl der Beschäftigungsmöglichkeit
- Probleme mit kurzen Studien-Visa

[5] Diese Feststellungen, die für den Bereich der Länder Berlin und Brandenburg getroffen worden, sind auf alle Ausländerbehörden auch in den anderen Bundesländern übertragbar und Grund genug, endlich zu handeln.

[6] Ich bin von EvSPirate gebeten worden, diesen Antrag in Bochum zu stellen.

PA444 - Grundsatzprogramm Wirtschaft, Finanzen und Soziales - freiheitlich, gerecht und nachhaltig

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Arne Pfeilsticker für die http://wiki.piratenpartei.de/AG Wirtschaft, http://wiki.piratenpartei.de/AG Geldordnung und Finanzpolitik und die Sozialpiraten

Zusammenfassung

Der Grundsatzantrag Wirtschaft ist das Ergebnis umfassender Analysen und hunderter Stunden engagierter und ins Detail gehender Diskussionen. Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bilden dabei die Grundwerte für eine piratische Wirtschaftspolitik.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm als Programmpunkt Wirtschaft aufzunehmen. Der Antrag ist modular aufgebaut und es soll in folgender Kombination und Reihenfolge abgestimmt werden: Modul 0 + 2 (Langversion). Wenn die Langversion nicht angenommen wird, dann Modul 0 + 1 (Kurzversion), sonst Modul 0 (Präambel)*

Modul 0 - Präambel zum Wirtschaftsprogramm

[2] Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialordnung soll allen Menschen und der Gemeinschaft dienen. Traditionelle Kennzahlen, wie etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder die Wachstumsrate, die nur bedingt mit dem Wohlstand der Menschen und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens verknüpft sind, sollen daher nicht mehr alleinige Orientierungsgrößen für die Wirtschaftspolitik sein.

[3] Das Leitbild der Piraten ist eine Ordnung, die sowohl **freiheitlich** als auch **gerecht** als auch **nachhaltig** gestaltet ist.

[4] Da Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit universelle Grundwerte sind, wollen wir auch über den nationalen Rahmen hinaus auf die Berücksichtigung dieser Werte hinwirken.

Erweiterungs-Modul 1 - Kurzfassung (alternativ zu Modul 2)

[5] **Freiheitlich** ist eine Gesellschaftsordnung, in der die individuelle Entfaltung des Menschen im Mittelpunkt steht. Sie wird durch das Gemeinwohl sowohl gestärkt als auch beschränkt. Deshalb sind Freiheit und Verantwortung untrennbar miteinander verbunden.

[6] **Gerecht** bedeutet, dass die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft so gestaltet sind, dass sowohl eine Teilhabe als auch ein angemessenes Leben grundsätzlich gewährleistet werden.

[7] **Nachhaltig ist** ist ein auf Dauer angelegter, verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und der Umwelt. Die Haushalts- und Subventionspolitik, sowie das Finanzsystem, müssen dem Menschen und der Realwirtschaft langfristig dienen.

Erweiterungs-Modul 2 - Langfassung (alternativ zu Modul 1)

Freiheitlich bedeutet:

[8] **1. Verantwortung und Transparenz** sind wesentliche Prinzipien einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

[9] **2. Regulierende Maßnahmen** sind nur gerechtfertigt, wenn sie notwendig sind, um gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen. Bestehende Regulierungen sind auf ihre Notwendigkeit und Wirkung hin zu überprüfen. Alle Regelungen sind so einfach wie möglich zu gestalten.

[10] Gesellschaftliche Ziele umfassen, sind aber nicht beschränkt auf:

- Verbraucher umfassend und wahrheitsgetreu zu informieren,
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen mit angemessener Bezahlung sicher zu stellen,
- Gesundheit und Umwelt zu schützen,
- artgerechte Tierhaltung sicher zu stellen,
- fairen Wettbewerb durch Bewertung und Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kosten sicher zu stellen,
- gesellschaftsschädigende Fehlentwicklungen wie beispielsweise Monopolbildung, Preisabsprachen und Unternehmen, die "too big to fail" sind, zu verhindern.

[11] **3. Teilhabe** am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist ein wesentlicher Aspekt der Freiheit und persönlichen Entfaltung. Entscheidend hierfür ist der umfassende Zugang zu notwendigen Infrastrukturen für alle.

[12] **4. Alle wirtschaftliche Tätigkeit** dient dem Gemeinwohl und dem Einzelnen. Eigentum verpflichtet zum verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und Umwelt. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen gefährden die Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft.

Gerecht bedeutet:

[13] **1. Leistungsgerecht:** In einer leistungsgerechten Gesellschaft müssen Einkommen in einem nachvollziehbaren Verhältnis sowohl zur Leistung als auch zum gesellschaftlichen Beitrag stehen. Zu diesem Beitrag gehören ausdrücklich auch Aufgaben wie etwa die Kindererziehung oder die Pflege und Betreuung von Alten und Kranken. Vermögen sowie Einkommen aus Vermögen müssen stärker zur Finanzierung der Gesellschaft herangezogen werden.

[14] **2. Verteilungsgerecht:** Zu große Wohlstandsunterschiede zwischen den Menschen gefährden den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Deshalb muss der Staat Rahmenbedingungen setzen, die einer zu starken Konzentration von Einkünften und Vermögen entgegenwirken. Eine verteilungsgerechte Gesellschaft ermöglicht eine gesellschaftliche Teilhabe und gewährleistet einen angemessenen Lebensstandard für Alle.

[15] **3. Chancengerecht:** Eine chancengerechte Gesellschaft erschließt die brachliegenden Potentiale von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen zu deren eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft. Dieses Ziel soll nicht nur durch Bildungsmaßnahmen allein angestrebt werden. Es müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es den Menschen erst ermöglichen, ihre Chancen wahrzunehmen. Entwicklungschancen müssen unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung des Einzelnen sein.

Nachhaltig bedeutet

[16] **1. Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen:** Die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln sind so auszugestalten, dass Fehlentwicklungen für die Allgemeinheit und Umwelt zu wirtschaftlichen Konsequenzen für die verantwortlichen Akteure führen.

[17] 2. Nachhaltige Haushaltspolitik: Steuern sind Ausdruck kooperativen Verhaltens einer Gesellschaft. Steuern sollen im Ergebnis mehr Wohlstand und Selbstverwirklichung für alle bewirken.

[18] Die Aufnahme sowie der Abbau von Staatsschulden dienen der Erreichung gesellschaftlicher Ziele. Dabei müssen wirtschaftliche, ökologische und soziale Interessen unter Berücksichtigung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in Einklang gebracht werden. Schulden sind nur auf Grundlage transparenter Entscheidungsprozesse aufzunehmen oder abzubauen.

[19] 3. Nachhaltige Subventionspolitik: Subventionen dienen ausschließlich der Erreichung gesellschaftlicher Ziele, etwa dem Anschub von Entwicklungen oder der Entfaltung von wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Lenkungswirkungen. Alle Subventionen müssen transparent vergeben und mit klaren Ziel- und Zeitvorgaben verknüpft werden. Auch bestehende Subventionen müssen zeitlich befristet und bei Verlängerung begründet werden. Die Wirksamkeit aller Subventionsprogramme muss fortlaufend geprüft werden.

[20] 4. Nachhaltiges Finanzsystem: Das Finanz- und Währungssystem ist so umzugestalten, dass es den Menschen und der Realwirtschaft dient. Ein nachhaltiges Finanzsystem stellt sicher, dass gemeinschaftsschädigende Systemkrisen nicht auftreten.

Begründung

[21] Durch das Herausarbeiten der Grundwerte sollen dem Grundsatzprogramm ein klares Profil gegeben werden. Die Grundwerte sind nicht nur die Dimensionen, in denen sich die piratische Wirtschaftspolitik entfalten kann, sondern auch Leuchtfeuer für unsere Ziele und Visionen. zentriert|x400px|Wirtschaftsprogramm Grundwerte

[22] Der hier vorgestellte Grundsatzantrag für den Bereich Wirtschaft ist das Ergebnis umfassender Analysen und hunderter Stunden engagierter und ins Detail gehender Diskussionen. In der **Initiative für ein gemeinsames piratisches Wirtschaftsprogramm** wurde auch ein Vorschlag erarbeitet, wie die Ideenflut zu einem in sich stimmigen Wirtschaftsprogramm entwickelt werden kann.

[23] Es genügt aber nicht, dass man einen wohlformulierten Grundsatzantrag hat, sondern man muss auch in der Lage sein, von einem konkreten Satz im Grundsatzantrag über die daraus abgeleiteten Ziele und Visionen zu einem konkreten Detail zu gelangen. Dabei wollen wir nicht nur Korrekturen für das bestehende System entwickeln, sondern auch neue Ideen für Reformen vorstellen, die Lösungen für die drängenden wirtschaftlichen Probleme darstellen.

[24] zentriert|x500px|Initiative Wirtschaftsprogramm

[25] Verfolgt man die Arbeit der AGs, Arbeitskreise, Squads, etc., die Email-Schlachten auf den Mailinglisten und die engagierten Diskussionen im Mumble, dann weiß man, dass die Piraten sich hinsichtlich der Wirtschaftskompetenz nicht verstecken brauchen. Im Gegenteil, wir sind uns sicher, dass uns alle Parteien um diesen basisdemokratischen Prozess beneiden. Sowohl hinsichtlich der Problemanalyse als auch der Lösungsideen arbeiten wir an vorderster Front mit.

Antragsteller

[26] Der hier vorgestellte Antrag ist ein gemeinsamer und einstimmig angenommener Antrag der **AG Wirtschaft**, **AG Geldordnung und Finanzpolitik** und der **Sozialpiraten** sowie der in alphabetischer Reihenfolge genannten Piraten:

- Arne Pfeilsticker
- Axel Braun
- Backschafter
- Bastian
- Benedikt Weihmayr

- Berthold 'Stimmbürger' Weber
- Cotillo
- Daniel Seuffert
- Detlef Girke
- Frauke
- Irmgard Schrammen
- Jo Wilkes
- Jürgen
- Karsten Weihe
- Lilly
- Marc O. Knippen
- Matthias Garscha
- Michael Schorn
- Mücke
- Nordpirat
- Patrik Pekrul
- Pieter Hogeveen
- Piratos
- Rainer Priebels
- RedNose
- Rolf Müller
- Rolf Noch
- Serapath
- Thomas Küppers
- Torsten Schrammen
- Stephan Schwarz
- Viktor 'BuktopX' Hoffmann
- Wika

[27] An den Diskussionen und an der Erarbeitung des Antrags haben weit mehr als die hier aufgeführten Piraten teilgenommen.

PA445 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Arbeitserlaubnis

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Alle in Deutschland lebenden Menschen sollen eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Um eine gesellschaftliche Teilhabe aller Flüchtlinge und Migranten zu ermöglichen, sollen alle Menschen, die in Deutschland leben und dort ihren Lebensmittelpunkt haben, eine Arbeitserlaubnis erhalten. Eine Arbeitserlaubnis ermöglicht eine selbstständige Lebensunterhaltssicherung und bereichert den Arbeitsmarkt durch die bisher ungenutzten Qualifikationen der Menschen ohne Arbeitserlaubnis.

Begründung

[3] Um in Deutschland arbeiten zu können, benötigt man, wenn man nicht die Staatszugehörigkeit zur BRD bzw. in einem EU-Staat besitzt, eine Arbeitserlaubnis. Das Arbeitserlaubnisrecht grenzt Flüchtlinge und viele Migranten aus. Eine selbstständige Lebensunterhaltssicherung ist hierdurch oft nicht möglich. Eine Mehrheit der Menschen ohne Arbeitserlaubnis möchte arbeiten, hat aber keine Berechtigung.

[4] Ich bin von EvSPirate gebeten worden, diesen Antrag in Bochum zu stellen.

PA446 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Ausbildung / Studium

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Gleichberechtigter Zugang für Migranten und Flüchtlinge zu Bildung, Ausbildung und Studium

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Studium für Flüchtlinge und Migranten ein. Gerade in einer alternden Gesellschaft wie in Deutschland können wir Migranten und Flüchtlinge als Chancen ansehen, um Perspektiven für unsere Gesellschaft zu entwickeln.

[3] Wir wollen, dass die Anerkennung ausländischer Schulabschlüssen vereinfacht wird und im Bildungsbereich bundesweit verbindliche Strukturen und Kapazitäten für Flüchtlingskinder geschaffen werden. Hierzu zählt wir eine Sprachförderung und die Möglichkeit der Einschulung bis zum 18. Lebensjahr.

Begründung

[4] Der gleichberechtigte Zugang zur Bildung für alle ist eine der Grundforderungen der Piratenpartei Deutschland. Viele Migrant_innen unterliegen jedoch einem Verbot, ein Studium oder eine Ausbildung aufzunehmen. Hinzukommt, dass im Heimatland erworbene Abschlüsse und Bildungserfolge oftmals nicht anerkannt werden, so dass Bildungswillige aus unserem strukturellem Bildungssystem ausgeschlossen werden.

[5] Oftmals leiden Gerade Jugendliche unter diesen Restriktionen, die i.d.R. ihren Eltern gelten. Flüchtlingskinder unterliegen der Schulpflicht, doch der Zugang zu schulischer Bildung erschwert sich für Flüchtlingskinder, da Förderungen fehlen, die nicht nur die Sprache und den Ausgleich von Bildungsunterschieden, sondern auch die Eingliederung in das schulische System betreffen.

PA447 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Residenzpflicht

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Abschaffung der Residenzpflicht bundesweit ein, diese Regelung ist in Europa einzigartig. Niemand soll in in seinem Recht auf freie Bewegungsfreiheit beschränkt werden. Durch die Residenzpflicht werden Migranten und Flüchtlinge kriminalisiert und diskriminiert, das muss ein Ende haben.

Begründung

[3] Die räumliche Beschränkung des Aufenthalts von Asylbewerbern und Menschen mit Duldung, umgangssprachlich Residenzpflicht, führt zur Kriminalisierung und Diskriminierung dieser Menschen. Ihnen wird ihr Grundrecht auf Bewegungsfreiheit genommen. Bei Verstößen ahndet die Ausländerbehörden das Vergehen mit Bußgeldern oder Strafbefehlen, welche in vielen Fällen sogar zu Ausweisungen führen können.

PA448 - Demografischer Wandel

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Artwim

Zusammenfassung

Der Antrag thematisiert den demografischen Wandel und bietet Lösungsmöglichkeiten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text zum demografischen Wandel an geeigneter Stelle oder als neue Antragsgruppe in das Grundsatzprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufzunehmen:

Demografischer Wandel

[2] **1. Dialog der Generationen**
Die Akzeptanz und damit die Nachfrage für die soziale Arbeit zusammen mit Schulen und Senioreneinrichtungen wächst. Sie ist eine Antwort auf die steigende Überalterung der Gesellschaft und verhindert die soziale Ausgrenzung Einzelner. Insbesondere legt die Piratenpartei Deutschland großen Wert darauf, Menschen in Senioreneinrichtungen und Kinder mit den Mitteln der Kunst (Malerei, Musik, Theater u.ä.) zusammenzubringen, da die Senioren kaum noch Kontakt zu Kindern haben. Die Kinder lernen im Umgang mit älteren Menschen eine neue partnerschaftliche Form des Zusammenlebens. Für die Senioren sind sie eine Quelle der eigenen Aktivität und Lebensfreude. Durch die gemeinsame Arbeit werden alle motiviert, Hemmschwellen zu überwinden und sich auf kreative Prozesse einzulassen. Gleichzeitig fördert die Partnerschaft soziale Interaktionen und regt zu einem breiten Dialog zwischen den Generationen an. Senioren geben an die nachkommende Generation Lebensweisheiten weiter, die sonst verloren gehen; Kinder werden für alte Menschen sensibilisiert, nehmen deren Sorgen und Probleme wahr und entwickeln dadurch Verantwortung für die ältere Generation.

[3] **1.1. IT Versorgung**
Senioren in den entsprechenden Einrichtungen werden nicht vom Internet ausgeschlossen, wie es zur Zeit noch häufig der Fall ist. In der Regel steht nur ein Terminal zur Verfügung. Für Schüler bietet sich die Möglichkeit, ihr Wissen an die Älteren weiterzugeben.

- 1.1.1. In Schulen sollte jeder Schüler schon in den Grundstufen den Umgang mit Hard- und Software lernen, insbesondere auch den Zugang und den Gebrauch des Internets und die Vor- und Nachteile von sozialen Netzwerken kennen lernen.
- 1.1.2. In Senioreneinrichtungen wird jedem Bewohner die Nutzung von Computern und der Zugang zum Internet ermöglicht.
- 1.1.3. Als OS dienen Linux basierte Systeme, freie Software wie Libre Office und Freifunk WLAN. Als Hardware werden möglichst gebrauchte Geräte eingesetzt, um den Elektronikschrott einzudämmen.
- 1.1.4. Die Schüler helfen den Senioren beim Erlernen der IT Werkzeuge.

2. Gesellschaftliche Integration und Fördermaßnahmen

[4] 2.1. Altersarmut

Altersarmut bedingt durch die ungleiche Verteilung sozialer Leistungen und Belastungen als Folge des demografischen Wandels kann durch verbesserte Produktionsformen und Effizienz der Produktivität abgemildert werden. Die Einführung von Bürgerhaushalten sowie die Aktivierung von Seniorenbeiräten bei der politischen Entscheidungsfindung und die Beteiligung von Senioren im Rahmen eines Mitbestimmungsprozesses kann zu nachhaltigen Verbesserungen beitragen. Wir fordern allgemein mehr Eigenverantwortung der Bürger für ihre Altersplanung und längere Arbeitsmöglichkeiten über 67 Jahre hinaus.

[5] 2.2. Fachkräftemangel

Hochqualifizierte Einwanderer sind ein ein wesentliches Mittel zur Vermeidung des absehbaren Fachkräftemangels. Wir brauchen eine gezielte Einwanderungspolitik nach einem Punktesystem, wie es zum Beispiel von Kanada und Neuseeland betrieben wird. Die Integration muss vor dem kulturellen Hintergrund und Wertesystem der Migranten erfolgen.

[6] 2.3. Familienförderung

Im Rahmen der Familienförderung kann die Unterstützung von Kindern und einkommensschwachen Familien durch eine substantielle und marktwirtschaftlich ausgerichtete Entlastung erfolgen. Der Kindermangel und die damit verbundene demografische Problematik soll in den Kommunen intensiv thematisiert, diskutiert und durch Angebote und Gegenmaßnahmen umgesetzt werden.

[7] 2.4. Mehrgenerationenhäuser

Die Piratenpartei Deutschland fördert den nachhaltigen Ausbau von Mehrgenerationenhäusern als Lebensgemeinschaften und strebt eine finanzielle Entlastung der Bauherren an, wenn zum Beispiel ein Elternteil pflegebedürftig wird.

Begründung

[8] Die Menschen in Deutschland werden immer weniger, die Gesellschaft immer älter - die Prognosen sind eindeutig. Was bedeutet diese Entwicklung für das Leben, das wir in der Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft führen werden? Wie werden die Alten zurechtkommen und was verändert sich für die Jüngeren? Strategien für die positive Gestaltung des demografischen Wandels sind längst bekannt und müssten umgesetzt werden. In der “AG Demografischer Wandel“ werden dazu Positionen und Fakten gesammelt und diskutiert, im “AK Dialog der Generationen“ wird die praktische Umsetzung erarbeitet.

[9] Links: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Demografischer_Wandel http://wiki.piratenpartei.de/AK_Dialog_der_Generationen

PA449 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Medizinische Versorgung

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

unbürokratischer, umfassender Zugang zu medizinischer Versorgung für Flüchtlinge und Migranten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen umfassenden und unbürokratischen Zugang für alle Flüchtlinge und Migranten zur medizinischer Versorgung ein. Die diskriminierenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetz müssen abgeschafft werden und jedem Flüchtling und Migranten, die Möglichkeit gegeben werden, Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse zu werden. Als Grundlage für eine bundesweite Regelung sehen wir das Bremer Modell an, dass in Bremen und Hamburg gilt.

Begründung

[3] Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist für viele Flüchtlinge und Migrant_innen durch das Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) eingeschränkt und deckt nur akute und schmerzhafte Erkrankungen ab. Durch diese Regelung sind chronisch Kranke und traumatisierte Menschen exkludiert. Ein weiteres Problem stellen die Krankenscheine vom Sozialamt dar. Sie sind für die betroffenen Menschen umständlich und für die Kommunen teuer.

[4] Bremer Modell- In Bremen wurde ein erfolgreiches Modell eingeführt, in dem Flüchtlinge und Migranten diskriminierungsfrei und nahezu gleichberechtigt den Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten, in dem sie wie jeder andere Patient eine Chipkarte nutzen können, über eventuelle zustimmungsfähige Zusatzleistungen das Sozialamt zusammen mit der Krankenkasse entscheidet. Dieses System kann als Grundlage für ein bundesweites System geltend

PA450 - Grundsatzprogramm zur Wirtschaftspolitik (Variante zu PA317)

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

CAP

Zusammenfassung

Die zu erneuernde Soziale Marktwirtschaft wird um das bedingungslose Grundeinkommen erweitert. Globalisierung und Internet erfordern strukturelle Veränderungen auf Basis von Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Teilhabe und Transparenz.

Antragstext

[1] Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge modular beschließen, folgende Textmodule als Programmteil "Wirtschaftspolitik" oder an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.

[2] **Modul 1 Soziale Marktwirtschaft– mit Herz und Verstand für Freiheit und Menschlichkeit** Wir Piraten bekennen uns zu den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne des Ordoliberalismus, der den Staatsinterventionismus wie auch einen Laisser-faire-Kapitalismus gleichermaßen ablehnt. Dabei ist stets das übergeordnete Prinzip der Menschenwürde zu achten. Ein Ethik-Vakuum darf es im Markt nicht geben. Individuelle Moral und ordnungspolitscher Rahmen müssen sich stets entsprechen. Eine Freiheit ohne Normen und Regeln, ohne moralische Selbstdisziplin der Einzelnen ist die furchtbarste Unfreiheit für all diejenigen, die von ihr zertrampelt und versklavt werden. Die Piraten setzen über den Primat einer bürgernahen Politik auf einen starken Ordnungsrahmen mit dem Ziel einer möglichst vollständigen Konkurrenz und einer hohen Markttransparenz. Dabei soll grundsätzlich gelten: So wenig Ordnung und Regulierung wie möglich, aber immer soviel wie nötig. Dabei spielt das Haftungsprinzip, dass also die wirtschaftlich Handelnden die volle Verantwortung für ihr Handeln bis hin zum Marktaustritt übernehmen, eine wesentliche Rolle. Systemrelevante Zustände (too-big-to-fail) sind unter keinen Umständen zu tolerieren.

[3] **Modul 2** Wir Piraten treten für den freien Marktzugang und offene Märkte, freien Außenhandel, Privateigentum an Produktionsmitteln und Vertragsfreiheit ein, weil sie den Menschen die Freiheit über ihre eigenen moralischen Entscheidungen überlassen und damit dem Einzelnen sein wirtschaftliches Handeln moralisch stets selbst zu bedenken und verantworten geben. Über die Steigerung des Lebensstandards eröffnet er so auch die Möglichkeit mildtätige, altruistische und liebevoller Motive umzusetzen. Die Aufrechterhaltung des Marktes gewährleisten wir über die konsequente Anwendung von durchgreifenden Kartell- und Wettbewerbsgesetzen. Monopol- und Kartellbildungen, der daraus resultierende Marktmissbrauch und Maßnahmen zu Gunsten großer wirtschaftlicher Einheiten lehnen wir ab.

[4] **Modul 3** Besonderen Wert legen wir auf ein funktionierendes Preissystem. Nur wenn sich Preise frei bilden können und Angebot und Nachfrage uneingeschränkt wiederspiegeln, werden diese ihrer wichtigen Signal- und Lenkungsfunktion z.B. als Knappheitsindikatoren, also wonach es sich zu suchen lohnt, gerecht. Das Intervenieren des Staates über Subventionen, staatliche Zwangsmonopole, allgemeine Preisstopps, Einfuhrverbote und ähnliches sind damit grundsätzlich nicht vereinbar und bei strikter Einhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch nicht nötig. Über eine angemessene, verhältnismäßige und behutsame Internalisierung externer

Effekte, also von sozialen Kosten oder Nutzen, die nicht ausreichend im Markt berücksichtigt werden (wie z.B. die Umwelt), soll die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft ihre nutzenstiftende Wirkung erzielen können.

[5] Modul 4 Wir treten für eine hohe Konstanz und Verlässlichkeit von Wirtschaftspolitik ein. Kurzatmigen wirtschaftspolitischen Interventionismus, der gewaltige finanzielle Ressourcen verzehrt und doch Unzufriedenheit schürt, weil er zu wenig auf die Tatkraft und Eigenverantwortlichkeit des Individuums setzt, lehnen wir ab. Diese Konstanz soll Vertrauen in die bestehenden wirtschaftspolitischen Verhältnisse schaffen und damit einen langfristigen und verlässlichen Planungshorizont für die im Wettbewerb stehenden Marktteilnehmer garantieren. Deshalb wollen wir das Wirtschaftsministerium über die Stärkung der Zuständigkeiten für die Volkswirtschaft als Ganzes, insbesondere auch was internationale Themen angeht, stärken. Das ordnungspolitische Denken braucht wieder seiner enorm wichtigen Rolle angemessene, klare Zuständigkeit mit der entsprechenden organisatorischen Durchsetzungskraft.

[6] Modul 5 Wir Piraten bekennen uns ausdrücklich zu einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, auch zu generationsverträglichem Wirtschaften. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir die Nutzung eines regenerierbaren Systems in der Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann. Regenerierbare lebende Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie Bestände natürlich nachwachsen. Unter Generationsverträglichkeit verstehen wir, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse in selbigem Maße befriedigen zu können. Wir streben den Übergang zu einem mehr qualitativen Wachstum an (Stichwort: Bruttonationalglück).

[7] Modul 6 Die Globalisierung rückt die Weltwirtschaft im Sinne einer globalen Identität immer stärker in den Vordergrund. Mit der zunehmenden Globalisierung treten weltweit Menschen unterschiedlichster Herkunft, Lebensentwürfe und Kulturen in einen globalen Wettbewerb, der Institutionen aller Art bis hin zur Existenzberechtigung hinterfragt. Wir begrüßen diese Globalisierung, welche dem Streben der Menschheit nach Verbesserung der eigenen Lage durch Austausch und Ausdehnung der Spezialisierung entspringt, als Grundlage für weltweiten Wohlstand und die Chance ärmerer Länder aufzuholen ausdrücklich. Wir sind deshalb für einen im Sinne des Ordoliberalismus analog der Sozialen Marktwirtschaft definierten diskriminierungsfreien Sozialen Welthandel bzw. eine Soziale Weltwirtschaft und geben der Globalisierung so ein menschliches Antlitz. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat gezeigt, dass wir einen weltweiten Ordnungsrahmen brauchen, da die Globalisierung nicht an den Grenzen von Nationen oder Staatenverbänden halt macht. Für einen solchen Ordnungsrahmen wollen wir uns in Absprache mit den anderen Nationen mit großem Nachdruck einsetzen. Wir bekennen uns im Sinne der weltweiten Nachhaltigkeit explizit zur Verantwortung für die Folgen unseres eigenen wirtschaftlichen Handelns in anderen Teilen der Welt.

[8] Modul 7 Bedingungsloses Grundeinkommen – garantierte Menschenwürde und gesellschaftliche Teilhabe Die Piraten sind sich bewusst, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht zwingend die tatsächliche Leistung eines Individuums widerspiegelt. Die Geschichte aber auch für die Gesellschaft wertvolle und sinnstiftende, aber unterbezahlte Tätigkeiten und Berufe zeigen, dass herausragende Leistungen (zu Lebzeiten) nicht immer der wirtschaftliche Erfolg zukam, der ihm bei objektiver Betrachtung wirtschaftlich beizumessen war. Auch anerkennen wir ausdrücklich, dass manche Individuen für den Wirtschaftsprozess nur bedingt oder nicht geeignet sind. Dies drückt sich u.a. auch in (Dauer-) Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen aus, die den klassischen Sozialstaat wie wir ihn alle kennen grundsätzlich in Frage stellt.

[9] Modul 8 Ferner sind wir der Überzeugung, dass der Mensch aufgrund der zunehmenden Komplexität seiner Umwelt ein Recht auf „Langsamkeit“ und „Ruhe“ hat, um das Problem der „informationellen Hyperventilation“ und der hyperaktiven, aber nur begrenzt produktiven Geschäftstätigkeit bzw. Geschäftigkeit im Sinne eines informierten Nichtwissens und geschäftlichen Nichtstuns zu entschärfen. Wir schaffen so einen Schutz- und Rückzugsraum, der die Angst vor den Folgen von Krisen im Leben eines jeden Menschen nimmt und damit Menschenwürde erstmals strukturell garantiert. Wir Piraten sind deshalb der Meinung, dass Sozialpolitik vollkommen neu gedacht werden muss.

[10] Modul 9 Wir Piraten setzen uns nicht zuletzt deshalb für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (z.B. in Form einer negativen Einkommensteuer) ein, das die Ziele des “Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ erfüllt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,

einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. Dabei wollen wir die Übergänge zu einem Erwerbstätigeneinkommen fließend gestalten, so dass jederzeit der Anreiz besteht, eine Arbeit aufzunehmen. Es gilt: Freiheit statt Angst. Der Wert eines Menschen ist nicht an seinem Beitrag zur Wertschöpfung zu bemessen. Damit wollen wir eine (angst-) freie und selbstbestimmte Entfaltung von Lebens- und Erwerbsentwürfen ermöglichen.

[11] Modul 10 Wir wissen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats, wie wir ihn kennen, wesentlich verändern wird. Statt mit klassischer Parteipolitik muss dessen Einführung daher mit einer breiten Beteiligung der Bürger einhergehen. Wir sind der Meinung, dass das bedingungslose Grundeinkommen den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Sozialstaatlichkeit, Solidarität und Konsensorientierung Rechnung trägt, sie deshalb perfekt ergänzt bzw. stärkt und damit langfristig effizient und stabilisierend auf die Gesellschaft wirkt.

[12] Modul 11 Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nehmen wir einen Systemwechsel hin zu einer ganzheitlichen Erneuerung der sozialen Sicherung vor. Wir verbessern so die sozialen Rahmenbedingungen vom Grunde auf und bilden die Säule einer neuen sozial gerechteren, freiheitlich selbstbestimmten und angstfreieren Ordnung. Die dafür notwendige Gegenfinanzierung soll u.a. durch den ganzen oder teilweisen Wegfalls der Ausgaben für die Agentur für Arbeit (Hartz IV, Arbeitslosengeld), der Sozialhilfe, des Wohngelds, des Erziehungs- und Elterngelds, des Kindergelds, des Bafögs, der Rentenversicherung und diverser weiterer dann überflüssiger Zuschüsse und Subventionen und der damit eingesparten Bürokratie, die zusätzliche Freiheitsgrade eröffnen wird, erfolgen. Da das Grundeinkommen verschiedene Bereiche abdeckt ist bei der Finanzierung darauf zu achten, dass die Kommunen nur den ihnen zuzurechnenden Anteil tragen. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen unterm Strich entlastet werden.

[13] Modul 12 Wir können uns vorstellen, dass eine darüber hinausgehende (Altersab-) Sicherung über zeitlich befristete aber zur Verwaltung durch den Bürger berechtigte Sperrkonten (z.B. bei der Deutschen Rentenversicherung) eingerichtet werden, auf die in einer zu definierenden Notlage teilweise zugegriffen werden darf.

[14] Modul 13 Individuelle Schaffenskraft mit Bürokratieschutz - digitalem Wandel Rechnung tragen Indem die Soziale Marktwirtschaft das Individuum in den Mittelpunkt stellt, eröffnet sie jedem Menschen durch eigene Anstrengungen die Bildung von geistigem und materiellem Eigentum als Ergebnis der individuellen Schaffenskraft. Eigentum ist somit ein notwendiger Faktor zur Verwirklichung der individuellen Freiheit. Dabei ist es nie Selbstzweck, sondern immer auch im Sinne der grundgesetzlich garantierten Sozialbindung des Eigentums, dem Gemeinwohl verpflichtet. Ziel des Wirtschaftens ist die Schaffung von Wohlstand, der wie wir meinen, über die rein materielle Ebene hinausgeht. Die Piraten setzen sich deshalb für einen verstärkt qualitativ definierten Wohlstandsbegriff ein.

[15] Modul 14 Der Strukturwandel hin zu einer Wissensgesellschaft wird über die Auflösung traditioneller Beschäftigungsverhältnisse und die Herausbildung neuer hybrider Formen zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebens- und Erwerbswelt haben. Wir Piraten wollen dieser Veränderung dadurch Rechnung tragen, dass wir die staatlichen Systeme und Regelungen unbürokratisch diesen neuen Beschäftigungsformen anpassen.

[16] Modul 14 Wir setzen uns für ein freizügigeres Urheberrecht ein, das dem digitalen Wandel Rechnung trägt und das in Schieflage geratene Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteverwertern und der Allgemeinheit im Umgang mit geistigen Werten wiederherstellt. Daher wollen wir das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von geistigen Werken nicht nur legalisieren, sondern ausdrücklich fördern, um die Verfügbarkeit von Informationen, Wissen und Kultur zu verbessern, und lehnen Kopierschutzmaßnahmen wie DRM Systeme strikt ab. Auch die heutige Dauer der Schutzfristen bis 70 Jahre nach dem Tod des letzten beteiligten Urhebers sehen wir als zu lang an. Wir setzen uns für eine vernünftige, marktgerechte Entlohnung der Rechteinhaber ein.

[17] Modul 15 Eine bürokratisch überzogene Handlungsorientierung, welche die Vorschrift über den Menschen stellt und ihn weitgehend als Objekt behandelt, lehnen wir als gegen diese individuelle Schaffenskraft gerichtete Herrschaftsmacht ab. Wir setzen uns deshalb für den Abbau von Bürokratie ein. Dabei soll gelten: Im Zweifel weniger Bürokratie. Dabei treten wir für eine Beweislastumkehr zuungunsten bürokratischer Vorgänge ein.

[18] Modul 16 Versuch und Irrtum - schöpferische Zerstörung und Wettbewerb als Entdeckungsverfahren Eine Soziale Marktwirtschaft steht und fällt mit dem Wettbewerb. Über seine Funktion eines Entdeckungsverfahrens bringt sie Wissen in vielfältiger Gestalt hervor. Gleichzeitig nimmt der Wettbewerb über die Fähigkeit des Aufzeigens, welche Planungen falsch sind bzw. welche Produkte nicht (mehr) nachgefragt werden, eine Korrektivaufgabe im Wirtschaftsprozess wahr. Indem er permanent Machtpositionen bedroht und Alternativen ermöglicht, ist der Wettbewerb ein geniales basisdemokratisches Entmachtungsinstrument in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

[19] Modul 17 Wir anerkennen, dass Wettbewerb in einer globalisierten Welt zu Veränderungen von Verhalten und Gewohnheiten führen und ohne Wettbewerb eine nicht gewünschte Erstarrung eintreten kann. Wir akzeptieren ferner der durch den Wettbewerb ausgelösten Prozess der schöpferischen Zerstörung, welcher über Innovationen wie z.B. die erfolgreiche Durchsetzung der Neukombination von Produktionsfaktoren oder - Produktionsverfahren Grundlage jeder ökonomischen Entwicklung ist und damit alte Strukturen verdrängen kann. Einen künstlichen Erhalt überkommener Strukturen mittels Subventionen lehnen wir ab. Wettbewerb findet dort seine Begrenzung, wo die Menschenwürde verletzt wird.

[20] Modul 18 Die Piraten bekennen sich im Wirtschaftsbereich insbesondere auch zu der heuristischen Methode der Lösung von Problemen mittels Versuch und Irrtum, bei der so lange zulässige Lösungsmöglichkeiten probiert werden, bis die gewünschte Lösung gefunden wird. Dabei nehmen wir bewusst die Möglichkeit von Fehlschlägen in Kauf. Wir setzen uns für fehlertolerante Systeme und Organisationsformen ein.

[21] Modul 19 Stabile Geldpolitik - Schutz von Ersparnissen und vor Altersarmut Die Piraten treten für die absolute Unabhängigkeit der Notenbanken wie EZB bzw. Deutsche Bundesbank ein. Vorrangiges Ziel der Geldpolitik ist die Gewährleistung der Preisniveaustabilität, die Verwaltung der Währungsreserven und die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland, um somit zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme beizutragen. Wir lehnen jegliche direkte und indirekte Einflussnahmen seitens staatlicher Vertreter sowie konjunkturbedingte Maßnahmen ab. Jegliche Form der direkten oder indirekten monetären Staatsfinanzierung, die sich auch in dem direkten oder indirekten Kauf von Staatsanleihen auf Primär- oder Sekundärmärkten widerspiegelt sowie die Gewährung von Krediten an die öffentliche Hand lehnen wir ab. Deshalb verurteilen wir die derzeitig Notenbankpolitik der EZB Staatsanleihen aufzukaufen und fordern die sofortige Einstellung. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass unsere Forderungen in den Statuten der EZB unmissverständlich niedergelegt werden.

[22] Modul 20 Damit wirkt die Geldpolitik über die Finanzmärkte stabilisierend und verstetigend auf die Realmärkte ein. Der Gefahr überschüssiger Liquidität, die zu Blasenbildung führen kann, wird so ein Riegel vorgeschoben. Da der relative Anteil des Konsums gemessen am verfügbaren Einkommen bei niedrigen Einkommen und Transfereinkommen besonders hoch ist, kommt die Preisniveaustabilität insbesondere Geringeinkommensbeziehern zugute. Zusammen mit dem Realvermögenschutz von Ersparnissen wird so einem weiteren Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum vorgebeugt. Eine an der Preisniveaustabilität orientierte Geldpolitik ist eine notwendige Voraussetzung als Schutz vor Altersarmut.

[23] Modul 21 Da das derzeitige Geld und Bankensystem sich als doch als recht anfällig erwiesen hat, wollen wir Alternativen wie u.a. den in den 30-iger Jahren entwickelten Chicago Plan bzw. das Vollgeld prüfen. Die Banken halten in einem solchen System keine prozentualen Mindestreserven bei der Notenbank mit der Möglichkeit beliebiger Kreditschöpfung mehr, sondern sind über eine 100% Reserve direkt von der Notenbank abhängig. Dies erleichtert die Steuerung der Geldmenge. Wobei auch in diesem System eine disziplinierte, an der Preisniveaustabilität orientierte Geldmengenpolitik durch die Notenbank Voraussetzung für Finanzstabilität ist.

[24] Modul 22 Steuergerechtigkeit erhöht ein Volk -neutrale Besteuerung und sparsame Verwendung Das auf dem Reinvermögenszugangsprinzip basierende Steuersystem, soll für jedermann einfach durchzuführen und verständlich sein, transparent und gerecht, unter Kosten-Nutzen Erwägungen sinnvoll sein und ist zur strikten Neutralität gegenüber den verschiedenen Einkommensquellen bzw. der Arten des Wirtschaftens verpflichtet. Dabei ist auf die steuerliche Gleichbehandlung der Produktionsfaktoren wie Kapital und Arbeit zu achten. Die Besteuerung soll sich auf die Verteilung bzw. Nutzung des Ressourceneinsatz neutral verhalten. Auch soll es grundsätzlich keine Ausnahmen geben. Bagatellsteuern sollten aus Kosten-Nutzen-Gründen abgeschafft werden. Da auch Kindern das bedingungslose Grundeinkommen zusteht, ist das Kinderexistenzminimum und

eine Besserstellung von Familien mit Kindern per Piraten-System gewährleistet.

[25] Modul 23 Bei der Besteuerung wollen wir die Debatte, die zuweilen Züge einer Neiddebatte trägt, versachlichen. Wir wollen uns der Problematik stellen, ob es wirklich sinnvoll sein kann erfolgreich Wirtschaftende prozentual und relativ stärker zu belasten, was möglicherweise einen negativen Leistungsanreiz setzt oder ob über die prozentual gleiche Besteuerung der Gerechtigkeit Rechnung getragen wird. Unabhängig davon muss der Staat so gestellt wird, dass er seinen „Kern"-aufgaben nachkommen kann.

[26] Modul 24 Wir wollen der Philanthropie über die Möglichkeit spezieller Organisationsformen oder Möglichkeiten (Stiftungen, Spenden) den Weg ebnen. Ferner wollen wir das Bewusstsein für Wohltätigkeit und die damit verbundene soziale Anerkennung verstärken.

[27] Modul 25 Über eine effiziente Verwendung der Steuern durch staatliche Stellen wollen wir die Kluft zwischen Staat und Bürger verringern. Wie wollen wieder ein Bewusstsein schaffen, dass wir über die Zahlung unserer Steuern zum verbesserten Gemeinwohl aller beitragen. Das Verhältnis zwischen staatlichen Stellen und dem Bürger bedarf einer generellen Revision. Bei der notwenigen Umverteilung behalten wir auch mögliche negative ökonomische und soziale Konsequenzen, die im Extremfall bis zur Entmündigung des Einzelnen gehen können, im Auge.

[28] Modul 26 Aus dem personalen und zeitlichen Auseinanderfallen von Vorteilen, Kosten und Entscheidungskompetenz, das für staatliches Handeln typisch und nicht selten für Staatsversagen ursächlich ist, ist unsere Haltung gegenüber staatlichem Handeln stets von einer gesunden Portion Skepsis geprägt. Der bevormundende Staat nimmt dem Menschen Raum und Verantwortung und züchtet eine Mitnahmementalität. Er tötet die Mitmenschlichkeit wirkt dadurch extrem unsozial. Wer also den Menschen in seiner Freiheit bejaht, muss die Soziale Marktwirtschaft bejahen.

[29] Modul 27 Wir sind von der grundsätzlichen Vorstellung geprägt, dass bessere Lösungen freiwillig übernommen werden, während schlechtere Lösungen zwangsweise harmonisiert werden müssen. Wir sind der Ansicht, dass der Staat in der Rationalität seiner Entscheidungsprozesse dem Markt keineswegs überlegen ist, sondern wegen des vorhandenen Informationseffizienzproblems (Fähigkeit, unüberschaubar viele Informationen zu verarbeiten, zu vergleichen und zu bewerten) sogar eher unterlegen ist. Auch deshalb, weil das Haftungsprinzip im staatlichen Bereich, aufgrund des Auseinanderfallens von Entscheidungskompetenz und Verantwortung von Regierungen und politisch Handelnden, häufig außer Kraft gesetzt ist. Da wir auch staatliche Stellen ein Recht auf Irrtum zugestehen, wollen wir Möglichkeiten schaffen, fehlerhafte Entscheidungen und Regelungen unbürokratisch zurückzunehmen.

[30] Modul 28 Der Aufbau eines föderalen Staates und das Selbstverwaltungsrecht erfordern, dass jede Gebietskörperschaft die Kosten der ihr zugewiesenen Aufgaben mit eigenen Einnahmen decken kann. Die Mischfinanzierung öffentlicher Ausgaben sollte im Interesse einer besseren Zuweisung klar erkennbarer Verantwortlichkeiten und zügig fallender Entscheidungen reduziert werden. Wir respektieren dieses Prinzip und wollen deshalb mehr Autonomie/Flexibilität und damit auch Planungssicherheit für Länder und Gemeinden und mehr Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse ihrer regionalen Wirtschaftsstruktur geben. Dabei ist das Zurückdrängen sogenannter Gemeinschaftsaufgaben notwendig. Dies muss dann allerdings mit der Dezentralisierung von Ertragshoheit und Heberecht einhergehen. Damit wollen wir bei Steuerrechtsänderungen auch einer politischen motivierten Lähmung zwischen Bundestag und Bundesrat die Grundlage entziehen und mehr Transparenz im Steuersystem erreichen. Wir wollen den Finanzausgleich vereinfachen und leistungsgerechter gestalten. Die vollkommen aus dem Ruder gelaufenen und intransparenten Finanzbürokratie sagen wir unter der Gesichtspunkt der Vereinfachung der deutschen Finanzverfassung den Kampf an.

[31] Modul 29 Grundlage für das politische Handeln der Piraten, sei es bei der Bildung von Gesetzen oder der Besteuerung, ist ein grundsätzliches Vertrauen in das rechtschaffende Handeln der Mitbürger. Von Generalverdacht getriebenes Handeln lehnen wir als freiheitsbeschränkend strikt ab. Wir bevorzugen die intelligente Setzung von positiven Anreizen.

[32] Modul 30 Bildungsbarrieren abbauen - herkunftsfreies Humankapital bilden Voraussetzung für Wohlstand und Innovation ist ein Bildung in Form von Humankapital. Wir Piraten setzen uns für ein durchlässiges, qualitativ hochwertiges Bildungssystem und verstärkte Grundlagenforschung ein. Der Zugang zur Bildung muss

unabhängig vom Einkommen der Eltern im Sinne der Chancengleichheit gewährleistet werden. Jedes Kind muss den Abschluss bekommen der seinen Fähigkeiten, Begabungen und Talenten entspricht. Der Teufelskreis der Vererbung von Bildungsarmut muss durch die Strukturierung des Bildungssystems, spezielle Förderung von benachteiligten aber auch begabten Kindern, durchbrochen werden. Die Herkunft darf nicht darüber bestimmen, welche Bildung einem Menschen zukommt.

[33] **Modul 31 Energiepolitik- wenden ja, aber mit Sorgfalt und Verstand** Wir Piraten anerkennen, dass Energiepolitik langfristig angelegt ist und sehen die Versorgungssicherheit im Vordergrund. Weil dieses Politikfeld wie kaum ein anderes mit Ideologie überfrachtet ist, wollen wir Piraten die Sachargumentation wieder in den Mittelpunkt rücken. Wir setzen insbesondere auch bei der Energieauswahl auf den Markt. Dabei treten wir jedoch mit Nachdruck dafür ein, dass jeder Energieart die von ihr verursachten Kosten vollständig zugewiesen werden, damit der Markt dann auch das effizienteste Verfahren zutage fördert.

[34] **Modul 32 Generationengerechtigkeit - Begrenzung und Rückführung der Verschuldung** Wir Piraten bekennen uns zu einer sparsamen Haushaltsführung und Schuldenabbau sowie einer Begrenzung staatlicher Defizite und Schulden die allesamt der von uns politisch umzusetzenden Generationengerechtigkeit dienen. Wir stehen für den Subventionsabbau in Deutschland. Dabei werden wir von dem Gedanken getragen, dass Kinder nicht unter den Fehler ihrer Eltern leiden sollen.

[35] **Modul 33** Die in Deutschland seit 1969 ansteigende Verschulden der öffentlichen Haushalte, die Schuldenkrise in Europa wie auch die weltweite Verschuldung zeigen, dass ganze Staaten und Kontinente über ihre Verhältnisse gelebt haben und weiter leben. Da die Zinslast und die Rückzahlung der Schulden den Handlungsspielraum künftiger Generationen einschränken, ist eine weitere Verschuldung aus Gründen der Generationengerechtigkeit abzulehnen. Wir Piraten bekennen uns zu dem Ziel keine weiteren Schulden zu machen und die Schulden zurückzuführen. Unserer Meinung nach besitzt die Staatsquote ein sehr hohes Einsparpotential, das aber einer sehr sorgfältigen Rückführung bedarf. Da der Staat an seine Grenzen stößt, müssen Kernaufgaben definiert und diese möglicherweise in Teilen wie auch die Eigenverantwortung der Bürger verstärkt werden.

[36] **Modul 34** Ausgaben und Einnahmen sollen sich grundsätzlich das Gleichgewicht halten. Für größere Investitionen sind Rücklagen zu bilden.

[37] **Modul 35** Die Piraten sind für die Abschaffung des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ da sich die Ziele des sog. magischen Vierecks von Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei angemessen stetigem Wirtschaftswachstum zum Teil gegensätzlich verhalten bzw. ausschließen und dieses Gesetz Ausgangspunkt für die derzeitige Verschuldung darstellt. Wir Piraten lehnen eine keynesianische Fiskalpolitik zur Ankurbelung der Wirtschaft grundsätzlich ab. Die weltweite Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt, dass die in schlechten Zeiten aufgenommenen staatliche Schulden auch in guten Zeiten, selbst bei hohen Steuerüberschüssen, nicht zurückgeführt werden bzw. Rücklagen für schlechte Zeiten nicht gebildet werden. Wir stellen Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum als übergeordnete Ziele der Wirtschaftspolitik damit in Frage. Dies ergibt sich als Konsequenz aus der Umsetzung unserer Grundwerte individuelle Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe und Nachhaltigkeit.

[38] **Modul 36** Wir Piraten setzen uns für ein Insolvenzrecht für alle staatlichen Stellen, wie auch Kommunen, ein.

[39] **Modul 37 Markteintritt und Marktaustritt wiederherstellen - Meisterzwang abschaffen und Systemrelevanz verhindern** Die Piraten treten für den freien Zugang zu Märkten, die Gewerbefreiheit und das Grundrecht auf freie Berufsausübung ein. In diesem Zusammenhang lehnen wir Marktzugangsbeschränkungen genauso ab, wie Marktaustrittsbeschränkungen. Obwohl wir das Handwerk schätzen und seinen Leistungsstandard und seine Leistungsfähigkeit erhalten wollen, lehnen wir den Meisterzwang als unzulässige Inländerdiskriminierung, insbesondere auch vor dem Hintergrund des europäischen Marktes grundsätzlich ab. Dort wo Schutz vor Gefahren für Gesundheit oder Leben von Dritten unerlässlich ist, können Ausnahmen von diesem Prinzip gemacht werden.

[40] **Modul 38** Die Piraten setzen sich für die individuelle Vertragsfreiheit, insbesondere auch im Lohnbereich, ein. Dies verträgt sich nicht mit der Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen. Mindestlöhne werden aufgrund der Existenz des bedingungslosen Grundeinkommens und der negativen Auswirkungen auf die Märkte grundsätzlich abgelehnt. Niedrige Löhne sind ein Anzeichen für niedrige Produktivität und deuten damit ten-

denziell auf eine verkrustete, innovationsfeindliche Wirtschaftsstruktur hin. Wir wollen insbesondere bürokratische Hemmnisse beseitigen und über die Beseitigung von Marktzugangsschranken für Innovationen sorgen, so dass sich über die Abschöpfung von Innovationsgewinnen und der Nachfrage nach qualifiziertem Personal nachfragebedingt automatisch höhere Löhne ergeben.

[41] Modul 39 Da Arbeitnehmer einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren eines Unternehmens leisten, sollen diese über eine Form der Gewinnbeteiligung und im umgekehrten Fall der Verlustbeteiligung anteilig partizipieren.

[42] Modul 40 Entscheidung und Haftung gehören zwingend zusammen. Individuelle Fehlentscheidungen dürfen nicht der Allgemeinheit angelastet werden. Für den unternehmerischen Misserfolg sieht eine Soziale Marktwirtschaft für „alle" Wirtschaftssubjekte den Marktaustritt vor. Dem gegenüber steht im Erfolgsfall die Privatisierung von Gewinnen. Aus diesem Grunde lehnen wir Piraten systemrelevante Zustände und Strukturen und die damit einhergehende Sozialisierung von Verlusten strikt ab. Wir werden uns für die Schaffung von Gesetze einsetzen, die eine Zerschlagung von systemrelevanten Strukturen ermöglichen.

[43] Modul 41 Um in Schieflage gekommene Handelnde vor Gläubigergruppen zu schützen, ist ein Insolvenzrecht zu erarbeiten, bei dem die Fortführung des Unternehmens im Vordergrund steht und der absolute und qualitativ gleiche Schutz vor allen Gläubigergruppen inklusive den staatlichen Behörden wie auch Finanzämter, Vorrang erhält. Eine Vorrangstellung einzelner Gläubigergruppen oder der staatlichen Stellen lehnen wir in diesem Fall strikt ab. Die Insolvenz in der heutigen Form soll ihren Schrecken verlieren.

[44] Modul 42 Nachhaltiges Finanzsystem - Stabilisierung und strukturelle Weiterentwicklung Grundbedingung für das Funktionieren von realen Märkten ist ein stabiles und funktionsfähiges Finanzsystem. Über den Geldmarkt, die Kredit- und Kapitalmärkte sowie den Devisenmarkt bringen die Finanzmärkte Kapitalanleger und Kapitalgeber direkt oder indirekt über Finanzintermediäre zusammen. Ein Anbieter hat auf dem Finanzmarkt die Möglichkeit, sein Geld bzw. Vermögen gewinnbringend anzulegen. Der Nachfrager ermöglicht sich durch den Handel am Finanzmarkt die Finanzierung von Investitionen.

[45] Modul 43 Diesen Kernfunktion der Allokation werden die Finanzmärkte aufgrund struktureller und systematischer Mängel, Machtungleichgewichte und einer unzureichenden und verfehlten Regulierung nicht mehr ausreichend gerecht. Während die derzeitige Regulierungs- und Gesetzeslage kleinere Einheiten mit einer Überregulierung überzieht, die wir Piraten auf den Prüfstand und abstellen wollen, werden die großen Finanzinstitutionen, die diese Finanzkrise maßgeblich mitverursacht haben, deutlich zu wenig reguliert. Dies zeigt sich darin, dass das too-big-to-fail Problem bzw. die Systemrelevanz von Banken weiter existiert und einer strukturellen Antwort harrt. Der immer hektischeren Kurzatmigkeit der Finanzmärkte wollen wir den von Marktethik durchdrungenen zweiten Blick der Interpretation von Daten und Fakten gegenüberstellen. Diesbezüglich bekennen wir uns grundsätzlich zur Fundamentalanalyse, welche sich an den realen Daten tatsächlicher wirtschaftender Einheiten orientiert. Unethische Verhaltensweisen müssen konsequent verfolgt und ob ihrer negativen Folgen für die Menschheit auf das Schärfste bestraft werden.

[46] Modul 44 Wir Piraten streben eine weitestgehend strukturelle Neuordnung des gesamten Finanzsystems und Bankwesens an. Dabei sehen wir insbesondere die revolutionäre und prozessverändernde Kraft des Internets mit seiner Ausfallsicherheit und Möglichkeiten als große Chance und ein Vorbild für die strukturelle Neubildung an. Über das Prinzip „getrennt marschieren (segeln), vereint schlagen" und über die stärkere Verlagerung der Entscheidungen auf die Ebene des Einzelnen die damit einhergehende Verlagerung von Kreditentscheidungen auf die individuelle Ebene eröffnet das Internet Raum für völlig neue Finanzstrukturen und Methoden wie es z.B. erste Anfänge des Crowdfunding bzw. der Schwarmfinanzierung oder auch des Microlending zeigen. Mögliche aufsichtsrechtliche Hürden wollen wir dort verantwortungsbewusst beiseite schaffen. Damit wollen wir zugleich die Macht von Banken, Hedgefonds und Versicherungen systematisch und strukturell zurückführen.

[47] Modul 45 Da das derzeitige Kreditwesengesetz wie eine Markteintrittsschranke für innovative Unternehmen wirkt, beabsichtigen wir Piraten das KWG komplett zu überarbeiten und diesbezüglich neuzufassen. Ziel soll es sein, insbesondere kleineren innovativen Einheiten eine Chance zu geben. Wir wollen dabei den fairen Wettbewerb im Finanzwesen von unten deutlich verstärkten. Dabei soll auch die begrenzte Öffnung von Bankgeschäften für Nichtbanken geprüft werden. Ferner wollen wir über strukturelle Veränderungen bei Konten den Kunden wieder in den Mittelpunkt stellen. So soll geprüft werden, ob die Ansiedlung von Konten und

Wertpapierdepots bei einer neutralen Stelle und einer lediglich durch den Kunden zugenommenen inhaltlichen Zuschlüsselung zum jeweiligen Finanzinstitut über den erleichterten Wechsel der Wettbewerb zwischen den Banken und die Kundenorientierung nicht deutlich gesteigert werden kann. Zudem würde damit im Abwicklungsfall die Einlagensicherung und auch die Abwicklung selbst erheblich erleichtert. Als prozesstechnisches Beispiel dafür könnte analog der Kassenverein dienen. Wir wollen ferner darauf hinwirken, dass Überweisungen aufgrund der vorhandenen technischen Möglichkeiten innerhalb von Minuten bzw. Sekunden ausgeführt werden. Der Hochfrequenzhandel zeigt, dass Banken dazu rein technisch in der Lage wären. Auch in solchen Prozessbeschleunigungen sehen wir positive Wirkungen in anderen Bereichen.

[48] Modul 46 Wir bekennen uns ferner zur Einführung eines Trennbankensystems. Einlagen und Kreditversorgung sind organisatorisch strikt und vollkommen vom Investmentbanking zu trennen. Das Investmentbanking soll einen keinen Zugang zu Notenbankgeld erhalten. Damit vermeiden wir u.a. auch interne Interessenskonflikten und der daraus möglicherweise resultierende Insiderhandel (Stichwort: chinese wall). Über diese Trennung verbessern wir zudem die Kreditversorgung zugunsten des Mittelstands, da Kreditmargen nun nicht mehr mit den zum Teil immensen Margen im Investmentbanking konkurrieren müssen.

[49] Modul 47 Ein holdingbasiertes Trennbankensystem „Light“, bei der über die einheitliche Nutzung von zentralen Dienstleistungen eine Trennung faktisch nicht gegeben und im Ernstfall nur schwer möglich ist, lehnen wir ab.

[50] Modul 48 Ferner wollen wir alle Verursacher der Finanzkrise über nicht an die Bankkunden weiterzugebende Abgaben an der Finanzierung der Beseitigung der von ihr verursachten Schäden beteiligen.

[51] Modul 49 Wir setzen uns ebenfalls für die Umsetzung und Einhaltung der goldenen Bankregeln ein. Die goldene Bankregel besagt, dass die Höhe und Fälligkeit der von einem Kreditinstitut gewährten Kredite den dem Kreditinstitut zur Verfügung gestellten Einlagen entsprechen müssen. Dies bedeutet, dass kurzfristige Einlagen nur kurzfristig ausgeliehen werden dürfen, während langfristige Einlagen kurz-, mittel- und langfristig ausgeliehen werden können (Fristentransformation). Das abschreckende Beispiel der Hypo Real Estate zeigt, was passieren kann, wenn die Fristentransformation außer Kraft gesetzt wird.

[52] Modul 50 Wir Piraten stehen für Transparenz und wollen deshalb den Over-the-counter Handel so weit wie möglich zu Gunsten des transparenten Börsenhandels zurückdrängen. Dies gilt insbesondere für Zertifikate, Derivate und Verbriefungen.

[53] Modul 51 Wir Piraten stehen Absicherungsgeschäften nicht grundsätzlich negativ gegenüber, soweit sie ein reales Gegengeschäft zum Gegenstand haben. Die sog. Kaskadierung, d.h. die Aufsetzung von Derivaten auf Derivate, das mit einer Entfernung vom realen Ursprungsgeschäft einhergeht und die Risikoeinschätzung erschwert bzw. unmöglich macht, lehnen wir grundsätzlich ab.

[54] Modul 52 Wir sind dafür, dass alle anlegenden Finanzinstitute (z.B. Banken, Hedgefonds, Investmentfonds, Trust usw.) eine weitestgehend einheitliche Eigenkapitalunterlegung vornehmen müssen. Dem in der Finanzkrise maßlosen sog. Leverageing (Fremdkapitalaufnahme zum Zweck der Substitution von Eigenkapital) ist zu begrenzen.

[55] Modul 53 Wir wollen den High Frequency Handel über die Vorgabe zeitlicher Mindestzeitverarbeitungsschritte entschärfen. Dabei gehen wir davon aus, dass der Grenznutzen der Informationsverarbeitung negativ werden kann.

[56] Modul 54 Wir Piraten treten, vor dem Hintergrund der historische niedrigen Zinsentwicklung, die mit historisch hohen Dispozinsen einhergehen, den Wucherparagraphen im BGB zu konkretisieren.

[57] Modul 55 Wir setzen uns für das Verbot von Provisionen auf Finanzprodukte ein. Jedes Produkte soll wie jedes andere Produkt auch einen Preis haben. Dabei sehen wir die Beratungsleistung ebenfalls als eigenständiges Produkt. In jedem Fall aber sind Kosten für den Anleger gänzlich und umfassend offenzulegen.

[58] Modul 56 Die Finanzkrise hat uns gezeigt, dass Unternehmen und (verbriefte) Finanzprodukte, teilweise bis kurz vor ihrer Insolvenz (z.B. Lehmann Brothers; mortgage securities; Colleteralized Debt Obligations) unverständlicherweise erstklassige Ratings (sog. Triple A) erhielten, was auf erhebliche Mängel schließen lässt. Wir Piraten wollen deshalb den Automatismus zwischen Risikoeinschätzung durch sog. Ratingagenturen brechen und zwingender Verwendung und damit die Macht der Ratingagenturen. Das gilt auch hinsichtlich des

Ratings von „kleinen“ Kreditnehmern. Wir wollen die Risikoeinschätzung wieder stärker dezentralisieren. Die entsprechenden Regelungen bei den Aufsichtsbehörden sind diesbezüglich zu hinterfragen.

[59] Modul 57 Wir wollen auf die Börsen einwirken, dass die infrastrukturgleiche Kursversorgung im Sinne einer Nichtdiskriminierung direkt und für jedermann angeboten wird und nicht nur über sog. Vendoren und Subvendoren vor sich geht.

[60] Modul 58 Verbraucherschutz - größtmögliche Transparenz und Vergleichbarkeit Die Piraten sehen den Schutz des Verbrauchers insbesondere durch die größtmögliche Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit gewährleistet. Das bedeutet konkret, dass der Verbraucher alle Informationen über die Zusammensetzung eines Produkts oder einer Dienstleistung in einer übersichtlichen und verständlichen Weise erhält. Der mündige Bürger soll damit in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, welches Produkt bzw. welche Dienstleistung er wählt und gut für ihn ist. Transparenz verhindert Verbote. Verschleierungen sind in keinster Weise zu dulden und entsprechend zu bestrafen.

[61] Modul 59 Nach unseren Vorstellungen setzt ein ausreichender Verbraucherschutz auch eine entsprechend umfassende Produkthaftung voraus.

[62] Modul 60 Produktivität von Wirtschaftsethik - Wirtschaftsstrafgesetze verschärfen und Wirtschaftsbetrug ahnden Die Piraten setzen sich für strengere Wirtschaftsstrafgesetze bei betrugs- und betrugsähnlichen Delikten in der Wirtschaft, insbesondere auch im Finanzsektor ein. Je höher der Freiheitsgrad des Einzelnen bei Entscheidungen ist, desto härter muss denjenigen die Sanktion treffen, der sich an ihr vergeht. Ein erster struktureller Schritt ist die Staatsanwaltschaften – wie es auch die Leitlinien des deutschen Richterbunds fordern - unabhängig aufzustellen und sie von jeglicher politischer Einflussnahme zu befreien. Das Amt des Staatsanwaltes und des Leiters der Staatsanwaltschaften ist mit dem Status des politischen Beamten unvereinbar.

[63] Modul 61 Netzinfrastruktur – diskriminierungsfreie Teilhabe und Versorgungssicherheit Die Piraten setzen sich für den diskriminierungsfreien Zugang und damit auch zu Netzen ein. Eine Möglichkeit wäre es sämtliche Netze von der wirtschaftlichen Vermarktung zu trennen und in eigenen Netzgesellschaften (z.B. Stromnetze; Schienennetze Telefonnetze; Zahlungsverkehrsnetze), die möglicherweise genossenschaftlich organisiert werden, einzubringen. Damit wäre gewährleistet, dass die infrastrukturelle Versorgung insbesondere auch der ländlichen Räume nicht wegen wirtschaftlicher Gesichtspunkten vernachlässigt wird und das Prinzip des diskriminierungsfreien Zugangs zur Infrastruktur gewährleistet ist. PPP- und BOT-Projekten stehen wir sehr kritisch bis ablehnend gegenüber.

[64] Modul 62 Handelsfreiheit – Privatisierung des Handelsregisters, gegen Zwangsmitgliedschaften Die Piraten sind ferner für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern sowie Handwerksverbänden oder ähnlichen Verbänden. Diese vertragen sich nicht mit freiem Unternehmertum. Wir setzen auch hier auf Freiwilligkeit. Über die strukturell basisdemokratische Ausrichtung der Piratenpartei ist gewährleistet, dass die verschiedenen Interessen, insbesondere auch der wirtschaftlichen Einheiten, vor allem auch ursprünglich und ungefiltert, ihren Weg in den demokratischen Willensbildungsprozess finden.

[65] Modul 63 Die Piraten setzen sich ferner für ein privates Handelsregister und die Abschaffung der Rechtspfleger, zumindest in diesem Bereich, ein. Die immer noch viel zu lange dauernde Eintragung ins Handelsregister, der im Vergleich mit anderen Ländern für deutsche Unternehmen ein Wettbewerbsnachteil darstellt, könnte z.B. über Notare direkt und unmittelbar erfolgen und bei Fehlverhalten mit einer entsprechenden Strafandrohung bzw. Haftung einhergehen. Aufgrund des besonderen Stands der Notare wäre eine Mindestmaß an Qualität und Validität sowie der erforderliche Verkehrs- und Vertrauensschutz sichergestellt.

[66] Modul 64 Europa der Bürger - für den Euro und No-Bail-Out, gegen Sozialisierung von Schulden Die Piraten bekennen sich zu Europa als einem großen und erfolgreichen Projekt der Völkerverständigung und des Friedens. Wir streben eine Verfassung für Europa an, die mit größtmöglicher Beteiligung der Bevölkerungen ausgearbeitet und anschließend in freien Wahlen vom deutschen Volk und den anderen Völkern angenommen und bestätigt wird. Wir wollen den Euro als gemeinsame Währung erhalten. Dabei halten wir fest, dass der Euro als besondere Form der Währungskooperation nur so gut ist, wie der Wille der beteiligten Länder sich wirtschaftspolitisch diszipliniert zu verhalten. Eine inflationäre Geldpolitik passt ebenso wenig ins Bild wie eine defizitäre Haushaltspolitik. Zentrales Anliegen muss es sein, eine am Wachstumspotential der einzelnen

Volkswirtschaften ausgerichtete Geldpolitik und eine Politik der ausgeglichenen Staatshaushalte zu erreichen.

[67] Modul 65 Die Piraten sind grundsätzlich bereit wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortung an europäische Institutionen zu übertragen. Dabei ist die unmittelbar demokratische Legitimierung ebenso Voraussetzung wie ein funktionierender Haftungszusammenhang, der sich auch durch die Durchsetzungsfähigkeit von Sanktionen auszeichnet. Wir stehen in Europa für die Prinzipien von Subsidiarität, Gegenseitigkeit, Nichtdiskriminierung, Verursachungsgerechtigkeit und Meistbegünstigung ein. Wir wollen insbesondere darauf achten, dass Vorteilsmaximierung durch Kostenexternalisierung zu Lasten von anonymen Steuerzahlern vermieden wird. Ferner wollen wir bei möglichst vielen Organisationen bzw. Bünden bei Unzufriedenheit die Möglichkeit des individuellen Austritts bereithalten und ermöglichen. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sind damit schwer zu vereinbaren.

[68] Modul 66 Die gegenwärtige Euro-Rettungspolitik lehnen die Piraten wegen der mangelnden Ursachenbeseitigung als wenig zielgerichtet und wenig nachhaltig ab. Wir beklagen, dass insbesondere im Finanzbereich das Haftungsprinzip nicht mehr gewährleistet ist. Dass inzwischen sogar Bankenverbände vor durch staatliche Alimentierung und der Geldmarktflutung weiter künstlich am Leben gehaltenen Zombie-Banken warnen, radikale Aufräumarbeiten im europäischen Finanzsektor und die Abwicklung von Kreditinstituten mit nicht tragfähigen Geschäftsmodellen fordern, zeigt das unmittelbarer Handlungsbedarf auf diesem Gebiet besteht. Wir Piraten werden dem Marktaustrittsprinzip und den Haftungsprinzip auch im Finanzsektor auf europäischer Ebene wieder zu seiner Geltung verhelfen.

[69] Modul 67 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EZB den Kauf von Staatsanleihen sofort einstellt und das Verbot der direkten oder indirekten monetären Staatsfinanzierung durch den direkten oder indirekten Aufkauf von Staatsanleihen am Primär- bzw. Sekundärmarkt in den Statuten explizit verankert wird. Wir verurteilen die demokratisch nicht legitimierte Vergemeinschaftung von Schulden über den bereits erfolgten Aufkauf von Staatsanleihen. Wir ziehen eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof in Betracht. Wir setzen uns ferner für die Rückführung der Target II Salden in der Bilanz der Deutschen Bundesbank ein.

[70] Modul 68 Wir Piraten bekennen uns auch auf europäischer Ebenen zum Haftungsprinzip und damit zum No-Bail-Out, der wesentliche Grundlage des deutschen Euro-Beitritts war und laut Art. 125 AEU Vertrag weiterhin geltendes Recht darstellt. Wir streben ein föderales und dezentrales Europa an. Eine Vergemeinschaftung von europäischen Schulden lehnen wir als nicht verursachungsgerecht und Verstoß gegen das Haftungsprinzip ab. Sollte es Durchgriffsrechte in die Haushalte der einzelnen Länder geben, stellt sich die Frage erneut.

[71] Modul 69 Den ESM lehnen wir in seiner jetzigen Form und Verfasstheit ab. Wir sind der Meinung, dass die europäische Schuldenkrise strukturell bedingt ist und deshalb durch die Bereitstellung von noch so viel Kapital nicht zu lösen ist. Wir halten nichts davon staatlicherseits unter Verwendung von Steuergeldern mit Spekulanten in einen Wettstreit zu treten. Wir setzen uns deshalb für europaweite Strukturreformen und die Abschaffung des ESM ein. Stattdessen wollen wir sofort die strukturellen Probleme im Finanzsektor und auf staatlicher Ebene (Rückführung von Verschuldung) angehen bzw. unterstützen. Wir sind gegen die vorgesehen Immunität der Mitarbeiter des ESM, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es Bestrebungen gibt, den ESM auf die direkte Rekapitalisierung von Banken auszuweiten. Die Rettung von Euro, Mitgliedstaaten und Banken darf nicht dazu führen, dass wirtschaftliches Handeln in der EU teilweise außerhalb des Rechts gestellt wird, weil Handlungen im Finanzsektor nicht durch Staatsanwaltschaften und Gerichte straf- und zivilrechtlich überprüft werden können.

[72] Modul 70 Wir wollen auf europäischer Ebene ein Insolvenzrecht für Staaten und staatliche Institutionen (bis hinab zur Kommune) erarbeiten. Da die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute anlässlich der Veröffentlichung des Herbstgutachten 2012 der Meinung waren, dass Griechenland nicht mehr zu retten sei, wollen wir eine Staatsinsolvenz und den Austritts Griechenlands aus dem Euro einschließlich Währungsreform mit einer Rückkehroption in den Euro und flankierenden Hilfen zur Aufbau einer Wirtschaftsinfrastruktur prüfen. Wir Piraten sind der Meinung, dass das griechische Volk das Recht auf einen Neuanfang hat und die Hin- und Herzahlung zwischen den Finanzinstitutionen bzw. den Mitgliedern der Troika weder Griechenland noch der griechischen Bevölkerung hilft bzw. helfen wird. Wir Piraten sind weiterhin der Ansicht, dass die hauptsächlichen Profiteure der momentanen Vorgehensweise vor allem die genannten Finanzinstitutionen sind. Der von uns zu prüfenden Maßnahme kann eine Befragung des griechischen Volkes vorausgehen.

[73] Modul 71 Neuordnung der Förderlandschaft – Fördertourismus vermeiden, Recht auf „Macken“ und Förderung von „Spinnern“ Die Piraten treten für eine Neustrukturierung der gesamten Förderlandschaft angefangen von der EU bis hin zu den Ländern und der staatseigenen KfW ein. Schwerpunkt der Förderung muss die zielgerichtete Förderung von Infrastruktur, Humankapital und Innovationen sein. Einen Förderungswettbewerb bzw. Förderungstourismus zwischen den Regionen Europas lehnen wir aus Gründen mangelnden Nachhaltigkeit ab.

[74] Modul 72 Wir Piraten wissen aus der geschichtlichen Erfahrung heraus, dass Innovationen nur allzu oft von der Mitwelt belächelt und Innovatoren zu oft als Spinner belächelt und abqualifiziert wurden (Es gibt doch genug Pferde als Reaktion eines Industriellen auf Gottlieb Daimlers Erfindung eines „Reitwagens“; Annahme der Zeitgenossen, dass Geschwindigkeit von Eisenbahnen Tiere und Menschen an der Strecke schwindsüchtig mache). Diese zu Lebzeiten diskreditierten Spinner haben aber Produkte entwickelt und Verfahren entdeckt, von denen wir zum Teil noch heute weltweit profitieren. Aus der begründeten Vermutung heraus, dass diejenigen, die für die Vergabe von Fördermitteln verantwortlich sind, möglicherweise nicht in der Lage sind Innovation zu erkennen, sind wir bestrebt die Vergabepraxis von Risikokapital für die Gründung neuer Unternehmen auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen und in der Organisation des Finanzmarkts dafür sorgen, dass Strukturen entstehen können, die eine Finanzierung von zunächst abstrus erscheinenden Ideen ermöglicht. Dabei können Werte wie jahrelange Beharrlichkeit und Ausdauer in der Sache wichtiger sein, als vorschriftsmäßig, möglicherweise durch Dritte erstellte - oberflächlich betrachtet - vorbildliche Businesspläne. Flexibilität und Wohlwollen sollen anstelle von rein bürokratischem Vorgehen treten.

[75] Modul 73 Wir fordern eine grundlegende Überprüfung der bisherigen sektoralen und regionalen strukturpolitischen Maßnahmen, um die Chancen des Veränderungsprozesses zu nutzen. In diesem Bereich der sektoralen Sturkturpolitik müssen Subventionen und Steuervergünstigungen überprüft und zurückgefahren werden. Wir begrüßen den Strukturwandel, sorgen über flexible Systeme für einen gleitenden Übergang und ziehen diesen so verantwortungsbewusst und im Sinne der Generationengerechtigkeit der bisherigen rückwärtsgewandten Strukturerhaltungspolitik vor.

[76] Modul 74 Nachhaltige Agrarwirtschaft - Tradition mit Zukunft und Respekt vor der Natur Wir wollen eine leistungsfähige, regional operierende und verbrauchernahe Landwirtschaft, die unter den von uns definierten Kriterien der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit wettbewerbsfähig ist. Insofern wollen wir den Sonderweg auf dem sich die Agrarpolitik seit Jahrzehnten bewegt beenden. Das Verhältnis von Landwirtschaft und Natur soll durchweg von Respekt und Nachhaltigkeit geprägt sein.

[77] Modul 75 Wir Piraten setzen uns für eine artgerechte Haltungsform aller Nutztiere ein.

[78] Modul 76 Wir wollen höhere Qualitäts- und Tierschutzanforderungen, die auch auf Importwaren angewandt werden müssen, um einheimische Qualitätsprodukte vor importierter Billigware zu schützen. Diese wollen wir insbesondere auch über eine höhere Transparenz erreichen, in dem wir den Verbraucher über die Umstände, die der Produktion des landwirtschaftlichen Produkts zugrunde liegen, auf der Verpackung umfassend (möglicherweise auch mit Bildern) informieren.

[79] Modul 77 Vollständigkeit und Transparenz – tatsächliche Verhältnisse und verständliche Produkte Wir Piraten sind davon überzeugt, dass Transparenz zu einer gerechteren Welt und auch einem gerechteren Wirtschaften führt.

[80] Modul 78 Transparenz verträgt sich nicht mit Beschlüssen, die in Hinterzimmern getroffen werden und an denen die, die davon betroffen sind, vorbeigehen.

[81] Modul 79 Wir wollen dafür sorgen, dass Wirtschaftsprüfungsberichte für Jahresabschlüsse börsennotierter Gesellschaften weitestgehend offengelegt werden. Als Mindestforderung sollen die Passagen veröffentlicht werden, bei denen die Wirtschaftsprüfer eine vom Unternehmen abweichende oder kritische Meinung vertreten. Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts und des Testats allein halten wir für unzureichend. Dies gilt auch für die Erkenntnisse von sonstigen Aufsichtsbehörden, wo die Gefahr besteht, dass Ergebnisse aus politischen Gründen zurückgehalten werden. In diesem Zusammenhang werden wir uns dafür einsetzen, dass ein jeder Gesellschafter in einer Gesellschaft die Informationen erhält, die er zur Bewertung und Einordnung des Unternehmens als Gesellschafter benötigt.

[82] Modul 80 Wir wollen die Umstellung aller öffentlichen Haushalte von der Kameralistik auf die Doppik. Ziel muss es sein, dass insbesondere alle Pensionslasten für die Zukunft als auch Garantien, Bürgschaften und sonstigen Verpflichtungen transparent gemacht werden und damit in den täglichen Entscheidungsprozess miteinfließen und berücksichtigt werden können.

[83] Modul 81 Was die Gehälter und Tantiemen von Vorständen börsennotierter Gesellschaften betrifft, wollen wir die Verträge der Hauptversammlung und damit den eigentlichen Gesellschaftern und nicht nur dem Aufsichtsratsgremium zur Abstimmung vorlegen.

[84] Modul 82 Die Piraten werden dafür sorgen, dass die Rechnungslegungsnormen, insbesondere auch im Banken- und Versicherungswesen, hinsichtlich Vollständigkeit angepasst werden und Risiken für jedermann ersichtlich werden. Der Jahresabschluss hat unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft zu vermitteln. Der Jahresabschluss muss „alle“ Risiken einer Gesellschaft oder eines Konzern erfassen und offenlegen.

[85] Modul 83 Wir wenden uns gegen jegliche Ausgliederung von Gesellschaften, Produkten, Garantien oder sonstiger Rechtsverhältnisse in Zweckgesellschaften wie z.B. den Structured Investment Vehicels (SIV) oder anderen Organisationsformen, deren einziges oder wesentliches Ziel die Verschleierung von Risiken ist oder aber diesem Tatbestand im Ergebnis gleichkommt. Wir lehnen Verbriefungen, bei denen das Ursprungsrisiko nicht mehr erkennbar ist, ab.

[86] Modul 84 Als Grundsatz gilt, dass nur verständliche oder verständlich gemachte Risiken oder Produkte dem Anleger/Verbraucher eine richtige Entscheidung treffen lassen und so ggf. von Vorteil sein können. Transparenz geht also immer auch mit Verstehen einher.

[87] Modul 85 Wir Piraten wenden uns insbesondere auch gegen bewusste der Menschheit dienliche von Unternehmen aus rein Wettbewerbsgründen zurückhaltende Produkte und Ideen (Blogging Patents).

[88] Modul 86 Gesundheitsvorsorge - Planwirtschaft bekämpfen Wir wollen die planwirtschaftliche Gesundheitsversorgung auf eine marktwirtschaftliche Grundlage stellen, die bestehenden Strukturen hinterfragen und Vorsorge in den Vordergrund stellen. Dabei steht die Versorgung des Patienten an oberster Stelle. Am Gesundheitssystem sieht man exemplarisch was geschieht, wenn man den Preismechanismus außer Kraft setzt und Angebot und Nachfrage nicht mehr zusammen gebracht werden können. Weil die Nachfrage größer als das Angebot werden Nachfrager also Patienten rationiert. Den kranken Zustand dass einerseits die Patienten nicht die Leistung erhalten, die sie benötigen bzw. über Wartezeiten rationiert werden und auf der anderen Seite die Ärzte bis zur Abrechnung gar nicht wissen, welches Entgelt sie erhalten und/oder ob sie umsonst arbeiten bzw. teils Leistungen nicht abrechnen können oder nur mit unangemessenem bürokratischen Aufwand, wollen wir ein Ende bereiten.

[89] Modul 87 Wir wollen prüfen, ob spieltheoretische Ansätze wie die der soeben mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichneten Volkswirte im Bereich ganz bestimmter Märkte Möglichkeiten bieten, diese besondere Verteilungsproblematik zu lösen.

[90] Modul 88 Wir Piraten wollen insbesondere den Missstand abstellen, dass von der Natur wegen körperlicher Einschränkungen benachteiligte Personen (z.B. Syndrome und auch andere Handycaps) für ihre Rechte und selbstverständlichen Ansprüche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpfen müssen. Wir halten es mit der Menschenwürde für nicht vereinbar, dass dieser Personenkreis z.B. für einen Schwerbehindertenausweis oder benötigte Hilfsmittel seine Schwerbehinderung wieder und wieder nachweisen muss. Die Rolle des medizinischen Dienstes wollen wir insbesondere in diesem Zusammenhang kritisch durchleuchten und hinterfragen.

[91] Modul 89 Ladenschluss in freier Entscheidung Wir Piraten sehen in der Selbstbestimmung der Ladeninhaber, wann sie ihre Läden öffnen wollen, einen konsequenten richtigen Schritt in Richtung Freiheit und Eigenverantwortung. Dabei stellen wir in Frage, ob der Staat die religiös motivierte Sonntagsruhe festschreiben muss. Wir wollen die Trennung zwischen Staat und Religion weiterführen.

Begründung

[92] Da der PA317 extrem lang ist und Aussagen zu unterschiedlichsten Standpunkten enthält, habe ich den Antrag in einzelne Module aufgebrochen, damit Ihr ihn in Teilen oder als Ergänzung zu anderen Anträgen wählen könnt.

[93] Inhaltlich habe ich den Antrag nicht überprüft und mache ihn nicht zu meinem eigen. Ich bin kein Pirat, ich stelle den Antrag nicht vor und kann ihn auch nicht wählen. Wenn sich ein Pirat den Antrag zu eigen machen möchte, so möge er das tun.

PA451 - Pressefreiheit schützen durch strafbewehrtes Verbot der Behinderung

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

BuMa

Zusammenfassung

Missbrauch des polizeilichen Gewaltmonopols, um kritische Berichterstattung oder Dokumentation von Einsätzen zu behindern, soll individuell unter Strafe gestellt werden. Dadurch Stärkung der demokratischen Kontrolle der Polizei.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm ins Kapitel "Freiheit und Grundrechte" aufzunehmen:

[2] **Pressefreiheit schützen durch strafbewehrtes Verbot der Behinderung durch Amtsträger**

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Rahmen des Schutzes der Pressefreiheit für eine ungehinderte Berichterstattung über das Zeitgeschehen durch herkömmliche und neue Medien ein, unabhängig davon, ob dies durch professionelle Journalisten oder durch Laien geschieht. Dem entgegen steht, dass regelmäßig Fotografen durch Amtsträger daran gehindert werden, insbesondere Polizeieinsätze zu dokumentieren. Die Piratenpartei fordert daher ein strafbewehrtes Verbot von Aktivitäten, bei denen das staatliche Gewaltmonopol missbraucht wird, um eine legitime Dokumentation von Einsätzen zu unterbinden. Das schließt die Wegnahme und Zerstörung von Kameras oder anderer Aufzeichnungsgeräte ein, sowie die erzwungene Löschung von Material. Das Strafmaß soll sich in der Höhe an der Strafe für den Tatbestand des "Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" orientieren.

Begründung

[4] Der erforderliche neue Paragraf im Strafgesetz könnte folgendermaßen aussehen. Der Text dient der Absichtserklärung des Parteitags, der Erläuterung des Anliegens und der Diskussionsgrundlage. Er wird nicht ins Wahlprogramm aufgenommen.

[5] (1) Ein Amtsträger, der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, und die freie Berichterstattung behindert, indem er

- eine Kamera oder ein anderes Aufzeichnungsgerät eines Berichterstatters entwendet, beschädigt oder zerstört,
- Film-, Bild-, Ton- oder sonstiges Aufzeichnungsmaterial eines Berichterstatters löscht oder unbrauchbar macht, oder andere Personen oder den Berichterstatter selber zur Löschung oder Unbrauchbarmachung entsprechenden Materials verleitet, oder
- die Anfertigung von Film-, Bild-, Ton- oder sonstigem Aufzeichnungsmaterial durch aktive Maßnahmen gezielt zu verhindern versucht,

[6] wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

[7] (2) Amtsträgern im Sinne des Absatz (1) gleich gestellt sind Soldaten der Bundeswehr, sowie Personen, die die Rechte und Pflichten eines Polizeibeamten haben oder Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft sind, ohne Amtsträger zu sein.

[8] (3) Berichterstatter im Sinne von Absatz (1) sind alle Personen, deren Handeln darauf gerichtet ist, Film-, Bild-, Ton- oder sonstiges Aufzeichnungsmaterial zum Zwecke der späteren Dokumentation eines Geschehens herzustellen, sofern die Anfertigung der Aufnahmen nicht selber gegen geltendes Gesetz verstößt.

[9] (4) Der Versuch ist strafbar.

[10] Seit digitale Kameras für jedermann günstig zu erwerben und als Bestandteil von Mobiltelefonen weithin verfügbar sind, häufen sich bspw. auf Videoportalen die Dokumentationen Fehlverhaltens von Polizisten oder anderen Trägern staatlicher Gewalt. Das ist generell zu begrüßen. Wer vom Staat mit Sonderrechten ausgestattet wird, um das Gewaltmonopol zu vertreten, muss sich der Kontrolle durch wachsame Bürger stellen. Gerade jene, die die Einhaltung der Gesetze sicher stellen sollen, dürfen dabei unter keinen Umständen selber die Gesetze übertreten. Seit dadurch in mehreren Fällen Straftäter unter den Polizeibeamten identifiziert und verurteilt werden konnten, hat leider in Polizeikreisen die Unsitte Einzug gehalten, Dokumentationen ihrer Einsätze von vornherein zu verhindern, um potentielle Straftäter in den eigenen Reihen zu schützen. Es gibt da einige Fotos vom letzten Castor-Transport, wo offenbar gezielt gegen Journalisten vorgegangen wurde, um kritische Presseberichterstattung oder zumindest die Anfertigung von Bildmaterial zu verhindern. Derartige Praktiken beschränken sich aber nicht auf Ausnahmesituationen wie Demonstrationen, sondern finden tagtäglich statt, wann immer man es wagt, Polizisten beim Einsatz zu filmen. Je nach Situation, und ob man sich fügt oder nicht, folgt dann eine "beaufsichtigte Löschung" der Aufnahmen, eine Entwendung des Aufzeichnungsgeräts oder gar ein körperlicher Angriff.

[11] Das sollte für uns nicht hinnehmbar sein. Theoretisch wäre derartiges Verhalten wohl schon heute als Nötigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung o.ä. strafbar, aber die Erfahrung zeigt, dass diese Straftatbestände in diesen Fällen nicht angewendet werden. Stattdessen werden entsprechende Verfahren unter Verweis auf eine angebliche Behinderung der Polizeiarbeit, Beteiligung an Gruppenstraftaten wie "Landfriedensbruch" oder "Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte der Beamten" routinemäßig eingestellt. Deswegen sollten wir solche inakzeptablen Behinderungen der Pressefreiheit explizit unter Strafe stellen.

[12] Die Strafe an jene für "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" anzulehnen, erscheint mir angemessen. Schließlich geht es in beiden Fällen darum, sich oder Gleichgesinnte einer Strafverfolgung zu entziehen. Der Paragrafentext ist dementsprechend teilweise auch aus § 113 und § 114 StGB kopiert.

[13] Mit Absatz (1) Punkt (3) sind persönliche Angriffe gemeint, wie Objektiv verdecken, Kamera wegschlagen, oder auch jegliche physische Attacke, die dem Polizisten oder sonstigen Amtsträger nur auf Grund ihres Status erlaubt wäre. In-den-Weg-stellen, sich umdrehen o.ä. ist nicht "aktiv". Außerdem ist ein notwendiges Tatbestandsmerkmal, dass gezielt die Berichterstattung behindert werden soll. Ein Kameramensch, der sich direkt in einer Gruppe von Gewalttätern befindet, gegen die als Gruppe vorgegangen wird, genießt diesen Schutz also nicht.

[14] Absatz (3) legt fest, dass nicht nur professionelle Journalisten mit Presseausweisen unter den Schutz des Paragrafen fallen, sondern jeder, der Aufzeichnungen anfertigt. Allerdings muss die Anfertigung selber legal sein. Wer bspw. heimlich in einen Duschraum filmt oder sich als Stalker betätigt, darf selbstverständlich weiterhin daran gehindert werden.

[15] Außerdem ist der neue Straftatbestand ein Amtsdelikt. Es wird davon ausgegangen, dass "normale" Mitglieder der Gesellschaft den Tatbestand ohnehin nicht verwirklichen können, ohne gegen stärkere Strafvorschriften zu verstoßen, oder dass sie im Zweifelsfall als Selbsthilfe zur Wahrung ihrer Privatsphäre vielleicht sogar zu derartigem Handeln berechtigt wären.

[16] Dieser Antrag wurde bereits zum BPT 2012.1 eingereicht und erreichte Rang 8 auf der Rangfolge der inhaltlichen Anträge.

PA452 - mehrfache Staatsangehörigkeit

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Silura

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für die allgemeine Möglichkeit von mehrfacher Staatsangehörigkeit ein.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit grundsätzlich nicht mehr die Aufgabe einer anderen Staatsangehörigkeit erfordert. Des weiteren soll die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit bei Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich sein. Die Piratenpartei Deutschland, als Teil einer internationalen Bewegung, unterstützt somit ausdrücklich die Herausbildung von transnationalen Identitäten als selbstverständlichen Teil einer vernetzten Welt.

Begründung

[2] Zur Zeit fordert der deutsche Staat bei Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit grundsätzlich die Aufgabe der vorherigen Staatsangehörigkeit(en); nimmt ein deutsche/r Staatsangehörige/r eine weitere Staatsangehörigkeit an, so muss er/sie die deutsche Staatsangehörigkeit abgeben. Für beide Fälle gibt es Ausnahmen, z.B. EU-Bürger und andere. (Quellen usw. auf der Diskussionsseite) Es gibt allerdings, gerade auch durch die zunehmende Internationalisierung, und damit verbundene Mobilität immer mehr Menschen, die sich als Bürger mehrerer Staaten verstehen. Dies sollte sich auch in der Staatsangehörigkeit widerspiegeln dürfen. Daher sollten die bestehenden Gesetze entsprechend grundsätzlich angepasst und modernisiert werden, und nicht als Flickenteppich mit immer mehr Ausnahmen weiterwachsen.

[3] Diskussion, ggf. Änderungsanträge, Vernetzung, usw. ist erwünscht. Nach Möglichkeit auf der Diskussionsseite des Antrags. :-)

PA453 - Flüchtlinge und Migranten_innen - Asylpolitik - Unterbringung

Wahlprogramm - Asyl LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

unbürokratische Übernahme von Mietkosten durch das Sozialamt

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm im Bereich Asyl aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für unbürokratische Verfahren in den Sozialämtern für die Zusicherung der Übernahme von Mietkosten für Flüchtlinge und Migranten ein. Weiterhin wollen wir, dass eventuelle Mietkautionen seitens des Sozialamtes für Flüchtlingen und Migranten übernommen werden und zinslos als Mietkautionsbürgschaft zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns weiterhin für die Bildung eines geschützten Wohnsegments für diese Flüchtlinge und Migranten ein.

Begründung

[3] Viele Flüchtlinge und Menschen mit Duldungen müssen in Flüchtlingswohnheimen leben. Der Zugang zu regulären Wohnungen ist ihnen häufig gesetzlich verwehrt oder wird durch hohe Mieten und bürokratische Hürden (Schufa, Kaution, Courtage) erschwert. Das Leben in Flüchtlingswohnheimen dient längst nicht mehr dem Übergang, sondern ist zu einer Dauerlösung geworden. Die begrenzten Raummöglichkeiten schaffen keine Möglichkeit für ein menschenwürdiges Leben unserer Gesellschaft, schaffen jedoch soziale Konflikte der Bewohner aus verschiedenen Kulturbereichen untereinander. Die Unterbringung in Flüchtlingswohnheimen erfolgt vielerorts abseits der Gemeinde, die Möglichkeiten zur Integration der Flüchtlinge und Migranten sind praktisch nicht durch die strikte räumliche Trennung vorhanden.

PA454 - Absenkung des aktiven Wahlalters

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

GreekCoffee

Zusammenfassung

Das aktive Wahlalter bei Bundestags- und Europawahlen soll abgesenkt werden auf das vollendete 16. Lebensjahr, um ein Mehr an Demokratie für Unter-18-Jährige zu ermöglichen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen: In Deutschland sind bis zu 14 Mio. Menschen nicht wahlberechtigt und damit von der Artikulation ihrer Interessen in Form von Wahlen ausgeschlossen. Gerade in einer Gesellschaft mit steigender Lebenserwartung gerät der Interessenausgleich zwischen Jung und Alt sukzessive in eine Schieflage. Die Piratenpartei Deutschland fordert daher mehr Demokratie für Unter-18-Jährige durch ein Wahlrecht, das ihnen politische Mit- und Selbstbestimmung garantiert. Wir möchten dieses Mehr an Demokratie durch eine Absenkung des aktiven Wahlalters verwirklichen:

[2] Das aktive Wahlalter bei Bundestags- und Europawahlen soll abgesenkt werden auf das vollendete 16. Lebensjahr

Begründung

[3] Das durchschnittliche Wahlalter eines Erstwählers beträgt heute bei den Bundestagswahlen im Mittel 20 Jahre. Das sollte man nicht mehr als zeitgemäß betrachten. Dem Willen zu Demokratiebeteiligung Unter-18-Jähriger muss Rechnung getragen werden. Jüngeren Menschen müssen Wünsche und Vorhaben grds. genauer erklärt werden, da sie mehr fragen. Von daher führt eine Absenkung des Wahlalters auch zu mehr Transparenz. Bei einem aktiven Erstwahlalter von 16 Jahren wäre ein Erstwähler mit durchschnittlich 18 Jahren gerade volljährig. Ein Blick ins EU-Ausland zeigt, dass z.B. in Österreich das aktive Wahlalter seit 2007 bei 16 Jahren liegt.

PA455 - Thesen der Piratenpartei Deutschland zur Trennung von Staat und Religion in der Bundesrepublik Deutschland

Wahlprogramm - Staat und Religion LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Maßnahmen zur Trennung von Staat und Kirche an Anlehnung an das Grundsatzprogramm

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm im Bereich Staat und Religion aufnehmen:

Modul 1 Präambel / Grundlagen

[2] Diese Thesen ergänzen das Grundsatzprogramm um konkrete Positionen und Forderungen.

[3] Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen wir unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Wir erkennen und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

[4] Trotz der von Verfassungs wegen garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Priviligierung der traditionellen christlichen Kirchen. Hier gibt es einen Widerspruch, der durch Immigration und religiöse Differenzierung in der Gesellschaft zu größeren Verwerfungen führen kann.

[5] Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen. Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben, ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

Modul 1 Übergangsregelungen im Grundgesetz (Art. 140 GG)

[6] Die bislang nur als Übergangsregelung nach Artikel 140 des Grundgesetzes weitergeltenden Artikel der Weimarer Reichsverfassung sind zu überprüfen und mit der Maßgabe religiöser und weltanschaulicher Neutralität in originäre Regelungen des Grundgesetzes zu überführen. Dabei ist sicherzustellen, dass staatliches Recht

den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften keine Rechtsform vorschreiben darf und dass die Zusammenarbeit des Staates mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht eine bestimmte Rechtsform voraussetzen kann.

[7] Im Sinne des bislang weitergeltenden Art. 138 der Weimarer Reichsverfassung ist dabei auf der Bundesebene auf eine Regelung zum institutionellen Verhältnis von Staat und Kirchen zu verzichten. Der Staatskirchenvertrag (Reichskonkordat) ist daher aufzuheben.

Modul 2 Staatliche Alimentation von Kirchen und Kirchensteuer

[8] Weil die diskriminierungsfreie Regelung eines staatlichen Einzugs von Kirchenbeiträgen nicht möglich ist, sind die Regelungen über die Kirchensteuer abzuschaffen. Das sorgt auch dafür, dass staatliche Stellen unter dem Gesichtspunkt der Datensparsamkeit die Religionszugehörigkeit nicht mehr erfassen müssen.

[9] Ohne in die landesrechtlich zu regelnden Angelegenheiten einzugreifen, erklärt die Piratenpartei Deutschland, dass eine gezielte Alimentierung einzelner Kirchen aus dem Staatshaushalt nicht mehr zeitgemäß ist und daher schrittweise abgebaut werden sollte. Das gilt namentlich für die aus der Zeit der Säkularisierung im beginnenden 19. Jahrhundert abgeleiteten Globalzuweisungen an die beiden christlichen Großkirchen.

Der Staat muss religiöse Neutralität wahren

[10] Institutionen des Staates sind von der unmittelbaren Einwirkung einzelner Religionsgemeinschaften freizuhalten. Religiöse Symbole sind in staatlichen Institutionen nicht von Amts wegen anzubringen. Individuelle Religionsausübung (etwa tageszeitgebundene Gebete oder Militär-, Krankenhaus- und Schulseelsorge) ist auch in staatlichen Einrichtungen zu ermöglichen; dabei ist ein demonstrativer Charakter auszuschließen.

[11] Alle Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften haben das gleiche Recht auf Sichtbarkeit im Stadtbild. Das bezieht sich auf die Errichtung religiöser Gebäude ebenso wie auf Prozessionen zu religiösen Feiertagen, soweit hierdurch nicht unzumutbare Behinderungen für die Allgemeinheit ausgehen.

[12] Die Bedeutung eines wöchentlichen Tages der Arbeitsruhe ist unabhängig von religiöser Konnotation sinnvoll, um Zeiten zivilgesellschaftlicher und familiärer Gemeinsamkeit abseits von wirtschaftlichen Zwängen zu ermöglichen. Bei den Regeln für Feiertage ist besser als bisher zwischen den Bedürfnissen der traditionellen Religionen und den Bedürfnissen religionsfreier Menschen abzuwägen.

[13] Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss für die kritische Auseinandersetzung mit religiösen Bekenntnissen im gleichen Maße wie in anderen Bereichen auch gelten.

Staatliche Einrichtungen mit bisher religiöser Abhängigkeit

[14] Staatlicher Unterricht muss den Schülern die Möglichkeit geben, einen eigenen Zugang zu den ethischen Grundlagen einer humanen Gesellschaft zu finden, das kann auch ein religiöser Zugang sein. Im Mittelpunkt muss aber die gemeinsame Auseinandersetzung von nicht-religiösen und religiösen Schülern der verschiedenen Glaubensrichtungen sein, um gegenseitiges Wissen und Verständnis zu fördern und religiöse Toleranz in der Gesellschaft zu verankern.

[15] Für die theologischen Fakultäten und Fachbereiche an den staatlichen Hochschulen sind Regelungen zu finden, die die staatliche Religions-Neutralität sicherstellen.

Einrichtungen in religiöser Trägerschaft

[16] Soweit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich übernehmen, sollen für sie die gleichen Regelungen gelten wie für weltanschaulich neutrale Einrichtungen.

[17] Es ist die Aufgabe staatlicher Steuerung, dafür zu sorgen, dass es flächendeckend Einrichtungen gibt, die solche Aufgaben religiös neutral oder im Rahmen religiöser und weltanschaulicher Vielfalt anbieten. Eine Priorisierung traditioneller kirchlicher Einrichtungen ist nicht länger vertretbar.

Kirchen und Glaubensgemeinschaften stehen nicht außerhalb der Rechtsordnung

[18] Kirchen und Glaubensgemeinschaften sind Bestandteil der Rechtsordnung. Sie haben staatliche Gesetzgebung insbesondere auch zu den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Menschen zu beachten. Davon kann nur im Aufgabenbereich der unmittelbaren Glaubensverkündigung abgewichen werden. Auch die allgemeinen gesetzlichen Regeln der Koalitionsfreiheit und der Mitbestimmung sind in vollem Umfang einzuhalte

Begründung

[19] Es geht um die Freiheit - um einen durchaus zentralen Aspekt von Freiheit! Damit ist nicht nur die Freiheit zur Religionsausübung gemeint, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Und es geht um die Gleichheit - um die Gleichheit der gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten verschiedener religiöser und weltanschaulicher Auffassungen, die nicht von Staats wegen diskriminiert oder bevorzugt werden dürfen.Und es geht um die Brüderlichkeit - denn ganz oft erwächst die Verpflichtung zu solidarischem Verhalten der Individuen in einer Gesellschaft aus einem individuell-religiösen Selbstverständnis.

Das Spannungsfeld zwischen Staat und Religion

[20] Das Spannungsfeld ergibt sich im Bereich der staatlichen Beitragseinziehung für Glaubensgemeinschaften (Kirchensteuer) über konfessionsgebundenen Schulpflicht-Unterricht, konfessionsgebundene Schulen oder die Militärseelsorge bis zu den Relikten aus der Auflösung kirchlicher Latifundien (Subsidiaritätsprinzip): Aufgrund der vereinbarten Subsidiarität tritt der Staat als Anbieter gesellschaftlicher Dienstleistungen (von der Kinderbetreuung über die Krankenversorgung bis zur Sterbebegleitung) hinter die Angebote religiös bzw. weltanschaulich fundierter Träger (nur teilweise auch laizistischer Träger - Rotes Kreuz) zurück.

[21] In diesem Spannungsfeld entstehen Formen religiöser Bevormundung, wenn etwa aufgrund regionaler politischer Priorisierung religions- und konfessionsfreie Angebote gar nicht unterbreitet werden. Das kann auch Ausdruck gezielter politischer Diskriminierung sein - zum Beispiel im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Abbau staatliche Alimentierung

[22] Hintergrund der Forderung auf Abbau staatlicher Alimentierung ist die seit der Säkularisierung im beginnenden 19. Jahrhundert übliche Grundförderung der beiden christlichen Konfessionen aufgrund des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 (Link zur Wikipedia). Nach über zweihundert Jahren ist eine Ablösung dieser Verpflichtungen geboten.

Soziale Einrichtungen

[23] Die öffentliche Förderung von sozialen Einrichtungen ist abhängig davon, dass der Träger einen finanziellen Eigenanteil aufbringt. Kirchliche Einrichtungen können hier einfacher Mittel aufbringen, solange es staatliche Globalzuweisungen gibt, die eben auch dafür genutzt werden können. Daraus ergibt sich eine Benachteiligung laizistischer Träger, die eben nicht auf derartige Finanzierung zurückgreifen können.

Politische Bevorzugung

[24] Beispiele einer politischen Bevorzugung kirchlicher Träger zeigen sich in der Erreichbarkeit laizistischer KiTas in ländlichen Regionen konservativ regierter Bundesländer, oder in der Benachteiligung etwa von Pro Familia in der Schwangerschaftskonfliktberatung.

Ethik-Unterricht

[25] Die Formulierung zielt auf einen religions- und konfessionsübergreifenden Ethik-Unterricht, wie er z.B. in Berlin eingeführt wurde. Ein konfessionsgebundener Religionsunterricht ist mit den hier formulierten Zielen nicht vereinbar, da er eben nicht religions- und konfessionsübergreifend alle Schüler anspricht. Eine Umsetzung, die den konfessionellen Religionsunterricht aus dem Angebot der Schulen löst, wird aber voraussichtlich auf längere Zeit an Art. 7 Abs. 3 GG scheitern, auch Art. 141 GG hilft da nicht weiter.

[26] *Der Initiator der Liquid Feedback Initiativen Eberhard Zastrau hat diesen Antrag bereits zum BPT 2010.2 als PP017, zum BPT 2011.1 als Antrag PA020 eingebracht, und zum BPT2011.2 als Antrag Q009 eingebracht, sie wurden dort aber nicht behandelt. Eberhard Zastrau ist am 22.05.2012 verstorben, die Berliner Piraten haben versprochen, seine unbehandelten Anträge einzureichen - das erfolgt hiermit.*

PA456 - 10 Kaperforderungen zu Europa

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ulrich Tang

Zusammenfassung

Demokratische Legitimation aller Europäischen Institutionen. Wie soll die Zukunft Europas aussehen?

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen:

[2] Modul 1: Präambel Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, von Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist eine grandiose Friedens- und Wohlstandspolitik eingeleitet worden. Die Piraten schätzen diese Leistungen vieler großer Europäer - stellvertretend sei hier Robert Schumann genannt. Mit Einführung des Euros entwickelten sich die Defizite der Finanz-, Wirtschafts- Sozial-, Rechts- und Außenpolitik zur Euro-Krise. Die Überwindung dieser Krise erfordert daher grundlegende Veränderungen für eine verstärkte Integration in Europa. Erst danach wird sich die gemeinsame Stimme Europas mit dem notwendigen Gewicht für die eigenen Interessen, aber auch für Frieden, Demokratie und gegen den Hunger in der Welt einsetzen können.

[3] Modul 2: Legitimation und Neuordnung aller Europäischer Institutionen

[4] Modul 2a: Die Piraten fordern eine demokratische Legitimation aller Europäischen Institutionen. Modul 2b: Das Europaparlament sollte mit gleichem Stimmengewicht gewählt werden („one man one vote“). Modul 2c: Entweder sollte der Präsident Europas bzw. der Europäische Regierungschef direkt vom Volk oder vom Europaparlament gewählt werden. Modul 2d: Der Präsident oder der Regierungschef und die Minister sind dem Europaparlament Rechenschaft schuldig.

[5] Modul 3: Neugliederung Europas in Regionen

[6] Modul 3a: Die jetzige Spaltung Europas in Nationalstaaten sollte zu Gunsten eines Europas der Regionen überwunden werden (z.B. Bayern, Baskenland, Schottland etc.). Modul 3b: Die Regionen sollten neben dem Europaparlament in einer zweiten Kammer bei der Gesetzgebung mitwirken. Damit erhalten kleinere Regionen wie z.B. Malta oder Bremen eine Stärkung. Modul 3c: Nach dem Grundsatz der Subsidiarität ist jede Region in ihrer kulturellen und regionalplanerischen Eigenständigkeit zu fördern.

[7] Modul 4: Länder, die Solidarität und wirtschaftliche Unterstützung erwarten, müssen Teile ihrer staatlichen Souveränität auf Europa übertragen.

[8] Modul 5: Die Grundrechte sind von jedem Bürger individuell beim Europäischen Gerichtshof einklagbar. Grundsätze der Menschenwürde, Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Gewaltenteilung und ein föderatives Europa sind für die Piraten nicht verhandelbar.

Begründung

[9] Die Piratenpartei hat nicht nur Antworten auf die Tagesthemen in Europa sondern sollte auch ihre Programm zur Zukunft Europas und ihrer Institutionen darlegen.

PA457 - Transparenz des Staatswesens - Staatsanwaltschaften und Polizei

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB LQFB 2 LQFB 3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaften gewährleisten, Beschwerdestellen für Polizei-Übergriffe einrichten, Kennzeichnungspficht für Polizeibeamte einführen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm im Bereich Innen- und Rechtspolitik aufnehmen:

Modul 1 Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften

[2] Die Staatsanwaltschaft hat innerhalb der Exekutive eine eigenständige Rolle. Die Staatsanwaltschaften müssen ihre Aufgaben unabhängig von politischen Opportunitätserwägungen erfüllen können. Deshalb ist die bislang im Gerichtsverfassungsgesetz vorgesehene Möglichkeit von Weisungen im Einzelfall seitens der Justizminister von Bund und Ländern abzuschaffen. Weisungen innerhalb der Staatsanwaltschaften sind davon nicht betroffen. Ebenfalls ist es weiter zulässig, fallgruppenbezogene Weisungen seitens der Ministerien an die Staatsanwaltschaften zu erteilen. Die Piratenpartei macht sich insofern die Forderungen des Deutschen Richterbundes zu eigen.

Modul 2 Unabhängige Beschwerdestellen für Polizei-Übergriffe

[3] Die Piratenpartei Deutschland strebt die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen zur Entgegennahme von Beschwerden gegen Polizei-Übergriffe an, von der aus auch exklusiv Ermittlungen gegen beschuldigte Polizeibeamte geführt werden. Diese Stellen sind den jeweiligen Generalstaatsanwaltschaften anzugliedern, die zu diesem Zweck eine unabhängige Abteilung einrichten. Ihnen wird für diese Aufgabe eine Task-Force von polizeilichen Ermittlungsbeamten zur Seite gestellt, die dienstrechtlich ebenfalls der Generalstaatsanwaltschaft zugeordnet sind und nicht aus dem Polizeidienst des jeweiligen Bundeslandes rekrutiert werden dürfen, also stattdessen etwa aus der Bundespolizei oder der Polizei eines Nachbarlandes gewonnen werden. Die Beschwerdestellen sollen auch für interne Verfahren zuständig sein, wie Mobbing- oder Diskriminierungsvorwürfe. Ihr Aufgabenbereich und die rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Tätigwerdens müssen den von Amnesty International vorgeschlagenen “unabhängigen Untersuchungskommissionen“ entsprechen.

Polizisten-Kennzeichnung

[4] Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Beamte im Einsatz bei Versammlungen sind zu verpflichten, von weitem sicht- und erkennbare Kennzeichen zu tragen. Die Kennzeichen sind pseudonym (z. B. in Form einer Nummer) zu gestalten und dürfen von Einsatz zu Einsatz wechseln.

[5] Es muss jederzeit auch im Nachhinein möglich sein, mit richterlichem Beschluss ein Kennzeichen einer Person zuzuordnen. Der Vorgesetzte ist für die wirksame Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht und die korrekte Führung der Zuordnungen von Kennzeichen zu Personen verantwortlich.

[6] Polizisten sind zu verpflichten, Verstöße durch andere Polizisten zu verhindern oder - falls dies nicht möglich ist - zu melden sowie den/die beteiligten Beamten zu identifizieren. Verletzungen dieser Pflichten (Tragen des Kennzeichens, korrektes Führen der Zuordnungsliste, Verhindern/Melden von Verstößen) sind strafrechtlich zu sanktionieren.

Begründung

Zur Forderung nach Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften

[7] Die externe Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte widerspricht dem Prinzip der Gewaltenteilung (Hier: Exekutive vs. Legislative). In der Vergangenheit (vgl. z.B. "Amigo-Affäre") hat die Weisungsgebundenheit, und damit Abhängigkeit, der Staatsanwälte immer wieder das Ansehen der Justiz und das Vertrauen in den Rechtsstaat gestört.

[8] Die externe Weisungsgebundenheit im Einzelfall bedeutet, das ein Justizminister zum Verfahren in einem konkreten Einzelfall Weisung geben darf, wie zu verfahren ist. Das Recht, Weisungen für ganze Fallgruppen zu geben bleibt von der Forderung ebenso unberührt, wie auch auch die Weisungsbefugnis innerhalb der Staatsanwaltschaft. Auch die Weisungsbefugnis der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei bleibt unberührt.

Zur Forderung nach Unabhängigen Beschwerdestellen für Polizei-Übergriffe

[9] Die Ermittlungen nach Berichten über Polizeigewalt bleiben derzeit unbefriedigend. Interne Ermittlungen der Polizei selbst begegnen dem Vorwurf, die ermittelnden Beamten könnten befangen oder einem Corpsgeist unterworfen sein. Amnesty International hatte über 15 Fälle von Polizeigewalt berichtet und kritisiert, dass oftmals nicht unabhängig und objektiv bei Vorwürfen gegen Polizeigewalt ermittelt würde.

[10] Die Aufgaben der Polizei sind vielfältig und schwierig. Polizeiliches Handeln ist situationsbezogen und kann teilweise im Nachhinein nur schwer rekonstruiert werden. Das gilt umso mehr, wenn in der Bürgerschaft der Eindruck entsteht, die Polizei sei damit überfordert, Fällen von Polizeigewalt wirksam entgegenzutreten.

[11] Unabhängige Beschwerdestellen zu schaffen, ist kein Generalverdacht gegen die Polizei, sie dienen vor allem dazu, eine wirksame Aufklärung zu leisten, in Fällen, in denen vom Staat Fehler gemacht werden. Sie kann das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, die von Gesetzes wegen unmittelbaren Zwang ausüben dürfen, weiter erhöhen.

[12] Die Initiative greift die Initiative von Amnesty International auf und entwickelt sie weiter. So siedelt sie die Ermittlungs-Aufgaben in der Exekutive an, legt aber Wert darauf, dass ein anderes Ministerium (Justiz) die Hoheit über die Stelle hat. Sie entspricht damit besser den Grundvoraussetzungen der Gewaltenteilung.

[13] Die Position von Amnesty International sagt leider nicht, aufgrund welcher demokratischer Legitimation die Untersuchungskommission innerhalb der durch die Gewaltenteilung gegliederten Institutionen tätig werden soll. Es hat sich erwiesen, dass eine interne Untersuchung innerhalb der Polizei die Aufgabe nicht erfüllen kann. Deshalb ist die Zuordnung zu einem anderen Ministerium erforderlich. Die Beschwerdestelle hat exeku-

tive Funktionen wie strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen, deshalb ist ihre Zuordnung zur Staatsanwaltschaft sinnvoll. Um die Aufgaben erfüllen zu können muss die Beschwerdestelle um eine Task Force ergänzt werden, die ohne Anbindung an die Polizei die polizeilichen Ermittlungen übernehmen kann. Es ist Aufgabe des Justizministeriums durch organisatorische Maßnahmen die Unabhängigkeit innerhalb der Staatsanwaltschaft zu sichern. Die Ahndung erwiesener Straftaten obliegt den Gerichten. Die Staatsanwaltschaft ist kraft ihrer Aufgabe die sinnvolle Institution, um die Aufgabe zu übernehmen. Ihre Arbeit unterliegt dann natürlich auch der parlamentarischen Kontrolle.

[14] Die Initiative beruht auf einer Initiative, die im Berliner Landesverband erfolgreich war und Eingang in das Berliner Wahlprogramm für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gefunden hat. Sie ist hier erweitert worden und in der Begründung ergänzt worden. Damit greift sie die Anregungen von Amnesty International auf. Sie ist imstande die “sieben guten Gründe“ Amnestys innerhalb des Systems gewaltenteiliger Strukturen zu realisieren.

[15] Aus dem Positionspapier von Amnesty International - Sieben gute Gründe ...

- 1. Unabhängige Untersuchungskommissionen können über den Einzelfall hinaus strukturelle Vorschläge zur Verbesserung der Polizeiarbeit machen, die gegebenenfalls bei den politisch Verantwortlichen einen höheren Stellenwert erhalten würden, als gleich lautende Vorschläge aus der Polizeiorganisation oder von den Berufsvertretungen. So bereitet die Kommission in England in regelmäßigen Abständen „lessons learned“ zu bestimmten Fragen der Polizei auf.
- 2. Durch die Möglichkeit, auch auf eigene Initiative hin Ermittlungen über sich abzeichnende Muster von Rechtsverletzungen durchführen zu können, entfalten unabhängige Untersuchungskommissionen eine präventive und “befriedende“ Wirkung.
- 3. Unabhängige Untersuchungskommissionen bieten der Polizei die Möglichkeit, Vorwürfen oder dem Argwohn entgegenzuwirken, bei Auseinandersetzungen um polizeiliches Fehlverhalten würden intern Ermittlungen behindert oder Übergriffe vertuscht und gedeckt werden.
- 4. Eine allgemein anerkannte neutrale Kontrollinstanz kann die Position solcher Beamtinnen und Beamten stärken, die zu Unrecht polizeilichen Fehlverhaltens beschuldigt werden.
- 5. Unabhängige Untersuchungskommissionen fördern die Transparenz polizeilichen Handelns, verstärken mittelbar den Dialog zwischen Polizei und (polizeikritischen) Bürgerinnen und Bürger und erhöhen damit die “Bürgernähe“.
- 6. Unabhängige Untersuchungskommissionen bieten PolizistInnen die Chance, außerhalb ihrer eigenen Dienststelle mögliches Fehlverhalten von KollegInnen anzuzeigen, ohne dabei unter Druck zu geraten. *7. Unabhängige Untersuchungskommissionen können präventiv gegen Übergriffe schützen, da sie Transparenz fördern und Straflosigkeit für rechtswidrige Gewalt entgegenwirken. So werden insbesondere die Rechte der Opfer von rechtswidriger Polizeigewalt geschützt.

zur Forderung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten

[16] Aus dem Positionspapier von Amnesty International . fünf gute Gründe für eine individuelle Kennzeichnungspflicht:

- 1. Durch eine individuelle Kennzeichnung tragen Polizisten zu einer erhöhten Transparenz polizeilicher Arbeit, zur Einhaltung internationaler Standards und zur Legitimation bei. Rechenschaftspflicht und die Verhinderung von Straflosigkeit sind Grundprinzipien moderner demokratischer Gesellschaften.
- 2. Durch eine Kennzeichnung tritt die Polizei selbstbewusst in der Öffentlichkeit auf und das Verhältnis zu Bürgerinnen und Bürgern verbessert sich. Die wichtige Arbeit der Polizei kann durch persönlichen Bezug mehr Anerkennung erfahren.
- 3. Durch eine bessere Identifizierbarkeit werden Polizisten in ihrer täglichen Arbeit vor falschen Anschuldigungen geschützt, da diese besser von Zeugen identifiziert werden können und ihre Entlastung

sowie die Anerkennung guter Arbeit dadurch einfacher wird. Zudem wird es leichter, „schwarze Schafe“ in der mehrheitlich gute Arbeit leistenden Polizei zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen. Auch dadurch wird das gute Ansehen der Polizei gestärkt.

- 4. Eine gute Regelung wäre auch, es den Polizisten freizustellen, ob sie – abhängig vom jeweiligen Einsatz – eine Nummernkennzeichnung oder ein Namensschild tragen möchten. Namensschilder fördern eine persönlichere und damit günstigere Kommunikationsbasis, insbesondere bei konfliktbeladenen Anlässen.
- 5. Wo große Gruppen von Menschen anonym und konfliktbeladen aufeinandertreffen, droht stets eine Gewaltentladung. Diese psychologische Erkenntnis gilt auch für Polizisten bei Demo- oder Fußballeinsätzen. Dabei schwächt die Anonymität die eigene Affektbeherrschung und Selbstkontrolle. Eine Kennzeichnung wirkt dem entgegen.

[17] *Eberhard Zastrau hat diesen Antrag bereits zum BPT 2012.1 er wurde dort aber nicht behandelt. Eberhard Zastrau ist am 22.05.2012 verstorben, die Berliner Piraten haben versprochen, seine unbehandelten Anträge einzureichen - das erfolgt hiermit.“*

PA458 - Abänderung bzw. Abschaffung der Sperrklausel

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

GreekCoffee (Ulrich Schlicker)

Zusammenfassung

Abänderung bzw. Abschaffung der Sperrklausel Eine Sperrklausel stellt eine nicht mehr zeitgemäße demokratische Einschränkung dar. Aus heutiger Sicht hat sie nie zu den befürchteten chaotischen Zuständen geführt. NL hat keine Sperrklausel.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen und in das Wahlprogramm einfügen. Sollte Modul 1 nicht angenommen werden, soll Modul 2 abgestimmt werden.

[2] Modul 1:

[3] Abschaffung der Sperrklausel (5%-Hürde) bei Bundestags- und Europawahlen

[4] Eine Sperrklausel wie die 5-Prozent-Hürde stellt eine nicht mehr zeitgemäße demokratische Einschränkung dar. Ohne Sperrklausel könnten auch Minderheiten im Deutschen Bundestag vertreten sein und damit sowohl breitere als auch tiefere Diskussionen ermöglicht werden. Da das, wenn man sich die Wahlergebnisse seit der Weimarer Republik anschaut, eben nicht zu den früher befürchteten chaotischen Zuständen führt oder geführt hätte (bitte nachschauen!), fordert die Piratenpartei Deutschland:

[5] Die Sperrklausel (5%-Hürde) bei Bundestags- und Europawahlen soll abgeschafft werden

[6] Modul 2:

[7] Absenkung der heutigen Sperrklausel (5%-Hürde)

[8] Eine Sperrklausel wie die 5-Prozent-Hürde stellt eine nicht mehr zeitgemäße demokratische Einschränkung dar. Gäbe es eine Sperrklausel von 3%, so würde das für die Wahl zum Deutschen Bundestag bedeuten, dass die Wähler sich bereitwilliger auch für kleinere Parteien entscheiden könnten, von denen sie sich gut vertreten fühlen. Da selbst eine Abschaffung der Sperrklausel nicht zu den früher befürchteten chaotischen Zuständen führt oder geführt hätte, wenn man sich die Wahlergebnisse seit der Weimarer Republik anschaut (bitte nachschauen!), fordert die Piratenpartei Deutschland:

[9] Die Sperrklausel (5%-Hürde) bei Bundestags- und Europawahlen soll abgesenkt werden auf 3%

Begründung

[10] Bedenken mögen früher nachvollziehbar gewesen sein, heute sind sie es keinesfalls mehr. In Österreich gibt es eine 4%-Hürde, in den Niederlanden gibt es seit 1989 quasi keine Sperrklausel mehr (es werden 0,66 % der abgegebenen Stimmen verlangt, um bei der Mandatsvergabe Berücksichtigung zu finden. Das ist dort noch nie ein Grund gewesen für ein Nicht-Zustandekommen einer Regierung. Ebenso wie es auch noch nie ein Grund gewesen wäre in Deutschland seit den Zeiten der Weimarer Republik. Im Gegenteil, durch deren Abschaffung/Absenkung finden Minderheiten bzw. Minderheitsmeinungen eher Gehör im Bundestag. Also kann,

soll und muss diese nicht gerade demokratieförderliche Regelung einer Sperrklausel beseitigt oder zumindest abgesenkt werden.

PA459 - Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert die Vereinten Nationen und die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten dazu auf, eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einzurichten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Modul Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen (umfasst Module Forderung und Details)

[3] Modul Forderung

[4] Die Piratenpartei fordert die Vereinten Nationen und die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten dazu auf, eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einzurichten. Wir rufen alle für das internationale Gemeinwohl engagierten Organisationen, Entscheidungsträger und alle Bürger dazu auf, sich dieser Forderung anzuschließen. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, das Überleben und Wohlergehen kommender Generationen und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde zu sichern. Wir sind überzeugt davon, dass zentrale Herausforderungen wie die sozialen Ungleichgewichte in der Welt, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bedrohung durch den Terrorismus oder die Gefährdung des planetaren Ökosystems nur bewältigt werden können, wenn die Menschen und Völker der Erde in gemeinsamer Anstrengung zusammenwirken.

[5] Modul Details

[6] Um die Akzeptanz und Legitimität der Vereinten Nationen (UN) und der internationalen Zusammenarbeit zu sichern und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken, müssen die Bevölkerungen in die Tätigkeit der UN und ihrer internationalen Organisationen besser und unmittelbarer eingebunden und an ihr beteiligt werden. Wir fordern daher, demokratische Mitwirkung und Repräsentation schrittweise auch auf der globalen Ebene umzusetzen.

[7] Als einen ersten entscheidenden Schritt sehen wir die Einrichtung einer beratenden Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen. Ohne dass im ersten Schritt eine Änderung der UN-Charta erforderlich wäre, kann mit der Versammlung ein wichtiges Bindeglied zwischen den UN, den Organisationen des UN-Systems, den Regierungen, den nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft geschaffen werden.

[8] Eine solche Versammlung wäre nicht einfach eine neue Institution. Als Stimme der Bürger wäre sie Ausdruck und Vehikel eines Verständnis- und Bewusstseinswandels in der internationalen Politik. Die Versammlung könnte als ein Katalysator für eine Weiterentwicklung des internationalen Systems und des Völkerrechts wirken und wesentlich zur Verwirklichung der hohen Zielsetzungen der Vereinten Nationen und zur positiven Gestaltung der Globalisierung beitragen.

[9] Eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen kann zunächst aus nationalen Parlamentariern zusammengesetzt sein. Nach und nach soll sie mit umfassenden Informations-, Beteiligungs- und Kontrollrechten gegenüber den UN und den Organisationen des UN-Systems ausgestattet werden. In einem späteren Schritt könnte sie direkt gewählt werden.

Begründung

[10] http://www.mehr-demokratie.de/unpa.html http://de.unpacampaign.org/about/index.php

PA460 - Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

GreekCoffee

Zusammenfassung

Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre. Zur Verbesserung der Parlamentsarbeit erachtet die Piratenpartei Deutschland eine Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre für sinnvoll.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Zur Verbesserung der Parlamentsarbeit will die Piratenpartei Deutschland sinnvollerweise eine Verlängerung der Wahlperiode wie folgt:

[3] Die Wahlperiode des Deutschen Bundestags soll auf 5 Jahre verlängert werden

Begründung

[4] Ca. 1 Jahr dauert die Einarbeitungszeit einer neu gewählten Regierung, bzw. eines neu gewählten Parlaments, im letzten Jahr geschieht nichts mehr, da ist nur Wahlkampf. Was im 2. Jahr nicht an wesentlichen Dingen erledigt wird, hat im 3. Jahr einer 4-jährigen Wahlperiode kaum noch Aussicht (sinnvoll) realisiert zu werden, da der Wahlkampf vor der Tür steht. Diese Maßnahme dient somit v.a. der Verbesserung der Parlamentsarbeit.

PA461 - Sozialverträglichkeitsgesetz zur Förderung sozialer Arbeitsplätze

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PiratJoerg

Zusammenfassung

Förderung der Arbeitsplatzentwicklung mit sozialverträglichen Aspekten auf Bundesebene zur Reduzierung der "Dumpinglohn" Arbeitgeber

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die Gründung einer Enquete - Kommission auf Bundesebene zwecks Einführung eines Sozialverträglichkeitsgesetzes innerhalb des Bundesgebietes zu veranlassen.

[3] Sozialverträglichkeitsgesetz

[4] Das Sozialverträglichkeitsgesetz hat das Ziel, Firmen, die sich an einem noch gemeinsam mit Gewerkschaften und Interessenverbänden auszuarbeitenden "Scoring-System" beteiligen, um in Ihrem Unternehmen ein sozialverträgliches Arbeitsklima zu gewährleisten, diesen dann entsprechend der jeweiligen "Scoring-Punkte" gewisse steuerliche Vorteile einzuräumen.

[5] Das wäre für alle Unternehmen / Betriebe ein zusätzlicher Anreiz, sich intensiver dafür einzusetzen, das Ihre Arbeitnehmer ein sozialverträgliches Umfeld vorfinden können.

[6] (Eventuell könnte man es hier auf eine Obergrenze von bis zu 2.500 Beschäftigten fixieren, da grössere Unternehmen sowieso tariflich gebundene und sozialverträgliche Arbeitsplätze schaffen - jedoch bleibt dieser Punkt zwecks Diskussion dann bei der Enquete-Kommission).

[7] Als sozialverträgliche Unternehmen / Betriebe (hier "Der Arbeitgeber" genannt) werden alle jene Firmen gewertet, die mindestens einen der folgenden Kriterien erfüllen können und sich somit dann entsprechend einer "SCORING-Tabelle" den Steuervorteil zugesprochen bekommen (Über Art und Umfang muss dann ganzheitlich mit allen Beteiligten erarbeitet werden):

[8] "Scoring - Punkte" - Möglichkeiten sind

[9] 1.) Der Arbeitgeber zahlt mindestens den flächendeckend für diesen Beruf gültigen Mindestlohn (Auch wenn es eine gesetzlich vorgeschriebene Mindeslohngrenze gibt, bedeutet es nicht, das sich Firmen / unternehmen daran halten und der "Scoring-Punkt" dafür kann ja minimaler sein als "Scoring - Punkte für andere Maßnahmen)

[10] 2.) Der Arbeitgeber zahlt den tariflich für die jeweilige Tätigkeit vereinbarten Tariflohn (zu oft müssen Arbeitnehmer,trotz Tarifverträge,prozessual diese erst einfordern).

[11] 3.) Der Arbeitgeber setzt sich für die Einrichtung eines Betriebsrates ab der vorgegeben Mindestanzahl von Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern/innen seitens der Gewerkschaften in seinem Betrieb/en ein

[12] 4.) Der Arbeitgeber implementiert ab einer Anzahl von X (evtl. ab 15 - 20) Vollzeitangestellten mit Kindern eine betriebsinterne, kostenfreie Kinderbetreuung oder finanziert diese außerbetrieblich mit.

[13] 5.) Der Arbeitgeber bietet eine zusätzliche, betriebliche Altersvorsorge an oder Förderung staatlicher Zusatzrenten um die Belegschaft präventiv gegen die Altersarmut vorbeugend zu unterstützen.

[14] 6.) Der Arbeitgeber bietet einen jährlichen Mindesturlaub von 30 Urlaubstagen an (bei 5 Tage-Woche entspricht das 6 Wochen /pro Kalenderjahr) und 36 Urlaubstagen (bei 6-tage-Woche Dienstplan).

[15] 7.) Der Arbeitgeber verpflichtet sich, Leiharbeiter oder Zeitarbeiter nur maximal 6 Monate zu entleihen und diese für Ihre Tätigkeit mindestens gleichwertig zu vergüten wie die Stammbelegschaft (wenn nicht noch per Extra-Aufschlag) auf gleichwertigen Arbeitsplätzen

[16] 8.) Der Arbeitgeber übernimmt nach einer maximalen Ausleihzeit von 6 Monaten / pro Zeitarbeiter diesen dann in zuerst einjähriges Beschäftigungsverhältnis und direkt im Anschluß dann diesen selbigen Arbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis equivalent zu gleichen Konditionen wie die Stammbelegschaft

[17] 9.) Der Arbeitgeber führt das sozialverträgliche Erstellen von Dienstplänen vor allem im Schichtdienst. Dazu gehört die frùhzeitige Erstellung von Dienstplänen, die Umsetzung von zeitnahem Freizeitausgleich statt Entgelt bei Mehrarbeit (wobei auf ausdrücklichen Mitarbeiterwunsch auch finanzieller Ausgleich erlaubt sein muss, da meistens Singles lieber den Geldwert erhalten wollen); sowie die Umwandlung von Mehrarbeitsstunden in Überstunden bei Fristüberschreitung zum Ausgleich Generell wird natürlich gefordert, das die mittlerweile gängige Praxis, Mehrarbeit (Aktueller Studie zur Folge im Schnitt mehr als 12 Std / Pro Monat)nicht toleriert werden darf / kann und jeder Arbeitsplatz nur die reale Arbeitszeit beinhaltet.

[18] 10.) Auch sollte überprüft werden, das Angestellte der öffentlichen Hand entsprechend der Tätigkeiten und der tariflichen Bestimmungen entlohnt werden und nicht wie teilweise geschieht, 2-3 Tarifstufen unter dem normalerweise üblichen Tarif entlohnt werden (dieser Hinweis ist sinnvoll, jedoch war das Ziel, nur klein - und mittelständische Unternehmen zur Umsetzung zu entlohnen, von daher weiss ich nicht, ob wir dann auch kommunale Betriebe unterstützen sollten, jedoch weiss ich selbst, das es hier auch viele kleine und mittlere Unternehmen gibt und von daher finde ich die Anregung hierzu entsprechend umsetzbar)

[19] Diese Beispiele einer möglichen "Scoring-Tabelle" ist letztendlich noch ausbaufähig, aber im Kerngerüst geht es hier weniger um einzelne,kleine und korrigierbare Details, sondern um das Konzept als Ganzes.

Begründung

[20] Begründung weshalb wir diesen Schritt gehen sollten:

[21] Firmen in Deutschland, die weder tarifliche Mindeslöhne zahlen noch sich an Tarifabschlüsse halten (wie bei der DEHOGA und anderen Verbänden gerne üblich, sich selbst erklärend als solche Abschlüsse einhaltend zu präsentieren, aber im Arbeitsvertrag dann Arbeitnehmern nicht tariflich zu entlohnen), sorgen mehr und mehr für Arbeitnehmer, die zusätlich HARTZ IV Aufstockung beantragen müssen.

[22] Zusätzlich sind Firmen, die sich als unsozial erweisen, meist massiv aktiv dabei, die Gründung von Betriebsräten zu verhinden / boykottieren, indem engagierte Mitarbeiter gemobbt oder gleich entlassen werden.

[23] Dieses Allgemeinverhalten von jenen Firmen, die wir hier ruhig einmal als "Unsoziale Unternehmen" bezeichnen dürfen, sind verantwortlich in fast allen Fällen, das Arbeitnehmer psychisch erkranken, arbeitslos werden oder das Sozialsystem trotz Vollzeitbeschäftigung in Anspruch nehmen müssen oder müssten (Da viele sich schämen, dieses zu tun, ist die Dunkelziffer laut Statistischem Bundesamt immens).

[24] Die "Unsozialen Firmen werden im Sozialverträglichkeitsgesetz dahingehend sanktioniert, das Ihnen, um die durch Ihr Verhalten dann der Allgemeinheit auferlegten Kosten aufzufangen, eine "Sozialverträglichkeitsabgabe" auferlegt wird, die sich auch zum einen nach der Anzahl der Mitarbeiter (Teilzeit,Minijobber und Vollzeitbeschäftigten)aber auch nach der Differenz zum mindestens üblichen Mindestlohn für gleichwertige Tätigkeiten, auferlegt werden sollte.

[25] Diese "Sozialverträglichkeitsabgabe" muss jedoch auch natürlich mit allen Beteiligten Gruppen, NGO'S und Gewerkschaften sowie parteiübergreifend diskutiert und eruiert werden und nach einem "Scoring-System" er-

fassbar und vertretbar sein.

[26] Letztendlich ist es eine richtungsweisende Einführung auch für Europa, denn wenn Deutschland beginnt, sozialverträgliche Unternehmen zu fördern und entsprechend die übrigen zu Sanktionieren, es hoffentlich zu einem Bewußtseinswandel innerhalb der Regierungen Europas kommen wird und letztendlich durch deren eigene Umsetzung wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aller europäischen Arbeitnehmer/Innen zukunftsweisend mit verbessern helfen werden.

[27] Wir dürfen nicht weiterhin nur zusehen, wie die Schere zwischen "Gutem Verdienst" und "geringstem Verdienst" weiter massiv anwächst, sich aber im gleichen Zeitraum auch die Anzahl geleisteter aber nicht vergüteter Überstunden auf mehr als 1,4 Milliarden / pro Jahr (laut aktueller Studie & Presseberichten wie hier http://www.wiwo.de/erfolg/beruf/arbeitnehmer-ein-viertel-der-ueberstunden-nicht-verguetet/7303008.html.)

[28] Zusätzlich wird auch anvisiert, zukünftig Webseiten zu erstellen, wo ähnlich wie beim Verbraucherschutzministerium nicht nur die positiven Unternehmen potentiellen Bewerbern klar dargestellt werden, sondern ebenso die "schwarzen Schafe" der Branche "Unternehmer /Arbeitgeber" transparent für Bewerber erkennbar gemacht sind, ob sich dieses Unternehmen einem besonderen sozialen Selbstverpflichtungsgrundsatz unterzieht und somit hervorragende Arbeitsplätze offeriert in Sinne des Sozialverträglichkeitsgesetzes, oder ob es nun ein/e Firma /Unternehmer ist, der systematisch die Arbeitsrechte von Angestellten /Arbeitern mißachtet.

[29] Wenn es in Deutschland möglich war und ist, kritisch Firmen auf Webseiten zu outen, die "Verpackungsmogler" sind oder wie in Berlin praktiziert, wiederholte Verstöße gegen Gesundheitsauflagen (Gastronomie /Imbiß/Restaurant),und es möglich war, einer besonderen Unternehmensgruppe (Touristik/Gastgewerbe/Hotellerie) einen "Sondersteuersatz von 7 %" einzuräumen, sowie allen Arbeitnehmern immernoch nach 20 Jahren den "Solidaritätszuschlag" vom Lohn abzieht, wieso also nicht eine Regelung wie im Sozialverträglichkeitsgesetz vorgeschlagen ?

[30] Wieso dann nicht auch die "sozialverträglichen Unternehmen" auf einer Webseite öffentlich für potentielle Bewerber transparent darstellen, ebenso die "schwarzen Schafe" der Unternehmen, die "sozialunverträglich" sind, transparent für Bewerber zu nennen und für Ihre "negativen Arbeitsbedingungen" zur Verantwortung zu ziehen ?

[31] Ich hoffe auf eine richtungsweisende Entscheidung und somit Eurer Unterstützung dieses Antrages Mit besten Grüssen Jörg Pfannschmidt

PA462 - Güterverkehr mit dem Eurorapid

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ulrich Tang

Zusammenfassung

Der Eurorapid erreicht mit 50 Hz angetrieben 100 km/h längs des Rhein-Herne-, Dortmund-Ems- und Mittellandkanal ca. 650 km von Duisburg bis zur polnischen Grenze.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Modul 1: Präambel

[3] Durch die nationale und internationale Arbeitsteilung nimmt der Güterverkehr konti-nuierlich zu, ohne dass dafür die notwendige Infrastruktur ausgebaut wird. Dies ist für jeden an den zunehmenden Staus auf der Autobahn zu beobachten. Die Deutsche Bahn kann weder den Zuwachs bewältigen, noch ist sie in der Lage, die von der Wirtschaft geforderte Qualität wie insbesondere Flexibilität und Pünktlichkeit zu gewährleisten. Außerdem scheitert der Ausbau des Güterverkehrs und der Autobahnen am Wider-stand der Anlieger. Der Ausweg hiefür ist der Bau einer Magnetbahn mit dem Namen Eurorapid (Transrapid-Technik) von Duisburg längs des Rhein-Herne-, Dortmund-Ems- und Mittellandkanals bis zur polnischen Grenze. Die betriebs- und volkswirtschaftlichen Vorteile gegenüber Bahn und LKW sowie die besonderen technischen Merkmale werden nachfolgend skizziert:

[4] Modul 2: Da der Antrieb des Eurorapid im Fahrweg eingebaut ist, können einzelne oder Gruppen von Containern vollautomatisch fahren, ohne dass ein langer Zug zusam-mengestellt werden muss.

[5] Modul 3: Der Eurorapid erreicht angetrieben durch den Normalstrom von 50 Herz eine Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 100 km/h. Damit ist der Eurorapid durch das elektromagnetische „Förderband“ gegenüber LKW und Bahn hinsichtlich der Pünktlichkeit, Schnelligkeit, Flexibilität sowie Kosten und Leistung überlegen.

[6] Modul 4: Der drei-spurige Eurorapid entlastet die Autobahnen hinsichtlich des Verkehrs und der Fahrbahnabnutzung und reduziert damit erheblich den Treibstoffverbrauch.

[7] Modul 5: Da die Kanäle sowie deren Böschungen mit den Bewirtschaftungswegen Eigentum des Bundes sind, und es an den Kanälen in der Regel keine Wohnbebauung gibt, dürfte der Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau des Eurorapid gering sein.

[8] Modul 6: Der Eurorapid kann für längere Strecken mit seiner hohen Durchschnittsge-schwindigkeit von ca. 100 km/h auch Elektro-PKWs befördern und gleichzeitig deren Batterien aufladen.

[9] Modul 7: Beim Bau der Eurorapid-Trasse sollte eine Erweiterung für die Personenbeförderung mit Geschwindigkeiten bis über 400 km/h vorgesehen werden.

[10] Modul 8: Der Eurorapid kann mit einer Hochspannungs-Stromtrasse kombiniert werden.

[11] Modul 9: Die Investitionen für den Eurorapid können als eine realwirtschaftliche Rentenrücklage genutzt werden.

[12] Modul 10: Der Eurorapid ist mit ca. 18 Mrd. € für eine Strecke von ca. 650 km ein beschäftigungswirksames Konjunkturprogramm.

[13] Modul 11: Der Bau des Eurorapid kann die Grundlage für ein europaweites Verkehrsnetz sein.

[14] Modul 12: Die Piraten fordern mit dem Eurorapid ein umweltfreundliches, leistungsfähiges und modernes Verkehrsmittel, das die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärkt.

Begründung

[15] Der Eurorapid ist umweltfreundlich, schnell, Rohstoff schonend,schafft neue Arbeitsplätze, entlastet den Güterfernverkehr auf den Autobahnen, steigert die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

PA463 - Gewaltenteilung und demokratische Legitimation

Grundsatzprogramm - Demokratie LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 LQFB 7 LQFB 8

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Gewaltenteilung gewährleisten, Unabhängigkeit der Judikative sicherstellen, demokratische Verfahren erweitern und verbessern, klare Abgrenzung der Kompetenzen, Demokratisierung internationaler Institutionen, Würdigung von NGO und Publicative

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Bestandteil des Grundsatzprogramms folgende Passage als Ersatz für den gegenwärtigen Passus Gewaltenteilung und Freiheit stärken - ggf. modular beschließen - beschließen:

Präambel

[2] Die Trennung der Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative bildet die Grundlage des demokratischen Staates. Sie sorgt für berechenbares staatliches Handeln, da die gegenseitige Kontrolle der Gewalten Willkür verhindert. Institutionen, die im Staatswesen zum Handeln befugt sind, bedürfen der demokratischen Legitimation. Wir Piraten sorgen dafür, dass diese Grundsätze wieder deutlicher in der praktischen Politik verwirklicht werden.

Modul 1 Gewaltenteilung

[3] Wir wollen Strukturen abbauen und Institutionen auflösen, deren Zuordnung zu den grundlegenden Gewalten unklar ist. Das bezieht sich auf Institutionen, die trotz ihrer Anbindung an die Legislative exekutive Aufgaben übertragen bekommen haben, aber auch auf Institutionen, die durch ihre Rechtskonstruktion der notwendigen parlamentarischen Kontrolle entzogen sind. Wir Piraten erkennen, dass für die exekutive Kontrolle von Regierung und Verwaltung Stellen geschaffen werden müssen, die unabhängig arbeiten können. Dafür sind geeignete neue Strukturen und Organisationsformen innerhalb der Exekutive zu entwickeln, die unmittelbare parlamentarische Kontrolle ist sicherzustellen.

Trennung von Legislative und Exekutive

[4] Um eine saubere Trennung von Legislative und Exekutive zu erreichen, ist die Zugehörigkeit zur Exekutive als Bundeskanzler bzw. Ministerpräsident, Minister, Staatsminister oder Staatssekretär mit dem Mandat als Parlamentarier nicht vereinbar. Diese Position ergänzt die bereits existierenden Bestimmungen zur Unvereinbarkeit der Tätigkeit als Beamter mit dem Mandat als Abgeordneter des kontrollierenden Parlaments.

Modul 2 Unabhängigkeit der Judikative

[5] Die Unabhängigkeit der Judikative von unmittelbarer Einwirkung durch die anderen Gewalten hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik bewährt. Das gilt insbesondere für die Verfassungsgerichtsbarkeit, die sich mehrfach als Schützer der Grundrechte des Einzelnen gegenüber Legislative und Exekutive erwiesen hat.

Modul 3 demokratische Verfahren

[6] Wir treten dafür ein, demokratische Verfahren auszuweiten und zu verbessern, wo sie sich unmittelbar auf eine Handlungsbefugnis beziehen. Das heißt im Umkehrschluss: Wir lehnen Demokratie-Placebos ab, die etwa mit einer Direktwahl des Bundespräsidenten eine demokratische Legitimation zu verleihen scheinen, obwohl damit keine originäre Handlungsbefugnis verbunden ist.

Modul 4 Kompetenzabgrenzung

[7] Unverzichtbarer Bestandteil der Gewaltenteilung ist auch die klare Abgrenzung von Kompetenzen zwischen den Ebenen politischen Handelns: Kompetenzen sind möglichst klar dem kommunalen Handeln, der Landespolitik oder aber der Bundespolitik zuzuordnen, um demokratische Gestaltung und Kontrolle wirksam werden zu lassen.

Modul 5 Demokratie in internationalen Institutionen

[8] Piraten fordern die demokratische Fundierung europäischer und internationaler Politik. Entscheidungsgremien, die keine demokratische Legitimation auf der Ebene ihres Wirkens haben, beschädigen das demokratische Fundament. Piraten lehnen die Durchsetzung von politischen Zielen über den »Umweg« internationaler Institutionen strikt ab.

Modul 6 NGO und Publicative

[9] NGOs und Publikative sind in ihrer Mahner- und Wächterfunktion für den Meinungsbildungsprozess unverzichtbar, ihre Unabhängigkeit und Vielfalt gilt es zu schützen, das gilt insbesondere auch für die neuen Formen dezentralen publizistischen Wirkens im Internet. Diesen freien Trägern des öffentlichen Diskurses fehlt allerdings grundsätzlich die demokratische Legitimation, die sich allein aus Wahlen und Volksabstimmungen ergibt. Es ist Aufgabe der demokratisch legitimierten Institutionen, auch die Interessen zu berücksichtigen, die sich nicht machtvoll und organisiert Gehör verschaffen.

Begründung

[10] Das Thema der Gewaltenteilung ist die Grundlage eines demokratischen Staates. Zugleich haben sich im Laufe der Zeit unklare Verhältnisse eingeschlichen, die abzubauen im Interesse von demokratischer Klarheit und Legitimation geboten ist. Die in diesem Zusammenhang relevanten Bereiche werden mit dem Antrag benannt. Er greift insbesondere die Positionen zur unabhängigen Judikative und zur Rolle der Publikative im gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess auf.

[11] Der Antrag legt aber weiterhin Wert darauf, dass demokratische Legitimation allein über Wahlen und Abstimmungen erlangt werden kann, wie es z.B. im Artikel 20 GG kodifiziert ist. Insofern ist der Hinweis auf die fehlende demokratische Legitimation von NGOs und Publikative notwendig, auch wenn ihre Rolle im Meinungsbildungsprozess gar nicht unterschätzt werden kann und mit aller Deutlichkeit zu würdigen ist.

[12] Der Antrag legt im übrigen Wert darauf, auch die Institutionen des gemeinschaftlichen Europas besser demokratisch zu fundieren. Hier bestehen aber weiterhin deutliche Defizite. Der Antrag legt daher Wert darauf, dass

die demokratischen Entscheidungsprozesse der bundesdeutschen Gesetzgebung nicht über den Umweg internationaler Institutionen ausgehebelt werden dürfen.

[13] *Der Initiator der Liquid Feedback Initiativen Eberhard Zastrau hat diesen Antrag bereits zum BPT 2012.1 eingereicht, er wurde dort nicht behandelt. Eberhard Zastrau ist am 22.05.2012 verstorben, die Berliner Piraten haben versprochen, seine unbehandelten Anträge einzureichen - das erfolgt hiermit."*

PA464 - Ehrenamtliche Arbeit als Erwerbsarbeit anerkennen und staatliche Fördergelder für Entwicklungsprojekte.

Wahlprogramm - Entwicklungspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann, Birgiene Uhl (merapi22&globales bGE!

Zusammenfassung

Gleiche Arbeit muss mit gleichem Lohn vergolten werden, unabhängig davon, ob es sich ein Ehrenamt oder Erwerbstätigkeit handelt.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur kommenden Bundestagswahl in den Passus: „Entwicklungshilfe“ nachfolgendes einzufügen:

[2] Ehrenamtliche Arbeit ist gleichwertig wie Erwerbsarbeit. Ehrenamtliche Hilfsprojekte sind gleichwertig wie die großen Hilfsoranisationen und sollten genauso staatliche Förderungen erhalten.

Begründung

[3] Die meisten großen Organisationen benötigen häufig längere Entscheidungswege. Hilfe kommt dann oft erst viel später an, als sie gebraucht wird. Oft blockiert auch Korruption den Zugang der Bedürftigen zur dringend benötigten Hilfe. Doch kleinere Organisationen und Privatpersonen helfen dann direkt vor Ort, ohne größere Umwege. Wenn jedoch einer der Helfer arbeitslos im Sinne des deutschen Gesetzes ist, lässt es das Arbeitsamt nicht zu. Begründung: Erwerbstätigkeit ginge vor. Wie aber wäre es, wenn das Ehrenamt mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt wird? Jeder Ehrenamtliche sollte dementsprechend auch vergütet und sozialversichert werden, damit er seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann. Denn bei einem Ehrenamt handelt es sich sehr oft um ein Engagement für Menschen und Umwelt. Meist „arbeiten“ Ehrenamtliche mindestens genauso viele Stunden die Woche wie ein normaler Angestellter. Kleinere Organisationen sollten zudem einen besseren Zugang zu öffentlichen Fördermitteln bekommen als bisher, damit nicht, wie bisher üblich, mit zweierlei Maß bei den Behörden gemessen wird. So wird vermieden, dass wertvolles Wissen und Können der Bürger durch Arbeitsämtern, Zeitarbeitsfirmen und Billiglohnanbietern vergeudet wird. Ein Beispiel für einen gemeinützigen Verein: Wiederaufforstung und Armutsbekämpfung(www.aaa-germany.de)

PA465 - Retten von Lebensmitteln straffrei, Vernichten von Lebensmitteln mit hoher Abfallgebühr bestrafen.

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Steffen Hannemann, Birgiene Uhl (merapi22&globales bGE)

Zusammenfassung

Wegwerfen von 50% aller Lebensmittel ist heute normal, das Mülltauchen steht unter Strafe. Durch hohe Abfallgebühren wird es für die Lebensmittelkonzerne billiger diese nicht wegzuwerfen, sondern mit 50..90% Rabat im Laden anzubieten

Antragstext

[1] Der BPT möge folgendes Positionspapier beschließen: Abfälle aus Mülltonnen retten soll straffrei werden, gute Lebensmittel vernichten mit einer hohen Abfallgebühr belegt werden.

Begründung

[2] Heute werden 50% aller Lebensmittel einfach in der Mülltonne entsorgt. Teilweise noch mit monatelanger Haltbarkeit. Diese Tonnen hinterm Supermarkt werden mit Ketten und Schlössern gegen Abfalldiebstahl gesichert. Wer beim “Containern“ erwischt wird, dem droht eine Ordnungsstrafe. Die Lebensmittelkonzerne sollen für derartigen “Abfall“ hohe Gebühren bezahlen, dadurch wird es billiger, die Waren noch zum halben bis zehntel Preis im Laden anzubieten. Dadurch würden die Tafelläden überflüssig, jeder Bürger kann wählen, was er kauft. Die Umwelt wird dadurch entlastet, wird doch selbst Fleischüberschuss so entsorgt.

PA466 - Thesen für ein demokratischeres Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene

Wahlprogramm - Wahlrecht LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Monika Belz

Zusammenfassung

Änderung des Wahlrechts für mehr Einfluss des Bürgers, Einführung von Kumulieren und Panaschieren, Mehrmandats-Wahlkreise, Ersatzstimmen

Antragstext

Modul 1 Mehr Demokratie beim Wählen

[1] Parteipolitisch geprägte Organisationen und parteipolitische Einflüsse auf gesellschaftliche Institutionen durchdringen immer stärker die gesellschaftlichen Strukturen; das wird zum Beispiel in den Rundfunkräten der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten deutlich. Dem steht seit langem eine Erstarrung des unmittelbar politischen Lebens gegenüber. Andererseits ist ein gewachsener Einfluss von Lobbygruppen unmittelbar auf Regierung und Gesetzgebung zu beobachten, der mit einem schwindenden Gewicht des Parlaments einhergeht.

[2] Für eine lebendige Demokratie ist eine starke Legislative mit engagierten Abgeordneten erforderlich. Doch der Einfluss der Wähler auf die Auswahl der Kandidaten ist gering. Eine stärkere unmittelbare Legitimation des einzelnen Abgeordneten kann seine Stellung im Parlament und gegenüber der Regierung verbessern.

[3] Um Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten zu stärken, setzen sich Piraten für eine Änderung des Wahlrechts ein. Der Einfluss des Wählers auf die personale Zusammensetzung der Parlamente muss größer werden. Auch sind die Hemmschwellen abzubauen, die bislang neue politische Kräfte dabei behindern, erfolgreich für Wahlen zu kandidieren.

Modul 2 Kumulieren und Panaschieren

[4] Um zu erreichen, dass Wähler aus einer Zahl von Kandidaten – auch innerhalb einer Partei – eine Auswahl treffen können, besteht die effektivste Form darin, Stimmen zu kumulieren. Diese Möglichkeit, einzelne Kandidaten mit mehreren Stimmen zu unterstützen, ist bei Kommunalwahlen in Bayern und Baden-Württemberg seit Jahrzehnten gang und gäbe. Die zweite Möglichkeit, einer verbesserten Auswahlmöglichkeit besteht in der Chance, Kandidaten aus verschiedenen Parteien zu unterstützen (panaschieren), auch dies ist bei Kommunalwahlen lang bewährte Praxis. Andererseits behindert das in diesen Ländern übliche Verfahren kleinere Parteien, da für eine gleichberechtigte Teilnahme an der Wahl eine Vielzahl von Kandidaten aufgestellt werden müssen. Das traditionelle Verfahren führt auch zu besonders großen und unübersichtlichen Stimmzetteln. Die einfache Übertragung dieses Wahlverfahrens auf Wahlen zum Landtag oder zum Bundestag scheidet daher aus. Doch gibt es in den norddeutschen Bundesländern einfachere Verfahren, die Kumulieren und Panaschieren in einer praktikablen Form umsetzen und sich auch für Landtagswahlen und Bundestagswahlen realisieren lassen.

Auch die Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg und Bremen zeigen, wie sich Kumulieren und Panaschieren in einfacherer Form umsetzen lässt.

Modul 3 Mehrmandate-Wahlkreise

[5] Bei den Bundestagswahlen gibt es mit den Landeslisten bereits eine regional gegliederte Auswahl der zu wählenden Kandidaten. Das ist für Kumulieren und Panaschieren in den größeren Flächenländern immer noch eine zu grobe Unterteilung. Mehrmandate-Wahlkreise, die eine genügend große Zahl von Mandaten ins Parlament senden, können hier eine bessere Unterteilung bringen. Zusätzliche Wahlkreise, in denen nur ein Mandat vergeben wird, sind dann überflüssig.

[6] Die erzielten Mandate jeder kandidierenden Partei errechnen sich nach dem Verhältniswahlrecht für das gesamte Wahlgebiet. Sie werden danach auf die Mehrmandate-Wahlkreise verteilt. In den Wahlkreisen werden Mandate entsprechend der Nenngröße des Wahlkreises unmittelbar vergeben und auf die Gesamt-Mandate angerechnet.

Modul 4 Ersatz-Stimmen

[7] Neue Parteien haben derzeit wesentlich schlechtere Chancen, bei Wahlen erfolgreich zu sein, als sich vertreten lässt. Zwar ist es sinnvoll, eine völlige Zersplitterung des Parlaments zu vermeiden und eine zu Teilen auch taktische Aufteilung der kandidierenden Listen zu verhindern, aber eine in diesem Rahmen sinnvolle Stimmhürde verhindert eben auch, dass neue Parteien mit realistischer Chance an den Wahlen teilnehmen können, weil ein taktisches Verhalten der Wähler dazu führt, dass sie eher Parteien wählen, die bereits im Parlament vertreten sind.

[8] Eine gute Möglichkeit, diesen Effekt gegen neue politische Kräfte zu vermeiden, besteht darin, dass die Wähler Ersatzstimmen abgeben können, die zum Zuge kommen, wenn ihre erste Präferenz keinen Erfolg hat. Sobald also eine vom Wähler vergebene Hauptstimme nicht für die Mandatsverteilung wirksam werden kann, weil die gewählte Partei an der Stimmhürde scheitert, zählen die Ersatzstimmen. Verfahren, wie in solchen Fällen verfahren werden kann, gibt es zum Beispiel beim absoluten Mehrheitswahlrecht, wie es in Australien gilt.

Modul 5 Der konkrete Vorschlag

[9] Das gesamte Wahlgebiet gliedert sich in Mehrmandatewahlkreise, in denen jeweils eine genügend große Zahl von Mandaten vergeben werden. Die Gesamt-Zahl der über diese Wahlkreise unmittelbar vergebenen Mandate soll das Entstehen von Überhangmandaten verhindern. Die Wähler haben die Auswahl zwischen den Kandidaten in diesen Mehrmandatewahlkreisen und können hier bis zu fünf Stimmen abgeben. Die Stimmen können insgesamt für eine Parteiliste oder auf einzelne Kandidaten – auch verschiedener Parteien – verteilt werden. In jedem Wahlkreis werden der Nominalzahl für den Wahlkreis entsprechende Mandate unmittelbar vergeben. Mandate, die auf eine Partei entfallen, die an der Stimmhürde scheitert, bleiben als Einzelmandate fraktionsloser Abgeordneter erhalten und werden von der Zahl der auf die erfolgreichen Parteien zu verteilenden Mandate abgezogen. Gewinnt eine Partei in drei Wahlkreisen ein Direkt-Mandat, so werden die von ihr erreichten Stimmen bei der Gesamt-Mandatsverteilung berücksichtigt (Grundmandate-Klausel). Mandate der erfolgreichen Parteien werden in die Mandatsverteilung dieser Parteien einbezogen. Die Mandatsverteilung für die erfolgreichen Parteien findet nach den Kriterien des Verhältniswahlrechts für das gesamte Wahlgebiet statt. Innerhalb der Parteien werden die Mandate auf die Kandidaten in den Mehrmandatewahlkreisen verteilt, eine zwischengeschaltete Mandatsberechnung für Regionen innerhalb des gesamten Wahlgebiets (also etwa für die Bundesländer oder bei Landtagswahlen für Regierungsbezirke) ist möglich, wie bisher bereits bei den Bundestagswahlen oder auch den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Das dafür angewandte Verfahren darf weder Überhangmandate auslösen noch eine erhebliche Verzerrung der regionalen Verteilung verursachen, damit sind die Verfahren nach d'Hondt und Hare/Niemeyer als ungeeignet anzusehen, das Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë kann als geeignet angesehen werden. Da es möglich ist, die Stimmen auch gebündelt für die Gesamtliste zu vergeben, werden bei der Bestimmung der Mandatsträger zunächst die Mandate festgelegt,

die durch die auf die Gesamtliste entfallenen Stimmen beansprucht werden können. Anschließend folgen die Kandidaten entsprechend ihrem persönlichen Stimmergebnis. Dieses Verfahren orientiert sich am Bremer Beispiel. Um zu verhindern, dass das Stimmrecht eines Wählers verfällt, weil er mit seinen Hauptstimmen eine an der Stimmhürde gescheiterte Partei gewählt hat, können Ersatzstimmen vergeben werden, für die eine strikte Reihenfolge anzugeben ist und die erforderlichenfalls statt der Hauptstimmen in die Ergebnisberechnung aufgenommen werden. Zur Ermittlung, ob eine Partei die Stimmhürde erreicht hat, werden zuerst die Hauptstimmen berücksichtigt. Es wird dann schrittweise die jeweils kleinste Partei, die nicht die Stimmhürde erreicht hat, aus der Berechnung herausgenommen und für ihre Stimmen die abgegebenen hierarchisierten Ersatzstimmen in die Berechnung einbezogen. Dieses Verfahren wird solange wiederholt, bis keine bei der Zählung berücksichtigte Partei mehr die Stimmhürde verfehlt, bzw. für Parteien, die die Stimmhürde verpassen, keine weitere Ersatzstimme mehr gezählt werden kann.

Begründung

[10] Das vorgeschlagene Wahlverfahren orientiert sich an Initiativen des Bürgerrechts-Vereins »Mehr Demokratie e.V.«. Es bezieht dabei eine Mittelposition zwischen den von »Mehr Demokratie« angeregten Wahlverfahren in Bremen (nur Gesamt-Liste in den beiden Wahlgebieten Bremen und Bremerhaven) und Hamburg (Landesliste und Wahlkreise). Die in Hamburg realisierte Doppelung ist zu kompliziert und bringt keinen zusätzlichen Gewinn bei der Auswahl der Kandidaten, deshalb haben wir hier darauf verzichtet. Zusätzlich haben wir hier aber die Möglichkeit für Ersatzstimmen aufgenommen, um neuen Parteien eine größere Chance zu einer erfolgreichen Wahlbeteiligung zu verschaffen. (vgl.: Wahlrecht Bremen und Wahlrecht Hamburg)

[11] Für die Hamburger Wahlen sind inzwischen Musterstimmzettel im Netz einsehbar.

[12] Eine genaue Festlegung auf das anzuwendende Verteilungsverfahren wird hier nicht getroffen, um auf neuere Erkenntnisse zur Verteilungsgerechtigkeit der Verfahren flexibel eingehen zu können.

[13] Eine ausführlichere Darstellung der einzelnen Schritte des vorgeschlagenen Verfahrens steht auf der Diskussionsseite zur Ausgangsinitiative im Bundes-Liquid.

PA467 - Euro-Kollaps

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ulrich Tang

Zusammenfassung

Was ist zu tun, wenn die Euro-Zone auseinanderbricht?

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modulas beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen:

[2] Modul 1:Präambel Die Wirtschaftsweisen halten ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone für möglich (Handelsblatt vom 09.07.2012). Die Ursachen hierfür können vielfältig sein. Die US-Notenbank hat ab 2008 mit dem Kauf von 900 Mrd. Dollar die Geldmenge fast verdreifacht, und Europazentralbankchef Draghi hat angekündigt, zur Sicherung des Euros, Staatspapiere unbegrenzt zu erwerben. Auf eine Inflation oder das Auseinanderbrechen der Euro-Zone sollten die Piraten mit eigenen Vorschlägen vorbereitet sein.

[3] Modul 2: Nach einem Euro-Kollaps sollte im Zentrum der Wirtschaftspolitik der Erhalt der realwirtschaftlichen Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte stehen. Die außer Kontrolle geratenen Finanzmärkte sind so zu reformieren, dass sie nur noch den realwirtschaftlichen Märkten dienen können.

[4] Modul 3: Alle Kreditinstitute und Versicherungen erhalten eine straffe regionale Gliederung.

[5] Modul 4 Die Kreditinstitute wickeln das für die Realwirtschaft wichtige Aktivgeschäft (Kredite an Wirtschaft und Private), das Passivgeschäft (Einlagen der Privaten und der Wirtschaft) sowie die banküblichen Dienstleistungen (nationaler und internationaler Zahlungsverkehr, Wertpapierhandel u. a.) ab.

[6] Modul 5: Die Kreditinstitute dürfen keine Kredite untereinander gewähren. Neben den üblichen Einlagen der Privatkundschaft können die Kreditinstitute nur Kredite von der EZB erhalten.

[7] Modul 6: Alle Termingeschäfte, soweit sie keinen realwirtschaftlichen Hintergrund wie z.B. bei Warenexporten haben , alle Leerverkäufe von Wertpapieren, alle Finanzderivate und der spekulative Computer-Börsenhandel sind verboten

[8] Modul 7: Die Börsen in Europa sollten nach einem Börsencrash nicht geschlossen werden sondern gemeinsam für jedes Wertpapier täglich nur einen Kassakurs festlegen. Der Kassakurs ist der Kurs, der unter Berücksichtigung aller Handelsvorgaben den höchsten Umsatz gewährleistet.

[9] Modul 8: Anpassungsmechanismus an Stell von Wechselkursänderungen

[10] Modul 8a: Die Unterschiede in der Wirtschaft durch Mentalität und politisches Verhalten wurden früher in Europa durch schwankende Wechselkurse ausgeglichen. Heute müssen feste Regeln hinsichtlich privater und öffentlicher Verschuldung, Einkommensentwicklung, Inflation, Höhe der Soll- und Habenzinsen sowie Außenbeitrag (Export minus Import) gefunden werden, die automatisch Fehlentwicklungen verhindern. Modul 8b: Für die jeweiligen Regionen werden die Soll- und Habenzinsen unter Berücksichtigung von Inflation/Deflation und Konjunktur einheitlich von einer unabhängigen Kommission bei der EZB festgelegt. Bei einer Inflation über 2 % werden die Soll- und Habenzinsen erhöht. Bei einer Inflation unter 2 % bzw. Deflation werden die

Soll- und Habenzinsen gesenkt. Dagegen werden bei einer Inflation über 2 % alle Einkommen in der Region gekürzt und bei einer Inflation unter 2 % oder Deflation erhöht. Die Erhöhung und Senkung von Zinsen und Einkommen erhöhen und senken die Kaufkraft. Die Zahlungen werden jährlich über die EZB in Zusammenarbeit mit Kreditinstituten, Arbeitgebern und Finanzämtern abgewickelt. In den südeuropäischen Krisenländern könnte auf diesem Wege bei einer deflationären Entwicklung die Kaufkraft, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung gestärkt werden.

Begründung

[11] Die Piratenpartei sollte sowohl für die aktuelle Euro-Krise als auch für ein mögliches Auseinanderbrechen der Euro-Zone mit eigenen Vorschläge vorbereitet sein.

PA468 - Sozialversicherung erhalten

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Pirath rentenberater-rath@gmx.de

Zusammenfassung

Die Alterung der Gesellschaft und die Veränderungen der Erwerbsbiografien gefährden die Funktionsweise unserer Sozialversicherungssysteme. Hierfür muss die Einnahmenbasis umgestaltet werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modularbeschließen und an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm aufnehmen:

[2] Modul 0: Präambel Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, die umlagefinanzierte Sozialversicherung zu erhalten.

[3] Modul 1: Die Beitragshöhe soll ohne Ausnahmen mit der Höhe des Einkommens steigen. Geringfügigkeitsgrenzen, Mindestbeitragsbemessungsgrundlagen und Beitragsbemessungsgrenzen sind aus unserer Sicht nicht sinnvoll.

[4] Modul 2 Wir wollen alle in Deutschland lebenden Personen in die Sozialversicherung einbeziehen.

[5] Modul 3 Den Veränderungen der Erwerbsbiografien und der Veränderung der Einkommensstruktur soll durch die Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage Rechnung getragen werden. Alle Einkünfte sollen zur Finanzierung der Sozialversicherung herangezogen werden.

Begründung

[6] >> etwas allgemeiner formulierter Antrag für das Grundsatzprogramm analog zum PA436 <<

[7] Die Sozialversicherung soll nach dem Solidarprinzip funktionieren. Bezieher geringer Einkommen sollen profitieren und Bezieher höherer Einkommen sollen proportional zu ihrem Einkommen zur Finanzierung beitragen. Hiervon würden im Vergleich zu Status Quo vor allem Selbstständige mit geringen Einkünften profitieren, die in der gesetzlichen Krankenversicherung bisher überproportional Hohe Beiträge zahlen müssen. Auch Beschäftigte mit geringen Einkünften sollen zukünftig wieder echte Rentenanwartschaften erwerben (inkl. Erwerbsminderungsrentenanspruch).

[8] Privatisierungen der sozialen Sicherung sind nicht sinnvoll. Die Praxisgebühr soll abgeschafft werden. Die Steuersubventionierungen der privaten Altersvorsorge soll aufgehoben werden.

[9] Auch Beamte, Abgeordnete, Unternehmer und Selbstständige sollen auch Teil der Solidargemeinschaft werden. Die Einbeziehung von neuen Beamten in die Sozialversicherung würde zu einer Doppelbelastung der jeweiligen Dienstherren führen, die in geeigneter Weise kompensiert werden sollte. Manche Gebietskörperschaften legen bereits Rücklagen hierfür an.

[10] Die Beitragssatzsenkung würde positive Beschäftigungseffekte mit sich bringen. Viele privat Krankenversicherte hätten eine Alternative zu den stark steigenden Beiträgen.

[11] Das Rentenniveau könnte auf dem aktuellen Niveau stabilisiert werden.

[12] Flankierend soll ein Sockeleinkommen zur Bekämpfung aktueller Altersarmut eingeführt werden.

PA469 - Kriegswaffenkontrollgesetz demokratisieren.

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NorbertE

Zusammenfassung

Der Export von Kriegswaffen erfordert ein Höchstmaß an Verantwortung, daher soll, bis ein generelles Verbot umgesetzt werden kann, der Bundestag über entsprechende Genehmigungen entscheiden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 oder als Positionspapier, Bereich Außen- /Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik, aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes, so dass Geschäfte mit Kriegswaffen nur mit der Zustimmung des Bundestages genehmigt werden, sobald sie von erheblichem Umfang sind. Betroffene Ministerien sind nur ausführend und beratend hinzuzuziehen.

Begründung

[3] Neben direkten militärischen Operationen und Interventionen ist die Bereitstellung von Kriegswaffen das signifikanteste Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Gerade die Übergabe von Kriegswaffen an andere Staaten und Organisationen stellt aber aufgrund der möglichen verheerenden Folgen, die sowohl Gebrauch wie Missbrauch von Kriegswaffen hervorrufen, eine große Verantwortung dar. Über derlei Geschäfte sollte daher der Deutsche Bundestag entscheiden. Die Fachkompetenz der betroffenen Ministerien sollte in diesem Bereich allenfalls beratend, nicht aber beschließend wirksam werden. Der Erlass von Richtlinien nach welchen die Ministerien derlei Geschäfte selbst genehmigen können, stellt dagegen kein geeignetes Mittel dar. (Letzteres ist der Status Quo)

[4] Ich sehe diesen Antrag nicht als ultima ratio sondern als pragmatische Übergangslösung an. Ich befürworte ein generelles Exportverbot, halte diesen Antrag allerdings aus pragmatischen Gesichtspunken für mittelfristig wirksamer, solange wir unseren Anspruch ein generelles Exportverbot anzustreben nicht hinter ihm verstecken. Die Verlagerung der Entscheidung aus dem Wirtschaftsministerium in das Parlament schafft meines Erachtens auch genau jenes Bewußtsein bei Bürgerinnen und Bürger, das letztlich zu einem Generalverbot führen wird.

PA470 - Open Government und die Transparenz öffentlicher Organe

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Das Ziel von Open Government dagegen ist es, für einen neuen politischen Prozess zu sorgen, der von Transparenz, Information, Teilhabe und Zusammenarbeit geprägt ist. Das Ziel ist es, von einer Meckerkultur zu einer Mitmachkultur zu gelangen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Open Government ist der Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationsformen zwischen Bürgern und öffentlichen Institutionen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Open Government hat das Ziel, eine einfache, handhabbare Methode der Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb von Institutionen, zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen behördlichen Institutionen, zwischen Institutionen und einzelnen Bürger und zwischen Institutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen bereitzustellen. Erst durch eine prozessorientierte Organisation gestaltet sich dieser Prozess von Kommunikation und Informationsaustausch in einer für alle nützlichen Weise. Der Datenschutz genießt dabei die höchste Priorität. Die Piratenpartei fordert, diesen Kulturwandel voranzutreiben und dazu Anwendungen zu entwickeln oder fertigen Anwendungen zu prüfen und den Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Motto "effizient - sicher - vernetzt" sollen Wirtschaftlichkeitsprüfungen einzelner Systeme vorangetrieben werden.

[3] Will der Bürger sich politisch engagieren, so werden im heutzutage viele Steine in den Weg gelegt, was zu Demotivation und schlussendlich zu Politikverdrossenheit führt. Bekannte Probleme sind dabei zum Beispiel:

- Prozesse in Politik und Verwaltung sind für den Bürger zu kompliziert und nur schwer zu durchschauen. Es fehlt an der Handhabbarkeit von Bürgerseite aus.
- Der Informationsfluss ist hauptsächlich auf die Politiker abgestimmt. Der Bürger wird kaum informiert und wenn, sind Informationen nur schwer auffindbar.
- Der klassische politische Prozess ist sehr intransparent. Über Themen auf dem Laufenden zu bleiben oder überhaupt davon rechtzeitig zu erfahren, gestaltet sich sehr schwierig.
- Die klassischen Prozesse sind nicht darauf ausgelegt, dass Bürger und Politik direkt zusammenarbeiten. Es werden meist nur Konsultationsverfahren eingesetzt.

[4] All dies führt dazu, dass man als Bürger Entscheidungen nur schwer nachvollziehen kann und nicht das Gefühl hat, durch seine Eingaben viel erreichen zu können. Dies führt zu einer zunehmenden Demotivierung und am Ende kann daraus eine Protestkultur folgen.

[5] Das Ziel von Open Government dagegen ist es, für einen neuen politischen Prozess zu sorgen, der von Transparenz, Information, Teilhabe und Zusammenarbeit geprägt ist. Das Ziel ist es, von einer Meckerkultur zu einer Mitmachkultur zu gelangen.

[6] Dies bedeutet im Detail:

- Die Willens- und Meinungsbildung der Bürger soll durch Open Government gefördert werden. Open Government bedeutet mehr Transparenz, mehr Teilhabe und mehr Zusammenarbeit zwischen Politiker, Bürgern und Verwaltung.
- Online-Beteiligungsmöglichkeiten bieten zeitgemässe Formen der demokratischen Beteiligung. Transparenz, Sicherheit und offene Schnittstellen sollen die Eckpfeiler dieser Systeme sein.
- Die Piratenpartei strebt an, dass allgemeine Informationen, Entscheidungen aller Gremien und Politiker, sowie Protokolle und Videoaufzeichnungen möglichst aller Gremiensitzungen kurzfristig, dauerhaft und barrierefrei für jeden zur Einsicht bereit stehen.
- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass sich die Regierung verpflichtet, Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern und die Bürger aktiv in diesen Prozess einzubinden. Hemmungen und Bedenken der Menschen gegenüber neuen Technologien sind ernst zu nehmen. Open-Government-Systeme sind Weiterentwicklungen der klassischen Verfahren, jedoch sollten Online- und Offline-Komponenten sinnvoll verbunden werden. Es dürfen durch sie keine Hürden entstehen und niemand darf durch ihren Einsatz ausgeschlossen werden.
- Die Piratenpartei setzt sich für die Förderung, Koordinierung und Bewerbung des Themas Open Government auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein.
- Die Piratenpartei sich dafür ein, die direkte Kommunikation und Diskussion zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik zu verbessern, so dass man auf Vorschläge und Bemerkungen direktes Feedback erhält.
- Die Piratenpartei strebt an, dass Online-Petitionen auf Bundesebene im Grundgesetz verankert werden. Das Parlament darf die Fragen der Bürger und die aufgezeigten Missstände nicht unbeachtet lassen. Erfolgreiche Petitionen müssen in einer öffentlichen Sitzung im Bundestag behandelt werden. Zudem soll ein Vetorecht für legislative Beschlüsse des Bundestags gelten. Die Piratenpartei steht für die Schaffung von Möglichkeiten der effektiven Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet. Alle interessierten Bürger sollen in den Diskurs und die parlamentarische Arbeit einbezogen werden.
- Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Konzepte und Systeme zur internetbasierten Stimmabgabe bei Wahlen und Referenden evaluiert werden. Notwendiges Merkmal einer solchen Anwendung muss der uneingeschränkte und transparente Diskurs sein. Die Piratenpartei lehnt den Einsatz von Wahlmaschinen bei einer allgemeinen geheimen Wahl entschieden ab.
- Die Bürger sollen die Möglichkeit haben, Dienstleistungen aller öffentlichen Organe auch über digitale Behördengänge in Anspruch zu nehmen. Entbürokratisierung und transparent dargestellte Verwaltungsprozesse müssen hierbei im Vordergrund stehen

PA471 - Klimapolitik

Grundsatzprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christopher Schrage, Nixus, nixus_nrw

Zusammenfassung

Eindeutige Positionierung der Piratenpartei zur Notwendigkeit des Klimaschutzes.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Menschheit ist dabei das Weltklima zu ändern. Dies ist die Folge der Freisetzung sogenannter Treibhausgase. Diese sind im Wesentlichen: Kohlendioxid (CO2), Methan (CH4) und Lachgas (N2O). Wir erkennen die Notwendigkeit an, den bereits jetzt unaufhaltsamen Prozess zu verlangsamen um mögliche, mit hoher Wahrscheinlichkeit sehr schwerwiegende Folgen zu begrenzen. Wir stützen unsere Annahmen und abgeleiteten Forderungen im Wesentlichen auf die Sachstandberichte des IPCC*. Wir sind nicht vollständig in der Lage dieses Wissen zu prüfen, daher sind wird jederzeit bereit auch andere Erkenntnisse mit einzubeziehen. Eine bessere Grundlage sehen wir derzeit nicht, uns fehlt die Möglichkeit Klimaänderungen direkt wahrzunehmen und zu bewerten.

[3] Dieses Bekenntnis verlangt von uns als Partei, die Politik mitgestalten will, Konzepte vorzulegen, wie das Ziel erreicht werden kann. Die tatsächlichen jetzt und künftig notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung der Produktion und Freisetzung der genannten Gase im Einzelnen können wir nur ansatzweise benennen. Wir gehen davon aus, dass die Umsetzung Folgen für jeden Einzelnen haben wird.

[4] Wir sind für Freiheit. Wenn individuelle Freiheit begrenzt werden soll, so muss es dafür Gründe geben und die Beschränkung muss nachvollziehbar und gerecht sein. Das heißt, sie sollte für Jeden in gleichem Umfang gelten, denn alle Bürger haben die gleichen Rechte. Wenn dies nicht möglich ist, sind Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

[5] IPCC = Intergovernmental Panel on Climate Change, deutsch: Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen

Begründung

[6] Antragsbegründung

[7] Nahezu alle Parteien in Deutschland bekennen sich mehr oder weniger deutlich zum Klimaschutz. Aus unterschiedlichen Parteien heraus gebildete Regierungen haben in der Vergangenheit Ziele formuliert, haben sie auf internationalen Konferenzen präsentiert und sind zum Teil daraus resultierende Verpflichtungen für unser Land eingegangen. Die Folgen dieser Zusagen müssen von allen Bürgern getragen und umgesetzt werden. Im Wesentlichen dann, wenn Diejenigen, die die Versprechen gemacht haben, nicht mehr im Amt sind.

[8] Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist jedoch bisher wenig geschehen um die Ziele tatsächlich erreichbar zu machen. Unter der Regierung Schröder ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf den Weg gebracht worden, Ökosteuern mit zweifelhafter Wirkung oder Nichtwirkung wurden eingeführt, Vorschriften im Baurecht wurden erlassen und der Handel mit CO2-Emissionsrechten wurde eingeführt. Frau Merkel, einst als „Klimakanzlerin“ angetreten, hat es bisher bei guten Worten belassen. Die verkündete „Energiewende“ ist direkte Folge des Ausstiegs aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie und bis heute keine aktive Klimapolitik.

[9] Wenn Deutschland heute dennoch kurz davor ist die Vorgaben der Rio-Konferenz von 1992 und deren Nachfolgekonferenzen einzuhalten, dann ist dies weniger der eigenen Leistung zu verdanken als dem nahezu vollständigen Zusammenbruch der extrem energieineffizienten Wirtschaft der DDR nach der Wende.

[10] Wir sehen uns in der Pflicht an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten, gerade weil wir die Freiheit der Einzelnen schätzen und wir sie erhalten wollen.

PA472 - Vermögensverteilung im neu verfassten Europa

Wahlprogramm - Europa LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die PIRATEN werden sich daher dafür einsetzen, dass im neu verfassten Europa eine progressive Vermögenssteuer etabliert wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die extreme und zunehmende Ungleichverteilung der Vermögen gefährdet sowohl die Marktordnung, als auch den sozialen Frieden und die Demokratie. Die PIRATEN werden sich daher dafür einsetzen, dass im neu verfassten Europa eine progressive Vermögenssteuer etabliert wird, die möglichst datensparsam und leicht verständlich ist, möglichst nachvollziehbare und belastbare Bewertungsverfahren verwendet und darüber hinaus auch in der Frage nach Art und Umfang der Verteilung der Bevölkerung in einer Volksabstimmung das letzte Wort lässt.

Begründung

[3] Extrem ungleiche Vermögensverteilung ist sowohl eine Folge der aktuellen Krise als auch eine Ursache der nächsten. Vermögenssteuern sind nicht schön, aber leider absolut notwendig für ein funktionierendes Gemeinwesen. Es geht hier nicht um “Verteilungsgerechtigkeit“ oder darum, Reichtum zu verbieten. Aber gigantische Vermögen bedeuten Machtkonzentrationen, die keine Marktwirtschaft und keine Demokratie aushalten kann.

PA473 - Wirtschaftspolitische Grundsätze (u.a. Modul-Alternativen aus PA002, PA091, PA444)

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hilmar

Zusammenfassung

In insg. 16 - teilweise alternativen - Modulen zu fünf Themenfeldern (überwiegend aus den Anträgen PA002, PA091, PA444) werden essentielle Punkte eines wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramms (z.B. Ordnungsrahmen, Nachhaltigkeit) gegenüber gestellt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag modular beschließen und an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm zur Wirtschaftspolitik aufnehmen:

Menschenbild

[2] **Modul 1**

[3] Das Menschenbild der Piratenpartei erkennt an, dass im Menschen sowohl kooperative und kreative Bedürfnisse als auch individualistische Begierden evolutionär angelegt sind. Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei fördert daher auf der einen Seite das menschliche Streben nach Selbstbestimmung und Sinn. Auf der anderen Seite versucht sie persönlichen Vorteilsnahmen zulasten des Gemeinwohls entgegenzuwirken, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten.

[4] **Modul 2 (alternativ zu Modul 1) – Extrakt aus PA002**

[5] Der Wirtschaftspolitik der Piratenpartei liegt ein Menschenbild zu Grunde, das den Menschen als Wesen begreift, welches nicht nur seinen ökonomischen Nutzen zu maximieren sucht, sondern auch danach strebt, selbstbestimmt zu leben und sich gemäß seines kreativen Potentials zu entfalten.

[6] **Modul 3 (alternativ zu Modul 1) – Extrakt aus PA091**

[7] Die Wirtschaftspolitik der Piratenpartei basiert auf einem humanistischen Menschenbild und ist bestimmt von Freiheit, Transparenz und gerechter Teilhabe.

Ordnungsrahmen

[8] **Modul 4**

[9] Die Piratenpartei tritt für eine marktwirtschaftliche Grundordnung ein, die auf freiem Wettbewerb sowie privatem Unternehmertum basiert. Der Staat greift dort regulierend ein, wo das freie Spiel der Marktkräfte den fairen Wettbewerb gefährdet. Die Verhinderung von Monopolen, Oligopolen und Kartellen ist dabei ein vorrangiges Ziel, um gerade auch für Selbständige sowie kleine und mittlere Unternehmen angemessene Marktanteile und -chancen zu gewährleisten. Dies gilt insbesondere für Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.

[10] Die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung des Eigentums, dem Gemeinwohl zu dienen (Art. 14, Abs. 2 GG), ist wirtschaftspolitisch in der Form sicherzustellen, dass vom Zuwachs größerer Privat- und Unternehmensvermögen auch die übrigen Teile der Gesellschaft profitieren. Dies umfasst sowohl das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als auch die Sicherung einer breiten Mittelschicht als Ausdruck des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands.

[11] Modul 5 (alternativ zu Modul 4) – Extrakt aus PA002

[12] Die Politik der Piratenpartei hat einen wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen zum Ziel, der einen Ausgleich zwischen den klassischen volkswirtschaftlichen Zielen Wachstum, Stabilität, hohem Beschäftigungsstand und Außenwirtschaftsgleichgewicht, sowie den gesellschaftspolitischen Zielen der Partei herstellt.

[13] Die Piratenpartei setzt sich für eine Eigentumsordnung ein, die Individualeigentum schützt, aber auch Zwischenformen von Individual- und Kollektiveigentum oder eigentumsähnliche Nutzungsrechte berücksichtigt. Eingriffsrechte des Staates, wie z.B. das aus der Sozialpflichtigkeit des Eigentums abgeleitete Recht auf Besteuerung, sollen sicherstellen, dass der Gebrauch des Eigentums auch dem gesellschaftlichen Gemeinwohl zu Gute kommt.

[14] Modul 6 (alternativ zu Modul 4) – Extrakt aus PA091

[15] Wir sehen freie, dezentral organisierte Märkte als derzeit beste Möglichkeit für die Wirtschaft an, sich zu entfalten. Allerdings sehen wir auch die Notwendigkeit staatlichen Handelns: Es ist die Aufgabe des Staates einen Ordnungsrahmen zu schaffen, in denen Märkte der Weiterentwicklung der Gesellschaft und dem Wohl der Menschen dienen. Eine Wirtschaftsordnung, bei der ein Teil der Gesellschaft trotz gesamtgesellschaftlichen Wohlstands in Armut lebt, ist keine soziale Marktwirtschaft.

[16] Als Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger hat der Staat nicht nur das Recht sondern in besonderen Situationen auch die Pflicht, regulierend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, sofern dies im Sinne des Allgemeinwohls ist. Fairer Wettbewerb, gerade auch für Selbstständige und kleine Unternehmen muss gewährleistet sein. Der Abbau von Monopolen, Oligopolen und Kartellen und eine Öffnung der Märkte sind erklärtes politisches Ziel der Piratenpartei.

[17] Modul 7 (alternativ zu Modul 4) – Extrakt aus PA444

[18] Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl und dem Einzelnen. Eigentum verpflichtet zum verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und Umwelt. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen gefährden die Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft. Regulierende Maßnahmen sind nur gerechtfertigt, wenn sie notwendig sind, um gesellschaftliche Ziele zu verwirklichen. Bestehende Regulierungen sind auf ihre Notwendigkeit und Wirkung hin zu überprüfen. Alle Regelungen sind so einfach wie möglich zu gestalten.

[19] Gesellschaftliche Ziele umfassen u.a.

- Verbraucher umfassend und wahrheitsgetreu zu informieren,
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen mit angemessener Bezahlung sicher zu stellen,
- Gesundheit und Umwelt zu schützen,
- eine artgerechte Tierhaltung sicherzustellen,
- fairen Wettbewerb durch Bewertung und Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kosten sicherzustellen,
- gesellschaftsschädigende Fehlentwicklungen wie beispielsweise Monopolbildung, Preisabsprachen und Unternehmen, die “too big to fail“ sind, zu verhindern.

Daseinsvorsorge

[20] Modul 8

[21] Güter und Dienstleistungen, die der Daseinsvorsorge dienen (z.B. Energie, Wasser, Verkehrsnetze, Nahrung), obliegen einer besonderen staatlichen Aufsicht. Sofern die entsprechende Versorgung nicht durch die öffentliche Hand gewährleistet wird, haben staatliche Regulierungen sicherzustellen, dass weder eingeschränkter Wettbewerb noch Finanzmarkt-Spekulationen zu überhöhten Preisen durch Profitmaximierungsstreben führen.

[22] Modul 9 (alternativ zu Modul 8) – Extrakt aus PA002

[23] Die Vertragsfreiheit soll insoweit beschränkt werden, um den Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, beim Vorliegen von ungleichen Verhandlungspositionen den schwächeren Vertragspartner zu schützen – insbesondere im Bereich Miet- und Arbeitsrecht – und um Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Geschlecht zu verhindern.

[24] Modul 10 (alternativ zu Modul 8) – Extrakt aus PA091

[25] Der Staat muss über geeignete Rahmenbedingungen einen ausreichenden Zugang zu existentieller Infrastruktur ermöglichen. Im Sinne der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfasst dies für uns nicht nur Lebensnotwendiges wie Trinkwasser und medizinische Versorgung, sondern auch den Zugang zu Informationen, Bildung und sozialen Kontakten.

Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik

[26] Modul 11

[27] Eine Wirtschaftspolitik, die sich an einem rein quantitativen und damit auch exponentiellen Wirtschaftswachstum orientiert, führt sowohl zum Interessenkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie als auch zur Überschuldung der Volkswirtschaften. Ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum ist mit den endlichen Ressourcen der Erde unvereinbar. Ressourcenverbrauch und Entsorgungskosten müssen stärker als bisher zu Wettbewerbsparametern werden. Diese Form von wirtschaftlicher Nachhaltigkeit sowie die Lebensqualität breiter Bevölkerungsschichten sind die qualitativen Zielparameter der Wirtschaftspolitik der Piratenpartei.

[28] Modul 12 (alternativ zu Modul 11) – Extrakt aus PA002

[29] Für die Piratenpartei misst sich wirtschaftlicher Erfolg nicht nur an ökonomischen Parametern des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, z.B. der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes oder dem Beschäftigungsstand, sondern vor allem auch an gesellschaftlichen Größen wie Verteilungsgerechtigkeit, ökologischen Nachhaltigkeitszielen und dem schonenden Umgang mit Ressourcen, sowie Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung im Sinne des Bruttonationalglücks.

[30] Modul 13 (alternativ zu Modul 11) – Extrakt aus PA091

[31] Für Piraten ist Wirtschaftspolitik nicht nur Wachstumspolitik. Die über den Markt verkauften Güter und Dienstleistungen sind nur ein sehr unvollständiges und zuweilen irreführendes Maß für den Wohlstand und für die Lebensqualität in einer Gesellschaft. An diesen Steuerungsgrößen allein darf sich Wirtschaftspolitik nicht ausrichten, sie muss sich stattdessen den individuellen Lebensentwürfen der Menschen öffnen, unabhängig davon, wie stark diese ins Wirtschaftsgeschehen eingebunden sind.

[32] Die Piratenpartei setzt sich für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Dazu gehört auch, dass die wirtschaftliche Nutzung von natürlichen Ressourcen so bepreist ist, dass eine Ausbeutung auf Kosten der Allgemeinheit nicht möglich ist.

[33] Modul 14 (alternativ zu Modul 11) – Extrakt aus den Modulen 0 und 1 des PA444

[34] Die Haushalts- und Subventionspolitik, sowie das Finanz- und Währungssystem sind so umzugestalten, dass sie den Menschen und der Realwirtschaft langfristig dienen. Ein nachhaltiges Finanzsystem stellt u.a. sicher, dass gemeinschaftsschädigende Systemkrisen nicht auftreten.

[35] Traditionelle Kennzahlen, wie etwa das Bruttoinlandprodukt (BIP) oder die Wachstumsrate, die nur bedingt mit dem Wohlstand der Menschen und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens verknüpft sind, sollen nicht mehr alleinige Orientierungsgrößen für die Wirtschaftspolitik sein.

Subventionen

[36] Modul 15 – Extrakt aus PA091

[37] Ziel der Piratenpartei ist es, fragwürdige Subventionen zu kürzen und sicherzustellen, dass die Vergabe von Subventionen transparent und unabhängig von Lobbyorganisationen vonstattengeht. Subventionen müssen mit klaren Ziel- und Zeitvorgaben verknüpft sein, die eine Evaluation ermöglichen. Insbesondere sollten Subventionen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen und dürfen nicht zu Lasten Dritter gehen. Notwendiger Strukturwandel darf durch Subventionen nicht verhindert werden, da sonst die damit einhergehenden Probleme langfristig verschärft werden.

[38] Modul 16 (alternativ zu Modul 15) – Extrakt aus PA444

[39] Subventionen dienen ausschließlich der Erreichung gesellschaftlicher Ziele, etwa dem Anschub von Entwicklungen oder der Entfaltung von wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Lenkungswirkungen. Alle Subventionen müssen transparent vergeben und mit klaren Ziel- und Zeitvorgaben verknüpft werden. Auch bestehende Subventionen müssen zeitlich befristet und bei Verlängerung begründet werden. Die Wirksamkeit aller Subventionsprogramme muss fortlaufend geprüft werden.

Begründung

[40] Es liegen mehrere komplexe Anträge zum wirtschaftspolitischen Grundsatzprogramm vor, die häufig nicht modular aufgebaut sind. Da einige Aussagen in den einzelnen Anträgen innerhalb der Piratenpartei kontrovers diskutiert werden (z.B. der Begriff „soziale Marktwirtschaft“) könnte es sein, dass keiner dieser Anträge eine 2/3-Mehrheit erreicht.

[41] Gerade in den umfassenderen Anträgen sind aber fundamental wichtige Programmpunkte und Aussagen enthalten (z.B. zu Menschenbild, Ordnungsrahmen, Daseinsvorsorge und nachhaltigem Wirtschaften), die jetzt eine Beschlusslage erfordern, um es der Partei zu ermöglichen, bei wirtschaftspolitischen Fragen und Diskussionen aus der Defensive heraus zu kommen.

[42] Ich habe daher aus den drei nach meinen Erkenntnissen am breitesten diskutierten Anträgen (PA002, PA091, PA444) die jeweiligen Aussagen zu den o.g. Programmpunkten extrahiert, einen entsprechenden modular aufgebauten Antrag erstellt und diesen teilweise um eigene Vorschläge ergänzt. Bei den letzteren war auch Zielsetzung, bisherige Diskussionen in den Wirtschafts-AGs und Gedanken aus anderen Grundsatzanträgen einfließen zu lassen.

[43] Der modulare Aufbau dieses Antrags mit den jeweiligen themenbezogenen Alternativ-Modulen soll es ermöglichen, im Einzelfall auch pointierte - und damit ggf. auch kontroverse - Formulierungen durch den Parteitag beschließen lassen zu können.

- Konkurrierende Anträge: PA002, PA091, PA128, PA247, PA304, PA317, PA326, PA336, PA450
- Der Antrag PA444 ist in mehreren Teilen als konkurrierend anzusehen, wenn er in der Langfassung (Modul 2) angenommen wird. Bei Annahme der Module 0 und/oder 1 des PA444 kann der Großteil der Module dieses Antrags ergänzend beschlossen werden.

PA474 - Demokratisches Europa statt demokratischerer EU

Grundsatzprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Karl Pitz

Zusammenfassung

Der Antrag konkretisiert den vom BPT in 2011 geforderten „demokratischen europäischen Rechtsstaat“. Er benennt dafür die Form einer demokratischen Föderation

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Grundsatzantrag beschließen: Der BPT hat 2011 in Offenbach „den durch eine gemeinsame Verfassung konstituierten, demokratischen europäischen Rechtsstaat“ gefordert. Damit hat er eine klare Piraten-Grundrichtung für die künftige Gestalt Europas vorgegeben. Wir nehmen das nahtlos auf und setzen uns dafür ein, diesen Rechtsstaat in der Form einer demokratischen Europäischen Föderation zu verwirklichen.

Begründung

[2] Die Übertragung unserer Rechte und Finanzen über Jahrzehnte hinweg an völkerrechtliche Organisationen (EU und Eurozone) haben die europäische Demokratien unterminiert. Wir sind auf direktem Weg in die Post-Demokratie. Die europäischen Kräfte müssen dem entgegentreten. Sie sind zu einem starken Pol in einer multipolaren Welt zu bündeln. Dieser muss vorrangig die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen und den Globalisierungskräften entgegensetzen.

[3] Dafür ist der „demokratische europäische Rechtsstaat“ unerlässlich. Die Europäische Union steht aber dafür in ihrer heutigen Form nicht zur Verfügung. Sie hat infolge ihrer völkerrechtlichen Basis ein „strukturelles Demokratiedefizit“, das im Völkerrecht auch nicht auflösbar ist (Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts). Dieses strukturelle Demokratiedefizit lässt sich dem BVerfG zufolge nur über die Neuschöpfung einer Verfassung heilen. Die zeitgemäße Form dafür ist eine demokratische Föderation. In ihr müssen die Ziele „Demokratie“, „Souveränität“ und „Rolle in der Welt“ ausbalanciert werden. Aus diesen Eckpunkten ergeben sich Grundzüge einer Verfassung für Europa. Wir wollen flache Hierarchien mit durchgehend demokratischen Strukturen. Wir wollen Elemente direkten Volkseinflusses. Jeder Ebene sind klar voneinander abgegrenzte Aufgaben zuzuweisen und verfassungsrechtlich festzuschreiben.

[4] Das wollen wir jetzt und hier über einen Konvent in Angriff nehmen. Wir appellieren an alle europäischen Piraten und an alle Europäer, mit uns diesen Rechtsstaat im neuen Europa aufzubauen.

PA475 - Energiesteuer und Energiegeld (Sockeleinkommen)

Wahlprogramm - Energie LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

ie Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung einer Abgabe auf Endenergie ein.Das Aufkommen aus dieser Abgabe soll komplett als Energiegeld an die Bevölkerung ausgeschüttet werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung einer Abgabe auf Endenergie ein. Sie soll stufenweise über mehrere Jahre eingeführt werden und in der Endstufe mindestens 0,12 EUR pro kWh betragen, die ausnahmslos und in gleicher Höhe von allen Energieverbrauchern zu zahlen sind. Das Aufkommen aus dieser Abgabe soll komplett als Energiegeld an die Bevölkerung ausgeschüttet werden und zwar zu gleichen Teilen pro Einwohner, für Kinder entsprechend an ihre Erziehungsberechtigten. Das Energiegeld ist steuerfrei.

Begründung

[3] Energie trägt in weit höherem Maße zur Wirtschaftsleistung bei als menschliche Arbeit und wird dabei doch sehr viel weniger mit Steuern und Abgaben belastet als diese (Gemäß neueren ökonometrischen Studien von Naturwissenschaftlern und Ökonomen (R. Kümmel, W. Eichhorn, R. Ayres et al.) hat der Produktionsfaktor Energie eine weit größere Produktionsmächtigkeit (Produktionselastizität) als menschliche Arbeit.). Durch dieses Ungleichgewicht bei der Steuer- und Abgabenlast wird menschliche Arbeit in vielen Bereichen unrentabel oder unbezahlbar. Dies gilt insbesondere für die personalintensiven Berufe in den Bereichen Bildung, Erziehung, Forschung, Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege, Kultur- und Sozialarbeit, was dazu führt, dass dort schlechte Löhne gezahlt oder Stellen eingespart werden.

[4] Auf der anderen Seite werden Produkte mit hohem Energieeinsatz faktisch subventioniert. Dadurch dass die Verfügbarmachung von Energie in der heutigen Praxis mit Umweltzerstörung, Kämpfen um den Zugang zu den Quellen bzw. Lagerstätten und der Notwendigkeit der Sicherung der Transportwege verbunden ist, entstehen sogenannte externe Kosten. Dies sind Kosten, die nicht im Preis der Produkte abgebildet werden, bei deren Herstellung diese Schäden bzw. Kosten verursacht werden. Diese Kosten werden vergesellschaftet und zwar weltweit, sie belasten damit sowohl die Staatshaushalte (z.B. über die Gesundheitssysteme) als auch die Menschen direkt - und darüber hinaus zukünftige Generationen.

[5] Die andere Folge ist, dass es für Industrie und Verbraucher ökonomisch nur eingeschränkt sinnvoll ist, wirtschaftlich mit Energie umzugehen. Es wird also im Zweifel nicht am Energieverbrauch gespart, sondern am Einsatz menschlicher Arbeit.

[6] Bestrebungen, zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu gelangen, sind begrüßenswert. Diese Umstellung wird jedoch durch weiter wachsende Verbräuche erschwert und verzögert. Eine erwartungsgemäß durch eine

Verteuerung verursachte Dämpfung des Verbrauchs ist also umweltpolitisch und auch im Hinblick auf bestehende außenpolitische Abhängigkeiten erwünscht. Durch eine Minderung der externen Kosten würde sie darüber hinaus den Staatshaushalt entlasten.

[7] Zusätzliche Maßnahmen zum Umbau der Energieversorgung sind notwendig, sie sind jedoch nicht Bestandteil dieser Initiative. Wichtig ist hier, dass es keine Ausnahmen z.B. für die energieintensive Industrie gibt. Umweltschäden können nur dann ins Marktgeschehen eingepreist werden, wenn die gesamte Energiebilanz im Verbraucherpreis zum Tragen kommt. Beispielsweise ist es umweltpolitisch unsinnig, energiesparende Geräte zu fördern, wenn bei ihrer Herstellung möglicherweise ein Vielfaches dessen an Energie verbraucht wird, was sie während ihrer Lebensdauer gegenüber dem Vorgängermodell einsparen können.

[8] Hier spielt ein anderes Problem hinein, das ebenfalls in einer gesonderten Initiative zu behandeln ist: Auch für eine Reihe von Grundstoffen müsste es zusätzliche Lenkungsabgaben geben, nämlich wenn sie mit zusätzlichen externen Kosten belegt sind z.B. aufgrund von Giftigkeit, Knappheit oder Verteilungskonflikten (Coltan z.B. heizt im Kongo seit Jahren den Bürgerkrieg an). Für die Bevölkerung ergibt das Energiegeld ein verlässliches Sockeleinkommen, auf der anderen Seite stehen dem erhöhte Energie- und Produktpreise entgegen. Im Mittel gleichen sich zusätzliche Kosten und Einnahmen aus. Wer einen überdurchschnittlichen Energieverbrauch hat, welcher sich zusammensetzt aus dem direkten Verbrauch und dem Konsum energieintensiver Produkte, wird zum Nettozahler. Wer dagegen einen unterdurchschnittlichen Energieverbrauch hat wird von der Reform profitieren. Durch die direkte Ausschüttung des Aufkommens aus der Abgabe gewinnen insbesondere sozial Schwache, die generell viel weniger Geld für Konsumprodukte zur Verfügung haben und daher auch wesentlich weniger Energie verbrauchen. Im Gegensatz zu der Idee eines (sozialpolitisch motivierten) kostenlosen Kontingents von Energie pro Kopf kann der Verbraucher sich hier dazu entschließen, seinen Verbrauch unter den Durchschnitt zu senken und das Geld für andere Dinge verwenden. Dadurch entsteht ein umweltpolitischer Gewinn und mehr individuelle Freiheit. Derselbe marktwirtschaftliche Anreiz entsteht auch für Unternehmen, die durch eine Senkung der Energiekosten leichter als heute ihre Konkurrenten unterbieten können. Bislang gelingt dies im Regelfall eher durch eine Senkung der Personalkosten mit den bekannten Folgen für den Arbeitsmarkt und die Finanzierung der Sozialsysteme.

[9] Das Energiegeld kann und soll zwar nicht existenzsichernd sein, erfüllt aber sonst bereits alle Voraussetzungen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es kann daher auch als Einstieg und Experiment dienen. Es ist dabei problemlos kombinierbar mit dem Vorschlag eines durch eine europäische Transaktionssteuer nach Feige finanzierten Europäischen Individuellen Sockeleinkommens. Es ist darüber hinaus im Prinzip auch europaweit umsetzbar. Der Einführungszeitraum könnte z.B. 12 Jahre sein, was eine jährliche Erhöhung der Energiesteuer um 1 Cent bedeuten würde. Zum Verständnis: Es werden alle Formen von Endenergie (Exergie) besteuert (nicht nur Strom). Energieflüsse sind leichter nachzuweisen und schwerer zu verbergen als menschliche Arbeit, dadurch wird Betrug erschwert.

[10] Volkswirtschaftlich betrachtet ergäben sich weitere Vorteile:

- Durch den zunehmenden Anreiz energiesparende Techniken zu entwickeln und einzusetzen und den mit mehr Kaufkraft ausgestatteten einheimischen Markt, würde mittel- und langfristig die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft zunehmen. Sie würde auch unabhängiger von Energieimporten und den damit verbundenen Unsicherheiten durch Preisschwankungen am Weltmarkt.

- Kurzfristig würden allerdings deutsche Produkte für den Export um die zusätzliche Energiesteuer teurer. Daraus ergibt sich für andere Länder erstens die Möglichkeit, eine ähnliche Steuer einzuführen. Zweitens wäre es in der aktuellen Situation ein Beitrag, um die extremen Ungleichgewichte zumindest in der europäischen Union auszugleichen. Im Moment ist die Stärke der deutschen Exportwirtschaft eher kein Vorteil, eine Dämpfung erscheint vertretbar.

- In der Vergangenheit wurden Effizienzgewinne immer von den insgesamt wachsenden Verbräuchen aufgefressen. International vereinbarten Klimaschutzzielen sind wir meist nur durch wirtschaftliche Krisen nähergekommen (z.B. die mit dem Beitritt der DDR einhergehende Zerschlagung ihrer Industrie). Wenn der Energieverbrauch in Zukunft keiner Subventionierung mehr unterläge, könnte sich die Wirtschaft auf nachhaltige Weise entwickeln. In Wirklichkeit besteht auch die vermutlich größte Gefahr aus der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in dem dadurch zu erwartenden Konjunkturanstieg.

Dieser ist eine Folge der breiter verteilten Kaufkraft und hat sich z.B. auch in dem Pilotprojekt in Namibia gezeigt (http://bignam.org/). Wenn diese wirtschaftliche Aktivität nicht in ökologisch nachhaltige Bahnen gelenkt wird, dann kann sie katastrophale Folgen haben.

[11] Rationalisierung und Automatisierung sind grundsätzlich begrüßenswert. Im Hinblick auf den Energie- und Rohstoffverbrauch müssen jedoch die negativen Effekte eingepreist werden. Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die Preise die Wahrheit sagen. Diese Initiative allein kann und soll dieses Problem nicht lösen, aber zu seiner Lösung beitragen. Diese Initiative wurde inspiriert durch verschiedene Aufsätze des Solarenergie Fördervereins Deutschland e.V., siehe u.a. http://umsteuern-mit-energiesteuern.de. Ein vergleichbares, bereits implementiertes Cash-Transfer-Programm gibt es im Iran, siehe http://bien-ch.ch/de/node/226

[12] Schlussbemerkung

[13] Grundsätzlich stehen alle Ansätze zur Einpreisung von negativen Effekten/externen Kosten, die längerfristig oder weltweit auftreten, vor dem Problem: Wer sich zuerst bewegt, verliert am meisten, zumindest zu Beginn. Wenn sich aber nie jemand bewegt, verlieren dauerhaft alle. Vor diesem Hintergrund kann gerade Deutschland, das weltweit und innerhalb Europas über relativ große wirtschaftliche Macht verfügt, nicht auf andere warten.

PA476 - Deutschland und Europa in der Globalisierung

Grundsatzprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Karl Pitz

Zusammenfassung

Überfälligkeit einer Projektgruppe zur AG-übergreifenden Aufgabenstellung: Wie wollen wir uns in Europa positionieren und wie soll sich Europa in der Globalisierung positionieren?

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Grundsatzantrag beschließen: Der BPT regt beim BuVo an, eine AG-übergreifende Projektgruppe einzusetzen. Diese soll sich auf eine vorrangige strategische Frage für die heutige Politik konzentrieren und für eine Abstimmung auf dem nächsten BPT aufbereiten: Es geht darum, wie wir uns in Europa positionieren wollen und wie sich Europa in der Globalisierung positionieren soll. Damit wird zugleich die Frage aufgeworfen, welcher Einfluss auf die Richtung der Globalisierung überhaupt noch genommen werden kann.

Begründung

[2] Wir befinden uns inmitten eines dramatischen Strukturwandels. Der jahrzehntelange Schub an Deregulierung verändert die politischen Machtverhältnisse global. Mit der schleichenden Ablösung der Nationalstaaten geht zugleich der Abbau der daran festgemachten Demokratie und damit von Bürgereinfluss einher (Postdemokratie). Dieser Verlust an Rechten zieht den Verlust von Finanzen nach sich. Aufzubereiten ist deshalb für uns: Auf welches neue Steuerungssystem läuft die Globalisierung hinaus (Governance, Multipolarität, Monopolarität)? Welche politischen und ökonomischen Folgen ergeben sich daraus für uns Bürgerinnen und Bürger? Wie positionieren sich die etablierten Parteien auf diesem Politikfeld? Welche Grundhaltung soll die Piratenpartei dazu einnehmen?

[3] Antworten auf diese Fragen lassen sich in der jetzigen arbeitsteiligen Struktur allein nicht ausreichend klären. Deshalb ist eine AG-übergreifende Projektgruppe einzusetzen.

PA477 - Leitposition zur grundlegenden Gestalt Europas

Wahlprogramm - Europa

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Karl Pitz

Zusammenfassung

Bündelung der enormen Bandbreite der Grundsatzanträge zu Europa, um operative Handhabung zu ermöglichen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge als Antrag zur Vorbereitung des Wahlprogramms beschließen: Zur grundlegenden Gestalt Europas liegt eine enorme Bandbreite von Anträgen und Parteipapieren vor. Der BPT fordert den BuVo auf, die Bündelung dieser Arbeiten zu einem Leitantrag auf den Weg zu bringen. Ausgangspunkt bleibt die Vorgabe des BPT von 2011. Es ist eine geeignete Struktur anzustoßen, in der ein neutraler Moderator (Pirat) und die Produzenten der Anträge und vorliegenden Europa-Arbeiten eine widerspruchsfreie Grundposition erarbeiten. Diese ist vom nächsten BPT dann abzustimmen.

Begründung

[2] Der BPT von OF hat 2011 eine klare Entscheidung für die grundsätzliche Ausrichtung Europas getroffen: Er forderte „einen mit gemeinsamer Verfassung konstituierten, demokratischen europäischen Rechtsstaat“. Aufgabe wäre gewesen, aus dieser Richtungsentscheidung wesentliche Grundzüge eines Piraten-Modells (keine Modellschreinerei) zu entwickeln. Diese Arbeit ist bisher nicht geleistet worden. Insgesamt liegt stattdessen eine enorme Bandbreite kenntnisreicher, aber konkurrierender Anträge und Papiere vor. Dem BPT steht die Zeit nicht zur Verfügung, diese komplexe Materie selbst zu einer Position zu bündeln. Ihm fehlt somit eine klare Entscheidungsvorlage. Die Arbeiten müssen zügig aufgenommen und rechtzeitig vor Eröffnung des Bundestagswahlkampfes abgeschlossen sein. Es zeichnet sich ab, dass diese Schicksalsfrage auch im Zentrum des Wahlkampfes stehen wird. Dafür brauchen wir eine überzeugende Position.

PA478 - Der Bundespräsident wird nur einmal gewählt und zwar auf sieben Jahre.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Wahl des Bundespräsidenten nur für eine Periode auf sieben Jahre.

Antragstext

[1] Es soll beschlossen werden: Der Bundespräsident wird nur einmal gewählt und zwar auf sieben Jahre. Vorschlagsberechtigt sind nur im Deutschen Bundestag und in den Landtagen vertretenen Fraktionen. Das System der Bundesversammlung sollte beibehalten werden, da das Amt des Bundespräsidenten nicht so eine bedeutsame Aufgabenstellung zukommt, dass eine Direktwahl durch das Volk notwendig wäre. Auch sollte eine Delegierung von Wahlberechtigten außerhalb der Landtage abgeschafft werden.

Begründung

[2] Den letzten vier Bundespräsidentenwahlen ging immer ein unerträgliches Parteigeschacher um diese Position voraus wie im Fall Herzog, Rau, Köhler und Wulf. Letzterer hat diesem Amt in unerträglicher Weise durch seine politische Vorgeschichte zugefügt. Vergleichbares sollte daher in Zukunft unterbunden werden.

PA479 - Grundsatzprogramm Außenpolitik (Präambel)

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Die Grundsatzerklärung des außenpolitischen Programms der Piratenpartei Deutschland.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Veränderung der internationalen Beziehungen durch die Digitalisierung der Welt macht es notwendig außen- und sicherheitspolitische Konzepte für das 21. Jahrhundert zu erarbeiten, die diesen Rechnung tragen. Als Piraten können wir bei der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten nicht wegschauen. Die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Piratenkodexes ist eine ganzheitliche Betrachtung sozialer, politischer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Faktoren. Piraten sind dabei erfinderisch nachhaltige und effektive Lösungen in den internationalen Diskurs einzubringen.

Begründung

[3] Als Teil einer transnationalen Bewegung sind wir uns der immer weiter voranschreitenden Vernetzung der Welt bewusst und haben auch in den letzten Jahren die Auswirkungen dieser Vernetzung in nationalen und internationalen Konflikten begleitet. Während einige Piraten Aufbauhilfe für internationale Piratenparteien leisten, helfen zahlreiche andere Piraten aktiv im "Arabischen Frühling". Das Handeln dieser aktiven Piraten basiert auf unserem Kodex: Nicht wegschauen, Mund aufmachen und erfinderisch sein. Diese Handlungsweisen sollen auch weiterhin die Grundlagen unseres Handelns darstellen. (Verwandte Grundsatzgedanken haben wir hier explizit nicht wiederholt, da diese bereits im bestehenden Grundsatzprogram enthalten sind.) Unser Kodex selbst sollte ja den meisten bekannt sein: http://wiki.piratenpartei.de/Kodex

[4] LQFB: Ja: 362 (74%) · Enthaltung: 25 · Nein: 129 (26%)

PA480 - Potsdamer Grundsätze zur Außenpolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Potsdamer Grundsätze Sechs Grundsätze zu einer piratigen Außenpolitik Sechs Grundsätze einer piratigen Außenpolitik

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] 1. National wie international sind wir für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und unterstützen auf diesem Weg diejenigen, die mehr Demokratie wagen. Als Teil der transnationalen Piratenbewegung ist für uns Gerechtigkeit in einem Land auf Kosten der Gerechtigkeit in einem anderen Land nicht akzeptabel.

[3] 2. Mittelfristig sind möglichst alle Völker und alle Menschen demokratisch einzubinden. Dies erfordert die Schaffung oder Demokratisierung internationaler und transnationaler Organisationen. Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe jedes Individuums, insbesondere zu Anliegen, die einen selbst betreffen, ist sicherzustellen.

[4] 3. International wollen wir geeignete Rahmenbedingungen für eine faire Handelsordnung schaffen. Viele gegenwärtige wirtschaftspolitische Absprachen dienen nicht der Fairness, sondern sichern einmal erworbene Vorteile ab und verhindern dadurch die autonome Entwicklung von Partnern in der Welt. Dies geschieht vielfach zum Nachteil aller Verbraucher und zum Nachteil vieler Volkswirtschaften.

[5] 4. International ist Transparenz in den Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, da es seine Politik ist - und nicht die Politik und der Herrschaftsanspruch von Anderen.

[6] 5. Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig und kann nicht nur nationalstaatlich gesichert werden. Jeder Mensch hat überall und zu jederzeit Anspruch auf Achtung seiner international anerkannten Menschenrechte einschließlich seiner materiellen Grundbedürfnisse. Wir sehen uns konkret gefordert, diesen Anspruch auch weltweit einlösbar zu machen.

[7] 6. Die Teilhabe am digitalen Leben in der werdenden transnationalen Gesellschaft ist ein zentrales Gut. Piraten sind für freien internationalen Wissensaustausch, dem z.B. Urheberrecht, Sortenschutz und Patentrechte nicht entgegenstehen sollten.

Begründung

[8] Historie: Entwicklung und Vorgeschichte der Potsdamer Variante unserer außenpolitischen Grundsätze:

[9] Es gab viele verschiedene - und in Aussicht auf den Bundestagswahlkampf eine zunehmende Anzahl - Gesamtentwürfe für Grundsätze einer piratigen Außenpolitik, die aufgrund ihres Umfangs nie sinnvoll besprochen

werden konnten.

[10] Deshalb wurde am 16.05.2012 Eine Idee des AG-Treffens vom 29.04.2012 am Rande des BPT aufgegriffen und beschlossen am 25.05.2012 eine neue Vorgehensweise zu beschließen. Protokoll

[11] Am 25.05.2012 wurden beschlossen, in einem Pad bis zur nächsten Sitzung wesentliche Ausgangspunkte im Kodex (und ähnlich wichtigen Texten der PP) festzuzhalten - sowie kurze Schlussfolgerungen für die piratige Außenpolitik. (Der Ausgangspunkt sollten so nicht die Gedanken einzelner sondern die Grundannahmen der Piraten sein.) Protokoll

[12] Am 01.06.2012 erfolgte eine Ordnung der Elemente, da aber wenige Beitragende da waren wurde die Zeit zum Vorteil weiterer Impulse verlängert und die Arbeit im Pad durch eine hierfür eingerichtete Seite im Piratenwiki ergänzt. Protkoll

[13] Am 14.06.2012 wurde hieraus eine Auswahl getroffen und im genannten Pad festgehalten.

[14] Am 21.06.2012 fand eine (erste) Schlussredaktion der Arbeitsgruppe statt, die am 27.06.2012 so inhaltlich verabschiedet wurde. Protokoll

[15] Anschließend wurde in einer Redaktionsklausur der Münchener Regionalgruppe der Text etwas “entholpert“. Endfassung

[16] Dies ist soweit die “interne“ Erarbeitung gewesen, wobei in fast allen Schritten auch Nicht-AG-ler und Nichtpiraten beteiligt waren.

[17] Am 29.07.2012, im Rahmen der Potsdamer Konferenz, ist der Text neu von Piraten und Nichtpiraten diskutiert worden, was zu einem neuen Ergebnis führte.

[18] In der Sitzung der AG wurde dann am 08.08.2012 ein Alternativtext eingebracht, der so kurzfristig nicht besprochen werden konnte. Da nicht klar war, weshalb der Text wie abweichen sollte wurde beschlossen, sich am 13.08.2012 sich das Ding in Ruhe anzugucken und weiter zu diskutieren. Pad

[19] Am 13.08.2012 wurde in einer Mumblekonferenz an dem unter anderem Mitglieder der AG teilnahmen der neue Alternativantrag weiter betrachtet und ergänzt.

[20] Am 22.08.2012 wurde durch die AG beschlossen, die Potsdamer Version nicht für ungültig zu erklären und sie wie geplant ins LQFB einzugeben. Wortlaut hier.

[21] Am 31.08.2012 wurde die Potsdamer Version ins LQFB eingeben.

[22] LQFB: Ja: 319 (78%) · Enthaltung: 14 · Nein: 91 (22%)

PA481 - Außenpolitische Grundsätze der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Außenpolitische Grundsätze der Piratenpartei redigierte Fassung der Potsdamer Grundsätze

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] 1. National wie international sind wir für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und unterstützen auf diesem Weg diejenigen, die mehr Demokratie wagen. Als Teil der transnationalen Piratenbewegung ist für uns Gerechtigkeit in einem Land auf Kosten der Gerechtigkeit in einem anderen Land nicht akzeptabel.

[3] 2. Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig und kann nicht nur nationalstaatlich gesichert werden. Deshalb sind mittelfristig möglichst alle Staaten und alle Bürger demokratisch einzubinden. Dies erfordert die Aufwertung und Demokratisierung internationaler und transnationaler Organisationen wie EU und UNO.

[4] 3. Die Förderung von Kultur und Wissen sowie der Ausgleich zwischen den Ansprüchen von Urhebern und Öffentlichkeit sind globale Anliegen. Der freie Austausch von Informationen, Waren und Gütern begründet und bedeutet gemeinschaftlichen Fortschritt. Gegenläufige Strukturen, oft durch Spezialinteressen global verankert, gilt es zu überarbeiten.

[5] 4. International wollen wir geeignete Rahmenbedingungen für offene Märkte und freien Informationsaustausch herstellen. Viele gegenwärtige wirtschaftspolitische Absprachen öffnen Märkte nicht, sondern sichern einmal erworbene Vorteile z.B. durch Handelsabkommen und Subventionen ab. Dies ist vielfach zum Nachteil aller Verbraucher sowie zum Nachteil vieler Volkswirtschaften.

[6] 5. International ist Transparenz in den Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, da es seine Politik ist - und nicht die Politik und der Herrschaftsanspruch von Anderen.

[7] 6. Jeder Mensch hat Anspruch auf Ernährung, Bildung, eine medizinische Grundversorgung; freie Religonsausübung und sexuelle Selbstbestimmung. Wir sehen uns konkret gefordert, diesen Anspruch auch weltweit praktisch überall auf der Welt einlösbar zu machen.

[8] 7. Die Teilhabe am digitalen Leben ist ein weltweites Gut. Zur Verwirklichung einer gerechteren Welt ist der freie Informations- und Meinungsaustausch innerhalb einer werdenden transnationalen Gemeinschaft entscheidend. Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe jedes Individuums, insbesondere zu Anliegen, die einen selbst betreffen, ist sicherzustellen.

Begründung

[9] Anmerkung:

[10] Dieser Vorschlag wurde der über mehrere Sitzungen in der AG Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet und dann von der Bayrischen Regionalgruppe der AG abschließend redigiert durch (Vicco). Die AG Außen- und Sicherheitspolitik bedankt sich bei allen, die sich an verschiedenen Stellen in diesen Prozess konstruktiv eingebracht haben. Eine weiter entwickelte Potsdamer Variante befindet sich unter "Außenpolitische Grundsätze der Piratenpartei (Variante Potsdam)" hier ebenfalls parallel zur Begutachtung. Eine kurze Übersicht der Vorbereitung des Textes findet sich im Wiki der AG Außen- und Sicherheitspolitik unter http:wiki.piratenpartei.de/AG_Au%C3%9Fenpolitik/AGAP-Position_5 http:wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/AP-Leitseite-AP_Grundsätze.

[11] LQFB: Ja: 304 (93%) · Enthaltung: 13 · Nein: 24 (7%)

PA482 - Ablehnung von Körperstrafen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Ablehnung von Körperstrafen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Sinne der Menschenrechte international für die Abschaffung von Körperstrafen ein.

Begründung

[3] Körperstrafen sind mit dem Menschenbild der Piraten nicht vereinbar. LQFB: steht noch aus

PA483 - Ablehnung der Todesstrafe

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Ablehnung der Todesstrafe

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Sinne der Menschenrechte international für die Abschaffung der Todesstrafe ein.

Begründung

[3] Die Todesstrafe ist nicht mit dem Menschenbild der Piraten vereinbar.

[4] LQFB: Ja: 541 (97%) · Enthaltung: 8 · Nein: 14 (3%)

PA484 - Kategorische Ablehnung ethnischer Säuberungen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Kategorische Ablehnung ethnischer Säuberungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei lehnt gewaltsame Vertreibung, Umsiedlung, Deportation und Mord kategorisch ab. Sie unterstützt UN-Initiativen die das Ziel haben, dies zu verhindern.

Begründung

[3] Da der Begriff der "Ethnischen Säuberung" wissenschaftlich nicht abschliessend definert ist, folgen wir den Ausführungen des Internationalen Strafgerichtshof, in (ICC, Rome Statue Article 7 - english)(IStGH, Römisches Statut, Artikel 7 - deutsch) und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY, Updated Statute of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, Article 5.)

[4] LQFB: Ja: 392 (93%) · Enthaltung: 5 · Nein: 29 (7%)

PA485 - Stärkung der UNO

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Stärkung der UNO

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Vereinten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten der Erde bedarf innerer Reformen, um für die neuen Herausforderungen gerüstet zu sein. Eine angemessene Beteiligung aller Kontinente am Sicherheitsrat ist dauerhaft sicherzustellen. Insbesondere sollen Schwellenländer, angesichts ihrer wachsenden regionalen Bedeutung, stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden. Die Vereinten Nationen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn Mitgliedsstaaten die Modalitäten ihre Beitragszahlungen verbessern. Es bietet sich an, die Vereinten Nationen in Zukunft noch stärker an der Koordination von Katastrophenhilfeprojekten zu beteiligen.

Begründung

[3] Begründung: Das System der Vereinten Nationen leidet an folgenden Symptomen, die es zu verbessern gilt:

[4] Dominierender Einfluss der Industrienationen gegenüber den restlichen Staaten

[5] Überproportionaler Einfluss einzelner nationaler Interessen

[6] Liquiditätsprobleme aufgrund nicht vorbildlicher Zahlungsmoral mancher Industriestaaten

[7] LQFQ: Ja: 298 (71%) · Enthaltung: 15 · Nein: 119 (29%) Angenommen

PA486 - Verteidigungspolitische Richtlinien: Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik

LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Verteidigungspolitische Richtlinien: Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen (UN) ein.

Begründung

[3] Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

[4] Erklärung: UN bedeutet:http://www.un.org/Depts/german/un_charta/charta.pdf

[5] "(1) Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, daß sie nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschließlich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

[6] (2) Diese Abkommen haben die Zahl und Art der Streitkräfte, ihren Bereitschaftsgrad, ihren allgemeinen Standort sowie die Art der Erleichterungen und des Beistands vorzusehen." (Art. 43 UN-Charta)

[7] Dieses Meinungsbild wurde erstellt durch die Untergruppe Verteidigungspolitik der http://wiki.piratenpartei.de/AG Außenpolitik

[8] LQFB Ergebnis: Ja: 491 (89%) · Enthaltung: 50 · Nein: 58 (11%) Angenommen

PA487 - Abschaffung des Systems der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Bundesministerien

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Jedes Bundesministerium hat nur einen Minister, einen stellvertretenden Minister und einen beamteten Staatssekretär.

Antragstext

[1] Das System der Parlamentarischen Staatssekretäre wird abgeschafft. Die Parlamentarischen Staatssekretäre werden durch einen einzigen stellvertretenden Minister des jeweiligen Ministeriums ersetzt. Im Bundeskanzleramt werden die Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister abgeschafft; Leiter des Kanzleramts ist der Kanzleramtsminister, Stellvertreter desselben der beamtete Staatssekretär.

Begründung

[2] Zur Zeit ist das bisherige System der Parlamentarischen Staatssekretäre im Kanzleramt und in den Bundesministerien durch eine nicht hinnehmbare Anhäufung von Positionsbesetzungen gekennzeichnet, die zu einem regelrechten "Wasserkopf" an den Spitzen der Ministerien geführt hat und überwiegend der Belohnung von vermeintlich verdienten Parteisoldaten auf Kosten der Steuerzahler Rechnung trägt. Es gibt seit 2009 mittlerweile bei 14 Bundesministerien inzwischen 30 Staatsminister und Parlamentarische Staatssekretäre und 25 beamtete Staatssekretäre. Auch die sog. Bundesbeauftragten (für Aussiedler und ä.) sollten abgeschaft werden, weil diese den Parlamentariern noch zusätzliche Posten verschaffen, die auch durch einen Referatsleiter oder Abteilungsleiter des zuständigen Bundesministeriums erfüllt werden könnten. Der Wehrbeauftrage sollte in der bisherigen Form bestehen bleiben. Der Behindertenbeuaftragte sollte eine gleich, aber unabhängige Position haben und nicht noch gleichzeitig Parlamentarier sein.

PA488 - Transparente Außenpolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert die Bundesregierung zur Publikation von außenpolitischen Richtlinien und Zielen auf.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die deutsche Bundesregierung auf, die langfristigen außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland transparent und offen zugänglich zu dokumentieren. Die Dokumentation muss in einem vom Auswärtigen Amt zu publizerendem Weißbuch erfolgen und bei gegebenem Anlass aktualisiert werden.

Begründung

[3] Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts war das primäre Ziel der deutschen Außenpolitik durch das Grundgesetz klar definiert - die deutsche Wiedervereinigung. Seitdem fehlt der Bundesrepublik Deutschland dieser klare Leitfaden in der Außenpolitik. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte ist Deutschland zunehmend bereit sich - auch militärisch - an internationalen Konflikten zu beteiligen. Dabei wirkt die deutsche Außenpolitik häufig reaktiv, da es gleichzeitig an eindeutigen Richtlinien mangelt, welche die Ziele und Grenzen der deutscher Außenpolitik definieren.

[4] Gegenwärtig bietet einzig das vom Bundesministerium für Verteidigung herausgegebene Weißbuch einen Hinweis auf die durch Deutschland vertretenen außenpolitische Positionen in Konflikten. Dieses ist erwartungsgemäß stärker von militärstrategischen und sicherheitspolitischen Aspekten geprägt. Eine umfassende, gesamtheitliche außenpolitische Ausrichtung und Perspektive bleibt es dabei allerdings schuldig. Wir sind der Meinung, dass es die natürliche Aufgabe des Außenministeriums ist, diese Richtlinien zu dokumentieren.

[5] Im Sinne der transparenten Nachvollziehbarkeit des politischen Handelns hat der Bürger das Recht zu wissen, welche Ziele sein Staat verfolgt. Nur so besteht für den mündigen Bürger eine angemessene Grundlage die diesbezügliche Debatte nachvollziehen zu können. Ein guter Leitfaden dient auch immer der kohärenten und entschlossenen Verfolgung gesetzter Ziele und gibt in schwierigen Situationen eine Entscheidungshilfe zur Hand. Somit wird Verhaltenssicherheit geschaffen, welche unmittelbar die Sicherheit Deutschlands erhöht.

[6] LQFB Ergebnis: Ja: 448 (97%) · Enthaltung: 10 · Nein: 14 (3%) Angenommen

PA489 - Transparente Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag fordert Transparenz bei der Weiterentwicklung Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union (EU).

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Im Zuge der Entwicklung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union wurden Institutionen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und erweitert. Die Piratenpartei fordert Transparenz, auch in der Außenpolitik. Deshalb steht sie dafür ein, dass die EU-Organe die langfristigen außenpolitischen Ziele der EU definieren und öffentlich kommunizieren.

Begründung

[3] Mit jedem Kompetenzzuwachs muss auch die Transparenz wachsen. Die Piratenpartei sieht angesichts der zahlreichen Erweiterungen des EU-Vertrages im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Handlungsbedarf. So heißt es, dass eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik schrittweise im Europäischen Rat erarbeitet und beschlossen werden soll (Art. 42 EU, Absatz 2). Auch wenn wir diese Entwicklungen (weg vom Nationalstaat) grundsätzlich unterstützen und für notwendig erachten, haben diese gewissen Prinzipien der Transparenz und Demokratie zu genügen, um einerseits legitimiert und andererseits überhaupt erfolgreich sein zu können.

[4] Der genannte Prozess zur Ausarbeitung von Leitlinien einer Außen- und Sicherheitspolitik muss von einem demokratischen Diskurs und interessierten Bürgern begleitet werden. Dafür ist es notwendig aktuellen Verhandlungsstand stets öffentlich zu machen, jedoch wird das wegen einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit schwerlich ausreichend sein. In diesem öffentlichen und internen Prozess im Europäischen Rat sollen simultan klare Zieldefinitionen graduell entstehen und einer zukünftigen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik klare Konturen geben. Dies wird es auch erforderlich machen in regelmäßigen Abständen eine Schrift über langfristige Ziele, Strategien und Instrumente zu veröffentlichen, die in etwa bspw. der National Security Strategy der USA oder Großbritaniens entspricht. Dabei sind nicht-militärische Elemente ebenso zu gewichten wie militärische.

[5] Nichtzuletzt wird durch klare, öffentliche Zielsetzung eine weiterführende Europäische Integration auf diesem Gebiet begünstigt. Ein Politikfeld, das Nationalstaaten zu ihrer Kernkompetenz zählen, kann nur dann weiter supranationalisiert werden, wenn Vertrauen in die gemeinsame Sache vorhanden ist. Transparenz schafft dieses Vertrauen.

[6] LQFB Ergebnis: Ja: 417 (97%) · Enthaltung: 9 · Nein: 15 (3%) Angenommen

PA490 - Piratige Sicherheitspolitik

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag beschreibt einen Ansatz für ursachenorientierte Konfliktprävention und militärische Zurückhaltung als Bestandteile piratiger Sicherheitspolitik.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine globale Sicherheitspolitik ein, welche nicht nur die Symptome von Konflikten aufgreift, sondern deren Ursachen angehen möchte. Dies kann nur erreicht werden mit einem außensicherheitspolitischen Ansatz, der eine Gesamtbetrachtung politischer, rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Themen enthält. Unsere Sicherheitspolitik muss eine langfristige Präventionspolitik sein, die auf Vermittlung und Deeskalation setzt. Wir bleiben einer Kultur der politischen Zurückhaltung mit militärischen Mitteln verpflichtet. Das Primat der Politik bedingt, dass der Einsatz militärischer Mittel immer nur eine letzte Option sein kann.

Begründung

[3] Sollte in diesem Fall selbsterklärend sein.

[4] LQFB Ergebnis: Ja: 370 (90%) · Enthaltung: 22 · Nein: 41 (10%) Angenommen

PA491 - Intelligentere Lösungsansätze gegen terroristische Bedrohungen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag beschreibt momentane anti-terroristische Maßnahmen als grundrechtsbeschneidend und fordert zu einer allumfassenden Radikalisierungspräventionspolitik auf.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die momentanen Maßnahmen gegen terroristische Bedrohungen entsprechen einer Reaktionspolitik, welche pauschal die Rechte unbescholtener Bürger beschneidet. Freiheit und Bürgerrechte geben wir aber nicht zugunsten einer schwer nachweisbaren Verbesserung der Sicherheitslage auf.

[3] Aus Sicht der Piraten bedarf es stattdessen einer Präventionspolitik. Es ist eine Analyse der Ursachen, aufgrund derer sich Menschen radikalisieren, nötig. Ein langfristiger außensicherheitspolitischer Ansatz ist hierzu erforderlich, der auch eine Gesamtbetrachtung politischer, rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Faktoren einschließt.

Begründung

[4] Seit über einem Jahrzehnt befinden sich manche Staaten in einem sogenannten „Krieg gegen den Terror". Wir Piraten finden nicht nur die Wortwahl unpassend. Die Antwort der Innenpolitik auf Anschläge und Drohungen war stets ein Herumdoktern an Symptomen (als Reaktion auf den „Schuhbomber" werden Schuhe gescannt, als Reaktion auf den „Unterhosenbomber" werden Nacktscanner gefordert). Weder hierdurch noch durch verstärkte Überwachungsmaßnahmen ist jedoch ein Mehr an Sicherheit entstanden. Wir stellen daher die Effizienz solcher Maßnahmen in Frage. Dass eine alternative Antwort auf Terrorismus möglich ist, zeigt das Bekenntnis der norwegischen Regierung zu einer offenen Gesellschaft nach den Anschlägen in Oslo und Utøya.

[5] LQFB Ergebnis: Ja: 379 (93%) · Enthaltung: 18 · Nein: 29 (7%) Angenommen

PA492 - Vision einer kernwaffenfreien Welt

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag beschreibt die Vision der Piraten einer kernwaffenfreien Welt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die PIRATEN teilen die Vision einer kernwaffenfreien Welt und möchten diese durch konkrete Schritte - wo immer sie sich ergeben - verwirklichen. Dazu unterstützen wir Inititativen, welche Kommunikation, Vertrauensbildung und Transparenz zwischen den Staaten unter Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitsinteressen fördern. Die Ziele der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung sollen dabei parallel verfolgt werden.

Begründung

[3] Kernwaffen gehören zweifelsfrei zu den schrecklichsten Waffen der Menschheitsgeschichte. Aus diesem Grund halten wir es für ein notwendiges langfristiges Ziel sich dieser Waffen zu entledigen. Wie die konkreten Schritte dahin aussehen werden, dass wissen wir zu diesem Zeitpunkt nicht, aber wir werden uns für die Vision einer kernwaffenfreien Welt stark machen. Wir sind der festen Überzeugung, dass mehr Transparenz im Bereich Kernwaffen nicht nur das Vertrauen zwischen den Nationen und ihrer Bevölkerung erhöht sondern auch eine ganz wesentliche Grundlage weiterer Gespräche bildet. Um der Vision einer kernwaffenfreien Welt gerecht zu werden ist darauf zu achten dass keine neuen Kernwaffenstaaten entstehen als auch dass bestehende Kernwaffenstaaten ihre Bestände reduzieren. Da beide Ziele von großer Bedeutung ist muss man sie parallel verfolgen. Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[4] LQFB Ergebnis: Ja: 402 (97%) · Enthaltung: 8 · Nein: 14 (3%) · Angenommen

PA493 - Exportverbot für Tabakprodukte und Zigarettenmaschinen

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die PIRATEN setzen sich ein für ein Exportverbot für Tabakprodukte und Zigarettenmaschinen auf nationaler und europäischer Ebene.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die PIRATEN setzen sich ein für ein Exportverbot für Tabakprodukte und Zigarettenmaschinen auf nationaler und europäischer Ebene.

Begründung

[3] Zigaretten und andere Tabakprodukte sind weltweit die größte vermeidbare Einzelursache für Krankheit und Tod. Deutschland ist weltweit der größte Zigarettenexporteur (1), außerdem Weltmarktführer im Bereich Verarbeitungsmaschinen (2). Aufgrund der stagnierenden oder sogar rückläufigen Raucherzahlen in den Industrienationen verlagern die Tabakkonzerne seit Jahren ihren Schwerpunkt in die Schwellen- und Entwicklungsländer. Durch die billige Massenproduktion und die steigende Kaufkraft der Bevölkerung sind mittlerweile die global Armen, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, als leicht verführbare und gewinnträchtige Kunden interessant geworden. Indem große Bevölkerungsteile der armen Länder zu abhängigen Tabakkonsumenten gemacht werden, werden soziale, wirtschaftliche und gesundheitspolitische Fortschritte zunichte gemacht. Tabakrauchen macht arm, führt zu einer Überforderung der Gesundheitssysteme, soweit solche überhaupt schon vorhanden sind, sowie zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden. Während die Konzerne Rohtabak billig importieren, der unter oft menschenunwürdigen Bedingungen und erheblicher Schädigung der Umwelt in den armen Ländern angebaut wird (3), fallen die Gewinne aus dem Geschäft in den reichen Industrienationen an. Daher erhalten Schwellen- und Entwicklungsländer, die ihre Bevölkerung vor dieser Geschäftstätigkeit der Tabakkonzerne schützen wollen, kaum Unterstützung von den großen Industrienationen.(4) Der Export von Zigarettenmaschinen ist zudem auch deshalb problematisch, weil sich damit auch billige Zigaretten für den illegalen deutschen und europäischen Markt herstellen lassen. Auch hier werden die Gewinne über hohe Stückzahlen und geringe Stückkosten gemacht, die Verbreitung von Zigarettenmaschinen ist also Grundvoraussetzung für den Zigarettenschmuggel.

[4] (1) http://www.tobaccoatlas.org/uploads/Images/PDFs/Tobacco_Atlas_2ndPrint.pdf (S. 55) (2) http://www.koerber.de/de/konzern/sparten/hauni.html (3) http://www.unfairtobacco.org (4) http://forum-rauchfrei.de/files/20120525_broschuere-pressekonferenz.pdf (S. 15)

[5] Linksammlung zum Antragstext (weiterführende Infos) Fabriken des Todes: http://forum-rauchfrei.de/index.php?page=1361146422&f=1&i=1498190376&s=1075371713&ss=1361146422

[6] Zigarettenproduktion in Deutschland: http://forum-rauchfrei.de/index.php?page=895844204&f=1&i=1498190376&s=10753
rauchfrei.de/index.php?page=895844204&f=1&i=1498190376&s=1075371713&ss=895844204

[7] Weltmarkt: http://forum-rauchfrei.de/index.php?page=1363180229&f=1&i=1498190376&s=1075371713&ss=1363180229

PA494 - Abzug der Kernwaffen aus Deutschland

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag stellt die Forderung auf, alle Kernwaffen aus Deutschland unilateral abzuziehen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den unilateralen Abzug der Kernwaffen aus Deutschland ein.

Begründung

[3] Der Abzug der (amerikanischen) Kernwaffen aus Deutschland ist zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt absolut notwendig. Weder besteht die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung durch substrategische (taktische) Kernwaffen, noch gibt es glaubhafte Anwendungsszenarien für diese Waffen. Die atomare Abschreckung ist zudem - sollte man an ihr festhalten wollen - durch auf U-Booten stationierte Kernwaffen dauerhaft gewährleistet. Da die momentan in Deutschland stationierten Kernwaffen keine Funktion besitzen aber Kosten verursachen ist ein Abzug dieser Waffen aus Deutschland anzustreben. Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[4] LQFB Ergebnis: Ja: 410 (97%) · Enthaltung: 12 · Nein: 14 (3%) · Angenommen

PA495 - Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag stellt die Forderung auf, dass die USA alle ihre in Europa stationierten Kernwaffen unilateral abzieht.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den unilateralen Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus allen europäischen Staaten ein. Dies wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, mit der weitere nukleare Abrüstung erleichtert werden soll.

Begründung

[3] Der Abzug der (amerikanischen) Kernwaffen aus Europa ist zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt absolut notwendig. Weder besteht die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung in Europa noch gibt es glaubhafte Anwendungsszenarien für diese Waffen. Die atomare Abschreckung ist zudem - sollte man an ihr festhalten wollen - durch auf U-Booten stationierte Kernwaffen dauerhaft gewährleistet. Da die momentan in Europa stationierten Kernwaffen keine Funktion besitzen aber Kosten verursachen ist ein Abzug dieser Waffen aus Europa anzustreben. Diese Forderung betrifft nicht die Kernwaffen von Frankreich und Großbritannien obwohl wir es begrüßen würden, wenn weitere Staaten die Vision einer kernwaffenfreien Welt begrüßen würden. Wir begrüßen unilaterale Abzüge von Kernwaffen ohne die Einforderung von - wie auch immer gearteten - Gegenleistungen und sehen darin eine Geste des Vertrauens die ein positives Klima schaffen und weitere Schritte zur nuklearen Abrüstungen beschleunigen. Wir sehen uns durch historische Ereignisse dieser Art in dieser Forderung bestätigt. (In den 1990iger Jahren zogen die USA ein großen Teil ihrer substrategischen Kernwaffen aus Europa ohne politische Forderungen auf Gegenleistung ab. Diese Geste des guten Willens aufgreifend taten es ihnen die Russen nach und zogen ebenfalls einen Großteil ihrer substrategischen Kernwaffen aus Europa zurück. Wir als Piraten würden eine Wiederholung dieser freiwilligen Abzüge ohne politische Forderungen begrüßen.) Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[4] LQFB Ergebnis: Ja: 410 (96%) · Enthaltung: 4 · Nein: 17 (4%) · Angenommen

PA496 - Erweiterung der IAEO Kontrollen und Verbesserung der Finanzierung

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

In diesem Antrag geht es um die Verbesserung der Kontrollen der IAEO sowie eine dafür notwendige bessere Ausstattung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung nuklearer Sicherungsmaßnahmen für den zivilen Kernbrennstoffkreislauf auch in Kernwaffenstaaten ein. Zu diesem Zweck muss die Ausstattung der IAEO soweit verbessert werden, dass sie die wachsenden Verpflichtungen erfüllen kann.

Begründung

[3] Bis heute kann die IAEO grundsätzlich nur den nuklearen Spaltstofffluss auf der Grundlage von Eigenberichten und Materialbilanzen der zu kontrollierenden Staaten verifizieren. Das 1997 beschlossene Zusatzprotokoll zum Verifizierungsabkommen hat zwar Fortschritte gebracht, ist aber von vielen Staaten noch nicht ratifiziert worden. Verdachtskontrollen gibt es nur sehr eingeschränkt und nur nach Voranmeldung. Unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen fehlen ebenso wie unbehinderte freie Inspektions- und Ermittlungsrechte. Die Kernwaffenstaaten sind zudem von den Verifizierungsmaßnahmen weitgehend ausgenommen. Auch muss die personelle und finanzielle Ausstattung der IAEO drastisch verbessert werden. Die etwa 350 Inspektoren weltweit reichen bei weitem nicht aus, um die große Zahl der Nuklearanlagen zu überwachen. Nur ein relativ kleiner Teil des IAEO-Haushalts von jährlich etwa 300 Mio. Euro steht für die IAEO Inspektionsabteilung zur Verfügung. Wirksamere internationale Kontrollen sowie die Förderung und der Schutz von gesellschaftlichen Whistleblowern würden die Unsicherheiten über die Aktivitäten der nuklearen Schwellenländer erheblich verringern und vertrauensbildend wirken. Das würde die Bereitschaft der Staaten erhöhen, allein den Vereinten Nationen und ihren Organen die Sanktionierung von Verstößen gegen den Kernwaffensperrvertrag zu überlassen

[4] Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[5] Zusatzinfo: Manche Kritiker sehen die IAEO als "Lobbyisten" der Atomlobby. Dies wird mit der IAEO-Satzung begründet, in der es heißt: "The Agency shall seek to accelerate and enlarge the contribution of atomic energy to peace, health and prosperity throughout the world." Abgesehen von der Ablehnung pauschaler Unterstellungen sehen wir die Rolle der IAEO differenzierter. Die "Förderung der Kernenergie" seitens der IAEO beschränkt

sich auf Studiengruppen, die eine Vielzahl von Tagungsbänden und Lehrbücher über Kernenergie, Kerntechnik und Reaktorsicherheit veröffentlicht (transparent auf der IAEO Webseite als PDF downloadbar). Diese Informationen sind für Drittländer sehr nützlich. Eine finanzielle Förderung der Kernenergie, wie sie einige Länder fordern, findet nicht statt und ist auch weder von uns, noch von wohlhabendenen Ländern gewollt. Die Publikationen der IAEO ("Förderung der Kernenergie") sind für viele Staaten ein wesentlicher Anreiz sich dem Kontrollsystem der IAEO unterzuordnen. Als Piratenpartei fordern wir den Ausbau dieser Kontrollfunktion und die damit notwendige bessere Ausstattung dieser Behörde. Eine Streichung der Förderung würde den wesentlichen positiven Anreiz nehmen, sich dieser kostenintensiven Kontrolle zu unterziehen. Eine Stärkung der Überwachung der Kernbrennstoffkreisläufe wäre ohne positive Anreize für die Teilnehmerstaaten unattraktiv und somit nicht umsetzbar.

[6] LQFB Ergebnis: Ja: 375 (95%) · Enthaltung: 18 · Nein: 20 (5%) · Angenommen

PA497 - Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wird ein eigenes Bundesministerium für Kommunikation und Medienwirtschaft.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wird ein eigenes Bundesministerium für Kommunikation und Medienwirtschaft. Der BM dieses Haus ist weiter offizieller Sprecher der Bundesregierung.

Antragstext

[1] Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wird ein eigenes Bundesministerium für Kommunikation und Medienwirtschaft. Der BM dieses Haus ist weiter offizieller Sprecher der Bundesregierung.

Begründung

[2] Mit dieser Maßnahme soll der zunehmenden Bedeutung der Medienlandschaft, der Netzpolitik, des Internet und weiterer Kommunikationsarten Rechnung getragen werden. Die Medien als Informationszugang sind in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden.

PA498 - Ablehnung der nuklearen Teilhabe

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland lehnt die nukleare Teilhabe ab.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland lehnt die nukleare Teilhabe ab und setzt sich für ihre Abschaffung innerhalb der NATO ein.

Begründung

[3] Die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO widerspricht dem Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Bei der nuklearen Teilhabe werden Kernwaffen an NATO-Bündnisspartner vergeben (Bsp. Deutschland) die diese dann unter gewissen Restriktionen einsetzen können. Wir halten diese Praxis unter dem Gesichtspunkt der Nichtverbreitung problematisch und bestreiten die militärische Notwendigkeit. Aus diesem Grund und lehnen wir diese Praxis ab und sehen darin einen Schritt zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt.

[4] Historie: Dieser Antrag stand in ähnlicher Form im Liquid Feedback und fand große Zustimmung. Ja: 261 (88%) · Enthaltung: 166 · Nein: 34 (12%) · Angenommen

[5] Aufgrund eines Mangels wurde der Antrag insofern umgebaut, als dass dieser nicht mehr explizit die Erschlagskapazitäten der NATO Mitgliedsstaaten betrifft. Er ist in dieser Form umfassender als die ursprüngliche Fassung, aber auch kompatibler mit dem zentralen Ziel einer kernwaffenfreien Welt.

PA499 - Transparenz der Bestände von Kernwaffen und Sprengköpfen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Dieser Antrag beschreibt die Forderung zu mehr Transparenz bei den Beständen von Kernwaffen und Sprengköpfen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Publikation der Bestände von militärischen Nuklearmaterial und Sprengkopfzahlen ein.

Begründung

[2] Die Kernwaffenstaaten besitzen riesige Bestände von Plutonium und hochangereichertem Uran, die aus der nuklearen Abrüstung stammen oder als Reserve für weitere Aufrüstung vorgesehen waren. Diese Bestände würden für eine schnelle Produktion für viele Zehntausende von Sprengköpfen ausreichen. Informationen über die Mengen werden von den meisten Kernwaffenstaaten zurückgehalten, nur die USA und Großbritannien haben Zahlen publiziert. Die anderen Kernwaffenstaaten sollten bewegt werden, ebenfalls Informationen zu ihren Beständen zu veröffentlichen. Unbekannt sind auch die weiteren Zweckbestimmungen dieser Materialien: Sollen sie als weitere militärische Reserven vorgehalten werden? Sollen sie für die zivile Kernenergie verwendet werden? Oder sollen sie entsorgt werden? Die Kernwaffenstaaten halten außerdem die Zahl ihrer Atomwaffen geheim. Es gibt stationierte Atomwaffen, einige in Reserve, sowie einge abgerüstete. Aber auch bei den "abgerüsteten" sind viele Nuklearsprengköpfe weiterhin intakt gelagert und könnten schnell wieder auf Träger montiert werden. Es fehlen Transparenz und genauere Angaben über die Zahlen und den Zustand von Atomwaffen. Bei den Vereinten Nationen sollte man ein offzielles Kernwaffen- und Spaltstoffregister einrichten, in denen diese Zahlen regelmäßig aktualisert werden. Die internationale Gemeinschaft hätte damit einen Überblick über den Stand der nuklearen Abrüstung.

[3] Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: http://bit.ly/CIBFFM

[4] LQFB Ergebnis: Ja: 411 (97%) · Enthaltung: 7 · Nein: 12 (3%) · Angenommen

PA500 - Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Position der Piratenpartei Deutschland zum Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen bedingungslosen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen ein.

Begründung

[3] Ein Ersteinsatz von Kernwaffen geht von der Annahme aus, dass ein Atomkrieg begrenzbar wäre. Diese Annahme teilen wir nicht. Im Kalten Krieg diente die Strategie der Option eines Ersteinsatzes dazu, auch konventionelle Angriffe abzuschrecken. Sowohl im Westen als auch im Osten war sie motiviert durch eine vermeintliche konventionelle Übermacht der anderen Seite. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind solche Angriffe nicht mehr vorstellbar. Heutzutage sollen Kernwaffen noch einen "Zweitschlag" ermöglichen, also der Abschreckung eines Nuklearangriffs dienen. Die Überzeugungskraft eines Zweitschlags wird aber nicht beeinträchtigt, wenn man auf einen Erstschlag verzichtet. Ein solcher erster Schritt könnte die Bedeutung von Kernwaffen weiter verringern.

[4] Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[5] LQFB Ergebnis: Ja: 261 (88%) · Enthaltung: 166 · Nein: 34 (12%) · Angenommen

PA501 - Unterstützung des CTBT und FM(C)T Vertrages

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Die Piratenpartei soll den CTBT und FM(C)T Vertrag unterstützen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland unterstützt alle Bemühungen, die das Inkrafttreten des CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty/ Teststoppvertrag) fördern. Wir unterstützen auch alle Bemühungen, mit den Verhandlungen zum FM(C)T (Fissile Material Cutoff Treaty) zu beginnen.

Begründung

[3] Der Teststoppvertrag ist seit Jahrzehnten das wichtigste Symbol für nukleare Abrüstung. Er verhindert die Entwicklung weiterer neuartiger Waffen und dient gleichzeitig der Nichtverbreitung. Er tritt erst in Kraft, wenn ihn eine bestimmte Zahl von Ländern ratifiziert. Es fehlen noch die USA, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea und Iran, von diesen haben Indien, Pakistan und Nordkorea noch nicht unterzeichnet. Wenn die USA ratifizieren würde, würde China vermutlich folgen. Dann wäre es einfacher, auch auf die anderen Staaten einzuwirken. Der FM(C)T ist zu Unrecht völlig unbekannt. Er soll die Produktion von kernwaffenfähigen Materialien für Waffenzwecke verbieten. Ein Moratorium wird bereits von den USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich eingehalten. Während der CTBT den qualitativen Rüstungswettlauf beenden soll, würde der FM(C)T die Beendigung des quantitativen Wettlaufs einleiten. Der Verhandlungsbeginn scheitert zur Zeit am Widerstand Pakistans. Die Bundesregierung sollte sich als großer Nichtkernwaffenstaat mit Erfahrung in ziviler Kernenergie stärker engagieren.

[4] Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[5] Zusatzinfo: Infos zum FM(C)T findet ihr hier: http://wiki.piratenpartei.de/FAQ_zum_Fissile_Material_%28Cutoff%29_Treat

[6] LQFB Ergebnis: Ja: 315 (97%) · Enthaltung: 21 · Nein: 11 (3%) · Angenommen

PA502 - Förderung von Kernwaffenfreien Zonen

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Die Piratenpartei Deutschland soll sich für die Förderung von Kernwaffenfreien Zonen einsetzen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

[2] Auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ("Global Zero") setzt sich die Piratenpartei Deutschland als vertrauensbildende Maßnahme für die Schaffung einer Kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und anderen Regionen weltweit ein.

Begründung

[3] Es gibt bereits eine Reihe von Kernwaffenfreien Zonen, die durch entsprechende Verträge geregelt sind, nämlich in Südamerika (Tlatelolco-Vertrag), Afrika (Pelindaba-Vertrag), Südpazifik (Rarotonga-Vertrag), der Antarktis (Antarktis-Vertrag), in der Mongolei (ATF Zone Mongolei), in Südostasien (Bangkok-Vertrag), in Zentralasien (Semei-Vertrag) und im Gebiet der Ex-DDR und Berlin (2+4-Vertrag). Einige dieser Verträge enthalten auch umfangreiche Bestimmungen zur Transparenz und Verifikation, sowie zur Kooperation bei der Nichtverbreitung. Mehrere europäische Staaten, darunter auch einige NATO-Mitglieder, verbieten die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium. Es ist im deutschen und europäischen Interesse, daß auch Rußland seine Kernwaffen hinter den Ural zurückzieht. Um die Russen dafür zu motivieren, ist nicht nur ein einseitiger Verzicht auf Stationierung von Kernwaffen außerhalb der USA sinnvoll, sondern auch weitere Vorbereitungen. Dazu würde das - offiziell erklärte - Ziel einer Kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gehören. Konsequenterweise sollte man ähnliche Bemühungen weltweit unterstützen.

[4] Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialen, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man unter: http://bit.ly/CIBFFM

[5] LQFB Ergebnis: Ja: 401 (96%) · Enthaltung: 17 · Nein: 17 (4%) · Angenommen

PA503 - Es wird ein neues Bundesministerium für Kultur geschaffen, das aus dem bisherigen Bundesministerium für Bildung und Forschung hervorgeht.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Es soll beschlossen werden, ein Bundeskultusministerium einzurichten.

Antragstext

[1] Es wird ein neues Bundesministerium für Kultur geschaffen, das aus dem bisherigen Bundesministerium für Bildung und Forschung hervorgeht. Das Bundeskultusministerium beinhaltet alle Kriterien, die den Landeskultusministerien vergleichbar sind. Der Kultursektor wird aus dem Kanzler herausgelöst und dem neuen BM zugeordnet; das gleiche gilt für die Sportabteilung im BMI, deren Aufgabenstellung dem neuen BKM angehören soll. Die auswärtige Kulturpoltitik wird aus dem Auswärtigen Amt herausgenommen und dem BKM zugeführt. Das neue BMK sollte keine besondere Weisungsbefugnis an die Kultusminister der Bundesländer erhalten, was auch der im Grundgesetz garantierten Kulturhoheit der Bundesländer zuwiderlaufen würde. Im Prinzip geht es um die Bündelung und einheitlich normierten Ausrichtung der Lernfächer und Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen jedweder Art im Bundesgebiet. Das BKM übernimmt die Aufgaben der Hochschulrektorenkonferenz,führt die Spitze der Kultusministerkonferenz und ist federführend vergleichbarer kultureller Aufgabengebiete.

PA504 - Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird aufgelöst und die entsprechenden Referate dem Bundesministerium für Wirtschaft (als Abteilung für Außenwirtschaft) und dem AA zugeschlagen.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird aufgelöst und die entsprechenden Referate dem Bundesministerium für Wirtschaft (als Abteilung für Außenwirtschaft) und dem AA zugeschlagen.

Antragstext

[1] Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird aufgelöst und die entsprechenden Referate dem Bundesministerium für Wirtschaft (als Abteilung für Außenwirtschaft) und dem AA zugeschlagen.

PA505 - Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird zum Bundesministerium für gesellschaftliche Ordnung.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird zum Bundesministerium für gesellschaftliche Ordnung.

Antragstext

[1] Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird zum Bundesministerium für gesellschaftliche Ordnung. In die Überlegungen sollte einbezogen werden, den Sozialbereich aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung auszulösen und diesem BM zuzuschlagen.

PA506 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA507 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA508 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA509 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA510 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA511 - Beamtentum abschaffen

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Beamtentum abschaffen

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein: Alle Lehrer/innen, Hochschullehrer und Professoren sind ab sofort nur noch im Angestelltenverhältnis von Ländern oder Bund einzustellen. Einstellungen als Beamte finden nicht mehr statt.

Begründung

[2] Begründung: Es gibt keinen Grund, warum nicht auch Lehrer/innen in die Arbeitslosenkasse, die Rentenkasse und die Krankenkassen gleichermaßen einzahlen sollen wie die meisten aller Beschäftigten auch. Es gibt in dem Sinne keine Pensionskasse, der Staat nimmt die Gelder für die Pensionen ja aus den laufenden Haushalten. Das Berufsbeamtentum ist auch eine Zwangsjacke. Wer nach 20 Jahren aussteigen oder wechseln will, kann das nur unter Verlust eines Teils seiner bis dahin angesammelten Rentenansprüche, hat kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Lehrer als Beamte haben nur eingeschränktes Streikrecht.

PA512 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

RhoTP

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von arbeitsmarktechnischen Zwängen zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reprdouziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten individuell und nicht weiter übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt als notwendige Bedingung für den Elterngeldanspruch gestrichen wird.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, daß der- oder diejenige, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während der bzw. die besserverdienende PartnerIn weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, daß Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, daß in der überwiegend Anzahl der Fälle, daß Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] "Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 ." –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA513 - Individuelles, nicht übertragbares Elterngeld

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Andreas Pittrich (@rhotep)

Zusammenfassung

Umgestaltung des Elterngeldes. Elterngeld soll nicht länger übertragbar oder verteilbar sein. Verteil- oder Übertragbarkeit begünstig nämlich Lebensgemeinschaften mit unterschiedlichem Einkommen, also vor allem die klassische Familien.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Geschlechter- und Familienpolitik einfügen:

[2] Elterngeld

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, alternative Rollenmodelle nicht länger zu benachteiligen. Für viele Familien besteht Wahlfreiheit bisher nur auf dem Papier. Die gegenwärtige Regelung zum Elterngeld begünstigt besonders diejenigen Lebensgemeinschaften, deren bezugberechtigte Mitglieder unterschiedlich viel verdienen. Damit stützt und reproduziert das Elterngeld in seiner derzeitigen Form das klassische Familienmodell samt stereotyper Verdienstaufteilung mit erwerbstätigem Vater und Kinder betreuender Mutter. Die zwei "Partnermonate" haben daran nur wenig geändert.

[4] Das Elterngeld soll dazu dienen, den Einzelnen weitestgehend von den Zwängen des Arbeitsmarktes zu befreien, um ihm eine wirklich freie Entscheidung über die eigene Balance zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen. Eine Übertragbarkeit des Elterngeldanspruches wirkt diesem Zweck entgegen und reproduziert die herrschenden Verhältnisse.

[5] Deshalb setzt sich die Piratenpartei dafür ein, dass das Elterngeld allen Bezugsberechtigten jeweils individuell und nicht an andere übertragbar zusteht.

[6] Wir setzen uns ferner dafür ein, dass das Elterngeld alternative Lebensmodelle und Patchwork-Familien nicht länger benachteiligt. Deshalb soll der Bezugsberechtigtenkreis für jedes Kind dadurch erweitert werden, dass das Zusammenleben mit dem Kind in einem Haushalt künftig für einen Elterngeldanspruch nicht mehr zwingend notwendig ist.

[7] Ein angemessenes Elterngeld sollte auch denjenigen zustehen, die wegen Teilzeitarbeit nur ein geringeres Einkommen oder gar kein Erwerbseinkommen vorweisen können. Es widerspricht den Grundideen der Piratenpartei, dass das Elterngeld seit 2011 ausgerechnet bei Bezug von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vollständig als Einkommen angerechnet wird und zur Kürzung der Leistungen führt. Diese Regelung sollte deshalb zurückgenommen werden.

[8] Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, ein Zuverdienst bis zum Elterngeld-Höchstsatz sollte nicht finanziell bestraft werden.

Begründung

[9] Bemerkungen:

[10] Dieser Antrag ist ein Alternativantrag zu http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA244 Modul 3

[11] Der vorliegende Antrag ist in seiner Forderung PA244 sehr ähnlich, geht aber über diesen hinaus. Der in PA244 geforderte Ausbau der Partnermonate ist eine Form des hier gefordrten Abbaus von Übertragbarkeit.

[12] Der wesentliche Unterschied ist jedoch die eingenommene Haltung. Es steht nicht mehr im Fokus, auf mehr Beteiligung von Männern hinzuwirken, sondern die Begünstigung der klassischen Familie abzubauen. Damit wären wir auf einer Linie mit der Argumentation zum Ehegattensplitting (das wir bereits im Grundsatzprogramm ablehnen).

[13] Begründung:

[14] Die Höhe des Elterngeldes hängt vom bisherigen Einkommen ab. Wenn unterschiedlich viel verdient wird, zahlt es sich aus, dass die Person, die weniger verdient, soviel Elterngeld wie möglich in Anspruch nimmt, während die besserverdienende weiter arbeitet. Auf diese Weise das Einkommen zu optimieren, geht natürlich nur bei einem Einkommensunterschied.

[15] Es ist bekannt, dass Frauen im Schnitt weniger verdienen als Männer.

[16] Die oben angestellten Überlegungen werden durch die Statistik gestützt: Die Statsistik zeigt, dass in der überwiegend Anzahl der Fälle, dass Elterngeld asymmetrisch in Anspruch genommen wird. Von den Fällen, in denen der Mann überhaupt seinen Anspruch geltend macht, werden zu 77% nur die Partnermonate in Anspruch genommen. Männer haben in diesen Fällen im Schnitt etwa das doppelte Einkommen ihrer Partnerinnen.

[17] “Die durchschnittliche Bezugsdauer betrug insgesamt 9,8 Monate, bei den Väter 3,3 und den Müttern 11,6 Monate. Der weitaus überwiegende Teil der Väter in Elternzeit, nämlich 77,6%, nimmt lediglich die Mindestdauer von ein bis zwei Monaten in Anspruch 6 . Die Höhe des Elterngeldanspruches lag im ersten Bezugsmonat durchschnittlich bei 748 Euro (1096 Euro bei Vätern, 648 Euro bei Müttern) 7 . Das statistische Zahlenmaterial deutet auf einen Wandel in der Einschätzung, Bewertung und Bereitschaft zur Nutzung des Elterngeldes und damit von Elternzeit durch Väter 8,9,10,11 .“ –Quelle BMFSFJ: vaterschaft-und-elternzeit-endbericht.pdf

PA514 - Verstaatlichung der Rüstungsindustrie

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich für eine Verstaatlichung der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie ein, da für uns die Entwicklung und Produktion von Kriegswaffen unter das des staatliche Gewaltmonopol fällt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine Verstaatlichung der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie ein, da für uns die Entwicklung und Produktion von Kriegswaffen unter das des staatliche Gewaltmonopol fällt.

Begründung

[3] Kriegswaffen, ihre Produktion und Entwicklung sowie der Besitz von technischen Detailkenntnissen, also die Voraussetzung und Folge von Entwicklung und Produktion, berühren in höchstem Maße das staatliche Gewaltmonopol. Diese Dinge gehören daher nicht in private Hände bzw. in die Hände von privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen.

[4] Die Piratenpartei befürwortet grundsätzlich die marktförmige Organisation des Wirtschaftslebens. Kriegswaffen sind jedoch kein Konsumgut, sie sollen nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Gründen nur für einen sehr beschränkten Kreis erwerbbar sein. Damit sind bereits die Voraussetzungen für einen sich selbst organisierenden Markt nicht gegeben.

[5] In erster Linie soll die Versorgung der eigenen Landesverteidigung (eingeschränkt auch der Polizei), der Verbündeten, sowie ggf. "befreundeter Länder" (wer genau das ist, ist nicht Bestandteil der Initiative) sichergestellt werden. Der Kunde ist hier letztlich der Steuerzahler, es erschliesst sich nicht, warum er für die (notwendigen) Extragewinne privatwirtschaftlicher Akteure aufkommen soll. Aufgrund der technischen Komplexität moderner Kriegswaffen und aufgrund der notwendigen Zusammenarbeit mit den Streitkräften (Beschaffungsstellen, Rückkopplung von Einsatzerfahrungen, Wartung etc.) und der einseitigen Abhängigkeit von Staatsaufträgen (und Exportgenehmigungen) gibt es keinen "freien Markt" in der Rüstungsindustrie. Es handelt sich dabei immer (und zwar weltweit) um Oligopolstrukturen, die noch dazu in hohem Maße mit staatlichen Stellen verbandelt sind. Dabei verfolgen die gewinnorientierten privatwirtschaftlichen Akteure naturgemäß Ziele, die den sicherheitspolitischen Interessen des Staates und seiner Bürger weitgehend entgegenstehen. Ein Rüstungskonzern will und muss möglichst hohe Einnahmen erwirtschaften, das liegt in seiner Natur (und ggf. in seiner Unternehmensverfassung). Er kann das Ziel nur auf zwei Arten erreichen: Entweder mit hohen Gewinnspannen verkaufen. Hier wird unmittelbar der deutsche (und europäische) Steuerzahler geschädigt. Oder möglichst viele Waffen verkaufen. Das aber ist sicherheits- und friedenspolitisch problematisch. Staatliche und privatwirtschaftliche Interessen sind hier diametral entgegengesetzt und grundsätzlich unvereinbar.

[6] Außerdem entsteht aus der Verbandelung von Rüstungsindustrie und Politik (Parteispenden, Arbeitsplätze etc. - möglicherweise auch die gefühlte oder wirkliche Abhängigkeit der Verteidigungspolitik von den militärtechnischen Geheimnisträgern in der Privatwirtschaft) eine korrumpierende Wirkung auf politische Entscheidungsträger sowie Verantwortungsdiffusion. Zwar könnte auch eine komplett staatliche Rüstungsindustrie (je nach gesetzlicher Regelung) Waffen exportieren und dadurch u.U. auch die Stückkosten senken bzw. Entwicklungkosten wieder einspielen. Das wäre dann aber eine politische Entscheidung, die komplett von der Politik verantwortet werden muss. Die Diskussion darüber, an welchen Empfängerkreis man verkauft, wäre (möglichst öffentlich) ohne Interferenzen aufgrund von privater Gewinnerwartung zu führen. Die möglichen "Gewinne" (Kostensenkung durch höhere Stückzahlen) würden an derselben Stelle anfallen wie die möglichen Extrakosten (möglw. gestiegene weltweite Unsicherheit durch Waffen-Proliferation, moralische Kosten, Ansehensverlust Deutschlands etc.): Beim Bürger, beim Steuerzahler.

PA515 - Einführung einer Pensionsabgabe für alle Beamte (Bund, Länder und Gemeinden) und Einzahlung in ein Versorgungswerk.

Wahlprogramm - Verwaltung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wrtlbrmpfd

Zusammenfassung

Einführung einer Pensionsabgabe für alle Beamte (Bund, Länder und Gemeinden) und Einzahlung in ein Versorgungswerk. Höhe der Abgabe zwischen 5 und 10 % des Jahreseinkommens.

Antragstext

[1] Einführung einer Pensionsabgabe für alle Beamte (Bund, Länder und Gemeinden) und Einzahlung in ein Versorgungswerk. Diese Regelung soll auf für Bundespräsident (hier: kein Ehrensold mehr), Bundeskanzler, Bundesminister, Ministerpräsidenten, Landesminister, Abgeordnete (auch hier: Bund, Länder und Gemeinden) gelten

Begründung

[2] Die Zahlung von Beamtenpensionen sowie für alle Berufspolitiker bedeutet in Zukunft für alle Haushalte der öffentlichen Hand eine zunehmend schwere Belastung, die nur dadurch aufgefangen werden kann durch die Erhebung einer Pensionsabgabe zwischen 5 und 10 %. Dies führt auch zur Gleichstellung mit den gesetzlichen Rentenversicherungen.

PA516 - Abschaffung der bisherigen Schulverwaltung

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Abschaffung der bisherigen Schulverwaltung, neue Strukturen entwickeln.

Antragstext

[1] Die bisherige Form der Schulverwaltung wird abgeschafft, auch probeweise in ausgewählten Regierungsbezirken, Kreisen oder Städten. Neue Strukturen der Schulentwicklung müssen entwickelt werden.

Begründung

[2] Begründung: Das bisherige System ist preußisch autoritär und nicht kontrollierbar, die Entscheidungen der Verwaltungen sind oft Bildungsfeindlich, Inkompetent und von Schaden für die Schullandschaft. Die eigentlichen Experten sind die Lehrer/innen, die Eltern, auch die Kinder, und oft die Erziehungwissenschaftler (Bsp. Hilbert Meyer oder Peter Struck), alle diese Personenkreise werden bei grundsätzlichen Bildungsentscheidungen meistens gar nicht erst gefragt. Die Schulbürokratie ist das stärkste Hindernis auf dem Weg zur Veränderung und Verbesserung des Schulwesens, immer wieder sind es Vorschriften und unflexible Verwaltungsbeamte, die auch kleine Neuerungen verhindern. Das Modell Finnland kann eingeschränkt auch für Bundesländer oder große Regierungsbezirke gelten - dort wurde vor langer Zeit (1986) die Schulverwaltung abgeschafft und durch ein schlankes System von Beratung und Unterstützung und Bildungszielen ersetzt. siehe hier:

[3] https://www.wuala.com/Volkerwaldt/Bildungspirat/?key=zaWiBeXYCU7S

PA517 - Schulbildung wird Bundesangelegenheit.

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Schulbildung wird Bundesangelegenheit.

Antragstext

[1] Schulbildung wird Bundesangelegenheit.

Begründung

[2] Begründung: Städte, Gemeinde und Länder geben Kindern sehr unterschiedliche Bildungschancen, arme Gemeinden und Schulbezirke oft eher schlechtere. Damit aber die Schwachen und genauso auch die Guten optimal gefördert werden können, muss dies unabhängig von der Finanzlage der Eltern, der Städte oder der Bundesländer geschehen. Ein Kind aus Duisburg-Hamborn soll die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben wie ein Kind aus Hamburg-Blankenese. Es darf auch nicht so sein, dass ein Bundesland mehr in die Ausbildung von Lehrer/innen investiert und ein anderes diese dann mit besseren Gehaltsangeboten abwirbt.

PA518 - Grundschule bis Klasse 6.

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Grundschule bis Klasse 6.

Antragstext

[1] Die Grundschulen sollen bundesweit bis Klasse 6 geführt werden.

Begründung

[2] Begründung: Bis Kinder 12 sind, sollen sie wohnungsnah ihren Schulort haben, den sie zu Fuß oder mit dem Rad erreichen können. Eine Entwicklungsänderung setzt bei Kindern ab Klasse 7 ein: dann beginnt die Pubertät, sie beginnen, das Kindliche in sich zu verlieren, werden schwierig, alles ändert sich in ihnen, das ist der Moment, wo man einen Schulwechsel vornehmen kann, früher nicht.

PA519 - doppelt zu PA519 Grundschule bis Klasse 6.

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Grundschule bis Klasse 6.

Antragstext

[1] Die Grundschulen sollen bundesweit bis Klasse 6 geführt werden.

Begründung

[2] Begründung: Bis Kinder 12 sind, sollen sie wohnungsnah ihren Schulort haben, den sie zu Fuß oder mit dem Rad erreichen können. Eine Entwicklungsänderung setzt bei Kindern ab Klasse 7 ein: dann beginnt die Pubertät, sie beginnen, das Kindliche in sich zu verlieren, werden schwierig, alles ändert sich in ihnen, das ist der Moment, wo man einen Schulwechsel vornehmen kann, früher nicht.

PA520 - Neuorientierung der Lehrer/innenausbildung.

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Neuorientierung der Lehrer/innenausbildung.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich für eine Umgestaltung der Lehrerausbildung ein. Die bisherige Lehrerausbildung ist wenig am Berufsfeld Schule orientiert. Lehrer von heute unterrichten oft immer noch mit Methoden und Vorstellungen von gestern und vorgestern. In Finnland werden zukünftige Kollegen beraten, ob der Job für sie geeignet ist. Das muss hier auch geschehen.

Begründung

[2] Begründung: Die bisherige Lehrerausbildung ist wenig am Berufsfeld Schule orientiert. Lehrer von heute unterrichten oft immer noch mit Methoden und Vorstellungen von gestern und vorgestern. In Finnland werden zukünftige Kollegen beraten, ob der Job für sie geeignet ist. Das muss hier auch geschehen. Das heißt nicht, dass die Kollegen/innen im Land nicht qualifiziert sind, ganz im Gegenteil: viele viele Kollegen/innen (das kann aber jeder nur aus seiner persönlichen Erfahrung sagen) haben sich selber weiterqualifiziert, oft aus dem Grund, weil man durch guten Unterricht mehr Zufriedenheit hat und seiner nur so seiner Verantwortung gerecht werden kann.

PA521 - Inklusion

Wahlprogramm - Bildung und Forschung WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Inklusion Bundesangelegenheit

Antragstext

[1] Die Piratenpartei schlägt vor, dass Inklusion und Aufhebung der Förderschulen zentral betrieben werden und personell und finanziell vom Bundesbildungsministerium reichhaltig unterstützt werden. Die bisherigen Versuche, Förderschüler zu integrieren, führen derzeit oft zur Verschlechterung der Lernmöglichkeiten für Förderschüler.

Begründung

[2] Begründung: Die bisherigen Versuche, Förderschüler zu integrieren, führen derzeit oft zur Verschlechterung der Lernmöglichkeiten für Förderschüler, es passiert also das Gegenteil von dem, was eigentlich bezweckt werden soll.

PA522 - Politiker und Politikerinnen! Mit der alleinigen Kraft dem Volk dienen!

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Meier

Zusammenfassung

Einkommen aus Nebentätigkeiten sind auf die Abgeordnetenbezüge (Diäten) der Volksvertreter zu 100 Prozent anzurechnen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich “Keine der Gruppen“ in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] **Einkünfte aus Nebentätigkeiten, wie Aufsichtsratsfunktionen und dergleichen, sind auf die Einnahmen der Politikerinnen und Politiker – den sog. Diäten – zu 100 Prozent anzurechnen.**

Begründung

[3] 100 Prozent? - Das begründet einerseits die nachgeführte Argumentationsstruktur in der Hauptbegründung dieses Antrags und begründet andererseits der Gleichheitsgrundsatz zu anderen Einkommensgruppen. *Dazu ein Beispiel:*

[4] Als Beispiel soll hier das Sozialgesetzbuch II – das sog. Hartz-IV-Gesetz – die Grundlage sein. Arbeitssuchenden werden auf ihren staatlichen Transferleistungen alle weiteren Einnahmen vollständig oder teilweise aufgerechnet.

[5] Wir Piraten fordern deshalb den Grundsatz der Gleichheit und Solidarität vor dem Hintergrund hoher und höchster Einkommen.

[6] *Zur Hauptbegründung:* Großen Teilen der Bevölkerung ist es schwer vermittelbar, mitunter gar unverständlich, wie ein gewählter Volksvertreter bzw. eine gewählte Volksvertreterin seine bzw. ihre übernommenen Amtspflichten gewissenhaft führen kann und dann die Zeit für diverse Nebentätigkeiten – also neben der eines Volksvertreters und einer Volksvertreterin – aufzubringen vermag. *Denn:*

[7] Häufig ist es ja so, dass die Nebentätigkeit eines Volksvertreters erst dadurch ermöglicht wird, dass jemand zur Volksvertreterin bzw. zum Volksvertreter gewählt wurde. Deshalb erscheint die geforderte Anrechnung von Nebeneinkünften nachvollziehbar.

PA523 - Wehrpflicht

Wahlprogramm - Friedenspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Wehrpflicht

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Wehrpflicht und einjähriger Zivildienst erhalten bleiben. Eine Wehrpflichtarmee kann dazu beitragen, eine nicht kontrollierbare Elitearmee zu verhindern. Im Zivildienst leisten die jungen Männer einen wertvollen Beitrag für unsere Sozialgesellschaft.

Begründung

[2] Begründung: Eine Wehrpflichtarmee kann dazu beitragen, eine nicht kontrollierbare Elitearmee zu verhindern. Im Zivildienst leisten die jungen Männer einen wertvollen Beitrag für unsere Sozialgesellschaft. Über die Ausweitung der Wehrpflicht und des Zivildienstes auf Mädchen und Frauen soll durch eine breite Diskussion in der Gesellschaft entschieden werden.

PA524 - doppelt zu PA521 Inklusion

Wahlprogramm - Bildung und Forschung PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerwaldt

Zusammenfassung

Inklusion

Antragstext

[1] Die Piratenpartei schlägt vor, dass Inklusion und Aufhebung der Förderschulen zentral betrieben werden und personell und finanziell vom Bundesbildungsministerium reichhaltig unterstützt werden. Die bisherigen Versuche, Förderschüler zu integrieren, führen derzeit oft zur Verschlechterung der Lernmöglichkeiten für Förderschüler.

Begründung

[2] Begründung: Die bisherigen Versuche, Förderschüler zu integrieren, führen derzeit oft zur Verschlechterung der Lernmöglichkeiten für Förderschüler, es passiert also das Gegenteil von dem, was eigentlich bezweckt werden soll.

PA525 - Stuttgart 21

Wahlprogramm - Bauen und Verkehr PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Knödler, Wiki: Mipi, Twitter: @Klickmichi

Zusammenfassung

Forderungen: Finanzierungslücke klären, Sicherheit und Funktionsfähigkeit, Brandschutzkonzept, Veröffentlichung der Planungsunterlagen, Überwachung durch den Verfassungsschutz stoppen, Leistungsfähigkeit vergleichen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und in das Wahlprogramm einfügen: Die Piratenpartei Deutschland stellt folgende Forderungen im Zusammenhang mit dem Bauprojekt Stuttgart 21:

- Klärung welche Projektpartner Mehrkosten übernehmen, die über die Finanzierungsvereinbarung hinaus gehen.
- Die Sicherheit und Funktionsfähigkeit des bestehenden Kopfbahnhofs muss während der gesamten Bauzeit des Tiefbahnhofs gewährleistet sein.
- Das fehlende Brandschutzkonzept muss so erstellt werden, dass auch Rollstuhlfahrer und andere gehbehinderte Personen im Brandfall evakuiert werden können.
- Veröffentlichung aller Planungsunterlagen des Bauprojekts im Internet.
- Stopp der Überwachung von Demonstrationen und Parkgottesdiensten durch den Verfassungsschutz.
- Vergleich der Leistungsfähigkeit des geplanten Tiefbahnhofs mit dem bestehenden Kopfbahnhof durch einen unabhängigen Gutachter, welcher nicht mit der Bahn in Verbindung steht.

[2] Wir schlagen ein Baumoratorium vor, bis ein sicherer und solide finanzierter Weiterbau garantiert ist. Bei zukünftigen Großbauprojekten, bei denen die öffentliche Hand beteiligt ist, müssen die Parlamente und die Öffentlichkeit regelmäßig über Planungsstände informiert werden. Ansonsten fehlt eine fundierte Entscheidungsgrundlage. Bewusste Täuschungen müssen strafrechtliche Konsequenzen haben. Nur so kann verhindert werden, dass sich Fehlplanungen wie bei S21, Elbphilharmonie oder dem Berliner Flughafen BER wiederholen.

Begründung

- Der im Finanzierungsvertrag 1 von April 2009 geht von geschätzten Gesamtkosten von 3,076 Mrd. Euro aus. Mit dem zusätzlichen Risikopuffer von 1,45 Mrd Euro ergibt sich ein Finanzierungsbetrag von 4,526 Mrd. Euro. Der Bundesrechnungshof ging bereits 2008 von 5,3 Mrd. Euro aus. Im Lenkungskreis 2 vom 22.10.2012 bestätigte die Bahn einen Kostenstand von 4,67 Mrd. Euro und damit zum ersten Mal offiziell das Überschreiten der Finanzierungsvereinbarung. Bisher wurden nur Abrissarbeiten getätigt und noch nichts gebaut. Es ist offensichtlich, dass die Kosten in den nächsten 10 Jahren weiter ansteigen werden. Wenn man sich heute nicht um eine solide Finanzierung kümmert, dann wird man sich in ein paar Jahren

vor Gericht darum streiten. Dies wird zu kostenintensiven Verzögerungen des Bauprojekts führen. Ein Abbruch mitten in der Bauphase ist dann nicht mehr auszuschließen.

- Durch Umbauarbeiten für Stuttgart 21 sind in den letzten Monaten mehrere Züge entgleist. Dabei kam es auch zu Personenschäden. Auf längere Zeit waren 5 der 16 Gleise gesperrt und es kam zu großen Verspätungen und Zugausfällen. Laut Stiftung Warentest 3 hatte Stuttgart im Jahr 2011 den pünktlichsten Großstadtbahnhof in Deutschland. Wegen Abriss des Windschutzes (Nord -und Südflügel) kann der Bahnhof nur noch bis Windstärke 7 sicher betrieben werden. Ab Windstärke 8 kommt es zu einer Sperrung des Bahnsteigbereichs der Bahnhofshalle 4 . Ohnehin sind die Passagiere jetzt vermehrt der kalten Witterung ausgesetzt.

- Die aktuellen Planungen zum Brandschutz genügen selbst einfachsten Brandschutzanforderungen nicht. Als Fluchtweg gibt es nur Treppen. Die Evakuierungszeiten von 23 bis über 30 Minuten entsprechen nicht den internationalen Standards von 8 Minuten. Eine nachträgliche Anpassung des Brandschutzes ist aufgrund der baulichen Enge des geplanten Bahnhoftroges schwierig bis unmöglich. Dies ergab ein Gutachten von Sicherheitsexperten der Firma Gruner. 5

- Nur durch Transparenz der Planungsunterlagen können Fehlplanungen frühzeitig erkannt und korrigiert werden. Da nur Bund, Bahn, das Land BW, die Stadt Stuttgart (zu der auch der Flughafen gehört) und die Region Stuttgart beteiligt sind, wird S21 ausschließlich aus Steuergeldern finanziert. Der Steuerzahler hat deswegen das Recht darüber informiert zu werden.

- Überwachung durch den Verfassungsschutz wurde durch einen Rahmenbefehl beauftragt. 6

- Bei der Schlichtung wurde von seiten Bahn behauptet der neue Tiefbahnhof mit 8 Gleisen sei um 30% leistungsfähiger als der bestehende Kopfbahnhof mit 17 Gleisen. Um dies zu beweisen wurde im Schlichterspruch ein Stresstest gefordert. Der Stresstest wurde von der Bahn selbst durchgeführt und hatte einige Mängel 7 . Zum Vergleich der wurde der aktuelle Fahrplan des Kopfbahnhofs herangezogen und nicht die maximale Leistungsfähigkeit. Bei den ursprünglichen Planungen war der Tiefbahnhof in der Hauptverkehrszeit nur für 32 Züge pro Stunde ausgelegt 8 im Stresstest waren es dann 49 Züge pro Stunde.

[3] Quellen: 1 http://de.wikipedia.org/wiki/Kosten_und_Finanzierung_von_Stuttgart_21 2 http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-finanzierungsgrenze-ist-akut-gefaehrdet.4f77e75d-b4ea-42f6-b79a-2595ccb02f87.html 3 http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.puenktlichkeit-an-bahnhoefen-stuttgart-ganz-vorn.8ee2bb4d-3b2e-4f0e-801c-13c98ce05dc0.html 4 http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgarter-hauptbahnhof-bahn-arbeitet-an-hallendach-sperrung-moeglich.20f3afb5-4bc1-4789-b4c9-767d80528752.html 5 http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-gegner-brandschutz-verbrecherisch.a2561dd5-2b58-44b1-ae51-4935bebe2bd0.html 6 http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-87347212.html 7 http://wikireal.org/wiki/Stuttgart_21/Stresstest 8 http://www.stern.de/wirtschaft/news/dokumente-naehren-zweifel-s21-weniger-leistungsfaehig-als-der-alte-kopfbahnhof-1914538.html

PA526 - Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen wie U-Haft und Hausdurchsuchungen

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Unschuldig von Strafverfolgungsmaßnahmen (z. B. Untersuchungshaft, Hausdurchsuchung) sollen angemessen entschädigt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für ein gerechteres System der Entschädigung für Opfer staatlicher Fehlentscheidung (beispielsweise zu Unrecht erlittener Untersuchungshaft) ein. Im Fall der Untersuchungshaft muss die Höhe der Entschädigung dem für Freiheitsberaubung zustehenden Schmerzensgeld entsprechen; auch für die psychische Belastung anderer Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen ist eine angemessene Entschädigung vorzusehen.

Begründung

[3] **Historie**

[4] Das Strafverfolgungsentschädigungsgesetz(StrEG) wurde geschaffen um Opfer staatlicher Fehlentscheidung zu entschädigen. Das Gesetz welches im Jahre 1971 eingeführt worden ist wurde bisher zwei Mal in der Höhe angepasst. Einmal 1987 von bisher 10 DM auf 20 DM pro Tag und im Zuge der Währungsumstellung rundete man einfach halber auf 11,00 Euro auf. Danach wurde dieser Satz im Jahre 2009 auf 25 Euro pro Tag erlittene Untersuchungshaft angehoben.

[5] **Begründung**

[6] Menschen, die zu Unrecht Untersuchungshaft erleiden, erhalten dafür derzeit lediglich eine lächerliche Entschädigung. Von der Entschädigung, die momentan 25 €/Tag liegt, muss der Geschädigte dann auch noch Kosten für Unterkunft und Verpflegung zahlen. Bei anderen Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen ist für die psychische Belastung gar keine Entschädigung vorgesehen. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für ein gerechteres System der Entschädigung für Opfer staatlicher Fehlentscheidung ein. Im Fall der Untersuchungshaft muss die Höhe der Entschädigung dem für Freiheitsberaubung zustehenden Schmerzensgeld entsprechen.

[7] *Hinweis: Dieser Antrag basiert auf PA005 vom BPT 2011.2, welcher aus Zeitgründen nicht behandelt wurde. Konkurrierender Antrag: PA319.*

PA527 - Keine Bundeswehr im Inneren

Wahlprogramm - Sicherheitspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Die Bundeswehr darf nicht im Inneren eingesetzt werden (außer humanitäre Einsätze).

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piraten lehen den Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Ausgenommen sind humanitäre Einsätze zur Rettung von Menschen, Tieren und bedeutenden Sachwerten im Katastrophenfall.

Begründung

[3] Die Bewahrung und Wiederherstellung der Inneren Ordnung ist Aufgabe der Polizeien. Sie sind so auszurüsten, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann.

[4] Die Bundeswehr hat den Schutz vor äußeren Bedrohungen sicherzustellen. Beide Aufgaben basieren auf unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen.

[5] Die Bundeswehr ist für die Wahrnehmung von Polizeiaufgaben weder ausgebildet noch ausgerüstet. Sie ist darüber hinaus z.Zt. auf Grund der aktuellen Einsatzlage überhaupt nicht in der Lage weitere Aufgaben zu schultern.

[6] Wir haben aus der Geschichte gelernt, was es heisst, Streitkräfte gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Wir sollten uns jedem Versuch verschließen, solches zukünftig wieder zu ermöglichen.

[7] *Hinweis: Dieser Antrag basiert auf PA095 vom BPT 2011.2, welcher aus Zeitgründen nicht behandelt wurde.*

PA528 - De-Mail

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sebastian Dicke und Christian Nissen

Zusammenfassung

Die Piratenpartei sieht De-Mail aufgrund massiven konzeptionellen und technischen Nachholbedarfs kritisch

Antragstext

Einleitung

[1] Die Piratenpartei Deutschland begrüßt das Bestreben des Gesetzgebers, eine rechtssichere Alternative für die Online-Kommunikation zwischen Behörden und Privatpersonen zu schaffen.

[2] De-Mail halten wir jedoch für diesen Zweck für ungeeignet und sehen massiven konzeptionellen und technischen Nachbesserungsbedarf.

Technische Aspekte

[3] Sämtliche Verschlüsselungsinformationen werden auf den Servern der De-Mail Anbieter gespeichert. De-Mails werden vor dem Versand automatisch entschlüsselt und auf Viren und Spam überprüft. Beim Empfänger werden diese ebenfalls entschlüsselt und gescannt, bevor die Mail an den Nutzer ausgeliefert wird.

[4] Es ist zwar optional möglich die De-Mails Ende zu Ende zu verschlüsseln, diese Option soll jedoch nur auf Wunsch genutzt werden und es nicht geklärt, ob alle Empfänger dies unterstützen werden.

[5] Die Piratenpartei Deutschland ist der Ansicht, dass hier, trotz organisatorischer Maßnahmen, die einen nicht autorisierten Zugriff auf die Benutzerkonten und Verschlüsselungsinformation verhindern sollen, Missbrauchspotenzial herrscht. Wir fordern, die Verschlüsselungsinformationen dezentral, auf eine Art und Weise zu speichern, die einen automatisierten, massenhaften Zugriff unmöglich macht. Ebenso dürfen die Mails zwischen Versender und Empfänger nicht entschlüsselt werden.

[6] Eine dezentrale Speicherung stellt sicher, dass nicht irgendwann Sicherheitsbehörden, oder Privatpersonen illegal Zugriff auf sämtliche entschlüsselte De-Mails der Bürger erlangen. Ebenso beugt sie Begehrlichkeiten von Sicherheitspolitikern vor, mit Hilfe von De-Mail eine massenhafte digitale Rasterfahndung durchzuführen.

Verbrauchersicht

[7] Im Gegensatz zur klassischen Briefpost sind für die Nutzung eines De-Mail Konto nicht unerhebliche technische Hürden zu überwinden. Nicht jeder Bundesbürger hat regelmäßigen Zugang zu dem Internet, oder besitzt die nötigen Geräte dies zu tun.

[8] Die Piratenpartei Deutschland fordert daher, dass Behörden und kommerzielle Anbieter, die De-Mail nutzen, eine für den Verbraucher kostenneutrale Alternative hierzu anbieten müssen.

[9] Die, bei online Kommunikation immer bestehende, Gefahr von Identitätsdiebstählen, sehen wir bei der derzeitigen Implementierung von De-Mail nicht ausreichend berücksichtigt. Um die Folgen eines solchen Vorfalls zumindest abzumildern, fordern wir, dass De-Mails die von nicht autorisierten Personen abgesendet werden, keine rechtlich bindende Wirkung entfalten dürfen. Ebenso muss es im Fall der Fälle unbürokratisch möglich sein, dass De-Mail Konto stillzulegen und anschließend den Zugang wieder zu erlangen.

[10] Der Anbieter muss den Nutzer vor der erstmaligen Nutzung des De-Mail-Kontos über die Rechtsfolgen und Kosten der Nutzung von De-Mail-Diensten informieren, es fehlt jedoch eine konkrete Definition einer Nutzung. Diese sollte Teil des Gesetzes werden.

[11] Es fehlt eine Vormundregel für den Fall des vollständigen oder teilweisen Verlustes der Geschäftsfähigkeit. Die Piratenpartei setzt sich für die Beseitigung dieses Mangels ein.

[12] Ebenso kritisieren wir, dass nicht ausreichend darauf hingewiesen wird, dass sich der Verbraucher mit Anlegen eines De-Mail Kontos dazu verpflichtet, dieses täglich zu überprüfen und abgesendete De-Mails mit Ankunft auf dem Konto als zugestellt gelten. Diese Regelung ist, zumindest für große Teile der Bevölkerung, völlig weltfremd und kann gerade für Personen, die nur selten online sind, schlimme Folgen, in Form von verpassten Fristen und Ähnlichem, haben.

[13] De-Mail-Adressen sind genauso aufgebaut wie E-Mail-Adressen. Dies kann leicht zu Verwirrungen führen, deshalb sehen wir hier Nachbesserungsbedarf.

[14] Es ist sicherzustellen, dass ein De-Mail-Konto nie Voraussetzung dafür ist, einen Dienst zu nutzen oder ein bestimmtes Angebot wahrzunehmen. Die Nutzung von De-Mail muss für den Bürger immer freiwillig sein. Insbesondere muss der Bürger sein Einverständnis zum Empfang auf bestimmte Arten von Mitteilungen beschränken können. Der Widerruf dieser Einwilligung muss jederzeit möglich sein. De-Mail-Anbieter müssen ihren Kunden jederzeit die Möglichkeit bieten, einzusehen, welche Einverständnisse er erteilt hat.

Wirtschaftliche Aspekte

[15] Momentan ist De-Mail eine deutsche Insellösung. In Zeiten zunehmender internationaler Vernetzung und Globalisierung ist ein regional beschränktes Kommunikationssystem jedoch kaum sinnvoll einsetzbar.

[16] De-Mail-Adressen sind nicht von einem Anbieter auf den anderen übertragbar. Ein Kunde, der zwischen zwei Anbietern wechseln möchte, muss sämtliche Kontakte einzeln über die Änderung seiner Adresse informieren. Außerdem gibt es keine Reglung zur Kündigung von De-Mail-Konten, was dazu führt, dass der Nutzer nach einem Wechsel zwei Postfächer kontrollieren muss. Wir setzen uns daher für eine gesetzlich festgeschriebene Kündigungsmöglichkeit und die Möglichkeit, De-Mail-Adressen von einem Anbieter zu einem anderen zu portieren, ein.

[17] Die Tatsache, dass der Anbieterwechsel nur mit großem Aufwand möglich ist, führt, in Verbindung mit dem Umstand, dass es bislang nur wenige akkreditierte Anbieter gibt, zu der Sorge, dass sich ein marktbeherrschendes Angebotsoligopol bilden wird. Diese Sorge wird dadurch verstärkt, dass es ein nicht unerheblicher Aufwand ist, parallel De-Mail und E-Mail zu nutzen.

Begründung

[18] Dieser Antrag basiert auf einem zum BPT 2011.2 eingereichten Positionspapier. Die endgültige Ausgestaltung des Antrags fußt auf den Rechercheergebnissen der AG Netzpolitik von September und gibt den aktuellen Kenntnis- und Diskussionsstand wieder.

[19] De-Mail ist eine unsinnige staatlich reglementierte Lösung. Es gibt bereits heute die Möglichkeit, E-Mails mit PGP zu verschlüsseln. Die Identität des Kommunikationsteilnehmers lässt sich mit Signaturen bestätigen, dies ist im Signaturgesetz geregelt. Insgesamt macht De-Mail den Eindruck, dass sich um ein System handelt, dass

es Hostern ermöglicht, ein Porto auf E-Mails zu erheben.

[20] Es ist nicht so, dass alle Menschen technikaffin. Hierauf sollte Rücksicht genommen werden bei der Ausgestaltieung. Allerdings ist dies offenbar nicht geschehen, was unter anderem an der Formatierung der Adressen und an dem Zwang zum ständigen Abrufen der Nachrichten deutlich wird.

[21] Weitere Informationen im Wiki: http://wiki.piratenpartei.de/De-Mail

PA529 - Suchtpolitik

Wahlprogramm - Drogen LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Benny, heide

Zusammenfassung

Suchtpolitisches Wahlprogramm zur Novellierung des BtMG, mit der Forderung, das Führerscheinrecht evidenzbasiert gestalten, eine bundesweite Meldestelle für "problematische" Substanzen und lizenzierte Fachabgabestellen einzurichten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und unter Drogen- und Suchtpolitik einfügen:

[2] Präambel: Die PIRATEN streben die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen an, die sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinandersetzen. Gemeinsam müssen wir eine Suchtpolitik betreiben, die riskanten Drogengebrauch verhindert, echten Jugend- und Verbraucherschutz ermöglicht und überdies die Rechte von Nichtkonsumenten schützt, sowie Risikokonsumenten und Schwerstabhängigen hilft.

[3] Modul 1: Novellierung des BtMG

[4] Wir fordern eine Novellierung des BtMG, welche die erfassten, psychotropen Substanzen neu bewertet:

[5] Der private Umgang mit Betäubungsmitteln jeglicher Art muß komplett entkriminalisiert werden. Sowohl der Anbau, als auch die Herstellung von Betäubungsmittel für den Eigenbedarf darf als lediglich maximal selbstschädigende Handlung nicht sanktioniert werden. Erst da, wo eine Fremdgefährdung realistisch nicht ausgeschlossen werden kann, hat der Gesetzgeber das Recht, die Freiheitsrechte des Einzelnen einzuschränken - und auch da nur soweit wie absolut notwendig, um die Fremdgefährdung abzustellen.

[6] Anbau und Handel von THC-haltigem Hanf muss unter Berücksichtigung des Jugendschutzes re-legalisiert werden.

[7] Modul 2: Führerscheinrecht evidenzbasiert gestalten

[8] Die PIRATEN fordern, das Führerscheinrecht evidenzbasiert zu gestalten:

[9] Die automatische Sanktionierung des Konsums illegalisierter Drogen durch die Führerscheinbehörde muss beendet werden. Lediglich die aktive Teilnahme am Strassenverkehr unter Einfluss von Betäubungsmitteln darf sanktioniert werden. Der bloße positive Befund auf Drogenkonsum allein ist kein Nachweis der Fahruntüchtigkeit. Vielmehr müssen wissenschaftlich ermittelte, substanzspezifische Grenzwerte und die individuelle Situation des Konsumenten berücksichtigt werden.

[10] Modul 3: Einrichtung einer bundesweiten Meldestelle für "problematische" Substanzen

[11] Die PIRATEN fordern die Einrichtung einer bundesweiten Meldestelle für "problematische" Substanzen, zur Risiko- und Schadensminimierung für Drogenkonsumenten.

[12] Diese Meldestelle erfasst schädliche Streckmittel, ungewöhnlich hohe Dosierungen oder Reinheitsgrade und den Verkauf von Substanzen unter anderem Namen.

[13] Sie muss Anonymität garantieren - sowohl gegenüber dem Meldenden, als auch gegenüber dem Lesenden.

[14] Sie muss online und rund um die Uhr verfügbar sein.

[15] Modul 4: Lizenzierte Fachabgabestellen

[16] Wir werden das Konzept "Hilfe durch Drogenkonsumräume" auf andere Substanzen erweitern und verschiedene Modellversuche zur Einführung von lizensierten 'Fachabgabestellen' durchführen.

[17] In den Fachabgabestellen erfolgt der Verkauf von Spirituosen (ab 15 Vol.%), Tabak und psychotropen Substanzen.

[18] Der Handel soll reguliert und Händler verpflichtet werden, abgetrennte, nicht einsehbare Räume zu schaffen, zu denen Jugendliche keinen Zutritt haben, oder oben genannte Waren nicht offen in der Auslage anzubieten.

[19] Ein öffentliches Werbeverbot für oben genannte Substanzen muss gelten. Nur an einem geschlossenen Verkaufsort dürfen diese Waren noch beworben werden.

Begründung

[20] Unser Ziel ist es, mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Die ersten Schritte dieses Weges können wir in der kommenden Legislaturperiode gehen und die dafür notwendigen Netzwerke bilden.

[21] Begründung Modul 2: Probleme der aktuellen Regelung sind: Probleme:

- keine einheitliche Behandlung von 'Delinquenten'
- keine einheitliche Regelung
- gegen Gleichbehandlungsgrundsatz
- §24a (FEVO, Ordnungsrecht) Sanktion Fahrverbot erreicht das Ziel nicht, nämlich die gewollte Verhaltensänderung ?-> verfassungswidrig
- Alkohol wird in Vollblut, Drogen in Serum abgenommen/gemessen (Gesellschaft für Toxikologie (wissenschaftl. Fachvereinigung), sagt Fehlerquote im Serum am geringsten) ?>Bestimmtheitsgrundsatz leicht angekratzt
- §36 FEVO
- Substanznachweis reicht eigentlich nicht aus, keine Dosis-Wirkungserkenntnisse
- Übermaßverbot

[22] Begründung Modul 3: Wir glauben, dass eine "drogenfreie Gesellschaft" unmöglich ist. Statt die begrenzten Mittel für die vergebliche Jagd auf Konsumenten zu verschwenden, werden wir jene, die Rauschmittel nutzen, umfassend vor Gesundheitsrisiken schützen. Das Wissen um Wirkstoff und Beimengungen ist Grundlage risikoarmen Drogengebrauchs. Wir wollen deshalb ein "Drugchecking"-Programm etablieren, das Konsumenten mit diesen mitunter lebensrettenden Informationen versorgt

PA530 - Betroffene von Überwachungsmaßnahmen müssen informiert werden

Wahlprogramm - Überwachung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Betroffene von staatlichen Abhör- und Überwachungsmaßnahmen müssen immer benachrichtigt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Verdeckte Überwachungsmaßnahmen laden zum Missbrauch ein. Deswegen müssen Betroffene von staatlichen Abhör- und Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich benachrichtigt werden. Die derzeitigen Regelungen zur Benachrichtigungspflicht sind aufgrund der zahlreichen Ausnahmen wirkungslos. Die Piratenpartei setzt sich daher dafür ein, dass die überwachende Behörde ohne Ausnahme alle ihr bekannten Betroffenen einer Überwachungsmaßnahme innerhalb einer festen, nicht verlängerbaren Frist benachrichtigen und über die erfassten Daten informieren muss.

Begründung

[3] Durch die Verpflichtung zur Information der Betroffenen wird Missbrauch erschwert und stattfindender Missbrauch aufgedeckt. Nur wenn Betroffene über gegen sie gerichtete Überwachungsmaßnahmen informiert sind, können sie ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung wahrnehmen. Da Ausnahmeregelungen missbraucht werden, um die Benachrichtigungspflicht zu untergraben, ist eine absolute Frist nötig, nach welcher die Benachrichtigung immer zu erfolgen hat. Die sonstigen Regelungen (Information so früh wie möglich, Aufschub nur über richterlichen Beschluss etc.) bleiben unberührt.

[4] Zu den derzeitigen Regelungen siehe z. B.: http://dejure.org/gesetze/StPO/101.html http://dejure.org/gesetze/BKAG/20w.html

[5] Ergänzungen:

[6] http://www.mpg.de/866359/forschungsSchwerpunkt spricht davon, dass für über 2/3 der überwachten Anschlüsse keinerlei Benachrichtigung (weder direkt noch durch ein Strafverfahren) aus den Akten erkennbar war. Damit sollte die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Änderungen belegt sein. Es ist unklar, ob das durch Ge-/Missbrauch der Ausnahmeregelungen oder durch Schlamperei oder bewusstes Unterlassen entstanden ist. Die Benachrichtigung durch den Diensteanbieter verhindert beides.

[7] Bezüglich der LQFB-Anregung "Zeitversatz" bin ich der Meinung, dass der Antragstext mit "innerhalb einer festen, nicht verlängerbaren Frist" eindeutig zum Ausdruck bringt, dass die Benachrichtigung nicht sofort bei Beginn der Maßnahme zu erfolgen hat. Diese Frist muss jedoch ab Beginn laufen (d.h. bei jahrelangen Maß-

nahmen muss die Benachrichtigung auch bei noch laufender Maßnahme erfolgen!) da die Benachrichtigung sonst durch ewig laufende Maßnahmen ausgehebelt werden könnte.

[8] *Hinweis: Dieser Antrag wurde bereits für den BPT2011.2 eingereicht und dort wie viele Anträge aus Zeitgründen nicht behandelt.*

PA531 - Mehr Demokratie beim Wählen

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndreasGuckert

Zusammenfassung

Piraten favorisieren offene Listen auf denen Wähler kummulieren und panaschieren können gegenüber geschlossenen Listen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] Um den Bürgern mehr Mitspracherecht bei der Zusammensetzung von Parlamenten und Räten in Deutschland zukommen zu lassen, wollen wir das bisherige Verfahren, welches auf starren Listen basiert zugunsten offener Listen reformieren.

[3] Statt einer reinen Listenwahl, soll die Möglichkeit bestehen mehrere Stimmen beliebig auf die Kandidaten zu verteilen sowie auf einzelne Kandidaten zu konzentrieren.

Begründung

[4] Der Wähler hat aktuell nur einmal alle Jahre die Möglichkeit seinem Willen Ausdruck zu verleihen. Das bisherige System schränkt dieses Recht noch einmal unnötig ein, indem es die Vorauswahl ganz den Parteien überlässt. Will der Bürger zwar Kandidat #2 aber Kandidat #1 einer Liste nicht, so hat er nur die Wahl die Liste zu wählen oder eben nicht. Er kann seinen Willen nicht klar zum Ausdruck bringen. Mit einer offenen Liste verlieren die Parteien zwar etwas Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente, dieser Einfluss geht aber direkt an die Bürger.

[5] Somit ist vom Gesichtspunkt der Demokratie dieses Verfahren gegenüber geschlossenen Listen im Vorteil.

PA532 - Finanzierung des öffentlich-rechltlichen Rundfunks aus dem Steueraufkommen

Wahlprogramm - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AndreasGuckert

Zusammenfassung

Abschaffung der GEZ - ÖRR wird aus Steuern finanziert

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zum Themenfeld Wahlrecht an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die bisherige finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) ist ineffektiv und aus sozialen Gesichtspunkten ungerecht. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich daher dafür ein, dass der öffentlich rechtliche Rundfunk in Deutschland zukünftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wird.

Begründung

[3] Statt Geld über eine aufgeblähte Behörde eintreiben zu lassen und dabei Millionen in der Bürokratie zu versenken soll der ÖRR aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden.

[4] Netter Nebeneffekt: Ein weiteres Datengrab geschlossen.

PA533 - Verbot der Verwertung illegaler Beweise

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Wir wollen ein Beweisverwertungsverbot für illegal erworbene Beweise.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei ist für ein gesetzliches Verbot der Verwertung illegal erworbener Beweise in Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren.

Begründung

[3] Im Gegensatz zu Staaten wie zum Beispiel den USA (Fruit of the poisonous tree) unterliegt in Deutschland ein Beweisverwertungsverbot in diesem Fall dem Ermessen des Richters und wird nur sehr selten angewandt. Dies führt zu einer Aushöhlung der Bürgerrechte durch Überschreitungen des Rechtsrahmens der Exekutive. Die Exekutive hat praktisch keine Konsequenzen für ihr Fehlverhalten zu befürchten und erzielt so "Erfolge" gegen geltendes Recht. Das Fehlen jeglicher Konsequenzen und der praktische "Erfolg" führen zu einer schleichenden Erosion des Rechts, insbesondere der Bürgerrechte. Beispielsweise werden Überwachungsmaßnahmen ohne klare Rechtsgrundlage durchgeführt; die Berechtigung wird aus einer sehr freien Interpretation anderer Befugnisse abgeleitet. Oft wird dies zwar Jahre später vom BVerfG untersagt - die einzige Folge daraus ist aber meist ein Gesetz zur "Klärung der Rechtslage", welches die bisher illegal praktizierten Maßnahmen legalisiert.

[4] Durch diese Änderung der Gesetze würde die Exekutive bei eigenen Überschreitungen den Vorteil verlieren und stattdessen einen Nachteil erlangen. Somit wäre es auch in ihrem Interesse das geltende Recht einzuhalten. Die stetige Aushöhlung der Bürgerrechte durch gezielte Rechtsbrüche könnte so verhindert werden.

[5] *Hinweis: Dieser Antrag basiert auf PA057 vom BPT 2011.2, welcher dort aus Zeitgründen nicht behandelt wurde.*

PA534 - Open Data

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robi.kraus

Zusammenfassung

Offene Daten sind alle Datenbestände, die im Interesse der Bürger ohne jede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und am Ende des Wahlprogramms (oder ein anderer Ort) einfügen.

[2] Offene Daten sind alle Datenbestände, die im Interesse der Bürger ohne jede Einschränkung zur freien Nutzung, zur Weiterverbreitung und zur freien Weiterverwendung frei zugänglich gemacht werden. Zu nennen wäre hier etwa Lehrmaterial, Geodaten, Statistiken, Verkehrsinformationen, wissenschaftliche Publikationen, medizinische Forschungsergebnisse oder mit öffentlichen Mitteln finanzierte Hörfunk- und Fernsehsendungen. Bei „Open Data“ handelt es sich nicht ausschließlich um Datenbestände der öffentlichen Verwaltung, denn auch privatwirtschaftlich agierende Unternehmen, Hochschulen und Rundfunksender sowie Non-Profit-Einrichtungen produzieren entsprechende Beiträge. Die Rechte und Pflichten von Urhebern und Nutzern offener Daten werden in den Lizenzvereinbarungen festgeschrieben. Beispiele dafür bilden die modular aufgebauten Creative-Commons-Lizenzen. Es ist möglich, dass der Urheber von offenen Daten die Information frei zugänglich macht, jedoch Veränderungen daran untersagt. Wenn dies der Fall ist, entspricht die Lizenzvereinbarung nicht der „Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“.

- Die Piratenpartei setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: Im Grundsatz soll nicht mehr argumentiert werden, welche Daten warum veröffentlich werden sollen, sondern es soll die Pflicht bestehen, zu erklären, warum etwas nicht öffentlich zugänglich gemacht werden sollte.
- Die Piratenpartei setzt sich für die Umsetzung und Bewerbung von Open Data in Verwaltungen aller Ebenen ein.
- Die Piratenpartei setzt sich für die rechtliche Klarstellung von Open-Data-Initiativen ein, inklusive der Erarbeitung notwendiger Lizenzen.
- Die Piratenpartei setzt sich, in Anlehnung an Projekten wie data.gov.uk oder data.gov, für ein landesweite Open Data - Portal ein.
- Die Piratenpartei wird die vollständige Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit gewährleisten und es zu einem Transparenzgesetz fortentwickeln.
- Die Piratenpartei sieht in der Durchführung von Wettbewerben wie apps4deutschland.de, eine Chance, die offene Community zu aktivieren und in die Prozesse einzubinden.

PA535 - Ablehnung der elektronischen Gesundheitskarte

Wahlprogramm - Datenschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Die PIRATEN lehnen die eGK ab.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die PIRATEN lehnen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und der Position der Piratenpartei Deutschland die Einführung bzw. Fortsetzung des Rollouts der elektronischen Gesundheitskarte ab.

Begründung

[3] Die eGK schafft (insbesondere mit den geplanten Erweiterungen) neue Möglichkeiten für Datenmissbrauch und verursacht immense unnötige Kosten.

[4] Die Parteiposition ist eindeutig: Sie richtet sich gegen jede Vorratsdatenspeicherung und Datenbanken mit sensibelsten Daten von über 80 Mio Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland, die nicht unter der ausschließlichen Hoheit ihrer Eigentümer stehen; also derjenigen, denen die Daten 1:1 zugeordnet werden können.

[5] Ein Missbrauch der Daten kann erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden. Da es sich hierbei zusätzlich noch um höchst sensible Daten von Bürgern handelt, ist die Ablehnung der eGK von größter Wichtigkeit zum Schutze des Bürgerwohls.

[6] Ein medizinischer Nutzen durch die eGK ist bisher nicht valide erwiesen. Die Risiken sind aber sehr wohl real, wie Analogien zu anderen Datenmissbrauchsfällen in der jüngeren Vergangenheit gezeigt haben.

[7] Die eGK-Systeme in Arztpraxen sind oft schlecht gesichert, was die Risiken für das Gesamtsystem deutlich erhöht.

[8] *Hinweis: Dieser Antrag basiert auf PA139 vom BPT 2011.2, welcher dort aus Zeitgründen nicht behandelt wurde.*

PA536 - Änderung Artikel 3 GG

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Lara Th, cherubim, AliCologne, Kpeterl

Zusammenfassung

Erweiterung Artikel 3 GG um "sexuelle und geschlechtliche Identität"

Antragstext

[1] Es wird beantragt im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes wie folgt ein, da verschiedene Lebensmodelle oder sexuelle Identitäten im aktuellen Artikel 3 keine oder nur geringe Beachtung finden:

[3] (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

[4] (2) Alle Menschen sind ohne Ansehen des Geschlechts gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

[5] (3) Niemand darf wegen seiner geschlechtlichen und sexuellen Identität oder Orientierung, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Begründung

[6] Der Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes ist in seiner bisherigen Form unzureichend formuliert. Ziel des Paragraphen ist es, Diskriminierung effektiv zu verhindern. Innerhalb des Artikels wird jedoch lediglich zwischen zwei Geschlechtern unterschieden: Männlich und weiblich. In der Realität existieren allerdings faktisch diverse weitere Ausprägungen. Teilweise ist eine eindeutige Zuordnung schlicht nicht möglich.

[7] Um allen Menschen gerecht zu werden bedarf Art. 3 GG deshalb einer geschlechtsneutralen Umformulierung.

[8] Im Absatz (1) wird festgelegt, dass vor dem Gesetz alle Menschen gleich zu behandeln sind ("Justitia ist blind und kann nicht erkennen wer vor ihr steht").

[9] Absatz (2) wurde an unser bestehendes Grundsatzprogramm zur Geschlechter- und Familienpolitik angepasst. So gibt es neben männlich und weiblich noch weitere Geschlechter, oder Menschen, die sich nicht einem Geschlecht zuordnen lassen wollen. Diese Menschen werden nach bestehendem Art 3 GG diskriminiert.

[10] Absatz (3) erweitert um sexuelle Identität und sexuelle Orientierung um der Vielfalt gerecht zu werden.

[11] Die Forderung dass niemand aufgrund seiner sexuellen Identität oder Orientierung benachteiligt werden darf, in Art. 3 GG aufzunehmen ist, steht in Einklang mit dem von der Piratenpartei gefassten Beschluss GP009 des BPT2010.2 in Chemnitz, in dem es heißt

[12] „Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht.“.

[13] Original:

[14] Art 3

[15] (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

[16] (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

[17] (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

[18] Quellen:

[19] http://de.wikipedia.org/wiki/Gleichberechtigung#Situation_in_Deutschland

[20] http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/XBCBGI9475.pdf?&von=03146&bis=03148

[21] http://lexetius.com/GG/3#2

[22] http://de.wikipedia.org/wiki/Gleichstellung_%28Behinderte_Menschen%29

PA537 - Mehr Chancengleichheit im Bildungssystem

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tin-Te/BettinaGünter; ArtePovera/Lena Rohrbach

Zusammenfassung

Chancengleichheit ist in der BRD zwar in aller Munde, trotzdem ist der Anteil der Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten, die ein Studium beginnen, konstant niedrig. Es geht darum, von den Lippenbekenntnissen wegzukommen und Mechanismen der sozialen Selektion aufzuzeigen und anzugehen. In diesem Antrag werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen genannt, die sich in erfolgreichen PISA-Ländern und auch in Deutschland in Reformschulen und Pilotprojekten bewährt haben.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, folgenden Text an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufzunehmen.

Mehr Chancengleichheit im Bildungssystem

[2] Im europäischen Vergleich fällt Deutschland durch Bildungsbenachteiligung und eine besonders hohe soziale Selektion im Bildungssystem auf. Diese werden durch “harte“ organisatorische Mechanismen und “weiche“ kulturelle Mechanismen verursacht. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für mehr Chancengleichheit ein: Die soziale Herkunft darf nicht mehr über den Bildungserfolg entscheiden.

Abschied von einem einseitigen Verständnis vermittelnswerter Bildung

[3] Bildungsinhalte sollen sich nicht mehr einseitig an der Norm eines bildungsbürgerlichen Kanons orientieren, sondern andere Perspektiven und ein interessegeleitetes Lernen zulassen. Den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen der Lernenden soll mit Achtung begegnet werden. Schulen sollten einen Bildungsbegriff vertreten, der junge Menschen nicht benachteiligt, weil ihr Elternhaus sie nicht mit bildungsbürgerlichem Vorwissen, Codes und Spielregeln ausgestattet hat. Lehrkräfte müssen in Aus- und Weiterbildung dafür sensibilisiert werden, wie sich Selektionsmechanismen auswirken.

Langes gemeinsames Lernen

[4] Um mehr Chancengleichheit zu erreichen, treten wir für ein langes gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund ein. Je früher eine Selektion in verschiedene Schultypen stattfindet, desto stärker hängt das Ergebnis davon ab, mit welchen finanziellen Mitteln, welchem Bildungskapital, welchen Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien für Bildungswege die Kinder von ihrem Elternhaus ausgestattet wurden. Daher unterstützen wir Schulformen mit heterogener Schülerschaft, die sich um Binnendifferenzierung und möglichst langes gemeinsames Lernen bemühen. Die Piratenpartei Deutschland fordert für diese Schulformen eine angemessene Ausstattung, Experimentierklauseln und die Möglichkeit eigene Oberstufen aufzubauen, damit sie sich als attraktive Schulen behaupten können.

Binnendifferenzierung und individuelles Coaching

[5] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass kein Kind Schule lediglich als Ort des Scheiterns oder der Unterforderung erlebt und unterstützt daher individuelle Lernwege. Das erfordert eine Abkehr vom Frontalunterricht und von detailliert festgelegten Lehrplänen. Lehrpläne werden zu Eckpunkten, Frontalunterricht zu einer Lehrmethode unter vielen.

[6] Ein Instrument für den Lernerfolg sehen wir im individuellen Coaching. Förderung hat nichts mit Defiziten zu tun. Jeder Schüler profitiert von individueller Förderung. Vor allem ist gezieltes Coaching aber wesentlich billiger, als Kinder eine Klassenstufe wiederholen zu lassen. Mehrsprachigkeit als Chance begreifen und fördern

[7] Eine zweisprachige Sozialisation wird in Deutschland nur geschätzt, wenn es sich um eine populäre Sprache wie Englisch, Französisch oder Chinesisch handelt. Bei vielen Jugendlichen mit beispielsweise türkischem oder arabischem Migrationshintergrund werden dagegen eventuelle Defizite beim Erwerb der deutschen Sprache hervorgehoben. Darin sehen wir eine Diskriminierung.

[8] Studien aus erfolgreichen PISA-Ländern wie Kanada und Finnland belegen: Es erhöht die Bereitschaft, die Zweitsprache zu erwerben, wenn die Muttersprache einbezogen wird. Bilingualität soll bedeuten, in beiden Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Dafür müssen die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus erfolgreichen bilingualem Unterricht für alle Schulen verfügbar gemacht werden, die Kinder mit Deutsch als Zweitsprache unterrichten.

[9] Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Gezielte muttersprachliche Förderung ist auch für mehrsprachige Kinder in einigen Stunden pro Woche möglich.

[10] Die Anforderungen und Bewertungskriterien für Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht den Muttersprachler als Maßstab nehmen, sondern müssen dem individuellen Startpunkt Rechnung tragen, um Fortschritte im Spracherwerb wirklich zu würdigen.

Rechtschreibung als Werkzeug, nicht als Dogma betrachten

[11] Über den rigiden Umgang mit der Rechtschreibung findet in der Schule nach wie vor soziale Selektion statt, die sich vor allem gegen Lernende mit Rechtschreibschwächen und mit Migrationshintergrund richtet. Wir möchten einen Diskussionsprozess in Gang setzen, Rechtschreibung als Werkzeug, nicht als Dogma zu betrachten und den realen Gegebenheiten der Erwachsenenwelt anzupassen. Die Zero-Fehlertoleranz-Regel gehört auf den Prüfstand.

Begründung

[12] Chancengleichheit ist in der BRD zwar in aller Munde, trotzdem ist der Anteil der Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten, die ein Studium beginnen, konstant niedrig. Es geht also darum, von den Lippenbekenntnissen wegzukommen und Mechanismen der sozialen Selektion aufzuzeigen und anzugehen. Dabei kann es nicht darum gehen, Kindern nichtdeutscher Herkunft und aus bildungsfernen Elternhäusern dem vorherrschenden Bildungsbegriffen anzupassen, sondern persönliche Potenziale, Lernwege und –Inhalte zu erschließen und wertzuschätzen.

[13] In diesem Antrag werden eine Reihe von konkreten Maßnahmen genannt, die sich in erfolgreichen PISA-Ländern und auch in Deutschland in Reformschulen und Pilotprojekten bewährt haben. Es gilt, sie in das erstarrte deutschen Bildungssystem zu überführen und den Schulen die Möglichkeit zu geben neue Wege zu beschreiten, die nicht an Bürokratie und engen Rahmenplänen scheitern sollen. Dazu sind Schulversuche, Experimentierklauseln und eine wissenschaftliche Begleitung notwendig.

[14] Die Umsetzung einiger dieser Überlegungen kostet Geld. Doch liegt Deutschland weit hinter den von der OECD geforderten Investitionen in die Bildung zurück. Es geht also nicht um unverschämte Forderungen, sondern um

einen enormen Nachholbedarf, um das Niveau anderer Industriestaaten zu erreichen. Weiterhin spart ein Teil der Vorschläge sogar Geld, berücksichtigt man die Kosten, wenn Klassenstufen wiederholt werden müssen, geschweige denn die gesellschaftlichen Kosten, wenn Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen.

[15] Ein auf Berlin bezogenes, ähnliches Positionspapier wurde auf den LMV Berlin 12.2 mit großer Mehrheit verabschiedet: http://wiki.piratenpartei.de/BE:Antragskommission/LMV_2012.2/Antragsportal/Programmantrag_-_057

PA538 - Keine Bundes- oder Staatstrojaner - Teil 2 - Wahlprogramm

Wahlprogramm - Überwachung LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gimli

Zusammenfassung

Konkretisierung der Ablehnung von Bundes- und Staatstrojanern und die Abschaffung gesetzliche Befugnisse hierzu. Für den Fall, dass wir diese Forderung nicht umsetzen können, fordern wir sehr hohe, gesetzliche Hürden zur Sicherung von Grundrechten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag zur möge zur Konkretisierung des Grundsatzeprogrammes das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 wie folgt ergänzen:

[2] “**Verdeckte Eingriffe in informationstechnische Systeme (z.B. Bundes- oder Staatstrojaner)**

[3] Für uns Piraten sind verdeckte Eingriffe in informationstechnische Systeme durch den Staat nicht mit Grundrechten und Rechtstaat vereinbar. Wir setzen uns daher für die Abschaffung der Befugnisse für staatliche Behörden zum Verwanzen solcher Systeme ein.

[4] Wenn wir für die Abschaffung und Verhinderung solcher Eingriffe keine ausreichende parlamentarische Mehrheit finden, werden wir uns bei der gesetzlichen Umsetzung eines solchen Grundrechteingriffs zusätzlich zu den Vorgaben des Bundesverfassungsgericht dafür einsetzen, diesen erheblichen Eingriff in bürgerliche Grundrechte durch folgende Maßnahmen streng zu reglementieren und zu kontrollieren:

- Durch die Installation einer komplexen Software zur Durchführung des verdeckten Zugriffs werden informationstechnische Systeme prinzipbedingt nachhaltig verändert. Die Integrität der gespeicherten Daten ist so nicht mehr gewährleistet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind daher als Beweis vor Gericht völlig ungeeignet. Wir setzen uns deshalb für ein gesetzlich geregeltes ausnahmsloses Verwertungsverbot von Beweisen ein, die auf diese Art gewonnen wurden.

- Eine Unterscheidung zwischen Quellen-TKÜ und einem weitergehenden Eingriff ist lediglich ein realitätsfernes theoretisches Konstrukt. In der Praxis können wir keinen Unterschied in der Tiefe des Eingriffs in die Grundrechte der Betroffenen erkennen. Die Eingriffschwelle für die Quellen-TKÜ ist daher mindestens ebenso hoch wie für jeden anderen verdeckten Eingriff in ein informationstechnisches System.

- Anordnungen für diese Eingriffe werden ausschließlich von Richtern beschlossen. Eine Anordnung im Falle einer Gefahr im Verzug durch die Exekutive (z.B. Staatsanwalt, Behördenleiter, Ministerien) schließen wir aus. Eine Anordnung darf nur erfolgen, wenn bereits andere mildere Maßnahmen durchgeführt wurden und erfolglos waren.

- Durch Gesetz bzw. Verordnung werden technische Vorgaben - insbesondere bzgl. zwingend notwendiger Sicherheitsmechanismen - im Detail bundesweit einheitlich geregelt.

- Die Einhaltung der technischen Vorgaben wird durch eine von den Ermittlungsbehörden vollständig unabhängige staatliche Stelle überwacht. Programme und Software, die von den Ermittlungsbehörden für

den verdeckten Eingriff eingesetzt werden sollen, müssen vorab von dieser unabhängigen Stelle untersucht und für den Einsatz freigegeben werden.

- Da die Umsetzung des Eingriffs nur in absoluten Ausnahmefällen - also als Ultima Ratio - erfolgen darf, wird diese in der Bundesrepublik auf sehr wenige gleichzeitige Fälle beschränkt sein. Diese Aufgabe wird daher zentral von einer kleinen Zahl sehr gut ausgebildeter Fachkräfte übernommen und in in einer von den berechtigten Stellen unabhängigen Bundesbehörde gebündelt. Die berechtigten Stellen des Bundes und der Länder können diese Bundesbehörde im Wege der Amtshilfe mit rechtlich zulässigen Maßnahmen beauftragen. Diese Bundesbehörde wird einer strengen parlamentarischen Kontrolle unterworfen.
- Das anordnende Gericht wird verpflichtet innerhalb von 30 Tagen nach Abschluß einen ausführlichen Bericht über die durchgeführte Maßnahme zu erstellen. Mit der Erstellung des Berichts ist ein Richter zu betrauen, der bisher nicht an der entsprechenden Ermittlung beteiligt war. In diesem Bericht ist festzustellen, ob die Maßnahme ordnungsgemäß im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und nach den Bestimmungen der richterlichen Anordnung durchgeführt wurde. Ebenso obliegt es dem Richter zu bewerten, ob die gewonnenen Erkenntnisse letztendlich den schweren Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen rechtfertigen.
- Ein parlamentarisches Kontrollgremium wird die Berichte der Richter sammeln, regelmässig zusammenfassen und auswerten. Anhand der Auswertungen ist regelmäßig zu prüfen, ob diese Grundrechtseingriffe in der Praxis überhaupt gerechtfertigt sind und insgesamt benötigt werden.

[5] Auch wenn alle diese Maßnahmen im Gesetz verankert werden, werden wir uns weiterhin konsequent für die Abschaffung und ein strafbewertes Verbot der verdeckten Eingriffe in informationstechnische Sysgteme einsetzen.“

Begründung

[6] Es kann Situationen geben, in denen wir eine staatlich durchgeführte Verwanzung nicht verhindern können. In diesem Fall soll das Wahlprogramm sicherstellen, dass wir uns nicht einfach aus der Diskussion verabschieden und den anderen Parteien das Feld kampflos überlassen. Wir fordern für diesen Fall hilfsweise sehr strenge Vorgaben zur Umsetzung und Anforderungen an die Trojanisierung. Am Anfang und Ende lassen wir an unserem eigentlichen Ziel keine Zweifel.

[7] Durch die strengen Regelungen ist beabsichtigt, den Eingriff als solches möglichst unattraktiv oder gleich unmöglich zu machen. Als Ziel sehe ich hier, die Zahl auf unter 20 derartige Eingriffe pro Jahr von allen berechtigten Stellen in der Bundesrepublik zusammen zu drosseln.

[8] Wird das Know-How auf verschiedene Einzelpersonen in verschiedenenen Landes- und Bundesbehörden verteilt, kann kein einheitliches hohes Schutzniveau für die Grundrechte der Betroffenen garantiert werden. Um dieses hohe Niveau dur qualifiziertes, vertrauenswürdiges Fachpersonal sicherzustellen, schlage ich vor, dass diese Angriffe auf den Bürger von einer zentralen und daher hoffentlich gut kontrollierbaren Behörde zentral vorgenommen werden. Mir ist bewusst, dass es auch viele gute Gründe gegen so eine zentrale Schnüffelagentur gibt.

[9] Zusätzlich zur Anordnung durch den Richter soll eine Kontrolle nach Abschluß eingeführt werden. Der Hintergund ist, dass Richter durch Annahme einer Maßnahme nicht am wenigsten Arbeit haben sollen. Ebenso entsteht durch diese Bewertungen eine Basis für zukünftige Entscheidungen. Sollten sich Maßnahmen trotz positiver abschliessender Bewertung durch den Richter als unrechtmässig herausstellen, können Probleme mit dem Richtervorbehalt nachgewiesen werden, die dann auch politisch oder anderweitig gelöst werden müssen.

[10] Im LQFB wurde eine Vorgängerversion dieses Antrags eingefroren. Am Anfang habe ich noch mal unsere Position aus dem Grundsatzprogramm wiederholt. Desweiteren habe ich die richterliche Kontrolle nach Abschluß entsprechend eine Anregung modifiziert. (s.u.)

[11] Im Idealfall wird dieser Antrag auf dem Bundesparteitag zusammen mit meinem Antrag PA539 zum Grundsatzprogram behandelt.

[12] Diese Antrag wurde ursprünglich als PA318 beim Bundesparteitag 2011.2 in Offenbach eingereicht.

[13] Änderungswünsche & meine Kommentare dazu:

- Rolf Lenkewitz: Genauere Erklärung warum bzgl. Beweisverbot im ersten Punkt
- Durch die vom PC-Nutzer unbemerkt durchgeführte Installation der Trojaner-Software wird eine nicht validierte und zertifizierte Software auf dem Zielsystem installiert. Wegen des geheimen Charakters, ohne Urheberinformationen und Software-Warranty, kann das Zielsystem bereits durch die Installation nachhaltig verändert und geschädigt werden. Schäden am PC und Netzwerk, die dadurch entstehen, können wertvolle Daten des Benutzers vernichten, die für seine Existenz überlebensnotwendig sind. Die versteckt installierte Trojaner-Software etabliert einen unsicheren Kommunikationskanal in Form einer Socketverbindung (Software- und Netzwerk-Socket), die nicht in jedem Fall von einer gängigen Internet-Security Software erkannt werden kann. Auf Grund des digitalen und binären Charakters der Quellinformationen, die ohne Identfikationsmerkmale des Users vorliegen, wie z.B. Word- oder Textdateien, können jede Art von Daten über den Trojaner auf das infiltrierte Zielsystem übertragen und damit die Zielperson kompromittiert werden. Die Manipulation des Computers und die Übertragung von Datenkopien jeder Art ist jederzeit möglich. Aus technischen Gründen können die unrechtmäßig übertragenen Daten, von den Daten, die ein Benutzer auf dem Zielsystem selbst produziert hat, nicht unterschieden werden
  - Kommentar gimli: Das ist für ein Wahlprogramm leider viel zu Nerd-Lastig und kann in meinen Augen so nicht in ein Programm, dass vor allem auch von nicht-Nerds verstanden werden soll. Insgesamt ist der Text auch zu detailliert für das Programm. Das wäre eher etwas für ein umfangreiches Positionspapier, welches den Bundestrojaner technisch analysiert und daraus Konsequenz für die Gesetzgebung ableitet. - Das geht im Programm nur verkürzt und wird dementsprechend nicht überzeugen.
- LQFB Ausnahme für Nachrichtendienste (BND) im Ausland?
  - Kommentar gimli: Wir lehnen diesen Eingriff generell ab, das schliesst auch Nachrichtendienste ein.
- LQFB (xwolf) Überwachung bei Nicht-Privaten und Nicht-Persönlichen: Überwachung von Unternehmen und Behörden (!)
- Der obige Text bezieht sich wesentlich auf Überwachung des Staates gegen den Bürger in. Und da sind wir uns sicher einig. Wir stehen jedoch auch für einen transparenten Staat. Daher sollte eben dieser sich nicht mit obigen Argumenten, die eigentlich nicht für ihn gedahct sind, ebefalls auch einer Kontrolle entziehen können. Denn dann wird ganz schnell ein Rechner, der in einem Amt steht ein Privat-PC und Fälle von organisierter Korruption oder Bestechlichkeit im Amt schwerer verfolgbar. Von daher wäre ich dafür, daß an der Überwachung von Rechenanlagen in Behörden oder Einrichtungend es öffentlichen Dienstes, sowie von Unternehmen, andere und wohl weniger starke Maßstäbe angelegt werden als gegenüber Menschen. Ich möchte daher anregen, daß der Antrag um ein Passus ergänzt wird, daß es hier definitiv nur um die Überwachung von Menschen in ihrem privaten Umfeld geht. Für die Überwachung von Rechnern auf, die in diesem Bereich nicht eingesetzt werden, muss es andere Regeln geben
  - Kommentar gimli: Das ist auch mit diesem Programmantrag m.E. aus folgenden Gründen kein Problem:
    - Sofern ein dienstlicher PC privat genutzt wird, gilt das Grundrecht. In der Regel gilt aber, dass gerade Behörden & Firmen immer die private Nutzung nicht gestatten.
    - Desweiteren stehen auch - wie bisher auch - offene Ermittlungsmethoden zu Verfügung. Hier ist davon auszugehen, dass diese in den von Dir geschilderten Fällen auch Beschlagnahme zum Ziel führt.

    - Behörden fast ausnahmslos vom BSI freigegebene Software & Systeme eingesetzt werden. Bei diesen Systemen werden daher auch passende Regeln für Key-Escrow (innerhalb der Behörde) gelten, so dass auch ohne Mitarbeit des Betroffenen eine Entschlüsselung bei einer offenen Maßnahme zum Erfolg führt.
    - Ein Versagen dieses Schutzes kann gerade auch für Whistleblower zum Problem werden und so wiederum der Transparenz schaden. 1

- LQFB. Nacharbeit durch den selben Richter?
- In Text und Begründung wird gewünscht, dass genau der Richter, der einen Trojanereinsatz absegnet auch die Nacharbeit erledigen muss (u.a. damit ihm/ihr eine Zustimmung nicht zu leicht fällt). Das bedeutet aber, dass ein Richter zumindest in erster Instanz sich selbst kontrolliert. Ich hielte es für sinnvoller, dass eine genehmigte Trojanisierung von zwei Richtern nachgearbeitet werden sollte; damit halst ein Genehmigender auch noch mindestens einem Kollegen Arbeit auf und es gibt eine weitere Kontrolle innerhalb der Jurisdiktion
  - Kommentar gimli: Im finalen Antrag berücksichtigt.
- Antragsfabrik: ScumPH - Vorschlag: genehmigender Richter muß ein BVG-Richter sein.
  - Kommentar gimli: Richter am BVerfG sind denkbar ungeeignet, da das BVerfG die letzte Kontrollinstanz ist. BGH wäre aber vielleicht eine denkbare Variante. Ich denke aber, dass in unserem föderales System, eine solche Einschränkung schwer durchzusetzen ist.

[14] Urteile

- Urteil Bundesverfassungsgericht - http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20080227_1bvr037007.html

[15] Erlaubnisvorschriften zur Verwanzung von Rechnern

- BKA-Gesetz
  - §20k Verdeckter Eingriff in informationstechnische Systeme - http://www.gesetze-im-internet.de/bkag_1997/__20k.html
  - §20l Überwachung der Telekommunikation (enth. Quellen-TKÜ) - http://www.gesetze-im-internet.de/bkag_1997/__20l.html
- Bayerisches Polizeiaufgabengesetz -PAG
  - §34a Datenerhebung und Eingriffe in den Telekommunikationsbereich - http://by.juris.de/by/PolAufgG_BY_1990_Art34a.htm (wird unfassbarerweise zur Legitimierung der Quellen-TKÜ herangezogen: http://www.kuselit.de/rezension/16241/Polizeiaufgabengesetz-und-POG-und-Bayerisches-Polizeiorganisationsgesetz–%28PAG%29.html)
  - §34d Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme - http://by.juris.de/by/PolAufgG_BY_1990_Art34d.htm

[16] Weitere Quellen

- Zur Rechtswidrigkeit der Quellen-Telekommunikationsüberwachung auf Grundlage des § 100a StPO (Von Richter Ulf Buermeyer, Berlin, und Prof. Dr. Matthias Bäcker, Mannheim) - http://www.hrr-strafrecht.de/hrr/archiv/09-10/index.php?sz=8
- Quellen-TKÜ – ein kleines Einmaleins (nicht nur) für Ermittlungsrichter - http://ijure.org/wp/archives/756
- Antwort zum Fragenkatalog zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 370/07 und 1 BvR 95/07 (Von Andreas Bogk, Chaos Computer Club) - http://web.archive.org/web/20071215135215/http://www.andreas.org/stellungnahme-bverfg.pdf

[17] 1 Slashdot: How to stop the next Wikileaks http://it.slashdot.org/story/11/10/21/0250215/how-to-stop-the-next-wikileaks

PA539 - Keine Bundes- oder Staatstrojaner - Teil 1 - Grundsatzprogramm

Grundsatzprogramm - Überwachung LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gimli

Zusammenfassung

Wir lehnen die Bundes- und Staatstrojaner ab.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge im Grundsatzprogramm, Kapitel 6 "Privatsphäre und Datenschutz", am Ende des Abschnitts "Privatsphäre" folgenden Passus hinzufügen:

[2] "In einem verdeckten Eingriff in informationstechnische Systeme (z.B. mittels so genannter Bundes- oder Staatstrojaner) durch staatliche Stellen erkennen wir **immer** einen unverhältnismässigen Eingriff in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Gesetze, die dem Staat derart tiefe Eingriffe in den Kernbereich privater Lebensgestaltung seiner Bürger erlauben, sind nicht mit unserer Auffassung von Grundrechten und Rechtstaat vereinbar."

Begründung

[3] Dieser Passus wird im Grundsatzprogram direkt unter unserer Position zur Vorratsdatenspeicherung eingefügt.

[4] Dadurch, dass wir erklären, dass diese Eingriffe nicht mit Grundrechten und Rechtstaat vereinbar sind, implizieren wir das Ziel der Abschaffung der Maßnahmen.

[5] Der Antrag differenziert bewusst nicht zwischen Quellen-TKÜ und sonstigen Anwendungen von Staatstrojanern: Die Quellen-TKÜ ist in meinen Augen von den Auswirkungen nicht von anderen derartigen Eingriffen nicht zu unterscheiden. Ein weiterer Antrag zum Wahlprogramm stellt das auch noch mal klar.

[6] Das "Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität" ist eine Schöpfung des Bundesverfassungsgerichts. (vgl. http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20080227_1bvr037007.html).

[7] Im LQFB wurde eine Vorgängerversion dieses Antrags eingefroren. Ich habe hier aus einem Satz 2 gemacht. Der zweite Satz schliesst so auch alle ein staatlichen Engriffe in den Kernbereiche von vergleichbarer Tiefe mit ein. So haben wir auch bei anderen vergleichbaren Eingriffen einen Anker im Grundsatzprogramm. Ausserdem passt er so besser zum vorhergehenden Text.

[8] Im Idealfall wird dieser Antrag auf dem Bundesparteitag zusammen mit meinem Antrag PA538 zum selben Thema für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 behandelt.

PA540 - UTC als Standardzeit in Deutschland

Wahlprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Bliedung

Zusammenfassung

UTC als Standardzeit in Deutschland

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Antrag beschließen und an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Um eine weltweite Einführung einer einheitlichen weltweit gleichen Zeit voranzubringen führt Deutschland die Standardzeit ein. Diese Zeitangabe entspricht der Zeitangabe in UTC. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Umsetzung dieser Forderung in Deutschland ein.

Begründung

[3] Eine weltweite Standardzeit ist notwendig in einer globalisierten Welt. Eine Initiative zur Einführung einer solchen Zeit kann nur durch die einzelnen Länder erfolgen, da ein Umdenken nur lokal bewirkt werden kann. Die Piraten haben die Möglichkeit, aufgrund ihrer internationalen Schwesterparteien, diese Idee in verschiedenen Ländern voranzubringen. Eine Zeitangabe, die innerhalb geringer lokaler Parameter massiv abweicht, da sie sich am relativen Stand der Position der Erde zur Sonne orientiert ist unsinnig. Eine Zeitangabe muß überall auf dem Planeten gleich sein. Eine Umgewöhnung wird in wenigen Monaten möglich sein (in meinem Fall hat es weniger als eine Woche gedauert, mich an UTC zu gewöhnen).

[4] Links:

[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Koordinierte_Weltzeit

PA541 - Chrononormative Frühaufsteherdiktatur - Anpassung gesetzlicher Regelungen an die gesellschaftlichen Realitäten

Wahlprogramm - Gleichberechtigung und Chancengleichheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Bliedung

Zusammenfassung

Chrononormative Frühaufsteherdiktatur - Anpassung gesetzlicher Regelungen an die gesellschaftlichen Realitäten

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Antrag beschließen und an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Menschen, die nicht dem chrononormativen Weltbild angehören ist die Teilhabe und der Zugang zu allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Die PIRATEN setzen sich für flexible zeitliche Regelungen im Handel, Verwaltung, Bildung, Kultur und im Berufsleben ein. Dabei ist es unser Anliegen, dass jeder zu den Tages- und Nachtzeiten die Teilhabe an den gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht wird, die dem jeweiligen Biorhythmus entspricht.

[3] Hierzu sind in den Dienstleistungsbereichen und im Handel Angebote zu schaffen, die es sowohl zulassen, das Berufsleben zeitlich flexibel wahrzunehmen als auch als Kunde die jeweiligen Angebote wahrzunehmen. Die Bedürfnisse der Angestellten im Dienstleistungs- und Handelsbereich sind mit denen der Kunden weitgehend abzustimmen, so dass die flexiblen Regeln sich nicht zum Nachteil einer Gruppe auswirken. Die Ladenöffnungszeiten so flexibel wie möglich zu gestalten ist das Ziel, um den gleichberechtigten Zugang zu diesen Lebensbereichen zu gewährleisten.

[4] Um wirksam sein zu können, sind die zeitlich flexiblen Regelungen auf Bereiche der Verwaltung zu erweitern, so dass den Bürgern und den Angestellten entsprechend ihrem Biorhythmus die Möglichkeit erhalten, Behördengänge zu erledigen bzw. diese zu bearbeiten. Hierzu setzen wir uns für die Erweiterung der Öffnungszeiten der Bürgerämter und eine ausreichende personelle Besetzung ein, die dem Bedarf der Bevölkerung angepasst wird. Insgesamt wollen wir das mehr zeitlich flexible Arbeitszeiten auch über den Verwaltungsbereich hinaus geschaffen werden, die die Erfüllung der Arbeitsaufgaben unter Beachtung des Biorhythmus der Arbeiter und Angestelltung zulassen.

[5] Wir setzen uns dafür ein, dass im Bildungsbereich die Betreuungs- und Unterrichtszeiten nicht an Stundenplänen orientieren, sondern an der Aufmerksamkeitsspanne und den Zeiträumen der Konzentration des Lernenden. Die Betreuungs- und Unterrichtszeiten sind zeitlich so flexibel zu organisieren, um jedem Lernenden die gleichen Chancen zum Lernen zu geben. Mit Unterstützung von digitalen Lehrmitteln und Lernformen, vernetzten Medien und Plattformen sind Unterrichts- und Pausenzeiten zwischen Lehrenden und Lernenden flexibel zu planen und wahrzunehmen. Dabei ist unabhängig von der tatsächlichen Anwesenheitszeit der Lernerfolg zu bewerten.

[6] Um die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu jeder Tages- und Nachtzeit zu ermöglichen, ist die Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln dem Bedarf der Fahrgäste anzupassen und vor allem in den Nachtstunden und an Wochenenden das Angebot merklich zu erweitern.

Begründung

[7] Die chrononormative Frühaufsteherdiktatur ist gesellschaftlich akzeptiert, diskriminiert aber Teile der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Beschäftigungsverhältnisse oder ihrer genetischen Disposition, nicht regelmäßig um sechs aufstehen und von Montag bis Freitag arbeiten gehen. Vielen Menschen bleiben daher grundlegende Bedürfnisse verweigert. Es ist Menschen, die sich nicht der chrononormativen Frühaufsteherdiktatur unterwerfen, nur unter erschwerten Bedingungen möglich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Einkaufsmöglichkeiten bleiben verwehrt oder sind nur unter Inkaufnahme von "Spätkaufszuschlägen" möglich. Eine Änderung der Ladenöffnungszeiten bietet auch dem Einzelhandel einen Vorteil gegenüber 24 Stunden online verfügbaren Angeboten, wie amazon, ebay und anderen, wenn entsprechender Bedarf besteht. Ein Besuch von Ämtern und Behörden ist aufgrund der unflexiblen Öffnungszeiten nur erschwert möglich. Viele Betroffene zahlen auch hier Mahngebühren, da ihnen ein Zugang zu unmöglichen Zeiten zugemutet wird. Ein Besuch von Museen ist nur im Rahmen einer langen Nacht der Museen möglich. Für Menschen, die am Wochenende arbeiten verschließt sich auch diese Möglichkeit der kulturellen Teilhabe, da lange Nächte der Museen bis jetzt nur an Wochenenden durchgeführt werden. Ein Besuch im Theater oder Kino gestaltet sich ähnlich schwierig. Auch der normale Frequenzpegel der Umgebungslautstärke ist derzeit chrononormativ frühaufsteherdiktatorisch. Menschen die nicht den chrononormativen Tag-Nacht-Rhythmus leben, sind vermehrt Baulärm und anderen Störgeräuschen (Postboten, Verkehrslärm, tägliche Ruhestörung, etc.), während des Schlafs ausgesetzt.

[8] P.S. Frühaufsteherdiktatur ist keine Erfindung der Piraten, aber viele Menschen (auch Piraten leiden massiv darunter)

PA542 - Kindergrundsicherung

Wahlprogramm - Familie und Gesellschaft LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Mueslikind

Zusammenfassung

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass eine Grundsicherung für alle Kinder mindestens entsprechend der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums (aktuell lt. Bundestag: 536 €) eingeführt wird. Die Forderung gilt bis zur Einführung eines BGE.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] 1. Die Piratenpartei setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass eine Grundsicherung für alle Kinder – auch Flüchtlingskinder – mindestens entsprechend der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums (aktuell lt. Bundestag: 536 €) eingeführt wird.

[3] 2. Zur Umsetzung dieser Forderung kooperiert die Piratenpartei mit anderen Organisationen, die dasselbe Ziel verfolgen und erarbeitet mit ihnen gemeinsam ein konkretes Modell. Darin wird gemeinsam festgelegt, bis zu welchem Alter die Kindergrundsicherung gezahlt wird und welche anderen familienunterstützenden Leistungen an ihrer Stelle abgeschafft werden können.

[4] 3. Sobald ein Bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird, das für Kinder mindestens die genannte Höhe hat, ist die Forderung nach einer Kindergrundsicherung hinfällig.

Begründung

[5] Nach Unicef-Angaben liegt der Anteil der Kinder, die in Deutschland unter Kinderarmut leiden, bei 8,8%. Eine Grundsicherung für Kinder kann dies nicht verhindern, aber die Zahl verringern. Kinder können kein eigenes Einkommen generieren. Sie sind dadurch vollkommen abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Eltern. Kinder stellen für Eltern ein erhebliches finanzielles Risiko dar. Menschen, die im Niedriglohnbereich tätig sind sowie alleinerziehende Elternteile müssen häufig „ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ („Hartz IV“) in Anspruch nehmen. Arbeitslose Eltern mit geringer Qualifikation und mehreren Kindern haben kaum Möglichkeiten, Beschäftigungen zu finden, bei denen sie mehr verdienen als Hartz IV für die ganze Familie. Gäbe es eine Grundsicherung für Kinder, wären Eltern auf dem Arbeitsmarkt Menschen ohne Kindern finanziell gleichgestellt. Eine Grundsicherung für Kinder könnte also bei vielen Eltern dazu führen, dass sie nicht mehr als Aufstocker zum Jobcenter müssen oder dass sie überhaupt erst eine Beschäftigung aufnehmen können. Das bringt eine große Erleichterung für die betroffenen Familien. Sie müssen sich nicht mehr der behördlichen Schikane aussetzen, haben das Gefühl, selbständig leben zu können und müssen nicht mehr unter Arbeitslosigkeit leiden. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass Arbeitslosigkeit von Eltern massive negative Auswirkungen auf deren Kinder hat. Die Möglichkeit (nicht der Zwang!) zu arbeiten wirkt sich also auf

die Entwicklung der Kinder der Betroffenen positiv aus. Die Zukunft der Gesellschaft hängt davon ab, dass Kinder geboren werden und gute Entwicklungschancen und Bildung erhalten. Einen Großteil der Last tragen die Eltern: Das finanzielle Risiko und den erheblichen zeitlichen Aufwand sowie die massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Da die gesamte Gesellschaft von den Kindern profitiert (Rente, Pflege etc.), ist es angemessen, alle zumindest an der Grundsicherung für die Kinder zu beteiligen. Eine Grundsicherung für Kinder steht nicht einem Einsatz gegen die Ungerechtigkeit von Hartz IV und für eine Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens entgegen. Im Gegenteil kann es ein erster Schritt auf dem Weg zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens sein, da diese Forderung zunächst leichter durchsetzbar sein dürfte als ein BGE für alle Menschen. Zahlreiche Verbände und Initiativen sowie die Grünen und die LINKE setzen sich bereits für eine Kindergrundsicherung ein. Die Piratenpartei könnte vermittelnd tätig werden und sich um die Einigung auf ein konkretes Modell bemühen. Durch positive Erfahrungen mit einer Kindergrundsicherung kann die allgemeine Akzeptanz für ein BGE erhöht werden. Bisher werden Flüchtlingskinder durch das Asylbewerbergesetz benachteiligt und bekommen noch weniger Geld als Kinder von HartzIV-Empfängern. Das widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention 333PA229. Andere Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Sozialgeld und BAföG könnten abgeschafft werden, das würde einen großen Bürokratieabbau nach sich ziehen. Zudem würden die Jobcenter durch weniger Bedarfsgemeinschaften und die Familiengerichte durch weniger Unterhaltsprozesse entlastet. Neben der individuellen Grundsicherung muss selbstverständlich auch die Infrastruktur für Kinder, z.B. gesellschaftlich finanzierte Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote verbessert werden. Geld- und Sachleistungen sollten aber nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn Kinder brauchen beides: Wohnung, Essen, Kleidung UND Schule, Freunde, Bildung und Spiel. Ein „Missbrauch“ der Leistung ist nicht möglich. Anspruchsberechtigt sind nur Kinder bzw. als Verwalter des Geldes deren Eltern. Wer Kinder bekommt, muss sich um diese kümmern und es entstehen Kosten. Eltern, die ein Alkoholproblem haben, sollte geholfen werden. Dass es Eltern mit Suchtproblemen gibt, ist kein Grund, eine große Zahl von Familien einem hohen Armutsrisiko auszusetzen (s. Punkte 1.-3. dieser Begründung). Infos zum aktuellen Diskussionstand, verschiedenen Modellen und Unterstützern: http://de.wikipedia.org/wiki/Kindergrundsicherung

PA543 - Für ein demokratischeres Bundestagswahlrecht

Wahlprogramm - Wahlrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

BuMa

Zusammenfassung

Neues Bundeswahlrecht mit offenen Listen, Kumulieren/Panaschieren, Abschaffung der Erststimme und weiteren Verbesserungen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, im Wahlprogramm im Kapitel "Demokratie", folgenden Text einzufügen. Die Abschnitte sind modular abzustimmen:

Modul 1: Grundlagen

Reform des Bundestagswahlrechts

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine gründliche Reform des Bundestagswahlrecht ein. Die durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordene Anpassung des Wahlrechts, die nach einem weiteren verfassungswidrigen Versuch der schwarz-gelben Koalition von der Mehrzahl der Bundestagsfraktionen in Eile verabschiedet wurde, stellt aus Sicht der Piratenpartei nur eine Übergangslösung dar. Die Piratenpartei strebt an, dass der Bundestag sich in der kommenden Legislaturperiode die notwendige Zeit nimmt, das Bundeswahlgesetz an die veränderten Bedürfnisse der Wähler anzupassen und sich dabei nicht nur auf einzelne, kosmetische Veränderungen zur Beseitigung des verfassungswidrigen sogenannten "negativen Stimmgewichts" zu beschränken. Stattdessen soll die Gelegenheit zu einer umfassenden Umgestaltung des Wahlrechts genutzt werden, die den Bürgern mehr demokratische Gestaltungsmöglichkeiten bei der Zusammensetzung des nationalen Parlaments einräumt. Parteitaktische Erwägungen, die alleine davon geprägt sind, der eigenen Partei Vorteile im Wettbewerb zu verschaffen oder zu erhalten, dürfen keine Rolle spielen. Angesichts der zerfahrenen Verhandlungssituation zwischen den derzeitigen Regierungs- und Oppositionsparteien bei diesem Thema kann nur ein Entwurf nach zivilgesellschaftlichen Vorstellungen, wie sie bspw. seit Jahren vom Verein Mehr Demokratie e.V. vertreten werden, einem neuen Wahlrecht zur notwendigen breiten Legitimation verhelfen. Mit knappen Mehrheiten verabschiedete Wahlgesetze, die jederzeit unter dem Vorbehalt stehen bei einem Regierungswechsel wieder gekippt zu werden, beinhalten dagegen ein nicht hinnehmbares Schadenspotential für das Ansehen unserer Demokratie. Das derzeitige Dilemma ist gleichzeitig eine große Chance, das Wahlrecht grundlegend zu verbessern, dadurch den Einfluss der Wähler auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages spürbar zu erhöhen, und den der Parteien entsprechend zu verringern.

[3] Die Piratenpartei schlägt aus diesen Gründen für ein künftiges Bundestagswahlrecht folgende Eckpunkte vor:

[4] Offene Listen

[5] Nach §1 (1) BWahlG wird der Bundestag “nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt“. Diese Beschreibung des geltenden Zwei-Stimmen-Systems ist allerdings nach praktischen Gesichtspunkten eher als euphemistisch zu betrachten. In der Realität gibt es sogenannte “sichere Wahlkreise“ und Kandidaten aus “unsicheren Wahlkreisen“ werden über die Landesliste abgesichert, so dass die Anzahl der Wahlkreise, bei denen das Erststimmenergebnis die Zusammensetzung des Bundestags tatsächlich beeinflusst, im Allgemeinen im einstelligen Prozentbereich liegt. Faktisch stehen dadurch schon vor der Wahl regelmäßig ca. 80% der kommenden Abgeordneten fest.

[6] Die Piratenpartei fordert daher ein echtes “personalisiertes Verhältniswahlrecht“ durch die Verwendung offener Landeslisten, auf denen jeder Wähler neben der Partei auch einzelne Personen wählen kann. Die Mandate werden nach dem Sainte-Laguë-Verfahren zuerst auf die erfolgreichen Parteien, nachfolgend auf deren Landeslisten, und dann zuerst nach Listen- und dann nach Personenstimmen auf die einzelnen Kandidaten verteilt. Damit die Parteien den Wählern eine ausreichende Menge Kandidaten zur Verfügung stellen, wird die Reihenfolge der Listenvorschläge auf dem Stimmzettel nicht mehr primär nach dem letzten Wahlergebnis bestimmt, sondern nach der Anzahl der Listenkandidaten, bis hin zu einer länderabhängigen Obergrenze. Diese beträgt in kleinen Ländern 20, in den größeren Ländern entspricht sie der Zahl der bei bundesweit gleichmäßiger Wahlbeteiligung auf das entsprechende Bundesland entfallenden Mandate.

[7] Kumulieren und Panaschieren

[8] Um den Bürgern einen größeren Einfluss auf die Zusammensetzung seiner Vertreterversammlungen zu gewähren, existiert in den Kommunalwahlgesetzen verschiedener Länder seit langem die Möglichkeit, mehrere Kandidaten zu wählen. Jeder Wähler darf also nicht bloß eine einzige Stimme vergeben, sondern eine festgelegte Anzahl. Diese kann er auf einen einzigen Wahlvorschlag konzentrieren (Kumulieren), oder sogar über mehrere Parteien streuen (Panaschieren). Das traditionelle Verfahren aus den süddeutschen Ländern behindert jedoch kleinere Parteien, da für eine gleichberechtigte Teilnahme an der Wahl eine Vielzahl von Kandidaten aufgestellt werden müssen, und führt zu besonders großen und unübersichtlichen Stimmzetteln.

[9] Die Piratenpartei schlägt daher ein System vor, wie es ähnlich in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg durch erfolgreiche Volksbegehren eingeführt wurde. Demnach erhält jeder Wähler die Möglichkeit, bis zu fünf Stimmen auf jeden Kandidaten zu vergeben, bei insgesamt zehn Stimmen.

[10] Abschaffung der Erststimme

[11] In den früheren Zeiten der großen Volksparteien, als es das Internet noch nicht gab und die Mobilität der Bürger noch sehr eingeschränkt war, mag es seine Berechtigung gehabt haben, dass jeder Wahlkreis seinen eigenen zuständigen Abgeordneten hatte, der oft von einer absoluten Mehrheit gewählt wurde und allgemeinen Respekt genoss. Dies ist aber nicht mehr zeitgemäß. Auf Grund des Prinzips der relativen Mehrheit reichen heutzutage regelmäßig Ergebnisse um 30% aus, um ein Direktmandat zu erlangen. Bei zusätzlich sinkenden Wahlbeteiligungen ist die Legitimation dieses Abgeordneten, alle Bürger seines Wahlkreises zu vertreten, nur noch als gering einzustufen. Hinzu kommt, dass durch die regelmäßige Absicherung der Wahlkreiskandidaten über Listenplätze die endgültige Zusammensetzung des Bundestages sowieso nur in absoluten Einzelfällen vom Erststimmenergebnis beeinflusst wird. Die tatsächliche Hauptfunktion der Erststimme in unserem heutigen Wahlsystem besteht also tatsächlich darin, Anomalien wie Überhangmandate oder negatives Stimmgewicht hervorzurufen.

[12] Die Piratenpartei Deutschland schlägt daher die ersatzlose Abschaffung der Erststimme vor.

[13] Als Alternative zum existierenden Wahlkreisprinzip werden des öfteren Mehrpersonenwahlkreise vorgeschlagen. Diese würden es in der Tat wieder mehr Wählern ermöglichen, von einem persönlichen Wahlkreisabgeordneten vertreten zu werden. Allerdings müsste die Größe solcher Wahlkreise im Gegenzug vervielfacht werden, um im Bundestag auf dieselbe Anzahl Abgeordneter zu kommen. Von einem örtlichen Bezug kann keine Rede mehr sein, wenn bspw. Mecklenburg-Vorpommern in zwei Wahlkreise aufgeteilt würde, und Bremen und das Saarland müssten zwangsläufig aus einem einzigen Wahlkreise bestehen. Der Unterschied zwischen der Wahlkreisstimme und der Landesstimme wäre in derartigen Fällen kaum vermittelbar.

[14] Die Piratenpartei hält daher auch Mehrmandatswahlkreise bei Bundestagswahlen für überflüssig. Eine Personalisierung wird bereits durch das Prinzip der offenen Listen angestrebt. Es ist zu erwarten, dass örtliche

Gebietsverbände von Parteien Werbung für ihre Kandidaten machen, so dass der Verzicht auf Wahlkreise den innerparteilichen Wettbewerb der Kandidaten eher befördern wird, anstatt dass der Wahlkampf so wie derzeit alleine auf den Spitzenkandidaten konzentriert wird. Diese Möglichkeit der Personalisierung und Bevorzugung lokaler Politiker bei der Wahl steht dann nicht mehr ausschließlich den Wählern großer Parteien zur Verfügung, sondern allen gleichermaßen.

Modul 2a: Grundmandatsregel durch regionale Sperrklausel ersetzen

Sperrklausel

[15] Die Sperrklausel von 5% über das gesamte Bundesgebiet kann bis auf weiteres bestehen bleiben. Durch den Wegfall der Erststimme ergibt sich jedoch das Problem, dass die Grundmandatsklausel ebenfalls nicht mehr zur Verfügung steht. Es ist nicht wünschenswert, dass regionale Volksparteien wie die CSU oder die LINKE im Fall, dass sie bundesweit unter fünf Prozent sinken, nicht mehr im Bundestag vertreten wären. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht zu begründen, dass jene Stimmen, die solche Parteien außerhalb ihres Stammgebietes erhalten, und wo sie dementsprechend deutlich unter der Sperrklausel liegen, mit einberechnet werden.

[16] Der Vorschlag der Piratenpartei lautet daher, die Grundmandatsklausel durch eine länderspezifische 20%-Hürde zu ersetzen. Parteien, die bundesweit weniger als 5% der Stimmen auf sich vereinen, jedoch in einzelnen Ländern über 20%, werden bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt, allerdings nur mit den Wählerstimmen aus jenen Ländern, wo sie die 20%-Hürde überwunden haben.

Modul 2b: 5%-Hürde halbieren

Sperrklausel

[17] Die Piratenpartei Deutschland strebt an, die Sperrklausel bei Bundestagswahlen auf 2,5% zu halbieren, und damit den Umstand zu beenden bzw. zu relativieren, dass Millionen von Wählerstimmen wirkungslos bleiben. Gerade heutzutage, wo wir eine feinere Gliederung des Parteiensystems erleben, ist die 5%-Hürde ein zu starker Eingriff in die Gleichheit und Fairness der Wahl. Eine 2,5%-Hürde erscheint hoch genug, um eine Zersplitterung des Bundestages zu verhindern, aber niedrig genug, um taktische Wahlentscheidungen zu vermeiden.

Modul 3: Briefwahl

Briefwahl

[18] Wie vom Bundesverfassungsgericht bereits 1981 festgestellt wurde, ist die Möglichkeit der Briefwahl problematisch im Hinblick auf die Grundsätze der freien und geheimen Wahl. Zum damaligen Zeitpunkt wurden jedoch Briefwahlunterlagen nur in begründeten Fällen ausgestellt, so dass das Gericht trotz dieser Bedenken die Briefwahl als Möglichkeit der Beteiligung ansonsten verhinderter Wähler akzeptierte. Mittlerweile ist die Anzahl der Briefwähler jedoch kontinuierlich gestiegen und stellt aus Sicht der Piratenpartei ein Problem dar.

[19] Die Piratenpartei möchte daher die Möglichkeit der Briefwahl wieder auf ein absolut notwendiges Minimum beschränken, bspw. auf Wählerinnen und Wähler, die sich längerfristig im Ausland aufhalten. Für die Masse der Briefwähler sollen dagegen andere Möglichkeiten der Stimmabgabe geschaffen werden. Mobile Wahlvorstände, die bereits eingesetzt werden um in kleineren Pflegeeinrichtungen, die über keine eigene Wahlurne verfügen, die Wahlteilnahme zu ermöglichen, sollen zukünftig auch einzeln im eigenen Zuhause gepflegte Personen mit einbeziehen. Für Personen, die sich am Wahltag nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten oder anderweitig verhindert sind, soll es ermöglicht werden, unter kontrollierten Bedingungen vor dem eigentlichen Wahltermin an ausgewiesenen Orten zu wählen.

Modul 4: Unterstützerunterschriften

Teilnahmehürden

[20] Das Erheben von Unterstützerunterschriften zur Wahlteilnahme stellt aus Sicht der Piratenpartei ein Datenschutzproblem dar. Alternative Möglichkeiten des Relevanznachweises für Parteien, bspw. eine nachgewiesene Mindestmitgliederzahl, erweisen sich allerdings als nicht weniger problematisch. Die Piratenpartei schlägt daher verschiedene Möglichkeiten der Verbesserung des existierenden Systems vor. So soll jeder Wahlvorschlagsträger, der bei der vorangegangenen Bundestagswahl ein Ergebnis von mindestens 0.5% der Stimmen erhalten hat, von der Sammlung von Unterstützerunterschriften befreit werden. Ein Ergebnis von wenigstens 1% der Stimmen bei der letzten Landtagswahl befreit ebenfalls von der Verpflichtung zum Unterschriftensammeln für die Landesliste im entsprechenden Bundesland, ebenso wenn allein zur Teilnahme an der Landtagswahl mindestens genauso viele Unterschriften beigebracht wurden, wie auch für die Bundestagswahl notwendig ist. Wahlberechtigte dürfen zukünftig für mehrere Wahlvorschläge Unterstützung leisten, so dass die Unterstützung auf dem Amt nicht mehr gespeichert werden muss, und die Anzahl vorzuweisender Unterschriften wird gegenüber der gegenwärtigen Regelung halbiert. Auf den Unterstützerformularen dürfen Straße und Hausnummer nicht mehr erfasst werden, denn eine meldebehördliche Identifizierung ist alleine mit Name, Geburtsdatum, Postleitzahl und Ort möglich. Dies folgt dem Prinzip der Datensparsamkeit.

Modul 5: Auslandswahlrecht

Auslandswahlrecht

[21] Auch die bisherige Regelung des Wahlrechts für Deutsche im Ausland wurde vom Bundesverfassungsgericht für unwirksam erklärt. sieht vor, dass das Wahlrecht besitzt, wer irgendwann wenigstens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik gelebt hat. Dies führt zu einer nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbarenden Ungleichheit zwischen Deutschen, die als Kind ausgewandert sind, und solchen, die im Ausland geboren wurden und eine ähnlich lose Verbindung zu Deutschland besitzen. Die Piratenpartei möchte daher das Wahlrecht zur Bundestagswahl nur noch solchen Deutschen zugestehen, die maximal vier Jahre nicht mehr in der Bundesrepublik wohnen. Bei längerer Abwesenheit als einer Legislaturperiode ist davon auszugehen, dass die Person ihren Lebensmittelpunkt endgültig in ein anderes Land verlagert hat, und damit von der Politik der Bundesregierung und des Bundestages nicht mehr direkt betroffen ist. Im Falle eines Rückzugs erhalten deutsche Staatsbürger das Wahlrecht allerdings sofort wieder ohne die üblichen drei Monate Übergangszeit.

Begründung

[22] … folgt …

[23] Das Grundgerüst des Antrags wurde bereits zum BPT12.1 eingereicht. Ergänzungen kommen aus der Arbeit der PG Bundeswahlrecht.

PA544 - Vereinfachung und Erhöhung der Umsatzsteuer, Abschaffung des ermäßigten Satzes, Umsatzsteuerbonus

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes (aktuell 7%) und die Erhöhung des Einheitssatzes (von heute 19%) auf 25% ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes (aktuell 7%) und die Erhöhung des Einheitssatzes (von heute 19%) auf 25% ein. Zugleich soll monatlich in der Höhe der Mehreinnahmen ein Umsatzsteuerbonus an die Bevölkerung gezahlt werden, und zwar als individuelle Geldzahlung zu gleichen Teilen je Einwohner. Dieser Umsatzsteuerbonus übernimmt die Funktion eines individuellen Freibetrages und führt in Bezug auf die Inanspruchnahme von Leistungen (Konsum) zu einer indirekten Progression der Umsatzsteuer. Durch die sozialere Verteilungswirkung und den Bürokratieabbau wird eine Entlastung der Sozialsysteme und des Staatshaushaltes erreicht.

[3] Die heutige Staffelung der Umsatzsteuer dagegen hilft nicht den weniger Begüterten, sondern erzeugt große Mitnahmeeffekte, unglaubliche Bürokratie und völlig unnötige Rechtsstreitigkeiten. Außerdem bietet sich bei der letztlich willkürlichen Festlegung der verschiedenen Steuersätze ein vermeidbares Einfallstor für Lobbyisten, beispielhaft sei die Ermäßigung auf 7% USt. für Hotelübernachtungen genannt.

Begründung

[4] Der ermäßigte Steuersatz sollte vornehmlich sozialen Zwecken dienen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme darf allerdings bezweifelt werden, die Unterscheidung macht andererseits das System unnötig kompliziert und anfällig für die Einflussnahme von Lobbygruppen und Partikularinteressen. Letztlich ist die Einteilung sowieso ziemlich willkürlich, u.a. weil "Grundbedarf" auch eine Frage der Menge ist und vielleicht in viel höherem Maße durch den Verbraucher selbst definiert werden sollte (Karoffeln versus Süsskartoffeln `http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer#Kritik_an_verschieden_hohen_Steuers.C3.A4tzen_.287_.25_.2F_19_.25.29`, Krabben versus Hummer `http://www.welt.de/politik/article1356837/19-Prozent-auf-Windeln-7-Prozent-auf-Trueffel.html`).

[5] Durch die Auszahlung eines Umsatzsteuerbonus wird dagegen die Steuerbelastung bzw. Mehrbelastung eines geringen Konsums kompensiert. Davon profitieren Menschen mit geringer Inanspruchnahme der gesellschaftlich erzeugten Wertschöpfung (also alle Menschen mit geringem Einkommens und/oder Vermögen), da die Bonuszahlung bei ihnen besonders ins Gewicht fällt. Auf der anderen Seite werden die Teile der

Bevölkerung, welche mehr konsumieren (das sind naturgemäß die vermögenderen bzw. einkommensstärkeren), stärker an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben bzw. am sozialen Ausgleich beteiligt. Da der Umsatzsteuerbonus an alle gezahlt wird, ist er mit keinem Stigma und keinem Kontrollaufwand verbunden. Der Verwaltungsaufwand ist überschaubar, da sich das Verfahren problemlos automatisieren lässt. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer stellt im Gegensatz zu einer Erhöhung der Abgabenlast z.B. auf Arbeit kein Problem für Deutschlands globale Wettbewerbsfähigkeit dar, da sie auch auf importierte Waren gezahlt wird. Innerhalb Europas ermöglicht sie schwächeren Ländern ein Mitziehen bei ihren Steuersätzen und hilft damit, diese Länder zu stabilisieren. Damit wird mittelbar auch der deutsche Haushalt entlastet. (Siehe auch http://de.wikipedia.org/wiki/Umsatzsteuer#Umsatzsteuer_in_EU-L.C3.A4ndern)

[6] Außerdem profitieren die öffentlichen Haushalt durch den Abbau von Bürokratie und Gerichtskosten. Da unser heutiges Sozialsystem auf Einzelfallgerechtigkeit und damit den individuellen Bedarf abstellt, wird der Mehrwertsteuerbonus angerechnet werden. Nachdem man auch die Erhöhung der Preise eingerechnet hat, wird aufgrund der besseren Verteilung durch die Reform dennoch eine Kostenersparnis im Sozialsystem anfallen. Wichtig ist, dass die Reform insbesondere den Menschen hilft, die heute vom Sozialsystem nicht richtig erfasst werden. Den Mehrwertsteuerbonus bekommen alle Menschen, also auch jene, die mit der Sozialbürokratie Schwierigkeiten welcher Art auch immer haben. Zudem ist diese Zahlung mit keinem Stigma behaftet, da eben alle Menschen sie erhalten. Der Vorschlag kann als kleiner Schritt in Richtung BGE gewertet werden, da hier psychologische und administrative Voraussetzungen dafür geschaffen werden (bedingungslose individuelle Geldzahlung des Staates an alle Einwohner). Er ist inhaltlich allerdings nicht abhängig von einer Entscheidung für oder gegen ein BGE oder ein konkretes Modell.

[7] Disclaimer Das Bedingungslose Grundeinkommen wird oft zusammen mit einer Steuerreform diskutiert, die alle Steuern durch die Umsatzsteuer ersetzen soll. Der Autor distanziert sich ausdrücklich von solchen Vorschlägen. Es geht hier ausschließlich um eine moderate Erhöhung der Umsatzsteuer bei gleichzeitiger Vereinfachung (!) derselben. Insbesondere kann keine Reform der Umsatzsteuer eine Korrektur der extrem und zunehmen ungleichen Vermögensverteilung leisten, dies ist folglich nicht Bestandteil dieses Antrags.

PA545 - Netzneutralität mit klaren Regeln sicherstellen

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Die Netzneutralität muss sichergestellt werden. Dafür werden konkrete Regeln genannt.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen. Sollte der Bundesparteitag dies ablehnen, wird beantragt, den ersten Absatz in das Wahlprogramm aufzunehmen. Der vollständige Text soll in diesem Falle als Positionspapier beschlossen werden.*

[2] Die Netzneutralität, also die gleichberechtigte Übertragung von Daten im Internet unabhängig von Absender, Empfänger, Inhalt und Anwendung, ist von überragender Bedeutung für ein freies Internet. Daher möchte die Piratenpartei mit verbindlichen Regeln sicherstellen, dass die Netzneutralität gewahrt bleibt, ohne maßvolle und sinnvolle Priorisierung von Daten zu verhindern.

[3] Für alle Netzanschlüsse (inkl. mobiler Netzanschlüsse) sollen folgende Regeln gelten:

- Eine Priorisierung von Daten nach Absender oder Empfänger ist unzulässig.
- Deep Packet Inspection ist unzulässig.
- Höchstens 10% der verfügbaren Kapazität innerhalb des Providernetzes dürfen für priorisierten Datenverkehr verwendet werden.
- Priorisierung von Daten ist nur zulässig, um Protokolle, die strenge Anforderungen an die Verbindungsqualität (insbesondere Verzögerung) haben (z. B. VoIP), zu bevorzugen.
- Priorisierung muss offengelegt werden.
- Einzelne Protokolle und Arten von Datenverkehr dürfen nicht gezielt behindert oder blockiert werden (z. B. VoIP, BitTorrent).
- Die Priorisierung von Daten eines Kunden (gegenüber Daten des gleichen Kunden) auf der Verbindung zum Kunden ist auf Wunsch des Kundens zulässig.

[4] Für kabelgebundene Anschlüsse sollen zusätzlich folgende Regeln gelten:

- Bei Verträgen für kabelgebundene Internetzugänge (DSL, Fernsehkabel, Glasfaser, ...) mit Privatkunden dürfen nur konkrete Geschwindigkeiten vereinbart werden; “bis zu“-Angaben sind unzulässig.
- Diese Geschwindigkeiten müssen unabhängig vom verwendeten Dienst im Jahresmittel zu mindestens 95% der Zeit erfüllt werden. Dies wird von der Aufsichtsbehörde (BNetzA) kontrolliert.
- Eine künstliche Beschränkung der Übertragungsgeschwindigkeit unter die zugesicherte Geschwindigkeit ist unzulässig.

Begründung

[5] Begründung: Ist genug Bandbreite vorhanden, ist Priorisierung unnötig. Bei kabelgebundenen Anschlüssen ist es möglich, eine stabile Bandbreite bereitzustellen. Priorisierung würde hier nur dazu dienen, unzureichenden Ausbau (bzw. den Verkauf von mehr Bandbreite als bereitgestellt werden kann) zu ermöglichen.

[6] Selbstverständlich muss kein Anbieter in seinem Backbone so viel Bandbreite haben, dass alle Kunden gleichzeitig die Leitung voll ausnutzen können - weil dieser Fall nicht eintrifft. Er muss aber genug Bandbreite vorhalten, um praktische Nutzungsmuster abzudecken. Für besondere Lastspitzen ist mit der 95%-Regel gesorgt: Diese entspricht 438 Stunden im Jahr, in denen das Netz überlastet sein darf - also mehr als eine Stunde pro Tag. Da das Netz den Rest der Zeit aber stark genug sein muss, um den Bedarf zu decken, werden eine drastische Unterversorgung und somit auch allzu starke Leistungseinbrüche in den betroffenen Zeiten verhindert.

[7] Maßvolle Priorisierung ermöglicht auch während Lastspitzen sowie in Mobilnetzen die Nutzung von VoIP und ähnlichen Diensten, die bereits durch geringe Verzögerungen Probleme bekommen. Durch diese Möglichkeit wird auch verhindert, dass die Notwendigkeit von Priorisierung z. B. bei VoIP als Argument gegen die Netzneutralität verwendet wird.

[8] Bei Mobilanschlüssen ist die bereitstellbare Bandbreite physikalisch begrenzt und stark schwankend. Auf eine Regulierung zu verzichen kommt jedoch auch hier nicht in Frage, da diese Anschlüsse zunehmend an Bedeutung gewinnen, gleichzeitig aber von inakzeptablen Priorisierungs- und Filtermaßnahmen betroffen sind: Mobilfunknetzbetreiber filtern oder behindern teilweise VoIP-Verbindungen, um die Nutzer zur Benutzung der teuren Sprachtarife zu zwingen. Das Verbot, einzelne Protokolle zu behindern, zielt auf dieses Problem an sowie auf eventuelle Versuche, trafficlastige Dienste zu behindern (auch bei Kabelanschlüssen in Spitzenzeiten).

[9] Die Beschränkung des priorisierten Datenverkehrs auf 10% der Netzkapazität stellt sicher, dass nicht alles bis auf unliebsame Dienste priorisiert wird, und auch für nicht-priorisierte Dienste genug Bandbreite übrigbleibt, ohne gutartige Priorisierung zu verhindern.

[10] Das Verbot der Priorisierung nach Absender oder Empfänger stellt den Kern der Netzneutralität sicher und verhindert beispielsweise, dass ein Internetprovider zusätzliches Geld für den Zugriff auf bestimmte Dienste (sei es vom Diensteanbieter oder vom Kunden) verlangt. Auch wird damit verhindert, dass ein Provider beispielsweise einen eigenen priorisierten und gut erreichbaren VoIP-Dienst anbietet, während konkurrierende VoIP-Dienste unbrauchbar sind.

[11] Die ausdrückliche Erlaubnis der Priorisierung "innerhalb“ der Daten eines Kunden vermeidet Missverständnisse und macht klar, dass diese Art der nützlichen und unproblematischen Priorisierung zulässig ist. Sie erleichtert es lediglich, die (begrenzte) Bandbreite zwischen Kunde und Internetprovider optimal zu nutzen und stellt insbesondere klar, dass das von vielen Endkunden-Routern durchgeführte sinnvolle Traffic-Shaping für den Anschluss sowie ggf. eine ähnliche Regelung für den Downlink weiter möglich sind. Dies zu Erwöhnen ist nötig, weil gegen die Netzneutralität oft mit der Notwendigkeit dieser Art der Priorisierung argumentiert wird. Nachteile für den Kunden entstehen dadurch nicht, da dies erst relevant wird, wenn der Kunde seine Leitung (mit zugesicherter Geschwindigkeit) überlastet, und nur Datenverkehr zu/von dem Kunden betrifft, der diese Priorisierung gewünscht hat.

[12] Die Strafzahlungen bei Verletzung der Mindestbandbreite müssen hoch genug sein, dass es sich nicht lohnt, sie bewusst in Kauf zu nehmen. Sinnvoll wäre es, wenn der Provider bei Verletzungen verpflichtet würde, unaufgefordert seine Kunden zu entschädigen (die Entschädigung muss die anteiligen Gebühren für den Zugang während der Ausfallzeit deutlich übersteigen). Wird der Provider erst durch eine Untersuchung der BNetzA überführt, müssen die Strafen extrem hoch sein, damit auch Stichproben eine ausreichend abschreckende Wirkung erzielen.

PA546 - Vielfalt und Pluralität in der Bildung fördern

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Tin-Te/Bettina Günter

Zusammenfassung

Die Bildung leidet seit Jahren an der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit und Standardisierung, dem alle anderen Bildungsziele untergeordnet sind. Vergleichbarkeit wird zwar suggeriert, ist aber nicht wirklich herzustellen. Standardisierung und Vereinheitlichung auf Bundesebene ist außerdem zurzeit nur auf Kosten von Vielfalt und individuellen Lernwegen zu haben

Antragstext

[1] Es wird beantragt, den folgenden Text im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland zur an geeigneter Stelle einzufügen.

[2] Der Bildungsprozess leidet seit Jahren an der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit und Standardisierung, dem alle anderen Bildungsziele untergeordnet sind. Ein Beispiel ist der Bologna-Prozess. Hier hat die Umwandlung des Studiums unter der Vorgabe der internationalen Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu einem immensen Qualitätseinbruch geführt, ohne die Vergleichbarkeit letztendlich umzusetzen. Auch das Zentralabitur sagt wenig über die Studierfähigkeit des Einzelnen aus. Noten werden nach unterschiedlichsten Kriterien vergeben und suggerieren lediglich Vergleichbarkeit.

[3] Wir Piraten stehen daher dem Ruf nach Standardisierung der Bildung und der Ausrichtung auf Vergleichbarkeit kritisch gegenüber. Wir sehen durchaus, dass Vielfalt die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen und Fähigkeiten erschwert. Standardisierung ist aber unter den derzeitigen politischen Bedingungen nur auf Kosten von Vielfalt und individuellen Lernwegen zu haben. Daher nehmen wir ein Weniger an Vergleichbarkeit in Kauf.

[4] Auch eine bundesweite Vereinheitlichung der Bildung lehnen wir ab. Die Bildungseinrichtungen brauchen mehr und nicht weniger Gestaltungsfreiräume. Zur Durchsetzung neuer Lehrformen gehört u.a. ein kurzer Draht zu den politischen Entscheidungsträgern. Eine Verlagerung der Bildungspolitik auf die Bundesebene würde den Einfluss von Lehrenden, Lernenden und Eltern noch weiter zurückdrängen und ein einheitliches Mittelmaß fördern. Reformpädagogische Ansätze würden noch weiter in die Nische der Privatschulen abgedrängt, anstatt im öffentlichen Bildungssystem Boden zu gewinnen.

PA547 - Bauen, Verkehr und Infrastruktur im Grundsatzprogramm der PIRATEN

Grundsatzprogramm - Bauen und Verkehr PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jihan für die AG Bauen und Verkehr

Zusammenfassung

Infrastrukturen in öffentlicher Hand, Barrierefreiheit und energetisch sinnvolles Bauen und Sanieren, Minderung der Gentrifizierung, barrierearme und klimafreundliche Verkehrskonzepte, "Verkehrsplanung der kurzen Wege", transparente öffentliche Planung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Einleitung

[2] Ökologische, soziale, ökonomische und demographische Entwicklungen stellen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland vor besondere Herausforderungen. Die Piratenpartei bekennt sich zu einer Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, die diesen Wandel nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit aktiv gestaltet. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören die Bereitstellung eines klimafreundlichen Verkehrsangebotes, die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes, die Reaktivierung von urbanen Brachflächen, der Erhalt von historisch bedeutsamer Bausubstanz und von städtischen und ländlichen Strukturen, die Vermeidung der Zersiedelung von Landschaften und Natur sowie der Erhalt von zusammenhängenden Kulturlandschaften. Diese vielfältigen Herausforderungen können nur in einer engen Zusammenarbeit aller Beteiligten bewältigt werden. Bürger brauchen mehr Gestaltungsspielräume, um sich engagiert in die Entwicklung ihres Umfelds einbringen zu können. Deshalb müssen die Planungsprozesse transparenter gestaltet und Möglichkeiten zur Partizipation ausgebaut werden. Planung darf nicht an bestehenden Grenzen und Zuständigkeiten Halt machen. Lösungsorientierte Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind daher ebenso zu initiieren und zu intensivieren wie die innereuropäische Zusammenarbeit.

Bauen und Wohnen

[3] Der würdevolle Umgang mit Menschen beinhaltet auch die Bereitstellung für sie angemessenen Wohnraums. Dieser muss daher für jedermann verfügbar und bezahlbar sein. Ein Hauptanliegen städtebaulicher Planung und Wohnungsbauförderung soll die Erzielung einer ausgewogenen sozialen, sowie demographischen Durchmischung und eines ausgeglichenen Miteinanders von individueller Wohnbebauung, Mietwohnungen, Handel, Gewerbe, Freizeit und öffentlicher Infrastruktur sein. Auf diese Weise werden Wege reduziert und Siedlungsgebiete belebt und attraktiv gestaltet. Bei allen baulichen Maßnahmen, egal ob Sanierung oder Neubau, soll auf die Schonung natürlicher Ressourcen besondere Rücksicht genommen werden. Öffentliche Fördermittel

sollen vorrangig in eine sinnvolle energetische Ertüchtigung von Bestandsbauten und in den Bau von ressourcenschonenden Neubauten fließen. Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist ein Grundrecht. Dazu gehört für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder Wahrnehmung die Möglichkeit sich ohne fremde Hilfe zu bewegen. Wir fordern Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und setzen uns für die Umsetzung von Standards zur Förderung dieser bei Um- oder Neubau gewerblich genutzter Immobilien ein. Im Wohnungsbau ist durch spezielle Fördermaßnahmen ein bedarfsgerechter Anteil barrierefreier und kindgerechter Wohnungen zu schaffen, sowie Bestandsbauten möglichst entsprechend zu modernisieren. Alle öffentlichen Aufträge und Vergaben sollen transparent und nachvollziehbar veröffentlicht werden und kontrollierbar sein. Dabei müssen die am Ort der Bauleistung gültigen Tarifverträge nachweislich eingehalten werden.

Verkehr und Infrastruktur

[4] In einer modernen und vielfältigen Gesellschaft ist Mobilität ein wesentliches Merkmal für Lebensqualität und bietet Entwicklungschancen für Bevölkerung und Wirtschaft. Sie ermöglicht Kommunikation, Handel und die freie Entfaltung eines jeden Einzelnen in Beruf, Familie und Hobby. Kennzeichen einer entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der verantwortungsvolle und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Umgang mit den zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Ressourcen. Dieser Umgang ist gekennzeichnet durch eine konsequente Verbrauchsreduzierung und die Nutzung regenerativer Energie- und Rohstoffquellen. Bedarfs- und nicht gewinnorientiert entwickelte Verkehrsinfrastrukturen sind grundlegend für die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Sie müssen sich den Anforderungen einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur ebenso anpassen können wie den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Ressourcenknappheit ergeben. Wir plädieren für Verkehrsinfrastrukturen in öffentlicher Trägerschaft, um einen bedarfsgerechten Ausbau und einen möglichst gleichberechtigt nutzbaren Zugang zu ermöglichen.

Stadt- und Regionalplanung

[5] Alle Planungen der öffentlichen Hand dienen einer gerechten Abwägung öffentlicher und privater Interessen im Zusammenleben der Menschen. Dazu sind die Bedürfnisse des Wohnens, des Arbeitens, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Infrastruktur, der Kommunikation, der Bildung, des Sports, der Kultur, der Freizeitgestaltung und des Landschafts-, Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen und abzuwägen. Planung ist unverzichtbar und darf nicht zugunsten einseitiger Interessen eingeschränkt oder aufgegeben werden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Betroffenen die Möglichkeit haben, an diesem Interessenausgleich teilzunehmen. In Deutschland ist es für Bürger immer noch schwierig, sich in Planungen einzubringen und sich Gehör zu verschaffen. Planung darf aber nicht zugunsten einseitiger Interessen stattfinden. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für eine Politik ein, die es jedem Bürger ermöglicht, sich mit seinen Ideen und Interessen an der Gestaltung seiner Lebensumwelt zu beteiligen. Öffentliche Planung soll im Dialog mit den Bürgern stattfinden. Auf allen Entscheidungsebenen (Bund, Land, Kommunen) soll die jeweils betroffene Bevölkerung in offenen Verfahren frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Projekt- und Planungsinformationen sollen frühestmöglich kommuniziert werden, vollständig und für Jedermann verständlich sein. Nur unter diesen Voraussetzungen können Bürger ihre Interessen einbringen und Entscheidungen beeinflussen.

Begründung

[6] Das Thema "Bauen und Verkehr" in all seiner Bandbreite gehört nicht unbedingt zu den Kernthemen der Piratenpartei, ist aber aus verschiedentlichen Gründen ein für ein umfassendes Parteiprogramm unabdingbares Thema. Wohnen und Fortbewegung sind zentrale Bestandteil des Lebens aller. Die Nutzbarkeit von Infrastrukturen und die Planung von Siedlungen und Städten berührt jeden Menschen und jede Körperschaft unmittelbar. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und sich verknappender Ressourchen kommt gerade der Nachhaltigkeit im Bereich Transport und in Sachen Energiehaushalt (Stichwort Gebäudesanierung, ...) eine besondere Bedeutung zu. Kurz: Bauen und Verkehr ist ein Themengebiet, das ob seiner Tragweite Platz im Grundsatzprogramm der Piraten finden sollte.

[7] Der hier vorliegende Antrag ist die wiederaufgenommene Vorlage einiger Anträge, die die AG Bauen und Verkehr erstmals in Bingen eingebracht hat. Auf diesem und den weiteren Parteitagen ist der Antrag allerdings leider immer wieder hinten runter gefallen (afaik aus Zeitgründen). Wir (die AG Bauen und Verkehr) haben uns den anstehenden BPT nun zum Anlass genommen, diese schon einmal eingereichten Anträge zusammenzufassen und zu überarbeiten. Das Ergebnis ist der vorliegende Antrag.

[8] Da die Überarbeitung die inhaltlichen Kernaussagen der bisherigen Anträge nicht verändert hat, haben wir darauf verzichtet, nochmals eine LQFB-Initiative zu starten. Vor der letzten Einreichung hat das bereits stattgefunden:

- http://wiki.piratenpartei.de/Antragsportal/Antr%C3%A4ge_BPT2011.1/PA037
- http://wiki.piratenpartei.de/Antragsportal/Antr%C3%A4ge_BPT2011.1/PA038
- http://wiki.piratenpartei.de/Antragsportal/Antr%C3%A4ge_BPT2011.1/PA040

PA548 - ZURÜCKGEZOGEN - Präambel zum Bereich Integrations- und Migrationspolitik

Wahlprogramm - Integrations- und Migrationspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kpeterl

Zusammenfassung

Darstellung der Position, das Migranten für die Piratenpartei nicht Objekte, sondern gleichberechtigte Subjekte von gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politisch-demokratischen Prozessen sind.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Integrations- und Migrationspolitik einzufügen:

[2] Die Piratenpartei bekennt sich zu einer Politik, die davon ausgeht, dass alle Menschen mit ihrer Vielfalt an Kompetenzen und Niveaus aktiv an der Gesellschaft teilnehmen.

[3] Alle Menschen sollen sich als Teil einer Gesellschaft verstehen, in der jeder Einzelne seinen sicheren Platz hat und somit eine Teilnahme für alle am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

[4] Ziel der Piratenpartei ist die Schaffung einer Gesellschaft, an der jeder Mensch gleichberechtigt teilhaben kann, und zwar genauso, wie sie sind.

[5] Die Vielfalt der unterschiedlichen Lebensrealitäten ist es, was die Piratenpartei unterstützt. Unterschiede werden von uns nicht hierarchisiert sondern anerkannt.

[6] Ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung , sexueller Orientierung oder Identität soll jeder Mensch als gleich mit identischen Rechten und Pflichten wahrgenommen werden.

[7] Migranten sind für die Piratenpartei nicht Objekte, sondern gleichberechtigte Subjekte von gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politisch-demokratischen Prozessen.

[8] Das Recht aller auf Selbstbestimmung und auf gleiche Lebenschancen muss der Maßstab der Politik sein.

[9] Jeder Mensch hat den gleichen Anspruch auf Würde, auf uneingeschränkten, barrierefreien Zugang zur gesellschaftlichen Infrastruktur, zu Produkten und Dienstleistungen und die gleichen Rechte auf Teilhabe an der Gesellschaft.

[10] Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen ist ein zentrales Ziel der Piratenpartei.

Begründung

[11] Wenn in der öffentlichen, politischen oder medialen Debatte von Integration die Rede ist, geht es meist um Defizite (wie höhere Arbeitslosigkeit, soziale und/oder bildungspolitische Probleme).

[12] Dabei ist ein grundlegendes Umdenken notwendig. Sicherlich sind Migranten in dieser Gesellschaft vielseitigen Problemkonstellationen ausgesetzt, doch ist darüber nicht zu verschweigen, dass sie zugleich einen wesentlichen Beitrag für eine gemeinsame Gesellschaft leisten.

[13] Migranten sind für die Piratenpartei nicht Objekte, sondern gleichberechtigte Subjekte von gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politisch-demokratischen Prozessen.

[14] In der Bundesrepublikanischen Debatten wird „Integration“ häufig zu einer Art Bringschuld von Einwanderern gemacht, bei der der gesamtgesellschaftliche, politische und sozioökonomische Kontext ausgeblendet bleibt. Tatsache ist das in unserer Gesellschaft nicht nur „Migranten“ diskriminiert werden.

[15] Diskriminierung ist ebenso ein Problem für Menschen mit körperlichen, intellektuellen bzw. psychischen Beeinträchtigungen, für arme Menschen, Frauen, junge und alte Menschen, queere Menschen. Sie alle werden in unterschiedlicher Form an der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe an unserer Gesellschaft gehindert.

[16] Ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung , sexueller Orientierung oder Identität soll jeder Mensch als gleich mit identischen Rechten und Pflichten wahrgenommen werden.

[17] Eine Politik der Inklusion geht davon aus, dass allerspätestens die zweite und damit auch alle nachfolgenden Einwanderergenerationen ebenso wie z. B. Menschen mit Behinderungen nicht außerhalb unserer Gesellschaft stehen, sie sind hineingeborener Bestandteil dieser Gesellschaft und müssen nicht erst integriert werden.

[18] Anstatt diese Nachkommen der ersten Einwanderergeneration als gleichberechtigt zu akzeptieren, gilt es als völlig „normal“, von hier geborenen und aufgewachsenen Menschen zu verlangen, sich zu „integrieren“.

[19] Vielfalt bedeutet nicht, dass unsere Gesellschaft in lauter Kleingruppen zerfällt. Eine inklusive Gesellschaft besitzt eine Gemeinsamkeit, einen Fixpunkt: die universellen Werte der Menschenrechte.

[20] Dies ist wichtig, denn eine inklusive Gesellschaft kann nur auf der Basis gemeinsamer Wertvorstellungen möglich sein. Ungeachtet von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, Alter, sexueller Identität oder Behinderung soll jeder Mensch mit identischen Rechten und Pflichten wahrgenommen werden.

[21] Unabdingbare Voraussetzung für eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller stellt die uneingeschränkte Akzeptanz der Menschenrechte sowie die Möglichkeit zur Verständigung in einer gemeinsamen Sprache dar.

[22] Erst der gegenseitige Respekt erzeugt in einer vielfältigen Gesellschaft wie der unsrigen die notwendige Identifikation mit unserer demokratischen Gemeinwesen, allerdings nur dann, wenn der Grundsatz anerkannt wird, dass die Freiheit des Einzelnen immer da aufhört, wo die Freiheit anderer eingeschränkt wird.

[23] Maßstab ist hier unser Grundgesetz.

PA549 - Abgabe auf immobile Vermögenswerte – Boden und Immobilien

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei wird sich für eine monatlich erhobene Abgabe auf Grund- und Immobilieneigentum einsetzen, deren Aufkommen vollständig an die Bevölkerung ausgeschüttet wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Programm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei wird sich für eine monatlich erhobene Abgabe auf Grund- und Immobilieneigentum einsetzen, deren Aufkommen vollständig an die Bevölkerung ausgeschüttet wird, zu jeweils gleichen Teilen pro Einwohner. Die Abgabe richtet sich jeweils nach dem aktuellen Marktwert der Liegenschaft. Ihre Höhe (Steuersatz) soll in regelmäßigen Abständen per Volksentscheid bestimmt werden. Die heute verwendeten Wertermittlungsverfahren sind unter besonderer Berücksichtigung der Vorteile der Intelligenz der Vielen (Schwarmintelligenz) weiterzuentwickeln. Die Abgabe soll die heutige Grundsteuer ersetzen, die Kommunen sind im Gegenzug mit einer Beteiligung am allgemeinen Steueraufkommen zu kompensieren.

Begründung

[3] Grundeigentum ist die wohl sicherste Form von Eigentum. Schon immer gibt es hier ein Problem aufgrund der natürlichen Knappheit von Grund und Boden. Alles Wirtschaften ist direkt oder mittelbar auf die Nutzung von Land und/oder den darin befindlichen Ressourcen angewiesen, dadurch wird der (Groß-)Grundeigentümer ein mächtiger Akteur im wirtschaftlichen und politischen Spiel. Auf der anderen Seite kann immobiles Eigentum nicht durch Kapitalflucht dem Zugriff des Staates entzogen werden. Seine Besteuerung ist daher problemloser umsetzbar als andere Vermögenssteuern. Alles dies spricht für eine stärkere Einbeziehung des Grundeigentums in die Besteuerung.

[4] Durch die hier vorgeschlagene Abgabe mit Rückverteilung pro Kopf (als Bürger-Bodendividende) ergibt sich eine faktische Progression. Alle Menschen erhalten ein zusätzliches Einkommen aus der Bodenabgabe. Wer weniger als das Mittel der Bevölkerung an Bodenabgabe zahlt, wird so zum Netto-Empfänger. Menschen mit großem Grundeigentum (in Marktwert gemessen, nicht in reiner Fläche) werden zu Netto-Zahlern. Wirtschaftet der Eigentümer mit der Fläche (Vermietung, landwirtschaftliche Nutzung, Gewerbe etc.), so kann er die Abgabe freilich überwälzen an seine Mieter oder Kunden, allerdings in Abhängigkeit von der Marktsituation (Konkurrenz). Durch die Abhängigkeit aller Menschen vom Boden tragen so alle abhängig von dem Grad, in dem sie diesen und/oder seine Früchte nutzen, die Steuerlast mit. Es zahlt also derjenige mehr, der einen größeren Anteil der knappen Ressource Boden nutzt.

[5] Die Abgabe wirkt der Vermögenskonzentration (in Form von Grundeigentum) entgegen und stärkt damit Marktwirtschaft und Demokratie (dezentralisierte wirtschaftliche und politische Macht). Im Gegensatz zu historischen Landreformen mit dauerhafter Verstaatlichung oder Enteignung und Landzuteilung werden hier Marktmechanismen nicht außer Kraft gesetzt. Ganz im Gegenteil, es wird die Eigenverantwortung der Beteiligten gestärkt und wer mit Land (ohne dabei einen Wertverlust zu verursachen) besser als andere wirtschaften kann, für den lohnt sich auch der Besitz großer und wertvoller Liegenschaften durchaus (während zugleich auch die Gemeinschaft über die Abgabe davon profitiert).

[6] Die Ausschüttung der Bodenabgabe (Bodendividende) kommt insbesondere den Habenichtsen zugute. Wie beim BGE gibt es hier keine Zugangshürden (Beantragung, Bedürftigkeitsprüfung etc.) und keinen großen Verwaltungsaufwand. Je nach Höhe des Aufkommens kann ein relevanter Beitrag zur Finanzierung des BGE erreicht werden. Dennoch ist der Vorschlag komplett unabhängig von der Einführung eines BGE umsetzbar.

[7] Die Ermittlung des Markt- oder Verkehrswertes stellt grundsätzlich ein Problem dar. Diese Probleme bestehen jedoch heute schon bei der Grundsteuer, der Kreditschöpfung (Sicherheiten) sowie im Zusammenhang mit Immobiliengeschäften der öffentlichen Hand. Transparenz und die Möglichkeit, in der Masse bessere Entscheidungen zu treffen (insbesondere wenn es um die Zumessung eines Wertes geht), seien hier als Lösungsansätze genannt.

[8] Als Nebeneffekte erreichen wir mit dieser Reform die Beendigung der spieltheoretisch sinnlosen Konkurrenz der Gemeinden gegeneinander um niedrigste Hebesätze, welche heute dazu zumindest beiträgt, dass Grundeigentum nur sehr eingeschränkt zum Gemeinwohl beiträgt. Spekulation mit Boden wird erschwert, da Eigentum an (ggf. ungenutztem) Grund und Boden eine große Steuerschuld mit sich bringt. Vermutlich wird die Tendenz zu Blasenbildung im Immobiliensektor dadurch vermindert. Das Aufblähen von entsprechenden Bilanzwerten, welches heute im Zusammenhang mit der Geldschöpfung eine Hauptursache der Finanz-/Banken-/Schuldenkrise ist, dürfte wohl so nicht mehr stattfinden.

PA550 - Schulpflicht erst verändern, wenn Schule sich verändert.

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Samy für den AK Bildung NRW

Zusammenfassung

Die Piratenpartei will die Debatte über die Schulpflicht nicht neu führen, sondern verstärkt auf die jetzt möglichen und zükünftig verlangten Veränderungen an der Schule hinweisen.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei möge beschließen folgenden Antrag in das Wahlprogramm 2013 im Bereich der Bildung aufzunehmen:

[2] Die Schulpflicht in Deutschland ist in derzeitiger Ausprägung auf Dauer untragbar. Die Abschaffung der Schulpflicht ist jedoch nicht sinnvoll, da davon auszugehen ist, dass Teile der Bevölkerung keine Veranlassung mehr haben werden, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Darüber hinaus steht bei einer allgemeinen Schulpflicht der Staat in der Pflicht, ein Angebot für alle Schüler anzubieten, sodass "Problemschüler" nicht zum finanziellen und sozialen "Privatproblem" der Eltern erklärt werden können. Die Piratenpartei fordert daher eine sofortige bundeseinheitliche Veränderung des Schulsystems hin zur Fließenden Schullaufbahn. Polizeiliche Vorführung von schwänzenden Schülern verursacht das geltende System, nicht der Schüler. Schüler werden verwaltet, anstatt sie zum freiwilligen Wissenserwerb anzuregen und damit zu lebenslangem Lernen zu befähigen. Schulen, wie z.B. die Laborschule Bielefeld 1 , zeigen, dass selbst innerhalb der geltenden Schulgesetze bereits eine modular aufgebaute und über Zertifikate statt Ziffernnoten geprüfte Fließende Schullaufbahn möglich ist und Varianten bereits erfolgreich praktiziert werden.

[3] 1 (weitere Beispiele: Hamburg, Winterhuder Schule, Berlin: Evang. Schule http://www.blickueberdenzaun.de/publikationen/34-standards.html http://www.bug-nrw.de/cms/front_content.php?idcat=44)

Begründung

[4] Begründung: Nach Auffassung der Piratenpartei Deutschland ist, von Ausnahmen abgesehen, die Schule kein attraktiver Ort des Lernens. Die derzeitigen Schulgesetze der Länder ermöglichen es heute schon, Stundenpläne und Lerninhalte freier und für jeden Schüler passender zu gestalten, Praxis-Beispiele und Ratgeber findet man in jedem Bundesland, bisher gibt es aber mehr Schulen, die Unterricht nach alten Mustern und Gewohnheiten abhalten. Kinder, die gern lernen und mit Freude in ihre Schule gehen, brauchen keinerlei gesetzlichen Zwang. Die Piratenpartei unterstützt außerdem Schüler dabei, ihren Bildungsweg selbst, gegebenenfalls auch gegen den Willen der Eltern zu gestalten. Von Lehrern und Schülern erarbeitetes selbstbestimmtes Lernen zeitigt ausserdem weitere gute Ergebnisse: Weniger Stress und Burn-Out-Syndrome bei Lehrern, weniger Ausfälle durch psychosomatische Erkrankungen. Keine Versagensängste bei Schülern, kein Konkurrenzdruck, weniger Krankmeldungen, keine Selbstmordgefahr. Schulabschlüsse können verbessert werden, die Chancen wachsen, in einem selbst gesuchten Beruf erfolgreich zu sein. Das soziale Netz wird erheblich weniger belastet.

PA551 - Freie Softwareinstallation statt App-Store-Zwang

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Niklas Deutschmann, Sebastian Dicke

Zusammenfassung

Wir streben an, für PCs, Smartphones, Tablets und andere computerähnliche Geräte die Möglichkeit der Installation von Software aus beliebigen Quellen gesetzlich vorzuschreiben.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm in den Bereich Verbraucherschutz aufzunehmen:

[2] Wir streben an, für PCs, Smartphones, Tablets und andere computerähnliche Geräte die Möglichkeit der Installation von Software aus beliebigen Quellen gesetzlich vorzuschreiben.

[3] Um weniger erfahrene Nutzer vor Schadsoftware zu schützen, muss dabei die freie Softwareinstallation im Auslieferungszustand nicht aktiviert sein. Es muss dafür jedoch eine einfache, über die Oberfläche des Betriebssystems im Auslieferungszustand zugängliche Option existieren. Frei installierte Software muss dabei auf alle Schnittstellen des Systems zugreifen können, auf die vom Systemhersteller zugelassene Software zugreifen kann. Weiterhin darf die freie Softwareinstallation nicht zu einem Verlust der Gewährleistung oder anderen Nachteilen für den Verbraucher führen. Die freie Softwareinstallation darf auch bei durch Netzbetreiber angepassten Geräten nicht eingeschränkt werden.

[4] Als "computerähnliche Geräte" sollen dabei alle digitalen informationsverarbeitenden Systeme aufgefasst werden, deren Betriebssystem grundsätzlich die Möglichkeit bietet, zusätzliche Software zu installieren.

[5] Ausgenommen sind Geräte für industrielle oder sicherheitskritische Anwendungen sowie Geräte, bei denen fehlerhafte oder bösartige Software unmittelbar physischen Schaden verursachen kann, wie z.B. Autos oder Haushaltsgeräte. Für diese Geräte kann der volle Zugriff auf alle Schnittstellen mit hohen Hürden versehen werden. Eine illegale Ansteuerung von Funkschnittstellen, z.B. mit am Betriebsort nicht zugelassenen Frequenzen, soll dabei nicht als pysischer Schaden betrachtet werden, der eine Erschwerung der freien Softwareinstallation rechtfertigen kann. Für solche Szenarien greifen bestehende Gesetze (§55 Telekommunikationsgesetz).

Begründung

[6] Immer mehr Betriebssysteme erlauben die Installation weiterer Software nur über einen vom Hardware- oder Betriebssystemhersteller kontrollierten "App Store". Dies führt dazu, dass Nutzer immer mehr die Hoheit über die in ihrem Besitz befindlichen Geräte verlieren und der Hersteller eine Besorgnis erregende Marktmacht bekommt.

[7] Der von jedem Nutzer frei programmierbare Universalcomputer ist die beste Versicherung gegen DRM, Zensur von Inhalten und heimliche Nutzerüberwachung. Er garantiert außerdem Forschung und technische Innovation, da neue, vom Systemhersteller nicht vorgesehene Anwendungen sofort eine breite Installationsbasis vorfinden.

Verbrauchern wird ermöglicht, erworbene Inhalte für beliebige Endgeräte zu konvertieren und auf neue Plattformen mitzunehmen, so dass Lock-In-Effekte vermieden werden. Netzneutralität sowie ein Überwachungs- und zensurfreies Internet funktionieren nicht ohne Plattformneutralität auf den Endgeräten. Außerdem wird durch die Möglichkeit der Portierung neuerer Software auf ältere Systeme “geplante Obsoleszenz“ verhindert und ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet.

[8] Der Antrag ergänzt den Antrag PA 201 (Secure Boot).

PA552 - Streichung von “Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn“ aus dem Wahlprogramm

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

S3sebastian

Zusammenfassung

Ich beantrage den Punkt “Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn“ aus dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zu streichen.

Antragstext

[1] Ich beantrage den Punkt “Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn“ aus dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 zu streichen.

Begründung

[2] Der Punkt “Bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlohn“ hat sich nicht bewährt. Er ist mangels Konzept nur schwer gegenüber den Bürgern zu vertreten. Die Forderung beschränkt sich im Kern auf mitunter selbstverständliche Allgemeinplätze, wie die Einsetzung einer Enquete-Kommission oder eine Volksabstimmung. Auch völlig unabhängig von der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens muss man diesen Punkt deshalb noch einmal hinterfragen. Im Wahlprogramm der Piratenpartei sollten keine planlosen Forderungen stehen, wenn wir den Anspruch erheben, seriöse und durchdachte Politik zu machen.

PA553 - Energiewende solidarisch finanzieren

Wahlprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JanB, LordSnow, danebod, Fredo

Zusammenfassung

Aufhebung der Befreiung von einzelnen Großunternehmen an den Kosten der Energiewende.

Antragstext

[1] Der Parteitag möge beschließen folgenden Text ins Bundestagswahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

Energiewende solidarisch finanzieren

[2] Die Befreiung einzelner Gewerbe von Stromsteuer, Netznutzungsentgelten und EEG-Umlage ist abzulehnen. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen zu ungunsten kleinerer Unternehmen und Einzelpersonen und schadet der Umwelt sowie der Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung, die einen überproportionalen Anteil der Lasten Schultern soll. Großverbraucher haben dadurch einen geringeren Druck ihre Effizienz zu steigern.

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, alle Stromverbraucher mit den gleichen Abgaben zu belegen und damit die Energiewende solidarisch zu finanzieren.

Begründung

[4] Es findet eine Preisverzerrung zu Ungunsten der Umwelt, kleiner Unternehmen und des Endverbrauchers statt. Durch eine Gleichbehandlung jeglichen Energieverbrauchs kann Bürokratie abgebaut werden. Kleinere Unternehmen und Einzelpersonen, die Strom verbrauchen, werden derzeit benachteiligt. Die fehlenden Netznutzungsentgelte der Großverbraucher werden von den Stromversorgern auf die nichtbefreiten Verbraucher umgelegt, was unsozial ist und eine intransparente Subvention dieser Großverbraucher nicht mehr durch durch den Staat, sondern durch u.a. Privathaushalte darstellt.

[5] Wettbewerbsvorteile sollten nicht durch Steuervorteile gewonnen werden, sondern durch Produkt-Qualität. Insbesondere ist eine Ungleichbehandlung nach Betriebsgröße zu vermeiden.

[6] Im Übrigen führt der vermehrte Einsatz Erneuerbarer Energien in Deutschland bereits jetzt zu einem Preisfall an der Strombörse. Betriebe zahlen dadurch niedrigere Energiekosten, entsprechend leuchtet nicht ein, warum die Abgaben nicht bezahlt werden könen sollen. Laut http:www.hans-josef-fell.de/content/index.php?option=com_content&view=article&id=501:strompreis-das-maerchen-von-den-boesen-erneuerbaren-energien&catid=24:schlagzeilen&Itemid=73 könnte der Strompreis durch die hier im Antrag zusätzliche Gleichbehandlung bei der EEG-Umlage um knapp 1ct sinken. Laut Abschaffung der Marktprämie passt hier thematisch nicht, sollte in seperaten Antrag. Laut http:www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/2012-FOES-IZES-Verguenstigungen-Industrie.pdf belaufen sich die Vergünstigungen insgesamt auf ∼9MRD € pro Jahr.

PA554 - Faire Teilhabe aller Menschen an der Wirtschaft mit Marktausgleich und BGE 2.0

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Peter Wittfeld

Zusammenfassung

Faire Teilhabe an der Wertschöpfung der Wirtschaft in Deutschland. Um dies im Unterschied zu allen anderen Parteien auch realisieren zu können, verknüpft sie in Deutschland Geschäfte mit Beschäftigung.

Antragstext

[1] Konzept in Kurzform

[2] Der BPT möge beschließen, dass ausnahmslos allen Menschen eine faire Teilhabe an der Wertschöpfung der Wirtschaft in Deutschland ermöglicht wird. Um dies im Unterschied zu allen anderen Parteien auch realisieren zu können, verknüpft sie in Deutschland Geschäfte mit Beschäftigung.

[3] Dazu führen wir eine neue Steuer mit der Bezeichnung „Marktausgleich" ein. Sofern der parallel eingereichte Programmantrag „Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch Umsatzprovisionen" Eingang ins Programm findet, können im Gegenzug alle anderen Steuern entfallen.

[4] Die Wirkung dieser Steuer ist, sowohl den Arbeitsmarkt als auch die Wettbewerbsnachteile der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber multinationalen Unternehmen und Importeuren aus Billigstandorten weitgehend auszugleichen, so dass eine maximale Balance zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat entsteht.

[5] Es ist das erklärte Ziel dieser Steuer, keinerlei Einnahmen zu generieren, sondern das Verhalten der Unternehmen durch Motivation so zu steuern, daß Sie jedem Bundesbürger ein Einkommen bieten. Dabei ist das Konzept u.a. durch die daraus entstehende Kaufkraft auch das unternehmerfreundlichste Konzept.

[6] Der Marktausgleich ist mit der Beschäftigungsintensität verknüpft: Unternehmen, die im Inland eine ausreichend hohe Beschäftigungsintensität mit hohen Mindesteinkommen bieten, erhalten einen Steuersatz von 0%. Nur Unternehmen, deren inländische Beschäftigungsintensität zu gering ist, zahlen überhaupt diese Steuer. Je weiter die Unternehmen von einer ausreichenden Beschäftigungsintensität entfernt sind, desto höher ist der Steuersatz, der auf den Nettobetrag jeder Rechnung aufgeschlagen werden muss.

[7] Die Beschäftigungsintensität wird gemessen durch das „Verhältnis Inlandsmitarbeiter pro Inlands-Umsatzmillion". Es kommt also nicht darauf an, wie viele Mitarbeiter ein Unternehmen hat, sondern auf die Proportion zum Umsatz.

[8] Die Zielgröße der Beschäftigungsintensität liegt bei z.B. 8 Mitarbeitern pro Umsatzmillion (siehe unten, Anlage 2). Das heißt: Ein Unternehmen, das 1 Million € Jahresumsatz erzielt und 8 Mitarbeiter beschäftigt, genießt ebenso den Mindestsatz von Null % wie ein Unternehmen mit 1 Milliarde € Jahresumsatz, das 8.000 Mitarbeiter beschäftigt. Unternehmen, die im Inland z.B. weniger als 6 Mitarbeiter pro Umsatzmillion beschäftigen, müssen z.B. 200% Marktausgleichsteuer auf ihre Produkte aufschlagen.

[9] Unternehmen mit einer zu geringen Beschäftigungsintensität wären also nicht mehr wettbewerbsfähig. Das veranlasst die Unternehmen, so viele Menschen auf der Gehaltsliste zu führen, wie sie zur Erreichung des

wettbewerbsfähigen Steuersatzes benötigen. Dazu gibt es 5 Möglichkeiten:

[10] Vollzeitarbeitnehmer mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 40.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 1.200 Stunden / Jahr

[11] Teilzeitarbeitnehmer mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 32.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 600 Stunden / Jahr

[12] Auszubildende mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 24.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 1.200 Stunden / Jahr

[13] „abwesende Arbeitnehmer" mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 24.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von 0 Stunden / Jahr

[14] In einer späteren Phase: Umstellung des Kindergeldes auf das Modell „abwesende Arbeitnehmer" (nicht so hoch wie der Betrag für Erwachsene)

[15] Dies dreht den Arbeitsmarkt um 180 Grad in einen Arbeitnehmer-orientierten Markt. Arbeitgeber sind extrem motiviert, nicht nur bei Produkten, Technologien und Kunden, sondern nun auch bei Arbeitsbedingungen in einen Wettbewerb untereinander zu treten, und zwar nicht nur um hochqualifizierte Arbeitnehmer, sondern um allen Menschen. Das beinhaltet auch, dass Arbeitgeber nicht wettbewerbsfähig sind, wenn sie nicht die Beschäftigungsmodelle am Markt anbieten, die die Menschen nachfragen. Menschen, die ein bestimmtes Beschäftigungsmodell nachfragen, wählen aus einem Überangebot an dringend zu besetzenden Arbeitsplätzen einen Arbeitgeber, der das Gesuchte zu den besten Konditionen anbietet.

[16] Eine Sonderform der Beschäftigung sind die „abwesenden Arbeitnehmer". Diese Gruppe macht ein Geschäft mit der Wirtschaft: Unternehmen bieten Einkommensplätze ohne Arbeit, dafür können sie die Einkommensbezieher quasi als Betriebsrentner von der Steuer absetzen. Diese Gruppe beinhaltet Rentner, Studenten, Hausfrauen, Hausmänner, Erwerbsunfähige und auch Erwerbsarbeitsunwillige. Das heißt: 2.000 € monatliche Mindestrente, 2.000 € monatlich für's Studieren, 2.000 € monatlich als bezahlte Hausarbeit, usw.

[17] Mit den „abwesenden Arbeitnehmern" beinhaltet der Marktausgleich also ein bedingungsloses Grundeinkommen 2.0 mit einer voll gegenfinanzierten Höhe von 2.000 €:

[18] Das BGE 2.0

[19] Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gibt es in vielen Variationen. Ihnen allen gemein ist zunächst, dass es nicht bedingungslos ist, weil 1 Bedingung erfüllt sein muss: Die deutsche Staatsbürgerschaft oder ersatzweise ein legaler Aufenthalt in Deutschland (andernfalls hätte jeder der 7 Milliarden Weltbürger das Recht, ein Grundeinkommen in Deutschland zu beziehen). Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Zwickmühle der Finanzierung.

[20] Jedes BGE kann nur so viel Geld auszahlen, wie es einnimmt. Alle bisherigen BGE-Modelle, die finanzierbar sind, bieten ein BGE auf ALG2-Niveau, während die Modelle, die ein höheres BGE bieten wollen, vollkommen unfinanzierbar sind. Behauptungen, es sei finanzierbar, folgen keine konkreten Rechnungen. Daher überzeugen die bisherigen BGE-Modelle niemanden, der sich für Details interessiert. Wahlen kann man damit nicht gewinnen.

[21] Ein verheerender Nachteil der meisten bisherigen BGE-Modelle ist, dass sie die Arbeitslosigkeit zu reduzieren versuchen, indem die Arbeitgeber das BGE vom Gehalt abziehen. Das macht zwar Arbeit billiger, ist aber auch eine Einladung zum massiven Ausbau des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit. Das zieht wiederum auch die Gehälter der Mittelschicht nach unten, zumal ein enormer Anreiz besteht, Vollzeitjobs in mehrere schlecht bezahlte Teilzeitjobs zu zerlegen. Durch den Kombilohn-Effekt bisheriger BGE-Modelle lassen sich die Unternehmenseigentümer dabei auch noch von Staat und Gesellschaft subventionieren, was die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Weitere Nachteile und Probleme bisheriger BGE-Modelle lassen sich im weiterführenden Link der Antragsbegründung nachlesen.

[22] Das BGE 2.0 hat diese Probleme nicht, weil es direkt aus den Umsätzen der Wirtschaft finanziert wird. Dies ist für Unternehmen sogar besonders lohnend, weil die „abwesenden Arbeitnehmer" des BGE die billigste Lösung sind, um „Einkommensplätze" als Steuersparmodell zu besetzen. Ein BGE 2.0 von 2.000 € als „Betriebsrente und Steuersparmodell" kostet die Unternehmen kaum mehr als halb so viel wie ein Vollzeit-Arbeitsplatz.

Die Tatsache, dass die Wirtschaft heute keinen einzigen zusätzlichen Arbeitnehmer benötigt, um das heutige Überfluss-Warenangebot zu produzieren, macht die „abwesenden Arbeitnehmer“ zusätzlich interessant. Und schließlich ist auch zu berücksichtigen, wie viele Menschen für ein BGE ohne Erwerbsarbeit infrage kommen.

[23] Zieht man von der Gesamtbevölkerung die Erwerbstätigen und Kinder ab (die erst in einer späteren Phase zu den „„abwesenden Arbeitnehmern“ hinzukommen, liegt der Bedarf je nachdem, wie sich verschiedene Faktoren entwickeln, bei 20-40 Mio. reinen BGE-Empfängern. Die Faktoren sind vor allem die Entwicklung von Automation und Rationalisierungen sowie die Entscheidung der Menschen, erwerbstätig zu sein oder auch nicht. Wenn die Hälfte aller Erwerbsfähigen nicht erwerbstätig sein will, ändert sich im Vergleich zu heute nichts.

[24] Das BGE 2.0 ist also mit mindestens 2.000 € monatlich nicht nur hoch, sondern auch problemlos finanzierbar. Nachteile gibt es nicht. Mehr dazu im Link der Antragsbegründung

[25] Ein konkreter Gesetzentwurf

[26] Der nachfolgende Gesetzentwurf ist von vielen Menschen durchdacht und geprüft worden. Jeder Einwand wurde nachweislich entkräftet. Aber natürlich ist das Konzept und der nachfolgende Gesetzentwurf auch eine Diskussionsgrundlage, die flexibel den Wünsche und Präferenzen der konstruktiv mitwirkenden Mitglieder der Piratenpartei Deutschland angepasst werden kann.

[27] Jede politische bzw. wirtschaftspolitische Idee muss konkret werden, wenn sie jemals umgesetzt werden soll. Der letzte Schritt vor der Umsetzung eines politischen Ziels ist ein Gesetzentwurf. Wie sähe das Bandbreitenmodell als Gesetzestext aus?

[28] Das Marktausgleichgesetz

[29] Auf jeden Umsatz, den in- und ausländische Unternehmen in Deutschland an inländische Kunden fakturieren, ist ein Marktausgleich aufzuschlagen. Der Marktausgleich ist eine Steuer, die wie eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt wird. Einen Vorsteuerabzug gibt es nicht. Die Steuerpflicht beginnt ab 250.000 € Jahresumsatz, bezogen auf den rollierenden Wert der jeweils letzten 12 Monate. Die Höhe des Marktausgleichs ist abhängig vom Verhältnis der Inlandsarbeitsplätze zum Inlandsumsatz. Die Details sind Anlage 1 dieses Gesetzes zu entnehmen. Steuermindernd wirken nur folgende Angestellte: deutsche Staatsbürger, Angehörige ersten Grades deutscher Staatsbürger, Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis. ?Die EU-Richtlinie 2006/123 berechtigt zur Arbeit in Deutschland, nicht jedoch zur Anrechnung auf den Marktausgleich. Mindernd auf den Marktausgleich wirken nur Inlandsarbeitsplätze, die die Arbeitszeit- und Gehaltskriterien lt. Anlage 2 erfüllen. Unternehmensinhaber und Teilhaber mit mindestens je 5% Unternehmensanteil wirken unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Arbeitszeit wie je 1 Arbeitnehmer mindernd auf den Marktausgleich. Unternehmer mit einem Jahresumsatz von bis zu 250.000 € Umsatz (rollierender Wert der jeweils vorangegangenen 12 Monate) können sich selbst auf die Gehaltsliste eines anderen Unternehmens setzen lassen und dort ein Gehalt beziehen. Sobald sie die 250.000 € Umsatzgrenze überschreiten, wirkt ihr Gehalt bei einem anderen Unternehmens nicht mehr mindernd auf den Marktausgleich.

[30] Jeder deutsche Staatsbürger bzw. Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis kann grundsätzlich nur bei einem einzigen Arbeitgeber mindernd auf den Marktausgleich wirken. Die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ prüft anhand der von ihr verwalteten Sozialversicherungsnummern, dass kein Bürger von mehr als 1 Unternehmen von der Marktausgleichsteuer abgesetzt wird. Ausnahme von diesem Grundsatz sind Tätigkeiten in Berufen lt. Anlage 3.

[31] Unternehmen, die mindestens eines der nachfolgenden Ausschlußkriterien verletzen, müssen den vollen Marktausgleich an das Finanzamt abführen: Mindestens 1 Angestellter erfüllt die Kriterien lt. Anlage 1 (Arbeitszeit und Gehalt) nicht. Der Altersdurchschnitt der Angestellten liegt unter 42 Jahren (Ausnahmen: Bergbau und Luftfahrt). Weniger als 40% der Angestellten sind weiblich (Ausnahmen: schwere körperliche Arbeit). etc. (Gehaltsunterschiede, Diskriminierungen, Umweltschutz, Verbraucherschutz, . . .) Als 1 Unternehmen im Sinne von Punkt 10. gelten Unternehmen, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen: mehr als 50% gleiche Eigentümer (auch indirekt, z.B. über Beteiligungsgesellschaften) Marktauftritt unter gleicher Marke gemeinsamer Einkauf gemeinsamer Vertrieb

[32] Anlage 1: Marktausgleich Steuersätze

[33] Mitarbeiter pro Umsatzmillion / Marktausgleich

[34] unter 6 / 200%

[35] 6 bis unter 7 / 100%

[36] 7 bis unter 8 / 50%

[37] ab 8 / 0%

[38] (Anmerkung: Die Zahlen sind für Änderungswünsche offen)

[39] Anlage 2: Gehalts- und Arbeitszeitvoraussetzungen

[40] Gehalt / Jahresarbeitszeit maximal

[41] 24.000 € / 0 Stunden?("abwesende Arbeitnehmer",?siehe "BGE 2.0")

[42] 32.000 € / 600 Stunden (Teilzeit)

[43] 40.000 € / 1.200 Stunden (Vollzeit)

[44] (Anmerkung: Die Zahlen sind für Änderungswünsche offen)

[45] Anlage 3: Kombilohn-Branchen

[46] Arbeitnehmer aus den unten genannten Branchen dürfen sich von einem zweiten Unternehmen als "abwesende Arbeitnehmer" (lt. Anlage 2) als Steuersparmodell auf die Gehaltsliste setzen lassen. Das Gehalt der Arbeitgeber aus den unten genannten Branchen wird so zum Kombilohn:

[47] Gastronomie Friseurhandwerk (und evtl. weitere preisempfindliche, haushaltsnahe Dienstleistungen) Landwirtschaft Fischerei

[48] Begründung

[49] Dieser Programmpunkt ist DIE Chance für die Piratenpartei Deutschland, mit einer Lösung für das Problem aufzutrumpfen, das fast allen Bürgern Deutschland mit Abstand am wichtigsten ist: Der Arbeitsmarkt - mit allem, was davon abhängt (Einkommen, Lebensqualität, Familienplanung, etc.)

[50] Mit diesem Programmpunkt hätte die Piratenpartei Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem sie nicht nur die Defensive verlassen könnte, in die sie die etablierten Parteien (und Medien) getrieben haben, weil solche konkreten Antworten bisher fehlen. Die Piratenpartei Deutschland könnte in die Offensive gehen und nachweisen, dass sie mit diesem Programmpunkt die einzige Partei ist, die überhaupt eine Lösung anbietet, während die etablierten Parteien komplett ratlos sind oder das Problem der Bürger sogar ignorieren bzw. leugnen.

[51] Zudem ist dieser Programmpunkt der Schlüssel zur Erfüllung vieler Programmpunkte der Piratenpartei. Nehmen wir als Beispiel PA002 mit u.a. mit folgenden Forderungen:

[52] „Wettbewerbswirtschaft mit sozialem Ausgleich"

[53] „sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe"

[54] „freie und selbstbestimmte Entfaltung von Lebens- und Erwerbsentwürfen"

[55] „Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung"

[56] „Schutz der Bevölkerung vor ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen"

[57] All dies wird mit diesem Programmpunkt von der Forderung zur realisierbaren Möglichkeit, indem es (um wieder PA 002 zu zitieren) „Marktgeschehen ergänzt und korrigiert" und einen „wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen" konkret und problemlösend definiert.

[58] Auch PA091, PA093, PA102, PA105 und viele andere werden durch diesen Programmpunkt von der Forderung zur realisierbaren Möglichkeit.

[59] Dieses Konzept erfüllt alle 3 Killkriterien für Programmpunkte: Nachhaltige und wirkliche Lösung eines Problems, realistische Umsetzbarkeit sowie Mehrheitsfähigkeit bei den Wählern. Damit ist es nicht nur mehr als eine bloße Forderung, sondern auch den etablierten Parteien weit voraus, die seit Jahrzehnten an diesem Problem scheitern und lediglich hilflos an den Schrauben eines durch und durch fehlkonstruierten Systems hin-

und herdrehen.

[60] Mit dem beinhalteten „BGE 2.0“ versucht dieser Programmantrag, sowohl den vielen Unterstützern bisheriger BGE-Modelle (u.a. PA016, PA108, PA250) einen Ausweg aus der Unrealisierbarkeit dieser Modelle anzubieten, als auch die Argumente der BGE-Kritiker durch einen ganz neuen Ansatz zu entkräften.

[61] Das Konzept bedeutet nicht weniger als eine neue, menschenfreundliche Welt. Ausreichend viele (und ausreichend gut bezahlte) Arbeitsplätze im Inland werden damit zur Bedingung, um im Inland Geschäfte machen zu können. Unternehmen, denen es nicht gelingt, genügend Arbeitsplätze zu besetzen, scheiden aus dem Markt aus.

[62] Schlecht bezahlte Jobs anzubieten bleibt zwar möglich, aber erstens sind sie betriebswirtschaftlich sinnlos, weil die Unternehmen sie nicht von der Steuer absetzen können, und zweitens wird es niemanden mehr geben, der solche Jobs annimmt. Leiharbeit wird es ebenfalls nicht mehr geben, weil nur eigene Angestellte von der Steuer abgesetzt werden können.

[63] Das Konzept eignet sich ebenso für Wahlkampfgespräche mit einzelnen Bürgern wie für Flyer, Webseiten, Interviews in Medien und den Schlagabtausch in Talkshows.

[64] Es ist durchgerechnet auf Basis der amtlichen Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Noch niemand hat beim „Ideen-Grillen“ des Konzeptes einen Haken finden können außer „kenne ich nicht, will ich nicht“. In zahllosen Debatten hat sich gezeigt, dass sich dieses Konzept hervorragend eignet, um Zuhörern/Zuschauern/Lesern zu demonstrieren, wie fehlkonstruiert das heutige System ist und dass es auf jeden Einwand eine überzeugende Antwort gibt.

[65] Es ist so detailliert verfasst, dass es sofort umgesetzt werden könnte, aber auch eine flexible Diskussionsgrundlage, auf deren Basis die AGs und Mitglieder der Piratenpartei Deutschland Änderungswünsche und Verbesserungen einbringen können.

[66] Wenn die Piratenpartei etwas wirklich dringend braucht, dann sind es wirkliche Alternativen zum heutigen System. Alle Piraten sind gebeten, die Idee zu durchdenken und bei einem Informationsdefizit oder Fragen einfach den Antragsteller zu kontaktieren, gern auch im Mumble.

[67] Weitere Infos unter http://www.bandbreitenmodell.de/piratenpartei

[68] Die bisher ausführlichste Diskussion im Internet: Blog „Uhupardo“, Posting „Der Tag nach dem Crash – Das Bandbreitenmodell“, http://uhupardo.wordpress.com/2011/11/06/serie-der-tag-nach-dem-crash-teil-1-das-bandbreitenmodell/

PA555 - Suchtpolitisches Programm der Piratenpartei Deutschland

Grundsatzprogramm - Drogen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die Bereiche Drogen- und Suchtpolitik sollen zusammengefasst werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die beim BPT 2011.2 beschlossenen Abschnitte zur Drogen- http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Drogenpolitik und Suchtpolitik http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Suchtpolitik durch den folgenden Text zusammengefasst bzw. ersetzt wird:

[2] Von alters her sind Rausch und Sucht Bestandteile unserer kulturellen Realität. Wir sind daher gezwungen, uns vorurteilsfrei mit den Rahmenbedingungen von Sucht und dem Konsum von psychoaktiven Substanzen und seinen Folgen auseinanderzusetzen, um mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Die bisherige Drogenpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass auf der einen Seite mit hohem Aufwand äußerst repressiv gegen bestimmte Substanzen, ihre Konsumenten und Produzenten vorgegangen wird. Andererseits werden andere Substanzen weitgehend gesellschaftlich akzeptiert, wird ihr Konsum und ihre Produktion teilweise sogar aktiv von der Politik gefördert. Grundlage für diese Unterscheidung ist jedoch keineswegs eine nüchterne Analyse des jeweiligen Schädigungs- bzw. Gefahrenpotentials, die Unterscheidung ist vielmehr höchst willkürlich. Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Politik ist die völlige Unglaubwürdigkeit der staatlich organisierten Suchtprävention, die Existenz von illegalen Märkten, aus denen vermeidbare und erhebliche zusätzliche Gesundheitsrisiken für Konsumenten entstehen, die Überlastung der Strafverfolgungsbehörden und die Förderung der organisierten Kriminalität, sowie die Schädigung des Gesundheitssystems, der Volkswirtschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sowie nicht zuletzt der betroffenen Menschen. Die Piraten folgen einer auf wissenschaftlichen Fakten beruhenden Suchtpolitik. Basis dieser Suchtpolitik sind:

[3] 1. Frühzeitige und umfassende Aufklärung, Jugendschutz

[4] Manche Lust oder Begierde kann zu Abhängigkeit führen. Dieser Kontrollverlust über die eigenen Bedürfnisse soll durch frühestmögliche Prävention vermieden werden. Grundlage eines risikoarmen Konsumverhaltens ist das Wissen über Wirkung, Nebenwirkung und mögliche gesundheitliche Schäden nicht nur von psychoaktiven Substanzen, sondern von allem, was in irgendeiner Weise zur Sucht führen kann. Dieses Wissen muss von Kindheit an in Schulen und Freizeiteinrichtungen vermittelt werden, denn ein bereits im Kindesalter gezielt vermitteltes selbstbestimmtes Verhalten ist der beste Weg, den damit verbundenen Herausforderungen und Reizen charakterstark zu begegnen. Prävention muss dabei immer ehrlich und sachlich sein, um nachhaltig überzeugen zu können. Zur Finanzierung dieser Aufklärung sollen psychoaktive Substanzen mit einer entsprechend zweckgebundenen Abgabe belegt bzw. bereits bestehende Steuern in eine solche umgewandelt werden. Kinder und Jugendliche müssen darüber hinaus vor interessengeleiteter einseitiger Information geschützt oder im Umgang mit dieser geschult werden. Die Piraten sprechen sich ausdrücklich für sinnvolle und notwendige Gesetze oder Verordnungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen aus, insbesondere dürfen sie auch im Rahmen

der Familie niemals direkt oder indirekt psychoaktiven Stoffe oder ihren schädlichen Wirkungen ausgesetzt werden.

[5] 2. Rausch, Eigenverantwortung und Genusskultur

[6] Nur wer seine Bedürfnisse zu reflektieren und Gruppenzwängen zu widerstehen gelernt hat, kann selbstbewusst und selbstbestimmt handeln. Rausch ist Bestandteil unserer Gesellschaft und erfüllt wichtige soziale Funktionen. Der Respekt vor dem Individuum und das Vertrauen in seine Vernunft und seine Begabung zur Lebensfreude sind die Voraussetzungen zur Etablierung einer Genusskultur, die den Rausch als schöpferische Möglichkeit zu nutzen versteht. Wir Piraten sind uns dabei der Tatsache bewusst, dass weder Genuss noch Rausch zwingend an den Konsum psychoaktiver Substanzen gebunden ist. Insbesondere der Genuss ist für uns immer eine Frage des individuellen und zudem subjektiven Erlebens, welches wir niemandem vorschreiben können oder wollen. Daher halten wir den Begriff „Genussmittel“ im Zusammenhang mit psychoaktiven Substanzen für unwissenschaftlich und irreführend, das Ausbilden individueller Genussfähigkeit soll dagegen bereits Ziel der frühkindlichen Aufklärung sein. Zur Eigenverantwortung gehört für uns auch, dass sich über eine suchtpolitische Abgabe die Schädigungspotentiale verschiedener Substanzen in ihrem jeweiligen Marktpreis widerspiegeln und diese vom Konsumenten getragen werden. Diese Abgabe soll ausschließlich zur Finanzierung von Prävention/Aufklärung und Entwöhnungs-/Therapieangeboten verwendet werden.

[7] 3. Zerschlagung der illegalen Märkte

[8] Die Piraten stehen für eine rationale Drogenpolitik. Repression gegen bereits abhängige Konsumenten geht völlig fehl und treibt dem organisierten Verbrechen nicht nur verlässliche Abnehmer, sondern auch extrem risikobereite Helfer zu (Beschaffungskriminalität). Darüber hinaus ist die Kriminalisierung von psychoaktiven Stoffen, deren Gefährlichkeit unter dem der legalen Volksdrogen Tabak und Alkohol liegt, sinnlos und heuchlerisch. Auch hier werden Probleme nur geschaffen, die es in dem Ausmaß nicht geben müsste. Allerdings bleiben Anreize zum illegalen Handel aufgrund der Steuer- und Abgabenlast selbstverständlich bestehen (wie auch heute beim Schmuggel von legalen Substanzen wie Zigaretten oder Alkohol). Durch die Beschränkung der Strafverfolgung auf diese Bereiche, in denen sie sinnvoll und angeraten ist, werden jedoch Polizei und Justiz ihre Ressourcen stärker konzentrieren und besser zur Geltung bringen können. Wir Piraten wollen zudem darauf hinwirken, dass der Bevölkerung ärmerer Länder, in denen heute psychoaktive Substanzen oder ihre Grundstoffe für den europäischen Markt produziert werden, ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe garantiert wird, um auch sie der wirtschaftlichen Erpressbarkeit durch die Drogenkartelle zu entziehen.

[9] 4. Qualitätskontrolle und Verbraucherschutz

[10] Der Konsum und der Erwerb psychoaktiver Substanzen darf nicht unter Bedingungen stattfinden, die den Gesundheitsbehörden die Möglichkeit nehmen, regulierend einzugreifen. Einerseits stiehlt sich der Staat durch Prohibition fahrlässig aus der Verantwortung und überlässt seine Bürger einem unkontrollierbaren Schwarzmarkt, der nichts als gewissenlose Gewinnoptimierung kennt - auf Kosten von Jugend- und Verbraucherschutz. Andererseits werden aber auch die Probleme mit den legalen psychoaktiven Substanzen, an erster Stelle stehen hier Tabak, Alkohol und Medikamente, weitgehend ignoriert oder schöngeredet. Psychoaktive Substanzen müssen einer weitgehenden staatlichen Qualitätskontrolle unterliegen, außerdem muss bei jedem Produkt die Information über Gefahren, Schädigungspotential und Hilfsangebote (Beipackzettel) Priorität haben gegenüber den Marketinginteressen der Verkäufer. Der Vertrieb aller gefährlichen legalen Substanzen muss auf zertifizierte Fachgeschäfte, zu denen nur Erwachsene Zutritt haben, beschränkt sein, Werbung und Sponsoring den Produzenten ausnahmslos verboten werden. Ein barrierefreier und unzensierter Zugriff auf alle Informationen zu psychoaktiven Substanzen ist jedem Bürger zu gewährleisten.

[11] 5. Hilfe für Abhängige und Risikokonsumenten

[12] Nicht jeder kann mit psychoaktiven Substanzen verantwortungsvoll umgehen. Abhängige und Risikokonsumenten brauchen unser Verständnis und niedrigschwelligen Zugang zu allen Ebenen der Suchthilfe. Die Piraten werden schadensminimierende Sofortmaßnahmen wie Spritzenabgabe, Drug Checking und die kostenlose Abgabe von Originalsubstanzen unter ärztlicher Aufsicht bundesweit umsetzen. Der flächendeckende Ausbau des Netzes an Beratungs- und Hilfseinrichtungen wird nicht nur die größte Not lindern, sondern Angehörige

und Co-Abhängige mit einbeziehen. Krankenkassen und Gesundheitssysteme werden so entlastet. Notwendige Regelungen im Rahmen einer neuen Suchtpolitik bedürfen der Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen zur Gestaltung praxistauglicher Konzepte.

[13] 6. Schutz von Nichtkonsumenten

[14] Der Staat muss wirksame Maßnahmen dafür treffen, dass Dritte durch den Konsum psychoaktiver Substanzen nicht geschädigt werden. Es sind die Freiheitsrechte aller Bürger zu achten. Dazu gehört ausdrücklich auch das Recht aller Menschen auf gesellschaftliche Teilhabe, niemand darf zur Aufnahme von Substanzen gezwungen werden, auch nicht über die Atemwege. Wie Treppen für Rollstuhlfahrer ist Tabakrauch für Atemwegsbehinderte eine Barriere und schliesst diese nach wie vor von Teilen des öffentlichen Lebens aus. Außerdem muss die Schädigung Dritter unter Einfluss psychoaktiver Substanzen durch gewalttätiges oder fahrlässiges Verhalten, z.B. durch Alkohol im Straßenverkehr, ein Ende haben. In diesem Zusammenhang, nicht zuletzt aufgrund der Verantwortung des erwachsenen Konsumenten, stellen wir die Minderung der strafrechtlichen Schuldfähigkeit bei Taten unter Einfluss psychoaktiver Substanzen in Frage. Allgemeine Drogentests lehnen die Piraten ab. Sie sind auf gefährliche Berufe und Tätigkeiten zu begrenzen.

[15] 7. Forschung und Medizin

[16] Drogenpolitische Scheuklappen dürfen die medizinische Versorgung von z.B. Schmerzpatienten nicht beeinträchtigen. Die Piraten befürworten die Erforschung derzeit illegaler Stoffe zu therapeutischen Zwecken. Eine weitere Blockade wissenschaftlicher Arbeit lediglich aufgrund dogmatischer Argumente ist nicht hinnehmbar. Patienten sollen in der freien Wahl der Behandlung nicht eingeschränkt werden. Welche Substanzen zur Behandlung verwendet werden können, soll alleine Sache des geschulten, behandelnden Arztes und des aufgeklärten Patienten sein. Dabei muss umfassend über die Gefahren aller verwendeten Mittel aufgeklärt werden.

[17] Zusammenfassung

[18] Diese sieben Punkte sind die Grundlage einer Suchtpolitik, in deren Mittelpunkt nicht das finanzielle Interesse des Staates oder der Privatwirtschaft, sondern der Mensch steht. Im Zusammenspiel aufeinander abgestimmter Maßnahmen werden erhebliche Ressourcen mobilisiert sowie die vorhandenen zielgerichtet eingesetzt. Dadurch, dass die Steuereinnahmen aus dem Geschäft mit psychoaktiven Substanzen dem allgemeinen Staatshaushalt entzogen werden, entsteht einerseits zum ersten Mal ein wirkliches Interesse des Staates an möglichst objektiver Aufklärung, andererseits wird erst durch die Zweckbindung dieser Mittel eine belastbare Grundlage für eine langfristig und breit angelegte Prävention und Suchthilfe geschaffen.

Begründung

[19] Die bisherige Beschlusslage ist weder faktenbasiert noch “unideologisch“, auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Sie ist auch nicht stringent, z.B. werden offensichtlich verschiedene Definitionen von “Droge“ wild durcheinander gebraucht (im Zusammenhang mit z.B. Kaffee oder auch Zigaretten von “Prohibition“ zu reden ist vollkommen absurd, siehe unten). Sätze wie “Die deutsche Drogenpolitik setzt seit 40 Jahren fast ausschließlich auf das Mittel der Prohibition und verfolgt damit das unrealistische Ziel einer drogenfreien Gesellschaft.“ sind sachlich unzutreffend. Die deutsche und europäische Politik hat im Gegenteil in den letzten Jahrzehnten immer wieder Maßnahmen zur Förderung des Drogenkonsums unterstützt, internationale Abkommen blockiert und im Rahmen der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik dafür sogar Subventionen ausgeteilt, freilich sehr einseitig auf bestimmte psychoaktive Substanzen bezogen (beispielhaft: http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2012/april/article/beck-bei-japan-tobacco-international/) . Dass Politiker in Sonntagsreden andererseits immer wieder den Drogenkonsum allgemein oder den Konsum bestimmter Substanzen im Besonderen verdammen, ist ein eigentlich leicht durchschaubares Täuschungsmanöver.

- “illegalisiert“ ist ein unsinniges Wort, da “illegal“ sachlich ausreicht. Gesetzte sind immer von Menschen gemacht, daher braucht es hier kein Partizip. Steuerhinterziehung und Mordbrennerei sind auch illegal und nicht “illegalisiert“.
- “Genussmittel“ gibt es in dem Sinne nicht. Genuss ist situationsbezogen und individuell. Es ist ein Irr-

glaube, man müsse nur irgendeine Substanz einwerfen und dann käme der Genuss. Es liegt allerdings offensichtlich im wirtschaftlichen Interesse der Produzenten verschiedener Substanzen, dass die Leute das glauben (meine erste Assoziation mit "Genussmittel" ist Kaffeewerbung). Der Begriff ist auch völlig unwissenschaftlich, darüber hinaus wird damit den Leuten eingeredet, dass sie wohl nicht normal sind, wenn sie den Konsum bestimmter gesellschaftlich bestimmter Substanzen nicht geniessen (können oder wollen). - In dem Interview Neu im Programm der Piratenpartei: Repressionsfreie Drogenpolitik - Die Antragssteller im Gespräch http://www.piratenpartei.de/node/1521 wird Benny da sehr deutlich: "Benny: Jeder Mensch konsumiert Drogen, Koffein ist zum Beispiel sehr beliebt bei den Piraten. Wenn man das so auslegt, dann konsumiere ich natürlich eine Droge." Hier wird erstens wieder die Instringenz des zugrundeliegenden Drogenbegriffes deutlich. Zweitens wird ein sehr enges Menschenbild oder Ideal transportiert. "jeder Mensch konsumiert Drogen" bedeutet im Umkehrschluss, dass Leute, die keine Drogen konsumieren (wollen) - Kaffee etc. eingeschlossen - keine Menschen sind. Auch wenn diese "Klarstellung" nicht Teil des Programms ist, so atmet dieses doch in der Tat den Geist einer solchen Haltung.

- Legalisierung, das könnte man von den Volksdrogen Tabak und Alkohol lernen, garantiert weder Verbraucherschutz noch die Beendigung des illegalen Handels. Illegaler Handel ist immer in dem Maße attraktiv, wie durch Besteuerung oder Regulierung die Möglichkeit von zusätzlichen Gewinnen durch Umgehung entsteht. Zigarettenschmuggel ist beispielsweise ein gravierendes Problem, obwohl Zigaretten an sich legal sind. Die Annahme, man müsse nur alles legalisieren und die Probleme lösten sich in Luft auf, ist völlig naiv und in keinster Weise wissenschaftlich oder empirisch abgesichert. An legalen Drogen sterben aktuell wesentlich mehr Menschen als an illegalen, indirekte Wirkungen eingerechnet.

- Aufklärung zu fordern ist zwar richtig, aber überhaupt nicht neu oder innovativ - niemand wird dieser Forderung widersprechen. Aufklärung scheitert heute aufgrund der Doppelmoral der Gesellschaft und auch der unmittelbaren staatlichen Interessenlage ("Nichtrauchen schadet der inneren Sicherheit"), sowie an der ganz schlichten Unterfinanzierung. Daran will unser derzeitiges Programm überhaupt nichts ändern, im Gegenteil sollen durch "angemessene Besteuerung von 'Genussmitteln' Milliarden 'erwirtschaftet'" werden womit wohl gemeint ist, dass sie im Staatshaushalt verschwinden sollen. Hier sollen offenbar alle Fehler, die heute im Zusammenhang mit legalen Drogen gemacht werden, auf die heute illegalen übertragen werden. Insbesondere darf die Suchtpolitik nicht aus einer Perspektive des wirtschaftlichen Gewinninteresses betrieben werden, das wird sie heute schon viel zu sehr.

- Freiheit im Zusammenhang mit psychoaktiven Substanzen bedeutet auch die Freiheit, sie nicht konsumieren zu müssen und auch nicht - bzw. so wenig wie möglich - indirekt von ihren Wirkungen betroffen zu werden. Für die Gesellschaft mag ein Abstinenzziel (welches heute sowieso nicht verfolgt wird) illusorisch oder falsch sein, als Individuum muss jeder für sich selbst aber ein solches Ziel durchaus verfolgen dürfen. Und insbesondere für Menschen in der Wachstumsphase (Kinder, Jugendliche) oder/und Menschen mit bestimmten gesundheitlichen (Prä-)Dispositionen ist ein Abstinenzziel definitiv nicht so verkehrt.

- Generell steht man bei Stoffen mit Suchpotential vor einem ähnlichen Problem wie bei der Zulassung von demokratiefeindlichen Parteien oder Meinungen: Ist es wichtig, die Freiheit zur möglicherweise dauerhaften Aufgabe der eigenen Freiheit zu haben (als Individuum oder als Gesellschaft) oder ist es wichtiger, bestimmte Abhängigkeiten/Unfreiheiten in der Zukunft zu verhindern, auch um den Preis von Einschränkungen konkreter Entscheidungsmöglichkeiten heute. Dieses grundlegende Problem ist und bleibt wohl dauerhaft ungelöst und unlösbar.

- Eine Zusammenfassung der beiden Programmpunkte erscheint sinnvoll.

PA556 - Grundsätze Piratischer Steuerpolitik

Grundsatzprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter (Karl-Heinz Withus)

Zusammenfassung

Wir legen hiermit die Grundlagen für ein Steuerrecht, wobei es keine Rolle spielt ob es für das zurzeit geltende oder für ein neu zu erarbeitendes gilt. Ein gerechtes, widerspruchsfreies, transparentes und verständliches Steuersystem erhöht die Akzeptanz der Bürger.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm den folgenden Text an der entsprechenden Stelle einzufügen:

[2] Zielsetzung der Steuergesetzgebung:

[3] Steuern dienen der Finanzierung des Staatshaushalts und der Umsetzung politischer Entscheidungen (Lenkungsmaßnahmen).

[4] Um das Erreichen dieser Ziele zu gewährleisten, sollen Lenkungsmaßnahmen sowie die Effizienz von Steuergesetzen und ihren Ausführungen regelmäßig überprüft werden.

[5] Die Piratenpartei setzt sich für eine gerechte und transparente Steuergesetzgebung ein, da sich nach ihrer Auffassung Gerechtigkeit und Transparenz gegenseitig bedingen.

[6] Gerechtigkeit

[7] Eine gerechte Steuergesetzgebung erfordert, dass die Belastung durch Steuern sozial gerecht erfolgt. Bürger mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen dieser entsprechend mehr zu Staatsfinanzierung beitragen als Bürger mit geringerer Leistungsfähigkeit, wir wollen daher an einer progressiven Tarifausgestaltung festhalten. Die Besteuerung von Unternehmen muss unabhängig von der Rechtsform und Größe erfolgen. Steuerminimierungen durch internationale Gestaltungen sollen unterbunden werden, hierzu muss eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Staaten erfolgen.

[8] Steuergerechtigkeit soll weniger durch gesonderte Regelungen für alle denkbaren Einzelfälle, sondern überwiegend durch sinnvolle und bürgerfreundliche Pauschalierungen erreicht werden.

[9] Transparenz

[10] Eine transparente Steuergesetzgebung erfordert, dass Steuergesetze möglichst einfach, verständlich und widerspruchsfrei formuliert werden, komplizierte Regelungen vom Staat durch zusätzliche Erläuterungen für den Steuerzahler verständlich gemacht werden, steuerliche Ausnahmeregelungen jeglicher Art vermieden, wenigstens aber auf ein Mindestmaß beschränkt werden, die Anzahl der Steuerarten gering gehalten wird, die Zielsetzung der Steuergesetzgebung stets, insbesondere bei Steuern mit Lenkungsfunktion, klar erkennbar ist, Lenkungsmaßnahmen grundsätzlich durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern umgesetzt werden und Steuern nur in Ausnahmefällen für Subventionsmaßnahmen genutzt werden.

Begründung

[11] Ziel des Programmantrages ist es, allgemeine Aussagen über piratige Grundsätze der Steuerpolitik zu formulieren, die als Basis für konkrete Anträge für Wahlprogramme und Positionspapiere dienen sollen.

[12] Thema Zielsetzung der Steuergesetzgebung:

[13] Wir möchten Aussagen bezüglich der Frage treffen, warum und mit welcher Begründung Steuern erhoben werden. Wir sind der Meinung, dass Hauptzweck der Steuergesetzgebung die Finanzierung des Staatshaushaltes darstellt. Darüber hinaus können Steuern auch einen Lenkungszweck besitzen, um effizient das Verhalten in eine gesellschaftlich gewünschte Richtung zu lenken und somit das Wohl aller zu steigern.

[14] Um die Akzeptanz der betroffenen Steuerzahler und die Transparenz der Steuergesetzgebung zu verbessern, möchten wir, dass Steuergesetze hinsichtlich ihrer Zielsetzung regelmäßige überprüft werden. Konkret bedeutet dies, dass die Steuergesetzgebung zum einen hinsichtlich ihrer Effizienz einer Überprüfung standhalten sollte. So macht es beispielsweise keinen Sinn eine Steuer mit Fiskalzweck zu erheben, wenn die Kosten der Erhebung nicht deutlich niedriger als die Erträge der Steuer sind. Zum anderen sollten Steuern mit Lenkungszweck hinsichtlich ihrer tatsächlichen Lenkungswirkung einer regelmäßigen Prüfung standhalten.

[15] Wir sind der Meinung, dass das jetzige Steuerrecht in vielerlei Hinsicht unseren Vorstellungen eines gesellschaftlich akzeptablen Steuerrecht nicht entspricht. Das deutsche Steuerrecht ist anerkanntermaßen eines der kompliziertesten der Welt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Das Steuerrecht wird oft für andere Politikfelder missbraucht: So sind im Steuerrecht in vielen Fällen Subventionen mit z.B. strukturpolitischem Hintergrund versteckt; Steuern mit Lenkungsfunktion werden für fiskalische Zwecke missbraucht; das Steuerrecht ist durch eine Berücksichtigung von zu vielen Einzeltatbeständen überladen, veraltet und unverständlich formuliert.

[16] All diese Faktoren verkomplizieren das Steuerrecht unnötig, sind intransparent und verringern die Wohlfahrt aller. Gleichzeitig führt die möglicherweise gerecht gemeinte Steuergesetzgebung aufgrund ihrer Unverständlichkeit und Komplexität nicht zu einer höheren Gerechtigkeit und Akzeptanz bei den Steuerzahlern. Aus diesen Gründen treten wir für ein Steuersystem ein, bei dem Transparenz und Gerechtigkeit wieder hergestellt und im Konfliktfall gleichberechtigt gegeneinander abgewogen werden. Was wir unter einem transparenten und gerechten Steuersystem verstehen, soll im Folgenden erläutert werden.

[17] Thema Gerechtigkeit:

[18] Gerechtigkeit im Steuersystem bedeutet zunächst ganz allgemein, dass eine Besteuerung sozial gerecht erfolgen sollte. Hierunter verstehen wir im Speziellen, dass Menschen, die dazu wirtschaftlich in der Lage sind, mehr zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen, als Menschen, die wirtschaftlich dazu weniger in der Lage sind.

[19] Steuergesetze mit gesonderten Regelungen für alle denkbaren Einzelfälle sind oft gerecht gemeint. Sie führen jedoch häufig dazu, dass Steuererklärungen unnötig kompliziert werden. Steuerberater müssen hinzugezogen werden, um alle Möglichkeiten auszunutzen. Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, dass Bürger ihre Steuererklärung selbst erstellen können. Dafür möchten wir überwiegend mit sinnvollen und bürgerfreundlichen Pauschalierungen arbeiten.

[20] Thema Transparenz:

[21] Um die Transparenz im Steuerrecht zu verbessern, möchten wir, dass Steuergesetze möglichst einfach, verständlich und widerspruchsfrei formuliert werden. Nicht vermeidbare komplizierte Regelungen der Steuergesetze sind durch zusätzliche Erläuterungen ausserhalb des Gesetzestextes verständlich zu machen, damit der Inhalt von Steuergesetzen nicht nur von Steuerexperten verstanden werden kann.

[22] Wir sind der Meinung, dass die Gesamtanzahl der Steuerarten und steuerlichen Ausnahmeregelungen auf ein notwendiges Maß verringert werden soll, um das Steuersystem verständlich zu gestalten und eine bessere Akzeptanz zu erreichen.

[23] Hierfür sollte auch die Zielsetzung der Steuergesetzgebung immer klar erkennbar sein. Dies gilt insbesondere für Steuern mit Lenkungsfunktion, bei denen der Steuerzahler oft nicht mehr die ursprünglich gewollte Lenkung erkennt, sondern das Gefühl hat, dass die entsprechende Steuer lediglich zur Finanzierung des Staatshaushaltes

dient. Um eine Transparenz bei der Lenkungsfunktion zu erreichen, sind Lenkungsmaßnahmen grundsätzlich durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern (z.B.Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Stromsteuer etc.) durchzuführen, und nicht durch Ertrags- und Substanzsteuern (z.B. Einkommenssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.). Hierdurch kann zum einen eine zusätzliche Komplexität der ohnehin schwer verständlichen Ertrags- und Substanzbesteuerung vermieden werden. Zum anderen können auf diese Weise Lenkungsmaßnahmen transparent und messbar erfolgen.

[24] Aus gleichen Gründen fordern wir auch, dass Steuern nur in Ausnahmefällen für Subventionsmaßnahmen genutzt werden. Wenn Subventionen politisch gewollt sind, sollten diese möglichst direkt und mit messbaren Kosten und nicht im Steuerrecht verschleiert erfolgen.

PA557 - Der BPT möge beschließen, dass die Finanzierung der öffentlichen Haushalte (und Piratenpartei-Programmpunkte) durch Umsatzprovisionen erfolgt.

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Peter Wittfeld

Zusammenfassung

Faires Geben und Nehmen zwischen Staat und Gesellschaft auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite.

Antragstext

[1] Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte (und zahlreicher Programmpunkte der Piratenpartei Deutschland) erfolgt durch Umsatzprovisionen auf alle Umsätze, die (heute umsatzssteuerpflichtige) Unternehmen in Deutschland erzielen. Der Grundgedanke ist ein faires Geben und Nehmen zwischen Staat und Gesellschaft auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite.

[2] Staat und Gesellschaft bieten den Unternehmen den Zugang zur Kaufkraft des Binnenmarktes (in Deutschland: über 5 Billionen € jährlich), die Infrastruktur für Geschäfte, ein Rechtssystem, mit dem sich Unternehmen schützen und Ansprüche durchsetzen können, ein politisches System, mit dem Unternehmen langfristig sicher investieren können, eine (noch) weitgehend intakte Umwelt, gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine hohe Lebensqualität für Unternehmenseigentümer.

[3] Als Gegenleistung erhält der Staat (und damit auch die Gesellschaft) 15% Umsatzprovision von allen Unternehmen, die auch heute umsatzsteuerpflichtig sind. Ausnahme sind Großhandels- und Leasingumsätze, auf die nur 3% Umsatzprovision zu zahlen sind. Für sämtliche Anbieter innerhalb der gleichen Branche gelten also die gleichen Abgabesätze. Eine Benachteiligung der einheimischen Unternehmen gegenüber Importeuren mit Niedrigsteuerstandorten ist nicht mehr möglich.

[4] Im Gegenzug werden alle anderen Steuern abgeschafft - bis auf die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer. In diesem Konzept sind zwar beide Steuerarten fiskalisch überflüssig, jedoch zur Gestaltung der Einkommens- und vor allem der Vermögensgerechtigkeit ein Thema für einen separaten Programmpunkt.

[5] Zahlen: Was kommt heraus?

[6] Besteuerungsgrundlage sind die umsatzsteuerpflichtigen Umsätze in Deutschland. Diese lagen 2010 bei 5.241 Mrd. €, und 2012 lt. Schätzung der Bundesbank bei 5.452 Mrd. €. Hinzu kommt die Einfuhrumsatzsteuer (in diesem Fall: Einfuhrumsatzprovision) auf Importe (2010: 797 Mrd. €), sowie Steuern in heutiger Höhe auf Energie. Setzt man für Leasing und Großhandel die Umsatzprovision auf 3% und für alle anderen Branchen auf 15%, erhält man (auf Basis der Kaufkraft und Umsätze 2010) Einnahmen für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 877 Mrd. €. Zum Vergleich: 2012 werden 600 Mrd. € Steuereinnahmen erwartet.

[7] Ein konkreter Gesetzentwurf

[8] Der nachfolgende Gesetzentwurf ist zwar von vielen Menschen durchdacht und geprüft worden, aber natürlich auch eine Diskussionsgrundlage, die flexibel den Wünsche und Präferenzen der konstruktiv mitwirkenden

Mitglieder der Piratenpartei Deutschland angepasst werden kann.

[9] § 1 Umsatzprovision? Auf jeden gewerblichen Umsatz auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist vom Käufer für jedes Produkt eine Umsatzprovision zu zahlen, die der Verkäufer an das Finanzamt abführt. Sämtliche bisherigen Steuergesetze verlieren mit Inkrafttreten dieses Gesetzes ihre Gültigkeit. Umsatzprovisionen für importierte Produkte sind exakt so hoch wie für Inlands-Produkte. Die Provisionssätze beschließt der Bundestag (Beispiel: Anlage 1). Die Provision ist am Monatsende des Zahlungseingangs an das Finanzamt zu überweisen.

[10] Anlage 1: Provisionssätze lt. § 1

[11] Branche Provisionssatz

[12] Exporte 0%

[13] regenerative Energien und Vorprodukte hierzu; Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheitsdienstleistungen, Krankenversicherungen, Bauleistungen, Bergbauprodukte, Rohstoffe, Öffentlicher Nahverkehr, landwirtschaftliche Produkte (außer Biosprit) 0%

[14] Importe 15%

[15] Großhandel; Leasing 3% Alle anderen Branchen, auch Bankprodukte (nicht Bilanzsumme, sondern Umsätze mit Zinserträgen,

[16] Gebühren, Provisionen, etc). 15%

[17] Benzin, Diesel (außer Biosprit) 70 Cent/ Liter

[18] Biosprit, der mit Nahrungsproduktion konkurriert 10 Euro / Liter

[19] Heizöl 30 Cent/ Liter

[20] Gas sowie Strom aus nicht-regenerativen Quellen (gewerbliche Kunden) 3 Ct/KWh

[21] Gas sowie Strom aus nicht-regenerativen Quellen (Privatkunden) 5 Ct/KWh

[22] Man kann die Steuersätze und deren Bandbreiten überall, wo es der Markt erfordert, mit sehr geringem Aufwand bis hinunter auf Produktebene differenzieren. Möglich ist auch eine Differenzierung nach nominalem Umsatz, um zu großen Marktanteilen einzelner Unternehmen entgegenzuwirken.

[23] ?

[24] An dieser Stelle könnte das neue Gesetz zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte bereits enden. Da es aber in der Natur der Menschen / Unternehmen liegt, Steuern zu umgehen, stopfen wir mit § 2 das einzige legale Schlupfloch.

[25] Optional: § 2 Vorprodukt-Umsatzprovision? 1) Die in Anlage 2 genannten Vorprodukte unterliegen einer zusätzlichen Umsatzprovision, wenn sie betriebsintern hergestellt werden statt von einem externen Lieferanten bezogen zu werden. Der interne Umsatzprovisionssatz liegt bei 10% über dem Steuersatz des Lieferanten.?(2) Bei Direktverkäufen von Herstellern an Endverbraucher hat der Hersteller zusätzlich die Umsatzprovision des Handels aufzuschlagen.

[26] Optional: Anlage 2: Vorprodukte/Dienstleistungen lt. § 2

[27] Diese Anlage ist nur eine Option, die aktiviert wird, wenn Unternehmen versuchen, durch eine Verkürzung der Wertschöpfungskette (Produktionsschritte/Vorleistungen der Lieferanten werden selbst erbracht statt eingekauft) die Umsatzsteuer minimieren wollen. Wahrscheinlich ist die Vorprodukt-Umsatzsteuer (so gut wie) nirgends notwendig. Wie sähe sie aus? Ein Beispiel:

[28] Produktgruppen-Nr. Produktgruppe Baugruppen-Nr. Baugruppe

[29] 17 Fahrzeuge (KFZ, Fahrräder, Waggons, etc.)

[30] 17011 Baugruppe Getriebe und Schaltungen

[31] 17049 Baugruppe Scheibenwischer

[32] 17061 Baugruppe Scheinwerfer

[33] 1706102 Leuchtmittel für Scheinwerfer

[34] 17081 Sitzsysteme für Fahrzeuge

[35] usw. usw.

[36] Produktnummerierungen kann man z.B. aus dem bereits vorhandenen „Umschlüsselungsverzeichnis des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle“ entnehmen.

Begründung

[37] Die Regierungsparteien schufen in Deutschland rd. 40 Steuerarten, 118 Steuergesetze und 96.000 Steuerverordnungen. Zwei Drittel der Steuerliteratur des gesamten Planeten (Gesetze, Verordnungen, Dienstanweisungen, Finanzgerichtsurteile, Kommentare, Fachliteratur, etc.) beziehen sich auf Deutschland. Trotz oder gerade aufgrund der unendliche vielen Einzelregelungen ist das große Ganze aus dem Blickfeld geraten: Ein Steuersystem muss in der Lage sein, einen Staat schuldenfrei zu finanzieren. Das schließt nicht nur das notwendige Minimum, sondern auch alle wünschenswerten Ausgaben ein.

[38] Seit Gründung der Bundesrepublik gelang es den Regierungsparteien in keinem einzigen Jahr (in der Gesamtbilanz der öffentlichen Haushalte), ohne neue Schulden auszukommen: Über 2 Billionen € Schulden sind dabei nur ein Zwischenergebnis. Dass die Schulden nicht noch höher sind, liegt an unterlassenen Ausgaben für staatliche Pflichten, der Zweckentfremdung von Einnahmen, dem Verkauf des öffentlichen Eigentums und der Verlagerung von öffentlichen Kosten auf die Bürger. Die öffentlichen Haushalte bewegen sich auf einen Kollaps zu. Die Schuldenbremse der Regierungsparteien führt lediglich zu einem Ausgabenstopp, wodurch der Staat zunehmend handlungsunfähiger wird, seine Aufgaben immer weniger erfüllen kann und seine Akzeptanz bei der Bürgern verliert. Das alte Steuersystem der Regierungsparteien ist gescheitert und nicht reformierbar.

[39] Deutschland hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Ausreichende Einnahmen sind problemlos erzielbar, wenn man an den richtigen Quellen ansetzt. Statt Gewinne zu besteuern, die multinationale Unternehmen mühelos durch globale Verlagerungen in Niedrigsteuerländer umgehen können, oder Einkommen zu besteuern, die auf Arbeitnehmer demotivierend wirken und zum Verlust von Massenkaufkraft führen, ist es sinnvoller, die Einnahmen dort zu erzielen, wo Unternehmen sich nicht entziehen können – bei den Umsätzen.

[40] Das Konzept ist ein Schlüssel zur Erfüllung vieler Programmpunkte der Piratenpartei. Es erfüllt alle 3 Killkriterien für Programmpunkte: Nachhaltige und wirkliche Lösung eines Problems, realistische Umsetzbarkeit sowie Mehrheitsfähigkeit bei den Wählern. Damit ist es nicht nur mehr als eine bloße Forderung, sondern auch den etablierten Parteien weit voraus, die seit Jahrzehnten an diesem Problem scheitern und lediglich hilflos an den Schrauben eines durch und durch fehlkonstruierten Systems hin- und herdrehen.

[41] Das Konzept bietet also die Möglichkeit, den Vorwurf der etablierten Parteien, die Piratenpartei habe kein Programm zum Thema „Finanzierung der Öffentlichen Haushalte“ und „Schuldenkrise“, um 180° zu drehen. Die genannten Zahlen sind ein „worst case Szenario“ auf Basis einer unveränderten Kaufkraft. Kommt das Arbeitsmarkt-Konzept „Bandbreitenmodell“ hinzu (siehe separater Programmantrag gleichen Datums), entstehen durch dessen Kaufkraft weitaus höhere Unternehmensumsätze und damit auch entsprechend höhere Einnahmen für die öffentlichen Haushalte.

[42] Das Konzept eignet sich ebenso für Wahlkampfgespräche mit einzelnen Bürgern wie für Flyer, Webseiten, Interviews in Medien und den Schlagabtausch in Talkshows.

[43] Es ist durchgerechnet auf Basis der amtlichen Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Noch niemand hat beim „Ideen-Grillen“ des Konzeptes einen Haken finden können außer „kenne ich nicht, will ich nicht“.

[44] Es ist so detailliert verfasst, dass es sofort umgesetzt werden könnte, aber auch eine flexible Diskussionsgrundlage, auf deren Basis die AGs und Mitglieder der Piratenpartei Deutschland Änderungswünsche und Verbesserungen einbringen können.

[45] Wenn die Piratenpartei etwas wirklich dringend braucht, dann sind es wirkliche Alternativen zum heutigen System. Alle Piraten sind gebeten, die Idee zu durchdenken und bei einem Informationsdefizit oder Fragen

einfach den Antragsteller zu kontaktieren, gern auch im Mumble.

[46] Weitere Infos unter bandbreitenmodell.de/umsatzprovisionen

PA558 - Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Programm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei Deutschland wird sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene einsetzen. Die Höhe des BGE soll für alle Einwohner gleich sein, unabhängig davon, wo sie innerhalb Europas ihren Hauptwohnsitz haben. Ergänzende Sozialleistungen auf nationaler Ebene bleiben bis auf weiteres möglich. Die PIRATEN bekennen sich ausdrücklich zu dem Ziel, das Wohlstandsniveau innerhalb Europas zügig anzugleichen.

Begründung

[3] Die Europäische Einigung lässt sich nur nachhaltig betreiben, wenn alle Europäer dabei mitmachen dürfen. Konkret bedeutet das ein garantiertes Minimum an wirtschaftlicher Teilhabe für jeden Einwohner. Dies lässt sich nur mit einem europäischen BGE erreichen. Abgesehen von der rein ökonomischen Dimension lässt sich auch Demokratie, egal ob auf europäischer, nationaler oder kommunaler Ebene, nur leben, wenn die Menschen von unmittelbarer existenzieller Not befreit sind. Dies lässt sich heute problemlos gewährleisten, da Mangel im Sinne einer existenziellen Bedrohung sogar weltweit längst nur noch aufgrund von Verteilungsproblemen besteht. Warum das BGE überall gleich hoch sein muss: http://politik-werkstatt.de/Nicht-Programm.htm#Regional%gestaffeltes%BGE

PA559 - Beibehaltung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes - Reform des Warenkatalogs

Wahlprogramm - Steuern PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Steuerpolitik - Impyer

Zusammenfassung

Der Katalog des ermäßigten Umsatzsteuersatzes soll in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um gesellschaftliche Veränderungen abzubilden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an der Stelle Steuerpolitik aufzunehmen:

[2] Das Umsatzsteuergesetz sieht neben dem Regelsteuersatz von 19 % einen ermäßigten Steuersatz von 7 % vor. Die Piratenpartei fordert eine Neubewertung der Waren, die ermäßigt besteuert werden.Wir möchten an diesem ermäßigten Steuersatz festhalten, doch muss sich die unterschiedliche Besteuerung am Bedarf des Menschen an lebenswichtigen Waren orientieren und nicht an Lobby-Interessen. Der Katalog des ermäßigten Steuersatzes soll in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um gesellschaftliche Veränderungen abzubilden.

Begründung

[3] Der Ursprung des ermäßigten Steuersatz liegt in sozialpolitischen Gründen. Es sollten lebenswichtige Waren des täglichen Gebrauchs ermäßigt – d.h. aktuell mit 7 % Mehrwertsteuer besteuert werden (§ 12 Abs. 2 UStG). Die PIRATEN begrüßen diesen Ansatz. Doch im Laufe der Jahre ist der Warenkatalog – gerade durch die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessengruppen – immer unübersichtlicher sowie widersprüchlicher geworden und hat so zu teils absurden Vergünstigungen geführt. Als bekannteste Kuriositäten seien beispielsweise die Babywindeln genannt, auf die 19% Umsatzsteuer erhoben werden, wohingegen der Erwerb von Tiernahrung lediglich mit 7 % besteuert wird. Selbst Kulturgüter werden unterschiedlich bewertet: Bücher werden mit 7 % besteuert, wohingegen Hörbücher zu den Tonträgern zählen und somit für den Sehbehinderten Menschen 19 % fällig werden. Nicht einmal alle Kartoffelsorten werden gleich besteuert! Die letzte bekannteste Änderung erfolgte zugunsten des Gaststättengewerbes zum 1. Januar 2010. Seitdem werden die Übernachtungen in Hotels nur noch mit 7, statt mit 19 % besteuert. Solch eine durch Lobbyismus geprägte Politik lehnen die PIRATEN ab! Die Piraten prangern insbesondere an, dass die jetzige Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform der Mehrwertsteuer auf Eis gelegt und damit auch die Entscheidung zur Begünstigung der Hotelbranche („Möwenpicksteuer“) nicht korrigiert hat. Um eine transparente, gerechte und von Lobbyinteressen freie Überprüfung des ermäßigten Steuersatzes zu gewährleisten, soll der ermäßigte Steuersatz fortlaufend evaluiert werden.

PA560 - Besteuerung von Vermögen

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter (Karl-Heinz Withus)

Zusammenfassung

Grundsätzliche Aussage, dass auch Vermögen Teil der Besteuerungsgrundlage sein soll, ohne konkrete Form festzulegen

Antragstext

[1] Der Parteitag soll beschließen, nachfolgende Aussage in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Entschuldung des Haushalts hat für uns eine hohe Priorität.

[3] Dies kann ohne unsoziale Einschnitte bei den Ausgaben nur durch eine Verbesserung der Einnahmen erfolgen. Während Arbeitseinkommen uneingeschränkt der Besteuerung unterliegen, werden Kapitaleinkünfte teilweise durch die Abgeltungssteuer ermäßigt besteuert. Viele Wertzuwächse von Vermögen sind der Besteuerung gänzlich entzogen. Diese Fehler in der Einkommensbesteuerung verstärken den Umverteilungsmechanismus unseres Wirtschaftssystems. Wir fordern daher, dass alle Einnahmen und damit auch Vermögensmehrungen konsequenter der Einkommensbesteuerung unterliegen müssen.

[4] Die verfehlte Einkommensteuergesetzgebung der letzten Jahrzehnte hat dazu geführt, dass große Vermögen aus unversteuerten Einkommen vorhanden sind. Diese unversteuerte Sach- und Geldvermögen muss zur Finanzierung des Gemeinwohls und der Rückführung der Verschuldung des Landeshaushalts herangezogen werden.

[5] Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundestag prüft in welcher verfassungsrechtlich zulässigen Form Privatvermögen zur Finanzierung des Haushalts beitragen kann und dies dann schnellstmöglich umsetzt. Wir legen uns dabei nicht vorschnell auf die Wiedererhebung der Vermögenssteuer oder eine einmalige Vermögensabgabe fest. Vor- und Nachteile beider diskutierten Verfahren müssen rechtlich geklärt werden. Jede staatliche Belastung von Bürgern muss gerecht, nachvollziehbar und mit Rechtssicherheit erfolgen. Hierzu gehört aber auch eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten.

Begründung

[6] DerAntrag basiert teilweise auf dem Positionsparpier der PP NRW.

[7] Eine Besteuerung von Vermögen oder allgemeiner Substanzbesteuerung wird von vielen grundsätzlich abgelehnt. Dies ist im Grunde verständlich, da die Besteuerung primär über die Einkommensteuer erfolgt und somit davon ausgegangen wird, dass Vermögen aus bereits versteuerten Einkommen gebildet wurde. Dies ist aber tatsächlich nicht zutreffend.

[8] Die Vermutung mag für die meisten Bürger zutreffen, die wenig Vermögen haben (Einfamilienhaus etc.), sie ist aber definitiv falsch, wenn man wirklich Reiche betrachtet. Diese Vermögen können in immer stärkeren Maße Vermögen aus unversteuerten Geldern aufbauen und zwar im “Schneeballprinzip“, die wirklich reichen

sind trotz Wirtschaftskrise in den letzten Jahren massiv reicher geworden. Die Ursache liegt zum einen in verfehlten Einkommensteuergesetzen. So werden Einkünfte aus Kapitalvermögen zum großen Teil nur ermässigt besteuert. Viele Vermögenssteigerungen unterliegen gar keiner Ertragsbesteuerung. Dies trifft nicht nur für alle (noch nicht) realisierten Vermögenszuwächse zu, sondern auch für Immobilien, die erst 10 Jahre nach Erwerb veräußert werden. Während der Besitzzeit mindern zwar die Abschreibungen die Einkommensteuer, ein evtl. erheblicher Wertgewinn bei Veräußerung ist dann aber steuerfrei.

[9] Es ist auch ein Irrglaube, dass es angemessen wäre, Wertsteigerungen grundsätzlich erst bei REalisierung zu versteuern. Tatsächlich ist bei einem ausreichend großem Vermögen eine Veräußerung nicht erforderlich, um von der Wertsteigerung (z.B. durch höhere Beleihungsgrenzen) zu profitieren.

[10] Es ist daher systemisch unvermeidbar, dass die Ertragsteuern von einer Vermögensbesteuerung (mit hinreichend hohen Freibeträgen) ergänzt wird. Eine solche Steuer löst auch keineswegs Kapitalflucht aus, ansonsten hätten Länder wie z.B. die USA sicherlich die Vermögenssteuer schon abgeschafft. Dort ist sie im Gegenteil in einigen Bundesstaaten eine Haupteinnahmequelle (in der Form von hohen Grundsteuern)

[11] Die Besteuerung und damit auch die gezielte Verringerung des weiteren Vermögensaufbaus in den Händen einer 1 - 5 % Gruppe der Bevölkerung ist auch dringend erforderlich, um soziale Verwerfungen zu vermeiden

PA561 - Einführung einer Vermögenssteuer

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Hilmar, Melanie Kalkowski, René Röderstein

Zusammenfassung

Wiedereinführung einer Vermögenssteuer mit Fokus auf sehr große Vermögen und unter Beachtung der vom BVG gerügten Positionen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer als "Vermögenssteuer 2.0". Die genaue Ausgestaltung der Vermögenssteuer 2.0 soll durch ein unabhängiges Expertengremium aus Steuerfachleuten unter Einbeziehung der Piraten erfolgen. Diese Arbeitsgruppe soll sich unter anderem an den im Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1995 gerügten Positionen orientieren. Eine Vermögenssteuer 2.0 soll sicherstellen, dass Einkünfte aus Vermögen und Vermögen selbst in angemessener Weise zur Finanzierung der Staatsausgaben beitragen. In Bezug auf Einkünfte aus Vermögen bedeutet angemessen, dass diese Einkommensart im Vergleich zu Einkünften aus unselbstständiger Arbeit nicht besser gestellt wird. In Bezug auf eine Besteuerung von Vermögen selbst bedeutet angemessen eine Balance zu finden zwischen einerseits der Verantwortung, die aus Eigentum resultiert sowie einer als gerecht empfundenen Vermögensverteilung und andererseits dem Schutz des privaten Eigentums vor staatlichen Eingriffen. Eine Vermögenssteuer soll deshalb speziell auf die sehr großen Vermögen erhoben werden und nicht zu einer zusätzlichen Belastung des Mittelstands führen. Die Höhe der Vermögenssteuer soll dabei in ihrer Progression an der Vermögensverteilung in Deutschland orientiert sein.

Begründung

[3] Die Erhebung einer Vermögenssteuer ist in Artikel 106 des Grundgesetzes ausdrücklich vorgesehen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1995 die damals erhobene Vermögenssteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt wurde. Die Bundesregierung ließ die Vermögensteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine verfassungsgemäße Reform in die Wege zu leiten. Die Piratenpartei will diese überfällige Reform nun anstoßen. Eine Vermögenssteuer 2.0 soll aber einen Schritt weitergehen und die angemessene Besteuerung von Vermögen ganzheitlich betrachten. Hierbei geht es nicht nur um eine klassische, als Substanzsteuer ausgestaltete Vermögenssteuer, sondern auch um Einkünfte aus Vermögen, die derzeit z.B. gegenüber Einkünften aus unselbstständiger Arbeit begünstigt werden. Die PIRATEN werden sich daher dafür einsetzen, die Einnahmeseite des Staates zu stärken und gleichzeitig die weitere Spaltung zwischen Arm und Reich zu unterbrechen. Eine Steuer, die auch den Mittelstand trifft, würde diese Spaltung noch vertiefen und wäre kontraproduktiv. Deshalb fokussiert der Antrag auf sehr große Vermögen und fordert eine an der Vermögensverteilung orientierte Progression. Durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer im Rahmen eines Gesamtsteuerkonzepts sehen wir eine Möglichkeit, den

Haushalt in seiner jetzigen Form zu konsolidieren, ohne dabei an Stellschrauben drehen zu müssen, die einen Großteil der Bürger empfindlich treffen würde. Die Erhöhung der Einnahmeseite an dieser Stelle kann eine wesentliche Entlastung des Haushaltes darstellen.

[4] Ergänzende Links: Positionspapier der Piratenpartei NRW zur Vermögenssteuer: http://www.piratenpartei-nrw.de/43546/2012-04-19/positionspapier-vermogenssteuer/

[5] Vortrag von Melanie zur Vermögenssteuer auf der WiKo in Hamm: http://wiki.piratenpartei.de/AG_Wirtschaft/Konferenzen/Treffen_2012.1

[6] Achtung: Konkurrenzanträge: PA382, PA 412

PA562 - Erhebung der Rundfunkbeiträge durch Finanzämter

Wahlprogramm - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ChristophZwickler

Zusammenfassung

Die gegenwärtige und die geplante Erhebung von Rundfunkbeiträgen über die GEZ bzw. die Nachfolgeorganisation hat unakzeptable Nachteile bürokratischer, datenschutzrechtlicher und sozialer Natur. Eine Erhebung durch die Finanzämter schafft Abhilfe.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Forderung nach einer Änderung der Erhebung von Rundfunkbeiträgen in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen. Die "Gebühreneinzugszentrale" (GEZ) bzw. ihre Nachfolgeorganisation "ARD-ZDF-Deutschlandradio-Beitragsservice" (AZDBS) sollte aufgelöst werden. Die Erhebung von Beiträgen soll zukünftig einfacher durch die Finanzämter erfolgen. Der Antrag greift die bereits im Positionspapier P007 dargestellten Erwägungen auf.

[2] Die neue Beitragspflicht ab 2013 knüpft nicht mehr an Rundfunkgeräte an, mit denen Rundfunk empfangen werden kann, sondern an Haushalte, Betriebsstätten und Kraftfahrzeuge. Schon das ist weder logisch noch systematisch. Denn mit dem Vorhalten eines Haushaltes etwa kann weder Rundfunk empfangen werden noch befindet sich dort notwendig eine natürliche Person, die überhaupt erst Empfänger einer wie auch immer gearteten "Grundversorgung" sein kann.

[3] Das ab 2013 geltende System startet zwar mit dem Versprechen reduzierter Bürokratie. Tatsächlich wird es weitaus mehr Bürokratie geben. Dafür spricht schon der Umstand, dass die GEZ (bzw. AZDBS) angekündigt hat, zur Umsetzung des neuen Modells seinen Mitarbeiterstamm erheblich zu erweitern. Es dürfte in der Tat auch bedeutend schwieriger sein, statt etwa wie bisher lediglich Rundfunkempfänger zu zählen nun die neuen und oft weniger klaren Voraussetzungen für eine Beitragspflicht zu ermitteln. Schon die Definition einer "Wohnung" im Sinne der Neuregelung ist schwierig, da sie nicht den geltenden Baurechtsbegriff der "Wohneinheit" verwendet, sondern neue eigene Vorgaben enthält, siehe § 3 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV). Es gibt auch zahlreiche Sonderregelungen, die etwa danach differenzieren, ob ein Kraftfahrzeug auch einmal zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wird oder nicht (§ 5 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 RBStV), ob eine Hochschule nach dem Hochschulrahmengesetz besteht oder nicht (§ 5 Absatz 3 Satz 1 Nr. 5 RBStV) etc.. Solche Sachverhalte gilt es nach dem für 2013 vorgesehenen Modell zu ermitteln. Es ist nicht erkennbar, dass damit ein volkswirtschaftlicher Nutzen verbunden ist.

[4] Die Kosten allein für die GEZ betrugen im Jahr 2011 über 163 Millionen Euro. Die tatsächlichen Erhebungsaufwendungen dürften weitaus höher sein, da etwa die sogenannten "Rundfunkgebührenbeauftragten" für die Sendeanstalten selbst tätig wurden. Auch weitere Erhebungsbürokratie ist direkt bei den Sendern angesiedelt. Die tatsächlichen Kosten können vermutlich wegen Zuordnungsproblemen noch nicht einmal durch die Sendeanstalten selbst exakt beziffert werden. Im Ergebnis geht es dabei darum, mit diesen enormen Geldern persönliche Daten zu sammeln und zu dokumentieren. Die Datensammlung hat die Wirkung eines Bundesmelderegisters. Darin sind jedoch nicht allein die üblichen Meldedaten enthalten, sondern auch ganz persönliche Daten. So

wird etwa bei einer Abmeldung gemäß § 8 Absatz 5 RBStV "der die Abmeldung begründende Lebenssachverhalt" dokumentiert, der auf Verlangen sogar nachzuweisen ist. Es entsteht ein "Supermelderegister". Danach rechtfertigen weder die Kosten noch der Schutz der Privatsphäre diese Form der Beitragserhebung.

[5] Das Beitragsmodell des RBStV ist auch unsozial. Die regelmäßig einkommensunabhängige Beitragshöhe ist zwar ggf. noch zu rechtfertigen, da für jeden ein identisches "Angebot" bereitgehalten wird. Die Beiträge von monatlich knapp 18 Euro sind aber für Menschen mit besonders niedrigem Einkommen nicht akzeptabel. Befreiungs- oder Ermäßigungstatbestände sind auch nicht etwa an eine tatsächliche Situation geknüpft, sondern an den Bezug von staatlichen Unterstützungsleistungen. Dies führt dazu, dass Menschen, die zwar bedürftig sind, aber keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen oder die Voraussetzungen solcher Unterstützungen knapp verfehlen, gleichwohl zur vollen Beitragszahlung verpflichtet sind. Unter Ansatz eines (Mindest)lohnes von 8,50 Euro pro Stunde muss daher zur Finanzierung der Rundfunkanstalten wöchentlich eine halbe Stunde gearbeitet werden. Das trifft Geringverdiener ebenso wie etwa Studenten, wenn sich ergibt, dass sie nach Definition des RBStV über eine eigene Wohnung verfügen. Somit ist dieses Beitragsmodell ein gewaltiges Umverteilungsprogramm von unten nach oben. Schließlich ist wegen der Verknüpfung der Befreiung von den Beiträgen mit staatlichen Unterstützungsleistungen in der Folge mit einer erhöhten Nachfrage nach solchen Transferleistungen zu rechnen. Das ist mit weiterer Bürokratie und steigenden Staatsausgaben verbunden.

[6] Schon die Logik spricht gegen diese Form der Erhebung: Mit den Beiträgen soll eine auf den möglichen Erhalt von Informationen zielende "Grundversorgung" erreicht werden. Informationsempfänger können aber immer nur natürliche Personen sein. Eine Wohnung, eine Betriebsstätte oder ein Kraftfahrzeug kann aber niemals ein solcher Empfänger oder "Nutznießer" einer Information sein. Es handelt sich dabei lediglich um einen Ort, an dem Informationen entgegengenommen werden können. Geht es aber danach, so müsste auch für das Vorhalten von Eisenbahnen oder Parkbänken eine Beitragspflicht eingeführt werden, denn auch dort werden regelmäßig auf elektronischem Weg die in Rede stehenden Informationen abgerufen. Es ist auch unverständlich, dass eine Person mitunter mehrfach zahlen soll, etwa in der eigenen Wohnung, im Betrieb, Kraftfahrzeug oder einem Fremdenzimmer, obwohl sie nicht mehrfach, sondern nur einfach Empfänger von "Grundversorgung" sein kann.

[7] Rundfunkbeiträge sollten daher nur an Personen geknüpft werden. Diese Personen sollten über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Das Geld sollte da geholt werden, wo es ist. Zur Minderung der Bürokratie und zur Stärkung des Datenschutzes sollten zur gerechten Erhebung Register verwendet werden, die ohnehin bereits bestehen und die ein zuverlässiges Bild der jeweiligen finanziellen Situation möglicher Beitragszahler bieten. Solche Register befinden sich in den Finanzämtern.

[8] Daher wird vorgeschlagen, Rundfunkbeiträge zukünftig allein von natürlichen Personen über Finanzämter zu erheben. In diesen Ämtern sind grundsätzlich alle Steuerpflichtigen sowie die zu versteuernden Einkommen aufgeführt. Führen diese Einkommen zu einer tatsächlichen Steuerpflicht, so soll auch erst ein Rundfunkbeitrag anfallen. Das ist sozial ausgewogen, da nur Personen herangezogen werden, bei denen eine angemessene Leistungsmöglichkeit nachgewiesen ist. Diese Erhebung ist unbürokratisch und ausgesprochen kostengünstig, da allein auf ohnehin bestehende Daten zurückgegriffen wird. Sie ist auch datenschutzkonform, da schon überhaupt kein neues Register zur Erhebung angelegt werden muss. Außer in den Finanzämtern selbst ist es nicht erforderlich, dass persönliche Daten über die Beitragszahler gesammelt werden. Die Rundfunkanstalten erhalten Geld, keine Daten.

[9] Die Höhe eines solchen personenbezogenen Beitrages ermittelt sich aus der Zahl der tatsächlichen Steuerzahler und dem Bedarf der Rundfunkanstalten. Es wird von etwa 42-45 Millionen Steuerzahlern in Deutschland ausgegangen. Der Finanzbedarf der Rundfunkanstalten beträgt gegenwärtig über 7,2 Milliarden Euro pro Jahr; Davon sind die Erhebungskosten abzuziehen, die eingespart würden. Das entspricht einem Bedarf von jährlich weniger als sieben Milliarden Euro. Somit ergäbe sich für jede Person, die tatsächlich Steuern zahlt, ein monatlicher Beitrag von 13 bis 13,50 Euro.

[10] Für den Staat selbst dürfte diese Regelung kostenneutral sein: Er müsste zwar in den Finanzämtern geringe Kapazitäten freihalten, würde aber zugleich sein Steueraufkommen erhöhen. Denn die Rundfunkbeiträge der Wirtschaft aus Betriebsstätten und Kraftfahrzeugen sind Betriebsausgaben, die steuermindernd sind. Da diese nicht mehr anfielen, wären die durch die Unternehmen zu leistenden Steuern höher. Schwerer dürfte dagegen

der mit der Übertragung der Aufgabe einhergehende Ansehensverlust der Finanzämter in der Bevölkerung wiegen.

[11] Gegen das vorgeschlagene Modell wird regelmäßig eingewendet, dass damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht das Gebot der Staatsferne einhalte. Dieser Einwand überzeugt nicht. Denn die Staatsferne muss sich vor allem auf die Sendeinhalte der Rundfunkanstalten beziehen, nicht auf Hilfstätigkeiten, die der Staat erbringt. Schon heute nutzen die öffentlich-rechtlich strukturierten Institutionen besondere staatliche Mittel, um etwa säumige Gebühren einzutreiben. Solche Mittel stehen Privatpersonen nicht zur Verfügung. Diese müssen gegen säumige Zahler den sogenannten ordentlichen Rechtsweg beschreiten. Soweit Staatsferne im übrigen noch gegeben sein soll, wenn über die Besetzung von redaktionellen Leitungsposten bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Ergebnis Ministerpräsidenten bestimmen, so muss es auch noch als staatsfern gelten, wenn eine staatliche Behörde lediglich treuhänderisch Beiträge vereinnahmt. Das Beispiel der Erhebungsform der Kirchensteuer belegt, dass eine Trennung trotz Aufgabenübernahme möglich ist.

Begründung

[12] Das Thema ist auch von bundespolitischer Relevanz, da in der neuen Abgabe eine (bundeseinheitliche) Steuer gesehen wird, die anders als "Beiträge" allein durch den Bundesgesetzgeber beschlossen werden darf. Für Beiträge ist eine tatsächliche Nutzungsmöglichkeit Voraussetzung. Eine solche Möglichkeit liegt aber noch nicht darin, einen Haushalt, eine Betriebsstätte oder ein Kraftfahrzeug vorzuhalten. Erforderlich wäre wie im alten Recht vielmehr ein Rundfunkempfänger. Eine Wohnung oder ein Auto ist aber kein Rundfunkempfänger, weswegen diese Abgaben allenfalls als Steuer klassifiziert werden können. Solche Bundessteuern sind aber nicht Sache der Länder, sondern des Bundes. Daher liegt ein Bundesthema vor, das im übrigen auch grundsätzlich von bundesweitem Interesse ist. Daraus geht die Zuständigkeit des Bundesparteitages hervor. Die weitere inhaltliche Antragsbegründung ergibt sich aus dem Antragstext.

PA563 - Piraten gegen Zwangsmitrauchen und für Barrierefreiheit für Atemwegsbehinderte

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Dritte vor Schäden und Gefährdungen durch den Konsum psychoaktiver Substanzen zu schützen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Programm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei begreift es als staatliche Aufgabe, Dritte vor Schäden und Gefährdungen durch den Konsum psychoaktiver Substanzen zu schützen. Dies gilt insbesondere auch für Substanzen, die über die Atemwege aufgenommen werden. Nach wie vor werden Menschen ausgegrenzt, die bestimmte Substanzen nicht einatmen wollen oder dies aus gesundheitlichen Gründen vermeiden müssen. Wir werden uns daher auf allen Ebenen für wirksame Maßnahmen zum umfassenden Schutz Unbeteiligter vor Emissionen aus dem Gebrauch rauchbarer Drogen einsetzen.

Begründung

[3] Inhaltlich sollte das Statement selbst erklärend sein. Warum das ins Parteiprogramm muss: Es gibt offenbar auch bei den Piraten Tendenzen, Freiheit als das Recht des Stärkeren zu definieren bzw. sich von wirtschaftlichen Partikularinteressen leiten zu lassen, siehe dazu: http://lobbywatch.wordpress.com/2012/08/17/tabaklobbyisten-kapern-die-piratenpartei/

PA564 - Giftiges Blut? Nein! Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

Wahlprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kpeterl, AliCologne, Cherubim

Zusammenfassung

Für die Piratenpartei soll gelten, das Blutspenderauswahlkriterien Risikobezogen, unabhängig von der sexuelle Orientierung und anderen, die Persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Gesundheit einzufügen:

[2] Die Piratenpartei regt eine grundsätzlich Zulassung aller Menschen zur Blutspende an. Hierzu zählen wir insbesondere bislang ausgegrenzte Gruppen wie MSM (Männern, die Sex mit Männern haben), Weiblichen und Männlichen Sexarbeitern sowie Drogengebrauchern, die Drogen intravenös (I.v.) anwenden oder schnupfen.

[3] Unzweifelhaft gilt: die Qualität von Blutprodukten muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von einzelnen Menschen von der Blutspende. Sie dürfen, bei Risikoverhalten, zum Schutz anderer Menschen, von der Blutspende ausgeschlossen werden.

[4] Für die Piratenpartei gilt aber auch, das die Blutspenderauswahlkriterien Risikobezogen, unabhängig von der sexuelle Orientierung und anderen, die Persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. 1 Damit sollen mögliche Risiken für Empfänger von Blutkomponenten ausgeschlossen werden. Hierfür ausschlaggebend soll jedoch das individuell tatsächlich vorliegende Risikoverhalten und nicht ein hergeleitetes Gruppenverhalten sein.

[5] Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien 2 zuständigen, die Bundesärztekammer in Zusammen mit den Paul-Ehrlich-Institut, werden deshalb von der Piratenpartei aufgefordert zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende zu gewährleisten ist.

Begründung

[6] Zurzeit ist es in der Bundesrepublik Männern die Sex mit Männern haben (MSM), Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen sowie Drogengebrauchern, die Drogen i.v. anwenden oder schnupfen nicht gestattet Blut zu spenden.

[7] Die Ärztekammer schließt wie eingangs dargestellt, grundsätzlich MSM, neben anderen, als Gruppe, mit der Stigmatisierenden Begründung, sie seien eine Generelle Risikogruppe vom Blutspenden aus. Dieses Blutspendeverbot verfällt niemals, sondern gilt ein Leben lang - selbst bei nur einem einzigen Sexuellen Kontakt eine Mannes mit einem andere Mann im gesamten Leben, der Jahre zurück liegt, Abstinenz oder Monogamie.

[8] Diese Regelung ignoriert vollkommen dass es MSM gibt, die Safer Sex Praktizieren oder jahrelang in einer monogamen Beziehung leben und von denen de facto kein Höheres Risiko als von anderen Spendern ausgeht. Damit pauschaliert die deutsche Ärztekammer alle MSM zu einer Risikogruppe.

[9] Diese Regelung ignoriert vollkommen, das es heterosexuell lebende Menschen, gibt die permanent Un-Safen Sex Praktizieren. Diese Männer werden grundsätzlich nur für 4 Monate nach dem letzten Un Safen Sex von der Blutspende Ausgeschlossen.3

[10] Aufgrund moderner Testverfahren besteht längst nicht mehr das frühere Infektionsrisiko.4

[11] Heute kann das Erbgut des Virus direkt nachgewiesen werden und so jede Spende mit Hilfe eines Schnelltests auf HIV getestet werden. Dadurch lässt sich eine HIV-Infektion früher und sicherer erkennen.5

[12] Ein anderer Widerspruch ergibt sich dann auch aus dem grundsätzlichen Ausschluss von MSM bei der Knochenmarkspende. Gerade bei der Knochenmarkspende kommt es auf jeden Potentiellen Spender an. Hier kann nicht auf eine Alternative zurückgegriffen werden.

[13] Außerdem wird vom roten Kreuz sowie von einzelnen Krankenhäusern immer wieder die Knappheit an Blutspendern bemängelt eine ganze Gruppe davon auszuschließen wirkt diesem Problem nicht entgegen, sondern wie Hohn!

[14] Andere Länder haben das MSM-Verbot beim Blutspenden längst abgeschafft.

[15] Spanien, Portugal, Russland und Italien erlauben beispielsweise die MSM-Blutspende. 7

[16] Ein genereller, Lebenslanger, Ausschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen von der Blutspende verstößt nach unserer festen Überzeugung gegen das Diskriminierungsverbot. Die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen bei der Blutspende sind mehr als ausreichend. Jeder Spender muss genaue Angaben über sein Krankheits- und Risikoverhalten abgeben, sowie eine Erklärung bezüglich der Eignung des Blutes für andere Menschen.

[17] Damit steht es jedem frei zu entscheiden, ob sein Blut für andere Menschen geeignet ist. Weiterhin ermöglicht es der HIV-Schnelltest den eventuell vorhandenen Virus zu erkenne.6

[18] Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

[19] Quellen 1 Síehe Kommentar zum bundeseinheitlichen Spenderfragebogen- Stand 04.02.2011, seite 7

[20] 2 Genau: „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten („Hämotherapie)“ der Bundesärztekammer

[21] 3 Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen gemäß §§ 12a u. 18 Transfusionsgesetz von der Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut, Fassung vom 16.04.2010, http://www.bundesaerztekammer.de (Stand aller Links: 12.04.2012).

[22] 4 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, http://www.bundesaerztekammer.de, 7 f.

[23] 5 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, http://www.bundesaerztekammer.de, 10 f.

[24] 6 Drucksache 17/3568 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf, S. 5 f.

[25] 7 Drucksache 17/3568 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf, S. 1 f.

[26] @AliCologne Das ist sehr doof für die Piratenpartei und, und jetzt nicht größenwahnsinnig werden, die Menschen in der BRD.

PA565 - Faire Teilhabe aller Menschen an der Wirtschaft mit Marktausgleich und BGE 2.0

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Peter Wittfeld

Zusammenfassung

Faire Teilhabe an der Wertschöpfung der Wirtschaft in Deutschland. Um dies im Unterschied zu allen anderen Parteien auch realisieren zu können, verknüpft sie in Deutschland Geschäfte mit Beschäftigung.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei Deutschland bietet ausnahmslos allen Menschen eine faire Teilhabe an der Wertschöpfung der Wirtschaft in Deutschland. Um dies im Unterschied zu allen anderen Parteien auch realisieren zu können, verknüpft sie in Deutschland Geschäfte mit Beschäftigung.

[2] Dazu führen wir eine neue Steuer mit der Bezeichnung „Marktausgleich“ ein. Sofern der parallel eingereichte Programmantrag „Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch Umsatzprovisionen“ Eingang ins Programm findet, können im Gegenzug alle anderen Steuern entfallen.

[3] Die Wirkung dieser Steuer ist, sowohl den Arbeitsmarkt als auch die Wettbewerbsnachteile der kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber multinationalen Unternehmen und Importeuren aus Billigstandorten weitgehend auszugleichen, so dass eine maximale Balance zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat entsteht.

[4] Es ist das erklärte Ziel dieser Steuer, keinerlei Einnahmen zu generieren, sondern das Verhalten der Unternehmen durch Motivation so zu steuern, daß Sie jedem Bundesbürger ein Einkommen bieten. Dabei ist das Konzept u.a. durch die daraus entstehende Kaufkraft auch das unternehmerfreundlichste Konzept.

[5] Der Marktausgleich ist mit der Beschäftigungsintensität verknüpft: Unternehmen, die im Inland eine ausreichend hohe Beschäftigungsintensität mit hohen Mindesteinkommen bieten, erhalten einen Steuersatz von 0%. Nur Unternehmen, deren inländische Beschäftigungsintensität zu gering ist, zahlen überhaupt diese Steuer. Je weiter die Unternehmen von einer ausreichenden Beschäftigungsintensität entfernt sind, desto höher ist der Steuersatz, der auf den Nettobetrag jeder Rechnung aufgeschlagen werden muss.

[6] Die Beschäftigungsintensität wird gemessen durch das „Verhältnis Inlandsmitarbeiter pro Inlands-Umsatzmillion“. Es kommt also nicht darauf an, wie viele Mitarbeiter ein Unternehmen hat, sondern auf die Proportion zum Umsatz.

[7] Die Zielgröße der Beschäftigungsintensität liegt bei z.B. 8 Mitarbeitern pro Umsatzmillion (siehe unten, Anlage 2). Das heißt: Ein Unternehmen, das 1 Million € Jahresumsatz erzielt und 8 Mitarbeiter beschäftigt, genießt ebenso den Mindestsatz von Null % wie ein Unternehmen mit 1 Milliarde € Jahresumsatz, das 8.000 Mitarbeiter beschäftigt. Unternehmen, die im Inland z.B. weniger als 6 Mitarbeiter pro Umsatzmillion beschäftigen, müssen z.B. 200% Marktausgleichsteuer auf ihre Produkte aufschlagen.

[8] Unternehmen mit einer zu geringen Beschäftigungsintensität wären also nicht mehr wettbewerbsfähig. Das veranlasst die Unternehmen, so viele Menschen auf der Gehaltsliste zu führen, wie sie zur Erreichung des wettbewerbsfähigen Steuersatzes benötigen. Dazu gibt es 5 Möglichkeiten:

[9] Vollzeitarbeitnehmer mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 40.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 1.200 Stunden / Jahr Teilzeitarbeitnehmer mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 32.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 600 Stunden / Jahr Auszubildende mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 24.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von z.B. 1.200 Stunden / Jahr „abwesende Arbeitnehmer“ mit einem ausreichend hohen Mindestgehalt von z.B. 24.000 € und einer maximalen Arbeitszeit von 0 Stunden / Jahr In einer späteren Phase: Umstellung des Kindergeldes auf das Modell „abwesende Arbeitnehmer“ (nicht so hoch wie der Betrag für Erwachsene)

[10] Dies dreht den Arbeitsmarkt um 180 Grad in einen Arbeitnehmer-orientierten Markt. Arbeitgeber sind extrem motiviert, nicht nur bei Produkten, Technologien und Kunden, sondern nun auch bei Arbeitsbedingungen in einen Wettbewerb untereinander zu treten, und zwar nicht nur um hochqualifizierte Arbeitnehmer, sondern um allen Menschen. Das beinhaltet auch, dass Arbeitgeber nicht wettbewerbsfähig sind, wenn sie nicht die Beschäftigungsmodelle am Markt anbieten, die die Menschen nachfragen. Menschen, die ein bestimmtes Beschäftigungsmodell nachfragen, wählen aus einem Überangebot an dringend zu besetzenden Arbeitsplätzen einen Arbeitgeber, der das Gesuchte zu den besten Konditionen anbietet.

[11] Eine Sonderform der Beschäftigung sind die „abwesenden Arbeitnehmer“. Diese Gruppe macht ein Geschäft mit der Wirtschaft: Unternehmen bieten Einkommensplätze ohne Arbeit, dafür können sie die Einkommensbezieher quasi als Betriebsrentner von der Steuer absetzen. Diese Gruppe beinhaltet Rentner, Studenten, Hausfrauen, Hausmänner, Erwerbsunfähige und auch Erwerbsarbeitsunwillige. Das heißt: 2.000 € monatliche Mindestrente, 2.000 € monatlich für’s Studieren, 2.000 € monatlich als bezahlte Hausarbeit, usw.

[12] Mit den „abwesenden Arbeitnehmern“ beinhaltet der Marktausgleich also ein bedingungsloses Grundeinkommen 2.0 mit einer voll gegenfinanzierten Höhe von 2.000 €:

[13] Das BGE 2.0

[14] Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gibt es in vielen Variationen. Ihnen allen gemein ist zunächst, dass es nicht bedingungslos ist, weil 1 Bedingung erfüllt sein muss: Die deutsche Staatsbürgerschaft oder ersatzweise ein legaler Aufenthalt in Deutschland (andernfalls hätte jeder der 7 Milliarden Weltbürger das Recht, ein Grundeinkommen in Deutschland zu beziehen). Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Zwickmühle der Finanzierung.

[15] Jedes BGE kann nur so viel Geld auszahlen, wie es einnimmt. Alle bisherigen BGE-Modelle, die finanzierbar sind, bieten ein BGE auf ALG2-Niveau, während die Modelle, die ein höheres BGE bieten wollen, vollkommen unfinanzierbar sind. Behauptungen, es sei finanzierbar, folgen keine konkreten Rechnungen. Daher überzeugen die bisherigen BGE-Modelle niemanden, der sich für Details interessiert. Wahlen kann man damit nicht gewinnen.

[16] Ein verheerender Nachteil der meisten bisherigen BGE-Modelle ist, dass sie die Arbeitslosigkeit zu reduzieren versuchen, indem die Arbeitgeber das BGE vom Gehalt abziehen. Das macht zwar Arbeit billiger, ist aber auch eine Einladung zum massiven Ausbau des Niedriglohnsektors und der Leiharbeit. Das zieht wiederum auch die Gehälter der Mittelschicht nach unten, zumal ein enormer Anreiz besteht, Vollzeitjobs in mehrere schlecht bezahlte Teilzeitjobs zu zerlegen. Durch den Kombilohn-Effekt bisheriger BGE-Modelle lassen sich die Unternehmenseigentümer dabei auch noch von Staat und Gesellschaft subventionieren, was die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößert. Weitere Nachteile und Probleme bisheriger BGE-Modelle lassen sich im weiterführenden Link der Antragsbegründung nachlesen.

[17] Das BGE 2.0 hat diese Probleme nicht, weil es direkt aus den Umsätzen der Wirtschaft finanziert wird. Dies ist für Unternehmen sogar besonders lohnend, weil die „abwesenden Arbeitnehmer“ des BGE die billigste Lösung sind, um „Einkommensplätze“ als Steuersparmodell zu besetzen. Ein BGE 2.0 von 2.000 € als „Betriebsrente und Steuersparmodell“ kostet die Unternehmen kaum mehr als halb so viel wie ein Vollzeit-Arbeitsplatz. Die Tatsache, dass die Wirtschaft heute keinen einzigen zusätzlichen Arbeitnehmer benötigt, um das heutige Überfluss-Warenangebot zu produzieren, macht die „abwesenden Arbeitnehmer“ zusätzlich interessant. Und schließlich ist auch zu berücksichtigen, wie viele Menschen für ein BGE ohne Erwerbsarbeit infrage kommen.

[18] Zieht man von der Gesamtbevölkerung die Erwerbstätigen und Kinder ab (die erst in einer späteren Phase zu den „„„abwesenden Arbeitnehmern“ hinzukommen, liegt der Bedarf je nachdem, wie sich verschiedene Faktoren

entwickeln, bei 20-40 Mio. reinen BGE-Empfängern. Die Faktoren sind vor allem die Entwicklung von Automation und Rationalisierungen sowie die Entscheidung der Menschen, erwerbstätig zu sein oder auch nicht. Wenn die Hälfte aller Erwerbsfähigen nicht erwerbstätig sein will, ändert sich im Vergleich zu heute nichts.

[19] Das BGE 2.0 ist also mit mindestens 2.000 € monatlich nicht nur hoch, sondern auch problemlos finanzierbar. Nachteile gibt es nicht. Mehr dazu im Link der Antragsbegründung

[20] Ein konkreter Gesetzentwurf

[21] Der nachfolgende Gesetzentwurf ist von vielen Menschen durchdacht und geprüft worden. Jeder Einwand wurde nachweislich entkräftet. Aber natürlich ist das Konzept und der nachfolgende Gesetzentwurf auch eine Diskussionsgrundlage, die flexibel den Wünsche und Präferenzen der konstruktiv mitwirkenden Mitglieder der Piratenpartei Deutschland angepasst werden kann.

[22] Jede politische bzw. wirtschaftspolitische Idee muss konkret werden, wenn sie jemals umgesetzt werden soll. Der letzte Schritt vor der Umsetzung eines politischen Ziels ist ein Gesetzentwurf. Wie sähe das Bandbreitenmodell als Gesetzestext aus?

[23] Das Marktausgleichgesetz

[24] Auf jeden Umsatz, den in- und ausländische Unternehmen in Deutschland an inländische Kunden fakturieren, ist ein Marktausgleich aufzuschlagen. Der Marktausgleich ist eine Steuer, die wie eine Umsatzsteuer an das Finanzamt abgeführt wird. Einen Vorsteuerabzug gibt es nicht. Die Steuerpflicht beginnt ab 250.000 € Jahresumsatz, bezogen auf den rollierenden Wert der jeweils letzten 12 Monate. Die Höhe des Marktausgleichs ist abhängig vom Verhältnis der Inlandsarbeitsplätze zum Inlandsumsatz. Die Details sind Anlage 1 dieses Gesetzes zu entnehmen. Steuermindernd wirken nur folgende Angestellte: deutsche Staatsbürger, Angehörige ersten Grades deutscher Staatsbürger Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis.?Die EU-Richtlinie 2006/123 berechtigt zur Arbeit in Deutschland, nicht jedoch zur Anrechnung auf den Marktausgleich. Mindernd auf den Marktausgleich wirken nur Inlandsarbeitsplätze, die die Arbeitszeit- und Gehaltskriterien lt. Anlage 2 erfüllen. Unternehmensinhaber und Teilhaber mit mindestens je 5% Unternehmensanteil wirken unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Arbeitszeit wie je 1 Arbeitnehmer mindernd auf den Marktausgleich. Unternehmer mit einem Jahresumsatz von bis zu 250.000 € Umsatz (rollierender Wert der jeweils vorangegangenen 12 Monate) können sich selbst auf die Gehaltsliste eines anderen Unternehmens setzen lassen und dort ein Gehalt beziehen. Sobald sie die 250.000 € Umsatzgrenze überschreiten, wirkt ihr Gehalt bei einem anderen Unternehmens nicht mehr mindernd auf den Marktausgleich. Jeder deutsche Staatsbürger bzw. Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis kann grundsätzlich nur bei einem einzigen Arbeitgeber mindernd auf den Marktausgleich wirken. Die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ prüft anhand der von ihr verwalteten Sozialversicherungsnummern, dass kein Bürger von mehr als 1 Unternehmen von der Marktausgleichsteuer abgesetzt wird. Ausnahme von diesem Grundsatz sind Tätigkeiten in Berufen lt. Anlage 3. Unternehmen, die mindestens eines der nachfolgenden Ausschlußkriterien verletzen, müssen den vollen Marktausgleich an das Finanzamt abführen: Mindestens 1 Angestellter erfüllt die Kriterien lt. Anlage 1 (Arbeitszeit und Gehalt) nicht. Der Altersdurchschnitt der Angestellten liegt unter 42 Jahren (Ausnahmen: Bergbau und Luftfahrt). Weniger als 40% der Angestellten sind weiblich (Ausnahmen: schwere körperliche Arbeit). etc. (Gehaltsunterschiede, Diskriminierungen, Umweltschutz, Verbraucherschutz, . . .) Als 1 Unternehmen im Sinne von Punkt 10. gelten Unternehmen, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen: mehr als 50% gleiche Eigentümer (auch indirekt, z.B. über Beteiligungsgesellschaften) Marktauftritt unter gleicher Marke gemeinsamer Einkauf gemeinsamer Vertrieb

[25] Anlage 1: Marktausgleich Steuersätze

[26] Mitarbeiter pro Umsatzmillion Marktausgleich unter 6 200% 6 bis unter 7 100% 7 bis unter 8 50% ab 8 0%

[27] (Anmerkung: Die Zahlen sind für Änderungswünsche offen)

[28] Anlage 2: Gehalts- und Arbeitszeitvoraussetzungen

[29] Gehalt Jahresarbeitszeit maximal 24.000 € 0 Stunden?(“abwesende Arbeitnehmer“,?siehe “BGE 2.0“) 32.000 € 600 Stunden (Teilzeit) 40.000 € 1.200 Stunden (Vollzeit)

[30] (Anmerkung: Die Zahlen sind für Änderungswünsche offen)

[31] Anlage 3: Kombilohn-Branchen

[32] Arbeitnehmer aus den unten genannten Branchen dürfen sich von einem zweiten Unternehmen als "abwesende Arbeitnehmer" (lt. Anlage 2) als Steuersparmodell auf die Gehaltsliste setzen lassen. Das Gehalt der Arbeitgeber aus den unten genannten Branchen wird so zum Kombilohn:

[33] Gastronomie Friseurhandwerk (und evtl. weitere preisempfindliche, haushaltsnahe Dienstleistungen) Landwirtschaft Fischerei

Begründung

[34] Dieser Programmpunkt ist DIE Chance für die Piratenpartei Deutschland, mit einer Lösung für das Problem aufzutrumpfen, das fast allen Bürgern Deutschland mit Abstand am wichtigsten ist: Der Arbeitsmarkt - mit allem, was davon abhängt (Einkommen, Lebensqualität, Familienplanung, etc.)

[35] Mit diesem Programmpunkt hätte die Piratenpartei Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem sie nicht nur die Defensive verlassen könnte, in die sie die etablierten Parteien (und Medien) getrieben haben, weil solche konkreten Antworten bisher fehlen. Die Piratenpartei Deutschland könnte in die Offensive gehen und nachweisen, dass sie mit diesem Programmpunkt die einzige Partei ist, die überhaupt eine Lösung anbietet, während die etablierten Parteien komplett ratlos sind oder das Problem der Bürger sogar ignorieren bzw. leugnen.

[36] Zudem ist dieser Programmpunkt der Schlüssel zur Erfüllung vieler Programmpunkte der Piratenpartei. Nehmen wir als Beispiel PA002 mit u.a. mit folgenden Forderungen: „Wettbewerbswirtschaft mit sozialem Ausgleich" „sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe" „freie und selbstbestimmte Entfaltung von Lebens- und Erwerbsentwürfen" „Wohlbefinden und Zufriedenheit der Bevölkerung" „Schutz der Bevölkerung vor ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen"

[37] All dies wird mit diesem Programmpunkt von der Forderung zur realisierbaren Möglichkeit, indem es (um wieder PA 002 zu zitieren) „Marktgeschehen ergänzt und korrigiert" und einen „wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen" konkret und problemlösend definiert.

[38] Auch PA091, PA093, PA102, PA105 und viele andere werden durch diesen Programmpunkt von der Forderung zur realisierbaren Möglichkeit.

[39] Dieses Konzept erfüllt alle 3 Killkriterien für Programmpunkte: Nachhaltige und wirkliche Lösung eines Problems, realistische Umsetzbarkeit sowie Mehrheitsfähigkeit bei den Wählern. Damit ist es nicht nur mehr als eine bloße Forderung, sondern auch den etablierten Parteien weit voraus, die seit Jahrzehnten an diesem Problem scheitern und lediglich hilflos an den Schrauben eines durch und durch fehlkonstruierten Systems hin- und herdrehen.

[40] Mit dem beinhalteten „BGE 2.0" versucht dieser Programmantrag, sowohl den vielen Unterstützern bisheriger BGE-Modelle (u.a. PA016, PA108, PA250) einen Ausweg aus der Unrealisierbarkeit dieser Modelle anzubieten, als auch die Argumente der BGE-Kritiker durch einen ganz neuen Ansatz zu entkräften.

[41] Das Konzept bedeutet nicht weniger als eine neue, menschenfreundliche Welt. Ausreichend viele (und ausreichend gut bezahlte) Arbeitsplätze im Inland werden damit zur Bedingung, um im Inland Geschäfte machen zu können. Unternehmen, denen es nicht gelingt, genügend Arbeitsplätze zu besetzen, scheiden aus dem Markt aus.

[42] Schlecht bezahlte Jobs anzubieten bleibt zwar möglich, aber erstens sind sie betriebswirtschaftlich sinnlos, weil die Unternehmen sie nicht von der Steuer absetzen können, und zweitens wird es niemanden mehr geben, der solche Jobs annimmt. Leiharbeit wird es ebenfalls nicht mehr geben, weil nur eigene Angestellte von der Steuer abgesetzt werden können.

[43] Das Konzept eignet sich ebenso für Wahlkampfgespräche mit einzelnen Bürgern wie für Flyer, Webseiten, Interviews in Medien und den Schlagabtausch in Talkshows.

[44] Es ist durchgerechnet auf Basis der amtlichen Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes. Noch niemand hat beim „Ideen-Grillen" des Konzeptes einen Haken finden können außer „kenne ich nicht, will ich nicht". In zahllosen Debatten hat sich gezeigt, dass sich dieses Konzept hervorragend eignet, um Zuhörern/Zuschauern/Lesern zu demonstrieren, wie fehlkonstruiert das heutige System ist und dass es auf jeden

Einwand eine überzeugende Antwort gibt.

[45] Es ist so detailliert verfasst, dass es sofort umgesetzt werden könnte, aber auch eine flexible Diskussionsgrundlage, auf deren Basis die AGs und Mitglieder der Piratenpartei Deutschland Änderungswünsche und Verbesserungen einbringen können.

[46] Wenn die Piratenpartei etwas wirklich dringend braucht, dann sind es wirkliche Alternativen zum heutigen System. Alle Piraten sind gebeten, die Idee zu durchdenken und bei einem Informationsdefizit oder Fragen einfach den Antragsteller zu kontaktieren, gern auch im Mumble.

[47] Weitere Infos unter http://www.bandbreitenmodell.de/piratenpartei

[48] Die bisher ausführlichste Diskussion im Internet: Blog „Uhupardo“, Posting „Der Tag nach dem Crash – Das Bandbreitenmodell“, http://uhupardo.wordpress.com/2011/11/06/serie-der-tag-nach-dem-crash-teil-1-das-bandbreitenmodell/

PA566 - Basiseinnahmen durch Arbeit

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ChristophZwickler

Zusammenfassung

Das Modell sieht für jedermann vor, monatlich ohne die übliche Bürokratie 100,- Euro durch Arbeit zu verdienen. Es soll unter anderem ein besserer Einstieg in reguläre Arbeit und die Legalisierung von Bagatellarbeitsverhältnissen erreicht werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Forderung nach einem Basiseinnahmemodell in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen. Das Modell sieht vor, dass jeder Bürger ganz unbürokratisch monatlich maximal 100,- Euro durch Arbeit einnehmen bzw. hinzuverdienen darf.

[2] Danach erhält über Finanzämter oder andere Behörden jeder Bürger jährlich ein Gutscheinheft. Darin sind zwölf Einzelgutscheine enthalten, die dazu berechtigen, pro Monat maximal 100,- Euro neben den bestehenden Möglichkeiten und ohne die übliche Bürokratie durch Arbeit einzunehmen. Arbeitgeber kann jede natürliche oder juristische Person sein, die Ausgaben können innerhalb des bestehenden Rechtes steuerlich geltend gemacht werden. Weitere Bürokratie gibt es nicht, auch fallen weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge an. Es erfolgt ferner keine Anrechnung auf Unterstützungsleistungen jeder Art. Solche Leistungen werden auch nicht davon abhängig gemacht, dass die Möglichkeiten des Basiseinnahmemodells genutzt werden.

[3] Zur Vermeidung von Missbrauch ist der jeweilige Gutschein - ggf. anteilig - vor Arbeitsbeginn unter Angabe der Tätigkeit und des voraussichtlichen Entgeltes auszufüllen. Insbesondere unter Bezug auf Arbeitsschutz gilt Arbeitsrecht, jedoch ohne den besonderen Kündigungsschutz, für den wegen des geringen Umfanges möglicher Tätigkeiten auch keine Notwendigkeit besteht. Das Modell ist eine Analogie zur Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit von Kapitalerträgen, die derzeit durch die großzügige Werbungskostenregelung des § 20 Absatz 9 Satz 1 Einkommensteuergesetz (EStG) de facto 801,- Euro jährlich beträgt. Auch Einkommen aus Arbeit sollte grundsätzlich mindestens eine solche Anerkennung erfahren. Der Staat fördert dieses unbürokratische Einstiegsmodell in Arbeit ferner dadurch, dass er pauschal Beiträge zu Berufsgenossenschaften leistet, um eine Versicherung zu gewährleisten.

Begründung

[4] Das Basiseinnahmemodell soll mehrere Aufgaben erfüllen: Dies ist zunächst ein unbürokratischer Probeeinstieg in Arbeit insbesondere für nur schwer vermittelbare Arbeitslose. Zwischen potentiellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht heute oft die Bürokratie. Viele Arbeitgeber scheuen den bürokratischen Aufwand, der mit Beschäftigungsverhältnissen grundsätzlich einhergeht. Das Risiko, gerade bei schwer vermittelbaren Arbeitslosen auf einen Kandidaten zu treffen, der dann nur kurz arbeitet, aber im Ergebnis wegen der erforderlichen Bürokratie per saldo zu einer Belastung wird, erscheint vielen Arbeitgebern heute leider zu hoch. Das verkennen viele Vorschläge zur Wiedereingliederung, die aus der Bürokratie selbst kommen. Dagegen setzt das

Basiseinnahmemodell gerade hier an. Damit wird die Hoffnung verbunden, dass sich daraus auch reguläre dauerhafte Arbeitsverhältnisse ergeben. Demgegenüber erscheint das Risiko vernachlässigbar, dass die Regelung von den schwarzen Schafen unter den Arbeitgebern missbraucht werden könnte. Denn bei einem Betrag von 100,- Euro monatlich ist das Modell ohnehin nicht geeignet, um "im großen Stil" Arbeit nachzufragen. Es wird auch kein Druck aufgebaut, die Möglichkeiten des Basiseinnahmemodells als Voraussetzung für staatliche Unterstützungsleistungen wahrzunehmen. Diesen Druck könnten Arbeitgeber unter Missbrauch der Intention des Modells nutzen, um unangemessene Bedingungen zu stellen. Auch sind die Menschen um so motivierter, je freier die eigenen Entscheidungen sind. Für die Beschränkung auf den Freibetrag, der auch in Raten abgerufen werden kann, sorgt das vor Arbeitsaufnahme erforderliche "Entwerten" der Gutscheine, ähnlich dem Abstempeln einer Fahrkarte im öffentlichen Nahverkehr. Schließlich ist daneben das Risiko nicht erkennbar, wegen maximal 100,- Euro monatlich in Abhängigkeit zu geraten.

[5] Somit sollen schwer vermittelbare Arbeitslose zumindest die beschränkte Chance haben, einen ganz einfachen Zutritt zu Erwerbsarbeit zu erhalten. Viele Arbeitslose leben zwar bereits in materieller Armut, doch leiden sie auch unter fehlender Teilhabe an der Gesellschaft, was als weitere Entwürdigung empfunden wird. Oft sind die Menschen nicht damit zufrieden, lediglich staatliche Unterstützungsleistungen zu beziehen, die ihnen (geringe) passive Teilhabe an käuflichen Werten ermöglichen. Die Menschen möchten sich daneben aktiv einbringen und einen Beitrag zur Gesellschaft leisten, der für viele auch in einer Anerkennung durch Geld liegt. Mit Erwerbsarbeit wird oft Selbstachtung verbunden. Die Schwelle zu dieser Form der Teilhabe sollte herabgesetzt werden. Das Modell ist überdies "gesellschaftlich neutral", da prinzipiell jeder davon Gebrauch machen kann. Dagegen liegt etwa in Ein-Euro-Jobs die Gefahr der Stigmatisierung, denn solche Beschäftigungsmöglichkeiten gelten nur für Randgruppen. Auch das dabei gebotene Entgelt ist sicher nicht motivationsfördernd.

[6] Daneben kann das Modell einen Beitrag leisten, gesellschaftlich zwar oft anerkannte, aber rechtlich als Schwarzarbeit eingestufte Tätigkeiten zu legalisieren. Dies betrifft etwa gelegentliche Aushilfsarbeiten in der Nachbarschaft und Nachhilfeunterricht im Bekanntenkreis. Der gesellschaftlich akzeptierte Bagatellbereich würde eine rechtliche Entsprechung finden und im Interesse der Rechtsklarheit deutlich beschrieben. Der Staat ist ohnehin weder in der Lage noch kann es erwünscht sein, einen solchen Bagatellbereich zu erfassen und zu dokumentieren.

[7] Das Basiseinnahmemodell ist ferner eine Antwort auf die zwar nachvollziehbare, systematisch aber falsche abgabenrechtliche Privilegierung von Einkommen aus Kapitalvermögen. Hier geht es konkret darum, dass dabei jährlich 801,- Euro steuer- und sozialversicherungsfrei bleiben. Zwar ist dieser Freibetrag lediglich eine Werbungskostenpauschale, jedoch fallen bei dieser Einkunftsart regelmäßig ohnehin kaum Werbungskosten an, weswegen de facto ein Freibetrag besteht. Hingegen sind mit den üblichen Einkünften aus ("nichtselbständiger") Arbeit regelmäßig deutliche Werbungskosten verbunden, welche die hier bestehende Pauschale oft nicht deckt (1.000,- Euro nach EStG § 9a Absatz 1 Nr. 1 a)). Mit dem Vorschlag würde Einkommen aus Erwerbsarbeit in dieser Hinsicht gegenüber Einkommen aus Kapitalvermögen etwas besser gestellt, indem ein tatsächlicher nicht anzusetzender Betrag von 1.200,- Euro jährlich neben den bestehenden Regelungen vorgesehen ist.

[8] Aus dem Basiseinnahmemodell ergibt sich kein Widerspruch zum BGE. Es wäre im Gegenteil eine sinnvolle Ergänzung. Das Modell bringt auch zum Ausdruck, Erwerbsarbeit, ohne die ein Gemeinwesen unter den gegebenen Bedingungen nicht funktioniert, gegenüber anderen Einkunftsarten einen besonderen Stellenwert einzuräumen.

PA567 - Verbrauchsteuern reformieren (Modulantrag)

Wahlprogramm - Steuern PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Steuerpolitik - Impyer

Zusammenfassung

Zur Vereinfachung der Verbrauchsteuern ist eine konsequente Zusammenführung der einzelnen Steuern notwendig.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die bisherigen Regelungen zu Verbrauchsteuern (z.B. Tabaksteuer, Kaffeesteuer, Biersteuer) grundlegend zu reformieren, um sie transparent und gerechter zu gestalten.

[2] Wir sind der Ansicht, dass einerseits Lenkungsmaßnahmen und Marktsteuerungen/-Berichtigungen regelmäßig nicht über Ertragsteuern (Einkommen-, Lohn- oder Körperschaftsteuern) und nicht über die Umsatzsteuer, sondern über zielgerichtete Verbrauchsteuern erfolgen sollen, da die Zielrichtung und auch eine notwendige Erfolgskontrolle durch Verbrauchssteuern transparenter zu erreichen sind. Andererseits soll die Erhebung von Verbrauchsteuern mit der Begründung der reinen Haushaltsfinanzierung ausgeschlossen sein.

[3] Aus diesen Gründen sollen Verbrauchsteuern nur erhoben werden, wenn und soweit der gewünschte Regulierungseffekt sachlich begründet ist und durch die Steuer in nachvollziehbarer Weise erreicht werden kann.

[4] Zudem soll durch Verbrauchssteuern keine zusätzliche moralische Lenkung erfolgen, um die Entscheidungsfreiheit der Bürger nicht unnötig zu beeinträchtigen oder zu beeinflussen. Stattdessen soll die Besteuerung grundsätzlich aufgrund Empfehlungen wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen.

[5] Modul A: Wir sind der Überzeugung, dass eine Vielzahl von Steuern nach diesen Kriterien entfallen könnten, nicht zuletzt zum Beispiel in ihrer Ausprägung die Schaumweinsteuer, die vor dem ersten Weltkrieg zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt wurde. Das Steueraufkommen aus solchen zielgerichtet Verbrauchssteuern soll zudem vorrangig der Marktsteuerungen oder der Deckung von Folgekosten des entsprechenden Verbrauchs (z.B. Gesundheits- oder Umweltschäden) verwendet werden.

[6] Modul B: Um die Akzeptanz der Bürger zu erhöhen, möchte die Piratenpartei, dass alle erhobenen Verbrauchsteuern hinsichtlich ihrer Zielsetzung und Effizienz einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen. Zusätzlich sollen transparente Erläuterungen zur Zielsetzung und der Berechnung der Steuer(höhe) die Ausgestaltung der Gesetzgebung dem Bürger erklären.

[7] Modul C: Die Entschlackung der Verbrauchsteuern könnten für Allgemeinheit und Wirtschaft erhebliche Einsparungen erbringen und auch die Finanzverwaltung sinnvoll entlasten. Konkret setzt sich die Piratenpartei ein für

[8] *eine Abschaffung der Kaffessteuer, da durch Kaffeekonsum keine Gefährdungswirkung ausgeht und es zu keinen gesellschaftlichen Kosten kommt. Sie ist deshalb unbegründet.

[9] *die Abschaffung der Bier-, Schaumwein-, Branntwein- und Alkopopsteuer und Überführung und Harmonisierung in ein allgemeines Gesetz zur Besteuerung alkoholischer Getränke.

[10] *die Abschaffung der Versicherungssteuer und Integration in das Umsatzsteuergesetz

Begründung

[11] Die heutige Gesetzgebung im Bereich der Verbrauchssteuern ist komplex und unübersichtlich. Viele dieser Steuern wurden schon vor Dekaden oder Jahrhunderte eingeführt und bestehen bis in die heutige Zeit.

[12] Wir sind der Meinung, dass ein Großteil dieser Steuern heutzutage vor allem der Finanzierung des Bundeshaushaltes dient, weil der eigentliche Zweck, weshalb die Steuern eingeführt wurden, häufig völlig weggefallen ist oder die Steuerhöhe im Hinblick auf den Geldbedarf des Staates und nicht im Hinblick auf den Zweck festgesetzt ist.

[13] Wir möchten für Verbrauchsteuern explizit zum Grundsatz erklären, dass diese immer durch Lenkungsmaßnahmen oder Marktsteuerungen/-Berichtigungen begründet sein müssen und ausschließen, dass sie nur zur zusätzlichen Finanzierung des Staatshaushaltes erhoben werden. Die Begründung einer Verbrauchsteuer soll also zunächst grundsätzlich auf der Erhebungsseite und nicht auf der Verwendungsseite liegen.

[14] Da wir der Meinung sind, dass auf diese Weise ein Teil der Steuern entfallen, bzw. vereinheitlicht werden kann, gehen wir davon aus, dass auf diese Weise dazu beigetragen werden kann, einen Teil des Steuerrecht deutlich transparenter und einfacher zu gestalten.

[15] Das wir trotz dieser schwerwiegenden Mängel nicht für eine völlige Abschaffung dieser Steuern sind, liegt in der Überlegung begründet, dass Verbrauchssteuern, richtig und sachgerecht geregelt, ein wirksames Mittel sind, um eine Umlegung von Kosten nach dem Verursacherprinzip zu ermöglichen. Es ist leider oftmals so, dass manche Kosten nicht in den Preis einfließen, sondern von Dritten oder der Allgemeinheit getragen werden müssen.

[16] Der Verkauf von Tabak und Alkohol führt z.B. zu deutlich höheren Kosten im Gesundheitswesen, weil diese die Behandlung der Folgeschäden des Genusses tragen müssen und der zu hohe Ausstoß von CO2 führt mit großer Wahrscheinlichkeit zu Klimaänderungen, die auch erhebliche wirtschaftliche Folgen haben.

[17] In der Volkswirtschaftslehre nennt man dies externe Kosten. (Zur genaueren Erklärung siehe Die volkwirtschaftliche Perspektive auf Verbrauchsteuern) Wenn diese gesellschaftlichen Kosten eine signifikante Höhe erreichen, sind wir der Meinung, dass sie jedoch aus Gründen der Gerechtigkeit und zum Wohle aller nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden sollen, sondern dann möglichst von der Gruppe der Verursacher der Kosten selbst getragen werden (Verursacherprinzip).

[18] Die Steuereinnahmen sollen dafür verwendet werden, diese Schäden auszugleichen oder gleich ganz zu vermeiden. Wie hoch die Steuer festzusetzen ist, soll dabei transparent und auf Grundlagen wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse ermittelt werden. Um eine hohe Transparenz und schließlich Akzeptanz zu gewährleisten, sollen Verbrauchsteuern regelmäßig überprüft und deutlich besser und nachvollziehbar erläutert werden. Infos, Vorschlag und Diskussion zur Kaffeesteuer: Kaffeesteuer Infos, Vorschlag und Diskussion zur Besteuerung alkoholischer Getränke: Alkoholbesteuerung (beide nicht Teil des Wahlprogrammantrags)

PA568 - Gerechte Steuerpolitik - Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter (Karl-Heinz Withus)

Zusammenfassung

Wahlpolitische Aussage zu Grundsätzen der Steuerpolitik einschließlich Fragen der Steuererhebung

Antragstext

[1] Der Parteitag soll beschließen nachfolgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen

[2] Die Piratenpartei tritt für ein einfaches und gerechtes Steuersystem ein. Die Belastung durch Steuern muss sozial gerecht erfolgen. Bürger mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit müssen mehr zur Staatsfinanzierung beitragen als Bürger mit geringerer Leistungsfähigkeit. Die von den anderen Parteien über Jahrzehnte erfolgte Senkung der Spitzensteuersätze hat sich als Fehler erwiesen und ist Ursache einer stetig steigenden Kluft zwischen Reich und Arm. Wir wollen diese Entwicklung korrigieren. Steuergerechtigkeit bedeutet auch, dass alle Einkünfte und Vermögenszuwächse der Besteuerung unterliegen müssen.

[3] Steuergesetze sollen möglichst einfach und verständlich formuliert werden. Dort, wo komplizierte Regelungen rechtlich notwendig sind, müssen diese vom Staat durch zusätzliche Erläuterungen für den Steuerzahler verständlich gemacht werden. Bürger dürfen nicht auf Steuerberater angewiesen sein, um sicher zu stellen, dass sie nicht zuviel Steuern bezahlen. Wir lehnen es ab, dass die Finanzverwaltung Urteile des Bundesfinanzhofs häufig über den Einzelfall hinaus nicht anwendet und jeder Bürger sein Recht erneut einklagen muss.

[4] Wir wollen die Anzahl der Steuerarten verringern. Viele Steuern verursachen für Wirtschaft und Staat einen unverhältnismäßig hohen Aufwand. Hierbei ist insbesondere auf Ebene der Gemeinden ein ausreichender Einnahmenausgleich sicherzustellen. (Wir wollen eine Vereinfachung des Steuerrechts keine pauschale Steuersenkung für einzelne Personen- oder Interessensgruppen.)

[5] Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter, insbesondere die Betriebsprüfungsstellen sind aufzustocken, um die Einhaltung der Prüfungszeiträume von Unternehmen einzuhalten. Die Zusammenarbeit der Finanzbehörden zwischen den Bundesländern muss weiter verbessert werden. Steuerhinterziehung muss konsequent bekämpft werden.

Begründung

[6] Der Text basiert im Wesentlichen auf einem Antrag zu Grundsätzen der Steuerpolitik, der zum Grundsatzprogramm gestellt wird. Für das Wahlprogramm wurde er einerseits kürzer und prägnanter formuliert und zum anderen um konkrete Punkte zu Änderungen bei der Steuererhebung ergänzt.

PA569 - Gründliche Reform des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes (Thema GEMA)

Wahlprogramm - Urheberrecht LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Änderungen am Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, welche Problematiken behandeln, die alle Verwertungsgesellschaften betreffen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, auf den Wahlprogrammpunkt "Urheberrecht" folgenden Wahlprogrammpunkt folgen zu lassen:

Reform der Verwertungsgesellschaften

[2] X.1 **Einleitung**

[3] Neben dem Urheberrecht muss auch das Gesetz zur Wahrnehmung der Rechte der Urheber durch die Verwertungsgesellschaften reformiert werden. Unser Reformentwurf reguliert diese erheblich strenger, damit diese nicht nur den Anforderungen an moderne Formen kreativen Schaffens entsprechen, sondern auch die über Jahrzehnte gewachsenen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen gestoppt werden.

[4] X.2 **Einnahmen und Transparenz**

[5] Die Verteilung der Einnahmen muss transparent gestaltet und stärker reglementiert werden. Genaue Einzelerfassung der Werksnutzung wird favorisiert. Alternativ sollen die Verwertungsgesellschaften klare, faire und nachvollziehbare Standardverträge für alle Einsatzzwecke bereitstellen. Der Abschluss von Sonderverträgen mit einzelnen Kulturnutzern ist zu untersagen, da er Willkür in der Tarifgestaltung je nach persönlichem Kontakt zu den zuständigen Mitarbeitern der Verwertungsgesellschaft fördert. Insgesamt erhält die Tarifgestaltung der Verwertungsgesellschaften einen Rahmen, weswegen absurd überhöhte Forderungen an die Kulturnutzer nicht mehr gestellt werden können.

[6] X.3 **Abschaffung der Monopolstellung**

[7] Die Piraten treten entschieden gegen die überkommene Vermutungen über die Rechteinhaberschaft ein. Vor allem die sogenannte GEMA-Vermutung sorgt für Rechtsunsicherheit und ungerechtfertige Zahlungsaufforderungen. Mit ihr findet eine Beweislastumkehr statt, da ein Nutzer von Inhalten nachweisen muss, dass die Verwertungsgesellschaft keine Rechte vertritt. Wenn eine Verwertungsgesellschaft behauptet, sie würde Rechte vertreten, ist es an ihr dieses nachzuweisen. Hierzu wird ein freier Zugang zur Datenbank der geschützten Werke gefordert, weswegen die Zuständigkeit einer Verwertungsgesellschaft auf elektronischem Wege manuell oder automatisiert überprüft werden kann.

[8] X.4 **Vertretungsfreiheit**

[9] Urheber sollen grundsätzlich für jedes Werk einzeln entscheiden können, ob sie dieses einer Verwertungsgesellschaft übertragen. Sie können in mehreren solchen Gesellschaften vertreten sein, sowie Werke verwertungsfrei direkt vermarkten oder verschenken.

[10] X.5 **Mehr Effizienz**

[11] Insgesamt müssen Verwertungsgesellschaften effizienter operieren. Nach Piratenansicht dürfen sie höchstens 10% ihrer Einnahmen für die Verwaltung beanspruchen. Der interne Gehaltsunterschied zwischen Mitarbeitern soll das zehnfache nicht übersteigen. Schließlich handelt es sich nicht um Unternehmen am freien Markt sondern um Verwaltungsapparate.

[12] X.6 **Freie Konkurrenz**

[13] Die Entstehung neuer Verwertungsgesellschaften wird unterstützt, unter anderem dadurch, dass sie auch liquiddemokratisch statt repräsentativ geführt werden dürfen.

[14] X.7 **Keine positive Diskriminierung**

[15] Nach Auffassung der Piraten ist es nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, darüber zu entscheiden, welche Art von kulturellen oder künstlerischen Leistungen von Bedeutung sind. Positive Diskriminierung kulturell bedeutender Werke wird ebenfalls abgeschafft, stattdessen werden bestehende Fördertöpfe unterstützt.

[16] X.8 **Lockerung bei Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen**

[17] Es ist nicht Aufgabe einer Verwertungsgesellschaft, Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen für die Inhaber der von ihr wahrgenommenen Rechte oder Ansprüche einzurichten. Eine solche Auslagerung staatlicher Aufgaben lehnen die Piraten ab. Sofern eine über staatliche Mittel hinausgehende Vorsorge gewünscht ist, soll diese unabhängig geregelt werden. Den Mitgliedern einer Verwertungsgesellschaft steht es weiterhin frei, einen entsprechenden wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu unterhalten; lediglich der Zwang hierzu entfällt.

Begründung

[18] Eine gründliche Reform der Verwertungsgesellschaften muss am Urheberrechtswahrnehmungsgesetz festgemacht werden. Die GEMA tritt zwar mit ihren Exzessen besonders hervor, aber im Grunde sind alle Anforderungen auch auf die anderen Verwertungsgesellschaften zu übertragen, damit man nicht wenige Jahre später das gleiche nochmal durch den Bundestag tragen muss. Somit ist es falsch dieses Gesetz mit Samthandschuhen anzufassen. Die Kernpunkte des Gegenantrages von DanielSan habe ich allerdings übernommen.

[19] Es fand eine Liquid-Feedback-Befragung zum konkreten Gesetzesentwurf einer Reform des Urheberwahrnehmungsgesetzes statt, welcher fälschlicherweise als Programmantrag eingereicht wurde. Daniel Neumann hat diesen daher mit +213 Delegationen formell abgelehnt. Mit dieser angepassten Formulierung des Antrags als Änderung des Wahlprogramms ist der formellen Kritik Rechnung getragen (siehe auch Pad und Konversation in Twitter zwischen @vonlynX und @danielsan). Hätte DanielSan dem Text zugestimmt, wäre das Resultat der LQFB-Umfrage auf 392 zu 11 Stimmen gekommen, also 97% Zustimmung.

PA570 - Einführung einer progressiven Vermögenssteuer mit Volksentscheid

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Einführung einer progressiven Vermögenssteuer mit Volksentscheid

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Grundsatz- oder Wahlprogramm aufgenommen wird:

[2] Die PIRATEN sehen die zunehmende Vermögenskonzentration und die daraus folgende soziale Ungleichheit mit Sorge, da diese die Marktordnung, den sozialen Frieden und letztlich die Demokratie gefährdet. Sie setzen sich daher für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer ein, bei der kleinere Vermögen geschont werden. Die PIRATEN streben dabei langfristig ein Verfahren an, das möglichst datensparsam und leicht verständlich ist, möglichst nachvollziehbare und belastbare Bewertungsverfahren verwendet und darüber hinaus auch in der Frage nach Art und Umfang der Verteilung der Bevölkerung in einer Volksabstimmung das letzte Wort lässt.

Begründung

[3] Extrem ungleiche Vermögensverteilung ist sowohl eine Folge der aktuellen Krise als auch eine Ursache der nächsten. Vermögenssteuern sind nicht schön, aber leider absolut notwendig für ein funktionierendes Gemeinwesen. Sie sind namentlich unumgänglich, um den sozialen Frieden zu wahren und die Marktwirtschaft vor Ihrer Zerstörung durch übermächtige Einzelakteure zu schützen. Es geht hier nicht um "Verteilungsgerechtigkeit" oder darum, Reichtum zu verbieten. Aber gigantische Vermögen bedeuten Machtkonzentrationen, die keine Marktwirtschaft und keine Demokratie aushalten kann.

PA571 - Geldsystem in Bürgerhand

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Die Piratenpartei begreift die Schöpfung und Kontrolle von Zahlungsmitteln grundsätzlich als staatliche Aufgabe.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Grundsatzprogramm aufgenommen wird:

[2] Die Piratenpartei begreift die Schöpfung und Kontrolle von Zahlungsmitteln grundsätzlich als staatliche Aufgabe. Daher soll der Bevölkerung auch unbares gesetzliches Zahlungsmittel unmittelbar zugänglich gemacht werden. Zu diesem Behufe wird das Recht auf ein gebührenfreies Zentralbankkonto als Bürgerrecht etabliert.

[3] Geschäftsbanken sollen die Möglichkeit erhalten, Kundenkonten in Zentralbankgeld außerhalb ihrer Bilanz zu führen (ähnlich wie ein Bankschließfach). Nicht-staatliches Zahlungsmittel wie das Giralgeld der Geschäftsbanken muss eindeutig als solches gekennzeichnet und erkennbar sein. Staatliche Garantien für solches Geld werden nicht mehr gegeben.

[4] Es wird sämtlichen staatlichen Stellen untersagt, Geschäfte in anderem Geld als Zentralbankgeld abzuwickeln, Schuldenaufnahme eingeschlossen. Alle Verbindlichkeiten der Öffentlichen Hand werden unmittelbar in Zentralbankgeld beglichen. Jede neue Schuldenaufnahme bedarf der Einwilligung der Bevölkerung in einem Volksentscheid.

[5] Ob und wie viele gesetzliche Zahlungsmittel neu geschaffen werden, muss in regelmäßigen Abständen per Volksabstimmung entschieden werden. Neu geschaffenes Zentralbankgeld wird grundsätzlich als Bürgerdividende zu gleichen Teilen an die Einwohner ausgegeben.

Begründung

[6] Die aktuelle Krise resultiert zu einem erheblichen Teil aus der Geldschöpfung der Geschäftsbanken und der Abhängigkeit von Staaten und Individuen (und aller Nichtbanken) von den Banken. Die Geschäftsbanken schaffen Geld bei der Kreditvergabe, sie tun dies unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, also grundsätzlich prozyklisch und gewinnorientiert. Sie hebeln damit faktisch die von der Zentralbank gegebene Geldmenge auf. Die damit verbundenen Risiken können sie nicht tragen, diese werden also vergesellschaftet.

[7] Viel sinnvoller wäre die unmittelbare Kontrolle der Bevölkerung über die Geldmenge sowie die Trennung zwischen Zahlungsverkehr und Kreditvergabe. Heute ist den meisten Leuten der Zwitterstatus eines Girokontos nicht einmal klar, geschweige denn haben sie eine Alternative (von dem völligen Verzicht auf unbaren Zahlungsverkehr abgesehen).

[8] Über die Regulierung der Geldmenge lässt sich außerdem die Einkommens- und Geldvermögensverteilung beeinflussen. Die (zunehmend) ungleiche Vermögensverteilung ist die andere Hauptursache der Krise (die sich unvermeidlich zu einer Krise der Demokratie auswächst), auch diese Angelegenheit darf nicht durch betriebswirtschaftlich und gewinnorientiert arbeitende Akteure (mit-)entschieden werden.

PA572 - Ein gerechtes, widerspruchsfreies, transparentes und verständliches Steuersystem erhöht die Akzeptanz der Bürger.

Grundsatzprogramm - Steuern PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Impyer

Zusammenfassung

Wir legen hiermit die Grundlagen für ein Steuerrecht, wobei es keine Rolle spielt ob es für das zurzeit geltende oder für ein neu zu erarbeitendes gilt.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm an Stelle Steuerpolitik aufzunehmen:

Zielsetzung der Steuergesetzgebung:

[2] Steuern dienen der Finanzierung des Staatshaushalts und der Umsetzung politischer Entscheidungen (Lenkungsmaßnahmen). Um das Erreichen dieser Ziele zu gewährleisten, sollen Lenkungsmaßnahmen sowie die Effizienz von Steuergesetzen und ihren Ausführungen regelmäßig überprüft werden. Die Piratenpartei setzt sich für eine gerechte und transparente Steuergesetzgebung ein, da sich nach ihrer Auffassung Gerechtigkeit und Transparenz gegenseitig bedingen.

[3] **Gerechtigkeit**

[4] Eine gerechte Steuergesetzgebung erfordert, dass

[5] *die Belastung durch Steuern sozial gerecht erfolgt, *Bürger mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit dieser entsprechend mehr zu Staatsfinanzierung beitragen als Bürger mit geringerer Leistungsfähigkeit, *Steuergerechtigkeit weniger durch gesonderte Regelungen für alle denkbaren Einzelfälle, sondern überwiegend durch -sinnvolle und bürgerfreundliche Pauschalierungen erreicht wird und *Nichtanwendungserlasse der Verwaltung Urteile des Bundesfinanzhofs nicht aushebeln dürfen.

[6] **Transparenz**

[7] Eine transparente Steuergesetzgebung erfordert, dass

[8] *Steuergesetze möglichst einfach, verständlich und widerspruchsfrei formuliert werden, *komplizierte Regelungen vom Staat durch zusätzliche Erläuterungen für den Steuerzahler verständlich gemacht werden, *steuerliche Ausnahmeregelungen jeglicher Art vermieden, wenigstens aber auf ein Mindestmaß beschränkt werden, *die Anzahl der Steuerarten gering gehalten wird, *die Zielsetzung der Steuergesetzgebung stets, insbesondere bei Steuern mit Lenkungsfunktion, klar erkennbar ist, *Lenkungsmaßnahmen grundsätzlich durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern umgesetzt werden und *Steuern nur in Ausnahmefällen für Subventionsmaßnahmen genutzt werden

Begründung

[9] Ziel des Programmantrages ist es, allgemeine Aussagen über piratige Grundsätze der Steuerpolitik zu formulieren, die als Basis für konkrete Anträge für Wahlprogramme und Positionspapiere dienen sollen.

[10] Thema Zielsetzung der Steuergesetzgebung:

[11] Wir möchten Aussagen bezüglich der Frage treffen, warum und mit welcher Begründung Steuern erhoben werden. Wir sind der Meinung, dass Hauptzweck der Steuergesetzgebung die Finanzierung des Staatshaushaltes darstellt. Darüber hinaus können Steuern auch einen Lenkungszweck besitzen, um effizient das Verhalten in eine gesellschaftlich gewünschte Richtung zu lenken und somit das Wohl aller zu steigern.

[12] Um die Akzeptanz der betroffenen Steuerzahler und die Transparenz der Steuergesetzgebung zu verbessern, möchten wir, dass Steuergesetze hinsichtlich ihrer Zielsetzung regelmäßige überprüft werden. Konkret bedeutet dies, dass die Steuergesetzgebung zum einen hinsichtlich ihrer Effizienz einer Überprüfung standhalten sollte. So macht es beispielsweise keinen Sinn eine Steuer mit Fiskalzweck zu erheben, wenn die Kosten der Erhebung nicht deutlich niedriger als die Erträge der Steuer sind. Zum anderen sollten Steuern mit Lenkungszweck hinsichtlich ihrer tatsächlichen Lenkungswirkung einer regelmäßigen Prüfung standhalten.

[13] Wir sind der Meinung, dass das jetzige Steuerrecht in vielerlei Hinsicht unseren Vorstellungen eines gesellschaftlich akzeptablen Steuerrecht nicht entspricht. Das deutsche Steuerrecht ist anerkanntermaßen eines der kompliziertesten der Welt. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Das Steuerrecht wird oft für andere Politikfelder missbraucht: So sind im Steuerrecht in vielen Fällen Subventionen mit z.B. strukturpolitischem Hintergrund versteckt; Steuern mit Lenkungsfunktion werden für fiskalische Zwecke missbraucht; das Steuerrecht ist durch eine Berücksichtigung von zu vielen Einzeltatbeständen überladen, veraltet und unverständlich formuliert.

[14] All diese Faktoren verkomplizieren das Steuerrecht unnötig, sind intransparent und verringern die Wohlfahrt aller. Gleichzeitig führt die möglicherweise gerecht gemeinte Steuergesetzgebung aufgrund ihrer Unverständlichkeit und Komplexität nicht zu einer höheren Gerechtigkeit und Akzeptanz bei den Steuerzahlern. Aus diesen Gründen treten wir für ein Steuersystem ein, bei dem Transparenz und Gerechtigkeit wieder hergestellt und im Konfliktfall gleichberechtigt gegeneinander abgewogen werden. Was wir unter einem transparenten und gerechten Steuersystem verstehen, soll im Folgenden erläutert werden.

Thema Gerechtigkeit:

[15] Gerechtigkeit im Steuersystem bedeutet zunächst ganz allgemein, dass eine Besteuerung sozial gerecht erfolgen sollte. Hierunter verstehen wir im Speziellen, dass Menschen, die dazu wirtschaftlich in der Lage sind, mehr zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen, als Menschen, die wirtschaftlich dazu weniger in der Lage sind.

[16] Steuergesetze mit gesonderten Regelungen für alle denkbaren Einzelfälle sind oft gerecht gemeint. Sie führen jedoch häufig dazu, dass Steuererklärungen unnötig kompliziert werden. Steuerberater müssen hinzugezogen werden, um alle Möglichkeiten auszunutzen. Gerechtigkeit bedeutet für uns auch, dass Bürger ihre Steuererklärung selbst erstellen können. Dafür möchten wir überwiegend mit sinnvollen und bürgerfreundlichen Pauschalierungen arbeiten.

[17] Durch Nichtanwendungserlasse veranlaßt die Finanzverwaltung, dass bereits rechtskräftige Urteile nicht auf gleichgeartete Fälle angewendet werden. Auf diese Weise wird in einer Vielzahl von Fällen rechtsmissbräuchlich die eindeutige Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes umgangen. Hiermit werden die Bürger genötigt in jedem einzelnen Fall vor Gericht zu gehen. Die Piraten fordern daher ein gesetzliches Verbot von Nichtanwendungserlassen.

Thema Transparenz:

[18] Um die Transparenz im Steuerrecht zu verbessern, möchten wir, dass Steuergesetze möglichst einfach, verständlich und widerspruchsfrei formuliert werden. Nicht vermeidbare komplizierte Regelungen der Steuergesetze

sind durch zusätzliche Erläuterungen ausserhalb des Gesetzestextes verständlich zu machen, damit der Inhalt von Steuergesetzen nicht nur von Steuerexperten verstanden werden kann.

[19] Wir sind der Meinung, dass die Gesamtanzahl der Steuerarten und steuerlichen Ausnahmeregelungen auf ein notwendiges Maß verringert werden soll, um das Steuersystem verständlich zu gestalten und eine bessere Akzeptanz zu erreichen.

[20] Hierfür sollte auch die Zielsetzung der Steuergesetzgebung immer klar erkennbar sein. Dies gilt insbesondere für Steuern mit Lenkungsfunktion, bei denen der Steuerzahler oft nicht mehr die ursprünglich gewollte Lenkung erkennt, sondern das Gefühl hat, dass die entsprechende Steuer lediglich zur Finanzierung des Staatshaushaltes dient. Um eine Transparenz bei der Lenkungsfunktion zu erreichen, sind Lenkungsmaßnahmen grundsätzlich durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern (z.B.Umsatzsteuer, Tabaksteuer, Stromsteuer etc.) durchzuführen, und nicht durch Ertrags- und Substanzsteuern (z.B. Einkommenssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.). Hierdurch kann zum einen eine zusätzliche Komplexität der ohnehin schwer verständlichen Ertrags- und Substanzbesteuerung vermieden werden. Zum anderen können auf diese Weise Lenkungsmaßnahmen transparent und messbar erfolgen.

[21] Aus gleichen Gründen fordern wir auch, dass Steuern nur in Ausnahmefällen für Subventionsmaßnahmen genutzt werden. Wenn Subventionen politisch gewollt sind, sollten diese möglichst direkt und mit messbaren Kosten und nicht im Steuerrecht verschleiert erfolgen.

PA573 - Jugendschutz durch Lenkungsabgaben auf Zigaretten

Wahlprogramm - Drogen LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Einführung einer Lenkungsabgabe auf alle an Minderjährige verkauften Zigaretten

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgende Position an geeigneter Stelle ins Programm aufgenommen wird:

[2] Die PIRATEN setzen sich ein für die Einführung einer Lenkungsabgabe auf alle an Minderjährige verkauften Zigaretten. Ihre Höhe richtet sich nach den statistisch zu erwartenden Gewinnen aus dem Geschäft mit dieser Kundengruppe. Das bedeutet umso jünger der Konsument, desto höher die Sonderabgabe. Die Zahl der von den einzelnen Jahrgängen gerauchten Zigaretten wird für jede im Handel befindliche Marke wissenschaftlich erhoben (das geschieht weitgehend bereits). Ihre jeweiligen Produzenten werden entsprechend ihrer Marktanteile im jeweiligen Alterssegment belastet, um Ungenauigkeiten in der Erhebung auszugleichen mit einer gewissen Toleranz.

[3] Im Ergebnis wird es für die Konzerne so unrentabel, Zigaretten an Minderjährige zu vertreiben, dass sie sich ehrlich darum bemühen werden, in diesem Teil des Marktes ihren Marktanteil möglichst gering zu halten. Diese echte Kooperation der Konzerne wird voraussichtlich für den Jugendschutz effektiver sein als alle bisher getroffenen Vereinbarungen, Selbstverpflichtungen und Verbote, die mit den ureigenen wirtschaftlichen Interessen der Tabakindustrie in höchstem Maße im Widerspruch standen.

Begründung

[4] Entgegen ihrer Selbstdarstellung bemühen sich Zigarettenhersteller aktiv darum, Kinder und Jugendliche zum Rauchen zu verführen. Der Grund ist rein wirtschaftlicher Natur:

[5] Die Tabakindustrie verdient insbesondere an Menschen, die möglichst früh anfangen zu rauchen, damit eine hohe Markentreue aufweisen und außerdem eine signifikant geringere Erfolgswahrscheinlichkeit für einen Entzug haben. Zudem sind Raucher mit zunehmendem Alter aufgrund ihrer hohen Sterblichkeit keine verlässliche Kundengruppe. Um ihre hohen Profite zu sichern ist die Tabakindustrie daher auf jüngere Neukunden angewiesen. Die Zigarettenkonzerne unterlaufen folglich systematisch und unter erheblichem Mitteleinsatz (verdecktes Marketing, Lobbyismus u.a.) alle Versuche, Kinder und Jugendliche vor dem Einstieg in den Zigarettenkonsum zu bewahren.

[6] Der Vorschlag hier, der auf einen Fachartikel von Michael Adams zurückgeht, zielt darauf ab, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern und damit die Motivationslage der Konzerne als Problemursache zu beheben:

[7] «In § 4 des Tabaksteuergesetzes, der die Steuertarife regelt, wird in Absatz 1 folgende Ziffer 5 eingefügt: "5. zusätzlich für jede Zigarette, die in Deutschland von einem Minderjährigen geraucht wird, 2 Euro. Ab Vollen-

dung des vierzehnten Lebensjahres ermäßigt sich die Steuer für jedes zusätzliche Lebensjahr der Jugendlichen um 0,10 Euro;"» http://www.bepress.com/gwp/default/vol2008/iss1/art15/

PA574 - Abschaffung aller Adelstitel

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Carsten Schulz alias Piratenpower

Zusammenfassung

Alle Adelstitel in Deutschland sollten abgeschafft und es sollte den Inhabern und Inhaberinnen untersagt werden, weiterhin ihre Adelstitel zu tragen. Sämtliche Adelstitel sollten aus den entsprechenden offiziellen Dokumenten gestrichen werden...

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen: Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, alle Adelstitel umgehend abzuschaffen und ihren Inhabern und Inhaberinnen das weitere Tragen dieser Adelstitel zu untersagen. Des weiteren sind sämtliche Adelstitel aus allen offiziellen, staatlichen Dokumenten zu streichen...

Begründung

[2] Es ist mit dem Gedanken einer demokratischen Gesellschaftsordnung und freiheitlichen Republik unvereinbar, daß von bestimmten Mitgliedern der Gesellschaft Adelstitel getragen werden, die suggerieren, daß diese Menschen von Geburt an etwas besonderes sind und privilegierte Rechte besitzen. Eine demokratische Republik beruht nämlich - ganz im Gegensatz dazu - auf der Annahme, daß alle Mitglieder der Gesellschaft von Geburt an gleichwertig sind und genau die gleichen Bürgerrechte besitzen......

[3] Nun ist es sicherlich so, daß wir in Deutschland keine institutionalisierte Aristokratie mehr haben, aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vermitteln Adelstitel immer noch den Eindruck, daß ihre Träger und Trägerinnen von Geburt an etwas besonderes sind, Vorrechte haben und eine bevorzugte Behandlung erwarten können. Diese scheinen sie auch oft genug zu bekommen. So einer Sichtweise ist entschieden entgegen zu treten, denn die Idee von Blaublütigen oder Adeligen beruht auf der irrigen, völlig unwissenschaftlichen und sozialdarwinistischen Annahme, daß manche Menschen von Geburt an nicht nur leistungsfähiger und mutiger, sondern auch ethisch wertvoller und edler (daher adelig) sind und diese Eigenschaften durch Fortpflanzung weiter vererbt werden. Aus diesem Grund bezeichnen sich heutzutage Menschen als Adelige, deren Vorfahren vor hunderten von Jahren dieser Titel verliehen worden ist. Das ist eine sozialdarwinistische und eugenistische Sichtweise, die diskriminierend und somit abzulehnen ist....

[4] Die Idee von Adeligen im allgemeinen und Adelstiteln im speziellen steht prinzipiell einem fortschrittlichen, egalitären und humanistischen Politikansatz, wie er von der Piratenpartei vertreten wird, diametral gegenüber und ist daher völlig inaktzeptabel. Insofern sollten Titel wie Freiherr, Graf, Baron, Prinz und ähnliche nicht mehr Bestandteil des Namens sein und umgehend aus den offiziellen, staatlichen Dokumenten gestrichen werden...

[5] Des weiteren sei darauf verwiesen, daß - historisch betrachtet - viele sogenannte Adelige ihren Adelstitel ursprünglich verliehen bekommen haben, weil sie in kriegerischen Auseinandersetzungen zahllosen anderen

Menschen den Schädel eingeschlagen beziehungsweise Tausende in ihren sicheren Tod geschickt haben. Die Nachkommen von solchen Gewalttätern sollten hunderte von Jahren später keinerlei Privilegien besitzen oder sich mit besonderen Titel schmücken dürfen...

[6] Im übrigen finde ich es als geborener Hannoveraner geradezu unerträglich, daß es auf diesem Planeten mehrere Leute gibt, die es wagen, sich als Prinz von Hannover zu bezeichnen, entsprechende Privilegien erwarten und auch meistens bekommen. So ein Verhalten hat in einer demokratischen Republik nichts zu suchen und diesen und ähnlichen Menschen sollte in Zukunft das Tragen von solchen Adelstiteln untersagt werden. Und falls sie sich nicht daran halten sollten, könnten sie wegen Hochstapelei oder ähnlichem strafrechtlich verfolgt werden. Die Zeiten der Untertanen und des typisch deutschen Untertanengeistes sollten nämlich endlich und für immer der Vergangenheit angehören.......

PA575 - Grundsätze: Politischer Standpunkt und Selbstverständnis

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wigbold

Zusammenfassung

Die Grundsätze bestimmen einen Standpunkt zu Staat und Gesellschaft. Ausgehend von Menschenrecht wird die Staatsform der Republik durch eine bürgerlichen Gesellschaft bestimmt. Die bürgerliche Gesellschaft ist dem Herrschaftsanspruch eines Staatswesens gegenübergestellt. Die Grundrechte der Bürger sind Schranken für das Staatswesen. Ebenso ist die Individuelle Freiheit jedermanns als die wesentliche Normative einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bestimmt. Die PIRATEN sehen einen unmittelbaren Bürgerbezug von Politk als Alternative zu herrschenden Machtverhältnissen. Demokratie ist dabei wesentlich durch das Tun der Menschen in Sorge um das Gemeinwohl bestimmt.

Im Teil "Bürger, Information, Cyberspaces, Internet" wird auf die Wirkung der informations- und kommunikationstechnischen Entwicklung auf Staat und Gesellschaft eingegangen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm der PIRATEN sowie als Positionspapier (Standpunkt) folgendes festzustellen:

Grundsätze: Politischer Standpunkt und Selbstverständnis

[2] (1) Den Ursprung allen Rechts sehen die PIRATEN im dem Recht, was mit jedem Menschen geboren wird. Jeder Mensch hat sein natürliches Recht, sein Menschenrecht als Naturrecht, das dem durch soziale Normen geregelten gesetzten oder positiven Recht vorhergeht und übergeordnet ist. Als besondere Quellen des Naturrecht sehen die PIRATEN: Die individuelle Selbsterkenntnis und Orientierung des Gewissens, die Natur an sich und die Vernunft.

[3] (2) Das politische Menschenbild der PIRATEN respektiert das Recht jedes Menschen: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. - Die PIRATEN bekennen sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

[4] (3) Die Sitten einer Gemeinschaft ergeben sich aus der individuellen Moral der Mitglieder als fließende kollektive Übereinkunft darüber, was für die Mitglieder der Gemeinschaft als Sittengesetz verbindlich ist. Gemeinschaften als Gruppen von freien Menschen sowie ihre Sitten werden von den PIRATEN respektiert, solange sie die vorhergehende freiheitliche Gesellschaft aller Menschen akzeptieren und weiterführend respektieren.

[5] (4) Der Begriff "Freiheit" ist für den einzelnen Menschen nicht allgemein bestimmbar. Erst in einer Gesellschaft von Menschen erfährt "Freiheit" Bedeutung; - dahingehend, dass die Freiheit des Einen sich immer an der Freiheit des Anderen manifestiert. Dieser Grundsatz ist es, der eine freiheitliche Gesellschaftsordnung fordert.

[6] (5) Demokratie ist wesentlich durch das Tun der Menschen in Sorge um das Gemeinwohl bestimmt. Direkte Demokratie ist hierbei das unmittelbare Tun der Menschen an sich. Demokratisches Handeln orientiert sich nicht am Nutzen einer Mehrheit, sondern immer am Wohl jedermanns. Demokratie braucht Freiheit.

[7] (6) Die PIRATEN bekennen sich zu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz verfasst das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland, das durch die bürgerliche Gesellschaft bestimmt wird. Die *Individuelle Freiheit* der Bürger ist wie ihre *Republikanische Freiheit* hierfür Voraussetzung. Der als Republik verfasste demokratische und soziale Rechtsstaat Deutschland ist eine Herrschaftsform. Es ist unbedingt notwendig, der herrschenden Kraft den Anspruch der Individuellen Freiheit als Normative gegenüberzustellen.

[8] (7) Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Ursprung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung garantiert jedem einzelnen Bundesbürger seine Grundrechte, die sich aus den Menschen- und Bürgerrechten ergeben. Die PIRATEN sehen diese Grundrechte der Bürger als Schranken für das Staatswesen. Diese schützen jeden Menschen vor Übergriffen sowie Willkür herrschender Politik.

[9] (9) Die PIRATEN sprechen sich gegen eine Einschränkung der Grundrechte durch die herrschende Politik aus und sehen das Grundgesetz - insbesondere die "Grundrechte" in ihrer ursprünglichen Form von 1949 als maßgeblich.

[10] (10) Die PIRATEN setzen sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein. Sie beanspruchen die Grundrechte insbesondere gegen das Staatswesen sowie dessen Einrichtungen.

[11] (11) Die bürgerliche Gesellschaft wird mit dem Staatswesen, dem demokratischen und sozialen Bundesstaat bestimmt. Ebenso sind die Bundesländer den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes verpflichtet. Der Gleichsetzung des Begriffes "sozialer Bundesstaat" bzw. "sozialer Rechtsstaat" mit "Sozialstaat" folgen die PIRATEN nicht. Der soziale Rechtsstaat hat jedoch insbesondere die Verpflichtung, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die die Menschen an der Bildung bürgerlicher Gesellschaft hindern. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass niemand aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen ist: Für den Rechtsstaat ist jedermann gleichermaßen Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft.

[12] (12) Die gesellschaftliche Aufgabe des sozialen Rechtsstaates ist die Verwirklichung von Recht.

[13] (13) Die PIRATEN sehen in der Annäherung an die Individuelle Freiheit der Menschen die normative Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. *Individuelle Freiheit* bedeutet insbesondere eine Freiheit vor Herrschaft, die unmittelbar den ganzen, unteilbaren Menschen erfasst.

[14] (14) Die Politik der PIRATEN orientiert sich am Wohle der Allgemeinheit. Die Allgemeinheit wird jedoch nicht als Kollektiv verstanden, sondern als jedermann. Gemeinwohl verwirklicht sich in der für jedermann geltenden Rechtsordnung.

[15] (15) Die PIRATEN respektieren die Gewaltenteilung des Staatswesens in die drei Staatsgewalten: die Legislative, Exekutive und Judikative. Das Zusammenspiel der drei Staatsgewalten setzt voraus, dass keine über die anderen die Oberhand gewinnt und sie beherrscht. Selbiges gilt für die föderative (vertikale) Gewaltenteilung.

[16] (16) Analog zur Gewaltenteilung sehen die PIRATEN eine Gefahr in der Konzentration von politischer Macht. Sie fordern eine strikte Aufteilung von politischen Themengebieten und der sie betreffenden Definitionshoheit. Nur so ist es möglich, mehr Menschen an der Gestaltung teilhaben zu lassen und vielfältig polarisierenden Machtinteressen entgegenzuwirken.

[17] (17) Ein "Bürger" ist durch seine Freiheit definiert: Selbstständigkeit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Selbstverwaltung sowie Entscheidungs- und Handlungsfreiheit. Ein Bürger handelt frei in Verantwortung vor sich selbst und in Berücksichtigung des Anderen. Die Freiheit der Bürger selbst kann nicht durch das Staatswesen hergestellt sondern nur eingeschränkt werden. Die PIRATEN setzten sich für die Freiheit der einzelnen Menschen sowie menschlicher Gemeinschaften ein - ganz im Sinne einer kulturellen Vielfalt.

[18] (18) Durch auf die Gesetzgebung wirkenden Lobbyverbände und eine unkritische herrschende Politik sehen die PIRATEN den Bürgerbezug der Staatsbildung gefährdet. Die PIRATEN wollen der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Perspektive geben und den Bürgern eine Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen bieten. Sie sind kritisch gegenüber herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards.

Bürger, Information, Cyberspaces, Internet

[19] (19) Den Verlust des Bürgerbezugs von Politik begleitet eine strukturelle sowie informationelle Gleichschaltung der Staatsgewalten durch die herrschende Politik. Die staatsrechtlich verankerte Gewaltenteilung wird untergraben. Die Vernetzung von Informationen bzw. von Informationsmaschinen sowie die Formalisierung der Menschen in willkürliche informationelle Strukturen raubt den Menschen ihre Individualität und ordnet sie einer dividuellen und so informationell beherrschbaren Masse unter. Die herrschende Politik implementiert so bewusst oder unbewusst eine übergeordnete systemimmanente Gewalt, die auf informationeller Fremdbestimmung aufbaut. Der Mensch wird als instanziertes Objekt einer Klasse mit programmierten Automaten verbunden. Die PIRATEN wollen einer politisch motivierten Cyberkratie entgegenwirken, die einer Techno- bzw. Expertokratie entspricht und im orwellschen Sinn eine Vorstufe von Faschismus darstellt.

[20] (20) Eine Cyberkratie bestimmt die Menschen durch progammierte Steuerungsräume (Cyberspaces). Sie übt Kontrolle dadurch, dass sie den Freien Willen des Menschen beschränkt auf die Auswahl zwischen programmierten Optionen. Ein Mensch wird so zum gesteuerten, festgelegten Automaten.

[21] (21) In diesem Sinne betrachten die PIRATEN besonders kritisch die Bestrebungen der herrschenden Politik, Private Informationsmaschinen der bürgerlichen Gesellschaft mit denen der öffentlichen Einrichtungen zu vernetzen, bzw. Einfluß auf die Vernetzung und Datenhaltung der privaten Informationssysteme zu nehmen, und sich Zugriff zu verschaffen. Besonders Partnerschaften öffentlicher und privater Einrichtungen mit dem Zweck der informationellen Vernetzung zur Kontrolle und Steuerung sehen die PIRATEN als Gefahr für die Individuelle Freiheit der Menschen.

[22] (22) Das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung muss insbesondere vom Staatswesen respektiert werden. Die zunehmende horizontale Vernetzung von Personeninformationen durch die Staatsräson führt zu politischer informationeller Willkür, d.h: Beliebige Datenmuster werden im Umkehrschluß auf Menschen bezogen. Die Menschen werden so beliebig vermasst - einer Masse zugeordnet. Sogesehen entsteht eine statistische bzw. systemische Mitte, die zum politischen Machterhalt gesetzgebend addressiert und mehrheitsdemokratisch genutzt werden kann: Minderheiten werden so durch modellierte *Normalität* beherrscht.

[23] (23) Die PIRATEN erkennen in der informationstechnologischen Vernetzung der Menschen einen besonderen Schwerpunkt ihrer Politik. Cyberspaces (Steuerungsräume) und Menschen treffen aufeinander.

[24] (24) Informations- wie kommunikationstechnische Vernetzungen sind hierbei lediglich neutrales Medium für die Kommunikation zwischen den Cyberspaces bzw. für den Zugang zu den Cyberspaces.

[25] (25) Es wird von den PIRATEN kritisch unterschieden zwischen staatlichen Cyberspaces, die als öffentliche Sache der Republik zugehörig und durch Politik bestimmt sind - und Cyberspaces der bürgerlichen Privatsphäre, die einer Öffentlichkeit lediglich zugänglich gemacht werden.

[26] (26) Die PIRATEN wollen die politische Wahrnehmung des Internet als “interconnected networks“ - miteinander verbundene autarke Netzwerke!

[27] (27) Die PIRATEN wollen eine strikte Gewaltenteilung gerade im Bezug auf behördliche Informationsmaschinen bzw. Netzwerke sowie informationelle Strukturen.

[28] (28) Die PIRATEN wollen keine informationelle *Partnerschaft* zwischen privaten und öffentlichen Steuerungsräumen. Kein Austausch bzw. Abgleich von Daten und Datenstrukturen.

Begründung

[29] Politische Grundsätze stellen den Rahmen für das politische Handeln. Sie geben einer Partei als Gemeinschaft von politischen Akteuren Profil und machen ihre Motivation transparent. Sie laden Gleichgesinnte ein mitzumachen bzw. sich anzuschließen und schaffen so eine politische Macht deren thematische Inhalte von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

[30] Obenstehende Grundsätze wurden in den letzten Jahren fortlaufend als Whitepaper und in Anträgen zur Diskussion gestellt und entwickelt. Berücksichtigt wurde die Geschichte der PIRATEN mit ihren Forderungen nach

bürgerbezogener Politik ausgehend von dem Piratbüro, sowie der Einfluß der elektronischen Vernetzung von Informationsmaschinen auf die bürgerliche Gesellschaft.

[31] Dem Zweck der PIRATEN, beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit mitwirken zu wollen, geben die obenstehende Grundsätze argumentative Grundlage und Richtung.

[32] Dieser Antrag soll die Position der PIRATEN feststellen und zur weiterführenden grundsätzlichen Diskussion einladen. Der Antragsteller hofft, daß die von ihm formulierten Grundsätze in ein Grundsatzprogramm der PIRATEN übernommen werden und so inhaltlich - auch an politischen Programmen gemessen - weiter reifen, verbessert und ergänzt werden.

[33] Ziel ist es, ein vermittelbares politisches Profil der PIRATEN zu schaffen, das sich auch in der Diskussion mit etablierten Parteien öffentliche Anerkennung verdient und so Einfluß auf die gesamte politische Landschaft übt. Ein klares politisches Profil ist hierzu notwendig.

[34] Der Antragsteller ist überzeugt, daß die Liberalistische Ausrichtung der Grundsätze der freiheitlichen Motivation der PIRATEN entspricht und nach dem Geiste sozialer Gerechtigkeit niemanden aus der bürgerlichen Gesellschaft auschließt bzw. ausgrenzt.

[35] Ich bitte um Ünterstützung dieses Antrages und der formulierten Grundsätze.

PA576 - Effizientere Steuererhebung

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter (Karl-Heinz Withus)

Zusammenfassung

Bessere Ausstattung der Finanzverwaltung, Steuererhebung als Bundesaufgabe, mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder

Antragstext

[1] Der Parteitag möge folgenden Antrag für das Wahlprogramm beschließen:

[2] Die Steuerveranlagung ist ebenso wie die Betriebsprüfung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung im Wesentlichen eine Aufgabe der Bundesländer. Hier zu sparen ist für den Bürger doppelt ärgerlich: Steuerehrliche Bürger müssen unnötig lange auf die Bearbeitung ihrer Steuererklärung warten und fahrlässige oder gar vorsätzliche Steuerverkürzung wird nicht ausreichend aufgedeckt. Trotzdem kürzen die Bundesländer regelmäßig die Mittel für die Ausstattung der Finanzverwaltung und treten in einen regelrechten Wettbewerb der Bundesländer um die ineffizienteste Steuererhebung ein. Während bei Arbeitnehmern die Steuer direkt vom Gehalt einbehalten wird, werden die wesentlich komplizierteren Gewinnermittlungen von Unternehmen häufig gar nicht oder nur in sehr großen Zeiträumen überprüft. Hierdurch gehen dem Staat unnötige Steuereinnahmen verloren.

[3] Die Piratenpartei fordert die Zuständigkeit für die Steuererhebung von den Ländern auf den Bund zu übertragen. Die personelle Ausstattung der Finanzämter, insbesondere der Betriebsprüfungsstellen ist aufzustocken. Die Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter müssen ausgeweitet werden. Die Mitarbeiter müssen entsprechend ihrer grundsätzlich hohen Qualifikation eingesetzt werden. Die Bezahlungs- und Beförderungsmöglichkeiten müssen so ausgestaltet werden, dass eine höhere Motivation der Mitarbeiter gegeben ist und nicht regelmäßig gut und teuer ausgebildete Mitarbeiter in die freie Wirtschaft wechseln.

[4] Die Finanzämter müssen auch sachlich besser ausgestattet werden, um ihren Aufgaben im Sinne der Bürger und des Staates effizient nachkommen zu können.

[5] Die Piratenpartei fordert auch die Möglichkeiten der Steuerfahndung insbesondere im gewerblichen Bereich und in Bezug auf die Einkünfte aus Kapitalvermögen auszudehnen. Steuerhinterziehung z.B. durch versteckte Geldanlagen im Ausland sind kein Kavaliersdelikt sondern schaden unseren Staat weit mehr als eventuelle Verfehlungen von Beziehern von Arbeitslosengeld. Letzteres wird ungleich stärker verfolgt und geahndet. Wir fordern die Steuerfahndung so auszugestalten, dass der rechtlich problematische Ankauf von sog. Steuer-CDs gar nicht notwendig wird.

Begründung

[6] Die meisten Steuerarten werden von den Bundesländern verwaltet. Ausstattung der Finanzämter und Intensität der Steuerveranlagung ist dabei sehr unterschiedlich. Dies ist teilweise über die Systematiken des Länderfinanzausgleichs verursacht, die dazu führt, dass Steuermehreinnahmen oft nicht in der Landeskasse bleiben. Dieses kurzsichtige und die GEsamtstaatseinnahmen außer Betracht lassende Denken muss verändert werden.

Ein Bezug auf den Länderfinanzausgleich und eine darin liegende Motivation zur schlechten Ausstattung der FA im Antrag empfehle ich aber nicht, da diese Thematik sehr komplex ist und außerdem naturgemäß auch nicht beweisbar.

[7] Insbesondere bei der Betriebsprüfung aber auch der Steuerfahndung erzielen die Mitarbeiter regelmäßig "Überschüsse", d.h. die dort zusätzlich zu der Veranlagung eingetriebenen Gelder sind enorm. Dies liegt nicht zwingend daran, dass die Unternehmen alle bewusst Steuern hinterziehen, sondern teilweise an sehr unklaren und schwierig zu verstehenden steuerlichen Regelungen. Viele komplexe Steuersachverhalte können in einer normalen Veranlagung auf der Basis der Steuererklärung nicht ausreichend gewürdigt werden. Eine regelmäßigere Betriebsprüfung kann hier für die Unternehmen auch die Planungssicherheit erhöhen. Kürzere Prüfungszeiträume und ein konsequentes Einhalten dieser Zeiträume erleichtert für alle Beteiligten die Prüfungsdurchführung und vermeidet im Zweifel jahrelange Nachzahlungen oder die Einleitung eines Steuerstrafverfahrens nur um die ansonsten drohende Verjährung zu vermeiden. Daneben darf nicht ignoriert werden, dass die derzeitige Praxis Betriebsprüfungen gerade bei kleinen Unternehmen nicht oder nur sehr unregelmäßig durchzuführen für manche eine Einladung zur "kreativen" Steuererklärung ist. Hierunter leidet nicht nur der Staat als solches, sondern auch jeder steuerehrliche Unternehmen durch Wettbewerbsnachteile.

PA577 - ehemalige Heimkinder in Deutschland und Ihre Lage

Grundsatzprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ruben1

Zusammenfassung

Unterstützung der Partei “Die Piraten“ in allen Grmien und durch Abgeordnete

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm/Grundsatzprogramm (1 auswählen!) an Stelle XYZ aufzunehmen/ als Positionspapier zu beschließen/ die Satzung entsprechend zu ändern/den Antrag modular zu beschließen: Der Parteitag möge beschließen: In Deutschland Leben mehre 100 000, davon auch ein Teil als Obdachlose auf der Straße, die in den 50zigern/60zigern bis in die 80ziger Jahren in einen Heim waren. Davon haben sehr viele betroffene Dauerhafte Schäden bekommen. Auch mussten diese dort, auch schon als Kind (also alle unter 14 Jahren)schon Arbeiten und konnten nicht zur Schule gehen. Auch wurde teilweise zur „Motivation“ die Arbeit sogar noch benotet. Es gibt zwar diesen sog. Fond, aber dieses stellt keine Entschädigung für das erlittene dar, es kann höchstens als Anzahlung dafür gesehen werden. Zurzeit läuft ein Verfahren deswegen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, da soll diese Zeiten als Menschenrechtsverletzend eingeordnet werden. Dann können diese Opfer auch endlich auch Gerichtliche Klagen führen um eine wirkliche Entschädigung zu bekommen. Auch der Fond, der als Ergebnis des Runden Tisches gewertet wird, von offizieller Seite, ist es auch aus Sicht der Betroffenen nicht. Denn als die Betroffenen die netter weise damit am Tisch sitzen durften (es waren drei betroffene an diesen Tisch, Ihnen gegenüber saßen 10 (in Worten Zehn) Volljuristen. Dieser sog. Runde Tisch wurde von Fr. Dr. Antje Vollmer von den Grünen ziemlich herrisch „Geleitet“. Diese Dame ging sogar so weit, dass Sie sogar das Kammergericht in Berlin damit drohte, dass wenn das Gericht nicht so entscheidet wie Sie es für Nötig erachtete, das Sie diesen sog. Runden Tisch platzen lassen wird. Dann sollten die betroffenen einen Vorschlag machen, der auch gemacht wurde. Unser Vorschlag war: entweder einmalig 56 000 € oder eine Monatliche Anrechnungsfreie Opferrente von 300 €. In Hinblick darauf das viele die damals in Heim waren, keine richtige Schule besuchen durften und nur wenige sogar eine Vernünftige Ausbildung machen konnten, ist diese Forderung von 300 € Opferrente eigentlich mehr als nur recht. Denn in Moment ist es so beim Fond West, das Menschen die 1975 noch nicht 14 Jahre alt waren, Ihre Kinderarbeit nicht mit Rentenersatzleistungen beglichen werden, damit diese eine kleine Chancen ein paar Jahren dann etwas besser da stehen. Aber die Mehrheit wird auch im Alter nur Grundsicherungsempfänger sein. Denn durch die fehlende Ausbildung, hatten diese Menschen nicht die Möglichkeit, sich entsprechend eine Externe Alterssicherung auf zu Bauen.)

[2] Der Parteitag möge entschließen diesen Randgruppen Ihre uneingeschränkte Solidarität, auch über Ihre schon Erreichten Sitze wie z.B. im Abgeordnetenhaus Berlin. Diese Abgeordnete werden mit diesen Antrag eingaben von diesen Gruppen zu Unterstützen. Denn in Berlin müssen wir über den Eingabeausschuss des Abgeordnetenhaus eine Entscheidung des Abgeordnetenhaus holen, es sieht zwar nach einen Regionalen Problem aus. Aber da die Piraten nächstes Jahr in den Bundestag einziehen, wie wir ja alle hoffen, brauchen wir von der Partei die Piraten, aber auch von den anderen Parteien, die entsprechende Unterstützung. Denn diese „Randgruppe“ braucht aus der Gesellschaft heraus entsprechende Unterstützung. Denn dieser Personenkreis hat zwar

gelernt, trotz Ihrer Verletzungen, zu Überleben. Viele brauchen Hilfe, aber nicht nur eine Therapie. Denn es wird Zeit das diese Menschen einen Lebensabend haben, wo sie auch entsprechend Leben können. Denn viele sind im Alter so fertig. So ein Tragischer Fall gab es gerade wieder, da war eine Dame die zu einer Anlauf- und Beratungsstelle gehen wollte, aber es leider nicht schaffte, sondern sie machte Selbstmord. Denn dieser Fall zeigt auch, dass es trotz wissenschaftlichen Expertisen, Menschen gibt die wirklich Probleme haben, sich weiter bevormunden zu lassen. Denn das werden die Menschen die zu einer dieser Anlauf- und Beratungs-stellen werden weiter bevormundet, wie die sog. Hilfe nur sein darf, was bewilligt wird von Fond. Auch sind die Beträge die zur sog. Entschädigungen vorgesehen sind (im Westen 120Millionen, im Osten nur lausige 40 Millionen. Denn diese Summe ist durch die Flut der Anträge schon aufgebraucht. Für unsere weiteren Schritte brauchen wir in den Parlamenten die Hilfe der entsprechenden Parteien.

Begründung

[3] Da die ehemaligen Heimkinder, nach wie vor von den Offieziellen (besonders die Kirchen und auch der Staat) Veräppelt werden. Das dieser sog. “Fond“ nur eine Mogelpackung ist. Am Runden Tisch heim, haben die betroffenen was anderes gefordert, als das was jetzt da ist. Aßerdem wird die Bundesrepublick gerade von ehemaligen Heimkinder vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verklagt. Da ist Deutschland schon “Stammkunde“ laut einer Seite die in der Schweiz geführt wird. Da wir damals auch Zwangsarbeit leisten mussten in diesen Heimen. Zwar sollen jetzt die entsprechende Beiträge bezahlt werden, aber nur für Menschen die 1975 14 Jahre alt waren, aber die noch nicht 14 Jahren gehen bisher leer aus. So wie der Fond jetzt steht. Auch ist bisher nicht geklärt wie die Kinder von damals, sie sexuell Missbraucht wurden als Kinder, Abgegolten werden. Der Runde Tisch gegen Sexuellen Missbrauch stellte dieses auch entsprechend fest.

PA578 - Keine Mandatsträgerabgaben

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter (Karl-Heinz Withus)

Zusammenfassung

Verbot der verdeckten Parteienfinanzierung durch Mandatsträgerabgaben

Antragstext

[1] Die Piratenpartei wendet sich gegen die verbreitete Praxis, dass Abgeordnete durch ihre Parteien faktisch gezwungen werden, einen Teil der Diäten an die Partei abzuführen. Die Diäten sollen verantwortungsvolle, transparente und unabhängige Arbeit der Abgeordneten sicher stellen und nicht verdeckt der Finanzierung von Parteien dienen. Verfassungsexperten kritisieren bereits seit Jahren diese verdeckte Parteienfinanzierung. Ohne diese Zwangsabgaben an die Parteien könnten die Diäten der Abgeordneten vermutlich entsprechend reduziert werden.

[2] Die PIRATEN fordern daher ein vollständiges Verbot dieser sogenannten Mandatsträgerabgaben durch Abgeordnete und ein Verbot von Zuwendungen an die Partei durch hauptamtliche Mandatsträger, die die Summe von 1500 € im Jahr überschreitet. Abgeordnete sollen ausschließlich den Wählern verantwortlich sein.

Begründung

[3] Es handelt sich um eine leichte Abwandlung des Antrags von Phil. Neben leichten Veränderungen im Wortlaut habe ich die Forderung nach einer Kürzung der Diäten rausgelassen. Es ist sicherlich zulässig, auch die absolute Höhe der Diäten zu diskutieren. Dies sollte aber m.E. in einem gesonderten Antrag erfolgen. Eine Vermischung der beiden Thematiken könnte die Unterstützung des Programmpunktes durch andere erschweren. Das Thema “Mandatsträgerabgaben“ ist m.E. dafür zu wichtig. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Zahlungen bereits kritisiert, auch die Diätenkommission sieht diese Zahlungen kritisch. Die etablierten Parteien haben daher gezielt das Parteiengesetz geändert und Mandatsträgerabgaben als zulässig aufgenommen.

[4] Wenn wir Transparenz ernst nehmen wollen und uns auch nach Einzug in Parlamente als Sprecher kleiner Parteien für Chancengleichheit einsetzen, dann. müssen wir diese faktische Parteienfinanzierung durch die Hintertür, von der nur in die Parlamente gewählte Parteien profitieren und die dann noch durch die Spendenzuschüsse getopt werden anprangern. Die Parteien nutzen hier die Diäten als Selbstbedienungsladen! Lasst und ehrlich bleiben und den Wählern zeigen, dass wir uns nicht korrumpieren lassen.

PA579 - Unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung von Polizeifehlverhalten

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bastian Blankenburg, Dimitri @galaxy07, Fabio Reinhard

Zusammenfassung

Die Piraten wollen auf Landesebene und Bundesebene von der Innenbehörde und der Justiz unabhängige Beschwerdestellen einrichten, welche Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten aufnehmen und untersuchen.

Antragstext

[1] Die Piraten wollen auf Landesebene (für Landespolizeien) und Bundesebene (für die Bundespolizei) von der Innenbehörde und der Justiz unabhängige Beschwerdestellen einrichten, welche Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten aufnehmen und untersuchen. Die Leiter der Beschwerdestellen sind vom jeweiligen Landtag bzw. Bundestag zu wählen. Sie nehmen polizeiexterne und -interne Beschwerden entgegen. Beschwerden können sowohl namentlich als auch anonym eingereicht werden. Die Beschwerdestellen sind mit hinreichenden Befugnissen wie z.B Akteneinsicht ausgestattet, arbeiten gemäß eines öffentlich einsehbaren Verfahrens und veröffentlichen die Untersuchungergebnisse in jedem einzelnen Fall, ggf. anonymisiert. Jährlich ist außerdem ein Gesamtbericht an den jeweiligen Landtag bzw. Bundestag zu erstatten. Alle Veröffentlichungen sollen auch im Web zugänglich sein. Die Beschwerdestellen rekrutieren ihre Mitarbeiter durch öffentliche Ausschreibungen, deren Auswahlkriterien ebenfalls veröffentlich werden. Aktive oder ehemalige Polizeibeamte können nur eingestellt werden, wenn ihre weitere Beförderung in der Polizei ausgeschlossen ist. In jeder Untergliederung dürfen sie höchstens eine Minderheit darstellen.

Begründung

[2] Momentan gibt es zwar in verschiedenen Bundesländern Beschwerdestellen für polizeiliches Fehlverhalten, aber diese sind ausnahmslos innerhalb der Polizei angesiedelt und damit nicht unabhängig. Als Folge werden laut aktuellen Statistiken weniger als 1% eingehender Beschwerden verfolgt.

[3] Deutschland hat sich jedoch in verschiedenen Abkommen dazu verpflichtet, unabhängige Beschwerdestellen einzurichten. Dies wird auch von vielen Menschenrechtsorganisationen gefordert. Beispiele sind:

[4] Antifolterkonvention UN Anti-Rassismus-Konvention (ICERD) Empfehlung der ECRI Empfehlung von Amnesty International

[5] Andere Länder sind hier weiter und haben auch gute Erfahrungen gemacht: UK (Independent Police Complaints Commission) Portugal (Inspeccao-Geral da Administracao Interna), Frankreich (Commision nationale de déontologie de la sécurité) Irland

[6] Im Unterschied zu PA457 Modul 2 siedelt dieser Antrag die Beschwerdestellen beim jeweiligen Parlament an, nicht bei der Staatsanwaltschaft. Wir folgen hierbei den Empfehlungen von Prof. Hartmut Aden, Leiter des Fachbereichs Polizei und Sicherheitsmanagement an der HWR Berlin und Polizistenausbilder, sowie Yonas

Endrias, Mitglied im Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen. Demnach würde die Ansiedulung bei der Staatsanwaltschaft die strafrechtlichen Aspekte überbetonen.

[7] Ein weiterer Unterschied zu PA457 Modul 2 ist, dass wir eine Zusammensetzung von Taskforces aus Polizisten jeweils anderer Polizeien ablehnen, da ein hier problematischer "Corps-Geist" sicher auch zwischen verschiedenen Polizeien besteht.

PA580 - Leitlinien zur Abschaffung des Kammerzwangs und umfassenden Reform des Kammerwesens in Deutschland

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Oliver Scharfenberg

Zusammenfassung

Ein Programm zur Reform des Kammerwesens in Deutschland - Für moderne und demokratische Kammern ohne Zwang

Antragstext

[1] Antrag an den Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland: Der Bundesparteitag möge beschließen, den unten folgenden Antragstext als Grundsatzprogramm zu beschließen.

[2] Leitlinien zur Abschaffung des Kammerzwangs und umfassenden Reform des Kammerwesens in Deutschland Die Piraten sprechen sich für eine Abschaffung der Kammerpflicht in den Industrie- und Handelskammern (IHKs) und Handwerkskammern (HWKs) aus. Um die Kammern auf die Abschaffung des Kammerzwangs vorzubereiten ist zunächst eine umfassende Modernisierung des Kammerwesens in Deutschland anzustreben.

[3] Immer mehr Länder in Europa entscheiden sich für eine Abschaffung des Kammerzwangs. Zuletzt ging Spanien diesen Weg. Organisationen wie z.B. der Internationale Währungsfonds (IWF) empfehlen zudem eine Abschaffung des Kammerzwangs in Deutschland.

[4] Mehrere Millionen Gewerbetreibende und Unternehmen sind Pflichtmitglieder in einer Industrie- und Handelskammer (IHK) oder Handwerkskammer (HWK) in Deutschland. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen kritisieren, dass sie gezwungen sind, eine Kammer zu finanzieren, die nicht oder kaum in ihrem Interesse handelt und deren Nutzen sie nicht erkennen können.

[5] Auf einigen Gebieten treten die IHKs und HWKs in Konkurrenz zu den eigenen Mitgliedern. Diese Mitglieder müssen dann ihren Wettbewerber nämlich die IHK, finanzieren. Dabei belasten die IHK Beiträge in Relation zum jeweiligen Gewerbeertrag – Kleinst- und Kleinbetriebe ungleich stärker als Großkonzerne. Den Kammern ist jeglicher Wettbewerb mit den eigenen Mitgliedern zu untersagen. Das Beitragssystem ist bis zur Abschaffung des Kammerzwangs zu reformieren, damit Klein- und Kleinstunternehmer (unabhängig von deren Rechtsform) stärker entlastet werden.

[6] In den Präsidien der Kammern befinden sich vorwiegend Großunternehmen und die Kammern orientieren sich sehr stark am Bedarf von Großunternehmen. Entgegen z.B. dem IHK-Gesetz, das eine „abwägende und ausgleichende“ Vertretung von Gesamtinteressen der Kammermitglieder verlangt, werden von den Kammern häufig einseitige Interessen vertreten. Hier muss eine stärkere Einbeziehung der Zwangsmitglieder durch Instrumente mit Liquid Feedback erfolgen.

[7] Die Kernaufgabe § 1 IHKG zur Wahrung des Leitbildes des ehrbaren Kaufmanns wird gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen. Die Kammern verweigern zudem eine Offenlegung ihrer Geschäftszahlen inkl. der Gehälter ihrer Führungskräfte. In anderen Körperschaften öffentlichen Rechts ist die Veröffentlichung heute Alltag. Die IHKs und Handwerkskammern sollen in Zukunft detailliert und transparent ihre Einnahmen,

Ausgaben, Beteiligungen, usw. veröffentlichen es soll zudem eine neutrale Prüfung durch den Rechnungshof stattfinden. Eine IHK interne Prüfung ohne umfassende Kontrolle durch die IHK Vollversammlungen und den Rechnungshof lehnen die Piraten ab.

[8] Die Kammern sollen zu umfassender und strikter politischer Neutralität verpflichtet werden, da jede Stellungnahme zu politischen Themen die Interessen bestimmter Kammermitglieder verletzen kann. Diese haben bis zur Abschaffung des Kammerzwangs nach der bisherigen Regelung keine Austrittsmöglichkeit.

[9] Bei den Kammern soll eine qualifizierte Mitbestimmung eingeführt werden. Die Kammer sollen in regelmäßigen Befragungen die Interessen der Mitglieder erheben. Auch eine Art von Liquid Feedback soll die Beteiligung aller Kammermitglieder ermöglichen.

[10] In den Handwerkskammer wird auf Wahlen zur Vollversammlung in der Regel verzichtet. Stattdessen wird eine so genannte Friedenswahl durchgeführt. Unternehmen müssen eine Chance der Mitbestimmung in Ihrer Kammer haben. Die Festsetzung einer Liste von Dritten entspricht nicht demokratischen Grundsätzen. Die Piraten lehnen deshalb undemokratische Friedenswahlen ab und fordern die Durchführung von regulären Wahlen zu den Vollversammlungen auch in den Handwerkskammern.

[11] Die Piraten sprechen sich zudem für eine Fusion von IHKs und HWKs zu einer gemeinsamen Wirtschaftskammer aus. Durch eine Fusion werden Doppelmitgliedschaften vermieden und Synergieeffekte genutzt.

[12] Im Zuge der Modernisierung des Kammerwesens sollen die Kammer sich auf Ihren gesetzlichen Auftrag beschränken und Ihre Leistungen an die Wünsche der Mitglieder anpassen. Nur so können Kammern auch langfristig ohne Kammerzwang bestehen und den Bereich Berufsausbildung auch zukünftig betreuen.

Begründung

[13] Die Wahlbeteiligung bei Kammerwahlen liegt auf sehr niedrigem Niveau. In Berlin lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2012 bei ca. 4,5%. Ein Großteil der Unternehmer nimmt nicht an der Wahl teil oder kann nicht teilnehmen weil die IHK den Unternehmern keine Unterlagen schicken kann. Der Protest in der Unternehmerschaft wird immer lauter. Hier soll ein Weg aus der Zwangsmitgliedschaft aufgezeigt werden.

[14] Kurz gesagt, die Mitglieder befragen, die Leistungen anpassen und teilweise abbauen dann den Kammerzwang aufheben.

[15] Zur Information noch die folgende Info, alle Unternehmer sind zur Zeit Zwangsmitglied ohne eine Möglichkeit des Austritts.

PA581 - Recht auf Heimbetrieb von Internetdiensten

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Nutzungsbedingungseinschränkungen, welche Netzteilnehmern untersagen, ihren Internetanschluss für Serverdienste zu verwenden, sind unzulässig.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, einen Wahlprogrammpunkt "Digitale Bürgerrechte" einzufügen oder, falls vorhanden, an einen bestehenden Wahlprogrammpunkt "Internet und Netzpolitik" folgenden Absatz einzufügen:

[2] X. **Recht auf Heimbetrieb von Internetdiensten**

[3] Das Internet wurde mit der Eigenschaft erschaffen, dass jeder Teilnehmer eigene Dienste anbieten könne. Nutzungsbedingungseinschränkungen, welche Netzteilnehmern untersagen, ihren Internetanschluss für Serverdienste zu verwenden, sind unzulässig.

Begründung

[4] Das Grundrecht auf äquipotente Nutzung des Internets aller Teilnehmer muss über dem Geschäftsinteresse von Internet-Anbietern liegen, Serverdienste gesondert verkaufen zu können.

PA582 - Zeitreisen

Wahlprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Bliedung , Anatol Stefanowitsch

Zusammenfassung

Wir sehen Zeitreisen nicht als unrealistisches Hirngespinst oder Gedankenexperiment

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Antrag beschließen und an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei spricht sich für eine intensive Erforschung von Zeitreisen aus, mit dem Ziel, diese noch in diesem Jahrzehnt Realität werden zu lassen.

Begründung

[3] Die Piratenpartei will damit nicht nur Menschen helfen, deren innere Lebenszeit nicht der aktuellen chrononormativen „Wirklichkeit“ entspricht.

[4] Ihr Anliegen ist es auch, das Amt eines Beauftragten für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien zu schaffen, der, mit einer Zeitmaschine ausgestattet, in die Vergangenheit reisen kann, um dort die Anlässe für Shitstürme zu verhindern, bevor diese überhaupt entstehen, und positive Berichterstattung anzustoßen, wo möglich.

[5] Der Beauftrage für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien beobachtet die sozialen Netzwerke und handelt nach eigenem Ermessen; es ist aber davon auszugehen, dass mindestens die folgenden Zeitreisen unmittelbar in Angriff genommen werden:

[6] 1. Eine Reise zum 22. April 2012, um den Berliner Abgeordenten Martin Delius vor Vergleichen des Wachstums der Piratenpartei mit dem Wachstum der NSDAP zu warnen.

[7] 2. Eine Reise zum 6. Mai 2012, um im Gasometer in Berlin ein Paar Socken an den damaligen politischen Geschäftsführer der Piraten, Johannes Ponader, zu übergeben.

[8] 3. Eine Reise zum 17. September 2012, um die Verlagsgruppe Random House durch Einsatz einer Urheberechtspositionsmanipulationspistole (siehe Antrag PA849) dazu zu bringen, auf das Verschicken einer Take-Down-Notice laut DMCA bezüglich einer illegal zum Download angebotenen Kopie des Buches „Klick-Mich“ von Julia Schramm zu verzichten.

[9] 4. Eine Reise in die 42. Kalenderwoche des Jahres 2012, um Markus Barenhoff davon zu überzeugen, eine größere Menge Marihuana in seiner Wohnung bereit zu halten (die zwei Gramm, die tatsächlich gefunden wurden, sorgten für ein sehr positives Echo, und es ist davon auzugehen, dass sich dies bei einem Fund von ein- bis zwei Kilo zu einem wahren Begeisterungstaumel ausbauen ließe).

[10] Sollte sich der Plan einer Zeitmaschine und eines Beauftragen für die Korrektur unerwünschter Zeitlinien nicht umsetzen lassen, möge die BPT beschließen, endlich die Beschäftigung der Piratenpartei mit sich selbst zu beenden und sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die vor ihr liegt: Das Gewinnen der Bundestagswahl (das seinerseits notwendig für die Umsetzung des Plans zum Bau einer Zeitmaschine ist).

PA583 - Recht auf angemessenen Wohnraum als Grundrecht

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Anhalter

Zusammenfassung

Wir unterstützen Forderungen das Anrecht auf angemessenen Wohnraum als Grundrecht in das GG aufzunehmen

Antragstext

[1] Wir unterstützen Bemühungen, das Recht auf angemessenen Wohnraum als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern. Wir sehen den Staat in der Pflicht die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen, um jeden Bürger einen angemessenen, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und Gemeinden auch über eigene Wohnungsbaumaßnahmen ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten schaffen. Wir unterstützen aber auch die wichtige Rolle privater Investoren bei der Schaffung von Wohnraum. Die Verdrängung von Mietern durch spekulative Investoren sehen aber wir als Verstoß gegen die Art. 14 GG festgelegte Allgemeinwohlverpflichtung von Eigentum

Begründung

[2] Der Anteil des verfügbaren Einkommens, der für Wohnraum aufgewendet werden muss, steigt relativ und absolut weiter an.

[3] Wohnen ist ein Grundrecht und muss der Spekulation entzogen werden.

PA584 - ZURÜCKGEZOGEN - Bekenntnis zur allgemeinen Schulpflicht

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Seymour

Zusammenfassung

Bekenntnis zur allgemeinen Schulpflicht mit der Selbstverpflichtung der Partei, Schule in ganz Deutschland menschlich und hochwertig zu gestalten

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] "Die Piratenpartei Deutschland bekennt sich zur allgemeinen Schulpflicht.

[3] Aus diesem Bekenntnis erwächst für uns zugleich die Verpflichtung, Schule in Deutschland so menschlich und qualitativ hochwertig zu gestalten, dass kein Schüler in Deutschland mehr die Veranlassung sieht, sich der Schule auf Dauer durch Flucht zu entziehen."

Begründung

[4] Schule ist wesentlich mehr als ein Ort der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten - sie ist ein Ort der Sozialisation. Wer die Schulpflicht aufweicht, leistet stets auch jenen Vorschub, die ihre Kinder, beispielsweise aus ideologischen oder religiös begründeten Motiven, von der Gesamtgesellschaft isolieren wollen.

[5] Demgegenüber stellt die Teilnahme am Schulunterricht sicher, dass Kinder und Jugendliche die Grundlagen einer gleichberechtigten, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft kennenlernen. In Form von Mitschülern, Lehrern und sonstigen Betreuern können die Kinder und Jugendlichen Ansprechpartner für Fragestellungen und Probleme finden, die durch die Lebensentwürfe der Eltern oder dem sozialen Umfeld abgelehnt oder tabuisiert würden.

Bislang vorgestellte Gegenmodelle führen zu Redundanz

[6] Initiativen zur Abschaffung der Schulpflicht wie etwa https://lqpp.de/be/initiative/show/2081.html aus dem Berliner Liquid skizzieren letzten Endes nicht die Abschaffung der Schulpflicht, sondern die Einführung eines zusätzlichen, parallelen Schulsystems. Weiterhin göbe es die Pflicht, entweder das eine oder das andere zu besuchen. Es ist nicht einzusehen, warum man die für dieses Parallel-System dort geforderten Qualitätskriterien nicht gleich für sämtliche existierenden deutschen Schulsysteme fordern sollte:

[7] "

dass den Lernenden entwicklungsgemäße und vielfältige Lernangebote zur Verfügung stehen,

- dass Zugang zu Informationen und Wissen nicht behindert wird
- dass Lernende in allen Sozialformen lernen können,

- dass ausreichend Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stehen,
- dass die Lernenden ausreichend Erholungsphasen und Freizeit haben,
- dass das Kindeswohl nicht gefährdet wird.“

[8] Das sollten wir von *allen* Schulen (nicht nur) in Deutschland verlangen!

[9] Sogar inhaltlich orientieren sich die Berliner in dieser Initiative am allgemeinen Schulsystem und fordern, dass die Möglichkeit der Rückkehr gewährleistet sein soll. Zugleich werden die Vorzüge der existierenden öffentlichen Schulsysteme ausdrücklich gelobt.

[10] Die skizzierte Bildungspflicht würde die Schüler de facto weiterhin zur Teilnahme an dem einen oder dem anderen System zwingen. Staatlich vorgegebene Curricula, Bildungs- und Erziehungsziele würden auch bei einer Bildungs- statt Schulpflicht weiter gelten. Ihre Umsetzung müsste um so intensiver kontrolliert werden, je weniger öffentlich die Bildung abläuft, beispielsweise durch Hausbesuche und Kontrollen. Hier droht ein (weiteres) bürokratisches Monstrum zur Überwachung entwickelt zu werden. Das würde zudem Ressourcen binden, die dann nicht mehr für Bildungsinvestitionen verfügbar wären.

[11] Es ist nicht einzusehen, welcher Vorteil daraus letztlich erwachsen soll gegenüber einem politischen Bildungskonzept, das mit vereinten Kräften eine umfassende Reform und sachlich angemessene, humane Ausgestaltung der *existierenden* Schulsysteme anstrebt.

Gegenmodelle ohne “Qualitätssicherung“ schaffen mehr Probleme, als sie lösen

[12] (c) CaeVye

- Bei einer Bildungspflicht statt Schulpflicht gibt es kein schlüssiges Konzept, wie jedes dann durch sein Umfeld benachteiligte Kind garantierten und unbehinderten Zugang zu Ansprechpartnern außerhalb der “Eltern-Bubble“ hat. Schon bei Schulpflicht ist es für Kinder oft schwer, Kontakt “nach außen“ aufzunehmen - mit Bildungspflicht wird es für viele unmöglich.
- Bildungspflicht sichert den Eltern de facto die völlige Verfügungsgewalt über ihre Kinder. 100% Freiheit für die Eltern - 0% Selbstbestimmung der betroffenen Jugendlichen. Hiervon wären gemäß UN-Konvention nicht nur Kinder betroffen, sondern auch Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr.
- Wir setzen uns für die Freiheit des Individuums ein. In einer neu definierten flexiblen öffentlichen Schulumgebung wäre dies eher umsetzbar als in einer von den Eltern und deren Peer-Group kontrollierten Informations- und Kulturbubble. (Es müssen auch nicht immer die üblichen Extrembeispiele genannt werden. Es genügt, dass das Kind sich anders entwickelt als von den Eltern vorgesehen.)
- Um über den eigenen Bildungsweg entscheiden zu können, müssen Jugendliche die nötigen Informationen haben, wie sie auch elternunabhängig gefördert werden können. Dazu muss es aber möglich sein, die Jugendlichen überhaupt zu erreichen und die Informationen neutral/positiv besetzt weiterzugeben.
- Jedes in sich geschlossene Bildungs- und Erziehungssystem ist anfällig für Missbrauch (Beispiel Odenwaldschule). Das Ziel muss im Interesse aller Beteiligten sein, Bildung und Erziehung öffentlicher, und damit auch vielfältiger zu machen - nicht privater.
- Die Schulpflicht wird oft mit dem Zwang zur Ganztagsbeschulung gleich gesetzt. Hier ließe sich jedoch mit einer Erleichterung alternativer Schulmodelle ansetzen, die nicht notwendigerweise eine tägliche oder ganztägige physische Anwesenheit der Schüler erfordern.
- Gegner der Schulpflicht führen vielfach an, das staatliche Schulsystem müsse einer Konkurrenzsituation ausgesetzt werden, um seine Weiterentwicklung in eine menschlichere Richtung und hin zu mehr Qualität zu forcieren. Auch dieses Ziel lässt sich jedoch bereits durch solche alternative Schulmodelle erreichen, ohne dass eine zusätzliche Kontrollbehörde zur Qualitätssicherung aufgebaut werden müsste.

PA585 - Wissenschaft und Forschung

Grundsatzprogramm - Wissenschaft

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Boris Turovskiy / Landesverband Bayern

Zusammenfassung

Die Piratenpartei erkennt den hohen gesellschaftlichen Wert von Wissenschaft und deren Ideologiefreiheit an und stellt Kriterien für wissenschaftliches Arbeiten auf.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als gesonderten Programmpunkt unter dem Titel "Wissenschaft und Forschung" ins Grundsatzprogramm aufnehmen. Im Falle einer Ablehnung mögen die Module "Wissenschaft als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung", "Ethische Neutralität und Ideologiefreiheit der Wissenschaft", "Wissenschaftlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Forschung" und "Offener Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen" einzeln als Module abgestimmt werden. Auf Wunsch der Versammlung kann der Antrag auch als Positionspapier behandelt werden.*

[2] Wissenschaft als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung

[3] Wissenschaft ist ein wesentlicher Teil der Kultur und dient nicht nur als Grundpfeiler für technologische Entwicklung, sondern auch für die intellektuelle Entfaltung. Dazu leisten sowohl die erzielten Ergebnisse und deren Anwendungen als auch der Prozess des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns ihren Beitrag. Die Wertschätzung und Förderung der Wissenschaft sind daher eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht durch kurzsichtige wirtschaftliche Interessen gesteuert werden darf. Insbesondere die Grundlagenforschung, die keinen direkten praktischen oder monetären Nutzen anstrebt, muss gefördert werden.

[4] Ethische Neutralität und Ideologiefreiheit der Wissenschaft

[5] Wissenschaftliche Erkenntnisse an sich unterliegen keiner ethischen Bewertung, eine Beeinflussung der wissenschaftlichen Entwicklung insbesondere in Form von Einschränkungen und Verboten aus politischen, religiösen oder sonstigen ideologischen Gründen ist deshalb abzulehnen. Konkrete Verfahrensweisen sowie praktische Anwendungen neu gewonnener Erkenntnisse müssen hingegen auf deren Vereinbarkeit mit ethischen und gesellschaftlichen Normen überprüft und bei Notwendigkeit eingeschränkt werden. Eine solche Überprüfung darf sich dabei nicht einseitig auf die möglichen Gefahren und Risiken fokussieren, sondern muss vorrangig den Nutzen sowohl für die Wissenschaft als auch für die Gesellschaft als Ganzes in Betracht ziehen.

[6] Wissenschaftlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Forschung

[7] Die hohe Wertschätzung der Wissenschaft macht es unabdingbar, dass an wissenschaftliche Vorgänge hohe Anforderungen von Transparenz und Nachvollziehbarkeit gestellt werden. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen stets in einer Form veröffentlicht werden, die eine unabhängige Überprüfung der dargelegten Ergebnisse und Schlussfolgerungen ermöglicht. Ebenso ist die Finanzierung von Forschungsprojekten und -einrichtungen transparent zu dokumentieren, um potentielle Interessenskonflikte und Einflussnahmen erkennen zu können. Insbesondere bei der Verwendung wissenschaftlicher Studien als Grundlage für politische Entscheidungen muss rigoros auf die Einhaltung entsprechender Transparenzforderungen geachtet werden. Einrichtungen und Forschungsbereiche, welche den Kriterien der Nachvollziehbarkeit und wissenschaftlicher Überprüfbarkeit

nicht genügen, sollen vom Staat weder direkt bezuschusst noch indirekt (beispielweise durch Zulassung und Anerkennung entsprechender Bildungswege) gefördert werden.

[8] Offener Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen

[9] Wissenschaftliche Entwicklung kann nur durch den stetigen Austausch von Erkenntnissen gesichert und zum Wohle der Menschen verwendet werden. Rechtliche Schranken, die der Verhinderung von freiem Wissensaustausch insbesondere zum Zwecke der Überprüfung, der weitergehenden Forschung und der Bildung dienen, sind zu vermeiden. Aus öffentlicher Hand (teil-)finanzierte wissenschaftliche Informationen und Forschungsergebnisse sollen auch der Öffentlichkeit zugute kommen und damit für alle Bürger einfach und frei zugänglich sein.

Begründung

[10] Der Antrag besteht aus vier Teilen, die unsere Wertschätzung der Wissenschaft zum Ausdruck bringen und gleichzeitig grundlegende Anforderungen an wissenschaftliche Arbeit stellen.

[11] Modul 1, "Wissenschaft als Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung", erkennt die Bedeutung der wissenschaftlichen Entwicklung für die Gesellschaft dar und enthält die Forderung, nach einer staatlichen Unterstützung für Forschungsprojekte, insbesondere für Grundlagenforschung, die sich für gewinnorientierte Unternehmen nicht rechnet. Zusammen mit Modul 4, "Offener Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen", wird unsere bereits an anderen Stellen im Programm festgelegte Forderung nach freier Verbreitung und Weiterentwicklung von Wissen auf den wissenschaftlichen Bereich ausgeweitet.

[12] Modul 2, Ethische Neutralität und Ideologiefreiheit der Wissenschaft, stellt fest, dass wissenschaftliche Erkenntnisse an sich nicht "gut" oder "böse" sein können und dass keine Einschränkung von wissenschaftlichen Untersuchungen aus ethischen, religiösen oder ideologischen Gründen zulässig ist. Ein Beispiel für solche Einschränkungen sind religiös motivierte Versuche, Experimente in der Gentechnik einzuschränken. Eine Partei, die sich für freie Forschung und freies Wissen einsetzt, darf solche Versuche nicht gutheißen. Selbstverständlich gilt dies nicht für konkrete Methoden, so können Menschenversuche oder Experimente, die eine ernsthafte Gefahr für die Umwelt darstellen, gesetzlich beschränkt werden. Auch hier gilt allerdings die Regel, dass stets eine Abwägung stattfinden muss und nicht den Panikmachern nach dem Mund geredet werden darf (man denke an die Weltuntergangsszenarien, die im Vorfeld der LHC-Inbetriebnahme im INternet herumschwirrten und einen Stopp der Arbeiten an dem Teilchenbeschleuniger forderten).

[13] Schließlich werden in Modul 3, "Wissenschaftlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Forschung", die Anforderungen aufgeführt, die die Gesellschaft als Gegenleistung für die Wertschätzung und das Vertrauen an wissenschaftliche Tätigkeit stellt. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Forderung nach Transparenz, die wir bereits in vielen anderen Politikfeldern aufgestellt haben. Für die Wissenschaft sollen zwei Transparenzstandards gelten: zum einen die interne Transparenz, also die Pflicht, Experimente sauber und lückenlos zu dokumentieren und zum Zweck der Überprüfbarkeit zur Verfügung zu stellen; gleichzeitig wird auch die finanzielle Transparenz erwartet, um Verflechtungen von Forschungseinrichtungen und der Industrie aufzudecken (besonders wenn die wissenschaftlichen Gutachten von der Politik zur Entscheidungsfindung herangezogen werden muss klar sein, welche Interessen am Werk sind, wenn z.B. ein von einem Pharmaunternehmen, einem Musiklabel oder einem Ölmulti finanziertes Institut seine "Empfehlungen" abgibt). Zudem wird das Kriterium der Wissenschaftlichkeit aufgestellt, das sich in erster Linie gegen Pseudo- und Parawissenschaften, Esoterik, Astrologie und sonstigem Aberglauben wendet. Genügt eine Einrichtung den Transparenz- und Überprüfbarkeitskriterien nicht (und dass ist bei esoterischen Disziplinen fast immer der Fall), darf sie keinerlei Unterstützung und Anerkennung erhalten - das bedeutet z.B. keine staatliche Förderung weiterer "Forschung" auf diesem Gebiet, keine Zulassung von Astrologie- oder Homöopathie-Studiengängen, und so weiter.

[14] Der Antrag in seiner Gesamtheit positioniert die Piratenpartei als eine technik- und fortschrittsfreundliche Partei, die für freies Wissen und wissenschaftliche Entwicklung eintritt.

[15] Der Antrag wurde beim Landesparteitag 2012.1 der Piratenpartei Bayern in Straubing als Positionspapier angenommen. Entsprechend dem Programmentwicklungskonzept wird der Antrag im Namen der

Piratenpartei Bayern eingereicht.

[16] Diskussion: http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:TurBor/Antr%C3%A4ge/Wissenschaft

PA586 - Besonderer Schutz für Server, welche Privatdaten führen

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Servermaschinen und virtuelle Server, welche private Kommunikationen zwischen Personen regeln und mitunter speichern, sollen rechtlich als befriedetes Besitztums aller Betroffenen betrachtet werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, einen Wahlprogrammpunkt “Digitale Bürgerrechte“ einzufügen oder, falls vorhanden, an einen bestehenden Wahlprogrammpunkt “Internet und Netzpolitik“ folgenden Absatz einzufügen:

[2] X. **Besonderer Schutz für Server, welche Privatdaten führen**

[3] Da gemäß der derzeitigen Architektur des Internets private Kommunikation in der Regel durch Server geleitet wird und dort im Klartext einsehbar ist, sind diese Maschinen als erweiterter Lebensbereich aller involvierten Personen zu betrachten, sowohl jener, die dort Dienste direkt benutzen als jene, die Empfänger oder Absender privater Nachrichten sind und somit indirekte Benutzer darstellen. Piraten fordern, dass Servermaschinen und virtuelle Server, welche private Kommunikationen zwischen Personen regeln und mitunter speichern, rechtlich als befriedetes Besitztum aller Betroffenen betrachtet werden sollen. Dies bedeutet, dass jeglicher Eingriff einem Hausfriedensbruch entspricht, dass der Zugriff einer Hausdurchsuchung entspricht und eine dauerhafte Penetration der Überwachung von Privaträumlichkeiten gleichgestellt wird.

Begründung

[4] Dienste im Internet bedürfen einer festen Adresse, einer dauerhaften Erreichbarkeit und oft guter Netzanbindung. All dies wird in der gegenwärtigen Architektur des Internets privaten Haushalten nicht ermöglicht. Man könnte zwar versuchen Dienste als P2P-Anwendungen neu zu erfinden, oder das Recht auf Heimbetrieb von Servern fordern, das würde aber den Status Quo nicht in Betracht ziehen, dass Server derzeit in Rechenzentren stehen und Dank der Virtualisierung auch noch erheblich leichter zu überwachen sind. Diese Regelung gilt sowohl für privat als gewerblich betriebene Serversysteme. Sie kann eine wirtschaftsstärkende Position für den Standort Deutschland darstellen, da Server grundsätzlich diesen Schutz erfahren sollen, wenn Menschen darüber Privatkommunikationen austauschen, auch wenn keine Bundesbürger involviert sind.

PA587 - Schritte zum bedingungslosen Grundeinkommen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Robert Ulmer

Zusammenfassung

Schritte zum bedingungslosen Grundeinkommen, die bei den am schlechtesten gestellten Personengruppen bereits kurzfristig zu spürbaren Einkommensverbesserungen führen.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm am Ende des Absatzes „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (Modul 1) und nach „Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV“ (Module 2 bis 7) einfügen:*

[2] **Modul 1: Der Weg zum allgemeinen Grundeinkommen führt über gruppenspezifische Grundeinkommen.**

[3] Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in einem großen Schritt ist nicht sinnvoll. Besser ist die kurzfristige Umsetzung von Reformschritten, die in die Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle führen. Wichtig ist, dass diese Schritte die Einkommenssituation der am schlechtesten gestellten Personengruppen verbessern. Mit diesen Schritten lassen sich bereits heute Erfahrungen mit dem gesellschaftlichen Wandel und den ökonomischen Folgen, die ein zukünftiges BGE bringen würde, machen. Ebenso wächst die Klarheit über Finanzierungserfordernisse und Finanzierungsmöglichkeiten.

[4] Während die Enquetekommission die Wege der langfristigen Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens ermittelt, können kurzfristig bereits einige Schritte umgesetzt werden.

[5] **Modul 2: Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV (§§ 31, 32 SGB II, § 39 a SGB XII)**

[6] *Die Abschaffung der Sanktionen im SGB II und SGB XII wurden 2011 in Offenbach bereits beschlossen. Folgender Text soll angefügt werden:*

[7] Sanktionen, die darin bestehen, das Existenzminimum zu kürzen, sind in jedem Fall unverhältnismäßig und haben in einem freiheitlichen Rechtsstaat nichts verloren. Die Sanktionsdrohung lähmt und belastet. Indem sie zahllose Menschen zu beruflichen Kompromissen zwingt, wirkt sie bis weit in die Mitte der Erwerbsgesellschaft hinein als Freiheitseinschränkung.

[8] **Modul 3: Verbesserung der Einkommenssituation der Einwanderer und Flüchtlinge**

[9] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Verbesserung der Situation der Einwanderer und Flüchtlinge ein. In einem reichen Land kann und muss die materielle Situation der am schlechtesten Gestellten, und dazu gehören viele Flüchtlinge und viele der Einwanderer, deutlich verbessert werden.

[10] Die Diskriminierung durch das Asylbewerberleistungsgesetz ist menschenunwürdig und muss abgeschafft werden.

[11] **Modul 4: Abschaffung der Kinderarmut**

[12] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, mit der Erhöhung des Kindergeldes die Kinderarmut abzuschaffen. Die Perspektive ist die Einführung eines Kindergrundeinkommens.

[13] Kinderarmut schließt Kinder einkommensschwacher Eltern von gesellschaftlicher Teilnahme, insbesondere von vielen Bildungsangeboten aus. Auf diese Weise wird die Benachteiligung durch Herkunft von Beginn an verfestigt. Gleiche Bildungschancen für alle können mit einem Kindergrundeinkommen viel wirkungsvoller realisiert werden als beispielsweise mit bürokratieintensiven "Bildungspaketen".

[14] Modul 5: Abschaffung der Altersarmut, Prävention zukünftiger Altersarmut durch die Weiterentwicklung der Grundsicherung

[15] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Abschaffung der Altersarmut und für die Prävention zukünftiger Altersarmut durch die Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Richtung auf ein Grundeinkommen für alte und erwerbsgeminderte Menschen ein.

[16] Atypische, unstete Erwerbsverläufe sowie die Rentenkürzungen der vergangenen Jahre führen dazu, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige über die Rentenversicherung eine armutsfeste Altersrente erreichen werden, Altersarmut wäre die Folge. Die Grundsicherung im Alter soll Altersarmut für alle verhindern. Um dies zu erreichen ist der Regelsatz zu erhöhen (vgl. Modul 6). Rentenzahlungen und Einkünfte aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge und sonstige Einkommen sollen nur noch teilweise bei der Grundsicherung angerechnet werden. Dadurch erhöht jeder eingezahlte Rentenbeitrag und jede erworbene Anwartschaft auf Leistungen der Privatvorsorge auch die tatsächlichen Alterseinkommen. Langfristig soll die Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundsicherung entfallen und diese dadurch zu einem Grundeinkommen weiterentwickelt werden.

[17] Modul 6: Erhöhung des Regelsatzes der Mindestsicherungen

[18] Bei den Mindestsicherungen, z.B. beim Arbeitslosengeld II, ist der Regelsatz zu erhöhen, um Armut nachhaltig abzuschaffen.

[19] Modul 7: Bedingungsloses Grundeinkommen global

[20] Das Grundeinkommen ist eine universalistische Forderung, die niemanden ausschließt. Die Perspektive ist die weltweite Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Mit einem Welternährungseinkommen ließe sich in kurzer Zeit weltweit der Hunger beenden. Die Piratenpartei Deutschland unterstützt weltweit Initiativen zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens und setzt sich für einen intensiven Erfahrungsaustausch über bisherige Pilotprojekte und zu ergreifende Zwischenschritte ein.

Begründung

[21] Es gibt im Wesentlichen zwei Wege zum bedingungslosen Grundeinkommen:

[22] 1. Ein Grundeinkommen für alle in nicht-existenzsichernder Höhe, ein partielles oder Sockelgrundeinkommen. Dieser Weg fasziniert viele BGE-Befürworter, denn er macht tatsächlich ernst mit einer Transferzahlung an alle. Vorstellbar ist eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und daraufhin eine allmähliche Erhöhung des Geldbetrages, bis eine existenzsichernde und Teilhabe ermöglichende Höhe erreicht ist.

[23] Aber dieser Weg hat zwei Nachteile. Erstens ist er nur auf den ersten Blick eine sehr einfache Lösung. Denn die Zahlung des Geldes ist abzustimmen mit einer Vielzahl von Regelungen über andere Mindestsicherungen. Hier nur ein Beispiel: Es muss im SGB II („Hartz IV“) festgelegt werden, inwiefern die Zahlung des partiellen Grundeinkommens mit dem Arbeitslosengeld II zu verrechnen ist. Auch wenn das partielle GE abzugsfrei zum Arbeitslosengeld II hinzukommt, was die sympathischste Lösung wäre, müsste das SGB II zu diesem Zweck geändert werden.

[24] Der zweite Nachteil ist, dass ein Grundeinkommen in nicht existenzsichernder Höhe das Ziel der Besserstellung der Schlechtestgestellten nicht konsequent genug verfolgt. Gerade die Ärmsten werden auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung im heutigen Stil angewiesen sein. Auch wenn es, anders als heute, keine Sanktionsdrohung mehr gäbe, ist trotzdem der Nachweis der eigenen Bedürftigkeit eine Hürde, an der bekanntlich gerade die Bedürftigsten, die schlecht Informierten, die im Umgang mit Behörden wenig Gewandten, am ehesten scheitern werden.

[25] 2. Aus diesen beiden Gründen plädiere ich für den Einführungspfad der Übergangsschritte. Entscheidend ist, dass die Schritte schon heute Probleme lösen, dass sie bei den am schlechtesten gestellten Personengruppen zu

spürbaren Verbesserungen führen. Die vier Kriterien des bedingungslosen Grundeinkommens dienen dabei als „Kompass“:

[26] - existenzsichernde und Teilhabe ermöglichende Höhe

[27] - individueller Rechtsanspruch

[28] - keine diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung

[29] - kein Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen.

PA588 - ZURÜCKGEZOGEN - Leerantrag zur Schulpflicht

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Seymour

Zusammenfassung

Keine Positionierung für oder gegen Schulpflicht

Antragstext

[1] Der Parteitag möge beschließen, dass die Piratenpartei sich bis auf Weiteres nicht zur Schulpflicht oder ihrer Abschaffung positioniert.

Begründung

[2] Die Schulpflicht mag innerhalb der Piratenpartei die Gemüter erhitzen - für die meisten Wähler ist diese Diskussion aber völlig irrelevant. Sie wünschen sich vielmehr endlich eine vernünftige Politik, die die bestehenden Schulsysteme verbessert.

[3] Wenn der Parteitag diesem Antrag zustimmt, können beide Seiten im kommenden Bundestagswahlkampf das Thema ausklammern und sich entscheidenderen Themen konstruktiv widmen.

PA589 - Freier Zugang zu Volltexten von Normen

Grundsatzprogramm - Transparenz LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Seuffert, Felix Furtmayr, Christian Steinle

Zusammenfassung

Die Piraten setzen sich für freie Normen ein und befürwortet eine staatliche Finanzierung des Normungsprozesses.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen:

[2] Normen sind etwas Allgemeingültiges und sollen jedem zugänglich sein. Es ist im Interesse des Verbrauchers und im Sinne des Transparenzgedankens hierbei keine finanziellen Hürden überwinden zu müssen. Die Finanzierung soll durch den Staat erfolgen; dies scheint in Anbetracht des Nutzens als gerechtfertigt.

Begründung

[3] Normen gewährleisten einen Standard, auf den man sich beziehen kann, ermöglichen Kompatibilität und steigern in hohem Maße Produktivität und Effizienz. Normen können vor Gericht Gesetzescharakter erlangen.

[4] Das Deutsche Institut für Normung beziffert den volkswirtschaftlichen Nutzen durch Normung auf 17 Milliarden Euro pro Jahr In Deutschland. Momentan werden DIN Normen über den Beuth Verlag vertrieben und hauptsächlich so finanziert. Deren Kauf stellt für kleinere Unternehmen oder gar Einzelpersonen eine große Hürde dar, was zu Intransparenz führt. Das DIN Budget beläuft sich auf 94 Millionen Euro (2010), wobei bereits 14 % aus öffentlicher Hand und 66 % vom Beuth Verlag stammen.

[5] Eine staatliche Finanzierung des DIN und ein freier Zugang zu Normen würden diese Intransparenz beseitigen und eine weitere volkswirtschaftliche Effizienzsteigerung bewirken, die möglicherweise bereits über den verursachten Kosten liegt. Auch heute muss letzlich der Endverbraucher für die Erstellung der Normen aufkommen; dies erfolgt dann über die Umlage der Normungskosten auf die jeweiligen Produkte der Unternehmen. Allerdings mit dem Unterschied, dass Nachvollziehbarkeit und Einsehbarkeit nicht für den Verbraucher gegeben ist. In der heutigen Situation profitieren vor allem große Unternehmen, für die die Kosten des Normenkaufs gering sind. Außerdem werden in Ländern mit weniger restriktiven Gesetzgebungen (China) Deutsche Normen ohne Rücksicht auf Urheberrecht des Beuth Verlages kopiert, was als Nachteil für die eigene Wirtschaft zu werten ist.

[6] Dieser Antrag bezieht sich nicht ausschließlich auf DIN Normen, allerdings sind diese für Deutschland von großer Bedeutung und eine freie Zurverfügungstellung internationaler Normen dürfte sich vorerst als schwieriger gestalten.

[7] weitere Infos

PA590 - Freie Bildungsmedien fördern

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roghetti

Zusammenfassung

Der Bund soll freie Lerninhalte (OER) finanziell fördern!

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Die Landschaft der Lerninhalte wird in Deutschland von einem Oligopol bestehend aus den drei großen Schulbuchverlagen Klett, Westermann und Cornelsen beherrscht. Das letzte große Projekt der Verlagslobby war der zumindest vorerst gescheiterte Schultrojaner. Ein weiterer Kritikpunkt an der bestehenden Situation ist, dass die Kontingente für Kopien aus Schulbüchern und Aufgabenheften sehr streng von Seiten der Schulbuchverlage reguliert sind. So dürfen nur bis zu 12 %, jedoch höchstens 20 Seiten kopiert werden. Auch dürfen Inhalte, die in Büchern und Arbeitsheften auftauchen, nicht ohne weiteres digital zugänglich gemacht werden. Dies wird als Medienbruch bezeichnet.

[3] Die Piraten wollen dieses Oligopol der Schulbuchverlage aufbrechen und zugleich eine neue, moderne und freie Kultur im Umgang mit Lerninhalten und Medien fördern. Um dies zu ermöglichen fordern die Piraten die Erstellung freier Inhalte aus staatlichen Mitteln. Als Lizenz soll hierbei die CC-BY-SA oder eine ähnliche, starke, virale Copyleft-Lizenz gewählt werden.

[4] Wir fordern den Bund dazu auf hierfür mindestens den gleichen Betrag in jedem Jahr auszugeben, den Eltern, Schulen und Länder zusammen im jeweiligen Vorjahr für Lerninhalte ausgegeben haben.

[5] Bei den so erstellten Inhalten treten verschiedene Effekte auf:

- Auf diese Inhalte gibt es keine Kopierkontingente mehr. Sie können beliebig verändert und verbreitet werden.
- Der Wettbewerbsdruck bei den Verlagen wächst. Erfolgreich werden nur diejenigen Verlage sein, welche diese Inhalte sehr günstig drucken können, oder frühzeitig einen echten Mehrwert bieten. Die abgeleiteten Inhalte stehen wieder allen zur Verfügung und es gelten hier die gleichen Bedingungen.
- Der Medienbruch fällt weg. Die Inhalte dürfen plattformunabhängig verwendet werden. Egal ob als Teil eines gedruckten Buchs, einer Website oder eines eBooks.
- Eine Kultur des Mitmachens und der ständigen Weiterentwicklung des Wissens entsteht. Lernende und Lehrende können zusammen die Inhalte weiterentwickeln. Diese Teilhabe kann ein stärkeres Interesse an Themen erzeugen und regt zum Mitarbeiten an. Außerdem wird die Zusammenarbeit untereinander gestärkt und gefördert.
- In der heutigen Zeit ist Medienkompetenz unerlässlich. Durch diese Form der Teilhabe wird auch diese ein Stück weit vermittelt und gestärkt. Die gleiche Form der Mediennutzung findet man bei verschiedenen Social-Media-Angeboten aber auch auf verschiedenen Mitmachplattformen wie der Wikipedia oder auch

auf YouTube. Dieses autonome und spielerische Erlernen kommt sowohl Lernenden als auch Lehrenden zugute.

Begründung

[6] Vorteile von Open Educational Resources:

- Wettbewerb der Verlage/Druckerzeugnishersteller auf Basis ähnlicher oder gleicher Inhalte ? Preis-/Finanzierungsvorteil für den Staat, mögliche Kostensenkung
- Bei entsprechender Lizenz gibt es keinen Medienbruch mehr
- (gleiche) Lerninhalte können in unterschiedlichen Formen genutzt werden, Papier/Buch, eBook, interaktive Inhalte, Filme, Bilder
- bei Nutzung einer viralen Lizenz entstehen so immer mehr Inhalte
- Kostenreduzierung durch mehr Wettbewerb!
- besserer Austausch
- Demokratisierung der Bildung

[7] Veränderungsbedarf aus folgenden Gründen:

- Oligopol von Schulbuchverlagen, 90% des Marktanteils entfallen auf Cornelsen, Westermann und Klett
- der geplante Schultrojaner war ein Dammbruch
- es gibt gewisse Kopierkontingente
- während man in anderen westlichen Ländern schon wesentlich weiter ist (USA und Polen), stellt Deutschland diesbezüglich ein Entwicklungsland dar.

[8] mögliche Folgen bzgl. Urheberwahrnemungsgesetz:

- die sogenannte GEMA-Vermutung (die ja durchaus auch in anderen Bereichen als Musik gilt), wird aufgeweicht

PA591 - Finanztransaktionssteuer: Unterstützung der Inititative "Steuer gegen Armut"

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Entwicklungspolitik vertreten durch Meinhard und Roland Roescheisen

Zusammenfassung

Die Piratenpartei unterstützt die 2009 gestartete und mittlerweile von 92 Organisationen getragene Initiative "Steuern gegen Armut".

Antragstext

[1] Im Falle eines Beschlusses zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer möge der BPT folgenden Zusatzantrag als Ergänzung an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

[2] Die Piratenpartei unterstützt die 2009 gestartete Initiative "Steuern gegen Armut" und schließt sich dem offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Westerwelle vom 17.10.2009 an.

Begründung

[3] Mittlerweile unterstützen 92 namhafte Non Profit Organisationen und soziale Unternehmen diese Initiative: http://www.steuer-gegen-armut.org/kampagne/traeger-der-kampagne.html , viele aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Die Antragsteller sind der Überzeugung, das die Piratenpartei durch ihr politisches Engagement und Öffentlichkeitswirksamkeit eine Bereicherung für die Kampagne ist. Gleichzeitig werden Brücken zu zivilgesellschatliche engagierten Organisationen gebaut, die helfen werden, die Piratenbewegung besser mit den Non Profit Organisationen zu vernetzen.

[4] Link zum offenen Brief: http://www.steuer-gegen-armut.org/kampagne/grundlage-der-kampagne.html

PA592 - Schutz und Sicherheit kritischer Informations- und Kommunikationsstrukturen

Grundsatzprogramm - Netzausbau

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roland Jungnickel / Landesverband Bayern

Zusammenfassung

Die Piratenpartei fordert einen raschen Ausbau und Absicherung der Strom- und Kommunikationsinfrastruktur.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text an geeigneter Stelle in das Parteiprogramm aufnehmen*:

[2] Technologie und deren Fortschritt sind Grundlagen der Weiterentwicklung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Hierbei nehmen Informations- und Kommunikationsstrukturen einen stets wachsenden Stellenwert ein und sind in vielen Bereichen schon heute nicht mehr wegzudenken.

[3] Mit ständig wachsendem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) entstehen aber auch neue Abhängigkeiten. Eine Gefährdung dieser Strukturen birgt besonders hohe Risiken. Dadurch werden diese zu kritischen Infrastrukturen. Ausfall, Störung oder Zerstörung dieser kritischen Infrastrukturen hätte weitreichende negative Folgen für die Sicherheit, Gesundheit und wirtschaftliche Lage des Einzelnen, sowie für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.

[4] Wir Piraten wollen, dass die Informationsgesellschaft vor diesen Gefahren nicht nur ausreichend geschützt, sondern auch auf diese vorbereitet wird.

[5] Deshalb fordern wir den zügigen Ausbau und die weitere Absicherung von Strom und Kommunikationsnetzen. Viele Vorschläge in "Up KRITIS" (Umsetzungsplan Schutz Kritischer Infrastrukturen in Deutschland) dürfen nicht nur Vorschläge bleiben. Neben Datenschutzbestimmungen muss die Sicherung zukünftiger e-Governance Lösungen schon in der Planungsphase deutlicher zum Tragen kommen. Wir wollen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gleichermaßen in die Pflicht nehmen, die notwendigen Schritte durchzuführen.

[6] Die PIRATEN fordern deshalb:

- Ausbau und Ausfallsicherung von Strom- und Kommunikationsnetzen unter strikter Beachtung der Grundrechte aller Beteiligten
- Verbindliche Mindeststandards für Betreiber von Informations-, Kommunikations- und Stromnetzen, welche über die Vorschläge im KRITIS-Plan des BMI hinaus gehen
- Förderung von Projekten zur digitalen Langzeitarchivierung
- Schaffung und regelmäßige Überprüfung von Notkommunikations-Mitteln wie den Notfunk.
- Verstärkte Einbeziehung lokaler und überregionaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen die im Katastrophenschutz mitwirken.
- Aufklärung der Bevölkerung

Begründung

[7] Als Piraten gehören Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) wie selbstverständlich in unser tägliches Leben. Doch diese IKT sind auch gewissen Gefahren ausgesetzt, denen wir entgegen wirken wollen. Besonderes Augenmerk legen wir auf kritische IT-Infrastruktur, die bei einer von außen oder innen wirkenden Überlastung selbst ein Problem darstellt.

[8] Als Beispiel kann herangezogen werden, dass viele nur noch VoIP-Telefone zuhause haben, die bei einem etwaigen Stromausfall gar nicht mehr funktionieren können. Betroffene Technik umfasst ein weites Spektrum von Mobiltelefonie bis hin zu Lebensmittelgeschäften, die aufgrund von Stromausfall nicht mehr verkaufen können.

[9] Der Antrag wurde beim Landesparteitag 2010.1 der Piratenpartei Bayern in Fürth als Positionspapier angenommen. Entsprechend dem Programmentwicklungskonzept wird der Antrag im Namen der Piratenpartei Bayern eingereicht.

PA593 - Die politische Vision der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ThomasKueppers & Wolfgang Hartung

Zusammenfassung

Eine politische Vision der Piratenpartei als modularer Antrag für das Grundsatzprogramm

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text modular beschießen und an geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm aufnehmen*

[2] Modul 1:

[3] Die politische Vision der Piratenpartei - Für unsere Kinder.

[4] Modul 2:

[5] Die Politik der Piratenpartei ist darauf ausgelegt, dass das Wohl unserer Kinder die oberste Priorität einnimmt. Nur so ist zu gewährleisten, dass wir in Zukunft in Wohlstand und Frieden leben können.

[6] Modul 3 - Alternative zu Modul 2:

[7] Die Politik der Piratenpartei ist darauf ausgelegt, dass das Wohl unserer Kinder eine hohe Priorität einnimmt. Nur so ist zu gewährleisten, dass wir in Zukunft in Frieden und Wohlstand leben können.

[8] Modul 4:

[9] Neben dem im Grundgesetz verankerten "Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit", das jeden Menschen in Deutschland schützt, verpflichtet sich die Piratenpartei auch für das Soziale Wohlbefinden unserer Kinder, das Recht auf sichere Existenz und auf gesellschaftliche Teilhabe, vollumfassend einzustehen. Unsere Politik ist darauf ausgelegt, unseren Kindern die bestmögliche Entwicklung angedeihen zu lassen.

[10] Modul 5:

[11] In unseren Kinder soll sich die Informations- und Wissensgesellschaft der Zukunft wieder spiegeln.

[12] Modul 6:

[13] Die politische Vision der Piratenpartei - Für unsere Familien.

[14] Modul 7:

[15] "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft." Grundgesetz, Artikel 6, Absatz 2.

[16] Modul 8:

[17] Dem Grundgesetz nach, steht die Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Die Piratenpartei Deutschland sieht es als vorangiges politisches Ziel an, die Familien zu stärken.

[18] Modul 9:

[19] Als Familie betrachten wir, im Sinne einer zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik, alle grundgesetzkonformen Arten von Lebensgemeinschaften.

[20] Modul 10 - Alternative zu Modul 9

[21] Als Familie betrachten wir, im Sinne einer zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik, alle Arten von Lebensgemeinschaften.

[22] Modul 11:

[23] Nur durch eine Stärkung der Familien kann die Geburtenrate gesteigert werden, so dass die Lasten der Zukunft auf mehr Schultern ruhen und die Folgen der Gesellschaftlichen Überalterung vermindert werden können.

[24] Modul 12:

[25] Wir wollen eine Gesellschaft in der alle Generationen im Einklang miteinander leben und füreinander einstehen. Die Gesellschaft von Morgen soll frei von Barrieren sein und es ermöglichen, dass jeder Mensch partizipieren kann.

[26] Modul 13:

[27] Die politische Vision der Piratenpartei: Die freie Entwicklung des Menschen im Mittelpunkt.

[28] Modul 14:

[29] Die Freiheit des Einzelnen bildet die Leitlinie unserer Politik. Die Bildung der Menschen zu erhöhen und ihre Gesundheitliche Entwicklung sind wichtige Bausteine. Den Technologischen Fortschritt begreifen wir daher als Chance und wollen ihn zum Wohle unserer Gesellschaft nutzen.

[30] Modul 15:

[31] Die Wirtschaft soll mit unseren Gesellschaftlichen Zielen einhergehen. Wir begreifen sie als Werkzeug, um die Gesellschaft von Morgen zu unterstützen. Der Staat soll nur dann in wirtschaftliche Prozesse eingreifen, wenn er damit das Wohlergehen der Gesellschaft und unserer Umwelt sicherstellt.

[32] Der Mensch hat Vorrang vor finanziellen Interessen.

[33] Modul 16:

[34] Wir Piraten sehen uns als Vorboten einer friedlichen und offenen Gesellschaft. Unser Ziel ist die Zusammenarbeit aller Menschen zu stärken, da wir in Friede, Freiheit, Solidarität und Wohlstand mit allen Völkern dieser Welt zusammen leben wollen.

[35] Modul 17:

[36] Die Piratenpartei verpflichtet sich dem Schutz der Gesellschaft und nimmt die, durch das Grundgesetz und die Völkerrechte, auferlegten Pflichten ernst. Überwachung und Kontrolle, Zensur und Diktatur sind uns fremd. Wir stehen für eine friedliche Politik.

[37] Modul 18:

[38] Die Piratenpartei übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft. Wir unterwerfen uns den Interessen der Gesellschaft und nicht unseren eigenen.

[39] Modul 19:

[40] Unser Ziel ist es als Vorbild voranzugehen und anderen Menschen neue Wege aufzuzeigen, die sie ohne Zwang beschreiten können.

[41] Modul 20:

[42] *Der Bundesparteitag möge beschließen, die bereits beschlossenen Module des obrigen Textes als Einleitung für das Grundsatzprogramm zu nutzen. Der Text soll hinter die bestehenden Text der Präambel eingesetzt werden*

[43] Modul 21:

[44] *Der Bundesparteitag möge beschließen, die Formulierung "Die politische Vision der Piratenpartei" in "Politische Zielsetzung" umzuändern.*

Begründung

[45] -

PA594 - Zweckbindung von 50% der Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer für die Entwicklungszusammenarbeit

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Entwicklungspolitik, vertreten durch Meinhard und Roland Roescheisen

Zusammenfassung

Zweckbindung von 50% der Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer für die Entwicklungszusammenarbeit

Antragstext

[1] Im Falle eines Beschlusses zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer möge der BPT folgenden Zusatzantrag als Ergänzung an geeigneter Stelle im Wahlprogramm einfügen:

[2] Die Hälfte der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer wird für die Entwicklungszusammenarbeit zweckgebunden. Dazu eventuell erforderliche Änderungen anderer Gesetze, inklusive des Grundgesetzes, werden von der Piratenpartei zu diesem Zweck unterstützt.

Begründung

[3] Seite vielen Jahrzehnten kommen die Industrieländer der Forderung der Vereinten Nationen, ihre Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des Bruttosozialproduktes zu erhöhen nicht nach. Schon die ersten Ansätze einer Finanztransaktionssteuer als reine Währungsspekulationssteuer (Tobin Tax) hatten immer die besseren Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mit im Sinne und sind seit Jahrzehnten mit dieser verbunden. Gesetzliche Einschränkungen, die eine Zweckbindung verhindern, werden aufgelöst.

PA595 - Finanzierung einer Plattorm für freie Lerninhalte

Wahlprogramm - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roghetti

Zusammenfassung

Plattform für Aufgabenblätter unter freien Lizenzen erstellen und/oder fördern

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Auch im kleineren Bereich, abseits von Schulbüchern oder Aufgabenheften, besteht Bedarf für freie Lerninhalte. Ständig müssen Lehrende Schulbücher und Aufgabenhefte durch Arbeitsblätter oder kleinere informative Artikel, die auch das aktuelle Tagesgeschehen aufgreifen, ergänzen. Probleme sind hierbei die mangelnde Verbreitung dieser Inhalte und die Unsicherheit wie solche gut erstellt werden. Da diese Arbeitsmaterialien bereits von vielen Lehrenden erzeugt werden, sollte es ein leichtes sein diese Kräfte zu bündeln um allen Lehrenden ein aktuelles Portfolio bereitzustellen.

[3] Offenbar existiert hier an verschiedenen Stellen Handlungsbedarf. Nicht nur an der aktiven Mithilfe bei Erstellung und Bereitstellung und der damit verbundenen Beseitigung von Unsicherheiten muss gearbeitet werden. Auch soll die Verbreitung solcher Inhalte gefördert werden. Zudem sollen Qualität und Aktualität gewährleistet sein.

[4] Deshalb soll eine Plattform für solche Materialien geschaffen oder Existierende gefördert werden, wo Lehrende ihre Inhalte bereitstellen können und dabei aktive Unterstützung erfahren. So werden auch unsichere Autoren motiviert, welche sonst vielleicht keine eigenen Inhalte anbieten würden. Die aktive Unterstützung steigert die Motivation, aber auch die Qualität des Arbeitsmaterials.

[5] Diese Plattform soll auch eine soziale Komponente besitzen. Zum einen wird durch die ständige Neu- und Weiterentwicklung der Inhalte die Aktualität der Materialien gewährleistet und auch die momentan fehlende Vernetzung der Lehrenden untereinander vorangetrieben. Zum anderen soll diese Plattform neben anderen Interaktionsmöglichkeiten eine Bewertungs- und Kommentarfunktion erhalten.

[6] Damit rückt das Ziel immer und überall eine gute Bildung anbieten zu können ein Stück näher.

Begründung

- Viele Lehrer erstellen schon jetzt selber Inhalte, wenn es eine Plattform gibt, wo sie diese allen zur Verfügung stellen können und dabei auch noch Hilfe bekommen, ist das toll \o/
- Durch stets aktuell gehaltene Aufgaben(blätter) kann man aktiv auf das Tagesgeschehen eingehen.
- Durch wechselnde Inhalte kann man das Interesse der Lernenden aufrechterhalten.
- Schnellere Verbreitung neuer Arbeitsmethoden

- socialising der Lehrkräfte Bundesweit evtl. auch darüber hinaus
- steigende Motivation der Lehrer durch Anerkennung anderer

PA596 - Doppelt zu PA599 Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer alle Wertpapiere

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard

Zusammenfassung

Einführung und Umsetzung einer einheitlichen Finanztransaktionssteuer von 0,01 bis 0,1 Prozent auf alle börslich und außerbörslich gehandelten Wertpapiere

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschlands setzt sich für die Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer auf börslich wie außerbörslich gehandelte Wertpapiere ein. Die Höhe sollte sich je nach internationalen Absprachen zwischen 0,01 und 0,1% bewegen. Auf solche Transaktionen mit Rohstoffen oder Lebensmittel ein bis zu 10-fach erhöhter Steuersatz eingehoben.

[3] Eine Finanztransaktionssteuer wirkt bei globaler Anwendung am Besten. Mit der Einführung und Umsetzung kann auch eine Handvoll EU-Länder beginnen, denen sich andere (OECD) Länder anschließen.

Begründung

[4] Bei der Finanztransaktionssteuer orientieren wir uns am Konzept von James Tobin, welches historisch eng mit der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit verbunden ist. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Tobins ursprüngliches Konzept einer reinen Währungspekulationssteuer durch die rasante Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie technische Neuerungen wie der Hochfrequenz-Handel (High Frequency Trading) entsprechend der Strukturen der heutigen Finanzmärkte weiterentwickelt werden muss.

[5] Im Antrag der folgen wir der Definition für Derivate im weiteren Sinne. Dazu gehören unter anderem (aus Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Derivat_(Wirtschaft))

[6] zinsbezogene Geschäfte (Zinsderivate): Forward Rate Agreement, Zinsswaps, Zinsoptionen, Swaption, Zinsfutures, Zinscap und Zinsfloor Währungsbezogene Geschäfte: Devisentermingeschäfte, Devisenfutures, Devisenoptionen, Cross Currency Swaps Aktien- bzw. Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Aktienfutures, Indexfutures, Aktienoptionen, Indexoptionen, Aktienswaps, Indexswaps. sonstige Geschäfte: Edelmetalltermingeschäfte, Credit Default Swaps, Credit Default Options oder Wetterderivate.

[7] Der Handel mit Rohstoffen und Lebensmitteln an Terminbörsen braucht aufgrund seiner Bedeutung für die Realwirtschaft un Grundversorgung der Menschen aus unserer Sicht besondere Regelungen.

[8] Vorbild für die schrittweise Einführung einer globalen Regelung ist für uns die Ottawa Konvention zum Verbot von Antipersonenminen, bei der ebenfalls zuerst einige Länder vorangingen, im Laufe der Zeit mehrere mitgingen und manche Länder den Vertrag noch immer nicht ratifiziert haben. Die Zahl der Länder, in den

Antipersonenminen steigt jedoch kontinuierlich, gleichzeitig steigt der Druck auf jene Länder, die noch nicht ratifiziert haben, nachzuziehen. Diesen Effekt wollen wir auch für die weltweite Umsetzung der Finanztransaktionssteuer nutzen. Immer mehr Menschen fordern die Teilnehmer der Finanzmärkte finanziell stärker zu beteiligen zumal massive öffentliche Mittel zur Stützung des internationalen Bankensystems eingesetzt wurden und werden

[9] Den Vorschlag der EU Kommission lehnen wir aufs Schärfste ab, da die riskanteren Geschäfte mit Derivaten durch den geringeren Steuersatz gegenüber den weniger riskanten Aktien- und Anleihenhandel stark bevorzugt werden.

PA597 - Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer nur auf Derivate

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard

Zusammenfassung

Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer von 0,01 bis 0,1 Prozent auf alle börslich und außerbörslich gehandelten Derivate.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschlands setzt sich für die Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer auf börslich wie außerbörslich gehandelte Derivate ein. Die Höhe sollte sich je nach internationalen Absprachen zwischen 0,01 und 0,1% bewegen. Auf solche Transaktionen mit Rohstoffen oder Lebensmittel ein bis zu 10-fach erhöhter Steuersatz eingehoben. Anleihen und Aktien werden bewusst nicht besteuert. Damit wir es Unternehmen nicht erschwert, sich weiterhin Geld von den Kapitalmärken in Form von Aktien als Alternative zu Bankkrediten zu holen. Gleiches gilt für (Staats-)Anleihen.

[3] Eine Finanztransaktionssteuer wirkt bei globaler Anwendung am Besten. Mit der Einführung und Umsetzung kann auch eine Handvoll EU-Länder beginnen, denen sich andere (OECD) Länder anschließen.

Begründung

[4] Bei der Finanztransaktionssteuer orientieren wir uns am Konzept von James Tobin, welches historisch eng mit der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit verbunden ist. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Tobins ursprüngliches Konzept einer reinen Währungspekulationssteuer durch die rasante Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie technische Neuerungen wie der Hochfrequenz-Handel (High Frequency Trading) entsprechend der Strukturen der heutigen Finanzmärkte weiterentwickelt werden muss.

[5] Im Antrag folgen wir der Definition für Derivate im weiteren Sinne. Dazu gehören unter anderem (aus Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Derivat_(Wirtschaft))

[6] zinsbezogene Geschäfte (Zinsderivate): Forward Rate Agreement, Zinsswaps, Zinsoptionen, Swaption, Zinsfutures, Zinscap und Zinsfloor Währungsbezogene Geschäfte: Devisentermingeschäfte, Devisenfutures, Devisenoptionen, Cross Currency Swaps Aktien- bzw. Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Aktienfutures, Indexfutures, Aktienoptionen, Indexoptionen, Aktienswaps, Indexswaps. sonstige Geschäfte: Edelmetalltermingeschäfte, Credit Default Swaps, Credit Default Options oder Wetterderivate.

[7] Vorbild für die schrittweise Einführung einer globalen Regelung ist für uns die Ottawa Konvention zum Verbot von Antipersonenminen, bei der ebenfalls zuerst einige Länder vorangingen, im Laufe der Zeit mehrere mitgingen und manche Länder den Vertrag noch immer nicht ratifiziert haben. Die Zahl der Länder, in den

Antipersonenminen steigt jedoch kontinuierlich, gleichzeitig steigt der Druck auf jene Länder, die noch nicht ratifiziert haben, nachzuziehen. Diesen Effekt wollen wir auch für die weltweite Umsetzung der Finanztransaktionssteuer nutzen. Immer mehr Menschen fordern die Teilnehmer der Finanzmärkte finanziell stärker zu beteiligen zumal massive öffentliche Mittel zur Stützung des internationalen Bankensystems eingesetzt wurden und werden

[8] Den Vorschlag der EU Kommission lehnen die Antragsteller aufs Schärfste ab, da die riskanteren Geschäfte mit Derivaten durch den geringeren Steuersatz gegenüber den weniger Riskanten Aktien- und Anleihenhandel stark bevorzugt werden.

PA598 - Friedliche, nachhaltige und schonende Besiedlung des Mars

Wahlprogramm - Außenpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Stephan Bliedung

Zusammenfassung

Marsbesiedlung ist keine Brückentechnologie

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Antrag beschließen und an geeigneter Stelle ins Wahlprogramm aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für eine friedliche, nachhaltige und schonende Besiedlung des Mars ein.

Begründung

[3] Der zunehmenden Ressourcenknappheit der Erde kann nur durch Erschließung neuer Lebensräume begegnet werden. Interstellare Raumfahrt ist derzeit noch nicht in der Lage nahegelegene Sonnensyteme zu erreichen. Der einzige erreichbare bewohnbare Planet ist der Mars. Derzeit erkunden amerikanische Forscher Teile der Marsoberfläche. Es gibt Terraformingprojekte zur Umgestaltung der Marsoberfläche. Mögliche Wasservorkommen ermöglichen eine Besiedlung der Oberfläche in naher Zukunft.

[4] Eine Besiedlung des Mars fördert auch die Wirtschaft in Europa, da ein Weltraumbahnhof in zentraler Lage (z.B. Tempelhofer Feld in Berlin) viele Arbeitsplätze in unterschiedlichen Branchen fördert.

[5] Da unsere Existenz auf der Erde von unterschiedlichen Szenarien (Fukushima, Klimawandel, Kriege um Ressourcen) bedroht ist, brauchen wir eine Alternative. Da der Mond ausscheidet, ist der Mars alternativlos.

[6] Die Besiedlung des Mars muß friedlich erfolgen, da wir eine Eroberung durch militärische Kräfte ablehnen. Die Besiedlung muß nachhaltig sein, da eine langfristige Besiedlung unabhängig von der Versorgung durch die Erde sein muß. Die Besiedlung muß schonend sein, da anfangs auf der Marsoberfläche nur begrenzt Ressourcen zur Verfügung stehen und unklar ist, wann ein breiteres Ressourcenspektrum verfügbar sein wird.

PA599 - Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapiere (0,1 bis 0,5%)

Wahlprogramm - Steuern

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard und Roland Roescheisen

Zusammenfassung

Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1 bis 0,5 Prozent auf alle börslich und außerbörslich gehandelte Wertpapiere.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschlands setzt sich für die Einführung und Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer auf börslich wie außerbörslich gehandelte Wertpapiere ein. Die Höhe sollte sich je nach internationalen Absprachen zwischen 0,01 und 0,1% bewegen. Auf solche Transaktionen mit Rohstoffen oder Lebensmittel ein bis zu 10-fach erhöhter Steuersatz eingehoben.

[3] Eine Finanztransaktionssteuer wirkt bei globaler Anwendung am Besten. Mit der Einführung und Umsetzung kann auch eine Handvoll EU-Länder beginnen, denen sich andere (OECD) Länder anschließen.

Begründung

[4] Bei der Finanztransaktionssteuer orientieren wir uns am Konzept von James Tobin, welches historisch eng mit der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit verbunden ist. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Tobins ursprüngliches Konzept einer reinen Währungspekulationssteuer durch die rasante Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte sowie technische Neuerungen wie der Hochfrequenz-Handel (High Frequency Trading) entsprechend der Strukturen der heutigen Finanzmärkte weiterentwickelt werden muss.

[5] Im Antrag der folgen wir der Definition für Derivate im weiteren Sinne. Dazu gehören unter anderem (aus Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Derivat_(Wirtschaft))

[6] zinsbezogene Geschäfte (Zinsderivate): Forward Rate Agreement, Zinsswaps, Zinsoptionen, Swaption, Zinsfutures, Zinscap und Zinsfloor Währungsbezogene Geschäfte: Devisentermingeschäfte, Devisenfutures, Devisenoptionen, Cross Currency Swaps Aktien- bzw. Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Aktienfutures, Indexfutures, Aktienoptionen, Indexoptionen, Aktienswaps, Indexswaps. sonstige Geschäfte: Edelmetalltermingeschäfte, Credit Default Swaps, Credit Default Options oder Wetterderivate.

[7] Der Handel mit Rohstoffen und Lebensmitteln an Terminbörsen braucht aufgrund seiner Bedeutung für die Realwirtschaft un Grundversorgung der Menschen aus unserer Sicht besondere Regelungen.

[8] Vorbild für die schrittweise Einführung einer globalen Regelung ist für uns die Ottawa Konvention zum Verbot von Antipersonenminen, bei der ebenfalls zuerst einige Länder vorangingen, im Laufe der Zeit mehrere mitgingen und manche Länder den Vertrag noch immer nicht ratifiziert haben. Die Zahl der Länder, in den

Antipersonenminen steigt jedoch kontinuierlich, gleichzeitig steigt der Druck auf jene Länder, die noch nicht ratifiziert haben, nachzuziehen. Diesen Effekt wollen wir auch für die weltweite Umsetzung der Finanztransaktionssteuer nutzen. Immer mehr Menschen fordern die Teilnehmer der Finanzmärkte finanziell stärker zu beteiligen zumal massive öffentliche Mittel zur Stützung des internationalen Bankensystems eingesetzt wurden und werden

[9] Den Vorschlag der EU Kommission lehnen die Antragsteller aufs Schärfste ab, da die riskanteren Geschäfte mit Derivaten durch den geringeren Steuersatz gegenüber den weniger riskanten Aktien- und Anleihenhandel stark bevorzugt werden.

PA600 - Konkrete Ergänzungen zum Grundsatzprogramm Gesundheitspolitik

Grundsatzprogramm - Gesundheit LQFB LQFB 2 LQFB 3 LQFB 4 LQFB 5 LQFB 6 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Diggident,Takecare22 für Squad Gesundheit Berlin

Zusammenfassung

Konkrete Vorschläge, die zu einem Umdenken in der momentanen Gesundheitspolitik führen sollen. Wir fordern neue Denkweisen in der Vorbeugung und Behandlung, in der Finanzierung und Vergütung, und ein Grundsätzliches Umdenken in der Pflegepolitik.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

[2] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und am Ende des Wahlprogramms(Grundsatzprogramms)einfügen.

Modul 1 : Präambel

[3] Das Gesundheitssystem in Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel. Wir Piraten stehen für eine Gesundheitspolitik der Prävention in einem weniger bürokratischen, gerechten,transparenten und auf den konkreten Menschen bezogenen Gesundheitssystem.

[4] Wir fordern mehr Möglichkeiten und Anreize für die Patienten, ihre Gesundheitsfürsorge selbstbestimmt zu gestalten.

[5] Die Mittel des Gesundheitswesens sollten anders gewichtet werden; weg von ausschließlich finanziellen Interessen hin zum Menschen.

Modul 2: Neudefinition der Begriffe Krankheit und Gesundheit

[6] Piratisch geprägtes Gesundheitsverständnis wendet sich von dem nach wie vor vorherrschendem Menschenbild der Medizin ab, das den Mensch als Maschine sieht, bei der Ersatzteile repariert werden. Der Mensch wird in seiner konkreten, individuellen und sozialen Verfasstheit wahr- und angenommen. Gesundheitspolitik ist darum auch immer Sozialpolitik.

[7] Dazu gehört auch, den Menschen in seiner Endlichkeit anzunehmen und den Erhalt seiner Würde über die Ausschöpfung des technisch Machbaren zu stellen. Wir halten es für wichtig, die Selbstmächtigkeit der Patienten durch mehr Informationen zur Gesunderhaltung zu stärken. Daher sollen Gesundheitscoaches in der Bevölkerung ein Bewußtsein für eine gesunde Lebensweise über alle sozialen Schichten hinweg fördern. Sie sollen helfen, indem sie wissenschaftlich fundierte, nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitete Empfehlungen zur gesunden Lebensführung und Therapiemöglichkeiten gibt. Bei Bedarf können sie die Patienten frühzeitig zum Arzt überweisen. Es sollte keinen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen geben,indem man den

Menschen von staatlicher Seite aus „Risikoprämien“ für den Konsum von Genußmitteln oder das Ausüben von als gefährlich geltenden Sportarten abverlangt.

[8] Die Richtlinien für Organtransplantationen müssen neu ausgerichtet werden.

[9] Das noch sehr mangelhafte Verständnis für psychiatrische Erkrankungen muss verbessert und die Diskriminierung von Kranken vermindert werden. Ebenso darf der Fortschritt der Pränataldiagnostik und der Humangenetik keinesfalls dazu führen, daß Menschen von Leistungen ausgeschlossen oder gar in ihrem Selbstbestimmungsrecht beschränkt werden. Das sich mehrende Wissen um Krankheiten und ihre Entstehung/Vermeidung darf nicht dazu führen, daß Menschen, die trotzdem an diesen leiden, diskriminiert werden (Beispiel HIV, Trisomie 21). Es gibt keinen Menschen, der das Leben eines anderen als nicht lebenswert zu erklären vermag.

[10] Durch ein Umdenken in der Definition von Krankheit werden viele Ressourcen freigesetzt. Symptomatische Behandlungen aufgrund von begrenzten Kenntnissen, unterschiedlichen Lehrmeinungen der Behandler, oder durch strukturelle Hindernisse (Krankenkassen Vorgaben (Abrechenbarkeit), binden viele Mittel im Gesundheitswesen, die an anderer Stelle benötigt werden. Lange Krankheits- und Leidensgeschichten könnten vermieden werden, wenn die Ursachen wirksam behandelt werden.

Modul 3: Neue Standards für Prävention und Behandlung müssen definiert werden.

[11] Ausgehend von einem neuen Verständnis der Gesundheitspolitik müssen wir neue Richtlinien für die Versorgung der Menschen entwickeln.

[12] Prävention als neue Grundlage.

[13] Wir wollen weg von der curativen(heilenden) hin zur präventiven (vorbeugenden) Medizin als Standard. Das Hauptaugenmerk sollte hierbei bei den Kindern liegen. Schon in Schulen und Kindergärten soll das Bewusstsein für Gesundheit und Gesunderhaltung verstärkt gefördert werden. Wir wollen die Menschen darin unterstützen sich selbst gesund zu erhalten, indem wir sie unfassender informieren.

[14] Wir fordern eine Grundversorgung der Menschen. Sie sollen Zugang zu jeglicher Medizinischer Leistung erhalten. Das diese Leistungen auch indiziert und bezahlbar sind wird durch eine professionalisierung der Heilberufe gewährleistet. Jeder Heilberuf muss daher ein Staatsexamen ablegen. Zusätzlich gibt es Vorgaben von Fachgruppen des Ministeriums über die Wirksamkeit von Behandlungen, welche ständig kontrolliert und dem aktuellen Stand der Wissenschaft angepasst werden sollen. Jeder hat das Recht, Eingaben für die Prüfung neuer Methoden zu machen. Zur Verhinderung von Kostenexplosionen und Missbrauch ist eine Reformierung des Gutachterwesens nötig.

[15] Wir wünschen uns, daß der Erstkontakt zum Gesundheitssystem für den Patienten in einer ihm vertrauten Umgebung mit möglichst hoher Personalkontinuität stattfinden kann.Dafür halten wir kommunal organisierte Medizinische Versorgungszentren für geeignet, in denen Ärzte, Fachpfleger und weitere Heilberufe entweder als Angestellte der Kommune oder einer gemeinnützigen GmbH miteinander für den Patienten arbeiten können, ohne als praxisbesitzende Unternehmer den Zwängen und Versuchungen des Unternehmers ausgesetzt zu sein. Von diesen Erstversorgungszentren, die bereits mehrere große Fachrichtungen der Medizin abdecken können, sollten die Patienten in komplexeren Fällen an spezielle Zentren und Kliniken weiterüberwiesen werden können. Einzelpraxen ergänzen als Außenstellen um die Flächenversorgung zu gewährleisten. MVZ ist ihnen vorgeschaltet und in allen Fragen Ansprechpartner (Fortbildung,QM, etc.). Es ist auch primär verantwortlich gegenüber den Kontrollinstanzen.

[16] Zu der Verantwortung gegenüber dem Patienten gehört es, die Wartezeiten gering zu halten. Auch der Behandlungstakt,d.h. die Anzahl der Patienten pro Stunde, die gesehen werden müssen, muß Teil des öffentlichen Rechenschaftsberichts eines MVZ’ sein. Sinn macht diese Reorganisation weil dadurch die Leistungserbringer vom Druck befreit werden, die Patienten als Wirtschaftobjekte zu betrachten. Dies kann auf Dauer nur dadurch erreicht werden, daß die Leistungserbringer, vor allem die indikationsstellenden Ärzt, für die Betreuung eines Patienten einen Festbetrag pro Quartal erhalten, wie dies z.B. vom Verband der Hausärzte bereits vorgeschlagen und in einzelnen Bundesländern unabhängig von der KV praktiziert wird.

Modul 4: Neuregelung der Finanzierung und Vergütung im Gesundheitswesen.

[17] Die Piraten fordern eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens. Wir wollen ein durch Steuern finanziertes Gesundheitssystem, mit einer minimalen Bürokratie und einer nicht an ausschließlich wirtschaftlichen Interessen gebundenen Vergütung, ohne die Nachteile eines staatlichen Gesundheitssystems.

[18] Es gibt eine Grundversorgung für jeden Bürger. Wer möchte, kann darüber hinaus private Zusatzversicherungen abschließen. Es besteht auch die Möglickeit sich komplett privat zu versichern, was aber mit keinerlei steuerlichen Vergünstigungen einhergeht.

[19] Die Kosten für das Gesundheitssystem werden aus dem laufenden Haushalt bezahlt und haben dort einen festen Posten. Es werden keine extra Steuern erhoben. Da die Kassenbeiträge wegfallen, müssen die Steuern neu berechnet werden und erhöhen sich so für den einzelnen leicht. Das Volumen wird zunehmen, da mehr Bürger einzahlen. Überschüsse werden am Jahresende im Zuge der Steuerrückzahlungen erstattet. Durch dieses System werden die Lohnnebenkosten gesenkt, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen können. Sollte aber ein Ungleichgewicht durch den Wegfall des Arbeitgeberanteils entstehen, müssen geeignete Instrumente gefunden werden, um Arbeitnehmer und Geringverdiener nicht zu benachteiligen.

[20] Die in der PKV angesammelten Altersrücklagen werden den Versicherten in Raten ausbezahlt. Personen, die in der PKV verbleiben, bekommen keine Auszahlung. Die Verwaltung der Ausgaben übernimmt eine Verrechnungstelle, der zu diesem Zweck einige große Krankenkassen angegliedert werden, da sie das nötige Fachwissen haben. Die restlichen Krankenkassen werden Arbeitnehmerfreundlich abgebaut. Was immer noch besser ist, als das momentane gezielte Bankrottisieren. Es wird eine Übergangsregelung geben. Zu einem bestimmten Stichtag wird dann alles umgestellt.

[21] Wir wünschen uns ein Gesundheitssystem, in dem der Erbringer von Präventions- und Heilleistungen kein finanzielles Interesse am Patienten haben muß: Man darf nicht ausschließlich dadurch, daß man als Arzt oder Krankenhaus Kosten verursacht, Geld verdienen können. Der Anreiz zur Korruption der Indikationsstellung durch die Vergütung von Einzelleistungen muß langfristig zugunsten einer unabhängigen Finanzierung von Gesundheitsdienstleistern in Anlehnung an den National Health Service der Briten abgelöst werden. Wir sind davon überzeugt, daß dies auf die Dauer dem Gesamtsystem Geld sparen wird.

[22] Wir möchten ein Vergütungssystem, welches die Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitswesen nicht unter wirtschaftlichen Druck setzt, und für die Patienten nachvollziehbar ist.

[23] Die Ärzte bekommen entsprechend ihrer Fachrichtung eine Pauschale als Bezahlung. Die Behandler therapieren, schreiben aber trotzdem Leistungen auf, um den Verlauf einer Behandlung nachvollziehbar machen zu können. Das ist dann auch die Berechnungsgrundlage gegnüber der Verrechnungsstelle. Leistungen die präventiv sind, und teurere Behandlungen verhindern, werden extra honoriert.

Modul 5: Reform der Ausbildung im Gesundheitswesen.

[24] Ein präventiv ausgerichtetes Gesundheitswesen benötigt als Grundlage eine Neuregelung der Ausbildung aller Heilberufe.

[25] Das Gesundheitssystem kennt eine Vielzahl von Heilberufen, deren Expertenwissen heute zwar exponentiell wächst, jedoch zu wenig vernetzt wird. Unserer Ansicht nach sollte daher die Befähigung zum interdisziplinären Arbeiten zentraler Teil der Ausbildung aller Heilberufe sein. Jede Behandlung wird von dem zu verantworten sein, der die Indikation gestellt hat.Denn sonst wird es für den Patienten unmöglich, eine klare Verantwortlichkeit für die Behandlung zu verorten und nötigenfalls einzuklagen. Doch kann es nicht sinnvoll sein, daß Ärzte erst nach dem Studium die Funktion und Aufgabe anderer Heilberufe kennenlernen, und die anderen Heilberufe zu wenig in Planung und Kontrolle der Behandlung eingebunden werden.

[26] Eine besondere Funktion könnten hier insbesondere in der Präventionsarbeit Gesundheitscoaches einnehmen, die auf der Grundlage eines Heilberufs eine Weiterbildung in Public Health absolvieren.

[27] Wir wünschen uns eine Ausbildung in den Heilberufen, die den Hauptakzent auf eine gute klinische Ausbildung setzt. Denn wer gelernt hat, eine gute Kranken/Pflegegeschichte zu erheben, wer gelernt hat, das klinische Offensichtliche zu sehen, der benötigt deutlich weniger Maschinenmedizin, die häufig auch ein Ausdruck der Hilflosigkeit der Mediziner ist.

[28] Die Spezialisierung soll erst nach dem Beenden des Studiums erfolgen. Jede Berufsgruppe ist verpflichtet sich regelmäßig fortzubilden um so immer über die neuesten Entwicklungen in seiner Berufsgruppe informiert zu sein. Fortbildungen sollten jedem im Gesundheitswesen Tätigen mit staatlicher Förderung ermöglicht werden.

Modul 6: Transparenz und Datenschutz im Gesundheitswesen

[29] an die Erfordernisse des Informationszeitalters anpassen.==

[30] Wir möchten die hochsensiblen medizinischen Daten der Bürger einerseits besser vor Fremdzugriffen schützen, andererseits soll jeder mehr Kontrolle über seine eigenen Daten erlangen.

Modul 7: Neuregelung der Pflege:

[31] "Die Piratenpartei stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels und den damit einhergehenden, bereits bestehenden Pflegenotstand und stärkt deshalb die Position der Pflege und sichert nachhaltig deren Qualität. Die Piratenpartei fordert deshalb:

[32] 1. Die Finanzierung der Pflege durch ein solidarisches, steuerfinanziertes Modell

[33] 2. die Neudefinition des eines bedarfsorientierten Pflegebedürftigkeitsbegriffs durch die zuständige Fachpflege unabhängig von Politik, Krankenkasse und MDK, bei gleichzeitiger Abschaffung der Minutenpflege und aller Pflegestufen.

[34] 3.die Einführung verbindlicher und transparenter Personalbemessungsinstrumente für alle Bereiche des Gesundheitswesens in Deutschland.

[35] 4.die Einrichtung einer generalisierten und öffentlich-rechtlich finanzierten Pflegeausbildung in Modulen gemäss den Vorgaben des Deutschen Bildungsrates für Pflegeberufe.

[36] 5.eine Niederlassungsfreiheit für den Heilberuf der selbstständigen Pflegefachperson (Primary Nurse, Gemeindeschwester). mit Vertragszulassung bei der Kranken und Pflegekasse. Dies soll eine flächendeckende, kommunal organisierte Versorgung auf medizinisch-pflegerischem Gebiet absichern. Diese Praxis ist der Ort des Patientencoachings und der Patientenanwaltschaft gegenüber anderen Erbringern gesundheitlicher Leistungen.

[37] 6.die Erweiterung der Verantwortungsbereiche der Fachpflege über die Verordnung von Pflegehilfsmitteln, Verbandmaterial und Salben, etc., damit selbstständige Heilkund sinnvoll ausgeübt werden kann. Dies kann mit dem schon bestehenden Modell des § 63 SGB V realisiert werden.

[38] 7.die bundeseinheitliche Anerkennung der examinierten Altenpflege zu allen Pflegedienstleitungspositionen.

[39] 8. die Einführung einer bundeseinheitlichen berufsständischen Ordnung für die Pflegeberufe

[40] 9. die Einführung präventiver Pflegebedarfshausbesuche nach skandinavischem Modell und

[41] 10. die rechtliche Verankerung und Absicherung des Whistleblowing als Instrument der Qualitätssicherung.

[42] Die Piratenpartei versteht sich als die Partei der Gesundheitsprävention. Nicht Kranksein soll sich für die Leistungserbringer im Gesundheitswesen primär lohnen, sondern die Vermeidung von Krankheit soll angemessen gefördert und honoriert werden. Darum muss die Fachpflege, als hauptsächlicher Träger der Präventionsarbeit in ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber Ärzteschaft und Krankenhaus und Heimbetreibern gestärkt werden. dazu dienen die oben aufgeführten Forderungen. Pflege muss an ihren angestammten Platz in der Mitte des Gesundheitswesens zurückkehren. Von dort wurde sie zunehmend in den letzten Jahrzehnten verdrängt, damit andere Interessengruppen sich, von Fachpflege ungestört, den Hauptteil am riesigen Geldkuchen des Gesundheitswesens haben herausschneiden können. Die Re-implementierung der Pflege in die Mitte des Gesundheitswesens und die Stärkung ihrer Kompetenzen bedeutet einen Paradigmenwechsel für die deutsche

Gesundheitspolitik. Nichts weniger als die Umschichtung üppig vorhandener Mittel weg von Pharmariesen und Krankenhaus und Heimkonzernen, hin zur Pflege. Hierdurch könnten ,nach gesundheitswissenschaftlichen Erhebungen, zig Milliarden an sinnlos verpulverten Behandlungsleistungen und Doppelbehandlungen eingespart werden. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die dem zunehmenden Pflegenotstand und Fachkräfemangel mit noch mehr Entfachlichung (Pflege kann doch jeder!) begegnen wollen, setzt piratische Gesundheitspolitik auf gesteigerte Qualität durch erhöhte Pflegefachkompetenz. (wie im Rest von Europa üblich). Nur qualitätsbezogene und eben nicht billig entfachlichte Pflege kann den komplexen, individuellen Pflegeprozess steuern, um damit sowohl Lebensqualität für alle an der Pflege Beteiligten zu sichern, als auch erheblich Kosten zu sparen. Die Pflegeprozesssteuerung erhebt die tatsächlichen und latenten Probleme und Ressourcen im täglichen Kontakt mit den Betroffenen (auch Angehörige). Dies mit ausreichend Zeit und Sachverstand. Sie stärkt und fördert die Selbstbestimmung des Patienten durch Beratung, Aufklärung, Erklärung und Empathie. Sie ist dem Ethikcodex des “ international council of nursing“ verpflichtet. Das Modell der Primary Nurse steht Pate für dieses Konzept. Aber im Gegensatz zum angelsächsischen Modell des public health als managed care, ist das Modell der Bezugspflege im evidenzbasierten Pflegeprozess besser geeignet die individuellen Bedürfnisse aller Betroffenen zu erkennen und in Punkto Gesundheit (Erhaltung) und Wohlbefinden angemessen und zielführend zu arbeiten.

Begründung

[43] Wir denken, dass die Themen der Piratenpartei ausgeweitet werden müssen. Nur so kann sie zu einer festen Größe in der deutschen Parteienlandschaft werden.

[44] Wir befürworten die Arbeit der Bundes AGen. Da aber die eingereichten Grundsatzprogramm-Anträge zum Thema Gesundheitspolitik naturgemäß sehr allgemein gehalten sind, möchten wir sie mit unserem Antrag in einigen Punkten konkretisieren. Wir erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wissen, dass auch diese Ideen konkretisiert und weiterentwickelt werden müssen.

[45] Gesundheitspolitik geht jeden etwas an. Wir wollen unsere Ideen einbringen, damit die Bürger sehen, das es andere Möglichkeiten gibt als ständig nur halbherzige Reformen an einem überalterten System durchzuführen. Wir haben nicht den Anspruch die Gesundheitspolitik neu zu erfinden. Viele unserer Ideen wurden in anderen Ländern bereits mit Erfolg umgesetzt, oder haben sich seit Jahren bewährt. Wir denken, dass ein grundsätzliches Umdenken stattfinden muss. Nur so kann man den Herausforderungen der nächsten Jahre begegnen.

[46] Das Gesundheitssystem in Deutschland ist leistungsfähig, modern und hat hohe Standards. Leider ist das momentane Gesundheitssystem aber auch überbürokratisiert, teuer, ungerecht, intrasparent und verökonomisiert.

[47] Oft wird aus Kostengründen oder mit Rücksicht auf lobbyspezifische Interessen nicht das getan, was für den Patienten am besten ist, oder was der Arzt, die Pflegefachperson und weitere Heilberufe für medizinisch und pflegerisch richtig oder notwendig halten. Unser Bild vom Menschen ist cartesianisch geprägt, einzelne kranke Körperteile werden nach Vorgabe der Kassen entweder symptomatisch oder ursächlich behandelt. Die allgemeinen Zusammenhänge werden dabei oft ignoriert.Dabei könnte ein ganzheitlicher Ansatz Ressourcen sparen und die Lebensqualität der behandelten Menschen deutlich erhöhen, da die Anzahl der sogenannten chronisch Kranken stark reduziert werden würde. Dies ist aber leider nicht im Sinne vieler Interessenvertreter. Um bessere Qualität in der Behandlung und Betreuung zu erhalten müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

[48] Die Finanzierung sollte auf einer gerechten breiten Basis stehen. Wobei aber jeder die Möglichkeit haben soll, sich modular in bestimmten Bereichen privat absichern zu können. Große Medizinzentren (Kompetenzzentren) sollten spezialisiert auf bestimmte Fachbereiche bestehen bleiben, primär sollten aber niedergelassene Ärzte und kleinere Polikliniken die Hauptarbeit übernehmen. Praxis- und Krankenhausketten unter Konzernaufsicht sind abzulehnen. Die Auswahl der Abteilungen sollte nicht nach Lukrativität erfolgen sondern nach Nutzen für die Patienten.

[49] Die Ausbildung der im Gesundheitsbereich tätigen Menschen sollte reformiert werden. So sollte die Ausbildung den Schwerpunkt auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit legen.

[50] Pflegefachpersonal sollte mehr Kompetenzen erhalten um den Ärzten zuarbeiten zu können. Sie sollten selbstständiger arbeiten können.

PA601 - Wirtschaftspolitische Grundsätze

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wigbold

Zusammenfassung

Wirtschaftspolitische Grundsätze für eine sozial-liberale Wirtschaftspolitik

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm der PIRATEN sowie als Positionspapier (Standpunkt) folgendes festzustellen:

Wirtschaftspolitische Grundsätze

Präambel

[2] Um klar verständliche wirtschaftspolitische Ordnungen zu gestalten, bedarf es verständlicher Grundsätze. Folgende Grundsätze dienen dem Verständnis und stellen eine Information dar, wie PIRATEN Wirtschaftspolitik grundlegend argumentieren. Sie stellen gleichermaßen den initialen Lösungsraum für wirtschaftspolitische Aufgaben.

[3] Die unten manifestierten **Wirtschaftspolitischen Grundsätze** folgen drei Prämissen:

[4] (1) Die PIRATEN entwickeln unvoreingenommen sowie kritisch gegenüber herrschenden Lehrmeinungen und Quasi-Standards Wirtschaftspolitik.

[5] (2) Die PIRATEN sehen in der Individuellen Freiheit der Menschen die angestrebte normative Grundlage einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

[6] (2) Durch auf die Gesetzgebung wirkenden Lobbyverbände und eine unkritische herrschende Politik sehen die PIRATEN den Bürgerbezug von Wirtschaftspolitik gefährdet. Die PIRATEN wollen der Öffentlichkeit eine bürgerbezogene Perspektive geben und den Bürgern eine Alternative zu den herrschenden Machtverhältnissen bieten.

Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem

[7] (1) Die Wirtschaft oder Ökonomie ist die Gesamtheit aller Einrichtungen und Handlungen, die der planvollen Deckung des menschlichen Bedarfs dienen. Wirtschaftspolitik beschäftigt sich mit Organisationsprinzipien von Wirtschaftssystemen und insbesondere deren rechtlicher Ordnung.

[8] (2) Eine Wirtschaftspolitik der PIRATEN ist am Wohle der Allgemeinheit orientiert. *Die Allgemeinheit* wird jedoch nicht als Kollektiv verstanden, sondern als Jedermann in einer Gesamtheit. Diese Gesamtheit verwirklicht

der soziale Rechtsstaat nach republikanischen wie demokratischen Grundsätzen als bürgerliche Gesellschaft. Ebenso verwirklicht er "Gemeinwohl" durch seine Rechtsordnung.

[9] (3) "Markte" werden durch handelnde Menschen gebildet. Die PIRATEN sehen *die Märkte* als kommunikativen Bazar, der für jedermann zugänglich ist. Im Sinne dieses Pluralismus lehnen sie eine korporative wie hierarchische Ordnung der Wirtschaft ebenso wie eine funktionshierarchische Gesellschaftsordnung ab.

[10] (4) Eine freiheitliche Gesellschaftsordnung orientiert sich normativ an der Individuellen Freiheit der Menschen. die selbstbestimmt und eigenverantwortlich handeln. Ausgehend vom Einzelnen und seiner Privatsphäre über kleinste Gruppen organisieren sich bürgerliche Gesellschaften selbst. Selbstversorgung ist ursprüngliches Wirtschaften. Greift ein Staatswesen unterstützend in das bürgerliche Wirtschaften ein ist das Prinzip der Subsidiarität wesentlich. Ordnungspolitisch muss ein Zurückdrängen der Individuellen Freiheit für den jeweiligen Zweck von denen in Kauf genommen werden, die an staatlichen Maßnahmen partizipieren.

[11] (5) Die "Soziale Marktwirtschaft" erkennen die PIRATEN als wirtschaftspolitisches Leitbild an. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" drückt aus, dass durch geeignete Ordnungspolitik eine Freie Marktwirtschaft "sozial" gemacht werden kann. Beabsichtigt ist nicht ein klassischer Sozialstaat zur nachträglichen Korrektur sozialer Probleme einer Freien Marktwirtschaft.

[12] (6) Das durch die Wirtschaftsordnung grundlegend bestimmte Wirtschaftssystem einer *Sozalen Marktwirtschaft* muss vielfältig Lebenswirklichkeiten sowie -entwürfe zulassen. Die Wirtschaftsordnung wird als Rechtsordnung verstanden, die durch ihre Verwirklichung für das marktwirtschaftliche Handeln der Menschen Rechtssicherheit herstellt.

[13] (7) Aus einer globalen Perspektive stellen die PIRATEN fest, dass sie verschiedene Wirtschaftssysteme anderer Völker, Wirtschaftsordnungen anderer Staaten sowie Sitten und Bräuche von Gesellschaften respektieren. Dieser Respekt soll transnationales Handeln der Menschen fördern und eben diesen Respekt von den Akteuren fordern.

[14] (8) Märkte sind bestimmt durch handelnde Menschen ein Ausdruck Direkter Demokratie. Die Soziale Marktwirtschaft erkennen die PIRATEN als wirtschaftspolitisches Leitbild an. Der Begriff "Soziale Marktwirtschaft" drückt aus, daß durch geeignete Ordnungspolitik des der bürgerlichen Gesellschaft verpflichteten Staatswesens eine Freie Marktwirtschaft "sozial" gemacht werden kann. Beabsichtigt ist nicht ein klassischer Sozialstaat zur nachträglichen Korrektur sozialer Probleme einer Freien Marktwirtschaft.

[15] (9) Als Wirtschaftspolitische Aufgaben des Staates sehen die PIRATEN die Schaffung von Infrastruktur, die dem bürgerlichen Wirtschaften dienen. Eine Wirtschaftsordnung ist Teil dieser Infrastruktur.

[16] (10) Die PIRATEN sehen es als notwendig an, dass verschiedenste Lebenswirklichkeiten sowie Theorien als ordnungspolitische Modelle für sich abgegrenzt entwickelt und umgesetzt werden können. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit garantiert, dass die jeweils Beteiligten sich nach ihrem individuellen Willen vertraglich einigen können. So ist eine differenzierte, für die Beteiligten verständliche, kritisierbare und änderungsfähige Ordnung machbar.

[17] (11) Die Vertragsfreiheit gilt innerhelb der rechtlich bestimmten Ordnung. Sie gewährleistet dem Einzelnen seine Freiheit der Willensbildung und des selbstständigen Handelns in Rücksicht auf Andere. Für die Allgemeinheit schädliche und sittenwidrige Verträge sind rechtswidrig und somit nichtig.

[18] (12) Eine Vielfalt gesellschaftlich geschaffener Wirtschaftssysteme muss ordnungspolitisch berücksichtigt und klargestellt werden. Insbesondere muss Selbstversorgung als ursprüngliches Wirtschaften der Menschen berücksichtigt sein.

Natürliche Ressourcen

[19] (1) Natürliche Ressourcen sind ursprünglich kein Eigentum oder Besitz.

[20] (2) Natürliche Ressourcen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden sich im Besitz der Bürger.

[21] (3) Das Staatswesen übt auf dem Territorium der Bundesrepublik die Hoheit über die Natürlichen Ressourcen aus. Grundsätzlich ist ihre Verfügbarkeit vom Rechtsstaat so zu ordnen, dass diese Ressourcen mittel- sowie unmittelbar gleichermaßen allen Bürgern zur Verfügung stehen.

[22] (4) Ist es aus bestimmten Gründen - wie der potentiellen mißwirtschaftlichen Ausbeutung oder Zerstörung - nicht möglich, dass eine Natürliche Ressource allen Bürgern zur Verfügung steht, wird das Staatswesen aus dieser Gemeingut schöpfen bzw. schöpfen lassen. Wird das geschöpfte Gemeingut jemandem zugesprochen, ist zu berücksichtigen, dass er nur so viel durch seine Arbeit als Eigentum einfahren kann, wie er für seinen Lebensvorteil davon Gebrauch machen kann, bevor es verdirbt. Was darüber hinausgeht, ist mehr als ihm zusteht. - Nichts in der Natur darf zu Eigentum gemacht werden, dass es verdirbt oder zerstört wird.

[23] (5) Die PIRATEN respektieren Natürliche Ressourcen auf dem Territorium anderer Völker und Staaten als in deren Besitz.

[24] (6) Jedoch sehen die PIRATEN die einzelnen Bürger der Bundesrepublik als Mitglieder einer Welt-Gesellschaft an den Natürlichen Ressourcen der Welt beteiligt, die nicht territorial beansprucht werden, bzw. die nicht an Territorien gebunden sind.

[25] (7) Das Staatswesen vertritt im internationalen Kontext die Bürger und ermöglicht ihnen umfassend selbstbestimmte transnationale Beziehungen.

Schöpferische Kraft, Eigentum und Besitz

[26] (1) Das Grundgesetz garantiert dem einzelnen Bürger sein Eigentum. Eigentum stellt in unserer Wirtschaftsordnung eine wesentliche Komponente dar. Eigentum entsteht durch schöpferische Kraft, aus einem individuellen Bedürfnis des Menschen. Wesentlich versteht sich so eine Eigentums- und Privatsphäre, die existentiell wie individuell mit dem Menschen verbunden ist.

[27] (2) “Eigentum“ als staatlich garantierte rechtliche Herrschaft über eine Sache ist wesentlich ein “Eigentumstitel“.

[28] (3) “Eigentum“ unterschiedet sich klar vom rechtlichen “Eigentumstitel“, der einen Rechtsanspruch auf Eigentum darstellt und so einen Ökonomischen Wert herstellt.

[29] (4) Ein Eigentumstitel unterschiedet sich vom Besitztitel, der die tatsächliche Herrschaft über eine Sache bestimmt. Jedoch ist wiederum ein Besitztitel an sich wieder Eigentum.

[30] (5) Der garantierte Rechtsanspruch auf Eigentum und Erbrecht verpflichtet selbiges dem Wohl der Allgemeinheit allein durch die umfassende allgemeine rechtliche Ordnung.

[31] (6) Der Gebrauch von Eigentum liegt im Ermessen des Eigentümers und soll ebenso dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

[32] (7) Geistiges Eigentum wird von den PIRATEN respektiert. Jedoch kann es keinen ausschließlichen Rechtsanspruch auf geistiges Eigentum geben, da es wesentlich kommunikativ entwickelt wird. Kommunikation verwirklicht soziale Teilhabe durch Mitteilung Geistigen Eigentums.

Gesellschaft, Gemeinschaft, Gemeingut

[33] (1) “Gesellschaften“ sind Gruppen von Menschen, die bestimmte Bedingungen teilen. Unsere bürgerliche Gesellschaft ist bestimmt durch den verfassten sozialen Rechtsstaat und den Ausfluss herrschender Staatsgewalt.

[34] (2) “Gemeinschaften“ haben im Gegensatz zu Gesellschaften einen jeweils einvernehmlichen Wesenswillen, der das Gemeinwesen bestimmt.

[35] (3) Jedem Menschen steht es frei mit seiner Schöpferischen Kraft in Gesellschaft zu leben sowie sich an Gemeinschaften zu beteiligen.

[36] (4) Juristische Personen wie Kapitalgesellschaften sind politische Konstrukte. Juristische Personen genießen ihrem Wesen nach bedingt Schutz durch bürgerliche Grundrechte. Das Wesen der Juristischen Personen bestimmt

die Wirksamkeit des Schutzes und wird praktisch durch die Politik geordnet.

[37] (5) Eine wesentliche Angleichung der Juristische Personen mit Menschen lehnen die PIRATEN ab. Insbesondere die Interpretation, dass Gesellschaften bzw. juristische Personen eine ursprüngliche schöpferische Kraft besitzen. - Ein kritisches Augenmerk gilt dabei dem Begriff "Person", der zunehmend Gebrauch findet.

[38] (6) Gemeingut ist ein Gut, das für alle Nachfrager in der Regel frei zugänglich ist. Die allgemeine Verfügbarkeit von Gemeingut kann jedoch zu unwirtschaftlichem Verhalten führen. Das Gemeingut der Gesellschaft kann deshalb vom Staatswesen geordnet werden, um Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und ähnliche Aspekte der Vernunft zu berücksichtigen.

[39] (7) Wird Gemeingut an sich jemandem zugesprochen, muss es jedem Bürger gleichermaßen zugesprochen werden: Diejenigen, die ein Gemeingut ebenso benötigen müssen weiter ein Nutzungsrecht haben. Es geht hierbei nicht um eine Kollektivierung von Gemeingut, sondern um das ursprüngliche Recht des einzelnen Bürgers / der Allgemeinheit / jedermanns am Gemeingut.

Infrastruktur

[40] (1) Infrastuktur ist der Unterbau einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft.

[41] (2) Die PIRATEN unterscheiden "private Infrastruktur" der bürgerlichen Gestaltung und "öffentliche Infrastruktur" der staatlichen Gestaltung als öffentlichen Angelegenheit.

[42] (3) Da öffentliche Infrastruktur von der bürgerlichen Gesellschaft politisch beauftragt und finanziert wird, ist sie Vermögen an dem jeder einzelne Bürger gleichermaßen beteiligt ist. Sie ist ein Ursprung von Gemeingut.

[43] (4) Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie ein natürliches Monopol darstellen.

[44] (5) Öffentliche Infrastrukturen müssen regelmäßig geprüft werden, ob sie unmittelbar dem Bürger dienen sowie ob Mißbrauch vorliegt.

öffentliche Einrichtungen

[45] (1) Die PIRATEN erkennen öffentliche Einrichtungen wie *Öffentlich-rechtliche Anstalten* ihrem Wesen nach als Behörde: Eine staatliche Einrichtung, die im weitesten Sinne für die Erfüllung von Aufgaben des Staates und dabei insbesondere für Dienstleistungen des Staates gegenüber seinen Bürgern zuständig ist.

[46] (2) Diese Einrichtungen sind nicht marktfähig. Es handelt sich um gemeinwesenliche Selbstversorgung. Die Finanzierung erfolgt über Steuern, Abgaben sowie Gebühren. Diese Einrichtungen müssen klar zur Privatwirtschaft abgegrenzt werden. Privatwirtschaftliche Geschäftsgegenstände stehen diesen Einrichtungen nicht zu.

[47] (3) Die PIRATEN erkennen so auch *Körperschaften des öffentlichen Rechts* als öffentliche Angelegenheit. Jedoch sind insbesondere Personalkörperschaften auf die Notwendigkeit von Zwangsmitgliedschaft zu überprüfen.

[48] (4) Kapitalgesellschaften, deren Gesellschafter Gemeinwesen wie z.B. Kommunen sind, sind rein privatwirtschaftlichen Unternehmen gesetzlich gleichzustellen.

Monopole, Kartelle, Patente

[49] (1) Ein "Monopol" bezeichnet einen einzelnen Aspekt (Punkt), der durch sein Potential die geschaffene Ordnung des ihn beinhaltenden Systems außer Kraft setzt - Der Zweck der Ordnung wird nicht mehr erreicht. Für ein Marktwirtschaftliches Monopol gilt so: Es stört die Marktwirtschaftliche Ordnung.

[50] (2) Ein Kartell bestehend als Bündnis eigentlicher Konkurrenten kann ebenfalls die derzeitige Marktwirtschaftliche Ordnung stören, wenn sie Preis- oder Mengen- bzw. Leistungs-Absprachen monopolbildend umsetzen. Ebenso sind Oligopole kritisch, die sich faktisch stillschweigend angleichen oder komplette Wertschöpfungsketten umfassen.

[51] (3) Die PIRATEN sehen es in einem marktwirtschaftlichen Zusammenhang als notwendig an, Monopol - sowie Kartellbildung zu unterbinden und Oligopolen entgegenzuwirken.

[52] (4) Alterativ ist für die PIRATEN denkbar, dass das ökonomisches Gut der Kartell- bzw. Monopolbildung als nicht marktfähig erkannt wird. Über die Legislative bzw. die politische Gestaltung werden dann strukturelle Änderungen in der Wirtschaftsordnung umgesetzt, so dass die betroffenen Güter sowie Dienstleistungen befreit werden.

[53] (5) Patente und ähnlich hoheitlich erteilte Schutzrechte sehen die PIRATEN als befristete Monopole, die das Staatswesen dem Nutznießer gewährt, wenn im Gegenzug ein Nutzen für die Allgemeinheit / die Bürger entsteht. Die Praxis zeigt jedoch, dass der erwartete Nutzen für die Bürger meist nicht gegeben ist. - Im Gegenteil: Die PIRATEN sehen hier ein großes Potential des Mißbrauchs und lehnen deshalb hoheitlich erteilte, ausschließliche Schutzrechte ab.

[54] (6) Natürliche Monopole entstehen von selbst, z. B. durch Marktvorsprung, Produktions-, Standortvorteil sowie aufgrund von Markteintrittsbarrieren. Hier ist regelmäßig zu prüfen, ob die Verhältnismäßigkeit noch gegeben ist, bzw. ob der Monopolist seine Vormachtstellung gegenüber den Bürgern mißbraucht.

Geldpolitik

[55] (1) Geld hat als Tauschmittel einer Marktwirtschaft eine besondere Funktion. Gleichsam ist es Wertäquivalent für Güter sowie Dienstleistungen.

[56] (2) Die PIRATEN sind sich bewußt, dass es verschiedenste Arten Geld bzw. verschiedenste Gelddysteme gibt.

[57] (3) Der Euro wird durch das Eurosystem als "Zentralbankgeld" geschöpft. Die Bundesbank ist wie die Europäische Zentralbank (EZB) ein Teil des Eurosystems. Die EZB ist ein politisches Konstrukt, eine Rechtsperson. Die EZB ist allein befugt, die Ausgabe des Euro zu genehmigen. Die PIRATEN befinden die bestimmte politische Unabhängigkeit der EZB sowie der Zentralbanken als kontrafaktisch. Die PIRATEN erkennen in der EZB die gemeinsame Währungsbehörde der Staaten Europas.

[58] (4) Der Euro ist sogenanntes *Fiat-Geld*, ein Kreditgeld, bei dem von Seiten des Emittenten keine Einlöseverpflichtung in einen bestimmten Gegenwert besteht. Seine Akzeptanz wird durch gesetzliche Vorschriften erreicht und sichergestellt, - als gesetzliches Zahlungsmittel.

[59] (5) Auf Basis des Euro können zudem Geschäftsbanken Geld schöpfen: Das Giral- bzw. Geschäftsbankengeld. Dieses Geld entsteht ebenfalls durch Kredit, den die Geschäftsbanken gewähren. Oder durch das Eintauschen von Bargeld in sogenanntes *Sichtguthaben*. Geschäftsbanken sind in der Lage auf Grundlage des eingezahlten Bargelds, ein Vielfaches an Giralgeld durch Kreditvergabe zu schöpfen. Zudem können sie durch den Kauf von Real-Vermögen weiteres Giralgeld schöpfen.

[60] (6) Neben dem Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel benutzt der Bürger hauptsächlich Giralgeld. Die PIRATEN sind sich des Unterschieds bewußt: Giralgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel sondern lediglich ein Anspruch darauf. Obwohl die Einheit "Euro" den Anschein gibt, besteht keine Deckung des Giralgeldes durch gesetzliches Zahlungsmittel. Die PIRATEN sehen die zunehmende Unterdeckung des Giralgeldes als systemkritisch an.

[61] (7) EZB-Geld sowie Giralgeld entsteht durch Kredit. An jeden Kredit ist immer Zins und Tilgung als Schuld gebunden sowie belastbare Eigentumstitel des Kreditnehmers als Sicherung.

[62] (8) Die PIRATEN erkennen Verzinsung von Geldschuld sowie rekursiv geschaffene Finanzprodukte als Ursache für ein exponentielles Wachstum der Geld- bzw. Geldschuldmenge. Der daraus resultierende Geldwucher ist ebenso Antrieb einer zunehmenden Verschuldung, der keinerlei reale Vermögenswerte gegenüberstehen: Es werden Rechtstitel entwickelt und in Umlauf gebracht, die willkürlich mit Geldwert versehen sind.

[63] (9) Die PIRATEN sehen es zumindest als fragwürdig an Fiat- bzw. Giralgeld als Schuld mit Eigentum der Schuldner abzusichern, da so zur Tilgung der zinsbelasteten Schuld in Summe ein immer rasanter werdender Eigentumsübergang realer Vermögenswerte auf die geldschöpfenden Institute erzwungen wird: Die scheinbaren (Geld-)Werte der Finanzindustrie suchen und belasten das Realvermögen der Menschen inflationär.

[64] (11) Besonders kritisch betrachten die PIRATEN die Kapitaldeckung des Fiatgeldes durch natürliche Ressourcen wie Land. Diese monetäre Wertstellung führt zu einer Ausbeutung der Natürliche Ressourcen sowie zu einem Eigentumsübergang von Menschen ohne ausreichendes Geldeinkommen zu Menschen mit Geldvermögen bzw. Geldschöpfungsmonopol. Besonders wird das beschleunigt, wenn der Besitz von Realvermögen sowie die Erhaltung von Realvermögen Geldschuld entstehen läßt.

[65] (12) Die PIRATEN sehen in der ausschließlichen Möglichkeit zur Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und Zentralbanken ein Quasi-Monopol der Geldschöpfung. Die PIRATEN wünschen die Aufhebung des Geldschöpfungsmonopols.

[66] (13) Die PIRATEN sehen es im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft als notwendig an, dem gesetzlichen Zahlungsmittel des Staatswesens bürgerliche Währungen als Wertkorrektiv gegenüberzustellen. Diese müssen frei an Devisenbörsen gehandelt werden können. Spekulative Kursschwankungen bzw. -manipulationen können durch eine Tobin-Steuer gedämpft werden. Die Art und Weise der bürgerlichen Geldschöpfung ist frei, wie die Gestaltung der Rechtstitel, die als Währung zugrunde liegen. Geldschöpfung kann als Quelle besteuert werden.

[67] (14) Die PIRATEN erkennen Geld als rechtlich definiertes Kunstprodukt. Geld sowie Geldschöpfung ist bestens geeignet für die mittelbare Ordnung bestimmter Märkte. So ist es denkbar, für verschiedene Märkte verschiedene Währungen herzustellen, die den ggf. speziellen Anforderungen entgegenkommen.

[68] (15) Die PIRATEN sehen in der Idee freier bürgerlicher Währungen eine Alternative zum Geldschöpfungsmonopol der Geldinstitute. Jedoch besteht politische Notwendigkeit, einheitliche Verrechnungs- bzw. Umlaufwährungen als nicht ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel zu ordnen.

Globalisierung

[69] (1) Die Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Möglichkeit zu reisen, ermöglicht ein Bewußtsein des Einzelnen für die Welt und deren globale Zusammenhänge.

[70] (2) Aus dieser Globalisierung des Bewußtseins leiten die PIRATEN Respekt und Verantwortung vor der Welt ab.

[71] (3) Die Freiheiten der globalen Kommunikation sowie der Möglichkeit zu reisen, sind wesentlich für die Selbstbestimmung eines Menschen.

[72] (4) Die Möglichkeit unter Völkern sowie Staaten gemeinsame Verträge zu schließen, läßt eine politische Gestaltung globaler Wirtschaftssysteme zu und verwirklicht so Komponenten der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

[73] (5) Das Staatswesen vertritt die Interessen seiner Bürger bei der Schaffung entsprechender internationaler Rechtsnormen nach geltendem nationalem Recht.

[74] (6) In seinen internationalen Abkommen ermöglicht das Staatswesen den betroffenen Menschen selbstbestimmte transnationale Beziehungen, auf die an sich das Staatswesen keinen Einfluß nehmen darf.

[75] (7) Die PIRATEN lehnen eine Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit ohne die Freizügigkeit der Menschen ab.

Staatliches vs. Bürgerliches Wirtschaften

[76] (1) Die PIRATEN unterscheiden zwischen bürgerlichem und staatswesentlichem Wirtschaften: Das Bürgerliche Wirtschaften dient unmittelbar dem Bürger, das staatswesentliche (staatliche) Wirtschaften dient unmittelbar dem Staatswesen. Es ist zu betonen, dass für das Staatswesen jede Politik verantwortlich und vernünftig für sich selbst wirtschaftet.

[77] (2) Die Wirtschaftsordnung als Bestandteil der Gesellschaftsordnung bezieht sich wesentlich auf das Wirtschaften der Menschen als *Bürgerliches Wirtschaften*.

[78] (3) Das Staatswesen stößt mit direkten Einflußnahmen auf das Bürgerliche Wirtschaften an seine durch die bürgerlichen Grundrechte bestimmten Schranken. Die PIRATEN lehnen eine unmittelbare Einflußnahme auf

das Bürgerliche Wirtschaften durch den Staat ab.

[79] (4) Dagegen ist es gefordert, dass die Bürger das Staatliche Wirtschaften politisch gestalten. Das Staatswesen soll mit seinem Wirtschaften für den Staat bürgerbezogen der Allgemeinheit sowie den staatlich organisierten Gemeinwesen dienen.

[80] (5) Die PIRATEN sehen die Gefahr einer Staatswirtschaft, die die Menschen zu Ihrem Nutzen einspannt. Die PIRATEN erkennen einen Interessenkonflikt im Staatswesen bezüglich des bürgerlichen Wirtschaftens und dem Machterhalt herrschender Politik. Die PIRATEN sind gegen einen neuen Merkantilismus in dem das Bürgerliche Wirtschaften einer Staatsfinanzierung sowie auch machtpolitischen Interessen untergeordnet wird.

Abgrenzung zu anderen Politiken: Finanzpolitik, Sozialpolitik, etc

[81] (1) Das Wirtschaften des Staates ist selbstverständlich auch von seinen Finanzen abhängig. Die Finanzen bestimmen den Haushalt, die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten des Staates. So fordert das Wirtschaften des Staates die Finanzpolitik, diese Finanzen bereitzustellen. Jedoch hat die Finanzierung der unterschiedlichen politischen Maßnahmen bzw. der Ministerien nichts mit Wirtschaftspolitik an sich zu tun, die das bürgerliche Wirtschaften ordnet.

[82] (2) Die Finanzpolitik des Staatswesens mit der Wirtschaftspolitik zu verweben, birgt für die PIRATEN die Gefahr eines neuen Merkantilismus, in dem das Wirtschaften der Bürger der Finanzierung des Staates untergeordnet wird.

[83] (3) Gleiches gilt für die Sozialpolitik. Hier sehen die PIRATEN die Gefahr der Instrumentalisierung des bürgerlichen Wirtschaftens. Die Sozialpolitik ist unabhängig von der Wirtschaftspolitik. Sie ist lediglich bestimmt durch die soziale Verpflichtung des Staatswesens gegenüber jedem einzelnem Bürger als der Allgemeinheit.

[84] (4) Die PIRATEN sind aus wirtschaftspolitischer Sicht sowie aus Gründen der Machtkonzentration davon überzeugt, daß Wirtschaftspolitik für sich alleinstehen muß und nur dem bürgerlichen Wirtschaften dient.

[85] (5) Die PIRATEN halten eine klare systemische und fachliche Trennung zwischen den Politiken ein, ganz nach dem Grundsatz der Parallelität von Systemen.

[86] (6) Die PIRATEN fordern eine weitestgehende Befreiung des Bürgerlichen Wirtschaftens von staatlicher Büro- und Technokratie. Besonders kritisch betrachten die PIRATEN die Entwicklung zur Cyberkratie, die durch die zunehmende Vernetzung von Informationsmaschinen öffentlicher Institutionen entsteht. Hierbei bemerken die PIRATEN die Aufhebung der Gewaltenteilung in der entstehenden systemimmanenten Gewalt.

[87] (7) Die PIRATEN sind gegen die Erfassung des einzelnen Bürgers sowie der Gesellschaft als staatswirtschaftliches Personal oder ähnliches: Z.B. im Sinne von “Humankapital“

[88] (8) Die PIRATEN sehen die durch den Staat erhobenen Steuern und geschaffenen Abgaben zur Finanzierung des Staatswesens als ein nötiges *Beisteuern* und *Beigeben* der Bürger. Die Steuern und Abgaben müssen jedoch regelmäßig auf ihre Grundsätze und auf ihre Verhälnismäßigkeit geprüft werden. Zudem dürfen Steuern und Abgaben keinen maßgeblichen Einfluß auf das bürgerliche Wirtschaften haben.

[89] (9) Die Staatsverschuldung und das Schuldenmanagement ist Sache der Finanzpolitik. Aus wirtschaftspolitischer Sicht lehnen die PIRATEN eine Verschuldung des Staates ab, da zur Sicherung der Staatsschulden auf dem Geldmarkt die Zukunft der Bürger verpfändet wird. Staatsschulden sind abzubauen, die Kosten des Staatswesens zu reduzieren; - damit zukünftig das aus der Arbeit der Bürger entstandene Eigentum ihnen selbst wie der Allgemeinheit zugute kommt und nicht durch Abgaben und Steuern mittels Geldschuld belastet wird.

PA602 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 5: Privatsphäre von Beamten

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight

Zusammenfassung

Der Antrag übernimmt eine Forderung gleichen Tenors aus dem Landeswahlprogramm Baden-Württemberg. Die private Lebensgestaltung von Beamten darf nicht in dienstliche Beurteilung einfließen.

Antragstext

[1] Modul 5: Privatsphäre von Beamten

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[3] Die Piratenpartei spricht sich gegen disziplinarische Maßnahmen bis hin zu Berufsverboten gegen Beamte aus, wenn diese durch die außerdienstliche Lebensführung des Beamten motiviert sind wie z.B. politische Tätigkeit als initiativer Bürger oder kulturelle Tätigkeit als Künstler oder Musiker. Wir wollen die Privatsphäre der Beamten ebenso wie auch der Angestellten vor der Beurteilung des Dienstherren schützen. Hat die Lebensführung eines Staatsdieners keinen Einfluss auf seine Dienstausübung, so hat sie in seiner Akte nichts zu suchen.

Begründung

[4] In den letzten Jahren wurden wiederholt Beamte disziplinarischen Maßnahmen bis hin zu faktischen Berufsverboten unterworfen, weil sie sich außerhalb ihres beruflichen Zuständigkeitsbereichs politisch oder kulturell, etwa in demokratischen Bürgerbündnissen oder als Musiker, betätigt haben.

[5] Wir als die liberale Partei, die wie keine andere politische Kraft die Privatsphäre verteidigt, sollten diese Einschränkungen der privaten Lebensgestaltung ablehnen und eine Ausweitung der Maßnahmen, zum Beispiel auf Angestellte verhindern. Dies sollte im Zuge des Charakters des Gesamtantrags für alle Beschäftigten des öffentlichen Diensts gefordert werden.

[6] Privatsphäre und demokratische Teilhabe dürfen nach unserem Verständnis nicht über das Maß hinaus eingeschränkt werden, das die dienstliche Tätigkeit unmittelbar erfordert.

[7] Die Forderung wurde bereits vom Landesverband Baden-Württemberg in seinem Programm zur Landtagswahl 2011 erhoben.

PA603 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 4: Kirchenarbeitsrecht

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Justizpolitik durch Hans Immanuel Herbers

Zusammenfassung

Das Kirchenarbeitsrecht in seiner jetzigen Form soll den Tendenzbetrieben angepasst werden. Eine Kindergärtnerin in einem Kindergarten soll nicht mehr wegen Scheidung und Wiederverheiratung entlassen werden können.

Antragstext

[1] Modul 4: Kirchenarbeitsrecht

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[3] Die Piratenpartei tritt dafür ein, die Kirchen im Arbeitsrecht mit den übrigen Tendenzbetrieben gleichzustellen. Damit würden Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit und Arbeitnehmerrechte entsprechend dem Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht gelten. Deshalb sprechen sich Piraten dafür aus, § 118 (2) des Betriebsverfassungsgesetzes (Sonderregelung für Religionsgemeinschaften) zu streichen und § 9 des Allgemeinen Gleichberechtigungsgesetzes entsprechend den EU-Regelungen umzugestalten.

[4] Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, dass für überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierte Betriebe - etwa im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens - die Beachtung der Grundrechte und der Regeln des Allgemeinen Gleichberechtigungsgesetzes Voraussetzung für die öffentliche Förderung sein muss.

Begründung

[5] http://ergo-sumus.blogspot.de/2012/10/kirchen-als-arbeitgeber-schritte-aus.html

[6] Dieser Antrag aus dem Bereich "Arbeitsrecht" korrespondiert im Zusammenhang "Trennung von Staat und Religion" mit PA248 von Norbert Hense und Florian Zumkeller-Quast.

PA604 - Niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung durch die Hebamme

Grundsatzprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard für die AG Gesundheit Brandenburg

Zusammenfassung

Primäre niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung und medizinische Versorgung durch die Hebamme

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Wir setzen wir uns für eine primäre niedrigschwellige und bedarfsgerechte Betreuung und medizinische Versorgung in der Schwangerschaft, während der Geburt, im Wochenbett und bis zum Ende des ersten Lebensjahres des Kindes durch Hebammen ein.

Begründung

[3] Schwangere gehören nur nach entsprechendem Befund in die fachärtzliche Betreuung. Dies ist auch kosteneffizienter. Ähnliche Konzepte werden bereits erfolgreich in Holland und Schweden umgesetzt und gelten in der Wissenschaft als best practise.

PA605 - Nacktheit im öffentlichen Raum

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian Specht

Zusammenfassung

Forderung eines grundsätzlichen Rechtes auf öffentliche Nacktheit.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an redaktionell geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piraten erkennen Nacktheit auch im öffentlichen Raum als freie Persönlichkeitsentfaltung an. Um diesem Wege der Persönlichkeitsentfaltung Geltung zu verschaffen, ist es notwendig, dass Nacktheit im öffentlichen Raum nicht nur nicht verboten, sondern ausdrücklich erlaubt wird. Daher ist ein grundsätzliches Recht auf öffentliche Nacktheit gesetzlich ausdrücklich zu benennen und zu verankern.

Begründung

[3] Nacktheit ist verschiedensten Formen als Teil unserer Kultur anerkannt (z. B. Kunst, Erotik, Freikörperkultur...). Dies betrifft durchaus auch den öffentlichen Raum. Dennoch und obwohl Nacktheit im öffentlichen Raum nicht ausdrücklich verboten ist, kann sie als Verstoß gegen die öffentliche Ordnung betrachtet und als „Belästigung der Allgemeinheit“ als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Dabei kann die „Allgemeinheit“ schon bei einer einzigen sich warum auch immer belästigt fühlenden Person beginnen.

[4] Dies ist eine unangemessene Einschränkung für alle Menschen, die freizügige Kleidung oder gänzliche Nacktheit als Bestandteil der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit betrachten. Dem ist durch ein ausdrückliches Recht auf öffentliche Nacktheit abzuhelfen.

[5] Dieser Antrag konkurriert mit PA609 “Kleiderordnung im öffentlichen Raum“

PA606 - Revision der Paragraphen 183/183a StGB und 118 OWiG

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian Specht

Zusammenfassung

Neubewertung der Ordnungswidrigkeit “Belästigung der Allgemeinheit“ und der Straftaten “Erregung öffentlichen Ärgernisses“ und “Exhibitionistische Handlungen“.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an redaktionell geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen

[2] Die Paragraphen 118 OwiG (Belästigung der Allgemeinheit), 183a StGB (Erregung öffentlichen Ärgernisses) und 183 StGB (Exhibitionistische Handlungen) sind in der bestehenden Form nicht zeitgemäß und bergen Ungenauigkeiten, die eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich bringen. Die PIRATEN fordern daher eine Neubewertung der entsprechenden Tatbestände sowie eine Überprüfung, Anpassung und gegebenenfalls ersatzlose Streichung der entsprechenden Paragraphen.

Begründung

[3] Die Probleme betreffen vor allem auch den Bereich der öffentlichen Nacktheit. Um auf Grund solcher wegen „Belästigung der Allgemeinheit“ (§118 OwiG) belangt zu werden, genügt es, wenn Einzelpersonen sich durch das Erscheinungsbild einer Person gestört fühlen. Dabei ist tatsächliche Nacktheit keine Notwendigkeit. Nach aktueller Rechtsprechung genügt es, wenn bei der sich belästigt fühlenden Person der bloße Eindruck entstanden sein könnte, dass ein Geschlechtsteil zu sehen war.

[4] Da der Begriff der „sexuellen Handlung“ des § 183a StGB ein unbestimmter Rechtsbegriff ist, kann das Tragen eventueller Restkleidung als eine solche Handlung ausgelegt werden, sofern diese als aufreizend oder sexualisiert interpretiert wird. Damit lässt sich zugleich eine schwer zu belegende aber noch schwerer zu widerlegende sexuelle Intention unterstellen, die das ganze zu einer exhibitionistischen Handlung nach § 183 StGB macht.

[5] Dieser Antrag ist eine Konkretisierung des Grundsatzantrages PA605 für das Wahlprogramm.

PA607 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 3a-d: Ergänzende Forderungen

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales LQFB WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

TG Antimobbinggesetz durch TheHutt und Colorofthenight

Zusammenfassung

Zusätzlich zum Antimobbinggesetz sollen im Wahlprogramm Forderungen nach einem Sperrmoratorium für das Arbeitslosengeld, der Mobbingannahme durch Indizien, einer Mindestentschädigung und Mobbingbeauftragten aufgenommen werden.

Antragstext

[1] Modul 3: Schaffung eines Antimobbinggesetzes, ergänzende Forderungen

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden modular gegliederten Antragstext an geeigneter Stelle, vorzugsweise im Anschluss an Modul 3 „Schaffung eines Antimobbinggesetzes“ durch unabhängige aufeinanderfolgende Abstimmung der einzelnen nachfolgenden Module zu ergänzen, falls Modul 3 zuvor angenommen wurde:

[3] Modul 3a: Keine Sperren für Mobbingopfer

[4] Wir sind gegen die Kürzung von Sozialleistungen für Mobbingopfer. Daher wollen wir, dass bei vorangegangenem Mobbing eine gesetzliche Garantie auf Aussetzung der dreimonatigen Sperre des Arbeitslosengeldes I greift, die im Regelfall ausgesprochen wird, wenn der Betroffene selbst kündigt.

[5] Modul 3b: Im Zweifel für das Opfer

[6] Liegen nur Indizien für vorangegangenes Mobbing bei Eigenkündigung vor, so soll im Zweifel für den Betroffenen entscheiden werden, da der überwiegende Teil schädigender Handlungen nur schwer beweisbar ist.

[7] Modul 3c: Mindestentschädigung

[8] Unabhängig von der strafrechtlichen Schuld einzelner Personen nach derzeitigen und durch das Antimobbinggesetz neu geschaffenen Tatbeständen soll es bei nachgewiesenem Mobbing eine Mindestentschädigung von nicht unter einem Jahresgehalt geben, die der Arbeitgeber zu leisten hat, um der herabwürdigenden Behandlung von Arbeitnehmern von vornherein abschreckend Einhalt zu gebieten und um die Allgemeinheit von den Kosten zu entlasten.

[9] Modul 3d: Mobbingbeauftragte

[10] Die Piratenpartei setzt sich für die Schaffung eines Rahmengesetzes auf Bundesebene für Mobbingbeautragte des Bundes, der Länder und der Landkreise mit Zuständigkeit für alle weiteren in der Verwaltungsgliederung untergeordneten Behörden ein. Die Beauftragten sollen von den Bürgern auf Zeit gewählt werden. Sie sollen richterliche Unabhängigkeit besitzen und Hinweisen auf Mobbinghandlungen nachgehen. Ihnen soll im Rahmen eines zu schaffenden Antimobbinggesetzes Vetorecht gegen Rechtsakte gegeben werden, die mit ihren Untersuchungen in Zusammenhang stehen. Sie sollen einen jährlichen Bericht veröffentlichen.

Begründung

[11] Zu Modul 3a-3c erfolgt an dieser Stelle Verweis auf die ausführliche Begründung von Modul 3 „Schaffung eines Antimobbinggesetzes“ im vorhergehenden Antragshauptmodul, das unabhänging von diesen Zusatzmodulen beschlossen werden kann. Die Module 3a-3c konkretisieren bereits dort angesprochene Forderungen.

[12] Zu Modul 3d siehe frühere LiquidFeedback-Initiative https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4125.html, wo die betreffenden Gegenargumente entkräftet werden.

[13] Dort heißt es:

[14] “Personalräte und Gewerkschaften setzen sich doch schon kämpferisch für die Beschäftigten ein und schützen sie vor ungerechtfertigter Benachteiligung. Ein unabhängiger Mobbingbeauftragter ist von daher vollkommen überflüssig!“

[15] Personalräte stehen zwar durch §§ 15, 16 und 46 KSchG, § 47 BPersVG und § 103 BetrVG unter besonderem Schutz, besitzen aber beamtenrechtlich unzureichende Befugnisse. PersVG.de kommentiert hierzu: “Die fristlose Entlassung von Beamtinnen und Beamten (oder die Entlassung von Probebeamten und Referendaren, der Verf.) ist nicht an die Zustimmung des Personalrats geknüpft. Der Beamte kann sich gegen seine Suspendierung oder vorläufige Amtsenthebung nur mit beamtenrechtlichen Rechtsbehelfen wehren. Hier besteht eine Schutzlücke, denn im Falle der übereilten und rechtsgrundlosen Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung oder des Verbots der Führung der Dienstgeschäfte ruht nach § 28 Abs. 3 das Amt des Personalrates, so dass die Personalvertretung u.U. erheblich in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sein kann.“ Die Unabhängigkeit von Personalräten ist nur bedingt, das Dienstverhältnis besteht nach Beendigung der Personalratstätigkeit fort. Hinzu kommt, dass Personalräte häufig durch die Ernennungshürden in den Strukturen des öffentlichen Dienstes sozialisiert sind und ihrem Rechtsempfinden daher bereits Perspektive des Dienstherren und weniger Perspektive des Bürgers beinhaltet. Darüber hinaus, die Kampfbereitschaft von Gewerkschaften erschöpft sich nach meinem Empfinden und dem vieler anderer Beschäftigter in tariflichen Auseinandersetzungen. Dazu kommen ihre politischen Verflechtungen.

[16] “Wir haben doch schon den Whistleblowerschutz im Programm! Dieser gilt doch auch für Mobbingopfer, die mit Mobbinghandlungen an die Öffentlichkeit gehen. Wozu brauchen wir das also?“

[17] Der Whistleblowerschutz ist in §17 des Grundsatzprogramms festgeschrieben. Er beinhaltet jedoch in seiner Begründung nur eine Forderung nach einem Schutz von Personen, die Skandale von erheblichem öffentlichen Interesse aufzeigen. Im Weiteren heißt es “Der Umfang, der immer häu?ger vorkommenden Geheimabkommen wie ACTA und der Mautvertrag, wäre ohne Leaks nicht frühzeitig öffentlich bekannt geworden. Skandale wie der um Gammel?eisch oder um die Vermarktung des Nürburgrings zeigen, dass es im öffentlichen Interesse notwendig ist, Hinweisgeber zu unterstützen und soweit wie möglich zu schützen.“. Die Aufdeckung von personenbezogenem Mobbing oder Mobbingkorruption, wie vom niedersächsischen Bürgerrechtler und Whistleblower Kurt R. Werner begrifflich eingeführt, bleibt in der Argumentation außen vor, ebenso wie der Opferschutz, wenn der Betroffene aus Scheu oder durch massive Einwirkung der Täter hervorgerufenen Schuldgefühlen nicht zum Whistleblowing greift. Der Mobbingbeauftragte als Kontrollorgan für die Verwaltungsgliederung soll aber zugleich auch solidarische Whistleblower vor offensichtlichen, in juristischen Formulierungen verpackten und formal rechtlich einwandfreien Rachehandlungen schützen.

[18] “Warum brauchen wir eine zusätzliche Überwachungsstelle, die zudem Geld kostet? Es reicht doch, wenn alle Verwaltungsentscheidungen für den Bürger transparent sind.“

[19] Eine Kontrolle der Personalvorgänge im öffentlichen Dienst durch eine unabhängige Stelle ist schon allein deswegen notwendig, weil der Beamtenapparat ansonsten seine häufig auch parteipolitisch unterlegten Machtstrukturen selbst erhält, unabhängig von der jeweiligen Bundes- oder Landesregierung. Der Bürger hat es mit Ämtern und Behörden als letztlich ausführende Stellen der Exekutive und nicht mit der Regierung zu tun. Diese können entweder mehr oder weniger kooperativ sein. Durch ein unabhängiges, aber sensibles Auge von außen auf fragwürdige Personalvorgänge soll auch einer Verfestigung informeller Strukturen und einem Korpsgeist entgegen gewirkt werden. Denn nicht nur die Transparenz bei inhaltlichen Entscheidungen ist wichtig, sondern auch eine basisdemokratische Kontrolle des Anstands bei der Behandlung der Bediensteten, vor allem dann, wenn sie nicht unter Kündigungsschutz nach § 37 Abs. 1 Satz 1 TVöDAT und Personalratsbeteiligung fallen.

[20] “Will der normale Bürger überhaupt Kontrollgremien, Richter, oder eben Mobbingbeauftragte wählen? Es ist doch eine infinitesimale Wahlbeteiligung absehbar! Sie steht in keinem Verhältnis zum Aufwand.“

[21] Eine Grundvoraussetzung für basisdemokratische Kontrolle ist, dass die Stellen, die kontrollieren sollen, direkt vom Bürger bestimmt werden. Auch wenn die Wahl der Besetzung von keinem so großen Interesse sein wird wie Parlamentswahlen auf Bundes- und Landesebene, so ist es doch wichtig, die Einflussnahme des Bürgers auf die Zusammensetzung von Kontrollgremien grundsätzlich zu gewährleisten - ähnlich wie bei der Sozialwahl der Krankenkassen. Die Schaffung des Angebots ist letztlich entscheidend, nicht, ob es mehrheitlich wahrgenommen wird. Denn es besteht keine Wahlpflicht. Darüber hinaus kann man Abstimmungen zusammenlegen, denn die Zahl der Abstimmungen und Bürgerentscheide wird nach unseren Vorstellungen erheblich wachsen, so dass jeder Bürger in seiner Gemeinde ohnehin mehrmals im Jahr an die Urne gerufen wird. Die Wahl der Mobbingbeauftragten lässt sich daher mit den künftig zahlreichen Volksabstimmungen oder mit Kommunal-, Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen zusammenlegen.

[22] “Reicht das überhaupt, um gegen Mobbing vorzugehen, und was ist mit Mobbing in privaten Betrieben, vor allem in jenen, in denen kein Personalrat existiert?“

[23] Natürlich reichen Mobbingbeauftragte alleine nicht aus - sie sind ja auch nur für den öffentlichen Dienst zuständig. Einem Eingriff in Privateigentum wegen Verletzung von Rechten Dritter sind durch Art. 14 Abs. 2 GG enge Schranken gesetzt. Darüber hinaus ist auch ein wirksames Antimobbinggesetz notwendig, wenngleich es beim BAG 25.10.2007. 8 AZR 593/06 heißt “Der Arbeitgeber haftet nach § 278 BGB für Schäden, die einer seiner Arbeitnehmer dadurch erleidet, dass ihn sein Vorgesetzter schuldhaft in seinen Rechten verletzt. (BGB §§ 241, 242, 253, 254, 278, 280, 823, 826)“, da die Rechtsauslegung dieser Ausführungen sehr unterschiedlich ist. Hierzu wird noch ein weiterer Programmantrag gefertigt.

PA608 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 3: Antimobbinggesetz

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Justizpolitik durch R2Dine, TheHutt und Colorofthenight

Zusammenfassung

Es soll ein Gesetz zum Schutz vor Mobbing geschaffen werden, das die Verfolgung erleichtert und die Entschädigung regelt.

Antragstext

[1] Modul 3: Schaffung eines Antimobbinggesetzes

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[3] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen umfassenden gesetzlichen Schutz vor Mobbing am Arbeitsplatz und in Schulen ein. Um Mobbing wirksam zu begegnen, muss Mobbing als Straftatbestand von Amts wegen verfolgt und durch spürbarem Schadensersatz zulasten der Schädiger kompensiert werden. Der Opferschutz muss durch eine Anpassung der geltenden sozialrechtlichen Bestimmungen ergänzt werden, wenn Arbeitsplatz oder Arbeitsfähigkeit als Folge von Mobbing verloren gehen.

Begründung

[4] Trotz vieler Initiativen von Betroffenen fehlen bisher in Deutschland wirksame Gesetze im Kampf gegen Mobbing am Arbeitsplatz und in Schulen.

[5] Diese Gesetze sind notwendig, da die einzelne Mobbinghandlung an sich keine strafrechtliche Relevanz besitzt und das Mobbingszenario erst in der Gesamtschau sichtbar wird.

[6] Typische Mobbinghandlungen sind beispielsweise bewusstes Überlasten mit Arbeit, demütigende Kritik vor den Kollegen, Hochspielen von kleinen Fehlern, "Schneiden" durch die Kollegen, ständige "Mitarbeiter-Gespräche" mit dem Ziel der Einschüchterung, mehrfache unberechtigte oder konstruierte Abmahnungen oder wiederholte unangemessene Kündigungsversuche. Werden eine oder mehrere dieser Handlungen 1 über ein halbes Jahr oder länger und mindestens einmal pro Woche verübt, spricht man laut Definition des Arbeitspsychologen Prof. Heinz Leymann von Mobbing.

[7] Mobbing bedroht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe von 40 Mio. Beschäftigten in Deutschland. Die in mehreren wissenschaftlichen Studien belegte erschreckend hohe Zahl der Opfer 2, 3, 4, die in psychische, körperliche Krankheit, mit hohen Fehlzeiten, Verlust des Arbeitsplatzes bis hin zum Zustand chronischer Arbeitsunfähigkeit gemobbt werden belegt, dass im deutschen Rechtssystem kein ausreichender gesetzlicher Schutz gegen Mobbinghandlungen existiert. Mobbing betrifft jährlich nach offiziellen Angaben rund 2 Mio. Arbeitnehmer in Deutschland, was 5,5% der Erwerbstätigen entspricht. Etwa 20% aller Selbstmorde werden auf Mobbing zurückgeführt 3 .

[8] Auch im Bildungswesen und den Schulen wird eine erschreckende Ausbreitung von Mobbing durch Mitschüler, jedoch auch von Teilen des Lehrpersonals und der Direktion gegenüber Schülern von Experten festgestellt. Es wird übereinstimmend eine besondere Häufung von Mobbing an Schülern mit Migrationshintergrund oder Behinderung beobachtet. Gerade dies weist darauf hin, dass eine wirksame Gesetzgebung bisher nicht besteht. Eine spezielle Gesetzgebung auf Länderebene, um die aufsichtführenden Schulbehörden, Kultusministerien und zuständigen Bezirksregierungen zum Einschreiten gegen Mobbing zu motivieren, erscheint dringend erforderlich. 5 Dies ist auch im Sinne der allseits geforderten Integration und Inklusion, die in der Piratenpartei (AG Inklusion) nachdrücklich und konkret thematisiert wird 6 .

[9] Bei beständiger Wettbewerbsverschärfung und Angst um den eigenen Arbeitsplatz kommt es vermehrt zu Mobbing, d. h. dem bewussten, zielgerichteten und systematischen Anfeinden, Schikanieren, Drangsalieren oder Ausgrenzen von Arbeitnehmern untereinander oder durch Vorgesetzte. Ein solches Verhalten verletzt die Würde der betreffenden Person und schafft ein von Erniedrigung, Entwürdigung und Beleidigung gekennzeichnetes Arbeitsumfeld. Ziel ist letztlich, unliebsame, teure oder vermeintlich überzählige Mitarbeiter zu "entfernen", indem man sie vorbei an Kündigungsschutz und Abfindung zur Eigenkündigung oder in die Frühverrentung nötigt.

[10] In der Verwaltung werden durch Vertragsärzte psychiatrische Gutachten in Auftrag gegeben (sog. Gefälligkeitsgutachten), die den Bediensteten Arbeits- oder Dienstunfähigkeit bescheinigen.

[11] Betriebs- oder Personalräte werden in den meisten Fällen so fehlinformiert, eingeschüchtert oder mit Vorteilen bedacht, dass ein Einschreiten ihrerseits bei Verstößen gegen Formvorschriften bei Kündigungen oder vorzeitigen Zurruhesetzungen verhindert wird.

[12] Das Mobbingopfer wird damit über einen langen Zeitraum hinweg so ausgegrenzt, dass es keinerlei Verbündete mehr finden kann. Es steht förmlich im Regen! Depressionen sind die erste Folge, die meinst der Anfang vom bitteren Ende sind.

[13] Dies erzeugt einen über lange Zeit anhaltenden Zustand der berechtigten Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren und macht Mobbingopfer hilf- und willenlos. Das Ende beginnt seinen Lauf zu nehmen. Die Opfer werden unter diesem Druck in der Regel krank, und bekommen dies auch noch angelastet. Sie werden deswegen nach längeren Krankheitszeiten gekündigt oder vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Viele Mobbingopfer werden in ihrer Einsamkeit zum Alkohol- oder/und Medikamentenmissbrauch getrieben, was wiederum zu physischen Krankheiten führt und/oder in viel zu vielen Fällen sogar zum Suizid. Die weit reichenden gesellschaftlichen Folgen veranschaulichen die verzweifelte Lebenssituation von Mobbingopfern und unterstreichen die Notwendigkeit eines gesetzlichen Opferschutzes.

[14] Im europäischen Ausland gibt es bereits eine Anti-Mobbing-Gesetzgebung, so in Schweden, Frankreich oder Spanien. Auch bei der EU ist man sich der Mobbing-Problematik bewußt. Bundesregierung und Bundestag sehen oder wollen jedoch keinen Handlungsbedarf sehen. Mit einem einzigen entsprechenden Gesetz mit prohibitv schweren Konsequenzen für den Mobber wird die Flut von Krankschreibungen, Reha-Maßnahmen, Berentungsverfahren, endloser Prozeßaufwand gegen unberechtigte Abmahnung, Kündigung und Abfindungen auch in der Bundesrepublik Deutschland entfallen. Insofern Mobbing auch als von oben gelenktes Steuerungsinstrument eingesetztz wird, ist ein konkreter Schutz per Anti Mobbing Gesetz von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Hier sei beispielhaft auf die Strafbarkeit von Stalking in § 238 StGB verweisen, der seit seiner Einführung im Jahr 2006 zu einem erheblichen Rückgang entsprechender Übergriffe geführt hat. Dies beweist, wie wirksam eine gesetzliche Regelung, die die gesellschaftliche Ächung eines bestimmten Verhaltens zum Ausdruck bringt, Opfer zu schützen vermag, bevor sie zu Opfern werden. Auch ein Anti-Mobbing-Gesetz wird diese präventive Wirkung nicht verfehlen.

[15] Zentrale Anliegen der Piraten, der Schutz der bürgerlichen Freiheiten, des Grundrechtes auf körperliche Unversehrtheit, die Stärkung der Gewaltenteilung, der demokratischen und rechtsstaatlichen Spielregeln erfordern eine von interessierter Seite nicht korrumpierbare, im deutschen Rechtssystem verankerte robuste Absicherung per Bundesgesetz.

[16] Quellen:

[17] 1 FOCUS Money Online vom 13.01.2007, http://www.focus.de/finanzen/karriere/berufsleben/mobbing/mobbing/45-mobbing-handlungen_aid_6016.html; http://wiki.piratenpartei.de/AG_Anti-Mobbing-Gesetz

[18] 2 Studie des IFAK Instituts zu Mobbing http://kdm13.wordpress.com/der-eugh-starkt-arbeitnehmerrechte-eugh-urteil-c-30306/studie-des-ifak-instituts-zu-mobbing/

[19] 3 DER SPIEGEL Nr. 16 vom 16.04.2012, S. 56 ff. “Kollege Feind“

[20] 4 Der Mobbing Report 2002, http://www.baua.de/cae/servlet/contentblob/682700/publicationFile/46973/Fb951.pdf

[21] 5 Berichte von Frau Ricarda Rolf, Leiterin der Antimobbingstelle Mobbing-Zentrale.de http://www.mobbing-zentrale.de/ und Statistik Dipl.-Psych. Elias Feinstein, Spezialpraxis für Mobbingopfer

[22] 6 Grundsatzantrag der AG Inklusion, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Inklusion/Grundsatzantrag

PA609 - Kleiderordnung im öffentlichen Raum

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian Specht

Zusammenfassung

Forderung einer Kleiderordnung für den öffentlichen Raum

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text an redaktionell geeigneter Stelle in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

[2] Die freie Entfaltung der Persönlichkeit hat ihre Grenzen dort, wo sie gegen das Sittengesetz verstößt. Um Störungen des Sittlichkeitempfindens zu vermeiden ist klar festzulegen, welcherlei Kleidung im öffentlichen Raum angemessen ist, insbesondere wie freizügig diese sein oder nicht sein darf. Eine entsprechende Kleiderordnung ist rechtlich zu verankern und amtlich zu veröffentlichen.

Begründung

[3] Dinge sehen zu müssen, die man nicht sehen will, ist wohl etwas, das jeder schon mal erlebt haben dürfte. Zumindest was die Bekleidung (oder gar Nichtbekleidung) angeht kann auf diese Weise Abhilfe geschaffen werden. Vergleichbares wird in einigen Ländern bereits erfolgreich praktiziert.

[4] Dieser Antrag konkurriert mit PA605 “Nacktheit im öffentlichen Raum“

PA610 - Gegen Antisemitismus und Antizionismus

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Boris Turovskiy

Zusammenfassung

Die Piratenpartei positioniert sich eindeutig gegen jede Form von Antisemitismus, insbesondere gegen antisemitisch unterlegte Verschwörungstheorien und Antizionismus.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Programmpunkt "Gegen Antisemitismus und Antizionismus" im Programmteil "Für die Vielfalt in der Gesellschaft" aufnehmen. Auf Wunsch der Versammlung kann der Antrag auch als Positionspapier behandelt werden.*

[2] Der Antisemitismus hat in der deutschen Geschichte eine traurige Rolle gespielt und bedarf deshalb besonderer Aufmerksamkeit. Noch heute sind in der Gesellschaft antisemitische Vorurteile verbreitet, zudem der Antisemitismus im Laufe der Zeit zahlreiche Strategien entwickelt hat, um unter dem Deckmantel legitimer Meinungsfreiheit Salonfähigkeit zu erlangen. So bedienen sich Vorstellungen, nicht näher benannte Gruppen von "Strippenziehern" würden nach weltweiter Kontrolle über Wirtschaft und Politik streben oder wären für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich, oftmals antisemitischer Klischees und Stereotypen und sind kritisch zu betrachten. Ebenso sind einseitig israelfeindliche Positionen zum Nahostkonflikt und die Unterstützung israelfeindlicher Gruppierungen als antisemitisch anzusehen, sofern sie die Verfolgung Diskriminierung von Juden verharmlosen, relativieren oder rechtfertigen.

[3] Die Piratenpartei stellt sich entschieden gegen jede Form von Antisemitismus und schließt jegliche Zusammenarbeit und Unterstützung von antisemitischen und antizionistischen Gruppierungen aus.

Begründung

[4] Es gibt zwei wesentliche Gründe, warum die allgemeine Aussage im Programmpunkt "Gemeinsam gegen Rassismus" um eine explizite Aussage zum Antisemitismus erweitert werden sollte:

- Historisch war der Antisemitismus in Deutschland für den Holocaust verantwortlich und nimmt deshalb einen besonderen Platz in der deutschen Geschichte ein. Er sollte deshalb separat von anderen fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologien betrachtet werden (ohne, dass dadurch sonstige Formen von Rassismus in irgendeiner Weise relativiert werden). Die Erklärung gegen Holocaustleugnung von Neumünster ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber noch viel zu kurz.

- Der Antisemitismus hat im Laufe seiner jahrhundertelangen Evolution zahlreiche Formen entwickelt, die weit subtiler sind, als offener Fremdenhass, und deshalb sogar in einer gegenüber dem Antisemitismus stark sensibilisierten Gesellschaft Fuß fassen können. Zwei deutlichste Beispiele sind im Antrag explizit benannt: zum einen ist es der Antizionismus, der unter dem Deckmantel (legitimer) Kritik am israelischen Staat und seiner Politik Verbrechen gegen Juden verharmlost, relativiert und sogar gutheißt. Zum Anderen bedienen sich die gerade in Krisenzeiten aufkommende System-, Geld-, Zins-, Banken- und sonstige

Kritiker alter antisemitischer Klischees, die Juden ein Streben nach Weltherrschaft, die Kontrolle über die Wirtschaft (“Hochfinanz“), das Betreiben von Geheimbündnissen (“Weise von Zion“) und sonstige gegen den Rest der Menschheit gerichtete Bestrebungen unterstellen. Der Antrag zielt keinesfalls darauf ab, jegliche Kritik an Israel oder am aktuellen Finanzsystem als antisemitisch abzustempeln, es muss aber stets Wachsamkeit geleistet werden, um das Abdriften legitimer Kritik in Richtunug antisemitischer Klischees früh zu erkennen und zu unterbinden. Der Antrag sieht ebenfalls vor, Zusammenarbeit zwischen Piraten und antizionistischen Gruppierungen auszuschließen.

[5] Gegebenenfalls kann der Antrag gemeinsam mit dem Antrag Umgang mit rechtspopulistischen, rassistischen und antisemitischen Parteien und Organisationen behandelt werden.

[6] Weiterführende Artikel zum Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus: http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37954/antizionistischer-antisemitismus http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/a/antizionismus http://shalom-bayern.blogspot.de/2011/04/uber-antisemitismus-antizionismus-und.html http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/linker-antisemitismus.htm http://en.wikipedia.org/wiki/3D_Test_of_Antisemitism http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politi
http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/

PA611 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 2: Betriebsräte

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight

Zusammenfassung

Die betriebliche Mitbestimmung muss erhalten und darf nicht beschnitten werden. Außerdem sollen Betriebsratsgründungen gefördert und Arbeitnehmer, die dies beabsichtigen, besser geschützt werden.

Antragstext

[1] Modul 2: Betriebsräte

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstextbausteinen an geeigneter Stelle in modularem Abstimmungsverfahren zu ergänzen:

[3] Modul 2a: Bekenntnis zu Betriebsräten

[4] Wir bekennen uns zu starken Betriebsräten und wollen das Betriebsverfassungsgesetz verteidigen. Mitbestimmung ist ein wesentliches Element der Teilhabe am Wirtschaftsleben.

[5] Modul 2b: Gründung von Betriebsräten

[6] Die Gründung von Betriebsräten muss erleichtert werden. Daher befürworten wir alle notwendigen gesetzlichen Schutzmaßnahmen im Betriebsverfassungsgesetz und im Kündigungsschutzgesetz, um die Gründung eines Betriebsrats in Betrieben von wenigstens 20 Beschäftigten zu fördern und eine Torperdierung dieses Vorhabens von Arbeitgeberseite zu verhindern.

Begründung

[7] Die Begründung lässt sich aus der Präambel sowie den Begründungen anderer bedeutender Programmanträge wie dem PA 002 herleiten. Die Piratenpartei Deutschland sollte sich unabdingbar für mehr Einfluss des Souveräns im Wirtschaftsleben einsetzen. Zu einer starken Bürgergesellschaft gehört nicht nur die gemeinsame Verteidigung ziviler, sondern auch arbeitnehmerischer Rechte.

[8] Eine gute Begründung für die Erleichterung von Betriebsräten liefert ein früherer Programmantrag von Dingo unter http://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2012.1/Antragsfabrik/Programm%C3%A4nderung_013

[9] Der eigentlich typisch gewerkschaftlich-kämpferische Einsatz für Betriebsräte und Betriebsratsgründungen in unserem Wahlprogramm setzt außerdem ein Zeichen in Sachen Wählbarkeit für sozialdemokratische Wählerschichten.

PA612 - Transparenzbeauftragter und Whistleblowerstelle im Gesundheitswesen

Wahlprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard für die AG Gesundheit Brandenburg

Zusammenfassung

Unabhängiger Transparenzbeauftragter und Whistleblowerstelle mit umfangreichen Kometenzen für ein besseres Gesundheitssystem

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert die Einrichtung eines organisatorisch und finanziell unabhängigen Transparenzbeauftragten und einer Whistleblowerstelle. Der Transparenzbeauftragte oder einer seiner Mitarbeiter soll im Bundestag, in den zuständigen Fachausschüssen und gegenüber dem fachlich zuständigen Bundesministerien rede- und antragsberechtigt sein. Transparenzbeauftragter und Whistleblowerstelle haben neben Mediationsmöglichkeiten auch die Option zur Einleitung von zivil oder strafrechtlichen Verfahren. In Strafverfahren haben sie das Recht, Anträge auf Fortführung des Verfahrens zu stellen.

Begründung

[3] Die Piratenpartei sieht im Angesicht des über Jahrzehnte gewachsenen Filzes im deutschen Gesundheitswesen die Notwendigkeit. Misstände müssen ohne Angst vor Verfolgung aufgezeigt werden können.

PA613 - Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Wahlprogramm - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Renner / Landesverband Bayern

Zusammenfassung

Eckpunkte für eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Programmpunkt unter dem Titel "Öffentlich-rechtlicher Rundfunk" ins Wahlprogramm übernehmen. Im Falle einer Ablehnung möge der Antrag modular (4 Module) behandelt werden.*

[2] **Einschniitte in die Finanzierung**

[3] Ein Vergleich mit anderen weltweit agierenden öffentlich-rechtlichen Anstalten zeigt, dass die Gebühren um 30 Prozent gekürzt werden können. Spätere Anpassungen der Gebühren sollen lediglich dem Erhalt der Qualität dienen. Eine mittelfristig geplante Kürzung der Gebühren ist ohne Kündigungen durchführbar. Ein angekündigter Kapitalentzug würde bisher ungenutzte Rationalisierungsschritte erzwingen und weiteren, notwendigen Reformwillen innerhalb des ÖRR wecken.

[4] Weiterhin soll auf Werbeeinnahmen, Sponsoring und Product Placement vollständig verzichtet werden. Die Werbeeinnahmen haben keinen wesentlichen Anteil an der Finanzierung. Die Sender könnten das Programm ohne Rücksicht auf mögliche Interessenskonflikte gestalten. Die Nutzer wären für werbefreie Sendungen dankbar.

[5] Hohe Einnahmen sind weder Voraussetzung noch die Garantie für eine qualitativ hochwertige Grundversorgung. Eine Senkung der Kosten des ÖRR würde aber die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.

[6] **Inhaltliche Kreativität statt Quote**

[7] Die Qualität des Programms darf nicht von der Quote abgeleitet werden. Ein gutes Programm wagt neue Ansätze und bietet kreative Inhalte jenseits des etablierten Weges, beispielsweise durch die Erschließung der Internet-Community als Quelle neuer Inhalte. Statt teurer Übertragungsrechte sollen die Gebühren der Nutzer in guten Journalismus fließen. Erstrebenswert sind die gleichberechtigten Säulen Nachrichten, Regionales, Bildung, Kultur sowie Unterhaltung.

[8] **Internet**

[9] Digitaltechnik erweiterte die Möglichkeiten der Sender. Das Internet bietet weitere Chancen. Als Transportkanal für Sendungen, als Zugangsmöglichkeit zu ewigen Mediatheken. Durch Gebühren bezahlte Inhalte dürfen nicht der Gemeinschaft entzogen werden. Wo immer das möglich ist sollen eigene Inhalte unter freie Lizenzen gestellt und dem Interessierten zur Verfügung gestellt werden.

[10] **Zusammensetzung und Aufgabe der Kontrollorgane**

[11] Ein Rundfunkrat kontrolliert Anstalten des ÖRR. Jeder Rundfunkrat besteht aus entsendeten Vertretern gesellschaftlicher Organisationen. Es gibt derzeit kein Mitglied welches explizit die Interessen der Bürger vertritt.

Hier fehlen Vertreter der Zivilgesellschaft.

[12] Daraus ergibt sich die Forderung, die Nutzer des ÖRR auch an der Kontrolle und an der Steuerung zu beteiligen. Das Ziel dabei ist nicht die Erhöhung der Einschaltquoten. Die Rückmeldungen der Nutzer sollen statt dessen aufzeigen was der gewünschte Umfang einer Grundversorgung ist, wo Lücken klaffen und wo Überfluss herrscht. Ein jährlicher Bericht darüber bildet dann die Grundlage eines öffentlichen Aufgabenkatalogs für den ÖRR.

[13] Ein repräsentativer Rundfunkrat wird weiterhin benötigt. Die Zusammensetzung der Mitglieder soll jedoch die reale, inhomogne Gesellschaftstruktur abbilden. Eine Gegenüberstelung des Aufgabenkatalogs des ÖRR und der Tätigkeitsberichte der Mitglieder ermöglicht eine jährliche Leistungsbeurteilung. Mit diesen Informationen versorgt, sollen interessierte Nutzer das Gremium beurteilen dürfen.

[14] Ziel ist ein demokratisch gesteuerter ÖRR: Der Nutzer sagt was er gerne hätte. Der ÖRR gleicht Angebot und Nachfrage aus. Der Rundfunkrat überwacht den ÖRR. Der Nutzer überwacht den Rundfunkrat.

Begründung

[15] Seit der Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) hat die Gesellschaft einen massiven Wandel durchlebt, das Internet hat dies zusätzlich beschleunigt. Es ist daher an der Zeit grundlegende Reformen einzufordern, um den ÖRR an die sich geänderten Bedürfnisse und technischen Mittel anzupassen. Denn trotz aller Veränderungen hat der ÖRR mit seinen Inhalten immer noch große Reichweite, hohen Stellenwert und starken Einfluss in der Gesellschaft und sollte deshalb von der Piratenpartei zeitgemäß weiterentwickelt werden.

[16] Der Antrag wurde beim Landesparteitag 2012.1 der Piratenpartei Bayern in Straubing als Positionspapier angenommen. Entsprechend dem Programmentwicklungskonzept wird der Antrag im Namen der Piratenpartei Bayern eingereicht.

PA614 - Rechtliche Absicherung von Whistleblowing im Gesundheitswesen

Grundsatzprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard für die AG Gesundheit Brandenburg

Zusammenfassung

Whistleblowing wird als Instrument der Qualitätssicherung im Gesundheitswesen rechtlich verankert und abzusichert.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Die Piratenpartei fordert, Whistleblowing als Instrument der Qualitätssicherung im Gesundheitswesen rechtlich zu verankern und abzusichern.

Begründung

[3] Whistleblowing spielt eine zentrale Rolle für eine Verbesserung des Gesundheitswesens.

PA615 - Unterbringung von Asylbewerbern in gewöhnlichen Wohnungen

Wahlprogramm - Asyl

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AG Migration

Zusammenfassung

Asylbewerber werden in gewöhnlichen Wohnungen statt in Sammelunterkünften untergebracht.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle folgendes zum Themenfeld Integrations- und Migrationspolitik einzufügen:

[2] Asylbewerber werden in gewöhnlichen Wohnungen statt in Sammelunterkünften untergebracht.

Begründung

[3] Aktuell werden Asylbewerber für die Zeit der Antragsbearbeitung (variiert zwischen 2 Monaten und mehreren Jahren) in Sammelunterkünften untergebracht. Diese sind in der Tendenz eher marode und an der örtlichen Peripherie gelegen. Auch gibt es wenige Quadratmeter je Bewohner. Die Bewohner sind in Gemeinschaftsräumen untergebracht.

[4] Die Asylbewerber sind so von der Gemeinde abgeschlossen, wodurch sie sich schlecht am Leben beteiligen können. Durch die Konzentration vieler Menschen ohne Perspektive, meist in Langeweile, entsteht eine psychisch anstrengende Situation für alle. Auch ist das Zusammenleben vieler zufällig zusammengewürfelter Menschen aus verschiedenen Kulturen konfliktbehaftet.

[5] Die Unterbringung in gewöhnlichen Mietswohnungen hat den Vorteil, dass Asylbewerber sich in hoffentlich guten, zumindest jedoch besseren sozialen Strukturen bewegen. Sie haben ähnliche Lebensbedingungen wie die meisten Menschen in diesem Land, können besser am Leben teilnehmen (z.B. jemanden zum Essen nach Hause einladen).

[6] Da Nachbarn in diesem Fall nicht nur ebenfalls Asylbewerber sind, ist es einfacher soziale Kontakte zu knüpfen und Unterstützung zu erhalten.

PA616 - Abschaffung des elektronischen Personalausweises

Wahlprogramm - Überwachung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roghetti

Zusammenfassung

Abschaffung des elektronischen Personalausweises

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für die Abschaffung des elektronischen Personalausweises ein. Die Gefahren welche das „System elektronischer Personalausweis“ beherbergt, überwiegen die Möglichkeiten. So kann der elektronische Personalausweis unter anderem in der Zukunft vom Staat dazu genutzt werden, dass sich Internetnutzer vor Benutzung des Netzes ausweisen müssen. Eine andere Gefahr, die die Piraten sehen, ist der Aufbau einer großen biometrischen Datenbank, bei der die Datensicherheit fragwürdig sind. Darüberhinaus gibt es noch weitere Gefahren nicht nur bezogen auf die Themen der möglichen Zensur und des Datenschutzes.

Begründung

[3] Der ePerso ist scheiße!

PA617 - Grundsätze eines menschenwürdigen Pflegewesens

Grundsatzprogramm - Pflege

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard für die AG Gesundheit Brandenburg

Zusammenfassung

Verbesserung der Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen und die Arbeitszufriedenheit des Pflegepersonals

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Gundatzprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Modul 1 Präambel und Grundsätze eines menschenwürdigen Pflegewesens

[3] Die Zustände im deutschen Pflegewesen sind unhaltbar geworden. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Missstände, welche die Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen und die Arbeitszufriedenheit des Pflegepersonals gleicher Maßen beeinträchtigen, offen angesprochen und rasch gelöst werden können.

[4] Das Pflegewesen soll ein gleichberechtigter und unabhängiger Bereich des von Pharmakonzernen und Ärztelobby dominierten "Gesundheitswesens" werden, da es im Vergleich zu Krankheiten oder Verletzungen ganz eigene Charakteristika aufweist. Daher braucht es eigene Strukturen, Berufsgrundsätze und gesetzliche Regelungen für das Pflegewesen. Dabei legen die PIRATEN großen Wert auf eine würdevolle Sterbebegleitung von sowie ganz allgemein eine Enttabuisierung des Sterbens im Pflegewesen.

[5] Modul 2 Sicherstellung von Lebensqualität

[6] Die Steuerung des Pflegewesens durch ein betriebswirtschaftlich- kostenrechnerisch Qualitätsmanagementsystem ist gescheitert und soll durch ein Bewertungssystem ersetzt werden, welches das Individuum auch mit seinen emotionalen und sozialen Bedürfnissen berücksichtigt. Die PIRATEN setzen sich für eine Kombination aus Top down und Bottom up Ansatz ein, das sogenannte Gegenstromverfahren. Dabei erhalten die Wünsche der pflegebedürftigen Menschen ebenso mehr Gewicht wie die Pflege(fach)kräfte deutlich mehr Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Verordnungen erhalten. Der Qualitätsbegriff wird aus der Perspektive der pflegebeürftigen Menschen definiert. Gleichzeitig bleiben den Führungskräften Steuerungsmöglichkeiten und die Gesamtverantwortung.

[7] Modul 3 Arbeitsbedingungen für Pflege(fach)kräfte verbessern

[8] Die körperlich und psychisch besonders anstrengenden Arbeitsbedingungen dürfen nicht durch monotonmechanische Arbeitsabläufe verschlimmert werden, sondern müssen beispielsweise durch Projektarbeit abwechslungsreich gestaltet werden, um Burn Out und Abwanderung von Pflegekräften in andere Bereiche zu reduzieren. Gleichzeitig muss für die jeweilige Tätigkeit ausreichend qualifiziertes Personal bereit stehen. Ein angemessener Freizeitausgleich ist regelmäßig zu gewährleisten.

[9] Modul 4 Vernetzte Pflege –Schnittstellen stärken

[10] Die Piratenpartei anerkennt den interdisziplinären Charakter der Pflege mit den Schnittstellen zu allen Beteiligten innerhalb und außerhalb einer Einrichtung der Pflege. Dazu gehören beispielsweise Ärzte, Kranken-

schwestern, Bestatter, Catering,Physsiotherapeuten,Logopäden, Geschäftsführung, Reinigungskräfte, Angehörige, Pflegepersonal und die pflegebedürftigen Menschen selbst. Die unterschiedlichen Herangehensweisen dieser Gruppen erfordern ein gegenseitiges voneinander lernen, welches sowohl in den Alltag der Einrichtungen der Pflege als auch in die Ausbildung zu integrieren ist..

[11] Modul 5 Pflegeabhängigheiten verringern - Reha stärken

[12] Rehabilitationsmaßnahmen bieten die Möglichkeit, dass pflegebedürftige Menschen wieder ein Stück Selbständigkeit und Würde zurückerlangen können. Gleichzeitig sinkt dadurch der Pflegebedarf. Daher stellen wir die finanziellen Anreize auf ein System um, das Erfolge in der Reha gegenüber steigender Pfelgebedürftigkeit bevorzugt. Einrichtungen, die kontinuierlich Pflegeabhängigkeiten verringern, sollen gefördert werden.

Begründung

[13] Die Zustände in Pflegeeinrichtungen - Stichwort Pflegeskandale und Pflegemisere – sind bereits seit vielen Jahren allen in der Branche Tätigen und den Angehörigen der pflegebedürftigen Menschenbekannt. Auch die Ansätze zur Verbesserung sind bereits bekannt, die Umsetzung ist jedoch gerade den politischen Akteuren kein wichtiges Thema.

[14] Die Piratenpartei sieht eine möglichst hohe Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen und gute Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal als zentrale Faktoren für ein menschenwürdiges Pflegewesen. Von den Profiteuren der aktuellen Pflegemisere werden pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige einerseits und das Pflegepersonal andererseits oft geschickt gegeneinander ausgespielt. Da Pflege eine Dienstleistung rund um den Menschen ist, sind für uns PIRATEN zufriedene pflegebedürftige Menschen und Pflegekräfte keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

[15] Des Weiteren sind in Pflegeeinrichtungen viele Beschäftigte unterschiedlicher Berufsgruppen im Einsatz, die alle eigene Kulturen, Fähigkeiten und Arbeitsabläufe mitbringen. Dies führt zu vielen potentiellen Konflikten untereinander und mit weiteren Akteuren, wie Angehörige oder pflegebedürftigen Menschen. Diese Konflikte lassen sich durch Schnittstellenmanagement und Methoden des gegenseitigen Lernens abbauen und ermöglichen schlussendlich eine integrierte und reibungslose Betreuung.

[16] Derzeit verdienen Pflegeeinrichtungen umso mehr, je schwerer der Pflegefall(desto höher die Pflegestufe). Das führt irrsinniger Weise dazu, dass eine Verschlechterung des Zustandes von Pflegebedürftigen profitabel wird. Die Piratenpartei setzt diesem menschenverachtenden System bewusst eine Stärkung der Rehabilitation entgegen, um die Lebensqualität von Pflegebedürftigen zu verbessern.

PA618 - Schulpflicht / Bildungspflicht

Wahlprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

CaeVye

Zusammenfassung

Im Bund soll keine Aussage zur Schulpflicht/Bildungspflicht etc. getätigt werden, da derzeit zwischen den Ländern noch kontrovers diskutiert wird.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei möge beschließen, folgenden Antrag in das Wahlprogramm 2013 im Bereich der Bildung aufzunehmen:

[2] “ “

Begründung

[3] Dieser Antrag ist ein “Hack” um eine Positionierung zur Schulpflicht/Bildungspflicht etc. im Bund zu vertagen. Der Text des Antrages besteht daher aus einem einzelnen Leerzeichen als Altenative zu konkurrierenden eingereichten Anträgen zu diesem Thema. Würde der Antragstext etwas anderes als ein Leerzeichen umfassen , so würde die formulierte Absage im Wahlprogramm erscheinen . Schule ist aktuell ein Landesthema. Es soll keine Aussage zur Schulpflicht/Bildungspflicht etc. getätigt werden, da derzeit zwischen den Ländern noch kontrovers diskutiert wird. Diese Diskussionen würden durch eine Festlegung im Bund von Oben nach Unten (Top-Down) ausgebremst, dies enstpricht nicht den Entscheidungsstrukuren der Piraten.

PA619 - Verankerung von Volksabstimmungen im Grundgesetz als Wahlkampfthema

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

M-Leusser

Zusammenfassung

Die Piraten wollen das regelmäßige Recht auf Volksabstimmungen im Grundgesetz verankern

Antragstext

[1] Weitergehender Antrag zu PA009

[2] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[3] Die Piratenpartei Deutschland fordert Volksabstimmungen und setzt sich dafür ein, dass unserer Regierung eine Pflicht zur Durchführung regelmäßiger Volksabstimmungen auferlegt wird und dieses im Grundgesetz verankert wird.

Begründung

[4] Die Sehnsucht und Forderung nach Volksabstimmungen steigt spürbar in der Bevölkerung. Wir stehen für mehr Demokratie, also sollten wir dies noch lauter und deutlicher formulieren, und zwar jetzt! Es besteht die Gefahr, dass sich bald die sogenann¬ten etablierten Parteien dieses Themas annehmen und es so verpfuschen; dass eine Art Beschwichtigungslösung dabei herauskommt nach dem Motto: lasst das Volk alle Jubeljahre über etwas abstimmen, dann denkt es, es hätte was zu sagen.

[5] Wir sollten die Forderung der grundgesetzlichen Verankerung von Volksabstimmungen zu unserem Hauptwahlkampfthema machen, denn einerseits ist es höchste Zeit dafür und andererseits können wir mit einer hohen Zustimmung für diese Forderung in der Bevölkerung rechnen.

[6] Der Antrag von Jens Kuhlemann macht zu viele Zugeständnisse bezüglich aufwändiger und lästiger Unterschriftensammlungen und geht in seiner Forderung nicht weit genug. Alle Macht geht vom Volke aus und so sollte es endlich einmal geschehen, es ist unser Recht und es handelt sich nicht um eine Bittstellung.

[7] Wahlkampfthemen sollten nicht zu komplex und nicht zu detailliert ausformuliert sein – es spielt erst einmal keine Rolle, ob an zwei Volksabstimmungs-Terminen pro Jahr mehrere Themen abgestimmt werden oder nur einmal pro Jahr ein Thema, oder wer die Abstimmungsthemen auswählt und welche Abstimmungsmodi gelten. Hauptsache, in dieser Richtung bewegt sich etwas und das Grundrecht wird erstritten - Detaillösungen können später gefunden werden!

[8] Unsere Botschaft ist: Die Piraten wollen das regelmäßige Recht auf Volksabstimmungen im Grundgesetz verankern!

PA620 - Wahlrecht für Alle (Grundsatzantrag)

Wahlprogramm - Demokratie

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gregory Engels

Zusammenfassung

Wahlrecht sollte nicht an Staatsangehörigkeit, sondern an den Lebensmittelpunkt gekoppelt werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogram an geigneter Stelle (z.B. in dem Abschnitt "Mehr Demokratie") aufzunehmen.

[2] Das Wahlrecht soll allen Einwohnern offen stehen.

Begründung

[3] *Vorbemerkung: Dieses Antrag basiert auf dem http://wiki.piratenpartei.de/HE:Landesparteitage/Landesparteitag_2012-1/Anträge#PA-121_Wahlrecht_f.C3.BCr_Alle Wahlprogrampunkt der Piratenpartei-Hessen, welches fast ohne Gegenstimmen auf dem Landesparteitag 2012.1 angenommen wurde*

[4] *Taxation without representation is tyranny - James Otis*

[5] In Deutschland sind an die 8,5% der Beförkerung ausländischer Staatsangehörigkeit - das waren ende 2011 6.930.896 Menschen 1 . Über der Hälfte davon kommen aus Staaten ausserhalb der Europäischen Union, aus so genanten Drittstaaten. Diesen Personen steht, abgesehen von den Ausländerbeiratswahlen, in Deutschland gar kein Wahlrecht zu, den Unionsbürgern immerhin das Recht an Kommunalwahlen teilzunehmen. Die Demokratie braucht jede Stimme! Eine demokratische Bürgergesellschaft kann es sich auf Dauer nicht leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder von elementaren Mitwirkungsrechten auszuschließen. Viele Staaten, darunter Schweden, Dänemark und die Niederlande, haben schon erfolgreich Wahlrecht für Migranten einschließlich bis zur nationalen Wahlen eingeführt, mit sehr positiven Ergebnissen. (in Irland gibt es schon immer ein Recht für Ausländer dejenigen Staaten, die den Irischen Bürgern ihrerseits mindestens die gleichen Rechte zubilligten - in der Praxis ist das aber bisher zu vernachlässigen.) (Siehe auch Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung 2)

[6] Dieses Antrag steht nicht in Konkurenz mit den anderen Anträgen, die z.B. ein kommunales Wahlrecht für alle (PA168) fordern oder als Konkretisierung dieses vorliegendes Grundsatzprogrammes für das Wahlprogram verstehen werden können (z.B. PA161). Es macht durchaus Sinn, die Forderung nach "Wahlrecht für alle Einwohner" ins Grundsatzprogramm aufzunehmen, da das Thema uns sehr wahrscheinlich über viele Jahre begleiten wird, und nicht nur bei der nächsten Bundestagswahl.

[7] Schlussbemerkung: Das Wort "Einwohner" ist rechtilich abgegrenzt als jemand, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat. 3

[8] 1 Ausländerstatistik des Statistischen Bundesamts 2011

[9] 2 Studie: Das kommunale Ausländerwahlrecht im europäischen Vergleich

[10] 3 Wikipedia:“Einwohner“

PA621 - Sofortmaßnahmen zur Beendigung der Pflegemisere

Wahlprogramm - Pflege

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Meinhard für die AG Gesundheit Brandenburg

Zusammenfassung

Die Lösungen zur Plfegekrise sind seit Jahren bekannt. Im Zentrum stehen verbesserte Arbeitsbedingungen, Transparenz und Lebensqualität sowie die schnelle Umsetzung.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Antrag gegebenenfalls modular beschließen und im Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufnehmen:

[2] Modul 1 – Vorhandene Erkenntnisse ohne Verzögerung deutschlandweit umsetzen

[3] Zur schnellen und deutschlandweiten Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen fordert die Piratenpartei innerhalb von zwei Jahren aus den bewährten und vorbildlichen Methoden erfolgreicher Einrichtungen Regelungen für alle Arten von Pflegeeinrichtungen (wie Krankenhäuser, Altenpflegeheime, Hospize, Pflege zu Hause, etc) abzuleiten.

[4] Wir fordern eine Verbesserung in der Qualität der Ausbildungen sowie eine dauerhafte und laufende Investition in die Fort- und Weiterbildung der Pflege(fach)kräfte sowie des Managements von Pflegeeinrichtungen.

[5] Zur Implementierung bevorzugen wir einen intelligenten Mix aus Ansätzen wie

[6] Organisationsentwicklung (Prozessorientierter und geplanter sozialer Wandel in den Einrichtungen),

[7] Hospize (Stationäre und ambulante Einrichtungen zur Begleitung sterbenskranker Menschen),

[8] De-Industrialisierung (Bevorzugung kleiner Einrichtungen wie Pflege-WG und individuelle Assistenz zu Hause wo möglich)

[9] und Kommunalisierung.

[10] Modul 2 Transparentes und an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Qualitätsmanagement und Dokumentationspflicht

[11] Derzeit wird das Pflegewesen maßgeblich durch ein enges Korsett aus Qualitätsmanagement und Dokumentationspflicht gesteuert, die auf einem betriebswirtschaftlichen-kostenrechnerischen Ansatz basieren. Die Piratenpartei fordert, dieses im Pflegewesen gescheiterte Konzept bis 2017 durch ein am Individuum mit seinen emotionalen und sozialen Bedürfnissen orientierten Steuerungs- und Qualitätssicherungssystem zu ersetzen.

[12] Zusätzlich sind die Finanzflüsse auf Basis der Open Government Prinzipien transparent und maschinenlesbar zu veröffentlichen, sobald von einer Einrichtung öffentliche Mittel bezogen werden.

[13] Modul 3 Auszeichnung Pflegekraft, Pflegeschule und Pflegeeinrichtung des Jahres

[14] In unterschiedlichen Kategorien wie Krankenhäuser, Altenpflegeheim, Hospiz, Pflege zu Hause und Pflegeschule sowie nach weiteren strukturellen Kriterien wie Stadt oder ländlicher Raum wird zuständigen Bundesministerium jährlich ein Preis beste Pflege(fach)kraft und beste Pflegeeinrichtung vergeben.

[15] Modul 4 Förderung der Weiterentwicklung von Hospizbewegung und Palliativpflege

[16] Die Piratenpartei wird erfolgreichen Methoden der Palliativpflege und des Hospitzwesens fördern und deren Weiterentwicklung unterstützen. Insbesondere wollen wir diese Ansätze auch über die Versorgung von Krebspatienten hinaus auf andere Patientengruppen ausdehnen. Eine palliative Fachkraft sollte in allen Seniorenheimen und Krankenhäusern mit geriatrischer Abteilung verpflichtend vor Ort sein.

Begründung

[17] Derzeit liefern Einrichtungen im Pflegebereich bei gleichen bzw. sehr ähnlichen Rahmenbedingungen ganz unterschiedliche Ergebnisse. Jene Faktoren, die zu guten Ergebnissen führen sind seit Jahren durch unzählige wissenschaftliche Studien und Gutachten bekannt. Weitere Modellversuche sind daher in der Regel nicht mehr erforderlich. Selbstverständlich berücksichtigen wir dabei unterschiedliche Rahmenbedingungen wie Stadt/Land Unterschiede, Gegenden mit starkem/weniger starkem ehrenamtlichen Engagement etc. Unter Kommunalisierung verstehen wir im Pflegewesen nicht die Trägerschaft durch kommunale Verwaltungen sondern die lokale Verankerung und Vernetzung aller lokalen Non Profit Organisationen, Unternehmen und Initiativen. Damit wird Pflege als gemeinsame Verantwortung aller Bewohner einer Region verankert.

[18] Die derzeit eingesetzten Regelungen zur Dokumentation und Sicherung der Qualität sind viel zu detailliert und eng gefasst. Dadurch ist es dem Pflegepersonal nicht möglich, auf die Bedürfnisse der pflegebedürftigen Menschen einzugehen. Gleichzeitig verpufft viel Energie in bürokratischen Prozessen. Fälschungen der Dokumentation zur eigenen Absicherung wurden bereits in der Ausbildung beobachtet. Teile des Qualitätsmanagements und der Dokumentationspflichten dienen tatsächlich der Verschleierung. Die Finanzflüsse und in vielen Einrichtungen vorhandene Quersubventionen oder Gewinnabschöpfungen müssen öffentlich nachvollziehbar werden.

[19] Diese Maßnahme steigert über die Wertschätzung von Personal,Ausbildung und Einrichtung die Qualität. Des weiteren unterstützt sowie verstetigt sie durch die Vorbildwirkung den Best Practise Ansatz aus Modul 1. Man kann sie sofort und mit geringsten Kosten umsetzen.

[20] Da die Palliativpflege und die Hospizbewegung aus dem Bereich der Krebspatienten entstanden ist, soll dieser erfolgreiche und wirksame Ansatz auf praktischer und wissenschaftlicher Ebene auf weitere Bereiche übertragen werden. Die Palliativpflege beschäftigt sich mit pflegebedürftigen Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder terminalen Erkrankungen (aus Wikipedia). Das zentrale Anliegen Hospizbewegung legt darin, das Sterben wieder als wichtigen Teil des Lebens ins öffentliche Bewusstsein zu rufen (ebenfalls aus Wikipedia) .

PA622 - Verantwortungsbewusster Rüstungsexport

Grundsatzprogramm - Außenpolitik LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

http://wiki.piratenpartei.de/AG Außen- und Sicherheitspolitik

Zusammenfassung

Verantwortungsbewusster Rüstungsexport

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel “Außen- & Sicherheitspolitik“ aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland stellt sich gegen einen umfassenden Kriegswaffenexport in diktatorische und menschenrechtsverachtende Länder. Exportentscheidungen die allein Aufgrund von machtpolitischen und finanziellen Interessen getroffen werden, ohne dabei die Menschenrechts- und Konfliktlage zu beachten lehnen wir ab.

Begründung

[3] Begründung: Die rechtlich nicht bindenden Rüstungsexport-Richtlinien aus dem Jahr 2000 haben sich in den letzten zwölf Jahren als unzureichend erwiesen, einen Rüstungsexport aus Deutschland in sogenannte Drittländer, die weder EU noch NATO angehören oder ihnen gleichgestellt sind, konsequent im Sinne der Richtlinien zu gestalten. Dies hat sich besonders am Beispiel der nordafrikanischen und Nahost-Region gezeigt, wobei hier auch Waffen aus Deutschland in den Konflikten des „Arabischen Frühlings“ zum Einsatz kamen. Gerade im Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern, von Produktionsanlagen und von Dienstleistungen, wie dem Training von Sicherheitskräften durch Organe der Bundesrepublik Deutschland, hat sich hier im Schatten der als restriktiv dargestellten Rüstungsexport-Richtlinien eine neue Qualität des Exports und der Kooperation entwickelt, die die Grenzen des klassischen Rüstungsexports längst gesprengt hat. Für uns Piraten ist auch die Einschränkung des Exports von “Dual Use“-Gütern, die zur Begrenzung der Meinungsfreiheit im Internet und der elektronischen Überwachung der Bevölkerung verwendet werden, besonders wichtig. Dieser „Sicherheitsexport“ an Regierungen, der auch zunehmend mit Technologietransfer einher geht, ist einzustellen.

[4] Mit den Prinzipien der Piratenpartei sind derartige Kooperationen und Exporte nicht vereinbar. Beschränkung der Informationsfreiheit und des Rechts auf selbstbestimmtes Leben dürfen nicht von deutschen Rüstungsexporten eingeschränkt oder bedroht werden.

[5] Wir stehen auch international zu unserem Grundsatzprogramm. Der umfassende Rüstungsexport in so genannte Drittländer ist restriktiv zu handhaben und darf bei Vergehen gegen die Kriterien des gemeinsamen Standpunktes der EU nicht stattfinden. Dies muss im Rahmen von rechtlich bindenden Richtlinien stattfinden. Die Einhaltung dieser Richtlinien muss, im Gegensatz zu den bisherigen Initiativen von CDU/SPD/Grüne und FDP, effektiv kontrolliert und wirksam sanktioniert werden. Der deutsche Rüstungsexport muss als Teil einer umfassenden, transparenten Außenpolitik verstanden werden, die möglichst Widerspruchsfrei ist.

[6] LQFB Ergebnis: Ja: 288 (70%) · Enthaltung: 6 · Nein: 121 (30%)

PA623 - Administrative Verschlankung der Krankenkassen durch ihre nummerische Begrenzung als Mittel zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Wahlprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Frank Meier

Zusammenfassung

Viel wird geredet über die hohen Kosten im Gesundheitswesen, über Beitragserhöhungen, Überschüsse. Warum nicht einmal über die Administra- tion von mehr als 100 Krankenkassen in Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern reden?

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Gesundheitspolitik in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei wird Optionen prüfen, um in dem administrativen Bereichen der Krankenkassen Einsparungspotenziale zu erschließen. Dieser Ansatz soll sich nur zum kostenmäßigen Vorteil für die Versicherten bemerkbar machen – ein Nachteil darf für Versicherte zu keiner Zeit entstehen. Die Option zielt auf die administrative Verschlankung der Krankenkassen durch ihre nummerische Begrenzung als Mittel zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Begründung

[3] Man betrachte landauf landab die Fusionen großer Unternehmen vor dem Hintergrund eine effizientere Arbeits-, Produktions- und Serviceleistung zu realisieren. Von der Notwendigkeit administrativer Einsparungsmöglichkeiten bei den Krankenkassen war im medialen Kontexten von Amts- und Würdenträger nie ein Wort zu vernehmen.

[4] Man betrachte unseren europäischen Nachbarstaat - nach meiner Erinnerung ist das Frankreich - die ihr Krankenversicherungssystem über nur sechs Krankenkassen abwickeln.

PA624 - Digitale Autonomie

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Don Key

Zusammenfassung

Umsetzung des Punktes "Freie Software" aus dem Grundsatzprogramm in plakative Forderungen für den Bundestagswahlkampf 2013: Linux-Migration und Bundesstiftung Freie Software.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgende konkrete Maßnahme für das Wahlprogramm 2013 beschließen im Einklang mit dem Grundsatzprogramm, Punkt "Freie Software":

[2] "Digitale Autonomie Wir wollen digitale Abhängigkeiten Deutschlands verminden. Deshalb werden die Piraten die Bundesverwaltung auf Linux und Libreoffice migrieren. Das spart Geld. Doch wir wollen weder Kosten noch Mühe scheuen. Mit einer Bundesstiftung Freie Software schließen wir nachhaltig bestehende Lücken und stärken die Kompetenz für Software-Entwicklung im Lande."

[3] Die Einfügung erfolgt als eigener Punkt an geeigneter Stelle.

Begründung

[4] Durch massive lobbyistische Interventionen ist in den letzten 10 Jahren fast jedes Free / Open Source - Projekt im öffentlichen Bereich bedrängt worden. Die vielen Beispiele im In- und Auslang zeigen wie unglaublich gefährlich digitale Abhängigkeiten von Betriebsystemen, Browsern, Dokumentformaten, Suchmaschinen usw. für eine funktionierende Demokratie sind.

[5] Geheim gehaltener Quellcode ist ein nationales Sicherheitsrisiko. Wir müssen in Europa weiterhin in der Lage bleiben unsere eigene Informationstechnik entwickeln zu können. Das darf nicht in den Händen globaler Konzerne liegen, die den Marktzugang für den Mittelstand beschränken, wie es ihnen passt, festlegen wie Bürger ihren Computer nutzen können, und Staat und Öffentlichkeit bei der digitalen Grundversorgung kräftig zur Kasse bitten.

[6] "Freie Software" ist die Lösung, darum steht sie im Grundsatzprogramm der Piraten. Für den Wahlkampf brauchen wir etwas Plakativeres, konkrete Maßnahmen. Linux in die Bundesverwaltung, das ist knallig und konkret. Damit kann man Kampagne machen. Libreoffice ist ja sogar eine Stiftung aus Berlin. Kostenargumente allein dürfen nicht mehr ausschlaggebend sein, obwohl das Auswärtige Amt einfach fantastische Erfolge zur Kostenreduzierung mit Linux verzeichnet hat. Im manchen Bereichen ist Freie Software nicht die beste Lösung. Wo es Lücken bei den Features gibt, sollte der Bund sie aktiv überwinden und die Bürgerinnen und Bürger von Abhängigkeiten erlösen.

[7] Es ist beschämend, dass unser Staat vor 10 Jahren nichts unternommen hat, um uns aus der damaligen Browserabhängigkeit vom Internet Explorer zu befreien. Es ist beschämend, wenn eine Ministerin mit der Löschung ihres Accounts bei einem sozialen Netzwerk "droht". Es ist an der Zeit unsere Gesellschaft gestalterisch aus

den Fesseln der digitalen Abhängigkeiten zu befreien. Anfangen sollten wir mit einem breiten Deployment von Linux und Libreoffice. Das wird das wirtschaftliche Engagement für diese Plattformen in Deutschland verbessern und auch die Verhandlungsmacht gegenüber Anbietern von anderen Lösungen stärken.

[8] "Digitalen Autonomie" ist in Verbindung mit der Energieautonomie nach Solarpapst Scheer und der Diskussion um Rohstoffsicherheit zu betrachten. Sie ist die Grundsäule für eine digitale Gesellschaft in Freiheit und Demokratie. Eine Herzensangelegenheit der Piratenbewegung.

PA625 - Verbot von Rabatten für Medienvertreter

Wahlprogramm - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Salgert

Zusammenfassung

Medienvertreter in Deutschland müssen frei vom Verdacht der Einflussnahme durch Dritte sein. Es werden jedoch flächendeckend Vergünstigungen und Rabatte gewährt, um Einfluss zu nehmen. Dies ist öffentlich nicht darstellbar und zu unterbinden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 folgendes zum Thema Medienpolitik an passender Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert ein Verbot von Rabatten und Vergünstigungen für Medienvertreter.

Begründung

[3] In fast allen Bereichen der Wirtschaft werden beim Erwerb von Produkten und Dienstleistungen hohe Nachlässe für Mitglieder von in Verbänden organisierten Medienvertretern gewährt.

[4] Dies stellt jedoch eine klare Vorteilsgewährung dar. Es ist offensichtlich, dass der ausschließliche Zweck der partikulär gewährten Vergünstigungen einer positiven Beinflussung der Medien in Zusammenhang mit Berichten über den Vorteilsgewährer dient.

[5] Dies ist jedoch dem Grundsatz einer freien und unabhängigen Berichterstattung widerläufig und unterminiert eine von Interessenkonflikten freie Meinungsbildung.

[6] Des weiteren ist diese besondere Form der Begünstigung einer isoliert priviligierten Interessengruppe in der Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar, da diese die Vergünstigungen durch erhöhte Bezugspreise finanzieren muss.

[7] Es obliegt jedoch gerade und in besonderem Maße Medienvertretern, deren Aufgaben es ist Korruption und Beeinflussung von Interessengruppen öffentlich zu machen, eine besondere Verantwortung sich von vorneherein selber jeglicher Form der Einflussnahme unverdächtig zu machen.

[8] Dies ist jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gegeben.

[9] Die Gewährung von Rabatten und Vergünstigungen für Vertreter aller Mediengattungen ist deshalb zu unterbinden.

PA626 - Rechtssichere Online-Kommunikation

Wahlprogramm - Internet und Netzpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roghetti

Zusammenfassung

Abschaffung von De-Mail. Schaffen einer Alternative

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Rechtssichere Online-Kommunikation

[3] Die Piratenpartei Deutschland begrüßt das Bestreben des Gesetzgebers, eine rechtssichere Alternative für die Online-Kommunikation zwischen Behörden und Privatpersonen zu schaffen.

[4] Bei dem Vorhaben De-Mail konnten jedoch in der Vergangenheit schwerwiegende Mängel ausgemacht werden. Diese betreffen unter anderem Verbraucherschutz, Datenschutz, Rechtssicherheit und technische Aspekte. Außerdem impliziert der Name De-Mail schon eine deutsche Insellösung, die De-Mail darstellt und verhindert eine sinnvolle internationale Lösung. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für die Abschaffung des De-Mail-Gesetzes ein.

[5] Hier muss eine bessere Alternative geschaffen werden, teils mit anderer Intention. Die Piraten setzen sich deshalb für die Entwicklung einer rechtssicheren Online-Kommunikationsform ein, die im Gegensatz zu De-Mail von Anfang an unter den Aspekten Verbraucherschutz, Datenschutz und technischen Aspekten entwickelt wird.

Begründung

[6] De-Mail ist blöd!

PA627 - Beschneidung - Variante von "PA398 AG Gesundheitspolitik - Beschneidung: Ein Auslaufmodell im Rechtsstaat"

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Einige problematische Stellen von "PA398 AG Gesundheitspolitik - Beschneidung: Ein Auslaufmodell im Rechtsstaat" werden entschärft

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen:*

[2] Der Antrag PA398 (AG Gesundheitspolitik - Beschneidung: Ein Auslaufmodell im Rechtsstaat) wird mit folgenden Änderungen angenommen (sofern er bereits angenommen wurde, ersetzt die neue Version die bestehende):

- "bzw. Kliteropexie" im Antragstext wird gestrichen
- "(Narkose)" im Antragstext wird gestrichen

[3] *Alternativ möge der Bundesparteitag beschließen, dass PA398 mit nur der ersten Änderung oder mit nur der zweiten Änderung angenommen wird.*

Begründung

[4] Dieser Antrag bietet uns die Möglichkeit, die zwei genannten Stellen in PA398 anzupassen, falls der Antrag deswegen zu scheitern droht.

[5] Die erste Änderung vermeidet eine Diskussion um weibliche Genitalverstümmelung - ich weiß nicht ob die Kliteropexie darunter fällt (dagegen spricht wohl, dass es sich um eine weit verbreitete kosmetische Operation handelt), aber ich will nicht dass der Antrag nur deswegen scheitert.

[6] Die zweite Änderung sorgt dafür, dass Beschneidungen auch mit lokaler Betäubung möglich sind. Trotz des Narkoserisikos sind soweit ich weiß beide Varianten üblich, sowohl die Originalvorschrift als auch eine Erlaubnis der lokalen Betäubung ist daher denkbar.

[7] Beide Änderungen betreffen lediglich die Zeit, in der das Moratorium gilt.

PA628 - Jugendschutz

Grundsatzprogramm - Medienkompetenz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Boris Turovskiy

Zusammenfassung

Der Jugendschutz muss weg vom heutigen restriktiven, auf Verboten basierenden Modell weg. Stattdessen soll die Eigenverantwortung und Medienkompetenz von Jugendlichen und Eltern gestärkt werden.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text als eigenständigen Programmpunkt unter dem Titel "Jugendschutz" in das Grundsatzprogramm aufnehmen. Im Falle einer Ablehnung möge der Antrag modular abgestimmt werden (Module: "Präambel", "Aufklärung, Eigenverantwortung und Medienkompetenz", "Kein Missbrauch von Jugendschutzargumenten zu Zensurzwecken", "Individuelle Regelungen statt einheitlicher Alterseinstufung", "Individuelle Regelungen statt einheitlicher Alterseinstufung").*

[2] **Präambel**

[3] Die individuelle Freiheit eines jeden Menschen eines der höchsten Güter, die es zu schützen gilt, und eine Einschränkung dieser ausgehend vom Staat ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Freiheit Dritter beschnitten oder ihre Sicherheit gefährdet wird. Jugendschutzmaßnahmen stellen eine solche Einschränkung dar, da sie eine Filterung der Einflüsse auf Heranwachsende bewirken. Sie sollten daher nur erlassen werden, wenn sie direkt dem wichtigen Ziel des Schutzes der Jugend dienen und durch deren Einsatz eine nachgewiesene Gefährdung von Kindern und Jugendlichen abgewendet werden kann.

[4] Unter den gegebenen Umständen sehen wir die aktuellen Bestimmungen zum Jugendschutz in Deutschland als zu streng, überbürokratisiert und nicht zeitgemäß an. Zudem sind sie so unpraktisch, dass sie sogar von verantwortungsbewussten Eltern regelmäßig ignoriert werden, anstatt diese in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen.

[5] Auch hat der Einzug von Computern und Internet ins tägliche Leben viele aus der analogen Zeit stammenden Ansätze im Jugendcshutz vor enorme Herausforderungen gestellt, welche sowohl mit dem Aufkommen neuer Inhaltsformen wie Computerspielen oder sozialen Netzwerken als auch mit der Etablierung des Internets als einer globalen alters- und länderunabhängigen Kommunikationsstruktur zusammenhängen. Eine mechanische Übertragung von Praktiken der Vergangenheit, die für andere Medien entwickelt und eingesetzt wurden, kann diesen Herausforderungen auf keinen Fall gerecht werden. Vorgehen, welche die veränderten Gegebenheiten nicht beachten, werden leicht zur Gefahr für die Privatsphäre und die Kommunikationsfreiheit der Bürger.

[6] **Aufklärung, Eigenverantwortung und Medienkompetenz**

[7] Anstelle der Überregulierung und Bevormundung von Bürgern, welche die Grundlage der jetzigen Jugendschutzregelungen bilden, muss der Schwerpunkt von Jugendschutzbestimmungen bei Aufklärung und Vermittlung von Medienkompetenz sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Erziehungsberechtigten liegen. Der verantwortungsvolle Umgang mit Medien muss in der Gesellschaft durch umfassende Bildungs- und Informationsmaßnahmen gefördert werden. Dadurch können die Gefahren des digitalen Zeitalters gebannt

werden, ohne dass dabei eine zensurähnliche Einschränkung der Kommunikationsfreiheit vorgenommen werden muss.

[8] Kein Missbrauch von Jugendschutzargumenten zu Zensurzwecken

[9] Argumente des Jugendschutzes werden oftmals dazu verwendet, den Zugang zu bestimmten Inhalten, wie beispielweise Filmen und Videospielen, in Deutschland erheblich zu erschweren. Zwar soll etwaiger Jugendschutz, wie der Name schon sagt, ausschließlich für Minderjährige gelten, die aktuelle Gesetzeslage in Bezug auf Medien schränkt allerdings auch Volljährige ein. Eine noch größere Gefahr liegt in der Übertragung der für alte Medien entwickelten Maßnahmen auf neue Kommunikationsstrukturen im Netz, da dies die gesetzliche Grundlage für eine Zensur des Internets bildet.

[10] Individuelle Regelungen statt einheitlicher Alterseinstufung

[11] Jeder Mensch entwickelt sich anders und in einem für ihn selbst eigenen Tempo. Die eigene Reife zu beurteilen, vermögen, wenn überhaupt, nur Nahestehende oder die Person selbst. Der Staat hingegen setzt den Reifegrad eines Heranwachsenden und somit dessen Eignung für bestimmte Inhalte mit seinem Alter gleich. Diese Regelung ist unzureichend, da sie die individuelle Entwicklung der Jugendlichen völlig ausklammert und ihnen somit niemals gerecht werden kann. Da für die Erziehung die jeweils Erziehungsberechtigten verantwortlich sind, sollten Altersfreigaben keinesfalls bindend sein, wie es gegenwärtig der Fall ist. Verbindliche Alterskennzeichnungen sind Einmischungen in private Erziehungsangelegenheiten, die dem Individuum auf diesem Wege bestimmte Ideale und Wertevorstellungen aufdrängt. Altersfreigaben sollten somit lediglich eine Hilfestellung für die Erziehungsberechtigten bei der Beurteilung bestimmter Inhalte darstellen und sie nicht von ihrem Erziehungsauftrag entbinden.

[12] Regelungen nur auf wissenschaftlicher Grundlage

[13] Grundsätzlich bedarf die heutige Auslegung des Jugenschutzes einer kritischen, wissenschaftlichen Evaluierung, welche auf die Gefahren bestimmter Inhalte wie auch auf die Effizienz der eingesetzten Maßnahmen eingeht. Es ist inakzeptabel, dass Verbote oder Einschränkungen von medialen Inhalten – insbesondere von Videospielen – häufig auf fragwürdiger oder widersprüchlicher wissenschaftliche Grundlage verordnet werden. Viele der von anderen Politikern zitierten Studien zum Thema "gewalthaltige Medien" widersprechen einander oder entsprechen nicht den Kriterien wissenschaftlicher Arbeit. Eindeutige Ergebnisse lassen sich daraus nicht ableiten. Bestehende Regelungen müssen überprüft, mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen – sofern vorhanden – abgeglichen, neu evaluiert und gegebenenfalls entsprechend der wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden. Selbiges gilt für etwaige geplante Regelungen. Zu diesem Zweck ist auch weitere Forschung auf den entsprechenden Gebieten notwendig.

Begründung

[14] Der Antrag basiert in großen Teilen auf einem Possitionspapier der JuPis und einem im Herbst 2010 vom Bundevorstand beschlossenen Positionspapier "Jugendschutz“. Der Antrag fordert ein Umdenken beim Jugendschutz, dessen Kernelemente dem entsprechen, was wir auch in anderen Bereichen (z.B. Drogen- oder Geschlechterpolitik) fordern: es soll weniger verbotsorientiert sein und stattdessen die Eigenverantwortung stärken und Medienkompetenz fördern. Außerdem wird nochmal explizit Plänen eine Absage erteilt, unter dem Deckmantel des Jugendschutzes Zensur zu betreiben (z.B. Netzsperren für "jugendgefährdende“ Seiten).

PA629 - Rentenmodell für das 21. Jahrhundert

Grundsatzprogramm - Senioren

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Landesverband Bayern

Zusammenfassung

Um der Altersarmut entgegenzuwirken wurde ein neues Rentenmodell auf solidarischer Basis entwickelt.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, folgende Programmpunkte als Programmteil "Rentenpolitik" in das Programm der Piratenpartei Deutschland aufzunehmen.*

[2] Programmpunkte:

[3] 1. Wir sind für eine nach unten und oben begrenzte, umlagefinanzierte Grundrente für alle in Deutschland lebenden Menschen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

[4] 2. Wir sind für eine staatlich abgesicherte obligatorische Betriebsrente, bei welcher die Firmen z.B. im Falle einer Insolvenz nicht auf die Rücklagen zurückgreifen können.

[5] 3. Wir sind für die Bereitstellung von staatlich abgesicherten Möglichkeiten, durch die alle in Deutschland lebenden Menschen für eine Zusatzrente ansparen können.

[6] Das Programm lehnt sich an das bestehende Rentenmodell in der Schweiz und Schweden an.

[7] Ziele:

[8] 1. Gerechte Absicherung eines menschenwürdigen Lebensabends

[9] 2. Transparente und solidarische Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an der Finanzierung der Altersversorgung

[10] 3. Tragfähiges Konzept für die Bewältigung der demographischen Veränderungen

Begründung

[11] Das Scheitern der derzeitigen Rentenpolitik hat folgende Gründe:

[12] beitragsfremde Leistungen, die nicht ausgeglichen werden die finanzielle Basis ist nicht ausgeglichen (nur abhängig beschäftigte Arbeitnehmer zahlen ein, keine Beamten und Selbständigen, Kapitaleinkünfte sind nicht berücksichtigt) Beitragsbemessungsgrenze (geringere Beteiligung der Besserverdienenden) Willkürliche Ausgliederung (Urteil BVG: 1BvL 10/00 vom 27.02.2007) der Arbeitnehmerrente aus dem Grundgesetz (Gleichheitsgrundsatz und Eigentumsschutz sind ausgehebelt) Demographische Veränderungen (immer weniger Einzahler, Bevölkerungsverschiebungen in der EU) Flankiert von einer ungerechten Verteilung zwischen Rentnern, ehemals Selbstständigen und Pensionären, führt dies zu gravierender Altersarmut und einem damit einhergehenden Generationenkonflikt. Unser Lösungsansatz der Grundrente bietet den Älteren aber auch den nachfol-

genden Generationen einen würdevollen Lebensabend mit der zusätzlichen Möglichkeit privat einen steuerfreien weiteren Kapitalstock aufzubauen, einschließlich der stärkeren Beteiligung der Arbeitgeber.

[13] Einzelheiten:

[14] zu Programmpunkt 1. Grundrente (Umlagefinanzierung) Einzahlung durch alle in Deutschland lebenden Menschen (Arbeitnehmer, Selbständige, Beamte, Nichtselbständige über 18 Jahre) nach dem Solidarprinzip in eine Rentenkasse in Abhängigkeit vom Einkommen einschließlich der persönlichen Gewinne aus Kapitalanlagen (Wertpapiere, Immobilien, Zinsen ...).

[15] Unser Ziel ist die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

[16] Da lt. derzeitigem Verfassungsgerichtsurteil die Mehreinzahler auch mehr ausgezahlt bekommen müssen, muss dort geprüft werden, ob ein min./max. Betrag bei der Auszahlung verfassungsgemäß ist oder eine Beitragsbemessungsgrenze festgelegt sein muss. Diese sollte dann aber wesentlich höher als heute (5.600€) sein, oder komplett aufgehoben werden. Aus der Gesamteinzahlung folgt die Finanzierung einer Grundrente mit Mindest- und Höchstauszahlung wie heute in der Schweiz (zur Zeit - Untergrenze 13.920 Schweizer Franken - Obergrenze 27.840 Schweizer Franken p.a.) für alle Rentenbezieher. Die untere Grenze soll in ihrer Höhe der Deckung aller notwendiger Ausgaben für einen würdevollen Lebensabend (Def. nach §1 GG) genügen. Die Grundrente errechnet sich periodisch neu mit Veränderungen der Lebenshaltungskosten (Miete, Nahrung, Kleidung, Kultur, medizinische Versorgung ...). Die Einzahlungen müssen die Ausgaben für die Grundrente decken. Es werden im Prinzip nur begrenzte Reserven für einen Zeitraum, z. B. x Jahr, gebildet um bei wirtschaftlichen Schwankungen flexibel zu sein. Eine Teilfinanzierung orientiert sich bei Einführung des BGE an deren Festlegungen, wobei das BGE in der Höhe dem Existenzminimums entspricht und lt. Festlegung im derzeitigen Programm nur die Grundversorgung darstellt, während die Grundrente einen würdevollen Lebensabend gewährleisten soll, also höher liegen wird (Finanzierung siehe oben).

[17] zu Programmpunkt 2. Betriebliche Zusatzversorgung

[18] Alle Betriebe werden verpflichtet, einen Anteil des Arbeitslohnes in Rücklagen für Firmenrenten anzulegen. Diese müssen ausgelagert werden (Insolvenzschutz). Anpassungen zum Ausgleich von Kaufkraftschwankungen erfolgen periodisch durch eine Beitragsanpassung. Die Zusatzversorgung ist steuerfrei.

[19] zu Programmpunkt 3. Private Zusatzversorgung (staatlich abgesichert)

[20] Alle in Deutschland lebenden Menschen können eine Zusatzversorgung zur Erhöhung der Basisversorgung aufbauen. Dieser Kapitalstock darf nur für die Rente verwendet werden und darf nicht steuerlich belastet werden. Die Höhe der Zusatzversorgung ist nach oben offen und kommt dem Einzahler ohne Abzüge zugute. Die Auszahlung muss mit Sicherheiten hinterlegt und staatlich garantiert sein. Ein Staatsfonds mit günstigen Gebühren nach schwedischem Modell wird alternativ zu Bank- und Versicherungssparplänen angestrebt.

[21] Allgemeines

[22] Die Übergangsphase vom bestehenden zu einem neuen System muss gestaltet werden. Da die Verfassung eine Sicherstellung der bisherigen Leistungen fordert, muss für die Einführung eines neuen Konzeptes mit teilweise langen Übergangszeiten gerechnet werden. Die Ausgestaltung der parallel laufenden Konzepte muss durch eine Expertenkommission gestaltet werden. Die Einberufung einer Kommission zur Erstellung eines Bundesprogrammes wird gefordert. Frührentner können ab 63 jederzeit in Rente gehen. Die Grundrente bleibt dabei gleich. Bei der betrieblichen und persönlichen Zusatzversorgung entstehen naturgemäß Abschläge. Der Frührentner kann parallel zum Rentenbezug weiter einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. (Erweiterung der Erwerbstätigkeit während der Frührente ist derzeit auch ein Antrag der Koalition, im Arbeitsministerium unter Frau von der Leyen). Verknüpfungen mit den Themen Pflege, Krankenversicherung, sozialer Wohnungsbau sind vorhanden und werden in der Programmausarbeitung beachtet. Das Programmpapier wird laufend mit der Bundes AG Senioren abgeglichen. Ziel ist ein Programmantrag für den BPT. Die Abstimmung mit der Bundes AG-Senioren ist erfolgt. Anregungen wurden, soweit diese den Grundsätzen des Programmantrags entsprachen, aufgenommen. Die Programmpunkte 1-3 können einzeln wirksam werden und damit auch einzeln abgestimmt werden.

[23] **Konkurrierender Antrag:** https://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA118

[24] Der Antrag wurde beim Landesparteitag 2012.1 der Piratenpartei Bayern in Straubing als Positionspapier angenommen. Entsprechend dem Programmentwicklungskonzept wird der Antrag im Namen der Piratenpartei Bayern eingereicht.

PA630 - Abschaffung von elektronischem Personalausweis und Reisepass

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Roghetti

Zusammenfassung

Abschaffung von elektronischem Personalausweis und Reisepass

Antragstext

[1] Der Parteitag in Bochum möge bitte folgenden Antrag für das Wahlprogramm 2013 beschließen:

[2] Reform von Ausweisdokumenten

[3] Die Piratenpartei setzt sich für die Abschaffung der elektronischen Funktionen des Personalausweises und des Reisepasses ein. Die Gefahren welche die Systeme beherbergen, überwiegen die Möglichkeiten. So kann der elektronische Personalausweis unter anderem in der Zukunft vom Staat dazu genutzt werden, dass sich Internetnutzer vor Benutzung des Netzes ausweisen müssen. Eine andere Gefahr, die die Piraten sehen, ist der Aufbau einer großen biometrischen Datenbank, bei der die Datensicherheit fragwürdig sind. Darüberhinaus gibt es noch weitere Gefahren nicht nur bezogen auf die Themen der möglichen Zensur und des Datenschutzes.

Begründung

[4] ePerso und ePass sind scheiße!

PA631 - Nicht medizinisch indizierte Eingriffe / Beschneidung

Wahlprogramm - Freiheit und Grundrechte

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan

Zusammenfassung

Die Piratenpartei lehnt sämtliche nicht medizinisch indizierten chirurgischen Eingriffe (z. B. Schönheits-OPs oder Beschneidung) ohne wirksame Einwilligung des Betroffenen ab.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge beschließen, den folgenden Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen*:

[2] Die Piratenpartei lehnt sämtliche nicht medizinisch indizierten chirurgischen Eingriffe ohne wirksame Einwilligung des Betroffenen ab. Wir setzen uns daher dafür ein, dass solche Eingriffe an Kindern unter 14 Jahren grundsätzlich verboten und als Körperverletzung strafbar sind. Ab diesem Alter sollen solche Eingriffe zulässig sein, wenn der durchführende Arzt sich davon überzeugt hat, dass der oder die Betroffene über den Eingriff aufgeklärt wurde und wirksam eingewilligt hat.

[3] Unter diese Regelung fallen beispielsweise Schönheitsoperationen, aber auch rituelle Beschneidungen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Kindes wiegt schwerer als die Entscheidungsfreiheit (und im Falle von rituellen Beschneidungen Religionsfreiheit) der Eltern.

[4] *Alternativ möge der Bundesparteitag beschließen, den obigen Text zusammen mit folgender Ergänzung an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:*

[5] Da ein Verbot der rituellen Beschneidung einen erheblichen Eingriff in die Ausübung der Religion vieler Menschen in unserem Land darstellt, setzen wir uns außerdem für eine zeitlich begrenztes Ausnahme für rituelle Beschneidungen ein. Während dieses Moratoriums bleibt die rituelle Beschneidung von nicht einwilligungsfähigen Jungen straffrei, sofern folgende Bedingungen analog den Mindestanforderungen des Ethikrates erfüllt sind:

- Durch eine Bescheinigung wurde nachgewiesen, dass sich die Erziehungsberechtigten mindestens drei Tage vor dem Eingriff haben umfassend beraten lassen (über kulturelle und rechtliche Aspekte, über Alternativen etc.),
- Beide erziehungsberechtigten Elternteile haben schriftlich ihre Zustimmung erklärt,
- Der Eingriff wurde von einem Arzt fachgerecht, nach vorheriger medizinischer Aufklärung und unter qualifizierter Schmerzbehandlung vorgenommen und
- Ein entwicklungsabhängiges Vetorecht des Betroffenen wurde beachtet.

Begründung

[6] *Dieser Antrag basiert auf einem in Hessen mit 2/3-Mehrheit positiv beantworteten Meinungsbild*

[7] Medizinisch notwendige oder sinnvolle Eingriffe (absolute oder relative Indikation) sind nicht betroffen.

[8] Kinder unter 14 Jahren können in der Regel nicht wirksam in chirurgische Eingriffe einwilligen. Die starre Altersgrenze von 14 Jahren zieht eine klare Grenze und verhindert zumindest für unter 14-jährige, dass die Regelung unterlaufen wird.

[9] Diese Regelung schützt Kinder wirksam vor medizinisch weder notwendigen noch sinnvollen chirurgischen Eingriffen, wie z. B. reinen Schönheitsoperationen, insbesondere, wenn diese primär dem Wunsch der Eltern entsprechen. Solche Eingriffe sind bereits jetzt rechtlich umstritten, da Eltern nur unter Berücksichtigung des Kindeswohls einwilligen dürfen, Eingriffe ohne medizinische Indikation aber in der Regel nicht dem Kindeswohl entsprechen (siehe auch Beschneidungsurteil des LG Köln).

[10] Eine gesetzliche Regelung schafft Rechtssicherheit und schützt das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und - bei irreversiblen Eingriffen - das Recht auf Selbstbestimmung. Das Erziehungs- und Bestimmungsrecht der Eltern wird entsprechend eingeschränkt. Das mit dieser Regelung einhergehende Verbot ritueller Beschneidung ist zudem ein Eingriff in die Religionsfreiheit der Eltern.

[11] Solche Eingriffe zuzulassen bzw. zu dulden wäre hingegen ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit des Kindes. Dieser Antrag beinhaltet daher eine Grundrechtsabwägung.

[12] Da die Beschneidung die häufigste Form nicht medizinisch indizierter einwilligungsloser chriurgischer Eingriffe an Minderjährigen sein dürfte, ist zwar verständlich, dass viele Anträge sich nur auf diese beziehen. Es gibt jedoch keinen Grund, andere nicht medizinisch indizierte Eingriffe nicht ebenfalls zu verbieten. In diesem Antrag wurde bewusst darauf verzichtet, bei rituellen Beschneidungen besonders hohe Anforderungen an die Indikation zu stellen. Sollte sich in der Praxis herausstellen, dass rituelle Beschneidungen unter dem Deckmantel von relativen Indikationen durchgefüht werden, wäre hier ggf. eine strengere Regelung sinnvoll.

[13] Im Übrigen sei im Bezug auf Beschneidungen auf die Begründungen von PA043 und PA398 verwiesen.

[14] Aus den im Alternativantrag genannten Gründen wird in der Alternative eine Übergangsfrist gewährt, in der Beschneidungen geduldet werden. Damit soll ein langsames Umdenken ermöglicht werden, um “Hinterzimmer-Beschneidungen“ durch nicht qualifizierte Personen unter fragwürdigen Bedingungen zu vermeiden.

PA632 - PIRATEN und Arbeitnehmerrechte (Wahlprogramm) – Modul 1: Präambel

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Colorofthenight

Zusammenfassung

Dieser in verschiedenen Gruppen ausgearbeitete Gesamtantrag fordert verschiedene gesetzliche Maßnahmen zum Arbeitnehmerschutz.

Antragstext

[1] Modul 1: Präambel

[2] Der Bundesparteitag möge beschliessen, das Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland mit dem folgenden Antragstext an geeigneter Stelle zu ergänzen:

[3] Die Piratenpartei betrachtet alle Erwerbstätigen als einen Teil des Wirtschaftslebens und nicht als die Erfüllungsgehilfen oder Spielbälle wirtschaftlicher, politischer oder weltanschaulicher Interessen. Daher sehen wir die Notwendigkeit, verschiedene gesetzliche Maßnahmen umzusetzen, um insbesondere die Rechte von Menschen, die einer abhängigen Tätigkeit nachgehen, zu stärken, und eine stärkere Demokratisierung auch im Wirtschaftsleben zu erreichen.

Begründung

[4] In einer freiheitlichen Gesellschaft, in der die Wirtschaft nach unserem Verständnis dem Gemeinwohl aller Menschen dient, genießt der einzelne Bürger sowohl im Privat- als auch im Arbeitsleben unumstößliche Rechte. Arbeitnehmerrechte sind Grundlagen für ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen Erwerbstätigen und ihren Vorgesetzten. Wir möchten eine Kultur des gleichberechtigten Umgangs zwischen den Parteien fördern und der Bildung von autoritären Strukturen in der Arbeitswelt entgegen wirken. Wir wollen Erwerbstätige allgemein besser vor Willkür schützen. Daher ergänzt dieser Wahlprogrammantrag die grundsatzprogrammatische Initiative aus PA 279 – PA 284.

PA633 - Beschneidung, Piercing, Tattoos, Kinder- und Jugendschutz

Wahlprogramm - Gesundheit

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

AnnaLuese

Zusammenfassung

Gegen medizinisch nicht indizierte Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text im Bereich Gesundheitspolitik in das Wahlprogramm aufzunehmen:

[2] Medizinisch nicht indizierte Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen wie Beschneidung, Stechen von Tattoos, Anbringen von Piercings oder Ohrlochstechen stellen Verstöße gegen die Menschenrechte, die UN-Kinderrechtskonvention und gegen Art.1 und Art.2 des Grundgesetzes dar. Das Erziehungsrecht der Eltern kann unter keinen Umständen medizinisch nicht indizierte Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen rechtfertigen. Aus diesen Gründen setzt sich die Piratenpartei für ein Verbot aller medizinisch nicht indizierten Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen ein.

Begründung

[3] Die Debatte über die Beschneidung von Jungen, welche gemäß Urteil vom 7. Mai 2012 des Landgerichts Köln als Körperverletzung zu werten sei (LG Köln, AZ 151 Ns 169/11) lässt außer Acht, dass es auch andere Formen von Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen gibt, die eine vergleichbare Qualität haben. Dies sind beispielsweise auch das Stechen von Tattoos, das Anbringen von Piercings oder das Ohrlochstechen.

[4] Abzugrenzen hiervon ist klar die "Beschneidung" von Mädchen, welche die teilweise oder vollständige Entfernung der Klitoris (wäre vergleichbar mit der Verstümmelung oder auch Entfernung der Eichel bei Jungen) oder des gesamten Genitals (teilweise oder vollständige Entfernung des Penis bei Jungen) beschreibt. Der unzutreffende Vergleich zwischen männlicher Beschneidung und weiblicher Genitalverstümmelung sollte daher auch nicht Teil einer Position der Piratenpartei sein. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Weibliche_Genitalverst%C3%BCmmelung#Diskussionen_zu_den_Termini

[5] Wer daher das Verbot der religiös begründeten Beschneidung von Jungen fordert, muss konsequenterweise auch andere Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit von Minderjährigen ablehnen, die auf kulturell bedingten Schönheitsidealen oder anderen gesellschaftlichen Ursachen beruhen und in den Auswirkungen einer Beschneidung der Vorhaut vergleichbar sind, da es für die Durchführung der Eingriffe mit Blick auf das Kindeswohl unerheblich ist, ob der Auslöser religiöser oder kultureller Natur ist.

PA634 - Schuldenschnitt mit Hilfe des ESM

Wahlprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bene111 Benedikt Weihmayr

Zusammenfassung

Schuldenschnitt als Lösung der Staatsschuldenkrise mithilfe des ESM

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass folgender Text an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl aufgenommen wird.

[2] Um die Schuldenkrise in Europa wirksam zu lösen, fordern die Piraten vom Gouverneursrat des europäischen Stabilitätsmechanismus ESM:

[3] Die frühzeitige Durchführung einmaliger Staatsschuldenschnitte von Finanzhilfen ersuchenden Mitgliedsländern des ESM

[4] Um den sich daraus ergebenden Konsequenzen Rechnung zu tragen, fordern wir:

[5] 1. Eine Erhöhung des Eigenkapitals insolvenzbedrohter Banken durch umfassende Beteiligung der Bankengläubiger (Anteilseigner/Inhaber, Aktionäre, Bankanleihenbesitzer). Scheidet eine Insolvenz auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen aus, so ist die Verstaatlichung der betroffenen Bank zu prüfen.

[6] 2. Eine Abfederung sozialer Einschnitte durch den Schutz von Kleinanlegern, privaten Renten und Lebensversicherungen ist bis zu einem Höchstbetrag zu gewährleisten.

[7] 3. Finanzhilfen für Mitglieder des ESM, in denen selbst nach einem maximalen Schuldenschnitt ein Haushaltsdefizit des öffentlichen Sektors besteht.

Begründung

[8] dieser Antrag ist an PA262 der Projektgruppe ESM angelehnt. Er unterscheidet sich jedoch in 2 wichtigen Fragen:

[9] 1. wenn ein Land selbst nach einem maximalen Schuldenschnitt dennoch ein Haushaltsdefizit ausweist, bedarf es Finanzhilfen, um das Land nicht ins Chaos zu stürzen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte zum Beispiel Griechenland ein solches Problem, da sie ein Primärdefizit ausweisen würden.

[10] 2. Wie ist solch eine Finanzhilfe konkret umsetzbar? Hier kommt der ESM zum tragen. Der ESM hat den nötigen institutionellen Rahmen, um eine Finanzhilfe an ein Mitgliedsland auszureichen. Der ESM ist seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil ausreichend demokratisch legitimiert und kontrolliert. http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067.html

PA635 - Zu spät eingereicht - Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Wahlprogramm - Medienpolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Landesverband Bayern

Zusammenfassung

Die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien soll gestärkt, die Finanzierung reformiert und die Angebotsvielfalt gewährleistet werden. Zudem sollen Inhalte der öffentlich-rechtlichen Anstalten frei zugänglich sein.

Antragstext

[1] *Der Bundesparteitag möge folgenden Text in das Wahlprogramm mit dem Titel "Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks" aufnehmen. Auf Wunsch der Versammlung kann der Antrag auch als Positionspapier behandelt werden.*

[2] Die Piratenpartei steht hinter dem Konzept des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, welches eine marktunabhängige und nicht-staatliche Quelle von Information und Kultur darstellt. Die aktuelle Umsetzung weist allerdings erhebliche Mängel auf, die behoben werden müssen.

[3] <h2>Unabhängigkeit von Staat und Markt</h2>

[4] Öffentlich-rechtliche Medien sind als dritter Weg neben Staatsmedien und privaten Medien gedacht. Um eine parteipolitisch unabhängige Berichterstattung zu gewährleisten, muss darauf geachtet werden, Rundfunkratsposten nicht durch Parteipolitiker zu besetzen. Mit dem Aufkommen von Privatsendern in den 1980ern ist ein Konkurrenzkampf um Zuschauerquoten entstanden. Die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien besteht aber nicht ausschließlich darin, ein massenkompatibles Unterhaltungsprogramm anzubieten, sondern vor allem auch dem Bildungs- und Informationsbedürfnis weiter Teile der Bevölkerung nachzukommen. Besonders gesellschaftliche Minderheiten und Sparteninteressen sollen stärker berücksichtigt werden (z.B. durch fremdsprachige Angebote). Eine Reform der Finanzierung muss den Quotendruck bei gleichzeitiger finanzieller Planbarkeit beenden.

[5] <h2>Reform der Finanzierung</h2>

[6] Die bisherige Praxis der Eintreibung der Gebühren durch die GEZ lehnen die PIRATEN ab. Diese Vorgehensweise ist datenschutzrechtlich bedenklich, und greift oft massiv in die Privatsphäre der Bürger ein. Da unabhängiger Journalismus und freier Zugang zur Bildung der gesamten Gesellschaft und nicht nur den direkten Nutznießern zugute kommen, fordern die PIRATEN eine Pauschalabgabe, die jeder einkommensteuerpflichtige Bürger individuell zu entrichten hat, eine Haushaltsabgabe lehnen die PIRATEN ab. Die Höhe der Gebühr bemisst sich dabei an den bisherigen Einnahmen durch die GEZ. Der Einzug der Medienabgabe wird der Einfachheit halber über das Finanzamt abgewickelt, dadurch wird die Gebühreneinzugszentrale überflüssig. Eine staatliche Einflussnahme auf z.B. die Höhe der Gebühr muss dabei aber vermieden werden - eine Steuer kommt u.a. deswegen nicht in Frage. Weitere Einnahmen durch Werbeblöcke führen zu Quotendruck und werden daher nicht gestattet.

[7] <h2>Gewährleistung der Angebotsvielfalt</h2>

[8] Die Zusammenstellung und Produktion eines vielfältigen Programmangebots im Radio, Fernsehen und im Internet ist eine der Hauptaufgaben der öffentlich-rechtlichen Medien. Maßgeblich beteiligt daran sind die Rundfunkräte - sie ernennen und beraten Intendanten, die direkt für die Programmgestaltung verantwortlich sind. Die Rundfunkräte sollen einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden, jedoch müssen die öffentlich-rechtlichen Medien politisch unabhängig sein, Staatsvertreter sollen in den Rundfunkräten keinen Einfluss mehr haben und werden nicht mehr aufgenommen. Neben den bisherigen Vertretern von Gewerkschaften, Kirchen und Frauenverbänden sollen auch Vertreter bisher unterrepräsentierter Gruppen entsendet werden. Die PIRATEN fordern außerdem Transparenz bei der Entscheidungsfindung von Rundfunkräten und sonstigen Verwaltungs- und Kontrollgremien, um größere Einflussmöglichkeiten der Bürger zu ermöglichen.

[9] <h2>Freie Verfügbarkeit der Inhalte</h2>

[10] Die produzierten Inhalte werden von den Gebührenzahlern finanziert - welche deshalb das Recht auf freie Benutzung, Veränderung und Weitergabe haben sollten. Die PIRATEN setzen sich deshalb bei allen neu produzierten Inhalten für eine Verwendung von Creative-Commons Lizenzen ein. Fremdes Material sollte nur noch lizenziert werden, wenn ein besonderes gesellschaftliches Bedürfnis vorliegt. Bei eingekauften Inhalten ist darauf zu achten, diese auch in unveränderter Form zum Original auszustrahlen (keine Zensur, optional zuschaltbarer Originalunterton). Ein Werbeverbot sorgt auch dafür, dass teure Lizenzen von Fremdanbietern nur in Ausnahmefällen eingekauft werden. Eine kommerzielle Nutzung von durch öffentlich-rechtliche Medien produzierten Inhalten sollte erlaubt sein, so können auch private Medien unter den jeweiligen Lizenzbedingungen profitieren.

[11] <h2>Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Medienangebots auf das Internet</h2>

[12] Sämtliche durch öffentlich-rechtliche Medien produzierten Inhalte sollen für jedermann zeitlich unbegrenzt abruf- und speicher- und veränderbar sein. Die Praxis des Depublizierens des Großteils der Inhalte nach sieben Tagen lehnen die PIRATEN strikt ab. Diese Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags aufgrund von massivem Lobbyismus der Privatmedien muss rückgängig gemacht werden. Zusätzlich zu den Produktionen für den Rundfunk soll ein stärkeres Augenmerk auf direkt für das Internet produzierte Inhalte gelegt werden, um den sich verändernden Mediennutzungsgewohnheiten gerecht zu werden.

[13] <h2>Jugendschutz im Internet</h2>

[14] Die Abrufbarkeit von Inhalten im Internet wirft Fragen bezüglich des Jugendschutzes auf. „Sendezeiten" im Internet, wie sie im neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMSTV) gefordert werden, sind durch zeit- und ortsunabhängigen Zugang nicht praktikabel und realitätsfern. Die Filterung von „jugendbeeinträchtigenden Inhalten" ist technisch möglich, etwa durch eine sogenannte „Whitelist" - sollte aber immer ausschließlich auf der Konsumentenseite duch Erziehungsberechtigte erfolgen - niemals pauschal für alle Bürger.

Begründung

[15] Die PIRATEN setzen sich für unabhängige Medien, freie Inhalte und den allgemeinen Zugang zu Informations- und Bildungsangeboten ein. Die hier vertretene Position lässt sich ziemlich direkt aus den bestehenden Grundsätzen (OpenAccess, freier Zugang zu Wissen, Transparenz, unabhängige Presse) ableiten. Die PIRATEN unterstützen deshalb grundsätzlich das Konzept der öffentlich-rechtlichen Medien, sehen aber erheblichen Handlungsbedarf bei der Umsetzung dieser Grundprinzipien.

[16] Mit der Unterstützung dieses Antrags positioniert man sich auf der Seite der Befürworter öffentlich-rechtlicher Medien, fordert aber zugleich die Abschaffung der GEZ, ein vielfältiges, von Markt und Staat unabhängiges Programmangebot, die Erfüllung des ursprünglichen Bildungsauftrages, transparente Programmgestaltung und frei nutzbare Inhalte.

[17] **Konkurrierender Antrag:** http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA613

[18] **Der Antrag wurde beim Landesparteitag 2012.1 der Piratenpartei Bayern in Straubing als Positionspapier angenommen. Entsprechend dem Programmentwicklungskonzept wird der Antrag im Namen der Piratenpartei Bayern eingereicht.**

PA636 - Zu spät eingereicht - Verkürzung der Speicherfristen bei bonitätsbezogenen Daten

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marc Salgert

Zusammenfassung

Lange Speicherfristen bei bonitätsbezogenen Daten stigmatisieren. Die Speicherfristen sind zu Verkürzen.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 folgendes zum Thema Innen- und Rechtspolitik einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland fordert eine Verkürzung der Speicherfrist von bonitätsbezogenen Daten von zur Zeit 3 Jahren auf 6 Monate.

Begründung

[3] Die lange Speicherfrist von Bonitätsdaten stellt eine unverhältnismäßige Stigmatisierung der Betroffenen über lange Zeiträume mit zum Teil gravierenden Auswirkungen auf finanzielle und soziale Aspekte dar. Die Speicherfristen sind deshalb auf 6 Monate nach Erledigung der Forderungen zu verkürzen.

PA637 - Grundsätzliche Förderung von offenen Bildungsressourcen

Grundsatzprogramm - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy / FG Bildung Bayern

Zusammenfassung

Ein grundsätzliches Bekenntnis zu offenen Bildungsressourcen sowie der Förderung einer offenen digitalen Bildungsplattform zu deren Austausch

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, im Grundsatzprogramm

- im Abschnitt "Die öffentliche Bildungsinfrastruktur" den zweiten Absatz zu entfernen und dem ersten Absatz den daraus entnommenen Satz "Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen." hinzu zu fügen.
- hinter diesem Abschnitt folgenden neuen Abschnitt mit der Überschrift "Offene Bildungsressourcen" hinzu zu fügen (Änderungen zum bisherigen zweiten Absatz **fett**):

[2] **Neben dem freien Zugang zur Bildungsinfrastruktur** ist auch die **Freiheit von Lehr- und Lernmitteln** zu befürworten. Diese **wird** am besten dadurch **erreicht**, dass die Verwendung, **der Austausch** und das Schaffen von **gemein**freien Werken zur Vermittlung von Wissen **(sog. offene Bildungsressourcen)** unterstützt und ausgebaut wird. Diese **offenen Bildungsressourcen** sind nicht nur kostenfrei **von Lehrenden und Lernenden** einsetzbar, sondern **können zudem** ohne **unnötige** rechtliche **und technische** Hürden **den eigenen Bedürfnissen angepasst werden**. **Aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bildungsressourcen sind derart bereitzustellen. Durch die Förderung einer offenen digitalen Bildungsplattform soll die Verwendung und gemeinsame Fortentwicklung von offenen Bildungsressourcen vereinfacht werden. Langfristig ist dadurch das Ziel zu erreichen, dass Bildungseinrichtungen zum Erreichen ihres Bildungsauftrags nicht mehr auf kommerzielle Angebote angewiesen sind.**

Begründung

[3] Der bisherige Abschnitt "Die öffentliche Bildungsinfrastruktur" im Grundsatzprogramm beschränkte sich lediglich auf Lehrmittelfreiheit, die jedoch nicht notwendiger Weise gemeinfreie Lizenzen oder offene, veränderbare Formate beinhaltet. Mit diesem gesonderten Abschnitt wird offenen Bildungsressourcen mehr Gewicht geschenkt, indem folgendes ergänzt wird:

- es werden sowohl Lehr- und Lernmittel erwähnt, damit auch die Lernenden (insbesondere Autodidakten) höheren Stellenwert geniessen
- der Austausch der offenen Bildungsressourcen, insbesondere durch Förderung einer offenen digitalen Bildungsplattform, wird betont, da dieser die Zusammenarbeit und Wiederverwendung vereinfacht
- nicht nur der freie Zugriff, sondern die Modifizerbarkeit der Medien soll gegeben sein

- durch öffentliche Mittel finanzierte Ressourcen sollen in dieser Form bereitgestellt werden
- das langfristige Ziel, dass Bildungseinrichtungen von kommerziellen Anbietern unabhängig sein sollen, wird festgelegt

[4] Bildung ist primär Angelegenheit der Länder und nicht des Bundes. Daher soll hier die Grundlage für weitere Wahlprogrammanträge auf Landesebene geschaffen werden, sowie langfristige Zielvorgaben auf Bundesebene.

[5] Die Forderungen in diesem Antrag sind ein Weg, ohne gesetzlichen Zwang und bereits aus ökonomischen Erwägungen, landesübergreifend gemeinsame Standards bei Lerninhalten zu fördern.

[6] Dieser Antrag basiert auf der OER-Position des Landesverbandes Bayern.

bisheriger Absatz zwei

[7] Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Bildung ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen. Aus diesem Grund ist auch die Lehrmittelfreiheit zu befürworten. Diese ist am besten dadurch herzustellen, dass die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen unterstützt und ausgebaut wird. Diese freien Werke sind nicht nur kostenfrei im Unterricht einsetzbar, sondern ermöglichen dazu dem Lehrenden ohne rechtliche Hürden die Lernmittel auf seinen Unterricht anzupassen.

PA638 - Zu spät eingereicht - Schweröl entsprechend dem Umweltschaden besteuern

Grundsatzprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Wenn man den Umweltschaden, den die Schiffahrt verursacht, wirtschaftlich berücksichtigen würde, wäre die Globalisierung weitgehend gar nicht rentabel.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, diesen Absatz an geeigneter Stelle im Wahlprogrammpunkt Umweltpolitik einzufügen:

[2] X.X Schweröl entsprechend dem Umweltschaden besteuern

[3] Wenn man den Umweltschaden, den die Schiffahrt verursacht, wirtschaftlich berücksichtigen würde, wäre die Globalisierung weitgehend gar nicht rentabel. Dennoch werden tagtäglich Knoblauch und Billigware um die Welt gefahren und horrende Mengen Schwefeldioxid in die Luft abgegeben. Wir wollen Druck auf die Vereinten Nationen ausüben, auf dass die Herstellung und Verbrennung von Schweröl entsprechend dem Umweltschaden besteuert werde. Somit machen sich die Piraten stark für den Respekt der Weltmeere.

Begründung

[4] Seit es zur Verbrennung freigegeben wurde, um die Ölkrise der 70er Jahre zu überwinden, wurde diese große Umweltsünde einfach nicht ernsthaft thematisiert. Weitere Infos hierzu auch auf http://www.nabu.de/themen/verkehr/schifffahrt/

PA640 - Homöopathie aus Leistungskatalog streichen.

Wahlprogramm - Gesundheit LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Marcel Louwers

Zusammenfassung

Streichung der homöopathischen Behandlungen aus dem Leistungskatalog der GKV nach SGB V.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Wahlprogramm an geeigneter Stelle aufzunehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich für einen Ausschluss homöopathischer Behandlungen aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenkassen ein.

[3] Private Zusatzversicherungen zur Erstattung homöopathischer Behandlungen sollen weiterhin möglich bleiben.

Begründung

[4] Der Leistungskatalog nach SGB V regelt die Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherungen und damit die Kostenübernahme. Es gibt bisher keine nachgewiesene Wirkung von homöopathischen Medikamenten, sowie keinen medizinischen Nutzen. Die Kostenübernahme verursacht überflüssige Ausgaben, die gespart werden können. Die Allgemeinheit für nicht wirksame Behandlungen aufkommen zu lassen, widerspricht dem solidarischen Grundgedanken der Gesetzlichen Krankenversicherung. Dem Patienten wird trotzdem, über eine private Zusatzversicherung, die Freiheit gegeben, sich homöopathisch behandeln zu lassen.

PA641 - Erforschung der Identität der Piraten in virtueller Stiftung als THINK TANK von allen

Grundsatzprogramm - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christa Ritter

Zusammenfassung

Weil wir Piraten nicht wissen, wer wir sind, was jedes Verständnis unserer politischen Arbeit behindert, muss unsere Identität erarbeitet und veröffentlicht werden. Standort-Suche.

Antragstext

[1] Die Piratenpartei richtet als ihre Stiftung einen virtuellen THINK TANK ein und wird dort mit möglichst großer Beteiligung von Piraten und Nicht-Piraten ein Positionspapier auf die Frage nach dem eigenen Standort erarbeiten: Wer sind wir, die Piraten - wen seht ihr in uns? Was bedeutet es menschlich wie politisch, im Internet sozialisiert worden zu sein, also in einer weniger materialistischen Heimat? Welche Internet-Erfahrungen treiben uns bisher noch unbewusst bei der Suche nach unseren Positionen in Bundesregierung und Landtagen an? Welches Menschenbild verfolgen wir? Wie wollen wir leben?

Begründung

[2] Nach dem Vorbild junger Schweden gündeten 2006 auch in Deutschland erste junge Netizens die Piratenpartei: Piraten haben früher unbewohnte Welten gekapert und oft mit Gewalt „zivilisiert“. Sie waren vor der Ungerechtigkeit geflohen, würden eine bessere Welt aufmachen. Auch diese Piraten hatten Besseres erobert. Jetzt wollten sie ihre Netzwelt gegen die Raubzüge der analogen Welt verteidigen, vielleicht sogar die Zurückgebliebenen einladen, an unserer besseren Welt teilzuhaben. Als langer Weg durch die politischen Institutionen. Unsere mutige Piratenpartei war Enkel von Vorgängern: Diese stürmten 1968 die Straßen der Republik mit Happenings und Demos und riefen „nieder mit der repräsentativen Demokratie, wir wollen außerparlamentarisch leben (Das Private ist politisch!). Die alte Welt bekam tiefe Risse, dann Stille. Es folgten 1980 die strickenden Grünen in Wollpullovern: Sie forderten Öko und Nachhaltigkeit auf dem langen Marschdurch die äußeren Institutionen. Bald verloren die Grünen im alten Parlamentarismus ihre innovative Kraft. Soll es der Piratenpartei ähnlich gehen? Nur heftige Storms, schwer vermittelbare Programme und kurzes Leben?

[3] Damit uns als Piratenpartei die historisch-gesellschaftlich wichtige Rolle eines Fährmanns aus der alten in die neue Welt, aus der analogen in die digitale gelingt, müssen wir uns unserer selbst bewusst werden. Sonst können wir mit keinem der analogen Reisenden, ob Politiker oder Wähler, verständlich verhandeln. Die Piratenpartei wird sich ohne eine „Arche“ im kreisenden Chaos unserer vielfältigen Mitglieder aufreiben und draußen verkannt zurückziehen müssen. Erst mit dieser „Arche“ werden über die Zahl der sicheren Protestwähler hinaus auch Frauen kommen, ebenso die längst wachsende Zahl der Älteren. Die Piratenpartei muss sich also für die stürmische Überfahrt in ein transparenteres, freiheitlicheres, demokratischeres Leben unbedingt historisch wie standortmäßig sichern.

[4] Ich beantrage daher, dass wir als Piratenpartei neben dem derzeitigen politischen Auftritt einen weiteren eröffnen: keine Stiftung wie bei den alten Parteien, sondern einen virtuellen THINK TANK. Der sollte wie bei

Stiftungen üblich mit Geldern der Bundesregierung betrieben werden, aber aus vielen kleinen Arbeitsgruppen im Land bestehen. Um zum Beispiel via Mailinglisten vernetzt an der lebenswichtigen Frage nach der Identität unserer Piratenpartei zu arbeiten. Solche Arbeitsgruppen beschäftigen sich dann mit den oben gestellten Fragen, füllen so ihr derzeitiges Vakuum, werden politisch glaubwürdig und kapern langsam den Hintergrund für eine geistigere, hoffentlich menschlichere Welt für alle. Gemäß unserer Netzerfahrung: Wir sind alle Eins.

PA642 - Umbau der Entwicklungshilfe

Wahlprogramm - Entwicklungspolitik PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Seuffert

Zusammenfassung

Nach vielen Jahrzehnten größtenteils gescheiterter Entwicklungshilfe geht die Piratenpartei neue Wege und fordert einen konsquenten Umbau der bisherigen Politik.

Antragstext

[1] "Ich beantrage, daß im Wahlprogramm an Stelle XYZ folgender Punkt eingefügt wird"

[2] Antragstext: Die Piratenpartei bekennt sich in der Entwicklungspolitik zu folgenden Positionen:

[3] 1. Die Piraten lehnen die klassische Form der Entwicklungshilfe durch Finanzierung von Infrastrukturprojekten als postkoloniale Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder ab. Jeder Staat ist selbst für seine Entwicklung verantwortlich, wir können nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

[4] 2. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die klassischen Formen der Entwicklungshilfe extrem unproduktiv oder gar kontraproduktiv waren und sind. Der Schwerpunkt lag und liegt zumeist auf der Absatzförderung für die einheimische Industrie. Verschwendung und Korruption haben einen Großteil der investierten Gelder vernichtet.

[5] 3. Die Piraten fordern die Einstellung bzw. das Auslaufen der momentanen Entwicklungshilfe.

[6] 4. Wir fordern die Auflösung des Entwicklungshilfemisteriums und einen generellen personellen und strukturellen Umbau. Der verbleibende Apparat sollte als Abteilung dem Auswärtigen Amt (AA) und nicht dem Wirtschaftsministerium angegliedert werden.

[7] 5. Wir dringen darauf Entwicklungshilfe in Zukunft vorrangig auf der Ebene supranationaler Projekte mit strikter Erfolgskontrolle zu verfolgen. Hierzu beteiligen wir uns stärker an UNO und Unicef.

[8] 6. Die Entwicklungshilfeabteilung erhält pro Jahr ein getrenntes Budget für direkte Anträge von Privatpersonen aus Dritteweltländern für Projekte für Hilfe zur Selbsthilfe wie z.B.Microkredite und ähnliches.

[9] 7. Gelder aus dem Entwicklungshilfeetat werden ausschließlich in supranationalen, streng kontrollierten Projekten verwendet.

[10] 8. Jedes Land erhält sein eigenes Budget, bei nachgewiesenen Anzeichen von staatlicher Einmischung und Korruption werden die laufenden Projekte abgebrochen, keinen neue Mittel mehr vergeben und der entsprechende Staat so lange von der Liste der zu fördernden Staaten gestrichen bis sich eine innenpolitsche Kehrtwende abgezeichnet hat.

[11] 9. Die Entwicklungshilfeabteilung trifft alle Entscheidungen transparent und legt jährlich dem Bundestag in öffentlicher Sitzung Rechenschaft über die verwendeten Gelder ab. Der Bundesrechnungshof überprüft fortlaufend alle genehmigten Projekte Die Rechenschaftsberichte sind öffentlich einsehbar.

[12] 10. Die Entwicklung soll räumlich konzentriert werden auf den Bereich Afrika, der immer weiter hinter der Entwicklung anderer Kontinente (vor allem Asien) zurückfällt. Einer räumlichen und projektbezogenen Kon-

zentration ist der Vorzug vor dem Gießkannenprinzip zu geben. Da Bildung die produktivste Form der Infrastukturinvestitionen darstellt ist ihr Im Zweifel der Vorzug zu geben.

Begründung

[13] Die klassische Entwicklungshilfe stößt in der Dritten Welt auf immer größere Ablehnung, das Fazit nach über 50 Jahren Entwicklungshilfe ist meist dürftig.

[14] Wir verweisen stellvertretend auf folgende Artikel:

[15] 1. http://www.schwarzweiss-hd.de/postkoloniales/80-entwicklungshilfe-abschaffe..

[16] 2. http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/lesezeit/156692/index.html

[17] 3. http://www.taz.de/!81468/

PA643 - Reform der Justiz

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Martina P. für die AG Justizpolitik

Zusammenfassung

Reform der Justiz

Antragstext

[1] Hiermit beantrage ich, im Namen der AG Justizpolitik in das Wahlprogramm

[2] zur Bundestagswahl 2013 in den Abschnitt Recht und Justiz folgenden Text

[3] einzufügen:

[4] Antragstext:

[5] 1. Wir Piraten fordern mehr Transparenz in der Justiz. Um das zu fördern, sollen alle gerichtlichen Sachentscheidungen für jedermann kostenlos einsehbar und anonymisiert im Internet veröffentlicht werden, sofern dem nicht berechtigte, überwiegende und schutzwürdige Belange eines Beteiligten entgegenstehen, was jedoch nur auf Antrag zu berücksichtigen ist.

[6] 2. Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften ist aufzuheben. Die Staatsanwaltschaften werden zu unabhängigen Behörden. Die Fachaufsicht wird durch die Generalstaatsanwaltschaft geleistet. Zumindest aber bei Strafverfahren, die Korruption, Beamte in herausgehobenen Positionen und/oder politische Mandatsträger betreffen, darf der zuständige Staatsanwalt nicht weisungsgebunden sein, wenn durch

[7] eine Weisung ein gerichtliches Verfahren verhindert, die Ermittlungen eingeschränkt oder die Höhe der geforderten Strafe reduziert werden soll. Hierdurch soll verhindert werden, dass strafrechtliche Ermittlungsverfahren durch die Politik beeinflusst werden.

[8] 3. Die Piraten setzen sich für die Einrichtung unabhängiger Untersuchungskommissionen zur Untersuchung und Ermittlung bei dem Verdacht von Straftaten durch Amtsträger ein. Gerade bei dem Verdacht von Straftaten im Amt durch Angehörige von Ermittlungsbehörden (Staatsanwaltschaften, Polizei) erfolgt die Untersuchung bislang durch Angehörige der gleichen oder der übergeordneten Behörde.Dies gewährleistet weder eine unabhängige noch eine effektive Untersuchung. Aber auch in anderen Verwaltungszweigen besteht in der Regel eine Interessenkollision zwischen dem Ermittlungszweck und dem Schutz »der eigenen Seite«. Durch die Einrichtung der Kommission wird in Zukunft die

[9] Gefahr von Interessenskollisionen verringert. Um dies zu erreichen darf die Kommission keine Mitglieder aus dem jeweils betroffenen Behördenzweig haben. Die Untersuchungskommissionen sollen auch für interne Verfahren zuständig sein, wie Mobbing- oder Diskriminierungsvorwürfe. Ihr Aufgabenbereich und die rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Tätigwerdens müssen den von Amnesty International vorgeschlagenen “unabhängigen Untersuchungskommissionen“ entsprechen.

[10] 4. Wir fordern, dass die Justiz sachlich und personell so ausreichend ausgestattet wird, dass gewährleistet ist, dass alle anhängigen Verfahren innerhalb der durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gesetzten Fristen abgeschlossen werden können.

PA644 - Für ein modernes Gerichtsverfahrensrecht

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Martina P. für die AG Justizpolitik

Zusammenfassung

Für ein modernes Gerichtsverfahrensrecht

Antragstext

[1] Hiermit beantrage ich im Namen der AG Justizpolitik in das Wahlprogramm

[2] zur Bundestagswahl 2013 in den Abschnitt Recht und Justiz folgenden Text einzufügen:

[3] Antragstext:

[4] 1. In strafrechtlichen Hauptverhandlungen sind Einlassungen des Angeklagten und Beweisaufnahmen umfassend, dauerhaft und nachvollziehbar

[5] so zu dokumentieren, dass diese durch Akteneinsicht bewertet werden können. Das Gleiche gilt auch für Beweisaufnahmen in allen anderen gerichtlichen Verfahren.

[6] 2. Die Arbeit der Gerichte soll in Zukunft durch eine den gesamten Verlauf der Verhandlung erfassende Aufzeichnung in Ton oder Bild und Ton

[7] erleichtert und die Möglichkeiten der Nachprüfbarkeit erstinstanzlicher Urteile somit erweitert werden. Obwohl der Wortlaut einer Äußerung ebenso wie der eines Gesetzes die Grenze der Auslegung bildet, findet in

[8] keiner Gerichtsbarkeit eine Erfassung der tatsächlich getätigten Äußerungen statt. Bereits vor dem Schöffengericht wird vollends auf die Protokollierung der Aussage verzichtet. Bereits kleine Nuancen in einer

[9] Aussage können deren Inhalt jedoch grundlegend verändern. Dennoch wird davon ausgegangen, dass der ins Urteil geschriebene Inhalt einer Aussage

[10] oder Äußerung so gefallen ist – de facto ohne Möglichkeit des Gegenbeweises. Selbst ein mustergültiger Richter ist kaum über eine mehrere Stunden andauernde Verhandlung in der Lage jegliche Äußerung aufzunehmen. Daher soll neben das bisher bereits zu führende Protokoll die Aufzeichnung treten, die auch als Beweis für die enthaltenen Aussagen wirken soll. Eine Transkription soll nur bei Bedarf erfolgen.

[11] 3. In allen Gerichtsverfahren dürfen auch ablehnende Entscheidungen nicht allein mit standardisierten Formeln begründet werden, sondern die Begründung muss nachvollziehbar erkennen lassen, warum das konkrete Vorbringen nicht zulässig und begründet gewesen ist.

[12] 4. Die Position des Ermittlungsrichters ist zu stärken. Insbesondere sind die Richtern vorbehaltenen Beschlüsse, die einem Antrag der Staatsanwaltschaft oder Polizei stattgeben, sorgfältig zu begründen. Hierbei muss der Ermittlungsrichter eine eigene Begründung abgeben und darf nicht nur eine Begründung der Staatsanwaltschaft übernehmen. Hierbei ist ausdrücklich auch auf die Eingriffe in die Rechte des Beschuldigten und Dritter einzugehen. Ablehnende Anträge unterliegen keiner Begründungspflicht.

[13] 5. Jede erstinstanzliche Entscheidung muss in einem Rechtsmittelverfahren überprüft werden können. Das muss unabhängig von der Höhe des Streitwerts gelten. Nur so kann verhindert werden, dass einzelne Richter Ver-

fahren, über die nur sie urteilen, willkürlich entscheiden können und das Ziel gerichtlicher Verfahren, nämlich materielle Gerechtigkeit herzustellen, ausreichend gewährleistet ist.

[14] 6. Die Entschädigung für Opfer ungerechtfertigter Strafverfolgung muss auf einen angemessenen Satz erhöht werden.Des weiteren ist für erlittene

[15] Nachteile eine weitgehende Folgenbeseitigung anzustreben, insbesondere ein Ausgleich für verlorene Zeiten in der Sozialversicherung.

[16] 7. Auch Beschuldigte, die keinen Verteidiger haben, sollen Akteneinsicht erhalten und Kopien aus den Akten anfertigen können, soweit der Untersuchungszweck, auch in einem anderen Strafverfahren, hierdurch nicht gefährdet wird und nicht überwiegende schutzwürdige Interessen Dritter entgegenstehen. Hierzu darf es nicht darauf ankommen, ob dies zu einer angemessenen Verteidigung erforderlich ist, da dies vor Akteneinsicht überhaupt nicht beurteilt werden kann.

[17] 8. Auch Beschuldigten, gegen die die Staatsanwaltschaft keine öffentliche Klage erhebt, sind die notwendigen Verfahrenskosten durch die Staatskasse zu erstatten. Dies gilt insbesondere hinsichtlich angemessener Kosten für anwaltlichen Beistand und die Kosten für die Anfertigung von Kopien aus den Ermittlungsakten.

[18] 9. Der Rechtsbeistand des Beschuldigten soll ein Recht auf Beiziehung zu Zeugenvernehmungen erhalten, wenn hierdurch der Ermittlungszweck nicht gefährdet wird. Würde hierdurch der Ermittlungszweck gefährdet, sollte nach erfolgter Vernehmung ein Anspruch auf Mitteilung, dass eine solche Vernehmung erfolgt ist, bestehen und dem Beschuldigten ein Anspruch auf rechtliches Gehör, der sich auf das Ergebnis dieser Beweisaufnahme bezieht, zustehen.

[19] 10. Bereits im Zwischenverfahren soll der Angeschuldigte das Recht haben, Zeugenvernehmungen und weitere Beweisermittlungen einzufordern, wenn Tatsachenbehauptungen des Angeschuldigten erheblich sind, die hinreichende Möglichkeit falscher Tatsachenwürdigung durch die Staatsanwaltschaft gegeben ist und die Durchführung einer Hauptverhandlung auch im Falle eines Freispruchs zu nachhaltigem Ansehensverlust des Angeschuldigten führen könnte.

[20] 11. Beweise, die unter Verstoß gegen ein Beweiserhebungsverbot gewonnen

[21] wurden, müssen und in jedem strafrechtlichen und verwaltungsgerichtlichen Verfahren einem Beweisverwertungsverbot unterliegen. Sie können auch nicht als Grundlage für weitere Ermittlungen verwendet werden. Wir fordern eine strikte Einhaltung und Durchsetzung der "Fruit-From-the Poisonous-Tree"-Doktrin.

[22] 12. Wir fordern, dass für Klagen wegen Rechtsverstößen, die im Internet

[23] begangen wurden, der fliegende Gerichtsstand keine Anwendung findet, solange nach den übrigen Vorschriften ein deutsches Gericht zuständig ist.

PA645 - Kapitel Recht und Justiz einfügen

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Martina P. für die AG Justizpolitik

Zusammenfassung

Ich beantrage im Namen der AG Justizpolitik in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle einen Abschnitt “Recht und Justiz“ aufzunehmen.

Antragstext

[1] Ich beantrage im Namen der AG Justizpolitik in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 an geeigneter Stelle einen Abschnitt “Recht und Justiz“ aufzunehmen.

PA646 - Wertewandel in der Wirtschaft in Europa

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Wika

Zusammenfassung

Wertewandel in der Wirtschaft in Europa

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm zu übernehmen:

[2] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass humanistische Werte wie Respekt und Selbstbestimmung für jeden einzelnen Menschen, der Menschheit und der Gesamtheit der Natur oberste Priorität eingeräumt werden. Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung stehen höher als Gewinnstreben und Wirtschaftswachstum. Die Werte orientieren sich an dem

[3] UN Charta und dürfen nicht durch andere Gesetze oder juristische Beiwerke ausgehebelt werden. Alle bestehenden Gesetze sind daraufhin zu überprüfen.

Begründung

[4] Das Wirtschaftswachstum darf nicht auf Kosten von Schwachen erkauft werden. Rüstungsindustrie ist abzulehnen, da ihre Produkte den Tod von Menschen implizieren. Wegwerfprodukte und eingebaute Verfallsdaten sind ebenso wie schnelllebige Moden und künstlich generierter Bedarf abzulehnen. Sie vergeuden Ressourcen und menschlichen Lebenszeit. Verdrängungswettbewerb bedarf keiner Unterstützung, da er nicht zum Wohle der Gemeinschaft beiträgt. Die Piraten unterstützen Rechtssicherheit und eine verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft mit Barriere freiem Zugang für jeden Menschen. Deutschland versteht sich als Unternehmen in einer Weltbilanz, die ausgewogen für Mensch und Natur sein muss. Deutschland versteht sich als

[5] Unternehmen in der Volkswirtschaft Europa, deren Bilanz ausgeglichen sein muss. Keine Volkswirtschaft steht für sich alleine. Globalisierung bedeutet Verantwortung aller für unsere Welt und ihre Lebewesen.

PA647 - Ablehnung des Extremismusbegriffs

Wahlprogramm - Innen- und Rechtspolitik LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Kevin Culina, Mareike @Carridwen Peter

Zusammenfassung

Die Piratenpartei lehnt den Extremismusbegriff und die damit begründete Extremismusklausel ab, da diese der beabsichtigten Einordnung politischer Ideen und Ideologien nicht gerecht wird, und menschenverachtende Gesinnungen verharmlost.

Antragstext

[1] Der BPT möge folgenden Programmantrag beschließen:

[2] Die Piratenpartei lehnt den Begriff "Extremismus" sowie die damit verbundene "Extremismusklausel" zur Kategorisierung von politischen Positionen und Ideologien ab.

[3] Schon seit Anfang der 1970er Jahre wird versucht, politische Einstellungen, die vermeintlich gegen die "freiheitlich demokratische Grundordnung" verstoßen, unter dem Begriff "Extremismus" zu sammeln und einzuordnen. Dabei wird behauptet, dass sich linkes und rechtes Gedankengut in "extremistischen" Ausprägungen zunehmend ähnelten. Metaphorisch wird hierfür von einem Hufeisen gesprochen.

[4] Diese Gleichsetzung von linken und rechten Einstellungen ist nicht weiter hinnehmbar und zu kurz gedacht. Rechte Ideologien, die durch Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und diktatorische Bestrebungen geprägt sind, dürfen nicht mit linken Gedanken gleichgesetzt werden, da sich ihre Weltbilder und Grundwerte elementar voneinander unterscheiden.

[5] Die Beurteilung, Benachteiligung oder Bevorzugung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Ethnie, religiösen Weltanschauung, Geschlecht oder sexuellen bzw. geschlechtlichen Orientierung ist abzulehnen. Ideologien, denen diese Kategorisierung von Menschen zu Grunde liegt, sind nicht mit linken Weltbildern gleichzusetzen.

[6] Die PIRATEN setzen sich für eine Abschaffung des Extremismusbegriffs in Behörden und Politik ein. Die Unterstützungsbedingungen für Projekte gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Nationalsozialismus, Sexismus, Homophobie und jegliche Formen diktatorischen Bestrebens sollen in diesem Sinne überarbeitet werden.

[7] Dabei lehnen die PIRATEN die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen entschieden ab.

Begründung

[8] Der Extremismusbegriff dient als politischer Kampfbegriff zur Diffamierung und Gleichsetzung verschiedener politischer Positionen und Ideologien. Die Gleichsetzung von als "links" oder "rechts" bezeichnete Einstellungen ist sehr kritisch zu betrachten. So werden beispielsweise pazifistische Anarchisten mit Faschisten und Antisemiten gleichgesetzt, obwohl diese friedvolles Leben und die Selbstbestimmung eines jeden Individuums in den Mittelpunkt stellen, wohingegen der Faschismus beispielsweise entgegensetzt denkt.

[9] Zusätzlich empfehlen wir den Text “Warum die Piratenpartei nicht ’gegen Extremismus jeder Art’ ist“ von Lena, der die Problematik des Begriffs, auch im Bezug auf die Piraten, sehr gut beleuchtet: http://www.wider-die-windmuehlen.de/2011/12/warum-die-piratenpartei-nicht-%..

PA648 - Abschaffung des Meisterzwangs im deutschen Handwerk

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Seuffert

Zusammenfassung

Deutschland ist das einzige Land in Europa, das einen Meisterzwang kennt. Dieser entstand aus den Zunftregelungen des Mittelalters und ist heute überholt.

Antragstext

[1] Ich beantrage, dass im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle folgender Punkt eingefügt wird:

[2] Die Piratenpartei tritt für die Abschaffung des Meisterzwangs im deutschen Handwerk ein. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das einen Meisterzwang kennt. Dieser entstand aus den Zunftregelungen des Mittelalters und ist heute überholt. Den Versuch des ständisch organisierten Handwerks, die Gründung von Betrieben dem Meisterzwang zu unterwerfen sehen wir kritisch und lehnen ihn ab. Wir fordern daher die ungerechtfertigte Beschränkung der Gewerbefreiheit generell zu überwinden und den Meisterzwang im deutschen Handwerk endgültig abzuschaffen. Wir fordern nicht die Abschaffung des Meisters an sich. Betriebe, die z.B. aus Werbezwecken weiterhin auf einen Meister setzen, dürfen dies gerne tun. Der Ausbildereignungsnachweis wird ebenfalls nicht berührt von diesem Antrag. Unfallverhütungsvorschriften, technische Normen, Qualitätssicherungsvorschriften oder dergleichen werden von dem Antrag ebenfalls nicht berührt. Es geht darum daß nur deutsche Staatsbürger mit Wohnsitz in der BRD in wahllos bestimmten Handwerksberufen verpflichtet sind einen Meisterbrief bei Gewerbegründung vorzulegen und alle anderen nicht.

Begründung

[3] Ich verweise auf das Programmentwicklungskonzept und reiche diesen Antrag als angenommenes Positionspapier in Bayern ein. Protokoll bitte entnehmen aus: http://wiki.piratenpartei.de/BY:Positionspapiere/POS-036 Antrag und Begründung sind identisch zum angenommen Antrag in Bayern!

[4] Das gegenwärtige System des Meisterzwangs ist nicht mehr zeitgemäß. Die Pflicht, zur Ausübung bestimmter Gewerke (die in der Anlage A der Handwerksordnung gelisteten Berufe) einen Meistertitel zu führen, schränkt Unternehmer, Betriebe und Verbraucher in ihren Freiheiten ein, die Ausübenden in der freien Berufswahl, die Verbraucher in der freien Wahl des Dienstleisters.

[5] Der Meisterzwang fusst auf zwei Regelungszwecken: 1. Berufe, von denen eine Gefahr für Leib und Leben Dritter ausgeht dürfen als stehender Betrieb nur von Unternehmen ausgeübt werden, die über einen (handwerklichen) Meistertitel verfügen. 2. Berufe, die einen hohen Beitrag zur Ausbildungsleistung in Deutschland leisten, unterstehen dem Meisterzwang.

[6] Die Gefahrengeneigtheit ist insofern ein vorgeschobenes Argument, da weiterhin alle dem Meisterzwang unterworfenen Tätigkeiten z.B. auch von Reisegewerbetreibenden, Inhaber eines unerheblichen handwerklichen

Nebenbetriebes oder von Betrieben aus den EU-Mitgliedsstaaten vollumfänglich erbracht werden dürfen. Daraus folgt in der Praxis, dass der Meisterzwang weniger der Gefahrenabwehr, als vielmehr dem Schutz der etablierten Marktteilnehmern (Meisterbetriebe) vor Konkurrenz dient.

[7] Das Argument der hohen Ausbildungsleistung für die Beschränkung des Zugangs und damit des Angebots an tatsächlichen Ausbildungsgelegenheiten ist in sich widersprüchlich. Wie soll eine Begrenzung der Zahl ausbildender Betriebe zu einer Steigerung der Ausbildungsleistung führen?

[8] Das Handwerk hat von 1995 bis 2008 die Zahl seiner Ausbildungsplätze um 32 Prozent verringert – die Industrie (in der es keinen Meisterzwang gibt) steigerte dagegen ihre Ausbildungsleistung um 23 Prozent.

[9] Der Meisterzwang ist demnach nicht geeignet, eine hohe Zahl von Absolventen einer Berufsausbildungen sicher zu stellen. Für die Qualität der angebotenen Ausbildung hat er ebenso keine Auswirkung. Der Meistertitel ist ein lebenslang gültiges Zertifikat. Ausbildungsinhalte wechseln heute aber oft binnen weniger Jahre. Sowohl für Qualität, als auch Aktualität der Ausbildung wirkt vielmehr das System der dualen Ausbildung viel durchschlagender.

[10] Somit ist der Meisterzwang zur Sicherung der beiden genannten Ziele ungeeignet. Seine Handhabung führt dagegen zu massiven Einschränkung der Menschen- und Bürgerrechte von Handwerkern.

[11] Wer in Deutschland selbstständig einen Handwerksbetrieb betreiben möchte, sieht sich in folgenden Grundrechten eingeschränkt: · Dem Grundrecht auf Freiheit der Berufswahl, · dem Gleichheitsgrundsatz, · dem Recht der freien Persönlichkeitsentfaltung, · der Menschenwürde und · der Unverletzlichkeit der Wohnung. Selbst ein im Rahmen der bestehenden Gesetze eröffneter Betrieb, muss regelmäßig mit Verfolgung durch die Behörden rechnen, da der Meisterzwang oft wider besseren Wissens von den Handwerkskammern und Ordnungsbehörden in Zweifel gezogen werden. Am Ende der Maßnahmen stehen dann oft Hausdurchsuchungen auf fraglicher rechtlicher Grundlage. Diese Einschränkungen der Grundrechte sind für PIRATEN nicht hinnehmbar.

PA649 - Kein Sonderstatus von Software imUrheberrecht

Grundsatzprogramm - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jens Seipenbusch

Zusammenfassung

Kein Sonderstatus von Software im Urheberrecht

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Grundsatzprogramm in den Bereich Urheberrecht aufzunehmen, sowie alle diesem Antrag widersprechenden Forderungen nach Sonderbehandlung von Software im Urheberrecht aus dem Grundsatzprogramm zu streichen:

[2] Wir lehnen einen Sonderstatus von Software im Urheberrecht ab, sofern dieser nicht technisch bedingt ist (zum Beispiel zur Wahrung der Interoperabilität). Dies beinhaltet insbesondere die Ablehnung von Privilegien wie zum Beispiel die Einschränkung der Nutzung und Vervielfältigung von Software, die auch über die Regelungen für andere Werksformen hinausgehen.

Begründung

[3] Software ist mehr und mehr die Substanz, die unser tägliches Leben bestimmt.

[4] Sie verdrängt durch ihre faktische Regulierungskraft zunehmend sogar das Recht normgebendes Instrument. Sie ist damit zu wichtig für die freie Entfaltung des Menschen im Informationszeitalter geworden, als dass man ihr einen urheberrechtlichen Schutz zubilligen dürfte. Software hat darüberhinaus genau wie die menschliche Sprache universellen Charakter. Man kann bestimmte Algorithmen oder Verfahren oft nur auf ein und dieselbe oder sehr ähnliche Weise ausdrücken. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass bestimmte Programmiermöglichkeiten der Allgemeinheit entzogen werden. Software ist dahingehend eben nicht vergleichbar mit Unterhaltungsmedien, wie Musik oder Film. Die Sparte der Computerspiele benötigt nach dem heutigen Stand der Dinge ebenfalls nicht den Schutz des Urheberrechts. Durch Maßnahmen wie Online-Aktivierungen und Account-Bindung werden bereits viel weitergehende Einschränkungen der Käufer faktisch durchgesetzt als sie eine urheberrechtliche Regelung rechtskonform bewirken könnte. Wir sind weiterhin der Meinung, dass Sonderregelungen für Software im Urheberrecht besonders den kleinen und mittleren Unternehmen schaden, die in Europa bisher noch den größten Teil der IT-Wirtschaft ausmachen. Wir glauben zudem, dass auch ohne urheberrechtliche Sonderstellung sich die Verträge mit Programmierern und Kunden so gestalten lassen, das ein zusätzlicher Rückgriff auf das Urheberrecht für einen normalen Wirtschaftsbetrieb unnötig sein wird. Die Strategie der free-software-Bewegung, sich mit dem Urheberrecht gegen das Urheberrecht zu wehren erkennen wir in der jetzigen Situation an, glauben aber anhand der bisherigen Entwicklung dennoch, dass diese Strategie langfristig nicht die Probleme lösen wird, die Urheberrecht auf Software mit sich bringt.

[5] Wir wollen Software nicht als Öl des 21.Jahrhunderts betrachen, sondern als die Luft des 21. Jahrhunderts!

PA650 - Abschaffung des Beamtentums

Grundsatzprogramm - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Seuffert

Zusammenfassung

Deutschland ist das einzige Land der Welt welches noch am überkommenen Beamtenum festhält, die Piratenpartei tritt für eine vollständige Abschaffung ein.

Antragstext

[1] Ich beantrage, dass im Grundsatzprogramm an geeigneter Stelle folgender Punkt eingefügt wird:

[2] Die Piratenpartei tritt für eine vollständige Abschaffung des Beamtentums ein.

Begründung

[3] Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) erfand das Beamtentum, um sich gegen die Vorrechte des korrupten Landadels durchzusetzen. Die Beamten sollten pflichtbewusst, kenntnisreich und unbestechlich sein. Es folgte die Anstellung auf Lebenszeit und Schutz vor willkürlicher Entlassung. In der Weimarer Republik folgte die Besoldung per Gesetz nach Alter und nicht nach Leistung.

[4] Die Schweiz hat im Jahre 2002 die Abschaffung des Beamtentums erfolgreich vollzogen ohne jedwede negative Erfahrung. Auch Polizisten und Mitarbeiter der Finanzverwaltung sind dort nun Angestellte. Gestreikt werden darf nur, wenn die Sicherheit oder Versorgung des Landes nicht beeinträchtigt wird. Die Angestellten werden nach Leistung bezahlt, die Arbeitgeber haben ein Kündigungsrecht aus betrieblichen oder wirtschaftlichen Gründen.

[5] Mit dieser Änderung wird das starre deutsche Beamtensystem aufgebrochen, es wird die Einführung flexibler und gerechter Entlohnung möglich, die Ungleichbehandlung von Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst wird beseitigt und das Problem der wachsenden Pensionsproblematik wird endlich grundlegend angegangen.

[6] Eine solche Änderung wird großen Widerstand hervorrufen, dem mit dem Verweis auf das erfolgreiche Modell Schweiz und die Abschaffung des Beamtentums infolge der Privatisierung von Telekom, Bahn und Post in Deutschland begegnet werden kann. Selbstverständlich gilt diese Änderung nicht für bestehende Beamtenverhältnisse, die Bestandsschutz geniessen.

PA651 - Für sauberes und unversehrtes Grundwasser/Trinkwasser

Grundsatzprogramm - Umwelt und Verbraucherschutz

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Dirk Stolte

Zusammenfassung

Für sauberes und unversehrtes Grundwasser/Trinkwasser

Antragstext

[1] Es wird beantragt zur nächsten Bundestagswahl im Parteiprogramm — Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland an geeigneter Stelle einzufügen:

[2] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich dafür ein, dass das Grundwasser/Trinkwasser frei von Verunreinigungen bleibt, die durch das unterirdische Einlagern von Müll/Abfällen, wie z. B. Atommüll, chemischer Abfälle oder auch biologischer Abfälle in das Grundwasser/Trinkwasser gelangen können. Hierzu zählen auch Verfahren zur Gewinnung von Bodenschätzen/Energieträgern die z. B. chemische bzw. biologische Substanzen verwenden. Folgende Substanzen dürfen, sofern diese keine Schäden an der Erdoberfläche verursachen, verwendet werden:

[3] - Kohlenstoffdioxid und Kohlensäure

[4] - Weitere Substanzen, die in „Mineralwasser“ enthalten sind nur nach Einzelfallentscheidung, bei der die Menge zu berücksichtigen ist.

[5] - Betriebsstoffe und Betriebshilfsstoffe, die für den Betrieb von Geräten im Bergbau benötigt werden

[6] - Sprengstoff nur für Sprengungen im Bergbau

Begründung

[7] Dieser Antrag soll sich nicht nur gegen das aktuelle Fracking aussprechen, sondern auch gegen künftige Verfahren, egal wie diese genannt werden. Nicht nur in der Vergangenheit und Gegenwart sondern auch in der Zukunft wurden bzw. werden Stoffe in fester Form wie z. B. Atommüll (sonstiger Müll) oder Chemikalien wie z. B. beim Fracking bewusst und vorsätzlich in die Erde verbracht. Diese Stoffe können das Grundwasser gefährden bzw. eine Gefährdung des Grundwassers kann unter keinen Umständen ausgeschlossen werden. Kohlenstoffdioxid bzw. Kohlensäure dürfen verwendet bzw. gelagert werden, da Kohlensäure aus der Reaktion von Kohlenstoffdioxid mit Wasser entsteht. Kohlensäure ist in „Mineralwasser“ enthalten. Weitere Substanzen, die in „Mineralwasser“ enthalten, dürfen nur nach Einzelfallentscheidung, bei der die Menge zu berücksichtigen ist, unterirdische gelagert bzw. verwendet werden, da es hierbei auf die Menge ankommt. Hierzu ein Beispiel: Salz ist für den menschlichen Organismus lebenswichtig aber zu viel Salz ist tödlich. So starb beispielsweise ein vierjähriges Mädchen 2005 an einer zwangsweise zugeführten Menge von 32 Gramm Speisesalz. Im Bergbau werden Maschinen und Fahrzeuge eingesetzt, die Betriebsstoffe und Betriebshilfsstoffe für Ihren Betrieb benötigen. Sprengstoff wird im Bergbau z. B. für den Abbau von, Salz verwendet. Quellen, ähnliche Anträge und Initiativen i2104: Gefahr durch Gasbohrungen – Fracking!

https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2104.html PA275 - Sofortige Einstellung der Suche nach einem “Atomaren Endlager“ Grundwasser http://de.wikipedia.org/wiki/Grundwasser Kohlenstoffdioxid, Kohlensäure http://de.wikipedia.org/wiki/Kohlenstoffdioxid Salz http://de.wikipedia.org/wiki/Speisesalz

PA652 - Wirtschaftspolitische Grundsätze der Piratenpartei

Grundsatzprogramm - Wirtschaft und Finanzen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Christian

Zusammenfassung

Grundsätze kurz und verständlich

Antragstext

[1] Es wird beantragt, im Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland nach Kapitel 11, Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe, folgendes in Kapitel 12 Wirtschaftspolitik, einzufügen:

[2] 1.Wirtschaftspolitik sorgt für eine regionale, nachhaltige und effiziente Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung.

[3] 2.Jede staatliche Politik hat zuerst den Interessen der Menschen zu dienen, vorrangig den natürlichen Personen und nicht den juristischen.

[4] 3.Die Wirtschaftspolitik sorgt für freien Zugang zu allen Informationen und über die Steuern für eine gleichmäßige Verteilung der materiellen Güter.

[5] 4.Alle existentielle Infrastruktur ist in staatliche Obhut zu legen.

[6] 5.Aktives und kritisches Konsumentenverhalten wird gefördert.

Begründung

[7] Ein Grundsatzprogramm sollte nur die existenziellen Aussagen beinhalten, alles was darüber hinausgeht ist Teil von weiteren detaillierten Ausarbeitungen zu einzelnen Themen.

[8] Nur wenn es kurz und verständlich ist, lässt sich unser Programm vermitteln.

PA653 - BGR (Bürgergrundrente), mit uns sofort

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

roter korsar

Zusammenfassung

BGR (Bürgergrundrente), mit uns sofort

Antragstext

[1] Die Bundestagswahlen kommen auf jeden Fall 2013. Alle Parteien positionieren sich und proklamieren ihre Standpunkte. Zur Rente empfehle ich ein Konzept was zugleich unmittelbar die Würde und den Besitzstand im Alter wahrt und mittelbar das Signal für ein bedingungsloses Bürgergrundeinkommen für die Freiheit und Anteilhabe jedes Einzelnen wirklich sichert.

[2] Jeder Mensch hat ein Recht ab dem Alter von 65 Jahren auf eine ausreichende Rente.

[3] Die heutige Rente ist weder anpassbar in Hinsicht des demographischen Wandels, noch über Lebensarbeitszeiten oder öffentlichen Leistungseinschätzungen dritter gerecht und ausreichend , was beinahe noch wichtiger ist . Eine Rente muß zweitens von allen bezahlt und für alle die das 65 Lebensjahr erreichen , zur Verügung stehen , die Ihren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich gewählt haben . Wenn das erwirtschaftete Vermögen nicht ausreichen sollte , dann müssen derjenige der in der Gesellschaft und von Ihr durch sie, ein Vermögen sein eigen nennen kann ,entsprechend aufkommen , wenn auch das nicht ausreicht muß die Gesellschaft über eine Senkung des jeweiligen Rentenaufkommens abstimmen. Abgesehen von einer Senkung , äußerstes Mittel , empfehlen wir die Aktivierung der ehrenamtlichen Hilfen , zu allerletzt. Angemessen unseres Wohlstandsnivaus unserer Zivilisation ist ein bedingungsloser Auszahlungsbetrag von € 1500,00 der als Diskussionsgrundlage zuletzt konkretisiert werden muß mit einem Volksentscheid.

[4] Randbedingungen bleiben natürlich unberührt wie bisherige Regelungen , Zuzahlungen bzw. Freistellungen bzw. Renten die heute noch weit über diesem Betrag liegen , oder Anlagen und Alterssicherungen privater oder anderer Art. Ein Projekt muß umsetzbar sein , sofort einführbar, alle anderen Modelle oder als Modell gemeinte Versprechungen sind daher nur dienlich dazu den Bürgerwillen zur Mitgestaltung auszutrocknen.

[5] Zuletzt ist zu sagen , daß die empfohlene Höhe dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand entspricht und jede dynamische Veränderung mitmachen muß

[6] Es ist ja im Übrigen kein Geheimnis , das sämtliche Politiker bis zum Bundespräsidenten sowie die gesamte politisch Verwaltung usw bezahlt werden durch Steuergelder. Sogar schwer vermittelbare Industrien und die gesamten Aufwände für Märktebeschaffungen sind Transferleistungen, mit welchem Recht will man da einem Menschen der sein Leben gelebt hat und nun noch ein paar Jahre in Ruhe leben möchte seine Rente versagen . Es wird Zeit , daß wir Farbe bekennen.

[7] Als eines der letzten Vorteile gegenüber allen anderen Rentenmodellen, unter den vielen noch nicht genannten und genannnten Vorteilen ist, daß sowohl in Ost als auch in West natürlich gleiche Höhen für die Grundrente gelten müssen..

PA654 - Quotenregelung für Ämter und Mandate

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

roter korsar

Zusammenfassung

Quotenregelung für Ämter und Mandate

Antragstext

[1] Es gibt keinen Grund dafür, daß wir etwa sozial schwache BürgerInnen und Bürger , körperlich Behinderte oder sonst durch ein Handycup benachteiligte BürgerInnen bevorzugt , oder auch unberücksichtigt benachteiligt . Wenn man ein Meinungsvertreter sein will oder ein Vertreter einer politischen Institution in der Bundesrepublik , der auch den Benachteiligten oder ungerecht behandelten gesellschaftlichen Schichten ein Sprachrohr geben will, muß man sich diese auch angemessen vertreten lassen in den Vorständen und parlamentarischen Vertetungen. Nicht nur Frauen haben ein Recht auf gleichen Einfluß wie die Männer

[2] Eine Quotenregelung die vorsehen sollte , daß Arbeitslose Geringverdiener , Rechtsanwälte und Selbstständige , Mittelständler / und Unternehmer , Beschäftigte und Kulturschaffende ihren Anteilen an der Bevölkerung in der Bundesrepublik entsprechen die neue Administration der Piraten- Partei repräsentieren. Auch in den Parlamenten sollte sich eine Abbildung gesellschaftlicher Interessenverteilung niederschlagen. Als Bedingung für allgemein anerkanntes politisches Handeln ist dies unser Anliegen .

PA655 - Rotationssystem für Mandate

Wahlprogramm - Arbeit und Soziales

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

roter Korsar

Zusammenfassung

Rotationssystem für Mandate

Antragstext

[1] Ein weiteres Instrument gegen die zur Zeit von den anderen Parteien praktizierte Realität , daß Berufspolitiker auf Lebenszeit und am ende mit opportunistischem Verhalten der Demokratie und den BürgerInnen der Bundesrepublik gegenüber nur großen Schaden zufügen, ist die Einführung des Rotationssysthems. Es ist wichtig , daß gerade in neuen Parteien viele beteiligt werden am Meinungsbildungsprozeß und an der Arbeit in den Parlamenten und Institutionen der politischen Vertretungen. Nicht das jahrzehnte-lange aufbauen von Schießbundenfiguren in der Politik , wie Guttenberg, Wulff und Rüttgers sollte unseren Anspruch für WählerInnen , die uns zutrauen in ihrem Sinne zu handeln, beflügeln . Wir empfehlen das wir das Amt als immer und jederzeit geliehen und transparent ansehen, und von Anfang an teilen mit anderen Parteimitgliedern und Sachverständigen sowie nach zeitlicher Befristung weiterreichen. Mindestens einmal pro Legislatur sollte der jeweilige Amtsträger wechseln undzwar nicht willkürlich sondern nach von vorn herrein im Team arbeitender Anwärter und Inhaber der jeweiligen Ämter abgestimmten Regeln.

[2] In der Kombination der Einführung einer Quote ,um sicher zu stellen , daß die WählerInnen in Ihrer Vielfalt von uns repräsentiert sind, und einer dargelegten Rotation , wobei auch nichts gegen Mandatssplitting spricht , also dem dargelegten Rotationssysthems, wird einem wichtigen Aspekt der grassierenden Korruption Vorschub geleistet.

PA656 - Grundgesetzkonforme Gestaltung internationaler Abkommen

Grundsatzprogramm - Internationale Beziehungen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Boris Turovskiy

Zusammenfassung

Übertragung von Kompetenzen auf die supranationale Ebene darf nur mit Zustimmung der Bürger geschehen. Das Grundgesetz und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts sollen in Deutschland stets Vorrang vor internationalen Verträgen genießen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text in das Grundsatzprogramm als eigenständigen Programmpunkt oder, falls vorhanden, als Unterpunkt des Programmpunktes "Außenpolitik", mit dem Titel "Grundgesetzkonforme Gestaltung internationaler Abkommen" aufnehmen:

[2] In einer zunehmend vernetzten und globalisierten Welt spielen internationale Abkommen und überstaatliche Institutionen eine immer größere Rolle. Viele Herausfoderungen der heutigen Zeit lassen sich auf nationaler Ebene gar nicht oder nur unzureichend bewältigen. Die Piratenpartei versteht sich auch selbst als Teil einer weltweiten Bewegung und begrüßt grundsätzlich den Ausbau internationaler Kooperation.

[3] Während die Stärkung internationaler Institutionen prinzipiell eine natürliche und begrüßenswerte Entwicklung darstellt, muss dabei stets auf die Wahrung von rechtsstatlichen und demokratischen Grundsätzen geachtet werden. Insbesonere dürfen Kompetenzen nationaler Legislativ-, Exekutiv- und Judikativorgane nur bei direkter Zustimmung durch die Bürger der betroffenen Staaten an internationle Organe und Institutionen übertragen werden.

[4] Das Grundgsetz ist das höchste in Deutschland geltende Recht und das Bundesverfassungsgericht die höchste gerichtliche Instanz. Dies soll weiterhin Bestand haben, deshalb muss bei der Unterzeichnung bindender internationaler Abkommen ein grundsätzlicher Vorbehalt der verfassungsrechtlichen Überprüfung gelten. Ebenso ist die Erschaffung und Anerkennung von internationlen Institutionen abzulehnen, deren Beschlüsse Vorrang vor dem Grundgesetz oder den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts haben oder diesen gleichgestellt sind.

Begründung

[5] Es ist für die meisten von uns selbstverständlich, die Welt global wahrzunehmen, da die Intrnetrevolution bestehende Barrieren wie Entfernungen und Staatsgrenzen in vielen Bereichen obsolet gemacht hat. Auch sind immer mehr politische Probleme heute nur auf interntionaler Ebene zu lösen, ob Umweltschutz, Finanzkrise oder Urheberrecht.

[6] Dennoch müssen wir sehr vosichtig sein, wenn es um Macht- und Kompetenzübertragung an die übrstaatliche Ebene geht. Zum einen muss stets auf die Beibhaltung der demokratischen Legitimation gachtet werden - die heutige Struktur der EU ist ein Paradebeispiel dafür, wie es nicht sein sollte. Auch müssen Möglichkeiten

unterbunden werden, dass nationle Regierungen über den Umweg internationaler Oragne die eigenen (gescheiterten) Vohaben doch duchzudrücken, wie es zum Beispiel bei der Vorratsdatnspeicherung und den Netzsperren versucht wurde.

[7] Der Antrag geht aber weiter als die Forderung nach demokratischen Prinzipien und einem Volksentscheid bei umfassenden Kompetenzübertragungen (impliziert durch Absatz 2 des Antrags). Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten haben wir in Deutschland einen (vergleichsweise) funkionierenden demokatischen Rechtsstaat und das Bundesverfassungsgericht ist ein in seiner Macht und seinem Ansehen weitgehend einzigartiges Kontrollorgan. Ich kann nichts Gutes daran erkennen, wenn der Einfluss des BVerfG durch die Schaffung übergeordneter interntionaler Instanzen ausgehöhlt oder in Deutchland ein dem Grundgsetz übergeordnets Recht akzeptiert wird. Das BVerfG hat sich hervorragend bewährt, und mein Vertrauen dazu ist wesentlich höher als das Vetrauen in x-belibige Organe von EU, UN, WTO und wie sie ale sonst heißen.

4 Satzungsänderungsanträge

SÄA001 - Kein Sponsoring und keine Werbestände auf Bundesparteitagen der PIRATEN

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §11 LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Die hier vorgeschlagene Satzungsänderung schiebt Lobbyständen bzw. Werbemaßnahmen von Unternehmen und Verbänden auf Bundesparteitagen der PIRATEN zukünftig einen Riegel vor.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen:

[2] Der aktuell gültigen Satzung der Piratenpartei Deutschland wird in Abschnitt A (Grundlagen) folgendes als § 11b (Sponsoring) hinzugefügt:

[3] **§ 11b - Sponsoring**

[4] (1) Sponsoring, Informations- und Werbestände sowie Give-aways und Verkaufsaktionen, die nicht von der Piratenpartei Deutschland durchgeführt werden, sind auf Bundesparteitagen nicht zugelassen.

[5] (2) Der Junge Piraten e.V. ist von dieser Regelung ausgenommen.

Begründung

[6] Auf Bundesparteitagen sollten keine Promotions- oder Verkaufsstände zugelassen werden - weder von Unternehmen (ob gewinnorientiert oder nicht) noch von NGOs oder Unternehmensverbänden.

[7] Die inhaltliche Zusammenarbeit mit den PIRATEN nahestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen wird durch ein Sponsoringverbot auf Bundesparteitagen **nicht** berührt oder eingeschränkt.

- Aktuell wird die Entscheidung über Zulassung oder Ablehnung wenig transparent, ohne klare Regelung und im Wesentlichen nicht nachvollzieh- oder zurechenbar auf ad-hoc Basis getroffen.
- Auch wenn die Partei die Möglichkeit hat, Sponsoren individuell zuzulassen oder abzulehnen, würde eine generelle Entscheidung für Werbestände die Büchse der Pandora öffnen und bei den PIRATEN

eine Praxis aus dem Werkzeugkasten der Lobbyisten etablieren, die von Befürwortern einer Stärkung von Zurechenbarkeit zwischen Interessenvertretung und politischen Entscheidungen, Anti-Korruptions-Aktivisten sowie Verbraucherschützern zu Recht kritisiert wird.

- Eine Fortführung der bisherigen ad-hoc Entscheidungen beinhaltet die Gefahr, dass sich Sponsoring langsam einschleicht.

[8] Verbände und Unternehmen versuchen sich über Sponsorenengagements auf Parteitagen Zugang zu Entscheidungs- und Mandatsträgern zu verschaffen - z.B. durch Informations- und Promotionsstände, Gewinnspiele und Give-aways. Dies ist mittlerweile gängige Praxis in der politischen Interessenvertretung gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien und es ist zumindest fragwürdig, ob diese Verlagerung der politischen Willensbildung in informelle Beziehungsnetzwerke außerhalb des formalen Gesetzgebungsprozesses mit den Zielen der Piratenpartei vereinbar ist.

- Das Kriterium der Gemeinnützigkeit taugt nicht als Zulassungsvorraussetzung und Rechtfertigung für Sponsoring, da gemeinnützige Organisationen bei anderen Parteien in der Regel kostenlos werben dürfen und das Kriterium der Gemeinnützigkeit darüber hinaus ein rein steuerrechtlicher Tatbestand ist, der über die inhaltliche Zielrichtung einer Organisation nicht das Geringste aussagt.
- Befürworter führen in der Regel an, dass Parteitage ohne die von Sponsoren zu entrichtenden Standmieten und Gebühren für Give-Aways nicht zu finanzieren seien - dabei machen die Sponsoringeinnahmen in der Realität nur einen Bruchteil der Gesamtfinanzierung der Parteien aus (sind aber mit Hinblick auf die Verschleierungsmöglichkeiten der Herkunft für beide Seiten, Sponsoren und Parteien, äußerst attraktiv.)

[9] Sponsoring auf Bundesparteitagen ist daher abzulehnen - vor allem mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des politischen Veränderungswillens der PIRATEN.

Dieser Antrag flankiert die im PA001 “Transparenzpaket: Lobbying, Antikorruption und Sponsoring“ formulierten Forderungen und wendet die dort für das Bundestagswahlprogramm vorgeschlagenen Maßstäbe auf die Bundesparteitage der Piratenpartei (und damit uns selbst!) an.

SÄA002 - Mitgliederentscheid, Mitgliederbefragung und Mitgliederbegehren

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - neuer § WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Es werden verbindliche Mitgliederentscheide eingeführt, um außerhalb des Parteitags basisdemokratisch in grösserem Maßstab und kostensparend Positionen beschliessen zu können.

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Bundessatzung Abschnitt A §9 (1) hinter "das Bundesschiedsgericht," den Text ", die Mitgliederentscheidskommission" einzufügen und in der Bundessatzung Abschnitt A an geeigneter Stelle folgenden Paragraphen hinzuzufügen, entsprechend zu nummerieren und der äußeren Form der Satzung anzupassen:

§X - Mitgliederentscheid, Mitgliederbefragung und Mitgliederbegehren

[2] **§Xa - Allgemeines**
(1) Über politische, organisatorische oder personelle Sachverhalte kann ein Mitgliederentscheid oder eine Mitgliederbefragung stattfinden. Mitgliederentscheide zu Sachverhalten, die laut Parteiengesetz dem Parteitag vorbehalten sind oder eindeutig dem Parteiprogramm widersprechen, gelten als Mitgliederbefragung.

[3] (2) Ein Mitgliederentscheid kann einen Beschluss des Parteitags ändern, aufheben, bestätigen oder anstelle dessen fassen. Das Ergebnis von Mitgliederentscheiden ist die Beschlusslage des Gebietsverbandes und steht einer Entscheidung dessen Parteitags gleich. Das Ergebnis von Mitgliederbefragungen hat lediglich empfehlenden bzw. bestätigenden Charakter für die Entscheidung des Parteitags, ist aber nicht bindend. Im Folgenden gelten die Regeln für Mitgliederentscheide auch für Mitgliederbefragungen, sofern nicht explizit unterschieden wird.

[4] (3) Der Parteitag wählt eine Mitgliederentscheidskommission (nachfolgend MEK), die für die Erfassung von Mitgliederbegehren und die Durchführung von Mitgliederentscheiden zuständig ist. Auf Beschluss des Parteitags können stattdessen auch der Vorstand oder die Wahlleiter des Parteitags als MEK beauftragt werden. Die Amtszeit der MEK endet mit deren Rücktritt, Abberufung oder der Neuwahl des Vorstandes. Die MEK kann weitere Mitglieder als Helfer beauftragen. Die MEK gibt sich eine Geschäftsordnung.

[5] (4) Teilnahmeberechtigt an Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden sind nur Mitglieder, die am Tag der Teilnahme stimmberechtigt sind. Quoren werden relativ zur Anzahl der Teilnahmewilligen berechnet. Ein Teilnahmewilliger ist jedes teilnahmeberechtigte Mitglied, das innerhalb eines festgelegten Zeitraums an mindestens einem der seither statt gefundenen Mitgliederentscheide oder Mitgliederbegehren teilgenommen hat oder der MEK den Willen zur Teilnahme erklärt hat.

[6] (5) Ein Mitgliederbegehren ist dann erfolgreich, wenn mindestens der durch das festgelegte Quorum erforderliche Anteil der Teilnahmewilligen innerhalb eines festgelegten Zeitraums seine Unterstützung für einen Antrag erklärt hat.

[7] (6) Als Folge eines erfolgreichen Mitgliederbegehrens oder auf Beschluss des Vorstandes oder des Parteitags führt die MEK einen Mitgliederentscheid durch. Ein Mitgliederentscheid zu einem Sachverhalt, der bereits innerhalb der letzten zwölf Monate in einem Mitgliederentscheid abgestimmt wurde, ist nur dann zulässig, wenn die Antragsteller glaubhaft machen können, dass sich die entscheidenden Umstände seitdem maßgeblich geändert haben. Mitgliederbefragungen sind dadurch nicht eingeschränkt. Ein Mitgliederentscheid kommt nicht zustande bzw. wird abgebrochen, wenn der Antragsgegenstand bereits erfüllt ist oder unmöglich erfüllt werden kann.

[8] (7) Paragraph §X gilt sinngemäß auch für Untergliederungen, sofern diese in ihrer Satzung keine abweichenden Bestimmungen treffen. Das weitere Verfahren, Einschränkungen und Ergänzungen, die der Satzung nicht widersprechen dürfen, regelt die Mitgliederentscheidsordnung (nachfolgend MEO), welche durch den Parteitag beschlossen wird. Beschließt ein Gebietsverband keine eigene MEO, so gilt die beschlossene MEO der nächsthöheren Gliederung.

[9] **§Xb - Abstimmungen**
(1) Die Stimmabgabe kann durch ein elektronisches Verfahren, Urnen- oder Briefabstimmung oder ein vergleichbares technisches Verfahren erfolgen. Geheime Abstimmungen sind der Urnen- und Briefabstimmung vorbehalten. Mitgliederentscheide, die mit Verfahren, die nicht den gesetzlichen Anforderungen für parteiinterne Abstimmungen genügen, durchgeführt werden, gelten lediglich als Mitgliederbefragung.

[10] (2) Die MEK ist berechtigt, konkurrierende Anträge zu einem Sachverhalt als Abstimmungsalternativen in einem Mitgliederentscheid zu bündeln. Mitglieder haben stets die Möglichkeit, im Mitgliederentscheid eine Ablehnung aller Abstimmungsalternativen, eine explizite Stimmenthaltung oder keine Teilnahme zu wählen.

[11] (3) Auf Verlangen eines erfolgreichen Mitgliederbegehrens wird die Offenheit einer Abstimmung eingeschränkt. Die Pflicht für laut Gesetz oder Satzung geheim abzustimmende Sachverhalte gilt sinngemäß auch für Mitgliederentscheide. Soll eine geheime Abstimmung durchgeführt werden, ohne dass dies in der MEO zugelassen ist, so soll die Abstimmung auf dem nächstmöglichen Parteitag geheim durchgeführt werden.

[12] **§Xc - Ablauf**
(1) Die MEK ist dazu angehalten, die Feststellung des Erreichen eines Quorums nicht zu verzögern und daraufhin unverzüglich Folge zu leisten.

[13] (2) Abstimmungen für Mitgliederentscheide werden in einem regelmäßigen Rhythmus durchgeführt. Der Abstimmungszeitraum mit festgelegter Dauer endet jeweils an einem periodischen Stichtag. Die Stichtage sind möglichst denen der übergeordneten Gebietsverbände anzugleichen.

[14] (3) Die Mitgliederentscheide werden in der Reihenfolge des Eingangs abgestimmt. Die MEK kann die Abstimmung hinauszögern bis eine Mindestanzahl von anstehenden Abstimmungen für eine Periode erreicht ist. Kann ein Mitgliederentscheid nicht durchgeführt werden, so soll er am nächstmöglichen Parteitag abgestimmt werden. In Fällen mit besonders hoher Dringlichkeit kann auf begründeten Antrag ein Eilverfahren mit unabhängigem Abstimmungszeitraum durchgeführt werden.

[15] (4) Die MEK und beauftragte Untergliederungen sind dazu verpflichtet, rechtzeitig vor der Abstimmung a. den Mitgliedern angemessene Zeit zur Einreichung von Abstimmungsalternativen mittels eines erfolgreichen Mitgliederbegehrens zu geben;

[16] b. die Anträge zusammen mit Begründungen, die vom jeweiligen Antragsteller verfasst wurden, zu veröffentlichen;

[17] c. unparteiische Informationsveranstaltungen zu den Mitgliederentscheiden durchzuführen und die Möglichkeit zur Diskussion unter allen Mitgliedern zu gewährleisten;

[18] d. jedem stimmberechtigten Mitglied die Teilnahme an der Abstimmung mit möglichst geringem Aufwand und barrierefrei zu ermöglichen

Begründung

[19] Die Piratenpartei hat sich das Ziel gesetzt Demokratie und mehr Teilhabe zu fördern. Sie soll dabei innerparteilich mit gutem Beispiel vorangehen. Bisher bietet sie jedoch ihren Mitgliedern außerhalb des Parteitags keine Möglichkeit basisdemokratisch verbindlich abzustimmen, während andere etablierte Parteien schon Mitgliederentscheide als basisdemokratisches Instrument eingeführt haben.

[20] Mit diesem Antrag soll den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, zu Sachverhalten auch außerhalb des Parteitags verbindlich abstimmen zu können. Damit könnten sich auch Mitglieder beteiligen, die nicht zum Parteitag reisen können. Die Mitglieder könnten sich für die Entscheidung mehr Zeit lassen und sich besser vorab informieren. Dadurch könnten Parteitage und Mitglieder entlastet und besser informierte, basisdemokratische Entscheidungen getroffen werden.

[21] Dieser Antrag ist eine rechtlich abgesicherte, seit den 90ern ausgereifte Alternative zur Ständigen Mitgliederversammlung o.ä. und ist prinzipiell sowohl mit, als auch ohne Einsatz von Online-Abstimmungen verwendbar. Gegen die üblichen Bedenken gegen Online-Abstimmungen wurden Lösungen entwickelt. Der Ansatz ist so gestaltet, dass Mitgliederentscheide zum Parteialltag gehören können und nicht nur die Ausnahme bleiben.

Details

[22] Die Satzung beschreibt dabei nur abstrakt die **Anforderungen für das Verfahren**, damit wirklich alle Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen teilnehmen können. Die konkrete Ausgestaltung und mögliche Einschränkungen werden in einer **Mitgliederentscheidsordnung** (MEO, siehe Entwurf im Anhang) außerhalb der Satzung festgelegt.

[23] Die Mitgliederentscheide sollen durch eine gewählte Mitgliederentscheidskommission (MEK) oder den Vorstand durchgeführt werden. Erst mit deren Wahl oder Beauftragung und nach Beschluss einer MEO kann diese Satzungsänderung angewendet werden.

[24] Die Abstimmungen sollen rechtssicher sein und für alle Mitglieder mit kleinstmöglichem Aufwand durchgeführt werden können. Dazu sollen **nur in regelmäßigen Abständen** (z.B. alle 2 Monate) Abstimmungen stattfinden, damit auch Vielbeschäftigte genügend Zeit zur Meinungsbildung und Einreichung von Alternativanträgen haben. In dringenden Fällen sind **Eilverfahren möglich**. Auch Mitglieder ohne Internet-Zugang oder technisch weniger Versierte sollen teilnehmen können.

[25] Zunächst sollen in der separat zu beschließenden MEO nur einfache **halb-offene Online-Abstimmungen** (z.B. ähnlich der virtuellen Meinungsbilder in Hessen) zulässig sein, die offenen Abstimmungen an Parteitagen nachempfunden sind. Halb-offen bedeutet, dass pro Abstimmung einmalige Codenamen vergeben werden, die nur jeweils das Mitglied und die MEK zuordnen können. Die Stimmen werden nach der Abstimmung mit dem Codenamen veröffentlicht um Datenschutz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Zusätzlich könnten Mitglieder **auf schriftlichen Antrag per Brief abstimmen**. Nicht zulässig bzw. **unmöglich sind geheime Online-Abstimmungen**, d.h. Verbot von Wahlcomputern.

[26] In der MEO könnten hingegen vom Parteitag auch geheime Brief- oder Urnenwahl zugelassen werden. Mit einem Mitgliederbegehren können Mitglieder **eine geheime Abstimmung (ggf. auf dem Parteitag durchzuführen) beantragen**. Bzgl. “Sockenpuppen“ ist wie auch auf Parteitagen der unabhängigen MEK zu vertrauen. Bei Bedenken wegen Manipulation gibt es die Möglichkeit der Anfechtung.

[27] Mitgliederentscheide, **Alternativanträge** und geheime Abstimmungen sollen nur mit einem Quorum von Teilnehmern zustande (Mitgliederbegehren) kommen können. Bei diesem Quorum sollen nur Mitglieder berücksichtigt werden, die wahrscheinlich aktiv an Entscheidungen teilnehmen wollen (sog. Teilnahmewillige).

[28] Das Verfahren zur Sammlung von Unterstützern für Anträge wird durch Mitgliederbegehren geregelt. Des weiteren sollen unverbindliche, aber standardisierte Mitgliederbefragungen zu allen Themen durchgeführt werden können, deren Ergebnisse voraussichtlich eher als die von herkömmlichen Online-Umfragen anerkannt werden.

Konkurrierende Anträge

[29] Dem direkt konkurrierenden Antrag SÄA014 ist dieser u.a. aus folgenden Gründen vorzuziehen:

- SÄA014 räumt wie der FDP-Mitgliederentscheid nur dem Vorstand besondere Antragsrechte ein und erlaubt keine unabhängig gewählte Kontrollinstanz;
- SÄA014 sieht weder Alternativanträge der Basis noch eine Information und Diskussion vor der Abstimmung vor;
- SÄA014 legt ein Beteiligungsquorum (1/3 der Stimmberechtigung, derzeit 6700) fest, so dass Abstimmungen durch Boykott gekippt werden können. Solche Quoren gibt es auf Parteitagen nicht.
- SÄA014 lässt keine geheime Abstimmung zu und verletzt damit die demokratischen Rechte der Mitglieder (Kersten/Rixen §15 PartG Rn 15).
- SÄA014 zwingt zur Online-Abstimmung und schliesst damit Mitglieder aus, die nur offline abstimmen können oder wollen (Grundsatz der Gleichheit).
- SÄA014 fehlen die wesentlichen Bestimmungen um Mitgliederentscheide für ein häufig genutztes Verfahren zu qualifizieren (Abstimmungsperioden, Alternativanträge, Beauftragung von Untergliederungen etc).
- SÄA014 enthält falsche Tatsachenbehauptungen über diesen Antrag, denn es sind genauso online-Abstimmungen (z.B. mit angepassten LimeSurvey) möglich und die Details sind einer separaten Mitgliederentscheidsordnung geregelt.

[30] Ähnliche Gründe sprechen auch gegen SÄA041.

Mitgliederentscheidsordnung (Entwurf, wird unabhängig abgestimmt)

[31] §1 - Allgemeines

- Es werden ausschließlich halb-offene Abstimmungen zu politischen und organisatorischen Sachverhalten mit elektronischer Stimmabgabe oder auf Antrag per Brief durchgeführt.
- Im Folgenden gelten die Regeln für Mitgliederentscheide auch für Mitgliederbefragungen, sofern nicht explizit unterschieden wird.
- Die Mitgliederentscheidskommission wird nachfolgend MEK genannt.
- Für jeden Gebietsverband dürfen bis zu zwanzig Mitgliederentscheide in einem Abstimmungszeitraum abgestimmt werden.
- Alle stimmberechtigten Teilnehmer der Mitgliederversammlung eines Gebietsverbandes, auf der erstmalig eine MEK gewählt oder beauftragt wurde, und eine gültige Mitgliederentscheidsordnung existierte, gelten als Teilnahmewillige. Daraufhin beginnt die erste Abstimmungsperiode mit dem ersten Termin, der auf ein Vielfaches der Dauer einer Abstimmungsperiode nach dem 7. Januar 2013 fällt.

[32] §2 - Ablauf
Eine Abstimmungsperiode hat folgenden Ablauf:

- Die für die Periode zur Abstimmung vorgesehenen Mitgliederentscheide werden öffentlich angekündigt. Abstimmungsalternativen für einen Mitgliederentscheid können diesem durch ein erfolgreiches Mitgliederbegehren oder auf Beschluss des Vorstands hinzugefügt werden und müssen umgehend veröffentlicht werden.
- Die Annahmefrist für erfolgreiche Mitgliederbegehren zu dem Mitgliederentscheid endet. Es beginnt der Zeitraum zur pflichtgemäßen Durchführung von Informationsveranstaltungen.

- Der Abstimmungszeitraum beginnt.
- Die Frist zur pflichtgemäßen Durchführung von Informationsveranstaltungen endet.
- Die Frist für Abstimmungen endet am Stimmtag. Das Ergebnis wird ausgezählt und veröffentlicht. Die nächste Abstimmungsperiode beginnt.
- Die Frist zur Anfechtung der Abstimmung endet.

[33] §3 - Quoren, Fristen und Zeiträume

- Für ein Mitgliederbegehren werden lediglich die stimmberechtigten Mitglieder berücksichtigt, die innerhalb der letzten 12 Wochen ihre Unterstützung bekundet haben.
- Teilnahmewillig ist auch jedes stimmberechtigte Mitglied, das seit Beginn der vorherigen Abstimmungsperiode an mindestens einem der seither statt gefundenen Mitgliederentscheide oder Mitgliederbegehren teilgenommen hat.
- Ein Mitgliederbegehren zur Durchführung eines Mitgliederentscheids erfordert ein Quorum von zehn Prozent, für eine Mitgliederbefragung fünf Prozent der Teilnahmewilligen. Das Quorum für Mitgliederbegehren zur Einbringung einer Abstimmungsalternative beträgt die Hälfte des Quorums zur Durchführung des Mitgliederentscheids. Das Quorum für Mitgliederbegehren zur Einschränkung der Offenheit der Abstimmung erfordert ein Prozent der Teilnahmewilligen. Die MEK muss ein Mitgliederbegehren erst dann berücksichtigen, wenn es von mindestens zwei weiteren stimmberechtigten Mitgliedern unterstützt wird. Die sich durch ein Quorum ergebende absolute Anzahl wird aufgerundet.
- Eine Abstimmungsperiode dauert acht Wochen.
- Der Abstimmungszeitraum dauert zwei Wochen und endet mit dem Verstreichen des Stichtags.
- Die Frist für die Annahme von Abstimmungsalternativen endet vier Wochen nach Beginn der Abstimmungsperiode.
- Die Frist zur pflichtgemäßen Durchführung von Informationsveranstaltungen endet eine Woche vor Ende des Abstimmungszeitraums.
- Die Frist zur Anfechtung endet eine Woche nach Ende des Abstimmungszeitraums.
- Erfolgreich zustande gekommene mit besonders hoher Dringlichkeit begründete Mitgliederentscheide (Eilverfahren) werden unabhängig von Abstimmungsperioden durchgeführt. Die Frist für Abstimmungsalternativen endet zeitgleich mit dem Tag der Annahme des Mitgliederentscheids. Daraufhin beginnen der Zeitraum für die Abstimmung und die Information der Teilnahmewilligen, der eine Woche dauert. Das Ergebnis kann bis einen Tag nach der Abstimmung angefochten werden.
- Teilnahmeberechtigt an Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheiden sind nur Mitglieder, die am Tag der Teilnahme stimmberechtigt sind.

[34] §4 - Arten von Abstimmungen

- Ist eine Abstimmung nicht geheim, werden alle abgegebenen Stimmen nach dem Stichtag veröffentlicht. Dabei muss jedes Mitglied nach seiner Stimmabgabe eine Kopie seiner abgegebenen Stimme in Textform erhalten, die zur Anfechtung der Abstimmung genutzt werden kann.
- Eine abgegebene Stimme ist endgültig.
- Sind bei einer Abstimmung die einzelnen Stimmen einem Mitglied mit bürgerlichem Namen oder Mitgliedsnummer zuordenbar, gilt diese als offen.
- Erhält bei einer Abstimmung jedes Mitglied einen nur der MEK und dem jeweiligen Mitglied bekannten, einmaligen und eindeutig zuordenbaren Codenamen für dessen Stimme, gilt diese als halb-offen.

- Sind bei einer Abstimmung die einzelnen abgegebenen Stimmen nur mit sehr hohem Aufwand einem Mitglied zuordenbar und die Auswertung für jedes Mitglied nachvollziehbar, so gilt diese als geheim.

- Steht nur eine Abstimmungsalternative zur Wahl, entscheidet die einfache Mehrheit der abgegeben, gültigen Stimmen ohne Enthaltungen.

- Steht mehr als eine Abstimmungsalternative zur Wahl, so wird eine Zustimmungswahl durchgeführt, bei der für jede Alternative unabhängig abgestimmt werden kann. Es gewinnt die Alternative, die das höchste Verhältnis von gültigen Ja- zu Nein-Stimmen, dass über die Hälfte beträgt, erhält. Gibt es Alternativen ohne Nein-Stimmen, so gewinnt von diesen diejenige mit den meisten Ja-Stimmen. Wurden mehrere Alternativen als Gewinner ermittelt, so entscheidet das Los.

[35] §5 - Stimmabgabe

[36] = §5a - elektronische Stimmabgabe
=

- Ist ausschließlich elektronische Stimmabgabe vorgesehen, so haben die MEK oder beauftragte Untergliederungen dafür zu Sorgen, dass jedem stimmberechtigten Mitglied auf Anfrage technische Hilfe zur Verfügung steht, um an der Abstimmung teilnehmen zu können.

- Die Möglichkeit zur verschlüsselten elektronischen Kommunikation zwischen MEK und Mitglied sowie bei der Stimmabgabe muss geboten werden. Versendet die MEK E-Mails, so müssen diese kryptographisch signiert und, falls das Mitglied seinen kryptographischen Schlüssel angibt, verschlüsselt sein.

[37] = §5b - Urnenabstimmung
=

- Jedem Mitglied im Gebietsverband muss die Möglichkeit gegeben werden, mit vertretbarem Aufwand an der Urnenabstimmung teilzunehmen. Andernfalls muss jedem Mitglied die Möglichkeit zur Abstimmung per Brief geboten werden.

[38] = §5c - Briefabstimmung
=

- Bei Abstimmung per Brief gilt der Tag des Erhalts des Briefes als Tag der Stimmgabe.

- Gibt es neben der Abstimmung per Brief noch weitere Möglichkeiten, so muss die Briefabstimmung vom Mitglied schriftlich bei der MEK beantragt werden.

- Die für einen Gebietsverband bestimmten Stimmzettel sind in einem einzelnen vorgegebenen Umschlag zu verschließen und zusammen mit einer eidesstattlichen Erklärung, dass die Stimmzettel im Willen des Stimmberechtigten frei und selbstständig oder durch einen Helfer ausgefüllt wurden, der MEK zukommen zu lassen.

- Die Unterlagen zur Briefabstimmung können auch von einem von der MEK beauftragten Helfer ausgehändigt und der Brief direkt bei diesem abgegeben werden.

[39] §6 - Kommunikation zwischen MEK und Mitgliedern

- Eine schriftliche Einladung der Mitglieder für einen Mitgliederentscheid ist nicht erforderlich.

- Die stimmberechtigten Mitglieder werden von der MEK im Internet oder jährlich in Textform über die Abstimmungsperioden des folgenden Jahres informiert.

- Die Teilnahmewilligen werden von der MEK in Textform am Anfang der Abstimmungsperiode über die abzustimmenden Mitgliederentscheide informiert. Bei erfolgreich zustande gekommenen Eilverfahren sind die Teilnahmewilligen unverzüglich in Textform einzuladen.

- Die bisherigen und laufenden Mitgliederbegehren, Mitgliederentscheide mit allen Anträgen und Begründungen und die Abstimmungsergebnisse werden von der MEK im Internet veröffentlicht.
- Der MEK kann die Unterstützung eines Mitgliederbegehrens oder der Wille zur Teilnahme an einem Mitgliederentscheid in elektronischer oder Textform erklärt bzw. widerrufen werden.
- Ein per E-Mail erfolgter Antrag an die MEK ist nur dann gültig, wenn er mit der vom stimmberechtigten Mitglied registrierten E-Mailadresse bestätigt oder dessen bei der MEK registriertem kryptographischem Schlüssel signiert wurde.

SÄA003 - Nachwahl und Abwahl von einzelnen Vorstandsmitgliedern

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9 WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Einzelne Vorstandsmitglieder sollen vom Parteitag bei Ausfall durch Nachwahl ersetzt oder auch abgewählt werden können

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Bundessatzung Abschnitt A §9a Abs. 3 folgenden Satz hinzu zu fügen:

[2] **Bei Rücktritt, Handlungsunfähigkeit oder der geheim abzustimmenden Abwahl eines Vorstandsmitgliedes kann dessen Amt gesondert vom Bundesparteitag nachgewählt werden.**

Begründung

[3] Durch Rücktritt, Handlungsunfähigkeit oder Abwahl ausgefallene Vorstandsmitglieder sollen unabhängig vom Parteitag ersetzt werden können. Dadurch sollen alle Aufgaben ordnungsgemäss durchgeführt werden können und nicht für andere Zwecke gewählte Vorstandsmitglieder überlastet werden. Zusätzlich wird festgelegt, dass im Falle einer bereits möglichen Abwahl diese geheim abzustimmen ist.

Detaillierte Begründung

[4] Für die Möglichkeit zur Nachwahl und Abwahl ist laut PartG-Kommentar Lenski §11 Rn 6 eine solche Regelung in der Satzung notwendig: “.. Die Abwahlmöglichkeit erstreckt sich sowohl auf den Vorstand im Ganzen als auch auf die einzelnen Mitglieder. Einzelne Vorstandsmitglieder können allerdings nur abgewählt werden, wenn die Satzung dies ausdrücklich vorsieht. Eine Vorstandsergänzung ist nur erforderlich, wenn die Satzung dies vorsieht oder die Mindestmitgliedszahl des §11 Abs.1 S.2 PartG unterschritten wird.“ Kommentare zum Vereinsrecht hingegen halten wegen §27 Abs. 2 S.1 BGB eine explizit Nennung der Abwahlmöglichkeit für unnötig. Zur Sicherheit sind dennoch beide Vorgaben durch diese einfache Satzungsänderung erfüllt und dabei explizit eine geheime Abwahl vorgeschrieben.

[5] Aus aktuellem Anlass: dieser Antrag hat nichts mit den aktuellen Personaldebatten im Bundesvorstand zu tun, sondern soll generell die Nachwahl ermöglichen und führt deswegen alle Gründe auf, durch die ein Amt frei werden könnte. Eine Abwahl wäre uU auch ohne diesen Antrag möglich.

[6] Der konkrete Ablauf einer Nach- oder Abwahl wäre gemäß Gesetz und Satzung wie folgt:

- Die Nach-/Abwahl muss laut Kersten/Rixen §9 Rn 28, §15 Rn 37, jurisPK-BGB §32 Rn 17 explizit als Tagesordnungspunkt auf der Einladung zum Parteitag erwähnt werden. Dazu ist ein Beschluss des Bundesvorstands oder der Antrag eines Zehntels der Mitglieder (§9b (2)) notwendig. Es ist umstritten, ob dies noch bis zwei Wochen vor oder sogar auf dem BPT nachgeholt werden könnte (§9b(2) Satzung, wegen dispositivem §32(1) BGB, aber Art.21(1) S.3 GG).

- Auf dem Parteitag kann durch Beschluss (inkl. Diskussion) mit einer einfachen Mehrheit der Tagesordnungspunkt wieder von der Tagesordnung entfernt werden. Dazu hätte z.B. auch ein zur Abwahl stehendes Mitglied gemäß §15(3) S.1 PartG Rederecht.
- Ansonsten kommt es zur geheim abzustimmenden Abwahl und/oder zur regulären, geheimen Nachwahl des Vorstandsamtes.

Konkurrierende Anträge

[7] Dieser Antrag konkurriert mit SÄA022 und SÄA023 und ist diesen aus folgenden Gründen vorzuziehen:

- Die konkurrierenden Anträge behandeln in unnötig ausführlicher Weise die nur in äussersten Notfällen notwendige Abwahl, z.B., wenn ein Vorstandsmitglied verschollen ist oder trotz erheblichen Verlusts des Rückhalt der Basis nicht selbst zurücktreten will. In letzterem Fall wäre wohl eine Neuwahl angemessener.
- Der detaillierte Ablauf einer Abwahl muss nicht extra beschrieben werden, da er sich bereits aus Vereinsrecht und PartG ergibt (siehe oben). Dazu gehört das Recht aus Aussprache und geheime Abstimmung (Kersten/Rixen §15 Rn 15, Lenski §15 Rn 16).
- Das Verbot der Aussprache vor der Abstimmung widerspricht §15(3) S.1 PartG.
- Für die Durchführung von einer Abwahl muss diese bereits bei der Einberufung angegeben werden und kann nicht spontan auf dem Parteitag geschehen. Das ist eine ausreichend grosse Hürde um vor Missbrauch zu schützen. Hält nur eine Minderheit eine Abwahl an sich für behandlungswürdig, kann der TO-Punkt per Beschluss gestrichen werden.
- Der Bundesvorstand hat keine reguläre Amtszeit, sondern wird gemäß §9a(3) "mindestens einmal im Kalenderjahr gewählt". Bei einer Neuwahl endet also automatisch auch die Amtszeit von nachgewählten Vorständen. Daher ist hierfür keine besondere Regelung notwendig.
- Bereits die Abwahl bzw. Widerruf des **gesamten** Vorstands kann gemäß §27 Abs. 2 S. 1 BGB mit einem einfachen Mehrheitsbeschluss erfolgen. Es gibt keinen Grund für einzelne Mitglieder eine 2/3-Mehrheit (SÄA023) zu verlangen.

SÄA004 - stellvertretender Schatzmeister

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9 WIKI PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Volkerneubert

Zusammenfassung

Es wird beantragt in der Satzung des Bundes den §9a Abs. 1 zu ändern.

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Satzung des Bundes den §9a Abs. 1 wie folgt zu ändern:

[2] Aktuelle Fassung § 9a - Der Bundesvorstand (1) Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem politischen Geschäftsführer, dem Generalsekretär sowie drei Beisitzern.

[3] Neue Fassung § 9a - Der Bundesvorstand

[4] (1) Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem stellvertretenden Schatzmeister, dem politischen Geschäftsführer, dem Generalsekretär sowie zwei Beisitzern.

[5] Alternativ § 9a - Der Bundesvorstand (1) Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem stellvertretenden Schatzmeister, dem politischen Geschäftsführer, dem Generalsekretär sowie vier Beisitzern.

Begründung

[6] Durch den Ausfall des Schatzmeisters, wie bereits in NRW geschehen, wird der Vorstand handlungsunfähig, da z.B. keine Rechnungen mehr beglichen werden können. Der stellvertretende Schatzmeister ist in den Vorstand aufzunehmen, damit im Falle, dass der Schatzmeister ausfällt, der Vorstand finanziell handlungsfähig bleibt. Durch den stellvertretenden Schatzmeister steht ein vollwertiger Ersatz bereit. Ob dabei der Vorstand vergrössert werden soll oder ein Beisitzer entfällt bleibt der Entscheidung der Mitglieder überlassen.

[7] Ergänzung von Ron:

[8] wir brauchen immer einen gewählten Schatzmeister, haben wir keinen, muss ein Parteitag einberufen werden, der einen neuen wählt

1=§ 23 Abs. 1 Satz 6 PartG

> 2= Der Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei wird von einem **vom Parteitag gewählten** für die Finanzangelegenheiten zuständigen **Vorstandsmitglied** des Bundesvorstandes oder von einem für die Finanzangelegenheiten nach der Satzung zuständigen Gremium gewählten Mitglied des Bundesvorstandes zusammengefügt und unterzeichnet.

Begründung der gesetzlichen Änderung

1=Drucksache 14/8778 Seite 13, B. 11

2=Die Verantwortlichkeit der Parteivorstände für den Rechenschaftsbericht wird gesetzlich eindeutig gefasst. Die für die Finanzen verantwortlichen Vorstandsmitglieder der Parteien sind in Zukunft nicht mehr als einzige für Unrichtigkeiten haftbar. Vielmehr sind die Vorstände der Parteien insgesamt und insbesondere die Parteivorsitzenden, die ebenso wie die für die Finanzen verantwortlichen Vorstandsmitglieder in Zukunft die Pflicht zur Mitunterzeichnung haben, für die Richtigkeit der Rechenschaftsberichte verantwortlich. **Gleichzeitig wird die Stellung der für die Finanzen verantwortlichen Vorstandsmitglieder der Parteien gestärkt, indem ihre Wahl durch den Parteitag verpflichtend vorgeschrieben wird.**

SÄA005 - Antragshürde

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §12

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ron

Zusammenfassung

Schaffung eines Quorums von 5 Piraten für SÄA / PÄA

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen im Abschnitt A in § 12 Abs. 2 den folgenden Halbsatz nach den Worten "beim Bundesvorstand eingegangen ist" einzufügen:

> und dies im Wortlaut von fünf Piraten beantragt wurde

Die Änderung tritt nach der Schließung des BPTs und der Veröffentlichung des Protokolls inkraft.

Begründung

> (2) Über einen Antrag auf Satzungsänderung auf einem Bundesparteitag kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens vier Wochen vor Beginn des Bundesparteitages beim Bundesvorstand eingegangen ist und dies im Wortlaut von fünf Piraten beantragt wurde.

Mein Eindruck bei vielen Anträgen war, dass sich kaum über den Sinn des Antrages und Antragsart Gedanken gemacht wurde - viele Anträge hatten noch nicht einmal einen einleitenden Satz, wie "ich beantrage, dass das Grundsatzprogramm ..." oder "der BPT möge beschließen, dass das Parteiprogramm ... Hätte sich der Antragsteller sich Mühe dabei gegeben, wäre evtl. der eigentliche Antragstext auch besser, zumindest wäre klar gewesen, was der Antragsteller als Ziel hat und es würde nicht zu falschen Einordnungen kommen, wenn der Antragsteller dies im Wortlaut so benennt.

Ich war bisher immer gegen ein Quorum bei Anträgen, kann mir mittlerweile aber gut vorstellen, dass eine auch sehr kleine Anzahl der Antragsteller zu einer Verbesserung der Anträge führen kann und "schlechte" Antrage ein Quorum nicht so einfach erreichen. Ein weitere Vorteil ist, dass ein Antragsteller ausfallen kann und trotzdem einer zur Verfügung steht, um den Antrag am BPT vorzustellen.

> Dieser Antrag war am BTP 2012.1 auf der Tagesordnung und wurde ans Ende dieser gestellt, weil er keine Regelung über das Inkrafttreten enthielt und die Bedenken geäußert wurden, dass bei Annahme keine weiteren SÄA mehr behandelt werden könnten. Leider ist der Versammlungsleitung der Fehler unterlaufen, dass der Antrag am Sonntag Abend unter den Tisch gefallen ist

SÄA006 - Mitgliedschaft mit 14 Jahren

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2 LQFB PAD PAD 2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Raul.T

Zusammenfassung

Das Mindestalter für den Beitritt bei der Piraten Partei Deutschland soll von 16 Jahren auf 14 Jahre abgesenkt werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt im §2 (1) des Abschnitts A der Bundessatzung die Zahl “16“ durch die Zahl “14“ zu ersetzen.

[2] Alte Fassung

[3] Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt.

[4] Neue Fassung

[5] Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die das 14. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt.

Begründung

[6] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die politische Mitbestimmung aller Menschen ein. Ein zentraler Ort wo politische Teilhabe praktiziert wird sind Parteien. Einige andere Parteien haben dem bereits Rechnung getragen und ein entsprechend niedriges Mitgliedsalter beschlossen. SPD und LINKE haben beide ein Mitgliedsalter von 14 Jahren, bei den GRÜNEN gibt es gar kein Mindestalter. Die Union und FDP haben jedoch ein Mindesalter von 16 Jahren. Mit dem Ende des 14. Lebensjahrs erreicht man in Deutschland die eingeschränkte Strafmündigkeit und trägt damit die Verantwortung für sein Handeln. Jugendliche, die die Verantwortung für ihr Handeln selbst tragen, sollten auch die Möglichkeit bekommen sich politisch zu engagieren und Mitglied der Piratenpartei zu werden. Zum Beispiel erlangt man mit 14 Jahren die Religionsmündigkeit, wenn Jugendliche sich in diesem Alter eine religiöse Meinung bilden können, sind sie durchaus auch in der Lage sich eine politische Meinung zu bilden. Weiterhin ist es für Jugendliche, die sich bei der Piratenpartei engagieren möchten, sehr demotivierend nicht Mitglied werden zu können. Das Mindestalter wie es jetzt vorliegt kann daher dazu führen, dass Jugendliche d.h. mögliche spätere Wähler, sich von der Piratenpartei abwenden und anderen Parteien bei denen das Mindestalter niedriger ist zuwenden, obwohl sie sich eigentlich bei der Piratenpartei engagieren wollten. Als sehr junge Partei ist es wichtig tatsächlich auch jungen Menschen die Möglichkeit zur Beteiligung zu geben.

SÄA007 - Mitgliedschaft altersunabhängig

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2 LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

NX

Zusammenfassung

altersunabhängig Mitgliedschaft in der Piratenpartei

Antragstext

[1] Es wird beantragt im §2 (1) des Abschnitts A der Bundessatzung folgenden Abschnitt zu ändern:

Alte Fassung

[2] Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt.

Neue Fassung

[3] Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt.

Begründung

[4] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die politische Mitbestimmung aller Menschen ein. Ein zentraler Ort wo politische Teilhabe praktiziert wird sind Parteien. Einige andere Parteien haben dem bereits Rechnung getragen und ein entsprechend niedriges Mitgliedsalter beschlossen. SPD und LINKE haben beide ein Mitgliedsalter von 14 Jahren, bei den GRÜNEN gibt es gar kein Mindestalter. Die Union und FDP haben jedoch ein Mindesalter von 16 Jahren.

[5] Eine Mitgliedschaft sollte nicht an einer Altersgrenze festgemacht werden. Wenn sich ein Mensch für eine Mitgliedschaft entscheidet, so sollte niemand das Recht haben, dies aufgrund des Alters zu verbieten. Jede Altersgrenze ist willkürlich. Dies tragen z.B. die JuPis oder die Berliner Piraten Rechnung, indem sie ein Wahlrecht ab Geburt fordern. Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt fordert das Wahlrecht ab 12. Aber letztendlich sollte die Mitgliedschaft für junge Menschen nicht verboten werden.

SÄA008 - Voranstellung einer Unvereinbarkeitserklärung als Präambel der Satzung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - neuer § LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Urban Pirate, Carridwen

Zusammenfassung

An den Anfang der Satzung wird eine Präambel in Form einer Unvereinbarkeitserklärung angefügt. Menschenverachtendes Gedankengut und Mitgliedschaft bei den Piraten sind unvereinbar miteinander.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung um einen Punkt "Präambel" zu ergänzen, der an den Anfang der Satzung gestellt wird und folgenden Text beinhaltet:

[2] Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen. Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze. Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus, Nationalismus oder Unterdrückung von Andersdenkenden beruhen, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden. Die Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

Begründung

[3] Diese Erklärung basiert auf einem Text des CCC (https://www.ccc.de/en/updates/2005/unvereinbarkeitserklaerung) und ist inspiriert von einem Offenen Brief der Jungen Piraten (https://www.junge-piraten.de/2012/04/06/offener-brief-der-jungen-piraten-an-die-piratenpartei/) an die Piratenpartei.

[4] Die Pirtenpartei Deutschland vertritt, das haben viele Beschlüsse und Aktionen im gesamten Bundesgebiet bewiesen, ein Menschenbild, das Diskriminierung von Menschen aufgrund Herkunft, Sprache, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Behinderungen, ablehnt. Die Antragstellerinnen sehen diesen Punkt als wichtig und prägnant genug an, um ihn in eine Präambel der Satzung voranzustellen.

SÄA009 - Voranstellung einer Unvereinbarkeitserklärung als Präambel der Satzung (Alternative)

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Crackpille

Zusammenfassung

Unvereinbarkeitserklärung angefügt. Rassismus und Relativierung faschistischer Gewalt und Mitgliedschaft bei den Piraten sind miteinander unvereinbar.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, der Satzung in § 2 Abs. 1 den folgenden Satz anzufügen:

[2] “Das Vertreten von Rassismus und die Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt sind unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der Piratenpartei.“

Begründung

[3] Der Antrag ist ein Alternativantrag zu SÄA008.

[4] Eine Unvereinbarkeitserklärung in der Satzung bietet eine Basis für einen erleichterten Parteiausschluss von Mitgliedern. Im Interesse der Rechtssicherheit, aber auch Zwecks klarer Abgrenzung von Rechts sollte eine solche Erklärung möglichst prägnant sein.

[5] SÄA008 enthält jedoch eine Vielzahl verschiedener -ismen und Gewaltmodelle, deren Definition und Verständnis unterschiedlich und umstritten sind und vermischt diese mit der angestrebten Unvereinbarkeitserklärung von Rassismus und Verharmlosung faschistischer Gewalt.

[6] Damit besteht die Gefahr, dass die Unvereinbarkeitserklärung nicht an der klaren Abgrenzung der Abstimmenden gegen Rechts scheitert, sondern am Unbehagen über den übrigen Text der Präambel. Dies würde aber sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den Personenkreisen von denen eine Abgrenzung erstrebt wird, ein falsches Signal senden.

[7] Dieser Alternativantrag beschränkt sich daher auf die eigentliche Unvereinbarkeitserklärung und fügt diese systematisch korrekt in § 2 der Satzung ein, der die Mitgliedschaft in der Piratenpartei regelt.

SÄA010 - Transparenz wieder in die Finanzordnung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - neuer § LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Drahflow

Zusammenfassung

Die früheren Transparenzregelungen zu Verträgen zwischen Partei und Dritten werden wiederhergestellt.

Antragstext

[1] Der bisherige Abschnitt 'D. STAATLICHE TEILFINANZIERUNG' wird umbenannt zu 'D. FINANZIERUNG UND VERTRÄGE'

[2] Unter diesem Abschnitt wird ein neuer Paragraph mit folgendem Text eingefügt:

[3] §<Nr> Verträge mit Dritten

- Es werden nur zinslose Darlehen langer Laufzeit und freier Tilgung aufgenommen.
- Es werden keine Verträge mit Dritten eingegangen, die die Unabhängigkeit der Partei gefährden könnten.
- Verträge mit Dritten sind gegenüber den Mitgliedern offenzulegen. Hiervon ausgenommen sind Arbeitsverträge mit Angestellten der Partei.

Begründung

[4] Diese drei Regelungen waren in der Bundessatzung bis zum BPT 2011.2 enthalten. Mit der Reform der Finanzordnung wurden sie aus der Satzung entfernt, ohne dass über diesen Aspekt des Antrags beim BPT diskutiert wurde. Auch in der Begründung des damaligen SÄA047 findet sich über die Löschung dieser drei Regelungen kein Wort.

[5] Ziele der Piratenpartei sind unter anderem Transparenz und die Verringerung von Lobbyismus. Selbstverständlich gehen wir mit gutem Vorbild voran. Die hier vorgestellten Regelungen sollen Versuchungen einen Riegel vorschieben, bevor überhaupt eine Einzelfallentscheidung getroffen wird.

[6] Möglicherweise wird durch derartige Regelungen eine externe Ausschreibung bei einigen Firmen teurer, da sie ihre wahren Preise gerne geheim halten würden. Andererseits sollten gerade wir die Frage von finanziellen Vorteil gegenüber politischer Glaubwürdigkeit eindeutig zugunsten letzterer beantworten.

[7] Die sehr enge Ausnahmeregelung der "intransparenten" Verträge auf Arbeitsverträge mit Angestellten der Partei soll verhindern, dass hier Schlupflöcher entstehen. Eine naheliegende Alternative z.B. über Referenz auf das Bundesdatenschutzgesetz oder einen Verweis auf die finanzielle Situation von natürlichen Personen wäre allgemeiner, kann aber auch schnell dazu führen, dass dann anstatt von Firmen eben deren Geschäftsführer oder (bei größeren Firmen) Vertreter Vertragspartner werden. Damit wäre dann nichts gewonnen.

SÄA011 - Kontenrahmen und Kontenplan

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Josef aus Bayern

Zusammenfassung

Ergänzung § 4 der Finanzordnung bezüglich Einheitlichkeit der Buchführung durch einen eigenen Absatz

Antragstext

[1] Es wird beantragt der Bundesparteitag möge beschliessen in Abschnitt B Finanzordnung unter § 4 den folgenden Absatz § 4 Abs 2 hinzuzufügen und den in § 4 vorgehenden Teil mit Abs 1 zu nummerieren:

[2] Der Bundesschatzmeister erstellt einen mit den Landesschatzmeistern beratenen und den wirtschaftlichen Verhältnissen der Piratenpartei Deutschland entsprechenden Kontenrahmen und Kontenplan, der von allen Untergliederungen für die Buchführung grundsätzlich einzuhalten ist. Falls eine Untergliederung ohne Zustimmung des Bundesschatzmeisters einen abweichenden Kontenrahmen und Kontenplan verwendet, hat diese Untergliederung die hieraus der Bundespartei anfallenden Kosten zu tragen.

Begründung

[3] Es ist weder gesetzlich zwingend vorgeschrieben noch in der Satzung geregelt welchen Kontenrahmen und Kontenplan eine Untergliederung bei der Buchführung zu verwenden hat. Es bleibt somit jeder Untergliederung überlassen, welchen Kontenrahmen und Kontenplan sie der Buchführung zugrunde legt. Bei Verwendung verschiedener Kontenrahmen und Kontenpläne kann dadurch ein erheblicher Mehraufwand und erhebliche Mehrkosten entstehen, da die jeweilige übergeordnete Untergliederung die unteschiedlichen Kontenrahmen und Kontenpläne "anpassen" muss, was die Fehlerhaftigkeit der Gesamtbuchführung der Bundespartei unnötig gefährlich erhöht. Beispiel:Gerade bei dem Konto Mitgliedsbeitrag ist der Beitrag satzungsgemäß unter den Untergliederungen aufzuteilen und eine durchgehend gleiche Kontonummernbezeichnung dieses Kontos unbedingt von Nöten. Es kann sonst nur erschwerend eine einheitliche Software aufgestellt werden und erschwert auch ohne Software die manuelle Buchführung.

SÄA012 - Keine gesetzeswidrigen Satzungs- und Programmänderungen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §12 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Laut Parteiengesetz darf nur der Parteitag die Satzung ändern

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen Abschnitt A: §12 (1) Satz 2 zu entfernen.

Begründung

[2] Satzungs- und Programmänderungen sind laut §9 (3) PartG ausschliesslich dem Parteitag vorbehalten (sog. Parteitagsvorbehalt). Die Regelung Satzungs- und Programmänderungen (§12(3)) zwischen Parteitagen schriftlich durchführen zu können ist gesetzeswidrig.

[3] Eine solche Regelung ist nur in Vereinen zulässig. Sie wurde offenbar aus der fehlerhaften Satzung der DIE PARTEI übernommen, auf der die Bundessatzung basiert.

[4] Der bisheriger Absatz §12 (1) mit dem zu löschenden Satz in fett:

[5] Änderungen der Bundessatzung können nur von einem Bundesparteitag mit einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. **Besteht das dringende Erfordernis einer Satzungsänderung zwischen zwei Parteitagen, so kann die Satzung auch geändert werden, wenn mindestens 2/3 der Piraten sich mit dem Antrag/den Anträgen auf Änderung schriftlich einverstanden erklären.**

SÄA013 - Korrektur des § 15 Abs 1 unter B Finanzordnung der Satzung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §15

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Josef aus Bayern

Zusammenfassung

PartG, Parteienfinanzierung, Auszahlung der staatlichen Mittel

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen den § 15 Abs 1 unter B Finanzordnung wie folgt zu berichtigen:

[2] Der Bundesschatzmeister beantragt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen für die Bundesebene und die Landesverbände die Auszahlung der staatlichen Mittel.

[3] Alte Fassung: Der Bundesschatzmeister beantragt jährlich zum 31 Januar für die ......

Begründung

[4] In § 19 und § 20 PartG sind die entsprechenden Fristen genau aufgeführt.Eine Frist zum 31. Januar ist dem Gesetz nicht bekannt. Das Gesetz sieht einen Antrag für die Festsetzung und die Auszahlung der staatlichen Teilfinanzierung zum 30. September des Anspruchsjahres vor, wobei dieser Antrag nicht mehr zu stellen erforderlich ist,wenn bereits für das dem Anspruchsjahr vorausgehende Jahr staatliche Mittel festgesetzt worden sind. Das Gesetz sieht vor Abschalgszahlunge zu beantragen, wobei diese aber für alle möglichen Auszahlungstermine des Jahres (15.2./ 15. 5/ 15.8./15.11) bis zum 15.1 gleichzeitig benatragt werden können. Dem Bundesschatzmeister sollte die Möglichkeit der Einhaltung der im Parteingesetz vorgeschriebenen Bestimmungen gegeben sein.

SÄA014 - Mitgliederbefragung / Mitgliederentscheid

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SokoThomas

Zusammenfassung

Mitgliederbefragung sowie Mitgliederentscheid sind probate Mittel zur innerparteilichen Basisdemokratie. Wir werben dafür, jedoch haben wir diese Instrumente im Gegensatz zu anderen Parteien nicht in unserer Satzung verankert.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden § an geeigneter Stelle in unsere Satzung einzufügen:

[2] — Anfang —

[3] **Mitgliederbefragung / Mitgliederentscheid**

[4] Die Piratenpartei Deutschland führt auf Beschluss einer seiner Organe oder auf Wunsch von 5% seiner stimmberechtigten Mitglieder eine Mitgliederbefragung bzw. einen Mitgliederentscheid durch.

[5] Der Vorstand hat das Recht, zusammen mit der beantragten Formulierung einen Alternativformulierung zur Abstimmung zu stellen.

[6] Ein Mitgliederentscheid erfolgt durch ein oder mehrere technische Verfahren, welche gewährleisten, dass die Mitglieder ihre Stimme anonym abgeben können. Der Vorstand oder ein von ihm Beauftragter ist für die technische Durchführung einer Mitgliederbefragung oder -entscheides verantwortlich - die geltenden Datenschutzbestimmungen müssen dabei eingehalten werden.

[7] Haben sich mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder an einem Mitgliederentscheid beteiligt, so ist dessen Ergebnis dem Beschluss einer Mitgliederversammlung gleichgestellt.

[8] Der Vorstand erlässt in seiner Geschäftsordnung eine verbindliche Richtlinie zur Durchführung des Verfahrens.

[9] — Ende —

[10] In der Geschäftsordnung des Vorstandes sollte ein folgender § eingefügt werden.

[11] — Anfang —

[12] Der Vorstand verpflichtet sich zur Durchführung von Online-Mitgliederbefragungen oder -entscheide mittels der Software ..., wenn er selbst mehrheitlich durch Beschluss die Notwendigkeit dazu sieht, durch Beschluß einer Mitgliederversammlung oder wenn er von mindestens 5% der stimmberechtigten Mitgliedern dazu aufgefordert wird.

[13] Jede Mitgliederbefragung oder -entscheid muss im vollständigen Wortlaut der Fragestellung samt Einladungs- und Erläuterungstext(en) sowie der Umfrage-Dauer und dem Umfrage-Zeitpunkt mindestens x Tage vor Durchführung vom Vorstand oder von einer ihm beauftragten Person auf die öffentliche Mailingliste "xxx" veröffentlicht werden.

[14] Der Vorstand oder der von ihm Beauftragte muss deutlich im Einladungstext darauf hinweisen, ob es sich um eine Mitgliederbefragung (= unverbindliches Meinungsbild) oder um ein Mitgliederentscheid, dessen Ergebnis dem Beschluss einer Mitgliederversammlung gleichsteht, handelt.

[15] Bei einem Mitgliederentscheid gelten folgende Anforderungen:

[16] 1. Mindestens ein Drittel der abstimmungsberechtigten Mitglieder müssen an dem Mitgliederentscheid teilgenommen haben, damit dieser verbindlich wird. Wird dieses Quorum nicht erreicht, wird das Ergebnis lediglich als Mitgliederbefragung gewertet.

[17] 2. Abstimmungsberechtigt an Mitgliederentscheide sind alle Mitglieder, die bei einem entsprechenden Beschlussantrag auf einer Mitgliederversammlung stimmberechtigt wären und die die Möglichkeit zur Teilnahme in Form einer gültigen Emailadresse bei der Mitgliederverwaltung hinterlegt haben. Jedem Abstimmungsberechtigten wird dabei per Email ein persönlicher Zugangsschlüssel gesendet, mit der es möglich ist, anonym seine Stimme abzugeben. Alle Abstimmungsergebnisse werden anonymisiert gespeichert.

[18] — Ende —

Begründung

[19] Wir müssen endlich anfangen, unsere Forderung nach Basis-Demokratie auch in unseren eigenen Reihen umzusetzen und deutliche Unterschiede zur Altparteienlogik aufbauen, sonst werden wir zunehmend unglaubwürdig.

[20] Immer wieder wird bei uns mit Basisbeteiligung geworben, nur faktisch gibt es sie bei uns im Vergleich zu anderen Parteien viel weniger, siehe z.B. hier:

[21] - CDU (Mitgliederbefragung $6a)

[22] - SPD (§13-14 Mitgliederentscheid)

[23] - Grüne (§24 und Urabstimmungsordnung)

[24] - FDP (§21 Mitgliederentscheid)

[25] - Die LINKE (§8 Mitgliederentscheid und Ordnung)

[26] Wenn wir uns jetzt nicht in die Zukunft entwickeln, sondern stagnieren - können wir wirklich einpacken und der FDP oder anderen Parteien basisdemokratische Forderungen überlassen, die jetzt schon weiter sind als wir.

[27] Mögliche Kritik:

[28] 1) anonyme und gleichzeitig verifizierbare Online-Abstimmungen sind nicht möglich (siehe Wahlcomputerproblem)

[29] 2) eine reine Onlineabstimmung verletzt den Grundsatz der Gleichheit

[30] zu 1) anonyme und gleichzeitig Online-Abstimmungen sind möglich, und zwar über die "verifizierte anonyme Online-Abstimmung" - siehe dazu: https://wiki.piratenpartei.de/Verifizierte_anonyme_Online-Abstimmung

[31] zu 2) eine Online-Abstimmung verletzt den Grundsatz der Gleichheit genauso wenig wie eine Wahl über ein Wahllokal, da selbst diejenigen, die keinen Computer oder Smartphone ihr eigen nennen, den Weg in ein Internetcafe gehen können. Die PP weist auf Ihren Mitgliedsanträgen explizit darauf hin, dass eine Emailadresse essentiell wichtig ist, um alle Mitgliedsrechte wahrzunehmen - ohne Emailadresse erreicht Dich keine Einladung zu einem Parteitag! Das wäre somit faktisch auch eine Verletzung des Grundsatzes der Gleichheit. Dieses Dilemma ist also unabhängig von diesem Antrag bereits da und trifft damit indirekt auf jede Abstimmung auf einem Parteitag zu.

[32] Info: Es handelt sich um ein Alternativantrag zu SÄA002

[33] Vorteile dieses Verfahren zum SÄA002 sind:

[34] - Durchführung ist einfach und schnell z.B. über LimeSurvey möglich, welches der Bundesverband schon nutzt

[35] - Mitglieder-Entscheide auch online - anstatt über Brief- oder Urnen-Abstimmung möglich

[36] - defensive Satzungs-Formulierung/wenig FormalFoo, d.h. die konkreten verfahrenstechnischen Anforderungen sind in der GO aufgeführt, so dass bei einer Anpassung an neue technischen Gegebenheiten (z.B. die Verwendung von asymetrischen elektronischen Schlüsseln) die Satzung nicht über eine 2/3-Mehrheit geändert werden muß - sondern nur die GO über einen Vorstandsbeschluss.

[37] Anmerkung am Rande: die Tool-Frage

[38] Ich würde derzeit LimeSurvey empfehlen. LQFB ist satzungstechnisch nicht so einfach zu implementieren und zweitens auch nicht niedrigschwellig genug für eine umfassende Mitgliederbefragung.

[39] Zudem ist LQFB auch ein Initiativen- und Konsens-Findungs-Tool und keine reine Abstimmungssoftware wie LimeSurvey und bei Mitgliederentscheidungen geht es rein formell um Abstimmungen und nicht um die Entwicklung von alternativen Ideen oder eines Konsens.

SÄA015 - Streichung von Mitgliedern

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §5 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Ebner

Zusammenfassung

Um Mitglieder, die dauerhaft keinen Mitgliedsbeitrag bezahlen, aus der Mitgliederdatenbank entfernen zu können, soll der Tatbestand der Streichung von Mitgliedern in die Satzung aufgenommen werden.

Antragstext

1.) Ergänzung § 5 (Beendigung der Mitgliedschaft) der Satzung

[1] Ergänzung der "Streichung" als Grund für die Beendigung der Mitgliedschaft

[2] **Fassung alt:** Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern oder dem Ausschluss aus der Partei.

[3] **Fassung neu:** Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, **Streichung**, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern oder dem Ausschluss aus der Partei.

2.) Ergänzung § 7 (Verzug) der Finanzordnung

[4] Es wird eine Regelung zur Streichung von Mitgliedern aufgenommen:

[5] **Fassung alt:** (1) Ein Mitglied befindet sich im Verzug, wenn der Mitgliedsbeitrag nicht zur Fälligkeit entrichtet wurde.

[6] **Fassung neu:** (1) Ein Mitglied befindet sich im Verzug, wenn der Mitgliedsbeitrag nicht zur Fälligkeit entrichtet wurde.

[7] (2) Ein Mitglied, das sich mit seinem Beitrag um mehr als 6 Monate im Verzug befindet, kann aus der Mitgliederdatenbank gestrichen werden und verliert dadurch seine Mitgliedschaft in allen Gliederungen der Piratenpartei. Vor der Streichung ist das Mitglied mindestens zweimal zu mahnen. Zwischen den Mahnungen muss ein Abstand von mindestens 30 Tagen liegen.

[8] (3) Über die Streichung befindet der Vorstand, der für die Aufnahme des Mitglieds zuständig wäre.

[9] (4) Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen. Gegen die Streichung ist Widerspruch beim zuständigen Schiedsgericht zulässig.

Begründung

[10] In unserer Mitgliedsdatenbank finden sich tausende "Mitglieder", die nie einen Beitrag gezahlt haben. Diese werden zu den Parteitagen eingeladen (kostet Porto), diese sind auf den Aufstellungsversammlungen stimmbe-

rechtigt - bei Nichteinladung oder Nichtakkreditierung könnten Aufstellungsversammlungen erfolgreich angefochten werden.

[11] Kurz: Eine saubere Methode, diese "Mitglieder" aus der Datenbank zu bekommen, wäre hilfreich und würde viel Geld sparen.

[12] Über einen Ausschluss geht das nicht, das müsste über ein Schiedsgerichtsverfahren. Gegen eine Wertung der Unterlassung der Beitragszahlung als Austrittserklärung spricht, dass ein Austritt eine Willenserklärung ist, die nicht ersatzweise vorgenommen oder unterstellt werden kann.

[13] Also Einführung der Streichung als Ende der Mitgliedschaft, zu beschließen vom zuständigen Vorstand nach zweimaliger Mahnung (Abstand zwischen den Fristen wegen Urlaub...). Da werden auch mal ein Piraten gestrichen, die's einfach komplett verpennt haben - die sollen dann halt wieder die Mitgliedschaft beantragen.

[14] Wir sollten in Bochum zwar nicht zu viel an der Satzung schrauben, sondern lieber Programm machen, aber es besteht eine gewisse Hoffnung, dass dieser Antrag schnell durchgeht, und dann können wir noch vor einigen Aufstellungsversammlungen eine Streichung durchführen und für 2013.1 viel Porto sparen, das im Wahlkampf sinnvoller ausgegeben werden kann.

SÄA016 - Ermäßigten Beitrag auf Bruchteil des regulären Mitgliedsbeitrag festlegen.

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §5 LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Acid

Zusammenfassung

Den ermäßigten Beitrag auf 1/4 des regulären Beitrages festsetzen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, in Abschnitt B §5 Abs. 5 der Satzung folgenden Satz anzuhängen:

[2] Der ermäßigte Beitrag beträgt 1/4 des regulären Mitgliedsbeitrages für ein Jahr, abgerundet auf das nächste ganzzahlige Vielfache von sechs.

[3] Diese Satzungsänderung tritt ab dem 1.1.2013 in Kraft.

Begründung

[4] Momentan bestimmt jede Gliederung individuell über die Höhe der Beitragsminderung in Härtefällen. Dies macht es für jene, die sich als Härtefall sehen, unvorhersehbar welcher Beitrag von ihnen gegebenenfalls zu entrichten wäre.

[5] Des weiteren kann sich so eine regionale Ungleichbehandlung ergeben, die mit einer eindeutigen Regelung nicht entstehen kann.

[6] Die Festlegung auf 1/4 des regulären Mitgliedsbeitrages dient der Klarheit, außerdem spart eine solche Regelung zukünftigen Parteitagen Zeit und Mühe. Bei vielfachen von 6 bleiben die pro Monat ab Eintrtt fälligen Beiträge simpel (volle oder halbe Eurobeträge).

SÄA017 - Informationsfreiheit in die Satzung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - neuer § LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Simon Weiß

Zusammenfassung

Es wird ein allgemeiner Informationsanspruch gegenüber der Partei analog zu Informationsfreiheitsgesetzen und -satzungen in Gebietskörperschaften geschaffen.

Antragstext

[1] Folgender neuer Paragraph möge in die Satzung der Piratenpartei Deutschland aufgenommen werden:

[2] § 4b Informationsfreiheit

[3] (1) Die Organe der Piratenpartei Deutschland und ihrer Untergliederungen und von ihnen beauftragte Personen sind auskunftspflichtig gegenüber allen natürlichen und juristischen Personen.

[4] (2) Der Auskunftspflicht unterliegen alle Aufzeichnungen, unabhängig von der Art ihrer Speicherung, die in Ausübung eines Parteiamts oder einer Beauftragung durch ein Parteiorgan bzw. in Umsetzung oder als Folge eines Beschlusses eines Parteiorgans angefertigt werden. Dies umfasst insbesondere aber nicht abschließend Protokolle, Beschlüsse, Verträge und Nachrichtenwechsel.

[5] (3) Eine Auskunftspflicht besteht dann nicht, wenn rechtliche Vorschriften dem entgegenstehen oder schützenswerte personenbezogene Daten betroffen sind und das Informationsinteresse nicht überwiegt. Wenn dies nur auf Teile der Aufzeichnungen zutrifft, sind diese soweit zumutbar zu trennen bzw. unkenntlich zu machen.

[6] (4) Über die Erteilung der Auskunft entscheidet der jeweils zuständige Vorstand auf Antrag. Eine ablehnende Entscheidung ist zu begründen und kann durch Beschluss der zuständigen Mitgliederversammlung aufgehoben werden.

[7] (5) Falls der zuständige Vorstand keinen Zugang zu angefragten Aufzeichnungen hat, leitet er die Anfrage an die ihm bekannten Stellen weiter, auf die dies zutrifft.

[8] (6) Die Auskunftspflicht ist durch zur Verfügung stellen einer digitalen Kopie bzw. physischen Zugang zur Aufzeichnung erfüllt. Die Erstellung einer digitalen Kopie durch die auskunftsuchende Person ist zulässig. Es besteht kein Anspruch auf Digitalisierung oder anderweitige Bearbeitung umfangreicher Aufzeichnungen, Erstellung nicht vorhandener Aufzeichnungen, Recherche nach nicht eindeutig benannten Aufzeichnungen und allen anderen mit erheblichem Mehraufwand verbundenen Handlungen.

[9] (7) Die Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung der in den Aufzeichnungen enthaltenen Informationen ist frei, soweit dem keine rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Begründung

[10] Wir wollen das mit der Transparenz machen und dabei auch mit uns selbst anfangen. Das spiegelt sich aber zur Zeit nicht hinreichend in unserer Satzung wieder. Als Partei sind wir eine Organisation von Verfassungsrang mit

definierten Aufgaben innerhalb der staatlichen Ordnung und werden in nicht unwesentlichem Ausmaß staatlich finanziert. Daraus leitet sich eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Allgemeinheit ab.

[11] Das Mindeste was wir für uns selbst umsetzen sollten, ist ein Auskunftsanspruch wie er für Behörden in Informationsfreiheitsgesetzen und -satzungen festgeschrieben ist. Eine Besonderheit dabei ist, dass wir als auf Selbstausbeutung basierender Organisation mit notorisch schlechter Aktenführung sehr aufpassen müssen, dass dabei kein großer zusätzlicher Arbeitsaufwand entsteht. Ich hoffe dass dieser Entwurf dem hinreichend Rechnung trägt ohne den dahinter stehenden Transparenzanspruch aufzugeben.

[12] Ein gleichlautender Paragraph steht seit September in der Satzung des Berliner Landesverbands.

SÄA018 - Vorstände haben sich nicht zu Personen zu äußern

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - neuer §

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

SofitaLunes

Zusammenfassung

Vorständen der Piratenpartei ist es nicht gestattet, sich in ihrer Funktion als Vorstände zu Personen zu äußern.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den Satzungsabschnitt A um einen neuen Paragrafen zu erweitern, der folgendes besagt:

[2] Es ist Vorständen der Piratenpartei nicht gestattet, sich in ihrer Funktion als Vorstände offiziell zu Personen, insbesondere innerhalb der Partei, zu äußern.

Begründung

[3] Ein Grundgedanke der Piratenpartei ist das Streben, Themendebatten vor Personaldebatten zu priorisieren ("Themen statt Köpfe"). Wenn sich Vorstände in offizieller Weise zu einzelnen Piraten oder Piratinnen äußern, ist dies vor allem geeignet, in der Partei Unfrieden zu stiften und von sachbezogenen Meldungen abzulenken. Dies kann nicht im Interesse der Piratenpartei liegen. Vorstandsmitglieder sollen sich selbstverständlich als Basispiraten zu anderen Basispiraten äußern dürfen, nicht aber kraft ihres Vorstandsamtes.

[4] Als Positivbeispiel ist der Entschluss des Landesvorstandes Baden-Württemberg zu nennen, sich im Vorfeld der Aufstellungsversammlung für die Landesliste zur Bundestagswahl 2013 nicht zu den Kandidierenden zu äußern. Es ist offensichtlich, dass Empfehlungen des Landesvorstands oder Kritik an einzelnen Kandidaten auf vielen Seiten als Bevorzugung oder Benachteiligung aufgefasst worden wären.

[5] LiquidFeedback: lfpp.de/t2880

[6] Piratenpad: http://piratenpad.de/p/themenstattkoepfe

SÄA019 - Beitragsstaffeln

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §5 WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

JanNiklasFingerle

Zusammenfassung

Feste Beitragstaffeln bei Wahrung des Datenschutzes

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Bundessatzung Abschnitt B/ § 5 Abs. 1-3 wie folgt neu zu fassen:

[2] (1) Der monatliche Mindest-Mitgliedsbeitrag ist ergibt sich aus dem Nettoeinkommen des Mitglieds anhand folgernder Beitragsstaffel:

- Unter 400€ Nettoeinkommen: 1€
- Über 400€ Nettoeinkommen: 1,50€
- Über 800€ Nettoeinkommen: 3€
- Über 1200€ Nettoeinkommen: 8€
- Über 1600€ Nettoeinkommen: 12€
- Über 2000€ Nettoeinkommen: 18€
- Über 2400€ Nettoeinkommen: 1% des Nettoeinkommens.

[3] Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Beitragsstaffel selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern dabei Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Es darf im Rahmen dieser Beitragsstaffel auch ein höherer als der Mindest-Mitgliedsbeitrag gewählt werden. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.

[4] (2) Das Mitglied trifft keinerlei Nachweispflicht gegenüber der Partei, dass die Einstufung des Mitgliedbeitrags korrekt erfolgt ist.

[5] (3) Der Mitgliedsbeitrag ist am 01.01. eines jeden Jahres fällig. Über abweichende Zahlungsintervalle befindet die zuständige Gliederung. Die Berechnung erfolgt monatsgenau, beginnend mit dem Monat in dem der Eintritt stattfindet.

[6] Ferner ist an geeigneter Stelle folgende Übergangsregelung in die Finanzordnung aufzunehmen:

[7] Die Änderung des Mitgliedsbeitrags wird zum folgenden Geschäftsjahr wirksam.

Begründung

[8] Zum einen ist die Finanzsituation der Piratenpartei sehr bescheiden, was hierdurch behoben werden soll.

[9] Auf der anderen Seite sind schon 4€ im Monat für viele Leute zu viel, die durch ein Antragsverfahren auf Beitragsminderung zu Bittstellern gemacht werden. Durch die Kombination aus Beitragsstaffel und Selbsteinschätzung ist hier viel gewonnen.

[10] Dem Datenschutz ist hier zunächst genauso genüge getan wie bei der alten Empfehlung des freiwilligen Mitgliedsbeitrags von 1% - aus der Höhe des tatsächlich gezahlten Beitrags können diejenigen, die davon Kenntnis erlangen, immer noch gewisse Rückschlüsse ziehen, aufgrund der verschiedenen Faktoren - nicht zuletzt der Möglichkeit, deutlich mehr zu zahlen - ist es mehr als fraglich, wie sicher so ein Rückschluss ist. In Bezug auf diejenigen, die vorher einen Antrag auf Beitragsminderung stellen mussten, ist hier sogar eine Verbesserung erreicht, da nun keine Sozial-Daten mehr erhoben werden, die über die Beitragshöhe hinausgehen.

SÄA020 - Klare Definition von Ämterkumulation

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §15

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Die bisher mehrdeutigen Bestimmungen für Ämterkumulation werden hiermit eindeutig definiert.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, in Abschnitt A §4 (1) Satz 4 zu entfernen und folgenden Absatz zu Abschnitt A §15 hinzu zu fügen:

[2] Ämterkumulation liegt vor, wenn ein Mitglied mehr als eines der folgenden Ämter erlangt:

- auf Dauer angelegtes auf Wahl beruhendes Parteiamt;
- Mandat in einem Parlament oder einer kommunalen Vertretungskörperschaft;
- Regierungsmitglied oder kommunaler Wahlbeamter.

[3] In diesem Fall ruhen jene von dem Mitglied ausgeübte Parteiämter in Gliederungen solange, bis deren Mitgliederversammlung die Zulassung der Ämterkumulation des Mitglieds explizit im Einzelfall beschlossen hat. Eine Wahl zu einem Parteiamt bei vorheriger Bekanntgabe aller anderen in Satz 1 genannten Ämter gilt als Zulassung der Ämterkumulation.

Begründung

[4] Abschnitt A: §4 (1) Satz 4 der Bundessatzung "Eine Ämterkumulation ist nur in den Fällen zulässig, in denen die Mitgliederversammlung der Gliederung dies für den konkreten Einzelfall explizit beschließt." legt nicht klar fest, was unter Ämterkumulation zu verstehen ist und welche Gliederung dies zulassen soll. In diesem Antrag wird eine klarere, möglichst sinngemäße Definition getroffen. Eine Diskussion von Trennung von Amt und Mandat ist explizit nicht Gegenstand des Antrag und soll wie bisher im Einzelfall den Gliederungen überlassen werden.

[5] Es gibt verschiedene Definitionen und Interpretationen von Ämterkumulation, z.B. "gleichzeitiges Wahrnehmen von verschiedenen öffentlichen Ämtern und Mandaten auf politischer und/oder wirtschaftlicher Ebene." (Wikipedia). Ein Amt kann u.a. parteiintern (z.B. Vorstand, Kassenprüfer, Versammlungsleiter), öffentlich (Bürgermeister, Minister, Bundeskanzler, Notar, Wirtschaftsprüfer, Richter, Schöffe, Wahlhelfer), Beruf (Beamter) und Ehrenamt (Vereinsvorstand) sein. Die Intention der bisherigen Regelung ist vermutlich, im Einzelfall entscheiden zu können, ob ein Amtsträger genügend Zeit hat, ein Parteiamt mit seinen anderen Ämtern zu vereinen. Es ist davon auszugehen, dass nicht die Ausübung aller o.g. Ämter einer expliziten Zulassung durch die Mitgliederversammlung bedarf. Da jedoch §15 der Bundesatzung explizit Parteiämter nennt, kann davon ausgegangen werden, dass hier nicht nur Parteiämter gemeint sind.

[6] In der neuen Formulierung wurde die Unvereinbarkeit nur auf die dauerhaften Parteiämter (also nicht Versammlungsleiter etc) und öffentlichen Ämter in Exekutive und die Legislative beschränkt. In der bisherigen Regelung war nicht klar, welche Konsequenzen eine Ämterkumulation hat (Ordnungsmaßnahme, Verlust des Parteiamtes?) und welche Gebietsverbände zustimmen müssen (alle? nur der, der ein neues Amt verleiht? nur die, in denen bereits ein Amt ausgeübt wird?). Mit diesem Antrag ruhen bei weiterer Kumulation unmittelbar die jeweiligen anderen Parteiämter, sofern nicht ein expliziter Beschluss der jeweiligen Mitgliederversammlung vorliegt. Dieser kann vorab oder nachträglich gefasst werden und damit das Amt wieder ausgeübt werden. Werden vor der Wahl in ein Parteiamt alle anderen Ämter angegeben, so gilt die Wahl als explizite Zustimmung zu der Kumulation. Somit kann jede Gliederung entscheiden, ob sie dem Amtsträger unter den veränderten Umständen die Mehrfachbelastung zutraut.

SÄA021 - Karenzzeit für Mandatsträger aus anderen Parteien

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bahnpirat, Deuterium, Enxiro, Shorty4Berlin und KaiN

Zusammenfassung

Parteiamts- und Mandatsträger anderer Parteien am kurzfristigen Parteiübertritt hindern.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen die Satzung zu ändern und im Abschnitt A Grundlagen im §2 einen neuer Absatz einzufügen.

[2] Mitglied in der Piratenpartei Deutschland kann ein Mandatsträger oder Parteiamtsinhaber einer anderen Partei erst werden, wenn die ordentliche Beendigung seines Amtes oder Mandates länger als ein Jahr zurückliegt.

Begründung

[3] Ein Parteiamt bzw. Mandat erhält man nur dann, wenn man die Unterstützung der Parteimitglieder und/oder der Wähler hat. Wer ein Parteiamt oder Mandat inne hat, vertritt in dieser Funktion die Norm und Wertestruktur auf einer wesentlich tiefer gehenden Ebene als ein “normales“ Parteimitglied. Damit einhergehend ist eine gewisse Loyalität zur Partei anzunehmen, welche man nicht einfach von heute auf morgen über Bord wirft. Wer dieses doch tut, kann nicht erwarten, dass die Mitglieder der aufnehmenden Partei dem Parteiamtsinhaber per Übertritt das Vertrauen aussprechen. Des Weiteren verletzt es den vom Wähler an den Mandatsträger gegebenen Auftrag. Das politische Profil einer Partei kann durch den Übertritt eines Mandatsträger beschädigt werden.

SÄA022 - Abwahlen mit einfacher Mehrheit und Nachwahlen von Vorstandsmitgliedern

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Alex “@_Belze_“ Ferstl

Christian ’Bim’ Reidel

Zusammenfassung

Möglichkeit freigewordenen Vorstandsposten nachzuwählen und ggf. Vorstände von ihrem Posten abzuwählen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den Abschnitt A §9a um folgendes an gegebener Stelle zu ergänzen:

[2] §9a Abs. X1: Der Bundesparteitag kann auf Grundlage des § 27 Abs. 2 S. 1 BGB einzelne Mitglieder des Bundesvorstands abwählen. Über die Behandlung des Abwahlantrags wird ohne Aussprache in offener Abstimmung abgestimmt. Sofern sich eine einfache Mehrheit für eine Behandlung ausspricht, wird nach Aussprache eine Abwahl in geheimer Abstimmung durchgeführt. Das Mitglied gilt als abgewählt, wenn eine einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Piraten für die Abwahl stimmt. Der Bundesparteitag beschließt anschließend, ob die frei gewordene Position des abgewählten Vorstandsmitglieds auf Grundlage des §9a Abs. X2 neu besetzt wird.

[3] §9a Abs. X2: Für den Fall, dass eines oder mehrere Vorstandsmitglieder während ihrer Amtszeit zurücktreten oder die Berufung zum Vorstandsmitglied durch den Bundesparteitag widerrufen wird, kann der Bundesparteitag die frei gewordene Position durch Nachwahl bis zum Ende der regulären Amtszeit des bis zur Wahl verbliebenen Vorstands neu besetzen.

Begründung

[4] § 11 Abs. 1 PartG ist dahingehend auszulegen, dass eine Nachwahl nur dann möglich ist, wenn die Satzung dies explizit vorschreibt oder die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern unterschritten wird. Die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern soll einer undemokratischen Leitung der Partei entgegenwirken. Damit ist ein diktatorisches Führerprinzip ausgeschlossen und die innerparteiliche Demokratie dadurch gesichert, dass die Führungsfunktionen auf mehrere Schultern verteilt werden.

[5] Im Hinblick auf die kommenden Aufgaben des Bundesvorstands scheint es sinnvoll, unabhängig von der Art und Weise freiwerdende Positionen neu zu besetzen. Eine formal korrekte Nachbesetzung erfordert eine entsprechende Regelung in der Satzung.

[6] Rechtsunsicherheit besteht, ob die Abwahl eines einzelnen Vorstandsmitglieds möglich ist, wenn die Satzung hierfür keine Regelungen enthält. Die eine Meinung ist der Aufassung, die Satzung müsse zwingend hierzu eine Regelung enthalten. Wendet man § 27 Abs. 2 S. 1 BGB welcher das Vereinsrecht regelt analog auf politische Parteien an, wäre eine solche Regelung entbehrlich.

[7] Hierzu ein paar Zitate aus dem Münchener Kommentar zum BGB: Wenn der Vorstand nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit hat, muss diese ihn vorzeitig ablösen können (konstruktives Misstrauensvotum). Es ist mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar, dass ein Interessenverband dauerhaft durch einen Vorstand repräsentiert wird, der nur noch von einer Minderheit gestützt wird. Der Widerruf vollzieht sich, soweit die Mitgliederversammlung oder ein sonstiges Kollektivorgan zuständig ist, durch Beschluss und Mitteilung an das betroffene Vorstandsmitglied. Der Amtsinhaber kann sich ohne ein mit der Mitgliedschaft verbundenes Geschäftsführungssonderrecht prinzipiell nicht gegen den Entzug des Amtes wehren. Auch satzungsmäßige Beschränkungen der Widerruflichkeit begünstigen ihn lediglich reflexartig, sie verleihen ihm angesichts ihres rein vereinsbezogenen Zwecks (Sicherung der Amtskontinuität vor zufälligen Mehrheiten) keine rechtlich geschützte Position. Der BGH hat folgerichtig entschieden, dass der Amtsinhaber vor dem Widerruf nicht einmal gehört zu werden braucht.

[8] Demnach würde anstatt einer Abwahl ein einfacher Beschluss des BPT ausreichen. Eine Ergänzung um ein vorgeschriebenes System in der Satzung erscheint daher notwendig.

[9] Der Antrag unterscheidet sich nur in der Mehrheit, die für eine Abwahl notwendig ist zu SÄA023

[10] Wir sehen eine Konkurrenz zuSÄA003 und SÄA023

SÄA023 - Abwahlen mit 2/3 Mehrheit und Nachwahlen von Vorstandsmitgliedern

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Alex "@_Belze_" Ferstl

Christian 'Bim' Reidel

Zusammenfassung

Möglichkeit freigewordenen Vorstandsposten nachzuwählen und ggf. Vorstände von ihrem Posten abzuwählen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den Abschnitt A §9a um folgendes an gegebener Stelle zu ergänzen:

[2] §9a Abs. X1: Der Bundesparteitag kann auf Grundlage des § 27 Abs. 2 S. 1 BGB einzelne Mitglieder des Bundesvorstands abwählen. Über die Behandlung des Abwahlantrags wird ohne Aussprache in offener Abstimmung abgestimmt. Sofern sich eine einfache Mehrheit für eine Behandlung ausspricht, wird nach Aussprache eine Abwahl in geheimer Abstimmung durchgeführt. Das Mitglied gilt als abgewählt, wenn eine 2/3 Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Piraten für die Abwahl stimmt. Der Bundesparteitag beschließt anschließend, ob die frei gewordene Position des abgewählten Vorstandsmitgliedes auf Grundlage des §9a Abs. X2 neu besetzt wird.

[3] §9a Abs. X2: Für den Fall, dass eines oder mehrere Vorstandsmitglieder während ihrer Amtszeit zurücktreten oder die Berufung zum Vorstandsmitglied durch den Bundesparteitag widerrufen wird, kann der Bundesparteitag die frei gewordene Position durch Nachwahl bis zum Ende der regulären Amtszeit des bis zur Wahl verbliebenen Vorstands neu besetzen.

Begründung

[4] § 11 Abs. 1 PartG ist dahingehend auszulegen, dass eine Nachwahl nur dann möglich ist, wenn die Satzung dies explizit vorschreibt oder die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern unterschritten wird. Die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern soll einer undemokratischen Leitung der Partei entgegenwirken. Damit ist ein diktatorisches Führerprinzip ausgeschlossen und die innerparteiliche Demokratie dadurch gesichert, dass die Führungsfunktionen auf mehrere Schultern verteilt werden.

[5] Im Hinblick auf die kommenden Aufgaben des Bundesvorstands scheint es sinnvoll, unabhängig von der Art und Weise freiwerdenden Positionen neu zu besetzen. Eine formal korrekte Nachbesetzung erfordert eine entsprechende Regelung in der Satzung.

[6] Rechtsunsicherheit besteht, ob die Abwahl eines einzelnen Vorstandsmitglieds möglich ist, wenn die Satzung hierfür keine Regelungen enthält. Die eine Meinung ist der Auffassung, die Satzung müsse zwingend hierzu eine Regelung enthalten. Wendet man § 27 Abs. 2 S. 1 BGB welcher das Vereinsrecht regelt analog auf politische Parteien an, wäre eine solche Regelung entbehrlich.

[7] Hierzu ein paar Zitate aus dem Münchener Kommentar zum BGB: Wenn der Vorstand nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit hat, muss diese ihn vorzeitig ablösen können (konstruktives Misstrauensvotum). Es ist mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar, dass ein Interessenverband dauerhaft durch einen Vorstand repräsentiert wird, der nur noch von einer Minderheit gestützt wird. Der Widerruf vollzieht sich, soweit die Mitgliederversammlung oder ein sonstiges Kollektivorgan zuständig ist, durch Beschluss und Mitteilung an das betroffene Vorstandsmitglied. Der Amtsinhaber kann sich ohne ein mit der Mitgliedschaft verbundenes Geschäftsführungssonderrecht prinzipiell nicht gegen den Entzug des Amtes wehren. Auch satzungsmäßige Beschränkungen der Widerruflichkeit begünstigen ihn lediglich reflexartig, sie verleihen ihm angesichts ihres rein vereinsbezogenen Zwecks (Sicherung der Amtskontinuität vor zufälligen Mehrheiten) keine rechtlich geschützte Position. Der BGH hat folgerichtig entschieden, dass der Amtsinhaber vor dem Widerruf nicht einmal gehört zu werden braucht.

[8] Demnach würde anstatt einer Abwahl ein einfacher Beschluss des BPT ausreichen. Eine Ergänzung um ein vorgeschriebenes System in der Satzung erscheint daher notwendig.

[9] Der Antrag unterscheidet sich nur in der Mehrheit, die für eine Abwahl notwendig ist zu SÄA022 Eigentlich widerspricht der Antrag der Begründung (Vorstand nur noch von einer Minderheit getragen) - jedoch wurde ich von vielen angesprochen eine 2/3 Mehrheit als Alternative zu ermöglichen.

[10] Wir sehen eine Konkurrenz zuSÄA003 und SÄA022

SÄA024 - Vorbereitungen zur Europawahl-Aufstellungsversammlung 2013/14

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Notwendige Bestimmungen für die Aufstellungsversammlungen zur Europawahl 2014

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Bundessatzung Abschnitt A §10 folgenden Absatz hinzu zu fügen und zu nummerieren:

[2] Der Bundesparteitag beschließt, ob für die Europawahl ein gemeinsamer Wahlvorschlag für alle Länder eingereicht wird. In diesem Fall ist der Bundesverband für die Aufstellungsversammlung zur Europawahl zuständig, zu der die Einberufung gemäß der Bestimmungen §9b (2) erfolgt. Das Nähere zu deren Wahlverfahren regelt die vom Bundesparteitag beschlossene Wahlordnung, sofern die Aufstellungsversammlung keine abweichenden Bestimmungen beschließt. Soll kein gemeinsamer Wahlvorschlag eingereicht werden, sind die Landesverbände für die Aufstellungsversammlungen zuständig.

Begründung

[3] Die Aufstellungsversammlung(en) zur Europawahl Anfang Juni 2014 müssen zwischen April 2013 bis März 2014 durchgeführt werden.

[4] Dazu fehlen bisher die gemäß Europawahlgesetz §10(5) notwendigen Bestimmungen zur Einberufung sowie zur Zuständigkeit für die Aufstellungsversammlung(en) (erfolgt durch Satz 2).

[5] Laut Satz 1 soll der Bundesparteitag entscheiden, ob jedes Land eine Liste oder alle eine gemeinsame Liste aufstellen sollen (§8(2) EuWG; der Vorstand ist an die Beschlüsse des Parteitags gebunden).

[6] Mit Satz 3 kann der Bundesparteitag im Falle einer gemeinsamen Liste eine Wahlordnung für die Aufstellungsversammlung beschliessen, damit nicht erst auf der Aufstellungsversammlung langwierig darüber diskutiert werden muss und sich alle vorbereiten können. Selbstverständlich kann die Aufstellungsversammlung jederzeit bei Problemen davon abweichen.

[7] Wenn es keine gemeinsame Liste geben soll, sind die Landesverbände selbst für ihre Landeslisten zuständig (Satz 4).

SÄA025 - Kostenreduzierung für passive Mitglieder

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze, Sven Schomacker und alle Anwesenden des Verwaltungstreffens am 20.10.2012

Zusammenfassung

Passive Mitglieder sollen nur noch per Email zu Parteitagen eingeladen werden müssen um Briefporto zu sparen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, 1. den § 9b Bundessatzung wie folgt zu ändern:

[2] In § 9b Abs. 2 wird hinter Satz 3 folgender Satz 4 eingefügt: "Mitglieder, die zwei Wochen vor Versendung der Einladungen zu einem Bundesparteitag nicht stimmberechtigt sind, erhalten Einladungen ausschließlich in Textform."

[3] In § 9b Abs. 3 wird hinter Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt: "Mitglieder, die zwei Wochen vor Versendung der Einladungen zu einem Bundesparteitag nicht stimmberechtigt sind, erhalten Einladungen ausschließlich in Textform."

[4] 2. Es wird ein neuer § 10 Abs. 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt: "Mitglieder, die zwei Wochen vor Versendung der Einladungen zu einer Aufstellungsversammlung zu öffentlichen Wahlen mit ihren Beitragszahlungen in Rückstand sind, erhalten Einladungen ausschließlich in Textform."

Begründung

[5] Begründung: Mitglieder, die ihren Beitrag nicht zahlen, verursachen Kosten durch die Pflicht zur postalischen Verschickung von Einladungen, soweit sie nicht auf eine postalische Versendung verzichten. Dies ist bei passiven Mitgliedern häufig nicht der Fall. Es besteht zwar der Wunsch nach einem irgendwie gearteten Ausschluss, dies ist aber rechtlich nicht sauber umsetzbar, da auch fingierte Erklärungen durch Nichtzahlung faktisch zu einem Ausschluss führen. Ein Ausschluss wäre aber nur wegen eines Beitragsrückstands nicht rechtssicher. Die vorgeschlagene Lösung sorgt dafür, dass der Aufwand durch passive Mitglieder gesenkt wird und gleichzeitig Bundesparteitage und Aufstellungsversammlungen nicht anfechtbar werden.

SÄA026 - Erheblicher Ordnungsverstoß bei Nicht-Beitragszahlung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §6

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze, Sven Schomacker und alle Anwesenden der Verwaltungskonferenz 2012.2

Zusammenfassung

Mitglieder, die zwei Jahre keinen Beitrag zahlen, verstoßen erheblich gegen die Ordnung der Partei

Antragstext

[1] Antrag auf Änderung der Bundessatzung

[2] Der Bundesparteitag möge beschließen, den § 6 Bundessatzung wie folgt zu ändern:

[3] Es wird der Absatz 2a eingefügt: „Erheblich gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer seinen Pflichten als Mitglied beharrlich dadurch nicht nachkommt, dass er trotz dreifacher Zahlungserinnerung, von denen mindestens eine schriftlich zu erfolgen hat, seine Beiträge für mindestens zwei Jahre nicht entrichtet und keinen Antrag auf Absenkung des Beitrages nach § 5 der Finanzordnung stellt.

Begründung

[4] Die Begründung ergibt sich aus dem Antrag. Eine Sozialklausel ist enthalten.

SÄA027 - Kostenreduzierung für passive Mitglieder (redundanzfreie Alternative)

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Klaus Peukert

Zusammenfassung

Alternativantrag zu SÄA025, ohne unnötige Regelungen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen:

[2] In die Satzung wird ein neuer § 10 Abs. 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt: “Mitglieder, die zwei Wochen vor Versendung der Einladungen zu einer Aufstellungsversammlung zu öffentlichen Wahlen mit ihren Beitragszahlungen in Rückstand sind, erhalten Einladungen ausschließlich in Textform.“

Begründung

[3] SÄA025 möchte, dass die Kosten für die Einladung an nicht-stimmberechtigte Mitglieder veringert werden, in dem diesen ausschließlich Einladungen zu BPTs per Textform (E-Mail) zugeschickt werden. Dazu sollen §9 b (2),(3) geändert werden.

[4] Diese Änderungen sind überflüssig, da in §9b (2) bereits standardmäßig **alle** Mitglieder, unabhängig von ihrer Stimmberechtigung eingeladen werden und nur Mitglieder ohne (korrekte/funktionierende) Mailadresse einen Brief bekommen. Die Änderungen ändern also...nichts.

[5] Die klarstellende Formulierung, das man das mit dem Mailversand auch bei den pro Gliederung aller 4-7 Jahre stattfindenden Aufstellungsversammlungen so machen möchte, kann man meinetwegen in die Satzung schreiben, daher die Alternative nur mit dem neuen § 10 (3).

SÄA028 - Streichung von Mitgliedern (Zuständig: Bundesverband)

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §5

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Klaus Peukert

Zusammenfassung

Alternativantrag zu SÄA015. Um Mitglieder, die dauerhaft keinen Mitgliedsbeitrag bezahlen, aus der Mitgliederdatenbank entfernen zu können, soll der Tatbestand der Streichung von Mitgliedern in die Satzung aufgenommen werden.

Antragstext

1.) Ergänzung § 5 (Beendigung der Mitgliedschaft) der Satzung

[1] Ergänzung der "Streichung" als Grund für die Beendigung der Mitgliedschaft

[2] **Fassung alt:** Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern oder dem Ausschluss aus der Partei.

[3] **Fassung neu:** Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, **Streichung**, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern oder dem Ausschluss aus der Partei.

2.) Ergänzung § 7 (Verzug) der Finanzordnung

[4] Es wird eine Regelung zur Streichung von Mitgliedern aufgenommen:

[5] **Fassung alt:** (1) Ein Mitglied befindet sich im Verzug, wenn der Mitgliedsbeitrag nicht zur Fälligkeit entrichtet wurde.

[6] **Fassung neu:** (1) Ein Mitglied befindet sich im Verzug, wenn der Mitgliedsbeitrag nicht zur Fälligkeit entrichtet wurde.

[7] (2) Ein Mitglied, das sich mit seinem Beitrag um mehr als 6 Monate im Verzug befindet, kann aus der Mitgliederdatenbank gestrichen werden und verliert dadurch seine Mitgliedschaft in allen Gliederungen der Piratenpartei. Vor der Streichung ist das Mitglied mindestens zweimal zu mahnen. Zwischen den Mahnungen muss ein Abstand von mindestens 30 Tagen liegen.

[8] (3) Zuständig für die Streichungen ist der Bundesverband.

[9] (4) Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen. Gegen die Streichung ist Widerspruch beim zuständigen Schiedsgericht zulässig.

Begründung

[10] In unserer Mitgliedsdatenbank finden sich tausende “Mitglieder“, die nie einen Beitrag gezahlt haben. Diese werden zu den Parteitagen eingeladen, diese sind auf den Aufstellungsversammlungen stimmberechtigt - bei Nichteinladung oder Nichtakkreditierung könnten Aufstellungsversammlungen erfolgreich angefochten werden. Kurz: Eine saubere Methode, diese “Mitglieder“ aus der Datenbank zu bekommen, wäre hilfreich und würde viel Geld sparen.

[11] Über einen Ausschluss geht das nicht, dieser erfordert ein Schiedsgerichtsverfahren. Gegen eine Wertung der Unterlassung der Beitragszahlung als Austrittserklärung spricht, dass ein Austritt eine Willenserklärung ist, die nicht ersatzweise vorgenommen oder unterstellt werden kann. Also Einführung der Streichung als Ende der Mitgliedschaft.

[12] Zuständig soll der Bundesvorstand sein. Der Bundesverband führt das zentrale Piratenverzeichnis, also ist der Bundesvorstand auch für die Streichungen zuständig. Die Zuständigkeit beim Bund statt beim Kreis- oder Ortsverband stellt sicher, das bspw. einmal im jahr en bloc alle Nicht-/Niezahler gestrichen werden und dies nicht regional unterschiedlich sondern einheitlich gehandhabt wird.

SÄA029 - Anpassung der Kündigungsform

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §4

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Sven Schomacker, Swanhild Goetze und alle Anwesenden des Verwaltungstreffens am 20.10.2012

Zusammenfassung

Lockerung der Kündigungsform gemäß §127 BGB

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den § 4 Bundessatzung Absatz 5 wie folgt zu ändern:

[2] (5) Jeder Pirat ist jederzeit zum sofortigen Austritt aus der Partei berechtigt (Textform erforderlich). Bereits bezahlte Beiträge werden nicht zurückerstattet.

Begründung

[3] Die Änderung von “Schriftform und Unterschrift“ ermöglicht den Gliederungen, eine Kündigung per E-Mail zu akzeptieren. Dies ist im Rahmen der digitalen Möglichkeiten notwendig und setzt geringere Hürden in der Verwaltung.

[4] Hierzu habe ich eine Anfrage an die Rechtsabteilung gestellt, die sich auf §127 BGB, “gewillkürte Schriftform“ beruft.

[5] — “Da weder die Erstellung einer Urkunde iSv § 126 noch die gemeinsame Aufnahme der zum Vertragsschluss führenden Willenserklärungen in demselben Dokument erforderlich sind (Rn 3), reicht eine wechselseitige elektronische bzw digitale Datenübermittlung zB per Teletext, Telefax, oder insbes auch per Computerfax oder einfache E-Mail aus (BT-Drucks 14/4987 S 20; zum Telefax so auch BGH NJW 2004, 1320; NJW-RR 1996, 866, 867; OLG Düsseldorf BeckRS 2010, 4609).“ aus Bamberger Roth BGB § 127 RN 4.

[6] Allerdings muss der Verfasser klar erkennbar sein, hier reicht eine einfache Signatur aus. Es kommt allein auf den ausreichenden Beweischarakter für den Adressaten an.

[7] Oder mit anderen Worten:

[8] Man kann eine Kündigung akzeptieren, auch wenn die Schriftform nicht gewahrt ist. Das nennt man dann einvernehmlich. Es ergibt sich nur das Risiko nachzuweisen, dass diese Kündigung auch tatsächlich von dem Mitglied stammt. —

[9] Das heißt, es muss ein nachweisbarer Prozess geschaffen werden, der die Echtheit der E-Mail belegt, um diese zu akzeptieren.

SÄA030 - Ende der Mitgliedschaft bei Nichtbezahlung des Beitrages

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §5

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Mitglieder, die als solche geführt werden, aber ihren Beitrag nicht bezahlen, sollen ihren Mitgliedschaftsstatus satzungsgemäßg verlieren.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, in §5 Absatz 2 Satz 1 das Wort 22 durch ein Komma zu ersetzen und an den Satz 1 " oder durch Beitragsrückstand nach Maßgaben der Finanzordnung" anzufügen. Es wird beantragt an §7 ein neuer Absatz mit der nächsten freien Nummer anzufügen. Der Wortlaut des Absatzes soll sein: "Befindet sich ein Mitglied mehr als drei Monate im Verzug und wurde mindestens drei mal im Abstand von mindestens 14 Tagen zur Zahlung gemahnt, endet die Mitgliedschaft."

[2] Die Wortlautänderung des §5 (1) mal in dick markiert: Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern**,** dem Ausschluss aus der Partei **oder durch Beitragsrückstand nach Maßgaben der Finanzordnung**.

[3] Der §7 hätte den oben genannten zusätzlichen Absatz: Befindet sich ein Mitglied mehr als drei Monate im Verzug und wurde mindestens drei mal im Abstand von mindestens 14 Tagen zur Zahlung gemahnt, endet die Mitgliedschaft.

Begründung

[4] Durch die Satzungsänderung wird es möglich, Karteileichen zu entfernen. Wir rühmen uns in der Außendarstellung immer mit Ehrlichkeit und Transparenz. Daher sollte wir uns auch organisationsintern darum bemühen. Echte Mitgliederzahlen ohne Karteileichen sind dabei nur ein Anfang.

[5] Der Antrag wird vom Landesverband Baden-Württemberg durch Beschluss des Landesparteitages 2012.2 unterstützt.

SÄA031 - Ergänzungsantrag zu Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/SÄA030

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §7

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Der SÄA wird um einen Punkt, um den ich nach dem Unterstützungsbeschluss des LV BW gebeten wurde.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, Abschnitt B (Finanzordnung) § 7 um einen Absatz mit der nächsten freien Nummer zu erweitern.

[2] Der Wortlaut des Absatzes ist: "Zuständig für die Feststellung der Beendigung der Mitgliedschaft aufgrund von Beitragsrückstand ist der zuständige Vorstand."

Begründung

[3] Ich halte das für selbstverständlich, weil es aus der restlichen Satzung folgt. Zur Klarstellung sei das aber nochmal hier explizit genannt.

SÄA032 - Ergänzungsantrag zu Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/SÄA030

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §7

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Der SÄA wird um einen Punkt, um den ich nach dem Unterstützungsbeschluss des LV BW gebeten wurde.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, Abschnitt B (Finanzordnung) § 7 um einen Absatz mit der nächsten freien Nummer zu erweitern.

[2] Der Wortlaut des Absatzes ist: "Dem Mitglied wird die Beendingung der Mitgliedschaft unverzüglich mitgeteilt."

Begründung

[3] Ich halte das für selbstverständlich. Zur Klarstellung sei das aber nochmal hier explizit genannt.

SÄA033 - Ergänzungsantrag zu Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/SÄA030

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §7

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Der SÄA wird um einen Punkt, um den ich nach dem Unterstützungsbeschluss des LV BW gebeten wurde.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, Abschnitt B (Finanzordnung) § 7 um einen Absatz mit der nächsten freien Nummer zu erweitern.

[2] Der Wortlaut des Absatzes ist: "Gegen diesen Bescheid ist Einspruch vor dem zuständigen Schiedsgericht zulässig."

Begründung

[3] Ich wurde gebeten, den Antrag um diesen Absatz zu erweitern. Hiermit modular geschehen.

SÄA034 - Spendenbegrenzung auf 50.000 €

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Florian 'branleb' Zumkeller-Quast

Zusammenfassung

Spendenbegrenzung auf 50.000 € pro Spender und Jahr ausgenommen Erbschaften.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, Abschnitt B (Finanzordnung), Unterabschnitt C (Spenden), § 10 um einen neuen Absatz zu erweitern. Der Absatz erhält die nächste freie Nummer.

[2] Der Wortlaut des Absatzes ist: "Spenden werde nur bis zu einer Höhe von 50.000 Euro pro Spender und Jahr angenommen. Dies gilt nicht für Spenden im Sinne des Abs. 2."

Begründung

[3] Um mögliche Einflussnahme zu beschränken, soll eine absolute Spendengrenze gelten.

SÄA035 - Mitgliedschaft beginnt nach Aufnahme mit Zahlung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §3 LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Maureen

Zusammenfassung

Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zahlung des Beitrages

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen,in der Bundessatzung Abschnitt A nach § 3 Abs. 2 Satz 2 einen neuen Satz 3 einzufügen:

[2] „Die Mitgliedschaft beginnt nach Annahme des Aufnahmeantrages mit der Entrichtung des ersten Mitgliedsbeitrages.“

Begründung

[3] Wir sind eine Mitmachpartei, unsere Mitglieder sollen die Piratenpartei zumindest durch die Zahlung des verminderten Beitrages aktiv unterstützen. Mit der Satzungsänderung soll verhindert werden, daß inaktive Mitglieder, die noch nie einen Beitrag gezahlt haben, z.B. Quoren für die Beschlußfähigkeit von Versammlungen erhöhen und damit den aktiven Piraten die Arbeit erschweren. Auch inaktive Mitglieder müssen zu unseren Parteitagen eingeladen werden und binden damit Ressourcen, die anders besser genutzt werden können. Weiterhin werden Beteiligungsquoten momentan an der Gesamtmitgliederzahl gemessen. Da wir so viele inaktive Mitglieder haben, die nicht einmal ihren Beitrag bezahlen, ist auch die Beteiligungsquote sehr schlecht. Dies wird sich ändern, wenn die inaktiven Mitglieder nicht mehr berücksichtigt werden müssen.

SÄA036 - Besonderes Verfahren bei Zahlungsverzug

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §11

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze, Sven Schomacker und alle Anwesenden des Verwaltungstreffens am 20.10.2012

Zusammenfassung

Schaffung der Möglichkeit für ein ausschließlich schriftliches Verfahren des Schiedsgerichtes

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge eine Änderung im Abschnitt C (Schiedsgerichtordnung)beschließen:

[2] Es wird ein neuer § 11a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

[3] § 11 a Besonderes Verfahren bei Zahlungsverzug

[4] „Befindet sich ein Mitglied mit seinen Beiträgen im anhaltenden Zahlungsverzug und wird daraufhin der Antrag auf Parteiausschluss gestellt, findet ausschließlich ein schriftliches Verfahren statt. Abweichend von § 17 Abschnitt C (Schiedsgerichtsordnung) trägt die Verfahrenskosten im Fall des rechtskräftigen Ausschlusses das ausgeschlossene Mitglied."

Begründung

[5] Ein Ausschluss aus der Partei kann nach dem PartG nur durch ein SG erfolgen. Da es sich um ein streng formelles Verfahren handelt (Zahlung und Antrag auf Absenkung des Beitrags liegen vor oder nicht), kann auf eine zeitraubende und kostspielige mündliche Verhandlung verzichtet werden. Dem rechtlichen Gehör ist genüge getan, indem dem Mitglied Gelegenheit zur schriftlichen Einlassung gewährt wird. Innerhalb der Einlassungsfrist kann auch eine Nachzahlung der Beiträge erfolgen oder der Antrag auf Absenkung gestellt werden.

SÄA037 - Möglichkeit der öffentlichen Einladung zum Bundesparteitag zur Absicherung und Kostenersparnis

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Nichtzahlende Mitglieder sollen nicht mehr persönlich, sondern nur kostensparend öffentlich eingeladen werden müssen, und eine vergessene Einladung keinen Anfechtungsgrund darstellen

Antragstext

[1] Es wird beantragt in der Bundessatzung Abschnitt A §9b Absatz 2 und 3 wie folgt zu ersetzen (Änderungen fett):

[2] (2) Der Bundesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund Vorstandsbeschluss oder wenn ein Zehntel der **stimmberechtigten** Piraten es beantragen. Der Vorstand **soll** jedes **stimmberechtigte** Mitglied per Textform (vorranging per E-Mail, nachrangig per Brief) mindestens 6 Wochen vorher **einladen**. Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 2 Wochen vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut **auf der Webseite der Partei** zu veröffentlichen. **Des weiteren werden Mitglieder durch fristgemäße Ankündigung auf der Webseite der Partei und Bekanntmachung im Bundesanzeiger eingeladen.**

[3] (3) Ist der Bundesvorstand handlungsunfähig, **wird** ein außerordentlicher Bundesparteitag einberufen. Dies geschieht **in Textform** mit einer Frist von zwei Wochen **gemäß der ergänzenden Bestimmungen in Absatz 2.**

Begründung

[4] Nichtzahlende Mitglieder verursachen der Partei große Kosten - insbesondere für Einladungen -, können aber nach herrschender Rechtsmeinung deswegen nicht einfach aus der Partei ausgeschlossen werden.

[5] Um stattdessen ihren Schaden zu minimieren, werden hier die Einladungsformalitäten so angepasst, dass die Nichtzahler nicht mehr zwingend persönlich eingeladen werden müssen, sondern nur noch Anspruch auf eine günstige, öffentliche Einladung haben.

[6] Das hat auch den Vorteil, dass eine vergessene Einladung eines stimmberechtigten Mitglieds keinen Anfechtungsgrund mehr darstellt. Denn sonst könnte bereits ein einzelnes Mitglied, das nicht satzungsgemäß eingeladen wurde, per Klage alle Beschlüsse des Bundesparteitags für nichtig erklären lassen (Kersten/Rixen §9 Rn 27). Der Schaden wäre für die Partei immens.

[7] Auch würde dadurch der in anderen SÄA geplante rechtlich zweifelhafte Ausschluß bzw. Streichung von Mitgliedern keine Gefahr mehr für Partei darstellen, da diese ja stets weiterhin öffentlich eingeladen werden würden.

[8] Außerdem soll wie in anderen Satzungen ein Antrag zur Einberufung eines Parteitags auf das Zehntel der **stimmberechtigten** Piraten beschränkt werden und bei außerordentlichen Parteitagen neben der Vorstandsneuwahl auch andere Tagesordnungspunkte behandelt werden dürfen.

Ausführliche Begründung

[9] zu Absatz 2
Stimmberechtigte Mitglieder werden wie bisher eingeladen. Allerdings wird es von einer Pflicht (muss) zu einer Erwartung (soll), so dass eine versehentliche Nicht-Einladung keinen Anfechtungsgrund für den Parteitag mehr darstellt. Dadurch wird also zusätzliche Sicherheit geschaffen. Nichtzahlende können natürlich auch weiterhin in Textform (insbesondere Email) eingeladen werden. Es besteht aber keine Pflicht mehr dazu.

[10] Alle Mitglieder, insbesondere Nichtzahlende (d.h. nicht Stimmberechtigte), haben dann lediglich Anspruch auf die öffentliche Einladung (jurisPK-BGB §36 Rn 10,11) auf der Webseite der Partei und Bekanntmachung im Bundesanzeiger (Veröffentlichung kostet ca. 35 EUR). Dies ist mit Vereinsrecht vereinbar, da von jedem politisch interessierten Bürger die Lektüre einer überregionalen Tageszeitung oder aber der Zugang zum Internet erwartet werden kann. Da alle grösseren Zeitungen bisher stets bevorstehende Bundesparteitage rechtzeitig erwähnen, können sich dadurch bisher nicht eingeladene Mitglieder selbstständig nach weiteren Details erkundigen. Eine ähnliche Regelung existiert z.B. im Bayrischen Landeswahlgesetz Art. 28 für Aufstellungsversammlungen: "einzeln oder durch öffentliche Ankündigung mindestens drei Tage vor der Versammlung ... einzuladen" und für Aktiengesellschaften (vgl. § 25 AktG), und dürfte deswegen von Gerichten als zulässig betrachtet werden.

[11] zu Absatz 3
Der erste Satz widerspricht §9a(10) und (11), da hier ein Bundesparteitag einberufen werden **muss**. Die Mitglieder müssen nicht mehr schriftlich, sondern können auch nur per Email zu einem solchen außerordentlichen Parteitag einberufen werden. Hier wäre eine öffentliche Einladung nicht mehr angemessen, da die Mitglieder nur mit einem relativ regelmässig stattfindenden ordentlichen Parteitag rechnen und sich daher vorbereiten können (jurisPK-BGB §36 Rn 11). Diese Gelegenheit soll nicht mehr ausschließlich für die Neuwahl genutzt werden müssen, sondern ggf. auch weitere Tagesordnungspunkte beinhalten können, da eine solch aufwendige Versammlung voll ausgenutzt werden sollte.

[12] Bedeutung für andere Anträge, die den Ausschluß oder Streichung von Nichtzahlern vorsehen
Betroffen sind die Anträge SÄA015, SÄA026, SÄA028, SÄA030. Nach herrschender Rechtsmeinung wäre eine solche generelle Beendigung der Mitgliedschaft äußert zweifelhaft, wenn nicht rechtswidrig und damit nichtig (§10(4)PartG, Kersten/Rixen §10 Rn 41,42, Lenski §10 Rn 80, BGH NJW 1979, 1403). Teilweise betrachten auch die unglücklichen Formulierungen in den SÄA diese weiterhin als Mitglieder. Daher hätten die Mitglieder weiterhin Anspruch auf eine Einladung und könnten nicht nur den Ausschluß, sondern auch die Parteitagsbeschlüsse für ungültig erklären lassen. Mit diesem Antrag wäre zumindest letzteres Problem vermieden.

bisherige Absätze (Änderungen fett)

[13] (2) Der Bundesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund Vorstandsbeschluss oder wenn ein Zehntel der Piraten es beantragen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied per Textform (vorranging per E-Mail, nachrangig per Brief) mindestens 6 Wochen vorher ein. Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 2 Wochen vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.

[14] (3) Ist der Bundesvorstand handlungsunfähig, **kann** ein außerordentlicher Bundesparteitag einberufen **werden**. Dies geschieht **schriftlich** mit einer Frist von zwei Wochen **unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes. Er dient ausschließlich der Wahl eines neues Vorstandes.**

SÄA038 - Reform der Schiedsgerichtsordnung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt C- §1 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniela Berger, Benjamin Siggel, Rebecca Cotton, Lür Waldmann, Ralf Gerlich und viele andere

Zusammenfassung

In Neumünster wurde eine Schiedsgerichtsordnung verabschiedet, mit der nicht alle zufrieden sind. Deshalb haben wir Anthems Neumünsteraner Antrag im Team noch einmal überarbeitet, und reichen ihn hier als neuen Vorschlag ein.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung dahingehend zu ändern, dass Abschnitt C (Schiedsgerichtsordnung) durch den folgenden Text ersetzt wird:

§ 1 - GRUNDLAGEN

[2] (1) Die Schiedsgerichtsordnung regelt das Verfahren vor den Schiedsgerichten.

[3] (2) Sie ist für Schiedsgerichte jeder Ordnung bindend. Eine Erweiterung oder Abänderung durch andere Gliederungen ist nur an den Stellen und in dem Rahmen zulässig, in dem sie diese Ordnung explizit vorsieht.

[4] (3) Die Schiedsgerichtsordnung gewährleistet den Beteiligten rechtliches Gehör und ein gerechtes Verfahren.

§ 2 - SCHIEDSGERICHT

[5] (1) Die Schiedsgerichte sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden.

[6] (2) Die Richter fällen ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der Satzungen und gesetzlichen Vorgaben.

[7] (3) Während eines Verfahrens haben Richter ihre Arbeit außerhalb des Richtergremiums nicht zu kommentieren. Mit der Annahme ihres Amtes verpflichten sich die Richter, alle Vorgänge, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, auch über ihre Amtszeit hinaus vertraulich zu behandeln, soweit diese Ordnung nicht etwas anderes vorsieht.

[8] (4) Wird von irgendeiner Seite versucht das Verfahren zu beeinflussen, so macht das Schiedsgericht dies unverzüglich öffentlich bekannt.

[9] (5) Die Schiedsgerichte geben sich eine Geschäftsordnung. Diese enthält insbesondere Regelungen

- zur internen Geschäftsverteilung und der Verwaltungsorganisation,
- über die Bestimmung von Berichterstattern, die Einberufung und den Ablauf von Sitzungen und Verhandlungen,

- die Vergabe von Aktenzeichen, die Veröffentlichung von Urteilen, die Ankündigung von öffentlichen Verhandlungen und weiteren Bekanntmachungen und
- die Dokumentation der Arbeit des Schiedsgerichtes, der Aufbewahrung von Akten und der Akteneinsicht.

§ 3 - EINRICHTUNG

[10] (1) Auf der Bundes- und Landesebene werden Schiedsgerichte eingerichtet.

[11] (2) Durch Satzung können die Landesverbände die Einrichtung von Schiedsgerichten auf untergeordneten Gliederungsebenen zulassen.

§ 4 - BESETZUNG

[12] (1) Die Mitgliederversammlung wählt drei Piraten zu Richtern. Diese wählen aus ihren Reihen einen Vorsitzenden Richter, der das Schiedsgericht leitet und die Geschäfte führt.

[13] (2) In einer weiteren Wahl werden zwei Ersatzrichter bestimmt. Die Stimmenzahl entscheidet über die Rangfolge der Ersatzrichter. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

[14] (3) Die Zahl der zu wählenden Richter und Ersatzrichter kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung oder durch Satzungsbestimmung erhöht, aber nicht verringert werden.

[15] (4) Für das Bundesschiedsgericht werden abweichend von Absatz 1 mindestens fünf Richter gewählt. Diese Zahl kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung erhöht werden.

[16] (5) Schiedsgerichtswahlen finden mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Nachwahlen haben hierauf keinen Einfluss. Die Richter sind bis zur abgeschlossenen Wahl eines neuen Schiedsgerichts im Amt.

[17] (6) Nachwahlen sind zulässig. Die ursprüngliche Zahl an Richtern und Ersatzrichtern darf dabei jedoch nicht überschritten werden. Nachgewählte Ersatzrichter schließen sich in der Rangfolge an noch vorhandene Ersatzrichter an. Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit.

[18] (7) Schiedsrichter können nicht zugleich Mitglied eines Vorstandes einer Gliederung sein.

[19] (8) Mit dem Ende der Mitgliedschaft in der Piratenpartei endet auch das Richteramt.

§ 5 - NACHRÜCKREGELUNG

[20] (1) Der Rücktritt eines Richters ist dem Gericht gegenüber in Textform zu erklären.

[21] (2) Ist zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung absehbar, dass ein Richter im Verlauf des Verfahrens seinen Pflichten nicht ordnungsgemäß nachkommen kann, so darf er sein Richteramt für dieses Verfahren niederlegen. Er hat dies dem Gericht unverzüglich mitzuteilen.

[22] (3) Die Verfahrensbeteiligten haben das Recht die Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit zu beantragen. Ebenso kann jeder Richter seine eigene Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit beantragen.

[23] (4) Nimmt ein Richter an Beratungen, Sitzungen oder Entscheidungen in einem Verfahren unentschuldigt nicht teil und haben die übrigen aktiven Richter den abwesenden Richter diesbezüglich ermahnt und eine angemessene Nachfrist von mindestens 13 Tagen zur Mitwirkung gesetzt, und kommt dieser Richter seiner Mitwirkungspflicht nicht nach, so kann er vom konkreten Verfahren ausgeschlossen werden.

[24] (5) Über Befangenheitsanträge und den Ausschluss eines Richters entscheidet das Schiedsgericht ohne dessen Mitwirkung. Entscheidungen über Befangenheitsanträge sind nicht anfechtbar.

[25] (6) Ein zurückgetretener, abgelehnter oder ausgeschlossener Richter wird durch den in der Rangfolge nächsten Ersatzrichter ersetzt. Die Verfahrensbeteiligten sind darüber in Kenntnis zu setzen.

[26] (7) Hat das Gericht nicht mindestens drei Richter, so ist es handlungs- und beschlussunfähig und der Fall wird an das nächsthöhere Gericht verwiesen. Über Befangenheit und Ausschluss eines Richters nach Abs. 5 ist das Gericht mit mindestens zwei Richtern beschlussfähig.

§ 6 - ZUSTÄNDIGKEIT

[27] (1) Zuständig ist generell das Gericht der niedrigsten Ordnung.

[28] (2) Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach der Zugehörigkeit des Mitgliedes zum jeweiligen Landesverband zum Zeitpunkt der Antragsstellung.

[29] (3) Ist der Antragsgegner ein Organ eines Landesverbandes, so ist das Landesschiedsgericht erstinstanzlich zuständig. Ist der Antragsgegner ein Organ des Bundesverbandes, so ist das Bundesschiedsgericht zuständig.

[30] (4) Über Einsprüche gegen Ordnungsmaßnahmen und über Parteiausschlussverfahren entscheidet erstinstanzlich das Landesschiedsgericht des Landesverbandes, bei dem der Betroffene Mitglied ist.

§ 7 - SCHLICHTUNG

[31] (1) Eine Anrufung des Schiedsgerichts erfordert einen vorhergehenden Schlichtungsversuch.

[32] (2) Ein Schlichtungsversuch ist nicht erforderlich bei Parteiausschlussverfahren, bei Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen, bei einer Berufung sowie in den Fällen, in denen das Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit des Verfahrens, die Aussichtslosigkeit oder das Scheitern der Schlichtung feststellt. Entscheidungen des Schiedsgerichts hierzu sind unanfechtbar.

§ 8 - ANRUFUNG

[33] (1) Das Gericht wird nur auf Anrufung aktiv. Antragsberechtigt ist jeder Pirat und jeder Vorstand einer Gliederung, der einen eigenen Anspruch erhebt, in einem eigenen Recht verletzt worden zu sein oder Einspruch gegen eine ihn betreffende Ordnungsmaßnahme erhebt oder geltend macht.

[34] (2) Die Anrufung wird beim Schiedsgericht eingereicht.

[35] (3) Eine formgerechte Anrufung muss in Textform erfolgen und

- Name, Anschrift und weitere Kontaktdaten des Antragstellers,
- Name und Anschrift des Antragsgegners,
- klare, eindeutige Anträge und
- eine Begründung inklusive einer Schilderung der Umstände enthalten.

[36] (4) Die Anrufung kann binnen zwei Monaten seit Bekanntwerden der Rechtsverletzung bzw. Ordnungsmaßnahme erfolgen. Wird eine Schlichtung durchgeführt, so verlängert sich diese Frist entsprechend der Dauer der Schlichtung.

[37] (5) Nach eingegangener Anrufung entscheidet das Gericht über die Zuständigkeit und korrekte Einreichung der Anrufung.

[38] (6) Wird der Anrufung stattgegeben, so wird das Verfahren eingeleitet. Andernfalls erhält der Antragsteller eine begründete Ablehnung mit Rechtsmittelbelehrung. Gegen die Ablehnung ist die sofortige Beschwerde mit einer Frist von 14 Tagen zum nächsthöheren Schiedsgericht möglich. Dieses entscheidet ohne Verhandlung über die Zulässigkeit der Anrufung. Wird der Beschwerde stattgegeben, so wird das Verfahren am ursprünglichen Schiedsgericht eingeleitet.

[39] (7) Schiedsgerichte sind keine Verfahrensbeteiligten.

§ 9 - ERÖFFNUNG

[40] (1) Das Gericht eröffnet das Verfahren nach erfolgreicher Anrufung mit einem Schreiben an die Verfahrensbeteiligten. Das Schreiben informiert über den Beginn des Verfahrens, über die Besetzung des Gerichts und enthält eine Kopie der Anrufung sowie die Aufforderung an den Antragsgegner, binnen einer vom Gericht zu bestimmenden Frist zum Verfahren Stellung zu nehmen.

[41] (2) Jeder Pirat hat das Recht, dem Gericht gegenüber einen Vertreter seines Vertrauens zu benennen, der ihn bis auf Widerruf vertritt. Im Eröffnungschreiben sind die Verfahrensbeteiligten darauf hinzuweisen.

[42] (3) Ist ein Vorstand Verfahrensbeteiligter, so bestimmt dieser einen Vertreter, der ihn bis auf Widerruf vertritt. Ist eine Mitgliederversammlung Antragsgegner, so wird ihr Vertreter durch den Vorstand bestimmt.

[43] (4) Wird das Schiedsgericht aufgrund einer Ordnungsmaßnahme oder eines Parteiausschlussverfahrens angerufen, so enthält das Schreiben zusätzlich die Nachfrage an den betroffenen Piraten, ob dieser ein nichtöffentliches Verfahren wünscht.

§ 10 - VERFAHREN

[44] (1) Das Gericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen; die Beteiligten sind dabei heranzuziehen. Es ist an das Vorbringen und die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden. Das Gericht sorgt dafür, dass die Beteiligten auf alle relevanten Informationen gleichwertigen Zugriff haben.

[45] (2) Zur Aufklärung des Sachverhaltes kann das Gericht jede Person einladen und befragen. Alle Organe der Piratenpartei sind verpflichtet, einer Einladung des Gerichtes zu folgen und dem Gericht Akteneinsicht zu gewähren.

[46] (3) Das Gericht bestimmt für das Verfahren einen beteiligten Richter als Berichterstatter. Die Parteien werden über den Fortgang des Verfahrens durch den Berichterstatter informiert und haben das Recht dazu Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter kann auch durch Geschäftsverteilungsplan bestimmt werden.

[47] (4) Das Gericht fällt das Urteil auf Grund einer mündlichen Verhandlung. Das Gericht kann ein fernmündliches oder schriftliches Verfahren anordnen. Es hat eingehende Anträge der Beteiligten angemessen zu berücksichtigen. Die Entscheidung des Gerichts über die Art des Verfahrens ist nicht anfechtbar.

[48] (5) Das Gericht bestimmt Ort und Zeit der Verhandlung. Die Ladungsfrist beträgt 13 Tage. In dringenden Fällen sowie im Einvernehmen mit den Verfahrensbeteiligtenkann diese Frist bis auf drei Tage abgekürzt werden. Das Gericht kann auch ohne Anwesenheit der Beteiligten verhandeln und entscheiden; die Beteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.

[49] (6) Tritt zwischen der letzten mündlichen Verhandlung und dem Urteilsspruch dem Schiedsgericht ein Richter hinzu, der in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend war, oder wird das Schiedsgericht durch Wahlen ausgewechselt, so ist den Verfahrensbeteiligten erneut Gehör zu gewähren.

[50] (7) Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Das Schiedsgericht kann die Öffentlichkeit auf Antrag ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist. Im Falle des § 9 Abs. 4 SGO ist die Öffentlichkeit auf Antrag des Betroffenen auszuschließen. Nichtöffentliche Verfahren sind von von allen Verfahrensbeteiligten und dem Gericht vertraulich zu behandeln.

[51] (8) Das Gericht kann das Ruhen des Verfahrens anordnen, wenn eine wesentliche Frage des Verfahrens Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens ist, oder vor einem staatlichen Gericht oder einer staatlichen Schiedsstelle anhängig ist oder dies von den einer der Parteien beantragt wird.

§ 11 - EINSTWEILIGE ANORDNUNG

[52] (1) Auf Antrag kann das in der Hauptsache zuständige Gericht nach Eröffnung des Verfahrens einstweilige Anordnungen in Bezug auf den Verfahrensgegenstand treffen.

[53] (2) Einstweilige Anordnungen sind zulässig, wenn die Gefahr besteht dass die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte, oder sie zur vorläufigen Regelung in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis um wesentliche Nachteile abzuwenden nötig erscheint.

[54] (3) Einstweilige Anordnungen oder deren Ablehnung sind den Verfahrensbeteiligten bekanntzugeben und mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

[55] (4) Gegen die einstweilige Anordnung kann innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe Widerspruch eingelegt werden. Auf Antrag ist zeitnah eine Verhandlung zu führen.

[56] (5) Das Schiedsgericht entscheidet über den Widerspruch binnen 14 Tagen oder, falls eine Verhandlung beantragt wurde, unverzüglich im Anschluß an diese. Gegen den Entscheid steht die Berufung als Rechtsmittel zur Verfügung.

[57] (6) Wird eine einstweilige Anordnung abgelehnt, ist hiergegen die sofortige Beschwerde mit einer Frist von 14 Tagen zum nächsthöheren Schiedsgericht zulässig.

§ 12 - URTEIL

[58] (1) Das Urteil soll drei Monate nach Verfahrenseröffnung vorliegen. Die Richter haben auf ein zügiges Verfahren hinzuwirken.

[59] (2) Nach Ablauf von drei Monaten nach Verfahrenseröffnung kann von den Verfahrensbeteiligten Beschwerde beim Berufungsgericht erhoben werden. Dieses kann eine ungebührliche Verfahrensverzögerung feststellen und das Verfahren an ein anderes Schiedsgericht verweisen

[60] (3) Das Urteil enthält einen Tenor, eine Sachverhaltsdarstellung und eine Begründung mit Würdigung der Sach- und Rechtslage. Es wird in geheimer Sitzung mit einfacher Mehrheit gefällt und begründet. Enthaltungen sind bei der Abstimmung nicht zulässig. Die Verfahrensbeteiligten erhalten jeweils eine schriftliche, von allen beteiligten Richtern unterschriebene Ausfertigung.

[61] (4) Ist das Verfahren öffentlich, so wird das Urteil in anonymisierter Form veröffentlicht. Ist das Verfahren nichtöffentlich, so wird nur der Tenor veröffentlicht.

[62] (5) Das Verfahren ist damit abgeschlossen.

§ 13 - BERUFUNG

[63] (1) Gegen erstinstanzliche Urteile steht jedem Verfahrensbeteiligten die Berufung als Rechtsmittel zur Verfügung.

[64] (2) Die Berufung ist binnen 14 Tage nach Urteilsverkündung beim Schiedsgericht der nächsthöheren Ordnung einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen.

[65] (3) Das erstinstanzliche Schiedsgericht stellt dem Gericht der Berufungsinstanz für die Dauer des Berufungsverfahrens die Akten zur Verfügung.

[66] (4) Die Rücknahme der Berufung ist in jeder Lage des Verfahrens ohne Zustimmung des Berufungsgegners zulässig.

§ 14 - DOKUMENTATION

[67] (1) Das Gericht dokumentiert das Verfahren.

[68] (2) Die Verfahrensakte umfasst Verlaufsprotokolle von Anhörungen und Verhandlungen, alle für das Verfahren relevanten Schriftstücke und das Urteil.

[69] (3) Das Gericht kann eine Tonaufzeichnung von einer Verhandlung erstellen. Diese wird gelöscht, wenn die Verfahrensbeteiligten innerhalb eines Monats nach Erhalt des Protokolls keine Einwände erhoben haben.

[70] (4) Die Verfahrensbeteiligten können Einsicht in die Verfahrensakte nehmen.

[71] (5) Nach rechtskräftiger Erledigung sind Verfahrensakten mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Urteile sind unbefristet aufzubewahren.

§ 15 - RECHENSCHAFTSPFLICHT

[72] (1) Während seiner Amtszeit soll das Gericht in regelmäßigen Abständen insbesondere über die Zahl der anhängigen und abgeschlossenen Fälle berichten.

[73] (2) Das Gericht kann bei laufenden Verfahren, bei denen es ein erhebliches parteiöffentliches Interesse feststellt, nach eigenem Ermessen öffentliche Stellungnahmen abgeben. Stellungnahmen zu nicht öffentlichen Verfahren sind unzulässig.

[74] (3) Das Gericht legt dem Parteitag einen Arbeitsbericht vor, der die Fälle der Amtsperiode inklusive Urteil kurz darstellt.

§ 16 - KOSTEN UND AUSLAGEN

[75] (1) Das Schiedsgerichtsverfahren ist kostenfrei. Jeder Verfahrensbeteiligter trägt seine eigenen Auslagen für die Führung des Verfahrens.

[76] (2) Richter erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung. Die notwendigen Auslagen, insbesondere Reisekosten, trägt der jeweilige Gebietsverband.

§ 17 - INKRAFTTRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

[77] (1) Änderungen der Schiedsgerichtsordnung treten mit Beschluss in Kraft.

[78] (2) Die Amtszeit der Richter wird durch die Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt der Wahl gültigen Fassung bestimmt.

[79] (3) Für laufende Verfahren ist die Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung gültigen Fassung maßgebend.

Begründung

[80] Auf dem BPT 2012.1 in Neumünster haben wir eine neue Schiedsgerichtsordnung verabschiedet.

[81] Diese hat neben ein paar kleineren Macken einen großen Makel: sie zieht in §1 Abs 3 die Zivilprozessordnung als Default heran:

[82] *"(3) Soweit diese Schiedsgerichtsordnung nicht anderweitige Regelungen enthält, sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend und ergänzend anzuwenden."*

[83] Das ist erstens problematisch, weil das Parteirecht überraschend wenig mit dem Zivilrecht zu tun hat, sondern im Wesen dem Verwaltungsrecht näher steht. Zweitens umfasst die ZPO 1009 Paragrafen (= 231 Seiten, ZPO bei Gesetze-im-Internet), und enthält unter anderem Bestimmungen, die in unseren Anwendungsfällen nie zum Tragen kommen werden.

[84] Warum nun wollen wir mit diesem Antrag zu einer schlichteren Schiedsgerichtsordnung zurückkehren?

[85] Die parteiinterne Schiedsgerichtbarkeit ist dafür gedacht, dass ein Pirat eine Handhabe hat, wenn er das Gefühl hat, daß seine Mitgliedsrechte verletzt wurden. In diesem Fall sollte es unserer Meinung nach möglich sein,

dass dieser Durchschnittspirat die ∼10 Seiten SGO liest und danach qualifiziert ist, eigenhändig einen Antrag zu schreiben und am Verfahren teilzunehmen.

[86] Das Argument, daß eine komplexere SGO automatisch gerechter wäre, zieht unseres Erachtens nach nicht. Wenn man die SGO liest, fällt schnell auf, dass sie sich fast ausschließlich mit Formal-Foo beschäftigt. Der Teil des Verfahrens, in dem die Gerechtigkeit passiert, wird kaum erwähnt. Insofern wäre eine wesentlich komplexere SGO unserer Meinung nach nur eines: trollanfälliger.

[87] Wir glauben, daß diese Version der SGO zu der Schlichtheit der prä-Neumünster-Fassung zurückkehrt, aber die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre einbezieht.

[88] Dieser Antrag entstand übrigens aus der Zusammenarbeit aus Landes- und Bundesschiedsrichtern, Volljuristen und Laien und basiert auf dem Antrag von Anthem, der mit 90% im Liquid angenommen wurde (Änderung der Schiedsgerichtsordnung).

SÄA039 - Comeback-Verhinderungsklausel für unerwünschte Ex-Mitglieder

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §3 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Crackpille

Zusammenfassung

Ggw. können Ex-Mitglieder nach erfolgreichem PAV einfach wieder in die Partei eintreten. Diese Lücke soll geschlossen werden.

Antragstext

[1] Die Mitgliederversammlung möge beschließen, an § 3 Abs. 2 der Bundessatzung am Ende folgende zwei Sätze anzufügen:

[2] "Ist die sich bewerbende Person zuvor aus der Piratenpartei ausgeschlossen worden oder ist sie nach dem Beschluss, ein Parteiausschlussverfahren gegen sie einzuleiten, selbst aus der Piratenpartei ausgetreten, kommt eine erneute Mitgliedschaft nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes zu Stande. § 3 Abs. 2 Satz 3 findet keine Anwendung, wenn die frühere Mitgliedschaft der sich bewerbenden Person ausschließlich wegen Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages beendet wurde."

[3] § 3 Abs. 2 der Bundessatzung lautet in seiner neuen Fassung damit:

[4] "(2) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand der zuständigen Gliederung, so lange die Satzung der Gliederung nichts anderes bestimmt. Die Ablehnung des Aufnahmeantrags muss dem/der BewerberIn gegenüber schriftlich begründet werden. Ist die sich bewerbende Person zuvor aus der Piratenpartei ausgeschlossen worden oder ist sie nach dem Beschluss, ein Parteiausschlussverfahren gegen sie einzuleiten, selbst aus der Piratenpartei ausgetreten, kommt eine erneute Mitgliedschaft nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes zu Stande. § 3 Abs. 2 Satz 3 findet keine Anwendung, wenn die frühere Mitgliedschaft der sich bewerbenden Person ausschließlich wegen Nichtzahlung des Mitgliedsbeitrages beendet wurde."

Begründung

[5] Gegenwärtig können Ex-Mitglieder nach einem erfolgreichen Parteiauschlussverfahren (PAV) einfach wieder in die Partei eintreten, wenn sie nur irgend einen Ortsverband etc. finden, der sie aufnimmt, bspw. aus Unkenntnis über den vorherigen Ausschluss. Dieser Antrag soll klarstellen, dass ein Eintritt von Personen, die aus der Partei ausgeschlossen wurden oder die vor dem Ausschluss ausgetreten sind, nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Bundesvorstandes möglich ist.

[6] Bei DIE LINKE hat die Schiedskommission diesen Umstand dem Sinn und Zweck nach aus der Satzung hergeleitet1 ; eine Klarstellung in der Satzung ist aber auf jeden Fall besser.

[7] 1 http://www.die-linke.de/partei/weiterestrukturen/gewaehltegremien/schiedskommission/beschluessederbundesschiedskom

SÄA040 - Kein Sponsoring und keine Werbestände auf Bundesparteitagen der PIRATEN

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §11 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Fabio Reinhardt, Lena Simon

Zusammenfassung

Die hier vorgeschlagene Satzungsänderung schiebt Lobbyständen bzw. Werbemaßnahmen von Unternehmen und Verbänden auf Bundesparteitagen der PIRATEN zukünftig einen Riegel vor und schreibt strenge Regeln für das Finden von Ausnahmen vor.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen:

[2] Der aktuell gültigen Satzung der Piratenpartei Deutschland wird in Abschnitt A (Grundlagen) folgendes als § 11b (Sponsoring) hinzugefügt:

[3] § 11b - Sponsoring

[4] (1) Sponsoring, Informations- und Werbestände sowie Give-aways und Verkaufsaktionen, die nicht von der Piratenpartei Deutschland durchgeführt werden, sind auf Bundesparteitagen nicht zugelassen.

[5] (2) Ausnahmen können vor jedem Bundesparteitag durch den Bundesvorstand nach einem von ihm gewählten Auswahlverfahren oder durch ein von ihm bestimmtes Gremium festgelegt werden. Schwerpunkt soll bei der Auswahl die Informationsrelevanz für die Parteimitglieder auf dem Parteitag und die angenommene Parteinähe sein. Die gewählten Ausnahmen müssen spätestens 30 Tage vor dem Bundesparteitag in einer öffentlich einsehbaren Liste aufgelistet werden. Es wird durch die Piratenpartei keinerlei finanzielle Entschädigung angenommen.

Begründung

[6] Ausuferndes Sponsoring auf Parteitagen war bei den Piraten bisher noch nie ein großes Problem. Das liegt wohl daran, dass es ein hohes Maß an Sensibilisierung für das Thema gibt. Trotzdem ist es sinnvoll, in diesem Feld, wo es bisher keine Regelung existiert, die Regelungslücke zu schließen. Es ist klar, dass wir Sponsoring in der Form wie es auf Parteitagen anderer Parteien praktiziert wird, nämlich zur finanziellen aber nicht als Spende verbuchbare Mittelacquise, ablehnen. Daher soll Sponsoring grundsätzlich abgelehnt werden. Gleichzeitig wollen wir uns nicht der Möglichkeit berauben, Organisationen, deren Vorstellung der Ziele und Inhalte für die auf dem Parteitag anwesenden Parteimitglieder interessant sein dürften, als Informationsstände zu präsentieren. Daher muss es Ausnahme geben. Naheliegende Ausnahmen wären zum Beispiel die Jungen Piraten.

[7] Es ist jedoch absehbar, dass zusätzlich zu den Jungen Piraten weitere Ausnahmefälle auftreten werden (wie z.B. die in Planung befindliche parteinahe Stiftung oder parteinahe Berichterstatter wie das Piratorama o.ä.). Wenn es für deren Zulassung jedes Mal einen Beschluss des Bundesparteitages braucht, produzieren wir damit unnötigen Antragsfoo. Es sollte daher eine Regelung gefunden werden, wie der Bundesvorstand die Mitglieder

im Vorfeld des Parteitags in das jeweilige Finden der Ausnahmen beteiligt. Das könnte man zum Beispiel über eine LimeSurvey-Umfrage oder etwas ähnliches durchführen. Diese Ausgestaltung sollte jedoch nicht in der Satzung festgeschrieben werden, sondern im laufenden Prozess entwickelt und verbessert werden. Wichtig ist jedoch, dass die Ausnahmen immer im Vorfeld veröffentlicht werden müssen.

SÄA041 - Die ständige Mitgliederversammlung als Organ der Piratenpartei Deutschland

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt C - §9 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Katja Dathe

Zusammenfassung

Die ständige Mitgliederversammlung als neues Organ erlaubt es uns auch zwischen den Parteitagen Positionspapiere und Stellungnahmen zu beschließen. Sie entlastet die Parteitage, kann Empfehlungen an gewählte Volksvertreter aussprechen und bietet auch jenen die nicht die Zeit und das Geld haben an Parteitagen teilzunehmen die Möglichkeit an der innerparteilichen Willensbildung aktiv und verbindlich teilzunehmen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen:

Antrag Teil 1: Erweiterung der Bundessatzung um das Organ ständige Mitgliederversammlung

[2] **In § 9 Abs. 1 der Bundessatzung werden folgende drei Wörter eingefügt: "'die ständige Mitgliederversammlung"'.**

[3] In § 9 Abs. 1 der Bundessatzung lautet nach der Änderung wie folgt:

[4] § 9 - Organe der Bundespartei

[5] (1) Organe sind der Vorstand, der Bundesparteitag, **die ständige Mitgliederversammlung**, das Bundesschiedsgericht und die Gründungsversammlung.

[6] (2) Die Gründungsversammlung tagt nur einmal, und zwar am 10.09.2006.

[7] **In § 9 Abs. 1 der Bundessatzung werden der folgende Abschnitt c eigefügt:**

[8] § 9c - Die ständige Mitgliederversammlung

[9] (1) Jedes stimmberechtigte Mitglied der Piratenpartei Deutschland hat das Recht, stimmberechtigtes Mitglied der ständigen Mitgliederversammlung zu werden.

[10] (2) Die Geschäftsordnung der ständigen Mitgliederversammlung wird vom Bundesparteitag beschlossen.

[11] (3) Die ständige Mitgliederversammlung ist befugt, offizielle Aussagen der Piratenpartei in Form von Stellungnahmen und Positionspapieren zu entwickeln und zu beschließen.

[12] Darüber hinaus kann sie lediglich Empfehlungen aussprechen.

[13] Die ständige Mitgliederversammlung kann explizit keine Beschlüsse im Sinne des § 9, Abs. 3 Parteiengesetz fassen.

[14] (4) Aussagen der ständigen Mitgliederversammlung die direkt einem aktuell gültigen Wahl- oder Parteiprogramm widersprechen sind nichtig.

[15] (5) Zusätzlich zur konkreten Beschlussfassung unterstützt die ständige Mitgliederversammlung andere Organe sowie die gewählten Volksvertreter der Piratenpartei bei der inhaltlichen Arbeit. Vorstände und Parteitage sind gehalten von der ständigen Mitgliederversammlung beschlossene Anträge bevorzugt zu behandeln. Die Volksvertreter der Piratenpartei mögen Empfehlungen die von der ständigen Mitgliederversammlung beschlossen wurden bei der eigenen Willensbildung berücksichtigen.

Antrag Teil 2: Geschäftsordnung der ständigen Mitgliederversammlung

[16] Der Bundesparteitag gibt der ständigen Mitgliederversammlung folgende Geschäftsordnung.

[17] Geschäftsordnung der ständigen Mitgliederversammlung der Piratenpartei Deutschland

[18] Die ständige Mitgliederversammlung (im Folgenden Versammlung genannt) ist ein Organ der Piratenpartei Deutschland im Sinne des Parteiengesetzes.

[19] § 1 - Versammlungsmitglieder

[20] (1) Jedes stimmberechtigte Mitglied der Piratenpartei Deutschland hat das Recht, als stimmberechtigtes Mitglied der Versammlung akkreditiert zu werden.

[21] (2) Die Akkreditierung erfolgt jeweils für die Dauer von 444 Tagen und kann auf jedem Parteitag einer für das Mitglied zuständigen Gliederung der Piratenpartei Deutschland durch persönliches Erscheinen und Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises durchgeführt werden.

[22] (3) Zur Wahrung der Privatsphäre in der allgemeinen Öffentlichkeit können die Versammlungsmitglieder ein frei wählbares Pseudonym anstelle ihres bürgerlichen Namens verwenden. Der Wunsch nach Pseudonymisierung nach außen ist von den anderen Versammlungsmitgliedern unbedingt zu berücksichtigen.

[23] (4) Alternativ zu Abs. 3 ist es möglich, öffentlich mit bürgerlichen Namen aufzutreten. In diesem Falle wird anstelle des Pseudonyms der Name und die Mitgliedsnummer im System angezeigt und entsprechend gekennzeichnet.

[24] (5) Alle stimmberechtigten Versammlungsmitglieder müssen die Möglichkeit haben, selbständig die Identitäten aller anderen Versammlungsmitglieder zu überprüfen. Um dies zu ermöglichen, werden folgende persönliche Informationen bei der Akkreditierung erhoben und den akkreditierten Versammlungsmitgliedern angezeigt bzw. gem. Abs. 6 auf Nachfrage zur Einsicht vorgelegt:

- die Mitgliedsnummer bei der Piratenpartei Deutschland,
- die Zugehörigkeit zur niedrigsten Gliederung der Piratenpartei Deutschland,
- der bürgerliche Name (gem. Personalausweis oder Reisepass),
- Ort und Zeit der letzten persönlichen Akkreditierung gem. Abs. 2,
- der Name der Person, die die Akkreditierung gem. Abs. 2 durchgeführt hat,
- eine Prüfsumme über den bürgerlichen Namen und die Mitgliedsnummer.

[25] (6) Die in Abs. 5 genannten persönlichen Informationen werden direkt im verwendeten Liquid-Democracy-System gespeichert und nur den angemeldeten Benutzern angezeigt.

[26] Es ist möglich, der elektronischen Speicherung und der versammlungsinternen Anzeige der persönlichen Daten zu widersprechen.

[27] In diesem Fall werden stattdessen die in Abs. 5 genannten persönlichen Informationen und zusätzlich ein aktuelles Lichtbild in Papierform in der Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei unter Verschluss gehalten und gegen Vorlage der passenden Prüfsumme anderen stimmberechtigten Mitgliedern der Versammlung zur persönlichen Einsicht vorgelegt.

[28] In der Bundesgeschäftsstelle wird protokolliert, wer wann welche Daten eingesehen hat. Das Protokoll kann die betroffene Person jederzeit einsehen.

[29] Informationen über die unter Verschluss gehaltenen Daten dürfen an andere Versammlungsmitglieder weiterkommuniziert, aber nicht veröffentlicht werden. Das Anfertigen von Lichtbildkopien ist nicht gestattet.

[30] § 2 - Versammlung

[31] (1) Die Versammlung tagt ständig, öffentlich, dezentral und online nach den in § 5 definierten Prinzipien der Liquid Democracy.

[32] (2) Alle Entscheidungsprozesse werden öffentlich und transparent dokumentiert. Geheime Abstimmungen finden nicht statt.

[33] (3) Die Versammlung kann entsprechend den nach Parteiengesetz bzw. Bundessatzung zulässigen Gebietsgliederungen der Piratenpartei regionale Unterversammlungen bilden. Die Mitarbeit in den einzelnen Unterversammlungen steht allen Mitgliedern der entsprechenden Gliederung offen. Falls die entsprechende Gliederung nicht existiert, steht die Mitarbeit allen Mitgliedern der nächst höheren existierenden Gliederung offen, die ihren Hauptwohnsitz in dem entsprechenden Gebiet haben.

[34] (4) Die Versammlung ist auf jeweiliger Gliederungsebene beschlussfähig, wenn der niedrigste zuständige Parteitag explizit beschlossen hat, mit der ständigen Mitgliederversammlung auf Gliederungsebene zusammenzuarbeiten und mindestens X^0.75 Versammlungsmitglieder akkreditiert sind. Die Zahl X ist dabei die Anzahl der stimmberechtigten Parteimitglieder dieser Gliederung, zu Beginn des laufenden Quartals.

[35] (5) Die Versammlung und ihre Unterversammlungen können ihre Arbeit nach Themenbereichen unterteilen. Die Mitarbeit in den einzelnen Themenbereich steht allen Versammlungsmitgliedern der entsprechenden Gliederungsebene offen.

[36] (6) Es ist möglich, durch die Bestimmung einer globalen Vertretung passiv an der Versammlung teilzunehmen. Die Vertretung kann jederzeit direkt in der Software, im Rahmen der persönlichen Akkreditierung oder per Brief mit frankiertem Rückumschlag bestimmt und abgefragt werden. Für die Teilnahme per Brief ist es erforderlich, dass bei der persönlichen Akkreditierung eine gültigen Postanschrift hinterlegt wird. Bezüglich der Vertretung gilt § 5, Abs. 4.

[37] § 3 – Anträge und Beschlüsse

[38] (1) Alle Versammlungsmitglieder sind berechtigt, Anträge direkt an die Versammlung zu stellen. Anonyme oder von externen Personen eingereichte Anträge werden von den Mitgliedern des Versammlungssekretariats (§ 4) entgegengenommen und innerhalb von maximal drei Wochen entsprechend gekennzeichnet eingebracht.

[39] (2) Anträge gelten als beschlossen, wenn sie von der Versammlung mindestens zwei mal unabhängig voneinander positiv abgestimmt wurden. Die letzte, bestätigende Abstimmung muss eindeutig als solche gekennzeichnet sein. Falls eine Themenbereichsunterteilung gem. § 2 Abs. 4 existiert, werden alle bestätigenden Abstimmungen in einem gesonderten Themenbereich durchgeführt.

[40] (3) Eine positive Abstimmung setzt grundsätzlich die Zustimmung von mehr als 50% der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen voraus. Wenn mehrere konkurrierende Anträge in einer gemeinsamen Abstimmung die erforderliche Mehrheit erreichen, gilt nur der Gewinner als angenommen. Es ist jedoch möglich, mehrere nicht-konkurrierende Anträge oder Antragsteile in einer gemeinsamen Abstimmung zu beschließen.

[41] (4) In der Vergangenheit gefasste Beschlüsse können durch die Fassung neuer Beschlüsse verändert oder aufgehoben werden.

[42] § 4 - Versammlungssekretariat

[43] (1) Die Mitglieder des Versammlungssekretariats werden vom Bundesvorstand bestimmt. Sie müssen selbst stimmberechtigte Mitglieder der Versammlung sein.

[44] (2) Das Versammlungssekretariat erledigt ausschließlich folgende verwaltende Aufgaben:

[45] inhaltlich neutrale Dokumentation und Publikation aller gefassten Beschlüsse

[46] Annahme und Vorlage von externen und anonymen Anträgen und Anregungen (vgl. § 3 Abs. 1),

[47] Wiedervorlage positiv abgestimmter externer oder anonymer Anträge (vgl.§ 3 Abs. 2).

[48] (3) Das Sekretariat nimmt selbst keine Veränderungen an eingereichten Anträgen oder gefassten Beschlüssen vor. Die Mitglieder der Versammlung und besonders die des Versammlungssekretariats sind gehalten, Antragssteller zu unterstützen oder Änderungsanträge zu gefassten Beschlüssen mit sprachlichen, formalen oder inhaltlichen Fehlern einzureichen.

[49] § 5 - Anforderungen an das verwendete Liquid Democracy System

[50] (1) Alle stimmberechtigten Versammlungsmitglieder sind im System gleich. Auf die Priviligierung Einzelner (z.B. zur Moderation des Diskurses) wird vollständig verzichtet.

[51] (2) Alle Versammlungsmitglieder haben die Möglichkeit, selbständig Anträge ins System zu stellen. Zulassungsquoren und Antragskontingente sind zulässig, aber für alle gleich. Eingebrachte Anträge können nicht gegen den Willen der Antragsteller von anderen verändert oder gelöscht werden. Stattdessen hat jedes Versammlungsmitglied die Möglichkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitraums Alternativanträge einzubringen.

[52] (3) Das eingesetzte Abstimmungsverfahren darf Anträge, zu denen es ähnliche Alternativanträge gibt, nicht prinzipbedingt bevorzugen oder benachteiligen. Es ist möglich, mehreren konkurrierenden Anträgen gleichzeitig zuzustimmen. Der Einsatz eines Präferenzwahlverfahrens ist hierbei zulässig.

[53] (4) Jedes stimmberechtigte Versammlungsmitglied kann ein anderes stimmberechtigtes Mitglied bis auf Widerruf als Vertretung benennen. Die Vertretung übernimmt dabei alle Rechte und Stimmgewichte, von denen das Mitglied nicht selbst Gebrauch macht (auch solche die es in Vertretung anderer verwendet). Es ist möglich, für verschiedene Themen, Themenbereiche oder Gliederungsebenen verschiedene Vertretungen zu bestimmen.

[54] (5) Das Stimmgewicht eines Versammlungsmitglieds wird automatisch inaktiviert, wenn dieses sich über einen Zeitraum von 222 Tagen nicht am System angemeldet hat. Bei der nächsten Anmeldung wird das Stimmgewicht automatisch reaktiviert. Das Setzen und Abfragen der persönlichen Vertretung per Brief gilt als Anmeldevorgang.

[55] (6) Die Bestimmung von persönlichen Vertretungen wird automatisch inaktiviert, wenn diese über einen Zeitraum von 222 Tagen nicht bestätigt wurden.

[56] (7) Jedem stimmberechtigten Versammlungsmitglied ist Einsicht in den abstimmungsrelevanten Datenbestand des Systems zu gewähren. Während einer laufenden Abstimmung darf der Zugriff auf die entsprechenden Abstimmdaten anderer Mitglieder vorübergehend gesperrt werden.

Antrag Teil 3: Konstituierung der ständigen Mitgliederversammlung

[57] Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Konstituierung der ständigen Mitgliederversammlung gemäß Bundessatzung § 9 zu schaffen, ein zuständiges Mitglied des Vorstands zu benennen und die dafür notwendigen Beauftragungen auszusprechen:

[58] Die Beauftragten werden mit Unterstützung des zuständigen Vorstandsmitglieds

- die Mitglieder der Piratenpartei über das neue Organ "ständige Mitgliederversammlung" informieren und zur Teilnahme einladen.
- der ständigen Mitgliederversammlung eine eigene auf Version 2 basierende Instanz im bundesweiten LiquidFeedback System der Piratenpartei zur Verfügung stellen. Beauftragungen, Betriebsparameter, Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung werden prinzipiell übernommen und gemäß den Bestimmungen in Bundessatzung und Geschäftsordnung der ständigen Mitgliederversammlung angepasst.
- folgende Regelwerke einrichten:

[59] Normalverfahren: Zur Vorbereitung aller Beschlüsse der ständigen Mitgliederversammlung.

[60] Bis 15 Tage Neu, 30 Tage Diskussion, 8 Tage Eingefroren, 15 Tage Abstimmung.

[61] 15% Quorum für Thema und Initiative. Mehrheit: >50%.

[62] Schnelles Meinungsbild: Nur für unverbindliche Meinungsbilder.

[63] Bis 3 Tage Neu, 3 Tage Diskussion, 1 Tag Eingefroren, 3 Tage Abstimmung.

[64] 10% Quorum für Thema und Initiative. Mehrheit: >50%.

[65] **Beschlussfassung:** Zur Bestätigung bereits positiv abgestimmter Initiativen.

[66] Bis 15 Tage Neu, 0 Tage Diskussion, 1 Tage Eingefroren, 15 Tage Abstimmung.

[67] 5% Quorum für Thema und Initiative. Mehrheit: >50%.

[68] **Antrag auf Aussetzen der Beschlussfassung:** Bezieht sich auf eine bereits positiv abgestimmte Initiative.

[69] Falls dieser Antrag angenommen wird, wird die bestätigende zweite Abstimmung der Initiative nicht gestartet oder abgebrochen. Die Initiative kann dann zum Beispiel auf einem Parteitag in geheimer Abstimmung behandelt werden. Bis 8 Tage Neu, 1 Tage Diskussion, 1 Tage Eingefroren, 8 Tage Abstimmung

[70] 10% Quorum für Thema und Initiative. Mehrheit: >50%.

- folgende Themenbereiche einrichten:

[71] Alle Bereiche des bestehenden Systems außer 'LiquidFeedback Weiterentwicklung' mit den Regelwerken:

[72] Normalverfahren

[73] Schnelles Meinungsbild

[74] Beschlussfassung (gemäß GO § 3, Abs.2) mit den Regelwerken

[75] Beschlussfassung

[76] Antrag auf Nichtbefassung.

- die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, dass auf den Parteitagen aller Gliederungen die persönliche Akkreditierung zur ständigen Mitgliederversammlung (gem. deren Geschäftsordnung § 1 Abs. 2 und 5 sowie § 2 Abs. 6) durchgeführt werden kann.
- ein Onlineforum zur Diskussion laufender Initiativen bereitstellen.
- die für den Betrieb des Systems notwendigen Prozesse mit dem zuständigen Datenschutzbeauftragten, den Softwareentwicklern und anderen Beteiligten besprechen, unabdingbare Änderungen durchführen und das System vorläufig in Betrieb zu nehmen. Alle Änderungen werden öffentlich dokumentiert und auf dem nächsten Bundesparteitag erneut abgestimmt.

Begründung

[77] Das wichtigste Ziel dieses Vorschlags ist, die Parteitage zu entlasten.

[78] Ein Teil der inhaltlichen Arbeit soll zukünftig in die "ständige Mitgliederversammlung" (ein neues Organ im Sinne des § 8, Abs. 2 Parteiengesetz) verlagert werden.

[79] Diese Versammlung kann selbständig Positionspapiere und offizielle Aussagen der Piratenpartei (aber keine Programmänderungen) beschließen.

[80] Die ständige Mitgliederversammlung tagt dauerhaft und online nach dem Prinzip der Liquid Democracy. Wie gewohnt, kann jeder Pirat Teil der Versammlung sein und sich voll beteiligen. Die Akkreditierung erfolgt persönlich und für ein gutes Jahr im Rahmen der Akkreditierung auf einem Parteitag einer beliebigen zuständigen Gebietsgliederung.

[81] Zum Schutz der Privatsphäre in der Öffentlichkeit ist es möglich, ein Pseudonym zu verwenden. Um die Überprüfbarkeit der Abstimmungsergebnisse zu gewährleisten, sind die Identitäten durch alle stimmberechtigten Versammlungsmitglieder erfragbar.

[82] Der Antrag besteht aus drei Teilen:

- Erweiterung der Bundessatzung um die ständige Mitgliederversammlung

- Geschäftsordnung der ständigen Mitgliederversammlung
- Konstituierung der ständigen Mitgliederversammlung

[83] Die drei Teile können gemeinsam (mit 2/3 Mehrheit) abgestimmt werden, weil sie einzelen sowieso keinen Sinn machen.

[84] Viele weitere Informationen finden sich in der LiquidFeedback Initiative.

SÄA042 - Verteilung der Parteienfinanzierung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §15 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze sowie sehr viele Finanzratsmitglieder und die Mehrheit des Verwaltungstreffens vom 20.10.2012

Zusammenfassung

Verteilung der Parteienfinanzierung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, den § 15 Abs. 2 der Bundesfinanzordnung wie folgt zu ändern und einen neuen Absatz (3) einzufügen: (2) Über die Verteilung der staatlichen Mittel, die nicht direkt an die Landesverbände ausbezahlt werden, entscheidet der Bundesvorstand. Dabei wird er die Beschlussempfehlung des Finanzrates berücksichtigen. (3) Die Landesverbände zahlen bis zum 28.02. eines jeden Jahres die Hälfte ihrer direkten Zuwendungen aus der staatlichen Teilfinanzierung des Vorjahres an den Bundesverband, damit dieser nach dem folgenden Schlüssel einen Finanzausgleich an alle Landesverbände vornehmen kann: - 50% der Mittel für den Finanzausgleich werden in 26 gleiche Teile aufgeteilt. Hiervon erhält jeder Landesverband 1 Teil und der Bund behält 10 Teile - 25 % der Mittel werden an die Landesverbände anteilig nach Fläche der Bundesländer aufgeteilt - 25 % der Mittel werden an die Landesverbände anteilig nach Einwohnerzahl der Bundesländer aufgeteilt

[2] Begründung: Die Bundesverbände der Parteien haben für einen angemessenen Finanzausgleich für ihre Landesverbände Sorge zu tragen. § 22 PartG

Begründung

[3] Die Bundesverbände der Parteien haben für einen angemessenen Finanzausgleich für ihre Landesverbände Sorge zu tragen. § 22 PartG

[4] Bisher konnte der Finanzausgleich durch die Mittel, die der Bund direkt von der Bundestagsverwaltung erhielt, erfolgen. Für 2012 wird der größte Teil der Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung am 15.02.2013 direkt als Vorwegzahlung an die Landesverbände ausgezahlt werden, die bereits Landtagswahlen hatten. Hierdurch entsteht ein sehr großes Ungleichgewicht, weil einige LVs noch gar keine Wahlen hatten und vier LVs sehr hohe Stimmenanteile erhalten haben. Da unsere Einnahmen im berücksichtigungsfähigen Jahr 2011 zu niedrig waren, würde für die restlichen 12 LVs und den Bund nur ein minimaler Betrag übrig bleiben.

[5] Der Finanzrat hat für den o.a. SÄA auf seinem Real-Treffen am ein Meinungsbild eingeholt. 20 Finanzratsmitglieder waren dafür und 5 Finanzratsmitglieder waren dagegen: http://wiki.piratenpartei.de/Finanzrat/Treffen/2012-06-30/Protokoll#Diskussion_des_Finanzrates_zur_Parteienfinanzierung

[6] Auf einer Mumble-Sitzung am 28.09.2012 war der Finanzrat nicht beschlussfähig. Hier ergab ein Meinungsbild, dass 7 von 13 Finanzräten dafür waren: http://wiki.piratenpartei.de/Finanzrat/Treffen/2012-09-28

[7] Die Mumble-Sitzung vom 25.10.2012 war ebenfalls nicht beschlussfähig. Hier ergab ein Meinungsbild 14 Ja und 3 Neinstimmen. Protokolllink folgt

SÄA043 - Ausstellung von Spendenbescheinigungen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §13 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze sowie sehr viele Finanzratsmitglieder

Zusammenfassung

LVs können andere Regelungen beschliessen, wer Spendenbescheinigungen ausfüllt

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, dem §13 einen weiteren Satz hinzuzufügen:

[2] Der Landesverband kann abweichende Regelungen beschließen.

Begründung

[3] In den Landesverbänden, wo die Buchhaltung zentral erledigt wird, kann eine sinnvolle Regelung für die Ausstellung von Spendenbescheinigungen beschlossen werden.

SÄA044 - Aufstellung eines Haushaltsplan

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §16 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze und viele Mitglieder des Finanzrats

Zusammenfassung

Konkretisierung bei der Aufstellung des Haushaltplan

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, dass der § 16 Absatz (1), wie folgt geändert wird:

[2] (1) Der Bundesschatzmeister und die Schatzmeister der Landesverbände stellen jedes Kalenderjahr vorab für ihre jeweilige Gliederung einen Haushaltsplan auf, der vom Vorstand beschlossen wird. Ist es absehbar, dass der Haushaltsansatz nicht ausreicht, hat der Schatzmeister unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen.

Begründung

[3] Bisher war nicht definiert, welcher Schatzmeister für welche Gliederung einen Haushaltsplan aufstellt. Das wird mit diesem Antrag konkretisiert. Weiterhin sind die Gliederungen unterhalb eines Landesverbands mit Annahme dieser Satzungsänderung davon befreit.

SÄA045 - Beschlussfähigkeit des Finanzrat

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §22 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Schwan und viele Mitglieder des Finanzrates

Zusammenfassung

Anpassung der Beschlussfähigkeit des Finanzrat an die Realität

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, dass der § 22 Absatz (4) wie folgt geändert wird:

[2] Der Finanzrat ist beschlussfähig, wenn mindestens elf Landesverbände vertreten sind.

Begründung

[3] Wir haben in diesem Jahr festgestellt, dass die bisherige Regelung nicht erfüllt wurde, wenn wir zu zustätzlichen Mumble-Treffen eingeladen haben.

SÄA046 - Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §24 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Swanhild Goetze und viele Mitglieder des Finanzrat

Zusammenfassung

Klarstellung, dass der Bund oder sein Beauftragter einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb innerhalb der Piratenpartei eröffnen und unterhalten dürfen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, § 24 wie folgt zu ändern:

[2] Es ist den Gliederungen der Piratenpartei außer dem Bundesverband grundsätzlich nicht gestattet, einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu eröffnen oder zu unterhalten. Über Ausnahmen entscheidet der Bundesschatzmeister oder sein Beauftragter nach Maßgabe einer Geschäftsordnung. Die Abwicklung von unternehmerischen Tätigkeiten ist von einem Beauftragten zu besorgen, der vom Bundesvorstand bestellt wird.

Begründung

[3] Die bisherige Formulierung war unklar, ob der Bund überhaupt einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betreiben darf. Deshalb ist diese Änderung notwendig.

SÄA047 - Aufnahme des Misstrauensvotums

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9 PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Nutella

Zusammenfassung

Dem Bundesparteitag soll es erlaubt sein, einzelne Mitglieder des BuVo abzuwählen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den § 9b Abs. 2 wie folgt zu ändern:

[2] "Nach dem S. 3 wird folgender neuer S. 4 eingefügt: Auf Antrag von 100 akkreditierten Teilnehmern kann der Bundesparteitag einzelne Mitglieder des Bundesvorstands auch vor Ablauf der Amtszeit nach § 9a Abs. 3 dieser Satzung abwählen."

Begründung

[3] Bisher liegt die Gestaltung der Tagesordnung allein in der Hand des Vorstands. Es gibt keine Möglichkeit für die Mitglieder, die Gestaltung der Tagesordnung anzupassen und Personenwahlen gegen den BuVo durchzusetzen. Es gibt auch nicht die Möglichkeit, einzelne Mitglieder des BuVo abzuwählen. Die einzige Möglichkeit, Mitglieder des Bundesvorstands abzuwählen, wäre die Neuwahl des gesamten Bundesvorstands auf Antrag von 1/10 der Mitglieder. Dies ist allerdings sehr aufwändig und nicht vor Ort auf einem BPT möglich.

SÄA048 - Liberalisierung/Regelung der Pressearbeit

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - neuer § LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Nordpirat, Wika, Blackbird59, Stefan Kottas, tunefish, Eve

Zusammenfassung

Dieser Antrag stellt Regelungen für die Pressearbeit auf.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen, den folgenden Antrag an geeigneter Stelle der Satzung einzufügen:

[2] Für öffentliche Aussagen im Namen der Piratenpartei Deutschland gelten die folgenden Regelungen:

- Pressemitteilungen im Namen der Piratenpartei Deutschland sollen durch die SG Presse oder den Bundespressesprecher herausgegeben werden.
- Mitteilungen, die eine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland sind, müssen durch Grundsatzprogramm oder aktuelles Bundestagswahlprogramm gedeckt sein.
- Die Piratenpartei Deutschland wird nach außen primär durch den Vorstand sowie zu diesem Zweck vom Vorstand oder dem Bundesparteitag beauftragte Personen oder Gruppen vertreten. Weiterhin haben Pressesprecher von Landes- und Kreisverbänden sowie Direkt- und Listenkandidaten die Möglichkeit, die Piratenpartei durch Pressemitteilungen oder andere öffentliche Äusserungen zu repräsentieren.Meinungen, welche vom Grundsatzprogramm oder dem Bundestagswahlprogramm abweichen, müssen als solche gekennzeichnet werden und sind nicht offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland.
- Dokumentierte Arbeitsstände von AGs, Positionspapiere, politische Standpunkte, Meinungen und Visionen müssen als solche gekennzeichnet sein. Sofern diese Grundsatzprogramm oder Bundestagswahlprogramm widersprechen, muss dies zusätzlich dargestellt werden.
- Persönliche Meinungen einzelner Piraten oder Gruppen innerhalb der Piratenpartei müssen im Rahmen von Pressemitteilungen oder anderen öffentliche Äusserungen gegebenenfalls als programmatisch nicht abgedeckt gekennzeichnet sein.Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um eine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland handelt.
- Äusserungen, welcher der Satzung widersprechen, dürfen nicht in einer Form geäussert werden, welche den Eindruck erwecken, dass dies eine Meinung der Piratenpartei Deutschland sei.

Begründung

[3] Es wird bisher in der Medien- und Pressearbeit bei herauszugebenden Pressemitteilungen grundsätzlich die Beschränkung beachtet, dass eine Pressemitteilung durch das Grundsatz- oder zumindest das aktuelle Wahlprogramm inhaltlich gedeckt wird.

[4] Dies verhindert oftmals, dass erfolgreiche Medienarbeit zu Themen geleistet werden kann, die in den Programmen zwar noch nicht vertreten sind, in der Basis, kanalisiert in AGs oder ähnlichen Strukturen, jedoch bereits ausführlich bearbeitet werden und oftmals eine ernstzunehmende inhaltliche Meinungsäusserung in Form eines Arbeitsstandes darstellen können.

[5] Die Piratenpartei Deutschland erleidet dadurch direkt Schaden, da in der öffentlichen Meinung weiterhin das Bild vorherrscht, die Piraten hätten zu vielen wichtigen Themen keine Meinung.

[6] Wir empfehlen den Landesverbänden eine entsprechende Regelung in ihre jeweilige Satzung aufzunehmen.

Antragsteller:

- Nordpirat
- Wika
- Blackbird59
- Stefan Kottas
- tunefish
- Eve

SÄA049 - Bundesvorstand und Transparenz

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Felix Just, Rolf Schümer

Zusammenfassung

Die Satzung der Piratenpartei wird wie folgt geändert:

Im §9a Der Bundesvorstand wird nach Abs.6 als Abs.7 eingefügt: Der Bundesvorstand tagt grundsätzlich öffentlich. In Ausnahmefällen kann ein nicht-öffentlicher Teil beschlossen werden, Begründung und Abstimmung hierfür erfolgen im öffentlichen Teil.

Antragstext

[1] Der BPT möge beschließen, dass die Satzung der Piratenpartei wie folgt geändert wird:

[2] Im §9a Der Bundesvorstand wird nach Abs.6 als Abs.7 eingefügt: “ Der Bundesvorstand tagt grundsätzlich öffentlich. In Ausnahmefällen kann ein nicht-öffentlicher Teil beschlossen werden, Begründung und Abstimmung hierfür erfolgen im öffentlichen Teil. “

[3] Dann folgt der bereits bestehende Absatz zur Geschäftsordnung als Abs. 8, die weiteren verschieben sich entsprechend.

Begründung

[4] Öffentlichkeit und Transparenz, die wir von anderen politischen Parteien, Institutionen usw. einfordern, muss auch für uns gelten. Sie bietet zudem jedem Vorstandsmitglied die Möglichkeit, geschützt vor Gerüchten, Spekulationen und Misstrauen zu arbeiten.

SÄA050 - Kleinerer Bundesvorstand ab der nächsten Wahl

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Der Bundesvorstand wird auf 6 Mitglieder verkleinert, die verstärkt Aufgaben delegieren sollten. Dadurch eingesparte Zeit und Geld kann sinnvoller verwendet werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen, Abschnitt A: §9a (1) der Bundessatzung wie folgt zu ersetzen:

[2] **Der Bundesvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, einem Schatzmeister, einem Generalsekretär sowie jeweils einem Stellvertreter für die zuvor genannten Ämter.**

[3] und in §9a (10) Satz 2 den Punkt 1. durch “der Vorstand **weniger als vier** handlungsfähige Mitglieder besitzt.“ zu ersetzen, sowie die Ämter des aktuell amtierenden Bundesvorstands bis zu dessen Neuwahl unverändert zu belassen.

Begründung

[4] Der bisherige Bundesvorstand mit 9 Mitgliedern ist unnötig gross. Die gleiche Arbeit liesse sich auch durch vermehrte Vergabe von Beauftragungen erledigen und dadurch sehr viel Geld (bis zu 42.000 EUR) und Zeit für den Vorstand bzw. dessen Wahl einsparen. Das gesparte Geld liesse sich z.B. für Wahlkampf, einen weiteren Parteitag oder finanzielle Unterstützung für den Vorstand nutzen. Durch die Reduktion auf insgesamt 6 Vorstandsmitglieder (3 Ämter inkl. deren Stellvertreter) mit klar unterschiedlichen Aufgabengebieten wäre die Partei hinreichend gegen einen handlungsunfähigen Vorstand bei Rücktritten abgesichert. Weiterhin ist dadurch der Parteitag nicht gezwungen den Vorstand mit unnötigen “Verlegenheitskandidaten“ aufzufüllen, die nur recht geringen Rückhalt in der Basis haben.

Detaillierte Begründung

[5] Auf Bundesebene fällt so viel Arbeit an, dass sie selbst mit einem wesentlich grösseren Vorstand nicht alleine bewältigt werden könnte. Daher delegiert der Vorstand die Arbeit an Parteimitglieder und Externe. Neben der sorgfältigen Auswahl von Beauftragten hat der Vorstand zwingend die von der Öffentlichkeit oder Parteiengesetz erwartete Aufgaben der Repräsentation (u.a. in Medien) und Geschäftsführung (Finanzen, Verträge) zu erfüllen.

[6] Bei der aktuellen Grösse des Vorstands sind für die Basis die Aufgabenbereiche und Tätigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder kaum noch überschaubar und nachvollziehbar. Für viele Aufgaben bestehen berechtigte Zweifel, ob dafür ein Vorstandsamt statt einer Beauftragung notwendig ist.

[7] Auch ist der Aufwand pro Vorstandsamt für die Partei relativ hoch: Alleine die Wahl dauert ca. 2Std und kostet damit bei ca. 43EUR/Minute an einem BPT ca. 5.100 EUR. Diese wertvolle Zeit könnte man für Inhalte oder

gründlicheres Grillen der anderen Ämter nutzen. Dazu kommen laut aktuellem Budgetplan ca. 9.000EUR/Jahr Reisekosten und Budget pro Vorstandsamt. Für 3 eingesparte Ämter fallen also bis ca. 42.000 EUR Kosten weg (allerdings sind dann die Kosten für die Beauftragten etwas höher).

[8] Diese eingesparten Gelder liessen sich z.B. für Wahlkampf, einen weiteren Parteitag oder in Zukunft für einen bezahlten BuVo SÄA054 Nutzen, damit nicht nur wenige Privilegierte oder Lebenskünstler diesen Vollzeitjob übernehmen können und damit mehr fähige Kandidaten zur Auswahl stehen.

[9] Daher soll die Vorstandsgrösse auf 6 Mitglieder mit klar voneinander abgegrenzten Aufgabenbereichen reduziert werden. Diese Eingrenzung der Aufgaben erleichtert es dem BPT, dazu passende Kandidaten zu wählen.

[10] Eine Aufgabenverteilung für die Ämter **könnte** wie folgt aussehen:

- **Vorsitzender und stellv. Vorsitzender**: diese Ämter übernehmen die politische Repräsentation und vertreten die Parteipositionen gegenüber der Öffentlichkeit (incl. Medien). Sie sollen rhetorisch und medial geschult sein, das Parteiprogramm sehr gut kennen und mit den Pressesprechern eng zusammenarbeiten. Der Stellvertreter könnte dabei eher die Aufgabe übernehmen, den Finger in die Wunden der anderen Parteien zu legen.

- **Schatzmeister und stellv. Schatzmeister**: die Finanzierung ist essentiell für die Partei und sollte in der Hand von Fachleuten liegen, die politisch neutral sind. Wesentliche Aufgaben (Spenden §25, Rechenschaftsbericht §23 PartG) darf der gewählte Schatzmeister laut Parteiengesetz nicht delegieren, so dass bei einem Rücktritt die Partei finanziell handlungsunfähig wäre. Der Stellvertreter könnte sich um die Einnahmen, der Schatzmeister sich mehr um Ausgaben und Buchhaltung kümmern.

- **Generalsekretär und stellv. Generalsekretär**: die innerparteiliche Organisation und Demokratie, das Tagesgeschäft und die Mitgliederverwaltung liegt in der Hand der Generalsekretäre. Sie sollten Organisationstalente sein und sehr gut koordinieren und delegieren können. Der Stellvertreter könnte sich eher auf die IT spezialisieren.

[11] Manche glaube, ein Vorstand müsse aus einer ungeraden Anzahl von Mitgliedern bestehen, damit bei Beschlüssen immer eine eindeutige Mehrheit zustande kommt. Das ist jedoch nicht zu Ende gedacht, da bereits bei einer Enthaltung oder einem Rücktritt wieder eine gerade Anzahl vorliegt, und man z.B. in der GO festlegen könnte, dass bei Gleichstand der Vorsitzende entscheidet oder man einfach weiter diskutiert.

[12] Eine solche Änderung der Vorstandsgröße sollte unbedingt vor einem Wahlparteitag (möglicherweise schon der BPT2013.1) durchgeführt werden, damit man sich entsprechend auf die Wahl vorbereiten kann.

[13] Dieser Antrag konkurriert mit SÄA004.

bisherige Absätze

[14] (1) Der Bundesvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister, dem politischen Geschäftsführer, dem Generalsekretär sowie drei Beisitzern.

[15] (10) Satz 2: Der Bundesvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn

- der Vorstand höchstens vier handlungsfähige Mitglieder besitzt.
- der Vorstand sich selbst für handlungsunfähig erklärt.

SÄA051 - Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §24

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MacGyver1977 (Volker John), toso (Torsten Sommer), Carsten Trojahn, Ralf Gloerfeld, Michele Marsching (mmarsching)

Zusammenfassung

Anpassen von §24 der Finanzordnung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen in der Satzung den §24 der Finanzordnung durch folgende Formulierung zu ersetzten:

[2] § 24 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (1) Das Eröffnen oder Unterhalten von wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben im Namen der Piratenpartei Deutschland ist von einem, durch den Bundesvorstand zu bestellenden, Beauftragten zu besorgen.

[3] (2) Abweichende Regelungen für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe im Namen einzelner Untergliederungen können in den Satzungen der betreffenden Landesverbände getroffen werden.

[4] (3) Treffen die entsprechenden Landesverbände keine Regelungen, so fallen die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe der entsprechenden Gliederung in die Verantwortung der Bundespartei.

Begründung

[5] Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe im Namen der Piraten auf Bundesebene dürfen weiterhin nur durch den Bundesvorstand initiiert werden. Für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe im Namen der Untergliederungen müssen von den jeweiligen Landesverbänden Regelungen in ihren Satzungen getroffen werden. Treffen die Landesverbände keine Regelungen, ist für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe erneut der Bundesvorstand zuständig. Dadurch wird an dieser Stelle nicht mehr in die Finanzautonomie der Verbände eingegriffen. Da für eine Gründung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes umfassende rechtliche Recherchen und Prüfungen der Voraussetzungen erforderlich sind, ergeben sich automatisch die nötigen Absprachen mit den anderen Gliederungen. Des Weiteren wiederspricht die aktuelle Fassung der Philosophie der Piraten und schließt parallel Strukturen gänzlich aus. Eine Entwicklung hin zur Top-Down Mentalität ist nicht in Einklang mit dem Verständnis der Piraten für eine neue und offene Politik zu bringen.

SÄA052 - Änderung der Schiedsgerichtsordnung - Transparenzgebot

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt C- neuer §

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Notar1957

Zusammenfassung

Die Schiedsgerichtsverfahren müssen für die Verfahrensbeteiligten transparent werden, was nach der derzeitigen Praxis des BSG nicht hinreichend der Fall ist.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgende Änderung der Bundesatzung, Teil C, beschließen:

[2] Nach § 15 wird folgendes eingefügt:

[3] "§ 15 a Transparenzgebot

[4] (1) Entscheidungen des Rechtsmittelgerichtes sind den erstinstanzlichen Gerichten zur Kenntnis zu übermitteln.

[5] (2) Das Schiedsgericht hat Anträge, Stellungnahmen, Erklärungen jeglicher Art, auch dienstliche Erklärungen von Richtern zu ihrer etwaigen Befangenheit, sowie Verfügungen und Beschlüsse des Gerichtes gegenüber Dritten den Parteien des betreffenden Verfahrens unverzüglich öffentlich zu machen."

Begründung

[6] Eigentlich bedürfte bei unbefangener Betrachtung die hier beantragte Regelung keiner ausdrücklichen Normierung. Leider sieht die Rechtspraxis des BSG anders aus, denn es hat offenkundig eine andere Rechtsaufassung, die nicht ohne weiteres von einem ordentlichen Gericht überprüft werden kann.

[7] Zu Absatz 1:

[8] Anlässlich des Verfahrens BSG 2012-08-09 meinte das BSG, dass das erstinstanzliche Gericht nicht von einer Entscheidung im Rechtsmittelverfahren unterrichtet werden müsse. Dabei ist dies zum einen normaler Usus im ordentlichen Gerichtsverfahren und hat zum anderen auch einen überzeugenden Sinn: Das erstinstanzliche Gericht wird durch den Informationspflicht von gleichlautenden oder widersprechenden Rechtsauffassungen unterrichtet und kann solche Informationen in künftigen Fällen verarbeiten. Die Rechtspflege wird dadurch nur gestärkt.

[9] Zu Absatz 2:

[10] Im Verfahren BSG 2012-06-29 meinte das BSG, dass es die Erklärungen von Richterkollegen, die sich im konkreten Verfahren für befangen erklärt hatten, nicht den Parteien zur Kenntnis geben müsste. Auch dies widerspricht den Gepflogenheiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Dabei ist diese Transparenz erforderlich, denn jeder Verfahrensbeteiligte muss das Recht bekommen, überprüfen zu können, ob der betreffende Richter zu Recht aus dem Verfahren ausscheidet und somit hier nicht willkürlich an der Besetzung des Gerichtes manipuliert worden ist.

[11] Im gleichen Verfahren weigerte sich das BSG den Parteien die Beitrittsgesuche zum Verfahren anderer Piraten (§10 Abs. 3 SGO) mitzuteilen, ebenso den Inhalt ablehnender Beschlüsse hierzu. Die Parteien können aber auch durchaus ein Interesse an solchen „Streithelfern" haben, daher wären sie eigentlich zu hören und sollten Gelegenheit haben, sich mit einer Stellungnahme vor einer Entscheidung des Gerichtes einzubringen.

[12] Im Verfahren BSG 2012-09-29 hatte das BSG als Rechtsmittelinstanz sich geweigert, dem Verfahrensgegner den Inhalt des (vergeblichen) Rechtsmittelgesuches mitzuteilen, was durch schlichte Weiterleitung der eingegangenen Email möglich gewesen wäre. Statt dessen stellt sich das BSG auf den Standpunkt, der andere Verfahrensbeteiligte solle nach Abschluss des Verfahrens sich zur Geschäftsstelle in Berlin begeben und dort die Akten einsehen. Unnütze Fahrtkosten und riesiger Zeitverlust wären die Folge.

[13] Wegen dieser nur sehr schwer oder umständlich einklagbaren Rechten von Verfahrensbeteiligten, ist es zur Schaffung von Rechtsklarheit leider unumgänglich die Satzung im beantragten Umfange zu ergänzen.

SÄA053 - Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §24

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

MacGyver1977 (Volker John), toso (Torsten Sommer), Carsten Trojahn, Ralf Gloerfeld, Alexander Reintzsch, Michele Marsching (mmarsching)

Zusammenfassung

Streichen von §24 der Finanzordnung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen in der Satzung den §24 der Finanzordnung ersatzlos zu streichen.

Begründung

[2] Das Streichen von §24 ermöglicht es den Verbänden durch ihre gewählten Vorstände wirtschaftliche Geschäftsbetriebe zu gründen und zu unterhalten. Dadurch wird an dieser Stelle nicht mehr in die Finanzautonomie der Verbände eingegriffen. Da für eine Gründung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes umfassende rechtliche Recherchen und Prüfungen der Voraussetzungen erforderlich sind, ergeben sich automatisch die nötigen Absprachen mit den anderen Gliederungen. Des Weiteren wiederspricht die aktuelle Fassung der Philosophie der Piraten und schließt parallel Strukturen gänzlich aus. Eine Entwicklung hin zur Top-Down Mentalität ist nicht in Einklang mit dem Verständnis der Piraten für eine neue und offene Politik zu bringen.

SÄA054 - Bezahlung von Bundesvorständen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gilles

Zusammenfassung

Bundesvorstände der Piratenpartei Deutschland sollen für ihre Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von 3.500,- Euro brutto erhalten.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, den Abschnitt A, § 9a der Satzung an geeigneter Stelle mit folgendem Text zu ergänzen:

[2] Die Mitglieder des Bundesvorstands erhalten für ihre Vorstandstätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 3.500,-€ monatlich. Es gelten die folgenden Regelungen:

[3] a) Mitglieder des Bundesvorstands gehen während ihrer Amtsperiode keiner anderen, dauerhaften Vollzeitbeschäftigung nach. Vorstandsmitglieder, die ihre beruflichen Tätigkeiten während ihrer Amtszeit weiterhin in Vollzeit ausüben möchten, verzichten auf die Aufwandsentschädigung. Bei Teilzeitbeschäftigungen besteht nur anteilig Anspruch auf die Aufwandsentschädigung, wobei von einer Gesamtarbeitszeit von 40 Wochenstunden ausgegangen wird.

[4] b) Mit der Aufwandsentschädigung sind alle Ansprüche abgegolten, inklusive Reise- und Kommunikationskosten.

Begründung

[5] Ohne Entschädigung ist es für viele schlicht unmöglich, für die Arbeit im Vorstand zu kandidieren. Des Weiteren bedeutet die jetzige Notwendigkeit von Einkünften, die nicht aus der Vorstandstätigkeit entstammen, dass kein Vorstandsmitglied sich voll und ganz seiner Tätigkeit widmen kann.

[6] Aus https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4963.html:

[7] "Durch eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 3.500,- Euro monatlich werden die Mitglieder des Bundesvorstandes in die Lage versetzt, ihre Arbeit frei von Existenzängsten voll der Partei zu widmen.

[8] 3.500,- Euro monatlich entspricht 42.000,- Euro jährlich. Bei sieben Bundesvorstandsmitgliedern wären das 294.000 Euro im Jahr.

[9] Bei einer Zahlungsquote von 50%, also ca. 15.000 zahlenden Mitgliedern, käme eine monatliche Mehrbelastung für jedes Mitglied in Höhe von 1,64 Euro zustande."

[10] Es sei auch erwähnt, dass Abschnitt A, § 15 - Parteiämter

[11] "(1) Die nicht beruflich ausgeübten Funktionen und Tätigkeiten in der Piratenpartei Deutschland und seiner Untergliederungen sind Ehrenämter. Eine Vergütung soll nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen und

bedarf eines Vorstandsbeschlusses.“ nicht geändert werden muss. Die Vorstandsämter werden nur zu “beruflich ausgeübten Funktionen und Tätigkeiten“.

SÄA055 - Rauchfreie Parteiveranstaltungen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §1

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Rauchfreie Parteiveranstaltungen

Antragstext

[1] Der BPT möge beschliessen:

[2] In die Satzung wird als letzter Satz in § 1 (1) http://wiki.piratenpartei.de/Bundessatzung#.C2.A7_1_-_Name.2C_Sitz_und_T.C3.A4tigkeitsgebiet eingefügt:

[3] "Alle ihre Veranstaltungen und die ihrer Untergliederungen sind rauchfrei."

Begründung

[4] Der Rauch von Tabak und anderen Substanzen ist ein gesundheitsschädliches Aerosol. Es verbreitet sich durch Diffusion und Luftbewegungen in der Umgebungsluft und wird dadurch allen Anwesenden zwangsverabreicht. Menschen, die diese Substanzen nicht einatmen wollen oder aufgrund z.B. einer Atemwegserkrankung dadurch unmittelbar gefährdet werden, können sich an einem solchen Ort nicht aufhalten. Für Atemwegsbehinderte ist Tabakrauch eine Barriere.

[5] Die Regelung bezieht sich ausdrücklich ("alle Veranstaltungen") auch auf Feste, Stammtische, Infotische, Kundgebungen etc. Eine Möglichkeit zum Rauchen kann dabei geschaffen werden. Diese ist so zu gestalten, dass von ihr keine Gefährdung oder Belästigung für Teilnehmer der Veranstaltung ausgehen kann, technische Lösungen dafür sind vorhanden. Im Prinzip ist analog zu verfahren wie bei Toilettenanlagen, die ebenfalls darauf angelegt sind, unangenehm riechende bzw. schädliche Substanzen möglichst reibungslos zu entsorgen.

[6] Die Piratenpartei steht für die Bewahrung der individuellen Freiheit, Teilhabe und Entfaltungsmöglichkeit. Die Freiheit des Einzelnen endet immer da, wo andere geschädigt werden.

[7] So etwas in die Satzung zu schreiben ist zwar krass, allerdings offenbar unvermeidlich, da sich bisher eine entsprechende Parteikultur der Rücksichtnahme nicht herausgebildet hat.

[8] www.problem-passivrauchen.de

SÄA056 - Begrenzung der Spendenannahme

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt C - §10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Eric Manneschmidt

Zusammenfassung

Begrenzung der Spendenannahme

Antragstext

[1] Der BPT möge konkurrierend beschliessen, in der Satzung, Abschnitt C (Spenden) unter § 10 (Vereinnahmung) als neuen Absatz (2) einzufügen:

[2] (2) Die Piratenpartei und ihre anhängigen Gliederungen nehmen Geldspenden ausschließlich von natürlichen Personen entgegen, und zwar pro Spender und Kalenderjahr kumuliert nicht mehr als 20.000 €.

[3] alternative Variante: (2) Die Piratenpartei und ihre anhängigen Gliederungen nehmen Geldspenden ausschließlich von natürlichen Personen entgegen. Der Bundesverband nimmt dabei pro Spender und Kalenderjahr nicht mehr als 20.000 € entgegen.

[4] Die Regelung tritt zum 1.1.2013 in Kraft.

Begründung

[5] Die Änderung (FETT) im Zusammenhang

[6] C. SPENDEN

[7] § 10 Vereinnahmung

[8] (1) Bundesebene, Landesverbände und weitere Teilgliederungen sind berechtigt, Spenden anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden, die im Sinne von § 25 Parteiengesetz unzulässig sind. Können unzulässige Spenden nicht zurückgegeben werden, sind diese über die Landesverbände und die Bundesebene unverzüglich an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weiterzuleiten.

[9] (2) Die Piratenpartei und ihre anhängigen Gliederungen nehmen Geldspenden ausschließlich von natürlichen Personen entgegen, und zwar pro Spender und Kalenderjahr kumuliert nicht mehr als 20.000 €.

[10] (3) Erbschaften und Vermächtnisse werden ohne Begrenzung angenommen.

[11] Vorab zwei Bemerkungen 1. Um von der staatlichen Parteienfinanzierung zu profitieren, brauchen wir Spenden von natürlichen Personen. Man kann vieles an der Regelung der Parteienfinanzierung in Frage stellen, trotzdem unterliegen wir ihr und müssen damit umgehen. Es liegt daher schon heute in unserem Interesse, dass z.B. Unternehmer, die der Piratenpartei etwas spenden wollen, dies aus ihrem Privatvermögen tun und nicht als Unternehmensspende.

[12] 2. Die Beschränkung soll explizit nur für Geldspenden gelten, da sie für Sachspenden wie z.B. die leihweise Überlassung von Fahrzeugen oder Technik, einen maßlosen Mehraufwand bedeuten würde. Mit der Variante,

die Spendenhöchstsumme nur auf den Bundesverband zu beschränken, würde der zusätzliche Aufwand beschränkt, indem nicht über mehrere Untergliederungen kumuliert werden müsste. Andererseits wären damit alle Untergliederungen aufgerufen, sich angemessene Höchstgrenzen zu geben. Dies ist – s.u. – in einigen Landesverbänden bereits geschehen. Nötigenfalls könnte man mittelfristig auch Höchstgrenzen z.B. für Kreisverbände über die Bundessatzung verordnen.

[13] Parteispenden stellen ein bewährtes, aber äußerst zweifelhaftes Mittel der politischen Beeinflussung dar. Grundsätzlich werden diese Zuwendungen mit der Absicht der politischen Einflussnahme getätigt. Bei natürlichen Personen, also Menschen, ist dies in einem bestimmten Umfang legitim, Demokratie lebt sogar von der Einflussnahme der Menschen auf die Politik. Allerdings ist durch eine Höhenbegrenzung dafür Sorge zu tragen, dass sich die Unterschiede in der Vermögensverteilung nicht allzu stark in einem unterschiedlichen politischen Gewicht niederschlagen.

[14] Organisationen aller Art, Unternehmen, Branchenverbände etc. nutzen heute ebenfalls das Mittel der Parteispende zur politischen Landschaftspflege. Organisationen verfolgen strukturelle Interessen, bei Wirtschaftsunternehmen handelt es sich dabei zumeist um Gewinninteressen im betriebswirtschaftlichen Sinne. Daran ist nichts grundsätzlich verwerfliches, aber diese Interessen sind nicht gleichzusetzen mit den wohl- oder schlecht verstandenen Interessen von Menschen, ihnen kann daher kein finanzieller Einfluss auf das politische Kräftespiel zugestanden werden (eine Einflussnahme über das Einbringen von ggf. guten Argumenten bleibt unberührt). Darüber hinaus ist insbesondere bei großen und stark verflochtenen Unternehmen und Verbänden meist unklar, woher das Geld kommt und auf wessen Geheiß Spenden getätigt werden. Diese Unternehmen profitieren oft in erheblichem Maße von staatlichen Subventionen, Steuererleichterungen und anderen Privilegien, so dass Zuwendungen an große oder/und Regierungsparteien faktisch der Steuerzahler zu tragen hat (aktuelles Beispiel ist die Privilegierung des Bankensektors, dazu Dirk Müller https://service.gmx.net/de/cgi/g.fcgi/mail/print?folder=fol.monetative&uid=MTImKIe1Wy89KBJCQGtudBBhZr2cRJjz&CUS

[15] Im Ausland sind solche Spenden daher teilweise bereits verboten, was von einigen Politikern für Deutschland ebenfalls gefordert wird (siehe http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2011/09/spd-abgeordnete-fordern-verbot-von-nebentaetigkeiten-und-unternehmensspenden/ und http://www.welt.de/politik/deutschland/article5889245/Linke-will-Verbot-von-Firmen-Spenden-fuer-Parteien.html).

[16] Die heutige Spendenpraxis führt ohne Zweifel zu einem erheblichen Legitimitätsverlust der etablierten Parteien und der Politik insgesamt (die GRÜNEN bekommen ebenso Geld aus der Solarbranche wie die anderen Parteien von der Atomindustrie). Die FDP hat sich in besonderem Maße in die Abhängigkeit von Financiers begeben, die im politischen Wettbewerb ihren Mangel an guten Argumenten durch gutes Geld wett zu machen suchen. Auch wenn diese Partei demnächst untergehen sollte, so hat sie doch bereits einen erheblichen volkswirtschaftlichen und politischen Schaden angerichtet.

[17] Es ist wichtig, dass die Piratenpartei sich von solchen offensichtlich abhängig machenden Strukturen grundsätzlich fern hält. Es ist auch wichtig, ein Zeichen dafür zu setzen, dass dies überhaupt möglich ist. Wie es die PIRATEN in vielen Bereichen bereits tun. Sollte für Deutschland eine gesetzliche Regelung kommen, wäre die Piratenpartei darauf bereits eingestellt und würde keine Nachteile erleiden. Das ist wichtig, weil wir uns andernfalls auf der Seite derer wiederfinden könnten, die aus Angst um die eigenen Pfründe die Weiterentwicklung der Demokratie aufzuhalten versuchen.

[18] Theoretisch braucht es keine Satzungsvorschrift, um Spenden abzulehnen. Vorstände oder die Basis könnten in jedem Einzelfall nach vorher festzulegenden Kriterien diese Entscheidung treffen. Aber was wäre dadurch gewonnen? Potentielle Spender wären sich nie sicher, ob ihre Zuwendung überhaupt willkommen wäre und die beteiligten PIRATEN hätten sich in jedem Einzelfall eine zusätzliche Diskussion zu einem grundsätzlich unentscheidbaren Problem aufgeladen. Denn natürlich lässt sich im Einzelfall eine rationale Abwägung der Gefahr der Abhängigkeit (von reichen Einzelspendern oder von Organisationen) gegen die zusätzlichen Chancen bei Annahme der Spende nicht leisten, da sich weder Chancen noch Gefahren quantifizieren lassen. Die vorgeschlagene Satzungsvorschrift hält also den Vorständen und den aktiven Basispiraten den Rücken frei und dient auch der Transparenz gegenüber potentiellen Spendern.

[19] Zurzeit werden die PIRATEN noch kaum mit Großspenden und Zuwendungen von Unternehmen und Verbänden bedacht. Das würde sich drastisch erst in Regierungsverantwortung ändern. Daher bedeutet heute ein Verzicht auf diese Spenden keinen schmerzhaften Verlust (während wir die Gelder nicht mehr so dringend brauchen, wenn wir einmal an der Regierung sind). In der Außendarstellung dagegen würde uns eine solche Regelung zusätzlichen Zulauf und Wähler bringen, vermutlich auch die Spendenbereitschaft von Kleinspendern erhöhen. Es wäre mithin durchaus rational - und keineswegs (übertrieben) "idealistisch", diese Bestimmung in die Satzung aufzunehmen.

[20] Die Beschränkung auf natürliche Personen und die Deckelung bei einem jährlichen Maximalbetrag hängen hierbei zwingend zusammen. Denn bei einigen Unternehmen lassen sich andernfalls Großspenden relativ problemlos durch Eigentümer oder Geschäftsführer als Privatpersonen überweisen.

[21] Andererseits ist eine Deckelung unabhängig von der Art des Spenders, wie sie z.B. Transparency International fordert und die Piratenpartei durch Beschluss des Schatzmeisters derzeit praktiziert (50.000 EUR pro Jahr und Spender, http://wiki.piratenpartei.de/Finanzen:Parteispenden#weitergehende_Wertgrenzen) und einzelne Landesverbände in ihrer Satzung stehen haben (LV Berlin https://wiki.piratenpartei.de/BE:Satzung#.C2.A7_17_FINANZ-_UND_BEITRAGSORDNUNG, LV Thüringen http://www.piraten-thueringen.de/partei/satzung/ §11 (6) Finanzordnung) ziemlich sinnlos, da weitere juristische Personen schnell erschaffen sind und darüber dann, vorausgesetzt man verfügt über das entsprechende Kapital, eine faktisch völlig beliebig hohe Summe gespendet werden kann. Solange juristische Personen/Organisationen spenden dürfen, ist eine Deckelung der jährlichen Spendensumme letztlich Kosmetik.

SÄA057 - Keine Diskriminierung von Ausländern in der Satzung der Piratenpartei

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2 LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Gregory Engels

Zusammenfassung

Piraten ohne Deutsche Staatsbürgerschaft sollen nicht automatisch ihre Parteimitgliedschaft verlieren wenn sie ins Ausland gehen. Ebenso sollen die in Ausland lebende Menschen auch ohne deutschen Pass Mitglied werden dürfen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen in der Bundessatzung im §2 (1) die Wörter "**Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland**", im §5(1) die Wörter **", Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern**" zu streichen, im §2(1) das Wort "**die**" nach den Wörter "Deutschland werden," in das Wort "**der**" zu ändern. und im §3(5) das Wort "**Deutschen**" gegen das Wort "**Personen**" zu ersetzen

[2] **Aktuelle Fassung:**

> § 2 - Mitgliedschaft (1) Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt. (...)
>
> § 3 - Erwerb der Mitgliedschaft (...) (5) Über Aufnahmeanträge von Deutschen, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, entscheidet der Bundesvorstand.
>
> § 5 - Beendigung der Mitgliedschaft (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern oder dem Ausschluss aus der Partei.

Neue Fassung:

> § 2 - Mitgliedschaft (1) Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder werden, der das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt. (...)
>
> § 3 - Erwerb der Mitgliedschaft (...) (5) Über Aufnahmeanträge von Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, entscheidet der Bundesvorstand.
>
> § 5 - Beendigung der Mitgliedschaft (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts oder dem Ausschluss aus der Partei.

Differenz

> § 2 - Mitgliedschaft (1) Mitglied der Piratenpartei Deutschland kann jeder ~~**Deutsche im Sinne des Grundgesetzes und jede Person mit Wohnsitz in Deutschland**~~ werden, d~~i~~**er** das 16. Lebensjahr vollendet hat und die Grundsätze sowie die Satzung der Piratenpartei Deutschland anerkennt. (...)

§ 3 - Erwerb der Mitgliedschaft (...) (5) Über Aufnahmeanträge von ~~**Deutschen**~~ **Personen**, die ihren Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben, entscheidet der Bundesvorstand.

§ 5 - Beendigung der Mitgliedschaft (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Verlust oder Aberkennung der Wählbarkeit oder des Wahlrechts~~**, Aufgabe des Wohnsitzes in Deutschland bei Ausländern**~~ oder dem Ausschluss aus der Partei.

Begründung

[3] Die aktuelle Fassung des Satzungsparagrahen §2(1) steht im Widerspruch zu dem §1(1) der Satzung: *"(1) Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist eine Partei im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und des Parteiengesetzes. Sie vereinigt Piraten* ***ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit****, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses,* ***die*** *beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit* ***mitwirken wollen****. Totalitäre, diktatorische und faschistische Bestrebungen jeder Art lehnt die Piratenpartei Deutschland entschieden ab.*"

[4] Neben FDP und der NPD sind die PIRATEN die einzige der in den Parlamenten vertretenen Parteien in Deutschland die die Aufnahme von im Ausland lebender Mitglieder verwehrt, sofern diese keine Deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Im Übrigen können auch deutsche Piraten Mitglied in z.B. Piratenparteien der Schweiz oder Luxemburgs werden, aber nicht umgekehrt.

[5] So eine Regelung passt nicht zu den Grundsätzen der Piratenpartei Deutschlands und ist entsprechend abzuschaffen. Die Kontrolle des Vorstandes über die Aufnahme der Mitgliedschaft in solchen Fällen ist weiterhin notwendig, um mit den Regelungen des §2(3)1. PartG konform zu sein. (Maximal bis zu Hälfte der Mitglieder dürfen Ausländer sein)

[6] Dieses Antrag wurde schon bei früheren Parteitagen (seit Bingen) gestellt, wurde aber bislang noch nie behandelt.

SÄA058 - Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

Satzungsänderungsantrag - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Albert Barth

Zusammenfassung

Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung und die Finanzordnung entsprechend zu ändern:

[2] Neu:

[3] § 7 Abs. 3 Bundessatzung: Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe sind dem Bundesverband und den Landesverbänden im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gestattet. Die Landesverbände regeln das für ihre Untergliederungen nach der Maßgabe, dass diese einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb regelmäßig nur im Rahmen der internen und öffentlichen Parteiarbeit führen dürfen.

[4] § 24 Finanzordnung – gestrichen –

[5] Alt:

[6] § 7 Abs. 3 Bundessatzung: Gebietsverbände und Auslandsgruppen sollen sich nicht wirtschaftlich betätigen, ausgenommen hiervon sind der Bundesverband und die Landesverbände.

[7] § 24 Finanzordnung - Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb: Es ist den Gliederungen der Piratenpartei nicht gestattet, einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zu eröffnen oder zu unterhalten. Die Abwicklung von unternehmerischen Tätigkeiten ist von einem Beauftragten zu besorgen, der vom Bundesvorstand bestellt wird.

Begründung

[8] 1. In der aktuellen Fassung kollidiert § 24 Finanzordnung mit § 7 Abs. 3 Bundessatzung. Da die Satzung der Finanzordnung vorgeht, ist § 24 Finanzordnung unwirksam. Der Änderungsvorschlag berücksichtigt die Systematik nach § 6 Abs. 1 Satz 2 PartG.

[9] 2. Bundesverband und Landesverbände sind selbständige Gliederungen und müssen jede gesetzlich zulässige Möglichkeit haben, sich zu finanzieren. Die Führung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs auf Ebene des Bundesverbandes oder auf Ebene der Landesverbände ist unproblematisch, weil die Verwaltung fortlaufend gewährleistet ist und steuerliche Obliegenheiten nicht sehr anspruchsvoll sind. Sicherheit bietet hier auch die lückenlose Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer, spätestens im Folgejahr.

[10] 3. Gewinne bis 5.000 EUR je Gliederung bleiben körperschaftsteuerfrei (§ 24 KStG). Umsätze können bis 17.500 EUR umsatzsteuerfrei bleiben (§ 19 Abs. 1 UStG).

[11] 4. Gliederungen politischer Parteien dürfen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, z. B. § 1 Abs. 4 PartG, wirtschaftliche Geschäftsbetriebe haben.

[12] 5. Untergliederungen dürfen nach dem SÄA wirtschaftliche Geschäftsbetriebe nur im Rahmen der internen und öffentlichen Parteiarbeit führen. Das sind beispielsweise Getränkeverkauf in der Geschäftsstelle, Vereinnahmung von Eintrittsgeldern und Einnahmen aus dem Catering bei Veranstaltungen, entgeltliche Sammelbeförderungen, usw. Ein Online-Shop für Merchandising-Artikel beispielsweise gehört nach diesem SÄA regelmäßig nicht zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Untergliederungen.

[13] 6. Die Umsätze aus den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben aller Gliederungen erhöhen hinsichtlich der staatlichen Parteienfinanzierung die relative Obergrenze, so dass in der aktuellen Situation der Partei für jeden Euro Umsatz ein weiterer Euro zufließt.

SÄA059 - Abstimmung nach Parteitagen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Michael Ceglar

Zusammenfassung

Abstimmung von BPT-Anträgen nach dem Parteitag in Wahllokalen

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgende Satzungsänderungen beschließen:

[2] Antragstext:

[3] Unter §9b (oder an geeigneter Stelle) soll folgender Satz angefügt werden:

[4] (10) Können Anträge aus zeitlichen Gründen nicht auf dem Bundesparteitag abgestimmt werden, so können sie gemäß §9c nach dem Bundesparteitag abgestimmt werden. Der Bundesparteitag bestimmt, welche Anträge zur weiteren Abstimmung ausgewählt werden.

[5] Als §9c (oder an geeigneter Stelle) soll folgende Regelung eingefügt werden:

[6] §9c - Abstimmung nach dem Parteitag in Wahllokalen

[7] (1) Hat der Bundesparteitag Anträge zur weiteren Abstimmung ausgewählt, wird über diese in Wahllokalen abgestimmt.

[8] (2) Wahllokale werden in den Geschäftsstellen der Bezirke, sofern vorhanden, oder in den Geschäftsstellen der Landesverbände eingerichtet.

[9] (3) Die Abstimmung erfolgt zwischen 10 und 18 Uhr am letzten Sonntag des Monats nach dem Monat, in dem der Bundesparteitag stattfand.

[10] (4) Für die Stimmberechtigung gelten die Bestimmungen des Bundesparteitags.

[11] (5) Auf dem Stimmzettel sollen die Anträge in der Reihenfolge stehen, wie sie zum Bundesparteitag vorgesehen waren. Für jeden Antrag ist die Antragsnummer, der Titel, sowie Felder für Ja, Nein und Enthaltung anzugeben. Falls die Liste der Anträge nicht auf ein Blatt passt, sind so viele Blätter zu verwenden, wie benötigt werden. Die Rückseiten der Stimmzettel bleiben leer.

[12] (6) Die Parteitage der jeweiligen Gliederung können eine Wahlvorstand für die Wahllokale bestimmen, der die Wahl im Wahllokal durchführt. Ist kein Wahlvorstand gewählt, so besteht der Wahlvorstand aus dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzendem und dem Schatzmeister. Mindestens 2 Mitglieder des Wahlvorstands müssen die Voraussetzung erfüllen Mitgliederdaten einzusehen und akkreditieren zu können.

[13] (7) Der Wahlvorstand hat sicherzustellen, dass die Wahlen nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt werden. Es muss insb. eine Möglichkeit geschaffen werden, geheim abzustimmen.

[14] (8) Die Auszählung der Stimmen erfolgt ab 18:00 des Wahltages. Die Auszählung ist öffentlich.

[15] (9) Es obliegt den Piraten der jeweiligen Gliederung sicherzustellen, dass die Wahlen korrekt verlaufen, insb. festzustellen, dass vor Wahlbeginn die Urnen leer sind, die Urnen tagsüber nicht manipuliert werden, die Auszählung korrekt verläuft.

[16] (10) Die Geschäftstellen müssen die Ergebnisse spätestens am Tag nach der Wahl dem Bundesvorstand per Email übermitteln. Ist aus irgendeinem Grund kein Ergebnis vorhanden, so muss auch das mitgeteilt werden. Die Ergebnisse sollen auf der Homepage oder der Wikpage der jeweiligen Gliederung veröffentlicht werden. Das Gesamtergebnis und die Einzelergebnisse sind auf der Homepage oder der Wikipage des Bundes zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung muss innerhalb einer Woche erfolgen.

[17] (11) Satzungsänderungen können nicht in Wahllokalen sondern nur auf dem Bundesparteitag beschlossen werden.

Begründung

[18] Es ist nicht akzeptabel, dass bei jedem Parteitag 100e von Anträgen aus Zeitgründen in der Mülltonne wandern und die Arbeit vieler Piraten zunichte gemacht wird, während gleichzeitig unsere Repräsentanten in der

[19] Öffentlichkeit zu den meisten Themen nichts anderes bekannt geben können, als dass wir keine Beschlüsse dazu haben.

[20] Es muss eine Methode geschaffen werden, die Anträge abzuarbeiten.

[21] Folgendes ist zu beachten:

[22] Es können der Einfachheit halber alle Anträge zur weiteren Abstimmung überwiesen werden. Das muss aber nicht sein. Man kann sich durchaus schon vor dem Parteitag überlegen, welcher Antrag evtl. ins Wahllokal soll und welcher nicht, weil er eh zu schlecht ist.

[23] Man kann auch Meinungsbilder zur Tagespolitik abstimmen lassen, wenn man das als schriftlichen Antrag einbringt. Dafür gibt es ja keine Frist.

SÄA060 - Schriftlicher Aufnahmeantrag

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §3

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Albert Barth

Zusammenfassung

Schriftlicher Aufnahmeantrag

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung entsprechend zu ändern:

[2] Neu:

[3] § 3 Abs. 2 Bundessatzung: Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand der zuständigen Gliederung. Die Annahme des Aufnahmeantrags ist dem Antragsteller mitzuteilen. Die Ablehnung des Aufnahmeantrags muss dem Bewerber gegenüber schriftlich begründet werden.

[4] Alt:

[5] § 3 Abs. 2 Bundessatzung: Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand der zuständigen Gliederung, so lange die Satzung der Gliederung nichts anderes bestimmt. Die Ablehnung des Aufnahmeantrags muss dem/der BewerberIn gegenüber schriftlich begründet werden.

Begründung

[6] Die Äußerung des Aufnahmewillens bedarf grundsätzlich keiner bestimmten Form, so dass die Willenserklärung nach allgemeinem Vereinsrecht auch mündlich abgegeben werden kann. Aktuell werden Aufnahmeerklärungen schnell mal einfach online erteilt. Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte die Aufnahme schriftlich erfolgen. Das kann auch per Fax oder Scan im E-Mail-Anhang geschehen. Bereits heute wird die Mitgliedschaft durch Zusendung des Mitgliedsausweises nach § 3 Abs. 6 Bundessatzung dem Bewerber bestätigt. Der Änderungsantrag zieht also keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand nach sich.

SÄA061 - Satzungsänderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrags

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §5

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Albert Barth

Zusammenfassung

Satzungsänderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrags

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung entsprechend zu ändern:

[2] Neu:

[3] § 5 Abs. 6 Finanzordnung: Änderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrags können nur vom Finanzrat dem Parteitag vorgelegt werden.

[4] Alt:

[5] § 5 Abs. 6 Finanzordnung: Der Finanzrat erarbeitet Änderungsvorschläge zur Höhe des Mitgliedsbeitrages.

Begründung

[6] Abstimmungen in Sachen „Höhe des Mitgliedsbeitrages“ sollten, anders als in Neumünster, auf ein nötiges Maß reduziert werden. Darüber hinaus sollten die Finanzen betreffende Änderungsanträge in ihren Auswirkungen begründet sein. Der Finanzrat hat Einblick in die Finanzen und die Mitgliederstruktur des Bundes und der Länder, so dass dem Parteitag eine Beitragsänderung in bestimmter Höhe auch in den Auswirkungen auf die einzelnen Gliederungen betragsmäßig dargelegt werden kann. Damit werden künftig Beitragserhöhungsvorschläge nicht ins Blaue hinein, sondern begründet und damit in den Auswirkungen nachvollziehbar dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegt.

SÄA062 - Verteilung der Parteienfinanzierung

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt B - §15

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Albert Barth

Zusammenfassung

Verteilung der Parteienfinanzierung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die Satzung entsprechend zu ändern:

[2] Neu:

[3] § 15 Abs. 2 Finanzordnung: Staatliche Mittel aus der Parteienfinanzierung an die Landesverbände und an den Bundesverband werden über einen Finanzausgleichsfonds auf den Bundesverband und die Landesverbände verteilt. Den Verteilungsschlüssel bestimmt der Finanzrat, der diesen insgesamt oder in Teilen mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Soweit der Finanzrat keinen Beschluss fasst, gilt folgender Verteilschlüssel:

[4] Von den staatlichen Mitteln aus der Parteienfinanzierung an die Landesverbände und dem Bundesverband erhält der Bundesverband 20 % (Bundesanteil). Vom verbleibenden Betrag (Länderanteil) erhalten die Landesverbände

[5] 1. aus einem Viertel zu gleichen Teilen,

[6] 2. aus einem Viertel im Verhältnis von Landesfläche zu Bundesfläche,

[7] 3. aus einem Viertel im Verhältnis von Landeseinwohnerzahl zu Bundeseinwohnerzahl,

[8] 4. aus einem Viertel im Verhältnis von erreichten Erst- und Zweitstimmen im Land zur Summe aller erreichten Erst- und Zweitstimmen im Bund der letzten Bundestagswahl.

[9] § 15 Abs. 3 Finanzordnung: Der Finanzausgleichsfonds wird beim Bundesverband verwaltet. Einzahlungen und Auszahlungen sollen quartalsmäßig erfolgen. Über die weiteren Modalitäten beschließt der Finanzrat mit einfacher Mehrheit eine Durchführungsverordnung.

[10] Alt:

[11] § 15 Abs. 2 Finanzordnung: Über die Verteilung der staatlichen Mittel entscheidet der Bundesvorstand. Dabei wird er die Beschlussempfehlung des Finanzrates berücksichtigen.

Begründung

[12] Die Verteilung der Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung nach dem Parteiengesetz auf Bund und Länder ist auf Grund der relativen Obergrenze und der bisher sehr unterschiedlichen Erfolgen der Landesverbände an Wahlen alles andere als homogen.

[13] Für die anstehende Bundestagswahl sind Wahlerfolge in allen Ländern wichtig, weshalb den Ländern mit geringen eigenen Ansprüchen Mittel durch Länder mit sehr hohen Ansprüchen zur Verfügung gestellt werden muss.

Einen solchen Finanzausgleich sieht § 22 PartG ausdrücklich vor. Die Mitglieder des Finanzrats sind Vertreter der Länder, weshalb der Finanzrat für die Aufgabe einer angemessenen Verteilung prädestiniert ist.

[14] Die gesamte Finanzierung der Länder setzt sich nun aus 6 Komponenten zusammen:

[15] 1. Sockelbetrag aus dem Länderanteil zu gleichen Teilen nach Zahl der Länder.

[16] 2. Flächenbetrag aus dem Länderanteil unterstützt die Flächenländer.

[17] 3. Bevölkerungsbetrag aus dem Länderanteil unterstützt die bevölkerungsreichen Länder.

[18] 4. Erfolgsbetrag aus dem Länderanteil belohnt den Wahlerfolg des Landes.

[19] 5. Beitragsanteil aus den Mitgliederbeiträgen der Mitglieder des Landes.

[20] 6. Spendenanteil zu 100 % aus den direkt erhaltenen Spenden.

SÄA063 - doppelt zu SÄA048 Antrag Presseöffnung

Satzungsänderungsantrag - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Nordpirat, Wika, Blackbird59, Stefan Kottas, tunefish, Eve

Zusammenfassung

Antrag Presseöffnung

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen, den folgenden Antrag an geeigneter Stelle der Satzung einzufügen:

[2] Für öffentliche Aussagen im Namen der Piratenpartei Deutschland gelten die folgenden Regelungen:

[3] 1. Pressemitteilungen im Namen der Piratenpartei Deutschland sollen durch die SG Presse oder den Bundespressesprecher herausgegeben werden.

[4] 2. Mitteilungen, die eine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland sind, müssen durch Grundsatzprogramm oder aktuelles Bundestagswahlprogramm gedeckt sein.

[5] 3. Die Piratenpartei Deutschland wird nach außen primär durch den Vorstand sowie zu diesem Zweck vom Vorstand oder dem Bundesparteitag beauftragte Personen oder Gruppen vertreten. Weiterhin haben Pressesprecher von Landes- und Kreisverbänden sowie Direkt- und Listenkandidaten die Möglichkeit, die Piratenpartei durch Pressemitteilungen oder andere öffentliche Äusserungen zu repräsentieren. Meinungen, welche vom Grundsatzprogramm oder dem Bundestagswahlprogramm abweichen, müssen als solche gekennzeichnet werden und sind nicht offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland.

[6] 4. Dokumentierte Arbeitsstände von AGs, Positionspapiere, politische Standpunkte, Meinungen und Visionen müssen als solche gekennzeichnet sein. Sofern diese Grundsatzprogramm oder Bundestagswahlprogramm widersprechen, muss dies zusätzlich dargestellt werden.

[7] 5. Persönliche Meinungen einzelner Piraten oder Gruppen innerhalb der Piratenpartei müssen im Rahmen von Pressemitteilungen oder anderen öffentliche Äusserungen gegebenenfalls als programmatisch nicht abgedeckt gekennzeichnet sein. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich nicht um eine offizielle Aussage der Piratenpartei Deutschland handelt.

[8] 6. Äusserungen, welcher der Satzung widersprechen, dürfen nicht in einer Form geäussert werden, welche den Eindruck erwecken, dass dies eine Meinung der Piratenpartei Deutschland sei.

Begründung

[9] Es wird bisher in der Medien- und Pressearbeit bei herauszugebenden Pressemitteilungen grundsätzlich die Beschränkung beachtet, dass eine Pressemitteilung durch das Grundsatz- oder zumindest das aktuelle Wahlprogramm inhaltlich gedeckt wird.

[10] Dies verhindert oftmals, dass erfolgreiche Medienarbeit zu Themen geleistet werden kann, die in den Programmen zwar noch nicht vertreten sind, in der Basis, kanalisiert in AGs oder ähnlichen Strukturen, jedoch bereits

ausführlich bearbeitet werden und oftmals eine ernstzunehmende inhaltliche Meinungsäusserung in Form eines Arbeitsstandes darstellen können.

[11] Die Piratenpartei Deutschland erleidet dadurch direkt Schaden, da in der öffentlichen Meinung weiterhin das Bild vorherrscht, die Piraten hätten zu vielen wichtigen Themen keine Meinung. Wir empfehlen den Landesverbänden eine entsprechende Regelung in ihre jeweilige Satzung aufzunehmen.

SÄA064 - Satzungsänderung verkürzte Ladefristen von 3 Wochen zu einem Bundesparteitag in Ausnahmefällen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §9

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Fredo

Zusammenfassung

Antrag auf Satzungsänderung Paragraph 9b, Absatz 2 für verkürzte Ladefristen von 3 Wochen zu einem Bundesparteitag (BPT) nach BPT-Beschluss

Antragstext

[1] Der BPT möge die Satzung Paragraph 9b, Absatz 2 entsprechend ändern:

[2] “Der Bundesparteitag tagt mindestens einmal jährlich. Die Einberufung erfolgt aufgrund Vorstandsbeschluss oder wenn ein Zehntel der Piraten es beantragen. Der Vorstand lädt jedes Mitglied per Textform (vorranging

[3] per E-Mail, nachrangig per Brief) mindestens 6 Wochen vorher ein.

[4] In Einzelfällen kann ein Bundesparteitag per Parteitagsbeschluss diese Frist für einen zukünftigen Parteitag auf bis zu drei Wochen verkürzen.

[5] Die Einladung hat Angaben zum Tagungsort, Tagungsbeginn, vorläufiger Tagesordnung und der Angabe, wo weitere, aktuelle Veröffentlichungen gemacht werden, zu enthalten. Spätestens 2 Wochen vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller

[6] Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.“

Begründung

[7] Der eingefügte Satz ermöglicht, in Ausnahmefällen die Ladungsfrist zu einem Bundesparteitag (BPT) verkürzen. Dies könnte in den Fällen notwendig werden, wenn die geplanten BPTe für die Bearbeitung von Themen oder Wahlen nicht ausreichen und kurzfristig ein weiterer BPT einberufen werden soll. Die Schwierigkeiten, kurzfristig einen BPT zu organisieren, können durch die zusätzlichen 3 Wochen erleichtert werden. Es soll aber nicht grundsätzlich die sinnvolle Ladungsfrist von 6 Wochen verkürzt werden, darum sollte ein Beschluss des BPT den Ausnahmefall jeweils bestätigen und die verkürzte Ladungsfrist bestimmen. Der eingefügte Satz ist nur zur Übersichtlichkeit im Antrag vom Rest des Textes abgerückt.

SÄA065 - § 10 Bewerberaufstellung für die Wahlenzu Volksvertretungen

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §10

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

PiratJoerg

Zusammenfassung

§ 10 Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen

Antragstext

[1] Es wird beantragt beim Bundesparteitag die Satzung dahingehend zu ändern, das in die Satzung zu § 10 (Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen wie folgt abgeändert bzw. ergänzt wird:

[2] Bisher § 10

[3] (1) Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzungen der Bundespartei und der zuständigen Gebietsverbände.

[4] Neu § 10

[5] 1 Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze und der Satzung der Bundespartei. Die Landesverbände übernehmen die Bestimmungen der Bundessatzung.

[6] (2) bleibt unverändert bestehend

[7] Neu (3)

[8] Die Aufstellungsversammlungen werden auf den jeweiligen Aufstellungsversammlungen der Untergliederungen durchgeführt, konform zu den bestehenden Wahlgesetzen. Während der Aufstellungsversammlung wird nur die durch Wahl zu bestimmende Liste aufgestellt. Nach Abschluss der Wahl der Kandidaten wird die Aufstellungsversammlung auf einen 4 Wochen später zu erfolgenden Termin vertagt.

[9] Neu (4)

[10] Die Aufstellungsversammlung hat auch ein Punktesystem zu beschließen, nach dessen Verfahren die Reihenfolge der späteren Listenplatzierung zu erfolgen hat. Dieses Punktesystem erlaubt es, jedem stimmberechtigen Mitglied er Untergliederung der Piratenpartei, jedem Listenkandidaten eine Punktebewertung zwischen 0 (schlecht) und 9 (sehr gut) zu vergeben. je mehr Punkte ein Kandidat von der Liste erhalten konnte, um so weiter vorne ist seine Platzierung später auf der Liste.

[11] Neu (5)

[12] Nach der Vertagung der Aufstellungsversammlung wird jedem stimmberechtigtem Mitglied der wählenden Untergliederung ein personifizierter, einmaliger Stimmzettel übermittelt, auf dem er dann durch das Punkteverfahren die Möglichkeit erhält, über die Reihenfolge der Platzierungen basisdemokratisch mitzustimmen. Das Briefwahlverfahren rein für die Wertungsvergabe, auf welcher Platzierung die schon vor Ort bei der Aufstellungsversammlung in die Liste gewählten Kandidaten dann landen, ist zulässig und rechtssicher sowie basisdemokratisch umsetzbar.

[13] Neu (6)

[14] Die Stimmzettel für die Punktevergabe sind nicht identifizierbar, jedoch wird jedem stimmberechtigten Mitglied ähnlich wie bei Liquid Feedback einmalig ein Zugangscode zum herunterladen seines eigenen Stimmzettels übermittelt. Mitglieder, die nicht verifizerbar über elektronischen Zugang verfügen, wird dann auf dem Postwege Ihr Stimmzettel beweisfähig auf dem Postweg übermittelt.

[15] Neu (7)

[16] Alle Stimmzettel müssen bis 4 Werktage um 23:59 Uhr vor dem Fortsetzungstermin der Aufstellungsversammlung per Post in einem neutralen Umschlag,der sich in einem Umschlag für die Landesgeschäftsstelle oder der Geschäftsstelle der jeweiligen Gliederung befindet, an diese zu Lasten des stimmberechtigten Mitgliedes versendet werden.Datum des Poststempels ist hier als Nachweis ausreichend.

[17] Neu (8)

[18] Am Fortsetungstermin werden alle abgegebenen Stimmzettel überwacht ausgewertet und das Ergebnis dann den anwesenden des Fortsetungstermins mitgeteilt sowie rechtssicher dokumentiert.

Begründung

[19] Als Partei verpflichtet sich die Piratenpartei Deutschland, eine basisdemokratische Partei mit Beteiligung aller stimmberechtigten Mitglieder zu sein. Dieser Anspruch ist, wie zuletzt die Aufstellungsversammlung in Niedersachsen zur LTW 2013 zeigte, nicht umsetzbar. Um eine Wiederholung einer Aufstellungsversammlung egal in welcher Gliederung im Vorfeld zu vermeiden, und um dann aber die Listenplatzierungen basisdemokratisch mit den Stimmzetteln aller stimmberechtigten Mitglieder der Gliederung zu errreichen, war diese Erfahrung aus Niedersachsen sehr hilfreich. Da dieses Pozedere aus Niedersachsen aber auch demonstrierte, wie rechtssicher eine Vertagung einer Aufstellungsversammlung sein kann, war die Lehre daraus zu ziehen, diese Vertagungen fest zu implementieren, weil die eigentliche Aufstellungsversammlung ja beendet ist und somit Neukandidaten auf dem Vertagungstermin nicht mehr zugelassen werden können.

[20] Aber um nicht in den Verdacht zu geraten, man wolle nur eine geringen Anzahl aller stimmberechtigten Mitglieder an der Platzierungsvergabe teilhaben lassen, wäre der Weg über eine zugelassene Briefwahl basisdemokratisch innerhalb von kurzer Zeit durchaus möglich sowie ebenso auch innerhalb des rechtssicheren, zulässigen Rahmens.

[21] Basisdemokratie ist schwer, schmerzhaft und vielleicht auf diesem Wege etwas teurer als 2 - 3 Aufstellungsversammlungen, meint bestimmt nun der eine oder andere argumentieren. Aber die Kosten in Niedersachsen waren mindestens 5 - Mal so hoch wie eine einmalige Aufstellungsversammlung, eine Vertagung selbiger auf 4 Wochen später (wo man schon am 2. Tag Programm-Parteitag machen könnte) sowie der Portokosten, da sich jedes stimmberechtigte Mitglied liebend gerne die 0,55 Euro selbst aus der Tasche holen wird, nur um seinen eigenen Stimmzettel mit der Punktebewertung zurück an die Geschäftsstelle der Gliederung zu senden. Nur so kann das Maximum an möglicher Basisbeteiligung erreicht werden.

SÄA066 - Definition der Unvereinbarkeit

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Angelite, Laberlohe

Zusammenfassung

Unvereinbarkeitserklärung angefügt, weitere Ausformulierung im Anhang

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in der Satzung in § 2 Abs. 3 entsprechend zu ergänzen:

[2] “, hierzu gehören insbesondere (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) die im Anhang “Unvereinbare Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“ dieser Satzung aufgeführten Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen..“

Begründung

[3] Bereits heute sieht die Satzung eine Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Piratenpartei und einer Mitgliedschaft in einer anderen Gruppierung vor. Ohne konkrete und explizite Benennung der betreffenden Gruppierungen kann in vielen die Unvereinbarkeit aber einfach abgestritten werden und es so zu langwierigen juristischen Prozessen kommen.

[4] Konkret gab in es im LV Hessen ein virtuelles Meinungsbild bzgl. der Fragestellung “Ist, unbeschadet der Frage, ob die Lehren L. Ron Hubbards tatsächlich als Religion ausgeübt werden können, die Mitgliedschaft bei der Scientology-Organisation oder einer ihr angeschlossenen Organisation mit den liberalen und anti-totalitären Grundsätzen der Piratenpartei vereinbar?“, welches mit einer Beteiligung von 787 Piraten von damals 1836 Piraten im LV Hessen eine weit höhere Beteiligung als ein Landesparteitag (42,86 % gegenüber <10%) aufwies und zum Ergebnis kam, dass 89,07% der Abstimmenden für eine Unvereinbarkeit votierten. (Link zum vMB). Trotzdem ist die Unvereinbarkeit von Scientology und Piratenpartei noch nicht festgeschreiben und folglich nicht durchsetzbar.

[5] Gleichzeitig gibt es weitere Gruppierungen, Vereinigungen und Organisationen bei denen eine Mitgliedschaft nach gefühltem Konsens innerhalb der Piraten nicht mit einer Mitgliedschaft in der Piratenpartei in Einklang zu bringen ist, eine Einschätzung ob des Zutreffens des bisherigen Satzungspunktes §2 Abs. 3 jedoch im Ermessen eines beteiligten Schiedsgerichts liegt und somit juristisch angreifbar durch Revisionsverfahren oder Verfahren vor ordentlichen Gerichten ist. Hier soll Klarheit geschaffen werden, ohne unsere Satzung unnötig aufzublähen oder gar betreffende Gruppen im Hauptteil der Satzung durch Namensnennung zu würdigen.

[6] Um die Zeit des Parteitages nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, wurde der zu beschließende Anhang “Unvereinbare Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“ bewußt sehr kurz gehalten und ein ergänzender Satzungsänderngsantrag gestellt, diesen Anhang dynamisch unter Beteiligung einer größtmöglichen Zahl von Piraten erweiteren bzw. anpassen zu können, siehe SÄAXXY und SÄAXXZ. Somit wäre künftig ein effektives Vorgehen gegen Unterwanderung durch demokratisch zweifelhafte oder den Werten der Piraten entgegenstehenden Gruppen gegeben.

SÄA067 - Anhang “Unvereinbare Gruppierungen,Organisationen und Vereinigungen“

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Angelite, Laberlohe

Zusammenfassung

Unvereinbarkeitserklärung angefügt, weitere Ausformulierung im Anhang

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen die Satzung um einen Anhang “Unvereinbare Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“ zu ergänzen:

[2] Anhang “Unvereinbare Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“

[3] Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen. Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze. Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf wirtschaftlicher und/oder sexueller Ausbeutung der Gruppenmitglieder, Menschenrechtsverletzungen, Chauvinismus, Nationalismus oder Unterdrückung von Andersdenkenden beruhen, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden. Die Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

[4] Zu den vorgenannten Gruppieren, Vereinigungen und Organisationen zählen insbesondere: • NPD • NSU • Scientology • Al-Quida • Satanische Kulte • Ku Klux Klan • Sonnentempler

Begründung

[5] siehe http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/S%C3%84A066

SÄA068 - Anpassung des Anhang “UnvereinbareGruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“

Satzungsänderungsantrag - Satzungsabschnitt A - §2

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Angelite, Laberlohe

Zusammenfassung

Unvereinbarkeitserklärung angefügt, weitere Ausformulierung im Anhang

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, dass der Anhang “Unvereinbare Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen“ abweichend von den Bestimmung der übrigen Satzung unabhängig von Parteitagen durch die Einholung eines Votum aller Mitglieder veränderbar ist.

[2] Hierbei gilt, dass alle Mitglieder, die eine gültige Emailadresse in ihrer jeweiligen Mitgliederverwaltung hinterlegt haben, in das Votum einzubeziehen sind, die Zahl der am Votum teilnehmen Personen über der Anzahl der Personen liegt, die am vorangegangen Bundesparteitag/Landesparteitag teilgenommen haben und das eine (qualifizierte/Zweidrittel-) Mehrheit (nach Wunsch des Parteitages) für die Änderung gestimmt hat.

[3] Der Bundesvorstand wird mit der Organisation der Einholung der Votum/Durchführung der Befragung betraut. Für die Umsetzung wird ein geeignetes technisches Hilfsmittel genutzt.

[4] Jedes Mitglied der Piratenpartei Deutschland ist berechtigt Anträge für entsprechendes Votum zu stellen. Jede Einholung eines Votums muss sich mindestens über einen Zeitraum von 2 Wochen ersterecken um jeden Mitglied die Chance zur Teilnahme zu geben.

[5] In einem Votum können mehrere Einzeländerungen zusammen gefasst werden und gemeinsam innerhalb eines Votums abgestimmt werden.

Begründung

[6] siehe http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/S%C3%84A066

5 Sonstige Anträge

X001 - MacGyver-Time! (GO-Änderungsantrag)

Sonstiges - Parteiinternes LQFB WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jan Hemme

Zusammenfassung

Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für Bundesparteitage der Piratenpartei, mit dem Ziel der Einführung eines GO-Antrages auf MacGyver-Time.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag der Piratenpartei Deutschland möge beschließen:

[2] Der Geschäftsordnung für Bundesparteitage der Piratenpartei Deutschland wird als §31a folgendes hinzugefügt:

[3] *§ 31a GO-Antrag auf MacGyver-Time*

[4] *(1) Die Versammlungsleitung spielt die Titelsequenz der US-amerikanischen Fernsehserie MacGyver (1985-1992) ab. Die Wahl der Staffel (1-7) steht der Versammlungsleitung frei.*

[5] *(2) Die Rechte hat der Bundesvorstand im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die Partei entsprechend zu klären.*

Begründung

[6] Die Einführung eines GO-Antrages auf MacGyver-Time gibt der Versammlung die Gelegenheit, im Falle von verfahrenen Situationen innezuhalten und sich gemeinsam auf eine Lösung zu besinnen.

[7] Angus MacGyvers Ablehnung von Gewalt und seine Erfindungsgabe (z.B. mit einem selbstgebastelten Flaschenzug aus einem Vulkan entkommen oder mit Eishockey-Tickets eine Bombe entschärfen) sollen uns daran erinnern, selbst in der hitzigsten Diskussion nach unorthodoxen Lösungen für Probleme zu suchen – auch wenn diese unüberwindbar scheinen.

X002 - Verzicht auf Fanpage der PIRATEN bei Facebook

Sonstiger Antrag - Parteiinternes WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Spearmind

Zusammenfassung

Als klares Bekenntnis zum Kernthema Datenschutz soll der Betrieb der Facebook Fanpage eingestellt werden.

Antragstext

[1] Es wird beantragt, den Betrieb der Facebook Fanpage der Piratenpartei Deutschland einzustellen.

Begründung

[2] Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) kommt nach einer technischen und rechtlichen Analyse der Facebook Dienste zu dem Ergebnis, dass diese Angebote gegen das Telemediengesetz (TMG) und gegen das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) verstoßen. Darüber hinaus führe Facebook eine datenschutzrechtlich unzulässige Reichweitenanalyse (Webtracking & Webanalyse) sowohl auf der eigenen Plattform als auch plattformübergreifend über Social Plugins durch. Zudem finde eine umfassende, persönliche Profilbildung statt.

[3] Facebook missachtet Datenschutz - Wem der Schutz persönlicher Daten wichtig ist, sollte wechseln / Verbraucherzentrale Bundesverband 07.04.2010

[4] Weiterhin sieht das LG Berlin (Beschluss v. 14.03.2011, 91 O 25/11) in der Verwendung des sogenannten "Like" Buttons einen Verstoß §13 TMG.

[5] Facebook, das nette „soziale" Netzwerk, lässt George Orwells „Big Brother" blass vor Neid werden. / Big Brother Award des FOEBUD e.V. 01.04.2011

[6] "Als "starkes Stück" kritisierte er (*Bundesdatenschutzbeauftragter Schaar), dass selbst gelöschte Daten nicht wirklich gelöscht würden, sondern quasi unsichtbar auf den Servern eines Anbieters erhalten blieben." stern.de 29.09.2011

[7] "Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger, die sich auf den Seiten öffentlicher Stellen informieren wollen, mit ihren Daten dafür bezahlen. Unbeschadet der rechtlichen Verantwortung sollten die öffentlichen Stellen auf solchen Plattformen keine Profilseiten oder Fanpages einrichten." Entschließung der 82. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder am 28./29. September 2011 in München

[8] Nach Artikel 12 der Europäischen Datenschutzrichtlinie hat jeder EU-Bürger das Recht auf Herausgabe der gespeicherten Daten. Hierzu müssten sich Nutzer der Fanpage allerdings nach Irland wenden, wo Facebook seinen Sitz hat. In Irland werden Vorratsdaten beispielsweise für drei Jahre gespeichert.

[9] "Auf Druck von Datenschutzaktivisten wie Europe vs. Facebook werfen die Dubliner Datenschutzbehörden dem Konzern unter anderem vor, gelöschte Nutzerdaten nicht ordnungsgemäß von den Servern verschwinden zu lassen." com-magazin.de 30.09.2011

[10] "In der Netzpolitik forderte Nerz eine grundlegende Reform des Urheberrechts und einen sinnvollen Rahmen für eine Datenschutzregelung etwa in Sozialen Netzwerken wie Facebook." tagesschau.de 05.10.2011

[11] Ausreichender Schutz existiert in sozial-kommerziellen Netzwerken bislang nicht. Wir wollen die Datenauslieferung schon jetzt einstellen.

[12] "Facebooks Datensammelwut ist mit deutschem Datenschutzrecht nicht in Einklang zu bringen. Gerade die politische Einstellung ist eine besonders schützenswerte Information, und wir wollen nicht der Käse in Facebooks Datenfalle sein", äußerte sich bereits der Landesverband Schleswig-Holstein der Piratenpartei im Zuge der Abschaltung seiner Fanpage.

[13] Facebook missachtet europäisches Datenschutzrecht! / Piratenpartei Luxemburg 02.10.2011

[14] Facebook im Verdacht, Trackingprofile zu erstellen / FAZ 02.11.2011

[15] Facebook: Datenverkehr wird künftig abgehört / futurezone.at 04.11.2011

[16] Verfassungsgerichtspräsident warnt vor Facebook / RP Online 06.11.2011

[17] JuLis Lübeck löschen ihr Facebook-Profil / hl-live.de 27.11.2011

[18] Stallman: Facebook IS Mass Surveillance / RT 02.12.2011

[19] Raus Aus Facebook! / Stern 08.12.2011

[20] Schleswig-Holsteins Grüne löschen ihre Facebook-Seite / T-Online 17.01.2012

[21] Schon wieder Ärger mit Datenschutz - Facebook führt Nutzer „an der Nase herum" / Focus 22.03.2012

[22] Schufa will Daten bei Facebook & Co. sammeln Daten- und Verbraucherschützer sind entsetzt / NDR Info 07.06.2012

[23] Facebook sammelt auch Daten von Nicht-Mitgliedern / SF 06.09.2012

[24] Wir wollen die Vernachlässigungen des Datenschutzes, eines unserer Kernthemen, nicht durch den aktiven Betrieb von Fanpages fördern. Wer sich daran beteiligt, Daten seiner Freunde fristlos, auf Vorrat und zum Verkauf an Monopole in Datenschutzwüsten (Serverstandort) zu schicken, ist in der Argumentation gegen Vorratsdatenspeicherung, SWIFT- und Fluggastdatenauslieferung nicht glaubwürdig. Piraten handeln schlüssig und konsequent, setzen auf OpenSource, Dezentralität und Datenhoheit für den Benutzer. Freundschaft basiert auf Vertrauen; sozialem Verhalten ohne kommerzielle Interessen.

X003 - Unterzeichnung der JuPi/CCC-Unvereinbarkeitserklärung

Sonstiger Antrag - Allgemeine Werte und Menschenbild

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Simpsons3

Zusammenfassung

Die Piratenpartei soll die Unvereinbarkeitserklärung des CCC, inspiriert von den JuPi, unterzeichnen. Dieser Antrag ist ein Hilfsantrag zum SÄA008, falls dieser Antrag nicht angenommen wird.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, die nachfolgende Unvereinbarkeitserklärung offiziell zu unterzeichnen:

[2] Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen. Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze. Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus, Nationalismus oder Unterdrückung von Andersdenkenden beruhen, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden. Die Piraten erklären das Vertreten von Rassismus und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

Begründung

[3] Die Unvereinbarkeitserklärung basiert auf einem Text des CCC (https://www.ccc.de/en/updates/2005/unvereinbarkeitserklaerung) und ist inspiriert worden von einem Offenen Brief der JuPi (https://www.junge-piraten.de/2012/04/06/offener-brief-der-jungen-piraten-an-die-piratenpartei/).

[4] Die Piratenpartei Deutschland vertritt - wie viele Beschlüsse, Programmpunkte und Aktionen der Piraten beweisen - ein Menschenbild frei von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der Sprache, der sexuellen Orientierung, Behinderungen ect.

[5] Die Piratenpartei soll durch die Unterzeichnung der Unvereinbarkeitserklärung ein Zeichen gegen Sexismus, Homophobie und Ausgrenzung setzen.

[6] Dieser Antrag ist hinfällig, wenn der SÄA008 von Urban Pirate (Oliver Höfinghoff) mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen wird. Der SÄA008 geht diesem Antrag vor.

X004 - Abschaffung sämtlicher Delegationen im Liquid Feedback

Sonstiger Antrag - Liquid Democracy WIKI

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Rainer Wüllner

Zusammenfassung

Liquid Feedback, als Instrument der Meinungsbildung, kann nur ohne Delegationen erhalten bleiben

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschliessen:

[2] Die Vergabe und die weitere Verwendung von Delegationen im Liquid Feedback-System ist einzustellen. Wir fordern den Bundesvorstand auf, dies unverzüglich bzw. sofort durchzuführen

Begründung

[3] Derzeit wird das (Bundes) Liquid-Feedback von einer Großzahl der Mitglieder nicht mehr ernst genommen. Grund sind einzelne Superdelegierte, die mit teilweise über 100 Stimmen sämtliche Abstimmungen alleine beeinflussen können.

[4] Dies führt zu einer zunehmenden Resignation bei Mitgliedern, die Initiativen einstellen wollen, bzw. die ihre Stimme abgeben möchten. Sie spüren, daß ob Anträge erfolgreich sind oder nicht, von ganz wenigen Nutzern in diesem System abhängig sind.

[5] AGs wollten teilweise Grundsatzabstimmungen in Spartenthemen durchführen. Ob sie erfolgreich waren oder nicht (Quorum erreicht) hing ausschließlich von Superdelegierten ab.

[6] Auf die Abstimmungen trifft selbiges zu.

[7] Derzeit ist dieses Tool als Instrument der Willensbildung unbrauchbar. Alle Vorschläge zur Reform des Tools brachten bisher keine brauchbaren Lösungen.

[8] Egal für was einmal Delegationen gedacht waren, sie haben zu der derzeitigen, unerträglichen Situation geführt.

[9] Die Willensbildung der Partei gestaltet sich durch Kettenvergaben von Delegationen als absolut intransparent.

X005 - Konkreter Gesetzesentwurf zum Urheberrecht

Sonstiger Antrag - Urheberrecht

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Daniel Neumann

Zusammenfassung

Konkreter Gesetzesentwurf zum Urheberrecht. Dieser ist inhaltlich identisch zum eingereichtem Positionspapier P023 (ehemals PA149) bzw. besser gesagt - das Positionspapier und unser aktuelles Programm basieren eigentlich auf diesem Entwurf

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass der nachfolgenden Gesetzesentwurf eine mögliche Umsetzung für ein modernes Urheberrecht in seinem Sinne darstellt:

[2] https://wiki.piratenpartei.de/Datei:Urheberrechtsgesetz_BPT_25_10_2012.pdf

Begründung

[3] Im Falle der Annahme der Wahlprogrammanträge zum Urheberrecht sowie des Positionspapieres P023 (ehemals "PA149") können sich die Piraten mit der Annahme dieses Antrages auf jeder Ebene auf einen ausgearbeiteten Entwurf zum Urheberrecht berufen.

[4] Wir hätten somit:

- Ein allgemeines und teils abstrakteres Grundsatzprogramm
- Ein kurzes prägnantes Wahlprogramm
- Ein detailiertes Positionspapier
- Den Zuspruch zu einem noch detailierterem konkreten Gesetzesentwurf

[5] Also sonstiger Antrag wurde dieser Entwurf auch nicht direkt in das Parteiprogramm einfließen, würde jedoch offiziell den Status einer bundesweit akzeptierten möglichen Implementierung unserer Forderung im Bereich des Urheberrechts erhalten. Dadurch erleichtert sich die Möglichkeit Teile oder Teilaspektes dieses Entwurfes direkt in die Politik einzubringen und zur Umsetzung anzuregen sowie diesen offen und offiziell zu diskutieren.

X006 - Wahlkampf

Sonstiger Antrag - Keine der Gruppen

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ommi

Zusammenfassung

Wahlkampffuehrung

Antragstext

[1] Der Parteitag moege beschliessen welchen Charakter der Wahlkampf fuer die Bundestagswahl 2013 haben soll.

[2] 1.) Mit dem Schwerpunkt auf piratig Fundamental. oder 2-) Mit dem Schwerpunkt auf piratig Pragmatisch.

Begründung

[3] Alle beide Richtungen haben ihre Anhaenger und Widersacher. Alle beide Richtungen haben ihre Vorteile und Nachteile.. Es wird sowieso eine Mischung von beiden Richtungen sein. Deswegen ist es wichtig dies basisdemokratisch zu entscheiden.

X007 - Bundesvorstandswahl auf BPT 2013.1

Sonstiger Antrag - Parteiinternes

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bodo Thiesen

Zusammenfassung

Aufforderung an BuVo, unverzüglich den BPT 2013.1 zur Neuwahl eines BuVos einzuberufen

Antragstext

[1] Der Bundesvorstand beginnt nach dem Bundesparteitag 2012.2 unverzüglich mit der Planung, Vorbereitung, Einberufung und Durchführung des Bundesparteitages 2013.1 mit den zwingend in der Einberufung aufzuführenden Tagesordnungspunkten »Tätigkeitsbericht der Bundesvorstandsmitglieder«, »Entlastung des Bundesvorstanes« und »Wahl des Bundesvorstandes«.

Begründung

[2] Das Fass ist über gelaufen. Diese folgende Begründungsliste wird stichpunktartig geführt und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit (sie darf gerne von Lesern dieses Antrages auf der Diskussionsseite ergänzt werden - ich bitte sogar ausdrücklich darum):

- Klaus Peukerts ungeahndeten diffamierungen qualitativ hochwertig arbeitender AGs
- Der ungeahndete Julia-Schramm-Buch-Skandal, der durch die Berichterstattung nachweislich der Partei geschadet hat
- Der Beschluss zur Bundeskiste, einem Konzept ohne Zweck, das folglich nur eine zusätzliche Datensammlung und somit ein unnötiges Datenleck-Risiko darstellt (ab Zeile 146). Hier ist in der Entscheidung des BuVos die Möglichkeit von Rechtsverstössen beinhaltet, siehe der Bericht des Datenschutzbeauftragten Berlin, in dem er sich gegen eine nicht notwendige, unbegrenzte Speicherung von Daten ausgesprochen hat. Und nun hat sich auch der Bundesdatenschutzbeauftragte der Piratenpartei Deutschland zur Bundeskiste geäußert - Urteil vernichtend. Der Bundesvorstand will selbstverständlich an der Bundeskiste festhalten - Politik 1.0 kann ich da nur sagen - »wir haben uns unsere Meinung bereits gebildet, bitte verwirrt uns nicht mit Fakten«. Und dass ausgerechnet in einer selbsternannten Datenschutzpartei vom eigenen Datenschutzbeauftragten formulierte Datenschutzbedenken so mal locker flockig in den Wind geschlagen werden, spricht auch Bände. Arme Piratenpartei, Du warst mal eine Hoffnung. Ist das angebracht für eine Begründung eines Vorstandsabsetzungsantrages an den BPT? Ich weiß es nicht, ich schreib's dennoch.
- Der Bundesvorstand will Mehrheitlich bis nach der BTW im Amt bleiben, Meinungsbild auf BPT vorgesehen (Zeile 434) das Vorhaben sickerte aber schon deutlich vorher durch.
- Chefpirat Schlömer nennt Merkel mögliche Koalitionspartnerin

X008 - Abschaffung von LiquidFeedback

Sonstiger Antrag - Liquid Democracy

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Bodo Thiesen

Zusammenfassung

LiquidFeedback als Meinungsbildungstool ist als gescheitert anzusehen und soll daher abgesetzt werden.

Antragstext

[1] Alle ausschließlich mit LiquidFeedback im Zusammenhang stehenden Daten in der Mitgliederverwaltung und in der Clearingstelle werden sicher und dauerhaft gelöscht. Die LiquidFeedback-Installation selbst wird nach weiterem Beschluss des Bundesparteitages entweder auf »nur-lesen« gestellt, oder analog aller anderen von der Piratenpartei genutzten Tools für jeden zur Nutzung freigegeben (Berechtigungskontrolle für die einzelnen Benutzerkonten bleiben erhalten, aber jeder kann sich ohne Legitimationskontrolle ein Benutzerkonto anlegen).

Begründung

[2] Liquid Feedback war nie als Meinungsbildungstool sondern als Entscheidungsfindungstool konzipiert, wird lediglich als Meinungsbildungstool missbraucht und auch missbräuchlich als solches bezeichnet. Eine Meinung kann man sich aber nur bilden, indem man sich selbst mit dem Thema, über das man sich eine Meinung bilden will, ausreichend intensiv beschäftigt. Bereits die Möglichkeit zur Vergabe von Delegationen ist hier kontraproduktiv, da diese ja gerade den Zweck hat, den Teilnehmer von der Notwendigkeit einer eigenen Meinungsbildung zu befreien. Während Delegationen in einem Entscheidungsfindungstool grundsätzlich noch akzeptabel wäre - wobei man durchaus über die konkrete Umsetzung streiten könnte - ist sie wie ausgeführt bei einem Meinungsbildungstool völlig ungeeignet.

[3] Darüber hinaus hält auch die Behauptung, man könne mit LiquidFeedback »valide« Meinungsbilder erhalten, einer näheren Prüfung nicht stand. In der konkreten Umsetzung nutzen die Benutzer Pseudonyme, von denen nicht immer klar ist, wer hinter ihnen steht. Dadurch ist absolutes Vertrauen in die Administratoren verantwortlich, da einerseits Sockenpuppen nicht zuverlässig identifiziert werden können, andererseits auch legitimierte aber eigentlich inaktive Benutzerkonten von einem Administrator missbraucht werden können, um in seinem Sinne abzustimmen oder eine Delegation einzurichten. Aber auch eine Klarnamenspflicht, wie sie von den Entwicklern gefordert wird, könnte die Situation nicht wirklich verbessern. Denn ein vollständiger Name ist nicht ausreichend, um eine Person zu identifizieren, es wären also mindestens weitere Angaben erforderlich, wie die Anschrift oder Telefonnummer der betreffenden Person. Aber auch dann müsste noch eine händische, mindestens stichprobenartige Überprüfung der Abstimmungen und Delegationen durch Rückfrage bei den Teilnehmern erfolgen. Hier ist allerdings die Kooperation aller Teilnehmer erforderlich. Nur wenige Teilnehmer, die Konsequent das Gegenteil behaupten, was sie in LiquidFeedback tatsächlich machen, würde die Glaubwürdigkeit des Tools beschädigen. Anders herum: Schenkt man dem Tool mehr vertrauen, als seinen befragten Teilnehmern, würden die breite Masse tatsächliche Manipulationen nicht glauben. Problem ist hier schlicht, dass der Teilnehmer nicht beweisen kann, dass die Angaben in LiquidFeedback falsch sind. Folglich ist eine Überprüfung selbst bei Klarnamenspflicht mit Anschrift und Telefonnummer nicht möglich. Erschwerend

kommt hinzu, dass auch die Akkreditierung überprüfbar sein müsste. Hierzu würde eine Klarnamenspflicht als Nebeneffekt auch die Veröffentlichung der gesamten Mitgliederliste der Piratenpartei notwendig erscheinen lassen, da andernfalls für einen konkreten Teilnehmer in LiquidFeedback überhaupt nicht überprüfbar ist, ob er Mitglied der Piratenpartei und somit Teilnahmeberechtigt ist, oder nicht. Es steht außer Frage, dass dies Datenschutztechnisch völlig indiskutabel ist.

[4] Eines der Ziele, das mit der Einführung von LiquidFeedback verfolgt wurde war, die Beteiligung zwischen der Parteitagen und auch die Beteiligung von Piraten, die nicht die Ressourcen haben, an den Parteitagen teilzunehmen, zu erhöhen, indem man ihnen mit LiquidFeedback ein Werkzeug in die Hand gibt, ihre Meinung - wenn auch nur unverbindlich - mitzuteilen. Betrachtet man die Teilnehmerzahlen an den konkreten Abstimmungen und rechnet man die Delegationsstimmen heraus, so ist das Ergebnis derart schockierend, dass der Begriff der Politikverdrossenheit in diesem Zusammenhang noch beschönigend klänge. Justus Wingert hat mal in einem Vortrag in diesem Sinne die Nutzungsstatistiken von LiquidFeedback zugegebenerweise recht provokant mit einer Grafik, die aus einen nach unten zeigenden Pfeil bestand, zusammen gefast. Dem ist letztlich nichts hinzuzufügen.

[5] Fazit: LiquidFeedback muss als gescheitert angesehen werden.

[6] Dieser Antrag soll ausdrücklich KEINE grundsätzliche Abwendung von der Idee der Liquid Democracy sein, es geht hier ausschließlich um das konkrete Tool LiquidFeedback.

[7] Dieser Antrag steht in Konkurrenz zu X004

X009 - LQFB Delegationen, Quorum, Datenschutz

Sonstiger Antrag - Liquid Democracy

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Jo.Menschenfreund im Auftrag der AG Friedenspolitik

Zusammenfassung

Delegationen aussetzen, Quorum reduzieren, Datenbevorratung aussetzen, bis ein Konsens gefunden wurde

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge folgenden Text beschließen.

[2] Gegebenenfalls kann der Antrag alternativ in Modulen (gekennzeichnet jeweils durch mit arabischen Ziffern versehenen Überschriften) zur Abstimmung gestellt werden:

- 1. Delegationen in LQFB werden abgeschaltet.
- 2. Das Quorum wird nicht auf Grund der verteilten Zugangsschlüssel bemessen, sondern auf Grund der Anzahl der abstimmenden Mitglieder in dem entsprechenden Themenfeld. D.h. das Quorum wird auf 10% der durchschnittlich an Abstimmungen in dem Themenfeld teilnehmenden Mitgliedern festgelegt. Bis die Softwarelösung eingeführt wurde, ist das Quorum drastisch zu reduzieren.
- 3. Die Ergebnisse der Abstimmungen dürfen nicht mehr nach Mitglied aufgeschlüsselt angezeigt werden.
- 4. Die Ergebnisse der Abstimmungen in LQFB dürfen keine verbindliche Bedeutung erhalten, so lange sie nicht durch eine Mitgliederbefragung oder das Votum eines Parteitages bestätigt wurden.

Begründung

- Der Antrag steht in Konkurrenz zu X008 wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/X009 und X004 http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/X004 sowie SÄA041 (ständige Mitgliederversammlung) http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsporta

[3] ***Grundsätzlich ist die Einführung von LQFB wichtig und richtig. Jedoch sind die damit verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen ungeheuer komplex und vielschichtig. Daher ist es wichtig, diesen Vorgang transparent und unter Einbeziehung von Kritikern und Zweiflern voran zu treiben. Und insbesondere ist es wichtig, möglichen Missbrauch, der Grundsatzkritik unterstützt, vor dem Entstehen schon zu unterbinden. Daher muss man lieber einen Schritt zurück gehen, als mit Gewalt etwas durchzusetzen. Weil sonst eine gute Idee letztlich scheitern und seine Akzeptanz in der Gesellschaft um Jahre zurück geworfen werden kann.*** Daher sollten so wichtige Entscheidungen mit großer und deutlicher Mehrheit verabschiedet werden und nicht durch Kampfabstimmungen.

- Zu 1.

[4] Delegationen in der derzeitigen Form sind nicht mit basisdemokratischen Gedanken vertretbar, der von den Piraten als ***“Mitmachpartei“ beansprucht wird. Bis in einem Konsensverfahren ein Kompromiss zwischen***

basisdemokratischem Ansatz und "Liquid Democracy" gefunden wurde, müssen die Delegationen abgeschaltet werden. Die Piraten als "Mitmachpartei" sollten Anreize zur BETEILIGUNG schaffen, nicht zur Vergabe von DELEGATIONEN. (Siehe auch Antrag PA387 "Basisdemokratie" zum Grundsatzprogramm)
Zu 2. Da die Teilnahme in verschiedenen Themenfeldern unterschiedlich ist, muss auch das Quorum unterschiedlich ausfallen. Das System muss daher nach Themenfeldern unterschiedliche Quoren vergeben. Z.B. in dem aus den letzten Abstimmungen ein Durchschnitt ermittelt und daraus das Quorum festgelegt wird. Natürlich kann eine Stufenlösung gewählt werden, um zu häufige Änderungen zu vermeiden. Als Übergangslösung muss das Quorum drastisch reduziert werden, bis eine entsprechende Softwareänderung ermöglicht wird.

- Zu 3.

[5] Die Entwickler der Software LQFB haben sich von der Anwendung der Software in der Piratenpartei distanziert. (http://www.golem.de/1101/80503.html) Die Anwendung von Pseudonymen erzeugt einerseits eine Scheinsicherheit, die Anonymität vorgaukelt, aber nicht sicher stelle, andererseits keine sichere Nachprüfbarkeit des Ergebnisses ermöglicht. Ein nicht unwesentlicher Teil der Mitglieder sieht die Möglichkeit, die Abstimmungsergebnisse systematisch zu analysieren und so ein Profil jedes einzelnen Mitglieds zu erstellen als Vorratsdatenspeicherung, die von den Piraten abgelehnt wird. Andere sehen den sozialen Druck, der durch die systematische Auswertbarkeit gegeben ist, als untragbar an.

- Zu 4.

[6] Die stillschweigende immer stärkere Gewichtung von LQFB-Abstimmungen trotz vieler Bedenken und grundsätzlicher Zweifel hinsichtlich Manipulierbarkeit, Repräsentanz und Anzahl der Teilnehmer muss durch ein Votum des Parteitages gestoppt werden. So lange erhebliche Unsicherheiten bestehen, darf LQFB nicht schleichend zu einem "Ersatz" für Abstimmungen auf Parteitagen oder durch nachprüfbare Mitgliederbefragungen werden.

- Der Antrag steht in Verbindung mit PA387 http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/I
  (Aufnahme des Begriffs Basisdemokratie in Grundsatzprogramm)

X010 - Unterstützung Offener Bildungsressourcen - Unterzeichnung der Cape Town Declaration

Sonstiger Antrag - Bildung und Forschung

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Cae (für den AK Bildung NRW)

Zusammenfassung

Unterzeichnung der Cape Town Declaration zu OER durch die Piratenpartei Deutschland

Antragstext

[1] Die Versammlung möge beschließen, dass die Piratenpartei Deutschland als Organisation die „Cape Town Open Education Declaration“ http://www.capetowndeclaration.org/ unterzeichnet. Vorgenommen wird die Unterzeichnung von einem Vorstandsmitglied, das aber nicht namentlich in Erscheinung tritt.

[2] http://www.capetowndeclaration.org/read-the-declaration

[3] http://www.capetowndeclaration.org/translations/german-translation

Begründung

[4] Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den Einsatz von frei zugänglichen und frei nutzbaren Bildungsressourcen (OER = Open Educational Resources) ein. Unter OER versteht man freie Lernmaterialien, freie Software und auch freie Lizenzen, aber auch ganze Kursangebote. Einige kennen als Beispiel wahrscheinlich das MIT-OpenCourseWare-Projekt (OCW), bei dem Vorlesungen und Materialien online gestellt werden. Die Cape Town Declaration wurde 2007 in Cape Town / Südafrika von den 30 größten Unterstützern der OER-Bewegung formuliert. Sie kann online von Einzelpersonen, aber auch von Gruppen unterzeichnet werden. (Aktueller Stand: 2367 Personen und 245 Organisationen). Als bisher einziger Landesverband hat NRW die Erklärung schon länger unterzeichnet, da die entsprechenden Punkte in Programmen vorhanden sind. Es wäre ein deutliches Zeichen, die Erklärung mit einem klaren BPT-Beschluss auch als Gesamtpartei zu unterzeichnen.

[5] Die Unterzeichnung dieser Erklärung setzt das Engagement der Piraten hier in einen internationalen Kontext und ist eine klare Positionierung unserer politischen Zielsetzung: Jeder Mensch hat ein Recht auf unbeschränkten Zugang zu Bildung.

X012 - STRUKTURORDNUNG

Sonstiger Antrag - Programmdebatte

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Ideenwanderer

Zusammenfassung

Grundlage dieser Strukturordnung ist die Erkenntnis, dass sich Arbeiten in Teams zumeist besser erledigen lassen. Für solche Gruppierungen (Organisationseinheiten) soll diese Ordnung ähnliche Voraussetzungen schaffen ohne die Individualität einer solchen Gruppe zu beschneiden.

Antragstext

[1] STRUKTURORDNUNG

[2] **17.1 Präambel**

[3] Grundlage dieser Strukturordnung ist die Erkenntnis, dass sich Arbeiten in Teams zumeist besser erledigen lassen.

[4] Für solche Gruppierungen (Organisationseinheiten) soll diese Ordnung ähnliche Voraussetzungen schaffen ohne die Individualität einer solchen Gruppe zu beschneiden.

[5] **17.2 – Begriffe**

[6] (1) Organisationseinheiten im Sinne dieser Ordnung sind a) Crews b) Squad c) Arbeitsgruppen (AG) d) Arbeitskreise (AK) e) Projektgruppen (PG) (2) Die Koordination der Organisationseinheiten erfolgt in Textform.

[7] **17.3 – Transparenz**

[8] (1) Die Treffen aller Organisationseinheiten sind grundsätzlich öffentlich.

[9] (2) Jede Organisationseinheit gibt jährlich einen Tätigkeitsbericht gegenüber der zuständigen Gliederung ab, der diesen veröffentlicht.

[10] **17.4 – Gründung einer Organisationseinheit**

[11] (1) Die Gründung eines Arbeitskreises, einer Arbeitsgruppe bzw. einer Projektgruppe sind auf der Mailingliste der Organisationseinheit und mit ausreichend Zeit auf der Organisationsliste mit Angabe des Themas der Gruppe zu veröffentlichen.

[12] (2) Zur Gründung einer Organisationseinheit müssen mindestens drei Mitglieder eines Landesverbandes Ihren Willen dazu bekunden. Sie gilt als gegründet, wenn die Gründung der nächst höheren Gliederung in Textform oder in einer Vorstandssitzung bekannt gegeben wurde.

[13] (3) Organisationseinheiten geben sich einen eindeutigen Namen. Mögliche Namensverwechslungen mit anderen Organisationseinheiten sind zu vermeiden.

[14] (4) Organisationseinheiten werden mit dem Präfix „AK“, „AG“ oder „PG“ abgekürzt und enthalten das Suffix „Des Landesverbandes“.

[15] **17.5 – Entscheidungsmodell und Arbeitsstruktur**

[16] (1) Sofern kein eigenes Entscheidungsmodell beschlossen wurde, gilt die einfache Mehrheit für Beschlüsse.

[17] (2) Die Organisationseinheiten Arbeitskreis, Arbeitsgruppe und Projektgruppe benennen mindestens einen Koordinator, der Ansprechpartner für andere Parteiorgane ist.

[18] 17.6 – Mitgliedschaft in Organisationseinheiten

[19] (1) Mitglied einer Organisationseinheit im Sinne dieser Ordnung kann jeder Pirat und Nicht-Pirat werden. Nicht-Piraten dürfen Anträge stellen aber nicht abstimmen. Mehrfachmitgliedschaften sind erlaubt.

[20] (2) Der Austritt aus einer Organisationseinheit ist durch einfache Willenserklärung möglich.

[21] (3) Sollte sich die Organisationseinheit keine eigenen Regelungen diesbezüglich gegeben haben, können ihre Mitglieder über den begründeten Ausschluss eines anderen Mitglieds mit 2/3-Mehrheit entscheiden Diese Entscheidung ist zu protokollieren.

[22] 17.7 – Auflösung

[23] (1) Eine Organisationseinheit löst sich auf, wenn

[24] a) sie dies mit einer 2/3-Mehrheit der bei einem Treffen anwesenden Mitglieder beschließt,

[25] b) weniger als drei Mitglieder eines Landesverbandes sind,

[26] c) der zuständige Landesverband die Inaktivität selbiger feststellt

[27] 17.8 – Crews

[28] (1) Innerhalb der Crews sind die Piraten gleich. Es gibt keine Vorstände oder Kapitäne

[29] (2) Crews sind Organisationseinheiten die Regional arbeiten.

[30] (3) Crews sollten sich in kurzen Abständen zusammenfinden.

[31] (4) Crews können sich Crew-Regeln geben.

[32] 17.9 – Squads

[33] (1) Innerhalb der Aquads sind die Piraten gleich. Es gibt keine Vorstände (2) Squads sind Organisationseinheiten die überregional arbeiten.

[34] (3) Squads sollten sich in kurzen Abständen zusammenfinden.

[35] (4) Squads können sich Squad-Regeln geben.

[36] 17.10 – Arbeitskreis

[37] (1) Arbeitskreise dienen der Diskussion und Erarbeitung von politischen Positionen und Aussagen und somit zur innerparteilichen Willensbildung.

[38] 17.11 – Arbeitsgruppe

[39] (1) Eine Arbeitsgruppe bearbeitet permanente Aufgaben, die nicht Teil der innerparteilichen Willensbildung sind.

[40] 17.12 – Projektgruppen

[41] (1) Eine Projektgruppe bearbeitet zeitlich befristet Aufgaben, die nicht Teil der innerparteilichen Willensbildung sind.

[42] (2) Die PG bestimmt ein Zieldatum, an dem sich die Projektgruppe automatisch auflöst.

[43] (3) Eine PG kann sich selbst in eine AG wandeln.

Begründung

[44] Die Organisationseinheiten sind das soziale Bindeglied der Piratenpartei. Durch die Organisationseinheiten wird ein Gemeinschaftsgefühl und sozialer Zusammenhang geschaffen; kein Pirat hat das Gefühl, ein Einzelkämpfer zu sein. Die Piratenpartei soll durch eine Strukturordnung seine Organisationseinheiten festigen und dadurch

die Basisdemokratie stärken.

[45] Die Regelungswut der Gliederungen bis in die OV hinein, behindert die Gründung der unten beschriebenen Organisationseinheiten maßiv.

[46] Es gibt schon Planungen Stammtischordnungen- und Crewordnungen einzuführen.

[47] Die Organisationseinheiten gründen sich immer an der Basis, durch diese Strukturordnung wird die Vorgehenweise der Selbstbestimmung geregelt.

[48] Organisationseinheiten sollen sich selbst einen Kodex, Arbeitsgrundlage, Ordnung, Verordnung, Regelung oder Regeln der Zusammenarbeit geben.

X013 - Gesetzesentwurf zur Reform des Urheberwahrnehmungsgesetzes (Thema GEMA)

Sonstiger Antrag - Urheberrecht LQFB PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

carlo von lynX

Zusammenfassung

Die Verwertungsgesellschaften, allen voran die GEMA, sind in ihren verzwickten Vereinstrukturen als weitgehend reformunfähig weswegen Appelle in dieser Hinsicht seit Jahrzehnten abperlen. Eine UrhWG-Reform muss tief eingreifen um Wirkung zu erreichen.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass der nachfolgenden Gesetzesentwurf eine mögliche Umsetzung für eine Reform des Urheberwahrnehmungsgesetzes in seinem Sinne darstellt:

[2] **Gesetzesentwurf zur Reform des Urheberwahrnehmungsgesetzes**

[3] Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz zu überarbeiten, um eine gerechtere Funktionsweise des Verwertungssystems zu gewährleisten. Hiervon sind alle Verwertungsgesellschaften in unterschiedlichem Grad betroffen.

[4] Paragraph 6: **Wahrnehmungszwang**

[5] In Absatz 2 wird vorausgesetzt, dass eine Verwertungsgesellschaft über eine repräsentative Vertretung geführt werde. Dies ist dahingehend zu ändern, dass eine Verwertungsgesellschaft auch liquid- oder direktdemokratisch geführt werden kann.

[6] Paragraph 7: **Verteilung der Einnahmen.**

[7] Die gutgemeinte aber künstlerisch diskriminierende und verzerrende Vorgabe "Der Verteilungsplan soll dem Grundsatz entsprechen, daß kulturell bedeutende Werke und Leistungen zu fördern sind." wird gestrichen.

[8] Es ist Künstlern und Autoren freigestellt außerhalb der Verwertungsgesellschaften Initiativen zur Förderung 'kulturell bedeutender Werke' zu unterstützen oder zu erschaffen und für diese zu werben. Zudem muss die Verteilung der Einnahmen gesetzlich klarer ausgestaltet sein, dass nicht nur Willkür sondern auch Ungerechtigkeit weitgehend ausgeschlossen werden können.

[9] Hierzu wird den Verwertungsgesellschaften nahegelegt, eine zeitgemäße werksgenaue Erfassung der öffentlich aufgeführten Werke zu verfolgen, und eine direkte Auszahlung an die respektiven Autoren zu favorisieren (siehe unten). Komplizierte Verteilungsschlüssel sind abzubauen. Die Vertretungsgesellschaften sollen innerhalb eines Jahres entsprechende Korrekturen an ihren Prozeduren vornehmen.

[10] Paragraph 8: **Vorsorge- und Unterstützungseinrichtungen.**

[11] Dieser Paragraph könnte im Rahmen eines bedingunglosen Grundeinkommens potentiell entfallen.

[12] Paragraph 10: **Auskunftspflicht**

[13] Die Verwertungsgesellschaft ist verpflichtet, jedermann auf elektronischem Wege (Internet) mittels offener Schnittstellen (opendata) kostenlos Auskunft darüber geben zu können, ob sie Nutzungsrechte an einem bestimmten Werk oder bestimmte Einwilligungsrechte oder Vergütungsansprüche für einen Urheber oder Inhaber eines verwandten Schutzrechts wahrnimmt. Zusätzlich bietet sie eine vollständige Datenbank dieser Nutzungsrechte zum Download an, sowie die Möglichkeit automatisiert Änderungen einzupflegen (beispielsweise mittels Abonnierung von Git Deltas per E-Mail-Verteiler). Jedes vertretene Werk besitzt eine eineindeutige Kennzeichnung, welche über diesen Weg in Erfahrung gebracht werden kann.

[14] Paragraph 12: **Gesamtverträge**

[15] Der Abschluss von Gesamtverträgen ist zu untersagen. Er fördert Willkür in der Tarifgestaltung je nach persönlichem Kontakt zu den zuständigen Mitarbeitern der Verwertungsgesellschaft. Somit entfällt auch Paragraph 14c. Absatz 1 von Paragraph 13 ist anzupassen.

[16] Die Verwertungsgesellschaften müssen klare, faire, nachvollziehbare und transparente Abrechnungsmodalitäten für alle Einsatzzwecke bereitstellen. Es muss sichergestellt werden, dass alle existenten Geschäftsmodelle von Veranstaltern beachtet und nicht geschädigt werden. Dies kann geschehen, in dem man das Konzept der Gesamtverträge auf alle Repräsentanten bestimmter Subkulturen verallgemeinert - somit ist durch Transparenz sichergestellt, dass alle Vertreter einheitliche Modalitäten erhalten. Sogenannte "Härtefallnachlassregelung" sind somit also offen in das Tarifsystem aufzunehmen, statt nach Gutdünken anzuwenden.

[17] Nichtsdestotrotz können Veranstalter und DJs stets die exakte Auflistung der zahlungspflichtigen Werke als alternative Form der Abrechnung wählen. Diese darf gegenüber einem Standardvertrag, wie eben beschrieben, nicht nachteilhaft sein. Details hierzu stehen in den Erläuterungen zu Paragraph 13b.

[18] Paragraph 13: **Tarife**

[19] Es wird eine klarstellende Umformulierung und Rahmenstellung in Paragraph 13 Absatz 3 gefordert. Die Piratenpartei ermahnt speziell die GEMA hinsichtlich ihrer Tarifvorstellungen, dass ein Anteil von 10% in keinem Fall, inklusive aller vorgesehenen Zuschläge, überschritten werden darf. Dies ist beim derzeitigen Tarifreformsvorschlag durchgehend der Fall, weswegen dieser als sittenwidrig einzustufen ist und die Existenzberechtigung der GEMA unnötig gefährdet.

[20] - Paragraph 13a: **Tarife für Geräte und Speichermedien; Transparenz**

[21] Piraten fordern eine Deckelung der Urheberrechtsabgaben auf Speichermedien und Geräte auf maximal 5% des Verkaufspreises.

[22] Die Urheberrechtsabgaben auf Speichermedien und Geräte stellen die Legitimation für die Privatkopie dar. Aufgrund der Streichungen von Urheberrechtsabgaben im Bereich der Bildung und zur allgemeinen Förderungen der Vergütungen von Urhebern sollten diese Abgaben auch beibehalten werden.

[23] Erstrebenswert ist jedoch ein einheitlicher Prozentsatz, der sich direkt am Verkaufspreis misst. Eine Bemessung nach Leistungsfähigkeit, Speicherkapazität und weiteren Eigenschaften, wie sie aktuell erfolgt, ist unnötig kompliziert und muss ständig angepasst werden. Zudem würden die regelmäßigen Verhandlungen der ZPÜ mit denverschiedenen Branchenverbänden überflüssig werden. Die ZPÜ würde hier allenfalls noch als Verteiler auftreten oder könnte ganz wegfallen.

[24] Paragraph 13b: **Pflichten des Veranstalters**

[25] 13b.2 "Dies gilt nicht für die Wiedergabe eines Werkes mittels Tonträger" <- Dieser Satz entspricht nicht gängiger Praxis und ist zu entfernen.

[26] 13b(2) ist wie folgt zu ändern: "Nach oder während der Veranstaltung hat der Veranstalter der Verwertungsgesellschaft eine Aufstellung über die bei der Veranstaltung benutzten Werke zu übersenden. Dies kann automatisiert und unter Benutzung der eineindeutigen Kennzeichnung geschehen."

[27] Konkret wird eine Trennung der Rolle des Veranstalters und des Musikselektors, also des Deejays, erwünscht, wonach der DJ oder dessen Assistent automatisiert oder mit elektronischen Hilfsmitteln eine trackgenaue Übermittlung der Werke realisiert. Die Motivation hierzu liegt im sozialen Austausch mit den Urhebern; die Urheber sollen nämlich eine trackgenaue Abrechnung erhalten können, in der steht, welcher DJ in welchem Club wel-

chen Track gespielt hat, und welchem Geldanteil das entspricht. Diese Betrachtungsweise ist auch auf Bild- und Textverwertung übertragbar.

[28] Zur Erläuterung: Es entsteht hiermit ein sozialer Kommunikationskanal zwischen Urhebern und Konsumenten, welche in vielen Kreisen selbst Urheber sind. Respekt und Wertschätzung ist über die Meldung an die Verwertungsgesellschaft ausdrückbar. Die Urheber können das wiederrum in ihre Strategie der Promotion einfließen lassen: Wer ihren Song oft spielt, soll den nächsten gleich per E-Mail zugeschickt bekommen. Somit ist eine Motivation gegeben, die Erfassung unabhängig vom Veranstalter bzw. dem Betreiber eines Clubs, zu gestalten, welcher ein Interesse daran haben könnte, das Spielen von zahlungspflichtigem Material zu leugnen. Zusätzlich kann eine Klangerkennung (siehe unten) durchgeführt werden, weswegen die Korrektheit der Angaben des DJs stichprobenartig überprüfbar ist. Ausserdem wirkt die transparente Benachrichtung der Nutzungsweise der Musik motivierend für neue Urheber beizutreten und reduziert durch Automatisierung den Verwaltungsaufwand. Während im privaten Bereich eine trackgenaue Abrechnung unmöglich mit den Bürgerrechten zu vereinbaren wäre und auf keinen Fall Praxis werden darf, ist bei der öffentlichen Aufführung eine "Überwachung" ausnahmsweise wünschenswert, da die Alternativen schlechter sind. Für die DJs ergibt sich zusätzlich die Möglichkeit ihre Trackerfassung promotional zweitzuverwerten: Es ist sowieso bereits vielerorts üblich, eine Trackliste des Abends zu publizieren. Dies wird nun einfacher. Wenn ein Club allerdings der Meinung ist, die dort gespielte Musik sei ein Betriebsgeheimnis, hat er immernoch die Möglichkeit einen Standardvertrag abzuschließen (siehe Paragraph 12).

[29] Absatz 13b(3) entfällt. Ein Abschluss eines Standardvertrages ist mit Sendeunternehmen nicht möglich, weswegen diese verpflichtet sind, gemäß Absatz (2) eine vollständige Aufstellung der Werknutzung zu melden, sofern sie zahlungspflichtige Werke einsetzen. Eventuelle Unkosten tragen somit die Sendeunternehmen, nicht die Urheber.

[30] Paragraph 13c: **Vermutung der Sachbefugnis; Außenseiter bei Kabelweitersendung**

[31] Die in Paragraph 13c festgelegte Vertretungsvermutung und damit implizite Umkehr der Beweislast ist abzuschaffen in folgenden Fällen:

[32] - In der Herstellung von physischen Trägern. Hersteller von befreiten Druckerzeugnissen oder Tonträgern müssen dies keiner Verwertungsgesellschaft nachweisen. - In Rundfunk und Internet-Streaming. Die Veranstalter sind verpflichtet eventuelle zahlungspflichtige Werke der Verwertungsgesellschaft zu melden. - Bei Konzertveranstaltungen. Es wird vermutet, dass Künstler nur eigene oder befreite Werke aufführen. Sollten zahlungspflichtige Werke aufgeführt werden, müssen diese vom Künstler und Veranstalter an die Verwertungsgesellschaft gemeldet werden (in zweifacher identischer Ausführung also). Auch Künstler mit Mitgliedschaft in der GEMA können grundsätzlich kostenfrei ihre Werke aufführen und Tantiemen hierfür direkt vor Ort einstreichen. - Bei Tanzveranstaltungen. Die mit der Musikauswahl beauftragten Personen übermitteln unabhängig vom Veranstaltungsort Listen der gespielten Werke an die zuständigen Verwertungsgesellschaften. Der Veranstalter meldet die Aufführungsumstände. - Bei sonstigen Veranstaltungen. Die Veranstalter melden die Aufführung einzelner Werke und die Aufführungsumstände (Anzahl Anwesender, Vorder- oder Hintergrundgebrauch usw.).

[33] Somit ist Paragraph 13c abzuschaffen da inhaltlich gegenstandslos.

Neu einzuführende Paragraphen

[34] Konkurrierende Verwertungsgesellschaften sind zur Kooperation verpflichtet in der Aufgabenstellung ihre Urheber bestmöglichst zu vertreten.

[35] Verwertungsgesellschaften müssen effizient genug operieren um **weniger als10% der Gesamteinnahmen für die Verwaltung** zu beanspruchen. Der Gehaltsunterschied zwischen Mitarbeitern darf das zehnfache nicht übersteigen.

[36] Urheber können grundsätzlich für jedes Werk einzeln entscheiden, ob sie dieses einer Verwertungsgesellschaft übertragen. Sie können in mehreren solchen Gesellschaften vertreten sein, sowie Werke verwertungsfrei direkt vermarkten oder verschenken.

[37] Urheber können ihre Werke grundsätzlich zahlungsfrei verteilen. Bespielsweise digital, erst bei öffentlicher Aufführung oder Weiterverteilung (etwa durch Pressung eines Musikstückes auf Vinyl) greifen die Tantiemenzahlungen, sofern der Urheber die Werke nicht hierfür ebenfalls freigegeben hat.

Begründung

[38] Die Verwertungsgesellschaften, allen voran die GEMA, sind in ihren verzwickten Vereinstrukturen als weitgehend reformunfähig weswegen Appelle in dieser Hinsicht seit Jahrzehnten abperlen. Eine UrhWG-Reform muss tief eingreifen um Wirkung zu erreichen.

[39] Mit der Annahme dieses Antrages können sich Piraten auf jeder Ebene auf einen ausgearbeiteten Entwurf berufen. Ein geeigneter Text für das Wahlprogramm ist redaktionell inhaltsgleich aus diesem Antrag abzuleiten.

[40] Anmerkung zur Liquid-Feedback-Befragung: Daniel Neumann hat mit +213 Delegationen aus formellen Gründen den Antrag abgelehnt. Mit dieser korrigierten Einordnung des Antrags ist das Problem behoben (siehe auch Pad und Konversation in Twitter zwischen @vonlynX und @danielsan), weswegen das Resultat der LQFB-Umfrage als 392 zu 11 Stimmen zu bewerten ist, also 97% Zustimmung.

X014 - Zwei Bundesparteitage im ersten Halbjahr

Sonstiger Antrag - Parteiinternes PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

FlorensD

Zusammenfassung

Der Bundesvorstand soll dafür sorgen, dass im ersten Halbjahr 2013 zwei Bundesparteitage (1. Vorstandswahl, 2. Programm) abgehalten werden.

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Bundesvorstand soll dafür sorgen, dass im ersten Halbjahr 2013 zwei Bundesparteitage (1. Vorstandswahl, 2. Programm) abgehalten werden.

Begründung

[2] Wir können so uns zwei mal vor der Bundestagswahl groß in die Presse bringen, zudem bekommen wir wieder einen neuen vollständigen Vorstand (gerade im Wahljahr, sollte die Last auf möglichst viele Schultern verteilt werden) und können unser Programm nochmal weiterentwickeln.

[3] Möglicherweise werden wir 2013 auch einen dritten Parteitag machen müssen, da wir ja die Europawahl-Liste (Wahl findet im Juni 2014 statt) aufstellen müssen. Theoretisch könnte diese Liste auch in den Ländern aufgestellt werden, es wäre jedoch relativ schwierig, dies korrekt abzuwickeln.

X015 - Berücksichtigung des inhärenten Vertrauensschwundes bei transitiven Delegationen in Liquid Feedback durch Dämpfung des Stimmgewichts

Sonstiger Antrag - Liquid Democracy PAD

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

ZombB

Zusammenfassung

Emotionales Vertrauen ist keine transitive Eigenschaft! Dies soll in Liquid Feedback bei Kettendelegationen berücksichtigt werden, indem das Stimmgewicht nicht oder nur zum Teil weiterdelegiert wird. Im Ergebnis werden dadurch Superdelegierte vermieden.

Antragstext

[1] Folgende Regeln zur Dämpfung des Stimmgewichts bei transitiven Delegationen sollen in Bezug auf ihre Umsetzbarkeit in der Liquid Feedback Bundes-Instanz der Piratenpartei unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüft und falls möglich umgesetzt werden:

[2] Globale Delegation:

- Stimmen können global delegiert werden und vom direkten Delegationsempfänger in vollem Umfang für Abstimmungen genutzt werden
- Keine transitive Delegation: Durch globale Delegation empfangene Stimmen werden nicht an Dritte weitergegeben

[3] Themenbebereichsbezogene Delegation:

- Stimmen können themenbereichsbezogen delegiert werden und vom direkten Delegationsempfänger in vollem Umfang für Abstimmungen genutzt werden
- Dämpfung von transitiven Delegationen mit dem Faktor 0,5: Durch themenbereichsbezogene Delegation emfangene Stimmen werden nur mit dem Faktor 0,5 an Dritte weitergegeben

[4] Themenbezogene Delegation:

- Stimmen können themenbezogen delegiert werden und vom direkten Delegationsempfänger in vollem Umfang für Abstimmungen genutzt werden
- Dämpfung von transitiven Delegationen mit dem Faktor 0,75: Durch themenbezogene Delegationen empfangene Stimmen werden nur mit dem Faktor 0,75 an Dritte weitergegeben

[5] Beispiele:

- A delegiert seine Stimme global an B. B verfügt jetzt in Abstimmungen an denen A nicht teilnimmt über zwei Stimmen.
- A delegiert seine Stimme global an B. Wenn B seinerseits themenbezogen an C delegiert wird zwar die Stimme von B auf C übertragen, nicht jedoch die von A. C verfügt also in der Abstimmung über zwei

Stimmen, seine eigene und die von B. Die Stimme von A findet in der Abstimmung keine Berücksichtigung.

- Ausgangssituation wie Beispiel 2: Delegiert C wiederum themenbereichsbezogen an D, so erhält D die Stimme von C vollständig (Stimmgewicht 1) und die von B gedämpft mit dem Faktor 0,5 (transitive themenbereichsbezogene Delegation). Im Ergebnis erhält D also für die Abstimmung 2,5 Stimmen: Seine eigene (1), die von C (1) und die von B transitiv delegierte, allerdings gedämpft (0,5).

- Ausgangssituation wie Beispiel 3: Delegiert D wiederum themenbezogen an E, so erhält E die Stimme von D vollständig (Stimmgewicht 1) und das bei D durch Delegationen akkumulierte Stimmgewicht (1,5) gedämpft mit dem Faktor 0,75 (transitive themenbezogene Delegation). Im Ergebnis erhält E also für die Abstimmung 3,125 Stimmen: Seine eigene (1), die von D (1) und das von B und C transitiv delegierte Stimmgewicht allerdings gedämpft (1,125 = 0,75 * (1 + 0,5 * 1)).

Begründung

[6] Um das Konzept der Liquid Democracy zu erforschen, setzt die Piratenpartei im Rahmen eines Feldtests die E-Voting Lösung Liquid Feedback (LQFB) zur parteiinternen Erstellung von Meinungsbildern ein, die mittlerweile inoffiziell (ohne Verankerung in der Satzung) zentraler Bestandteil von parteiinternen Entscheidungsprozessen sind (z.B. zur Vorbereitung von Parteitagen, Vorstandssitzungen oder Pressemitteilungen).

[7] Dem liegt die Annahme zugrunde, dass das Abstimmungsergebnis, das in LQFB maßgeblich durch die aktiv teilnehmenden Delegierten geprägt wird, im ersten Schritt repräsentativ für alle Teilnehmer in LQFB ist (aktive Delegierte die abstimmen und passive Teilnehmer die ihre Stimme delegieren) und dass letzteres Ergebnis wiederum in einem zweiten Schritt repräsentativ für die Grundgesamtheit aller Piraten ist. Träfe die erste Schlussfolgerung nicht zu, so wäre auch die Zweite in der Folge nicht haltbar. Die in LQFB erstellten Meinungsbilder wären nicht repräsentativ für die Basis und damit für den parteiinternen Meinungsbildungsprozess kontraproduktiv weil sie uns in die Irre führten.

[8] Statistische Auswertungen haben ergeben, dass sich das Stimmgewicht und damit die Entscheidungsmacht auf wenige “Superdelegierte“ konzentriert:

- http://streetdogg.wordpress.com/#Delegationen
- http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:SD/Delegationen_in_LQFB
- http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:SD/Delegationen_in_LQFB/Topdelegierte#Topdelegierte_pro_Themenbereich

[9] Diese Machtkonzentration stellt die Repräsentativität des Systems in Frage: Zwar haben auf den ersten Blick mehrere hundert Teilnehmer an einer Abstimmung teilgenommen, die damit eigentlich statistisch repräsentativ für die Basis sein sollte, tatsächlich wird die Abstimmung jedoch durch eine Hand voll “Superdelegierter“ dominiert; die Masse der Teilnehmer partizipiert also nur passiv über Delegationen und hat sich selbst mit dem Thema inhaltlich nicht beschäftigt. Die fehlende aktive Beteiligung des Schwarms müsste jetzt also durch die Kompetenz der wenigen “Superdelegierten“ kompensiert werden, damit das Gesamtergebnis nicht an Repräsentativität bzw. Qualität einbüßt. Die hohe Kompetenz von “Superdelegierten“ müsste dann durch eine besonders sorgfältige Auswahl auf der Basis von **besonders stark ausgeprägtem Vertrauen** sichergestellt werden.

[10] Teilnehmer die am Anfang der Kette stehen und ihre Stimme delegieren, können jedoch gerade nicht darauf vertrauen, dass mit ihrer Stimme auch in ihrem Sinne entschieden wird, denn bei wem ihre Stimme letztendlich landet erfahren sie erst wenn die Abstimmung abgeschlossen ist. Letzteres ist notwendig, um taktisches Abstimmen und insb. die gezielte Beeinflussung einzelner Teilnehmer zu vereiteln. Durch ungedämpfte transitive Delegationen wird entlang der Delegationskette ein hohes Stimmgewicht aufkumuliert. Eine Fehlentscheidung eines Mitgliedes der Kette kann für das Abstimmungsergebnis fatale Folgen haben, wenn das Stimmgewicht an einen weniger kompetenten Teilnehmer weitergegeben wird. Das Prinzip, dass durch E-Voting mehr Piraten an der Entscheidungsfindung beteiligt werden und im Schwarm so das Risiko von Fehlentscheidungen reduziert wird, wird hier ad Absurdum geführt: Die Konzentration auf wenige Superdelegierte erhöht das Risiko von Fehlentscheidungen. Gefährlich erscheint mir auch, dass allen Teilnehmern suggeriert wird, sie wären im

gleichen Maße beteiligt gewesen.

[11] Genau an dieser Stelle meine ich ein methodisches Defizit auszumachen: Das hohe Stimmgewicht von Superdelegierten resultiert zum großen Teil aus transitiven Delegationen (Kettendelegationen). Vertrauen ist jedoch nur eingeschränkt eine transitive Eigenschaft, der große Vertrauensvorschuss somit nicht gerechtfertigt und die resultierende Machtkonzentration ebensowenig.

[12] Bei der Frage inwiefern Vertrauen und entsprechend auch Stimmgewicht transitiv delegierbar ist, müssen wir zwischen umfassendem und spezifischem Vertrauen unterscheiden:

- Vergleiche Folie 3: http://www.uni-koeln.de/wiso-fak/weiz/ss/wb-fol5b.pdf
  - Umfassendes Vertrauen in einen Freund ist keine transitive Eigenschaft. Das aus einem derartigen Vertrauensverhältnis resultierende Stimmgewicht kann nicht an Dritte weitergegeben werden.
  - Spezifisches Vertrauen in die Fachkompetenz eines anderen Teilnehmers ist eine transitive Eigenschaft. Das aus einem derartigen Vertrauensverhältnis resultierende Stimmgewicht kann an Dritte weitergegeben werden (jedoch nicht in vollem Umfang, siehe unten).

[13] Um die oben genannten Mängel zu heilen, möchte ich daher die Dämpfung des Stimmgewichts bei transitiven Delegationen entsprechend des schwindenden Vertrauens entlang der Delegationskette vorschlagen. Im folgenden soll dies für die verschiedenen Delegationen diskutiert und erörtert werden:

[14] Globale Delegationen:

[15] Da kein Mensch in allen Themenbereichen fachkompetent sein kann, basiert eine globale Delegation niemals auf dem Vertrauen in die Fachkompetenz, sondern auf dem umfassenden (emotionalen) Vertrauen in eine Person, aus ihrer persönlichen Lebenseinstellung heraus die "richtige" Entscheidung zu treffen. Da emotionales Vertrauen keine transitive Eigenschaft ist, soll die Weitergabe globaler Delegationen an Dritte (transitive Delegation) ausgeschlossen werden.

[16] Zwar kann ein Teilnehmer in Liquid Feedback seine Stimme an einen anderen Teilnehmer ohne Einschränkung weitergeben, diese verfällt jedoch wenn dieser Delegierte nicht selbst abstimmt, sondern sein eigenes Stimmgewicht selbst an einen Dritten delegiert. Ob die zweite Delegation eine globale, themenbereichsbezogene oder themenbezogene Delegation ist, ist dafür unerheblich (kein transitives Vererben von Umfassendem (emotionalem) Vertrauen).

[17] Themenbereichsbezogene Delegation:

[18] Bei der auf einen Themenbereich beschränkten Delegation kann unterstellt werden, dass diese Aufgrund der fachlich inhaltlichen Kompetenz eines Piraten in diesem Themenbereich erfolgt. Da eine Themenbereichsbezogene Delegation nicht auf ein konkretes Thema, sondern auf alle Themen eines Themenbereichs gerichtet ist, also auch solche, die dem Delegierenden bei der Einrichtung der Delegation noch garnicht bekannt sind, ist der Vertrauensschwund höher anzusetzen als bei der Themenbezogenen Delegation. Dementsprechend soll das Stimmgewicht bei transitiver Delegation in diesem Fall stärker gedämpft werden als bei der rein themenbezogenen Delegation. Bei der transitiven Weitergabe dieser Delegationen an Dritte soll das Stimmgewicht daher mit dem Faktor 0,5 gedämpft werden, um dem abnehmenden Vertrauen in der Delegationskette Rechung zu tragen.

[19] Zwar kann ein Teilnehmer in Liquid Feedback seine eigene Stimme für einen Themenbereich an einen anderen Teilnehmer vollständig weitergeben, das darüberhinaus delegierte Stimmgewicht, dass er selbst durch Delegation empfangen hat, wird jedoch nur mit dem Faktor 0,5 an den Dritten weitergegeben (gedämpft).

[20] Themenbezogene Delegation:

[21] Bei der expliziten Delegation für ein Thema kann unterstellt werden, dass diese Aufgrund der fachlich inhaltlichen Kompetenz eines Piraten in diesem Thema erfolgt. Da eine Themenbezogene Delegation auf ein konkretes Thema, und nicht auf alle Themen eines Themenbereichs gerichtet ist, also nur für Themen wirkt, bei denen sich der Delegierende über die Einstellung des Delegationsempfängers für dieses Thema vorher vergewissern kann, ist der Vertrauensschwund niedriger anzusetzen als bei der Themenbezogenen Delegation. Dementsprechend soll das Stimmgewicht bei transitiver Delegation in diesem Fall schwächer gedämpft werden als bei der

themenbereichsbezogenen Delegation. Bei der transitiven Weitergabe dieser Delegationen an Dritte soll das Stimmgewicht daher mit dem Faktor 0,75 gedämpft werden, um dem abmehmenden Vertrauen in der Delegationskette Rechung zu tragen.

[22] Zwar kann ein Teilnehmer in Liquid Feedback seine eigene Stimme für ein Thema an einen anderen Teilnehmer vollständig weitergeben, das darüberhinaus delegierte Stimmgewicht, dass er selbst durch Delegation empfangen hat, wird jedoch nur mit dem Faktor 0,75 an den Dritten weitergegeben (gedämpft).

[23] Bestimmung des Dämpfungsfaktors:

[24] An dieser Stelle muss ich gestehen, dass ich den Faktor, mit dem das Stimmgewicht transitiver Delegationen gedämpft werden sollte bisher nicht exakt analytisch herleiten kann. Da dieser Wert zwischen 0 und 1 liegen muss, habe ich ihn für die Themenbereichsdelegation mit 0,5 angenommen (liegt genau in der Mitte) und für die themenbezogene Delegation mit 0,75.

[25] (Im Web of Trust werden zwei Unterschriften von Dritten mit dem Signatory Trust "marginal" benötigt, damit der Authentizität des so signierten Schlüssels vollständig vertraut wird (Key Legitimacy L = 1). Eine Unterschrift der "marginal" vertraut wird bingt also per default 50%. Ich weiß auch, dass das jetzt ziemlich schmutzig ist, aber das ist bisher das Eizige was mir dazu bisher eingefallen ist.)

[26] *Wichtig ist mir abschließend noch einmal zu betonen, dass ich ein großer Fan und ständiger Nutzer von LQFB bin. Es ist jedoch ein Fehler die zugrundeliegende Methodik als vollendet anzusehen. Vielmehr müssen wir diese evaluieren und aktiv weiterentwickeln. Die Analysen von Street Dog haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Hier ist aus meiner Sicht aber auch der LQFB Projektleiter bzw. der verantwortliche Bundesvorstand gefragt, einen sauberen Abschluss des LQFB Piloteinsatzes z.B. in Form eines Lessons Learned zu organisieren und auf dieser Basis Entscheidungen zum weiteren Vorgehen herbeizuführen.*

X016 - GO-Änderung: Schlussrede für Antragsteller

Sonstiger Antrag - Parteiinternes

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Entropy

Zusammenfassung

Antragsteller bekommen das Recht, nach der Aussprache eine Schlussrede zu halten, um auf die Einwände eingehen zu können

Antragstext

[1] Der Bundesparteitag möge beschließen, §14(1) der Geschäftsordnung folgenden Satz hinzu zu fügen:

[2] Nach der Aussprache hat der jeweilige Antragsteller das Recht in einer Schlussrede auf die Wortbeiträge zu seinem Antrag einzugehen.

Begründung

[3] Ein Antragssteller soll seinen Antrag gegen falsche Behauptungen und Missverständnisse in den Wortbeiträgen in einer Schlussrede verteidigen können. Diese, eigentlich selbstverständliche Regelung, hat sich bereits am LPT in Bayern bewährt.

X017 - ZURÜCKGEZOGEN - Leerantrag zur Schulpflicht

Sonstiger Antrag - Bildung und Forschung LQFB

Ja	☐	Vielleicht	☐	Angenommen	☐	Abgelehnt	☐
Nein	☐	Enthaltung	☐	Mit Änderungen	☐	Zurückgezogen	☐

Antragsteller

Seymour

Zusammenfassung

Keine Position zur Schulpflicht im Bundeswahl- und Grundsatzprogramm beschließen

Antragstext

[1] Der Parteitag möge beschließen, dass die Piratenpartei sich bis auf Weiteres nicht zur Schulpflicht oder ihrer Abschaffung positioniert.

Begründung

[2] Die Schulpflicht mag innerhalb der Piratenpartei die Gemüter erhitzen - für die meisten Wähler ist diese Diskussion aber völlig irrelevant. Sie wünschen sich vielmehr endlich eine vernünftige Politik, die die bestehenden Schulsysteme verbessert.

[3] Wenn der Parteitag diesem Antrag zustimmt, können beide Seiten im kommenden Bundestagswahlkampf das Thema ausklammern und sich entscheidenderen Themen konstruktiv widmen.

[4] Eine ähnlich lautende Liquid-Feedback-Initiative wurde im Bundesliquid abgelehnt, mit 54:46 Prozent der Stimmen bei 347 Ja-Stimmen.